Hermann Weber, Jakov Drabkin, Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.)

Deutschland, Russland, Komintern

II. Dokumente (1918–1943)

Archive des Kommunismus – Pfade des XX. Jahrhunderts

Herausgegeben von Bernhard H. Bayerlein · Marc Ferro · John Haynes · Eric Hobsbawm † · Jerzy Holzer · Moshe Lewin † · Ulrich Mählert · Michal Reiman · Andrej Sorokin · Brigitte Studer · Aleksandr Čubarjan · Hermann Weber · Serge Wolikow

Band 6/1

Hermann Weber, Jakov Drabkin,
Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.)

Deutschland, Russland, Komintern
II. Dokumente (1918–1943)

Nach der Archivrevolution:
Neuerschlossene Quellen zu der Geschichte der KPD und den deutsch-russischen Beziehungen

Wissenschaftliche Bearbeitung: Bernhard H. Bayerlein und Gleb J. Albert

Unter Mitarbeit von Marianna Korčagina und Natal'ja Lebedeva

Übersetzungen aus dem Russischen, Französischen und Englischen von Gleb J. Albert und Bernhard H. Bayerlein

Teilband 1

DE GRUYTER

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums des Inneren für die „Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen“, Berlin-Moskau (Vorsitz: Horst Möller und Aleksandr Čubarjan; Sekretariat: Eberhard Kuhrt).

Mit Unterstützung des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung (MZES), Universität Mannheim, des Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF), Potsdam, und des Instituts für soziale Bewegungen (ISB) der Ruhr-Universität Bochum.

ISBN 978-3-11-033976-5
ISBN (SET) 978-3-11-034168-3 (ADK 5 und 6)
e-ISBN (PDF) 978-3-11-033978-9
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-039554-9
ISSN 2197-6856

Das eBook zu diesem Werk ist frei zugänglich unter www.degruyter.com



Library of Congress Cataloging-in-Publication Data
A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

Bildnachweis Umschlag: Folke Hanfeld, Tatlin-Turm auf der Tempelhofer Freiheit (2012). Der Turm wurde 1919 von Wladimir Jewgrafowitsch Tatlin als Modell für die III. Internationale entworfen. Nach der deutschen Wiedervereinigung gründete sich der Verein „Tatlinturm Berlin e. V.“, der die Idee verfolgte, den Turm als Manifest der kulturellen Avantgarde des 20. Jahrhunderts in Berlin zu errichten.

Satz: Michael Peschke, Berlin
Druck und Bindung: Strauss GmbH, Mörlenbach
♾ Gedruckt auf säurefreiem Papier
Printed in Germany

www.degruyter.com

Überblick über die Edition

I. Überblicke, Analysen, Diskussionen

Vorwort: Nach der Archivrevolution

Hermann Weber
Zum Verhältnis von Komintern, Sowjetstaat und KPD

Jakov Drabkin
Die Idee der Weltrevolution und ihre Transformation in der Kominterngeschichte

Bernhard H. Bayerlein
Deutscher Kommunismus und globaler Stalinismus – Komintern, KPD und die Sowjetunion (1929–1943)

Alexander Galkin
Über einige Entstehungsphasen der internationalen Arbeiterbewegung

Verzeichnis der im II. Teil publizierten Dokumente

Abkürzungen

Zu den Autoren

Personenregister

II. Dokumente (1918–1943)

Die Edition „Deutschland, Russland, Komintern“
Eine Symbiose deutscher, russischer und westeuropäischer Dokumentenüberlieferungen

Dokumente
Teil 1: 1919–1923
Teil 2: 1924–1929
Teil 3: 1929–1933
Teil 4: 1933–1939
Teil 5: 1939–1943

Abkürzungen

Archive

Literaturverzeichnis Bd. I und II

Orts- und Personenregister

Inhalt

Teilband 1

Die Edition „Deutschland, Russland, Komintern“.
Eine Symbiose deutscher, russischer und westeuropäischer Dokumentenüberlieferungen —— 1

Dokumente

Verzeichnis der Dokumente —— 13

Teil 1: 1918–1923
Deutschland und Sowjetrussland als Protagonisten der europäischen Revolution: Idee und Wirklichkeit.
Die ersten fünf Jahre der Komintern bis zum Scheitern des „Deutschen Oktober“ —— **41**

Teil 2: 1924–1929
Proklamierung des „Sozialismus in einem Lande“,
Machtkämpfe in der KPD und Stalinisierung —— **359**

Teil 3: 1929–1933
„Sozialfaschismus“-Politik, letzte KPD-Fraktionskämpfe, Machtantritt Hitlers und Reichstagsbrand —— **699**

Teilband 2

Teil 4: 1933–1939
NS-Unterdrückung, Volksfront-Politik und Großer Terror —— **939**

Teil 5: 1939–1943
Stalin-Hitler-Pakt, Angriff auf die Sowjetunion und Neuausrichtung von Komintern und KPD im Zweiten Weltkrieg —— **1523**

Abkürzungen —— 1725

Archive —— 1730

Literaturverzeichnis (Bd. I und II) —— **1732**

Orts- und Personenregister —— 1802

Die Edition „Deutschland, Russland, Komintern“

Eine Symbiose deutscher, russischer und westeuropäischer Dokumentenüberlieferungen

Im Negativen wie im Positiven gehören Deutschland und Russland sicherlich zu den Ländern mit der größten Editionstradition. Wenn auch Quellenpublikationen in der Sowjetunion vor allem während des Zweiten Weltkriegs als politische Instrumente gebraucht wurden, so wurde trotzdem eine rege Editionspraxis betrieben, die archäographische Traditionen entstehen ließ. Nach der in den 1990er Jahren einsetzenden „Archivrevolution“ stieg auch die Publikation von Editionen sprunghaft an: so wurden von 5445 zwischen 1917 und 2000 publizierten Quellenbänden 1132 in der Zeitspanne von 1991 bis 2000 herausgegeben, wobei Quellenveröffentlichungen in Fachzeitschriften nicht mit eingerechnet sind.[1] Dabei setzten die russischen Forscher hohe Standards für die editorische Qualität der Publikation von Archivdokumenten.[2] Ohne das unermüdliche Engagement der russischen Archivare, Forscher und rühriger Institutsleiter wäre die vorliegende Edition immer noch ein uneinlösbares Desiderat.

Vom Telegrammstil vieler Dokumente inspiriert, erwies sich im Band über den internationalen Kommunismus in der Periode des Stalin-Hitler-Pakts eine collagenähnliche Form als geeignet, um die dramatischen, widersprüchlich bis bizarren Ereignisse und Rituale, die Abläufe und politischen Entscheidungsmechanismen innerhalb der kommunistischen Eliten und Herrschaftsstrukturen abzubilden und verständlich zu machen. Eine klassische Form hätte dies nicht leisten können. Im vorliegenden Band wiederum wurde eine stärker konventionell archivwissenschaftlich orientierte Darstellungsform gewählt. Dabei waren Kürzungen erforderlich, da ansonsten durch den Abdruck der kompletten Dokumente aus dem zusammengestellten Fundus ein undruckbares und unansehnliches Werk von vermutlich 4000 Seiten entstanden wäre.

Geheime Dokumente und deutschlandbezogene Politbürobeschlüsse

Die beiden Teilbände enthalten nun 544 Dokumente, die recht gleichmäßig auf die fünf chronologischen Hauptteile der Edition verteilt werden konnten. Sie enthal-

---

1 Siehe: Gleb Albert: Rezension „I. A. Kondakova, Otkrytyj archiv–2. Spravočnik sbornikov dokumentov, vyšedšich v svet v otečestvennych izdatel'stvach v 1917–2000 gg., Moskva, 2005.“ In: *International Newsletter of Communist Studies Online* XIII (2007), S. 115–116.
2 Siehe z.B.: N. N. Pokrovskij: O principach izdanija dokumentov XX veka. In: *Voprosy istorii* (1999), Nr. 6, S. 32–45; Vladimir P. Kozlov: Osnovy teoretičeskoj i prikladnoj archeografii, Moskva, ROSSPEN, 2008.

ten darüber hinaus knapp 1000 deutschlandbezogene oder allgemein relevante Beschlüsse des sowjetischen Politbüros in kurzen Zusammenfassungen, die nicht nur das oberste politische Organ der Sowjetunion als zentrale Schnittstelle für die gesamte Triade Deutschland–Russland–Sowjetunion erweisen, sondern auch höchst unterschiedliche Entscheidungspraktiken für die verschiedenen Perioden demonstrieren. Sie sind in der Marginalie mit einem kleinen Kremlsymbol gekennzeichnet. Besonders markant erscheint hierbei eine Gegenüberstellung der Fülle an deutschlandbezogenen Politbüro-Beschlüssen Anfang der 1930er Jahre und ihre weitgehende Abwesenheit im Katastrophenjahr 1933.

So verfolgt die vorliegende Generaledition zwar das Modell einer klassischen Quellenveröffentlichung, stößt jedoch zugleich in eine neue Sphäre vor. Sowohl mit den bereits in im Rahmen der Deutsch-Russischen Historikerkommission entstandenen thematischen Editionen in der Reihe „Archive des Kommunismus – Pfade des XX. Jahrhunderts“,[3] als auch der Gesamtedition, konnten neue, bisher kaum dargestellte Quellentypen erschlossen werden. Letztere enthält geheime und persönliche Briefe, Korrespondenzen, Instrukteursberichte, Briefwechsel der Führungen von RKP(b)/VKP(b), Komintern und KPD, Instruktionen und oftmals subjektiv geprägte Berichte, Botschaften und freundschaftliche, angesichts der Herrschaftspraxis des Stalinismus notwendigerweise „verschwörerische“ Briefe, zentrale offizielle Beschlüsse des russischen Politbüros oder von Stalin in seinen Sommerdatschen dahingekritzelte Botschaften an Molotov oder Kaganovič. Unpublizierte oder erstmals in deutscher Sprache publizierte Dokumente spiegeln eine neue Diversität von Texttypen, die der Band reflektiert: interne, zumeist streng geheime und informelle Quellen, die erstmals die Wirkungsweise des Kräftedreiecks Deutschland-Russland-Komintern bzw. KPD–VKP(b) und Komintern als Netzwerk enthüllen. Ohne diese hier erstmals andeutungsweise gebotene Gesamtsicht kann weder die engere Kommunismusgeschichte, noch die europäische Zwischenkriegsgeschichte entschlüsselt werden. Frühere deutsch- oder englischsprachige Dokumentationen zur Geschichte und Entwicklung der Komintern mussten sich weitgehend auf offizielle Veröffentlichungen beschränken.[4] Zentrale Ausnahmen, die einen Vorgeschmack auf das seinerzeit noch

---

3 Bislang sind folgende Bände in der Reihe erschienen: Lew Besymenski: Stalin und Hitler (Bd. 1, 2002); Hermann Weber, Bernhard H. Bayerlein: Der Thälmann-Skandal (Bd. 2, 2003); Bernhard H. Bayerlein, Leonid Babicenko, Fred Firsov, Aleksandr Vatlin: Deutscher Oktober 1923 (Bd. 3, 2003); Bernhard H. Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!“ (Bd. 4, 2008), Hermann Weber, Jakov Drabkin, Bernhard H. Bayerlein, Aleksandr Galkin: Deutschland, Russland,Komintern, I. Überblicke, Analysen, Diskussionen (Bd. 5, 2014). Die Bände 1 bis 4 sind im Aufbau Verlag erschienen, ab Bd. 5 erscheint die Reihe im Verlag De Gruyter.

4 Siehe die Ausführungen in der Einleitung von Hermann Weber. Vgl. z. B. Jane Degras (Hrsg.): The Communist International 1919–1943. Documents, 3 Bde., London, Oxford University Press, 1955–1965; Theo Pirker: Utopie und Mythos der Weltrevolution. Zur Geschichte der Komintern 1920–1960, München, dtv, 1964; Id.: Komintern und Faschismus, Stuttgart, DVA, 1965; Hermann Weber: Die kommunistische Internationale. Eine Dokumentation, Hannover, Dietz, 1966; Helmut Gruber (Hrsg.): International Communism in the Era of Lenin. A Documentary History, New York, 1972; John Riddell (Hrsg.):

hermetisch verschlossene Kominternarchiv lieferten, waren die von der Fondazione Giangiacomo Feltrinelli publizierten Archive des italienischen Kommunisten und späteren Kommunismusforschers Angelo Tasca sowie die vom Bochumer Institut zur Geschichte der Arbeiterbewegung, dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam und der Bibliothèque de la Ville, La Chaux-de-Fonds, vorgelegten Archive des ehemaligen Komintern-Sekretärs für die romanischen Länder, Jules Humbert-Droz.

Archivgrundlagen und Kooperationen: Stalin-Fonds, Kominternarchiv und historisches Archiv der KPD

Der vor allem in den Moskauer und Berliner Archiven seit den 1990er Jahren erreichte Quellenzugang bildete die Grundlage für die Realisierung des vorliegenden Projekts. Dazu wurden nach der Sichtung der Fonds als Grundlagenrecherche Tausende von Dokumenten auf ihre Aussagekraft für Triade KPD–VKP(b)–Komintern überprüft, ausgewertet, übersetzt, kollationiert und – in einer notwendigerweise beschränkten Auswahl – in den Band aufgenommen. Zwar gibt es vor allem in den ex-sowjetischen Archiven noch eine breite, nicht ausgewertete und noch immer gesperrte Anzahl von Dokumenten zur deutschen Zeitgeschichte und zu den russisch-deutschen Beziehungen,[5] doch lässt sich das Projekt durchaus als positives Beispiel für den im Archivwesen erreichten Qualitätssprung anführen. Wenn auch noch längst nicht alle

---

The Communist International in Lenins Time. Founding the Communist International, New York, Monad Press, 1987. Auch offizielle „parteilich" verzerrte Darstellungen in kommunistisch regierten Ländern konnten sich nur auf bereits veröffentlichtes Material stützen, nicht auf archivalischen Quellen. Vgl. z. B. IML des ZK der KPdSU (Hrsg.): Die Kommunistische Internationale. Kurzer Historischer Abriß, Berlin (Ost), Dietz, 1970; Horst Schuhmacher: Die Kommunistische Internationale (1919–1943). 2. Aufl., Berlin (Ost), Dietz, 1989; Studien zur Geschichte der Kommunistischen Internationale (Sammelband), Berlin (Ost), Dietz, 1974. Ebenso konnten parteioffizielle Dokumentationen keine Quellen bringen, vgl. Die Kommunistische Internationale (Auswahl von Dokumenten und Reden, 1928–1943), Berlin (Ost), Dietz, 1956; Komintern und revolutionäre Partei. 1919–1943, Berlin (Ost), Dietz, 1986. Eine Ausnahme bildete die umfangreiche Ostberliner Ausgabe: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Berlin-Ost), in der auch Material aus dem IML abgedruckt war, freilich kaum vertrauliche Protokolle o. ä., sondern Flugblätter, Rundschreiben usw. Vgl. etwa Bd. VII, 1. und 2. Halbband, 1919–1923, Berlin (Ost), 1966. Bd. VIII, 1924–1929, Berlin (Ost), 1975. Zu Quellenveröffentlichungen seit 1990 vgl. die Beiträge von Jakow Drabkin und von Bernhard H. Bayerlein in diesem Band. Bibliographien liegen vor von: Günter Herting: Bibliographie zur Geschichte der kommunistischen Internationale (1919–1934), Berlin (Ost), IML beim ZK der SED, 1960; Witold S. Sworakowski: The Communist International and its Front Organisations, Stanford (Cal.), Hoover Institution, 1965; Vilém Kahan: Bibliography of the Communist International (1919–1979), Leiden, Brill, 1990.

5 Siehe hierzu: Jochen Laufer: Quellenveröffentlichung als Instrument sowjetischer Politik und Problem der Forschung. In: Jochen P. Laufer, Georgij P. Kynin (Hrsg.): Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1948/49, 4 Bde., Bd. 1: 22. Juni 1941 bis 8. Mai 1945, Berlin, Duncker & Humblot, 2012, S. XI–XXV, hier S. XI–XVII.

Dokumente entsperrt, geschweige denn digitalisiert wurden, spielte das ehemalige zentrale Parteiarchiv der KPdSU(b), in dem auch das Kominternarchiv aufbewahrt wird, unter seinen Direktoren Andrej Sorokin und seinen Vorgängern Vladimir Kozlov und Kirill Anderson – oftmals in Kooperation mit dem Institut für allgemeine Geschichte der russischen Akademie der Russischen Akademie der Wissenschaften und seinem Direktor Aleksandr Čubarjan, eine Vorreiterrolle: Im Rahmen des International Committee for the Computerization of the Komintern Archives (INCOMKA) wurden im Rahmen des bisher größten internationalen Archivkooperationsprojekt der Russischen Föderation 1.300.000 Seiten aus dem Kominternfonds digitalisiert, die in Deutschland dank einer Nationallizenz der DFG frei verfügbar sind.[6] Bisher schwer oder kaum dokumentarisch nachweisbare, gleichwohl zentrale Mechanismen wie der Einfluss Stalins auf die Entscheidungen von Komintern und KPD wurden sichtbar gemacht und die höchst unterschiedlichen Zielsetzungen der sowjetischen Außenpolitik unter Lenin und im Stalinismus in Form markanter Dokumente illustriert. Zentrale Weichenstellungen der Komintern (die jeweilige „Generallinie“) sowie markante Umschwünge der sowjetischen Außenpolitik (mit Bezug zur Komintern) werden belegt. Ein besonderes Augenmerk liegt in dieser Edition auf bisher unzugänglichen oder von der Forschung nicht herangezogenen Interna wie Finanzierungsfragen, Revolutions- und Umsturzvorbereitungen („aktive Aufklärung“), militärpolitischen Fragen, illegalen Verbindungen, jedoch auch auf Interdependenzen und strategischen Kalkülen der sowjetischen Führung, was die Rolle der KPD und des Deutschen Reiches insgesamt angeht. Dass dieses Verhältnis seit der Periode Lenins widersprüchlich bzw. mehrschichtig war, im Stalinismus jedoch eine gewisse Richtung annahm, die für KPD und Komintern verheerende Folgen hatte, zeigen vor allem die Dokumente seit Beginn der 1930er Jahre. Dabei wird auch die Rolle der „Cultural Diplomacy“ als zentraler Säule sowjetischer Außenpolitik mit einbezogen.

Trotz zunehmender Einschränkungen des Archivzugangs waren bereits zur Startphase des Gesamtprojekts anfangs des Jahrtausends die Arbeitserträge positiv. Die intensiven Recherchen von russischer und deutscher Seite sowohl in den Moskauer als auch in westlichen Archiven (SAPMO-Bundesarchiv, Berlin, Archiv der KPF, Paris und Dijon, Humbert-Droz-Archiv, La Chaux-de-Fonds, Trotzki-Archiv, Cambridge MA) schufen gute Bedingungen, um das Projekt mit einer „Generaledition“, die erstmals die gesamte Zwischenkriegsphase bis zum Höhepunkt des Zweiten Weltkriegs umfasst, abzuschließen. Für das Gesamtkorpus wurde eine Konzentration auf bisher weniger stark im Fokus stehende Dokumente mit dem Blick auf effektive und informelle Beschlussfassungen, Korrespondenzen, Geheimbeschlüsse u.ä. präferiert. Der Abdruck (gattungsgemäß umfangreicher) politisch-ideologischer Dokumente bzw. offizieller Beschlüsse sollte nur eingeschränkt erfolgen.

6 Die INCOMKA-Datenbank „Comintern Online“ ist über die Nationallizenzen der Deutschen Forschungsgemeinschaft für alle deutschen Universitätsangehörigen kostenlos abrufbar. Siehe: https://www.nationallizenzen.de/.

Das Gros der herangezogenen Originaldokumente entstammt dem Russischen Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte (Rossiskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoi istorii/RGASPI), Moskau, und der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch) in Berlin. Das RGASPI umfasst neben dem Kominternarchiv auch das historische Archiv der KPdSU(b), das SAPMO in Berlin u.a. das historische Archiv der KPD und die persönlichen Nachlässe von Leitungsmitgliedern der SED bzw. KPD. Aus dem historischen Archiv der KPdSU(b) konnten der Bestand des Politbüros des ZK der KPdSU(b) (Fonds 17), sowie der Stalin-Fonds (Fonds 558) und der Fonds Molotov (Fonds 82) gesichtet werden. Aus dem Lenin-Fonds (Fonds 2 u. 5) wurden unveröffentlichte Briefe 1919–1922, sowie Korrespondenzen mit Radek, Jogiches, Ioffe (Berichte aus Deutschland 1918–1919) hinzugezogen. Aus dem Stalin-Fonds (Fonds 558) wurden (unter Einschluss der sog. „Ferienkorrespondenz") Anschreiben von Instrukteuren und Vertrauenspersonen verwendet, darunter Briefe von Molotov, Vorošilov, Petrovskij-Bennet, Lominadze, Manuilski, Sinowjew, Kamenev, Gusev, Stasova, Thälmann, Neumann, Remmele, Ulbricht, Pieck, Čičerin, Litvinov und Krestinskij, neben weiteren Briefwechseln und Bevollmächtigten der Sowjetunion in Deutschland. Auch wurden die Bestände des Politbüros (Fonds 17) (Sitzungsprotokolle, Beschlüsse zur KPD, zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen und Verhandlungen, „Personalfragen") herangezogen. Berücksichtigt werden ebenfalls die Fonds Radek und Sinowjew. Aus dem Kominternarchiv im RGASPI wurden neben den chiffrierten Telegrammen des EKKI-Sekretariats von 1936 bis 1943 (495/184) vor allem die Bestandsgruppen Präsidium (495/2), Sekretariat (495/18), Politsekretariat und Politkommission, Sekretariat Ercoli (d.i. Palmiro Togliatti) (495/12), Sekretariat Florin (495/15), Sekretariat Manuilski (495/10, 10a), Sekretariat Dimitrov (495/73–77), Sekretariat Pjatnitzki (495/19), EKKI und KPD (495/293) und – nicht zuletzt – die Deutsche Vertretung beim EKKI (495/292) herangezogen.

Eruiert werden konnten darüber hinaus eine Reihe zumeist unveröffentlichter deutschlandbezogener Dokumente und Briefe von Jan Berzin, Nikolaj Bucharin, Paul Frölich, Vil'gel'm Knorin, Leonid Krasin, Béla Kun, Otto Kuusinen, Tuure Lehén, Solomon Lozovskij, Dmitri Manuilski, Arkadi Maslow, Ernst Meyer, Georgij Pjatakov, Ernst Reuter, Val'demar Roze, Ladislaus Stern, Lev Trotzki, Iosif Unšlicht, Erich Wollenberg, Wilhelm Zaisser, Clara Zetkin. Dabei erwiesen sich die Provenienzen des Westeuropäischen Büros der Komintern, des Mitteleuropäischen Ländersekretariats des EKKI, der Kommission zum Kampf gegen Faschismus und Sozialfaschismus (sic), der Delegation der RKP(b) beim EKKI, der Organisationsabteilung des EKKI und der Kommission für illegale Arbeit des EKKI als sehr ergiebig. Zu erwähnen sind neben den bereis erwähnten chiffrierten Telegrammen weiterhin die vertraulichen Resolutionen des EKKI über Deutschland und die – teilweise aus den Tagebüchern stammenden – Zeitzeugnisse Georgi Dimitrovs, Dokumente der technischen und militärisch-operativen Apparate, Instruktionen über Sabotage und Bewaffnung während der

Weimarer Republik und später in den von der Wehrmacht besetzten Ländern, Haushaltsaufstellungen und Finanzabrechnungen von KPD und Komintern.

Aus dem historischen Archiv der KPD in Berlin (SAPMO-BArch, RY 1) wurden neben Provenienzen wie den Politbürobeständen (RY 1/I 2/3) die Nachlässe Walter Ulbrichts (NY 4182), Wilhelm Piecks (NY 4036) und Franz Dahlems (DY 30/9975) herangezogen. Auch die mikrofilmierten Kominternbestände (RY 5/I 6/3 und 5/I 6/10) waren nützlich. Weitere zentrale Dokumente konnten in den Jules-Humbert-Droz-Archiven in der Schweiz, dem Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München, dem Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg im Breisgau, dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin, dem Centre de documentation juive contemporaine, Paris, der Maison des Sciences de l'homme der Université de Bourgogne in Dijon, dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam, dem Russischen Staatsarchiv für Literatur und Kunst, Moskau, dem Schweizerischen Bundesarchiv, Bern, und dem Archiv der Akademie der Künste, Berlin gesichtet und für die Publikation vorbereitet werden. Alle Archivquellen werden nach internationalem Standard in den Anmerkungen vollständig angegeben, einschließlich der Angabe, aus welcher Sprache das betr. Dokument übersetzt wurde. Die Sprachkenntnisse der beiden Bearbeiter, die einen großen Teil der west- und osteuropäischen Sprachen abdecken, waren für die gesamte Aufgabe unverzichtbar.

Die Teilöffnung der Bestände der Sekretariate des Komintern-Generalsekretärs Georgi Dimitrov (495/73–77) sowie der *eminence grise* der Konspiration in der Komintern, Osip Pjatnitzki (495/19) erfolgte erst im November 2007. Die vorliegende Generaledition war das erste Editionsprojekt, das diese Bestände in größerem Umfang nutzen konnte.

Zu den Konventionen der Edition

Für jedes Dokument erfolgt ein genauer Nachweis über typologische Besonderheiten, Sprache, Herkunft, Archivsignatur zusammen mit dem Vermerk, ob es sich um eine Erstveröffentlichung, eine Erstveröffentlichung in deutscher Sprache oder eine Wiederpublikation handelt. Auch bei Erstveröffentlichungen in deutscher Sprache erfolgt ein bibliographischer Nachweis der originären russischen bzw. anderssprachigen Publikation. Pseudonyme und Akronyme werden im Text in Klammern aufgelöst und im Register nochmals aufgeführt. Kyrillische Namen und Textpassagen werden in der Dokumentation in der wissenschaftlichen Umschrift transkribiert, mit der Ausnahme der gängigsten Personennamen Trotzki, Sinowjew, Manuilski und Pjatnitzki. Zusätze der Herausgeber stehen immer in eckigen Klammern. Namen von Periodika werden kursiviert, auch alle Hervorhebungen in den Originaltexten erscheinen kursiv. Auslassungen innerhalb der Texte werden durch drei Punkte in eckigen Klammern kenntlich gemacht. Bestimmte Textdokumente wurden, um die Eigenart und Unmittelbarkeit des oftmals lapidaren oder umgangssprachlichen Stils nicht zu verfälschen, trotz

falscher Syntax und lexikalischer Fehler in der Originalfassung belassen, worum sich auch in der Übertragung durch die Übersetzungen bemüht wurde. Da, wo es möglich war, wurden unverständliche Teile in den Dokumenten ergänzt, erkennbare offensichtliche Schreibfehler stillschweigend korrigiert.

Die aus dem Russischen, in wenigen Fällen aus dem Englischen und Französischen übersetzten Dokumente wurden in fünf chronologisch-systematische Hauptteile gruppiert. Bei den aufgenommenen chiffrierten Telegrammen wurden in den Titeln die geographischen Destinationen der Adressaten und Empfänger – hier der Funkstellen bzw. geheimen „Punkte" der Internationalen Verbindungsabteilung bzw. dem Verbindungsdienst der Komintern (OMS) – rekonstruiert (Beispiel: „Chiffretelegramm der Funkstelle Brüssel an die Funkstelle Moskau"), wie auch die jeweilige institutionelle Destination (Beispiel: „für die KP Deutschlands, für die KP der Niederlande"). Der betreffenden Nachricht wurden jeweils die persönlichen Adressaten (Beispiel: „An: Direktion für Alfred") vorangestellt.

Biographische Zusatzinformationen über Akteure und erwähnte Personen werden zu einem gewissen Teil in den Fußnoten geliefert. Wiederholt zitierte Buch- und Aufsatztitel erscheinen in Kurzform und können über das Literaturverzeichnis, das alle Bände einschließt, erschlossen werden. Die Bezeichnungen der Archivinstitutionen werden bei erstmaligem Vorkommen ausgeschrieben. Auch sie können in einem Archivverzeichnis am Schluss nachgeschlagen werden.

Die Beschlüsse des Politbüros der RKP(b) bzw. VKP(b) stellen in den meisten Fällen Wiedergaben dar, die sich streng an den Vorlagen orientieren. Der Kern der oftmals verklausulierten Beschlüsse sollte weitgehend erhalten bleiben. Wenn der Zusammenhang unklar blieb oder sich terminologische oder andere Verständnisschwierigkeiten ergaben, wurden Einfügungen seitens der Bearbeiter gestattet. Kommentare, Deutungen und Interpretationen erfolgten für die in Kästen separiert abgedruckten Beschlüsse nicht. Dies gilt nicht für die Beschlüsse des sowjetischen Politbüros, die als kommentierte Dokumente in den Band aufgenommen wurden.

Weitere Kooperationen und Danksagungen

Neben dem von Prof. Dr. Jakov Drabkin und Kollegen edierten Band „Komintern i mirovaja revoljucija" konnte auf einen wichtigen Bestand von Dokumenten der Komintern aus dem Zweiten Weltkrieg zurückgegriffen werden, die unter der Verantwortung von Prof. Aleksandr Čubarjan von den Projektmitarbeiter/innen Prof. Natal'ja Lebedeva und Prof. Michail Narinskij in den 1990er Jahren herausgegeben wurden.[7]

7 Siehe Natal'ja Lebedeva, Michail Narinskij (Hrsg.): Komintern i Vtoraja mirovaja vojna. Bd. 1: Do 22 ijunja 1941 g. Bd. 2: Posle 22 ijunja 1941 g. Rossijskaja Akademija Nauk. Institut Vseobščej Istorii, Gosudarstvennaja archivnaja služba Rossii, Rossiskij centr chranenija i izučenija dokumentov novejšej istorii, Moskva, Pamjatniki istoričeskoj mysli, Bd. 1: 1994; Bd. 2: 1998.

Ebenfalls konnten die Ergebnisse der Editionsarbeiten für einen 2003 in Paris publizierten Band mit chiffrierten Telegrammen der Komintern, die gegenwärtig in den russischen Archiven wiederum unzugänglich sind, in den Dokumentenkorpus einfließen.[8]

Ohne die editorischen Erfahrungen und Vorarbeiten der Herausgeber und aller Beteiligten wäre die Verwirklichung eines so anspruchsvollen Vorhabens nicht möglich gewesen. Prof. Dr. Dr. h.c. Hermann Weber hat neben etlichen frühen Editionen, wie „Die Kommunistische Internationale“[9] und „Der deutsche Kommunismus“[10], im Jahre 1981 einen umfangreichen Quellenband der Rundschreiben des ZK der KPD veröffentlicht.[11] Prof. Dr. Jakov Drabkin hat im Rahmen einer von ihm repräsentierten russischen intellektuellen Tradition zwischen Rosa Luxemburg und Lev Kopelev ebenfalls maßgebliche Editionen, vor allem den Band unter dem Titel „Komintern i ideja mirovoj revoljucii“ (Die Komintern und die Idee der Weltrevolution), publiziert.[12] Dr. habil. Bernhard H. Bayerlein hat an mehreren internationalen Editionen mitgewirkt oder sie selbst herausgegeben, so etwa die mehrbändige Edition der Archive von Jules Humbert-Droz[13], oder die Tagebücher des Komintern-Generalsekretärs Georgi Dimitrov[14]. Dr. des. Gleb Albert hat substantiell an dem Band „Der Verräter, Stalin, bist Du! Vom Ende der linken Solidarität“ mitgearbeitet.[15] Dr. Natal'ja Lebedeva, die als russische Historikerin für ihre Katyn-Dokumentation 2005 den Verdienstorden der Republik Polen erhalten hat, edierte gemeinsam mit Prof. Dr. Michail Narinskij die grundlegende Arbeit über die Komintern im Zweiten Weltkrieg. Sie wirkte an zahlreichen

8 Siehe Bernhard H. Bayerlein, Mikhail Narinski, Brigitte Studer, Serge Wolikow (Hrsg.): Moscou-Paris-Berlin, 1939–1941. Télégrammes chiffrés du Komintern, Paris, Tallandier, 2003. (Direction éditoriale: Denis Peschanski).

9 Hermann Weber (Hrsg.): Die Kommunistische Internationale. Eine Dokumentation, Hannover, Dietz, 1966.

10 Hermann Weber (Hrsg.): Der deutsche Kommunismus. Dokumente 1915–1945, Köln, Kiepenheuer & Witsch, 1963.

11 Hermann Weber: Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929–1933. Eingeleitet v. Hermann Weber, bearb. v. Hermann Weber unter Mitwirkung v. Johann Wachtler, Düsseldorf, Droste, 1981. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 3. Reihe, Bd. 1).

12 Jakov S. Drabkin, Leonid G. Babičenko, Kirill K. Širinja (Hrsg.): Komintern i ideja mirovoj revoljucii. Dokumenty, Moskva, Nauka, 1998. (Dokumenty Kominterna).

13 Siehe: Casto del Amo, Siegfried Bahne, Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.): Archives de Jules Humbert-Droz. III. Les Partis Communistes et l'Internationale Communiste dans les années 1928–1932, Dordrecht/Boston/Londres, Kluwer Academic Publishers, 1988; Bernhard H. Bayerlein, André Lasserre (Hrsg.): Engagements à travers le monde. Résistances, conciliations, diffamations. Archives de Jules Humbert-Droz, Bd. IV, Zürich , Chronos, 2001.

14 Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.): Georgi Dimitroff. Tagebücher 1933–1943. Aus dem Russischen und Bulgarischen v. Wladislaw Hedeler u. Birgit Schliewenz. 2 vols. II: Kommentare und Materialien zu den Tagebüchern 1933–1943. Hrsg. v. Bernhard H. Bayerlein und Wladislaw Hedeler unter Mitarbeit v. Birgit Schliewenz u. Maria Matschuk, Berlin, Aufbau, 2000.

15 Bayerlein: Der Verräter.

weiteren Quellenbänden mit, die in Regie des Instituts für allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften publiziert wurden.[16] Dr. Marianna Korčagina, die das Erscheinen des vorliegenden Bandes leider nicht mehr erleben durfte, war Mitherausgeberin einer Edition über die Komintern und den Faschismus.[17]

Eine Unterstützung des Vorhabens erfolgte durch Kollegen und Institutionen in vielen Ländern, denen hier herzlich gedankt werden soll. Die Herausgabe dieses Werks wurde durch die Projektunterstützung sowie einen Druckkostenzuschuss seitens der „Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen“ (Berlin/Moskau) ermöglicht, deren Sekretariat seit 2014 bei der Staatsministerin für Kultur und Medien angesiedelt ist. Die Herausgeber und Autoren bedanken sich besonders bei den beiden Ko-Vorsitzenden, Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Möller und Prof. Dr. Dr. h.c. Aleksandr Čubar'jan, dem Sekretär der Kommission beim Bundesminister des Innern, Herrn Eberhard Kuhrt und seinen Mitarbeitern. Für eine nicht immer einfach zu bewerkstelligende administrativ-finanzielle Bewältigung auch der Teilprojekte über die Zeitspanne eines Jahrzehnts hinweg sei Frau Karin Kuhrt im Bundesverwaltungsamt (Köln/Bonn) ganz herzlich gedankt. Direktorat, Sekretariat und EDV-Abteilung des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung der Universität Mannheim, an dem das längerfristige Komintern-Forschungsprojekt der Kommission angesiedelt war und nicht zuletzt die Damen und Herren der Universitätsverwaltung, standen stets hilfreich zu Seite. Für die organisatorischen Hilfen durch das Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam und das Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum sei stellvertretend den Direktoren Prof. Dr. Martin Sabrow und Prof. Dr. Stefan Berger. wie auch dem Geschäftsführer Dr. habil. Hans-Christoph Seidel herzlich gedankt.

Ohne die Unterstützung der Archivare und Bibliothekare des RGASPI, Moskau, des Bundesarchivs, Berlin, der Bibliothek der Stiftung Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin, und der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg, wäre diese Veröffentlichung nicht möglich gewesen. Der Dank gilt besonders Prof. Dr. Dr. h.c. Aleksandr Čubar'jan von der Akademie der Wissenschaften in Moskau sowie dem Direktor des RGASPI, Dr. Andrej Sorokin. Von russischer Seite wurde die Edition von Prof. Dr. Vladimir Kozlov, Dr. Oleg Naumov, Prof. Viktor Iščenko, Prof. Dr. Kirill Anderson, Prof. Dr. Sergej Mironenko, Dr. Larisa Rogovaja, Dr. Andrej Doronin, Jurij Tutočkin, Svetlana Rozental, Valerij Šepelev, Irina Seležneva, Irina Kremen, Larisa Rešetilo und Dmitrij Moiseenko (†) maßgeblich unterstützt. Dazu bedanken wir uns beim Archiv für Aussenpolitik der Russischen Föderation (Archiv Vnesnej Politiki Rossijskoj Federacii/AVPRF) und seiner Direktorin Nadežda Mozžuchina und dem Leiter der historisch-dokumentarischen Abteilung des Außenministeriums, Botschafter Konstantin Provalov. Vielfach hilfreich zur Seite

16 Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovoja vojna.
17 N. P. Komolova, V. V. Dam'e, M.B. Korčagina, K.K. Širinja (Hrsg.): Komintern protiv fašizma. Dokumenty, Moskva, Nauka, 1999.

standen der Edition Sylvia Gräfe und Grit Ulrich als Archivarinnen der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (Berlin), die Präsidenten des Bundesarchivs Dr. Hartmut Weber und Dr. Michael Hollmann, die Historiker Dr. Wilfriede Otto, Dr. Andreas Herbst, Ottokar Luban, Dr. Ronald Sassning, Dr. Joern Schütrumpf, Dr. Ruth Stoljarowa und Dr. Bert Hoppe, ebenfalls in Berlin, Dr. Freddy Litten aus der Bayerischen Staatsbibliothek in München, der Leiter des Archivs des Deutschen Schiffahrtsmuseums in Bremerhaven, Klaus-Peter Kiedel, Frau Heike Müller vom Johann Heinrich von Thünen-Institut, Hamburg, Prof. Dr. Serge Wolikow und Dr. Sonia Combe in Dijon bzw. Paris, Prof. Dr. Dr. h.c. Mechthild Leutner von der Freien Universität Berlin, Dr. Jan Foitzik und Dr. Jürgen Zarusky vom Institut für Zeitgeschichte München/Berlin, Dr. Manfred Mugrauer von der Alfred-Klahr-Stiftung in Wien, Dr. Rüdiger Zimmermann und Dr. Jacques Paparo als Leiter der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn-Bad Godesberg, der Leiterin des Archivs der Sozialen Demokratie Dr. Anja Kruke und den Bibliothekarinnen und Magazinern, Frau Jenny Gohr im Archiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und die Bundesbeauftragte Marianne Birthler, sowie Prof. Dr. Fridrich Firsov in Boston. Letzterer hat wie auch in den ersten Anfängen Prof. Dr. Pierre Broué, Grenoble (†) besonders zur Entschlüsselung der Biographien und der Pseudonyme beigetragen. Dr. Kasper Braskén (Åbo Academi University, Finnland) leistete wertvolle Unterstützung für die Aufarbeitung der Münzenberg-Dokumente. Wertvolle Hilfe bei der Manuskripterstellung und Korrektur kam von Julia Zogel in Köln, wichtige inhaltliche Hilfestellung von Dr. Anne Hartmann vom Lotman-Institut für russische und sowjetische Kultur in Bochum und Ottokar Luban aus Berlin, dem Sekretär der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft, weitere, auch „logistische“ Unterstützung kam von Prof. Dr. Serge Wolikow, Prof. Dr. Jean Vigreux, Dr. Romain Ducoulombier und der Mannschaft der Maison des Sciences de l’homme der Université de Bourgogne in Dijon. Hingewiesen sei noch auf die wichtige Mitarbeit von Basim Aawais in Mannheim und Dr. Timur Muchamatulin in Moskau. Für das Zustandekommen der Edition sind wir im De Gruyter-Verlag besonders Frau Dr. Anke Beck (President Publishing), Frau Dr. Julia Brauch (Editor), Herrn Andreas Brandmair (Herstellung) und Herrn Michael Peschke (Satz) zu großem Dank verpflichtet, Romina Becker (Berlin), und Dr. Kirill Levinson (Moskau) haben die Bände lektoriert und dabei eine hervorragende Arbeit geleistet. Trotz des Zeitdrucks trug vor allem Frau Dr. Brauch in allen Phasen zu einer produktiven und angenehmen Arbeitsatmosphäre bei, die sich hoffentlich im Ergebnis widerspiegelt. Für alle verbliebenen Fehler sind natürlich die Bearbeiter verantwortlich.

Dokumente

Verzeichnis der Dokumente[1]

Teil 1: 1918–1923. Deutschland und Sowjetrussland als Protagonisten der europäischen Revolution: Idee und Wirklichkeit.

Die ersten fünf Jahre der Komintern — bis zum Scheitern des „Deutschen Oktober“

1917/18

1a	Moskau, 11.(24.)–12.1917	Erlass des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare (Lenin) und des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten (Trotzki) zur Unterstützung des linken, internationalistischen Flügels der Arbeiterbewegung	**43**
1b	Berlin, 5.9.1918	Brief des sowjetrussischen Vertreters in Deutschland, Adol'f Ioffe, an Lenin über die Unfähigkeit der deutschen Linkssozialisten zur Revolution	**44**
2	[Berlin], 16.9.1918	Bericht des Emissärs Pēteris Stučka an Lenin über die Reichskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) und die schwierige Beziehung zu den Bolschewiki	**47**
3	Moskau, 28.9.1918	Beschluss der KP Russlands[2] über die Schaffung eines zentralen internationalen Büros im Ausland vor der Gründung der Komintern	**50**
4	[Moskau], 1.10.1918	„Alle werden wir dafür sterben, um den deutschen Arbeitern zu helfen“. Anweisungen Lenins an Trotzki und Generalsekretär der KP Russlands, Jakov Sverdlov zur Novemberrevolution	**52**
5	[Berlin], 13.10.1918	Brief Adol'f Ioffes an Lenin über die bevorstehende deutsche Revolution, die Schwäche der Linken und das deutsch-russische Verhältnis in der Bürgerkriegszeit	**55**
7	Moskau, 28.12.1918	Kritische Fragen des sowjetischen Außenkommissars Georgij Čičerin an Lenin zur Gründung der Komintern und zu den deutschen Spartakisten	**63**

1919

8	[Berlin], vor 14.12.1918	„Auf, Proletarier! Zum Kampf!“ Aus dem von Rosa Luxemburg verfassten ersten Programm der KPD (Spartakusbund)	**65**
9	[Berlin], 9.1.1919	Brief Karl Radeks an die KPD-Zentrale zum Verzicht auf den Januaraufstand 1919	**67**
10	[Berlin], 11.1.1919	Letzter Brief Rosa Luxemburgs an Clara Zetkin über die Entwicklung der jungen KPD	**70**
11	Berlin, nicht vor 24.1.1919	Brief Karl Radeks an Lenin, Čičerin und Sverdlov über die Lage in Deutschland nach den Januarkämpfen	**71**

1 Aufgrund des komplexen editorischen Erstellungsprozesses sowie in Hinblick auf die bereits bestehenden Querverweise in den Autorenbeiträgen von Band I konnten einige Dokumentennummern nicht belegt werden. Andere, neu hinzugekommene Dokumentennummern wurden mit Buchstaben ergänzt.
2 Für den Zeitraum 1918–1924 wird die offizielle Bezeichnung „Kommunistische Partei Russlands“ benutzt, von 1925 an „Kommunistische Partei der Sowjetunion“ (eigentlich: „All-Unions Kommunistische Partei“/VKP).

12	Berlin, 4.2.1919	Brief von Leo Jogiches (Ps. „Tyszka“) an Lenin über die Lage der KPD nach der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts	77
13	Vil’no, 05.3.1919	Brief von Adol’f Ioffe an Lenin über die Bayerische Räterepublik und ihre Protagonisten	80
14	[29.2.1924] 6.3.1919	Die KPD und die Gründung der Kommunistischen Internationale. Zeitzeugenbericht von Hugo Eberlein	84
15	[Berlin], 6.5.1919	Genosse Ludwig (Ps.), d.i. Eduard Alexander, an James (Ps.), d.i. Jakov Rejch, über das Phlegma der Revolution und die Politik der KPD-Führung	88
16	Moskau, 22.7.1919	Abkommandierung von Alfred Kurella zur Überbringung von Gegenständen im Wert von 300.000 Rubel an die KPD und die KP Österreichs	91
17	Moskau, 18.8.1919	Aus der Kostenaufstellung der Exekutive der Komintern für die kommunistischen Parteien und sympathisierenden Bewegungen in einzelnen Ländern von April bis August 1919	92
18	[Moskau], 18.8.1919	Brief des Komintern-Sekretärs Gustav Klinger an Elena Stasova über den Schmuggel von Schmuck und Juwelen nach Westeuropa	94
19	Moskau, 28.8.1919	Notiz von Jan Berzin an Sinowjew zur Finanzierung der kommunistischen Parteien durch Sowjetrussland	95
20	Moskau, 29.10.1919	Empfangsbestätigung des Kuriers Leontij Osipov über Schmuck und Juwelen für die KPD	97

1920

21	[Moskau], 17.3.1920	Telegramm Lenins an Stalin zur Unterstützung der deutschen Arbeiter durch die Rote Armee	98
22	Kopenhagen, 2.6.1920	Geheimer Bericht von Ernst Meyer an die Komintern über den Streit in der KPD-Zentrale während des „Kapp-Putsches“	99
23	Kremenčug, Zentralukraine, 12.6.1920	Sowjetdeutschland und Sowjetrussland als Konföderation unabhängiger Staaten: Brief Stalins an Lenin zur nationalen und kolonialen Frage	104
24	Moskau, 18.6.1920	Die traurigen Fehler des ZK: Diskussionsbeitrag Karl Radeks über die KPD während des „Kapp-Putschs“	106
25	[Berlin], 1. 7. 1920	Die Zuschüsse der Komintern als Haupteinnahmequelle: Finanzbericht der Zentrale der KPD für den Zeitraum 1918–1920	110
26	Moskau, 23.7.1920	Telegramm Lenins an Stalin über die Revolution in Italien und die Gefahren einer deutschen Lumpenproletarierarmee	112
27	Moskau, 7.8.1920	Der russische Einfluss im Kleinen Büro und die Opposition Paul Levis: Aus der Diskussion in der Komintern	113
28	Moskau, 8.8.1920	Diskussion über die Verteilung von Komintern-Geldern: Aus den Berichten der Komintern-Exekutive	117
29	Moskau, 11.8.1920	Beschluss der Komintern über die finanzielle Unterstützung der deutschen Linken und der Hinterbliebenen von Karl Liebknecht und Eugen Leviné durch die Komintern	119
30	Minsk, 19.8.1920	Chiffretelegramm von Iosif Unšlicht an Trotzki über Waffenankäufe in Thüringen für Enver Pascha	121
31	[Berlin], 29.8.1920	Mitteilung des Genossen Thomas (Ps.), d.i. Jakov Rejch, über die Auflösung der europäischen Sekretariate und Büros der Komintern	123
32	Moskau, 22.9.1920	Bericht Lenins über die Revolutionserwartung in Deutschland, den Versailler Vertrag und den sowjetisch-polnischen Krieg	125

33	[Berlin], 26.9.1920	Die Parteibuchhandlung der KPD als „russische Filiale“: Bericht des Genossen Thomas (Ps.), d.i. Jakov Rejch, über die Folgen der Finanzpolitik der Komintern	**135**

1921

34	Berlin, 26.3.1921	Putschstimmung und Sabotage: Telegramm von „Spanier“ (Ps.), d.i. Béla Kun, über den Beginn des mitteldeutschen Aufstands („Märzaktion“)	**139**
35	[Berlin], 27.3.1921	„Die Frucht eines zweijährigen Kampfes wird zerstört“: Paul Levis Brief an Lenin zur Kritik der „Märzaktion“	**140**
36	Berlin, 28.[3.]1921	Das Osterfest benachteiligt den Aufstand: Aus der Fortsetzung des Berichts von Béla Kun	**144**
37	[Berlin], 29.3.1921	„Tritt die Orgesch in den Kampf, so gehen sie sofort mit uns“: Die Märzaktion und die „Levi-Gruppe“ aus der Sicht Béla Kuns	**145**
38	Berlin, 3.4.1921	Konflikte zwischen der Komintern und der russischen Vertretung in Berlin: Bericht Béla Kuns	**148**
40	[Moskau], 16.4.1921	Gegen die „dumme Taktik“ des Vertreters der Komintern und den Austritt Levis aus der Zentrale: Brief Lenins an Clara Zetkin und Paul Levi	**149**
41	Berlin, 18.4.1921	Kabeltelegramm des „Turkestaners“ der Komintern aus Berlin zur Denunziation Paul Levis als Verleumder und Verräter	**151**
42	Moskau, vor dem 4.5.1921	Thesen des Politbüros des ZK RKP(b) zur Abgrenzung der Tätigkeit der Komintern und der außenpolitischen Organe der Sowjetunion	**152**
43	[Wien], 6.5.1921	Persönlicher Brief des „Spaniers“ (d.i. Béla Kun) an Lenin über die gescheiterte Märzaktion in Deutschland	**154**
44	[Berlin], 10.5.1921	Über die Ankunft Elena Stasovas als russische Komintern-Emissärin in Deutschland	**156**
45	Moskau, 26.5.1921	Rundschreiben der Komintern über die Einrichtung eines deutschen Sprachgruppensekretariats in Moskau	**157**
46	Moskau, 1.6.1921	Antwort Ernst Reuters („Friesland“) auf die Umfrage Trotzkis zu den revolutionären Bedingungen in Deutschland	**160**
47	[Moskau], 1.6.1921	Brief Karl Radeks an Lenin zur Bilanz der Märzaktion und der taktischen Umstellung der Komintern	**165**
47a	[Berlin], 2.6.1921	Brief Jakov Rejchs an Sinowjew über Literatur- und Finanzangelegenheiten der KPD	**169**
47b	[Moskau?], 10.6.1921	Stellungnahme Lenins zum Ausschluss Paul Levis und der taktischen Veränderung der Komintern auf dem III. Weltkongress	**171**
47c	Moskau, [15.6.1921]	Erklärung der Deutschen Delegation auf der Internationalen Konferenz Kommunistischer Frauen	**176**
48	Moskau, 18.6.1921	Brandbrief Clara Zetkins an Lenin über die „verderblichen Folgen“ der Märzaktion in Deutschland	**177**
49	[Berlin], 22.6.1921	Brief der Emissärin der Geheimabteilung des sowjetischen Politbüros an Lenin über chaotische Zustände in der KPD	**180**
49a	Moskau, 3.7.1921	Tätigkeitsbericht des Zentralbüros der deutschen Sektionen beim ZK der RKP(b) für Juni 1921	**183**
49b	Moskau, 3.7.1921	Brief Willi Münzenbergs an Sinowjew über seinen Einsatz für die internationale Hungerhilfskampagne für Russland	**186**

50	Berlin, 22.7.1921	Anonymisiertes Schreiben [General Hans von Seeckts?] an Außenkommissar Čičerin zur geheimen deutsch-sowjetischen Rüstungszusammenarbeit	188
51	Moskau, 13.8.1921	Sinowjew und Radek an das Politbüro des ZK der KP Russlands gegen die Einmischungen des Außenkommissariats in Komintern-Angelegenheiten	190
52	Moskau, 14.8.1921	Brief Čičerins an Vjačeslav Molotov zu den Vorwürfen, die Arbeit der Komintern zu behindern	192
52a	[Berlin], 19.8.1921	Schreiben von Rejch an Sinowjew über den Erhalt des „Frankfurter Fonds“	194
53	Berlin, 23.8.1921	„Clara Zetkin ist endgültig umgefallen!“: Brief Paul Levis an Mathilde Jacob	195
54	Berlin, 29.8.1921	Hermann Schüller an die Komintern zur Situation und den Perspektiven des Arbeitertheaters der Weimarer Republik	196
55	Berlin, 26.9.1921	Bericht Leonid Krasins an Lenin über die Verhandlungen mit deutschen Industriellen und Financiers in Berlin zur geheimen militärischen Zusammenarbeit	201
56	Moskau, 1.12.1921	Brief Heinrich Brandlers an Béla Kun über die negativen Aussichten einer deutschen Arbeiteranleihe für die Sowjetunion	206
57	[Berlin], 28.12.1921	Plädoyer Arkadi Maslows für die KPD-Linke und seine Enthüllungen über den Komintern-Emissär Abram Gural'skij	207

1922

58	Berlin, 20.1.1922	Radek an Sinowjew über die Lage in der KPD und seine Audienz bei Reichskanzler Wirth	212
59	Berlin, 11.2.1922	Geheimer Bericht Radeks über die Gespräche mit Außenminister Rathenau und General von Seeckt zur militärischen Zusammenarbeit mit Russland	217
60	Petrograd, 13.2.1922	Sowjetrussland als „begehrte Braut“: Brief Ioffes an Lenin im Vorfeld der Konferenz von Genua	220
61	Berlin, 14.2.1922	Die Verbindung mit Russland als Rettung Deutschlands: Radek über die Gespräche mit Außenminister Rathenau u. a.	223
62	[Moskau], 20.2.1922	Nicht nur von den Deutschen lernen, sondern auch Deutsche als Lehrer in der Sowjetunion heranziehen! Note Lenins an Lev Kamenev	227
63	Berlin, 3.4.1922	Brief des Sekretärs der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien, Friedrich Adler, an die Komintern für Einheitsfrontverhandlungen	228
64	Berlin, nicht vor dem 5.4.1922	Von der GPU abgefangener Brief des Menschewiken Rafail Abramovič an die Genossen in Russland über die „Konferenz der Drei Internationalen“	230
65	Berlin, 8.4.1922	Bericht Radeks und Nikolaj Bucharins an das russische Politbüro über die Ergebnisse der Berliner „Konferenz der Drei Internationalen“	236
66	[Petrograd], 11.4.1922	Telephonogramm Grigorij Sinowjews an Lenin zur Verstärkung des internationalen Drucks auf die Sozialdemokratie	239
67	Berlin, 28.4.1922	Brief Radeks an Grigorij Sinowjew über die Berliner „Konferenz der Drei Internationalen“	240
68	Berlin, 24.5.1922	Bericht Karl Radeks über das Scheitern der Konferenz der drei Internationalen: Jetzt den Frontalangriff gegen die sozialdemokratischen Scheidemann-Leute!	247

69	[Moskau], 28.6.1922	„Arbeiterregierung" statt Endkampf: Aus der Diskussion zur Übergangsperiode im Programm der Komintern	**250**
70	Moskau, 2.8.1922	Protest der Kominternführung gegen den Nichtabdruck eines Aufrufs für die Einheitsfront in der *Roten Fahne*	**256**
71	[Moskau], 28.8.1922	Mit Deutschland jetzt „klüger wie eine Schlange" sein: Vorschlag Lenins an Stalin, Radek und Trotzki die Verantwortung für die Außenpolitik zu übertragen	**257**
72	Petrograd, 7.9.1922	Brief Grigorij Sinowjews für einen Gefangenenaustausch von Max Hoelz als „einem der populärsten Menschen unter den Arbeitern Deutschlands" nach Russland	**258**
73	[Berlin], 14.9.1922	Bericht Karl Radeks an die Komintern über seinen Besuch bei Max Hoelz im Gefängnis	**259**
74	Berlin, 3.10.1922	Bericht des jungen Komintern-Mitarbeiters Willi Mielenz über sein Leben in Moskau	**262**
75	Berlin, 7.10.1922	„Das Zeitalter der Weltrevolution": Aus dem Programmentwurf der KP Deutschlands	**264**
75a	O.O. [Berlin], o.D. [5.11.1922]	„Die K.P.D. zwischen dem III. und IV. Weltkongress": Tätigkeitsbericht zum IV. Weltkongress der Komintern	**266**
75b	[Moskau], 18.11.1922	Vorschlag Lenins an Trotzki zur Durchsetzung der Einheitsfrontpolitik gegen die KPD-Linke	**270**
75c	[Moskau], o.D. [20.11.1922]	Das Präsidium des IV. Weltkongresses zur Frage der Programme der kommunistischen Parteien	**271**
1923			
76	Berlin, Mitte Januar 1923	Empfehlung des Instituts für Weltwirtschaft und Weltpolitik („Büro Varga"/Berlin) für die Einheitsfront als „Sammelparole zur Verteidigung der Arbeiterrechte"	**273**
77	Moskau, 16.2.1923	Instruktion der Komintern an die KPD für ein gemeinsames Vorgehen mit der KP Frankreichs im Sinne der Einheitsfrontpolitik	**275**
78	[Moskau], 4.5.1923	Brief Stalins an Sinowjew zur Eroberung der politischen Macht durch die kommunistischen Parteien	**277**
79	[Moskau], 26.5.1923	Tätigkeitsbericht der Komintern-Kommission für illegale Arbeit von Januar bis Mai 1923	**278**
80	Moskau, 19.7.1923	Empfehlung Radeks an Heinrich Brandler zur Absage der Demonstrationen am „antifaschistischen Tag" in Deutschland	**281**
81	Moskau, 27.7.1923	Brief Stalins an Sinowjew mit dem Einverständnis zur Absage des „antifaschistischen Tages"	**282**
82	Kislovodsk, 31.7.1923	Sinowjew an Stalin über die Krise in Deutschland, die Bekämpfung Trotzkis und des „kleinen Schwätzers" Radek	**283**
83	[Moskau], vor 1.8.1923	Arbeitsplan für die Vertreter der Internationalen Verbindungsabteilung (OMS) und der Budgetkommission der Komintern in Deutschland	**287**
84	[Moskau], 7.8.1923	Brief Stalins an Sinowjew zum vorläufigen Verzicht auf den Kampf um die Macht in Deutschland: „Die Faschisten zuerst losschlagen lassen"	**290**
85	Berlin, 8.8.1923	Denkschrift des für Militärpolitik zuständigen KPD-Funktionärs „Robert" [d.i. Karl Volk] zum Stand der Vorbereitungen auf den Bürgerkrieg	**294**
86	Paris, 20.9.1923	Beschwerde des Komintern-Sekretärs für die lateinischen Länder, Jules Humbert-Droz über den „nationalistischen Schlageter-Kurs" der KPD im Namen der KP Frankreichs	**301**

87	Moskau, ca. Ende September 1923	Das Schicksal Polens besiegeln und einen Korridor durch die Tschechoslowakei schlagen: Vorschläge Sergej Gusevs zur deutschen Revolution und Replik Stalins	**303**
88	[In Deutschland], 1.10.1923	Brief Radeks an Trotzki über die Festlegung eines Zeitrahmens für den kommenden Aufstand in Deutschland	**304**
89	[Moskau], 5.10.1923	Plan des ZK-Sekretariats der KP Russlands zur Agitation und Propaganda für die deutsche Revolution in der Sowjetunion	**307**
90	[Moskau], 9.10.1923	Zirkular des Sekretariats des ZK der KP Russlands (Molotov) über die Vorbereitungen auf die deutsche Revolution	**310**
91	Moskau, 12.10.1923	Kritische Stellungnahme des Außenkommissars Čičerin zu einen Brief Stalins an die KPD über die bevorstehende deutsche Revolution	**314**
92	Berlin, 17.10.1923	Persönlicher Brief eines Vertrauten Molotovs in Berlin (Ivan Majskij?) über die Lage in Sachsen und die Szenarien für ein künftiges Sowjetdeutschland	**315**
93	Berlin, 18.10.1923	Bericht der MP-Abteilung („Abteilung Bibliothek“) der KPD („Robert“) über den Stand der militärpolitischen Vorbereitungen in Deutschland.	**321**
94	[Berlin], 20.10.1923	Der Plan zum Aufstand in Berlin, vorgelegt von Otto Steinfest (Ps. „Fuchs“)	**326**
95	Moskau, 22.10.1923	Geheime telegrafische Instruktionen des ZK der KP Russlands an die nationalen ZK's und die Gebiets- und Bezirkskomitees zum Jahrestag der Oktoberrevolution	**331**
96	[Berlin], 29.10.1923	Brief Radeks und Jurij Pjatakovs zur Lage in Berlin und der Untätigkeit der KPD vor dem Aufstand	**332**
96a	Berlin, 30.10.1923	Bericht des Konsuls der UdSSR in Hamburg, Grigorij Šklovskij (Ps. „Babuškin“) über den Hamburger Aufstand	**336**
97	[Moskau], 8.11.1923	Brief Stalins an Pjatakov und die „Vierergruppe“ in Deutschland für eine prinzipielle Frontstellung gegen die linke Sozialdemokratie	**338**
98	Berlin, 9.11.1923	Bericht des Institut für Weltwirtschaft und Weltpolitik in Berlin zum Hitlerputsch in München	**342**
99	Poltava, Ukraine, 10.11.1923	Die deutsche Revolution und die Streiks im ukrainischen Kohlebecken Donbass. Brief des Gouvernementssekretärs Boris Magidov an Stalin	**343**
100	[Berlin], 15.11.1923	Kritischer Bericht des militärischen Leiters des deutschen Oktober an die Komintern über die Arbeit des illegalen Apparats der KPD	**348**
101	[Moskau], 27.11.1923	Denkschrift des Leiters der Aufklärungsabteilung der Roten Armee, Jan Berzin, zur Kritik Radeks an der unzureichenden Konspiration in Deutschland	**350**
101a	Berlin, 23.12.1923	Brief des militärischen Leiters beim ZK der KPD, Petr Skoblevskij, d.i. Vol'demar Roze, zur Absage der deutschen Revolution und den weiteren Aufgaben des Militärapparats	**354**
102	Moskau, 28.12.1923	Stellungnahme Aleksandr Lozovskijs an das Politbüro des ZK der KP Russlands zum Verhältnis von sowjetischer Regierung und Komintern	**356**

Teil 2: 1924–1929. Proklamierung des „Sozialismus in einem Lande“, Machtkämpfe in der KPD und Stalinisierung

1924

103	Moskau, 18.1.1924	Memorandum Radeks nach der Absage der deutschen Revolution	**362**
104	O.O., 4.2.1924	Begleitbrief Karl Friedbergs (Ps.), d.i. Karl Gröhl, später Retzlaw, zum Militärprogramm der KPD	**364**
105	[Moskau], 11.2.1924	Bericht des sowjetischen Militärexperten beim ZK der KPD, Aleksej Štrodach, an die Komintern über künftige revolutionäre Perspektiven für Deutschland	**365**
105a	Leningrad, 24.2.1924	Brief Sinowjews an Hermann Remmele und Ernst Thälmann gegen den Parteiausschluss der „Rechten“	**368**
106	[Moskau], 2.3.1924	Bericht des früheren Leiters der operativen Abteilung der KPD Gruppe West, V. Karpov, über die militärischen Strukturen und die allgemeine Situation in der KPD	**369**
107	Moskau, 31.3.1924	Brief Sinowjews an Arkadi Maslow und Ruth Fischer zur Haltung der Komintern gegenüber einer künftigen linken KPD-Führung	**372**
108	Berlin, 3.4.1924	Brief Eugen Vargas an Sinowjew zur Analyse der Oktoberereignisse und der Situation in der KPD	**375**
108a	[Moskau], 24.4.1924	Brief Grigorij Sinowjews an Dmitri Manuilski über die Lage in der KPD	**378**
109	[Berlin], 13.5.1924	Bericht des Sekretärs der Militärkommission des ZK der KPD, Wilhelm Kress, über die Terrorgruppe Felix Neumann	**384**
110	[Moskau], 15.5.1924	Bericht des stellvertretenden Vorsitzenden der GPU, Iosif Unšlicht, an die Komintern-Exekutive über die Terrorgruppe Felix Neumann	**387**
112	Moskau, 5.7.1924	Thesen von Erich Wollenberg über die militärischen Fehler in der deutschen Revolution von 1923	**391**
113	[Moskau], 14.7.1924	Beschluss des Politbüros des ZK der KP Russlands zur drastischen Kürzung der Zuweisung von Geldmitteln an die KPD	**395**
114	Berlin, 4.11.1924	Bericht von „Franz“ über die Aufdeckung des Berliner „Passbüros“ und die Fehler des illegalen Apparats der KPD	**398**
115	[Moskau], 27.11.1924	Brief Stalins an Sinowjew zu einem historischen Artikel Otto Kuusinens über die deutsche Revolution	**403**
116	Hamburg, 17.12.1924	Aufforderung der Abteilung I der Hamburger KPD, die Veröffentlichung von Larissa Reissners „Hamburg auf den Barrikaden“ zurückzuhalten	**404**
117	[Moskau], 18.12.1924	Antwortentwurf der sowjetischen Regierung auf den Protest von Reichsaußenminister Stresemann gegen einen Brief des ZK der RKP(b) an die KPD zu den Reichstagswahlen	**406**
118	[Berlin], nach dem 20.12.1924	„Grundlegende Angaben über den Zustand der Wehrorganisation der KPD“: Aus der Denkschrift des Leiters der Wehrabteilung des ZK	**407**
119	Moskau, 24.12.1924	Beschluss des Politbüros des ZK der KP Russlands zur Finanzierung der kommunistischen Parteien	**411**

1925

120	[Berlin], 17.1.1925	Protokollauszug des KPD-Politbüros zur Strategie gegen die anstehenden KPD-Prozesse („Urbahns-Prozess“, „Tscheka-Prozess“, „Zentrale-Prozess“)	**416**

121	Berlin, 12.2.1925	Kostenaufstellung an die Komintern für die antimilitaristische Tätigkeit unter den französischen, englischen und belgischen Besatzungstruppen in Deutschland	**420**
122	Moskau, 12.2.1925	Beschluss des Politbüros des ZK der KP Russlands über die in der Sowjetunion verhafteten deutschen Studenten	**423**
123	[Berlin], 20.2.1925	Brief des inhaftierten Arkadi Maslow an Stalin über die Situation der KPD nach der Absetzung Brandlers	**425**
124	[Moskau], 20.2.1925	Informationen des Außenkommissars Čičerin an den GPU-Vorsitzenden Feliks Dzeržinskij über das Gespräch mit dem deutschen Botschafter Ulrich von Brockdorff-Rantzau	**431**
125	Moskau, 25.2.1925	Beschluss und Instruktionen des sowjetischen Politbüros über die Einstellung der „aktiven Aufklärung" in Mitteleuropa	**434**
126	[Moskau], 5.3.1925	Beschluss des Politbüros des ZK der RKP(b) über die Verhaftung der deutschen Studenten und die Vorgaben für die KPD	**437**
126a	Moskau, 18.3.1925	Brief Josef Eisenbergers an die Kontrollkommission der Komintern über seine Auseinandersetzung mit August Thalheimer	**440**
127	Moskau, 17.4.1925	Bitte Elena Stasovas an Molotov, in Deutschland bleiben zu können	**442**
127a	Berlin, 7.5.1925	Brief Willi Münzenbergs an Sinowjew über die Tätigkeit der Internationalen Arbeiterhilfe	**445**
127b	Berlin, 29.6.1925	Brief von Iwan Katz an Sinowjew über die Zustände in der KPD unter Ruth Fischer	**448**
128	[Moskau], 3.7.1925	Entwurf des Politbüros des ZK der KP Russlands (Čičerin) für einen Vertrag mit Deutschland	**453**
129	Moskau, 22.7.1925	Aus einem Brief Nikolaj Bucharins an Stalin über die Situation in der KPD-Führung	**454**
130	[Berlin], 22.7.1925	Brief Dmitrij Manuilskis an Stalin über Situation in der KPD	**457**
131	Soči, 23.7.1925	Chiffretelegramm von Stalin an das ZK der KP der Sowjetunion, Nikolaj Bucharin und Dmitrij Manuilski zur Situation in der KPD	**459**
132	[Moskau], 24.7.1925	Brief Bucharins, Manuilskis, Pjatnitzkis und Kuusinens an Stalin und Sinowjew über die Verhandlungen mit der KPD-Delegation in Moskau	**460**
133	Soči, 25.7.1925	Brief Stalins an Bucharin für die Unterstützung Thälmanns gegen Fischer und Maslow und eine schärfere Gangart gegenüber der Regierung Stresemann	**462**
134	[Moskau], 30.7.1925	Chiffretelegramm Pjatnitzkis an Stalin und Sinowjew über den Verlauf der Verhandlungen mit der KPD-Delegation in Moskau	**464**
135	Moskau, 16.9.1925	Mitteilung des Moskauer Parteichefs der RKP(b) Nikolaj Uglanov an Stalin mit der Forderung der Absetzung Ruth Fischers	**467**
136	Düsseldorf, 29.9.1925	Brief der KPD-Anwälte zur Bilanz der Verteidigung im Prozess gegen Maslow („Zentrale-Prozess" u.a.)	**468**
137	[Moskau], 9.10.1925	Bitte Clara Zetkins an Stalin um Audienz für ein KPD-Mitglied	**471**
138	Moskau, 10.10.1925	Antwortbrief Stalins an Clara Zetkin über sein Interesse an den Vorgängen in der KPD	**472**
139	Moskau, 19.10.1925	Referat eines sowjetischen Militärspezialisten über den Zustand und die Aufgaben der kommunistischen Militärorganisation in Deutschland	**473**
140	Berlin, 3.11.1925	Bericht an die Komintern über die innerparteilichen Auseinandersetzungen mit der „Linken" und der „Rechten" auf der Parteikonferenz der KPD	**478**
140a	Berlin, 27.11.1925	Brief der KPD-Führung an Sinowjew über den Verbleib von Ruth Fischer in Moskau	**481**

1926

142	Moskau, 23.1.1926	Leitlinien der Komintern zur Unterstützung des KPD-Volksbegehrens zur Enteignung der ehemaligen Fürstenhäuser und zur Regierungskrise der Weimarer Republik	**484**
143	Moskau, 21.2.1926	Persönlicher Brief Ernst Thälmanns an Stalin zur Kritik am Kominternvorsitzenden Sinowjew	**490**
144	[Moskau], 16.3.1926	Nachfragen Stalins an Pjatnitzki zur Personalpolitik, Säuberung und Gelderverteilung in Komintern-Angelegenheiten	**495**
145	[Moskau], 20.3.1926	Antwort des Schatzmeisters der Komintern auf die Anfrage Stalins zur Verteilung der Gelder an die kommunistischen Parteien	**496**
146	[Moskau], 30.3.1926	Brief Stalins an Clara Zetkin über die Abschiebung Ruth Fischers	**498**
147	Moskau, 5.4.1926	Brief Clara Zetkins an Stalin über den finanziellen Bankrott der Internationalen Arbeiterhilfe	**499**
148	[Moskau], 13.4.1926	Brief Heinz Neumanns an Stalin über Hugo Urbahns und die Verfolgung der linken Oppositionellen in Russland	**500**
149	Moskau, 29.4.1926	Beschluss der Internationalen Kontrollkommission der Komintern über das Verhalten von Maslow vor dem deutschen Gericht	**502**
150	[Moskau], 8.5.1926	Brief Stalins zum Artikel Manuilskis über die „Ultra-Linken" in Deutschland	**504**
151	Moskau, 26.5.1926	Internes Rundschreiben der Komintern an die Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien gegen die antisowjetische Presse-Kampagne	**506**
152	[Moskau], 1.6.1926	Anfrage des Schatzmeisters der Komintern zur Finanzierung der Fürstenenteignungskampagne der KPD	**508**
153	[Moskau], ca. Juni 1926	Geheimer Beschluss der Komintern zur „parteilosen Verlagstätigkeit" und zum Vertrieb der Literatur im nichtkommunistischen Umfeld	**509**
154	[Moskau], ca. 2.6.1926	Rundschreiben der Komintern über den Aufbau von kommunistischen Fraktionen in den „sympathisierenden Massenorganisationen" sowie den nichtkommunistischen Organisationen	**512**
155	Moskau, 2.6.1926	Interne Leitsätze der Komintern über pazifistische, antikolonialistische und andere Massenorganisationen (Rote Hilfe, Internationale Arbeiterhilfe, Freunde der Sowjetunion)	**514**
156	[Moskau], nach 3.6.1926	Brief Molotovs an Stalin mit Informationen über den Aufenthalt Ernst Thälmanns in Moskau	**524**
157	[Moskau], 1.7.1926	Beschluss des Politbüros des ZK der VKP(b) über die Vorschläge der Firma „Junkers" zur Lieferung von Bombern an die Sowjetunion	**526**
158	[Moskau], 20.8.1926	Brief Stalins an Heinz Neumann gegen eine Veröffentlichung der Erklärung der russischen Linken Opposition in Deutschland	**528**
159	[Berlin], 1.9.1926	Erklärung von 700 KPD-Mitgliedern zur russischen Frage und gegen die Verfolgung der Linken Opposition in der Sowjetunion („Brief der 700")	**531**
160	Berlin, 14.9.1926	Mitteilung Neumanns an den Verbindungsdienst der Komintern und sowjetische Stellen über den Transport von Materialien der russischen Opposition nach Deutschland	**539**
161	[Berlin?], 14.9.1926	Persönlicher Brief Neumanns an Stalin über Aktivitäten und innerparteiliche Kämpfe der KPD	**541**
162	O.O., 2.11.1926	Rüge Georgij Čičerins an Stalin betreffs seiner Wortwahl über das Verhältnis zu anderen Staaten	**543**

163	[Moskau], [um 25.11.1926]	Brief Kujbyševs an das Politbüro des ZK der VKP(b) über den Vorschlag Thälmanns zur Entsendung deutscher Spezialisten	545
164	Moskau, 22.12.1926	Geheimbeschluss der russischen Delegation in der Komintern über den Kurswechsel der KPD	546
1927			
166	[Moskau], 24.1.1927	Vortrag Nikolaj Bucharins im Präsidium der Komintern über die internationale Kriegsgefahr als Hauptgefahr	548
167	Moskau, 25.2.1927	Instruktionen des Politsekretariats der Komintern zur Kampagne zum 10. Jahrestag der Oktoberrevolution	553
168	[Berlin], 27.3.1927	Brief des sowjetischen Emissärs in Deutschland „Albert" [d.i. Vissarion Lominadze] an Stalin über die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Rotfrontkämpfern in Berlin	555
169	[Berlin], 11.4.1927	Eindrücke des Emissärs Lominadze an Stalin von einer Kundgebung der KPD im Berliner Sportpalast	559
170	[Moskau], 25.5.1927	Aus dem Geheimprotokoll der Sitzung der russischen und deutschen Delegation des 8. EKKI-Plenums zur Festlegung der KPD-Politik	563
171	Berlin, 26.5.1927	Brief Jacob Walchers an Bucharin über die Politikunfähigkeit der KPD	566
172	Berlin, 31.7.1927	Brief Arthur Ewerts an Bucharin über die Krisenerscheinungen in der KPD	573
173	Berlin, 11.9.1927	„Drecksbrief" Clara Zetkins an Bucharin über die Cliquenwirtschaft in der KPD unter Thälmann	578
173a	[Moskau], Mitte September 1927	Vertrauliche Materialien der Informationsabteilung des EKKI über Oppositionsgruppen im Umkreis der KPD	583
174	[Berlin], 15.9.1927	Brief Dmitrij Manuilskis an Nikolaj Bucharin und Stalin über seinen erfolgreichen Deutschland-Aufenthalt und die „äußerst einmütige Arbeit unter Führung von Teddy"	590
175	Berlin, 19.9.1927	Schreiben des Sekretariats der KPD an die Komintern zum Verhalten der Angeklagten im bevorstehenden „Zentrale-Prozess"	591
176	Berlin, 23.10.1927	Brief Ernst Thälmanns an Stalin über die Lage in der KPD-Führung	594
176a	[Kanton, 9.12.1927]	Telegramm des Emissärs Heinz Neumann aus China, sofort mit dem Aufstand in Kanton zu beginnen	596
1928			
177	Moskau, 13.2.1928	Schreiben des Organisationssekretärs der Komintern Mauno Heimo über die Schulden der Arbeiter Illustrierten Zeitung (AIZ)	600
178	Moskau, 29.2.1928	Geheime Vereinbarung („Geheimabkommen") der russischen und deutschen Delegationen im EKKI über die Zukunft der KPD	602
179	Moskau, 8.3.1928	Beschluss des Politbüros der KP der Sowjetunion über die in Verbindung mit dem Šachty-Prozess zu treffenden Maßnahmen	604
180	Moskau, 24.3.1928	Brief Stalins an Nikolaj Bucharin, Aleksej Rykov und Molotov mit kritischen Bemerkungen zum Programmentwurf der Komintern	606
181	Moskau, 5.4.1928	Beschwerde des ZK der KPD über die Informationspolitik der Sowjetunion und der Komintern zum Šachty-Prozess	608
182	Moskau, 11.4.1928	Beschwerde Hermann Remmeles an die Komintern über schikanöse Kontrollen im Hotel Lux	610
183	Moskau, 12.4.1928	Vorschlag Brandlers und August Thalheimers, sich im „Zentrale-Prozess" dem Gericht zu stellen	611

184	Moskau, 10.5.1928	Beschluss des Politbüros der KP der Sowjetunion zur Öffentlichkeitsstrategie im Šachty-Prozess und einem Treffen mit Botschafter Rantzau	613
185	[Moskau], 30.6.1928	Aus einem Brief Remmeles an Leo Flieg über die Lage in der KP der Sowjetunion	616
186	Moskau, 5.7.1928	Aus dem Referat Bucharins auf dem Plenum des ZK der KP der Sowjetunion über den Programmentwurf der Komintern und die Kriegsabsichten der Sozialdemokratie	620
187	Moskau, 5.7.1928	Aus einer Rede Stalins über den russischen Charakter des Programms der Komintern	624
188	Berlin, 16.7.1928	Vorschläge von Josef Gutsche, August Mayer und Gerhard Schott zur Verbesserung der militärpolitischen Arbeit der KPD	626
189	[Moskau], 20.8.1928	Interne personelle Vorschläge Stalins zum VI. Kominternkongress, zur KPD und der Person Thälmanns	629
190	Moskau, 15. September 1928	Telegrafische Bewilligung der Komintern zur Abhaltung der Reichsparteiarbeiterkonferenz der KPD	632
191	Tuapse (Südrussland), 1.10.1928	Chiffrierte telegraphische Stellungnahme Stalins an Molotov über den „Thälmann-Skandal“	633
192	Moskau, 2.10.1928	Protokoll der Kominternkommission zur Untersuchung der Unterschlagungen im Hamburger KPD-Bezirk	634
193	Moskau, 2.10.1928	Anweisung der Komintern an die KPD, den ZK-Beschluss der KPD zur Absetzung Thälmanns nicht bekanntzugeben	636
194	Moskau, 6.10.1928	Nicht zur Veröffentlichung bestimmter Teil des Präsidiumsbeschlusses der Komintern zur Rehabilitierung Thälmanns	637
195	Gagri [Gagra, Abchasien], 20.10.1928	Stellungnahme von Hans Günther zur Verwendung der Begriffe „Sowjets“ oder „Räte“ im Programm der Komintern	638
196	Moskau, 25.10.1928	Brief Stalins an Thälmann zu dessen Exkulpierung und der kollektiven Führungsarbeit in der KPD	640
197	Moskau, 25.10.1928	Bericht des Sekretariats der KPD an die Komintern über die Parteidiskussion in Deutschland	641
198	Moskau, 29.11.1928	Brief Gerhart Eislers an das Komintern-Sekretariat zur Auszahlung von Trennungsgeld an seine Frau	645
199	Moskau, 1.12.1928	Brief von Walter Ulbricht im Namen der Deutschen Vertretung in der Komintern an Ernst Meyer	646
200	Moskau, 1.12.1928	Telegramm Ernst Meyers und Arthur Ewerts gegen den Ausschluss Jacob Walchers	647
201	Moskau, 6.12.1928	Erklärung Hugo Eberleins gegen die Rehabilitierung Thälmanns durch die Komintern	647
202	Moskau, 17.12.1928	Telegrafische Bedingungen des Präsidiums der Komintern an die „Rechten“ in der KPD	649
203	Moskau, 20.12.1928	Das Mitteleuropäische Ländersekretariat der Komintern zum Umschwung in der Betriebspolitik der KPD nach dem Ruhreisenstreik	651
204	Moskau, 22.12. 1928	Brief Thälmanns an die Komintern zur Widerlegung der gegen ihn geäußerten Kritik	653
205	Moskau, 22.12.1928	Brief Stalins an Manuilski über seine angebliche Einmischung in die Angelegenheiten der KPD	659

1929

206	Berlin, 1.1.1929	Arbeitsprogramm der deutschen Ländergruppe der Internationalen Leninschule für das erste Halbjahr 1929	662

207	Moskau, 21.1.1929	Anweisungen der Kleinen Kommission der Komintern zur ultimativen Veröffentlichung von Presseartikeln	**664**
208	Moskau, 7.3.1929	Telegraphische Bestätigung der Komintern über die Säuberungen und Ausschlüsse in der Roten Hilfe Deutschlands (RHD)	**665**
209	Moskau, 9.3.1929	Schreiben Ulbrichts an Leo Flieg über Kürzungen der finanziellen Zuschüsse der Komintern an die KPD	**666**
210	Saratov, 15.3.1929	Persönlicher Brief Voja Vujovićs aus der sowjetischen Verbannung an Jules und Jenny Humbert-Droz über die Folgen der Thälmann-Affäre	**667**
211	Berlin, 19.3.1929	Brief von Josef Schneider an Remmele gegen den „Maulhelden" Max Hoelz	**669**
212	Berlin, 22.3.1929	Brief Čičerins an Stalin zur Kritik am Kriegsgefahrsyndrom und den außenpolitischen Vorgaben der Deutschlandpolitik der Sowjetunion	**671**
213	Moskau, 25.3.1929	Instruktionen Ulbrichts im Namen der Komintern und der KPD zur neuen Gewerkschaftstaktik	**673**
214	[Berlin], 28.3.1929	Anweisungen des Sekretariats der KPD an die Bezirksleitungen zur Demonstration am 1. Mai und zum Kampf gegen das Parteiverbot	**674**
215	Moskau, 2.4.1929	Anweisungen des Politsekretariats der Komintern zur Vorbereitung des Internationalen Tages gegen den imperialistischen Krieg	**676**
216	Berlin, 23.4.1929	Der Rote Frontkämpfer-Bund zur Übergabe eines „würdigen Geschenks" an das „proletarische Vaterland" anlässlich des 10jährigen Jubiläums der Komintern	**680**
217	Moskau, 9.5.1929	Beschlüsse des Politbüros der KP der Sowjetunion zu den Maiereignissen in Berlin	**682**
218	Berlin, 9.5.1929	Informationen über die Internationale Leninschule in Moskau aus Anlass der Einführung von Neunmonatskursen	**683**
219	[Berlin], 12.6.1929	Brief des Parteibezirks Nordwest der KPD an Wilhelm Pieck über die Affäre des verschwundenen Fischdampfers *Scharnhorst*	**686**
221	[Berlin], 12.6.1929	Richtlinien für die Presse der Kommunistischen Parteien über die Durchführung der Antikriegskampagne	**688**
222	Berlin, 20.6.1929	Brief Čičerins an Stalin über die verfehlte Komintern- und Außenpolitik, den Berliner Blutmai und den Unsinn der Sozialfaschismusthese	**690**
224	[Berlin], 25.6.1929	Stellungnahme der deutschen Vertretung bei der Komintern über die Verwendung der abzuschiebenden Ewert und Eberlein	**693**
225	Moskau, 28.6.1929	Brief der deutschen Vertretung bei der Komintern an das Parteisekretariat über den Kampf gegen den „Sozialfaschismus" und den deutschen Seemannsklub in Vladivostok	**695**
226	Berlin, 23.7.1929	Antrag der deutschen Vertretung bei der Komintern an das sowjetische Außenkommissariat zur Aufklärung in der Affäre Scharnhorst	**697**

Teil 3: 1929–1933. „Sozialfaschismus"-Politik, letzte KPD-Fraktionskämpfe, Machtantritt Hitlers und Reichstagsbrand

227	[Moskau], 23.8.1929	Rundschreiben der Agitprop-Abteilung des EKKI über die propagandistische Auswertung der Beschlüsse des X. EKKI-Plenums	**702**
228	In Deutschland, 27.9.1929	Kritischer Brief Čičerins an Molotov über die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Komintern	**704**

229	[Wiesbaden], 18.10.1929	Brief Čičerins an Molotov über die Unsinnigkeit der Sozialfaschismus-These	**706**
229a	Berlin, 24.10.1929	Telegramm des ZK der KPD an Stalin und Molotov mit der Bitte um Mittelüberweisung zur Unterstützung des Berliner Rohrlegerstreiks	**709**
230	[Moskau], 25.10.1929	Beschluss des Politbüros der KP der Sowjetunion über ein erweitertes Angebot von Militär- und Spezialkursen für ausländische Kommunisten	**709**
231	[Berlin], 12.11.1929	Rundschreiben des Westeuropäischen Büros der Komintern zur Beschränkung und Erfassung der politischen Emigration	**711**
232	[Berlin], 22.11.1929	Mitteilung des Kominternpräsidiums über die Wiederaufnahme der Tätigkeit des Westeuropäischen Büros in Berlin	**712**
233	[Moskau], Ende 1929 – Anfang 1930	Brief Karl Gailis' an Tuure Lehén über die Aufgaben der Militärarbeit der KPD	**714**

1930

234	[Moskau], 13.1.1930	Brief des Mitteleuropäischen Ländersekretariats der Komintern an das ZK-Sekretariat der KPD über den „Sozial-“ und den „National-Faschismus“ in Deutschland	**716**
235	[Moskau], 15.2.1930	Beschluss des Politbüros der KP der Sowjetunion über die Budgets der Komintern, der Roten Gewerkschaftsinternationale und der Bauerninternationale	**722**
236	[Berlin], 19.2.1930	Aufzeichnung des sowjetischen Bevollmächtigten in Deutschland, Nikolaj Krestinskij, über ein Gespräch mit Staatssekretär Carl von Schubert bezüglich der SPD-Presse	**723**
237	Berlin, 25.2.1930	Erklärung von Eberlein zur Abschwörung von seinen „versöhnlerischen“ politischen Auffassungen	**724**
239	[Berlin], 4.3.1930	Instruktion des Westeuropäischen Büros der Komintern an alle kommunistischen Parteien gegen die „religiöse antisowjetische Kampagne“	**725**
240	[Moskau], 1.4.1930	Brief Pjatnitzkis an Stalin und Molotov zum Konflikt um Paul Merker und Remmele in der KPD („Merkeriade“)	**726**
241	[Berlin], 16.4.1930	Ausschnitte aus dem Protokoll eines Gesprächs zwischen Krestinskij und Reichsaußenminister Julius Curtius über die politische Verfolgung der KPD	**728**
242	[Moskau], 26.4.1930	Geschlossener Brief des Politsekretariats der Komintern an das ZK der KPD über die innerparteiliche Lage und die Angelegenheit Paul Merker	**730**
243	Moskau, 6.5.1930	Aus einem Referat Rosenthals über „die rechten Renegaten in Deutschland“ nach dem X. Plenum des EKKI im Informationsbüro der Komintern	**734**
244	[Moskau], 28.7.1930	Briefentwurf des Politsekretariats der Komintern an die KPD-Führung über die nationale Befreiung der Werktätigen gegen den „Nationalfaschismus“ als Perspektive zu den Reichstagswahlen	**738**
245	Berlin, 24.8.1930	Programmerklärung der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes	**742**
246	Moskau, 18.9.1930	Glückwunschtelegramm der Komintern an die KPD zu ihrem Ergebnis bei der Reichstagswahl	**749**
247	[Moskau], 1.10.1930	Schreiben K. Pervuchins an das Politsekretariat über die Stellungnahmen der Komintern zum Wahlergebnis in Deutschland	**750**

248	Moskau, 26.10.1930	Ablehnende Stellungnahme seitens der Komintern, über die KPD den streikenden Metallarbeitern in Berlin sowjetisches Getreide zur Verfügung zu stellen	**752**
249	Moskau, 28.10.1930	Rede Pjatnitzkis auf der Sitzung des Präsidiums des EKKI über die Reichstagswahlen und den Erfolg der Nationalsozialisten	**753**
250	Moskau, 2.11.1930	Von der Komintern autorisierte Resolution über die Aufgaben des illegalen Roten Frontkämpfer-Bundes und die Liquidierung der Antifa in Deutschland	**756**
251	[Moskau], 21.11.1930	Zirkularbrief des Westeuropäischen Büros der Komintern an die kommunistischen Parteien in Europa zum Prozess gegen die „Industriepartei" in der Sowjetunion	**761**
252	Berlin, 23.11.1930	Adresse des 2. Reichskongresses werktätiger Frauen Deutschlands an die „Arbeiterschwestern und -Brüder der Sowjetunion"	**763**
253	[Moskau], 10.12.1930	Beschluss des Politbüros der KP der Sowjetunion gegen die Auffassung der KPD, dass der Machtantritt des Faschismus in Deutschland bereits erfolgt sei	**765**
254	[Moskau], 10.12.1930	Geheimes Zirkular des Politsekretariats der Komintern über den oppositionellen „Rechts-Linksblock" von Sergej Syrcov und Lominadze und den Ausschluss der „Rechten" aus der KP der Sowjetunion	**766**
254a	Berlin, 11.12.1930	Brief Stefan Bratman-Brodovskijs an Nikolaj Krestinskij über den Prozess gegen die „Industriepartei" und die Fehleinschätzung der Brüning-Regierung durch die KPD	**770**
255	Berlin, 20.12.1930	Bericht der KPD an die Komintern über den Kampfbund gegen den Faschismus in Deutschland	**774**
1931			
256	[Moskau], 7.1.1931	Beschluss des Politbüros der KP der Sowjetunion über Angelegenheiten der Komintern, u.a. zum Mandatsende Molotovs	**777**
257	[Berlin], 10.1.1931	Brief des Mitteleuropäischen Ländersekretariats der Komintern, über die Einschätzung des Faschismus in der *Roten Fahne* und die antifaschistische Demonstration in Berlin	**778**
258	[Moskau], [vor dem] 18.1.1931	Nicht abgeschickte Instruktionen der Politkommission der Komintern zur antifaschistischen Ausrichtung der Betriebsrätewahlen in Deutschland	**781**
259	[Moskau], 4.3.1937	Denunziatorischer Bericht Remmeles über eine Begegnung mit Bucharin im Frisiersalon des Hotels Metropol in Moskau	**784**
261	Moskau, 26.3.1931	Rede Manuilskis auf dem XI. EKKI-Plenum der Komintern zur nicht-revolutionären Situation in Deutschland und für die Zerschlagung der Sozialdemokratie als „Massenbasis" des Faschismus	**787**
262	[Moskau], 6.4.1931	Rede Manuilskis auf der Sitzung der Politkommission des XI. EKKI-Plenums zum Konzept einer „Volksrevolution" in Deutschland	**790**
263	[Moskau], 15.7.1931	Beschlussprotokoll der Sitzung der Politkommission des EKKI über die Lage in Deutschland und den verschärften Kampf gegen die SPD-Linke	**793**
264	Berlin, 15.7.1931	„Sekretariatsbrief" Neumanns an Pieck über die Teilnahme der KPD am „roten Referendum" für den Volksentscheid zur Auflösung des Preußischen Landtags	**795**

265	[Moskau], 17.7.1931	Brief Piecks an Pjatnitzki über die Haltung der KPD zur linken Sozialdemokratie	**798**
266	[Moskau], 20.7.1931	Brief Wilhelm Piecks an das ZK-Sekretariat der KPD zur Übermittlung der Instruktion seitens führender russischer Genossen zur unbedingten Teilnahme am preußischen Volksentscheid	**799**
267	[Moskau], 2.8.1933	Aus einem Brief Remmeles (Ps. „Herzen“) an die Kommission zur Untersuchung der Fraktionsarbeit in der KPD über die Hintergründe des Volksentscheids gegen die preußische Regierung	**801**
268	[Moskau], [28.7.1931]	Geheimer Maßnahmenkatalog der Komintern über die Konspiration und den Kampf „gegen Provokation und Verrätertum“	**803**
269	Moskau, 16.9.1931	Resolution der Komintern zur Legitimierung des „Roten Volksentscheids“ in Deutschland	**807**
270	[Moskau], 25.9.1931	Beschluss des Politbüros der KP der Sowjetunion über die Vorschläge des preußischen Innenministers Severing zur Aufhebung des Verbots der KPD-Presse	**811**
271	[Moskau], 16.10.1931	Instruktionen des Mitteleuropäischen Ländersekretariats der Komintern an die KPD zur Verstärkung der Erwerbslosenarbeit	**813**
272	[Moskau], 28.10.1931	Bericht maßgeblicher Komintern-Funktionäre an Stalin und Molotov über „Einmischungen“ in Angelegenheiten der KPD seitens der sowjetischen Delegation in der Komintern im Jahre 1931	**817**
273	[Düsseldorf], 28.10.1931	Protestschreiben von KPD-Arbeitern an die Komintern, die aus den Druckereibetrieben der Partei entlassen wurden	**823**
274	Moskau, 26.11.1931	Beschwerde an den Presseleiter der Komintern über den Umgang mit dem deutschen Archiv beim Lenin-Institut, Moskau	**827**
275	[Moskau], 1.12.1931	Rede Manuilskis im Politsekretariat der Komintern über die „Volksrevolution“ und den antifaschistischen Kampf	**828**
275a	[Moskau], 12.12.1931	Niederschrift des sowjetischen Diplomaten Boris Štejn über eine Unterredung mit dem deutschen Botschaftsmitarbeiter Fritz von Twardowski	**833**
276	[Moskau], 14.12.1931	Entwurf eines Briefes der Politkommission der Komintern an alle Sektionen zur Gedächtniskampagne für Lenin, Liebknecht und Luxemburg	**837**
1932			
279	[Moskau], 2.1.1932	Instruktion der Politkommission der Komintern an die KPD mit der neuen Rosa Luxemburg-Interpretation Stalins	**842**
280	[Moskau], 3.1.1932	Notiz eines Referenten der Organisationsabteilung der Komintern über die Darstellung der Militärpolitik in der KPD-Presse	**845**
281	[Moskau], 5.1.1932	Vorschlag Lozovskijs an die sowjetische Delegation im EKKI zur Einrichtung einer westeuropäischen Vertretung der Komintern angesichts der Kriegsgefahr	**848**
282	[Berlin, 20.2.1932–23.2.1932]	Resolution des ZK-Plenums der KPD: Kampf gegen den Hitlerfaschismus und Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie	**850**
283	[Moskau], 13.3.1932	Brief Wilhelm Piecks an Ernst Thälmann mit der Aufforderung, in der *Roten Fahne* den Kult um seine Person einzuschränken	**853**
284	[Moskau], 15.3.1932	Vertrauliche Stellungnahme Pjatnitzkis gegenüber der Komintern zu den Ergebnissen des ersten Durchgangs der Reichspräsidentenwahl	**855**

285	[Moskau], 25.3.1932	Rede Aleksandr Martynovs in der vorbereitenden Kommission des XII. Plenums des EKKI zur Kritik des Antifaschismus der KPD	**858**
286	[im Deutschen Reich], 6.4.1932	Brief des Kominternemissärs Lajos Magyar an Kun über Hitlers Pläne zur Vernichtung des Bolschewismus und der Sowjetunion	**861**
287	Moskau, 10.4.1932	Heinz Neumann über den Personenkult Ernst Thälmanns und die Auswirkungen auf den Kampf gegen den Faschismus	**863**
288	[Moskau], 17.4.1932	Rede Manuilskis zur Vorbereitung des XII. EKKI-Plenums: Angesichts ihres Schematismus müsse die KPD dem Faschismus unterliegen	**866**
289	[Berlin?], 9.5.1932	Brief „Ludwigs" (Ps.), d.i. Lajos Magyar, über den Einbruch der Nationalsozialisten in die Arbeiterklasse und die Perspektiven eines deutschen Italien	**868**
290	[Moskau], 10.5.1932	Anschreiben Pjatnitzkis an Stalin zu den Informationsberichten über die Lage in der KPD	**871**
293	Sotschi, 5.6.1932	Brief Stalins an Lazar' Kaganovič gegen die kritische Berichterstattung der sowjetischen Presse über die neue deutsche Papen-Regierung	**878**
294	Berlin, 18.6.1932	Brief Ernst Thälmanns an Wilhelm Florin über die Taktik zur Verhinderung der Wahl eines NS-Präsidenten im Preußischen Landtag	**879**
295	[Moskau], 20.6.1932	Brief Pjatnitzkis, Knorins, Gusevs und Lozovskijs zur Wahl des preußischen Landtagspräsidenten (an Molotov und Kaganovič)	**883**
296	[Moskau], 10.7.1932	Anfrage von Knorin und Pjatnitzki für die Komintern zum Angebot der sozialdemokratischen Reichsbannerführung im Sinne einer gemeinsamen Abwehrstrategie (an Kaganovič und Stalin)	**885**
296a	Moskau, 22.7.1932	Beschluss des Politsekretariats des Exekutivkomitees der Komintern über den KPD-Aufruf zum politischen Massenstreik gegen die Reichsexekutive zur Auflösung des preußischen Landtags („Papenputsch") vom 20.7.1932	**887**
297	Soči, 26.7.1932	Brief Heinz Neumanns an „den lieben Freund" über seine Gespräche mit Stalin zu den Perspektiven in Deutschland	**889**
298	[Moskau], 27.7.1932	Kritische Rede Knorins zur Einordnung Deutschlands als nachgeordnetes revolutionäres Land durch die Komintern	**890**
299	[Golovino bei Moskau], 21.8.1932	„Die Krise der Komintern": Aus der oppositionellen Plattform des „Bundes der Marxisten-Leninisten" der Sowjetunion (Rjutin-Gruppe)	**892**
300	Moskau, 19.11.1932	Brief von Alfred (Ps.), d.i. Tuure Lehén, an M[ichael] (Ps.), d.i. Osip Pjatnitzki (?) über die militärpolitische Arbeit in Deutschland	**896**
301	[Berlin], 25.12.1932	„Remmele-Memorandum" an Pjatnitzki und den „Führer der KPdSU" Stalin über den Thälmann-Kurs in der KPD	**897**

1933

303	[Berlin-Weißensee], o.D. [22.1.1933]	Flugblatt der „Versöhnlerfraktion" über die KPD und den Machtantritt des Nationalsozialismus in Deutschland	**910**
304	O.O., [4.2.1933]	Notiz zur Selbstkritik auf der Sitzung der engeren KPD-Leitung hinsichtlich der „Machtergreifung"	**919**
305	Ziegenhals bei Berlin, 7.2.1933	Rede Ernst Thälmanns auf der Reichskonferenz der Polsekretäre u.a. der KPD-Bezirke in Ziegenhals bei Zeuthen („Ziegenhalser Rede")	**920**
306	Moskau, 17.2.1933	Denkschrift des Referenten der Organisationsabteilung, Karol' Sverčevskij, über die Wehrkurse der Komintern	**924**

307	[Berlin, 22.2.1933]	„Moskau und der deutsche Faschismus“: Manuskript über das Treffen der Sozialdemokraten Friedrich Stampfer und Victor Schiff mit dem sowjetischen Botschaftssekretär Vinogradov in Berlin kurz vor dem Reichstagsbrand	928

Teil 4: 1933–1939. NS-Unterdrückung, Volksfront-Politik und Großer Terror

308	Berlin, 25.2.1933	Brief Ernst Thälmanns an die Kominternführung über die Situation in Deutschland nach dem 30. Januar	941
309	Berlin, 4.10.1933	Brief Ernst Thälmanns an den Untersuchungsrichter des Reichsgerichts über Revolutionserwartung, Aufstandsvorbereitungen und Aktionsplanung der KPD im Februar 1933	951
310	[Moskau], 28.2.1933	Bericht Manuilskis über die Einheitsfront und die „günstige Situation“ in Deutschland	953
310b	[Moskau], 2.3.1933	Vermerk Stalins, in der sowjetischen Presse nichts über die Drogenvergangenheit Hermann Görings verlauten zu lassen	958
311	Moskau, 6.3.1933	Aufruf des Exekutivkomitees der Komintern zur Einheitsfront gegen die faschistische Diktatur	960
312	[in Spanien], 7.3.1933	Geheimbrief von Neumann an Remmele über die „Thälmann-Bande“	963
312a	Moskau, 7.3.1933	Brief von Max Hoelz an Pjatnitzki mit der Bitte um seine Abkommandierung nach Deutschland	965
314	Moskau, 15.3.1933	Redebeiträge von Sepp Schwab, Hermann Köhler, Manuilski und Pjatnitzki zur Lage der KPD nach dem Reichstagsbrand	966
315	[Berlin], 16.3.1933	Telegramm des ZK der KPD an Pjatnitzki über Finanzfragen	973
316	[Moskau], 20.3.1933	Briefentwurf der Komintern an das ZK der KPD über die Lage in Deutschland, zur Begutachtung an Stalin, Molotov, Kaganovič	977
317	[Moskau], 1.4.1933	Vertraulicher Teil der Resolution des Präsidiums der Komintern zum Referat Heckerts über die Gründe der Niederlage der KPD und die Aufgaben	982
318	Berlin, 2.4.1933	An „Michael“ [d.i. Osip Pjatnitzki]: Bericht aus Berlin für die Kominternführung über die Lage in Deutschland	986
319	Moskau, 11.4.1933	Stenogramm eines Referats Osip Pjatnitzkis über die Situation und die Aufgaben der KPD	989
320	[Berlin, 12.4.1933]	Brief des sowjetischen Botschafters in Berlin Lev Chinčuk an Krestinskij über Hitlers außenpolitisches Programm und sein Verhältnis zur Sowjetunion	996
321	[Berlin], 12.4.1933	Brandbrief von Hermann Remmele (Ps. Herzen) an die KPD-Führung, die er für die katastrophale Niederlage verantwortlich macht	998
322	[Moskau], 28.2.1935	Alfred Kurella über die Einladung der Komintern zu gemeinsamen antifaschistischen Aktionen mit der Sozialdemokratie	1006
324	Moskau, 5.5.1933	Resolution des Politsekretariats der Komintern zur Wiederherstellung von Klassengewerkschaften in Deutschland	1008
324a	[Moskau], 10.5.1933	Brief Karl Radeks an den sowjetischen Botschaftssekretär in Berlin, Vinogradov, über die Schuldigen am Reichstagsbrand und dem bevorstehenden Reichstagsbrandprozess	1011
325	[Paris], 15.5.1933	Brief Münzenbergs an den „lieben Freund“ über Hilfsaktionen und antifaschistische Solidaritätskampagnen für die Freilassung von Thälmann, Torgler und Dimitrov	1015
326	Moskau, 22.5.1933	Nachricht von Pjatnitzki an Stalins Privatsekretär Aleksandr Poskrebyšev über die Situation Thälmanns in NS-Haft	1018

327	O.O., 1.6.1933 [ca. Juni 1933]	Beschluss der Auslandsleitung der KPD zur verschärften Kontrolle der Politemigration	1019
328	[Moskau], 10.6.1933	Kommunisten und Faschisten als „Erben" der zerschlagenen sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung: Aus einem Referat Solomon Lozovskijs in der Roten Gewerkschafts-Internationale	1021
329	[Berlin], 26.6.1933	Bericht an die Komintern über das Verhalten des ehemaligen Hauptkassierers der KPD Arthur Golke	1022
330	[Paris], 20.7.1933	Brief Münzenbergs an Stalin über die Ursachen für die Niederlage des deutschen Kommunismus 1933	1024
331	[Moskau], 22.7.1933	Bericht über die organisatorische Lage der KPD angesichts des existenzbedrohenden NS-Terrors	1033
332	Moskau, 17.8.1933	Bericht des deutschen Botschafters in Moskau, Herbert von Dirksen, über Gespräche in Moskau zum Stand der sowjetisch-deutschen Beziehungen nach dem Machtantritt Hitlers	1036
333	Moskau, 11.8.1933	Resolutionsentwurf der Komintern zur Ablehnung eines internationalen Boykotts gegen Hitler-Deutschland	1039
334	Paris, 4.9.1933	Brief Willi Münzenbergs an die Komintern über die antifaschistische Tätigkeit Albert Einsteins	1042
335	[Moskau], 19.9.1933	Protokoll der geheimen Sitzungen des Komintern-Sekretariats mit der KPD-Führung zur Strategie in Deutschland	1044
336	[Berlin], 20.9.1933	Brief von Jakov Rejch („James") aus Berlin an Knorin und Pjatnitzki über den technischen Apparat der KPD	1049
337	O.O., 28.9.1933	Bericht an die Komintern über die Umstellung der Parteiorganisation der KPD auf die Illegalität	1052
338	[Moskau], 2.10.1933	Vermerk Molotovs an Stalin gegen eine Verschärfung der sowjetischen Haltung gegenüber Hitler-Deutschland	1054
339	Moskau, 14.10.1933	Telegrammwechsel Stalins, Molotovs und Kaganovičs über einen Besuch Krestinskijs bei Hitler	1055
340	[Moskau], 15.10.1933	Direktive des Mitteleuropäischen Ländersekretariats der Komintern an die KPD zum Referendum über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund	1057
341	Moskau, 22.10.1933	Chiffretelegramm Molotovs und Kaganovičs an Stalin über einen möglichen Besuch Litvinovs in Berlin	1059
342	Moskau, 25.10.1933	Anfrage an Stalin zur Taktik der KPD gegenüber dem Referendum zum Völkerbundaustritt	1060
343	Moskau, 26.10.1933	Antwort Stalins zur KPD-Taktik bei den Reichstagswahlen und dem Referendum der Hitler-Regierung	1062
344	[Moskau], 17.12.1933	Rede Lozovskijs in der Roten Gewerkschafts-Internationale über die „riesige historische Bedeutung" der Zerschlagung der deutschen Sozialdemokratie	1063

1934

344a	Amsterdam, 14.1.1934	Erklärung Heinz Neumanns an die Komintern zu seinen politischen Fehlern	1065
345	[Moskau], 8.5.1934	„Tatsachenmaterial" zum Bericht der Internationalen Roten Hilfe über Aufnahme von Politemigranten in der UdSSR	1069
346	O.O., 25.5.1934	Brief „Ludwigs" (d.i. Lajos Magyar) an Pjatnitzki über seine Mission in Deutschland	1071
347	[Moskau], 14.6.1934	Rede Manuilskis zur Vorbereitung des VII. Weltkongresses der Komintern über die falsche Einschätzung des Faschismus	1072

348	[Zürich], 16.6.1934	Beschwerde Karl Volks an die Komintern über seinen Ausschluss aus der KPD als „Versöhnler“	**1074**
349	[Moskau], 8.7.1934	Beschluss des Präsidiums der Komintern über die internationale Kampagne zur Befreiung Thälmanns aus NS-Haft	**1077**
350	Moskau, 22.8.1934	Redebeitrag Béla Kuns zur Vorbereitung des VII. Weltkongresses der Komintern gegen ein Abrücken von der revolutionären Strategie	**1080**
351	Moskau, 28.8.1934	Brief des Schriftstellers Lothar Wolf an Wilhelm Pieck und Fritz Heckert	**1082**
352	[Moskau], 29.8.[6.?]1934	Brief der Schriftstellerin Berta Lask an die KPD-Führung zur Situation in Moskau	**1086**
353	Moskau, 29.8.1934	Rede Knorins zur Preisgabe der revolutionären Perspektive in den Thesen des VII. Kominternkongresses	**1087**
354	[Gagra], 14.9.1934	Telegramm Stalins an das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion zum Abschluss des Handelsvertrags mit Deutschland	**1089**
355	[Moskau], [15.10.1934]	Vorschläge Dimitrovs an Stalin zur Reorganisation des Leitungsapparats der Komintern	**1091**
357	[Moskau], 13.11.1934	Brief Béla Kuns an Dimitrov und Knorin über die Propagandaarbeit im Saarland	**1094**

1935

359	[Moskau], 19.1.1935	Beschluss der Komintern über die „sektiererischen Fehler“ der KPD, für die antifaschistische Volksfront und die Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen	**1097**
359a	[Moskau], 18.2.1935	Brief Wilhelm Piecks zu den Beschuldigungen gegen den Leiter des militärpolitischen Apparats der KPD, Hans Kippenberger	**1101**
359b	[Paris?], 7.3.1935	Brief Ulbrichts an den „lieben Freund“ zur Kritik am militärpolitischen Apparat der KPD	**1105**
360	Moskau, 21.3.1935	Resolution der Komintern für die Neubelebung der internationalen Kampagne zur Befreiung Thälmanns aus NS-Haft	**1107**
361	Moskau, 8.4.1935	Hermann Schubert und Pieck im Mitteleuropäischen Ländersekretariat über die KPD-Krise und die neuen Vorgaben der Komintern	**1112**
362	[in der UdSSR], 5.8.1935	Brief Stalins an Molotov zur Einführung eines Generalsekretariats der Komintern unter Dimitrov	**1119**
363	Moskau, 7.8.1935	Für eine Volksregierung in Deutschland. Aus der Rede Ulbrichts auf dem VII. Weltkongress der Komintern	**1120**
364	[Moskau?], 10.8.1935	Antwortbrief Molotovs an Stalin über die Einsetzung Georgi Dimitrovs als Generalsekretär der Komintern	**1127**
366	Moskau, 20.8.1935	„Der Kampf um die Armee“: Aus den geheimen militärpolitischen Instruktionen des VII. Kongresses der Komintern	**1128**
367	[Moskau], 15.9.1935	Chiffretelegramm von Molotov an Stalin über den Nürnberger Parteitag der NSDAP und die nationalsozialistische Hetze gegen die Sowjetunion	**1130**
368	[Sotschi], 15.9.1935	Antwort Stalins an Molotov und Kaganovič zur Beurteilung des Nürnberger NSDAP- Parteitags	**1131**
369	Mariinsk, Siblag NKVD, 24.9.1935	Brief des Redakteurs Kurt Nixdorf an Molotov aus dem Gulag über die Umstände seiner Verhaftung	**1132**
370	[Moskau, 15.10.1935]	Manifest der Brüsseler Parteikonferenz der KPD 1935 „an das werktätige deutsche Volk!“	**1134**

370a	Moskau, 20.10.1935	Brief Elena Stasovas an die deutsche Vertretung der Komintern über chauvinistische Auswüchse bei deutschen Politemigranten	**1140**
371	[Moskau], Dezember 1935	Denkschrift des Komintern MP-Spezialisten Tuure Lehén zur Unterstützung der militärischen Arbeit der Komintern-Sektionen	**1141**
372	[Moskau], 4.12.1935	Memorandum des Außenkommissars Litvinov an Stalin und das Politbüro, die antisowjetischen Ausfälle des Hitler-Regimes nicht mehr hinzunehmen	**1145**
373	Moskau?, 5.12.1935	Denkschrift des Komintern-Referenten Wilhelm Zaisser über die Antikriegsarbeit und die militärpolitischen Aufgaben der Kommunistischen Parteien	**1149**
1936			
374	[Moskau], 3.1.1936	Brief von Manuilski an Nikolaj Ežov über Maßnahmen gegen das „Einsickern von Spionen und Diversanten" aus dem Ausland	**1152**
375	Moskau, 28.1.1936	Bericht von Grete Wilde für die Kaderabteilung des EKKI über die Fehler beim Befreiungsversuch Thälmanns aus der Haft	**1157**
375a	[Moskau?], 2.2.1936	Vertraulicher Bericht Hans Kippenbergers („Wolf") über Struktur und Tätigkeit des militärpolitischen Apparates der KPD	**1160**
376	Moskau, 3.2.1936	Bericht und Vorschläge des Kominternfunktionärs Grigorij Smoljanskij zur Situation der illegalen Parteikader in Deutschland	**1178**
376a	[Moskau], 8.2.1936	Vertraulicher Bericht Kippenbergers über den Parteiselbstschutz (PSS) der KPD	**1182**
376b	[Moskau, 10.2.1936]	Untersuchungsbericht der Kaderabteilung des EKKI (Grete Wilde) über den militärpolitischen Apparat der KPD und Leiter Hans Kippenberger	**1186**
377	Moskau, 19.2.1936	Tabellarische Aufstellung zur Überführung der Politemigranten aus den kommunistischen Parteien in die KP der Sowjetunion (1920–1936)	**1201**
378	Moskau, 25.2.1936	Referat Piecks über die Lage in Deutschland im zuständigen Kominternsekretariat Ercoli	**1202**
379	Paris, 1.3.1936 [März 1936]	Brief Bucharins an Stalin über seine Mission im Westen und die unzureichende Bekämpfung des Nationalsozialismus	**1207**
380	Moskau, 17.3.1936	Aus dem Beschluss des Kominternsekretariats zum Bericht des Politbüros der KPD über Lage und Aufgaben der Partei	**1212**
381	Moskau, 1.4.1936	Ansprache Wilhelm Piecks im Kominternpräsidium über Einheitsfront und Krieg	**1216**
383	1.6.1936 [Juni 1936?]	Walter Ulbricht: Zur Taktik des trojanischen Pferdes	**1220**
384	[Moskau], 02.7.1936	Brief des Leiters der Kaderabteilung des EKKI, Moisej Černomordik, an Dimitrov mit angeblichen Beweisen gegen Werner Hirsch	**1223**
385	Moskau, 27.7.1936	Brief Piecks an die operative Leitung der KPD zur internationalen Lage und den Verhaftungen von deutschen Kommunisten in der Sowjetunion	**1226**
386	Moskau, 1.8.1936	Briefentwurf des Sekretariats der Komintern an die NKVD-Führung über eine „konterrevolutionär-terroristische Gruppe von KPD-Mitgliedern"	**1231**
387	Moskau, 23.8.1936	Brief Piecks an Wilhelm Florin zum Ergebnis des Moskauer Prozesses und der „verbrecherischen Tätigkeit" von KPD-Mitgliedern	**1234**
388	Moskau, 25.8.1936	Beschluss des Kominternpräsidiums und der Internationalen Kontrollkommission zur Verschärfung der Parteidisziplin	**1238**

389	[Moskau?], 31.8.1936	Brief Heinz Neumanns an Dimitrov zu offensichtlichen Falschmeldungen in der französischen Presse	**1240**
391	Moskau, 2.9.1936	Biographische Profile über „Trotzkisten und andere feindliche Elemente in der Emigrantengemeinschaft der deutschen KP“: Memorandum der Kaderabteilung der Komintern	**1244**
392	[Moskau], 18.9.1936	Alfred Kurella über die „literarische Tätigkeit“ nach seiner Entfernung aus der Kominternarbeit	**1273**
393	Moskau, 29.9.1936	Beschluss des sowjetischen Politbüros zur Stigmatisierung ehemaliger Oppositioneller als „Spione, Diversanten und Schädlinge der faschistischen Bourgeoisie“	**1277**
394	Moskau, 1.10.1936	Vermerk Dimitrovs an Togliatti über „sofortige Maßnahmen“ für die bestmögliche Erkundung der tatsächlichen Lage in Deutschland	**1278**
395	[Moskau?], 1.10.1936	Instruktion Dimitrovs zur Propaganda für die neue stalinsche Verfassung der UdSSR	**1279**
395a	15. Oktober 1936	„Reichen wir einander brüderlich die Hände zur Versöhnung zur Versöhnung des deutschen Volkes“ – Aufruf des Zentralkomitees der KPD.	**1281**
396	Paris, 17.12.1936	Bohumír Šmeral über seinen Komintern-Auftrag in Paris zur Abwicklung der Münzenberg-Verlage und Organisationen	**1290**
1937			
397	Moskau, 8.1.1937	Aus der Mitschrift des Gesprächs Stalins mit Lion Feuchtwanger über die Sowjetunion und die laufenden Schauprozesse	**1292**
398	[Moskau], 9.1.1937	Brief von Johannes R. Becher und Sándor Barta an den Sekretär des sowjetischen Schriftstellerverbands über das drohende Ende der Verlagsgenossenschaft Ausländischer Arbeiter in der Sowjetunion	**1296**
399	Saratov, 18.1.1937	Mitteilung des Gebietssekretärs von Saratov an Stalin über eine von Willy Leow geführte „konterrevolutionäre trotzkistische Organisation“ von Russlanddeutschen und KPD-Emigranten	**1300**
400	Moskau, 22.1.1937	Beschluss des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion zur Planung des Zweiten Moskauer Schauprozesses gegen Pjatakov, Radek, Sokol’nikov, Serebrjakov u.a.	**1303**
401	Moskau, 24.1.1937	Materialien der Kaderabteilung des EKKI (Mertens, Müller) über die Situation der deutschen Politemigration in der Sowjetunion	**1305**
402	Moskau, 25.1.1937	Materialen des zuständigen Komintern-Sekretärs Togliatti zur deutschen Frage und zur neuen Versöhnungspolitik der KPD	**1315**
403	[Beim Verlassen der Sowjetunion, 6.2.1937]	Telegrafischer Gruß Lion Feuchtwangers an Stalin bei seiner Ausreise aus der Sowjetunion	**1324**
403a	Moskau, 8.–11.2.1937	„Ihr alle dort in der Komintern arbeitet dem Feind in die Hände...“ Stalins Drohung als Tagebuchnotiz Dimitrovs	**1325**
403b	Moskau, 9.2.1937	Stenographische Diskussionsbeiträge in der Kommission zur deutschen Frage des Komintern-Sekretariats	**1327**
403c	Moskau, 9.2.1937	Fragenkatalog von Komintern-Sekretär Togliatti zur Situation in der KPD	**1328**
403d	Moskau, 11.2.1937.	Wilhelm Pieck über den Kampf gegen Hitler, den Charakter der deutschen Bourgeoisie und die Kader in Deutschland	**1329**
403e	Moskau, 11.2.1937	Aus den Stenogrammen der Kommission zur deutschen Frage: Redebeitrag Dimitrovs	**1334**
403f	Moskau, 20.2.1937	Redebeitrag Dimitrovs über den neuen Typus der Volksdemokratie für Deutschland	**1344**

404	Moskau, vor dem 17.3.1937	Resolution des Komintern-Sekretariats zu den nächsten Aufgaben der KPD, dem Kampf gegen Faschismus und Trotzkismus als „Hauptkriegstreiber“	**1346**
411	Moskau, 15.3.1937	Beschluss des Sekretariats zum Aufkauf der ***Pariser Tageszeitung*** durch die Komintern bzw. die KPD	**1353**
412	Moskau, 24.4.1937	Brief Samuel Glesels („Gles“) an den Sekretär des Verbands der Sowjetschriftsteller zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen	**1356**
413	Moskau, Anfang Mai 1937	Instruktion des NKVD (Aleksandr Minaev) zur Verhaftung der deutschen Kommunisten Max Richter, Heinrich Kurella, Fritz Schulte, Hermann Remmele und Kurt Sauerland	**1358**
414	Moskau, 15.[21.?]5.1937	Das Komintern-Präsidium zur Bekämpfung von Trotzkisten als „schuftiger, prinzipienloser Bande von Spionen, Diversanten, Terroristen und Schädlingen“	**1361**
414a	Moskau, 23.5.1937	Beschluss des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion über die Verbannung aller Oppositioneller in „nichtindustrielle“ Bezirke	**1366**
415	Moskau, 1.6.1937	Einladungsliste und Bewertungen der zum Revolutionsjubiläum nach Moskau eingeladenen Schriftsteller	**1368**
416	Moskau 5.7.1937	Beschluss des EKKI-Sekretariats zur erneuten Wiederbelebung der Befreiungskampagne für Ernst Thälmann	**1378**
417	[Paris], 14.7.1937	Brief Wili Münzenbergs an Stalin über das verschwörerische Vorgehen Ulbrichts	**1381**
418	Moskau, 25.7.1937	Operativer Befehl des sowjetischen Volkskommissars für innere Angelegenheiten über Spionage- und Diversionstätigkeit seitens des deutschen Generalstabs und der Gestapo in der Sowjetunion	**1386**
419	[Paris?], 31.7.1937 [Ende Juli 1937]	Rundschreiben des Auslandssekretariats der KPD über die „Wühlarbeit“ der „Banditen und Verräter“ in Deutschland, Spanien ...	**1388**
420	Moskau, 1.8.1937 [August 1937]	Beschluss des Kominternsekretariats über die Aufbewahrung ausländischer Zeitungen im Kominterngebäude	**1393**
422	[Moskau?], 21.8.1937	Brief Dimitrovs an Stalin über angeblich defätistische Stimmungen bei Thälmann im Gefängnis	**1394**
423	Moskau, 23.8.1937	Protokoll der der Internationalen Kontrollkommission der Komintern zum leichtfertigen intimen Umgang von Leo Flieg u.a.	**1396**
423a	[Paris], September 1937	Erklärung der Berliner Opposition der KPD an die KPD-Führung	**1398**
424	O.O., September 1937	„Leidenschaftlicher Protest gegen die politischen und moralischen Auffassungen der Bürokratie“: Der Offene Brief der „Berliner Opposition“ an die Mitglieder der KPD	**1399**
425	O.O. [Paris], 8.10.1937	Telegramm Willi Münzenbergs an Dimitrov zu seiner geplanten Moskaureise	**1405**
426	Moskau, 10.10.1937	Alarmbrief der Kominternführung an das ZK der VKP(b) über Handlungsunfähigkeit der Komintern infolge des Terrors	**1406**
427	[Moskau], 10.10.1937	Ultimative Aufforderung Georgi Dimitrovs an Willi Münzenberg, sofort nach Moskau zu kommen	**1407**
428	[Moskau], 11.10.1937	Anfrage Dimitrovs an den NKVD-Vorsitzenden Nikolaj Ežov zur Überlassung der Archive der zwischenzeitlich verurteilten Sinowjew, Radek, Kun u.a.	**1408**
429	O.O. [Paris], 29.10.1937	„Vielleicht ist alles entsetzliches Mißverständnis“: Brief Willi Münzenbergs an Dimitrov	**1410**
430	Moskau, Bolschoi-Theater, 7.11.1937	„Jeden werden wir erbarmungslos vernichten“: Trinkspruch Stalins für die Auslöschung aller „Feinde des Staates“, ihrer Familien und Angehörigen	**1414**

1938

431	Moskau, 31.1.1938	Beschluss des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion zur Fortführung der blutigen Säuberungen unter nationalen Gruppen, Ausländern wie auch Sowjetbürgern	**1416**
432	Moskau, 31.1.1938	Memorandum des Sekretariats des ZK der KPD über die „partei-, einheits- und volksfrontfeindliche Tätigkeit" Willi Münzenbergs	**1418**
433	O.O., 4.3.1938	Meinungen und Stimmungen von KPD-Mitgliedern und antifaschistischen Arbeitern. Aus dem Deutschen Reich	**1424**
434	O.O.u.o.D., [nach dem 19.3.1938]	Rechtfertigungsbericht von Jules Humbert-Droz über seine Beziehungen zur „Gruppe der Rechten und der Versöhnler'"	**1430**
435	[Moskau], 20.3.1938	Anweisungen der Komintern an Bohumir Šmeral zur Liquidierung der antifaschistischen Münzenberg-Verlage und Netzwerke	**1435**
436	[Moskau?], 28.3.1938	„Demoralisierung" und „Gefühl völliger Hilflosigkeit": Eugen Vargas Brief an Stalin über Massenverhaftungen von Politemigranten und den Ausländerhass in der Sowjetunion	**1440**
437	Vor dem 23.4.1938	Bitte Piecks an Dimitrov, sich für die Freilassung von fünfzehn verhafteten deutschen Kommunisten einzusetzen	**1443**
438	[Moskau], 26.4.1938	„Jeder im Ausland lebende Deutsche ein Gestapo-Agent": Brief von Dimitrov an Andrej Ždanov gegen die ausländerfeindlichen Hetze im *Journal de Moscou*	**1445**
439	Moskau, 29.4.1938	Bericht von Paul Jäkel („Dietrich") über die Verhaftungen der KPD-Emigranten in der Sowjetunion	**1446**
440	[Moskau?], 17.5.1938	Brief Piecks an Dimitrov zur Kürzung der Finanzmittel für die KPD durch die Komintern	**1454**
441	Moskau, 21.5.1938	Beschluss der Komintern zum Bericht der KPD und zur Kritik an der Arbeit der Parteiführung im Lande	**1455**
442	Moskau, 1.7.1938	Brief Ulbrichts an Dimitrov über die Tätigkeit der Internationalen Roten Hilfe, nachdem „jetzt weniger deutsche Genossen in Moskau zu betreuen sind"	**1458**
442a	O.O. [Paris?], 30.8.1938	Rekursbrief Münzenbergs an Dimitrov gegen seinen KPD-Ausschluss und die „Verschwörung" Ulbrichts	**1460**
443	[Paris], 15.12.1938	Telegramm Münzenbergs an Dimitrov: Für volle Einsicht in die gegen ihn gerichteten Anklagen und Diffamierungen	**1475**
443a	O.O. u. o.D. [Aus dem Internierungslager, Ende 1938]	Grußbotschaft deutscher Spanienkämpfer an ihre Angehörigen in der Sowjetunion zum Neujahrsfest	**1477**

1939

444	Moskau, 8.1.1939	Der Sekretär der Internationalen Kontrollkommission an Dimitrov zum Schicksal von Anna Etterer und Franz Huber	**1479**
446	[Moskau], 10.2.1939	Brief Ulbrichts an die Internationale Kontrollkommission der Komintern zum Parteiausschluss Willi Münzenbergs	**1482**
447	[Moskau?], 11.4.1939	Schreiben Wilhelm Piecks an den Vorsitzenden des Schriftstellerverbands, über den Verlag „10. Mai" und den Wunsch Heinrich Manns, in die Sowjetunion überzusiedeln	**1493**
448	14.4.1939	Schreiben Bohumir Šmerals an Dimitrov über Briefe von Thälmann und Barbusse und weitere Archivmaterialien der Komintern	**1495**
449	O.O. u. o.D. [Moskau, nach dem 23.4.1939]	Stellungnahme der KPD-Vertretung in der Komintern an den sowjetischen Schriftstellerverband über eine Broschüre Emil Ludwigs gegen den drohenden Krieg	**1497**

450	Moskau, 16.6.1939.	Urteil der Internationalen Kontrollkommission der Komintern über die Beschwerde des deutschen Schriftstellers Emil Ludwig	**1499**
451	[Moskau], 15.6.1939	Vorschläge Ulbrichts an die Komintern gegen die NS-Propaganda über den angeblichen Terror gegen Deutsche in Polen	**1501**
451b	[Moskau, Juli 1939]	Willi Bredel über die Einschränkungen der antifaschistischen Verlage im Westen und die Folgen für die deutsche Exilliteratur	**1502**
452	Moskau, 2.7.1939	„Starrheit, bürokratische Tendenzen, Kommandeur-Methoden, krankhafter Ehrgeiz (...) bei Genossen Ulbricht": Wilhelm Florins Bemerkungen an die Kaderabteilung der Komintern	**1510**
453	Moskau, 17.6.1939	Stellungnahme der Internationalen Kontrollkommission der Komintern zu den Anschuldigungen gegen Ulbricht	**1515**
454	Nizza, 15.7.1939	Brief Heinrich Manns an den Sekretär des Schriftstellerverbandes, Michail Apletin, zur Sympathiebekundung an die Sowjetunion und seine Honorare	**1516**
455	[Berlin], 2.8.1939	Aufzeichnungen des sowjetischen Gesandten in Berlin, Georgij Astachov, über seine Gespräche mit Ernst von Weizsäcker und Außenminister Ribbentrop	**1519**

Teil 5: 1939–1943. Stalin-Hitler-Pakt, Angriff auf die Sowjetunion und Neuausrichtung von Komintern und KPD im Zweiten Weltkrieg

456	Moskau, 22.8.1939	Die Komintern zur „antisowjetischen Kampagne im Zusammenhang mit den Verhandlungen zwischen der UdSSR und Deutschland"	**1525**
457	Moskau, 9.9.1939	Vorschläge Walter Ulbrichts zu den Änderungen der Politik der KPD-Politik nach dem Stalin-Hitler-Pakt	**1528**
458	Paris, 22.9.1939	„Der Verräter, Stalin, bist Du!": Münzenbergs Artikel „Der russische Dolchstoss" als Reaktion auf den Stalin-Hitler-Pakt	**1532**
459	[Moskau], 26.9.1939	Der Pressechef der Komintern, Bedřich Geminder über die Situation der Juden in den von der Sowjetunion „befreiten" Gebieten	**1536**
460	[Moskau], 28.9.1939	Nicht publizierter Entwurf eines Aufrufs der KPD mit der Aufforderung zum Sturz der Hitlerdiktatur	**1537**
461	[Moskau], 17.10.1939	Aufzeichnungen Ulbrichts zur „Wirkung des Nichtangriffspaktes in Berlin".	**1543**
462	[Moskau], 21.10.1939.	Anweisungen der KPD-Führung zu den Aufgaben der Partei unter den neuen Bedingungen des Paktes	**1547**
463	[Paris], [24.10.1939]	Über die Stimmungen in Deutschland nach dem Stalin-Hitler-Pakt (Aus den Deutschland-Berichten der SOPADE)	**1552**
464	[Moskau], 22.11.1939	Vorschläge der Komintern zur engeren Zusammenarbeit von KPD, KP Österreichs und KP der Tschechoslowakei	**1556**
465	[Moskau], 23.11.1939	Von Walter Ulbricht zusammengestellte Stimmungsberichte aus dem Deutschen Reich	**1557**
466	Moskau, 26.11.1939	Aus einer Rede Kaganovičs im Volkskommissariat für Verkehrswesen über die kriegerischen Ziele der Sowjetunion	**1561**
467	Moskau, 29.11.1939	Diskussionsbeitrag Dimitrovs in der Kommission des EKKI-Sekretariats über die Fehler der KPD	**1565**
468	Moskau, 21.12.1939	Grußadresse des ZK der KPD an Stalin zu seinem 60. Geburtstag	**1571**
469	[Moskau], 22.12.1939	Brief Gustav Sobottkas an das EKKI über die Verhaftung seines Sohnes in der Sowjetunion und die Lebenssituation seiner kranken Frau	**1573**
470	[Moskau], 25.12.1939	Stellungnahme Ulbrichts an Dimitrov, Manuilski und Pieck zum Hilferuf Sobottkas	**1582**

471	[Moskau], 30.12.1939	Politische Plattform der KPD als Ergebnis der Beratungen der deutschen Kommission der Komintern in Moskau	**1584**

1940

473	[Moskau], 17.2.1940	Schreiben der sowjetischen Militäraufklärung an Dimitrov über die Unterstützung von Rosa Thälmann und die Treue ihres Mannes zur Sowjetunion	**1594**
474	[Moskau], 28.2.1940 (Datum des Begleitbriefs)	Beschluss der „Mitglieder des ZK der KPD“ zur Parteitätigkeit im Ausland	**1596**
475	[Moskau], 16.4.1940	Chiffretelegramm an die Komintern-Funkstelle Brüssel für die Kader der KPD und der KP Österreichs in Belgien und Frankreich	**1600**
476	[Moskau], 6.6.1940	Deklaration der KPD zum Vormarsch Hitlers in Westeuropa	**1601**
477	Moskau, 10.6.1940	Fragen Dimitrovs und Manuilskis an Stalin zu den politischen Losungen der KPD	**1605**
478	[Paris], 20.6.1940	Argumentationshilfe der Führung der KP Frankreichs zur Kontaktaufnahme mit den deutschen Besatzungsbehörden in Paris	**1606**
479	[Moskau], [23.6.1940]	Vorschläge der Komintern zur Einrichtung einer Telegrafenagentur in den baltischen Ländern	**1609**
480	[Stockholm], 22.8.1940	Chiffretelegramm von Sven Harald Linderot an Dimitrov über die Verhaftungswelle deutscher Emigranten in Dänemark	**1612**
481	Moskau, 3.9.1940	Chiffretelegramm der Komintern an die Funkstelle Amsterdam für die KPD	**1613**
482	Le Vernet, 25.9.1940	Brief von Franz Dahlem aus dem Internierungslager Le Vernet	**1614**

1941

483	[Moskau], 27.1.1941	Note Ulbrichts zur Lage der deutschen Politemigranten in der Sowjetunion	**1621**
484	[Moskau], Ende Januar 1941	Beschluss des Sekretariats zum Budget der Komintern für das Jahr 1941	**1624**
485	[Moskau], 28.2.1941	Brief Ulbrichts an Dimitrov über angebliche antisowjetische Aktivitäten der Frauen verhafteter deutscher Kommunisten	**1626**
486	[Moskau], 7.3.1941	Referat Dimitrovs im Sekretariat des EKKI über die italienisch-deutsche Frage und die Perspektiven einer europäischen Revolution	**1630**
487	[Moskau], [19.3.1941]	Notizen Ulbrichts zur Diskussion im Kominternorgan *Die Welt* über „Arbeiterklasse und Nation“	**1632**
488	[Moskau], 19.3.1941	Notizen Wilhelm Piecks über die Ankunft von Else und Friedrich Wolf und die mögliche Hilfe für die in Frankreich internierten Kommunisten	**1635**
489	Moskau, 10.4.1941	Brief von Johannes R. Becher, Willi Bredel, Erich Weinert und Georg Lukács an Dimitrov über den die Einschränkung der Veröffentlichungsmöglichkeiten	**1638**
489a	[Moskau], 20.4.1941	Weisung Stalins zur Auflösung der Komintern	**1639**
490	[Moskau], 22.6.1941	Direktive Dimitrovs und Piecks an Wehner zum Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion	**1642**
491	[Moskau], 25.6.1941	Telegramm von Maurice Thorez und André Marty an Jacques Duclos über die Taktik der KP Frankreichs unter der deutschen Besetzung	**1643**
492	[Moskau], 1.7.1941	Anweisung Dimitrovs zur sofortigen Entsendung von KPD-Kadern nach Deutschland	**1645**

493	[Moskau], 1.7.1941	Brief Dimitrovs an Molotov und Berija zum Einsatz hinter den feindlichen Linien und den nationalen Radioübertragungen	**1646**
494	[Moskau], 11.7.1941	Brief Dimitrovs an Berija über die Bildung illegaler Partei- oder Partisanengruppen für Deutschland und andere Länder	**1647**
495	O.O., Ende Juli 1941	Fingierter Brief der Komintern: „Offener Brief an die deutschen Offiziere“	**1650**
496	[Moskau], 6.8.1941	Bitte Dimitrovs an Georgij Malenkov um Aufstockung der Mittel für die telegraphische Kommunikation der Komintern	**1653**
497	[Moskau], 15.8.1941	Vorschläge Manuilskis an Berija und Lev Mechlis zur verschärften Behandlung deutscher Kriegsgefangener	**1654**
498	[Ufa], 21.8.1941	Beschlüsse der Komintern zur Kriegsgefangenenarbeit	**1657**
499	[Moskau], 14.10.1941	Begleitschreiben Dimitrovs an Molotov zum Aufruf des ZK der KPD „An das deutsche Volk und die deutsche Armee“	**1658**
500	[Ufa], 31.10.1941	Brief Dimitrovs an Stalin mit dem Vorschlag, die Komintern nicht mehr offen in Erscheinung treten zu lassen	**1659**
501	Moskau, 30.12.1941	Brief des Leiters, des sowjetischen Auslandsgeheimdienstes, Pavel Fitins, an Dimitrov über den erfolgreichen Vollzug des Geldtransfers für die KPD in Stockholm	**1660**

1942

502	[Ufa], 9.1.1942	Beschluss der Komintern für eine Kampagne gegen die Gräueltaten der Wehrmacht in der Sowjetunion	**1662**
503	[Ufa], 10.1.1942	Beschluss der Komintern zur Ausrichtung der Radiopropaganda gegenüber Deutschland	**1663**
504	[Moskau], 23.1.1942	Brief des Komintern-Verlagsleiters Konstantin Kasradze an Dimitrov über Flugblattpropaganda und antifaschistische Literatur	**1666**
505	[Moskau], 6.3.1942	Mitteilung Grigorij Sorkins an Dimitrov über die Verhaftung von Herbert Wehner	**1669**
506	[Moskau], 18.4.1942	Beschluss der Komintern über die Kampagne zum 1 Mai 1942	**1670**
507	[Moskau], 1.5.1942	Beschluss der Komintern zur weiteren Anti-Hitler-Propaganda der KPD	**1675**
508	[Moskau], 15.5.1942	Gesuch Walter Ulbrichts an die Kaderabteilung der Komintern zur Befreiung von KPD-Mitgliedern aus sowjetischen Arbeitslagern	**1676**
509	[Moskau], 24.5.1942	Internes Bulletin des EKKI zur Information über die Lage der KPD in Deutschland	**1678**
510	[Moskau], 5.6.1942	Beschluss der Komintern zur Situation in Deutschland aus Anlass der Bombardierungen deutscher Städte und zum tschechischen Widerstand	**1680**
511	[Ufa], 7.6.1942	Beschluss der Komintern zur Neuausrichtung der Propaganda nach dem Scheitern der deutschen Frühjahrsoffensive	**1683**
512	[Moskau], 11.6.1942	Brief Manuilskis an Stalin zur nichtöffentlichen Würdigung des 60. Geburtstags Dimitrovs	**1685**
513	[Moskau], 15.6.1942	Brief Wilhelm Piecks an Dimitrov über Beanstandungen an den deutschen Sendungen des INO-Radios	**1686**
514	[Moskau], 13.8.1942	Bericht über eine gemeinsame Sitzung des EKKI-Sekretariats mit den nationalen Radioredaktionen	**1688**
515	[Moskau], 25.8.1942	Beschluss der Komintern über die Antifa-Schulen	**1692**
516	[Moskau], 1.9.1942	Schreiben Dimitrovs an Pantelejmon Ponomarenko über die Bestellung von Sprengstoff und Zubehör für die Komintern	**1695**

517	[Moskau], 18.9.1942	Aus einem Bericht Bedřich Geminders an Dimitrov über die Behandlung der Sabotagethematik in den deutschen Komintern-Sendern	**1696**
518	[Moskau], 15.12.1942	Zur Kritik der Komintern an der Arbeit der verantwortlichen deutschen Kommunisten	**1698**

1943

519	[Moskau], 13.1.1943	Brief von Wilhelm Pieck an „Willi Keller" über Deutschlands Zukunft und die Aufgaben der KPD	**1701**
520	[Moskau], 10.2.1943	Beschluss der Komintern über die Propagandaaufgaben nach der Schlacht von Stalingrad und zu den siegreichen Vorstößen der Roten Armee	**1705**
521	[Moskau], [18.2.1943]	Beschwerde der Zeitschriftenabteilung an die Agtprop-Verwaltung des ZK der VKP(b) über das Zentralorgan der Kommunistischen Internationale	**1709**
522	[Moskau], 21.5.1943	Stalins Begründung für die Auflösung der Komintern nach den Aufzeichnungen Dimitrovs	**1712**
522a	Moskau, 22.5.1943	„Vorschlag" des Komintern-Präsidiums zur Auflösung der Kommunistischen Internationale	**1714**
523	Moskau, 24.5.1943	Brief des „Zentralkomitees der KPD" (Wilhelm Pieck, Wilhelm Florin, Walter Ulbricht, Anton Ackermann und Elly Schmidt) an das Präsidium des EKKI zur Auflösung der Komintern	**1718**
524	Kasan, 26.5.1943	Brief Bruno Köhlers an Dimitrov über die Arbeit beim Propagandarundfunk der Roten Armee	**1722**

Teil 1: 1918–1923
Deutschland und Sowjetrussland als Protagonisten der europäischen Revolution: Idee und Wirklichkeit

Die ersten fünf Jahre der Komintern — bis zum Scheitern des „Deutschen Oktober“

1917/18

Dok. 1a

Erlass des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare (Lenin) und des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten (Trotzki) zur Unterstützung des linken, internationalistischen Flügels der Arbeiterbewegung

Moskau, 11.(24.).12.1917

Typoskript in russischer Sprache, veröffentlicht u.a. in: Pravda, 12.12.1917. Ins Deutsche übertragen von Ruth Stoljarowa in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (1998), Nr. 4, S. 75, nach: Dekrety Oktjabr'skoj revoljucii, Bd. I, Moskva, 1933, S. 280f.

Erlaß[1]

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Sowjetmacht auf dem Boden der Prinzipien der internationalen Solidarität des Proletariats und der Brüderlichkeit der Werktätigen aller Länder steht, daß der Kampf gegen Krieg und Imperialismus nur im internationalen Maßstab zum vollen Sieg führen kann, erachtet es der Rat der Volkskommissare für erforderlich, dem linken, internationalistischen Flügel der Arbeiterbewegung aller Länder mit allen notwendigen, darunter auch finanziellen, Mitteln zu Hilfe zu kommen, völlig unabhängig davon, ob diese Länder mit Rußland im Krieg stehen, ob sie mit ihm verbündet sind oder eine neutrale Stellung einnehmen.

Zu diesem Zweck beschließt der Rat der Volkskommissare den Auslandsvertretern des Kommissariats für auswärtige Angelegenheiten zwei Millionen Rubel für die Erfordernisse der internationalistischen revolutionären Bewegung zur Verfügung zu stellen.
Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare V. Ul̉janov (Lenin).
Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Trotzki.[2]
Der Leiter der Geschäftsstelle des Rats der Volkskommissare Vlad. Bonč-Brujevič
Der Sekretär des Rats N. Gorbunov

1 Das Dokument wurde, nachdem es in der Nacht vom 9. zum 10. (22. zum 23.) 12.1917 als Tagesordnungspunkt der Sitzung des Rats der Volkskommissare behandelt worden war (siehe V.I. Lenin. Biografičeskaja chronika, Bd. 5, Moskva 1974, S. 121), am 11.(24.)12.1917 verabschiedet und am folgenden Tag in den Zeitungen „Gazeta", „Izvestija" und „Pravda" sowie kurze Zeit später in Nr. 8 der Gesetzessammlung „Sobranie Uzakonenij" veröffentlicht. Es trägt die Nr. 2525 des Archivs des Rats der Volkskommissare und enthält folgende Randbemerkungen des Sekretärs des Rats der Volkskommissare N.P. Gorbunov: „Zum Protokoll vom 9.XII.17. Original bei Genossen Trotzki. Diese Kopie an mich zurück. Zur Veröffentlichung. An die PTA [Petrograder Telegrafenagentur]." Am 12.(25.)12.1917 wurde es aus Carskoe Selo abgesandt und von der deutschen Funkstation in Brest-Litovsk aufgefangen. Von dort wurde es am 26.12.1917 in deutschsprachiger Fassung an den Reichskanzler Graf von Hertling weitergeleitet (siehe Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, 0901 Auswärtiges Amt, Bestand: Film, Nr. 939, Bl. 820343–820344). Die Übersetzung sowie die Anmerkung stammt von Ruth Stoljarowa und wird mit ihrer freundlichen Erlaubnis abgedruckt.

2 Die Veröffentlichung in der Zeitung *Izvestija* schließt an dieser Stelle ab.

Dok. 1b

Brief des sowjetrussischen Vertreters in Deutschland, Adol'f Ioffe, an Lenin über die Unfähigkeit der deutschen Linkssozialisten zur Revolution

Berlin, 5.9.1918

Autograph in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 5/1/2134, 32–34. Erstveröffentlichung

Berlin 5/IX

Lieber Vladimir Il'ič! [Lenin] […][3]

Die Unruhen in den [deutschen] Streitkräften werden nicht durch Gewalt, sondern mit Überzeugungskraft und Nachgiebigkeit unterdrückt.[4] Das schlimme dabei ist, dass je klüger und entschlossener die deutsche Regierung ist, umso zögerlicher und buchstäblich dümmer die hiesigen „revolutionären" (in Anführungszeichen) Parteien sind. Ein charakteristisches Beispiel ist der Streik in den Kohlebergwerken.[5] Sie wissen selbstverständlich, dass es beinahe ein Generalstreik war und dabei ausschließlich wirtschaftliche Forderungen aufgestellt wurden (die auch erfüllt wurden), jedoch hat niemand auch nur versucht, diesem Streik eine politische Färbung zu verpassen. Sowohl von den Spartakusleuten[6] als auch von den Unabhängigen[7] wurde absolut nichts in diese Richtung getan,

---

3 Adol'f A. Ioffe (1883–1927), russischer Arzt und Revolutionär, einer der Verhandlungsführer in Brest-Litowsk, war von April bis November 1918 sowjetrussischer Vertreter in Deutschland. Im November 1918 wurde er u.a. wegen finanzieller Unterstützung der deutschen Linken von der Reichsregierung ausgewiesen. In den 1920er Jahren nahm er diverse diplomatische Tätigkeiten wahr. Als Anhänger Trotzkis und Gegner Stalins beging er im November 1927 aus Protest gegen Trotzkis Verbannung Selbstmord. Siehe Dok. 5 mit weiteren Angaben.

4 Bereits im August 1918 ging das Große Hauptquartier davon aus, dass Deutschland und Österreich-Ungarn den Krieg verlieren würden. Die Verbitterung über die hohe Anzahl der Toten und Kriegsversehrten (ca. 1,5 Millionen) bei 6 Millionen Soldaten und 800.000 Kriegsgefangenen führten im Verbund mit den sozialen Missständen zu Protesten in den Streitkräften, begleitet von spontanen Demonstrationen auch der Frauen vor den Kasernen.

5 Nach Unruhen in Sachsen und einer neuen Streikwelle im Ruhrgebiet mit Lebensmittelkrawallen riefen am 9.9.1918 die Militärbehörden den Belagerungszustand über das oberschlesische Revier gegen Streiks und „bolschewistische Unruhen" aus. Bis Oktober wurden ca. 1800 Personen durch Militärgerichte abgeurteilt.

6 Bis zur Gründung der KPD wirkte der aus der Gruppe Internationale (1915) hervorgegangene Spartakusbund mit Rosa Luxemburg, Leo Jogiches und Karl Liebknecht als linker Parteiflügel innerhalb der USPD.

7 Gemeint ist die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), gegründet in Gotha am 6.4.1917 durch den pazifistischen linken SPD-Flügel um Hugo Haase gegen eine Verlängerung des Weltkriegs, die annexionistische Kriegszielpolitik und die Burgfriedenspolitik der SPD. Zu ihren bekannten Mitgliedern gehörten neben Haase Wilhelm Dittmann, Karl Kautsky, Wilhelm Barth, Ernst Toller, Kurt Eisner und Franz Mehring.

obwohl ich persönlich hundertfach mit den Genossen[8] darüber geredet und ihnen alle mögliche Hilfe angeboten habe. Jetzt haben wir beschlossen, in diesem Bezirk eine Abteilung der P[etrograder]T[elegraphen-]A[gentur] (durch die wir hier die ganze Information leiten)[9] einzurichten und das dortige Unabhängigenblättchen zu unterstützen, sowie zusätzlich eine Wochenzeitschrift herauszubringen. Sie liegen falsch, wenn Sie denken, dass mir das Geld zu schade ist; ich gebe ihnen soviel, wie nötig ist, und bestehe ständig darauf, dass sie mehr nehmen, aber was soll man machen, wenn die Deutschen so hoffnungslos sind: zur illegalen und im unseren Sinne revolutionären Arbeit sind sie einfach unfähig, denn größtenteils sind sie politische Spießbürger, die sich einrichten, um dem Militärdienst zu entgehen, sich an dieser Position festkrallen, der Revolution jedoch nur mit dem Mundwerk bei einem Krug Bier frönen. Als *revolutionäre* Partei sind die Unabhängigen völlig hoffnungslos und untauglich; die Besten von ihnen, wie Ledebour,[10] sind Parlamentarier *par excellence*, und wollen nichts anderes erkennen und verstehen; die Spartakusleute fürchten Verhaftungen, sind hauptsächlich jung (wenn nicht unbedingt an Jahren, so doch an revolutionärer Erfahrung), sie können nur unter Anleitung arbeiten und haben auch tatsächlich gearbeitet, als Tyszka [d.i. Leo Jogiches][11] noch da war, und sie bilden sich ein, dass wenn sie alle Schaltjahre einmal einen Proklamationswisch [*proklamašku*] herausbringen (den sie übrigens nicht einmal ordentlich verteilen können), dass dies sogar schon ein Übermaß revolutionärer Umtriebe sei.

Dagegen verstehen Menschen wie Zetkin und Mehring[12] vortrefflich den Sinn und die Bedeutung der russischen Revolution und sind ganz bei uns, sie sind jedoch zu alt und krank, und können nicht viel ausrichten, und sogar Genossen wie Rühle[13] sind aufrichtig davon überzeugt, dass man mit dem deutschen Arbeiter jetzt nichts ausrichten könnte und man „abwarten“ müsse. – Ich habe Ihnen zwei Artikel von C. Zetkin geschickt, die

---

8 „den Genossen“: Im russischen Original „Genoss’ami“, „Genoss“ in lateinischer Schrift. Bis zum Ausbruch der Revolution im November appellierte die USPD ständig an die Arbeiter „ihre Interessen selbst in die Hand zu nehmen“, doch sie hatte keine Theorie entwickelt, „aus der ein bestimmtes Handeln abzuleiten gewesen wäre. Sie wusste nicht, wie die sozialistische Gesellschaft in der Praxis zu erreichen war.“ (Hartfrid Krause: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt am Main, 1975, S.113).

9 Russisch: *pod firmoj kotorogo my zdes’ vedem vedem* [sic] *vsju informaciju*. PTA (Petrograder Telegraphen-Agentur): Russische staatliche Telegraphenagentur seit 1914, wurde 1918 in ROSTA umbenannt.

10 Der Journalist und Reichstagsabgeordnete Georg Ledebour (1850–1947) gehörte dem USPD-Vorstand sowie seit 1918 den revolutionären Obleuten an.

11 Leo Jogiches (1867–1919), polnisch-litauischer Sozialist, engster Mitarbeiter und zeitweiser Lebensgefährte von Rosa Luxemburg, war Mitbegründer des Spartakusbundes und der KPD.

12 Clara Zetkin (1854–1933), seit 1874 in der Arbeiterbewegung und beste Freundin Rosa Luxemburgs, spielte weiterhin noch eine wichtige Rolle als Frauenrechtlerin und Politikerin in KPD und Komintern. Franz Mehring, geb. 1846, Publizist und herausragender marxistischer Historiker, u.a. der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung. Verstarb am 28. Januar 1919.

13 Otto Rühle (1874–1943), sozialdemokratischer, später kommunistischer, rätekommunistischer und anarchistischer Intellektueller. Seine psychologischen und pädagogischen Schriften standen wie bei Manès Sperber und Wilhelm Reich für eine linke Symbiose von Marxismus und Psychologie.

leider nicht in der Presse erschienen sind. Nun schicke ich noch zwei, sowie ihr Brieflein an mich. Ich nehme an, dass es notwendig wäre, sie wenigstens in Auszügen bei uns zu veröffentlichen: 1) wäre es wichtig für unsere verantwortungsbewussteren Genossen, und 2) würde sich das Mütterchen [*staruška*] freuen, dass sie für uns nützlich sein kann. Sie ist wirklich eine Prachtfrau [*molodčina*], und obwohl sie am schlechtesten von allen informiert ist, versteht sie alles besser als all die anderen, denen hier jeder Bissen zerkaut und in den Mund gelegt werden muss; sie hat sogar die Notwendigkeit unserer zeitweiligen Annäherung an die deutsche Regierung von sich aus,[14] ohne Erklärungen meinerseits, verstanden, während die hiesigen revolutionären Spießbürger sich darüber „fürchterlich" empören und überaus traurig über diese unsere „Annäherung" sind.

Das ZK der Unabhängigen und vor allem die Elemente, die uns am nächsten stehen, haben schon vor längerer Zeit beschlossen, eine Konferenz zu den russischen Angelegenheiten unter Anwesenheit der Redakteure ihrer Zeitungen und anderer einflussreicher Genossen abzuhalten. Diese Konferenz wurde auf den 11. Sept[ember] angesetzt, und sie haben darum gebeten, zu diesem Anlass einen unserer Genossen herzuschicken, der einen Vortrag über unsere Angelegenheiten halten soll. Die mit unseren Gegnern sympathisierenden Kräfte haben daraufhin A. Štejn (Rubinštejn), einen […] und dummen Martov-Anhänger,[15] als Koreferenten aufgestellt;[16] Sokol'nikov hat zugesagt, dass zu diesem Datum ein Vertreter unseres ZK hierhin kommen wird, doch anscheinend hat er nichts getan, denn heute ist der 5., die Deutschen machen sich Sorgen, und ich weiß auch nicht, ob jemand kommt, und falls ja, dann wer. Ich selbst werde dort nicht auftreten können, denn dies würde meine Beziehungen zur Regierung verderben, und außer mir kann es von unseren Leuten hier keiner mit Štejn aufnehmen. Es ist unerlässlich, jemanden zum 11. hierhin zu schicken. Ich hoffe, Sie erledigen das. […]

Ich drücke Ihre Hand und wünsche schnelle Genesung.[17]
Ihr A. Ioffe

---

14 Nach der beträchtlichen finanziellen Unterstützung der Oktoberrevolution durch die deutsche Regierung war Lenins Politik auf eine „zielstrebige Verklammerung der Potenziale Deutschlands und Russlands" gerichtet. Lenins „kaltblütige Nutzung der maßlosen Ambitionen des preußisch-deutschen Imperialismus für die Umwandlung des Weltkriegs in einen Weltbürgerkrieg ist – so der Historiker Gerd Koenen – in ihrer herostratischen Kühnheit noch kaum wirklich gewürdigt worden" (Gerd Koenen: Der deutsch-russische Nexus. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 44, 29.10.2007).

15 Julij Martov (1873–1923) war Führer der Menschewiki. Wort nach „einen" unleserlich.

16 Der menschewistische Publizist Aleksandr N. Rubinštejn (Ps. Alexander Stein, 1881–1948), floh, aus Lettland stammend, 1906 mit seiner Familie nach Berlin. Er war 1917–1922 Mitglied der USPD. 1919 verfasste er die Broschüre: Das Problem der Internationale mit als Anhang den Resolutionen und Richtlinien der zweiten und dritten Internationale, Berlin, Verlag „Freiheit", 1919.

17 Am 30.8.1918 wurde Lenin bei einem Attentat durch Schüsse in Hals und Schulter verletzt. Die ehemalige Anarchistin Fanni Kaplan, die von den sowjetischen Organen den Sozialrevolutionären zugerechnet wurde, gilt als unmittelbare Ausführende des Attentats, das sie als Einzeltäterin gestand. Kaplan wurde am 3.9.1918 nach einer internen Tscheka-Untersuchung ohne ordentliches Gerichtsverfahren im Kreml erschossen, ihre Leiche wurde verbrannt. An der Urheberschaft des Anschlags bestehen bis heute Zweifel, wobei die Versionen von einer Einzeltat über eine sozialrevolutionäre Verschwö-

Dok. 2

Bericht des Emissärs Pēteris Stučka an Lenin über die Reichskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) und die schwierige Beziehung zu den Bolschewiki

[Berlin], 16.9.1918

Autograph in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 5/3/255, 1–3. Erstveröffentlichung (Vgl. Pravda, 24.11.1918)

Berlin, 16/IX-18.

Vladimir Il'ič [Lenin]!

Ich sende Ihnen einen Gruß aus Berlin und die heißesten Wünsche für Ihre schnellste Genesung.[18]

Bei uns war man nicht ganz richtig über die kommende Konferenz der „Unabhängige[n]"[19] informiert. Es war eine inoffizielle Beratung der Fraktion mit Teilnahme von Genossen aus der Provinz – alles in allem um die 60 Personen. Angesichts dessen darf kein Bericht gedruckt werden. Ich habe im Voraus nicht gewusst, dass sie ein Referat über unsere Angelegenheiten haben wollen, deswegen bin ich ohne jegliches Material aufgetreten. Ich habe mir die Aufgabe gestellt, sie in erster Linie mit dem Ablauf unserer gesamten Revolution vertraut zu machen (ich habe am ersten Tag 2 ½ Stunden gesprochen und noch dazu 1 ½).

Als Koreferent trat Štejn (ein Menschewik)[20] auf, der, wie ich jetzt sehe, wörtlich das wiedergab, was Kautsky in seinem Buch über die Diktatur schreibt (das es hier noch nicht gab, ich habe erst im Anschluss von Kautsky ein Exemplar bekommen).[21] Das Ela-

---

rung bis hin zu einem Komplott gegen Lenin innerhalb der Machtstrukturen reichen (siehe für einen Überblick: Semion Lyandres: The 1918 Attempt on the Life of Lenin: A New Look at the Evidence. In: Slavic Review 48 (1989), 3, S. 432–448; Konstantin Morozov: Pričastny li Ja.M.Sverdlov i F.E.Dzeržinskij k pokušeniju na V.I.Lenina 30 avgusta 1918 goda?, http://socialist.memo.ru/discuss/d03/d0300.htm). Lenin, dem die Täterschaft Kaplans bis zu ihrer Hinrichtung nicht mitgeteilt wurde (Lyandres: The 1918 Attempt, S. 441–442), erholte sich binnen weniger Wochen von seinen Verwundungen, hatte jedoch an den Langzeitfolgen zu leiden.

18 Ein an diesen Brief angelehnter Artikel Stučkas wurde in der *Pravda* veröffentlicht. Vgl. „Germanskie ‚nezavisimye' revoljucionery". In: *Pravda*, 24.11.1918, S. 1.

19 „Unabhängige" im Original deutsch. Im vorliegenden Dokument informiert der lettischstämmige Emissär der Bolschewiki in Deutschland, Pēteris Stučka, Lenin in nervöser Handschrift u.a. über eine interne Konferenz der USPD, die vom 11.–12.9.1918 stattfand.

20 Siehe Dok. 1b.

21 Vermutlich die Broschüre: Karl Kautsky: Demokratie oder Diktatur, Berlin, Paul Cassirer, 1918, in der der führende marxistische Theoretiker die ökonomischen und politischen Auswirkungen auf Staat und Arbeiterklasse im Sinne des Sozialismus als notwendige Konsequenzen des Krieges

borat war sehr schwach. Im letzten Beitrag (nach den Debatten, die 2 Tage andauerten) – ging ich in einer zweistündigen Rede zum Angriff über und versuchte ihnen zu beweisen, dass nur wir den Beschlüssen von Stuttgart und Basel[22] treu geblieben sind, dass der Unterschied zwischen unserem Kampf und ihrem Verhalten dadurch charakteristisiert wird, dass bei uns vor der Revolution alle Anführer verhaftet oder verbannt waren, sie hingegen fast alle auf freiem Fuß sind; schließlich erklärte ich, dass trotz des Protests einiger von ihnen (Stroebel,[23] Kautsky, Bernstein),[24] auch bei ihnen die Revolution näher rückt und den Weg der „Sowjets" beschreiten wird, usw.

Das Resultat dieser Beratung drückt sich in der Resolution von Ledebour aus, die schon telegraphiert wurde, sie wurde von der Parteileitung[25] mit einer Gegenstimme angenommen (und Haase ist dafür). Natürlich umsorgt man uns unter dem Einfluss der Umstände, ungeachtet der „Un[abhängigen]". Ich war auch in einem Arbeiter-„Wahlausschuss"[26] dort ist die Stimmung auch bedeutend besser. Am Donnerstag haben sie die 1. Wahlversammlung,[27] und einige gehen davon aus, dass sie mit einer Straßendemonstration enden wird. Wenn ich meine Angelegenheiten nicht bis Donnerstag beendet habe, werde ich dort sein, um die Stimmung der Massen näher kennenzulernen. Denn es gibt bei ihnen noch viel pures Geschwätz, und momentan lässt sich noch nichts Bestimmtes über die nächste Zukunft sagen. Ich versuche, eine Besuchsgenehmigung bei Liebknecht zu erwirken[28] (anlässlich seines Akademie-

---

darlegte. In seiner Streitschrift Id.: Die Diktatur des Proletariats, Wien, 1918, grenzte er sich auch in scharfer Form von der Oktoberrevolution und Sowjetrussland ab. Eine „kommunistische Wirtschaft" müsse notwendigerweise in der Despotie enden. Lenins Replik folgte unmittelbar in seiner Schrift: N. Lenin: Die Diktatur des Proletariats und der Renegat K. Kautsky, Leipzig, Vulkan-Verlag, 1919, Kautskys Replik erfolgte wiederum in Karl Kautsky: Terrorismus und Kommunismus: ein Beitrag zur Naturgeschichte der Revolution, Berlin, Verlag Neues Vaterland E. Berger, 1919. Schließlich erschien unter dem gleichen Titel Trotzkis „Anti-Kautsky", der im Verlag der Kommunistischen Internationale herausgebracht wurde (Leo Trotzki: Terrorismus und Kommunismus. Anti-Kautsky, Hamburg, Verlag der Kommunistischen Internationale, 1920; 2. Aufl. 1921 (Bibliothek der Kommunistischen Internationale. 4)).

22 Vom 18.–24. August 1907 fand in Stuttgart der 7. Kongress der Zweiten (Sozialistischen) Internationale, der die von Rosa Luxemburg, Lenin und Martov eingebrachte Antikriegsresolution einstimmig verabschiedete, was auf dem internationalen Sozialistenkongress Basel 1912 noch kurz vor Ausbruch des Weltkrieges bekräftigt wurde.

23 „Stroebel" im Original deutsch.

24 Der politische Publizist Eduard Bernstein (1850–1932) war vor dem Weltkrieg wichtigster Vertreter des Revisionismus der Sozialdemokratie, bevor er in die USPD ging. Heinrich Ströbel (1869–1944) war ein pazifistisch orientierter sozialistischer Publizist und Politiker, zeitweise Ministerpräsident der preußischen Revolutionsregierung 1919.

25 „Parteileitung" im Original deutsch.

26 „Wahlausschuss" im Original deutsch.

27 „Wahlversammlung" im Original deutsch.

28 Karl Liebknecht, mit Rosa Luxemburg der Führer des Spartakusbunds, wurde am 23.8.1916 zu vier Jahren und einem Monat Zuchthaus verurteilt. Am 23.10.1918 infolge einer Amnestie entlassen, am folgenden Tag fand in der sowjetischen Vertretung in Berlin ein Empfang zu seinen Ehren statt.

Diploms),[29] es wird jedoch wohl kaum gelingen, denn er wird unter sehr strengen Bedingungen gehalten. Ich lege Ihnen das vorerst einzige Exemplar der Broschüre Kautskys (sogar mit Widmung[30]) bei. Kautsky verabschiedete sich von mir mit dem Wunsch, dass er Unrecht behalten möge. Ich antwortete ihm, dass ich mir dessen völlig sicher sei.[31]

Im Allgemeinen fühlt man hier die Anfänge jener Desorganisation, wie [es sie] bei uns [gab], doch natürlich ist es noch ein weiter Weg dorthin. Man sagt, dass es in Berlin Zehntausende Deserteure gibt (den Worten eines Arbeiters zufolge), doch die Arbeitermasse selbst in Berlin lebt zumeist in Angst vor der Front, oder, als Halbinvaliden,[32] vor der Kündigung. Der Buchmarkt ist leer; alles Alte ist ausverkauft, und Neues gibt es wenig.

Genaueres werde ich mündlich berichten. Der Informationsdienst[33] lässt viel zu wünschen übrig. Nach hier [nach Deutschland] werden [nur] Bagatellen übermittelt (z.B., dass die Außerordentliche Kommission[34] irgendeine Geisel erschossen habe (für den Anschlag auf Sie)[35], aber weswegen: – wegen Trunksucht und anderer Verbrechen, und im anderen Fall wegen Diebstahl). Und gleichzeitig gibt es weder eine Mitteilung noch eine Gegendarstellung zu einer Meldung einer bürgerlichen Telegraphen[agentur], Sie hätten sich angeblich für ein Bündnis mit einer imperialistischen Großmacht ausgesprochen.[36] Die Deutschen erfahren darüber nur aus der Berichterstattung der Menschewiki. Das Buch Trotzkis ist noch nicht in großer Zahl eingetroffen.[37] Jetzt ist sogar

---

29 Die vom marxistischen Historiker Nikolaj Pokrovskij geleitete, im Juni gegründete Sozialistische Akademie der Gesellschaftswissenschaften (die wenig später in der Kommunistischen Akademie aufging) sah ursprünglich vor, namhafte internationale Sozialisten als Mitglieder und Dozenten zu gewinnen, darunter Karl Liebknecht und Karl Kautsky.

30 „Widmung“ im Original deutsch. Im Artikel der *Pravda* wird die Widmung als „Vom kritischen Freund Kautsky“ zitiert.

31 Dem *Pravda*-Artikel zufolge traf Stučka Kautsky am Tag nach der Konferenz, um ihm ein Diplom der Sozialistischen Akademie zu überreichen (*Pravda*, 24.11.1918).

32 „Halbinvaliden“ im Original deutsch.

33 russ. *osvedomitel'naja služba*, wörtlich „Zuträgerdienst“.

34 Als „Allrussische außerordentliche Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution und Sabotage“ wurde die Tscheka (ČK für *Črezvyčajnaja komissija*), die sowjetische politische Polizei gegründet.

35 Das Attentat auf Lenin (siehe Dok. 1b) löste zusammen mit weiteren Attentaten den Beginn des „Roten Terrors“ aus. In der Folge wurden mehrere hundert konservative wie auch sozialistische Gegner der Bolschewiki hingerichtet.

36 Bei der „imperialistischen Großmacht“ konnte es sich nur um das Deutsche Reich handeln. Am 29.12.1918 hieß es bspw. in der *New York Times*: „Ludendorff aids Lenine? Said to be Chief Now of Soviet Army in Russia.“

37 Von Trotzki erschienen 1918: Leo Trotzki: Die Sowjet-Macht und der internationale Imperialismus, Belp-Bern, Promachos-Verlag, 1918, sowie Id.: Arbeit, Disziplin und Ordnung werden die sozialistische Sowjetrepublik retten, Basel, 1918. Möglicherweise geht es hier jedoch um Trotzkis „Anti-Kautsky“.

Haase dafür, es hier nachzudrucken. Man müsste Ihre wichtigsten Artikel seit dem 4. Apr.[il 1917] in deutscher Übersetzung zusammenstellen.[38]

Ich drücke Ihre Hand!

P. Stučka

Dok. 3

Beschluss der KP Russlands über die Schaffung eines zentralen internationalen Büros im Ausland vor der Gründung der Komintern

Moskau, 28.9.1918

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 17/84/1, 1. Erstveröffentlichung

PROTOKOLL DER BESPRECHUNG ZUR FRAGE NACH DER ARBEIT IM AUSLAND
Vom 28. September [1918].

Anwesend: Sverdlov, Radek, Bucharin, Baturin, Balabanova, Rozin [d.i. Roziņš] und Kamenev.[39]
Vorsitz: Ja.M. SVERDLOV.

Tagesordnung:
1) Schaffung eines Büros der Russ[ischen] Komm[unistischen] Partei im Ausland.

---

38 Am 4. April 1917 hielt Lenin kurz nach seiner Rückkehr aus dem Schweizer Exil einen Vortrag, auf Basis dessen er die berühmten „Aprilthesen" ausarbeitete. Deutschland war bis zum Ausbruch der Novemberrevolution Bestandteil der allgemeinen Überlegungen zur internationalen Revolution, und zu den Vorbereitungen für eine Kommunistische Internationale. Die Weltrevolution sei zwar „unausbleiblich", meinte er auf einer Kundgebung am 23.8.1918. „Aber nur ein Dummkopf kann fragen, wann die Revolution im Westen ausbrechen wird. Eine Revolution kann man nicht voraussagen, sie kommt von allein. Und sie wächst heran und muß zum Ausbruch kommen." (in: Lenin: Werke XXVIII, S. 66–71). Der Umschwung kommt in seinen Instruktionen zur Unterstützung der deutschen Revolution zum Ausdruck (siehe Dok. 4). Von Lenin waren seit 1917 bereits eine Vielzahl von Einzeltiteln in deutscher Sprache erschienen, der erste Sammelband folgte erst 1921 (siehe: N. Lenin, G. Sinowjew: Gegen den Strom. Aufsätze aus den Jahren 1914–1916, Hamburg, Verlag der Kommunistischen Internationale-Carl Hoym Nachf., 1921, vgl.: W. I. Lenin: Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung. Aus Schriften, Reden, Briefen, 3. Auflage, Berlin, Dietz Verlag, 1960.

39 Jakov Sverdlov (1885–1919) war faktisch Parteisekretär der RKP(b). Im Gegensatz zu Karl Radek (1885–1939) und Nikolaj Bucharin (1888–1938) war Lev Kamenev (1883–1936) später nicht mehr in der Komintern tätig, ebenso wie der hier aufgeführte Parteihistoriker Nikolaj Baturin (1877–1927). Anželika Balabanova (1878–1965) war bis zu ihrem Bruch mit den Bolschewiki eine der wichtigsten und bekanntesten Netzwerkerinnen der sozialistischen und kommunistischen Bewegung in West und Osteuropa und 1919 erste Sekretärin der Komintern. Der lettische marxistische Philosoph Fricis Roziņš (1870–1919) unterzeichnete für die KP Lettlands die Einladung zum Gründungskongress der Komintern.

2) Einberufung eines internationalen Kongresses in Russland.
3) Finanzmittel.

Angehört:
1) Schaffung eines Büros der Russ[ischen] Kommunistischen Partei im Ausland.[40]

Beschlossen:
Alle Fragen zu den ausländischen Beziehungen[41] in einem Zentralen Büro zu konzentrieren, zusammengesetzt aus: Balabanova, Rozin, Aksel'rod, Bucharin und Vorovskij.[42] Über alle Parteigenossen, die sich im Ausland befinden, muss Buch geführt werden.

[Angehört:]
2) Einberufung eines Internationalen Kongresses in Russland.

[Beschlossen:]
Vorbereitungsarbeiten für die Einberufung eines internationalen Kongresses in Russland zu beginnen, wofür das Büro unverzüglich mit allen großen ausländischen sozialistischen Parteien in Verbindung treten soll, die auf unseren Positionen stehen, und mit ihnen Verhandlungen aufzunehmen hat. Über die Verhandlungsergebnisse hat das Büro dem ZK der Partei Bericht zu erstatten. Das ZK soll seinerseits vorläufige Thesen zum internationalen Kongress ausarbeiten.[43]

40 Im Unterschied zu den unterschiedlich strukturierten und 1918 bei den ausländischen Missionen angesiedelten Büros für revolutionäre Propaganda in Berlin (Pressebüro/Ioffe), Bern (Informationsbüro/Berzin), Stockholm (Vorovskij) und London (Litvinov/Rothstein) wurde die Existenz des neuen zentralen Auslandsbüros bisher in der Literatur nicht nachgewiesen (siehe: František Svátek: The Governing Organs of the Communist International. Their Growth and Composition, 1919–1943. In: *History of Socialism Year Book*, Prague (1969), S. 179–266, hier 206f.) Nach Hedeler/Vatlin existierte das Büro „vorerst nur auf dem Papier" (Wladislaw Hedeler, Alexander Vatlin (Hrsg.): Die Weltpartei aus Moskau. Der Gründungskongress der Kommunistischen Internationale 1919. Protokoll und neue Dokumente, Berlin, Akademie-Verlag, 2008, S. XX.

41 Im russischen „*o zagraničnych snošenijach*".

42 Der Ex-Bundist Tovij Aksel'rod (1888–1938) war 1918 ROSTA-Vertreter in Berlin und in den frühen 1920er Jahren für die Komintern in romanischen Ländern tätig. Der Verweis von Adibekov/Šachnazarova/Širinja auf P. Aksel''rod, der als Pavel B. Aksel'rod, einer der Haupttheoretiker des russischen Marxismus und Führer der Menschewiki, entschlüsselt wird, ist dubios (siehe: Aleksandr Vatlin: Tovij Aksel'rod. In: *Voprosy istorii* (2010), Nr. 1, S. 33–49; Grant M. Adibekov, Eleonora N. Šachnazarova, Kirill K. Širinja: Organizacionnaja struktura Kominterna, 1919–1943, Moskva, ROSSPEN, 1997, S. 24 u.a.). Der Ingenieur Vaclav Vorovskij (1871–1923) war anfänglich in der Komintern aktiv; als sowjetischer Diplomat 1923 wurde er von dem anschließend freigesprochenen Russlandschweizer Moritz Conradi in Lausanne erschossen.

43 Damit handelt es sich zweifelsfrei um das früheste Dokument zur Gründung der Komintern, die schließlich auf dem I. Weltkongress (2.–6.3.1919) erfolgte. Im Laufe des Jahres 1918 sollen darüber hinaus einige – vermutlich weniger repräsentative – „Internationale sozialistische Konferenzen" in Moskau und Petrograd stattgefunden haben (Svátek: Governing Organs, S. 205). Im Januar 1919 fand

[Angehört:]
3) Finanzmittel.

[Beschlossen:]
Es wird beschlossen, alle Finanzmittel, die den im Ausland tätigen Parteigenossen zu Verfügung stehen, in den Händen des Auslandsbüros zu konzentrieren.

DER VORSITZENDE
Die Mitglieder

Dok. 4

„Alle werden wir dafür sterben, um den deutschen Arbeitern zu helfen". Anweisungen Lenins an Trotzki und Generalsekretär der KP Russlands, Jakov Sverdlov zur Novemberrevolution

[Moskau], 1.10.1918

Publiziert in: V.I. Lenin: Polnoe sobranie sočinenij. Bd. L: Pis'ma. Oktjabr' 1917 – ijun' 1919, Moskva 1965, S. 185–186. Deutsche Neuübersetzung. Eine stellenweise „diplomatische" Übersetzung siehe: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): V.I. Lenin: Briefe. 10 Bde., Berlin, Dietz Verlag, 1967–1976, hier Bd. V: 1917–1919, Berlin, 1968, S. 179–181.

1/X. 1918.

An Gen. Sverdlov und Trotzki

Die Dinge haben sich in Deutschland so „beschleunigt", dass auch wir nicht zurückbleiben dürfen.[44] Und wir liegen schon heute im Rückstand.

Es ist notwendig, *morgen* eine gemeinsame Versammlung
des Zentralexekutivkomitees
des Moskauer Sowjets
der Stadtbezirkssowjets
der Gewerkschaften usw. usw. einzuberufen.[45]

---

eine „internationale" Konferenz in Moskau mit hauptsächlich lettischen und skandinavischen Teilnehmern statt (Pierre Broué (Hrsg.): Les Congrès de l'Internationale Communiste. Textes intégraux publiés sous la direction de Pierre Broué. Le Premier Congrès. 2–6 mars 1919, Paris, Etudes et Documentation Internationales, 1974, S. 32 (Documents pour l'histoire de la Troisième Internationale)).

44 Lenin sieht hier auch im Unterschied zum Bericht Ioffes aus Berlin (siehe Dok. 5) die revolutionäre Entwicklung in Deutschland viel optimistischer und zugleich als zentrale strategische Perspektive, nicht zuletzt im Hinblick auf die Gründung der Internationale In ihrer Dokumentation zur Kominterngründung bleiben Lenins diesbezügliche Briefe und Stellungnahmen bei Hedeler/Vatlin weitgehend unberücksichtigt (siehe: Hedeler/Vatlin: Die Weltpartei, S. XXf.).

45 Die von Lenin vorgeschlagene gemeinsame Versammlung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, des Moskauer Sowjets, der Betriebskomitees und der Gewerkschaften wurde am 3.10.1918

Eine *Reihe* von Vorträgen zu halten *über den Beginn der*

Revolution in Deutschland. (Der Sieg *unserer* Taktik im Kampf gegen den deutschen Imperialismus usw.)[46]

Eine Resolution anzunehmen.

Die internationale Revolution ist *innerhalb einer Woche* so nahe gerückt, dass man mit ihr wie mit einem Ereignis *der nächsten Tage* rechnen muss.

Keinerlei Bündnisse, weder mit der Regierung Wilhelms, noch mit der Regierung Wilhelms II. + Ebert und anderen Schurken.[47]

Aber für die deutschen Arbeitermassen, die Millionen deutscher Werktätiger, da sie jetzt mit ihrem Geiste die Empörung beginnen (vorerst *nur* mit ihrem Geiste) beginnen wir, einen Bruderbund, *Getreide,* militärische Hilfe

vorzubereiten.

Alle werden wir dafür sterben, um den deutschen Arbeitern zu helfen, die in Deutschland begonnene Revolution nach vorne zu bringen.[48]

Schlussfolgerung:

1) Ein Zehnfaches der Anstrengungen für die Getreidebeschaffung (*alle* Vorräte leeren für uns *und für die deutschen* Arbeiter).[49]

---

einberufen. Lenin selbst konnte aufgrund seiner Verwundung nicht teilnehmen, schrieb aber einen Brief, der verlesen und am 4.10.1918 in der *Pravda* veröffentlicht wurde. Darin drückte Lenin seine Zuversicht über die herannahende proletarische Revolution in Deutschland aus und rief die sowjetischen Organisationen zu konkreten Unterstützungsmaßnahmen für das deutsche Proletariat auf. „Jetzt werden sogar die verblendetsten Arbeiter in den verschiedenen Ländern einsehen, wie sehr die Bolschewiki im Recht waren, als sie ihre ganze Taktik auf die Unterstützung der internationalen Arbeiterrevolution begründeten und sich nicht scheuten, die schwersten Opfer zu bringen." (Lenin: Werke, XXVIII, S. 90–93).

46 Lenin sah fast einen Monat vor ihrem Ausbruch die deutsche Revolution voraus. Nach dem in den letzten Oktobertagen beginnenden Matrosenaufstand erreichte die von den revolutionären Arbeiter- und Soldatenräten im ganzen Land angeführte Novemberrevolution am 9. November Berlin und führte zur Abdankung des Kaisers.

47 Reichskanzer Max von Baden übergab am 9.11.1918 sein Amt dem Sozialdemokraten Friedrich Ebert.

48 Diesen Gedanken hatte Lenin bereits am 18.10.1918 in einem Brief an Ioffe geäußert, so in einem in den Lenin-Werken nicht publizierten Schlußsatz: „Also gibt es keine andere Wahl. *Soyons fort(e)s et accelerons la revolution en Allemagne* [sic]. [Seien wir stark und beschleunigen die Revolution in Deutschland]. Es gibt keine andere Wahl." (RGASPI, Moskau, 2/1/7265, 1; vgl.: Lenin: Polnoe sobranie sočinenij, Bd. 50, S. 195). Trotzki überlieferte eine ähnliche Äußerung Lenins: „Wenn wir für den Sieg der deutschen Revolution umkommen müßten, wir wären verpflichtet, es zu tun. Die deutsche Revolution ist unermeßlich wichtiger, als die unsrige. Aber wann wird sie kommen? Unbekannt." (Leo Trotzki: Mein Leben. Versuch einer Autobiographie, Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuchverlag, 1974, S. 330).

49 In seinem Brief an die besagte gemeinsame Sitzung vom 3.10.1918 appellierte Lenin: „Beschließen wir, daß in jedem großen Getreidespeicher eine Getreidereserve geschaffen wird, damit wir den deutschen Arbeitern helfen können, wenn sie [...] in eine schwierige Lage geraten." (Lenin, Werke, XXVIII, S. 92). Daraufhin sammelten die regionalen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen nach einer Aufforderung des Volkskommissariats für Versorgung große Mengen Getreide (bzw. es wurde

2) Ein Zehnfaches der *Meldungen* zur Armee. Bis zum *Frühling* müssen wir eine Armee von 3 Millionen zur Unterstützung der internationalen Arbeiterrevolution besitzen.

Diese Resolution muss Mittwoch Nacht per Telegraph um die ganze Welt gehen.[50]

Setzen Sie die Versammlung für Mittwoch 2 Uhr an. Wir beginnen um 4, geben Sie mir das Wort für einen viertelstündigen Auftritt, ich komme und fahre dann wieder zurück. Schicken Sie morgen früh einen Wagen zu mir (und am Telefon sagen Sie nur: *einverstanden*).

Gruß! Lenin

---

von der Bauernschaft requiriert). Das VCIK konnte bereits am 11. November das Vorhaben verkünden, zwei Güterzüge mit je 25 Waggons nach Deutschland zu schicken; ein erster Güterzug setzte sich wenige Tage später in Bewegung. Allerdings lehnte Hugo Haase im Namen der deutschen Regierung das Angebot höflich ab, der amerikanische Präsident Wilson habe versprochen, Deutschland Lebensmittelhilfe zukommen zu lassen. Die Sowjetregierung ließ über Außenkommissar Čičerin die Enttäuschung darüber verlauten, die deutsche Regierung würde kapitalistische Hilfe vorziehen, anstatt „fest auf dem Boden der Arbeitersolidarität zu stehen". In der sowjetischen Presse folgte eine Welle der Empörung über das Verhalten der deutschen Sozialdemokratie. Siehe: Isaak I. Minc: Sovetskaja Rossija i Nojabr'skaja revoljucija v Germanii. In: *Voprosy istorii* (1974), Nr. 11, S. 3–22, hier 19–20; V. A. Kondrat'ev: Otkliki na nojabr'skuju revoljuciju v Sovetskoj Rossii. In: V. D. Kul'bakin (Hrsg.): Nojabr'skaja revoljucija v Germanii. Sbornik statej i materialov, Moskva, Izdatel'stvo Akademii nauk SSSR, 1960, S. 439–454; I. N. Zemskov u. a. (Hrsg.): Dokumenty vnešnej politiki SSSR, Bd. 1: 7 nojabrja 1917 g. – 31 dekabrja 1918 g., Moskva, Gosudarstvennoe izdatel'stvo političeskoj literatury, 1959, S. 564–565; Alexander Vatlin: Im zweiten Oktober, S. 190; Abraham Ascher: Russian Marxism and the German Revolution, 1917–1920. In: *Archiv für Sozialgeschichte*. Bd. 6/7 (1967), S. 391–439, hier S. 407–408.

50 Die Resolution der Gemeinsamen Sitzung vom 3.10.1918, die besagte, Sowjetrussland werde „mit all ihren Kräften und Mitteln die revolutionäre Macht in Deutschland gegen ihre imperialistischen Feinde unterstützen", wurde am 4.10.1920 in der *Izvestija* und der *Pravda* veröffentlicht (für den vollen Wortlaut siehe: Institut marksizma-leninizma pri CK KPSS (Hrsg.): Dekrety sovetskoj vlasti, III: 11 ijulja – 9 nojabrja 1918 g., Moskva, Izdatel'stvo političeskoj literatury, 1964, S. 393–395).

Dok. 5

Brief Adol'f Ioffes an Lenin über die bevorstehende deutsche Revolution, die Schwäche der Linken und das deutsch-russische Verhältnis in der Bürgerkriegszeit

[Berlin], 13.10.1918

Autograph in russischer Sprache, RGASPI, Moskau, 5/1/2134, 41. Erstveröffentlichung

13-X-1918

Verehrter Vladimir Il'ič [Lenin]![51]

Ich habe mich sehr über Ihren Brief gefreut,[52] vor allem als Beleg für Ihre Genesung. [...]

Ich stimme mit Ihnen völlig darin überein, dass jetzt unsere Hauptarbeit revolutionärer Art sein muss, und habe, noch bevor ich Ihren Beschluss erhielt,[53] angefangen, ihr viel mehr Aufmerksamkeit und Zeit zu widmen, doch mir scheint, dass Sie übertreiben, wenn Sie sagen, dass es mit dem „Diplomatisieren" ein Ende habe.[54] So lange, wie in Deutschland kein Rat der A[rbeiter] u[nd] S[oldaten-]D[eputierten] regiert, sondern – selbst die jetzige – Regierung, ist leider das „Diplomatisieren" immer noch notwendig, denn diese Regierung wird uns noch vieles verderben können. Gen[osse] Čičerin beweist dies anschaulich, indem er sich immer noch ständig zwecks Behebung verschiedener Konflikte an mich wendet, und ich kann sie doch nur in dem Maße beheben, in dem ich meine guten Beziehungen zum hiesigen Sumpf bewahre.

---

51 Der Historiker Ottokar Luban rekonstruiert Ioffes erste Zeit als russischer Botschafter in Berlin und unterstreicht die Bedeutung der Ioffe-Lenin-Korrespondenz. Die zahlreichen Joffe-Briefe an Lenin im September und Oktober 1918 sind durchweg informativ und zumeist sehr umfangreich; hier konnte nur eine kleine Auswahl getroffen werden. Der vorliegende Ioffe-Brief umfasst allein neun Seiten (siehe: Ottokar Luban: Russische Bolschewiki und deutsche Linkssozialisten am Vorabend der deutschen Novemberrevolution. Beziehungen und Einflussnahme. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (2009), S. 283–298; dazu auch die Studie: Alexander Vatlin: Im zweiten Oktober. Lenin, die Niederlage des Deutschen Reiches und die außenpolitische Wende der Bolschewiki. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (2007), S. 180–200).

52 Vermutlich der Brief Lenins vom 20.9.1918, in dem er eindringlich eine Offensive gegen die „theoretische Verflachung des Marxismus durch Kautsky" fordert (siehe: Lenin: Briefe V, S. 176–178).

53 Siehe Dok. 4

54 Am 3.8.1918 schrieb Lenin an Ioffe angesichts der Intervention der Entente: „Die ‚frühere' Politik des Nichtbrechens mit der Entente [...] fortzusetzen ist lächerlich." (Lenin, Briefe, V, S. 129). Dem vorangegangen war ein Brief Ioffes an Lenin vom 28.7.1918, in dem er davor warnte, sich auf eine Seite zu schlagen und auf ein Lavieren zwischen der Entente und Deutschland drängte (Dietmar Wulff (Hrsg.): A.A. Joffe und die russische Außenpolitik. Unveröffentlichte Dokumente. Teil III. Juli 1918. In: *Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte* (1996), 2, S. 267–304). Am 18.10.1918, nachdem er den vorliegenden Brief Ioffes bekommen hatte, schrieb Lenin nach Berlin zurück: „Ich habe nichts gegen eine Fortsetzung des ‚Diplomatisierens'. Aber es hat nicht mehr solche Bedeutung." (Lenin, Briefe, V, S. 189).

Ohne Zweifel überschätzen Sie das Herannahen der deutschen Revolution. Ein ernstzunehmender Faktor der hiesigen Ereignisse ist, dass die Zersetzung an der Front nicht das Resultat einer Revolution im Lande ist, sondern unabhängig vom Anstieg revolutionärer Stimmungen im Land stattfindet. Im Gegenteil, selbst die Stimmungslage, die von mir im letzen Brief beschrieben wurde, kommt nicht wirklich voran, und sogar zum Zwecke der Bewaffnung wollen sie nicht mehr annehmen, als sie schon genommen haben.[55] Hier besteht eine ernsthafte Gefahr des Auseinanderfallens der gesamten Bewegung, sobald der Friede wirklich in Sicht ist. Die Regierung versteht dies hervorragend, und unternimmt ihre liberalen Schritte entsprechend im Interesse der Zurückhaltung der Revolution und der Rettung von Krone und Monarchie.[56] Im Ausw[ärtigen] Amt,[57] wo man mich, wie auch generell in Regierungskreisen, fast als „einen von ihnen" ansieht, spricht man dies mir gegenüber offen aus. Dort ist man sehr erbost über Ihre Resolution, und man erklärte mir mehrfach, dass wir uns erneut irren würden, da nun nicht nur die erklärten Gegner der Revolution, sondern auch die Sozialisten und das Proletariat gegen eine Revolution sein werden. Für die kommende Periode ist dies zweifellos richtig, und deswegen sollten Sie in der nächsten Zeit nicht auf die deutsche Revolution hoffen. Das Beste ist, dass die Scheidemänner[58] nun zweifellos als die entschiedenste konterrevolutionäre Kraft auftreten werden. Ich nehme an, dass die augenblickliche Aufgabe darin besteht, die Herren Scheidemänner zu diskreditieren, die heutzutage die Regierung als Ganzes stützen, und das traurigste daran ist, dass die Partei, die dies bewerkstelligte würde, nämlich die Unabhängigen, zwar gute Resolutionen verabschieden, jedoch ohne jeden Zweifel im entscheidenden Moment das Handtuch werfen werden, denn die Mehrheit unter ihnen, mit Ausnahme vielleicht von Ledebour, ist davon überzeugt, dass Wilsons Friede eine reale Möglichkeit sei und verwirklicht werde.[59] Sie sind Defätisten[60] *par excellence* und wollen, im Grunde genommen, nichts anderes als den Frieden, und

---

55 Zur ablehnenden Haltung der Unabhängigen Sozialisten zur Finanzierung durch die Bolschewiki, siehe den Brief Ioffes vom 5.9.1918.

56 Am 5.10.1918 übermittelte Reichskanzler Max von Baden Woodrow Wilson das Angebot für einen Waffenstillstand auf der Grundlage seines 14-Punkte Programms.

57 „Ausw. Amt" in deutsch.

58 „Scheidemänner" (russ. „*šejdemanovcy*") war der seitens der linken Sozialisten wie Rosa Luxemburg genutzte abwertende Ausdruck für die Mehrheitssozialdemokraten, bezogen auf den SPD-Führer und kurzzeitigen Regierungschef Philipp Scheidemann (1865–1939), der 1918 der Überzeugung war, der Bolschewismus sei ein „barbarisch-asiatisches Zerrbild des wissenschaftlichen Sozialismus" (Scheidemann: Memoiren eines Sozialdemokraten, S. 293)

59 Der Versailler Friedensvertrag zerschlug 1919 die Hoffnung auf einen Hoffnung auf einen milden Frieden für Deutschland. In einer Botschaft des Kongresses vom 8. Januar 1918 hatte der amerikanische Präsident Woodrow Wilson (1856–1924) ein 14-Punkte-Programm für eine neue Friedensordnung in Europa vorgelegt, die auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Freiheit des Handels basieren sollte. Insofern stellte die Komintern eine globale Antwort auf den überschätzten „Wilsonian Moment" dar.

60 „Defätisten" hier gebraucht im Sinne eines verzagten Sich-Abfindens mit der Situation.

da vertrauen sie mehr auf Wilson als auf die Revolution und die Selbständigkeit des eigenen Proletariats. Über solche Leute wie Kautsky muss man gar nicht erst reden, doch selbst Hilferding, der wahrscheinlich Redakteur ihrer großen Zeitung wird (sie hoffen, eine solche in der nächsten Zeit zu bekommen),[61] ist fast genauso wie Kautsky, hält eine Einigung auf der Grundlage von Wilsons Punkte für durchaus möglich, und geht davon aus, dass die Revolution erst nach einem Friedensschluss als Resultat der Schwierigkeiten bei der Demobilisierung, bei der Umstellung der Industrie auf Friedensproduktion usw. beginnen werde. Ich selbst habe in entschiedener Weise mit den Unabhängigen gesprochen, ihre Verpflichtungen gegenüber dem Internationalismus und unserer Revolution unterstrichen, und habe erreicht, dass sie sich verpflichtet haben, entschiedener aufzutreten, und ihren Aufruf herausgebracht haben, in dem sie von der sozialistischen Republik reden.[62] Nichtsdestotrotz hege ich keinerlei Hoffnungen ihnen gegenüber und bin der Meinung, dass sie sich unter gewissen Bedingungen sogar in „revolutionäre Vaterlandsverteidiger" verwandeln werden.

Was die „Spartakusleute" angeht, so sind sie mit meiner Sichtweise völlig einverstanden. Augenblicklich sind sie personell geschwächt, die Lage wird sich jedoch bessern, sobald ihre besten Leute aus den Gefängnissen und von der Front zurückkehren. Nur mit großer Mühe konnte ich sie dazu bringen, den Aufruf zu unterzeichnen, den ich geschrieben habe und den ich Ihnen hiermit beilege.[63] Gestern hatten sie eine Konferenz, wo sie eine Reihe ziemlich revolutionärer Beschlüsse gefasst sowie alle Vorschläge, die ich ihnen vorher gemacht hatte, angenommen haben (die Resolu-

61 Der Publizist und Ökonom Rudolf Hilferding war 1918–1923 Chefredakteur des Zentralorgans der USPD *Freiheit*.

62 Ein Aufruf des Vorstands der USPD vom 12.11.1918 erklärte, dass die sozialistische Republik an die Stelle der Monarchie getreten sei und die Arbeiter- und Soldatenräte Inhaber des Gewaltmonopols seien (Franz Osterroth, Dieter Schuster: Chronik der deutschen Sozialdemokratie. II, Vom Beginn der Weimarer Republik bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, 3. unveränderte Auflage, Berlin-Bonn-Bad Godesberg, J.H.W. Dietz Nachf., 1980, S. 10; siehe auch: http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/chronik/band2/e235f4.html)

63 Die Konferenz (siehe nächste Anmerkung) hatte einen Aufruf an die Bevölkerung verabschiedet, in dem neben einer Skizzierung der (für Deutschland verheerenden) Kriegslage das deutsche Proletariat aufgefordert wurde, eine Reihe sozialer und politischer Forderungen zu erheben, von der Befreiung politischer Gefangener und der Enteignung des Bankkapitals bis hin zur „Abschaffung der Einzelstaaten und Dynastien", eine klare Perspektive des politischen Systems bzw. der anzustrebenden Gesellschaftsordnung wurde jedoch nicht gegeben. Der von der „Gruppe Internationale (Spartakus-Gruppe). Die Linksradikalen Deutschlands" unterzeichnete Aufruf ist publiziert bei: Ernst Drahn, Susanne Leonhard (Hrsg.): Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges, Berlin-Fichtenau, Verlag Gesellschaft und Erziehung, 1920, S. 115–117; Spartakusbriefe, Berlin (Ost), 1958, S. 469–471. Zur Entstehungsgeschichte des Aufrufs und zu Ioffes Autorenschaft, siehe: Ottokar Luban: Die Oktoberkonferenz 1918 der Spartakusgruppe. Neue Forschungsergebnisse. In: Ulla Plener (Hrsg.): Die Novemberrevolution 1918/19 in Deutschland. Für bürgerliche und sozialistische Demokratie. Allgemeine, regionale und biographische Aspekte. Beiträge zum 90. Jahrestag der Revolution, Berlin, 2009, S. 68–78.

tion und die Thesen schicke ich Ihnen zu, sobald sie gedruckt sind).[64] Was die Taktik angeht, habe ich ihnen vorgeschlagen, jede günstige Gelegenheit zu nutzen, um die Regierung zu Repressionsmaßnahmen gegen das Proletariat zu provozieren. Sie sind damit einverstanden, am Mittwoch, dem Tage der Wiederaufnahme der Arbeit durch den Reichstag, eine Straßendemonstration zu veranstalten. Mal sehen, was daraus wird.[65] Ein Unglück besteht darin, dass sie sehr schwach sind, und solange Liebknecht nicht da ist, keinen einzigen populären Namen präsentieren können. Nichtsdestotrotz ruht die Hoffnung auf Revolution allein auf ihnen. Wenn man [direkt] in die Massen vordringen könnte, wäre es zwar besser, doch ist dies für mich völlig unmöglich. Man muss sich vor Augen führen, dass hier verstärkt gemunkelt wird, dass sämtliche revolutionäre Agitation von der Botschaft und von Russland im Allgemeinen ausgehe. Sie glauben, dass ich selbst nichts Unzulässiges tue, genauso wie sie glauben, dass Rakovskij selbst nichts entsprechendes getan habe, behaupten jedoch, dass um ihn herum revolutionäre Agitation in großen Stil geführt worden sei,[66] und sie sind davon überzeugt, dass es so etwas um mich herum gäbe. Neulich wurde einer Person, die bei mir arbeitet und sich im Urlaub befindet, aus Polizeikreisen geraten, nicht in die Botschaft zurückzukehren, denn *mit der russischen Botschaft wird es zu toll und sie muss bald liquidiert sein.*[67]

Unmittelbar in den Massen können wir also nicht arbeiten, man kann jedoch auch auf Andere einwirken, was ich nach Kräften auch tue. Meiner Meinung nach ist es angebracht, nicht nur die Massen illegal zu organisieren, sondern sie auch durch offene politische Aktionen zu revolutionieren, die aktuelle Regierung wo und wie es

---

64 Die im Nachhinein als „Erfurter Konferenz" des Spartakusbundes und als deren offizielles Datum der 7.10. kommuniziert wurde (siehe letzte Zeile dieses Dokuments), tagte in Wirklichkeit am 12. und 13.10.1918 in Berlin. Ioffe selbst war nicht auf der Konferenz anwesend; die Teilnehmer besuchten ihn und Anželika Balabanova in der russischen Botschaft. Laut einem in der Moskauer Zeitschrift „Weltrevolution" veröffentlichten, in Deutschland illegal verbreiteten und bei Drahn/Leonhard abgedruckten Konferenzbericht waren auf der Konferenz „Vertreter der Spartakusorganisationen aller wichtiger Bezirke und Orte Deutschlands vertreten, ferner mehrere Ortsgruppen der sogenannten ‚linksradikalen Bewegung'" (Drahn/Leonhard: Unterirdische Literatur, S. 113). Neben dem von Ioffe verfassten, von Paul Levi eingebrachten, oben erwähnten Aufruf (ein Passus über die Massendesertion an der Front als Beginn der Revolution traf auf den Widerstand Wolffheims und wurde gestrichen) wurden Thesen über die weltpolitische Lage verabschiedet. Sie schlossen mit einer Aufforderung an das deutsche Proletariat, die „deutsche sozialistische Republik" auszurufen (Drahn/Leonhard: Unterirdische Literatur, S. 114; siehe auch: Luban: Die Oktoberkonferenz).

65 Die von Ioffe angeregte Demonstration der Spartakusgruppe fand am 16.10.1920 vor dem Reichstagsgebäude und in der Berliner Innenstadt statt. Sie machte jedoch, da sich die USPD nicht der Demonstration angeschlossen hatte, einen „kläglichen Eindruck", wie Ioffe selbst in einem weiteren Brief an Lenin eingestand (siehe: Luban: Die Oktoberkonferenz, S. 14).

66 Der bulgarischstämmige Revolutionär und sozialistische Internationalist Christian Rakovskij (1871–1941) hielt sich im September 1918 zu Verhandlungen bezüglich der Ukraine in Deutschland auf, wo er zusammen mit Bucharin und Ioffe ausgewiesen, zunächst verhaftet und schließlich im Zuge der Novemberrevolution befreit wurde.

67 Kursivierte Passage im Original deutsch.

nur geht aufgrund von Fakten zu diskreditieren, die Idee des wilsonianischen Friedens in Verruf zu bringen. Und genau deswegen habe ich es für wichtig befunden, dass wir in Friedensfragen offen als Regierung, und nicht als revolutionäre Partei, auftreten. Über diesen Plan von mir wissen Sie Bescheid. Ich halte es *nicht* für notwendig, den Brester Frieden[68] zu annullieren, doch ich halte es für äußerst förderlich, in der ganzen Welt Krach zu schlagen über den imperialistischen Betrug, der sich gegenwärtig hinter der Fassade von Wilsons demokratischem Frieden verbirgt. Und dies können wir nur bewerkstelligen, indem wir uns auf unserem Recht bestehen, an der Friedenskonferenz teilzunehmen,[69] d.h. wir wenden uns, wie ich bereits schrieb, an alle kämpfenden Parteien (darunter Deutschland) mit einer Note, in der wir darauf hinweisen, dass der Brester Frieden Russland nicht das Recht nehmen konnte, am Abschluss eines allgemeinen Friedens mitzuwirken; dass das Eingeständnis des Kanzlers, dass der Brester Frieden kein Hindernis zum Abschluss eines allgemeinen Friedens darstelle, dieses unser Recht umso stärker unterstreicht; dass wir es deswegen für notwendig halten, zu erklären, dass wir in dieser oder jenen Weise zu den Punkten Wilsons stehen und deswegen eine Teilnahme an der Konferenz fordern, um diesen unseren Standpunkt zu vertreten.[70] Und in der Presse muss man das Revolutionäre an unserem Standpunkt noch stärker betonen. Jetzt, wo die ganze Welt, sogar das Proletariat und sogar die Longuet-Anhänger[71] in Frankreich und die Unabhängigen in Deutschland im Bann Wilsons und seiner Forderungen stehen, wäre ein solcher Auftritt unsererseits in seiner revolutionierenden Wirkung sehr wertvoll.

Dies ist insofern umso wichtiger, als dass wir keine Zeit haben, zu lange auf die Weltrevolution zu warten. Ich hatte schon per Chiffre mitgeteilt, dass man hier

---

68 Der Friedensvertrag von Brest-Litowsk wurde nach mehrmonatigen Verhandlungen am 3.3.1918 zwischen Sowjetrussland und den Mittelmächten unterzeichnet. Er beinhaltete große territoriale Verluste für Russland und war auch unter den Bolschewiki selbst höchst umstritten. Trotzdem bedeutete er eine Stabilisierung des jungen Sowjetrusslands und die Gewährung einer „Atempause" (Lenin). Lenin ging davon aus, dass Russland eine Fortsetzung des Kriegs nicht überlebt hätte, mit der Unterzeichnung verband er sein politisches Schicksal.

69 Die von den Siegermächten einberufene Friedenskonferenz fand vom 18.1.1919 bis 21.1.1920 in Paris statt. In ihrem Rahmen wurde u.a. der Versailler Vertrag geschlossen. Das 14-Punkte-Programm des US-Präsidenten Woodrow Wilson, das eine Neuordnung des Nachkriegseuropas und die Gründung des Völkerbunds postulierte, bildete eine Grundlage der Konferenz. Sowjetrussland blieb ausgeladen.

70 Der US-Diplomat William Bullitt hatte sich im März 1919 halboffiziell in der Sowjetunion aufgehalten. Er brachte einen entsprechenden sowjetischen Vorschlag mit zur Konferenz. Das Angebot mit dem Ziel einer Beendigung der alliierten Intervention in Russland wurde jedoch abgelehnt und führte zusammen mit dem Abschluss des Versailler Vertrags gegen Deutschland zur zentralen geopolitische Fronststellung der Zwischenkriegszeit, der Tradierung des – so Bullitt – „century of War" (siehe: Matthias Schickel: Zwischen Wilson und Lenin: Die Anfänge der globalen Blockbildung in den Jahren 1917–1919. Dargestellt am Beispiel des amerikanischen Diplomaten William Christian Bullitt, Hamburg, Kovač, 2005 (Studien zur Zeitgeschichte. 45).

71 Jean Longuet (1876–1938), französischer Sozialistenführer und Enkel von Karl Marx, stimmte trotz pazifistischer Einstellung für die Kriegskredite.

ernsthaft über einen Frieden mit England gegen uns nachdenkt, und es ist charakteristisch, dass während seinerzeit die Nationalliberalen und das Zentrum dagegen auftraten, Scheidemann für ein „ja" plädierte![72] Das Kalkül ist klar: Der Entente den Mund zu stopfen, und von Deutschland zu retten, was zu retten ist. Meine nationalliberalen „Freunde", die das Vermächtnis Bismarcks zur Freundschaft mit Russland für heilig erachten[73] und sich [damit] die Möglichkeit offenhalten wollen, es [d.h. Russland] auszubeuten, entfalten eine große Energie, um diesem Plan entgegenzuwirken, und fragen mich, was Russland Deutschland geben könnte. Ich antworte ihnen, dass ein Bündnis unmöglich sei, solange es eine imperialistische Regierung in Deutschland gebe, dass sich Russland jedoch niemals auf die Seite der Entente schlagen werde und nach wie vor nach Gangbarkeit bereit ist, die Deutschen ein wenig zu füttern.[74] Es muss bedacht werden, dass man in rechten und Regierungskreisen noch nicht die Hoffnung aufgegeben hat, dass wenn die Entente, wie ein sehr einflussreicher Politiker es formulierte, zu *unsinnige Forderung[en]* aufstellen würde, ein Stimmungsumschwung eintreten werde und *dann schliessen wir die Bude zu* (d.h. alles innerhalb des Staates) *und gehen alle an die Front*.[75] Natürlich wird aus diesen Hoffnungen nichts werden, dafür gibt es jedoch keine Garantie dafür, dass sich die

---

72 Vermutlich handelte es sich um die Debatte über eine von SPD, Zentrum und Fortschrittlicher Volkspartei am 19.7.1917 eingebrachte Friedensresolution, die der Reichstag mit Mehrheit verabschiedet hatte. Die Perspektive eines Verständigungsfriedens wurde jedoch von der USPD, den Nationalliberalen und den Konservativen abgelehnt und die Initiative insgesamt verstrich ungenutzt (Helmut Schmersal: Philipp Scheidemann 1865–1939. Ein vergessener Sozialdemokrat, Frankfurt am Main u. a., Peter Lang, 1999, S. 116ff. (Europäische Hochschulschriften Reihe III, 844).

73 Die Bismarcksche Bündnispolitik zielte darauf ab, Deutschland im Rahmen eines europäischen Gleichgewichts zu sichern. Dazu gehörte die Abwehr eines französisch-russischen Bündnisses und die Anlehnung an das Zarenreich. Den Bund mit Russland bezeichnete er als „Bollwerk des Friedens über lange Jahre hinaus. Populär bei allen Parteien, exklusive Nihilisten und Sozialisten". Dazu schloss er 1887 mit Russland ein geheimes Abkommen (Deutsch-russischer Rückversicherungsvertrag), das wohlwollende Neutralität und in einem geheimen Zusatzprotokoll sogar Russlands freien Zugang zum Mittelmeer sicherte. Bereits vorher hatte Bismarck Russland gegen den polnischen Aufstand unterstützt. Göring erwähnte später in der Vorbereitungsphase des Stalin-Hitler-Paktes Bismarcks „Vermächtnis" als beispielhaft (siehe: Adibekov/Di B'jadzo/Gori: Politbjuro CK RKP(b) - VKP(b) i Evropa, S. 346–347; Volker Ullrich: Otto von Bismarck, Reinbek bei Hamburg, Rowohlt, 1998, S. 98; vgl. für die DDR-Historiographie: Sigrid Wegner-Korfes: Otto von Bismarck und Rußland. Des Reichskanzlers Rußlandpolitik und sein realpolitisches Erbe in der Interpretation bürgerlicher Politiker (1918–1945), Berlin, Dietz, 1990.

74 „Ein wenig zu füttern": Im russischen Original: *„podkormit'"*. Russland war zwar der eigentliche Gewinner des Brest-Litowsker Vertrages, musste jedoch Lebensmittel und Rohstoffe an Deutschland liefern (siehe: Winfried Baumgart: Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Wien-München, 1966, S. 370ff.). Die wirtschaftlichen Beziehungen wurden in den Anlagen 2 bis 5 geregelt ergänzen. Der Vertragstext in: 100(0) Schlüsseldokumente zur Russischen und Sowjetischen Geschichte (Einführung: Winfried Baumgart), http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0011_bre&st=BREST&l=de. Dokumenty vnešnej politiki SSSR , Moskva, 1957. T. 1. S. 47–51.

75 Die kursivierten Passagen innerhalb des Satzes im Original deutsch.

Truppen, die im Westen nicht kämpfen wollen,[76] genauso weigern würden, im Osten vorzurücken bzw. zu plündern. Als ich diese Frage an die hiesigen Genossen[77] stellte, traute sich keiner von ihnen, sich dahingehend zu erklären, dass eine solche Garantie gegeben werden könnte. Sie fügen zwar hinzu, dass sie in einem solchen Falle zum Aufstand aufrufen würden, erklären jedoch im gleichen Atemzug, es sei nicht sicher, ob die Massen ihrem Aufruf auch folgen würden. Ich nehme an, dass wenn es auch noch keine Übereinkunft zwischen Deutschland und der Entente gibt, jedoch innerhalb Russlands eine solche Übereinkunft de facto herangereift ist.[78] [...] Und wenn die Engländer eine Invasion starten und ins Schwarzmeer eindringen (was sehr bald bevorstehe und möglicherweise schon eingetroffen ist, wenn Sie den Brief erhalten), werden die Deutschen ihnen keinen Widerstand entgegensetzen.[79] [...]

Die Lage ist sehr ernst, die einzige Rettung liegt in der Revolution: in der Ukraine würde ein Krieg gegen uns einen Aufstand gegen die Deutschen und Skoropadskij bedeuten,[80] Die Ankunft der Engländer würde den Verfall im Kosakentum nicht aufhalten,[81] dennoch liegt es völlig im Dunkeln, ob wir bis zur Revolution im Westen durchhalten können, und obwohl ich mit der Notwendigkeit eines streng revolutionären Tons unsererseits völlig einverstanden bin, denke ich, dass man die Deutschen nicht zu sehr reizen darf, und dass das Ende des „Diplomatisierens" noch nicht gekommen ist, denn parallel zur *Entfaltung* der Revolution ist es zusätzlich notwendig, den deutschen Ansturm gegen uns aufzuhalten.

Ich bitte Sie schließlich, verehrter Vladimir Il'ič, mir wenigstens in einigen Worten zu antworten, ob Sie mit den hier dargelegten Gedanken einverstanden sind, da ich unbedingt wissen muss, ob ich meine Politik, die ich für die einzig richtige halte, fortsetzen soll.[82]

---

76 1918 erfolgten akute Auflösungserscheinungen deutscher Truppen an der Westfront (siehe: Benjamin Ziemann: Enttäuschte Erwartung und kollektive Erschöpfung. Die deutschen Soldaten an der Westfront 1918 auf dem Weg zur Revolution. In: Jörg Duppler, Gerhard P. Groß: Kriegsende 1918. Ereignis. Wirkung. Nachwirkung, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, München, 1999, S. 165–182).

77 „Genossen" im Original deutsch.

78 Ioffe spielt auf die Unterstützung antibolschewistischer Kräfte in Russland sowohl durch die Mittelmächte als auch durch die Entente an.

79 Im Juni 1918 landeten britische Truppen in Murmansk am Arktischen Ozean, im August 1919 in Archangel'sk. Eine britische Landung im Schwarzmeer erfolgte allerdings nicht – es waren französische und griechische Truppen, die kurzzeitig Odessa besetzten.

80 Der ukrainische General Pavlo Skoropad'skyj (1873–1945) war von April bis November 1918 Staatsoberhaupt einer von den Mittelmächten eingesetzten Marionettenregierung in der Ukraine.

81 Nach der Niederschlagung der Erhebung der Don-Kosaken im Februar 1918 und dem Selbstmord ihres Anführers Aleksej Kaledin kam der einheitliche kosakische Widerstand gegen die Bolschewiki weitgehend zu einem Stillstand.

82 Am 18.10.1918 antwortete Lenin auf Ioffes Brief: „Werter Gen. Joffe! [...] Ich habe nichts gegen eine Fortsetzung des ‚Diplomatisierens'. Aber es hat nicht mehr solche Bedeutung. Jetzt geht es darum, ob es der Entente gelingt, am Schwarzen Meer mit starken Kräften an Land zu gehen. Über diese Gefahr rede ich seit langem zu allen und überall und habe das auch in meinem Brief an das ZEK deutlich ge-

Ich wünsche Ihnen vollständige Genesung.

Ihr A. Ioffe

P.S. Vor einiger Zeit habe ich eine kleine Notiz gegen den letzten Artikel Bernsteins verfasst. Das Erscheinen in der Presse hat sich verzögert, da ich sie legal herausbringen wollte. Sobald sie erscheint, werde ich sie Ihnen zuschicken.[83] Gegen Kautsky zu schreiben ist viel schwieriger, da wissenschaftliches Material notwendig ist, und ich habe sehr wenig Zeit. Ihr „Staat und Revolution" wird illegal erscheinen. Es wird bald herauskommen.[84] A.I.

P.S. Gerade habe ich die Resolution und den Aufruf der Spartakusleute erhalten.[85] Ich schicke Ihnen [beides]. Offiziell gilt, dass die Konferenz *in Erfurt am 7. Oktober* stattfand.

---

sagt. Der grundlegende Unterschied zum Februar 1918 ist der, daß wir damals die Möglichkeit *hatten*, Zeit zu gewinnen, indem wir Land abgaben. Jetzt besteht eine solche Möglichkeit *nicht*. Mit besten Grüßen Ihr Lenin." (Lenin: Briefe, XXIIX, S. 189).

83 Der Historiker Ottokar Luban argumentiert diesbezüglich: „Weiterhin haben Joffe und weitere Bolschewiki erheblich dazu beigetragen, dass die kritische Haltung prominenter Unabhängiger Sozialdemokraten wie Kautsky und Bernstein zur bolschewistischen Politik in der USPD nicht die Oberhand gewann, sondern dass die von den Linken Franz Mehring und Ernst Däumig – trotz punktueller Vorbehalte – repräsentierte Zustimmung, Sympathie und Solidarität überwog." (Ottokar Luban: Luxemburg und die Beziehungen zwischen den deutschen Linkssozialisten und den russischen Bolschewiki, Mai 1918 – März 1919, Referat auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz in Woronesh, Russische Föderation, am 21. Mai 2009, russ. publiziert: Ottokar Luban: Roza Ljuksemburg i vzaimootnošenija meždu germanskimi levymi i bol'sevikami v mae 1918 – marte 1919 g. In: Sergej V. Kretinin (Hrsg.): Germanija i Rossija. Sobytija, obrazy, ljudi. Bd. 7: Materialy meždunarodnoj naučnoj konferencii „Roza Ljuksemburg i sovremennaja Rossija", Voronež 21–22 maja 2009 g., Voronež, Naučnaja kniga, 2009, S. 27–42, hier S. 36.

84 Lenins theoretische Begründung der Notwendigkeit einer gewaltsamen Zerschlagung des bürgerlichen kapitalistischen Staates ershien zunächst 1917 im russischen Original. Am 20.9.1918 forderte Lenin in einem Brief an Jan Berzin, Vorovskij und Ioffe, „möglichst bald meine Arbeit ‚Staat und Revolution' in deutscher Sprache herauszugeben" (Lenin, Briefe, XXIIX, S. 177). Mitte Oktober 1918 schrieb Lenin an Berzin: „Wann kommt endlich mein ‚Staat und Revolution' heraus?? Schicken Sie es dann sofort." (Lenin, Briefe, XXIIX, S. 188). Noch im gleichen Jahr erschien Lenins „Staat und Revolution" mit dem Untertitel „Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution" gleich zweimal in deutscher Sprache, im Berner Promachos-Verlag und im Berliner Verlag „Die Aktion".

85 Siehe Dok. 8.

Dok. 7

Kritische Fragen des sowjetischen Außenkommissars Georgij Čičerin an Lenin zur Gründung der Komintern und zu den deutschen Spartakisten

Moskau, 28.12.1918

Autograph in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 2/1/7972, 5–6. Neuübersetzung. In deutscher Sprache veröffentlicht in: Hedeler/Vatlin: Die Weltpartei, S. 9.

28.XII [1]918

Sehr geehrter Vladimir Il'ič [Lenin],

mir ist bei Ihnen [in Ihrem Brief] nicht alles klar.[86] Haben Sie sich schon mit dem „Spartakisten" *verständigt*, oder *muss man* sich noch mit ihm *verständigen*, oder muss man ihn vor die vollendete Tatsache der von uns ausgehenden Einladung stellen?[87] Wird denn die Einladung *von uns alleine* ausgehen? Wird er *den Text des Aufrufes* (inklusive der vorgeschlagenen Plattform), den man jetzt ausarbeiten muss, von uns an die einzuladenden Organisationen überbringen?[88]

---

86 Lenin hatte am 27./28.12.1918 an Čičerin geschrieben: „Wir müssen *schnellstens* (noch vor der Abreise des ‚Spartakisten' durch das ZK bestätigen lassen) die internationale sozialistische Konferenz zur Gründung der III. Internationale vorbereiten. (in Berlin (legal) oder in Holland (illegal), *sagen wir,* zum 1.II.1919 jedenfalls sehr bald […]." Dazu machte er entsprechende Vorschläge zu den inhaltlichen Grundsätzen, der organisatorischen Basis und der einzuladenden Organisationen und Parteien (siehe: Lenin: Briefe, V, S. 221–224; in deutscher Sprache publ. in: Hedeler/Vatlin: Die Weltpartei, S. 7–8). Der Brief zeugt von einer starken Opposition Čičerins gegen Lenins Vorpreschen zur Gründung der Komintern.

87 Čičerin argumentiert in seinem Brief ähnlich wie die Spartakusführer. Bei dem erwähnten Spartakisten handelte es sich um den schwäbischen sozialdemokratischen Journalisten und Kunstsammler Eduard Fuchs, einem Gründungs- und Leitungsmitglied des Spartakusbunds. Er traf am 25.12.1918 in der Sowjetunion ein und wenig später mit Lenin zusammen (siehe: Ulrich Weitz: Eduard Fuchs. Sammler, Sittengeschichtler, Sozialist, Stuttgart, Stöffler & Schütz, 1991; Heiner Jestrabek: Eduard Fuchs. Kunstsammler und Zeitkritiker. Eine biographisch-politische Skizze, Reutlingen, Verlag Freiheitsbaum, 2012, S. 112f.; Ottokar Luban: Die Finanzierung der illegalen Antikriegsflugschriften im Ersten Weltkrieg: Spartkausgruppe und linksbürgeriche Pazifisten im Bund „Neues Vaterland". In: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung* (2008), S. 32–45.

88 Der definitive Einladungsaufruf zur Gründung der III. Internationale wurde am 24.1.1919 in der *Pravda* unter dem Titel „Zum Ersten Kongress der Kommunistischen Internationale" veröffentlicht (später deutsch, siehe: Das Einladungsschreiben an die Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund). Zum 1. Kongress der Kommunistischen Internationale. In: *Die Kommunistische Internationale* (1919), Nr. 1 (August 1919). Entgegen der parteioffiziellen Überlieferung, nach der der Text von Trotzki verfasst wurde, wofür u.a. die Aufnahme in seine (abgebrochenen) Gesammelten Werke spricht (siehe: Lev Trockij: Sočinenija, XII, S. 33–37; als Mitverfasser wird er auch in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 88, genannt), sehen Hedeler/Vatlin Bucharin als Autor, mit zusätzlichen Korrekturen von Lenin (siehe: Hedeler/Vatlin: Die Weltpartei, S. XXVIII).

Wenn nicht Berlin (wo Überraschungen möglich sind), wieso dann *Holland*, wohin wir nur über den Seeweg, an England vorbei, gelangen können (solange Deutschland versperrt ist), und nicht Schweden oder Norwegen?

Sie unterscheiden unter a) die „*Grundlagen*", d.h. ein positives Programm, und b) eine „*Basis*", d.h. das negatives Merkmal „mit S[ozial-]Patr[ioten] nichts gemein". Wieso diese zwei Rubriken? Die „organisatorische" Basis ist etwas Anderes – es ist die Frage nach dem *einheitlichen Zentrum*. Das Leben selbst stellt diese Frage. Muss man sie stellen? Dies ist eine der schwierigsten Fragen. Die Berner Kommission von Balabanova war Fiktion. Muss es in den einzelnen Ländern eine vereinte Partei geben? Was ist mit den linken S[ozial-]R[evolutionären]? Wie ist unser Verhältnis zu den Syndikalisten, wenn wir das Parlament ablehnen?

Im Anhang „Wen rufen wir[?]" vermischen Sie die „Grundlagen" und die „Basis". Sie definieren S[ozial]-Patr[ioten] danach, wer 1914–1918 [die eigene Regierung] unterstützt hatte usw. Aber einige Spartakisten haben 1914 auch für die Kredite gestimmt.[89] Und die Österreicher haben eine Evolution durchgemacht. Überhaupt gibt es jetzt einige Umdisponierungen. Weiter, die Verpflichtung zur *Spaltung* – und an selber Stelle erwähnen Sie Loriot.[90] Sogar die Spartakisten haben noch nicht mit Haase gebrochen.[91] Weiter, der *verpflichtende Charakter* des Sowjet-Modells – das ist etwas Neues. Vielleicht werden die Engländer ja keine Räte, sondern *shop stewards*[92] einführen. Sollte man sich nicht auf die Pflicht des Kampfes für die *Diktatur* des Proletariats beschränken? Ich konnte die Parteien nicht überall gleichermaßen beobachten – haben die holländischen Tribunisten etwa das *Sowjet*-Modell anerkannt?[93]

Es wird noch weitere schwierige Fragen geben – wie ist es mit der B[ritischen] S[ozialistischen] P[artei], und mit der *S[ocialist] L[abor] P[arty]* in England und Amerika? Ich weiß überhaupt nicht, was sich bei ihnen tut. Wieso sind die Norweger nicht auf einer Linie mit den schwedischen Linken?

Ich werde mich mit Bucharin in Verbindung setzen, bitte Sie jedoch, diese Fragen zu beantworten.

Mit Genossengruß,
Čičerin

89 Čičerin bezieht sich hier auf das Auseinanderfallen der II. Internationale infolge der Zustimmung zu den Kriegskrediten durch die SPD am 4. August 1914 und weiterer sozialdemokratischer Parteien Europas. Bei der ersten Abstimmung hatte sich auch Karl Liebknecht noch der SPD-Fraktion untergeordnet und für die Zustimmung zu den Krediten gestimmt.

90 „Loriot" im Original in lateinischer Schrift.

91 Erst Ende Dezember 1918 erfolgte die Abspaltung von der USPD.

92 „*Shop stewards*" im Original in lateinischer Schrift. *Shop stewards* waren die gewählten gewerkschaftlichen Vertreter der Betriebe oder Teilen der Betriebe.

93 Der um die Zeitung *De Tribune* gescharte marxistische Flügel der niederländischen Sozialdemokratie wurde 1909 ausgeschlossen und gründeten die *Sociaal-Democratische Partij* (SDP) und 1919 die *Communistische Partij Holland* (CPH). Während des Weltkriegs verteidigten sie die Positionen des Internationalismus. Siehe: Mathijs C. Wiessing: Die Holländische Schule des Marxismus. Die Tribunisten. Erinnerungen und Dokumente, Hamburg, VSA, 1980.

1919

Dok. 8

„Auf, Proletarier! Zum Kampf!“ Aus dem von Rosa Luxemburg verfassten ersten Programm der KPD (Spartakusbund)

[Berlin], vor 14.12.1918

Publ. in: Was will der Spartakusbund? In: *Die Rote Fahne*, 14.12.1918. Wieder abgedruckt in: Hermann Weber: Der deutsche Kommunismus, S. 34–42, id.: Der Gründungsparteitag der KPD.

Programm des Spartakusbundes (Auszug)[1]

I. Am 9. November haben Arbeiter und Soldaten das alte Regime in Deutschland zertrümmert. Auf den Schlachtfeldern Frankreichs war der blutige Wahn von der Weltherrschaft des preußischen Säbels zerronnen. Die Verbrecherbande, die den Weltbrand entzündet und Deutschland in das Blutmeer hineingetrieben hat, war am Ende ihres Lateins angelangt. Das vier Jahre lang betrogene Volk, das im Dienste des Molochs Kulturpflicht, Ehrgefühl und Menschlichkeit vergessen hatte, das sich zu jeder Schandtat mißbrauchen ließ, erwachte aus seiner vierjährigen Erstarrung – vor dem Abgrund.

Am 9. November erhob sich das deutsche Proletariat, um das schmachvolle Joch abzuwerfen. Die Hohenzollern wurden verjagt, Arbeiter- und Soldatenräte gewählt.

Aber die Hohenzollern waren nie mehr als Geschäftsträger der imperialistischen Bourgeoisie und des Junkertums. Die bürgerliche Klassenherrschaft: das ist der wahre Schuldige des Weltkrieges in Deutschland wie in Frankreich, in Rußland wie in England, in Europa wie in Amerika. Die Kapitalisten aller Länder, das sind die wahren Anstifter zum Völkermord. Das internationale Kapital – das ist der unersättliche Baal, dem Millionen auf Millionen dampfender Menschenopfer in den blutigen Rachen geworfen werden.[2]

Der Weltkrieg hat die Gesellschaft vor die Alternative gestellt: entweder Fortdauer des Kapitalismus, neue Kriege und baldigster Untergang im Chaos und in der Anarchie oder Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung.

Mit dem Ausgang des Weltkrieges hat die bürgerliche Klassenherrschaft ihr Daseinsrecht verwirkt. Sie ist nicht mehr imstande, die Gesellschaft aus dem furchtbaren wirtschaftlichen Zusammenbruch herauszuführen, den die imperialistische Orgie hinterlassen hat. […]

1 Das in der *Roten Fahne* veröffentlichte und von Rosa Luxemburg verfasste Programm wurde auf dem Gründungsparteitag der KPD (30.12.1918–1.1.1919) angenommen.

2 „Baal“: Mythologische Figur für unterschiedliche Gottheiten im Raum Syrien-Levante-Ägypten, die im Christentum zur dämonischen Figur wurde.

III. In den bürgerlichen Revolutionen war Blutvergießen, Terror, politischer Mord die unentbehrliche Waffe in der Hand der aufsteigenden Klassen.

Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord.[3] Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte. Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmasse des Volkes, die berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen und die geschichtliche Notwendigkeit in Wirklichkeit umzusetzen. [...]

Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden. Den Anschlagen, Ränken, Zettelungen der Bourgeoisie die unbeugsame Zielklarheit, Wachsamkeit und stets bereite Aktivität der proletarischen Masse. Den drohenden Gefahren der Gegenrevolution die Bewaffnung des Volkes und Entwaffnung der herrschenden Klassen. [...] Die geschlossene Front des gesamten deutschen Proletariats: des süddeutschen mit dem norddeutschen, des städtischen mit dem ländlichen, der Arbeiter mit den Soldaten, die lebendige geistige Fühlung der deutschen Revolution mit der Internationale, die Erweiterung der deutschen Revolution zur Weltrevolution des Proletariats, vermag allein die granitne Basis zu schaffen, auf der das Gebäude der Zukunft errichtet werden kann. [...]

Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen, als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.

Die proletarische Revolution kann sich nur stufenweise, Schritt für Schritt, auf den Golgathaweg eigener bitterer Erfahrungen, durch Niederlagen und Siege, zur vollen Klarheit und Reife durchringen. [...]

Auf, Proletarier! Zum Kampf! Es gilt eine Welt zu erobern und gegen eine Welt anzukämpfen. In diesem letzten Klassenkampf der Weltgeschichte um die höchsten Ziele der Menschheit gilt dem Feinde das Wort Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust![4]

---

3 Noch bis in die dreißiger Jahre hinein verteidigte die KPD die grundsätzliche Ablehnung des individuellen Terrors. Ein Paradigmenwechsel erfolgte erst nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion, als die Kommunisten seitens der Komintern auch zu Attentaten auf Soldaten oder andere „feindliche Elemente“ aufgefordert wurden.

4 Die Redewendung „*Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust*“ wird in der Publizistik häufig als Beleg für die diktatorischen Zielsetzungen Rosa Luxemburgs herangezogen. In der Geschichte der Arbeiterbewegung wurde sie – so bei Lassalle – vor allem als Aufforderung gegen versöhnlerisches Verhalten und Kompromisse mit dem Absolutismus und der Bourgeoisie benutzt. Siehe u.a.: Eckhard Jesse: Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust. Rosa Luxemburg verdient kein Denkmal. Der Gegnerin der parlamentarischen Demokratie war die Freiheit der Andersdenkenden nie ein Anliegen. In: *Die Welt*, 1. März 2002.

Dok. 9

Brief Karl Radeks an die KPD-Zentrale zum Verzicht auf den Januaraufstand 1919

[Berlin], 9.1.1919

Erste vollständige deutsche Veröffentlichung, auszugsweise publ. in: Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Frankfurt am Main, Verlag Neue Kritik, 1970 (Nachdr. der Ausg. Berlin 1929), S. 282. Komplett in russischer Sprache publ. in: Karl Radek: Germanskaja revoljucija, II, Moskva–Leningrad, Gos. Izd., 1925, S. 93–95.

Liebe Genossen![5]

Die Berliner Bewegung ist in die Sackgasse geraten, deswegen war ich gezwungen, bereits am Montag[6] einzelnen Mitgliedern des Zentralkomitees meine Meinung darüber kundzutun, daß man den Kampf einstellen muß.[7] Sie werden jetzt verstehen, warum ich mich in letzter Minute an Sie als die Führer der Deutschen Kommunistischen Partei mit der Bitte wende, allen Parteimitgliedern meine bescheidene Meinung

---

5 Der Historiker Luban bemerkt zu diesem Brief: „[…] Am interessantesten für den Historiker ist […] der 1929 in der parteioffiziösen Geschichte der Novemberrevolution 1918 veröffentlichte Brief Karl Radeks an die KPD-Zentrale vom 9. Januar 1919, in dem er die Führung der deutschen Kommunisten aufforderte, sich aus der aussichtslosen Aufstandsbewegung zurückzuziehen, zum Abbruch des Kampfes und gleichzeitig zur sofortigen Neuwahl der Arbeiterräte aufzurufen. Bedauerlicherweise wird nur ein Teil des Briefes wörtlich, auch noch mit einer Auslassung, zitiert, von einem weiteren Briefteil wird nur der Inhalt referiert. In einer in Deutschland nur schwer zugänglichen russischsprachigen Publikation eines Radek-Aufsatzes soll der auf deutsch geschriebene Brief ungekürzt in russischer Übersetzung enthalten sein. Im Original war der Brief den Historikern bisher nicht zugänglich.“ (Luban: Karl Radek im Januaraufstand, S. 377f.)

6 Gemeint ist der 6.1.1919. Der Brief wurde am darauf folgenden Donnerstag verfasst (vgl. Luban: Karl Radek im Januaraufstand, S. 393).

7 Die Rede ist von den Januarkämpfen des Jahres 1919 (auch „Januaraufstand“ und „Spartakusaufstand“), die zunächst von der USPD und den revolutionären Obleuten als entscheidender Machtkampf gegen die in der Regierung verbliebene SPD Eberts und Scheidemanns ausgerufen wurden. Die KPD schloss sich erst später an. Als Reaktion auf die Absetzung des USPD-Polizeipräsidenten Emil Eichhorn durch die preußische SPD-Regierung am 4.1.1919 hatte sich eine breite Bewegung der Berliner Arbeiter entwickelt, Berliner Truppen wurden für einen Aufstand bzw. die Festsetzung der Regierung kontaktiert. In der KPD traten Liebknecht und Pieck für die Teilnahme am Aufstand ein, während Rosa Luxemburg, Paul Levi sowie Hermann und Käte Duncker ihn in dieser Phase scharf ablehnten. Radeks Vorschlag zum Abbruch der Kämpfe traf wiederum auf den Widerstand Luxemburgs und großer Teile der revolutionären Linken, da ein gemeinsamer Aufruf der Linken für den Generalstreik und zum bewaffneten Kampf für den 10./11.1.1919 die Möglichkeit eines Erfolg suggerierte. Mittels der Besetzung Berlins durch Regierungstruppen wurde die geschwächte Massenbewegung niedergeworfen, für die KPD erfolgte der Abbruch erst am 13.1.1919, als Luxemburg schließlich auf die Position Radeks einschwenkte. Sowohl die DDR-Legende vom vernünftigen Rückzug der KPD, als auch die These vom „Spartakusaufstand“ wird neuerdings in Frage gestellt (siehe hierzu: Luban: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept, S. 66–117; id.: Karl Radek im Januaraufstand, S. 380f.).

als Mitglied einer Bruderpartei, die an der deutschen Bewegung genauso wie an ihrer eigenen interessiert ist, mitzuteilen.[8] *In Ihrer Programmbroschüre: „Was will der Spartakus-Bund?“*[9] *erklären Sie, die Regierung erst dann übernehmen zu wollen, wenn Sie die Mehrheit der Arbeiterklasse hinter sich haben. Dieser vollkommen richtige Standpunkt findet seine Begründung in der einfachen Tatsache, daß die Arbeiterregierung ohne Massenorganisationen des Proletariats undenkbar ist. Nun sind diese einzig in Betracht kommenden Massenorganisationen, die Arbeiterräte, fast nur nominell vorhanden. Sie haben noch keine Kämpfe geführt, die Massenkräfte auslösen könnten. Und dementsprechend hat in ihnen nicht die Partei des Kampfes die Oberhand, die Kommunistische Partei, sondern die Sozialpatrioten oder die Unabhängigen. In dieser Situation ist an die Machtergreifung des Proletariats gar nicht zu denken. Würde sie, die Regierung, durch einen Putsch in eure Hände fallen, sie würde in ein paar Tagen von der Provinz abgeschnürt und erdrosselt werden.*

In dieser Situation durfte die Samstag von den revolutionären Obleuten[10] *beschlossene Aktion wegen des Anschlags der sozialpatriotischen Regierung auf das Polizeipräsidium nur den Charakter einer Protestaktion tragen.*[11] *Die Vorderreihe des Proletariats, erbittert durch die Politik der Regierung, mißleitet durch die revolutionären Obleute, die ohne jede politische Erfahrung, nicht imstande sind, das Kräfteverhältnis im ganzen Reich zu übersehen, haben in ihrem Elan die Bewegung aus einer Protestbewegung zu einem Kampf um die Gewalt ausgestaltet. Das erlaubt den Ebert und Scheidemann, der Berliner Bewegung einen Schlag zu versetzen, der die ganze Bewegung auf Monate schwächen kann. Die einzig bremsende Kraft, die dieses Unglück verhindern kann, seid ihr, die Kommunistische Partei. Ihr habt genug Einsicht, um zu wissen, daß der Kampf aussichtslos ist; daß ihr es wißt, haben mir eure Mitglieder, die Genossen Levi*

8 Der im Folgenden kursivierte Text ist der in der „Illustrierten Geschichte der deutschen Revolution“ publizierte deutsche Wortlaut.

9 Was will der Spartakusbund?, Berlin, Rote Fahne, 1919. 18 S.

10 Die Revolutionären Obleute entstanden während des Ersten Weltkrieges als radikaler, gegen den Krieg und seine sozialen und politischen Folgen gerichteter Flügel in den Gewerkschaften und der USPD, in geringerem Umfang auch im Spartakusbund. Mit den Berliner Metallarbeitern als stärkster Bastion verstanden sie sich als Führung der Arbeiterschaft und Organisatoren der erwarteten bevorstehenden Revolution. Die Obleute waren an der Vorbereitung der Januarstreiks 1918 und des provisorischen Arbeiter- und Soldatenrats (gegründet im September d. J.) wie auch an den Januarkämpfen 1919 maßgeblich beteiligt und übernahmen jeweils die Führung. Zu den bekanntesten Vertretern gehörten Richard Müller, Emil Barth, Ernst Däumig und Georg Ledebour (Siehe: Broué: Révolution en Allemagne, S. 53–256; Ralf Hoffrogge: Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin, Dietz, 2008 (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. 7)).

11 Es handelt sich um die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn durch den Rat der Volksbeauftragten unter der Führung von Friedrich Ebert, der Eichhorn der Unzuverlässigkeit während der Weihnachtskämpfe 1918 bezichtigte, als der sozialdemokratische Stadtkommandant Otto Wels, der Anfang Dezember das Feuer auf demonstrierende Spartakisten eröffnen ließ, von meuternden Marinesoldaten als Geisel gefangengenommen wurde. (USPD)

und Dunckers [d.i. Hermann Duncker] gesagt.[12] Natürlich weiß ich, wie schwer es ist, nach all den Opfern vor die Massen zu treten und sie zum Rückzug aufzufordern. Ich weiß, daß dies zu einer moralischen Depression führen wird. Aber eine moralische Depression ist nichts im Gegensatz zu dem, was die Massen nach dem Aderlass sagen werden. Sie werden nämlich sagen, daß sie zu einem aussichtslosen Kampf von blinden Führern angestachelt wurden, oder von solchen, die den Abgrund sehen, sich jedoch aus revolutionärem Ehrgeiz nicht trauen, „Halt!" zu rufen. Jeglicher revolutionärer Ehrgeiz muß vor dem realen Verhältnis der Kräfte zurückweichen. *Nichts verbietet einem Schwächeren, sich vor der Übermacht zurückzuziehen. Wir haben im Juli 1917, obwohl wir damals stärker waren als ihr jetzt, die Massen mit allen Kräften zurückgehalten, und als dieses nicht gelang, sie durch rücksichtsloses Eingreifen aus einer bevorstehenden aussichtslosen Schlacht herausgezogen.*[13] Und trotz eines vorübergehenden Stimmungstiefs, trotz der Tatsache, daß unsere Genossen unter Tränen und Verwünschungen ihre Waffen fallen ließen, haben sie in der Folgezeit uns um so mehr Vertrauen geschenkt, da sie sahen, daß unsere Politik ihnen gegenüber völlig aufrichtig war.

Folgendes ist jetzt, meiner Meinung nach, zu tun: 1. Von den Obleuten die Einstellung des Kampfes zu verlangen, die Arbeiter und Soldaten, wenn möglich samt Waffen, aus dem Kampf herauszuführen, oder ohne Waffen, falls ein langsamer und geordneter Rückzug nicht möglich ist. In einem Manifest, das ein blutiges Massaker als unabdingbar herausstellen soll, muß die Neuwahl des Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte[14] gefordert werden. Durch den Verrat des Berliner Exekutivkomitees[15] ist es möglich, diesen Kampf im Sinne eines Kampfes um die Machtorgane der Berliner Arbeiterklasse zu führen. 2. Wenn die Obleute euren Vorschlag ablehnen, muß man mit ihnen brechen, den Massen die Wahrheit über ihre Lage sagen, und eine wirkliche Vertretung der revolutionären Arbeiterklasse Berlins statt des Grüppchens der Obleute anstreben. Diese Variante muß eure Bewegung im ganzen Land zum Kampf für die Arbeiterräte, ohne die ihr an die Ergreifung der Macht nicht einmal denken könnt, werden lassen.

Ich habe mir erlaubt, euch meine Meinung mitzuteilen, allerdings nicht kraft meines Mandats – ich weiß selbstverständlich nicht, welche Meinung die RKP gegenwärtig zur Lage in Berlin vertritt, sondern kraft meiner Erfahrung, die ich mir in der russischen Bewegung angeeignet habe, und meiner Kenntnis der Lage in Deutschland.[16]

---

12 In dem bei Radek selbst publizierten Brieftext ist lediglich von „Genossen L. und D." die Rede.

13 Radek bezieht sich hier auf den gescheiterten Aufstandsversuch der Bolschewiki im Juli 1917.

14 Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, auch „Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik". In der von Radek publizierten russischen Fassung „*Sovet rabočich deputatov*" („Rat der Arbeiterdeputierten").

15 Gemeint ist der Rat der Volksbeauftragten als Regierungsorgan unter der Führung Eberts

16 Radek wurde selbst am 13.2.1919 verhaftet. Seine zentralen Ziele in Deutschland, die Verhinderung einer zu wenig effektiven Parteigründung, den unverzüglichen Abbruch der Januarkämpfe sowie

Dok. 10

Letzter Brief Rosa Luxemburgs an Clara Zetkin über die Entwicklung der jungen KPD

[Berlin], 11.1.1919

IML ZPA Moskau (ohne weitere Quellenangabe). Publ. in: Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, V, Berlin (Ost), 1984, S. 426–427.

[Berlin], 11. Januar [1919]

Liebste Klara, heute erhielt ich Deinen ausführlichen Brief, kam endlich dazu, ihn in Ruhe zu lesen und, was noch unglaublicher: ihn zu beantworten.[17] Es ist nämlich nicht zu beschreiben, welche Lebensweise ich – wir alle – seit Wochen führen, den Trubel, den ständigen Wohnungswechsel, die unaufhörlichen Alarmnachrichten, dazwischen angestrengte Arbeit, Konferenzen etc. etc. [...] Meine Wohnung sehe ich nur ab und zu für ein paar Nachtstunden. Heute wird es vielleicht doch mit dem Brief gelingen. Nur weiß ich nicht recht, wo ich anfangen soll, so viel habe ich Dir zu sagen.

Also vor allem, was die Frage der Nichtbeteiligung an den Wahlen betrifft:[18] Du überschätzt enorm die Tragweite dieses Beschlusses. [...] Unsere „Niederlage" war nur der Triumph eines etwas kindischen, unausgegorenen, gradlinigen Radikalismus. Aber das war eben nur der Anfang der Konferenz. In ihrem weiteren Verlauf wurde die Fühlung zwischen uns (der Zentrale) und den Delegierten hergestellt, und als ich während meines Referats auf die Frage der Wahlbeteiligung kurz zurückkam, fühlte ich schon eine ganz andere Resonanz als im Anfang. Vergiß nicht, daß die „Spartakisten" zu einem großen Teil eine frische Generation sind, frei von den ver-

---

die Zustimmung der KPD zur Gründung der Kommunistischen Internationale hatte er – wie Luban ausführt – nicht erreicht. Siehe: Luban: Radek im Januaraufstand, S.397.

17 Der Brief datiert vom 17.11.1918, Clara Zetkin analyiserte hierin den Charakter der Novemberrevolution als „über die Grenzen der politischen Demokratie, einer bürgerlichen Revolution" hinausgreifende Bewegung der Arbeiter gegen „den katastrophalen Zusammenbruch der bürgerlichen Welt" und die Konstituierend Nationalversammlung als „der deckende Schild der bourgeoisen Gegenrevolution". Weiterhin ging es um die Frage, wie sich Clara Zetkin, die hohe Ämter in der USPD bekleidete, angesichts der Gründung der KPD verhalten sollte. Sie blieb vorerst noch in der USPD, wurde jedoch noch im Jahre 1919 Mitglied der Zentrale der KPD (siehe: Eine Welt von Fragen. Ein unbekannter Brief von Clara Zetkin an Rosa Luxemburg. In: Vorwärts, 1.5.1969, S. 19f.; dazu: Hermann Weber: Dokument der Zeitgeschichte, ibid., S. 21; id.: Zwischen kritischen und bürokratischen Kommunismus. Unbekannte Briefe von Clara Zetkin. In: Archiv für Sozialgeschichte 11 (1971), S. 417–448; vgl. Luise Dornemann: Clara Zetkin. Ein Lebensbild, Berlin (-Ost), Dietz, 1957, S. 287f.).

18 Mit 62 zu 23 Stimmen wurde auf dem Kongress ein von Otto Rühle eingebrachter Beschluss angenommen, die Beteiligung der KPD an den Wahlen zur Nationalversammlung abzulehnen. Clara Zetkin kritisierte schärfer als Rosa Luxemburg den Parteibeschluß, sich nicht an den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung zu beteiligen.

blödenden Traditionen der „alten bewährten" Partei – und das muß mit Licht- und Schattenseiten genommen werden. [...]

Im ganzen entwickelt sich unsere Bewegung prächtig und zwar im ganzen Reich. Die Trennung von der USP war absolut unvermeidlich geworden aus *politischen* Gründen, denn wenn auch die *Menschen* noch dieselben sind, wie sie in Gotha waren,[19] so ist doch die *Situation* eine total andere geworden. Die heftigen politischen Krisen, die wir hier in Berlin alle zwei Wochen oder noch häufiger erleben, hemmen stark den Gang der systematischen Schulungs- und Organisationsarbeit, sie sind aber zugleich selbst eine großartige Schule für die Massen. Und schließlich muß man die Geschichte so nehmen, wie sie laufen will. – Daß Du die ‚Rote Fahne' so selten erhältst, ist geradezu fatal! Ich werde sehen, daß ich sie Dir täglich schicke. In diesem Augenblick dauern in Berlin die Schlachten, viele unserer braven Jungen sind gefallen, Meyer, Ledebour und (wie wir befürchten) Leo [Jogiches] sind verhaftet.[20]

Für heute muß ich Schluß machen.

Ich umarme Dich tausendmal
Deine R.

Dok. 11

Brief Karl Radeks an Lenin, Čičerin und Sverdlov über die Lage in Deutschland nach den Januarkämpfen

Berlin, nicht vor 24.01.1919

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 2/2/143, 22–26. Russisch publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 90–97. In deutscher Sprache publ. in: Ottokar Luban: Karl Radek im Januaraufstand. In: *IWK* (2000), 3, S. 377–397.

Verehrte Genossen.

1. Zur Lage in Deutschland

Die Berliner Niederlage wirft ein helles Licht auf das Kräfteverhältnis und auf die Lage der Kommunistischen Partei.[21] Im Bericht, der für die Presse vorgesehen ist, zeichne ich Ihnen ein Bild vom äußeren Ablauf der Ereignisse. Hier gebe ich ausschließlich eine interne Ergänzung. Im gesamten Reich wächst die revolutionäre Arbeiterbewegung. Überall geht die Arbeitsproduktivität zurück. Überall kommt es zu spontanen

19 Anspielung auf den Gründungsparteitag der USPD in Gotha (6.–8.4.1917).
20 Im Zuge der „Januarkämpfe" wurden Leo Jogiches, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg selbst ermordet, der deutsche Kommunismus war damit seiner historischen Führer beraubt (siehe den folgenden Brief Karl Radeks).
21 „Berliner Niederlage": Die Niederschlagung der Januarkämpfe 1919 durch das Militär.

Streiks, die am weitesten zurückgebliebenen Gebiete Deutschlands wie Oberschlesien und das Rheinland mit Westfalen wurden faktisch zu Zentren des Kampfes. In den Städten fehlt es an Kohle. Die Lebensmittelreserven werden ziellos vergeudet, im März wird die Regierung vor dem Nichts stehen. Lebensmittelforderungen, die Deutschland in nächster Zukunft von der Entente erhalten soll, belaufen sich auf die Kleinigkeit von 30 Millionen Dollar, und sie werden nach Meinung der deutschen Fachleute noch nicht einmal für die Verbesserung der Lage der Kranken und Kinder reichen. Die Verschärfung der Lage wirkt sich zu unseren Gunsten aus. Leider befindet sich weder die Organisation noch die politische Führung der Kommunistischen Partei auf entsprechender Höhe ihrer Aufgabe. Weil sie sich gerade erst von den Unabhängigen getrennt hat, weist sie keine stabile Mitgliedschaft auf, ausgenommen einige Städte wie Bremen. Braunschweig und Stuttgart. Die oppositionelle Stimmung der Arbeitermassen äußert sich nirgends in einer durch die Partei organisierten Form. Deshalb können schnell vergängliche Ersatzlösungen wie die revolutionären Obleute entstehen, ein Mischmasch von Ledebour- und Spartakusanhängern, die ohne klare politische Linie an ein und demselben Tag versuchen, einen Kompromiß mit den Sozialpatrioten[22] zu schließen und gleichzeitig die politische Macht durch einen Putsch an sich zu reißen. Das Fehlen einer eigenen Massenorganisation führte auch dazu, daß die Kommunisten, anstatt sich auf die Eroberung der Arbeiterräte zu konzentrieren, ohne jeden Plan nach jeder Möglichkeit griffen, um die erregte Stimmung der Massen für Aktionen zu nutzen. Die Aktionen verliefen ohne klares politisches Ziel, ohne Verständnis dafür, daß es unmöglich ist, die politische Macht zu erobern, ohne die Mehrheit der Arbeiter hinter sich zu haben und ohne in Gestalt der Arbeiterräte Organe des Kampfes und der Macht zu haben. In der Theorie verstehen die Führer es, sie äußern diese Ansicht in der Broschüre „Was will der Spartakusbund?“.[23] Aber in der Praxis war das nicht der leitende Gedanke ihrer Taktik.

Das ist im nachhinein die Grundtendenz der Berliner Ereignisse. Sie begannen mit großen Demonstrationen Hunderttausender Arbeiter, in denen sich die ganze Enttäuschung der Arbeitermassen entlud. Aber nach drei Tagen wußten die Massen nicht, was sie auf der Straße eigentlich sollten. Ich war selbst Zeuge, wie in der Redaktion der „Roten Fahne“ alte Genossen händeringend fragten, was sie [die Spartakusführer] denn wollten. Sie wurden mit leeren Phrasen abgespeist, weil man dort selbst auch nicht wußte, was man wollte. Sie [die Spartakusführer] hörten einfach auf, zu den Demonstranten auf die Siegesallee[24] hinauszugehen, und die Masse irrte ziellos umher, bis sie sich verlief. Bereits am dritten Tag der Demonstrationen riet

22 Abwertend-ironische Bezeichnung für die Sozialdemokraten infolge ihrer Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914.

23 Der von Rosa Luxemburg im Dezember 1918 herausgegebene Text „Was will der Spartakusbund?“ (siehe Dok. 8) wurde zunächst in *Die Rote Fahne* vom 14.12.1918 und später mehrfach als Broschüre gedruckt.

24 Siegesallee: Ursprünglich das hohenzollersche Erbe glorifizierender Prachtboulevard im Berliner Tiergarten.

ich in der nachdrücklichsten Weise den einzelnen Mitgliedern der Zentrale,[25] dieser Form der Demonstration ein Ende zu bereiten, da die politische Macht noch nicht erobert werden könne. Wenn man die Scheidemann-Regierung noch erdulden müsse, dann müsse man auch den sozialpatriotischen Polizeipräsidenten erdulden. Auch die besetzten bürgerlichen Zeitungen waren nicht zu halten. Ich schlug vor, den Kampf um die Zeitungen in den konkreten Kampf um die gerechte Papierverteilung umzufunktionieren und den Kampf um das Polizeipräsidium in den Kampf um die Neuwahlen eines Arbeiterrates, der letztendlich die Verhandlungen mit der Regierung über die Ernennung des Polizeipräsidenten hätte führen sollen. Die Mitglieder der Zentrale waren einverstanden, daß die Eroberung der politischen Macht noch nicht möglich sei, aber sie hatten nicht genug Mut, daraus ohne Zögern alle Schlußfolgerungen zu ziehen. Sie versteckten sich hinter sentimentalen Phrasen und Hoffnungen, ihr Prestige erlaube es nicht, die Sache zu beenden, es sei angeblich unmöglich, mit der Regierung zu verhandeln, und schließlich: die zu den Unabhängigen gehörenden revolutionären Obleute könnten die Front wechseln, einen Kompromiß mit der Regierung eingehen und die Verantwortung für das Scheitern auf sich nehmen. Während sie diese Hoffnungen pflegten, veröffentlichte die ‚Rote Fahne' einen wütenden Aufsatz gegen die Verhandlungen. Die Lage komplizierte sich noch dadurch, daß Liebknecht, der im Laufe dieser Tage alle Angelegenheiten mit Ledebour und den revolutionären Obleuten ohne Kontakt mit der Parteileitung verhandelte, durch sein Temperament zu weit mitgerissen wurde und die Erklärung über den Sturz der Regierung und die Bildung einer neuen – all das ohne Kenntnis der Zentrale – unterschrieb und sich selbst durch diese Schritte die Hände band.[26] Als die Zentrale endlich wieder mit ihm in Kontakt kam, begannen die Auseinandersetzungen um Kompetenzfragen, wobei Rosa [Luxemburg] und Leo [Jogiches] ihm nicht genügend festen Willen zur Beendigung dieses hoffnungslosen Kampfes entgegensetzten. Inzwischen waren die Massen auseinandergelaufen, und einige tausend Mann aus dem Roten Soldatenbund[27] und der Spartakusorganisation waren in den Zeitungsgebäuden der Belagerung ausgesetzt und erwarteten Hilfe von außen, die jedoch nicht kam.

25 „Zentrale": Bis 1925 die Bezeichnungs für das Führungsorgan, danach Zentralkomitee der KPD.
26 Nach der Besetzung der „Vorwärts"-Redaktion am 4.1.1919 hatte Liebknecht trotz der für den 19.1.1919 angesetzten freien Wahlen gegen die Auffassung Rosa Luxemburgs einen Aufruf des Revolutionsausschusses für den Sturz des Rates der Volksbeauftragten und den Generalstreik unterzeichnet, ohne Kenntnis der Zentrale. Ebert setzte Noske ein, um relativ problemlos die Besetzer niederzuschlagen (siehe: Ottokar Luban: Die ratlose Rosa. Die KPD-Führung im Berliner Januaraufstand 1919. Legende und Wirklichkeit, Hamburg, VSA, 2001 (Sozialismus 28, 2001, Supplement 1)).
27 Der von Willi Budich organisierte Rote Soldatenbund wurd am 15.11.1918 als bewaffnete Selbstschutzorganisation gegründet und bereits im Frühjahr 1919 wieder aufgelöst. Als bewaffnete, in den „Weihnachtskämpfen" 1918 engagierte Kämpfer hoffte besonders Liebknecht auf die Mitwirkung der am 11.11.1918 gegründeten Volksmarinedivision hauptsächlich in Berlin auch in den Januarkämpfen, was sich jedoch als Trugschluss erwies (siehe: Ulrich Kluge: Soldatenräte und Revolution. Studien zur

Der Mord an Rosa und Karl, der im ganzen Land unter den Arbeitermassen eine kolossale Erregung hervorrief,[28] half, die Berliner Niederlage zu überwinden. Überall in der Provinz erhob sich eine Welle des Kampfes. Und hier in Berlin belebte sich die organisatorische Arbeit wieder. Gestern abend fand die erste öffentliche Versammlung der Kommunisten in Berlin mit großer Beteiligung statt, und die morgigen Beisetzungsfeierlichkeiten [für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 25. Januar 1919] werden höchstwahrscheinlich zu einer mächtigen Demonstration werden.[29] Nunmehr, da Karl und Rosa nicht mehr sind, wird der große Mangel an literarischen und politischen Führungskräften noch spürbarer. Ich werde mit einer Reihe von Flugblättern gegen den Putschismus und für die Eroberung der Arbeiterräte als den Weg zur Macht auftreten. Die Zentrale ist damit einverstanden. Bereits im Flugblatt aus Anlaß der Ermordung habe ich diesen Ton angeschlagen. Er muß tagtäglich konkretisiert werden. Andernfalls droht die Gefahr, daß die spontane Bewegung Stück für Stück zerschlagen wird und ohne Führung bleibt.

Die bürgerliche Presse, versteht sich, stellt die Sache so dar, daß wir – sie nimmt die Anwesenheit einer großen Masse von russischen Bolschewiki an – zu Putschen drängen. Sie hetzen wild, besonders gegen mich, so daß ich sehr isoliert zu leben gezwungen bin und organisatorisch nicht wirken kann.[30] Ihr solltet normale Praktiker schicken, die deutsch sprechen können. Es ist zum Lachen, aber wirklich so: Wir müssen den Deutschen das Organisieren beibringen. Wenn die Kommunisten

Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen, Vandenhoeck und Ruprecht, 1975, S. 179f.; Heinrich August Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung, Berlin/Bonn, Dietz, 1984, S. 107ff.

28 Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden am 15.1.1919 in einer Privatwohnung in Berlin-Wilmersdorf festgenommen. Der Mordbefehl ging vom Kommandanten der Garde-Kavallerie-Schützendivision, Waldemar Pabst, aus, der sich seinen Memoiren zufolge mit dem sozialdemokratischen Volksbeauftragten und späteren Wehrminister der Weimarer Republik, Gustav Noske, abgesprochen hatte, ohne dass es – wie neuere Forschungen ergaben – einen direkten Befehl gegeben hatte. Nachdem sie bereits während des Verhörs im Hotel Eden misshandelt worden war, wurde Luxemburg bewusstlos geschlagen, in ein Fahrzeug geworfen, dort erschossen und in den Berliner Landwehrkanal geworfen. (siehe: Klaus Gietinger: Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung Rosa Luxemburgs, Neu durchgesehene, überarbeitete Ausgabe, Hamburg, Edition Nautilus, 2009 (Nautilus Flugschrift); Annelies Laschitza/Klaus Gietinger (Hrsg.): Rosa Luxemburgs Tod. Dokumente und Kommentare, Leipzig, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, 2010 (Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte, H. 7).

29 Die Beisetzung fand erst am 13.6.1919 auf dem Zentralfriedhof in Berlin Friedrichsfelde statt, nachdem eine am 1.6.1919 geborgene Leiche aus dem Kanal als Rosa Luxemburg identifiziert wurde. Die Identität der am 13. Juni 1919 auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde beigesetzten Toten ist entgegen den Mutmaßungen eines Arztes der Charité gesichert. Die von Mies van der Rohe errichtete Grabstätte auf dem Zentralfriedhof wurde während der NS-Herrschaft eingeebnet (Laschitza/Gietinger: Rosa Luxemburgs Tod, u.a. S. 31ff.).

30 Radek wurde kurz nach Abfassung des Briefes im Februar 1919 verhaftet und daraufhin nach Russland ausgewiesen, wo er 1920 zum Mitglied des Exekutivkomitees der Komintern ernannt wurde. Seine Analyse der deutschen Situation fasste er in einer Broschüre zusammen (siehe: Arnold Struthahn (Ps.), d.i. Karl Radek: Die Entwicklung der deutschen Revolution und die Aufgaben der Kommunistischen Partei, Stuttgart-Degerloch, Spartakus, 1919).

hier nicht allzu große Dummheiten anstellen, wird die Situation im Verlaufe einiger Monate so weit heranreifen, daß man an die Eroberung der Macht denken kann.

4. Die Frage der [Gründung der] III. Internationale wird hier sehr skeptisch beurteilt, obwohl die Hiesigen prinzipiell mit uns einverstanden sind.[31] Sie glauben nicht, daß in nächster Zukunft organisatorisch irgend etwas erreicht werden kann. Sobald ich sie dazu gebracht habe, den Aufruf zu unterschreiben, veröffentliche ich ihn in allen westeuropäischen Sprachen.[32] Ich bin nicht der Ansicht, daß die Konferenz am vorgesehenen Ort und zur vorgesehenen Zeit möglich ist.[33]

5. Die hier lebenden Russen sind vogelfrei, sobald sie auch nur den leisesten Verdacht auf sich lenken, dem Bolschewismus nahezustehen. Viele völlig unschuldige Menschen sind verhaftet worden. Die Berliner ROSTA – obwohl sie völlig legal existierte, ist verboten worden.[34] Ihre Unterlagen sind konfisziert worden. Markovskij und [Tov'ja] Axelrod, die überhaupt nichts mit der Parteiarbeit zu tun hatten, sitzen [im Gefängnis]. Das Büro wurde besetzt und ausgeraubt, sie haben alle Vorräte vernichtet und verschleppt, sogar privates Eigentum. In der Presse erschienen die allerwildesten Gerüchte über Russland. Ich bin völlig hilflos, gegen sie anzukämpfen, da unsere Funktelegramme durch die [deutsche] Regierung zurückgehalten werden. Die Zeitungen bis 1 Januar [1919] habe ich erst am 23. ausgehändigt erhalten. Wir hatten die Absicht, eine deutsche Funkstation in die Hand zu nehmen, aber bisher ist daraus nichts geworden. Eine Empfangsstation einzurichten ist unmöglich, weil sich dies unter konspirativen Bedingungen verbietet: es sei denn, man entschließt sich, eine eigene Villa in der Provinz anzukaufen. Unbedingt erforderlich ist es, täglich Kuriere mit Zeitungen zu schicken und außerdem täglich aus Wilna an das nächstgelegene deutsche Grenzpostamt ROSTA-Telegramme. Sparen Sie weder Mittel noch Anstrengungen, um das zustande zu bringen. Ein Kampf gegen diese [antibolschewistische]

---

31 Die Gründung der Kommunistischen Internationale erfolgte anderthalb Monate später, am 4.3.1919 in Moskau; der deutsche Delegierte Hugo Eberlein enthielt sich der Stimme, sollte jedoch ursprünglich für eine Verschiebung der Gründung eintreten (siehe genauer hierzu den Brief von Leo Jogiches (Dok. 12) und den Zeitzeugenbericht von Hugo Eberlein selbst (Dok. 14).

32 Gemeint ist der seit Dezember 1918 vorbereitete Aufruf zum 1. Kongress der Kommunistischen Internationale, der erstmals unter dem Titel „*K pervomu s'ezdu kommunističekogo internacionala*" am 24.1.1919 in der *Pravda* veröffentlicht wurde. Radek gelang es augenscheinlich nicht, die KPD(Spartakusbund), die ursprünglich als erster Unterzeichner vorgesehen war, hierzu zu gewinnen. In der Forschung werden sowohl Trotzki, als auch Bucharin (so bei: Vatlin/Hedeler: Die Weltpartei, S. 14–19) als Autoren genannt (ausgehend vom ersten Entwurf Lenins; zu Radeks Bemühnungen siehe: Luban: Karl Radek im Januaraufstand).

33 Lenin und die bolschewistische Führung hatten ursprünglich Berlin als Gründungsort und späteren Sitz der Kommunistischen Internationale ins Auge gefasst. Dies entsprach der Zielsetzung einer Ausdehnung der europäischen Revolution.

34 Gemeint ist die Schließung des Berliner Büros der Russischen Telegrafen-Agentur ROSTA (russ. *Rossijskoje Telegrafnoje Agentstvo*). Sie war Vorläuferin der Telegrafenagentur *TASS*. Seit dem Bürgerkieg arbeitete sie verstärkt mit visuellen Darstellungen, Bildern, Bildgeschichten und Plakaten, die als "ROSTA-Fenster" zum aktuellen Geschehen eine große Wirkung entfalteten.

Kampagne ist ohne Material von Ihnen nicht möglich. Ich arbeite hier als Mitglied der deutschen kommunistischen Partei, kann jedoch nicht als Verbindungsglied wirken.

6. Unsere Lage hier ist folgende[35]: Um zu verhindern, daß von uns drei Mann[36] hier nicht jeder für sich arbeitet, haben wir uns als Troika organisiert. Momentan ist außer mir noch [Sachs-]Gladnev hier, und wir werden uns bemühen, so zu helfen, daß wir sowohl Kontakte mit dem Osten wie mit dem Westen unterhalten.[37] Dazu brauchen wir praxiserfahrene Leute. Ich kann übrigens diesen Bericht nicht chiffrieren, weil ich niemanden dafür habe und die Arbeit Überhand nimmt. Wir brauchen drei Leute für den Kurierdienst hier und Sie drei Mann in Moskau. Wir brauchen einige Praktiker in Organisationsfragen die deutsch sprechen, und größere Geldsummen in Mark, Pfund und Francs. Deutsche Mark können in Litauen und Kurland gekauft werden, nur kein Ostgeld [schicken].[38] Unterhaltung der Verbindungen und der Kurierdienste im Westen. Das Leben hier, wo große Wohnungen angemietet werden müssen, wenn wir uns irgendwie halten wollen, all das wird große Summen verschlingen. Es gibt auch die Möglichkeit, sich mit bürgerlichen Zeitungen und Journalisten zu unserem Nutz und Frommen zu arrangieren, damit sie unsere Nachrichten verbreiten.

Ich habe bereits von einem neutralen Punkt aus ein Funktelegramm an eine große amerikanische Zeitung geschickt. Wenn Sie Nikolaj Ivanovič [Bucharin] entbehren könnten, so schicken Sie ihn her. Meiner Ansicht nach braucht man hier unbedingt eine reguläre Vertretung des ZK [der Bolschewiki] und der zentralen Sowjetexekutive. Neun Zehntel oder mehr Eurer Erklärungen gehen infolge des Boykotts durch die Presse verloren. Wir könnten erreichen, daß man uns hört, wenn Nikolaj [Bucharin] und ich und noch jemand Drittes, vielleicht Rechter,[39] illegal irgendwo in Zentraleuropa als offizielle Vertretung leben. Informieren Sie bitte auch Litvinov, damit er Verbindung mit uns aufnehmen soll, es wäre sehr sinnvoll, wenn Sie von der Entente verlangen würden, daß sie unserem Vertreter für die Konferenz in Konstantinopel die Durchreise durch Deutschland und Österreich erlaubt. Dann könntet Ihr Kontakt mit uns aufnehmen.

7. Keiner der von Ihnen kommenden Kuriere hat etwas von Osinskij [d.i. Valerian Obolenskij] mitgebracht.[40] Ich mache Čičerin darauf aufmerksam, daß ich ohne regelmäßige Versorgung mit Literatur und Zeitungen nichts machen kann. Das muß alles in den Händen Osinskijs konzentriert sein, sonst gibt es Chaos. Geben Sie bitte

35 Im Original anschließend mehrfach unvollständige Sätze.

36 Dabei handelte es sich neben Radek selbst um Samuel' Sachs-Gladnev (Ps. Fritz Sturm) und Julian Marchlewski.

37 Das Dokument belegt, dass Radek nahezu alleine bis zu seiner Verhaftung als Verbindungsbüro für die neue Internationale wirkte.

38 Gemeint sind russische Rubel.

39 Unidentifizierte Person.

40 Der Bolschewik Valerian Osinskij-Obolenskij (1887–1939) gehörte 1918 den Linken Kommunisten innerhalb der RKP(b) an; er nahm am 1. Kongress der Komintern teil und bekleidete später wichtige Posten im diplomatischen Apparat und im Aussenhandel.

eine Kopie dieses Briefes an Bucharin und Osinskij. Gleichzeitig schicke ich wichtige Zeitungsmaterialien. Aber der Dummkopf von Kurier, den Sie geschickt haben, hat Angst, daß er sie nicht durchbringt. Bestätigen Sie den Empfang des Briefes.

Ich grüße Sie alle herzlich und hoffe, daß der Teufel Sie noch nicht bald holt.

Ihr Karl [Radek]

Dok. 12

Brief von Leo Jogiches (Ps. „Tyszka“) an Lenin über die Lage der KPD nach der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts

Berlin, 4.2.1919

Autograph in russischer Sprache, RGASPI, Moskau, 5/3/267, 1–1b. In deutscher Sprache publiziert in: Ruth Stoljarowa: Vor 80 Jahren wurde Leo Jogiches ermordet. Vier unbekannte oder vergessene Dokumente aus den Jahren 1917–1919. In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* (1998), 4, S. 65–82, hier: S. 72–74. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 98–101; auszugsweise in russischer Sprache publ. in: C. Ganeckij: Leon Tyška. In: *Pravda*, 29.03.1919, ebenfalls in: K.F. Bogdanova, A.P. Jakušina (Hrsg.): Pis'ma V. I. Leninu iz-za rubeža, Moskva, Mysl', 2 izd., 1969, S. 117.

4. Feb[ruar 1919][41]

An Genossen Il'ič [Lenin]

Lieber Gen[osse]! Einen Gruß Ihnen und allen alten Freunden und Genossen! Wir danken für Ihre Grüße an uns alle. (K[arl Liebknecht] und R[osa Luxemburg] konnten sie schon nicht mehr erhalten...) Zwei Tage vor der Rückkehr Ed[uard Fuchs'][42] haben sie unserer gemeinsamen Sache ihren letzten Dienst erwiesen. Die Mörder, die direkten sowie auch die wahren Schuldigen, die Organisatoren und Urheber des Dramas sind entlarvt, laufen aber unbehelligt unter dem Schutz von Ebert-Scheidemann herum. Die Leiche R[osas] wurde noch „nicht aufgefunden“.[43]

41 Die folgende Übersetzung stammt von Ruth Stoljarowa und wird – mit geringfügigen Veränderungen – mit ihrer freundlichen Genehmigung abgedruckt.

42 Der 1870 geborene linke Sozialdemokrat und Gründungsmitglied des Spartakusbundes Eduard Fuchs, Historiker, Kunstsammler und Freund Franz Mehrings, war später in internationalen Solidaritätsorganisationen wie der IAH (d.h. der Internationalen Arbeiterhilfe) aktiv und mit Walter Benjamin befreundet. Er spielte eine bedeutsame Rolle als Verbindungsmann und „Kassierer“ zwischen Moskau und Berlin. Ende Dezember 1918 reiste Fuchs (Ps.: „Djadja“ [Onkel]) aus Berlin nach Moskau, um Lenin über die Lage in Deutschland zu informieren und einen Brief von Rosa Luxemburg an ihn zu übergeben.

43 Der Leichnam Rosa Luxemburgs wurde erst am 1.6.1919 aus dem Landwehrkanal geborgen. Die Beisetzung fand am 13.6.1919 auf dem Zentralfriedhof in Berlin Friedrichsfelde statt. Bevor er selbst am 10.3.1919 ermordet wurde, setzte sich Jogiches für die Bestrafung der bekannten Mörder ein, die

Wir werden den Schlag beantworten, indem wir unsere Anstrengungen *verzehnfachen*. Seit gestern erscheint unsere Berliner Zeitung wieder.[44] Der Organisationsapparat in der Provinz ist überhaupt nicht in Mitleidenschaft gezogen, der zentrale funktioniert bereits wieder, er wird in einer Woche auf erweiterter Basis funktionieren. *Der Kurs bleibt der alte – trotz alledem und alledem!*[45]

Die Berliner Ereignisse (Katastrophe) haben den Charakter „eines Putsches"[46] angenommen. Wir sind nicht daran beteiligt und werden verhindern, daß sich derartige „Ausbrüche" *mit einem solchen* Charakter wiederholen. Die objektive Situation ist günstig, *unsere* Bewegung und die Partei wachsen rasch.[47]

Wir haben beschlossen – obgleich die Leute insbesondere in der Parteispitze gebraucht werden –, zum 15. Februar zwei, im äußersten Falle einen Delegierten nach Moskau zu entsenden. Ob es ihnen gelingen wird, sich durchzuschlagen, ist eine andere Frage. Die Zeit ist zu kurz. Wenn es möglich ist, wäre es ratsam, die geplante Versammlung (in Moskau) um etwa zwei Wochen zu verschieben.[48]

– Und jetzt etwas für uns *sehr* Wichtiges. Ich bitte darum, dem *möglichst bald* nachzukommen. Da unsere Notizen vernichtet sind, bitte ich Sie, sich darum zu kümmern, daß uns *möglichst bald* durch einen zuverlässigen Kurier und auf sicherem Wege eine *exakte* Abrechnung über die Summen zugesandt wird, die Onkel Eduard übergeben (bzw. übersandt) wurden, *ab November in Stockholm*, einschließlich des Zeitraumes seit seinem Aufenthalt bei Ihnen. Ich bitte darum, die Abrechnung auf der Grundlage der Quittungen zusammenzustellen, die vom Empfänger ausgestellt wurden. Und zwar vor allem: a) Wieviel hat Ihr Finanzvertreter *in Stockholm* im letzten November – Dezember Onkel Ed[uard] bei der persönlichen Begegnung mit ihm in welcher Valuta, in Wechseln, Schecks oder in bar ausgezahlt und (wenn Geld in Stockholm umgetauscht wurde) wie hoch war die Summe insgesamt bzw. in Teilen nach dem Umtausch? b) Wieviel hat Ihr Bevollmächtigter in Stockholm in Schecks, Wechseln sowie in bar – über den Schweden hierher zur Übergabe an Onkel Ed[uard] geschickt und welchen Inhalts war der dem Geld beigefügte Brief Ihres Bevollmächtigten (dieser Brief wurde vernichtet)? c) Wieviel wurde Onkel Ed[uard] während seines persönlichen Aufenthalts bei Ihnen – in Moskau und auch in Petersburg, wo

jedoch mit geringen Haft- und Geldstrafen davonkamen, oder, wie Waldemar Pabst selbst, nicht angeklagt wurden.

44 Gemeint ist *Die Rote Fahne*.

45 Satz im Original auf deutsch. Unter dem Titel „Trotz alledem!" erschien am 15.1.1919 in der „Roten Fahne" der letzte Artikel Liebknechts.

46 „Eines Putsches" im Original deutsch.

47 Die Publikation in der *Pravda* bricht an dieser Stelle ab.

48 Bei der „Versammlung" handelt sich um den 1. Kongress der Kommunistischen Internationale, der vom 2.–6.3.1919 in Moskau stattfand. Das hier angegebene Datum ist fiktiv, das tatsächliche Datum wurde nicht offiziell verlautbart, um den Delegierten eine sichere Anreise nach Moskau zu gewährleisten. Neben Hugo Eberlein sollte auch Willi Münzenberg nach Moskau kommen, der jedoch im Januar verhaftet wurde. Auch Eugen Leviné, der zusammen mit Hugo Eberlein nach Moskau losgefahren war, konnte nicht am Kongress teilnehmen, da er unterwegs bei einer Passkontrolle festgenommen wurde.

ihm ebenfalls eine bedeutende Summe ausgehändigt wurde – in welcher Valuta und Verpackung übergeben? Beim letzten Mal hatte Onkel Ed[uard] übrigens nicht nur für seine nächsten Freunde Geld bekommen, sondern auch für andere Zwecke. Ich bitte mitzuteilen, wieviel für welchen Zweck und wieviel für seine nächsten Freunde (die Valuta nicht vergessen). Nach seiner Rückkehr haben wir von ihm erfahren, daß er die Leitung der Betreuung der hiesigen russischen Kriegsgefangenen (wie auch der Zivilisten) übernommen hat. Die Regierungen der Entente[49] haben der deutschen Regierung dieser Tage jegliche Betreuung der russischen Kriegsgefangenen im Auftrage der russischen Regierung sowohl durch Deutsche als auch durch dritte Personen untersagt. Die Entente[50] nimmt die Betreuung der Kriegsgefangenen selbst in die Hand. Die Betreuung der (russischen) Zivilisten – sofern eine solche überhaupt erforderlich ist: es wird auf eine Verteilung von Zuwendungen hinauslaufen – könnten Sie am besten übernehmen, indem hier *eine Kommission* geschaffen wird – die möglichst aus Ihnen nahestehenden Personen bestehen sollten, möglichst ebenfalls aus *Russen* (einige Leute und eine *richtige, ordentliche* Organisation).[51]

Ich bitte Sie, keine Zeit zu verlieren und die Abrechnung über das Geld abzusenden und deswegen nicht auf unsere Delegierten zu warten. – Dieser Tage hat die deutsche Regierung den deutschen Banken verboten (ein *absolutes* Verbot), russisches Geld umzutauschen. Wer welches hat, hat schließlich gar nichts, die Lage ist sehr schwierig.

Wenn Sie ausländische (beliebige) Valuta haben, schicken Sie möglichst große Summen. Man kann sie in Koffern verpacken und direkt hierherschicken, oder – wenn es einen Weg gibt – über Schweden. In Schweden und Dänemark kann man Geld umtauschen und über Banken nach hier überweisen. Tun Sie, was möglich ist.

Die Abrechnung und Briefe von Ihnen bitte ich hier – nur persönlich, *direkt in die Hand* – entweder meinem Genossen *M.*[52] (Sie kennen ihn aus Zimmerwald-Kienthal[53]) oder mir zu übergeben.

– Sollten Sie beschließen, die internationale Konferenz um etwa zwei Wochen zu verschieben, teilen Sie dies über den drahtlosen Telegraphen mit, die bürgerliche

49 „Entente“ im Original deutsch.

50 „Entente“ im Original deutsch.

51 Erst Anfang 1920 begannen die deutsch-sowjetischen Verhandlungen über den Kriegsgefangenenaustausch. Am 19.1.1920 wurde ein entsprechendes Abkommen geschlossen.

52 Drabkin zufolge handelte es sich bei dem „Genossen M.“ um den polnischen Kommunisten Mieczysław Broński, der sich zu dieser Zeit in der Schweiz aufhielt. Ruth Stoljarowa entschlüsselt M. vermutlich zutreffender als Ernst Meyer (Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 101; Stoljarowa: Vor 80 Jahren, S. 74). Meyer befand sich vom 4.3. bis zum 5.12.1919 in Schutzhaft, befand sich also zu diesem Zeitpunkt noch in Freiheit (vgl. Wilde: Ernst Meyer, S. 170–172).

53 Gemeint sind die Internationalen Sozialistischen Konferenzen von Zimmerwald (5.–8.9.1915) und Kienthal (24.–30.4.1916) während des Ersten Weltkriegs in der Schweiz.

Presse wird das bestimmt abdrucken. Wir haben (vorerst) nur eine Radiostation zu unseren Diensten.[54]

Grüße an Zin[oviev], Vlasov [d.i. Aleksej Rykov] und die anderen von mir, Ihnen allen einen Gruß von unserer Zentrale.

Ich drücke Ihnen fest die Hand.

Ihr Tyszka [d.i. Leo Jogiches]

Dok. 13

Brief von Adol'f Ioffe an Lenin über die Bayerische Räterepublik und ihre Protagonisten

Vil'no, 05.03.1919

Autograph in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 2/2/145, 1–3. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 136–140.

Verehrter Vladimir Il'ič [Lenin]!

Der Überbringer dieses Schreibens ist von den Bayern geschickt worden.[55] Die Notiz, die er mich zu öffnen bat, obwohl sie an Sie adressiert war, stammt wirklich von Leviné, dessen Handschrift ich kenne. Zur Lage in Bayern wird Ihnen der Überbringer selbst ausführlich berichten. Sie meinen, dort eine „Sowjet"-Republik geschaffen zu haben; die Mehrheit stellen bei ihnen die Spartakusleute, und ihr Anführer ist, so scheint es, Levien, oder Leviné, wie er sich nennt,[56] den ich gut kenne. Er ist Russe (Jude), hat aber aus irgendeinem Grund die deutsche Staatsbürgerschaft; er bezeichnet sich als (linker) S[ozial]-[Revolutionär],[57] hat jedoch nach dem SR-Aufstand und

54 Mit „Radiostation" ist eine Funkstation gemeint. Der Satz wurde in der Publikation von Ruth Stoljarowa nicht abgedruckt.

55 Der zu Lenin geschickte Kurier war vermutlich der spätere Psychologe und Unternehmensberater Ludwig Kroeber-Keneth. Siehe: Erhard Scherner: Die Fronten gingen durcheinander… Ein Interview zu den Auskünften Ludwig Kroeber-Keneths aus Kronberg über seine und Alfred Kurellas Reise 1919 nach Sowjetrußland. In: *Utopie kreativ* (2008), 7–8, S. 662–690.

56 Offensichtlich hält Ioffe die beiden Führer der Münchner Räterepublik, den deutschstämmigen Russen Max Levien und den jüdischstämmigen Russen Eugen Leviné, für ein und dieselbe Person. Beide waren Anfang des Jahrhunderts nach Deutschland emigriert, beide erlangten 1913 bzw. 1915 die deutsche Staatsbürgerschaft, und beide fingen ihre revolutionäre Karriere bei den russischen Sozialrevolutionären an, wobei Levien bereits um 1908 herum zu den Bolschewiki wechselte. Ioffe bezieht sich im Folgenden wohl auf Eugen Leviné, zumal Levien bereits im November 1918 nach München ging (siehe: Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 544–546).

57 Die Sozialrevolutionäre (eigentlich: „Partei der Sozialisten-Revolutionäre", *Partija socialistov-revolucionerov*) waren eine nichtmarxistische revolutionäre Partei, die 1901 gegründet wurde und aus der Volkstümler-Bewegung hervorging. Sie war treibende Kraft hinter der Revolutionierung der russischen Gesellschaft, die zu den Revolutionen von 1905 und Februar 1917 führte. Die Oktober-

dem Anschlag auf Sie[58] bei mir mit einer Erklärung vorgesprochen, wonach er diese Positionen der SRs überhaupt nicht teile, und verblieb deswegen im Dienste der Botschaft. Zuerst arbeitete er im Pressebüro der Botschaft, danach wechselte er in die Berliner Abteilung der „Rosta“. Hier wie dort war er von geringem Nutzen. Überhaupt ist er als Mensch mehr oder weniger nichtsnutzig, unbegabt und von geringem Verstand. Er war die ganze Zeit bei den Spartakusleuten, doch selbst dort hat er, trotz ihres Mangels an Kräften, keinerlei Rolle gespielt und gehörte nicht der Führungsgruppe an.

Laut den Zeitungsberichten trat er während der Revolution erstmals hervor und wurde in den Rätekongress gewählt.[59] Zur Zeit ist er anscheinend in München und spielt dort die erste Geige. Zweifellos ist er nur deswegen nach vorne gerückt, weil er in den Augen der Deutschen ein Russe ist. Die zweite Person, die in München eine Rolle spielt, ist Mühsam (Erich Mühsam),[60] den Sie wahrscheinlich aus der Literatur kennen. Ich habe ihn noch in den 900er Jahren[61] gekannt, ihn während der aktuellen Reise jedoch nicht getroffen, da er keinerlei Beziehung zur Politik hatte. Er ist ein Idealist, der als Anarchist gilt, ein Mensch nicht von dieser Welt, ein Phantast und Psychopath. In der vormaligen deutschen Arbeiterbewegung spielte er die Rolle einer lächerlichen Figur.

Wenn zwei derartige Figuren die bayrische Bewegung anführen, sollte man sich nicht darüber wundern, wenn die Sache schief läuft. Den Mitteilungen des angereisten Genossen nach zu urteilen, ist dies tatsächlich der Fall. Anscheinend haben sie sich [dort] damit zufrieden gegeben, sich Sowjetrepublik zu nennen, und betreiben vielleicht Sowjetaufbau, d.h. sie organisieren die Sowjets auch in der Provinz, eine Sowjet*macht* verwirklichen sie jedoch nicht.[62] Jedenfalls haben die Mitteilungen des

---

revolution wurde von dem rechten Flügel der Partei abgelehnt, während der linke Flügel, die SR-„Internationalisten“ unter Marija Spiridonova, sich von der Partei abspaltete und mit den Bolschewiki koalierte, wobei sie sogar einige Volkskommissare stellten (zu den linken Sozialrevolutionären siehe: Lutz Häfner: Die Partei der linken Sozialrevolutionäre in der russischen Revolution von 1917/18, Köln u.a., Böhlau, 1994).

58 Siehe hierzu Dok. 2.

59 Leviné war Delegierter der Essener Arbeiter auf den 1. Reichsrätekongress im Dezember 1918 (Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 546).

60 „Erich Mühsam“ im Original deutsch.

61 „900er Jahre“: Gemeint sind die Jahre 1900–1910.

62 Ioffe bezieht sich hier auf die Vorgeschichte der (zu diesem Zeitpunkt noch nicht ausgerufenen) Münchener Räterepublik, die seit Januar 1919 von Demonstrationen und bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Militärs und linken Führern, darunter Eugen Leviné und Erich Mühsam, gekennzeichnet war. Am 21.2.1919 wurde der USPD-Führer des Zentralrats der Bayerischen Republik Kurt Eisner ermordet. Die Ausrufung der Ungarischen Räterepublik unter Béla Kun verlieh dem Zentralrat und dem Revolutionären Arbeiterrat Auftrieb, die am 7.4. die Bayerische Räterepublik ausriefen. Die gewaltsame Niederschlagung der in erster Linie von linken intellektuellen und anarchistischen Kräften und der USPD repräsentierte Räterepublik (Ernst Toller, Erich Mühsam, Gustav Landauer) erfolgte mit der Einnahme Münchens infolge eines Beschlusses von Reichswehrminister Noske durch Reichswehr und Freikorps. Während die Kommunisten in ihr eine Farce derjenigen sahen, die auch einmal

Überbringens dieses Schreibens so auf mich gewirkt. Er teilte unter anderem mit, dass sie kein Geld haben und sich davor fürchten, die Banken zu nationalisieren, als ich ihn jedoch fragte, ob sie die Staatsbank in Besitz genommen hätten, stellte sich heraus, dass auch dies nicht gemacht wurde. Offensichtlich sind sie nicht nur feige und fürchten sich davor, entschiedene Maßnahmen zu ergreifen, sondern wissen auch gar nicht, was sie tun sollen. Sie bitten eindringlich um Hilfe durch Personen und Literatur. Außerdem bitten sie uns, einen Emissär von uns zu ihnen zu schicken.

Allerdings ist es zweifelhaft, ob die Bayerische Sowjetrepublik unter solchen Bedingungen lange Bestand haben wird. Es wäre jedoch sehr wichtig, dass sie zumindest während ihrer kurzzeitigen Existenz den Deutschen anschaulich demonstrieren würde, was Sowjetmacht ist. Dies hätte deutschlandweit eine größere agitatorische und propagandistische Wirkung, als Tausende von Broschüren und Flugblättern. Ich nehme an, dass ich, wenn ich dort wäre, das Eine oder Andere in diese Richtung tun könnte. Abgesehen davon hätte allein schon das Faktum einer Anerkennung der Bayerischen Sowjetrepublik durch uns und meine Ankunft dort als Bevollmächtigter Vertreter der RSFSR eine riesige Bedeutung.

Ich hoffe, dass ich, durch eine Veränderung meines Äußeren, ungeachtet meiner Popularität in Deutschland durch Preußen hindurchschlüpfen und offiziell in Bayern auftauchen könnte. Natürlich bleibt ein gewisses Risiko, doch ohne das geht es bei unserer Arbeit nicht. Ich könnte einen guten Pass auftreiben und überhaupt die gesamte Technik für diese Reise hier vorbereiten. Lediglich Geld bräuchte man natürlich (Mark, denn mit Rubeln zu fahren ist unmöglich)...

Wenn Sie also mit mir einverstanden sind, schicken Sie mir schnellstens Ihren „väterlichen Segen", eine gewisse Summe Mark auf normalem Wege sowie einen Koffer mit eingearbeiteter großer Summe Mark sowie den Beglaubigungsschreiben. Die gesamte Technik für die Reise kann ich innerhalb einiger Tage vorbereiten.[63]

Was die hiesige Arbeit angeht, sollte ich noch eine Weile hierbleiben;[64] [...]

Ich warte auf eine schnelle Antwort.

Mit kommunist[ischem] Gruß
A. Ioffe

Volksbeauftragte spielen wollten, riefen sie jedoch in einer zweiten Phase, unter Führung des später dafür hingerichteten Eugen Leviné, zu ihrer Verteidigung auf (siehe: Die bayerische Räterepublik. Tatsachen und Kritik, Petrograd, Verlag der Kommunistischen Internationale, 1920; Allan Mitchell: Revolution in Bavaria 1918/1919. Die Eisner-Regierung und die Räterepublik. Aus dem Amerikanischen übertragen von Karl-Heinz Abshagen, München, C.H. Beck, 1967).

63 Am 16.3.1919 wurde der Vorschlag Ioffes auf der Sitzung des ZK der RKP(b) besprochen (siehe: V.I. Lenin. Biografičeskaja chronika. VI, Moskva, 1975, S. 598). Er wurde nicht verwirklicht.

64 Im Februar und März 1919 hielt sich Ioffe in Vilnius auf, wo er an der Schaffung der nur kurzzeitig existierenden Litauisch-Weißrussischen Sowjetrepublik mitwirkte und vor allem Differenzen zwischen der KP Litauens und der KP Weißrusslands schlichten musste, deren Vereinigungsparteitag vom 4. bis 6.3.1919 stattfand.

P.S. [...] 6.III. Gerade habe ich deutsche Zeitungen erhalten. Meine Vorhersage, dass diese Idioten nicht lange durchhalten werden, hat sich anscheinend bereits bewahrheitet. Wie den Zeitungen zu entnehmen, ist die „Sowjetrepublik“ Bayern schon gefallen.[65] Somit bin ich mit meinen obengenannten Vorschlägen offensichtlich zu spät dran. Trotzdem übersende ich Ihnen diesen Brief, da sich die Ereignisse in Deutschland schnell entwickeln, und es wichtig wäre, Ihre prinzipielle Einstellung zu solchen und ähnlichen Plänen zu erfahren, und mit den Vorbereitungen zu beginnen (Geld, Dokumente). Hier werde ich früher als Sie die Nachrichten aus Deutschland bekommen. Im Falle Ihres prinzipiellen Wohlwollens diesem Plan (meiner Reise nach Deutschland) gegenüber wäre es sehr wichtig, dass ich ihn äußerst schnell zu realisieren in der Lage bin. Den Münchener Vertreter schicke ich auch zu Ihnen, machen Sie mit ihm etwas aus. Ich weise erneut darauf hin, dass meine Grenzverbindung funktioniert, sodass ich sowohl Personen, als auch Literatur nach Deutschland befördern kann. Mit Königsberg gibt es eine feste und ständige Verbindung (soweit heutzutage von „ständig“ die Rede sein kann). Ich drücke Ihre Hand. A. Ioffe.

P.S. Ich bitte auch, mir zu antworten, ob das ZK mir es erlaubt, zum Parteitag nach Moskau zu kommen.[66]

P.S.: Abgesehen von Markwährung brauche ich generell Geld, da die 65 Tsd., die ich von Gen. Sverdlov erhalten habe, schon zu Neige gehen.

65 Vermutlich eine Einschätzung Ioffes auf die Ermordung Kurt Eisners und die Verhängung des Belagerungszustands über München nach der Ausrufung des Generalstreiks durch den Zentralrat der Bayerischen Republik und Ernst Niekisch (SPD). Die definitive Niederschlagung der Bayerischen Räterepublik erfolgte erst am 2.5.1919

66 Gemeint ist der VIII. Parteitag der RKP(b) (18.–23.3.1919).

Dok. 14

Die KPD und die Gründung der Kommunistischen Internationale. Zeitzeugenbericht von Hugo Eberlein

[29.2.1924] 6.3.1919[67]

Publiziert in: Hugo Eberlein: Spartakus und die Dritte Internationale. In: *Internationale Pressekorrespondenz*, 29.2.1924, S. 306–307. Siehe auch in: Weber: Der Deutsche Kommunismus, S. 198–201. Eine Kurzfassung unter dem Titel: Im März 1919. Die Gründung der Kommunistischen Internationale. In: *Einheit*. Jg. 43 (1988), H. 11/12, S. 1123–1127, mit einem Nachwort von Ruth Stoljarowa.

Spartakus und die Dritte Internationale[68]
Von Hugo Eberlein.

Auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands überbrachte Radek die Grüße der Kommunistischen Partei Rußlands. [...] Auf dem Parteitag traten zwei Differenzen in Erscheinung. Die Zentrale des Spartakusbundes trat geschlossen für Beteiligung an den Parlamentswahlen ein; trotz des heftigsten Kampfes, den Rosa für die Beteiligung am Parlamentarismus führte, lehnte die Mehrheit der Delegierten eine Beteiligung an den Parlamentswahlen ab. Die Zentrale stand geschlossen gegen die Antiparlamentaristen.

Die zweite Differenz führte zu heftigen Differenzen innerhalb der Spartakuszentrale; sie drehte sich um den Namen der Partei. Während wir der neu zu gründenden Partei den Namen „Kommunistische Partei" geben wollten, wandten sich Rosa Luxemburg und Jogiches dagegen, sie wollten die Partei „Sozialistische Partei" nennen. Bis tief in die Nacht wurden heftige Diskussionen darüber geführt. Rosa Luxemburg argumentierte so: Die Kommunistische Partei Rußlands steht heute noch in der Internationale allein; sie wird von den sozialistischen Parteien der II. Internationale aufs heftigste bekämpft. Die Aufgabe der Kommunisten ist es, die sozialistischen Parteien, insbesondere der westeuropäischen Staaten, von der II. Internati-

67 Als Datum wurde hier der 6. März 1919 eingesetzt, der Schlusstag des Gründungskongresses der Komintern, der vom 2.-6.3.1919 in Moskau abgehalten wurde.

68 Im März 1919 gelang es Hugo Eberlein (Ps.: Max Albert) als einzigem deutschen Delegierten, nach Moskau zu gelangen und am Erstem Kongress der Kommunistischen Internationale teilzunehmen. Neben ihm war ursprünglich Eugen Leviné vorgesehen. Entsprechend dem Beschluss der KPD-Führung trat er dort gegen eine unmittelbare Gründung und für einen Aufschub ein, wie es vor allem die inzwischen ermordete Rosa Luxemburg forderte, die eine Stärkung der westeuropäischen Parteien für notwendig hielt und in diesem Sinne Zeit gewinnen wollte. Nach intensiven Gesprächen mit Lenin und den führenden Bolschewiki enthielt sich Eberlein der Stimme und ermöglichte somit die Komintergründung, die er nach seiner Rückkehr nach Deutschland offensiv vertrat. Siehe zur Problematik der Kominterngründung Hedeler/Vatlin: Die Weltpartei; Alexander Vatlin: Die Komintern. Gründung, Programmatik, Akteure, Berlin, Karl Dietz Verlag, 2009 (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. 10); Hermann Weber: Anfänge der kommunistischen Weltbewegung. In: *Deutschland-Archiv* (2009), H. 4, S. 729–732, sowie den Beitrag Jakov Drabkins Band 1.

onale loszulösen, um sie zu einer neuen revolutionären Internationale zu vereinen und die II. reformistische Internationale zu vernichten. Der Kommunistischen Partei Rußlands wird das so leicht nicht gelingen. Der Gegensatz zwischen der Kommunistischen Partei Rußlands und den sozialistischen Parteien des Westens, insbesondere Frankreichs, Englands und Amerikas, ist so groß, daß uns als deutschen Revolutionären die Aufgabe zufällt, die Verbindung zwischen den Revolutionären des Ostens und den Sozialisten Westeuropas, die heute noch im reformistischen Fahrwasser schwimmen, herzustellen und den Prozeß der Loslösung der westeuropäischen Sozialisten vom Reformismus zu beschleunigen. Diese Aufgabe wird leichter zu erfüllen sein, wenn wir als Sozialistische Partei auf den Plan treten; würden wir dagegen als Kommunistische Partei erscheinen, dann würde die naturgemäß enge Verbindung mit den russischen Kommunisten unsere Aufgabe in Westeuropa erschweren. Während wir in dieser Sitzung erklärten, daß nicht nur in Deutschland, sondern auch in der gesamten Internationale ein scharfer Strich zwischen uns und den Sozialistischen Parteien der II. Internationale gezogen werden müsse, der schon rein äußerlich im Namen der Partei zum Ausdruck kommen muß. Außerdem sei es jetzt unsere Hauptaufgabe, im Moment, in dem die ganze Weltbourgeoisie und die Reformisten zum Kampf gegen den ersten revolutionären Staat und seine Kommunistische Partei sich rüsten, offen an die Seite der Kommunistischen Partei Rußlands zu treten, um so die engste Verbindung mit den russischen Revolutionären zu dokumentieren.

Bei der Abstimmung blieb Rosa Luxemburg in der Minderheit; mit 4:3 Stimmen bei einer Stimmenthaltung – [Paul] Levi erklärte, ihm sei es gleichgültig, wie die Partei sich nenne –wurde beschlossen, dem Spartakusbund den Namen *„Kommunistische Partei Deutschlands“* zu geben. Der Parteitag stimmte dem zu. In all diesen Debatten spielte die Rolle der Loslösung von der II. Internationale und die Schaffung einer neuen revolutionären Internationale bereits eine wesentliche Rolle.

Ein paar Tage später kam mit großer Verspätung über Finnland, Norwegen und Schweden ein Brief der Kommunistischen Partei Rußlands bei uns an, in dem die KPD zu einer Vorbesprechung zwecks Vereinigung der revolutionären Parteien nach Moskau geladen wurde.[69] In einer Besprechung mit Rosa Luxemburg erklärte sie mir, daß die Schaffung einer neuen revolutionären Internationale, die sich scharf im Gegensatz zur II. reformistischen Internationale stelle, unbedingt nötig sei; zur Gründung selbst sei aber ihres Erachtens der Moment noch nicht gekommen, denn die Gründung einer neuen aktionsfähigen Internationale setzte das Vorhandensein wenigstens einiger revolutionärer Parteien in Westeuropa voraus. Die sofortige Gründung in einer Zeit, in der in Wirklichkeit erst eine kommunistische revolutionäre Partei bestehe – die KPD war erst vor einigen Tagen gegründet – bedeutet eine Schwächung des Gedankens einer revolutionären Internationale. Rosa wünschte, daß ich nach Moskau fahre, um an der Vorbesprechung teilzunehmen und den russischen

---

69 Siehe zur verworrenen Entstehungsgeschichte anhand neuer Dokumente aus den russischen Archiven: Hedeler/Vatlin: Die Weltpartei, S. XI-XCVI, bes. XXVff.

Genossen auseinanderzusetzen, daß wir im Prinzip mit der Gründung einer Kommunistischen Internationale einverstanden sind, daß der Termin der Gründung aber verschoben werden müsse, bis wir in den westeuropäischen Staaten wenigstens einen Stamm revolutionärer Arbeiter gegen die Reformisten gesammelt hätten.

Wenige Tage später wurde Rosa Luxemburg ermordet.

In einer der ersten Sitzungen nach der Ermordung stand die Moskauer Konferenz auf der Tagesordnung. Hier vertrat Jogiches eifrig die Auffassung Rosa Luxemburgs. Auch er war der Auffassung, daß die Gründung einer revolutionären Internationale, die den schärfsten Kampf gegen die Reformisten aufnehme, notwendig, daß aber der Termin der Gründung in diesem Moment verfrüht sei. Die Zentrale schloß sich dieser Auffassung an, wählte mich zu ihrem Vertreter; ein paar Tage später reiste ich ab. […]

In Moskau begannen sofort die Vorbesprechungen. Aus den verschiedenen Ländern waren Vertreter kleiner revolutionärer Gruppen gekommen. Aber eine Kommunistische Partei außer der russischen konnte nur ich vertreten. Aus 35 Ländern waren Revolutionäre erschienen, um an der Konferenz teilzunehmen. In den Vorverhandlungen, die meist im Zimmer des Genossen Lenin stattfanden, wurde sofort die Frage aufgerollt, ob auf dieser Konferenz bereits die Gründung der Internationale erfolgen solle. Ich war der einzige, der sich im Auftrag seiner Partei gegen die sofortige Gründung wenden mußte. Besonders die Genossen der russischen Partei, an ihrer Spitze Trotzki, Bucharin und Rakowski, versuchten mit größtem Eifer, mich von der Notwendigkeit der sofortigen Gründung zu überzeugen; sie zerpflückten alle Argumente der deutschen Partei bis ins kleinste. Bis Lenin entschied, daß von der sofortigen Gründung abgesehen werden müsse, wenn die deutsche Partei ihre Zustimmung nicht gäbe.

Wir traten in die Verhandlung der Konferenz ein. Die Konferenz nahm einen begeisterten, glänzenden Verlauf. Über alle vorgelegten Resolutionen und Thesen wurde Einmütigkeit erzielt.[70] Die Richtlinien der Kommunistischen Internationale wurden von Bucharin und mir ausgearbeitet und vom Kongreß einstimmig angenommen. Auch das Manifest der Kommunistischen Internationale „An das Proletariat der ganzen Welt„“, dessen erster Entwurf von Trotzki angefertigt, dann von einer Kommission, bestehend aus Trotzki, Lenin, Bucharin und mir, akzeptiert wurde, nahm der Kongreß einstimmig an. Die Leitsätze Lenins über „Bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur“ wurden dem Büro der Internationale zur Verbreitung in der ganzen Welt überwiesen. Außerdem wurden angenommen die ebenfalls allen Genossen bekannten Leitsätze über die „Internationale Lage und die Politik der Entente„“, die Resolution über „die Stellung zu den sozialistischen Strömungen und der Berner Konferenz“, desgleichen die Resolution über den weißen Terror.

Während der Verhandlungen, die vom 2. bis 6. März 1919 dauerten und die im Kleinen Saale des Justizgebäudes im Kreml geführt wurden, kamen die Nachrichten

70 Siehe zu den im folgenden erwähnten Beschlüssen und Resolutionen des I. Weltkongresses: Hedeler/Vatlin: Die Weltpartei.

von der Ausrufung der Räterepublik in Ungarn und der Räterepublik in Bayern. Diese Nachrichten lösten auf der Konferenz ungeheure Begeisterung aus, und die Frage der sofortigen Gründung der Kommunistischen Internationale wurde neu aufgerollt.

In einer begeisterten Rede forderte Rakowski die sofortige Gründung der Kommunistischen Internationale. Ich blieb wieder allein und versuchte, der Konferenz die Argumente der deutschen Partei auseinanderzusetzen. Ich wies darauf hin, welch ungeheure Aufgaben das revolutionäre Proletariat der Welt von der Kommunistischen Internationale erwarten würde, Aufgaben, die wir im Moment, in dem sich in den meisten Ländern der Welt nur kleine Gruppen revolutionärer Arbeiter zum Kommunismus bekennen, noch nicht erfüllen können würden, wodurch sehr leicht unter den Arbeitern der Welt eine Enttäuschung hervorgerufen werden könne, insbesondere auch deshalb, weil sich die Arbeiter von der II. Internationale so schmählich betrogen wissen. Deshalb sei es unsere Aufgabe, zuerst in den wichtigsten Ländern feste kommunistische Zellen zu bilden, die dann, vereint in der Kommunistischen Internationale, den revolutionären Kampf aufnehmen können, die dann in der Kommunistischen Internationale die revolutionären Arbeiter um sich sammeln und die verräterische II. Internationale vernichten können.

Ich befand mich in einer außerordentlich schwierigen Situation. Während ich gefühlsmäßig mit den versammelten Delegierten, mit den russischen Genossen völlig konform ging und während mir eine Anzahl ihrer Argumente stichhaltig erschien, war ich an den strikten Auftrag meiner Parteileitung gebunden. Inzwischen war auch Leo Jogiches ermordet.[71] Ich enthielt mich bei der Abstimmung der Stimme und gab dem Kongreß eine Erklärung ab, daß die deutsche Partei *prinzipiell* mit der Schaffung einer Dritten Internationale einverstanden sei und daß die deutsche Partei nach erfolgter Gründung der Kommunistischen Internationale sicher beitreten würde. *Sofort nach meiner Rückkehr nach Deutschland wurde der Beitritt zur Kommunistischen Internationale beschlossen.* [...]

71 Jogiches, der nach der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die KPD leitete, wurde am 10.3.1919 verhaftet und am gleichen Tag im Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit ermordet.

Dok. 15

Genosse Ludwig (Ps.), d.i. Eduard Alexander,[72] an James (Ps.), d.i. Jakov Rejch, über das Phlegma der Revolution und die Politik der KPD-Führung

[Berlin], 6.5.1919

Typoskript mit handschriftlichen Einfügungen und Korrekturen in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 5/3/184, 1–3. Erstveröffentlichung.

1. Mai 1919.

Lieber Genosse James,[73]
Ihre[74] Wünsche, die mir durch eine unerhörte Nachlässigkeit der hiesigen Parteibureaukratie statt vor zwei Monaten erst vor zwei Tagen übermittelt wurden, werden ausgeführt.

Frida ist noch in München von ihrem Leben und Schicksal weiss ich garnichts[75] – und das ist unter den momentan dort herrschenden Verhältnissen sehr beunruhigend. Ihr wisst wohl, dass M[ünchen] von den Regierungstruppen genommen wurde. Bis zu Stunde, wo ich schreibe, scheint Lewien [d.i. Levien] verhaftet zu sein, Liviné [d.i. Leviné] noch nicht.[76] Dieser bisher grösste Zusammenbruch kam von der euch bekannten „Gründung" der Münchner Räterepublik „von oben" – in der später Lewien nur notgedrungen und, um fürs Proletariat zu retten was noch zu retten war, eingriff; mit äusserstem Misstrauen und Widerstreben. Und nun wird es noch sein Leben kosten. Heute sprach ich jemanden, der von dort kam: der Fall kam tatsächlich von der Uneinigkeit und unaufhaltsamen Zersplitterung der Kräfte in München selbst, was äusserlich durch die Sabotage der Unabhängigen gegenüber den Kommunisten in Erscheinung trat. Der Genosse Nobs[77] schrieb mir auch Einzelheiten über den einen „Volkskommissar", Wipp, dessen Tätigkeit als Spion des deutschen Generalstabes er

72 Eduard Ludwig Alexander (1881–1945) war ein Berliner Justitiar, Anwalt und Wirtschaftstheoretiker, Gründungsmitglied der KPD und zeitweise mit der Kulturkritikerin Gertrud Alexander verheiratet.
73 James (Ps.), d.i. Jakov Rejch (1886–1956?), der einer der wichtigsten Verbindungsleute zwischen Berlin und Moskau war, später Leiter des Westeuropäischen Sekretariats der Komintern (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 710f.).)
74 Gestrichen: „Meine".
75 Es handelt sich um die in Litauen geborene Frida Rubiner (1879–1952), die als Gründungsmitglied der KPD am I. Weltkongress der Komintern teilnahm und sich im März/April 1919 aktiv an der Münchner Räterepublik beteiligte. (PSEUDO)
76 Nach der Niederschlagung der Münchener Räterepublik wurden Eugen Leviné und Max Levien verhaftet. Ersterer wurde im Juni 1919 zum Tode verurteilt und erschossen, letzterer konnte nach Österreich und von dort aus nach Sowjetrussland fliehen.
77 Ernst Nobs (1886–1957) war als Schweizer Sozialdemokrat im Krieg Stadtpräsident in Zürich und später Schweizer Bundesrat.

aus seiner eigenen Erfahrung und aktenmässig nachwies. Von Spitzeln scheint es dort gewimmelt zu haben.– Die Deutschen in der Münchener Räteregierung haben offensichtlich unglaublich viel mit einem typischen Allerweltintellektualismus [verschmiert] zu haben [sic]. Dagegen scheinen die „Russen" dort bis zuletzt mit äusserster, kühler Besonnenheit, mit wirklich proletarisch revolutionärem Bewusstsein und mit heroischem Mut gearbeitet zu haben.[78] – Nach allem, was ich nun weiss, hat das furchtbare Gemetzel dort entsetzlich viel Kraft, Blut und Menschenleben gekostet, aber zum ersten Male das Proletariat Süddeutschlands ganz bewusst gemacht und ihm fabelhafte Lehren für den Moment der wirklichen Machtergreifung gegeben. In Deutschland geht es langsamer als überall in der Welt. Mir scheint es fast, als stände man hier nicht auf der Kerenski-Stufe, sondern in Wahrheit etwa da, wo Russland 1905.[79] – Das *Wolffsche* Telegr[aphen-]Bureau verbreitete im neutralen Ausland /nur dort[,] nicht in Deutschland/, z.B. in der Schweiz, dass Fritz [Platten] mit 25 Millionen in Helsingfors von den Finnen verhaftet worden sei.[80] Fritz ist, wie ihr wohl wisst, zu 6 Monaten verurteilt /im Generalstreikprozess/, sofortiges Haftbefehl.–[81] Dr. Sannhauser, St. Gallen bittet Fritz, ehe er einreist, ihn telegraphisch zu avesieren.– In Zürich kam es in der letzten Aprilwoche im Anschluss an einen Generalstreik der Bankangestellten /ein solcher war in Berlin und einem grossen Teil Deutschlands „mit Erfolg" vorhergegangen/ zu Strassenschlachten und Barrikadenkämpfen.

Ich erhielt Mitteilungen von Rosa Bl[och][82] sowie eine Karte aus Bern, nach denen Ihre Frau,[83] Frau Lub[84] und Frau Schl. notwendig Geld brauchen. Da Frida in einem Moment zurückgehalten wurde, der ihr offenbar in seiner [sic] völligen Isolierung unerwartet kam, konnte sie offenbar einen Teil dieser Angelegenheiten nicht mehr

78 Eugen Leviné (1883–1919), Max Levien (1885–1937) und Tovij Aksel'rod (1887–1938) waren deutsche Revolutionäre russischer Herkunft, die in der Münchner Räterepublik eine herausragende und kompromisslose Rolle spielten. Daneben bildeten ca. 80 russische Kriegsgefangene eine Einheit in der Roten Armee der Räterepublik. Vgl. hierzu die gegenteiligen Schilderungen Ioffes im Dok. 13.

79 Gemeint ist die Russische Revolution von 1905–1907.

80 Fritz Platten (1883–1942) war sozialdemokratischer und später kommunistischer Nationalrat in der Schweiz. Er organisierte 1917 die Rückreise Lenins in die Sowjetunion durch Deutschland („Russenzug") und wurde später in der Sowjetunion erschossen.

81 Gemeint ist der Schweizer „Landesstreik" von November 1918, an dem sich über 250.000 Arbeiter beteiligten. Der Gerichtsprozess nach dem Streik hatte u.a. die Ausweisung des russischen Botschaftspersonals zu Folge, die Organisatoren des Streiks, die im „Oltener Aktionskomitee" organisiert waren, darunter Fritz Platten, wurden zu Haftstrafen zwischen vier Wochen und sechs Monaten verurteilt (siehe: Willi Gautschi: Der Landesstreik 1918, Zürich, 3., durchgesehene Auflage, Chronos, 1988).

82 Rosa Bloch-Bollag (1880–1922), Schweizer Sozialistin, war als einzige Frau Mitglied im Oltener Aktionskomitee.

83 Reichs Frau Berta, geb. Brutzkus, (1887–1965) arbeitete u.a. als Ärztin in Österreich, der Schweiz, Deutschland und der Sowjetunion.

84 Es könnte sich um die Frau des Theologieprofessors, Kunstsammlers und Slavisten Fritz Lieb, Ruth Lieb-Stähelin (1900–1986) gehandelt haben, die bis an ihr Lebensende die Bibliothek Fritz Lieb in der Universitätsbibliothek Basel betreute.

erledigen, wie sie wohl wünschte. Soviel ich jedoch weiss, hat sie einen anderen Teil mit dem Genossen Schw[ab][85] erledigt.

Was ich von Ihnen brauche, sind vor allem Kulturdokumente; Bücher /auch Romane, Dramen, Gedichte/, Bilder, illustrierte Zeitschriften, Reproduktionsmaterial; Kunstmaterial. /Möglichst viel von dem, was Lunatscharski macht!/[86] Theoretische Abhandlungen, und am liebsten auch kleinere, neuere Aufsätze der Volkskommissare, Reden, kleinere oder auszugsweise veröffentlichte Artikel. Wie Sie wissen, wirkt hier Lenin und Trotzki immer noch magisch – ja sogar täglich magischer!

Ich bitte Sie um die Freundlichkeit, den beiliegenden Brief an Chagall[87] in Vitebsk, wo er Volkskommissar ist, zu senden – und ihm *ausführlich* und *ausdrücklich Ihre* Adresse anzugeben, damit er an Sie Briefe, Material und Bilder für mich schicken kann.- Alles, das Sie mir für Ihre Frau, Freunde und Genossen senden, wird nun sofort erledigt werden, wie ich mit Else besprach. Ich hoffe /ja, ich hoffe/, dass Ihnen demnächst auch Frida wird schreiben können. Ich grüsse Sie herzlichst und vielmals

Ihr Ludwig [d.i. Eduard Ludwig Alexander]

P.S.
Könnt Ihr nicht der Zentrale einen gutgemeinten Rat geben? Mit alter Bureaukratenmiene beginnt sie bei jedem kritischen Moment genau eine Woche vor irgendeiner Katastrophe eine Polemik gegen die /heute ziemlich zahlreichen/ Syndikalisten – genau entgegengesetzt zur Praxis in Russland wo man absplitternde /aber revolutionär zuverlässige/ Teile zur Partei hinüberzieht!

Diese preussische, hochmütige, vorkriegsmäßige Sonderbundspraxis hier, bringt mit schicksalshafter Dummheit stets kurz vor dem wichtigsten Moment einen hochanständigen und klassenbewussten Teil der Arbeiterschaft in Spaltung, anstatt ihn heranzuziehen. Genau das Gegenteil zu den Beschlüssen der III. Internationale!

Theoretisch sehe ich es natürlich ein – aber wie es stets vor dem Hauptkampf im unpassendsten Moment als kleiner Kampf geschieht, ist es unpraktisch, unbegabt, und unpolitisch!

Ein guter Rat von Euch wäre ausgezeichnet!

Ihr Ludwig.

Anmerkung /zu S. 1 und Anfang S.2./
Die Bewegung greift in ganz Deutschland um sich, doch sind die einzelnen Punkte isoliert voneinander. In Berlin hatte man z.B. kein tatsächliches Solidaritätsbewusst-

85 Möglicherweise Sepp Schwab (1897–1977), KPD-Mitglied seit 1919 und Mitglied der Räteregierung in München.

86 Der Volkskommissar für Aufklärung, Anatolij Lunačarskij, betätigte sich auch als Verfasser von Theaterstücken.

87 Der später weltbekannte Maler Marc Chagall bekleidete zu diesem Zeitpunkt in der Sowjetunion die Funktion eines Volkskommissars für die „Schönen Künste“ in Vitebsk.

sein betr. München, als Streik angeregt wurde, war er schnell niederdebattiert. Jetzt greift die Bewegung an der Ostsee um sich, in Stettin, Stralsund und Umgegend. Demnächst wird dagegen Leipzig /und wohl gleichzeitig Jena/ von Regierungstruppen niedergehalten werden. Also Mächtiger Zug der Bewegung – aber keine Verbindung untereinander, von Führung garnicht zu reden. Die Zentrale hat ihren Namen zu Unrecht – doch ist dies natürlich nicht Schuld von Personen, sondern der breiten Unaufgeklärtheit, und des deutschen Phlegmas.



Am 22.5.1919 beschloss das Organisationsbüro des ZK der KP Russlands auf Bitten der Komintern, Gen. Ljubarskij aus Jaroslavl' ins Ausland abzukommandieren. Darüber hinaus sollte die Befugnis zur Ernennung Berzins als Sekretär der Komintern dem ZK-Plenum übertragen werden. Aufgrund der Verhaftung Radeks in Deutschland sollte weiterhin dem Genossen Zaks [d.i. Samuil Zaks-Gladnev] ein Mandat des ZK ausgestellt werden.[88]

Dok. 16

Abkommandierung von Alfred Kurella zur Überbringung von Gegenständen im Wert von 300.000 Rubel an die KPD und die KP Österreichs

Moskau, 22.07.1919

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/1/1, 47. Erstveröffentlichung.

PROTOKOLL N° 22 der Sitzung des Büro des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 22. VII–1920 [richtig: 1919].

Anwesend: Berzin, Litvinov, Karachan, Bucharin, Klinger, Rudnjanskij, Men'šoj [d.i. Lev S. Levin].

ANGEHÖRT: [...]
3. Über die Abkommandierung von Gen. Kurella[89] nach Österreich.

BESCHLOSSEN: [...]
3. Gen. Kurella abzukommandieren und ihm für die Deutsche Kommunistische Partei in Österreich [d.i. die Kommunistische Partei Deutsch-Österreichs] Wertgegenstände[90] im Wert von 300.000 Rub. mitzugeben.[91] Diese Wertsachen sollen nur unter der Bedingung verteilt werden, dass die Partei gut arbeitet. Andernfalls sollen sie

---

88 Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 17/112/4, 71, 82.
89 Der spätere DDR-Schriftsteller Alfred Kurella (1895–1975) war in seiner Jugend als Kurier für KPD und Komintern tätig.
90 Im Sinne von Juwelen und Wertgegenständen.
91 Zum Umfang und der Unterstützungspraxis siehe das folgende Dok. 17.

James [d.i. Jakov Rejch] für die Deutsche [Kommunistische] Partei übergeben werden. [...]

Geschäftsführer des EKKI [sign.] Klinger[92]

Dok. 17

Aus der Kostenaufstellung der Exekutive der Komintern für die kommunistischen Parteien und sympathisierenden Bewegungen in einzelnen Ländern von April bis August 1919

Moskau, 18.08.1919

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 17/84/31, 12–14. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 150–152.

18. August 1919
Streng geheim

Auszug aus der Aufstellung der „Geheimen Summen“
(Wertgegenstände im Ausland)

Juli	5	England	500.000. –	
-“-	“	Frankreich	300.000. –	
-“-	“	Holland	200.000. –	
Juni	21	Kaukasus	200.000. –	Bargeld[93]
Juli		Balkan	1.000.000. –	
Mai	29	Italien	300.000. –	
-“-	30	Deutschland	300.500. –	
Aug.	14	Ungarn	21.000. –	
Juli		Österreich	205.000. –	
Aug.		Amerika	297.000. –	
			3.423.500. –	

Drei Millionen vierhundertdreiundzwanzig Tausend fünfhundert Rubel.
(3.223.500 R. in Wertsachen, 200.000. R. in Bargeld, insgesamt 3.423.500. R.)
Sekretär des EKKI Ja. Berzin[94]
Sachverwalter Klinger

92 Der erste Sekretär bzw. Geschäftsführer der Komintern-Exekutive war Gustav Klinger (1895–1938/1943), ein wolgadeutscher Lehrer (das spätere Sterbedatum bei Hedeler/Vatlin: Die Weltpartei, S. 349).

93 „Bargeld“ handschriftlich.

94 Jan Karlovič Berzin (lett. Bērziņš) (1889–1938), kurzzeitig erster Generalsekretär der Komintern und späterer sowjetischer General lettischen Ursprungs.

Buchhalter N. Frisch

Aufstellung des Bargeldes und der Wertgegenstände, erhalten durch den Hauptkommissar der Staatsbank Gen. Ganeckij.[95]

Monat und Tag	Wertggs.	Schwed. Kronen	Österr. Kronen	Deutsche Mark	Finn. Mark	Kred. Bilets
26. Mai über Gen[ossen] Reich[96]	300.500	5.000	50.000	70.000	45.500	150.000
27 „ „ „						
Ljubarsk[97]	300.000	3.000		15.200	31.300	
Kantarovič	1.000.000			40.000		
Insgesamt	1.600.500	8.000	50.000	125.000	77.300	150.000

18/VII

Sekretär des EKKI Ja. Berzin
Sachverwalter Klinger
Buchhalter N. Frisch

Auszug aus der Aufstellung des ZK der RKP(Bolschewiki)

Mon.	*Datum*		*Rub.K.*	*K.*	*Wertggs.*
Apr.	23	Erhalten vom ZK der RKP	150.000.	–	–
„	„	(Bolschewiki)	470.000.	–	–
„	29	“ “ “	480.000.	–	–
Mai	12	“ “ “	500.000.	–	–
„	16	“ “ “	1.000.000.	–	–
Juni	11	“ “ “ „	1.000.000.	–	–
„	28	“ “ “	500.000.	–	–
Juli	„	“ “ “	1.000.000.	–	–
Aug.	–	“ “ “ „	40.000.	–	1.000.000.
„	–	“ “ “ „	1.000.000.	–	305.000.
	Insgesamt		6.140.000.	–	1.305.000.
					*7.445.000 R.**

95 Es handelt sich um den polnischen Kommunisten Jakub Hanecki (Ps.), d.i. Fürstenberg (1879–1937), einen Industriellensohn und Wirtschaftsfachmann, der u.a. in Berlin, Heidelberg und Zürich studiert hatte.
96 D.i. Jakov Rejch.
97 Gemeint ist Nikolaj M. Ljubarskij (Ps.: Carlo; Nicolini, ursprüngl. Name: Nikolaj Markovič) (1887–1938), der als Verbindungsmann vor allem in Richtung Frankreich und der Schweiz arbeitete.

Insgesamt wurden über das ZK der RKP(Bolschewiki) bis zum 15. Aug. 1919 sechs Millionen hundertvierzig Tausend Rubel und Wertgegenstände für eine Million dreihundertfünf Tausend erhalten.

18/VIII 19

Sekretär des EKKI	Ja. Berzin
Sachverwalter	Klinger
Buchhalter	N. Frisch

* Unterhaltung Petr[ograder] Abteilung	2.270.000. –
Unterhaltung Kiev[er Abteilung]	1.000.000. –
- " – Moskauer Abt[eilung]	2.291.035. – 38.
Überwiesen ins Ausland	1.505.000. –
Rest des laufenden Kontos in der Staatsbank	145.558. – 19.
In der Kasse des Büros für russische Währung	115.376. – 43.
In der Kasse [des Büros] für ausl[ändische Währung]	118.000. -
	7.445.000.

G[ustav] K[linger]

Dok. 18

Brief des Komintern-Sekretärs Gustav Klinger an Elena Stasova über den Schmuggel von Schmuck und Juwelen nach Westeuropa

[Moskau], 18.08.1919

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 17/84/31, 2. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 153.

[Moskau], 18. August 1919.[98]

Verehrte Genossin Stasova![99]
Das Leder brauchen wir für die Sohlen, in welche die Wertgegenstände, vor allem Brillianten, eingearbeitet werden sollen.[100] Wir haben jetzt dafür einen ziemlich zuverlässigen Menschen.

---

98 Dokument geschrieben auf einem Blankoformular mit Briefkopf des EKKI-Sekretariats. Über dem Text befindet sich ein handschriftlicher Vermerk von E. Stasova: „Archiv des ZK."
99 Elena Dmitrievna Stasova (Ps.: Absoljut, Delta, Ivanovna, Hélène, Hertha) (1873–1966) war Sekretärin des ZK der RKP(b), bevor sie 1920 in Kominterndiensten nach Deutschland abkommandiert wurde.
100 Zum Zweck der Unterstützung der kommunistischen Bewegungen in Westeuropa wurden u.a. die Juwelen des Zaren herangezogen, die Brillianten sollten in Schuhsohlen eingearbeitet werden.

Ich bitte Sie sehr, einen entsprechenden Vermerk auf unserem Papier zu machen.

Mit Genossengruß
Sachverwalter Klinger

Dok. 19

Notiz von Jan Berzin an Sinowjew zur Finanzierung der kommunistischen Parteien durch Sowjetrussland

Moskau, 28.08.1919

Autograph in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/5, 48–49. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 31–33; Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 125–127.

Moskau, 28. August 1919.
Lieber Grigorij [Sinowjew],
nach einer Unterredung mit Vl[adimir Il'ič [Lenin] kamen wir zum Schluss, dass 5 Mil[lionen] zu wenig sind, und dass man die abzuschickende Summe auf 20 Mil[lionen] Francs (ca. 1 Mil[lion] P[fund] Ster[ling]) erhöhen muss. Ob sie eine solche Summe sofort zusammenbekommen, ist unbekannt. Heute wird Elena Dmitrievna [Stasova] nach Piter [d.i. St. Petersburg] fahren und Ihnen Geld und Wertsachen mitbringen.

Es ist notwendig, an Höglund[101] zu schreiben, wie sie das erhaltene Geld aufteilen sollen. Ein gewisser Teil (sagen wir, die Hälfte) muss als Reservefonds erhalten werden, den Rest – ohne zu zögern an kommunistische und linkssozialistische Gruppen Westeuropas und Amerikas verteilen, wobei den Spartakusleuten sofort eine *große Summe* (einige Millionen)[102] gegeben werden muss – sie bitten schon lange darum. Wir konnten es [bisher] nicht abschicken, v.a. wegen der Verzögerungen, mit denen der Erhalt von Krediten aus dem ZK verbunden ist).

Überhaupt brauchen wir dringendst eine Art Zentrum im Ausland, welches unsere Entscheidungen umsetzen, unsere Publikationen (z.B. unsere Zirkularbriefe) vertreiben, Mittel verteilen, die Verbindungen zwischen allen nahestehenden Organisationen aufrechterhalten würde. Wem kann man diese Sache anvertrauen? Höglund und alle anderen Skandinavier sind Waschlappen,[103] Menschen ohne Energie und Initiative, doch zeitweise wird man trotz allem gerade über sie agieren müssen. Im Weiteren lässt sich ein anderer Plan ausdenken – ich meine die Reise eines Genossen ins Ausland – doch dies wage ich nicht dem Papier anzuvertrauen.

101 „Höglund" hier und im Weiteren im Original auf deutsch. Carl Zeth Konstantin Höglund (1884–1956) war ein schwedischer Sozialdemokrat und Mitbegründer der KP Schwedens.
102 „Einige Millionen" handschriftlich oberhalb der Zeile eingefügt.
103 Im Russischen: „*mjamli*".

In jedem Fall schreiben Sie einen Brief mit einer ganzen Reihe praktischer Anweisungen an Höglund. Sie sind schließlich naive Menschen, man muss sie z.B. darüber belehren, dass sie die Wertsachen in verschiedenen Ländern veräußern sollen und nicht bloß in ihrer Hauptstadt, dass der Fonds an verschiedenen Orten bei vertrauenswürdigen Personen aufbewahrt werden soll, und nicht bei sich, usw. usf.

Ich bereue es sehr, dass ich nicht zu Ihnen fahren kann. Anhand des Berichts von Klinger sehe ich, dass ihr eine ganze Reihe (praktischer) Fragen nicht behandelt habt. Vielleicht kommen Sie bald hierher?

Ich persönlich bin dagegen, Ihnen B[alabanov]a aufzuzwingen, ich weiß, wie schwer es ist, mit ihr zusammenzuarbeiten. Es scheint so, dass ein anderer Ausweg gefunden wird. Sie selbst hat den Gedanken geäußert, ob sie nicht mit einem Agitationszug durch Russland fahren sollte, das hat Il'ič [Lenin] gefallen, wie auch Stasova. Sagen Sie El[ena] Dm[itrievna Stasova], dass sie sich mit ihrer Kommandierung beeilen soll, sonst entsteht eine unmögliche Lage...[104]

Ich weiß nicht, wie Gen. Bucharin und Klinger Ihnen unsere Konflikte geschildert haben – ich habe nur demonstrativ „den Rücktritt eingereicht", und zwar um Nik[olaj] Ivanovič [Bucharin] aufzurütteln und das Verhältnis zum ZK in Ordnung zu bringen. Sollte jedoch B[alabanova] hier bleiben, wäre ich gezwungen zu gehen.

Der Zirkularbrief ist gut, Il'ič [Lenin] begrüßt ihn ebenfalls.[105] Man müsste natürlich das EK[KI]-Plenum mit ihm befassen, aber angesichts der Eile muss man ihn einfach so bringen. Wenn Sie es für notwendig erachten, können Sie auch meinen Namen darunter setzen. (Sie wissen, dass ich jetzt auch formal „Sekretär" bin, obwohl Balabanova nun behauptet, dass sie „erster Sekretär" sei!)

Nächste Woche fahre ich für circa zwei Wochen auf das Land,[106] Erholung ist unerlässlich.

Ich drücke fest Ihre Hand!
Ja. Berzin



Am 5.10.1919 berichtete Ganeckij im Organisationsbüro der KP Russlands, dass die Volksbank Sowjetrusslands bislang für kommunistische Arbeit im Ausland 5.432.500 Rubel an das Außenkomissariat und 7.163.765 Rubel an die Komintern ausgegeben habe.[107]

104 Balabanova wurde daraufhin von Sinowjew in die Ukraine entsandt, verließ später die Sowjetunion und arbeitete vornehmlich im Umkreis der Sozialdemokratie.

105 Augenscheinlich der Brief „Parlamentarismus und der Kampf für die Räte" der Komintern-Exekutive. Siehe: *Die Kommunistische Internationale* (1919), 5 (September), S. 703–708. Am 5.8.1919 beriet das Büro des EK in Anwesenheit Lenins über die Frage des Verhältnisses der kommunistischen Parteien zum Parlamentarismus. Es wurde beschlossen, Thesen auszuarbeiten, in denen auf die Notwendigkeit des parlamentarischen Kampfes als Vorbedingung zur „Errichtung der Sowjetmacht" hingewiesen werden sollte. Die Thesen wurden, von Sinowjew unterzeichnet, an alle kommunistischen Parteien versandt.

106 Im russischen Original „*v derevnju*".

107 Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 17/112/9, 18.

Dok. 20

Empfangsbestätigung des Kuriers Leontij Osipov über Schmuck und Juwelen für die KPD

Moskau, 29.10.1919

RGASPI, Moskau, 495/1/1, 19. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache in Auszügen publ. in: Fridrich Firsov: Sekretnye kody istorii Kominterna. 1919–1943, Moskva, AIRO-XXI, 2007, S. 116.

Moskau, 29. Oktober 1919.

Von der III. Internationale habe ich für die Übergabe an Deu[tschland] Wertgegenstände in Empfang genommen,[108] gemäß N°N° 1421 einen Brillianten für 10.000 R[ubel], N° 655 einen Brillianten für 105.000 R., N° 774 drei Brillianten für 135.000 R., N° 1623 zwei Brillianten für 80.000 R. Insgesamt sieben Brillianten im Wert von einer Million vierhundertzwanzigtausend R. (1.420.000) sowie ein Perlencollier N° 757 bestehend aus 261 Perlen im Wert von 600.000 Rub. Insgesamt für zwei Millionen zwanzigtausend (2.020.000). L. Osipov. Ebenso erhielt ich einen Goldring mit zwei Brillianten und [...][109] im Wert von zweitausend vierhundert Rub. (2.400).

L. Osipov.[110]

108 Am 25–10.1919 beschloss das Büro der Komintern-Exekutive, an „James" (Ps.), d.i. Jakov Rejch, über den Kurier Osipov 2.000.000 Rubel zur Verwendung durch die KPD zu übermitteln. Auch wurde „den beiden Piloten, die mit Osipov ankamen, jeweils 10.000 Rub., sowie jedem von ihnen und Osipov einen Pelzmantel oder eine Lederjacke" ausgehändigt (RGASPI, Moskau, 495/1/1, 81). So ergab sich die genannte Summe von 2.020.000 Rubel.

109 Unleserliches Wort.

110 Allem Anschein nach Leon (Leontij) Aleksandrovič Osipov (geb. 1901), der im Juni vom ZK der RKP(b) der Dritten Internationale zur Verfügung gestellt wurde und später u.a. in Deutschland, Frankreich und den USA wirkte (Meschkat/Buckmiller: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Osipov, Leontij").

1920



Das Politbüro des ZK der KP Russlands beschloss am 20.1.1920, dass die Antwort auf das Schreiben der USPD an die Komintern und die KPR(b) durch das Büro der III. Internationale, nicht durch das Politbüro der RKP(b), erfolgen sollte. Als Basis für die Antwort sollten entsprechende Thesen Lenins dienen.[1] Die am 5.2.1920 endgültig verfasste Antwort, in der die rechten USPD-Führer kritisiert wurden, jedoch eine USPD-Delegation nach Moskau zu Verhandlungen eingeladen wurde, wurde in der *Kommunistischen Internationale* (1920, Nr. 9), publiziert.

Dok. 21

Telegramm Lenins an Stalin zur Unterstützung der deutschen Arbeiter durch die Rote Armee

[Moskau], 17.03.1920

Autograph in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 2/1/8924, Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 39–40; Ju. N. Amiantov (Hrsg.): V. I. Lenin. Neizvestnye dokumenty. 1898–1922, Moskva, ROSSPEN, 1999, S. 330–331.

17. März 1920
Chiffriert über direkte Leitung
An Stalin.

Gerade habe ich das Telegramm des Hauptkommandierenden gelesen,[2] das gestern Nacht unmittelbar nach Erhalt Ihrer Überlegungen und als Antwort auf diese Überlegungen an Sie geschickt wurde. Ich befinde, dass der Hauptkommandierende durchaus Recht hat, dass man die Operation auf der Krim nicht hinauszögern darf und dass die polnische 52.[3] an der Westfront unerlässlich ist. Gerade kam eine Mitteilung aus Deutschland, dass es in Berlin zu Kämpfen gekommen ist und die Spartakisten einen Teil der Stadt in Besitz genommen haben.[4] Wer siegen wird, ist unklar, doch für uns

1 RGASPI, Moskau, 17/3/57, 2. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 36–37.
2 Der kommandierende General S. S. Kamenev erließ am 15.3.1920 einen Befehl über die schnellstmögliche Eroberung der Krim. Die Bedeutung von Lenins Vorstoß in der deutschen Sache ermisst sich daraus, dass der russische Bürgerkrieg im europäischen Teil erst durch den Sieg der Roten Armee über die weißen Truppen unter Führung von General Wrangel auf der Krim im November 1920 endete.
3 Gemeint ist die 52. Schützendivision der Roten Armee, die für die polnische Front vorgesehen war. Im Mai–Juni 1920 nahm sie an den Kampfhandlungen auf der Krim teil.
4 Unter Führung des rechtsgerichteten ostpreußischen Generallandschaftsdirektors Wolfgang Kapp und des Reichswehrgenerals Walther von Lüttwitz besetzte die mehrheitlich völkisch orientierte Marinebrigade unter Hermann Ehrhardt das Berliner Regierungsviertel und ernannte Kapp zum Reichskanzler. Als Reaktion auf den „Kapp-Putsch“ gegen die Weimarer Republik (10.–17.3.1920) wurde in

ist es wichtig, die Einnahme der Krim maximal zu beschleunigen, um die Hände entsprechend frei zu bekommen, denn der Bürgerkrieg in Deutschland könnte uns dazu zwingen, nach Westen den Kommunisten zur Hilfe zu kommen.

Lenin.



Am 26.4.1920 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands, dass zum bevorstehenden Kongress der Komintern aus Deutschland u.a. Vertreter der „Hamburger Linken" (Teile der KPD um Heinrich Laufenberg, Fritz Wolffheim und Otto Rühle) eingeladen werden sollen.[5]

Dok. 22

Geheimer Bericht von Ernst Meyer an die Komintern über den Streit in der KPD-Zentrale während des „Kapp-Putsches"

Kopenhagen, 2.6.1920

Typoskript in deutscher Sprache, mit handschriftlichen Einschüben. RGASPI, Moskau 495/293/4, 2–5. Erstveröffentlichung.

Kopenhagen, 2.VI 20.

An das Exekutivkommitee der III Internationale.

Werte Genossen,
Da Sie durch den „Spartakus" gezeichneten Artikel aus der Feder von Bronski in N. 10 der Kommunistischen Internationale über taktische Differenzen innerhalb der K.P.D. Centrale während der Kapp-Woche unterrichtet worden sind und da diese Differenzen für ein gewisses Stadium der proletarischen Revolution in jedem Lande Bedeutung haben, möchte ich ganz kurz über die Grundlagen der Diskussionen berichten.[6] Es ist richtig, dass die organisatorische Schwäche der Partei in Berlin einer der Gründe dafür war, dass die Zentrale am 13. März in einem Flugblatt die Teilnahme an dem von

---

Deutschland der Generalstreik proklamiert und erfolgreich durchgeführt, wodurch der Putschversuch ins Leere lief. Im Unterschied zu Teilen der KPD-Führung schätzte die Führung der RKP(b) die Situation als revolutionär ein. Bucharin verkündete auf dem IX. Kongress der RKP(b) am 29.3.1920, die deutschen Arbeiter hätten die Berliner Radiostation eingenommen. Das deutsche Proletariat schreite „festen Schrittes zur Arbeiterdiktatur." (Devjatyj s'ezd RKP(b). Mart–aprel' 1920 goda. Protokoly, Moskva, 1960, S. 9–10.) Zur Haltung der KPD gegenüber dem Kapp-Putsch siehe Dok. 22).

5 RGASPI, Moskau, 17/3/73, 2. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a. Politbjuro i Komintern, S. 41–43.

6 Der Artikel stellte ausführlich den Kapp-Putsch, die Politik der KPD-Zentrale sowie die darauffolgenden Differenzen in der KPD-Führung dar (Spartakus: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Brief aus Deutschland. In: *Die Kommunistische Internationale* 2 (1920), 10, S. 147–171). Die Identität Bronskis wurde nicht enthüllt, im Nachwort der Redaktion hieß es, der Artikel sei „verfasst von einem sehr einflussreichen deutschen Kommunisten". (Ibid., S. 171).

den Gewerkschaften und der Noske-Regierung proklamierten Generalstreik ablehnte.[7] Aber bei der Beratung des Flugblattes waren nur wenige Genossen der Zentrale anwesend: Thalheimer, Reck [d.i. Wilhelm Pieck?], [Paul] Lange, Friesland [d.i. Ernst Reuter]. Eberlein weilt im Ruhrgebiet, Paul Frölich in Mittel-Deutschland, Brandler u. Heckert in Chemnitz, Clara Zetkin in Stuttgart und Meyer in Hamburg. Obgleich auch in Mittel-Deutschland und Erfurt unsere Partei schwach war, haben doch die zuletzt genannten Genossen sofort ohne Zögern die Parolen: Generalstreik Bewaffnung des Proletariats und Wahl von Arbeiterräten als Kampfleitungen ausgegeben. Auch Paul Levi hat vom Gefängnis aus in den schärfsten Worten die Abstinenz der Partei kritisiert. Aber schon am 14. März hatten die Mitglieder der Zentrale, die anfangs für die Parole: abwarten waren, von selbst ihren Irrtum eingesehen und in einem zweiten Flugblatt Teilnahme und Verschärfung des Streiks, sowie Wahl von Arbeiterräten, propagiert. Trotzdem lässt sich nicht leugnen, dass die anfängliche, falsche Einstellung während der ganzen Kapp-Abwehr-Aktion bei diesen Genossen schädigend nachwirkte. Das zeigte sich besonders deutlich, als am Ende der ersten Streikwoche der Gewerkschaftsbund /Legien und Konsorten/ und die Berliner Gewerkschaftskommission /unter Führung des Unabhängigen Rasch zum Abbruch des Streiks aufforderten. Dieser Verrat der Gewerkschaftsführer setzte gerade in dem Augenblick ein, als die Ruhr-Arbeiter militärisch grosse Erfolge errungen hatten,[8] aber durch Lebensmittelschwierigkeiten in der „Heimat" und an der „Front" bedrängt wurden. Es galt also durch Fortsetzung des Streiks in Berlin und Wiederaufnahme des Streiks in der Provinz /Süddeutschland, Sachsen und Hafenstädte Hamburg, Lübeck, Bremen/ die sich sammelnden Weissen Garden zu binden, was durch Streik selbst ohne bewaffnete Kämpfe geschehen konnte.

In der Zentralstreikleitung, der Vertreter der U.S.P., K.P.D. und K.A.P. angehörten, führten nun Pieck, Thalheimer und Walcher eine lebhafte Polemik gegen den linken

7 Statt die Arbeiter, wie es die Gewerkschaften und die SPD taten, zur Gegenwehr gegen den Putsch aufzurufen, gab die allerdings nur zum Teil zusammengekommene Zentrale am 13.3.1920 ein Flugblatt heraus, in dem formuliert wurde: „Die Ebert-Bauer-Noske sind stumm und widerstandslos in die Grube gefahren … Im Augenblick des Versinkens ruft diese Gesellschaft von Bankrotteuren die Arbeiterschaft zum Generalstreik auf zur ‚Rettung der Republik' […] Das revolutionäre Proletariat weiß, daß es gegen die Militärdiktatur auf Leben und Tod zu kämpfen haben wird. Aber es wird keinen Finger rühren für die in Schmach und Schande untergegangene Regierung der Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Es wird keinen Finger rühren für die demokratische Republik, die nur eine dürftige Maske der Diktatur der Bourgeoisie war." (Aufruf der Zentrale der KPD zum Kampf gegen die Militärdiktatur, Berlin, 13. März 1920. In: *Die Rote Fahne*, 14.3.1920). Unter dem Druck Levis korrigierte man diese Haltung am nächsten Tag, dem 14.3.1920.

8 Die Abwehrmaßnahmen gegen den Kapp-Putsch führten im Ruhrgebiet zum Aufstand der Ruhr-Arbeiter („Ruhr-Aufstand") und der Bildung einer „Roten Ruhrarmee" mit mehr als 80.000 Kämpfern, die gegen Reichswehr und Freikorps kämpfte (siehe: Gerhard Colm: Beitrag zur Geschichte und Soziologie des Ruhr-Aufstandes vom März/April 1920, Essen, Baedeker, 1921; Hans Manfred Bock: Die „Rote Armee" der Ruhr-Arbeiterschaft im Anschluß an den Kapp-Putsch März/April 1920. In: *trend online zeitung*, 02/2000 (http://www.trend.infopartisan.net/trd0200/t200200.html).

Flügel der U.S.P. wegen seines Widerspruchs gegen den Eintritt des rechten Flügels in ein „reines sozialistisches" Kabinett. Die Genossen behaupteten: 1/ es sei unmöglich, den Streik weiter fortzusetzen 2/ der Streik habe bereits das Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum so weit verschoben, dass eine bürgerlich-sozialistische Koalitionsregierung unmöglich und eine rein-sozialistische Regierung der adäquate Ausdruck des neuen Kräfteverhältnisses sei 3/ das Zustandekommen der rein-sozialistischen Regierung hinge nur davon ab, dass der linke Flügel der U.S.P. seinen Widerspruch gegen den Eintritt des rechten Flügels ins Kabinett zurückziehe und deshalb müsse die Zentrale der K.P.D. durch eine „Loyalitätserklärung" auf die U.S.P. einwirken.[9] Alle 3 Behauptungen waren, wie die spätere Entwicklung beweist, grundfalsch:

1/ Fortsetzung des Streiks in Berlin und Wiederaufnahme des Streiks in der Provinz war möglich. In Berlin wurde fortgestreikt, bis am Dienstag der 2ten Streikwoche die U.S.P.-Zentrale /Crispien/ den Streikenden in den Rücken fiel und auch Däumig sich an dem Verrat beteiligte, in dem er – sentimental wie immer – angesichts der Haltung Crispiens erklärte, man könne nicht weiter streiken. Daraufhin erst fasste der Berliner sogenannte Arbeiterrat / Generalversammlung der revolutionären Betriebräte; gewählt indirekt in Industriegruppen – Versammlungen der Betriebsräte/mit schwacher Majorität den Beschluss auf Abbruch des Streiks. – In der Provinz war man, wie Kuriere uns berichteten, an einzelnen Orten bereit, den Streik zugunsten der Ruhr-Arbeiter wieder aufzunehmen. Diese Orte hatten zumeist bisher nur 2 bis 3 Tage gestreikt, waren also nicht abgekämpft. In Erfurt hat man weitergestreikt /im ganzen 2 Wochen/ trotz militärischer Niederlage.

2/ Gerade durch den Abbruch des Streiks blieb das Kräfteverhältnis noch zu ungunsten der Arbeiterschaft. Die Bewaffnung der Arbeiter war nur in einzelnen Gebieten durchgeführt. In Bayern hatte die Kapp-Reaktion /Ministerium Kahr/ völlig gesiegt. In ganz Süddeutschland und Ostpreussen sammelte sich die Konterrevolution. Die Rechtssozialisten und Gewerkschaften wollten die Koalition mit Bürgerlichen gar nicht aufgeben, sondern nur durch Ersetzung der alten Minister durch Arbeitervertreter /Christliche, Hirsch-Dunckersche/[10] verschleiern. Eine „reine

9 Dazu veröffentlichte die Zentrale der KPD eine Erklärung, in der es hieß: „Die KPD sieht in der Bildung einer sozialistischen Regierung unter Ausschluß von bürgerlich-kapitalistischen Parteien einen erwünschten Zustand für die Selbstbetätigung der proletarischen Massen und ihr Heranreifen zur Ausübung der proletarischen Diktatur. Sie wird gegenüber der Regierung eine loyale Opposition treiben, solange diese Regierung die Garantien für die politische Betätigung der Arbeiterschaft gewährt, solange die bürgerliche Konterrevolution mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft und die soziale und organisatorische Kräftigung der Arbeiterschaft nicht hemmen wird. Unter loyaler Opposition verstehen wir: Keine Vorbereitung zum gewaltsamen Umsturz, bei selbstverständlicher Freiheit der politischen Agitation der Partei für ihre Ziele und Losungen." (Stellungnahme der Zentrale der KPD zur Bildung einer Arbeiterregierung, Berlin, 23.3.1920. In: *Die Rote Fahne*, 26.3.1920).

10 Gemeint sind die sozialliberalen „Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsvereine", in Konkurrenz zu den sozialistisch und christlich orientierten Gewerkschaften, benannt nach den Gründern Max Hirsch und Franz Duncker.

Arbeiter-Regierung“ war also Fortsetzung der bürgerlich-sozialistischen Koalition. Aber selbst für diese Änderung fehlte die Basis. Für eine „rein sozialistische“ Regierung fehlte erst recht die Grundlage d. h. Bewaffnung der Arbeiterschaft, Bruch der rechts-sozialistischen Partei mit dem Koalitions-Gedanken. Gerade die Erörterung der Regierungsfrage durch die Zentrale der K.P.D. lenkte die Arbeiterschaft ab von der Hauptaufgabe: den Kampf weiterzuführen. In der Zentralstreikleitung erklärten die U.S.P.-Leute am Anfang der 2-ten Streikwoche auf die Vorschläge von Meyer und Friesland [d.i. Fritz Reuter] zur Intensifizierung des Kampfs, erst wollen wir die Verhandlungen der U.S.P.-Zentrale mit Gewerkschaften über Regierungsbildung *abwarten*, dann über Meyers Vorschläge entscheiden!

3/ Die Darlegungen zu 2/ widerlegen bereits die Behauptungen der Zentrale zu 3/, dass der Widerspruch der Linken U.S.P. das Haupthemmnis für die „rein-sozialistische“ Regierung war. Es ist richtig, dass Däumig anfänglich mit Austritt aus U.S.P.-Zentrale drohte, falls Crispien, Breitscheid u.s.w. ins Ministerium eintreten würden, und dass daraufhin die Zentrale der U.S.P. an Legien eine Absage erteilte. Däumig tat das, weil die U.S.P.-Mitglieder zum Teil und wenn auch noch unklar auf kommunistischem Boden stehen. Während der rechte Flügel der U.S.P. die Einheit der U.S.P.-Partei retten wollte durch Nachgiebigkeit gegen linken Flügel, verhinderten Pieck, Walcher u.s.w. die Spaltung der U.S.P. durch ihren Rat an den linken Flügel, sich der parlamentarisch-demokratischen Auffassung des rechten Flügels zu fügen! Pieck u.s.w. erwarteten davon, dass der rechte Flügel der U.S.P. sich im Kabinett kompromittieren und dann Spaltung der U.S.P. hervorrufen würde; sie übersahen dabei aber, dass zunächst der rechte Flügel moralisch-politisch gestärkt und der linke Flügel in Abhängigkeit vom rechten gebracht wurde. Da die „rein-sozialistische“ Regierung nicht zustande gekommen ist, bleibt diese Stärkung des rechten Flügels der U.S.P. die einzige Wirkung des Verhaltens von Pieck u.s.w. In der Tat ist der linke Flügel der U.S.P. seither sehr schwach, ohne Einfluss und entschiedenen Willen zur Wirksamkeit.

Die von Meyer, Friesland [d.i. Ernst Reuter], Eberlein u. a. vorgebrachten Einwände gegen die Loyalitätserklärung enthielten in der Hauptsache folgendes:

1/ Der Zeitpunkt für eine „Loyalitätserklärung“ war nicht gegeben.

2/ Die Erklärung hat nicht das Zustandekommen der rein-sozialistischen Regierung herbeigeführt oder auch nur beschleunigt, sondern höchstens verzögert.

3/ Es war nicht Aufgabe der K.P.D., vor Beendigung des Kampfs die Arbeiter abzulenken vom realen Kampfziel /Bewaffnung der Arbeiterschaft, Entwaffnung der Bourgeoisie/ und sie durch Hinweis auf den Ueberbau des Kräfteverhältnisses /Regierungsbildung/ in der Aktion durch Erwartung einer neuen Regierung zu lähmen.

4/ Bei der Zuspitzung der Klassenkämpfe in Deutschland ist es unwahrscheinlich, dass ein Mittelding zwischen Diktatur des Proletariats und Diktatur der Bourgeoisie in Form der rein-sozialistischen Regierung überhaupt gebildet werden und existenzfähig sein kann. Nach Erfahrungen mit dem Rat der Volksbeauftragten aus S.P.D. und U.S.P. im November-Dezember 1918 ist zu erwarten, dass die Bourgeoisie die Bildung einer solchen Regierung sofort mit dem Klassenkrieg auf allen Fronten beantworten wird.

Auch die revolutionäre Arbeiterschaft einschliesslich eines grossen Teils der U.S.P. ist von tiefem Misstrauen gegen eine Koalition mit S.P.D. erfüllt /daher die anfängliche Weigerung Däumigs, der hier nur Sprachorgan der Massen war, die die Beteiligung an einer rein-sozial[istischen] Regierung mit Austritt aus U.S.[P.] beantworten werden, wenn nicht die K.P.D. vorher Absolution erteilt/. Die in der Loyalitätserklärung erwartete Atempause für friedliche Arbeit der K.P.D. wird also nicht eintreten.

5/ Es ist nicht Aufgabe der K.P.D., die andern Arbeiterparteien zu veranlassen, ihre historisch vergänglichen Aufgaben /Erprobung bürgerlich-demokratisch-parlamentarischer Illusionen/ zu erfüllen. Die K.P.D. muss vielmehr auf den über das augenblickliche Stadium hinausgehenden Weg weisen. Die Parolen können zwar Etappen-Parolen sein, dürfen aber nicht den Principien des Kommunismus widersprechen /etwa rein-sozialist[ische] Regierung gegenüber Rätediktatur. Zulässig sind dagegen Parolen wie: Freiheit für revolutionäre Presse; Bewaffnung der Arbeiterschaft; Auflösung aller militärischen Formationen der Bourgeoisie; Friede mit Sovjet-Russland u. dgl./

Zentralausschuss[11] und Parteitag haben fast einstimmig die Loyalitätserklärung missbilligt. Auch in der Zentrale war – bei vollständiger Besetzung – keine Mehrheit für diese Erklärung. Selbst Brandler, Heckert, Zetkin sprachen sich nachträglich gegen sie aus.

Die Frage behält aber aktuelle Bedeutung, da die Wahlen in einzelnen Bundesstaaten eine Mehrheit für U.S.P. und S.P.D. gebracht haben und für den Reichstag wahrscheinlich bringen werden.[12] Es wäre uns daher lieb, wenn wir Ihre Auffassung hören könnten.[13]

Mit revolutionärem Gruss
[sign.]: Ernst Meyer.

11 Der Zentralausschuss vereinigte seit dem III. Parteitag der KPD im Februar 1920 die Vertreter der regionalen Bezirke. Seit 1925 gab es nur noch das Zentralkomitee

12 Die Reichstagswahlen vom 6.6.1920 erbrachten 21,7% (113 Sitze) für die SPD und 18,8% (81 Sitze) für die USPD. Die KPD kam auf 2,1% und erhielt 2 Sitze, die von Clara Zetkin und Paul Levi besetzt wurden.

13 Die „traurigen Fehler" der KPD-Zentrale im Kapp-Putsch wurden von Radek und der Kominternführung zum Anlass genommen, sich stärker in die Politik der Parteien einzubringen, die wie die KPD „kein hemmendes Zentrum sein [dürfen]." (siehe hierzu den Protokollauszug des Exekutivkomitees vom 18.6.1920, Dok. 24).

Dok. 23

Sowjetdeutschland und Sowjetrussland als Konföderation unabhängiger Staaten: Brief Stalins an Lenin zur nationalen und kolonialen Frage

Kremenčug, Zentralukraine, 12.06.1920

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 2/1/24248, 2. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 183–184.

Kremenčug, 12. Juni 1920.

Gen. Lenin,
Ihren Entwurf der Thesen zur nationalen und kolonialen Frage für den 2. Kongress der Komintern habe ich am 11. Juni erhalten.[14] Ich habe im Moment keine Möglichkeit, mich zu den Thesen detailliert und ausführlich zu äußern (keine Zeit), doch über eine Lücke in den Thesen kann ich mich kurz äußern. Ich spreche von dem Fehlen einer Erwähnung der Konföderation als eine der Übergangformen zur Annäherung der Werktätigen verschiedener Nationen in den Thesen.[15]

Für Nationen, die Bestandteil des alten Russlands waren, kann und muss unser (sowjetischer) Typus der Föderation als zweckmäßig im Weg für die internationale Einheit befunden werden. Die Motive sind bekannt: Diese Nationalitäten hatten entweder in der Vergangenheit keine Staatlichkeit, oder sie verloren diese vor langer Zeit, so dass der sowjetische (zentralisierte) Typus der Föderation ihnen ohne besondere Reibungen anerzogen werden kann.

Dasselbe kann man nicht behaupten von den Nationalitäten, die nicht Bestandteil des alten Russland waren, die als eigenständige Verbünde existierten, ihre eigene Staatlichkeit entwickelten, und die, wenn sie sowjetisch werden, kraft der Tatsachen gezwungen sein werden, in der einen oder anderen Form in staatliche Beziehungen (Verbindungen)[16] zu Sowjetrussland zu treten. Zum Beispiel das zukünftige Sowjetdeutschland, Polen, Ungarn, Finnland. Diese Völkerschaften mit ihrer eigenen Staatlichkeit, mit einer eigenen Armee, mit einem eigenen Finanzwesen, werden, sobald sie sowjetisch sind, kaum dazu bereit sein, *direkt* eine föderative Verbindung mit Sowjetrussland entsprechend dem Typus[17] der basch-

14 Die Rede ist von Lenins „Ursprünglichem Entwurf der Thesen zur nationalen und kolonialen Frage“, die am 5. Juni 1920 zur Begutachtung an die Mitglieder des Politbüros mit der Bitte um Kommentierung verschickt wurden. Stalin war zu dieser Zeit Mitglied des Revolutionären Kriegsrates der Süd-West-Front (siehe: Lenin: Werke, Bd. 31, S. 132–139).

15 Die rein formale Argumentation Stalins unterscheidet sich grundlegend von der in den Thesen von Lenin vorgeschlagenen Verbindung einer Unterstützung der „bürgerlich-demokratischen Befreiungsbewegung“ in den „zurückgebliebenen Ländern“. (Ibid., S. 138)

16 „Verbindungen“ handschriftlich von Stalin eingefügt.

17 „Typus“ handschriftlich umkreist und am Rand mit einem Fragezeichen versehen.

kirischen oder ukrainischen [Verbindung], einzugehen. (In Ihren Thesen machen Sie einen Unterschied zwischen dem baschkirischen und dem ukrainischen Typus von föderativen Verbindungen, doch in Wirklichkeit gibt es diesen Unterschied nicht oder er ist so gering, dass er gleich Null ist); denn eine Föderation sowjetischen Typus würden sie als eine Form der Verringerung ihrer nationalen Souveränität, als einen Angriff auf Letzteres, ansehen.

Ich habe keine Zweifel daran, dass für diese Nationalitäten die Form der Konföderation (eines Bundes selbstständiger Staaten)[18] eine am ehesten annehmbare Form der Annäherung wäre. Ich spreche gar nicht erst von rückständigen Nationalitäten, wie z.B. Persien und die Türkei, auf die der sowjetische Typus der Föderation und eine Föderation überhaupt noch weniger anwendbar wäre.

Ausgehend von diesen Überlegungen, denke ich, dass es notwendig ist, in dem entsprechenden Punkt Ihrer Thesen über die Übergangsformen der Annäherung der Werktätigen unterschiedlicher Nationen[19] die Konföderation[20] (im gleichen Rang wie die Föderation) aufzuführen. Eine solche Ergänzung würde den Thesen mehr Elastizität verleihen, sie durch eine weitere Übergangsform der Annäherung der Werktätigen unterschiedlicher Nationen bereichern, und den Nationalitäten, die früher nicht Bestandteil Russlands waren, die staatliche Annäherung an Sowjetrussland erleichtern.[21]

I. Stalin

---

18 „Konföderation (eines Bundes selbstständiger Staaten)“ zweimal unterstrichen und handschriftlich mit Kommentar „Ist das wirklich so?“ versehen. In den Thesen Lenins hieß es dazu: „Die Aufgabe der Komintern besteht diesbezüglich sowohl in der Weiterentwicklung als auch im Studium und in der praktischen Überprüfung dieser neuen, auf der Basis der Sowjetordnung und der Sowjetbewegung entstehenden Föderationen. Wenn man die Föderation als Übergangsform zur völligen Einheit anerkennt, muß man ein immer engeres föderatives Bündnis anstreben und dabei berücksichtigen: erstens, daß es ohne ein ganz enges Bündnis der Sowjetrepubliken unmöglich ist, deren Existenz zu behaupten, […] zweitens, daß ein enges wirtschaftliches Bündnis der Sowjetrepubliken notwendig ist, weil anders die Wiederherstellung der durch den Imperialismus zerstörten Produktivkräfte und die Sicherung des Wohlstands der Werktätigen nicht durchführbar ist; drittens, daß die Tendenz zur Schaffung einer einheitlichen, nach einem gemeinsamen Plan vom Proletariat aller Nationen zu regelnden Weltwirtschaft als Ganzes, eine Tendenz, die bereits unter dem Kapitalismus ganz deutlich zutage getreten ist, unter dem Sozialismus unbedingt weiterentwickelt und ihrer Vollendung entgegengeführt werden muß.“ (Ibid., S. 135).

19 Handschriftliche Anmerkung Lenins: „Es kann verschiedene Typen der Föderation geben.“

20 „Konföderation“ von Lenin unterstrichen.

21 Im Thesenvorschlag Lenins hieß es dazu am Schluss: „Da diese Vorurteile erst nach dem Verschwinden des Imperialismus und des Kapitalismus in den fortgeschrittenen Ländern und nach der radikalen Umgestaltung aller Grundlagen des wirtschaftlichen Lebens der zurückgebliebenen Länder verschwinden können, geht das Absterben dieser Vorurteile notwendigerweise nur sehr langsam vor sich. Daraus erwächst dem klassenbewußten kommunistischen Proletariat aller Länder die Pflicht, sich besonders behutsam und besonders aufmerksam zu den überlebenden nationalen Gefühlen in den am längsten unterdrückten Ländern und Völkern zu verhalten, wie auch die Pflicht, gewisse Zugeständnisse zu machen, damit dieses Mißtrauen und diese Vorurteile rascher überwunden werden. Ohne das freiwillige Streben des Proletariats, und dann auch aller werktätigen Massen aller Länder und der Nationen der ganzen Welt, nach einem Bund und nach Einheit kann das Werk des Sieges über den Kapitalismus nicht mit Erfolg vollendet werden.“ (Ibid., S. 139).



In einem Beschluss billigte das Politbüro des ZK der KP Russlands am 18.6.1920 das Vorgehen der Komintern gegenüber der USPD. Es entsprach dem Vorschlag des EKKI, sich mit einem Aufruf unmittelbar an die regionalen Organisationen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu wenden. Desweiteren beschloss das Politbüro, den Kongress der Völker des Ostens einzuberufen (der vom 1. bis zum 7.9.1920 in Baku stattfand). Weiterhin wurden organisatorische Fragen des 2. Weltkongresses der Komintern besprochen.[22]

Dok. 24

Die traurigen Fehler des ZK: Diskussionsbeitrag Karl Radeks über die KPD während des „Kapp-Putschs“

Moskau, 18.6.1920

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/1/6, 80, 90–93. Erstveröffentlichung.

SITZUNG DES EXEKUTIVKOMITEES
DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE
18. JUNI 1920.

[...] RADEK. Das Ex[ekutiv-]Kom[ittee] der 3. Internationale hält es im Gegensatz zur 2. Internationale für seine Pflicht, sich sehr tatkräftig und energisch in die Angelegenheiten der anderen Parteien einzumischen. Bisher haben wir uns in die Angelegenheiten eingemischt, indem wir uns an die Unabhängigen in Deutschland zu der Frage ihres Verhältnisses zur Kommunistischen Internationale wandten, wobei wir uns in entschiedenster Weise konkret gegen ihre Politik aussprachen und diese kritisierten. In einer Erklärung haben wir versucht, eine Antwort auf die Alltagsfragen der englischen Arbeiterbewegung zu geben. Zudem haben wir uns in unserer Erklärung an die linken Arbeitergenossen der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands auf das Allerstärkste zur Frage ihrer Spaltung geäußert. Jetzt sehen wir es als unsere Pflicht an, den Genossen aus der Partei, die bislang eine der führenden Parteien der Kommunistischen Internationale gewesen ist, einer Partei mit riesigen historischen Verdiensten, unsere explizite Meinung zu dem Fehler mitzuteilen, den sie während der Märzereignisse in Deutschland begangen haben. Ich erlaube es mir, in kurzen Zügen das Material zu skizzieren, die Fakten, auf deren Basis wir eine bestimmte Entscheidung fällen müssen.

In den Tagen des Kapp-Putsches in Deutschland hat das ZK der Kommunistischen Partei einen Aufruf an die Massen herausgegeben, in dem es erklärte, sie seien noch nicht bereit zur Gegenwehr und nur ein Triumph der Partei der Militärs könne die Arbeiter-

22 RGASPI, Moskau, 17/3/89, 1–2. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 45–47.

massen und ihre Kräfte zum Kampf vereinigen.[23] Dieser Aufruf war noch nicht bis in die Massen vorgedrungen, als die gesamten Massen Deutschlands sich erhoben und nicht nur durch einen Generalstreik, sondern auch in einem fieberhaften Kampf den Militärputsch der deutschen weißen Generäle unterdrückten. Im weiteren Verlauf machte das Zent[ral-]Kom[itee] der Partei am 23. März einen erneuten, sehr entscheidenden und sehr traurigen Fehler. Als es der Gewerkschaftsbürokratie gemeinsam mit den Unabhängigen gelungen war, die kämpfenden deutschen Arbeiter zum Abbruch des Generalstreiks zu überreden, obwohl sich die deutschen Bergleute im Ruhrgebiet im bewaffneten Kampf gegen die Truppen des Generals Watern [d.i. Oskar von Watter][24] befanden, begannen die Anführer der deutschen Gewerkschaftsbewegung mit Legien an der Spitze, um Zeit zu gewinnen und eine Rückkehr in die Koalition mit der Bourgeoisie zu ermöglichen, damit, ein Spiel mit den rechten Unabhängigen zu treiben, indem sie erklärten, sie seien zur Kündigung einer Koalition mit der Bourgeoisie und zur gemeinsamen Errichtung einer Arbeiterregierung bereit. Gegen diese Ersatzhandlung für den Kampf gegen die Sowjetrepublik[25] wurde von der Partei [der Unabhängigen], die in Bezug auf die deutschen Verhältnissen völlig in der Luft hing, die Frage nach der Schaffung einer neuen Regierung auf die Tagesordnung gesetzt, und die linken Unabhängigen, die den Kampf für die Beseitigung der Bedingungen für die alte Koalition fortgesetzt hatten, weigerten sich, in diese Regierung einzutreten. Die rechten Unabhängigen wollten nicht ohne Däunin [d.i. Däumig] in die Regierung eintreten. In dieser Situation erklärte das ZK der KPD entschieden, dass eine solche Arbeiterregierung besser sei als eine Koalition, denn diese Regierung werde keine Diktatur des Kapitals sein, und sie [d.h. die KPD] könne bei einer Garantie der freien Agitation eine zu dieser Regierung loyale Opposition bilden und werde keine Versuche unternehmen, diese gewaltsam zu stürzen.[26]

Wir halten diese Erklärung für einen riesigen Fehler, nicht nur einen Fehler im Sinne eines Schreibfehlers, dass diese Arbeiterpartei eine Demokratie garantiere, die nicht eine Diktatur des Kapitals sei, sondern auch für einen grundlegenden Fehler in der Einschätzung des Kräfteverhältnisses, denn als sich die Arbeiter aller Gewerkschaften und die Unabhängigen-Partei vom Streik lossagten, wäre es Aufgabe der kommunistischen Partei gewesen, auf eine Fortsetzung des Kampfes hinzuwirken und die Losungen der Bewaffnung der Arbeiter sowie der Entwaffnung der Weißen und der Bourgeoisie aufzustellen, und für den Fall, dass die Gewerkschaftler und die Unabhängigen es geschafft hätten, eine Sowjetregierung durch eine solche Arbeiterregierung ohne Sowjets zu ersetzen, hätte die Partei nur eines sagen können: Wenn Ihr, meine Herren, die Weißen entwaffnet, dem Proletariat zur Bewaffnung verhelft, die Schaffung von aus Arbeitern demokratisch

23 Siehe Dok. 22.
24 General Oskar von Watter war Kommandeur des für das Ruhrgebiet zuständigen Wehrkreiskommandos. Zum Ruhr-Aufstand siehe Dok. 22.
25 So im Original. Es muss sinngemäß heißen „für die Sowjetrepublik".
26 Dabei ging es um den Vorschlag Carl Legiens, eine „rein sozialistische Regierung" zu bilden. Zur Loyalitätserklärung der KPD siehe Dok. 22.

gewählter Sowjets garantiert, das Wirkungsfeld[27] dieser Sowjets bestimmt und die Frage nach der Regierungsform löst, dann werden wir dafür sorgen, Euch nicht zu stürzen, solange die Mehrheit des Proletariats nicht hinter uns stehen wird. Die Erklärung zur militärischen Opposition[28] gegenüber der Scheidemann-Crispien-Regierung wiederholte den Versuch mit der arbeitermordenden Regierung Haase, [und] konnte nur eine demoralisierende Wirkung haben. Das Exekutivkom[itee] der Komintern muss die Tatsache anführen, dass die Arbeitermassen in den Märztagen, die die Unmöglichkeit von Aktionen missachteten, und zu ebendieser Aktion übergingen, wobei auch die Kommunisten in dieser Aktion eine riesige Rolle spielten.

Wir begrüßen die Tatsache, dass die verantwortungsvollsten Mitglieder des ZK des Spartakusbundes am 13. wie auch am 22. März gegen diese Taktik eingestellt waren. Wir haben einen Brief von Gen. Levi, der sich am 13. März im Gefängnis befand und von dort aus in Worten, die man gar nicht abdrucken kann, die Partei wegen dieser Erklärung beschimpfte.[29] Clara Zetkin äußerte sich ebenso in einem Brief, den wir in der *Kommunistischen Internationale* abgedruckt haben.[30] Meyer hielt sich in der Provinz auf und nahm am bewaffneten Kampf teil.[31] Unsere Genossen Reuter, Friesen [d.i. Friesland] waren in den Kampfverbänden, daher nicht im ZK, Gen. Brandler auch. Das heißt, die Verantwortung für den Fehler fällt nicht der gesamten Partei zu, sondern nur dem betreffenden Teil. Wir begrüßen, dass die Partei das Abrutschen ihres ZK verurteilte, und wir halten es für notwendig, die deutschen Genossen auf diesen Fehler hinzuweisen, den wir darin sehen, dass sie den Vorschriften entsprechenden Kampf gegen die Taktik des Aufstandes zu weit getrieben haben.

Als im letzten Jahr die kommunistische Partei erst im Entstehen begriffen war, standen die Massen in überwiegender Mehrheit auf der Seite der Regierung Scheidemanns, und wir mussten Gruppen von Arbeitern, die es in den Kampf zog und die ihre Fehler mit Tausenden von Opfern bezahlten, zurückhalten und auf die Notwendigkeit eines konsequenten Kampfes, einer Organisation usw. hinweisen. Aber die Genossen haben es im Kampf gegen die Putschisten letztendlich übertrieben. Der Fehler ist nun durch die deutsche Partei korrigiert worden, ihr ZK hat den Fehler verstanden, und nun liegt es an uns, darauf hinzuweisen, dass, erstens, wenn in Deutschland die Ereignisse so heranreifen, dass eine Massen-Gegenaktion auf der Tagesordnung

---

27 Im russischen Original „*rajon*".

28 So im Original (*voennoj oppozicii*). Es muss sinngemäß heißen: „loyale Opposition" (*lojal'noj oppozicii*).

29 Der Brief Paul Levis aus dem Gefängnis vom 16.3.1920, der in der *Kommunistischen Internationale* abgedruckt wurde, ist in äußerst scharfen Tönen gehalten. Unter anderem bescheinigte er der KPD „ein[en] moralische[n] und politische[n] Bankrott",, da „kurzum organisatorisch und politisch [...] unsere ‚Bonzen' dem Generalstreik das Genick" gebrochen hätten (Paul Levi: Brief an das Zentralkomittee der Kommunistischen Partei Deutschlands. In: *Die Kommunistische Internationale* 2 (1920), 12, S. 147–150, hier S. 147–148).

30 Clara Zetkin: Die Lage in Deutschland. In: *Die Kommunistische Internationale* 2 (1920), 12, S. 155–161.

31 Siehe den Brief Ernst Meyers, Dok. 22.

steht, die Partei kein hemmendes Zentrum sein darf, sondern ein Zentrum sein muss, das die Massen nach vorne führt, und zweitens, dass selbst in dem Moment, als es schien, dass eine solche Aktion, ein sozialer Umbruch nicht im Bereich des Möglichen lag, man die Partei wegen ihrer Tatenlosigkeit nicht hätte verurteilen dürfen, sondern bestimmte Nahziele aufstellen musste und in ihrem Namen an die Massen appellieren und handeln musste. Wir schlagen nach rechts, wir schlagen nach links, und das sehr gnadenlos. Wir bekämpfen die Linke, indem wir die Linksabweichungen als Kinderkrankheit verlachen, und müssen einer solch großen Organisation gegenüber angesichts ihrer Fehler unsere Meinung sagen.

Aufgrund der Tatsache, dass sowohl der Parteirat als auch die Parteimassen den Fehler korrigiert haben, ist es auch weiterhin zulässig, in der Kommunistischen Partei Deutschland unseren Stoßtrupp zu sehen, was es mit einer gewissen Erleichterung erlaubt, den Brief in den allerfreundlichsten Tönen zu formulieren. Ich schlage vor, eine Kommission aus drei Genossen zu bestimmen, die bis zum morgigen Tag meinen Vorschlag durchsieht und ihn an das Exe[kutiv-]Komitee zur Annahme übergibt, und daraufhin werden wir dies unseren deutschen Genossen telegraphieren. Ich denke, dass diese Tatsache die Tendenz hin zur Einheit in der deutschen Arbeiterbewegung verstärken wird, sie wird den linken Elementen der deutschen Partei zeigen, dass wir hier keine Gesellschaft von Freunden und Bekannten sind, sondern verantwortungsbewusste Vertreter der Internationale, die die volle Wahrheit ausdrücken können.

RÁKOSI. /Auf Deutsch/

RADEK. Antwortet ihm auf Deutsch.

SERRATI. /Auf Französisch/.

SINOWJEW. Ich schlage die Bildung einer Kommission vor, bestehend aus Radek, Serrati und Rákosi. Gibt es andere Vorschläge? Wenn nicht, halte ich es für angenommen. Dann werden wir zur nächsten Frage bezüglich der Völker des Ostens übergehen.[32]



Neben einer Vielzahl weiterer, die Komintern, den II. Weltkongress und den Kongress der Völker des Ostens betreffender Beschlüsse, billigte das Politbüro des ZK der KP Russlands am 29.6.1920 die Einladung der KAPD als „linke Opposition" der KPD zum II. Weltkongress der Komintern. Am 29.6.1920 wurde der Beschluss bekräftigt: Es sollten rasch Maßnahmen ergriffen werden, damit die KAPD-Vertreter zur Teilnahme am Kongress der Komintern eintreffen könnten.[33]

---

32 Stärker noch als die Probleme der Taktik rückte in der Folgezeit, in Vorbereitung des II. Weltkongresses der Komintern (19.7.–7.8.1920), die Frage der Einheit des deutschen Kommunismus ins Zentrum, sowohl gegenüber der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands auf der „linken", als auch der USPD auf der „rechten" Flanke. Im Sommer 1920 setzte dann die Diskussion über die Einheitsfrontpolitik als Hauptausrichtung der Internationale und der Parteien ein (siehe Dok. 27ff.).

33 RGASPI, Moskau, 17/3/92, 1–2. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 49–51.

Dok. 25

Die Zuschüsse der Komintern als Haupteinnahmequelle: Finanzbericht der Zentrale der KPD für den Zeitraum 1918–1920

[Berlin], 1. 7. 1920

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau 495/293/4, 15–30. Erstveröffentlichung in Auszügen.

E/R
Bericht der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) an die III. Internationale. [...]

Finanzen.
Die Haupteinnahmen der K.P.D. bestanden in den Zuschüssen, die uns von Seiten der III. Internationale gewährt wurden. Erst ganz allmählich wird es möglich sein, die Partei finanziell auf eigene Füsse zu stellen. Die direkten Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen sind noch äusserst gering. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass unsere Genossen ungeheure Mittel für die Unterstützung der Inhaftierten und die Angehörigen der bei den Revolutionskämpfen Gefallenen aufbringen müssen.

Der Mitgliederbestand, der im Juli 1919 zirka 100 000 Mitglieder betrug, ist durch die Spaltung und die Neugründung der K.A.P.D., zu der insgesamt zirka 20 000 Genossen übergegangen sind, und durch die verheerenden Auseinandersetzungen mit der K.A.P.D. auf zirka 65 000 heruntergegangen. Durch die ausserordentlich lebhafte Wahlagitation wird die Mitgliederzahl um zirka 10 000 gestiegen sein. Authentische Zahlen können im Moment noch nicht gegeben werden, da die Resultate der jetzt eingeleiteten statistischen Erhebungen noch nicht vorliegen. [...]

6.) Diverses.

Ausfälle, Anwaltskosten Unterstützungen, Kranzspenden, Auslandsdienst, Ehrungen etc.,	34 810.70 Mark	16 233.58 Mark
Gesamtausgabe	1024 997.18 Mark	819 501.17 Mark

Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben.

	IV.-Quartal 1919		I. Quartal 1920	
	Einnahme Mark	Ausgabe Mark	Einnahme Mark	Ausgabe Mark
Bestand a) Kasse	167 404.–		51 554.84	
b) Vorschüsse, Buchforderungen usw.			222 527.70	
Zuschüsse......................	1 125 792.10		1 094 000. –	
Beiträge..........................	2 706.06		6 532.59	
Kasse für Broschüren.....	29 051.78		39 469.07	
Erlös aus ‚*Rote Fahne*‘			15 883.34	
‚Rote Hilfe‘[34]..................	2 137.50		5 571. –	
Ausgaben für Drucksachen............................		317 939.07		335 225.14
Agitationskosten.............		237 624.56		165 203.76
Gehälter..........................		279 981.55		264 248. –
Parteischule....................		32 054.65		–- –-. –
Verwaltungsgebäude.......		122 587.65		38 590.69
Diverses.........................		34 810.70		16 233.58
	1 327 094.44	1 024 997.18	1 435 558.54	819 501.17
Kassenbestand...............		51 554.84		11 093.74
Buchforderungen............		250 542.42		604 943.63
	1 327 094.44	1 327 094.44	1 435 538.54	1 435 538.54

34 „Rote Hilfe“: Sammelbegriff für die Hilfe für die Opfer der kapitalistischen Repression und Vorläufer der „Rote Hilfe Deutschlands“ (RHD), der Landessektion der 1922 auf Inititative einer Gruppe polnischer Parteiveteranen um Julian Marchlewski gegründeten Internationalen Roten Hilfe (IRH), russ. MOPR (*Meždunarodnaja organizacija pomošči borcam revoljucii*/Internationale Organisation zur Hilfe für die Kämpfer der Revolution), als „proletarisches Rotes Kreuz“, zunächst zur Unterstützung der außerhalb der Sowjetunion eingekerkerten Revolutionäre. In Deutschland hatten sich im Gefolge der „Märzaktion“ (siehe Dok. 34–47) bereits im April 1921 sog. „Rote-Hilfe-Komitees“ gebildet. Neben der Internationalen Arbeiter-Hilfe wurde die IRH zur wichtigsten „Massenorganisation“. Durch Intellektuelle (in Deutschland Heinrich Mann, Albert Einstein u.a.) unterstützt, konnte die IRH bis zu 76 nationale Sektionen aufbauen. Siehe: Nikolaus Brauns: Schafft rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland (1919–1938), Bonn, Pahl-Rugenstein, 2003; Sabine Hering/Kurt Schilde (Hrsg.): Die Rote Hilfe – Die Geschichte der internationalen kommunistischen „Wohlfahrtsorganisation“ und ihre sozialen Aktivitäten in Deutschland (1921–1941), Opladen, Leske + Budrich, 2003).

Die Buchforderungen setzen sich zusammen aus zum grössten Teil Vorschüssen an die Druckereien für in Arbeit befindliche Broschüren, Flugblätter, Zeitschriften, Vorschüsse, für die noch keine Abrechnungen vorliegen.

Den 1. Juli 1920.
Die Zentrale der K. P. D.
(Spartakusbund)

Dok. 26

Telegramm Lenins an Stalin über die Revolution in Italien und die Gefahren einer deutschen Lumpenproletarierarmee

Moskau, 23.07.1920

Autograph in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 2/2/348, 1. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 186; Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 54–55; Lenin: Neizvestnye dokumenty, S. 357.

Moskau, 23. Juli 1920.
Chiffriert.[35] Nach Char'kov, an Stalin.

Die Lage in der Komintern ist hervorragend. Sinowjew, Bucharin und ich denken, dass man in Italien sofort die Revolution unterstützen sollte.[36] Meine persönliche Meinung ist, dass man dafür Ungarn sowjetisieren müsste, und danach vielleicht Tschechien und Rumänien. Man muss es sorgfältig überdenken. Teilen Sie Ihre ausführliche Schlussfolgerung mit. Die deutschen Kommunisten denken, dass Deutschland dazu in der Lage ist, gegen uns ein Heer aus dreihunderttausend Lumpenproletariern aufzustellen.

Lenin

---

35 „Chiffriert" von Lenin umrandet.

36 Anfang Januar 1920 begann in Italien eine Streikwelle („Streikfrenesie") mit der Bildung von Fabrikräten (CdF). Im April 1920 führten 200.000 Turiner Arbeiter einen zehntägigen Generalstreik durch. Insgesamt standen Betriebe mit ca. 500.000 Arbeitern unter Kontrolle der Besetzer. Die von anarchistischen Kreisen sowie von Antonio Gramsci und dem Organ „L'ordine nuovo" im Hinblick auf den Beitritt der PSI zur Komintern unterstützte Bewegung erstarkte noch einmal im September 1920, bevor sie durch innere Auseinandersetzungen in der Sozialistischen Partei (SPI) und den Gewerkschaften sowie durch die von Mussolini angeführten „Fasci di combattimento" engültig erstickt wurde (siehe: Angelo Tasca: Nascita e avvento del fascismo, a cura di Sergio Soave, Roma, 1995; Paolo Spriano: L'Ordine Nuovo e i Consigli di fabbrica. Con una scelta di testi dall'Ordine Nuovo (1919–1920), Roma, 1973).



Am 31.7.1920 stimmte das Politbüro des ZK der KP Russlands dem Vorschlag Čičerins zu, einer Friedenskonferenz mit Deutschland zur Wiederherstellung der Handelsbeziehungen anzuberaumen.[37]

Dok. 27

Der russische Einfluss im Kleinen Büro und die Opposition Paul Levis: Aus der Diskussion in der Komintern

Moskau, 7.8.1920

Gedruckter Text in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/1/7, 34–35 ch. 2. Erstveröffentlichung.

Sitzung des Executivkomitees der 3. Internationale am 7. August 1920 [Aus dem stenographischen Protokoll].[38]

Bucharin: Das kleine Büro sollte nur ein technisches Büro sein mit einem politischen Sekretär, einer technischen und einer konspirativen Gruppe.[39] Fünf verschiedene Arten von Institutionen in unserer Exekutive, das ist etwas babylonisch.[40] Ich meine, wir müssen das vereinfachen. Vielleicht können wir, wenn wir ein halbes Jahr oder etwas mehr mit ihnen arbeiten, reguläre Plenarsitzungen haben werden und vollständiges Vertrauen zueinander gefaßt haben, unsere Organisation noch vereinfachen, sodaß wir nur eine Sitzung in zwei bis drei Wochen abzuhalten brauchen.

37 RGASPI, Moskau, 17/3/99, 1.

38 Hintergrund der sich hier entspannenden Diskussion ist ein Antrag der deutschen Delegation gegen eine russische Übermacht im Kleinen Büro.

39 Das Kleine Büro (auch: Engeres Büro) wurde im Juli 1919 offiziell vom Büro des EKKI installiert, allerdings auf Beschluss des ZK der RKP(b) vom 18.7.1919 (siehe: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 29). Konzipiert war es als operatives Entscheidungsorgan des Exekutivkomitees. Auf der Sitzung des EKKI vom 14.1.1921 wurden die Probleme des Aufbaus des Kominternapparates, die Aufrechterhaltung der Kontakte zu den einzelnen Sektionen, die Korrespondenz mit den Zentralkomitees sowie die Umsetzung der Beschlüsse des EKKI als Aufgabenstruktur bestätigt. Vom 8.8.1920 (der ersten Sitzung nach dem II. Weltkongress) bis zum 20.5.1921 (einen Monat vor dem III. Weltkongress) gab es insgesamt 35 Sitzungen, auf denen 353 Tagesordnungspunkte behandelt wurden. Nach dem III. Weltkongress, am 26.8.1921 benannte sich das „Kleine Büro des EKKI" in „Präsidium des EKKI" um, was vom EKKI am 14.9–1921 bestätigt wurde (siehe: Bernhard H. Bayerlein: Transnationale Netzwerke und internationale Revolution. Eine Organisationsgeschichte der Komintern, unveröffentl. Manuskript, 1800 S.).

40 Die zu diesem Zeitpunkt bestehenden Institutionen der Komintern-Exekutive lassen sich in Exekutivorgane, regionale Vorschaltorgane, Verbindungsorgane, funktionale Fachorgane sowie den Kongress als oberstes Beschlussorgan untergliedern (siehe: Bernhard H. Bayerlein: Das neue Babylon. Strukturen und Netzwerke der Kommunistischen Internationale und ihre Klassifizierung. In: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (2004), S. 181–270; Adibekov/Šachnazarova/Širinja: Organizacionnaja struktura).

Wir sind mit unseren Beschlüssen an die Beschlüsse des Zentralkomitees gebunden[41] und dabei ist auch die Kandidatur des Genossen Kobezki [d.i. Michail Kobeckij]. Es ist nicht wahr, daß er kein Mitglied unserer Partei ist.[42] [...]

Radek: Ich glaube, daß es, abgesehen von der Frage, ob das Büro aus drei oder sieben Mitgliedern, ob es nur aus russischen oder auch aus andren Genossen besteht, unmöglich ist, zu behaupten, daß es sich nur um ein technisches Büro handelt. Das kleine Büro hat die wichtigste politische Funktion, die Beziehungen zu den Parteien aufrechtzuerhalten, ferner die vorbereitenden Arbeiten der Exekutive zu erledigen. [...]

Sinowjew: Für uns kommt der Antrag der deutschen Delegation unerwartet. Sie werden sich erinnern, daß Genosse Lenin erklärt hat, daß kein einziger deutscher Genosse herkommen kann und daß man alles den russischen Genossen übergeben soll. (Levi: Macht Ihr uns zum Vorwurf, daß wir uns den Beschlüssen unterwerfen?) Das ist kein Vorwurf, sondern nur eine Konstatierung der Tatsache. Der Antrag geht dahin, die Exekutive als solche zu eliminieren, denn wenn man sieben Genossen mit politischen Funktionen betraut, was werden dann die übrigen acht machen? Dann kommt die Exekutive zu einer Parade zusammen. Es ist klar, daß dann alle übrigen nur Assistenten sind und ja sagen werden. Wir sind dagegen. Wir sind dafür, daß wir jetzt den Versuch machen, eine politische internationale Exekutive zu bilden. Der Versuch ist schwierig, er wird uns vielleicht nicht gelingen, denn die Genossen sind sparsam mit den Vertretern, aber den Versuch müssen wir machen. Die 15 Vertreter sollen das politische Organ sein, alle technischen Vorbereitungen soll die russische Partei in Händen haben, weil der Sitz der Exekutive in Rußland ist und weil das Zentralkomitee auch die ganze Verantwortung übernimmt. Die Finanzfrage ist besser zu bearbeiten, wenn das Plenum sie bereits vorbereitet vor sich liegen hat. Das gehört in das engere Büro.[43] Die Tendenz, das engere Büro weiter zu machen und ihm politische Aufgaben aufzuzwingen, ist eine Tendenz, die Exekutive als solche zu eliminieren. Darum bestehen wir darauf, daß wir fünf Genossen haben. Das ist schon weitaus genug. Nun die Frage der Zusammensetzung. Wir bitten Sie, in diesem engeren Büro die Mehrheit, d. h. drei Genossen unserem Zentralbüro zu überlassen.[44] Da Gen. Meyer nicht bleibt, der technische und illegale Erfahrungen hat, wollen wir drei Genossen haben. Wir sind verantwortlich, wir werden das besser machen als andere. Wir bitten zwei Genossen aus anderen Parteien zu nehmen und drei, die von unserem Zentralkomitee beauftragt sind. Wenn sie das Büro beauftragen, Thesen auszuarbeiten und Aufrufe zu machen, so ist das keine politische Arbeit, sondern nur eine praktische, vorberei-

41 Mit dieser Äußerung markierte Bucharin deutlich die von Anfang an bestehende Abhängigkeit der Komintern von den Instanzen der RKP(b).

42 Michail Kobeckij (1881–1937) war seit 1903 Mitglied der RSDRP(b). Das Politbüro des ZK der KP Russlands schlug am 6.8.1920 seine Kandidatur als Sekretär des Kleinen Büros vor (siehe: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 56).

43 „Engeres Büro“: Synonym für das Kleine Büro des EKKI.

44 Vermutlich meint Bucharin das Politbüro der RKP(b).

tende Arbeit. Alle politischen Fragen werden von der Exekutive beschlossen. Leider ist es nicht möglich, die Kandidatur Gen. Radeks aufzustellen. Vom Standpunkt der Internationale ist es besser, wenn er nach Polen geht, wo sich vieles entscheidet und wo Radek berufener ist als andere.[45] [...]

Wir haben deshalb im Namen der russischen Partei eine Anzahl Kandidaten aufgestellt, damit wir immer vollzählig vertreten sind. Wenn Gen. Sinowjew nicht anwesend ist, ist Gen. Lenin da.[46] Wir garantieren, daß wir zu jeder Sitzung fünf Mitglieder stellen. Wir haben die Namen angenommen und nicht dagegen protestiert. Auch Eure Partei kann Mitglieder stellen; sollten sie da sein, so werden wir mit ihnen zusammen arbeiten. Gen. Levi sagt, für konspirative Zwecke sind auch fünf noch zu viel. Nein, das ist nicht zu viel. Wenn es darauf ankommt, etwas schnell zu erledigen, sind Geld, Adresse und Ba[nknoten ... aufge]braucht. Es soll schnell klappen, daher müssen alle drei wirkliche Erfahrung in illegalen Sachen haben. Die russische Partei hat mehr Erfahrung, aber auch die deutsche und ungarische Partei stehen darin nicht weit zurück. [...]

Levi: Genosse Sinowjew wundert sich darüber, daß ich für diesen Vorschlag eintrete, wo ich doch gegen das Exekutivkomitee in der Zusammensetzung, in der es jetzt besteht, gewesen bin. Ich bin gegen den Beschluß gewesen, die Exekutive so zusammenzusetzen, wie sie besteht, ich bin auch heute noch der Meinung, daß der Beschluß, der auf diesem Kongreß gefaßt wurde, nicht gerade der glücklichste ist, aber er ist nicht der einzige, deshalb tröste ich mich.[47] Der Beschluß ist da und muß durchgeführt werden, und es ist wichtig, ihn vernünftig durchzuführen. Nach allem, was gesagt worden ist, ergibt sich klar, ob man will oder nicht, daß das zu bildende Büro ein politisches ist. Das kann man nicht aus der Luft greifen, das dekretiert man nicht. Wenn 20 Mann einmal wöchentlich in politischer Beratung zusammensitzen und 15, 18 oder 30 Fragen erledigen müssen, so ergibt sich die Notwendigkeit des politischen Büros und die schönsten Beschlüsse helfen gar nichts. Bucharin sagte,

---

45 Das Politbüro beschloss am 6.8.1920 eine Zusammensetzung des Kleinen Büros mit Sinowjew, Bucharin, Tomskij, Kobeckij und Rudnjanskij als Mitgliedern. Radek wurde „angesichts der Notwendigkeit seiner Reise nach Polen" von einer Kandidatur ausgenommen (Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 57).

46 Es ging hierbei um die personelle Zusammensetzung der Delegation der RKP(b) im EKKI, die per Politbüro-Beschluss vom 6.8.1920 folgendermaßen festgelegt wurde: Sinowjew, Bucharin, Radek, Tomskij und Kobeckij als Mitglieder, Ciperovič als Vertreter Tomskijs, sowie Lenin, Trotzki, Kamenev, Stalin, Berzin und „die übrigen Mitglieder des ZK" als Kandidaten (Čičerin und Michail Vel'tman-Pavlovič) (siehe: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 56).

47 Am 5. Sitzungstag beschloss der 1. Weltkongress der Komintern, die Leitung der Komintern einem Exekutivkomitee, bestehend aus je einem Vertreter der KPs der „bedeutendsten Länder" zu übertragen, nämlich Russlands, Deutschlands, Deutsch-Österreich, Ungarns, der Balkanföderation, der Schweiz und Skandinaviens. Das Exekutivkomitee wiederum sollte „ein Bureau von fünf Personen" wählen (Der I. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen in Moskau vom 2. bis 19. März 1919, [Petrograd], Verlag der Kommunistischen Internationale, 1921, S. 201).

erst wenn wir uns kennen gelernt haben, würden wir seltener im Plenum zusammenkommen. Sollen wir unser Büro darauf aufbauen, daß wir in drei Monaten als Lumpen erkannt werden? Selbstverständlich werden die Genossen vertraut zu einander. Selbstverständlich wird man es so machen, daß die 18 Punkte der Tagesordnung vorbereitet und Entwürfe angefertigt werden.

Wenn Thesen auszuarbeiten sind, müssen sie zuerst im Entwurf vorgelegt werden. Das sind Aufgaben von ungeheurer politischer Wichtigkeit. Selbstverständlich werden dann die Plenarsitzungen seltener. Ich bin der Ueberzeugung, daß die politische Tätigkeit das Büro viel mehr in Anspruch nehmen wird als die illegalen Aufgaben. Die Zusammensetzung des Büros spricht dafür, daß die Russen keine andere Basis ins Auge gefaßt haben. Wen die Russen delegieren, ist mir gleich. Die einzige Frage, die für mich in Betracht kommt, ist die: Ist er als politischer Sekretär geeignet? Eine politische Persönlichkeit scheint mir Kobetzki nicht zu sein. [...]

Sinowjew: [...] Ich lasse zunächst über den Antrag Vries [d.i. Alexander Salomon de Leeuw], nur den russischen Genossen das kleine Büro zu überlassen, als weitgehendsten, zuerst abzustimmen. Dann kommt der Antrag des Zentralkomitees, dann der Levis, dann der Serratis, falls kein Protest gegen den Modus der Abstimmung erhoben wird.

Der Antrag Vries, daß nur die russischen Genossen das kleine Büro besetzen, wird gegen zwei Stimmen abgelehnt.
Der Antrag der Russischen Kommunistischen Partei wird gegen zwei Stimmen angenommen.
Der Antrag Levi wird gegen vier Stimmen abgelehnt.

Der Antrag des russischen Zentralkomitees, das kleine Büro durch vier russische Genossen und den Sekretär zu besetzen, wird dahin abgefedert, daß Genosse Meyer in das kleine Büro eintritt, da wir anfänglich nicht wußten, daß er hier bleibt. Wir fassen den Antrag so auf, daß drei russische Genossen und der Gen. Meyer gewählt sind. Damit ist die Sache erledigt.[48] Drei russische Namen sind schon genannt, es wurde vorgeschlagen, mich als Präsidenten, Kobezki als Sekretär und Bucharin zu nennen. – Es ist ein Antrag eingegangen, daß die drei russischen Mitglieder endgültig vom Zentralkomitee der russischen Partei gestellt werden.

48 Ernst Meyer konnte seine Funktion im Kleinen Büro nicht lange wahrnehmen: im April 1921 übernahm er nach der Verhaftung von Heinrich Brandler die kommissarische Leitung der KPD.

Dok. 28

Diskussion über die Verteilung von Komintern-Geldern: Aus den Berichten der Komintern-Exekutive

Moskau, 8.8.1920

Gedruckter Text in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/1/8, 119–120. Erstveröffentlichung.

Zweite Sitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 8. August 1920.

[...] Sinowjew: Die Finanzfrage muß behandelt werden und Sie müssen morgen angeben, was Sie wünschen. Es muß gesagt werden, wofür Sie das Geld wünschen, ob für illegale Arbeit, ob für Arbeit im Heere, ob für Hilfe für Gefangene, ob für das Rote Kreuz[49] und ob für Landagitation. Wir bitten Sie, bis morgen diese Antworten [zu] uns gelangen zu lassen, damit wir untersuchen können, in welchem Maße wir das durchführen können.

Meyer: Sie sagten, Rotes Kreuz und Landagitation und ähnliches kämen nur in Frage, dagegen nicht die Presse. Ist das der Wunsch der russischen Delegation?

Sinowjew: Das ist ein Beschluß der alten Exekutive der in dieser Weise allen Büros mitgeteilt worden ist.

Meyer: Es wird vorgeschlagen, es der engeren Kommission zu überlassen. Ich bitte sonst den Wunsch, in der Exekutive darüber zu sprechen.

Sinowjew: Ausnahmsweise ist es auch möglich, eine Zeitung oder ein anderes literarisches Unternehmen zu unterstützen, z. B. in Frankreich, wo wir keine einzige Zeitung und Zeitschrift haben, ist es auch eine politische Aufgabe. Aber in Deutschland und Oesterreich ist es möglich, zehn Zeitungen zu schaffen. Das kann die Kasse nicht vertragen. Wir hatten Fälle, wo Summen verlangt werden zum Ankauf von Volkshäusern. Das ist gut, aber es ist unmöglich, daß die Exekutive das decken kann. Wir haben die Zahl festgesetzt, die wir bestimmt unterstützen, das übrige wird von Fall zu Fall bestimmt.

Sultan Sade:[50] Ich bin der Meinung, daß man eine spezielle Kommission wählen soll, die alle technischen Anordnungen trifft.

49 Gemeint ist die „Rote Hilfe" an die Opfer politischer Unterdrückung, die Verletzten und Gefangenen infolge des Generalsttreiks und der revolutionären Auseinandersetzungen (siehe hierzu Dok. 155).

50 Sultan Sade (Ps., urspr. Avetis Mikaelian, 1888–1938), Mitglied der RKP(b) persischer Herkunft, 1920 Organisator der KP Persiens; später ausgeschlossen, verhaftet und umgebracht.

Bucharin: Wir haben mit dieser Geldfrage sehr viel Erfahrungen gemacht und teilweise sehr schlechte, z. B. inbezug auf Oesterreich. Wir haben dahin viel Geld gesandt, aber deswegen entstanden ganz ungesunde Zustände innerhalb der Partei. Dieser Zeitpunkt ist schon vorüber. Aber es gab eine Zeit, wo dort die Kommunistische Partei vollständig demoralisiert wurde, das Geld korrumpiert[e] die Soldaten, man wollte nichts als Parteimitglied machen, sondern für seine Parteipflichten das Geld haben.[51] Um einen Revolver von einem Ort zum andern zu tragen, brauchte man einen Soldaten, und man nahm für die geringfügigsten Dinge eine Maschinistin, eine Stenotypistin und einen Parteifunktionär. Russland konnte kaputt gehen. Wir machen diese Vorschläge nicht deswegen, um hier als Geizhälse zu handeln, aber gerade die besten Genossen haben uns gesagt: behalten Sie Ihr Geld selbst. Deshalb meine ich, daß hier die strengste Kontrolle notwendig ist, um unsere eigenen Parteien nicht zu demoralisieren. Das ist die Grundlage unserer strengen Forderungen.

Reissler [d.i. Frederika Reisler (Fritzi)]: Die Ausführungen von Bucharin beruhen auf Tatsachen. Es stimmt genau, daß der Ueberfluß von Geldmitteln die Partei korrumpiert hat und es ist jeder froh, daß dies aufhört. Die Sache mit der österreichischen Partei war die, daß die Partei auf Geld aufgebaut war. Daß auf diese Weise eine Partei krank sein muß, ist zweifellos. Und es hat lange Zeit gedauert, bis man diese Krankheit überwunden hat. Zur Verbreitung hat die Partei in Ungarn viel beigetragen, dadurch daß sie das Geld gegeben hat, und Leute mit Geld Revolution gemacht haben.

Meyer: Ich bin mit dem, was Bucharin gesagt hat, vollkommen einverstanden, wenn hinzugefügt wird, daß Ausnahmen zulässig sind. Nämlich für Literatur und Zeitungen. In Deutschland haben wir z. B. – und ich weiß es auch von anderen Ländern

---

51 Bucharin spielt auf die sogenannte Bettelheim-Affäre in der KP Österreichs an. Der ungarische Kommunist Ernst Bettelheim tauchte 1919, von der ungarischen Partei mit reichlichen Geldmittel ausgestattet, in Wien auf. Wie Karl Tomann am 19.9.1919 als Sekretär der Partei an Bucharin und Gustav Klinger berichtete, habe Bettelheim, „der niemals irgendwo hervorgetreten" war, in Wien erklärt, „er sei vom Bureau der Dritten Internationale als Diktator ausersehen"; das ihm von den ungarischen Genossen zur Verfügung gestellte Geld habe er nicht nur für Parteizwecke, sondern „zur Durchführung seiner persönlichen Politik" verwendet, um „die Bewegung zu korrumpieren" (RGASPI, Moskau, 495/80/2, 25–26). Karl Steinhardt erinnerte sich 1920 an die Affäre: „Mit der Anwerbung von Arbeitslosen und mit viel Geld hoffte er eine Bewegung auszulösen, die naturgemäss nicht in der Masse lag. Damit bekam eine Periode der Korrumpierung der kommunistischen Partei. Mit viel Geld wurden Menschen gekauft, die ihr Leben lang vom Kommunismus keine Ahnung hatten. Um die Partei sammelten sich wie um Honig Schmeissfliegen, die nur verdienen wollten, Abenteurer und politische Wegelagerer, kurz alles andere, nur keine zielklaren disziplinierten Kommunisten." (SAPMO-BArch, RY 6/I 6/4/7, 46–68). Zur Bettelheim-Affäre siehe: Hans Hautmann: Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs, Wien u.a., Europa Verlag, 1971, S. 168–190; Gerhard Botz: Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938, München, Wilhelm Fink, 1983², S. 43–72. Die Herausgeber danken Manfred Mugrauer, Wien, für die Zurverfügungstellung der Quellenzitate.

– eine größere Zahl von Literatur, Broschüren und Bücher zum Selbstkostenpreis verbreitet, wie das kein bürgerlicher Verlag machen konnte. Zwei bürgerliche Verlage haben dasselbe herausgegeben, sie haben aber wenig verlegt, während die Kommunistische Partei Millionen abgesetzt hat. In Ländern, die illegal arbeiten müssen, ist das notwendig. Wo die Zeitungen sich durch fortwährende illegale Arbeit keinen Inseratenteil sichern können, ist es notwendig.



Auf Vorschlag Trotzkis beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands am 10.8.1920, eine größere Gruppe deutscher Kommunisten unter der Leitung von Willi Budich – dem Leiter der Militärarbeit in der KPD-Zentrale und Anführer des Roten Soldatenbundes – an die Westfront zu schicken. Ihm sollten „circa hundert deutsche Kommunisten, die zu einer sowjetischen und propagandistischen Arbeit geeignet sind, zu seiner Verfügung" überlassen werden. Mit der Ausführung des Beschlusses wurden Sinowjew und Preobraženskij beauftragt.[52] Willi Budich war von August 1920 bis Januar 1921 an der Westfront eingesetzt.

Dok. 29

Beschluss der Komintern über die finanzielle Unterstützung der deutschen Linken und der Hinterbliebenen von Karl Liebknecht und Eugen Leviné durch die Komintern

Moskau, 11.8.1920

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/1/11, 25v–26. Erstveröffentlichung.

Kleines Büro der Exekutive der Komintern.[53] *Sitzung von 11. August. [...]*

§ 9. [...] Der Familie von *K. Liebknecht* Wertsachen im Wert von 300 Tausend Rubel zum alten Kurs und der Familie von Eugen Leviné[54] Wertsachen im Wert von 100 Tsd.

---

52 RGASPI, Moskau, 17/3/101, 1.

53 Dokument ohne institutionelle Angaben. Im letzten Satz heißt es, das Kleine Büro des EKKI solle demnächst dreimal wöchentlich zusammengerufen werden.

54 Die Witwe Eugen Levinés, Rosa Meyer-Leviné (1890–1979), heiratete 1922 den seinerzeitigen KPD-Vorsitzenden, den promovierten Nationalökonomen und Philosophen Ernst Meyer, der 1930 an Tuberkulose starb (siehe ihre Memoiren: Rosa Meyer-Leviné: Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920–1933. Herausgegeben und eingeleitet von Hermann Weber, aus dem Englischen übersetzt von Barbara Bortfeldt, Köln, Kiepenheuer und Witsch, 1979).

zum alten Kurs zu übergeben.[55] Die Gesamtheit der betreffenden Wertsachen sind über die deutsche Delegation[56] zu übermitteln.

§ 10. Zur Frage über die Arbeit in Deutschland ist beschlossen:
1) Zwei Gen[ossen] -
1 vom ZK der KP Deutschl[ands]
1 von der linken Gruppe der USPD. – zu beauftragen, die folgenden Summen zu verteilen:
a) für die Zeitschrift[57] – 25 Tsd. Mark im Monat.
b) für Militärarbeit – 1 Million Mark im Monat.
c) für die Räte – 25.000 Mark im Monat.
d) für allgemeine Agitation – 500.000 Mark im Monat.
e) für die Vorbereitung des Parteitages – 500.000 Mark. [...]

§ 16. [...] *K.P.Deutschl[ands]*
2 Mill[ionen] Deutsche Mark für die Deckung von Schulden und 4. Mill[ionen] Ausg.; monatl. [hdschr.: jeweils eine Million] insgesamt 6. Mill[ionen]- [...]

Der Sekretär des EKKI[58]



Auf Vorschlag Trotzkis beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands am 13.8.1920, eine funktionierende Eisenbahnverbindung mit Deutschland zum Zwecke der „Waffenbeschaffung aus Deutschland" aufzubauen.[59] Die Hoffnung der Parteifühung, eine solche Beschaffung zu bewerkstelligen, rührte daher, dass der deutsche Verbindungsoffizier Wilhelm Schubert im Auftrag des Auswärtigen Amtes mit der Tuchačevskij-Armee, die sich im Polen-Krieg an der ostpreußischen Grenze befand, Kontakt aufgenommen hatte. Am 12.8.1920 hatten die Versorgungschefs der sowjetischen Armee ihm eine Liste der benötigten Nachschubgüter überliefert.[60]

---

55 Nach dem Tod seiner ersten Frau 1911 heirate Liebknecht 1912 die Kunsthistorikerin Sophie Ryss, Wilhelm und Robert waren Kinder aus erster, Vera aus zweiter Ehe. Die drei Kinder sowie sein Bruder Theodor und seine Frau Lucie mussten in den 1930er Jahren außerhalb Deutschlands leben. Sophie Liebknecht arbeitete u.a. für die sowjetische Vertretung in Berlin. Sie ging 1934 in die Sowjetunion, wo sie 1964 starb. Siehe: Annelies Laschitza: Die Liebknechts. Karl und Sophie. Politik und Familie, Berlin, Aufbau, 2007, S.13ff. u.a.
56 Vermutlich die deutsche Delegation auf dem 2. Weltkongress der Komintern.
57 Die wichtigste Zeitung der USPD war die Leipziger Volkszeitung. Am 15.11.1918 erschein *Die Freiheit* als „Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands", die unter Chefredakteur Rudolf Hilferding zum inoffizielle neuen Zentralorgan wurde.
58 Unterschrift mit Bleistift.
59 RGASPI, Moskau, 17/3/102, 2; APRF [Archiv Prezidenta Rossijskoj Federacii, das Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation], 3/64/644, 8. Publ. in: Sevost'janov, Moskva-Berlin, I, Dok. 5.
60 Die Niederlage der Roten Armee vor Warschau am 14.8.1920 vereitelte solche Pläne, die eine Aufhebung des polnischen Korridors bedingten. Auch ließ die Niederlage von deutscher Seite „(...) alle Hoffnungen der Reichswehrführung auf die Wiederherstellung der alten Reichsgrenzen auf Kosten eines besiegten Polens zerrinnen." (Manfred Zeidler: Reichswehr und Rote Armee, 1920–1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit, München, Oldenbourg, 1993, S. 49).

Dok. 30

Chiffretelegramm von Iosif Unšlicht an Trotzki über Waffenankäufe in Thüringen für Enver Pascha

Minsk, 19.08.1920

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 2/2/386, 1. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 190–191.

Absolut geheim. Telegramm (chiffriert).

Aus Minsk 01428/3838V 128 19/8 3 45 empfangen 19/8 20 5,25[61]

An den Vorsitzenden des Revolutionären Kriegs-Rats Trotzki.[62]

Minsk, 18. August 1920. Ein Handelsvertreter aus Thüringen (Deutschland) ist angekommen und bietet an, sofort 50.000 deutsche Gewehre, 15.000 Brownings, 250 „Parabeol"[63]-Revolver, 10.000.000 Gewehrpatronen und anderes Kriegsgerät nach Graevo[64] zu liefern, wofür 27.000.000 Mark benötigt werden. Wenn Sie im Prinzip ein-

---

61 Das Telegramm des stellvertretenden Vorsitzenden der GPU und Stellvertreter Dzeržinskijs, Iosif Unšlicht, wurde während der Schlacht bei Warschau geschickt (13.–25.8.1920), die mit der unerwarteten Niederlage der Roten Armee („Wunder an der Weichsel") nicht nur den polnisch-sowjetischen Krieg beendete, sondern auch die der Ausdehnung der europäischen Revolution einen Dämpfer versetzte.

62 Die folgende Anfrage Unšlichts, erfolgte bezüglich des Kaufes deutscher Waffen für Enver Pascha, der aus seinem Berliner Exil Kontakt zu den Bolschewiki aufgenommen hatte. „Enver Pascha" (Ps.), d.i. Ismail Enver, ehemaliger Kriegsminister des Osmanischen Reiches, wurde zu einem führenden Jungtürken und Konkurrenten Mustafa Kemal Atatürks. Er war Vertrauter Hans von Seeckts und wirkte als früher Vermittler zwischen der Reichswehr und der Roten Armee mit dem Hauptziel, eine (schließlich gescheiterte) Allianz seiner „Islamischen Armee" mit der Sowjetunion gegen Großbritannien zu erreichen. In einem Brief informierte Enver Pascha Hans von Seeckt eine Woche später unter Hinweis auf Trotzki über die sowjetische Bereitschaft zu Verhandlungen über eine geheime militärische Zusammenarbeit mit Deutschland (John Erickson: The Soviet High Command. A Military-Political History, 1918–1941, Third Edition, London, Frank Cass, 2001, S. 149f.). Er nahm ebenfalls am Kongress von Baku teil. Im Oktober 1920 fand dann unter Teilnahme Victor Kopps und einer Reihe von Reichswehroffizieren ein von Enver vermitteltes Treffen in Berlin über die Möglichkeiten einer geheimen deutsch-sowjetischen militärischen Zusammenarbeit statt, die 1921 konkretisiert wurden (siehe: Petra Kappert/Ruth Haerkötter/Ingeborg Böer (Hrsg.): Türken in Berlin 1871–1945. Eine Metropole in den Erinnerungen osmanischer und türkischer Zeitungen, Berlin, De Gruyter, 2002, S. 10; Zeidler: Reichswehr und Rote Armee, S. 49–50).

63 So im Text. Richtig: „Parabellum".

64 Grajewo, Kleinstadt in Nordostpolen am Fluss Elk, nördlich von Białystok.

verstanden sind... Banknoten für Bezahlung über Kopp[65] und Gukovskij.[66] Erwarte Ihre unverzügliche Antwort. Nr. 3838/U 930/III.

Mitglied des RVS[67] der West[front]
Unšlicht

[Instruktion Trotzkis im Dokument:]
An Gen. Krestinskij, Ležava, Rykov, Lenin.
Man muss es unverzüglich tun. Trotzki.[68]

[Instruktion Lenins im Dokument:]
Auf geheimem Wege an Gen. Čičerin persönlich (zurückgeben).
Gen. Čičerin! Wie Sie sehen, die Sache läuft an. Beschleunigen Sie das mit Enver [Pascha] noch heute (da Gen. Trotzki morgen wegfährt): Wir finden (über Trotzki, ich habe mit ihm gesprochen) einen General, der Enver alles versprechen wird, wenn wir denn Waffen, Mäntel, Stiefel kaufen würden. Wenn nicht, zum Teufel mit Enver.[69] *Dringend!!*[70] Lenin.



Am 19.8.1920 lehnte das Politbüro des ZK der KP Russlands den von Čičerin eingebrachten Vorschlag Victor Kopps ab, der deutschen Regierung in einer behutsamen, mündlichen Form eine Entschuldigung für die Ermordung des am 6.7.1918 in Moskau erschossenen deutschen Botschafters Wilhelm Graf von Mirbach-Harff zu überbringen.[71] Eine solche „Genugtuung" wurde von deutscher Seite nicht zuletzt wegen der laufenden Verhandlungen über eine Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen mit Russland erwartet. Das Problem wurde danach insgesamt zweimal vom Politbüro behandelt: am 1.9.1920, als Kopp angewiesen wurde, die deutschen Forderungen nach einer Entschuldigung für den Mord an Mirbach in der Presse „auszulachen",[72] und am 14.9.1920, als Kopp dafür gerügt wurde, dieser Direktive direkt zuwidergehandelt zu haben. Kopp hatte laut Politbüro in einem Interview in der *Freiheit* vom 4.8.1920 exakt das Gegenteil getan.[73] Das Attentat wurde von Lenin, Trotzki und Sverdlov als eine Verschwörung der linken Sozialrevolutionäre und Teilen der Tscheka u.a. zur Torpedierung des Friedensvertrags von Brest-Litowsk verstanden. In einem Interview des deutschen Außenministers Dr. Simons mit der *Leipziger Volkszeitung* sicherte

---

65 Victor Leont'evič Kopp (1880–1930) (Ps. Tomskij) war 1920 Bevöllmächtigter der Sowjetischen Regierung in Berlin zur Herstellung der militärischen Kontakte, er wirkte ebenfalls als Rotkreuzvertreter in Berlin für die Verhandlungen über die Kriegsgefangenen sowie als Verbindungsmann zum Westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationale (WES) und zur KPD.

66 Isidor Emmanuilovič Gukovskij (1871–1921) war sowjetischer Volkskommissar für Finanzen.

67 RVS: *Revoljucionnyj Voennyj Sovet* (Revolutionärer Kriegsrat).

68 Handschriftlicher Eintrag: „Mit Orig[inal] abgeglichen: Leiter der Feld-Kanzlei des Vorsitzenden des RVSR – Sermuns" (richtig: Sermuks).

69 Enver Paschas Bestrebungen, mit Hilfe türkischer, deutscher und sowjetischer Militärs den Krieg in Mittelasien gegen Großbritannien fortzusetzen, schlugen aufgrund unüberbrückbarer Interessengegensätze fehl.

70 Im Text doppelt unterstrichen.

71 RGASPI, Moskau, 17/3/103, 2; APRF, 3/64/676, 1. Publ. in: Sevost'janov, Moskva-Berlin, I, S. 27.

72 RGASPI, Moskau, 17/3/106, 2; APRF, 3/64/676, 4. Publ. in: Sevost'janov, Moskva-Berlin, I, S. 27.

73 RGASPI, Moskau, 17/3/108, 1.

der Minister die Wiederherstellung der deutsch-russischen diplomatischen Beziehungen zu „(...) sobald die durch die Ermordung des Grafen v. Mirbach verletzten Rechte der Exterritorialität eines deutschen Gesandten durch die russische Regierung wieder hergestellt sind.“ (Zur Wiederaufnahme der deutsch-russischen Beziehungen. In: *Freiheit*, 8.8.1920). Was die „Form der Genugtuung“ anginge, sollten der neuen Situation der beiden Länder Rechnung getragen und darüber hinaus die Wirtschaftbeziehungen als Teil der „Gesundung Europas“ entsprechend gefördert werden. Bis November 1920 blieb dies ungelöst, 1922 erfolgte eine eher „stillschweigende und diskrete Genugtuung“ aus Anlass der Einführung von Botschafter Brockdorff-Rantzau.

Dok. 31

Mitteilung des Genossen Thomas (Ps.), d.i. Jakov Rejch, über die Auflösung der europäischen Sekretariate und Büros der Komintern

[Berlin], 29.8.1920

Typoskript in deutscher Sprache, RGASPI, Moskau, 499/1/3, 71. Erstveröffentlichung.

den 29. August 1920.

An die RZ der KPD.[74]

Werte Genossen!
Auf Grund einer Mitteilung der Exekutive der Kommunistischen Internationale, gezeichnet durch Gen. G. Sinowjew, teile ich Euch folgendes, betreffs der organisatorischen Neuordnung [mit]:

„Das Westeuropäische Sekretariat der Kommunistischen Internationale, wie auch alle bis jetzt bestehenden europäischen Bureaus hat die Exekutive aufgelöst.[75]

---

74 RZ: Reichszentrale der KPD

75 In einigen Fällen wurden aus Moskauer Sicht gesehen exterritoriale europäische regionale Vorschaltorgane der Komintern mit unterschiedlichen Ergebnissen geschaffen. Zu diesen mit Leitungsbefugnissen ausgestatteten regionalen Büros gehörten das *Skandinavische Büro*, das *Südbüro*, das Wiener Büro, das *Balkanbüro, das Amsterdamer Büro* und unter der Leitung des im Spätherbst 1919 aus Rußland nach Deutschland gekommenen Leiters Genossen Thomas (Ps.) d.i. Jakov Rejch, das Westeuropäische Sekretariat, mit Fanny Jezierska als Sekretärin (Boris Nicolaevsky: Les premières années de l'Internationale Communiste, Genève, Droz, 1965, S. 14). Diverse Kominternbüros wurden nach kurzer Zeit auch wieder geschlossen, so in Kiev das sog. *Südbüro* (Rakovskij, Balabanova, Marcel Body) mit weiteren Helfern (Sadoul aus Frankreich, Bujor aus Rumänien und Pokitonov, der Sohn des berühmten Malers, der später nach Frankreich delegiert wird), in Amsterdam (Rutgers, Roland-Holst, Pannekoek, Gorter), Wien (G. Eisler, L. Rudas, G. Lukács, Karl Frank, B. Kun, gleichzeitig als Herausgeber der Zeitschrift *Kommunismus* für die Länder Südosteuropas), und Stockholm (Ström, Kilbom, Höglund). Eindeutig politisch motiviert war die Liquidierung des von linkskommunistischen Strömungen dominierten *Amsterdamer Büros*. In anderen Fällen wurde im Zuge der bis in das Jahr 1920 andauernden Isolierung der Sowjetunion durch den Bürgerkrieg diese Notmaßnahmen schrittweise wieder aufgehoben.

Das Exekutivkomitee hat beschlossen ähnliche Bureaus, auch im Falle einer neuen Blockade Sowjet-Russlands, in keiner Weise einzurichten.

Das Exekutivkomitee wird an Stelle der früheren Bureaus eine Reihe *Vertrauensleute* einsetzen, ohne besondere politischen Aufgaben. Die Vertrauensleute sind ausschliesslich dem Exekutivkomitee untergeordnet und verantwortlich; politische Aufträge werden ihnen von Fall zu Fall erteilt.

Für das deutsche Gebiet haben wir Gen. Thomas als einzigen Vertrauensmann ernannt; Gen. Guralski als Vertreter."

Ich bitte das oben Angeführte zur Kenntnis zu nehmen und teile ergänzend folgendes mit: nach Rücksprache mit Gen. Guralski[76] haben wir beschlossen, bis aufs Weitere alle laufenden Angelegenheiten gemeinsam zu erledigen. Gen. G. wird mit Euch im engeren Kontakt sein, als dies aus praktischen Gründen bei mir der Fall sein könnte. Der Apparat des WES bleibt vorläufig bestehen und wird entsprechend der Weisungen der Exekutive abgebaut.[77] Ich bitte einen der Genossen der RZ zu beauftragen, zwecks Besprechung einer Reihe Angelegenheiten, hauptsächlich literarischer und verlegerischer Natur, sich mit mir in Verbindung zu setzen.

Mit kommunistischem Gruss
[Sign.]: Thomas [d.i. Jakov Rejch]



Am 1.9.1920 stimmte das Politbüro des ZK der KP Russlands dem Vorschlag des marxistischen Historikers Nikolaj Pokrovskij zu, eine Kommission zur Erforschung der Oktoberrevolution zu gründen.[78]

Ebenfalls am 1.9.1920 wurde der Vorschlag Krasins ins Politbüro des ZK der KP Russlands eingebracht, Boris Stomonjakov zum Handelsvertreter Sowjetrusslands in Skandinavien und Deutschland zu ernennen. Dies wurde bewilligt, allerdings mit dem Vorbehalt, er werde sich nicht zu politischen Angelegenheiten öffentlich äußern.[79] Stomonjakov, seit 1900 Mitglieder der Partei und Experte in illegaler Waffenbeschaffung, trat 1910 vom revolutionären Kampf zurück und diente zeitweise in der bulgarischen Armee.

---

76 Abram Gural'skij (Ps.), ursprünglicher Name Abram (oder Boris) Chejfec. Weitere Ps.: August Kleine, Lepetit, Arnold (1885–1960). Ehemaliger Bundist jüdischer Herkunft, später Mitglied der KP Russlands, Angehöriger des Leitungsapparats der Komintern und zugleich einflussreiches Mitglied der KPD-Zentrale.

77 Entgegen Vermutungen in der Literatur (so bei Lazitch/Drachkovitch: Lenin and the Comintern, S. 200f.) blieb das Westeuropäische Sekretariat als Berliner KI-Büro bestehen, allerdings mit eingeschränkten, vornehmlich administrativen Aufgaben, u.a. auch als Netzwerkpunkt der Abteilung für Internationale Verbindungen der Komintern (OMS). Siehe: Markus Wehner/ Aleksander Vatlin: „Genosse Thomas" und die Geheimtätigkeit der Komintern in Deutschland 1919–1925. In: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* XXIX (1993), 1, S. 1–19, hier S. 7. Siehe auch Bayerlein: Transnationale Netzwerke und internationale Revolution.

78 RGASPI, Moskau, 17/3/106, 3.

79 RGASPI, Moskau, 17/3/106, 4.

Das Politbüro des ZK der KP Russlands wurde über einen Beschluss des Kleinen Büros der Komintern-Exekutive vom 15.9.1920 informiert, das eine Bitte Willi Münzenbergs abgelehnt hatte, ihm 100.000 Mark für die Versendung von Literatur nach Russland zu genehmigen. Zur Begründung hieß es, dass die Mittel der Kommunistischen Jugendinternationale nur von „Gen. P[jatnitzki]" verwaltet werden dürften.[80]

Dok. 32

Bericht Lenins über die Revolutionserwartung in Deutschland, den Versailler Vertrag und den sowjetisch-polnischen Krieg

Moskau, 22.9.1920

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 44/1/5, 9–36. In deutscher Sprache publ. in: A.N. Artizov, R.A. Usikov (Hrsg.): „Ich bitte Sie, weniger aufzuschreiben: das darf nicht in die Presse gelangen". Reden W.I. Lenins auf der IX. Konferenz der KPR(B) am 22. September 1920. Übersetzung von Erika Segendorf. In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* (1997), 3, S. 43–67. In russischer Sprache teilw. publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 59–66.

Genossen,[81] es ist natürlich, daß der Bericht, der in einer solchen Zeit gegeben wird, den Krieg mit Polen und alle die Peripetien, die wir in dieser Zeit durchlebt haben, zum Schwerpunkt haben muß. Gestatten Sie mir, [mit] einigen [Bemerkungen] vom Anfang der Periode zu beginnen, als dieser polnische Krieg noch nicht zur Tatsache geworden war. [...]

Sie erinnern sich an den Beginn des Krieges, der für die Polen bis zur Eroberung Kievs erfolgreich war. Sie beherrschten nach vorläufigen Berechnungen ein Territorium mit einer Bevölkerung von rund 4 Millionen. Sie erinnern sich: Nach diesem Erfolg [der Polen] führte eine [Um]gruppierung der Truppen zum Erfolg, und nachdem unsere Truppen zur Offensive übergegangen waren, erreichten sie rasch die polnische Hauptlinie. Hier beginnt der große Umschwung in der Geschichte des polnischen Krieges, der sich in der Praxis als Wende der Welt [zum] Krieg erwies. Damit muß man beginnen, um die weitere Geschichte zu klären und zum Wesentlichsten überzugehen, das jetzt jedes Parteimitglied bewegt, zur brennendsten Frage – das ist jene riesige Niederlage, die katastrophale Niederlage, die wir im Ergebnis der gesamten Entwicklung der Operation erlitten haben.[82]

Am 12. Juli, als unsere Truppen in pausenloser Offensive bereits ein riesiges Gebiet durchschritten hatten und sich der ethnographischen Grenze Polens näherten, wandte sich die englische Regierung [in] der Person Curzons mit einer Note an uns, in

80 RGASPI, Moskau 17/84/96, 19.

81 Es handelt sich um den von Lenin gehaltenen Rechenschaftsbericht des ZK auf der IX. Konferenz der RKP(b), die vom 22.-25.9.1920 in Moskau stattfand.

82 Gemeint ist die Niederlage der Roten Armee in der Schlacht bei Warschau vom 13.–25.8.1920 („Wunder an der Weichsel")

der sie forderte, daß wir unsere Truppen auf einer Linie 50 Werst vor der ethnographischen Grenze Polens zum Stehen bringen unter der Bedingung, auf der Grundlage dieser Linie Frieden zu schließen.[83] Diese Linie verlief entlang der Linie Bialystok-Brest-Litovsk und überließ uns Ostgalizien. Diese Linie war also sehr vorteilhaft für uns. Diese Linie erhielt den Namen Curzon-Linie. Und eben damals stellte sich uns eine grundlegende Frage. Das ZK mußte eine höchst wichtige Entscheidung treffen. Und diese [Entscheidung] ist der Ausgangspunkt, zu dem ich in meinem Bericht zurückkehren muß, um die äußerst wichtige und grundlegende Frage einzuschätzen.

Wir standen vor der Frage: Sollte man diesen Vorschlag annehmen, der uns günstige Grenzen gäbe, und somit, allgemein gesprochen, eine reine Verteidigungsposition einnehmen, oder aber jenen Aufschwung in unserer Armee und das Übergewicht, das vorhanden war, nutzen, um die Sowjetisierung Polens zu unterstützen. Hier stand die grundlegende Frage nach Verteidigungs- und Angriffskrieg, und wir wußten im ZK, daß dies eine neue prinzipielle Frage ist, daß wir an einem Wendepunkt der gesamten Politik der Sowjetmacht stehen.

Bisher hatten wir gegen die Entente Krieg geführt, denn wir wußten sehr wohl, daß hinter jedem Teilangriff Kolčaks und Judeničs die Entente steht,[84] und wir waren uns bewußt, daß wir einen Verteidigungskrieg führen und über die Entente Siege erringen, daß wir aber die Entente nicht endgültig besiegen können, weil sie viele Male stärker ist als wir. Und wir bemühten uns lediglich, die sich herausbildenden Risse zwischen den verschiedenen Staaten der Entente so weit wie möglich zu nutzen, um uns rechtzeitig zu verteidigen. Die Geschichte mit Judenič und Denikin hat vom Standpunkt des Kräfteverhältnisses etwas Unerhörtes, Unwahrscheinliches gezeigt.[85] Wir haben sie nacheinander geschlagen. [...] Und das geschah zu der Zeit, als die gesamte Bourgeoisie rasend war vor Wut und Haß gegen den Bolschewismus. Und es zeigte sich, daß wir stärker sind als sie. Sie haben den Gegner nacheinander in Bewegung gesetzt, und während sie schrien, daß sie den Zaren nicht zurückholen wollen, konnten sie die rein monarchistische Politik Judenitschs und Denikins nicht verhindern, und damit stießen sie jenes Element von sich ab, das sie hätten hinter sich haben müssen – die bäuerlichen und kulakischen Elemente.

In der Summe ergab sich also der Umstand, daß bei uns die Überzeugung heranreifte, daß die militärische Offensive der Entente gegen uns beendet ist, der Verteidigungskrieg gegen den Imperialismus zu Ende gegangen ist, wir ihn gewonnen hatten. Polen war der Einsatz. Und Polen dachte, daß es als Macht mit imperialistischen Tra-

---

83 Die Curzon-Note von 1920 (nach dem britischen Außenminister George Curzon (Lord Curzon of Kedleston) sah eine neue Demarkationslinie zwischen Polen und der Sowjetunion vor, die jedoch von Polen nicht akzeptiert und im Frieden von Riga (1921) weit nach Osten vorgeschoben wurde.

84 Admiral Aleksandr Vasil'evič Kolčak (1874–1920) war Regierungschef und Oberbefehlshaber des Weißen Heeres, General Nikolaj Nicolaevič Judenič (1862–1933) hatte 1919 erfolglos versucht, mit einer weißen Armee von Estland aus St. Petersburg zu erobern.

85 General Anton Ivanovič Denikin (1872–1947) kommandierte die antibolschewistische Freiwilligenarmee in Südrussland und versuchte 1919 erfolglos vom Kaukasus aus Moskau zu erobern.

ditionen imstande sei, den Charakter des Krieges zu ändern. Das heißt, die Einschätzung sah folgendermaßen aus: Die Periode des Verteidigungskrieges ist zu Ende. (Ich bitte Sie, weniger aufzuschreiben: das darf nicht in die Presse gelangen.) [...]

Wir standen vor einer neuen Aufgabe. Die Verteidigungsperiode des Krieges gegen den Weltimperialismus ist zu Ende, und wir können und müssen die militärische Lage für den Beginn des Angriffskrieges nutzen. Wir haben sie geschlagen, als sie uns angriffen. Wir werden jetzt versuchen, sie anzugreifen, um die Sowjetisierung Polens zu unterstützen. Wir werden die Sowjetisierung Litauens und Polens unterstützen – so hieß es in unserer Resolution.

Als diese Resolution im Zentralkomitee zur Abstimmung kam, gab es bei uns keinen Mangel an Verständnis für den etwas plumpen Charakter dieser Resolution in dem Sinne, daß man gegen sie wohl nicht stimmen konnte. Wie kann man gegen die Unterstützung der Sowjetisierung stimmen?

Wenn wir aber unser Verhältnis zu Polen mit unserem Verhältnis zu Georgien und Lettland vergleichen, dann wird der Unterschied völlig klar. Wir haben keine Resolution angenommen, daß wir auf militärischem Wege die Sowjetisierung Georgiens und Estlands unterstützen. Wir haben eine entgegengesetzte Resolution angenommen, daß wir nicht helfen.

Auf diesem Boden gab es eine Reihe von Konflikten mit den Revolutionären und Kommunisten dieser Länder. Sie hielten Reden voller Bitterkeit gegen uns und sagten: Wie könnt Ihr Frieden schließen mit den weißgardistischen lettischen Henkern, die die besten lettischen Genossen, die ihr Blut für Sowjetrussland vergossen haben, an den Galgen brachten und folterten? Wir hörten solche Reden auch von den Georgiern, aber wir haben bei der Sowjetisierung Georgiens und Lettlands nicht geholfen. Und wir können dies auch jetzt nicht tun, uns steht der Sinn nicht danach. Die Rettung und Festigung der Republik ist die erdrückende Aufgabe. In bezug auf Polen haben wir diese Politik geändert. Wir beschlossen, unsere militärischen Kräfte zu nutzen, um die Sowjetisierung Polens zu unterstützen. Daraus ergab sich auch die weitere allgemeine Politik.

Wir haben dies nicht in der offiziellen Resolution formuliert, die im Protokoll des ZK steht und Gesetz für die Partei bis zum nächsten Parteitag ist. Aber unter uns sagten wir, daß wir mit dem Bajonett erkunden müssen, ob die soziale Revolution des Proletariats in Polen herangereift ist. Und hier stellten wir praktisch die Frage, die, wie sich zeigte, für die besten kommunistischen Elemente der Internationalen Assoziation,[86] das heißt der Kommunistischen Internationale, theoretisch nicht ganz klar ist.

Als der Kominternkongreß im Juli in Moskau tagte, war das zu der Zeit, als wir diese Frage im ZK entschieden.[87] Auf dem Kominternkongreß konnten wir diese Frage

86 „Internationale Assoziation" ist eine Wiederanknüpfung an die 1864 gegründete I. Internationale („Internationale Arbeiter-Assoziation").

87 Gemeint ist der Zweite Weltkongress der Komintern (19.7.1920–7.8.1920).

nicht aufwerfen, weil dieser Kongreß offen vor sich gehen mußte. Darin bestand seine große, revolutionäre, allgemeinpolitische Weltbedeutung, die um vieles größer sein wird, als das bisher der Fall war. Auf diesem Kongreß gab es Elemente, zu denen die deutschen Unabhängigen gehören, die jetzt die ekelhafteste Politik gegen die Sowjetmacht betreiben. Hinauswerfen konnte man sie zu jener Zeit nicht. Man mußte der kommunistischen Weltpartei zeigen, daß wir sie nicht in unsere Reihen lassen wollen.

Also mußten wir auf dem Kongreß der Kommunistischen Internationale offen sprechen. Daher wurde diese Frage auf dem Kongreß bewußt nicht berührt. Der Übergang zur Offensive gegen die Verbündeten der Entente konnte dort nicht zur Sprache gebracht werden, weil dort nicht das Entwicklungsstadium vorhanden war, das für die Diskussion dieser Frage notwendig ist. Wir mußten [sie] dulden.

Die „Rote Fahne" und viele andere können nicht einmal den Gedanken zulassen, daß wir mit unseren Händen die Sowjetisierung Polens unterstützen. Diese Leute halten sich für Kommunisten, aber einige von ihnen sind Nationalisten und Pazifisten geblieben. Natürlich haben Kommunisten, die mehr durchgemacht haben, [zu] diesen gehören die finnischen Genossen, nicht die Spur solcher Vorurteile zurückbehalten. Ich sage – nicht zurückbehalten, weil sie eine längere Kriegsperiode erlebt haben. Als eine englische Arbeiterdelegation bei mir war und ich mit ihr darüber sprach, „daß jeder anständige englische Arbeiter sich die Niederlage der englischen Regierung wünschen muß", haben sie mich absolut nicht verstanden.[88] Sie zogen solche Gesichter, die, glaube ich, selbst die beste Fotografie nicht zu erfassen vermag. In ihre Köpfe ging absolut nicht die Wahrheit hinein, daß die englischen Arbeiter im Interesse der internationalen Revolution die Niederlage ihrer eigenen Regierung wünschen müssen.

Die Tatsachen, daß [in] Polen die proletarische Bevölkerung gut entwickelt und das Landproletariat besser erzogen ist, diese Tatsachen sagen uns: du mußt ihnen helfen, sich zu sowjetisieren.

Das ist das Stadium, in dem wir den Ereignissen begegneten, vor dem unsere Partei stand. Das war der wichtigste Umschwung nicht nur in der Politik Sowjetrusslands, sondern auch in der Weltpolitik. Bisher traten wir als einzige Kraft gegen die gesamte Welt auf und träumten nur davon, Risse zwischen ihnen wahrzunehmen, damit der Gegner uns nicht zerschmettern kann. Jetzt aber sagten wir: Jetzt sind wir stärker geworden, und auf jeden Angriffsversuch von Euch werden wir mit einem Gegenangriff antworten, damit Ihr wißt, daß Ihr nicht nur riskiert, einige Millionen zu vergeuden, wie Ihr sie für Judenič, Kolčak und Denikin vergeudet habt, sondern daß Ihr riskiert, daß sich nach jeder Aktion eurerseits das Gebiet der Sowjetrepublik aus-

88 Am 26.5.1920 erhielt Lenin Besuch von einer Delegation englischer Gewerkschafter und Labour-Mitglieder, die ihn u.a. zum Roten Terror und zum Krieg mit Polen befragte. Als Resultat dieses Treffens verfasste Lenin den am 17.6.1920 in der *Pravda* und anschließend in diversen englischen Zeitungen veröffentlichten „Brief an die englischen Arbeiter", in dem er auf die Fragen der Delegierten einging (siehe: Lenin, Werke, XXXI, S. 127–131).

weiten wird. Russland war bisher nur Objekt, an dem man herummodelte und erwog, wie es besser unter Judenič, Kolčak und Denikin aufgeteilt werden könnte. Jetzt aber sagt Russland: Wir werden sehen, wer im Krieg stärker ist. So steht jetzt die Frage. Das war eine Wende in der gesamten Politik, in der Weltpolitik. Hier wird der Historiker zu vermerken haben, daß dies der Beginn einer neuen Periode ist.

Welches aber waren die Ergebnisse dieser Politik? Das Hauptergebnis war natürlich, daß wir jetzt eine gewaltige Niederlage erlitten haben. Um dazu überzugehen, muß ich beschreiben, was dem vorausgegangen war.

Inwieweit ist es uns gelungen, mit dem Bajonett Polens Bereitschaft zur sozialen Revolution zu erkunden? Wir müssen sagen, daß diese Bereitschaft gering ist. […]

Es zeigte sich, daß all das die internationale Politik verändert. Als wir uns Warschau näherten, kamen wir so nahe an das Zentrum der internationalen imperialistischen Politik heran, daß wir sie zu machen begannen. Das klingt unverständlich, aber die Geschichte des „Aktionskomitees" in England hat mit absoluter Genauigkeit bewiesen,[89] daß sich irgendwo in der Nähe von Warschau nicht das Zentrum der polnischen bürgerlichen Regierung und einer Republik des Kapitals befindet, sondern daß irgendwo in der Nähe von Warschau das Zentrum des gesamten heutigen Systems des internationalen Imperialismus liegt und daß wir Bedingungen haben, da wir beginnen, dieses System ins Wanken zu bringen und Politik nicht in Polen machen, sondern in Deutschland und England. So haben wir in Deutschland und England eine völlig neue Strähne der proletarischen Revolution gegen den Weltimperialismus geschaffen, weil Polen als Puffer zwischen Russland und Deutschland, Polen als letzter Staat voll und ganz in den Händen des internationalen Imperialismus gegen Russland bleibt. Es ist die Stütze des gesamten Versailler Vertrags. […]

Das Vordringen unserer Truppen zu den Grenzen Ostpreußens, das durch den Polnischen Korridor, der bis Danzig führt, abgetrennt ist, hat gezeigt, daß es in ganz Deutschland zu brodeln begann. Es begannen Nachrichten einzugehen, daß Zehntausende und Hunderttausende deutscher Kommunisten unsere Grenze überschreiten. Es gingen Telegramme ein, es würden deutsche kommunistische Regimenter [gebildet]. Es mußten Beschlüsse gefaßt werden, um zu helfen, [diese Nachrichten] nicht zu veröffentlichen und weiterhin zu erklären, daß wir Krieg [mit Polen] führen. Wenn jetzt Zeitungen, die die Auffassungen der Bolschewiki nicht teilen, kommen und die Lage Ostpreußens beschreiben, zeigt sich ein höchst interessantes Bild, das mich an einige Perioden der russischen Revolution von 1905 erinnert, da in Deutsch-

89 In der gleichen Rede sagte Lenin: „Als man uns ein Ultimatum stellte, antworteten die englischen Arbeiter, die zu neun Zehnteln eingefleischte Menschewiki sind, darauf mit der Bildung eines „Aktionskomitees". […] Nichts von den Drohungen, die Lord Curzon gegen uns ausstieß, konnte verwirklicht werden, und die Arbeiterbewegung Englands erhob sich auf eine unglaublich hohe Stufe." Gegen eine mögliche Kriegserklärung Großbritanniens gegen die Sowjetunion mobilisierten seit August 1920 mehr als 350 „Councils of Action" Streiks und Solidaritätsaktionen, zumeist ausgehend von gewerkschaftlichen Strukturen.

land der Durchschnittstyp eines revolutionären Schwarzhunderters auftauchte.[90] Damals machte die Revolution von 1905 in Russland die ersten großen Schritte, um die größten und zugleich rückständigsten Elemente der Bauernschaft aufzulockern, aufzuwecken, und bei dieser Arbeit halfen uns die Schwarzhunderterelemente, die sich durch ihre Agitation gegen uns bemühten, die Bauernschaft aufzurütteln. Damals betrieben die Schwarzhunderterpopen und -Offiziere diese Agitation, und heraus kam, daß diese neu entstehende politische Organisation der Schwarzhunderter erstmals die Bauern vereinigte, sie zur Organisation heranzog. Und diese aufgerüttelten Bauern traten heute mit Schwarzhunderterforderungen auf und verlangten morgen den ganzen Grund und Boden von den Gutsbesitzern.

Und eine ebensolche Geschichte passiert jetzt in Deutschland. Ich habe nicht die Korrespondenz einer deutschen antibolschewistischen Zeitung (die ich natürlich aus Zeitmangel nicht ganz verlesen könnte) mitgenommen, in der es heißt, daß ganz Ostdeutschland brodelt und alle Kapp-Leute (die für Kapp eintraten – unseren Kornilow),[91] alle diese Kapp-Leute für die Bolschewiki seien. Und es ergibt sich: Wenn man mit einem unreifen deutschen Burschen spricht, der von Politik keine Ahnung hat, so schwankt er und sagt, man müsse Wilhelm zurückholen, weil keine Ordnung herrsche, und zur gleichen Zeit sagt er das Gegenteil, man müsse den Weg der Bolschewiki gehen.

Und wir sehen, daß Ostdeutschland brodelt. Es bildet sich ein widernatürlicher Block mit Generälen von der Art Kornilovs an der Spitze, die Menschen mit militärischem Verstand sind und nur eine Losung haben – „Krieg gegen Frankreich um jeden Preis, egal mit wem und egal unter welchen Bedingungen" –, diese deutschen Offiziere, politisch ungebildete Leute, die nicht wissen, daß Krieg bestimmte Folgen mit sich bringt (woher sollten sie das verstehen! So ein deutscher Offizier muß 10 Jahre in verschiedenen Revolutionen lernen, um irgendetwas zu begreifen), und da haben sie die Idee eines Krieges gegen Frankreich um jeden Preis.

Und so ergab es sich, daß wir Kraft und bedeutende Kraft gegen die Entente hatten. Und zu dieser Zeit haben wir Curzon geantwortet: „Sie beziehen sich auf den ‚Völkerbund'. Aber was ist der ‚Völkerbund'? Er ist keinen Pfifferling wert. Es ist noch die Frage, wer das Schicksal Polens entscheidet. Es könnte sein, daß die Frage nicht dadurch entschieden wird, was der ‚Völkerbund' sagt, sondern dadurch, was der Rotarmist sagt" Das haben wir Curzon geantwortet, wenn man unsere Note in eine einfa-

90 Die vom Zarismus gedeckten klerikal-monarchistischen „Schwarzen Hundert" od. „Schwarzhunderter" waren vor allem zwischen 1904 und 1906 als Antirevolutionäre und auch Antisemiten terroristisch aktiv, sie bildeten jedoch einen Teil der modernen nationalistischen und korporatistischen Bewegungen in Europa.

91 Der russische Weltkriegsgeneral Lavr Georgievič Kornilov (1870–1918), später Anführer der „weißen" Freiwilligenarmee, verlangte nach dem Juliaufstand diktatorische Vollmachten seitens der provisorischen Regierung unter Kerenskij um auch mit Terror gegen die Boschewiki vorzugehen und wurde, nach seiner Weigerung zurückzutreten, verhaftet („Kornilov-Putsch"). Zum „Kapp-Putsch" in Deutschland siehe Dok. Nr, 22ff.

che Sprache überträgt.[92] Und in Deutschland hat man das damals auch so verstanden, und es ergab sich ein widernatürlicher charakteristischer Block, ein Block, der nicht auf Grund eines Vertrages gebildet, nicht irgendwo niedergeschrieben und verkündet wurde, aber ein Block, in dem die Kapp- und die Kornilov-Leute, die gesamte Masse des patriotisch eingestellten Elements mit den Bolschewiki war.

Das war das Problem, das damals stand, und dieses Problem konnten die deutschen Kommunisten zu dieser Zeit nicht lösen, sie konnten es deshalb nicht lösen, weil sie zu dieser Zeit hier in Moskau saßen und die höchst primitive Frage zu lösen versuchten, wie man Elemente einer wirklich kommunistischen Partei in Deutschland schaffen kann, und die grundlegende Frage nach der Haltung zu den rechten Unabhängigen, die Führer von der Art unseres Martov hatten, wo die Arbeiter aber bolschewistisch gestimmt waren, zu lösen versuchten. Sie waren mit der Lösung dieser Frage von Weltbedeutung, die in allen Ländern entsteht, beschäftigt. Und zu dieser Zeit übersprangen die Ereignisse in Deutschland alle Lösungen dieser Fragen, und es zeichnete sich ein Block konsequenter und extremer Patrioten und Kommunisten ab, die bewußt einen Block [mit] Sowjetrussland anerkennen. Es ergab sich ein solcher Block, daß in der Weltpolitik nur zwei Kräfte existieren, die eine – der „Völkerbund", der den Versailler Vertrag gab, und die andere – die Sowjetrepublik, die diesen Vertrag eingerissen hat. Und der widernatürliche Block [in] Deutschland war für uns. [...]

In Deutschland sind die Kommunisten bei ihren Losungen geblieben. Als sich die deutschen Linken zu dem Unsinn verstiegen, daß ein Bürgerkrieg nicht notwendig sei, sondern im Gegenteil ein Volkskrieg gegen Frankreich nötig sei, war dies eine unerhörte Dummheit.[93] Die Frage so zu stellen, das grenzte an Verrat. Ohne Bürgerkrieg ist die Sowjetmacht in Deutschland nicht zu haben. Wenn Du mit den deutschen Kornilowleuten einen Block schließt, werden sie Dich übers Ohr hauen. In Deutschland gibt es eine schwache kleine kommunistische Partei und eine starke Partei der Scheidemänner, der rechten Menschewiki, eine große proletarische Partei, an deren Spitze unsere Martows stehen[94] – eine Politik zwischen den Stühlen. Und das erste Ergebnis war, daß zu den kleinen Staaten, die sich uns alle angeschlossen haben, ungeachtet ihres ganzen Hasses gegen die Bolschewiki, gleichzeitig mit ihren Repressalien gegenüber ihren eigenen Bolschewiki – den estnischen, finnischen, lettischen – mußten sie mit uns Frieden schließen, und sie sagten, in internationaler Hinsicht stehen wir, die kleinen Länder, dem bolschewistischen Sowjetrussland näher. Wir haben in der Tat bewiesen, daß für Deutschland, wo die Stimmung der

---

92 Die sowjetische Seite lehnte auch den ersten Vorschlag Curzons zur Demarkationslinie ab, obwohl sie weitaus günstiger lag als die von Polen 1921 durchgesetzte Revision. Siehe hierzu: Lenin: Fernspruch an J.W. Stalin, 12./13.7.1920. In: Lenin: Werke, XXXI, S. 191.

93 Hier umschreibt Lenin die Haltung der SPD im August 1914, die statt den Kampf gegen die eigene Bourgeoisie zu führen, die Kredite für den Kampf gegen Frankreich bewilligte.

94 Julij Martov (1873–1923) war Führer des linken Flügels der Menschewiki.

Massen, der höchst unentwickelten und erzreaktionären, die imstande sind zu sagen „besser Wilhelm", daß es in internationaler Hinsicht keine andere Kraft für Deutschland außer Sowjetrussland gibt.

Die nationalen Wünsche Deutschlands bestehen aus zwei Größen, die politisch nicht zu unterscheiden ein riesiger Fehler wäre. Die eine Größe – den Versailler Vertrag abwerfen, der sie erstickt. Andererseits sagten die deutschen Imperialisten, die sich dem angeschlossen haben: Wir wollen nicht nur den Versailler Vertrag abwerfen, in Wirklichkeit wollten sie die Wiederherstellung des imperialistischen Deutschlands. Nicht nur gegenüber den kleinen Ländern, sondern auch in bezug auf Deutschland haben wir die internationale Lage sondiert.

In meiner Rede bei der Eröffnung des Kominternkongresses, die ich in Petrograd gehalten habe,[95] hatte ich auch über die internationale Lage zu sprechen, und ich sagte, daß die Erdbevölkerung jetzt etwa drei Milliarden beträgt und drei Viertel von ihnen, den drei Milliarden, in Kolonien leben und eine Dreiviertelmilliarde in den Ländern, die besiegt worden sind, das heißt in den Kolonien 70 Prozent. Ich sagte, sogar bei einer so groben Sicht, wenn man die Weltpolitik nimmt, werden sieben Zehntel der Bevölkerung bei richtiger Politik für Sowjetrussland eintreten. Hier kann man fragen, wie sie für Sowjetrussland eintreten können, wenn sie keine Kommunisten sind. Aber wie traten Estland und Georgien im Einvernehmen mit uns auf, obwohl man dort Kommunisten erschießt? Durch unsere internationale Politik haben wir jetzt bewiesen, daß wir ein Bündnis aller Länder haben, die unter dem Versailler Vertrag leben. Das aber sind 70 Prozent der gesamten Erdbevölkerung. Wenn man sich in Deutschland darauf beschränkte, zu zittern und zu warten, so gestaltete sich die Lage in England anders. In England stellte uns Curzon ein Ultimatum: Entweder ihr zieht euch zurück, oder wir führen Krieg. Sie haben sich daran gewöhnt zu glauben, daß sie, nachdem sie den Versailler Frieden unterzeichnet haben, über die ganze Welt ver-

---

95 In der Rede, die in Moskau, nicht in Petrograd gehalten wurde, hatte Lenin ausgeführt: „Auf dieser Grundlage entwickelte sich eine noch nie dagewesene Herrschaft einer verschwindenden Zahl von Großbanken, Finanzkönigen, Finanzmagnaten, die sogar die freiesten Republiken faktisch in Finanzmonarchien verwandelt haben. [...] Vor etwa 40 Jahren zählte man nicht viel mehr als eine viertel Milliarde Kolonialbevölkerung Kolonialbevölkerung, die sechs kapitalistischen Mächten unterworfen war. Vor dem Kriege von 1914 zählte man in den Kolonien bereits ungefähr 600 Millionen Menschen, und nimmt man solche Länder wie Persien, die Türkei und China hinzu, die sich schon damals in der Lage von Halbkolonien befanden, so erhalten wir die runde Zahl von einer Milliarde Menschen, die durch ihre koloniale Abhängigkeit von den reichsten, zivilisiertesten und freiesten Ländern geknechtet wurden. [...] Das ist in den Grundzügen das Bild der Welt, wie es sich nach dem imperialistischen Krieg gestaltet hat. Einundeinviertel Milliarde Unterdrückter in den Kolonien [...] Nicht mehr als eine viertel Milliarde Menschen in den Ländern, die ihre alte Stellung behalten haben. [...] Und schließlich nicht mehr als eine viertel Milliarde Einwohner in den Ländern, die – selbstverständlich nur die Oberschicht, nur die Kapitalisten – von der Aufteilung der Erde profitieren. Zusammengerechnet ergibt das etwa 1¾ Milliarde und somit die Gesamtbevölkerung des Erdballs." (Lenin: Referat über die internationale Lage und die Hauptaufgaben der Kommunistischen Internationale, 19.7.1920. In: Lenin, Werke, XXXI, S. 203–222, hier S. 204, 206).

fügen können. Als wir darauf antworteten, daß wir den „Völkerbund“ nicht anerkennen, schrieben französische Zeitungen: „eine freche Antwort“, ein Ausdruck aus der Terminologie der Schulstube, wo der Lehrer zu uns Kindern sagt, daß wir uns frech benehmen. Aber in der Weltpolitik darf man solche Termini nicht benutzen. Tatsache ist, daß sich der „Völkerbund“ als solcher nicht bewährt hat. [...]

Jetzt aber muß ich zur wichtigsten und traurigen [Schlußfolgerung] übergehen, die sich jetzt aus diesem Fazit ergeben hat. Man hat uns an der Front so zurückgeworfen, daß wir so weit zurückgeflogen sind, daß die Kämpfe bei Grodno stattfinden, und die Polen nähern sich der Linie, bei der Pilsudski[96] früher prahlte, daß er nach Moskau komme und was nur Prahlerei geblieben ist. [...] Aber trotzdem haben wir eine gewaltige Niederlage erlitten, eine riesige Armee von 100 000 Mann ist entweder in Gefangenschaft oder in Deutschland. Mit einem Wort – eine riesige, unerhörte Niederlage.

Was aber bedeutet das? Das bedeutet, daß zweifellos ein Fehler gemacht worden ist. Wir hatten doch den Sieg in den Händen, und wir haben ihn vergeben. Das heißt, es gab einen Fehler. Jedem stellte sich diese Frage, und wir im ZK haben die Antwort zu finden versucht: Worin bestand der Fehler? Wo liegt er und muß man ihn finden?

[...] Möglich ist ein politischer Fehler, möglich ist auch ein strategischer. Ich erhebe nicht im geringsten den Anspruch, die Kriegswissenschaft zu kennen, [für] vieles bitte ich die Genossen im voraus um Entschuldigung, die diese Wissenschaft theoretisch und praktisch beherrschen. Ich werde die Sache von dem Standpunkt aus analysieren, wo ein möglicher politischer oder strategischer Fehler zu suchen ist.

Ich sage jetzt, daß das ZK diese Frage beraten und sie offengelassen hat. Um diese Frage untersuchen zu lassen, um sie auf gebührende Weise zu lösen, müßten wir dafür viele Kräfte einsetzen, die wir nicht haben, weil die Zukunft uns voll und ganz fesselt. Und wir haben entschieden: Mögen die Historiker [die Rätsel] der Vergangenheit lösen, möge man diese Frage später klären. Zu diesem Schluß sind wir gekommen. [...]

Wir benennen große Zugeständnisse in kurzer Frist, um die Frage des Winterfeldzugs zu entscheiden. Einen Winterfeldzug wollen wir vermeiden. Daher schlagen wir den Polen vor, sofort Frieden zu schließen.[97] Wir setzen eine Linie östlich von Brest-Litowsk. Wir gewinnen in militärischer Hinsicht, daß wir einen raschen Sieg über Vrangel' sichern.[98] Dieser Gewinn genügt.

---

96 Józef Klemens Piłsudski (1867–1935), polnischer Marschall, ursprüngl. Sozialdemokrat, der Sieger gegen Tuchačevskij bei Warschau, später zunehmend autoritärer Staatspräsident.

97 Erst am 12.10.1920 ruhten die Waffen, nachdem sich infolge der Schlacht an der Memel (20.9.1920) die Rote Armee unter Tuchačevskij erneut zurückziehen musste. Im Vertrag von Riga akzeptierte die Sowjetunion die weitgehenden territorialen Forderungen Polens.

98 Baron Petr Nikolaevič Vrangel' (1878–1928), Russischer Erbadeliger und General der Zaren-Armee; schloss sich 1918 während des Bürgerkriegs der Weißen Armee im Süden Russlands an, seit Frühjahr 1919 Befehlshaber der Kaukasus-Armee.

Wir müssen hinsichtlich der westeuropäischen Politik vom ersten Versuch einer aktiven Politik zu den Folgen zurückkehren. Die Folgen sind nicht so schrecklich. Die militärischen Folgen bedeuten keine Folgen [für] die Kommunistische Internationale. Im Kriegslärm hat die Komintern ihre Waffe geschmiedet und sie so geschärft, daß die Herren Imperialisten sie nicht zerbrechen werden. Die Entwicklung aller Parteien verläuft einstweilen nach unserem Wunsche, so wie es die Komintern vorgeschrieben hat. Ohne jede Übertreibung kann man sagen, daß wir in dieser Hinsicht beruhigt sein können. Es geht jetzt um das Entwicklungstempo, die Entwicklungsbedingungen. Wir waren nicht in der Lage, den entscheidenden militärischen Sieg zu erringen, der den Versailler Frieden zerschlagen hätte. Wir hätten den zerrissenen Versailler Vertrag des triumphierenden Weltimperialismus vor uns gehabt, aber wir waren nicht imstande, dies zu tun. Unsere grundlegende Politik ist die gleiche geblieben. Wir nutzen jede Möglichkeit, von der Verteidigung zum Angriff überzugehen. Wir haben den Versailler Vertrag bereits etwas eingerissen und werden ihn bei der ersten passenden Gelegenheit völlig zerreißen. Jetzt aber muß man zur Vermeidung eines Winterfeldzugs auf Zugeständnisse eingehen. [...]

Wir sind bestrebt, Russland zu helfen, die kommunistische Ordnung zu verwirklichen, aber oft können wir mit den russischen Kräften nicht auskommen. Wir sagen, daß die Revolution nur durch die Anstrengungen der fortgeschrittenen Arbeiter der fortgeschrittenen Länder zustande kommen kann. In dieser Hinsicht gab es niemals den geringsten Zweifel bei keinem einzigen bewußten Kommunisten. Diese Übergangsperiode, da die eine schwache Seite sich gegen alle übrigen Seiten hält, diese Periode wird eine Periode komplizierter verworrener Beziehungen sein. Wir können beruhigt sein, daß wir uns nicht verheddern werden, verheddern werden sich die anderen, denn wir haben unsere internationale Politik gegenüber den kleinen Staaten bereits bewiesen. Dann werden wir natürlich als durch den imperialistischen Krieg zerrüttete sozialistische Republik existieren, die unglaubliche Reichtümer besitzt, die wir in 10–15 Jahren nicht ausbeuten können. Dazu das ausländische Kapital heranziehen, nur dafür mit unseren Reichtümern bezahlen, daß wir sie [mit eigenen Kräften] nicht einholen können, das bedeutet heute, die Grundlage friedlicher Beziehungen sichern. [...] Angreifen könnt ihr uns nicht, denn jeder Versuch eines Angriffs bedeutet ein „Aktionskomitee“ in einem beliebigen Land. Die Komintern hat Dutzende Verbindungen und Agenten in jedem Land. Nach Moskau kommen Vertreter verschiedener Länder. Wir stehen unabhängig von allen übrigen Entwicklungsbedingungen... [...]

Bei der internationalen Lage müssen wir uns auf eine Verteidigungsposition gegenüber der Entente beschränken, aber trotz des vollständigen Mißerfolgs des ersten Falles, unserer ersten Niederlage, werden wir wieder und wieder von der Verteidigungspolitik zur Angriffspolitik übergehen, bis wir sie alle endgültig zerschlagen haben werden.

Dok. 33

Die Parteibuchhandlung der KPD als „russische Filiale“: Bericht des Genossen Thomas (Ps.), d.i. Jakov Rejch, über die Folgen der Finanzpolitik der Komintern

[Berlin], 26.9.1920

Maschinenschriftliche Kopie in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 499/1/3, 80–85. Erstveröffentlichung.

Den 26. September 1920.

Nr. 5
An das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
Zu Händen des Genossen G. Sinowjew.

(es wäre erwünscht, die Copie dieses Schreibens den Gen. Radek, Abramowitsch [d.i. Aleksandr Emel'janovič Abramovič], Mayer [d.i. Ernst Meyer?] und Zetkin zuzustellen).

In der ordentlichen Sitzung der Zentrale der KPD am 23. ds. Mts. fand eine ausführliche Debatte über die Exekutive, wie auch über meine Tätigkeit und meine Beziehungen zu[r] R[eichs]Z[entrale statt], bei Gelegenheit der Instruktionserteilung dem Genossen Hugo [Eberlein], der im Auftrage der Zentrale demnächst zu Euch kommt, um verschiedene Punkte aufzuklären und auch die finanzielle Angelegenheit zu ordnen. Die Debatte, an der [sich] fast alle Mitglieder der Zentrale beteiligten (Paul L[evi] war abwesend) ergab ungefähr folgendes (ich habe den Auszug aus dem Protokoll, eventuell offiziellen Bericht für die Exekutive verlangt):

Seit längerer Zeit besteht eine Unzufriedenheit mit mir. Wahrscheinlich bin ich schuld daran, daß die Exekutive sichtlich in finanziellen Dingen zurückhaltend sich der deutschen Zentrale gegenüber stellt. Mein, in dieser Sache wahrscheinlich ausschlaggebender Bericht wurde zufällig von Gen. Paul [d.i. Paul Levi?] in Moskau gelesen. In diesem Berichte sollte ich angeblich über die verlotterte Führung der Finanzen der Zentrale berichten und warnen, der Partei Geld zu geben (als in einer der Sitzungen der Zentrale mein Bericht zitiert wurde und ich daraufhin erklärte, dass, sollte ich nicht in der Lage sein, die Copie des Berichtes zu verschaffen, ich von Moskau die Zustellung des Originals verlangen werde, wurde von einem Mitglied der Zentrale bemerkt, ohne das jemand Anstoß daran nahm, „Die Russen werden ihn schon nicht finden“ – ich zitiere dies als charakteristischen Beitrag zu der Stimmung der Zentrale). Die Zentrale kann sich nicht der Meinung verschließen, dass ihr gegenüber „bestimmte Sabotage“ getrieben wird, sie kann nicht umhin zu erwähnen, dass der Grund vermutlich in der „Animosität gegen einzelne Personen“ liegt. Sie muss erwähnen, dass, wie ihr bekannt

sei, die anderen Parteien, z.B. die Linke,[99] resp. Däumig, wie auch die KAPD über Geld verfügen, dass hier offenbar die Anweisung liegt, absichtlich die KPD in dieser schweren Situation (finanzielle Schwierigkeiten) zu halten.

Es liegt offenbar die Absicht vor, die Linke USP und die KAPD aktiver zu machen. Nicht technische Schwierigkeiten waren und sind die Ursachen der misslichen finanziellen Zustände, sondern die Absicht, oder die Sabotage meinerseits. Es muss Klarheit geschaffen werden, auch bezüglich der politischen Gegensätze. Es muß auch die prinzipielle Frage gelöst werden, in der Sache der Rolle der Zentrale bei der Herausgabe der Literatur in der deutschen Sprache von der Exekutive, resp. des Vertrauensmannes der Exekutive.[100] Es besteht heute ein Gegensatz zu dem Beschluss des Kongresses, der besagt, dass die Arbeit der Vertrauensperson in engster Füllung [Tuchfühlung] mit der Parteileitung des betreffenden Landes, stattfinden müsse. Die engste Mitarbeit existiert nicht. Es besteht auch nicht das notwendige absolute Vertrauen. Sollten die berührten Punkte nicht aufgeklärt werden, so muss man von der Exekutive andere Personen verlangen. Es ist so geworden, dass die Parteibuchhandlung zu einer russischen Filiale wurde und James [d.i. Jakov Rejch] zum Verlagsdirektor der russischen Publikationen. Es werden überflüssig veraltete Sachen herausgegeben, z. B. alte Nummern der Komm[unistischen] Internationale, zu gleicher Zeit, wo die Partei nichts publiziert.[101] [...]

Die seitens einzelner Mitglieder der Zentrale ausgesprochene Meinung, dass eine besondere Absicht in der Publikation der „gehässigen" Kapp-Putsch Polemik vorliegt, habe ich abgewiesen und der Zentrale erklärt, das in Anbetracht dessen, dass meine Erklärungen zu den einzelnen Anschuldigungen, die Genossen nicht befriedigen, ja sogar als Sabotage des Versuchs der Aufklärung gedeutet werden, dass weiter die ganze Debatte, wie auch der Fall mit Nr. 12[102] als sichtliches Misstrauen mir gegenüber aufgefasst werden muss, ich mich gezwungen sehe, meine Arbeit einzustellen, der Exekutive meine Dimission einzureichen, mit dem Ersuchen, die seitens der Zentrale erhobenen Anschuldigungen einer Untersuchung zu unterziehen. Gen. Gural[skij] hat mir beigestimmt und seinerseits die Erklärung abgelegt, dass auch er seine Dimission einreicht. [...]

99 Gemeint ist die USPD.

100 Der Vertrauensmann der Exekutive in Deutschland war Abram Gural'skij.

101 Der Vorwurf seitens der KPD-Zentrale an Jakov Rejch lautete, dass die Partei „nahezu ohne Geldmittel" dastand, während es dem WES-Leiter „[...] möglich [war], fast Woche für Woche die umfangreichen Publikationen der Internationale zu veröffentlichen, so dass der kommunistische Büchermarkt in Deutschland fast nur aus Publikationen der Internationale gedeckt wurde." (Brief der KPD an das EKKI „z.Hd. Gen. Sinowjew", 1.10.1920. Zit. nach: Wehner/Vatlin, „Genosse Thomas", S. 7).

102 In der Nummer 12 (1920) der Zeitschrift der Komintern-Exekutive, *Die Kommunistische Internationale,* wurde die Diskussion über die Haltung der Partei zum Kapp-Putsch breit publiziert. Autoren waren neben Radek selbst Ernst Meyer, Clara Zetkin und Paul Levi. (*Die Kommunistische Internationale* 2 (1920), 12, S. 147–175). Letzterer übte scharfe Kritik an der Zentrale und warf ihr vor, „der größten Aktion des deutsche Proletariats in den Rücken gefallen" zu sein (Ibid., S. 148; siehe auch Dok. 24). Siehe hierzu auch: Broué: Révolution en Allemagne, S. 370–380. Die Zentrale der KPD warf Rejch vor, er habe diese Briefe einzelner Mitglieder der Zentrale an das EKKI zur Veröffentlichung in der KI weitergeleitet, ohne dies vorher mit der deutschen Parteiführung abzusprechen (Wehner/Vatlin: „Genosse Thomas", S. 7).

2. Aufgrund des vorliegenden und der früheren Berichte, nach Rücksprache mit Gen. Hugo [Eberlein], wie auch der Genossen, die über die Art und Weise der Arbeit orientiert sind, wie Gen. Radek, Abramowitsch, Zetkin, Borodin [d.i. Michail Markovič Gruzenberg],[103] wäre meine Arbeit zu überprüfen. Die Zentrale bemängelt die Missstände, die ich eben angeführt habe. In diesem Zusammenhange formuliere ich folgendes: a) Liegen Beweise vor, dass Thomas die Finanzwirtschaft der Zentrale kritisierte und die Exekutive vor Unterstützung der Zentrale warnte??/ [...] b) Liegen Beweise dafür vor, dass Thomas keinen Instruktionen überschritt, oder sie nicht ausführte? Punkt b) bezieht sich auf die politische Seite der Tätigkeit (eventuelle Verbindungen mit der Linken USP oder der KAPD) wie auch praktische tägliche Arbeit./ c) Hat Thomas der Exekutive die Mitteilung gemacht, dass die Zentrale dringend finanzielle Hilfe benötigt und wann hat die Exekutive die erste diesbezügliche Mitteilung erhalten? Hat Thomas die Aufstellung des Budgets an die Exekutive vermittelt? Wurde Genosse Eduard [Fuchs], der Vertrauens-Finanzmann der Zentrale, auf Betreiben von Thomas „auf die Seite geschoben„“? Wurde seitens der Exekutive dem Thomas jemals direkte Weisung gegeben, aus den ihm zur Verfügung gestellten Mitteln für die Publikationen und Verbindungen usw. der Zentrale irgendwelche Summen abzuführen? (In der Sitzung der Zentrale vom 25. Sept. wurde die Frage an mich gerichtet, ob ich in den letzten Monaten Gelder bekommen habe. Ich gab zur Antwort, dass genaue Termine ich augenblicklich nicht angeben kann. Gelder habe ich bekommen für die Publikationen, insbesondere der Schriften über Sowjetrussland. In diesem Zusammenhange stellte ich fest, dass ich folgende Summen hier abgeführt habe: an Eduard 150.000 Mk., 250.000 Mk., 500.000 Mk., zusammen 900.000 Mk. bar, direkt an die Zentrale 100.000 Mk. bar.). Ausser diesen hier angeführten Summen in bar erhält die Zentrale den Löwenanteil aller Publikationen. Die Lieferung erfolgt kostenfrei. [...][104]

Alle Veröffentlichungen fanden und finden einen buchstäblich reissenden Absatz so dass viele Sachen bereits vergriffen sind. Meine Linie: systematische und ununterbrochene Veröffentlichung des Orientierungsmaterials über Sowjetrussland, wenigstens in einer europäisch[en], verständlichen Sprache, halte ich für richtig und notwendig. Bis zu der Zeit, wo es uns gelungen ist, dies systematisch zu tun, geschah fast nichts, oder ziemlich Unwesentliches. Die seinerzeit, von einem der Mitglieder der Zentrale ausgesprochene Meinung, dass die sog. Russische Literatur kein Interesse mehr darstellt, hat sich im Laufe dieses Publikationsjahres als unrichtig erwiesen. Das Interesse war da, wurde nicht befriedigt, wuchs und wächst sichtlich. Freilich, ein Minus der Publikationen ist, dass sie fast ausschliesslich Sowjetrussland gewidmet sind. Dass andere Länder nicht vertreten sind, dass die Fragen der Kommunistischen internationale fast ausschliesslich literarisch von den russischen Genossen

103 Michel Borodin (Ps.), d.i. Michail Markovič Gruzenberg (1884–1951), ehemaliges Mitglied des Jüdischen Arbeiter-Bunds, war unter den Pseudonymen Alexandrescu, Brantwin, G. Brown, Ginzberg in fast allen Erdteilen für die Komintern tätig, von Mexico bis China, von Spanien bis Deutschland
104 Zum Haushalt und den russischen Zuschüssen siehe auch Dok. 25.

behandelt werden, daran sind die Genossen der betreffenden Länder schuld. Die Zentrale oder die einzelnen Genossen der Zentrale, die dies bemängeln, wären anzufragen, was sie für die Orientierung über die Deutsche Revolution, was sie zur Klärung der Probleme der Kommunistischen Internationale getan haben. Sie wären anzufragen, wieviel und wie oft sie über die deutsche Bewegung an die Exekutive berichtet haben, wieviele Beiträge sie für die „Kommunistische Internationale“ lieferten. [...]

Wenn, ohne dass der Vorsitzende oder jemand von den Mitgliedern der Zentrale es abweist, in der Sitzung der Zentrale die Behauptung aufgestellt wird, dass wir hier über die deutsche Zentrale eine Art von Ausserordentlicher Kommission bilden und dass die deutsche Zentrale ihre ähnlichen Massregeln treffen wird, wenn seitens der führenden Genossen für die rein technischen Missstände besondere politische versteckte Absicht unterschoben wird, wenn unzweideutig, in der Arbeit das persönliche Misstrauen entgegengebracht wird, so ist es klar, dass der Zustand für beide Teile unhaltbar ist. – Konkret schlage ich vor, nach dem restlichen Aufklären aller Punkte, mein Mandat für Deutschland zu annulieren.[105]

Mit kommunistischem Gruss



Das Politbüro des ZK der KP Russlands beschloss am 11.10.1920, der Evakuierung deutscher Kriegsgefangener aus Turkestan, die vom dortigen Zentralexekutivkomitee beschlossen worden war, entgegenzuwirken. Am 5.11.1920 wurde beschlossen, den entsprechenden Beschluss rückgängig zu machen.[106]

Am 14.10.1920 bezeichnete es Bucharin im Politbüro als Notwendigkeit, den Status der deutschen Truppen an der Westfront formell festzulegen, wofür eine Kommission einberufen wurde.[107]

Am 5.11.1920 fasste das Politbüro einen Beschluss über den Standort der neu einzurichtenden deutschen Kommandeurskurse „(„Kommando-Lehrgänge“) in der Sowjetunion, die wegen der Überlastung Moskaus außerhalb der Stadt eröffnet werden sollten.[108]

Am 24.11.1920 beschäftigte es sich mit dem Antrag auf Mitgliedschaft in der Komintern, den die KAPD an das EKKI gestellt hatte. Hierzu sollte eine große Diskussionsrunde unter Teilnahme von ZK- und EKKI-Mitgliedern und Trotzki in Anwesenheit von „Gen. Gortens“ [d.i. Hermann Gorter] einzuberufen. In die Komintern sollte die KAPD laut Beschluss allerdings vorerst nicht aufgenommen werden, die Entscheidung darüber wurde bis zum VI. KPD-Parteitag im Dezember aufgeschoben.[109]

Auf Bitten der Komintern um einen Zuschuss von 5 Millionen Rubel in Gold wurden ihr qua Beschluss des Organisationsbüro der RKP(b) vom 16.12.1920 Wertsachen im Wert von 15 Millionen Papierrubel zugeteilt.[110]

---

105 Die Demission Rejchs wurde von der Komintern-Führung in Moskau nicht akzeptiert (Wehner/Vatlin, „Genosse Thomas“, S. 8).
106 RGASPI, Moskau, 17/3/114, 2; 17/3/120, 3.
107 RGASPI, Moskau, 17/3/115, 1.
108 RGASPI, Moskau, 17/3/120, 3; APRF, 3/64/644, 9. Publ. in: Sevost'janov, Moskva-Berlin, I, S. 29.
109 RGASPI, Moskau, 17/3/124, 3. Publ. in: Politbjuro i Komintern, S. 69.
110 RGASPI, Moskau, 17/112/103, 4. Publ. in: Politbjuro i Komintern, S. 71.

1921

Am 14.2.1921 behandelte das Politbüro des ZK der KP Russlands die Einrichtung eines „Büros für ausländische Wissenschaft und Technik" mit angeschlossenem Verlag bei der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland. Die Frage wurde an den Rat der Volkskommissare übergeben.[1]



Dok. 34

Putschstimmung und Sabotage: Telegramm von „Spanier" (Ps.), d.i. Béla Kun, über den Beginn des mitteldeutschen Aufstands („Märzaktion")

Berlin, 26.3.1921

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/293,15, 12–13. Erstveröffentlichung.

Sinowjew Kopie Lenin Radek Kobetzky [d.i. Michail Kobeckij]

teilkampfartige Aktionen. Beginn schwer mit Hoffnung auf Steigerung und Zusammenfassung nach Ostern.[2] Zentrale proklamierte Generalstreikparole und folgende Losungen: Entwaffnung der Konterrevolution, Bewaffnung und sofortige Bildung von Ortswehren aus Kreisen organisierter Arbeiter, Angestellten und Beamten. Sichert die Macht in den Betrieben. Organisiert die Produktion durch Betriebsräte und Gewerkschaften. Schafft Arbeit für Arbeitslose. Sichert Existenz der Kriegsopfer und Ren-

1 APRF, Moskau, 03/64/639, 4. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 15.

2 Am 19.3.1921 wurden Polizeiabteilungen in das Mansfelder und Eislebener Industriegebiet geschickt, um nach den Märzaufständen gegen den Kapp-Putsch versteckte Waffen zu suchen. Als Provokation empfunden, markierte dies den Beginn der „Märzaktion", in der auf Beschluss des ZK der KPD mit Mitteldeutschland als Zentrum wurde im Rahmen von gewaltsamen Widerstandsaktionen (auch unter dem radikalen Arbeiterführer Max Hoelz) eine putschistische Politik in Gang gesetzt, die seitens der Polizei zur Besetzung wichtiger Industriebetriebe führte. Auch der proklamierte Generalstreik scheiterte und führte mit über 200 Toten zum Einsatz von Regierungstruppen, einer für die deutsche Arbeiterbewegung tragischen und für den inneren Zusammenhalt der Komintern höchst schädlichen Niederlage. Die hier veröffentlichten Telegramme sind der endgültige Beleg für die maßgeblich von der seitens der Komintern entsandten Troika, der neben Béla Kun Abram Gural'skij und József Pogány angehörten, durchgesetzte Linie, mit allen Mitteln einen kommunistischen Aufstand in Deutschland vom Zaun zu brechen (Sigrid Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921, Frankfurt am Main – New York, Campus, 1986 (Quellen und Studien zur Sozialgeschichte. Herausgegeben vom Internationalen Institut für Sozialgeschichte. 6); Ead.: Die Märzaktion der KPD 1921, Köln, Bund-Verlag, 1987; Werner T. Angress: Die Kampfzeit der KPD 1921–1923, Düsseldorf, Droste, 1963; Stefan Weber: Ein kommunistischer Putsch? Märzaktion 1921 in Mitteldeutschland, Berlin, Dietz, 1991. Siehe hierzu die Darstellung von Hermann Weber in diesem Band; dort auch weitere Literatur).

tenempfänger. Kämpft für Beschlagnahme der Wohnungen der Reichen, schafft Wohnungen für Obdachlose. Verhindert Transporte von Truppen und Waffen ... Gegenrevolution einstweilen von Mehrheitlern und Unabhängigen geleitet. Orgesch[3] verharrt in Bereitschaft. Entente nicht agressiv. Deutsche Regierung fortsetzt nach London Versumpfungspolitik selbst in oberschlesischer Frage.[4] Eigene Absicht: Schaffung günstiger Lage zur Entscheidung ohne Illusion dass Machteroberung möglich. Eigene Lage: entscheidende Kampfstimmung, vollkommene Sabotage der Rechten, Organisationsmangel. Putschstimmung als Reaktion gegen die bisherige Untätigkeit bei den entschlossensten Elementen der Masse. Zusammenarbeit mit K.A.P.D. Führern, die nicht Herren ihrer Mitglieder sind. Andauernder Kampf in Mitteldeutschland, Waffen vorhanden, beginnt auch im Rheinland. Bisheriges höchstes Resultat: Unabhängigenpartei offen gegenrevolutionären Standpunkt eingenommen.[5] Abwirtschaftung Levigruppe. Internationale Besprechung ohne besonderes Resultat erfolgt. An Sitzung nicht teilgenommen. Nachher französischen Deputierten gesprochen mit folgendem Rat: Stellungnahme gegen die kapitalistische Wiedergutmachung. Sendung von Arbeiterdelegationen in besetzte Gebiete zum Ziel der Verbrüderung mit deutschen Arbeitern. Besonderer Aufruf für Arbeiter in besetzten Gebieten im Interesse der V.K.P.D.[6] Rückenstärkung deutscher kommunistischer Partei.

Dok. 35

„Die Frucht eines zweijährigen Kampfes wird zerstört„“: Paul Levis Brief an Lenin zur Kritik der „Märzaktion“

[Berlin], 27.3.1921

Typoskript in deutscher Sprache. Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Nachlass Paul Levi, Mappe 45, Nr. 43. Publ. in: Charlotte Beradt (Hrsg.): Paul Levi: Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie, Schriften, Aufsätze, Reden und Briefe, Frankfurt-Wien, 1969, S. 37–44. Auch: Einde O'Callaghan für das Marxists' Internet Archive. http://www.marxists.org/deutsch/archiv/levi/1921/03/brief.html#n1.

---

3 Orgesch: „Organisation Escherich“, 1920 gegründeter Dachverband bürgerlicher Einwohnerwehren, benannt nach ihrem bayrischen „Reichshauptmann“ Georg Escherich (1870–1941). Die Orgesch verfolgte verdeckt paramilitärische Zielsetzungen im Sinne eines Wehrverbands, 1921 durch die Reichsregierung aufgelöst.

4 Am 20. Oktober 1921 beschlossen die Alliierten nach einer Empfehlung des Völkerbunds, Oberschlesien zu teilen und gegen die Mehrheit der Bevölkerung das ostoberschlesische Industrierevier Polen zuzuschlagen.

5 „Unabhängigenpartei“: Gemeint ist die (Rest-)USPD, die sich nicht mit der KPD vereinigt hatte.

6 In einem von Béla Kun selbst verfassten Aufruf in der *Roten Fahne* vom 18.3.1921 hieß es: „Die Waffe bringt die Entscheidung. – Und die Gegenrevolution will die Waffen nicht aus der Hand geben. (...) Ein jeder Arbeiter pfeift auf das Gesetz und erwirbt sich eine Waffe, wo er sie findet.“ (zit. in: Heinrich August Winkler: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München, 4. durchgesehene Auflage, C.H. Beck, 2005, S. 152f.).

Verehrter Genosse Lenin!
Die Situation, die jetzt in Deutschland eingetreten ist, veranlaßt mich, Ihnen meine Auffassung über die Dinge klarzulegen. Ich schicke eines voraus: Bei der Betrachtung der Dinge spricht keineswegs die Tatsache mit, daß ich von der Leitung der Kommunistischen Partei zurückgetreten bin.[7] Denn jeder, der meine Neigungen kennt, weiß, daß ich den Rücktritt von der Leitung der Kommunistischen Partei eher als ein Freudiges empfunden habe, denn als das Gegenteil, und so bin ich auch, glaube ich, in der Lage, ganz ohne Mißstimmung über die Lage in Deutschland zu urteilen [...]. Die Leitung aber, die jetzt die Partei hat, die, das glaube ich mit Bestimmtheit sagen zu können, führt in einem Zeitraum von 6 Monaten längstens zum völligen Zusammenbruch der Kommunistischen Partei, und diese Tatsache veranlaßt mich und der ganze Ernst, mit dem ich hienach die Situation sehe, drängt dazu, mich an Sie zu wenden. Ich nehme an, daß Sie außer den Pressenachrichten Bericht erhalten werden, deren Inhalt ich nicht kenne. Ich möchte demgegenüber meine Darstellung der Ereignisse geben. Sie wissen, daß vor 4 Wochen ein Genosse von K. I. nach Deutschland gesandt wurde.[8] Ich selbst hatte erst vor etwa 10 Tagen eine – bis jetzt einzige – Unterredung mit ihm. Vor mir hatte er Besprechung mit Zentral-Mitgliedern, deren Inhalt ich nicht kenne, sondern nur schließen kann aus der Unterredung mit der Genossin Clara [Zetkin], die der Unterredung mit mir 9 Tage voranging. Der Inhalt der Unterredungen mit mir und mit der Genossin Clara, die mir sofort Bericht erstattete, war folgender: Der Genosse erklärte: Rußland befinde sich in einer außerordentlich schwierigen Situation.[9] Es sei unbedingt erforderlich, daß Rußland durch Bewegungen im Westen entlastet würde, und aus diesem Grund müsse die deutsche Partei sofort in Aktion treten. Die VKPD zählte jetzt 500 000 Mitglieder, mit diesen könne man 1 500 000 Proletarier auf die Beine bringen, was genügt, um die Regierung zu stürzen. Er sei also für sofortigen Beginn des Kampfes mit der Parole: Sturz der Regierung. Sowohl die Genossin Clara als auch ich haben dem Genossen gegenüber betont, daß auch wir die Schwierigkeit der Lage Rußlands kennen und anerkennen, wenn wir auch die Details nicht wissen, und daß ganz abgesehen von etwa einer augenblicklichen schwierigen Situation Rußlands auch wir darauf hielten, die Zeit möglichst abzukürzen, in der Rußland gewissermaßen allein steht. Aber wir beide waren der Auffassung, daß es nicht nur keine Hilfe, sondern der schwerste Schlag für Sowjetrußland sei, wenn wir in Deutschland zu Aktionen kommen, die keinen Sieg, sondern einen Niederbruch der Bewegung in Deutschland bedeuten. Der Genosse hielt demgegen-

7 Die nach blutigen Kämpfen niedergeschlagene März-Aktion führte zu einer schweren Krise in der KPD. Vor allem Paul Levi wandte sich mit seiner Kritik dieser Aktion an die Öffentlichkeit und klagte die „Turkestaner" der Komintern an, den „größten Bakunisten-Putsch der bisherigen Geschichte" vom Zaun gebrochen zu haben. Wegen seiner Kritik wurde Levi aus der KPD ausgeschlossen.

8 Es handelt sich um Béla Kun, dessen Telegramme und Briefe aus Deutschland hier veröffentlicht werden (siehe Dok. 34, 36, 37, 38, 43). Bei Charlotte Beradt irrtümlich Mátyás Rákosi.

9 Die materielle und soziale Situation in Russland befand sich nach den im Osten immer noch andauernden Kämpfen gegen die weißen Truppen auf einem Tiefpunkt.

über an der Auffassung fest, daß sofort Aktionen einzusetzen hätten, auch, wie er es nannte, „Teilaktionen“, und auf seinen Rat und sein Drängen hin berief die Zentrale die Zentralausschußsitzung vom 17. März ds. Js., in der „die Arbeiterschaft“ aufgefordert wurde, sofort in Aktionen einzutreten für eine Reihe dort aufgetretener Forderungen, an deren Spitze steht: Sturz der Regierung.

Die Ereignisse nahmen nun folgenden Verlauf: Am 17. März fand die Zentralausschußsitzung statt, in der die Anregungen oder Weisungen des von dort gesandten Genossen zur Richtlinie gemacht wurden. Am 18. März stellte sich die „Rote Fahne“ auf diesen neuen Beschluß um und forderte zum bewaffneten Kampf auf, ohne zunächst zu sagen, für welche Ziele, und hielt diesen Ton einige Tage fest.[10] Dieses und die Anweisungen des Vertreters der Exekutive waren die einzige politische Vorbereitung für das, was nun kam. Wenige Tage danach ergriff Hörsing, der Oberpräsident der preußischen Provinz Sachsen, gewisse Maßregeln in den mitteldeutschen Industriebecken, die teilweise wohl allgemein polizeilicher Natur, zum Teil aber auch wohl gegen die dortige stark kommunistische Arbeiterschaft gerichtet waren. Ich vermag nun nicht zu ermessen, ob die Streiks, in die die dortige Arbeiterschaft eintrat, spontan waren oder nicht. Jedenfalls wurden diese spontanen Streiks von der Partei sofort nicht nur unterstützt, was selbstverständlich ist, sondern zum Ausgangspunkt einer Aktion gemacht, die weit über den Rahmen der unmittelbar betroffenen Arbeiterschaft hinausgriff. Hierbei zeigte sich nun, daß die Beurteilung der Situation, wie Genossin Clara, ich und auch viele andere Genossen sie vertreten, die richtige war: Die Situation in Deutschland ist nach meiner Auffassung folgende: Genau so, wie die ganzen Beziehungen Deutschlands zu der Entente, der ganze „Nachkrieg“ in eine gewisse Stagnation getreten war, genau so waren auch die Beziehungen der Klassen in Deutschland in eine gewisse Stagnation getreten, insofern als die bestehenden Gegensätze augenblicklich nicht im offenen Kampf ausgetragen wurden. […] Und wir vertraten die Auffassung, daß gerade aus jenen Konflikten des Nachkrieges heraus die Situation in allernächster Zeit entstehen würde, die die Klassengegensätze in Deutschland aus der Stagnation wieder in die Flagranz führen würden. Aus diesem Gedanken heraus war unsere Taktik die, daß wir momentan den Massen das Ziel zu zeigen hätten, das sie aus der kommenden Nachkriegskrise herausführen könne, und von diesem Gesichtspunkt gaben wir die Parole aus: „Bündnis mit Sowjetrußland“. […]

Mit dieser Aktion ist nicht nur die vielleicht wirklich vorhandene Teilaktion, im besten Sinn des Wortes, in Mitteldeutschland zuschanden gemacht worden, sondern es ist auch nach meiner Auffassung die Frucht eines zweijährigen Kampfes und einer zweijährigen Arbeit der Kommunistischen Partei in Deutschland mit zerstört. Es war eine zweijährige mühevolle Arbeit, den kommunistischen Gedanken nicht nur organisatorisch fest zu verankern, in den Massen, durch Schaffung einer zahlenmäßig so großen kommunistischen Partei, daß sie rein zahlenmäßig neben den anderen

10 *Rote Fahne*, 18.3.1921 fordert zum bewaffneten Kampf auf: Siehe Dok. 34.

großen Arbeiterorganisationen ihre Bedeutung hat, sondern auch – nach vielen Mißverständnissen – seelisch den Kommunismus und die kommunistische Partei in den breiten proletarischen Massen so Wurzel fassen zu lassen, daß diese Massen in den Kommunisten ihre Führer sahen. [...]

Ich will nicht ins Detail eingehen auf das zahlenmäßige Verhältnis der Kommunisten innerhalb der proletarischen Klasse. Ich will nur betonen, daß, abgesehen von Mitteldeutschland, in dem die Kommunistische Partei zahlenmäßig die Majorität hat, nicht nur kein Bezirk in Deutschland ist, in dem die Kommunistische Partei die Majorität hat, sondern vor allem kein Bezirk ist, der so lebenswichtig für den Staat ist, daß dort durch eine Aktion der Kommunistischen Partei allein der bürgerliche Staat beeinträchtigt, geschweige denn gestürzt werden könnte. So sind wir auf die Mitwirkung und auf das Zusammenarbeiten mit der proletarischen Klasse als solcher angewiesen, können uns nur als Vortrupp betrachten, wenn die proletarische Klasse als solche in Aktion kommt und müssen auch stimmungsmäßig in einem leidlichen Verhältnis mit jenen Massen bleiben, wenn wir uns nicht auf lange Zeit die Möglichkeit verschütten wollen, in jenen Massen immer weitergreifenden Einfluß zu gewinnen.

[...] Noch zwei oder drei solcher Aktionen wie die jetzige, Aktionen, die das Proletariat als gegen sich gerichtet empfindet und die auch von der Kommunistischen Partei unternommen werden, selbst auf die Gefahr hin, daß sie gegen das Proletariat und die proletarische Klasse gerichtet seien: dann wird die Kommunistische Partei zerbrochen am Boden liegen, und man wird unter viel schwereren Umständen beginnen müssen, das aufzubauen, was jetzt noch steht.

Von dem Schaden, der uns für den Augenblick zugefügt worden ist, will ich nur eines noch erwähnen. Nicht nur haben wir die günstige Situation verscherzt, daß wir für die kommende außenpolitische Krise und für die daraus folgenden Auseinandersetzungen der Bourgeoisie nach innen und außen (Besetzung weiterer Gebiete durch die Entente,[11] steigende Arbeitslosigkeit, Schließung der Betriebe, Stocken der Ausfuhr, neue Steuern, Abbau der Löhne etc. etc.) in einem außerordentlich gespannten Verhältnis zum Proletariat stehen und nicht mehr das Vertrauen der proletarischen Klasse genießen: darüber hinaus haben wir der Bourgeoisie geradezu das geliefert, was sie brauchte, um ihre schwierige Lage sich zu erleichtern. [...]

Indem ich so die Lage der Kommunistischen Partei für nicht nur schwierig, sondern unter Umständen für verhängnisvoll halte, und indem ich eine Lebensgefahr für die Partei sehe, wende ich mich an Sie persönlich, von dem ich nicht weiß, inwieweit Sie mit Einzelheiten der Politik der Kommunistischen Internationale vertraut sind, mit der Bitte, Ihrerseits die Situation zu überlegen und eventuell entsprechend zu handeln. Ich persönlich denke nicht daran, mich dieser Politik der Kommunistischen Internationale in Deutschland entgegenzustellen. [...]

---

11 Bereits seit 1918 hatten entsprechend den Bestimmungen des Versailler Vertrags französische und belgische Truppen große Teile des Rheinlands links und rechts des Rheins und der Eifelregion besetzt.

Ich werde auch jetzt nicht weiter gehen als etwa eine Broschüre zu schreiben,[12] in der ich meine Auffassung darlege, aber weder bei den in Betracht kommenden Instanzen in Deutschland noch der Exekutive Vorstellungen erheben. Die Genossen, die die Verantwortung tragen, sollen sich durch mich nicht gehemmt fühlen. Aber ich möchte in diesen Tagen und Wochen, die für die deutsche Partei entscheidend sein werden, auch nichts unterlassen haben, und das ist der Grund, weswegen ich mich an Sie wende und Sie bitte, ev. falls Sie meinen Erwägungen zustimmen, auch nur teilweise, das Ihnen geeignet Erscheinende zu unternehmen.[13]

Mit kommunistischem Gruß!

Dok. 36

Das Osterfest benachteiligt den Aufstand: Aus der Fortsetzung des Berichts von Béla Kun

Berlin, 28.[3.]1921

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau 495/293/15, 14. Erstveröffentlichung.

Berlin am 28.3.1921

Lieber Genosse!
Ich weiss, wie stark Sie in Anspruch genommen sind, so setze ich meinen letzten Brief nur in Schlagworten fort.

Die Aktion geht weiter vor sich. Sie ist schwer von Statten gegangen, die Osternfeiertage haben ihre Entwicklung benachteiligt, wir hoffen aber, dass sie sich bis Donnerstag entwickeln wird. Beiliegend eine flüchtig entworfene Meldung, die sie auf dem Plane verfolgen können. *Die K.A.P. arbeitet mit uns zusammen, sie macht aber viele Dummheiten;* ich habe beigefügten Brief an Goldstein gerichtet.[14] [...]

Die internationale Beratung hat gar keine Bedeutung. Ich habe zwar die Vorschläge vorbereitet, war aber auf der Conferenz selbst nicht anwesend. Von der Conferenz und von ihren Beschlüssen *referiert Stöcker, Brandler sendet Ihnen Bericht über den Stand der Aktion.*

12 Siehe die aufsehenerregende Broschüre: Paul Levi: Unser Weg. Wider den Putschismus, Berlin, A. Seehof, 1921; eine 2. Aufl. erschien im gleichen Jahr mit einem neuem Vorwort und dem Text „Die Lehren eines Putschversuchs“ von Karl Radek als Anhang.

13 Lenin antwortete Clara Zetkin und Paul Levi in einem bemerkenswert verständnisvollen Brief am 16.4.1921. (siehe: Dok XXX).

14 Der Brief ist nicht gleichzeitig überliefert. Arthur Goldstein gehörte als Rätekommunist der „Essener Richtung“ der KAPD an, während Max Hoelz und Karl Plättner als „Sozialrebellen“ bewaffnete kommunistische Gruppen anführten.

Ich sende Ihnen Lewys [d.i. Paul Levi] Erklärung ein.[15] Der ganze rechte Flügel hat sich zurückgezogen und sabotiert und harrt auf die erste Gelegenheit um uns zu überrumpeln. Wenn eine Niederlage sich zeigt, werden wir den Angriff gegen sie beginnen, wenn der Sieg käme, dann wären sie ja tot.

Dok. 37

„Tritt die Orgesch in den Kampf, so gehen sie sofort mit uns": Die Märzaktion und die „Levi-Gruppe" aus der Sicht Béla Kuns

[Berlin], 29.3.1921

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/293,15, 15–18. Erstveröffentlichung.

29. März 1921.

Die Erklärung schicke ich noch heute telegraphisch an Sie. Vorläufig ist sie noch nicht erschienen. Ich habe den August [Thalheimer] gebeten, dass [er] die Erklärung mit folgender kurzer Anmerkung publizieren soll:

„Der Umstand, dass Levi in der Zeit der Aktion der V.K.P.D. seine Erklärung durch *die Rosta in Wien*[16] publiziert, enthebt uns von der Pflicht, uns jetzt mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen, als die deutsche Arbeiterschaft hier in Deutschland im Feuer steht."

Ich betone noch einmal, dass gegen Levi der Kampf nur auf deutschem Boden ausgekämpft werden kann. Schicken Sie aber auf die Erklärung sofort telegraphisch eine Antwort.

Beiliegend ein Situationsbericht nur über die örtlichen Kampfhandlungen und Streikbewegungen. Der Kampf war auch wegen der inneren Verhältnisse der Partei nötig. Die Ereignisse zeigen die Richtigkeit unserer Schätzung der Partei. Karl [Radek] hat vollkommen Recht gehabt in seinem Bericht, und auch Guralski, ausgenommen die Beurteilung des „Offenen Briefes".[17] Jetzt kann ich dasselbe auch aus organisa-

---

15 Zur Erklärung Levis gegen die „Märzaktion" siehe das folgende Dokument.

16 Die Erklärung Levis konnte nicht eruiert werden, schließlich führte jedoch die Veröffentlichung von Levis Broschüre „Wider den Putschismus", die am 12.4.1921 erfolgte, zu seinem Parteiausschluss am 15.4.1921. Siehe: Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde, S. 341f. Die Auseinandersetzungen sind im Bestand RY 1/I 2/3/61 des Bundesarchivs breit dokumentiert.

17 Offener Brief an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (…), *Die Rote Fahne*, 8.1.1921; abgedruckt in: Hermann Weber: Der deutsche Kommunismus, S. 168–170. Der ebenfalls an die SPD, die USPD und die KAPD gerichtete „Offene Brief" der Zentrale der KPD war eine erste Manifestation der Einheitsfrontpolitik, er forderte im Rahmen eines Minimalprogramms den gemeinsamen Kampf gegen die Auswirkungen des Kapitalismus, für die Erhöhung von Löhnen, Renten und Arbeitslosenbezüge, die Entwaffnung und Auflösung aller bürgerlichen Selbstschutzorganisationen, die Bildung proletarischer Selbstschutzorganisationen sowie die „sofortige Aufnahme der Handels- und diplo-

torischen Gesichtspunkten konstatieren. Ueber die Parteifunktionäre hat das Gefühl des Selbstvertrauens seine Margarine ausgegossen, und nach der Vereinigung, – die nicht durch eine Aktion erkämpft –, sondern auf diplomatischem Wege erklügelt war, – begann die Selbstzufriedenheit der fetten Menschen bei ihnen sich zu äussern.

„Unsere Propaganda ist gelungen! Wir sind eine gewaltige einheitliche Partei!" Und ein Teil der Funktionäre begann sich schon einzurichten so, wie es in der alten S.P.D. üblich war.

Diese Leute haben ein Glück darin gehabt, dass die Gegensätze auf einem neutralen Boden ihr Haupt erhoben: in der italienischen Frage, für die die Massen der Partei nur ein sehr geringes Interesse haben. Der Auseinanderfall der Partei ist auch so begonnen. Die einzelnen Fraktionen haben hintereinander ihr Haupt erhoben. Es stand gegen eine ziemlich einheitliche Rechte ein Zentrum und eine Linke, die aus einer ganzen Reihe einander ohne Vertrauen gegenüberstehenden Fraktionen bestanden. Einer solchen Gesellschaft ist es freilich kaum möglich, in eine erfolgreiche Offensive gegen Levi vorzugehen. Organisation besass die Partei nicht, die Agitation war nicht revolutionär, *die parlamentarische Fraktion pfeifte auf die Zentrale,* die Redaktion revoltierte gegen August [Thalheimer], wenn er einen revolutionären Ton anstimmen wollte, die *Parteikorrespondenz machte eine eigene Politik gegen die Zentrale*. Illegale Organisation besitzt die Partei *nicht*, und die Legalität kann sie nicht ausnützen – mit einem Worte ist sie das Muster davon, wie eine kommunistische Partei nicht aussehen soll.

Ueber die Aktion beiliegend ein Situationsbericht. Ueber die Perspektiven folgendes:

Die Mentalität der Arbeiterschaft ist in die Richtung des Kampfes und der Notwendig der Bewaffnung eingestellt. Es sind Verfügungen getroffen worden, dass die Aktionen vorläufig wenigstens bezirksweise einheitlich zusammengefasst werden.

Bis Donnerstag werden etwa 1 ½ Millionen Arbeiter auf den Beinen sein, und dann wird es sich entscheiden, ob *die Orgesch dazwischen tritt, oder nicht*. In Bayern machen die Mehrheitlicher[18] und die U.S.P.D. eine ganz eigene und besondere Politik: tritt die Orgesch in den Kampf, so gehen sie sofort mit uns.

Das unvermeidlich notwendige Hindrängen der U.S.P.D. zur Gegenrevolution gibt uns Hoffnungen, dass wir ihre Massen mit uns reissen können. Die S.P.D. Masse ist einstweilen ein grosses Fragezeichen, ein grosser Teil von ihr ist aber neutral.

---

matischen Beziehungen zu Sowjetrußland". Am 21.2.1921 verwarf das kleine Büro der Exekutive der Komintern die gerade erstmals zaghaft erprobte Einheitsfrontpolitik erneut als opportunistisch und instruierte die nach Deutschland zu entsendenden Emissäre, eine offensivere Linie durchzusetzen (siehe: Arnold Reisberg: An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland 1921–1922. Ein Beitrag zur Erforschung der Hilfe W. I. Lenins und der Komintern für die KPD, 2 Bde., Berlin, Das Europäische Buch, 1971, S. 54ff.; Broué: Révolution en Allemagne, S. 580ff.; Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde, S. 93ff)

18 „Mehrheitlicher": Gemeint sind die Mehrheitssozialdemokraten.

Wir können den Kampf nicht bis ins Aeusserste treiben, aber wenn uns nur eine Steigerungsmöglichkeit vorhanden bleibt, und die bevorstehende Bergarbeiterbewegung gibt dazu die Hoffnungen, *so müssen wir die Regierung unbedingt stürzen*. Ob uns das gelingen wird, das weiss ich freilich nicht, aber ich hoffe mit Grund, *dass es gelingen wird*.

Die bisherigen Resultate sind folgende:

1) Das Hineindringen der Levi-Gruppe in eine stille aber offensichtliche Sabotage, und die Befreiung dieser Partei von dieser Hemmung.
2) Das allmähliche Sich-Zusammen-Schmieden des linken Flügels mit dem Zentrum und eine einheitliche Front gegenüber der Levi-Gruppe.
3) Das offene Sich-Bekennen der U.S.P.D.
4) Das vorläufige Unschädlichmachen der K.A.P.D.

[...] James [d.i. Jakov Rejch] arbeitet grossartig, er hat aber kein Geld. *Kopp sabotiert alles*. Ich kann nicht mit Worten diese Schweinereien qualifizieren.[19]

Meine feste Ueberzeugung ist, dass ein paar führende Leute und ein Kadre guter Parteifunktionäre nach dem Westen entsandt werden müssen. Auf dem dritten Kongress wird unsere Richtung ganz sicher eine entscheidende Mehrheit haben, aber es hilft nicht unserer „Matuschka".[20] Nach Beurteilung der Lage ist diese Hilfe sehr dringend notwendig.

Ich habe die Absicht, vorläufig hier zu bleiben, und in zwei Wochen, wenn es die Verhältnisse und Ereignisse in Deutschland erlauben, auf eine Woche in die Tschecho-Slowakei zugehen.

Mit den deutschen Genossen lebe ich in bester Freundschaft. Wir arbeiten in bestem Einvernehmen. Die Form des Zusammenarbeitens ist absolut nicht die Form des Diktats, sondern der Zustimmung als Notwendigkeit aller gemeinsamen Beratungen und Beschlüsse.

Schreiben Sie mir und beantworten Sie mir meine Telegramme.

Mit der alten Hochschätzung und Freundschaft
Ihr [sign.:]: Spanier [d.i. Béla Kun]

19 Gemeint ist Victor Kopp, der Botschafter der Sowjetunion in Berlin.
20 „Matuschka": Von russ. *matuška* („Mütterchen"), gebräuchlich sowohl als ehrfürchtige Anrede (bspw. für die Frau eines orthodoxen Priesters), als auch als allegorische Figur „Mütterchen Russland". Kun meint hier, dass die Verschickung von Funktionären zur Untergrundarbeit in den Westen für das Wohl Sowjetrusslands nützlicher sei als die Erlangung der Mehrheit auf dem 3. Weltkongress durch die Verfechter der Offensivtheorie. Siehe zur Motivation Béla Kuns auch seinen Brief an Lenin vom 6.5.1921, Dok. 43.

Dok. 38

Konflikte zwischen der Komintern und der russischen Vertretung in Berlin: Bericht Béla Kuns

Berlin, 3.4.1921

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau 495/293/15, 24–25. Erstveröffentlichung.

Berlin am 3. April 1921.

Werte Genossen!
Ich kann wieder nur flüchtig schreiben, da ich die Nachricht über die Abreise des Kuriers wieder zu spät erhielt. Zwischen James [d.i. Jakov Rejch] und Kopp ist irgend ein Konflikt ausgebrochen, in welchem wohl der erstere Recht haben wird. Auf das von Kopp eingeführte System ist folgendes charakteristisch:

1./ Abramovics („Albrecht") [d.i. Aleksandr E. Abramovič] steht im Dienste der Mission.[21] Damit die Sache nicht auffällt, erhält er die Arbeit von irgendeiner wissenschaftlich-technischen Commission und erledigt sie auf seiner Wohnung.
2./ James erhält kaum irgendwelche Litteratur, hingegen ist Spektator[22] und sind alle Menschevikis mit Zeitungen und Litteratur sehr gut versehen.
3./ Die Seehof'sche Buchhandlung[23] erhält mehr Litteratur aus Russland, als die Vertretung des K.I.

Ich betone: solange man bei der Mission keine Ordnung schafft, wird man nicht erfolgreich arbeiten können.

Beiliegend eine Meldung von der deutschen Bewegung in 3 Exemplaren mit verschiedenen Beilagen, die eine ist für Sie bestimmt, die zweite für Grigori [Sinowjew], die dritte für Karl [Radek]. […][24]

Mit kommunistischem Gruss
[sign.]: Spanier [d.i. Béla Kun]

21 Gemeint ist die sowjetrussische Botschaft in Berlin. Aleksandr Emel'janovič Abramovič (geb. 1888, Ps. Zalewsky, Albrecht, Dr. Lewitzki, Grigorieff, Mariewitch, Alexandre) war einer der ersten Instrukteure der Komintern in Westeuropa und Leiter des Westeuropäischen Sekretariats der Komintern.

22 Spectator (Ps.), d.i. H.I. Nachimson.

23 Arthur Seehof, Journalist und Schriftsteller, leitete einen Verlag und die Buchhandlung „Der Kommunist" in Berlin, später schrieb er u.a. in *Die Weltbühne* und *Die Sozialistische Warte*.

24 Die Anlagen sind in der Archivmappe nicht enthalten. Ein von Botschafter Kopp an Čičerin am Kabel weitergeleiteter Kurzbericht von Béla Kun vom 29.3.1921 (Weiterleitung am 5.4.1921) über die Ereignisse in Deutschland lautete folgendermaßen: „Aus Berlin, 5/4/21. Nr. 1127/3. Tschitscherin, Moskau, Sinowiew. Kopie an Radek und [Do?]lecki. Bewegung entwickelt sich. Vorlaeufig ………(kuehle beu[r]teilung). Aktion geht nicht aufs ganze, aber ernste Kraftprobe [Unabhaen]gige ….[Fu]ehrer vollkommen in die Konterrevolution gedraengt. Orgesch nicht vorlaeufig in Aktivitaet getreten. Lage am Donnerstag uebersichtlich. Weitere Meldungen folgen. Spanier. 29. Maerz 1921." (RGASPI, Moskau 495/293/19, 16).



Am 16.4.1921 erfolgte ein Beschluss des sowjetischen Politbüros über „den Vorschlag des Gen. Kopp“. Das Politbüro legte den Text einer Instruktion an Kopp fest, wonach er in Einvernehmen mit Stomonjakov handeln und keine Entscheidung ohne Absprache mit Moskau treffen solle. Offenbar ging es um die Schaffung der Russisch-Deutschen Transportgesellschaft am 13.5.1921.[25]

Dok. 40

Gegen die „dumme Taktik“ des Vertreters der Komintern und den Austritt Levis aus der Zentrale: Brief Lenins an Clara Zetkin und Paul Levi

[Moskau], 16.4.1921

Typoskript, deutsch. „Abschrift von Abschrift“, Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung, Nachlaß Paul Levi, II, Korrespondenz allgemeine, Mappe Nr. 43. Abschrift. Publ. u.a. in: Anita Ament Jones: Paul Levi and the Comintern. A Postscript. In: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*. Jg. XI (1975), 4, S. 443. Mit unterschiedlicher Anrede und leichten Varianten publ. in: Lenin: Briefe, VII, S. 150–151.[26] Erstmals publiziert in: *Probleme des Friedens und des Sozialismus* (1958), Nr. 2, S. 12–13.

Lenin 16.4.21

Genossin Zetkin und Genossen [Levi],[27]

Liebe Freunde!

Besten Dank für Ihre Briefe. Ich war leider letzte Woche so beschäftigt und übermüdet, dass ich fast absolut nichts aus der deutschen Presse habe lesen können. Nur den offenen Brief gesehen und für *ganz richtige* Taktik gehalten (die gegenteilige Meinung unserer „Linken“, die gegen diesen Brief waren, habe ich getadelt).[28] Was die letzten Streiks- und Aufstandsbewegungen in Deutschland betrifft, habe absolut nichts gelesen. Dass ein Vertreter der Exekutive dumme Taktik vertrat, zu „linke“, sofortige Aktion, „um den Russen zu helfen“, das glaube ich gerne: Dieser Vertreter ist oft zu links. Sie müssen meines Erachtens in solchen Fällen nicht nachgeben, sondern protestieren und die Frage sofort offiziell vor das Plenum des Exekutivkomitees bringen.

In bezug auf Serrati halte ich Ihre Taktik für einen Fehler. Irgendwelche Verteidigung oder sogar Halbverteidigung von Serrati war ein Fehler.[29] Aber Austritt aus

25 APRF, Moskau, 03/64/644, 17. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 16.

26 „Meine Antwort an Levi und Zetkin 16.4.1921“; „Im Archiv aufzubewahren. Noch 2–3 *Abschriften* machen.“, „*Zurückgeben*.“, „Erhalten am 17.V.1921“ (Lenin: Briefe, Bd. 7, November 1920-Juni 1921, S. 150.

27 In der Lenin-Briefausgabe: „Genossen Zetkin und Levi“.

28 Gemeint sind Sinowjew, Bucharin und natürlich Béla Kun, sowie der Offene Brief der Zentrale der KPD vom 8.1.1921, siehe Dok. 37.

29 Als KPD-Vertreter auf dem Kongress der Sozialistischen Partei Italiens in Livorno (21.1.1921) hatte Levi das Konzept Serratis verteidigt, wonach ähnlich wie in der USPD dank einer Mehrheit der SPI die

der Zentrale!!?? Das jedenfalls der größte Fehler! Wenn wir solche Gepflogenheiten dulden werden, dass verantwortliche Mitglieder der Zentrale austreten, wenn sie in der Minderheit geblieben sind, dann wird die Entwicklung und Gesundung der Kommunistischen Parteien niemals glatt gehen. Statt auszutreten – die strittige Fragen mehrere Male besser *mit* der Exekutive ventilieren. Jetzt will Gen. Levi eine Broschüre schreiben – d.h. Vertiefen den Gegensatz! Wozu das alles?? Das ist nach meiner Überzeugung ein grosser Fehler.[30]

Warum nicht abwarten? Am 1. VI Kongress hier.[31] Warum nicht eine private Besprechung hier *vor* dem Kongress? Ohne öffentliche Polemik, ohne Austritte, ohne Broschüren über die Differenzen. Wir haben so wenig erprobte Kräfte, dass ich wirklich empört bin, dass Genossen Austritt erklären usw. Alles Mögliche und etwas Unmögliches dazu tun – aber, es koste, was es wolle, Austritt vermeiden und Gegensätze nicht verschärfen.

Unsere Lage war im Februar und März schwierig. Bauernland. Bauernwirtschaft – enorme Mehrheit der Bevölkerung. Schwankt. Ruiniert, unzufrieden. Aber zu pessimistisch dürfen wir nicht sein. Wir haben rechtzeitig Konzessionen gemacht. Und ich bin sicher, dass wir siegen werden.

Beste Grüsse und beste Wünsche
Ihr Lenin

Kommunistische Partei als Massenpartei gegründet werden sollte. Vor allem auf Druck Radeks wurde diese ursprünglich auch von der Komintern vertretene Linie geändert im Sinne der auf dem Parteitag unter Druck der EKKI-Delegation vollzogenen Spaltung. Die Gründung der KP Italiens erfolgte somit gegen die „Maximalisten" in der SPI, maßgeblich durch die Linke um Bombacci und Bordiga.

30 Am 12.4.1921 hatte Paul Levi seine Broschüre „Unser Weg" veröffentlicht, am 15.4.1921 wurde er aus der Partei ausgeschlossen.

31 Die Rede ist vom III. Weltkongress der Komintern in Moskau, der jedoch verschoben wurde und erst Ende Juni begann (22.6.–12.7.1921).

Dok. 41

Kabeltelegramm des „Turkestaners" der Komintern aus Berlin zur Denunziation Paul Levis als Verleumder und Verräter

Berlin, 18.4.1921

Typoskript in deutscher Sprache, mit russischen Weiterleitungsvermerken. RGASPI, Moskau 495/29/19, 21. Erstveröffentlichung.

Aus *Berlin*. Nr. 2540/S.

Tschitscherin, Moskau.
Fors. Nr. 243. Er hat nicht mitgekaempft, sondern waehrend des Kampfes eine Broschüre geschrieben gegen den Kampf. Er verleumdete die Kaempfer und fiel ihnen sofort nach Abbruch des Kampfes in den Rücken. Paul Levi hat damit nicht nur gegen die revolutionaere Disziplin verstossen, er hat noch nicht einmal die politische Verantwortung eines einfachen Soldaten der Revolution geschweige denn die eines Führers bewiesen weshalb auf seinen Ausschluss aus der Partei erkannt werden müsste. Mit diesem Ausschluss Paul Levi wird nicht das Recht der Parteikritik unterbunden. Spaltung oder bedeutende Absplitterung ausgeschlossen.[32] Bestaetigt endlich Empfang meiner Telegramme. Koennen sofort kommen. Spanier [d.i. Béla Kun].

18. April 1921 *Kopp*.



Am 28.4.1921 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands eine Reihe von Versorgungsmaßnahmen und personellen Umstrukturierungen, um den III. Weltkongress der Komintern (22.6.–12.7.1921) trotz des Bürgerkriegs und der desolaten wirtschaftlichen Lage in Russland stattfinden zu lassen.[33] Auch am 31.5. und 6.6.1921 ging es im Politbüro um den Kongress.[34]

32 Andere wichtige KPD-Führer wie Ernst Däumig, Otto Brass, Kurt Geyer und Adolph Hoffmann, erklärten sich mit Levi solidarisch und verließen die Partei. Gegen die in der KPD nun geltende „Offensivtheorie" gründete die Gruppe um Paul Levi am 20.11.1921 die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG), die sich 1922 der USPD anschloss. Nach der Abspaltung der KAPD 1920 war dies der zweite massive Abgang wichtiger Funktionsträger aus der KPD (siehe hierzu den Text von Hermann Weber in diesem Band).

33 RGASPI, Moskau, 17/3/156, 3–4. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 73–74.

34 Ibid., S. 77, 79–80.

Dok. 42

Thesen des Politbüros des ZK RKP(b) zur Abgrenzung der Tätigkeit der Komintern und der außenpolitischen Organe der Sowjetunion

Moskau, vor dem 4.5.1921

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 17/3/158, 6–7, Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 75–76; Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 264–266.

1. Die Benutzung des Apparats des Kominotdel[35] zur Erfüllung von Parteiaufgaben der Komintern muss unter Beachtung aller Regeln der strengsten Konspiration sowie der Interessen für eine vollständige Erhaltung des Apparats des Kominotdel geschehen.[36]
2. Bei der Benutzung von diplomatischen Kurieren ist es notwendig, das mit dem entsprechenden Land vereinbarte Maximalgewicht für unantastbare diplomatische Post im Auge zu behalten, und sie deswegen ausschließlich zur Übermittelung brieflicher Mitteilungen und leichtern Päckchen zu nutzen.[37]

Anmerkung: Beim Versenden geheimer Post ist es notwendig, strengste Sparsamkeit im Gewicht zu üben – auf Zigarettenpapier zu schreiben, Couverts aus dünnem Papier zu haben, die Verwendung mehrerer Lacksiegel zu vermeiden und so weiter.

3. Zum Zweck der Kontrolle über die ausländischen Ein- und Ausgänge ist der Abteilung für äußere Verbindung des NKID[38] das Recht zu gewähren, alle ein- und ausgehenden Pakete zu öffnen, mit Ausnahme derer, die an Mitglieder des ZK der RKP(b), Kollegiumsmitglieder des NKID sowie Volkskommissare persönlich adressiert sind oder von ihnen ausgehen.

---

35 „Kominotdel“: Hier und im Weiteren ist vermutlich das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten gemeint. Nicht zuletzt die hier ausgeführten Schwierigkeiten dürften zur Gründung eines eigenständigen internationalen Verbindungsapparates der Komintern geführt haben, der Internationalen Verbindungsabteilung (OMS).

36 Auf der ersten Seite des Dokuments Stempel: „Prot[okoll] P[olit-]B[üro] Nr. 21 P[unkt] 8“, sowie ein handschriftlicher Vermerk: „4. V. 21“. Das Dokument wurde auf der Politbüro-Sitzung vom 4.5.1921 besprochen (Protokoll Nr. 21, Punkt 8). Dort trägt das Dokument den Titel „Entwurf der Beziehungen des Narkomindel zu den diplomatischen Kurieren“ (RGASPI, Moskau, 17/3/158, 1–2).

37 Eine Vereinbarung zwischen der RSFSR und Deutschland vom 18.2.1921 beschränkte das Gepäck der diplomatischen Kuriere auf 15 kg. Dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes war jedoch selbst diese Beschränkung nicht ausreichend – die Diplomatenpost der RSFSR enthalte „nichts anderes [...] als Agitationsmaterial für die Weltrevolution, da Rußland nichts anderes für den Export finden wird.“ (siehe: MID SSSR (Hrsg.): Sovetsko-germanskie otnošenija. Ot peregovorov v Brest-Litovske do podpisanija Rapall’skogo dogovora, Moskva, Izd. Pol. Lit., 1971, II, S. 298 u. 305).

38 NKID: *Narodnyj kommissariat Inostrannych Del* (Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten).

4. Alle Komintern-Aufträge an diplomatische Kuriere sind nur über Gen. Pjatnitzki und Vil'kovyskij zu erledigen, denen eine persönliche Verantwortung für die Erhaltung der Konspiration obliegt. Komintern-Aufträge für diplomatische Kuriere vom Ausland aus werden mit Wissen und Einverständnis des bevollmächtigten Vertreters der RSFSR vergeben. Letztere werden beauftragt, den Komintern-Vertretern im Ausland unter Beibehaltung der nötigen Konspiration jede Hilfe zu gewähren. Die Kuriersendungen der Komintern-Vertreter müssen unbedingt über den Apparat der Vertretung übergeben werden.
5. Post, Drucksachen und Sendungen anderer Art, die von der Komintern über den Apparat des Kominotdel ins Ausland verschickt werden, dürfen ausschließlich durch Agenten der Komintern an die Adressaten ausgehändigt werden, die sie wiederum von den bevollmächtigten Vertretern erhalten, an welche sie offiziell adressiert sind. Jede andere Art der Übergabe, sei es unmittelbar von diplomatischen Kurieren an die Adressaten, sei es wiederum unmittelbar durch die bevollmächtigten Vertreter an die Adressaten, werden als vollkommen unzulässig angesehen.
6. Wege zur Überweisung von Geldsummen ins Ausland für Zwecke der Komintern über die bevollmächtigten Vertreter der RSFSR müssen, den Arbeitsbedingungen in jedem einzelnen Land entsprechend, im Einvernehmen zwischen der Komintern und dem Kominotdel gestaltet werden.
7. Die Agenten der Komintern haben in besonders dringenden Fällen das Recht, chiffrierte Telegramme über die bevollmächtigten Vertretungen der RSFSR zu verschicken, doch unter der Bedingung, dass der Text dieser Telegramme zur Verschlüsselung mit dem Narkomindel-Chiffre dem bevollmächtigten Vertreter offen mitgeteilt wird.
8. Die Entsendung verantwortlicher Agenten der Komintern als Amts- und Dienstpersonen in einzelne Länder erfolgt mit dem Einverständnis des Narkomindel.
9. In der Regel sehen die bevollmächtigten Vertreter jede nach Russland gerichtete Korrespondenz durch, mit Ausnahme von Briefen, die von Personen ausgehen, deren Liste für jedes einzelne Land vom ZK der RKP erstellt wird.

Beglaubigt: S. Cholina

Dok. 43

Persönlicher Brief des „Spaniers“ (d.i. Béla Kun) an Lenin über die gescheiterte Märzaktion in Deutschland

[Wien], 6.5.1921

Typoskript in deutscher Sprache, RGASPI, Moskau, 2/1/18730, 1–3. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 267–269.

Sehr, sehr geehrter Genosse Wladimir Jlijtsch[39] [Lenin]!

Ich wollte Sie nicht stören mit meinem Berichte.[40] Ich glaube, dass Sie über die deutschen Ereignisse durch Karl [Radek],[41] wenn auch mittelbar, informiert sind. Erlauben Sie mir jedoch, dass ich mich mit einer scheinbar persönlichen Angelegenheit an Sie wende.

In dem Kreise der deutschen Parteibürokraten zirkulieren jetzt solche Gerüchte, als ob Sie gegen die Taktik der deutschen Zentrale und für Levi-Zetkin sich erklärt hätten.[42] Nach diesen Gerüchten sollen Sie weiter eine Erklärung gemacht haben, dass ich von der deutschen Partei eine Solidarisierungsaktion gefordert hätte. Diese Gerüchte besagen ferner, dass der Grund dieser Erklärungen ein Brief des Paul Levi und der Clara Zetkin wäre, laut welchem ich gesagt habe: Sowjet-Russland braucht Hilfe, also los mit der Aktion. Dank der zwei grössten Hysteriker[43] Levi und Zetkin sind in der deutschen Partei jetzt so viele Lügen verbreitet, dass niemand kontrollieren kann, ob etwas wahres daran ist oder alles unwahr ist. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie, sehr geehrter Genosse, auf Grund der Informationen eines solchen gemeingefährlichen[44] Führers, wie es der Levi ist, solche Erklärungen gegen mich tun könnten, ohne mich vorher zu fragen. Das Desavouiert-Werden ist auf alle Fälle kein Vergnügen für mich, aber ich bin ein solcher Revolutionär, dass ich im Interesse der Revolution auch dieses ertragen kann. Ich bestreite aber, dass mein Desavouiert-Werden in diesem Falle für die Revolution von Vorteil ist. Erstens deshalb, weil ich dem

39 So im Original. Richtig: Il’jitsch.

40 Seinen Bericht übergab Béla Kun vermutlich dem VKPD-Delegierten des III. Weltkongresses der Komintern, Paul Frölich (Ps. Wilhelm Fröhlich), der vor Kun in Russland ankam. Frölichs Brief an Lenin gleichen Datums wurde als eine Art Fortsetzung des Kun-Briefes verfasst, und auch an den Kun-Brief anknüpfend paginiert (RGASPI, Moskau, 2/1/18730, 4–11). Frölich bestätigte weitgehend die Angaben Kuns. Lenin las beide Briefe am 16. Mai 1921 (V. I. Lenin: Biochronika. X, Moskva, 1979, S. 420–421).

41 Karl Radek hielt sich allerdings während der Märzereignisse nicht in Deutschland auf.

42 Der Inhalt der Antwort Lenins an Clara Zetkin und Paul Levi vom 16. April 1921 (siehe Dok. 40) auf deren Brief vom 29. März 1921 verbreitete sich schnell in Deutschland. Lenin hatte hierin dem Vertreter des Exekutivkomitees der Komintern eine „dumme Taktik“ unterstellt, die mit dem Argument, „den Russen zu helfen“ legitimiert worden sei, und eine Diskussion unmittelbar und offiziell auf dem Plenum des Exekutivbüros gefordert.

43 „Hysteriker“ von Lenin dreifach unterstrichen.

44 „Gemeingefährlichen“ von Lenin dreifach unterstrichen.

Levi folgendes gesagt habe: Sowjet-Russland ist in einer sehr grossen Gefahr. Habt keine Hoffnungen, darauf, dass Russland jahrzehntelang isoliert leben kann. Zwei Jahr kann Sowjet-Russland vielleicht noch aushalten, ohne tatsächliche Hilfe des west-europäischen Proletariats. Ihr wisst ganz gut, was für ein Faktor Sowjet-Russland für die Welt-Revolution ist, und ferner, was der Fall dieses Sowjet-Staates bedeutet. Wenn Ihr daran denkt, dass Sowjet-Russland in zwei Jahren ohne die Hilfe der Weltrevolution fallen wird, dann müsst Ihr Eure Taktik so einstellen, dass die Front der Konterrevolution durchbrochen wird. Wartet nicht in einer defensiven Stellung, bis die Bourgeoisie mit der Restauration des Kapitalismus das Proletariat erwürgen wird.

Dieses habe ich auch der Clara Zetkin gesagt. Ihr schilderte ich die Zustände in Russland viel mehr, aufrichtiger als dem Levi, eben weil sie – ich muss gestehen, dass ich geirrt habe – von mir als viel revolutionärer wie der Levi gehalten wurde. Wenn diese meine Erklärungen eine Dummheit bedeuten, dann werde ich die Verantwortung vor aller Welt tragen. Es ist aber meine feste Ueberzeugung, dass dies nicht nötig sein wird. Ich will nicht, dass Sie mir ohne weiteres alles glauben sollen, doch muss ich Sie bitten, mir ein wenig mehr Glauben zu schenken als dem Herrn Levi und der Frau Zetkin.[45] Wenn Sie der deutschen Parteigeschichte aufmerksam folgen könnten, dann wüssten Sie, dass Levi im Serrati-Fall wie auch anlässlich der Heidelberger Konferenz[46] seine Schweinereien und Dummheiten mit Radeks Namen decken wollte, obschon Radek in beiden Fällen gegen die Auffassung Levis Stellung genommen hat. Dies verhinderte ihn nicht, ganz gemein zu lügen, dass Radek seinen Standpunkt a postori geändert hatte. [W]as die Behauptung der alten Genossin Zetkin [angeht], so will ich darauf nur folgendes bemerken: die alte Frau leidet an „Dementia seniles"[47] und ist ein lebender Beweis, dass der Lofargne [Lafargue] mit seiner Frau vollständig richtig gehandelt hat.[48] Sie ist vollkommen in den Händen Levis, und meine ganze Sentimentalität den alten Kämpfern gegenüber kann mich nicht hindern, auch jede solcher Behauptungen von Zetkin, nach welcher ich eine Solidaritäts-Aktion von der deutschen Partei forderte, als eine ebenso gemeine Lüge[49] zu qualifizieren.

Ich kenne sehr gut die Fehler der deutschen März-Aktion. Ich sage nicht, dass wir ohne alle Fehler gehandelt haben. Wir haben aber jedenfalls ehrlich revolutionär[50] gehandelt, und die sich auf Ihre Erklärung gegen mich berufen, Levi und Zetkin,

45 Die Passage „mir … Zetkin" ist von Lenin unterstrichen, mit drei Linien am Rand hervorgehoben und mit der Anmerkung „So!" versehen.

46 Gemeint ist der 2. Parteitag der KPD im Raum Heidelberg/Mannheim (20.–23.10.1919), der u.a. gegen die „Linke", die Leitsätze zur revolutionären Taktik verabschiedete. Die Ultralinke, die u.a. von der Wiederaufrichtung des Bonzentums sprach, verließ daraufhin die Partei oder wurde ausgeschlossen.

47 Richtig: „dementia senilis" (lat.): Altersdemenz.

48 Paul Lafargue und seine Frau Laura, die Tochter von Karl Marx, hatten beschlossen, aus dem Leben zu scheiden, bevor das Alter ihre Energien paralysieren würde. Sie begingen 1911 gemeinsam Selbstmord.

49 „Gemeine Lüge" von Lenin mehrfach unterstrichen.

50 „Ehrlich revolutionär" von Lenin mehrfach unterstrichen.

haben die Aktion auf konterrevolutionäre Art sabotiert. Dieser Umstand festigt mich in der Hoffnung, dass Sie diese Erklärung an Levi und Zetkin nicht getan haben, und dass diese sämtlichen Erklärungen nur einige von den ganzen Lügen Levis sind.

Ich glaube, schon in der nächsten Zeit die Möglichkeit zu haben, mündlich mit Ihnen darüber zu sprechen. Es ist schon ganz sicher, dass die März-Aktion politisch und organisatorisch grosse Erfolge gebracht hat und noch mehr bringen wird.[51]

Ich bitte Sie aber auch, bis zu meinem mündlichen Bericht diesen Lügen keinen Glauben zu schenken, und bis zur Fertigstellung des ganzen Materials kein endgiltiges Urteil zu fällen.

Mit komm[unistischem] Gruss
Ihr treuer Anhänger:
[Sign.] Spanier[52]

6. V.1921

Dok. 44

Über die Ankunft Elena Stasovas als russische Komintern-Emissärin in Deutschland

[Berlin], 10.5.1921

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau 495/293/15, 57. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 267–269.

Lieber Wilhelm [Pieck]!
Die Genossin Extaso [d.i. Elena Stasova] ist eingetroffen aus Sowdepia [d.i. die Sowjetunion] und wird Sie heute aufsuchen. Sie ist eine der erfahrensten Organisatoren der R.K.P. und hat fast 20 Jahre lang das Sekretariat und die illegale Organisation der Partei geleitet. Meiner Ansicht nach wäre es gut, sie im dortigen Sekretariat arbeiten zu lassen. Sie ist orientiert und beherrscht alle Fragen vollkommen in der Organisation.[53] Thomas [d.i. Jakov Rejch] wird es ermöglichen, dass sie mit guten Papieren legal leben und arbeiten kann.

51 Sowohl für den inneren Zusammenhalt als auch die Mitgliederzahlen und den äußeren Einfluss der KPD waren die Folgen der Märzaktion verheerend. Die Mitgliederzahl ging von ca. 375.000 Mitgliedern auf ca. 160.000 im August und ca. 140.000 im November zurück (siehe hierzu: Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde, bes. S. 315–444; vgl. den Text von Hermann Weber im vorliegenden Band).
52 Die Unterschrift von Lenin doppelt unterstrichen und mit einem Fragezeichen versehen.
53 Die langjährige leitende Sekretärin des ZK der RKP(b), Elena D. Stasova, war von ihren Begegnungen mit Béla Kun in Deutschland wenig angetan. So schrieb sie am 15.11.1924 an Rosa Radek, die Frau Karl Radeks, unter dem Eindruck eines Gesprächs mit Kun: „Ich hatte nie eine hohe Meinung von B[éla] K[un] und seinen Vorzügen, und jetzt habe ich zum wiederholten Mal eine klare Bestätigung dafür erhalten, dass er ein Feigling, ein Speichellecker und ein Grobian ist, denn er kriecht vor den-

Mit besten Grüssen
[Sign.:] Spanier [d.i. Béla Kun]

10.5.1921



Am 14.5.1921 war der Verhältnis zwischen Komintern-Apparat und dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten wiederholt Thema des Politbüros des ZK der KP Russlands. Zusätzlich zu den bereits aufgestellten Direktiven (siehe Dok. 42) wurde noch einmal kategorisch festgehalten, dass sowohl Gesandten und verantwortlichen Personen der sowjetischen Vertretungen im Ausland, als auch Kurieren und allen anderen Bediensteten jegliche illegale Tätigkeit strengstens untersagt sei.[54] Der Konflikt zwischen Außenkomissariat und Komintern war damit allerdings nicht gelöst. Allein 1921 musste das Politbüro noch zweimal intervenieren (25.8.1921 und 8.12.1921).[55]

Dok. 45

Rundschreiben der Komintern über die Einrichtung eines deutschen Sprachgruppensekretariats in Moskau

Moskau, 26.5.1921

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau 495/293/22, 40–42. Erstveröffentlichung.

Rundschreiben.
an die zur deutschen Sprachgruppe gehörenden Sektionen der Kommunistischen Internationale.

Werte Genossen!
Auf Beschluss der Exekutive der Komintern wurden die der Komintern angeschlossenen Sektionen zu *Sprachgruppen vereinigt, für die 5 Sprachgruppensekretariate am Sitze* der Komintern eingerichtet wurden.[56] Die Aufgabe dieses Sekretariats ist, *die Verbindung der Komintern mit den einzelnen Sektionen zu erleichtern und eine bessere*

---

jenigen, die über ihm stehen, und wird handgreiflich gegen seine Untergebenen. Traurig ist die Lage in der Komintern…" (RGASPI, Moskau, 326/2/49, 131–132, zit. nach: Vladimir Genis: Nevernye slugi režima. Pervye sovetskie nevozvraščency. 1920–1933. I: 1920–1929, Moskva, 2009, S. 555).

54 RGASPI, Moskau, 17/3/164, 2. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 76.

55 RGASPI, Moskau, 17/3/194, 2; 17/3/242, 9.

56 Von einer besonders gefächerten Struktur der Leitungsgremien der Komintern nach geographischen Prinzipien kann erst von diesem Zeitpunkt an gesprochen werden. Bis dahin wurden im Präsidium des EKKI (vormals Kleines Büro) alle wichtigen politischen Entscheidungen unabhängig von der regionalen Zuordnung getroffen. Die Sprachgruppen bildeten die Protostrukturen für die 1926 eingeführten Ländersekretariate des EKKI (siehe hierzu Dok. 45). Bei den fünf Unterstrukturen handelte es sich vermutlich neben der von Hugo Eberlein geleiteten deutschen um eine anglo-amerikanische Sprachgruppe, eine baltisch-balkanische Sprachgruppe (!) (geleitet von Henryk Walecki), eine lateinamerikanische Sprachgruppe sowie eine Sprachgruppe der sog. Grenzstaaten (siehe: Bayerlein:

Bearbeitung der einzelnen Länder durch die Exekutive möglich zu machen. Die Aufgabe des Sprachgruppensekretariats ist die Herbeischaffung des zur Orientierung über die Verhältnisse in den einzelnen Ländern notwendigen Materials, sowie die Verarbeitung dieses Materials für die Mitglieder der Exekutive und für das Sekretariat.

Dem Sekretariat der Sprachgruppe gehören alle in Moskau anwesenden Delegierten der Sektionen, die zur Sprachgruppe gehören, an. Diese wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden, dem ein Sekretär zur Erledigung der Arbeiten zur Verfügung steht.

Die deutsche Sprachgruppe hat sich konstituiert. Ihr gehören folgende Sektionen an:

Deutschland, Tschechoslowakei, Oesterreich, Schweiz, Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark.

Zum Vorsitzenden dieser Sprachgruppe wurde der Genosse Eberlein (Deutschland) gewählt. Augenblicklich sind folgende Delegierte aus dieser Sprachgruppe in Moskau anwesend: Brandler (Deutschland), Eberlein (Deutschland), Kreibich (Tscheche-Slowakei), Janson [richtig: Jansen (Ps.), d.i. Jan Proost] (Holland).

Für die übrigen Länder, von denen keine Delegierten in Moskau anwesend sind, haben wir aus dem Stab der verantwortlichen Mitarbeiter Genossen, die über die Verhältnisse in diesen Ländern orientiert sind, zur Mitarbeit herangezogen.

Indem wir Ihnen diesen Beschluss zur Kenntnis bringen, bitten wir Sie, die Sprachgruppe bei der Erfüllung ihrer Aufgaben weitgehendst zu unterstützen, indem Sie uns alles wichtige Material über die Kommunistische Partei ihres Landes, sowie der gesamten Arbeiterbewegung laufend übersenden.

In erster Reihe wird für die Arbeit der Sprachgruppe folgendes von Ihnen erbeten:

1. Alle Mitteilungen über den Stand der Kommunistischen Bewegung ihres Landes, die Zahl der Parteimitglieder des Landes und der einzelnen Bezirke, Bericht über den organisatorischen Aufbau der Partei, sowie über die Art der Aufnahme neuer Mitglieder.

Statistisches Material über Anzahl und Auflage der erscheinenden kommunistischen Zeitungen,

regelmässige Zusendung des Zentralorgans und der wichtigsten Provinzzeitungen, der kommunistischen Wochen – und Monatsschriften,

Berichte der Zentrale, Bezirksberichte, Zentral-Ausschuss – und Bezirksausschuss, Protokolle der stattfindenden Sitzungen, alle wichtigen Resolutionen, Rundschreiben und Aufrufe der Zentralleitungen und der Bezirke,

Bericht über die Parteitage, Bezirksparteitage und Konferenzen.

2.) Bericht über die Gewerkschafts-, Frauen-, Jugend-, Landarbeiter-, Konsumgenossenschafts-, ArbeiterSport-Bewegung.

Transnationale Netzwerke und internationale Revolution; Adibekov/Šachnazarova/Širinja: Organizacionnaja struktura, S. 51f.)

3.) Bericht über den Stand und die Bewegung anderer Parteien, insbesondere der Arbeiterparteien.

4.) Bericht über Streikbewegungen und sonstige Aktionen der Arbeiter.

5.) Bericht über die parlamentarische Tätigkeit,

6.) Zeitungsausschnitte über wichtige, aktuelle Vorkommnisse,

7.) Bericht über die Finanzlage der Partei, die Hoehe der Beiträge, die Beitragsabrechnungen und über sonstige Sammlungen.

Des weiteren bitten wir Sie, uns möglichst umgehend eine Landkarte zu übersenden, auf welcher die Parteibezirke eingezeichnet sind, sodass wir einen Ueberblick über die organisatorische Gliederung der Parteiarbeit haben.

Wir bitten gleichzeitig die vor kurzem vom Sekretariat der Komintern an die Sektionen gesandten *Fragebogen* möglichst umgehend ausgefüllt einzusenden.

Das gesamte für die Sprachgruppe bestimmte Material bitten wir an das Sekretariat der Komintern zu adressieren mit der Aufschrift: „Für die Sprachgruppe."

Indem wir hoffen, dass diese neue Einrichtung eine gute Orientierung der Exekutive über die der Komintern angeschlossenen Sektionen ermöglicht, bitten wir Sie um Ihre weitgehendste Unterstützung und zeichnen

mit kommunistischem Gruss
[sign.]: Eberlein

Dok. 46

Antwort Ernst Reuters („Friesland") auf die Umfrage Trotzkis zu den revolutionären Bedingungen in Deutschland

Moskau, 1.6.1921

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 490/1/225, 2–4. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 278–282.

Moskau, den 1. Juni 1921.
Hotel Lux, Zimmer 146.[57]

Werter Genosse *Trotzki*!
Sie überreichen allen Delegierten einen Fragebogen mit einer ganzen Reihe von Fragen, auf die in der Kürze, in der der Fragebogen gehalten ist, kaum geantwortet werden kann.[58] Ich versuche trotzdem, Ihnen auf die wichtigsten Punkte Antwort zu geben. Darüber hinaus wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir die Möglichkeit geben würden, persönlich mit Ihnen zu sprechen.[59] Sowohl die Politik der Kommunistischen Internationale, wie auch die Organisation der Internationale hat bei uns in Deutschland im Verlauf der letzten Monate eine ganze Reihe von Fragen aufgerollt, die unbe-

57 Das „Hotel Lux" war das bekannteste, in der Moskauer Tverskaja-Straße 36 gelegene Hotel der Komintern. Nach einer Aufstockung 1933 gab es 300 Zimmer, oft mit Doppel- oder Dreifachbelegung. In den 1950er Jahren als normales Hotel „Central'naja" weitergeführt. In der Literatur ist es vornehmlich als Zuflucht der antifaschistischen KPD-Emigranten eingegangen und zugleich als „Menschenfalle" derjenigen, die von dort ab Mitte der dreißiger Jahre oftmals zu ihrem letzten Gang vom NKVD abgeholt wurden. Das Lux unterstand der Geschäftsleitung des EKKI und wurde von einem Kommandanten geleitet, im Zimmer Nr. 1 gab es einen Lesesaal, im Haus selbst war eine Bäckerei-Kooperative mit Laden untergebracht. Seine Geschichte wurde vielfach filmisch verarbeitet (siehe: Heinrich Breloer: Herbert Wehner. Die unerzählte Geschichte. II. Hotel Lux, Fernsehdokumentation, Deutschland, 1993; Leander Haußmann: Hotel Lux, Spielfilm, Deutschland 2011; Ruth von Mayenburg: Hotel Lux. Das Absteigequartier der Weltrevolution, München-Zürich, Piper, 1991). Zu den Zuständen im Lux in den 1930er Jahren siehe auch Dok. 182.
58 Am 29.4.1921 hatte Trotzki eine Reihe von Delegierten des III. Weltkongresses der Komintern angeschrieben: „Für einen Vortrag auf dem internationalen Kongress der Kommunistischen Internationale brauche ich unbedingt die nachstehenden Fakten und politischen Bewertungen bezüglich Ihres Landes. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie, wenigstens in einigen Worten, Antwort auf folgende Fragen geben könnten." Die nun folgenden Fragen sind im Dokument Ernst Reuters den einzelnen Antworten vorangestellt (den Fragebogen Trotzkis siehe: RGASPI 490/1/223, 3–3b. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 262–264).
59 Auf den Fragebogen erfolgten einige Dutzend Antworten, so seitens der VKPD auch von P. Neumann, P. Scholze, B. Braunthal, der KAPD (J. Appel), der KP Österreichs (K. Steinhardt, F. Stumm), der KP der Schweiz (J. Humbert-Droz, H. Itschner), der KP Schwedens (F. Stroem, Z. Höglund), der KP Rumänien (N. Glotter), der KP der USA (W. Haywood, J. Crosby, E. Blur), der KP Großbritanniens (T. Bell), der KP Norwegens (J. Friis) (siehe: RGASPI, Moskau, 490/1/223–224–225. Aufgrund des Zeitmangels, um die Antworten gesondert auszuwerten, gab Trotzki sie im Oktober 1921 an das EKKI-Sekretariat weiter (siehe RGASPI, Moskau, 490/1/223, 2).

dingt gelöst werden müssen, aber nach meiner festen Ueberzeugung anders gelöst werden müssen, als dies zum Teil bisher der Fall war, ohne dass es möglich sein wird, alle Einzelheiten auf dem Plenum des Kongresses vorzutragen. Da Sie sich jedenfalls meiner von meiner früheren Tätigkeit in Russland her noch erinnern werden,[60] so hoffe ich, dass Sie mir Gelegenheit zu einer mündlichen Aussprache geben werden. Zunächst zu den einzelnen Punkten beantworte ich die Fragen der Reihe nach:

[Frage Trotzkis: 1. Welchen Zeitpunkt nach Kriegsende (Jahr, Monat) halten Sie für den revolutionärsten Moment des Zustandes Ihres Landes, *d.h. ein solcher Zeitpunkt, an dem die Arbeiterbewegung den lebhaftesten Charakter angenommen hatte, in der Bourgeoisie die größte Verwirrung herrschte etc.?*]

1.) Der revolutionärste Moment seit der Beendigung des Krieges war in Deutschland ohne Zweifel der Kapp-Putsch. In den Kapp-Putsch-Tagen war die revolutionäre Spannung in Deutschland so gross, wie sie nie zuvor gewesen war und auch das Bürgertum eine Zeit lang im höchsten Maße verwirrt und ohne politische Direktive.

[Frage Trotzkis: 2. Finden Sie, daß danach eine gewisse Verfestigung des bürgerlichen Staates stattgefunden hatte? Worin manifestierte sich diese Verfestigung?]

2.) Nach dem Kapp-Putsch ist nach aussen hin eine relative scheinbare Befestigung der bürgerlichen Herrschaft festzustellen. Allerdings ist auch diese äussere Festigung der bürgerlichen demokratischen Regierung selbst nach aussen hin sehr relativ. Der ständige und nicht aufhörende Streit um die Regierungsbildung, um die Beteiligung der Deutschen Volkspartei auf der einen, der Sozialdemokratie auf der anderen Seite, ist ein äusseres Symptom für die politisch zugespitzte Situation, unter der wir in Deutschland leben.[61]

[Frage Trotzkis: 3. Finden Sie, daß wenn es im Moment der höchsten Krise in Ihrem Land eine starke, gestählte kommunistische Partei gegeben hätte, das Proletariat die Macht hätte ergreifen können?]

3.) Wäre während des Kapp-Putsches eine kräftig gefestigte kommunistische Partei vorhanden gewesen, was immerhin bei der stark revolutionären Stimmung grosser Teile der Arbeiterschaft an sich schon möglich gewesen wäre, so hätte das Proletariat vielleicht noch nicht die Kraft zu einer kommunistischen Räterepublik unter Führung dieser kommunistischen Partei gehabt. Es wäre aber ganz sicher möglich gewesen, die Herrschaft des Bürgertums so schwer zu erschüttern, die Arbeiterräte (selbst zum Teil mit menschewistischem Inhalt) neu zum Leben zu bringen, sodass das Ende nur ein kommunistischer Umsturz hätte sein können. Durch die besondere Parteikonstellation in Deutschland sind die revolutionären Kräfte des Proletariats

60 Ernst Reuter, der spätere regierende Bürgermeister von Berlin und Bruder des Daimler-Chefs Edzard, hatte sich als pazifistisch orientierter russischer Kriegsgefangener den Bolschewki angenähert. Er war 1918 Volkskommissar in der Wolgadeutschen Republik, bevor er nach Ausbruch der Novemberrevolution nach Deutschland zurückkehrte (siehe: Weber/ Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 727–728.

61 Seit Mai 1921 bildete Joseph Wirth als Reichskanzler eine Koalitionsregierung mit dem Zentrum, der SPD und der DDP.

nicht entfernt in dem Maße zum Ausdruck gekommen, wie es der damaligen Situation entsprochen hätte.

[Frage Trotzkis: 4. Finden Sie, daß der Aufschwung von Handel und Industrie, der sich 1919 und in der ersten Jahreshälfte 1920 zeigte, zur Verfestigung der Positionen der Bourgeoisie und zum Anheben ihres Befindens beigetragen hatte?]

4.) Grosse Teile der deutschen Handels- und Industrie-Bourgeoisie haben es offenbar verstanden, trotz der offenbar zunehmenden weiteren Zersetzung der deutschen Wirtschaft sich eine relativ starke Position zu verschaffen. Es ist aber charakteristisch, dass auch in diesen Kreisen das Gefühl einer absoluten Unsicherheit im stärksten Maße vorhanden ist. Die Bourgeoisie, namentlich die Grossbourgeoisie, vermeidet, wo sie es irgend kann, jeden nach aussen hin sichtbaren Zusammenstoss mit der Arbeiterschaft in der Gesamtheit. Bis in die reaktionären Kreise hinein herrscht das Bewusstsein vor, dass die englischen Methoden der Beherrschung der Arbeitermassen bei den jetzigen schwankenden Verhältnissen auch in Deutschland angewandt werden müssen. Scharfe Konflikte werden nach Möglichkeit vermieden. Selbst den Kommunisten gegenüber ist die Taktik der Bourgeoisie elastisch, wie überhaupt den unsicheren Verhältnissen eine ungewohnte Elastizität des politischen Auftretens nach innen und aussen entspricht; ungewohnt wenigstens für die deutschen Verhältnisse. Dieses Verhalten der Grossbourgeoisie ist mindestens ebenso sehr Schwäche und Unsicherheit, Angst vor dem Zusammenbruch, wie Klugheit und Überlegtheit.

[Frage Trotzkis: 5. Inwieweit hat sich die Handelskrise auf Ihr Land ausgewirkt und welchen Einfluß hatte sie auf die Stimmung der Arbeiter und der Bourgeoisie?]

5.) Die ökonomische Krisis wirkt auf das Proletariat deprimierend. Noch deprimierender freilich die gänzliche Abwesenheit einer revolutionären Führung, die erst in der allerletzten Zeit in der Kommunistischen Partei sich entwickelt.

[Frage Trotzkis: 6. Welches war die stärkste Bewegung oder [das stärkste] Auftreten der werktätigen Massen in Ihrem Land nach dem Krieg (Streiks, Straßenkämpfe, Fabrikbesetzungen usw. usf.)? Finden Sie, daß nach diesem Auftreten die Bewegung mehr oder weniger abflaute?]

6.) Nach den Kapp-Tagen war die stärkste Bewegung die sogenannte „Märzaktion". Sie hat keineswegs zu einer Verminderung der Kampfkraft der Arbeitermassen geführt.

[Frage Trotzkis: 7. Welche einzelnen ökonomischen und politischen Forderungen spielten in der Bewegung der werktätigen Massen nach dem Krieg die wichtigste Rolle?]

7.) Die wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Forderungen der deutschen Arbeiterbewegung sind: Der Kampf um die Kontrolle der Produktion und die Rechte der Betriebsräte und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

[Frage Trotzkis: 8. Welche dieser Forderungen hat die kommunistische Partei hervorgebracht oder unterstützt?]

8.) Diese Forderungen werden von der Kommunistischen Partei jederzeit mit allem Nachdruck unterstützt.

[Frage Trotzkis: 9. Aufgrund welcher Forderungen hat es bei der kommunistischen Partei Meinungsverschiedenheiten mit Opportunisten in politischen und Gewerkschaftsorganisationen gegeben?]

9.) Bei allen Forderungen entstehen zwischen der Kommunistischen Partei und den opportunistischen Elementen der Arbeiterbewegung Differenzen. Weniger um die Forderungen selbst, als um die Methoden des Kampfes zur Durchsetzung dieser Forderungen. Die Gewerkschaften begnügen sich mit sogenannten „parlamentarischen Aktionen" und lehnen es ab, irgendwie durch Massenbewegungen, Streiks etc, den Kampf des Proletariats zu organisieren.

[Frage Trotzkis: 10. Besitzt ihre Partei (oder Organisation) ein neues kommunistisches Programm, oder bleibt das alte Programm in Kraft?]

10.) ----------------

[Frage Trotzkis: 11. Wie schnell wächst in Ihrem Land die Zahl der Arbeitslosen? Wie ist ihre Stimmung? Welche Maßnahmen sind in der letzten Zeit vom Staat gegen die Arbeitslosigkeit unternommen worden? Welche Forderungen stellt Ihre Organisation bezüglich der Arbeitslosen?]

11.) Die Arbeitslosigkeit wächst ständig. Die Arbeitslosen stehen fast überall unter dem Einfluss der Kommunistischen Partei, die die Forderungen der Arbeitslosen durch Demonstrationen u.s.w. am energischsten vertritt. Die Vertretungen der Arbeitslosen (Arbeitslosen-Räte) sind meistens Kommunisten. Massnahmen der Regierung sind überhaupt nicht vorhanden ausser der Zahlung einer niedrigen Arbeitslosenunterstützung. Die Kommunistische Partei fordert die Gleichstellung der Arbeitslosen mit den Arbeitenden, Einreihung in die Betriebe, Kontrolle der Produktion u.s.w.

[Frage Trotzkis: 12. Macht sich in den letzten Monaten in den Fabriken Ihres Landes eine Erhöhung der Arbeitsdisziplin, eine Verringerung unentschuldigten Fehlens, eine Erhöhung der Intensität und Produktivität der Arbeit im Vergleich zu der unmittelbaren Nachkriegszeit bemerkbar?]

12.) Die letzte Frage kann ich nicht zuverlässig genug beantworten. Nach meinen Beobachtungen hat sich die Arbeitsintensität wieder mehr den Verhältnissen während des Krieges angepasst. Die Abschwächung der Arbeitsintensität während der ersten Monate der Revolution hat nachgelassen.

Für die europäische Bewegung insgesamt kann man meiner Meinung nach behaupten, dass von einer ernsthaften Konsolidierung sowohl in politischer, wie in ökonomischer Beziehung nicht die Rede sein kann. Die grosse Schwierigkeit für die weitere Entwicklung der Revolution liegt in dem Mangel einer einheitlichen revolutionären Führung. Auch die Kommunistische Internationale ist noch nicht in dem Masse zu einem politischen Zentrum geworden, wie es notwendig ist. Sie wissen, wie wenig ich die Auffassung des Genossen Levi, seine politische Anschauung der nationalen und internationalen Situation *nicht*[62] teile, trotzdem muss ich sagen, dass nicht nur

62 „Nicht": Sinngemäß nicht zutreffender handschriftlicher Einschub.

ich, sondern viele meiner Freunde, die von Anfang an die Auffassung Levis bekämpft haben, der Ansicht sind, dass die Führung der Kommunistischen Internationale nicht auf der Höhe ist. Um nur ein Beispiel zu nennen: Wo blieb die politische Führung in der Frage der Wiedergutmachung?[63] Durch die räumliche Entfernung der Exekutive von den westeuropäischen Parteien allein kann dieser Mangel unserer Meinung nach nicht erklärt werden. Das Schreiben der Exekutive an die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale halten wir seinem Tone nach für unsere Bewegung nicht für geeignet und dem Inhalt nach zu wenig positiv.[64] Wir können nicht übersehen, worauf diese Mängel zurückzuführen sind. Aus dem Bericht des Genossen *Radek* auf der russischen Parteikonferenz[65] konnte man den Schluss ziehen, dass eine gewisse vorsichtige Beurteilung der kapitalistischen Entwicklung die Ursache für die direkte Zurückhaltung in der politischen Führung ist. Andere Beobachtungen lassen darauf schliessen, dass auch die Organisation der Komintern selber mangelhaft ist. So sehr wir verstehen, dass der Kampf in Russland für die russischen Genossen im Mittelpunkt ihrer Interessen stehen, die europäische Gesamtentwicklung ist doch noch wichtiger. Wir erwarten von dem Kongress nicht nur die Annahme neuer Bedingungen und die Annahme neuer Aufrufe, sondern den konkreten und entschlossenen Uebergang zur Schaffung einer tatsächlichen politischen Führung der Kommunistischen Partei der Welt.

Sie werden verstehen, dass ich in einem Briefe, den ich als einzelner an Sie schreibe, mich zunächst darauf beschränke. Ich hoffe, Ihnen mündlich eingehend auseinandersetzen zu können, welche Beobachtungen mich und meine politischen Freunde zu diesen Auffassungen veranlassen.

Mit kommunistischem Gruss
Ihr sehr ergebener
[Sign.] Ernst Reuter (Friesland)[66]

---

63 Gemeint ist das Ausbleiben einer internationalen Kampagne gegen die Deutschland aufgezwungenen Reparationszahlungen.

64 Als „Amsterdamer Internationale" wird hier der Internationale Gewerkschaftsbund (1919–1945), mit Sitz in Amsterdam bezeichnet. Politisch der Sozialistischen Arbeiter-Internationale nahe, die die Mehrheit der Parteien der ehemaligen II. Internationale einschloss. Als Gewerkschaftsinternationale vereinigte sie die große Mehrheit der organisierten Arbeiter in Europa (siehe: Edo Fimmen: Der Internationale Gewerkschaftsbund, 1922. Zur kommunistischen Politik gegenüber dem IGB: Tosstorff, Profintern, S. 184ff.).

65 In seinem Vortrag über die Tätigkeit der Komintern hatte Radek auf der X. Konferenz der RKP(b) (26.–28.5.1921) entgegen den Schlussfolgerungen Lenins behauptet, die Weltsituation sei nach wie vor revolutionär: „Wir stehen vor einer neuen Epoche noch größerer Kämpfe. [...] dieser Kampf ist die Frage der allernächsten Zeit. [...] die deutschen Genossen [...] gehen im Moment weiter als das, woran hier festgehalten wird, in Moskau, von dem man behauptet, dass es andere antreiben würde." (*Pravda*, 31.5.1921).

66 Handschriftliche Anmerkung: „In der Anlage Protokoll des letzten Bezirks[partei]tages der Berliner Organisation mit Thesen zur Tagesordnung des Weltkongresses."

Dok. 47

Brief Karl Radeks an Lenin zur Bilanz der Märzaktion und der taktischen Umstellung der Komintern

[Moskau], 1.6.1921

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 5/3/10, 1–2. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 282–286.

Lieber Genosse Lenin!
Anbei übersende ich Ihnen meine im Auftrage des kleinen Büros[67] geschriebenen Thesen über die Taktik,[68] wie die Thesen, die Béla Kun zusammen mit Thalheimer geschrieben haben.[69] Ich will kurz die wichtigsten Differenzen pointieren, die zwischen den einen und andern bestehen.

1) *Redaktionelle Differenzen.* Wirtschaftslage und weltpolitische Lage haben [werden] nur in Stichworten angezeigt als Ausgangspunkt der taktischen Auffassung, da sie vom Trotzki behandelt wurden.

2) *Politisch* scheinen mir Béla Kun und Thalheimer unsere[r] Lage gegenüber den rechten Tendenzen im Kommunismus zu pessimistisch zu sein. Ihr Pessimismus ergibt sich einerseits aus der Ueberschätzung dessen, was der zweite Kongress [der Komintern] machen konnte, zweitens aus der Unterschätzung dessen, dass überall, wo die Situation irgendwie revolutionär ist, die kommunistischen Massen gut empfänglich sind und bei irgendwie energischem täglichen Eingreifen der reifen kommunistischen Elemente sich auf unsern Standpunkt stellen. Wenn wir in Italien eine Niederlage erlitten haben,[70] so, weil die italienischen kommunistischen Elemente sehr lange keine eigene Linie besassen, weil der Vertreter der Exekutive nicht genügend für ihre Bearbeitung durch Presse und Literatur sorgte. Die Periode zwischen unserm Angriff auf Serrati und der Entscheidung war zu kurz. Die übertriebene Schilderung des Einflusses der opportunistischen Tendenzen, die Behauptung, alle Beschlüsse des zweiten Kongresses seien auf dem Papier geblieben, ist nur Wasser auf die Mühle

67 Das Kleine Büro der Exekutive war für alle organisatorischen Maßnahmen zuständig.
68 Der ursprüngliche Entwurf der Thesen Radeks (siehe: RGASPI, 5/3/10, 27–40) wurde von Lenin grundsätzlich kritisiert, ebenso die 2. Fassung. Noch stark links geprägt, formulierte Radek hierin die Position der Komintern zur Umwandlung der kommunistischen Parteien in revolutionäre Massenorganisationen. Er akzeptierte zwar die Idee der Einheitsfront, drängte jedoch auf eine schnelle Entwicklung der revolutionären Bewegung und ihres Kampfes um die Macht.
69 Die VKPD-Zentrale legte einen von August Thalheimer und Béla Kun ausgearbeiteten Thesenentwurf zur Taktik vor, der eine neue Periode offensiver Aktionen forderte. Bereits am 10.6.1921 lehnte Lenin die Thesen als „von Grund aus falsch" und „linksradikale Spielerei" ab (siehe Dok. 47b).
70 Nachdem in Italien die soziale Revolution im Rahmen der flächenhaften Betriebsbesetzungen 1920 bereits gescheitert war, erfolgte auf dem Kongress von Livorno im Januar 1921 die Spaltung der Sozialistischen Partei Italiens. Der hier erfolgten Gründung der Kommunistischen Partei Italiens schloss sich entgegen der Hoffnungen der Komintern nur eine Minderheit der linken Sozialisten an.

von Gorter und Company,[71] die noch nicht überwunden sind, und entspricht den Tatsachen nicht. In wie weit man nicht der Meinung war, dass durch Annahme der 21 Bedingungen[72] Wunder geschehen, auf einmal, ohne Kampf, ohne Erfahrungen der Revolution, gute kommunistische Parteien entstehen. Wir waren dieser Meinung nicht, und deshalb können und sollen wir mit allem Nachdruck die opportunistischen Tendenzen bekämpfen, wenn notwendig sogar durch Ausschlüsse. Aber wir brauchen deshalb nicht den Bankerott der Kommunistischen Internationale festzustellen. Diese Bemerkungen beziehen sich auf Seite 12, Punkt 14 der Thesen von K.B. [Kun Béla] und Th[alheimer].

3) Zweiter Fehler ist die Behauptung, Punkt 13, Seite 11: Die Komm[unistische] Internationale habe jetzt die propagandistische Periode der Sammlung der Kräfte abgeschlossen. Es gab niemals eine Zeit, wo die Kommunistische Internationale nur durch Propaganda gewirkt hätte. Sie hat immer gleichzeitig, wo nur die Massen in Fluss waren, gekämpft. Siehe nicht nur Deutschland, Oesterreich, Ungarn. Zweitens ist die Periode der Agitation und Propaganda nicht nur überhaupt nicht abgeschlossen, sondern in den beiden wichtigsten kapitalistischen Ländern, in Amerika und England, bildet die Propaganda und die Agitation in dem gegebenen Moment die Hauptaufgabe der Komm. Intern. Was wir dort den Parteien zu sagen haben, ist nicht, dass die Propaganda und Agitation aufgehört hat, ihre vornehmste Aufgabe zu sein, sondern, dass diese Aufgabe nicht ausserhalb der Aktion des Proletariats, sondern in dieser Aktion zu erfolgen hat. Die allgemeine Behauptung Kuns und Thalheimers bedeutet die Utrierung[73] der Tatsache, dass wir in Deutschland jetzt durch blosse Propaganda nicht weiterkommen können, dass auf uns dort die Verantwortung liegt, durch selbstständige Aktionen, sei es defensiver, sei es offensiver Art, die Gegensätze zu verschärfen, die Volksmassen zu mobilisieren. Die Möglichkeit einer aktiven, selbständigen Politik ist in Deutschland grösser als in andern Ländern, sogar solchen, die schon kommunistische Massenparteien besitzen (Tschecho-Slowakei, Bulgarien). Denn in diesen Ländern fehlt die Erfahrung der dreijährigen Revolution, usw. In Frankreich und Italien sind die Aktionsmöglichkeiten einstweilen noch geringer. Durch eine so schroffe und künstliche Gegenüberstellung der beiden Epochen

---

71 Der Niederländer Hermann Gorter gehörte mit Anton Pannekoek u.a. den ultralinken Rätekommunisten und der KAPD an, die sich 1920 vor allem in der Parlamentarismus- und der Gewerkschaftsfrage scharf von Lenin abgrenzten.

72 Die vom II. Weltkongress der Komintern 1920 angenommenen „Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale" beinhalteten „21 Bedingungen", die vor allem gegen die sozialreformerischen und zentristischen Kräfte (rechte USPD, französische und italienische Mehrheitssozialisten u.a.m.) in- und außerhalb der Komintern gerichtet waren. Sie machte den demokratischen Zentralismus und den Aufbau eines geheimen illegalen Apparats zur ultimativen Leitlinie für alle kommunistischen Parteien, was in der Folge den bürokratischen Zentralismus gegenüber den Parteiführungen und seitens des EKKI selbst förderte (der Text ist abgedruckt in: Weber: Die Kommunistische Internationale, S. 55–62).

73 „Utrierung": Übertreibung.

arbeiten wir nur in die Hand der zentristischen Elemente, die uns anklagen können werden, dass wir ohne Rücksicht auf die Umstände, die Parteien in Zusammenstösse hineintreiben, denen sie nicht gewachsen sind.

4) Die V.K.P.D. hat nach der Märzaktion mehrmals gesagt, es seien in dieser Aktion grosse Fehler gemacht und aus denen die Partei lernen muss. Ich habe die Märzaktion als einen Schritt vorwärts in der Geschichte der Partei verteidigt, der darin besteht, dass sich eine leitende Gruppe herauskristallisierte, die gewillt ist, zu kämpfen und dass die Partei im grossen und ganzen gezeigt hat, dass sie ihr folgen will. Aber es unterliegt gar keinem Zweifel, dass in der Aktion Fehler gemacht worden sind, die in den Resolutionen, wenn auch keine polemische, so jedoch die aufmerksamste positive Behandlung erfordern. Ich suchte sie in meinen Thesen zu geben, wo ich von den Bedingungen der Offensive spreche. Diese Lehren werden in den Thesen der beiden Genossen garnicht berücksichtigt. Es sei denn mit der nichtssagenden Forderung der politischen und organisatorischen Vorbereitung. Nachdem ich jetzt das Buch gelesen habe, das über die Märzaktion von der Partei herausgegeben worden ist[74] und dessen Korrektur ich Ihnen hier beilege, werde ich nicht nur den positiven Teil der Thesen in diesem Punkte erweitern, sondern auch eine Aussprache mit der deutschen Delegation über diese Angelegenheiten bei der Exekutive anregen.

5) Die Thesen begehen den taktischen Fehler, zu erklären, dass Deutschland den Punkt des Durchbruches der konterrevolutionären Front darstellt. Diese Behauptung ist in der absoluten Form unrichtig. Wir wissen nicht, ob dieser Durchbruch nicht schneller im Südosten oder Italien stattfindet. Aber selbst wenn wir das wüssten, dürfte diese Behauptung von uns nicht aufgestellt werden, 1) um nicht den andern Parteien den Freipass für das Warten zu geben, 2) um der deutschen Regierung nicht die Möglichkeit zu geben, jede Aktion in Deutschland als eine auf Geheiss der Exekutive durchgeführte von vornherein zu denunzieren. Diese ganze Durchbruchs-Theorie ist ein Resultat einerseits des tiefen Eindrucks, den die Märzaktion auf beide Genossen gemacht hat. Zweitens der oberflächlichen militärischen Analogien, zu denen sie durch die Anwendung der militärischen Terminologie gelangen. Wenn der Oberkommandierende durch Abklopfen der Front eine Durchbruchsstelle ausgewählt hat, dann konzentriert er an dieser Stelle die Kräfte, beginnt Ablenkungsoffensiven an verschiedenen Stellen, um den Feind zu täuschen, und an der ausgewählten Stelle mit massierten Kräften den wirklichen Durchbruch zu versuchen. Wir verfügen nicht über die Armeen, die wir auf den Durchbruchspunkt Deutschland richten könnten. Diese Armeen werden sich rekrutieren und bilden in den Teilkämpfen und sie werden sich desto schneller rekrutieren und bilden, je weniger die Arbeitermassen ihre Kämpfe als unsere Manöver ansehen werden.

6) Die Thesen enthalten eine falsche Formulierung des Verhältnisses der Kommunistischen Internationale zu der auswärtigen Politik Sowjet-Russlands. Entweder

74 Gemeint ist die Broschüre des ZK der VKPD: Taktik und Organisation der Revolutionären Offensive. Die Lehren der März-Aktion, Leipzig-Berlin, Frankes Verlag, 1921.

sind die Zugeständnisse, die wir machen, Notwendigkeiten der russischen Arbeiterschaft; dann sind sie auch Notwendigkeiten der Kommunistischen Internationale. Sie trägt für sie die Verantwortung, wenn sie sie nicht als Opportunismus angreift. In der Gegenüberstellung stecken zwei Kerne, die opportunistische Angst vor den linken Angriffen auf die Politik der Sowjet-Regierung, und der revolutionäre Wille, desto mehr die europäischen Proletarischen Westeuropas anzustrengen, je prekärer die Lage Sowjet-Russlands wird. Die Rücksicht auf die Anklagen des Opportunismus von seiten der Gorter und Company dürfen wir nicht nehmen; den revolutionären richtigen Gedanken der Notwendigkeit der Verschärfung der Kämpfe in Westeuropa müssen wir anders ausdrücken. Mein Gedankengang ist folgender:

Russlands Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten sind nicht nur ein Zugeständnis Sowjet-Russlands an diese Staaten, sondern auch der Beginn des Durchbruchs des kapitalistischen Staatensystems. Die Isolierung Russlands trägt aber in sich wachsende Gefahren. In seinem ureigensten Interesse muss das westeuropäische Proletariat alles tun, um die Bresche, die Sowjet-Russland in dem System des europäischen Kapitalismus geschlagen hat, zu erweitern.

7) Die Thesen sind wertvoll dadurch, dass sie in scharf auf zu scharf pointierte Weise die Tendenzen eines Teiles unserer besten nach Aktion drängenden Genossen zeigen. Dadurch signalisieren sie auch gewisse Gefahren. Ausserdem enthalten sie eine Reihe ausgezeichneter Formulierungen. Siehe zum Beispiel die über die Arbeitslosenfrage. Als Thesen der Exekutive sind sie zu einseitig aus der deutschen Situation geboren, und dazu zu sehr zugespitzt übertrieben.[75]

Radek
1.6.1921.

---

75 Nachdem Lenin auch die Radekschen Thesen kritisiert und in persönlichen Gesprächen mit den Delegierten der KPD seine Opposition gegen die Offensivtheorie deutlich gemacht hatte (siehe Dok. 40 u.a.), und zugleich Trotzki und Zetkin dezidiert dafür eintraten, wurden veränderte Thesen verabschiedet. Noch auf dem Kongress wurden sie jedoch von Trotzki einerseits und Radek andererseits unterschiedlich interpretiert. Die Offensivtheorie wurde deutlich verurteilt, die „Eroberung des ausschlaggebenden Einflusses auf die Mehrheit der Arbeiterklasse, das Hineinführen ihrer entscheidenden Teile in den Kampf“ wurde als „gegenwärig die wichtigste Frage der Kommunistischen Internationale“ festgehalten (Thesen über die Taktik. Angenommen in der 24. Sitzung des III. Weltkongresses vom 12. Juli 1921. In: L. Trotzki: Die neue Etappe. Die Weltlage und unsere Aufgaben, Hamburg, Verlag der Kommunistischen Internationale, Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf., 1921, S. 129–167, hier: S. 135). Der wichtigste Fehler der Märzaktion sei der „Ruf nach der Offensive“ gewesen, der „den gewissenlosen Feinden des Proletariats [...] der SPD und der USPD, Anlaß gab, die VKPD als Anzettlerin von Putschen dem Proletariat zu denunzieren.“ (S. 154f.). Daneben wurde auch die Radeksche Formulierung tradiert, der zufolge die Märzaktion eine „heldenhafte(r) Kampf von Hunderttausenden Proletariern gegen die Bourgeoisie“ war. Die KPD habe sich mit Recht an die Spitze der Bewegung gestellt (ibid., S. 155).

Dok. 47a

Brief Jakov Rejchs an Sinowjew über Literatur- und Finanzangelegenheiten der KPD

[Berlin], 2.6.1921

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 324/1/554, 21–25. Erstveröffentlichung.

den 2. Juni 1921

Lieber Genosse Sinowjew!
Bei der Abfertigung der letzten Post reichte die Zeit nicht mehr, um einen zusammenhängenden Bericht zu schreiben. Ich musste mich begnügen einen Brief mit der Hand an den Gen. Radek zu schreiben mit der Bitte ihn Ihnen zur Verfügung zu stellen. [...]

1. *Allgemeines*. Bei den einzelnen Parteien merkte man kaum die Vorbereitungen zum Kongress.[76] Die Deutschen waren noch am aktivsten, indem sie einige Resolutionen und Leitsätze publizierten. Die deutsche Märzaktion und die Differenzen in der VKPD lösten fast in allen Parteien die Diskussion aus. Leider hat die deutsche Partei in dieser Richtung für das Ausland nichts wesentliches getan. Keine Artikel und kein Material in fremden Sprachen. Fast alle ausländischen Delegierten, die durch uns zum Kongress gingen, betonten dies[es] Manko in der Internationale./ Das wichtigste in der deutschen Partei ist das Manifest vom 21. Mai (liegt bei).[77] Soweit ich orientiert bin, [hat es] keinen grösseren Eindruck hinterlassen und [ist] ohne besonderen Einfluss geblieben. Interessant ist das Rundschreiben der Zentrale über Organisationsfragen (liegt bei).[78] Zur Märzaktion habe ich Ihnen in drei Teilen fast das gesamte Material gesandt. Das angekündigte Sammelbuch zur Märzaktion ist zum zum [sic] heutigen Tage noch immer nicht erschienen.[79] Die Broschüre Brandler [sic] ist wohl gedruckt, wird jedoch eigentlich nicht vertrieben.[80] Es macht direkt den Eindruck als ob die deutsche Zentrale der Diskussion ausweichen möchte. Levi ist in seinem Vorgehen viel aktiver. Ausser seiner zweiten Broschüre, die von dem Verleger sehr gut kol-

---

76 Gemeint ist der III. Weltkongress der Komintern (22.6.–12.7.1921).

77 „Manifest vom 21. Mai“*:* Möglicherweise ein Irrtum in der Datierung. Nach einer Geheimkonferenz in der Nacht vom 19.3. auf den 20.3.1921 wurde am 21.3.1921 ein Aufruf veröffentlicht, der zur Bewaffnung der Arbeiter und zum Generalstreik im Mansfelder Industriebezirk aufrief: Zu dieser Zeit lehnte die Bezirksleitung der KPD in Mitteldeutschland den Generalstreik noch ab (siehe: Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde, S. 161).

78 Das betreffende Dokument fehlt.

79 Es handelt sich um die KPD-offizielle Publikation: Taktik und Organisation der Revolutionären Offensive. Die Lehren der März-Aktion, Leipzig-Berlin, Frankes Verlag, 1921. Die Publikation sollte den Parteistandpunkt der Offensivtheorie gegenüber der Kritik Levis explizieren. Nachdem jedoch auf dem III. Weltkongress der Komintern die Offensivtheorie verurteilt worden war, wurde sie aus dem Verkehr gezogen (siehe: Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde, S. 331).

80 H. Brandler: War die Märzaktion ein Bakunisten-Putsch?, Berlin-Leipzig, Franke, 1921.

portiert wird,[81] sind bereits drei Nummern „Sowjet“ erschienen.[82] Radeks Broschüre (Auflage 30.000) war sehr angebracht./[83] Claras [d.i. Clara Zetkin] Aufforderung die Broschüre anzuhalten (siehe Beilage, Copie des Briefes und Telegramms) konnte so wie so nicht entsprochen werden, das [sic] die Broschüre bereits erschienen war. Abgesehen davon, war die deutsche Zentrale mit der Broschüre einverstanden./ Das gestern eingelaufene Telegramm vom 31.V. als Antwort auf Claras Beschwerde bezüglich der Reise der Vertreter des rechten Flügels habe ich der Clara und der Zentrale zugestellt./ [...]

4. *Finanzen*. Wie ich bereits in meinem letzten Briefe gemeldet habe, bin ich hier ohne nennenswerte Gelder, so dass die letzten Orders nicht erledigt werden können. Wie ich seinerzeit gemeldet habe, habe ich von den Wertsachen in Schätzung von 40 Mill[ionen], die hier[her] gebracht wurden, wie auch von der erfolgten Sendung von 10 Mill. nichts erhalten. Die einzige Sendung, die ich richtig erhalten habe, war die von 10 Mill. durch Sokolski,[84] die jedoch Eure Orders nur teilweise deckten. Ein Teil der Wertsachen, die ich mitgebracht habe, wie auch die Sammlung der alten Münzen, konnte bis jetzt nicht verwertet werden. Momentan sind wir in solcher Situation, dass die Forderung der Deutschen auf 1 Mill. nur in der Höhe von 500 [Tausend?] gedeckt werden kann und das auch auf Kosten der Nichtbezahlung der Druckerei-Rechnungen./ Ich übersende gleichzeitig die Aufstellung der deutschen Partei und mache darauf aufmerksam, dass wir an sie mindestens 7 Mill. in der nächsten Zeit zu zahlen haben. Gleichzeitig übersende ich die dringende Forderung der österreichischen Partei. [...]

Mit herzlichem Gruss [Sign.:] Thomas

81 Nach der Broschüre „Unser Weg – Wider den Putschismus“, die am 12. April aus der Druckerei kam, veröffentlichte Levi ebenfalls seine Rede auf der Zentralausschusssitzung der KPD vom 4. Mai 1921. Siehe: Paul LevI: Was ist das Verbrechen? Die Märzaktion oder die Kritik daran? Rede auf der Sitzung des Zentralausschusses der V.K.P.D. am 4. Mai 1921, Berlin, A. Seehof, 1921. (siehe hierzu: Broué: La Révolution allemande, S. 491ff.).

82 *Sowjet. Kommunistische Monatsschrift*, Berlin, I(1919/1920) – III(1921); fortgesetzt als *Unser Weg, Halbmonatsschrift für sozialistische Politik*, hrsg. von Paul Levi, Berlin, Internationale Verlagsanstalt, III(1921) – IV(1922).

83 Siehe: Karl Radek: Die taktischen Differenzen in der V.K.P.D., Hamburg, Verlag der Kommunistischen Internationale; id.: Soll die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands eine Massenpartei der revolutionären Aktion oder eine zentristische Partei des Wartens sein?, Hamburg, Hoym [u.a.], 2. Aufl., Hamburg, Verlag der Kommunistischen Internationale, 1921.

84 Über die Identität Sokolskis konnte nichts in Erfahrung gebracht werden. Möglicherweise handelte es sich um Ivan Sokolin [d.i. Vladimir Ivanovič Šapiro], der 1918 in der russischen Handelsvertretung in Berlin und später als technischer Sekretär im Lateinischen Sekretariat der Komintern arbeitete.



Am 8.6.1921 beriet das Politbüro des ZK der KP Russlands die kommenden Verhandlungen mit dem „angereisten Deutschen“ – es handelte sich um Oskar von Niedermayer für die Sondergruppe R, der sich über den Zustand der russischen Schwerindustrie informieren wollte. Trotzki sollte vorgeschlagen werden, die Verhandlungen zu führen, dabei jedoch eine „besondere Vorsicht“ walten zu lassen. Der von Niedermayer gewonnene schlechte Eindruck führte allerdings dazu, dass der ursprüngliche Plan, deutsche Geldmittel zur Instandsetzung der Rüstungsbetriebe und der Petrograder Werften einzusetzen, verworfen wurde (siehe: Zeidler: Reichswehr und Rote Armee, 32). Am gleichen Tag gab das Politbüro in einem Beschluss „über die Berliner Mission“ dem zeitweise suspendierten Leiter der sowjetischen Mission in Berlin, Kopp (siehe Politbüro-Beschluss vom 25.6.1921), das Einverständnis, sich „nur in der besonderen Angelegenheit“ wieder nach Deutschland zu begeben. Dabei ging es um Militärverhandlungen mit Deutschland.[85] Beide Beschlüsse betrafen vermutlich das bis dato einzig greifbare Ergebnis der Militärverhandlungen, den Abschluss der Vereinbarungen mit den Dessauer Junckers-Werken über einen vom Reichswehrministerium koordinierten Bau von Flugzeugen in der Sowjetunion zur Umgehung der Versailler Restriktionen (siehe hierzu: Zeidler: Reichswehr und Rote Armee, S. 53ff.).

Dok. 47b

Stellungnahme Lenins zum Ausschluss Paul Levis und der taktischen Veränderung der Komintern auf dem III. Weltkongress

[Moskau?], 10.6.1921

Autograph, in russischer Sprache. In deutscher Sprache veröffentlicht in: Arnold Reisberg: Ein neuer Brief W.I. Lenins über die Taktik der Kommunistischen Internationale. In: *Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* VII (1965), H. 4, S. 686–691; Lenin: Briefe, VII, S. 268–272.

Das Wesen der Sache besteht darin, daß Levi *politisch* in sehr vielem Recht hat. Leider hat er eine Reihe von Handlungen begangen, die die Disziplin verletzen, wofür ihn die Partei ausgeschlossen hat.[86]

Die Thesen Thalheimers und Béla Kuns sind politisch grundfalsch. Phrasen und linksradikale Spielerei.[87]

---

85 RGASPI, Moskau, 17/3/175, 1. Hintergrund: Sevost'janov, Moskva-Berlin, I, S. 39.

86 Die Stellungnahme Lenins zur Märzaktion bestätigt Levis Auffassung, dass Lenin (und Trotzki) durch ihre Interventionen zum III. Weltkongress der Komintern das Abdriften der KPD in den Linkskommunismus und damit ihr Ende als Massenpartei in der Weimarer Republik verhindert hätten. Wie Levi festhielt, waren jedoch Lenin und Trotzki die „graue Theorie“ und „Béla Kun die Praxis“ (Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde, S. 379). Siehe hierzu auch: Broué: Révolution en Allemagne, S. 486ff.

87 Radek hatte vor dem Weltkongress versucht, die offensivtheoretischen und apologetischen Thesen Thalheimers und Kuns in seine gemäßigteren Thesen zu integrieren. Als die Vertreter der deutschen Kongressdelegation, darunter Thalheimer, nicht bereit waren, die russischen Thesen zur Märzaktion zu akzeptieren, soll dem Delegierten Wilhelm Koenen zufolge Lenin wiederholt erklärt haben, dass „die Verantwortungslosigkeit solcher Leute (...) unbeschreiblich (sei und), man (...) mit den schärfsten Mitteln gegen sie vorgehen (müsse). Man müsse die deutsche Arbeiterbewegung von solchen

Radek schwankt und hat seinen ursprünglichen Entwurf durch eine Reihe von Zugeständnissen an die Kinderei der „Linken" verdorben. Schon sein erstes „Zugeständnis" ist höchst charakteristisch: in § 1 seiner Thesen „Umgrenzung der Fragen"[88] hieß es bei ihm früher: „Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse (*für die Prinzipien des Kommunismus*)" (wohlgemerkt). Korrigiert (verballhornt):[89] „Eroberung der *sozial entscheidenden Teile* der Arbeiterklasse".

Eine Perle! Hier, in diesem Kontext, die Notwendigkeit, „für die Prinzipien des Kommunismus" gerade die *Mehrheit* der Arbeiterklasse zu erobern, vorzunehmen, abzuschwächen ist der Gipfel der Ungereimtheit.

Um die Macht zu erobern, ist *unter bestimmten Bedingungen* (darunter bei bereits erfolgter Eroberung der *Mehrheit* der Arbeiterklasse *für die Prinzipien des Kommunismus*) am entscheidenden Ort ein *Schlag* der Mehrheit der sozial entscheidenden Teile der Arbeiterklasse notwendig.

Diese Wahrheit so umzuändern, zu verballhornen,[90] daß in § 1 der allgemeinen Aufgaben der Kommunistischen Internationale über die Eroberung der Arbeiterklasse *für die Prinzipien des Kommunismus* die These von der Notwendigkeit, die *Mehrheit* der Arbeiterklasse zu erobern, *abgeschwächt wird* – das ist ein klassisches Beispiel für die Borniertheit Béla Kuns und Thalheimers (er macht, der Teufel soll ihn holen, einen soliden Eindruck, aber in Wirklichkeit ist er so, daß man ihn mit Ruten prügeln müßte) und … die *eilfertige Nachgiebigkeit* Radeks.

Radeks Thesen waren übermäßig lang, verschwommen, ohne politischen Angelpunkt. Radek aber hat sie *noch* mehr verwässert, hat sie ganz und gar verdorben.

Was tun? Ich weiß es nicht. Es ist schrecklich viel versäumt worden – Zeit und Arbeit.

Wenn Sie nicht wollen, daß es zu einem offenen Kampf auf dem Kongreß kommt, schlage ich vor:

1. noch heute (da Bucharin versichert, daß Sie heute, nicht später, das Grundlegende entscheiden müssen: aufschieben wäre besser) durch eine präzise Abstimmung die Thesen Thalheimers und B. Kuns als von Grund aus falsch gänzlich abzulehnen. Das schriftlich festhalten. Sie verderben alles, wenn Sie das nicht tun und hier nachgiebig sind.

2. als Grundlage den ersten Entwurf Radeks zu nehmen; der nicht „verbessert" ist durch Korrekturen, von denen ich ein Beispiel angeführt habe.

Leuten befreien …" (siehe: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): Unvergeßlicher Lenin. Erinnerungen deutscher Genossen, Berlin (Ost), 1960, S. 140, zit. in: Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde, S. 372).

88 „Umgrenzung der Fragen" im Original deutsch.

89 „verballhornt" im Original deutsch.

90 „verballhornen" im Original deutsch.

3. 1–3 Personen zu beauftragen, diesen Text zu kürzen und ihn so zu korrigieren, daß er (falls das möglich ist!) nicht mehr verschwommen ist, sondern wirklich folgendes klar, exakt, eindeutig, als zentrale Ideen, in den Mittelpunkt stellt:

Die Mehrheit (der Arbeiterklasse) haben die Kommunistischen Parteien noch nirgends erobert: nicht für die organisatorische Führung, aber auch nicht für die Prinzipien des Kommunismus. Das ist die Grundlage des Ganzen. Dieses Fundament der einzig vernünftigen Taktik „abzuschwächen" ist *verbrecherischer Leichtsinn.*

Daraus ergibt sich: revolutionäre Ausbrüche sind nichtsdestoweniger angesichts der Fülle von Zündstoff in Europa sehr bald möglich; möglich ist – im Ausnahmefall – auch ein leichter Sieg der Arbeiterklasse. Aber die Taktik der Kommunistischen Internationale jetzt auf dieser Möglichkeit aufzubauen ist unsinnig; unsinnig und schädlich ist es zu schreiben und anzunehmen, die Periode der Propaganda sei vorbei, begonnen habe die Periode der Aktionen.

Die Kommunistische Internationale muß die Taktik auf folgendem aufbauen: Man muß unentwegt und systematisch um die *Mehrheit der Arbeiterklasse*, in erster Linie *innerhalb* der *alten Gewerkschaften*, ringen. Dann werden wir bestimmt siegen, welche Wendung die Ereignisse auch nehmen mögen. Bei einer außerordentlich glücklichen Wendung der Ereignisse für eine kurze Zeit „siegen", das kann auch ein Dummkopf.

Daraus ergibt sich: die Taktik des „Offenen Briefes" hat überall als verbindlich zu gelten.[91] Das muß man direkt, klar und deutlich sagen, denn Schwankungen bezüglich des „Offenen Briefes" sind äußerst schädlich und äußerst schändlich und *äußerst stark verbreitet*. Dessen muß man sich bewußt sein. Alle, die nicht verstanden haben, daß diese Taktik des „Offenen Briefes" obligatorisch ist, sind spätestens einen Monat nach dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale aus der Kommunistischen Internationale *auszuschließen*. Ich sehe klar, daß es ein Fehler von mir war, für die Zulassung der KAPD[92] zu stimmen, man muß ihn [sic] möglichst schnell und möglichst gründlich korrigieren.

Statt seine Gedanken umherschweifen zu lassen wie Radek es tut, ist es besser, den gesamten Text des „Offenen Briefes" zu übersetzen (und in der deutschen

---

91 Der offene Brief vom Januar 1921 markierte den Beginn der allerdings in der Folge von der KPD-Führung als „opportunistisch" verworfenen Einheitsfrontpolitik (siehe Dok. XXX).

92 Im November 1920 nahm das EKKI nach entsprechenden Beschlüssen des russischen Politbüros die ultralinke und antiparlamentarische, teilweise anarchistisch orientierte Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) mit H. Laufenberg, F. Wolffheim und O. Rühle als sympathisierende Partei in die Kommunistische Internationale auf. Die selbst aus unterschiedlichen Strömungen wie den holländischen „Tribunisten", den „Nationalbolschewisten" und diversen „Sozialrebellen" gebildete Partei hatte sich von der KPD abgespalten und eine Mitgliederzahl von ca. 30 000 erreicht. Da sich die KAPD jedoch hartnäckig weigerte, diese Bedingung zu erfüllen, wurde sie nach dem III. Weltkongress wieder aus der Komintern ausgeschlossen (siehe u.a.: Beschluss des Politbüros vom 24.11.1920; vgl. den Text von Hermann Weber im vorliegenden Band).

Fassung: den gesamten Text anzuführen) und den Brief und seine Bedeutung als Vorbild genauestens zu erläutern.

Und darauf würde ich die *allgemeine* Resolution über die Taktik beschränken.

Nur dann wird der *Ton* angegeben sein. Der zentrale Gedanke wird klar sein. Es wird keine Verschwommenheit geben. Es wird keine Möglichkeit geben, daß jeder das herausliest, was er will (wie bei Radek).

Dann würde vom ursprünglichen Entwurf Radeks nur etwa ein Viertel bleiben, nicht mehr.

Wir sollten doch aufzuhören, *Broschüren* statt Thesen zu schreiben und zur Abstimmung zu bringen. Selbst ohne Meinungsverschiedenheiten unter uns allen sind bei einem solchen System einzelne Fehler unvermeidlich. Sobald aber der Leitgedanke fehlt und Mißdeutungen nicht ausgeschlossen sind, können wir uns auf *große* Fehler gefaßt machen, verderben wir die ganze Sache.

Und dann, wenn es Ihnen sehr in den Fingern juckt, kann man noch eine Ergänzung hinzufügen: Ausgehend von der dargelegten Taktik fügen wir im besonderen, als Beispiel, nicht als Prinzip, sondern eben als Beispiel, noch das und das hinzu.

Weiter.

Serrati[93] und Levi in einen „Opportunismus" zu verallgemeinern,[94] ist eine Dummheit; Serrati ist schuldig; in welcher Frage? Man muß es klar und deutlich sagen, in der *italienischen* Frage, nicht in der Frage der allgemeinen Taktik. Seine Schuld besteht darin, daß er es zur Spaltung mit den Kommunisten hat kommen lassen, daß er die Reformisten, Turati und Co., nicht ausgeschlossen hat. Solange ihr das nicht tut, Genossen Italiener, steht ihr *außerhalb* der Kommunistischen Internationale. Wir schließen Euch aus.

An die italienischen Kommunisten aber ein sehr ernster Rat und die *Forderung*: Solange ihr nicht verstanden habt, beharrlich, geduldig, mit Geschick die Mehrheit der auf Serratis Seite stehenden *Arbeiter* zu ü*berzeugen* und auf eure Seite zu ziehen, seid nicht überheblich, laßt die linksradikalen Spielereien. Der „Fall Levi"[95] entstand nicht aus der allgemeinen Taktik, sondern aus der Einschätzung der Märzaktion,[96] der deutschen Frage. Brandler sagt: es war eine Defensive. Die Regierung hat provoziert.

Nehmen wir an, daß das stimmt, daß es tatsächlich so war.

Welche Schlußfolgerung ergibt sich daraus?

93 Unter der Führung von Serrati opponierte die Mehrheit der der Komintern angeschlossenen Sozialistischen Partei Italiens gegen den Kurs auf eine Spaltung. Daraufin wurde sein Ausschluss vom III. Weltkongress bestätigt. Im Herbst 1923 überzeugten sich Serrati mit einem Teil seiner Anhänger von der Unrichtigkeit ihrer Linie und vereinigten sich im August 1924 mit der KP Italiens.

94 In den Radekschen Thesen hieß es: „Der Charakter dieser Gruppen ist ganz klar. Das sind zentristische Gruppen, die die Politik des passiven Abwartens der Revolution durch kommunistische Phrasen und Theorien verhüllen."

95 „Fall Levi" im Original deutsch.

96 „Märzaktion" hier und im Weiteren im Original deutsch.

1. Daß das ganze Geschrei von einer Offensive – und es gab unmäßig viel Geschrei darüber – falsch und unsinnig war;

2. daß die Taktik, zum *Generalstreik* aufzurufen, ein *Fehler* war, da man es hier mit einer Provokation der Regierung zu tun hatte, die die *kleine Festung* des Kommunismus (jenen Bezirk in Mitteldeutschland, wo die Kommunisten bereits die Mehrheit hatten) in den Kampf hineinziehen *wollte*.

3. Solche Fehler muß man in Zukunft vermeiden, denn in *Deutschland* ist, nachdem im Bürgerkrieg durch raffinierte Manöver der Rechten 20000 Arbeiter ermordet worden sind, eine besondere Situation entstanden.

4. Die Defensive von Hunderttausenden Arbeitern (Brandler sagt: *eine Million*.

Stimmt das auch? *Übertreibt* er nicht? Warum gibt es keine Angaben nach Gebieten, nach Städten???) als „Putsch" und sogar als „Bakunistenputsch" zu bezeichnen, ist schlimmer als ein Fehler, ist eine Verletzung der revolutionären Disziplin. Da Levi dem noch die und die Disziplinverstöße hinzugefügt hat (man muß sie exakt, sehr vorsichtig aufzählen), hat er Strafe verdient und ist zu Recht mit Ausschluß bestraft worden.

Man muß den Ausschluß *befristen*, meinetwegen auf ein halbes Jahr. Dann *gestattet* man ihm wieder, um Aufnahme in die Partei zu bitten, und die Kommunistische Internationale empfiehlt, ihn aufzunehmen, *wenn* er sich im Laufe dieser Frist loyal verhält.

Ich habe außer der Broschüre Brandlers noch nichts gelesen, und ich schreibe dies nur auf der Grundlage der Broschüren von Levi und Brandler. Brandler hat – wenn überhaupt – eins bewiesen: Die Märzaktion war kein „Bakunistenputsch" (für eine solche *Schmähung* mußte man Levi ausschließen), sondern eine heldenhafte Verteidigung der revolutionären Arbeiter, Hunderttausender; aber wie heldenhaft dies auch war, *in Zukunft darf* man einen solchen Kampf, provoziert von der Regierung, die durch Provokationen von Januar 1919 an bereits 20 000 Arbeiter ermordet hat, *nicht* aufnehmen, solange die Kommunisten nicht die Mehrheit im ganzen Lande, sondern nur in einem kleinen Bezirk hinter sich haben.

((Die Julitage 1917 waren kein Bakunistenputsch. Für eine solche Einschätzung hätten wir aus der Partei ausgeschlossen. Die Julitage waren eine heroische *Offensive*. Und welche Schlußfolgerung haben wir gezogen? Den nächsten heroischen Angriff werden wir nicht *vorzeitig* unternehmen. Die vorzeitige Aufnahme des allgemeinen Kampfes – das ist das Wesen der Märzaktion. Kein Putsch, sondern ein *Fehler*, gemildert durch den Heroismus der Defensive Hunderttausender.)) [...]

Einen der wichtigsten Punkte nicht vergessen: man muß unbedingt alles aus den ersten Thesen Radeks entfernen, was sich auf die „Partei des Abwartens" bezieht, auf die Verurteilung dessen. Weg mit alldem. [...]

Wenn es darüber keine einheitliche Meinung gibt, schlage ich vor, das Politbüro einzuberufen.[97]

10. VI. 1921. Lenin

97 Ein entsprechender Beschluss des Politbüros konnte nicht eruiert werden.

Dok. 47c

Erklärung der Deutschen Delegation auf der Internationalen Konferenz Kommunistischer Frauen

Moskau, [15.6.1921][98]

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau 490/1/162, 67. Erstveröffentlichung. Ohne Datum, handschriftlicher Eintrag: „No 4 u. 5. Zum Protokoll als Kopie", mit unleserlicher Unterschrift.

Erklärung.

Zu dem von der Genossin Klara *Zetkin* auf dem Internationalen Frauenkongress[99] zu Protokoll eingereichten Protest[100] erklärt die deutsche Delegation[101] Folgendes:

1.) Die angeblichen Tatsachen und Ziffern, die beweisen sollen, dass die V.K.P.D. aus der Märzaktion schwer geschädigt hervorging, haben dem Zentralausschuss der V.K.P.D. zur Prüfung vorgelegen und sind einmütig als Fälschungen oder fantastische Uebertreibungen bezeichnet worden.[102]

2.) Dieses angebliche Tatsachenmaterial ist zusammengestellt worden von dem Führerklü[n]gel um Paul Levi, der die Märzaktion aktiv oder passiv sabotiert hat und nach der Aktion zum Teil den Gegnern der Partei und dem Staatsanwalt direkte Hilfe geleistet hat.

Die deutsche Delegation zur Frauenkonferenz muss daher der Protesterklärung der Genossin Klara Zetkin aufs schärfste entgegentreten, wenn auch die endgültige Entscheidung über die mit der Märzaktion verbundenen Fragen dem Weltkongress vorbehalten bleiben muss.

Die deutsche Delegation ist schliesslich, entgegen der im Protest der Genossin Zetkin ausgesprochenen Meinung, der Ansicht, dass die Frauenkonferenz an den taktischen Fragen der Komm[unistischen] Internationale nicht vorübergehen kann und das Recht hat, sie zu erörtern.

98 Datum annähernd.

99 Die vom Internationalen Frauensekretariat einberufene II. Internationale Konferenz kommunistischer Frauen fand vom 9.–15.6.1921, kurz vor Beginn des III. Weltkongresses der Komintern, in Moskau statt. Dem am 13.7.1921 neu gewählten, aus sechs Frauen bestehenden Sekretariat gehörte Clara Zetkin erneut als Generalsekretärin an (siehe: Bayerlein: Zwischen Internationale und Gulag).

100 Möglicherweise handelt es sich um die Erklärung Zetkins, in der sie die Behauptung Heckerts abstritt, dass sie bereits Ende März über die Absichten „Däumigs, Levis, Geyers usw." informiert gewesen sei, ein Manifest gegen die Politik der Zentrale in der Märzaktion zu veröffentlichen; sie sei bereits gegenüber der der KPD-Gründung „schwankend und unsicher" gewesen (RGASPI, Moskau 490/1/38a, 67–68).

101 Gemeint ist die Deutsche Delegation auf dem III. Weltkongress der Komintern, die angesichts der Strittigkeit der Wiederwahl Clara Zetkins zur Generalsekretärin beschlossen hatte, vollzählig auf dem Frauenkongress zu erscheinen (RGASPI, Moskau, 490/1/162, 40).

102 Siehe zum steilen Mitgliederverlust Dok. 43.

Indem die deutsche Delegation diese Feststellung macht, spricht sie und nur sie im Namen der Partei.

Deutsche Delegation.[103]

Dok. 48

Brandbrief Clara Zetkins an Lenin über die „verderblichen Folgen" der Märzaktion in Deutschland

Moskau, 18.6.1921

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 5/3/284, 15–18. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 290–293.

Geehrter, lieber Freund Lenin,

Damit keine Missverständnisse aufkommen, die für beide Seiten peinliche Überraschungen zu sein pflegen und in dem vorliegenden Falle der Sache schaden würden, um die es geht, fasse ich meine Auffassung wie folgt zusammen:

1) Der Kongress[104] muss unbedingt eine unzweideutige grundsätzliche Ablehnung der Märzaktion aussprechen, und das sowohl wegen ihres putschistischen Charakters, wie wegen ihrer verderblichen Folgen. Die Form dafür kann eine milde sein. Die grundsätzliche Ablehnung selbst ist unerlässlich, damit es keine Fortsetzung und Wiederholung gibt.

In dem Sammelwerk der Zentrale: „Taktik und Organisation der Revolutionären-Offensive. Die Lehren der Märzaktion",[105] wird offiziell wörtlich erklärt:

„So entscheidend die März-Aktion mit der Vergangenheit der revolutionären Parteien in Deutschland brach usw.

„ [...] Dringen diese Gedanken tief in das Bewusstsein der Massen ein, dann wird die Märzaktion keine abgeschlossene Episode bleiben. Die Märzaktion als Einzelhandlung der Partei wäre – soweit haben unsere Gegner recht – ein Verbrechen am Proletariat. Die Märzoffensive als Einleitung einer Reihe von sich steigernden Aktionen ist eine erlösende Tat."

Ich wünsche, Sie hätten die Zeit, das Sammelwerk zu lesen oder sich darüber ganz objektiv referieren zu lassen.[106] Es ist ein Spiegel der grundsätzlichen Konfusion und der politischen Unfähigkeit der Zentrale. Es ist begreiflich, dass sie es nicht

103 „Deutsche Delegation" als handschriftlicher Eintrag.

104 Gemeint ist der 3. Weltkongress der Komintern (22.6.1921–12.7.1921).

105 Siehe: Taktik und Organisation der Revolutionären Offensive. Die Lehren der März-Aktion, Leipzig-Berlin, Frankes Verlag, 1921.

106 Lenin befasste sich mit dieser Materialsammlung und hinterließ dazu eigene Notizen. Siehe: V.I. Lenin: Polnoe sobranie sočinenij, LII, S. 268–269; V.I. Lenin, Biochronika, X, S. 540.

veröffentlichen will. Ich könnte keiner Resolution zustimmen und keine Erklärung abgeben, dahingehend, dass ich mich von Genossen Levi politisch „desolidarisiere" und ihn desavouiere.[107]

Ich kann nur erklären, was ich vor Zehntausenden von Arbeitern in öffentlichen Versammlungen gesagt habe, die darauf in keiner einzigen einen Protest oder eine Missbilligung gegen meine Stellungnahme beschlossen haben.

Ich bin solidarisch mit der grundsätzlichen politischen Einschätzung und Kritik der Märzaktion durch Genossen Paul Levi, aber ich unterschreibe nicht jedes Wort seiner Broschüre[108] und teile nicht jedes einzelne Urteil.

Ich halte es nach wie vor für notwendig und nützlich, dass Gen. Levi's Kritik sofort nach Abschluss der Märzaktion einsetzte, weil die Fortsetzung der Aktion angedroht wurde.

Ich bin überzeugt, dass Gen. Levi von der leidenschaftlichen Sorge um die Gegenwart und Zukunft der Partei bestimmt wurde, seine Broschüre zu schreiben.

Eine Fortsetzung der Taktik der Märzaktion würde den völligen politischen, moralischen und organisatorischen Zusammenbruch der Partei bedeuten und die dauernde Abkehr der proletarischen Massen von ihr. Und das in einer Situation, die wirklich nach Aktion, nach Tat „schreit". Das ist für mich ja das grosse Verbrechen der Zentrale, dass sie in einseitiger politischer Einstellung, die die wichtigsten Realitäten übersah, nicht sehen wollte, aus theoretischen Spekulationen am Schreibtisch heraus, in Aktionsspielerei die Kraft zerrüttet und gelähmt hat, die in Aktionen wirksam und vorwärtstreibend werden musste und auch konnte, wenn sie durch politische Mittel ausgelöst wurde und nicht durch terroristische Räuberromantik.

Gestern war Sinowjew bei mir. Leider konnte ich nicht alles mit ihm besprechen. Er teilte mit, dass die russische K.P. eine Resolution vorschlagen werde in diesem Sinne: die Märzaktion sei kein Putsch, sondern eine Defensive mit vielen Fehlern, sie sei eine Einzelaktion und nicht der Ausgangspunkt einer neuen Ära revolutionärer Taktik und Offensive. Für uns ist diese Resolution unannehmbar. Der Putsch charakterisiert sich nicht – wie S[inowjew] behauptet – durch seinen kleinen Umfang, sondern durch sein *Wesen*: die Geschichte mit terroristischen Mitteln zwingen, die Massen durch solche Mittel in den Kampf treiben zu wollen, was praktisch zum Kampf einer Minderheit gegen die proletarischen Massen führt. Auch die Feststellung genügt nicht, dass bei der Aktion viele Fehler vorgekommen sind. Worauf es ankommt, ist die Erkenntnis davon, dass diese Fehler unvermeidliche Folgen der falschen politischen Grundeinstellung und der falschen Führung des Kampfes waren. Uns kommt es nicht

107 Am 4.6. schrieb August Thalheimer aus Moskau an die Zentrale der KPD: „In der Frage der Märzaktion stehen die russischen Genossen, soweit ich bis jetzt feststellen konnte, durchaus auf der Seite der deutschen Partei. Man will noch einen Versuch machen, um Klara aus der Verbindung mit Levi und Konsorten abzuziehen, aber ich bin überzeugt, dass wir die Unterstützung der Exekutive haben werden, wenn es sich nötig erweisen sollte, auch gegen Klara schärfer vorzugehen, als das bisher der Fall war." (RGASPI, Moskau, 490/1/162, 35).

108 Siehe: Paul Levi: Unser Weg. Wider dem Putschismus, Berlin, Seehof, 1921.

auf eine formelle Desavouierung der Zentrale an, diese ist durch die Ereignisse selbst genug desavouiert und gestraft. Aber wir weisen jede Zweideutigkeit zurück, die diese Zentrale der politischen Unfähigkeit und Frivolität als Rechtfertigung ihrer gefährlichen Torheit ausnützen könnte und würde. Denn was ihr an politischer Fähigkeit mangelt, ersetzt sie durch Eitelkeit, Rechthaberei und Gemeinheit.

Die russischen Genossen müssen beachten, dass das Auseinanderfallen der Partei nur verhindert werden kann nicht etwa durch papierene Resolutionen – und wären es die der 3. Internationale – sondern nur durch friedlich-schiedliches Zusammenarbeiten und Kämpfen. Das aber darf keinem Teil unmöglich gemacht werden durch eine Formel, die der andere gegen sie kehren würde. Wir hätten dann Fortsetzung des Streites, statt Ende. Die Zentrale wird durch die Feststellung durchaus nicht gedemütigt, dass die Märzaktion keine revolutionäre Offensive war und nicht die Einleitung einer „neuen Taktik“, nachdem der politisch einäugige König im Reiche dieser Blinden das selbst anerkannt hat, die Aktion sei keine Offensive gewesen. Übrigens: ich frage nach Brandlers Verteidigung vor Gericht,[109] ob sie die Haltung und Auffassung revolutionären Heldentums und revolutionärer Erkenntnis atmet. Juristische Silbenstecherei vulgärster Art, kein revolutionäres Bekenntnis von propagandistischer, anfeuernder Gewalt. Ein gestern angekommener Genosse, der den Verhandlungen beiwohnte, erklärte, die Darstellung der „Freiheit“ sei durchaus richtig. Die Sache habe höchst deprimierend gewirkt. Ich möchte, Sie würden kurz mit dem Genossen Neumann reden, Mitglied der Gewerkschaftszentrale und mit Genossen Franken, dem Vertreter des Bezirks Rheinland-Westfalen, unseres grössten und wichtigsten Industriegebiets.[110] Er wurde trotz wütender Hetze der Zentrale und ihrer Angestellten im Bezirk in Urwahl mit der höchsten Stimmenzahl gewählt. Ich muß Sie noch in einer wichtigen Sache befragen, ehe der Kongreß beginnt. Bitte, teilen Sie mir mit, wann und wo das geschehen kann.

Ich grüsse Sie und unsere teure Genossin Krupskaja

in treuen Gefühlen
[Sign.]: Clara Zetkin

---

109 Der VKPD-Vorsitzende Heinrich Brandler wurde im Juni 1921 für die Teilnahme an der Märzaktion zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, konnte aber im November in die Sowjetunion fliehen. Seine allzu defensive Verteidigung vor dem Sondergericht wurde von weiten Parteikreisen missbilligt.
110 Paul Neumann und Paul Franken waren Delegierte der KPD auf dem III. Kongress der Komintern, es kam vermutlich nicht zu einer Zusammenkunft mit Lenin.

Dok. 49

Brief der Emissärin der Geheimabteilung des sowjetischen Politbüros an Lenin über chaotische Zustände in der KPD

[Berlin], 22.6.1921

Autograph in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 2/2/694, 2–5. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 294–300.

Lieber Vladimir Il'ič [Lenin]!
Einen ganzen Monat lang habe ich mich nicht getraut, Ihnen meine Meinung über die Lage in der deutschen Partei darzulegen, da ich die Befürchtung hatte, dass ich die [deutschen] Genossen von einem allzu russischen Standpunkt sehe, die lokalen Bedingungen nicht beachte usw.[111] Heute habe ich diese Bedenken nicht mehr, da ich die Arbeit des deutschen ZK nun zu Genüge beobachtet habe, und es als meine Verpflichtung ansehe, von den Fakten ausgehend meine Meinung mitzuteilen. [...]

Zum Brandler-Prozess. [...] Brandler hat eine Broschüre geschrieben und übergab sie an [seinen Anwalt] Weinberg mit der Bitte, sie im Hinblick auf die Verteidigung durchzusehen und sie dann an das ZK weiterzuleiten mit dem Hinweis, dass er in solcher Weise seine Verteidigung zu führen gedenke und ob das ZK mit einer derartigen Argumentation einverstanden sei. Die Broschüre wurde gedruckt, jedoch mit Entstellungen und Auslassungen, die den Sinngehalt stark beeinträchtigen. Wieso? Was war der Grund für diese Auslassungen? Da Brandler nicht genug Papier zu Verfügung hatte, schrieb er teilweise doppelseitig, und beim Abtippen wurden alle Rückseiten übersprungen. Mit der Broschüre wurde so leichtfertig umgegangen, dass man sich nicht einmal die Mühe machte, die Kopie nach dem Abtippen durchzulesen und sich auf die Stenotypistin verließ. [...]

Die Sitzungen des ZK selbst verlaufen so wirr, wie bei uns in Russland nicht einmal die Sitzungen irgendeines kleinen Gebietskomitees verlaufen würden. Alle Mitglieder erledigen während der Sitzungen ihre Arbeit: Meyer blättert die Provinzpresse durch, Pieck – die Korrespondenz, Walcher – die Angelegenheiten der Reichsgewerkschaftszentrale[112] [...] usw. usf. Während der Sitzungen werden die ZK-Mitglieder fast pausenlos in den Nebenraum gerufen – ihnen werden Papiere zum Unterzeichnen vorgelegt, man kommt unmittelbar mit Geschäftsangelegenheiten auf sie zu.

Eine Tagesordnung wird von niemandem erarbeitet und vorbereitet, so dass oft bei der Beratung über eine Frage neue Fragen entstehen und man zu diesen neuen Fragen übergeht, ohne die alten zu klären. Manchmal geht dies so weit, dass man die ursprüngliche Frage vergisst. Die Protokolle der Sitzungen haben mit einem Protokoll nichts gemeinsam, [...].

---

111 Siehe zur Ankunft und der Funktion Stasovas in Deutschland Dok. 43.
112 „Reichsgewerkschaftszentrale" im Original deutsch.

In der Provinz werden mehrere Flugblätter zu ein und demselben Thema gemacht, die gleichzeitig von der Gewerkschaftszentrale, der Abteilung Land und der Frauenreichszentrale[113] [...] herausgebracht werden, und in Folge dessen werden die Flugblätter von den Bezirkssekretariaten nicht vertrieben, weil die Parteimitglieder sich weigern, ein und dasselbe mit verschiedenen Soßen serviert zu bekommen. [...]

Die Partei zählt angeblich 450.000 Mitglieder, jedoch besitzen die einzelnen Organisationen keinerlei Einkünfte und sind so hilflos, dass wenn sie von der Zentrale nicht finanziell unterstützt werden, sie nicht einmal Geldmittel für Porto auftreiben können. [...] Einige Genossen sagen direkt und offen, dass sobald die Subsidien seitens der Komintern wegfallen, die Partei zerfallen werde, da im Moment alle mit Blick auf das Gehalt arbeiteten. Natürlich ist dies eine Übertreibung, die Feststellung jedoch, dass die überwältigende Mehrheit keine Parteiarbeiter, sondern Parteibeamte sind, entspricht durchaus der Wahrheit. Personen, die auf verantwortlichem Posten arbeiten könnten, sind in der Partei nicht vorhanden, und bei jedem neuen Parteiposten zerbrechen sich die Genossen den Kopf darüber, wen man an diese Arbeit setzen könnte. Selbst die Zentrale[114] hat dafür niemanden, denn es gibt niemanden unter ihnen, der die politische Führung übernehmen könnte; niemanden, der in der Lage wäre, die gesamte gegenwärtige Lage im Lande politisch zu erfassen, geschweige denn die internationale Lage einzuschätzen. Auch einen Menschen mit starkem Willen und organisatorischem Talent, der den Organisationsapparat in seine Hände nehmen könnte, gibt es nicht. Man muss Leute erziehen, neue Arbeiter vorbereiten, aber in diese Richtung wird absolut nichts unternommen, es gibt nicht einmal eine Parteischule, und sei es für zukünftige Sekretäre und Organisatoren; für die kommunistische Bildung der breiten Massen wird absolut nichts getan, außer ziemlich spärlichen Broschüren, und selbst diese verlieren ihren Sinn, wenn sie mit großer Verspätung erscheinen, und da sie Alltagsfragen behandeln, gibt es grundsätzlich „den Senf erst nach dem Abendbrot". [...]

Vielleicht habe ich es bis jetzt nicht geschafft, den hiesigen Stand der Dinge klar genug zu umreißen, die Fakten jedoch, die mich jeden Tag die Lage so darstellen lassen, daß es hier in Wirklichkeit *keine* Partei gibt und dass man sie vom Neuen, Schritt für Schritt, erschaffen muss – diese Fakten sind so zahlreich, dass sie einander verdrängen und bedrückend wirken. Die Frage ist: *wer* wird dies tun? Sie wissen, dass ich nicht zu denen gehöre, die leicht zur Verzweiflung gebracht werden können und die die Hoffnung auf Erfolg aufgeben, aber, wissen Sie, manchmal lasse ich die Arme hängen und weiß nicht mehr, ob es gelingt, die Schaffung eines starken Kerns mit Erfolg zu leisten, aus dem sich dann langsam die Organisation entwickeln wird. Natürlich wirkt sich eine solche Stimmung nicht auf meine Arbeit aus, und ich erwähne dies nur mit der Absicht, Ihnen deutlich zu machen, wie schlecht es um die Parteiangelegenheiten im Westen bestellt ist, zumal doch die deutsche Partei die

113 Organisationsbezeichnungen im Original deutsch.
114 „Zentrale" im Original deutsch.

beste unter den westlichen (großen) Parteien ist. Vielleicht irre ich mich ja, aber mir scheint, dass man von hier aus kaum mit rascher Unterstützung rechnen kann. [...]

Man kann die Partei natürlich nicht ohne materielle Unterstützung lassen, doch wenn sie sich selbständig ihren Weg bahnen müsste, würde sie sich eher zusammenschweißen. Ich habe versucht, die Frage aufzuwerfen, dass eine Partei im kapitalistischen Staat einen Finanzapparat schaffen muss, der sie mit Mitteln versorgen würde, die auf kapitalistischen Weg erwirtschaftet wurden (eine beliebige Handelsgesellschaft, Schmuggel, oder sonst irgendein Mittel zur Geldbeschaffung, einschließlich der Spekulation). Einige Genossen haben die Bedeutung des Vorschlages verstanden, sagen jedoch, dass sie keine passende Person hätten, die dies in die Hände nehmen könnte; andere finden, dass dies undenkbar sei, denn man könne die Arbeiter nicht ausbeuten, noch andere schließlich behaupten schlicht und einfach, dies sei „moralisch“ unzulässig!! Anscheinend wird man auch hier etwas kämpfen müssen. [...]

Wie soll weiter verfahren werden? Es ist unerlässlich, Genossen hierher zu schicken, die hier selbständig arbeiten und die Übrigen in der Arbeit unterweisen können. Zuallererst ist jedoch die Herreise von Karl [Radek] *unerlässlich.*[115] Schicken Sie uns Leute, Leute und nochmals Leute. Ich bitte sehr darum, alles [von mir] Mitgeteilte zur Kenntnis zu nehmen und uns Leute zuzuteilen.

Mit leidenschaftlichen Grüßen
Delta [d.i. Elena Stasova]



Auf einer gemeinsamen Sitzung der deutschen Sektion der RKP(b) mit deutschsprachigen Delegierten des III. Weltkongresses (KPD, KAPD, KP der Schweiz, KP der Tschechoslowakei) wurde am 24.6.1921 unter anderem beschlossen, die Rückkehr von Emigranten nach Deutschland zu unterstützen und dafür ein zentrales Emigrationsbüro einzurichten.[116] Am 29.6.1921 wurde das Thema weiter beraten, unter Anwesenheit von Fritz Heckert und August Thalheimer.[117]

Am 25.6.1921 behandelte das Politbüro des ZK der KP Russlands wiederholt die Position Victor Kopps als bevollmächtigten Leiter der sowjetischen Mission in Berlin, die durch Vorwürfe der Finanzspekulation, die er gemeinsam mit Jakov Rejch betrieben haben soll, erschüttert war. Die entsprechenden Anschuldigungen des Partei-Revisors Jurij Lutovinov gegen Kopp wurden vom Politbüro zunächst als substanzlos eingeschätzt, Kopp blieb also Leiter der Mission. Lediglich der Handelsbereich wurde Stomonjakov überantwortet.[118] Desweiteren wurde am 26.6.1921 eine personelle Aufstockung der Revisionskommission für die Berliner Vertretung durch Krestinskij beschlossen.[119]

---

115 Radek kam vorerst nicht nach Deutschland. In einem Brief an den Jenaer Parteitag der KPD (22.–26.8.1921) intrigierte er weiterhin gegen die Rechten und Levi, während Lenin ebenfalls in einem Brief scharf gegen die Berliner Linke argumentierte (Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde, S.391f.; Broué: Révolution en Allemagne. S. 543ff.).
116 RGASPI, Moskau, 17/84/166, 10–12.
117 RGASPI, Moskau, 17/84/166, 13.
118 RGASPI, Moskau, 17/3/197, 3.
119 RGASPI, Moskau, 17/3/192, 3.

Am 2.7.1921 fasste das Politbüro des ZK der KP Russlands den Beschluss, dass Arkadi Maslow nicht nach Deutschland (wo er wegen der Teilnahme an den Märzkämpfen gesucht wurde) zurückkehren könne, bevor hierüber eine besondere Verfügung des Politbüros erlassen worden sei – Maslow war zugleich KPD- und RKP-Mitglied.[120]

Dok. 49a

Tätigkeitsbericht des Zentralbüros der deutschen Sektionen beim ZK der RKP(b) für Juni 1921

Moskau, 3.7.1921

Typoskript in russischer Sprache, RGASPI, Moskau, 17/84/166, 4–8. Erstveröffentlichung.

BERICHT
ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES ZENTRALBÜROS DER DEUTSCHEN SEKTIONEN BEIM ZK DER RKP.[121]
FÜR JUNI 1921.[122]

Im Laufe des Monats Juni hat sich die Krise in der Tätigkeit des Zentralbüros der Deutschen Sektionen vertieft und ausgeweitet. [...]

---

120 RGASPI, Moskau, 17/3/183, 3–4. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 88.

121 Das im April 1918 zunächst als deutsche Vertretung gegründete Zentralbüro der deutschen Sektionen beim Zentralkomitee der RKP(b) vertrat seit dem Ende des Bürgerkriegs alle deutschen Sektionen des ZK und war für die deutschsprachigen Zeitungen und den Ankauf der deutschsprachigen Literatur zuständig. Entsprechend gab es auch ein Zentralbüro der deutschen Sektion des ZK des Kommunistischen Jugendverbandes. Politisch bestimmt von den leitenden Partei- und Staatsfunktionären der Russlanddeutschen war das Zentralbüro dem ZK der RKP(b)/ VKP(b), dem Zentralen Exekutivkomitee sowie dem Rat der Volkskommissare untergeordnet. Die von ihnen ausgearbeiteten Grundlinien wurden vom Volkskommissariat für nationale Angelegenheiten (Narkomnac) umgesetzt, in dem eine deutsche Abteilung geschaffen wurde und „als dessen unablösbares Oberhaupt I.V. Stalin bestimmt wurde". (Siehe: Oleg Dehl: Verratene Ideale. Zur Geschichte deutscher Emigranten in der Sowjetunion. Unter Mitarbeit von Natalja Mussienko. Mit einem Beitrag von Simone Barck über eine unbekannte Bibliographie der Moskauer „Deutschen Zentral-Zeitung". Mit einem Nachwort herausgegeben von Ulla Plener, Berlin, trafo verlag, 2000 (Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart. Schriftenreihe des Vereins Gesellschaftswissenschaftliches Forum e. V., Berlin. 25); Sergej V. Žuravlev [Sergej Shurawljow]: „Ich bitte um Arbeit in der Sowjetunion". Das Schicksal deutscher Facharbeiter im Moskau der 30er Jahre. Aus dem Russischen von Olga Kouvchinnikova und Ingolf Hoppmann. Redaktionelle Fachberatung Wladislaw Hedeler, Berlin, Christoph Links Verlag, 2003; Victor Dönninghaus: Moskau und die Deutschen in der Sowjetunion 1917–1941. Die Politik der sowjetischen Zentralorgane gegenüber der deutschen Minderheit. Forschungsbericht. In: Berichte und Forschungen. Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 11, München, 2003, S. 208–212).

122 Auf dem Dokument Eingangsstempel vom 4.7.1921, Aufschrift „An den Sekretär des ZK" und weitere unlesbare handschriftliche Vermerke.

AGITATION UND PROPAGANDA.
Im Juni wurde die Agitation und Propaganda unter der deutschen Bevölkerung im gesamtrussischen Maßstab nur mündlich durchgeführt, da unser Zentralorgan „Die Rote Fahne“[123] den gesamten Monat über nicht erschienen ist, während alle Provinzzeitungen in deutscher Sprache aufgrund der allgemeinen Papierkrise auflagenmäßig stark eingeschränkt waren.

Dabei muss hervorgehoben werden, dass die Papierkürzungen für deutsche Zeitungen in der Provinz völlig willkürlich durchgeführt werden, wobei an die Befriedigung minimaler Bedürfnisse der deutschen Bevölkerung im Vergleich zur russischen überhaupt nicht gedacht wird. [...]

Besonders schwierig gestaltet sich unsere agitations-propagandistische Tätigkeit im Gebiet der Wolgadeutschen aufgrund der gegenwärtigen schweren Wirtschaftskrise. Entbehrungen, Mangel, Hunger, Viehsterben und Missernte – all das suchte das Gebiet heim und stürzte die ohnehin religiöse Bevölkerung in eine wahrhafte religiöse Ekstase. Die breiten Massen der Bevölkerung stehen unserer Agitation und Propaganda feindselig gegenüber und verlangen wirkliche Hilfe statt Worte und Ratschläge. [...]

Unsere Agitation und Propaganda unter den deutschen Immigranten, die aus Deutschland, Österreich und der Schweiz hier eintreffen, hat aus vielen Gründen ökonomischen Charakters, die einen viel wirkungsvolleren Faktor als unsere Agitation darstellen, noch keine entscheidenden Ergebnisse erbracht. Abgesehen davon spielt das völlige Fehlen geistiger Nahrung in deutscher Sprache unter den Emigranten eine sehr große Rolle. Die schwierige allgemeine Lage der Republik drückt besonders den Immigranten ihren Stempel auf, da sie ein fremdes, zugereistes Element sind, mit der Sprache und den Sitten nicht vertraut sind, und vor allem sich nicht einleben können und nicht über all die Verbindungen, Nebenressourcen und Lebensquellen verfügen, wie sie jeder russische Arbeiter nutzt. [...]

VERLAG.
Wie bereits in unserem Bericht für Mai geschildert wurde, beläuft sich die produktive Tätigkeit unseres Verlags auf Null. Hier im Zentrum haben wir jegliche Möglichkeit verloren, irgendetwas in deutscher Sprache herauszubringen. Im ganzen Monat ist keine einzige Nummer unserer Zeitung „Die Rote Fahne“ erschienen. Alle Berichte unserer Provinzsektionen zeichnen ein trauriges Bild völliger Uninformiertheit der deutschen Bevölkerung als Folge der Einstellung unserer Zeitung. [...]

123 *Rote Fahne, Moskau, Organ des Zentralbüros Deutscher Sektionen für Agitation und Propaganda beim Z.K. der K.P.N.*, I (1919) – III (1922), halbwöchentlich, später wöchentlich. „KPN“ möglicherweise ein Tippfehler, das Zentralbüro war beim ZK der KPR angesiedelt. Die Zeitung war zunächst für die deutschsprachigen kommunistischen Gruppen bestimmt, die vornehmlich aus den einstigen Kriegsgefangenen bestanden, und warb für die Sache der Revolution in ihrer Ländern (Deutschland, Österreich, Tschechoslowakei (Sudetendeutsche), deutschsprachige Ungarn usw.). Erst seit August 1920 wandte man sich gezielter den deutschen Kolonisten in Russland zu.

Doch dieser Missstand wäre noch korrigierbar, wenn unsere Zeitung, wie uns zugesagt wurde, innerhalb kurzer Frist wieder erscheinen könnte, doch wir haben aus inoffiziellen Quellen in der Komintern erfahren, dass das gesamte Druckereipersonal, das nach der Schließung unserer Zeitung von uns zeitweise der Komintern zur Verfügung gestellt wurde, zur Erledigung von Arbeiten nach dem Kongress bis zum 1. Januar 1922 mobilisiert bleiben soll.

OHNE SICH AUF EINE DISKUSSION ÜBER DEN WAHRHEITSGEHALT DIESER MITTEILUNGEN EINZULASSEN, PROTESTIERT DAS ZENTRALBÜRO KATEGORISCH GEGEN DIE WEITERE VERPFLICHTUNG UNSERER SETZER FÜR KOMINTERNARBEITEN UND HÄLT DAS ERSCHEINEN UNSERER ZEITUNG ALLERSPÄTESTENS BIS ZUM 1. AUGUST FÜR ABSOLUT ERFORDERLICH.

Das Z[entral-]B[üro] setzt all seine Hoffnung auf das Z[entral-]K[omitee] und hofft, dass das ZK das ZB in dieser Frage unterstützen wird, vor allem da dies zur Begründung dafür gehörte, dass unser Organ gestoppt wurde und alle Mitarbeiter unseres Verlages sowie unserer Druckerei der Komintern überlassen wurden. […]

Im Laufe des Monats sind von uns 24.000 Exemplare der Zeitung „MOSKVA“, dem Organ des III. Kongresses der Komintern, verteilt worden, vor allem an Immigranten und ehem. Kriegsgefangene. […]

ORGANISATIONSARBEIT IM ZENTRUM.

[…] Die deutsche Immigration und die Abteilung für deutsche Immigration beim Volkskommissariat für Arbeit beanspruchen nach wie vor unsere besondere Aufmerksamkeit. Im Zusammenhang mit dem Erhalt einer Reihe von Telegrammen aus den Aufenthaltsorten deutscher Immigranten über die entstandenen Arbeits- und Lebensbedingungen, die für Immigranten untragbar sind, war das ZB gezwungen, einen prinzipiellen Beschluss zu fassen. In diesem Beschluss stellt das ZB fest, dass die Aufnahme- und [regionale] Zuteilungsbedingungen für Immigranten keineswegs besser geworden sind, dass sie nicht dazu in der Lage sind, sich rasch an die von uns durchlebte Lage anzupassen, dass die Familien der Immigranten, und insbesondere ihre Kinder schwer an mangelnder Ernährung leiden, und dass all das auf sie demoralisierend wirkt, sodass sie zu einer produktiven Arbeit letztendlich nicht fähig sind, geschweige denn zu einer bewussten Teilnahme am Aufbau des wirtschaftlichen und industriellen Lebens in der RSFSR.

Von dem oben Aufgeführten ausgehend hat das ZB beschlossen, eine Reevakuierung aller Immigranten, die einen weiteren Aufenthalt in Russland nicht wollen, für erstrebenswert zu halten. Gleiches wird auf die Parteimitglieder ausgedehnt, die zu einer aktiven Parteiarbeit nicht in der Lage sind, wobei diese verpflichtet sein sollen, sich vor ihrer Abreise im ZB zu registrieren.

Die Immigration muss jedoch bis zur Schaffung besserer Bedingungen für eben diese, und zuallererst bis zur Schaffung einer arbeitsfähigen Organisation zur deutschen Immigration beim Volkskommissariat für Arbeit, die in der Lage wäre, einen Immigrationsplan auszuarbeiten und durchzuführen, ausgesetzt werden. […]

Die Frage der hier eintreffenden politischen Immigranten muss mit den entsprechenden Delegationen [in] der Komintern geklärt werden, zur Frage der deutschsprachigen Politimmigranten sind von uns bereits Schritte zur Einberufung einer entsprechenden Beratung eingeleitet worden.

Mit den deutschen Delegationen in der Komintern hatten wir bereits eine Beratung, die einen ausschließlich informativen Charakter hatte. [...]

Der Leiter des ZB der Deutschen Sektionen des ZK [Sign.:]: W[ilhelm] Kurz][124]
Sekretär: [Sign.:] Gurko[125]

Moskau, 3. Juli 1921.

Dok. 49b

Brief Willi Münzenbergs an Sinowjew über seinen Einsatz für die internationale Hungerhilfskampagne für Russland

Moskau, 3.7.1921

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 324/1/554, 35. Erstveröffentlichung.

Moskau den 3. Juli 1921

Lieber Genosse Sinowjew!
Ich habe meinen Auftrag so verstanden: rascheste Erledigung der dringendsten Arbeiten für die Hungeraktion im Westen, die einen guten Erfolg garantieren und sofortige Rückkehr nach Moskau.[126] Ich werde gemäss diesem Auftrag handeln.

---

124 Wilhelm Kurz (1892–1938, erschossen) war Vorsitzender des Rates der Volkskommissare und damit Regierungschef der Wolgadeutschen Republik (ASSR der Wolgadeutschen), danach stellvertretender Bildungskommissar der RSFSR und später Vorsitzender der Aktiengesellschaft „Inturist". Siehe: Viktor Krieger: Der erste Geheimprozess gegen wolgadeutsche Intellektuelle. In: *Jahrbuch für Internationale Germanistik* XXXVIII (2006), H. 2, S. 105–136.

125 Es handelt sich wohl um Rudolf Igantjevič Hurka (Schreibvarianten: Hurkan, Hurko, Gurko). In den Jahren 1918–1919 Vorsitzender des Kriegsgefangenen-Komitees „III. Internationale" in Simbirsk, wurde Hurka im August 1920 zum Mitglied des Zentralbüros der deutschen Sektionen des ZK der RKP(b) gewählt. Siehe: Inge Pardon, Waleri Shurawljow (Hrsg.): Lager, Front oder Heimat. Deutsche Kriegsgefangene in Sowjetrussland 1917 bis 1920. Bd. I: Dokumente 1917 bis 1919. Vol. II: Dokumente 1920, Anhang, München-New Providence-London-Paris, Saur, 1994, S. 64, 616 u.a.

126 Der Brief Münzenbergs dokumentiert den Beginn der *Internationalen Hungerhilfe für Sowjetrussland*, die nach zwei Missernten in der Sowjetunion als kombinierte Folgen von Bürgerkrieg und Dürre eine zentrale internationale Kampagnen durchführte. Die von Lenin und dem Politbüro der RKP(b) sowie der Komintern nachdrücklich geförderte und von Willi Münzenberg unter der Präsidentschaft von Clara Zetkin organisierte Kampagne wurde notwendig, als internationale Hilfsmaßnahmen nur schleppend in Gang kamen oder mit unannehmbaren Bedingungen für die Bolschewiki verbunden waren. In Berlin wurde ein „Auslandskomitee zur Organisierung der Arbeiterhilfe für die Hungern-

Aber ich muss Ihnen kurz wegen der zeitlichen Durchführung der Aufgabe einiges sagen.

Heute, am 3. erst kann ich Moskau verlassen. Am 5., 6. oder 7. von Reval wegfahren und gegen den 10. in Berlin eintreffen. Hier brauche ich für die dringendsten Arbeiten (Berichterstattung und Führungsnahme mit der Zentrale der Kommunistischen Partei und anderer Organisationen, Organisierung unseres Büros, Gewinnung einer Reihe literarischer Kräfte Wilhelm Herzog,[127] Barthel[128] etc. Verkehr mit einer Reihe bekannter Persönlichkeiten etc. Einflussnahme auf die Kommunistische Presse, Sendung von Leuten nach den einzelnen Ländern, Organisierung der Sonderausgabe der Zeitungen, des Sammelstages [sic] etc. zwei grosse Vorträge in Berlin, Beschaffung des Passes etc.) doch mindestens eine Woche. Dann zwei Tage bis und in Prag, zwei Tage bis und in Wien, drei Tage bis und in Rom und 5 Tage die Reise zurück, einige Tage in Berlin und dann zurück. Abgerechnet der Reise Moskau-Berlin und zurück kann ich kaum mit 14 Tagen auskommen, unmöglich aber die Reise eingerechnet. Ich werde mich auf das grösste beeilen. Ich werde mich bei der Organisierung der Hungeraktion auf das notwendigste beschränken und tüchtige deutsche Genossen Koennen [d.i. Wilhelm Koenen][129] etc. einspannen, aber wenn ich trotzdem meh[r]ere Tage länger brauchen [sollte], so zürnen Sie mir nicht. Seien Sie überzeugt, das[s] nicht mein Wille, sondern lediglich einfache technische Unmöglichkeiten daran Schuld sind.

[Sign.:] Ihr Willi Münzenberg

---

den in Russland" gegründet, das vom 12.–15.9.1921 mit den in mehreren Ländern gegründeten lokalen Komitees der Hungerhilfe eine internationale Konferenz in Berlin ab, aus der als „breite parteilose Bewegung" die Internationale Arbeiterhilfe (IAH) hervorging (siehe Dok. 127a). An der Wiege dieser neuartigen transnationalen kulturpolitischen Massenorganisation, die das Werk Münzenbergs war, standen zunächst mehr Intellektuelle als Arbeiter (Zur Geschichte der IAH siehe u.a.: Willi Münzenberg: Solidarität. Zehn Jahre Internationale Arbeiterhilfe. 1921–1931, Berlin, Neuer Deutscher Verlag, 1931; Bayerlein: Transnationale Netzwerke und internationale Revolution).

127 Der Schriftsteller Wilhelm Herzog (1884–1960) schloss sich 1919 der KPD an und wurde 1928 nach Differenzen mit Münzenberg, den er als „den roten Hugenberg" bezeichnet hatte, ausgeschlossen.

128 Max Barthel (1893–1975), Arbeiterdichter und Mitglied des Spartakusbundes, verließ 1923 die KPD. Nach 1933 näherte er sich den Nationalsozialisten an.

129 Richtig: Wilhelm Koenen (1886–1963), einer der Hauptorganisatoren der Vereinigung des linken Teils der USPD mit der KPD, seit Dezember 1920 Mitglied der KPD-Zentrale, leitete als Vorsitzender den III. Weltkongress der Komintern.

Dok. 50

Anonymisiertes Schreiben [General Hans von Seeckts?] an Außenkommissar Čičerin zur geheimen deutsch-sowjetischen Rüstungszusammenarbeit

Berlin, 22.7.1921

Typoskript in deutscher Sprache, RGASPI, Moskau 495/293/19, 48. Erstveröffentlichung. Hdschr. Vermerk: „unsigniert".

Berlin, 22.7.21

An den Volkskommissär für Auswärtige Angelegenheiten, Herrn *Tschitscherin*.
Ich habe es bisher aus naheliegenden Gründen vermieden, an Sie persönlich zu schreiben. Der Gang der Ereignisse und die aus Russland kommenden Nachrichten zwingen mich aber heute, von meinem Vorsatz abzugehen.[130]

Ich darf wohl annehmen, dass Herr K. [Kopp?], mit dem ich in engem Einvernehmen stehe,[131] meine Meinung und die meiner Kreise bisher genügend und zum Ausdruck gebracht hat. Trotzdem will ich heute noch einiges besonders unterstreichen, was mir für die gegenwärtigen Besprechungen in Moskau von Richtigkeit düngt. Ich bin kein Freund langer Worte, bitte aber dem wenigen Ausgeführten volle Bedeutung beimessen zu wollen. Es ist, das Ergebnis einer mehrwöchentlichen [Beratung mit Wirtschafts-?] und politischen Kreisen Deutschlands, denen heute Bedeutung beizumessen ist.

Ich darf wohl annehmen, dass sich Ihre Ansichten über die Grundlinien eines deutsch-russischen Zusammenarbeitens, wie wir sie seinerzeit in Moskau festgelegt haben, nicht verändert haben.[132] Es war für mich eine große Befriedigung zu sehen, dass

---

130 Die Bedeutung des Briefes mag aus der Mitteilung Čičerins an Lenin vom 4.8.1921 hervorgehen, der am gleichen Tag mit Niedermayer zusammenkam (und der deswegen nicht als Autor des Briefes angesehen werden kann): „Einflussreichste Leute bis hin zum Kanzler waren gewonnen [die letzten beiden Wörter in deutsch]" (zit. in: Sergej A. Gorlow: Moskau-Berlin. Die militärpolitische Zusammenarbeit in der Rapallo-Periode. 1920–1933. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 46 (1998), 2, S. 256–268, hier S. 260).

131 Nach ersten Kontakten Radeks bahnte der bevollmächtigte Vertreter der sowjetischen Regierung in Berlin, Victor Kopp, zunächst über Maltzan, dann über Seeckt eine weitreichende militärische und wirtschaftliche Anlehnung des Deutschen Reiches an Russland an, wozu auch antipolnische militärische Vorbereitungen gehörten (siehe u.a.: Dok. 59 und Dok PB vom 25.6.1921; als frühe Veröffentlichungen hierzu: George W. F. Hallgarten: General Hans von Seeckt and Russia, 1920–1922. In: *The Journal of Modern History* XXI (1949), No. 1 (März 1949), S. 28–34).

132 Bei dem Autor dieses Briefes könnte es sich um den Chef der Heeresleitung der Reichswehr, General Hans von Seeckt, handeln. Kurz zuvor, im Juni 1922, hatte dieser an einem Geheimgespräch u.a. mit Reichskanzler Wirth und Reichswehrminister Geßler über die Perspektive einer verdeckten militärischen Zusammenarbeit Deutschlands mit der Sowjetunion teilgenommen und bereits in diesem Sinne an Trotzki geschrieben, der auch durch Enver Pascha über die deutschen Absichten in-

fast alle Hauptmachtfaktoren in Deutschland sich zum gleichen Programm bekannten, dass es mir insbesonders in der letzten Zeit gelungen ist, dafür besonderes Verständnis bei den massgebenden Regierungsmitgliedern zu erwecken. Hätte nicht in unserer Abwesenheit ein stark störender und zersetzender Einfluss eingesetzt, der zweifellos von russischer Seite ausging und bis zu einem gewissen Grad von Krassin und Stinnes genährt worden zu sein scheint, so wären wir heute schon viel weiter.

Es muss ein für allemal darüber Klarheit herrschen, dass England immer nicht von der Mitarbeit in Russland ausgeschlossen werden kann, dass es aber solang zurückzuhalten und überhaupt von bestimmten Punkten fernzuhalten ist, bis unsere gemeinsamen wirtschafts- und militärpolitischen Wiederaufbaupläne gesichert sind.[133] Es kann daher vorläufig unsererseits kein Paktieren mit englischem Kapital geben, das, wenn es einmal, vielleicht verbunden gewissem deutschem Kapital (Stinnes), Eintritt in Russland erhalten hat und dort festen Fuss gefasst hat, gar bald sich ausbreiten und uns schädlichen Einfluss ausüben wird. Englischer Einfluss muss von Petersburg, dem wichtigsten Zugangspunkt Russlands, möglichst ferngehalten werden. Ausserdem darf England nur in diejenige Rüstungsindustrie hereinkommen, die zu Friedensindustrie umgestellt werden soll. Ihre Kunst, Herr Tschitscherin, ist es, England da zu halten, wo es uns gemeinsam nicht gefährlich werden kann. Dass ein wiedererstarkendes Russland und ein mit Russland verbündetes Deutschland die grössten Feinde Englands sind, darüber besteht doch wohl kein Zweifel mehr. Auch heute noch in seiner furchtbaren Lage darf Russland den Kampf gegen den Imperialismus der Westmächte, die uns zu Sklavenvölkern gemacht haben, nicht vergessen, sonst beginge es wirklich Verrat an seiner eigenen Revolution. Ich warne Sie; russische Politiker gehen in England eigenartige Wege!

Dass wir heute im Ganzen nicht schon weiter sind, ist sowohl russische wie deutsche Schuld. In diesen Wochen, wo ich mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln Verständnis für die Lage in Russland und für die gemeinsam festgelegte Politik zu schaffen suchte, sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Vielfach weiter, als ich bei der

---

formiert wurde (siehe Dok. 30). Für Lenin und Trotzki waren Sonderbeziehungen mit dem Deutschen Reich zur Verhinderung einer Verständigung mit den Ententestaaten strategisch zentral, die deutsche Seite sah vor allem ökonomische und militärischen Vorteile (Seeckt rechnete mit einem neuen Krieg gegen Frankreich und Polen) im Sinne einer Umgehung des Versailler Vertrags, sodass beide in eine gemeinsame längerfristige und geheime militärische Zusammenarbeit einwilligten. Zu diesem Komplex siehe: Zeidler: Reichswehr und Rote Armee, S. 52 u.a.; Kai von Jena und Natalja E. Elisseeva (Bearb.): Reichswehr und Rote Armee. Dokumente aus den Militärarchiven Deutschlands und Rußlands 1925–1931. Herausgeben von Friedrich P. Kahlenberg, Rudolf G. Pichoja, Ljudmila V. Dvojnych. Unter Mitarbeit von Hannsjörg F. Buck und Ivan V. Uspenskij, Koblenz, Bundesarchiv, Russischer Staatlicher Archivdienst, 1995; Sergej Gorlov: Geheimsache Moskau-Berlin. Die militärpolitische Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich 1920–1933. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (1996), 1, S. 133–165; Olaf Groehler: Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920–1941, Berlin, Vision Verlag, 1992).

133 Zu Krasins Pessimismus, der die Zusammenarbeit für beendet erklärte, bevor sie begann, siehe Dok. 55.

Vorsicht und dem großen Mißtrauen meiner Landsleute Sowjetrussland gegenüber erwartet hatte.[134] Da wir Deutsche aber gewohnt sind, mit unseren organisatorischen Augen möglichst weitschauend alle Konsequenzen zu erörtern, bevor wir positiv zu arbeiten beginnen, verschieben sich naturgemäß auch unsere Pläne etwas. Wie Sie aus anderen Meldungen ersehen haben werden, sind wir nunmehr so weit, mit den Lieferungen für Petersburg beginnen zu können, um Ihnen konkretere Vorschläge zu machen. Bis dahin aber soll es vor allem Ihre Sorge sein, dass uns unsere Wege nicht von anderen verbaut werden, dann können Sie unserer aufrichtigen und dauernden Unterstützung sicher sein. Verlieren Sie nicht die Geduld und wenn Sie noch manch Schlimmes ertragen müssten!

Vernichten Sie bitte diese Zeilen, sobald Sie sie gelesen haben.[135]

Dok. 51

Sinowjew und Radek an das Politbüro des ZK der KP Russlands gegen die Einmischungen des Außenkommissariats in Komintern-Angelegenheiten

Moskau, 13.8.1921

Autograph in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 2/2/824, 2–4. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 306–307.

An das Politbüro des ZK der RKP.

Im Narkomindel[136] stellt sich in letzter Zeit ein Verhältnis zur Komintern ein, das uns der Möglichkeit beraubt, uns für die Arbeit verantworten zu können. Einige Beispiele.

1) Entgegen aller Beschlüsse und bar jeglicher Mandate erscheint Gen. Bronskij auf dem III. Kongress [der Komintern] und fängt an, private Beratungen mit der Levi-Gruppe abzuhalten.[137]

---

134 Unter der Koordination von Seeckts und seiner „Sondergruppe R[ussland]“ wurde Ende September 1921 Einverständnis mit der Politik und der Schwerindustrie (Albatros, Blohm&Voss, Krupp) dahingehend erzielt, mit einer geheimen Produktion von Waffen in der Sowjetunion zu beginnen. Hierzu sollten deutsch-sowjetische Aktiengesellschaften gegründet und sowjetische Konzessionen vergeben werden.

135 Das Blatt ist unten abgeschnitten.

136 Narkomindel (NKI): russ. *Narodnyj Komissariat Inostrannych del*, das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten.

137 Der mit Levi verbundene polnische linke Sozialist Mieczyslaw Genrikovič Brónski (Bronskij) (Ps.), d.i. Mieczyslaw Warszawski (1882–1941) war zu dieser Zeit diplomatischer Vertreter der Sowjetunion in Wien, später Professor für Ökonomie an der Akademie der Wissenschaften in Moskau.

2) Gen. Čičerin sendet zwei Depeschen an Gen. Cukerman (in der Partei seit 1918), worin er ihn (ohne es uns mitzuteilen und uns zu fragen) in den allerreißerischsten Termini beauftragt, die angeblichen Aventuren des Turkestan-Büros der Komintern (Safarov, Rudzutak) zu überwachen.[138] Das Resultat wird eine ungeheuere Zankerei sein.

3) Der Botschafter in Tschechien, Gen. Mostovenko, schickt, nachdem er Beneš Glauben geschenkt hatte, drei allerschändlichste Telegramme von höchst panischem Inhalt. Ohne auch nur die geringsten Mandate erhalten zu haben, tritt er in Gespräche mit den tschechischen Kommunistenführern, moniert lautstark die angebliche Demoralisierung dieser Partei, obwohl er von der Partei nicht die geringste Ahnung hat. Dies wird allergrößten Schaden verursachen.

4) Wir haben die Anweisung gegeben, von den Fonds, die uns noch nach dem II. Kongress vom ZK assigniert wurden (und von uns entgegen aller Märchen nach wie vor zusammengehalten werden), 75 Millionen Mark auszuzahlen.[139] Das Geld wird dringend gebraucht, sonst wird die Parteiarbeit stagnieren. Litvinov jedoch, ohne jegliches Recht dazu zu haben, schreibt an seinen Agenten in Reval:[140] Ich (Litvinov) denke, dass man soviel nicht geben sollte.

Wir ersuchen das ZK, dem Narkomindel vernünftige Anweisungen zu erteilen. Ansonsten werden wir die Verantwortung für die Arbeit niederlegen.[141]

13. Aug[ust] 1921.
G. Sinowjew. K. Radek.

---

138 Es handelt sich um das Nahost- oder auch Turkestaner Büro der Komintern in Taschkent bzw. Buchara. Leiter in Taschkent war M. N. Roy, nach dem Umzug nach Buchara Ja. E. Rudzutak, der seine diesbezüglichen Befugnisse jedoch an eine andere Person weitergeben konnte. Im Herbst 1922 wurde ein einheitlicher „Ostsektor" des EKKI gebildet, der über drei Abteilungen (Naher Osten, Mittlerer Osten, Ferner Osten) verfügte. Zu dieser Zeit entstand der allgemein negativ besetzte Begriff „Turkestaner" für den Komintern-Delegierten, zuerst für die „Turkestani" verwendet, die wie Heller, Brojdo und Béla Kun (1920) auch nach Turkestan geschickt worden waren. Siehe: Lazitch/Drachkovitch: Lenin and the Comintern, S. 488; Bayerlein: Transnationale Netzwerke und internationale Revolution.
139 Litvinov sperrte sich gegen die Auszahlung der 75 Millionen. Die Überweisung einer Gesamtsumme in Höhe von 75.000.000 Mark, darunter 50.000.000 aus dem sog. „Frankfurter Fonds" zur Finanzierung der kommunistischen Parteien auf Veranlassung von Sinowjew wurde wenige Tage später von Thomas (Ps.), d.i. Jakov Rejch, quittiert (siehe Dok. 52a).
140 Reval: Alte Bezeichnung der estnischen Hauptstadt Tallinn.
141 Den angeführten Brief von Sinowjew und Radek an das Politbüro vom 13.8. sowie den Brief Čičerins an Molotov vom 14.8. (siehe folgendes Dokument) übergab Letzterer zur Kenntnisnahme an Lenin, der auf Molotovs Begleitbrief folgende Randnotiz schrieb: „Meiner Meinung nach sollen Sinowjew und Čičerin periodische Informationsberatungen abhalten und der Zwischenfall soll als ‚abgeschlossen' betrachtet werden" (weiter unten Vermerk Molotovs: „Auf die Tagesordnung des PB V.M. 23/VIII." Siehe: RGASPI, Moskau, 2/2/824, 1).

Dok. 52

Brief Čičerins an Vjačeslav Molotov zu den Vorwürfen, die Arbeit der Komintern zu behindern

Moskau, 14.8.1921

Autograph in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 2/2/824, 5–7. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 307–310.

An Gen. Molotov

Verehrter Genosse,
Aus den von Gen. Sinowjew und Radek aufgeführten Fakten lässt sich keinerlei [besondere] Linie des NKID gegenüber der Komintern ableiten. Von den Beratungen des Gen. Bronskij mit der Levi-Gruppe höre ich zum ersten Mal, und irgendwelche persönlichen Taktlosigkeiten seinerseits stehen in keinerlei Bezug zur *Linie* des NKID. Die Valuta-Operationen von Gen. Litvinov sind dem NKID nicht untergeordnet; der Rat der Volkskommissare hat ihn persönlich an die Spitze aller Valuta-Operationen der Republik gestellt, ohne jegliche Verbindung zum NKID. Es ist vollkommen klar, dass im gegebenen Falle das Litvinov zur Last gelegte Telegramm von wie auch immer gearteten Valuta-technischen Überlegungen motiviert ist. Leider kann auch die Komintern nicht unabhängig von den Bedingungen der Valuta-Technik agieren. Jedenfalls hat es mit dem *NKID* nicht das Geringste zu tun. Gen. Mostovenko unterrichtet die sowjetische Regierung in seinen von Sorge erfüllten Chiffretelegrammen über seine Unterredung mit tschechischen Ministern, die seiner Meinung nach eine Gefahr für die Sowjetrepublik entdeckt haben. Er mag geneigt sein, die Gefahr zu überschätzen – das ist seine persönliche Charaktereigenschaft. Wenn er um die Sicherheit der Sowjetrepublik, der Zitadelle der Weltrevolution, besorgt ist, dann ist er verpflichtet, dies der Sowjetregierung mitzuteilen. Ein Militärbündnis zwischen der Tschechoslowakei und Polen wäre für uns eine ernsthafte Bedrohung. Der ständige Vertreter hat die Pflicht, uns über jegliche Gefahr zu informieren. Die Sorge um die Sicherheit der Sowjetrepublik, der Zitadelle der Weltrevolution, kann man nur dann schändlich finden, wenn man von einer Anti-Brest-Position[142] der Gleichgültigkeit gegenüber dem Bestehen oder Nichtbestehen der Sowjetrepublik ausgeht. Es wäre ein Verbrechen gegenüber der Sicherheit der Sowjetrepublik, der Zitadelle der Weltrevolution, den ständigen Vertretern, die eine wie auch immer geartete Gefahr für uns gesichtet haben, den Mund verbieten zu wollen. Sollte jedoch Gen. Mostovenko irgendwelche für die Komintern schädlichen Verhandlungen mit den Führern der tschechischen kommunistischen Parteien geführt haben, so sollte das EK der Komintern dem NKID

142 Gemeint ist die Position Bucharins und des linken Flügels der RKP(b) im Zusammenhang mit dem Brest-Litowsker Friedens zwischen dem Deutschen Reich und Sowjetrussland, der auf die Idee des „revolutionären Krieges“ bestand.

aufzeigen, welche schädlichen Verhandlungen genau er geführt haben soll. Das EK der Komintern hat weder hierüber, noch über andere, wie auch immer geartete, schädliche [Taten dieser] Komintern-Agenten unterrichtet. Wir haben von der Komintern keine einzige Beschwerde gehört. Wieso hat sie dies vor uns verschwiegen? Doch tauchte eines schönen Tages eine schädliche Linie des NKID auf. Man hätte es doch wenigstens vor diesem Faktum warnen sollen.

Es bleibt weiterhin mein Auftrag an Gen. Cukerman, die Tätigkeit des Turkestan-Büros der Komintern, die eine Einmischung in die Politik ausländischer Staaten und eine Gefahr für die internationale Lage der Republik darstellt, zu überwachen und darüber dem Zentrum Mitteilung zu machen.

Wenn mir aus verantwortungsvollen Quellen über die jungen Sekretäre aus dem Turkestan-Büro der Komintern berichtet wird, die persische Banditen unterstützen, die sich als Revolutionäre ausgeben, sowie über deren Aktionen, die zu einem unmittelbaren Bündnis zwischen Afghanistan und England gegen uns u.s.w. führen können, so ist es meine heilige Pflicht, Maßnahmen zu ergreifen und vor allem Beratungen und Materialien anzufordern, d.h. da Gen. Cukerman auskundschaftet und Informationen gibt.

Es wird schon deshalb keine Zankerei geben, weil Gen. Ioffe dorthin gefahren ist, um alle Zankereien zu schlichten, doch aus Furcht vor Streitigkeiten sollte man die Sicherheit der Republik, der Zitadelle der Weltrevolution, nicht opfern. Die eingesetzten Mittel waren auf den weichen Charakter Cukermans abgestimmt. Zuerst muß man auskundschaften und Materialien sammeln, und dann erst öffentlich auftreten. Ich verstehe nicht, warum man uns um der Komintern willen in ein Zerwürfnis mit Afghanistan, Persien und China treiben muss.

Die dem NKID zugeschrieben Linie existiert nicht. Das Übel liegt in mangelnden Kontakten zwischen dem NKID und der Komintern. *Die Linie des NKID besteht darin, die sowjetische Republik, die Zitadelle der Weltrevolution, durch Millionen von Schwierigkeiten zu geleiten.* Nur aus einer Anti-Brest-Position der Gleichgültigkeit gegenüber der Existenz der Sowjetrepublik kann man eine solche Linie ablehnen. Es existieren millionenfache Schwierigkeiten, unsere Lage ist grenzenlos kompliziert. Überall wird die RSFSR mit der Komintern gleichgesetzt, und ein unzeitgemäßer Schritt kann für uns eine Katastrophe bedeuten. Unsere militärische Kraft ist gering. Ein Angriff Afghanistans gegen uns kann eine Katastrophe in Turkestan auslösen. *Damit darf man nicht spielen.*[143] Angesichts dieser Gefahren die Wachsamkeit als schändlich zu

143 Vermutlich bezieht sich Čičerin auf die bereits auf dem 1. Kongress der Völker des Ostens in Baku (1.–7.9.1920) gescheiterten, rein rhetorischen Vorstellungen einer revolutionären Vereinigung mit den Muslimen im Rahmen eines gemeinsamen, in erster Linie gegen den britischen Imperialismus gerichteten, „heiligen Krieges". Das Scheitern von Baku kann insofern seitens der russischen Diplomatie als Einschnitt im Sinne einer Rückkehr zur Realpolitik gesehen werden (siehe: Stephen Blank: Soviet Politics and the Iranian Revolution of 1919–1921. In: *Cahiers du monde russe et soviétique* XXI (1980), 2, S. 173–194). Für die Komintern war er Sinnbild der internationalistischen, revolutionären Ausrichtung im Sinne der erweiterten Perspektive „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker,

bezeichnen – das ist wahrhaft schändlich. Falls die Komintern nicht eine Anti-Brest-Positionen einnimmt, stimmen unsere Linien überein und es fehlt nur ein Kontakt zwischen uns. Die Mitglieder des Kollegiums des NKID sind nicht mehr Mitglieder des EK der Komintern und dürfen es nicht mehr sein, gleichzeitig jedoch ist der Kontakt zwischen unseren Organisationen völlig zusammengebrochen. Meine Versuche der Kontaktaufnahme zu Gen. Kobeckij waren ergebnislos. Es ist unverzichtbar, *informelle* Treffen zwischen den Kollegiumsmitgliedern des NKID und den leitenden Mitgliedern des EKKI zu veranstalten, auf denen Informationen, Beschwerden und Wünsche ausgetauscht werden könnten, damit die internationale Politik der RSFSR und der Komintern sich nicht mehr in einem antagonistischen gegenseitigen Verhältnis fortsetzen.

Mit kommunistischem Gruß
Georgij Čičerin

Dok. 52a

Schreiben von Rejch an Sinowjew über den Erhalt des „Frankfurter Fonds“

[Berlin], 19.8.1921

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 324/1/554, 40. Erstveröffentlichung.

den 19. August 1921.

Gen. Sinowjew.
W[erter] G[enosse.] In Beantwortung Ihrer telegraphischen Anfrage vom 16.8. bestätige ich hiermit den richtigen Empfang folgender, laut moskauer Beschlüsse zur Verfügung gestellter Summen:

50 Millionen deutsche Mark als Frankfurter Fonds mit alleinigem Verfügungsrecht des Vorsitzenden der K.I. Gen. Sinowjew,[144]

vereinigt euch!“ (siehe: John Riddell (Hrsg.): To See the Dawn. Baku. 1920. First Congress of the Peoples of the East, New York u. a., Pathfinder, 1993. (The Communist International in Lenin’s Time)).

144 Am 8.1.1921 beschloss das Kleine Büro der Komintern, „beim Gen. T[homas] einen internationalen Komintern-Fonds“ einzurichten, der der Verfügungsgewalt des Büros unterstehen sollte (RGASPI, Moskau, 495/2/3, 1 Rücks.). In diesen Fonds wurden unter Einweihung von Elena Stasova 50.000.000 Reichsmark eingezahlt, über deren Verwendung Sinowjew in Übereinstimmung mit den Entscheidungen des Kleinen Büros Auszahlungen verfügte. „Die Auszahlung der Fondsgelder wurde vom Politbüro der russischen Partei, genauer durch eine aus Lenin, Trockij und Zinov’ev bestehende Kommission kontrolliert.“ (Wehner/Vatlin: „Genosse Thomas“, S. 11). Kernpunkt war die Finanzierung der kommunistischen Parteien Mittel- und Westeuropas (siehe: Genis: Nevernye slugi, S. 534–535, mit Berufung auf den Beschluss des Kleinen Büros; Aleksandr Vatlin: Komintern. Idei, rešenija, sud’by, Moskva, ROSSPEN, 2008, S. 292–293 (mit Berufung auf einen Politbüro-Beschluss ohne Quellenangabe)).

folgende Beträge, die zusammen, abhängig vom Tageskurs eine Summe von 25 Millionen ergeben:

£ 15.750
£ 18.263, 12
Schwed. Kr. 296.251, 17
" " 378.984, 22
" " 224.764, 61

Die Realisation dieser Beträge ist im Gange und findet keine unerhebliche Schwierigkeiten infolge des Umstandes, dass die von uns benützte Firma keinen Umsatz aufweist.

[Sign.] Thomas [d.i. Jakov Rejch]

Dok. 53

„Clara Zetkin ist endgültig umgefallen!": Brief Paul Levis an Mathilde Jacob

Berlin, 23.8.1921

Typoskript in deutscher Sprache (Abschrift). Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Fonds Levi, Mappe Nr. 43. Veröffentlicht in: Ament-Jones: Paul Levi and the Comintern, S. 447.

Reichstag
Berlin NW, den 23.8.192[1]

Liebe Mathilde,
also Klara [Zetkin] ist endgültig umgefallen.[145] Nicht nur uns hat sie verraten, sie hat die Sache gleich konsequent gemacht und auch noch Trotzki verraten indem sie heute eine Resolution angenommen hat, – von Maslow bis Clara [Zetkin] – in der die Trotzkische Auffassung vom Märzputsch zurückgewiesen wird. Das war selbst Malzahn und Neumann zu bunt: sie haben sich wieder von Clara getrennt. Ich wünsche Dir gute Reise und werde das noch öffentlich tun; wir werden morgen wieder ein Extrablatt herausgeben wie das beigefügte.

145 Auf dem Jenaer Kongress der KPD stimmte Clara Zetkin, nachdem sie zunächst ihren Protest bekundet hatte, gleichwohl dem von der Linken vorgelegten Resolutionsentwurf zu, der die Kritik an der Märzaktion zurückwies. In der neugewählten KPD-Zentrale blieb sie gleichwohl die einzige Vertreterin der Opposition. Alle Verantwortlichen der Märzaktion wurden zu Mitgliedern der Zentrale gewählt (siehe hierzu: Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde, S. 395f.).



Am 25.8.1921 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands, Victor Kopp als „Hauptbevollmächtigter des Roten Kreuzes für Berlin und umliegende Länder“ nach Deutschland zu entsenden, wohl im Zusammenhang mit den geheimen Rüstungsverhandlungen mit Deutschland.[146]

Dok. 54

Hermann Schüller an die Komintern zur Situation und den Perspektiven des Arbeitertheaters der Weimarer Republik

Berlin, 29.8.1921

Typoskript in deutscher Sprache, mit handschriftlichen Korrekturen. RGASPI, Moskau, 495/293/10, 3–4. Erstveröffentlichung.

Moskau, den 29. August 1921.

AN DIE
GENOSSEN DES KLEINEN BUEROS DER EXEKUTIVE DER K.I.
BETR. PROLETARISCHES THEATER – BERLIN (KOMM.PROP.BUEHNE)[147]

1) Lunatscharsky empfiehlt nach Pruefung des reichhaltigen Materials (Stuecke, Pressestimmen usw.) das „PROLETARISCHE THEATER“ der Unterstuetzung der E.K.K.I. mit folgendem Schreiben:

BESTAETIGUNG.
Moskau, den 4.8.1921.

Hiermit bestaetige ich, dass ich das ausserordentliche interessante Material, dass die Taetigkeit des deutschen pro[letarischen] Theaters charakterisiert, und mir von Gen. Schüller zur Verfuegung gestellt wurde, durchgesehen habe. Die gesamte Arbeit, die vom Genossen Schüller und seinen Freunden geleistet worden ist,[148] erscheint mir

146 RGASPI, Moskau, 17/3/194, 1.
147 Es handelt sich um die Gründung des Proletarischen Theaters durch Karlheinz Martin und Rudolf Leonhard im Oktober 1920, die dann hauptsächlich durch Erwin Piscator als revolutionäres Arbeitertheater theoretisch fundiert und als „Proletarisches Theater, Bühne der revolutionären Arbeiter Gross-Berlins“ umgesetzt und in entscheidender Weise von Hermann Schueller vorangetrieben wurde. Erst in einer zweiten, von der Agitprop-Bewegung geprägten Phase wurde das dem Proletkult (Aleksandr Bogdanov, Anatolij Lunačarskij, Platon M. Keržencev) nahestehende revolutionäre Arbeitertheater dann von Berlin im ganzen Deutschen Reich verbreitet. Siehe: Ludwig Hoffmann: Das Theater des sowjetischen und des deutschen Proletkult 1917–1922. Zur Programmatik und Organisationsgeschichte, Berlin, Humboldt-Universität, 1988; Richard Weber: Proletarisches Theater und revolutionäre Arbeiterbewegung 1918–25, Köln, Prometh-Verlag, 2. Aufl., 1976.
148 Es handelt sich um Hermann Schüller (1893–1948), der zusammen mit Erwin Piscator 1920 das Proletarische Theater im Sinne des russischen Proletkult in Deutschland einführte. Siehe: Hermann Schüller: Proletkult. Proletarisches Theater. In: Der Gegner 2(1920/1921), H. 4, S. 109. Auch in: Walter

ausserordentlich wertvoll, nicht nur in Deutschland, sondern in internationaler Hinsicht.

Ein Teil des Materials werde ich in Artikeln verwenden, einige Dramen und Komoedien aus dem Repertoir des prolTheaters werden ins russische uebersetzt und von russ. Theatern gespielt. Es waere aeusserst wuenschenswert, wenn das E.K. der K.I. das ausgezeichnete und sich gut entwickelnde Beginnen des Gen. Schiller [d.i. Hermann Schueller] unterstuetzen wuerde.

Der Volkskommissar des Narkompros,
gez. Lunatscharsky.

2) Warum an E.K.K.I.?
Lunatscharsky hebt int[ernationale] Bedeutung der Arbeit vor: literarische Produktion, intern[ationaler] Spielplan, Prop[aganda] fuer Internationale, fuer Russland, – kein Unternehmen der K.P.D. direkt, weil sie Arbeiterverein Mitglieder aus allen rev[olutionären] Organisationen.

3) Zweck:
PROP[AGANDA] DURCH BUEHNENPropaganda zu besonderen Anlaessen: Justizschande, Inhaftierten-Unterstuetzung, russ[ische] Hungersnot, Einigkeit der rev[olutionären] Arbeiter, Satire der U.S.P.D., der Revolutions-Romantiker, der Korruption der Bourgeoisie, der Verbuergerlichung mancher Arbeiter usw.

Gegen: Verseuchende Wirkung Vorstadtbuehne und fuer Propaganda proletarische Diktatur.

Ueber Propaganda des Tages hinaus.

Ausbau zu einer kommunistischen *Kunstbuehne*, zur Gewinnung von *Intellektuellen* (Rev[olutionäre] Literatur aller Laender, Gorki,[149] Lunatscharski, Rarolland [d.i. Romain Rolland],[150] Shaw,[151] Georg Kayser [d.i. Kaiser][152] u.a.).

4) Mittel der Propaganda:
Anschaulichkeit, Verstaendlichkeit des Buchepenstils, kollektivistische Regie, rev[olutionäre] Schauspieler, Schulung von Arbeitern.

Fähnders, Martin Rector: Literatur im Klassenkampf, Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch, 1974, S. 187.

149 Maksim Gor'kij (Ps.), d.i. Aleksej Maksimovič Peškov (1868–1936), kam aus den ärmsten Verhältnissen und wurde seit dem Ende der zwanziger Jahre zum berühmtesten Schriftsteller der Sowjetunion und zu literarischem Aushängeschild Stalins.

150 Der französische Schriftsteller Romain Rolland (1866–1944) wurde 1915 mit dem Literatur-Nobelpreis ausgezeichnet und war als Pazifist ein früher intellektueller Weggenosse der kommunistischen Bewegung.

151 George Bernard Shaw (1856–1950), Dramatiker, Kritiker und Nobelpreisträger für Literatur 1925, war ein engagiertrer Sympathisant der Sowjetunion, auch während der dreißiger Jahre.

152 Georg Kaiser (1878–1945) war ein deutscher expressionistischer Dramatiker, dessen Schauspiele bis 1933 äußerst populär waren.

Im Theatersaal Ausstellungen, (Russland) Plakate, Literatur, ausfuehrliches politisches Theaterprogramm. Ausbau als Theaterverein in Bezirksorganisation und prol[etarischen] Kulturgruppen.

Wanderbuehne in Arbeiterviertel. Kleine Trupps in Arbeitercabarets, Arbeitsnachweise, Versammlungen, Demonstrationen.

Buehnenpropaganda wirkungsvoll: Theater im Kriege, Erfolge der rev[olutionären] Buehne in Russland: Konterrevolutionaer[e] „VOLKSBUEHNEN" in Deutschland (S.P.D. – Gruendungen und Propagandaquellen.)

5) Erfolge des prol[etarischen] Theaters:
Trotz Geldmangel (Gruendung mit 5000 Mark) und Polizeiverbot in 4 Monaten 50 Auffuehrungen, groesstenteils illegal. Gute Aufnahme in der Arbeiterschaft. Beifall der gesamten Arbeiterpresse. (Anlage 4): Zustimmung und Resolutionen von Arbeiterversammlungen und Kongressen, zum Beispiel Reichskongress der Kommunistischen Metallarbeiter, bestellte Auffuehrungen in der U.S.P. eines Propagandastückes „RUSSLANDS TAG" (Prop[aganda] fuer die 3. Internationale).[153]

Reges Interesse fuer Bestellungen von Vorstellungen seitens Betriebe, Organisationen. Gutes Verhältnis zu Organisationen (aber noch fest ausbauen.) (Feste Besucherzahl, monatlich bei 12 Vorstellungen: 10.000 Spielaufforderungen aus Halle (K.P.D.), Leipzig, Dresden, Senftenberger Kohlenrevier, Betriebsraete, Ruhrgebiet (K.P.D.) Mannheim, Hamburg, (K.P.D.)

Ausbau einer Wanderbuehne mit festem Zentrum Berlin (evtl. Mitteldeutschld. Halle – Ansaetze, Hamburg – Ansaetze.[154]

6) Kraefte, Stuecke vorhanden.
Mehrere V.K.P.D. organisierte Regisseure vorhanden. Gute rev[olutionär] gestimmte Schauspieler unter den allein in Berlin 3000 erwerbslose[n] Schauspieler.

153 „Rußlands Tag" war ein frühes Theaterstück für die Komintern als Dritte Internationale (Premiere vermutlich im Oktober 1920). Es zeigt den Werdegang eines deutschen Arbeiters, der in einer kollektiven Aktion zur Durchbrechung der Isolation Deutschlands die Schlagbäume an den Grenzen im Westen und im Osten und die Pläne einer Zerschlagung der Sowjetunion durchkreuzt. Von John Heartfield stammte die Bühnendekoration in Form einer überdimensionalen Landkarte.

154 Die Wanderbühne war entschieidende Voraussetzung für die Verbreitung des Arbeitertheaters, sie wurde in der in der späteren Agitprop-Theaterbewegung zur Regel.

Stuecke: „WIE LANGE NOCH"? – DIE KANAKER"[155] (ins Russ. uebersetzt. „ROTE SOLDATEN") Upton Sinclair: Prinzhagen[156] ins Russ. uebersetzt. DIE MASCHINEN ERICH MUEHSAM „JUDAS"[157] ins Russ. uebersetzt. GORKI „DIE FEINDE" u.s.w.[158]

Aus dem russ. zu uebersetzen: LUNATSCHARSKY, GORKI u.s.w.

AUS DEM FRANZOESISCHEN: VERHAEREN: „MORGENROETHE" (in Russland aufgefuehrt).[159]

Propagandastuecke zu schreiben, und aus dem Russischen zu uebersetzen, geuebte Schriftsteller vorhanden, konzentriert um den Malich-Verlag).[160]

7) Perspektiven: *Aneiferung zur komm[unistischen] literarischen Produktion.* Beweis: JUNG – [KANAKER]. W[itt]fogel. Rote Soldaten.[161]

Aufbau komm[unistische] Kunstbuehne im vollsten Sinne analog S.P.D. Volksbuehne. Ausbau zur Wanderbuehne im Reich. Leicht auf Grund von Ansaetzen in verschiedenen Staedten moeglich. *Mitgliederbezirke*: Bildung im Sinne proletarischer Kultur.

8) *Finanzielles:* 100.000 Mark bei regelmaessigem Spiel, festen Raum. Unkosten, Einnahme bei 700 Besuchern a 5 Mark 105.000 Mark

Zur Unterstuetzung noetig: *Eine einmalige Summe* zum Ausbau (Buero, Angestellte, Propagandamaterial, Scheinwerfer, Lichtbildapparat, Fundus, Proben, Honorare fuer Schriftsteller, Pacht) und Zusage der Deckung eines evtl. Defizits bei groesseren Veranstaltungen zu billigem Eintritt oder Frei.

9) Vorschlag an das E.K.K.I.
Das E.K.K.I. gewaehrt dem „prol[etarischen] Theater" zu Haenden des Genossen R. Schueller eine einmalige Summe von 800.000 Mark und gibt die Zusage zur Deckung eines Defizits bei Ausnahmeveranstaltungen nach Ruecksprache mit der Vertretung der E.K., die die Arbeit des Theaters Berlin kontrolliert.

155 Franz Jung: Wie lange noch? Zwei Schauspiele, Berlin, Malik-Verlag, 1921.

156 Es handelt sich um das Stück von Upton Sinclair (siehe: Upton Sinclair: Prinz Hagen. Phantastisches Schauspiel in vier Aufzügen. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Hermynia zur Mühlen, Berlin, Malik-Verlag, 1921 (Sammlung revolutionärer Bühnenwerke, 1)).

157 Erich Mühsam: Judas. Arbeiter-Drama in fünf Akten, Berlin, Malik-Verlag, 1921. Revolutionsdrama, das u.a. die Novemberrevolution und die Münchner Räterepublik zum Gegenstand hat.

158 1906 entstandenes Stück Maksim Gor'kijs. Hintergrund der Handlung ist die Russische Revolution von 1905 und die Hoffnung auf den erfolgreichen Klassenkampf der Arbeiter.

159 Es handelt sich um das Stück: Emile Verhaeren: Die Morgenröte. Drama in 4 Aufzügen. Einzig berechtigte Übertragung in die deutsche Sprache von Eugen Gürster, Breslau, Süd-Ost-Deutscher Verlag, 1925. Verhaeren (1855–1916) war ein belgischer Schriftsteller, Lyriker und Anwalt. Sein Stück (im Original „Les Aubes") erschien 1898. Der im 1. Weltkrieg engagiert pazifistische Schriftsteller war u.a. von Gide, Rilke und Stefan Zweig hochgeachtet.

160 D.i. der Malik-Verlag.

161 Karl August Wittfogel: Rote Soldaten. Politische Tragödie in fünf Akten, Berlin, Malik-Verlag, 1921. Karl August Wittfogel (1896–1988) war Schriftsteller, Historiker, Sinologe und Feuilletonchef der *Roten Fahne*.

Das „Proletarische Theater“ wird vom „Internationalen Buero fuer prol[etarische] Bildung komm[unistische] Kultur“[162] (Berliner Sekretariat) oder solange dieses Buero noch nicht arbeitet, durch den Vertreter des E.K.K.I in Berlin kontrolliert.

Das „Proletarische Theater“ verpflichtet sich, eine eindeutige komm[unistische] Propaganda im Sinne des der Exekutive vorgelegten Programms durchzufuehren.

[sign.]: H. Schüller.



Am 31.8.1921 beriet das Politbüro des ZK der KP Russlands Maßnahmen über die „spezielle Arbeit“ in Berlin und verfasste entsprechende Instruktionen an Victor Kopp.[163]

Am 21.9.1921 erfolgte ein Beschluss des Politbüros des ZK der KP Russlands über die „polnische Frage“. Dabei wurde zum Einen der Vorschlag Čičerins für eine (am nächsten Tag verschickte) Protestnote an die polnische Regierung angenommen, die unter anderem gegen den Aufenthalt „weißer“ Streitkräfte auf polnischem Territorium gerichtet war. Im weiteren Punkt wurden Trotzki und Čičerin damit beauftragt, die „diplomatischen Maßnahmen“ von Krasin in Berlin und Karachan in Polen zu beschleunigen. Ersterer verhandelte gemeinsam mit Kopp mit deutschen Militärs über geheime deutsch-sowjetische Rüstungskooperation, Letzterer verhandelte in Polen über die Umsetzungsmodalitäten des Rigaer Friedens.[164]

---

162 *Proletkult* und *Clarté* waren die ersten künstlerisch-literarischen Organisationen im Umkreis der Komintern. 1920 erfolgte die Bildung eines „Provisorischen Internationalen Büros für Proletkult“ für die bereits 1918 gegründete Proletkult-Bewegung nach einem entsprechenden Beschluss des II. Weltkongresses der Komintern. Als Mitglieder bestimmt waren A. Lunačarskij, V. Poljanskij, W. Herzog, M. Barthel, J. Reed und R. Lefèbvre. Der *Proletkult* wurde dann von Lenin und führenden Bolschewiki aufgrund seiner sektiererischen Alleinvertretungsansprüchen als fortschrittliche Literatur und einer gewissen antikulturellen Haltung (was die internationale kulturelle Tradition betrifft) nicht mehr akzeptiert (Bayerlein: Transnationale Netzwerke und internationale Revolution; vgl. Barck/Schlenstedt/Bürgel: Lexikon der sozialistischen Literatur, S. 223f.).

163 RGASPI, Moskau, 17/3/195, 1.

164 APRF, Moskau, 03/64/644, 29. Publ. in: Sevost’janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 21.

Dok. 55

Bericht Leonid Krasins an Lenin über die Verhandlungen mit deutschen Industriellen und Financiers in Berlin zur geheimen militärischen Zusammenarbeit

Berlin, 26.9.1921

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau 2/2/933, 1–9. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 312–320.

Streng geheim.
(Es werden an niemanden Kopien verschickt).[165]

Vladimir Il'ič [Lenin].
Wie Sie aus meinem anderen Brief wissen,[166] haben wir mit den Unternehmern und Financiers das Militärprojekt aufgegeben, und sie alle denken, dass diese Angelegenheit endgültig begraben sei.[167]

Im Anschluss hatte ich ein Treffen mit Neumann [d.i. Oskar von Niedermayer][168] in Anwesenheit von Kopp und sagte ihm ungefähr Folgendes.

---

165 Auf der ersten Seite handschriftlicher Vermerk Lenins: „Streng geheim. Nur an Mitglieder des Politbüros. An mich zurückgeben. Len[in].“ Auf der linken Seite Sichtvermerke von Trotzki, Molotov, Kamenev, Stalin und Čičerin.

166 Am Tag zuvor sandte Leonid Krasin, der 1920–1924 sowjetischer Volkskommissar für Handel war, einen ebenfalls streng geheimen Brief aus Berlin an Lenin, in dem er über die Verhandlungen mit deutschen Industriellen zum Wiederaufbau ziviler Fabriken in Petrograd berichtete. Am 2.3.1921 machte der Vorsitzende des Rates für Außenhandel der Sowjetunion, Leonid Krasin, den Vorschlag an das Auswärtige Amt, “daß Deutschland auf russischem Boden mit der Einrichtung einer Fabrik zur Konstruktion von Flugapparaten beginne.“ Im Laufe des Jahres wurden daraufhin Pläne geschmiedet und Kontakte zu deutschen Firmen wie Blohm & Voss, Albatroswerke, Krupp und Junkers geknüpft, unter Beteiligung Neumanns alias Oskar Ritter von Niedermayer und von russischer Seite Victor Kopp im Auftrag Trotzkis. Ein Geheimvertrag zur Aufnahme der Militärflugzeugproduktion in Fili bei Moskau unter Beteiligung der Junkers-Werke kam am 15.3.1922 zustande (Olaf Gröhler: Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920–1941, Berlin, Vision Verlag, 1992, S. 31–34).

167 Krasin sah die Erfolgsaussichten grundsätzlich pessimistisch, das von ihm festgestellte Ende der geplanten militärischen Kooperation mit deutschen Industriellen trat nicht ein, allerdings bezieht er sich hier auf einen ersten Plan, der „die Heranziehung von Bankiers, Unternehmern u.a.“ beinhaltete (s.u.). (siehe: Dok. 59; Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 310–312). In einem Brief an Trotzki vom 30.11.1921 machte Lenin auch gegenüber Reserven von deutscher Seite deutlich, dass Krasin nur aus taktischen Gründen gezwungen gewesen sei, nett zu den Engländern zu sein: „Man sollte Hartwig (und die anderen Deutschen) klipp und klar fragen: Was wollen Sie von uns? einen Vertrag *ohne* England? Mit Vergnügen! Legen Sie schnellstens einen *Entwurf* vor, und wir *unterschreiben*. Bisher haben die Deutschen nur geredet.“ (Lenin: Briefe, Bd. 9, S. 44).

168 Oskar von Niedermayer (1885–1948, Ps.: „Neumann“), eine Art “deutscher Lawrence von Arabien“ (Groehler), im Ersten Weltkrieg deutscher Spion in Asien, leitete im Sommer 1921 eine Erkundungsmission deutscher Militärexperten betreffs des Aufbaus von Rüstungsfabriken in Petrograd mit

Mit den Erbsenzählern und Geizhälsen aus den Wirtschafts- und Finanzkreisen, die von England eingeschüchtert werden und sich jetzt mit ihm gut stellen wollen, werden wir in Militärangelegenheiten nichts ausrichten können. Wenn die Militärspezialisten aus Deutschland und überhaupt alle, die ernsthaft an Revanche denken, endlich zu dem auf der Hand liegenden Schluss gekommen sind, dass man im Inneren Russlands unverzüglich Rüstungsfabriken und -betriebe aufbauen muss, und wenn sie bereit sind, für diese Angelegenheit eine Menge Geld zu Verfügung zu stellen, dann kann man sich bereits zum jetzigen Zeitpunkt an die Organisierung einer zwar nicht zu großen, aber gut aufgestellten Rüstungswirtschaft in Russland nach einem von den Militärs streng umrissenen technischen Programm machen. Das heißt beispielsweise: Die Ausstattung von so und so viel Hunderttausend Mann mit den allermodernsten Geschützen, Waffen, Flugzeugen usw.

Der Plan muss völlig unabhängig von irgendwelchem Kommerz, von irgendwelchen Kalkülen, einen Gewinn zu erzielen, „zu verdienen", die Wirtschaft anzukurbeln usw. verwirklicht werden. Hier muss großzügig Geld ausgestreut werden, wobei nach einem bestimmten Plan gearbeitet wird, nicht für den kommerziellen Gewinn, sondern zur Erlangung nützlicher Güter – Pulver, Patronen, Geschosse, Geschütze, Flugzeuge usw. Ein kommerzielles Gehirn kann eine solche Fragestellung nicht bewältigen; die Militärs jedoch, die eine Befreiung vom Joch der Entente wünschen, müssen eine solche Idee begrüßen und einen entsprechenden Goldfonds für ihre Verwirklichung ausfindig machen, zum Beispiel indem sie eine bestimmte Summe von den viele Milliarden umfassenden Reparationen an Frankreich abzweigen.[169] Wie das zu bewerkstelligen ist, ist Ihre Sache – sobald Sie jedoch das Geld und den Arbeitswillen besitzen, werden Sie einige Jahre später haben, was Sie brauchen.

Die Angelegenheit muss so organisiert werden, dass sie vor England völlig verborgen bleibt. Der einzige Weg, dies zu bewerkstelligen, ist der, dass die gesamte Arbeit von der Sowjetregierung selbst geleistet werden muss, und zwar so, als ginge es um die vollkommen begreifliche und selbstverständliche Versorgung der Roten Armee, die zumindest teilweise Wiederherstellung der russischen Rüstungswirtschaft, des Munitionswesens, der Artillerie usw. Es ist mehr als selbstverständlich, dass die Sowjetregierung bestrebt ist, die Fabriken, die die Rote Armee versorgen, aus den Ruinen wiederaufzurichten. Und selbst wenn die Entente über ihre Spione davon erfährt, dass wir die Munitionsfabriken wiederaufbauen, den Flugzeugbau organisieren, die Herstellung von Geschützen in Perm' wiederaufnehmen usw., so liegt hierin nichts Unbegreifliches, und die einzige Frage wird lediglich lauten, woher die Bolschewiki das Geld nehmen. Aber auch hier gibt es nichts Geheimnisvolles – das Geld kommt

deutscher Hilfe. Im Dezember schied er offiziell aus der Reichswehr aus, um bis 1932 von Moskau aus die geheime Rüstungszusammenarbeit der Reichswehr mit der Sowjetunion zu leiten.

169 Die in Paris im Januar 1921 erhobenen Forderungen der Entente beliefen sich auf 269 Milliarden Goldmark, die aufgrund der kategorischen Ablehnung der Reichsregierung im Mai 1921 auf 132 Milliarden reduziert wurden (nach heutigem Standard etwa 700 Milliarden EURO).

aus der Kürzung anderer Staatsausgaben, aus den Resten des Goldvorrats, aus den Valuta, die durch den Verkauf von Wertgegenständen erworben wurden, aus dem Export von Waren usw. usf.

Das Geld, das wir für die Verwirklichung dieses Programms erhalten werden, wird von Volkskommissariat für Finanzen auf das Konto eines entsprechenden Militärtrusts (siehe weiter unten) überwiesen, und wird dann genauso wie alle anderen sowjetischen Gold-Anweisungsscheine ausgegeben. Es wird hier keinerlei gesonderte Verträge mit ausländischen Firmen geben, die das Misstrauen der Entente erregen könnten, sondern lediglich die Heranziehung ausländischer Spezialisten für unsere Fabriken, was mit der Zeit auch in anderen Bereichen unserer Industrie erfolgen wird; außerdem wird es Bestellungen von Materialien im Ausland geben – wieder eine völlig normale Erscheinung. Es wird keine direkte und aktive Beteiligung deutscher Firmen an dieser Angelegenheit geben, und außer im Falle eines unmittelbaren Verrats in unseren Reihen wird die Entente nichts beweisen oder klären können. Unbestimmte Vermutungen werden hingegen weder für uns, noch für die Deutschen eine Gefahr darstellen.

(Um Missverständnissen vorzubeugen, weise ich darauf hin, dass von deutscher Seite nur die leitenden Personen im Generalstab von der neuen Sachlage wissen.)

Der oben dargelegte Plan hat Neumanns [d.i. Oskar von Niedermayer] völlige Zustimmung, und er versprach, ihn unverzüglich der Leitung zu übermitteln sowie ein Treffen von mir mit den leitenden Personen des Generalstabs anzuberaumen.

Gestern hat dieses Treffen stattgefunden. Es waren zwei Oberste und ein General anwesend (deren Namen ich nicht nenne), die sich dem oben dargelegten Plan angeschlossen und ihm jede mögliche Unterstützung zusichert haben.[170]

Auf der gestrigen Sitzung haben wir für die weiteren Arbeiten den folgenden Plan ausgearbeitet.

Die Deutschen müssen von ihrer Seite Folgendes in die Hand nehmen.

Die erste und wichtigste Aufgabe ist es, Geld ausfindig zu machen. Wir haben erklärt, dass die Verwirklichung des Programms viele Millionen Gold[rubel] verlangen würde, [...]. Russland kann keine Kopeke Gold beisteuern, und deswegen stehen die Deutschen in der Pflicht, einen für die Verwirklichung des Programms notwendigen Goldfonds aufzutreiben. Alle vier anwesenden Offiziere waren damit völlig einverstanden und versprachen, sich sofort an die Arbeit zu machen. [...]

Weiter müssen die Deutschen den Umfang der Bestellung festzulegen, also die Anzahl von Geschützen, Patronen, Flugzeugen, die für die Ausstattung einer bestimmten Armee produziert werden müssen.

---

170 Gröhler zufolge trafen sich „unter strengster Geheimhaltung Niedermayer, Hauptmann Fritz Tschunke, Oberst Otto Hasse, General Wilhelm Schubert, der später bei Junkers angestellt wird, und General Kurt von Schleicher, später letzter deutscher Reichskanzler vor Hitler, in Berliner Privatwohnungen mit Krasin und Kopp“ (Gröhler: Selbstmörderische Allianz, S. 32f.)

Die Deutschen müssen desweiteren sowohl Techniker als auch Administratoren für das zukünftige Unternehmen auswählen [...]. Wir haben die ganze Zeit über versucht, den Gesprächspartnern die Notwendigkeit zu vermitteln, unverzüglich ein großes Kapital für diese Unternehmung anzusammeln, wir gehen jedoch davon aus, dass es sich auch bei beschränkten Geldmitteln lohnen würde, die Sache anzugehen, da bei erfolgreichem Anlauf die Deutschen zweifellos freigiebig werden und es im weiteren Verlauf schaffen werden, die notwendigen Fonds zu ermitteln.

Unsererseits müssen wir folgendes tun.

Der Verteidigungsrat[171] muss einen Beschluss zur schrittweisen Wiederherstellung der Rüstungsindustrie fassen, zur systematischen Neuordnung der Versorgung der Roten Armee, ihrer Ausstattung mit moderneren Waffen etc. Möglicherweise muss zu diesem Zweck eine Sonderkommission beim Revolutionären Kriegsrat mit Teilnahme des VSNCh[172] unter dem Vorsitz eines einflussreichen und kompetenten Genossen, am besten Trotzki, gebildet werden. Die Bildung einer solchen Kommission sollte nicht öffentlich gemacht werden, da es sich um eine Militärangelegenheit handelt; selbst wenn jedoch diese Nachricht über die üblichen sowjetischen Kanäle nach außen dringt, so wird daraus letztendlich kein Unglück entstehen. Diese Kommission soll die Satzung eines speziellen staatlichen Militärtrusts erarbeiten [...][173] Wir halten es ebenfalls für notwendig, 2–3 Ausländer in diese Leitung [des Trusts] zu inkorporieren, die in die gesamte Angelegenheit vollkommen eingeweiht sind und Russland gut genug kennen. Dies ist notwendig, da wir nur auf diese Weise das volle Vertrauen der Deutschen gewinnen können, ohne das sie uns sowieso keine große Summe Geld geben werden. Hier nützt es nichts, Verstecken zu spielen und irgendeine Diplomatie zu pflegen, sondern es muss geradeheraus gehandelt werden. Wenn wir die Leitung und die Direktion des Trusts so organisieren können, dass die praktische Arbeit greifbare Resultate erbringt, dann können wir wahrscheinlich mit Hunderten von Millionen, vielleicht sogar mit Milliarden Mark rechnen. Alleine aus den eigenen Kräften werden wir eine dermaßen handlungsfähige Leitung nicht schaffen können, da wir kaum Leute mit europäischem Elan haben, die auch nur etwas von Technik und Organisation verstehen. [...]

Die Führungsebene der VČK[174] muss selbstverständlich auch vollständig mit dem Projekt bekanntgemacht werden, damit die Ausländer nicht voreiligen und ungerechtfertigten Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt werden. [...]

---

171 Der Rat für Arbeit und Verteidigung (russ. *Sovet Truda i Oborony*, STO) beim Rat der Volkskommissare (1920–1937) war unter anderem für die Rüstungsindustrie zuständig.

172 VSNCh (russ. *Vysšij Sovet Narodnogo Chozjajstva*), Allunions-Rat für Volkswirtschaft.

173 Die Schwierigkeiten der Bolschewiki, eine eigene Basis für die heimische militärische Produktion aufzubauen und die Versorgung der 1920 auf über fünf Millionen angewachsenen Roten Armee zu sichern, sind in den „Trotsky Papers" dokumentiert. Siehe: Meijer: The Trotsky Papers, bes. Bd. II, S. 575ff. u.a.

174 Allrussische Außerordentliche Kommission (VČK), im Dezember 1917 gegründetes Staatssicherheitsorgan zur Bekämpfung „von Konterrevolution und Sabotage", 1922 integriert in die „Staatliche Politische Verwaltung" (GPU) des Volkskommissariats des Inneren.

Keine deutsche Firma und nicht einmal das Auswärtige Amt darf von der Unternehmung wissen. Die deutschen Generalstabsleute, mit denen wir gestern gesprochen haben, haben eine sehr negative Einstellung sowohl zu Financiers, als auch zu Unternehmern sowie Vertretern der unterschiedlichen zivilen Behörden, und sie selbst machen den Eindruck von sachkundigen Kerlen.

Der oben dargelegte Organisationsverlauf der ganzen Sache verspricht einen viel größeren Erfolg, als der ursprüngliche Plan mit der Heranziehung von Bankiers, Unternehmern u.a. [...] Wenn wir mit den ersten Fabriken erfolgreich starten, wird sich die ganze Angelegenheit zu einer höchst soliden Unternehmung entwickeln, sobald wir jedoch die Deutschen durch unsere Doktrinenreiterei, dem Unverständnis für praktische Arbeit und das Hineintragen gewöhnlicher sowjetischer Unzulänglichkeiten abstoßen, werden die Deutschen nach einigen Monaten Arbeit natürlich die Geduld verlieren und, nachdem sie ein Paar Millionen ausgegeben haben werden, dieses ganze Unternehmen wieder hinschmeißen. [...]

Telegraphieren Sie mir, wenigstens ganz kurz, den Erhalt der beiden Briefe etwa mit dem Wortlaut: „Briefe Nr. 1–2 erhalten."

Mit Genossengruß
Nikitič [d.i. Leonid Krasin]
26.9.21. Berlin.



Als Reaktion auf die Verhaftung eines gewissen Bartels, Filmvorführer im Kontingent der geheimen Reichswehr-„Sondergruppe R" (in Russland als „VOGRU" bezeichnet) durch die VČK nahm das Politbüro des ZK der KP Russlands am 20.10.1921 einen Vorschlag Trotzkis an. Dieser besagte, die Tschekisten, die an Außenkommissar Čičerin vorbei die Verhaftung Bartels' vorgenommen haben, streng zu bestrafen; desweiteren sollte den Reichswehr-Leuten eine Entschuldigung überbracht werden.[175] Am 27.10.1921 wurde die Entscheidung allerdings abgeschwächt: Die Bestrafung der Tschekisten wurde ausgesetzt, und Iosif Unšlicht wurde damit beauftragt, eine (restriktive) Richtlinie zur zukünftigen Verhaftung von Ausländern auszuarbeiten.[176]

Am 3.11.1921 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands auf Vorschlag Sinowjews, die Resolution des Komintern „zur deutschen Frage" zu genehmigen,[177] mit der der endgültige Bruch mit Paul Levi und seiner Gruppe vollzogen wurde.

Am 8.12.1921 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands, das Außenkommissariat mit der Aufnahme von Verhandlungen zur Schaffung von deutsch-russischen Transitgesellschaften „zur Tätigkeit in Persien und im Süd-Osten im Allgemeinen" zu beauftragen.[178]

---

175 RGASPI, Moskau, 17/3/219, 3–4.
176 RGASPI, Moskau, 17/3/223, 1.
177 RGASPI, Moskau, 17/3/225, 1. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 101.
178 RGASPI, Moskau, 17/3/242, 1.

Dok. 56

Brief Heinrich Brandlers an Béla Kun über die negativen Aussichten einer deutschen Arbeiteranleihe für die Sowjetunion

Moskau, 1.12.1921

Typoskript in deutscher Sprache, RGASPI, Moskau 495/293/10, 19. Erstveröffentlichung.

Sekretariat der KPD Vertretung b[eim] EKKI.
Moskau, den 1. Dezember 1921

An den Gen. Béla Kun, Moskau.

Werter Genosse!
Zu Ihren sechs Anfragen wegen der Arbeiteranleihe teile ich Ihnen folgendes mit: Zur Frage 1.:[179] Ich halte es in Deutschland gegenwärtig und für die allernächste Zukunft nicht für möglich, im nennenswerten Umfange Arbeiter-Anleihe-Obligationen unterzubringen. Nach meiner Auffassung gehen wir in Deutschland schweren Kämpfen entgegen, die nur in dem Falle, wenn sie mit der Richtung einer revolutionären Arbeiterregierung, d.h. mit dem Siege der Arbeiterklasse enden werden, einen günstigeren Boden schaffen würde. Enden die Kämpfe mit einer Niederlage, so werden Arbeiter und Arbeiterorganisationen so erschöpft sein, dass an eine finanzielle Hilfe für Russland in nennenswerten Umfang nicht zu denken ist. Enden die Kämpfe mit der Erreichung des oben genannten Etappenziels, dann werden wirksamere Möglichkeiten zur Unterstützung Russlands vorhanden sein, wie eine Arbeiteranleihe.

Zu 2.: Sollte es dennoch zu einer Kampagne für die Arbeiteranleihe kommen,[180] so dürfte es bei angestrengtester Tätigkeit möglich sein, von einzelnen Arbeitern den Betrag von vielleicht einer Million Mark, d. sind drei /3 Tausend Dollar, wenn sie es dann noch sind, herauszuholen sein [sic].[181] Zu B u. C ist zu sagen, dass die Gewerkschaften, in denen wir Einfluss haben, keine Mittel besitzen. Die anderen, die noch

179 Die IAH gab Arbeiteranleihen zur Finanzierung ihrer diversen Aktivitäten und Unterstützungskampagnen in der Sowjetunion aus. Im Juli 1922 wurde mit Unterstützung Lenins die „Industrie- und Handelsaktiengesellschaft Internationale Arbeiterhilfe für Sowjetrussland“ (IHAG) gegründet. Die Anleihen, die allerdings nicht den erwarteten Umfang erreichten, wurden nach der Gründung der Russischen Handelsbank durch den schwedischen Bankier und Münzenberg-Freund Olof Aschberg und der in ihrer Folge gegründeten Garantie- und Kreditbank für den Osten AG (Garkrebo) gesichert. Siehe: Peter Schmalfuß: Die internationale Arbeiteranleihe für Sowjetrußland 1921–1923. In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* XXIX (1987), Nr. 5, S. 607–620.

180 Der Aufruf zur Zeichnung der ersten Anleihe erfolgte in Deutschland am 29.7.1922 in der *Roten Fahne* (Schmalfuß: Die internationale Arbeiteranleihe, S. 618).

181 Insgesamt brachte die Kampagne in Deutschland bis Mitte 1923 lediglich 18 Millionen Mark ein. Münzenberg musste auf der Tagung der erweiterten IAH-Exekutive im Juni 1923 eingestehen, „dass es uns unmöglich sein wird, große Kapitalien […] aufzubringen“, betonte jedoch den großen Wert für die prosowjetische Öffentlichkeitsarbeit (Ibid.).

über grössere Kassenbestände verfügen, werden keine zur Verfügung stellen. Die Konsumgenossenschaften haben bislang bei den Sammlungen für die Russenhilfe nur 82.000 Mark aufgebracht.[182] Sie dürften für Anleihezeichnen ebenfalls nicht in Frage kommen. [...]

Zu 4.: Gegenwärtig dürfte die Regierung eine Anleihepropaganda wohl still schweigend dulden, obgleich sie die Sammeltätigkeit für die Rote Hilfe verfolgt.[183]

Zu 5.: Emission und Organisation dieser Anleihe wäre nur durch die Par[tei]-möglich.

Mit komm[unistischem] Gruss
[sign:] Heinr[ich] Brandler

Dok. 57

Plädoyer Arkadi Maslows für die KPD-Linke und seine Enthüllungen über den Komintern-Emissär Abram Gural'skij

[Berlin], 28.12.1921

Autograph in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/293/13, 60–71 (der Brief bricht mit Blatt 71 ab). Erstveröffentlichung.

28.XII.21

Lieb[er] Radek! Da der Skandal in der Partei schneller und heftiger weitergeht, als ich es neulich wusste,[184] möchte ich Ihnen einige Ergänzungen geben. Ich lege Wert darauf, dass Sie diese Informationen *benutzen*. Wie Sie aus der Unterschriftensammelei,[185]

182 Mit „Russenhilfe" ist ist die von der Internationalen Arbeiterhilfe organisierte internationale Hungerhilfe für Sowjetrussland gemeint (siehe hierzu Dok. 49b). Die Zusammenarbeit der IAH mit Gewerkschaften und Konsumvereinen in der Anleihe-Kampagne scheiterte weitgehend; lediglich einzelne Konsumgenossenschaften erklärten sich bereit, Zeichnungslisten auszulegen (Schmalfuß: Die internationale Arbeiteranleihe, S. 618).

183 Das preußische Justizministerium leitete eine Untersuchung über die Anleihe ein, konnte jedoch nichts Illegales daran finden (Ibid., S. 614).

184 Maslow beschreibt aus der Sicht der Berliner Linken die „Frieslandkrise" in der KPD. Der ursprünglich auf dem linken Flügel stehende Ernst Reuter (Ps.: Friesland) hatte sich auf der Sitzung des Polbüros vom 12.12.1921 überraschend für die von der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft (Paul Levi u.a.) aufgestellten Forderungen einer Untersuchung der Märzaktion und der Bestrafung der Verantwortlichen erklärt (siehe: Florian Wilde: „Diskussionsfreiheit ist innerhalb unserer Partei absolut notwendig". Zum Verhältnis des KPD-Vorsitzenden Ernst Meyer zur innerparteilichen Demokratie 1921/22. In: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung*, 2006, S. 168–184).

185 Als „Unterschriftensammelei" bezeichnete Maslow eine am 22.12.1921 „(...) von 128 Genossen, darunter fünf Mitgliedern der Reichstagsfraktion, unterzeichnete Erklärung (...), in der erneut der Rücktritt der belasteten Zentrale-Mitglieder und die Einrichtung eines internen Untersuchungsausschusses zur Märzaktion gefordert wurde." (Wilde: Diskussionsfreiheit, S. 168–184, hier S. 176).

aus dem Aufruf der Drei Aufrechten[186] und aus Frieslands [d.i. Ernst Reuter] Broschüre[187] sehen, steuern die Leute geradenwegs auf die Spaltung. Sie stellen sich die Sache so vor, dass sie „die putschistische Linke" in Gestalt einiger „Führer" herauswerfen, einige „Verbrecher der Märzaktion erledigen", und zwar, wo nötig, durch ein gut preussisches Gericht und das dann die neue Herrlichkeit aufbricht mit den Malzahn, Rich[ard] Müller und Konsorten an der Spitze, die, ebenso wie Levi und Friesland nur durch die Intrigen der von Moskau dirigierten Maslow, Fischer und Konsorten aus den ihnen vor Gott und der Welt gebührenden Positionen gedrängt worden sind, woran die deutsche Revolution kaputtgegangen ist.[188]

Da das von Friesland veröffentlichte Protokoll der Polbüro-Sitzung zum Skandal der Sitzung noch den Skandal des *Inhalts* selbst bringt, muss, besonders da Guralski sich dort ausgetobt hat, allerlei festgestellt werden – ich will immer noch hoffen: nicht öffentlich. Was von allerlei Leuten absichtlich verdreht wird, um eben jene Absägereien zu vollführen.

1. Der „Putschismus" der Berliner.

a) *Guralski* erscheint im März in Berlin,[189] ruft die „Putschisten" zu sich und entwickelt ihnen den „Plan" einer *militärischen* Operation in Mitteldeutschland wie folgt: „Halle ist glänzend, das haben wir; Chemnitz ist [gemacht], das haben wir auch; wir bilden um Chemnitz eine „Rote Armee" und nehmen den einzigen faulen Fleck zwischen Halle und Chemnitz, nämlich Leipzig. Es entwickeln sich Kämpfe, und wir bekommen eine Räterepublik in Mitteldeutschland." G[uralski] wird von Maslow ausgelacht als Phantast und – Unkenner selbst der Geographie, von den anderen Berlinern ernüchtert und bricht in ein elegisches Klagen aus über die „skeptischen, verdorbenen" Berliner.

b) Derselbe G[uralski] spricht im Mai und Juni feurig von einem nationalbolschewistischen Putsch, den man im Ruhrrevier machen muss und wird von den Berliner Putschisten ernüchtert. Derselbe Bursche läuft jetzt umher und quatscht über „Anarchismus" der Berliner.

c) Pogány lässt im März Ruth Fischer zu sich kommen[190] und gibt ihr im Namen der Z[entrale] den Auftrag, nach Thüringen zu gehen, wo die Massen „bereit" sind,

---

186 Mit den „drei Aufrechten" meinte Maslow Friesland (Ps.), d.i. Ernst Reuter, Otto Brass und Heinrich Malzahn. Sie wurden auf der Sitzung der Zentrale vom 27.12.1921 von ihren Funktionen suspendiert.

187 Siehe: Ernst Friesland (Ps.), d.i. Ernst Reuter: Zur Krise unserer Partei Berlin, Als Ms. gedruckt, 1921.

188 Mit ihren mitgliederstarken Hochburgen in Berlin und Hamburg war die Bedeutung der deutschen Linken (auch „linke Opposition") unter Ruth Fischer und Arkadi Maslow trotz der formellen Festlegung der KPD auf die Einheitsfrontlinie besonders seit dem Jenaer Parteitag 1921 stark angewachsen.

189 Siehe hierzu die Briefe Béla Kuns, Dok. 34 und folgende .

190 Der ungarische Kommunist Jószef Pogány (Ps. John Pepper) (1886–1939), war für seine bürokratische Handlungsweise im Auftrag der Komintern bekannt. So formulierte der Schweizer Komintern-Sekretär Jules Humbert-Droz das Kunstverb „Pepperisieren".

aber noch „begeistert" werden müssen. Sie solle dort eine „Rote Armee" bilden, sich an deren Spitze setzen und nach Mitteldeutschland marschieren. Sie sagt ihm ziemlich unverblümt, dass er ein Esel ist und bleibt natürlich in Berlin. Derselbe Pogány schreibt eine Theorie der „Weltoffensive", vergnügt sich jetzt aber mit Kampf gegen Maslowismus.

d) Guralski verfasst mit den Berliner „Putschisten" die taktischen Thesen Berlins zum Weltkongress.[191]

e) Ernst Meyer, Walcher, Guralski geben Maslow im März den Auftrag, nach Oberschlesien „mit unbegrenzten Vollmachten" zu gehen, um dort „einen Putsch" zu machen. Derselbe Auftrag wird im Mai wiederholt. Maslow bleibt im März in Berlin und lacht diese „Antiputschisten" aus.

f) Die „antiputschistischen" M[ilitär]P[olitischen]-Führer, welche die Partei „säubern" wollen, stehen in Verbindung mit der von Karl Plettner [d.i. Plättner] geleiteten Räuberbande[192] und „arbeiten" mit ihr.

g) Dieselben „Antiputschisten" lassen im März in Berlin die „putschistischen Berliner Führer" „verhaften", weil diese nicht den Befehl „zum Generalaufstand" geben „wollen".

h) Kurt Geyer und Levi erklären im Zentralausschuss vor dem Weltkongress die Thalheimerschen Offensivtaktikthesen für „zu opportunistisch".[193]

Dieselbe Gesellschaft erklärt im Verein mit *Friesland* (!) [d.i. Ernst Reuter] und glaube ich, Walcher und Klara [Zetkin], dass die Berliner „Putschisten" sind, weil sie in der Berliner Betriebsrätevollversammlung, die aus Anlass der Lichtenburger Hungerstreikaffäre[194] zustande kam, einen einstündigen (!!) Protest(general)streik vorschlagen wollten (!).

g) [sic] Ernst Meyer, der im März fast ebenso „feurig" war wie Guralski, kämpft jetzt (mehr hinter den Kulissen) gegen die Berliner, weil sie nicht mit ihm zusammen „den Fiskus sanieren" wollen, – das seine Begründung der Notwendigkeit ‚von Staatskapitalismus' bzw. durch ihre Formulierung Erfassung = Konfiskation durch die Organe der Arbeiterschaft „die Arbeiter zum Raub auffordern"!

h) [sic] Guralski, der den Unsinn mit der Haller Produktivgenossenschaft[195] ausgeheckt hat – die jetzt Eberlein in die Schuhe geschoben werden soll – hat die Scham-

191 Siehe zu den Thesen zum III. Weltkongress der Komintern: Dok. 47.

192 Der „Sozialrebell" Karl Plättner (1893–1945) war ab Mitte 1920 Führer der Kampforganisation der KAPD. Er nahm aktiv an den Märzkämpfen teil und verübte anschließend mit seiner Truppe zwischen April 1921 und seiner Verhaftung am 3.2.1922 mehrere Banküberfälle und andere „Bandenaktionen" (Siehe: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 679).

193 Zu den Thesen Thalheimers, die er zusammen mit Béla Kun verfasste, siehe Dok. 47.

194 Im Zuchthaus Lichtenburg bei Halle traten im November 1921 150 politische Gefangene in den Hungerstreik. Seitens des Reichsjustizministeriums wurde der Entwurf eines Gesetzes zur Verminderung der Strafen eingebracht.

195 Die KPD in Halle unterhielt von 1921 bis 1933 die Druckerei und Produktivgenossenschaft Halle-Merseburg, deren Konzept eines demokratischen Wirtschaftsunternehmens ursprünglich auf Lassalle zurückging (siehe: Fritz Kroh: Produktivgenossenschaft Halle-Merseburg, Halle, 1922).

losigkeit, in Mitteldeutschland die Berliner Hungerkrawalle[196] mit der Berliner Formulierung der Erfassung zu sehr durchsichtigen Zwecken in Verbindung zu bringen. Es kotzt einen an, wenn man dieses Register fortsetzt, und ich schreibe Ihnen das nicht als Apéritif noch, um auch Euch Kofen [?] [Kotzen?] zu verursachen, sondern um an Beispielen zu zeigen, auf was für „*kity*“[197] der Kampf gegen Links ruht und wie er geführt wird.

2. Die „Gefahren von Links“ und die „Abweichungen von Links“.

Der Gegenstand muss deshalb auch mit solchen Einzelheiten behaftet werden, [...] weil tatsächlich die Parteizentrale die Überzeugung hat, sie habe seit Moskau[198] „eine Linie“ eingehalten, die nur „von Links“ gestört worden sei.

De facto sah die Geschichte so aus, dass nach Jena[199] sich die Zentrale *nur* mit Personalgezänk, Tratsch und Stänkereien beschäftigte. [...] „Soll“ die Partei diese Krise schmerzlos überwinden, so *muss* der sinnlose Kampf gegen links eingestellt werden. Ich denke gar nicht daran, pro domo zu reden. Wäre die Parteiführung „rechts“ und wäre eine rechte Führung da, ich würde mich, wie jeder andere der Linken, und die sitzen nicht nur in Berlin, selbstverständlich und diszipliniert fügen.

Aber die Partei hat keine Führung und wir hielten es für unsere Pflicht, die Zentrale (unter absoluter Schonung nach aussen hin) zu stossen. Ich verlange von *Ihnen*, als dem „Fachmann“ für Deutschland, dass Sie sich die gesamte „linke“ Literatur auf „Abweichungen nach Links“ hin durchsehen. Wir werden Ihnen insbesondere alle Berliner Publikationen zustellen. Und wenn Sie all das durchgesehen haben – das kann schnell geschehen – so müssen *Sie sowohl hier wie auch bei Euch* (Sinowjew wie Trotzki haben in der Beziehung Fehler gemacht) den unsachlichen „Kampf gegen Links“ *restlos liquidieren*. [...]

Der Kampf gegen Links ist heute Kampf gegen den Kommunismus, gegen die Exekutive selbst und gegen die 3. Internationale, weil er die ohnehin erstarkten passiven und zentristischen Strömungen stärkt und weil er, bei der tatsächlich geringen Reife der europäischen Parteien, gerade im Augenblick, wo sicherlich „Einheitsfronttaktik“ unbedingt noch nötig ist, aus Taktik künstlich Schweinerei und Auslieferung an die Menschewisten schafft.

---

196 Seit 1920 waren Teuerungsdemonstrationen, die mit gewalttätigen Ausschreitungen verbunden waren, in großen Teilen des Reiches auf der Tagesordnung (vgl. Andrea Lefèvre: Lebensmittelunruhen in Berlin 1920–1923. In: Manfred Gailus, Heinrich Volkmann: Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770–1990, Opladen, Westdeutscher Verlag, 1990, S. 346–360).

197 „*Kity*“ in russischer Sprache geschrieben, dt. „Walfische“. Maslow spielt auf vormoderne Vorstellungen an, die flache Erde würde von vier Walfischen gehalten werden.

198 D.h. seit dem III. Weltkongress der Komintern .

199 D.h. nach dem 2. (7.) Parteitag der KPD in Jena (22.–26.8.1921). Unter Ernst Meyer und Ernst Reuter (Ps. Friesland) als Parteiführer ergaben sich zunehmend Schwierigkeiten gegenüber der Komintern, den neuen Kurs durchzusetzen. Es entwickelte sich die „Berliner Linke“ um Fischer-Maslow.

Sie wissen doch sehr gut, wieviel der Nimbus der Exekutive und Russlands verloren haben. [...][200]

200 Im letzten, nur unvollständig überlieferten Teil seines Briefes konkretisiert Maslow im Punkt 3 den „Umfang der Krise" und ihren „mutmasslichen Verlauf": „Worin besteht die Krise? Äusserlich in der ‚Palastrevolution' der Friesland [d.i. Ernst Reuter], Malzahn und Konsorten; in der Erklärung der 128 und in der Schlappheit der Zentrale. Innerlich eine Schwächung durch fortwährende „Konzessionen an die Zentristen". „Mit den Angestellten der Zentrale solle man – so Maslow weiter – kurzen Prozess machen. Das ist eine üble Bande." (RGASPI, Moskau, 495/293/13, 69–70).

1922



Am 12.1.1922 bewilligte das Politbüro des ZK der KP Russlands den Plan Sinowjews, eine internationale Konferenz unter Teilnehme von Vertretern aller drei Internationalen einzuberufen.[1]

Dok. 58

Radek an Sinowjew über die Lage in der KPD und seine Audienz bei Reichskanzler Wirth

Berlin, 20.1.1922

Typoskript mit handschriftlichen Ergänzungen in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 5/3/228, 6–9. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 328–333.

An Gen. Sinowjew.
Kopien an *Gen. Lenin,* Trotzki, Stalin, Bucharin.

Liebe Genossen,

1. Lage in der deutschen Partei.
Morgen beginnt die Parteikonferenz.[2] Ich habe an ihrer Vorbereitung teilgenommen. In völligem Einverständnis mit Clara [Zetkin] wurde die Entscheidung angenommen, Brass, Malzahn, Friesland und 25 andere aus der Partei auszuschließen, die das Dokument unterzeichnet hatten, welches die Wiedereingliederung der KAG in die Partei forderte und sich in der Tat für die KAG aussprach.[3] Die Sache wurde dadurch erleichtert, dass die KAG Verhandlungen mit den „Unabhängigen“[4] über den Eintritt in ihre Partei begonnen haben. Levi druckte einen Artikel, in dem er darlegt, dass es in der gegenwärtigen Epoche keinen Unterschied zwischen „Unabhängigen“ und Kommunisten geben könne. In der Zentrale war nur Rosi Wolfstein gegen den

1 RGASPI, Moskau, 17/3/251, 5. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 108.
2 Vermutlich ist die Rede von einer gemeinsamen Konferenz der KPD und der KPF, es könnte sich jedoch auch um eine Sitzung des Zentralausschusses der KPD gehandelt haben. Er traf Maltzan und am 17. Januar 1922 den Reichskanzler und Zentrumspolitiker Joseph Wirth (Fayet: Karl Radek, S. 408f.)
3 Die KAG (Kommunistische Arbeitsgemeinschaft) wurde im September 1921 von Paul Levi und weiteren Kritikern der „Märzaktion“ und aus der VKPD Ausgeschlossenen bzw. Ausgetretenen gegründet (Ernst Däumig, Adolph Hoffmann, Bernhard Düwell, Otto Brass, Richard Müller). Aufgrund ihrer großen Anzahl von Abgeordneten erreichte sie im Reichstag Fraktionsstatus. 1922 schloss sie sich der USPD an.
4 Gemeint ist die USPD.

Ausschluss, sie argumentierte damit, dass man die Menschen als gute Organisatoren behalten müsse.[5]

Es gibt keinen Zweifel darüber, dass wir einige tausend Menschen verlieren werden und dass es nicht die letzte Krise ist; der Grund der Krise ist die gedrückte Stimmung, die Überzeugung, dass die Revolution zu Ende gegangen ist. In Moskau ist uns das Brodeln innerhalb der Jugend aufgefallen, wo Levi Anklang gefunden hatte. Ich habe von Moskau aus die Gründe dieser beunruhigenden Erscheinung nicht verstanden, hier wurden sie mir aber klar. Die Jugendarbeit aller Parteien ist in Auflösung begriffen, und dieser empfindsame Teil der Arbeiterklasse drückt am eindringlichsten die bedrückte Stimmung aus, geht in die Wissenschaft oder beginnt, Unfug zu treiben; die kommunistische Jugend, die sich der Wissenschaft zuwendet, ergeht sich in statistischen Berechnungen über die Perspektiven der Revolution. In dieser Lage braucht man einerseits Propaganda zur konkreten Hebung des Verständnisses für die Aufgaben der Partei, andererseits muss man die Linie der Einheitsfront stärken, damit die Partei sich nicht in eine Sekte verwandelt.[6] In der Zentrale macht sich die völlige Abwesenheit arbeitsfähiger Leute bemerkbar, und als Resultat bekommt Meyer nach all seinen unsäglichen Schwankungen die Rolle des Referenten auf der Konferenz zugeteilt.[7] Dafür gibt es keine Abhilfe, ein Führer der Partei ist nicht vorhanden. In den Arbeitermassen ist die Stimmung faul, die Genossen denken, dass selbst eine Verdopplung der Brotpreise und der Abgaben keine Bewegung hervorrufen werde. Die Stinnes-Regierung wird vorbereitet, sie ist in der Tat schon beschlos-

---

5 Rosi Wolfstein (1888–1987), Gründungsmitglied der KPD und spätere Lebensgefährtin von Paul Frölich, war von 1921 bis 1923 Mitglied der Zentrale, bis sie sich mit der Fischer-Maslow-Führung überwarf. 1929 wurde sie mit der rechten Fraktion aus der KPD ausgeschlossen (Siehe: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 1044).

6 Mit dem „Offenen Brief" der Zentrale der VKPD an alle Organisationen der Arbeiterschaft (SPD, USPD, KAPD, Gewerkschaften usw.) begann die KPD, die neue politische Linie der Einheitsfront umzusetzen, die im Zuge der Leninschen Kritik des Linken Radikalismus und des Abflauens der europäischen Revolution seit Ende 1921 zur Leitlinie der Komintern wurde und auf ein einheitliches Vorgehen der Arbeiterbewegung als Ganzes, trotz der politischen Differenzen mit der Sozialdemokratie und anderen Strömungen abzielte. Die mit Begriffen wie „Minimalprogramm", „Sachwerterfassung", „Arbeiterkontrolle", „Arbeiterregierung" verbundene Neuorientierung wurde bis zum IV. Weltkongress der Komintern weiter ausgebaut, bildete jedoch weiterhin einen permanenten Streitpunkt auch innerhalb der kommunistischen Parteien. Sowohl Sinowjew als Kominternführer als auch die Linke in den Parteien opponierten gegen die Einheitsfront als strategische Linie zur Gewinnung der breiten Massen der Arbeiterschaft und akzeptierten sie bestenfalls als taktisches Manöver (siehe: Reisberg: An den Quellen; Erich Matthias, Hermann Weber: Die Stellung der Kommunistischen Internationale und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zur Einheitsfront, in: Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung (XI. Linzer Konferenz 1975). Wien, Europaverlag, 1978, S. 41–57; zur Begriffsgeschichte von Einheits- und Volksfront siehe auch: Bernhard H. Bayerlein: Einheits- und Volksfrontmythos als Ursprungslegenden des Antifaschismus. In: Claudia Keller (Hrsg.): Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag. Antifaschismus, Geschichte und Neubewertung, Berlin, Aufbau Taschenbuchverlag, 1996, S. 103–122.

7 Ernst Meyer verlas auf dem erweiterten Plenum des ZK der KPD den Abschlussbericht des ZK.

sene Sache; denn mit Erreichung des Kompromisses in der Abgabenfrage auf Basis des Verzichts auf Sachwerte[8] sind die Forderung von Stinnes im Grunde erfüllt. Doch diese Politik der Sozialdemokraten wird ihren Einfluss in den Gewerkschaften schwächen, und, sollten wir irgendwie agitieren können, werden wir unseren Einfuß in den Massen stärken.

2. Internationale Konferenz.
Als ich ankam, fand ich den Aufruf der 2 1/2ten Internationale[9] zur Einberufung einer internationalen Konferenz aller drei Internationalen im Frühjahr[10] sowie zur Organisierung einer Konferenz aller Parteien der westlichen Länder vor dieser Konferenz vor.[11] Den Aufruf kennen Sie schon. Ich habe mich mit Ledebour und Rosenfeld getroffen, die mir sagten, dass sie gegen diese Sonderkonferenz seien. Nachdem sie von der Mehrheit überwältigt wurden, und der Aufruf publiziert war, schlugen sie vor, dass auf dieser westlichen Konferenz alle drei Exekutiven vertreten sein sollten. Die Konferenz soll in Paris stattfinden; wenn die französische Regierung sich weigern wird, den Vertretern des EKKI Pässe nach Paris auszustellen, wird die Konferenz nach Frankfurt verlegt. Damit glaubten sie, den Eindruck beseitigen zu können, sie wollten uns von unseren westlichen Parteien abgrenzen; sie versprachen, mir ein offizielles Dokument zu dieser Entscheidung zu geben. Ich machte sie darauf aufmerksam, daß allein schon das Faktum einer Sonderkonferenz zur Reparationsfrage eine Unterstützung des bürgerlichen deutschen Rechts [Reichs?] darstelle, während sie Sowjetrussland auf Druck von Genua[12] keine Hilfe gewährt hätten. Dies hatte anscheinend eine

8 Reichskanzler Wirth hatte bereits unter Druck im Mai 1921 den Forderungen der Alliierten in Höhe von 132 Milliarden Goldmark (was einem Wert von ungefähr 700 Milliarden Euro entspricht) nebst 26% des Wertes der deutschen Ausfuhr zugestimmt.

9 „2 1/2te Internationale“: Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien, auch als 2½-te oder „Wiener Internationale“ bekannt. Gegründet in Wien im Februar 1921, bestehend aus sozialistischen Parteien und Gruppen Europas und Amerikas, die mit der 2. Internationale gebrochen hatten, sowie den russischen Menschewiki und Sozialrevolutionären. Sekretär war Friedrich Adler.

10 Am 15. Januar 1922 wandte sich das Exekutivkomitee der „Wiener Internationale“ mit einem Aufruf „An die Arbeiterparteien aller Länder“ an die Öffentlichkeit. Darin wurde auf der Notwendigkeit bestanden, eine Parteienkonferenz zur Lage der Arbeiterklasse in Europa einzuberufen. Zu ihrer Vorbereitung wurde vorgeschlagen, ein Arbeitstreffen der drei Arbeiterinternationalen abzuhalten.

11 Im Aufruf der „Wiener Internationale“ wurde die Initiative der Sozialistischen Partei Frankreichs, eine Regionalkonferenz einiger Arbeiterparteien abzuhalten, unterstützt. Diese Konferenz, an der Delegationen aus Belgien, Großbritannien und Frankreich teilnahmen, wurde am 4. Februar 1922 in Paris eröffnet. Als Beobachter war Friedrich Adler anwesend.

12 An der Konferenz von Genua, die vom 10.4. bis 19.5.1922 in Genua stattfand, nahmen außer den USA sämtliche Teilnehmerstaaten des Ersten Weltkrieges teil. Es ging neben dem wirtschaftlichen Wiederaufbau nach dem Krieg um die Gestaltung der Beziehungen der westlichen Demokratien zu Sowjetrussland. Für die sowjetische Delegation, geleitet nominell von dem abwesenden Lenin, faktisch von Georgij Čičerin, war dies eine entscheidende Gelegenheit, die international kaum anerkannte RSFSR zu repräsentieren. Im Rahmen der Konferenz von Genua wurde der Vertrag von Rapallo mit Deutschland geschlossen.

starke Wirkung auf Ledebour; nach einer Unterredung mit Rosenfeld fragte er an, ob wir bereit seien, die Westkonferenz zu boykottieren, wenn sie sich verpflichteten, erstens zu Beginn der Konferenz von Genua die allgemeine Konferenz einzuberufen, und zweitens gleichzeitig zur Konferenz über die Reparationsfrage eine vorbereitende Konferenz zur Unterstützung Sowjetrusslands zu veranstalten, mit unserer Beteiligung. Ich antwortete ihnen, daß ich persönlich keinerlei Antwort geben kann und mich mit dem Exekutivkomitee in Verbindung setzen werde, und bat sie, ihren Beschluss offiziell einzureichen. Sie ordern telegraphisch Adler hierher.[13] Mein Eindruck ist der, dass die linken „Unabhängigen" sich sehr schlecht und isoliert fühlen, in der Partei sind sie in der Minderheit, auf dem Parteitag[14] wollten sie Ledebour zum ZK-Mitglied machen, und ich glaube, sie werden versuchen, mit uns einen Block gegen die rechten „Unabhängigen" zu schließen. Hilferding musste auf dem Parteitag auf seinen Vortrag über die Abgaben verzichten, da er Angst hatte, danach nicht ins ZK gewählt zu werden, aber er wurde dennoch gewählt. Ledebour sagte mir, dass er die Verantwortung für die *Freiheit*[15] ablehnt. Rosenfeld teilte mir mit, dass die Partei nur den Worten nach radikal sei, in Wahrheit jedoch besäßen die Rechten in ihr die Macht.

3. Ich denke, dass die Möglichkeit der vollständigen Legalisierung unseres kompletten Apparates in Deutschland nicht ausgeschlossen ist. Im Gespräch mit dem Reichskanzler[16] stellte ich ihm die Frage, ob er allen von uns bestimmten Personen Pässe ausstellen würde, wenn die Notwendigkeit bestehe, nach Berlin zur Beratung für die internationale Konferenz anzureisen; sie schätzen diese Konferenz hoch ein und sind davon überzeugt, dass ihnen in nächster Zeit keinerlei Revolutionsgefahr drohe. Falls der Reichskanzler damit einverstanden sein wird, würde ich stark befürworten, die Erweiterte Sitzung des Exekutivkomitees hier abzuhalten.[17] Ihr habt keine Ahnung, wie wichtig dies für uns wäre. Selbst unter den Menschen, die uns am nächsten stehen, gibt es eine starke Stimmung gegen Moskau. Es wäre unglaublich nützlich, wenn die Arbeiter uns in Westeuropa sähen, aber zugleich auch, wenn Ihr unsere

---

13 Friedrich Adler (1879–1960), österreichischer Linkssozialist und Symbolfigur mit internationaler Strahlungskraft, war eine der zentralen Figuren bei den Bemühungen, die Einheit des Sozialismus wiederherzustellen.

14 Die Rede ist vom Parteitag der USPD in Leipzig vom 8. bis 12. Januar 1922.

15 *Die Freiheit* war das Zentralorgan der USPD.

16 Gemeint ist der von der KPD wegen seiner „Erfüllungspolitik" gegenüber der Entente und dem Kapital zentral kritisierte Zentrumspolitiker Karl Joseph Wirth, von Mai 1921 bis November 1922 Reichskanzler, der die „Weimarer Koalition" von SPD, Zentrum und DDP anführte. Das Treffen mit dem Reichskanzler fand am 17.1.1922 im Beisein von Krestinskij und Malzahn statt (RGASPI, Moskau, 5/3/128, 1; siehe hierzu auch: Fayet: Karl Radek, S. 408). Radeks optimistische Einschätzung bestätigt, dass die deutsche und die russische Seite auf ein abgestimmtes Vorgehen gegenüber den Alliierten zur Vorbereitung der Konferenz von Genua weitgehend geeinigt habe (Fayet: Karl Radek, S. 409).

17 Die Rede ist vom 1. Erweiterten Plenum des EKKI (21. Februar – 4. März 1922). Zentrale Fragen waren die Taktik der Einheitsfront und die Konferenz der drei Internationalen.

Leute nicht in der Moskauer Atmosphäre sehen würdet. Diese Stimmungen sind zweifellos das Resultat unseres Rückzugs. Die Menschen haben erwartet, dass wir ein Wunder vollbringen können, doch dann stellte sich heraus, dass wir dazu nicht in der Lage sind. Wenn die Menschen jedoch mit eigenen Augen sehen werden, dass wir, wenn wir auch kein Wunder bewerkstelligen, ihnen trotzdem irgendwie helfen können, würde das ihre Beziehung zu uns sehr verbessern. Sehr komisch war es, Clara [Zetkin] zu sehen – es reichte schon, dass ich eine Stunde bei ihr war, und all ihr Zorn gegen mich wegen Levi war verflogen, sie spricht bereits nicht mehr anders von ihm als einem Lumpen. Vareckij[18] ist zurückgekehrt, er hat Euch sicherlich schon selbst geschrieben mit der Behauptung, unsere italienische Partei mache den allerbesten Eindruck,[19] Bordiga werde sehr geschätzt werden, aber die Lage der französischen Partei sei besorgniserregend. Ker fährt morgen zu Euch. Cachin haben wir telegraphisch zur Tagung zu uns bestellt. Ich werde versuchen, mit ihm ausführlich zu sprechen.[20] Ker ist ein guter Kerl, doch sie sind alle unglaubliche Holzköpfe. Alles in der Welt führen sie auf den Zank mit Longuet zurück. In einigen Tagen schicke ich die Broschüre zur Weltlage, die vom ZK bestellt wurde;[21] ich werde sie hier auf Deutsch, Französisch und Englisch herausbringen, jedoch sehe ich erst jetzt, wie tierisch müde ich bin. Hier kann man sich selbstverständlich nicht ausruhen. Nach dem Spektakel mit den Deutschen und der internationalen Konferenz werde ich um Urlaub bitten.

Mit kommunistischem Gruß
K[arl] R[adek]

18 „Vareckij“: So im Original. Richtig: Valeckij. Henryk Walecki war das Preudonym von Maksymilian Horwitz (1877–1937), Gründungsmitglied der KP Polens und Komintern-Mitarbeiter. Horwitz ist im Oktober 1921 im Auftrag des EKKI in Italien gewesen.

19 Gemeint ist die Kommunistische Partei Italiens. Radek teilte dem Präsidium des EKKI am 31. Januar mit: „Valeckij wird Ihnen Genaueres über das Verhältnis der italienischen und anderen Parteien zur Losung der Einheitsfront berichten.“ (RGASPI, Moskau, 5/3/288, 12).

20 Radek hatte Marcel Cachin nicht nur als Verbindung zur französischen Regierung benutzt, um ein russisch-französisches *rapprochement* zu lancieren, was die deutsche Seite wiederum mit Erstaunen zur Kenntnis nahm, er teilte dem Präsidium des EKKI am 31. Januar 1922 auch mit: „Ich hatte eine Sitzung mit der französischen Delegation in Anwesenheit von Cachin. Es gibt sehr große Differenzen in der Frage der Einheitsfront, deswegen habe ich von Cachin eine Reise nach Moskau verlangt. Nach langen Diskussionen teilte ich ihm mit, dass eine Absage eine Krise unseres Vertrauens ihm gegenüber auslösen wird. Cachin weigerte sich, zu fahren.“ (RGASPI, Moskau, 5/3/228, 12; vgl. auch: Fayet: Karl Radek, S. 409).

21 Gemeint sind vermutlich die Thesen „Die internationale Lage und die Perspektiven unserer Außenpolitik“, mit denen Radek am 13. Januar 1922 vom Orgbüro des ZK der RKP(b) beauftragt wurde.



Gegenüber dem Politbüro des ZK der KP Russlands gab der polnische Kommunist Mieczysław Bronski, einer der ersten Emissäre der Komintern in Westeuropa, am 30.1.1922 eine Erklärung dahingehend ab, dass er nichts mit Paul Levi zu tun gehabt habe, seit dieser aus der KPD ausgeschlossen worden sei. Bei allen diesbezüglichen gegenteiligen Meldungen handele es sich um Lügen und Gerüchte.[22]

Dok. 59

Geheimer Bericht Radeks über die Gespräche mit Außenminister Rathenau und General von Seeckt zur militärischen Zusammenarbeit mit Russland

Berlin, 11.2.1922

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 2/2/1132, 1–2. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 334–336.

Streng geheim.
Narkomindel: An Čičerin und Litvinov.
Politbüro: An Lenin, Trotzki, Sinowjew, Stalin, Kamenev.

Liebe Genossen!
Ich fahre ab, sobald Krasin ankommt, wahrscheinlich am Dienstag.[23] Vom geschäftlichen Standpunkt aus werden die Gespräche heute formal beendet, faktisch gingen sie gestern schon zu Ende. Ich hatte gestern zwei Verabredungen: eine mit Baron Maltzan, die zweite mit General Seeckt.

Maltzan behauptete mir gegenüber, Rathenau werde sich wohl nicht lange an der Macht halten,[24] seine Amtszeit werde, sobald sich die Illusionen von Genua auflösen, beendet sein; die Kräfte, die auf eine Annäherung mit Russland hinarbeiteten, würden ihre Arbeit fortsetzen. Er [d.i. von Maltzan] flehte mich an, ein Politik des Geplänkels während dieser vorübergehenden Schwierigkeiten zu vermeiden usw. usf.

Ich stellte ihm die Gegenfrage: Ob denn seine Vorschläge bezüglich der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen etc.[25] unabhängig von dem in der Kreditfrage

22 RGASPI, Moskau, 17/3/261, 11–13. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 113–114.
23 Radek kam am 17. Januar 1922 in Berlin an. Er sollte zusammen mit Rakovskij und Krasin Verhandlungen mit dem deutschen Außenministerium führen (siehe allgemein: Stephen White: The Origins of Detente. The Genoa Conference and Soviet-Western Relations, Cambridge u.a., Cambridge University Press, 1985.) Die geheimen Verhandlungen über die militärische Zusammenarbeit liefen getrennt ab (siehe hierzu auch der Brief von Krasin, Dok. 55).
24 Außenminister Rathenau wurde am 24.6.1922 ermordet (siehe Dok. 75a).
25 Die Wiederaufnahme der nach dem Mord an Mirbach (Juli 1918) im November 1918 unterbrochenen diplomatischen Beziehungen erfolgten im Rahmen des Vertrags von Rapallo während der Konferenz von Genua am 16.4.1922.

gemachten Vorschlag in Kraft blieben. Er wurde etwas verlegen und sagte, er werde bei Rathenau anfragen.

Ich werde Rathenau am Montag sehen und selbstverständlich über diese Fragen in der allerformellsten Weise eine Klärung herbeiführen, um ihnen nicht die Möglichkeit zu geben, zu behaupten, sie hätten die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen gewollt, wir hätten dies jedoch abgelehnt. Selbstverständlich werde ich, wenn ich diese Fragen stellen werde, in unserem Namen keinerlei Verpflichtungen übernehmen, sondern lediglich für einen Bericht an Euch den Sachverhalt aufklären.

Nach dem Mittagessen war ich bei der Verabredung mit General Seeckt; dieser Kerl ist sehr stark im Kopf, er plaudert kein einziges unnötiges Wort.

Seeckt behauptete folgendes: Die Lage sei momentan im Übergang begriffen, vor allem Rathenau.

Das Bewusstsein, Deutschland könne sich nur durch Annäherung an Russland aus seiner misslichen Lage befreien, wachse in allen Kreisen, unabhängig von der Parteizugehörigkeit. Daran würden keine Zickzacks etwas ändern können, weder in unserer, noch in der deutschen Politik, und deswegen werde die von der VOGRU[26] begonnene Arbeit fortgesetzt.

Er wisse, dass wir mit dem geringen Umfang dieser Arbeit unzufrieden seien, er verstehe unsere Beschwerden, doch er sagt offen, dass die Mittel der VOGRU sehr beschränkt seien, und er könne, bis die Flugzeugindustrie ausgebaut werde, keine neuen Kräfte in diese Angelegenheit investieren.

Was unsere Forderung nach Lieferung von 300.000 Uniformen für die Armee angeht, so behauptete er, sie hätten keinerlei Vorräte, alles sei ausgeraubt worden, und es könne nur um Bestellungen von Tuch gehen. Das ganze Gespräch verlief nach seiner Initiative [*po ego počinu*]. Er war sehr gefasst, nur an einer Stelle verlor er die Beherrschung, und zwar als von Polen die Rede war. Er begann damit, dass ihm zur Verfügung stehenden Agenturmeldungen sowie seiner persönlichen Meinung zufolge Polen sich in diesem Frühjahr absolut still verhalten werde, und es keine Zusammenstöße zwischen ihm [dem Land] und uns geben werde; an dieser Stelle erhob er sich, seine Augen funkelten wie bei einem Tier, und er sagte: Es [Polen] muss zerschmettert werden, und es wird zerschmettert, sobald Russland und Deutschland erstarkt sind. Ich habe mir jegliche Reaktion auf diese menschenfreundliche Äußerung verkniffen. Jedenfalls ist die Tuchfühlung in Deutschland abgeschlossen, die Schlüsse daraus könnt Ihr selbst ziehen, meine werde ich bei Ankunft vorlegen.

---

26 VOGRU (russ. *Voennaja gruppa* – Militärische Gruppe) war die „im Schriftwechsel des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten mit dem bevollmächtigten Vertreter in Deutschland" benutzte Bezeichnung für den Geheimapparat der „Sondergruppe R" im Reichswehrministerium, die die geheime Rüstungszusammenarbeit koordinierte. 1923 wurde sie durch eine in der deutschen Botschaft eingerichtete „Zentrale Moskau" ergänzt (siehe Gorlov: Geheimsache Moskau-Berlin, S. 135).

Gestern reiste Zaleski,[27] der Stellvertreter Skirmunts,[28] an, um im Gespräch zu klären, ob eine Vermittlung Polens in Bezug auf Frankreich für uns wünschenswert wäre.

Gleichzeitig kam auf Anweisung der polnischen Regierung der erste polnische Botschaftsrat in Paris für diese Gespräche nach Berlin.

Karachan hat Sie wahrscheinlich über den Ursprung dieser Geschichte unterrichtet; wenn nicht, werde ich darüber nach meiner Ankunft erzählen, jedenfalls geht die formale Initiative von den Polen aus, und nicht von uns. Zaleski begab sich aufgrund einer formalen Entscheidung der polnischen Regierung hierhin. Ich werde mit ihm ein Treffen haben, und anschließend wird es ein gemeinsames Treffen mit Krestinskij geben. Falls ich dazu komme, werde ich noch heute einige Zeilen über die Resultate des Treffens schreiben.

Ich denke, dass ich gegen Ende nächster Woche, am 20., gemeinsam mit Krestinskij in Moskau ankommen werde.

Ich bitte sehr darum, vor unserer Ankunft keinerlei Entscheidungen zu treffen. Die Lage ist unglaublich schlecht, und es bedarf nicht eines oder zweier Schritte, sondern eines ganzen Systems koordinierter Handlungen.

Mit komm[unistischem] Gruß
Ihr K. Radek.

---

27 August Zaleski (1883–1972), Historiker und Wirtschaftswissenschaftler, war später Außenminister und Exilpräsident Polens.

28 Konstanty Skirmunt (1866–1949) war polnischer Außenminister und später Botschafter in London.

Dok. 60

Sowjetrussland als „begehrte Braut“: Brief Ioffes an Lenin im Vorfeld der Konferenz von Genua

Petrograd, 13.2.1922

Typoskript in russischer Sprache, mit deutschen handschriftlichen Ergänzungen. RGASPI, Moskau, 2/2/1140, 1–4. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 337–341.

Verehrter Vladimir Il'ič [Lenin],
Ich entschuldige mich nachdrücklich dafür, dass ich Sie während Ihres Unwohlseins und Ihrer Genesung störe,[29] da Sie jedoch, soweit ich weiß, weiterhin die Geschäfte leiten, vor allem die Vorbereitung zur Genua-Konferenz, und ich in diesem Brief einige meiner Meinung nach höchst wichtige Fragen anschneiden will, hoffe ich, dass Sie diesen Brief trotz allem zu Ende lesen werden.[30]

Bei meiner Durchreise in Moskau nahm ich an einer Sitzung der SNK-Kommission teil,[31] und bekam den Eindruck, dass das Wichtigste bei den Vorbereitungen zur Konferenz fehlt.

Von meine diplomatischen Erfahrungen ausgehend, die schließlich größer sind als bei allen anderen Mitgliedern unserer Partei, behaupte ich, dass Verhandlungen jeglicher Art nur dann einen Erfolg haben können, wenn sie eine stringente, genauestens durchgehaltene und im Vorhinein geplante politische Kampagne darstellen. Alle Verhandlungen werden nicht nur am Verhandlungstisch geführt, sondern auch in der großen politischen Arena. Das Verhältnis zur Presse, die öffentliche Meinung, die diplomatische „Intrige“, die Kunst des Ausnutzens von Gegensätzen im Lager der Gegner, Gespräche hinter den Kulissen, Druck auf die Verhandlungsführer von außen – all das sind Elemente von Verhandlungen, die genauso unabdingbar sind wie die Debatten mit den Vertretern der gegnerischen Seite selbst.

Vielleicht irre ich mich, doch scheint mir, dass die Delegation noch nicht über eine solche Linie verfügt. Auf der Sitzung, auf der ich gewesen bin, sprach man viel über unsere ökonomischen Forderungen und Gegenforderungen, jedoch überhaupt nicht über unser *Programm*. Ich habe bereits damals Gen. Kržižanovskij[32] darauf

---

29 Lenin litt zunehmend an den Folgen des Attentats von 1918. In einer Rede u.a. über die internationale Lage auf dem russischen Metallarbeitertag am 6.3.1922 sprach er auch über seine Krankheit, die „mir seit mehreren Monaten keine Möglichkeit gibt, an den politischen Geschäften unmittelbar teilzunehmen, und mir überhaupt nicht erlaubt, den Sowjetposten, auf den ich gestellt bin, auszufüllen.“ (Lenin: Werke, XXXIII, S. 197–212, hier S. 202).

30 Handschriftliche Replik Lenins am Rand: „Ha-Ha!! [Das sieht ihm] ähnlich!!!“

31 Gemeint ist die Kommission des Rats der Volkskommissare für die Verhandlungen in Genua.

32 Gleb Kržižanovskij (1872–1959) war zu dem Zeitpunkt Vorsitzender der staatlichen Planungsbehörde Gosplan.

hingewiesen, dass das, was die Delegation vom Gosplan[33] bekommen müsste, eine Vorlage für *unseren Plan des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas* sein muss.

Ich habe keinerlei Zweifel, dass es in Genua, wie auch bei allen Verhandlungen, zu einem Austausch von Programmdeklarationen kommen wird. Wo aber ist unser Programm?

Bis jetzt war bei allen von uns geführten Verhandlungen unser Programm klar: Neben der Bemühung um die für den jeweiligen Augenblick günstigsten Friedensbedingungen haben wir immer die Ziele der sogen. „Friedensoffensive" angestrebt; sogar nachdem wir von einer so offenen Revolutionierungspolitik, wie in Brest,[34] Abstand genommen hatten, haben wir uns dennoch immer darum bemüht, bei Verhandlungen unser sowjetisches Wesen hervorzuheben und die Sympathien der unterdrückten Klassen und Völker zu gewinnen, und für dieses Ziel haben wir (zumindest ich selbst, und das kontinuierlich) sogar einige der „realen Interessen" geopfert, wenn dies erforderlich war.

Welche Politik müssen wir jedoch nun durchführen? Müssen wir denn im Zusammenhang mit der Neuen Ökonomischen Politik[35] auch unsere, wenn man so will, politische Politik ändern? Im Zusammenhang mit dieser großen Frage taucht eine Reihe kleinerer, dennoch nicht minder wichtiger Fragen auf: müssen und können wir auf die „*Kontinuität*" verzichten? Können wir beispielsweise die Sache so darstellen, als ob die von uns unterzeichneten Friedensschlüsse erzwungen seien, und wir bestrebt seien, diese zu revidieren, oder müssen wir auf dem alten Standpunkt verharren, wonach wir immer und unter jeden Bedingungen den Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts der Völker treu bleiben?

Jede diplomatische Kampagne muss sich aus der Analyse der allgemeinen internationalen Lage ergeben. Obwohl jetzt Pessimismus in Mode kommt, nehme ich an und wage zu behaupten, dass wir uns dank des Zerfalls der bürgerlichen Welt noch nie in einer günstigeren Lage befunden haben. Ich denke, dass Genua nur abgehalten wird, um unsere Abkehr von unseren sowjetischen Prinzipien zu erzwingen und uns gewaltsam in die Familie der bürgerlichen Völker hineinzuziehen. Genua soll zur Illusion einer Verhinderung des Weltkriegs werden, den alle vorahnen und fürchten, sowie als Mittel zur Schaffung verschiedener Bündnisse, kleiner Bünde und Koalitionen dienen. In der bürgerlichen Welt findet im großen Maßstab ein Kampf zwischen Europa und Amerika um die Hegemonie in der Welt, und im kleinen Maßstab ein Kampf zwischen England und Frankreich um die Hegemonie in Europa statt. Unter

33 Gosplan: Sowjetische staatliche Wirtschaftsplanungsbehörde beim Rat der Volkskommissare.

34 Gemeint sind die deutsch-sowjetischen Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk (Dezember 1917 bis März 1918). Siehe hierzu Dok. 5.

35 Die im März 1921 auf dem X. Parteitag der RKP(b) eingeläutete Neue Ökonomische Politik stellte eine Abkehr von der Wirtschaftspolitik des Kriegskommunismus dar. Die wichtigsten Neuerungen stellten die Abschaffung der Lebensmittelbeschlagnahmungen bei den Bauern zugunsten einer Naturalsteuer, sowie die Zulassung privater Marktinitiative, wobei der Staat nach wie vor Kontrolle über die Schlüsselindustrien behielt.

diesen Bedingungen werden wir zur wählerischen Braut, um deren Hand alle anhalten. Und zu den wichtigsten Fragen zählt die, ob wir uns in Genua verheiraten, oder weiter eine solche Braut bleiben.

Um Ihre Aufmerksamkeit nicht zu strapazieren, werfe ich explizit keine weiteren Fragen auf, sondern beschränke mich nur auf diese, ohne deren Klärung es meiner Meinung nach keinen Sinn macht, nach Genua zu fahren.

Ich denke, dass unsere erste Erklärung ernsthaft durchdacht und in Moskau verfasst werden muss. Ich denke, dass diese Erklärung aus zwei Teilen – einem politischen und einem wirtschaftlichen – bestehen muss. Im ersten Teil muss unser Friedensprogramm dargelegt werden, im zweiten – unser Programm des ökonomischen Wiederaufbaus Europas. Ich denke, dass diese unsere Erklärung eine Kontinuität zu unserer früheren Politik beibehalten muss; vielleicht insofern, als in der Erklärung sowohl sozusagen unser maximales als auch unser minimales Programm dargelegt wird; zunächst würde all das ausgeführt werden, was *wir* für die Erhaltung des Friedens und den wirtschaftlichen Wiederaufbau für notwendig halten, und danach würde darauf hingewiesen werden, dass wir, da die Bourgeoisie dies nicht verwirklichen könne, auch zu Palliativmaßnahmen, zu einem Programm des bürgerlichen Pazifismus und zu wirtschaftlichen Maßnahmen bereit seien, die im bürgerlichen Rahmen möglichen sind. Mit etwas Taktgefühl kann ein solches „Zum Fenster hinaus reden“[36] unsere Gegner nicht verschrecken, denn die Kunstfertigkeit unserer Diplomatie besteht nicht darin, als Menschen aufzutreten, die aufgehört haben, Kommunisten zu sein (das würde ja ohnehin sowieso niemand glauben), sondern darin, zu beweisen, dass wir als das, was wir sind, als „Kommunisten, Phantasten und Doktrinäre“ Realpolitiker genug sind, um die für die bürgerliche Welt günstigste russische Regierung abzugeben.

Andererseits müssen in der Erklärung jedoch auch alle Vorzüge unserer Lage ausgespielt werden, die nur solange vorzüglich bleibt, solange wir für alle begehrenswert sind, ohne uns jemandem hinzugeben. Sobald wir uns mit einem der sich bekämpfenden Bündnisse verbinden, werden wir all unsere Vorzüge verlieren. Und unser ganzes diplomatisches Geschick besteht hierbei darin, dass *wir* spielen, und nicht *mit uns* gespielt wird, denn sollten wir bei diesen Intrigen hinter den Kulissen Ungeschicklichkeit an den Tag legen, wird das gegnerische politische Bündnis unsere Intrige selbst zur Erpressung seiner Gegner nutzen können, und wird dabei gewinnen, und nicht wir. Genau hier bedarf es der allergrößten Vorsicht und eines sehr ausgeklügelten Geschicks, und exakt hier entsteht die allerschwierigste Frage: müssen wir sofort den Vorschlag eines allgemeinen Verzichts auf Kriegsschulden unterbreiten, oder würde dieser Vorschlag Amerika sofort von uns abstoßen und uns auf den europäische Standpunkt positionieren? Ich nehme an, dass man dies aus diplomatischen Gründen besser nicht machen sollte, sondern nach dem Vorbild unseres Brester Vorschlags – die Schaffung eines internationalen Fonds für den Wiederaufbau der vom

36 „Zum Fenster hinaus reden“ im Original deutsch.

Krieg zerstörten Territorien, da dies aus Kräften eines Staates nicht machbar ist – jetzt mit einem Vorschlag aufwarten sollte, so etwas wie einen internationalen Fonds oder eine Bank für die Vertretung der Interessen von Eigentümern internationaler Kriegsanleihen zu schaffen.[37] Vielleicht ist diese Idee auch falsch, doch mein Hauptgedanke, unsere günstige Lage dazu zu nutzen, uns mit niemandem zu verbünden und dabei alle anzulocken, ist zweifellos richtig. Und das muss noch vor der Konferenz getan werden, denn zur Zeit finden unterschiedliche Beratungen statt, unter anderem die Baltische, wo wir uns vieles verderben können. […][38]

Mit kommunistischem Gruß
A. Ioffe

Dok. 61

Die Verbindung mit Russland als Rettung Deutschlands: Radek über die Gespräche mit Außenminister Rathenau u. a.

Berlin, 14.2.1922

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 2/2/1124, 1–3. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 342–346.

Berlin, 14. Februar 1922

Liebe Genossen,
Alle möglichen phantastische Gerüchte über den Stand unserer Verhandlungen mit Frankreich, das von mir und Rakovskij dem „*Le Matin*“[39] gegebene Interview,[40] die Tatsache, dass die französische Regierungspresse es nicht nur unterlassen hat, auf unsere Erklärung auf feindliche Weise zu reagieren, sondern die Diskussion mit uns fortsetzt – all das zusammengenommen hat hier einen Ruck ausgelöst. Rathenau hatte

37 Auch das Deutsche Reich hatte den Krieg überwiegend mit Kriegsanleihen statt mit Steuereinnahmen finanziert und stellte deswegen in Brest-Litowsk hohe Forderungen an Sowjetrussland. Man schätzt, dass Deutschlands Forderungen an die Alliierten im Falle eines deutschen Sieges genauso hoch gewesen wären wie die nach der Niederlage Deutschland im Versailler Vertrag auferlegten Kosten (siehe: Hans-Peter Philipp Anlauf: Vorgänger der Restschuldbefreiung nach heutigem Insolvenzrecht. Von der landwirtschaftlichen Entschuldungsgesetzgebung der Weimarer Republik über die NS-Schuldenbereinigung zur heutigen Restschuldbefreiung, Münster, Lit-Verlag, 2006, S. 22 (Augsburger Schriften zur Rechtsgeschichte. 4)).
38 In einem weiteren, hier ausgelassenen Absatz kritisiert Ioffe die personelle Zusammensetzung der sowjetischen Delegation für die Konferenz von Genua, und fordert eine strengere Rollenverteilung.
39 *Le Matin:* Pariser Tageszeitung, gegr. 1883, geschlossen 1944.
40 Radek gab *Le Matin* ein Interview, das am 9.2.1922 veröffentlicht wurde, in dem er es als wünschenswert erklärte, vor der Genua-Konferenz direkte Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Frankreich herzustellen (White: The Origins of Detente, S. 77).

sich bei Rakovskij beschwert, dass wir sie [die Deutschen] erpressen, doch bekundeten sie in der darauffolgenden Sitzung die Bereitschaft, die Summe, ab der sie anfangen würden, in Russland zu arbeiten, auf 5 Millionen Papiermark zu erhöhen, und erklärten sich bereit, unmittelbar die Hälfte dieser Summe uns als staatliches Darlehen zu geben, wobei sie zugleich darauf hinwiesen, dass wenn sie damit anfingen, sich zu engagieren, sie ohnehin noch weiter gehen müssten. Ich erklärte ihnen, dass eine solche Kleinigkeit wie 50 oder 60 Millionen Goldmark unsere Handlungsfreiheit gegenüber den Verbündeten nicht erweitern würde, und deswegen unsere politische Position nicht beeinflussen könne; dass sie daran interessiert seien, uns ein Darlehen zu geben, um sich etwas in Russland zu sichern, denn wenn die Kapitalisten anderer, stärkerer Länder in Russland zu arbeiten anfingen, würde für die Deutschen nur noch wenig Platz da sein; allerdings erklärte ich weiter, dass wir auch kleineren Geschäften gegenüber nicht abgeneigt seien, doch dass ich nicht bevollmächtigt sei, einen entsprechenden Vertrag mit ihnen abzuschließen und alles nach Moskau weiterleiten würde.

Nach dieser Sitzung mit den Industriellen erklärte ich Maltzan, dass sie selbstredend kein Darlehen geben könnten und wollten, doch dass sich dies mit ihrer jetzigen Armut erklären ließe, ich jedoch zur Bereinigung der Situation bereit sei, eine Erklärung zu unterzeichnen, wonach wir auf [Artikel] 116 verzichten,[41] und sie im Gegenzug darauf verzichten würden, ohne vorherige Rücksprache mit uns in wie auch immer geartete internationale Konsortien einzutreten. Es versteht sich von selbst, dass ich nicht vorhatte, dergleichen zu tun, da ich dafür keine Vollmachten von Euch hatte, doch ich war davon überzeugt, dass Rathenau sich in London persönlich [mit einem Konsortium] eingelassen habe, dass er nicht in der Lage gewesen sei, eine solche Vereinbarung einzugehen, und dass er deswegen gezwungen sein würde, seine Karten offenzulegen. Und tatsächlich lud mich Rathenau am Sonntag zu sich ein, erklärte sich zunächst zum Zwischenfall bei unserer ersten Begegnung, der durch sein Gespräch über die Kolonialisierung Russlands hervorgerufen wurde,[42] erging sich in Liebeserklärungen, gab uns Ratschläge, was wir in Genua zu tun hätten, und sagte später, dass ich in der Annahme recht gehabt habe, er habe sich während seines Aufenthalts in London als Privatperson auf Gespräche über ein Konsortium eingelassen. Er gebe dies offen zu, und sei nicht dazu in der Lage, eine Verpflichtungserklärung zu unterschreiben, wonach Deutschland ohne vorheriges Einvernehmen mit Russland nicht in ein Konsortium eintreten könne. Er könne dies umso offener

41 Gemeint ist Artikel 116 des Versailler Vertrags, wonach Sowjetrussland das Recht auf Reparationszahlungen deutscherseits eingeräumt wurde.

42 Als Repräsentant der AEG hatte Rathenau Radek 1919 im Moabiter Gefängnis besucht. Trotz allgemeiner Übereinstimmung über die Notwendigkeit einer engen deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit gelang es Rathenau aufgrund des Einspruchs der Reichsregierung nicht, ein größeres Projekt zu entwickeln. Radek zufolge wurde Rathenau zum „ersten Anwalt der Idee eines internationalen Syndikats zur Ausbeutung Russlands", wie er nach einem zweiten Treffen festhielt (Fayet: Karl Radek, S. 295).

sagen, da er überzeugt sei, dass unsere Position mit unserer Unwissenheit darüber zusammenhinge, was ein Konsortium bedeute. Das internationale Konsortium werde ein kleines Kapital, etwa 20 Millionen Pfund, haben, denn Banken und Industrielle stellten ungern große Summen einem solchen Konsortium zu Verfügung, da sie ihr Geschäft selbst betreiben wollten. Das allgemeine Konsortium werde nicht nur nicht die Arbeit in Russland monopolisieren, sondern den Weg für eine ganze Reihe neuer Teilabmachungen freimachen. Sollte das Konsortium die Arbeit mit Russland aufnehmen, würde dies die Anderen nur motivieren und Vorurteile gegen Abmachungen mit Russland entkräften. Die Deutschen könnten nicht auf das Konsortium verzichten – nicht weil sie es für ihre Arbeit in Russland benötigen würden, denn die Hauptarbeit würden sie eigenständig machen, doch sie müssten in das Konsortium eintreten, da sie die ganze Zeit danach gestrebt hätten, in die Familie der Industriestaaten aufgenommen zu werden, und wenn sie im Konsortium seien, würden sie uns nur behilflich sein, sie würden sich mit uns beraten usw. usf. und dort die Interessen Russlands verteidigen.[43] Er [Rathenau] habe keine Angst vor unserer Vereinbarung mit Frankreich, denn er wisse, dass wir den Versailler Vertrag nicht unterzeichnen würden, weil dies unser Verhältnis zu den deutschen Arbeitern und der internationalen öffentlichen Meinung nicht zulassen würde. Auf der Basis von Art. 116 könnten wir nichts erhalten, da Frankreich, während es die Reparationsschulden Deutschlands verringert, sie nicht zugleich zugunsten Russlands erhöhen könne. In industrieller Hinsicht werde Frankreich uns nichts geben, es könne sich nicht für ein Darlehen engagieren, da es kein Geld habe, und außerdem sei er nicht nervös, [denn] die russisch-deutschen Beziehungen würden sich unabhängig von den Zickzack-Bewegungen, die wir machten, verbessern, denn wir würden uns davon überzeugen, dass er keine antirussische Politik führe, sondern, im Gegenteil, dass er, wie jeder, der etwas von den Perspektiven deutscher Politik verstehe, in Verbindung mit Russland die Rettung Deutschlands sehe.

Am Montag waren wir abends bei Maltzan zu einem Bierabend eingeladen, dessen Erfindung ein Resultat der Existenz der Sowjetmacht ist: mit der Entente trinkt man Champagner, mit uns Bier, und der Abend war so demokratisch organisiert, dass sogar der Chef der Wache daran teilnahm.[44] An diesem Abend zeigte mir Rathenau das Telegramm Wiedenfelds[45] über dessen Gespräch mit Čičerin, ich bestätigte ihm die Richtigkeit der Übermittlung und sagte ihm, dass Moskau dessen Politik als gegen

---

43 In der Ministerratssitzung am 2.4.1922 legte Rathenau Rechenschaft über sein Gespräch mit Radek ab. Siehe: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik Online, http://www.bundesarchiv.de/akten-reichskanzlei/1919-1933/0011/wir/wir2p/kap1_1/kap2_5/para3_2.html

44 „Chef der Wache“: Im russischen Original „*načal'nik ochranki*“, d.h. Chef der Geheimpolizei. Radek meint damit sicherlich nicht den Chef der deutschen Geheimpolizei (die westlichen Geheimpolizeien wurden von den Bolschewiki in Anlehnung an die zaristische Geheimpolizei oft als „*ochranka*“ bezeichnet), sondern den Chef der Wache („*ochrana*“).

45 Kurt Wiedenfeld (1871–1955) war seit September 1921 als Ministerialdirektor Handelsvertreter Deutschlands in Sowjetrussland.

Russland gerichtet wahrgenommen habe, er berief sich [wiederum] auf Krasin, der auf dem selben Standpunkt stünde, den wir jedoch kaum als unseren Feind auffassen würden, und bat um ein gemeinsames Treffen mit mir und Krasin. Krasin kommt heute an, wir werden mit ihm sprechen und [ich werde] gemeinsam mit ihm nach Moskau aufbrechen. […][46]

Der „Matin" bittet telegraphisch um ein neues Interview zur Note Poincarés. Wir alle, d.h. Krestinskij, Michal'skij [d.i. Pavel Lapinskij],[47] und ich, haben beschlossen, über die Frist in Genua und das Einfordern unserer vorläufiger Erklärungen durch Frankreich nichts zu antworten, darauf verweisend, dass dies nur durch das Narkomindel beantwortet werden könne, dass wir jedoch [bereit seien], eine substantielle Antwort über unsere Wirtschaftspolitik usw. zu geben. Die Kampagne des „Matin" macht riesigen Eindruck. Das „Berliner Tageblatt" spricht die Vermutung aus, „Matin" sei gekauft worden. Kurz vor meiner Abreise werde ich dazu noch dem Vertreter des „Manchester Guardian"[48] ein Interview geben, um den antienglischen Eindruck, den das erste Interview mit dem „Matin" erweckt hatte, etwas abzumildern. Dies wird auch für den Druck auf Frankreich gut sein. Das ist alles. Wir werden allerspätestens am Samstag abfahren.

Wie auch immer die Ministerkrise hier enden mag, es wird uns gegenüber keine Veränderungen geben.

Mit kommunistischem Gruß
K. Radek

46 In einem weiteren Absatz berichtet Radek von seinen Gesprächen mit polnischen Diplomaten über die Konferenz von Genua.

47 Michal'skij (Ps., alias Pavel Lapinskij), d.i. Ja. Levenson, leitete das 1927 liquidierte Informationsbüro des NKID in Berlin seit seiner Gründung im Juli 1920.

48 Gegründet 1821, existierte der *Manchester Guardian* als linksliberales Blatt bis 1959; er wurde als *The Guardian* weitergeführt.

Dok. 62

Nicht nur von den Deutschen lernen, sondern auch Deutsche als Lehrer in der Sowjetunion heranziehen! Note Lenins an Lev Kamenev

[Moskau], 20.2.1922

Autograph in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 2/1/27071. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lenin: Neizvestnye dokumenty, S. 506–507.

Genosse Kamenev!
Meiner Meinung nach sollte man nicht nur predigen „Lernt von den Deutschen, ihr lausigen russischen kommunistischen Faulenzer!" sondern auch Deutsche *als Lehrer heranziehen.*

Sonst ist alles nur Wortgeplänkel.

Warum nicht mit den Deutschen beginnen, die (wie Sie gesehen haben) ein Modellprojekt in Moskau organisieren?[49]

Falls Sie nicht damit einverstanden sind, schreiben Sie mir eine Zeile. Sind Sie einverstanden, senden Sie die Anlage an N. P. Gorbunov (weil Semaško da *nicht* mitmachen wird).[50]

Lenin



Am 22.2.1922 wurden Sinowjew, Radek und Kamenev mit Gesprächen mit der deutschen Delegation im EKKI beauftragt. Die Gespräche wurden von vornherein als nützlich antizipiert.[51] Die deutsche Delegation, die zum Erweiterten Plenum des EKKI anreiste – Zetkin, Thalheimer, Brandler und Walcher – hatte am 19.2.1922 eine Erklärung an das ZK der RKP(b) eingereicht, wo es v.a. um eine Detailanalyse der Märzkämpfe und einen engeren Kontakt zwischen KPD und RKP(b) ging.[52]

Am 7.3.1922 sandte Radek eine umfangreiche Denkschrift an Lenin, Trotzki, Stalin, Sinowjew, Kamenev, Georgij Čičerin, Maxim Litvinov, Leonid Krasin und Christian Rakovskij über den (seiner Meinung nach nicht ausschlaggebenden) Stellenwert der Konferenz von Genua für den Wiederaufbau Europas und die Unterstützung der Sowjetunion. Die Konferenz sollte nicht erst abgewartet werden, es sei sofort mit Separatverhandlungen begonnen und dabei die Beziehungen zu Frankreich gepflegt werden, da sich ansonsten eine Abhängigkeit von England und ein daraus resultierender stärkerer

---

49 Lenin bezieht sich auf das Bakteriologische Zentrallaboratorium des Deutschen Roten Kreuzes in Moskau, das im Rahmen der Seuchenhilfsexpedition des DRK Ende 1921 gegründet wurde und u.a. Impfstoffe herstellte (siehe: Wolfgang Eckart: Nach bestem Vermögen tatkräftige Hilfe leisten. In: Forschungsmagazin Ruperto Carola (1999), 3, http://www.uni-heidelberg.de/presse/ruca/ruca99_3/eckart.html).

50 Nikolai Semaško war von 1918 bis 1930 Volkskommissar für öffentliche Gesundheit.

51 RGASPI, Moskau, 17/3/270, 2. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 114–115.

52 RGASPI, Moskau, 495/293/25, 7–9.

Druck auf Deutschland ergeben würde. Ziel sei die Erarbeitung einer realistischen Plattform, einschl. eines Programms zum Wiederaufbau Russlands. Sollte die kapitalistische Welt die fundamentalen Rechte Sowjetrusslands anfechten, müsse die Konferenz abgebrochen werden.[53]

Auf Vorschlag Krestinskijs stimmte das Politbüro des ZK der KP Russlands am 13.3.1922 dafür, eine „neue Berliner Zeitung" mit 2 Millionen Reichsmark zu finanzieren.[54]

Am 15.3.1922 setzte das Politbüro des ZK der KP Russlands das Budget der Komintern für das Jahr 1922 auf 2,5 Millionen Rubel fest.[55]

Auf Vorschlag des Außenkommissariats beschloss das Politbüro am 16.3.1922, Radek von den Verhandlungen, die er in Deutschland im Vorfeld der Konferenz von Genua führte (siehe Dok. 61), zu entbinden, damit er sich voll und ganz auf die Vorbereitung der Konferenz der Drei Internationalen konzentrieren könne.[56]

Dok. 63

Brief des Sekretärs der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien, Friedrich Adler, an die Komintern für Einheitsfrontverhandlungen

Berlin, 3.4.1922

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/218. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache veröffentlicht in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 367–368.

Nr. 33[57]
Reichstag
Fernsprecher: Zentrum 9592–9600 Berlin NW 7, den 3. April 1922

An die *Delegation* der *Exekutive*
der Kommunistischen Internationale
Berlin

Werte Genossen!
In Beantwortung Ihres heutigen Schreibens an unsere Exekutive[58] stellen wir fest, dass wir unverändert an dem Standpunkt unseres Aufrufes an die Arbeiterparteien

---

53 RGASPI, Moskau, 2/2/1162, 2–14. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 353–366.
54 RGASPI, Moskau, 17/3/280, 1.
55 RGASPI, Moskau, 17/3/281, 1–2. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 125.
56 RGASPI, Moskau, 17/3/282, 2–3; APRF, 3/64/644, 50. Publ. in: Sevost'janov, Moskva-Berlin, I, S. 53–54.
57 *Nr. 33 …:* Amtlicher Vordruck in Frakturschrift.
58 Das Schreiben beinhaltete den Vorschlag der Komintern, zunächst mit der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (IASP) getrennte Gespräche zu führen, bevor man sich in

aller Länder vom 15. Jänner festhalten,[59] und alles daran setzen wollen, um die allgemeine Konferenz zu ermöglichen. Die Erklärung, die Genosse *Paul Faure* im Namen unserer Exekutive in der gestrigen Plenarsitzung der Konferenz abgegeben hat, steht vollkommen auf dem Boden unseres obengenannten Aufrufes. Wir haben in unserem Aufruf die schweren Bedenken gegenüber der 3. Internationale ebenso wie gegenüber der 2. Internationale, die in unseren Reihen bestehen, mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, aber ebenso klar ausgesprochen, dass wir trotz dieser Bedenken uns in den Dienst der Herstellung der Einheitsfront des Proletariats stellen. Dieser unser Standpunkt geht ganz unzweifelhaft aus dem Schlusspassus der Erklärung, die Genosse Faure abgab, hervor. Er lautet:

„Die Exekutive der IASP[60] spricht die Ueberzeugung aus, dass die Notwendigkeiten des proletarischen Klassenkampfes den Gedanken der Einheitsfront zum Siege führen und damit die allgemeine Anerkennung dieser Erfordernisse der Einheit des internationalen Proletariats durchsetzen werden. Im Vertrauen darauf betrachtet die Exekutive der IASP es für unzweckmässig, auf dieser Zusammenkunft, die bloss der Vorbereitung einer breiteren gemeinsamen Konferenz dienen soll, alle diese Streitfragen zu erörtern und erklärt sich bereit, in die gemeinsame Beratung der Arbeit an der Herstellung der proletarischen Einheitsfront einzutreten."

Wir halten an dem Gedanken der allgemeinen Konferenz und ebenso an der von uns vorgeschlagenen Tagesordnung fest.[61]

Mit proletarischen Grüssen für die Exekutive der IASP
[Sign.]: Der Sekretär: Friedrich Adler

---

der Neuenerkommission mit den Vertretern der Zweiten Internationale trifft. Der Österreicher Friedrich Adler wurde 1923 nach der Vereinigung der beiden Internationalen (General)sekretär der Sozialistisceh Arbeiterinternationale (SAI).

59 Das von der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien am 15.1.1922 erlassene Manifest „an die Arbeiterparteien aller Länder" (publ. in: *Nachrichten der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien* II (1922), Nr. 2, S. 65f.) war der „erste Versuch einer allgemeinen Konferenz" der drei Internationalen (Braunthal: Geschichte der Internationale, S. 259), nachdem zuvor ein englischer Plan, der nur die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien betraf, abgelehnt worden war. Zur Begründung wurde auf die „schmerzlichen Erfahrungen aller Arbeiterparteien in den letzten Jahren" rekurriert, „[...] die das Bewußtsein der Verantwortung erzeugt (haben), daß dem heißesten Wunsche des gesamten Proletariats entsprochen werden muß, dem Wunsche nach Konzentrierung der Kraft der Arbeiterklasse in solidarischer Aktion zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung." Die Komintern sagte daraufhin zu, an Vorgesprächen teilzunehmen. Die III. Internationale – so im Aufruf – bildete den Zusammenschluss der kommunistischen Parteien und „sie kann [auch] nichts anderes werden", da sie bewußt „auf die Zertrümmerung derjenigen sozialistischen Parteien hin(arbeite), die sich nicht widerstandslos ihrem Diktat beugen."

60 IASP: Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien.

61 Die IASP hatte bewusst die Tagesordnung auf die folgenden beiden defensiven Punkte beschränkt: „1. Die ökonomische Lage Europas und die Aktionen der Arbeiterklasse. 2. Der Abwehrkampf des Proletariats gegen die Reaktion." (ibid., S. 66)

Dok. 64

Von der GPU abgefangener Brief des Menschewiken Rafail Abramovič an die Genossen in Russland über die „Konferenz der Drei Internationalen“

Berlin, nicht vor dem 5.4.1922

Typoskript in russischer Sprache, mit handschriftlichen Ergänzungen. RGASPI, Moskau, 2/1/26236, 2–8. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 368–378.

Liebe Freunde. Aus den Zeitungsmeldungen kennt Ihr sicherlich schon die Fakten und wahrscheinlich auch den Text der (allgemeinen) Resolution.[62] Im „S[*ocialističeskij*] v[*estnik*]“[63] Nr. 7 findet Ihr auch den Text der Wiener „Erklärung“.[64] Hier will ich nur diejenigen Details mitteilen, die Ihr in den (russischen) Zeitungen nicht finden werdet.[65]

Bereits am Anfang der Konferenz wurde deutlich, dass die 3. Internationale *sehr* an einer gemeinsamen Konferenz interessiert ist, während die 2. [Internationale] dagegen in einer sehr skeptischen Stimmung gekommen war und überhaupt nicht betrübt sein würde, sollte diese Geschichte platzen. [...] Angesichts dieses Umstandes, sowie auch angesichts ihrer in der Frankfurter Erklärung (Februar 1917 [richtig 1922])[66] niedergelegten allgemeinen Position, hat die Delegation der 2. Internationale (für sich) den Weg des geringsten Widerstandes eingeschlagen, indem sie sich fest hinter der Position des „Ultimatums“ verschanzte: Wenn unsere *Vorbedingungen* nicht erfüllt werden, werden wir keine Zustimmung zu einer gemeinsamen Konferenz

62 Für den Text der „Gemeinsamen Erklärung der drei Exekutiven“ siehe: Protokoll der Internationalen Konferenz der drei internationalen Exekutivkomitees in Berlin vom 2. bis 5. April 1922. Herausgegeben vom Neunerkomitee der Konferenz, Wien, Verlag des Neunerkomitees in Kommission bei der Wiener Volksbuchhandlung, 1922 (Reprint: Berlin-Bonn, J.H.W.Dietz Nachf., 1980), S. 47.
63 *Socialističeskij vestnik* („Sozialistischer Bote“): Organ der Menschewiki in der Emigration, von Julij Martov und Rafail Abramovič in Berlin im Februar 1921 gegründet. Erschien ab 1933 in Paris, von 1940 bis 1963 in New York.
64 Die „Wiener“ bzw. „2½. Internationale“, offiziell IASP (siehe vorheriges Dokument), nahm neben der 2. Internationale und der Komintern an der Konferenz der drei Exekutivkomitees teil. Die Erklärung der IASP zur Eröffnung der Konferenz wurde von Paul Faure auf der Abendsitzung des 2.4.1922 verlesen und im *Socialističeskij vestnik* vom 3.4.1922 publiziert (siehe: Protokoll der Internationalen Konferenz, S. 15–16).
65 Der 1920 nach Berlin emigrierte russische Sozialdemokrat Rafail Abramovič (1880–1963), einer der Führer des Jüdischen Arbeiterbunds und Mitglied des ZK der Menschewiki, war bei der Konferenz als Beobachter seitens des EK der „Wiener Internationale“ anwesend.
66 Beim Treffen der Führer der 2. und der 2½. Internationale in Frankfurt am Main vom 24. bis 26.2.1922 machte die 2. Internationale ihre Teilnahme an einer Drei-Internationalen-Konferenz von der Besprechung der Fragen Georgiens und der sozialistischen politischen Gefangenen in Sowjetrussland abhängig.

geben. Und diese Bedingungen sind folgende: 1) Der Verzicht der III. [Internationale] auf Gründung von Gewerkschaftszellen (besonders wichtig für die Deutschen),[67] 2) Georgien,[68] 3) die russischen Sozialisten und der SR-Prozess.[69] [...]

Aufgrund dieser Konstellation sah es auf der Konferenz so aus, dass die III. Internationale sich in der Rolle des Angeklagten wiederfand: Vandervelde, MacDo[nald] und andere klagten an, Rad[ek] antwortete: „Wozu sollen wir uns mit der Vergangen-

67 In den Thesen des III. Weltkongresses hatte die Komintern nicht nur den Kampf gegen die sozialdemokratische Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, sondern auch den Aufbau von Betriebs- und Gewerkschaftszellen seitens der kommunistischen Parteien beschlossen. Siehe: Leitsätze über den organisatorischen Aufbau der Kommunistischen Parteien, über die Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit. Angenommen in der 24. Sitzung des III. Weltkongresses vom 12. Juli 1921, Hamburg, Verlag der Kommunistischen Internationale, Auslieferungsstelle für Deutschland: Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, 1921 (Flugschriften der K.I. 5).

68 Trotz der Anerkennung der Unabhängigkeit Georgiens im Moskauer Friedensvertrag vom 7.5.1920 erfolgte Anfang 1921 der Einmarsch der Roten Armee und die Flucht der 1919 aus demokratischen Wahlen hervorgegangenen sozialdemokratischen Regierung im März 1921). Georgien galt international als Nagelprobe für den Umgang der Sowjetmacht mit parlamentarisch-demokratischen Strukturen und dem Verhältnis zur Sozialdemokratie (siehe Karl Kautsky: Georgien: Eine sozialdemokratische Bauernrepublik. Eindrücke und Beobachtungen, Wien, Wiener Volksbuchhandlung, 1921. In der Folge führte die maßgeblich von Stalin und Ordžonikidze gegen Lenin durchgeführte Politik in Georgien zur brutalen Niederschlagung der Unabhängigkeitsbewegung, die im Aufstand zur Wiederherstellung der nationalen Souveränität Georgiens kulminierte (Beginn 28.8.1922). Dieser wurde bis Mitte September niedergeschlagen, es folgten Massenexekutionen. Die Einverleibung Georgiens in die Transkaukasische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik erfolgte gegen die georgischen Kommunisten. Lenins letztes diktiertes Telegramm galt der Solidarität mit den georgischen Kommunisten, zur Verteidigung gegen den großrussischen Chauvinismus Stalins (siehe: Stephen F. Jones: The Establishment of Soviet Power in Transcaucasia: The Case of Georgia 1921–1928. In: *Soviet Studies*, 40 (1988), No. 4, S. 616–639).

69 Die Sozialrevolutionäre wurden als wichtige soziale und politische Träger der russischen Revolutionen von 1905 und 1917 sowie größte Partei in der konstituierenden Versammlung durch die Bolschewiki zunehmend aus den Sowjets und anderen Strukturen verdrängt, worauf sie sich zeitweise durch eine Koalitionspolitik mit bürgerlichen konterrevolutionären Kräften, den bewaffneten Aufstand im Bürgerkrieg gegen die Bolschewiki gemeinsam mit der tschechischen Legion (1918) sowie Attentaten und individuellem Terror hervortaten. Im Juni-August 1922 fand in Moskau der ursprünglich früher geplante, öffentliche „SR-Prozess" statt, in dem sie als „volksfeindliche" Partei abgeurteilt wurde. Trotz massiver Erschwernisse für die Verteidigung und seiner propagandistischen Umrahmung war es noch kein Schauprozess stalinistischer Prägung. In Vorbereitung der Konferenz der Drei Internationalen hatten Sozialdemokraten und Linkssozialisten zur Bedingung für die Verhandlungen gemacht, dass es keine Todesurteile geben dürfe und dass westliche Verteidiger aus dem sozialistischen Lager zugelassen würden. Aus den Reihen der KPD und der Komintern gab es ähnliche Interventionen (bspw. von Ernst Meyer). Im öffentlichen Prozess, an dem drei westliche Verteidiger teilnahmen (Emile Vandervelde für die II. Internationale, Kurt Rosenfeld und Theodor Liebknecht (beide USPD) für die „2½ Internationale") wurden zwar zwölf Todesurteile gefällt, die jedoch unter der Bedingung nicht vollstreckt wurden, dass keine weiteren Attentate seitens der Sozialrevolutionäre aus dem Untergrund erfolgen würden (siehe: Manfred Hildermeier: Die Sozialrevolutionäre Partei Rußlands; Marc Jansen: A Show Trial under Lenin. The Trial of the Socialist Revolutionaries, The Hague u.a., 1982).

heit beschäftigen. Vergessen wir das Vergangene, lasst uns ein gemeinsames Einvernehmen finden.“

Natürlich versuchte er, sich mit Gegenbeschuldigungen herauszuwinden, und befleißigte sich eines frechen Tons, doch *im Grunde* war seine Position die der *Verteidigung,* und das war allen klar. Mein Gott, wie sehr unterschied sich dies von den primitiven Bildern, die die offizielle Sowjetpresse von dem Treffen mit den Sozialverrätern und den „Gelben“[70] zeichnete. Wo war bloß der gefürchtete „sozialistische Ankläger“, der die Angeklagten vor das Tribunal zerrt, sie entlarvt, mit dem Flammenschwert straft... Rad[ek] wirkte auf dieser Konferenz wie ein gerupftes Küken, das seine Scham mit Frechheit zu bedecken versucht. Es gibt nicht den geringsten Zweifel, dass der *Hauptgrund*, der die Dritte Internationale zu ihrer „Nachgiebigkeit“ bewegt hat, die nationalen Interessen der russischen Sowjetregierung in Verbindung mit [der Konferenz von] Genua liegt, doch auch das Bewusstsein der eigenen Schwäche in Europa spielte bei diesem Verhalten eine große Rolle. Unter den Anwesenden im Saal war nicht ein Quäntchen Angst zu spüren, dieses ehrfürchtigen Zurückweichens vor der Kommunistischen Internationale, wie es in den Tagen von Halle der Fall gewesen ist.[71] Es gab lediglich verächtliche Feindschaft oder schlichtweg kalte Gleichgültigkeit. Niemand in Europa fürchtet die Kommunisten.

Als Symptom der Zeit ist dies äußerst charakteristisch, doch hiervon ausgehend liegt die Schlussfolgerung natürlich noch in weiter Ferne, man könne der Komintern in Berlin alle möglichen Forderungen stellen und dabei sicher sein, dass sie diese annimmt. Im Gegenteil: In keiner der bestehenden Fragen konnten von den Bolschewiki reale Kompromisse abgerungen werden, doch selbstverständlich erwartete dies auch keiner der Konferenzteilnehmer. Der Fortschritt besteht jedoch in der Erkenntnis, dass *ihre Widerstandskraft* extrem abgenommen hat. Sie haben noch nicht nachgegeben, doch es ist erkennbar, dass sie mit letzter Kraft durchhalten. Unsere Position, die von ganz Wien[72] völlig geteilt wurde, beinhaltet Folgendes: Wir können in keinem Fall zulassen, dass die Konferenz der 3 Exekutivkomitees an unseren brennenden Fragen (Georgien, Terror gegen Sozialisten, SR-Prozess) *vorbei*geht. [...]

Ich gehe nun über zur Darlegung des Ablaufs der Ereignisse, soweit es um die geheime Seite der Erklärung der 3. Internationale geht. Die Verlautbarung der Zetkin war äußerst zahnlos und friedfertig.[73] Und auch die darauf folgende Rede von Vandervelde war zwar recht blass im *Inhalt*, allerdings ziemlich scharf im Tonfall. Deswegen

---

70 Gemeint sind die sogenannten „Gelben Gewerkschaften“, die als Gegenmittel zu den „roten“ sozialistischen Gewerkschaften von den Unternehmen selbst gegründet und gefördert wurden.

71 Gemeint ist der außerordentliche Parteitag der USPD in Halle (12.–17.10.1920), auf dem die Mehrheit der Delegierten den Beitritt zur kommunistischen Internationale beschloss. Damit entstand aus der USPD-Linken und der KPD(S) die VKPD erstmals als Massenpartei mit ca. 350.000 Mitgliedern (siehe hierzu den Text von Hermann Weber in diesem Band).

72 Gemeint ist die „Wiener Internationale“ bzw. die IASP.

73 Im Gegensatz zu den polemischen und hitzigen Wortmeldungen Karl Radeks beschwor die von Clara Zetkin vorgetragene Erklärung der Kommunistischen Internationale in sachlicher und beinahe

war auch die Antwort Radeks heftig, und die Luft roch nach Schießpulver. Besonders empört waren die Scheidemann-Leute, denen Radek den Mord an Rosa Luxemburg und Liebknecht unterschieben wollte. Allgemeine Empörung rief sein Satz über den Austausch von Verurteilten – SRs gegen bayerische Kommunisten – hervor. Man schrie ihm entgegen: „Wir handeln nicht mit Menschenfleisch."[74] Nach seiner Rede konnten die Verhandlungen für diesen Tag nicht mehr fortgesetzt werden. Alle Fraktionen hatten sich zu fieberhaften Besprechungen zurückgezogen. [...]

Am [nächsten] Morgen tritt in der Konferenzsitzung in ihrem [der Zweiten Internationale] Namen MacDonald auf. Eine im rhetorischen Sinne herrliche Rede, aber sehr englisch (viel Moral, wenig Marxismus). Abschließend liest er seine Forderungen vor. Ein erneutes Ultimatum: aber wie sind die Forderungen formuliert? Von der georgischen Frage ist fast nichts mehr übrig (eine Kommission der 3 Internationalen zur „Untersuchung" der Frage), über den Terror – kaum mehr als die Zulassung Vanderveldes als Anwalt zum SR-Prozess. Und der einzige Punkt, der klar formuliert ist, ist der Verzicht auf die [Gewerkschafts-]Zellen. Am Tisch der III. [Internationale] herrscht Niedergeschlagenheit. Serrati erhebt sich. Mit voller Wucht stürzt er sich auf die II., nimmt die „historische Notwendigkeit des Terrors" in Schutz (Applaus seitens der III.).[75] Doch nach Beendigung seiner Rede sagt Bucharin laut: „Der Fuchs!" Auf uns machte die Rede Serratis einen äußerst unangenehmen Eindruck, dann folgt auch schon Bauer. Eine kluge, in der Form glänzende, sehr geschickt aufgebaute Rede. Die Ohrfeigen werden mit der Präzision eines Apothekers und zu gleichen Teilen nach links und nach rechts ausgeteilt, damit keiner sich benachteiligt fühlt. Da springt Radek wieder auf. Er knirscht mit den Zähnen, beißt um sich, wie ein Wolfsjunge, der an die Wand gedrückt wird. Man sieht, dass er in der Falle ist. Er kann es nicht, er wagt es nicht, die Konferenz zu sprengen (ihm ist wohl befohlen worden, nicht zu „reißen"), doch zurück kann er auch nicht. Er wirbt um Verständnis dafür, dass keine Partei auf ihre Zellen verzichten könne, doch eine *Spaltung* der Gewerkschaften wollen sie nicht, sie haben dies kategorisch verboten, und dies gelte auch für die Zukunft. Er appelliert an den *Verstand* der II. Internationale. Gut, selbst wer ihnen,

---

friedfertiger Art die Notwendigkeit der proletarischen Einigung (siehe: Protokoll der Internationalen Konferenz, S. 7–10).

74 Das offizielle Stenogramm zitiert die Auseinandersetzung folgendermaßen: „[Radek:] Zeigt doch, daß ihr bessere Menschen seid als wir, schlagt uns vor den Austausch der von euch heilig gesprochenen russischen Terroristen für die Kämpfer der bayerischen Räterepublik und für die Kämpfer der Märzaktion. (Zuruf Tschernoffs: Chantage!) – Wer von Chantage spricht, das ist ein Mensch ohne Stirn, ich werde Ihnen so antworten, daß Sie das Wort vergessen werden. (Unruhe.) Wir sagen: wollt ihr die Konferenz sprengen – bitte schön, ihr werdet die Verantwortung tragen!" (Protokoll der Internationalen Konferenz, S. 20).

75 Wörtlich sagte Serrati: „Eine Revolution bedient sich in jedem Fall der Mittel, über die sie verfügt. Sie kann nicht wie ein elegantes Fräulein sein, das auf Blumen einherschreitet, sie tut, was sie tun kann, was sie tun muß. Aber es ist auch ganz richtig, daß Lenin schon [...] in einer Rede erklärt hat, daß die Methoden der Tscheka geändert werden müssen. (Zwischenruf Abramowitsch: Der Name der Tscheka!) Vergiften Sie nicht die Situation!" (Protokoll der Internationalen Konferenz, S. 28)

den Kommunisten, keinen Glauben schenke, und ihrem *guten Willen* nicht vertrauen möge, solle der *zwingenden Kraft der Umstände* glauben, die die Kommunisten zu einer Übereinkunft triebe. Und er richtete seine ganze Kraft gegen Georgien, doch schon auf andere Art und Weise.

Es stellt sich heraus, dass es jetzt nicht mehr um den Aufstand georgischer Kommunisten gegen ihre menschewistische Regierung geht, wie früher behauptet wurde. Ja, sie, die *russischen Kommunisten,* haben all dies getan. Doch warum? Eben darum, weil England über Georgien an das Erdöl von Baku heran wollte, und Russland Georgien besetzen musste, um den *Zugang* zum Öl zu sichern. Als ich (Abramovič) ihm „Erdöl-Kommunismus!" zurief, antwortete er mir frech: „Ach so, wenn Sie also die Revolution machen werden, werden Sie die Kessel *ohne Erdöl* heizen. Nur womit bloß, mit dem Feuer Ihrer Überzeugung?"[76] Dieser Zynismus rief bei den Kommunisten Gelächter hervor, jedoch große Empörung beim Rest. [...]

Nun wird die „Neuner" zusammengerufen.[77] [...] Doch hier war ein weiterer Haken. Radek erklärte, dass die dritte Bedingung des Punktes über den Terror (die Verpflichtung, die Befreiung der Gefangenen in allen Ländern anzustreben) für sie unannehmbar sei. Dies würde zwar auch die Befreiung der verhafteten Kommunisten in Deutschland usw. bedeuten, aber wegen Russland könne er nicht, und bittet darum, Bucharin in die Kommission aufzunehmen. Man lässt Bucharin zu, doch als Ausgleich lädt man auch mich (Abramovič) ein. Klare Sache. Radek hat auch nichts dagegen, nachzugeben, doch entweder hat er Angst vor Bucharin oder er will sich auf ihn stützen. Und nun entspannt sich vor dem Angesicht der „Neuner" ein Disput zwischen Radek, Bucharin und mir (Abramovič) über die Frage *des russischen Terrors.* Angesichts des Interesses, das dieser Punkt für uns darstellt, gebe ich das Gespräch protokollarisch wieder.[78] Ich (Abramovič) weise (unter allgemeiner Zustimmung) darauf hin, dass wir keine Erklärung unterzeichnen oder von unserer Internationale unterzeichnen lassen können, in der nicht auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, den Terror gegen Sozialisten einzustellen, dass diese Einstellung ein absoluter Bestandteil der Einheitsfront sei, und dass es keine Einheitsfront in der Internatio-

76 Das offizielle Stenogramm der Konferenz gibt den Wortwechsel folgendermaßen wieder: „[Radek:] Ihr wißt sehr gut, daß die Naphtafrage nicht nur für das kleine Georgien, sondern auch für das große russische Volk und die russische Arbeiterklasse auch eine gewisse Bedeutung hat. Nun hat mir einer der Genossen aus der Wiener Internationale zugerufen: Schöner Naphtakommunismus. (Zuruf Abramowitsch: Sehr richtig. Naphtakommunismus!) Wenn der Bürger Abramowitsch den Sozialismus einführen wird, wird er ihn ohne Naphta einführen. (Große Heiterkeit.) Der Bürger Abramowitsch wird wahrscheinlich den Vulkan seiner Entrüstung und seinen Enthusiasmus als Heizmittel und als motorische Kraft benützen. (Große Heiterkeit.) Wir armen Teufel haben noch nicht einmal gelernt, Naphta gut auszunutzen. (Zuruf Abramowitsch: So wirtschaftet ihr!)" (Protokoll der internationalen Konferenz, S. 39).

77 Das Organisationskomitee der Konferenz wurde, auch offiziell, „Neunerkomitee" genannt, weil in ihr jeweils drei Vertreter der Exekutivkomitees jeder Internationale vertreten waren.

78 Im offiziellen Stenogramm der Konferenz werden die geschlossenen Sitzungen der Neunerkommission, wie auch dieses Gespräch, nicht wiedergegeben.

nale geben könne, wenn es sie nicht auch in Russland gebe. Darüber hinaus sei der Terror ein Unglück für Russland, und *die einzige Rettung* der russischen Revolution liege in seiner Abschaffung sowie in der Verständigung aller Sozialisten.

Radek antwortet, dass man von ihnen solche Dinge nicht jetzt verlangen könne. Die SR hätten eine Konferenz gehabt, auf der sie eine Resolution zur Kampforganisation, zu Aufständen etc. angenommen haben. Und da solle man sich nicht wehren dürfen? Ich (Abramovič) antworte, dass, erstens, die deutschen Kommunisten auch eine Kampforganisation haben, und wir nichtsdestotrotz bereit sind (wozu sich auch die Scheidemannleute verpflichten), sich für ihre Amnestierung einzusetzen. Zweitens werde die Taktik der SR durch das Verhalten der Bolschewiki ihnen gegenüber bestimmt, und sie wäre vielleicht friedlicher (*ohne* Aufstände), wenn sich die Bolschewiki vom systematischen Terror lösen würden; und drittens zetteln die Menschewiki keine Aufstände an, und trotzdem werden sie terrorisiert [...].

Bucharin setzt an, dass die komm[unistischen] Deutschen *gegen die Kapitulation* kämpfen, während wir gegen die Sozialisten kämpfen, deswegen sei dies Unterschied, doch Radek fällt ihm ins Wort und winkt verächtlich ab. Während er mich (Abramovič) „bedeutungsvoll" ansieht, sagt er, dass sie einen riesigen Unterschied zwischen den S[ozial-]D[emokraten] und den SRs machen würden, dass einige von ihnen die Taktik gegenüber den Menschewiki gerne ändern würden, doch dafür *bedürfe es Zeit*. [...]

Also habe ich (Abramovič) darüber eine kurze Aufklärung gegeben und die Auseinandersetzung fortgesetzt. Radek jedoch erklärte: „Macht was ihr wollt, doch Bucharin und ich können dies als Mitglieder des ZK der RKP(b) nicht unterschreiben. Wir erklären offen: ‚*Non possumus*'."[79] [...]

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass wenn der Versuch nicht mit einem Fiasko endete und auch einige Schritte hin zur Verwirklichung der „Einheitsfront" im internationalen Maßstab gemacht wurden, dies das Verdienst Wiens ist, vor allem *Adlers* und der *russischen Delegation;* unsere Position hat den Druck auf die II. Internationale ausgeübt, ohne den sie nicht einen Kompromisskurs eingeschlagen hätte. Wir sind also im Großen und Ganzen mit dem Lauf der Dinge zufrieden. Alles, was wir sagen mussten, haben wir gesagt, und das klar und deutlich. Ich nehme an, dass man dies in unserer Agitation vollends ausnutzen muss.

Gruß
(R. Abramovič)[80]

---

79 *Non possumus* (lat.): „Wir können nicht" (Antwort des Papstes Clemens VII. auf die Bitte Henry VIII. um Scheidung).

80 Am Schluss handschriftlich: „Für die Richtigkeit: Sverdlova". Der Brief Abramovičs wurde bei einer Hausdurchsuchung eines in Sowjetrussland gebliebenen Mitglieds des ZK der Menschewiki gefunden und Lenin in Kopie zugeleitet. Eine entsprechende Notiz der GPU vom 6.5.1922 liegt vor (RGASPI, Moskau, 2/1/26236, 1).

Dok. 65

Bericht Radeks und Nikolaj Bucharins an das russische Politbüro über die Ergebnisse der Berliner „Konferenz der Drei Internationalen"

Berlin, 8.4.1922

Typoskript in russischer Sprache, mit handschriftlichen Korrekturen Radeks. RGASPI, Moskau, 5/3/33, 125–127. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 382–387.

Streng geheim

An das Politbüro des ZK, den Gen. *Lenin*, Trotzki, Sinowjew, Stalin, Kamenev.

Liebe Genossen,
Die Protokolle der Konferenz, die Protokolle der Delegiertensitzungen und einen umfangreichen vorläufigen Bericht werde ich an Sinowjew senden. Der vorliegende Brief hat die Aufgabe, Euch einige Zusatzinformationen zu liefern und unsere Taktik zu klären. [...]

1. Man muss versuchen, eine gewisse Spaltung in die II. Internationale hineinzutragen, indem man Vandervelde nach Russland lässt, falls er dies verlangen wird, was ich stark bezweifele. In Russland muss man ihn einerseits verurteilen, anderseits ihm jedoch einen kleinen Finger reichen.[81] Ramsay MacDonald kämpft gegen die tradeunionistische Labour-Party[82] und sucht nach Kontakten. Es wäre selbstverständlich idiotisch, auch nur einen Augenblick zu glauben, er könne ein Linker sein, doch er ist ein ehrlicher Pazifist und man könnte ihn gegen solche offensichtlichen Agenten der Regierung wie Tom Shaw einsetzen.[83] Die Front muss gegen die professionelle Bürokratie gerichtet sein, die in der Frage der Kapitaloffensive und der Abgaben geschlagen werden muss. Wir werden hier eine Auswahl von Materialien über den Lauf und den Angriff der Kapitalisten in allen Ländern herausbringen.

2. Bezüglich der 2½. Internationale muss man in der Propaganda unversöhnlich sein, doch zugleich bedenken, dass die sich zuspitzende Lage Hilferding zum Rücktritt gezwungen hat,[84] und für Adler die Idee der proletarischen Einheit so zentral ist,

81 Als einer der Vorsitzenden der II. Internationale (neben Arthur Henderson und Louis de Brouckère) wurde Emile Vandervelde zusammen mit Theodor Liebknecht und Kurt Rosenfeld am 25.5.1922 die Einreise nach Russland gestattet, wo er und seine Kollegen einerseits sicheres Geleit erhielten, andererseits jedoch inszenierten Schmähkundgebungen u.ä. ausgesetzt wurden (siehe: Larisa V. Borisova: Trudovye otnošenija v Sovetskoj Rossii. 1918–1924 gg., Moskva, Sobranie, 2006, S. 262–267).

82 Hier ist die Independent Labour Party gemeint.

83 Der Labour-Politiker Thomas „Tom" Shaw (1872–1938) war u.a. Sekretär der Internationalen Föderation der Textilarbeiter.

84 Im Sinne der Verteidigung der Republik gegen Rechts versuchte Hilferding, die USPD in Richtung der SPD zu öffnen, trat dann jedoch Anfang 1922 aufgrund von verschärfter Kritik aus der Redaktion

dass wir dadurch, dass wir unser entschiedenes Streben zur Einheitsfront exponiert vortragen, einen starken Einfluss auf ihn haben können.

3. Das Exekutivkomitee der Komintern muss unverzüglich einen Aufruf an alle Arbeiter unabhängig von der Parteizugehörigkeit über die Ergebnisse der Konferenz herausbringen, der als zentrale Losung den Kampf für die Einberufung eines internationalen Arbeiterkongresses haben soll.[85] Der Aufruf muss ohne eine einzige Schmähung verfasst werden.

4. Wenn unser Exekutivkomitee die Schaffung einer Organisationskommission zulässt und Vertreter entsendet, muss man auf der ersten Sitzung an einer Resolution festhalten, die die Einberufung inoffizieller Beratungen der Amsterdamer und der Unsrigen sanktioniert. Diese Beratungen soll dann die Profintern vorbereiten und dabei Materialien sammeln über: a) die Existenz von Fraktionen in der S[P]D und US[P]D, und die Independent Labour Party in der Gewerkschaftsbewegung, und b) die Verfehlungen der Bürokratie in der Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren.

5. Man muss eine gigantische Kampagne über die Rolle der SR während der Revolution entfalten, dasselbe auch im Bezug auf die Menschewiki.[86] Da Sosnovskij abgereist ist, setzt Vardin oder Bystrjanskij an die Arbeit; es werden zwei Broschüren à 32 Seiten benötigt, die Fakten liefern und kein soziologisches Wasser. Diese Broschüren müssen bis 1922 gehen.[87] Alles an Materialien, das hier erhältlich ist, werde ich als Sondernummer der *Russischen Korrespondenz*[88] herausbringen, und daraus werden

---

des Parteiorgans *Freiheit* zurück (William Smaldone: Rudolf Hilferding. The Tragedy of a German Social Democrat, Dekalb, Northern Illinois University Press, 1998, S. 98).

85 Die von der Komintern verfolgte Kampagne, zur Konferenz von Genua eine „Weltarbeiterkonferenz" einzuberufen, scheiterte aufgrund der Kurzfristigkeit ihrer Einberufung und des Widerstands seitens der Sozialdemokratie. Prinzipiell einigte man sich jedoch auf die Einberufung einer allgemeinen Konferenz, was jedoch folgenlos blieb (siehe: Protokoll der Internationalen Konferenz, S. 47; Zarusky: Die deutschen Sozialdemokraten, S. 153f.)

86 Mit „SR" ist die Partei der Sozialrevolutionäre gemeint

87 Ein Ergebnis der lancierten Kampagne war u.a. die Broschüre: I. Wardin [d.i. Illarion Mgeladze]: Die Partei der Menschewiki in der Russischen Revolution, Hamburg, Verlag der Kommunistischen Internationale, 1922.

88 *Die Russische Korrespondenz*, hrsg. von der Kommunistischen Internationale, erschien als frühe repräsentative Zeitschrift, illustriert, mit farbigen Plakatreproduktionen und Falttafeln, bei unterschiedlichen Verlagen in Deutschland in den Jahren 1920–1922 (siehe: *Die Russische Korrespondenz*, Milano, Reprint Feltrinelli, 1967). Sie wurde überwiegend als eine sowjetische Zeitschrift angesehen. Eine Reihe von Artikeln erschien in der Nr. 6, Juni 1922 und beinhaltete "die wichtigsten Aufsätze" zum Prozeß gegen die Sozialrevoutionäre in Moskau, darunter „Der histoirsche Sinn des Prozesses gegen die Sozialrevolutionäre" (Radek, S. 405–408), „Verrat und revolutionäre Pflicht" (Trotzki, S. 408–410), „Die erschrockenen Terroristen" (Radek, S. 412–413), „Neue Enthüllungen über die Partei der Sozialrevolutionäre (Das Pariser Geheimarchiv)" (Radek, S. 418–422), sowie die Erklärung des Exekutivkomitees der Komintern „An die Proletarier aller Länder! Ein gerechtes Urteil des Revolutionären Tribunals über die Führer der S.R." (S. 436–438). Vgl.: Karl Radek in der „Russischen Korrespondenz". Politische Zeitschrift aus Sowjetrussland (1921–1922), Köln, Bibliothek des Anderen Buchladen Karlsruhe, 2000.

wir Material an die Presse weiterleiten. Ihr könnt Euch nicht vorstellen, welcher Schaden dadurch angerichtet wird, dass die ROSTA[89] nicht einmal die simpelsten Fakten wiedergeben kann; die Telegramme über den Parteitag[90] waren so [schlecht], dass man daraus absolut nicht schlau wird. Gerade erst habe ich einen Brief von meiner Frau erhalten, dem ich entnehme, dass die Arbeiteropposition[91] vollständig in der Partei belassen wurde. Der ROSTA teilt hingegen mit, dass die komplette Arbeiteropposition aus der Partei ausgeschlossen wurde, mit Ausnahme von Šljapnikov und Kollontaj. Drei verschiedene Mitgliederlisten des neuen ZK wurden ins Ausland gesandt, was die Möglichkeit zu Tausenden von Kommentaren ergab. Das Komintern-Sekretariat sendet überhaupt keine Materialien. Wie man in einer solchen Lage den Kampf führen soll, weiß ich nicht.

Für heute reicht es.

Mit kommunistischem Gruß
K. Radek
Bucharin[92]

89 Zur Russischen Telegrafen-Agentur ROSTA siehe Dok. 11.

90 Gemeint ist der XI. Parteitag der RKP(b) in Moskau vom 27.3. bis 2.4.1922.

91 Im Februar 1922 hatte die Arbeiteropposition (bekannte Vertreter waren neben Aleksandra Kollontaj, Gavriil Mjasnikov, Aleksandr Šljapnikov), die sich aus diversen linken bolschewistischen Strömungen zusammensetzte, und vornehmlich auf gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gestützt, Arbeiterräte als Machtorgane und Gewerkschaften als Verwaltungsorgane der Produktion verteidigten, den sog. „Brief der 22 Oppositionsmitglieder" an die Internationale Konferenz der Kommunistischen Internationale gerichtet. Sie kritisierten den Ausschluss derjenigen, die trotz Fraktionsverbot ihre Aktivitäten fortgesetzt hatten. Nachdem sich die Arbeiteropposition als Fraktion aufgelöst hatte, wurden die Mitglieder vorerst in der Partei belassen, doch Drangsalierungen und Verhaftungen setzten sich fort (Gottfried Mergner (Hrsg.): Die russische Arbeiteropposition. Die Gewerkschaften in der Revolution, Reinbek bei Hamburg, Rowohlt, 1972 (Philosophie der Neuzeit, Politik und Gesellschaft. 36; Texte des Sozialismus und Anarchismus); Paul Avrich: Bolshevik Opposition to Lenin. G. Miasnikov and the Workers' Group. In: *Russian Review*, XLIII (1984), Nr. 1, S. 1–29). Radeks Frau war die 1881 in Petrikov geborene Ärztin Rosa Mavrikievna Abramowicz, die ab 1905 in Berlin lebte und SPD-Mitglied war (Fayet: Karl Radek, S. 70f.; vgl. Karin Kuckuk: Im Schatten der Revolution. Lotte Kornfeld. Biografie einer Vergessenen (1896–1974), Mit einem Geleitwort von Hermann Weber, einem Beitrag von Peter Kuckuk und einem Briefroman Lotte Kornfelds, Bremen, Donat, 2009., S. 28ff.).

92 „Bucharin" im Original auf Deutsch.

Dok. 66

Telephonogramm Grigorij Sinowjews an Lenin zur Verstärkung des internationalen Drucks auf die Sozialdemokratie

[Petrograd], 11.4.1922

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 5/3/141, 2. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 388–389.

Heute gibt es bei mir in Piter [Petrograd] eine Sitzung des EKKI-Präsidiums. Ich habe die Absicht, bis zum Erhalt von Materialien die Frage des Verstoßes gegen die Direktiven durch Radek und Bucharin[93] vorerst nicht aufzuwerfen. Ich würde jedoch vorschlagen, folgendes zu beschließen:

1) Die Kampagne gegen die Menschewiki und die SRs in der gesamten internationalen kommunistischen Presse zu verstärken.

2) Damit zu beginnen, die Materialien der Berliner Konferenz systematisch zu verwenden, dabei jede Schwachstelle des Gegners attackierend.

3) Gemeinsame Aufrufe der Neunerkommission[94] vorerst nicht zu publizieren.

4) Während der Demonstrationen am 20/IV[95] bei der Agitation keine falsche Scham an den Tag legen, sondern den Gegner kritisieren.

5) Einzelne Sektionen [der Komintern] handeln den konkreten Umständen entsprechend.

6) Wie dem auch sei, neue Schritte der Delegation werden vertagt, bis die Frage der Ratifizierung der Berliner Resultate geklärt ist.

Wenn Sie Anmerkungen haben, bitte ich darum, mich noch heute per Telephonogramm zu benachrichtigen.

Sinowjew

93 Bei den Verhandlungen in Berlin machte die Komintern-Delegation gegenüber der 21/2. und der II. Internationale ein Zugeständnis, indem sie bekundete, die angeklagten Sozialrevolutionäre würden nicht hingerichtet. Auch in der Diskussion über Georgien beschränkte man sich auf einige wenige neutrale Aussagen. Vor allem Lenin war mit dieser Position höchst unzufrieden, seine Kritik formulierte er in seinem Artikel „Wir haben zu teuer bezahlt" (*Pravda*, 11.4.1922; siehe auch: Lenin: Werke, XXXIII, S. 316–320).

94 Neunerkommission, auch „Neunerkomitee", das Organisationskomitee der Konferenz, der u.a. O. Wels, A. Crispien und Clara Zetkin angehörten. Nach Ablehnung der Perspektive eines Arbeiterweltkongresses verließ die kommunistische Seite die Neunerkommission.

95 Die KPD hatte für den 20.4.1922 zu Demonstrationen gegen Arbeitslosigkeit, für den Achtstundentag und die Offensive des Kapitals aufgerufen.



Am 10.4.1922 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands, den Artikel Lenins „Wir haben zu teuer bezahlt", der die Zugeständnisse Bucharins und Radeks auf der Berliner Konferenz kritisierte, in der *Pravda* und der *Izvestija* abzudrucken. Am 12.4.1922 wurde jedoch trotz der Verurteilung Bucharins und Radeks auf Anraten von Lenin beschlossen, sie nicht aus Deutschland abzuberufen.[96]

In einem Telegramm an Bucharin und Radek über die Verhandlungen in der Neunerkommission forderte das Politbüro des ZK der KP Russlands am 17.4.1922, die Verhandlungen der Konferenz von Genua zum Thema zu machen. Wegen der Abrüstungsfrage drohe die Konferenz zu platzen. Dagegen solle deswegen die Arbeiterschaft mobilisiert werden. Seitens der französischen Kommunisten müsse eine große Kampagne gegen den französischen Vertreter Louis Barthou und Ministerpräsident Raymond Poincaré durchgeführt werden. Dem Sozialdemokraten Vandervelde solle „nicht ein Finger gereicht werden."[97]

Am 20.4.1922 wurde von Politbüro des ZK der KP Russlands das Budget der Komintern auf 3.150.600 Goldrubel festgelegt.[98]

Dok. 67

Brief Radeks an Grigorij Sinowjew über die Berliner „Konferenz der Drei Internationalen"

Berlin, 28.4.1922

Typoskript in deutscher Sprache, mit handschriftlichen Korrekturen. RGASPI, Moskau, 2/2/1209, 1–7. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 390–398.

Berlin, 28. 4. 1922[99]

An den Genossen *Sinowjew.*
Kopien an: Lenin, Trotzki, Kameniew, Stalin.

Lieber Grigori.
Ich schreibe heute deutsch, weil ich jetzt nicht ausgehen kann. Stalin möge entschuldigen und sich an dem Briefe in seinen deutschen Studien üben. Ich schreibe so kurz, weil ich über alles Wichtigere telegraphiere, das gedruckte Material von Varga gesandt wird, sodass mir dann nur übrig bleibt, gewisse intimere Dinge oder taktische Winke zu berichten. Dabei kommt noch in Betracht, dass die Briefe so langsam gehen, dass gewöhnlich die Situation hier ganz anders ist, als in dem Augenblick, wo geschrieben

96 RGASPI, Moskau, 17/3/288, 3–5. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 129–130.
97 RGASPI, Moskau, 495/18/122, 22. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 390–391.
98 RGASPI, Moskau, 17/3/289, 2. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 131–132.
99 Datumsangabe handschriftlich.

wurde. Demnächst beginnt der Flugzeugverkehr, und da werdet Ihr jeden Brief in 48 Stunden in den Händen haben.[100]

Ihr Brief und Ihr Urteil über unser Auftreten auf der Konferenz hat mich sehr gefreut. Als ich Lenins Artikel las,[101] sagte ich mir im vorhinein, entweder Taktik oder schlecht informiert. Wenn Sie sagen, dass – obwohl der Brief überholt ist – er auch gute Seiten hat, so haben Sie Recht und Unrecht. Recht indem der Brief bei der 2 1/2. [Internationale] die Empfindung weckt, dass Moskau unter Umständen auf das Zusammengehen pfeifen könnte, stärkt er taktisch unsere Position als Unterhändler. Aber gleichzeitig erweckt er den Eindruck irgendwelcher Unstimmigkeiten oder Unklarheiten in unseren eigenen Reihen, bei unseren eigenen Anhängern und macht sie unsicher. Angesichts der Widerstände, die die Taktik der Einheitsfront noch in einer Reihe der Parteien auslöst, kann das gefährlich werden. Nun, man braucht darüber nicht mehr bös zu werden. In der Frage des Artikels von Lenin gab es in Wirklichkeit zwischen uns keine grösseren Differenzen. Diese Differenzen können noch entstehen, denn es wäre lächerlich anzunehmen, dass ein so ausserordentlich schwieriges, nicht nur taktisches, sondern auch strategisches Manöver durchgeführt werden könnte, ohne dass Meinungsverschiedenheiten entstehen. Man muss auf sie gefasst sein und sie nur ruhig durchdenken und bereinigen. Ich habe nach der Konferenz bei der Lekture der Protokolle, bei der Beobachtung des Echos, das die Konferenz ausgelöst hat, natürlich versucht festzustellen, welche Fehler in der jetzt abgeschlossenen Operation gemacht worden sind. Ich glaube, dass ein Fehler gemacht worden ist, und dass er darin besteht, dass *wir* ein Makel auf uns nahmen, das gar nicht notwendig war. Wir haben bei der Frage der Befreiung der politischen Gefangenen eine abstrakte Taktik getrieben, indem wir erklärt haben: nein. Wir müssten ganz anders operieren. Es war notwendig, vorerst die Frage zu stellen, ob sie der Meinung sind, dass wir Leute, die mit den Waffen in der Hand für uns[102] kämpfen, freizulassen haben, und ob die deutsche Sozialdemokratie diese Verpflichtung übernimmt. Bei dieser ersten Frage würde die deutsche Sozialdemokratie sogar die Verpflichtung ablehnen, die Leute freizulassen, die vor drei Jahren mit den Waffen in der Hand gekämpft haben. Sie wären dadurch ins Unrechte gesetzt, nicht wir. Dann käme die Frage von der konkreten Stellungnahme der Menschewiki zu den S.R.[103] und zu der Sowjetregierung. Ohne uns irgendwie zu binden, hätten wir die Möglichkeit gehabt, lange mit den Leuten zu verhandeln, die Dinge für die nächsten Verhandlungen zu verschieben, und es wäre vielleicht möglich gewesen, auf diese Weise ihnen die Ablehnung der Konferenz unmöglich zu machen. Ich konnte in dieser Weise nicht operieren, weil mir die Instruktionen geboten, ein starres Nein entgegenzusetzen. Diese Instruktionen haben natürlich ihr Gutes: erstens bei einem [kla]ren Nein

100 Die am 24.11.1921 gegründete Deutsch-Russische Luftverkehrs A.G. Deruluft nahm am 1.5.1922 den Verkehr nach Moskau über Königsberg auf, zunächst zweimal wöchentlich.

101 Siehe Dok. 37.

102 So im Original. Gemeint ist wohl „gegen uns".

103 S.R.: Partei der Sozialrevolutionäre.

kann man nicht nachgiebig werden, was Ihr – wie es scheint – fürchtet; zweitens tritt viel schärfer unsere Lage [in] Russland ins Auge, aber sie tritt sehr abstrakt auf, und ich unterstreiche noch einmal, überschätzen Sie nicht die Einsicht [der] westeuropäischen Arbeiter in unsere Verhältnisse. Wenn wir [sa]gen, die S.R. sind Konterrevolutionäre, so ist es sehr leicht, dies den Arbeitern zu beweisen; wenn wir dasselbe von den Menschewiki sagen, so ist es viel schwieriger, [dies] den Arbeitern hier klar zu machen. Die Haltung der Menschewiki im Jahre 1917, 1918 ist kein Argument, denn die Leute antworten uns, ihr geht doch zur Einheitsfront mit der deutschen Sozialdemokratie. Als ich über die Rolle der Menschewiki Koltschak gegenüber sprach,[104] antwortete mir Adler: Maiski ist doch jetzt bei Euch.[105] Nun, man muss ihnen beweisen, dass die Menschewiki jetzt – wo sie als Verteidiger des Achtstundentages, als Kämpfer für höhere Löhne auftreten, ebenso objektiv der Bourgeoisie dienen, als während der Koalition mit Kerenski, dass bei ihnen nur äusserlich ein Funktionswechsel eingetreten ist. Aber das alles erfordert eine ununterbrochene Propaganda, eine Erklärung der Zusammenhänge, eine sorgfältige Registrierung der Tatsachen.

Solche grellen Fälle, wie Kronstadt,[106] wo sich Miljukow die Losungen Dans zu eigen machte, sind sehr selten und hier wird noch eine schwere Arbeit zu leisten sein.[107] Sie wissen, dass ich der Meinung bin, man müsste diese Arbeit erleichtern

---

104 Admiral Kolčak 1919 war Oberbefehlshaber der Weißen gegenrevolutionären Truppen. „Die Partei der Menschewki schloß nicht einmal diejenigen ihrer Mitglieder aus, die mit den Generälen sich verschworen hatten und für sie Spionagedienste leisteten. [...] Während der Koltschak-Offensive gaben manche dieser Menschewiki, in voller Übereinstimmung mit den bürgerlichen Verschwörern, die Losung aus, den Bürgerkrieg zu beenden (Menschewik Pleßkow)." (N. Bucharin, E. Preobraschenskij: Das ABC des Kommunismus. Populäre Erläuterung des Programms der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki), Hamburg, Verlag der Kommunistischen Internationale, Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, 1921 (Bibliothek der Kommunistischen Internationale. 13)).

105 Ivan Majskij (1884–1975) war noch Ende 1917 Mitglied des ZK der Menschewiki. Nach seinem Bruch mit den Menschewiki 1921 wurde er Mitglied der RKP(b) und später hoher sowjetischer Diplomat (siehe seine Tagebücher: Aleksandr Čubar'jan (Hrsg.): Ivan Michailovič Majskij: Dnevnik diplomata, Bd. 1, Moskva, Nauka, 2006 (Naučnoe nacledstvo. 33)).

106 Der spätere Marschall der Sowjetunion Michail N. Tuchačevskij wird nach einem Ultimatum Trotzkis vom Moskauer Rat der Volkskommissare mit dem militärischen Sturm der Festung Kronstadt beauftragt, wo sich Matrosen und Soldaten für freie Räte und gegen die Vorherrschaft der Bolschewiki erhoben hatten. Ein erster Versuch misslang am 8.3.1921, nach vorherigem Artilleriebeschuss erfolgte er dann unter Einsatz von 40.000–50.000 Mann gegen ca. 10.000 Kronstädter Matrosen am 17./18.3.1921, mit mehreren Tausend Toten. Kronstadt wurde zum „Symbol der Deformation des Sowjetsystems" (Manfred Hildermeyer).

107 Fedor Dan (1871–1947), führender russischer Menschewik, der 1896 zusammen mit Lenin und Martov den „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse" gegründet hatte. Der Historiker Pavel Miljukov (1859–1943) war Vorsitzender der rechtsstehenden konstitutionellen Demokraten und Unterstützer Kornilovs. Trotzki rechtfertigte auch später noch die Niederschlagung des Aufstands: „Genau das war der Sinn der Kronstädter Losung: ‚Sowjets ohne Kommunisten', die sofort nicht nur von den Sozialrevolutionären, sondern auch von den bürgerlichen Liberalen aufgegriffen wurde. So hat auch ein relativ weitsichtiger Repräsentant des Kapitals, Professor Miljukow, verstanden, dass die Befreiung der Sowjets von der Führung durch die Bolschewiki in kurzer Zeit die Zerstörung der Sowjets selbst

durch ein taktisches Manöver in Russland, durch gewisse vorübergehende Erleichterungen an die Menschewiki, die ihnen Gelegenheit geben würden, sich sehr zu kompromittieren. Nun, ich weiss, dass bis zur neuen Ernte ein solches taktisches Manöver ausgeschlossen ist, selbst wenn ich Euch überzeugen würde von seiner Richtigkeit, was mir bisher nicht gelang, und was ich jetzt bitte, ist keine grossen Redensarten, die die Sachlage erschweren, keine unnotwendigen Dinge. Muss man Jeschow, der schwer krank ist, in irgend ein Ufa senden, ist es notwendig, eben in diesem Moment allgemeine Verhaftungen durchzuführen, genügt nicht scharfe Bewachung?[108] Ich sage, ich bin mir vollkommen bewusst, dass die Menschewiki für uns jetzt die Rolle der Arbeiteropposition zu spielen versuchen werden, dass wir keine wirklichen Zugeständnisse machen und in dem gegebenen Moment sogar gar keine scheinbaren Zugeständnisse. Wenn aber unsere ganze internationale Auffassung so ist, dass wir die Einheitsfront für die gesamte Internationale für sehr wichtig halten, so kann man nicht allen Elastizität predigen und selbst nur das starre System kennen. Wie gesagt, das sind alles Anregungen an Euch, denn ich halte es immer für die Aufgabe eines Vertreters von uns im Auslande, nicht das Euch zu melden, was Euch angenehm ist, sondern Euch die Schwierigkeiten zu zeigen, die man hier besser sieht.

Nun zum Prozess der S. R.[109] Ich halte den Gedanken, Bucharin als Ankläger auftreten zu lassen, für sehr unglücklich. Er hält sich nicht genug in den Händen, er wird stumpf, weil er zu scharf ist. Wenn es sich um die Einwirkung aufs Ausland handelt, und Ihr glaubt, dass Lunatscharski vielleicht Vandervelde nicht gewachsen sein würde, so glaube ich, dass Bucharin destoweniger es sein wird. Ihr werdet vielleicht lachen, aber ich glaube, dass wenn Rjasanow als Ankläger auftreten würde, es nach aussen hin sehr gut wirken würde. Nun zur Gerichtsführung und den Verhandlungen selbst. Die Gegner werden zu zeigen suchen, dass die Prozessführung unter allem Hund ist. Man muss da möglichst zuvorkommen; auch muss sich die Tsche-Ka

---

bedeutet haben würde. Die Erfahrung der russischen Sowjets unter menschewistischer und sozialrevolutionärer Herrschaft und, noch deutlicher, die Erfahrung der deutschen und österreichischen Räte unter den Sozialdemokraten bewies das. Sozialrevolutionäre – anarchistische Sowjets könnten nur als eine Brücke von der proletarischen Diktatur zur kapitalistischen Restauration dienen. Sie konnten keine andere Rolle spielen, ohne Rücksicht auf die ‚Ideen' der daran Beteiligten. Deshalb hatte der Kronstädter Aufstand einen konterrevolutionären Charakter." (Leo Trotzki: Das Zetergeschrei um Kronstadt (15.1.1938), http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1938/01/kronstadt.htm).

108 Hierbei handelt es sich nicht um den späteren Leiter des NKVD, Nikolaj Ežov, sondern um Sergej Ežov (1879–1939), Bruder Julij Martovs und Mitglied des ZK der Menschewiki.

109 In einem Chiffretelegramm an Sinowjew vom 1.5.1922 teilte Radek mit, dass er ein Telegramm Adlers erhalten habe mit einer Liste der Rechtsanwälte, die von der II. und 2½. Internationale für den SR-Prozess zur Zulassung beantragt wurden. Darunter waren Vertreter westlicher sozialistischer Parteien wie Emile Vandervelde, Jan Oudegeest, Joseph Paul-Boncour, Giuseppe Modigliani, Kurt Rosenfeld, Theodor Liebknecht, sowie eine Reihe von SR-Emigranten: Suchomlin, Kobjakov, Gurevič. Radek antwortete Adler, er werde die Liste nach Moskau schicken, wo man darüber entscheiden werde, ob man „statt eines Vandervelde gleich ein ganzes Dutzend zum Gericht zulassen" würde (RGASPI, Moskau, 495/18/122, 41).

den Verteidigern gegenüber sehr zurückhaltend benehmen. Was das Urteil anbetrifft so glaube ich, es wäre der grösste Fehler, den wir machen könnten, ein Todesurteil mit einer Amnestie. Eine solche Sache würde nur die ganze Frage der Einheitsfront wieder um die S. R.-Geschichte konzentrieren, dem Boden, der am wenigsten der der täglichen Bedürfnisse des westeuropäischen Proletariats ist. Ich denke mir die Sache so: lange Gefängnisstrafen oder dauernde Internierung. In der Urteilsbegründung soll gesagt werden, dass jedes bürgerliche Gericht für dies Verbrechen die Todesstrafe verhängen würde, und ausdrücklich sagen, dass wir von dieser Todesstrafe nur darum abgehen, weil es sich um Verbrechen handelt, die um paar Jahre zurückliegen, dass wir aber in Zukunft, solange die S. R. auf bewaffneten Kampf gegen uns nicht verzichten, alle Mittel der Gewalt gegen sie anwenden würden. Nach einem solchen Urteil rate [ich] an dem selben Tage gleichzeitig mit der Nachricht von dem Urteil der deutschen Sozialdemokratie vorzuschlagen, den Austausch der Verurteilten für die Kämpfer der bayrischen Räterepublik und der Märzaktion.[110] Das wird wie eine Bombe einschlagen, und hier das Wasser jeder feindlichen Agitation gegen uns abgraben. Wenn es mir irgendwie möglich sein wird, werde ich zum Prozess kommen, denn es graut mich schon, wenn ich denke, wie die ROSTA wieder versagen wird. Es ist ein Verbrechen, was diese Kretins[111] tun. Man muss schliesslich einen Menschen an die Spitze der Auslandsabteilung[112] stellen, der die ausländische Presse verfolgt, politischen Sinn hat und weiss, was wichtig ist.

Das alles, was Rakosy [Rákosi] und Kuusinen schreiben über die propagandistischen Broschüren, die herausgegeben werden sollen, hat mich sehr gefreut. Aber, ich höre die Kunde wohl, nur mir fehlt der Glaube. Hier fehlen die Komplete der *Prawda*, der *Iswestija*; ich habe nur, das, was *ich* mitgebracht habe. Ilitsch [Lenin] nennt z. B. eine wichtige Broschüre von St. Iwanowitsch.[113] *Ich* kann sie hier nirgends auftreiben. Die Broschüre Sawinkows habe ich nur deshalb, weil ich *das* Leninsche Exemplar bei Unschlicht geklaut habe. Aber wir werden alles tun, was möglich ist, nur zappelt nicht; man kann nicht auf einmal alles tun. In den nächsten Tagen erscheint die Nummer der *Russischen Korrespondenz* mit der Materialsammlung, die wir zum Ausgangspunkt der

110 Während die Betreiber des Kapp-Putschs kaum strafrechtlich belangt wurden, erfolgte nach der Märzaktion eine Verurteilungswelle im ganzen Reich; nach KPD-Quellen wurden 6000 Arbeiter verhaftet, von diesen 4000 zu insgesamt 3000 Jahren Zuchthaus und Gefängnis verurteilt und vier Todesurteile ausgesprochen. Eine von USPD und KPD geforderte Amnestie scheiterte 1921, im Juli 1922 wurden die meisten aufgrund einer Teilamnestie entlassen (Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde, S. 316f.).

111 Kretin: *Chrétin* (frz.): Quatschkopf.

112 Die Auslandsabteilung der ROSTA. Leiter des Berliner Büros der ROSTA war Ludwig Magyar (1925).

113 Es geht um die von Lenin in seinen Vorschlägen an das ZK der RKP(b), die zusammen mit dem Artikel „Wir haben einen zu hohen Preis bezahlt“ versendet wurden, sowie in den „Bemerkungen und Vorschlägen zum Entwurf des EKKI-Beschlusses zu der Beendung der Konferenz der Drei Internationalen“ erwähnten Broschüren: St. Ivanovič: Sumerki russkoj social-demokratii, Pariž, 1921 und Boris V. Savinkov: Bor'ba s bol'ševikami, Varšava, 1920.

Propaganda machen. Sie schreiben, die kleinen Broschüren sollten bekannte ausländische Genossen schreiben aufgrund des Materials, das man ihnen gibt. Nennen Sie mir solche Genossen, wenn Sie sie kennen! Ich muss hier jetzt jeden Tag den Leitartikel schreiben, weil das Blatt aussah, als ob es von Ziegen redigiert wäre. Das System der Offenen Briefe wird gemacht. Ich persönlich kann so was nicht tun, solange die Neunerkommission mich nicht legalisiert hat. Klara [Zetkin], die es tun könnte, ist nicht da. Frossard kommt in den nächsten Tagen, und ihm ist es natürlich am schwierigsten, als Einheitsfront-Apostel aufzutreten bei der Position seiner Partei. Die Geschichte mit dem Buche Trotzkis[114] ist folgend: wie Sie wissen, gab mir Rakosy [Rákosi] auf den Weg ein Paket, das die Übersetzung des Buches enthalten sollte. Es enthielt aber die Gebeine des Heiligen Antonius und nicht die Übersetzung.[115] Ich telegraphierte Ihnen darüber von Riga. Am 23. war ich hier. Ich konnte nicht sofort das Buch übersetzen lassen, weil ich doch keine Antwort auf das Telegramm an Sie und Trotzki bekam. Ich musste annehmen, es sei ein Irrtum gewesen, und die Übersetzung werde nachfolgen. Ich veröffentlichte in der Presse die Auszüge aus dem Buche und kriegte erst am 5. oder 6. die Nachricht von Rakosy [Rákosi], dass der Übersetzer ein Schwindler sei und die Übersetzung nicht existiere. In den drei Wochen konnten die zehn Bogen nicht übersetzt, gesetzt und gedruckt werden. Thomas [d.i. Jakov Rejch] behauptet, er arbeite mit dem grössten Druck und werde in den nächsten Tagen das Buch herausbringen.

Am 5. findet in Düsseldorf die Sitzung der Neunerkommission statt. Bevor sie stattfindet, muss man im Verhältnis zur 2. [Internationale] noch vorsichtig sein. Auf der Berliner Konferenz ist es der 2. nicht gelungen, abzuspringen. Die Zeit zwischen der Konferenz und der Konstituierung der Neunerkommission bildet die grösste Gefahrszone, denn sie stehen vor irgend einem Forum, sie sind nicht gebunden. Darum habe ich auf den provokatorischen Brief von Wels garnicht reagiert.[116] Haben wir sie in der Neunerkommission, kann das Dreschen beginnen. In Düsseldorf werden wir natürlich nach den Instruktionen handeln, als die zwei wichtigsten Punkte, den Weltkongress und die Konferenz der beiden Gewerkschaftsinternationalen stellen.[117] Sobald

---

114 Gemeint ist die Broschüre: Lev Trockij: Meždu imperializmom i revoljuciej, Moskva, Gosizdat, 1922, die zur Übersetzung und Publizierung vorgeschlagen wurde. Im Brief geht es um die französische Übersetzung, die noch im gleichen Jahr erschien. Siehe: Léon Trotsky: Entre l'impérialisme et la révolution. Les questions fondamentales de la révolution à la lumière de l'éxpérience géorgienne, Paris, Librairie de l'Humanité, 1922 (Bibliothèque communiste).

115 Die Gebeine des in Portugal geborenen heiligen Antonius, des „Vaters des Mönchtums", wurden angeblich im Jahr 1070 nach Frankreich überführt, tatsächlich wurde das in seinem Sterbeort Padua erhaltene Skelett als vollständig identifiziert.

116 Am 20. und 21.4. sandte Radek Telegramme an Friedrich Adler und Otto Wels mit dem Vorschlag, innerhalb von 48 Stunden die Neunerkommission zusammenzurufen, um eine Reihe von Fragen zu besprechen, die auf der EKKI-Sitzung vom 18.4. erörtert wurden, darunter ein gemeinsamer Auftritt der drei Internationalen gegen einen möglichen Abbruch der Konferenz von Genua. Wels antwortete Radek am 22.4. in dem Sinne, dass er keine Befugnisse dazu habe (RGASPI 495/18/86, 18–19).

117 Der Internationale Gewerkschaftsbund („Amsterdamer Internationale") und die Rote Gewerkschaftsinternationale.

die Konferenz zu Ende ist, suche ich, nach Moskau zu kommen. Wir dürfen für keinen Augenblick den Kontakt verlieren und es wird auch sehr wichtig sein, während des Prozesses dort zu sein. Es wäre am besten, wenn er bis Ende Mai verschoben würde.[118] Heute abend spreche ich in einer geschlossenen Versammlung von [...][119] Funktionären. Falls ich am 14. Mai da bin, spreche ich im Zentralausschuss [der KPD]. Bei all dem muss ich immer bedenken, dass ich einen diplomatischen Pass habe. Ich werde diese Haut abstreifen, sobald Wels genötigt ist, mich als Mitglied der Neunerkommission zu legalisieren.

Von den Genuesern habe ich jetzt erst das Memorandum[120] erhalten und lass es übersetzen und drucken. Die Leute haben es nicht für notwendig gehalten, in der Arbeiterpresse es zu veröffentlichen. Meine Meinung über die Lage ist die gleiche wie Lenins. Für nichts kriegt man nichts. Es hat sehr schwer berührt, dass sie in der Deklaration mit keinem Worte über den Hunger [in der Sowjetunion] gesprochen haben. Würden sie am Anfang in einem höflichen Briefe Facta benachrichtigt haben, dass sie angesichts der Not im Lande bitten, sie zu verschonen mit den Paraden, so wären sie um den Besuch bei dem Landesvater[121] herumgekommen. Nun ist das alles ein solcher Dreck, dass sich nur Dummköpfe deswegen ereifern können. Wenn Tschitscherin mit dem König spricht, so ist der brave Umberto[122] gekitzelt, nicht am Ehrgeiz, sondern am Halse. Er muss doch denken an den russischen Vetter, der in Gottes Umarmungen ruht.[123] Nikolaus [d.i. Nikolaj Bucharin] fährt heute, sehr streitbar gesinnt, will allen Gegnern seines Buches den Kopf einschlagen;[124] hoffentlich haben Sie es nicht gelesen, und so wird Ihnen nichts passieren.

Ich grüsse Sie herzlich und alle Ihrigen
[Karl Radek]

---

118 Noch am 21.4.1922 telegraphierte Sinowjew an Radek nach Berlin: „Das Datum des [SR-]Prozesses steht noch nicht fest. Ihr könnt die unwahren Gerüchte dementieren. Das Datum wird selbstverständlich so angesetzt, dass die Vereinbarung erfüllt werden kann." (RGASPI 495/18/122, 33).

119 Fehlende Textstelle im Original.

120 Gemeint ist das „Memorandum der sowjetischen Delegation auf der Konferenz von Genua" vom 20.4.1922, in dem die Sowjetunion für sich die Ungültigkeit aller Verpflichtungen aus der vorangegangenen Epoche aufgrund der Schaffung einer völlig neuen Wirtschats-, Sozial- und politischer Ordnung erklärte (publ. in: Dokumenty vnešnej politiki SSSR, t. V, Moskva, 1961, S. 232–245).

121 Gemeint ist der italienische König Viktor Emanuel III.

122 Umberto II., Sohn von Viktor Emanuel II. und nach dem 2. Weltkrieg für 33 Tage letzter König von Italien.

123 Gemeint ist Nikolaus II., der letzte Zar Russlands aus der Dynastie Romanov, der am 2.3.1917 abgedankt hatte und in der Nacht vom 16. auf den 17.7.1918 in Ekaterinburg von den lokalen Bolschewiki ermordet wurde.

124 Anscheinend bezieht sich Radek hier auf das Buch: Nikolaj Bucharin: Teorija istoričeskogo materializma. Obščedostupnyj učebnik marksistskoj sociologii. Moskva, 1921, das 1922 in zweiter Auflage erschien.



Im Nachgang zum überraschenden Abschluss des Vertrags von Rapallo zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion am Rande der Konferenz von Genua am 16.4.1922 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands am 20.4.1922, das Telegramm des stellvertretenden Außenkommissars Litvinov über den erfolgreichen Abschluss des Abkommens in der Presse zu veröffentlichen – da Litvinov es unverschlüsselt gesandt hatte, ging das Politbüro davon aus, dass es ohnehin dem Ausland bekannt sei.[125]

Am 4.5.1922 fasste das Politbüro des ZK der KP Russlands einen Beschluss über die Konzessionsverhandlungen mit Krupp. An Stomonjakov sollte ein Telegramm geschickt werden, er solle die möglichen Maßnahmen zur Einwirkung auf Krupp mit Krestinskij und Lozovskij beratschlagen und nur im Einvernehmen mit Beiden handeln.[126]

Dok. 68

Bericht Karl Radeks über das Scheitern der Konferenz der drei Internationalen: Jetzt den Frontalangriff gegen die sozialdemokratischen Scheidemann-Leute!

Berlin, 24.5.1922

Typoskript in russischer Sprache mit handschriftlichen Korrekturen. RGASPI, Moskau, 495/18/122, 61–62. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 401–403.

S[treng] geheim

An Gen. Sinowjew.
Kopien an: Gen. Lenin, Trotzki, Stalin, Kamenev, Bucharin, Kuusinen.

Der Sitzung der Neun[127] ging eine Konferenz der englischen Arbeitspartei, der belgischen Partei und der französischen S[ozial]-D[emokraten] in Brüssel voraus,[128] die das Schicksal der Neuner[-Kommission] besiegelte. In dem Moment, als absolut klar war, dass die 2. Internationale keinen Weltkongress will, zeigte eine der Hauptparteien der 2½. Internationale sich damit einverstanden, gemeinsam mit der II. Internationale für einen gesonderten westeuropäischen Kongress in Den Haag zu wirken. Das gab der II. [Internationale] natürlich die Möglichkeit, das Platzenlassen [der Neuner-Kommission]

125 RGASPI, Moskau, 17/3/284, 5; APRF, 3/64/644, 61. Publ. in: Sevost'janov, Moskva-Berlin, I, S. 56.
126 RGASPI, Moskau, 17/3/291, 5.
127 In einem Brief vom 29.4. teilte Adler Radek mit, dass die Sitzung der Neunerkonferenz am 7.5. in Düsseldorf um 10 Uhr morgens stattfinden soll. Allerdings befand die Führung der II. Internationale dies für zu kurzfristig und schlug vor, sie auf den 21.–23.5. zu verschieben (RGASPI, Moskau, 495/18/121, 79). Die erste und einzige Sitzung der Neunerkommission fand am 23.5.1922 in Berlin statt. Die Delegation der Komintern erklärte dort ihren Austritt aus der Kommission.
128 Gemeint ist die Brüsseler Konferenz der Zwei Internationalen vom 17.–18.5.1922.

zu wagen. Sie trafen mit einer höchst frechen Resolution ein, die zusammengefasst besagt, dass solange wir den menschewistischen Aufstand in Georgien unterdrücken und sie kritisieren, sie nicht zu einem Weltkongress kommen würden. Ein Exemplar ihrer Resolution lege ich Sinowjew bei. Die Konferenz begann mit einem Kampf um zwei Fragen, erstens lehnten sie den Empfang der Arbeiterdelegation ab, und zweitens gab es einen Kampf rund um die Geheimpolizei-Methoden Severings in Bezug auf mich. Die Angelegenheit wurde bis zur Einsicht in die Dokumente verschoben. Danach verlas MacDonald die Resolution der 2. Internationale. Die 2½. [Internationale], die wir zu einer Stellungnahme aufforderten, beharrte darauf, dass wir erklären sollten, ob der Artikel Sinowjews nur seine persönliche Meinung widerspiegeln oder ob es sich um ein Ultimatum des Exekutivkomitees der III. [Internationale] handeln würde.[129] Daraufhin beantragten wir eine Pause und reichten unsere Deklaration ein, die ich beilege. Für mich war es offensichtlich, dass Sinowjews Forderung, seinen Artikel vor der Sitzung der Neunerkommission zu veröffentlichen, ein taktischer Fehler war. Die Entscheidung, ein Ultimatum zu stellen, war richtig, jedoch wurde dieser richtige und strategische Entschluss taktisch schlecht ausgeführt. Das Ultimatum bedeutet einen Abbruch [der Verhandlungen], bei Inkaufnahme eines Abbruchs von unserer Seite besteht jedoch die taktische Aufgabe darin, diesen Abbruch zu den besten Konditionen für uns und zu den ungünstigsten Konditionen für den Gegner vonstatten gehen zu lassen. Eine Diskussion hätte stattfinden müssen über das Wesen aller Forderungen und lügenhaften Erfindungen der Zweiten [Internationale], was auch die 2½. [Internationale] gezwungen hätte, sich zu demaskieren, doch seit dem Zeitpunkt der Verlautbarung des Artikels von Sinowjew war für diese Manöver kein Platz mehr. Das war mir klar. Clara [Zetkin] nicht weniger. Wir konnten jedoch die Ausführung des Beschlusses von Sinowjew nicht konterkarrieren, zumal wir nicht wussten, ob der Artikel nicht in der *Pravda* veröffentlicht würde. Letztendlich sind das alles taktische Kleinigkeiten. Wichtig ist, dass unmittelbar nach der Verlautbarung unserer Deklaration Adler erklärte, alles sei vorbei, ohne auch nur mit einem Wort auf die Zweite [Internationale] Druck auszuüben. Klar, er ist der einzig Gerechte; die Zweite und die Dritte seien zu gleichen Teilen schuldig. Dabei berief er sich auf den Artikel Lenins gegen Bucharin und mich, auf die Position der französischen Partei[130] als Beweis dafür, dass diese Meinungsverschiedenheiten der Grund für unser Ultimatum seien. Auf meine Frage, wie sie denn zur Erklärung der russischen Partei stünden,[131] antwortete Adler, seine Organisation sei angeblich für die

129 Gemeint ist der Artikel Sinowjews „Wann wird der Arbeiter-Weltkongress stattfinden?" in der *Pravda* vom 17.5.1922, nachgedruckt in der *Roten Fahne* vom 23.5.1922. Darin warnte Sinowjew davor, dass, falls die II. Internationale die Kommission weiterhin sabotieren sollte, die Komintern-Delegation die Konferenz verlassen werde.

130 Die Rede ist von den Meinungsverschiedenheiten zwischen dem EKKI und der KP Frankreichs über die Taktik der Einheitsfront. Aufgrund dessen erschien Frossard als Vertreter der KPF in der EKKI-Delegation nicht zur Sitzung der Neunerkommission.

131 Gemeint ist der Brief des ZK der RKP(b) an das EKKI (siehe: *Pravda*, 19.5.1922, nachgedruckt in der *Roten Fahne* am 23.5.), worin unter Berufung auf die Mitgliedschaft in der Komintern erklärt

Unterstützung Sowjetrusslands, doch vielleicht würde dies ja unsere Kombinationen in Den Haag stören.[132] Ich habe diese Schweinerei, die heute in der *Freiheit*[133] überaus grob ausgeführt wurde, angeprangert. Er fragte, wie wir denn in Zukunft zur Tätigkeit der Neuner-Kommission im Sinne der Beseitigung von Schwierigkeiten für den Kongress stünden. Ich erklärte, dass falls sie unser Ultimatum ablehnten, die Neuner-Kommission aufhören würde, zu existieren, dass wir allerdings zum Beispiel nichts gegen eine Beratung der Vertreter der zwei Gewerkschaftsinternationalen einzuwenden hätten, sogar unter Teilnahme der drei Exekutivkomitees. Sie nahmen dies zur Kenntnis. Sie legten ein dreistes Benehmen an den Tag, schließlich weigerten sie sich sogar, ein Protokoll aufzusetzen, obwohl dies vorher vereinbart wurde. Wir haben unser eigenes Protokoll. Das Protokoll der *Freiheit* stimmt damit ungefähr überein. So endete die ganze Geschichte. Jetzt muss eine Frontalattacke gegen die Scheidemann-Leute gefahren werden. Das ist der Kernpunkt. Unsere Partei [die KPD] wird von Tag zu Tag stärker, doch in Punkto Organisation ist sie in höchstem Maße hilflos. Ich werde gemeinsam mit Krasin und Litvinov zurückfahren, die Zeit vor der Abreise werde ich nutzen, um eine Broschüre über das Resultat von Genua sowie den Berliner Roman zu schreiben[134] und die weitere Kampagne hier vorzubereiten.[135] Ich bin sicher, dass die Deutschen mich nicht wieder ins Land lassen, denn die Sozialdemokraten wissen bestens, dass wir nun zum Angriff gegen sie übergehen werden. Wenn ihr meint, ich müsse hier bleiben, dann muss bis Samstag eine telegraphische Instruktion an Krestinskij gehen, er möge mich zum Mitarbeiter der Mission erklären, doch bin ich sehr dagegen. Bei der heute existierenden Verbindung könnte ich aus Moskau unseren Leuten helfen, ohne dass die deutsche Regierung die Mission angreifen könnte. Frossard fährt mit mir. Er kam nicht zur Sitzung der Neuner-Kommission. Ich habe heute nochmals jemanden zu ihm geschickt, um absolut sicher zu gehen. Clara [Zetkin] fährt am Sonntag. Das ist alles. Möge Allah Sie in Gesundheit wiegen und vor Dummheit bewahren.

Gruß.
K. Radek

---

wurde, dass man dazu bereit sei, im gemeinsamen Dokument der drei Internationalen auf die Losung der Verteidigung der Sowjetunion zu verzichten, um die Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen.

132 Der Vorschlag, einen gesonderten westeuropäischen Kongress der Internationalen in Den Haag abzuhalten.

133 *Freiheit:* Zentralorgan der USPD.

134 Siehe: Karl Radek: Nach Genua und Haag, Hamburg, Hoym, 1922.

135 „Berliner Roman“: Vermutlich die Arbeit an seinen Tagebuch-Erinnerungen, von denen erst 1926 ein Auszug über die Novemberrevolution in der Sowjetunion erschien (siehe: Karl Radek: Nojabr’. Iz vospominanij. In: *Krasnaja Nov’*, Nr. 10, Oktober 1926; eine deutsche Übersetzung siehe: Karl Radek: November. Eine kleine Seite aus meinen Erinnerungen. In: Otto-Ernst Schüddekopf: Karl Radek in Berlin. Ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen im Jahre 1919. In: *Archiv für Sozialgeschichte* II (1962), S. 87–166, hier: S. 119–166).



Am 8.6.1922 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands auf Vorschlag Trotzkis, den hohen Finanzbeamten Arkadij Rosengol'c für einige Tage nach Berlin zu den sowjetisch-deutschen Verhandlungen zu schicken.[136]

Am 15.6.1922 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands, diplomatische Anstrengungen dafür aufzuwenden, dass der zunächst nur zwischen Deutschland und der RSFSR abgeschlossene Rapallo-Vertrag auch auf die anderen Unionsrepubliken der Sowjetunion ausgedehnt werde. Zugleich jedoch wurde beschlossen, mit dem NKID und einem Vertreter der Ukraine die Möglichkeit zu diskutieren, auch im Falle einer Nichtausdehnung des Vertrags Deutschland zur Zahlung von 450.000.000 Reichsmark zu verpflichten. Der Vertrag wurde schließlich am 26.10.1922 auf die gesamte UdSSR ausgedehnt.[137]

Am 26.6.1922 billigte das Politbüro des ZK der KP Russlands die Unterzeichnung eines Vertrags zwischen der sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland und dem sowjetischen Vorzeigeschriftsteller Maksim Gor'kij. Geplant war eine Herausgabe seiner gesammelten Werke in russischer Sprache, für die die Handelsvertretung das weltweite Vertriebsrecht übernehmen sollte.[138]

Dok. 69

„Arbeiterregierung" statt Endkampf: Aus der Diskussion zur Übergangsperiode im Programm der Komintern

[Moskau], 28.6.1922

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 491/1/27, 47–64. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 539–549.

SITZUNG DER PROGRAMMKOMMISSION AM 28. JUNI 1922.

RADEK: Ein Programm erfordert eine gewisse Stabilisierung der Situation für eine längere Zeitperiode. Wenn es sich um ein exaktes Programm handeln soll, ein System konkreter obligatorischer Forderungen – ein solches Programm für die kommunistische Internationale können wir nicht schaffen. Erstens schon deswegen nicht, weil wir keine Ursache haben, anzunehmen, dass die nächsten 20 Jahre der Existenz des Kapitalismus sein werden [sic], an den wir Forderungen stellen; zweitens deshalb nicht, weil die Verhältnisse in den verschiedenen Ländern zu verschieden sind, als dass wir für Amerika und sagen wir Jugoslavien dieselben Forderungen aufstellen könnten.

Aber ungeachtet dessen sehen wir, dass in allen Ländern die Kommunistischen Parteien nicht imstande sind, ihre politische Arbeit zu leisten nur mit den Losungen des Endkampfes: Sowjetregierung, Diktatur des Proletariats usw. Sie sind genötigt,

136 RGASPI, Moskau, 17/3/296, 5; APRF, 3/64/644, 65. Publ. in: Sevost'janov, Moskva-Berlin, I, S. 64,
137 APRF, Moskau, 03/64/671, 4. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 39.
138 RGASPI, Moskau, 17/3/301, 1, 6–12.

an die Bourgeoisie nicht allein Agitationsforderungen zu stellen, sondern, als Aktionsforderungen für die Masse, die in Bewegung tritt, eine ganze Anzahl von Losungen aufzustellen, die nicht einmal zu konkretisierende Losungen der Rätediktatur, sondern die Hebel zum Kampf um die Rätediktatur in der Zukunft sind, Mittel der Zusammenschweissung der Massen.

Die einzelnen Parteien gehen in der Aufstellung dieser Forderungen sehr spontan vor. Sie haben hier, würde ich sagen, keine Methode des Vorgehens. Der dritte Kongress hat in dieser Hinsicht manches getan.[139] Trotzdem herrscht ein grosses Chaos. Ich werde ein paar konkrete Beispiele dafür geben.

Als die Frage der Arbeiterregierung in Deutschland, in Sachsen und Thüringen auftauchte,[140] war es ein gang und gebes Argument in der Parteipresse, die Kommunisten können sich nur an einer Sowjetregierung beteiligen. Dahinter lag ein mangelhaftes Nachdenken der Methoden, durch die wir die Massen mobilisieren können.

Oder: In England war während des Bergarbeiterstreiks die Frage der Nationalisierung der Bergwerke ein Kampfobjekt.[141] Wenn man die kommunistische Presse verfolgte so sah man eine gewisse Unsicherheit bei den Kommunisten darüber, ob sie die Forderung der Nationalisierung aufstellen sollten oder nicht.

Aus diesem Grunde sage ich: Die erste Aufgabe der Programmkommission wäre nicht, ein Programm für die Kommunistische Internationale zu schaffen, sondern Thesen auszuarbeiten über die Methode des Aufbaues unserer Uebergangsforderungen in jedem Lande, konkret, gemäss der Auffassung der internationalen Situation, wie sie schon in den Resolutionen des dritten Kongresses gegeben ist. Dann muss ganz konkret an die Lage in jedem Lande besonders herangetreten werden. Dabei wird sich herausstellen, dass für eine Gruppe der Länder die gleichen Fragen, in erster Linie die Frage der Arbeiterregierung, schon politisch reif und von uns in den Rahmen dieser taktischen allgemeinen Resolution gefasst werden können. [...]

---

139 Gemeint ist der III. Weltkongress der Komintern. Siehe hierzu Dok. 47b und folgende.

140 Im Rahmen der Einheitsfrontkonzeption der Komintern bildete seit 1921 das Konzept der Arbeiterregierung, die unter Umständen auch eine Koalition zwischen KPD und SPD sein konnte, einen ständigen Stein des Anstoßes zwischen den unterschiedlichen Fraktionen in der KPD. Vor allem die Linke widersetzte sich dieser als „opportunistisch“ verworfenen Losung. Mit dieser Taktik gab die Komintern ihre „prinzipielle Negation“ gegenüber der SPD teilweise auf. In Sachsen sollte die Bildung einer Arbeiterregierung das Signal für die Bewaffnung der Arbeiterschaft und die unmittelbare Vorbereitung des proletarischen Aufstandes sein. Bereits am 15.3.1923 wurde zwischen der KPD und einem Siebenerausschuss der SPD ein Einheitsfrontabkommen abgeschlossen, das u. a. die Bildung gemeinsamer Proletarischer Hundertschaften vorsah.

141 Die Anmerkung bezieht sich auf den drei Monate andauernden britischen Bergarbeiterstreik im Jahre 1921, als sich die Unternehmer weigerten, die bisher unter der Regierungskontrolle der Minen bezahlten Löhne beizubehalten. Ein Hauptgrund für die Niederlage war die Weigerung der Transport- und Eisenbahnergewerkschaften, den Streik zu unterstützen („*Black Friday*“).

BUCHARIN:
Genossen, ich meine, der Plan des Gen. Radek ist nicht ganz richtig. Solche Fragen, wie die Frage der Arbeiterregierung sind *überhaupt keine programmatischen Fragen, das sind Fragen der taktischen Plattform.*

Ich meine, im Programm darf man über solche Sachen überhaupt nicht sprechen, das sind Sachen, die vielleicht nur für sehr geringe Zeit Gültigkeit haben. Sie als solche Programmfragen zu behandeln, ist meines Erachtens richtig.

Es gibt *drei Arten von Fragen* die im Programm behandelt werden sollen, die meines Erachtens für jede kommunistische Partei gültig sind. 1. Die theoretische Behandlung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die Charakterisierung des Kapitalismus, Zerfall des Kapitalismus, Imperialismus u.a. 2. Das Maximalprogramm, der Kommunismus. 3. Die Hauptforderungen der Periode der politischen Diktatur. Und vielleicht noch eine vierte Kategorie der Fragen, sind die Fragen, die die Rolle der Kommunistischen Partei als solche betreffen und ihr Verhältnis als Partei des Proletariats zu anderen Parteien. Hier auch die Charakterisierung verschiedener Strömungen im Sozialismus, Verhältnis zu der Sozialdemokratie. [...]

Klara Zetkin:
Genossen, ich bin der Ansicht wie Radek, dass es in dem gegenwärtigen Augenblick *ausserordentlich schwer ist, ein einheitliches Programm aufzustellen im Hinblick darauf,* dass die Verhältnisse so im Fluss der Entwicklung begriffen sind und sich sehr rasch und oft sehr durchgreifend ändern.

Selbstverständlich müssen wir aber *eine feste grundsätzliche Richtschnur geben für die praktische Tagesarbeit unserer Partei.* Ich glaube bei der Aufstellung eines solchen Programmes liegt eine Gefahr vor, der wir gerade wegen der Einheitsfront mit aller Schärfe begegnen müssen, dass eine Verwirrung entsteht in der Meinung der Massen zwischen dem *Reformprogramm der alten sozialdemokratischen Partei und unserem Aktions-Forderungen.* Ich versteh den Unterschied so: Die Forderungen können oft die gleichen sein und doch ganz anderen Wesens als die der alten Partei. Ihr Aktions- und Minimumprogramm konzentrierte sich ausdrücklich auf die Ausbesserung der bürgerlichen Gesellschaft, während unser Aktionsprogramm darauf gerichtet sein muss, die Masse zu mobilisieren, zusammenzuführen und für den Kampf zu schulen.

Der Ausgangspunkt, um die Massen zu sammeln, um sie zur Einheitsfront zusammenzubringen, sind unzweifelhaft die verschiedenen Tagesbedürfnisse und Tagesnöte des Proletariats. Nicht nur auf wirtschaftlichem, nicht nur auf politischem Gebiete, auf allen Gebieten des sozialen Lebens überhaupt.

Alle diese Forderungen, die wir da aufzustellen haben, bekommen von unsrer grundsätzlichen Einstellung eine ganz feste Orientierung in [eine] bestimmte Richtung. Alles, was wir wirtschaftlich, sozialistisch fordern, muss liegen *in der Richtung der Einschränkung des kapitalistischen Privateigentums,* und alles was wir politisch

fordern, muss gerichtet sein auf die *Expropriierung der Bourgeoisie* aus der politischen Macht und auf die *Machtstärkung des Proletariats*.

Ich meine, das Programm, das wir schaffen, müsste, soweit es sich um bestimmte, einheitliche Forderungen handelt, die wir aufstellen müssen als Ausgangspunkt des Kampfes, *elastisch genug sein, um die einzelnen Forderungen, die der Tag gibt, und auch die abweichenden Forderungen in* sich aufzunehmen, die in den einzelnen Ländern in einer gegebenen geänderten geschichtlichen Situation erhoben werden. Der Kern muss immer derselbe sein, aber die taktischen Massregeln und die Form, in der es geschieht, kann nach den einzelnen Ländern verschieden sein. Und es wird sich darum handeln, dass unser Programm den einzelnen Ländern die Bewegungsfreiheit lässt, immer das jeweilig Notwendige einzufügen. Ich schwöre weder darauf, dass wir noch eine Uebergangszeit von 20 Jahren haben, aber auch nicht darauf, dass wir morgen die Revolution haben. Und das macht eine grosse Elastizität unseres Programms notwendig. [...]

Bei manchen Genossen herrscht jetzt über die jetzige Epoche der Weltrevolution die Auffassung: Nun ja, Weltrevolution, man weiss nicht ob ja, ob nein. Wir haben jetzt drei, vier Jahre der Entwicklung der Kommunistischen Internationale. Was haben sie bewiesen? Was bedeuten all diese Ereignisse, an die wir uns jetzt schon gewöhnt haben, z.B. die jetzt in Deutschland vorkommen, in Irland. Es gab eine Zeit, wo man über die Bedeutung eines kleinen Streiks in Belgien, des ersten Streiks wegen des Wahlrechts, 5 Jahre lang diskutiert hat.[142] Damals herrschte eben keine Epoche der Weltrevolution, jetzt gehen Ereignisse vor sich, die tausendmal wichtiger sind, und die täglich vorkommen. Aber wir haben uns jetzt schon daran gewöhnt, dass wir sagen: es soll schneller kommen.

In dem Programm sollen wir also auseinandersetzen, dass wir uns in der Epoche der Weltrevolution befinden.

Denn 2.: Sowjetrussland im System der Staaten und in dieser Phase der Weltrevolution, eine spezielle Etappe, die Sowjetrussland jetzt durchmacht, der Kampf Sowjetrusslands im allgemeinen. Man spricht davon so episodisch, man hat den Instinkt, dass das das erste Kapitel der Weltrevolution ist, aber eine systematische Darstellung haben wir [bis] jetzt nicht.

Dann sollen wir Gruppen von Ländern typisieren. Man muss die ganze Erdoberfläche, das ganze Territorium der Kommunistischen Internationale, d.h. die ganze Welt grob in drei, vier Gruppen teilen, in mehr agrarische, mehr industrielle, in Kolonialländer einteilen und ganz allgemein unsere Auffassung geben, nun die Kolonialfrage, die Kolonial-Revolution selbst, die Zugeständnisse, die der britische Imperialismus den Kolonialländern doch machen musste, was Lenin einmal als eine Revolution von

142 Ein Bergarbeiterstreik löste im Jahre 1886 eine Kampagne für das allgemeine Wahlrecht aus, das im April 1893 erstmals in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung durch einen politischen Generalstreik mit ca. 250.000 Arbeitern erkämpft wurde. Siehe hierzu: Rosa Luxemburg: Ermattung oder Kampf. In: Id.: Gesammelte Werke, II, S. 344–377.

oben charakterisiert hat.[143] Es ist eine sehr wichtige Sache, das in der Perspektive zu zeichnen. *Ich glaube, es ist auch notwendig, das Programm als Weltanschauung darzulegen, auszuführen, dass wir Materialisten sind, dass die Kommunistische Internationale auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung steht, worin diese besteht, unsere Auffassung über die Religion usw.*

Wir müssen das Hauptgewicht auf die Arbeit der Sektionen legen, ihnen ein gewisses Examen auferlegen. Sie sollen uns einen Abriss aus ihren Ländern, bei ihren gegebenen Kräfteverhältnissen geben.

Das ist es, was mir vorschwebt. [...]

Radek:
Der Standpunkt Bucharins ist sehr widerspruchsvoll. Er sagt, die Frage des Programms ist nur die Frage des Weges vom Kapitalismus zum Kommunismus, zur Diktatur des Proletariats; die Fragen, die jetzt durch die aktuelle Situation entstanden sind, die Frage der Arbeiterregierung, die Steuerfrage, die Organisierung der Industrie, das sind Fragen der taktischen Plattform. Und am Schluss kommt er und behandelt die Nationalisierung der Banken, des Grund und Bodens als Programmfragen. Das ist aus folgendem Grund widerspruchsvoll. Die Frage der Arbeiterregierung – ich sage nicht der einzig möglichen Form des Korrelats der Diktatur, aber einer der Wege – ist für ihn eine taktische Frage. Das hat bei ihm seine politischen Gründe. Er sagt sich, die Nationalisierung kann man für jeden Teil fordern, dagegen die Arbeiterregierung fordern, nein.

Sinowjew sucht den Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, indem er sagt, jedes Land soll das Programm schaffen, sogar in gemeinschaftlichen Fragen. Wir versammeln uns hier eben deshalb, weil jedes Land auf grosse theoretische Schwierigkeiten in den gemeinsamen Fragen gestossen ist, die wir lösen sollen.

Worin sind wir einig? Natürlich darf das Programm nicht nur darin bestehen, dass wir die taktische Plattform geben. Es muss zuerst der Weg visiert werden. Hier werden wir zusammenfassen, was wir 10 Mal schon gesagt haben. Wir werden also einen allgemeinen Teil geben. *Der soll umfassen die Frage: Vom Kapitalismus zum Kommunismus. Dann das, was Sinowjew sagte; Die Epoche der sozialen Revolution: alle die Schwierigkeiten der langsamen äusseren Entwicklung charakterisieren und nachweisen, dass die Revolution trotzdem vorwärts geht.*

Dann legt man dar: das ist der allgemeine Weg vom Kapitalismus zum Kommunismus, der schlängelt sich durch in der jetzigen Zeit in dieser Weise.

Dann der dritte Teil; was wir in dieser Zeit zu tun haben. Jetzt kommen die Uebergangsforderungen. Hier muss behandelt werden die Frage unseres Verhältnisses zu den Hauptproblemen des wirtschaftlichen Lebens, Staatskapitalismus usw. Aber was

143 Klara Zetkin äussert hier implizit Kritik an der fehlenden Berücksichtigung der Borderlands und der Peripherie durch Lenin, die Bolschewki und die frühe Komintern, die die Bedeutung sowohl der Frauenfrage als auch der antikolonialen und pan-islamischen Bewegungen unterschätzten.

werden wir mit den politischen Forderungen tun? Bucharin sagt: Entwaffnen der Bourgeoisie, und unsere französische Partei fordert die allgemeine Dienstpflicht; in England haben wir eine Söldnertruppe. Die Frage: Wehrforderungen als Uebergangsforderungen in dieser Zeit ist eine allgemeine politische Frage.

Sinowjew hat mit Recht gesagt, er fände, die Frage der Arbeiterregierung sei ein neues Element, das sich empirisch gestellt habe, es könne noch von Wichtigkeit sein. Er sagt, es ist das Bindeglied zwischen der Diktatur und der heutigen Situation, ein Ausweg aus ihr, sogar wenn wir zur Arbeiterregierung kommen, wird sie Kämpfe entfesseln um die Diktatur des Proletariats.

Das zweite, was er sagte, war, sie ist ein Pseudonym der Diktatur des Proletariats. Er hatte Recht und unrecht. In vielen Ländern werden wir zur Arbeiterregierung nicht kommen. In anderen Ländern kann es wieder unrichtig sein. Es kommen Wahlen, die Arbeiterparteien haben die Mehrheit, sie entscheiden sich, eine Arbeiterregierung zu wählen auf parlamentarischem Wege. Das ist sehr möglich, in Deutschland oder bei den Tschechoslowaken.

Nun ist die Frage, wollen wir diese allgemeine Brücke aus politischen Gründen als Korrelat zu unseren wirtschaftlichen Uebergangsforderungen aufstellen oder nicht. *Natürlich brauchen wir nicht zu sagen, das soll in jedem Lande obligatorisch sein, man dürfe nicht anders, als durch Kompromisse zur Diktatur kommen. Aber hier ist die Frage zu untersuchen, was wir in dieser Losung sehen, eine politische Uebergangslosung, oder klafft ein vollkommener Abgrund zwischen der Demokratie und der Periode der Diktatur. Diese allgemeinen Fragen müssen im allgemeinen Programm gelöst werden, indem wir die Methode dieser Uebergangsforderungen aufstellen, und dann kann für jedes Land eine auswechselbare taktische Plattform geschaffen werden, die sich aus der konkreten Situation ergibt. Aber wir können nicht dazu kommen ohne Lösung der Vorfrage nach der Methode der Uebergangsforderungen.*

Also wir sind einverstanden miteinander über die Notwendigkeit des ersten allgemeinen Teils, über die Notwendigkeit der Schilderung des konkreten Ganges der Entwicklung, wie sie Sinowjew vorschlug, über die Notwendigkeit der Charakteristik der Uebergangsforderungen auf wirtschaftlichem Gebiet; und der Streitpunkt ist: Kommt in diesem allgemeinen dritten methodischen Teil auch ein Versuch der allgemeinen politischen Charakteristik, bei der wir natürlich nach Ländern gruppieren, aber gewiss gemeinsame Dinge herausschlagen müssen.

Dann kommen die konkreten Forderungen für jedes Land, die jedes Land ausarbeiten muss. [...]



Nach der Ermordung des Außenministers der Weimarer Republik, Walter Rathenau, der den Rapallo-Vertag unterzeichnet hatte, durch Soldaten der ultrarechten Organisation Consul (OC) wurde im Politbüro des ZK der KP Russlands Kritik an Außenkommissar Čičerin laut. In der Sitzung vom 6.7.1922 wurden auf Vorschlag Trotzkis die Form des von der Nachrichtenagentur Wolff übermittelten Telegramms Čičerins an die deutsche Regierung als „völlig unzulässig" abqualifiziert. Dies sei Čičerin nach seiner Rückkehr nach Moskau mitzuteilen.[144]

Am 6.7.1922 befand das Politbüro des ZK der KP Russlands es für äußerst wichtig, in der Tagespresse ein Interview mit Prof. Otfrid Foerster, dem deutschen Arzt Lenins, zu dessen Gesundheitszustand abdrucken zu lassen.[145] Nach seinem Schlaganfall im Mai war eine leichte Besserung eingetreten. In einem Brief vom 3.6.1922 hatte Stalin Krestinskij unter Berufung auf einen Auftrag des ZK der RKP(b) aufgetragen, mit der deutschen Regierung die Entsendung deutscher Mediziner, und zwar des Neurochirurgen Foerster und des Chefarztes des Krankenhauses Moabit Georg Klemperer (Bruder des Schriftstellers Victor Klemperer) nach Moskau zur Behandlung Lenins zu vereinbaren. Es sollten alle Mittel eingesetzt werden, um die deutsche Regierung davon zu überzeugen, die beiden Ärzte für eine längere Zeitdauer nach Russland ausreisen zu lassen. Foerster sollte unmittelbar 50.000 Goldrubel als Vorschuss sowie alle Annehmlichkeiten in Russland erhalten; auch seine Familie könne mit ihm reisen.[146] Die linksliberale Emigrantenzeitung *Golos Rossii* meldete am 3.7.1922 aus Berlin, dass Foerster bereits in Moskau eingetroffen sei (*The New York Times*, 4.7.1922).

Dok. 70

Protest der Kominternführung gegen den Nichtabdruck eines Aufrufs für die Einheitsfront in der *Roten Fahne*

Moskau, 2.8.1922

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/293/22, 72. Erstveröffentlichung.

An die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, *Berlin*.

Protestieren aufs entschiedenste gegen Nichtabdruck letzten Aufrufs.[147] Aufruf ist einstimmig beschlossen mit Zustimmung aller drei deutschen Vertreter. Aufruf ist in

144 RGASPI, Moskau, 17/3/302, 3.
145 RGASPI, Moskau, 17/3/302, 4.
146 RGASPI, Moskau, 558/2/36, 1–2.
147 Nach dem Scheitern einer konsequenten Kampagne zur Verteidigung der Republik nach der Ermordung Walther Rathenaus am 24.6.1922 gewann erneut die gegen die Einheitsfront eingestellte Linke, die sich auf Sinowjew stützen konnte, gegen die KPD-Führung die Oberhand. SPD und USPD setzten im Reichstag das „Gesetz zur Verteidigung der Republik" durch, das von der KPD, die am 27.6.1922 gemeinsam mit ADGB, AfA-Bund, SPD und USPD in einem Aufruf „Zur Verteidigung der Republik und der Grundrechte der Arbeitnehmerschaft" („Berliner Abkommen"), Reichsregierung und Reichstag noch aufgefordert hatte, ein solches Gesetz zu erlassen, abgelehnt wurde. Bereits am 18.7.1922, dem Tag der Verabschiedung, hatte Sinowjew einen scharfen Brief an die KPD-Zentrale gerichtet, eine zu weiche Haltung gegenüber der Sozialdemokratie kritisiert und für die Aufrechter-

russischer Presse abgedruckt. Verschweigen Rote Fahne politisch unmöglich. Motivierung wegen Ton politisch höchst bedenklich. Vorwurf scheint nicht unberechtigt, dass Gefahr besteht, dass Zentrale eigenes Gesicht bei Durchführung Einheitsfronttaktik verliert. Inhalt und Ton durch Manifest der drei reformistischen Internationalen vollauf berechtigt.[148] Aufruf wäre nötige Antwort darauf gewesen. Nichtabdruck und seine Begründung Wasser auf Mühle der Kritiker an Haltung der Zentrale. Abflauende Massenstimmung macht Steigerung unserer Agitation unerlässlich. Schärfste Abrechnung mit beiden reformistischen Parteien und klarste Herausstellung unseres eigenen Gesichts. Grosse Offensive der sich vereinigenden Reformisten gegen uns totsicher. Beste Verteidigung der Hieb.[?] Klarheit und Festigkeit der Partei Voraussetzung für proletarische Einheitsfront. Aufruf folgt mit ergänzender Antwort auf Aufruf der Amsterdamer [Gewerkschaftsinternationale] mit Flugpost. Bestehen [auf] sofortigen Abdruck ergänzten Aufrufs. Recht der offenen Kritik steht frei. Aber Statut verpflichtet zur Ausführung Beschlüsse. Werden Antwort auf Kritik nicht schuldig bleiben.

Sinowjew
(Abgegangen am 2.8.22 nachts.)

Dok. 71

Mit Deutschland jetzt „klüger wie eine Schlange“ sein: Vorschlag Lenins an Stalin, Radek und Trotzki die Verantwortung für die Außenpolitik zu übertragen

[Moskau], 28.8.1922

Autograph in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 2/1/26000. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lenin: Neizvestnye dokumenty, S. 547–548.

Gen. Stalin! Und Gen. Kamenev!
(Brief an beide)

Radek handelt übereilt; er reißt Karachan die Papiere aus der Hand.[149] So geht es nicht. Die Dinge heizen sich auf. Ich rate, sagen wir, eine Zweiergruppe zu bilden (vielleicht Radek und Trotzki) und ohne das Einverständnis der beiden alle diplomatische Tätigkeit zwischen den Pol[it]büro[-Sitzungen] zu untersagen.

---

haltung der Unabhängigkeit der eigenen Agitation als *conditio sine qua non* plädiert (siehe: Broué: Révolution en Allemagne, S. 593f.).

148 Sinowjew meinte hier wohl das gemeinsame Manifest nach der Ermordung Rathenaus.

149 Lev Karachan war stellvertretender Außenkommissar der Sowjetunion.

Mit Deutschland muss man jetzt „klüger wie eine Schlange" sein. Kein unnötiges Wort. Weder Frankreich, noch England unnötig „necken". Keine leeren Drohgebärden (wie am 27. August im *Pravda*-Leitartikel).[150] Zunächst zehn- und hundertmal über jedes Wort nachdenken. [...]

Mit kom[munistischem] Gruß
Lenin. [...]



Am 31.8.1922 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands, die bevollmächtigten Vertreter des Landes in London, Berlin und Rom zu ermahnen, da sie die sowjetische Regierung nur ungenügend über die gesellschaftlichen und politischen Vorgänge im Westen informieren würden. Sie sollten nun verpflichtet werden, wöchentliche Informationsbriefe nach Moskau zu senden.[151]

Dok. 72

Brief Grigorij Sinowjews für einen Gefangenenaustausch von Max Hoelz als „einem der populärsten Menschen unter den Arbeitern Deutschlands" nach Russland

Petrograd, 7.9.1922

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 17/3/312, 16. Erstveröffentlichung. In russischer Sprache teilw. publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 141, Fn. 1.

RSFSR. Der Vorsitzende des Petrograder Gouvernementssowjets der Arbeiter-, Bauern und Rotarmistendeputierten. Smol'nyj, Raum 85. Tel. Nr. 1.

7. Sept. 1922.

An Gen. Stalin
für das POLITBÜRO

Genosse Max Hoelz (Mitglied der Kompartei Deutschlands) hat zwei Hungerstreiks im Gefängnis durchgestanden.[152] Er ist todkrank. Es gibt Gründe zur Annahme, dass die deutsche Regierung ihn nach Russland [ausreisen] ließe, wenn wir darum bitten

150 „Nur wenn die Arbeitermassen Deutschlands verstehen werden, dass man sich im Kampf gegen den französischen Imperialismus wie im Kampf gegen das Kapital verteidigen muss, wenn man nicht zerdrückt werden will, nur wenn sie ihre Regierung zwingen werden, dies zu verstehen, – nur dann werden sie Hilfe verdienen, und sie werden sie finden." Die russischen Arbeiter – hieß es weiter – „werden ihren deutschen Brüdern helfen, wenn letztere den Weg des Kampfes beschreiten." (Protiv Versal'skogo iga. In: *Pravda*, 27.8.1922).
151 APRF, Moskau, 03/64/638, 13. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 45.
152 Max Hoelz (1889–1933) leitete die „Roten Garden" während der Märzaktion und wurde zu lebenslanger Haft verurteilt (siehe das Folgedokument).

würden. Max Hoelz ist jetzt einer der populärsten Menschen unter den Arbeitern Deutschlands. Er war Mitglied der KAPD und wechselte erst vor 1½ Jahren offen zu uns. Es ist höchst wichtig, ihn zu retten. Es wäre wünschenswert, damit auch Čičerin zu beauftragen, falls er noch dort ist. Ich bitte darum, Krestinskij und Čičerin darauf aufmerksam zu machen, dass das ZK dieser Angelegenheit einen sehr großen Wert beimisst. Ich bitte darum, bei den Mitgliedern des P[olit]büros telephonisch anzufragen, um Zeit zu gewinnen, denn Hoelz ist sehr krank.[153]

Sinowjew

Dok. 73

Bericht Karl Radeks an die Komintern über seinen Besuch bei Max Hoelz im Gefängnis

[Berlin], 14.9.1922

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau 495/293/14, 5. Erstveröffentlichung.

[handschriftlich: Karl Radek]
An die Exekutive der K.I. den 14. September 1922.

Bericht ueber Hoelz.

Auf Grund des Kassibers von Max Hölz, der an die Exekutive und an die Vertretung der Sowjetregierung in Berlin gerichtet war, und auf Grund des Berichtes, den der Anwalt von Hölz, Hegewich, über Hölz gegeben hat, versuchte ich auf Anweisung der Genossin Luise und Th. mit Hoelz persoenlich im Zuchthaus zu sprechen. Ich fuhr in Begleitung Hegewichs nach Breslau und habe mir hier durch Vermittlung eines Breslauer Genossen Zutritt zur Strafanstalt verschafft.[154] Meine Ansicht ueber Hoelz und Hegewich ist kurz gesagt folgende: Hoelz und Hegewich haben ein ganz widerliches Theater aufgefuehrt, die Angriffe auf die Parteizentrale und die Exekutive sind saemtlich unbegruendet.

Auf der Reise nach Breslau habe ich mich einige Stunden mit Hegewich unterhalten koennen, und ich habe den Eindruck gewonnen, dass Hegwich die Hauptschuld daran trägt, dass Hoelz heute nicht ganz normal ist. Hegewich zeigte mir einige Privatbriefe, die Hoelz an ihn geschrieben hatte, in denen er sich in einer ganz

153 Die Überstellung in die Sowjetunion gelang allerdings nicht: Max Hoelz kam erst im Juli 1928 im Rahmen einer Amnestie frei und konnte schließlich 1929 in die Sowjetunion übersiedeln, wo er als revolutionärer Führer gefeiert, letztlich jedoch von der GPU umgebracht wurde (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 383–384).

154 Der KPD-Jurist Ernst Hegewisch (1881–1963) wurde 1923 Hauptverteidiger der Teilnehmer des Hamburger Aufstands; seit 1924 war er einer der Anwälte der Roten Hilfe Deutschlands.

unerhoerten Weise ueber die Parteizentrale und ueber die Exekutive auslässt. Hoelz schreibt u.a. „Die Zentrale will ihn absichtlich im Gefängnis verkommen lassen, weil sie fuerchtet, dass Hoelz ihr Schwierigkeiten machen koennte." Hegewich sagte: „Hoelz und er habe den Eindruck, die Zentrale habe Angst, dass Hoelz sie absetzt." In einem anderen Brief schreibt er u. a. „Ich verzichte darauf, Ehrenmitglied des Moskauer Sowjets zu sein, wenn er nichts fuer mich tut" usw. Hegewich selbst, ein voellig degenerierter, hysterischer Mensch, bestärkt ihn in seiner Meinung und erzählt den bloedesten Quatsch ueber die Partei. Nach der Meinung Hegewich's ist Hoelz der groesste Revolutionär, den Deutschland je hervorgebracht hat und bringt dieses auch bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck. Selbst bei der Unterredung mit der Genossin L. sagte Hegewich u. a.: „Was soll aus der deutschen Revolution werden, wenn ein Hoelz nicht da ist, und kann man sich ueberhaupt eine revolutionäre Bewegung vorstellen, ohne einen Hoelz?" Hegewich beweihräuchert Hoelz in einer ganz widerlichen sentimentalen Art. Hegewich redet z. B. Hoelz an, „Du gefangener Loewe", oder „Du Hoffnung der deutschen Revolution" usw. Wenn Heg[e]wich kommt, fallen sich beide in die Arme, weinen und halten groessenwahnsinnige [Reden].[155] Hegewich hat auch eine Reihe Artikel geschrieben, die ich beilege und die leider von einem Teil der Parteipresse abgedruckt worden sind. Diese Artikel sind zum Teil widerlich sentimental.

Nach meinen Unterredungen mit Hegewich habe ich den Eindruck, dass Hegewich ein sehr zweifelhafter Kommunist ist. Er äusserte sich z. B. „Max Hoelz und ich haben schon lange ueberlegt, ob wir nicht der Partei den Ruecken kehren, die doch nichts fuer uns tut."

Hoelz selbst ist schon in Muenster koerperlich und geistig sehr heruntergekommen. Er hat sich auch den anderen Gefangenen gegenueber sehr schlecht benommen. Gefangene in Muenster haben sich bei der Partei sehr ueber Hoelz beschwert, dass er auch ihnen gegenueber sehr hochmuetig und schroff aufgetreten sei, er habe ihnen auch ins Essen gespuckt. Er isolierte sich im Gefängnis selbst von den anderen Gefangenen. Diese Isolierung hat natuerlich auch dazu beigetragen, dass Hoelz heute groessenwahnsinnig ist.

Als Hegewich nach der Ueberfuehrung Hoelz von Muenster nach Breslau nach Berlin kam und hier berichtete, dass Hoelz wieder in den Hungerstreik treten wolle, ersuchten Genossin L. und Th., denen berichtet worden war, den Anwalt, dass er sofort Hoelz telegraphisch auffordert, er solle den Hungerstreik abbrechen. Dasselbe verlangte die Zentrale. Hegewich telegraphierte daraufhin an Hoelz: „Vertreter rät sofortigen Abbruch des Hungerstreiks". Nach Empfang des Telegramms begann Hoelz wieder Nahrung zu nehmen. Er hatte den Hungerstreik Donnerstag begonnen und gab ihn Freitag also wieder auf.

In der Breslauer Strafanstalt habe ich ueber eine Stunde mit dem Arzt, der Hoelz behandelt, gesprochen und dieser schilderte die Lage Hoelz' folgendermassen. Hoelz ist ohne ihr Wissen ihnen zugewiesen worden mit der Mitteilung, dass er nur vorue-

155 Unleserlich durch kreisförmigen Stempel.

bergehend dort sein wird. Er ist in der Strafanstalt (kein Zuchthaus) in der Krankenabteilung untergebracht, und soll dort auf seinen koerperlichen und geistigen Zustand untersucht werden. Hoelz wird in ein oder zwei Wochen nach einer anderen Strafanstalt ueberfuehrt. Den Hungerstreik hat er am zweiten Tage aufgegeben.

Ich habe festgestellt, dass Hoelz nicht schlechter behandelt wird als andere Gefangenen. Selbst Hegewich sagte: „Hoelz uebertreibt".

Am Montag abend fand in Breslau eine oeffentliche Versammlung statt, in der ueber Hoelz und Klassenjustiz gesprochen werden sollte. Ich hatte der Bezirksleitung Information gegeben, dass sie verhindert, dass Hegewich den Fall wieder ganz persoenlich aufzieht, sondern das Hauptgewicht muss darauf gelegt werden, dass gegen die Klassenjustiz und fuer die Freilassung aller politischen Gefangenen demonstriert wird. Auch die der Versammlung vorgelegte Resolution wurde dementsprechend aufgesetzt. Den Versammlungsbericht in der „Schlesischen Arbeiterzeitung"[156] lege ich bei.

In der Angelegenheit muss meiner Meinung nach folgendes getan werden, Hegewich als Anwalt wird entfernt. Ein anderer Anwalt muss zu Hoelz geschickt werden, der seine Sache bearbeiten soll. Falls Hoelz protestiert, muss er ganz energisch zurueckgewiesen werden. Ob ein Wiederaufnahmeverfahren politisch zu rechtfertigen ist, hat nicht Hoelz und Hegewich, sondern die Partei zu entscheiden. Ferner muessen die Artikel, die Hegewich den Zeitungen zuschickt, die tatsächlich die Partei blamieren koennen, kritischer gelesen werden und nicht ohne weiteres abgedruckt werden.

Mit kommunistischem Gruss
gez. Karl [Radek]

Anlagen: Zeitungen.



Auf seiner Sitzung vom 21.9.1922 fasste das Politbüro des ZK der KP Russlands den Beschluss, einen Austausch von Max Hoelz gegen Evgenij Timofeev, einen im SR-Prozess zum Tode verurteilten Führer der Rechten Sozialrevolutionäre, anzustreben: „Die russischen Vertreter in der Komintern werden beauftragt, der deutschen s[ozial]-d[emokratischen] Partei vermittelt durch die deutsche kommunistische Partei vorzuschlagen, Max Hoelz angesichts der schrecklichen Lage, in der er sich befindet, gegen Timofeev aufzutauschen."[157] Der Austausch kam nicht zustande.

---

156 Siehe: Max Hoelz und die Klassenjustiz. Eine Riesenversammlung der Breslauer Arbeiter. In: *Schlesische Arbeiter-Zeitung*, 14.9.1922. Der Bericht erwähnt Misshandlungen von Max Hoelz und seine Untersuchung durch den „Irrenarzt". „Hegewisch schloß seine von innerer Erregung getragenen Ausführungen mit den Worten des Genossen Hoelz: ‚Das Wort kann uns nicht retten, das Wort bricht keine Ketten, die Tat allein macht frei!' " In den danach erschienenen Berichten wird allerdings darauf aufmerksam gemacht, dass die KPD-Zentrale Hoelz aufgefordert habe, seinen Hungerstreik abzubrechen. *Schlesische Arbeiterzeitung. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien* (Sektion der Kommunistischen Internationale), Breslau http://library.fes.de/breslau/schlesische-arbeiterzeitung/pdf/1922/1922–207.pdf.

157 RGASPI, Moskau, 17/3/313, 4.

Auf der gleichen Sitzung erfolgte ein Beschluss zur Vereinbarung mit der deutschen Telegraphen-Union, was nur dann für zweckmäßig befunden wurde, wenn die Interessen Sowjetrusslands vollständig berücksichtigt seien.[158]

Dok. 74

Bericht des jungen Komintern-Mitarbeiters Willi Mielenz über sein Leben in Moskau

Berlin, 3.10.1922

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/293/22, 103. Erstveröffentlichung.

Moskau, den 3. Oktober 1922[159]

An die
Reichs Zentrale der K.P.D.
z. Hd. des Genossen *W. Pieck, Berlin*.

Werte Genossen!
Seit meinem letzten Bericht vom 17. Mai d.J. sind nun vier Monate vergangen, es ist also wieder an der Zeit, einen persönlichen Bericht zu erstatten.

Bis Ende Juni hatte ich die Arbeiten zu erledigen, worüber ich in meinem letzten Bericht schrieb, nämlich: redaktionelle Arbeiten an der K.I.,[160] Bearbeitung der organisatorischen Berichte der Parteien und Mitarbeit an der Deutschen Sprachgruppe bei der KI.

Anfangs Juli kam ich aus der Abteilung des Genossen Kuusinen[161] heraus, Genosse Eberlein hatte für mich eine andere, mir mehr zusagende Beschäftigung gefunden, in der ich auch intensiver zu tun haben sollte.

Bin seit diesem Termin eine Art technisch-administrativer Sekretär im Sekretariat des Präsidiums. Zu meinen hauptsächlichsten Aufgaben zählt die Vorbereitung der Sitzungen des Präsidiums und der Exekutive (Sorge für Uebersetzung und Verteilung der jeweiligen Unterlagen, Arrangierung der technischen Einzelheiten wie Anfertigung der Protokolle und ihre Verteilung usw.), die Kontrolle über die Ausführung der gefassten Beschlüsse und ihre Registrierung und die Versorgung der grösseren Parteien, der Presseorgane und gewisser einzelner Genossen mit Sitzungsberichten.

---

158 RGASPI, Moskau, 17/3/313, 4.
159 Willi Mielenz (1895–1942) war zunächst für illegale Tätigkeiten der KPD zuständig, bevor er 1922 nach Moskau zur Komintern abgeordnet wurde.
160 K.I.: Das Zentralorgan des EKKI, *Die Kommunistische Internationale*.
161 Kuusinen war seit Dezember 1921 der erste Generalsekretär der Komintern. Er leitete u.a. eine Kommission, die für die Zentralisierung der Tätigkeit der Hungerhilfe bzw. der IAH zuständig war (Bayerlein: Transnationale Netzwerke und internationale Revolution).

Im Zusammenhang damit ergeben sich mancherlei andere Beschäftigungen, die hier aufzuführen unwesentlich sind.

Für Skandinavien übe ich nach wie vor die Berichterstattung aus, die, in Ermangelung ständiger Vertreter aus den drei Ländern, vom Präsidium und von der Sprachgruppe häufig gebraucht wird. In der Sprachgruppe[162] führe ich ausserdem das Protokoll. Die skandinavischen Arbeiten sind periodische, keine gelegentlichen, und ihrer Quantität nach, nicht geringfügig zu nennen.

Gelegentlich hatte ich in einzelnen Unterkommissionen mitzuarbeiten, wie denn auch mitunter Sachen erledigt werden müssen, die abseits von meinem eigentlichen Gebiet liegen.

Im Sekretariat arbeite ich aufs engste zusammen mit dem Genossen Heimo, der der verantwortliche Sekretär für die Postangelegenheiten m. m. ist.

Mit dem Genossen Eberlein, der bis zu seinem Urlaub der organisatorische Sekretär des Präsidiums war, hatte ich stets die beste Fühlung. Gegenwärtig ist der Gen. E[berlein] noch nicht zurückgekehrt.

Dem Genossen Meyer bin ich, soweit wie ich kann, in allen vorkommenden Fällen behilflich.

In der letzten Zeit, die gekennzeichnet ist mit den Vorbereitungen des Kongresses, hat eine gesteigerte Arbeitstätigkeit eingesetzt. Ich kann nunmehr nicht mehr, wie in den ersten Wochen meines Hierseins, über nicht genügende Beschäftigung klagen.

Gesundheitlich ist es mir bisher ganz gut ergangen, seit einigen Wochen leide ich jedoch an Furunkulose, eine Folge der hiesigen Ernährung. Für den nahenden Winter wird auch für mich die Bekleidungsfrage äusserst fühlbar werden, da meine mitgebrachten Garnituren beinahe verbraucht, die Vorhandenen aber nicht für den russischen Winter geeignet sind. Die Anschaffungskosten hier sind für mich unaufbringlich. Trotzdem aber werde ich schon sehen, dass ich durchkomme. Die einfachen russischen Genossen haben es bei weitem schwieriger.

Ihnen, lieber Genosse Pieck und allen gemeinsamen Bekannten meine herzlichsten Genossengrüsse.

[sign.:] Willi Mielenz
Lux, Zimmer 311–.[163]

---

162 Zu den im Mai in der Komintern eingeführten Sprachgruppen siehe Dok. 45. Hier ist die Skandinavische Sprachgruppe der Exekutive gemeint.
163 Zum Moskauer Hotel Lux siehe Dok. 46.

Dok. 75

„Das Zeitalter der Weltrevolution“: Aus dem Programmentwurf der KP Deutschlands

Berlin, 7.10.1922

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 5/3/23, 118–121. *Die Rote Fahne*, 7./8.10.1923. Teilw. zit. in: Hermann Weber: Der deutsche Kommunismus, S. 43–45. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 556–559.

VI. Das Zeitalter der Weltrevolution.

12. Die Weltrevolution löst nicht nur den Weltkrieg ab, sie unterbricht ihn bereits in seinem Lauf. Sie beginnt mit der Vollstreckung des Urteils, das der Kapitalismus im imperialistischen Weltkrieg über sich selbst gefällt hat. Die Revolution folgt der Linie des geringsten Widerstandes. Sie bricht zuerst aus in dem nicht entwickelten kapitalistischen Grosstaat, sondern in dem wenigst entwickelten, in Russland, wo einer jungen und schwachen Bourgeoisie ein modernes und kühnes Proletariat und, mit ihm verbündet, eine millionenköpfige, verelendete, landhungrige Bauernschaft entgegentritt. Mit einem kühnen Sprunge holt sie dort den Abstand ein, der sie von den bürgerlichen Demokraten des Westens trennte und überholt bereits zu Beginn den kapitalistischen Westen, indem sie neben die bürgerliche Demokratie bereits die Organe der proletarischen Demokratie in Gestalt der Arbeiter- und Soldatenräte setzt. Die bürgerliche Demokratie der anschwellenden, immer selbstbewusster auftretenden proletarischen Demokratie gegenübergestellt, vermag sich aber nicht vom Flecke zu rühren. Sie ist unfähig, irgend eine der von der revolutionären Bewegung der breiten Arbeiter- und Bauernmassen aufgeworfenen grossen gesellschaftlichen Fragen zu lösen – ausser in der Phrase. Gefesselt an die grosse Bourgeoisie und die Grossgrundbesitzer des eigenen Landes und durch sie an die der Ententemächte, ist sie weder fähig, den imperialistischen Krieg weiterzuführen, noch ihn zu beenden. Sie ist unfähig, das zerrüttete Wirtschaftsleben des Landes neu zu ordnen. Sie schreckt ängstlich davor zurück, den Bauern das Land zu geben, das sie begehren. Unfähig, die soziale Neuordnung durchzuführen, ist sie ausserstande, den Zerfall des Heeres und seiner Disziplin aufzuhalten, und das Heer auf neuer Klassengrundlage, auf Grund umgewälzter sozialer Beziehungen neu zu schaffen. Gescheitert in allen ihren Bestrebungen gegenüber dem anschwellenden Misstrauen und der Empörung der Arbeiterklasse und des Bauerntums, strebt sie zurück in die Arme der alten reaktionären Gewalten: des Grossgrundbesitzes, des Grosskapitals, der zaristischen Bürokratie der Generäle, der Pfaffen. Die neugeborene bürgerliche Demokratie schreitet Schritt für Schritt fort in der Richtung der bürgerlichen Diktatur. Um die zur bürgerlichen Diktatur sich entwickelnde bürgerliche Demokratie sammelt sich alles, was reaktionär, schwankend, zweideutig ist: Von den zaristischen Generalen und den Popen bis zu den ehemals kleinbürgerlich-revolutionären Sozialrevolutionären und den Vertretern

der kleinbürgerlichen proletarischen Minderheit, den menschewistischen Sozialdemokraten. Mit einem zweiten kühnen Sprung setzt die Revolution vorwärts. Geführt von der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei stürzt die proletarische Revolution, gestützt auf die überwältigende Masse der Proletarier und Bauern, die bürgerliche Demokratie in den Abgrund, zerbricht die alte, un[fö]rmlich angeschwollene Staatsmaschine, baut in den Räten die politische Gewalt der revolutionären Arbeiter und Bauern auf, vollendet die bürgerliche Revolution, indem sie die Verwirklichung der sozialistischen Revolution beginnt, schlägt eine tiefe Bresche in den Krieg, indem sie ihn für das proletarische Russland beendet, und gibt der revolutionären Entwicklung in Mittel- und Westeuropa einen ungeheuren Anstoss.

Die siegreiche proletarische Revolution in Russland schafft für den Fortschritt der sozialen Revolution des Westens wie der nationalen bürgerlichen Revolution des Ostens ein festes Bollwerk, eine zentrale Achse und eine mächtige, politische, wirtschaftliche und militärische Reservestellung. Die erste siegreiche proletarische Revolution im Rahmen eines Grosstaates entdeckt endlich und baut aus die politische Form des proletarischen Staates im Uebergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft: die Räterepublik. Sie ist zugleich, in all ihren Stadien, ein Schatzhaus politischer Strategie, eine lebendige Quelle revolutionärer Energie, ein Arsenal von Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus.

Arbeiter- und Soldatenräte: sie sind auch das erste stammelnde Wort der deutschen wie der übrigen Revolutionen in Mittel- und in Westeuropa. Hier jedoch, gegenüber einer stärkeren, besser organisierten Bourgeoisie, ohne die Führung einer starken revolutionären Arbeiterpartei, bleiben die Räte nur Episode. Geführt von der Sozialdemokratie, schlägt die deutsche Bourgeoisie die Räte und die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse in einem Meer von Proletarierblut nieder. Die revolutionäre Welle flutet zurück. Die Bühne beherrscht zunächst die bürgerliche Demokratie, sie gerät immer tiefer in die Umarmung der Reaktion, sie vermag, so wenig wie die bürgerliche Demokratie in Russland, irgend eine der Fragen zu lösen, die das Kriegsende und die Krise des Kapitalismus aufgeworfen hat. Unter ihrer Herrschaft schreitet der wirtschaftliche Zerfall unerbittlich weiter. Sie versucht ihn aufzuhalten auf Kosten der Arbeiterklasse und der Mittelschichten. Sie gerät so immer tiefer unter das Joch des monopolistischen Kapitals und in Gegensatz zu der gesamten ausgebeuteten Volksmasse. Sie vermag ebenso wenig die aussenpolitische Frage zu lösen. Ihre Unterwerfung unter die Diktatur der Entente erleichtert nicht nur nicht, sondern erschwert die Lebensbedingungen der bürgerlichen Republik.

Die Revolutionen des Westens, die unmittelbar dem militärischen Zusammenbruch entspringen, wiederholen in den grossen allgemeinen Zügen, aber in verlangsamtem Tempo und unter fortgeschrittenen wirtschaftlichen Verhältnissen die erste proletarische Revolution.

Das Zeitalter der Weltrevolution kündigt sich nicht minder drohend an in den Kolonial- und Halbkolonialländern.

Die Weltbourgeoisie, nachdem sie im Westen den ersten Ansturm des Proletariats siegreich überstanden, hat ihre politische Machtstellung auf Grund der von ihr gemachten Erfahrungen mit neuen Stützen versehen, sie hat zu ihrer Befestigung aus dem Kleinbürgertum und aus der Arbeiterklasse selbst immer neue Reserven herangezogen. Aber sie hat in den Jahren nach Beendigung des Krieges sich völlig unfähig gezeigt, die zerstörte kapitalistische Ordnung wiederherzustellen und ihren proletarischen Sklaven selbst innerhalb der kapitalistischen Sklaverei die Existenz zu sichern.

Dok. 75a

„Die K.P.D. zwischen dem III. und IV. Weltkongress": Tätigkeitsbericht zum IV. Weltkongress der Komintern

O.O. [Berlin], o.D. [5.11.1922]

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 491/1/53, 6–13. Erstveröffentlichung.

DIE K.P.D. ZWISCHEN DEM III. UND IV. WELTKONGRESS.

[...] Der dritte Weltkongress hatte die deutsche Partei vor eine dreifache Aufgabe gestellt:

1.) Die Liquidierung der in der Märzaktion praktizierten Theorie der „revolutionären Offensive"

2.) die Durchführung des „Friedensvertrages" mit der Opposition, die mit Paul Levy [Levi] sympathisierte, und

3.) die Einleitung und Durchführung der Einheitsfronttaktik.[164]

Nach der Vereinigung mit der linken U.S.P. zu einer Massenpartei von angeblich 500.000 Mitgliedern, nach einer daraus folgenden Ueberschätzung der eigenen Kraft und des Einflusses auf die Massen, nach der ungeheuren Niederlage in der Mitteldeutschen Aktion gegen Hörsing und die von ihm eingesetzte Sipo[165] zählte die KPD auf ihrem Parteitag am 22.– 26. August 1921 doch noch gegen 300 000 Mitglieder. Heute rechnet die Parteizentrale mit 240 000–260 000 Mitgliedern. Nach abgerechneten Mitgliedsbeiträgen gehören der Partei jedoch keinesfalls mehr als 180 000 Mitglieder an. Die Ursachen für diesen Rückgang liegen einmal in der allgemeinen schleppenden Entwicklung der Revolution, zum andern in der Anziehungskraft, die die Vereinigung der Sozialdemokraten im Augenblicke noch auf die Massen ausübt, und zum dritten darin, dass bis vor einem Jahre die Mitgliederzahlen meist geschätzt

164 Siehe zum fundamentalen Politikwandel der Einheitsfront Dok. 63, 75b, 76, 77.

165 Sicherheitspolizei (SIPO). Gegründet vom Freistaat Preußen 1919 als paramilitärische kasernierte Polizei, eigentlich zum Schutz der verfassungsmäßigen Regierung. Ihre Kader rekrutierten sich u.a. aus dem ehemaligen Freikorps „Garde-Kavallerie-Schützendivision", das für die Ermordung von Liebknecht und Luxemburg verantwortlich war.

wurden, während heute infolge geordneter Kassenverhältnisse eine genauere Registrierung und Zählung der Mitgliederschaft möglich ist.

Die Erledigung der Levi-Krise zog sich noch fast ein halbes Jahr hin, obwohl der August-Parteitag drei meuternde Führer sofort ausschloss und Klara Zetkin sich offen und vorbehaltlos von Levi trennte. In Jena[166] waren unter 278 Delegierten ausser 60 mehr oder weniger Linksstehenden noch 15 Vertreter der rechtsstehenden Opposition. Am 26. September traten Däumig und Adolf Hoffmann aus der Partei aus und bildeten mit Paul Levy [Levi] die „Kommunistische Arbeitsgemeinschaft", die dann aus den Reihen der K.P.D. Zufluss erhielt unter den Forderungen: „Unabhängigkeit von Moskau", „Absetzung der im Märzputsch kompromittierten Parteiführer" und „Auflösung der ‚Roten Gewerkschaftsinternationale'". Nach dem Austritt einiger Gruppen, meist Intellektueller, jedoch auch hervorragender Gewerkschaftsführer und Betriebsräte wurde im Januar der Generalsekretär der Partei, Friesland [d.i. Ernst Reuter], seines Postens enthoben. Der Zentralausschuss liquidierte die ganze „Friesländerei" am 23.1.

Bis zu dem Uebertritt der K.A.G. zur U.S.P. Ende März waren viele gute Genossen zur Partei zurückgekehrt. Die Disciplin war in dieser Hinsicht völlig wiederhergestellt.

In der Steuerfrage hatte der Augustparteitag noch eine zweideutige Haltung eingenommen. Diese Stellung korrigierte der Zentralausschuss im Januar. Einige Tage nach dem Parteitag, am 31.8., beteiligte sich die Partei zu ersten Male an gemeinsamen Demonstrationen mit den Sozialdemokraten anlässlich des Erzbergermordes.[167] Ging sie hier, wie auch am 9.11., noch sehr zögernd an die Ausführung der Einheitsfronttaktik heran, – besonders im Reiche – , so verstand sie es, trotz der inneren Hemmungen von links und rechts, in der Bewegung anlässlich des Hungerstreiks der politischen Gefangenen in der zweiten Hälfte November und im Kampfe gegen die Entstaatlichungsgelüste der Industriellen und fuer die Erfassung der Sachwerte an die Massen heranzukommen.[168] Es gelang ihr hier, die U.S.P. einige Zeit von der

166 Der 2. (7.) Jenaer Parteitag (22.–26.8.1921) der KPD in Jena, auf dem Ernst Meyer und Ernst Reuter zu Parteiführern gewählt wurden (siehe Dok. 57).

167 Der profilierte Demokrat, Zentrumspolitiker und Reichsfinanzminister Matthias Erzberger wurde am 26.8.1921 von den ehemaligen Marineoffizieren Heinrich Tillessen und Heinrich Schulz durch mehrere Pistolenschüsse getötet. Beide waren ehemalige Freikorpsangehörige und Mitglieder der ultrarechten Marinebrigade Ehrhardt, die 1920 den Kapp-Putsch organisiert hatte.

168 Der Jenaer Parteitag forderte u.a. die Erfassung der Sachwerte unter Kontrolle der Kontrollausschüsse, Erfassung und Beschlagnahme der Goldwerte für den Staat sowie die Beschlagnahme der Gold-Werte in Verbindung mit Arbeitskontrolle, auch der ADGB forderte in seinem 10-Punkte-Programm vom 21.11.1921 eine 25prozentige Besteuerung der Sachwerte. Am 4.7.1923 brachte die KPD im Reichstag einen Antrag auf „Erfassung der Sachwerte durch eine zu bildende Arbeiterregierung" ein. Gegen die ökonomische, währungspolitische und soziale Katastrophe wurde die Erfassung und „Zwangssyndizierung" aller Sachwerte einschließlich der Sachvermögen zu 51% durch den Staat vorgeschlagen. Hierin wurde die Bedingung für eine „grundlegende Umgestaltung der gesamten Wirtschafts-, Finanz und Steuerpolitik" gesehen (Bernhard H. Bayerlein: Der Deutsche Oktober 1923. Materialien zur Dokumentation des Aufbau-Verlags Berlin. In: *The International Newsletter of Communist Studies Online*, Update 17/1, 10.1.2004).

S.P.D. zu trennen und der Bewegung durch Zusammenfassung der Betriebsdelegationen aus dem Reiche einen äusseren Ausdruck zu geben. Mit den „Enthüllungen" des „Vorwärts" über die Märzaktion (Eberlein) begann die S.P.D. eine grosse Kommunistenhetze, sodass die Partei im Januar wieder ziemlich isoliert wurde. Mitten in ihrem Gesundungsprozess, wenn auch noch stark geschwächt, verfolgte die Partei beim Eisenbahnerstreik im Februar zum ersten Male wieder eine den objektiven Verhältnissen völlig entsprechende Taktik: Sie stand als einzige Partei bedingungslos zu den Streikenden, machte deren Forderungen zu den eigenen, liess sich nicht von den Massen trennen und gewann so viele Sympathien unter einer Gesellschaftsschicht, die erstmals in einen grossen sozialen Kampf getreten war.[169]

Der Erfolg dieser Taktik zeigte sich in der gesteigerten Aktivität, mit der die späteren Aktionen von der Partei trotz grösster Widerstände durchgeführt wurden. So ist zweifellos selbst die von geringeren äusseren Erfolgen begleitete Kampagne um den Weltarbeiterkongress,[170] die sich um die Berliner Konferenz herum bewegte, bei der Neuartigkeit der Methode, an die Massen auch von oben heranzukommen, ein Zeichen, dass sich die deutsche Partei, wenn auch langsam, von den alten Schlägen erholte und daraus gelernt hatte. Am 20.4. demonstrierte sie zusammen mit der U.S.P., am 1.5. war in den meisten Bezirken auch die S.P.D. zum gemeinsamen Vorgehen gezwungen, und zwar trotz der heftigsten und demagogischsten Hetze beider sozialdemokratischen Parteien wegen der S.R., die am Parteitag der U.S.P. Anfang Januar eingesetzt hatten, als Abwehr der deutschen Hungerstreiks, und die ein verzweifeltes Mittel der Reformisten wurden zur Abwendung des Zwanges, die Kommunisten vor den Massen offen anerkennen zu müssen.

In allen Krisen, in die die Reichsregierung wegen der Reparationen geriet, bekämpfte die Partei entschieden die Unterstützung der Erfüllungspolitik Wirths durch die Arbeiterparteien und trennte sich dabei in jeder Situation klar ab von allen anderen Parteien. Bei dem bei jedem neuen Marksturz einsetzenden Emporschnellen der Teuerung und der daraus folgenden Verringerung des Realeinkommens der Massen hat die K.P.D. ihre „offene Brief"-Taktik fortgesetzt.[171] Sie griff jedes mal die jeweiligen Forderungen der Gewerkschaftsspitzen auf, verlangte vor den Massen ihre Durchführung und führte den Kampf „um das Stück Brot". In den unzähligen Lohnstreiks zeigte sie den Massen die Unzulänglichkeit der Forderungen der Gewerkschaftsführer. In den Kämpfen um die Arbeitszeit war sie die einzige Verteidigerin

---

169 Gegen den auf seinem Höhepunkt bis zu 800.000 Teilnehmer umfassenden Generalstreik der Eisenbahner im Februar/März 1922 versuchte Reichspräsident Ebert, per Dekret ein Streikverbot für Angehörige der Reichsbahn durchzusetzen. Der Streik wurde seitens des ADGB unter Hinweis auf eine drohende Weiterführung durch die Kommunisten abgebrochen (siehe aus Sicht der KPD: Paul Frölich: Das Verbrechen an den Eisenbahnern. Der Februarstreik und seine Lehren, Berlin, Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, 1922),

170 Siehe hierzu Dok. 65.

171 Gemeint ist der offene Brief der KPD an alle Arbeiterorganisationen vom Januar 1921, der erstmals die Einheitsfrontpolitik manifestierte. Siehe hierzu Dok. 37.

bestehender Rechte. In all den Kämpfen beider Art war sie aber zu schwach, die Führung zu übernehmen. Besonders in den gewerkschaftlichen Kämpfen fehlt der Partei noch jede „Routine“, obwohl sie ein grosses Gerüst von Gewerkschafts- und Betriebsfraktionen aufgestellt hat.

Eine mit wenigen Ausnahmen kluge Taktik der Einheitsfront führte die Parteizentrale in der Bewegung gegen die Monarchistendemonstrationen (Regimentsfeiern)[172] und nach dem Rathenaumord[173] durch. Gegen den Widerstand der SPD und auf Zureden der Führer des ADGB,[174] (die eben in Leipzig auf dem Gewerkschaftskongress ihre Stellung bedenklich erschüttert fanden), wurden im ganzen Reiche gemeinschaftlich Aufrufe herausgegeben und gemeinsam zwei- bzw. dreimal demonstriert. Hier beschränkte sich die Partei zu Beginn der Aktion schon ohne Schwanken (abgesehen von der Berliner Bezirksleitung, die wiederholt die Einheitsfronttaktik offen oder indirekt sabotierte), lediglich auf die Forderungen der Verteidigung der bestehenden Republik und die Sammlung aller Kräfte zum Kampfe gegen die Reaktion. Dabei wurden an einzelnen Orten einige unverzeihliche Fehler begangen, wo die Partei sich mundtot machen liess, wie z.B. in Berlin bei der Demonstration am 4. Juli, oder wie in Düsseldorf, wo von uns Propaganda für die Zeitungen der SPD und USPD gemacht wurde. usw. usw. Im allgemeinen war die politische Linie aber – entsprechend der keineswegs revolutionären Lage, der Unbeweglichkeit der Massen, dem immer noch ausserordentlich starken Einfluss der Amsterdamer, der infolge der geringen Arbeitslosigkeit verschleierten Verelendung der Massen –, durchaus richtig.

172 Nach dem Mord an Außenminister Rathenau forderte auch Otto Wels als Parteivorsitzender der SPD im Reichstag ein „rücksichtsloses Verbot all der Regimentsfeiern und -appelle, die doch lediglich zum Gegenstand monarchistischer, antirepublikanischer Kundgebungen werden.“ (Aussprache des Reichstags nach der Ermordung des Reichsaußenministers Rathenau, 25. Juni 1922. In: Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte, Bd. 356, 8041–8074. Digitale Ressource).

173 Am 24.6.1922 wurde in Berlin-Grunewald auf der Fahrt ins Auswärtige Amt Außenminister Rathenau von Angehörigen der ultrarechten Organisation Consul (OC) ermordet. ADGB, AfA, SPD, USPD und KPD veröffentlichten einen gemeinsamen Aufruf zum Ausstand mit der Aufforderung zum Schutz der Republik. Das daraufhin im Juli beschlossene Gesetz zum Schutz der Republik wurde allerdings vornehmlich gegen die Linke umgesetzt.

174 Der im Juli 1919 gegründete Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) war mit acht Millionen Mitgliedern 1920 (3,5 Millionen 1932) der bei weitem größte Gewerkschaftsdachverband der Weimarer Republik. Der sozialdemokratisch dominierte Verband mobilisierte unter seinem Vorsitzenden Carl Legien entschieden für den Generalstreik gegen Kapp 1920. Unter Theodor Leipart (1867–1947) erklärte sich die ADGB-Führung 1933 für politisch neutral. Ihre „positive Mitarbeit“ verhinderte nicht die im Mai 1933 erfolgende Zerschlagung und die Verfolgung der im Widerstand stehenden Gewerkschaftsmitglieder. Aufgrund ihrer Spaltungspolitik (siehe: Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) gelang es der KPD nicht, diesen Prozess maßgeblich zu beeinflussen. Siehe: Gerard Braunthal: Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund. Zur Politik der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, Aus dem Amerikanischen übersetzt von Joachim Voss, Köln, Bund-Verlag, 1981 (Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung. 21); Detlev Brunner: Bürokratie und Politik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. 1918/19 bis 1933, Köln, Bund-Verlag, 1992 (Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung. 55).

Dok. 75b

Vorschlag Lenins an Trotzki zur Durchsetzung der Einheitsfrontpolitik gegen die KPD-Linke

[Moskau], 18.11.1922

Autograph in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 2/1/24439. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lenin: Neizvestnye dokumenty, S. 564–566.

Gen. Trotzki!
Anbei sende ich den Brief von Sin[owje]w.[175]

Sie wollen Meyer [aus der Parteiführung] herauskegeln und schreien deswegen gegen den Ausschluss der „Linken" an!!![176]

Ich denke, wir müssen als Partei einen Brief schreiben, ich empfehle, einen der Linken in das ZK zu nehmen, dann auf dem Parteitag [die Frage der] T[aktik] u[nd] O[rganisation] abzuschließen[177] und darüber hinaus auf dem Parteitag einen Brief gegen Fraktionen und Stänkereien zu verabschieden.[178]

---

175 Der Brief ist den Herausgebern der russischen Ausgabe zufolge nicht überliefert.

176 Gemeint ist die gemeinsame Sitzung der Delegationen der RKP(b) und der KPD während des IV. Weltkongresses am 16.11.1922, auf der die Frage der Arbeiterregierung besprochen wurde.

177 "T u O" im Original deutsch. Die russischen Herausgeber der Lenin-Dokumente sind der Auffassung, dass sich Lenin hier auf den bereits 1921 nach der Märzaktion erschienen Sammelband bezieht (siehe: Taktik und Organisation der revolutionären Offensive. Die Lehren der Märzaktion. Hrsg. von der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), Leipzig, 1921). Eine plausiblere Erklärung bezieht sich auf ein „Organ der linken Opposition" (Firsov: Die Hilfe der Komintern, S. 45) unter dem Titel *Taktik und Organisation, Organ der KPD. Kommunistische Partei Deutschlands. Bezirk Berlin-Brandenburg*, das tatsächlich seit Dezember 1921 erschien und im Dezember 1922 eingestellt wurde. Lenin ging es (gemeinsam mit Trotzki) seit dem III. Weltkongress im Sinne einer durch die Linke gefährdeten Bestandsgarantie für die Komintern darum, die Taktik der Einheitsfront in den kommunistischen Parteien – und besonders der KPD – definitiv zu verankern. Für eine solche Interpretation spricht auch die von Lenin, Trotzki, Sinowjew, Radek und Bucharin einige Tage später noch auf dem Weltkongress abgegebene Grundsatzerklärung für die Einheitsfrontpolitik und die Übergangsforderungen: „Angesichts dessen, dass der Streit darüber, welche Formulierung den Uebergangsforderungen gegeben werden soll, und in welchem Teile des Programmes sie untergebracht werden sollen, vollkommen unrichtig den Anschein eines prinzipiellen Gegensatzes erweckte, bestätigt die russische Delegation einstimmig, dass die Aufstellung von Uebergangsforderungen in den Programmen der nationalen Sektionen und ihre allgemeine Formulierung und theoretische Begründung in dem allgemeinen Teil des Programmes [der Komintern] nicht als Opportunismus aufgefasst werden können." (Erklärung der russischen Delegation. In: Lenin, Briefe, IX, S. 550, Anm. 555).

178 Der 8. Parteitag der KPD fand vom 28.1.–1.2.1923 in Leipzig statt. Einen Brief der russischen Partei an die KPD hat es genauso wenig gegeben wie einen Brief des Kongresses gegen das offensichtlich fraktionelle Vorgehensweise der Linken um Ruth Fischer und Arkadi Maslow, die sowohl die Einheitsfront als auch die Arbeiterregierung ablehnten, wie es die von Radek und Brandler formulierten Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung vorsahen. Die Kandidaten der Linken

Man sagt, auch Zetkin sei gegen E. Meyer im ZK. Stimmt das?
Geben Sie mir den Brief Sin[owje]ws zurück. […]

Ihr Lenin

Dok. 75c

Das Präsidium des IV. Weltkongresses zur Frage der Programme der kommunistischen Parteien

[Moskau], o.D. [20.11.1922]

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 491/1/287, 5, 10. Veröffentlicht in: Lenin: Briefe, Bd. IX, S. 355.

Vorschlag des Präsidiums des IV. Kongresses zur Programmfrage.[179]

1. Alle Programmentwürfe werden der Exekutive der Komintern oder einer von ihr bestimmten Kommission überwiesen zum Zweck des Studiums und der detaillierten Bearbeitung. Die Exekutive der Komintern ist verpflichtet, in kürzester Frist alle Programmentwürfe, die bei ihr einlaufen, zu publizieren.

2. Der Kongress bestätigt, dass die nationalen Sektionen der Komintern, die noch keine nationalen Programme besitzen, verpflichtet sind, sofort an ihre Ausarbeitung zu gehen, um sie spätestens drei Monate vor dem V. Kongress der Exekutive zu unterbreiten zwecks Bestätigung durch den nächsten Kongress.

3. In den Programmen der nationalen Sektionen muss die Notwendigkeit des Kampfes für die Uebergangsforderungen mit aller Klarheit begründet werden, wobei die ent-

wurden zunächst nicht gewählt, dann jedoch auf Druck Radeks und Sinowjews doch kooptiert. Siehe: Broué: Révolution en Allemagne, S. 641ff.; Mario Keßler: Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1895–1961), Köln-Weimar-Wien, Böhlau, 2013, S. 119–123 (Zeithistorische Studien. 51). Von einem offenen Brief des Kongresses spricht nur Reisberg (An den Quellen, S. 673).

179 Der Titel des (sprachlich leicht verbesserten) Dokuments in der Lenin-Briefedition lautet: „Entwurf einer Resolution des IV. Kongresses der Komintern zur Frage des Programms der Kommunistischen Internationale. Vorschläge, angenommen auf der Beratung der Fünfergruppe des ZK (Lenin, Trotzki, Sinowjew, Radek, Bucharin), 20. November 1922." Nach dem Ausbruch scharfer Diskussionen auf dem IV. Weltkongress der Komintern über die Programmfrage, in denen die Linken, darunter nicht zuletzt Bucharin, die Übergangsforderungen als opportunistisch kritisierten, wurde beim Präsidium eine Unterbrechung beantragt und eine Beratung des Büros der Delegation der KPR(b) im EKKI einberufen, auf der das vorliegende Dokument verabschiedet wurde. Es ist zugleich eines der letzten maßgeblich von Lenin redigierten Leitdokumente der Komintern. Mit geringfügigen Änderungen wurde es als Resolution des Weltkongresses angenommen (Lenin: Briefe, Bd. 9, S. 550f.; Protokoll des vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale. Petrograd-Moskau vom 5. November – 5. Dezember 1922, Hamburg, Hoym, 1923, S. 542–544 (Bibliothek der Kommunistischen Internationale. 38)).

sprechenden Vorbehalte über die Abhängigkeit dieser Forderungen von den konkreten Bedingungen der Zeit und des Ortes gemacht werden müssen.[180]

4. Die theoretische Grundlage für alle Uebergangs- und Teilforderungen muss bestimmt gegeben werden in dem allgemeinen Programm [muss eindeutig in dem allgemeinen Programm gegeben werden], wobei der IV. Kongress gleichermassen entschieden die Bestrebungen verurteilt, die Einführungen der Uebergangsforderungen in das Programm als Opportunismus darzustellen, wie auch alle Versuche, die grundlegenden revolutionären Aufgaben durch Teilforderungen zu vertuschen oder zu ersetzen.

5. In dem allgemeinen Programm müssen klar die grundlegenden historischen Typen der Uebergangsforderungen der nationalen Sektionen dargestellt werden, gemäss den grundlegenden Unterschieden in der ökonomischen und politischen Struktur der verschiedenen Länder, wie z.B. Englands einerseits, Indiens andererseits usw.

180 Die Bedeutung der Programme für die einzelnen kommunistischen Parteien zielt besonders auf Deutschland, wo man erneut die nächste Station der proletarischen Revolution in Europa sieht (siehe hierzu u.a. Sinowjew in seiner Einführungsrede (Protokoll, S. 37). Die hier formulierte definitive Klärung auf dem V. Kongress erfolgte nicht.

1923

Dok. 76

Empfehlung des Instituts für Weltwirtschaft und Weltpolitik („Büro Varga"/Berlin) für die Einheitsfront als „Sammelparole zur Verteidigung der Arbeiterrechte"

Berlin, Mitte Januar 1923

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 504/1/155, 2, 12–13. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Dam'e/Komolova/Korčagina/Širinja: Komintern protiv fašizma, S. 73–75.

Bericht No 31
ueber die politische Lage Deutschlands und die Arbeiterbewegung bis 14. Januar 1923.

In der innerpolitischen und sozialen Lage Deutschlands zeigt sich jetzt immer deutlicher, dass fuer die Arbeiterbewegung mit dem 14. November 1922 eine neue Epoche begonnen hat:

Der Regierungsantritt des Generaldirektors Cuno mit seinem rein bürgerlichen Kabinett bedeutet den entschiedenen Beginn der politischen Alleinherrschaft des Buergertums unter steigendem Verlust jedes politischen Einflusses der reformistischen Arbeiterfuehrer. [...]

[...] 9. Die nahende Wirtschaftskrise, eine gewisse Erleichterung des reformistischen Druckes auf die sozialdemokratischen Arbeiter, die soziale Gaehrung unter den christlichen Arbeitern und Angestellten[1] und die wachsende Empoerung der kleinbuergerlichen Schichten, (Beamte, Geschaeftsleute, Handwerker, Rentner, Intelligenz) gegen die Herabdrueckung ihrer Lebenslage unter das allgemeine Niveau muessen schon fuer die allernaechste Zeit die Vorbedingungen schaffen fuer eine Einheitsfront der breitesten Volksschichten: u[nd] zw[ar] entweder *konterrevolutionaer* unter Fuehrung des mehr oder weniger geeinten Buergertums in der nationalen Einheitsfront und unter der Parole: „Gegen das Versailler Schanddiktat, nieder mit den Erbfeinden!" Gelegentlich auch unter Hitlers Parole: „Nieder mit den Novemberverbrechern!"[2] Oder *revolutionaer* unter Fuehrung der K.P.D. und den Parolen: "Gegen die kapitalistischen Schieber und Wucherer!", „Fuer die Arbeiterregierung"!

---

1 Christliche Arbeiter waren sowohl im ADGB, als auch in den christlichen Gewerkschaften organisiert.

2 Als „Novemberverbrecher" wurden von nationalsozialistischer und ultrarechter bzw. nationalistischer Seite die Politiker diffamiert, die 1918 die Kapitulation und den Vertrag von Versailles unterzeichnet hatten und damit zu Verantwortlichen für die Niederlage Deutschlands im 1. Weltkrieg gemacht wurden.

10. Das Entstehen der konterrevolutionaeren Einheitsfront, die von einer starken Massenbewegung der Nationalsozialisten begleitet werden koennte, und die zu einer darauffolgenden restlosen Entrechtung der Arbeiterschaft, d.h. des endlichen Sieges der kapitalistischen Offensive fuehren wuerde, ist in Deutschland zu verhindern nur durch die Einheitsfronttaktik mit allen Konsequenzen, nicht allein als ein Mittel zur Zertruemmerung der Sozialdemokratie, sondern in erster Linie als eine Sammelparole zur Organisierung der Verteidigung der letzten Arbeiterrechte, von wo aus die K.P. das Vertrauen der Massen gewinnen und zur Herrschaft gelangen kann.

Die Konkretisierung dieser Taktik durch die K.P.D. macht leider noch geringe Fortschritte, wenn es auch scheint, als ob der bisher hemmende Einfluss einiger Fuehrer der Berliner Bezirksleitung[3] durch deren scheinbare Wandlung jetzt anspornend wirkt.

Dass jetzt in der Partei – und zwar auf Anregung und Anordnung der Reichszentrale – der Uebergang zur Illegalitaet nicht nur diskutiert, sondern schon vorbereitet wird, obwohl tausend Moeglichkeiten legalen Arbeitens noch nicht erschoepft sind, im Gegenteil viele Moeglichkeiten einfach unausgenuetzt bleiben, laesst[4] das Entstehen eines Fatalismus unter der Mitgliedschaft der ganzen Partei befuerchten, wie sie sich bereits in der Berliner Organisation breit macht. (Ein deutlicher Ausdruck dafuer ist die starke Stroemung fuer den Austritt aus den Gewerkschaften.)

Unter diesen Umstaenden koennen die Aussichten auf Herstellung der revolutionaeren Einheitsfront, dies setzt in Deutschland voraus die Verhinderung der konterrevolutionaeren Einheitsfront, nicht guenstig genannt werden. [...]



Am 11.1.1923 stimmte das Politbüro des ZK der KP Russlands der vom Rat der Volkskommissare vorgeschlagenen Unterzeichnung eines Konzessionsvertrags mit Krupp zu.[5]

Am 12.1.1923 erfolgte per Telefonumfrage ein Beschluss des Politbüros des ZK der KP Russlands nach dem „Vorschlag des Gen. Stalin über einen Aufruf des Gesamtrussischen Zentralen Exekutivkomitees an die Völker Europas oder eine Note der Sowjetregierung an die Staaten Europas aus Anlass der gewaltsamen Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen und der dadurch über Europa heraufbeschworenen Gefahr eines neuen Krieges." Das Politbüro beauftragte das NKID, einen entsprechenden Aufruf „an die Völker Europas" bis zum 13.1. zu erarbeiten. Am 14.1. wurde der Aufruf in der *Izvestija* publiziert.[6]

---

3 Tatsächlich hatten Ruth Fischer und Arkadi Maslow nur in Anwesenheit der politischen Führer der Bolschewiki und der Komintern in Moskau in die Einheitsfrontpolitik eingewilligt; nach Deutschland zurückgekehrt, gingen sie wieder in Opposition, oftmals unter Verunglimpfung von Parteiführern wie Ernst Meyer oder Heinrich Brandler und unter Anwendung fraktioneller Methoden. Karl Radek entschied sich erst während der Vorbereitungen des gescheiterten „Deutschen Oktober" Ende des Jahres dagegen vorzugehen, als es bereits zu spät war, auch für ihn selbst.

4 Als Fußnote im Original eingefügt: „so selbstverstaendlich diese Vorbereitungsarbeit auch ist,"

5 RGASPI, Moskau, 17/3/329, 1.

6 APRF, Moskau, 3/64/690, 1. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 52.

Am 25.1.1923 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands, eine Kommission aus Skljanskij, Rozengol'c und einem Militär (später ausgewählt: Boris Šapošnikov) für einige wenige Tage nach Deutschland zu entsenden, um die „militärisch-politische Lage zu klären." Dabei ging die sowjetische Führung von einem Krieg aus, der sowohl der Sowjetunion als auch Deutschland aufgezwungen werden könne, daher müsse man gemeinsame Vorkehrungen treffen für den Krisenfall, mit dem man für den Sommer rechnete. Weder solle man sich dabei von deutschen Revanchestimmungen einnehmen lassen noch konkrete militärstrategische Zusagen machen, sondern lediglich entsprechende Rüstungsvorkehrungen treffen und entsprechend die Investitionsbereitschaft der Deutschen schüren. Entsprechende Verhandlungsanweisungen wurden von Trotzki wenige Tage später entworfen. Die Kommission verhandelte am 4. und 6. Februar in Deutschland mit von Seeckt und anderen Reichswehrführern, man beschloss eine umfangreiche Rüstungskooperation.[7]

Am 27.1.1923 stimmte das Politbüro des ZK der KP Russlands für den Vorschlag Trotzkis, 100.000 Goldrubel für streikende Arbeiter in Deutschland bereitzustellen. Stalin bestand erfolgreich darauf, dass die Summe, die von den sowjetischen Gewerkschaften bereitgestellt wurde, nicht über die russische Handelsvertretung in Deutschland, sondern über das ZK der KPD übergeben wurde.[8]

Dok. 77

Instruktion der Komintern an die KPD für ein gemeinsames Vorgehen mit der KP Frankreichs im Sinne der Einheitsfrontpolitik

Moskau, 16.2.1923

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/175a, 56–57. Erstveröffentlichung.

An die Zentrale der Komm. Partei Deutschlands
Berlin.

Werte Genossen!
Das Präsidium hat in seiner Sitzung vom 11. Februar beschlossen, der französischen und deutschen Partei vorzuschlagen, einen gemeinsamen offenen Brief an die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften der beiden Länder zu richten, mit der Aufforderung, eine Einheitsfront mit den Kommunisten zu bilden.[9]

---

7 APRF, Moskau, 03/64/644, 110. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 57. Beirichte über Verhandlung der Kommission siehe: Ibid., Dok. 61.
8 RGASPI, Moskau, 17/3/334, 4. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 149.
9 Die KPD reagierte mit einem Beschluss der Zentrale zur verstärkten Propaganda der deutschen und französischen Kommunisten unter den Besatzertruppen (siehe: *Die Rote Fahne*, 15.2.1923). Der gemeinsame Brief sollte gegen die Rheinlandbesetzung gerichtet sein, die das Krisenjahr 1923 einläutete. Gemeinsame, jedoch nicht immer einvernehmliche und von staatlicher Repression gegen die französischen Kommunisten begleitete Initiativen seitens der KPF und der KPD führten nach der Essener Konferenz (6.–7.1.1923) zur Abhaltung einer weiteren internationalen Konferenz in Frankfurt am Main (17.–20. März). Französische Teilnehmer der durch ein Aktionsprogramm deutscher und französischer Arbeiter untermauerten internationalistischen Solidaritätsaktionen wurden verhaftet und in den Me-

Das Präsidium ist der Meinung, dass trotz der bereits durch die Kommunistischen Parteien in letzter Zeit getanen ähnlichen Schritte und trotz der ablehnenden Antworten der Sozialdemokraten und Amsterdamer [Gewerkschaftsinternationale] dennoch die jetzige Situation einen erneuten Versuch rechtfertigt. Die Kommunistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands haben vor den Augen der breitesten Massen den Beweis erbracht, dass sie die einzigen Parteien sind, die einen ernsthaften Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr führen können und führen wollen. Die französischen Sozialdemokraten und Amsterdamer müssen auf die Dauer mit der Tatsache rechnen, dass die Kommunistische Partei Frankreichs die stärkste politische Partei des französischen Proletariates ist und zusammen mit der C.G.T.U.[10] wohl imstande ist, die breiten Massen zu beeinflussen.

Die deutschen Sozialdemokraten und Amsterdamer haben es erleben müssen, dass die Massen ihrer Mitglieder unter dem Druck der politischen und ökonomischen Krise gegen ihre bisherigen Führer rebellieren und immer stürmischer den Bruch mit der bisherigen Burgfriedens- und Arbeitsgemeinschaft fordern. Die Kommunistische Partei Deutschlands hat in den letzten Wochen ganz zweifellos an politischem Einfluss bei den Massen gewonnen und zwar weit über die Kreise des eigentlichen Industrieproletariates hinaus. Das deutsche Proletariat hat gesehen, dass einzig die Kommunistische Internationale imstande ist, beachtenswerte Kräfte in Frankreich und anderen Ententeländern zu mobilisieren, die den Gewalttätigkeiten des französischen Imperialismus sich entgegenstemmen. Ein gemeinsamer Schritt der beiden grossen kommunistischen Parteien wird in dieser Situation zweifellos einen starken Nachhall in den Massen finden, wird den Druck der sozialdemokratischen Arbeiter auf ihre reformistischen Führer verstärken und falls diese ein Zusammengehen mit den Kommunisten erneut ablehnen, die Krise in der Sozialdemokratie vergrössern.

Wir ersuchen Euch deshalb, sofort mit der Kommunistischen Partei Frankreichs Form und Inhalt des offenen Briefes zu vereinbaren, und gleichzeitig mit dem offenen Brief eine entsprechende Kampagne für die Einheitsfront auf breitester Grundlage zu organisieren.[11]

---

dien als germanophile Vaterlandsverräter dargestellt (siehe: Joachim Schröder: Internationalismus nach dem Krieg. Die Beziehungen zwischen deutschen und französischen Kommunisten 1918–1923, Essen, Klartext, 2008, S. 149–154; Siegfried Bahne (Hrsg.): Origines et débuts des Partis Communistes des pays latins 1919–1923, Dordrecht, Reidel, 1970, S. 445ff. e.a. (Archives de Jules Humbert-Droz, I. Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam)).

10 CGTU (Abk.) – *Confédération du Travail Unitaire*, die mehrheitlich aus Syndikalisten und Kommunisten gebildete französische Gewerkschaftszentrale.

11 Nachdem bereits ein Aufruf der rheinisch-westfälischen Betriebsräte an alle reformistischen und kommunistischen Parteien, Gewerkschaften und Arbeiterinternationalen erlassen wurde (siehe: La Correspondance Internationale III, S. 106ff.), ging von der Frankfurter Konferenz ein Manifest „An die Arbeiter aller Länder" gegen den „Ruhrkrieg" aus. Hierin wurde vor einem Umschlagen des „Wirtschaftskrieges an der Ruhr [...] in einen neuen, entsetzlichen Krieg" gewarnt, die deutschen Arbeiter wurden zur Fraternisierung mit den französischen Soldaten aufgefordert (zur Literatur siehe die vorangegangene Anmerkung).

Mit kommunistischem Gruss
[Sign.:] O.W. Kuusinen
Sekretariat des EKKI



Am 26.2.1923 benannte das Politbüro des ZK der KP Russlands eine Kommission, bestehend aus Aleksandr Cjurupa, Leonid Krasin, Sokol'nikov und Litvinov, zur Erörterung der Frage des Verkaufs von Getreide an die deutsche Regierung.[12] Nach zahlreichen Interventionen des Politbüros wurde ein entsprechender Vertrag, der den Export von 20 Millionen *pud* [1 pud = 16 kg] Getreide nach Deutschland im Austausch gegen sowjetische Industriebestellungen festlegte, am 3.7.1923 abgeschlossen.[13] Zeitgleich wurde in einem Aufruf der RGI an die „Arbeiter der ganzen Welt" die Lieferung von ½ Million *pud* Brot angekündigt. Im Ruhrgebiet wurden 800 Waggons mit „Russenbrot", die von Kontrollausschüssen vor Ort verteilt werden sollten, der IAH übergeben.

Dok. 78

Brief Stalins an Sinowjew zur Eroberung der politischen Macht durch die kommunistischen Parteien

[Moskau], 4.5.1923

Autograph in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/734, 14–14v. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 151.

Gen. Sinowjew!
Der Entwurf ist den Grundzügen annehmbar und notwendig.[14] Man muss den Führern der westlichen Komparteien *einhämmern*, dass diese Komparteien entschieden die Perspektive einer *führenden* politischen Kraft in ihrem Land ins Zentrum rücken müssen, dass es sonst keinen Sinn macht, von der „Eroberung" der politischen Macht zu faseln, dass sie zu einer solchen Kraft nur werden können, nachdem sie die Unterstützung der revolutionären Elemente auf dem Lande erobert haben, und dass man dafür unter anderem die neue Losung einer Arbeiter-und-Bauern-Regierung aufstellen muss, oder, wenn Sie wollen, die Losung einer Arbeiterregierung, die sich auf die Sympathie der revolutionär-demokratischen Schichten der Bauern stützt.[15]

---

12 RGASPI, Moskau, 17/3/338, 7.
13 RGASPI, Moskau, 17/3/338, 7. Siehe Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 70, 71, 77, 78, 80, 94, 95.
14 Vom 12.–23.6.1923 versammelten sich 50 Vertreter von 26 kommunistischen Parteien in Moskau zur Dritten erweiterten Tagung des EKKI (Drittes EKKI-Plenum). Clara Zetkin trug dort ein stark beachtetes theoretisch vergleichendes Grundsatzreferat über den Faschismus vor. Sie bezeichnete diesen als die Antwort reaktionärer Kreise in Italien, Bulgarien und Deutschland auf die siegreiche Oktoberrevolution. Unter Anwesenheit von Böttcher, Walcher und Ewert wurde eine Resolution für die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung angenommen. Radek hielt zu diesem Anlass seine berühmte „Schlageter-Rede", die in der Literatur ein weitaus breiteres Echo hinterließ.
15 Für die von der Erweiterten Exekutive verabschiedeten Thesen zur „Arbeiter- und Bauern-Regierung" siehe: Protokoll der Konferenz der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale.

Eine solche Herangehensweise würde die Komparteien des Westens sofort auf ein neues Gleis stellen und sie auf den großen Pfad des politischen Kampfes um die Mehrheit im Land führen.

I. Stalin[16]

Dok. 79

Tätigkeitsbericht der Komintern-Kommission für illegale Arbeit von Januar bis Mai 1923

[Moskau], 26.5.1923

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/27/12, 6–7. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 412–416.

S[treng] geheim
(nur für Mitglieder des Präsidiums des EKKI).

Bericht der Kommission für illegale Arbeit[17]
Die Kommission für illegale Arbeit wurde vom Präsidium des EKKI auf Beschluss des IV. Kongresses der Komintern geschaffen[18] und nahm ihre Arbeit im Januar [19]23 auf. Sie besteht aus vier Genossen, die eine große Erfahrung in der Untergrundarbeit besitzen: Gen. Pjatnitzki, Trilisser, Jaroslavskij, Próchniak (bis Anfang Februar) und Mickiewicz-Kapsukas (seit Mitte Februar). Der Sekretär der Kommission war ständig

---

Moskau, 12.–23. Juni 1923, Hamburg, Hoym, 1923, S. 278–285. (Bibliothek der Kommunistischen Internationale. 40).

16 Während vom schwerkranken Lenin seit November 1922 keine grundlegenden Stellungnahmen und Texte zur Komintern mehr vorliegen, ist der Brief an Sinowjew ein früher Beleg für Stalins Anspruch, sich leitend an den Kominternangelegenheiten zu beteiligen.

17 Wie auch die Kommission zur Arbeit in der Armee, mit der sie in ständigem Kontakt stand, arbeitete die „Ständige illegale Kommission" mit enger Unterstützung der Tscheka (später GPU) und des Revolutionären Militärrates Sowjetrusslands. 1926 wurde die „Ständige illegale Kommission" angesichts der festgestellten „relativen Stabilisierung des Kapitalismus" und der „Pause im revolutionären Kampf" offenbar im Zuge der Liquidierung des für die Kommission zuständigen Orgbüros Ende 1926 aufgelöst. Fragen konspirativen Charakters wurden fortan in der Engeren oder Kleinen Kommission des Politsekretariats besprochen, die Befugnisse gegenüber den Komintern-Sektionen gingen in den Zuständigkeitsbereich der Ländersekretariate und der Organisationsabteilung des EKKI über (siehe: Bayerlein: Transnationale Netzwerke und internationale Revolution; Adibekov/Šachnazarova/Širinja: Organizacionnaja struktura, S. 81, 129).

18 Der IV. Weltkongress nahm auf der Sitzung am 2.12.1922 die Resolution über die Reorganisierung der Komintern an. In einem der Veröffentlichung nicht unterliegenden Punkt wurde das Präsidium des EKKI beauftragt, sich verstärkt mit der Vorbereitung der Parteien auf die illegale Arbeit zu beschäftigen (RGASPI, Moskau, 491/1/243, 81–82).

im Dienst, zunächst Gen. Próchniak (vor seiner Abreise aus Moskau), danach Gen. Mickiewicz-Kapsukas.

Die Kommission beschäftigte sich mit der Anleitung zur illegalen Arbeit, vor allem in *Italien*. Sie schrieb drei lange Briefe an das ZK der KPI mit Instruktionen darüber, welche Organisationsformen und Arbeitsmethoden in der gegebenen veränderten Lage am zweckmäßigsten seien. Die Fragen der Reorganisation der Partei, der Verbindungen, der illegalen Technik und der Konspiration nahmen großen Stellenwert ein. Die Kommission kann feststellen, dass die anfängliche Panik in der KPI vorüber ist, und die Partei eine planmäßigere und systematischere Arbeit aufgenommen hat, indem sie sich mehr oder weniger an die neuen Bedingungen der faschistischen Diktatur angepasst hat, obwohl in Zukunft noch die Überwindung zahlreicher alter organisatorischer Gewohnheiten ansteht. [...]

Die Kommission befasste sich auch mit der Arbeit in *Ungarn* und der *Tschechoslowakei*. Was Ersteres angeht, so konnte die Kommission nur die Notwendigkeit feststellen, erfahrene und erprobte Genossen dorthin zu entsenden, damit sie sich vor Ort ein Bild des Zustandes der Arbeit machen können. In der Tschechoslowakei wurden vorbereitende Maßnahmen zur Organisation von Untergrundarbeit bereits getroffen und zeitigten einige Resultate.

Noch mehr wurde in *Deutschland* geleistet, wo das Anwachsen faschistischer Organisationen unsere Partei dazu zwingt, ernsthafte Maßnahmen nicht nur in der Organisation des Arbeiterselbstschutzes zu treffen,[19] sondern auch im Sinne der Organisierung von Untergrundarbeit, da diese notwendig geworden ist. Die Kommission für illegale Arbeit hat auf Deutschland wenig Zeit aufgewendet, da die Deutsche Kompartei ohne fremdes Zutun mit dieser Arbeit zurechtkommt, und sich dabei im Großen und Ganzen an die Direktiven der Kommission des IV. Kongresses für illegale Arbeit hält. Die Kommission für illegale Arbeit bemüht sich nur darum, im Bezug auf das auf dem Laufenden zu bleiben, was die KPD in diesem Gebiet bewerkstelligt.

Auch in Frankreich wurden im Sinne der Lieferung von *Technik* einige wenige Aktivitäten entfaltet. [...]

Die Kommission kämpfte gegen die ungenügende Einhaltung der Konspiration, sowohl was die Kommunikation einzelner Sektionen der Komintern, als auch die Vertreter einiger Sektionen in Moskau angeht.

Schließlich sammelte die Kommission Materialien über den Zustand der Untergrundarbeit in den verschiedenen Ländern, über ihre Organisation, ihren Verbin-

19 Der Selbstschutz wurde bisher hauptsächlich von den Roten Sport- und Jugendorganisationen geleistet. Am 27.2.1923 beschloss das Polbüro den Aufbau eines Ordnerdienstes (OD), der vorerst defensive Aufgaben übernehmen und auch regelmäßig in Theorie und Praxis über den Bürgerkrieg berichten sollte. Auf Veranlassung der Komintern wurden dann seit März 1923 sowohl auf Reichs-, als auch auf Bezirksebene sogenannte „Dreierkommissionen" der Ordnerdienste aufgebaut, denen als Keimform der „Proletarischen Hundertschaften" und Pendant zu der Roten Garde in Russland im „Deutschen Oktober" 1923 eine Schlüsselrolle zugedacht war. Von 1924 an übernahm der Rote Frontkämpferbund Aufgaben des „Saal- und Selbstschutzes" (Bayerlein: Der Deutsche Oktober 1923. Materialien).

dungsaufbau, über die Arbeit in der Armee, über die faschistischen Organisationen usw. Leider teilen die einzelnen Sektionen der Komintern nur sehr dürftige Informationen zu diesen höchst wichtigen Fragen mit.

Auch beschäftigte sich die Kommission mit der Rekrutierung erfahrener Instrukteure für die Untergrundarbeit, was bis jetzt leider nicht von Erfolg gekrönt war. Die Kommission begann mit der Sammlung von Materialien aus der Untergrundarbeit und dem revolutionären Kampf der RKP, die unseren westeuropäischen und amerikanischen Genossen als Anschauungsunterricht dienen könnten.

Alle wichtigsten Briefe der Kommission wurden durch den Vorsitzenden des EKKI, Gen. Sinowjew, bestätigt.

Die Kommission arbeitet eng mit dem EKKI zusammen, gemeinsam wurde die Instruktion über die Arbeit in Armee und Flotte erarbeitet.

Die Kommission begutachtete und bestätigte die Resolution der Konferenz zur illegalen Arbeit der KJI.

Insgesamt hatte die Kommission vom 17.1. bis 22.V.23 12 Sitzungen, auf welchen 30 Fragen behandelt wurden.

Aus konspirativen Gründen kann die Kommission keinen detaillierteren Bericht liefern.

Der Sekretär der illegalen Kommission des EKKI:
V. Mickiewicz-Kapsukas

23.V.23



Am 14.6.1923 wurde im Politbüro des ZK der KP Russlands beschlossen, die Übereinkunft über den Verkauf von Getreide an die deutsche Regierung „in einem einzigen Vertrag, d.h. ohne Geheimabkommen“ zu besiegeln.[20]

20 RGASPI, Moskau, 17/3/360, 4.

Dok. 80

Empfehlung Radeks an Heinrich Brandler zur Absage der Demonstrationen am „antifaschistischen Tag“ in Deutschland

Moskau, 19.7.1923

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau 495/18/175a, 238. Erstveröffentlichung.

Karl Radek[21]
Moskau, den 19. Juli 1923

Lieber Heinz [d.i. Heinrich Brandler]!
Je aufmerksamer ich die Parteipresse lese, desto mehr unruhig bin ich, wegen des Anti-Faschistentages.[22] Ich fürchte, wir gehen in die Falle. Wir sind schlecht bewaffnet oder gar nicht bewaffnet. Die Faschisten sind zehnmal besser bewaffnet und haben gute Stosstrupps. Wenn sie wollen, können wir uns am 29. blutige Köpfe holen. Verbietet dazu die Regierung den Aufmarsch am 29. und suchen wir trotzdem zu demonstrieren, so geraten wir zwischen zwei Feuer. Wir führen eine Agitation, die, statt die Faschisten zu spalten, sie vereinigt. Ich sende Euch den Entwurf eines Aufrufs und schlage vor, ihn nicht nur in der gesamten Presse zu bringen, sondern in Matrizen an alle Provinzorte zu senden und in Millionen Exemplaren im Kleinbürgertum zu verbreiten, überall zu plakatieren. Ruft unbedingt vor dem 29. telegraphisch die Bezirksleiter nach Berlin ein, instruiert die Leute über die zweifache Linie (Verteidigung gegen die Faschisten, Gewinnung des Kleinbürgertums), gebt die Parole aus, nirgends zu provozieren,[23] fester, ruhiger Aufmarsch, tagtäglich Schlagzeilen auf der ersten Seite in diesem Sinne, ernennt verantwortliche Leute für die Durchführung der Demonstration.

Besten Gruss
[Sign.] K. Radek

21 Name handschriftlich.
22 Radek verbalisiert hier eine besonders von Stalin und Otto Kuusinen verlangte Entscheidung des EKKI-Präsidiums, die KPD zu instruieren, auf die Durchführung von Massendemonstrationen zum „Antifaschistischen Tag“ am 29.7.1923 zu verzichten. Sinowjew und Bucharin dagegen forderten aus ihrem Urlaubsort Kislovodsk Brandler zu einer härteren Gangart auf, ihr Telegramm wurde jedoch auf Betreiben Kuusinens und Stalin, hier auch – was selten vorkam – im Zusammenwirken mit Radek, nicht weitergeleitet. Angesichts des Regierungsverbots sollten Demonstrationen nur dort stattfinden (oder nur in geschlossenen Räumen), wo die KPD selbst flankierend eingreifen konnte. Innerhalb der KPD gab es darüber scharfe und wirkungsmächtige Auseinandersetzungen zwischen der Parteiführung um Brandler und der Linken um Ruth Fischer. Der „antifaschistische Tag“ selbst verlief ohne Zwischenfälle. Rückblickend meinte Trotzki, dass der revolutionäre Sommer 1923 verpasst worden sei.
23 Zur Absage des „antifaschistischen Tages“ und der Rolle Stalins siehe auch dessen Brief an Sinowjew vom 27.7.1923 (Dok. 81).

Dok. 81

Brief Stalins an Sinowjew mit dem Einverständnis zur Absage des „antifaschistischen Tages“

Moskau, 27.7.1923

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/734, 27. Erstveröffentlichung.

Brief Nr. 2.

Gen. SINOWJEW,
Heute erfuhr ich, dass die deutschen Genossen ihren alten Beschluss über die Demonstration widerrufen und sich mit der Einberufung von geschlossenen Versammlungen begnügt haben. Ich denke, das ist ein richtiger Entschluss.[24] Die Wirrköpfe [*čudaki*], sie wollten mit der Demonstration bis außerhalb Berlins ziehen, zu den Kasernen; in den Schlund [*chajlo*] der weißgardistischen Offiziere wollten sie herabsteigen. Die Analogie zu den Julitagen[25] hält einer Kritik nicht stand. In den Julitagen hatten wir die Räte [*sovety*], hatten wir ganze Kampfverbände, die Garnison in Piter [Petrograd] war demoralisiert. Die Deutschen haben nichts dergleichen, abgesehen von dem Sieg bei den Wahlen der Metallarbeiterverbandes,[26] der ihnen scheinbar zu Kopfe gestiegen ist. Gott sei dank, dass die Angelegenheit in einer guten Richtung ein Ende gefunden hat…[27]

Ich habe vergessen, Ihnen im ersten Brief zu schreiben, dass wir beschlossen haben, die Konvention über die Meerengen[28] zu unterzeichnen. Ich denke, dass dies

24 Es handelt sich um die Absage der Demonstrationen der KPD zum „Antifaschistischen Tag“ am 29.7.1923.

25 Gemeint ist der gescheiterte Aufstand der Bolschewiki gegen die Provisorische Regierung am 4. Juli 1917.

26 Gemeint sind die Betriebsratwahlen zum Deutschen Metallarbeiterverband (DMV), gegründet 1891, der mit ca. 1.600.000 Mitgliedern größten Einzelgewerkschaft des ADGB. Nach Angaben von Jacob Walcher konnte sich die KPD im Herbst 1923 allein auf 500 kommunistische Fraktionen stützen, die KPD hatte u. a. in Stuttgart, Halle, Merseburg, Jena, Suhl, Remscheid die Gewerkschaftsführung übernommen und ca. 260.000 Mitglieder auf ihre Seite ziehen können. Bei den Wahlen zum nationalen Kongress des DMV im Juli 1923 errangen KPD-freundliche Listen ein Drittel der Mandate und die absolute Stimmenmehrheit in wichtigen industriellen Zentren (in Berlin 54.000 Stimmen gegenüber 22.000 für die sozialdemokratische Liste) (siehe: Rudolf Steinke: Der Deutsche Metallarbeiterverband 1914–1924. Studie zur Sozial und Organisatzionsgeschichte, Diss., Mikroform, Berlin, Technische Universität, 1991).

27 Dagegen Trotzki in seiner Bilanz des „deutschen Oktober“: „Wir haben dort [in Deutschland] in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres [d.i. 1923] ein klassisches Beispiel vor Augen gehabt, wie man eine ganz außergewöhnliche revolutionäre Situation von welthistorischer Bedeutung verpassen kann.“ (Lew Trotzki: 1917. Die Lehren der Revolution, Berlin, E. Laub, 1925, S. 12f.).

28 Die Sowjetunion unterzeichnete am 1.8.1923 die Meerengenkonvention als Bestandteil des Friedensvertrags mit der Türkei (Lausanner Vertrag) vom 24. Juli 1923. Die Türkei verpflichtete sich, die

die einzige mögliche Entscheidung ist. Sie wurde im Politbüro einstimmig angenommen.

Heute haben wir beschlossen, Gen. Preobraženskij abzulehnen [*otvesti*],[29] wir haben eine nichtständige Kommission einberufen aus Radek, Bubnov, Ljadov, Popov, und, ich glaube, Sol'c. Sie wird bis zur Rückkehr Bucharins tätig sein, danach werden wir sehen.

Mit Gruß,
[I. Stalin]



Am 27.7.1923 brachte Radek seine Unzufriedenheit mit Sinowjew und Bucharin, die aus ihrem Urlaub telegraphisch das ZK der KPD in seinem neuen Kurs auf die Forcierung entscheidender Kämpfe unterstützten, vor das Politbüro des ZK der KP Russlands. Diese empfahl Radek, sich direkt mit Sinowjew und Bucharin in Verbindung zu setzen, um ihre Meinungsverschiedenheiten zu klären.[30]

Dok. 82

Sinowjew an Stalin über die Krise in Deutschland, die Bekämpfung Trotzkis und des „kleinen Schwätzers" Radek

Kislovodsk, 31.7.1923

Autograph in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/734, 29–31. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 159–160, und N. Kovaleva, Ju. Murin, A. Stepanov u.a. (Hrsg.): „Il'ič byl tysjaču raz prav". Iz perepiski členov Politbjuro CK RKP(b) v ijule-avguste 1923g. In: *Izvestija CK KPSS* (1991), Nr. 4, S. 192–208, hier: S. 198.

Lieber Gen. Stalin.
Habe Ihre 2 Briefe erhalten. Danke. Wegen der Meerengen-Konvention habe ich immer noch große Bedenken. In einer solchen Frage hätte man über direkten Draht sowohl Tr[otzki] als auch uns befragen sollen.

Was den „Wodka" angeht, wird anscheinend eine ganze Kampagne vorbereitet. Das Problem liegt darin, dass auch unsere Leute – Sergo [Ordžonikidze], Vorošilov, Buch[arin] – stark schwanken. Tr[otzki] hat hier hart gegen Voroš[ilov] „agitiert".

---

freie Durchfahrt durch den Bosporus und die Dardanellen zu gewährleisten. Weitere Maßnahmen betrafen die Entmilitarisierung der Meerengenzone.

29 Vermutlich wurde Preobraženskij abkommandiert, weil er sich – gemeinsam mit Trotzki – gegen ein neues staatliches Wodkamonopol ausgesprochen hatte.

30 RGASPI, Moskau, 17/3/367, 9. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 155.

Sogar Molot[ov] hat hier scheinbar große Bedenken. Wir werden sehen. Große Vorsicht ist hier vonnöten.[31]

Dass ihr Karach[an] geschickt habt, ist sehr gut. Aber mit der Abberufung Ioffes müsste man vorsichtiger sein.[32]

Was die deutschen Angelegenheiten angeht, so gibt es die Meinungsverschiedenheiten natürlich nicht deswegen, weil wir die Gefahren des direkten Kampfes nicht verstehen würden. Diese Gefahr hat es *nicht gegeben* – umsonst haben Sie dem kleinen Schwätzer [*boltuniška*] Radek geglaubt. Die Meinungsverschiedenheiten liegen darin, dass Rad[ek] über das ZK hergefallen ist wegen des *wunderbaren* und *richtigen* Aufrufs vom 12. Juli.[33] Radek glaubt nur an das Gefasel [*boltologija*] an die Adresse der Faschisten.[34]

Brandler, als ernsthafter Mann der Tat, *bereitet die Arbeiter* auf den Kampf gegen die Faschisten vor.

Die Krise in Deutschland reift *sehr schnell*. Es beginnt ein neues Kapitel der deutschen Revolution. Vor uns werden bald *grandiose* Aufgaben stehen. Die NÖP wird in die neue Perspektive einfließen. Das Mindeste, was jetzt notwendig ist, ist die Frage aufzuwerfen 1) nach der Versorgung der deutschen Kommunisten mit einer großen Menge an Waffen, 2) nach sukzessive erfolgender Mobilisierung von ca. 50 unserer besten Kämpfer, um sie nach Deutschland zu entsenden. Es naht die Zeit der grandi-

---

31 Das Politbüro des ZK der VKP(b) hatte vor, zur Aufbesserung der Staatskasse das 1919 außer Kraft gesetzte staatliche Wodkamonopol wieder einzuführen, wogegen vor allem Trotzki Einspruch erhob. Am 12.7.1923 setzte Stalin einen Politbürobeschluss durch, jegliche Diskussion darüber in der *Pravda* zu verhindern. Trotzdem erschien am 15.7.1923 ein Artikel Preobraženskijs gegen das neu zu schaffende Monopol, woraufhin Stalin die Redaktion der *Pravda* entlassen ließ (siehe: Jean-Jacques Marie: Staline, Paris, Editions du Seuil, 1967, S. 274 (L'histoire immédiate)).

32 Nach seiner Teilnahme an der Konferenz von Genua und den Rapallo-Verhandlungen mit Deutschland wurde Ioffe 1923 zunächst als Botschafter nach Peking abkommandiert, führte im Juni 1923 Verhandlungen mit Japan zur Herstellung sowjetisch-japanischer Beziehungen, die abgebrochen wurden, als Ioffe erkrankte und dann nach Moskau zurückbeordert wurde. Vor dem Ioffe-Besuch wurden zahlreiche Mitglieder der 1922 gegründeten KP Japans inhaftiert.

33 In einem von Brandler redigierten Aufruf des ZK der KPD an die Mitglieder der KPD vom 12.7.1923, wurde der 29.7. zum „antifaschistischen Demonstrations- und Kampftag" erklärt. Für den Fall, dass die Faschisten attackieren sollten, wurde zur Vorbereitung auf den Bürgerkrieg aufgerufen. In jedem Fall bedeutete er eine Forcierung der Parteilinie gegen Faschismus, Regierung Cuno und wirtschaftliche Krise (Siehe: *Die Rote Fahne*, 12.7.1992; Broué: Révolution en Allemagne, S. 700f.; vgl. Werner T. Angress: Stillborn Revolution. The Communist Bid for Power in Germany, 1921–1923, Princeton, N.J., Princeton University Press, 1963, S. 392f.).

34 Sinowjew meint damit die von Radek lautstark verfolgte Annäherung an die deutschen Nationalrevolutionäre und Nationalisten („Schlageter-Kurs"). Siehe hierzu Dok. 86. Hier und im Weiteren benutzt Sinowjew für „Faschisten" die Schreibweise „*fačisty*" (statt „*fašisty*") als russische Transkription der italienischen Bezeichnung „*fascisti*".

osen Ereignisse in Deutschland. Der Zeitpunkt ist nahe, an dem wir Entscheidungen von welthistorischem Ausmaß werden fällen müssen.[35]

Vor ein Paar Tagen war Rakovs[kij] hier.[36] Er war bei Trotzki, bei uns kam er nicht vorbei. Die Ukraine muss man meiner Meinung nach *ernsthaft* durch neue Leute von großem Format *stärken*. Das schließe ich aus dem Gespräch mit Frunze.

Von Foerster[37] erhielt ich einen *sehr* optimistischen Brief. Es gibt große Fortschritte. In der Hirngegend geht es zurück, d.h. eine *große* Verbesserung. Er schreibt direkt: ich garantiere *etc*.[38] Hurra!

Herzlichen Gruß. Schreiben Sie wenigstens ab und zu. In wichtigen Angelegenheiten wäre es gut, wenn es nicht zu dringend ist, sich über Draht zu beratschlagen. Auch Sie sollten später unbedingt in den Urlaub fahren. Wir kurieren uns hier gut aus. Ich drücke Ihre Hand. Grüßen Sie *Kamenjuga*.[39] Ihr G. Sin[owjew].

Ich erwarte mit Ungeduld Ihre Meinung bezüglich des Gesprächs mit Sergo [Ordžonikidze].[40] Fassen Sie es nicht von der falschen Seite auf. Denken Sie in Ruhe darüber nach.

---

35 Siehe dagegen die Antwort Stalins zur deutschen Frage (Dok. 84), aus der Stalins Grundorientierung gegen eine Revolution in Deutschland hervorgeht.

36 Der eng mit Trotzki verbundene Rakovskij wurde auf Betreiben Stalins und des Parteiapparats als politischer Verantwortlicher aus der Ukraine abgezogen und als Botschafter der Sowjetunion nach England abkommandiert. Am 18.7.1923 schrieb er in einem Brief an Stalin: „Meine Ernennung in London bildet die Fortsetzung einer Taktik, die darauf abzielt, mich als Verantwortlichen der sowjetischen Partei und des Staates zu beseitigen. Ich weiß nicht, ob es im Interesse der Partei liegt, ihr und dem sowjetischen Staat einen Genossen zu entziehen, der mehr als 40 Jahre lang zur aktiven Avantgarde der weltumfassenden Arbeiterbewegung gehörte." (Pierre Broué: Rakovsky ou la Révolution dans tous les pays, Paris, Fayard, 1996, S. 216; Zitat übersetzt aus dem Französischen).

37 Der deutsche Neurochirurg Otfrid Foerster blieb fast ununterbrochen 1,5 Jahre in der Sowjetunion, um Lenin am Krankenlager in Moskau und Gorki zu pflegen.

38 „etc." im Original mit lateinischen Buchstaben.

39 *Kamenjuga* (russ. „großer Stein"). In einer halb-freundschaftlichen, halb-verächtlichen Form meint Sinowjew hier Kamenev.

40 Der Sommer 1923 war ein früher Wendepunkt für die Stalinisierung der sowjetischen Führungsspitze. Am 29.7.1923 übermitteln Sinowjew und Bucharin Stalin über Ordžonikidze die (nicht nur ihrerseits) vorhandene Notwendigkeit, das Orgbüro als Bastion Stalins aufzulösen und ihm zwei andere Sekretäre an die Seite zu stellen: Trotzki (den Sinowjew nicht benachrichtigte) und er selbst. Nach Auffassung von Sinowjew teilten nicht nur Trotzki, Ioffe und andere, sondern auch Vorošilov, Frunze und Ordžonikidze die Auffassung, dass man es nicht mehr mit einer Troika zu tun habe, sondern mit einer „Diktatur Stalins". Dieser habe anstelle ihres Vorsitzenden für die Komintern entschieden, und darüber hinaus die Redaktion der *Pravda* abgesetzt, ohne den Chefredakteur zu informieren. Am 30.7.1923 schrieb Sinowjew an Kamenev: „Wenn es der Partei beschieden ist, eine (wahrscheinlich sehr kurze) Periode der Alleinherrschaft Stalins durchzustehen, – so möge dies geschehen. Aber diese ganzen Schweinereien zu decken, bin ich zumindest nicht bereit. In allen Plattformen ist von einer ‚Troika' die Rede, wobei angenommen wird, dass ich in ihr eine nicht geringe Bedeutung habe. Tatsächlich gibt es gar keine Troika, sondern es gibt eine Diktatur Stalins. Il'ič [Lenin] hatte tausendmal Recht. Entweder es wird ein *ernsthafter* Ausweg gefunden, oder die Phase des Kampfes wird unausweichlich sein." (RGASPI, Moskau, 324/2/71, 16–16).

Ich sehe in den Protokollen, dass Korotkov abgesetzt wurde. Ich empfehle *sehr*, Zorin auf die Eignung für den Sekretärsposten zu überprüfen. Er wird sich entfalten.[41]

Aus den Protokollen entnehme ich, dass Emel'janov (aus Černovcy) zum Sekretär der Universität in Sverdlovsk ernannt wurde. Das ist ein Fehler. Er ist ein Intrigant und zweifellos ein Anhänger der Fraktion von Smirnov oder Safronov.[42] In der Sverdlovsker Universität wäre das nicht angebracht.[43]

P.S. Noch etwas zur Einberufung der internationalen Bauern-Konferenz in Verbindung mit der Ausstellung.[44] Meiner Meinung nach *muss man es unbedingt* tun. Radek schreibt, dass es Zweifel ob der möglichen Wiedergeburt des Osinskij-Plans über den Bauernverband gibt.[45] Das umzugehen ist nicht schwer. Es reicht schon, wenn die Initiatoren und Vertreter von russischer Seite Bauern – Mitglieder des VCIK – sind, angeführt von Kalinin und Jakovenko.[46] Und für Europa ist es von großer Wichtigkeit…

---

41 Es geht um die Besetzung des Postens des Parteisekretärs der Textilindustrie-Hochburg Ivanovo-Voznesensk. Ivan I. Korotkov (1885–1949) hatte den Posten bis Juli 1923 inne, danach wurde er abgelöst von Sergej S. Zorin (urspr. Gomberg) (1890–1937). Zorin, der wie Sinowjew aus Elizavetgrad kam, war dessen enger Mitstreiter in der Petrograder Parteiorganisation und zeitweise auch Referent im EKKI. Als Oppositioneller wurde er auf dem 15. Parteitag der VKP(b) im Dezember 1927 aus der Partei ausgeschlossen. Siehe http://www.knowbysight.info/KKK/05173.asp und http://www.knowbysight.info/ZZZ/02762.asp.

42 Der auch als „Gewissen der Partei" titulierte Sibirier Ivan Nikitič Smirnov war 1923 Volkskommissar für das Post- und Telegraphenwesen und als einer der Anführer der Linken Opposition gegen Stalin und den bürokratischen Zentralismus in der RKP(b). 1927 Unterzeichner der „Erklärung der 46".

43 Es handelt sich offenbar um B. V. Emel'janov (Kalin), Bolschewik seit 1910. Von 1922 bis Juli 1923 war er Parteisekretär von Čerepovec (nicht Černovcy, wie Sinowjew fälschlich annahm). Ab Juli 1923 war Emel'janov Sekretär der Parteiorganisation an der Universität in Sverdlovsk (wie die Stadt Ekaterinburg seit 1924 hieß). Als Oppositioneller wurde er auf dem 15. Parteitag der VKP(b) im Dezember 1927 aus der Partei ausgeschlossen. Siehe http://www.knowbysight.info/YeYY/13947.asp.

44 Vom 10.–16. Oktober 1923 tagte in Moskau gleichzeitig mit der Landwirtschaftsausstellung der UdSSR der Internationale Bauernkongress, auf dem die Gründung der Bauerninternationale beschlossen wurde. Für Stalin war die Gründung ein Element im symbolischen Kampf gegen den der Missachtung der Bauernschaft geziehenen Trotzki. Die Funktionalisierung im Rahmen der sowjetischen Politik zeigte in der Folge tatsächlich die mangelnde Fähigkeit der Komintern, eine internationale Agrarpolitik zu entwickeln (siehe: George D. Jackson jr.: Comintern and Peasants in East Europe 1919–1930, New York, Columbia University Press 1966, S. 304).

45 N. Osinskij (Ps.), d.i. Valerian Valerianovič Obolenskij, war ein Linker Kommunist und 1920–1923 Sprecher der „Demokratischen Zentralisten", bevor er sich 1923 der Linken Opposition Trotzkis anschloss. 1921 hatte er sich in seiner Eigenschaft als stellvertretender Volkskommissar für Landwirtschaft an Lenin mit der Idee gewandt, einen „Bauern-Verband" als formell parteilose Massenorganisation für Bauern zu gründen. Die Parteiführung beriet mehrfach über das Unterfangen und lehnte es schließlich ab, da sie befürchtete, eine solche Organisation könnte der Partei Konkurrenz machen (siehe: Irina N. Il'ina: Obščestvennye organizacii Rossii v 1920-e gody, Moskva, IRI RAN, 2000, S. 72).

46 Vasilij Jakovenko (1898–1937) war von 1922 bis 1923 Volkskommissar für Landwirtschaft.

Dok. 83

Arbeitsplan für die Vertreter der Internationalen Verbindungsabteilung (OMS) und der Budgetkommission der Komintern in Deutschland

[Moskau], vor 1.8.1923

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/293/31, 42–44. Erstveröffentlichung.

ARBEITSPLAN DER VERTRETER DES SEKRETARIATS DER BUDGETKOMMISSION[47] UND DER OMS DES EKKI[48] in Deutschland (Berlin).

I.

1. In X wird ein Vertreter der OMS des EKKI bestimmt, der vor ihr verantwortlich ist.

---

47 Um 1923 überprüfte Bažanov zufolge eine Kommission des Zentralkomitees der KP der Sowjetunion, deren Vorsitz Molotov innehatte, unter Anwesenheit Pjatnitzkis die Haushalte aller ausländischen Kommunistischen Parteien. In der Komintern war für die Festlegung der Unterstützungsgelder, ihre Verteilung sowie die generelle Kontrolle des Finanzgebarens der Kommunistischen Parteien die erst zur Zeit des III. Weltkongresses, am 14.7.1921, gegründete Budgetkommission des EKKI zuständig, die zusätzlich durch von den Kongressen bestimmte Kommissionen unterstützt wurde. Während der „Stalinisierungsphase" bestand darüber hinaus eine sog. Revisionskommission beim Westeuropäischen Büro des EKKI (WEB) zur Überprüfung der Finanzen der Kommunistischen Parteien, der Eberlein vorstand (Siehe: B. Baschanow: Stalins Sekretär, S. 32; Adibekov/Šachnazarova/Širinja: Organizacionnaja struktura, S. 50; Svátek: Gli Organi dirigenti, S. 302; Bayerlein: Transnationale Netzwerke und internationale Revolution).

48 *OMS des EKKI*, russ. *Otdel meždunarodnoj svjazi* – die Abteilung für Internationale Verbindungen ging 1921 aus der vom 1. Kongress geschaffenen Besonderen Kommission für Verbindungen des EKKI sowie der Konspirativen Abteilung der Exekutive hervor. Als „Nervenzentrum" der Komintern war sie für die Herstellung und Sicherung der (zumeist konspirativen) Verbindungen mit den Kommunistischen Parteien sowie innerhalb des EKKI-Apparates zuständig. Ihr oblag die Versorgung mit Literatur, Presse, Dokumenten und Instruktionen, die Sicherstellung der Finanzierung der Parteien u.a., die Kommunikation sowie der Transport von Menschen, Gütern und Informationen zu Land, zu Wasser und per Funk. Hierzu gehörten die Betreibung des Funkverkehrs, die Entwicklung von Codes, Chiffrierung und Dechiffrierung, der Versand von Informationen, Dokumenten, Direktiven und Geld sowie die Versetzung von KI-Funktionären von Land zu Land und in Verbindung mit den russischen Innenbehörden und Geheimdiensten, die Herstellung von Pässen und Reisedokumenten u.a.m. Die Verbindungspunkte des OMS (später: *SS – Služba svjazi*, Verbindungsdienst) in allen Teilen der Welt waren bisweilen auch für die operative Abwicklung von Aufstands- und militärischen Plänen zuständig. Siehe: Branko Lazitch: La Formation de la Section des liaisons internationales du Komintern (OMS) 1921–1923. In: *Communisme* (1983), 4, S. 65–80; Peter Huber: The Cadre Department, the OMS and the „Dimitrov" and „Manuil'skij" Secretariats during the Phase of Terror. In: Mikhail Narinsky, Jürgen Rojahn (Hrsg.): Centre and Periphery. The History of the Comintern in the Light of New Documents, Amsterdam, International Institute of Social History, 1996, S. 122–152; Bayerlein: Transnationale Netzwerke und internationale Revolution).

2. Der Vertreter der OMS in X[49] erfüllt folgende Funktionen:[50]

a) Er empfängt aus Moskau und schickt aus Berlin die gesamte Post, schwere wie leichte; die vom EKKI und Anderen aus Berlin an das EKKI geht (dies beinhaltet auch Telegramme hin und zurück),

b) er beschafft für die OMS russische und ausländische legale, halblegale und illegale Dokumente.

c) Die OMS leitet an ihn hinreichend zuverlässige Genossen mit russischen Dokumenten weiter, die aus Russland kommen.

d) Er führt alle Bestellungen der OMS für Technik aus.

e) Er bereitet alles vor, was für die (legale) Kommandierung von Genossen nach Russland vonnöten ist, und ist für die Weiterreise der aus Russland angekommenen Genossen tätig.

3. Für seine Tätigkeit eröffnet der Vertreter der OMS in X ein Sonderkonto bei der Kasse der OMS in Moskau.

II.

1. Der Vertreter des Sekretariats der OMS des EKKI hat folgende Funktionen als Vertreter der Budgetkommission.

a) Geld von der Budgetkommission zu erhalten und es den Komparteien nach Anweisung der Budgetkommission zu übergeben.

b) Die Mittel der BK aufzubewahren und sie den Anweisungen der BK entsprechend auszugeben.

c) Als Übergabepunkt für Briefe zwischen der BK[51] und den Parteien zu fungieren.

d) Als Vertreter der BK alle Unternehmungen des EKKI und des EKKJI[52] in finanzieller Hinsicht zu kontrollieren (die Führung von korrekten und konspirativen Aufzeichnungen, Umtauschoperationen von Valuta und anderes).

2. Als Vertreter der OMS:

a) Verbindungen zu allen Parteien für Briefe, Telegramme und Literatur zu unterhalten.

b) Treffs für illegale und legale Genossen, die in Angelegenheiten des EKKI nach Berlin kommen und für Illegale, die aus Russland nach Berlin kommen, zu unterhalten.

49 Es handelt sich um die Vertretung der OMS in Berlin.

50 Verantwortliche OMS-Mitarbeiter in Berlin waren A. L. Abramov (Ps. Aleksandrov, Mirov, Lazarev), E. D. Stasova (Ps. Hertha Sturm, Fritzmann) und Jakov Rejch (Ps.: Thomas) zugleich als Leiter des Westeuropäischen Sekretariats der Komintern. S. B. Bričkina und Antonova waren bereits 1921 in Berlin tätig. In einem Brief an Grigorij Sinowjew (in Kopie an Pjatnitzki) hielt Stasova die hier konzipierte Restrukturierung der OMS wegen der entstehenden Parallelisierung der Arbeit „vom praktisch-organisatorischen Standpunkt für unhaltbar". Sie drohte damit, aus der Arbeit auszusteigen, sollte das Projekt verwirklicht werden (RGASPI, Moskau, 495/293/31, 41).

51 BK (Abk.) – Budgetkommission des EKKI.

52 EKKJI (Abk.) – Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale.

c) Die Seeverbindung mit Russland und mit anderen Staaten, in der Hauptsache England und Amerika, zu unterhalten und zu erweitern.[53]

d) Illegale Grenzübergänge nach Tschechien, Österreich, in die Schweiz, nach Holland und Frankreich (ohne große Ausgaben und mit einem Minimum an Personal) in Reserve zu halten.

Als Vertreter des Sekretariats:

a) Die Aufträge des Sekretariats zu erfüllen.

3. Der Vertreter der BK, der OMS und des Sekretariats wird vom ORGBÜRO[54] in Abstimmung mit der BK nominiert, vor dem er auch verantwortlich ist (vor der BK in der Finanzfrage und vor dem Orgbüro in allen anderen Fragen).

III.

Über die Verbindungen mit Frankreich.

1. In Übereinstimmung mit der Vereinbarung der OMS des EKKI und der Französischen Kompartei über die Organisierung des Verbindungsapparates zwischen dem EKKI und der Französischen Kompartei wird ein Genosse zur Aufrechterhaltung der Verbindung in Übereinstimmung zwischen der OMS und der Französischen Kompartei nominiert. Diese Übereinkunft bleibt in Kraft bis zu einer neuen Übereinkunft zwischen der OMS und der Französischen Kompartei.

2. Die Abänderung der Übereinkunft, von der in Punkt 1 die Rede ist, ist nur insofern möglich, als dass der Genosse, der die Verbindung mit der Französischen Kompartei unterhält, statt des ständigen Aufenthalts in B[erlin] zumindest zeitweilig nach Paris transferiert werden kann, dabei allerdings muss es eine besondere Person in Berlin geben, mit der sich der Verbindungsverantwortliche in der franz[ösischen] Partei in Verbindung setzen kann.

3. Der Vertreter der OMS für die Verbindung mit Frankreich nutzt die Verbindungen und den Apparat der OMS in Berlin (siehe Abschnitt II) in dem Maße, in dem dies für die Erfüllung seiner Funktionen notwendig ist.

---

53 Die eigenen Seeverbindungen waren anfangs eher rudimentär. In den dreißiger Jahren verfügte die Komintern dann über eigene Handelsschiffe („Compagnie France-Navigation"), mit denen u.a. der Nachschub für den spanischen Bürgerkrieg abgewickelt wurde.

54 Das Ende 1922 gegründete Organisationsbüro des EKKI (Orgbüro) beschäftigte sich in erster Linie in theoretischer und praktischer Hinsicht mit organisatorischen Fragen der einzelnen Sektionen, allgemein organisatorischen Fragen, Fragen der Struktur, besonders der Abteilungen des EKKI und der Nebenorganisationen sowie Finanzfragen. In der „Bolschewisierungsphase" spielte sie eine wichtige Rolle als Schaltzentrale für die Schaffung und Zentralisierung sowohl des Kominternapparats (Abteilungsleiter, Zentralleitungen, Kommunistische Jugend-Internationale, Internationales Frauensekretariat) als auch der Parteiapparate in den verschiedenen Ländern, für die Überprüfung der Arbeitspläne und die Kaderfragen. Hier trafen sich die verantwortlichen Abteilungsleiter des EKKI. Ende 1926 wurde das Orgbüro liquidiert, anlässlich des VII. EKKI-Plenums Ende 1926 wurden seine Funktionen zwischen dem Präsidium und dem neugeschaffenen Politsekretariat des EKKI aufgeteilt (siehe: Bayerlein: Transnationale Netzwerke und internationale Revolution).

Anmerkung: Der Berliner Verbindungsapparat muss über die außerhalb des Berliner Apparats zur Verwendung kommenden Verbindungsformen informiert werden.

4. Der Genosse, der die Verbindungen zu Frankreich unterhält, ist Teil des Berliner Apparats der OMS und wird von ihm finanziert.

5. Der Leiter der Verbindung mit Frankreich hat das Recht, unmittelbar mit Moskau verbunden zu werden, und nutzt dafür den Apparat des OMS in X in vollem Umfang.

6. Der Leiter des Verbindungsapparates in Berlin kann seine Verbindungen zu den romanischen Ländern dem Genossen übergeben, der die Verbindung zu Frankreich unterhält, in diesen Fall wird zwischen beiden geklärt, wie, in welcher Form und Umfang der obengenannte Genosse den Berliner Verbindungsapparat nutzt.



Auf Antrag von Čičerin beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands am 2.8.1923, durch das Außen- und das Transportkommissariat Maßnahmen zu entwickeln, um „angesichts der Lage in Deutschland“ Wertsachen und Geheimdokumente zu beschützen.[55]

Dok. 84

Brief Stalins an Sinowjew zum vorläufigen Verzicht auf den Kampf um die Macht in Deutschland: „Die Faschisten zuerst losschlagen lassen“

[Moskau], 7.8.1923

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/734, 35–36. In russischer Sprache publ. in: Kovaleva/Murin/Stepanov u.a.: „Il’ič byl tysjaču raz prav“, S. 203–204; Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 162–164. Teilpubliziert in deutscher Sprache in: Bernhard H. Bayerlein, Leonid G. Babičenko, Fridrich I. Firsov (Hrsg.): Deutscher Oktober 1923: ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin, Aufbau-Verlag, 2003, S. 99–100; Lew Besymenski: Stalin und Hitler: das Pokerspiel der Diktatoren, Berlin, Aufbau-Verlag, 2002, S. 42.

(Auch für Gen. Bucharin)
Kopie an Gen. Vorošilov.

Gen. Sinowjew!
Ihren Brief vom 31.VII. habe ich erhalten.[56] Ich beantworte die Fragen.

1. Sie schreiben: „Nehmen und fassen Sie das Gespräch mit Sergo [Ordžonikidze] nicht von der falschen Seite auf.“[57] Ich sage Ihnen geradeheraus, dass ich es exakt

---

55 RGASPI, Moskau, 17/3/369, 2.

56 Siehe Dok. 82.

57 Im Gespräch mit Sergo Ordžonikidze schlug Sinowjew die Auflösung des Orgbüros und die teilweise Entmachtung Stalins als Generalsekretär vor. Er ging damit zumindest teilweise in die Richtung von Lenins „Testament“ (vgl. Dok. 82).

„von der falschen Seite" aufgefasst habe. Es kann um zweierlei gehen: *entweder* geht es um einen sofortigen Austausch des [General-]Sekretärs [d.h. Stalins], *oder* es geht darum, den [General-]Sekretär einer speziellen Politkommission zu unterstellen. Anstatt die Frage klar aufzuwerfen, schleichen Sie beide um die Frage herum und versuchen, auf Umwegen das Ziel zu erreichen, wobei Sie anscheinend auf die Dummheit der Menschen spekulieren. Wofür braucht man diese Umwege, wenn es tatsächlich eine Gruppe und eine minimale Dosis Vertrauen gibt? Wozu die Verweise auf einen mir unbekannten Brief [Vladimir] Il'ič [Lenins] über den [General-]Sekretär?[58] Als ob es nicht genug Belege dafür gäbe, dass ich an meiner Position nicht festhalte und deswegen keine Angst vor Briefen habe. Wie soll man eine Gruppe nennen, dessen Mitglieder versuchen, einander Angst zu machen (um nicht mehr zu sagen)? Ich bin für den Austausch des Sekretärs, aber ich bin dagegen, dass die Institution der Politkommission geschaffen wird (Politkommissionen gibt es auch so zu Genüge: das Orgbüro, das Politbüro, das Plenum).[59]

2. Sie haben Unrecht, wenn Sie sagen, dass der Sekretär die Fragen alleine entscheidet. *Keine einzige* Entscheidung, *keine einzige* Instruktion wird ohne Hinterlegung entsprechender Kopien im Archiv des ZK gefällt. Ich würde mir sehr wünschen, dass Sie im Archiv des ZK auch nur ein Telegramm fänden, das nicht von der einen oder anderen Instanz des ZK sanktioniert wäre.

3. Sie haben Unrecht, wenn Sie behaupten, dass die Tagesordnungen der Politbüro[-Sitzungen] von einer Person entworfen werden. Die Tagesordnung wird erstellt auf Grundlage *aller* eingehenden Fragen auf der Sekretariatssitzung *plus Kamenev* (der im P.B. den Vorsitz hat) *plus Kujbyšev* (Vors[itzender] der ZKK). Es wäre absolut begrüßenswert, wenn alle Mitglieder der Gruppe oder des Politbüros bei der

---

58 Entgegen seiner hier getroffenen Aussage kannte Stalin das unter der Bezeichnung „Testament Lenins" bekannt gewordene Dokument natürlich. Den Brief an die Partei, den Lenin am 25. Dezember 1922 von seinem Krankenbett aus an die Partei diktiert hatte, versteckte er stattdessen und erklärte ihn für nicht vorhanden. Im Brief warnte Lenin vor den Gefahren eines Zusammenbruchs der Partei als Resultat einer politisch-personellen Spaltung und forderte die Absetzung Stalins als Generalsekretär: „*Stalin ist zu grob, und dieser Fehler, der in unserer Mitte und im Verkehr zwischen uns Kommunisten erträglich ist, kann in der Funktion des Generalsekretärs nicht geduldet werden. Deshalb schlage ich den Genossen vor, sich zu überlegen, wie man Stalin ablösen könnte, und jemand anderen an diese Stelle zu setzen, der sich in jeder Hinsicht von dem Genossen Stalin nur durch einen Vorzug unterscheidet, nämlich dadurch, dass er toleranter, loyaler, höflicher und den Genossen gegenüber aufmerksamer, weniger launenhaft usw. ist. Es könnte so scheinen, als sei dieser Umstand eine winzige Kleinigkeit. Ich glaube jedoch, unter dem Gesichtspunkt der Vermeidung einer Spaltung und unter dem Gesichtspunkt der von mir oben geschilderten Beziehungen zwischen Stalin und Trotzki ist das keine Kleinigkeit oder eine solche Kleinigkeit, die entscheidende Bedeutung gewinnen kann.*" Auch nach seiner Veröffentlichung durch Max Eastman im Jahre 1925 (Max Eastman: Since Lenin died, New York, Boni and Liveright Publishers, 1925) wurde die Bedeutung des Dokuments seitens des russischen Politbüros heruntergespielt (Lenin: Werke, Band 36, S. 579 f.; vgl. Dok. PB 27.8.1925).

59 Stalin erklärt hier seine Bereitschaft zum Rücktritt, seine „Demissionskomödie" (Jean-Jacques Marie) entfaltete seinerzeit eine gewisse Wirkung.

Zusammenstellung [der Tagesordnung] dabei sein wollten. Keine einzige Frage kann „unter den Teppich gekehrt" werden, nicht nur, weil es dagegen eine Instruktion gibt, sondern weil die obengenannten Personen eine Garantie dagegen darstellen.

4. Die Frage über die Meerengen wurde bei schwachem Protest Čičerins und auf eindringliche Bitten Litvinovs hin, die Konvention zu unterzeichnen, einstimmig beschlossen. Kein einziges Mitglied des Pol[it]büros hat die Frage nach einer Befragung der Abwesenden aufgeworfen. Trotzki hat eine Notiz hinterlassen mit der Bitte, ihm nicht einmal die Protokolle des Pol[it]b[üros] zu schicken. Auf meine Anfrage nach der Zusammensetzung des R.V.S.R.[60] hat er keine bestimmte Antwort gegeben. Anscheinend will er sich ernsthaft erholen.[61] Sie beide haben bei Ihrer Abreise nicht einmal eine Anspielung auf eine Notwendigkeit gemacht, [bei Ihnen] anzufragen. Außerdem ist eine Umfrage angesichts der Fülle der Dokumente nicht immer möglich. Was die Frage selbst angeht, so konnten wir nicht anders handeln (wir brauchen die Kontrolle über die Meeresengen, um rechtzeitig aufmucken zu können, wenn sie anfangen, unseren Export von Getreide und anderen Lebensmitteln zu stören). Sogar Čičerin löst sich jetzt von seiner Position.

5. Ioffe wurde in erster Linie auf Bitten seiner Frau hin freigestellt. Ich füge die Dokumente hinzu (er ist *ernsthaft* krank).[62]

6. [Die] Putilov[-Fabrik] wird natürlich nicht geschlossen. Wir müssen jedoch die Frage im P[olit]B[üro] aufwerfen, da das Präsidium des VSNCh, angeführt von Rykov, auf der Behandlung der Frage besteht.

7. Zorin wurde schon vor langer Zeit zum Sekretär des Iv[anovo]-Voz[nesensker] Gouvernementskomitees ernannt.[63]

8. Was Deutschland betrifft, so geht es natürlich nicht um Radek. Sollten die Kommunisten (zum gegenwärtigen Zeitpunkt) ohne die S[ozial]-D[emokraten] die Machtergreifung anstreben, sind sie bereits reif dafür? – so steht, wie ich meine, die Frage. Als wir die Macht übernahmen, hatten wir in Russland solche Reserven wie: a) Frieden, b) das Land den Bauern, c) die Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Arb[eiter]klasse, d) die Sympathien der Bauernschaft. Nichts davon haben heute die deutschen Kommunisten. Natürlich haben sie das Sowjetrussland in ihrer Nähe, was wir nicht hatten, aber was können wir ihnen im Augenblick geben? Wenn heute

---

60 R.V.S.R. (Abk.) – Revoljucionnyj voennyj sovet respubliki, Revolutionärer Kriegsrat der Republik.

61 In der zweiten Jahreshälfte 1923 begab sich Trotzki wegen einer „mysteriösen Krankheit", die ihn schwächte, häufiger zur Kur. In der Rückschau hielt er eine Einwirkung Stalins nicht mehr für ausgeschlossen, genau so wenig wie im Falle der Krankheit Lenins (siehe: Leo Trotzki: Stalin. Eine Biographie, Köln, 1952, S. 485f.).

62 Ioffe, der Freund und politische Gefolgsmann Trotzkis, erkrankte während der von ihm geführten sowjetisch-japanischen Verhandlungen ernsthaft, vermutlich durch den Biss einer Tse-Tse-Fliege. Er musste nach Moskau zurückgebracht und in ein Sanatorium eingeliefert werden (siehe: Nadeschda A. Joffe: Rückblende. Mein Leben, mein Schicksal, meine Epoche. Die Memoiren von Nadeschda A. Joffe. Aus dem Russischen übersetzt von Iva Srazil, Essen, Verlag Arbeiterpresse, 1997, S. 43f.).

63 Siehe Dok. 82.

in Deutschland die Macht sozusagen hinfällt und die Kommunisten sie aufheben, dann werden sie mit Pauken und Trompeten untergehen. Und dies im besten Fall. Im schlimmsten Fall wird man sie in Stücke hauen und weit zurückwerfen. Es geht nicht darum, dass Brandler „die Massen lehren" will, – es geht darum, dass die Bourgeoisie plus die rechten S[ozial]-D[emokraten] das Manöver in einen Generalangriff umwandeln und sie am Boden zerstören würden (wofür sie vorläufig alle Chancen besitzen).[64] Die Faschisten schlafen natürlich nicht, für uns ist es jedoch von Vorteil, wenn sie als erste angreifen[65]: das wird die gesamte Arbeiterklasse um die Kommunisten zusammenschließen (Deutschland ist nicht Bulgarien).[66] Die Faschisten sind jedoch, nach allen Informationen zu urteilen, in Deutschland schwach. Meiner Meinung nach muss man die Deutschen zurückhalten und nicht ermuntern.

Am 15/VIII. fahre ich in den Urlaub.

Alles Gute.
I. Stalin[67]

---

64 Am 2.8.1923 schrieben Sinowjew und Bucharin aus ihrem Urlaub in Kislovodsk an Stalin im Zusammenhang mit einem Brief an Brandler, in dem sie ihn zu einer härteren Gangart in Deutschland aufforderten: „Wenn das P[olit]büro (auf Verlangen Radeks) beschließt, diese Frage jetzt zu besprechen, bitten wir darum, uns rechtzeitig Bescheid zu geben, damit wir auf diese Sitzung anreisen können. Schriftlich kann man eine solche Frage nicht klären. Wir hoffen, dass diese elementare Forderung nicht als zu weitgehend angesehen wird." (RGASPI, Moskau, 558/11/734, 33; publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 161–162). Allem Anschein nach verhinderte Stalin im Zusammenwirken mit Kuusinen die Absendung eines entsprechenden Telegramms nach Deutschland. Im Verbund mit Radek wandte er sich gegen die Durchführung von Straßendemonstrationen, wie sie Sinowjew gefordert hatte (Siehe hierzu: Bayerlein/Babičenko/Firsov: Deutscher Oktober 1923, S. 92ff.).

65 Hier wird die unterschwellige Taktik deutlich, die Stalin später, von 1929 bis 1934 die KPD verfolgen ließ („Nach Hitler kommen wir!"). Im Gegensatz zu Stalin spricht Sinowjew in einem Brief an Stalin vom 10.8.1923 von der Perspektive „von Entscheidungen mit welthistorischem Charakter, die wir bald treffen müssen (maximal in eins bis zwei Jahren)". (Kovaleva/Murin/Stepanov u.a.: „Il'ič byl tysjaču raz prav", S. 205–206, ebenfalls zit. In: Marie: Staline, S. 276).

66 Anspielung auf den Militärputsch in Bulgarien vom 9.6.1923 gegen die Regierung von Aleksandar Stambolijski, der eine über zwanzigjährige Militärdiktatur einleitete. Radek zufolge sorgte die passive Haltung der KP Bulgariens gegenüber dem Putsch für die bis dahin größte Niederlage einer kommunistischen Partei überhaupt. Dagegen misslang im September 1923 ein von der KP Bulgariens nur unzureichend organisierter Aufstand. Dieser neben dem „deutschen Oktober" zweite große Versuch einer Europäisierung der russischen Revolution forderte allein seitens der KP Bulgariens 2000–5000 Opfer (siehe: Joseph Rothschild: The Communist Party of Bulgaria. Origins and Development 1883–1936, New York, Columbia University Press, 1959, S.133–151).

67 Am 10.8.1923 beantworteten Sinowjew und Bucharin den Brief Stalins Punkt für Punkt. Zum von Stalin geleugneten Lenin-Brief schrieben sie: „Jawohl, es gibt einen Brief von V[ladimir] I[l'ič Lenin], in dem er (dem XII. Parteitag) rät, Sie nicht zum Sekretär zu wählen. Wir (Buch[arin], Kamen[ev] und ich) hatten beschlossen, Ihnen vorerst nichts davon zu erzählen. Aus verständlichem Grund: Sie fassen Ihre Meinungsverschiedenheiten zu V.I. ohnehin viel zu subjektiv auf, und wir wollten nicht an Ihren Nerven rütteln." Weiter bestanden sie darauf, dass in Abwesenheit Lenins das ZK-Sekretariat

Eine Kopie schicke ich an Gen. Vorošilov, da Sergo sagte, dass dieser informiert sei und sich für die Frage interessiere.
I.St.

Dok. 85

Denkschrift des für Militärpolitik zuständigen KPD-Funktionärs „Robert" [d.i. Karl Volk] zum Stand der Vorbereitungen auf den Bürgerkrieg

Berlin, 8.8.1923

Typoskript in deutscher Sprache. RGSAPI, Moskau, 495/25/1365, 12–15. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 423–428.

Beilage Nr. 1
Vorgelegt dem Pol- Büro zum Zentralausschuss.[68]
Berlin, den 8.8.23.

Denkschrift
Betr. Vorschläge zum sofortigen Ausbau der ideologischen Vorbereitung der Partei, speziell des O.D.[69] *und der Hundertschaftsbewegung*[70] *auf den Bürgerkrieg.*

---

die entscheidende Machtfunktion ausüben müsse (siehe: Kovaleva/Murin/Stepanov u.a.: „Il'ič byl tysjaču raz prav", S. 205).

68 In Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja (Dok. S. 422–428), wird als Autor der Denkschrift irrtümlich Gerhard Schott angegeben.

69 O.D. (Abk.) – Am 27.2.1923 hatte das Politbüro des ZK der KPD den Aufbau eines Ordnerdienstes (OD) beschlossen, der vorerst defensive Aufgaben übernehmen sowie regelmäßig über den Bürgerkrieg in Theorie und Praxis berichten sollte. Als Grundstruktur der (militärpolitischen) MP-Arbeit zur Vorbereitung des Aufstandes neben den Proletarischen Hundertschaften als Schattenarmee und Arbeitermilizen (s.u.) sollte der OD als eine Art Offizierkorps der aus ihnen hervorgehenden Hundertschaften wirken sowie die Partisanengruppen ausbilden. Im September/Oktober 1923 wurden die OD-Bezirke zu insgesamt fünf (später sechs) Oberbezirken und drei Sonderbezirken zusammengelegt, dem jeweils ein militärischer Leiter (OB-Leiter) vorstand (siehe: Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst der KPD, S. 74f.; Bayerlein/Babičenko/Firsov: Deutscher Oktober 1923, S.141ff. e.a.; The German October 1923. Materials Concerning the Documentation Published by Aufbau-Verlag-Berlin. In: *The International Newsletter of Communist Studies Online*, update 17/1, 10.1.2004, http:/newsletter.ICSAP.de/home/data/pdf/incs_17_update.PDF).

70 Die *Proletarischen Hundertschaften* (Hundertschaftsbewegung) waren Teil des M-Apparates der KPD, in dem „einige tausend unbesoldete" Mitarbeiter wirkten (in ca. 1331 Einheiten Ende Oktober 1923). Es waren vornehmlich aus den „Betriebshundertschaften" (besonders in Berlin auch nach Wohnbezirken) gebildete, illegale bewaffnete, im Idealfall von den Aktionsausschüssen organisierte Verbände von KPD-, SPD- und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern als Kern künftiger Arbeitermilizen. Nach den Strukturen des alten Heeres (Kompanie = Hundertschaft – Zug – Gruppe) gebildet, blieben Strukturierung und Zentralisierung hybride. Im Rahmen der „Abwehrbewegung" wurde ihre

Für die bevorstehenden bewaffneten Kämpfe gibt es noch kein Reglement. Jeder Versuch, die alten, durch Tradition und Erfahrung bis zur Vollendung ausgebildeten Regeln und Grundsätze imperialistischer Kriegführung schematisch auf den Bürgerkrieg anwenden zu wollen, muss scheitern. Das Wesen des Bürgerkrieges ist grundverschieden in Führung, Waffengebrauch, Psychologischer und organisatorischer Zusammensetzung der Kampfverbände, in der Situation der Kriegsschauplätze, vom Wesen des imperialistischen Krieges.

Die einzigen grossen Paralellen [sic], die beide Arten gemeinsam haben, sind das Ziel den Gegner vernichtend zu schlagen, und die Ausbildung in Handhabung und wirksamen Einsatz der vorhandenen Waffen.

Die Taktik, das Reglement des Bürgerkrieges wird in Westeuropa dem revolutionären Proletariat jedes einzelnen Landes *nur* durch die Erfahrungen im Lande selbst bei bewaffneten Kampfhandlungen gegen die Konterrevolution und durch die für das eigene Land ausgewerteten Lehren der Kämpfe der revolutionären Parteien anderer Länder vorgeschrieben. Wenn wir darum jetzt lehren wollen, wie wir uns in den kommenden Kämpfen militärisch zu verhalten haben, dann müssen wir erst lernen, die Lehren aus dem Vergangenen zu ziehen.

Wenn wir Kommunisten die kommenden Kampfen [sic] in der Hand behalten, tatsächlich militärisch leiten wollen, dann ist es allerhöchste Zeit, dass wir mit dieser theoretischen Arbeit ernsthaft beginnen. Wir werden in unseren Versuchen, die Führerkaders für die künftige Klassenarmee des deutschen Proletariats heranzuziehen, sie zu schulen, in Wahrheit fähig zu machen zu führen, immer wieder stecken bleiben, wenn wir diese Vorarbeit nicht vorher, mindestens aber gleichzeitig mit unseren organisatorischen Massnahmen zu lösen verstanden haben. Die Leitung der Partei hat das auch dieses mal wieder nicht früh genug erkannt, wie die Praxis jetzt täglich zeigt.

Ehe ich positive Vorschläge mache, was unverzüglich unternommen werden muss, will ich versuchen den Beweis anzutreten:

Bereits im Oktober 1922 wurden der Zentrale Vorschläge vorgelegt zur Durchführung einer grossangelegten Propagandakampagne für militärische Vorbereitungsarbeit, die wir als Thesen bezeichneten und die auch heute noch volle Geltung haben.[71] Sie forderten *vor* jeder *organisatorischen* militär-politischen Massnahme die Sammlung, Auswertung und Druckreif-Bearbeitung der bisherigen Erfahrungen aller Parteien der Komintern im Kampfe mit der bewaffneten Konterrevolution unter spezi-

Aufgabe satzungsmäßig für den „deutschen Oktober" (so in Berlin) als „Führung eines rücksichtslosen offensiven Kampfes gegen die Reaktion" mit dem Ziel der „Übernahme der politischen Macht" definiert. Am stärksten waren sie in Sachsen verankert, dort auch als gemischte sozialdemokratisch-kommunistische. Nach dem Scheitern des „Deutschen Oktober" wurden sie 1924 in den Roten Frontkämpfer-Bund (RFB) überführt. Ihre Rolle wird bis heute kontrovers gesehen, Wollenberg bspw. opponierte seinerzeit gegen das Konzept der PH als zentrale militärische Kampforgane (zur Literatur siehe vorherige Anmerkung).

71 Die Thesen zur militärischen Vorbereitung wurden an das EKKI weitergeleitet. Siehe RGASPI, Moskau, 495/25/1365, 7–10.

eller Berücksichtigung der Phasen kurz vor der Ergreifung der Macht und während der ersten Monate der Diktatur. Da die Durchführung dieser theoretischen Arbeit, die gründliches militärisches Wissen vereint mit politischem Horizont und viel persönlicher Erfahrung auf dem Gebiete des bewaffneten Aufstandes, also hochqualifizierter Mitarbeiter verlangt, der eigenen Initiative zweier Genossen in Moskau überlassen wurde[72] gelang es erst, da die wiederholt geforderte Stützung von Seiten der deutschen Partei ausblieb, in der ersten Hälfte dieses Jahres und nur unter grossen Schwierigkeiten Anfänge zu produzieren, die auf unsere Anregung ihren Niederschlag in der deutschen Parteipresse fanden. Die von uns geplante systematische Durchführung war durch den Mangel an Einsicht in die Wichtigkeit dieser Arbeit von Seiten der Zentrale unmöglich gemacht. Inzwischen war durch die Ruhrbesetzung die militär-politische Frage mehr in den Vordergrund getreten und es mussten auf den Druck der Massen hin auch von der Partei schon umfassende organisatorische Massnahmen ergriffen werden, die anfänglich ihren Ausdruck in der Hundertschaftsbewegung, später in der Einrichtung des Partei-O.D. fanden. Durch den schnellen wirtschaftlichen und politischen Zerfall wuchs diese organisatorische Arbeit weit rascher, als vorausgesehen werden konnte. Die ideelle theoretische Arbeit dagegen wurde weder nennenswert gestützt, noch ihre absolute Notwendigkeit als Ergänzung zu den organisatorischen Massnahmen klar erkannt. Jetzt stehen die Dinge so, dass ein Missverhältnis zwischen beiden klafft. Es ist typisch, dass bisher *stets* bei allen *politischen* Aktionen der Partei die Propaganda weit der Organisation vorauseilte, bei den wenig[en] militärpolitischen Aktionen dagegen, die sie stets den schwersten Erschütterungen ausgesetzt hat und aussetzen wird, das gerade Gegenteil der Fall war. Auch jetzt wieder ist der O.D. der Partei in den Hauptzentren des Reiches *organisatorisch reif* für gründliche Durchbildung, Führerkurse, für theoretische und praktische Ausbildung seiner Mitglieder – der Stoff, der ideologische, durchgearbeitete Inhalt dagegen, das womit die gesamte Arbeit angefangen werden musste und die Lehrkräfte die durch diesen Anfang geschult worden wären, fehlen – und man muss sich bereits seit einiger Zeit mit Kompromissen und Surrogaten behelfen.

Jedem einsichtigen Parteifunktionär ist klar, dass wir den Funktionären und Mitgliedern der Ordnerdienstbewegung keine Vorträge halten können a la Kriegsakademie 1913 oder Lehrbattallon [sic] Potsdam[73] – selbst dazu hätten wir nicht die Lehrkräfte. Eine ganz kurze Orientierung im Kreise der denkenden Proletarier im O.D. zeigt schon, dass die Leute längst von selbst auf das kommen, was ihnen not tut –

72 Die Rede ist von Gerhard Schott selbst, sowie vermutlich Otto Steinfest, der im August 1923 Stellvertreter Rozes und Chef des Kommandos (Befehlshaber) im Berliner OB wurde.

73 Die im Sinne Scharnhorsts als „militärische Universität" gegründete Kriegsakademie in Berlin bildete Offiziersanwärter für den Dienst im Generalstab aus. Das 1895 in Potsdam gegründete Lehr-Infanterie-Bataillon in Potsdam war dem 1. Garde-Regiment zu Fuß angegliedert. Lehrbataillone dienten der Einübung neuer Verfahren in der gesamten Armee.

Erfahrungen – jedenfalls lernen sie weder die Felddienstordnung auswendig,[74] noch studieren sie Glausewitz [Clausewitz].[75]

Das, was dagegen, hauptsächlich aus Russland – wo das Proletariat seine Entscheidungsschlachten um die Macht mit einem hohen Prozentsatz der alten Armee unter wesentlich günstigeren politischen und militärischen Bedingungen und vor allem gegen eine schwache und zersplitterte organisierte Bourgeoisie gewonnen hat, wo es den Kern, das Gerippe seiner jetzigen roten Armee nicht wie wir *vor*, sondern erst *während* und *nach* der Eroberung der politischen Macht organisiert und zentralisiert hat – was aus Russland an Broschüren, Artikeln und Berichten, aus denen der deutsche Proletarier lernen könnte, bis jetzt vorliegt, ist so unsystematisch und auf so lange Zeiträume verteilt in unsere Presse und Literatur eingeschoben, dass es für den angeführten Zweck in dieser Form bei weitem nicht ausreicht.

Dazu kommt der Umstand, die russische Armee ist und war von ihren Anfängen der roten Garde und den Partisanen an, nicht die spezifische Armee des Bürgerkrieges, wie wir ihn sehen müssen – mit absolut neuen Gesetzen und Formen des Kampfes. Sie musste von vornherein, mit Ausnahme der beiden Hauptstädte, in ihren Kämpfen gegen die Konterrevolution auf einem riesigen Kriegschauplatz operieren, der ihr durchaus die *alten* Gesetze des Bewegungskrieges in Angriff und Verteidigung aufzwang. Der Bürgerkrieg schlug sehr rasch in einen regelrechten Feldkrieg gegen die weissen Interventionsheere um, und dieser Feldkrieg – wenn er auch viele revolutionäre Eigentümlichkeiten, die meist in psychologischen und technischen Ursachen begründet sind, aufweist – erforderte durchaus nicht eine derartig gründliche Schulung, Umstellung und neue Vorbereitung der Arbeiter- und Bauernsoldaten auf völlig veränderte Gesetze und Formen des Kampfes, wie sie für West-Europa – wo die Entscheidungsschlachten hauptsächlich in grossen Städten und Wirtschaftszentren geschlagen und entschieden werden – typisch sein werden. Das ist auch der Grund, warum in Russland selbst bisher so wenig über das Problem: *Analyse und Kampfgesetze des Städtekampfes* – für uns in Westeuropa das *Haupt*element des Bürgerkrieges[76] –geschrieben und berichtet wurde. Immerhin ist dem deutschen Proletariat bisher erst ein Bruchteil der vielen, dort auch schon bekannt geworden.

---

74 Die für das deutsche Heer gültige Felddienstordnung regelte als Vorschrift für alle Waffengattungen übergreifend den militärischen Dienste.

75 Mit seinem Traktat „Vom Kriege" schrieb der preußische Generalmajor Carl Philipp Gottlieb von Clausewitz (1780–1831) das maßgebliche Werk über Militärstrategie und Militärphilosophie des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts.

76 Eine theoretische und strategische Beschäftigung mit dem „Städtekampf" erfolgte erst durch eine Diversifizierung der klassischen Aufstandsstrategie der Komintern gegen Ende der zwanziger Jahre, die Forcierung der militärpolitischen Abteilungen der kommunistischen Parteien (darunter der KPD unter Kippenberger) sowie der Eröffnung der M-Schule (Militärschule) in Moskau 1930. Ein militärpolitisches Standardwerk wurde erst 1928 veröffentlicht (siehe: A. Neuberg (Ps.), i.e. Ju. Gailis (?), H. Kippenberger, M. N. Tuchačevskij, Ho Chi Minh (Ps.), i.e. Nguyen Ai Quoc: Der bewaffnete Aufstand. Versuch einer theoretischen Darstellung. Eingeleitet von Erich Wollenberg, Zürich, Meyer, 1928 [fingiert]. Reprint Frankfurt am Main, Europäische Verlagsanstalt, 1971 (Europäische Verlagsanstalt. Basis). Im

Erfahrungen und Lehren militärischer Natur dagegen aus den Vorpostengefechten der *deutschen* Arbeiterklasse sind fast nur mündlich vorhanden, bezw. bekannt, was wir gedruckt und für Lehrzwecke geschrieben, besitzen, ist zur Zeit kaum nennenswert. Und doch sind es gerade die Novemberkämpfe, der Kapp-Putsch, die Märzaktion und auch die bayrische Räte-Republik, aus denen wir die Hauptlehren ziehen müssen. *Sie allein* werden die Basis abgeben für unser Bürgerkriegselement aus dem einfachen Grunde, weil nur sie uns Erlebnis waren, das mit der Praxis in Einklang steht.

Wie wir in unserer politischen Taktik hauptsächlich aus den eigenen Erfahrungen im Lande heraus den richtigsten Weg heraustasten zu können [sic], so auch in unseren militärischen Grundregeln und Richtlinien, die nicht mehr und nicht weniger als der Leitfaden für die konsequente, aktivste Durchführung unserer Politik mit den Mitteln der bewaffneten Faust werden sollen und sein dürften.

Als konkrete Aufgaben für die ideologische Vorbereitung speziell des O.D. der Partei und seines Führerrahmens, die *unverzüglich* durchgeführt werden müssen, schlage ich darum vor:

Die Dreierkommission des Pol-Büros[77] veranlasst, bezw. erteilt Vollmacht zur sofortigen Durchführung:

1.) Druck einer Broschüre (besser einer Serie von kleinen Heften), die die besten der bisher in Deutschland im Laufe der letzten Jahre erschienenen Artikel und Abhandlungen revolutionärer Führer über Lehren, Erfahrungen und Erlebnisse im Bürgerkriege, Theorie des revolutionären Krieges usw. zusammenfasst. (Billiger Sonderdruck, Verbreitungsweise bestimmt die Dreierkommission.)

2.) Die *Rote Fahne* stellt grundsätzlich ihre 14-tägigen Diskussionsbeilagen ausserdem ihre Feuilleton-Spalten für militär-politische Themen zur Verfügung und bevorzugt darin bis auf weiteres die Frage vor allen anderen. Die Provinzpresse wird verpflichtet, alle in der *Roten Fahne* mit dieser Tendenz erschienenen Artikel in gleicher Reihenfolge und sofort zu bringen. Diskussionsartikel bezw. eigene Artikel aus der Provinz mit ähnlichem Thema sind vor Abdruck prinzipiell der Dreierkommission vorzulegen. Die Behandlung des Thema: „Vom Bürgerkrieg“ muss in der Presse garantiert vorheriger Kontrolle der Zentralleitung unterworfen werden.

3.) Die Partei fordert von der Exekutive nachdrücklichst eine aktive Beteiligung prominenter Führer aller Parteien, die schon bewaffnete Kämpfe hinter sich haben, an dieser Propagandakampagne. Die Partei ist sich bewusst, damit ein Stück wichtiger *internationaler* Arbeit für die Gesamtbewegung zu leisten. Sie unterstützt nachdrücklichst mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, die Arbeit des bereits seit

---

Zuge der Stalinisierung wurde die Militärpolitik stärker in die antimilitaristische Tätigkeit sowie die Nachrichten- bzw. Spionageaktivitäten für die Sowjetunion transformiert. Das Konzept eines revolutionär motivierten Städtekampfs („Stadtguerilla“) wurde erst nach dem 2. Weltkrieg in Lateinamerika (Uruguay, Brasilien, Peru) und der Türkei umfassender umgesetzt.

77 Im Herbst 1923 wurde aufgrund der besonderen Situation aus den Mitgliedern des Pol-Büros und des Sekretariats eine operationale Führung mit Brandler, Gural'skij und Karl Gröhl gebildet.

2 Jahren in Moskau in dieser Frage arbeitenden Genossen,[78] sodass in kürzester Frist eine bedeutend vermehrte Anzahl von Berichten und Erfahrungen ausländischer Bruder-Parteien – die vorhanden, aber bisher nicht erfasst werden konnten – herüberkommen und ein ständiger Kontakt mit der Komintern in dieser Frage garantiert ist. Im Zusammenhang damit muss diesem Genossen technisch und ökonomisch die Möglichkeit gegeben werden seine in dankenswerter Weise begonnenen eigenen theoretischen Arbeiten auf militärischem Gebiete fortzusetzen.

4.) Die Partei erlahmt nicht in ihren Bemühungen durchzusetzen, dass – im Sinne des ihr im Mai 1923 vorgelegten Entwurfes II[79] – eine spezielle Studienkommission bei der Komintern für diese Frage tätig ist.

5.) Zur Erfassung der westlichen [wesentlichen?] Erfahrungen, die uns die bewaffneten Kämpfe in Deutschland bisher gebracht haben wird eine beschränkte Anzahl von zuverlässigen Parteifunktionären, die an diesen Kämpfen teilnahmen, ausgewählt, und *sofort* mit der Ausarbeitung eines Referats, bezw. Berichtes über ihre Erlebnisse beauftragt, gegebenenfalls auch für bestimmte Zeiträume als Referenten für Versammlungen des O.D der Bezirke, die organisatorisch schon reif für solche Vorträge sind, verwendet. Anschliessend hat in diesem Fall eine Kritik, bezw. Auswertung des Vortrages durch den betreffenden örtlichen O.D. Kopfleiter stattzufinden.

Rob[er]t. [d.i. Karl Volk]
[Sign.] R.



Am 9.8.1923 behandelte das Politbüro des ZK der KP Russlands auf Anfrage des NKID deutsche Angelegenheiten. Dabei wurde auf Anregung Stalins beschlossen, Sinowjew, Bucharin und Trotzki telegraphisch aus dem Urlaub nach Moskau zu bestellen, um eine Politbüro-Sondersitzung „zur internationalen Frage", *de facto* zur Deutschland, abzuhalten. Auf dieser Sitzung, die vier Tage später auf den 21.8. angesetzt wurde, sollte auch ein Brief Brandlers besprochen werden.[80] Ebenfalls am 9.8.1922 nahm das Politbüro den Vorschlag Feliks Dzeržinskijs an, über die Arbeiter-Bauern-Inspektion die Einladung deutscher Spezialisten nach Sowjetrussland zu verstärken. Sich auf GPU-Quellen in Berlin berufend, wies Dzeržinskij darauf hin, dass es in Deutschland viele hochqualifizierte Ingenieure, Chemiker u.a. gäbe, die „zu sehr bescheidenen Konditionen" bereit seien, in Russland zu arbeiten – dies gelte es sorgfältig und durchdacht auszunutzen.[81]

---

78 Der ehemalige ungarische Kaderoffizier in der kaiserlichen Armee, Otto Steinfest (Ps. Fuchs), wurde seit August von Brandler aus der Sowjetunion nach Deutschland angefordert. Er wurde nach Roze-Skoblevskij zum zweithöchsten russischen militärischen Funktionsträger in Deutschland. Siehe hierzu: Bayerlein: Unser Apparat.

79 Vermutlich stützte sich dieses Dokument auf einen Bericht über die militärische Organisationsarbeit in Deutschland, der u.a. die unterschiedlichen Konzepte innerhalb der Hundertschaftsbewegung problematisierte, die am 12.5.1923 durch den sozialdemokratischen preußischen Innenminister Severing verboten wurde (siehe: Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst der KPD, S. 74f.

80 RGASPI, Moskau, 17/3/370, 3; 17/3/372, 1. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 164–165.

81 RGASPI, Moskau, 17/3/370, 12.

Am 18.8.1923 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Russlands als Reaktion auf ein Telegramm Nikolaj Krestinskijs vom 16.8.1923 die Summe von 1 Million Goldmark zur Hilfe an die deutschen Arbeiter zur Verfügung zu stellen (zur Abwicklung über die Profintern). Zugleich sollte mit einer zusätzlichen Geldsammlung zugunsten der Deutschen begonnen werden.[82]

Auf Vorschlag der Kommission des Politbüros zur Frage der internationalen Lage (Sinowjew, Radek, Trotzki, Bucharin, Pjatakov) erfolgte am 22.08.1923 der Grundsatzbeschluss des Politbüros des ZK der KP Russlands, sich auf die Revolution in Deutschland zu orientieren und hierzu erste konkrete Maßnahmen einzuleiten. Das deutsche Proletariat stehe „unmittelbar vor den entscheidenden Machtkämpfen". Die Tätigkeit, nicht nur der KPD und der RKP(b), sondern der gesamten Kommunistischen Internationale sollte von nun an dieser grundlegenden Tatsache Rechnung tragen. Die Delegation der KP Russlands in der Komintern wurde beauftragt, alle grundlegenden Schlussfolgerungen aus der entstandenen internationalen Lage zu erarbeiten und sie dem Politbüro zur Bestätigung vorzulegen. Als unmittelbar anstehend Aufgaben wurden definiert: Die „politische Vorbereitung der werktätigen Massen der Union der [Sowjet-]Republiken auf die kommenden Ereignisse", die „Mobilisierung der Kampfkräfte der Republik", die „ökonomische Hilfe an die deutschen Arbeiter", sowie „entsprechende diplomatische Vorbereitungen". Zur Ausarbeitung dieser Fragen wurde eine Kommission gebildet, der Sinowjew, Stalin, Trotzki, Radek und Čičerin angehörten.[83]

Am 29.8.1923 befasste sich das Politbüro des ZK der KP Russlands auf einen Vorschlag von Rozengol'c hin mit einer personellen Reorganisierung der Kommission zur geheimen deutsch-sowjetischen Rüstungszusammenarbeit. Dabei wurden die Vorstandsmitglieder der von sowjetischer Seite aufgesetzten „Aktiengesellschaft für metallische und chemische Einzelteile" („Metachim") bestimmt, die wenig später mit der deutschen „GEFU" die Firma „Bersol" gründen sollten.[84]

Am 4.9.1923 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands angesichts der geplanten Ankunft von KPD-Vertretern in Moskau am 15.9., die Einberufung eines Plenums des ZK der RKP(b) zur Frage der Durchführung der deutschen Revolution, die bereits am 21.8. beschlossen wurde, auf den 21.9.1923 festzulegen.[85]

Am 6.9.1923 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands zu Fragen des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten, in Bezug auf den möglichen Beitritt Deutschlands zum Völkerbund (der erst 1926 erfolgte) die ablehnende Position beizubehalten, diese jedoch nicht der deutschen Regierung aufzudrängen.[86]

Am 13.9.1923 beauftragte das Politbüro das Volkskommissariat für Außenhandel, auf der Erfüllung des Getreidevertrags mit Deutschland zu bestehen (siehe Beschluss vom 26.2.1923). Deutsche Unternehmen hatten sich geweigert, die Garantien seitens der Reichsregierung für Mittel zum Export in die Sowjetunion zu akzeptieren.[87]

82 RGASPI, Moskau, 17/3/374, 2. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 166.
83 RGASPI, Moskau, 17/162/1, 4–5. In deutscher Sprache publ. in: Bayerlein/Babičenko/Firsov: Deutscher Oktober 1923, S. 178–180.
84 APRF, Moskau, 03/64/645, 80–81. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 91.
85 RGASPI, Moskau, 17/3/378, 2. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 169.
86 RGASPI, Moskau, 17/3/379, 1; APRF, 3/64/691, 1. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 93.
87 APRF 3/64/645, 86. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 95.

Ebenfalls am 13.9.1923 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands, dem Volkskommissariat für Außenhandel „die Verpflichtung (zu) übertragen, auf schnellstem Wege zehn Millionen *pud* Getreide (Weizen und Roggen) nach Deutschland zu schaffen." Die Operation sollte auf kommerzieller Grundlage organisiert und dabei sollten die juristischen Rechte auf das Getreide gesichert werden. Zu diesem Zweck sollte eine „Hilfsgesellschaft" unter russischer Kontrolle geschaffen werden, die das Getreide „von den Handelsorganen der UdSSR wie üblich zu den bestehenden Börsenpreisen erhält." Die Hilfsgesellschaft sollte über das Getreide verfügen, es lagern und transportieren, es mahlen lassen und im Land verteilen. „Die Direktiven in Sachen Verteilung des Mehles und seiner Ausgabe zum Verbrauch erhält die Hilfsgesellschaft durch das Organ, dem die hauptsächliche Kommandogewalt obliegt, mittels besonderer Vertrauenspersonen, und unter der Beachtung der Bedingungen, die eine legale Durchführung der gesamten Tätigkeit garantieren." Die organisatorische Verantwortung wurde dem „Genossen Jurgenson" und als Helfer dem „Genossen Djuro" auferlegt werden.[88]

Dok. 86

Beschwerde des Komintern-Sekretärs für die lateinischen Länder, Jules Humbert-Droz über den „nationalistischen Schlageter-Kurs" der KPD im Namen der KP Frankreichs

Paris, 20.9.1923

Typoskript in französischer Sprache. Archives Jules Humbert-Droz, La Chaux-de-Fonds 0280. Deutsche Erstveröffentlichung. In französischer Sprache publiziert in: Del Amo/Bahne/Bayerlein: Archives de Jules Humbert-Droz, II, S. 37–45.

Paris, 20. September 1923

Vertraulich
Genossen Sinowjew *Moskau*

Lieber Genosse,
Sie werden in der reformistischen Presse gesehen haben, dass die Offensive gegen die deutsche Partei weitergegangen ist und sich als noch heftiger herausgestellt hat. Die Oppositionellen [*résistants*] haben sich in dieser Kampagne als noch weitaus verabscheuenswürdiger erwiesen als die Sozialisten. Ich bestätige Ihnen diesbezüglich meine Eindrücke aus dem letzten Bericht. Die Konferenz der Delegierten aus den Regionen, die dieser Tage stattfindet und die die Meinung der Provinz widerspiegelt, belegt, dass die Parteigenossen überall infolge der nationalistischen Erklärungen unserer deutschen Genossen äußerst verwirrt sind und dies nicht verstehen.[89] Umso

---

88 APRF, 3/20/89, 158. Publ. in: Bayerlein/Babičenko/Firsov: Deutscher Oktober 1923, S. 140f.
89 Am 8./9. Mai 1923 führten die französischen Besatzungsbehörden ein Kriegsgerichtsverfahren gegen den Freikorpskämpfer Albert Schlageter durch, der sich im Widerstand gegen die Ruhrbesetzung einen Namen gemacht hatte. Der am 26. Mai 1923 Erschossene wurde einerseits zum Helden der NS-Bewegung. Andererseits bezeichnete ihn Radek auf der Moskauer Junitagung des EKKI als „muti-

stärker in den Sympathisantenmilieus. Der Artikel der *Roten Fahne* vom 2. September, der von einem Bündnis mit den Nationalisten von Reventlow[90] spricht, wird kritisiert. Man denkt nicht nur, dass solche Erklärungen der deutschen Revolution schaden, man denkt auch, dass die deutschen Genossen diese Taktik übertrieben und unzulässige Erklärungen abgegeben haben. Ich gestehe Ihnen ehrlich, dass wir angesichts solcher Behauptungen zu betroffen waren, um die Taktik unserer Genossen zu verteidigen.

Vuiouvitch [Vujović][91], der für einige Tage aus Berlin nach Paris gekommen ist, hat uns bestätigt, dass die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands beschlossen hat, diese Taktik zu verändern und diese kriegerischen Erklärungen zu mäßigen. Nachdem ich lange mit ihm diskutiert habe, habe ich mit einigen gegen die Sozialisten gerichteten Artikeln begonnen unter der Losung „Die deutsche Revolution ist der Friede“ als einziges Mittel, das uns ermöglicht, die Strömung wieder zu beleben. [...] Die letzten aus Berlin eingetroffenen Dokumente betreffend der Taktik der Kommunistischen Partei Deutschlands zeigen, dass sich die Orientierung im Sinne der von uns unternommenen Kampagne präzisiert hat und ich bestehe darauf, dass diese Linie, die den Willen zum Frieden und zur Zahlung der Reparationen

gen Soldaten der Konterrevolution“ in der folgenden Weise: „Wir werden alles [dafür] tun, daß Männer wie Schlageter, die bereit waren, für eine allgemeine Sache in den Tod zu gehen, nicht Wanderer ins Nichts, sondern Wanderer in eine bessere Zukunft der gesamten Menschheit werden, daß sie ihr heißes, uneigennütziges Blut nicht verspritzen um die Profite der Kohlen- und Eisenbarone, sondern um die Sache des großen arbeitenden deutschen Volkes, das ein Glied ist in der Familie der um ihre Befreiung kämpfenden Völker.“ Die „Schlageter-Rede“ wird häufig ungerechtfertigterweise als grundsätzliche nationalbolschewistische Wendung der KPD-Politik gewertet. In der Komintern machte man sich eher darüber lustig (siehe: Karl Radek: Leo Schlageter. Der Wanderer ins Nichts. Rede auf der Sitzung der Erweiterten Exekutive der Komintern am 20. 6. 1923. In: Karl Radek, Paul Frölich, Graf Ernst Reventlow, Arthur Möller van den Bruck: Schlageter. Kommunismus und nationale Bewegung, Berlin, Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, 3. erw. Aufl. 1923, hier S. 8).

90 Im Artikel der *Roten Fahne* vom 2.9.1923, „Der Schnittpunkt“, wurde ausgeführt, dass die Nationalisten um Reventlow und die Kommunisten „sich in der nationalen Befreiung Deutschlands“ treffen und in „in der Form eines Bündnisses“ „praktisch eine Strecke zusammenwirken“ können. In der gleichen Ausgabe wurde unter dem Titel „Trennendes“ ein Artikel von Reventlow veröffentlicht. Heinrich August Winkler schrieb in seiner Rezension „Der Pakt mit dem Osten. Gerd Koenen über den ‚Russland-Komplex’ und das ambivalente Verhältnis der Deutschen zum Bolschewismus“: „Der völkische Schriftsteller Graf Ernst von Reventlow, der seit 1924 erst deutschvölkischer, dann nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter war, propagierte ein antiwestliches Bündnis der beiden weltpolitischen Parias, des Deutschen Reichs und der Sowjetunion, konnte sich damit aber ebensowenig gegen Hitler durchsetzen wie der junge Joseph Goebbels, der erst 1926 konsequent auf die antisowjetische Linie seines Führers einschwenkte.“ (*Süddeutsche Zeitung*, 13.12.2005). Die Beziehungen zur KPD wurden in verdeckter Form aufrechterhalten.

91 Der junge serbische Revolutionär Vojislav Vujović (1897–1937?), der später (wie auch seine beiden Brüder) unter Stalin ums Leben kam, leitete als Instrukteur der Kommunistischen Jugendinternationale den Widerstand unter den Besatzungstruppen gegen die französische und belgische Besatzungspolitik im Ruhrgebiet.

bekräftigt, wenn möglich verstärkt wird.[92] Sie hätte hier einen sehr großen Einfluss auf die öffentliche Meinung und wird das Vertrauen der Parteigenossen bestärken.



Am 23.9.1923 bestätigte das Plenum der KP Russlands die Thesen Sinowjews „Die kommende deutsche Revolution und die Aufgaben der RKP(b)", die von einer „Unvermeidbarkeit und Nähe der deutschen Revolution" ausgingen. Die Thesen basierten auf dem Vortrag Sinowjews im Plenum am 21.9. und wurden durch eine Politbüro-Kommission umgearbeitet.[93]

Dok. 87

Das Schicksal Polens besiegeln und einen Korridor durch die Tschechoslowakei schlagen: Vorschläge Sergej Gusevs zur deutschen Revolution und Replik Stalins

Moskau, ca. Ende September 1923

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/139, 32. Erstveröffentlichung. Auszugsweise publ. in: Bogdan Musial: Kampfplatz Deutschland. Stalins Kriegspläne gegen den Westen, Berlin, Ullstein, 2008, S. 122.

Gen. Sinowjew! Kam es Ihnen nicht in den Sinn, dass es in der Situation einer deutschen Revolution und unseres Krieges mit Polen und Rumänien von entscheidender Bedeutung wäre, gegen Ostgalizien vorzurücken (wo es nicht schwer wäre, einen Aufstand hervorzurufen) und „zufällig" in die Tschechoslowakei einzufallen, wo bei einer starken KP eine Revolution durchaus möglich wäre (in „Anwesenheit" von zwei-drei unserer Divisionen). So könnten wir 1) ins tiefe Hinterland Polens gelangen und sein Schicksal besiegeln, 2) einen Korridor nach Sowjet-Deutschland durch die Tsch[echo]-S[lovakei] erhalten, 3) die Rote Armee in der Tsch[echo]-S[lovakei] haben. Sollte man nicht bereits jetzt die politische Vorbereitung in der Tsch[echo]-S[lovakei] in dieser Richtung durchführen?[94]

GUSEV

92 Im Namen der KP Frankreichs fordert Humbert-Droz hier von der Kominternführung, die KPD auf eine Position der Erfüllungspolitik zu führen, letztlich auch die Besetzung Westdeutschlands zu akzeptieren.

93 RGASPI, Moskau, 17/2/101, 4–13ob. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 185–203. In deutscher Sprache teilweise publ. in: Bayerlein/Babičenko/Firsov: Deutscher Oktober 1923, S. 151–162.

94 Gegenüber den simplistischen Modellen des später in der Komintern aktiven Stalin-Vertrauten Gusev wurden neben einer geheimen Konferenz im EKKI mit den potenziell unmittelbar von einer deutschen Revolution betroffenen kommunistischen Parteien Kontakt aufgenommen sowie strategische Planungsspiele zur Vorbereitung auf eine deutsche Revolution durchgeführt (siehe: Bayerlein/Babičenko/Firsov: Deutscher Oktober 1923, S. 162ff.).

Diese Frage wird zu früh aufgeworfen, falls Gen. Gusev sie denn wirklich bereits aufwerfen will. Der Plan an sich ist problematisch. Nicht diese Frage ist jetzt wichtig, sondern eine andere, und zwar: unter welchem legalen Deckmantel kann man die Soldaten mobilisieren und dabei den Anschein von Friedfertigkeit, oder zumindest von Verteidigung wahren.

I. STALIN
5–st



Am 27.9.1923 setzte sich das Politbüro des ZK der KP Russlands mit dem „Fall Petrov" auseinander. Der *Vorwärts* hatte am 25. September die Aufdeckung zweier kommunistischer Waffenlager gemeldet, an deren Aufstockung maßgeblich der sowjetische *de facto*-Militärattaché Michail Petrov beteiligt gewesen sei. Das Politbüro beauftragte Čičerin, mehr Informationen einzuholen. Zugleich beschloss es, „die gewisse Kommission des PB zu beauftragen, die Frage der besten Wege zur Überführung von Genossen zu erkunden" – wobei hier möglicherweise die Kommission zur Vorbereitung des „Deutschen Oktober" gemeint ist.[95] Die Rolle von Petrov war äußerst brisant – er war sowohl an den Aufstandsvorbereitungen beteiligt als auch an geheimen Rüstungskontakten mit der Reichswehr. Erkundungen Krestinskijs in Berliner Regierungs- wie auch Reichswehrkreisen schienen das Ergebnis zu haben, dass die deutsche Regierung nicht hinter dem Alleingang der *Vorwärts* gestanden und kein Interesse an der Öffentlichmachung dieser Affäre gehabt habe.[96] Am 3.10.1923 beschloss das Politbüro, ein Kommuniqué zu dem Fall zu veröffentlichen, in dem alle Vorwürfe abgeschmettert wurden.[97]

Dok. 88

Brief Radeks an Trotzki über die Festlegung eines Zeitrahmens für den kommenden Aufstand in Deutschland

[In Deutschland], 1.10.1923

Typoskript in russischer Sprache, RGASPI, Moskau, 326/1/1, 152. Neuübersetzung. In deutscher Sprache publ. in: Vatlin: Kunst des Aufstands, S. 231; Bayerlein/Babičenko/Firsov: Deutscher Oktober 1923, S. 188–189.

An Gen. Trotzki
Kopie an Gen. Sinowjew, Bucharin, Stalin

Ich sagte bereits auf der Sitzung, dass ich mit der Tendenz des Artikels des Genossen Trotzki über die Festlegung der Termine der Revolution wie der Konterrevolution

---

95 APRF, Moskau, 03/64/645, 93 und 03/64/676, 23. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 101.
96 Berichte Krestinskijs siehe in: Sevost'janov, Moskva-Berlin, I, Doks. 99, 105.
97 APRF, Moskau, 3/64/676, 33. Publ. in: Sevost'janov, Moskva-Berlin, I, Dok. 107. Zur Affäre siehe auch Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten, S. 180–181; Francis Ludwig Carsten: Reichswehr und Politik. 1918–1933, Köln, Kiepenheuer & Witsch, 1966³, S. 156–157.

völlig einverstanden bin.[98] Angesichts der Formlosigkeit der deutschen Partei ist diese Tendenz durchaus gesund. Zugleich möchte ich jedoch einige Gedanken äußern, die man meines Erachtens den deutschen Kommunisten mit nicht geringerem Nachdruck einprägen muss, als es Gen. Trotzki in seinem Artikel getan hat.[99]

Der Unterschied zwischen der Lage in Russland [19]17 und in Deutschland heute besteht darin, dass wir es in Russland mit einer kompletten Paralyse der Macht zu tun hatten. Deswegen konnten wir, nachdem wir die Sympathien der Mehrheit der Arbeiterklasse gesichert hatten, den Kampf um die Macht beginnen, wobei wir uns auf verhältnismäßig geringe aktive Kräfte stützend. Trotzki sagte in seiner Rede im Jahre [19]17, dass wir losschlugen, obwohl Petrograd seelenruhig schlief. Wenn unsere Deutschen in die Offensive gehen, während die wichtigsten Zentren Deutschlands seelenruhig schlafen, so werden sie vollständig zerschlagen werden, weil der Gegner über größere organisierte Kräfte verfügt als sie. Unser Sieg kann nur gelingen, wenn die spontane Bewegung des Proletariats mit einer organisierten Offensive der Kampfkräfte der Partei zusammenfällt. Deswegen halte ich es für notwendig, den deutschen Genossen die Bedeutung der Frage nach dem richtigen Zeitpunkt zu einzuprägen, weil diese Frage genauso wichtig ist wie die der Organisation. Wir werden zerschlagen, wenn wir organisiert zum falschen Zeitpunkt in die Offensive gehen, genauso, als wenn wir es unorganisiert zum richtigen Zeitpunkt tun. Die Garantie des deutschen Sieges liegt in der Gleichzeitigkeit unserer organisierten Offensive mit der spontanen Massenbewegung. Ich bitte Sie, auf dieser Frage in der heutigen Sitzung zu fokussieren.[100]

1.X.23.
[Sign.:] Radek

---

98 Am 26.9.1923 wurde Trotzkis Artikel: "Kann man eine Konterrevolution oder eine Revolution auf einen bestimmten Zeitpunkt festsetzen?" als Sondernummer der *Inprekorr* (Nr. 152) veröffentlicht, bereits am 23.9. in der *Pravda*: Lev Trockij: Možno li kontrrevoljuciju ili revoljuciju sdelat' v srok? In: *Pravda*, 23.9.1923 Botschafter Brockdorff-Rantzau protestierte gegen den Artikel, den er als Anweisung zum Umsturz auffasste. Trotzki musste sich daraufhin gegenüber dem Sekretär der Zentralen Kontrollkommission, Jaroslavskij, erklären und zeigte aufrichtiges Erstaunen darüber, dass „sogar mein äsopischer Artikel über die ‚Festsetzung des Termins'" eine Intervention des deutschen Botschafters ausgelöst habe (Bayerlein/Babičenko/Firsov: Deutscher Oktober 1923, S. 179).

99 Als Orientierungsdatum für den Aufstand wurde der 9. November gewählt, mit dem folgenden Vorbehalt: „Was den festgesetzten Termin anbelangt, so ist dieser nur zur Orientierung der Partei und der Internationale angenommen [worden]. Die Sache muss selbstverständlich in Deutschland selbst bestimmt werden." (Drei Sonderbeschlüsse. In: Bayerlein/Babičenko/Firsov: Deutscher Oktober 1923, S. 215–216, hier S. 215; siehe auch Dok. PB vom 4.10.1923).

100 Drei Tage später, am 4.10.1923, erfolgte ein diesbezüglicher Beschluss des Politbüros des ZK der RKP(b) (siehe Dok. PB 4.10.1923).



Am 4.10.1923 erfolgt der Beschluss des Politbüros des ZK der RKP(b) zur Festsetzung des Revolutionstermins in Deutschland, für den sich besonders Trotzki eingesetzt hatte. Dazu wurde der 9. November festgelegt, wobei auch ein früheres Losschlagen als Möglichkeit offen gelassen wurde. Als zentrales Problem wurde die mangelnde Übereinstimmung der „revolutionären Orientierung der Führungsebene der deutschen Kompartei mit der objektiven Lage und den Stimmungen der Arbeitermassen" festgehalten. Die KPD-Führung solle sich gezielt mit der Vorbereitung des Aufstandes auseinandersetzen. Die Entsendung von Trotzki und Sinowjew nach Deutschland (wobei Brandler um die Entsendung von Trotzki, Radek und Pjatakov gebeten hatte) wurde als „absolut unmöglich" abgelehnt. Die mögliche Verhaftung der genannten Genossen in Deutschland würde der internationalen Politik der UdSSR und der deutschen Revolution selbst unermesslichen Schaden zufügen. Stattdessen wurde eine Vierergruppe aus Pjatakov, Radek, Jan Rudzutak und Valerian Kujbyšev nach Deutschland kommandiert. Ein hierzu eingerichteter Sonderfonds wurde auf 500.000 Goldrubel erhöht.[101] Die Vierergruppe solle nach Ankunft in Berlin über eine Einbeziehung des sowjetischen Botschafters in Berlin, Krestinskij in ihre Arbeit entscheiden. (Das im Band „Deutscher Oktober 1923" abgedruckte Dokument enthält die Beschlussvariante des normalen Protokolls sowie den Wortlaut des Beschlusses aus der Sondermappe des Politbüros).

101 RGASPI, Moskau, 17/162/1, 17–18. In deutscher Sprache publ. in: Bayerlein/Babičenko/Firsov: Deutscher Oktober 1923, S. 195–197. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 205–207.

Dok. 89

Plan des ZK-Sekretariats der KP Russlands zur Agitation und Propaganda für die deutsche Revolution in der Sowjetunion

[Moskau], 5.10.1923

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 17/112/485, 19. Erstveröffentlichung.

BEILAGE ZUM PUNKT 3 DES PROTOKOLLS DER SEKRETARIATSSITZUNG DES ZK DER RKP(B) VOM 5.10.1923.[102]

1. Den Kreis- und Gebietskomitees und nationalen Zentralkomitees ein Rundschreiben mit den maßgeblichen Anweisungen politischen, agitations- und propagandistischen Charakters zuzusenden.[103]

2. Die Agitprop[104] zu beauftragen, in die wichtigsten Bezirke sofort Lektoren zu einem mit der deutschen Revolution verbundenen Themenkreis zu entsenden. Diese Lektoren sollen von einer besonderen Kommission für deutsche Angelegenheiten, die beim Politbüro besteht, instruiert werden.[105] Das Verzeichnis der Referenten haben die Gen. Molotov und Bubnov zu vereinbaren.[106]

---

102 Bereits am 22.8.1923 postulierte das Politbüro als zentrale Aufgabe, „die werktätigen Massen der Union der [Sowjet-]Republiken [...] auf die kommenden Ereignisse vorzubereiten" (Bayerlein/Babičenko/Firsov: Deutscher Oktober 1923, S. 131). Das vorliegende Dokument wurde auf Beschluss des Politbüros vom 4.10.1923 (RGASPI, 17/3/386, 1) ausgearbeitet, detailliertere Entwurffassungen finden sich unter RGASPI, 17/112/485, 45–46 und 49–51. Zugrunde lag ein Bericht Trotzkis auf der Sitzung des Politbüros vom 4.10.1923 „Über die Durchführung der Agitation in Verbindung mit der internationalen Lage". Das Sekretariat des ZK wurde beauftragt, dem Politbüro einen Vorschlag vorzulegen und am folgenden Tag wurde der Plan gebilligt. Zur „Deutscher-Oktober"-Kampagne in der Sowjetunion siehe allgemein: Gleb J. Albert: „German October is Approaching". Internationalism, Activists, and the Soviet State in 1923. In: *Revolutionary Russia* 24 (2011), no. 2, S. 111–142.

103 Bereits am 28.8.1923 informierte das ZK-Sekretariat die regionalen Parteiorganisationen in groben Zügen über die kommenden Ereignisse in Deutschland („Naznačit' revoljuciju v Germanii na 9 nojabrja". In: *Staraja ploščad'. Vestnik Archiva Prezidenta Rossijskoj Federacii* (1995), 5, S. 115–139, hier S. 128). Am 26. September rief die Parteiführung eine geschlossene Versammlung regionaler Führungskader zusammen, in der diese auf die bevorstehende Kampagne eingeschworen wurden (Leonid G. Babičenko: Politbjuro CK RKP(b), Komintern i sobytija v Germanii v 1923 g. Novye archivnye materialy. In: *Novaja i novejšaja istorija* (1994), 2, S. 125–157, hier S. 137). Das maßgebliche Rundschreiben wurde schließlich am 9.10.1923 in Erfüllung dieses Beschlusses versandt (siehe folgendes Dokument).

104 Gemeint ist die 1920 gegründete Agitprop-Abteilung des ZK der RKP(b).

105 Zur Kommission für deutsche Angelegenheiten siehe den Politbüro-Beschluss vom 22.8.1923.

106 Zur Vorbereitung der regionalen Parteikräfte und der Bevölkerung auf den „deutschen Oktober" sandte das Politbüro hochrangige Parteifunktionäre auf Vortragsreisen in die Provinz. Das auf diesen Beschluss hin ausgearbeitete Referentenverzeichnis führte 15 führende Bolschewiki mitsamt Zielort auf, darunter Nikolaj Bucharin, Anatolij Lunačarskij, Mieczyslaw Bronski, Feliks Kon, Aleksandr Voronskij, Emel'jan Jaroslavskij und Nikolaj Krylenko (RGASPI, 17/112/485, 52). Die Referenten, die Vorträge vor tausenden von Zuhörern halten konnten, schrieben nach Rückkehr detaillierte

3. Zur Anleitung der Agitationskampagne im Zusammenhang mit der internationalen Lage, im besonderen zur Anleitung der Presseorgane und der Verlagstätigkeit, eine Kommission, bestehend aus den Gen. Bucharin, Bubnov und Antonov-Ovseenko, zu bilden.[107] Die Einberufung erfolgt durch Gen. Bucharin.[108]

4. Die genannte Kommission wird beauftragt, dringend die Höhe der zur Planerfüllung notwendigen Mittel und die Art und Weise ihrer Verteilung unter den verschiedenen Verlagen festzulegen. Die Verlage müssen verpflichtet werden, die Bestellungen der Kommission mit Priorität zu erfüllen.[109]

5. Die Agitprop wird zusammen mit der Glavpolitprosvet[110] beauftragt, dringend einen Vorlesungszyklus zu Fragen der internationalen und inneren Lage, verbunden mit der deutschen Revolution, auszuarbeiten, damit diese Vorlesungen in allen Institutionen der kommunistischen Schulung (Kommunistische Universitäten, sowjetische

---

Reiseberichte an das ZK, in denen sie auch Stimmungen der Provinz zu den antizipierten Ereignissen in Deutschland festhielten (Albert: „German October is Approaching“, S. 120–127).

107 Andrej Bubnov (1883–1940) war Leiter der Agitprop-Abteilung des Zentralkomitees, Vladimir Antonov-Ovseenko (1883–1938) Leiter der PUR, der Politischen Verwaltung der Roten Arbeiter- und Bauernarmee (s.u.).

108 Zur Anleitung der Provinzpresse veröffentlichte die Kommission in der Folge spezielle interne Bulletins, in denen Redakteure von Provinz-Parteizeitungen fertige Artikelbeiträge über die Lage in Deutschland zum Nachdruck finden konnten. Viele Provinzblätter verzichteten jedoch darauf und versuchten, eigenständig die „deutschen Ereignisse“ ihrer Leserschaft nahezubringen, oft in stark verzerrter und übertrieben optimistischer Form. Dies hatte auf der einen Seite übersteigerte Erwartungen der Parteiaktivisten an der Basis, zum anderen Kriegsängste bei der „einfachen“ Bevölkerung zur Folge (siehe: Albert: „German October is Approaching“, S. 118–120).

109 Eine neugegründete Subkommission für Publikationsfragen beschloss am 11.10.1923, anlässlich der kommenden deutschen Revolution spezielle Landkarten, Plakate und Broschüren drucken zu lassen (RGASPI, 17/60/439, 1). Daraufhin überschwemmten die ansonsten von Material- und Geldmangel gehemmten Partei-, Komsomol- und Armeeverlage die Kommission mit ausufernden Plänen zur Herausgabe von Büchern, Broschüren, Flugblättern und sogar russisch-deutschen und russisch-polnischen Wörterbüchern (ibid., Bl. 102–131). Ein Großteil der geplanten Erzeugnisse wurde nicht realisiert, dennoch erschienen im Herbst 1923 tatsächlich zahlreiche deutschlandbezogene Druckwerke in der Sowjetunion – von populären Broschüren Radeks und Jaroslavskijs über politikwissenschaftliche Analysen bis hin zu einer Übersetzung der Ludendorff-Memoiren (vgl.: Dmitrij Lebedev: Literatura o Germanii. In: *Kommunističeskaja revoljucija* (1923), Nr. 17–18, S. 76–79).

110 Glavpolitprosvet – von russ. *Glavnyj politiko-prosvetitel'nyj komitet Narkomprosa RSFSR* (d.h. Oberstes Komitee für politische Aufklärung des Volkskommissariats für Erziehung der RSFSR), gegründet 1920 und geleitet von Lenins Ehefrau Nadežda Krupskaja.

Parteischulen, Schulen für politischen Elementarunterricht)[111] als Ergänzung der bestehenden Lehrprogramme,[112] sowie für die Klubarbeit,[113] benutzt werden können.

6. Es wird für notwendig gehalten, ein Rundschreiben über die Verstärkung der politischen und partei-organisatorischen Arbeit in der Roten Armee herauszugeben; Agitprop und PUR[114] werden beauftragt, im Laufe von zwei Tagen den Entwurf eines solchen Rundschreibens dem ZK zur Bestätigung vorzulegen.

Für die Richtigkeit: Timochin

---

111 Das frühsowjetische Parteischulwesen war hierarchisch aufgebaut. Die Elementareinrichtungen (Abendschulen, Lesezirkel) sollten den teils halb-analphabetischen Parteimitgliedern und -kandidaten neben grundlegender Allgemeinbildung auch Grundkenntnisse des Marxismus vermitteln und sie mit der aktuellen politischen Linie in Verbindung setzen; die höhere Stufe, die Sowjet-Parteischulen (*sovpartškoly*) bildeten Agitatoren aus, die Arbeiter-Bauern-Universitäten schließlich vermittelten eine weitergehende Hochschulbildung (Peter Kenez: The Birth of the Propaganda State. Soviet Methods of Mass Mobilisation 1917–1929, Cambridge, Cambridge University Press, 1985, S. 128–133; Michael David-Fox: Revolution of the Mind. Higher Learning Among the Bolsheviks 1918–1929, Ithaca, Cornell University Press, 1997).

112 Entsprechende Schulprogramme für die verschiedenen Schultypen wurden Mitte Oktober in der Parteipresse veröffentlicht. Sie beinhalteten einen Abriss neuerer deutscher Geschichte, stellten die aktuelle Situation dar und zeigten die Abhängigkeit der UdSSR von der unausweichlich kommenden deutschen Revolution (A. Bubnov: Zavedyvajuščim Agitpropami CK Nackompartij, Obbjuro, Obkomov i Gubkomov RKP. In: *Kommunističeskaja revoljucija* (1923), Nr. 19–20, S. 69–76).

113 Hauptsächlich auf Bildungs- und Kulturarbeit ausgerichtet, bestand in der frühen Sowjetunion ein Netz von anfänglich selbstverwalteten und dann von *Proletkult* und Gewerkschaften zunehmend kontrollierten Arbeiterklubs als assoziative Treffpunkte (siehe: Gabriele Gorzka: Arbeiterkultur in der Sowjetunion. Industriearbeiter-Klubs 1917–1929. Ein Beitrag zur sowjetischen Kulturgeschichte, Berlin, Arno Spitz Verlag, 1990). Entsprechende Klubs gab es auch für verschiedene nationale Immigrantengruppen wie die deutsche, anglo-amerikanische, karelo-finnische, italienische, ungarische und lettische (zum deutschen Klub in Moskau siehe: Carola Tischler: Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil 1933 bis 1945, Münster, Lit, 1997). In der Deutschland-Kampagne wurden Klubs dazu genutzt, Literatur zu vertreiben, Leseabende zu veranstalten und Dias und Filme über Deutschland zu zeigen, die von Willi Münzenbergs IAH geliefert wurden. Für diesen Zweck wurden in den Klubs spezielle *Deutschland-Ecken* aufgebaut (Albert: „German October is Approaching", S. 114).

114 PUR (Abk.) – von russ. *Političeskoe Upravlenie Raboče-Krest'janskoj Krasnoj Armii* (d.h. Politische Verwaltung der Roten Arbeiter- und Bauernarmee), gegründet im April 1919 zur Durchführung von parteipolitischer Arbeit in der Roten Armee. Die PUR wurde dadurch, dass ihr Leiter Antonov-Ovseenko Teil der Agitationskommission war, unmittelbar in die Kampagne mit einbezogen.

Dok. 90

Zirkular des Sekretariats des ZK der KP Russlands (Molotov) über die Vorbereitungen auf die deutsche Revolution

[Moskau], 9.10.1923

Gedrucktes Dokument, russisch. RGASPI, Moskau, 17/84/467, 107–108v. In deutscher Sprache mit abweichender Signatur auszugsweise publ. in: Bayerlein/Babičenko/Firsov: Deutscher Oktober 1923, S. 211–214.

Exemplar Nr. 198

Völlig geheim.
Rundschreiben

An alle Gouvernementskomitees, Gebietskomitees, Gebietsbüros der RKP(b) und Zentralkomitees der nationalen kommunistischen Parteien.

Es ist heute bereits völlig klar geworden, dass ein proletarischer Umsturz in Deutschland nicht nur unabwendbar ist, sondern ganz nahe – sehr nahe gerückt ist. Die Deutsche Kommunistische Partei hat die Mehrheit aktiver Schichten des Proletariats gewonnen. In allernächster Zukunft wird die Deutsche Kommunistische Partei imstande sein, eine Mehrheit des ganzen Proletariats hinter sich zu führen.

Ein neuer, typischer Zug der deutschen proletarischen Revolution wird die besondere Rolle sein, die darin das Kleinbürgertum der Städte spielen wird: Die Beamtenschaft, kleine und mittlere Angestellte, Kleinhändler usw.

Man kann sagen, dass bis zu einem gewissen Grad die Rolle, die in der Russischen Revolution die kriegsmüde gewordenen Bauern gespielt haben, in der Deutschen Revolution die der wirtschaftlichen Zerrüttung müde gewordenen und durch die Entwicklung des Kapitalismus an den Rand des ökonomischen Abgrunds gedrängten breiten Schichten der Kleinbourgeoisie der Städte spielen werden. [...][115]

Für Räte-Deutschland wird das Bündnis mit uns, die wir eine immense Popularität unter den breiten Massen des deutschen Volkes genießen, die einzige Chance zur Rettung sein. Und andererseits kann nur Räte-Deutschland die Möglichkeit für die UdSSR bewerkstelligen, sich gegen den kommenden Sturm des internationalen Faschismus zur Wehr zu setzen, und zur schnellsten Lösung der vor uns stehenden wirtschaftlichen Probleme beizutragen. Davon geht unsere Haltung zur deutschen Revolution aus.

Unsere Aufgabe ist es nach wie vor, mit Nachdruck und Ausdauer eine Politik des Friedens durchzuführen. Unsere Friedenspolitik muss dabei so offensichtlich sein, dass die überwältigende Mehrheit der europäischen Arbeiter von der Friedfertigkeit unserer Vorhaben überzeugt sein wird. Doch zugleich muss der Partei klar sein, dass

---

115 Hier folgen im Dokument Ausführungen über den zunehmenden Zuspruch der KPD unter den kleinbürgerlichen Massen und über die Erstarkung der linken Sozialdemokratie.

wir, wenn die Gefahr einer Zerstörung der UdSSR entsteht, einem Krieg, den uns die ausländischen Imperialisten aufzwingen, ohne zu zögern begegnen werden. Dies wird ein Verteidigungskrieg für die Existenz der Arbeiterklasse und für die schon erreichten Errungenschaften der proletarischen Revolution sein.[116] Die Perspektive des naherückenden Krieges darf keineswegs die Energie in der Entfaltung der Kulturarbeit zügeln. Im Gegenteil muss diese Perspektive uns dazu zwingen, unsere Anstrengungen für eine erfolgreichere Entwicklung der Landwirtschaft und der Industrie zu verzehnfachen, denn ohne dies ist weder die Verstärkung der Wehrfähigkeit unserer eigenen [Sowjet-]Union, noch die Hilfe an das deutsche Proletariat zu bewerkstelligen. Die naherückende Epoche verlangt von uns, dass wir es lernen, gleichzeitig unsere Wirtschaft anzuheben, die kulturellen Errungenschaften zu festigen und unser Land zu verteidigen.

Das Zentralkomitee hält es für notwendig:

1. Die Aufmerksamkeit der breitesten Arbeiter- und Bauernschaft auf die deutsche Revolution zu konzentrieren.

2. Die Umtriebe unserer äußeren und inneren Feinde, die die Niederlage des revolutionären Deutschlands mit einem neuen Feldzug gegen die Arbeiter und Bauern der Sowjetrepubliken und mit einer vollständigen Zerschmetterung und Zergliederung unseres Landes verbinden, vorzeitig zu entlarven.

3. Im Bewusstsein jedes Arbeiters, Bauern und Rotgardisten den unerschütterlichen Glauben daran zu festigen, dass der Krieg, den die ausländischen Imperialisten und vor allem die regierenden Klassen Polens uns aufzwingen wollen, ein Verteidigungskrieg für die Bewahrung des Bodens in den Händen der Bauern, der Fabriken und Betriebe in den Händen der Arbeiter, für die Existenz der Arbeiter- und Bauernmacht selbst sein wird.[117]

Das Zentralkomitee lenkt die Aufmerksamkeit der gesamten Partei darauf, dass die Vorbereitung der öffentlichen Meinung der breitesten werktätigen Schichten der

---

116 Die Bolschewiki rechneten im Falle der deutschen Revolution (vor allem im Falle ihrer Niederschlagung) fest mit einem Krieg der kapitalistischen Mächte gegen die Sowjetunion (vgl. Bayerlein/Babičenko/Firsov: Deutscher Oktober 1923, S. 117). Neue archivgestützte Studien haben einschlägige Vorbereitungen seitens der Roten Armee zutage gefördert, die allerdings vorrangig defensiver Natur waren (vgl. David R. Stone: The Prospects of War? Lev Trotskii, the Soviet Army, and the German Revolution in 1923. In: *The International History Review* 25 (2003), no. 4, S. 799–817). Neuere Forschungen, die die sowjetischen Angriffsabsichten zu belegen versuchen, übergehen diese Erkenntnisse weitgehend (vgl. Musial: Kampfplatz Deutschland, S. 114–132).

117 Bereits die Politbüro-Thesen vom 22.9.1923 betonten, die wichtigste Aufgabe sei es, die breiten Massen davon zu überzeugen, dass der bevorstehende Krieg ein Verteidigungskrieg sein werde und keinesfalls ein Angriffskrieg, denn zu Kriegszeiten sei „das Volk [...] besonders empfänglich für solche Vorwürfe gegen die Regierung." (Naznačit' revoljuciju v Germanii na 9 nojabrja, S. 135–136). Real jedoch schürte die Deutschland-Kampagne, nicht zuletzt wegen einer unbeholfenen Berichterstattung in der Provinzpresse, massive Kriegsängste unter der parteilosen, v.a. bäuerlichen Bevölkerung (siehe Albert: „German October is Approaching".).

gesamten Union auf die bevorstehenden Ereignisse für unsere Republik erstrangige Bedeutung hat.[118]

Die Agitpropkampagne muss angesichts der internationalen Situation umfassend und systematisch durchgeführt werden.

Mit diesem Ziel schlägt das Zentralkomitee vor:

1. In die Tagesordnung aller Parteiversammlungen (allgemeine, Bezirks-, Parteizellen usw.) die Frage nach der internationalen Lage aufzunehmen, unter Beleuchtung einer jeden Etappe und jeder Wende in den Ereignissen, die non nun an im Brennpunkt des internationalen Lebens stehen.

2. Regelmäßige Beratungen von verantwortlichen Mitarbeitern (Partei-, Sowjet-, Militär- und Wirtschaftsfunktionäre) zur Information und Besprechung von Fragen regelmäßig einzuberufen, die mit der internationalen Lage verbunden sind.[119] […]

7. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Beleuchtung der Probleme der internationalen Situation unter den Bauernmassen. Großen Bauernversammlungen über die deutsche Revolution und über die Gefahr eines Krieges müssen überall Versammlungen von Parteizellen vorausgehen, dort wo es solche gibt. In den Bauernversammlungen muss die ganze Bedeutung unseres Bündnisses mit einem Räte-Deutschland für die Hebung der Bauernwirtschaft und die Verbilligung der Produkte der städtischen Industrie sowie die reale Gefahr einer Rückkehr der gutsherrlichen Macht im Falle einer Okkupation des Landes durch die Streitkräfte des polnischen Imperialismus und des deutschen Faschismus unterstrichen werden. Dabei gilt es, Fakten und Beispiele der Unterjochung ukrainischer und belorussischer Bauern durch polnische Gutsherren auf den 1918–1920 eroberten Territorien zu Agitationszwecken zu nutzen. […]

In der bevorstehenden Agitations- und Propagandaarbeit müssen wir mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, erreichen, dass nicht nur jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, sondern auch jeder Bauer und jede Bäuerin in unserer [Sowjet-]Union verstehen kann, wie eng die Geschichte der Deutschen Revolution mit dem blutverwandten Interesse der werktätigen Massen der UdSSR verbunden ist. In unserer Propaganda, besonders unter den Bauern, dürfen wir nicht nur die internationalistischen Gefühle ansprechen.[120] Wir müssen auch die ureigensten wirtschaftlichen und

118 Die Deutschland-Kampagne in der Sowjetunion hat tatsächlich so weit vom öffentlichen Raum Besitz ergriffen, dass Heinrich Brandler, als er zu Geheimverhandlungen nach Moskau eintraf, darüber „zu Tode erschrocken" gewesen sei, so die Erinnerungen Ruth Fischers (Ruth Fischer: Stalin und der deutsche Kommunismus, I, Berlin, Dietz, 1990, S. 388–389).

119 In der Aufzählung folgen im Dokument die Punkte 3–12 mit weiteren konkreten Maßnahmen wie Referaten durch die Gebietsfunktionäre, Agitation unter der Arbeiter- und Bauernjugend sowie Vortrags- und Vorlesungszyklen. Zu organisatorischen Details der Kampagne siehe Albert: „German October is Approaching".

120 Dadurch, dass die Bolschewiki die Gefahr eines realen Krieges sahen, war es ihnen wichtig, nicht nur ihre Anhänger, deren „internationalistische Gefühle" sie als gegeben ansahen, für die Deutschland-Kampagne zu mobilisieren, sondern sich auch im Kriegsfalle der Loyalität der partei-

politischen Interessen ansprechen. Mit unserer Propaganda müssen wir erreichen, dass sich jeder Bauer klar wird: Wenn ein Krieg kommt, dann wird dieser Krieg unsererseits ein Verteidigungskrieg sein, mit dem wir die Existenz der Sowjetrepubliken, das Eigentum an Grund und Boden für den Bauern verteidigen wollen. Jeder Bauer muss sich einprägen: Eine Niederlage der Deutschen Revolution würde die Wiederherstellung des weißen Deutschlands und den Versuch der russischen Gutsherren bedeuten, mit Hilfe des weißen Deutschlands, des weißen Polens, des weißen Rumäniens, den russischen Bauern den Boden zu nehmen und die Monarchie in Russland wiederherzustellen, was dazu führen würde, die Zarenschulden zu zahlen,[121] in einem nie dagewesenen Ausmaß die Steuern zu erhöhen und die Leibeigenschaft wiederherzustellen. Ein Sieg der Deutschen Revolution bedeutet für den russischen Bauern unter anderem einen schnellen Aufschwung der Landwirtschaft, billige landwirtschaftliche Maschinen usw. Jeder Arbeiter unserer Union der [Sowjet-]Republiken muss verstehen, dass ein Sieg der Deutschen Revolution bedeutet, dass die Bourgeoisie in Russland nie wieder ihr Haupt erheben wird, dass die negativen Seiten der NÖP im Keim erstickt werden,[122] dass eine unzertrennliche Verbindung zwischen dem landwirtschaftlichen Russland und dem industriellen Deutschland hergestellt wird, dass sich eine mächtige Union unserer Sowjetrepubliken mit der Deutschen Republik herausbilden wird, die nicht nur eine der bedeutendsten wirtschaftlichen und politischen Kräfte, sondern auch den wichtigsten Faktor für die Befreiung der Arbeiterklasse der ganzen Welt darstellen wird.

Höchste Geschlossenheit, Einheit und strengste Disziplin, dank derer unsere Partei prachtvolle Siege erringen und gestärkt aus den gefährlichsten und schwersten

---

losen und v.a. bäuerlichen Bevölkerung sicher zu sein. Diesen Gedanken äußerte Sinowjew bereits Ende September auf einer Versammlung lokaler Funktionäre: „Es geht nicht nur um internationalistische Gefühle. Wenn es um [diese] Gefühle ginge, dann würde selbstverständlich jeder Kommunist seine Pflicht erfüllen. Aber wir reden nicht nur von den kommunistischen Massen, sondern von den Massen des ganzen Landes [...].“ (Grigorij Sinowjew: Reč’ na sobranii členov i kandidatov RKP Sokol’ničeskogo rajona. In: *Kommunističeskaja revoljucija* (1923), 17–18, S. 3–22, hier S. 21; vgl. Albert: „German October is Approaching“, S. 114–117).

121 Das Problem der auf 30–200 Milliarden Dollar geschätzten, vom russischen Zarenreich angehäuften und 1918 von Sowjetrussland annullierten Auslandsschulden wurde nach 1991 wieder aktuell. Forderungen seitens französischer Anteilseigner russischer Staatsanleihen aus der Zarenzeit wurde in einem bilateralen Abkommen 1997 teilweise befriedigt.

122 Vor allem unter der enthusiastischen Jugend, aber auch in der Partei insgesamt war eine Enttäuschung über die 1921 eingeführte „Neue Ökonomische Politik“ (NÖP, siehe Dok. 60) und die mit ihre verbundene Teilrestauration privatwirtschaftlicher Verhältnisse weit verbreitet (siehe: Anne E. Gorsuch: NEP Be Damned! Young Militants in the 1920s and the Culture of Civil War. In: *Russian Review* 56 (1997), S. 563–580; zur NEP siehe: Helmut Altrichter: Staat und Revolution in Sowjetrussland. 1917–1922/23, Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1996 (Reihe Erträge der Forschung, 148). An diese Stimmungen appellierte das ZK mit der vorliegenden Passage (vgl. auch: Albert: „German October is Approaching“, S. 117–118).

Momenten hervorgehen konnte, sind heute mehr denn je für die Partei und für die entscheidenden Erfolge der proletarischen Revolution notwendig.[123]

9. Oktober 1923.

Sekretär des ZK der RKP(b)
V. Molotov

Dok. 91

Kritische Stellungnahme des Außenkommissars Čičerin zu einen Brief Stalins an die KPD über die bevorstehende deutsche Revolution

Moskau, 12.10.1923

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/139, 31. Erstveröffentlichung.

12. Oktober 1923.

An Gen. MOLOTOV.

Verehrter Genosse,
Das Radio von Nauen[124] teilte am 10. Oktober mit, dass Stalin angeblich einen Brief an die deutschen Kommunisten gerichtet habe mit der Aussage, dass der Triumph der deutschen Revolution für das europäische und amerikanische Proletariat bedeutender sein werde, als die Oktoberrevolution, da sie das Zentrum der Weltrevolution von Moskau nach Berlin verlagern werde.

---

123 Im Zusammenhang mit der Industriekrise und dem Ausscheiden des todkranken Lenin aus der politischen Entscheidungsfindung war der Zustand der Parteiführung im Jahre 1923 krisenhaft, bereits vor der Herauskristallisierung der Linken Opposition (siehe zuletzt: Clayton Black: Legitimacy, Succession, and the Concentration of Industry. Trotsky and the Crises of 1923 Re-Examined. In: *Russian History* 27 (2000), no. 1–4, S. 397–416). Die Aussicht auf eine deutsche Revolution trug, so Pierre Broué, zur zeitweisen Nivellierung dieser Gegensätze bei: „The differences which for months had been poisoning the atmosphere in the Russian Party and the apathy which had been gaining ground seemed to disappear in the exhilarating breeze of the newly-revived prospects of world revolution." (Pierre Broué: The German Revolution 1917–1923, Chicago, Haymarket Books, 2006, S. 759). Auch auf regionaler Ebene konnten Parteifunktionäre die Naherwartung einer deutschen Revolution instrumentalisieren, um Dissens innerhalb ihrer Parteiorganisationen zu minimieren (siehe: Aleksandr Reznik: Trockizm i Levaja Oppozicija v RKP(b) v 1923–1924 godu, Moskva, Svobodnoe marksistskoe izdatel'stvo, 2010, S. 68).
124 Gemeint ist das Radioprogramm der Großfunkstelle Nauen, Brandenburg, der zunächst von Telefunken und von 1918 bis 1932 von der Transradio AG betriebenen ältesten Sendeanlage der Welt.

Bitte teilen Sie mir mit, ob diese Mitteilung pure Erfindung ist oder sich dahinter tatsächlich etwas verbirgt.[125]

Mit kommunistischem Gruß
[Sign. Čičerin] /Čičerin/
10 Ex.

Dok. 92

Persönlicher Brief eines Vertrauten Molotovs in Berlin (Ivan Majskij?) über die Lage in Sachsen und die Szenarien für ein künftiges Sowjetdeutschland

Berlin, 17.10.1923

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 82/2/224, 40–42. Erstveröffentlichung.

Berlin, 17. Oktober 1923.[126]

Persönlich. Geheim.

An Gen. Molotov – ZK RKP
Ihrem Vorschlag folgend, sende ich hiermit meine Überlegungen zur Lage in Deutschland.

Die Fakten kennen Sie sowohl aus den Zeitungen, als auch aus den regelmäßigen Berichten des Berliner Bevollmächtigten Vertreters an das NKID. Deswegen lasse ich hier die faktische Seite unberührt.

Die deutsche Revolution kann zwei Wege einschlagen, und von ihnen werden sowohl ihre ersten Erfolge und Misserfolge, als auch die Aufgaben Russlands abhängen. Die erste, weitaus günstigere Möglichkeit besteht darin, dass es dem Proletariat aufgrund der aktuellen Verschärfung der Klassenkonflikte gelingen wird, die Macht in Berlin und in ganz Zentraldeutschland an sich zu nehmen. Dies bedeutet den Sturz der Reichsregierung Stresemanns oder desjenigen, der ihn bis dahin auf seinem Posten ablösen wird, und die Bildung einer gesamtdeutschen Arbeiterregierung nach sowjetischem oder sächsischem Vorbild.[127] In diesem Fall wird sich Bayern selbstver-

125 Ein entsprechender Brief Stalins an Thalheimer wurde in der *Roten Fahne* vom 10. Oktober 1923 abgedruckt (publiziert in: Bayerlein/Babičenko/Firsov: Deutscher Oktober 1923, S. 212). Hervorzuheben ist die seltsame Mutation Stalins, der nun die Sprache Sinowjews übernahm, während er bisher jegliches offensives Vorgehen in Deutschland abgelehnt hatte (vgl. Dok. 81).
126 Am oberen linken Rand handschriftlich: „I. [?] Maj[skij?]“.
127 Mit dieser Taktik gab die Komintern ihre „prinzipielle Negation“ gegenüber der SPD teilweise auf. In Sachsen regierte seit Frühjahr 1923 eine linke sozialdemokratische Regierung, bereits am 15.3.1923

ständlich abspalten, wenn sie es nicht vorher schon getan hat. Dasselbe passiert am Rhein. In Ostpreußen entsteht wahrscheinlich eine weiße Vendée.[128] Möglicherweise wird selbiges in Schlesien passieren. Wenn sich in Ostpreußen und Schlesien keine weißen Fronten bilden, so wird möglicherweise Polen, das Chaos in Deutschland ausnutzend, versuchen, Ostpreußen und Schlesien zu besetzen. Die Häfen, besonders die an der Nordsee, werden sofort von den Engländern okkupiert. Somit wird Deutschland in seinen Grenzen rigide beschnitten und blockiert. Die Arbeiterregierung wird dennoch trotz allem das kompakte Hauptterritorium mit Zentrum Berlin besitzen, und wird in der Lage sein, mit vollem Recht im Namen Deutschlands zu sprechen und internationale Beziehungen zu führen. Dies wird ihr die Möglichkeit geben, sich offiziell an die ihm freundschaftlich gesonnene Sowjetregierung zu wenden und um materielle und militärische Hilfe zu bitten.

Die Lage Deutschlands wird viel schwerer sein als die Lage Russlands in den Jahren 1917–1918. In Russland gab es ausreichende Lebensmittelressourcen. Deutschland muss im großen Maße Lebensmittel einführen. Mit dem Wegfall Ostpreußens, Bayerns und des Nordens jedoch wird es fast vollständig ohne Getreide bleiben. In Russland hatten wir auf Kosten des Dorfes eine verhältnismäßig kleine Zahl an städtischer werktätiger Bevölkerung zu ernähren. In Deutschland, vor allem in dem Teil, der in den Händen der Arbeiterregierung verbleiben wird, werden Arbeiter und Stadtbewohner einen riesigen Anteil der werktätigen Bevölkerung stellen, die nur von dem Brot leben können, welches sie von der Regierung erhalten werden. Die deutsche Industrie wird von importierten Rohstoffen, in letzter Zeit auch von importiertem Brennstoff [*toplivo*], angetrieben, und arbeitet für den ausländischen Markt. Mit dem Anfang der Blockade wird es weder Rohstoffe, noch Brennstoffe, noch einen Absatz fertiger Waren geben. Deswegen wird der Staat die gesamte werktätige Bevölkerung, die mit Ausnahme einer kleinen Anzahl von Arbeitern in der Rüstungsindustrie arbeitslos wird, ernähren müssen. Russland wird immense Kräfte und Mittel zur Hilfe für die Arbeiterregierung Deutschlands aufwenden müssen. Diese Hilfe jedoch, die

---

wurde zwischen der KPD und einem Siebenerausschuss der SPD ein Einheitsfrontabkommen abgeschlossen, das u. a. die Bildung gemeinsamer „Proletarischer Hundertschaften" vorsah. SPD und KPD zusammen bildeten am 10.10.1923 (am 16.10.1923) in Thüringen eine „Regierung der republikanischen und proletarischen Verteidigung". In Sachsen erhielt die KPD das Wirtschafts- und das Finanzministerium, der KPD-Vorsitzende Heinrich Brandler wurde Leiter der Staatskanzlei. Gegen Reichsgewalt und Bayern sollte ein „mitteldeutscher Roter Block" gebildet werden, oberstes Ziel war der Kampf gegen den Faschismus und die Konterrevolution. Zugleich erwartete man einen entscheidenden Impuls für die Bewaffnung der Arbeiter.

128 Während der Französischen Revolution war die am Atlantik gelegene Provinz Vendée Ausgangspunkt für königstreue, bäuerlich-konterrevolutionäre Gegenangriffe. Der allgemeine Aufstand, der nach der Ermordung Ludwig XVI. im Januar 1793 ausbrach, wurde von den republikanischen Truppen niedergeschlagen. Aleksandr Solženicyn stellte die „Vendéens" als historisches Vorbild für die Freiheitskämpfer gegen den Bolschewismus heraus und weihte 1993 das „*memorial de la Vendée*" in Les Lucs-sur-Boulogne ein (http://www.vendee-guide.co.uk/Memorial-de-la-Vendee-Alexander-Solzhenitsyn.htm).

selbstverständlich Feindseligkeit und Verbitterung seitens der anderen bürgerlichen Regierungen auslösen wird, wird formal nicht als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands angesehen, und wird nicht sofort zu einer allgemeinen Isolierung Russlands und dann zum Abbruch jeglicher Beziehungen mit ihm führen. Wenn Russland es in dieser Situation schafft, Hilfe zu leisten, bevor die Arbeiterregierung in Deutschland durch die vereinten Kräfte der rechten Aufständler und der Interventen niedergeschlagen wird, so wird der weitere Kampf, so schwer er auch sein mag, von den Deutschen und Russland gewonnen.

Die zweite Möglichkeit besteht darin, dass es den Rechten gelingt, die s[ozial] d[emokratisch]-kommunistischen Koalitionsregierungen in Sachsen und Thüringen zu einem Kampf gegen die bürgerliche Berliner Regierung und die von ihr sanktionierte Militärdiktatur zu provozieren. In diesem Fall wird der Kampf geführt werden zwischen dem revolutionärsten, jedoch zahlenmäßig recht kleinen Teil des deutschen Proletariats einerseits, und den vereinten Kräften der gesamtdeutschen rechten Reaktion andererseits, die sich zudem auf die legitime Reichsregierung und die Reichswehr stützt. Die unbewaffneten Arbeiter, ohne Lebensmittel auf einem kleinen Flecken Erde eingeschlossen, werden nach einem heroischen Kampf zerschlagen und vernichtet. Die Arbeiterklasse des restlichen Deutschlands, noch recht passiv gestimmt und unter dem Einfluss der s[ozial]-d[emokratischen] Führer, wird den sächsischen Genossen nicht rechtzeitig zu Hilfe kommen können. Was wird dann Russland tun? Wenn es sich einmischt und den sächsischen und thüringischen Regierungen zu Hilfe kommt, würde es Hilfeleistung an lokale, wenn auch legitim an die Macht gekommene, Aufständische gegen die gesamtdeutsche Regierung bedeuten, mit der Russland diplomatische Beziehungen unterhält. Dies würde einer Kriegserklärung an Deutschland gleichkommen, den Bruch mit dem einzigen großen Staat, der die Sowjetregierung anerkennt. Es ist nicht schwer, die Folgen eines solchen Schritts im internationalen Maßstab zu begreifen. Auch wäre dieser Schritt sinnlos, da die russischen Truppen sich nicht nur durch Lettland und Polen kämpfen müssten, sondern auch durch einen beträchtlichen Teil Deutschlands, und dies würde selbst im Falle eines Erfolges so viel Zeit in Anspruch nehmen, dass sich Sachsen selbstverständlich nicht halten könnte. Deswegen hätte die Sowjetregierung zwei Möglichkeiten: entweder sie ließe die sächsischen Arbeiter im Stich und verlöre im weiteren Verlauf in ihren Augen an Autorität, oder sie stürzte sich trotz allem in den Kampf, würde dabei jedoch die sächsischen Arbeiter nicht retten, und noch dazu dem Arbeiter-Bauern-Staat Russland selbst einen schweren Schlag versetzen.

Deswegen erscheint es mir als erste und wichtigste Aufgabe, die sächsischen Arbeiter so lange vom Kampf abzuhalten, bis die gesamtdeutsche und vor allem Berliner Rückendeckung gegeben ist. Diese Aufgabe wird durch den Einzug der Kommunisten in die Regierung hochgradig erschwert. Die Kräfte des Militärs und die Reichsregierung führen einen entschiedenen Angriff, wünschen eine Konfrontation herbei, provozieren durch Dekrete über die Auflösung und Entwaffnung der

„Hundertschaften“,[129] über die Schließung der kommunistischen Presse, über die Überstellung der gesamten Polizei in den Machtbereich der Heeresleitung. Soeben ging die Meldung über die Besetzung des sächsischen Landtages durch die Reichswehr ein.[130] Wenn dies der Wahrheit entspricht, so bedeutet dies den Anfang von Kampfhandlungen, die Forderung einer Kapitulation oder die Provozierung eines Kampfes ohne Waffen. Die nächsten Stunden und Tage werden zeigen, ob die gewaltige Auseinandersetzung schon beginnt oder ob man sie aufschieben kann.

Im Weiteren werde ich von der Annahme ausgehen, dass wir nach wie vor die Herren der Lage sind, und dass der Moment des Aufstandes [*vystuplenie*] von uns, und nicht von den Rechten, abhängt. In diesem Falle müssen die deutschen Genossen mit höchst revolutionärem Tempo die agitatorische, organisatorische und technische Vorbereitung der zukünftigen Kämpfe durchführen. Diese Arbeit müssen sie jedoch weitgehend selbstständig bewerkstelligen. Natürlich kann man nicht verbieten, aus dem Ausland, aus verschiedenen Ländern, unter anderem Russland, einige Dutzend guter Arbeiter – Politiker und Organisatoren – einreisen zu lassen. Ihre Ankunft wird jedoch nur dann von Nutzen sein, wenn sie erstens tatsächlich den Weg in die Bewegung finden, und zweitens keine Personen sein werden, die formal und offiziell mit der Sowjetregierung verbunden sind. Erst wenn die Bewegung in Deutschland die ersten siegreichen Schritte ausführt, wenn die deutsche Arbeiterregierung entscheidende [Hilfe][131] von der Sowjetregierung fordern wird, wird die Sowjetregierung diese Hilfe nicht nur in Form von militärischer [und materieller] Hilfe gewährleisten müssen, sondern auch Hunderte und Tausende praktischer [Funktionäre] entsenden müssen,[132] die den administrativen und wirtschaftlichen Apparat kennen und kraft

129 Das Wort „Hundertschaften“ ist in russischer Schrift in deutscher Sprache angeführt.

130 Nachdem infolge der Bildung der sächsischen Arbeiterregierung Reichswehrminister Geßler die Durchführung einer „Reichsexekution“ gegen Sachsen gefordert hatte, ließ die Regierung der Großen Koalition unter Reichskanzler Stresemann am 20.10.1923 Reichswehrverbände in Sachsen, einige Tage später auch in Thüringen einmarschieren und die linken Koalitionsregierungen von SPD und KPD mit militärischer Gewalt absetzen. Damit war die Position der KPD und der Linken insgesamt in ihren Hochburgen entscheidend geschwächt. Der Versuch, auf einer Betriebs- und Arbeiterkonferenz in Chemnitz am 21. Oktober einen Generalstreik auszurufen, scheiterte kläglich, vor allem am Widerstand von Gewerkschaften und Sozialdemokraten. Konsequenterweise proklamierte Brandler daraufhin im Namen der KPD den Rückzug. Nur in Hamburg kam es zum einem isolierten, von Thälmann eigenmächtig vom Zaun gebrochenen Aufstand („Hamburger Aufstand“).

131 Die folgenden Zeilen sind durch eine Beschädigung des Archivdokuments beeinträchtigt und mussten teilweise rekonstruiert werden.

132 Zur Vorbereitung des deutschen Oktober wurde mit Unterstützung zuständiger russischer Organe (OGPU/GPU und GRU) das Personal des M-Apparats der KPD in kurzer Zeit auf ca. 350 hauptamtliche Mitarbeiter aufgestockt, davon 28 im Post- und Fernmeldewesen, 28 im Zersetzungsapparat, 14 im Transportwesen, 54 in den Abteilungen für Waffenbeschaffung, und 65 im Aufklärungsapparat. Ein Teil der Leitungen war bei Brandler in Dresden, zwei weitere in Berlin, u.a. in der sowjetischen Botschaft (mit Radek, Unšlicht und Krestinskij bzw. der Delegation des sowjetischen Politbüros) untergebracht. Operativer militärischer Leiter bei der Zentrale, *de jure* Kommandeur der gesamten Untergrundarmee war der sowjetische Divisionskommandeur Vol'demar Roze (Ps. Skoblevskij, W.R.,

ihrer Erfahrung den unerfahrenen deutschen Genossen helfen können. Das massenhafte Auftauchen solcher Funktionäre [*rabotniki*] vor der Machtübernahme durch die Arbeiterklasse [*k rabočim*] wird, wenn man die erstaunliche Geschwätzigkeit der Deutschen und ihre Unfähigkeit zur Konspiration sowie die Unangepasstheit der angereisten Genossen an die deutschen Verhältnisse bedenkt, lediglich zu zahlreichen und vorzeitigen Misserfolgen führen, die die sowjetische Regierung formal kompromittieren werden, vielleicht sogar einen Abbruch der [diplomatischen] Beziehungen bewirken, sowie der deutschen Bourgeoisie und den Versöhnlern [*soglašateli*] einen Anlass dafür bieten, lautstark darüber zu klagen, dass die Revolution in Deutschland durch fremde russische Hände und mit russischem Geld vorangetrieben werde.[133]

Die Sowjetregierung darf sich in keinem Fall auf eine überflüssige, unvorsichtige Kompromittierung einlassen.

Mit den obigen Ausführungen ist auch die Frage über den Sitz des ZK der deutschen Partei verbunden. Soll sein zentraler Kern sich in Sachsen oder in Berlin befinden? Ich plädiere vehement für Berlin: Wenn das ZK in Sachsen eingeschlossen sein

---

Gorev), sein Stellvertreter der ehemalige Militärführer der KPD und Mitarbeiter der INO-GPU Otto Steinfest (Ps. Fuchs). In der Literatur genannte Zahlen der nach Deutschland entsandten russischen Militärspezialisten dürften überhöht sein. Bis Ende Oktober trafen nur sieben der von Brandler dringend angeforderten 25(?) „Milspez" ein. Im August war im Beschluss des russischen Politbüros noch von einer Abordnung der „50 besten Kampfleiter" die Rede, bis Anfang Dezember kamen jedoch nur 13 an. Noch am 4.12.1923 forderte Roze dringend weitere Militärspezialisten an (nebst einer Bestätigung des Etats). Die Dokumente belegen die Anwesenheit hoher und mittlerer Komintern-, RKP(b)- und OGPU-Vertreter in Deutschland (neben Radek waren dies, Unšlicht, Pjatakov, Lozovskij, Šackin, Šmidt, sowie Voija Vujović als Instrukteur im Ruhrgebiet), sowie die aktive Rolle von Botschafter Krestinskij. Zu den bisher identifizierten russischen bzw. den aus Russland entsandten Militärspezialisten gehörten Stein (d.i. Manfred Stern), Georg (d.i. Aleksej Steckij), Otto Steinbrück (bereits im Sommer 1923 in Deutschland), Pavel Vompe (wird von Unšlicht angefordert), Krivickij, Krause, Kangelari, Štrodach, Rval und Kapitany. Für die Militäraufklärung waren Ludwig (d.i. N. Poreckij), Firin-Pubko, Oskar, S. Zbikovskij (Ps. Alois) und Neuberg (d.i. wohl Gailis, in der Literatur finden sich ebenso Neumann und Kippenberger) in Deutschland, sie werden als Nachfolger Rozes nach seiner Verhaftung 1924 genannt. Maßgeblichen Anteil an der M-Arbeit in Deutschland hatten Tuure Lehén (Ps. Alfred) und Bronislaw Bortnowski (Ps. Bronkowski) (siehe Bayerlein: Unser Apparat).

133 Der Historiker Grant Adibekov (Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 207) eruierte folgende Daten zur Finanzierung der KPD in diesem Zeitraum: Am 9.7.1923 wurde Wilhelm Pieck und Georg Schumann brieflich mitgeteilt, dass der KPD für das 3. Quartal 1923 44.594 US-Dollar zugewiesen werde (RGASPI, 495/19/502, 59). Als man Kurs auf die Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes genommen hatte, wurde ein Sonderfonds in Höhe von 250.000 Dollar eingerichtet, der später um zusätzliche 100.000 Dollar aufgestockt wurde; diese Zusatzsumme wurde wenig später erneut aufgestockt. Pieck schrieb am 14.11.1923 an das EKKI, es sei völlig unklar, ob der Sonderfonds für alle Tätigkeitsbereiche der KPD verwendet werden dürfe, oder nur für die Anschaffung von Waffen (RGASPI, 495/19/504, 1–2). Nach Angaben vom 21.11.1923 wurden der KPD über einen Sonderfonds 250.000 plus 195.700 Dollar zugeteilt, insgesamt also 445.700 Dollar. Davon wurden 333.530 Dollar ausgegeben, übrig blieben 112.170 (RGASPI, 495/19/504, 5). Gleichzeitig wurden auf Vorschlag Trotzkis, explizit auf die anstehende deutsche Revolution bezogen, die Subsidien an die KP Frankreichs erhöht (RGASPI, 495/82/9a, 25v.).

sollte, so verlöre der restliche Teil Deutschlands eine kompetente politische Führung. Außerdem würde das ZK, wenn es in Sachsen säße, von der lokalen sächsischen Atmosphäre durchtränkt werden und einen provinziellen sächsischen Standpunkt einnehmen. Es würde leichtfertiger und vorzeitiger den Kampf in Sachsen sanktionieren, als es ein ZK tun würde, das sich in Berlin befindet oder zumindest die Interessen Berlins und die Stimmungen Deutschlands als Ganzes vertritt. Der Hauptkern des ZK muss sich in Berlin befinden, in Sachsen hingegen muss ein Reservebüro des ZK vorhanden sein, welches anstelle des ZK in Aktion tritt, wenn dieses in Berlin scheitert, oder für den Fall, dass es gewaltsam von Berlin getrennt wird, selbstständig ohne Anweisungen des ZK handelt.

Dies sind meine ersten Überlegungen. Ich werde versuchen, in einigen Tagen erneut zu schreiben.

Mit Genossengruß:



Am 18.10.1923 rügte das Politbüro des ZK der KP Russlands die sowjetische Handelsvertretung in Deutschland für ihren mangelnden Einsatz in Sachen Brotlieferungen an die deutsche Bevölkerung. Die Operation „Brot für Deutschland“ sollte ausgeweitet und durch Hinzuziehung eines weiteren Personenkreises verstärkt werden; involviert wurden u.a. Unšlicht sowie ein spezieller KPD-Vertreter.[134] Die Verstärkung der Aktivitäten war anscheinend durch eine Beschwerde Brandlers gegen Stomonjakov vom 14.10.1923 bedingt. Stomonjakov wehrte sich am 17.10.1923 gegen die Vorwürfe.[135] Nach dem Scheitern des deutschen Oktober wurde der Beschluss am 1.11.1923 revidiert.[136]

Desweiteren setzte das Politbüro des ZK der KP Russlands am 18.10.1923 Sergej Aleksandrovskij als sowjetischen Konsul in Leipzig ein.[137]

---

134 RGASPI, Moskau, 17/162/1, 21–22. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 207–209.

135 RGASPI, Moskau, 326/2/21, 39–42.

136 RGASPI, Moskau, 17/162/1, 23.

137 RGASPI, Moskau, 17/3/388, 1.

Dok. 93

Bericht der MP-Abteilung („Abteilung Bibliothek“) der KPD („Robert“) über den Stand der militärpolitischen Vorbereitungen in Deutschland.

Berlin, 18.10.1923

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/25/1365, 35–39. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache ohne Begleitbrief publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 416–422.

Berlin, den 18.10.23

Werter Genosse Piatnitzki!
Beiliegend übersende ich Ihnen als Material für die Kommission[138] den Bericht, den ich über meine zweimonatige Tätigkeit als politischer Angestellter der Zentrale zum 18.10.23 an die Dreierkommission der deutschen Zentrale gab. In einigen Tagen geht ausserdem Heft 3 „Vom Bürgerkriege“[139] an Sie ab. Ich bitte Sie mir den Empfang dieses Berichtes sowohl wie den Empfang von je 3 x Heft 1 & 2 „Vom Bürgerkriege“, die ich vor ca. 14 Tagen absandte, kurz bestätigen zu wollen.

Mit kommunistischem Gruss!
[Sign.] Gerhard Schott (Robert).

Berlin den 18.10.23.

Bericht
über die Arbeit der Abteilung „Bibliothek“ der Zentrale der K.P.D.[140] *bis 15.12.23.*[141]

I. Abteilung: Ideologische Vorbereitung: (Militärpol. Vorbereitung.)

---

138 Vermutlich für die illegale Kommission des EKKI (siehe Dok. 79).
139 Seit Oktober 1923 wurde in Berlin unter der Leitung von Karl Retzlaw (Ps. Karl Friedberg) die militärpolitische Zeitschrift der KPD *Vom Bürgerkrieg*, später *Oktober*, herausgegeben. Neben mehr oder weniger deutlichen taktischen Anleitungen für den Bürgerkriegsfall enthielt die Zeitschrift historische bzw. militärpolitische Darstellungen, vor allem der einschlägigen russischen Erfahrungen.
140 Die hier als „Bibliothek“ firmierende Abteilung für ideologische militärpolitische Vorbereitung wird bisher in der Spezialliteratur nicht erwähnt. Karl Retzlaw berichtete, dass auf Drängen von Brandler und Roze (Ps. Skoblevskij) einerseits ein neuer Redakteur (ab Nr. 5) die Zeitschrift *Vom Bürgerkrieg* in schnellerer Folge herausbringen sollte, die M-P „abgezweigt und in Abteilung Zersetzung (Z) umbenannt wurde, die Heinz Neumann übernahm“ (Retzlaw: Spartakus, S. 274). Die Zer-Abteilung wird bei Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst, S. 82 erwähnt.
141 Im Begleitbrief handschriftliche Vermerke Sinowjews: „An Mickiewicz-Kapsukas“ und „erhalten“ (RGASPI 495/25/1365, 34). Dem Bericht wurde eine halbseitige russische Zusammenfassung hinzugefügt und als Begleitbrief an die illegale Kommission des EKKI gesandt (RGASPI 425/25/1365, 11).

Ich übernahm die Abteilung nach meiner Rückkehr aus Moskau nach 14 tägiger Orientierung in Berlin, Hamburg und Leipzig, gleichzeitig mit der von mir am 8.8.23. dem Zentralausschuss vorgelegten Denkschrift. (Siehe Beilage Nr. 1).[142]

Ich ging mit enger Unterstützung des Genossen Karl [Radek] systematisch daran, die von mir am Schluss dieser Denkschrift vorgeschlagenen 5 Punkte sofort selbst durchzuführen.

Zu Punkt 1. (dieser Denkschrift.)
Die Sammlung von Artikeln und Erfahrungen aus dem Bürgerkrieg in Form einer Serie von Heften wurde von der Zentrale beschlossen. Die Herausgabe der Hefte verzögerte sich aber, trotzdem die Manuskripte für Heft 1 „Vom Bürgerkriege" bereits am 10.8.23, für Heft 2 am 20.8.23 druckreif vorlagen. Es gelang erst nach mancherlei Schwierigkeiten, die nicht nur technischer Natur waren, sondern ihren Grund darin hatten, dass die Notwendigkeit und Wichtigkeit der ideologischen Vorbereitung an zentraler politischer Stelle erst spät erkannt wurde, am 1. Oktober 23 Heft 1, am 13. Okt. 23 Heft 2 in je 50 000 Exemplaren (die in den letzten Tagen durch Neuauflagen von je 20 000 Exemplaren verstärkt wurden) in die Organisation zu bringen. Heft 3 ist im Druck und kommt am 19.10.23 zum Versand, Heft 4 ist in Vorbereitung und wird bis 20.10.23 druckreif.

Es wurde Wert darauf gelegt, die Hefte möglichst einfach auszustatten, damit der Preis so billig wie möglich gehalten werden konnte. In Heft 1 wurde auf Beschluss der Zentrale der Aufruf der Partei vom 11. Juli 23[143] – entgegen unserer Absicht, da wir der Meinung waren, dass der Lehrkarakter der Broschüren dadurch verwischt wurde – eingeschoben.

Zu Punkt 2.
Auf Betreiben des Genossen O[tto] St[einfest] und Robert[144] und mit enger Unterstützung des Genossen Karl [Radek] wurden vom März 1923 bis September 23 eine Anzahl Artikel, die zum Teil von der Jstpart.[145] herausgegebenen Broschüren entnommen wurden, in die Parteipresse gebracht. Wir beabsichtigten damit eine systematische, ideologische Vorbereitungskampagne der Partei auf den Bürgerkrieg einzuleiten und

---

142 Siehe Dok. 85.

143 Der von Brandler verfasste Aufruf der KPD vom 11.7.1923 war in einem äußerst radikalen Ton gehalten und richtete sich gegen einen drohenden Aufmarsch der „Faschisten" sowie gegen den französischen Imperialismus, in ihm wurde die Stärkung der „gemeinsamen proletarischen Abwehrorganisationen" gefordert. In dem im 1. Heft *Vom Bürgerkrieg* publizierten Text fehlte jedoch eine Perspektive „gegen die deutsche Staatsmacht" (siehe hierzu: Retzlaw: Spartakus, 261f.).

144 „O.St." steht höchstwahrscheinlich für O. Steinfest. „Robert" ist ein Deckname Schotts.

145 Jspart, richtig: Istpart (Abk.), die „Kommission zur Sammlung und Erforschung von Materialien zur Geschichte der Oktoberrevolution und der Geschichte der Russischen Kommunistischen Partei", gegründet 1920.

hielten uns dabei an die bereits vom Genossen O[tto] St[einfest] und Robert am 15. November 1922 vorgelegten Arbeitsthesen (Beilage 2).[146]

Um der Arbeit, die aus Mangel an Zeit und Unterstützung in Moskau nur nebenbei von uns geleistet werden konnte, eine ihrer Wichtigkeit entsprechende Grundlage zu geben, versuchten wir bereits auf dem IV. Kongress alles, um den vom Genossen O[tto] St[einfest] und Robert dem Pol-Büro der K.P.D. im Mai 1923 und einem Vertreter der Komintern am 15. November 1922 vorgelegten Entwurf II (Beilage 3),[147] der ein Arbeitsprogramm für eine bei der Komintern zu bildende illegale Kommission enthielt, durchzudrücken. Dieser Versuch misslang unserer Kenntnis nach bis jetzt und alles was erreicht wurde, war der Abdruck von 11 Artikeln in der Parteipresse, im Zeitraum von März bis September 1923. Auf unsere Anregung hin wurden ausserdem in der ersten Diskussionsbeilage der *Roten Fahne* ab eine Spalte für das Thema „Vom Bürgerkriege" freigehalten, die für theoretische Diskussionen über militär-politische Probleme des revolutionären Krieges gedacht war und die Aufmerksamkeit und Mitarbeit der Parteimitglieder auf diese Fragen lenken sollte. Es gelang dadurch, 5 Diskussionsartikel zu bringen, dann schlief der Gedanke aus Mangel an Beteiligung und Unterstützung von Seiten der Partei wieder ein. Zur Durchführung von Punkt 2 wurde ausserdem auf Veranlassung des Genossen Robert seit 8.8.23 mehrmals im „Pressedienst", um sofortigen Abdruck aller in der „Roten Fahne" mit dieser Tendenz erscheinenden Artikel und Diskussionen, ersucht. Das betreffende Material wurde jedoch nur von ca. 50 % der Provinzzeitungen gebracht. Auch ein Rundschreiben in dieser Frage an die Parteiredaktionen im Reich hatte weiter keinen Erfolg. Artikel aus der Provinz liefen nicht ein. Ab 15. September 1923 wurde zur Erleichterung den militärischen Leitern von 5 Oberbezirken und 10 Bezirken ein Materialnachweis zugestellt, der das notwendige Material zur ideologischen Vorbereitung der Partei auf den Bürgerkrieg enthält. (Siehe Beilage 4)[148]

Zu Punkt 3.
Dieser Punkt wurde, soweit mir bekannt ist, von Seiten der politischen Zentralleitung nicht wesentlich gefördert. Ohne unsere Arbeit hätten wir bis heute nicht das geringste für die Vorbereitungsphase brauchbare Material in Händen.

Der Genosse O[tto] St[einfest] wurde Mitte September hierherberufen, seitdem ist die Materialsendung eingestellt.

Zu Punkt 4.
Auch hier sind mir positive Schritte der politischen Zentralleitung nicht bekannt geworden.

---

146 Die Beilage fehlt.
147 Das sogenannte „Projekt II" wurde in Moskau am 4.8.1922 verfasst. Darin wurden die Aufgaben einer ständigen Kommission der Komintern zur Erforschung des „internationalen Bürgerkriegs" formuliert (RGASPI 175/25/1365, 5–6).
148 Die Beilage fehlt.

Zu Punkt 5.
Es wurden auf Veranlassung des Genossen Robert Ende August und am 15. Oktober 23 in dieser Frage Rundschreiben an die Bezirke gesandt, und ausserdem mit einer Reihe in Frage kommender Genossen Fühlung genommen. Bis heute trafen aus etwa 4 Bezirken ca. 11 Berichte ein, von welchen bisher nur drei zum Abdruck brauchbar sind. [...]

Vorschläge zur Ausgestaltung der Arbeit.
Intensiver fortlaufender Ausbau der in Punkt 3, 4 & 5 der Denkschrift vorgeschlagenen Aufgaben.

II. Abteilung: Bibliothek, Ausbildung, Kartenwesen: (militärtheoretische Vorbereitung)
Bis Anfang August war auf diesem Gebiete systematisch nicht gearbeitet worden. Der Hauptgrund war Mangel an Mittel. Mit enger Unterstützung des Genossen Karl [Radek] und eines Genossen, der als Mitarbeiter hauptsächlich technischer Natur angestellt wurde, wurde von mir sofort eine militärische Bibliothek eingerichtet. Ich übernahm ca. 50 wenig brauchbare militärtheoretische Bücher und Vorschriften, die vergessen in der Parteibibliothek der Zentrale lagen.

Es wurden sofort laufend bestellt, die wichtigsten Neuerscheinungen der besten Berliner Militärverleger, die für die gegenwärtige Phase in Betracht kamen. Hauptsächlich Ausbildung, in den Waffen, Gefechtslehre, und Führung und Organisation kleiner Verbände, ausserdem eine ganze Reihe in Frage kommender Spezialliteratur (Panzerwagen, Eisenbahner, Funkentelegraphie [Funktelegraphie?] pp.)

Der Hauptwert wurde vorerst auf Unterrichtsmaterial über Waffenkunde gelegt.

An Karten und Planmaterial übernahm ich nichts.

Anbei eine Aufstellung über Arbeit und Anschaffungen der Abteilung vom Anfang August 23 bis 15. Oktober 23.

7.) Oben angegebene Bezirke und Oberbezirke erhielten nachfolgenden „Materialmustersatz“:

a) Tafeln: 1 Pistole 08
1 Mauserpistole
1 Maschinenpistole
1 Karabiner 98
1 Stielhandgranate Bz.
1 Pionierkampfmittel
1 M.G. 08 (oder M.G. 08/15)

b) Karten: 1 Dislokationskarte des Reichsheeres 1:1 000 000
1 Uebersichtskarte v. Deutschland 1:1 000 000
1 Netzkarte v. Deutschland 1:1 000 000

c) Broschüren: Bergmanns [Bergmann] Smilga Trotzki: Die Rote Armee
Antonow Owsejenko: Der Aufbau der roten Armee in der Revolution.
Cussew [Gussew]: Die Lehren des Bürgerkrieges

Werner: Die bayrische Räterepublik
Brandler: Kapp-Putsch
Colm: Beitrag zur Geschichte und Soziologie des Ruhraufstandes 1921.
...: Enthüllungen zu den Märzkämpfen.
Kuusinen: Die Revolution in Finnland.
Nikitin ua.: Russische Erzählungen. (4 Novellen aus dem Partisanenkrieg)[149]
d) militärische Schriften:
Schmitt: Waffentechnisches Unterrichtsbuch.
Rühle v. Lilienstern: Die Gruppe.
Rühle v. Lilienstern & v. Kochenhausen [Cochenhausen]: Der Schütze.
Fendel-Sartorius: Die Gefechtsgrundsätze der Schutzpolizei.
e) *Eigenes Material:*
2 x „Vom Bürgerkriege“: Heft 1
2 x „Vom Bürgerkriege“: Heft 2
1 x Anulof: „Die Taktik des Oktober in Petersburg und Moskau“ (Manuskript)
1 x „Karl“: „Referat 1 & 2“ (Manuskripte v. Juli 23.)
2 x Materialnachweise (siehe Beilage 4 d. Berichts.)

8.) Kartenbestand: (vom 15. Oktober 1923) [...]

Vorschläge zur Ausgestaltung der Arbeit.
Bis 20. Oktober 23 werden alle Bestände für den angegebenen Materialmuster-Satz (es sind noch Bestände für 12 Sätze vorhanden) an die im Rückstand befindlichen Reichsbezirke durch Kurier abgegeben. Von da ab werden die Bezirke nur noch [durch] periodische Mitteilungen auf wichtige Neuerscheinungen aufmerksam gemacht. (Es wurde vorgeschlagen, in jedem Bezirk kleine militärische Bibliotheken einzurichten).

Die Bibliotheks-Arbeit der Abteilung wird durch laufende Bestellung von Neuerscheinungen – parallel mit den Anforderungen der militär-politischen Situation – weiter ausgebaut.

Die Kartenabteilung wird, wenn die Situation es fordert, selbstständig gemacht und der operativen Zentralleitung unterstellt.

149 Die hier aufgeführten Broschüren wurden in den Jahren 1920–1923 veröffentlicht, siehe: H. Bergmann, J. Smilga, Leo Trotzki: Die russische sozialistische Rote Armee, Zürich, Internationaler Verlag, 1920; Vladimir A. Antonov-Ovseenko: Der Aufbau der Roten Armee in der Revolution, Hamburg, C. Hoym, 1923; Sergej I. Gusev: Die Lehren des Bürgerkrieges, 2. Aufl. Hamburg, 1923; Paul Frölich: Die Bayrische Räte-Republik. Tatsachen und Kritik, 2. Aufl., erweitert durch einen Anhang: Dekrete, Aufrufe, Erklärungen, Leipzig, Franke, 1920; Heinrich Brandler: Die Lehren des Kapp-Putsches, Leipzig, Franke, 1920; Gerhard Colm: Beitrag zur Geschichte und Soziologie des Ruhraufstandes vom März-April 1920, Essen, Baedeker, 1921; Otto Kilian: Die Enthüllungen zu den Märzkämpfen, Halle, Produktiv-Genossenschaft f. d. Bez. Halle-Merseburg, 1922; Otto W. Kuusinen: Die Revolution in Finnland, Hamburg, Verlag der Kommunistischen Internationale, 1921; N. Nikitin, Al. Malyschkin, A. Sserafimowitsch: Russische Erzählungen, Hamburg, C. Hoym Nachf., 1923.

Die Arbeit der Abteilung Ausbildung beschränkt sich, solange bis sie praktisch akut wird, auf laufende theoretische Vorarbeiten.

Robert.
Abteilung Organisation.
„Bibliothek“
[Sign:] R.

Dok. 94

Der Plan zum Aufstand in Berlin, vorgelegt von Otto Steinfest (Ps. „Fuchs“)

[Berlin], 20.10.1923

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau 495/19/70, 18–19. Erstveröffentlichung.

Bericht – Berlin.
Noch im letzten Bericht, den wir gaben haben wir bis jetzt zu melden, dass unsere Anordnung auf Verdreifachung der Partei – O.D. und der politischen bezw. Betriebshundertschaften folgendes zu berichten:

Der Partei – O.D. hat sich bis jetzt um ca. 100 % erhöht, d. h. es bestehen insgesamt 86 Hundertschaften mit insgesamt 8 000 Genossen. Wir haben in der Berichtszeit diese Genossen gut durchgearbeitet und vollständig auf den Kampf eingestellt. Die Umformierung zu Achtergruppen ist vollzogen. Jeder Zug hat in seinem Bezirk bestimmte Aufgaben übertragen bekommen, welche wir in persönlichen Instruktionsstunden mit den operativen Leitern der Bezirke festgelegt haben. Wir sind dabei ausgegangen von den Kräfteverhältnissen unseres O. D. mit Einrechnung, der im Bezirk befindlichen Betriebshundertschaften und der gleichzeitigen Feststellung der gegnerischen Kräfte und ihrer Stützpunkte. Die Stimmung, sowie der Geist unserer Genossen ist ein äusserst guter und kampffreudiger, sodass wir zeitweise schon zum bremsen genötigt waren. Die Bewaffnung beginnt jetzt ebenfalls grosse Fortschritte zu machen, das tatsächliche Ergebnis der Arbeit dieses Resorts besteht in der Heranschaffung von *85* Gewehren, *30* Parabellons.[150] Ausserdem sind unsere Genossen, in einem Bezirk bereits darangegangen sich selbst primitive Handgranaten herzustellen. Sie verwenden dazu Konservenbüchsen. Als Sprengstoff benützen sie Natriumnitrit und Phosphor mit Wasser zusammen. Die auf diese Art hergestellten Granaten sind geprobt worden und ihre Wirkung ist eine grössere als die wirklichen Stielhandgranaten. Von diesen sind bis jetzt ca. *120* Stück hergestellt worden. Wir sind jetzt dazu

150 Parabellons – vermutlich die Parabellum-Pistole, auch „Luger“, die seit 1900 hergestellt wurde. Die Zahlen wurden handschriftlich umkringelt.

übergegangen, den dafür in Frage kommenden Genossen, den anderen Bezirken in der Herstellung dieser Unterricht zu erteilen, nur sind die dazu benötigten Chemikalien schwer zu beschaffen. Im übrigen ist zur Bewaffnungsfrage zu sagen, dass die Arbeit, die bis jetzt geleistet wurde, sich in obigen Zahlen nicht klar darstellt, da die Hauptverhandlungen über grössere Mengen z. B. 1000 Gewehre, 30 M.G. und vielen anderen erst morgen bezw. in den nächsten Tagen zum Abschluss kommen.

Die Arbeit der Zersetzungsabteilung[151] hat ebenfalls schon gute Fortschritte gemacht. Z. B. haben die Verhandlungen mit dem Vorstande des Schrader-Verbandes, d. ist der Verband deutscher Polizeibeamten, das Ergebnis gezeitigt, dass Schupobeamten in den kommenden Kämpfen in ihrer Mehrzahl uns nicht allzu agressiv entgegentreten werden. Es wird uns weiter empfohlen Schupokasernen nicht mit Waffengewalt zu stürmen, sondern durch Parlamentäre die Beamten nach Uebergabe der Waffen zum Abzug zu bewegen. Man versichert uns, dass dieses in allen Fällen gelingen wird.

Das Resort Verkehr hat ebenfalls sehr erfreuliche Resultate zu melden. So haben die Eisenbahner sich bereits eigene Hundertschaften aufgestellt für den Bahnschutz haben sich organisiert um den Verkehr je nach Notwendigkeit lahm zu legen, bezw. aufzunehmen und haben laut Berichten und Zeichnungen dafür eine als mustergültig zu nennende Organisation aufgestellt.

Des weiteren sind erfasst worden Autoparks und sonstige Beförderungsmittel, ebenfalls die dazu notwendigen Benzintankstellen und Lager an sonstigem Bedarf. Die Kraftfahrer sind erfasst. Vom Ernährungswesen ist ebenfalls alles notwendige zur Erfassung der Lebensmittelvorräte, grosser Lager usw. vorbereitet worden. Die einzelnen Ressortobleute der Bezirke sind zusammengefasst worden und mit ihnen ebenfalls nach Berücksichtigung der Eigenheiten eines jeden einzelnen Bezirks alles festgelegt worden, um die Durchführung der Lebensmittelversorgung späterhin zu gewährleisten. Der Kurierdienst klappt ebenfalls und sind die Verbindungen von Zentrale zum Bezirk und von Bezirk zu Bezirk hergestellt. Der Nachrichtenapparat ist ebenfalls gut aufgezogen und erstreckt seine Fühler bis zur Provinz und Lausitz. Das zum Apparat der Partei. Dem noch anzufügen wäre, dass die Vorbereitungen auch des Kopfes in Bezug auf Arbeitsräume und -Möglichkeiten sowie alle notwendigen organisatorischen Vorbereitungen durchgeführt sind.

Die Betriebshundertschaften haben leider bis jetzt noch keine so konkreten Meldungen gemacht, dass man daraus den genauen zahlenmässigen Fortschritt feststellen könnte. Immerhin kann gesagt werden, dass auch diese Bewegung jetzt bedeutende Fortschritte macht. Die Stimmung und der Geist auch dieser Gruppen ist äusserst gut zu nennen und erwartet alles den schellmöglichsten Beginn der Kämpfe. Man begegnet teilweise sogar einem Skeptizismus dahingehend, dass vielfach daran gezweifelt wird, dass wir jetzt endlich ernst machen werden. Wir geben uns die grösste Mühe, diese Stimmung umzuformen in angestrengte organisatorische und

151 Die von Heinz Neumann geführte Zersetzungsabteilung.

propagandistische Arbeit für den Hundertschaftsgedanken. Man kann aber auch hier an einigen Beispielen feststellen, dass all dieses von grossem Erfolg begleitet ist. So ist z. B. die Zahl der Hundertschaften im Betriebe Borsig, Tegel, gewachsen von 2 auf 5, Kabelwerk Oberschöneweide von 3 auf 4. Im übrigen kann, wie bereits oben gesagt, darüber noch nicht zusammenfassend berichtet werden.

Die Lausitz hat ebenfalls ein gutes Fortschreiten der Arbeit gemeldet. Nur wirkt hier sehr hemmend, dass einige Funktionäre des O. D. und der Hundertschaften verhaftet worden sind, z. B. in Kottbus, andere hinter denen Haftbefehle erlassen worden sind, flüchtig werden mussten. Trotzdem ist die Zahl der Betriebshundertschaften gewachsen, obwohl auch hier aus obigem Grunde genaues Zahlenmaterial bis zur Stunde fehlt.

Vom O. D. der Partei ist die Umformierung durchgeführt worden und ist eine Verdoppelung des Mannschaftsbestandes bis jetzt verzeichnen. Mit den Führern ist ein Operationsplan für die Lausitz durchgesprochen worden. Stimmung und Geist beider Arten ist ebenfalls wie in Berlin als sehr gut zu bezeichnen. Die Bewaffnungsfrage hat auch hier einige, wenn auch nur kleine Fortschritte gemacht. Ebenfalls haben sämtliche Ressorts des Siebenerkopfes ihre Arbeit aufgenommen.

Brandenburg. Auch hier hat der Verfolgungsfeldzug der Polizei in die Reihen der Funktionäre des O. D. ziemliche Lücken gerissen. So erfolgten z. B. Verhaftungen in Landsberg, Küstrin, Schwiebus[152] usw. Haftbefehle liegen ebenfalls ziemlich zahlreich vor, sodass 12 der besten Funktionäre flüchtig werden mussten. Dieselben leiten aber die Arbeiten in der Provinz weiter. Auch hier ist die Umformierung des O. D. vorgenommen worden. Es sind bis jetzt ca. 1.800 Genossen erfasst, die doch ebenfalls wie in der Lausitz in viele kleine Einheiten, bedingt durch Ortsgruppen, sich gliedern. In einigen Orten, wo die SPD eine besonders gute Einstellung hat, wie z. B. Rheinsberg, Alt-Ruppin, Neu-Ruppin, hat man mit ihr einen gemeinsamen Ordnerdienst gebildet. Ebenfalls Aktionsausschüsse. Sogar Siebenerköpfe bestehen dort, in denen die SPD die Hälfte der Mandate hat. Unsere Genossen erklären dazu, dass sie in diesen Fällen für die ebenbürtige Qualität der SPD-Leute garantieren. Auch hier haben wir, wie mit den Führern der Lausitz, ebenfalls einen genauen Operationsplan festgelegt, sodass nach dieser Richtung hin unsere Genossen genau informiert sind, in welcher Weise sie den Kampf durchzuführen haben. Die Bewaffnungsaktion zeitigt auch hier gute Fortschritte, nur äussert sie sich mehr in der Anschaffung von einzelnen Stücken. Trotzdem werden auch in einigen Orten grössere Mengen beschafft, z. B. Nowawes jetzt 25 Gewehre. Auch hier kann über Kampfgeist und Willen berichtet werden, dass derselbe sehr gut ist, sogar so, dass wir in einzelnen Ortsgruppen Drohungen anwenden mussten, um sie vom vorzeitigen Losschlagen zurückzuhalten,[153] z.B. Fürstenwalde, Brandenburg a/H. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass wir den Bezirk Berlin-Brandenburg-Lausitz für gerüstet halten, die ihm zugewiesenen

---

152 Schwiebus, heute: Świebodzin (Polen).

153 Handschriftliche Bemerkung am Rande: „Leichtsinn"

Aufgaben durchzuführen. Allerdings würden wir der schlechten Bewaffnung wegen gern noch in diesem Punkt eine Vervollkommnung erreichen.

Zu diesem Berichte füge ich hinzu:

In Berlin bestehen 86 Hundertschaften, die bis 80 % aus Parteimitgliedern bestehen. Es ist angeordnet worden, aus diesen 86 Hundertschaften Kaders für dreimal so viel Hundertschaften zu stellen. Also hat jede Hundertschaft die Aufgabe, sich zu verdreifachen. Aus dem Bericht geht hervor, wie schlecht es mit Waffen aussieht. Die Stadt Berlin besitzt an Waffen 11 schwere M.G. 120 M. Pistolen, 45 0 Gewehre, wenig Munition. Wie operativ die Ergreifung Berlins vorbereitet ist, geht aus folgendem operativem Plan, der ausgearbeitet und durchgeführt werden wird von dem operativen O. B. Berlins Gen. St.

Plan zum Kampf um Berlin.
1. Phase: Generalstreik (vor seiner allgemeinen Verlautbarung): O. D., Parteihundertschaften, Alarm. Waffenverteilung. In Arbeitervierteln Verhandlung mit Schupo. Kurze Ueberfälle auf schwache Polizeikräfte. Verbreitung der Generalstreiksparole. Arbeiter gehen in die Betriebe. O. D. und Parteihundertschaften bleiben im Wohnbezirk. Nur wichtige O. D. und Hundertschaftsfunktionäre in die Betriebe, in denen sie bekannt sind.
2. Phase: Ankündigung grosser Arbeiterversammlungen und Demonstrationen nach dem Westen. Erwerbslose nach dem Westen. In den westlichen Wohnbezirken, wo wir schwach, Partisanenkrieg: Zweck: Irreführung und Bindung von gegnerischen Kräften.

Zirka 1/3 – 1/2 des bewaffneten O. D. und der Parteihundertschaften (oder gemeinsamer Hundertschaften) ziehen geschlossen in die Betriebe (frühmorgens), wohin planmässig Parteiagitatoren, Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre, einflussreiche Genossen, beordert werden. Durchführung der Generalstreiksparole.

Die Betriebe marschieren nach einer planmässigen Marschordre für ganz Berlin, unter Deckung bewaffneter Hundertschaften, Lastautos pp., konzentrisch auf das *Regierungsviertel.*

Ziel: Regierungsviertel wird erst nach dem halben Weg bekannt gegeben. Für straffe Durchführung, Ordnung sorgt O.D. Strasse Mitnehmen, alles vorwärts, niemand zurück.

Zur Einleitung dieses wuchtigen konzentrischen Stosses auf Regierungsviertel wird durch gruppierte Kampfgruppen der in der Umgebung befindlichen Bezirke knapp vor dem Eintreffen der Spitzen der Kolonnenkampf provoziert (Dachschützen pp).

Kerntruppen, Hauptkraft der bewaffneten und mittlerweile sich noch auffüllenden Hundertschaften zu einheitlichen Verbänden formiert, folgen wohnbezirksweise und werden um Regierungsviertel herum mit der Hauptkraft im Norden (Basis Proletarierviertel) gruppiert und bilden die Hauptkampfreserve für Endkampf.
3. Phase. Nach Einnahme des Regierungsviertels Besetzung desselben nur mit unbedingt notwendigen Kräften, ein Teil der bewaffneten Kräfte umgruppiert, greift in den

Kampf im westlichen Viertel ein. Die übrigen Kräfte sammeln sich in den Wohnbezirken. Durchorganisierung, Auffüllung, Bewaffnung, Zusammenfassung zu regelrechten militärischen Einheiten, Kasernierung, Einkleidung.
4. Phase. Verteidigung Berlins. Annahme, dass Gegner mit seiner Hauptkraft Berlin zerniert. Schon bei erster Phase werden die festgelegten Verteidigungslinien der Vorortbezirke mit der ersten Aufgabe der Sperrung der Zugangsstrassen mit schwachen Kräften besetzt. Verstärkung des Nachrichten- und Patrouillendienstes ins Vorgelände. Nach Beendigung des Kampfes im Innern der Stadt werden mit schwachen Kräften die wichtigsten Verteidigungspositionen besetzt. Jeder Vorortbezirk innerhalb der Verteidigungslinie bildet einen Verteidigungsabschnitt, der einen Teil seiner im Bezirk aufgestellten Kräfte als Abschnittsreserve (aller Waffengattungen) zur Verfügung hält. Die übrigen bewaffneten Verbände, regelrecht zu militärischen Formationen zusammengefasst, bilden die Hauptreserve und werden auf verschiedenen zentralen und taktisch günstig gelegenen Punkten aufgestellt. Schwache Bezirke bekommen von der Hauptreserve Kräfte zudatiert.

Kleine Kommandos der Verbände führen in den Bezirken die Aushebung und Mobilisierung durch (politische und militärische instruktive Bearbeitung (Einkleidung, Kasernierung). Die Verteidigungsabschnitte führen mit schwächeren Kräften forsierte Rekognoszierungen zwecks Fühlungnahme mit dem ausserhalb stehenden Gegner durch.

Nach Feststellung der gegnerischen Hauptkräfte durch Einleitung von Scheinangriffen, Gegner zum Kampf zwingen und den Aufmarsch diktieren. Sodann mit der Hauptkraft der Hauptreserve Berlins durch Flanken- und Rückenoperation den Gegner entscheidend schlagen.

II. Die Rolle der Provinz Brandenburg und der Lausitz.
Führung eines rücksichtslosen brutalen Partisanenkriegs im Rücken des Zernierungsgürtels. Oestliche Hälfte bindet Frankfurt und Küstrin. Nördliche verteidigt neben ihrer Hauptaufgabe den Finowkanal.[154] Lausitz, Brandenburg-Süden und West binden die Kräfte um Spandau im Westen Berlins.

III. Resumée.
Das Wichtigste beim Entschluss des bewaffneten Aufstandes ist: durch rasche Aufeinanderfolge dieser offensiven Phasen die Initiative endgültig in unserer Hand zu behalten und den Gegner zu überrennen. Vorbedingung ist die rasche Durchführung der Bewaffnung Berlins.[155]

20.X.23. Fuchs [d.i. Otto Steinfest].

---

154 Der Finowkanal verband als erster künstlicher Wasserweg in Deutschland die Stromnetze von Havel und Oder.
155 Zur „raschen Durchführung der Bewaffnung Berlins“ vgl. die vernichtende Kritik Radeks an der militärischen und organisatorischen Vorbereitung, Dok. 96.

Dok. 95

Geheime telegrafische Instruktionen des ZK der KP Russlands an die nationalen ZK's und die Gebiets- und Bezirkskomitees zum Jahrestag der Oktoberrevolution

Moskau, 22.10.1923

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau 17/84/467, 133. Erstveröffentlichung.

An alle Gebietsbüros, nationale ZKs, Gebiets- und Gouvernementskomitees der RKP(b)[156]

Geheim

Wesentliche Aspekte der Feier des Jahrestages der Oktoberrevolution:

Die Oktoberrevolution in Russland ist der erste Schlag gegen den Kapitalismus. Die siegreiche proletarische Revolution in Deutschland ist ein noch mächtigerer Schlag gegen diesen. Der Sieg des Faschismus in Deutschland bedroht hingegen, abgesehen von anderen Folgen, die heute so notwendige friedliche Entwicklung der Sowjetrepubliken. Die Arbeiter aller Länder müssen dem deutschen Proletariat helfen. Die Union der Sowjetrepubliken ist ein treuer Freund der proletarischen Revolution in Deutschland. Es ist notwendig, alle Seiten des inneren Aufbaus zu verstärken.[157]

Die Union der Sowjetrepubliken, nationale Politik der Sowjetmacht, Zusammenschluss von Stadt und Land, Wiederherstellung der Wirtschaft, Stärkung der UdSSR, Aufmerksamkeit gegenüber der Sowjetarmee. Gebt kein Geld aus für äußerliche Effekte, für Schmuck. Der 6. Jahrestag ist ein Kampftag. Sorgt für Organisiertheit, Wirksamkeit und erleichtert die Bedingungen für die Teilnahme an der Demonstration.[158]

N60.[159]

Der Sekretär des ZK der RKP(b) /Molotov/[160]

156 Dieser Satz handschriftlich.

157 Drei Tage später, am 25.10.1923, verschickte die Agitpropabteilung Mustervorträge zum 6. Jahrestag der Oktoberrevolution an die Agitatoren in der Provinz. Darin wurde neben der Geschichte der Revolution und der ersten Jahre Sowjetrusslands die Lebensnotwendigkeit der deutschen Revolution für die weitere Entwicklung der Sowjetunion betont (RGASPI, 17/60/413, 58–58v.).

158 Zahlreiche Losungen, die von der Partei für die Demonstrationen ausgegeben wurden, bezogen sich explizit auf die deutsche Revolution (Lozungi k šestoj godovščine Oktjabr'skoj revoljucii. In: *Kommunističeskaja revoljucija* (1923), 17–18, S. 2).

159 Handschriftlicher Eintrag.

160 In einem ähnlichen Rundschreiben vom 5.10.1923 forderte Molotov die regionalen Parteiorganisationen auf, die anstehenden Wiederwahlen der regionalen Sowjets ganz unter das Zeichen der kommenden deutschen Revolution zu stellen (RGASPI, 17/112/561, 51). Ende November, nachdem sich

Dok. 96

Brief Radeks und Jurij Pjatakovs zur Lage in Berlin und der Untätigkeit der KPD vor dem Aufstand

[Berlin], 29.10.1923

Autograph in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/19/218, 22–38. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 428–435.

Brief N° 2. An Gen. Sinowjew für das Politbüro. Kopie an Pjatnitzki, EKKI.

Ich denke, dass ich bereits in der Lage bin, eine allgemeine Lageeinschätzung zu geben, und werde versuchen, dies in der allerkonkretesten Weise zu tun. [...]

Die Partei durchlebt nun eine allerschärfste innere Krise. Die Gründe, wie Arvid [d.i. Jurij Pjatakov] und ich auf den Sitzungen des ZK und der Berliner Organisation festgestellt haben, liegen im Folgenden:

Die Vertretung der Zentrale präsentierte in Moskau ein völlig irreales Bild über die Vorbereitung der Partei. Alles, was Brandler über den Stand der Bewaffnung erzählt hatte, ist blanker Unsinn.[161] Wenn wir gewusst hätten, dass in der Partei nichts für den Aufstand vorbereitet ist, hätten wir hundertmal mehr über die Vorbereitung gesprochen statt über den Termin. Wir alle haben den Termin als ein Mittel zur Forcierung der Vorbereitung begriffen. Allerdings wurden die Informationen über unsere Entscheidungen von Eberlein, dem leichtfertigsten Mitglied des ZK, überliefert, der auf der Berliner Parteikonferenz erklärte, die Partei werde in den nächsten Tagen zum Angriff übergehen, sie werde in die sächsische Regierung eintreten, um General Miller [d.i. Müller] zu verhaften, und wenn die Zentralregierung dies mit einem Feldzug gegen Sachsen beantworten würde, so würden wir unmittelbar mit dem Aufstand antworten. In demselben Geiste arbeitete Kleine [d.i. Abram Gural'skij], der den Apparat zur Aktivierung der Hundertschaften in seinen Händen hatte. Ernsthafte Vorbereitungen gab es jedoch nicht und konnte es auch nicht geben. Nicht, weil es keine Zeit gegeben hätte, sondern weil die beiden obengenannten Genossen und die Linke den Sinn technischer Vorbereitungen nicht verstehen.

---

das Ausbleiben des „Deutschen Oktober" deutlich abgezeichnet hatte, forderte ein weiteres Zirkular des ZK die regionalen Organisationen kommentarlos auf, in der Sowjet-Kampagne das „nationale Moment im Aufbau der UdSSR" zu betonen (ibid., Bl. 70). Die Partei sah sich nicht in der Lage, das Scheitern des „Deutschen Oktober", das unter den durch die Kampagne aufgewühlten Enthusiasten zu Frustration, Parteiaustritten und in einzelnen Fällen sogar zu Selbstmorden führte, öffentlich zu diskutieren. Die Debatten um die Linke Opposition verstärkten die Krisenstimmung nur noch mehr. Lediglich der Tod Lenins Ende Januar 1924 konnte die negativen Stimmungen kanalisieren (siehe: Bayerlein/Babičenko/Firsov: Deutscher Oktober 1923, S. 367f. u.a.; Albert: „German October is Approaching", S. 127–133).

161 Was den „blanken Unsinn" angeht, lässt der Bericht von Steinfest über Berlin vom 20.10.1923 (siehe Dok. 94) vermuten, dass Brandler falsch informiert wurde.

Sie führen eine Politik „aufs Geratewohl" und beschönigen dies mit der Feststellung, Waffen seien nicht zu kaufen, sondern im Kampf zu erobern. In hysterischer Erwartung dieses Kampfes hat die Partei für eine Woche jegliche politische Vorbereitung verworfen: es gibt weder eine Eisenbahnabteilung, noch eine für Agitierung von Heer und Polizei. Das illegale Presseorgan, das von kleinen Jungs geleitet wird und eine plärrende Agitation führt, geht nur in einer winzigen Auflage weg. Zwei Wochen verbrachte die Partei so in hysterischer Erwartung eines Konfliktes um Sachsen. In Sachsen sind wir die Dummen geblieben. Die Regierung stellte keine Kraft dar, sie konnte niemanden mobilisieren. Sie nahm den Kampf nicht an.

Am Sonntag den 21. X. fand die entscheidende Chemnitzer Konferenz[162] statt. Am Vorabend waren sich die Unsrigen sicher, dass die Konferenz einen Generalstreik beschließt, und verschickten Kuriere mit der Direktive: am Montag marschiert Sachsen auf, am Dienstag Kiel und Mecklenburg, am Mittwoch Hamburg. Es wurde der Befehl erteilt, mit dem Generalstreik zu beginnen und zum bewaffneten Kampf überzugehen.

Am Sonntag lehnten die sächsischen Fabrikkomitees eine Aktion ab, Hamburg jedoch, ohne Waffen zu besitzen, entschied, diese zu erobern, und stürmte, nicht ahnend, dass Sachsen nicht in Aktion treten wird, in der Nacht von Montag auf Dienstag los, um die Waffenlager der Polizei einzunehmen.[163] Die Bezirksleiter wachten am Morgen von den Gewehrsalven auf. Kein einziges Flugblatt erklärte den Arbeitern, was Sache ist. In den Vororten kämpften 400 Arbeiter auf heroische Weise, in der Stadt war von dem nichts zu merken.

Am Dienstagabend entschloss sich das ZK, das die Partei an den Rand des Abgrunds gebracht hatte, alles abzublasen, das Zirkular jedoch, das Brandler in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch verfasst hatte und das die Linie der Partei ziemlich grob interpretierte, war am Samstag noch nicht in den Händen der Bezirksorgane der Partei, die in dem, was geschehen war, Verrat sahen. Nicht nur in Berlin kam eine mächtige Stimmung gegen das ZK auf. Hinzu kommt das völlige Fehlen einer Verbindung des ZK mit den Regionen, das Fehlen konspirativer Wohnungen zur Arbeit des ZK sowie eine völlig desorganisierte Führungsriege.

Zunächst mussten Arvid [d.i. Jurij Pjatakov] und ich uns orientieren, einrichten, Verbindungen herstellen. Wir hatten das Gefühl, in einem Sumpf zu stecken. Es gab keinen Punkt, auf den man sich stützen konnte. Samstag der 27.X. und Sonntag der 28.X. waren, zumindest in der Führung, Tage des Umbruchs.

---

162 Nach der Entsendung der Reichswehr nach Sachsen und der Absetzung der Landesregierung scheiterte der Versuch, auf einer Betriebs- und Arbeiterkonferenz in Chemnitz am 21. Oktober einen Generalstreik auszurufen. Brandler ließ daraufhin den geplanten Aufstand absagen.

163 Zur zeitgenössischen kritischen Sicht des „Hamburger Aufstands" als eine Art Miniaturputsch siehe den hier abgedruckten Zeitzeugenbericht des sowjetischen Konsuls in Hamburg, Grigorij Šklovskij (Ps. „Babuškin"), Dok. 96a.

Samstag nacht hatten wir ein Treffen mit fünf Vertretern der Berliner Organisation. Wir erklärten ihnen, dass die politische und organisatorische Lage der Partei ein Zurückhalten des Aufstandes erforderte, der mit einer völligen Vernichtung der Partei enden würde. [Wie erklärten auch,] dass wir die volle Verantwortung für diese Entscheidung übernehmen, und dass jeder, der gegen das ZK hetzen sollte, anstatt tagtäglich die Vorbereitung der Partei auf die in nächster Zeit unumgänglichen Kämpfe voranzubringen, aus der Partei ausgeschlossen wird, unabhängig davon wer es sein mag. *Sie verlangten den Rücktritt Brandlers aus dem ZK [und] die Klärung der Angelegenheit Maslows innerhalb von 2 Wochen,*[164] *denn er sei der wahre Führer der Partei.* Wir gaben ihnen eine entsprechende Abfuhr und erklärten, dass wir nicht garantieren könnten, ob die Angelegenheit Maslows selbst in 2 Monaten geklärt werde, und drohten mit dem Abdruck eines Faksimiles des Maslow-Dokumentes. Als unser entschiedenes Auftreten Verwirrung in ihren Reihen hervorrief, appellierten wir an ihr Pflichtbewusstsein.

Die gestrige Sitzung verlief stürmisch, [jedoch] ohne Spaltung. Gestern versammelten wir die leitende ZK-Siebenergruppe und boten ihr den Entwurf einer Grundsatzresolution sowie einen Arbeitsplan an. Wir rufen eine Parteikonferenz zur Klärung ihrer Ausrichtung zusammen. Unsere Resolution wurde angenommen mit den Stimmen von: Brandler, Thalheimer, Walcher, Kleine [d.i. Abram Gural'skij] (der wie ein Pendel alle Bewegungen vollführt hatte), und, was ich nicht erwartet hatte, Ruth Fischer. Das Letztere beweist, dass all ihr Geschrei von der Notwendigkeit des Aufstands ein Ausdruck ihrer Unfähigkeit gewesen ist, den Stimmungen der Organisation eine Abfuhr zu erteilen. Mit dem Kopf begriff sie, dass wir im Recht sind. Gegen die Resolution stimmten Pieck und Eberlein, die sich mit Geschwätz vor der Organisation produzierten und die Unversöhnlichen spielen wollten. Die Resolution, von der die Rede ist und die ich hiermit beifüge, stellt einen flüchtigen Entwurf dar, der

164 Am 22.11.1923 erfolgte ein Beschluss des russischen Politbüros, den Fall Maslow rasch zu lösen (siehe Dok. PB 22.11.1923). Maslow wurde verdächtigt, während eines Polizeiverhörs im Berliner Polizeipräsidium im Jahre 1921 Einzelheiten zur Vorbereitung des KPD-Aufstandes ausgesagt zu haben. Qua Beschluss des Russischen Politbüros in Moskau festgehalten – er war zugleich KPD- und RKP(b)-Mitglied – wurde sein Fall vom ZK der KPD und ab Sommer 1923 von einer EKKI-Kommission unter Leitung Stalins behandelt (RGASPI 17/3/183, 3–4). Anfang Januar 1924 wurde er mit einem Votum von nur einer Stimme Mehrheit von der Schuld freigesprochen und maßgeblich durch den Einfluss Stalins und Sinowjews, die „(…) die volle Auslieferung der Leitung der Partei in die Hände der Linken" (W. Pieck) anstrebten, trotz der fundierten Kritiken von Radek und Pieck nach Deutschland zurückgeschickt. Gleichzeitig wurden Brandler und seine Anhänger aus der Führung der deutschen sowie Trotzki, Radek und Pjatakov aus der russischen Partei bzw. der Komintern gedrängt (siehe: RGASPI 495/293/638, 17; Ruth Fischer: Autobiographical Notes, Houghton Library, Harvard University, 2696a, S. 456f.; Edward Hallett Carr: The Interregnum 1923–1924, London-New York, Macmillan, 1954, S. 231f. (A history of Soviet Russia. IV), S. 231–232; Ruth Fischer: Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution. Übersetzung aus dem Amerikanischen von Dr. H. Langerhans, Frankfurt am Main, Verlag der Frankfurter Hefte, 1949, S. 438–446; Weber: Die Wandlung, II, S. 213ff.; RGASPI 495/293/638, 17).

von mir während der Sitzung verfasst und im Vorfeld mit Arvid abgestimmt wurde. Über sie wurde abgestimmt als Grundlage für eine Kommission aus Thalheimer, Ruth [Fischer] und mir, die eine Resolution für die Parteikonferenz vorbereiten muss.[165] Die wichtigste Änderung, die in die Parteiarbeit eingebracht werden muss, ist folgende: Die Partei hat vom Aufstand geschrien, ohne sich vorzubereiten. Diese Vorbereitung muss mit Volldampf begonnen werden. Aus dem ZK lösen wir eine Fünfergruppe heraus,[166] in die sich außer den Fünf Arvid und ich einfügen werden. Alle anderen ZK-Leute, die wie Schafe müßig umherwandern und der Zersetzung anheimfallen, werden an die Spitze von Bezirksleitungen oder Arbeitsbereichen gestellt, und zwar für: Eisenbahnen, Gewerkschaften, Fabrikkomitees, Landwirtschaft, Arbeit unter den Beamten, Waffeneinkäufe, Militärleitung, Zersetzung des gegnerischen Heeres, Verbindungen und Aufklärung, Agitation und Propaganda.

In Erwartung des Aufstands tat die Partei nichts. Wir werden nun versuchen, den Kampf gegen die Aussperrungen sowie die Führung von Streiks in unsere Hand zu nehmen, wir werden dazu übergehen, Demonstrationen und kurze Proteststreiks zu organisieren, um die Stimmungen der Arbeiter und die Kräfteverhältnisse zu erfassen. Die Hundertschaften werden wir nicht auf die lange Bank schieben, sondern sie bei Notwendigkeit in den Kampf führen, sogar in Teilkämpfe. Die Partei kann nicht untätig den Aufstand abwarten. Es gibt keine Aufstandsvorbereitung außerhalb der aktiven Politik. Das bloße Abwarten wird den Feind stärken und die Partei durch Unglauben zersetzen. Die Partei zentral in die Schlacht zu führen bedeutet bei ihrem derzeitigen Zustand sowie dem Zustand der Arbeiterklasse [jedoch], sie auf Jahre zu zerschlagen. [...]

Wir brauchen einen gründlichen Militärorganisator, der Tag und Nacht überprüft, was geschieht. [...] Ich bitte zu bedenken, dass wir angesichts der Lage der Partei es mit so vielen Leuten, die auf eine kindliche Weise unkonspirativ sind, zu tun haben, dass wir jeden Tag auffliegen können. Deswegen besteht die Aufgabe darin, die Angelegenheit ans Laufen zu bringen. Beeilen Sie sich mit der Zusendung der Personen, die wir erbitten. Beeilen Sie sich mit der Positionierung hinsichtlich unserer Linie, die wir eingenommen haben und bereits durchführen.[167]

---

165 Am 4.11.1923 nahm der unter strenger Geheimhaltung zusammengekommene Zentralausschuss der KPD mit 40 gegen 13 Stimmen die von Brandler und Radek formulierten und von der Zentrale vorgeschlagenen Thesen an. Ihre Grundaussage war, dass nun in Deutschland der Faschismus in Form der Diktatur von Seeckts an die Macht gelangt sei. Damit sei, nicht zuletzt mit Hilfe der Sozialdemokratie, das Ende der „Novemberrepublik" gekommen.

166 Vom 29.10.1923 an sollten die Zentrale-Sitzungen nur noch vierzehntägig stattfinden, täglich sollte ein „Fünferkopf" mit Brandler, Thalheimer, Walcher, Pieck, Ruth Fischer zusammen mit Radek und Pjatakov die Entscheidungen treffen. Sekretär der Fünfergruppe soll Ulbricht gewesen sein (siehe u.a.: SAPMO-BArch, Berlin, RY 1/I 2/2/15, 276).

167 Ungefähr im November traf der russische Militärexperte Aleksej Štrodach in Berlin ein. Sein Bericht vom 11.2.1924 (siehe Dok. 105) liest sich allerdings wie ein Abgesang auf die Revolution in Deutschland.

29/X-23.

Mit kom[munistischem] Gruß.
Andrej [d.i. Karl Radek]

Der Brief ist inhaltlich mit mir abgestimmt worden. Ich finde, dass die innerparteiliche Lage noch schwieriger ist, als Andrej sie darstellt. Die Krise spitzt sich zu. In Berlin ist die Lage himmelschreiend schlecht.

Arvid [d.i. Pjatakov].

Dok. 96a

Bericht des Konsuls der UdSSR in Hamburg, Grigorij Šklovskij (Ps. „Babuškin“) über den Hamburger Aufstand

Berlin, 30.10.1923

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 495/19/196, 190. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 213–214. In deutscher Sprache publ. in: Bayerlein/Babičenko/Firsov: Deutscher Oktober 1923, S. 288–289.

Kopie. An den Vorsitzenden der Komintern, Genossen Sinowjew. Kopien an den Sekretär des ZK der RKP(b), Genossen Stalin, den stellvertretenden Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Genossen Litvinov.

Sehr geehrter Genosse.
Ergänzend zu meinem Bericht vom 27. d. Mts.[168] muß ich folgendes hinzufügen:

In Berlin fand ich eine ganz andere Stimmung als in Hamburg vor. Während die verbitterten und empörten Hamburger wenigstens die Genugtuung haben, gekämpft zu haben, erleben die Berliner das Gefühl äußerster Frustration. Alle speien Gift und Galle gegen das ZK, die Unzufriedenheit hat sich auch auf die Berliner Bezirksleitung übertragen, die das ZK „deckt“. Eine gewisse Kälte gilt auch für das Verhältnis zu Moskau.

Ich traf hier nicht nur mit den Spitzen, sondern auch mit vielen einfachen Funktionären zusammen. Es gärt heftig und es wird ernsthaft von Spaltung gesprochen. Den einzigen Ausweg aus dieser Lage sehe ich in einem *Parteitag*. Ich glaube, daß diese Losung von oben ausgegeben werden muß, um neue Komplikationen in der KP Deutschlands zu vermeiden.

Zu Maslow: Von den Funktionären glaubt *niemand* den geäußerten Zweifeln an seiner Zuverlässigkeit. Das Zurückhalten Maslows in Moskau wird ausschließlich als

168 Den ersten Brief sandte Babuškin (Ps.), d.i. G. Šklovskij, an Sinowjew, Stalin und Litvinov am 27.10.1923. Siehe das Dokument in: Bayerlein/Babičenko/Firsov: Deutscher Oktober 1923, S. 264–273.

Strafmaßnahme gegen die linke Berliner Organisation gesehen. Ich wiederhole, falls es die geringste Möglichkeit gibt, sollte man ihn nach Berlin zurückschicken.

Was die Perspektive unmittelbar bevorstehender entscheidender Ereignisse in Berlin angeht, so sollte sie derzeit zu den Akten gelegt werden. Die Gelegenheit ist verpaßt, der Zug ist abgefahren und er ist nicht mehr einzuholen. Obwohl Schreihälse wie Gur[al'skij] es noch bestreiten, gibt es in Berlin keine Stimmung mehr dafür. In der vergangenen Woche gab es sie noch, heute nicht mehr, zwischen uns und den Massen ist ein Riß entstanden.

Über den bewaffneten Aufstand, dem ein Generalstreik vorausgehen sollte: Im vorigen Brief schrieb ich darüber wie über eine grundlegende Wahrheit. Zu meinem Erstaunen habe ich jetzt erfahren, daß am Sonnabend, als die Zentrale in Sachsen ihren Beschluß über den Aufstand gefaßt hatte, sie ihre Boten in alle Richtungen in Marsch setzte (nicht nur nach Hamburg. Während die anderen Orte jedoch bald Rückzugsbefehle erhielten, war das für Hamburg aus irgendeinem Grunde nicht der Fall). Diese Frage wurde dort lange diskutiert und dann genau in dem Sinne entschieden, wie sie in Hamburg durchgeführt wurde. Das ist doch aber jene Karikatur des Bolschewismus, die die Menschewiki 1905 gezeichnet haben ... Soviel ich weiß, wurde diese Frage auch in Moskau debattiert; Es ist doch nicht etwa wahr, daß Moskau solche Methoden des „*Machens einer Revolution*" gutheißt, irgendwo wird man es wohl *machen* können. Na, und was dann? Wie werden Sie die Macht behalten, wenn Sie nicht von Anfang an breiteste proletarische Kreise einbeziehen ... Das ist reinster Putschismus!

Ich habe in meinem vorigen Bericht vergessen, Sie auf eine charakteristische Besonderheit hinzuweisen: Die Sympathie seitens der Intelligenz ist sehr groß. Wir erhalten eine Menge Hilfsangebote von Seiten der Ärzte und Angehörigen der Intelligenzberufe. Es gab Vorschläge, Spenden für die Opfer zu sammeln. Die Sympathie der Intelligenz erinnert mich an die im Jahre 1905.

Babuškin [d.i. Grigorij Šklovskij].



Am 1.11.1923 wurde vom Politbüro des ZK der KP Russlands beschlossen, das Volkskommissariat für Verkehrswesen vom Auftrag freizustellen, 10 Millionen *pud* (etwa 160.000 Tonnen) Getreide an Deutschland zu liefern. Über das bereits gelieferte Getreide erhielt es freie Verfügungsgewalt. Bei der Kommission für internationale Angelegenheiten wurde ein besonderes Organ geschaffen, das „die Bedienung Deutschlands und der anliegenden Staaten" zur Aufgabe haben soll. Als Mitglieder wurden Molotov, Pjatnitzki und Unšlicht bestimmt. In der Kommission für internationale Fragen wurde Kujbyšev durch Molotov ersetzt.[169]

169 RGASPI, Moskau, 17/162/1, 23. Publ. in: Ibid., S. 302.

Am 3.11.1923 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands eine Reihe von Maßnahmen im Zusammenhang mit den Entwicklungen in Deutschland. So wurde auf eine Reise Pjatakovs und der Vierergruppe nach Moskau gedrängt, ein Beschluss, der eine Misstrauensbekundung gegenüber der Delegation darstellte. Entsprechend nahm ihn letztere auf und sabotierte die Reise. Auf der Sitzung beauftragte das PB weiterhin eine eigene Kommission mit der Abfassung eines geschlossenen Briefes an die KPD. Grundsätzlich wurde jedoch festgehalten, dass „eine mögliche Verzögerung der Ereignisse in Deutschland keinesfalls zur Verringerung unserer kriegsindustriellen und militärischen Vorbereitungen führen darf.“[170]

Dok. 97

Brief Stalins an Pjatakov und die „Vierergruppe“ in Deutschland für eine prinzipielle Frontstellung gegen die linke Sozialdemokratie

[Moskau], 8.11.1923

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 326/2/21, 139–142. Erstveröffentlichung (Auszug zit. in: Besymenski: Hitler und Stalin, S. 43).

8. November 1923

Gen. ARVID [d.i. Pjatakov]!
Ihren Brief habe ich erhalten.[171] Kopien davon habe ich an die Adressaten, die Sie in Ihrem Brief benannt haben, weitergeleitet.[172] Ich habe mit der Antwort gezögert, da ich dachte, dass Sie entsprechend der Kommandierung zurückkommen würden, und wir dann alle Fragen mündlich klären könnten.[173] Nun jedoch, nach [Ihrer] Absage, ist es an der Zeit zu antworten.[174]

1. Ich denke nach wie vor, dass es der Sache dienlicher wäre, wenn Sie in Ihre alte Stellung zurückkehren würden, um sofort oder nach einiger Zeit den Posten des Vorsitzenden einzunehmen. Die heutige Lage im VSNCh halte ich für besorgniserregend.

---

170 RGASPI, Moskau, 17/162/1, 25. Publ. in: Ibid., S. 317–319; Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 216–217.

171 Gemeint ist der Brief Pjatakovs an Stalin, Trotzki und Bucharin vom 1.11.1923, in dem Pjatakov seine äußerste Beunruhigung sowohl betreffs der Vorstöße Ruth Fischers und der Berliner Opposition, als auch der Zuspitzung des innerparteilichen Kampfes in der RKP(b) zum Ausdruck brachte und auf die Situation in Deutschland projizierte (siehe: RGASPI, Moskau, 558/2e/6367, 1–5; publ. in: Bayerlein/Babičenko/Firsov: Deutscher Oktober 1923, S. 297–301).

172 Pjatakov erlaubte den Empfängern, den Brief mit einigen persönlichen Punkten ausnahmsweise an Mitglieder des Politbüros weiterzuleiten (siehe: Ibid., S. 301).

173 Noch am 6.11.1923 schrieb Pjatakov an Stalin, er warte „ungeduldig auf Ihre Informationen. [...] Wir senden Ihnen Berichte und Mitteilungen zu und erhalten von Ihnen absolut keine Instruktionen. Wir handeln selbstständig, ohne zu wissen, ob unsere Linie Ihren Auffassungen über die Lage entspricht.“ (Ibid., S. 342).

174 Trotz der von ihm beschriebenen Schwierigkeiten bestand Pjatakov im Brief an Stalin von 1.11.1923 darauf, in Deutschland zu verbleiben (Ibid., S. 298).

Sie kennen meine Meinung zu [P.] Bogdanov. A[leksandr Cjurupa] kann nicht genug Zeit aufbringen. Währenddessen spielen die Trusts und andere Wirtschaftsorgane mit dem Feuer und zeigen immer wieder, dass es keine Kontrolle über sie gibt.[175]

2. Die Wahl der Sechsergruppe auf der Konferenz (Walcher, Thalheimer, Ruth [Fischer] u.a.) zeugt augenscheinlich davon, dass sich die Krise in der Partei nicht zuspitzt.[176] Die Schwierigkeiten bei Ihrer Arbeit in Deutschland, die Sie im Brief beschreiben, deuten meiner Meinung nach darauf hin, dass Ihre Kräfte in Deutschland nicht in dem Umfang, in dem es in Russland möglich wäre, genutzt werden können. All das spricht für meinen Vorschlag. Ich denke, dass Ihnen keine Argumente mehr bleiben, außer Argumenten der Ehre (über die Sie in Ihrem Brief nicht sprachen, die jedoch durch jede Zeile hindurch scheinen), Argumente der Ehre dürfen jedoch, wie Sie selbst wissen, nicht entscheidend sein. Denken Sie noch einmal gut nach und teilen Sie mir Ihre endgültige Meinung mit.

3. Was die deutschen Angelegenheiten angeht, so denke ich folgendes:

a) Die Kommunisten hatten und haben dort keine Mehrheit unter den Arbeitern (es gab [solche] Zeitpunkte, als die Mehrheit der Arbeiter zum revolutionären Kampf strebte, wenn jedoch diese Mehrheit gewusst hätte, dass sich nur die Kommunisten, ohne die Sozialdemokraten, an die Spitze des Kampfes stellen würden, hätte sie sich höchstwahrscheinlich gespalten, d.h. die Mehrheit hätte sich nicht für die Kommunisten ausgesprochen, – die Mehrheit war in gewissen Momenten tatsächlich für den revolutionären Kampf, nicht jedoch für die Kommunisten), – diese Mehrheit muss noch erobert werden.

b) Die faktische Macht in Deutschland „liegt" nicht [auf der Straße], wie einige Genossen behauptet haben, sondern ist lebendig und verfügt über genügend Kräfte, um den Kommunisten eine Abreibung zu verpassen. Das Großkapital, die Agrarier, das Offiziersgesocks [*oficer'e*] und – am wichtigsten – die Sozialdemokraten sind ebensolche Kräfte, die auf die eine oder andere Art und Weise die Regierung stützen. Um die Bourgeoisie zu Fall zu bringen, muss man ernstzunehmende Kräfte, eine Mehrheit unter den Arbeitern der Stadt, des Landes usw. zur Verfügung haben.

c) Wenn Il'ič [Lenin] in Deutschland wäre, würde er – so denke ich – sagen, dass der Hauptfeind der Revolution die Sozialdemokraten seien, vor allem ihr linker Teil, d.h. derjenige Teil, der noch nicht das Vertrauen der Arbeiter verloren hat und der Zweifel, Schwankungen und Unsicherheit in die Reihen der Proletarier hineinträgt, und damit die Möglichkeit eines geschlossenen Kampfes untergräbt. Man muss den Linken geradeheraus sagen: entweder ihr kämpft für unsere Plattform und brecht mit

175 Pjatakov schlug vor seiner Abreise vor, als Vorsitzenden der VSNCh Aleksandr Cjurupa zu ernennen (Ibid., S. 298). VSNCh-Vorsitzender blieb allerdings bis Anfang 1926 Petr A. Bogdanov (1882–1938).
176 Am 1.11.1923 schrieb Pjatakov an Stalin, die innerparteiliche Krise habe „eine unerhörte Schärfe erreicht" (Ibid., S. 298). Am 2.11.1923, vermutlich auch am Folgetag, fand das Plenum des ZK der KPD statt, auf dem eine sechsköpfige Spitze, bestehend aus Pieck, Thälmann, Ruth Fischer, Brandler, Walcher, Koenen und Thalheimer gewählt wurde. Pjatakov berichtete darüber am 6.11.1923 an Stalin (Ibid., S. 338–339).

dem rechten S[ozial-]D[emokraten], und dann haben wir eine Einheitsfront, oder ihr macht es nicht und beschränkt euch auf verlogene Phrasen über den revolutionären Kampf – und dann könnt ihr euch zum Teufel scheren. So, und nur so, kann die Zerstörung der Sozialdemokratie, die Entlarvung der Linken anhand konkreter Fragestellungen und die Zusammenschluss der Arbeiter um die Kommunisten erreicht werden. Andere Wege sehe ich nicht.

d) Eine so junge Partei, wie die Kommunisten Deutschlands, kann im gegenwärtigen Moment der sich verschärfenden Krise nicht auf solche breiten Organe des politischen Massenkampfes wie die Sowjets verzichten. Die Betriebsräte [*fabzavkomy*] können bestenfalls Organe zur Produktionskontrolle und für politische Demonstrationen sein – mehr nicht. Das Verschweigen der Frage der Sowjets, das von unseren Kommunisten praktiziert wird, führt dazu, dass in der Zukunft, wenn es die entschieden revolutionäre Lage verlangen wird, keine Vorbereitungen zur Gründung von Sowjets getroffen werden. Die Ausrufung des Aufstandes im Namen der Kompartei, ob nur in einer Stadt, oder gar in ganz Deutschland, wird kaum die für den Aufstand notwendigen Massen mobilisieren. Nur ein Aufstand unter der Flagge der Sowjets könnte die notwendige Wirkung haben, denn – ich wiederhole – die deutsche Kompartei ist zu schwach, um auf solche Massenstützpunkte wie die Sowjets verzichten zu können. Selbst wir, die wir stärker waren als die jetzige Kompartei Deutschlands, konnten im Jahre 17, wie Sie wissen, nicht auf breit angelegte *politische* Massenorgane verzichten.

Sie haben wahrscheinlich schon den geschlossenen Brief der Komintern erhalten. Er wurde im PB besprochen, und ich bin im Grunde mit ihm einverstanden.[177]

4. Was unsere Parteiangelegenheiten in Russland angeht, so haben wir, nachdem Sie ein gewisses Dokument „angerichtet" haben[178] und weggefahren sind, die Plenumssitzungen des ZK und der ZKK einberufen, wo eine Entscheidung gegen die

177 Am 5.11.1923 verfasste das EKKI einen sowohl von der KPD-Führung als auch von Trotzki und Radek scharf kritisierten „Geschlossenen Brief an das ZK der KPD", der vom russischen Politbüro am 3.11.1923 in Auftrag gegeben wurde (siehe Politbürobeschluss), und einen Umschwung markierte. Ohne die Rolle von Komintern und KP Russlands selbst einer Überprüfung zu unterziehen, wird die KPD-Führung zum Sündenbock erklärt, u.a. wegen der „Überschätzung der Vorbereitungen" und der „Kapitulation vor der linken Sozialdemokratie" bezüglich der sächsischen Arbeiterregierung (publ. in: Ibid., S. 319–325).

178 Stalin bezieht sich hier auf die Mitunterzeichnung durch Pjatakov der „Erklärung der 46" vom 15.10.1923, des ersten Manifests der linken Opposition in der KP Russlands, das die sofortige Rücknahme der im Bürgerkrieg erfolgten Einschränkungen der Parteidemokratie forderte. Unter den herrschenden Bedingungen des Parteiregimes als „Fraktionsdiktatur" – so wird in dem u.a. von Preobraženskij, Pjatakov, Antonov-Ovseenko, Serebrjakov und Smirnov unterzeichneten Dokument an das ZK geschlussfolgert – könne die kommende „weltumfassende Erschütterung" nur mit einem „Misserfolg auf der ganzen Front des proletarischen Kampfes" enden. (siehe die deutsche Übersetzung der Deklaration: An das Politbüro des Zentralkomitees der RKP (Erklärung der Sechsundvierzig). In: Frits Kool, Erwin Oberländer (Hrsg.): Dokumente der Weltrevolution. Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, Frankfurt am Main u.a., Büchergilde Gutenberg, 1967, S. 273–280.

Dokumente [sic] von Ihnen und L.D. [Trotzki] gefällt wurde.[179] Später gab es eine private Unterredung mit L.D. [Trotzki], wo wir uns über die praktischen Fragen der Verbesserung der VSNCh, des Gosplan u.a. geeinigt, oder zumindest fast geeinigt haben. Ich denke, dass die Angelegenheit sich ohne Erschütterungen und Exzesse weiterentwickeln wird. Es ist nur ärgerlich, dass L.D. [Trotzki] vor kurzem krank geworden ist und es ihm bis heute leider nicht möglich ist, das Bett zu verlassen.[180] Ich hätte Ihnen den Text der Resolution der Plenumssitzungen zugeschickt, wenn es nicht ein Verbot gäbe, diese Resolutionen zu verschicken, selbst an ZK-Mitglieder.

Vorerst wäre dies alles.

Ich drücke Ihre Hand.
[Sign.:] I. Stalin

PS. Die Entscheidung von Ihnen (der Troika) über Vas'ka [d.i. Vasilij Šmidt] verstehe ich nicht.[181] Vas'ka ist ehemaliges ZK-Mitglied zweier Legislaturperioden; zum jetzigen Zeitpunkt ist er zwar kein ZK-Mitglied (genauso wie Gen. Krest[inskij]), doch wenn das ZK (das P.B.) Gen. Vas'ka zweimal das Vertrauen ausgesprochen hat, was haben Sie (die Troika) für einen Grund, ihn nicht zu akzeptieren? Ich sehe darin nichts

179 Die gemeinsamen Plenartagung des ZK und der ZKK mit Vertretern von Parteiorganisationen vom 25.–27.10.1923 „(...) brandmarkte die von Trotzki zusammengeflickte Plattform, die sich Erklärung der 46 Oppositionellen nannte." In der vom Plenum verabschiedeten Resolution wurde Trotzki der „fraktionellen Gruppenbildung" bezichtigt, was „dem gesamten Leben der Partei für die nächsten Monate den Stempel des innerparteilichen Kampfes aufzudrücken und so die Partei in einer für das Schicksal der internationalen Revolution höchst verantwortungsschweren Zeit zu schwächen" drohe. (siehe auch: Bayerlein/Babičenko/Firsov: Deutscher Oktober 1923, S. 296f.).

180 Lenin hatte im März 1923 einen verheerenden Schlaganfall erlitten. Trotzki erkrankte am 18.11.1923 und bekam von den Ärzten strengste Bettruhe verordnet, sprach jedoch trotzdem auf dem ZK-Plenum (siehe: Heinz Abosch: Trotzki-Chronik. Daten zu Leben und Werk, München, Hanser, 1973, S. 63 (Reihe Hanser. 130). In seiner Stalin-Biographie schrieb Trotzki: „In diesen Tagen muß Stalin klar geworden sein, daß unverzügliches Handeln geboten war. Er hatte überall Komplizen, die auf Gedeih und Verderb mit ihm verbunden waren. Der Apotheker Jagoda stand bereit. Ob Stalin Lenin das Gift zukommen ließ, indem er darauf anspielte, daß die Ärzte alle Hoffnung aufgegeben hätten, oder ob er mehr direkte Mittel anwandte, das weiß ich nicht. Aber ich bin fest davon überzeugt, daß Stalin da nicht untätiger Zuschauer bleiben konnte, wo sein Lebensschicksal auf dem Spiel stand und die Entscheidung abhing von einer kleinen, sehr kleinen Bewegung seiner Hand. Kurz nach Mitte Januar 1924 reiste ich nach Suchum im Kaukasus ab, um zu versuchen, dort von einer hartnäckigen, mysteriösen Infektion geheilt zu werden, deren Natur meinen Ärzten bis heute ein Rätsel geblieben ist. Die Nachricht von Lenins Tod erreichte mich auf der Fahrt." (Leo Trotzki: Stalin. Eine Biographie, Köln, 1952, S. 485f.).

181 Die Dreiergruppe lehnte die Berufung des russischen Gewerkschaftsfunktionärs Vasilij Šmidt (Ps. Vasja, Vas'ka) durch das russische Politbüro als Gruppenmitglied ab. Am 24.10.1923 hatte Sinowjew an die „lieben Freunde" geschrieben, die Nominierung von K. (d.i. Kujbyšev) in die Troika des Politbüros, die nach Berlin geschickt wird, sei ein Fehler. Der Posten sei mit höchster Verantwortung verbunden, denn der Frieden mit den „Berlinern" sei zu erhalten, koste es was es wolle. Sinowjew schlug daraufhin vor, stattdessen Genossen V.Š. (d.i. Vasilij Šmidt) zu nominieren. Siehe: Bayerlein/Babičenko/Firsov: Deutscher Oktober 1923, S. 326).

außer einem Gehabe von Parteiaristokraten. Ich bin nun gezwungen, seine Frage zum dritten Mal aufzuwerfen, wobei es möglich ist, dass das P.B. die alte Entscheidung in Kraft lässt, – glauben Sie etwa, dass das ZK, das Vas'ka bestens kennt, seine Meinung aufgrund der Proteste des Gen. Andrej [d.i. Karl Radek] ändern wird? So kann man nicht arbeiten. I.St.

Dok. 98

Bericht des Institut für Weltwirtschaft und Weltpolitik in Berlin zum Hitlerputsch in München

Berlin, 9.11.1923

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau 504/1/160, 227–231, Erstveröffentlichung.

Zum Ludendorff-Hitlerputsch vom 8.11.1923[182]

Berlin, 9. November 1923

Am 8.11. abends hat Hitler im Bürgerbräuhaus in München vor einer Riesenversammlung die „nationale Revolution" ausgerufen und folgende nationale Regierung proklamiert:

v. Kahr	Reichsverweser
Ludendorff	Chef d. Heeresleitung
Hitler	Reichsinnenminister
v. Lossow	Reichswehrminister
Poehner	bayr. Ministerpräsident bezw. Innenminister,
Oberst v. Seiszer	Reichspolizeiminister[183]

Die Einzelheiten dieses Putsches sind durch die Zeitungen bekannt; Wir wollen hier nur auf folgendes hinweisen: es handelt sich bei der Proklamierungsversammlung um eine der [in] letzter Zeit üblichen nationalistischen Kundgebungen, bei denen meist Kahr, Knilling, Poehner und oft auch Hitler anwesend waren. [...] Es hängt, falls die Bewegung in Bayern allgemein wird, alles davon ab, ob jetzt im übrigen Reiche

182 *Ludendorff-Hitlerputsch:* Am 8.11.1923 rief Hitler im Namen des „Deutschen Kampfbundes" die „nationale Revolution" aus um den Anspruch für sich und die nationalsozialistische Bewegung zu bekräftigen, am „Marsch nach Berlin" teilzunehmen. Die Reichsregierung sowie die bayrische Regierung wurden für abgesetzt erklärt. Der „improvisierte und dilettantisch durchgeführte" Putschversuch mit Ludendorff als Symbolfigur scheiterte. Am Morgen des 9.11.1923 wurde der Marsch von der Polizei unter Einsatz von Schusswaffen gestoppt; es gab vier Tote unter den Polizisten und 14 unter den Demonstranten. Zum Hitlerputsch vgl. Harold J. Gordon: Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923–1924, Frankfurt am Main, Bernard Graefe, 1971.
183 Gemeint ist Hans Ritter von Seißer.

eine Welle explosiver Putsche auftritt. In diesem Falle würden zweifellos die Hitlerleute freie Bahn nach Berlin bekommen.[184] Die norddeutsche Reichswehr und Schupo würden völlig ausserhalb Bayerns gebunden. Immerhin würden einige Generäle ihre Truppen gegen die Putschisten schicken, und da ihre Kräfte dazu nicht genügend wären, müssten sie über die Gewerkschaften die Arbeiter zur Teilnahme am Kampfe auffordern lassen. Das würde den Beginn des Bürgerkrieges bedeuten.

Ohne die Welle nationalistischer Putsche in Norddeutschland die ganz wahrscheinlich jetzt ausbleiben wird – ist auch der bayerische Putsch missglückt, da eine isolierte Ludendorff-Bewegung in Bayern ganz unmöglich Kraft genug für den Marsch gegen Berlin finden kann. [...]

Aus alledem scheint sich zu ergeben, dass der Putsch insoweit gescheitert ist, als die Errichtung einer Ludendorff-Regierung beabsichtigt war. In jedem Falle ist durch die Niederschlagung des Hitlerputsches sowohl die Macht der bayerischen Rupprechtgruppe gestärkt, wie die Stellung Stresemanns sowohl gegenüber den Sozialdemokraten wie gegenüber Stinnes gefestigt.

Berlin, am 9. November 1923

Dok. 99

Die deutsche Revolution und die Streiks im ukrainischen Kohlebecken Donbass. Brief des Gouvernementssekretärs Boris Magidov an Stalin

Poltava, Ukraine, 10.11.1923

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI 558/1/2565, 2–7. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: A.V. Kvašonkin, O.V. Chlevnjuk, L.P. Koševela u.a. (Hrsg.): Bolʾševistskoe rukovodstvo. Perepiska 1912–1927, Moskva, ROSSPEN, 1996, S. 282–286. In französischer Sprache publiziert in: *Cahiers du Mouvement ouvrier* (2003), Nr. 20, S. 25–31.

An den Sekretär des Zentralkomitees der RKP.
Gen. STALIN.

Sehr geehrter Genosse.
Möge es Sie nicht verwundern, dass ich Ihnen einen persönlichen Brief inoffiziellen Charakters schreibe. [...] [D]ie Fakten, Lageberichte und Stimmungen der Donbass-

184 Grundsätzlich erwies sich die Prognose Radeks und der Komintern bezüglich eines bevorstehenden und zu verhindernden Marsches nach Berlin nicht als falsch. Zu weiteren Putschversuchen kam es allerdings trotz weiterer vorhandener Sympathien mit den Putschisten nicht. Die NS-Bewegung wurde verboten, Hitler in einem Hochverratsprozess im Februar 1924 zu (nur) fünf Jahren Festungshaft verurteilt.

Arbeiter,[185] die auf dem letzten Plenum des ZK der KP(b)U (29.–31. Oktober)[186] zur Sprache kamen, drängen mich als Parteimitglied dazu, Ihnen zu schreiben.

Erstens ist eine Lage absolut unnormal, in der die Sekretäre der Gouvernementskomitees in keiner Weise auf dem neuesten Stand gehalten werden und vom ZK nicht über die aktuelle innerparteiliche Lage informiert werden, während zu unserer aller großen Bestürzung überall darüber gesprochen wird, [sogar] in parteilosen Kreisen tratscht man darüber.

Ich meine vor allem die letzte Meinungsverschiedenheit im ZK der RKP, die Erklärung des Gen. Trotzki und die Plattform der 46. (Selbstverständlich habe ich weder die Erklärung des Gen. Trotzki noch die Plattform der 46 zu lesen die Gelegenheit gehabt).[187] [...] Ein lebendiges Parteileben gibt es nicht, der Parteigedanke zuckt nicht.[188] Es dominiert und prävaliert die sogenannte Parteidisziplin (die schablonenhaft angewandt wird). [...]

Wie lässt sich die Möglichkeit (manche denken sogar: die Zwangsläufigkeit) wiederholter Abweichungen seitens der Masse aus den unteren Parteirängen vermeiden?

Es gibt einen Weg: eine richtige, strikt durchgehaltene, deutliche kommunistische Linie, und zugleich müssen wir, als Leiter der Massen, selbst ein Stück bescheidener sein, und als Beispiel und Vorbild dienen.

Doch dies entspricht nicht der Wirklichkeit.

Die Mitglieder des Zentralen Exekutivkomitees der Unionssowjets sowie die Mitglieder des Exekutivkomitees des Ukrainischen Sowjets haben im September ein Gehalt von 100 Goldrubeln erhalten, im Oktober – 150.

Wenn ein Mitglied einer Basiszelle, der an der Werkbank arbeitet, sieht, dass der Sekretär des Gouvernementskomitees der Kommission zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Kommunisten 35 Goldrubel zahlt und einen Partei-Mitgliedsbeitrag von 5 Goldrubeln, während der gesamte Monatslohn eines einfachen Parteimitglieds von der Werkbank maximal 25 bis 30 Rubel beträgt, beginnt er zwangsläufig an „oben" und „unten" zu denken, an schreiende Ungerechtigkeit u.s.w.[189]

---

185 Nach der Oktoberrevolution bildete das Donez-Becken (Kurzform: Donbass von russ. „*Doneckij bassejn*") das Zentrum der russischen Kohleförderung. Siehe: Hiroaki Kuromiya: Freedom and Terror in the Donbas. A Ukrainian-Russian Borderland. 1870s-1990s, Cambridge u.a., Cambridge University Press, 1998, S. 119–150.

186 Das Plenum der Kommunistischen Partei der Ukraine (KP(b)U), das nach abweichenden Angaben vom 23. bis 31.10.1923 stattfand, war eines der fünf Plena des ZK der KP(b)U im Jahre 1923, zwischen der 7. und 8. Parteikonferenz. Ein publiziertes Stenogramm des Plenums konnte nicht ermittelt werden. Vgl. http://www.knowbysight.info/1_UKRA/04994.asp.

187 Siehe hierzu Dok. 97.

188 Im Russischen „*ne b'etsja*", wörtl. „es schlägt nicht um sich".

189 Nach dem Ende des Bürgerkriegs begannen zahlreiche bolschewistische Funktionäre, gerade in den Regionen, damit, ihre privilegierte Stellung offen auszuleben, was innerhalb der Partei große Diskussionen auslöste und ihr Ansehen bei der parteilosen Bevölkerung nachhaltig beschädigte (siehe u.a.: Vladimir Brovkin: Russia after Lenin. Politics, Culture, and Society. 1921–1929, London u.a., Routledge, 1998, S. 37ff.).

Wenn die (durchaus des Lesens mächtige) Masse der Arbeiter in den Zeitungen lesen muss, dass sich beispielsweise im Oktober die Lohnhöhe eines Parteimitglieds, auf die keine Abgaben zu entrichten sind, auf 80 Goldrubel beläuft, dann beginnt der Arbeiter unvermeidlich darüber zu reden und artikuliert seine Unzufriedenheit mit „denen da oben".

Sie wissen augenscheinlich, dass es im September und im Oktober ständig Streiks im Donbass gegeben hat, wobei im Oktober fast der gesamte Donbass gestreikt hat.[190]

Der wichtigste Grund dafür waren Verzögerungen bei der Lohnauszahlung. Aber nicht nur das: die Lebensbedingungen der Bergleute des Donbass sind schlechter als die von Vieh.

Zehntausende Donbass-Arbeiter fahren lieber täglich unter Tage und leben im Gestein, im Inneren der Erde, in Tiefen von 200, 300, 500 Metern; denn dort fühlt sich der Kumpel wohler als in seiner „Wohnung".[191]

Sie wissen, dass im Kreis Šachty (Rayon Aleksandro-Gruševsk) alle Kumpel (etwa 30–35 Tausend) zehn Tage lang gestreikt und es einhellig abgelehnt haben, eine Zahlung zu akzeptieren, die nur 40 Prozent des ihnen zustehenden Lohns ausmachte.[192]

Die Donbass-Arbeiter sagen: Was hindere sie daran, „mit den Leitern des Donbass auf Bergmanns-Art abzurechnen, für ihre Frechheiten und ihre Verhöhnung der werktätigen Kumpel, die seit fünf Jahren andauerten, für den systematischen Betrug und Schwindel, für die Nichterfüllung fast jedes Versprechens, von denen es Hunderte gab ..."

---

190 Der Donbass war im Jahre 1923 ein Streikzentrum, über 89.000 Arbeiter nahmen an den über das ganze Jahr verteilten Streiks teil, die teilweise höchst militante Formen annahmen. Hauptauslöser waren ausgesetzte und verzögerte Lohnauszahlungen sowie anmaßendes Verhalten der kommunistischen Funktionäre und Fabrikverwalter. Erst Mitte 1924 nahmen die Streiks im Donbass ab (siehe zuletzt: L.V. Borisova (Hrsg.): „Zabastovka pokazala... črezvyčajnoe uporstvo i ozloblenie rabočich". Dokumenty RGASPI o zabastovke gornjakov Donbassa v 1923 g. In: *Otečestvennye Archivy* (2008), 6, S. 77–83; auch: Kuromiya: Freedom and Terror, S. 128–132). Als allgemeiner Überblick zu den Streiks in der Sowjetunion während der NÖP siehe zuletzt: Kevin Murphy: Strikes during the Early Soviet Period. 1922 to 1932. From Working-Class Militancy to Working-Class Passivity? In: Donald Filtzer, Wendy Z. Goldman, Gijs Kessler u.a. (Hrsg.): A Dream Deferred. New Studies in Russian and Soviet Labour History, Bern u.a., Peter Lang, 2008, S. 171–192.

191 Der führende Bolschewik Nikolaj Krylenko, der im November auf einer Vortragsreise im Donbass unterwegs war, schilderte in seinem internen Reisebericht an das ZK ebenfalls katastrophale Zustände. So seien 10% der Bergleute im Donbass obdachlos und müssten in Straßengräben oder in den Schächten übernachten (RGASPI, 17/60/460, 153v).

192 Die Unruhen in Šachty im Oktober–November 1923 waren der Höhepunkt der Arbeiterproteste im Donbass. Als der Streikführer, ein ehemaliges Parteimitglied namens Kapustin, verhaftet wurde, zogen ca. 1000 Arbeiter mit Fahnen und Musik zum Gefängnis, um ihn zu befreien. Durch Schüsse in die Luft und Einsatz von Wassersalven aus Schläuchen konnte die Miliz die Menge zerstreuen (Kuromiya: Freedom and Terror, S. 130–131).

„Wir hätten schon längst abgerechnet, davon könnt ihr ausgehen, – wiederholt der Bergmann (womöglich von einer menschewistischen Provokation angestachelt),[193] – doch darf man schließlich kein Verräter der deutschen Revolution sein."[194]

All dies berichtete ganz offiziell ein ZK-Mitglied, ein verantwortlicher Vertreter des Donbass, auf dem Plenum des ZK der KP(b)U.

Uns ist nicht ganz klar, warum wir der zweihunderttausendköpfigen Armee der Sowjetangestellten zweimal im Monat pünktlich Gehalt zahlen und [die Arbeiter des] Donbass erhalten fortlaufend nichts.

Kann man denn nicht mit demselben Recht die Sowjetangestellten weniger termingerecht (nicht auf sowjetische Art pünktlich) auszahlen und so die Zahlungen an die Kumpel im Donbass leisten?

Auch ein weiterer Umstand ist uns nicht ganz verständlich: sobald die Kumpel einen Streik beginnen und ihre Arbeit für eine Woche liegen lassen, taucht auf einmal Geld auf (und die Bergleute tragen diesem Umstand Rechnung).

Und warum sollte man diese Frage nicht mit äußerster Ernsthaftigkeit (auf Leninsche Art) anpacken und ein paar verantwortliche und höchstverantwortliche Leiter vor ein öffentliches Gericht stellen, wenn wir schon zu nichts Anderem fähig sind? […]

Nach dem XII. Parteitag war uns völlig klar, dass uns die Abwesenheit von Il'ič [Lenin] eine kolossale kollektive Verantwortung auferlegt. Wir hatten sehr wohl verstanden, dass personell niemand Il'ič ersetzen kann. […]

Wir brauchen wahrheitsgemäße, zeitnahe, vorauseilende, durch nichts verdeckte Informationen über alles, was im ZK geschieht. Möglichst selten, nur in außerordentlichen Fällen, sollte zu administrativen Maßnahmen gegriffen werden […]. Es müssen die Fälle vermieden werden, in denen eine Person (wie hoch auch der Posten sein mag, den sie einnimmt) die Entscheidung eines gewählten Organs zunichte macht. […]

193 Laut geheimen Parteiberichten gab es im Oktober 1923 circa 160 „organisierte Menschewiki" im Donbass, die allerdings allesamt von der GPU überwacht wurden. Es ist zu bezweifeln, ob sie tatsächlich einen Einfluss in der Arbeiterschaft ausübten oder gar Streiks anzettelten, wie ihnen seitens der Partei vorgeworfen wurde. Erwiesen sind Stimmungen in der Arbeiterschaft, die in vielen Punkten mit den Positionen der Menschewiki im Untergrund übereinstimmten (Kuromiya: Freedom and Terror, S. 135).

194 Die Aussage lässt sich entweder – so Jean-Jacques Marie – als Beleg einer proletarischen Solidarität gegenüber den „Klassenbrüdern" im Ausland interpretieren, die stärker sei als die Feindseligkeit gegenüber den Machthabern vor Ort (die deutsche Revolution somit als ein potentielles Gegenmittel gegen die Sowjetbürokratie), oder aber als eine Klage des Arbeiters darüber, das Argument der nahenden deutschen Revolution werde zu oft ins Feld geführt, um Proteststimmungen zu unterdrücken. Weitere Untersuchungen lassen beide Interpretationen als gültig erscheinen: Zum einen gab es tatsächlich ein großes Interesse der Donbasser Arbeiterschaft an den Vorgängen in Deutschland, zum anderen ist der Ernst der internationalen Lage von Parteifunktionären ins Feld geführt worden, um Arbeiter vom Streiken abzubringen (siehe: Jean-Jacques Marie: Stalin und der Stalinismus. Rückkehr zu den Ursprüngen. In: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (2004), S. 11–31, hier S. 26; Albert: „German October is Approaching", S. 123–125).

In Erwartung Ihrer Antwort verbleibe ich mit kommunistischem Gruß,[195]

Der Sekretär des Gouvernementkomitees von Poltava: B. Magidov.[196]
Stadt Poltava

10. November d.J.



Am 12.11.1923 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands, die zur Vorbereitung der Revolution nach Deutschland entsandte Delegation nach Moskau zurückzurufen. Zugleich sollte dem ZK der KPD deutlich gemacht werden, dass dieser Rückruf keine Abweichung von der gegenwärtigen Linie der Vorbereitung der deutschen Revolution bedeute. Das Politbüro forderte darüber hinaus die Dokumente zur Entwicklung in Sachsen, zu den linken Sozialdemokraten und zur Einheitsfrontpolitik durch die Komintern umzuarbeiten, vermutlich im Sinne von Stalins Brief gegen die Sozialdemokratie (siehe Dok. 97).[197]

---

195 Tatsächlich schrieb Stalin schon am 22.11.1923 eine Antwort an den „lieben Genossen Magidov". Er bedankte sich für die Informationen und verwies darauf, dass die Frage der Donbass-Arbeiter gegenwärtig durch eine Kommission behandelt werde. Der Kritik an der schlechten Informierung der regionalen Parteifunktionäre durch das Zentrum stimmte Stalin zu, verwies jedoch auf notwendige Konspiration: „Leider kann man nicht über alles schreiben." Die von Magidov thematisierten Zerwürfnisse in der Parteispitze reduzierte Stalin auf „Missverständnisse", die bereits geklärt seien. Er bot Madigov ein persönliches Gespräch auf der bevorstehenden Parteikonferenz im Januar 1924 an und ermunterte ihn, öfter zu schreiben (RGASPI, 558/1/2565, 1, publ. in: Kvašonkin/Chlevnjuk/Košeleva u.a.: Bol'ševistskoe rukovodstvo, S. 289). Die 13. Parteikonferenz der RKP(b) fand vom 16. bis 18.1.1924 statt.
196 Boris I. Magidov, Bolschewik seit 1906 und zwischen 1922 und 1924 Sekretär des Partei-Gouvernementskomitees von Poltava, arbeitete in den folgenden Jahren auf hohen Posten in der Zentralen Kontrollkommission der Partei sowie in den sowjetischen Gewerkschaften, überlebte den Stalinschen Terror unbeschadet und starb 1972 eines natürlichen Todes im Alter von 86 Jahren.
197 RGASPI, Moskau, 17/162/1, 26–27. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 218–220.

Dok. 100

Kritischer Bericht des militärischen Leiters des deutschen Oktober an die Komintern über die Arbeit des illegalen Apparats der KPD

[Berlin], 15.11.1923

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/19/67, 101–102. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 435–437.

[Berlin], den 15.11.23.

Zur Lage in der Partei.[198]

Die Vorbereitungen der Partei zum bewaffneten Aufstand sind in den letzten Tagen stark gehemmt worden. Durch das mangelhafte Arbeiten des illegalen Apparates sind in vielen Bezirken die leitenden Funktionäre verhaftet worden. Der illegale Apparat der Zentrale versagt fast vollständig. Jetzt ist auch der Kopf der Berliner Kampfleitung verhaftet worden, und die Arbeit in Berlin-Brandenburg und Lausitz gelähmt. Die Genossen waren nach der Lausitz gefahren, um dort die Organisation, die hochgeflogen war, neu aufzubauen. Bei dieser Gelegenheit wurden sie verhaftet. Die Organisation der Lausitz ist auch wesentlich durch Verschulden des Zentralapparates aufgeflogen. Die Zentrale schickte einen Kurier mit Anweisungen, Plänen und Geld dorthin. Der Kurier traf den Verbindungsmann, an den er die Sachen abgeben sollte, nicht an. Er gab deshalb die Sachen dem Hauswirt. Der Hauswirt wusste, dass der Genosse Funktionär der K.P.D. ist und brachte das Paket zur Polizei, die dann die leitenden Funktionäre verhaftete.

Vorgestern wurde der gesamte Kurierapparat der Zentrale verhaftet. Die Kuriere versammelten sich in einem Lokal, wo sie das Material, Anweisungen, Rundschreiben, Geld usw. für die Bezirke erhielten. Während der Ausgabe wurde das Lokal umstellt und sämtliche Genossen, auch der Leiter, verhaftet.

In München wurde schon vor zwei Wochen fast die gesamte Leitung der Organisation verhaftet. In München fand eine Sitzung der Leitungen der einzelnen Distrikte statt. Einige Genossen hatten Pläne über Sprengungen, Karten, Geld und sogar Sprengkapseln mitgebracht. Die Genossen tagten in einem Lokal, das wir schon seit Jahren für Parteisitzungen benutzten. Durch die Verhaftung dieser Genossen ist die Arbeit in Bayern völlig gelähmt. Die neueingesetzte Leitung hat ihren Sitz ausserhalb Bayerns.

198 Das Dokument ist nicht unterzeichnet. Frühere an das EKKI gesandte Dokumente gleichen Formats, die vermutlich vom selben Autor stammen, wurden mit „X“ unterzeichnet. Dabei handelte es vermutlich um den Leiter des illegalen Militärpolitischen Apparats zur Durchführung der deutschen Revolution, Vol’demar Rudol’fovič Roze (Ps. Petr Aleksandrovič Skoblevskij). Bis 1926 lag die Leitung des militärpolitischen Apparats der KPD in russischer Hand (RGASPI, Moskau, 495/19/67, 81–83).

Die Münchener Organisation war schon seit einiger Zeit von Spitzeln durchsetzt, sodass die Polizei fast über alle Vorgänge in der Partei unterrichtet war. Sogar der Verbindungsmann in München war ein Spitzel, der vom Bund Oberland[199] in die Partei geschickt war. Man hatte diesem Spitzel den Posten gegeben, ohne genau zu prüfen, woher der Mann kam. Man war zufrieden, dass jemand den Posten übernommen hatte.

In Württemberg, Schlesien, Mecklenburg, Thüringen, Sachsen und in Hamburg sind viele der besten Funktionäre verhaftet oder flüchtig, sodass in diesen Bezirken die Arbeit fast völlig eingestellt ist. Selbst in Berlin ist nur selten eine Zeitung oder ein Flugblatt von uns zu bekommen. Sehr gut wird in Berlin nur in der Waffenbeschaffung gearbeitet. Der leitende Genosse A.,[200] der lange mit Karl [Radek] zusammengearbeitet hat, ist sehr tüchtig. Der Apparat dieser Genossen ist der einzige der gut funktioniert, aber auch in dieser Arbeit wirtschaften zu viel[e] herum. Den Genossen werden dadurch viel Schwierigkeiten gemacht und die Arbeit gefährdet. In den anderen Bezirken ist die Beschaffung von Waffen sehr schlecht organisiert.



Als Folge des Scheiterns der Revolution in Deutschland fasste das Politbüro des ZK der KP Russlands weitere Beschlüsse: Am 22.11.1923 wurde die Kommandierung von Pieck, Krestinskij sowie eines Gewerkschafters der KPD nach Moskau nochmals bestätigt. Des weiteren sollte an die Berliner Organisation der KPD ein Telegramm folgenden Wortlauts geschickt werden: „Wir kommen Ihnen in Ihren Bestrebungen, die Aufklärung der Angelegenheit Maslow zu beschleunigen, entgegen, und bitten darum, schnellstmöglich zwei Ihrer Vertreter in die Kommission zur Aufklärung der Angelegenheit zu schicken."[201]

Am 24.11.1923 traf das Politbüro des ZK der KP Russlands die Entscheidung, den Volkskommissar für Erziehung, Anatolij Lunačarskij, zur internationalen Konferenz für die Hilfe an die hungernden Deutschen zu entsenden – vermutlich die am 9.12.1923 eröffnete Weltkonferenz der Internationalen Arbeiterhilfe.[202]

---

199 Der Bund Oberland war eine ultrarechte süddeutsche Freikorps-Organisation, sie bildete den Kern der SA in Bayern. Aus dem Bund Oberland stammte der Stellvertreter Skoblevskijs, Heller (Ps.), bei dem es sich um Josef (Beppo) Römer oder auch Hans von Henting gehandelt haben könnte (siehe: Bayerlein/Babičenko/Firsov: Deutscher Oktober 1923, S. 89 u.a.).
200 Bei dem „leitenden Genossen A." könnte es sich um „Alfred" (Ps.), d.i. Tuure Lehén handeln, den finnischen Militärspezialisten, der später Gesamtverantwortlicher des EKKI für militärpolitische Aktivitäten wurde, möglicherweise auch um „Alex" (Ps.), d.i. Hans Kippenberger, den späteren Gesamtleiter des militärpolitischen Apparats der KPD.
201 RGASPI, Moskau, 17/162/1, 30–31. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 221.
202 RGASPI, Moskau, 17/3/396, 3.

Dok. 101

Denkschrift des Leiters der Aufklärungsabteilung der Roten Armee, Jan Berzin, zur Kritik Radeks an der unzureichenden Konspiration in Deutschland

[Moskau], 27.11.1923

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/19/218, 83–90. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 437–444.

27. November 1923.
Abs[olut] geheim.
Persönlich.

An das Mitglied des RVSR, Gen. Unšlicht.
Ihrem Befehl Folge leistend, begab ich mich am 13. November dieses Jahres nach Berlin, um mich mit der Arbeit des Gen. Stepanov [d.i. Artur Staševskij][203] zur Betreuung der „Vierergruppe" vertraut zu machen, um zu klären, inwieweit die vom Gen. Andrej [d.i. Karl Radek] aufgezeigten Mängel vorhanden sind, und Maßnahmen zu ihrer Behebung zu ergreifen.[204]

Ich habe durch die Begutachtung des für die „Vierergruppe" zuständigen Apparats, die Befragung des Gen. Stepanov und anderer Mitarbeiter folgendes festgestellt. [...]

5. Bei seiner Ankunft in Berlin wurde Gen. Andrej eine Wohnung (3 Zimmer) bei Parteigenossen – Schneider – angeboten.[205] Diese Wohnung war absolut nicht kompromittiert und hatte dazu den Vorteil, zwei Ausgänge zu verschiedenen Straßen zu besitzen. Genossen Andrej kam es aus welchem Grund auch immer vor, dass er der Hauswirtin (einer alten Kommunistin) bekannt sei, und so weigerte er sich kategorisch, in die Wohnung einzuziehen. [...]

7. Nach der Fertigstellung des Passes wurde Gen. Andrej vorgeschlagen, in die Wohnung des Gen. Rejch zu ziehen, der für eine Weile verreisen wollte. Gen. Andrej kam es vor, dass ihn der in der Wohnung anwesende Kompagnon von Rejch kennen

---

203 Artur Staševskij (Ps. Stepanov, 1890–1937) war von 1921 bis 1924 Leiter der gemeinsamen Residentur der Auslandsabteilung der GPU und der Aufklärungsverwaltung des Stabs der Roten Armee in Berlin (siehe: Genis: Nevernye slugi režima, S. 686).

204 Am 20.11.1923 schrieb Karl Radek an Iosif Unšlicht, dass er vom heutigen Tag an „alle Beziehungen zur Organisation Stepanovs abbrechen" werde. „Nachdem ich in der fünften Wohnung festgestellt habe, dass man mit diesen Leuten nicht zusammenarbeiten kann, [...] bleibt mir angesichts der Verantwortungslosigkeit dieser Leute nichts anderes übrig, als die Angelegenheit der Sicherheit in meine eigenen Hände zu nehmen." Radek kündigte an, einen ausführlicheren Bericht zu senden und gegen Stepanov ein Parteiverfahren anzustrengen (RGASPI, Moskau, 326/2/21, 161). Allerdings scheinen die Beschwerden Radeks schon früher eingesetzt zu haben.

205 Schneider hier als Berufsstand *(„portnych")*.

würde, und er verzichtete deswegen kategorisch auf die Nutzung der Wohnung. Über Umwege erfuhr man später (nach den Worten des Gen. Stepanov), dass der Kompagnon von Rejch den Gen. Andrej doch nicht kannte. Die zweite ihm vorgeschlagene Wohnung wurde von ihm verworfen, weil die Besitzer – zwei jüdische Genossen, die die Rolle von Schiebern spielen sollten –, seiner Meinung nach schlecht gekleidet waren. [...] Die letzte Wohnung, die man als Ersatz für die aktuelle Wohnung fand, wurde wieder von Gen. Andrej abgelehnt, mit der Begründung, dass sich die Hauswirtin, die ihm als alt, geistig zurückgeblieben und tagsüber nicht anwesend geschildert wurde, als um einige Jahre jünger als ursprünglich von Gen. Andrej angenommen und seiner Meinung nach auch als durchaus geistig entwickelt entpuppte (und nicht als Halbidiotin, wie ihm gesagt wurde). [...] Es muss festgehalten werden, dass der Zustand des Gen. Andrej den Aussagen von Gen. Alex [d.i. Hans Kippenberger] zufolge die gesamte Zeit über krankhaft nervös ist; er regt sich über Nichtigkeiten furchtbar auf, weist die ihn betreuenden Genossen manchmal grob zurecht, und moniert Kleinigkeiten. [...]

10. Natürlich gibt es Mängel in der Betreuung der Vierergruppe mit Wohnungen und Verbindungen, doch hängen diese nicht vom guten oder bösen Willen des Gen. Stepanov ab. [...] Für eine gute Betreuung der Vierergruppe werden mehrere den Anforderungen der Konspiration entsprechende Wohnungen sowie eine Reihe von Hilfspersonen (Hauswirtinnen, Verbindungspersonen usw.) benötigt. Gen. Stepanov, der bis dato nur über einen kleinen Aufklärungsapparat verfügte, konnte natürlich nicht auf einen Schlag dutzende Wohnungen und freie Leute zur Verfügung stellen. Dies kann nur die Partei bewerkstelligen, doch die Partei hat ihm, *entgegen allen Bitten, bis jetzt weder Wohnungen noch Leute zur Verfügung gestellt*. Abgesehen davon hat sich Gen. Andrej kategorisch geweigert, in einer Wohnung zu bleiben, die von deutschen Kommunisten betreut würde. [...]

11. Zusätzlich zu den obigen Ausführungen muss ich Ihnen mitteilen, dass die Bemühungen des Gen. Stepanov zur Versorgung der Vierergruppe durch die Missachtung der Konspiration seitens des Gen. Andrej und seine unerfüllbaren Forderungen äußerst erschwert werden. Um meine Worte zu untermauern, führe ich die mir sowohl in Warschau als auch in Berlin übermittelten Informationen an.

In Warschau [...] hat Gen. Andrej bereits auf dem Bahnhof den ihn abholenden Personen einen Skandal beschert. Er verdächtigte den Missionskurier, ein Spion zu sein, und fing an, ihn öffentlich zu denunzieren, wodurch sich um ihn herum eine große Menschenmenge ansammelte, und dabei natürlich auch die im Bahnhof anwesenden polnischen Spitzel. Die Warschauer Genossen wundern sich bis heute, warum er nicht an Ort und Stelle von polnischen Spitzeln erkannt wurde. Um 8 Uhr morgens in der Mission angekommen, veranstaltete er erneut einen Tumult darüber, warum ihn denn nicht die verantwortlichen Mitarbeiter der Mission empfangen hätten; er war auch mit dem ihm zu Verfügung gestellten Zimmer unzufrieden usw. All das rief die Aufmerksamkeit der Mitarbeiter der Mission hervor, und selbstverständlich rätselte das Kollektiv der Mission noch einige Tage später darüber, um was für ein hohes Tier

es sich bei diesem angereisten Genossen gehandelt habe. Am Abend seiner Ankunft in Warschau hielt es Gen. Andrej für angebracht, zusammen mit Gen. Obolenskij[206] in die Oper aufzubrechen. Sein Erscheinen zusammen mit dem bevollmächtigten Vertreter der UdSSR zog natürlich die neugierigen Blicke des Publikums an, und er musste schnell wieder von dort verschwinden. […]

In Berlin hielt er es für möglich, sich nicht nur mit den ZK-Mitgliedern, sondern mit einer Reihe weiterer Parteigenossen zu treffen. Die Kunde über seine Anwesenheit in Berlin verbreitete sich schnell in relativ weiten Kreisen deutscher Kommunisten, und so forderte beispielsweise die Konferenz verantwortlicher [Partei-]Arbeiter der Berliner Organisation (150 Personen) ein Auftreten von ihm. […]

Zu seiner Enttarnung trägt im verstärkten Maße auch Gen. L[arissa] R[eissner] bei, die als *Izvestija*-Korrespondentin die Sitzungen des Reichstags besucht, mit den deutschen Sozialdemokraten verkehrt, auf den offiziellen Versammlungen der Berliner kommunistischen Organisation erscheint, und gleichzeitig – ohne Zweifel unter Beschattung stehend – zwei bis drei Mal täglich die Wohnung des Gen. Andrej aufsucht (wie Gen. Alex [d.i. Hans Kippenberger] mitteilt).[207]

Dem hinzuzufügen ist noch die Unmenge von Zeitungen, die täglich für den Gen. Andrej in die Wohnung gebracht werden, und eine Reihe anderer Kleinigkeiten.

Die weiteren Mitglieder der Vierergruppe (die Gen. Arvid [d.i. Jurij Pjatakov], [und] Nik[olaj] Nikolaevič [Krestinskij]) nehmen, soweit mir bekannt ist, auf die schwierigen Bedingungen, unter denen Gen. Stepanov arbeiten muss, Rücksicht und erheben keine besonderen Vorwürfe gegen ihn.

Abschließend will ich darauf hinweisen, dass, entgegen allen von Gen. Andrej gegen Gen. Stepanov angeführten Beschuldigungen, es Gen. Stepanov schon seit eineinhalb Monaten gelungen ist, Gen. Andrej sowie die gesamte Vierergruppe vor dem Auffliegen und vor den scharfen Augen des deutschen Geheimdienstes zu bewahren. […]

Abgesehen davon ist es notwendig, falls der Apparat des Gen. Stepanov weiter die Vierergruppe betreuen soll, Gen. Stepanov seitens der Kompartei Deutschlands eine maximale Kooperation zukommen zu lassen.

Berzin

---

206 Leonid Leonidovič Obolenskij war von 1922 bis 1924 Missionsleiter und Bevollmächtigter Vertreter der UdSSR in Polen.

207 Larissa Reissner, die Lebensgefährtin von Radek war eine Journalistin und Reiseschriftstellerin des Bürgerkriegs und der Weltrevolution, u.a. Autorin von: Hamburg auf den Barrikaden. Erlebtes und Erhörtes aus dem Hamburger Aufstand 1923, Berlin, Neuer Deutscher Verlag, 1923. Zu ihrem frühen Tod mit 30 Jahren schrieb Radek am 1.12.1926: „Geblieben sind von ihr ein paar schmale Bändchen. (…) Sie werden verkünden, dass es eine internationale Revolution war, für Ost und West, für Hamburg und Afghanistan nicht weniger als für Leningrad und den Ural.“ (Karl Radek: Portraits and pamphlets, with an introduction by A.J. Cummings and notes by Alec Brown, New York: R.M. McBride, 1935. Übersetzung aus dem Englischen).

Am 29.11.1923 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands Direktiven an das Volkskommissariat für Verkehrswesen den Abschluss der Getreidelieferungen an Deutschland im Rahmen des im Juli abgeschlossenen Vertrags, unter den Bedingungen, dass die russischen Finanzen keinen Nachteil erleiden und die deutsche Regierung die Zahlung garantieren würde.[208]

Ebenfalls am 29.11.123 wurde auf Vorschlag Sinowjews beschlossen, daß die „Vierergruppe" in Deutschland die Aufforderung an Wilhelm Pieck, einen Gewerkschafter und zwei weitere KPD-Genossen, zum Zwecke der Aufklärung der „Affäre Maslow" nach Moskau zu kommen, bestätigen sollte. Das Ziel sei es, die neue Lage zu besprechen und eventuelle Missverständnisse aufzuklären.[209]

Am 8.12.1923 erfolgte seitens des Politbüros des ZK der KP Russlands ein erneuter Beschluss zum Rückruf der Delegation aus Deutschland. Darüber hinaus sollten nun außer den beiden bereits angeforderten Berliner KPD-Vertretern weitere vier Genossen aus dem Ruhrgebiet sowie einer aus Hamburg mitkommen. Ebenfalls sollten Brandler und Thalheimer nach Moskau kommen. Die Reise solle unverzüglich angetreten werden.[210]

Nach der Vertagung vom 18.12.1923 befasste sich am 20.12.1923 das Politbüro des ZK der RKP(b) mit der Bilanz des gescheiterten „Deutschen Oktober". Hierzu wurde ein Grundsatzbeschluss „über die Lehren der deutschen Ereignisse" gefasst, der später von der Komintern übernommen wurde. Die von Sinowjew formulierten Thesen sollten als Ausgangspunkt dienen, eine Kommision aus Sinowjew, Stalin, Radek, Pjatakov, Bucharin und Trotzki sollte innerhalb von drei Tagen im Thesenentwurf die notwendigen Korrekturen einfügen. Danach sollte Sinowjew die Thesen mit der Mehrheit im ZK der KPD abstimmen.[211]

---

208 RGASPI, Moskau, 17/3/397, 2; APRF, 3/64/645, 110. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 113.
209 RGASPI, Moskau, 17/162/1, 34. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 226–227.
210 RGASPI, Moskau, 17/162/1, 35. Publ. in: Ibid., S. 227.
211 RGASPI, Moskau, 17/3/402, 1. Publ. in: Ibid., S. 228–229.

Dok. 101a

Brief des militärischen Leiters beim ZK der KPD, Petr Skoblevskij, d.i. Vol'demar Roze, zur Absage der deutschen Revolution und den weiteren Aufgaben des Militärapparats

Berlin, 23.12.1923

Typoskript mit handschriftlichen Ergänzungen, deutsch. RGASPI, Moskau 495/19/504, 3. In deutscher Sprache publ. in: Bayerlein/Babičenko/Firsov: Deutscher Oktober 1923, S. 399. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 445–446.

Berlin, den 23. Dezember 1923

Werter Genosse!
Ich glaube, dass Sie meine Denkschrift vom 19. d. Mts. über die nächsten Aufgaben des Militärapparates erhalten haben.[212]

Ich halte für die wichtigste Aufgabe die Schulung des Führerkaders aus den besten deutschen Genossen. Dies kann in Deutschland nicht durchgeführt werden, sondern nur in R[ussland]. – Es wäre sehr erwünscht, über diesen Vorschlag zunächst im Prinzip zu entscheiden, ob der Kursus zusammengestellt werden soll oder nicht. Alle anderen Fragen, die für den Kursus in Betracht kommen bezüglich der Leitung, Lehrkräfte, Lehrplan etc. kommen nur in zweiter Linie in Betracht.

Was die Geldfragen betrifft, so habe ich hierüber keine Klarheit.

Die in der Denkschrift vom 6. d. Mts. vorgeschlagenen Etats werden wohl nicht bestätigt, weil die Perspektiven für die Revolution auf längere Zeit eingestellt werden.

Die Grösse des Budgets hängt von der Aufgabe ab, die an uns gestellt wird.

Beiligend übersende ich ein Minimalbudget von 24.000 Dollar monatlich.[213]

Bitte zunächst dieses Budget auf drei Monate zu bewilligen und uns das Geld schnell und zuverlässig zu senden. Der beigelegte Etat enthält im Vergleich zum Etat vom 6. Dezember eine starke Restringierung des Apparates.[214]

---

212 Eine Denkschrift vom 19.12.1923 konnte nicht nachgewiesen werden. Eruiert wurde lediglich der dazugehörige Begleitbrief vom 20.12. an Pjatnitzki mit der Erklärung, dass es sich bei den in der Denkschrift enthaltenen Vorschlägen über die Schaffung von Militärkursen der KPD in Moskau und die Errichtung einer politischen Schule in Oberschlesien um Beschlüsse des ZK handele. Der Autor des Briefes erinnerte ebenfalls an die Entsendung von „neun russischen Genossen" nach Deutschland zur agitatorischen Arbeit und zur Zersetzung der Armee (RGASPI, Moskau, 495/19/504, 4).

213 Der Satz ist handschriftlich eingefügt.

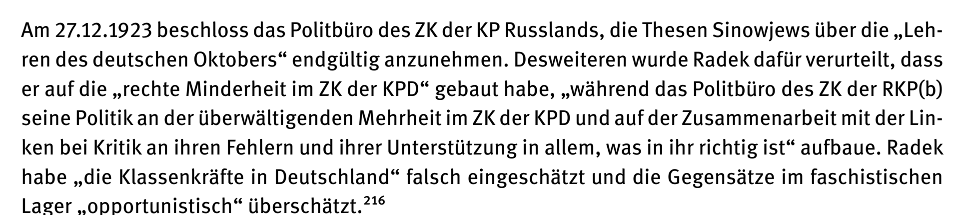
214 Die Beilage ist vermutlich nicht überliefert. Drei Tage später, am 27.12.1923 sandte der Leiter des militärpolitischen Apparats der KPD einen Brief an Brandler in Moskau, in dem er ihn bat, sich für weitere Mittelzuweisungen für die antimilitärische Arbeit einzusetzen, sowie die Schulfrage zu klären (RGASPI, Moskau, 495/19/504, 7).

Ich bitte auf meine Denkschriften, Berichte und Briefe, die ich an Sie sandte, – wenn noch so kurz – mir Ihre Meinung mitzuteilen; für die Arbeit wäre dies von enormer Wichtigkeit.

Mit kommunistischem Gruss
[Sign.] W. R. [Vol'demar Roze, Ps. Petr Skoblevskij] m.p.



In einem Brief der KP Polens an das Präsidium des EKKI und das Politbüro des ZK der KP Russlands wurde am 23.12.1923 die Handhabung der deutschen Ereignisse und der russischen Parteikrise durch die Komintern scharf kommentiert. Das Plenum des ZK der KP Polens kritisierte in scharfer Form die offizielle Behandlung der Oktoberniederlage in Deutschland und der Krise in der russischen Partei. In dem Schreiben wurden Trotzki, Brandler und Thalheimer verteidigt und eine Diskussion der russischen Parteikrise in der Komintern gefordert. Über die Verantwortung für die Oktoberniederlage hieß es: „Wir lassen die Möglichkeit, dass Gen. Trotzki nicht zu den Führern der RKP(b) und der KI gehört, nicht zu […].“ Für die nächste EKKI-Sitzung wurde verlangt, die „Frage nach der Krise in der RKP(b)“ zu diskutieren.[215]



Am 27.12.1923 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands, die Thesen Sinowjews über die „Lehren des deutschen Oktobers“ endgültig anzunehmen. Desweiteren wurde Radek dafür verurteilt, dass er auf die „rechte Minderheit im ZK der KPD“ gebaut habe, „während das Politbüro des ZK der RKP(b) seine Politik an der überwältigenden Mehrheit im ZK der KPD und auf der Zusammenarbeit mit der Linken bei Kritik an ihren Fehlern und ihrer Unterstützung in allem, was in ihr richtig ist“ aufbaue. Radek habe „die Klassenkräfte in Deutschland“ falsch eingeschätzt und die Gegensätze im faschistischen Lager „opportunistisch“ überschätzt.[216]

---

215 RGASPI, Moskau, 82/2/224.64–76. In russischer Sprache (als Anhang zum Politbüro-Beschluss, der ein Antwortschreiben an die KP Polens bewilligte) publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 239–244. In polnischer Sprache publ. in: Nowy Przeglad (Reedycja) 1924–1925, Warszawa, 1959, S. 241f. In deutscher Sprache auszugsweise publ. in: Trotzki: Schriften, III, S. 661–663.
216 RGASPI, Moskau, 17/3/405, 2. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 229–230.

Dok. 102

Stellungnahme Aleksandr Lozovskijs an das Politbüro des ZK der KP Russlands zum Verhältnis von sowjetischer Regierung und Komintern

Moskau, 28.12.1923

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 534/8/23, 1–2. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 446–448.

An das Politbüro des ZK.

Über die „Unabhängigkeit" der Sowjetmacht von der Komintern.

Die letzte „Enthüllung" von Hughes[217] beweist, dass wir uns ernsthaft der Frage nach den *formalen* Wechselbeziehungen zwischen der Sowjetregierung und der Komintern zuwenden müssen. Es geht nun um den Abschluss neuer Verträge mit neuen Staaten, und diese Frage wird vor, während und nach den Verhandlungen immer wieder auftauchen. Man müsste in einer Art formalem Akt, auf den man sich im weiteren immer wieder berufen könnte, feierlich die „vollständige Unabhängigkeit" der Sowjetmacht von der Komintern und umgekehrt deklarieren. Die Motive dafür lege ich nicht dar, denn sie sind völlig klar, dies würde meinen Vorschlag nur in die Länge ziehen. Die ganze Frage geht darum, wie man es bewerkstelligen soll, dass sowohl die „Unabhängigkeit" erreicht würde, als auch zugleich die Komintern und die Sowjetmacht *keinerlei* politischen Schaden davontragen würden. Man könnte dies folgendermaßen bewerkstelligen:

1) In der Fraktion des Allrussischen Sowjetkongresses die Notwendigkeit einer solchen „Unabhängigkeit" erklären.

2) Auf dem Sowjetkongress eine besondere Resolution im Zusammenhang mit der Hughes-Kampagne verabschieden.

3) In dieser Resolution, um Hughes und allen anderen politischen Gaunern das ihnen Gebührende zu verabreichen, ungefähr folgendes sagen: „Der Allrussische Sowjetkongress der Arbeiter-, Bauern- und Rotarmistendeputierten erklärt feierlich, dass die Kommunistische Internationale, wie auch die Rote Gewerkschaftsinternatio-

217 Charles Evan Hughes, Staatssekretär der USA, sprach sich am 18.12.1923 im Senat gegen die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion aus. Ein Hauptmotiv dafür sei „die fortgesetzte Propaganda für die Niederwerfung unserer Ordnung". Am 19.12. veröffentlichte das *State Department* eine Pressemitteilung, in der der Inhalt einer angeblichen „Instruktion" der Komintern an die KP der USA zur Bildung von Kampfgruppen und zur militärischen Schulung wiedergegeben wurde. In derselben Pressemitteilung hieß es, die Komintern und die Sowjetregierung seien identisch. Außenkommissar Čičerin erklärte dazu, die von Hughes publizierten Dokumente seien Fälschungen. Er schlug vor, die Dokumente einem Schiedsgericht vorzulegen, doch die Regierung der USA lehnte dies ab (Dokumenty vnešnej politiki SSSR, IV, Moskva, 1962, S. 547–548, 552, 628–629).

nale, die sich auf dem Territorium der Sowjetrepubliken befinden, freiwillige internationale Zusammenschlüsse darstellen, die von der Sowjetmacht und ihren Organen nicht kontrolliert werden können. Auf der anderen Seite können diese freiwilligen Vereinigungen der revolutionären Arbeiter ihrerseits nicht die Tätigkeit der Sowjetmacht kontrollieren, die ausschließlich dem Allrussischen Sowjetkongress Rechenschaft schuldig ist."

Selbstverständlich handelt es sich um einen Beispieltext. Ich denke, dass eine solche Erklärung im Namen des Allrussischen Sowjetkongresses notwendig ist, und andererseits diese Erklärung für alle unsere Diplomaten als Schutz dienen soll. Um unterschiedlichen Interpretationen vorzubeugen, muss sie möglichst kurz und klar sein. Mein Vorschlag ist so kurz wie möglich, und inwieweit er dem anderen Kriterium entspricht, wäre zu besprechen, falls das Politbüro die Proklamierung einer solchen „Unabhängigkeit" für zweckmäßig erachten sollte.

Mit Genossengruß
A. Lozovskij
Moskau, 28. Dezember 1923.



Am 29.12.1923 fasst das russische Politbüro einen Beschluss „über die Unterstützung deutscher Wissenschaftler". Die von Gen. Tomskij vorgeschlagene Zuteilung von Lebensmitteln – in Russland war zwischenzeitlich ein „Hilfskomitee für die Leidenden Deutschlands" gegründet worden – sollte verdoppelt und in Geldform durchgeführt werden.[218]

Am 31.12.1923 verurteilte das Politbüro des ZK der KP Russlands eine Erklärung Trotzkis zur Bilanz der deutschen Ereignisse. Er hatte sich grundsätzlich gegen die Politbüro- und Kominternresolution über die deutschen Ereignisse ausgesprochen. Das Politbüro verurteilte seine Aussage, man habe die „die deutsche Partei zur Annahme der Resolution des Politbüros" gezwungen, die „ohne die Beteiligung deutscher Genossen beschlossen wurde". Trotzki, Radek und Pjatakov hätten den deutschen Genossen einen Gegenentwurf zur Politbüro-Resolution gesandt. Ihr Verhalten sei jedoch als eine „offene Verletzung der Parteidisziplin" verurteilt worden.[219]

---

218 RGASPI, Moskau, 17/3/406, 5.
219 RGASPI, Moskau, 17/3/407, 2. Publ. in: Bayerlein/Babičenko/Firsov: Deutscher Oktober 1923, S. 413–415.

Teil 2: 1924–1929
Proklamierung des „Sozialismus in einem Lande“, Machtkämpfe in der KPD und Stalinisierung

1924



Das Politbüro des ZK der KP Russlands beschloss am 2.1.1924 nach einer Diskussion mit der KPD-Mehrheitsdelegation „über die Lehren der deutschen Ereignisse“, die Diskussion sowohl mit der Mehrheitsdelegation wie auch mit der Delegation der Linken fortzusetzen, um einen Konsens im EKKI zu erreichen. Zugleich wurden Trotzki, Radek und Pjatakov wegen „Verletzung der Parteidisziplin“ gerügt. Die *Pravda* hatte am 28.12.1923 einen Text Trotzkis veröffentlicht, in dem die Komintern-Führung in die Verantwortung für die Niederlage der „deutschen Revolution“ einbezogen wurde.[1]

Als Zugeständnis an die „Berliner Linke“ beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands am 10.1.1924, Arkadi Maslow von der „Beschuldigung der politischen Unzuverlässigkeit“ aufgrund seines Auftretens vor Gericht freizusprechen und seine Rückkehr nach Deutschland zu veranlassen. Gleichzeitig wurde Sinowjew beauftragt, die Verhandlungen mit den deutschen Delegationen fortzusetzen und sie spätestens am 12.1. abzuschließen.[2]

Am 10.1.1924 bestätigte das Politbüro des ZK der KP Russlands einen ersten, auf den 4.2.1924 vordatierten Entwurf eines Antwortbriefes an die KP Polens (siehe 23.12.1923). Der polnischen KP wird darin vorgeworfen, die „rechte Minderheit“ des ZK der KPD zu unterstützen, während es kaum im Interesse der polnischen Arbeiter sein könnte, mit den „linken Arbeitern Hamburgs und Berlins“ zugunsten der „groben Fehler der rechten Minderheit im ZK“ zu brechen. In diesem Sinne wird auch hier Karl Radeks Haltung desavouiert. Zur Parteinahme der KP Polens für Trotzki schrieb das Politbüro in dem von Stalin, Rykov und Sinowjew redigierten Antwortentwurf, die polnischen Genossen würden zwar mit ihrer Forderung nach der weiteren Teilhabe Trotzkis an Komintern- und Parteiarbeit „offene Türen einrennen“, doch objektiv würden sie damit die „kleine opportunistische Fraktion in der RKP, deren Politik von einer überwältigenden Mehrheit unserer Partei abgelehnt wurde“, unterstützen. Damit wurde die KP Polens, so der russische Historiker Fridrich Firsov, als „trotzkistisch, fraktionell“ abgeurteilt – ein Vorwurf, den Stalin auf dem V. Weltkongress der Komintern als Leiter der polnischen Kommission erhärtete.[3]

1 RGASPI, Moskau, 17/3/407, 1. In deutscher Sprache publ. in: Ibid., S. 422–424.
2 RGASPI, Moskau, 17/3/409, 1. In deutscher Sprache publ. in: Ibid., S. 427–428.
3 RGASPI, Moskau, 17/3/409, 2, 3, 4–15. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 233–244; Siehe auch: Fridrich I. Firsov: Stalin und die Komintern. In: Die Komintern und Stalin. Sowjetische Historiker zur Geschichte der Kommunistischen Internationale, Berlin(Ost), Dietz, 1990, S. 65–132, hier: S. 69–70.

Dok. 103
Memorandum Radeks nach der Absage der deutschen Revolution

Moskau, 18.1.1924

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 495/1/103, 1–2. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Dam'e/Komolova/Korčagina: Komintern protiv fašizma, S. 129–131.

18. Januar 1924
Moskau

Der Beschluss des Politbüros des ZK der RKP vom 27. Dezember 1922[4] und der Beschluss des Plenums des ZK der RKP vom 15. Januar 1924[5] zwingen mich dazu, folgendes zu erklären:

1. Diese Erklärungen belegen, dass die Genossen unrecht hatten, die annahmen, dass meine Meinungsverschiedenheiten mit der Mehrheit im ZK über die deutschen Angelegenheiten in der Frage nach der Richtigkeit oder Unrichtigkeit des Rückzugs der Deutschen Kommunistischen Partei am 21. Oktober begründet sind. Das ZK der RKP, wie auch das Exekutivkomitee der Komintern, haben unzweideutig anerkannt, dass die Deutsche Kompartei Recht hatte, als sie angesichts der überlegenen bewaffneten Kräfte des Feindes und der Spaltung der Hauptkader der Arbeiterklasse dem bewaffneten Kampf ausgewichen ist.

2. Die Behauptung des Politbüros, meine Ansicht über die Bedeutung der Meinungsverschiedenheiten im Lager des deutschen Faschismus für die Entfaltung des Kampfes der Arbeiterklasse um die Übernahme der Macht sei opportunistisch, stellt eine Unfähigkeit dar, den Leninismus auf die deutsche Lage anzuwenden. In Lenins „Kinderkrankheit“ heißt es:

„Einen mächtigeren Gegner kann man nur unter größter Anspannung der Kräfte und nur dann besiegen, wenn man *unbedingt* aufs angelegentlichste, sorgsamste, vorsichtigste, geschickteste sowohl jeden, selbst den kleinsten „Riß“ zwischen den Feinden, jeden Interessengegensatz zwischen der Bourgeoisie der verschiedenen Länder, zwischen den verschiedenen Gruppen oder Schichten der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder als auch jede, selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzt, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein. Wer das nicht begriffen hat, der hat auch nicht einen Deut vom Marxismus und vom wissenschaftlichen, modernen, Sozialismus *überhaupt* begriffen. Wer nicht während einer recht beträchtlichen Zeitspanne und in recht verschiedenartigen politischen Situa-

4 So im Original. Richtig: 1923.
5 Auf den entsprechenden Sitzungen wurde Radek dafür kritisiert, dass er die Entscheidung der KPD-Führung unter Brandler-Thalheimer, den geplanten Aufstand am 21.10. abzusagen, unterstützt hatte. Die Attacken gegen Radek fielen zusammen mit der allgemeinen Attacke der RKP(b) gegen die Opposition.

tionen *praktisch* bewiesen hat, daß er es versteht, diese Wahrheit in der Tat anzuwenden, der hat noch nicht gelernt, der revolutionären Klasse in ihrem Kampf um die Befreiung der gesamten werktätigen Menschheit von den Ausbeutern zu helfen. Und das Gesagte gilt in gleicher Weise für die Periode *vor* und *nach* der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat."[6]

Der einzige massenhafte Verbündete, den das Proletariat in Deutschland gewinnen kann, ist die Dorfarmut und die städtische Kleinbourgeoisie. Was letztere angeht, musste Gen. Sinowjew anerkennen, dass sie in der deutschen Revolution in gewissem Sinne die Rolle spielen wird, die die Bauernschaft in Russland spielte. Man kann die Kleinbourgeoisie nicht anders gewinnen, als durch die energische, standhafte Ausnutzung der Gegensätze zwischen der grundbesitzerisch-kapitalistischen Führung des Faschismus und der kleinbürgerlichen Masse, die vom Faschismus Rettung erhofft, und in der Tat von ihm proletarisiert wird.

3. Die Behauptung des Politbüros, meine Organisationspolitik habe objektiv zur Spaltung der deutschen Partei geführt, und dass ich mich auf den rechten Flügel gestützt und den linken Flügel[7] angegriffen hätte, widerspricht den Hauptfakten: auf dem Leipziger Parteitag der Deutschen Kompartei im Januar 1923 zogen nur dank meiner Einmischung Vertreter der Linken in das ZK ein. Im Sommer [19]23 habe ich für die Stärkung der Linken im ZK der deutschen Kompartei gestimmt, und im September [19]23 stimmte ich im Exekutivkomitee gegen die Absetzung der linken Führer der Berliner Organisation. Nur Dank meiner nachdrücklichen Forderungen wurden zwei Vertreter der Linken in das führende Zentrum des deutschen ZK aufgenommen. Das, wogegen ich auftrat und weiter auftreten werde, ist die ideelle Kapitulation vor den Führern der scheinrevolutionären „Linken", die Liquidation der Taktik der Einheitsfront, wie sie gegen den Widerstand des Gen. Sinowjew und unter der Führung von Vladimir Il'ič [Lenin] im Jahre [19]21 begonnen wurde. Der Teil der Deutschen Kompartei, den die Politbüro-Resolution als den rechten Flügel der K.P.D. bezeichnet, ist in der Tat die Hauptgruppe der Partei, die sich in den Kämpfen gegen Kautsky 1911 gebildet hatte, die die ganze Last des illegalen Kampfes des Spartakusbundes gegen den Krieg auf ihren Schultern trug, die 1918 die Kompartei gründete, die den Bürgerkrieg 1919–20 anführte. Mit dieser Gruppe, die von den engsten Mitstreitern Rosa Luxemburgs und Liebknechts, wie den Genossen Brandler, Pieck und Thalheimer, Walcher und Clara Zetkin geleitet wird, war und bin ich im allgemeinen solidarisch.

4. Die Warnung des ZK der RKP vor einer Anfachung des fraktionellen Kampfes durch mich in den Reihen der Internationale ist unbegründet und unnötig. Angesichts der Lage jedoch, die durch den Beschluss des ZK zur deutschen Frage geschaffen wurde, begnüge ich mich – um den fraktionellen Kampf nicht in die Reihen des deutschen Proletariats hineinzutragen, das im Moment tollwütige Attacken der Bour-

6 V. I. Lenin: Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus. Zit. nach: Lenin: Werke. XXXI: April-Dezember 1920, S. 56–57.

7 Gemeint ist die Gruppe um Ruth Fischer und Arkadi Maslow.

geoisie abwehren muss, – mit dieser Erklärung und weigere mich, meine Meinung über die Gründe der Niederlage in Bulgarien[8] und Deutschland, wie auch über weitere heranreifende Fragen der Komintern vor der Konferenz darzulegen, die sich – da habe ich keine Zweifel – klar umrissen vor der russischen wie auch den anderen Sektionen der Komintern stellen werden.



Das Politbüro des ZK der KP Russlands beschloss am 4.2.1924, auf Basis einer Information von Sinowjew, den Profintern-Sekretär Lozovskij, der grundsätzlich ein Gegner der Einheitsfrontpolitik war, als Kandidat des EKKI zu nominieren, und „bat" das EKKI, diese Entscheidung, die „eine gewisse Verletzung der EKKI-Statuten beinhaltet", zu sanktionieren. Infolge dessen nahm Lozovskij bereits im Frühjahr 1924 als Kandidat an den EKKI-Sitzungen teil, obwohl er nach den Statuten erst auf dem V. Weltkongress (Juni–Juli 1924) in dieser Funktion bestätigt werden konnte. Gleichzeitig beschloss das Politbüro, Aleksandr Martynov (urspr. Saul Piker), Šackin und Manuilski in das EKKI abzukommandieren.[9]

Dok. 104

Begleitbrief Karl Friedbergs (Ps.), d.i. Karl Gröhl, später Retzlaw, zum Militärprogramm der KPD

O.O., 4.2.1924

Typoskript, deutsch. SAPMO-Barch, Berlin, 12/705/1, 48. Erstveröffentlichung.

Den 4. Februar 1924

Werter Genossel
Anbei ein Entwurf für ein Militärprogram der K.P.D.[10] Obwohl die M[ilitärische] Arbeit heute von der Partei anerkannt wird, muss sie doch meiner Meinung nach programmatisch festgelegt werden. Die Zentrale der K.P.D. betrachtet heute noch die M.Arbeit als eine „Saison"arbeit, eine Arbeit die man gelegentlich macht. Daraus ergaben sich auch die Fehler, die bisher in dieser Arbeit gemacht worden sind und noch gemacht werden. Die bisherigen Erfahrungen in den deutschen Kämpfen sind fast gar nicht ausgenutzt worden. Nach den Aeusserungen verschiedener Zentralemitglieder zu schliessen, ist diese Arbeit, deren Notwendigkeit auf der Hand liegt, heute noch nicht in der ganzen Bedeutung begriffen worden, die ihr zukommt.

8 Hinweis auf den von der KP am 19.9.1923 angeleitete Aufstand in Bulgarien (bis 28.9.1923), der mit einer blutigen Niederlage endete (siehe hierzu auch Dok. 84).
9 RGASPI, Moskau, 17/3/414, 6. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 246.
10 *De facto* erfolgte eine grundsätzliche Umorientierung der M-Arbeit, auch personell. So wurden Retzlaw und Brandler nach Moskau beordert und dort eine deutsche MP-Schule eröffnet. Siehe hierzu auch in der Einleitung von Hermann Weber, in Bd. 1, S. 69ff.

Die russischen Genossen, die als „Fach"leute von der Zentrale hinzugezogen sind, (angeblich, weil in der deutschen Partei für diese Arbeit keine Kräfte vorhanden sind), haben bewiesen, dass sie der Arbeit in Deutschland nicht gewachsen sind. Zum Teil stehen sie den Verhältnissen in Deutschland völlig verständnislos gegenüber. Das Kapitel über das Verhältnis zum Ausland habe ich hineingebracht, weil der Genosse Brandler in einer Sitzung der Zentrale, ohne Widerspruch zu finden, erklärte: „Es ist selbstverständlich, dass im Falle einer proletarischen Revolution die Nachbarstaaten, besonders Polen und die Tschechoslowakei in Deutschland einmarschieren werden."[11]

Ich bitte, diesen Entwurf zur Diskussion zu stellen.

Mit kommunistischem Gruß
[Karl Friedberg]

Anlage!

Dok. 105

Bericht des sowjetischen Militärexperten beim ZK der KPD, Aleksej Štrodach, an die Komintern über künftige revolutionäre Perspektiven für Deutschland

[Moskau], 11.2.1924

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/25/1365, 83–84. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 448–450.

Nach einem viermonatigen Aufenthalt in Deutschland will ich in kurzer Form meine Eindrücke mitteilen.[12]

Die Stimmung der Massen ist keine kämpferische und nicht so, wie sie für eine Machtergreifung notwendig ist. Und dies ist keine zufällige oder vorübergehende

11 In den militär-strategischen Überlegungen während der Vorbereitungen des deutschen Oktober war diese Perspektive durchaus eine realistischerweise ins Auge zu fassende Option. Diese und ähnliche Fragen wurden auch auf der geheimen Moskauer Konferenz der russischen Mitglieder der Exekutive der Komintern mit der Delegation der KPD, der KP Frankreichs und der KP der Tschechoslowakei Ende September 1923 besprochen, ausschnittsweise publiziert in: Bayerlein/Babičenko/Firsov: Deutscher Oktober 1923, S. 163–778.

12 Im Dokument fehlt eine Empfängerangabe. Bei Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, wird davon ausgegangen, dass der Bericht an das EKKI gerichtet war. Aleksej P. Štrodach (1894–1956), Bolschewik seit 1912, vor dem 1. Weltkrieg Matrose. Seit 1918 in der Roten Armee, schloss 1922 die Akademie des Generalstabs ab, 1924–1934 „Partei- und Wirtschaftsarbeit in Moskau und anderen Städten", 1934–1936 Lehrer an der Internationalen Leninschule (ibid., S. 450), nach dem 2. Weltkrieg stellvertretender Leiter des Staatlichen Komitees für die Wirtschaftsplanung der Lettischen Sozialistischen Sowjetrepublik, seit 1949 Rentner.

Erscheinung. Die Bevölkerung des modernen Deutschland ist politisch höchst passiv. Einen starken Glauben an die Revolution (so wie es ihn bei uns gab) gibt es dort nicht. Dort glaubt niemand an das sozialistische oder kommunistische Paradies am Tag nach dem Umsturz. Die sozialistischen Phrasen sind dort durch den häufigen Gebrauch längst abgenutzt und abgestumpft worden und erzielen keine heftige Wirkung – nicht wie früher bei uns. Dass es am nächsten Tag nach dem Umsturz kein Paradies geben wird, dieses Bewusstsein sitzt ziemlich tief – die Erfahrung der russischen Revolution scheint zu beweisen, dass man mehrere Jahre notleidend und in erbittertem Kampf verbringen muss, bevor man sich auf einem mehr oder weniger erträglichen Weg befindet. Und jeder fragt sich: Lohnt es sich, um einer fragwürdigen Zukunft willen, in einen risikoreichen Kampf einzutreten? Lohnt es sich, nach einem Zustand des Friedens in den Krieg einzutreten? Einen starken und widerspruchlosen Glauben gibt es nicht einmal in den breiten Parteimassen, von den Arbeitermassen gar nicht erst zu sprechen.

Es gibt keine solide Literaturbasis, die diesen Glauben heben könnte. Überhaupt gibt es viele Bücher, doch es handelt sich um altes Gerümpel oder Übersetzungen unserer Literatur aus der Zeit vor der NÖP,[13] die zu einer guten Hälfte durch den Lauf unserer Revolution widerlegt ist. Weder die Partei- noch die Arbeitermassen, und ebenfalls nicht die oberen Leiter, besitzen ein klares Schema zur Schaffung ihres zukünftigen Staates. Es gibt keine festen Formeln, und somit keine Sicherheit. Bei uns wurden diese Fragen ausgearbeitet, wenn auch vielfach falsch. Im Notfall können auch falsche Schemata Sicherheit geben. Es gibt dort keine grundsätzliche Literaturbasis, und das ist der größte Mangel. Deutsche Köpfe verlangen eine allergründlichste Durcharbeitung – dies muss als erstrangige Aufgabe angesehen werden. In die Partei- und Arbeiterhirne muss man einen felsenfesten Glauben an die eigene Sache und ein klares Bewusstsein der Wege dorthin einpflanzen – was es im Moment nicht gibt. Fehlt dies, ist ein Sieg unmöglich.

Angesichts der aktuellen Lage braucht man eine Revolution in Deutschland nicht zu erwarten. Die Stimmung der Massen war selbst im Oktober-November keine entsprechende, obwohl die damalige Situation für das Entstehen einer kämpferischen Stimmung günstig war. (Natürlich wird es auch in Zukunft einzelne Explosionen des Unmuts geben, denn die Arbeitslosigkeit ist kolossal, doch von hier zu einem Umsturz ist es noch weit. Die Arbeitslosen sollte man gesondert organisieren, denn als Kampfelement sind sie am besten für alle denkbaren Offensiven geeignet.)

Die deutsche Revolution kann ohne die Hilfe der Roten Armee nicht stattfinden. Die weißen Organisationen sind zu stark, und die Stimmung der Massen ist nicht kämpferisch genug. Die weißen Organisationen führen ohne großen Lärm eine tatkräftige Verstärkung ihrer Reihen durch – bei uns gibt es eher mehr Lärm als Sinn und Verstand. Das Kräfteverhältnis ist nicht so gut, als dass man ohne uns siegen könnte. Wir brauchen eine unmittelbare Grenze mit Deutschland, um im kritischen Moment

13 Zum Stand der militärpolitischen Literatur siehe auch den Bericht der „Bibliothek“, Dok. 93.

die Aufmerksamkeit der Weißen abzulenken und an uns zu binden. Dafür muss Polen sowjetisch sein. Die kommenden ersten Schritte zur Weltrevolution müssen mit Polen beginnen, und sich dann erst mit Deutschland fortsetzen. Alle Kräfte müssen zunächst auf Polen konzentriert werden. Polen muss rechtzeitig sowjetisch werden. In Deutschland gibt es viel Material für eine Revolution. Es hat in der Vergangenheit viele Anlässe für eine Revolution gegeben, und auch in der Zukunft wird es davon nicht wenige geben, die Erfahrung der letzten Jahre hat jedoch gezeigt, dass eine erfolgreiche Revolution dort ohne unsere unmittelbare Hilfe (und eine unmittelbare Grenze) nicht gelingen kann.[14]

Zum jetzigen Zeitpunkt sind unsere Militärorganisationen in Deutschland entwickelt und reich an Erfahrung. Überhaupt wäre es wünschenswert, die Erfahrung der militärischen Arbeit in verschiedenen Ländern zusammenzufassen. Vorerst sind dazu schriftliche Materialien ausreichend, und später sollte es eine kleine Beratung der in den unterschiedlichen Ländern Tätigen stattfinden. (Oder man könnte vielleicht sogar eine kleine Militärische Abteilung bei der Komintern gründen.)

Štrodach
11/II 24
Arbat 35, W[ohnung] 80.



Nachdem eine entsprechende Anfrage Münzenbergs bereits am 5.1. behandelt worden war,[15] beriet das Politbüro des ZK der KP Russlands am 14.2.1924 über die Bitte Münzenbergs zur Übergabe von 3000 Tonnen Getreide an die Internationale Arbeiterhilfe (IAH) zur Verteilung in Deutschland. Es wurde beschlossen, die Entscheidung den in Berlin anwesenden Genossen Krestinskij, Stomonjakov und Münzenberg selbst zu überlassen.[16]

Ebenfalls am 14.2.1924 legte das Politbüro des ZK der KP Russlands das minimale Budget der Komintern für das Jahr 1924 anhand der realen Auszahlungen des Jahres 1923 fest. Diesen Betrag übersteigende Assignationen sollte eine Kommission entscheiden, der Molotov, Vajnštajn und Pjatnitzki angehören sollten. Das Budget der Komintern für das Jahr 1924 wurde von der Budgetkommission des EKKI auf 2.196.500 Goldrubel festgelegt.[17]

Am 21.2.1924 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands, das fünfjährige Jubiläum der Komintern am 5. März auf dem Territorium der Sowjetunion mit Massenversammlungen in den Betrieben zu zelebrieren. Vorangegangen war ein Beschluss des EKKI-Präsidiums, das Jubiläum nicht zum Anlass eines neuen arbeitsfreien Feiertags zu machen und die Feiern nur im eingeschränkten Rahmen durchzuführen. Entsprechendes wurde vom russischen ZK bewilligt.[18]

---

14 Auch hier verschwimmen die Vorstellungen von einer revolutionären Entwicklung in Polen einerseits und der Herstellung eines Korridors durch Polen andererseits.

15 RGASPI, Moskau, 17/3/408, 3.

16 RGASPI, Moskau, 17/3/418, 7.

17 RGASPI, Moskau, 17/3/418, 3. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 246–247.

18 RGASPI, Moskau, RGASPI 17/3/420, 5 + 10.

Dok. 105a

Brief Sinowjews an Hermann Remmele und Ernst Thälmann gegen den Parteiausschluss der „Rechten“

Leningrad, 24.2.1924

Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau, 324/1/554, 4. Erstveröffentlichung.

Leningrad, den 24 Februar 1924.
An die Genossen Remmele und Thaelmann.

Liebe Freunde,[19]
Es wird mir aus Berlin mitgeteilt, dass dort von linker Seite Bestrebungen im gange sind, die darauf abzielen, Brandler, Walcher und Thalheimer aus der Partei auszuschliessen.[20] Man glaubt dabei meiner Zustimmung sicher zu sein, oder wenigstens nicht auf meine Gegnerschaft zu stossen.

Ich halte es darum fuer meine Pflicht Ihnen, als den Vorsitzenden der Zentrale, mitzuteilen, dass, falls solche Versuche gemacht werden, meinerseits (und wie ich fast ueberzeugt bin auch seitens der ganzen Exekutive) auf das entschlossenste, auf das heftigste dagegen angekämpft werden wird. Noch mehr. Solche Versuche waeren ein *Verbrechen* gegen die Partei und die Internationale.

Wir bekaempfen und werden weiter bekaempfen die grossen Fehler der drei obengenannten Genossen. Aber Versuche sie auszuschliessen werden wir mit derselben Entscheidenheit bekaempfen wie wir es frueher betreffs der linken Genossen getan haben. Die Exekutive wird einfach einen solchen Beschluss *aufheben*.

Vorlaeufig ist durch nichts bewiesen, dass die genannten drei Genossen sich der Partei oder der Internationale nicht fuegen. *Das und nichts anderes* ist momentan entscheidend fuer jeden aufrichtigen Kommunisten, der in der Hitze des Fraktionskampfes den Kopf nicht verloren hat.

Bruederliche Gruesse
Ihr
G. Zinowiew.

---

19 Remmele als Angehöriger der Mittelgruppe und Thälmann (für die Linke) bildeten das Modell Sinowjews für die neue Parteiführung nach dem deutschen Oktober. Tatsächlich erfolgte jedoch eine Umkehrung der Kräfteverhältnisse zugunsten der KPD-Linken um Fischer und Maslow (siehe hierzu die Einleitung von Hermann Weber in Bd. 1, S. 54ff.).

20 In erster Linie wurden die Ausschlussbestrebungen von Ruth Fischer und Arkadi Maslow vorangetrieben.

Dok. 106

Bericht des früheren Leiters der operativen Abteilung der KPD Gruppe West, V. Karpov, über die militärischen Strukturen und die allgemeine Situation in der KPD

[Moskau], 2.3.1924

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 495/25/1365, 85–88. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 451–457.

An das Sekretariat der Komintern.

Bericht über Deutschland.[21]

1. Die Oktoberniederlage – die Niederwerfung der Revolution in Deutschland – musste unausweichlich eine Depression in der KPD hervorrufen, und tat dies auch. Die Bourgeoisie hat in den Tagen nach dem Oktober nicht nur die Währung verhältnismäßig schnell stabilisiert, sondern auch ihre Staatsmacht mit Hilfe der Militärdiktatur des Generals Seeckt, durch die Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet sowie Verhandlungen und Verträge der Industriellen mit den Franzosen gestärkt. Die Militärdiktatur des Großkapitals richtete ihre ganze Stoßkraft und ihren Terror gegen die kommunistische Partei. Die Reihen der Partei wurden terrorisiert durch Verhaftungen, gelegentliches Verprügeln der Inhaftierten, Hausdurchsuchungen und einen in letzter Zeit gut aufgestellten, gut bezahlten und in die Partei eindringenden Provokateurs- und Spitzelapparat. [...] Die Absage des Kampfes zum entscheidenden Zeitpunkt im Oktober diskreditierte die Partei zu einem gewissen Grad und demoralisierte sie entscheidend, nicht weniger als eine Niederlage im offenen Kampf. [...]

Andererseits muss gesagt werden, dass die Illegalität[22] der Partei einen großen Nutzen bringt, der die negativen Seiten der Illegalität überwiegt. Die KPD – eine Partei, die zu fast 100% aus Arbeitern besteht – ist trotz allem nicht geschlossen und zentralisiert genug – was jedoch für ihre Arbeitsbedingungen absolut unerlässlich wäre – undiszipliniert sowie mit bedeutenden und überaus heftigen, vollständig ausgeprägten fraktionellen Divergenzen belastet. Sie hat keine allgemein anerkannten und für die gesamte Partei eine umfassende Autorität besitzenden Führer, und hat noch keinen fest zusammengeschmiedeten, zur Leitung befähigten, von alten Zeiten

21 Über dem Text der ersten Seite handschriftlicher Vermerk in russischer Sprache: „Mil[itär-] angelegenheiten". Rechts handschriftlicher Vermerk in deutscher Sprache: „Bericht des Gen[ossen] Karpoff über West-Deutschland. 2/III-24".

22 Vom 23.11.1923 bis März 1924 war die KPD auf Reichsebene verboten, auf Länderebene auch länger, in Bayern bis Februar 1926. Nach eigenen Zahlen wurden 1924 bis Ende April 1925 mehr als 7000 Mitglieder wegen Umsturzbeteiligungen verhaftet und mit Gerichtsverfahren überzogen. In 5768 Fällen ergingen Strafen von insgesamt 969 Jahren Zuchthaus, 2255 Jahren Gefängnis und 233.260 Mark Geldstrafe (Angaben in: Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst, S. 112–113).

her gestählten Parteikern. Oft werden ihre Reihen von demokratischen Illusionen heimgesucht – einer Erbschaft der Sozialdemokratie, manchmal auch von einer Stimmung des Wortradikalismus, der sich vor offenen Aktionen sehr kämpferisch gibt und dann jedoch kapituliert. Die Neigung zu rein formalen, nur auf dem Papier bestehenden Beziehungen in der Partei schadet der Sache ebenfalls. Manchmal hört man von der kommunistischen Basis, man habe es mit „keiner Partei, sondern lediglich einem Funktionärsapparat" zu tun. Und tatsächlich ist die Verbindung der Funktionäre mit den Massen, die Arbeit mit ihnen in den Betriebszellen und Wohnbezirken[23] ungenügend. Ungenügend ist auch die Verbindung der Partei zu den Parteilosen und vor allem den Arbeitslosen.

Aus den Niederlagen werden jedoch Lehren gezogen. Die Partei geht zum Prinzip der Arbeit mit den Betriebszellen über, was in erheblichem Maße zu ihrer Verbundenheit mit den Arbeitermassen beiträgt. [...]

Die lebhafte Diskussion, die gegenwärtig in der gesamten Partei stattfindet, klärt die Position, kristallisiert die Parteimeinung, stellt den die Partei durchdringenden Opportunismus bloß und unterstreicht, als ein Leitmotiv, dass es notwendig sei, eine starke, disziplinierte, revolutionäre, „bolschewistische" (wie die deutschen Genossen gerne sagen) Partei zu schaffen. [...]

2. Die Militärorganisation der Partei, die aus Hunderten von Hundertschaften[24] und Fünfergruppen besteht, verkleinerte sich in den Regionen, in denen der Militärapparat vor Oktober gegründet wurde, wie beispielsweise im Ruhr[gebiet],[25] um 40%. Die Fünfergruppen – das sind die besten, ausgewählten, bewaffneten Genossen, die für den aktiven Kampf in der heutigen Zeit, den Schutz der Demonstrationen, die Angriffe auf die Polizei, manchmal für den individuellen Terror vorgesehen sind. Der Rest sind die Hundertschaften. [...] Die Idee der Zusammenführung von Hundertschaften in Bataillone und Regimenter ist dort, wo diese Hundertschaften territorial auf einem Flecken Land [eng] zusammen liegen, wie bspw. im Ruhr[gebiet] und in Sachsen, lebenswichtig und notwendig. [...] Schließlich legt eine solche Organisierung den Grundstein für Spezialeinheiten, [...] ohne die eine Armee, die zumindest ansatzweise den modernen Anforderungen entspricht, wie es die zukünftige Rote Armee eines Sowjetdeutschland sein soll, undenkbar ist. [...]

3. Das Arsenal des O.B. West[26] besteht aus 22 schweren Maschinengewehren, 11 leichten Maschinengewehren, 9 Maschinenpistolen, 2.400 Gewehren, 1.500 Revolvern unterschiedlicher Modelle, 200.000 Patronen, 2.500 Handgranaten und einiger Menge Sprengstoff (die Zahlen führe ich aus dem Gedächtnis an).[27] [...]

23 Hier und im Weiteren „Betriebszelle" und „Wohnbezirk" im Original deutsch.
24 Hier und im Weiteren „Hundertschaft" im Original deutsch.
25 „Ruhr" im original deutsch.
26 Hier und im Weiteren „O.B. West" im Original deutsch.
27 Alle Zahlen sind handschriftlich eingetragen.

Die Möglichkeiten des O.B. West für Waffenkäufe sind beträchtlich, hauptsächlich von den Faschisten zu Marktpreisen und darunter, und unbeschränkt aus Holland zu höheren Preisen.

4. Die Militärorganisation kämpft mit dem Problem des Mangels und des Fehlens von Militärführern in den Reihen der KPD, die über ein gut diszipliniertes, gedrilltes und durch die hervorragende Schule der alten deutschen Armee gegangenes Kontingent an Unteroffizieren verfügt, denen jedoch der notwendige militärische Rundblick und die Initiative fehlt, die für selbständige Organisations- und Operativarbeit unerlässlich ist. [...]

Der praktische Weg dorthin scheint mir der Folgende zu sein. In Moskau gibt es eine Schule der Roten Kommunarden, die vor allem durch Polen beschickt wird. Wenn man an dieser Schule eine deutsche Abteilung für 50 deutsche Genossen eröffnen würde, wäre die Frage teilweise gelöst.[28] [...]

Außerdem gibt es in Deutschland Ansätze zu kommunistischen Militärschulen für jeweils 10–20 Mann. Sie können jedoch selbstverständlich keineswegs die Militärschule ersetzen, auf die ich hingewiesen habe.

Auch ist es notwendig, dass der gesamte Militärapparat, vor allem die Kommandeure der Hundertschaften, im Besitz von Militärbüchern sind, mit Hilfe derer sie sich selbst wie auch ihre Kämpfer schrittweise weiterbilden könnten. Die sehr nützlichen Hefte *Vom Bürgerkrieg*[29] sind dafür nicht ausreichend, auch der Ankauf von Militärbüchern des alten deutschen Heeres und der Reichswehr in großer Stückzahl sowie die russische Zusammenstellung und Übersetzung einer kleinen Serie zum Bürgerkrieg sind unerlässlich. [...]

„2“ März 1924.

Hörer der Militärakademie,[30]
ehemaliger Operat[ions]-Leiter des O.B.West
V. Karpov[31]

---

28 Tatsächlich wurde einen Monat später in Moskau auf Anregung der KPD eine deutsche Militärschule beim Generalstab der Roten Armee („1. M-Schule“) eingerichtet, die vom 1.4.1924 bis zum 15.6.1924 durchgeführt wurde (SAPMO-BArch, ZPA, I 2/3/81, 206f.). Unter den 12 Teilnehmern aus Deutschland waren der spätere M-Leiter Hans Kippenberger, Erich Wollenberg, der spätere Historiker Albert Schreiner, Wilhelm Zaisser und Karl Retzlaw (Leiter: Otto Steinbrück). Aus diesem Anlass verfasste Karl Retzlaw ein Memorandum gegen die These einer punktuellen „Oktoberniederlage“ und generell die extensive Berücksichtigung punktueller militärischer Ereignisse, in dem er die Analyse der längerfristigen gesellschaftlichen Momente im Sinne einer militärischen und politischen Analyse forderte. Auf sowjetisches Betreiben wurde er daraufhin von der Schule ferngehalten (Retzlaw: Spartakus, S. 288ff.; Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst, S. 101).

29 Über die von der MP-Abteilung der KPD herausgegebenen Hefte *Vom Bürgerkrieg* siehe Dok. 85 und 93.

30 Militärakademie der Roten Arbeiter- und Bauernarmee, gegründet 1918 als Akademie des Generalstabs der Roten Armee. Ab 1925 M.W. Frunse-Akademie.

31 Biographische Angaben über den Verfasser ließen sich nicht eruieren.



Das Politbüro des ZK der KP Russlands beschloss am 13.3.1924, Stalin, Kamenev und Sinowjew mit den Verhandlungen mit den KPD-Delegierten zu beauftragen. Über die Ergebnisse sei das Politbüro zu unterrichten, zu deren Sitzungen bei bedarf auch die deutschen Delegierten zu kommandieren seien.[32]

Am 17.3.1924 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands, das EKKI zu beauftragen, den Termin des V. Weltkongresses der Komintern auf Anfang Juni anzusetzen.[33]

Das Politbüro des ZK der KP Russlands beschloss am 20.3.1924 über die personelle Vertretung der Komintern auf dem KPD-Parteitag in Frankfurt am Main (7.–10.4.1924). Für diesen Zweck wurden Bucharin, Lozovskij, Tomskij und Sokol'nikov ausgewählt, wobei die beiden letzteren sich auf Konsultationen mit den „deutschen Genossen" in Berlin beschränken sollten, ohne sich zum Tagungsort zu begeben.[34]

Dok. 107

Brief Sinowjews an Arkadi Maslow und Ruth Fischer zur Haltung der Komintern gegenüber einer künftigen linken KPD-Führung

Moskau, 31.3.1924

Typoskript mit handschriftlichen Korrekturen, deutsch, RGASPI, Moskau, 324/1/551, 201–203. In deutscher Sprache erstmals publiziert in: Hermann Weber: Zu den Beziehungen zwischen der KPD und der Komintern. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* XVI (1968), H. 2, S. 177–208, hier: S. 190–191 (nach der Vorlage: Bundesarchiv Koblenz R 43 I/2671. Reichskanzlei. Akten betr. Kommunistische Partei, Spartakus, Bolschewismus. Bd. 7, L. 483182–84).

Den Genossen A. Maslow
und Ruth Fischer

Teure Genossen!
Ihr werdet mit unseren Delegierten alle Dinge genügend gründlich besprechen können. Ausserdem bat ich Gen. Thälmann, Euch mit unserem (meinem und des Gen. Bucharin) an ihn gerichteten Brief bekanntzumachen.[35]

Diesmal nur noch ein paar Worte, um Missverständnissen vorzubeugen.

32 RGASPI, Moskau, 17/3/425, 5. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 248–250.
33 RGASPI, Moskau, 17/3/426, 4.
34 RGASPI, Moskau, 17/162/1, 40. In russischer Sprache publ. in: Ibid., S. 252.
35 Gleichzeitig mit dem Brief an Maslow und Fischer sandte Sinowjew einen auch von Bucharin unterschriebenen Brief an Thälmann und Schlecht. Entgegen der von Ruth Fischer geäußerten Auffassung unterstrich Hermann Weber, dass mit den Briefen in erster Linie die Unterstützung Sinowjews und Stalins gegen Trotzki intendiert worden sei, nicht die gegenseitige Absicherung im Kampf Sinowjews und Stalins gegeneinander (siehe: Weber: Zu den Beziehungen, S. 189f.; id.: Einleitung in Bd. 1).

Aus einem Gespräch mit dem Gen. Max Levien, der mit Euch einen freundschaftlichen Briefwechsel unterhält, ist mir manches klar geworden, was ich bisher nicht verstand.

Es scheint, dass bei Euch eine Stimmung entstanden ist, als hätten wir hier den Klagen der „Mittelgruppe" nachgegeben, als schwankten wir, ob wir mit Euch gemeinsam die Verantwortung für die neue Führung der KPD teilen sollen, als brächten wir Euch nicht das nötige Vertrauen entgegen oder als hüllten wir uns in die Toga unfehlbarer Schulmeister, die ihre Neulinge einem strengen Examen unterwürfen. All das ist Unsinn. In Wirklichkeit gibt es nichts dergleichen. Wir sind vollauf bereit, gemeinsam mit Euch die volle Verantwortung für den Gang der Dinge in der KPD beim Vorhandensein einer linken Mehrheit zu tragen, sind bereit, der kommenden linken Zentrale volle Unterstützung angedeihen zu lassen.[36] [...] Wir sind keineswegs begeistert von der „Mittelgruppe" und beabsichtigen auch durchaus nicht, den Fraktionskampf innerhalb der KPD zu verewigen. Begreift doch, dass wenn sich unserer eine gewisse Unruhe bemächtigte, das die Folge dessen war, dass hierfür eine Reihe ernster Tatsachen vorlagen.

Ich will es Euch ganz offen sagen, dass ich mich „schämte", dem Polit-Büro der KPR zu erzählen, in einer so grundlegenden Frage, wie der Gewerkschaftsfrage seien bei Euch kaum 5 bis 6 Wochen nachdem wir in dieser Frage in Moskau eine Resolution angenommen hatten, neue Beschlüsse gefasst worden. Das ist doch schon keine Kleinigkeit mehr, sondern eine Kardinalfrage der Bewegung. Die Gewerkschaftsfrage ist eine entscheidende Frage.[37] Sollte jemand bei Euch glauben, man könne sich in aller Eile einen „neuen Typus" der proletarischen Massenorganisationen ausdenken, so beginge er damit den grössten Fehler. Die Gewerkschaften sind keine Erfindung, weder die Grassmanns, noch Dissmanns.[38] Die Gewerkschaften sind die historisch gegebene Form der proletarischen Massenorganisation für die Dauer einer ganzen Epoche. *Man muss unterscheiden zwischen der Rolle der Gewerkschaften vor der Revolution, während der Revolution und nach der Revolution.* In diesem Punkte darf man sich nicht von KAPD-Stimmungen beeinflussen lassen, da das den *Untergang der Partei* bedeuten würde. [...]

---

36 In seinem Brief an Arkadi Maslow und Ruth Fischer verfolgt Sinowjew die Strategie von „Zukkerbrot und Peitsche"; wie es sein Brief an Martynov (Ps.), d.i. Piker, vom 24.5.1924, nach der Wahl der linken Fischer-Maslow Führung, deutlich macht, war er sich dessen gar nicht mehr sicher und avisierte eine Auswechslung der Führung auf dem V. Weltkongress.

37 Auf der Moskauer Beratung des EKKI-Präsidiums mit KPD-Vertretern im Januar 1924 wurde beschlossen, die Arbeit in den Gewerkschaften zu verstärken. Dagegen verlangten Teile der Linken, beispielsweise auf dem Bezirksparteitag Westsachsen im März 1924, die Fokussierung auf ausgeschlossene und revolutionäre Gewerkschafter sowie die Umsetzung eines Konzepts der „Industrieverbände" und „Einheitsorganisationen" statt der traditionellen Funktionszuweisungen an Parteien und Gewerkschaften (nach Weber: Zu den Beziehungen, S. 190, Anm.33)

38 Gemeint sind Peter Graßmann (1873–1939), Funktionär der Buchdruckergewerkschaft, von 1919 bis 1933 stellvertretender Vorsitzender des ADGB; Robert Dissmann (1878–1926), linker sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer, später Mitbegründer der USPD und DMV-Funktionär .

Tröstet Euch nicht damit, die Ultra-„Linke“ repräsentiere zur Zeit keine ernst zu nehmende Kraft, all das seien einfach Uebertreibungen nicht besonders ernster Leute. Nein, so liegen die Dinge nicht. In der gegenwärtigen deutschen Situation sind objektiv jene Gefahren enthalten, die Lenin als „linkes Liquidatorentum“ bezeichnete. Entschliesst Ihr Euch nicht, offen diesem linken Liquidatorentum entgegenzutreten, so werdet Ihr selbst zu dessen Gefangenen werden.

Das gerade war es, was uns Alarm schlagen liess.

Ihr habt uns sehr ausführlich über die kleinen Machinationen berichtet, die Euch zufolge der eine oder andere Vertreter der Mittelgruppe begangen haben soll. All das ist aber reinster Mumpitz verglichen mit der grundlegendsten prinzipiellen Frage, ob Ihr dem „linken Liquidatorentum“ irgend welche ideelle Konzessionen machen werdet. Wenn ja, so werden wir, ungeachtet all unseres Widerwillens gegen eine Erschwerung Eurer Arbeit, dennoch genötigt sein, gegen Euch offen zu polemisieren und zu kämpfen. Wenn nicht, wenn Eure prinzipielle Haltung sich sowohl gegen *rechtes* wie *„linkes“* (wie es bei Lenin in analoger Lage der Fall war) Liquidatorentum richten wird, so gibt es unter uns keinerlei ernste Differenzen.

Wir alle harren hier mit Ungeduld der Entscheidungen Eures Parteitages. Eure Gegner, wie Radek und Co., spekulieren zweifellos darauf, dass Ihr irgendwelche ernste Fehler begeht, um sich dann vor allem vor der öffentlichen Meinung der russischen Kommunisten zu revanchieren.[39] Wir hingegen sind fest überzeugt, dass es unserer Delegation gelingen wird, in allen wichtigsten Fragen mit Euch zu einem Einvernehmen zu gelangen und wir in Deutschland, wie in der gesamten K.I., durchaus einmütig vorgehen werden.

Schreibt, was Ihr von all dem haltet.

Mit aufrichtigem Gruss
G. Sinowjew
Moskau, 31.3.24

PS. Ich bin mir nicht ganz klar darüber, inwieweit Rosenberg und Scholem auf ihren ultra-„linken“ Fehlern beharren werden.[40] Wir wünschten, sie täten es nicht. Dann wäre auch mit ihnen ein kameradschaftliches Zusammenarbeiten durchaus möglich.

39 Sinowjews Hinweis auf „Radek und Co.“ belegt die Beweggründe, warum er sich letztlich mit der linken Führung in Deutschland arrangierte. Der bei aller Kritik übergeordnete Schulterschluss betraf den gemeinsamen fraktionellen Kampf gegen die sich formierende linke Opposition in der RKP(b) mit Trotzki und Radek.

40 Der spätere Historiker Arthur Rosenberg (1889–1943) und der in Buchenwald ermordete Intellektuelle Werner Scholem (1895–1940) gehörten mit ihren ultralinken Ansichten der neuen Parteiführung an.

Dok. 108

Brief Eugen Vargas an Sinowjew zur Analyse der Oktoberereignisse und der Situation in der KPD

Berlin, 3.4.1924

Typoskript mit handschriftlichen Einfügungen, deutsch. RGASPI, Moskau, 324/1/543, 134–135 (handschriftliche Ergänzungen in runden Klammern). Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 468–469.

Berlin, den 3. April 1924

Werter Genosse,
ich setze voraus, dass Sie ueber die Vorgaenge in der KPD durch die gegenwaertig hier anwesenden (russischen) Genossen detailliert unterrichtet sind.[41] Ich moechte hier nur auf ein wichtiges Problem aufmerksam machen:

Die russischen Genossen zerbrechen sich hier den Kopf ueber ein schlecht aufgestelltes Problem. (Sie) stellen die Frage folgendermassen: In allen kommunistischen Parteien war es immer so, dass nach einer Niederlage in der Partei die opportunistische Stroemung die Oberhand erhalten hat und die rechten Elemente die Fuehrung an sich rissen. In der KPD scheint das Gegenteil der Fall zu sein: *Nach einer Niederlage geht die Partei, sowohl die Mitgliedschaft, als die Fuehrung scharf nach links.*[42] Ich glaube, dass diese Analogie ganz und gar unrichtig ist. Die KPD hat keine eigentliche Niederlage erlitten, da sie ueberhaupt nicht in den Kampf gegen die Bourgeoisie gefuehrt wurde, wenigstens nicht als ganzes. Daher hat auch die *breite Masse der Mitgliedschaft nicht das Gefuehl, von der Bourgeoisie niedergeschlagen, sondern von den rechten Fuehrern verraten worden zu sein.* Diese Beurteilung der Situation wurde genaehrt und bekraeftigt durch die Agitation der Linken. Es ist daher ganz natuerlich, dass sich momentan in der Mitgliedschaft ein Ruck nach links bemerkbar macht und ich sehe darin meinerseits absolut kein Problem.

Wichtiger erscheint mir folgendes: Der Ausfall der Wahlen, sowohl der politischen in Sachsen, Thueringen, Mecklenburg usw. als auch die Betriebsratswahlen zeigen,[43] dass die Partei ihren Einfluss durch den Oktoberrueckzug in den breiten Massen der Arbeiterschaft ganz und gar nicht verloren hat. Es muss aber betont werden, dass die

---

41 Vermutlich meinte Varga die Ankunft der EKKI-Vertreter Kuusinen, Lozovskij und Manuilski auf dem KPD-Parteitag in Frankfurt (7.–10.4.1924); darüber hinaus hielten sich weitere russische Emissäre in Deutschland auf, darunter Alexandr Samojlovič Piker (Ps. Martynov).

42 Hier und im Weiteren vermutlich Unterstreichungen durch den Autor.

43 Auch bei den Reichstagswahlen vom 4.5.1924 erhielt die KPD immer noch 12,6% der Stimmen, ein Einbruch erfolgte erst im weiteren Verlauf des Jahres 1924, der sich auch für die maßgeblich von der KPD geführte Bergarbeitergewerkschaft der „Union der Hand- und Kopfarbeiter" im Ruhrgebiet fortsetzte, nachdem sie bei den Betriebsratswahlen im März 1924 noch alle anderen Strömungen dominiert hatte (siehe: Weber: Die Wandlung, S. 68).

Diskussion ueber die inneren Probleme der Partei erst jetzt beginnt auf die breiten Massen der Mitgliedschaft überzugreifen. Es besteht die Gefahr, wenn diese Diskussionen in aehnlich heftigen und persoenlichen Formen, wie [sie] in dem engeren Kreis der Funktionaerversammlungen gegenwaertig gefuehrt wird, auf die breite Masse der Mitgliedschaft uebertragen wird, dies eine ausserordentlich schlechte Wirkung auf die Partei haben muss. Es scheint mir aus verlaesslichen Informationen ganz sicher zu sein, dass die breite Masse der Parteimitgliedschaft von den inneren Parteidiskussionen nichts wissen will. Die Arbeiter erscheinen in den Mitgliederversammlungen, wenn von der Parteidiskussion das zweite Mal die Rede ist, in sehr verminderter Zahl und verlassen oft zum Teil die Versammlungen, bevor dieselben geschlossen sind.

Praktisch ziehe ich hieraus folgenden Schluss:

Es muss mit allem Nachdruck darauf hingearbeitet werden, dass im Gegensatz zu dem Betreiben der Linken ein starkes Gewicht auf die „ideologische Erneuerung" der Partei zu legen, (dass) *die Parteidiskussion in moeglichst kurzer Zeit liquidiert* und die Aufmerksamkeit der Partei auf praktische Fragen der Arbeiterschaft gelenkt wird.[44]

Mit kommunistischem Gruss
[Sign.] E. Varga



Am 5.4.1924 nahm das Politbüro des ZK der KP Russlands den Vorschlag der Komintern für die Tagesordnung des V. Weltkongresses an. Allerdings sollte Stalin als Berichterstatter zur nationalen Frage durch Bucharin ausgetauscht werden. Weiter beschloss das Politbüro wichtige Maßnahmen zur Stärkung der leitenden Kader der Komintern. Der zweigliedrige Beschluss lautet: „a) Das Sekretariat des ZK zu beauftragen, zur nächsten Sitzung des Politbüros eine Liste von Mitarbeitern für die Komintern vorzubereiten (zwei Stellvertreter des Komintern-Vorsitzenden, außer Gen. Bucharin, sieben bedeutende Funktionäre – darunter einige ZK-Mitglieder – als Bevollmächtigte in den sieben wichtigsten Ländern – England, Deutschland, Frankreich, Italien, Tschecho-Slowakei, Bulgarien, Polen –, sowie sieben Mitarbeiter für die Agitprop- und Orgabteilung des EKKI, die Redaktion der *Kommunistischen Internationale*, die Profintern und die drei Sekretäre des EKKI). b) Die Vertretung der RKP(b) im EKKI zu beauftragen, in Übereinstimmung mit den größten kommunistischen Parteien (in erster Linie mit der englischen und amerikanischen) eine Gruppe der herausragendsten Funktionäre für einen längeren Aufenthalt in Moskau auszuwählen. Die Mitglieder des Politbüros zu verpflichten, zu ihrer Bekanntmachung mit den Erfahrungen der RKP in der russischen Revolution entscheidend beizutragen."[45]

---

44 Vargas Vorschläge und Erwartungen wurden kurz darauf durch die Beschlüsse des 9. Parteitags der KPD in Frankfurt am Main obsolet. Mit Ruth Fischer und Arkadi Maslow an der Spitze gelangte die „deutsche Linke" (Pierre Broué) in die Parteiführung, die, zusammen mit Arthur Rosenberg und Werner Scholem in Theorie und Praxis eine „ultralinke" Taktik der gesellschaftlichen Abspaltung umsetzte und damit nach innen die Parteidiskussion verstärkte (siehe hierzu in der Einleitung von Hermann Weber. Grundlegend weiterhin: id.: Die Wandlung, S. 74ff.; vgl. Fischer: Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 425ff., 471ff.; Broué: Histoire de l'Internationale, S. 367ff.).

45 Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 17/3/431, 2. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 253–254.

Am 10.4.1924 setzt sich das Politbüro des ZK der KP Russlands mit dem Fall des deutschen Dampfers „Galilei“ auseinander. Dieser war in Novorossijsk eingelaufen, als in der Mannschaft ein Streik ausgebrochen war. Ein Teil der streikenden Matrosen wurde ausgesperrt, wonach das Schiff mit verringerter Mannschaft in Odessa eingelaufen war. Dort hinderten die lokalen Behörden das Schiff am Auslaufen unter der formalen Begründung, die Mannschaft sei zu klein, um das Schiff sicher zu führen. Dies führte jedoch zu Protesten der deutschen Botschaft, die den sowjetischen Behörden vorwarf, die Streikenden zu unterstützen. Auf Bitten des NKID beschloss das Politbüro, das Schiff auslaufen zu lassen.[46]

Das Politbüro des ZK der KP Russlands behandelte am 5.5.1924 die „Affäre Botzenhardt“. Der KPD-Basisfunktionär Johannes Botzenhardt war aus der Untersuchungshaft in die sowjetische Handelsvertretung in Berlin geflüchtet, woraufhin die deutsche Polizei dort eine Razzia veranstaltete.[47] Das Politbüro beschloss daraufhin, die Handelsvertretung zeitweilig zu schließen und Botschafter Krestinskij nach Russland abzuberufen. Christian Rakovskij, zu der Zeit sowjetischer Botschafter in London, war telegraphisch über den Vorfall informiert, es sollte betont werden, dass die Affäre wohl mit dem Wunsch deutscher und französischer Geschäftskreise zusammenhinge, die damit auf die englisch-sowjetischen Verhandlungen Einfluss nehmen wollten. Es wurde beschlossen, in diesem Sinn eine Pressekampagne zu starten und auf die deutsche Regierung Druck auszuüben.[48] Am 8.5.1924 beschloss das Politbüro, um dem Nachdruck zu verleihen, alle laufenden Verhandlungen mit Deutschland auszusetzen und parallel Protestdemonstrationen in Moskau zu organisieren. Anschließend beschloss es am 2.5.1924, Forderungen nach einer Entschuldigung an die deutsche Regierung zu stellen und eine Note aufzusetzen, jedoch einige von Čičerin angeregten Konzessionen zu machen, wie die Reduzierung des deutschen kommunistischen Personals in der Handelsvertretung.[49] Am 15.5.1924 beschloss das Politbüro schließlich eine einlenkende Note an Außenminister Stresemann und erklärte sich mit der Bildung einer gemischten Kommission zur Prüfung der Affäre einverstanden.[50]

---

46 APRF, Moskau, 03/64/676, 49 und 53. Publ. in: Sevost’janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 126 und 127. Zum Hintergrund siehe ibid., Dok. 125.

47 Siehe hierzu: Jürgen Zaruski: Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzungen und außenpolitische Konzeptionen 1917–1933, München, Oldenbourg, 1992 , S. 184ff. (Studien zur Zeitgeschichte. Bd. 39).

48 RGASPI, Moskau, 17/162/1, 52. In russischer Sprache publ. in: G. Adibekov, A. Di B’jadžo, F. Gori u.a. (Hrsg.): Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa. Rešenija „Osoboj Papki“ 1923–1939, Moskva, ROSSPEN, 2001, S. 28–30.

49 APRF, Moskau, 03/64/679, 6, 15 und 16. Publ. in: Sevost’janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 133–135.

50 RGASPI, Moskau, 17/3/438, 2.

Dok. 108a

Brief Grigorij Sinowjews an Dmitri Manuilski über die Lage in der KPD

[Moskau], 24.4.1924

Typoskript, in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 324/1/551, 20–27. Erstveröffentlichung.

[hdschr.:] Moskau
24/IV 1924

An Gen. MARTYNOV[51]

Lieber Freund,
Wir zerren sehr an Ihnen herum und werfen Sie von dem einen Ort an einen anderen, weil die Lage, wie Sie selbst sehen, ziemlich ernst ist. In Frankreich ist die Sache nicht zu Ende geführt,[52] und die Lage in Deutschland ist außerordentlich schwierig. Jedenfalls liegt, meiner Meinung nach, momentan der Schwerpunkt auf Deutschland. Und ich bitte Sie, die noch zu Ihrer Verfügung stehende Zeit für die Regelung der Angelegenheiten in Deutschland aufzuwenden. Träumen Sie indes nicht mehr von der Reise nach Italien. Dort hat sich zwischenzeitlich die Lage verändert. Vor einigen Tagen kam Terracini zu mir und teilte mir mit, dass sich bei ihnen eine neue Mehrheit gebildet hat: an die zehn Mann Zekisten, Anhänger Bordigas, haben sich nun von ihm entfernt und sind mit Tasca und seinen Freunden gegangen. Sie bilden eine kompakte Mehrheit in unserem Sinne.[53] Terracini behauptet, dass diese kompakte Mehrheit im ZK (im Gegensatz zu der, die es in Deutschland gegeben hat) tatsächlich die

51 „Martynov" ist offensichtlich ein von der Forschung bislang nicht dokumentiertes Pseudonym von Dmitri Manuilski. Die vom Sinowjew-Sekretariat angelegte Mappe in RGASPI, 324/1/551, beinhaltet Sinowjews Korrespondenz mit Manuilski; in Bl. 61 wird die Signatur „Martynov" vom Empfänger, vermutlich Sinowjew selbst, als „Manuilski" dechiffriert; darüber hinaus ergibt ein Schriftvergleich von Bl. 39 (signiert mit „Martynov") und Bl. 40–45 (signiert mit „Manuilski") eine eindeutige Übereinstimmung.

52 Manuilski kam Anfang 1924 zusammen mit Lozovskij nach Frankreich, wo er maßgeblich daran mitwirkte, Boris Souvarine (urspr. Boris Lifšic), und die sog. „Rechte" bzw. die Anhänger Trotzkis aus der Parteiführung zu entfernen und auf dem Kongress der *Fédération de la Seine* als sein Nachfolger Albert Treint einzusetzen (José Gotovitch, Claude Pennetier: Dictionnaire biographique de l'Internationale, S. 399–403. 2. Auflage als CD. In: Wolikow: L'internationale Communiste.

53 Bordiga, Mitbegründer und erster Vorsitzender der KP Italiens, weigerte sich aufgrund seiner linken Überzeugungen, der Aufforderung des EKKI zu folgen und seine Funktion im höchsten Kominterngremium wahrzunehmen. Anfang 1924 gab er die Zeitschrift *Prometeo* heraus und konnte auf dem Kongress in Como im März d.J. noch die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen. Bereits auf dem V. Weltkongress der Komintern im Juli wurden seine Thesen zur Taktik abgelehnt. Wenig später verteidigte er offen Trotzki und die Linke Opposition gegen den Kurs Stalins, Sinowjews und Bucharins in der Sowjetunion und der Komintern. „Zekisten": Mitglieder des ZK.

überwältigende Mehrheit der Partei repräsentiert. Gott gebe, dass es auch so ist. Ich habe Bordiga zur Teilnahme an der Arbeit der Programmkommission nach Moskau beordert. Er wird wahrscheinlich auf Durchreise in Berlin sein. Sondieren Sie ihn. Wenn es klappt, beordern Sie noch irgendjemanden aus dem italienischen ZK.

Jetzt komme ich zum Wichtigsten – zu Deutschland. Ich muss offen gestehen, dass ich mich zum ersten Mal in einer solchen Lage befinde: ich verstehe ganz und gar nicht, was die Lage zu bedeuten hat, wohin sie führt, und mit wem wir es zu tun haben – mit Freunden, die sich noch nicht zurechtfinden und nicht alles verstehen, oder mit Feinden, die auf Zeit spielen, um den Apparat in Besitz zu nehmen, die Macht anzutreten und danach eine offene Meuterei zu starten.[54]

Wir hier sind der Auffassung, dass die Zeit, die bis zum Kongress verbleibt (gerade einmal einige Wochen), dazu genutzt werden muss, um *das neue ZK auf der Stelle zu zwingen, sein wahres Gesicht zu zeigen* und mit allen Formalitäten und aller Diplomatie Schluss zu machen.[55] Falls dafür die Lage verschärft werden muss, soll auch davor nicht haltgemacht werden. Schließlich ist der fünfte Kongress unsere einzige ernstzunehmende Waffe gegen sie.[56] Und überhaupt muss die Lage unverzüglich geklärt werden. Von allem anderen gar nicht zu reden: Wir werden doch keine riesigen Summen Leuten zu Verfügung stellen, die sich vielleicht morgen gegen uns wenden werden.[57]

Die Fragen, die in erster Linie geklärt werden müssen, sind folgende:

1. Ist die Linke wirklich einheitlich, oder gibt es in ihr zwei Unterfraktionen? Ist die sogenannte Ultra-Linke organisiert oder nicht? Wie viele von diesen und jenen gibt es im ZK und im Politbüro?[58]

2. Was hat der Einfall zu bedeuten, einen sogenannten Arbeiterkongress einzuberufen?[59] Es wurde Ihnen doch zugesagt, dass dies nicht vor dem V. Welt-

---

54 In seinem Antwortbrief an Sinowjew vom 4.5.1924 schrieb Manuilski, die Lage in der KPD sei nicht so katastrophal, wie Sinowjew es annehme. Maslow und Ruth Fischer hätten zwar „noch viel von einer kindischen Linken", seien sich jedoch ihrer Verantwortung bewusst. Auch seien die „Versuche einer theoretischen Revision des Bolschewismus" eingestellt worden: „Diese ganze polnisch-jüdische Bande der Samosch [d.i. Samoš Mušinskij] (...) und Konsorten ist zahm geworden und wird von Maslow nicht besonders freundlich behandelt." (RGASPI, Moskau, 324/1/551, 28–29).

55 Die Zusammensetzung des ZK siehe in: Weber: Die Wandlung, II, S. 12f..

56 Gemeint ist der V. Weltkongress der Komintern, der vom 17.6.1924 bis zum 8.7.1924 in Moskau stattfand.

57 Ruth Fischer gebrauchte diesbezüglich das Bild von der „Moskauer Wasserleitung". Das Politbüro der KP Russlands beschloss definitiv die Kürzungen am 14.7.1924.

58 Auf diese Frage Sinowjews antwortete Manuilski, es gebe zwar „einzelne KAPD-artige Stimmungen", die leicht auszulöschen seien –, viel gefährlicher sei jedoch der Linksschwenk der Parteiführung selbst, der sich auf dem V. Weltkongress zweifellos in der Ablehnung der „Einheitsfront-von-oben"-Taktik und des Konzeptes der „Arbeiterregierung" manifestieren werde. (RGASPI, Moskau, 324/1/551, 29).

59 Das gegen die traditionellen Gewerkschaften gerichtete Konzept des Arbeiterkongresses wurde besonders von der Ultralinken gefördert. Am 29.6.1924 fand ein solcher, als Parteiversammlung getarnter regionaler Arbeiterkongress gegen den Dawes-Plan in Eisenach statt.

kongress geschehen sollte. Geschah dies nicht unter dem Druck der Ultra-Linken? Steht dahinter nicht der Wunsch, entgegen der angenommenen Resolutionen den V. Kongress vor die vollendete Tatsache der Gewerkschaftsspaltung zu stellen?[60] Dieser Frage muss besonders sorgfältig nachgegangen werden, ohne dabei auch nur ein Wort für bare Münze zu nehmen, sondern alle Fakten zu überprüfen und jeden ihrer Schritte bei ihren Manipulationen im Kontext mit der Einberufung des Arbeiterkongresses zu überwachen.

3. Taugt die Mittelgruppe irgendetwas, oder ist sie zum Untergang verurteilt?

4. Sind Maslow & Co. ernsthaft gewillt, mit den wertvollsten und tatkräftigsten Elementen des Zentrums [d.h. der Mittelgruppe] zusammenzuarbeiten, oder stehen sie unter dem Bann der Ultra-Linken?[61]

Mir scheint, Sie müssen mit Maslow und anderen mehrere vollkommen offene Gespräche führen. Sie persönlich genießen ihr Vertrauen, und werden es schaffen, sich mit ihnen auf kameradschaftliche Weise zu unterhalten. Soweit die Lage der Dinge von hier aus erkennbar ist, lässt sich sagen, dass die Situation einem Dreieck gleicht. Die Hauptgruppe bilden Maslow und seine engsten Gesinnungsgenossen, links die Opposition der Ultra-Linken, rechts ungefähr ein Drittel der ehemaligen Parteitagsdelegierten aus der Mittelgruppe. Sollte er (Maslow) dann auch noch die Komintern gegen sich haben, so wird er die Macht nicht lange halten können. Der Partei wird er natürlich für eine gewisse Zeit den Garaus machen können, doch auf keinen Fall wird er in der Lage sein, etwas Ernstzunehmendes aufzubauen. Er wird sich entscheiden müssen, er muss uns die wirkliche Bereitschaft demonstrieren, Hand in Hand mit der Komintern zu gehen und dafür eine wirkliche ernsthafte Schlacht gegen die ultra-linken Liquidatoren zu eröffnen sowie sich auf eine aufrichtige Zusammenarbeit mit den besten Elementen der Zentrumsgruppe einzulassen.

Den Vorschlag des ZK der KPD zur Einberufung einer kleinen Konferenz mitteleuropäischer [kommunistischer] Parteien im Zusammenhang mit der Frage der Reparationen haben wir angenommen.[62] Mit der Angelegenheit der Vorbereitung und Leitung betrauen wir Sie persönlich. Diese Sache ist von höchster Bedeutung. Sehen

60 Manuilski schrieb in seiner Antwort, das neue ZK habe vorgeschlagen, dass alle Strömungen innerhalb der KPD (das ZK, die Mittelgruppe und die Ultralinken) im Zusammenhang mit dem geplanten Kongress eine Absichtserklärung zur Erhaltung der Gewerkschaftseinheit unterschreiben sollten. Abgesehen davon hinge eine Spaltung nicht nur vom Willen des ZK ab, sondern auch von den Gewerkschaften selbst (RGASPI, Moskau, 324/1/551, 28).

61 Manuilski schrieb daraufhin zurück, dass Maslow gegenüber der Mittelgruppe „eine ziemlich geschickte Politik" verfolge: Einen Teil von ihnen, wie Remmele, Eberlein, Schneller und den „Alten Pieck" habe er ins ZK kooptiert, den Rest versuche er zu neutralisieren, indem er die einzelnen Funktionäre an verschiedene Orte kommandiere. Manuilski bescheinigte der Mittelgruppe das Fehlen eines Kampfeswillens, und empfahl Sinowjew, nicht auf diese zu zählen (RGASPI, Moskau, 324/1/551, 30).

62 Am 1.5.1924 fand in Berlin eine Konferenz der kommunistischen Parteien Belgiens, Deutschlands, Frankreichs und Italien und der kommunistischen Jugendorganisationen aus Deutschland und Frankreich statt, die gemeinsame Aktionen und Kundgebungen gegen den Dawes-Plan beschloss.

Sie zu, dass Maslow und Kumpanei nicht auch noch diese Konferenz gegen die Komintern ausspielen können.

Das Wichtigste ist jedoch zweifellos die Frage des Arbeiterkongresses. Sollten Sie sich vor Ort davon überzeugen, dass dieser zur Spaltung der Gewerkschaften betrieben wird, telegraphieren Sie sofort und wir werden diesem Vorhaben im Namen der Komintern demonstrativ und kategorisch eine Absage erteilen.

Das Maslowsche ZK besaß die Unverfrorenheit, uns zu telegrafieren, dass man, ihrer Meinung nach, die Briefe der Exekutive und meinen Artikel in der *Roten Fahne* nicht abzudrucken brauche. Wir haben ihnen geantwortet, dass sie aufgrund der Statuten *verpflichtet* seien, die ersten beiden Dokumente abzudrucken, und dass wir sie *bitten* auch das dritte Dokument zu drucken. Wenn dies bis jetzt nicht erfolgt ist, so muss man es auf Biegen und Brechen darauf ankommen lassen.[63]

Des weiteren macht das Maslowsche ZK einen Heidenkrach wegen des Anliegens der Mittelgruppe, ihren Delegierten (Klein[e] [d.i. Abram Gural'skij]) als Koreferenten zur Frage des Parteitags [hierher] zu kommandieren. Sie selbst haben noch vor kurzem von einem solchen Privileg systematisch Gebrauch gemacht. Wie können sie dies nun der Minderheit verweigern? Das bedeutet doch noch nicht die Verewigung der Fraktionen. In jeder Organisation hat jede Minderheit das Recht, an die Komintern zu appellieren, und erst nach Fällen einer definitiven Entscheidung sind alle verpflichtet, dieser Folge zu leisten.[64]

Sagen Sie Maslow und den anderen, dass sich unsere russische Opposition vor Freude darüber die Hände reibt und es gar nicht abwarten kann, dass wenn nicht heute, dann morgen zwischen uns und ihnen (dem Maslowschen ZK) ein offener Konflikt ausbricht. Sagen Sie ihnen weiter, dass sie selbstverständlich nicht mit einer wie auch immer gearteten ernstzunehmenden politischen Vereinbarung mit dem russischen ZK rechnen können, wenn bei ihnen keine vollständige ideelle Klarheit herrscht.

Ich habe ihnen bereits an Ihre Adresse einen langen Brief geschickt, und räumte Ihnen das Recht ein, ihnen diesen Brief zu übergeben oder nicht zu übergeben. Der Brief hat Sie offensichtlich in Berlin nicht mehr erreicht. Nun werden Sie ihn erhalten,

---

63 Mit „Artikel" wurde der Brief Sinowjews vom 31.3.1924 bezeichnet (siehe Dok. 107). Die EKKI-Dokumente überschatteten den 9. Parteitag der KPD (7.–10.4.1924 in Frankfurt am Main), vor allem, da hierin „zwei Strömungen" innerhalb der deutschen Linken unterschieden wurden und auch die EKKI-Delegation unter Leitung von Manuilski scharf vor der Diskreditierung der linken Mehrheit und sogar einem Zerfall der KPD warnte. Ruth Fischer verhinderte zwar den Nachdruck der EKKI-Dokumente in der Parteipresse, konnte jedoch die Veröffentlichung in der *Inprekorr* nicht verhindern (Weber: Die Wandlung, I, 66f.)

64 Zur Zusammensetzung der KPD-Delegation zum V. Weltkongress der Komintern schrieb Manuilski, die Deutschen wollten „40 Leute schicken, davon 30 Arbeiter und 2–3 Ultra-Linke. Ich denke, das kann man ihnen erlauben." Gerade auf die Arbeiter könne man auf dem V. Weltkongress einwirken. Zum „Fall Kleine" [d.i. Abram Gural'skij] meinte Manuilski, Maslow wolle ihn „ganz aus Deutschland vertreiben", da dieser das Vertrauen des EKKI genieße, Maslow und Ruth Fischer hingegen stünden der Komintern mit Misstrauen gegenüber (RGASPI, Moskau, 324/1/551, 29–30).

und ich denke, dass Sie die Frage in dem Sinne lösen, dass Sie den Brief übergeben werden.[65]

Ich hatte mein erstes Gespräch mit Rosenberg (Thälmann ist noch nicht angekommen). Ich bin offengestanden verwundert: Womit haben wir es zu tun? Mit einer wie weit auch immer ausgeprägten ultra-linken Richtung otsowistischer Prägung,[66] oder eher mit simplem Unverständnis und Naivität? Diese Frage stellt sich mir ständig in Bezug auf die gesamte Linke, wenn ich ihre unglaublich verworrenen Thesen lese und ihre ungeheuerlich widersprüchlichen Schritte beobachte.

Was halten Sie von der Möglichkeit, die Zusammensetzung des ZK der KPD einer Revision durch die Komintern unterziehen zu lassen? Ich persönlich denke noch mit größter Vorsicht über diese Idee nach. Ich bin der Meinung, dass man nur im äußersten Notfall dazu greifen sollte.

Mir scheint, dass jetzt die einzige Lösung folgende ist: die aktivste Teilnahme unseres ständigen Vertreters (am besten Sie) an der Arbeit des ZK und des Politbüros des ZK der KPD zu erreichen. Darüber hinaus drei bis vier der wichtigsten russischen Parteiarbeiter in die größten [Partei-]Organisationen (Berlin, Halle, Hamburg usw.) zu entsenden, damit diese russischen Genossen in die Verfügungsgewalt der deutschen Kompartei übergehen und in Übereinstimmung mit dem deutschen ZK eingesetzt werden. Sondieren Sie diese Frage und teilen Sie Ihre Meinung mit.[67]

Bei Ihrer so vorzüglichen Arbeit im Ausland gibt es ein Manko: Sie geizen zu sehr mit Briefen und Telegrammen. Doch die Lage ist schwierig, und ohne häufigen Meinungsaustausch wird die Arbeit erschwert. Die Kommunikation mit Berlin ist sehr einfach. Schreiben Sie so oft wie möglich, und wenn es notwendig ist, telegrafieren Sie, ohne auf den Umfang zu achten.

Mit aufrichtigem Gruß,
Ihr G. Sinowjew

P.S. Gen. Lozovskij schlägt vor, dass an der mitteleuropäischen Konferenz auch die Vertreter der Unitären Konföderation der Arbeit [d.i. CGTU], die tschechoslowakischen roten Gewerkschaftler usw. teilnehmen sollten. Ich denke, er hat vollkommen

65 Manuilski überbrachte dem Parteitag ein längeres, von Sinowjew unterzeichnetes Schreiben des EKKI, das besonders auf die linken Fehler in der Gewerkschaftstaktik einging, in der Einheitsfrage jedoch weiterhin nur die „Einheitsfront von unten" gelten ließ und alle Verhandlungen mit der Sozialdemokratie ablehnte. Seine Verlesung auf dem Kongress „löste unter den Anwesenden Unruhe aus" (Weber: Die Wandlung, I, S. 65f.).

66 Die Otsowisten (dt. etwa „Abberufler") waren eine radikale Minderheit innerhalb der Bolschewiki nach der Revolution von 1905, die, angeführt von Aleksandr Bogdanov, jegliche Massenarbeit der Partei einstellen und die bolschewistischen Abgeordneten aus der Duma abberufen wollte, da ihrer Meinung nach die bürgerliche Revolution bereits eingetreten sei und nun nur noch die proletarische Revolution bevorstünde.

67 Manuilski wurde als ständiger Vertreter beim ZK bestimmt, darüber hinaus weitere drei bis vier russische Vertreter für einzelne Parteibezirke.

recht. Ohne Gewerkschaftsvertreter wäre die Bedeutung der Konferenz nicht groß genug.

Noch etwas. Anscheinend sind die Anhänger Maslows höchst betrübt über meinen Artikel „Die Lage der Dinge in der deutschen Kompartei". Er war jedoch absolut notwendig. Am Horizont zeichneten sich riesige Gefahren ab, und ich konnte dazu nicht schweigen. Um sich mit ihnen zu versöhnen, könnte ich nun jedoch einen neuen resümierenden Artikel schreiben, der den Parteitag und die gesamte Lage in einem für sie optimistischeren Ton zeichnet. Ich werde es allerdings nur dann tun, wenn wir aus Ihren Unterredungen mit ihnen den Eindruck gewinnen, dass tatsächlich einiger Anlass zu größerem Optimismus gegeben ist. In jedem Fall schadet es nicht, ihnen meine Bereitschaft zu übermitteln, einen solchen Artikel zu veröffentlichen.

Es ist notwendig, dass Sie 1–2 Artikel über die Ergebnisse des Parteitags für die *Pravda* schreiben. Von allen unseren Delegierten sind Sie, wie mir scheint, der dafür am besten geeignete. Sie werden am ehesten den richtigen Ton treffen.



Als Konsequenz aus der „Affäre Botzenhardt" beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands am 30.5.1924, der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin nahezulegen, alle deutschen Mitarbeiter ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit zu entlassen. Das ZK der KPD sollte dabei gebeten werden, der Handelsvertretung mit einer Delegation oder einem einzelnen Genossen bei der Durchführung dieser Entscheidung zur Hand zu gehen.[68]

Am 5.6.1924 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands, Victor Kopp zu beauftragen, den Zwischenfall infolge der „Affäre Botzenhardt" und der Durchsuchung der russischen Handelsvertretung in Deutschland auf Basis der Vorschläge Čičerins zu lösen. Trotzki und Kamenev sprachen sich dabei für den Vorschlag von Sinowjew gegen die Korrekturen Čičerins aus.[69]

Das Politbüro des ZK der KP Russlands beschloss am 12.6.1924 eine systematische Annäherung zwischen den russischen und den englischen Gewerkschaften als Antwort auf die Schaffung der sozialdemokratischen „Amsterdamer" Gewerkschaftsinternationale.[70]

Ebenfalls beriet man an dem Tag weiter über den Konflikt mit dem Deutschen Reich um die von der sowjetischen Seite eingeforderte Exterritorialität der Handelsvertretung in Berlin, der sich nach erneuter Behandlung am 27.6.1924 und am 11.7.1924 nach einem Ultimatum der deutschen Seite erst gegen Ende Juli einer Lösung annähert.[71]

Am gleichen Tag, dem 12.6.1924 erfolgte durch einen Beschluss des Politbüros „die Aufnahme des Gen. Unšlicht in die Kommission für Sonderbestellungen", zu denen auch militärische Güter gehörten.[72]

---

68 APRF, 3/64/679, 46. Publ. in: Sevost'janov, Moskva-Berlin, Dok. 141.
69 RGASPI, Moskau, 17/3/442, 1.
70 RGASPI 17/3/443, 5, 13, 14, 22. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 256–257.
71 RGASPI, Moskau, 17/3/443, 1–3; APRF, Moskau, 3/64/679, 137. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 164, 175 u.a.
72 APRF, Moskau, 03/64/645, 137–138. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 155.

Zwischen dem 13. und dem 19.6.1924 beriet das Politbüro des ZK der KP Russlands über die zum V. Weltkongress der Komintern zu entsendenden Vertreter der russischen Partei. Des weiteren referierte Molotov über die Grußbotschaften des ZK und des Rats der Volkskommissare für den Kongress.[73]

Dok. 109

Bericht des Sekretärs der Militärkommission des ZK der KPD, Wilhelm Kress, über die Terrorgruppe Felix Neumann

[Berlin], 13.5.1924

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 495/25/1367, 24–25. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 473–476.

Die terroristische Gruppe der DKP[74] wurde von Felix Neumann im November oder Anfang Dezember [1923] gegründet.[75] Bezüglich der Entscheidung, die zu der Formierung führte, bin ich nicht ganz informiert, da sie Mitte Dezember, als ich das Sekretariat der Militärkommission angetreten hatte, bereits aktiv war und ich mich nicht mit ihr befasst hatte, da ich annahm, dass sie nicht Teil der Militärorganisation gewesen sei. Doch bald erfuhr ich durch verschiedene an der Angelegenheit nicht beteiligte Genossen von den Aufgaben, die Felix Neumann auferlegt worden waren, und kurz darauf weihte er mich selbst in seine Arbeit ein, obwohl ich ihn in keiner Weise danach gefragt hatte. Meiner Meinung nach erfolgte die Gründung der terroristischen Gruppe ohne Wissen des ZK, und die Genossen Brandler und Helmut [d.i. Roze] waren lediglich Personen, die mit ihr konkrete Aufgaben im Einverständnis mit dem ZK berieten und vergaben. Diese Meinung stützt sich hauptsächlich darauf, dass auch nach der Entfernung des Gen. Brandler vom Vorsitz, bei den Beratungen mit den damals leitenden *Gen. Ulbricht und Stoecker* Fragen bezüglich der terroristischen Gruppe erörtert wurden, und in der Angelegenheit Seeckt[76] meinen Informationen

---

73 RGASPI, Moskau, 17/3/444, 7–8.

74 DKP: „Deutsche Kommunistische Partei" analog zur Bezeichnung „Germanskaja kommunističeskaja partjia" (GKP) im Gegensatz zum gebräuchlicheren „Kommunističeskaja partija Germanii" (KPG). Zu den deutschen Begriffen siehe Weber: Einleitung in Bd. 1, S. 68f.

75 Auf der ersten Seite oben links eine handschriftliche Anmerkung in russischer Sprache: „S[treng] geheim", und oben rechts: „Nr. 5/5. Angaben in der Angelegenheit Neumann. Übersetzung aus dem Deutschen".

76 Geplant war ein Attentat auf den Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, der faktisch die Exekutivgewalt im Deutschen Reich an sich gezogen hatte. Trotz der widersprüchlichen Formulierung suggeriert der Text, dass es sich dabei um einen ZK-Beschluss gehandelt haben könnte. Der stellvertretende Leiter der GPU, Unšlicht, stellte wenig später fest, dass terroristische Attentate gegen Seeckt und andere „zumindest mit Wissen einzelner [ZK-]Mitglieder" durchgeführt worden seien (siehe: Dok. 110). Im „Tscheka-Prozess" wurden 1925 Roze (Ps. Skoblevskij), Neumann und Poege zum Tode verurteilt (siehe zur weiteren Entwicklung Dok. 120). Anfang 1924 kam es in etwa zeitgleich bereits

zufolge das gesamte ZK-Plenum für oder gegen die Durchführung des Plans gestimmt hatte. Als weiteren Beweis für das Einverständnis der Partei werde ich eine Direktive des militärischen Zentrums anführen, die erst nach Einsicht und Gutheißung durch das ZK versandt wurde; darin wurde den regionalen militärischen [KPD-]Verwaltungen mitgeteilt, dass entlarvte Spitzel durch uns zu beseitigen seien, und dass es den Bezirken verboten sei, selbständig Maßnahmen gegen solche Elemente ohne eine zuvor von uns erteilte Erlaubnis zu treffen. Unter den Sitzungen, auf denen die Angelegenheiten der terroristischen Gruppe und der Beseitigung von Spitzeln besprochen wurden, kann ich mich definitiv an eine erinnern: Im Restaurant „Tucher" am Bahnhof Uhlandstraße unter Teilnahme von Stoecker, Ulbricht und Dietrich [d.i. Paul Dietrich].[77] Eine andere – in der Wohnung in der Solmstraße unter Teilnahme von Stoecker und Ulbricht, und eine dritte – in der Wohnung in der Lichenerstraße, an der Ulbricht, Stoecker und Gen. Felix Wolf teilnahmen und auf der eindeutig bestätigt wurde, dass die Beseitigung von Spitzeln die Aufgabe der Militärorganisation sei, bei der ein entsprechendes Organ geschaffen wurde, und dass die Aufklärungsabteilung zu dieser Sache in keinem Verhältnis stehe.

Was die Terrorgruppe selbst und vor allem ihren Leiter, Felix Neumann, angeht, so wurde er, wie ich herausfinden konnte, von Gen. Brandler aus der Reichsdruckerei rekrutiert, wo er vorher gearbeitet hatte,[78] und dann auf den Posten eines ZK-Sekretärs gesetzt. Bald wurde er der Sekretär von Kleine [d.i. Abram Gural'skji] und daraufhin Sekretär des Revkom.[79] In der letzteren Funktion holte er Erich Pöge aus Leipzig in den zentralen Militärapparat auf Grundlage einer alten Bekanntschaft. (Überhaupt

---

zu einem Prozess wegen einer rechten, deutsch-völkischen Attentatsverschwörung gegen Seeckt, der jedoch im Sande verlief. Insgesamt gingen von 1919 bis zum Rathenaumord im Juni 1922 350 Morde auf das Konto rechtsgerichteter Täter, und „nur" 22 auf das der Linken. Seitens der Justiz verurteilt wurden hingegen 38 Angeklagte der Linken und nur wenige, an einer Hand abzuzählende, der Rechten (E.J. Gumbel: Vom Fememord zur Reichskanzlei, Heidelberg, 1962, S. 46, zit. in: S. Brewster Chamberlin: Der Attentatsplan gegen Seeckt 1924. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 25 (1977), H. 4, S. 425–440, hier S. 440).

77 Vermutlich Paul Reinhold Dietrich, ZK-Mitglied, Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft und Sekretär Ernst Thälmanns, und nicht der ehemalige Anarchist und spätere Mitarbeiter des AM-Apparats der KPD, Stefan Heymann (siehe: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 374). Heymann wurde aufgrund seines Engagements während des Deutschen Oktober im Dezember 1923 verhaftet.

78 Anmerkung im Dokument: „Neumann war technischer Sekretär der Fraktion und leitete 9 Monate lang den 13. Kreis der Militärorganisation in Berlin. Seine Berufung ins ZK war dem Berliner Komitee bekannt."

79 Revkom: Die gesamte M-Organisation des „Deutschen Oktober" unterstand unterschiedlichen Strukturen, ihre konkrete, vor allem aktive Rolle wird nicht immer deutlich. Im Rahmen der Reichszentrale (RZ) wurde ein Revolutionäres Komitee (RK, Revko, Revkom) mit Gural'skij als Leiter gebildet, unter Hinzuziehung der Bezirke. Weitere Organe des Revkom waren die Zersetzungsabteilung (ehemals Propagandaabteilung, auch MP-Abteilung) zur Demoralisierung von Reichswehr und Polizei (Leiter anfänglich Felix Neumann, später Eberlein), die Verkehrs- und Verbindungsabteilung für Energieversorgung, Absicherung der Verkehrsverbindungen und Verhinderung von Sabotage (Verkehrsleiter war Heckert, später Erick Melcher (Ps. Erich Martin), die Abteilung für Waffenbeschaffung

hatte die Personalpolitik Neumanns einen zweifelhaften Charakter, da er für diesen Apparat fast ausschließlich Personen aus seinem Bekanntenkreis rekrutierte, ohne auch nur einen Versuch zu unternehmen, die Kandidaturen mit den entsprechenden Parteigenossen zu besprechen).[80]

Im Oktober kommandierte er Neubauer als Adjutanten von Pöge nach Weimar ab; nach der Entlassung Pöges war dieser für einige Zeit in Leipzig, und in den Tagen der Gründung der terroristischen Gruppe wurde er bald von Neumann nach Berlin abberufen. Die Aufträge, die von Helmut [d.i. Vol'demar Roze] der terroristischen Gruppe gestellt wurden, waren folgende: 1 – Seeckt; 2 – Rausch,[81] 3 – Wetzel in Stuttgart. Andere Aufträge, abgesehen von der Feststellung des Wohnorts und der Tätigkeit einer gewissen Anneliese Gerber, die wegen Spionage aus dem Kommunistischen Jugendverband ausgeschlossen worden war, hat Neumann nicht erhalten. Der erste und letzte Auftrag wurde überhaupt nur unter der Bedingung einer endgültigen Entscheidungsfällung nach vorheriger Untersuchung vergeben; in beiden Fällen war die endgültige Entscheidung negativ. Der Auftrag zur Beseitigung Rauschs wurde erst dann vergeben, als definitiv festgestellt wurde, dass er ein bezahlter und aufgrund seiner bisherigen Parteitätigkeit (Mitarbeiter des Berliner Apparats zur Vorbereitung von Waffen, zeitweise Reichskurier) ein besonders gefährlicher Polizeispitzel war; die Belege für diesen Befund waren: Berichte des Berliner Apparats zur Vorbereitung von Waffen [und] der Aufklärungsabteilung, Mitteilungen aus den Regionen (in Hannover wollte er den Attentäter auf das Regierungsgebäude der Polizei aushändigen). Es wurde festgestellt, dass das Auffliegen von 3–4 Waffenlagern in Berlin auf seine Arbeit zurückzuführen war. Die Angelegenheit Wetzel ist noch eindeutiger, da unwiderlegbar bewiesen ist, dass er von der Polizei 100 Goldmark pro Woche erhalten und ihr

(Pieck, später Nikolaus Pfaff (Ps. Dr. Winkler), die Ernährungsabteilung (Ernährungsleiter war Iwan Katz) sowie ein Komitee für Kassenführung.

80 In einer Erklärung vom 14.5.1924 machte Manfred Stern Angaben über die Gruppe von Felix Neumann, die scheinbar Roze (Ps. Skoblevskij) und Teile der Partei in der Hand hatte oder dies zumindest vorgab: „Zur Persönlichkeit Felix Neumanns: Unmittelbare Zweifel an seiner Verwendbarkeit und Zuverlässigkeit tauchten bei keinem der Genossen auf, zumindest hat niemand Entsprechendes geäußert. Allerdings hat das ‚auf großem Fuß' geführte Leben von Felix Neumann und seiner Kumpanen die Genossen aus Mariendorf und Tempelhof mehrmals zu negativen Reaktionen ihm gegenüber bewegt. Der Umstand, daß er in höchst heftiger Weise auf den Versuch Helmuts [d.i. Skoblevskij-Roze] reagiert hat, ihn von seiner Verantwortung zu entbinden, wobei es zu Handgreiflichkeiten gekommen ist, kann als Beweis dafür dienen, daß er [d.h. Neumann] schon damals ein bewußter Provokateur gewesen ist und daß er den Apparat nicht eher verlassen wollte, bis es ihm gelungen wäre, die DKP zu kompromittieren. Um auf Helmut einzuwirken, soll er sogar Wendungen benutzt haben wie ‚Wir haben euch in der Hand'. Genauso belegt der Brief, den er an Gen. Trotzki schrieb, das Vorhandensein einer bewußten Provokation, denn Felix Neumann hätte damals wissen müssen, daß Gen. Trotzki in keinster Weise mit unserer Arbeit in Deutschland verbunden war." (RGASPI, Moskau, 495/25/1367, 26–27. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 482–484).

81 Rausch sollte als Polizeispitzel im Parteiauftrag getötet werden, wurde jedoch nur verwundet, zumindest nach Unšlicht (siehe: Dok. 110) (Hinweise auf seine Rolle im Tscheka-Prozess siehe in: Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst, S. 113; Weber: Einleitung in Bd. 1, S. 68f.).

tatsächlich eine Reihe von Genossen ausgehändigt hat. Abschließend möchte ich feststellen, dass meiner Meinung nach die terroristische Gruppe auf Initiative von Helmut und Brandler gegründet wurde, das ZK mit ihrer Gründung einverstanden war, und dass, nachdem von der ersten Aufgabe Abstand genommen wurde,[82] Gen. Helmut den Entschluss fasste, die terroristische Gruppe aufzulösen, wovon die schriftliche Mitteilung an Felix Neumann zeugt, die von mir im Auftrag Helmuts diktiert wurde und der zufolge Neumann von allen Aufgaben und von der Arbeit als solcher befreit wurde. Entsprechend lautet auch die Erklärung, die Felix Neumann dargelegt wurde, wonach er im Weiteren über keine Mittel zur Aufrechterhaltung des Apparats verfügen könne. Diese Entscheidung wurde nur nach einer Beratung mit Gen. Brandler zurückgenommen, bei der, soweit ich weiß, Felix Neumann zufällig anwesend war, und während der es zu einem Angriff Neumanns mit den Fäusten gegen Helmut kam.

Wilhelm Kress
13. Mai 1924.

Dok. 110

Bericht des stellvertretenden Vorsitzenden der GPU, Iosif Unšlicht, an die Komintern-Exekutive über die Terrorgruppe Felix Neumann

[Moskau], 15.5.1924

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 495/25/1367, 2–4. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 484–487.

Die Frage über die Abberufung und Absetzung des Leiters des M[ilitär]-Apparats in Deutschland Gen. „Volod'ka“ (Wolf) [d.i. Vol'demar Roze] wurde von der Internationalen Kommission[83] bereits Mitte Februar dieses Jahres entschieden.[84] Gleichzeitig wurde von mir ein entsprechender schriftlicher Befehl vom 16.II. an den Genossen gesandt, der die Verbindung zum ZK der DKP aufrecht erhält. Am 20.II. wurden aus diesem Anlass von mir offizielle Schreiben an Gen. Klein[e] [d.i. Abram Gural'skij] und Volod'ka selbst verschickt. Da sich die Ankunft von Volod'ka aus mir unbekann-

82 Die „erste Aufgabe“ sollte das Attentat auf von Seeckt sein (s.o., Anmerkung 76).
83 Möglicherweise handelte es sich um eine Kommission der internationalen Abteilung der GPU. Es ist zweifelhaft, ob die zwecks Durchführung des deutschen Oktober geschaffene „Kommission des Politbüro des ZK der RKP(b) zur internationalen Lage“ zu dieser Zeit noch bestand. Roze-Skoblevskij wurde im März 1924 verhaftet.
84 Auf der ersten Seite handschriftlicher Vermerk Unšlichts in deutscher Sprache: „Bericht an Gen. Pjatnitzki über die Militärarbeit in Deutschland. 15/V – 1924.“ Und weiter in russischer Sprache: „Persönlich. S[treng] geheim. An Gen. Pjatnitzki“.

ten Gründen verzögerte, mahnte ich am 11.III. erneut telegraphisch die Notwendigkeit der sofortigen Absetzung von Gen. Volod'ka und seiner Abkommandierung nach Moskau an. Darüber hinaus forderte ich über Gen. Bronek [d.i. Bronisław Bortnowski] am 19.III., 25.III. und 26.III. in kategorischer Weise die Abkommandierung von Volod'ka nach Moskau auf. Alle meine oben genannten Anordnungen wurden nicht umgesetzt, obwohl es zur Anreise von Volod'ka (vor seinem Auffliegen) genug Zeit gegeben hätte (fast 2 Monate).[85]

Gen. Bronek, über den ich den Briefwechsel zu den Angelegenheiten des Militärbüros führte, schrieb mir, dass die Kommandierung von Volod'ka nach Moskau vom ZK der DKP verzögert wird, das, obwohl es sich der Entscheidung zur Absetzung unterwirft, Volod'ka dennoch als guten Arbeiter für eine andere Tätigkeit in Deutschland belassen will. Aufgrund dieser hartnäckigen Weigerung des ZK der DKP, Volod'ka nach Moskau zurückzuführen, kam es zu seinem Auffliegen, wofür die alleinige Verantwortung dem ZK der DKP auferlegt werden muss.[86]

Was die unmittelbare Angelegenheit betrifft, die zur Verhaftung Volod'kas führte, so beläuft sie sich auf Folgendes:

Neben der existierenden Partisanenorganisation, die über ihre eigenen Stoßkampftruppen verfügt,[87] wurde von Gen. Volod'ka ohne Wissen und Einwilligung des ZK der DKP eine eigene terroristische Gruppe organisiert.[88] Wie sich später herausstellte, war das Ziel dieser Gruppe die Vernichtung einiger parteifeindlicher Politiker (General Seeckt, Zenfundt,[89] Wetzel[90] u.a.) sowie Provokateure. Die vorbereiteten Anschläge auf Seeckt und einige andere liefen, dem Briefwechsel zufolge, ins Leere. Von der Gruppe wurde nur ein einziges Attentat auf einen vermeintlichen Provokateur – einen gewissen Rausch – durchgeführt, welcher verwundet, aber nicht getötet wurde. Danach wurde der Gruppe ein neuer Auftrag gegeben, und sie wurde aus unerfindlichen Gründen mit einem Parteiauto, welches zweifellos der Polizei bekannt war, nach Stuttgart geschickt, wo ein Mitglied der Gruppe betrunken in einem Restaurant verhaftet wurde, und daraufhin auch, nach seinen Hinweisen, die anderen. Nach dem Auffliegen dieser Gruppe und anderer Ausfälle, die Volod'ka bekannt waren, wurden

---

85 Skoblevskij wurde am 24.3.1924 in Berlin verhaftet, als er sich als Durchreisender von Paris nach Moskau ausgab. Siehe: Jacques Mayer: Skoblewsky-Rose. Anmerkungen zur Biographie (5.6.2009). http://edoc.hu-berlin.de/oa/reports/rebBnmspNN6k/PDF/281sQAZQ1y2.pdf.

86 Zwei Tage vorher, am 13.5., sandte August Mayer einen Brief an das EKKI, in dem er die Schuld an der Neumann-Affäre komplett dem ZK der KPD zuweist, das von Arkadi Maslow usurpiert worden sei und nun dazu instrumentalisiert werde, mit dessen Feinden abzurechnen. Mayer fordert Moskau auf, einen „Genossen mit halbdiktatorischen Vollmachten" nach Deutschland zu entsenden (siehe: RGASPI, Moskau, 495/25/1367, 28–31. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja,S. 477–481).

87 Typisch ist hier die begriffliche Dominanz des Russischen, wie im Fall der „Sowjets" (siehe hierzu Dok. 195). Gemeint sind vermutlich die proletarischen Hundertschaften und die Kampfgruppen.

88 Die Aussage steht im Widerspruch zum Bericht von Kress, siehe Dok. 109.

89 Zenfundt: Nicht identifizierter, falsch geschriebener Zentrumspolitiker.

90 Wetzel: Wetzel war laut Wilhelm Kress ein Provokateur, kein Politiker. Siehe Dok. 109.

die Treffpunkte, obwohl sie einzelnen Mitgliedern der Gruppe bekannt waren, nicht abgesagt, und bei einem solchen Treffen wurde Volod'ka verhaftet.

Die Vorbereitung terroristischer Akte gegen Seeckt und andere, wie auch der Anschlag auf Rausch, wurden mit Wissen wenn auch nicht des gesamten ZK der DKP, jedoch zumindest mit Wissen einzelner Mitglieder durchgeführt. Dies belegen die Aussagen des Gen. Fred (Stern).[91]

Aus Angst vor einem zu großen Enthusiasmus des ZK der DKP für Terrorakte habe ich diese seinerzeit bei der Schaffung der Parteiorganisation keinem Militärleiter untergeordnet, und angeordnet, keinerlei Akte ohne mein Wissen durchzuführen. Gen. Stepanov,[92] dem die Partisanenorganisation unterstellt war, war terroristischen Akten gegenüber stets negativ eingestellt und weigerte sich, sie auszuführen. Als Genosse P.[93] in Moskau war, habe ich ihn in kategorischer Form auf die Unzulässigkeit terroristischer Akte hingewiesen und ihn gebeten, solche Sachen nicht zu sanktionieren, wenn die Frage von wem auch immer aufgeworfen werden sollte. Deswegen hat Volod'ka wohl die Vorbereitung terroristischer Akte Moskau gegenüber geheim gehalten. In keinem der Berichte von Gen. Volod'ka wurde eine terroristische Gruppe erwähnt. Genauso wenig wusste der Leiter der Partisanenorganisation, Gen. Stepanov, von ihrer Gründung. Die Auswahl der Mitglieder dieser Gruppe war, wie sich jetzt herausstellt, nicht seriös genug, und einzelne Mitglieder wurden nicht hinreichend überprüft.

Zur Zeit gibt es Hinweise darauf, dass ein Mitglied der Gruppe seit ihrer Gründung gleichzeitig Mitglied in einer nat[ional]-faschistischen Gruppe war.

Wie sich der beigefügten Materialsammlung entnehmen lässt,[94] erzählen die verhafteten Gruppenmitglieder Neumann, Pöge, König[95] und Sohn alles, was sie über die

---

91 Es handelt sich um das Mitglied der Oberleitung Wasserkante, Moses, später Manfred Stern (1896–1954), einen ehemaligen Offizier der österreichisch-ungarischen Armee, der 1936 im spanischen Bürgerkrieg als „General Kleber" erfolgreich Madrid vor den Franco-Truppen verteidigte („Held von Madrid"). Siehe: Valerij Brun-Zechowoj: Manfred Stern – General Kleber. Die tragische Biographie eines Berufsrevolutionärs 1896–1954. Vorwort von Hans Landauer, Ulla Plener, Berlin, trafo Verlag, 2000 (Biographien europäischer Antifaschisten).

92 Es handelt sich möglicherweise um den Stellvertreter Rozes, den Mitarbeiter der INO-GPU Otto Steinfest. Die militärische Leitung befand sich bis in das Jahr 1926 hinein komplett in russischer Hand.

93 *Genosse P.:* Paul (?), d.i. Ulbricht, der für die organisatorischen Vorbereitungen zuständig war.

94 Als Anlage zum Bericht finden sich unter dem Titel „Zusammenfassung der Ermittlungsmaterialien in der Angelegenheit Volod'ka" (RGASPI 495/25/1367, 5–23, 32–54) eine russische Übersetzung der Verhörprotokolle der verhafteten Mitglieder der Terrorgruppe samt Anmerkungen Unšlichts, sowie Polizeiberichte über die Gruppe. Pjatnitzki sandte das Material am 16.5.1924 an Radek mit dem Vermerk: „Das beiliegende Militärmaterial bitten wir, nach Benutzung unbedingt zurückzugeben."

95 Es handelt sich um Gustav König, Kursant des zweiten Militärkurses in Moskau, und im Kippenberger-Apparat später kurzzeitig Leiter der C-Arbeit (Anti-Arbeit). Zusammen mit seiner Ehefrau Alma König 1933 in Berlin zur Betreuung („Sonderauftrag") Ernst Thälmanns eingesetzt; dann gingen beide in die Sowjetunion, wo er 1937 erschossen wurde. Frau und Kind sind seitdem vermißt (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 472f.). (Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst, S. 323, 396 u.a.).

Tätigkeit und die Verbindungen der Militärorganisation wissen, und liefern alle ihnen bekannten Funktionäre aus. Aus ihren Aussagen ergibt sich eine Verbindung der Militärorganisation mit der [Sowjetischen Handels-]Mission sowie finanzielle Zuwendungen durch letztere, obwohl konkrete Angaben darüber in der Akte nicht vorhanden sind. Aus dem gesamten Material ist ersichtlich, dass in der Arbeit des militärischen Zentrums fast keine Konspiration herrschte und dass die Leiter der Militärorganisation, darunter auch der Vertreter des ZK der DKP, die Sache sehr leichtfertig behandelt haben.

Durch meinen Bericht hierüber will ich unterstreichen, dass die Schaffung einer terroristischen Gruppe und der Versuch, terroristische Akte gegen Seeckt und andere zu organisieren, auf Initiative von „Volod'ka" mit Wissen und Einverständnis des ZK der DKP erfolgte, ungeachtet der diametral entgegengesetzten Anweisungen unsererseits.

2) dass Gen. „Volod'ka" mir nichts über die Existenz der Gruppe und ihre Ziele, sowie über die organisierten terroristischen Akte, mitteilte, und ich davon erst nach dem Hochgehen erfuhr;

3) dass, ungeachtet meiner zahlreichen und kategorischen Aufforderungen, Volod'ka nach Russland abzukommandieren, dies durch Zutun des ZK der DKP nicht umgesetzt wurde;

4) dass die Verantwortung für die Schaffung der terroristischen Gruppe, die Organisation einzelner Akte, und schließlich für das Auffliegen der Gruppe wie auch Volod'kas, komplett dem ZK der DKP zufällt, da „Volod'ka" und sein Apparat unter der unmittelbaren Anleitung und Überwachung eines seiner Mitglieder tätig war.[96]

Moskau „15" Mai 1924.
Mit kommunistischem Gruß
Unšlicht

96 Es dürfte sich hierbei um Gural'skij als Vorsitzenden des Revkom gehandelt haben.



Das Politbüro des ZK der KP Russlands beschloss am 15.5.1924, nachdem darüber unter Beteiligung von Pjatnitzki, Brjuchanov und Unšlicht debattiert worden war, das Budget des EKKI um 112.000 Rubel zu erhöhen.[97]

Am 22.5.1924 beauftragte das Politbüro des ZK der KP Russlands Nikolaj Bucharin damit, die Grußadressen der KPs Frankreichs und Deutschland an den XIII. Parteitag der RKP(b) telegraphisch zu beantworten.[98]

Dok. 112

Thesen von Erich Wollenberg über die militärischen Fehler in der deutschen Revolution von 1923

Moskau, 5.7.1924

Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau, 495/25/1365, 16–21. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 488–492.

Thesen über die Ursache der militärischen Fehler der K.P.D. im Oktober 1923, über die Militärschule und über Leninismus und Militärarbeit.

A. Ursachen der militärischen Fehler im Oktober 1923.[99]

1.) Eine notwendige Voraussetzung für die Ueberwindung der Fehler und Schwächen unserer Militärarbeit ist es, die Ursachen dieser Fehler zu analysieren. Der „deutsche Oktober 23“ stellt gewissermassen einen Kristallisationspunkt aller politischen und militärischen Schwächen der kommunistischen Parteien dar; deshalb wird eine Untersuchung der Ursachen des militärischen Versagens im Oktober 1923 am klarsten die Fehlerquellen aufweisen.

2.) Die Fehler auf militärischem Gebiet, die die deutsche Partei bei der Organisierung der Revolution im Oktober 1923 beging, waren nicht die Folge ungenügender militär-technischer und taktischer Kenntnisse der verantwortlichen Militärarbeiter,

97 RGASPI, Moskau, 17/162/1, 55. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 255.

98 RGASPI, Moskau, 17/3/439, 1.

99 Bis zu seinem Parteiausschluss 1933 war der im 1. Weltkrieg fünfmal verwundete Leutnant Erich Wollenberg vor allem als militärischer Führer in der Arbeiterbewegung, MP-Oberleiter Südwest im deutschen Oktober, sowie als Militärfachmann in der Sowjetunion tätig. Von der KPD und der Gestapo verfolgt, lieferte er bis zu seinem Tod 1973 als Autor und Journalist zentrale, auf eigener Lebenspraxis fußende Arbeiten über den Stalinismus, die Militärpolitik der Sowjetunion und Ernst Thälmann. Siehe: Erich Wollenberg: Der Apparat. Stalins Fünfte Kolonne, Bonn, Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, 1951; id.: The Red Army, London, New Park, 1978; id.: Thälmann. Film und Wirklichkeit (1954). In: Peter Monteath (Hrsg.): Ernst Thälmann. Mensch und Mythos, Amsterdam u.a., 2000, S. 109–118 (German monitor. 52).

sondern in erster Linie das gewissermassen notwendige Ergebnis einer falschen politischen Grundeinstellung.

3.) Diese falsche politische Grundeinstellung der deutschen Parteileitung im Herbst 1923 wirkte sich in militärischer Hinsicht hauptsächlich in folgenden Richtungen aus:

a) Der Militärapparat wurde in falscher Fronteinstellung organisiert als Folge einer falschen politischen Fronteinstellung (gegen den „Faschismus an sich", anstatt gegen die Staatsorgane der deutschen Bourgeoisie; der Militärapparat bereitete sich auf einen Kampf mit allen möglichen illegalen Faschistenverbänden vor und vergass da[bei] Reichswehr und Schupo).

b) Die Partei verwässerte die Rolle des Militärapparates als Folge einer verwässerten Auffassung von der Rolle der Partei (anstatt den Militärapparat der Partei als Kadres zur Erfassung und Führung der (zu bewaffnenden) Massen sowie als selbständige Kampfformation auszubauen, wurden entsprechend der Koalitionspolitik zwischen KPD und „linker" SPD auf Grund von papierenen Resolutionen und Vereinbarungen mit „linken" SPD-Führern sogenannte Betriebshundertschaften gebildet und mechanisch zu Bataillonen, Regimentern und Divisionen – als selbständige fertige Kampfformationen zusammengezählt.)

4.) Zu diesen grundsätzlichen Fehlern bei der militärischen Vorbereitung im Herbst 1923 kam noch die starre mechanische Uebertragung der Organisationsform, der Taktik und Strategie des Feldkriegs auf die Organisierung des bewaffneten Aufstandes (die für die Militärarbeit nach Deutschland gesandten Genossen übertrugen zum grössten Teil ihre in den Bürgerkriegskämpfen gegen Wrangel, Denikin usw.[100] gemachten Erfahrungen auf die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes, ohne zu bedenken, dass die Kämpfe gegen Wrangel usw. militärisch sich unter ähnlichen Formen und Bedingungen wie die Feldschlachten der imperialistischen Kriege mit ihren fertigen Verbänden abspielten, während das Proletariat seine Massenverbände erst im Kampf und durch den Kampf organisiert).

5.) Eine ungenügende taktische und strategische Ausbildung der verantwortlichen Militärarbeiter machte sich bei den relativ hohen militärischen Qualitäten des deutschen Feldsoldaten nur wenig bemerkbar, zumal die Partei über zahlreiche Chargierte (Offiziere und Unteroffiziere) verfügte. Es ist aber wahrscheinlich, dass bei grösseren Kämpfen das deutsche Proletariat auch Mangel an militärisch geschulten Führern haben wird.

6.) Infolge der falschen militär-politischen Grundeinstellung der Partei sowie der unter 4.) und 5.) aufgezählten Schwächen organisierte sich die deutsche Partei im Oktober in militärischer Hinsicht in falscher Richtung. Der gesunde revolutionäre Instinkt breiter Mitgliederkreise und die Erfahrungen der vergangenen Bürgerkriegskämpfe bewirkten, dass viele untere Einheiten der Partei sowie einzelne Bezirke im

100 General Pjotr Vrangel' war als Anführer der konterrevolutionären „weissen" Armee in der Sowjetunion der Nachfolger Anton Denikins.

Gegensatz zur zentralen Leitung ernste reale Vorbereitungen zum bewaffneten Aufstand betrieben. Das konnte nicht verhindern, dass die politische Parteileitung, die nicht wusste, wo die wirkliche Kraft der Partei und des Proletariats liegt, nur auf die militärischen Illusionsverbände schauten, die selbstverständlich vor dem ersten konkreten Reichswehrsoldaten sich als Wolkengebilde erweisen mussten. Die Folge davon war die „Begründung" der Oktoberkatastrophe – neben politischen Scheinargumenten – mit der angeblich versagenden militärischen Vorbereitung.

B. Das Versagen der ersten Militärschule.

7.) Die Militärschule (April bis Juli 1924)[101] sollte der Ueberwindung des „deutschen Oktobers" auf militärischem Gebiet, der Heranbildung der militär-politischen Organisationen und Führer für Deutschland dienen.

8.) Diese erste Militärschule hat ihren Zweck insofern vollständig verfehlt, als sie für eine reale militärpolitische Arbeit in der Vorbereitungszeit überhaupt keine Voraussetzung geschaffen hat, sondern nur für die zweite und vielleicht dritte Phase der Bürgerkriegskämpfe nach Eroberung der Macht gewisse militärtechnische und taktische Kenntnisse einem Teil der Kursanten gegeben hat.

9.) Die Ursachen des Versagens der Schule liegen in:

a) der ungenügenden technischen Organisation der Schule (wochenlang fehlten Arbeitsräume; Lehrmaterial kam z.T. gar nicht, z.T. erst am Ende des Kursus);

b) der schlechten Auswahl der Schüler (unter den Schülern befanden sich Genossen mit grossen Feld- und Bürgerkriegserfahrungen, mit geringeren, sowie solche Genossen, die nach ihrer Vergangenheit und ihren Anlagen für Militärarbeit überhaupt nicht in Frage kommen);

c) der z.T. schlechten Auswahl der Lehrer und dem Fehlen notwendiger Lehrkräfte (der erste Lehrer, Gen. Steinbrück, versagte vollständig, sodass ein Monat verloren ging; sein Nachfolger, Gen. Capitan,[102] hatte grosse taktische Kenntnisse, es fehlte aber jeder Zusammenhang des Militärischen mit dem Politischen, sodass der Unterricht die Organisation des Aufstandes nur von einer organisatorisch-technischen Seite behandelte und die Lehren der Taktik und Strategie auf den imperialistischen Krieg richtig, auf den Bürgerkrieg aber z.T. falsch anwandte. Militärpolitische Lehrkräfte waren überhaupt nicht da);[103]

d) dem ungenügenden Programm (siehe 13. und 14.), das auch nur in seinen militärtechnischen und nicht in den militärpolitischen Punkten durchgeführt wurde.

---

101 Gemeint ist die deutsche Militärschule beim Generalstab der Roten Armee in Moskau („1. M-Schule"). Siehe hierzu: Dok. 106.

102 Nicht zu entschlüsselndes Pseudonym.

103 Die Kritik Wollenbergs am Fehlen jeder militärpolitischen Analyse traf sich mit der Karl Retzlaws: „Wir müssten davon ausgehen [...] dass revolutionäres Handeln politisch bestimmt werde, dass es demnach ohne Politik kein revolutionäres Handeln geben könne. Ich erinnerte daran, dass es bei Lenin ebenso wie bei Clausewitz eindeutig heisst, dass ihre Lehren ‚kein Dogma', sondern ‚Anweisungen zum Handeln' seien." (Karl Retzlaw: Spartakus, S. 290)

10.) Das Ergebnis dieser ersten Militärschule ist folglich nicht ein neuer[104] Anfang der „militärpolitischen Ueberwindung des Oktobers", sondern es besteht vielmehr die Gefahr, dass die im Oktober dilettantisch begangenen Fehler sich bei einer neuen revolutionären Krise noch systematischer, gewissermassen auf einer militärwissenschaftlichen Grundlage wiederholen werden.

11.) Die völlig unzulängliche erste Militärschule ist aber durchaus kein Argument gegen Militärschulen überhaupt, im Gegenteil hat sie gerade die Notwendigkeit einer gründlichen militärpolitischen und militärtechnischen Schulung der deutschen Militärarbeiter aufgewiesen.

12.) Die Voraussetzungen für die erfolgreiche Durchführung einer neuen Militärschule sind:

a) gründliche technische Organisation der Schule;

b) der Schule muss ein politischer Kommissar beigegeben werden, sowie ein militärpolitischer deutscher Referent;

c) sorgfältige Auswahl der Schüler (nur solche Genossen dürfen delegiert werden, die wirklich als Militärorganisatoren oder als militärische Führer in Frage kommen);

d) sorgfältige Auswahl und genügende Bereitstellung von Lehrern, sodass nicht nur die militärisch-technische und -taktische, sondern auch die politische und militär-politische Seite behandelt werden kann. Notwendigkeit einer Differenzierung des Unterrichts bei einer (wahrscheinlichen) Differenzierung der Schüler.

C. Leninismus und Militärarbeit.

13.) Das Fundament der Schule sowie der Militärarbeit überhaupt muss der Leninismus sein, der notwendige Ueberbau: die technische, militärische Organisation, die Taktik und Strategie unter den realen Bedingungen des Bürgerkrieges.

14.) Unter „Leninismus und Militärarbeit" verstehen wir:

a) die Lehre des Aufstandes als Kunst (Lenins-Marx'-Engels' theoretische und praktische Stellungnahme, die Stellungnahme der II. Internationale, Rosa Luxemburgs, der deutschen K.P. usw.)

b) die Lehre von der Rolle der Partei und des Militärapparats (wie a);

c) die Lehre vom Zusammenhang der politischen revolutionären Organisation, Taktik und Strategie mit der militärischen revolutionären Organisation, Taktik und Strategie (wie a), sowie erläutert an den Bürgerkriegskämpfen;

d) kritische Untersuchung und Auswertung aller Bürgerkriegskämpfe, besonders in militärpolitischer Hinsicht (Frankreich: Kommune 1871, Russland: 1905 und 1917–1921, Deutschland: Spartakuskämpfe, bayerische Räterepublik, Ruhrkämpfe, Kapp-Putsch, Märzaktion, Hamburg 1923. Ungarn: Räterepublik. Bulgarien: Revolution 1922/23 usw. usw.)

15.) Zur Zusammenstellung und Bearbeitung des Materials nach den in 14.) für „Leninismus und Militärarbeit" angegebenen Gesichtspunkten, schlagen wir die

104 Handschriftlich korrigiert. Ursprünglich: „grosser".

Einsetzung einer Kommission vor, die eventuell zugleich die Vorbereitungen für eine neue Militärschule zu treffen hat.[105]

Erich Wollenburg [d.i. Wollenberg] (Walter)
Moskau, den 5. Juli 1924.



Am 14.7.1924 drückte das Politbüro des ZK der KP Russlands sein „größtes Erstaunen" angesichts der Tatsache aus, dass der sowjetische Vertreter in Italien, Konstantin Jurenev (urspr. Krotovskij), ein Dinner zu Ehren Benito Mussolinis veranstaltet hatte. Das Politbüro forderte von Jurenev eine Erklärung ein und beauftragte das NKID damit, eine Instruktion für die sowjetischen Auslandsvertreter zu ihrem „Verhältnis zum bourgeoisen Etikett" auszuarbeiten.[106]

Dok. 113

Beschluss des Politbüros des ZK der KP Russlands zur drastischen Kürzung der Zuweisung von Geldmitteln an die KPD

[Moskau], 14.7.1924

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 17/162/2, 8. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 261–262.

PROTOKOLL Nr. 10
(Sonder-Nr. 5)
DER SITZUNG DES POLITBÜRO DES ZK DER RKP(b) 14. JULI 1924.

Angehört:
3. Erklärung von Gen. Andreev, (Gen. Andreev, Sinowjew, Pjatnitzki).

Beschlossen:
3.a) Den Beschluss der Kommission zu bestätigen (siehe Beilage).

Text der Beilage.
Über die Vergabe von Mitteln an die deutsche Kompartei.
Den folgenden vorläufigen Beschluss zu fassen:

---

105 Vorerst wurde die „deutsche Militärschule" nach 1924 (20 Teilnehmer) im Rahmen des 2. Lehrgangs 1925 mit 35 Teilnehmern fortgesetzt. Unter ihrem Leiter Karol Świerczewski (Ps. General Walter) fungierte später die Militärschule der Komintern, zu der die KPD-Genossen weiter delegiert wurden. Auch im Rahmen der Internationalen Leninschule wurde die militärische Ausbildung verstärkt (so nach RGASPI 495/25/1349, 73, zit. in: Viktor Gilensen: Die Komintern und die „Organisation M." in Deutschland in den Jahren 1923–1925; id.: Die Komintern und die „paramilitärischen Formationen" der Kommunistischen Partei Deutschlands. In: Forum für osteuropäische Zeit- und Ideengeschichte 3(1999), Nr. 1, S. 31–80; 5(2001), Nr. 1, S. 9–50, bes. S. 37f., 44f.; vgl. Bert Hoppe: In Stalins Gefolgschaft: Moskau und die KPD 1928–1933, München, Oldenbourg, 2007, S. 152f.).
106 RGASPI, Moskau, 17/3/450, 3–4.

a) Die regulären Sonderzuweisungen für die nächsten sechs Monate bis zum 1. Januar von 41.500 Dollar auf 23 Tausend Dollar pro Monat zu kürzen.[107]

b) Die monatlichen Zuweisungen laut der allgemeinen Kostenaufstellung folgendermaßen festzulegen: Für Juli – 50 Tausend Dollar, für August – 47 Tausend, für September – 44 [Tausend] und für Oktober und die weiteren Monate – 40 Tausend.

Darüber hinaus weitere 4.000 Dollar zuzuweisen, die im Juli für unvorhergesehene Ausgaben und zur Schuldentilgung ausgegeben werden.

Falls kleinere Abweichungen sich als unvermeidlich erweisen sollten, sind diese aus den Reservemitteln der Komintern zu begleichen.

c) Ausgaben zum Erwerb von Gebäuden und Druckereien gegenwärtig als unzweckmäßig anzuerkennen.

---

b) Den Vorschlag von Gen. Sinowjew betr. des Gen. Trilisser anzunehmen.[108]

Auszüge versendet an:
Gen. Brjuchanov – a)
Gen. Trilisser – b)
Gen. Pjatnitzki – a) b)

DER SEKRETÄR DES ZK
[Sign.:] I. Stalin.



Am 17.7.1924 sanktionierte das Politbüro des ZK der KP Russlands eine Resolution des Kongresses der Profintern „über die Einheitsfront". Darin wird die Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftsinternationale gefordert, wozu Verhandlungen mit der Amsterdamer Internationale bzw. den britischen Gewerkschaften initiiert werden sollen.[109]

107 Die Kürzungen der Sonderzuweisungen auf ca. die Hälfte sowie der regulären monatlichen Zuweisungen um erhebliche Beträge lassen auf einen Gesamtumfang der finanziellen Unterstützung von bis zu einer halben Million Dollar schließen, zumindest für die Periode ab Juli 1923. Nach einem nicht weiter spezifizierten Dokument im RGASPI soll die Kominternsubvention an die KPD auf 180.000 Dollar für das Jahr 1924 gekürzt worden sein (Gilensen: Die Komintern und die Organisation M, S. 68). Damit wurden nicht nur die „militärischen" Kürzungen, sondern auch die von Sinowjew als Druckmittel gegen die Fischer/Maslow-Führung ins Spiel gebrachten „politischen" Mittelkürzungen an die KPD umgesetzt (siehe: Dok. 107).

108 Vermutlich ging es um die Überstellung von Mejer Abramovič Trilisser (Ps. Michail Abramovič Moskvin) in die Dienste der Komintern. Trilisser war stellvertretender GPU-Vorsitzender. Zu seiner weiteren „Karriere" – er wurde Mitglied des Präsidiums und Sekretariats des EKKI – siehe: Dimitrov: Tagebücher, I, S. 115f. u.a.

109 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 2–5. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 262–264.

Am 21.8.1924 beriet das Politbüro des ZK der KP Russlands über kommerzielle Beziehungen zu „oppositionellen Genossenschaftsorganisationen in Deutschland". Dabei handelte es sich größtenteils um kommunistische Fraktionen (Komfraktionen) innerhalb der Genossenschaftsbewegung.[110] Ein entsprechender Vorschlag wurde von Smirnov am 30.10.1924 nachgereicht. Daraufhin wurde beschlossen, einige Eisenbahnwaggons Pferdefutter an die deutsche Sektion der Bauerninternationale zu expedieren.[111]

Am 4.9.1924 befand es das Politbüro des ZK der KP Russlands nach einem Vorschlag des NKID für „wünschenswert", eine „sowjetische Wochenzeitung in Berlin" herauszubringen. Die Presseabteilung der Partei wurde beauftragt, eine Redaktion zusammenzustellen, „die eine kommunistische Ausrichtung der Zeitung ohne die offizielle Proklamierung ihrer Parteilichkeit garantieren würde".[112]

Am 2.10.1924 fasste das sowjetische Politbüro einen militärpolitischen Beschluss zum „Vorschlag des Gen. Rozengol'c", der Mitglied des Revolutionären Militärrates (RVRS) – des höchsten Führungsorgans der Roten Armee – war, „über Metachim". Dabei ging es um Verträge mit dem Oberkommando der Reichswehr über den gemeinsamen Bau eines Werkes für die Herstellung von Granaten und die Produktion von chemischen Kampfstoffen – die Aktiengesellschaften Wiko, Metachim und Bersol. Hierzu wurde konkret beschlossen, die Metachim aufzulösen und sie in die Moskust-Fabrik zu inkorporieren.[113]

Das Politbüro des ZK der KP Russlands behandelte am 9.10.1924 die Perspektiven eines Beitritts Deutschlands zum Völkerbund. Das NKID wurde beauftragt, dem Politbüro eine entsprechende Erklärung zukommen zu lassen. Ebenfalls wurde über die Zusammensetzung einer Delegation für die Verhandlungen mit Deutschland über den Handelsvertrag entschieden, die Jakov Ganeckij anführen sollte.[114]

Am 16.10.1924 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands eine mündliche Formel als Antwort auf die Erklärung der deutschen Regierung betr. Perspektive einer formellen Übereinkunft über den (Nicht-)Beitritt zum Völkerbund einer Partei ohne das Einverständnis des anderen.[115]

---

110 RGASPI, Moskau, 17/3/459, 3
111 RGASPI, Moskau, 17/3/472, 3.
112 RGASPI, Moskau, 17/3/461, 2. Der Plan wurde vorerst nicht umgesetzt.
113 APRF, Moskau, 03/64/645, 153–154. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 179.
114 RGASPI, Moskau, 17/3/467, 1; APRF, Moskau, 03/64/691, 4; 645, 155 und 157. Publ. in: Ibid, Dok. 183 und 185.
115 RGASPI, Moskau, 17/3/469, 2.

Dok. 114

Bericht von „Franz" über die Aufdeckung des Berliner „Passbüros" und die Fehler des illegalen Apparats der KPD

Berlin, 4.11.1924

Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau, 495/27/12, 15–16. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 504–509.

BERICHT UEBER DIE BERLINER PASSSTELLE.[116]

Zur Zeit der Beschlagnahme[117] bestanden folgende Einrichtungen: 1 Verbindungsbureau (Leiter: Ernst [d.i. Hans Kippenberger]), 1 Bureau für die Ausfüllung von Pässen (Conrad und Franz), 1 Bureau für Herstellung von Arbeitszeug usw. (Erwin und Hermann), 1 Stelle für Aetzung und Photos (?), 1 Stempelwerkstatt und mehrere Lager von Material und Stempeln. Ausserdem besorgte 1 Genosse (Hans) die Zeichnungen (Originale für Aetzungen) und Drucksatz aus Berliner Druckereibetrieben, in denen unsere Genossen beschäftigt waren.[118]

Die direkten Verbindungen von der Zentrale und aus dem Reich liefen bei Ernst zusammen. Zweimal täglich kamen an Treffpunkten zusammen: 1 Verbindungsmann von Ernst, einer aus dem Passbureau und der Druckereifachmann Hans,[119] wobei am Treff immer der nächste verabredet wurde. Zum Arbeitszeugbureau und der Photostelle (Gruppe), sowie bei dem Graveur, wurde vom Passbureau die Verbindung mitbesorgt.

---

116 Auf der ersten Seite oben links ein handschriftlicher Vermerk von Mickiewicz-Kapsukas: „Gen. Ejdukin. Nur im Stahlschrank aufbewahren." Oben rechts: „S[treng] geheim". Der Verfasser ist möglicherweise Franz Ferdinand Schindler, das Pseudonym von Albert Gromulat (1882–1950) 1924 Organisator und Instrukteur für illegale Arbeit in Berlin.

117 Beschlagnahme der Passstelle: Der Passfälscherapparat der KPD, der zu Beginn der zwanziger Jahre mit dem Apparat der Verbindungsabteilung der Komintern (OMS) zusammenarbeitete, war wiederholt von der Polizei ausgehoben worden. Über den hier dargestellten Fall findet sich bei Grundmann folgendes: „Am 7. Oktober 1924 wurde eine Werkstatt in der Neuköllner Thomasstrasse 33 geschlossen. Der Polizei fielen eine große Anzahl von Dokumenten für Kommunisten, die in die Illegalität gehen sollten (darunter Ernst Thälmann und Hugo Eberlein), sowie Mittel zur Dokumentenausstellung (deutsche und Danziger Paßblankoformulare, 1300 Stempel, Chemikalien usw.) in die Hände. Am 25. Februar 1925 gelang es der Polizei abermals, eine Werkstatt in Berlin-Treptow zu entdecken. [...] Trotz dieser schweren Verluste wurde der Schaden kompensiert, zumal die zahlreichen anderen Werkstätten nicht entdeckt wurden. Die Arbeit wurde nicht nur fortgesetzt, sondern perfektioniert." (Grundmann: Kommunistische Passfälscher, S. 431).

118 Nach den Recherchen von Grundmann war dies in der Hauptsache die Graphische Kunstanstalt Schultz und Großkopf, später Berliner Klischee-Werkstätten, in Berlin-Charlottenburg, Grolmannstr. Nr. 59/60 (Grundmann: Kommunistische Passfälscher, S. 429).

119 Der Druckereifachmann war vermutlich der Chemigraph Bruno Schultz, der Inhaber der Berliner Klischee-Werkstätten war (Grundmann: Kommunistische Passfälscher, S. 429).

Alle Mitarbeiter waren aus der Ortsorganisation der Partei ausgetreten und gehörten einer Parteigruppe für sich an, die Bücher enthielten Decknahmen und waren nicht in Händen der Genossen.[120]

Das Passbureau lag in einem Miethause im II Stock, und hatte seine Fenster dem Hof zu, gegenüber einer Giebelwand. Es war ungefähr seit einem Jahr von älteren Leuten, Sympatisierenden, abgemietet [sic] unter dem Mantel eines Ingenieurbureaus, ohne aber angemeldet zu sein, und ohne sich, nach aussen, irgendwie als Bureau kenntlich zu machen. Erwin, der vor mir und Conrad dort gearbeitet hatte, war zufällig mit dem Verwalter des Hauses bekannt, so wusste mit einem Male unsere Wirtin seinen richtigen Namen, den sie sicher auch der Polizei übermittelt haben wird.

Durch Ueberlastung des Apparates durch laufende Arbeit hatte sich die organisatorische Arbeit so angehäuft, dass ich, als zweiter Mann, fast nur mit dieser zu tun hatte.[121] Zuletzt hatte ich sie soweit aufgearbeitet, dass wir gemeinsam die laufende und die org[anisatorische] Arbeit machten. Zu dieser letzteren gehörte die Organisation eines Reserveapparates in Bezug auf Vorlagen, Copien usw. Diese Arbeit wurde von allen als wichtiger angesehen, als die Arbeit der Chiffrierung der Registratur, die unmittelbar darauf in Angriff genommen werden sollte. Diese Arbeit war Erwin schon vorher einmal übertragen worden. Er kam aber infolge der laufenden Arbeit über den Anfang nicht hinaus. Als ich in den Apparat hineinkam, und die Registratur sah, machte ich sofort auf die grosse Gefahr Ernst, sowie auch Conrad, aufmerksam; ich musste dann aber auch feststellen, dass bei dem vorhandenen Arbeitsmodus dieselbe dauernd zu Auskünften bei Verhaftungen, Zusätzen und Streichungen gebraucht wurde, oft liefen Nachbestellungen so unvollständig abgefasst ein, dass man nur mit Hilfe der Registratur dieselbe ausführen konnte. So war es erklärlich, dass dieselbe da war, wo sie am meisten gebraucht wurde. In der Registr[atur] war enthalten der orig[inal] Name, meistens mit Geburtsdaten und Berufsangabe, sowie der Besteller, wie Sekretariat = Sekt. oder Reichszentrale Rote Hilfe = R.Z.14 usw, weiterhin der neue Name mit allen nötigen Angaben, wobei das, was geliefert wurde, in Zahlen, wie Berliner Pass vom 5. Bezirk = 7,5 Bln, ausgedruckt wurde. Bei den bekannten Genossen stand im Orig. Abschnitt meist nur ein Name wie: Ruth [Fischer] oder Thälmann. Da wir bald zur Chiffrierung schreiten wollten, war auch die 2. Registratur vom Arbeitszeugbureau im Passbureau, in der sich ungefähr 300 Angaben über Arbeitszeuge, ebenso abgefasst, befanden.

---

120 Grundmann zufolge, der Informationen von August Meyer heranzieht, war seit 1923 Richard Großkopf technischer Leiter der Passfälscherzentrale. Ab 1924 unterstand die Mitarbeitergruppe Leo Flieg als Leiter des Sekretariats des ZK und dem diesem untergeordneten Leiter der Abteilung für technische Sicherung der Auslandsbeziehungen und Leiter des illegalen Bereichs des Sekretariats, Willi Mielenz (Grundmann: Kommunistische Passfälscher, S. 428).

121 Nach Richard Großkopf wird als zweiter Mann für die technische Durchführung der Passfälscherzentrale bei Grundmann Karl Wiehn (Ps.: Karl und Schilling) genannt.

In ungefähr 40 Mappen befanden sich die Blankoformulare und Vorlagen für Pässe und Arbeitszeug sowie die verschiedensten Ausweise und Bescheinigungen. Ausser dem Passmaterial befanden sich von den übrigen Materialien immer nur wenige Formulare in den Mappen, das übrige war in getrennten Lagern untergebracht. Vom Passmaterial befanden sich alle Vorlagen, Photographien, Fragebogen und Orig.– sowie Blanko-Pässe von Deutschland, und einige Pässe, die zur Wiederverwendung aufbewahrt wurden, so von Ruth [Fischer], Thälmann, Eberlein u.a. dort. Von den ausländ[ischen] Pässen waren dort Vorlagen und Photos von fast allen Ländern; Blanko-Pässe wohl nur von Frankreich, Schweiz, Oesterreich, Danzig und Identitätskarten von Luxemburg vorhanden. Andere Pässe wurden nur immer von Fall zu Fall mitgeliefert, z.B. Tschechen. Einen konkreten Bericht kann nur Conrad von diesem Material geben, da ich noch zu wenig mit diesen Mappen zu tun gehabt habe, um ihren Inhalt genau zu kennen.

Der Hergang der Beschlagnahme war folgender: Ich war gerade mit dem Einpacken der Materialien fertig und wollte zum Treffpunkt, als die Wirtin anklopfte. Ich öffnete, da ich beim Klingeln, vorher, nichts verdächtiges gehört hatte, und es trat ein Mann hervor, der sich als Kriminal auswies, und sich nach „dem Grund, warum wir uns unangemeldet verstecken" und unserer Arbeit erkundigte, von der Hausbewohner „allerhand Mystisches" gemeldet hatten. Ich musste ihm meinen Personalausweis aushändigen, und erzählte ihm von Bauplänen usw. Er notierte alles, auch den Namen meines Mitarbeiters, den ich natürlich frei erfand, und untersuchte dann den Materialschrank. Vorher liess er sich den Inhalt meiner Aktentasche zeigen, und ich konnte gerade noch meinen Revolver und die fertige Arbeit (einen Oesterreicher für Fink [d.i. Willi Frank]) unter einer Zeichnung verbergen. Den Revolver hatte ich tagszuvor von einem Genossen gekauft, er war aber durch Ladehemmung unbrauchbar. Widerstand war so nutzlos, und ich versuchte abzulenken, um Fluchtmöglichkeiten zu schaffen, was mir auch gelang, indem ich ihn ins Zimmer einschloss. Sofort alarmierte ich erst Conrad, setzte mich mit meiner Frau in Verbindung, und wir schafften dann sofort am Abend die Stempelmaschinen und s.w. beiseite.

Ein gut organisierter Handstreich hätte am gleichen Abend vielleicht die Vernichtung des Materials erreichen können, denn das Haus war unbewacht geblieben, wie wir feststellten. Leo [verm. Leo Flieg] riet davon ab, da er die Partei dafür nicht mobilisieren wollte. (Der Pass für Trink,[122] der Revolver und Handschriften, sowie meine Tasche, mein Mantel und Mütze blieb alles in Händen der Polizei). Meine Frau hatte, bevor die Polizei in meine Wohnung kam, alle noch vorhandenen Zusammenhänge mit der Partei vernichtet, und bei ihrer Verhaftung ausgesagt, dass wir schon einige Monate aus der Partei ausgetreten waren. Man konnte nichts weiter aus ihr herausbekommen und liess sie am 3. Tage wieder frei. Sie war aber auch nicht über meine Tätigkeit informiert.

122 So im Dokument. Richtig: Fink.

Da alle Gummistempel usw. mehrfach angefertigt wurden, die in besonderen Lägern verwahrt wurden, weiter das meiste Blankomaterial sich auch an anderem Orte befand, ist eine Weiterfunktion des Apparates ohne weiteres gegeben. Es kann sich nur darum handeln, dass einige Prägestempel fehlen und ebenso die fehlenden Vorlagen die Arbeit schwieriger gestalten, was aber dadurch ausgeglichen wird, dass Conrad nicht gefährdet ist, der, in jeder Beziehung eingearbeitet, auch ohne diese wird arbeiten können.

Alle Umstände weisen darauf hin, dass es sich bei der Beschlagnahme nicht um eine Aktion der Ia.[123] handelt, sondern dass die Polizei selbst die Denuntiation der Hausbewohner nicht ernst genommen hat, sonst wäre sie anders vorgegangen, auch wenn sie Falschmünzer oder ähnliches vermutet hätte. Die Hausbewohner kamen zur Denuntiation m.E. aus folgenden Gründen. Es blieb nicht unbemerkt, dass regelmässig in der Wohnung gearbeitet wurde, ein Kommen und Gehen stattfand (Treffpunkte), ohne dass man Erklärung über die Art der Arbeit, durch ein Firmenschild oder dgl. hatte. Unsere primitive Prägestempelpresse entwickelte noch dazu Geräusche, die in einem Bureau sonst nicht vorkommen, ferner öffneten wir grundsätzlich nicht wenn es läutete, was auch auffallen musste, wo man bestimmt wusste, dass zumindest wir in der Wohnung uns befanden.

Um mit dem Letzten zu beginnen, wäre es besser gewesen, wenn die Leute nicht anwesend sind, ruhig zu öffnen nachdem man das Arbeitszimmer geschlossen hatte, und dann bei evtl. Polizeibesuch mit diesem in die Küche zu gehen und zu erklären, man ist Schlafbursche und man hat keinen Schlüssel für das geschlossene Zimmer. Richtiger wäre es für diese Arbeit einen legalen Mantel zu schaffen, dergestalt, dass man einem guten arbeitslosen Genossen ein Geschäft einrichtet, was sich selbst rentiert, und in dessen Hinterraum unauffällig die Arbeit vor sich gehen kann.

Dass wir mit einer so primitiven Presse arbeiteten, war falsche Sparsamkeit; jedes Geräusch muss vermieden werden. Ebenso lassen sich die Löcher für die Oesen in den Pässen geräuschlos mit einer Lochzange machen. Die Registratur und das Archiv muss ganz abgesondert verwaltet werden, wobei sich ein gewisser Zeitverlust nicht umgehen lässt. – Die Art der Verbindung hat sich ja bisher gut bewährt, jedoch halte ich eine Trennung des Druckereifachmannes von den Treffpunkten zwischen Ernst und Conrad für notwendig. Bei der sicher jetzt stattfindenden schärferen Beobachtung der Druckereibetriebe, eigentlich für die Ia. jetzt der einzige Anhaltspunkt, kann sich leicht jemand an seine Rockschösse hängen, da er ja direkt mit den Parteigenossen, die in den Betrieben bekannt sind, verkehren muss.[124]

123 Die unter dem sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten Eugen Ernst geschaffene Abteilung 1A des Polizeipräsidiums Berlin und später in allen staatlichen Polizeipräsidien, bildete die preußische politische Polizei, aus der 1933 die Gestapo hervorging.

124 In Verbindung mit diesem Bericht bereitete das EKKI Ende 1924 den Entwurf eines Zirkularbriefes an die KPD vor, in dem die unbedingte Einhaltung der Konspiration gefordert wurde (RGASPI, Moskau, 495/27/12, 39–41).

Im allgemeinen müssen die in Frage kommenden Genossen daraus lernen, dass man diese Arbeit nicht durch Ansetzung zu kurzer Liefertermine schematisieren darf. Es ist mehr als ein paar Mal vorgekommen, dass durch das Ansetzen von zu kurzer Lieferzeit, nicht nur die Sicherheitsmassnahmen, sondern auch die Arbeit selbst gelitten hatte und dann für ein Neuanfertigen auf einmal die Zeit da war. Hätte man gleich mehr Zeit angesetzt, so wäre Material wie Zeit gespart worden. Es lässt sich eben von Aussenstehenden, gerade bei dieser Arbeit, die Dauer nicht abschätzen.

Franz.
4.XI.1924.



Am 13.11.1924 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands, den Entwurf für die Wirtschaftsgespräche mit dem Deutschen Reich genauestens und im Geheimen zu studieren, bevor man sich diesbezüglich mit den Deutschen in Verbindung setzte. Auf der gleichen Sitzung des Politbüros wurden Stalin, Bucharin und Sinowjew beauftragt, einen Brief an die KPD zum Wahlkampf in Deutschland aufzusetzen.[125]

Das Politbüro des ZK der KP Russlands ließ am 25.11.1924 Krestinskij mitteilen, dass man auf die „Ergreifung sämtlicher nur möglicher Maßnahmen" bestehe, um die Freilassung von Arkadi Maslow „auf diplomatischem Wege" zu erwirken.[126] Der als Kopf der Partei geltende Maslow war bereits am 20.5.1924 bei der Fahndung nach einem Handtaschendieb im Berliner Lunapark festgenommen worden. In seinem am 1.9.1925 beginnenden Prozess wurde er zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, dann jedoch aufgrund seines schlechten Gesundheitszustands im Juli 1926 freigelassen, kurz bevor er zusammen mit Ruth Fischer aus der Partei ausgeschlossen wurde.

Zu den am 26.11.1924 zu eröffnenden bilateralen Verhandlungen im Namen des Volkskommissariats für auswärtige Politik über einen Handelsvertrag mit Deutschland unter der Leitung von J. Ganeckij beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands am 20.11.1924, die Prärogative an die deutsche Seite an alle PB-Mitglieder zu zirkulieren. Die zentralen Forderungen waren das Anerkennen des sowjetischen staatlichen Außenhandelsmonopols sowie die Exterritorialität und Steuerfreiheit der sowjetischen Handelsvertretungen.[127]

---

125 RGASPI, Moskau, 17/3/474, 3.
126 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 44. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 280–281.
127 APRF, Moskau, 03/64/646, 646101 und 102–107. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 198.

Dok. 115

Brief Stalins an Sinowjew zu einem historischen Artikel Otto Kuusinens über die deutsche Revolution

[Moskau], 27.11.1924

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 558/11/734, 123. Erstveröffentlichung.

27.XI.1924

Gen. Sinowjew!
Ich kann nicht für die Veröffentlichung des Artikels von Gen. Kuusinen stimmen.[128] In dem Artikel wird direkt darauf hingewiesen, dass der Aufstand in Deutschl. von Moskau gegen den Willen des deutschen ZK angeregt und geplant worden sei. Zum jetzigen Zeitpunkt, wo die Propaganda- und Aufstandsarbeit der Komintern im Zentrum der Angriffe aus dem Westen steht, ist es gefährlich und schädlich, über solche Dinge zu schreiben.[129] Falls Sie nicht einverstanden sind, lassen Sie uns morgen auf der Siebener-Sitzung [*v 7–ke*] darüber sprechen.

(Stalin)



Das Politbüro des ZK der KP Russlands beriet am 27.11.1924 über das Budget der Komintern. Die Entscheidung wurde einer Kommission überantwortet, die aus Sokol'nikov, Pjatnitzki und Molotov zusammengesetzt war. Es wurde ebenfalls über den Handelsvertrag mit Deutschland gesprochen.[130]

---

128 Gemeint ist der Artikel: Otto Kuusinen: Eine mißglückte Schilderung des „deutschen Oktober". In: *Inprekorr* (1924), Nr. 161 (12.12.1924), der explizit zur Verteidigung des Kominternvorsitzenden Sinowjew, implizit zur Verteidigung Stalins geschrieben wurde. Der Autor setzt sich mit dem Vorwort von Trotzkis Broschüre „Die Lehren des Oktober" auseinander, in dem der deutsche Oktober als „klassisches Beispiel" bezeichnet wird, „wie man eine ganz außergewöhnliche revolutionäre Situation von welthistorischer Bedeutung verpassen kann." (siehe: Lew Trotzki: 1917. Die Lehren der Revolution, Berlin, E. Laub, 1925, S. 12f.). Kuusinen wirft Trotzki „rechte Tendenzen" vor und spricht von einem „ungeheuerlichen Versuch", „den Vorsitzenden der Komintern (...) an den Pranger zu stellen" (S. 2204f.). Er argumentiert zentral gegen die These Trotzkis, im Deutschen Oktober habe es als fundamentalen Unterschied zur russischen Oktoberrevolution ein Führungsversagen als wichtigsten Grund für das Scheitern des Aufstands gegeben.

129 In der publizierten Fassung ist abgeschwächt nur noch von dem „Druck" die Rede, den die Exekutive seinerzeit auf die KPD-Führung hätte ausüben müssen. Darüber hinaus legitimierte Kuusinen noch einmal die nach Trotzkis Auffassung ungerechtfertigte Absage von Massenkämpfen im Sommer 1923. Als „äußerst seltsam und unbegründet" bezeichnete er Trotzkis Diktum: „Unser Fehler liegt darin, daß ‚wir' wochenlang die alten Abgeschmacktheiten darüber wiederholten, daß ‚die Revolution nicht zu einem bestimmten Termin angesetzt werden könne' und dadurch alle Termine verpasst haben." (ibid., S. 2202).

130 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 45. Teilweise in russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 281–282.

Am 11.12.1924 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands, eine Kommission, bestehend aus Litvinov, Frumkin und Rykov, zu bilden, die die sowjetische Delegation bei den Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit Deutschland anleiten sollte.[131]

Am 15.12.1924 bewilligte das Politbüro des ZK der KP Russlands – vermutlich nach einem Vorschlag von Čičerin vom 11.12.1924 – ein Antwortschreiben an Reichsaußenminister Stresemann anlässlich eines Briefes des ZK der KP Russlands an die KPD, in dem die Wahlen als „Zuchthauswahlen" bezeichnet wurden. Die deutsche Regierung hatte daraufhin gegen den Brief Protest eingelegt (siehe nachstehendes Dok. 117).[132]

Dok. 116

Aufforderung der Abteilung I der Hamburger KPD, die Veröffentlichung von Larissa Reissners „Hamburg auf den Barrikaden" zurückzuhalten

Hamburg, 17.12.1924

Typoskript, deutsch. SAPMO-BArch, Berlin, I 3/16/24, 77.[133] Erstveröffentlichung.

Hamburg, den 17. Dezember 1924.
An die *Zentrale der K.P.D., Polbüro,*
an das Zentralkomitee der R.H.
an den neuen Deutschen Verlag, *BERLIN*

Werte Genossen! In unserer Parteipresse kündigt Ihr in einer Annonce zum 20. Dezember die Broschüre „Hamburg auf den Barrikaden" von der Genossin Larissa Reissner, an.[134]

Wir ersuchen Euch dringend, diese Broschüre unter allen Umständen zurückzuhalten und kein einziges Exemplar an die Öffentlichkeit zu geben.

Die Gründe dazu sind folgende:

Vor einiger Zeit hat das „Hamburger Echo" einen Auszug aus der „Prawda", die einen Teilabdruck aus der Broschüre abgedruckt hatte, zur Veröffentlichung gebracht.[135] Auf Grund dieser Veröffentlichung des „Hamburger Echo's" wurde sofort von der Staatsanwaltschaft gegen 10 Genossen ein Verfahren wegen Hochverrats ein-

---

131 APRF, Moskau, 03/64/646, 141 und 144. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 205.
132 RGASPI, Moskau, 17/3/481, 4.
133 Eintrag über die ersten zwei Zeilen: „für Berger". Unterschrift unleserlich. Über der Unterschrift ovaler Stempel mit mittigem Abdruck: „Abtg. I". Rechteckiger Eingangsstempel: 18. DEZ. 1924.
134 In der deutschen (Erst-)ausgabe der Erzählung (Larissa Reissner: Hamburg auf den Barrikaden. Erlebtes und Erhörtes aus dem Hamburger Aufstand 1923, Berlin, Neuer Deutscher Verlag [1924]) wurden nur Initialen verwendet.
135 Das *Hamburger Echo*, *Hamburg-Altonaer Volksblatt*, Tages- und Abendzeitung der SPD.

geleitet.[136] Nach Rücksprache mit dem Verteidiger, unserem Genossen Schmidt steht fest, dass schon jetzt die Oberstaatsanwaltschaft auf Euer Inserat hin, grosses Interesse für die Broschüre hat. Es sind in der Broschüre eine ganze Menge Genossen namentlich benannt, gegen die die Staatsanwaltschaft bisher noch nicht genügend Material zur Erhebung der Anklage des Hochverrats hatte. U.a. gegen die Genossen [Karl] Köppen, [Erich?] Hoffmann, [Walter] Rühl und andere. Sollte dem Staatsanwalt die Broschüre in die Hände fallen, ist klar dass gegen alle Genossen, die in der Broschüre namentlich benannt sind, sofort Anklage erhoben wird.

Wir ersuchen Euch deshalb nochmals dringend, die Broschüren mindestens solange zurückzuhalten, bis alle Prozesse erledigt sind oder aber alle Namen aus dem Manuskript der Broschüre zu streichen.[137]

Mit komm[unistischem] Gruss



Am 15.12.1924 bewilligte das Politbüro des ZK der KP Russlands ein Antwortschreiben an Reichsaußenminister Stresemann anlässlich eines abgefangenen Briefs des ZK der KP Russlands an die KPD (siehe nachstehendes Dokument).[138]

Das Politbüro des ZK der KP Russlands beriet am 18.12.1924 über die Verhandlungen zum Handelsabkommen mit Deutschland, die nach der von dem „Handelsvertretungs-Zwischenfall“ bedingten Pause wiederaufgenommen werden sollten. Es wurde beschlossen, sich vom NKID und von der Berliner Vertretung Materialien und Meinungen zukommen zu lassen. Für die Planung der Verhandlungen sollte zwecks Ausarbeitung der Forderungen der sowjetischen Seite eine Kommission gebildet werden.[139]

---

136 Die Publikation wurde mehrfach konfisziert. In einer Rezension schrieb Kurt Tucholsky unter dem Titel „Larissa Reissner“: „Die ist in ihrem eignen Saft gekocht. Wir haben so viel alte Weiber unter den Journalisten – eine so kluge, eine so kräftige war noch nicht dabei. Ihre ausgewählten Schriften liegen nun unter dem Titel ‚Oktober‘ im Neuen Deutschen Verlag zu Berlin vor. Im Inhaltsverzeichnis fehlt zunächst ‚Hamburg auf den Barrikaden‘, das ein ungerechtfertigtes und politisches Edikt der Republik unter Zuhilfenahme einer sogenannten Justiz dem legalen Verkauf entzogen hat. Ich besitze das Buch und schätze es als eins der besten Revolutionsdokumente, das so ganz nebenbei eine Meisterschilderung Hamburgs enthält, das Paradigma eines Städtebildes, etwas ganz und gar Einzigartiges. Die Konfiskation dieser Broschüre nützt natürlich, wie alle derartigen Kindereien, zum Glück wenig. Und im ‚Oktober‘ bleibt noch reichlich genug Schönes“ (Ignaz Wrobel (Ps.), d.i Kurt Tucholsky: Larissa Reissner, in: *Die Weltbühne*, 22.2.1927 (siehe auch: http://www.textlog.de/tucholsky-larissa-reissner.html).

137 In der 1925 erschienenen Ausgabe (Larissa Reissner: Hamburg auf den Barrikaden, Berlin, Neuer Deutscher Verlag, [1925],) wurden nur Initialen benutzt.

138 RGASPI, Moskau, 17/3/481, 4.

139 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 50. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Di B’jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 56.

Dok. 117

Antwortentwurf der sowjetischen Regierung auf den Protest von Reichsaußenminister Stresemann gegen einen Brief des ZK der RKP(b) an die KPD zu den Reichstagswahlen

[Moskau], 18.12.1924

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 17/3/481, 9. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 284–286.

ANLAGE ZUM P. 17 DES PROTOKOLLS NR. 41 DER SITZUNG DES PB DES ZK VOM 18/XII-24.

ENTWURF DER ANTWORT AN STRESEMANN

Sehr geehrter Herr Minister!
Auf die Frage zurückkommend, die sowohl in unserem persönlichen Gespräch wie auch in Ihrem an mich gerichteten Brief vom 30. November dieses Jahres berührt wurde,[140] beehre ich mich noch einmal, zu betonen, dass meine Regierung auf der Position einer völligen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands steht und unverrückbar stehen wird.[141]

Der Regierung der UdSSR ist kein Fall bekannt, der der deutschen Regierung Anlass dazu hätte geben können, wegen eines Bruchs mit diesem Grundprinzip der Beziehung zwischen den beiden Staaten, ihre Unzufriedenheit zu bekunden.

Was die Hinweise auf Parteiorganisationen, die Komintern und die RKP angeht, auf die sich Ihr letzter Brief, wie auch Ihr öffentlicher Auftritt vom 29. Oktober sowie der von Herr von Maltzan vom 7. November bezieht, so hat die Regierung der UdSSR in allen Fällen eine ausführliche Erklärung darüber abgegeben, dass sie in keiner Weise für die Tätigkeit dieser Organisationen verantwortlich ist und es nicht für möglich ansieht, diese zu kontrollieren.[142]

---

140 Reichsaußenminister Stresemann hatte in einem Schreiben vom 30.11.1924 an Botschafter Krestinskij sowohl gegen die bereits früher wegen der von Sinowjew unterzeichneten Aufrufe an das revolutionäre Proletariat Hamburgs und gegen die Verfolgung der KPD, als auch gegen eine Erklärung des ZK der RKP(b), von Stalin unterzeichnet, an die Zentrale der KPD zu den Reichstagswahlen, die am 27.11.1924 in der *Roten Fahne* Nr. 167 veröffentlicht wurde, als Einmischung in innerdeutsche Verhältnisse protestiert. Stalin hatte darin die Wahlen als „Zuchthauswahlen" bezeichnet, überhaupt würden die deutschen Arbeiter ihr letztes Wort nicht in den Wahlen sprechen.

141 Brockdorff-Rantzau äußerte am 4.12.1924 in einem Gespräch mit Čičerin, der noch nicht über das Schreiben Stresemanns informiert war, dass ihm „der Boden unter den Füßen entzogen werde, wenn Leute wie Sinowjew und Stalin ihr Wesen weiter trieben", und dass „jede vernünftige auswärtige Politik durch den Komintern [sic] unmöglich gemacht" würde (Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945. Serie A: 1918–1925, Hrg. Walter Bußmann, Roland Thimme, Harald Schinkel u.a., Göttingen, Vandenhoek Ruprecht, 1993, Bd. 11, S. 507.

142 Stresemann war naturgemäß mit dieser Begründung nicht zufrieden und forderte eine Verhinderung weiterer Einmischungen in die inneren Angelegenheiten Deutschlands: „Angesichts des ganzen

Ihrem Wunsche nachkommend, habe ich nochmals die Ehre, Ihnen zu versichern, dass der Regierung der UdSSR jeder Gedanke einer wie auch immer gearteten Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands fern liegt.

Nehmen Sie die Zusicherungen entgegen etc.[143]

Für die Richtigkeit: E. Lepšinskaja

Dok. 118

„Grundlegende Angaben über den Zustand der Wehrorganisation der KPD“:[144] Aus der Denkschrift des Leiters der Wehrabteilung des ZK

[Berlin], nach dem 20.12.1924

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 495/25/1365, 303–329. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 509–516.

XII. Überlegungen zur Arbeit im Rahmen des neuen Budgets.

1. Bis zu diesem Punkt wurden die vorliegende Notiz und alle von mir gemachten Vorschläge ausgehend von unserem alten Budget, d.s. 15 Tsd. Dollar im Monat, verfasst. [...] Nun jedoch, nachdem ich Ihr völlig unerwartetes Schreiben erhielt (ich hatte gedacht, dass es Kürzungen geben wird, jedoch nicht derart drastische), verändert sich die Lage bedeutend. [...][145]

Ich führe lediglich die Liste unserer Arbeitsausgaben für Dezember an. Daraus wird ersichtlich, dass ein Teil der Ausgaben auf einer nicht ganz rationalen Grundlage durchgeführt und eine zu große Zahl bezahlter Mitarbeiter unterhalten wurde.[146] [...]

Aufbaus und der Organisation des Sowjetstaates und namentlich angesichts der für die Entscheidungen der Regierung maßgebenden Rolle, die im russischen Sowjetstaate die genannten beiden Persönlichkeiten spielen [d.s. Stalin und Sinowjew], kann die deutsche Regierung für die scharfe Unterscheidung, die von Ihnen zwischen der Regierung und derartigen Organisationen gemacht wird, ebenso wenig Verständnis aufbringen wie für die Erklärung, dass es der Regierung der UdSSR unmöglich sei, diese Organisationen zu überwachen.“ (Ibid., S. 662).

143 In der Antwort schrieb Stresemann: „Abgesehen von den [...] fortgesetzten weitgehenden Einmischungen von Herrn Sinowjew hat, wie seinerzeit ausgeführt, auch Herr Stalin keine Bedenken getragen, seinen Namen unter einen derartigen Aufruf zu setzen. In Ihrer Antwort gehen Sie, Herr Botschafter, auf diese Fragen nicht ein, insbesondere haben Sie mir bezüglich Herrn Stalins überhaupt keine Aufklärung zukommen lassen.“ (Der Reichsminister des Auswärtigen Stresemann an den sowjetischen Botschafter Krestinski, Berlin 31.1.1924, abgesendet 2.1.1925; Ibid., S. 661–662).

144 Im Original „DKP“.

145 Es ging um Kürzungen der Zuweisungen aus Moskau, vermutlich noch weitere nach dem Beschluss des sowjetischen Politbüros vom 14.7.1924 (siehe Dok. 113).

146 Aus einem weiteren Dokument geht hervor, dass der Militärapparat der KPD zu dieser Zeit noch aus 83 bezahlten Mitarbeitern bestand (RGASPI 495/25/1365, 308).

A) Zentraler M[ilitär]-Apparat einschließlich der Kurierabteilung

1. Gehalt für 21 Personen (13 bei Oskar,[147] 8 in Un[ter] d[en] Lin[den][148]	5270 M[ark]
2. Org[anisations-]Ausgaben des zentr[alen] Appar[ats]	5963 M.
3. Druck des BK[149]	1834 M.
4. Unterstützung von Verh[afteten] und ihrer Familien	6830 M.
5. Gehalt der M[ilitär]-Leit[ungen] der Bezirke (28 Pers.)	10688 M.
6. Organisat[ions]-Ausgaben der Bezirke	3971 M.

INSGESAMT: 34756 M.
(Vierunddreißig T. siebenhundertsechsundfünfzig).

B) Aufklärung

1. Geh[alt] des zentr[alen] Appar[ats] (11 Pers.)	4270 M.
2. Org.–Ausgaben des Z[entral]-Apparats	2308 M.
3. Org.–Ausgaben der Aufklärungslei[ter| der Bezirke	1300 M.
4. Gehalt von Residenten – 3 Pers.	955 M.
5. Agenturausgaben	2700 M.

INSGESAMT: 11533 M.

C) Zersetzung der Faschisten

1. Gehalt für 2 Pers.	655 M.
2. Org.–Ausgaben	525 M.
3. Zeitung	250 M.
4. Subsid[ien] an Personen in faschistischen Verbänden	910 M.

INSGESAMT: 2370 M.

D) Zersetzung von Reichswehr und Polizei

1. Gehalt für 6 Pers.	1738 M.
2. Org.–Ausg[aben] und Reisekosten	633 M.
3. Kanzlei (Büro)	275 M.
4. Org.–Ausg[aben] der Bezirke	757 M.
5. Literatur	1458 M.

INSGESAMT: 4861 M.

147 Nach Gilensen: Die Komintern und die Organisation M, S. 68, handelte es sich bei „Oskar“ um den nicht eindeutig identifizierten russischen Nachfolger von Skoblevskij bzw. Firin-Pupko. „Oskar Schumann“ war eines der Pseudonyme von Otto Braun, der 1924/1925 Abwehrleiter des zentralen M-Apparates der KPD in Berlin war, bevor er 1925/26 Mitarbeiter der Auslandsabteilung des sowjetischen Nachrichtendienstes GRU in Berlin wurde („Spezialaufträge“), zu der auch seine Freundin Olga Benario stieß (siehe: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 145ff.). Hans Kippenberger übernahm erst später die Leitung des M-Apparats, nicht bereits 1925 (ibid.).

148 Hierbei handelte es sich um die Botschaft der Sowjetunion Unter den Linden in Berlin.

149 Hier und im Weiteren ist mit „BK“ die Zeitschrift *Vom Bürgerkrieg*, das Organ der Militärorganisation der KPD, gemeint (siehe Dok. 85 und 93).

E) Bewaffnung

1. Geh[alt] für 4 Pers.	1684 M.
2. Organisat.–Ausgaben	1378 M.
INSGESAMT: 3062 M.	

F) Jugend

1. Geh[alt] für 7 Pers.	1560 M.
2. Org.–Ausgaben	1389 M.
INSGESAMT: 2949 M.	

Insgesamt wurden für Dezember 59331 Mark ausgegeben. Von dieser Summe entfielen 26 Tausend 840 Mark auf den Gehalt von bezahlten Mitarbeitern (55 Personen – 16152 M. im Zentrum, 28 Pers. – 10688 M. in den Bezirken). Somit wurde die gesamte für Dezember bewilligte Summe (15 Tsd. Doll.) vollständig ausgegeben (die verbliebenen Groschen sind nicht der Rede wert). [...]

Die Durchführung der Kürzungen schlagen wir in der folgenden Weise vor:

Entwurf des zukünftigen Monatbudgets

A. Apparat U[nter] den Linden

Alois [d.i. Stefan Vladimirovič Žbikovskij] – Vertreter des M[ilitär-]B[üros] (Anscheinend wird einer von uns weggehen, dann bleiben 4 Pers., was völlig ausreicht.)	150 D[ollar]
Neuberg [d.i. Tuure Lehén]– Stellvertreter	150 D.
Viktor [d.i. Leo Roth?]– Kanzlei, für Aufträge	150 D.
Ludwig [d.i. Ignacy Porecki][150] – für Verbindungen	150 D.
Übersetzerin	75 D.
Stenotypistin	75 D.
Organis[ation] u. a. Ausgaben	600 D.
INSGESAMT: 1350 D.	

B. M[ilitär]-Apparat

Oskar – Organisator der M-Arbeit	125 D.
Hans [d.i. Hans Kippenberger?] – Helfer	85 D.
Stenotypistin	75 D.
7 Instrukteure	595 D.
Redakteur des BK	85 D.
Gustav [d.i. Hans Walter Pfeiffer] und 3 Kuriere (völlig selbstständige Mitarbeiter)	235 D.

150 Angenommene Namen bzw. Pseudonyme des Ignacy Markovič Porecki (1899 Podwołoczyska, Österreich-Ungarn – 4.9.1937 ermordet bei Lausanne) waren Ignatij Stanislavovič Rejss, Ignaz Reiss, Ludwig, Hans Eberhard u.a.

Druck des BK	250 D.
Organisat[orische] Ausg[aben] des M-Apparats	835 D.
INSGESAMT: 2360 D.	

C. Bewaffnung

Helm [Gel'm – d.i. Skoblevskij-Roze?]	150 D.
Robert [d.i. Karl Volk]	85 D.
Organ.–Ausg[aben]	150 D.
INSGESAMT: 320 D.	

D. Jugend

Vertr[eter] bei M[ilitär]-Kommission	85 D.
Stellvertreter	85 D.
Organ.–Ausg[aben]	150 D.
INSGESAMT: 320 D.	

E. Zersetzung der Faschisten

Otto Bayer [Bajer]	100 D.
Org.–Ausgaben (Zeitung)	350 D.
INSGESAMT: 450 D.	

F. Zersetzung von Polizei und Reichswehr

Paul [d.i. Gustav König?][151] Organis[ator]	85 D.
Helfer	85 D.
Stenotypistin	75 D.
Organis[ations]-Ausg[aben] (Zeitung u.a.)	500 D.
INSGESAMT: 745 D.	

G. Aufklärung

Vogel [d.i. Max Haussman] – Organisator	85 D.
Willy [d.i. Lucian Iltis?]	85 D.
Für Verbindungen	50 D.
Person für Spionageabwehr	85 D.
Ernst – Informator	85 D.
2 Stenotypistinnen	75 D.
5 Residenten	425 D.
Agentur- u.a. Ausgaben	1000 D.
INSGESAMT: 1890 D.	

Insgesamt monatlich zur Ausgabe vorgesehen 7500 Doll.

151 *Paul (Ps.):* Evtl. auch Walter Ulbricht.

Erklärung zum Budget […]
2) Die 600 Dollar für die Organisationsausgaben des Apparats U[nter] d[en] Linden werden selbstverständlich nicht ausgegeben, so dass wir eine gewisse, sozusagen strategische Reserve (bis fünfhundert Doll[ar]) haben werden, mit derer Hilfe wir unsere Arbeit regulieren können. […]
4) An der BK haben wir überhaupt nichts gekürzt, genauso wenig an den produktiven Ausgaben des Zentralapparats zur Aufklärung und Zersetzung. Die Bezirke werden zu keinem [Zweck] mit Geldmitteln unterstützt, außer vielleicht für die wichtigsten Ausgaben, und dies auch nur im Rahmen des Notwendigen; […]
6) Die Jugend[arbeit] haben wir, wie zu sehen ist, stark gekürzt; bis zu einem gewissen Grad wird die Arbeit zunächst darunter leiden, einen anderen Ausweg haben wir jedoch nicht; […]

4. Wie aus der Kostenaufstellung ersichtlich wird, sehen wir keinerlei Ausgaben für die Unterstützung von Verhafteten und ihren Familien vor […]. Was die Hilfe an die Verhafteten angeht, so bitten wir Sie, eine gewisse Summe dafür in Moskau bei der MOPR[152] aufzutreiben […].

Dok. 119

Beschluss des Politbüros des ZK der KP Russlands zur Finanzierung der kommunistischen Parteien

Moskau, 24.12.1924

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 17/162/2, 53. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 286–287.

Angehört:
8. Über den Kostenvoranschlag (PB vom 8.XII., Pr. Nr. 41, P. K) (Molotov, Pjatnitzki).
Beschlossen:
Der Vorschlag der Kommission zur Assignierung von 4180450 Rubel für das Jahr 1925 wird bestätigt.
Auszüge verschickt an: Genn. Sokol'nikov, Pjatnitzki.[153]

152 Zur MOPR (russische Bezeichnung der Internationalen Roten Hilfe) siehe u.a. Dok. 25. Zum Tätigkeitsumfang der MOPR kamen später Kinderheime und Emigrantenheime hinzu. Die sowjetische Sektion der Roten Hilfe (MOPR), war aufgrund der hohen Mitgliederzahl (1930 ca. 8 Millionen) Haupteinnahmequelle für ihre internationalen Aktivitäten. Siehe die Instruktionen zur Festlegung der Aufgaben dieser Massenorganisation, Dok. 155.
153 An dieser Stelle folgt die Zusammenfassung des Kostenplans, der von der Budgetkommission am 6.1.1925 beschlossen wurde. Zit. nach RGASPI 495/82/12, 4–7, in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 286f.

[Die 4180450 Rubel wurden folgendermaßen verteilt:]

KP Deutschland: 1) 41100 Dollar, davon im 1. Quartal 40.000 Dollar monatlich, im 2. Quartal 35000 Dollar monatlich, im 3. Quartal 32000 Dollar monatlich, im 4. Quartal 30.000 Dollar monatlich.[154]
a) für den Apparat Jurovskij[155] 10.000 Dollar monatlich, d.h. 120.000 Dollar pro Jahr.
Insgesamt KPD – 1035450 Goldrubel.
2) KP Tschechoslowakei – 90.000 Goldrubel für das Jahr.
3) KP Italien – 180.000 Goldrubel für das Jahr.
4) KP Frankreich – 60.0000 Goldrubel für das Jahr.
5) KP Polen – 240.000 Goldrubel für das Jahr.
6) EKKI – 270.000 Goldrubel für das Jahr, davon – 10.000 an die Sportintern[156] und 10.000 an das Exekutivkomitee des KIM, als Reserve für das Exekutivkomitee der KIM 30.000 Goldrubel.
7) KP England – 150.000 Goldrubel unter der Bedingung der Herausgabe einer Wochenzeitung.
8) KP Jugoslawien – 40.000 Goldrubel, davon 10.000 Rubel für Wahlen.
9) KP Rumänien – 30.000 Goldrubel.
10) KP Norwegen – 50.000 Goldrubel, davon 10.000 für die Deckung vorausgegangener Ausgaben der KPN.
11) KP Schweden – 50.000 Goldrubel, davon wird das Defizit für 1924 gelöscht.
12) KP Dänemark – 5000 Goldrubel.
13) Sekretariat der Skandinavischen Föderation[157] – 5000 Goldrubel.
14) Skandinavien-Fonds – 16680 Goldrubel. Aus dem Überschuss von 1924.
15) Arbeiterpartei der USA – Frage bleibt offen, reserviert sind 50.000 Goldrubel.
16) KP Spanien – 10.000 Goldrubel.
17) KP Österreich – nicht mehr als 40.000 Goldrubel; der Partei sollte mitgeteilt werden, dass die Budgetkommission nicht mehr als 50% des Druck-Budgets der KPÖ decken kann.
18) KP Schweiz – 10.000 Goldrubel.
19) KP Griechenland – 10.000 Goldrubel.
20) Frauensekretariat[158] – 8000 Goldrubel.
21) Balkan-Föderation[159] – 10.000 Goldrubel.

154 Dabei handelt es sich um die „monatlichen Zuweisungen“, nicht die „regulären Sonderzuweisungen“ (siehe Dok. 113), die möglicherweise auch noch gezahlt wurden. Die Kürzungen sind nicht so umfassend wie in der Beschlussvorlage an das Politbüro vom 14.7.1924.
155 Hier handelt es sich offenbar um die Sonderzuweisungen an den von sowjetischem Personal geführten, bei der KPD eingerichteten Militärapparat unter den Nachfolgern von Skoblevskij-Roze, Firin-Pupko und „Oscar“.
156 Sportintern: Die Rote Sportinternationale (RSI, 1921–1937).
157 Die Skandinavische Kommunistische Förderation (1924–1928).
158 Das Internationale Frauensekretariat (1920–1926), siehe auch Dok. 47c.
159 Die Kommunistische Balkanförderation (KBF, 1920–1934).

22) KP Belgien – 15000 Goldrubel.
23) KP Ungarn – 6000 Goldrubel.
24) KP Irland – 5000 Goldrubel.
25) KP Bulgarien – 40.000 Goldrubel.
b) Apparat Jurovskij – 120.000 Goldrubel.
26) KP Holland – 6000 Goldrubel.
27) KP Portugal – 1000 Goldrubel.
28) KP Mexiko – 1000 Goldrubel.
29) KP Argentinien – 2000 Goldrubel.
30) Ost-Abteilung[160] – 150.000 Goldrubel.
31) *Inprekorr* – 70.000 Goldrubel.
32) Informbüro in Berlin – 36000 Goldrubel.
33) Verlag in Berlin – 10.0000 Goldrubel.
34) Verlag in London – 50.000 Goldrubel.
35) Verlag in Paris – 30.000 Goldrubel.
36) Zwei erweiterte Sitzungen des EKKI – 40.000 Goldrubel.
37) Vertretungen des EKKI – 60.000 Goldrubel.
38) Auslandspresse – 15000 Goldrubel.
39) OMS[161] – 10.0000 Goldrubel.
40) Krestintern[162] – 40.000 Goldrubel.
41) Sportintern – 10.000 Goldrubel vom EKKI, 10.000 Goldrubel vom EK KIM.
42) Telegraphenagentur (wird geschaffen) – 10.000 Goldrubel vom EKKI, 10.000 Goldrubel von der Profintern, 10.000 Rubel von der MOPR.
43) Kooperativsektion[163] – 8000 Goldrubel.
44) Bibliothek – 2000 Goldrubel, aus den Reservefonds 3000 Goldrubel, insgesamt – 5000 Goldrubel.
45) Reservefonds – 350.000 Goldrubel, davon 50.000 Goldrubel für die Propaganda Gewerkschaftseinheit.[164]
46) Schulden der Komparteien – müssen getilgt werden.

---

160 Die Ostabteilung des EKKI, siehe Dok. 224.
161 Zur Abteilung für internationale Verbindungen des EKKI, siehe Dok. 83.
162 Krestintern: Russische Abkürzung für die „Bauerninternationale" (1923–ca. 1931).
163 Die Kooperativsektion der Komintern, später Genossenschaftsabteilung des EKKI (1921–1935).
164 Gezielt um die positiven Kontakte der von der britischen TUC-Führung mit den sowjetischen Gewerkschaften weiter zu treiben und so innerhalb des sozialdemokratisch dominierten Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB) eine Bresche zu schlagen, führte die Komintern seit ihrem V. Weltkongress 1924 eine zentrale Kampagne für die Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit durch. Diese taktische Wendung wurde von Führungskreisen der sowjetischen Gewerkschaften um Tomskij unterstützt, deren innerhalb der Komintern scharf kritisiertes Ziel die Auflösung der Roten Gewerkschafts-Internationale (RGI) und die Integration der gewerkschaftlichen Kräfte in eine linke Strömung innerhalb des IGB war (siehe: Tosstorff: Profintern, S. 603ff.).

47) Verschiedenes – aus den Budgets der Komparteien, denen mindestens 15000 Goldrubel assigniert wurden, soll eine Sammlung von 3 bis 5% zur Verfügung der Budgetkommission gestellt werden.



Nachdem ein Kollegium des NKID eine neue Taktik gegenüber Deutschland ausgearbeitet hatte, wurde diese vom Politbüro des ZK der KP Russlands am 24.12.1924 gebilligt. Zentrale Bestandteile waren die Koordinierung des Verhaltens beider Staaten gegenüber dem Völkerbund, die gemeinsame Zurückdrängung Polens sowie das grundsätzliche Einverständnis der Sowjetunion mit der Sicherheitspolitik Stresemanns im Westen (siehe hierzu die folgenden Politbürobeschlüsse).[165]

---

165 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 52. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 56–58.

1925



Am 3.1.1925 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands, Dmitrij Manuilski als Vertreter des ZK der VKP(b) ein weiteres Mal, diesmal zum ZK-Plenum der KPD (11.–12.1.1925) nach Deutschland zu entsenden. Bezüglich des in Deutschland verhafteten und als militärischen Leiter des „Deutschen Oktober" des Hochverrats angeklagten Vol'demar Roze (Ps. Petr Skoblevskij) wurde eine Kommission gebildet, der neben Unšlicht, Pjatnitzki auch Čičerin angehörte. Sie sollte seine Aussagen gegenüber den deutschen Ermittlern koordinieren. Außerdem wurde den estnischen Kommunisten der Befehl zur Evakuierung von Verhaftung bedrohter Personen erteilt.[1] Die KP Estlands startete in Überschätzung der eigenen Kräfte am 1. Dezember 1924 einen Aufstand in der Hauptstadt Tallinn, wobei bewaffnete Kommunisten unter der Leitung des späteren EKKI-Funktionärs Jaan Anvelt die Kathedrale, eine Militärakademie und das Regierungsgebäude angriffen. Es gelang jedoch nicht, größere Menschenmengen hinter sich zu bringen, und der Aufstand wurde brutal niedergeschlagen. Allem Anschein nach wurde diese Aktion, trotz der Aufteilung der Verantwortung durch Bildung einer Politbüro-Kommission mit Stalin, Sinowjew, Čičerin, Frunze, Trotzki und Unšlicht, v.a. unter der Verantwortung Sinowjews geplant und von der heimlichen Entsendung kommunistischer estnischer Offiziere nach Estland sowie der Mobilisierung von größeren russisch-estnischen Soldatenverbänden an der russisch-estnischen Grenze begleitet.[2]

Am 8.1.1925 beschäftigte sich das Politbüro des ZK der KP Russlands zum Thema „Über Deutschland" mit dem Handelsvertrag. Es wurde beschlossen, Deutschland zunächst vorzuschlagen, vor Wiederaufnahme der offiziellen Verhandlungen inoffizielle Gespräche zu führen.[3]

Nachdem die Fischer-Maslow-Führung erwogen hatte, August Thalheimer und Heinrich Brandler aus der KPD auszuschließen, drückte das Politbüro des ZK der KP Russlands am 15.1.1925 in einem Beschluss sein Erstaunen darüber aus, dass das ZK der KPD ohne vorherige Abstimmung eine Entscheidung darüber gefällt habe. Die „Verhandlungen zu diesem Anlass" sollten bis zum nächsten erweiterten EKKI-Plenum verschoben werden.[4] Da Brandler und Thalheimer in die KP Russlands überführt worden waren, sah das russische Politbüro sich in seiner Kompetenzsphäre beeinträchtigt. Brandler und Thalheimer wurden tatsächlich erst 1929 aus der VKP(b) und der KPD ausgeschlossen.

---

1 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 55. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 288–289.

2 Ibid., S. 279; siehe hierzu: Broué, Histoire, S. 398–399.

3 APRF, Moskau, 03/64/679, 647, 8. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 218.

4 RGASPI, Moskau, 17/3/485, 3–5. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 294–295.

Dok. 120

Protokollauszug des KPD-Politbüros zur Strategie gegen die anstehenden KPD-Prozesse („Urbahns-Prozess“, „Tscheka-Prozess“, „Zentrale-Prozess“)

[Berlin], 17.1.1925

Typoskript, deutsch, unsigniert. SAPMO-BArch, Berlin, I 2/711/4, 1–3.[5] Erstveröffentlichung.

Auszug aus dem Protokoll des Pol[it]-Büros vom 17. Januar 1925.

Ranke[6] zur Führung der wichtigen politischen Prozesse der nächsten Zeit, Urbahnprozeß,[7] Tschekaprozess[8] und Prozeß gegen die frühere Zentrale.[9]

Das erste ist die allgemeine politische Führung des Prozesses, das zweite die politische Führung des Urbahnsprozesses und welche persönliche Darstellung Urbahn[s] geben

---

5 Handschriftlicher Eintrag über die ersten 2 Zeilen: „für Berger“.
6 *Ranke:* nicht zu identifizieren.
7 Im „Urbahns-Prozess“ (22.1.1925–18.2.1925), dem ersten in einer längeren Kette, standen neben dem Hamburger Bezirkssekretär der KPD, Hugo Urbahns, acht weitere Angeklagte vor Gericht, die vom Anwalt der Roten Hilfe, Erst Hegewisch, verteidigt wurden. Wegen Hochverrats wurde Urbahns, der in einer weithin beachteteten Verteidigungsrede die Verantwortung für den Hamburger Aufstand auf sich nahm, zu 10 Jahren Festungshaft verurteilt. Als neugewählter Reichstagsabgeordneter musste er nach kurzer Zeit jedoch wieder freigelassen werden. Trotz eines Lobes Stalins für sein mutiges Auftreten vor Gericht wurde er wenig später als Anhänger der Linken Opposition ausgeschlossen.
8 Der sog. „Tscheka-Prozess“ fand vom 10.2.1925 bis zum 22.4.1925 vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig statt. Allgemein sollte der KPD auf dem Hintergrund des „Deutschen Oktober“ als staatsfeindliche Umsturzpartei der Prozess gemacht werden. Konkret wurden Roze (Ps. Skoblevskij) als Leiter der Militärabteilung, Felix Neumann und Ernst Poege als Leiter der T-Gruppe u.a. wegen Hochverrats, der Ermordung des Polizeispitzels Rausch sowie geplanter Attentate gegen General von Seeckt und die Industriellen Stinnes und Borsig zum Tode und zahlreiche weitere Angehörige des M-Apparats zu hohen Haftstrafen verurteilt. Roze wurde 1927 ausgetauscht. Neumann und Poege machten umfassende Aussagen und wurden zu Kronzeugen der Anklage (Arthur Brandt: Tscheka-Prozess. Denkschrift der Verteidigung, Berlin, 1925, Neuaufl. Hamburg, 1979; Die Tscheka. Die Organisation der kommunistischen Partei für den politischen Meuchelmord, Berlin 1925; Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst, S. 113ff.; siehe auch die Einleitung von Hermann Weber in Band 1).
9 Der „Zentrale-Prozess“ (siehe Dok. 136) begann als Hochverratsprozess gegen Arkadi Maslow und einige hochrangige KPD-Mitglieder am 1.9.1925 mit der Zielsetzung eines KPD-Verbots, wurde jedoch nicht fortgesetzt und 1928 wieder eingestellt. Gleichwohl arbeitete die Weimarer Justiz auf Hochtouren, allein seit dem Jahresbeginn 1924 wurden innerhalb von 16 Monaten 6349 Arbeiter zu insgesamt 4672 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, die Gefängnisse waren mit politischen Gefangenen, zumeist der KPD, überfüllt. Kommunistische Betätigung war straffähig, da sie durch die Justiz weiterhin mit Hochverrat in Verbindung gebracht wurde (siehe zum Gesamtkomplex: Heinrich Hannover, Elisabeth Hannover-Drück: Politische Justiz 1918–1933. Mit einem Vorwort von Joachim Perels, Bornheim-Merten, Lamuv Verlag, 1987, S. 215–237).

soll, ferner das Verhalten zu Neumann und Pöge.[10] Die Prozesse sollen politisch einheitlich geführt werden: der falsche strategische Plan der damaligen Parteiführung, ohne Verschleiern aussprechen, daß aber die Politik der damaligen Zentralmehrheit davon ausging, durch verfassungsmäßige Regierungen, gestützt auf die Arbeiterschaft, die faschistische Reaktion, die von Bayern her drohte, abzuwehren. Ähnlich wie im Kapputsch sich die Arbeiter auf Befehl der Regierung erhoben, erhoben sich auch die Arbeiter Hamburgs. Das zeigen ihre Bemühungen, mit dem Gewerkschaftskartell Hamburg bis zur letzten Stunde zu verhandeln. Die Reichsregierung brach die Verfassung. Die Minister der Sozialdemokratie waren auch bereit zu dieser Verteidigung, wie sie wenigstens unseren Genossen gegenüber in den Verhandlungen betonten. Bruch der Verfassung durch Ebert, durch den Belagerungswinter. Ganz kraß sagen, daß dieser Plan wirklich bestand. Sächsischer-thüringischer Verfassungsbruch.[11] Die taktische Frage klar vor Gericht stellen. Dieser Plan war falsch, man kann diesen Kampf nicht mit der SPD führen (Ebertprozeß).[12] Durch verfassungsmäßige Regierungen kommt das Proletariat nicht zur Macht. Legale Abwehrmaßnahmen des Proletariats hindern nicht die Diktatur der Bourgeoisie. Das Verhalten Brandlers im Oktober kritisch brandmarken.[13] Aber uns dabei nicht in eine Erklärung gegen Putsche etc. hineindrängen lassen, wie es im Prozeß nach der Märzaktion geschah.[14] Politische Darstellung der Brandlerpolitik und Gegenüberstellung unserer Taktik. Urbahns ist [zu zwingen?] das genau zu formulieren. Er hat bereits in seinem Prozeß diese Linie zu beziehen. Die Formulierung Hegewischs in den früheren Hamburger Prozessen, dass die Hamburger militärische Leitung losgeschlagen habe ohne Zustimmung der Pol.-Leitung, ist nicht richtig und darf nicht wiederholt werden.[15] Die

---

10 Felix Neumann und Ernst Pöge machten als ehemalige Angehörige der T-Gruppe des M-Apparats im Vorfeld des Prozesses umfangreiche Angaben. Sie wurden zu Kronzeugen der Anklage gegen Roze (Ps. Skoblevskij) und Genossen.

11 Der Verfassungsbruch aufgrund des Einsatzes der Reichswehr gegen die demokratisch legitimierten Landesregierungen in Sachsen und Thüringen. Siehe: Bayerlein/Babičenko/Firsov u.a.: Deutscher Oktober 1923.

12 Im Dezember 1924 fand ein von Reichspräsident Friedrich Ebert selbst angestrengter Beleidigungsprozess vor einem Magdeburger Schöffengericht statt. Ebert habe aufgrund seiner Beteiligung am Massenstreik der Berliner Munitionsarbeiter im Januar 1918 Landesverrat begangen, der jedoch, was auch dem Gericht bekannt war, nur erfolgreich versucht hatte, den Streik zu beenden um die Versorgung der Front mit Waffen und Munition zu sichern. Nach dem Skandalurteil erklärte sich sogar die bürgerliche Reichsregierung mit Ebert solidarisch.

13 *Verhalten Brandlers im Oktober 1923:* Brandler wurde als Sündenbock für die Niederlage nun auch gegenüber den bürgerlichen Gerichten herangezogen.

14 Auch Brandler selbst wurde in einem Prozess in der Folge der Märzaktion zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt.

15 Tatsächlich wurde die Verantwortung Thälmanns, auch gegen die Parteientscheidung loszuschlagen, in der Folge nicht mehr in Frage gestellt, worauf sich der Mythos des Hamburger Aufstands aufbaute, der wiederum Grundlage für den Thälmann-Mythos war. Das Losschlagen in Hamburg erfolgte eigenmächtig und gegen die Instruktionen der Zentrale. Dr. Ernst Hegewisch war einer der KPD-Anwälte. Siehe: Bernhard H. Bayerlein: Geschichtsmythos Hamburger Aufstand. Thälmann und das

Hamburger Arbeiter schlugen los, weil sie nach dem verfassungswidrigen Einmarsch der Reichswehr dazu berechtigt waren. Der Hamburger Aufstand ist eine spontane Aktion der Massen zur Entlastung der Reichswehroffensive. Urbahns muß das insgesamt vertreten. Er ist nicht da gewesen, das soll er juristisch zu seiner Entlastung anführen. Wir haben keine Ursachen, es der Klassenjustiz bequem zu machen. Aber er soll dazu scharf erklären, er hätte die politische Verantwortung getragen, wäre er da gewesen. Urbahns soll taktisch die Frage stellen, er hat diesen Plan der Brandlerpolitik mitgemacht, aus Disziplin, wenn er auch eine andere politische Meinung dazu damals bereits hatte.[16] Diese andere politische Stellung klar herausarbeiten. Den Plan der sächsischen SPD aufdecken, brandmarken (Ebertprozeß).

Zum Tschekaprozeß. Unter keinen Umständen abdrängen lassen auf eine falsche Antiputschistische Linie wie nach dem Märzkampf.[17] Es sind aber Dinge dabei, die wir nicht decken können, unsere Stellung zum individuellen Terror richtig herausarbeiten (Brief Sinowjews in „Gegen den Strom" zum Attentat Max Adlers [*recte* Friedrich Adler]).[18] Sind nur gefühlsmäßige Momente dafür da, daß Neumann ein Spitzel ist, soll er als Abenteurer gebrandmarkt werden. Stellen wir ihn als Spitzel hin und er ist es nicht, setzen wir uns ins Unrecht. Frage Pöge kenne ich nicht. Tschekaprozeß ist in die Partei von der Polizei hineingetragen worden. Eine unvermeidliche Folge der Seecktdiktatur, wie alle schroffe Diktatur die Arbeiterschaft zu solchen Abenteuern bringen muß. Wir billigen das nicht, aber wir verstehen es. Das dritte ist das Verhalten von Brandler und Thalheimer, auf die direkt hingedeutet wird. Man wird versuchen, den Prozeß so persönlich zu stellen und zu führen. Muß man diese Genossen decken? Will man zu diesen Fragen eine präzise Stellung einnehmen? Der Prozeß ist der Prozeß gegen die Sächsische Sozialdemokratie.

Ende einer Ursprungslegende. In: *The International Newsletter of Communist Studies Online* (2004), Nr. 17, S. 45–48; zu Hegewisch siehe Dok. 136.

16 Urbahns übernahm nicht nur aus taktischen Gesichtspunkten im Prozess die alleinige Verantwortung für den Hamburger Aufstand.

17 „Märzkampf": Gemeint ist die Märzaktion der KPD 1921.

18 Gemeint ist der Artikel Sinowjews zum Attentat von Friedrich Adler, der am 21.10. 1916 den österreichischen Ministerpräsidenten Karl Graf von Stürgkh getötet hatte. Darin bescheinigte Sinowjew dem Attentat zwar einen revolutionären Impetus, wies jedoch auf die „Ohnmacht vereinzelter Terrorakte" hin. Mit Hinweis auf die Geschichte der russischen Sozialdemokratie schrieb er: „Wir setzten der Taktik des Terrors nicht die Parole des legalen Kampfes, nicht die christliche Predigt über das Thema ‚Du sollst nicht töten' entgegen. Nein, wir setzen dem Terrorismus die Taktik der *revolutionären Massengewalt* entgegen, und wenn der jetzige Krieg etwas mit absoluter Sicherheit bewiesen hat, so ist es die richtige Auffassung der revolutionären Marxisten in dieser Frage." (G. Sinowjew: Adlers Schuß und die Krise des Sozialismus (Oktober 1916). In: N. Lenin, G. Sinowjew: Gegen den Strom. Aufsätze aus den Jahren 1914–1916, Hamburg, Verlag der Kommunistischen Internationale-Carl Hoym Nachf., 1921, S. 522–529, hier S. 527). Zur Frage des Terrors siehe auch im einleitenden Essay von Bernhard H. Bayerlein, S. 306–307, 393–394.

Fuß.[19] Der Urbahnsprozeß spielt vor dem Oktober, die Tschekageschichten spielen also dabei keine Rolle. Man muß keine Kosten scheuen, sondern alle führenden SPD-Größen, die damals eine Rolle spielten, als Zeugen herbeiziehen: Graupe, Zeigner etc., Korsch usw.[20] Der Prozeß muß aus dem Rahmen eines Putsches heraus. Unsere Beschlüsse von Leipzig vom Parteitag, die auf diese Politik hinzielten: demokratische Arbeiterregierungen, Sachwerterfassung etc. müssen zitiert werden. Urbahns war Gegner dieser Politik, hat sich aber gefügt. Er soll nicht sagen, der Aufstand sei zu früh los gegangen. Das ist falsch.

Zum Tschekaprozeß. Die Partei war stark mit Spitzeln durchsetzt, musste sich gegen die Spitzel wehren. Bei dieser Abwehr fiel sie wieder Spitzeln in die Hände. Neumann hat der Polizei Material rekonstruiert, Dinge angegeben, die er gar nicht wissen konnte.



Am 27.1.1925 beauftragte das Politbüro des ZK der KP Russlands Sinowjew sowie einen der ZK-Sekretäre, Verhandlungen mit den Vertretern des ZK der KPD über Brandler und Thalheimer zu führen. Die neue KPD-Führung hatte wiederholt den Parteiausschluss der beiden historischen Exponenten der KPD gefordert.[21] Gleichzeitig wurde beschlossen, die Verhandlungen Krestinskijs mit General von Seeckt zur Affäre der „deutschen Tscheka" zu forcieren.[22]

Ebenfalls am 27.1.1925 behandelte das Politbüro des ZK der KP Russlands den mit dem faschistischen Regime Mussolinis vorbereiteten russisch-italienischen Freundschaftspakt. Ein vom sowjetischen Außenkommissariat vorgeschlagener Vertragstext wurde bewilligt, nach dem sich beide Seiten verpflichteten, sich an keinerlei feindlicher gegen den Vertragspartner gerichteten Handlungen jeglicher Art zu beteiligen. Die „Führer der italienischen [Anti-Mussolini-]Opposition" sollten mit dem Text bekanntgemacht werden, „falls dies dem Abschluss des Vertrags nicht im Wege steht". Bucharin wurde beauftragt, die italienischen Kommunisten (die auf die sowjetischen Maßnahmen zur „Normalisierung" der Beziehungen zum faschistischen Italien bereits des öfteren sehr empfindlich reagiert hatten) entsprechend „vorzubereiten".[23] Wenn auch die Initiative zu einem „Freundschaftpakt" zunächst von Mussolini ausging (der nach dem faschistischen Mord an dem sozialistischen Abgeordneten Giacomo Matteotti einen Popularitätsverlust erlitt und zunächst vorhatte, durch eine demonstrative Annäherung an die Sowjetunion diesen wettzumachen), lehnte der Diktator am 9.2.1925 im Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter den Vertragsvorschlag ab, so dass das Thema zurückgestellt wurde.

---

19 Wort durch handschriftliche, unleserliche Korrektur ersetzt.
20 Der Sozialdemokrat Georg Graupe war 1923 Minister für Arbeit und Wohlfahrt im Kabinett der sächsischen Landesregierung („Arbeiterregierung") unter dem Ministerpräsidenten Erich Zeigner. Karl Korsch war kurzzeitig Justizminister in der thüringischen SPD-KPD Landesregierung, gehörte jedoch nach der Spaltung der USPD der KPD an.
21 RGASPI, Moskau, 17/3/486, 12. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 295.
22 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 62. In russischer Sprache publ. in: Ibid., S. 297.
23 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 60. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 58–59.

Am 7.2.1925 beriet das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion auf Vorschlag des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten über die bereits am 26.10.1924 durch die OGPU verhafteten deutschen Studenten Karl Kindermann, Theodor Wolscht und Max von Dittmar. Zu dieser Angelegenheit sollte eine Kommission gebildet werden. Auch ging es um die Frage, ob Vertreter der deutschen Botschaft zu den Verhafteten vorgelassen werden sollten (siehe hierzu Dok. 122).[24]

Dok. 121

Kostenaufstellung an die Komintern für die antimilitaristische Tätigkeit unter den französischen, englischen und belgischen Besatzungstruppen in Deutschland

Berlin, 12.2.1925

Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau, 495/25/1366, 216–217. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 519–521.

Berlin, den 12. Februar 1925.
An die Budget-Kommission der Komintern, *Moskau*.

Betr. A[nti]mi[litär]-Apparat besetztes Gebiet.

Zur Durchführung der Arbeit unter den französischen, englischen und belgischen Besatzungstruppen im gesamten besetzten Gebiet[25] werden für folgende Posten monatlich folgende Summen benötigt:

I. Arbeitskörper und dessen Tätigkeit.

a) 5 deutsche Angestellte a M 300.– monatl.	M 1 500. --
b) 2 Trennungszulagen a M 90. – monatl.	“ 180. –
c) 4 Angestellte aus anderen Verbänden[26] a M 300. – monatl.	“ 1 200. –

---

24 RGASPI, Moskau, 177162/2, 72, 73.

25 Die KPD mobilisierte seit Januar 1923 gegen die Rheinlandbesetzung und den von der Reichsregierung proklamierten passiven Widerstand unter der Losung „Schlagt Poincaré und Cuno an der Ruhr und der Spree“ (*Die Rote Fahne*, 23.1.1923). Dazu gehörte das „revolutionäre Eindringen in die imperialistische Armee“ (Paul Frölich). Einer von der Komintern eingerichteten Koordinationstelle für diese Aktivitäten gehörten der Russe Lazar' Šackin, Marie Wierczag (Französin, gebürtige Polin) und der Algerier Mahmud Ben Lekhal an; eine Gruppe junger französischer Kommunisten mit Gabriel Péri, Robert Lozeray und (dem serbischstämmigen) Voja Vujović wurde zwecks Organisierung der antimilitaristischen Propaganda unter den Besatzungstruppen im Ruhrgebiet stationiert. Größere Erfolge stellten sich, potenziert durch die weiterhin antideutsche Haltung vieler französischer Arbeiter und die Verschärfung der Fraktionsauseinandersetzungen in der KPD, nicht ein (siehe: Broué: Histoire de l'Internationale, S. 296f.; Joachim Schröder: Internationalismus nach dem Krieg. Die Beziehungen zwischen deutschen und französischen Kommunisten 1918–1923, Essen, Klartext-Verlag, 2008).

26 Es geht offenbar um die Kommunistischen Jugendverbände, die in erster Linie zur antimilitaristischen Arbeit der Kommunisten herangezogen wurden.

d) 4 Illeg. Zulagen für ausl. Angestellte a M 90. – monatl.	“ 360. –
e) 2 Kuriere a M 150. –	“ 300. –
f) Fahrgelder für ges. Apparat (zur Aufrechterhaltung und zum Aufbau des Apparates und der verschiedenen Verbindungen, Informationen)	“ 1600. –
	M 5140. –

II. Druck und Versand.

a) 2 franz. Zeitungen monatl.	M 150. –
b) Plakate in franz. u. engl. Sprache	M 150. –
c) Klebezettel	“ 100. –
d) Material für Kolonialtruppen	“ 50. –
e) engl. Zeitung (vorgesehen)	“ 150. –
f) Transport der sämtlichen Materialien	“ 500. –
g) Transportspesen	“ 100. –
	M 1200. –

III. Verschiedenes.

a) Büromiete	M 40. –
b) Lagerraum	“ 40. –
c) Zeitungen, Zeitschriften, einschl. Literatur	“ 50. –
	M 130. –
	im Monat M 6470. –
	im Quartal M 19410. –

Begründungen:
Zu I. a): Von den 5 deutschen Genossen sind zwei Genossen für die *zentralen*, politischen, organisatorischen und Kontrollaufgaben bestimmt.

Die übrigen 3 Genossen arbeiten in den 3 Arbeitsgebieten des besetzten Gebietes (Ruhr und Niederrhein, Mittel- und Oberrhein, Pfalz und Saargebiet).
Zu I. e): Von den 4 ausländischen Mitarbeitern soll der französische Verband 3 und der englische Verband 1 Genossen stellen.

Besonders diese Erweiterung des Apparates macht sich notwendig. Ohne diese ist keine erfolgbringende und *ausdauernde Zellenarbeit* möglich. Desgleichen kann nur bei öfterer Verbindung mit den in der Armee befindlichen und mit uns in Verbindung stehenden Soldaten die notwendige Information über die Lage in der Armee und die Wirksamkeit der Arbeiten beschafft und für die Verbände nutzbar gemacht werden.

Mit der Arbeit in der englischen Armee ist jetzt begonnen worden. Auch hier ist die Aufnahme der Verbindung mit den Soldaten notwendig wie die evtl. Zellenbildung. Von deutschen Genossen ist diese Arbeit nicht zu leisten. Aus diesem Grunde benötigt sich die Mitarbeit eines englischen Genossen direkt im besetzten Gebiet.

Für die übrigen Posten erübrigt sich eine Begründung.

Nachtrag:
Die *schleunige* Erledigung der Angelegenheit ist dringend geboten.[27] Wir erhielten für die drei ersten Monate 1925 insgesamt 1 800 [$?] der französischen Partei überwiesen. Die von der deutschen Partei zu zahlenden Gelder konnten wir nicht erlangen. Aus diesem Grunde bitten wir Eurerseits um die *baldige* Übersendung der ausstehenden Summe. Wir machen dringend darauf aufmerksam, dass unsere Mittel in den nächsten Tagen zu Ende gehen und dann die Existenz und die Tätigkeit des Apparates gefährdet ist.

Die Eintreibung des Geldes unsererseits bei den Parteien ist ein ungünstiger Weg. Unseres Erachtens muss die ständige Ami-Kommission[28] für die Eintreibung des Geldes Sorge tragen und seitens dieser die Übersendung an uns garantiert sein. Alle anderen Wege sind für uns zu unsicher.

Mit kommunistischem Gruss
Helmuth.[29]



Roze (Ps. Skoblevskij) wurde als Hauptangeklagter im „Tscheka-Prozess" in seiner Funktion als Leiter des geplanten Aufstands in Deutschland zum Tode verurteilt. Das russische Politbüro zog daraufhin in Erwägung, mit dem rechtskonservativen General von Seeckt in Verbindung zu treten, um Roze zu retten. Der entsprechende Beschluss vom 27.1.1925 lautete: „Das Sekretariat zu beauftragen, die notwendigen Schritte zu entsprechenden Verhandlungen mit Seeckt in die Wege zu leiten."[30] Am 12.2.1925 erfolgte ein Beschluss des Politbüros des ZK der KP Russlands über den „Tscheka-Prozess", der stipulierte, dass die Option von Geheimverhandlungen mit General von Seeckt zur Erlangung eines günstigen Ausgangs des Prozesses nur als letzte Möglichkeit wahrgenommen werden sollte. Zunächst einmal sollte Krestinskij „den Lauf der Dinge verfolgen". Der Beschlusstext lautete: „Folgendes Chiffretelegramm an Gen. Krestinskij senden: ‚Ohne besondere Notwendigkeit sich nicht an den besagten General wenden; verfolgen Sie den Lauf der Dinge und tun Sie alles Notwendige.' Auszug an: Gen. Krestinskij – chiffriert."[31] Auf der gleichen Politbürositzung wurden auch eine Reihe konkreterer deutschlandbezogener Maßnahmen beschlossen (siehe Dok. 122).

27 Die geheimen Aktivitäten zur Zersetzung der Besatzungstruppen in der zweiten Phase der alliierten Rheinlandbesetzung, die 1930 zugunsten des Young-Plans beendet wurde, sind noch nicht aufgearbeitet. Nach dem weitgehenden Scheitern in der ersten Phase wurden die Aktivitäten auf diesem Sektor und die dazugehörigen Apparate nach der Niederlage des „Deutschen Oktober" heruntergefahren (zur negativen Gesamtbilanz siehe: Schröder: Internationalismus, S. 401ff.).

28 „Ami-Kommission": Im Komintern-Leitungsapparat gab es zwei Kommissionen für antimilitärische Aktivitäten. Wie auch die Ständige Kommission zur Arbeit in der Armee, mit der sie in ständigem Kontakt stand, arbeitete die Ständige illegale Kommission mit enger Unterstützung durch die entsprechenden Mitarbeiter der Tscheka (später GPU) und des Revolutionären Militärrates der Sowjetunion (siehe: Adibekov/ Sachnazarova/Sirinja: Organizacionnaja struktura Kominterna, S. 69, 81).

29 Offenbar war das Pseudonym „Helmut" an den Führer der M-Organisation der KPD gebunden, wobei sich mehrere Personen unter ihm verbergen können. In den Jahren 1923–1924 war es ein Pseudonym Skoblevskij-Rozes.

30 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 62.

31 Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 17/162/2, 72. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 69–70.

Dok. 122

Beschluss des Politbüros des ZK der KP Russlands über die in der Sowjetunion verhafteten deutschen Studenten

Moskau, 12.2.1925

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 17/162/2, 70, 74. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 66–68.

Angehört:
p. 1. Fragen des NKID.[32]
C) Resolution der Kommission des Gen. Pjatnitzki zum Vorschlag des NKID (PB vom 7.II.25, Pr. Nr. 48, P. Umfr. 5) (Gen. Čičerin, Litvinov, Menžinskij).

Beschlossen:
a) Den Beschluss des Pb vom 7/2 d. J. über die Bestätigung des Vorschlages der Mehrheit der Kommission des Gen. Pjatnitzki zu bestätigen (siehe Anhang).
b) Die Publikation von Auszügen aus den Aussagen der Verhafteten [deutschen Studenten] in der vom NKID und der OGPU gebilligten Fassung als notwendig anzuerkennen.[33]
c) Die OGPU und das NKID zu beauftragen, über die Frage zu beratschlagen, in welcher Form ausländische Korrespondenten sich von einer normalen Unterbringung der Verhafteten überzeugen könnten.

Anlage
PROTOKOLL
DER SITZUNG DER KOMMISSION DES POLITBÜROS
In Übereinstimmung mit Protokoll Nr. 48 vom 7/2–25.

Angehört: Über die Zweckmäßigkeit des Treffens eines Vertreters der deutschen Botschaft mit den drei verhafteten deutschen Terroristen-„Studenten" sowie über die

32 Das hier abgedruckte, im Anhang beigefügte Protokoll der Politbüro-Kommission vom 7.2.1925 lässt an Klarheit daran nichts zu wünschen übrig, dass die Absicht bestand, die Verhaftung von drei deutschen Studenten durch sowjetische Behörden für die laufenden Verhandlungen mit Deutschland im Sinne eines positiven Ausgangs des „Tscheka-Prozesses", der vom 10.2.1925 bis zum 22.4.1925 vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig stattfand, zu nutzen. In der Forschung wird gegen die These eines Freipressens auch die einer Zuarbeit der Sowjetunion geäußert, da „Skoblewsky freigelassen werden musste." (Jacques Mayer: Skoblewsky-Rose. Anmerkungen zur Biographie. Berichtigte und erweiterte Fassung, http://edoc.hu-berlin.de/oa/reports/reLjQyD7bgY/PDF/288y29XxhU9f6.pdf. Siehe auch: Karl Kindermann: Zwei Jahre in Moskaus Totenhäusern. Der Moskauer Studentenprozeß und die Arbeitsmethoden der OGPU. Berlin, 1931. Zum gesamten Fall nach den Akten des Auswärtigen Amtes siehe: L. Cecil: The Kindermann–Wolscht Incident, an Impasse in Russo-German Relations 1924–1926. In: *Journal of Central European Affairs* 21 (1961), No. 2, S. 188–199.

33 Der Beschluss ist als Reaktion auf das grosse Interesse zu verstehen, das die Verhaftungen in der deutschen Öffentlichkeit hervorgerufen haben.

Möglichkeit, diese Angelegenheit in den Verhandlungen mit der deutschen Regierung für einen für uns günstigen Ausgang des „Tscheka"-Prozesses auszunutzen.[34]

Beschlossen: 1. Es in der gegenwärtigen Phase der Ermittlungen als völlig unzulässig zu befinden, einem Vertreter der deutschen Regierung die Erlaubnis für ein Treffen zu erteilen, da dies die Verhafteten dazu bewegen könnte, in Zukunft keine offenherzigen Angaben mehr zu machen und die bereits gemachten Angaben zu widerrufen.

2. Der OGPU vorzuschlagen, Gen. Litvinov das Protokoll der Angaben Kindermanns zu übergeben, um Auszüge daraus, in Absprache mit der OGPU, dem deutschen Botschafter [mündlich] vorzutragen.[35]

3. Dem NKID und der OGPU vorzuschlagen, einen Presseartikel als Gegengewicht zur Kampagne der deutschen Presse zu verfassen.[36]

4. Die maximale Ausnutzung dieser Angelegenheit bei den Verhandlungen mit der deutschen Regierung als notwendig zu betrachten. Diese Angelegenheit ist zu verbinden mit dem bevorstehenden kommunistischen [sic] Prozess in Deutschland über die „ČK",[37] sowie mit anderen [Prozessen], bei denen gegen russische Staatsbürger Anklage erhoben wurde.

Pjatnitzki, Jagoda

Auszüge an: Gen. Čičerin, Menžinskij, Litvinov.



In seiner Sitzung vom 12.2.1925 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands des weiteren, eine Erklärung von Brandler, Radek und Thalheimer an das EKKI, die auf dem Erweiterten EKKI-Plenum am 25.3.1925 besprochen werden sollte, zur Kenntnisnahme der deutschen Delegation weiterzuleiten (siehe auch Politbüro-Beschluss vom 2.4.1925).[38]

34 Der „Tscheka-Prozess" endete mit einem Todesurteil gegen Skoblevskij, Neumann und Poege wegen Anstiftung zum Mord und Hochverrat, doch im Rahmen des diplomatischen Deals, zu dem die Verhaftung der deutschen Studenten gehörte, wurde Skoblevskij schliesslich im Herbst 1926 im Rahmen eines Gefangenenaustauschs gegen die deutschen Studenten ausgetauscht, von denen jedoch nur zwei den Rückweg antraten. 1938 wurde er vom NKWD verhaftet und 1939 erschossen. Siehe: Jacques Mayer: Skoblewsky-Rose; Cecil: The Kindermann–Wolscht incident.

35 Kindermann berichtete u.a. in seinen Memoiren, dass er während der Voruntersuchung unter Androhung der Ermordung seiner Eltern in Deutschland (!) schließlich einen vorgefertigten Brief an den "Rektor der Berliner Universität" und den Chefredakteur des Berliner Tageblatts unterschrieben habe (Kindermann: Zwei Jahre, S. 93).

36 An der Presseschlacht beteiligten sich u.a. Propagandisten und Literaten wie Egon Erwin Kisch, Hans Fallada und Willi Münzenberg (siehe entsprechende Artikel gegen den Tscheka-Prozess in: Brandt: Der Tscheka-Prozess, S. 113–132. Münzenberg titelte: „Ein dreifacher Justizmord, um eine Parteizentrale vor den Staatsgerichtshof zu bringen".

37 Gemeint ist der Tscheka-Prozess.

38 RGASPI, Moskau, 17/3/488, 4, 6.

Am 19.2.1925 befasste sich das Politbüro des ZK der KP Russlands mit einer „Resolution des ZK der KP Deutschlands“, womit der Beschluss des ZK der KPD vom 11.2.1925 gemeint war, das ZK der RKP(b) zu bitten, Thalheimer und Brandler aus der russischen Partei auszuschließen – was zunächst jedoch nicht erfolgte. Der parallelen Forderung des ZK der KPD jedoch, die KPD-Mitglieder Möller, Felix Wolff, Stucke und Gerhart [d.i. Gerhart Eisler], denen fraktionelle Tätigkeit vorgeworfen wurde, von der Arbeit in sowjetischen Einrichtungen auszuschließen, wurde vom russischen Politbüro stattgegeben. Am 2.3.1925 beschloss man, den Fall an die Zentrale Kontrollkommission der RKP(b) und die Internationale Kontroll-Kommission der Komintern zu übertragen.[39]

Am gleichen Tag fasste das Politbüro des ZK der KP Russlands den Beschluss, dem Vorschlag der OGPU, den deutschen Staatsbürger Wenzel zu verhaften, zuzustimmen.[40] Des Weiteren wurde die Einfuhr der konservativen österreichischen *Neuen Freien Presse* sowie der *Deutschen Allgemeinen Zeitung* in die Sowjetunion zugestimmt.[41]

Dok. 123

Brief des inhaftierten Arkadi Maslow an Stalin über die Situation der KPD nach der Absetzung Brandlers

[Berlin], 20.2.1925

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 558/11/139, 35–41. Erstveröffentlichung.

20/II-25.

Verehrter Genosse STALIN.
Zahlreiche Symptome (bspw. Ihr Interview, dass Sie dem Herzog gegeben haben, einem Typen, der nur eins verdient: nämlich zum Teufel gejagt zu werden)[42] erwecken bei mir den Eindruck, dass die russischen Genossen die Arbeit unterschätzen, die die KPD im Laufe des letzten Jahres bewältigt hat.

Also, deswegen wende ich mich an Sie. Erlauben Sie mir zunächst eine persönliche Bemerkung: ich habe mich *nie* durch Zweckoptimismus hervorgetan, schlechte

---

39 RGASPI, Moskau, 17/3/489, 6; 17/3/491, 3. Publ. In: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 300–301, Fn. 1.
40 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 77.
41 RGASPI, Moskau, 17/3/489, 3.
42 Stalins „Unterredung“ mit dem KPD-Mitglied Wilhelm Herzog wurde am 3.2.1925 in der *Pravda* veröffentlicht. U.a. sprach Stalin von der Notwendigkeit der Zerschlagung der Sozialdemokratie als Voraussetzung für eine Revolution in Deutschland, die er unter den derzeitigen Bedingungen jedoch für undurchführbar hielt. Weiterhin übte er unverhohlene Kritik an den führenden Kadern der KPD und bestritt faktisch die Möglichkeit einer erfolgreichen „Bolschewisierung“ des deutschen Kommunismus unter den aktuellen, nicht zuletzt innerparteilichen Bedingungen (siehe: J. V. Stalin: Über die Perspektiven der KPD und über die Bolschewisierung. Unterredung mit dem Mitglied der KPD-Herzog. In: Stalin: Werke, VII, S. 29–35).

Arbeit zu brandmarken und auf Verfehlungen in den *allergröbsten* Worten hinzuweisen war schon immer mein Brauch, und dafür bin ich in der Partei berüchtigt. Das wäre das Erste. Zweitens: Seit einem ¾ Jahr im Gefängnis einsitzend, wo ich die gesamte Parteipresse, alle Broschüren, Zirkulare, Resolutionen usw., sowie den größten Teil der Presse unseres Feindes lese, habe ich, so denke ich, eine recht gute Vorstellung von der getanen Arbeit (ab und zu habe ich es auch geschafft, mich mit Genossen zu treffen und zu unterhalten, manchmal ist es mir auch gelungen, die Erzählungen der „Frischlinge", die hier in beträchtlicher Zahl eintreffen, zu hören, oder ich habe mich mit einigen auf andere Weise in Verbindung gesetzt). Drittens: Ich würde nun nicht unbedingt sagen, dass ich außer mir vor Begeisterung über die gesamte Arbeit der Partei wäre; ich würde nicht erklären, alles sei in bester Ordnung; ich würde durchaus nicht behaupten, dass es nur wenige Bereiche gäbe, die einer ordentlichen Aufbesserung bedürften (insbesondere die Gewerkschaftsarbeit taugt, meiner Meinung nach, immer noch rein gar nichts, auch wenn sie im Vergleich zum Vorjahr besser geworden ist).

Wenn ich allerdings die Periode nach unserer Niederlage im Jahr 1923 überblicke, so muss ich sagen: Es gibt einen *riesigen* Erfolg. Einen *riesigen*, nicht irgendeinen; keinen „mittleren", keinen „normalen", sondern einen *riesigen Erfolg*.

Worin besteht er?

Erstens: Die Partei war, bevor sie Brandler und Seinesgleichen verjagt hatte, *niemals einig* und *konnte* es auch *nicht* sein.[43] Wieso konnte sie es nicht? Eben darum, weil diese Herrschaften all ihre „Führungskunst" darauf verwendet haben, die Partei zu entzweien, in ihre Bestandteile aufzulösen, in Bezirke und Regionen zu atomisieren; *denn nur so konnten sie sich halten.*

Sind sie denn etwa erst im November 1923 durchschaut worden? Von wegen! In den stark industrialisierten Regionen waren sie den Arbeitergenossen längst als hoffnungslose, unverbesserliche, verknöcherte Opportunisten *bekannt*. […]

Zweitens: Niemals konnte die Partei vor der Vertreibung der Brandlers zu dem Bewusstsein kommen, dass sie, die Kompartei, in jedem Falle die *einzige* Kraft ist, die es vermag, den Kampf der Massen zu organisieren. Sie *konnte* es nicht lernen: denn die Politik der Brandlers basierte auf der Auffassung, dass der liebe Gott es folgendermaßen eingerichtet habe: außer uns gibt es ja noch die S[ozial]D[emokraten],[44]

43 Stalin antwortete Maslow in einem Brief vom 28.2.1925, der als „Brief an den Genossen Me-rt" in die Stalin-Werke eingegangen ist, an dessen korrekter Überlieferung jedoch Zweifel anzumelden sind. So wurde der Name Maslows getilgt, vermutlich, da er als Unperson nicht mehr beim Namen genannt werden durfte. Stalin legitimierte darin die „Verjagung" Brandlers und Thalheimers unter Hinweis auf eine ähnliche Entwicklung in Russland: „Sie haben vollkommen recht, wenn Sie behaupten, daß die deutsche Kommunistische Partei gewaltige Erfolge erzielt hat. Zweifelsohne gehören Brandler und Thalheimer zur Kategorie des alten Typus von Führern, deren Zeit vorbei ist und die von den Führern des neuen Typus in den Hintergrund gedrängt werden." (J. W. Stalin: Brief an Genossen Me-rt. In: Stalin, Werke, VII, S. 36–40).

44 SDler (Abk.): Sozialdemokrat(en).

und dann auch noch die Linken (und früher die „unabhängigen“ SDler), und ohne sie können wir, „ein Häuflein Kommunisten“, sowieso keinen Deut erreichen; das ist unser Schicksal, und wenn es so ist, dann muss es folgendermaßen laufen: verstecken wir doch das kommunistische Programm in der Tasche, und alle taktischen Prinzipien gleich mit, um uns an den Rockschoß der SD zu hängen; um jedoch *unsere Leute* nicht zu verscheuchen, sagen wir dann und wann auf harmlosen Parteiversammlungen ein solch blutrünstiges Ding, dass jeder aufmerkt: Na so was, das ist ja glatt ein kommunistischer Dschingis-Khan!

Drittens: Bevor man die B[randler]s verjagt hatte, ist in der Partei *niemals* der Kampf gegen die allerdümmsten bürgerlichen „Traditionen“ der alten S[ozial] d[emokrat]ie geführt worden, denn die ganze Führung war von diesem sauren Bürgergeist durchtränkt. Die guten SD-Traditionen hat man zum Fenster hinausgeworfen, die bürgerlichen hingegen bewahrt. Und wie schwer ist es, damit, auch nur teilweise, fertig zu werden!

Viertens: Vor der Vertreibung der B[randler]s hat es in der Partei kein Vertrauen in das ZK gegeben und *konnte* es auch nicht geben: [...] Die Beziehung der Organisationen zum ZK war früher folgende: Wir leben vor uns hin, und Gott sei Dank; nur soll uns das ZK bloß nicht das Leben schwer machen. [...]

Fünftens: Vor der Vertreibung der B[randler]s war es *unmöglich,* die Partei vor *die Aufgabe* zu stellen, eine Linie durchzuführen, und es ist klar, warum: wenn die eine Organisation in den Wald zieht, und die andere ins Gestrüpp, dann wird selbst der Teufel nicht schlau draus. [...]

Innerhalb eines Jahres hat sich viel verändert. Radikal verändert, im Kern.

Die Partei ist *einig*; es gibt *keinen einzigen* „oppositionellen“ Bezirk, *keine einzige* oppositionelle Organisation, nicht mal eine Gruppe oder ein Grüppchen.[45]

Denken Sie etwa, es war einfach, dies zu erreichen? [...] Wer die Partei nicht aus den arabischen Märchen der Möchtegern-Reisenden und „Beobachter“ aus dem ZK-Kabinett, sondern *von innen* kennt, der wird offen erklären *müssen:* die Partei ist nicht wiederzuerkennen, es ist eine *andere*, eine völlig andere Partei als im Jahre 1923.[46]

[...] (Übrigens wird die Verfolgung [der KPD] von den russischen Genossen meiner Meinung nach *ebenfalls* unterschätzt. Sie vergleichen diese deutsche Reaktion mit der zaristischen. Der Punkt ist jedoch, dass der „kultivierte“ deutsche Bourgeois auf *viel* feinere Art agiert als die russische *Ochranka*[47]; es gibt hier ein ganzes *System* der

45 Eine Behauptung, die der Wirklichkeit nicht standhält. Tatsächlich wandten sich fast alle anderen Strömungen und Fraktionen gegen Maslow/Fischer.

46 In seiner Antwort bestätigte Stalin diesen Eindruck: „Ich spreche schon gar nicht von jenen unzweifelhaften Erfolgen der KPD, über die Sie vollkommen richtig in ihrem Briefe schreiben. Jetzt zu meinen, es gäbe im ZK der KPR(B) Leute, die planten, das Rad der Entwicklung der deutschen Kommunistischen Partei zurückzudrehen, bedeutet, eine zu schlechte Meinung vom ZK der KPR(B) zu haben. Vorsichtiger, Genosse Me–rt ...“ (Stalin: Brief an Genossen Me-rt, S. 37).

47 Umgangssprachliche Bezeichnung (Verkleinerungsform) von *Ochrannoje otdelenie*, der politischen Polizei im Russischen Reich.

Demoralisierung; es gibt eine *polizeiliche* „Arbeiter“-Partei. Sagen Sie mal: Ist es in Russland 1905 oder 1910 je passiert, dass das ZK der Menschewiki oder der Gewerkschaften euch auf eine *illegale* Sitzung eingeladen hätte, um die Frage eines Generalstreiks zu besprechen, selbst Vorschläge gemacht hätte, in der Pause aber den Vorsitzenden ans Telefon geschickt hätte, um die Polizei anzurufen: Kommt und verhaftet die Kom[munist]en! Hat es dies im Zarenrussland gegeben, dass auf *jeder* m[enschewisti]schen (öffentlichen) Versammlung, wo ein Kom[munis]t aufgetreten wäre, der menschewistische Vorsitzende die *Ochranka* gerufen hätte: „Verhaftet den Typen, ist bestimmt ein Illegaler, und selbst wenn nicht, so kann es nicht schaden, ihn trotzdem zu verhaften, ist er doch ganz schön redegewandt!“ Ist es je in Russland passiert, dass Sie, sagen wir mal, in Piter[48] (so wie wir einmal in Berlin) mit der Führungsspitze der Gewerkschaften zusammensitzen und eine gemeinsame Demonstration planen, und dann steht ein *Mitglied* dieser Führungsspitze auf, der gleichzeitig ein durchaus offizieller *Ochranka*-Beamter ist, und erklärt: „Wisst ihr, Genossen (!), ich würde nicht empfehlen, auf der und der Straße zu marschieren, denn es ist bekannt, dass die Polizei uns dort nicht durchlässt, und außerdem denke ich, dass die Illegalen nicht teilnehmen sollten“?

Und unter solchen durchaus „eigenartigen“ Bedingungen hat sich in der Partei ein *völlig* neuer Geist im Gegensatz zu früher geformt. Sowohl die *Pravda* als auch die *Izvestija* drucken unglaublich viel Quatsch über das Ausland ab. Stattdessen hätte man lieber ein paar Berichte darüber abdrucken sollen, wie sich unsere Genossen vor Gericht verhalten. Das würde sich tatsächlich lohnen! [Sie benehmen sich] tadellos, fast ohne Ausnahme. Vergleichen Sie die Rede von Urbahns (in Hamburg), eines Genossen mit vergleichsweise kurzer Parteikarriere,[49] mit der Rede desselben Brandler (1921), einer schmachvollen, niederträchtigen, feigen Rede eines Menschen, der um seine Haut zittert und sich zu der „Theorie“ einer Diktatur des Proletariats im Rahmen der Verfassung hinreißen lässt![50] Der Staatsanwalt, der Gerichtsvorsitzende, die Presse – alle haben sie ihn gelobt, die Arbeiter jedoch lachten uns aus: Was für eine Memme ist doch Euer „Führer“, Euer Parteivorsitzender!

Den Urbahns hingegen hat der Staatsanwalt aus vollem Halse beschimpft, der Gerichtsvorsitzende hat über ihn hergezogen, die Presse hat seine Rede mit Schweigen umgangen, die SDs haben ihn verleumdet. Wie jedoch die Arbeiter über ihn denken, ist mir völlig klar (und es gibt einen Beweis: selbst die Schoßhündchen-Zei-

48 *Piter:* Umgangssprachliche Bezeichnung bzw. Abkürzung für Sankt-Petersburg.

49 Hugo Urbahns, der zum linken Flügel der Partei gehörte, wurde 1924 auf einer Gedenkkundgebung für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht festgenommen. Im Januar 1925 wurde er zu 10 Jahren Festungshaft verurteilt, nachdem er als Hauptangeklagter und seinerzeitiger Polleiter des Bezirks Wasserkante (Hamburg) vor Gericht die politische Verantwortung für den gescheiterten Hamburger Aufstand des Jahres 1923 übernommen hatte (siehe: Weber/Herbst: Biographisches Handbuch, S. 960–961).

50 Siehe hierzu Dok. 48.

tung der KAPD-Leute[51] kommt nicht drum herum, U[rbahns] zu *loben*). Und dies ist keine *Ausnahme*.

Ob dies ein Erfolg ist? Ein *Riesen*-Erfolg ist das! Wir hatten eine sozialdemokratische Partei mit roten Fähnchen, und jetzt *beginnt sie* (und das erfolgreich, und nicht zu langsam), eine *kämpferische*, revolutionäre, proletarische, bolschewistische Partei zu werden.

Ich erinnere mich an eine Unterredung mit Gen. Sinowjew Anfang November 1923. Es war klar, dass wir eine Niederlage eingesteckt hatten. Gen. Sinowjew war wie immer geneigt, die Niederlage als nicht so schwer zu sehen. Wahrlich, eine gute Eigenschaft hat er, dass er ein Optimist ist. [...] Na, und da kam die Frage auf: wie viel Zeit wird vergehen, bis die Partei sich eine tatsächliche Führung *schaffen* wird? Ich hatte angenommen – an die 10 Jahre. [...] Und ich kann nicht verstehen, wieso *nun* Gen. Sinowjew einen sauren Beigeschmack zu verspüren scheint (und diesen Eindruck bekomme ich aus seinen Artikeln und Reden). Wieso ausgerechnet jetzt? Ich begreife es nicht. [...]

Oder entsteht dieser saure Beigeschmack aus den Mängeln, sagen wir, in der Gewerkschaftsarbeit? Nun erlauben Sie mal: die Arbeit ist in der Tat noch ziemlich miserabel. Richtig. Doch als wir sie begannen, so im März-April 1924, wie war sie *da?* Ein einziger Alptraum! Und wer war damals schuld? Nicht nur die „objektiven" Gründe. *Die Linie* war Ende 1923 absolut idiotisch, so wie sie ja auch davor *genauso* gewesen ist, und zwar: heute so, morgen anders [...].

Was hat die Partei erreicht? Zumindest, dass die *6 Jahre alte* (das darf man nicht vergessen!) „Gewerkschaftsfrage" aufgehört hat zu existieren, die aus irgendeiner afrikanischen Formulierung bestanden hatte („Muss man in den reformistischen Gewerkschaften arbeiten?") Natürlich. Darüber *wird nicht mehr gesprochen*. Ist das ein Erfolg? Ein Riesenerfolg! Denn man darf nicht vergessen, dass die deutschen Gewerkschaften *tatsächlich* Institutionen unglaublicher Niedertracht sind, und die Partei hat sich 6 Jahre lang selbst *veräppelt*, ohne die Frage *entschieden* zu klären (wie bspw. wir es, die damaligen Linken, vor allem das Berliner Komitee, gefordert hatten, allen voran in allerschärfster Art ich selbst, wofür ich von allen Seiten beschimpft wurde, begonnen mit dem „Schlaukopf Lozovskij", der die ganze Zeit mal dahin, mal dorthin ruderte, zugunsten „seiner", d.h. „unabhängigen" „Profintern-"Gewerkschaften, genauer gesagt jedoch Sauställe, die man schon 1920, im besten Falle 1922 hätte ausmisten müssen). [...][52]

51 Gemeint ist wohl die *Kommunistische Arbeiter-Zeitung*, das Zentralorgan der KAPD.

52 Hier scheint Maslow mit der „Rechten" einverstanden zu sein, die sich gegen die Verselbständigungstendenzen der roten Gewerkschaften und gegen die ultimativ vorgebrachte Alternative „Moskau oder Amsterdam" und insgesamt gegen entsprechende Vorstöße Lozovskijs zur Wehr setzte. Siehe hierzu: Tosstorff: Profintern, S. 384f. u.a.

Sie sehen, ich schreibe durchaus freimütig. Ich schreibe, weil ich diesen Eindruck habe, über den ich bereits schrieb. Wenn ich Unrecht habe – umso besser.[53] [...]

Ich komme zum Schluss. Ich habe diesen Brief geschrieben, weil ich Anzeichen völlig überflüssiger Schatten zwischen den russischen Genossen und der KPD sehe (oder zu sehen glaube). Dies jedoch muss *vermieden werden.* Sie wissen gar nicht, wie schwer es war, der Partei Vertrauen in das ZK der RKP einzupflanzen. Warum? Weil die B[randler]s es ständig und vorsätzlich *untergruben;* weil die RKP trotz allem 4 Jahre lang diese B[randler]s (fast ohne Vorbehalte) unterstützt hatte; weil allerhand unnütze Missverständnisse entstanden (z.B. zeitweise die Beziehungen zwischen dem EKKI und der Berliner Organisation).[54] Das alles ist *vollkommen* überwunden. In der Partei weht der Geist einer vollkommenen Solidarität mit der RKP, einer großen *Liebe* zu ihr, Gott sei dank. [...]

Ich bitte darum, auch Gen. Sinowjew zu grüßen. (Ich schreibe Ihnen, und nicht ihm, weil er auch Briefe in Deutsch lesen kann).

Mit kommunistischem Gruß:
Maslow.

---

53 In seiner Antwort an Maslow war Stalin hier überaus kategorisch: „Daraus erklärt sich denn auch, daß der direkte Kampf, den die ‚Ultralinken' gegen die heutigen Gewerkschaften von außen her führen, von den breiten Arbeitermassen als Kampf gegen ihre Hauptfestungen gewertet wird, an denen sie jahrzehntelang gebaut haben und die die „Kommunisten" jetzt zerstören wollen. Dieser Besonderheit keine Rechnung tragen heißt die ganze Sache der kommunistischen Bewegung im Westen zugrunde zu richten." (Stalin: Brief an Genossen Me-rt, S. 40).

54 Seit dem Offenen Brief intervenierte die Kominternführung mehrmals direkt gegen die linke Berliner Bezirksleitung der KPD, die Hausmacht von Fischer/Maslow, insgesamt gesehen jedoch umsonst. Sowohl das Scheitern des „deutschen Oktober", als auch die gesamte Organisationstätigkeit der Berliner Linken war nach Pjatakov „himmelschreiend schlecht", im Verbund mit der weiteren Entfachung der innerparteilichen Auseinandersetzungen führte dies zum „Zusammenbruch" der Fischer/Maslow/Scholem-Führung bis Ende des Jahres (siehe hierzu: Dok. 140). Nach ihrem Ausschluss änderte sich dies fundamental (vgl. zum Phänomen der deutschen Linken: Pierre Broué: Gauche allemande et Opposition russe de 1926 à 1928. In: *Cahiers Léon Trotsky* (1985), Nr. 22, S. 4–25).

Dok. 124

Informationen des Außenkommissars Čičerin an den GPU-Vorsitzenden Feliks Dzeržinskij über das Gespräch mit dem deutschen Botschafter Ulrich von Brockdorff-Rantzau

[Moskau], 20.2.1925

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 76/3/317, 5–6. Erstveröffentlichung.

AUS DEM GESPRÄCH MIT DEM DEUTSCHEN BOTSCHAFTER vom 20. FEBRUAR 1925.

Rantzau teilte zunächst mit, dass er nach dem vor kurzem erfolgten Gespräch mit mir in energischen Tönen an seine Regierung telegraphiert und alle Hinweise durchgegeben habe, die ich ihm zur Frage des Prozesses der deutschen „Tscheka" gegeben hatte. Als Antwort habe er ein Telegramm des Staatssekretärs Schubert erhalten, der ihm erklärt habe, dass er im Grunde mit ihm einer Meinung sei und seinerseits alle Anstrengungen unternehmen werde, um unsere Wünsche in dieser Frage zufriedenzustellen; bis jetzt sei jedoch im Laufe des Prozesses nichts zu Tage befördert worden, was die sowjetische Regierung und den Botschafter kompromittieren würde; die deutsche Regierung beobachte aufmerksam und gespannt diese Angelegenheit; sie verfüge jedoch nicht über die Macht, mehr zu tun.

Der Bruder von Rantzau, mit dem er in ständigem Briefkontakt steht, habe Stresemann getroffen, der ihm gesagt habe, er sei ziemlich besorgt angesichts des Leipziger Prozesses[55] und seines Einflusses auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen. In der gegebenen politischen Situation könne die deutsche Regierung, so Stresemann, über das bereits Unternommene hinaus nichts bewirken, sie werde jedoch unter ernsteren Umständen Maßnahmen ergreifen.

Rantzau seinerseits sagte mir, dass, sollte im Laufe des Prozesses irgendetwas publik werden, was unsere Beziehungen ernsthaft gefährden könnte, die deutsche Regierung allen Widerständen zum Trotz die weitere Durchführung der Verhandlungen hinter verschlossenen Türen erreichen werde.

An dieser Stelle fing Rantzau an, sich in einem elegischen Tonfall über die doch zahlreichen Schwierigkeiten in unseren Beziehungen, die ständig zu überwinden seien, zu beklagen. Am meisten Angst habe er davor, dass während der Verhandlungen der Fall Petrov plötzlich an die Oberfläche kommen würde.[56] Er habe sich dabei

---

55 Gemeint ist der „Tscheka-Prozess", in der Historiographie wird der Begriff „Leipziger Prozess" für den Reichtagsbrandprozess im Jahre 1933 verwendet.

56 Zum „Fall Petrov" siehe den Politbüro-Beschluß vom 27.9.1923. Über den Militärattaché Michail Petrov kursierten in der deutschen Führung Gerüchte, er spreche besser Französisch als Russisch, was Ängste darüber auslöste, dass er ein französischer Agent sein könnte. Krestinskij erklärte gegenüber den besorgten Deutschen, Petrov sei zur Zarenzeit im französischen und schweizer Exil gewesen und habe daher das Russische verlernt. Petrov wurde im Januar 1924 nach Moskau zurückberufen, doch

an die Worte erinnert, die Gen. Trotzki an ihn bei seiner Audienz anlässlich des Falls Petrov gerichtet habe, nämlich dass wir Realpolitiker seien und die Worte Stresemanns, wonach seine Regierung die letzte bürgerliche Regierung sei, ernst nehmen würden. Rantzau selbst gab mir vorsichtig zu verstehen, dass, „Verschwörung" hin oder her, viele der Fakten, die jetzt bei den Verhandlungen an die Oberfläche gelangten, nicht unbedingt erfunden seien. Ständig müsse man Schwierigkeiten überwinden, um die Linie von Rapallo aufrechtzuerhalten. Trotzdem ist Rantzau der Meinung, dass gerade unsere Regierung für Deutschland am vorteilhaftesten sei.

Mit großem Pathos hob Rantzau an, er und die weitsichtigeren deutschen Politiker verstünden, dass jede andere Regierung in Russland Entente-freundlich [*antantofil'noe*] wäre und an der Unterdrückung Deutschlands mitwirken würde. Aufgrund dieses Verständnisses bringe er so viel Kraft auf, um die täglich entstehenden Schwierigkeiten zu meistern. Schwierigkeiten gäbe es vielerlei. Hier führte er mir gegenüber den bereits unlängst erwähnten Scherz an, der im diplomatischen Corps in Moskau kursiert: für das diplomatische Corps sei es besser, wenn er bei der GPU akkreditiert wäre. In vorsichtigen Anspielungen gab Rantzau zu verstehen, der Urheber dieses Scherzes wolle damit sagen, dass für die GPU alles möglich sei.[57] Im Fall der deutschen Studenten hingegen strebe Rantzau ihre vollständige Überführung an. Das Negative am Fall der deutschen Studenten sei doch, dass sie nicht überzeugend genug überführt seien.[58] Rantzau habe uns sogar geholfen und werde, wenn sich die Möglichkeit biete, uns noch stärker helfen, um diese jungen Männer, über die er in kräftigster Weise schimpfte, tatsächlich und wirklich zu überführen. Ein sehr unglücklicher Schritt sei laut Rantzau gewesen, Schäfer aus der Gruppe der Journalisten, die das Gefängnis besuchten, auszuschließen.[59] Rantzau wisse, dass Theodor Wolff schon geschrieben habe, Schäfer aus Moskau abberufen zu wollen. Er sei der seriöseste und ehrlichste von allen hiesigen deutschen Journalisten. Sein Fehlen werde schmerzhaft zu spüren sein. Rantzau versteht nicht, wofür dies notwendig gewesen sei. Rantzau ließe sich jedoch von all diesen ständigen Hindernissen nicht abbringen, und er werde die Tätigkeit, die er bereits seit zwei Jahren

---

Brockdorff-Rantzau beschäftigte die Affäre noch in den Folgejahren. So erwähnte er sie in einem Brief an das Auswärtige Amt im Januar 1926, wobei er behauptete, Petrovs richtiger Name sei „Geoumé" oder „Gomenet" gewesen. (Carsten: Reichswehr and Politics, S. 156–157). Weitere Informationen über Petrovs wahre Identität ließen sich bislang nicht eruieren.

57 Die Passage „dass für die GPU alles möglich sei" wurde von einem Leser des Dokuments (höchstwahrscheinlich Dzeržinskij) unterstrichen. Die vorhergehenden zwei Zeilen wurden durch doppelte Unterstreichung am Rand hervorgehoben.

58 *„daß sie nicht handfest genug überführt seien":* Passage vom Leser unterstrichen. Hier wird die bereits erwähnte taktische „Zuarbeit" der deutschen Seite deutlich.

59 Höchstwahrscheinlich Paul Scheffer, der seit 1921 Moskaukorrespondent des *Berliner Tageblatts* war, später Nachfolger von Theodor Wolff als Chefredakteur wurde und vor allem durch seine stalinkritischen Berichte der Sowjetunion ein Dorn im Auge war. Siehe: Paul Scheffer: Augenzeuge im Staate Lenins. Ein Korrespondent berichtet aus Moskau. 1921–1930. Mit einer Einleitung von Margret Boveri, München, Piper, 1972; Wolfgang Müller: Russlandberichterstattung und Rapallopolitik. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1924–1933 im Spiegel der deutschen Presse, Phil. Diss., Saarbrücken, 1983, S. 53–62.

ausübe, weiterführen, nämlich die Durchsetzung der Linie von Rapallo, die er ohne Unterlass vor allen Gefahren bewahre.

Da er die ganze Zeit über sprach, habe ich lediglich an einigen wenigen Stellen kurze Repliken einwerfen können.

ČIČERIN



Am 18.2.1925 wurde dem Politbüro des ZK der KP Russlands ein von Feliks Dzeržinskij unterzeichneter Beschlussentwurf zur Auflösung der aktiven Kampfgruppierungen der Sowjetunion für bewaffnete Aktionen im Ausland vorgelegt. Die RKP(b) und die Komintern sollten von nun an für die Zwecke der „aktiven Aufklärung" nicht mehr über eigene, spezielle Organe verfügen. Die kommunistischen Parteien sollten in Zukunft nur noch über ein Organ zur Erkundung der Kampfkräfte in den betreffenden Ländern ohne operative Funktionen verfügen. Verbindungen mit Kampf- und operativen Aktionen in anderen Ländern dürfe es nicht mehr geben, die für die KP Russlands nicht mehr notwendig seien. Der Text lautete: „Entwurf des Beschlusses der Kommission des Genossen Kujbyšev zur Frage der aktiven Aufklärung. a) Die aktive Aufklärung in ihrer gegenwärtigen Form (Organisation der Verbindung, der Versorgung und der Führung von Diversionseinheiten auf dem Territorium der Polnischen Republik) ist zu liquidieren. b) In keinem einzigen Land soll es unsererseits aktive Kampfgruppen geben, die bewaffnete Aktionen durchführen und unmittelbar von uns Mittel, Instruktionen und Führung bekommen. Alle Kampf- und Aufstandstätigkeiten wie auch die Gruppen, die sie durchführen, solange sie existieren und zweckmäßig sind (was ausschließlich seitens der Parteien festgelegt wird), müssen ausschließlich von den im betreffenden Land jeweils tätigen nationalen Parteien geführt und diesen vollständig untergeordnet sein. Diese Gruppierungen sollen ausschließlich im Namen ihres revolutionären Kampfes auftreten, und nicht im Namen der UdSSR. [...] Diese Gruppen dürfen nicht das Ziel verfolgen [...], Aufklärungs- und andere Aufgaben zugunsten der Militärbehörden der UdSSR durchzuführen. [...] Aufgabe der RKP und der Komintern ist es, den nationalen Parteien bei der Organisierung der Arbeit in der Armee sowie beim Aufbau eigener Kampfkader zu helfen – dort, wo es die Lage erfordert. Dennoch sollen die RKP und die Komintern für diesen Zweck keine Hilfe in Form der Anleitung durch ein Spezialorgan oder eine Behörde beanspruchen. Die RKP darf nur über ein Organ verfügen, das die Kampfkraft der Revolution in allen Ländern lediglich zu Informationszwecken untersucht. Über Operativfunktionen oder unmittelbare Verbindungen zur Militärarbeit in anderen Ländern ist die RKP nicht weisungsbefugt. [...] 18.2.25. F. Dzeržinskij"[60] Am 25.2.1925 erfolgte der in einigen zentralen Punkten konkretisierte definitive Beschluss des Politbüros (siehe folgendes Dokument).

Am 14.2.1925 tagte die Politbüro-Kommission „für Sonderbestellungen" und legte die eigenen Aufgabenbereiche fest. Diese umfassten „a) die Heranziehung ausländischen Kapitals und ausländischer technischer Hilfe zum Aufbau der Militärindustrie in der [Sowjet-]Union, und b) die Eroberung des östlichen Marktes für die einheimische Militärindustrie und die Verbreiterung unseres Einflusses in den Armeen der östlichen Staaten." Am 19.2.1925 beschloss dann das Politbüro personelle Umstrukturierungen in der Kommission. Rozengol'c sollte als Vorsitzender von Unšlicht abgelöst werden, allerdings solle man damit warten, bis alle Schwierigkeiten beigelegt seien, die zwischen der sowjetischen und deutschen Regierung im Zusammenhang mit dem „Prozess der deutschen Kommunisten" entstehen könnten. Als weitere Mitglieder der Kommission wurden Čičerin, Pjatakov, Jagoda sowie Josel' Gamburg (RKKA) nominiert. Es wurde festgehalten, dass „die weitere Entfaltung der Zusammenarbeit mit den Deutschen" wünschenswert sei.[61]

---

60 Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 76/3/354,7–9.

61 APRF, Moskau, 03/64/647, 18–19. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 223 und 223.

Dok. 125

Beschluss und Instruktionen des sowjetischen Politbüros über die Einstellung der „aktiven Aufklärung" in Mitteleuropa

Moskau, 25.2.1925

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 17/162/2, 78–81. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 302–304; ebenso in: V.N. Chaustov, V.P. Naumov, N.S. Plotnikov (Hrsg.): Lubjanka. Stalin i VČK-GPU-OGPU-NKVD. Janvar' 1922–dekabr' 1936, Moskva, Materik, 2003, S. 98–100.

p. 26 Über die Aufklärungsverwaltung (PB vom 19.II.25)
Den Vorschlag der Kommission zu bestätigen (s. Anlage).
Auszüge versandt an: Gen. Menžinskij, Unšlicht, Čičerin. [...]

Anlage
Zum p. 26, Prot. N° 50 des PB des ZK vom 25.II.25.
(Bestätigt vom PB des ZK am 25.II.25).

Absolut geheim
Beschlussentwurf der Kommission des Politbüros
Zur Frage der aktiven Aufklärung

1. Die aktive Aufklärung (Gruppen für Diversion, militärische Zersetzung u.a.) war in der ersten Phase ihres Bestehens eine notwendige Ergänzung unserer militärischen Maßnahmen und erfüllte die ihr vom Zentrum auferlegten Kampfaufgaben.[62]

Mit der Herstellung mehr oder weniger normaler diplomatischer Beziehungen zu den an die UdSSR angrenzenden Staaten hat die Aufklärungsverwaltung mehrere Direktiven über die Einstellung der aktiven Aktionen ausgegeben, doch die während der vergangenen Periode erworbenen Traditionen der im Ausland organisierten Gruppen, wie auch die Leitungsschwäche seitens der kommunistischen Parteien gegenüber der spontan wachsenden Bewegung der Bauernschaft im Ausland, aus der die Kader der Diversionsgruppen der aktiven Aufklärung gebildet wurden, haben es nicht erlaubt, diese Gruppen planmäßig anzuleiten, die die ihnen erteilten Direktiven oftmals nicht befolgten. Hieraus ergab sich eine ganze Reihe von Aktionen, die unsere diplomatische Arbeit gefährdeten und die Arbeit der betreffenden kommunistischen Parteien erschwerten.[63]

---

62 Angeleitet durch die Aufklärungsverwaltung des Generalstabs der Roten Armee, bestand die „aktive Aufklärung" (*aktivnaja razvedka*) im Aufbau und der Unterstützung von Diversionstruppen und der Ausbildung von Guerilla- bzw. Partisanengruppen besonders in Polen, Rumänien und Bulgarien, nach dem Friedensschluss von Riga 1921 speziell auch in den polnisch kontrollierten Gebieten der Westukraine und Westweißrusslands.

63 Rekrutiert wurden Diversionstruppen (russisch auch Partisanentruppen) aus Teilen der Militärapparate der Kommunistischen Parteien, der Komintern und der Aufklärungsverwaltungen der

2. Angesichts der vollkommen deutlich gewordenen Unmöglichkeit, die Arbeit ausländischer Partisanengruppen über Zirkulare in das erforderliche Fahrwasser zu lenken, und dabei den Umstand in Betracht ziehend, dass die kommunistischen Parteien bereits konkret die Frage aufgeworfen haben, die in den Grenzregionen spontan anwachsende Bewegung unter ihren Einfluss zu bringen, ist als notwendig anzuerkennen:

a) Die aktive Aufklärung in ihrer heutigen Form (die Organisation der Verbindung, die Versorgung und Leitung der Diversionsgruppen auf dem Territorium der Polnischen Republik) zu liquidieren.

b) In keinem Land darf es aktive Kampfgruppen unsererseits geben, die Kampfaktionen durchführen und *unmittelbar* von uns Mittel, Instruktionen und Führung bekommen.

3. Die gesamte Kampf- und Aufstandsarbeit, die Einheiten und Gruppen, insoweit sie politisch zweckmäßig sind (was ausschließlich auf Parteiwegen festzulegen ist), müssen vollständig der kommunistischen Partei des jeweiligen Landes unterstellt werden und haben sich ausschließlich an den Interessen der revolutionären Arbeit im gegebenen Land zu orientieren, wobei sie sich entschieden von Aufklärungs- und anderen Aktivitäten zugunsten der Militärbehörden der UdSSR abwenden sollen.

Die übrigen Gruppen der aktiven Aufklärung sowie Gruppen für Diversion und militärische Zersetzung entsprechend des bislang existierenden Typus, werden, soweit sie nicht in die Parteiorganisation integriert werden, aufgelöst.

4. Anstelle der aktiven Aufklärung in ihrer aktuellen Form sollen für die militärischen Ziele der UdSSR in den Nachbarstaaten auf allerkonspirativste Weise spezielle Punkte zur Erkundung und Erforschung von Militärobjekten, zur Verbindung mit den erforderlichen Personen, zur Vorbereitung notwendiger Materialien u.a., d.h. zur Vorbereitung destruktiver Arbeit im Hinterland des Gegners im Kriegsfall, aufgebaut werden.[64] Insofern tragen die Punkte einen informierenden und vorbereitenden Charakter, wobei sie allerdings zum entsprechenden Zeitpunkt imstande sein sollten, sich zu Kampf[gruppen] zu entwickeln. Diese Punkte setzen sich in keiner Weise mit der Partei in Verbindung, und ihre einzelnen Mitarbeiter sind keine Parteimitglieder.

GRU und der GPU. Beispielsweise ging der gescheiterte Putschversuch in Estland 1924 auf ihr Konto, vermutlich auch das Attentat auf die Kathedrale in Sofia am 16.4.1925, mit Hunderten von Toten der schwerste Terroranschlag im Europa der Zwischenkriegszeit (siehe hierzu: Krivitsky: Ich war Stalins Agent, S. 48ff.).

64 Hier wird der generelle Übergang der betreffenden Organe zum Aufbau von Spionagenetzen formuliert, woran die Komintern selbst nicht mehr zentral beteiligt war. Unter der Leitung von GRU-General Jan Karlovič Berzin wurde u.a. aus dem „brauchbaren Restpersonal der deutschen Komintern" ein „glänzende(r) Geheimdienst" mit zahlreichen internationalen Netzen, Unternehmen, Scheinfirmen etc. aufgebaut" (Krivitsky: Ich war Stalins Agent, S. 17f. u.a.). In Deutschland erfolgte neben dem Aufbau des Kippenberger-Apparats mit russischer Unterstützung auch der eines Apparats für Betriebsspionage („BB-Ressort") (siehe: Siegfried Grundmann: Der Geheimapparat der KPD im Visier der Gestapo. Das BB-Ressort. Funktionäre. Beamte. Spitzel. Spione, Berlin, Dietz, 2008; vgl. Wollenberg: Der Apparat, S. 12ff.).

Die Leiter der zentralen Aufklärungsapparate bei uns sowie im Ausland stehen ausschließlich mit den Bevollmächtigten der ZKs der entsprechenden Komparteien in Verbindung.

5. Die an der Grenze entkonspirierten Anführer und Leiter der ehemaligen Aktiven Aufklärung sind unmittelbar zu ersetzen, ohne die generelle Liquidierung abzuwarten, die einen längeren Zeitraum und einen höchst vorsichtigen Zugang erfordert.

6. In unserer Zone werden streng konspirative kleine Kampfgruppen mit der notwendigen Bewaffnung organisiert. Im Falle der Besetzung unseres Territoriums durch den Gegner ist ihre Aufgabe die Desorganisation des feindlichen Hinterlandes und die Partisanenkriegsführung.

7. Das Grenzgebiet auf unserer Seite soll von aktiven Partisanen gesäubert werden, die, wie bereits festgestellt, [bisher zuweilen] selbständig die Grenze zwecks Kampftätigkeit überschreiten. Ohne sie zu verbittern, sollten sie ins Landesinnere evakuiert werden, wobei sie zwecks Verwendung im Kriegsfall in Registrierung belassen werden.

8. Um alle angeführten Maßnahmen schmerzfrei durchzuführen und Unzufriedenheit, Abdriften oder Zersetzung einzelner Gruppen und Personen zu vermeiden, ist die Assignierung entsprechender Summen notwendig. Auch ist für die zukünftige Arbeit die Aufstellung und Bewilligung eines festen Budgets in einer Höhe notwendig, die eine organisierte und disziplinierte Arbeit aller Mitarbeiter garantieren würde.

9. Die Durchführung der oben dargelegten Maßnahmen ist dem RVSR[65] mit Bericht an das PB zur Pflicht zu machen.

10. Die Verantwortung für die Lage an den Grenzen und für den Grenztransfer der Partisanen ist in Gänze den Organen der OGPU zu übertragen.

11. Eine Änderung der dargelegten Arbeitsmethoden, die aufgrund besonderer Umstände erforderlich wird (beispielsweise [in] Bessarabien), kann nur durch einen besonderen Beschluss des Politbüros erfolgen.[66]

12. Die Durchführung der hier dargestellten Linie hängt nicht zuletzt von ihrer diplomatischen Umsetzung ab. Die Gesamtheit der geplanten Maßnahmen kann sich als lediglich schädlich erweisen, wenn die harte und klare Politik gegenüber Polen, die vom PB bereits vorgegeben wurde,[67] nicht verwirklicht wird. Es ist hervorzuhe-

---

65 *RVSR (russ.):* Revolutionärer Kriegsrat der Sowjetrepublik.

66 Das überwiegend rumänisch besiedelte Bessarabien (Hauptstadt: Chișinău, russ. Kišinev), heute weitgehend mit Moldawien westlich des Dnister deckungsgleich, gehörte bis 1917 zum russischen Zarenreich und in der Zwischenkriegszeit zu Rumänien. Die Sowjetunion erkannte den 1918 unter großer Anteilnahme der Bevölkerung vollzogenen Beitritt zu Rumänien „auf alle Ewigkeit" nicht an.

67 Nach der sowjetischen Niederlage im äusserst brutal geführten russisch-polnischen Krieg 1920 hatte Polen im Frieden von Riga (18.3.1921) eine erhebliche Grenzverschiebung nach Osten erreicht und in den neuen Gebieten gegenüber der ukrainischen Minderheit eine Repressionspolitik durchgeführt. Über den auch weiterhin sowjetischerseits angeleiteten Widerstand in der Zweiten polnischen Republik ist nur wenig bekannt. Nach dem Pakt mit Hitler 1939 und seinen geheimen Zusatzvereinbarungen liess Stalin Ostpolen wieder für die Sowjetunion besetzen.

ben, dass der polnischen Regierung in dieser Frage keine direkten Indizien gegen uns zur Verfügung stehen, sondern sie sich ausschließlich auf Vermutungen stützt. Aus diesem Grund muss allen Ausfällen seitens Polens eine entschiedene Abfuhr erteilt werden.

13. Die Komparteien der östlichen Regionen Polens sind noch einmal auf die Notwendigkeit hinzuweisen, die Bauernbewegung in den Grenzregionen zu durchdringen und anzuleiten, dem Bauerntum in seinem Kampf Hilfe zu leisten, wobei der Bewegung ein organisierter Charakter verliehen werden muss und die Gesamtheit ihrer möglichen Formen, wie etwa parteilose Bauernkomitees, Verteidigungskomitees und andere, ausgenutzt werden müssen. [...]

V. Kujbyšev.

Dok. 126

Beschluss des Politbüros des ZK der RKP(b) über die Verhaftung der deutschen Studenten und die Vorgaben für die KPD

[Moskau], 5.3.1925

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 17/162/2, 82–83. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 305–306; Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 72.

PROTOKOLL NR. 51 (Sonder-Nr. 38)
DER SITZUNG DES POLITBÜROS DES ZK DER RKP(b) vom 5. MÄRZ 1925.

Angehört:
I. Fragen des NKID. [...]
B. Über die Studenten[68] (Gen. Litvinov, Menžinskij, Pjatnitzki).

Beschlossen:
I. Folgenden Beschluss der von der Delegation der RKP im Präsidium des EKKI eingesetzten Kommission nach Korrektur zu bestätigen:

a) Gen. Katz damit zu beauftragen, das ZK der KPD mit dem Fall Kindermann bekanntzumachen und [ihm] die Angaben Kindermanns mitzuteilen darüber, wie er in die Durlacher KPD-Parteiorganisation eingetreten ist, sowie darüber, dass die

68 Die am 26.10.1924 durch die OGPU verhafteten deutschen Studenten Karl Kindermann, Theodor Wolscht und Max von Dittmar wurden als angebliche Mitglieder deutscher ultrarechter Organisationen in Moskau am 3.7.1925 zum Tode verurteilt. Zum Hintergrund siehe Dok. 122.

Personen, die sowohl sein Parteibuch wie auch die Einreiseerlaubnis nach Russland unterzeichnet haben, im Vermittlungskontor von Kindermanns Vater arbeiten.[69]

Die Aufmerksamkeit der KPD auf den Umstand zu lenken, dass sich eine Kopie des Dokuments, das von der Durlacher Parteiorganisation ausgestellt wurde, in den Händen des deutschen Botschafters in Moskau befindet.

Über Gen. Katz der KPD vorzuschlagen, Maßnahmen gegen das Eindringen fremder und ihr feindlich gesinnter Elemente in die Reihen der KPD zu ergreifen.

b) Dem ZK der KPD über Gen. Katz vorzuschlagen, sowohl die Parteimitglieder als auch die Arbeiter überhaupt darüber in Kenntnis zu setzen, auf welche Weise Kindermann in die KPD eingetreten ist, – da sich unter den KPD-Mitgliedern Unzufriedenheit darüber bemerkbar macht, dass angeblich ein deutscher Kommunist verhaftet worden sei.

c) Die Vertreter der Sektionen der KI sowie die Vertreter der ausländischen (falls politisch notwendig) und russischen Presse mit den Verhörmaterialien (solchen, die in Übereinstimmung mit dem weiteren Ermittlungsinteresse präsentiert werden können) bekanntzumachen, um damit eine Pressekampagne -– mit der Veröffentlichung entsprechender Dokumente – gleichzeitig in der UdSSR und im Ausland zu eröffnen.[70]

All das im Eiltempo durchzuführen.

II. Aufgrund der Tatsache, dass eine Beschleunigung der Voruntersuchung sowie die Übergabe des Falles an das Gericht als wünschenswert erachtet wird, die OGPU zu verpflichten, auf der nächsten Politbüro-Sitzung ihre Überlegungen zu dieser Frage vorzutragen.

III. Die unverzügliche Veröffentlichung eines Artikels oder eines Interviews mit Gen. Katz zum Fall Kindermann als unerlässlich zu erachten.[71] Die Gen. Pjatnitzki und Dzeržinskij mit der Durchführung dieses Beschlusses zu beauftragen.

---

69 Der Vater Karl Kindermanns, Hermann Kindermann, war für eine gewisse Zeit aktives SPD- und KPD-Mitglied. 1925 betrieb er, nachdem er sich aus der Politik verabschiedet hatte, ein Inkassounternehmen in Durlach. Dort beschäftigte er den örtlichen KPD-Vorsitzenden, den er aus seiner Zeit als Kommunist kannte, und den wiederum Karl Kindermann zwecks beschleunigten Erhalts des Sowjetvisums um Aufnahme in die KPD bat. Dabei entrichtete er seine Mitgliedsbeiträge gleich für mehrere Jahre, wodurch Kindermann eine KPD-Mitgliedschaft seit 1920 angerechnet wurde, jedoch in seinem Mitgliedsausweis ausschließlich Beitragsmarken von 1924 klebten. Das machte das Dokument wiederum bei der GPU verdächtig (siehe: Viktor I. Isaev: „Oni hoteli ubit' Stalina". OGPU protiv nemeckich studentov v pokazatel'nom sudebnom processe 1925 g., Novosibirsk, SO RAN, 2005, S. 19).

70 Eine Pressekampagne der KPD schien umso notwendiger, als dass die Verhaftung der deutschen Studenten und der Prozess gegen sie von der deutschen Presse über die politischen Lager hinweg extensiv und äußerst sowjetkritisch beleuchtet wurde (siehe Müller: Russlandberichterstattung und Rapallopolitik, S. 127–130).

71 Zur weiteren Entwicklung des Falles und zum Austausch Kindermanns und Wolschts gegen Roze (Ps. Skoblevskij) und „Laursen" siehe die weiteren Politbürobeschlüsse, u.a. vom 1.10.1925. Der dritte „faschistische Student", von Dittmar, soll in OGPU-Haft an Herzversagen gestorben sein.

Auszüge versendet an:
Gen. Dzeržinskij, Pjatnitzki.

SEKRETÄR DES ZK
[Sign.:] I. Stalin



Am 9.3.1925 nahm die EKKI-Kommission zur Frage der Militärarbeit eine Resolution an, in der die Schaffung eines „Militärbüros" (*Voennoe Bjuro*) in Moskau gefordert wurde. Diese Institution sollte nach den Vorstellungen der Kommissionsmitglieder Pjatnitzki, Unšlicht und Kuusinen die bis dahin große Schwächen aufweisende militärische Arbeit der kommunistischen Parteien koordinieren und unterstützen. Unter anderem sollte „die Unterstützung der Vorbereitung revolutionärer Aktionen im richtigen Augenblick" bewerkstelligt werden. Das Büro sollte einer Kommission aus Vertretern des EKKI, des ZK der russischen Partei und des Revolutionären Kriegsrats der UdSSR unterstellt sein.[72] Auf seiner Sitzung vom 13.3.1925 verwarf das Politbüro des ZK der KP Russlands jedoch diesen Ansatz als „unzweckmäßig".[73]

Am 13.3.1925 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands die „formelle Übertragung" der Angelegenheit der verhafteten deutschen Studenten an das Oberste Gericht der UdSSR. Als Gerichtsvorsitzender wurde Vasilij Ul'rich bestimmt, der später bei den Schauprozessen der 1930er Jahre eine große Rolle spielte. Das Politbüro legte auch den Ankläger sowie den Kommunikationsmodus mit den Vertretern Deutschlands fest. Die Übergabe des Falles an das Gericht sollte in der Presse bekanntgegeben werden.[74]

Ebenfalls am 13.3.1925 fasste das Politbüro des ZK der KP Russlands einen Beschluss über die personelle Zusammensetzung der sowjetischen Delegation auf dem V. Erweiterten EKKI-Plenum (21.3.–6.4.1925). Es wurde ebenfalls die Zusammensetzung einer speziellen Delegation (Tomskij, Bucharin, Sinowjew, Stalin und Manuilski) zur Verhandlung mit der deutschen Delegation auf dem Plenum bestimmt.[75]

---

72 RGASPI, Moskau, 508/2/5, 3–4. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 306–307.
73 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 87. Publ. in: Ibid., S. 306.
74 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 86–87. Publ. in: Adibekov/Di B'jadzžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 73.
75 RGASPI, Moskau, 17/3/492, 2. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 307–308.

Dok. 126a

Brief Josef Eisenbergers an die Kontrollkommission der Komintern über seine Auseinandersetzung mit August Thalheimer

Moskau, 18.3.1925

Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau, 324/1/548, 11. Erstveröffentlichung.

Moskau, den 18. März 1925

An die Kontrollkommission
z.Hd. des Genossen *Stirner*[76]

In meiner letzten Erklärung vor der K[ontroll-]K[ommission] *contra* Radek-Brandler-Thalheimer[77] habe ich die fraktionellen Beziehungen dieser Gruppe auch zu *Kreibich* nachgewiesen und festgestellt, dass der inkriminierte Artikel Thalheimers illegal an Kreibich ging und dass Thalheimer schon während des V. Weltkongresses an Kreibich Material geliefert hat, das von Kreibich zu einem Artikel gegen die KPD, aus Anlass der Maiwahlen 1924, benützt worden war.[78]

Zu dieser meiner Feststellung konnte Thalheimer infolge Schluss der Sitzung der KK das Wort nicht mehr erhalten. Er trat deshalb im Sitzungssaale an mich mit Beschimpfungen heran, auf die ich ebenso scharf erwiderte, dass sie die Wahrheit nicht aus der Welt schaffen werden.

Unmittelbar darauf verliessen die Anwesenden den Sitzungssaal der KK. Ich ging hinter Thalheimer her, der weiterschimpfte und dem ich weiter erwiderte, dass meine Behauptungen durch seine Lügen nicht zu entkräften sind. Darauf wandte sich Thalheimer plötzlich gegen mich und versetzte mir – noch im Sitzungssaal der KK – einen *Faustschlag ins Gesicht* mit den Worten: Dann sollen Sie das dafür bekommen.

Die faschistisch menschewistische Handlungsweise Thalheimers, die nur eine weitere logische Konsequenz seiner feindseligen Einstellung gegen die KPD und die KI ist, zwingt mich, mich an die KK zu wenden mit der Bitte um das Einschreiten des

---

76 Am gleichen Tag sandte Eisenberger eine Kopie des Schreibens an Sinowjew (RGASPI, Moskau, 324/1/548). Ebenfalls an Sinowjew sandte er die Kopie eines Schreibens an Clara Zetkin, in dem er sie warnte, sich von „der Gruppe Radek-Brandler missbrauchen" zu lassen (RGASPI, Moskau, 324/1/548, 12). Zetkin schrieb ihm daraufhin einen wütenden Antwortbrief, in dem sie ankündigte, jegliche Beziehungen zu ihm abzubrechen (RGASPI, Moskau, 324/1/555, 70).

77 Josef Eisenberger (1891–1938), der in den KPD-internen Auseinandersetzungen 1923–1924 zunächst Anhänger Brandlers war, sagte sich in einem „Reuebrief" im Dezember 1924 von diesem los und denunzierte ihn mehrmals und ausführlich bei der Komintern. Er wurde daraufhin zum Kronzeugen im Parteiverfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek gemacht (siehe: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 218).

78 Der sudetendeutsche ehemalige Sozialdemokrat Karel Kreibich war als Mitglied der KP der Tschechoslowakei auch Mitglied des EKKI-Präsidiums.

Parteigerichtes gegen das unter Parteigenossen gänzlich unqualifizierbare Verhalten Thalheimers.

J. Eisenberger
Mitgl. B. No. 687181

P.S. Als Zeuge des Vorfalles benenne ich den Delegierten der Zentrale der KPD beim EKKI, den Genossen Iwan Katz.[79]



Im Rahmen eines Beschlusses des Politbüros des ZK der KP Russlands vom 2.4.1925 zu den am 15.11.1924 wiederaufgenommenen deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen wurden die am 31.3. zugesicherten Zugeständnisse an die deutsche Seite als maximal definiert. An der Sitzung nahmen Ganeckij, Rykov, Frumkin, Cjurupa, Litvinov, Varga, Stomonjakov und Sviderskij teil. Die Beschlüsse der zu diesem Zweck eingesetzten Kommission über den Vertrag wurden übernommen.[80] In den folgenden Monaten und bis zum Abschluss des „Berliner Vertrags" am 24.4.1926 bildeten die Vorbereitungen einen Schwerpunkt des Interesses im russischen Politbüro.

Ebenfalls am 2.4.1925 nahm Karl Radek im Politbüro des ZK der KP Russlands zu seiner Erklärung Stellung, die er gemeinsam mit Brandler und Thalheimer am 25.3.1925 auf dem EKKI-Plenum abgegeben hatte. Darin hatten die Autoren ihren Konflikt mit dem EKKI über den „Deutschen Oktober" und die „Arbeiterregierung" als „erschöpft" erklärt. Sie bestanden jedoch weiterhin auf der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit „linken sozialdemokratischen Elementen" im Falle einer Verschärfung der revolutionären Situation. Das Politbüro beschloss, sich nicht nachträglich gegen diesen Auftritt auszusprechen, sondern die VKP-Delegation im EKKI damit zu beauftragen, eine schriftliche Stellungnahme abzugeben. Im Politbüro wurde ebenfalls die Affäre angeblich gefälschter Briefbögen der Komintern besprochen.[81]

Am 9.4.1925 gewährte das Politbüro des ZK der KP Russlands eine Konzession an den Krupp-Konzern für den Bau und Betrieb der Eisenbahnstrecke Alexandrov-Gai-Tschardshuj (Zentralasien).[82]

---

79 Noch 1924 hatte Eisenberger Iwan Katz und Werner Scholem als „freche Judenbengel" beschimpft, die bald „abwirtschaften" würden (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 218).
80 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 100 + 105. Publ. in: Adibekov/Di B'jadzžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 73–75.
81 RGASPI, Moskau, 17/3/495, 3. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 308–310.
82 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 107.

Dok. 127

Bitte Elena Stasovas an Molotov, in Deutschland bleiben zu können

Moskau, 17.4.1925

Autograph, russisch. RGASPI, Moskau, 82/2/1460, 24–25. Erstveröffentlichung.

1925 17/IV

Lieber Vjačeslav Michailovič [Molotov],
Ihr Brief vom 10. April hat mich ziemlich erstaunt, vor allem sein Anfang. Sie sind der Meinung, dass man mich seit langem nicht in Moskau gesehen habe, doch es ist nicht einmal ein Jahr vergangen, seit ich in Moskau gewesen bin, und die vorhergehende Pause betrug zwei Jahre, wobei sie nicht auf meinen Wunsch hin so lang war, denn ich hatte während dieser Zeit mehrmals geschrieben und um Erlaubnis gebeten, zur Parteikonferenz, zum Parteitag und zum Sowjetkongress kommen zu dürfen, doch nie habe ich auch nur eine Antwort bekommen. Dies ist nur der erste Teil meines Erstaunens, denn ich weiß nicht, worin diese Sorge um mich begründet liegt. Ganze 4 Jahre lang hat niemand daran gedacht und sich [an mich] erinnert, auch nicht, als ich krank war und die Aufmerksamkeit gebraucht hätte.

Zweitens [Ihre Ausführungen] dazu, dass die lange Trennung von Russland für mich unbefriedigend sei. Die Trennung von Russland wird unabhängig vom Zeitraum empfunden und muss durch Zeitungen und Gespräche mit anreisenden Genossen kompensiert werden, wobei mir sowohl das Eine wie auch das Andere uneingeschränkt zur Verfügung steht. *Befriedigen* kann eine Trennung natürlich niemanden zu keiner Zeit, sondern die Arbeit ist das Befriedigende, und da ist mir völlig unklar, wie diese Arbeit, *die aktive Arbeit in der Partei,* jemanden, und umso mehr einen aktiven Parteiarbeiter nicht befriedigen könnte. Die Arbeit stellt mich voll und ganz zufrieden. Denn meine Arbeit besteht sozusagen aus zwei Sphären: Zum einen die Arbeit in der örtlichen MOPR,[83] die für die lokale Lage der Partei *unerlässlich* ist, und auch wenn sie nicht vollkommen befriedigend ist, da es keinen unmittelbaren Kontakt, beziehungsweise keinen alltäglichen Kontakt mit den Massen gibt, ist es andererseits so, dass man gerade zur Unterstützung der Partei, zur Vermeidung solcher Vorkommnisse, wie den Verrat im Gefängnis aufgrund mangelnder Unterstützung des Inhaftierten und seiner Familie durch die Partei, alles Mögliche zur Verstärkung der Arbeit der MOPR unternimmt. Das ist die eine Arbeit von mir. Die andere ist die unmittelbare Arbeit in meinem Bezirk,[84] wo ich direkte Tuchfühlung mit der Masse der Arbeiter habe, da ich

---

83 „Örtliche MOPR“*:* Stasova meint die Rote Hilfe Deutschlands.

84 In ihren Memoiren schrieb Elena Stasova, Lenin habe ihr für ihre Arbeit in Deutschland aufgetragen, „unbedingt mit einer Grundorganisation (Zelle) der Partei Verbindung aufzunehmen“. Über die Arbeit an der KPD-Basis schrieb sie: „Ich wurde Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands

oft Vorträge halte, an Diskussionen teilnehme und indirekt dadurch auf meine Gruppe Einfluss nehme, dass ich an allen Versammlungen, der alltäglichen minderwertigen Arbeit usw. teilnehme. Darüber hinaus habe ich im letzten Jahr eine Reise als Rednerin auf internationalen Versammlungen gemacht, habe Vorträge vor jungen Leuten über die Geschichte der RKP. gehalten und bin auf MOPR-Versammlungen aufgetreten. All dies zusammengenommen verschafft mir vollkommene Befriedigung, demnach sind Sie von Ihrem oder Ihren Informanten in die Irre geführt worden.

Angesichts der instabilen allgemeinen politischen Lage, und der Möglichkeit einer illegalen Existenz der Partei (augenblicklich leben wir annähernd unter solchen Bedingungen wie 1917, als unser ZK „unter den Kreuzen" in der Furštatskaja 19 angesiedelt war)[85] bin ich der Auffassung, dass meine Anwesenheit hier höchst notwendig ist, da meine Untergrunderfahrungen den deutschen Genossen zweifellos zunutze kommen werden. All dies zwingt mich dazu, die Frage dahingehend zu beantworten, dass ich auch weiterhin hier bleiben werde. Ich habe mich in der hiesigen Partei eingelebt, habe die Psychologie des deutschen Arbeiters erkundet, und weiß, welche Anforderungen ich an ihn stellen kann, also können meine Kräfte unmittelbar für die Sache eingesetzt werden.

Doch mir scheint, dass Ihr Brief durch irgendwelche dienstlichen Überlegungen hervorgerufen wurde, und dass vielleicht meine Kräfte jetzt in Moskau gebraucht werden, und Sie mich deswegen fragten, ob ich nicht den Wunsch verspüren würde, nach Moskau zu kommen. Sie wissen, dass ich schon immer eine disziplinierte Genossin der alten Schule war und dass ich infolge dessen bereit bin, die Verpflichtungen auf mich zu nehmen, die das ZK der RKP(b) mir auferlegt.

Jedenfalls erwarte ich Ihre Antwort und eine Erklärung darüber, was nun die Ursache Ihres Briefes gewesen ist. Natürlich wird sich für einen Parteiarbeiter immer Arbeit finden, wo immer er sich auch aufhalten mag, und was das Vaterland angeht, so hat der Proletarier keins.[86]

Mit kommunistischem Gruß,
Elena [Stasova][87]

---

und gehörte einer Zelle in Berlin-Moabit an, der gleichen wie der Dichter Johannes R. Becher. Wir trugen des öfteren gemeinsam Flugblätter in die Arbeiterwohnungen des Stadtbezirks." (Jelena Stassowa: Genossin „Absolut". Erinnerungen, Berlin-Ost), Dietz, 1978, S. 192–193). Stasova war bereits anfangs der zwanziger Jahre in der KPD tätig, siehe u.a. Dok. 49

85 *Kresty* (dt.: „Kreuze") war der Name eines bekannten Gefängnisses in der Furštatskaja-Straße 19 in Petrograd, in dem nach dem Juliaufstand 1917 führende Bolschewiki wie Lunačarskij und Trotzki inhaftiert waren.

86 Nachdem Stasova eine wichtige Rolle in der Bekämpfung der *Linken Opposition* und später der *Vereinigten Opposition* in der KPD gespielt hatte, arbeitete sie seit Februar 1926 in Moskau als Leiterin des Informationsbüros des ZK der RKP(b) (nach noch ungesicherten Aussagen handelte es sich um das Privatsekretariat Stalins), dort zuständig für die Komintern und die internationale Arbeiterbewegung. 1927 wurde sie auch Sekretärin des ZK der Internationalen Roten Hilfe (MOPR). 1935–1943 war sie als Mitglied der Internationalen Kontrollkommission mitverantwortlich für die Säuberungen, die sie überlebte.

87 Nach „Elena" mit anderer Handschrift: „Stasova"(?)



Nachdem das V. Erweiterte Plenum des EKKI (21.3.–6.4.1925) die Thesen zur „Bolschewisierung“ der Komintern-Sektionen verabschiedet hatte, die die kommunistischen Parteien noch stärker an Moskau banden, bereitete Sinowjew zur XIV. Parteikonferenz der RKP(b) Thesen zu den Aufgaben der russischen Partei im Zusammenhang mit den Beschlüssen des EKKI-Plenums vor, die er am 22.4.1925 dem Politbüro des ZK der KP Russlands vorstellte. Das Politbüro hielt es für notwendig, einige Korrekturen an diesen Thesen anbringen zu lassen, wozu eine Kommission aus Sinowjew, Stalin, Bucharin, Kamenev und Rykov gebildet wurde.[88]

Am 23.4.1925 fasste das Politbüro des ZK der KP Russlands einen Beschluss zum „Tscheka-Prozess“ in Deutschland, der am 22.4.1925 beendet wurde. Dabei ging es vermutlich um die Reaktion auf die ausgesprochenen Todesurteile. Krestinskij wurde aufgefordert, einen offiziellen Protest zu verlautbaren und sich auf legalen und illegalen Wegen um den Hauptangeklagten Petr Skoblevskij, d.i. Vol'demar Roze, zu kümmern. Zugleich sollte die sowjetische Handelsvertretung in Deutschland personell verstärkt werden.[89]

Am 25.4.1925 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands angesichts diverser Fälle von Personalausfall in der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin, diese mit neuen Funktionären zu verstärken.[90]

Am 29.4.1925 wies das Politbüro des ZK der KP Russlands einen Vorschlag des ZK der KPD zur Entsendung eines Delegierten zum deutschen ZK-Plenum zurück.[91]

In diesem Zeitraum, so auch am 4.5.1925, tagte die Politbüro-Kommission „für Sonderbestellungen“. Eine Delegation, die im Auftrag der Kommission zu Verhandlungen mit deutschen Rüstungsbetrieben reisen sollte, wurde beauftragt, Verhandlungen über die Lieferung von Gasmasken, Maschinengewehren, Optik, [Gift-?]Gasen, Motoren, Stickstoffverbindungen und Munition zu führen. Gleichzeitig wurden mögliche sowjetische Waffenlieferungen an Afghanistan besprochen.[92]

Am 7.5.1925 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands nach Ablauf des „Tscheka-Prozess“, die Vorschläge des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten aufzugreifen, die auf eine Abwendung des endgültigen Todesurteils gegen Roze u.a. im Leipziger Prozess unter Beteiligung der sowjetischen Botschaft abzielten.[93]

88 RGASPI 17/3/499, 2–3. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 311–312.
89 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 114. Publ. in: Ibid. , S. 313; Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 79–80. Deutschen Quellen zufolge soll Krestinskij versucht haben, Stresemann im Gespräch dazu zu bewegen, in den Tscheka-Prozess geheim einzugreifen, was dieser jedoch abgelehnt habe (ADAP, Serie A, Bd. XII, Dok. 272, S. 721–723).
90 APRF, Moskau, 03/64/639, 56. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 234.
91 RGASPI, Moskau, 17/3/501, 2.
92 APRF, Moskau, 03/64/647, 104–106. Publ. in: Ibid., Dok. 235.
93 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 115. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 80.

Dok. 127a

Brief Willi Münzenbergs an Sinowjew über die Tätigkeit der Internationalen Arbeiterhilfe

Berlin, 7.5.1925

Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau, 324/1/551, 225–226. Erstveröffentlichung.

Berlin, den 7. Mai 1925.

Genossen
Sinowjew
Moskau

Lieber Genosse Sinowjew,[94]
Als Fimmen hier war,[95] habe ich mit ihm und auch mit anderen Freunden, die ähnlich stehen wie er, gesprochen und wir hatten alle das Empfinden, als wenn versucht werden müsste, durch das englisch-russische Einheitskomitee[96] und durch andere ähnlich geartete Institutionen und Organisationen eine grössere Kampagne gegen die antirussische Hetze zu organisieren, die gegenwärtig in allen Staaten betrieben wird. Ich erinnere nur an die unerhört gesteigerte Hetze in den Balkanländern, an die scharfe Frontierung seitens der Engländer, an den amerikanischen Druck, unter den sogar Frankreich dauernd gegen Russland sich stellt, an die Folgen der Hindenburg-Wahl in Deutschland usw.[97] Mit einigen Freunden im Zentralkomitee der I.A.H. habe

---

94 Hier und weiter im Dokument sind handschriftlich unterstrichene Passagen kursiviert wiedergegeben.

95 Eduard (Edo) Fimmen (1891–1942), der Sekretär der Internationalen Transportarbeiterföderation (ITF) war ein Freund Willi Münzenbergs.

96 Das Anglo-Russische (Gewerkschafts-)Komitee wurde im Rahmen der organisatorischen Annäherung der sowjetischen Gewerkschaften und der Führung des *Trade Union Committee* ab ca. Mitte 1925 im Rahmen der Kampagne für die internationale Gewerkschaftseinheit, und der von Sinowjew erwarteten Verschiebung des revolutionären Zentrums Europas nach England durch einen Beschluss der TUC-Konferenz vom 6. bis zum 8. April 1925 in London konstituiert. Insofern war es paradox, dass das Komitee den Abbruch des englischen Generalstreiks zur Unterstützung der Bergarbeiter im Mai 1926 kritiklos mitverfolgte, was von der linken Vereinigten Opposition zu einem Hauptkritikpunkt gegen die Komintern bzw. die sowjetischerseits bestimmte Politik gemacht wurde (siehe genauer: Tosstorff: Profintern, S. 621f., 626f.).

97 Nach dem Tode von Friedrich Ebert am 28.2.1925 fand am 29.3.1925 die erste Direktwahl des Staatspräsidenten der Weimarer Republik statt. Der erklärte Monarchist Hindenburg wurde gegen Wilhelm Marx als Kandidat des Zentrums, der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der SPD knapp gewählt, nicht zuletzt infolge der Haltung der Bayerischen Volkspartei, die Hindenburg unterstützte, sowie der KPD, die Ernst Thälmann als eigenen Kandidaten aufgestellt hatte. Trotz Zunahme der Spannungen ergaben sich für die Deutsch-sowjetischen Beziehungen keine fundamentalen Veränderungen. Das sowjetische Poltibüro lehnte zweimal den Vorschlag Čičerins ab, Hindenburg zu seiner Wahl ein Glückwunschschreiben zu übermitteln (siehe Politbürobeschluss vom 15.5.1925).

ich die Sache reiflich besprochen und schlage Ihnen heute vor, dass ausser anderen Organisationen und ausser den *Fimmen-Gruppen unsere Organisation, d.h. die Internationale Arbeiterhilfe, eine solche spezielle, grosse internationale Aktion gegen die Russland-Hetze*[98] vorbereitet und vielleicht im Juli oder August durchführt. Der *Inhalt* der Kampagne soll sein, in denjenigen Ländern, die noch nicht Russland anerkannt haben, Amerika, Tschechoslowakei usw. die Anerkennung von Sowjet-Russland; in denjenigen Ländern, die Russland bereits anerkannt haben, die Parole gegen die [anti-]russische Hetze, für Sowjet-Russland, für die Erweiterung der Handels- und wirtschaftlichen Beziehungen. Wir denken daran, dass wir die Kampagne einleiten können 1) durch eine Massenauflage unserer illustrierten Zeitungen, die das neueste und aktuellste Material über Russland bringen können.

2) durch eine planmässige Bearbeitung der gesamten Presse, der kommunistischen Presse, der sympathisierenden Organe, Zeitschriften usw.

3) Vertrieb in Massen von dem englischen Bericht der Gewerkschaftsdelegation über Russland,[99]

4) Vertrieb von einigen kleineren populären Abhandlungen über Russland, vielleicht Auszüge aus dem englischen Bericht und ähnlich geartete Schriften.

5) Neuausgabe von Bilderserien, Postkartenserien, Bilderalben etc.

6) Massenverbreitung von prorussischen Meinungsäusserungen führender Politiker, Wirtschaftler, Gewinnung von solchen Aeusserungen, Mobilisierung der Klubs der Freunde des neuen Russland usw.[100]

7) Organisierung russischer Filmabende für Massen-Meetings,

8) Organisierung von grossen Volks- und öffentlichen Versammlungen über das russische Problem,

9) Vorträge und Meetings in Betrieben, Gewerkschaften usw. für Sowjetrussland.

Und zwar denken wir, dass wir von vornherein die ganze Kampagne aufziehen auf breitester Grundlage, getragen von den stark erweiterten Komitees von uns, die verstärkt werden sollen durch Gewerkschaftsdelegierte und andere intellektuelle Mitglieder. Ich begnüge mich heute nur mit der Andeutung über das Aktionsprogramm und wäre *bereit, wenn Sie es für notwendig erachten,* wegen der detaillierten Programme und wegen der ganzen Führung, Einleitung und Durchführung dieser Kampagne zu einer persönlichen Rücksprache *nach dort* [d.h. in die Sowjetunion] für einige Tage zu

---

98 Die kursivierte Passage ist handschriftlich unterstrichen sowie am Rand mit zwei senkrechten Strichen markiert.

99 Der nicht unkritische, in zahlreiche Sprachen übersetzte Bericht fiel insgesamt positiv aus und eröffnete insofern ein neues Kapitel in den sowjetischen Bemühungen, die internationale Isolation zu durchbrechen. Siehe: Rußland. Offizieller Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation nach Rußland und dem Kaukasus im November und Dezember 1924, Berlin, Neuer Deutscher Verlag, 1925.

100 Die sog. *Klubs der Freunde des neuen Russland*, mit deren Aufbau Münzenberg betraut wurde, sollten im Gegensatz zu den eher auf Intellektuelle fokussierten *Gesellschaften* der *Freunde des neuen Russland* vor allem Arbeiter als Mitglieder rekrutieren. Siehe: Bayerlein: Transnationale Netzwerke.

kommen. Nach der ganzen Entwicklung im Westen und der sich zeigenden Tendenz glaube ich, dass tatsächlich eine derartige Kampagne im Interesse Russlands und unserer Gesamtbewegung liegt.

Ich erwarte mit Spannung Ihre Antwort und halte mich wie immer ganz zu Ihrer Verfügung

[sign.:] Ihr
Willi Münzenberg



Am 15.5.1925 lehnte das Politbüro des ZK der KP Russlands es explizit zum zweiten Mal ab, den Vorschlag Čičerins anzunehmen, ein Glückwunschschreiben an Hindenburg anlässlich seiner Wahl zum Reichspräsidenten zu senden.[101]

Am 21.5.1925 fasste das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion einen Beschluss über die Handelsverhandlungen mit Deutschland; dabei ging es um Importquoten deutscher Güter in die UdSSR und die Gründung einer gemeinsamen Transithandelsgesellschaft.[102] Auf Vorschlag von Stalin sollte die Delegation für die Verhandlungen mit Deutschland durch Stomonjakov und Pjatakov ergänzt werden, wogegen Frumkin am 27.5.1925 erfolglos Einspruch erhob.[103]

Am 4.6.1925 nahm das Politbüro des ZK der KP Russlands den Vorschlag des führenden Propagandisten Emel'jan Jaroslavskij an, einen „Schauprozess" gegen die deutschen Studenten zu veranstalten.[104] Darüber hinaus wurde beschlossen, 20 „ausgewählte" Arbeiterdelegierte aus Deutschland in die Sowjetunion einzuladen. Die Initiative zur Einladung habe von den Arbeitern der Putilov-Werke auszugehen: „Es für wünschenswert zu befinden, in der im Namen der Putilov-Arbeiter verfassten Erklärung festzuhalten, dass [...] deutsche Arbeiter an der Werkbank unabhängig von ihren politischen Überzeugungen eingeladen werden, mit Ausnahme von Personen, die am Kampf gegen die Sowjetmacht beteiligt sind."[105]

Am 5.6.1925 bestimmte das Politbüro des ZK der KP Russlands Nikolaj Krylenko zum Chefankläger für den Schauprozess gegen die deutschen Studenten.[106] Am 11.6.1925 erfolgten Beschlüsse des Politbüros über die Konzessionsvergabe an Junkers. Diese sollten nur unter der Bedingung gewährt werden, dass die bereits im November 1922 an Junkers verpachtete Flugzeugfabrik in Fili zur selbständigen Produktion ausgebaut würde, anstatt lediglich ein auf die Dessauer Stammfabrik angewiesener Montagebetrieb zu sein. Die Verantwortung für die Verhandlungen obliege Trotzki.[107] In diesem Zusammenhang sollten auch die Verantwortlichkeiten für die bisherige schlechte Qualität der Lieferungen eruiert werden.[108]

---

101 RGASPI, Moskau, 17/3/503, 1; APRF, 3/64/676, 76, Publ. in: Sevost'janov, Moskva-Berlin, I, Dok. 239.
102 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 119. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 80–81.
103 APRF, 3/64/646, 123–124. Publ. in: Sevost'janov, Moskva-Berlin, I, Dok. 240 und 244.
104 RGASPI, Moskau, 17/3/505, 2.
105 RGASPI, Moskau, 17/3/505, 4.
106 RGASPI, Moskau, 17/3/506, 5.
107 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 124,125. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 81–82
108 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 124,125. Publ. in: Ibid., S. 81–82. Zur Rüstungszusammenarbeit mit Junkers siehe auch: D'jakov/Bušueva: Fašistskij meč, S. 152–155.

Zu den Verhandlungen um den Handelsvertrag mit Deutschland beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands am 11.6.1925, eine Paraphierung des Vertrags abzulehnen und auf ein möglichst schnelles Ende der Verhandlungen in Moskau hinzuarbeiten. Am gleichen Tag wurde Karl Begge, eine ehemaliger GPU-Funktionär, zum neuen Handelsvertreter in Deutschland ernannt.[109]

Am 18.6.1925 genehmigte das Politbüro des ZK der KP Russlands die Vorschläge einer entsprechenden Kommission der russischen Delegation in der Kominternführung über die Entsendung, den Aufenthalt und die Finanzierung der auf 60 Teilnehmer aufgestockten internationalen Arbeiterdelegationen in der Sowjetunion, die letztendlich im Juli-August 1925 in die Sowjetunion kam.[110]

Am 25.6.1925 erfolgte auf Vorschlag Jaroslavskijs ein weiterer Beschluss des Politbüros des ZK der KP Russlands zu den verhafteten „faschistischen" deutschen Studenten. Dabei ging es um die Rechtfertigung der Inhaftierung gegenüber der deutschen Regierung sowie die Ausweisung der zum Prozess angereisten deutschen Zeugen.[111]

Dok. 127b

Brief von Iwan Katz an Sinowjew über die Zustände in der KPD unter Ruth Fischer

Berlin, 29.6.1925

Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau, 324/1/549, 74–79. Erstveröffentlichung.

Berlin, z.Zt. auf Reisen, den 29.6.25
An den Genossen Sinowjew![112]

Hochverehrter Genosse!!
Wie mir die Zentrale der KPD mitteilt, haben Sie den mir bei meiner Abreise aus Moskau abgeforderten Bericht über meine persönliche Auffassung zum Fall Maslow der Genossin Ruth Fischer zugestellt, auf deren Veranlassung eine Kommission eingesetzt wurde, mit der Aufgabe, wegen dieses Berichtes gegen mich die schärfsten disziplinarischen Strafen zu verhängen.[113]

Als ich mich von Ihnen verabschiedete, nahmen Sie mir das Versprechen ab, über die Angelegenheit in Deutschland sorgfältige Ermittlungen anzustellen, Ihnen von

---

109 APRF, Moskau, 03/64/647, 145 und 60. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 247 und 246.
110 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 129 + 133. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 316–317.
111 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 136–137.
112 Am oberen rechten Rand handschriftliche Resolution in russischer Sprache: „An Gen. Bucharin. 16.7.25.", gefolgt von einer Paraphe.
113 Als Exponent der Linken war der Jurist, Volkswirtschaftler und Arzt Iwan Katz (1899–1956) bis Mitte 1925 Vertreter der KPD beim EKKI in Moskau und wurde dann als Vertreter der „Ultralinken" abgewählt. Er gründete 1926 zusammen mit Franz Pfemfert den „Spartakusbund der linkskommunistischen Organisationen." (siehe: Weber, Die Wandlung, 1, S. 141f.).

deren Ergebnis genau und fortlaufend Mitteilung zu machen und mit niemandem – wie Sie ausdrücklich wünschten, auch nicht mit Scholem und Rosenberg – über die Angelegenheit zu reden. Ich habe das Versprechen gehalten. Ich habe peinlich geschwiegen. Jetzt, nachdem die Angelegenheit durch Sie vor die deutsche Partei gekommen ist, werde ich nicht länger schweigen können. Wird die Kommission der hemmungslosen Rachsucht Ruth Fischers sich willfährig erweisen, so werde ich an die Mitgliedschaft appellieren.

Auch die Möglichkeit, in Deutschland Ermittlungen anzustellen, wurde mir dadurch genommen, dass ich nach meiner Rückkehr – in vollem Einvernehmen mit Ihrem Vertreter Manuilski – sogleich wieder ins Ausland verbannt wurde, weil ich in der Frage meiner Festhaltung in Russland an die Exekutive appelliert hatte.

War für mich persönlich dadurch die Möglichkeit von Nachprüfungen, wie Sie sie wünschten, fürs erste beseitigt, so ist diese Möglichkeit selbstverständlich überhaupt und wohl für alle absehbare Zeit dadurch entfallen, dass Sie meinen Bericht Ruth Fischer und damit Maslow übersandt haben. Was Sie zu diesem Schritte veranlasst hat, ist mir nicht erkennbar. Jedenfalls bin ich durch ihn der Verantwortung für die Erschwerung oder gar Unmöglichkeit weiterer Aufklärung ledig und muss die Verantwortung für die weitere Undurchsichtigkeit der Angelegenheit Ihnen zuweisen.

Wie weit es bereits mit der Einbeziehung des Sozialdemokraten Rosenfeld in die gesamten vertraulichen Angelegenheiten der Partei gediehen ist,[114] zeigt folgendes: als ich mich nach Rückkehr aus Moskau zum ersten Mal im Reichstag zeigte und dabei am Platze Rosenfelds vorüberkam, rief Rosenfeld ganz laut: „Nanu, wie kommen Sie denn hierher? Wie sind Sie denn über die russische Grenze gekommen? Das ist ja allerhand!“ Mindestens die neben ihm sitzende sozialdemokratische Abgeordnete Wurm hat diesen Ausruf gehört und, wie ihr Verhalten erkennen liess, auch um seinen Sinn gewusst. Als ich Rosenfeld anderntags wegen des Ausrufs stellte und ihn nach seiner Bedeutung fragte, erklärte er: „Aber, Katz, machen wir uns doch nichts vor. *Ich bin doch von allen Ihren Parteiangelegenheiten genau unterrichtet.*“ „Wer hat Sie unterrichtet?“ „Die Stelle kennen Sie doch genau so gut wie ich. Wenn Sie es nicht wüssten, würde ich es Ihnen nicht sagen. Da Sie es wissen, brauche ich es nicht zu sagen.“ Ich habe diese Worte sofort aufnotiert. Ich habe weiter festgestellt, dass Rosenfeld die überwiegende Mehrzahl des vertraulichen Briefwechsels zwischen Maslow und den führenden deutschen Parteigenossen vermittelt.[115]

Rosenfeld, der so von allem genau unterrichtet ist, der so die Geheimnisse der KPD hütet, war der Anwalt sowjetfeindlicher Gruppen gegen Russland, war von der früheren Zentrale deshalb des Rechtes enthoben, für die KPD jemals wieder verteidigen zu dürfen, hat seither im Rechtsausschuss des Reichstages die einzige reale

114 Dr. Kurt Rosenfeld (1877–1943) war ein deutscher Linkssozialist, der zur stalintreuen Vertrauensperson avancierte und zahlreiche Positionen der KPD übernahm.

115 Eine Notiz von Osip Pjatnitzki (RGASPI, Moskau, 324/1/549, 82) besagt, Katz habe bei ihm vorgesprochen und das Problem der Konspiration bei der Maslow-Korrespondenz ebenfalls thematisiert.

Möglichkeit einer Amnestie – selbst gegen Löbe und Dittmann – durch seinen Widerspruch vereitelt und ist Abgeordneter einer Partei, die immerhin noch zu den erbittertsten Feinden der KPD und Sowjetrusslands zählt. Dazu ist Rosenfeld ein überaus empfindsamer, reizbarer und daher unberechenbarer Charakter, der jederzeit, durch irgendetwas „gekränkt", sich von der bisherigen Partie [sic] trennen oder zu trennen drohen kann, wobei er von seinen „Kenntnissen" Gebrauch macht. [...]

Ich benutze die heutige Gelegenheit, um Ihnen, wie Sie bei meinem Abschied von Ihnen ja ebenfalls wünschten, meine Auffassung von der Lage in der KPD mitzuteilen.

Nun: meine Freunde halten mich für einen unverbesserlichen Optimisten und instinktiv wie auch bewusst sehe ich immer eher rot als schwarz. Aber in diesem Falle muss ich sagen: die Lage der KPD ist trostlos.

Nicht objektiv. Im Gegenteil. Der ungeheuere Raubzug des Agrar- und Industriekapitals durch die neuen Zölle, [...] die revolutionären Signale aus dem Osten: das alles gäbe eine glänzende objektive Basis für kommunistische Arbeit in Deutschland. Aber die Partei – lies Ruth Fischer – verrannt in die Doktrin von der „„nicht-revolutionären" „Epoche", weiss mit diesen Fakten, die in ihre Doktrin nicht passen wollen, nichts anzufangen. [...]

Kritik an solchen Unsinnigkeiten aber ist nicht erlaubt. Wer Bedenken äussert, „hat vom Bolschewismus nichts begriffen" oder ist gar „Antibolschewist". Diskussion, Ueberzeugung und Mehrheitsbeschluss sind durch Redeverbot und disziplinarische Massnahmen ersetzt. Die Opposition vom Zentralausschuss[116] wird, obschon sie sich den Beschlüssen fügt und sich durchaus loyal verhält, mit Verleumdung beschmutzt, gemassregelt und ins Ausland „verbannt". Den „unruhigen Elementen" wird der Ausschluss angedroht. Die Vereinbarungen der deutschen Delegation in Moskau über die Berichterstattung in Deutschland sind frech gebrochen, die Berichte über die Verhandlungen in Moskau und auf dem Zentralausschuss einseitig verstümmelt und gefälscht.[117] Dass [der] Ausgangspunkt der Differenzen Ruth Fischers These vom Wegfall revolutionärer Möglichkeiten in Deutschland war, dass Maslow vorgeschlagen hatte, mit den demokratischen Parteien ein „reelles" Geschäft zu machen, dass fest beschlossen war, der preussischen Mörderregierung Braun-Severing *ohne* jede Bedingung den Etat zu bewilligen, d.h. Schupo, Teno,[118] Pfaffen, Staatsgerichthof und Zuchthäuser, und dass sich vornehmlich dagegen die Opposition wandte, wird den Mitgliedern verschwiegen und der Opposition durch ausdrücklichen Beschluss

116 Auch hier ergeben sich Widersprüche zu Maslows Darstellung an Sinowjew, siehe Dok. 123.

117 Die sich augenscheinlich ohne Einwirkung des EKKI herauskristallisierende ultralinke Opposition um Katz, Scholem und Rosenberg wandte sich gegen die These de monarchistischen Gefahr im Zusammenhang mit der Wahl Hindenburgs, die Ruth Fischer gemeinsam mit Sinowjew als Ausgangspunkt einer „realisitischeren" Parteilinie auffasste (Weber: Die Wandlung, I, S. 107f. Zur Sitzung des Zentralausschusses ibid., S. 109f).

118 Teno: Technische Nothilfe, Freiwilligenorganisation in der Weimarer Republik, Hauptaufgabe war die Verrichtung von Notarbeiten in bestreikten Betrieben, weswegen sie besonders von der KPD als Streikbrecher-Organisation angefeindet wurde.

verboten, den Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen. Man tut jetzt vielmehr so, die Blamage der „neuen Taktik" langsam erkennend, als ob es sich nur um die Einheitsfronttaktik zur Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter gehandelt habe, eine Taktik, die von niemandem umstritten war. Trotz dieser Blamage und des blamablen Rückzugs darf niemand Delegierter zum Parteitag, ja schon zum Bezirksparteitag, der diese Delegierten wählt, werden, der nicht rückhaltlos billigt, was die „Mehrheit" der Zentrale tat, tut und tun wird. [...]

Ein politisches Gesicht sucht man bei der KPD jetzt vergebens. Statt klare Linie mit Suggestivkraft ein eklektisches Gestammel zusammenhangsloser Parolen. [...] Nur zwei Tendenzen heben sich aus dem Parolenwirrwarr heraus, die aber beide verderblich sind: [...] 2. *Kampf gegen Luxemburgismus.* Luxemburgismus ist alles, was vor Ruth Fischer da war, die Partei August Bebels, die Unabhängige Partei, der Spartakusbund und die Komintern vor dem Auftreten Ruth Fischers. Nachdem der Kampf gegen die Linke durch disziplinarische Massnahmen siegreich gewonnen ist, wird (Internationale, Hefte 5 und 6)[119] der Kampf gegen Spartakusbund, Tradition und Rosa Luxemburg fröhlich wieder aufgenommen. Alles, was dem Regierungsantritt Ruth Fischers vorangeht, ist einfältiges Gestammel von Sozialdemokraten. Erst mit ihrem Regierungsantritt beginnt der Kommunismus. Wer von Übertreibungen abmahnt, ist selber Luxemburgist.

Und was sagt die Parteimitgliedschaft zu solchem Unfug? Und vor allem die verantwortliche Parteiarbeiterschaft, die doch zu den geschultesten, gebildetsten, erfahrensten der Komintern zählt? Macht sie das mit? Nein. Aber sie knirscht mit den Zähnen und schweigt. Denn wer redet, wird gefehmt, verbannt, seiner Funktionen enthoben, entlassen. Alle Rechtsgarantien in der Partei sind beseitigt. Es herrscht Ausnahmezustand. Ruth Fischer regiert als absolute Monarchin, hemmungsloser als eine dynastische Despotin, und ihre Regierungsmittel sind Lüge, Intrigue und Terror. „*Le parti c'est moi.*" Die Partei ist ihr Privateigentum geworden. [...]

Das einzige erfreuliche Ergebnis ist die lebhafte Kampagne für die Arbeiterdelegation nach Sowjetrussland in Verfolg[ung] der Einladung der Putilow-Belegschaft.[120]

---

119 In Heft 5a der *Internationale* (Ende Mai 1925) griff Ruth Fischer in einem Leitartikel sowohl den „Brandlerismus" als auch die Ultralinken an, wobei letzteren explizit ihr „Luxemburgismus" zum Vorwurf gemacht wurde: „Diese Plattform ist die Plattform der Luxemburgischen Akkumulationstheorie als Theorie des Imperialismus, von der sich die Vertreter dieser Gruppe niemals in der Öffentlichkeit losgesagt haben." (Ruth Fischer: Die Opposition auf dem Zentralausschuß. In: *Die Internationale* 8 (1925), 5a, S. 281–284, hier S. 283).

120 Im Juni 1925 begann mit der Einladung von 60 „ausgewählten" Arbeiterdelegierten aus Deutschland in die Sowjetunion der Startschuß zur propagandistisch effektiven Kampagne der Arbeiterdelegationen in die Sowjetunion, die 1928 mit der Jubiläumskampagne zur Oktoberrevolution ihren Höhepunkt erreichte. Das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion hatte am 4.6.1925 beschlossen, dass eine solche Initiative zur Einladung von den Arbeitern der Putilov-Werke ausgehen sollte, es stockte später die Anzahl auf 60 auf (siehe: Dok. 4.6.1925 PB und Dok. 18.6.1925 PB). Die erste von drei deutschen Arbeiterdelegationen in die Sowjetunion, die auch weiterhin direkt vom sowjetischen Politbüro kontrolliert wurden (siehe Dok 22.8.1925 PB) fand vom 14.7.1925 bis zum 28.8.1925 statt. Zur

Aber daran ist Ruth Fischer und die neue Taktik völlig unschuldig. Gerade diese Kampagne ist von Kun und mir in Moskau eingeleitet und hier von Scholem organisiert. Der Erfolg ist im wesentlichen Ausfluss der Aufrüttelung des deutschen Proletariats durch die neue Wirtschaftskrise und von Sowjetrusslands unerschütterlicher Macht und Wirkung.

Ich sehe mithin wenig hoffnungsvoll in die nächste Zukunft der deutschen Partei. Wird die Politik Ruth Fischers fortgesetzt, so kann eine völlige Katastrophe eintreten.

Viel hängt von Ihnen ab. Die absolute Diktatur Ruth Fischers ist nur möglich, weil jeder Genosse sie von Russland gewünscht glaubt. Wird dieser Nimbus behoben, so zerflattert das Selbstherrschertum Ruth Fischers wie ein Schemen [sic]. Beim Abschiede im Andrejew-Saal[121] erklärten Sie von sich aus sich bei Differenzen in der KPD zu freundschaftlicher Vermittlung bereit. Ihr Vertreter aber hat nicht vermittelt, sondern verschärft. Er hat zu den politischen Monstrositäten Ruth Fischers geschwiegen, aber jede administrative Massnahme gegen die Linke gutgeheissen. Ja, als Ruth Fischer ihm einen Zettel schrieb „Katz muss ins Ausland", stellte er sogar von sich aus den Antrag auf Verschickung. So sollte die Exekutive in Deutschland nicht weiterarbeiten. Ich habe Manuilski gewarnt und warne auch Sie jetzt noch einmal. Das Schicksal der deutschen Partei darf nicht der Laune und Willkür einer hemmungslosen Frau preisgegeben werden. Lassen Sie ihren politischen Einfällen, ihrer Rach- und Verfolgungssucht, ihren Massregelungen und Verbannungen weiterhin freien Lauf, so legt sich die Verantwortung für die deutschen Misserfolge mehr und mehr auf die Exekutive, auf Russland, was das Vertrauen zu drüben mindern, was der Gesamtbewegung Abtrag tun und was jeden mit tiefstem Schmerze erfüllen muss, dem die kommunistische Revolution Lebensinhalt und stündliches Gebot ist und der, wie ich, Sowjetrussland mit eigenen Augen und Ohren erleben durfte.

Genehmigen Sie meine – trotz allem mir persönlich angetanen Unrecht – stets gleichbleibende Hochachtung und Verehrung

Ihr ergebener
[Sign.:] Iwan Katz

---

organisatorischen Einfassung der Delegationen, die in den Zehnjahresfeiern der Oktoberrevolution in der Sowjetunion 1927 ihren Höhepunkt erlebten, wurde der Bund der Freunde der Sowjetunion gegründet. Siehe: Claus Remer: Deutsche Arbeiterdelegation in der Sowjetunion. Die Bedeutung der Delegationsreisen für die deutsche Arbeiterbewegung in den Jahren 1925/1926, Berlin (-Ost), Rütten und Loening, 1963 (Phil. Diss., Leipzig, 1960); id.: Die drei großen Arbeiterdelegationen nach der Sowjetunion. 1925–1927. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* (1956), 2, S. 343–365; Ivanenko, V. V.: Deutsche Arbeiterdelegationen in der Ukraine. 1925–1932. In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* XXII (1980), S. 714–720; Gudrun Weber: Der Bund der Freunde der Sowjetunion in Deutschland. Organisator der Arbeiterdelegationen in die UdSSR, 1929 - 1932. Ibid. XXIV (1982), S. 679 - 692.

121 Gemeint ist der nach dem höchsten Orden des Russischen Zarenreiches benannte Sankt-Andreas-Saal, einer der Prunksäle im Moskauer Kreml.



Nachdem die drei deutschen Studenten Kindermann, Wolscht und von Dittmar Anfang Juli 1925 zum Tode verurteilt worden waren, tagte das Politbüro des ZK der KP Russlands am 6.7.1925 erneut in der Angelegenheit. Beschlossen wurde, eine Kommission zur Veröffentlichung der Gnadengesuche der „faschistischen Studenten" zu bilden, mit Jaroslavskij, Kalinin, Krylenko und Čičerin als Mitgliedern.[122] Ein weiterer Beschluss betraf die sich in Vorbereitung befindlichen Schritte für einen deutsch-russischen Vertrag; hierzu wurde ein Vertrags-Gegenentwurf Čičerins an den deutschen Botschafter genehmigt (siehe das untenstehende Dokument).

Dok. 128

Entwurf des Politbüros des ZK der KP Russlands (Čičerin) für einen Vertrag mit Deutschland[123]

[Moskau], 3.7.1925

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 17/162/2, 152–153. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 84–86.

Kopie.
3. Juli 1925.

ENTWURF DER GEGENVORSCHLÄGE DES NKID AN DEN DEUTSCHEN BOTSCHAFTER.[124]
(Entwurf eines schriftlichen sowjetisch-deutschen Vertrages).

Beide Regierungen, die von dem Bewusstsein durchdrungen sind, dass die Lebensinteressen der Völker Deutschlands wie der UdSSR eine ständige freundschaftliche Kooperation beider Staaten verlangen, sind fest entschlossen, ihre gegenseitigen Beziehungen im Geiste des Vertrags von Rapallo weiterzuentwickeln, und in allen Fragen, die die eine oder andere Vertragsseite betreffen, einen ständigen freundschaftlichen Kontakt und ein gegenseitiges Einverständnis anzustreben, dabei von den Überlegungen über die Unerlässlichkeit eines allgemeinen Friedens ausgehend. Die Regierungen Deutschlands und [der] Sowjet[union] verpflichten sich, von diesen Überlegungen ausgehend, keine direkten Angriffe sowie keine wie auch immer gearteten feindseligen Handlungen gegeneinander zu unternehmen, sowie in keine politischen oder ökonomischen Blöcke, Verträge, Vereinbarungen und Kombinationen mit

122 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 152. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 84.
123 Aus dem Protokoll Nr. 70 (Sonder-Nr. 53) der Sitzung des Politbüro des ZK der RKP(b), 6. Juli 1925.
124 Der laut Politbürobeschluss genehmigte Vertragstext wurde als Antwort auf den Vorschlag der deutschen Seite für einen Ausführungsvertrag zum Rapallo-Vertrag vom 16.4.1922 an den deutschen Botschafter gesehen, der besonders die Handelsbeziehungen regeln sollte. Am 12.10.1925 wurde dann ein Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion (Moskauer Vertrag) geschlossen. Eine weitergehende Vereinbarung erfolgte am 24.4.1926 im Berliner Vertrag.

Drittmächten zuungunsten einer der Vertragsseiten einzutreten. Zu Kombinationen solcher Art werden unter anderem jegliche formellen oder informellen Wirtschaftsverträge gezählt, die das Ziel haben, der anderen Vertragsseite den Handel, den Krediterhalt, die Finanzoperationen und den Erhalt von Sichtvermerken für notwendige Dienstreisen ihrer offiziellen Mitarbeiter zu erschweren. Genauso verpflichten sich die deutschen und sowjetischen Regierungen, im weiteren ihre Aktionen in der Frage des Beitritts zum Völkerbund oder über die Entsendung eines Beobachters in den Völkerbund zu koordinieren, wobei die Koordinierung ihrer Handlungen eine vorherige Einigung und Beschlussfindung in dieser Frage voraussetzt.

Für die Richtigkeit: [Čičerin]

Dok. 129

Aus einem Brief Nikolaj Bucharins an Stalin über die Situation in der KPD-Führung

Moskau, 22.7.1925

Autograph, russisch. RGASPI, Moskau, 558/11/708, 45–48. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 320–323.

Lieber Koba [d.i. Iosif Stalin]! Ich schreibe dir in aller Eile. Sehr wichtig ist das, was Manuilski erzählt, der aus Deutschland angekommen ist. Ich berichte kurz:

Der Parteitag[125] hatte ein sehr niedriges Niveau; kaum jemand hat gesprochen. Ruth [Fischer] hat alle ziemlich terrorisiert. *Kein einziger unserer Beschlüsse wurde durchgesetzt,* unter anderem die über die Gewerkschaftskommission. Die Vertreter der Komintern wurden schlecht behandelt und auf allerschäbigste Weise *angelogen:* zum Beispiel wurde behauptet, dass das Gebäude von der Polizei umstellt sei (damit unsere Leute weggehen), während nichts dergleichen der Fall war; sie wurden, was die Termine der Sitzungen anging, angelogen; man schnauzte alle mit „Schufte!" an, die es wagten, sich mit den Vorschlägen des EKKI zu solidarisieren, usw. Mit einem Wort, die Situation ist absolut außerordentlich. Weitere Geldverschwendungen wurden offenbar. Außerdem ist haargenau bewiesen, dass Ruth und Co. separate Fonds angelegt haben. Die Stimmung [geht in die Richtung,] – eine leitende Kraft innerhalb der KI zu formen, ohne die RKP und gegen die RKP.

Der Parteitag schickt Maslow einen „ehrfürchtigen Gruß" für eine „Lektion in Marxismus", usw. usf. Gerade fährt eine volle Delegation hierhin, und fragt nach uns.

125 Bucharin ergänzt auf seine Art die Angaben im Bericht Manuilskis über den X. Parteitag der KPD (siehe Dok. 83). Die Vorschläge Bucharins laufen auf eine Unterwanderung der KPD im Sinne der russischen Delegation durch Ernst Thälmann hinaus. Bucharin kann insofern als Urheber des Thälmannschen ZK gelten, das Ende des Jahres die Parteiführung übernahm.

Gleichzeitig schicken wir telegraphisch Dir und Grig[orij Sinowjew] eine Anfrage bezüglich Eurer Meinung. Bei mir fügen sich [im Kopf] folgender Beschluss und folgende Linie zusammen:

1) gegen die Delegation nichts einzuwenden;

2) in ihr müssen Ruth [Fischer], Geschke und Thälmann (der gegen Ruth meutert) vertreten sein;

3) auf der Beratung müssen Ruth und andere zurechtgewiesen werden. Mit der Analyse ihrer Reden auf dem Parteitag, ihrer Beziehungen zur KI, ihrer Organisationslinie und ihrer Geldangelegenheiten muss man ihnen aufzeigen, dass sie *Abschaum* sind. (Natürlich sollte man nicht übertreiben, aber man muss es so machen, dass es klar wird);

4) die Annäherung an die „Arbeitergruppe" zu suchen;

5) auf unseren Beschlüssen zu *bestehen*;

6) in ihrem ZK eine *treue* Gruppe um Thälmann zu haben;

7) die Arbeit zu beginnen, um neue Leute zu suchen;

8) in allernächster Zeit in ihre Presse einzugreifen;[126]

9) ohne ihnen dies mitzuteilen, es für machbar zu halten, nach einiger Zeit eine außerordentliche [Partei-]Konferenz einzuberufen,[127] wobei ein Kurs auf die neuen Leute im ZK und ihre Vorbereitung, Auswahl, Überprüfung zu halten ist.

Ruth und Co. kann man zwar nicht absetzen, doch es ist erforderlich, dass es in Zukunft eine Gruppe unserer Leute gibt. Dieses Pack führt uns an der Nase herum, und nun offenbaren sich klar und deutlich die Scheinheiligkeit, das politische Elend und der Karrierismus dieses Grüppchens.

Ich sage dies mit aller Ernsthaftigkeit. Natürlich werde ich keinen Schritt tun, ohne mich beraten zu haben usw. Ich schreibe Dir jedoch unmittelbar unter dem Eindruck des gestrigen Gesprächs mit M[anuilski]...

---

126 Höhepunkt der nun folgenden medialen Offensive aus Moskau war der „Offene Brief der Exekutive der Kommunistischen Internationale an alle Organisationen und Mitglieder der KPD", der am 1.9.1925 in der *Roten Fahne* erschien.

127 Auch dieser Vorschlag Bucharins wurde später umgesetzt. Die 1. Reichsparteikonferenz, deren Delegierte erstmals auf der Basis der Betriebszellen gewählt wurden, fand vom 31.10.1925 bis 1.11.1925 statt. Kurz darauf wurden das neue Politbüro mit Thälmann, Dengel, Blenkle, Ewert, Geschke, Heckert, Remmele, Schneller und Schwan inthronisiert und am 11.11.1925 Ruth Fischer und Arkadi Maslow aus dem Politbüro entfernt.

Zu den Nachrichten – in *L'Humanité* wurde der *erste* Entwurf des Tr[otzki]-Briefs gegen Eastman gedruckt – ein Skandal![128] „Dr. M-i!!!"[129] kam es sehr zupass. Dzeržinskij ist sehr nervös. Um ausländische Valuta ist es sehr schlecht bestellt, und ich befürchte, dass es mit der Export-Import-Kampagne nicht ganz glatt laufen wird, da sie ausgerechnet zeitgleich mit dem „Zittern des Apparats" begonnen wurde, bedingt durch die Dir bekannten Geschichten. Mit Deinem Brief an Molotov waren alle auf der 7-er[-Sitzung] einverstanden.

Vorerst verabschiede ich mich. Gruß! Bleib gesund, erhol dich gut. Gruß an Nadežda Sergeevna [Allilueva].

Dein Nikolaj Bucharin

128 Anfang 1925 erschien im Westen das Buch von Max Eastman über den inneren Parteienkampf in der RKP(b) (Max Eastman: Since Lenin Died, London, Labour Publishing Co., 1925). Hierin wurden erstmals Teile des Testaments Lenins veröffentlicht. Am 4.1.1923 hatte Lenin an den XII. Parteitag der RKP(b) geschrieben: „Stalin ist zu grob, und dieser Mangel, der in unserer Mitte und im Verkehr zwischen uns Kommunisten durchaus erträglich ist, kann in der Funktion des Generalsekretärs nicht geduldet werden. Deshalb schlage ich den Genossen vor, sich zu überlegen, wie man Stalin ablösen könnte, und jemand anderen an diese Stelle zu setzen […]." Lenin: Brief an den Parteitag und Ergänzungen zum Brief vom 24. Dezember 1922. In: Id.: Werke, Bd. 36, S. 577–582. Am 18.7.1925 verpflichtete das Politbüro Trotzki, sich öffentlich von Eastman zu distanzieren, der ihn in seinem Buch positiv von den anderen sowjetischen Führern abgesetzt hatte. Trotzki schrieb daraufhin einen Artikel, den das Politbüro jedoch nicht für ausreichend befand. Diese Erstfassung brachte Manuilski zur Sitzung des ZK der KP Frankreich nach Paris zur Kenntnisnahme mit, wobei er auf ihren vorläufigen Charakter hinwies. Gleichwohl wurde diese Fassung im Zentralorgan der KP Frankreichs *L'Humanité* abgedruckt. In der Folge sorgte Stalin weiter für die Unterdrückung des Testaments (siehe Dok. 133). Zur Rekonstruktion und Kontextualisierung der Auseinandersetzungen um das Testament Lenins siehe: Leon Trotsky: On the Suppressed Testament of Lenin (December 1932). In: New International Juli/August 1934. http://www.marxists.org/archive/trotsky/1932/12/lenin.htm
129 Dr. M-i: Dmitrij Manuilski.



Am 8.7.1925 reagierte das Politbüro des ZK der KP Russlands höchst empfindlich auf die offizielle Note der deutschen Regierung zum Todesurteil gegen die deutschen Studenten, in der u.a. mit der Beendigung der Wirtschaftsverhandlungen gedroht wurde. Eine Antwort wurde aufgesetzt, in der es hieß, dass sich die deutsche Note, wäre sie vor der Begnadigung der Verurteilten durch Kalinin eingetroffen, höchst belastend auf ihr Schicksal hätte auswirken können. Die Einstellung der Wirtschaftsverhandlungen deutscherseits würde notwendigerweise die Aufklärung der Weltöffentlichkeit über die Hintergründe dieser Einstellung mit sich bringen, außerdem sollten Stresemann und Rantzau auf „die Dokumente" hingewiesen werden (womit vermutlich die geheime deutsch-sowjetische Rüstungszusammenarbeit gemeint war).[130] Am gleichen Tag wurde im Politbüro beschlossen, das Unternehmen Junkers mit der Serienproduktion von Bombern in der Sowjetunion zu beauftragen.[131] Am 18.7.1925 beschäftigte sich das sowjetische Politbüro mit dem „Entwurf des Interviews des Gen. Ganeckij – vom gleichen Tag – über die Verhandlungen mit Deutschland". Der Entwurf wurde mit Korrekturen angenommen. Darin beschuldigte Ganeckij die deutsche Delegation zu den Verhandlungen um den Handelsvertrag, die Verhandlungen hinzuziehen.[132]

Dok. 130
Brief Dmitrij Manuilskis an Stalin über Situation in der KPD

[Berlin], 22.7.1925

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 558/2/59, 1. Erstveröffentlichung.

AN GEN. STALIN[133]

Nach der Ablehnung des Vorschlages der Delegation, Ewert und Schumann in das ZK hineinzunehmen, trat die Delegation im Senioren-Konvent[134] mit einer Deklaration auf, welche die Gefährlichkeit einer solchen Organisationspolitik unterstrich. Die ein-

130 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 148. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 86–87.

131 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 150–151. Publ. in: Ibid., S. 88.

132 APRF, 3/64/648, 29–32. Pub. in: Sevost'janov, Moskva-Berlin, I, Dok. 273.

133 Der Bericht Manuilskis war an Stalin gerichtet, nicht den eigentlich zuständigen Sinowjew als Generalsekretär der Komintern. Das Dokument kann im Zusammenhang mit der folgenden Vermutung Hermann Webers gesehen werden: „Es ist zwar bisher nicht bewiesen, aber doch sehr wahrscheinlich, dass Manuilski die Reibungen mit der Fischer-Führung aufbauschte, um Stalin und Bucharin Material gegen Sinowjew zu liefern." (Weber: Die Wandlung, I, S. 121).

134 Gemeint ist die russische Delegation (der RKP(b). Der Seniorenkonvent fungierte als ein für die Beachtung der Statuten und die Wahlgänge verantwortliches Gremium auf dem X. Parteitag der KPD, der vom 12.7.1925 bis 17.6.1925 im Preußischen Landtag in Berlin stattfand. Organisationsarbeit und Fortführung der Bolschewisierung waren zentrale Thema; per neuem Statut sollten die sozialdemokratische Tradition und „westeuropäische" Kommunismen (Fischer) endgültig überwunden werden. Trotz scharfen Auftretens der russischen Delegation unter Führung von Manuilski konnte sie sich auf dem Kongress nicht gegen Ruth Fischer und die Mehrheit mit der Forderung durchsetzen, zwei Angehörige der Ultralinken und zwei der „Mittelgruppe" in das ZK aufzunehmen. Gegen Manuilski wurden Zwischenrufe wie „Hau ab! Geh nach Moskau!" laut (Weber: Die Wandlung, I, 112–119).

hellige Meinung der Delegation ist die, dass die Partei bedroht ist durch die persönliche Diktatur Ruth Fischers, die sich ein solches ZK auswählt, mit Hilfe dessen sie über die Partei ohne jegliche Kontrolle der Komintern, der RKP und der Parteibasis herrschen könnte. Der Parteitag zeigte die Hinfälligkeit einer weiteren Diplomatisierung Ruth Fischers mit der Komintern und der RKP und der mechanischen Angleichung der deutschen Partei an Fischer. Jegliche Initiative innerhalb der Partei wird unterdrückt, es gab so gut wie keine Diskussion auf dem Parteitag, der Vortrag Ruths ohne Analyse und Perspektive – eine gewöhnliche Agitationsrede auf einer Massenversammlung – zeigte mit aller Deutlichkeit, dass das Unterpfand für eine normale Entwicklung der Partei nur in einer kollektiven Führung liegen kann. Die Jugend, die mit den Vorschlägen der RKP-Delegation solidarisiert, wird von Anhängern Ruth Fischers genauso einer Hetze unterzogen, wie all die Elemente mit einer solchen überzogen werden, die für eine engere organisatorische Bindung an Moskau stehen. Mit unserer Erklärung wollen wir die Behandlung der „deutschen Frage" vor dem Exekutivkomitee der Komintern erreichen. Wenn wir jetzt, angesichts des finanziellen Bankrotts der KPD und unserer tragischen Verluste in den Gewerkschaften und in den Betrieben, durch entschlossenen Druck die Veränderung der Positionen der deutschen Partei sowie die vollständige Liquidierung der Überreste der KAPD-Tendenzen nicht erreichen, wird man dies in Zukunft nur schwer bewerkstelligen können.

Als Maßnahmen schlägt die Delegation vor: 1) Unterbindung des Regimes der persönlichen Diktatur Ruth Fischers im ZK und Positionierung der von Thälmann geleiteten Arbeitergruppe in den Vordergrund. 2) Aufstellung einer autoritativen Kommission des Exekutivkomitees der Komintern für die Reise nach Deutschland, mit dem Recht auf unverzügliche Maßnahmen zur Normalisierung der innerparteilichen Lage. 3) Entsendung einer Gruppe von Instrukteuren zur Verfügung der Kommission zwecks Erforschung der Lage in einzelnen Parteiorganisationen.[135] 4) Ständige Leitung und Kontrolle der Arbeit in den Gewerkschaften durch die Profintern, mit Bindung von ZK-Mitgliedern an die größten Gewerkschaften und Auferlegung persönlicher Verantwortung. 5) Revision aller Ausschlussverfahren aus der KPD in den letzten Jahren durch die internationale ZKK [d.i. die Internationale Kontrollkommission der Komintern]. 6) Ernsthafte innerparteiliche Diskussion über einen neuen Kurs der politischen Linie und über die Methoden der organisatorischen Bolschewisierung.

Nur eine stärkere Abhängigkeit der KPD von der Komintern und eine wachsame Kontrolle können der Partei helfen, die heranreifende Krise zu eliminieren. Ein ausführlicher Bericht folgt schriftlich. Manuilski

---

135 Zu den nach Deutschland entsandten Delegierten und Instrukteuren gehörten höchste Komintern-Funktionäre wie Manuilski und Kuusinen. Nicht zuletzt aufgrund der Vorfälle auf dem X. KPD-Parteitag sandte die Kominternspitze wenig später einen „Offenen Brief an die KPD", der das Ende der Ruth-Fischer-Führung bedeutete (hierzu: Weber: Die Wandlung, I, 120f.).

Am 23.7.1925 behandelte das Politbüro des ZK der KP Russlands auf Vorschlag Pjatnitzkis und unter Beteiligung von Brjuchanov die Zuteilung von Krediten für die Komintern zwecks der Rekrutierung der Studenten für die Kommunistische Universität der Werktätigen des Ostens (ab 1925 „Stalin-Universität“, russ. Abk. KUTV). Der Komintern wurden zusätzlich 80.000 Rubel bewilligt, die übrigen Ausgaben sollte sie selbst übernehmen. Zum Budget der OGPU erfolgte eine zusätzliche Bewilligung von 250.000 Rubel.[136]

Am gleichen Tag wurde im Politbüro des ZK der KP Russlands ein Interview des Beauftragten des russischen Volkskommissariats für Außenhandel, Jakov Ganeckij über die Verhandlungen mit Deutschland besprochen. Darin hieß es, die Ersetzung Kerners [d.i. Geheimrat Paul von Körner] durch Brockdorf-Rantzau werde keine Auswirkungen auf die laufenden Verhandlungen haben.[137]

Dok. 131

Chiffretelegramm von Stalin an das ZK der KP der Sowjetunion, Nikolaj Bucharin und Dmitrij Manuilski zur Situation in der KPD

Soči, 23.7.1925

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 558/11/763, 16–17. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 323–324.

Soči, 23. Juli 1925

[Nach] Moskau, an das Zentralkomitee der RKP
An Bucharin und Manuilski.[138]
Erstens. Anscheinend haben sich Scholem und Ruth Fischer stillschweigend gegen das EKKI vereint, angesichts der Gefahr seitens der ehemaligen Brandlerianer, das heißt Ewert und Schumann.[139] *Zweitens.* Jetzt ist es schwer, die Sache zu richten, denn der [KPD-]Parteitag ist zu Ende, und die Zusammensetzung des neuen ZK ist vom Parteitag sanktioniert. Ruth Fischer hat das Votum des Parteitages hinter sich, ihre Position ist formal unangreifbar. Ruth Fischer kann sagen, sie habe es nicht einmal gewollt, gegen den Willen des ZK zu agieren, sie habe lediglich unseren Vorschlag zur Zusammensetzung des ZK nicht angenommen, wozu sie das volle Recht hatte. *Drittens.* Man muss die deutsche Delegation empfangen, die Schändlichkeit der Politik Ruth Fischers unterstreichen, und ohne Umschweife sagen, dass das EKKI und die

136 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 157.
137 RGASPI, Moskau, 17/3/512, 2, 6, 13–15.
138 Das Schreiben wurde vermutlich verfasst, bevor Stalin den Brief Bucharins vom 22.7.1925 erhalten hatte; es kann als Beleg dafür gelten, dass Stalin unabhängig von Bucharin die Stärkung Thälmanns als Gegenspieler von Ruth Fischer verfolgte.
139 Arthur Ewert und Georg Schumann waren keine Brandler-Anhänger; sie gehörten der sog. Mittelgruppe an, den „Versöhnlern“, die vor allem die Einheit der Partei retten wollten, die jedoch durch den Stalinismus als Abweichler kriminalisiert wurden.

RKP entschieden gegen die Grüppchen-Politik Ruth Fischers eingestellt sind. Dies muss man nicht nur im Privatgespräch sagen, sondern auch im Präsidium des EKKI, das über alles in Kenntnis gesetzt werden muss. *In dieser Minute* weiterzugehen und einen offenen Kampf auf [dem Rücken von?] Ewert und Schumann auszutragen, ist, so scheint mir, nicht vernünftig.[140] *Viertens.* Eine Konferenz zur Revision der Beschlüsse des [KPD-]Parteitags ist nicht zweckmäßig. Wenn es tatsächlich eine Arbeitergruppe um Thälmann gibt, muss man sie fest anpacken und *Kurs auf sie* halten. *Fünftens.* Man muss sich endlich unmittelbar um die Geldangelegenheiten der deutschen Kompartei kümmern, man muss alle kleinen Diebe und Parteikassen-Verschwender verjagen und bestrafen, sowie die strengste Finanzkontrolle seitens des EKKI und der RKP herstellen, man muss die Zahlungen an die Deutschen maximal begrenzen, und dem Präsidium des EKKI darüber berichten. Keinerlei Nachsicht in dieser Frage. *Sechstens.* Da Ruth Fischer die deutsche Kompartei zugrunde richtet und zersetzt, hat das EKKI kein Recht, sie zu schonen, es muss sich als Mittel zur Gesundung der Partei die Aufgabe stellen, sie völlig zu entlarven, und sich diesem Ziel ohne Eile, aber auch ohne verfaulte Diplomatie annähern. Das wird die einzige richtige und ehrliche Politik sein. Als Resultat einer solchen Politik wird sich Ruth Fischer entweder bessern, oder sie wird gezwungen sein, zurückzutreten und den besseren Leuten unter den deutschen Kommunisten den Vortritt zu geben.

[Sign.:] Stalin

Dok. 132

Brief Bucharins, Manuilskis, Pjatnitzkis und Kuusinens an Stalin und Sinowjew über die Verhandlungen mit der KPD-Delegation in Moskau

[Moskau], 24.7.1925

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 558/2/59, 5. Erstveröffentlichung.

Geheim.
An Gen. SINOWJEW, STALIN

Heute gab es eine längere Sitzung mit der deutschen Delegation: Geschke, Schneller, Neumann, Kühne (Berlin). Sie sind angereist mit dem Plan, die Desavouierung Manuilskis zu verlangen. Nach einem Gespräch mit Bucharin und Rykov holten wir

140 Nach Erhalt weiterer Informationen über die Moskauer Verhandlungen verschärfte Stalin seine Position und forderte (wie bereits Bucharin) Thälmann gegen Ruth Fischer aufzubauen, auch mit verdeckten Mitteln (siehe Dok. 133).

zu einem mächtigen Gegenangriff auf der ganzen Front aus. Die Reservefonds,[141] die separate Politik, die Nichtwahl der Gewerkschaftskommission,[142] die Ablehnung der empfohlenen Zusammensetzung des ZK, eine empörende Behandlung der EKKI-Delegation, die Sache mit den Subsidien, Ruths Diktatur – all das wurde ausgebreitet. Wir drohten mit Enthüllungen und einem Aufruf an die Arbeiter, falls es nötig sein sollte. Daraufhin gingen sie zur Verteidigung über und fingen an zu stammeln. Es endete vorerst mit einer Erklärung, sie würden zusammen mit uns die Partei auskurieren. Sie schlagen vor, Ruth [Fischer] und Teddy [d.i. Ernst Thälmann] hierher zu kommandieren, und auch Euch beide.[143] Wir zeigten uns einverstanden und unterstützen diesen Vorschlag. Nach Deutschland haben wir bereits telegraphiert. Am eindringlichsten bitten wir darum, ihnen keine unkoordinierten separaten Direktiven zu geben, sondern nur über uns zu kommunizieren, da sie auf Meinungsverschiedenheiten spekulieren. Wir sind der Meinung, dass fest zu allen unseren Beanstandungen gestanden werden muss, sonst werden sie noch völlig verdorben. Manuilski hat auf dem Parteitag zu ihren Vorschlägen interveniert. Wir erhalten keine Antworten auf Anfragen. Antwortet sorgfältiger und schneller. Haben Sie vor, hierher zu kommen, oder was schlagen Sie stattdessen vor. Bucharin. Manuilski. Pjatnitzki. Kuusinen.



Am 24.7.1925 ließ Stalin das folgende Telegramm an Bucharin senden, in dem er eine verstärkte Einflussnahme auf die KPD forderte: „MOSKAU ZKRKP an Gen. BUCHARIN.– Nr. 7495/S erhalten. Macht ordentlich Druck, strebt das Maximum an, sichert nicht nur die Zusammensetzung des Politbüros, sondern auch die des Orgbüros und der Redaktion der *Roten Fahne*. Nr. 33. STALIN.“[144]

141 Reservefonds waren die für die militärischen u.a. Aufgaben in unmittelbar revolutionären Situationen zugewiesenen Geldmittel. Scheinbar gab es von deutscher Seite auch noch 1926 Widerstände dagegen, Mittel aus dem Resererevefonds für die Alltagsarbeit abzuzweigen. Siehe u.a. Dok. 145, Dok. 152.
142 Die Wahl einer grossen und alle Strömungen umfassenden Gewerkschaftskommission war eine der später im „Offenen Brief“ aufgeführten Bedingungen der Komintern an die KPD-Führung, die Ruth Fischer seinerzeit den Parteitagsdelegierten verschwieg (Weber: Die Wandlung, S. 118).
143 Nach dem X. Parteitag kam zunächst eine von Schlecht geleitete Delegation nach Moskau. Das EKKI drohte, die Subventionen einzustellen und verlangte ultimativ die Entsendung einer repräsentativen Delegation, sodass in den ersten Augusttagen neben Dengel, Schwan, Schneller, Schehr und Strötzel auch Ruth Fischer und Thälmann nach Moskau kamen. Hier stellten sich Dengel und Thälmann erstmals gegen Ruth Fischer, sodass der Bruch vollzogen war (Weber: Die Wandlung, I, 121).
144 Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 558/2/59, 7.

Dok. 133

Brief Stalins an Bucharin für die Unterstützung Thälmanns gegen Fischer und Maslow und eine schärfere Gangart gegenüber der Regierung Stresemann

Soči, 25.7.1925

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 558/11/708, 51–54. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 324–325.

Lieber Freund!
Aus dem beiliegenden Chiffretelegramm[145] wirst Du sehen, dass ich, ohne alle Umstände der Angelegenheit zu kennen, mich gleichwohl *im Großen und Ganzen* an den selben Plan halte, den Du in Deinem Brief ausgeführt hast. Jetzt, nach Deinem Brief, in dem neue Umstände ausgeführt werden („separate Reservefonds", „Schmähungen der EKKI-Delegation", die Forderung ihrer „Desavouierung" usw.), schließe ich mich *vollständig* Deinem Plan an. Man muss Thälmann entschieden in seinem Kampf gegen Ruth [Fischer] unterstützen und seinen Sieg sicherstellen. Die Existenz der Gruppe um Thälmann (worin Du anscheinend ziemlich sicher bist) legitimiert vollständig Deinen Plan einer Konferenz.[146] Man muss es nur so einrichten, dass die Initiative der Einberufung einer Konferenz von diesen oder jenen Organisationen oder Gruppen der DKP ausgeht.

Du schreibst nichts über eine Informierung des EKKI-Präsidiums über die Machenschaften Ruths. Dabei ist es völlig klar, dass es an der Zeit ist, den Teufelskreis der privaten Verhandlungen mit den Ruth-Fischer-Leuten zu durchbrechen, es ist an der Zeit, das Präsidium des EKKI über alles (inklusive Geldangelegenheiten) zu informieren. Sonst werden wir mit den Ruth-Fischer-Leuten noch die Verantwortung für betrügerische und schlicht und einfach räuberische Machenschaften der Leute aus der Gruppe Ruths teilen. Denk darüber nach.[147]

---

145 Siehe das Telegramm als Bestandteil des Politbürobeschlusses vom 24.7.1925.

146 Nachdem zunächst das Politbüro des ZK der KPD es abgelehnt hatte, eine Delegation zu Beratungen nach Moskau zu entsenden, und daraufhin das EKKI mit disziplinarischen Mitteln drohte, kam die Delegation doch noch zustande. Siehe zur weiteren Entwicklung Dok. 134.

147 Drei Tage später, am 28.7.1925, schrieb Stalin erneut an Bucharin: „Welche Resultate der Verhandlungen gibt es mit den Deutschen? [...] Wenn *sie* (die Deutschen) zögern, so muss unsere Politik darin bestehen, Gas zu geben und das Maximum herauszupressen. Güte kann man jetzt nicht walten lassen. Der Gegner (und Ruth ist ein Gegner) muss endgültig zerquetscht werden. Dies ist der unumgängliche Weg für die Gesundung der DKP. Denk gut darüber nach: Ist es nicht an der Zeit, sich mit dem verworrenen Buch Maslows über den Leninismus (auf Deutsch) zu beschäftigen und es in der *Pravda* oder im *Bol'ševik* ordentlich zu zerpflücken? Ich denke, es ist an der Zeit. Du musst wissen, dass die Intrigen Ruths letzendlich von Maslow ausgehen. Er, Maslow, kann zum Geschwür der KPD werden, wenn er es nicht schon ist." (RGASPI, Moskau, 558/11/708, 53–54).

Manuilski hat uns mit dem Dokument Tr[otzkis] einen Bärendienst erwiesen. Wieso wird in England nicht das Dokument in seiner letzten Fassung gedruckt? Um Gottes Willen, sag es mir. Was ist außerdem aus dem Artikel von Nadežda Kon[stantinov]na [Krupskaja] zu Eastman geworden? Halt mich auf dem Laufenden, wenn es keine Mühe macht.

Dzeržinskij ist einfach nur nervös – er ist erschöpft. Das wird vorbeigehen…[148]

Es wäre besser, die Frage des Außenhandels auf zwei oder mehrere Monate zu vertagen. Sie sollen zunächst Export-Import-Operationen durchführen.

Stresemann hat anscheinend Angst bekommen. Unser Druck hat sein Ziel erreicht. Čičerin ist zum Erbrechen schwach, er ist verliebt in [Brockdorff-]Rantzau und vergisst darüber nicht selten die Interessen des eigenen Staates. Er, der Wirrkopf,[149] denkt, dass Rantzau (oder jeder andere Botschafter) eine *eigene* (uns gegenüber „freundliche"!) Politik durchführen könne, die von der Politik der deutschen Regierung abweiche. Was für ein Kind…

In (unserer) Kampagne gegen die englischen Konservativen stellt unsere Presse die Frage nach der Pacht von Ösel [d.i. Saaremaa] und Dagö [d.i. Hiiumaa] nicht genügend in den Vordergrund. Dabei ist dies jetzt die Grundfrage. Man muss in der Presse sagen (man muss es herausschreien!), dass es nicht um eine erdachte sowjetische Propaganda in China geht (denk an den Fall Dosser), sondern darum, dass die Konservativen nun schon seit einem Jahr den Krieg gegen die UdSSR vorbereiten, indem sie Militärbasen auf Ösel und Dagö aufbauen.[150] Es wäre gut, im [britischen] Unterhaus eine Anfrage zu initiieren: Mit welchen *Handels*-Zielen wird diese Basis errichtet? Die Konservativen muss man *angreifen* und sie der Kriegsvorbereitung beschuldigen. Sollen sie sich doch rechtfertigen.

Unsere Kampagne mit der deutschen Arbeiterdelegation läuft gut.[151] Es war gut, dass Du und Rykov auf der Versammlung aufgetreten seid. Warum hat man für sie nicht eine Militärparade veranstaltet?

---

148 Man erkennt hier die Sorge Stalins, als Nachfolger Lenins desavouiert zu werden. Krupskaja, Lenins Witwe, schrieb einen Artikel, in dem sie vermutlich aus taktischen Gründen – sie war bis 1927 selbst Mitglied der Linken Opposition und stellte sich noch auf dem XIII. Parteikongress der VKP (b) gegen den Beschluß, das Testament nur intern zu publizieren – den zentralen Inhalt von Lenins politischem „Testament", Stalin als Generalsekretär abzusetzen, unerwähnt ließ bzw. abstritt. Bis zum 20. Parteikongress 1956 wurde das Testament verheimlicht, die sowjetische Historiographie leugnete seine Existenz und diffamierte jeden Hinweis darauf als antisowjetisch. Dzeržinskij starb ein Jahr später. Zum Hintergrund siehe Dok. 129.

149 Im russischen Original: „*čudak*". Tatsächlich war Brockdorff-Rantzau für seine russlandfreundliche Haltung bekannt, die ihn in zahlreichen Fällen zum Vermittler machte. Čičerin war ein grundsätzlicher und offener Kritiker der Deutschlandpolitik Stalins, siehe hierzu die beiden hier veröffentlichten Čičerin-Briefe, Dok. 222 und 162.

150 Ösel und Dagö sind die schwedischen Bezeichnungen für die Estland vorgelagerten größten baltischen (estnischen) Inseln Saaremaa und Hiiumaa, die bis 1917 Bestandteil des Zarenreiches waren.

151 Siehe hierzu Dok. 127b

Man sagt, Du willst nach Soči. Ist es so? Komm unbedingt. Ich werde auf Dich warten.[152]

Gruß an Nadežda Michajlovna [Lukina].

Dir viele Grüße von Nadja [d.i. Nadežda Allilueva].

Dein STALIN



Am 30.7.1925 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands, den Konflikt mit Deutschland unverzüglich zu liquidieren und die Weiterführung der Verhandlungen ohne Unterbrechung zu sichern. Čičerin wurde hiermit beauftragt.[153]

Am gleichen Tag berichtete Bucharin im Politbüro des ZK der KP Russlands über die Situation in der KPD und die Tätigkeit der russischen Delegation auf dem Parteitag der KPD. Nach dem Vortrag begrüßte das Politbüro ausdrücklich die Tätigkeit der Delegation.[154]

Dok. 134

Chiffretelegramm Pjatnitzkis an Stalin und Sinowjew über den Verlauf der Verhandlungen mit der KPD-Delegation in Moskau

[Moskau], 30.7.1925

RGASPI, Moskau, 558/11/734, 142. Erstveröffentlichung. Russisch. Auszüge publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 327, Fn. 1.

Auf der gestrigen Sitzung des Präsidiums hat die deutsche Delegation nach zweitägiger Diskussion eine Erklärung verfasst, unterschrieben von Geschke, Schneller, Kühne und Neumann, worin sie all ihre Fehler eingestehen und sich verpflichten, in entschiedener Weise gegen eine persönliche Diktatur im ZK, für die Korrektur der Fehler und die Verwirklichung einer kollektiven Parteiführung zu kämpfen.[155] Gleichzeitig stimmten das Präsidium und die deutsche Delegation einstimmig für die volle Solidarisierung mit der Tätigkeit und dem Auftritt der EKKI-Delegation auf dem [KPD]-Parteitag. Es wurde eine große Kommission zur deutschen Frage einberufen, die sich mit der Ausarbeitung organisatorischer Garantien beschäftigen wird, die die Durchführung der EKKI-Linie gewährleisten sollen. In diese Kommission wurden

---

152 Nicht nur die Grüße an die Frauen machen die Umgarnungsstrategie Stalins gegenüber Bucharin deutlich. Letzterer opponierte nicht zuletzt aufgrund seiner Mitverantwortung für die Machenschaften in der Komintern und im Umgang mit der KPD, die Thälmann an die Parteispitze bringen, kaum mehr gegen Stalin. Nach Ausbruch des Thälmann-Skandals im September 1928 ordnete er sich durch sein Schweigen vollständig Stalin unter (siehe Dok. 191 u.a.).

153 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 161.

154 RGASPI, Moskau, 17/3/513, 5. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 326–327.

155 Damit war der Kampf gegen die „persönliche Diktatur“ Ruth Fischers entschieden.

Vertreter der größten Bruderparteien, unter anderem der tschechischen und italienischen, berufen, die nach Moskau bestellt wurden. Die entschiedene Taktik Bucharins hat erste Resultate erbracht. Ruth [Fischer], Thälmann, und andere Bezirksdelegierte sind noch nicht eingetroffen, auf einige von uns an sie gerichteten Telegramme gibt es keine Antwort. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird man in Deutschland nicht auf einen ernsten Kampf für die Durchführung der EKKI-Beschlüsse verzichten können. Obwohl Schneller eine scharfe Erklärung mit dem Eingeständnis der Fehler unterzeichnet hat, kann man nicht auf ihn zählen. Doch im ZK selbst werden wir wahrscheinlich eine von Thälmann und Geschke angeführte Mehrheit haben.[156]



Am 20.8.1925 erfolgte durch das Politbüro des ZK der KP Russlands ein neuer Beschluss über die Zusammensetzung der Delegation für die Handelsgespräche mit Deutschland, der unter anderem Pjatakov und Varga angehören sollten. Die Kommission für Sonderbestellungen tagte derweil weiter.[157]

Am 22.8.1925 intervenierte das Politbüro des ZK der KP Russlands, um eine politische Panne in der Angelegenheit der deutschen Arbeiterdelegation auszubügeln. Im Protokoll Nr. 76 (Sonder-Nr. 59) wurde festgehalten, dass eine Kommission mit Sinowjew, Tomskij, Figatner und Mel'ničanskij alles Notwendige veranlassen soll, um die zunächst angenommene Resolution der deutschen Arbeiterdelegation zu annullieren und ihren Brief zurückzunehmen. Dabei solle mit den Teilen der Delegation, „die uns am nächsten stehen", zusammengearbeitet werden. Dabei ginge es auch um den Austausch von Gefangenen und eine Entscheidung des MOPR von Oktober 1924, die gültig bliebe.[158]

In einem weiteren Beschluss (auf Befragung vom 20.8.1925) sollten Tomskij für „geheime Ausgaben" für England und für Deutschland jeweils 3000 bzw. 5000 Rubel übergeben werden – vermutlich Gelder zur Unterstützung bestimmter Gewerkschaftskreise.[159]

---

156 Folgende Antwort Stalins auf dieses Telegramm ist überliefert: „Euer [Telegramm] vom 30. habe ich erhalten. Gratuliere, der Erfolg ist eindeutig, doch dies ist nur der erste Schritt, denn ohne organisatorische Absicherung wird der Erfolg auf Null reduziert. Deswegen muss man die Sache zu Ende führen und alle organisatorischen Konsequenzen ziehen. 31.VII.25." (RGASPI, Moskau, 558/11/734, 143).

157 APRF, Moskau, 03/64/648, 94. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 285.

158 Es geht um einen Brief der ersten (von drei) deutschen Arbeiterdelegation, die bis 1927 die UdSSR besuchten. Von der IAH organisiert, lieferte sie das Grundmuster und die Grundstruktur für die Gesellschaften der „Freunde der Sowjetunion". Sie bestand aus 58 Personen, davon 29 SPD, 17 KPD und 12 parteilos, angeführt vom Sozialdemokraten Xaver Freiberger. In der Ursprungsfassung (die nach Recherchen des Historikers Grant Adibekov nicht in den russischen Archiven erhalten ist) wurde u.a. ein Gefangenenaustausch angeregt. Zum weiteren Schicksal des veränderten Briefes, der am 27.8.1925 vom russischen Politbüro „freigegeben" wurde, siehe Dok. PB 27.8.1925 (RGASPI, Moskau, 17/162/2, 167–168. Auf Russisch publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 330–331), vgl. zusammenfassend: Remer: Die drei großen Arbeiterdelegationen.

159 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 167–168. Auf Russisch publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 331.

Am 27.8.1925 befasste sich das Politbüro des ZK der KP Russlands mit einem Vorschlag des EKKI-Präsidiums, gegen die Veröffentlichung des Buches von Max Eastman „Since Lenin died" vorzugehen, in dem erstmals das „Testament" Lenins publiziert wurde. Es erfolgte ein Beschluss, den auch Trotzki und die Linke Opposition mit der Begründung unterzeichneten, dass zu diesem Zeitpunkt der offene Kampf gegen die Politbüromehrheit um Stalin unbedingt zu vermeiden sei. Der Beschluss hielt fest, gegen die Veröffentlichung entsprechende Materialien zu publizieren. U.a. sollte eine Stellungnahme Bucharins an alle kommunistischen Parteien und Mitglieder des ZK etc. gerichtet werden, Trotzki sollte einen Brief an *l'Humanité* richten.[160]

Am gleichen Tag beauftragte das Politbüro des ZK der KP Russlands das Organisationsbüro der KP Russlands damit, die „Genossen aus der Republik der [Wolga-]Deutschen" ausführlicher über das Leben in Westeuropa und die Arbeit der deutschen Sektionen der Komintern und der Roten Bauerninternationale zu informieren, um die wolgadeutschen Kommunisten stärker für die revolutionäre Arbeit in Deutschland heranziehen zu können.[161]

Ebenfalls am 27.8.1925 gab das Politbüro des ZK der KP Russlands den Brief der deutschen Arbeiterdelegation zum Druck frei, der schließlich am nächsten Tag in der *Pravda* veröffentlicht wurde. Unterschrieben von drei Repräsentanten der mehrheitlich aus SPD-Arbeitern bestehenden Delegation, wurden in dem Dokument die Lebens- und Arbeitsbedingungen der sowjetischen Arbeiter angepriesen.[162]

Am 3.9.1925 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands bezüglich der Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland zur Vermittlung zwischen beiden Delegationen ein von Litvinov aufzusetzendes Schreiben an Brockdorf-Rantzau zu richten.[163] Auf der gleichen Sitzung machte Sinowjew eine Mitteilung zur innerparteilichen Lage in der KPD, die „zur Kenntnis genommen" wurde.[164]

---

160 RGASPI, Moskau, 17/3/517, 3. Publ. in: Ibid., S. 332–333.
161 RGASPI, Moskau, 17/3/517, 14–17.
162 RGASPI, Moskau, 17/3/517, 10. Publ. in: Ibid., S. 333.
163 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 172. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 92–93.
164 RGASPI, Moskau, 17/3/518, 1. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 333–334.

Dok. 135

Mitteilung des Moskauer Parteichefs der RKP(b) Nikolaj Uglanov an Stalin mit der Forderung der Absetzung Ruth Fischers

Moskau, 16.9.1925

Autograph, russisch, mit Briefkopf des Sekretariats des Moskauer Komitees der RKP(b). RGASPI, Moskau, 558/11/139, 61–63. Erstveröffentlichung.

An Gen. Stalin.

Gestern um 15^{00} war ich nicht auf der Siebener-Sitzung anwesend, auf der die Entfernung von Gen. Ruth Fischer und Maslow aus dem ZK der Deu[tschen] Kom.-Partei beschlossen wurde.[165] Ich habe jedoch erfahren, dass in Bezug auf Ruth Fischer keine ultimative Entscheidung gefällt wurde. Ich sehe meine Verpflichtung darin, das ZK über das Folgende in Kenntnis zu setzen:

1) Die Genossen in der Moskauer Organisation verstehen nicht, warum eine Unterschrift Ruth Fischers unter dem Komintern-Brief steht.[166] Alle halten dies für *sehr, sehr schlecht*. Einen noch schlechteren Eindruck wird es hervorrufen, sollte Ruth Fischer im Politbüro bleiben.

2) Über eine Mitarbeiterin des M[oskauer] K[omitees der RKP(b)], die [in Deutschland] auf Kur gewesen ist, habe ich Informationen über die Lage in der deutschen Partei erhalten. Sie war auf dem Parteitag der Deu[tschen] Kompartei und kennt die Stimmungen der Arbeiter. Nach dem Brief des EKKI gibt es seitens der Parteileute keinerlei Vertrauen in Ruth Fischer.[167] Darüber hinaus wissen die Arbeiter auch über die

165 *Siebener-Sitzung:* Der Begriff „Siebenersitzung“ lässt darauf schließen, dass nicht einmal das EKKI-Präsidium als oberstes Entscheidungsorgan zwischen den Kongressen die Entscheidung traf, sondern eine spezielle russische Zusammenkunft.

166 Das Dokument, das der Beleg dafür war, dass sich in den Moskauer Verhandlungen die von Stalin, Bucharin und Manuilski geforderte Linie gegen die KPD-Führung durchgesetzt hatte, war der sog. „Offene Brief“ der Komintern, der am 1.9.1925 in der *Roten Fahne* veröffentlicht wurde und in der KPD „wie eine unerwartete Bombe einschlug.“ (siehe: Brief der Exekutive der Kommunistischen Internationale an alle Organisationen und die Mitglieder der KPD. In: H. Weber: Der deutsche Kommunismus, S. 218–242). Dass Ruth Fischer selbst den Brief unterzeichnete, rechtfertigte sie damit, dass, wenn die „Linke“ geschlossen dafür stimmte, die „Rechte“ keinen Einfluss auf die Partei erhalten würde. Der Brief habe außerdem das ausgesprochen, ‚was wir zwei Jahre nicht geschafft‘ aber versucht hatten (Protokoll des Erweiterten EKKI, März 1926, S. 172, zit. in: Weber: Die Wandlung, I, S. 123).

167 Die im „Offenen Brief“ geäußerten Hauptvorwürfe gegen die Fischer-Maslow-Führung beinhalteten ganz offen sog. „antimoskowitische“ Tendenzen, gegen die die KPD-Führung nicht entschieden genug gekämpft habe, sowie die insgesamt problematischen Beziehungen zur Komintern. Besonders Maslow habe dem „Leninismus“ einen ‚reinen‘ ‚linken‘, spezifisch ‚westeuropäischen‘ Kommunismus“ entgegengestellt. Die Führung Ruth Fischers habe durch Ultra-Zentrismus und administrative Maßnahmen, das Fehlen von Propaganda und Überzeugungsmethoden die Diskussionsfreiheit annulliert und die KPD innerlich erstarren lassen. Gefordert wurden eine Reform im Sinne von Normalisierung und Demokratisierung, die verstärkte Reorganisation der Partei auf der Grundlage der

„Gelder“ Bescheid. Deswegen erschwert ihr Verbleiben die Lage ungemein und wird der Partei unnötige Schwierigkeiten bereiten. Ich finde, man müsste schlussendlich entscheiden. Man sieht sofort, dass von solchen Führungspersonen nichts als Ärger zu erwarten ist. Deswegen bestehe ich auf einer Revision der Frage und einer entschiedenen Direktive.

N. Uglanov. 16/IX 1925



Am 17.9.1925 besprach das Politbüro des ZK der KP Russlands die laufenden Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland. Dabei ging es im Detail um Begünstigungen beim Transit, die die deutsche Seite einforderte, wobei sie auf ähnliche Vergünstigungen verwies, die Persien, China und andere Staaten erhielten. Das Politbüro beauftragte daraufhin das NKID, ein offizielles Dokument herauszugeben, wonach die UdSSR derartige Vergünstigungen den östlichen und kolonialen Ländern gewähre, nicht jedoch dem Westen.[168] Der Handelsvertrag wurde schließlich qua Beschluss des Politbüros vom 7.10.1925 unterzeichnet.[169] Am 24.9.1925 erfolgte ein Beschluss, einen Vertrag mit der Deutschen Bank für einen 100-Millionen-Mark-Kredit abzuschließen.[170]

Dok. 136

Brief der KPD-Anwälte zur Bilanz der Verteidigung im Prozess gegen Maslow („Zentrale-Prozess“ u.a.)

Düsseldorf, 29.9.1925

Typoskript, deutsch, unsigniert. SAPMO-BArch, Berlin, I 2/711, 110–112. Erstveröffentlichung.

Abschrift:
Duesseldorf, den 29. September 1925

An die Zentrale der Kommunistischen Partei, *Berlin*.
Werte Genossen!
Auf Wunsch des Genossen Paul Schlecht, der heute in Duesseldorf mit mir Ruecksprache genommen hat, gebe ich in folgendem eine kurze Schilderung nach welchen Gesichtspunkten der Maslow-Prozess gefuehrt worden ist:[171]

Betriebszellen sowie die erhöhte Aufmerksamkeit gegenüber Gewerkschaften und Massenorganisationen der Arbeiter. Weitere Fortschritte in der Bolschewisierung seien nur mittels der Grundsätze des „Leninismus“ der Komintern zu erreichen (Weber: Die Wandlung, S. 124f.).

168 RGASPI, Moskau, 17/3/519, 1, 9–11; APRF, Moskau, 3/64/648, 131–134. Publ. in: Sevost’janov, Moskva-Berlin, I. Dok. 298.

169 RGASPI, Moskau, 17/3/523, 10.

170 RGASPI, Moskau, 17/3/520, 6.

171 Der Hochverratsprozess gegen Maslow und weitere Mitglieder der Zentrale der KPD wurde auch „Zentrale-Prozess“ genannt, obwohl der Prozess gegen die Zentrale in der ursprünglich avisierten Form, der ein generelles Parteiverbot nach sich gezogen hätte, nicht stattfand. Die Prozesse sind ein-

1. Zum Verstaendnis der Fuehrung des Maslow-Prozesses ist zunaechst erforderlich zu wissen, nach welchen Richtlinien der Tscheka-Prozess gefuehrt worden ist. Genosse[n] Rosenberg hat als Richtlinien fuer den Tscheka-Prozess folgende angegeben:

Die Zentrale der K.P.D. hat weder im Jahre 1923 noch 1924 beabsichtigt, zum bewaffneten Aufstande zu schreiten, bezw. einen gewaltsamen Angriff auf die Verfassung der deutschen Republik zu machen. Alle Massnahmen der Zentrale der K.P.D waren Abwehrmassnahmen gegen die faschistische Gefahr. Die Zentrale der K.P.D., insbesondere ihr Fuehrer Brandler konnte[n] schon einen gewaltsamen Angriff auf die Verfassung oder einen bewaffneten Aufstand aus dem Grunde nicht beabsichtigen, weil er gar nicht den ernsthaften Willen und die ernsthafte politische Einstellung hatte, die Diktatur des Proletariats zu errichten.

2. Nach dem Tscheka-Prozess hat eine Konferenz mit Mitgliedern der Zentrale der KPD stattgefunden an der teilgenommen haben vonseiten der Verteidigung die Rechtsanwaelte Dr. Rosenfeld, Dr. Hegewisch[172] und ich. Auf dieser Konferenz kam es zu einer scharfen Diskussion darueber, ob die Verteidigung im Zentraleprozess entsprechend der im Tscheka-Prozess gegebenen und eingehaltenen Richtlinien gefuehrt werden sollte.[173] Allgemein wurde die Auffassung vertreten – ihr ist nur Hegewisch entgegengetreten[174] – dass man nach denselben Richtlinien, die Rosenberg s[einer]

schliesslich der Prozessakten archivisch breit dokumentiert (siehe SAPMO BArch RY 1/I 2/711), es fehlen jedoch Analysen und Untersuchungen zu den KPD-Prozessen und den Parteianwälten der KPD.

172 Im Tscheka-Prozess wurde die auf die gesamte Partei bezogene Terrorismusanklage abgewehrt und damit ein Parteiverbot abgewendet. Dr. Ernst Hegewisch gehörte zur etwa 50 Personen umfassenden Gruppe der KPD-Anwälte bzw. – nach ihrer Gründung 1924 – der Roten Hilfe Deutschlands, deren prominentester Vertreter Dr. Felix Halle war. Da ein hoher Prozentsatz von ihnen Opfer des NS-Terrors und des Stalinismus wurde ergibt sich, wie Carola Tischler feststellte die „(…) traurige Bilanz“, dass von den meisten kaum Überlieferungen vorhanden sind und sie so nicht mehr identifiziert werden können (Carola Tischler: „Die Gerichtssäle müssen zu Tribunalen gegen die Klassenrichter gemacht werden.“ Die Rechtsberatungspraxis der Roten Hilfe Deutschlands. In: Hering/Schilde: Die Rote Hilfe, S. 105–130. Siehe auch: Heinz-Jürgen Schneider, Erika Schwarz, Josef Schwarz: Die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschlands, Bonn, Pahl-Rugenstein, 2002, S. 149–154).

173 Am 1.9.1925 begann vor dem Reichsgericht in Leipzig der Prozess gegen Maslow, Paul Schlecht, Anton Grylewicz und Wilhelm Schumacher. In der KPD herrschte großes Durcheinander, weil am gleichen Tag der „Offene Brief“ der Komintern gegen Fischer/Maslow veröffentlich wurde. Die deutschen Kommunisten mussten Maslow politisch verdammen während sie zugleich seine Freilassung forderten. Er wurde zu vier Jahren Haft mit nachfolgender Ausweisung verurteilt, wegen seines schlechten Gesundheitszustands jedoch im Juli 1926 beurlaubt; auch die Ausweisung wurde aufgehoben, kurz bevor er im August zusammen mit Ruth Fischer aus der Partei ausgeschlossen wurde. Der Prozess gegen die KPD-Zentrale als Ganzes ist jedoch in der gesamten Weimarer Zeit nicht zustande gekommen.

174 Dr. Ernst Hegewisch (1881–1952) hatte als Hauptverteidiger der Verfolgten des Hamburger Aufstands Hugo Urbahns verteidigt, der die Verantwortung übernommen hatte. Seine Linie, es habe sich nicht um einen geplanten Aufstand, sondern um die Abwehr einer faschistischen Drohung gehandelt, war erfolgreich (Schneider/Schwarz/Schwarz: Die Rechtsanwälte, S. 151).

z[ei]t fuer den Tscheka-Prozess gegeben hatte, auch die Verteidigung im Zentraleprozess fuehren sollte. Ein definitiver Beschluss ist jedoch nicht gefasst worden.

3. Vor dem Maslow-Prozess hat am 31. 8. 25 eine Konferenz zwischen den Verteidigern Dr. Rosenfeld,[175] Wolff[176] und den angeklagten Genossen Grylewicz und Schlecht einerseits, sowie den Mitgliedern der Zentrale, Dengel, Ruth Fischer andererseits stattgefunden. Bei dieser Konferenz handelte es sich hauptsächlich um die Frage, ob die Veroeffentlichung des Briefes des Exekutivkomitees fuer die Fuehrung des Prozesses und fuer die Angeklagten selbst ein erschwerender Umstand sei.[177] Die Konferenz war damals einstimmig dieser Ansicht und auch der Genosse Dengel hat persoenlich zugesagt, sich fuer die Hinausschiebung dieses Briefes einzusetzen. Im uebrigen wurden nebenher auch die allgemeinen politischen Richtlinien besprochen, die fuer die Fuehrung des Maslowprozesses massgebend sein sollten. Fuer die Haltung und Verteidigung des Genossen Maslow sollten bestimmt sein ein Brief, den der Genosse Dengel an Maslow gerichtet hatte und dessen Inhalt Maslow zur Kenntnis gelangt ist. Auf den Inhalt dieses Briefes, von dem der Genosse Dengel eine Abschrift besitzt, verweise ich.[178] Im uebrigen wurde betont, dass man in diesem Prozess hervorheben sollte, dass zwar die Zentrale der K.P.D. im Jahre 1923 und 1924 einen gewaltsamen Angriff auf die Verfassung nicht beabsichtigt habe, dass die Berliner Leitung und die Angeklagten aber stets fuer die Diktatur des Proletariats eingetreten seien und danach auch gehandelt hatten.

Nach diesen gegebenen Richtlinien hat sich dann auch die Verteidigung der Angeklagten und ihrer Vertreter gerichtet.

Der Genosse Schlecht hat mir nun weiter mitgeteilt, dass es Maslow und den uebrigen angeklagten Genossen zum Vorwurf gemacht wird, dass sie auf die damals bestehenden Parteidifferenzen eingegangen sind. Es war aber nach dem Inhalt der Akten und insbesondere den beschlagnahmten Urkunden (Brief Maslow an die Bezirksleitung Berlin, Scholem und Ruth Fischer, Brief Lewins [d.i. Max Levien?] an Maslow, Brief Brandlers an Koenen etc.) ganz unmoeglich, einer Eroerterung dieser Dinge auszuweichen, da dieser Brief auf Antrag des Oberreichsanwalts verlesen und dem Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes zum Gegenstand einer Befragung der Angeklagten gemacht wurden. Die Angeklagten und insbesondere Maslow sind in moeglichst ausweichender schonender Weise ueber diese Differenzen hinwegge-

175 Dr. Kurt Rosenfeld (1877 Marienwerder – 1943 New York), war Verteidiger Im Tscheka-Prozess und später u.a. Verteidiger von Carl von Ossietzky, bevor er zwangsausgebürgert wurde (Schneider/Schwarz/Schwarz: Die Rechtsanwälte, 243).

176 Es handelt sich um Dr. Arthur Wolf (1888 Köln – 1962 Düsseldorf), einer der Verteidiger im Tscheka-Prozeß, der später aus der KPD austrat und SPD-Mitglied wurde (Schneider/Schwarz/Schwarz: Die Rechtsanwälte, S. 303f.)

177 Gemeint ist der „Offene Brief" der Exekutive an die KPD zur Abstrafung von Maslow und Fischer. Der Brief wurde am Tag der Prozesseröffnung gegen Maslow u.a. von der KPD veröffentlicht.

178 Am 11.9.1925 hatte das ZK der KPD eine Resolution zum Maslow-Prozess verabschiedet, auf die sich das vorliegende Schreiben vermutlich bezieht (SAPMO-BArch, RY 1/I 2/1/30).

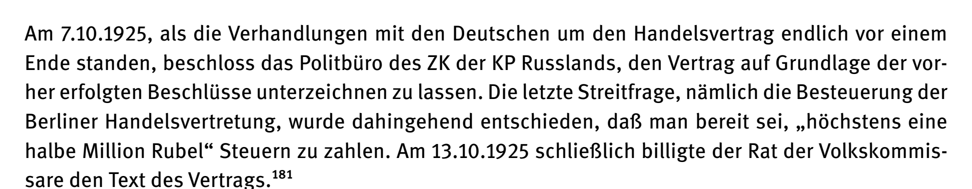
gangen. Maslow hat stets betont, dass er es bedauern muesse, ueberhaupt auf diese Dinge einzugehen und dass er es abgelehnt haette, das zu tun, wenn ihm nicht vom Vorsitzenden darüber Vorhaltungen gemacht worden wären.

Ich bin auf Wunsch zu einer muendlichen Ruecksprache bereit. Der Prozess ist auf jeden Fall so gefuehrt worden, dass die Stellung der Angeklagten im Zentral[e]-Prozess nicht verschlechtert worden ist, im Gegenteil, sie ist auch durch diesen Prozess in jeder Hinsicht erleichtert worden.

Mit kommunistischem Gruss,
Rechtsanwalt.



Am 1.10.1925 nahm das Politbüro des ZK der KP Russlands einen nicht weiter ausgeführten Vorschlag Maksim Litvinovs bezüglich der verurteilten deutschen Studenten an.[179] Vermutlich handelte es sich um den Vorschlag, Kindermann und Wolscht zu begnadigen. Bis zur Überstellung dauerte es jedoch noch ein Jahr. Von Dittmar soll nach offizieller Auskunft des Außenkommissariats am 23.3.1926 in OGPU-Haft an Herzversagen gestorben sein. Ein von Grigorij Sinowjew eingebrachte Diskussionspunkt zur Lage in den kommunistischen Parteien im Ausland wurde hingegen „verschoben".[180]



Am 7.10.1925, als die Verhandlungen mit den Deutschen um den Handelsvertrag endlich vor einem Ende standen, beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands, den Vertrag auf Grundlage der vorher erfolgten Beschlüsse unterzeichnen zu lassen. Die letzte Streitfrage, nämlich die Besteuerung der Berliner Handelsvertretung, wurde dahingehend entschieden, daß man bereit sei, „höchstens eine halbe Million Rubel" Steuern zu zahlen. Am 13.10.1925 schließlich billigte der Rat der Volkskommissare den Text des Vertrags.[181]

Dok. 137

Bitte Clara Zetkins an Stalin um Audienz für ein KPD-Mitglied

[Moskau], 9.10.1925

Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau, 558/11/823, 8. Erstveröffentlichung.

Geehrter Genosse Stalin,
Sie haben ein grosses Interesse daran, persoenliche, objektive Informationen ueber den Stand der K.P.D. zu erhalten. Voruebergehend ist ein tuechtiger deutscher Genosse hier, der sehr gut darueber unterrichtet ist.[182] Er moechte Sie gern sprechen,

179 RGASPI, Moskau, 17/3/521, 2.
180 RGASPI, Moskau, 17/3/521, 3.
181 APRF, Moskau, 03/64/648, 158 und 03/64/649, 1. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 306, 308.
182 Aus einem weiteren Brief Zetkins an Stalin vom 20.10.1925 (RGASPI, Moskau, 558/11/823, 11), der das Vertrauensverhältnis zwischen beiden bestätigt, geht hervor, dass es sich bei dem „deutschen Genossen" um Albin Tenner, ehemals Wirtschaftsminister in der thüringischen „Arbeiterregierung"

um Ihnen wichtige Tatsachen und Material vorzulegen. Leider muss er spaetestens Montag abreisen. Wenn es Ihnen moeglich ist, ihn zu empfangen, so teilen Sie mir das bitte bald mit, damit ich ihm Nachricht gebe. Der Genosse spricht nur deutsch.

Ich fuege der Bitte des Genossen die meinige hinzu, gelegentlich auch mit mir zusammenzukommen, da ich gern ueber die Lage der K.P.D. mit Ihnen sprechen wuerde.

Beste Gruesse
[Sign.:] Klara Zetkin

Dok. 138

Antwortbrief Stalins an Clara Zetkin über sein Interesse an den Vorgängen in der KPD

Moskau, 10.10.1925

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 558/11/823, 9. Erstveröffentlichung.

Sehr geehrte Genossin
ZETKIN!

Ihren Brief habe ich erhalten. Ich bin in der Tat an objektiver Information über die Lage in der Deutschen Kompartei interessiert, vielleicht nicht weniger, als an den lebenswichtigsten Fragen des Aufbaus in unserem Land. Ich kann jedoch zu meinem großen Bedauern vor Montag nicht mit dem aus Deutschland angereisten Genossen über die Angelegenheiten der Deutschen Kommunistischen Partei sprechen. Deswegen bitte ich Sie, diesen Genossen zu überreden, Informationen über die Fragen, über die er am besten Bescheid weiß, mir schriftlich dazulassen.

Mit kommunistischem Gruß
[Sign.:] I Stalin

„10“ Oktober 1925
Stadt Moskau



Am 15.10.1925 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands, der Einberufung des VI. erweiterten Plenums des Exekutivkomitees der Komintern für Ende November zuzustimmen.[183] Auf Antrag Sinowjews vom 2.11.1925 wurde die Einberufung dann auf Januar 1926 verschoben.[184] Die Plenumssitzung des EKKI fand letztendlich vom 17.2 bis 15.3.1926 statt.

im Oktober-November 1923 handelte. Tenner wurde als „Rechter“ 1925 aus der KPD ausgeschlossen, dann wieder aufgenommen. 1929 endgültig ausgeschlossen, schloss er sich der SAP an.

183 RGASPI, Moskau, 17/3/523, 6.

184 RGASPI, Moskau, 17/3/527, 3.

Dok. 139

Referat eines sowjetischen Militärspezialisten über den Zustand und die Aufgaben der kommunistischen Militärorganisation in Deutschland

Moskau, 19.10.1925

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 495/25/1368, 133–140. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 521–529.

Streng geheim

1

Die Periode zwischen der Niederlage der Revolution im Jahre 1923 und (ungefähr) Anfang 1925 war im allgemeinpolitischen Sinne eine Periode, in der es noch keine definitive Klarheit über das Tempo der Ereignisse in Deutschland gab. Bekanntlich ging man von zwei Möglichkeiten aus: eine neue revolutionäre Welle bricht in Deutschland in nächster Zeit aus, oder die andere – die Revolution in Deutschland verzögert sich um weitere Jahre. Diese Unbestimmtheit der gesamtpolitischen Situation spiegelte sich in der Organisationsstruktur, in den Aufgaben und im Charakter der Arbeit der Militärorganisation. Zwar wurden im Laufe des Jahres 1924 in ihr große organisatorische Veränderungen vorgenommen (Hundertschaften, Partisanenverbände wurden abgeschafft, Fünfergruppen u.a. wurden geschaffen) und der Arbeitsumfang wurde verringert. Doch andererseits war die Arbeit der Organisation in dieser Zeitspanne und selbst Anfang 1925 mit dem Stempel der Arbeit der Organisation im Jahre 1923 versehen, wenn auch in verringertem und verändertem Umfang. Sie besaß Massencharakter (bis zu 30.000 Pers.), es wurden große Geldmittel – 15.000 Dollar monatlich – ausgegeben, der Charakter der Arbeit war vor allem militärisch – nämlich die Herstellung und (durch ihre Erbeutung von den Faschisten) Beschaffung von Waffen, regelmäßige militärische Ausbildung usw. Die Arbeit in Armee und Polizei wie auch in faschistischen Verbänden, [sowie] die Arbeit im RFB[185] wurde zwar durchgeführt, doch nicht in genügender Breite.

185 Roter Frontkämpferbund (RFB). Wehrverband der KPD, gegründet am 18.7.1924 in Halle/Saale als Massenorganisation, seit 1925 unter der Führung Ernst Thälmanns und Willy Leow 1927 mit offiziell über 1.600 Ortsgruppen und rund 110.000 Mitgliedern. Neben paramilitärischen Schulungen erhielten die Rotfrontkämpfer politischen Unterricht über „Marxismus-Leninismus". Verbandseigenes Organ war *Die Rote Front*. Jugendliche zwischen 16 und 21 Jahren bildeten die „Rote Jungfront". Nach dem „Blutmai" in Berlin 1929 mitsamt seinen Unterorganisationen reichsweit verboten. Illegales Weiterwirken bis 1933. Die Mitglieder waren uniformiert und traten in Marschblocks mit Schalmeienkapellen und Fahnen auf, häufige Straßen- und Saalschlachten mit der nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA). Siehe: Kurt G.P. Schuster: Der Rote Frontkämpferbund 1924–1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes, Düsseldorf, Droste, 1975 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. 55).

Jedoch machte die Stabilisierung des deutschen Kapitalismus sowie die Erkenntnis, dass sich die Entwicklung der Revolution in Deutschland verzögerte (Anfang 1925), und dass die KPD zugleich vor anderen unmittelbaren Aufgaben stand, eine Veränderung des Umfangs und der Aufgaben der Militärorganisation entsprechend der heutigen politischen Situation und der Aufgaben der Partei notwendig. Die Veränderungen, die die Organisation im Jahre 1925 über sich ergehen lassen musste, sind folgende:

a) das Monatsbudget wurde von 15.000 auf 8.000 Dollar (März), und anschließend auf 6.000 Dol. (Oktober) gekürzt;

b) der personelle Bestand der bezahlten Mitarbeiter wurde von 90 Pers. Anfang des Jahres auf 23 im Oktober gekürzt; die Kürzungen betrafen sowohl das Zentrum als auch die Regionen – es wurden 28 bezahlte Leiter der Organisation in den Bezirken gestrichen;

c) die Waffenherstellung wurde eingestellt, die Aktivität zu ihrer Beschaffung eingeschränkt, Waffenübungen eingestellt;

d) die Auflage der Zeitschrift der Militärorganisation, *Vom Bürgerkrieg*, wurde von 15.000 Ex. monatlich auf 5.000 Ex. zweimonatlich reduziert.

Diese Veränderungen wurden selbstverständlich nicht alle auf einmal, sondern nach und nach durchgeführt. Zeitgleich wurden von der Leitung der Organisation Überlegungen zu den Aufgaben der Organisation in der Periode des verlangsamten Tempos der Entfaltung der Revolution angestellt, die vom Politbüro des ZK bestätigt wurden. Diese Aufgaben sind:

a) Zersetzung (Arbeit in der Armee, Polizei, Reichsbanner[186] und den freiwilligen Militärverbänden der Bourgeoisie);

b) Aufklärung und Gegenaufklärung;

c) Rotfrontkämpferbund;

d) Vorbereitungsarbeit O[rdner-]D[ienst].[187]

Das sind die zentralen Aufgaben, an deren Durchführung die Militärorganisation gegenwärtig arbeitet. Die Resultate und der Stand dieser Arbeit werden aus den weiteren Ausführungen ersichtlich.

---

186 Reichsbanner: Die SPD verfügte 1923 noch nicht über eine reichsweite militärische Selbstschutzorganisation. Im Regierungsbezirk Magdeburg und Anhalt entstand 1923 unter Leitung des Redakteurs Karl Höltermann die ca. 25.000 Mann umfassende *Republikanische Notwehr*. Im Frühjahr 1924 wurde dann im Einvernehmen mit dem SPD-Parteivorstand das *Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold* gegründet. In entscheidenden Cäsuren, wie dem „Papenschlag" 1932 oder der „Machteroberung" Hitlers verzichtete die Führung unter Druck der SPD-Spitze darauf, die Hunderttausende Mitglieder zu mobilisieren. Siehe: Karl Rohe: Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf, Droste, 1966; Richard Saage (Hrsg.): Solidargemeinschaft und Klassenkampf. Politische Konzeptionen der Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen, Frankfurt am Main, Suhrkamp, 1986; Helga Gottschlich: Zwischen Kampf und Kapitulation. Zur Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Berlin(-Ost), Dietz, 1987.

187 Zum Ordnerdienst (OD), siehe u.a. Dok. 85.

2

a. Zersetzung

[...] Praktische Arbeit wird geleistet betr.:

a) Verbreitung von Literatur unter Soldaten und Polizisten;

b) Aufbau von Verbindungen mit einzelnen Soldaten und Polizisten, Organisierung von Kommunisten- und Sympathisantenzellen in Armee- und Polizeieinheiten;

c) Versorgung der Redaktionen von Parteipresseorganen sowie der Komfraktionen des Reichstags und der Landtage mit Materialien zur Zersetzung zwecks ihrer Einbringung in die Sitzungen von letzteren. [...]

Was die Ergebnisse der Zersetzungsarbeit angeht, so muss man erstens darauf hinweisen, dass man in der heutigen politischen Situation keine effektiven äußeren Erscheinungsformen dieser Arbeit erwarten kann, was vor allem die Reichswehr betrifft. Doch nichtsdestoweniger gibt es eine ganze Reihe von Anzeichen, die auf eine positive Wirkung der Zersetzungsarbeit hinweisen.

[...] Gegenwärtig (Oktober) wird in Berlin eine Delegation von Polizeibeamten zur Erkundung der Lebensbedingungen der Polizei in der UdSSR organisiert. Die Reise der Delegation soll offenbar von der Regierung verboten werden, doch allein schon die Tatsache ist bemerkenswert.

Die Solidarität der Polizei mit der Kompartei kommt auch darin zum Ausdruck, dass einzelne Polizisten in verschiedenen Städten im Vorhinein (anonym) über bevorstehende Verhaftungen, Durchsuchungen und überhaupt Maßnahmen der Polizeiorgane gegen die Kompartei Mitteilung erstatten. Mancherorts lässt sich oft eine durchaus loyale Haltung der Polizei zu Demonstrationen und Versammlungen feststellen, die von der Kompartei veranstaltet werden. [...]

Was die Armee angeht, so ist, wie gesagt, eine Wirkung der Zersetzungsarbeit angesichts ihrer Abgeschlossenheit und Abschottung vom gesellschaftlichen Leben nur schwer feststellbar. Dort ist die Arbeit selbst auch schwieriger als in der Polizei. Doch auch da machen in letzter Zeit Fälle von Verbrüderung zwischen Soldaten und Arbeitern auf Versammlungen und Demonstrationen der letzteren auf sich aufmerksam. Es gibt keine Kommunistenzellen in der Armee, doch es gibt Verbindungen zu einzelnen Soldaten, die unsere Aufgaben zur Verbreitung von Literatur umsetzen. [...]

Die Zersetzungsarbeit unter den französischen Truppen wurde im Mai dieses Jahres an die Militärorganisation übergeben. Von dem Oktober an sind zu ihrer Durchführung 3 bezahlte Genossen tätig: ein Franzose und zwei Deutsche; vor Oktober gab es 7 Personen (ein organisatorischer Lapsus).[188] [...]

Die Leitung der Zersetzung besorgt ebenfalls die Aufklärung; erste (für die Rote Armee) durchaus wertvolle Materialien über die französische Armee, die von ihr besorgt wurden, sind ein Zeichen dafür, dass diese Arbeit erfolgversprechend ist.

---

188 Siehe zur Zersetzungsarbeit unter den französischen, belgischen und englischen Soldaten Dok. 121.

b. Aufklärung und Gegenaufklärung
Die wichtigste Aufgabe der Aufklärung ist der Dienst für die Partei, d.h. die Versorgung der Parteiführung im Zentrum und in den Regionen mit Informationen über den Gegner: Sozialdemokratie, Gewerkschaften, Reichsbanner, staatliche Einrichtungen, wirtschaftliche und militärische Verbände der Bourgeoisie, politische Parteien u.a. [...]

Leider hat dieser Apparat, trotz beträchtlicher Geldmittel, die ihm zu seiner Verfügung überlassen werden, es bis heute nicht geschafft, seine Tätigkeit in allen Bereichen in befriedigender Weise aufzubauen. Dies erklärt sich aus dem Fehlen einer guten Leitung des Apparats, aus der Weigerung des ZK, einen geeigneten Genossen an die Spitze dieses Tätigkeitsbereiches zu stellen. Dabei sind die Arbeitsmöglichkeiten, wie auch der Bedarf seitens der Partei, groß.

Doch auch der gegenwärtig schwache Apparat liefert der Partei (und dem russischen Aufklärungsapparat in Berlin) häufiger durchaus wertvolle Informationen über den Gegner.[189] [...]

Die Aufgabe des Apparats zur Gegenaufklärung ist die Bekämpfung der Provokateure in der Partei. Der Bedarf für diese Arbeit ist groß. Die KPD ist eine legale Partei, infolge dessen die Feinde der Arbeiterklasse leicht in ihre Reihen eindringen. [...] Der Apparat arbeitet gut.

c. Rotfrontkämpferbund
Eines der wirkungsvollsten Mittel zur Zersetzung des sozialdemokratischen Reichsbanners, wie auch der Militärverbände der Bourgeoisie, ist bzw. wäre der [Rot]Frontkämpferbund. Zur Zeit zählt er über 100.000 Personen, von denen annähernd 50% Kommunisten sind. Bisher schenkte die Partei dem Bund nur ungenügend Aufmerksamkeit, woraus sich seine vergleichsweise geringe zahlenmäßige Stärke erklärt. [...]

d. Vorbereitungsarbeit (OD)
Noch in der ersten Jahreshälfte wurde in fast allen Bezirken die militärische Schulung der Mitglieder der Organisation mehr oder weniger regelmäßig durchgeführt, doch als sich in den Parteimassen das Bewusstsein verfestigte, dass man in der nächsten Zeit nicht mit dem Näherrücken einer neuen revolutionären Welle rechnen dürfe, sank unter den Mitgliedern der Organisation das Interesse an Militärkunde (eine analoge Erscheinung [gab es] bei uns in der Militärorganisation in den Jahren 1907–8).[190] Doch es sank nicht nur das Interesse an der [militärischen] Vorbereitung, sondern es verringerte sich auch beträchtlich die Mitgliederzahl der Organisation. Aktuell werden in ganz Deutschland um die 3–5000 Pers[onen] gezählt, die in Gruppen organisiert sind. All diese Personen sind bis zum letzten Mann in den Frontkämpferbund eingetreten

189 Sowohl die Militäraufklärung GRU als auch die Auslandsabteilung der GPU besaßen Residenturen in Berlin. Nach Wollenberg war in der KPD für den Apparat der Roten Armee der Deckname „Klara" – von Krasnaja Armija – und „Grete" für den Apparat der GPU geläufig. Siehe: Wollenberg: Der Apparat: S. 14.

190 D.h. nach dem Scheitern der russischen Revolution von 1905.

und führen dort ihre Arbeit durch, doch damit hat die Militärorganisation (OD) zu einem gewissen Grad ihr Profil als illegale Organisation verloren. Wir sehen dieses Phänomen nicht als negativ an, denn statt einer kleinen, illegalen Organisation, die gegenwärtig keine politische Bedeutung hat, gibt es eine große, legale Organisation – den [Roten] Frontkämpferbund. Neben seiner Hauptaufgabe hat letzterer eine gewisse Zahl von Aufgaben vom OD übernommen: Die Bewachung von Kundgebungen, Versammlungen, Verbreitung von Literatur (während der Wahlkämpfe) usw. Wir sind der Meinung, dass man gegenwärtig die illegale Organisation insoweit bewahren muss, als dies zur Durchführung der wirklichen illegalen Arbeit – Zersetzung, Aufklärung, Aufbewahrung von Parteieigentum (Waffen) u.a. – notwendig ist, doch besteht zu diesem Zweck nicht die Notwendigkeit, eine große Organisation zu besitzen, sondern ein kleines Kader zuverlässiger Genossen.[191] [...]

3
Somit ist die gegenwärtige Militärorganisation mit derjenigen von 1924 bei weitem nicht vergleichbar. Mit der Veränderung der politischen Situation haben sich die Aufgaben und damit auch die Struktur der Organisation verändert. Wir sind jedoch der Auffassung, dass die Organisation, wie sie zur Zeit beschaffen ist, das einzig richtige ist und ihre Daseinsberechtigung daraus bezieht, dass sie nicht nur nicht von der Partei isoliert ist (sie wäre isoliert, wenn sie gegenwärtig hermetisch konspirativ wäre und nur Militärkunde betreiben würde), sondern im Gegenteil die allgemeine Arbeit der Partei bereichert und ergänzt. Auch werden über diese Arbeit Militärkader ausgebildet.

Im Großen und Ganzen muss die Arbeit in Zukunft in die gleiche Richtung geführt werden, jedoch mit einer Verlagerung des Schwerpunkts auf die Arbeit des Rotfrontkämpferbunds. Für ihn müssen größere Geldsummen und Personalkräfte zu Verfügung gestellt werden, als dies bisher der Fall gewesen ist.



Am 29.10.1925 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands, eine Delegation der "Arbeiterjugend" Deutschlands, Frankreichs, Englands, Belgiens und der Tschechoslowakei (insgesamt 52 Personen) in die Sowjetunion einzuladen.[192]

Am 5.11.1925 behandelte das Politbüro des ZK der KP Russlands einen nicht näher definierten „Auftrag der deutschen [Rot-]Frontkämpfer an Tomskij". Zu dieser Zeit fanden Fahnenübergaben sowjetischer Arbeiter und andere propagandistische und symbolische Solidaritätshandlungen zur Untermauerung des „Schutz- und Trutzbündnisses" mit der Sowjetunion statt.[193]

---

191 Bei Kaufmann/Reisener/Schwips u.a. heißt es unter Hinweis auf Dokumente im SAPMO-BArch, dass die M-Abteilungen der KPD im Herbst 1925, der Ordnerdienst im Februar 1926 aufgelöst wurden, letzterer nicht nur wegen der Konkurrenz zum RFB, sondern wegen der Gefahr einer Ausbreitung linker Strömungen. Als „organisatorische Klammer" sollte in der Folge die sog. Technische Kommission (Teko) gewirkt haben, die zunächst vom Komintern-Emissär „Alfred", bei dem es sich höchstwahrscheinlich um Tuure Lehén handelte, ab 1926 von Ernst Schneller geleitet wurde (Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst, S. 111).
192 RGASPI, Moskau, 17/3/526, 6.
193 RGASPI, Moskau, 17/3/528, 4.

Dok. 140

Bericht an die Komintern über die innerparteilichen Auseinandersetzungen mit der „Linken“ und der „Rechten“ auf der Parteikonferenz der KPD

Berlin, 3.11.1925

Typoskript, deutsch.[194] RGASPI, Moskau. Erstveröffentlichung.

Bericht Nr. 12. Berlin, den 3. November 1925.

Genossen Sinowjew, *Moskau*.
Kopie an Gen. Bucharin, Piatnitzki und Sekretariat des EKKI.[195]

Werter Genosse Sinowjew!
Über das Ergebnis der Parteikonferenz werden Sie bereits unterrichtet sein.[196] Die Resolution zur Lage in der Partei, die sehr scharf, ohne jede Verwischung, unsere Linie festlegt, wurde mit 227 gegen 30 Stimmen angenommen. Also fast eine 7/8 Mehrheit. Nach der Durchsetzung unseres Standpunktes im Ruhrgebiet und nach dem Umschwung in der Berliner Bezirksleitung war dieses Ergebnis vorauszusehen.

Das Charakteristische an der Konferenz war:

1.) Keine Spur von der künstlichen „Einmütigkeit“ des Berliner Parteitages, sondern scharfer Kampf; manchmal stürmische Szenen zwischen Scholem und uns.

2.) Anstatt der früheren Depressionsstimmung zum ersten Male größerer Optimismus, eine gewisse Sicherheit der Delegierten.

---

194 Quer verlaufender Stempel (russ.): „Sekretariat des Vorsitzenden des EKKI. Eingang vom 6.11.1925. Eingangsnr. 262/s 1925.“

195 *Förster:* Der Bericht ist handschriftlich von „Förster“ gezeichnet, dabei handelte es sich zweifelsfrei um einen leitenden Funktionär aus der unmittelbaren Umgebung Thälmanns, wie bspw. Philipp Dengel oder auch Thälmann selbst. Im ca. 20.000 Pseudonyme enthaltenden Verzeichnis von Pierre Broué wird eines der Pseudonyme von Thälmann mit „Försterling“ angegeben (Broué: Histoire de l'Internationale Communiste).

196 Die 1. Reichsparteiarbeiterkonferenz fand vom 31.10.1925 bis zum 1.11.1925 statt; sie beendete definitiv die von der Komintern als „persönliche Diktatur“ bezeichnete Ruth-Fischer-Ära, ohne jedoch den Linkskurs selbst abzulösen. Von den 249 erstmals auf Grundlage der Betriebszellen gewählten Delegierten gehörten nur noch ca. 33 der als Hauptfeind dargestellten „kominternfeindlichen Ultralinken“ (Scholem, Rosenberg, Katz u.a.) an. Die neue leitende Gruppe wurde von den Hauptreferenten Thälmann und Dengel gebildet, unter Anwesenheit von Manuilski (Ps. „Robert“) als Emissär der Komintern. Dieser forderte einen Umbau der Parteispitze, die fortan nicht mehr von „halb künstlerische(n), halb literarischen Bohémiens“, sondern von „linke(n) Arbeiter(n) (Zwischenrufe: sehr wahr!)“ gebildet werden sollte. Unmittelbar nach der Konferenz beschloss ein ZK-Plenum am 11.11.1925, Ruth Fischer und Maslow aus dem Politbüro auszuschließen (siehe ausführlich: Weber: Die Wandlung, I, S. 133–137).

3.) Katastrophaler und vollständiger Bankerott von Ruth Fischer. Die Verlesung von Ruths Brief wurde mit minutenlangem höhnischem Gelächter, sowohl seitens unserer Leute, als auch der Ultralinken aufgenommen. Das war die einzige Frage, in der auf der Konferenz sozusagen Einmütigkeit bestand. Noch niemals hat bei uns eine Führung binnen zwei Monaten – vom 1. September bis zum 1. November einen so furchtbaren Zusammenbruch vor der ganzen Partei erlebt.

4.) Die Ultralinken sind natürlich noch etwas stärker, als ihre Delegiertenzahl auf der Konferenz zeigt. Sie haben außer Wedding vor allem Leipzig-Stadt und Hannover-Stadt (nicht die Bezirke!) in den Händen. Unser scharfes Vorgehen hat aber nicht geschadet, sondern im Gegenteil einzelne ultralinke Arbeiterelemente zur Annäherung an uns veranlaßt. Es gibt jetzt, abgesehen von der Scheidung zwischen Arbeitern und Intellektuellen, zwei Strömungen in der Ultralinken: 1. die Richtung Scholem, die entschlossen den Kampf gegen die Komintern fortsetzen wird und dabei die Maslow-Gruppe als das kleinere Übel betrachtet; 2. mehrere Ultralinke aus der Provinz, die immerhin die neue Führung für besser als die Maslow-Gruppe halten und sich gegen die demagogischen Methoden Scholems wenden.

5.) Es kam auch zu einer sehr richtigen Abgrenzung von den Rechten. Meyer hielt eine höchst diplomatische Rede, kühl bis ans Herz, in der er auf Teddys [d.i. Thälmanns] Aufforderung, er möge seine Fehler anerkennen, mit der Gegenfrage antwortete: „Worin bestehen eigentlich unsere Fehler?" Teddy beantwortete das in seinem Schlusswort klar, aber kameradschaftlich. Gleichzeitig gab Siewert, einer der treusten Brandler-Anhänger, eine Erklärung zu Gunsten Brandlers und Thalheimers ab, wobei er sich auf den Offenen Brief des EKKI.'s berief. Darauf antwortete sowohl Robert (der EKKI.-Vertreter) [d.i. Manuilski], als auch Teddy mit der Erklärung, daß sie jeden Vorstoß der Brandleristen schonungslos bekämpfen würden. Diese Stellungnahme gegen die Rechten stärkte das Vertrauen unserer linken Delegierten.

6.) Der Ausschluss Scholems aus dem Z.K. war erst nach einem gewissen Kampf möglich. Er ist aber absolut notwendig, um zu demonstrieren, daß wir die skrupellose Fraktionsarbeit der Linken nicht weiter dulden werden.

7.) In der Maslow-Kommission haben wir noch keine organisatorischen Maßnahmen beschlossen, sondern nur sein Verhalten scharf missbilligt, es als unwürdig eines revolutionären Führers bezeichnet und im übrigen die ganze Sache der IKK.[197] übergeben. Über diesen Beschluß wurde ein Schweigegebot erlassen. Wir schwäch-

197 Während Maslow während des Prozesses von Parteiseite noch für sein Verhalten gelobt wurde, rügte die Internationale Kontrollkommission sein Verhalten als „unkommunistisch". Am 10.2.1926 wurde sogar – noch während seiner Haftzeit – eine Broschüre gegen Maslows Verhalten vor Gericht veröffentlicht; aus fraktionellen Gründen ging es Stalin, Thälmann und der avisieren neuen Parteiführung offenbar um die Auslöschung seiner historischen Rolle im kollektiven Gedächtnis der Partei, nicht zuletzt als einem der letzten noch verbliebenen theoretischen Köpfe im deutschen Kommunismus. Die „Entscheidung" der IKK über den nun von der Komintern Beschuldigten siehe Dok. 149. Zum Fall Maslow gab die neue Parteiführung auch „Informationsmaterial für Parteiarbeiter" heraus (Hrg. vom ZK der KPD, Berlin 1926). Siehe: Weber: Die Wandlung, S. 160f.

ten unseren anfangs schärferen Resolutionsentwurf erheblich ab, was den großen Vorteil hatte, daß der Beschluß von der Berliner Delegation einstimmig angenommen wurde. Er wurde dann auch im Plenum einstimmig, auch von allen ehemaligen Ruth-Maslow-Anhängern, gegen die Stimmenthaltung der 30 Ultralinken, angenommen. [...]

Schlußfolgerungen aus der Konferenz:
Es beginnt jetzt eine Periode der organischen, normalen Arbeit. Dieses Gefühl hat jeder Teilnehmer an der Konferenz, die übrigens abermals im Preußischen Landtag stattfand und keine Sekunde lang von der Polizei belästigt wurde, obwohl wir die Rede des EKKI-Vertreters noch während der Konferenz veröffentlichten und obwohl den 150.000 Abonnenten des Berliner Rundfunks[198] durch Radio mitgeteilt worden war, daß im Landtag die Kommunistische Parteikonferenz stattfindet.

Überhaupt herrscht jetzt eine fast unbegrenzte Legalität. Während des Berliner Wahlkampfes zogen Tag und Nacht Hunderte von Roten Frontkämpfern in voller Uniform mit Fahnen und Knüppeln durch die Berliner Straßen, ohne daß die Polizei etwas ernstliches unternahm.

Nach den Berliner Wahlen ging es wie ein Ruck durch die „öffentliche Meinung" bezüglich der Kommunisten. *Wir werden wieder ernst genommen, was anderthalb Jahre lang nicht der Fall war.* [...]

Jetzt steht noch der Berliner Bezirksparteitag zum 22. November vor uns. Er wird keine großen Überraschungen mehr [er]geben. Wir müssen jetzt endlich an die Spitze von Berlin einen Menschen stellen, der auch außerhalb der Partei vor den sozialdemokratischen Arbeitern Vertrauen genießt. Uns scheint, dafür wäre Remmele sehr geeignet. Dann hätten wir einen ausgezeichneten Berliner Pol.-Sekretär, dazu evtl. Hans Pfeiffer als Org.-Sekretär und Kühne als Gewerkschaftssekretär.

Unsere nächste organisatorische Aufgabe ist eine gründliche Umgruppierung fast aller Bezirkssekretäre, die meistens sehr schwach und schwankend sind. Wir arbeiten jetzt einen Plan für die Personalpolitik im ganzen Reich aus.

Zur Behebung der *Finanzkrise* veröffentlichen wir heute den Aufruf der Parteikonferenz mit folgenden drei Maßnahmen:

1. Parteinotopfer. Jeder Kommunist soll der Partei vom November bis zum Januar mindestens 10,- M zur Verfügung stellen, was bei 100.000 Mitgliedern 1 Millionen Mark bringen würde. (Natürlich nur eine „Orientierungsziffer"). Auch Sympathisierende sollen Parteinotmarken im Werte von 50 Pfg. kaufen.

2. Umfassende Werbearbeit mit der Losung: Verdoppelung der Zahl der Parteimitglieder und Zeitungsabonnenten. Es soll ein „Kominternaufgebot" geworben werden.

3. In jedem einzelnen Betrieb soll eine Betriebszelle gegründet werden.

198 1925 wurde der Berliner Rundfunk gegründet. Seinen Sitz hatte er in der Lützowstraße im Bezirk Tiergarten.

Nach außen hin wird dieser Appell nicht schädlich wirken, da infolge der vielen Wahlen auch alle bürgerlichen Parteien in größter Finanzkrise sind. (Das ist auch ein Grund, warum der Reichstag nicht aufgelöst wird).

Zum Schluß gab die Parteikonferenz die Losung heraus:

„Die Diskussion ist beendet. Jetzt mit allen Kräften an die praktische Arbeit".

Mit kommunistischem Gruß

[sign.] Förster.

Beiliegend die Resolution zur Parteilage.



Am 12.11.1925 beschloss das Politbüro des ZK der KP Russlands, die Konzessionsverhandlungen mit der Firma Junkers zur Flugzeugproduktion nicht weiterzuverfolgen und den Bruch zu avisieren. Stattdessen sollte der Kurs auf die Verstärkung der autonomen Flugzeugproduktion in der Sowjetunion, die Sicherung der notwendigen Rohstoffe sowie die Rekrutierung von Spezialisten im Ausland gerichtet werden.[199]

Dok. 140a

Brief der KPD-Führung an Sinowjew über den Verbleib von Ruth Fischer in Moskau

Berlin, 27.11.1925

Typoskript mit Briefkopf der KPD-Zentrale, deutsch. RGASPI, Moskau, 324/1/554, 15–15v. Erstveröffentlichung.

Berlin, den 27. Nov. 1925

Werter Genosse Sinowjew!
Genosse Robert [d.i. Manuilski] sprach mit uns über die Frage der Möglichkeit einer sofortigen Rückreise der Genossin Ruth Fischer nach Deutschland. Sie werden unser diesbezügliches Telegramm bereits erhalten haben. Wir kamen nach einer ausführlichen Beratung der Genossen Teddy [d.i. Ernst Thälmann], Ewert, Dengel, Geschke und Förster *einstimmig* zu der Meinung, dass eine Rückreise der Genossin Fischer im jetzigen Stadium der Parteientwicklung von grösstem Schaden wäre. Und zwar aus folgenden Gründen:

1. Ruth Fischer denkt gar nicht daran, sich wirklich loyal zu der neuen Politik und der neuen Führung zu verhalten. Sie versucht im Gegenteil, sogar von Moskau aus, uns auf jede Weise Schwierigkeiten zu bereiten und ihre alten Berliner Anhänger gegen uns zu mobilisieren. Wir besitzen den absoluten Beweis für diese Tatsa-

199 RGASPI, Moskau, 17/162/2, 194–195. Publ. In: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 93–94.

che in Gestalt einer ganzen Reihe fraktioneller Briefe Ruth Fischers an Grylewitz [d.i. Anton Grylewicz], Schlecht, Golke, Torgler und Kögler [d.i. Theodor Koegler]. In diesen Briefen macht Ruth Fischer nicht nur Mitteilungen über die internen Präsidiumssitzungen, denen sie in Moskau beiwohnt, sondern sie gibt ihren Leuten auch Anweisungen für die Opposition gegen das Z.K. Wir führen das geschickte Doppelspiel der Ruth-Anhänger bei den Sekretärswahlen auf dem Berliner Bezirksparteitag u.a. hierauf zurück.

Das zeigt: Ruth Fischer wird den Kampf mit *allen* Mitteln der Sabotage und Resistenz fortsetzen, sobald sie hier ist. Sie kann das in Berlin selbst zehnmal mehr, als wenn sie in Moskau bleibt.

2. Falls Ruth Fischer *jetzt* herkäme, würde sie eine ganze Reihe noch schwankender Genossen nicht nur im Z.K., sondern auch in den wichtigsten Bezirken beeinflussen und teilweise zu sich herüberreissen. In einigen Monaten wird das bereits ganz anders sein; denn wir sind gerade jetzt im Begriff, viele dieser noch schwankenden Genossen fest für uns zu gewinnen.

4. Es besteht keineswegs irgendwelche Unzufriedenheit der Mitgliedschaft, auch nicht der oppositionell gestimmten, und zwar in Berlin ebensowenig wie in einem beliebigen anderen Bezirk, über die Abwesenheit Ruth Fischers. Weder auf der Reichskonferenz, noch auf dem Berliner Bezirksparteitag, noch in den Organisationen selbst hat sich auch nur die leiseste Schwierigkeit in dieser Frage ergeben. Wir selbst waren überrascht, dass die Abreise ohne jedes Echo blieb. Das erklärt sich wohl daraus, dass Ruth Fischer sich während der Diskussion nicht, wie z.B. Scholem, offen zum Kampf stellte, sondern nur „diplomatisch" hinter den Kulissen blieb. Jetzt allerdings hat Ruth Anweisungen an ihre Anhänger gegeben, die Frage ihrer Rückkehr aufzustellen.

Selbstverständlich denken wir nicht daran, etwa eine endgültige Lösung des Kampfes durch die mechanische Fernhaltung Ruth Fischers zu erwarten. Wir sind uns vollkommen bewusst, dass man sie nach einiger Zeit zurückkehren lassen muss. Nur halten wir den jetzigen Moment für so ungünstig wie nur möglich.

Aus diesem Grunde schlagen wir mit grösster Dringlichkeit vor, Ruth Fischer noch in Moskau zu lassen.[200]
Mit kommunistischem Gruss

[Sign.:] E. Thälmann
Dengel
A. Ewert

200 Ruth Fischer wurde tatsächlich in Moskau festgehalten, ihr gelang es jedoch, unerlaubt am 5.6.1926 nach Deutschland zurückzureisen. Aufgrund des Disziplinbruchs wurde sie daraufhin aus dem EKKI entfernt und zusammen mit Maslow am 20.8.1926 aus der KPD ausgeschlossen.

Am 3.12.1925 fällte das Politbüro des ZK der KP Russlands den Beschluss, die Partei in „Kommunistische Partei (Bolschewiki) der UdSSR" umzubenennen. Auf dem XIV. Parteitag jedoch (18.–31.12.1925) wurde die Partei in „Kommunistische Allunions-Partei (Bolschewiki)"– VKP(b) – umbenannt, bevor sie schließlich 1952 den bereits vorher gebräuchlichen Namen „Kommunistische Partei der Sowjetunion" (KPdSU) erhielt.[201]

Am 10.12.1925 fasste das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion im Zusammenhang mit den „verhafteten Deutschen" den Beschluss, die geltende Regelung, wonach die OGPU alle die Verhaftung von Ausländern betreffenden Angelegenheiten mit dem Außenkommissariat zu koordinieren hatte, zu bekräftigen. Die OGPU wurde verpflichtet, unter Wahrung strengster Konspirativität alle diesbezüglichen Informationen dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten selbst oder seinem Stellvertreter weiterzugeben.[202] Innerhalb einer Frist von 24 Stunden sollte dann seitens des Außenkommissariats eine Antwort gegeben werden.

Am 25.12.1925 fasste das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion auf Vorschlag von Litvinov und Jagoda ein Beschluss zu den verhafteten Deutschen. Der Bitte um Rücksendung der Archive sowie des Pakets sollte stattgegeben werden. In der Antwort an die deutsche Seite sollte zum Ausdruck gebracht werden, dass man zwar formell im Recht sei, im Grunde jedoch sein Bedauern ausdrücke.[203]

201 RGASPI, Moskau, 17/3/533; KPSS v rezoljucijach i rešenijach s''ezdov, konferencij i plenumov CK. II: 1924–1930, Moskva, Gosudarstvennoe izdatel'stvo političeskoj literatury, 1954, S. 192ff. Zugunsten der Lesbarkeit wird hier und im Folgenden die Partei als „KP der Sowjetunion" bezeichnet.
202 RGASPI, Moskau,17/162/2, 206.
203 RGASPI, Moskau, 17/3/536, 1.

1926



Die Sonderkommission des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion für „spezielle Bestellungen“ stellte am 9.1.1926 fest, dass die gemeinsame Arbeit mit der Reichswehr keinerlei Resultat gebracht habe. In Zukunft solle sie daher nicht mehr gefördert werden, stattdessen sollte die technische Zusammenarbeit mit dem Ausland in den Fokus gerückt werden.[1] Am 11.1.1926 beriet das Politbüro über einen „Bericht des Volkskommissariats für Finanzen über den Zustand und die Perspektiven unserer Devisenreserven und Möglichkeiten“. Dabei wurde es dem Volkskommissariat erlaubt, Gold im Wert von 30 Millionen Rubel ins Ausland auszuführen, um die Zahlungen der sowjetischen Außenhandelskäufe sicherzustellen.[2] Der allgemeine Beschluss wurde vom Politbüro am 14.1.1926 bestätigt, zugleich sollte mit „verantwortlichen Vertretern Deutschlands“ ein Treffen vereinbart werden, um die künftige Zusammenarbeit zu planen.[3]

Eine spezielle Kommission des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion legte am 9.1.1926 das Budget der Komintern in Höhe von 4.800.000 (Rubel) für die Außenposten (kommunistische Parteien usw.) sowie für das Moskauer Zentrum nebst Apparat in Höhe von über 1 Million Rubel fest. Dieses Budget wurde am 14.1.1926 vom Politbüro bestätigt.[4]

Dok. 142

Leitlinien der Komintern zur Unterstützung des KPD-Volksbegehrens zur Enteignung der ehemaligen Fürstenhäuser und zur Regierungskrise der Weimarer Republik

Moskau, 23.1.1926

Typoskript, deutsch. Schweizerisches Bundesarchiv, Bern. Erstveröffentlichung.

Vertraulich. Bulletin der Informationsabt[eilung] des EKKI[5]
495–33–148

1 RGASPI, Moskau, 17/166/113, 5–7.
2 APRF, Moskau, 03/64/649, 95. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 316.
3 RGASPI, Moskau, 17/162/3, 7.
4 Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 17/162/3, 7, 14–15. Auf russisch publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 340–341.
5 Die *Informationsabteilung* als dritte Fachabteilung des EKKI wurde mit der einsetzenden „Bolschewisierung“ auf eine neue Grundlage gestellt. Ursprünglich unter Sinowjew nur mit der Informierung des EKKI über die kommunistischen Parteien bzw. der Parteien über die Tätigkeit des EKKI betraut, sollte sie nun aktuelle Probleme in den kommunistischen Parteien und entsprechende „Lösungen“ thematisieren. Die Informierung der kommunistischen Parteien wurde vernachlässigt, so dass diese – ganz im Gegensatz zur Leninschen Ära der Komintern – über die Tätigkeit der Zentralorgane weitgehend uninformiert blieben. Erst 1929 wurde eine regelmäßige Informierung wieder aufgenommen, nun im Sinne der abgeschlossenen Stalinisierung als Sektor der Organisationsabteilung angegliedert (siehe: Bayerlein: Transnationale Netzwerke).

No. 2.
Moskau, 23. Januar 1926.

[...] *6. Thesen über die nächsten Aufgaben der K.P.D.*
(Beschlossen vom Präsidium der K.I. am 22. Januar 1926.)

I. Für die Enteignung der Fürstenhäuser.

1. Die Partei soll ihre Kampagne für die Durchführung eines Volksbegehrens[6] zugunsten der völligen entschädigungslosen Enteignung der ehemaligen Fürstenhäuser fortsetzen.[7]

Die Durchführung des Volksbegehrens soll sofort begonnen werden.

2. Die Enteignungskampagne soll als breite Massenbewegung von unten durchgeführt werden. Sie soll nicht nur eine Arbeiterbewegung sein, sondern zu einer wirklichen Volksbewegung unter der Hegemonie des Proletariats werden, an der auch die werktätigen Mittelschichten in der Stadt und die fortgeschrittensten Teile des Bauerntums teilnehmen.[8] Daher muss der Entwurf für die Enteignung mit den unmittelbaren

---

6 Im Januar 1926 wurde seitens der KPD und der SPD-Fraktion im Reichstag ein Antrag auf entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürstenhäuser eingebracht, wozu daraufhin im März ein Volksbegehren für einen Volksentscheid (mit 12 Millionen Stimmen dafür) und am 20.6.1926 ein Volksentscheid durchgeführt wurde, der mit 14 Millionen Stimmen dafür aufgrund des Quorums scheiterte. Eine Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten und Intellektuellenkreise erfolgte, als 1925 auch juristisch die Forderungen des deutschen Adels, dessen Besitztümer in der Novemberrevolution beschlagnahmt, jedoch nicht enteignet wurden, nach finanziellen Abfindungen, Entschädigungen und Restitutionen lauter wurden. Man berief sich dabei auf den Artikel 153 der Weimarer Verfassung, der das Privateigentum sichert. Nach dem von Reichspräsident, Kirchen und den konservativen Parteien abgelehnten Volksentscheid erfolgten finanzielle Kompromisse seitens der Landesregierungen mit dem Adel, beispielsweise mit dem Haus Hohenzollern. Vgl. Otmar Jung: Direkte Demokratie in der Weimarer Republik. Die Fälle „Aufwertung", „Fürstenenteignung", „Panzerkreuzerverbot" und „Youngplan", Frankfurt am Main – New York, Campus, 1989, S. 49–65.

7 Die Kominternführung unterstützte die Kampagne nach Kräften. Aus einer Protokollnotiz des Komintern-Präsidiums vom 14.5.1926 geht die Zusage über die finanzielle und logistische Unterstützung des KPD-Volksentscheids zur entschädigungslosen Fürstenenteignung hervor: „Protokoll Nr. 59. Sitzung des Präsidiums [des EKKI], 14.05.1926. *streng vertraulich.* Behandelt: 5. Informatorischer Bericht über Deutschland. Beschlossen: 5. Den Bericht des Gen. Remmele zur Kenntnis zu nehmen. Prinzipiell zu beschließen, die KPD bei der Durchführung des Volksentscheides zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten in aehnlicher Weise zu unterstützen, wie dies beim Volksbegehren der Fall war. Die Frage soll in den nächsten Tagen durch die entsprechenden Organe des EKKI behandelt werden. Zur Behandlung der Differenzen zwischen dem ZK der KPD und der Profintern zur Frage der Ausschlüsse im deutschen Bergarbeiterverband eine Kommission aus den Gen. Remmele, Pjatnitzki, Lozovskij, Nin, Ercoli [d.i. Palmiro Togliatti], Manuilski und Kuusinen einzusetzen. Die Kommission soll sich mit Gen. Sinowjew in Verbindung setzen. Frist 6 Tage. Verantwortlich: Ercoli. Falls noch Differenzen bestehen bleiben, soll die Frage im Präsidium behandelt werden." (Schweizerisches Bundesarchiv, Bern, J II 94).

8 Die Kampagne zum Volksentscheid zeigte trotz ihres Scheiterns nicht nur das Potential eines gemeinsamen Vorgehens von SPD und KPD auf, sondern auch den Beginn eines moderateren Kurses der KPD in der Periode 1926–1928. Siehe hierzu: Weber: Die Wandlung, I, 335f.

Lebensinteressen der breiten Massen insbesondere der Erwerbslosen u. a. (der Sozialrentner, Kriegsopfer, pauperisierten „kleinen Sparer" usw.) verbunden werden. Die Partei muss wie bisher solche Forderungen wie Unterstützung der Erwerbslosen aus den enteigneten Geldern, Unterstützung der Kriegsopfer, Uebergabe der enteigneten Domänen an Genossenschaften der Kleinbauern, Pächter und Landarbeiter, Verwendung der Schlösser usw. für die Sozialpolitik in den Vordergrund stellen.

3. Zur Durchführung des Volksbegehrens soll die Partei mit einer grösstmöglichen Anzahl parteiloser republikanischer, pazifistischer und ähnlicher Organisationen zusammenwirken und eine maximale Anzahl sozialdemokratischer und freigewerkschaftlicher Organisationen lokal und länderweise zur Unterstützung der Aktion heranziehen.[9]

4. Durch die Führung der Kampagne muss bewiesen werden, dass die K.P. heute die einzige Kraft in Deutschland ist, die wirklich in Taten und nicht durch Worte den Monarchismus bekämpft.

5. Die ultralinken Behauptungen, die Kampagne für die Enteignung der Fürstenhäuser, deren Schwergewicht selbstverständlich in den Massen und nicht im Parlament liegt, sei ein „parlamentarischer Kretinismus", muss als parteischädigender Vorstoss aufs schärfste zurückgewiesen werden.

6. Auf Grund der hier erwähnten Gesichtspunkte soll die Stellungnahme der Partei in der Presse, der Agitation usw. erfolgen. [...]

IV. Zur ständigen Reichsregierungskrise.

1. Die Partei muss den Massen die zweideutige Taktik der Soz[ial]dem[okraten] klarmachen, die faktisch die bürgerliche Regierung unterstützen werden, nur aus Furcht, die Arbeiter zu verlieren, ihren formellen Eintritt aufschieben und bereit sind, sich an der grossen oder kleinen Koalition zu beteiligen, sobald das Interesse der Bourgeoisie es wieder fordert.

2. Die Partei muss den Widerstand der soz[ial]dem[okratischen] Mitgliedermassen, der linken Opposition und sogar eines Teiles der bisher rechtsstehenden Organisationen – wie Hamburg – gegen den Eintritt in die grosse Koalition energisch fordern, in Presse und Agitation hervorheben, sie darf diese wichtige Erscheinung keinesfalls ignorieren.[10]

9 Hierzu diente u.a. ein „Offener Brief des ZK der KPD an die Vorstände der SPD, der Gewerkschaften und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, die Bundesleitungen des Reichsbanners und des RFB zum Kampf um einen Volksentscheid für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten", vom 2.12.1925. Hierin hiess es: „Wir entnehmen einer Mitteilung des ‚Vorwärts' vom 1. Dezember, daß auch in den Kreisen der Sozialdemokratischen Partei die Frage der Herbeiführung eines Volksentscheides für die Enteignung der fürstlichen Besitztümer eifrig erörtert wird." (Publ. in: Institut für Marxismus-Leninismus: Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Bd. IV, S. 441–444).

10 Etwa ein Jahr später bildete die SPD (am 28.6.1928) mit dem Kabinett Hermann Müller die zweite Große Koalition der Weimarer Republik mit der DDP, dem Zentrum, der BVP und der DVP. Die letzte auf parlamentarischen Mehrheiten beruhende Regierung der Weimarer Republik hielt sich bis zum

3. Bei den ständigen Regierungskrisen, die eine fortlaufende Kette bilden, muss die Partei eine Massenagitation führen, um die Arbeiter mehr und mehr zu überzeugen, dass die Lösung der Krise auf der Grundlage des bürgerlichen Parlamentarismus nicht möglich ist, dass der Ausweg aus den Schwierigkeiten Deutschlands im Kampf der Massen um ein Sowjetdeutschland, um die Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung besteht. Die immer stärker werdenden Drohungen der Bourgeoisie mit der offenen Diktatur ohne Parlament, mit der „Wirtschaftsdiktatur", mit der „Regierung mit dem Paragraph 48",[11] muss die Partei ausnützen, um den Massen den Bankrott des Parlamentarismus klar zu machen und das Fortbestehen und Fortschreiten der grossen sozialen Krise, deren Ausdruck die Regierungskrisen sind, die ihre Losung erst mit der Eroberung der Staatsgewalt durch das Proletariat finden kann.

4. Es ist die Aufgabe der Partei, die Politik der Sozialdemokratie zu durchkreuzen, wodurch sie die Frage der Regierungsbildung in den Vordergrund schieben will. Die Partei muss klar zeigen, dass die Sozialdemokratie, ebenso wie die bürgerlichen Parteien des Parlaments nur für die störungslose Fortsetzung der Regierungsmaschinerie des bürgerlichen Staates Sorge trägt, und nicht die unerträgliche Not der Volksmassen lindern will. Dem Kampfe der Sozialdemokratie um Ministerportfeuilles in der bürgerlichen Regierung muss die Komm. Partei als die andere klare Linie den Kampf um die elementarsten Interessen und sofortigen Minderung der Notlage der Massen entgegensetzen.

5. Zu diesem Zwecke soll die Partei neben der Propaganda für die proletarische Revolution, für die Arbeiter- und Bauernregierung folgende Taktik anwenden:

a) Agitation für die Forderung der sofortigen Auflösung des Reichstages und Ausschreibung von Neuwahlen.

b) Aufstellung von konkreten Parolen, die einerseits sofort zu verwirklichen sind und deren Verwirklichung den notleidenden Massen mindestens die elementarste Hilfe leisten kann, andererseits geeignet sind, die breitesten Massen zum Kampf zu mobilisieren und zu organisieren. Die Lage erfordert sofortige Durchführung folgender Notmassnahmen:

1. Sofortige ausserordentliche Winterhilfe aus Reichsmitteln für die Erwerbslosen, Kriegsopfer, Sozialrentner.[12]

2. Rücksichtslose Massnahmen gegen weitere Betriebsstillegungen; sofortige grossangelegte Notstandsarbeiten;

März 1930, sie brach wegen unüberbrückbarer Dissenzen über die Arbeitslosenunterstützung auseinander.

11 Nach dem Kabinett Müller regierten alle weiteren Exekutiven bis 1933 nur noch als Präsidialkabinette auf der Grundlage der Notverordnungen nach §48 der Weimarer Verfassung.

12 Winterhilfe: Ursprünglich von der Arbeiterwohlfahrt in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und SPD aufgebautes Hilfswerk, das später durch das NS-Regime staatlich ausgebaut wurde. Das „Winterhilfswerk des Deutschen Volkes", gegründet am 13.9.1933, war eine staatliche, in Berlin ansässige Stiftung unter Leitung des Reichspropagandaministeriums, es unterstand der NS-Volkswohlfahrt. Finanziert wurde es durch mehr oder weniger freiwillige Spenden sowie eine Lotterie.

3. Zwangseinstellung der Mietserhöhungen und der Exmissionen;[13]

4. Sofortige Beseitung des Steuerabzuges vom Lohn. Unverzügliche ausserordentliche Notbesteuerung des Besitzes und der grossen Einkommen.

5. Entschädigungslose und völlige Enteignung der Fürstenhäuser.

Die Zentrale der K.P.D. soll diese Forderungen ganz genau und konkret formulieren. Die Partei muss alles aufbieten, dass im Wahlkampf diese äusserst wichtigen Forderungen für sofortige Massnahmen die zentrale Rolle spielen.

c) Die KPD schlägt den anderen politischen Parteien und Gruppierungen und spezielle der soz[ial]dem[okratischen] Partei – im Angesicht der breitesten Volksmassen vor, sich zu verpflichten, die oben erwähnten konkreten Notmassnahmen für Erfüllung der elementarsten Forderungen des Volkes im Reichstag laut den Verpflichtungen unentwegt und unverzüglich durchzuführen.

d) Im Parlament wird die Partei alle ihre Energie auf das Erzwingen der sofortigen Durchführung der oben angegebenen konkreten Notmassnahmen konzentrieren.

e) Bei der Agitation während der Wahlen, ebenso wie im Parlament, entwickelt die Partei selbstverständlich ihr ganzes Programm, konzentriert aber die Aufmerksamkeit der Massen auf die oben genannten konkreten Punkte als Wahlforderungen, die die breiten Schichten des Volkes mobilisieren und organisieren und alle Notmassnahmen, die im Parlament sofort zu beschliessen sind.

Diese oben geschilderte Taktik, deren Schwergewicht, wie es bereits aus dem Obengesagten hervorgeht, in der Massenbewegung ausserhalb des Parlaments liegt, kann keineswegs eine Unterstützung der Regierung bedeuten. Im Gegenteil, diese Taktik richtet sich nur auf die Verpflichtung und Festlegung der anderen Parteien und Gruppierungen für die aufgestellten Forderungen und bedeutet dadurch einen Schritt zur Erzwingung der Notmassnahmen.

Die Not der Volksmassen, die unheilbare Regierungskrise, die immer wiederkehrenden Drohungen der Bourgeoisie, mit ihrer offenen Diktatur, machen diesen ersten und verantwortungsvollen Schritt notwendig. Schon deshalb darf die Partei vor der Anwendung dieses neuartigen Schrittes nicht zurückschrecken, weil die Gärung und Differenzierung in allen Massenparteien Deutschlands die Möglichkeit schafft, dass der auf konkrete elementare Forderungen begründete Appell der Partei Massen dieser Parteien für sich gewinnen kann. Es zeigt sich bereits, dass Locarno[14] und der Verrat in der Aufwertungsfrage die Massen der nationalistisch gesinnten Kleinbürger und Intelligenz, die Hunderttausende der pauperisierten Sparer und verarmten Kleinbauern gegen die führende Schicht der Grossgrundbesitzer und Kapitalisten in der

13 Exmissionen: Juristischer Begriff für Zwangsräumungen.

14 Das als Ergebnis der Konferenz von Locarno (5.10.1925–16.10.1925) zwischen den europäischen Staaten abgeschlossene Vertragswerk führte durch die Integration des Deutschen Reiches in eine projektierte europäische Friedensordnung und Anlehnung an den Völkerbund erstmals eine Stabilisierung der Verhältnisse zwischen Siegern und Besiegten des 1. Weltkriegs herbei. Trotz der Sonderbeziehungen mit Weimar seit dem Rapallo-Vertrag wurde die Sowjetunion von dieser Entwicklung weitgehend isoliert.

deutschnationalen Partei aufgebracht hat. Die rücksichtslose kapitalistische Politik der führenden Grossindustriellen und klerikalen Kreise des Zentrums in den Zoll- und Steuerfragen haben die Position der katholischen Arbeitermassen hervorgerufen. Die verräterische Politik der Sozialdemokratie in den Fragen von Locarno und der grossen Koalition fangen an, allmählich immer deutlicher einen linken Flügel in der soz[ial] dem[okratischen] Partei Deutschlands zu kristallisieren. Die Massen der Arbeitslosen, der Hungernden, durch die offizielle Parteipolitik Enttäuschten, werden sicherlich die Politik der K.P. verstehen, die als ihre Hauptsorge nicht die Sicherung der Fortführung der Geschäfte des bürgerlichen Staates, sondern sofortige Sicherung der grundlegendsten Bedürfnisse dieser Massen bezweckt.



Um (Rück-)Zahlungen an die Deutsche Bank vornehmen zu können, beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 25.1.1926, es der Staatsbank der UdSSR zu gestatten, Gold im Wert von 10 Millionen Rubel in Berlin zu verkaufen.[15]

Ein neuer „deutscher Konflikt“ wurde am 28.1.1926 im Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion diskutiert, dabei ging es um von der OGPU in Tiflis unrechtmäßig geöffnete deutsche Diplomatenpost. Das NKID sollte eine Entschuldigung an die deutsche Regierung überbringen, die Schuldigen innerhalb der OGPU sollten bestraft werden.[16]

Am 4.2.1926 beriet das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion über die Zusammensetzung der VKP(b)-Delegation auf dem VI. Erweiterten EKKI-Plenum, auf dem neben anderen aktuellen Fragen der kommunistischen Bewegung auch die endgültige Zerschlagung der „Fischer-Maslow-Gruppe“ forciert werden sollte. Das Poiltbüro beschloss, die Komintemdelegation durch Tomskij, Andreev, Molotov, Uglanov, Vorošilov und Kujbyšev zu ergänzen, sowie Varga eine beratende Stimme zu übertragen.[17]

Am 11.2.1926 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, es dem VKP(b)-Emissär in Deutschland, Vissarion Lominadze, zu untersagen, weiterhin in Auftritten und Artikeln im Ausland über die Bekämpfung der Opposition in der russischen Partei zu berichten. Obwohl die VKP(b) beschlossen hatte, den inneren Machtkampf in der Partei nicht in die Komintern zu tragen, hatte Lominadze Vorträge gegen die russische „Vereinigte Opposition“ in Deutschland und Italien gehalten. Vermutlich auf Druck Sinowjews, der dies scharf kritisierte, wurde er nun nach Moskau zurückbeordert.[18] Am gleichen Tag erfolgte ein Beschluss des Politbüros „Bezüglich der Verhandlungen mit Deutschland über langfristige Kredite“, worin der Vorschlag von Stomonjakov aufgegriffen wurde, man solle, ein neues Reichsgesetz zur Förderung des Exports in die UdSSR ausnutzend, einzelne Verträge mit deutschen Industriellen anstreben.[19]

15 RGASPI, Moskau, 17/3/543, 2.

16 APRF, 3/64/676, 85. Publ. in: Sevost'janov, Moskva-Berlin, I, Dok. 334.

17 RGASPI, Moskau, 17/3/545, 5. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 346–347.

18 RGASPI, Moskau, 17/3/546, 8. Publ. in: Ibid., S. 347–348.

19 APRF, Moskau, 3/64/649, 203. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 346.

Am 18.2.1926 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, die von Sinowjew vorgelegten Thesen zum VI. Erweiterten EKKI-Plenum anzunehmen, und zwar in der Form, wie sie von der VKP(b)-Delegation im EKKI bestätigt wurden. Die Delegation hatte eine Reihe von Korrekturen und Punkte eingebracht, die gegen die Opposition in der KP der Sowjetunion gerichtet waren.[20] Am gleichen Tag erfolgte ein Beschluss des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion, worin ein Bestellplan des Rates für Arbeit und Verteidigung (STO) in Deutschland bewilligt wurde.[21]

Dok. 143

Persönlicher Brief Ernst Thälmanns an Stalin zur Kritik am Kominternvorsitzenden Sinowjew

Moskau, 21.2.1926

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/817, 68–70. Erstveröffentlichung.

Geheim
Moskau, 21. Februar 26.
An Gen. Stalin, persönlich

Lieber Genosse!
Hierbei senden wir Ihnen unsere vorläufige, auf unserem Gespräch von heute morgen basierende, Meinung über den politischen Bericht des EKKI.[22] Dabei besitzen wir weder eine korrigierte noch eine unkorrigierte Fassung des Protokolls des Berichts (der Rede); die unten aufgeführten Punkte rekonstruierten wir aus dem Gedächtnis. Kraft dessen sind einige Ungenauigkeiten möglich.

---

20 RGASPI, Moskau, 17/3/547, 7. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 349–350.

21 APRF, Moskau, 03/64/650, 25–26. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 352.

22 Die deutsche Frage bildete einen Haupttagesordnungspunkt der VI. erweiterten EKKI-Tagung, die am 27.2.1926 in Moskau zusammentrat. Sinowjew hielt den hier kritisierten politischen Bericht. Während auf dem Plenum die russische Frage und die für die Zukunft der Komintern zentralen Dissenzen zwischen Sinowjew und Stalin einfach ausgeklammert wurden, wurde Stalin zum Vorsitzenden einer deutschen Kommission gewählt, auf der mit Hilfe von Bucharin die ultralinke Kritik an der sowjetischen Regierungspolitik als „Hirngespinste“ bezeichnet wurde. Auch Stalin wies einen „Verrat“ der kommunistischen Parteien im Interesse der Sowjetunion, wovor Korsch, Bordiga u.a. warnten, als „widersinnige und gänzlich unannehmbare Annahme“ zurück. Er lobte die Proletarisierung der KPD und schimpfte auf die Intellektuellen (gegen die „Katz-Bande“ und Scholem). Ernst Meyer schloss sich im Namen der Mittelgruppe dem neuen ZK unter Thälmann und Dengel an, die Ruth-Fischer-Gruppe wurde in der Schlussresolution als das „schwankendste, haltloseste Element“ der KPD verurteilt. und das ZK unter Thälmann als „wirklich leninistische Parteiführung“ gefeiert (siehe: Weber: Die Wandlung, I, S. 142–149).

1. *Schwächen des politischen Berichts*

1. Die Position der Gesamtlinie gegen die internationale Ultralinke ist schwach (Zum Beispiel: Domski [d.i. Henryk Stein] wurde nur einmal, und selbst da ungenügend, erwähnt; Bordiga ist überhaupt nicht erwähnt, genauso wenig Hansen. Die Aufzählung der internationalen ultralinken Gefahren war ungenügend, es fehlte eine Kampflinie).[23]

Unser Vorschlag: Einige Sätze zur ultralinken Gefahr in der Internationale in den Bericht einfügen, die Unabdingbarkeit des entschiedenen Kampfes gegen sie.

2. Eine sehr schwache Einstellung, im Geiste des Versöhnlertums, zu den deutschen Ultralinken. (Beispiele: Die Bemerkung, „dass wir weniger über die Ultralinken sprechen sollten, als ob sie Gegner wären". Die Bemerkung, „dass wir uns nicht nur aufregen und über Fehler polemisieren sollen". Die Anspielung auf die angebliche Loyalität einiger Ultralinker. Eine unrichtige Bemerkung über die mögliche Gefahr der Herausbildung einer „parallelen Partei", d.h. die Möglichkeit einer Heidelberger Spaltung.[24] Die Nichterwähnung des Falls Katz und des Briefes der sieben ultralinken Reichstagsabgeordneten, darunter Scholem und Rosenberg, die sich gegen die Maßnahmen des ZK im Fall Katz aussprachen).[25]

Unsere Vorschläge: Eine plastischere Formulierung einiger Feststellungen gegen die Ultralinken, Streichung der Behauptungen zu ihren Gunsten, Hinzufügen einiger entschiedener Passagen gegen die Ultralinken in Deutschland, Verurteilung ihrer parteischädigenden Tätigkeit, ihrer Fraktionsarbeit, dabei unterstreichen, dass sie die wichtigsten parteiinternen Feinde sind.

3. Die Einstellung des Kampfes gegen Maslow – Ruth Fischer und das Bestreben, sie politisch zu demoralisieren. (Beispiele: Die Namen Ruth Fischer und Maslow wurden überhaupt kein einziges Mal mit einer kritischen Konnotation erwähnt, und [über] den Fall Maslow kein Ton.[26] Das Problem der Führung der deutschen Kompar-

---

23 Der polnische Kommunist Henryk Stein (Ps. Domski) war Mitunterzeichner der linksoppositionellen „Erklärung der 83", Amadeo Bordiga war der linkskommunistische Mitbegründer der KP Italiens, der später wegen seiner Opposition gegen Stalin von Togliatti ausgeschlossen wurde. Arvid Gilbert Hansen war ein Pionier der kommunistischen Bewegung in Norwegen und Anhänger Sinowjews.

24 Gemeint ist der 2. KPD-Parteitag in Heidelberg im Oktober 1919, bei dem sich der linke Flügel abspaltete und die KAPD gründete.

25 Der „ultralinke" Katz hatte gegen das ZK die Mehrheit der Partei in Hannover hinter sich gebracht (siehe Dok. 140).

26 Aus dem folgenden Protokollauszug des Präsidiums der Komintern vom 13.1.1926 geht die öffentlich bekundete, feindliche Haltung der Komintern gegenüber dem in Deutschland vor Gericht stehenden Arkadi Maslow hervor, die auf Druck von Stalin und Bucharin zustande gekommen sein dürfte: „Protokoll Nr. 42. Sitzung des Präsidiums, 13.01.1926. *streng vertraulich.* Behandelt: 9. Deutsche Frage b) Angelegenheit Maslow. [Beschlossen:] 9b) Folgendem Vorschlag des Gen. Sinowjew zuzustimmen: Das Präsidium ist prinzipiell solidarisch mit der IKK in ihrer Einschätzungen des Auftretens des Gen. Maslow in seinem Gerichtsprozess. Das Präsidium stimmt zugleich dem Antrag des Gen. Stutschka zu, ergänzend noch einige Genossen in der IKK zu vernehmen und bittet die IKK, zu einer der nächsten Sitzungen des Präsidiums, eine ausführliche motivierte Resolution zu beantragen. Den Antrag der Gen. Fischer auf Entsendung eines Telegramms an die KPD zwecks Einstellung der Kampagne in

tei wurde nicht aufgeworfen. Die Gruppe Ruth Fischer–Maslow wurde in keiner Weise charakterisiert, ihre Fehler nicht benannt).

Unsere Vorschläge: Hinweis auf die doppelte Buchführung und, nach dem Brief des EKKI,[27] auf die Ablehnung der Kampagne gegen die Erfüllung der „fürstlichen" Forderungen durch Ruth Fischer („parlamentarischer Kretinismus"), Verweis auf den Maslow-Prozess, eine Erklärung, dass Maslow und Ruth Fischer für die Leitung der kommunistischen Partei verloren sind.[28]

4. Gleichzeitig mit der völligen Vernachlässigung des Kampfes gegen die Ultralinke wurden zweitrangige Fälle rechter Abweichung in Deutschland übertrieben, so dass insgesamt eine völlige Umdrehung der Proportionen herauskam, eine falsche Kampflinie. Wir fügen hinzu, dass die Kritik an den Rechten völlig angemessen wäre, wenn gleichzeitig entschieden im internationalen Maßstab, und in Bezug auf Deutschland noch entschiedener, die Linke verurteilt worden wäre (Beispiele: in Bezug auf die deutsche Kompartei wurde nur die opportunistische Abweichung der unbedeutenden Ortsgruppe Zeitz und der Brief Karl Beckers erwähnt).

Unsere Vorschläge: Nichterwähnung des Briefs von Karl Becker, da wir ihn unsererseits nicht in der Presse bekanntmachen werden.[29]

---

der Presse und Organisation in Sachen Maslow abzulehnen. Sekr. Kuusinen." (Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau, Auszüge Komintern (ohne Signatur, Karteischrank, Bl. 30).

27 Gemeint ist der „Offene Brief" des EKKI an die KPD vom 1.9.1925, Hermann Weber zufolge „die dritte entscheidende Wende in der Geschichte der KPD" nach der Vereinigung mit der USPD 1921 und der Niederlage des deutschen Oktober und ihren personellen Konsequenzen und als „völliger Bruch mit dem bisherigen System" bezeichnet (Weber: Die Wandlung, I, S. 120).

28 Der Protokollauszug des Komintern-Präsidiums vom 22.1.1926 enthält die folgende Formulierung Stalins zur Verurteilung Ruth Fischers, Arkadi Maslows und Werner Scholems: „Protokoll Nr. 44. Sitzung des Präsidiums, 22.01.1926. *streng vertraulich.* Behandelt: Bestätigung der Resolutionen zur deutschen Frage [...] 2. Resolution zur Frage der deutschen Ultralinken. 1. Den Antrag der Gen. Fischer, die Beschlussfassung dieser Resolution zu verschieben bis zur Erweiterten Executive und vorläufig nur die Linie des ZK im innerparteilichen Kurs zu bestätigen, abzulehnen. Auf Antrag des Gen. Stalin den ersten Satz im letzen Absatz der Resolution ‚gegen die rechten und ultralinken Elemente' zu streichen (und ins Protokoll einen besonderen Beschluss aufzunehmen, der folgendermaßen lautet: ‚entsprechend der Auffassung, daß in der KPD gegenwärtig die Ultralinke Gefahr die größte Gefahr darstellt und folglich die Parteilage jetzt in erster Linie die schärfste Kritik gegen die Ultralinken motivierte (sowohl gegen die Gruppen Scholem, wie auch gegen die Gruppe Maslow-Ruth Fischer die tatsächlich die Gruppe Scholem politisch deckt), hält das Präsidium es für unzweckmässig, die Kritik gegen die Ultralinken dadurch abzuschwächen, daß in der gegebenen Resolution gleichzeitig zum ähnlichen Kampf gegen die Rechten aufgefordert werden sollte, wenn auch [der Kampf] gegen die Rechten als eine der notwendigen Aufgaben der Partei betrachtet [wird]. In diesem Falle verfährt das Präsidium in einer analogen Weise, wie unlängst bei der Annahme einer Resolution zur französischen Frage, welche Resolution sich gegen die Gefahr seitens der Rechten richtete ohne einen Vorbehalt über die Notwendigkeit des gleichzeitigen Kampfes gegen die Ultralinken in der französischen Partei zu enthalten, obgleich der Kampf gegen die Ultralinken eine der Aufgaben dieser Partei ist.' Dieser Beschluss ist durch einen Protokollauszug des ZK der KPD zur Kenntnis zu bringen." RGASPI, Moskau, Auszüge Komintern, ohne Signatur, Karteischrank, Bl. 36–38).

29 Karl Albin Becker (1894–1942) gehörte allerdings ab 1927 dem ZK an, er wurde 1928/1929 als „Versöhnler" aus den Parteiämtern gedrängt.

5. Die Nichtverwendung von Erfahrungen und Erfolgen, die von der KPD während der letzten Monate in der praktischen Arbeit erzielt wurden. Vor allem Nichtberücksichtigung dieser Erfolge auf allgemeinpolitischer Ebene seit dem Wechsel in der Führung und dem richtigen innerparteilichen Kurs der KPD (Beispiele: Im allgemeinpolitischen Bereich ungenügende Hinweise auf Erfahrungen der Anti-Fürsten-Kampagne, das Fehlen der Hinweise auf die Ergebnisse der gewerkschaftlichen Arbeit und der neuen Bauernpolitik. Im innerparteilichen Bereich das Fehlen der Hinweise auf die Schaffung einer einheitlichen Führung, auf die Richtigkeit ihrer allgemeinen Linie, auf die Übereinstimmung mit der Partei, auf die Assimilation breiter Schichten all der arbeitsfähigen Elemente, die vorher abseits standen).

Unsere Vorschläge: Verweis auf den Erfolg der Anti-Fürsten-Kampagne, auf die Tatsache, dass in dieser Kampagne die Kompartei eine Führung erhielt, Verweis auf die Erfolge in der Schaffung der proletarischen Einheitskomitees, auf die (internationale) innerparteiliche Übereinstimmung infolge des richtigen Kurses der neuen Führung.

6. Das Verschweigen der Notwendigkeit und der politischen Unterstützung des ZK, stattdessen sogar ein versteckter Schlag gegen das ZK (Beispiele: Fehlen der Solidarisierung mit dem ZK, die Entdeckung eines Unterschieds zwischen dem ZK [der KP] Frankreichs, welches „ihren offenen Brief in Paris selbst verfasst" habe, währenddessen „der offene Brief für das deutsche ZK in Moskau geschrieben wurde." Das bedeutet einen Hinweis auf die Unselbständigkeit des ZK [der KP] Deutschlands in Bezug auf Moskau, im Bezug auf die VKP).

Unsere Vorschläge: Die Passage über den offenen Brief streichen und durch eine positive Formulierung ersetzen.

7. Bezüglich der Sowjetunion ein Verschweigen des sozialistischen Aufbaus. (Beispiele: Während über den sozialistischen Aufbau nichts gesagt wurde, wurde die Friedenspolitik der Sowjetunion erwähnt, die angeblich am attraktivsten für das westliche Proletariat sei). *Unserer Meinung nach ist genau der sozialistische Aufbau das anziehende Moment.*

Ergänzung. Wir würden gerne zu unseren praktischen Vorschlägen von heute Morgen noch zwei Vorschläge hinzufügen: Wir hielten es für zweckmäßig, wenn Gen. Sinowjew in einem *Pravda*-Artikel die ungenügend beleuchteten Punkte seiner Rede (vergleichen Sie die oben aufgeführten Fragen) kompensieren würde und wenn die von uns vorgeschlagenen Streichungen (*Ergänzungen)* nicht nur in die politischen Rechenschaftsberichte, sondern auch in die stenographischen Berichte der *Pravda* und in die internationale Parteipresse einfließen würden.

Im Auftrag
[Sign.:] Thälmann



Das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion nahm am 25.2.1926 die Thesen Lozovskijs „Über die nächsten Aufgaben der Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung“ an. Darin wurde ein Einheitsfrontkurs gegenüber der „Amsterdamer“ Gewerkschaftsinternationale proklamiert.[30]

Am 4.3.1926 beriet das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion über den weitreichenden mit Deutschland abzuschließenden Neutralitätsvertrag (siehe Politbüro-Beschluss vom 15.4.1926). Dabei wurde beschlossen, es „als zweckmäßig anzuerkennen, dem Wunsch der deutschen Regierung nach Unterzeichnung eines Vertrages vor dem offiziellen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund entgegenzukommen.“ Weiter ging es um Detailformulierungen, wie etwa die Einfügung einer Passage „über friedliche Mittel zur Lösung von zwischen beiden Verhandlungspartnern entstehenden Konflikten, darunter sowohl über den Weg eines Schiedsgerichtes, als auch mit Mitteln der gegenseitigen Verständigung“.[31]

Ebenfalls am 6.3.1926 befasste sich das Politbüro mit einer unbedachten Äußerung von Kliment Vorošilov. Dieser hatte in einer in der *Izvestija* abgedruckten Rede Deutschland vorgeworfen, heimliche Aufrüstung zu betreiben. Brockdorff-Rantzau hatte sich wegen der Publikation entsetzt an Čičerin gewandt, dies sei eine Denunziation Deutschlands vor der Entente. Čičerin ermahnte Vorošilov, künftig alle seine außenpolitischen Auftritte vom NKID gegenlesen zu lassen, und schlug dem Politbüro vor, in der *Izvestija* eine Richtigstellung zu publizieren, was auch angenommen wurde.[32]

Im Zusammenhang mit dem Bruch der Zusammenarbeit mit Junkers (siehe PB-Beschluss 12.11.1925) beschloss das Politbüro am 11.3.1926 ebenfalls, eine Reise von Iosif Unšlicht nach Deutschland sei unabdingbar, um mit dem Reichswehrministerium zu verhandeln.[33]

Auf Vorschlag Stalins wurden am 13.3.1926 im Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Disziplinierung und der Führungswechsel in der KPD vorangetrieben, unter Einsatz illegitimer Mittel. Hierbei wurde durch Ruth Fischers mehrmonatiges Festhalten in Moskau beschlossen. Der Protest Sinowjews gegen diese Art der Entfernung von Genossen aus ihren Positionen wurde abgelehnt.[34]

30 RGASPI, Moskau, 17/3/548, 6. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 350.

31 RGASPI, Moskau, 17/162/3, 47.

32 APRF, Moskau, 3/64/676, 95. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 376. Hintergrund: Ibid., Dok. 368, 375.

33 APRF, Moskau, 03/64/650, 150. Publ. in: Ibid., Dok. 384 und 385.

34 RGASPI, Moskau, 17/3/551, 1–3. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 351–352.

Dok. 144

Nachfragen Stalins an Pjatnitzki zur Personalpolitik, Säuberung und Gelderverteilung in Komintern-Angelegenheiten

[Moskau], 16.3.1926

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/787, 85. Erstveröffentlichung.

An Gen. PJATNITZKI
Gen. Stalin bittet Sie um folgende Auskünfte:

1) Wie werden die Gelder unter den [kommunistischen] Parteien aufgeteilt? Wem wird wie viel gegeben? Er bittet darum, diese Frage nicht ohne Wissen der russischen Mitglieder des Präsidiums des EKKI zu entscheiden.[35]

2) Was macht Gen. Zaks-Gladnev in der Komintern?[36] Welcher russische Funktionär wird wohin kommandiert? Ebenfalls darf keine Versetzung ohne Wissen der russischen Mitglieder des Präsidiums des EKKI beschlossen werden.

3) Es liegt eine Entscheidung über eine Säuberung des EKKI-Apparats vor. Wären Sie so freundlich, Gen. Stalin mit Ihrem Säuberungsplan bekanntzumachen?[37]

Mit kommunist. Gruß [Sign.:] Tovstucha[38]
16.III.1926.

---

35 Zur Aufteilung der Gelder auf die Kommunistischen Parteien siehe den Verteilungsschlüssel, Dok. 119.

36 Zaks-Gladnev war Kanzleileiter im Volkskommissariat für Finanzen unter Lenin, dann im Gosizdat etc. In der Komintern hat er tatsächlich nicht gearbeitet. Er war jedoch ein Schwager Sinowjews.

37 Während die Antwort Pjatnitzkis (siehe Dok. 145) noch relativ unbestimmt ist, bezeichnen andere Quellen die Zielsetzung deutlicher: Wie Elena Stasova berichtete, wurde nun intensiv daran gearbeitet, Sinowjews Einfluss in Deutschland zu unterminieren, um eine gemeinsame Front mit der linken Opposition in der KPD gegen Stalin zu vereiteln. Am 3.4.1926 teilt „Helene" (Stasova) Einzelheiten ihrer geheimen Mission vertraulich an den „Lieben alten Freund Wilhelm (Pieck)" mit: „Erstens mußte ich sofort nach meiner Ankunft eine neue Tätigkeit anfangen und dabei auch noch der Erweiterten [Exekutive] beiwohnen, um doch im Bilde zu sein, wie die Sachen sich gestalten werden und auch mit allen Leuten Fühlung zu nehmen. Das Letzte ist auch gut gelungen und die Verhältnisse gestalten sich günstig für die Arbeit. Es war desto notwendiger, da Gr[igorij Sinowjew] seine Opposition nicht aufgegeben hat, wie Du es Dir vorstellen kannst und versucht, auch im internationalen Maßstabe die Lage für sich zu gewinnen. Ich teile es dir persönlich mit, da ich vermute, daß auch in Deutschland er versuchen wird, Boden für sich zu gewinnen und mit einzelnen Genossen sicher Fühlung suchen wird. Ich hoffe, daß Du mir auch ganz aufrichtig schreiben wirst, damit ich von hier das Nötige bewirke. Da ich bis jetzt keine passenden Mitarbeiter gefunden habe, so muß ich die ganze Last allein tragen und Du kannst Dir vorstellen, daß es ziemlich viel ist." (SAPMO-BArch, Berlin, NL 36/600 V, 3–4).

38 Ivan Tovstucha (1889–1935) war von 1922 bis zu seinem Tod Stalins Sekretär.

Dok. 145

Antwort des Schatzmeisters der Komintern auf die Anfrage Stalins zur Verteilung der Gelder an die kommunistischen Parteien

[Moskau], 20.3.1926

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/787, 87. Erstveröffentlichung.

GEHEIM.[39]

An Gen. STALIN.
Auf den Brief von Gen. Tovstucha vom 16.III-26, der in Ihrem Auftrag an mich adressiert war, antworte ich erst heute, da ich bisher beschäftigt war.[40]

1) Zur ersten Frage: Wie das Geld auf die [kommunistischen] Parteien verteilt wird.

Die Kommission, die vom Politbüro am 22.X-25 zur Behandlung unseres Budgets ernannt wurde, legte sowohl die Gesamtsumme für 1926 fest, wie auch ihre Verteilung auf Einzelposten, unter anderem [kommunistische] Parteien.

Der Beschluss der Kommission wurde am 14.I.-26 vom Politbüro bestätigt, nachdem die Delegation der VKP beschlossen hatte, diese Frage dem Politbüro zu übertragen.[41]

Die Budgetkommission des EKKI,[42] die aus den Vertretern der größten Parteien besteht, bestätigte die Aufteilung der Gesamtsumme, die von mir vorgeschlagen wurde (und faktisch von der Kommission des Politbüros bestätigt wurde), mit der Änderung, dass sie das Budget der KP Polens um 20.000 vergrößerte (statt 260.000 legte sie 280.000 fest), womit der Reservefonds von 400.000 auf 380.000 verkleinert wurde.

Die von der Budgetkommission festgelegten Summen werden automatisch für drei Monate im Voraus an die Parteien übermittelt.

Der Beschluss des Politbüros, von dem weiter oben die Rede ist, müsste bei Ihnen sein (er wurde am 13.I.-26 von uns an Sie versandt).

Die Bitten der Komparteien um größere Zusatzzahlungen für außerordentliche Ausgaben (Zusatzzahlungen für die Durchführung einer Kampagne in Deutschland zur Beschlagnahmung des Eigentums ehemaliger Herrscherhäuser – siehe Protokoll der Sitzung der Delegation der VKP im EKKI – N° 2 vom 12.I-26 P. 5.d) habe ich auf den [Sitzungen der] Delegation [der VKP(b) im EKKI] vorgetragen und werde weiterhin so verfahren, und erst nach einer Entscheidung der Delegation werden diese Zahlungen über die Budgetkommission ausgeführt.

39 Unterhalb: Stempel „12258 * 20.III.1926“.
40 Siehe Dok. 144.
41 Siehe die Bestätigung im Politbüro-Beschluss vom 19.1.1926.
42 Zur Budgetkommission des EKKI siehe u.a. Dok. 83.

2) Zweite Frage: „Was macht Gen. Zaks-Gladnev in der Komintern, wer von den russischen Mitarbeitern wird wohin zugeteilt?"

Zaks-Gladnev hat weder im EKKI gearbeitet, noch arbeitet er gegenwärtig dort. Ich habe ihn [lediglich] einige Male auf dem EKKI-Plenum gesehen.

Sind mit der zweiten Frage russische Mitarbeiter gemeint, die aus dem Ausland zurückkehren, oder russische Mitarbeiter des EKKI-Apparats?

Über diejenigen, die aus dem Ausland zurückgekommen sind (Michajlov, Straujan), gibt es noch keine Entscheidung.[43] Die Instrukteure der Orgabteilung (Russen), die im Ausland gewesen sind, sind noch nicht erneut abkommandiert worden.

In den Abteilungen [des EKKI] wurden ebenfalls keine Veränderungen durchgeführt.

Die Frage über die Zuteilung von Mitarbeitern wird selbstverständlich auf der [Sitzung des] Büros der Delegation [der VKP(b) im EKKI] aufgeworfen.

3) Über die Säuberung des Apparats.

Meiner Meinung nach muss man die Mitarbeiter des Apparats im Hinblick auf den Plenumsbeschluss über den Kampf gegen die Rechten in Frankreich und die Ultralinken in Deutschland überprüfen. Ich nehme an, dass beide Strömungen Anhänger in unserem Apparat haben (genaue Angaben habe ich noch nicht). Wenn solche [Mitarbeiter] entdeckt werden, muss man sie entfernen, denn sie könnten diese beiden Strömungen mit Informationen und Materialien versorgen, die den Kampf gegen dieselben erschweren würden.

Was die russischen Genossen angeht, so muss bei der Durchführung der Reorganisierung des Apparats überprüft werden, ob die russischen Genossen richtig verwendet werden und ob sie für die jeweilige Arbeit tauglich sind.

Um all dies zu klären, müssen noch einige Wochen vergehen.

Ich wollte ursprünglich noch einige Zeilen über die Notwendigkeit der Freistellung des Gen. B. Kun von der Arbeit im EKKI schreiben, jedoch erklärte dieser gestern Abend, dass Sie mit seiner Abreise aus Moskau einverstanden seien – somit entfällt die Frage.[44]

[Sign.:] Pjatnitzki



Am 25.3.1926 beschloss das Politbüro, Čičerin möge mit einem Presseinterview zum Völkerbund und seiner Krise in die Öffentlichkeit treten, den Entwurf dazu habe er den Politbüro-Mitgliedern zu zirkulieren.[45]

---

43 Michajlov ist höchstwahrscheinlich der unter dem Pseudonym „Williams" in den USA arbeitende Boris Michajlov. Jan Straujan (1884–1937?) arbeitete in der Sachverwaltung des EKKI.

44 Der Anführer der ungarischen Räterepublik 1918, Béla Kun, war bis dahin ein wichtiger Unterstützer Sinowjews.

45 APRF, Moskau, 03/64/671, 57. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 402.

Es erfolgte ebenfalls ein Beschluss über den „Vorschlag Harrimans zu den deutschen Krediten“ vom 3.4.1926.[46] Der US-Bankier William Harriman hatte die Zeichnung einer Anleihe an der New Yorker Börse vorgeschlagen, was weitere Ankäufe der Sowjetunion in Deutschland ermöglichen würde, da diese Kredite deutscherseits nicht aufzubringen seien. Dabei ging es um Beträge über 300 Millionen Mark.

Dok. 146
Brief Stalins an Clara Zetkin über die Abschiebung Ruth Fischers

[Moskau], 30.3.1926

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/823, 13. Erstveröffentlichung.

(C. Zetkin)
30.III.1926.

Sehr geehrte Genossin!
Ich bitte um Verzeihung, dass ich nicht rechtzeitig antworten konnte. Die Entscheidung über Ruth [Fischer] wurde mit Wissen und Einverständnis des Gen. Thälmann getroffen.[47] Die Deutschen (diejenigen, mit denen ich unmittelbar nach dem EKKI-Plenum über Ruth gesprochen habe) ziehen es vor, sie außerhalb Russlands zu haben, irgendwo weit weg von Westeuropa. Ruth selbst bittet darum, nach Wien gehen zu können. Sinowjew ist gegen die Abkommandierung nach China – anscheinend zieht er es vor, sie irgendwo näher an Moskau zu haben. Wie soll man hier verfahren?...
Schimpfen Sie nicht über meine „Starrköpfigkeit“.

Ihr Sie schätzender I. STALIN

---

46 APRF, Moskau, 03/64/671, 44–45. Publ. in: Ibid., Dok. 405.
47 Stalin ließ Ruth Fischer in Moskau festhalten. Ihr gelang es am 5.6.1926, „illegal“ auszureisen, wofür sie disziplinarisch belangt wurde (siehe Dok. 140a).

Dok. 147

Brief Clara Zetkins an Stalin über den finanziellen Bankrott der Internationalen Arbeiterhilfe

Moskau, 5.4.1926

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/823, 16. Erstveröffentlichung.

Geehrter, lieber Genosse Stalin!
Schon wieder muss ich Sie plagen. Heute aber nicht gegen die Parteizerstoerer in Deutschland. Vielmehr als unfreiwillige, kommandierte Vorsitzende der I.A.H. Die hiesigen Wirtschaftsunternehmungen der IAH. stehen vor dem Bankerott. Wenn dieser Bankerott ein schimpflicher ist, so gibt das einen schweren politischen Skandal fuer die Kom[munistische] Internationale. Zumal in der gegenwaertigen Situation wird das fuer unsere Feinde ein gefundenes Fressen sein. Die Leiter der Unternehmungen versichern mir auf Ehre und Gewissen, dass durch das Eingreifen der russischen Genossen der Skandal vermieden werden koennte und *zwar ohne jedes materielle Opfer fuer Euch und die Sowjetunion.*[48]

Deshalb gestatte ich mir die Bitte, Sie moechten die Vertreter der IAH. die Genossen Missiano und Platten, nebst einem russischen Genossen, Wirtschaftler und Bankmann empfangen.[49] Sie werden Ihnen die noetigen wirtschaftlichen Informationen

48 Zetkin war bis zu ihrem Lebensende Ehrenvorsitzende der Internationalen Arbeiter-Hilfe (IAH), ihr eigentlicher Leiter war Willi Münzenberg. Die Krise der IAH betraf ihre Produktionsunternehmungen in der UdSSR. 1925 lag ein Vorschlag zu ihrer Auflösung vor. Der IAH-Konzern: Die Internationale Arbeiterhilfe (IAH, russisch: Obščestvo meždunarodnoj rabočej pomošči, Abk. Mežrabpom), gegründet am 12.9.1921, ging aus den zugunsten der Internationalen Hungerhilfe für Sowjetrussland (Präsidentin: Clara Zetkin, Sekretär: Willi Münzenberg) nach zwei Missernten in der Sowjetunion durchgeführten internationalen Kampagnen hervor, gegen die kombinierten Folgen von Bürgerkrieg und Dürre 1921/1922. Die zunehmend weltumspannende Organisation wurde *de facto* von Berlin aus gelenkt, aus ihr entstand, von Willi Münzenberg und (als Verlagsleiter) von Otto Katz vorangetrieben, eine neuartige, mit innovativen Methoden der Massenpropaganda arbeitende sozial- und kulturpolitische Massenorganisation der Komintern – zwischen Gewerkschaften und Konumgenossenschaften (Rolf Surman). Allein die deutsche Sektion zählte 1931 über 100.000 Mitglieder mit einer großen Anzahl teilweise kommerziell organisierter Unternehmungen, als Kultur- und „Proviantkolonne" der Arbeiterschaft (Rolf Surmann: Die Münzenberg-Legende. Zur Publizistik der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung 1921–1933, Köln, Prometh-Verlag, 1983; Kasper Braskén: Mot hunger, krig och fascism! Internationella arbetarhjälpen, Willi Münzenberg och kampen för internationell solidaritet i Weimartyskland 1921–1935. In: *Historisk Tidskrift för Finland* (2009), 2, S. 170–197; siehe demnächst: id.: The Revival of International Solidarity. The Internationale Arbeiterhilfe, Willi Münzenberg and the Comintern in Weimar Germany, 1921–1933, PhD, Abo Akademi University, Turku, 2014).

49 Der italienische Kommunist Francesco Misiano (1884–1936) war Stellvertreter Münzenbergs in Moskau und u.a. für die Mežrabpom-Filmgesellschaft zuständig. Der Schweizer Fritz Platten (1883–1942), der 1917 den „Russenzug" mit Lenin und führenden Bolschewki nach Russland organisierte, arbeitete seit 1921 für die IAH.

geben. Eile tut not, ich bitte Sie daher, den Genossen moeglichst noch heute eine kurze Unterredung zu gewaehren. Natuerlich bin ich jederzeit bereit, ueber die politische Seite der Sache Auskunft zugeben. Am besten lassen Sie die Genossen direkt benachrichtigen, wann Sie zu sprechen sein werden. Telefon: 47735.

Ich hoffe, geehrter Genosse Stalin, dass Sie um der Kom[munistischen] Internationale willen Ihren Rat und Beistand nicht versagen werden. Mit bestem Dank im Voraus gruesst Sie herzlich

[sign.:] Clara Zetkin.

Dok. 148

Brief Heinz Neumanns an Stalin über Hugo Urbahns und die Verfolgung der linken Oppositionellen in Russland

[Moskau], 13.4.1926

Autograph auf Briefkopf des ZK der RKP(b), in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/776, 4–4v. Erstveröffentlichung.

13.IV.1926

Persönlich

Verehr[ter] Gen. Stalin![50]
Wir hätten zwei Fragen:

1) Urbahns verbreitet in Deutschland, Gen. Sinowjew habe ihm in einem privaten Gespräch erzählt, in Leningrad seien 7000 Kommunisten entlassen und nach China sowie in kaukasische Sanatorien verbannt worden; des Weiteren habe Gen. Sin[owjew] ihm die Erlaubnis erteilt, diese *„Fakten“ in der KPD* zu „verbreiten und zu benutzen“. Man hätte diese *Märchen* kategorisch widerlegen sollen.[51]

---

50 Der Brief ist in fehlerhaftem Russisch geschrieben. Im Folgenden eine alternative Übersetzung, in der die grammatikalische Unbedarftheit Neumanns ansatzweise wiedergegeben wird: „Verehr. Gen. Stalin! Bei uns gibt es zwei Frage: 1°) Urbahns verbraitet in Deutschland, dass ihm Gen. Sinowjew in private Gesprech erzählte, daß in Leningrad 7000 Kommunisten entlasst, geschickt nach China, in Sanatorie des Kaukasus u.s.w. und daß Gen. Sin. ihm Erlaubnis gegeben hat, diese *„Fakten“* zu „verbraiteren und benuzen“ *in der KPD*. Es häte kategorischen Widerlegung bedurft dieser *Märchens*. 2°) Es häte bedurft einer entschiedene Aussag der Komintern zu neusten Auftritt unserer Ultralinken. Dann noch hat es gegeben einigen unrichtigen Wiedergabe unseren Informationsmaterials über den XVI. Partaitag der V.K.P., die ich gerne erleutern würde. Im Falle daß für Sie möglich ist, noch vor dem Sitzung des Büro der Russichen Delegation im EKKI mit mir sprechen über diese Anlaß, würde ich bitten, solches Gespräch entweder Donnerstag oder Freitag veanstalten. Mit komm. Gr. H. Neumann.“

51 Sinowjew opponierte vor allem innenpolitisch gegen den Stalin-Bucharinschen Kurs, die Verschärfung der NEP und das Wachstum der Bürokratie im Laufe des Jahrs 1925. Nach dem XIV. Kon-

2) Die Komintern müsste eine entschiedene Stellungnahme zu den neuesten Auftritten unserer Ultralinken abgeben.

Darüber hinaus hat es einige falsche Wiedergaben unseres Informationsmaterials über den XIV. Parteitag der VKP gegeben, die ich gerne erläutern würde.[52]

Falls es für Sie möglich sein sollte, mit mir noch vor der Sitzung des Büros der russischen Delegation im EKKI über diese Angelegenheiten zu sprechen, würde ich darum bitten, einen Gesprächstermin entweder für Donnerstag oder Freitag anzusetzen.[53]

Mit komm[unistischen] Gr[üßen]
H. Neumann.

---

gress der VKP(b) (18.12.1925–31.12.1925) verlor er auch die Verantwortung als Parteisekretär in Leningrad. Im März 1926 vereinigte er sich mit der von Trotzki angeführten Linken (alten) Opposition zur (neuen) „Vereinigten Opposition". Im Mai spitzten sich die Auseinandersetzungen vor allem um die Haltung zum Generalrat der britischen Gewerkschaften zu. In der Komintern wurde Sinowjew dann von Stalin, der einen Präsidiumsbeschluss herbeiführte, kurzerhand abgesetzt. Siehe ausführlich: Broué: Histoire de l'Internationale Communiste, S. 469ff.

52 Hierzu liegt ein etwas verwirrender Beschluss der Delegation der VKP(b) im EKKI vom 16.4.1926 über die Diskussion der russischen Frage in der KPD vor, der offensichtlich der Vorbereitung zur Absetzung des Kominternpräsidenten Sinowjew galt. (*Arbeitszusammenfassung):* „Beschluss der Delegation der VKP(b) im EKKI gegen die Veröffentlichung einer Broschüre über den XIV. Kongress der VKP(b) durch die KPD am 16.4.1926 (RGASPI 508/1/21, 1–2). Sinowjew erklärt am selben Tag: „Ich stelle fest, dass ich weder dem Genossen Urbahns noch irgendeinem anderen oppositionellen Genossen irgendwelche Vollmacht gegeben habe, die Fragen der russischen Diskussion auszutragen und irgendwelche Behauptungen in meinem Auftrage oder mit meiner Erlaubnis zu machen. Ich stehe auf dem Standpunkte des Beschlusses der Erweiterten Exekutive, dass eine ‚russische' Diskussion in den Sektionen der Komintern nicht entfacht werden soll. Dieser Beschluss ist bindend für die ganze KI, also auch für alle deutschen Genossen. Meine Auffassungen zur allgemeinen und deutschen Lage sind in meinen Reden und dem Beschluss der Erw[eiterten] EKKI wiedergegeben. G. Sinowjew" (RGASPI 508/1/21, 18). Stalin schreibt am selben Tag an Pjatnitzki, er könne sich an keinen Beschluss gegen die Veröffentlichung erinnern. Er habe sich mit der Broschüre bekanntgemacht und habe nichts gegen die Veröffentlichung einzuwenden (RGASPI 508/1/21, 16).

53 Zumindest nach dem Besucherbuch nahm Stalin Neumanns Gesprächsangebot nicht wahr. Laut Stalins Besucherliste wurde Neumann von ihm zwar am 17.2., 19.2. und 19.3.1926 empfangen, danach allerdings erst wieder am 7.2.1928. Siehe: Anatolij Černobaev (Hrsg.): Posetiteli kremlevskogo kabineta I. V. Stalina. Žurnal (tetradi) zapisi lic, prinjatych pervym gensekom. 1924–1953 gg. Alfavitnyj ukazatel'. In: *Istoričeskij archiv* (1998), Nr. 4, S. 131.



Am 15.4.1926 legte der stellvertretende GPU-Vorsitzende Unšlicht über seine Reise nach Deutschland im Politbüro Bericht ab. In seiner Verhandlung mit Hessler – wahrscheinlich Reichswehrminister Otto Gessler – und von Seeckt sei eine Einigung dahingehend erfolgt, die Kooperation ausschließlich zwischen den Ministerien weiterzuführen und alle Drittorganisationen auszuschließen. In einzelnen Punkten konnte die sowjetische Seite Erfolge erzielen, dennoch resümierte Unšlicht, die Reichswehr sei momentan weniger an einer gemeinsamen Produktion als am Austausch von *Know-How* interessiert. Man solle die Verbindung zur Reichswehr aufrechterhalten, sich jedoch nicht zu viel davon versprechen.[54]

Ebenfalls am 15.4.1926 drängte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion darauf, den „Berliner Vertrag" mit dem Deutschen Reich spätestens in zwei Wochen zu unterzeichnen. Zugleich sollte Krestinskij darauf bestehen, jeglichen Hinweis auf „Provokationen" im Vertragsentwurf zu entfernen.[55] Für die sowjetische Seite wurde als entscheidender Aspekt des Vertrags die seitens Deutschlands zugesicherte Neutralität im Falle eines militärischen Konflikts der Sowjetunion mit einem Drittstaat angesehen (wohl mit einem Augenmerk auf Polen). Nach einer erneuten Beschäftigung des Politbüros mit dem Thema am 22.4.1926[56] wurde der deutsch-sowjetische Freundschaftsvertrag schließlich am 24.4.1926 unterzeichnet, der außenpolitisch das französisch-polnische Bündnis entwertete.

Dok. 149

Beschluss der Internationalen Kontrollkommission der Komintern über das Verhalten von Maslow vor dem deutschen Gericht

Moskau, 29.4.1926

Zum „Fall Maslow" und der Linken Opposition in der KP Deutschlands. In: Bericht über die Aktivität der Exekutive der Komintern und des Präsidiums des EKKI von der erweiterten Tagung des EKKI im März 1926 bis April 1926. Typoskript, deutsch RGASPI, Moskau, 495/33/187, 47–51. Erstveröffentlichung.

[Informationsbrief] No. 3.[57]
Moskau, den 29. April 1926.

[...] *Der Fall Maslow.*
Am 31.III. bestätigte das Präsidium die Resolution der I.K.K. vom 13. III. zum Falle Maslow. Sie hat folgenden Inhalt:

I: Nach Vernehmung der Gen. Ruth Fischer, Urbahns und Maslowski [sic] und nach nochmaliger Prüfung des gesamten Aktenmaterials hält die I.K.K. ihr Urteil vom

54 APRF, Moskau, 3/64/651, 47–54. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 414.
55 RGASPI, Moskau, 17/162/3, 47. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 114–115.
56 RGASPI, Moskau, 17/162/3, 53. In russischer Sprache publ. in: Ibid., S. 114–115.
57 Es handelt sich vermutlich um einen Informationsbrief des EKKI an die ZK's der Kommunistischen Parteien.

12. X. 1925 voll und ganz aufrecht. Maslows Verhalten war und bleibt unwürdig aus folgenden Gründen:[58]

1. Er bemühte sich um die Gunst des Klassengerichtes oder sogar der ganzen bürgerlichen Gesellschaft;

2. Er berief sich auf seine Opposition gegen das Z.K. und die K.I., um dadurch die eigene Schuld zu verneinen oder zu verringern.

3. Er berief sich zum Zwecke der Entlastung von der Anklage auf Hochverrat auf seine lange Perspektive für die Revolution.

4. Er berichtete vor dem bürgerlichen Klassengericht über Sitzungen der Exekutive und vertrauliche Kommissionen [der Komintern] mit dem offenbaren Zweck, seine eigenen Haut zu schützen.

5. Er erkannte Fakta an (z.B. Protokolle in Maschinenschrift), die nicht ihn selbst, sondern andere Genossen und die ganze Partei betreffen, um dadurch das Gericht zu seinen Gunsten zu stimmen. Er provozierte das Gericht zum Vorgehen gegen noch in Freiheit befindliche Genossen.

6. Er entstellte vor dem bürgerlichen Gericht die revolutionären Prinzipien der K.I. (z. B. über die Arbeiterregierung).

7. Er brüstete sich vor dem bürgerlichen Gericht mit Differenzen mit der K.I.

8. Er spielte vor dem bürgerlichen Gericht mit Vorschlägen, wie z.B. zweimal damit, dass ja „dann auch die KPD verboten werden müsse." Diese Haltung Maslows vor Gericht hat die Partei und ihr Ansehen ausserordentlich geschädigt. Ueber die Stellung Maslows in der Partei wird die I.K.K. urteilen, nachdem sie Maslow selbst verhört haben wird.[59]

II. Wegen wiederholter Klagen über unzulässiges Verhalten einzelner Kommunisten in Prozessen macht die IKK. dem EKKI den Vorschlag, den Sektionen die Ausarbeitung allgemeiner Regeln für das Verhalten ihrer Parteimitglieder in politischen Prozessen und in Gefängnissen aufzugeben. Diese Regeln sollen dem Präsidium des EKKI mit Heranziehung der IKK. zur Bestätigung vorgelegt werden.

---

58 Das folgende tendenzielle „Urteil" der IKK eröffnet, noch viel direkter als zum Brandler-Prozess 1921, eine Skandalchronik von Parteiverfahren, oftmals gegen die ehedem besten und engagiertesten Kommunisten, wegen „unproletarischen Verhaltens" u.ä., die schließlich im physischen Terror münden. Bemerkenswerterweise erfolgte die Kritik am Verhalten Maslows im Prozess gegen ihn, Anton Grylewicz, Paul Schlecht und Wilhelm Schumacher, der im Herbst 1925 stattfand, öffentlich erst im Sommer 1926, im Zusammenhang mit seinem Ausschluss.

59 Die von Moskau und vermutlich von Stalin selbst mitgesteuerte Kampagne – u.a. seitens der russischen Presseagentur TASS und interessierter KPD-Kreise – gegen Maslow endete mit seinem Ausschluss am 20.8.1926.



Das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion beschloss am 4.5.1926 eine Reihe von groß angelegten Maßnahmen zur Unterstützung des Streiks der englischen Bergarbeiter. Unterstützungskampagnen in der Sowjetunion und im Ausland sollten in Gang gebracht werden. Zugleich sollte der Ton der sowjetischen Presseberichterstattung sowie eines zu verfassenden Komintern-Aufrufes „ruhig und aufklärend" gehalten sein. Die KP Großbritanniens sollte angewiesen werden, „den Streik auf ein politisches Gleis zu überführen".[60]

Zwei Tage später, am 6.5.1926, behandelte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion erneut – und daraufhin wiederholt – die „englische Frage". Unter anderem wurde die Einberufung einer Sitzung des EKKI in Berlin gefordert, deren Durchführung Thälmann und dem Generalsekretär der KPF Pierre Sémard obliegen sollte. Eine Reise von Sinowjew nach Berlin wurde hingegen für „unzweckmäßig" befunden. Die in Moskau anwesenden Führer der westlichen kommunistischen Parteien wurden aufgefordert, schleunigst Artikel über die englischen Vorgänge für die *Pravda* zu verfassen. Den Politbüro-Mitgliedern wurde dabei nahegelegt, ihre Presseartikel nicht zu signieren.[61]

Dok. 150

Brief Stalins zum Artikel Manuilskis über die „Ultra-Linken" in Deutschland

[Moskau], 8.5.1926

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/758, 1; 558/11/763, 18. Erstveröffentlichung.

An Gen. Sinowjew, Manuilski, Pjatnitzki, Lozovskij, Lominadze.

Ich habe heute den Artikel von Gen. Manuilski über die Ultra-Linken in Deutschland gelesen.[62] Mir sind die Einwände von Gen. Sinowjew gegen diesen Artikel nicht ganz verständlich, die er auf der Sitzung des Büros der Delegation am 7. Mai geäußert hat.

Will Gen. Sinowjew etwa, und sei es auch indirekt, Katz, Korsch und Co. verteidigen? Ist es etwa nicht klar, dass die Verteidigung von Ruth Fischer und Urbahns, die Katz und Korsch verteidigen, eine indirekte Verteidigung von Katz, Korsch und Co. darstellt?

Für mich steht es fest, dass Katz, Korsch und Co. den Herrn Eastman übertroffen haben, den wir alle als Werkzeug der Konterrevolution ansehen.[63] Es gibt keinen

60 RGASPI, Moskau, 17/162/3, 57–58. Publ. in: Adibekov/Di B'jadzžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 115–115; Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 360–362.

61 RGASPI, Moskau, 17/162/3, 60–63. Publ. in: Ibid., S. 362–366.

62 Siehe: D. Manuilski: Ueber Sozialfaschismus und Defaitismus. In: Internationale Presse-Korrespondenz 6 (1926), Nr. 72, S. 1148–1152, tatsächlich ein Rundumschlag gegen Linke und Ultralinke.

63 Max Eastman hatte 1925 das Testament Lenins veröffentlicht, in dem die Absetzung Stalins gefordert wurde. Zu den Vorwürfen gegen Eastman schrieb Trotzki später: „This is a shameless lie. Comrade Eastman is an American revolutionist of the John Reed type, a devoted friend of the October revolution. He is a poet, writer and journalist. (...)" (Trotzki an Muralov, 11.9.1928. In: *New International* I (1934), No. 4, S. 125–126).

Grund mehr, daran zu zweifeln, dass Katz und Korsch Liquidatoren sind, und als solche Wasser auf die Mühlen der Konterrevolution gießen. Wie kann man also ruhig zusehen, wie Ruth Fischer, Urbahns und andere versuchen, diese Konterrevolutionäre zu decken und diplomatisch zu verteidigen. Gen. Manuilski hat völlig recht, wenn er in diesem Artikel feststellt, dass Ruth Fischer, Urbahns und andere sich endlich zwischen der Gruppe Korsch und der KPD entscheiden müssen, wenn sie nicht mit beiden Füßen im Sumpf der ultra-linken konterrevolutionären Klatschmäuler versinken wollen. Gen. Manuilski hat recht, wenn er die Ultra-Linken in den anderen Parteien vor der Gefahr warnt, die sich vor ihnen im Zusammenhang mit ihrer diplomatischen Verteidigung der deutschen Ultra-Linken aufbaut. Es stimmt nicht, dass Gen. Manuilskij keinen Unterschied zwischen der Gruppe Katz-Korsch und den Ultra-Linken in Polen, Italien oder der Gruppe Ruth Fischer-Urbahns macht. Gen. Manuilski versteht diesen Unterschied durchaus, wie man anhand seines Artikels sehen kann. Genau deswegen legt er ihnen nahe, eine Wahl zwischen der frech gewordenen ultra-linken Bande Katz-Korsch und der Linie der Komintern zu treffen. Ich befinde den Artikel des Gen. Manuilski für richtig. Wenn es um Korrekturen geht, so kann es sich meiner Meinung nach nur um einige unbedeutende Details im Artikel handeln.

I. STALIN



Das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion besprach am 13.5.1926 die Angelegenheit der deutschen Kredite im Umfang von mehreren 100 Millionen Mark, die die deutsche Regierung der Sowjetunion bei vorausgegangenen Verhandlungen in Aussicht gestellt hatte. Zugleich wurden gemeinsame Thesen des Handelskommissariats, des Volkshaushaltsrates und der Staatsbank zu den Modalitäten der Kreditaufnahme angenommen. Der Vorschlag des amerikanischen Bankiers Harriman, der der Sowjetunion über inoffizielle Wege US-Kredite angeboten hatte, sollte zunächst ignoriert werden.[64]

Die Vorgänge in England beschäftigten auch am 14.5.1926 das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion. Eine Resolution Sinowjews, worin er das Verhalten des seinerseits von den sowjetischen Gewerkschaften unterstützten Generalrats der englischen Gewerkschaften als einen „nie zuvor dagewesenen Verrat in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung" brandmarkte und die englische KP aufforderte, diesen nicht zu unterstützen, wurde von Politbüro kommentarlos abgelehnt. Zugleich wurde jedoch beschlossen, an die Pariser Tomskij-Kommission ein Telegramm Stalins zu verschicken, welches in der Argumentation mit Sinowjews Resolution weitgehend identisch sein sollte.[65]

Das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion beschloss am 20.5.1926, die Linie der KP Polens zu kritisieren, die sich zu Solidaritätsbekundungen mit dem polnischen Militärmachthaber Piłsudski hatte hinreißen lassen. Auf Drängen der Komintern soll die KPP Pilsudskis Putsch vom 12./15.5.1926 unterstützt haben. Die Losung der KP Polens von den „revolutionären Heeren unter dem Kommando Piłsudskis" sei, so das Politbüro, ein grober politischer Fehler.[66]

---

64 RGASPI, Moskau, 17/162/3, 65–70. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 120–123.
65 RGASPI, Moskau, 17/162/3, 71–73. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 367–368.
66 RGASPI, Moskau, 17/162/3, 75–76. Publ. in: Ibid., S. 369–370.

Dok. 151

Internes Rundschreiben der Komintern an die Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien gegen die antisowjetische Presse-Kampagne

Moskau, 26.5.1926

Typoskript in deutscher Sprache. Schweizerisches Bundesarchiv Bern J.II 94, nach 470. Erstveröffentlichung.

4778/Mel/10 Ex.
Moskau, den 26. Mai 1926.

Werte Genossen!
Die gesteigerte antisowjetische Kampagne der sozialdemokratischen und kapitalistischen Presse, die in mehreren Ländern bereits im vorigen Jahr mit aller Wucht betrieben wurde, ist von den Sektionen der Komintern nicht durch eine mit genügender Energie entfaltete Gegenkampagne beantwortet worden. Noch weniger aktiv hat unsere Parteipresse in diesem Jahr auf die Ausnützung der letzten russischen Parteidiskussion zum Zwecke der sowjetfeindlichen Kampagne reagiert.[67]

In dieser Form wird in der letzten Zeit eine Verleumdungshetze gegen die Sozialistische Sowjet-Union und die Kommunistische Partei der Sowjetunion nicht nur durch die sozialdemokratischen und kapitalistischen Parteien betrieben, sondern auch von einigen antisowjetischen Elementen von der Art von Katz und Korsch, die leider von einer Reihe ultralinker Parteigenossen (z.B. Genossen Urbahns) in Schutz genommen werden.[68]

---

67 Ein Hauptziel des Stalinismus bildete die Einhegung der Parteidiskussion auf den russischen Rahmen, ein Hauptaugenmerk wurde auf die Abschottung der Komintern und die kommunistischen Parteien gelegt. Vor allem durch die Diskussion über den englischen Generalstreik und die Kuomindang-Politik in China gelang es der Opposition, die Diskussion in der Komintern 1925/1926 zwar aufzubrechen und den Nachweis zu führen, dass der Kurs der leninschen Komintern definitiv verlassen worden sei. Durch die hier illustrierten Gegenmaßnahmen blieb jedoch die Diskussion „deformiert und einseitig" (Broué). Trotzdem bildete sich in der Sowjetunion durch den Beitritt der „Dezisten" (Smirnov), der Arbeiteropposition und der georgischen Opposition zur Vereinigten Opposition Trotzkis und Sinowjews 1926/1927 ein „Oppositionskartell" heraus. Im internationalen Rahmen vollzog sich dieser vor allem von sowjetischen politischen und diplomatischen Vertretern im Ausland (Šljapnikov, Preobraženskij, Rakovskij u.a.) unterstützte Differenzierungsprozess allerdings langsamer, so dass sich eine Phasenverschiebung in der Entwicklung der internationalen Linken Opoosition ergab (siehe: Broué: Histoire de l'Internationale, S. 450–468).

68 Tatsächlich bildete sich der erste Zusammenschluss der Linken Opposition in Deutschland um Urbahns, Fischer, Maslow und Scholem, die anfänglich dem Konzept Sinowjews, nicht dem Trotzkis folgten. Erster Höhepunkt der Vereinigten „deutschen" Opposition war der „Brief der 700" im September 1926, in dem die Theorie des „Sozialismus in einem Lande" verurteilt und die Veröffentlichung aller Dokumente der russischen Opposition gefordert wurde (siehe u.a. Dok. 174)

Der Beschluss des Erweitern Plenums, die russische Diskussion sei nicht in andere Sektionen zu tragen, bleibt selbstverständlich in Kraft. Nur ein weiteres Erw[eitertes] Plenum könnte diesen Beschluss aufheben. Doch wurde und wird ein solches Verlangen von keiner Sektion gestellt.

Die Frage der Abwehr der Verleumder der USSR, der KP d. USSR, sowie der Feinde des Bolschewismus hat selbstverständlich nichts zu tun mit den Streitfragen des XIV. Parteitages der KP der USSR.[69] Um die Konterrevolutionären zu widerlegen, braucht man gar nicht an die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der KP. d. USSR. zu appellieren.

Aufklärung zur Verteidigung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der KP der UdSSR aufgrund objektiver Informationen konnte selbstverständlich niemals von der Komintern als unerwünscht betrachtet werden. Im Gegenteil, diese Aufklärung ist – wie sie bisher immer war und auch sein wird – die elementare Aufgabe jeder Kompartei, jedes Parteiorgans und jedes einzelnen Parteimitgliedes. Indem das Präsidium der Exekutive hiermit an die Wichtigkeit dieser Aufgabe erinnert, legt das Präsidium besonders Gewicht darauf, dass Ihre Parteileitung tatsächlich auch dafür sorgen wird, die Bedeutung dieser Aufgabe in ihrer ganzen Wichtigkeit allen Parteiorganisationen und Mitgliedern vollkommen klarzustellen. In der Tat wird sie noch nicht von allen Kommunisten klar eingesehen. Manche Genossen, die ohne jeden Zweifel von der tiefsten Solidarität mit der Sozialistischen Sowjet-Union durchdrungen und nötigenfalls bereit sind, zu ihrer Verteidigung sogar die schwersten Opfer zu tragen, denken wohl gegenwärtig ungefähr so: „Die Lage der Sowjetunion ist jetzt so sicher und fast – alles Geschrei der Sowjetfeinde kann für sie keine Gefahr bedeuten; es lohnt sich darum nicht, viel Mühe auf die Widerlegung ihrer Lügen zu vergeuden." Bei einem solchen oberflächlichen Gedankengang wird das Wichtigste vollständig übersehen: *die internationale Bedeutung und Auswirkung der russischen Revolution.*[...]

Genossen, das Präsidium erwartet, dass alle Organisationen und Organe Eurer Partei von jetzt an zu einer *systematischen* Arbeit auf dem Gebiete der obengeschilderten Aufgabe, entsprechend den konkreten Erfordernissen der politischen Umgebung in Eurem Lande, herangehen. Das Präsidium hat bereits die Agitpropabteilung des EKKI beauftragt, dafür zu sorgen, dass zu diesem Zwecke notwendiges, zuverlässiges Informationsmaterial Ihnen regelmässig zugesandt wird.

Wir ersuchen Sie, bis zur nächsten Plenarsitzung der Exekutive sowohl einen kurzen Bericht über die von Eurer Partei auf diesem Gebiete bereits geleistete Arbeit, als auch einen Arbeitsplan für die nächstfolgende Zeit vorzubereiten.

Mit kommunistischem Gruss
Das Präsidium des E.K.K.I.

69 Auf dem XIV. Parteitag der VKP(b) (18.12.1925–31.12.1925) wurde die Opposition verurteilt und der Beschluss bekräftigt, die Diskussion nicht in die Komintern zu tragen.

Dok. 152

Anfrage des Schatzmeisters der Komintern zur Finanzierung der Fürstenenteignungskampagne der KPD

[Moskau], 1.6.1926

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 508/1/23, 10. Erstveröffentlichung.

Nur persönlich [auszuhändigen]. 2/VI[70]

Streng geheim.
Zum Protokoll N° 14 4.6–26.p.2–c.[71]

Gen. Sinowjew,[72]
Die VKP(b)-Delegation im Präsidium des EKKI hat mich in ihrer Sitzung vom 14.5.26, Protokoll N° 10, damit beauftragt, die Höhe des Betrags der materiellen Hilfe an das ZK der KPD für die Durchführung der Kampagne zur Volksabstimmung über die Beschlagnahmung des Besitzes ehem[als] wohlhabender Herrscherhäuser zu ermitteln.[73]

Gen. Thälmann legte eine Kostenaufstellung für Ausgaben in Verbindung mit dieser Kampagne in Höhe von 224.338,90 d[eutsche] Mark vor, was 104.180 Goldrubel oder 53.426 Doll[ar] entspricht. Gen. Thälmann nimmt an, dass die KPD selbst für diesen Zweck 15.476 Doll. sammeln könnte. Deswegen bittet er uns, die Summe von 37.950 zu übernehmen.

Ich würde es für nicht möglich halten, die erbetene Summe zu kürzen, so dass die KPD im Falle eines Scheiterns der Kampagne sich nicht darauf berufen könnte, sie hätte keine finanziellen Möglichkeiten zur Durchführung einer Kampagne im notwendigen Umfang gehabt.

Zwischen mir und der deutschen Delegation gibt es Meinungsverschiedenheiten, was die Frage angeht, welchen Teil dieser Summe wir beizutragen hätten. Die deutschen Genossen wollen, dass wir die volle Summe von 37.950 Doll. einbringen. Ich dagegen schlage vor, 12.950 Doll. aus dem Reservefonds der KP Deutschlands, den sie bei uns hat (18.000 R[ubel] wurden aus dem Budget der KP Deutschlands für Sonderausgaben zurückgehalten, 6.000 R. steht ihnen noch für Juni zu), einzubringen, und 25.000 Doll. würden aus unserem Reservefonds zugeschossen werden. Meinen Vorschlag begründe ich damit, dass das ZK der KPD sich ohnehin dann an uns um Hilfe wenden wird, wenn Sonderausgaben anfallen. Was die 6.000 R. für Juni angeht, so geben sie doch jeden Monat eine große Summe aus ihrem Budget für Agitation und

70 Schlecht lesbares Kürzel als Unterschrift, vermutlich Pjatnitzki, der Schatzmeister der Komintern.
71 Unterhalb: Stempel „14758*-1.IV.1926".
72 „Sinowjew" handschriftlich.
73 Siehe zur Volksabstimmungskampagne Dok. 142.

Flugblätter aus, und im Juni muss die gesamte Agitation, müssen die gesamten Flugblätter mit dieser Kampagne verbunden werden. Die deutschen Genossen hingegen erklären, sie könnten jetzt nicht ihre ganze Reserve ausgeben und somit nicht darauf zurückgreifen für den Fall, dass sie ausnahmsweise Geld brauchen.

Da die Frage keinen Aufschub duldet, bitte ich Sie, mir am Telefon mitzuteilen: Sind Sie damit einverstanden, die gesamte Summe auszuzahlen, worum die Deutschen bitten – 37.950 Doll., oder sind Sie dafür, nur 25.000 D[ollar] auszugeben und den Rest auf Kosten der KPD zu begleichen, oder hätten Sie mir andere Vorschläge mitzuteilen?[74]

Entsprechend der erhaltenen Antwort werde ich die Frage an die Budgetkommission des EKKI weiterleiten.

[Sign.: Pjatnitzki?][75]

Dok. 153

Geheimer Beschluss der Komintern zur „parteilosen Verlagstätigkeit" und zum Vertrieb der Literatur im nichtkommunistischen Umfeld

[Moskau], ca. Juni 1926

Typoskript, deutsch. Schweizerisches Bundesarchiv, Bern J.II 94/484. Undatiert, ein Anschreiben des Leiters der Organisationsabteilung ist auf den 2.6.1926 datiert. Erstveröffentlichung.

4891/Mel/

Parteilose Verlagstätigkeit und Organisierung eines Massenvertriebes
1.) Zur Verbreiterung des Einflusses der Kommunistischen Parteien auf immer grössere parteilose Massen, sozialdemokratisch und gewerkschaftlich Organisierte wie auch auf Angestellte, Bauern, etc. und zur Aufrechterhaltung eines von uns geleiteten Verlagsapparates in Zeiten des akuten weissen Terrors und dem damit verbundenen

74 Laut Sitzungsprotokoll der russischen Delegation im Komintern-Präsidium vom 4.06.1926 wurde dem Pjatnitzki-Vorschlag zugestimmt: „c) Dem Vorschlag von Gen. Pjatnitzki über die Notwendigkeit, für diesen Zweck 37.950 Dollar (im Einklang mit der Bitte des ZK der KPD) zuzuteilen, zuzustimmen, davon 25.000 Dollar aus dem R[eserve-]F[onds] des EKKI, 12.950 Dollar aus der KPD-Reserve beim EKKI (die Reserve besteht aus 17.928 Rubel – 3% zurückgehalten aus dem Budget der KPD – und 5.625 Rubel – die an die KPD im Monat Juni noch nicht übermittelt wurden)." (Typoskript, russisch, RGASPI, Moskau, 508/1/23, 1).

75 Handschriftlicher Eintrag: „Kopie vernichtet." Nachfolgender handschriftlicher Sichtvermerk Sinowjews: „Mitzuteilen, dass ich für die Auszahlung der *gesamten* Summe bin, um die die Deutschen bitten. G. Sin[owjew]."

Verbot kommunistischer Verlage ist eine klug geleitete parteilose Verlagstätigkeit ein zweckmässiges Mittel.

2.) Solche parteilosen Verlage werden vor allem solche Literatur herausgeben, die, ohne Parteischriften zu sein, doch geeignet sind, die Leser mit der kommunistischen Weltanschauung und ihren Ideen bekannt zu machen, mindestens sie auf solche Ideen hinzuleiten. In Betracht kommen unter anderem Bücher und Broschüren über das wirtschaftliche, kulturelle, künstlerische und andere Leben in Russland, über die Kämpfe in den Kolonien, gegen die Religion, historische Bücher, geeignete Romane, ein gut redigierter Arbeiter- und Bauernkalender in Buchform etc. etc.

3.) Bei allen diesen Schriften und Büchern muss das Bild in einem stärkeren Masse wie bisher verwendet werden, was besonders auch bei der für Bauernkreise bestimmten Literatur zu beachten ist. Eine Spezialaufgabe solcher parteiloser Verlage muss sein, in ihrem Lande gegen die Menge bürgerlicher Illustrierter Zeitungen eine proletarische illustrierte Zeitung zu schaffen, wie das in Deutschland mit der Zeitung Arbeiter Illustrierte erfolgreich gelungen ist.[76]

[…] 5.) Eine wichtige Aufgabe, an deren Verwirklichung die parteilosen Verlage mitwirken können, ist die Schaffung eines Vertriebsapparates, um die Literatur in den Massen der parteilosen, gewerkschaftlich und sozialdemokratisch Organisierten bis tief hinein in bäuerliche und städtische kleinbürgerliche Kreise vertreiben zu können.

Es muss uns gelingen, Verbindungen mit den an vielen Orten bestehenden Literaturvertriebsstellen der Gewerkschaften und Sozialdemokratie, Arbeiterbildungsvereinen, Volkshäuser etc. zu bekommen und Eingang in den bürgerlichen Buchhandel zu finden. (Kommissionäre, Zeitungskioske etc. etc.) In einzelnen Ländern können besondere Vertriebskomitees gebildet werden, die sich über das ganze Land erstrecken und den Vertrieb in den Häusern, Betrieben, Versammlungen, auf der Strasse, nach dem Dorfe etc. etc. organisieren. In grösseren Orten können besondere Kolporta-

76 Willi Münzenberg war es gelungen, bekannte intellektuelle und kulturelle Persönlichkeiten für Projekte der IAH zu gewinnen, zu denen neben den beiden Tageszeitungen mit hohen Auflagen *Welt am Abend* und *Berlin am Morgen* die *Arbeiter-Illustrierte Zeitung* (*AIZ*) gehörte. Als Vorgängerorgan wurde seitens der IAH seit 1921 im Rahmen der Internationalen Hungerhilfe für Russland *Sowjetrussland im Bild* publiziert. Die im Neuen Deutschen Verlag herausgegebene *AIZ* (ab 1925) erschien ab November 1926 wöchentlich, ihre Auflage stieg auf 200.000, bis 1933 auf 500.000 Exemplare. Die *AIZ* schrieb mit den auch aus der Arbeiterfotographie stammenden Illustrationen und Fotomontagen u.a von John Heartfield, Collagen des ebenfalls aus der Dada-Bewegung stammenden George Grosz und ihrem Layout Pressegeschichte und wurde zur sozialistischen Illustrierten. Als Mitarbeiter wirkte u.a. Walter Reuter, der den neuen Fotojournalismus prägte; die Zeitung druckte auch literarische Texte, Romane und Gedichte (u.a von Anna Seghers, Maksim Gor'kij, Erich Kästner (siehe: Willi Münzenberg: Solidarität. Zehn Jahre Internationale Arbeiter-Hilfe, Berlin, Neuer Deutscher Verlag, 1931; Heinz Willmann: Geschichte der Arbeiter-Illustrierten (AIZ). 1921–1938, Berlin (Ost), Dietz, 1974; Gabriele Ricke: Die Arbeiter-Illustrierte-Zeitung. Gegenmodell zur bürgerlichen Illustrierten. Vorwort von Peter Brückner, Hannover, Internationalismus-Verlag, 1974).

gekolonnen gebildet werden, deren Mitglieder von dem Vertrieb der Schriften leben, also mit ihrer Existenz an einem Massenumsatz interessiert sind.

Ein wirksames Mittel des Literaturvertriebes ist auch die Bildung von Arbeiterlesevereinen, deren Mitglieder gegen feste Wochenbeiträge kostenlos jeden Monat ein Buch erhalten etc. etc.[77] Alle diese Vertriebsmöglichkeiten sind entweder – je nach den Verhältnissen von den parteilosen Verlagen allein oder in Gemeinschaft mit den sympathisierenden Massenorganisationen, dem Parteivertreib und der Partei zu schaffen.

[...] 9.) Bei der Organisierung parteiloser Verlage sind die allgemeinen politischen Verhältnisse des betr. Landes wie die besonderen Verhältnisse in der Arbeiterbewegung, Partei- und Massenorganisation etc. zu berücksichtigen. Die erste Aufgabe auf diesem Gebiet wird sein, die schon bestehenden parteilosen Verlage in verschiedenen Ländern auszubauen und ihre Tätigkeit zu erweitern.

In anderen Ländern, wo bisher die Parteiverlage neben der Parteiliteratur auch allgemeine Literatur herstellen, müssen die Parteiverlage gerade diesem Teil ihrer Arbeit besondere Aufmerksamkeit schenken und untersuchen, ob es nicht zweckmässig ist, wenigstens nach aussen hin die parteilose Literatur unter einer anderen Firma erscheinen zu lassen. In einzelnen Ländern, besonders in England, wo mit einer baldigen Steigerung der polizeilichen Verfolgungen gerechnet werden muss, ist die sofortige Schaffung eines parteilosen Verlages mit Vertriebsapparat eine politische Notwendigkeit für die Partei.

In mehreren Ländern, in denen die Kommunistischen Parteien heute illegal leben, können parteilose Bauernverlage die ersten erfolgreichen Schritte auf diesem Gebiete sein. Unabhängig von Parteien haben sich in einzelnen Ländern teilweise im Zusammenhang mit den Klubs „Freunde für das neue Russland"[78] bürgerliche Verlage gebildet, die linksgerichtete Autoren verlegen; es muss versucht werden, mit diesen Verlagen in Verbindung zu kommen und sie für uns auszunützen.[79]

77 Arbeiter-Lesevereine der KPD sind nicht bekannt, sie wurden besonders von der sozialdemokratischen und Freidenkerbewegung im 19. Jahrhundert gepflegt.

78 Zu den „Klubs der Freunde des neuen Russland" siehe Dok. 127a.

79 Zu den Initiativen parteiloser Verlage gehörten in Deutschland beispielsweise der Malik-Verlag von Wieland Herzfelde sowie der Neue Deutsche Verlag oder die Universum-Bibliothek unter der Ägide von Willi Münzenberg. Weitere Initiativen wie linke Buchklubs waren in vielen Ländern erfolgreich.

Dok. 154

Rundschreiben der Komintern über den Aufbau von kommunistischen Fraktionen in den „sympathisierenden Massenorganisationen" sowie den nichtkommunistischen Organisationen

[Moskau], ca. 2.6.1926

Typoskript, deutsch. Schweizerisches Bundesarchiv, Bern, J.II 94/484. Mit Stempel: 2.6.1926. Erstveröffentlichung.

4320/Mel/10 Ex./

Werte Genossen!
Anbei senden wir Euch die Resolutionen über die Arbeit in den mit uns sympathisierenden Massenorganisationen.[80] Diese Resolutionen, die Euch als Richtlinien dienen müssen, wurden von einer speziellen Kommission des 6. Erweiterten Plenums des EKKI ausgearbeitet[81] und am 24.IV. vom Orgbüro des EKKI bestätigt. Die Resolutionen enthalten keine Hinweise über Fraktionsarbeit. Es versteht sich von selbst, dass auch in den von den Resolutionen aufgezählten Organisationen Fraktionen aufgebaut werden müssen, und zwar auf Grund der zu dieser Frage bereits erteilten Direktiven der KI und speziell auf Grund der Beschlüsse der 1. und 2. Orgberatung.[82]

Wir machen Euch darauf aufmerksam, dass in diesem Falle, d.h. in Bezug auf die in den Resolutionen erwähnten Organisationen, bei der Anleitung derselben durch die Fraktionen sehr vorsichtig zu Werke gegangen werden muss: besonders aufmerksam ist darüber zu wachen, dass die Anleitung äusserst elastisch bleibt und keine Formen des Befehlstons annimmt, denn es sind in der Hauptsache solche Elemente,

80 Siehe Dok. 152.

81 Die Errichtung einer sektoralen Kontrolle der Aktivitäten seitens der kommunistischen Parteien bedingte eine weitere Zentralisierung auf internationaler Ebene und erforderte eine verstärkte Einpassung der Massen- und Peripherorganisationen. Unter dem Schlagwort „Massenarbeit" wurde zu diesem Zweck und erstmals in dieser Form durch eine gesonderte, vom VI. EKKI-Plenum gebildete Kommission die Arbeit der Kommunisten in den außerparteilichen Massenorganisationen auf eine einheitliche Grundlage gestellt; die „Massen-Kommission" legte die Grundlagen für die „Bolschewisierung" der betreffenden Organisationen (siehe: Bericht der Kommission für die Arbeit unter den Massen. In: *Inprekorr* VI (1926), Nr. 52, S. 725 ff.).

82 Mittels gesonderter Fachkonferenzen wie Informationsberatungen, Kooperativberatungen, Beratungen über die Frauenarbeit wurden die Bereichsaktivitäten neu definiert, die zuvor durch die Organisationskonferenzen organisatorisch eingepasst worden waren, was ebenfalls die Angleichung der Parteiapparate beinhaltete. Noch vor dem kongressähnlichen V. EKKI-Plenum im März bzw. April 1925 fand die 1. Organisationskonferenz des EKKI statt, die 2. „Orgkonferenz" folgte dann kurz vor dem VI.EKKI-Plenum am 10.–17.2.1926. Siehe: Die Ergebnisse der II. Orgberatung der KI, bestätigt von der VI. Erweiterten Exekutive der KI 1926. Über den internationalen Briefwechsel der Zellen. Beschlossen von der II. Orgberatung des EKKI. In: *Inprekorr* VI (1926), Nr. 65, S. 989 ff.

die nur anzuleiten haben, für die in erster Linie die gegebene Organisation als solche eine Rolle spielt, der Klassenkampf und Kommunismus dagegen in ihrer Mentalität eine untergeordnete Stelle einnimmt. Entsprechend dieser Situation muss die Arbeit unserer Fraktionen in diesen Organisationen einen verhüllten, maskierten Charakter tragen und keinesfalls nach aussen hin zu Tage treten, müssen unsere Fraktionen angesichts der Mentalität der Mitgliedschaft solcher breiter Organisationen und der unvermeidlichen numerischen relativen Schwäche unserer Fraktionen, innerlich fest geschlossen zu sein, und in engster Verbindung mit den betr. Parteileitungen stehen. Wie in allen parteilosen Organisationen müssen die Fraktionen bereits bei einer minimalen Zahl von Mitgliedern der Partei organisiert werden. Eine der wichtigsten organisatorischen Aufgaben dieser Fraktionen ist in erster Linie die Schaffung einer bestimmten, stetig wachsenden Gruppe von Sympathisierenden, auf die die Fraktionen sich bei der Durchführung ihrer Beschlüsse zu stützen haben. Man muss versuchen, in amtlichen aufgezählten Organisationen die sympathisierenden Elemente organisatorisch zusammenzufassen, z.B. in der Gestalt eines linken Flügels, einer Arbeiter- oder einer Arbeiter- und Bauerngruppe, einer Gruppe der Anhänger des revolutionären Kampfes gegen die Gewalttaten der Imperialisten in den Kolonien usw. In ihrer Arbeit haben sich die kommunistischen Fraktionen auf die Sympathisierenden zu stützen.

Unsere Fraktionen werden die Arbeit solcher Massenorganisationen unter der Bedingung tatsächlich leiten können, wenn sie in den wichtigsten Fragen des Lebens dieser Organisationen von den entsprechenden Parteikomitees Direktiven erhalten, in ihrer täglichen Arbeit aber grösste Initiative an den Tag legen werden.

Es versteht sich von selbst, dass die entsprechenden Parteikomitees die richtige und systematische Anleitung der Tätigkeit dieser kommunistischen Fraktionen nur in dem Falle werden sichern können, wenn diese letzteren engste Fühlung mit den Parteileitungen aufrecht erhalten und sie auf dem Laufenden ihrer ganzen Tätigkeit halten werden.

Die Orgabteilung[83] bittet, in den Informationsbriefen stets über die auf die Durchführung der beiliegenden Resolutionen gerichtete Tätigkeit zu berichten.

Sekretär des EKKI:
Leiter der Orgabteilung:

83 Die Gesamtheit der Maßnahmen zur „Bolschewisierung“ der Komintern und der kommunistischen Parteien wurden in der von Boris Vasil’ev geleiteten Organisationsabteilung des EKKI zentralisiert. Die offensichtliche Krisenentwicklung der Komintern, in der die meisten Sektionen personelle Säuberungen und Mitgliederverluste erlitten, wurde in den Kommuniqués der Organisationsabteilung als „das Fehlen der organisatorischen Verankerung des politischen Einflusses“ diagnostiziert (hierzu ausführlich: LaPorte/Morgan/Worley: Bolshevism, Stalinism and the Comintern; Bayerlein: Transnationale Netzwerke).

Dok. 155

Interne Leitsätze der Komintern über pazifistische, antikolonialistische und andere Massenorganisationen (Rote Hilfe, Internationale Arbeiterhilfe, Freunde der Sowjetunion)

Moskau, 2.6.1926

Typoskript in deutscher Sprache. Schweizerisches Bundesarchiv, Bern J.II 94/484. Undatiert, das Anschreiben des Leiters der Organisationsabteilung ist auf den 2.6.1926 datiert. Erstveröffentlichung.

4892/Mel/

Leitsätze für die Arbeit in den sympathisierenden Massenorganisationen für spezielle Zwecke.

1. Allgemeines.
Eine wichtige Rolle in der Agitation unter den breiten parteilosen Massen und bei ihrer organisatorischen Erfassung kommt den *sympathisierenden Massenorganisationen* zu.

Zur Organisierung und Mitarbeit in diesen Organisationen bestimmen die Parteileitungen verantwortliche Genossen. Diese Arbeit gilt als Parteiarbeit. Die in solchen Organisationen von den kommunistischen Mitgliedern geleistete Arbeit muss so durchgeführt werden, dass auch nichtkommunistische Mitglieder zu einer aktiven Tätigkeit herangezogen werden.

Die Leitung der parteilosen Massenorganisationen darf in keiner Weise mechanisch geübt werden. In Ländern mit starken sozialdemokratischen Parteien oder aktiven linksbürgerlichen Gruppen kann man anfänglich die kommunistischen Vertrauensleute noch mehr im Hintergrund halten, wenn die Gesamtorganisation die Gewähr bietet, dass der geistige und politische Einfluss der Kommunisten garantiert ist. Die Taktik der Kommunisten in diesen Massenorganisationen muss von den Parteileitungen ständig unter Würdigung aller Verhältnisse nach den jeweiligen Veränderungen überprüft und bestimmt werden.

Die Aufgaben solcher Massenorganisationen sind, in ihren Reihen und Gruppen breite Massen der indifferenten parteilosen Arbeiter zu sammeln, aber auch Gruppen sozialdemokratischer, syndikalistischer Arbeiter, Intellektuelle und kleinbürgerliche Kreise an sich zu binden. Wichtig ist die Beteiligung der proletarischen Frauen in diesen Organisationen.

Diese Massenorganisationen dürfen nicht den Parteifunktionärapparat übermässig in Anspruch nehmen, sondern müssen es verstehen, auch nicht-kommunistische Mitglieder in den Funktionärkörper hineinzuziehen. Durch die in den Massenorganisationen zu leistenden Aufklärungs- und Bildungsarbeiten müssen die darin vereinigten Arbeiter nach und nach mit der Ideologie der Kommunistischen Internationale vertraut gemacht und für die kommunistischen Parteien gewonnen werden. Kleine

und schwache kommunistische Parteien, die selbst noch mit dem Aufbau der eigenen Partei stark beschäftigt sind, können den Aufbau der Massenorganisationen nach Massgabe ihrer Kräfte nach und nach durchführen. Der organisatorische Aufbau und die allgemeinen Richtlinien der Arbeit in diesen Massenorganisationen werden mit den kommunistischen Parteien und der Leitung der Komintern vereinbart.

2. Die Internationale Rote Hilfe.
Von den bereits bestehenden Massenorganisationen, die die Interessen und Aufgaben der revolutionären Bewegung und ihrer Avantgarde vertreten, zählt vor allem die Internationale Rote Hilfe (MOPR). Diese Organisation ist historisch in Erscheinung getreten als eine Form des Selbstschutzes breitester Massen des Proletariats, der Bauernschaft, mit der Heranziehung der werktätigen Intelligenz in der Periode der Verschärfung des Klassenkampfes und im Zusammenhang mit dem in dieser Periode sich entwickelnden weissen Terror. Die IRH ist teilweise schon jetzt die notwendigste Form der breitesten Massenorganisation in allen Ländern und wird es in Zukunft mit der Verschärfung des Klassenkampfes in erhöhtem Masse werden.

Ihre Losungen und Parolen, sowie ihre praktischen Hilfeleistungen entsprechen am meisten der Einstellung breiter Massen in allen Ländern und dienen am besten zur Erweckung der Sympathien und der Solidarität dieser Vorhut des Kämpfenden Proletariats und wirken dadurch auch auf die Revolutionierung der breiten Massen.

Um einen gesunden proletarischen Kern in der IRH als breite Massenorganisation zu bilden, sollen die Komm[unistischen] Parteien einen moralischen Druck auf ihre Mitglieder ausüben, um sie zum Beitritt und zur praktischen Mitarbeit zu veranlassen.

Die Hauptaufgaben der IRH sind folgende:
1. Organisierung von politischen Massenkampagnen, Mobilisierung der öffentlichen Meinung durch die Presse, Versammlungen, Demonstrationen etc. gegen den weissen Terror. Organisierung von internationalen Protest- und Boykottbewegungen gegen Terrorländer, Organisierung von Amnestiekampagnen der politischen Gefangenen, Organisierung von internationalen Protestaktionen gegen die Klassenjustiz und politische Presse, Zusammenfassung dieser Kampagne zur Mobilisierung breitester proletarischer und bäuerlicher Massen, insbesondere derjenigen Schichten, die nicht in direkter Berührung mit der Kommunistischen Partei stehen.
2. Materielle und moralische Unterstützung für die politischen Gefangenen und Verfolgten und ihrer Familien.
3. Organisation juristischer Hilfe für die Opfer der Klassenjustiz.
4. Schaffung von juristischen Zentralstellen zur Ermöglichung von einheitlichen Verteidigungsmethoden. Internationaler Austausch der Erfahrungen zum Zwecke internationaler Beeinflussung der Terrorjustiz durch die juristische Landeszentralstelle (internationaler Kampf gegen die Klassenjustiz).
5. Hilfe und Unterstützung für die Politemigranten und breiteste Massenorganisation für ein einheitliches internationales Asylrecht.

Zur Durchführung allgemeiner Aktionen gegen den Terror und zur Gewinnung der breitesten Massen kann und muss die IRH auch mit anderen Organisationen gemeinsame Organe mit verschiedenen Arbeiter- und Bauernorganisationen, mit der linken Frauenbewegung, wie auch mit der sog. pazifistisch-humanitären Intelligenz (Ligen für Menschenrechte, Freidenkervereine, Schriftsteller, Journalisten- und Advokatenvereinigungen usw.) für dauernde wie auch vorübergehende Zwecke bilden. Solche gemeinsamen Organe können vorübergehend auch international gebildet werden.

Die Aufgaben der IRH bilden ein geeignetes Feld zur Ausübung praktischer Klassensolidarität auch für die Massen der meist politisch rückständigen, unorganisierten werktätigen Frauen, die hierdurch in grossem Umfange planmässig in die proletarische Klassenfront eingegliedert werden können.

Die IRH ist eine Elementarschule politischer Erziehung und dient zur Gewinnung neuer Elemente aus den Reihen der parteilosen und anderen Parteien angehörenden Massen für den proletarischen Klassenkampf. Die IRH baut ihre Organisationen nach dem Prinzip der individuellen und Kollektivmitgliedschaft auf und kann sich nach Betriebs- und Strassenorganisationen gliedern.

3. Die Internationale Arbeiterhilfe.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben bewiesen, dass die Internationale Arbeiterhilfe (IAH) eine zur Erfassung breiter Massen geeignete Organisation ist.[84] Von allen ähnlichen Organisationen hat die IAH es am besten verstanden, ihren Charakter einer parteilosen Organisation zu wahren und die breitesten Arbeitermassen, aber auch wichtige Gruppen Intellektueller fest an sich zu binden. Der IAH kommen für die nächste Zukunft besonders folgende Aufgaben zu:

a) Die IAH muss ihre für Zeiten grosser Katastrophen und grosser Wirtschaftskämpfe bestimmte Hilfsaktionen heute schon organisatorisch und materiell vorbereiten und für ihre Aufgaben auf dem Gebiete der proletarischen Selbsthilfe die Sammlung breiter Arbeitermassen, Bauern, städtischer Kleinbürger und Intellektueller in ihren Organisationen durchführen.

b) Die IAH muss ihre Arbeit in den Gewerkschaften, Genossenschaften und besonders unter den Klein- und Mittelbauern verstärken, um bei grossen Hilfsaktionen das Maximum der materiellen Kräfte des Proletariats mobilisieren zu können (z.B. für den drohenden Bergarbeiterstreik in England,[85] Massenstreiks in Deutschland etc.)

---

84 Zur Internationalen Arbeiterhilfe (IAH) siehe Dok. 147.

85 In England rief der Trade Unions Congress 1926 zu einem landesweiten Generalstreik auf (4. bis 12. Mai) aus Solidarität mit den von den Bergwerkbesitzern ausgesperrten Bergleuten, die Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen hinnehmen mussten. Die Regierung setzte die Armee ein. Doch die Gewerkschaftsführung sagte den Streik vorzeitig ab und ließ damit nicht nur die Bergleute im Stich, die noch eine Zeit lang weiter kämpften. Der Abbruch des englischen Generalstreiks im Mai 1926 wurde vom 1925 durch die Leitung der sowjetischen Gewerkschaften mit Unterstützung der Komintern gegründeten "Anglo-Russischen Gewerkschaftskomitee" taten- und kritiklos verfolgt (siehe: Jeffrey Skelley (Hrsg.): *The General Strike 1926*, London, Lawrence and Wishart, 1976).

c) Die bisherige Arbeit der IAH zeigt, dass ihr eine besondere Bedeutung zukommt in den Ueberseeländern, in denen noch keine oder nur schwache kommunistische Parteien bestehen. Die IAH muss deshalb ihre Aufmerksamkeit lenken auf den Ausbau ihrer bereits begonnenen Organisation in China, Indien, Japan etc. ohne ihre Arbeit in den europäischen Ländern zu vernachlässigen.

d) Die IAH muss in Zukunft ihre gut entwickelten Agitationsmittel, Film, Verlag, Illustrierte Zeitung etc. noch mehr ausbauen und diese Tätigkeit der gesamten revolutionären Bewegung nutzbar machen.

Die IAH ist eine wichtige Hilfsorganisation von grossem Wert, und Sektionen der IAH sollen in möglichst vielen Ländern geschaffen werden.

4. Vereine der Arbeiterfreunde für das Neue Russland.

In verschiedenen Ländern haben sich in den letzten Jahren Vereine der Freunde des Neuen Russlands gebildet.[86] Diese Vereine, deren wichtigste in Deutschland und England bestehen, umfassen zum grössten Teil Aerzte, Lehrer, Künstler, Wissenschaftler, Wirtschaftler und Männer und Frauen des Kleinbürgertums, die mit Sowjetrussland sympathisieren. Diese Vereine haben eine grosse Bedeutung für die Festigung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Sowjetrussland und dem Auslande.

Diese kleinbürgerlichen Vereine können und zweifelsohne werden auch bald eine wichtige Ergänzung finden durch die Schaffung von ähnlichen Vereinen, in welchen sich aber vorwiegend Arbeiter, Angestellte, und teilweise auch Bauern zusammenfinden. Durch die Entwicklung Sowjetrusslands in den letzten Jahren und in den immer rascher sich vollziehenden Verfall der Wirtschaft in einer Reihe kapitalistischer Länder, besonders auch durch die Arbeiterdelegationen, die Sowjetrussland in den letzten Jahren besucht haben, ist in den breitesten Arbeiter- und Bauernkreisen und darüber hinaus ein grosses Interesse und eine tiefe Sympathie für Sowjetrussland erwacht. Dieses Interesse hat bereits in einigen Ländern unter den Arbeitermassen den Gedanken hervorgerufen, besondere Arbeitervereine der Arbeiterfreunde für das Neue Russland zu bilden. In solchen Vereinen, die sich als selbstständige Organisation bilden, kann die Sympathie für Sowjetrussland lebendig erhalten und organisatorisch ausgewertet werden.

Für solche Vereine ist eine günstige Entwicklung möglich in Deutschland, Schweden, England, und in einigen anderen Ländern, die grössere Arbeiterdelegationen nach Russland gesandt haben oder senden werden. Wichtig sind solche Vereine ausserdem noch besonders in Frankreich, der Tschechoslowakei und in Amerika. Unter Ausnützung der bisher gemachten Erfahrungen muss die Gründung dieser Vereine vorsichtig in die Wege geleitet werden, um sie nicht von vorn herein dem Vorwurfe kommunistischer Macht auszusetzen.

86 Siehe zu den Freundesorganisationen auch Dok. 127a.

Es kann nur zweckmässig sein, wenn die ersten Gruppen in der Provinz gebildet und an ihre Spitzen Parteilose, sozialdemokratische oder linksbürgerliche Männer gestellt werden. Der Mitgliedsbeitrag muss ein minimaler sein. Die Haupttätigkeit besteht darin, Aufklärung in den breitesten Kreisen über Russland zu verbreiten und dadurch Sympathien für Russland zu erwecken. Das kann geschehen durch Veranstaltung von Vorträgen, Lichtbildervorstellungen russischer Filme, Kunst und Theaterabende. In den Hauptstädten können Klubs eingerichtet werden, wo russische Zeitschriften, Bücher, Bilder etc. ausliegen. Es können Tournees von russischen Artisten, Arbeitersportgruppen, russischer Arbeiter etc. organisiert werden. Die Vereine sollen mit russischen Schulen, Arbeiteruniversitäten, Betriebsräten usw. in Briefwechsel treten. Wichtig ist die Organisierung russischer Plakatkunst und Kleinkunstausstellung.

5. Friedensbund gegen den Krieg.
Eine weitere gerade gegenwärtig wichtige Massenorganisation kann in verschiedenen Ländern zum Friedensbund gegen den Krieg werden.[87] Zum Unterschied der Freunde des Neuen Russlands, wird sich eine solche Organisation mehr auf Kollektivmitglieder, als auf einzelne Mitglieder stützen müssen und die Form einer Rahmenorganisation wählen. Der Rahmen einer solchen Organisation wäre besonders geeignet, neben breiten Arbeitermassen auch zahlreiche linksbürgerliche Vereine und Organisationen in sich zu vereinigen wie die Liga für Menschenrechte, Friedenskartelle, die Organisation der Kriegsteilnehmer, Kriegswaisen und Witwen und Invaliden, darüber hinaus aber auch die breiten Massen der Gewerkschaften. Besonders wichtig ist auch, Bauernorganisationen mit heranzuziehen. Wo der Anschluss dieser Organisationen nicht im zentralen Landesmasstab erreicht wird, muss er örtlich durchgeführt werden.

---

87 Die Antikriegsaktivitäten der Komintern wurden seit 1927 teilweise künstlich verstärkt, ohne dass die zahlreichen Initiativen jedoch in einer internationalen Massenorganisation zusammengefasst wurden. Im Zuge der Kampagne gegen die verschärfte Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion wurde 1927 aus fraktionellen Überlegungen unter Druck der KP der Sowjetunion die Friedenslosung beiseite geschoben. Das Juliplenum des ZK der VKP(b) (29.7.–9.8.1927) wandte sich in einer Resolution über die internationale Lage und die Komintern scharf gegen die „pazifistischen" Losungen Trotzkis. Das EKKI sollte jede ausschließliche Propagierung einer „abstrakten Losung des Friedens" ablehnen. Die Vereinigte Opposition hatte die Organisierung eines konsequenten Friedenskampfes in jedem Land gefordert, dagegen wurde nun die Verteidigung der Sowjetunion und der chinesischen Revolution gestellt. Trotz Initiativen wie des Kontinentalen Komitees gegen den Krieg in Montevideo und des Weltkomitees gegen Krieg und Faschismus unter Barbusse wurde noch bis 1933/1934 eine Verschmelzung der antifaschistischen und der Antikriegsbewegung abgelehnt. Eine breitere Erfassung der "Weltfriedensbewegung" erfolgte erst in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre im Rahmen des *Rassemblement universel pour la paix*. Siehe: Über die internationale Lage. In: Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen, VI, 228 ff.; eine Auswahl der parteioffiziellen Dokumente siehe: Elfriede Lewerenz, H. Geisler (Hrsg.): Die Kommunistische Internationale über die Aufgaben der Kommunisten im Friedenskampf. Auswahl von Dokumenten und Materialien. 1917–1939. Hrsg. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost), Dietz, 1985, 304 pp.; vgl. zusammenfassend: Bayerlein: Transnationale Netzwerke.

Eine derartige Organisation kann unter günstigen Umständen eine Reihe linksgerichteter Vereine und Organisationen unter unseren Einfluss bringen. Die zu gewinnenden Kollektivmitglieder könnten auch die Mittel aufbringen, die zu einer grossen Aufklärungskampagne gegen die imperialistischen Kriegsrüstungen notwendig sind. Die Initiative zur Schaffung einer derartigen Vereinigung kann mit einer grösseren Kundgebung, oder Antikriegsdemonstration (z. B. am 4. August oder 1. Mai) verbunden werden. Die Form und die Taktik dieser Vereinigung muss unter ernster Berücksichtigung der Verhältnisse in den einzelnen Ländern gewählt werden. In verschiedenen Ländern, wo, wie z. B. in Schweden breite bürgerliche pazifistische Organisationen bestehen, die eine kommunistische Arbeit innerhalb der bürgerlichen Vereinigung ermöglichen, muss diesen Organisationen gegenüber die Taktik der Einheitsfront angewendet werden.

In anderen Ländern wieder, wie in Deutschland, wo neben rechtsbürgerlichen Friedensgesellschaften, linksorientierte mit uns sympathisierende pazifistische Gruppen bestehen, kann eine Blockbildung zwischen den mit uns sympathisierenden Organisationen und solchen linksgerichteten Organisationen einen Linksblock gegen den Krieg bilden und dadurch auch auf andere weiter abseits stehende Organisationen einen grossen Einfluss gewinnen. In verschiedenen Ländern, in denen die Komparteien illegal sind, kann eine solche Friedensorganisation, zumal wenn die betreffenden Länder stark unter Militarismus und Kriegsrüstungen leiden, den Komparteien die Sammlung breiter Massen in einer legalen Organisation ermöglichen.

Wie bei allen ähnlichen Organisationen darf auch hier die Gründung und Bildung derartiger Friedensorganisationen nicht starr nach einem Schema erfolgen, sondern muss geschickt den besonderen Verhältnissen in den einzelnen Ländern angepasst sein.

6. Organisationen gegen Kolonialgreuel und Unterdrückung der Orientvölker.
Die schweren und blutigen Kolonialkriege der letzten Jahre (Marokko, Syrien etc.) und die grossen nationalen revolutionären Kämpfe im fernen Osten (China) haben das Interesse weiter Kreise auf die Kolonien und die Kolonialfrage gelenkt. Diese Stimmungen und Sympathien für die durch den Imperialismus unterdrückten Völker organisatorisch zu erfassen und agitatorisch für die Kolonialkämpfe auszuwerten, ist eine wichtige Aufgabe auf dem Gebiete der Massenorganisationen.

Ansätze solcher Organisationen haben sich impulsiv ohne Zutun der Komintern und Komparteien bereits in einigen Ländern gebildet. In Frankreich in Form der Aktionsausschüsse gegen den Krieg in Marokko,[88] in Deutschland in Form der Liga gegen

88 Gegen die französische und spanische Ausdehnung ihrer unmittelbaren Machtzonen in Marokko entspann sich, angeführt von Abd el-Krim, dem Führer der Rifkabylen, ein mehrjähriger Krieg (Rifkrieg). Während er gegen Spanien trotz des massenhaften Einsatzes von Senfgas siegreich verlief und 1923 zur Proklamierung der Rif-Republik führte, folgte der Besetzung Marokkos durch 250.000 Truppen Pétains und dem massiven Einsatz von Chemiewaffen die Niederlage. Im April 1925 wurde in Paris unter dem Vorsitz von Maurice Thorez ein Aktionskomitee gegen den Krieg im Er-Rif gebildet.

Kolonialgreuel und Unterdrückung[89] Diese Anfänge müssen planmässig weiterentwickelt werden. Besonders wichtig ist dies in Ländern mit Kolonialbesetzung, wie Frankreich, England, Spanien, Belgien, Holland, Italien, Vereinigte Staaten, Japan etc.

In einzelnen Ländern, die in Kolonialkriege verwickelt sind, müssen dem Aufbau und der Erweiterung dieser Antikolonial-Vereinigung spezielle Aufmerksamkeit geschenkt werden, und Versuchen, durch Gewinnung von Gewerkschaften, Betrieben, bäuerlichen und anderen Massenorganisationen diese Vereinigungen zu einem wichtigen Faktor gegen den Kolonialkrieg auszunützen und mit Hilfe solcher Vereine eine grosse Kampagne gegen die Fortsetzung des Kolonialkrieges zu führen.

In Belgien muss durch solche Vereine der Widerspruch zwischen dem sozialistischen Ministerium und dessen sozialdemokratischem Programme mit der imperialistischen Kolonialpolitik in den belgischen Kolonien aufgezeigt und ausgenützt werden.

In England müssen gegenwärtig solche Vereine vor allem für China und den Freiheitskampf organisiert werden, für Aufhebung der Blockade etc. Gleichfalls können in Betracht kommen Vereine gegen die englische Politik in Indien, Aegypten, Sudan.

In Deutschland müssen die Antikolonial-Vereine sich besonders wenden gegen die Versuche deutscher bürgerlicher Kreise, wieder Kolonialpolitik zu machen, gegen die Teilnahme der deutschen Regierung an dem Washingtoner Abkommen gegen China etc.[90]

Die Aufgabenstellung solcher Vereine muss unter Würdigung der jeweiligen aktuellen Verhältnisse geschehen. Es ist hierbei zu empfehlen, Aufklärung durch Vorträge, Versammlungen über die Geschichte der Kolonien, der imperialistischen

---

Hauptlosungen waren der „sofortig(e) Frieden mit dem Rif, die sofortig(e) Evakuierung Marokkos", und die „Verbrüderung der französischen Soldaten mit den Rifkabylen". Französische KP-Führer, unterstützt von zahlreichen Intellektuellen, darunter die Surrealisten, wurden für diese Kampagne inhaftiert (siehe u.a.: Dirk Sasse: Franzosen, Briten und Deutsche im Rifkrieg 1921–1926. Spekulanten und Sympathisanten, Deserteure und Hasardeure im Dienste Abdelkrims, München, Oldenbourg, 2006, S. 262 (Pariser Historische Studien).

89 Bereits im Dezember 1924 wurde auf Initiative der Komintern in der mexikanischen Hauptstadt die Liga Antiimperialista Panamericana konstituiert, im Februar 1926 wurde auf Initiative der Internationalen Arbeiterhilfe die Liga gegen koloniale Unterdrückung gegründet. (siehe Dok. 167 u.a.). Auf dem Brüsseler Kongress (10.–15.2.1927) erfolgte dann die Gründung der Liga gegen den Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit als internationale Peripherorganisation der Komintern (Hans Piazza (Hrsg.): Die Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit. 1927–1937. Zur Geschichte und Aktualität einer wenig bekannten antikolonialen Weltorganisation. Protokoll einer wissenschaftlichen Konferenz am 9. und 10. Februar 1987 an der Karl Marx-Universität in Leipzig, Leipzig, 1987; neuerdings: Fredrik Petersson: Willi Münzenberg. Siehe Dok. 251 mit weiterer Literatur).

90 Gemeint ist das 1922 abgeschlossene Abkommen zur Begrenzung und Abrüstung der Seestreitkräfte im pazifischen Raum, wodurch sich die USA, Großbritannien, Frankreich und Japan ihren regionalen Einfluss sicherten. Deutschland war nicht beteiligt, wurde jedoch in der Folge nach dem Verlust der Kolonien zu einem der wichtigsten Handelspartner Chinas, zum zentralren Faktor für die Militarisierung und Industrialisierung Chinas und bekleidete eine führende Rolle in der chinesischen Außenpolitik.

Kolonialpolitik, der Entwicklung der kolonialen Befreiungskämpfe etc. [zu geben]. Besonders wirksam sind solche Vorträge und Versammlungen, wenn Redner aus den Kolonien das Wort ergreifen können. Diese gründliche Aufklärung kann unterstützt werden durch Herausgabe billiger Schriften über einzelne besonders aktuelle Fragen. Auch Ausstellungen mit Fotos über die entsetzlichen Massakers in den Kolonien sind ein geeignetes Agitationsmittel.

Die Form solcher Vereine wird ebenfalls in den verschiedenen Ländern verschieden sein und abhängig je von den Parteien und Organisationsverhältnissen der einzelnen Länder. Zweckmässig scheint es, wenn möglich die Form einer breiten Organisation zu wählen, die auch den interessierten Intellektuellen, eine aktive Teilnahme an der Organisation ermöglicht.

7. Proletarische Selbstschutzorganisationen.
In verschiedenen kapitalistischen Ländern, in denen der proletarische Klassenkampf sich wiederholt bis zu revolutionären Kämpfen steigerte, und in anderen Ländern, in denen besonders starke faschistische und terroristische Massenorganisationen der Bourgeoisie entstanden sind, entwickelten sich proletarische Selbstschutzorganisationen zum Zwecke des Kampfes gegen den bürgerlichen Terror und den Faschismus. Solche Organisationen entstanden in Oesterreich im Jahre 1918–1920 im proletarischen Ordner-Dienst, in Italien, in den Jahren 1920–1922, in der Tschechoslowakei in Böhmen im proletarischen Selbstschutz und ganz besonders in einer grossen Massenbewegung in Deutschland, in den proletarischen Hundertschaften im Jahre 1922–1923 und ferner im Roten Frontkämpferbund und im Roten Jungsturm im Jahre 1924–1926.[91]

In diesen proletarischen Selbstschutzorganisationen fanden sich zeitweise die Arbeiter der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und der Kommunisten zum gemeinsamen Kampfe gegen den kapitalistischen Terror und den Faschismus zusammen, oder aber wie im Roten Frontkämpferbund die Kommunisten mit den parteilosen Massen des deutschen Proletariats gegen die bürgerlichen Selbstschutzorganisationen des Reichsbanners (Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten).[92]

Es ist die Aufgabe der Kommunistischen Parteien, wo solche proletarischen Massenorganisationen bestehen, diese zu fördern und durch systematische Fraktionstätigkeit der Kommunisten zu unterstützen, sie mit den politischen Aufgaben der Kommunistischen Partei vertraut zu machen und sie zur engsten Mitarbeit als Hilfstruppen bei allen Aufgaben der Partei heranzuziehen. In den Ländern, wo solche Massenor-

91 Im Unterschied zu anderen Massenorganisationen wurden die Ordnerdienste, Selbstschutz- oder MP-Strukturen der kommunistischen Parteien seitens der Komintern nicht im internationalen Rahmen in einer Dachorganisation zusammengefasst. Die Bezeichnung für die Jugendorganisation war zunächst „Roter Jungsturm“, später „Rote Jungfront“. Zum Roten Frontkämpferbund (RFB) siehe u.a.: Dok. 139.

92 Siehe zur sozialdemokratischen Selbstschutzorganisation des Reichsbanners Schwarz Rot Gold u.a. Dok. 139.

ganisationen noch nicht bestehen, aber sowohl allgemeine politische Bedingungen, wie auch Stimmungen in der Arbeiterschaft für den proletarischen Selbstschutz vorhanden sind, müssen diese Stimmungen ausgenutzt werden, um eine entsprechende Organisation ins Leben zu rufen.

Die Aufgaben des proletarischen Selbstschutzes sind:

1.) Breiteste Heranziehung parteiloser und sozialdemokratisch organisierter Massen, um sie für die Interessen des Proletariats zu mobilisieren und um sie als Hilfstruppen des revolutionären Klassenkampfes an die revolutionäre Bewegung (Kommunistische Partei) heranzuführen.

2.) Die Institutionen der Arbeiterorganisationen, Gewerkschaftshäuser, Arbeiterpresse, Parteihäuser, etc. vor faschistischen Angriffen und Ueberfällen zu schützen und Versammlungen und Demonstrationen der Arbeiterschaft vor terroristischen Angriffen der Faschisten und der bürgerlichen Selbstschutzorganisationen zu sichern.

3.) Durch eine geschlossene Massenmobilisierung (bei Demonstrationen u. a. Massenaktionen) die Arbeiterklasse mit einem möglichst grossen Masse von Selbstvertrauen auf ihre eigene Kraft zu erfüllen.

4.) Bekämpfung und Zersetzung der demokratischen und faschistischen Selbstschutzorganisationen der Bourgeoisie. Zersetzung der demokratischen Selbstschutzorganisationen unter Anwendung der Einheitsfronttaktik im Kampfe gegen die faschistischen Organisationen.

5.) Revolutionäre Propaganda in den parteilosen und sozialdemokratischen Arbeitermassen.

8. Andere Organisationen und Vereine.

Die IRH, IAH und die übrigen aufgezählten Organisationen erschöpfen nicht die Möglichkeiten durch sympathisierende Massenorganisationen für spezielle Zwecke die organisatorische Erfassung der parteilosen Massen durchzuführen. Die angeführten und geschilderten Massenorganisationen sollen vielmehr nur zeigen, wie und in welcher Weise am zweckmässigsten dabei vorgegangen werden muss. Im übrigen muss in den verschiedenen Ländern, je nach den besonderen Verhältnissen und Massenstimmungen die besonders geeignete Organisation und Organisationsform gefunden werden. Die eigentliche Aufgabe dabei besteht eben darin, in kluger Ausnützung vorhandener Massenstimmungen und Massenbewegungen die zur organisatorischen Erfassung breiter parteiloser Massen notwendige Organisationsarbeit zu tun. Neben der IRH, IAH und den anderen geschilderten Massenorganisationen können in einzelnen Ländern vorübergehende oder auf längere Dauer auch andere Arbeitervereine, Arbeitervereinigungen und Massenorganisation geschaffen werden, z. B. bestehen nicht in allen Ländern stark entwickelte, breite Massen in sich vereinigende, Arbeiter-Bildungsvereine, sodass sehr gut in den verschiedenen Ländern, zum Unterschiede von Schweden und England, wo die Aufgabe besteht, in den Arbeiterbildungsvereinen Einheitsfronttaktik zu betreiben, von uns aus solche Arbeiter-Bildungsvereine, Arbeiter-Lesevereinigungen, Arbeitervereine zur Schaffung und Erhaltung von Volks-

häusern etc. gegründet werden können.[93] Solchen Arbeiter-Lesevereinen, Bildungsvereinen etc. kommt eine besondere Bedeutung zu in den streng illegalen Ländern, wo mitunter derartige Vereine und ähnliche Organisationen (Siedler-Vereinigungen, Kleingärtnervereine, Arbeiter-Theatervereinigungen, Arbeiter-Sozialgemeinschaften usw., usw.)[94] die letzten und einzigen Möglichkeiten für eine gewisse legale Organisationstätigkeit bieten.

Gerade auf diesem Arbeitsgebiet müssen die kommunistischen Parteien unter sorgfältigster Berücksichtigung der speziellen Verhältnisse mit der größten Schmiegsamkeit und Elastizität arbeiten.



Das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion verurteilte am 27.5.1926 erneut die Haltung der polnischen Kommunisten, die anlässlich seines „Maiputsches“ eine kritische Unterstützung Piłsudskis als Losung ausgegeben hatte. In diesem Zusammenhang wurde auch *Die Rote Fahne* gerügt, weil sie am 23.5. Materialien der KP Polens in dieser Frage abgedruckt hatte.[95] Am 31.5.1926 wurde die Kritik noch ausgeprägter: Ein von Bucharin und Molotov formuliertes Telegramm an die KP Polens wurde beschlossen, in dem es unter anderem hieß: „Wir befinden, dass die Korrespondenz, die von Euch an *Die Rote Fahne* verschickt wurde, nichts mit dem Bolschewismus gemein hat.“[96]

---

93 Im Bildungsbereich unterschied man, wie es seit 1925 in der Komintern Brauch war, zwischen der sog. „Selbstbildung“ der Parteimitglieder und der „Elementarbildung“, die vor allem die einfachen Mitglieder betraf. Als weitere Bildungstypen galten die „politische Schulung der Funktionäre“, die „Zentralschulen“ auf Parteiebene sowie die allgemeinen Probleme der „Arbeiterbildung“ und die sog. „Schulpolitik der Parteien“.

94 Auch hier übernahm die Komintern die Vielzahl der häufig milieubestimmten und „kultursozialistischen“ Elemente aus der Geschichte der Vorkriegssozialdemokratie. Siehe u.a.: Dietmar Klenke: Die SPD-Linke in der Weimarer Republik. Eine Untersuchung zu den regionalen organisatorischen Grundlagen und zur politischen Praxis und Theoriebildung des linken Flügels der SPD in den Jahren 1922–1932, 2 Bde., Münster, Lit-Verlag, 1983.

95 RGASPI, Moskau, 17/162/3, 77. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 371.

96 RGASPI, Moskau, 17/162/3, 83–84. Publ. in: Ibid., S. 375–376.

Dok. 156

Brief Molotovs an Stalin mit Informationen über den Aufenthalt Ernst Thälmanns in Moskau

[Moskau], nach 3.6.1926

Autograph in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/766, 110–115. Erstveröffentlichung.

Gen. Stalin!
Zusätzlich zu meinem Telegramm vom 3/VI. berichte ich Dir über die gestrige PB[-Sitzung]. [...]

2. Thälmann ist hier gewesen. Wir (Buch[arin] und ich) haben uns lange mit ihm unterhalten. Er brachte die Thesen des deutschen ZK über die politische Lage mit, zeigte sie aber nicht Sin[owjew], da die Thesen sich als schwach herausstellten (es gibt keine genügende Kritik der „Linken" [...][97], schlecht betreffs Piłsudski[98] – er sagt, die Artikel der *Pravda* hätten ihn verwirrt usw.).[99] Thälmann fuhr zurück, nachdem er mit Sin[owjew] gesprochen hatte, ohne jedoch einen Vortrag im EKKI-Präsidium zu halten. Auch hier veranstaltet Sin[owjew] ein Gezänke: Wer hat Thälmann hierher kommandiert? (Ich weiß es auch nicht!) Wohin sind die Thesen des deutschen ZK verschwunden? Usw. [...][100]

97 Zwei Worte unleserlich.

98 Am 12.5.1926 führte der ehemalige Sozialist, spätere Militärführer und Sieger im polnisch-russischen Krieg 1920, Józef Piłsudski, der sich seit 1923 aus der Politik zurückgezogen hatte, einen Staatsstreich durch und etablierte eine „moralische Diktatur". Die KP Polens ließ sich zu Solidaritätsbekundungen mit dem polnischen Militärmachthaber hinreißen und wurde daran von der Komintern anfänglich nicht gehindert. Das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion beschloss am 20.5.1926, die Linie der KP Polens zu kritisieren. Die Losung der KP Polens von den „revolutionären Heeren unter dem Kommando Piłsudskis" sei, so das Politbüro, ein grober politischer Fehler. Siehe auch die Politbüro-Beschlüsse vom 20.5.1926 und 27.5.1926.

99 Die Verwirrung war nicht unberechtigt. So hieß es bspw. in der TASS-Meldung vom 21.5.1926, dass sich die linken Parteien in Polen geschlossen für die Vollmachten für Präsident Piłsudski ausgesprochen hätten (*Pravda*, 23.5.1926). *Die Rote Fahne* wurde gerügt, weil sie am 23.5. Materialien der KP Polens in dieser Frage abgedruckt hatte. Am 31.5.1926 wurde die Kritik verstärkt, als Bucharin und Molotov in einem Telegramm an die KP Polens formulierten: „Wir befinden, dass die Korrespondenz, die von Euch an *Die Rote Fahne* verschickt wurde, nichts mit dem Bolschewismus gemein hat." (siehe auch Dok 31.5.1926 PB).

100 Der Führungswechsel in der KPD zugunsten Thälmanns zeigte an, dass sich auch in der Komintern der Machtwechsel vorbereitete. Das Sitzungsprotokoll der russischen Delegation im Komintern-Präsidium vom 4.6.1926 weist eine Reihe von Tagesordnungspunkten zur KPD aus. Sinowjew teilte aus diesem Anlass mit, dass ihm über eine Kommandierung des Gen. Thälmann nach Moskau nichts bekannt gewesen sei: „*Angehört:* 2. Deutsche Frage. a) Über die Artikel von Urbahns. b) Resolution über die Arbeitslosen. c) Über die Mittel für die KPD zur Durchführung einer Kampagne zum Volksentscheid über die Frage der Beschlagnahmung des Eigentums ehemaliger Herrscherhäuser. d) Mitteilung von G. Sinowjew darüber, dass ihm nichts bekannt war über Kommandierung des Gen.

Viele Grüße. Erhole Dich und werde gesund.
Ich drücke Deine Hand,

Dein Vjač[eslav Molotov]



In einem Beschluss des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion vom 19.6.1926 über Ruth Fischer wurde ihre „Flucht nach Deutschland" – am 5.6.1926 war sie trotz ausdrücklichen Verbots aus Moskau abgereist – als schweres disziplinarisches Vergehen verurteilt. Jegliche Tätigkeit für die Komintern wurde ihr bis zum nächsten erweiterten Plenum des EKKI verboten. Die KPD wurde aufgefordert, die Maßnahmen zu ergreifen, die sie für nötig hielte. Ruth Fischer wurde gewarnt, beim nächsten disziplinarischen Verstoß würden härtere Maßnahmen ergriffen. Im Geheimen wurde ihr Parteiausschluss vorbereitet.[101]

In einem Beschluss des Politbüros zu den Geheimverhandlungen mit der Bersol AG und der Firma Junkers zur Herstellung von Giftgasgranaten und Bomberflugzeugen vom 1.7.1926 hielt das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, was die deutsch-sowjetische (Tarn-)Aktiengesellschaft Bersol AG zur Herstellung von Giftgasgranaten anging, den Bruch mit den Deutschen und eine vollständige Umorientierung der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit für notwendig. (Als Gründe für die von Reichswehr wie russischer Seite festgestellte negative Bilanz werden in der Literatur die ökonomische Schwäche und Fehlkalkulationen der beteiligten, zumeist mittelständischen Firmen, die mangelnde staatliche Subventionierung sowie die Unwägbarkeiten der ökonomischen Situation in der UdSSR angegeben). Die genaueren Modalitäten des Bruchs mit den Deutschen in der Angelegenheit Bersol sollten vom Politbüro am 5.7.1926 erarbeitet werden.[102]

Thälmann nach Moskau und dass die von letzterem mitgebrachten Thesen zum Plenum des ZK der KPD entgegen der Zusage von Gen. Thälmann, ihm diese zuzuschicken, von ihm nicht erhalten wurden." Die Russische Delegation beschloss dazu „2. a) Dem Präsidium heute vorzuschlagen, die Resolution, die von der Russischen Delegation in dieser Frage bestätigt wurde, anzunehmen. b) Mit der Abfassung einer Resolution über die Arbeitslosen, angesichts der Bitte der deutschen Genossen um eine gemeinsame [...] Sitzung der Russischen und Deutschen Delegation, Gen. Sinowjew, Bucharin, Manuilski und Lozovskij zu beauftragen [...]. Bei einstimmigem Beschluss der Vertreter der VKP in der gemeinsamen Sitzung die Resolution als verabschiedet zu befinden. [...] d) Über das Sekretariat des EKKI beim ZK der KPD die Thesen anzufordern, die von letzterem zum Plenum des ZK zusammengestellt wurden." (RGASPI, Moskau, 508/1/23, 1).

101 RGASPI, Moskau, 17/3/569, 6–7. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 385–387.

102 RGASPI, Moskau, 17/162/3, 94–95. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 127–130; APRF, Moskau, 03/64/651, 126. Publ. in: Sevost'janov, Moskva-Berlin, I. Dok. 428.

Dok. 157

Beschluss des Politbüros des ZK der VKP(b) über die Vorschläge der Firma „Junkers" zur Lieferung von Bombern an die Sowjetunion

[Moskau], 1.7.1926

Typosklript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 17/162/3, 94–95. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 127–130.

Anlage Nr. 1
Zum P. 1–G, Pr. Nr. 37.

BESCHLÜSSE
DER KOMMISSION ZUR FRAGE DER NEUEN VORSCHLÄGE DER FIRMA „JUNKERS"
vom 28. Juni 1926.
(angenommen vom Politbüro des ZK der VKP(b), 1.VII.1926

1.– Es für nötig zu befinden, den Beschluss des Politbüros vom 4. März 1926 über die Liquidierung des Konzessionsvertrags mit „Junkers" in Kraft zu lassen. Angesichts des großen Interesses der Firma daran, dass die Liquidierung des Vertrags nicht mit der Entlarvung von für die Firma kompromittierenden politischen und finanziellen Einzelheiten einhergeht, es als möglich zu befinden, der Firma in dieser Hinsicht entgegenzukommen, falls die Firma ihre materiellen Ansprüche zurückstellt.

2.– Unter dieser Bedingung es als möglich zu erachten, von der Firma zwölf Bombenflugzeuge anzunehmen, bei entsprechenden Bedingungen bezüglich des Preises und zur notwendigen Umrüstung.

3.– Angesichts des Interesses der Firma daran, dass die Liquidierung des alten Vertrags nicht den Charakter eines völligen Bruchs erhält, es als möglich zu erachten, – unter Einhaltung der oben aufgeführten Bedingungen – mit der Firma „Junkers" zwecks Abschlusses eines Konzessionsvertrags über technische Hilfe in Verhandlungen zu treten.[103]

---

103 Aufgrund des Verbots der Produktion in Deutschland arbeitete seit 1923 u.a. in Fili bei Moskau mit geheimer Unterstützung durch die Reichsregierung ein Zweigwerk von Junkers zur Flugzeugherstellung. Junkers-Flugzeuge wurden in den 1920er Jahren Hauptbestandteil der zivilen Luftflotte der Sowjetunion. Nachdem zunächst am 12.11.1925 die Konzessionsverhandlungen mit Junkers zur weiteren Produktion in der Sowjetunion nicht weiterverfolgt werden sollten (siehe Dok PB 12.11.1925), wurde dies seitens des Politbüros modifiziert zugunsten der Lieferung von Junkers Bombenflugzeugen und weiterer technischer Hilfe. Nicht zuletzt als Folge der „Granaten-Affäre" (siehe Dok. 166) wurden die Verträge mit Junkers, die sich 1926 aus Fili zurückgezogen hatte, zum Flugzeugbau in der Sowjetunion endgültig aufgelöst. Für eine gewisse Zeit erhielt man allerdings weiterhin aus Schweden Flugzeuge, die in Fili zu Bombern umgebaut wurden. In der Literatur wird u.a. angeführt, dass die

4.– Das Hauptkonzessionskomitee[104] stellt dem Vertreter der Firma unverzüglich die in diesen Beschlüssen dargelegten Bedingungen in ihrer Gesamtheit vor. Für den Fall, dass die Firma prinzipiell einverstanden ist, setzt das Hauptkonzessionskomitee die Verhandlungen über die Liquidierung des alten Konzessionsvertrags fort, und schließt sie innerhalb einer möglichst kurzen Frist ab.

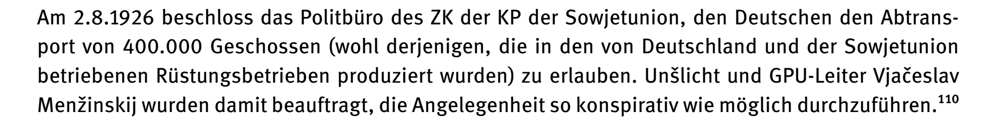
5.– Gleichzeitig tritt die Konzessionskommission des Revolutionären Kriegsrats sowie das VSNCh[105] mit der Firma in Verhandlungen über technische Hilfe, über mögliche Kredite usw. ein.

Die Kriegsbehörde [*Voennoe Vedomstvo*] arbeitet die Bedingungen für die Annahme der zwölf Bombenflugzeuge aus.

Für die Richtigkeit: [Sign. unleserlich]



Im Verlauf des gesamten Sommers 1926 beschäftigte die revolutionäre Situation in England, der englische Bergarbeiterstreik, der dem Generalstreik folgte, weiterhin das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion. Am 8.7.1926 wurde beschlossen, den Kampf gegen die „sogen. Linke" in der englischen KP zu forcieren, die die Haltung der Sowjetunion und der Kominternführung zur Unterstützung des vom Generalrat der britischen Gewerkschaften und dem Zentralrat der Gewerkschaften der UdSSR beschickten „Anglo-Russischen Komitees" scharf kritisierte. Statt den Bruch zu vollziehen, wurde letztere selbst dann noch als freundschaftlicher Partner behandelt, als der englische Generalrat der Gewerkschaften den Generalstreik beendet und damit auch die Bergarbeiter in ihrem Streik allein gelassen hatte.[106] Am 8.8.1926 wurden Direktiven verabschiedet, worin u.a. die weitere Kritik des Generalrats der britischen Gewerkschaften sowie die Festigung der prosowjetischen Haltung des Bergarbeiterführers Cook gefordert wurde.[107] Als Teilantwort an die Kritiker nahm das Politbüro am 12.8.1926 eine Resolution des Zentralrats der Gewerkschaften der UdSSR an, in der das Verhalten der englischen Delegation im Anglo-Russischen Komitee in Paris kritisiert wurde, die sich der Diskussion über die Unterstützung der streikenden Bergarbeiter verweigert habe.[108] Am 26.8.1926 wurde auf Vorschlag Molotovs beschlossen, die englische KP solle u.a. Neuwahlen fordern.[109]



Am 2.8.1926 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, den Deutschen den Abtransport von 400.000 Geschossen (wohl derjenigen, die in den von Deutschland und der Sowjetunion betriebenen Rüstungsbetrieben produziert wurden) zu erlauben. Unšlicht und GPU-Leiter Vjačeslav Menžinskij wurden damit beauftragt, die Angelegenheit so konspirativ wie möglich durchzuführen.[110]

Junkers-Flugzeuge für den militärischen Einsatz nicht geeignet seien (siehe: Dok. 166; vgl. Dimitri Alexejewitsch Sobolew: Deutsche Spuren in der sowjetischen Luftfahrtgeschichte, Bonn, Mittler, 2000).

104 Das Hauptkonzessionskomitee war beim Rat der Volkskommissare der UdSSR angesiedelt. Im November 1922 hatte Junkers eine Konzession zum Bau von 300 Flugzeugen in der Sowjetunion pro Jahr erhalten, von denen die Hälfte an die Rote Armee gehen sollte.

105 VSNCh (*Vsesojuznyj Sovet Narodnogo Chozjajstva*): Der oberste Volkswirtschaftsrat der Sowjetunion, der die gesamte Wirtschaft bestimmen sollte.

106 RGASPI, Moskau, 17/3/573, 2–3. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 388–389.

107 RGASPI, Moskau, 17/3/576, 1–2. Publ. in: Ibid., S. 398–391.

108 RGASPI, Moskau, 17/3/580, 3, 6, 8, 17–20. Publ. in: Ibid., S. 394–398.

109 RGASPI, Moskau, 17/162/3, 109. Publ. in: Ibid., S. 400–401.

110 APRF, Moskau, 03/64/651, 129. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, I, Dok. 430.

Am 12.8.1926 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, das eher theoretisch orientierte Zentralorgan der Komintern, die *Kommunistische Internationale*, in ein „wöchentliches Kampforgan der Komintern" umzuwandeln. Mit der Umsetzung wurde die VKP(b)-Delegation im EKKI betraut.[111]

Dok. 158

Brief Stalins an Heinz Neumann gegen eine Veröffentlichung der Erklärung der russischen Linken Opposition in Deutschland

[Moskau], 20.8.1926

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/776, 8–9. Erstveröffentlichung.

Berlin, an Gen. *Neumann*.[112]

Ihren Brief habe ich erhalten. Ich entschuldige mich für die verspätete Antwort. Ich schicke Ihnen die Erklärung der Opposition zur Kenntnisnahme.[113] Ich kann mich jedoch nicht mit einer Veröffentlichung bei Euch einverstanden erklären. Ich bin ebenfalls dagegen, dass auch nur ein Zitat aus der Erklärung in eurer Presse auftaucht. Sie kennen den Grund: Das Juliplenum des ZK zog diese Erklärung als spalterisch aus dem Verkehr, und wir dürfen dem Beschluss des ZK nicht zuwiderhandeln.[114] Ich

---

111 RGASPI, Moskau, 17/3/580, 3, 6, 8, 17–20. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 395.

112 Handschriftlicher Vermerk auf Russisch: „Pers. Archiv. 20/VIII 26".

113 Es handelt sich um die von 13 Mitgliedern des ZK und der ZKK unterzeichnete „Erklärung der Dreizehn", mit der die neugebildete Vereinigte Opposition um Trotzki und Sinowjew und Kamenev erstmalig öffentlich auftrat. Inhaltliche Punkte waren die Ursachen und Folgen des „Bürokratismus" als Quelle des Fraktionismus", die Sicherung der Reallöhne, die Industrialisierung, die Bauernfrage, der Kampf um den Frieden, die Komintern wurde dem ZK-Plenum der VKP(b), das vom 14.–23.7.1926 tagte, vorgelegt. Sowohl, was den Kampf gegen den Bürokratismus, als auch die Politik der Komintern anging, wurde gegen den Kurs Stalins Einigkeit erzielt. „Die zweifelhaften theoretischen Neuerungen, die die Sache so darstellen, als sei der Sieg des sozialistischen Aufbaus in unserem Lande nicht untrennbar mit dem Verlauf und dem Ausgang des proletarischen Kampfes um die Macht in Europa und der Welt verknüpft, müssen allesamt verworfen werden." Auf dem Plenum informierte Sinowjew darüber, wie sie gemeinsam mit Stalin als Triumvirat oder Septemvirat die Parteiführung übernommen und zu diesem Zweck der „Trotzkismus" erfunden wurde. (Erklärung der Dreizehn (Trotsky Archives, Sajavlenije, T 880), publ. in: Dahmer/Feikert/Lauscher u.a.: Leo Trotzki. Schriften, 3, S. 500–528).

114 Auf dem ZK-Plenum der VKP(b) (14.–23.7.1926) brachte die Opposition eine von Sinowjew, Trotzki, Kamenev, Pjatakov und Krupskaja unterzeichnete Resolution ein, in der ein sofortiger Bruch mit dem Englischen Generalrat der Gewerkschaften gefordert wurde, der im Schutze des Anglo-Russischen Komitees den Abbruch des Generalstreiks vollzogen, und damit die britischen Bergarbeiter verraten und eine Transgression der Leninschen Einheitsfrontpolitik vollzogen habe (siehe: Broué: Histoire de l'Internationale Communiste, S. 454f.; der Text der Erklärung in: Allan Clinton (Hrsg.): Trotsky: Writings on Britain, London, New Park Publications, 1975, S. 187–189. Eine verbesserte Internet-Publikation siehe: http://www.marxists.org/archive/trotsky/britain/index.htm).

denke jedoch, dass die Sie besonders interessierende Passage in der Erklärung (der bekannte Absatz der Erklärung darüber, dass die Opposition von 1923 Recht gehabt habe),[115] – diese Passage der Erklärung vollständig in der Rede des Gen. Sinowjew zum Tagespunkt über den Fall Laševič auftaucht.[116] Ich denke, Sie könnten sich in der Presse auf diese Stelle in der Rede des Gen. Sinowjew berufen, sie als Zitat in eurer Presse anführen und dabei sagen, dass Gen. Sinowjew beim Plenum des ZK und der ZKK[117] das und das gesagt habe. Vergleichen sie diese Stelle in der Erklärung der

115 Der Widerstand Stalins dürfte nicht nur auf die politischen Stellungnahmen Sinowjews im Sinne der Opposition Trotzkis für einen „Neuen Kurs" gegen die Bürokratisierung der Partei zurückzuführen gewesen sein. Trotzki kontextualisierte später die Rede Sinowjews: „Und zum Schluß war der letzte Brief, den Lenin in seinem Leben schrieb, oder vielmehr diktierte, ein Brief an Stalin, in dem er alle parteigenössischen Beziehungen zu ihm abbrach. [...] Indem Genosse Sinowjew auf dem Juliplenum des Jahres 1926 die ‚Warnungen' aufzählte, die Lenin Stalin gab, sagte er: ‚Die dritte Warnung aber bestand darin, daß zu Beginn des Jahres 1923 Wladimir Iljitsch in einem persönlichen Brief an Genossen Stalin alle parteigenössischen Beziehungen mit ihm abbrach.' M. Ulianowa [die Schwester Lenins, d. Hrsg.] suchte die Angelegenheit so darzustellen, als sei der Abbruch aller genossenschaftlichen Beziehungen, den Lenin Stalin in seinem letzten Brief vor seinem Tode ankündigte, durch persönliche und nicht durch politische Ursachen herbeigeführt. Ist es nötig, daran zu erinnern, daß bei Lenin persönliche Motive immer aus politischen, revolutionären und parteilichen Gründen herrührten?' [...] Eifrige Versuche sind seitdem gemacht worden, das moralische Gewicht des letzten Briefes Lenins herabzusetzen. Die Partei hat ein Recht, diesen Brief kennenzulernen! So stehen die Tatsachen. So betrügt Stalin die Partei." Leo Trotzki: Die wirkliche Lage in Rußland, S. 246f.

116 Die „Laševič-Belen'kij-Affäre" wurde zur Diskreditierung Sinowjews und seiner leitenden Rolle in der Komintern und zur Reorganisierung des Politbüros im Sinne Stalins eingesetzt. Der Brief an Neumann macht deutlich, wie Stalin es erreichte, dem Kominternapparat und der Kominternspitze unmittelbar „fraktionelles Vorgehen" vorzuwerfen, und damit die Handhabe zu schaffen, um Sinowjew aus dem Politbüro der VKP(b) – und später aus der Komintern – auszuschliessen. Michail Laševič war stellvertretender Kriegskommissar, Grigorij Belen'kij arbeitete in der Agitpropabteilung der Komintern, beide nahmen am 6.6.1926 an einer „illegalen fraktionellen Versammlung" der neuen Opposition „im Walde bei Moskau" teil. Nach dem Ausschluss Sinowjews konzentrierte sich die Stalinfraktion auf den Ausschluss Trotzkis. Siehe: Beschluß der ZKK der KPSU in der Sache der Genossen Bjelenki, Tschernyschew und anderer Genossen vom 12.7.1926 [richtig: 12.6.]. In: Inprekorr, 30.7.1926, S. 1603f.; Catherine Merridale: Moscow Politics and the Rise of Stalin. The Communist Party in the Capital, 1925–32, Basingstoke, Macmillan, 1990, S. 38; Dahmer/Feikert/Lauscher u.a.: Leo Trotzki. Schriften, 3, S. 504f., 524f.).

117 ZKK – Zentrale Kontrollkommission der KP der Sowjetunion. Am 18.2.1927 ließ die Komintern die Einrichtung von Kontrollkommissionen in den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder nach dem Vorbild der Sowjetunion unter dem Vorwand untersagen, dass diese Parteien noch nicht die notwendige Entwicklungsstufe erreicht hätten. Der tatsächliche Grund dürfte eher die Befürchtung gewesen sein, dass solche Kommissionen gegen die jeweiligen Parteiführungen ausgespielt werden könnten: „Das politische Sekretariat des EKKI hat zur Frage der Einführung bezw. des Bestehens von Kontrollkommissionen der Parteien Stellung genommen, und hat sich gegen die Einsetzung von solchen Kommissionen ausgesprochen, weil es diese Einrichtungen in den Parteien der kapitalistischen Länder für unzweckmässig hält. Eine vom Parteitag gewählte Kommission, wie sie in der K.P.S.U. existiert, entspricht noch nicht der heutigen Entwicklungsstufe dieser Parteien. Solch ein Organ, das nicht dem Zentralkomitee, sondern unmittelbar dem Parteitag gegenüber verantwortlich wäre, könnte sich unter gewissen Umständen zum Konkurrenzorgan des Z.K. verwandeln, und sogar

Opposition (siehe S. 15) mit der bekannten Passage aus der Rede des Gen. Sinowjew über den Fall Laševič (siehe Stenogramm des ZK-Plenums, 4. Auflage, S. 32),[118] – und Sie werden sich überzeugen, dass der Sie interessierende Absatz der Erklärung der Opposition vollständig, ohne jegliche Änderung, in der Rede des Gen. Sinowjew auf dem ZK-Plenum zum Fall Laševič wiedergegeben wird. Ich denke, dass es besser ist, so zu verfahren, und dies wird Sie völlig zufrieden stellen.

Es wäre ebenfalls nicht verkehrt, die Aussage Sinowjews in seiner Rede auf dem Plenum darüber, dass die Opposition des Jahres 23 Recht gehabt habe, seiner Erklärung im Januar 25 in der Rede „Über die Notwendigkeit dreifacher Absicherung" gegenüberzustellen, wo er wörtlich sagt, dass „wer die Partei im Bunde mit Trotzki und in Kooperation mit jenem Trotzkismus, der offen gegen den Bolschewismus auftritt, aufbauen will, der weicht von den Grundlagen des Leninismus ab" (siehe Broschüre Sinowjews „Über die Notwendigkeit dreifacher Absicherung", S. 40).[119] Dies ist der klare Beleg dafür, wie prinzipienlos Sinowjew ist und wie tief er gefallen ist. Diese Broschüre schicke ich Ihnen als Material. Ich schicke Ihnen ebenfalls das Stenogramm des ZK-Plenums zum Tagespunkt über den Fall Laševič, wo die von mir oben erwähnte Rede Sinowjews vorhanden ist.

Meiner Meinung nach haben Sie gut daran getan, Maslow und Ruth Fischer auszuschließen. Feinde des Bolschewismus dürfen in einer bolschewistischen Partei keinen Platz haben.

Gruß an Thälmann, Braun [d.i. Arthur Ewert], Dengel.

Ich drücke Ihre Hand.

[Sign.:] I[osif] St[alin]



Wohl im Zusammenhang mit der Verdrängung von Sinowjew aus der Komintern beschließt das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 2.9.1926, Bucharin an zwei Wochentagen, „nach Möglichkeit Mittwochs und Freitags", für die Komintern-Arbeit freizustellen.[120]

---

eventuell gegen das letztere ausgenutzt werden. Daher hält es das Politsekretariat für angebracht, dass die Zentralkomitees sich auf die Ernennung von Beschwerdekommissionen beschränken, die sich aus der Partei längere Zeit angehörenden Genossen zusammensetzt, die keine Z.K.-Mitglieder sind. Die Beschwerdekommissionen sollen den betr. Z.K.'s unterstehen. Mit Kommunistischem Gruss. Für den Leiter der Orgabt[eilung] des EKKI." (Typoskript, deutsch. Schweizerisches Bundesarchiv, Bern, J.II 94/558).

118 Weder die „Erklärung der Dreizehn", noch das Stenogramm der Rede Sinowjews wurden seinerzeit publiziert.

119 Es handelt sich vermutlich um die Rede Sinowjews auf dem sowjetischen Lehrerkongress zum Thema „Die Lehrerschaft und die Diktatur des Proletariats im Januar 1925. Siehe: G. Sinowjew: Le corps enseignant et la dictature du prolétariat. Discours prononcé au Congrès des Instituteurs de l'U.R.S.S., janvier 1925, Paris, l'Internationale des Travailleurs de l'Enseignement, 1925 (russisch: G. Zinov'ev; Učitel'stvo i diktatura proletariata. Reč', Moskva, Rabotnik prosveščenija, 1925).

120 RGASPI, Moskau, 17/3/584, 6. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 402–403.

Dok. 159

Erklärung von 700 KPD-Mitgliedern zur russischen Frage und gegen die Verfolgung der Linken Opposition in der Sowjetunion („Brief der 700“)

[Berlin], 1.9.1926

Flugblatt/Plakat, 4 S., deutsch. Bundesarchiv, Berlin. Links oben Stempel: „Oberkommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung“. Erstmals vollständig publiziert in: Georg Jungclas: Von der proletarischen Freidenkerjugend im Ersten Weltkrieg zur Linken der siebziger Jahre. Eine politische Dokumentation. 1902–1975, Hamburg, 1980, S. 39–47. Später als Erklärung der KPD-Linken zur russischen Frage in: Helmut Dahmer, Wolfgang Feikert, Horst Lauscher u.a. (Hrsg.): Leo Trotzki: Schriften, 3 Bde., Hamburg, Rasch und Röhring, 1997, Bd. 3.1, Linke Opposition und IV. Internationale (1923–1926), S. 671–680.

Erklärung zur russischen Frage.[121]

Parteigenossen! Die Unterzeichneten haben mit dieser Erklärung die Initiative zu einer *Solidaritätsaktion* für die russische Opposition ergriffen. Wir sind fest überzeugt davon, daß die *Mehrheit* der kommunistischen Arbeiter sich für die *Leningrader Opposition*[122] erklären würde, wenn sie die Möglichkeit hätte, die *wirklichen* Gegensätze in unserer russischen Bruderpartei auf Grund einwandfreier Informationen und einer allseitigen Diskussion kennen zu lernen.

Diese Diskussion hat erst begonnen. Keine unter dem in der Partei herrschenden Belagerungszustand zustandegekommenen sogenannten Mehrheitsbeschlüsse können und werden diese Diskussion in dem Sinne „abschließen“, wie es die Mehrheit der ZK wünscht: denn diese Diskussion rollt die *Grundfragen der Revolution auf*,

121 Unterzeichner des Dokuments, das als Solidaritätserklärung mit der Leningrader Opposition konzipiert war und eine Grundlage für die Vereinigung der Linksopposition in Deutschland war, waren neben bekannten Repräsentanten der Parteilinken wie Urbahns und Hans Weber als ZK-Mitglieder sowie Scholem eine Vielzahl mittlerer und unterer Funktionäre. Nachdem vorher bereits Korsch, Katz, Maslow und Fischer verdrängt wurden, erfolgte als Reaktion der Parteiführung, die den Ruf „Zurück zu Lenin!“ und den Widerstand gegen die Stalinisierung als Provokation und „antibolschewistische Schmähschrift“ abqualifizierte, der Ausschluss weiterer bekannterer Mitglieder wie Urbahns, Scholem, und Grylewicz und bis zum Essener Parteitag 1927 der Ausschluss ganzer Ortsgruppen mit insgesamt ca. 1300 Funktionären (Weber: Die Wandlung, I, S. 178–185).

122 Aus Moskau sandte der Parteiapparat unter der Leitung von M.N. Rjutin starke Kräfte zu den Parteiversammlungen und Zellen, um die Arbeiter einzuschüchtern und von einer Stellungsnahme abzuhalten. Sinowjew selbst wurde so auf der großen Versammlung der Putilov-Arbeiter in Leningrad eine Niederlage beigebracht. Aufgrund der massierten Interventionen des Apparats wurde am 16.10.1926 ein prekäres Friedensabkommen mit dem Führungsapparat der Partei abgeschlossen. Es kam zwar weiterhin zu Parteiausschlüssen, jedoch auch zu Wiederaufnahmen, darunter auch Unterwerfungserklärungen wie seitens Krupskajas, Šljapnikov und Klavdija Nikolaeva aus Leningrad. Siehe: Broué: Histoire de l’Internationale, S. 456f.

und die Revolution läßt sich nicht durch künstlich herbeigeführte „Mehrheitsbeschlüsse" betrügen!

Parteigenossen! Laßt euch nicht terrorisieren!
Schließt euch einzeln und ortsgruppenweise dieser unserer Erklärung an!

Das ZK der KPD hat bis jetzt geglaubt, die Lage in der KPD und in der Komintern mit *organisatorischen* Mitteln meistern zu können. Aber die Gegensätze sind so zugespitzt wie noch nie.

Der Opposition steht die Parteipresse überhaupt nicht zur Verfügung.

Deshalb blieb uns kein anderer Weg übrig, als durch diese unsere Erklärung *offen* vor der ganzen Partei den Beweis zu erbringen, daß in dieser Atmosphäre der Heuchelei, der Angst, der Unsicherheit, der Zersetzung Hunderte von verantwortlichen Parteiarbeiter den Mut haben, mit ihrem Namen für die russische Opposition aufzutreten.

Deshalb, Parteigenossen, laßt euch nicht verwirren durch die wütende Hetze, die ohne Zweifel von der Mehrheit des ZK gegen uns entfacht wird!

Solidarisiert euch mit uns, solidarisiert euch auch mit der russischen Opposition!
Wir wollen nichts anderes, als den unversöhnlichen Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus, gegen das Liquidatorentum in der KPD und in der Komintern.

Erklärung.
An die Exekutive der Komintern! An das ZK der KPdSU! An das ZK der KPD!

Werte Genossen!
Mit den letzen Beschlüssen des ZK und der ZKK der KPdSU sind die Streifragen des 14. Parteitages der KPdSU[123] mit unerhörter Schärfe erneut vor den Kommunisten aller Länder aufgerollt.

Die neuen organisatorischen Maßnahmen gegen die verschiedenen Oppositionsführer, die die bedeutendste Sektion der Komintern, die KPdSU, an den Rand der Spaltung gebracht haben, müssen auch dem letzten Genossen die ungeheure Verantwortung zum Bewusstsein bringen, die auf ihm lastet, wenn er gezwungen ist, sein Urteil in der russischen Frage zu fällen.

Es stehen sich in Rußland zwei Meinungen gegenüber. Die Leningrader Opposition, die schon auf dem 14. Parteitag der KPdSU durch die prominentesten alten Bolschewiki wie Sinowjew, Krupskaja, Kamenew usw. vertreten wurde, tritt jetzt erneut mit einem Programm auf, das der Partei und der Komintern bis heute vorenthalten wird.

123 Auf dem XIV. Parteitag der VKP(b) (18.–31.12.1925) wurde der Kurs auf die Industrialisierung der Sowjetunion aufgenommen. Scharfe Auseinandersetzungen mit der geschlossen auftretenden, jedoch abgeschmetterten „Vereinigten Opposition" betrafen das diesem Kurs zugrunde liegende Konzept des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande, die Notwendigkeit der Beschleunigung der Industrialisierung bei gleichzeitiger Unterstützung der Bauern durch den Aufbau von Genossenschaften, sowie den Kampf gegen Bürokratisierung.

Schon nach dem 14. Parteitag der KPdSU erklärte sich die deutsche Linke mit den Leningrader Arbeitern solidarisch und forderte die Aufhebung des Diskussionsverbotes. Wir lassen auch heute keinen Zweifel daran, daß wir den politischen Standpunkt der Opposition in der KPdSU teilen.

Infolgedessen hat auch heute die deutsche Linke ihren Standpunkt nochmals in folgender Resolution dargelegt, die sie in der B[ezirks-] L[eitung]-Berlin-Brandenburg am 1.8.26. und im ZK der KPD am 6.8.26. eingebracht hat:

Resolution zur russischen Frage.
Zu der Parteikrise der KPdSU, die durch die Abberufung verschiedener prominenter Oppositions-Führer neuerdings zum Ausdruck kommt, erklärt die Weddinger Opposition[124] folgendes:

In unser Resolution zu den Beschlüssen des 14. Parteitages der KPdSU vom 26.1.26. haben wir uns bereits mit der dort von der Leningrader Organisation durch die Genossen Sinowjew, Krupskaja usw. vertretenen oppositionellen Plattform solidarisiert.

Das Wiederaufleben des russischen Parteikonfliktes bestätigt unsere Auffassung, daß die damals aufgeworfenen Streitfragen nicht durch mechanische Unterdrückung der Opposition seitens des Stalinschen ZK aus der Welt zu schaffen sind, sondern daß dieselben einer grundsätzlichen und allumfassenden Diskussion innerhalb der KPdSU und der Komintern bedürfen.

Trotz des Versuches des ZK und des EKKI, den Fortbestand der Opposition nach dem 14. Parteitag abzuleugnen, tobte der Kampf gegen ein System, das durch die Bucharinsche Parole „Bereichert Euch!“ signalisiert wurde[125] und im Stalinismus seinen zeitgemäßen Ausdruck findet, mit unverminderter Schärfe unterirdisch weiter.

124 Weddinger Opposition: Eine der stärksten Oppositionsgruppen der KPD mit Hochburgen in der Pfalz und im Berliner Stadtteil Wedding, entstanden 1924 und seit Anfang 1926 als Fraktion gegen die Stalinisierung aktiv (Max Frenzel, Max Weber), mit starker Verankerung in der Arbeiterschaft im Unterschied zur ultralinken Opposition (Korsch, Schwarz, Katz), die sich anfangs gleichwohl ebenfalls zu ihr zählte. Im Unterschied zu anderen Strömungen hielt sie sich bis 1927/1928 in der Partei und besaß mit Adolf Betz und Max Gerbig zwei ZK-Mitglieder. Politisch näherte sie sich der Linken Opposition Trotzkis an und bildete später (1930) gemeinsam mit dem Leninbund (Anton Grylewicz) die „Vereinigte Linke Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten)“ (VLO). Siehe: Weber: Die Wandlung, I, S. 149–184; Rüdiger Zimmermann: Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik. Düsseldorf, Droste, 1978, S. 62–102 u.a.; Marcel Bois: Vergessene Kommunisten. Weddinger Opposition der KPD. In: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2008, S. 58–67.

125 Bucharin hatte im Juni 1925 in der Zunahme der dörflichen Nachfrage die Grundlage für eine erfolgreiche Industrialisierung gesehen und dazu die von Guizot entlehnte Losung „Bereichert Euch, akkumuliert, entwickelt Eure Wirtschaft“ aufgestellt, was von der Vereinigten Opposition scharf als Rechtskurs kritisiert wurde (siehe: Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München, Beck, 1998, S. 247).

In diesem Kampfe wendet sich die Leningrader Opposition gegen die Bejahung der Möglichkeit des Sozialismus in einem Lande,[126] für die unverminderte Vorwärtstreibung der revolutionären Bewegung in den übrigen Ländern, in engster Verbindung mit dem sozialistischen Aufbau in Rußland bis zum Triumph des Sozialismus durch den Sieg der Weltrevolution,

gegen die Idealisierung des gegenwärtigen Zustandes der russischen Staatsindustrie als konsequente sozialistische Industrie,

für eine illusionsfreie Charakterisierung der russischen Staatsindustrie als zwar konsequent sozialistischen Typus (Art), aber noch nicht rein sozialistisch,

gegen die Uebertreibung der Nep,[127] wie sie besonders kraß durch das geflügelte Wort „Bereichert Euch!" signalisiert wurde und in der Praxis z. B. durch die neue Landgesetzgebung, im Warenaustausch und Freihandel usw. ihren Ausdruck findet,

für die Beschränkung der Nep auf die ihr von Lenin gestellten Aufgaben,

gegen jegliche Lockerung der Diktatur des Proletariats gegenüber der Stadt- und Dorfbourgeoisie durch Ausdehnung der Sowjetdemokratie usw.,

für die Aufrechterhaltung bzw. Ausbau der privilegierten Stellung des Industrie-Proletariats und der Dorfarmut im proletarischen Staat,

gegen die Ueberwucherung nichtproletarischer Elemente in der KPdSU,

für die schleunigste Auffüllung der russischen Parteikaders mit Industrie-Arbeitern und Dorfarmen als die natürlichen Feinde der kapitalistischen Offensivkräfte in Stadt und Land,

gegen den falschen innerparteilichen Kurs, durch Anwendung mechanischer Unterdrückungsmaßnahmen (Beschränkung der Diskussionsfreiheit, Maßregelungen usw.)

für die Ausgestaltung der innerparteilichen Demokratie und die Heranziehung aller Genossen ohne Unterschied ihrer parteitaktischen Stellung zur verantwortlichen Mitarbeit,

für die Aufhebung aller Diskussionsverbote, usw.

Die Weddinger Linke wird jede Strömung unterstützen, die auf der Grundlage der Opposition des 14. Parteitages der KPdSU den Kampf gegen den Stalinismus führt.
Die Weddinger Opposition, die sowohl den Kampf gegen den Opportunismus der KPD mit aller Heftigkeit führt als auch die absolute Schädlichkeit der künstlichen und mechanischen Majorisierung durch den Parteiapparat aus eigener Erfahrung zur Genüge kennt, appelliert an die Gesamtmitgliedschaft der KPdSU, den verhängnisvol-

126 Frühe Formulierungen zum Konzept des „Sozialismus in einem Lande", in dem die russische Symbiose von Nationalismus und Sozialismus ihren theoretischen Ausgang nahm, finden sich bei Stalin Ende 1924. Er entwickelte seit 1925, gestützt auf Bucharin und gegen Trotzkis und Sinowjews Opposition (seit 1925) die These, dass das sowjetische Volk, durch Lenin „gestählt", „aus eigener Kraft" den Sozialismus meistern könnte, auch ohne „Hilfe aus dem Westen" (Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 182ff.).

127 Zur Instrumentalisierung der NEP im Rahmen der erwarteten deutschen Revolution siehe Dok. 90.

len politischen und innerparteilichen Kurs schleunigst zu ändern und so die Gefahr der Parteispaltung zu bannen.

Die Weddinger Linke der KPD protestiert aufs schärfste gegen das Billigungstelegramm[128] des Polbüros der KPD, das sowohl gegenüber [dem] Plenum des ZK als auch gegenüber der Gesamtmitgliedschaft eine Ueberrumpelung und Bevormundung darstellt. Die Mitgliedschaft muß endlich diesen Unfug, der mit ihrem Vertrauen und dem Disziplinbegriff getrieben wird, energischen Einhalt gebieten und anstelle des Meinungsmonopols des Parteiapparates wieder ihr eigenes proletarisches Urteil treten lassen.

Die Fragen der KPdSU sind für die gesamte Komintern von größter Bedeutung. Deshalb muß das ZK endlich für eine genau und *objektive* Information der Mitgliedschaft sorgen und die gründliche Diskussion über die russischen Probleme (mit Korreferaten russischer oppositioneller Genossen) in der KPD sofort eröffnen.

Wir wissen, daß die Nep unvermeidlich ist, aber wir lehnen es ab, sie zu idealisieren. Wir weisen auf die großen Gefahren der Nep hin. Wir vertuschen nicht die Schwierigkeiten, welche der Kommunistischen Partei aus den eigentümlichen Klassenkampfbedingungen unter der Nep entstehen. Wir weisen mit Nachdruck auf die große Kulakengefahr hin,[129] deren Vorhandensein die letzten Wahlen zu den Sowjets bestätigt haben. Wir halten es für verhängnisvoll, die Gefahren zu vertuschen mit Redensarten über den Optimismus der Stalinschen Mehrheit und den Pessimismus der Opposition. So behandelt man die Grundfragen in einer ernsten Situation nicht.

Wir haben das Vertrauen und die Zuversicht, das die russische und die internationale Arbeiterklasse, gerade wenn sie die ungeschminkte Wahrheit kennt, mit ihren gigantischen Kräften die Schwierigkeiten überwindet. Wenn man dagegen die in Sowjetrußland vorhandenen Elemente des sozialistischen Aufbaues idealisiert und schönfärbt, wenn man verschweigt, daß das verlangsamte Tempo der außerrussischen revolutionären Bewegung die Entfaltung des Sozialismus in der Sowjetunion gehemmt hat, demoralisiert man die Arbeiterklasse der ganzen Welt.

Die Beschlüsse der letzten Sitzung des ZK und ZKK der KPdSU sind so schwerwiegender Natur, daß sie uns zum lauten Reden zwingen. Schon die Tatsache der organisatorischen Maßnahmen allein zwingt jeden ehrlichen kommunistischen Arbeiter instinktiv zur Ablehnung der organisatorischen Beschlüsse des ZK der KPdSU. Die Komintern wird durch diese Beschlüsse sch[unleserlich] diskreditiert.

Wenn der Vorsitzende des Präsidiums des EKKI als „Spalter“ der bedeutendsten Sektion der Komintern beschuldigt wird, wenn derselbe Sinowjew, der von der Grün-

128 Vermutlich die Einverständniserklärung der KPD-Führung mit der Absetzung Sinowjews und der Leningrader Parteiführer.

129 Anfang 1928 griff Stalin seinerseits diese Forderung der Opposition auf, indem er auf seine Weise repressiv gegen Großbauern („Kulaken“) vorgehen ließ, um die Getreideversorgung zu gewährleisten. Dies mündete in der Zwangskollektivierung (siehe: Moshe Lewin: Who was the Soviet Kulak? In: *Soviet Studies* 18 (1966/67), No. 2, S. 189–212).

dung der Komintern an ihr Präsident ist, angeblich an der Spitze einer illegalen Fraktion stehen soll, so müssen diesen Anschuldigungen Dinge von weittragender Bedeutung vorausgegangen sein. Wenn der Präsident der Komintern und eine Reihe anderer alter und bewährter Bolschewicken aus dem Politbüro bezw. ZK usw. der wichtigsten Partei der Komintern gejagt, vor den Augen einer entzückten Bourgeoisie unter dem Jubelgeheul aller Menschewisten in und außerhalb der Komintern durch die Gosse geschleift und durch die Presse sämtlicher kommunistischer Parteien mit Schmutzkübeln überschüttet werden, dann kann das nicht ohne die ernstesten Folgen für die Kommunisten sein.

Wir unterzeichneten Parteiarbeiter sind der Meinung daß Vorgänge von solch weltgeschichtlicher Bedeutung nicht mit formalen Methoden und Vorwänden erledigt werden können.

Wenn in der KPdSU eine Opposition, die durch Genossen, wie Sinowjew, Krupskaja, Kamenew, Laschewitsch usw. vertreten wird, gegen die offizielle Linie der Partei auftritt und deren Plattform sich ein Genosse wie Trotzki anschließt, der erst vor kurzer Zeit noch von Gen. Sinowjew scharf bekämpft wurde und den zu gewinnen, sich die von Stalin geführte Gruppe die erdenklichste Mühe gab, und wenn dabei alte, erfahrene, der Revolution treu ergebene, in den Schlachten der Revolution erprobte Genossen angeblich zu konspirativen Methoden greifen, so ist es unwürdig und verhängnisvoll, die hinter einem solchen Auftreten stehenden politischen Fragen durch mechanische Anwendung der Formel von Disziplinbruch erledigen zu wollen.

Wir alle und jeder denkende Arbeiter versteht, wie verderblich es ist, wenn den kommunistischen Parteien einfach alles vorenthalten wird, was die Opposition in unserer russischen Bruderpartei zu sagen hat, während gleichzeitig die ZKs der Sektionen der Komintern wie auch das ZK der KPD vorbehaltslos den Beschlüssen des Stalinschen ZK der KPdSU zustimmen und behaupten, die Mitglieder täten das Gleiche. Wir halten es nach wie vor für unerträglich, daß man die ernste und sachliche Diskussion der russischen Fragen d. h. der Grundfragen der Revolution verbot und daß man jeden als Antibolschewisten, Verräter, Sozialfaschisten usw. beschimpft, wenn er Meinungen äußert, die sich mit den Ansichten der russischen Opposition mehr oder weniger decken.

Wir sind der Meinung, daß die Atmosphäre in der Komintern vergiftet ist. Man verurteilt politische Richtungen, Gruppen und Genossen ohne ihre politischen Anschauungen bekannt zu geben. Man gibt deren politische Auffassungen falsch und entstellt wieder und hütet sich, die von der Opposition gehaltenen Reden, vorgelegten Resolutionen, Artikel und Plattformen der Mitgliederschaft zur objektiven Beurteilung zugänglich zu machen.

Man betreibt im Gegenteil eine unverantwortliche Geheimdiplomatie und bedient sich zur „Erledigung“ der führenden Genossen der Opposition der schmutzigsten Mittel und Methoden, die uns bis jetzt als die Methoden der deutschen Gewerkschaftsbürokratie zur Bekämpfung ihrer kommunistischen Todfeinde nur allzubekannt sind.

Durch derartige Methoden kann man die Komintern nur ruinieren! Die Bedeutung dieser Vorgänge für die Komintern liegt auf der Hand. Die Hetze, die bis jetzt gegen die Sinowjew usw. entfaltet wird, versteht jeder politisch denkende Arbeiter als den Versuch, die Komintern als revolutionäre Organisation des Weltproletariats zu liquidieren. Es ist kein Zufall, daß nach 14. Parteitag der KPdSU und auch heute wieder die Weltbourgeoisie mitsamt den Menschewisten und russischen Weißgardisten die Niederlage der russischen Opposition und den Sieg Stalins als den Sieg einer „national beschränkten“, „gemäßigten“, „vernünftigen“ und „realpolitischen“ Richtung über die „agitatorische“ Richtung bewerten und begrüßen.

Man redet über Prinzipienlosigkeit der russischen Opposition, weil unter gänzlich neuen Umständen verschiedene frühere oppositionelle Gruppierungen sich gegen die Linie der Stalinschen Mehrheit zusammengeschlossen haben. Gleichzeitig aber betreibt man den Zusammenschluß der rechtesten Gruppierungen in der Komintern mit pseudolinken Gruppen, die das gegenwärtige ZK unterstützen. Besonders katastrophal muß sich diese Methode in unserer Partei, der KPD, auswirken.

Man darf nicht vergessen, daß der EKKI-Brief vor einem Jahre angeblich die Partei „normalisieren“ sollte. Seine Folgen waren eine vollkommene Desorganisation und Atomisierung der KPD und eine restlose Restaurierung der Rechten.

Das gegenwärtige ZK der KPD, welches sich als „Sinowjewsches“ ZK gegen die sogenannten Ultralinken einsetzte, besteht z. T. aus Leuten, die bis 1923 bedingungslos mit Brandler gingen, ihn 1924 skrupellos verrieten, dann bedingungslos mit den Linken gingen, die damalige Führung aus Anlaß des Offenen Briefes ebenso skrupellos im Stiche ließen und sich selbst als eine Art verführter Kinder darzustellen beliebten. Sie lassen jetzt den Genossen Sinowjew ebenso schmählich im Stich. In Wirklichkeit aber wird die politische Arbeit des ZK geleitet von Menschen vom Schlage eines Heinz Neumann, Leuten, die bei jedem Konjunkturwechsel auf die Seite der ertragreichen jeweiligen Mehrheit fallen.[130]

Und diese Leute wagen es von Prinzipienlosigkeit zu reden!

Wir können auf Grund solcher Tatsachen nicht schweigen. Wir fordern, daß die Diskussion auf ein politisches Geleise gerückt wird.

Wir fordern die sofortige Veröffentlichung des stenographischen Protokolls der letzten Sitzung des ZK und ZKK der KPdSU sowie des 14. Parteitages.

Wir wissen sehr wohl, daß die Opposition dort gesprochen hat, daß sie Resolutionen vorgelegt, Vorschläge gemacht hat. Wir wollen uns nicht mit Märchenerzählungen über die Opposition abspeisen lassen. Wir wollen wissen, was diese oppositionellen Genossen selber sagen. Darum: heraus mit allen von der Opposition vorgelegten Resolutionen, Plattformen, Artikeln usw.

Wir fordern, daß das vom ZK eingenommene Monopol der einseitigen Berichterstattung gebrochen wird.

---

130 Neumanns Rolle als Denunziant seiner Genossen bei Stalin wird in einigen hier veröffentlichten Dokumenten deutlich (siehe u.a.: Dok. 160 und 161).

Wir fordern, daß die Diskussion im breitesten Rahmen geführt wird.

Nicht nur in den kleinen und kleinsten Zellen, die mit Referenten des ZK überschwemmt und mit zugeteilten Parteiangestellten majorisiert werden, sondern in großen Konferenzen und Mitgliederversammlungen muß diskutiert werden mit Referat und Korreferat. Zu den wichtigsten Konferenzen müssen Vertreter der russischen Opposition als Korreferenten zugelassen werden.

Wir sind ferner der Meinung, daß auch in der KPdSU eine Diskussion der Streitfragen nicht länger unterdrückt werden kann. Wenn jetzt Genossen wie Bucharin zur Begründung des Diskussionverbotes die schwierige außenpolitische Lage der Sowjetunion anführen, so sei laut darin erinnert, daß 1917/18 mitten im imperialistischen und Bürgerkrieg derselbe Bucharin aus Anlaß der Brest-Litowsker Verhandlungen eine Fraktion gegen Lenin aufgezogen hat, eine öffentliche Fraktionszeitschrift herausgab und den „Opportunisten“ Lenin mit der Spaltung bedrohte.[131]

Wir fordern weiter die Aufhebung der Maßregelungen Sinowjews, Laschewitschs usw. in der KPdSU.

Für die deutsche Arbeiterschaft ist Sinowjew der Mann von Halle.[132] Seine Absägung wird verstanden als nachträgliche Desavouierung von Halle.

Wir fordern ferner die Aufhebung aller Maßregelungen und der aus politischen Gründen vollzogenen Ausschlüsse ehrlicher revolutionärer Genossen in der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Wir werden uns für eine gründliche und wirkliche Kursänderung mit aller Schärfe einsetzen.

Wir fordern wirkliche Parteidemokratie in der Komintern und in der KPdSU und KPD.

Wir weisen jede Revision des Leninismus auf das entschiedenste zurück.

Zurück zu Lenin, zum wirklichen echten, unverfälschten Leninismus! Das muß die Losung der Diskussion sein

Mit kommunistischem Gruß!

---

131 Aus Opposition gegen Lenin trat Bucharin 1917 auch als Herausgeber der *Pravda* zurück und bildete die „Linken Kommunisten“. Seine Theorie der Notwendigkeit einer „Elektrisierung“ des europäischen Proletariats bezeichnete Trotzki als „scholastische Karikatur von der marxistischen Auffassung (von) der Revolution in Permanenz“ (Leo Trotzki: Die Dritte Internationale nach Lenin, Essen, Mehring Verlag, 1997, S. 100).

132 Auf dem Parteitag von Halle 1921 erfolgte nach einer fulminanten Rede von Sinowjew die Spaltung der USPD, deren linker Flügel sich mit der KPD vereinigte und damit die Grundlage für eine kommunistische deutsche Massenpartei schuf (siehe auch Dok. 64).

Dok. 160

Mitteilung Neumanns an den Verbindungsdienst der Komintern und sowjetische Stellen über den Transport von Materialien der russischen Opposition nach Deutschland

Berlin, 14.9.1926

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 82/2/224, 101. Erstveröffentlichung.

STRENG GEHEIM[133]

Berlin, 14.IX.1926

ADRESSIERT AN: 1. Gen. Trilisser[134]
2. Gen. Pjatnitzki
3. Geheime Abteilung des ZK der VKP.[135]

Verehrte Genossen!
Im Auftrag und auf der Basis einer Quelle, die Gen. Thälmann bekannt ist, teile ich Ihnen folgendes mit:

Bereits seit geraumer Zeit bestand beim Spezialapparat unserer Hamburger Organisation der Verdacht, dass der sowjetische Dampfer „Garibaldi" Materialien der russischen Opposition für die deutsche Opposition transportiert.[136] Urbahns reist bei Ankunft des Dampfers regelmäßig nach Hamburg. Wir haben folgendes herausgefunden: der Name des Dampferkapitäns ist MODZALEVSKIJ; er verkehrt in Hamburg mit einer gewissen LIMANSKAJA, deren Mann offiziell Mitglied der Wrangel-Armee

---

133 Handschriftlicher Vermerk in russischer Sprache: „Persönlich!", dahinter unleserliche Unterschrift.

134 Meer (Mejer) Trilisser (Ps. Moskvin, 1883–1940) war 1926–1929 Leiter der Auslandsabteilung der OGPU und stellvertretender Vorsitzender; in der Komintern wurde er seit Anfang der 1920er Jahre mit illegalen Aufgaben und der geheimen Tätigkeit betraut. In der Terrorphase war er bis November 1938 für den Internationalen Verbindungsdienst der Komintern (SS) zuständig, bevor auch er schließlich auf Befehl Stalins 1941 erschossen wurde (siehe u.a. Dimitrov: Tagebücher, S. 189ff.; Friedrich Firsov: Geheimtelegramme der Komintern im Spanischen Bürgerkrieg. In: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte* III (1999), 1, S. 81–114).

135 Die am 19.3.1926 als Nachfolgeorganisation des Büros des Sekretariats des ZK geschaffene Geheimabteilung des ZK der VKP(b), der als Deutschlandkennerin auch Elena D. Stasova angehörte, unterstand unmittelbar Stalin und während dessen Abwesenheit Kaganovič. Zunächst war der persönliche Sekretär Stalins, Ivan Tovstucha, ihr Leiter, schließlich ab 1930 bis zu Stalins Tod Aleksandr Poskrebyšev (siehe Oleg Chlevnjuk: Politbjuro. Mechanizmy političeskoj vlasti v 1930-e gody, Moskva, ROSSPEN, 1996, S. 65–67).

136 Die *Giuseppe Garibaldi* war ein russischer Dampfer, der seit 1924 für die Government Baltic Steamship Co. in Leningrad im Dienst gestellt worden war. Es handelte sich um den 1902 gebauten Transporter *Stahleck*, der unter dem Namen *Petschora* 1918 außer Dienst gestellt wurde und seit dem unter verschiedenen Versionen des Namens „*Garibaldi*" bekannt war.

war,[137] wohnhaft: Hamburg, Seilerstraße 32. Für M[odzalevskij] treffen im Hamburger Büro der sowjetischen Handelsflotte oft Eilbriefe aus Deutschland ein. Er ist angeblich Kapitän der russischen Flotte gewesen und ist 1917 in die V.K.P. eingetreten.

Als Mittelmann zwischen ihm und der deutschen Opposition fungiert ein gewisser Munter, Mitglied der K.P.D. in Hamburg.[138]

Auf dem Dampfer befindet sich ein ehemaliges K.P.D.–Mitglied namens Červinskij, der im Jahre 1922 aus der K.P.D. ausgeschlossen wurde, weil er mit dem sich zu dieser Zeit in Berlin aufhaltenden Mjasnikov verkehrte und dessen Proklamationen verbreitete.[139] Dieser Mensch hält sich nach wie vor auf dem Dampfer auf und führt eine oppositionelle Agitation durch.

Wir verfolgen diese Angelegenheit schon seit 6 Monaten und sind zu dem Schluss gekommen, dass auf diesem Wege Post und Materialien für die deutsche Opposition empfangen werden.

Ohne meinen eigenen Standpunkt zu vertreten, führe ich diese Mitteilung lediglich als Material zu Ihrer Kenntnisnahme auf, und empfehle, eine Untersuchung in dieser Richtung durchzuführen.

Mit komm. Gruß
Im Auftrag
[Sign.] NEUMANN.

137 Zum „weißen" General Pjotr Nikolaevič Vrangel' siehe u.a. Dok. 32.

138 Walter (Charly) Munter (1902–?) gehörte nach 1933 der Illegalen Leitung der Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD) an und war zusammen mit Heinz Leidersdorf als Trotzkist im Hamburger Widerstand aktiv, wo er die Verbreitung illegaler Literatur und u.a. die Verbindungen zu trotzkistischen Gruppen in Dänemark organisierte. 1935 verhaftet. Siehe hierzu: Peter Berens: Trotzkisten gegen Hitler, Köln, Neuer ISP-Verlag, 2007, S. 202.

139 Gavriil I. Mjasnikov (1889–1945) war ein bolschewikischer Arbeiterführer aus Motovilicha bei Perm' (Uralgebirge). Er war ein besonders militantes Mitglied der „Arbeiteropposition" und wurde, nachdem er 1922 aus der Partei ausgeschlossen wurde, 1923 von der Parteiführung heimlich nach Deutschland abgeschoben. Nachdem er wenig später selbständig in die Sowjetunion zurückkehrte, wurde er verhaftet. 1928 gelang ihm die Flucht aus sowjetischer Haft über Persien und die Türkei nach Frankreich. Unter Vorspiegelung einer bevorstehenden Amnestie wurde er 1945 nach Moskau gelockt und dort erschossen. Siehe: Nadežda A. Alikina: Don Kichot proletarskoj revoljucii. Dokumental'naja povest' o tom, kak motovilichinskij rabočij Gavriil Mjasnikov borolsja c CK RKP(b) za svobodu slova i pečati, Perm', Puška, 2006.

Dok. 161

Persönlicher Brief Neumanns an Stalin über Aktivitäten und innerparteiliche Kämpfe der KPD

[Berlin?], 14.9.1926

Typoskript in deutscher Sprache, RGASPI, Moskau, 558/11/776, 16–18. Erstveröffentlichung.

Streng vertraulich! Persönlich!

Lieber Genosse Stalin!
Ihren Brief habe ich erhalten.[140] Ich bitte um Entschuldigung, daß ich nicht eher geantwortet habe, aber ich hatte dauernd in der Provinz zu tun da ich in allen wichtigen Bezirken als Referent gegen die Ultralinken an der Diskussion teilgenommen habe.

Das Material, das Sie mir sandten, hat uns sehr nützliche Dienste geleistet, wenngleich wir es nicht in der Presse verwerten konnten. Wir haben es auf der Parteiarbeiterkonferenz verlesen und eine sehr ernsthafte Wirkung auf viele Genossen damit erzielt.

Die beiden wichtigsten Ereignisse des gegenwärtigen Moments in Deutschland sind der endgültige Eintritt in den Völkerbund[141] und die Rede Silverbergs, des Führers des deutschen Industriellenverbandes, der sich im Namen des Präsidiums dieser wichtigsten Organisation der Bourgeoisie offiziell für die Republik und für die Teilnahme der Sozialdemokraten an der Regierung erklärt hat.[142] Im Zusammenhang damit wird erneut die Frage der Möglichkeiten, aber auch der *Grenzen* eines selbständigen deutschen Imperialismus in den Vordergrund gerückt; m. E. die wichtigste Frage für uns zur Erfassung der weiteren Perspektive unseres Kampfes.

Das Unternehmertum arbeitet jetzt offensichtlich auf eine zukünftige Spaltung der Sozialdemokratie hin: völliger Eintritt der alten Führerschaft in die Regierung und

---

140 Siehe Dok. 158.

141 Am 10.9.1926 trat Deutschland in der Folge der Unterzeichnung des Locarno-Vertrags dem Völkerbund bei. Besonders Frankreich verfolgte nun nach dem Scheitern des Dawesplan eine Einbindungsstrategie Deutschlands gegen die Verfestigung einer deutsch-sowjetischen Achse. Die KPD bekämpfte den Beitritt. Siehe: Joachim Wintzer: Deutschland und der Völkerbund 1918–1926, Paderborn, Schöningh, 2006 (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart).

142 Gemeint ist die als „Silverberg-Kontroverse" in die Geschichte der Weimarer Republik eingegangene Rede von Paul Silverberg auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) am 4.9.1926. Darin sprach sich der einflussreiche Braunkohleindustrielle und DVP-Mitglied für eine Anerkennung der Weimarer Verfassung, für eine engere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften sowie der SPD aus. Für die Rede erntete Silverberg bei anderen Großindustriellen wie auch in der konservativen Presse heftige Kritik (siehe Dirk Stegmann: Die Silverberg-Kontroverse 1926. Unternehmerpolitik zwischen Reform und Revolution. In: Hans Ulrich-Weher (Hg.): Sozialgeschichte heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 1974, S. 594–610).

den Staatsapparat unter Ausschaltung der bisher regierenden, wenn auch nicht herrschenden Junker, die sich als "APPARATschiki" eines modernen Industriesstattes auf die Dauer für untauglich erweisen. Daher ein Rückgang der Deutschnationalen, eine Stärkung der früher fast zerriebenen demokratisch-republikanischen Mittelparteien. Auf der anderen Seite erstrebt die Bourgeoisie die Abspaltung der linken oppositionellen Arbeiterelemente, die Ausschaltung der dauernd die Rationalisierung störenden "Politik der Straße" aus der SPD.

Für unsere praktische Arbeit steht die Frage der Organisierung des Kampfes gegen die Auswirkungen der kapitalistische Rationalisierung im Vordergrund. Die Analyse, die Sie in Gesprächen mit uns öfter zum Ausdruck brachten, daß sich die Bourgeoisie als Hauptaufgabe jetzt die Wiederherstellung und Verschärfung der Vorkriegsdisziplin in den Fabriken stellt, und daß wir vor allem eine Neubelebung der Betriebsräte auslösen müssen, habe ich in der Praxis vollkommen bestätigt gefunden. Das ist jetzt in der Tat neben und zusammen mit der Organisierung der Erwerbslosen das wichtigste Kettenglied für uns. Der Reichskongreß der Werktätigen, den wir zum 7. November einberufen wollen, wird zwar keinen sensationellen Erfolg bedeuten, aber wir hoffen immerhin, daß dort anderthalb bis zweitausend Vertreter verschiedener proletarischer und anderer werktätiger Organisationen anwesend sein werden, die anderthalb Millionen Arbeiter und Erwerbslose repräsentieren werden.[143] Drei Tage vorher veranstalten wir eine besondere Reichskonferenz der Erwerbslosen, die dann korporativ auf den Werktätigenkongreß übergeht.

Innerparteilich ist der Kampf noch in vollem Gange. Niemand von uns hatte die Illusion, daß die Heranbildung einer überwältigenden bolschewistischen Parteimehrheit und einer Führung mit eiserner allseitiger Autorität nach der ganzen fehler- und mühreichen Vergangenheit unserer Partei, nach all den Brandler- und Ruth[-Fischer] jahren das Werk von kurzer Zeit sein wird. Die Ultralinken bekommen offensichtlich Instruktionen und Material von Moskau. Auch der neue Aufruf von 700 Funktionären für die russische Opposition stammt zweifellos von drüben, wenigstens die Idee.[144] Wir machen in der Überwindung der Ultralinken langsame, aber fortgesetzt wachsende Fortschritte. Am schlimmsten ist es in Berlin wo wir gegen uns noch die ganze jahrelang eingewurzelte Maslow- und Ruth-Fischer-Bürokratie haben, die seit 1920 an der SPITZE der Organisation stand. Die anderen bisherigen Burgen der Ultralinken haben wir dagegen sämtlich erobert. Im Ruhrgebiet haben wir jetzt 3/4 bis 4/5. In Leipzig, das sie bisher in der Hand hatten, haben wir jetzt eine feste und offensive

---

143 Der Reichskongress der Werktätigen fand am 3.5.1926 in Berlin statt. Gemeinsam mit ähnlichen Initiativen wie der Gründung des Reichsbauernbundes lief er auf eine eher eigenständige KPD-Aktivität hinaus, die die Einheitsfrontpolitik mit den übrigen linken Strömungen und der SPD nur noch als propagandistische Losung benutzte.

144 Siehe den „Brief der 700" zur Unterstützung der russischen Opposition, Dok. 159. In Neumanns Sprachgebrauch wird die Opposition pauschal mit der „Ultralinken" gleichgesetzt. Die unterschiedlichen Strömungen wie auch die aus mindestens drei Strömungen bestehende Vereinigte russische Opposition werden nicht differenziert.

Mehrheit. Charakteristisch ist, daß unsere Mehrheit überall beginnt, von der Verteidigung zur Offensive überzugehen, während sich die Opposition lediglich auf antimoskowitische Agitation und Geschrei über die schlechte Behandlung, insbesondere über die Ausschlüsse konzentriert.

Wir sind überzeugt, daß von der russischen Opposition aus gewisse Anweisungen für die Eventualität einer neuen Parteibildung in Deutschland ergangen sind. Die Opposition bei uns bereitet in verschiedenen Bezirken die Beitragssperre vor, gibt in Berlin bereits besondere Stempel heraus und erwägt die Herausgabe besonderer Mitgliedsbücher.

Wir werden den Kampf ohne jede Sentimentalität bis zu Ende durchführen und zwar taktisch vorsichtig sein, aber gegen jeden Versuch der Parteispaltung mit den äussersten, auch organisatorischen Mitteln vorgehen, weil wir in dieser Frage die gesamte Parteimitgliedschaft hinter uns haben.

Ich werde wahrscheinlich zur russischen Parteikonferenz nach Moskau kommen.

Händedruck und kommunistischen Gruß!
Ihr
Heinz Neumann

Dok. 162

Rüge Georgij Čičerins an Stalin betreffs seiner Wortwahl über das Verhältnis zu anderen Staaten

O.O., 2.11.1926

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/824, 50. Das handschriftliche Original des Briefs in APRF 45/1/824/51 wurde in russischer Sprache veröffentlicht in: Vasilij Sojma: Zapreščennyj Stalin. Moskva, OLMA-Press, 2005, S. 9. Erstveröffentlichung in deutscher Sprache.

Kopie

Der Volkskommissar
Für Auswärtige Angelegenheiten
G.V. ČIČERIN

2.XI.26.
An Gen. Stalin.

Verehrter Genosse,
Ihnen wurde meine gestrige Notiz nicht zugestellt, in der ich Sie darauf aufmerksam machte, dass das gesamte Ausland und die Presse Sie als den führenden Kopf der UdSSR ansieht, und dass jedes Ihrer Worte als eine Manifestation der Regierung wahrgenommen wird; deswegen ist es höchst unschicklich, aus Ihrem Munde solche

Redewendungen wie „entweder wir verprügeln sie, oder sie werden uns verprügeln" im Bezug auf andere Staaten zu hören.[145] Oder bereiten wir etwa einen Krieg vor! Wo bleibt unsere Friedenspolitik?

Mit Genossengruß
ČIČERIN
(3SO)



Am 15.11.1926 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, die von der deutschen Regierung angebotene Hilfe für die Erdbebenopfer in Armenien zu akzeptieren unter der Bedingung, dass die Hilfe nur durch sowjetische Organisationen oder den Roten Halbmond geleistet werde, ohne dass spezielle ausländische Delegationen entsendet werden.[146]

Am 18.11.1926 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion mehrere Maßnahmen zur Verwendung der deutschen Kredite.[147] Darüber hinaus entschied es auch über das Schicksal des Kominternvorsitzenden Sinowjew: Der Vorsitzende des EKKI sei „als aus der VKP(b)-Delegation im Exekutivkomitee der Komintern ausgeschieden" zu betrachten. Er sollte stattdessen der staatlichen Planungsbehörde zugewiesen werden. Seine formelle Absetzung erfolgt wenig später, auf dem VII. Erweiterten Plenum des EKKI (22.11.–16.12.1926). Ebenfalls am 18.11.1926 beschloss das Politbüro die Freistellung von Vissarion Lominadze aus seiner Tätigkeit in der Kommunistischen Jugendinternationale, der nun dem EKKI-Präsidium zu Verfügung gestellt wurde. Wenig später wurde er als Emissär in China und Deutschland eingesetzt.[148]

Das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion beschloss am 24.11.1926, die „Vorschläge" Trotzkis zu den Thesen Bucharins auf dem Erweiterten EKKI-Plenum als „unannehmbar" abzulehnen. Trotzki hatte in einem Brief vom 22.11.1926 sowohl die Thesen Bucharins kritisiert, als auch in scharfer Weise gegen die Unterordnung der Komintern unter die auf Konzessionen ausgerichtete sowjetische Diplomatie protestiert.[149] Auf dem Plenum selbst sprachen Trotzki und Sinowjew in kritischer Weise über das Verhalten der Komintern in China und England.

Am 25.11.1926 ging das sowjetische Politbüro auf einen Vorschlag Thälmanns über die Entsendung deutscher Facharbeiter in die UdSSR ein (siehe das Folgedokument). Beschlossen wurde, eine Kommission zu bilden, die die Notwendigkeit der einzelnen Industriezweige an Facharbeitern eruieren sollte.[150] Ein konkreter Vorschlag wurde bis zum 16.12.1926 abgeschlossen.[151]

---

145 Čičerin bemühte sich auch zukünftig darum, solche Meldungen zu filtrieren bzw. nicht in die Presse kommen zu lassen. Siehe: Thomas: Georgij Čičerin. Neue Dokumente, S. 211ff.
146 APRF, Moskau, 3/64/676, 113. Publ. in: Sevost'janov, Moskva-Berlin, I, Dok. 437.
147 AP RF, Moskau, 3/64/652, 11–11v. Publ. in: Sevost'janov, Moskva-Berlin, I, Dok. 440.
148 RGASPI, Moskau, 17/3/602, 2, 7, 10. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 414–415.
149 RGASPI, Moskau, 17/3/603, 2. Publ. in: Ibid., S. 416–417.
150 RGASPI, Moskau, 17/3/604, P. 8.
151 RGASPI, Moskau, 17/3/606, P. 6.

Dok. 163

Brief Kujbyševs an das Politbüro des ZK der VKP(b) über den Vorschlag Thälmanns zur Entsendung deutscher Spezialisten

[Moskau], [um 25.11.1926]

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 79/1/325, 1–1v. Erstveröffentlichung.

An das Politbüro des ZK [der VKP(b)]

Auf die Anfrage des Gen. Stalin antwortete das Mitglied des ZK der KPD, Gen. Thälmann, dass die Kommun[istische] Partei Deutschlands in der Lage sein wird, eine Verschickung von hochqualifizierten Spezialisten, die über die neuesten Errungenschaften der Technik in unterschiedlichen wirtschaftlichen Bereichen im Bilde sind, in die [Sowjet-]Union zu organisieren. Ich denke, dass es notwendig ist, angesichts der bekannten technischen Rückständigkeit unserer Ingenieure diesen Vorschlag des Gen. Thälmann zu nutzen. Zusätzlich zur Reise unserer Ingenieure ins Ausland könnte diese Maßnahme eine große Bedeutung für den technischen Umbau unserer Industrie haben. Abgesehen davon wird diese Unternehmung, in organisierter Form und ohne Pannen durchgeführt, eine große politische Bedeutung haben – dies werden die ersten Schritte der technischen Hilfe von Seiten der Arbeiter der industriell fortgeschrittenen Länder für den sich im Aufbau befindenden Sozialismus in unserem Land sein. Wenn das PB dieser Unternehmung grundsätzlich nicht widerspricht, schlage ich vor, sofort eine Kommission zu benennen, die bestimmen würde, in welchen Industriesektoren und mit welcher Qualifikation wir Spezialisten benötigen (konkret [für welche] Trusts, Betriebe), und die Bedingungen ihrer Arbeit bei uns sowie die gegenseitigen Verpflichtungen ausarbeiten würde.[152]

Es ist notwendig, dass die Kommission ihre Arbeit bis zum Abschluss [des VI. Erweiterten Plenums] der Komintern-Exekutive beendet, um die Resultate ihrer Arbeit mit Gen. Thälmann zu besprechen und anschließend dem Politbüro zur Bewilligung vorzulegen. [...][153]

152 Mit dieser Initiative kann der Beginn eines weitreichenden und spannenden „Technologietransfers" von der Glühbirne bis zur Atombombe und zugleich ein Paradigmenwechsel zugunsten der Herausbildung von „Stalins deutscher Elite" gesehen werden. Ab 1945 erfolgte dann die Phase der Abwerbung und gewaltsamen Verschleppung (siehe: Christoph Mick: Forschen für Stalin. Deutsche Fachleute in der sowjetischen Rüstungsindustrie 1945–1958, München, Wien, Oldenbourg, 2000 (Abhandlungen und Berichte. Deutsches Museum; N.F., Bd. 14).

153 Im Dokument folgt als Vorschlag für die Zusammensetzung der Kommission eine Liste von Vertretern der einzelnen industriellen Sektoren der Sowjetunion. Die Arbeitsfrist der Kommission sollte zwei Wochen betragen.



Am 16.12.1926 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, einen Brief Sinowjews vom 2.12. über Urbahns und andere deutsche Oppositionelle einer speziellen Kommission des EKKI weiterzuleiten.[154]

Dok. 164

Geheimbeschluss der russischen Delegation in der Komintern über den Kurswechsel der KPD

Moskau, 22.12.1926

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 508/1/44, 1. Protokollpunkte in Spaltenform. Erstveröffentlichung.

Anwesend: von der VKP(b): Gen. Bucharin, Stalin, Manuilski, Lozovskij und Pjatnitzki, von der deutschen Delegation: Gen. Thälmann, Remmele, Geschke, Eberlein und Neumann.

Tagesordnung: 1. Der Kampf mit der Ultralinken und die deutsche Resolution.
2. Der KPD-Parteitag.[155]
3. Die Zusammensetzung des ZK.

ANGEHÖRT: 1. Der Kampf mit der Ultralinken.

BESCHLOSSEN: 1. Die Resolution zur deutschen Frage muss so verfasst werden, dass das Hauptaugenmerk auf diejenigen Ultralinken gerichtet ist, die sich noch innerhalb der Partei befinden. In der Resolution müssen die vor der KPD stehenden Aufgaben aufgezeigt werden.[156]
Gen. Manuilski, Kuusinen, Neumann[157] und Šackin mit der Endredaktion der Resolution zu beauftragen.

154 RGASPI, Moskau, 17/3/606, 6–8. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 423–424.
155 Die Rede ist vom XI. Parteitag der KPD, der vom 2. bis zum 7. März 1927 in Essen stattfand.
156 In einem Protokollauszug der Erweiterten Exekutive der Komintern vom 8.12.1926 zum Ausschluss der Linken hieß es: „Protokoll Nr. 3. Sitzung des Präsidiums der Erw. Ex., 08.12.1926. *streng vertraulich*. Behandelt: 3. Antrag der ausgeschlossenen Ultralinken, ihnen eine Einlaßkarte für das Plenum der KI zu geben. Beschlossen: 3. Das Präsidium beschliesst, daß Ausgeschlossene an den Tagungen des Plenums der KI nicht teilnehmen können und daher auch keine Einlaßkarte erhalten können. Ihre Angelegenheit wird in einer speziellen Kommission verhandelt (einstimmig angenommen).“ (RGASPI, Moskau. Auszug Mitschrift).
157 „Neumann“ handschriftlich eingefügt.

[Angehört:] 2. Ideologische Vorbereitung des Parteitags der KPD.[158]

[Beschlossen:] 2. a) Es für notwendig zu befinden, dass die leitenden Genossen in der KPD eine klare Linie ausarbeiten, nach der sich die Vorbereitung zum Parteitag richten soll. Diese Linie muss von der gesamten Parteipresse vor der Einberufung der regionalen Parteikonferenzen umgesetzt werden.

Falls es, zwecks besserer Vorbereitung, notwendig sein wird, den Termin der Einberufung des Parteitags zu verschieben, ist es zweckmäßig, dies zu tun. Diese Frage müssen die deutschen Genossen entscheiden.

b) Es als wünschenswert zu befinden, auf dem Parteitag die Frage nach der Gewerkschaftsbewegung zu stellen.

c) Die Frage nach der Entsendung einer Delegation [der VKP(b)] zum KPD-Parteitag offen zu lassen.

[Angehört:] 3. Zusammensetzung des ZK.
Gen. Thälmann informiert über die vorgesehene Zusammensetzung des ZK aus 31 Mitgliedern und 10 Kandidaten.

Mitglieder: Thälmann, Braun, Dengel, Remmele, Geschke, Pieck, Heckert, Schneller, Meyer, Eberlein, Golke, Florin, Winterich, Schlaffer, Blenkle, Schehr [Schröter?], Zetkin, Böttcher, Ulbricht, Niederkirchner, Dietrich, Flieg, Oberbach [d.i. Overlach], Maddalena, Berliner Arbeiter, Hamburger Arbeiter, Ruhr-[Arbeiter], Chemnitzer [Arbeiter], Hallenser [Arbeiter], Ultralinker aus Wedding, [Ultralinker] aus Leipzig.

Kandidaten: Strötzel, Lenz [d.i. Joseph Winternitz], Neumann, Kurt [d.i. Münzenberg oder Dahlem], Witto[rf], Leow, Gerhart [d.i. Gerhart Eisler] und drei Arbeiter.[159]

[Beschlossen:] 3. Zu Kenntnis zu nehmen.

---

158 Der ursprünglich auf November 1926 terminierte Kongress wurde auf März 1927 verschoben, um die Opposition vorher auszuschalten, er fand vom 2.3.1927 bis zum 7.3.1927 in Essen statt (siehe: Weber: Die Wandlung, I, 170f.).

159 Die von Thälmann vorgeschlagene ZK-Zusammensetzung wurde mit einigen Änderungen auf dem XI. Parteitag umgesetzt. Die endgültige Zusammensetzung des ZK siehe in: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 914.

1927



Das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion beschloss am 13.1.1927, den Vertrag mit den Deutschen betr. der Bersol AG, einem deutsch-sowjetischen *Joint Venture* zur heimlichen Produktion von Giftgas, aufzulösen. Das Unternehmen soll nun in den Besitz der UdSSR übergehen. Die Zusammenarbeit mit der Reichswehr wurde als „absolut unglücklich" charakterisiert, v.a. weil die Deutschen keine einzige Verpflichtung erfüllt hätten. Die Zusammenarbeit mit der Reichswehr sollte in Zukunft „einen Charakter guter Nachbarschaftsbeziehungen" tragen, alle gemeinsamen Unternehmungen hingegen sollten schnellstmöglich liquidiert werden,[1] eine Maßnahme, die nicht zuletzt als Antwort auf die „Granatenkampagne" gesehen werden kann (siehe folgendes Dokument).

Dok. 166

Vortrag Nikolaj Bucharins im Präsidium der Komintern über die internationale Kriegsgefahr als Hauptgefahr

[Moskau], 24.1.1927

Typoskript in deutscher Sprache, mit handschriftlichen Einfügungen in Deutsch. RGASPI, Moskau, 495/2/92, 7–8. Erstveröffentlichung.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung. (Kriegsgefahr) Praes[idium] 24.1.27

Genosse Bucharin:

Genossen, ich moechte Sie bitten, kein Referat von mir zu fordern, sondern nur einige einleitende Worte. Die erste grosse politische Frage, die vor uns steht, ist allen Genossen aus den Zeitungen bekannt. Wir haben fast einen Krieg gegen China,[2] eine grosszuegige Propaganda gegen uns in Verbindung mit einer Propaganda gegen die Sowjetunion und verschiedene diplomatische, teilweise auch militaerische Aktionen. Falls wir dieses Problem ueber den moeglichen Krieg diskutieren, so koennen wir die Frage nicht panikartig stellen, so z.B. dass wir sagen, im Fruehling kommt es zu

---

1 RGASPI, Moskau, 17/162/4, 45. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 132–133.

2 Seit den letzten Monaten des Jahres 1926 war die „revolutionäre Armee" des Kuomintang-Führers Tschiang Kai-Shek erfolgreich nach Norden vorgedrungen und stand am 19.2.1927 kurz vor Schanghai, wo die KP-dominierten Gewerkschaften einen Generalstreik proklamieren, der von General Li genauso blutig unterdrückt wurde, wie 1926 anlässlich des Massakers an hunderten von Kommunisten infolge des Staatsstreiches von Tschiang Kai-Shek in Kanton. Obwohl Bucharin hier die Gefahr bewaffneter Zusammenstöße sieht, besteht er gemeinsam mit Stalin weiterhin auf der Allianz der KP Chinas mit den nationalistischen Kräften – gegen die Warnungen der Vereinigten Opposition von Sinowjew und Trotzki (siehe: Pierre Broué: La question Chinoise dans l'Internationale communiste, Paris, EDI, 1965; Alexander Pantsov: The Bolsheviks and the Chinese Revolution 1919–1927, Richmond, Curzon Press, 2000).

einem Krieg mit den westeuropaeischen Maechten resp. mit Polen und Rumaenien.[3] Das kann man nicht behaupten und ich glaube, es waere eine Uebertreibung, so die Frage zu stellen, dass wir notwendigerweise im Fruehling einen Krieg haben werden. Ebenso kann man aber auch nicht sagen, dass schon eine geschlossene Front gegen uns da ist, ohne irgendwelche Reihungen usw. Andererseits wissen wir sehr gut nach der Linie verschiedener staatlicher Organe und Parteiorganisationen, sowie nach der Linie der KI., dass die Situation immer schaerfer wird. Die letzten Ereignisse in Litauen sind allen bekannt.[4] In Lettland ist ein Putsch in Vorbereitung.[5] Wir haben darueber einige Informationen in den Zeitungen gegeben. Wir sind sogar imstande, Details mitzuteilen, welche militaerischen, politischen und sonstigen Kraefte hinter diesem Putsch stehen. Sie wissen, dass wir in diesen Tagen einige Tatsachen publiziert haben. Es war ein Versuch eines Putsches in einem kleinen Masstabe, der von der Lettischen Regierung erdrosselt wurde. In der jetzigen Situation ist sogar die Sozialdemokratie Lettlands in einer panikartigen Stimmung. Sie kommen manchmal zu den Kommunisten und erzaehlen ueber die Vorbereitungen des Putsches usw.

Was Polen betrifft, so ist die Situation Ihnen allen klar. Hinter den Kulissen steht in erster Linie die englische Regierung, die jetzt aus allen Kraeften verschiedene Aktionen gegen uns vorbereitet. Was die diplomatischen Vertraege usw. betrifft, so wissen Sie, dass auch in allerletzter Zeit der franzoesisch-rumaenische Vertrag, der jetzt in der Presse mitgeteilt wird, eine militaerisch geheime Konvention enthaelt, eine geschlossene Seite dieses Vertrages.[6] Alles das sind die Symptome der Vorbereitung der Kraefte gegen uns. Manchmal fuehlt man diese Vorbereitungen auch nach der Richtlinie verschiedener Handelsangelegenheiten.

3 Obwohl beide Länder zu den „traditionellen" Feinden der Sowjetunion gehörten, gab es Anfang 1927 keinen konkreten Anlass, einen drohenden Krieg anzunehmen.

4 Ende 1928 wurde durch einen Militärputsch die litauische Verfassung aufgehoben, wonach der *Lietuvių tautininkų sąjunga* (Bund der Litauischen Nationalisten) eine Einparteienherrschaft antrat.

5 Ein Staatsstreich, der die Verfassung aufhob, erfolgte in Lettland erst im Mai 1934.

6 Am 10.6.1926 hatten Frankreich und Rumänien einen Freundschaftsvertrag geschlossen, der neben einem politischen und einem Schiedsvertrag ein Militärabkommen beinhaltete, das Rumänien in das gegen die Sowjetunion gerichtete Paktsystem der kleinen Entente integrierte. Frankreich sollte demnach, sollte die rumänische Unabhängigkeit bedroht sein, militärisch intervenieren, allerdings unter der Aufsicht des Völkerbunds. Siehe: Claudia-Valentina Gidea: Le Concept de sécurité dans le traité Franco-Roumain de 1926. In: *Romanian Review of International Studies* II (2010), No. 1, S. 41–52. http://dsi.institute.ubbcluj.ro/docs/revista/37_ro.pdf, 14.11.2012.

Im Zusammenhang damit steht die Kampagne ueber die „Sowjet-Granaten“[7] und ueber den „Block der russischen Regierung und der Reaktion in Deutschland“[8]. Ich weiss nicht, ob es zweckmaessig ist, hier zu berichten ueber verschiedene Details, ueber den Junkers-Vertrag usw. Allerdings kann ich konstatieren, dass wir so einen Vertrag gehabt haben und vielleicht auch haben werden, falls er fuer uns nuetzlich sein wird.[9] Ich glaube, dass, falls wir die Plaene unserer Defensive gegen diese Kampagne besprechen, so soll in erster Linie fuer uns klar sein, dass sie eine moralische und ideologische Unterstuetzung gegen diese Kriegsgefahren, die gegen uns bestehen, darstellen müssen.

Die Hauptfrage, unsere Strategie, muss in erster Linie besprochen werden. Ich glaube, dass wir in dieser Situation einen grossen politischen Agitationsplan ausarbeiten muessen. Zwei Sachen stehen m.E. im Zentrum der Betrachtung:

---

7 Am 5.12.1926 hatte der *Vorwärts* einen Artikel des *Manchester Guardian* unter dem Titel „Sowjetgranaten für Reichswehrgeschütze“ nachgedruckt, worin Details über die geheime Rüstungskooperation (Flugzeug- und Giftgasproduktion, Offiziersaustausch, Munitionslieferungen) zwischen Roter Armee und Reichswehr verlautbart wurden. Am 7.12.1926 brachte der *Vorwärts* einen weiteren Artikel über die Involvierung von Junkers in die Rüstungskooperation. Sowohl bei konservativ-nationalistischen Kräften als auch bei der KPD stießen diese Enthüllungen auf wütenden Widerstand. Am 16.12.1926 hielt Philipp Scheidemann im Reichstag eine Anklagerede gegen die Rüstungskooperation. Die Enthüllungen der SPD führten zum Sturz des Kabinetts Marx III infolge eines Misstrauensvotums sowie zur Kabinettsneubildung (Marx IV) (siehe: Zarusky: Die deutschen Sozialdemokraten, S. 198–208).

8 Die SPD legte in ihrer Berichterstattung über die „Granatenaffäre“ einen Schwerpunkt auf die Argumentation, nach der die Sowjetunion dadurch die deutsche Reaktion unterstütze. So hieß es etwa: „Waren die Gewehre, die in Sachsen, Thüringen, Hamburg auf kommunistische Arbeiter losgingen, etwa mit russischen Kugeln geladen?“ („Sowjetgranaten für Reichswehrgeschütze“. In: *Vorwärts*, 5.12.1926, zit. nach: Zarusky: Die deutschen Sozialdemokraten, S. 200).

9 Der Vertrag mit Junkers zum Flugzeugbau in der Sowjetunion wurde wenig später endgültig aufgelöst (siehe Politbüro-Beschluss vom 5.2.1927).

1. Dieser Kampf von unserer Seite gegen die Vorbereitung des Krieges[10] und andererseits die Kampagne zum 10. Jahrestag der Oktoberrevolution.[11] Diese zwei Kampagnen kann man gut vereinigen und auch die chinesische Frage kommt in Betracht, in wieweit wir sprechen ueber die Kriegsgefahr und verschiedene andere Auftreten der imperialistischen Maechte gegen die Kolonialvoelker.[12] Jetzt sollen wir schaerfer aus der Defensive wegen dieser Granaten-Offensive selbst zur Offensive uebergehen[13] und schaerfer auswerten die Stellung der Sozialdemokratie, Voelkerbundsliga,[14] der kapitalistischen Regierungen – und insbesondere der englischen Regierung – in erster Linie im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Krieges gegen uns und im Zusammenhang mit dem schon fast vorhandenen Kriege gegen die chinesische Revolution. Wir steigern diese Kampagne und dann, teilweise parallel und immer weiter steigernd, entwickeln wir die Kampagne fuer Sowjetrussland im Zusammenhang mit dem 10. Jahrestag.

Hier stehen vor uns ziemlich grosse Aufgaben. Wir muessen jetzt diese Frage ausarbeiten und dann nach einer Kampagne, teilweise waehrend dieser, eine andere haben, die immer sich steigert und steigert waehrend des Sommers und zum Jahrestag der Revolution werden wir vielleicht hier versuchen, einen Kongress der Freunde

10 Bereits ab Mitte 1926, verstärkt ab 1927 initiierten die VKP(b) und das EKKI diverse Kampagnen mit der Stoßrichtung „gegen die drohende Kriegsgefahr". Durch die Darstellung einer von allen Seiten akut bedrohten Sowjetunion sollten die Komintern-Sektionen und ihre Mitglieder noch stärker auf die Sowjetunion fokussiert und damit für sowjetische außenpolitische und nicht zuletzt geheimdienstliche Belange instrumentalisierbar gemacht werden. Die Entfachung einer Massenhysterie der „Kriegsgefahr", die keine Entsprechung in den internationalen Beziehungen hatte, diente verstärkt dazu, zur Durchsetzung des Paradigmas vom *Sozialismus in einem Land* „Jagd auf die Opposition zu machen und ihre physische Auslöschung vorzubereiten" (Trotzki). Die Fiktivität einer Kriegsgefahr für die Sowjetunion stellte Außenkommissar Čičerin noch 1929 gegenüber Stalin heraus (siehe Dok. 212). Siehe weiterführend: Bernhard H. Bayerlein: Nikolaj I. Bucharin an der Spitze der Kommunistischen Internationale. Eine Bestandsaufnahme anhand der Humbert-Droz-Archive. In: Theodor Bergmann, Gerd Schäfer (Hrsg.): „Liebling der Partei". Bucharin. Theoretiker des Sozialismus. Beiträge zum internationalen Bucharin-Symposium Wuppertal 1988, Marburg, VSA, 1989, S. 83–100; Manfred von Boetticher: Industrialisierungspolitik und Verteidigungskonzeption der UdSSR 1926–1930. Herausbildung des Stalinismus und ‚äußere Bedrohung', Düsseldorf, Droste, 1979; zu den „Kriegsgefahrkampagnen" in der Sowjetunion siehe zuletzt: A.V. Golubev: Sovetskoe obščestvo i „voennye trevogi" 1920–ch gg. In: *Otečestvennaja istorija* (2008), Nr. 1, S. 36–58.

11 Am 25.2.1927 beschloss das Politsekretariat der Komintern eine großangelegte Kampagne zum 10. Jahrestag der Oktoberrevolution (siehe Dok. 167). Nicht zuletzt sollte hiermit, gerade angesichts der in der linken und linksliberalen öffentlichen Meinung weithin akzeptierten Prinzipien der Verteidigung der Revolution und der Sowjetunion, die Doktrin vom „Sozialismus in einem Land" auf internationaler Ebene unterstützt werden (Bayerlein: Transnationale Netzwerke und internationale Revolution).

12 Neben dem Komitee gegen den Krieg in Nordafrika, dem Komitee gegen die Kolonialgreuel in Syrien, den Hände-Weg-von-China-Komitees erfolgte im März 1927 durch die Komintern die Gründung der *Liga gegen den Imperialismus*.

13 Instruktionen an die deutschen Kommunisten zur „Granatenkampagne" wurden im Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion formuliert (siehe Politbüro-Beschluss vom 24.2.1927).

14 Bucharin meint den Völkerbund, „*Ligue des nations*".

Russlands zu organisieren von verschiedenen Arbeiterelementen, kleinbuergerlichen Elementen usw., die eine gewisse Sympathie zu uns haben.[15]

Wir sollen hier nachdenken ueber den strategischen Plan dieser Kampagne, die auch nach der Linie der Kampagne fuer die Einheit der Gewerkschaften usw. geht, der ganze Fragenkomplex ist nach derselben Linie gerichtet, der Kampf gegen den Krieg, fuer Sowjetrussland, der Kampf fuer die Verteidigung der chinesischen Revolution, der Kampf gegen die Offensive des Kapitals, der Kampf fuer die Einheit der Arbeiterklasse, alles das ist ein Komplex, und ich glaube, man kann eine solche Kampagne gut entwickeln. Das sind kurze Worte zu dieser Frage. [...]



Vom Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion wurde am 24.1.1927 das Budget des EKKI für 1927 auf 4.482.094 Goldrubel in Valuta festgelegt. Das EKKI wurde ermächtigt, 25.000 Tscherwonzenrubel monatlich in Valuta umzutauschen. Das Valuta-Budget der Roten Gewerkschaftsinternationale wurde für 1926–1927 auf 550.000 Rubel festgelegt.[16]

Das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion befand in einem Beschluss vom 27.1.1927 die Einreise Savelij Litvinovs in die Sowjetunion für unzweckmäßig. Der leibliche Bruder des zukünftigen Außenkommissars Maksim Litvinov war als Mitarbeiter der Berliner Handelsvertretung 1926 nach undurchsichtigen Finanzgeschäften abgetaucht – nun war seine Rückkehr nicht mehr erwünscht. 1928 wurde er von der französischen Polizei verhaftet.[17]

Am 5.2.1927 beriet das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion über die Modalitäten der Liquidierung des Vertrags mit der Firma Junkers. Dem deutschen Rüstungsbetrieb sollte eine Kompensation von maximal 3,5 Millionen Rubel gezahlt werden. Die gemeinsame Fabrik in Fili bei Moskau sollte in Sowjetbesitz übergehen. Dem Beschluss vorausgegangen waren gescheiterte Verhandlungen der Sowjetregierung mit Junkers.[18] Ebenfalls am 5.2.1927 beschloss das russische Politbüro, die deutschen Bedingungen für die Liquidierung der deutsch-sowjetischen Scheinfirma Bersol AG zu akzeptieren. Danach sollten alle materiellen Güter an die sowjetische Seite übergehen, im Gegenzug verzichtete die sowjetische Seite auf Forderungen gegenüber der deutschen Seite.[19]

---

15 Als Höhepunkt der „Oktoberkampagne" fand am 10.–12.11.1927 im Anschluss an die Jubiläumsfeierlichkeiten ein internationaler Kongress in Moskau statt, auf dem 927 Delegierte aus allen Kontinenten offiziell 43 Länder vertraten. Auch wenn die Gründung des „Bundes der Freunde der Sowjetunion" erst im Mai 1928 erfolgte, wurde der Kongress im November im Nachhinein zum Gründungskongress der „Freunde der Sowjetunion" deklariert (Bayerlein: Transnationale Netzwerke und internationale Revolution; Im Zeichen von Hammer und Sichel. Protokoll des Kongresses der Freunde der Sowjetunion (10.–12. November 1927 in Moskau), Berlin, Verlag Die Einheit, 1928).

16 RGASPI, Moskau, 17/162/4, 50–51. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 429–430.

17 RGASPI, Moskau, 17/3/614, 5. Näheres zu dieser Affäre siehe: V.L. Genis: Delo Savelija Litvinova. In: *Voprosy istorii* (2000), Nr. 10, S. 98–112.

18 RGASPI, Moskau, 17/162/4, 57. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 135.

19 RGASPI, Moskau, 17/162/4, 57. Publ. in: Ibid., S. 136.

Am 24.2.1927 wurde in einem Beschluss des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion zur militärischen Zusammenarbeit mit Deutschland und zur „Granatenkampagne“ auch die KPD angesprochen. Wörtlich hieß es: „Angehört: 7.– *Über Deutschland.* (Gen. Krestinskij, Unšlicht, Litvinov). *Beschlossen:* 7.– a) Es für unerlässlich zu befinden, in Bezug auf die militärische Zusammenarbeit mit den Deutschen sich strikt auf das zu beschränken, was im legalen Rahmen zulässig ist. b) Der deutschen Kompartei zu empfehlen, sich bei der Kampagne zur Granatenfrage auf den politischen Aspekt der Angelegenheit zu konzentrieren, was jedoch die faktische Seite angeht, so [müssen sie] die Unwahrheit der Behauptungen, die Regierung der UdSSR hätte Granaten nach Deutschland geschickt, aufzeigen. c) Gen. Krestinskij zu beauftragen, auf der Grundlage des Meinungsaustauschs im Politbüro eine entsprechende Erklärung gegenüber der deutschen Regierung abzugeben. [...]“[20]

Dok. 167

Instruktionen des Politsekretariats der Komintern zur Kampagne zum 10. Jahrestag der Oktoberrevolution

Moskau, 25.2.1927

Typoskript in deutscher Sprache, Schweizerisches Bundesarchiv, Bern, J. II/94, 561. Erstveröffentlichung.

An die Sektionen der KI

W[erte] G[enossen].
Das Politsekretariat des EKKI hat in seiner Sitzung vom 25. Februar folgende Richtlinien für die Führung der Kampagne zum 10. Jahrestag der Oktoberrevolution beschlossen. Inhalt der Kampagne: Kampf gegen Imperialismus (Beispiel der Oktoberrevolution). Schutz des ersten Sowjetstaates gegen neue Interventionen. Aufklärung über Errungenschaften der proletarischen Revolution.

Charakter der Kampagnen. Lang andauernde Kampagnen in der Presse und Oeffentlichkeit. Ständige Steigerung von März bis November.[21] Zum 10. Jahrestag selbst grosse öffentliche Kundgebungen in allen Ländern. Innerparteiliche Aufklärungskampagnen (Parteischulen, Kurse, etc.) Durchführung der Kampagnen in den Ländern. Einleitung von unten. Zuerst Auftreten periphärer Organisationen. Anmerkung: Dies gilt besonders für die Delegationen nach Russland, die von überparteilichen Gruppen und Organisationen angeregt und vorbereitet werden sollen.[22] Schaffung besonderer Organisationen, wie „Klubs der Freunde des neuen Russland“ u.a. zur Vorbereitung

---

20 RGASPI, Moskau, 17/162/4, 67.

21 Die Oktoberrevolution 1917 begann am 7. November nach dem gregorianischen Kalender.

22 Gemeint sind die Delegationen westeuropäischer Arbeiter in die Sowjetunion („Arbeiterdelegationen“), die zu einem zentralen Bestandteil der „Oktoberkampagne“ wurden. Über 1500 Delegierte hatten als „Buchprüfer der europäischen Arbeiterklasse“ (Tomskij) bis November der Sowjetunion einen (minutiös geplanten) Besuch abgestattet (Hierzu u.a.: Remer: Die drei großen Arbeiterdelegationen).

an der Basis.[23] Später Zusammenfassung der periphären Initiativen in der Form von Landeskomitees zur Organisierung des 10. Jahrestages oder dergl. Besondere Rolle in der Vorbereitungsperiode fällt der I.A.H., der Liga gegen Kolonialunterdrückung[24] und dgl. Organisationen zu.

Im Laufe der Entwicklung der Kampagne sollen die Parteien als solche immer mehr in die Öffentlichkeit treten.

Leitung: In den Ländern: Zentralisierung bei der K.P. welche durch ihre Fraktionen die Aktionen der Nebenorganisationen koordinieren müssen.[25] Das Politsekretariat des EKKI wird die Tätigkeit der Nebenorganisationen durch periodische Besprechungen mit ihren Vertretungen koordinieren. Das Polit-Sekretariat des EKKI teilt ihnen mit, dass es mit dem Plan des Genossen Muenzenberg, betreffend die Förderung der Gründung von „Arbeiterklubs der Freunde des neuen Russland" durch die I.A.H., einverstanden ist und fordert die Parteien auf, dem Genossen Muenzenberg in dieser Tätigkeit jegliche Hilfe zu leisten. Wir verweisen auf die von der Massen-Kommission der VI. Erweiterten Exekutive ausgearbeiteten und vom Orgbuero des EKKI angenommenen „Leitsätze für die Arbeit in den sympathisierenden Massenorganisationen für spezielle Zwecke" hin, in denen über die Vereine der Arbeiterfreunde den neuen Russland spezielle Richtlinien gegeben sind.[26]

Das Polit-Sekretariat das EKKI fordert die Parteien auf, diese Kampagne zum 10. Jahrestag der Oktoberrevolution gut vorzubereiten, mit den Nebenorganisationen über ihre Aufgaben in dieser Kampagne zu sprechen, und noetige Anweisungen an die Fraktionen der Nebenorganisationen zu geben. Gleichzeitig teilen wir ihnen mit, dass wir durch den Genossen Muenzenberg die I.A.H. besonders aufgefordert haben, energisch an die Durchführung dieser Kampagnen heranzugehen.

23 Siehe hierzu Dok. 127a.

24 Im Februar 1926 wurde auf Initiative der Internationalen Arbeiterhilfe die „Liga gegen koloniale Unterdrückung" gegründet. Zentrale Aufgabe war die Einberufung eines antiimperialistischen Weltkongresses Anfang 1927, der am 10.–15.2.1927 in Brüssel abgehalten wurde. Die antiimperialistischen Aktivitäten zur Unterstützung der Freiheits- und Unabhängigkeitsbewegungen in den Kolonien, die 1926 mit ersten organisatorischen Verbindungen syrischer, algerischer (Rifkabylen), mozambikanischer, chinesischer, mexikanisch-karibischer und indischer Bewegungen ihren Augang nahmen, führten 1927 zur von Münzenberg weitgehend in eigener Regie und ohne grosse Abstimmung mit der Komintern betriebenen Gründung einer eigenen Antiimperialistischen Liga als internationale Massenorganisation. Siehe: Fredrik Petersson: Willi Münzenberg, the League against Imperialism, and the Comintern, 1925–1933, Queenston, Edwin Mellen Press, 2013; vgl. Mustafa Haikal: Die Kommunistische Internationale und die „Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit". In: Theodor Bergmann, Mario Keßler (Hrsg.): Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation. 1919–1943, München, Podium Progressiv, 1992, S. 239–252; Piazza: Die Liga gegen Imperialismus.

25 Die KP-Mitglieder mussten kommunistische Fraktionen in den (formell überparteilichen) Massenorganisationen bilden, worüber sie zu kontrollieren waren (siehe die entsprechenden Instruktionen Dok. 154).

26 Siehe Dok. 154.

Die Agit-Propabteilung des EKKI[27] ist beauftragt worden, ueber die einzelnen im Zusammenhang mit dieser Kampagne stehenden Fragen besondere Instruktionen an die Parteien zu senden. Sie wird den Parteien und Nebenorganisationen für die Presse und für ihre Kundgebungen liefern. Sie wird besondere Aufmerksamkeit auf die Lieferung von künstlerischem Agitationsmaterial (Filme, Plakate, Photografien usw.) lenken.

Mit Kommunistischem Gruss,
Sekretariat des EKKI [Jules] Humbert-Droz.

Dok. 168

Brief des sowjetischen Emissärs in Deutschland „Albert" [d.i. Vissarion Lominadze] an Stalin über die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Rotfrontkämpfern in Berlin

[Berlin], 27.3.1927

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 558/11/758, 52–56. Erstveröffentlichung.

S[treng] geheim.

Kopie des Briefes von Gen. Al'bert [d.i. Vissarion Lominadze] vom 27–3–27.[28]

1. Beim letzten Mal, als ich Ihnen über den Zusammenstoß der Faschisten und Kommunisten vom Sonntag, den 20. März, schrieb, kannte ich die Details dieser Angele-

27 Die Agitprop-Abteilung des EKKI (Leiter waren u.a. Béla Kun und David E. Petrovskij) entwickelte sich nach 1923 und besonders seit der Ausschaltung Sinowjews im Herbst 1926 vom Hilfsapparat zur Versorgung der ausländischen Parteipresse zum Leitungs- und Kontrollorgan in Fragen der ideologischen Begründung, Unterfütterung und Legitimation der Komintern-Aktivitäten im Bereich der Presse sowie des Verlags- und Schulungswesens. Die Angleichung der Komintern an die VKP(b) erfolgte unter dem Schlagwort der „ideologischen Bolschewisierung", im Zeichen des „Marxismus-Leninismus" und des Paradigmas des „Sozialismus in einem Lande". Der Aufbau von Agitprop-Apparaten bei den kommunistischen Parteien verknüpfte hierbei Theorie mit Organisation und Disziplinierungsaufgaben, häufig im Rahmen sogenannter „Massenkampagnen".

28 Der junge georgischstämmige Parteifunktionär Vissarion „Besso" Lominadze (1898–1934), der sich bereits mehrmals im Kampf gegen die Opposition hervorgetan hatte und zuletzt in der Leitung der Kommunistischen Jugend-Internationale tätig war, wurde von Stalin nicht zuletzt deswegen nach Deutschland entsandt, um die KPD zu entschiedeneren politischen Aktionen zu bewegen. Von Januar bis Mai 1927 hielt er sich – praktisch ohne Deutschkenntnisse – in Berlin auf; bereits seit 1922 eng mit Heinz Neumann befreundet, schrieb er einige Dutzend an Osip Pjatnitzki adressierte Berichte, die an Stalin und bisweilen auch an das gesamte Politbüro des ZK der VKP(b) weitergeleitet wurden. 1934 aus der Partei ausgeschlossen, begeht er kurz nach dem Kirov-Mord Selbstmord, um einer Verhaftung zu entgehen (siehe zur Charakterisierung als „Jungstalinist" oder "Stalins junger Wolf" Broué: Histoire de l'Internationale Communiste, S. 592f.; Buber-Neumann: Die erloschene Flamme, S. 149ff.).

genheit noch nicht und konnte Ihnen deswegen keine richtigen Angaben mitteilen (ich schrieb Ihnen am Montagmorgen und hatte nur eine Morgenzeitung zur Hand; die Details klärten sich erst gegen Abend). Ich schrieb Ihnen, dass die Faschisten keinen besonders glänzenden Sieg in Anspruch nehmen konnten, obwohl sie den Rotfrontkämpfern zahlenmäßig um das Doppelte überlegen waren. Jetzt wurde endgültig festgestellt, dass die Anzahl der Faschisten etwa 400–500 betrug, die der Rotfrontkämpfer nur 23. Auf 20 Verwundete, die ins Krankenhaus eingeliefert wurden, kamen nur zwei Faschisten. Der Rest sind die Unsrigen. Der Vorfall spielte sich folgendermaßen ab. Die Rotfrontkämpfer-Kapelle machte sich am Sonntag auf nach Trebin.[29] Dort fielen unsere Jungs über eine kleine Gruppe Faschisten her und zerrieben sie gewaltig. Auf dem Rückweg wurden die Rotfrontkämpfer in Lichterfelde von einem nun größeren faschistischen Trupp empfangen, der den Zug attackierte, mit dem die Rotfrontkämpfer fuhren. Die Faschisten hielten den Zug auf, indem sie alle Bremsen zogen. Die Frontkämpfer verbarrikadierten sich im Waggon. Die Faschisten versuchten durch Fenster, Dach und Türen in den Waggon zu gelangen. Der erste Schuss kam aus den Reihen der Rotfrontkämpfer (darüber wissen jedoch nur wir Bescheid; die Polizei und die gesamte Presse beschuldigen die Faschisten des Angriffes und der *Schießerei*); dadurch wurde ein Faschist schwer verwundet. Die Faschisten antworteten natürlich ebenfalls mit Schüssen. In den Waggon konnten sie erst gelangen, nachdem die Frontkämpfer ihre letzte Patrone verschossen hatten. Von da an begann die Abrechnung. Zur Ehre der Genossen muss gesagt werden, dass sie sich heroisch verteidigt haben. Alle sind davon überzeugt, dass wenn die Kommunisten wenigstens dreimal so viele gewesen wären, die Sache für die Faschisten schlecht ausgegangen wäre.

Welches Echo der Angriff der Faschisten am helllichten Tag bei den Berliner Arbeitern gefunden hat, konnte man am Dienstag, dem 22. Mai sehen. An diesem Tag fand in Charlottenburg eine Demonstration statt. Der Ort der Demonstration – bürgerlicher Stadtrand – ist eine Hochburg der Faschisten. Man erwartete, dass fünf-, höchstens zehntausend Arbeiter kommen würden. An der Demonstration nahmen jedoch tatsächlich mindestens 30.000 Menschen teil. Und ich spreche dabei nicht einmal von den vielen Tausenden von Arbeitern mit Frauen und Kindern, die die Demonstration an jedem Häuserblock während des ganzen Demonstrationszuges begleiteten. Die Polizei war in Unmengen vertreten. Noch vor Beginn der Kundgebung hatte es bereits zwei größere Zusammenstöße mit der Polizei gegeben. Einer in Weber-Wejc,[30] wo ein Rotfrontkämpfer auch als Erster geschossen hatte (wie die Parteiinstanz feststellen konnte). Allerdings hat sich die Polizei dort frech und provokant verhalten. Als die Polizisten (um die 14–16 Mann) mit Schüssen antworten wollten, wurden sie von der Menge überrollt, entwaffnet und verprügelt. Daraufhin kam ihnen ein größerer Polizeitrupp (an die 60 Mann) zu Hilfe, der das Feuer auf die Demonstranten eröff-

29 Trebin, d.i. vermutlich Trebendorf, sorb. Trjebin, sächsische Gemeinde im Landkreis Görlitz.
30 Weber-Wejc, vermutlich die „Weberwiese“, ein Platz bzw. Park im Berliner Bezirk Friedrichshain.

nete. Hier wurden ein parteiloser Arbeiter ermordet und viele verwundet. Der zweite Zusammenstoß geschah in einem anderen Stadtviertel. Auf die Arbeiter wurde nicht geschossen, doch sie wurden mit den flachen Seiten der Säbel und mit Gummiknüppeln geschlagen. Hier lag die Initiative bereits vollständig auf Seiten der Polizei. Hier wurde auch Thälmann durch Gummiknüppel verwundet. Tatsächlich bekam Thälmann aufgrund eines Missverständnisses von den eigenen Leuten Schläge ab, doch darüber sprechen wir und schreiben wir nicht öffentlich. Auf der Kundgebung trat Thälmann schon mit einer blutenden Wunde auf. Die Genossen, die beim Zusammenstoß neben ihm waren, erzählen, dass er wie ein Besessener gekämpft habe. Leider war es mir nicht beschieden, Zeuge dieser beiden größeren Zusammenstöße zu sein. Ich befand mich zu dieser Zeit am anderen Ende des Demonstrationszuges. Die Kundgebung verlief hervorragend. Eine solche erboste, kämpferische, ja fast schon von wilder Rohheit geprägte Stimmung bei den Arbeitern wie an diesem Tag habe ich in Deutschland noch nie gesehen. Nicht umsonst sprach der *Vorwärts* am nächsten Tag mit kaum verborgener Furcht vom ungezügelten „Pöbel" ([das sind unsere] Gen.). Die Rotfrontkämpfer hielten sich sehr diszipliniert. Ich war Zeuge eines dritten Zusammenstoßes, schon nach der Kundgebung. Als die Polizei anfing, scharf zu schießen – zuerst in die Luft, dann teilweise auch in die Menge (in die Beine, um niemanden schwer zu verletzen) –, rannten alle davon außer den Rotfrontkämpfern. Sie standen wie eine Mauer. Nur die jüngsten von ihnen liefen auf den Bürgersteig, der ganze Demonstrationszug jedoch rührte sich nicht einmal von der Stelle. Die Ausdauer der Rotfrontkämpfer übte eine unmittelbare Wirkung auf die „Mitläufer" aus, und diese kehrten in den Demonstrationszug zurück. 6 Schwerverletzte, davon zwei verstorben, ein Dutzend mit ernsthaften Verwundungen, an die 30 Mann Leichtverletzte – das ist die Bilanz des Massakers der Polizei an diesem Abend. Ich spreche gar nicht erst von den vielen Dutzenden, denen Gummiknüppel und Säbelhiebe zugesetzt haben – von ihnen gibt es über hundert! Und trotz allem hat dies nicht die Arbeitermasse verschreckt, sondern sie umso mehr erzürnt. Überhaupt war es eine seltene und außergewöhnliche Demonstration. Alle hätten hören sollen, wie Tausende Arbeiter wie aus einer Kehle „Rache Rache Rache" riefen.[31] Der riesige Aufmarsch wurde von Fackeln erleuchtet (die Demonstration lief von 8 bis 11 Uhr [abends]), untermalt vom Getöse der Trommeln und den erzürnten Schreien der Massen, und wurde alle 10–15 Minuten mal von Schusswechseln, mal von kleineren Zusammenstößen unterbrochen. Vielleicht denken Sie, ich würde mich von Demonstrationen zu sehr hinreißen lassen, doch ist dies wirklich unwahr. Am zweiten Tag war die gesamte Presse voll von tendenziösen und panischen Erzählungen über die Geschehnisse. Aber das wissen Sie bereits selbst, also werde ich nicht von den Pressestimmen und dem Auftritt des s[ozial-]d[emokratischen] Ministers Grzesinski im Landtag schreiben.[32] Am Donners-

31 „Rache Rache Rache" in deutscher Sprache handschriftlich eingefügt.

32 Albert Grzesinski war seit 1926 als Nachfolger von Carl Severing preußischer Innenminister (bis Februar 1930).

tag wurde eine neue Demonstration veranstaltet. [...] Manche russische Genossen, die *nicht* auf der Demonstration gewesen sind, sagten mir, dass das ZK mit den vielen Demonstrationen Missbrauch treibe usw.[33] Im Allgemeinen mag das richtig sein. In diesem Fall jedoch war es schon eine Frage der Ehre für die kommunistische Partei, nach dem Polizeigemetzel am Dienstag auf die Straße zu gehen. Lassen sich die Kommunisten Angst einjagen und terrorisieren? So stellte sich die Frage. Und die Demonstration am Donnerstag gab darauf die entschiedenste, überzeugendste Antwort.

Am selben Tag nahmen sich die Faschisten vor, *ihre eigene* Demonstration in Tempelhof durchzuführen. Das Resultat war ziemlich kläglich. Erstens haben sie statt der Demonstration eine Versammlung in irgendeiner Kneipe abgehalten. Zweitens wagte es kein einziger Faschist, diese Versammlung in Uniform zu besuchen! Drittens erschienen von ihnen nur 80 Leute!! Viertens hielten sie ihre Versammlung unter dem Schutz von sieben riesigen Polizeilastwagen ab, die den Verkehr auf der Straße blockierten. Als Resultat verblich der Ruhm der Faschisten ziemlich schnell. Das Ansehen unserer Partei, das Vertrauen in sie und der Respekt vor ihr wuchsen in diesen Tagen zweifellos. *Die Rote Fahne* kann man in den letzten Tagen nirgendwo erhalten, die Auflage ist bereits am frühen Morgen vergriffen (unsere Verleger jedoch können die Auflage um mehr als 5.000 aus irgendwelchen „technischen" Gründen nicht erhöhen), die Auflage der *Welt am Abend*[34] stieg in diesen Tagen auf 12.000 an. Gestern gab es einen Rekrutierungstag der Rotfrontkämpfer. Ich kenne die Ergebnisse noch nicht, bin mir jedoch sicher, dass die Rekrutierung gut verlief.

Diese ganze Geschichte schuf eine gute Basis für die *politische* Vorbereitung des 7.–8. Mai.[35] In Berlin sowie in einem der Provinzbezirke wandten sich unsere Parteiorganisationen an die lokalen s[ozial]-d[emokraten] und gewerkschaftlichen Organisationen zwecks einer gemeinsamen Aktion am 7.–8. Mai. In der Provinz (ich glaube, in Halle), wurde dieser Vorschlag abgelehnt. Er wird auch in Berlin abgelehnt werden. Doch ist dies ein richtiger taktischer Schritt unsererseits. Von einer solchen Anwendung der Einheitsfronttaktik können wir nur profitieren. [...]

33 Gleichzeitig mit Lominadze hielten sich u.a. die hohen sowjetischen Funktionäre Kuusinen, Stasova und zeitweise Manuilski verdeckt in Deutschland auf.

34 Die *Welt am Abend* erschien als ein weiterer Baustein des „Münzenberg-Konzerns" als Tageszeitung mit Boulevardcharakter in Berlin von 1922 bis Februar 1933 und erreichte um 1926 eine Auflage von über 100.000. Das Blatt enthielt neben einem großen Kulturteil die Sonntagsbeilage „Film und Radio". Feuilletonchef war Kurt Kersten. Später erschien als Parallelausgabe die *Welt am Morgen* (Chefredakteur Bruno Frei).

35 Am 7. und 8.5.1927 fanden in Berlin unter Führung der KPD trotz eines Verbotes des Polizeipräsidenten Karl Zörgiebel (SPD) große Gegendemonstrationen gegen ein Treffen des „Stahlhelm" statt. Anlässlich des Pfingsttreffens des RFB eine Woche später liess Ernst Thälmann den „Eid der Hunderttausende" schwören, „stets und immer ein Soldat der Revolution zu bleiben und stets und immer für die Sowjetunion und die siegreiche Weltrevolution zu kämpfen".

2) Sie können sich selbst vorstellen, wie schwer es ist, hier zu arbeiten, ohne von Ihnen Anweisungen *jeglicher Art* zu sehr wichtigen und *strittigen* Fragen zu erhalten. Ich kenne immer noch nicht Ihre Meinung zur Losung der „Arbeiterkontrolle".[36] [...]

Ich bitte sehr darum, Briefe weder zu chiffrieren noch zu kodieren – ich lese sie im Büro, es gibt also keinerlei Gefahr der Aufdeckung. Und da die Post montags ankommt und abgeht, fehlt die Zeit für die Dechiffrierung völlig, und ich muss sinngemäß erraten, um was es geht.

Für die Richtigkeit: T.K.



Am 31.3.1927 nahm das Politbüro der KP der Sowjetunion die Einladung der deutschen Regierung an, russische Naturwissenschaftler zu einer „Begegnungswoche" nach Berlin zu entsenden. Der deutsche Botschafter in Moskau hatte eine Liste der Forscher übergeben, die die Regierung gerne in Berlin begrüßen würde, auch kam sie für sämtliche Kosten auf. Vermutlich handelte es sich dabei um die „Russische Naturforscherwoche" in Berlin, die im Rahmen der Deutschen Chemischen Gesellschaft Ende Juni 1927 durchgeführt wurde. Dabei sollte das Verhalten der Wissenschaftler im Ausland strengstens von der GPU überwacht werden.[37]

Dok. 169

Eindrücke des Emissärs Lominadze an Stalin von einer Kundgebung der KPD im Berliner Sportpalast

[Berlin], 11.4.1927

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/758, 74–75. Erstveröffentlichung.

An Gen. Stalin.

STRENG GEHEIM.

KOPIE DES BRIEFES von Gen. *Albert [d.i. Lominadze] vom 11.4.27.*[38]

Ich bin gezwungen, meine Bitte nochmals zu wiederholen, Ihre Briefe an mich nicht zu chiffrieren. Die Post von hier geht an demselben Tag heraus, an dem sie aus Moskau ankommt. Bis Ihr Brief dechiffriert wird, vergeht sehr viel Zeit. So habe ich heute zum Beispiel nur eine halbe Stunde, um Ihnen zu antworten.

36 Die Arbeiterkontrolle war Anfang der zwanziger Jahre ein Übergangskonzept der KPD zur Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter in den Betrieben und über die Banken. In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre wurde die Forderung abgeschwächt, auch die „Produktionskontrolle" wurde als „reformistisch" abgelehnt (siehe Dok. 170).

37 RGASPI, Moskau, 17/3/626, 2; 17/162/4, 91. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, II, Dok. 23.

38 Kursivierte Passage handschriftlich. „Albert" ist über einem geschwärzten Namen als Korrektur ausgeführt. Rechts neben der Passage Stempel: „2472 * 14.IV.1927".

Ich versuche, das wichtigste von dem darzulegen, was ich heute vorhatte, an Sie zu schreiben.

1) Robert [d.i. Karl Volk] hatte auf der Sitzung des Präsidiums des EKKI angesichts der zahlenmäßigen Kräfte der faschistischen Organisationen Verwirrung gestiftet. Ich schicke Ihnen zwei Dokumente: den Vortrag Neumanns auf der Sitzung des Berliner Komitees[39] und den Bericht der Informationsabteilung des ZK [der KPD]. Die Kräfte des „Stahlhelm" belaufen sich auf höchstens 500.000.[40] Die Arbeiter stellen in dieser Organisation 50–60 Prozent. Dies sind jedoch in der Hauptsache Landarbeiter. Ich würde dazu raten, beide Dokumente ins Russische zu übersetzen, um auch den russischen Genossen die Möglichkeit zu geben, sich mit diesen Materialien bekannt zu machen.

2) Letzten Dienstag gab es eine große Kundgebung im Sportpalast.[41] Auf der Kundgebung erschienen mindestens zwanzigtausend Arbeiter. Die Stimmung war *anfangs* außerordentlich gut – kämpferisch, aufgewühlt. Leider haben jedoch die Leiter der Kundgebung alles getan, um diese Stimmung zu kippen und zu verderben. Thälmann erschien 1¾ Stunden zu spät auf der Kundgebung. Pieck, der Vorsitzende der Kundgebung, wartete ungefähr eine Stunde auf ihn, fing dann selbst an zu reden, und sprach eine ¾ Stunde, bis Thälmann schließlich auftauchte. Thälmann hielt ebenfalls eine 45 Minuten lange Rede. Das Auditorium wurde schrecklich müde. Ein Teil der Arbeiter fing an zu gehen. Nach Thälmann sprachen noch 5 Redner (von denen nur Münzenberg und Esche [Eiche, d.i. Walter Ulbricht?] gut und mit Begeisterung sprachen), es wurden 5 oder 6 Resolutionen vorgelesen und zur Abstimmung gebracht, wonach Thälmann das Schlusswort ergriff. Seine abschließende Rede dauerte um die 40 Minuten und löste eine schier unvorstellbare Langeweile beim Publikum aus. Alle Begeisterung ging zum Teufel. Das Volk verließ massenhaft die Kundgebung, was es, wie man sagt, vorher noch nie gegeben hatte. Das war ein gewaltiger und schwerer Schlag für die Partei. Man sagt, dass die parteilosen Arbeiter mit der Kundgebung zufrieden waren, dagegen waren ausnahmslos alle Parteimitglieder, die ich gesehen hatte, außer sich vor Wut. Auf Thälmann prasselten von allen Seiten Vorwürfe nieder. Der Leiter der Orgabteilung des Berliner Komitees Pfeifert [d.i. Hans Walter Pfeiffer] schrieb einen Brief, in dem er Thälmann vorwarf, er sei hochnäsig und aufgeblasen geworden, hätte das Verantwortungsgefühl für die Massen verloren, würde sich überall vordrängeln etc. Wir haben Pfeifert gezwungen, diesen Brief zurückzuneh-

39 Berliner Komitee: Möglicherweise des Internationalen Komitees der Freunde Sowjetrusslands.

40 Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, 1918 von Franz Seldte als Vertretungsorganisation aller Frontsoldaten in Magdeburg gegründet, wurde der gegen die Weimarer Republik gerichtete paramilitärische Verband mit ca. einer halben Million Mitgliedern 1930 zum größten Wehrverband der Weimarer Republik. Ab 1931 gehörte er der „Harzburger Front" an, nach 1933 wurde er in die SA überführt bzw. aufgelöst.

41 Der 1909/1910 in Berlin-Schöneberg erbaute „Sportpalast" in der Potsdamer Straße im Bezirk Schöneberg diente nicht nur als Sportarena, sondern auch als beliebter Kundgebungsort aller großen Parteien der Weimarer Republik (1973 abgerissen).

men. Dennoch ist vieles von dem, was er Teddy vorgeworfen hatte, wahr, und letzterer hat es selbst zugegeben. Der Vorwurf Pfeiferts wegen der Ehrsucht etc. ist natürlich übertrieben. Aber etwas davon ist trotzdem bei Thälmann vorhanden. Ich denke, an Thälmann wird die Lehrstunde dieser Kundgebung nicht spurlos vorübergehen.

Ich schreibe darüber so ausführlich, trotz Zeitmangels, da diese Geschichte um die Kundgebung ein grelles Licht auf die Versäumnisse der Partei wirft. Die Partei ist nicht fähig und hat nicht die Kraft dazu, den gewaltigen Aufschwung der Massen, so wie er vorhanden ist, zu nutzen und in eine richtige Bahn zu lenken. In der Partei gibt es keine Führer, die sowohl für die Partei- wie auch für die parteilosen Massen anerkannte Autoritäten wären. Jeder kleine Fehler der Führung (wie die Verspätung auf der Kundgebung um 1¾ Stunden oder lange, langweilige, ermüdende Reden) verwandelt sich unter diesen Bedingungen in ein großes Minus für die Partei als Ganzes. Schleunigst müssen die Lehren aus dieser missglückten Kundgebung gezogen und verinnerlicht werden.

Unsere Direktiven über die Protestdemonstrationen in der Provinz sind bis jetzt noch nicht ausgeführt worden. Am Donnerstag haben wir vor, Demonstrationen für China und die UdSSR in allen großen Städten Deutschlands zu veranstalten.[42] Wo dies möglich sein wird, werden wir Demonstrationen auch vor den (englischen und amerikanischen) Konsulaten abhalten. Die Presse führt die Kampagne bedeutend besser. Darüber, wie die Kampagne in den Fabriken durchgeführt wird, gibt es noch keine Angaben. Ihre Instruktionen werden wir zur Kenntnis nehmen.

3) Das Telegramm über die Konferenz der ZK-Vertreter und der Parlamentsfraktionen der fünf Parteien habe ich heute zeitgleich mit Ihrem Brief erhalten.[43] Die Konferenz werden wir auf den 20. April ansetzen. Die Vertreter der KP Frankreichs, Englands u.a. werden von uns Geld verlangen. Ich werde nicht eine Kopeke dieser Ausgaben persönlich verantworten. Um diese Ausgaben müssen Sie sich schon selbst kümmern.

Heute wird Münzenberg einen Aufruf im Namen der Liga [gegen Imperialismus] anlässlich der Chin[esischen] Ereignisse verfassen. Der Aufruf wird morgen veröffentlicht. Lansbury werden wir um seine Zustimmung schon nicht mehr fragen.[44] Vielleicht wird dies zu einem Konflikt mit ihm führen, aber da kann man nichts machen. Die Liga braucht dringend Geld. Wenn Sie sich schon dazu entschieden haben, eine Organisation, die nach Meinung aller russischen Genossen eine „großartige Zukunft“ hat, *in einem solchen Moment* mit weniger als 500 Dollar monatlich zu fördern, dann

42 Lominadze lag sehr viel daran, die Solidaritätskampagne mit China in der KPD umzusetzen. Am 7.4.1927 empörte er sich in einem Brief an Stalin, *Die Rote Fahne* nehme China zu wenig in den Fokus: „Die chinesischen Ereignisse sind wichtiger als jeder Zusammenstoß mit den Faschisten.“ (RGASPI, Moskau, 558/11/758, 59–63).

43 Über diese Konferenz ist bisher nichts bekannt, es ist fraglich, ob sie stattfand.

44 George Lansbury (1859–1940) war ein pazifistischer und theosophischer britischer Labour-Politiker, zeitweise Parteivorsitzender, der die Internationale Arbeiterhilfe und Willi Münzenberg unterstützte.

bitte ich Sie sehr, doch zumindest ihre Schulden beim deutschen ZK in Höhe von 4.000 Mark vollständig zu decken. Sonst wird die Liga alle ihre Mittel sofort dem ZK [der KP] Deutschlands übergeben müssen, um ihre Schulden zu tilgen, und ohne Geld, [nur] vom Geist [angetrieben], ist die Liga selbstverständlich nicht in der Lage, eine Kampagne in Europa durchzuführen.

Ihre Mitteilung über den Beschluss zu Braun [d.i. Arthur Ewert] ist zur Kenntnis genommen worden.[45] [...]

Ich würde ebenfalls darauf bestehen, dass die K.I. 4.000 Mark monatlich für die Arbeit einer Telegraphenagentur aufwenden würde, die man hier einrichten könnte und die die gesamte deutsche, und vielleicht auch einen Teil der europäischen Presse mit *unseren* Informationen versorgen könnte.[46] [...] Ich wiederhole meinen Vorschlag, diese Sache Münzenberg anzuvertrauen. Was man auch über ihn sagen mag, auf diesem Gebiet ist er ein Meister und könnte diese Sache, die eine wahrhaft gigantische Bedeutung hat, aufziehen.

Ich komme zum Schluss. Keine Zeit mehr zu schreiben.

Anbei sende ich einen interessanten Überblick über die Wirtschaftslage in Deutschland.

Für die Richtigkeit: Kachovskaja.



Das Politbüro der KP der Sowjetunion beschloss am 30.4.1927 Direktiven an die russische Delegation zur Internationalen Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes in Genf (Mai 1927), auf der internationale Maßnahmen zur Überwindung der Krisenentwicklung und der zwischenstaatlichen wirtschaftlichen Barrieren verhandelt werden sollten. Die Delegation sollte den Imperialismus kritisieren und das sozialistische Wirtschaftssystem dem kapitalistischen gegenüber stellen. Gleichzeitig sollte sie jedoch deutlich machen, dass diese fundamentalen Unterschiede einer praktischen Zusammenarbeit mit „bürgerlichen" Staaten wie Deutschland und Frankreich nicht im Wege stünden.[47]

---

45 Vermutlich der Beschluss, Ewert, der vom XI. Parteitag im März 1927 in das ZK gewählt worden war, als Vertreter der „Mittelgruppe" in das Politbüro und neben Thälmann, Dengel und Meyer in das Politsekretariat der KPD zu berufen.

46 Ein Beschluss zur Gründung einer Berliner Außenstelle der kominterneigenen Presseagentur unter der Bezeichnung „Inprekorr" (später „Supress"), die auch Telegramme, operatives Material und Presse verteilte, wurde am 8.11.1926 gefasst (Bayerlein: Das neue Babylon, S. 239; id.: Transnationale Netzwerke und internationale Revolution).

47 RGASPI, Moskau, 17/162/4, 142–147. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 142–147.

Dok. 170

Aus dem Geheimprotokoll der Sitzung der russischen und deutschen Delegation des 8. EKKI-Plenums zur Festlegung der KPD-Politik

[Moskau], 25.5.1927

Typoskript in russischer Sprache, RGASPI, Moskau, 508/1/52, 1–3. Erstveröffentlichung.

1 Ex. gesandt an Gen. STALIN.
1 [Ex.] vernichtet.

VÖLLIG GEHEIM.

PROTOKOLL Nr. 6
DER SITZUNG DER RUSSISCHEN UND DEUTSCHEN DELEGATIONEN DES PLENUMS DES EKKI[48]
Vom 25.5.27.

Anwesend von der KPD: Thälmann,[49] Braun [d.i. Ewert], Remmele, Heckert, Geschke, Neumann, Münzenberg;
Von der VKP: Stalin, Bucharin, Rykov, Manuilski, Pjatnitzki, Kuusinen, Lominadze, Šackin.

Tagesordnung:

1) Über die linken S[ozial]-D[emokraten].
2) Bürgerliche Rationalisierung und Produktionskontrolle.
3) Innerparteiliche Lage in der KPD.
4) Bruch mit England und Kriegsgefahr.
5) Verhältnis zur Opposition in der VKP(b).

---

48 Das 8. EKKI-Plenum, Moskau (18.–30.5.1927) fand unter Bedingungen einer (zumeist selbst produzierten) äußeren Bedrohung sowie wachsenden Legitimationsschwierigkeiten der Stalin-Bucharinschen Kominternführung statt. Kurz zuvor hatte Großbritannien infolge der Durchsuchung der sowjetischen Handelsvertretung und angeblich dort gefundener Beweise für eine Spionagetätigkeit der Angestellten die Beziehungen zur Sowjetunion abgebrochen. Haupttagesordnungspunkte waren die internationale Kampagne gegen die Kriegsgefahr, die (zu beschleunigende) Revolution in China und das trotz der Krise und des Zurückweichens des TUC weiterhin verteidigte Anglo-Russische Gewerkschaftskomitee. Um der Opposition, die nur durch Trotzki und Vojislav Vujović vertreten war, die beide des Öfteren niedergeschrien wurden, keine Plattform liefern zu müssen, wurde ein Protokoll erstmals nicht publiziert, nur die Stalin-Rede zur chinesischen Frage, der Bericht Bucharins im Namen der russischen Delegation sowie die Thesen des Plenums über die Kriegsgefahr wurden veröffentlicht (siehe: Kahan: Bibliography of the Communist International, S. 219–222).

49 Auf dem EKKI-Plenum trat Thälmann als schärfster Kritiker Trotzkis und der Linken Opposition auf, im Namen Stalins und Bucharins.

6) Über die Vertretung der KPD im EKKI.[50]
7) Über die Tätigkeit des Gen. Lominadze.

Angehört: 1. Über die linken S[ozial]-D[emokraten].

Beschlossen: 1. Die Linie der KPD in Bezug auf die linken S[ozial]-D[emokraten] für richtig zu befinden.

In Kriegszeiten ist eine Einheitsfront mit den linken S[ozial]-D[emokraten] möglich, falls sie mit den rechten S[ozial]-D[emokraten] brechen und sich der Disziplin der rechten S[ozial]-D[emokraten] nicht unterwerfen.

[Angehört:] 2. Bürgerliche Rationalisierung und Produktionskontrolle.

[Beschlossen:] 2. Die KPD muss gegenwärtig gegen die Losung der Kontrolle der Produktion auftreten.[51] Eine solche Losung kann nur in Zeiten revolutionärer Erhebung proklamiert werden.

Die KPD sollte die Vorschläge der S[ozial]-D[emokraten] und der bürgerlichen Parteien über das Streichholzmonopol oder die Nationalisierung des einen oder anderen Industriezweigs unterstützen, denn für die Arbeiterklasse ist es unerheblich, ob sich der gegebene Industriezweig in den Händen einzelner Kapitalisten oder in den Händen des kapitalistischen Staates, also einer Gruppe von Kapitalisten, befindet.[52]

Die Munizipalisierung einzelner Betriebe kann von der KPD unterstützt werden.

[Angehört:] 3. Innerparteiliche Lage der KPD.

[Beschlossen:] 3. Den Kampf gegen die Maslow-Anhänger innerhalb der KPD zu verstärken, bis hin zum Ausschluss. Dabei soll man sich jedoch nicht auf Organisationsmaßnahmen beschränken, [sondern] einen ideologischen Kampf gegen sie führen und ihn mit der gegenwärtigen Lage und dem Verhältnis zur VKP(b) verbinden.

---

50 Im Original heißt es „VKP“, allerdings geht es in dem Punkt um die KPD.

51 Die u.a von Brandler, Thalheimer und Trotzki erhobene Forderung nach Produktionskontrolle gehörte zu den seitens der Linken in der KPD grundsätzlich abgelehnten „Übergangsforderungen“. Trotzki schrieb dazu: „Die Arbeiterproduktionskontrolle kann der Bourgeoisie vom Proletariat nur auf dem Weg zur Eroberung der Macht und damit der Produktionsmittel gewaltsam aufgezwungen werden. Somit kann das Regime der Arbeiterkontrolle nur ein provisorisches, ein Übergangsregime sein und nur der Periode der Erschütterung des bürgerlichen Staates, der proletarischen Offensive und des Zurückweichens der Bourgeoisie entsprechen, das heißt: der Periode der proletarischen Revolution im weitesten Sinne des Wortes.“ Über Arbeiterkontrolle der Produktion. Brief an Genossen, 20. August 1931.

52 Das 1930 eingeführte Zündmittelmonopol war allerdings *de facto* eine Maßnahme zur Förderung des schwedischen Unternehmers und Spekulanten Ivar Kreuger („Zündholzkönig“), der gegen Millionenkredite an die Regierung für 53 Jahre eine Absatzgarantie von 65% der in Deutschland verkauften Zündhölzer erhielt. Der Zusammenbruch seines Imperiums 1932 trug zur Verschärfung der Wirtschaftskrise bei.

Was die Rechten angeht, so sollte man die Beratungen mit ihnen vor den ZK-Sitzungen einstellen, es empfiehlt sich jedoch nicht, Gen. Böttcher auszuschließen.[53]

[Angehört:] 4. Möglichkeit eines Bruchs mit England,[54] die Kriegsgefahren und die von der VKP unternommenen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Kriegsgefahr.

[Beschlossen:] 4. Die Information der Mitglieder der Delegation der VKP im EKKI zur Kenntnis zu nehmen.

[Angehört:] 5. Verhältnis zur Opposition in der VKP(b).

[Beschlossen:] 5. Es wäre ratsam, auf Initiative der Delegationen der Bruderparteien in das EKKI eine Resolution gegen die Opposition einzubringen, in der ungefähr folgendes enthalten sein muss: [...] Formen des Auftritts der Opposition in der VKP auf dem Plenum [...] des EKKI sind in einem solchen Augenblick unwürdig, sich M[itglieder?] des EKKI zu nennen. Eine solche Resolution sollte man nur in dem Fall einbringen, dass sie ohne jeglichen Druck angenommen werden kann.[55]

[Angehört:] 6. Über die Vertretung der KPD im EKKI.

[Beschlossen:] 6. Den Verbleib Brauns [...] für wünschenswert zu erachten. Diese Frage muss das ZK der KPD endgültig klären.[56]

---

53 Paul Böttcher war zwar auf dem XI. Parteitag nicht ins ZK wiedergewählt worden, blieb jedoch Vorsitzender der KPD-Landtagsfraktion in Sachsen und Mitglied der Bezirksleitung Westsachsen.

54 Nach einer Durchsuchung der sowjetischen Handelsvertretung, in der auch die *All Russian Cooperative Society* (ARCOS) untergebracht war, am 12.5.1927, bei der nach britischer Darstellung Belege für eine Agententätigkeit seitens ihrer Angestellten aufgefunden wurden („ARCOS-Affaire"), hatte die konservative Regierung Baldwin (Außenminister Chamberlain) am 24.5.1927 den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der UdSSR verkündet. Die Begründung waren „Militärspionage und subversive Aktivitäten im gesamten britischen Empire sowie Nord- und Südamerika". Erwartete zentrale Dokumente aus dem War Office wurden jedoch nicht gefunden. Siehe hierzu den Beschluss des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion vom 26.5.1927 (vgl.: Documents Illustrating the Hostile Activities of the Soviet Government and the Third International against Great Britain. London: HM Stationery Office, 1927; Harriette Flory: The Arcos Raid and the Rupture of Anglo-Soviet Relations, 1927. In: *Journal of Contemporary History* 12 (1977), No. 4, S. 707–723).

55 Eine entsprechende auf den 30.5.1927 datierte Resolution „(...) über das Auftreten der Genossen Trotzki und Wujowitsch auf der Plenartagung des EKKI" wurde verabschiedet. Sie war auf den Ausschluss der beiden Repräsentanten aus dem EKKI gerichtet, der maßgeblich auf Stalins Drängen durch einen Beschluss der Internationalen Kontrollkommission vom 27.9.1927 erfolgte. Die Führer der Opposition wurden wegen „Renegatenargumentation" sowie „offen Sowjetfeindlichen" Verbindungen angeklagt (siehe: Fridrich Igorevič Firsov, Helmut Heinz u.a. (Hrsg.): Die Komintern und Stalin. Sowjetische Historiker zur Geschichte der Kommunistischen Internationale, Berlin, Dietz, 1990, S. 127).

56 Besonders Bucharin setzte sich für Ewert als Mitglied des Präsidiums des EKKI ein, was von Stalin konterkarriert wurde, der die „Liquidierung der Rechten" vorantrieb.

[Angehört:] 7. Über die Arbeit von Gen. Lominadze.

[Beschlossen:] 7. Die Bitte der deutschen Delegation über die Kommandierung von Gen. Lominadze zur Arbeit nach Deutschland zur Kenntnis zu nehmen, jedoch vorerst keine endgültige Entscheidung in der Frage zu treffen.[57]

[Sign.:] Pjatnitzki [?][58]



Am 26.5.1927 beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion, die Botschaft und die Handelsvertretung in London zu evakuieren. Vorausgegangen war eine Durchsuchung der Handelsvertretung durch die britische Polizei. Ein Teil ihres Personals sollte nach Berlin evakuiert werden, von wo aus die weiteren Kontakte mit England zu erfolgen hätten. Die sowjetische Botschaft in Berlin wurde aufgefordert, Stellungnahmen zur Widerlegung der Instruktionen Sinowjews an die KP Englands, falls diese noch nicht in der englischen Presse lanciert seien, nach Moskau zu schicken, um den Veröffentlichungsmodus abzustimmen.[59]

Dok. 171

Brief Jacob Walchers an Bucharin über die Politikunfähigkeit der KPD

Berlin, 26.5.1927

Typoskript in deutscher Sprache. SAPMO-BArch, Berlin, RY 5/I 6/10/19, 4–10. In deutscher Sprache publ. in: Kinner/Reuter: Der deutsche Kommunismus, IV, S. 21–33. Der siebenseitige, eng beschriebene Brief wird gekürzt wiedergegeben.

Lieber Genosse Bucharin!
Bange Sorge über die Zustände in unserer Partei veranlassen mich, Deine kostbare Zeit in Anspruch zu nehmen, Dir eine ungeschminkte Schilderung der gegenwärtigen

57 Am 25.7.1927 beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion, Lominadze für (weitere) drei Monate nach Deutschland zu entsenden (siehe den Politbürobeschluss). In ihrer von Thälmann als „Drecksbrief" bezeichneten Zustandsschilderung der KPD schrieb Clara Zetkin später an Bucharin: „Leute wie Osten [d.i. Vissarion Lominadze] sollten nie wieder nach hier kommen." (siehe Dok. 173).

58 Das Dokument wurde ergänzt durch die folgende Beilage: Beilage zum Protokoll Nr. 6, 25.5–27. Zum p. 6. [Handschriftliche Resolution:] „Von der deutschen Delegation wurde Neumann zum Kandidaten für das Präsidium nominiert. Wir sind der Meinung, dass man nicht diesen [...] auswählen muss, sondern *Ewert*. Wir bitten darum, über diese Frage im Büro der Delegation der VKP(b) abzustimmen. Wir bitten darum, auf Basis einer entsprechenden Entscheidung den Mitarbeitern der KI eine entsprechende Direktive zu erteilen, diese Frage mit der deutschen Delegation abzustimmen und [die Frage] im EKKI zu stellen. [Sign.:] Bucharin, D. Manuilski, O.W. Kuusinen, U. Lominadze, Šackin [...] [handschriftlicher Vermerk von anderer Hand (evtl. Lominadze)]: Gen. Stalin hat diesen Vorschlag gesehen." [Datum unleserlich und Angaben in eckigen Klammern]

59 RGASPI, Moskau, 17/162/5, 16–17. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 150–152.

Lage der Partei zu geben und soweit das im Rahmen eines Briefes möglich ist, auch meine Meinung zu den einzelnen Fragen zu sagen.[60]

Als ich aus Moskau zurückkehrte, neigte ich zu der Annahme, daß die Partei in Verfolgung einer grundsätzlich richtigen Linie sich mehr oder minder erfolgreich bemühte, ihre Aufgaben durchzuführen. Ich mußte jedoch bald erkennen, daß es die Partei nicht verstand, günstige objektive Möglichkeiten in maximaler Weise auszunutzen. Ich will nur an die *Fürstenentschädigung* erinnern.[61] Nach der gewaltigen Volksbewegung hat die Parteiführung plötzlich vor der weiteren Durchführung der Einheitsfronttaktik Angst bekommen, aus diesem Grunde die sympathisierenden Kräfte und Organisationen, die sich um den Kuczynski-Ausschuß[62] gesammelt hatten, sich selbst überlassen und ohne Ziel und Plan den *Kongreß der Werktätigen* auf die Tagesordnung gesetzt.[63] Daß hier, lediglich zu dem Zweck, den Ultralinken den Wind aus den Segeln zu nehmen und in völliger Verkennung der Lage ein großer Aufwand schmählich vertan wurde, ist heute für jeden ersichtlich, der sehen will. Diese Flucht aus der Fürstenenteignungskampagne zum Kon[greß] d[er] W[erktätigen] ist nicht zufällig erfolgt, sondern aus Furcht vor einer weiteren Berührung mit der SPD und aus Scheu vor ultralinken Angriffen. Eine Tatsache, die sich immer wieder in den politischen Handlungen des ZK beobachten läßt. Das schlimmste aber in diesem Falle war, daß durch die Ko[ngreß] d[er] W[erktätigen]-Kampagne die Partei das Interesse an der Fortsetzung der Kampagne gegen die Fürsten allmählich erlahmen ließ und nicht zu bewegen war, um nun auch in Preußen, wo die Frage erneut zur Entscheidung stand, und wo in formaler Hinsicht die Sache viel leichter war, die Initiative zur Einleitung einer Volksentscheidskampagne zu ergreifen. [...]

Den sechswöchigen Geburtswehen der *Bürgerblockregierung*[64] braucht man nur die Tatsache gegenüberzustellen, daß unsere Partei zu dieser Zeit in der politischen

---

60 „Bange Sorge“: Jacob Walcher (1887–1970), württembergischer Mitgründer der KPD, flüchtete nach der Oktoberniederlage 1924 als Anhänger Brandlers nach Moskau. Anfangs von Bucharin unterstützt, versuchte er eine Einheitslinie der KPD in der Gewerkschaftspolitik der KPD umzusetzen, wurde jedoch 1928 als Angehöriger der „Rechten Opposition“ ausgeschlossen; in der Emigration gehörte er der Auslandsleitung der SAPD an.

61 Gemeint ist die erfolgreiche Kampagne für das Volksbegehren zur Enteignung der Fürstenhäuser (1926) sowie die nachfolgende gescheiterte Volksabstimmung (siehe Dok. 142).

62 Kuczynski-Ausschuss, eigentlich „Ausschuss zur Regelung der Fürstenabfindung“, genannt nach dem Wirtschaftswissenschaftler Robert René Kuczynski, dem Vater des späteren Wirtschaftsredakteurs der *Roten Fahne* Dr. rer. pol. Jürgen Kuczynski (1876 Berlin – 1947 Oxford). In ihm vertreten waren unter der Hegemonie der KPD ca. 40 pazifistische, linke Organisationen, die anfangs erfolgreich einen Gesetzentwurf bzw. die Durchführung des Volksbegehrens zur Enteignung der Fürstenhäuser in die Wege leiteten. Die anschließende Volksabstimmung scheiterte nicht zuletzt aufgrund des Paradigmenwechsels der KPD-Kampagne (siehe hierzu Dok. 142 u.a.).

63 Siehe zum Reichskongress der Werktätigen Dok. 161.

64 Am 29. Januar 1927 kam es zum Regierungsantritt der 2. „Bürgerblockregierung“ aus Zentrum, Bayerischer Volkspartei (BVP), Deutscher Volkspartei (DVP) und Deutschnationaler Volkspartei (DNVP) unter Reichskanzler Wilhelm Marx.

Öffentlichkeit so gut wie keine Beachtung fand, weil sie es absolut nicht verstand, durch entsprechende Losungen und durch konsequente Anwendung der Einheitsfrontpolitik die Massen mobil zu machen, obwohl dafür sehr günstige Voraussetzungen bestanden. [...]

Die Hoffnung manches Genossen, daß durch die in Essen erfolgte *Neuwahl des ZK*[65] eine Besserung in der praktischen Politik der Partei eintreten werde, hat sich nicht erfüllt. Ich übertreibe nicht, wenn ich Dir sage, daß diese pessimistische Auffassung heute in weiteren Parteikreisen geteilt wird. [...]

Ich glaube, die ernsten Folgen, die sich aus dieser Einstellung des ZK nach meiner Überzeugung unvermeidlich ergeben müssen, rechtfertigen es, wenn ich Dich bitte, Dir diese Dinge genau anzusehen. Wenn Du dann noch Zeit findest, den Artikel zu lesen, den ich unter dem Titel: „*Die KPD und der linke Flügel der deutschen Arbeiterbewegung*“ im theoretischen Organ unserer Partei veröffentlicht habe, sowie die *Antwort*, die der Genosse *Osten* [d.i. Vissarion Lominadze] daraufhin geschrieben hat, so wirst Du über die Tragweite dieser Frage unterrichtet sein.[66] Die nächste Nummer der „Internationale“ wird eine Erwiderung von mir enthalten und wiederum eine Replik des Genossen Osten.[67] Ich will mich über den Ton des Genossen Osten in diesem zweiten Artikel nicht auslassen, aber ich finde, daß es nicht im Parteiinteresse liegt, wenn mich Genosse Osten so quasi zu den Renegaten zählt und mir mit dürren Worten droht: „Keinen Schritt weiter! Denn noch ein Schritt, und dann gibt es kein Zurück mehr zum revolutionären Bolschewismus.“ Ich finde solche Drohung, was mich persönlich betrifft, kindisch. Aber ich kann mir nicht vorstellen, daß es für unsere Sache von Nutzen ist, wenn man in der Öffentlichkeit verkündet, Leute, die so wie Jacob Walcher denken, sind reif für den Ausschluß. Da Osten ja nicht irgendwer ist, sondern hier als Vertreter der Exekutive fungiert, wäre es mir sehr lieb, wenn ich erfahren könnte, ob seine Auffassung, die wahrlich von Sachkenntnis nicht getrübt ist, von irgend jemand in der Exekutive [der Kommunistischen Internationale] gebilligt wird. [...]

Trotzdem Genosse K[uusinen] wiederholt und mit Nachdruck die Notwendigkeit der Konzentration aller Kräfte unterstrichen hat, haben sich in der Zwischenzeit einige

---

65 Bis zum XI. Parteitag der KPD (Essen, 2.–7.3.1927), der verschoben worden war, gelang es noch nicht, die Opposition aus den Führungspositionen und dem Apparat auszuschalten. Nur vordergründig wurde verkündet, dass der Parteitag „(...) die taktischen Auseinandersetzungen beendet“ und die „Führung (...) in ihrem Zentralkomitee Vertreter fast aller Gruppierungen in der Partei vereint hat.“ (*Neue Zeitung*, München, 15.3.1927. Siehe zum Kongress: Weber: Die Wandlung, S. 170–178).

66 Die Auseinandersetzung zwischen Walcher und dem Kominternemissär wurde offen im KPD-Organ ausgetragen. Siehe: Jacob Walcher: Die KPD und der linke Flügel der deutschen Arbeiterbewegung. In: *Die Internationale,* Heft 7, 1.4.1927; die Replik Lominadzes: M. Osten [d.i. V. Lominadze]: Die KPD als Führer und Organisator des „Linken Flügels“. In: *Die Internationale,* Heft 11, 1.6.1927.

67 Siehe: Jacob Walcher: Nochmals die KPD und der linke Flügel. In: *Die Internationale,* Heft 11, 1.6.1927; und: M. Osten: Über die opportunistische Entstellung der Taktik der Einheitsfront. In: *Die Internationale,* Heft 11, 1.6.1927).

Fälle ereignet, die das strikte Gegenteil einer Konzentration sind und ganz bestimmt nicht im Parteiinteresse liegen.[68] So ist die Genossin Rosi Wolfstein, die lange Jahre vor dem Kriege im linksradikalen Flügel wirkte, während des Krieges eifrig und unerschrocken illegal arbeitete und die dem Reichsfrauensekretariat[69] seit seinem Bestehen ununterbrochen, selbst in der Aera Ruth-Fischer-Scholem angehörte, vor kurzem auf Verlangen des ZK aus dieser Körperschaft entfernt worden.[70] [...]

In der Linie des Kampfes gegen die „Rechten" liegt auch das Verhalten des ZK gegenüber den Genossen *Brandler und Thalheimer*. Im Januar wurde beschlossen, sie zur literarischen Arbeit heranzuziehen.[71] Bis heute ist davon nichts zu merken. Eine größere Arbeit von Br[andler], die in der deutschen Ausgabe der „Kommunistischen Internationale" erscheinen sollte, war bereits im Satz, wurde aber zurückgestellt aufgrund eines Telegramms aus Moskau, das, wie hier erzählt wird, auf die Initiative des ZK zurückzuführen ist.[72] Wie es um diesen Fall auch tatsächlich bestellt sein mag, soviel ist jedenfalls klar, die Partei hat einen erschreckenden Mangel an erfahrenen, fähigen, mit der Arbeiterbewegung verwachsenen Mitarbeitern. Deshalb

---

68 Der sog. „Kurs der Konzentration" wurde 1926 eingeleitet, blieb jedoch prekär. Er konsolidierte nach der politischen Liquidierung der linken Fischer-Maslow-Führung auf dem VII. EKKI-Plenum durch die Zusammenarbeit der Thälmann-Dengel-Führung mit der („Mittel"-)Gruppe um Ernst Meyer, Arthur Ewert, Gerhart Eisler und Karl Becker die seinerzeit noch schwache Thälmann-Führung. Offiziell galt die Losung, von der Diskussion unter den verschiedenen Gruppen zur praktischen Arbeit überzugehen. Unstimmigkeiten über die Konzentration führten bereits im Januar 1927 zu einer Spaltung der Mittelgruppe in die später vom ZK abwertend mit dem Terminus „Versöhnler" belegten Meyer, Ewert, Eisler, Schumann, Becker u.a. sowie die Parteirechte um Walcher, Böttcher, Frölich und Enderle (siehe: Weber: Die Wandlung, I, S. 166 ff.).

69 Im Zuge der „Bolschewisierung" wurde das Reichsfrauensekretariat als relativ selbstbestimmtes Fach- und Leitungsorgan für die Frauenpolitik aufgelöst und die Frauenarbeit direkt dem Politbüro der KPD unterstellt (siehe: Hans-Jürgen Arendt: Das Reichsfrauensekretariat bei der Zentrale der KPD 1919–1923. In: *Mitteilungsblatt der Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau"*, 1 (1986), S. 5–21, hier S. 14. Zur Kontextualisierung siehe: Bernhard H. Bayerlein: Zwischen Internationale und Gulag. Präliminarien zur Geschichte der internationalen kommunistischen Frauenbewegung (1919–1945). Teil 1. In: *The International Newsletter of Communist Studies* 12 (2006), S. 27–47.

70 Die Entfernung Rosi Wolfsteins aus dem ZK und Erna Halbes, die 1924 Leiterin der Frauenabteilung des ZK war, aus dem Reichsfrauensekretariat erfolgte wegen ihrer vermuteten Nähe zu den „Rechten". Die auch als „zweite Rosa Luxemburg" titulierte Wolfstein war Lebensgefährtin von Paul Frölich und wurde 1929 aus der Partei ausgeschlosen.

71 Der Beschluss blieb unwirksam, Brandler durfte trotz eines zustimmenden Beschlusses zur Rückkehr durch das ZK auch 1928 die Sowjetunion nicht verlassen und reiste dann, nachdem er mit Kontakten zur deutschen Botschaft gedroht hatte, „illegal" nach Deutschland zurück. Thalheimer reiste im Mai 1928 zurück, nachdem er mit Bucharin vereinbart hatte, nicht mehr in die Sowjetunion zurückzukommen.

72 Bei der Arbeit Brandlers geht es vermutlich um den von ihm gefertigten Entwurf eines Aktionsprogramms der KPD, der zunächst verschleppt, dann vor allem auf Druck der Chemnitzer Linken als opportunistisch verurteilt und erst Anfang 1928 veröffentlicht wurde (siehe: Weber: Die Wandlung, S. 187f.).

wäre es Pflicht des ZK, alles zu tun, um zunächst die Mitarbeit solcher Genossen wie Br[andler] und Th[alheimer] mit allen Mitteln zu erleichtern und darüber hinaus die Bahn für ihre Rückkehr nach Deutschland freizumachen. Das ZK tut das Gegenteil. Wird hier nichts geändert, so werden die beiden bis zum St. Nimmerlandstag in Moskau sitzen zum Schaden unserer Bewegung.

Das sind nur einige Beispiele, die eine im ganzen Reich von oben bis unten herrschende Tendenz illustrieren sollen.

Selbstverständlich muß sich diese Praxis in Verbindung mit der unzulänglichen Politik des ZK nachteilig auf die Entwicklung der ganzen Partei und die praktischen Resultate ihrer Politik auswirken. Das ZK sucht diesem Übelstand durch eine geradezu unheimliche *Betriebsamkeit des Apparates* abzuhelfen. Die Produktion von Rundschreiben ist erschreckend. Hat doch ein Bezirk im vorigen Monat, der 24 Arbeitstage hatte, nicht weniger als 16 Rundschreiben an seine Funktionäre herausgegeben.[73] Der zentrale Apparat überbietet die Produktivität noch. Allgemein klagen die Genossen, daß es unmöglich sei, diese Überfülle von Anweisungen auch nur zur Kenntnis zu nehmen, geschweige denn durchzuführen. Die unteren Funktionäre sind in einer unerträglichen Weise überlastet, was, von allem anderen abgesehen, die Werbekraft der Partei in stärkster Weise beeinträchtigt. [...]

Forscht man nach den Ursachen, auf die die Mängel und Unzulänglichkeiten in unserer Partei zurückzuführen sind, so will es mir scheinen, daß das Hauptübel darin zu suchen ist, daß die Vergangenheit der Partei von den Ultralinken in voller Weise verzerrt und entstellt wurde, und daß bis heute die von den Ultralinken geschaffene *Parteilegende* aufrechterhalten wird. [...]

Mit jedem Tag wird es deutlicher, daß wir um die *Bereinigung der Parteivergangenheit*, um die Zerstörung der von den Maslowiten geschaffenen Legende nicht herumkommen, wenn die gesamte Partei *die* ideologische Festigkeit und Geschlossenheit erlangen soll, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben unerläßlich sind. Heute krankt die ganze Partei, vor allem ihre Führung, an einer lächerlichen Furcht vor dem Gespenst des Opportunismus. Das schreckt und ängstigt sie bei jeder praktischen Entscheidung. Das führt zu den von weitem sichtbaren Schwankungen und Unsicherheiten, die ihr die Erfüllung ihrer praktischen Aufgaben erschwert und oft unmöglich macht. [...]

Solange die Maslow und Konsorten unwidersprochen darauf pochen können, daß sie jahrelang die bolschewistische Linie verfochten, gegen den Opportunismus gekämpft und schließlich die Partei gerettet haben, solange ist es nicht möglich, die Tausende guter, opferbereiter Proletarier, die heute noch den Ultralinken Gefolgschaft leisten, innerlich für die Partei zu gewinnen. [...]

---

73 Zum bürokratischen Rundschreibenverfahren in der KPD, an der Spitze die Rundschreiben des ZK an die Parteibezirke „als wesentliche Methode der Anleitung" im Rahmen der strengen Zentralisierung, siehe die quellenkritische Auseinandersetzung in: Weber: Generallinie, S. CVIII-CXI.

Was muß nun geschehen, um aus dieser Lage herauszukommen? Ich glaube, es wäre nicht viel erreicht, wenn durch die Initiative der Exekutive [der Kommunistischen Internationale] eine Änderung in der Zusammensetzung des Polbüros und seines Sekretariats durchgeführt würde. Eine solche Änderung ist zwar wünschenswert und notwendig. Aber wie die Dinge liegen, kann sie nur dann von Nutzen sein, wenn sie sich ergibt als Resultat einer Klärung, die sich in der ganzen Partei bis in die unterste Zelle vollziehen muß. Mit einem Wort: Es ist notwendig, daß in unserer Partei *die aktuellen taktischen Probleme bis zu Ende durchdiskutiert werden* und daß zweitens eine *gründliche Klärung der Parteivergangenheit* erfolgt. […]

Gerade ihr russischen Genossen müßt dafür volles Verständnis haben. Ich erinnere mich, wie in der Vorkriegszeit von unseren Parteispießern über die russischen „Silbenstecher" gespottet wurde.[74] Die Leute hatten absolut kein Verständnis, weshalb die Bolschewiken mit solcher Hartnäckigkeit und Konsequenz die Probleme bis zu Ende durchdiskutierten und sozusagen um den letzten i-Punkt den heftigsten Streit ausfochten. Und doch ist ganz klar, daß die RKP niemals zu dieser herrlichen, vorbildlichen Partei geworden wäre, daß sie nie ihre Riesenaufgaben hätte bewältigen können, wenn eben die Bolschewiki nicht in jahrzehntelanger, leidenschaftlicher Diskussion sich die erforderliche Klarheit über Weg und Ziel geschaffen hätten. Die KPD ist noch eine werdende Partei. Sie kann zu einer herrschenden nur werden, wenn sie, gleich den Bolschewiki, die Probleme nach allen Seiten und bis zu Ende durchdiskutiert. Das ist es, was der Partei Not tut. Dazu brauchen wir Eure Unterstützung. Es muß aufgeräumt werden mit dem heutigen Brauch, wonach jeder, der eine abweichende Auffassung vertritt, und einen unerwünschten Vorschlag macht, sofort als Opportunist, als Feind der Partei bezeichnet, und den Genossen denunziert wird. […]

Will die Exekutive noch ein Übriges tun, so sollte sie der deutschen Sektion *einen anderen Vertreter* senden. Genosse Osten ist dafür nicht geeignet. Er hat für die komplizierten Verhältnisse in Deutschland nicht das genügende Verständnis, ja nicht einmal das notwendige Verantwortungsbewußtsein. Dafür ein bezeichnendes Beispiel. Genosse Osten ist bereits mehr als ein Jahr hier. Aber vor etwa drei Monaten hat er den Genossen Meyer[75] gefragt, ob im Reichstag eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit bestehe. Nun muß ich sagen, hätte ich dem ZK angehört, so hätte ich vorgeschlagen, nach einer solchen Frage die Exekutive [der Kommunistischen Internationale] um ein Rückreisebillet für den Genossen O[sten] zu ersuchen. Denn es ist doch klar, gäbe es eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit im Reichstag, so wäre das eine für unsere gesamte Politik grundlegende Tatsache.[76]

---

74 „Silbenstecher": Es handelt sich um ein veraltetes Synonym für „Haarspalter" oder „Wortklauber", das häufig auf politische Gruppierungen bezogen wurde.

75 Genossen Meyer: Es handelt sich um das ZK-Mitglied Ernst Meyer.

76 Trotz der scharfen Kritik Walchers und Zetkins wurde der Emissär Lominadze auf Beschluss des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion im Juli 1927 erneut nach Deutschland entsandt. Der Kominternbeschluss lautete: „Protokoll Nr. 43. Sitzung der Ständigen Kommission, 25.07.1927. *streng vertraulich.* Behandelt: 4. Vorschlag des Gen. Petrovskij, den Gen. L[ominadze] vorläufig auf 3 Monate

So, mein lieber Bucharin, jetzt habe ich meine Sorgen zu Papier gebracht. Ihre Beurteilung liegt jetzt in Deinem Ermessen. Ich habe mich nicht leichten Herzens zu diesem Brief entschlossen. 1924 habe ich einmal an Genossen Sinowjew geschrieben, um ihn auf verhängnisvolle Maßnahmen der Ruth-Fischer-Zentrale aufmerksam zu machen. Er hat den Brief Ruth Fischer übergeben mit dem Effekt, daß das Übel noch verstärkt wurde. Zu Dir habe ich das Vertrauen, daß Du, auch wenn Du in manchem Punkt meine Auffassung nicht teilen solltest, in diesem Brief nichts anderes erblickst, als das redliche Bemühen, unhaltbare Zustände in der Partei zu kennzeichnen und zu ihrer Beseitigung beizutragen.[77]

Besten Gruß
J. Walcher



Das Politbüro der KP der Sowjetunion beschloss am 28.5.1927 eine Reihe von Maßnahmen zur Verstärkung der Konspiration bezüglich der Auslandsarbeit. Unter anderem sollte die Arbeit der INOGPU (Internationale Abteilung der GPU), der Komintern, der MOPR (Internationale Rote Hilfe) und der Profintern (Rote Gewerkschaftsinternationale) von den diplomatischen Auslandsvertretungen der Sowjetunion „vollständig" abgegrenzt werden. Die Methoden der chiffrierten Korrespondenz sollten noch konspirativer gestaltet werden. Wohl als Folge der Durchsuchung der sowjetischen Handelsvertretung in Großbritannien wurden alle Institutionen der Sowjetunion im Ausland angewiesen, ihre Archive zu überprüfen und abzusichern.[78]

Das Politbüro der KP der Sowjetunion beriet am 14.7.1927 über die Einreise einer Delegation linker Sozialdemokraten aus Deutschland in die Sowjetunion. Die Einreise wurde gewährt unter der Bedingung, dass die Sozialdemokraten als Privatpersonen reisten. Allerdings wurde ihnen eine gewisse materielle Unterstützung zugesprochen.[79]

Am 16.6.1927 beschloss das sowjetische Politbüro zu Fragen des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten, erstens den Vorschlag der Reichswehr über die Beteiligung von Vertretern der Roten Armee an Manövern der Reichswehr anzunehmen. Zweitens sollte Botschafter Krestinskij beauftragt werden, Stresemann im Vorhinein darüber zu informieren. Der Hintergrund war, dass die Einladung von einem Reichswehrvertreter übergeben wurde mit der Bitte, die Vertreter der Roten Armee mögen doch offen und in Uniform an den Manövern teilnehmen. Litvinov hatte jedoch darauf bestanden, dass Stresemann darüber ebenfalls informiert wird, um Missverständnisse zu vermeiden.[80]

Am 23.6.1927 beschäftigte sich das Politbüro mit der Publizierung der Ergebnisse der Reise Tomskijs nach Berlin und seinen Gesprächen mit dem Generalrat der britischen Trade Unions.[81]

---

zur Verfügung der KPD zu stellen. Beschlossen: 4. Wird angenommen, OMS ist anzuweisen. Sekr. Pjatnitzki." (RGASPI, Moskau, Auszüge Komintern).

77 Walcher war 1927 noch Mitarbeiter der Gewerkschaftsabteilung des ZK. Er wurde nach seiner Kritik an Thälmann (Wittorf-Affäre) im Dezember 1928 als „Rechter" aus der KPD ausgeschlossen. Siehe: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 983–985.

78 RGASPI, Moskau, 17/162/5, 24–25. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 462–463; Chaustov/Naumov/Plotnikov (Hrsg.): Lubjanka, S. 132.

79 RGASPI, Moskau, 17/3/644, 4.

80 RGASPI, Moskau, 17/162/5, 40; APRF, 3/64/653, 79. Publ. in: Sevost'janov, Moskva-Berlin, II, Dok. 28.

81 RGASPI, Moskau, 17/3/640, 23.

Dok. 172

Brief Arthur Ewerts an Bucharin über die Krisenerscheinungen in der KPD

Berlin, 31.7.1927

Typoskript in deutscher Sprache, mit handschriftlichen Passagen. RGASPI, Moskau, 495/293/83, 48–52. Erstveröffentlichung.

Berlin, den 31. Juli 1927

Lieber Genosse Bucharin,
Seit dem Essener Parteitag ist ein Stillstand, ja Rückschritt in der Gesamtentwicklung der Partei eingetreten.[82] Allgemein lässt sich feststellen: Nachlassen der Aktivität, Abnahme der Mitglieder- und (für die meisten Zeitungen) der Abonnentenzahl. [...]

Die Partei fühlt das auch und es zeigt sich eine gewisse Unsicherheit; kritische Stimmungen gegen die Leitung werden stärker, weil die Partei in vielen Punkten die planmässige Arbeit und Führung der Leitung vermisst. Man kann dieses von niemand bestrittene Faktum nicht einfach auf die Abwesenheit einiger führender Genossen zurückführen, denn ich erinnere daran, dass die Partei vor und während der VIII. Erw. Exekutive[83] (als sehr viele Genossen in Moskau waren) eine grosse Volksentscheid-Kampagne und die gesamte Arbeit gut und ziemlich reibungslos durchführte.

Die Ursachen liegen tiefer, sie sind vor allem politischer Natur und liegen in der Hauptsache in der Leitung selbst. Die innerparteilichen Diskussionen, der Kampf gegen die Ultras[84] hat manche, schon immer vorhandenen Schwächen verdeckt. Die Logik des Kampfes gegen die Ultras erleichterte auch die Herbeiführung einer engeren Zusammenarbeit mit Kräften, die bisher mehr oder weniger in Opposition standen. Aber gerade dieser Prozess – der wichtigste für die weitere Gesamtentwicklung der Partei – unterlag und unterliegt noch den verschiedensten Zufällen, Schwankungen, Störungen; er wurde niemals (mit Ausnahme einer kurzen Zeit mehrere Monate nach dem Offenen Brief[85] und einige Monate vor dem Essener Parteitag) bewusst von der Leitung geführt. Neben dem Kampf der Ultras und der Arbeit der Exekutive war es vor allem die Schwäche der leitenden Gruppe selbst, die zu den bisher erreich-

82 Der IX. Parteitag der KPD vom 2. bis zum 7. März 1927 in Essen („Essener Parteitag“) bildete „den Abschluß des Kampfes gegen die linke Opposition im Apparat und Funktionärskorps“ (siehe Weber: Die Wandlung, I, S. 177). Er sollte entsprechend des „Offenen Briefes“ von 1925 unter den Schlagwörtern „innere Konsolidierung“, „Kampf um die Führung der deutschen Arbeiterklasse“ und „Konzentration“ das Ende aller innerparteilichen Gruppen und Fraktionen (Thälmann-Dengel-Führung, Meyer-Gruppe, Chemnitzer Linke) markieren.
83 Zum VIII. EKKI-Plenum siehe Dok. 170.
84 Gemeint sind die „Ultralinken“.
85 Gemeint ist der Offene Brief der Exekutive der Komintern gegen die Fischer-Maslow-Führung, der am 1.9.1925 in der *Roten Fahne* publiziert wurde (siehe Dok. 135).

ten innerparteilichen Resultaten führte. Wenn es kaum noch weiter ging, war man gezwungen, einen Schritt – wenn auch mit grossen inneren Hemmungen – weiter zu gehen. Furchtsam und unter dem Zwang der Verhältnisse wurden diese Schritte gemacht. Das Moment des *bewussten Entschlusses,* eine Waffe in den Händen einer starken Führung – spielte eine untergeordnete Rolle. So war es bei der Vereinbarung mit Meyer, so war es jetzt bei der Hereinnahme Meyers ins Sekretariat und bei vielen anderen Anlässen.[86]

Was ist die Hauptursache, was erschwert besonders die Beschleunigung des Konsolidierungsprozesses der Partei? Ich will nicht über bestimmte Vorstösse der Rechten sprechen, die meistens eine Reaktion weit über den Rahmen der Bedeutung dieser Vorstösse hinaus bei den alten Linken auslösen. Feststellen möchte ich nur, dass Meyer und die mit ihm verbundenen Genossen seit der Vereinbarung in Moskau und nach dem Parteitag sehr loyal mitarbeiteten und das sie gegen die Wühlereien bestimmter rechter Elemente auch aktiv auftreten.

Die Hauptursache liegt meiner festen Ueberzeugung nach (und es ist das erste Mal, das ich es Ihnen gegenüber ausspreche) in der Furcht der führenden Genossen der alten Linken, vor allem des Genossen Dengel, in geringerem Umfang des Genossen Thälmann, bei einer weiteren Entwicklung der Partei und ihrer Leitung auf der bisherigen Linie die Hegemonie in der Führung zu verlieren. Verschärft wird dieses durch ein starkes Unvermögen, Parteikräfte planmässig zu gruppieren, anzuziehen und durch geistige Ueberlegenheit und eine feste Hand zu gewinnen. Die geistige Ueberlegenheit wird zumindestens nicht von den anderen anerkannt und eine feste Hand zeigt sich nicht in Schwanken und hysterischem Geschrei.

Der unvermeidlichen Entwicklung einer breiten kollektiven Führung stellen diese Genossen – vor allem Dengel – die [unleserlich], *engere Basis* gegenüber. Natürlich spricht man dies nicht aus. Aber fast jede Massnahme trägt mehr oder weniger deutlich diesen Stempel. Furcht vor der Verwendung jedes neuen Menschen, wenn er nicht ein früherer Linker ist, zudrücken beider Augen bei den grössten Schwächen bei früheren Linken findet man häufig auch dann, wenn die Sicherung der pol[itischen] Linie der Partei eine andere Stellung direkt erfordert.

Bei dem Gen. Dengel sehe ich jetzt z.B. folgende klare Tendenz: ein Sekretariat zu bilden, in dem Schneller die tägliche leitende Arbeit macht, er und Thälmann die pol. Repräsentanten der „richtigen Linie" darstellen, Lenz [d.i. Joseph Winternitz] der Ideologe des Polbüro und Meyer das Dekorum der Konzentration wird. Ich glaube zwar nicht, dass es gelingen wird. Es passt auf die Entwicklung der Partei nicht im geringsten und würde in kurzer Zeit zu einem aktiven Kampf vieler Kräfte führen.

86 Ernst Meyer wurde im Rahmen einer 1926 geschlossenen Übereinkunft mit der Thälmann-Gruppe in das ZK, Polbüro und Politsekretariat aufgenommen. Bis zu seiner krankheitsbedingten Abreise nach Moskau im Oktober 1927 galt er als der eigentliche Leiter der Partei, obwohl er von der Thälmanngruppe mit Unterstützung des russischen Emissärs Lominadze zumeist verdeckt und später offen als 'Versöhnler' bekämpft wurde. Siehe neuerdings: Florian Wilde: Ernst Meyer.

Mit der „richtigen Linie“ ist das auch so eine Sache. Unzweifelhaft ist die Linie der Partei im allgemeinen richtig, aber es werden viele Unterlassungssünden begangen; häufig nur, weil man ein wenig ängstlich ist, bei verzwickten Fragen am Anfang ihres Auftauchens energisch einzugreifen. (Auch auf die Vorgänge im Reichsbanner traf dies zu.)[87] Aber vielfach ist auch eine grosse Unklarheit gegenüber den Grundfragen vorhanden. In den entscheidenden Referaten über die Kriegsfrage war Dengel sehr abstrakt, Thälmann in der Berliner Parteiarbeiterconferenz hat nicht genügend klar und zusammenhängend gesprochen, sodass von den besten Arbeitern schon jetzt kritische Stimmen laut werden. Natürlich nutzen die Ultras wie auch die äusserste rechte Clique diese Stimmung sofort aus.

Hinzukommt auch die lange Abwesenheit Teddys [d.i. Ernst Thälmann]. Er hat bereits an 2–3 Reichsparteiarbeiterconferenzen und 2 Sitzungen des neuen Z.K. gefehlt. Wenn ich Ihnen ganz offen meine persönliche Meinung sagen soll – meine Bedenken wachsen. Teddy mag krank und erholungsbedürftig sein, aber das regelmässige Eintreten der Krankheit unmittelbar vor wichtigen Tagungen der Partei riecht irgendwie nach Flucht und gibt zu den ekelhaftesten Gerüchten Anlass. Die äusserste Rechte macht zweideutige Bemerkungen über die Krankheit. Die Ultras sprechen von seiner Absägung und Ueberführung ins Irrenhaus. Die Gerüchte spielen eine untergeordnete Rolle, da ja nur wenige solchen Unsinn glauben. Unangenehm aber macht sich das Fehlen und das sporadische Arbeiten Teddys innerhalb der Partei und der Leitung bemerkbar. Autorität kann man bei den entscheidenden Kadres der Partei auf diese Weise nicht erlangen.

Alle diese Zustände haben zu einer schlechten Atmosphäre in der Leitung und im Apparat des Z.K. geführt, die sich bereits innerhalb der Bezirke auszuwirken beginnt. […]

Die früheren Linken selbst müssen jetzt – und je eher desto besser – aussprechen, dass jetzt nichts notwendiger ist, als eine breitere Einheit für die Lösung der Aufgaben zu schaffen. Ihre Sondermission hat die alte Linke mit der im wesentlichen erreichten Durchführung des offenen Briefes erfüllt. Sie soll wie andere Gruppen jetzt aufgehen in die neuen Aufgaben. Dies schliesst eine gewisse Selbstbeschränkung, Einfügung in eine Kollektivität, Aufgabe unmöglicher Dominierungs-Methoden, die sich die Partei auf die Dauer nicht gefallen lassen wird usw. in sich.

Die Frage ist, ob die führenden Genossen der alten Linken dies tun können. Ich glaube, Teddy wird mit grossen Schwierigkeiten diesen Weg finden. Meyer und seine Anhänger, glaube ich, werden diesen Prozess nicht erschweren. Wenn die führenden russischen Genossen ebenfalls darauf hinarbeiten, so ist kein Grund zum Pessimismus. Natürlich wird Teddy in der weiteren Entwicklung die heutige, nur auf Grund einer ganz bestimmten Konstellation mögliche, Monopolstellung in der Führung

87 Vermutlich eine Anspielung auf die Amtsenthebung des ersten Vorsitzenden des Reichsbanners, Friedrich Otto Hörsing, aus dem Amt eines sächsischen Oberpräsidenten durch die „eigene“, sozialdemokratisch geführte preußische Regierung.

nicht einnehmen. Aber ich hoffe, dass er gross und klug genug ist, um zu erkennen, dass er diese Monopolstellung auf die Dauer nicht haben kann. Grössere Schwierigkeiten sehe ich bei Dengel, der bei seiner inneren Einstellung auch bei Teddy Schwankungen hervorrufen kann. [...]

Es ist schwer, schon jetzt praktische Vorschläge zu machen. Für notwendig halte ich, 1. planmässiges Hinarbeiten seitens der Vertretung[88] auf Schaffung einer kollektiven Arbeitsweise im Z.K. und Verbesserung der pol. Arbeit 2. kritischere Einstellung zu den Leistungen sowohl der einzelnen Genossen wie auch der Leitung. So notwendig die 1 000 % Unterstützung im Kampf gegen die Ultras seitens des Ekki war, so sehr würde jetzt eine kritiklose Unterstützung den notwendigen Selbsterziehungsprozess verlangsamen;

3. bei allen Zurückweisungen rechter Vorstösse und allem Kampf gegen opportunistische Abweichungen, Verhinderung, dass dieser Kampf zur sportmässigen Hetz wird, zur Verdeckung eigener Schwächen und Mängel und zur Gewährung von Freibriefen für „linke" Abweichungen führt. [...]

5.) Die Arbeit des Sekretariats und des Polbüros des Z.K. muss besser organisiert, verbreitert und energischer geführt werden. In diesem Zusammenhang steht auch die Frage meiner Rückkehr, die aber allein noch nicht genügt.[89]

Ich weiss nicht, ob Sie mit der in diesem Brief angezeigten Linie in allen Punkten einverstanden sind. Aber ich halte sie für die einzig mögliche. Und da wir aller Voraussicht nach noch eine kurze Atempause bis zu neuen grossen Ereignissen haben werden, halte ich es für meine Pflicht, aber auch für die Exekutive [der Komintern], energischer wie bisher – was in diesem Falle nur der jetzigen Parteientwicklung angepasst wäre – den bereits eingeschlagenen Kurs fortzusetzen. Stillstand wäre Rückschritt. Dieser Zustand besteht jetzt.

Viele Grüße
[sign.] Ihr Braun [d.i. Arthur Ewert].

Ich bitte Sie, von dem Brief den Ihnen notwendig erscheinenden [Gebrauch] zu machen. Anbei eine Anlage (Brief eines äußersten Rechten an Gesinnungsgenossen).[90]



Am 11.8.1927 genehmigte das sowjetische Politbüro den Vorschlag Tomskijs zu einer Reise von Jaglom nach Berlin am Ende des Pariser Kongresses der Amsterdamer Internationale zu einem Gespräch mit Edu Fimmen.[91]

88 Gemeint ist wohl die KPD-Vertretung in Moskau beim EKKI.

89 Ewert wurde auf dem Essener Parteitag erneut in das ZK gewählt und kam auch in das Polbüro und das Politsekretariat. Nach Abreise Meyers im Oktober 1927 wurde er zum politisch wichtigsten KPD-Führer, bis er auf Druck Stalins nach der Thälmann-Affäre im September 1928 nach Moskau abgeschoben wurde.

90 Zum Teil unleserliche, handschriftliche Passage.

91 RGASPI, Moskau, 17/162/5, 76.

Am 18.8.1927 beriet das Politbüro der KP der Sowjetunion über eine Grußbotschaft zum Geburtstag des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg. Ein nicht näher ausgeführter Vorschlag Krestinskijs wurde abgelehnt, allerdings wurde ihm gestattet, einen „dritten Weg" einzuschlagen.[92]

Am 24.8.1927 genehmigte das Politbüro der KP der Sowjetunion den Antrag des ZK des Komsomol, zwei Personen die Reise nach Deutschland zur Feier anlässlich des 20. Jahrestags des Stuttgarter Sozialistenkongresses 1907 zu genehmigen.[93]

Am 25.8.1927 beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion einen Brief an Trotzki und Sinowjew im Zusammenhang mit der in Deutschland erfolgten Veröffentlichung der Broschüre „Der Kampf um die Kommunistische Internationale. Dokumente der russischen Opposition, nicht veröffentlicht vom Stalinschen ZK" durch die Gruppe Fischer-Maslow-Urbahns. In dem in der Beilage überlieferten Briefentwurf hieß es, in dem betreffenden Band seien Beiträge von Trotzki und Sinowjew ohne deren ausdrücklichen Protest abgedruckt worden. Die Mitglieder der deutschen Linken Opposition wurden zugleich als „konterrevolutionäre Welpen der Bourgeoisie" tituliert. An Trotzki und Sinowjew wurde die Frage gerichtet, was sie zu tun gedächten und ob sie in Zukunft alles unternehmen würden, um den unerlaubten Nachdruck ihrer Reden zu verhindern.[94]

Ebenfalls am 25.8.1927 beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion, das Büro des „Instituts für Weltwirtschaft und Weltpolitik" in Berlin aufzulösen. Das „Büro des Gen. Varga" in der sowjetischen Handelsvertretung sollte dem Westeuropäischen Büro des EKKI überlassen werden, während Varga selbst aufgefordert wurde, nach Moskau zurückzukehren. Das gleiche Schicksal bescherte der Beschluss auch der offiziell der Berliner Handelvertretung unterstehenden Abteilung für diplomatische Information des NKID in Berlin, dessen Betreiber Lapinskij nach Moskau abberufen werden sollte.[95]

---

92 RGASPI, Moskau, 17/3/647, 1; APRF, Moskau, 3/62/676, 121. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, II, Dok. 37.

93 RGASPI, Moskau, 17/3/648, 7.

94 RGASPI, Moskau, 17/3/648, 3 und 9–12. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 482–485.

95 RGASPI, Moskau, 17/162/5, 89. Publ. in: Ibid., S. 481–482.

Dok. 173

„Drecksbrief“ Clara Zetkins an Bucharin über die Cliquenwirtschaft in der KPD unter Thälmann

Berlin, 11.9.1927

Typoskript in deutscher Sprache. SAPMO-BArch, Berlin, RY 5/I 6/3/161, 18–24. Publ. in: Elfriede Lewerenz, Elke Reuter (Einl.): Zum Kurswechsel in der KPD. Dokumente aus den Jahren 1927/1928. In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* (1991), 6, S. 778–782; ebenfalls in: Weber/Bayerlein: Der Thälmann-Skandal, S. 84–91.

Berlin, 11.IX.1927

Lieber Freund,
Die Nachricht über unser Eintreffen in Hamburg werden Sie durch Telegramm von Freunden und eingeschriebene Postkarte erhalten haben. Die Reise verlief programmgemäß, jedoch mit unfreiwilliger Verzögerung.

Seit ich hier bin, rekognosziere und prüfe ich das Terrain für die Entwicklungs-, Arbeits- und Kampfmöglichkeit der Partei. Ich habe zu diesem Zwecke nach und nach mit den Vertretern aller Parteien[96] gesprochen, die Masloviten ausgenommen. Es versteht sich, daß ich dabei sorgfältig vermieden habe, was „fraktionsmäßig“ ausgelegt werden könnte.

Gleich bei meiner Ankunft erfuhr ich durch den gewiß vorsichtigen Wilhelm [Pieck], daß Teddy [d. i. Ernst Thälmann], seit seiner Rückkehr stark fraktions- oder wohl richtiger kliquenmäßig eingestellt sei und sich von Dengel, Schneller und anderen gegen die nötige Konzentration der Kräfte,[97] ja sogar gegen das Zusammenarbeiten mit [Ernst] Meyer aufputschen lasse. Ich ließ mir daher angelegen sein, vor allen anderen mit Teddy eine gründliche Aussprache zu haben. Darüber später. Natürlich hielt ich es für Recht und Pflicht, auch Meyer und einige andere Genossen zu hören. Darauf nahm ich an der Sitzung des Polbüros teil, die das Plenum der Z[entrale] vorbereiten sollte, ferner an den Sitzungen des Plenums, die zwei Tage dauerten.[98] In Folgendem meine Eindrücke.

Trotz mancher erschwerenden Umstände für unsere Aktivität ist die objektive Situation für die Entwicklung und Tätigkeit einer revolutionären Massenpartei sehr günstig. Die KPD hat sich bis jetzt als schwach und unfähig erwiesen, die Lage auszunutzen. In den Sitzungen des Plenums wurde von allen Seiten widerspruchslos festgestellt, daß die „Radikalisierung“ der werktätigen Massen überwiegend von der SPD aufgefangen wird, obgleich ihre Scheinopposition mit den Händen zu greifen ist und die KPD es an der „Entlarvung“ nicht fehlen läßt. Ungeachtet ihres Verrats und der „linken“ Opposi-

96 Gemeint sind die verschiedenen Strömungen innerhalb der KPD.
97 Siehe hierzu Dok. 171.
98 Das Plenum des Zentralkomitees („Zentrale“) fand am 8. und 9. September 1927 statt.

tion in ihren Reihen hat sie sich konsolidiert, gewinnt an Mitgliedern und Einfluss im Proletariat. Die KPD – das wurde ebenso widerspruchslos zugegeben – hat seit dem Essener Parteitag[99] keinen Zuwachs an Mitgliedern und Lesern ihrer Presse erfahren, beides ist stationär geblieben, ja in manchen Bezirken zurückgegangen. Die Auflage der *Roten Fahne* beträgt [20.000?],[100] obgleich es an starker und fortgesetzter Reklame dafür nicht fehlt. Die KPD hat nicht einmal die Führung in den Lohnkämpfen, die dank ihrer Initiative entstanden sind. Nebenbei: die bürgerliche Presse spiegelt ab, daß die KPD nicht mit den Massen verbunden ist. Sie behandelt die Partei als *quantité négligeable*, um die man sich nicht zu kümmern braucht. Bei den Verhandlungen des Plenums traten nur zwei Genossen mit der Ansicht hervor, daß dieser Stand der Dinge sich lediglich aus den objektiven Schwierigkeiten erkläre, und daß Fehler und Mängel der Partei keine Schuld daran trügen: der ewige Jungbursche Willy Münzenberg und der Jugendvertreter Blenkle, den ich bereits in der Sitzung des Polbüros als noch sehr unklar und unreif kennengelernt hatte. Ihre Stellungnahme – ganz besonders und öffentlich jene Willys – war inspiriert von dem Drang, sich „radikal" „links" zu geben und zu diesem Zweck gegen Gerhard [d.i. Gerhart Eisler] und Karl Becker zu polemisieren. Die beiden „Linkischen" fanden jedoch keine Gelegenheit im Plenum. Bei allen Punkten der Tagesordnung hoben die Referenten und Debatteredner Schwächen und Mängel der Partei hervor und gaben Anregungen, was und wie zu bessern sei. Es wurde dabei stark betont: die Notwendigkeit klarer durchgreifender grundsätzlicher Schulung, der Erfüllung der Tageskämpfe mit der kommunistischen Ideologie; Konzentration aller Kräfte auf der Linie der Partei, mit endlicher Überwindung der fraktionellen Reminiszenzen; kollektive Zusammenarbeit und Führung des ZK; Politisierung des RFB; gründliche theoretische und praktische Schulung der Gewerkschaftsredakteure usw., usw. Sie werden ja ein Stenogramm der Verhandlungen und Beschlüsse erhalten. Ob es ganz getreu sein wird, ist eine andere Frage. Das Bedeutsamste der Verhandlungen schien mir, daß sich in dem Auftreten der Vertreter der Bezirke frisches vorwärts drängendes gesundes Leben in den Parteimassen offenbart. Diese beginnen, Kritik zu üben und von der Führung scharfe Selbstkritik zu fordern. Sie erkennen, daß die [der] Partei das Vertrauen der werktätigen Massen zu der Politik und der Führung der Kommunisten fehlt. Sie selbst haben kein Vertrauen zu dieser Politik und dieser Führung. Und die [...] Sie ist ist ebenfalls ohne Vertrauen zu sich, zu ihrer Führung; ihrer Politik. Sie ist unklar, unsicher, schwankend, ratlos, pendelt hin und her zwischen Möchte-gern und Kann-doch-nicht.

Sie ist von Kliquentreibereien zersetzt und vergiftet und empfindet das Unhaltbare ihrer Position nach innen und außen. Der Grund dazu ist, daß es den meisten Mitgliedern der Z[entrale] fehlt an Kenntnissen – zumal auch über die Geschichte der Arbeiterbewegung –, an theoretischer Schulung, an politischen Fähigkeiten und

99 Siehe zum Essener Parteitag Dok. 172.

100 Original schlecht lesbar. Parteioffiziellen Angaben zufolge wurde *Die Rote Fahne* in 40.000 Exemplaren gedruckt.

politischem Instinkt, an Talenten der Darstellung und Überzeugungskraft und last not least – an Charakterfestigkeit. Allein, je mehr diese Mängel an dem Einzelnen vorhanden sind, um so unerschütterlicher ist sein [d.i. Thälmanns] Glaube, daß er der „deutsche Lenin" sei. Er sucht seine Überlegenheit dadurch zu beweisen, daß er seine Nebenmänner in der Z[entrale] möglichst viel Dummheiten machen läßt, ja, sie zu solchen provoziert. Ein wirklich kollektives Zusammenarbeiten gibt es nicht, kein Ausgleichen und Überwinden der Fehler und Schwächen der Einzelnen. Dafür Herausbildung kleiner Kliquen, persönliches Intrigieren, Gegeneinanderarbeiten. Die fraktionellen Reminiszenzen der Gegensätze von „links" und „rechts" sind nur noch welke Feigenblätter, nicht lebendige Kräfte.

Verhängnisvoll macht sich dabei geltend, daß Teddy kenntnislos und theoretisch ungeschult ist, in kritiklose Selbsttäuschung und Selbstverblendung hineingesteigert wurde, die an Größenwahnsinn grenzt und der Selbstbeherrschung ermangelt. Er läßt daher seine guten proletarischen politischen Instinkte und Urteile über Menschen und Zustände täuschen und irreleiten durch Ohrenbläser, Schmeichler, Klatschbasen, Intriganten niedrigster Art. Maslow wurde durch Neumann abgelöst, an dessen Stelle scheinen nun Dengel, Schneller, Münzenberg getreten zu sein. Es wird dabei auf Teddys Ängste spekuliert, daß irgend jemand „linker" als er sein könne; und daß „Rechte" ihm als „Linkesten" die Führung entreißen wollen. Abgesehen von einigen Genossen in der Z[entrale] spielt zumal Maslow auf dieser Saite und mit Erfolg. So wankt Teddy hin und her zwischen Anfällen einer richtigen Einschätzung der Lage und ihrer Konsequenzen und Anfällen tobender Abwehr dagegen und kann sich in Widerspruch zu sich selbst jeden Tag anders einstellen. Typisch dafür ist sein Verhalten zu der Rückberufung Augusts [d.i. August Thalheimer]. Diese war vom Polbüro in Teddys Abwesenheit einstimmig beschlossen worden. Als Teddy zurückkam, lehnte er den Beschluß ab, Dengel und Schneller waren wohl von Anfang an nur mit halbem Herzen bei der Entscheidung gewesen. Sie fielen um und bestärkten Teddy in seinem Widerstand. Eine große Rolle spielte dabei die Berufung auf einen Beschluß des Essener Parteitages in Sachen Brandler-Thalheimer. Der Beschluß war schon damals eine überflüssige und schädliche Konzession an die offenen und heimlichen Ultralinken Bundesbrüder Maslows in der Partei.

Jetzt ist er politisch und sachlich unhaltbar geworden und ist nur ein Vorwand unklarer und charakterschwacher Elemente, daß die unabweisbar gewordene Konzentration der Kräfte in Wahrheit und Tat oben und unten nicht durchgeführt wird. Die Z[entrale] kann und darf den Beschluß nicht verschweigen, jedoch sie muß die sachlichen und politischen Gründe nachweisen, die trotz seiner jetzt Augusts rasche Rückberufung fordern. Doch auf einmal sah das Polbüro nur Hemmungen und Unmöglichkeit für die Durchführung des eigenen Beschlusses. Dieser war so gut wie erledigt. In dieser Situation hatte ich ein zweistündiges Gespräch mit Teddy. Es hinterließ einen überwiegend guten Eindruck. Zum Falle August vertrat Teddy wie ich die Auffassung, die Z[entrale] „müsse den Stier bei den Hörnern packen", kein Verschweigen der Essener Resolution, wohl aber Erklärung der Situation. „Die Rück-

berufung ist eine Frage der Formulierung, der richtigen Worte, und die werden wir finden." Das war Teddys Meinung, und er schied mit der Mahnung an mich: „Tritt nur recht scharf auf." Am nächsten Tage in der Sitzung des Polbüros schwitzte zu meinem Erstaunen der gute Teddy nur Befürchtungen und unüberwindbare Hemmungen gegen den Beschluß, die einer glatten Ablehnung gleichkamen. Alle Helden der Konzentration fielen tapfer um. Nur Meyer stand allein auf einsamer Flur und verteidigte den Beschluß trefflich mit sachlichen und politischen und persönlichen Gründen. Resultat: mit allen gegen Meyers Stimme wurde beschlossen, dem Plenum eine Stellungnahme vorzuschlagen, die in Wirklichkeit Augusts Rückkehr auf Sankt Nimmerlein verschob. Am folgenden Tag in der Sitzung des Plenums – ein verändertes Bild. Teddy teilte mir mit, daß das Polbüro noch nachträglich auf Antrag Wilhelms „ein Kompromiß" angenommen habe – es ist die vom Plenum akzeptierte kurze Resolution –, das [den] er befürworten, und zu dem er die Erklärung abgeben werde, daß die Durchführung schleunigst erfolgen solle, das heißt etwa binnen eines Monats für die Aufklärung einiger ultraangehauchter Mitgliederschaften, wie Chemnitz.[101] Meyer hatte in der Abendsitzung des Polbüros sich der Abstimmung über den Kompromiß enthalten, um seine Stellungnahme für das Plenum nicht im voraus zu binden. Gerhard, der von dem Kompromißantrag nichts wußte, hatte einen Gegenantrag gegen den früheren Vorschlag des Polbüros eingereicht. Aus bestimmten taktischen Gründen war ich der Ansicht, daß wir unter den vorliegenden Umständen für den Kompromiß stimmen könnten. Wir durften uns nicht mit dem Schein belasten lassen, daß die Rückberufung an unserem „Eigensinn", unserer „Rechthaberei" und unserem Mißtrauen gegen die „führende Gruppe" gescheitert sei. Wir mußten Vertrauen in deren Konzentrationswillen zeigen, um bei Verschleppung oder Sabotage der Rückberufung desto stärker auftrumpfen zu können. Nach Rücksprache mit mir beschlossen Meyer und Gerhardt, dem Kompromiß zuzustimmen. G. [Gerhart Eisler] wollte seinen Antrag mit einer kurzen Erklärung zurückziehen. Dengels Ausführungen zu der Angelegenheit waren sachlich und gut und ermöglichten diese Haltung. In der Diskussion protestierte kein Redner gegen A.s [Augusts, d.i. Thalheimers] Rückkehr, die alte Note der Brandler-Thalheimer Hetze wurde von niemand angeschlagen, der Vertreter der Pfalz forderte nur gleiche Behandlung für „Linke" und „Rechte". Aber Teddy tischte im Gegensatz zu seinen eigenen Worten am Tage vorher seine aufgewärmte Rede von der Sitzung des Polbüros auf und schwieg in allen Tönen von der schleunigen Durchführung des Beschlusses. Meyer wurde dadurch zu einer Entgegnung gezwungen, die so gut und sachlich war, daß Dengel im Schlußwort von Teddy

---

101 Der Bezirk Erzgebirge (Chemnitz) war noch Anfang 1924 ein Zentrum des Widerstands gegen die linke Fischer-Maslow-Führung. 1927 widersetzten sich große Teile der Bezirksorgnisation der KPD („Chemnitzer Linke") unter Leitung von Süßkind und Wesche einem moderateren Kurs gegenüber der Sozialdemokratie und dem Einfluss Ernst Meyers und der Mittelgruppe; spätere führende „Versöhnler" wie Süßkind und Volk verließen daraufhin die Chemnitzer Linke (siehe: Weber: Die Wandlung, I, S. 170 u.a.)

vorsichtig mit der Wendung abrücken mußte, dieser sei von Meyer „mißverstanden" worden.

Von den übrigen Verhandlungen des Plenums sei nur hervorgehoben, daß Referat und Diskussion über die wirtschaftlichen Kämpfe und die Gewerkschaftsarbeit eine altbekannte Tatsache bestätigen. Fritz [Heckert] kann nicht Leiter der Gewerkschaftsarbeit sein, wenn aus dieser mehr als ein bloßer Bluff werden soll.

Ich verzichte auf weitere Darstellung dessen, was ist. Der Freund, der Ihnen diesen Brief überbringt, wird vollständiger berichten. Ich ziehe die praktischen Schußfolgerungen für das, was meiner Meinung nach geschehen muß.

Die Kliquenwirtschaft um Teddy und mit Teddy muß durch kollektives Zusammenarbeiten ersetzt werden. Teddy ist das Symbol revolutionärer proletarischer Führung der Partei, aber er selbst ist in der vorliegenden Situation kein Führer und kann kein Führer sein. Die kollektive Führung hat auf der Grundlage der Konzentration zu geschehen. Konzentration der Kräfte nicht bloß in der Z[entrale] vielmehr in allen leitenden und organisierenden Körperschaften der Partei von oben bis unten. Ganz abgesehen davon, daß A[ugust]s Rückkehr zur Durchführung des Kampfes mit der SPD und den Masloviten eine sachliche, politische Notwendigkeit ist, bedeutet sie innen- und außenparteilich den Beweis, daß die Konzentration der Kräfte keine papierene Phrase bleibt, sondern Tatsache wird. Sie wird das Signal sein für die Heranziehung weiterer tüchtiger Kräfte und die Gewinnung neuer. Die Gefahr ist nicht ausgeschlossen, daß der Beschluß sabotiert wird. Deshalb ist unerläßlich, daß ihr auf der schleunigsten Durchführung besteht, unerschütterlich fest in der Sache, klug in der Form.

Sobald Jakob [d.i. Jacob Walcher] von den Ärzten freigegeben ist, muß er die tatsächliche Leitung der Gewerkschaftsarbeit erhalten. Das Gejammer, daß es keine Kräfte für diese Arbeit gebe, ist falsch. Jannak [Jannack] in Remscheid-Solingen, Ehlers, Dantz und andere in Bremen, Westermann in Hamburg, [Willi?] Schönebeck und viele andere sogenannte „Rechte" sind geschulte, erfahrene und begabte Gewerkschafter.

Es ist höchste Zeit – auch in Hinblick auf die Wahlen –, daß die Partei sich ein Aktionsprogramm oder eine Plattform gibt. Es muß die kommunistische Ideologie als Grundlage haben, das ist unerläßlich. Über die einzelnen Forderungen, Etappenziele usw. muß und kann diskutiert werden. Diese Diskussion könnte durch den endlichen Abdruck des Artikels von Brandler eingeleitet werden. Diese Diskussion würde den Geist, das Denken und Studieren in der Partei beleben, der Gedankenarmut und dem Papageigeplapper entgegenwirken, die leider zu deren Wesenszügen gehören.

Der Kampf mit den Masloviten außerhalb und innerhalb der Partei ist nicht wie bisher fast nur organisatorisch zu führen. Er muß auf die ideologische Überwindung abzielen. Dazu ist notwendig, daß die WKP authentisches Material über den Kampf mit der Opposition liefert.[102] Es wird stürmisch verlangt. Wie war nur der Irrtum des

102 Zetkin spricht hier von der Linken Opposition in der VKP(b), die sich seit 1923 gegen das bürokratische Parteiregime gebildet hatte und in der als Hauptströmungen die „alte" Linke Opposition

Polbüros betreffs der Zitate gegen die Masloviten möglich? Er wird von diesen natürlich stark ausgenutzt. Alles wartet hier auf Aufklärung.[103]

Zum Schluß: Leute wie Osten [d.i. Vissarion W. Lominadze] sollten nie wieder nach hier kommen. Von offiziellen Lobhudlern abgesehen, sind alle der Meinung, daß er mehr geschadet als genutzt, den Konzentrationsprozeß aufgehalten und gestört habe. Dagegen wird allgemein die baldige Rückkehr Brauns [d.i. Arthur Ewert] gewünscht, obgleich man [sich] über seine mancherlei Unvollkommenheit im klaren ist. Meyer hält sich tapfer und klug, aber seine Stellung ist sehr schwer, sie muß gestärkt werden. Über besondere Kapitel, RFB und Frauenarbeit, demnächst

Ich lebe und halte mich. Ende der Woche geht's nach Stuttgart, Sillenbuch. Grüßen Sie alle Freunde, Ihnen selbst in treuer Freundschaft festen Händedruck

Clara Zetkin

Dok. 173a

Vertrauliche Materialien der Informationsabteilung des EKKI über Oppositionsgruppen im Umkreis der KPD

[Moskau], Mitte September 1927

Typoskript, deutsch. Schweizerisches Bundesarchiv, Bern, J.II 94/634. Erstveröffentlichung.

Vertraulich.
Material über die Oppositionsgruppen innerhalb und ausserhalb der KPD
Referent: Fischer.

Ausserhalb der KPD bestehen folgende Oppositionsgruppen: 1. Katz,[104] 2. Schwarz,[105] 3. Korsch, 4. Maslow, Ruth Fischer, Urbahns-Gruppe (diese hat noch Anhänger innerhalb der Partei).

Trotzkis (seit 1923) und die „neue" Leningrader Opposition Sinowjews (seit 1925/26) vereinigt waren.

103 In der *Roten Fahne* vom 12.8.1927 wurde eine Erklärung der russischen Oppositionsführer zwar publiziert, jedoch zugleich ihr Sinn entstellt. Der ungefälschte Text wurde daraufhin in der linksoppositionellen *Fahne des Kommunismus* veröffentlicht.

104 Nach seinem Ausschluss aus der KPD 1926 (Iwan Katz hatte mit seiner Gruppe die ZK-treue Redaktion der *Niedersächsischen Arbeiterzeitung* besetzt) gründete er, auf seine Hannoveraner Basis gestützt, zusammen mit der AAU Franz Pfemferts den „Spartkausbund der linkskommunistischen Organisationen", die ultralinke bis rätekommunistische Positionen vertrat, allerdings 1927 wieder aufgelöst wurde. Parallel behielt Katz sein Reichstagsmandat bis 1928, zog sich jedoch aus der Politik zunehmend zurück (siehe auch Dok. 143).

105 Dr. phil. Ernst Schwarz (Ps. Tiede) (1886–1958) schloss sich 1925 der ultralinken Opposition um Werner Scholem und Arthur Rosenberg an, noch im gleich Jahr zusammen mit Karl Korsch Konstituierung der Gruppe „Entschiedene Linke" (Organ: *Kommunistische Politik*). Nach Parteiausschluss – er bezeichnete die Sowjetunion nur noch als „konterrevolutionäre Sowjetunion" – Trennung von Korsch

1. Katz hat bald nach seinem Ausschluss aus der KPD gemeinsam mit Franz Pfamfert [d.i. Pfemfert],[106] dem Herausgeber der *Aktion*[107] und Führer der syndikalistischen „Allgemeinen Arbeiter-Union (Einheitsorganisation)“[108] und mit einzelnen früheren RGI-Verbänden[109] (Schuhmacher, Kaiser)[110] in Göttingen den „Spartakusbund linksgerichteter Organisationen“ gegründet.[111] Das Publikationsorgan dieser Organisation

und Annäherung an die KAPD, behielt jedoch bis 1928 sein Reichstagsmandat. Ende 1927 jedoch trat er aus seiner eigenen Gruppe aus (entgegen der Einschätzung des EKKI-Referenten aus Unmut gegen den Anschluss von Teilen der Gruppe an die KAPD) und entfernte sich nach Ablaufen seines Reichstagsmandats aus der Arbeiterbewegung (siehe: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 855–856).

106 Richtig: Franz Pfemfert (1879–1954), Verleger und Publizist, Mitbegründer der KPD, später rätekommunistische Position.

107 *Die Aktion*, von Franz Pfemfert zwischen 1911 und 1932 herausgegebene literarisch-künstlerisch-politische Zeitschrift. Zunächst eines der zentralen Publikationsorgane des Expressionismus, in der Zwischenkriegszeit Zentralorgan diverser rätekommunistischer Organisationen. In den Anfangsjahren Sowjetrusslands kritische Solidarität zu den Bolschewiki, später dezidiert antistalinistisch, Abdruck von Schriften Trotzkis (Siehe: Wolfgang Haug (Hrsg.): Franz Pfemfert. Ich setze diese Zeitschrift wider diese Zeit. Sozialpolitische Aufsätze, Darmstadt, Luchterhand, 1985; zuletzt: Gleb Albert: Ein Mann, ein Blatt. Franz Pfemfert und „Die Aktion“ 1911–1932. In: *versa. Zeitschrift für Politik und Kunst* (2007), No. 7, S. 48–62).

108 Allgemeine Arbeiter-Union (Einheitsorganisation), Abk.: AAU-E. Rätekommunistische Organisation, gegründet im Oktober 1921 als Abspaltung der KAPD von Otto Rühle und Franz Pfemfert. Die Organisation war von diversen Spaltungen gekennzeichnet, einige Teile überlebten jedoch bis in die NS-Zeit hinein als Widerstandsorganisationen.

109 RGI: Die Rote Gewerkschafts-Internationale, russisch: Krasnyj Internacional Profsojuzov, daher auch “Profintern“, wurde als größte der Komintern angeschlossene Massenorganisationen 1921 gegründet (1. Kongreß, 3.-19. Juli 1921). Sie vereinigte revolutionäre Industrie- und Fachverbände, anfangs auch nicht-kommunistischer Richtung und entstand aus dem am 15.7.1920 gebildeten Internationalen Rat der Fach- und Industrieverbände (auch: Internationaler Rat der Gewerkschaften). Generalseketär war S. A. Lozovskij. Durch ihre Vertretung in den Leitungsgremien des EKKI war sie auch finanziell eng mit der Komintern verknüpft, das sowjetische Politbüro beschloss die jährlichen Budgets. Die Gesamtzahl der erfassten Gewerkschaftsmitglieder umfaßte weltweit bis zu 10 Millionen Mitglieder, die Dominanz der sozialdemokratischen “Amsterdamer“ Gewerkschaften konnte sie jedoch nie brechen. Leitungsorgane waren der Zentralrat, zwischen den Sitzungen das Exekutivbüro, ihre Presseorgane *Die Rote Gewerkschaftsinternationale* und *Internationale Gewerkschafts-Pressekorrespondenz*. Als Instrument der Kominternpolitik versagte die RGI als gewerkschaftliche Interessenvertretung, besonders in der Phase der einseitig gegen Sozialdemokraten und Anarcho-Syndikalisten orientierten Politik der Spaltung der nationalen Gewerkschaften ab 1928, die der 4. Kongreß (Moskau, 17.3.-3.4.1928) vorbereitete. Nach kurzzeitiger Rückkehr zu einer Einheitslinie ab 1934/1935 wurde die RGI 1937 aufgelöst (siehe: Tosstorff: Profintern).

110 Gemeint ist der Anfang 1924 von Ernst Schumacher (1892–1972) gegründete „Verband Internationaler Bekleidungsarbeiter“ als linker RGI-Verband; wegen seines Eintretens für die Gewerkschaftsspaltung nach dem V. Weltkongress der Komintern aus der KPD ausgeschlossen, zusammen mit Paul Kaiser (1884–1950), der mit Korsch zusammenarbeitete und Vorsitzender des linken Industrieverbandes für das Baugewerbe war. Beide wirkten weiter als Vorsitzende der linkskommunistischen Gewerkschaft.

111 Am 12.3.1926 schlossen sich 12 räte- und linkskommunistische Organisationen auf Initiative der AAU-E zu einem linkskommunistischen „Kampfkartell“ zusammen unter dem Namen „Spartakusbund linksgerichteter Organisationen“, auch „Spartakusbund 2“ genannt. Der 1. Reichskongress

nennt sich *Spartakus*. Es erscheint monatlich.[112] Katz hat heute in der Partei wohl kaum noch einen Anhänger.

2. *Schwarz*, der früher mit Korsch zusammenging, arbeitet in enger Anlehnung an die KAP[D]. Er gibt als sein Organ *Die entschiedene Linke* heraus, das 14-tägig erscheint und am Kopf die Devise führt: „Alle macht den Räten!" Sein Anhang ist minimal, in der Partei dürfte er überhaupt ohne Anhang sein.

3. *Korsch*. Er gibt als sein „Organ" die *Kommunistische Politik* heraus.[113] Auch er hat heute in der Partei keinen Anhang mehr. In ihren „Organen" bekämpfen sich alle diese Gruppen gegenseitig und alle gemeinsam bekämpfen sie die Maslow-Ruth Fischer-Gruppe.

4. Die *Maslow-Ruth Fischer-Scholem*-Gruppe nennt sich offiziell Urbahns-Gruppe.[114] Ihre aus der KPD ausgeschlossenen Anhänger bilden gemeinsam mit den Ausgeschlossenen der anderen Gruppen, einschliesslich Katz, im Reichstag formell eine Fraktion.[115] Wie bekannt, gibt die Urbahns-Gruppe die wöchentlich im Umfang von 8–12 Seiten erscheinende *Fahne des Kommunismus* heraus. Sie soll nach Schätzungen eine Auflage von 6.000 haben. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass ein

---

fand am 20./21.11.1926 in Göttingen statt. Im Laufe des Jahres 1927 zerfiel jedoch der „Spartakusbund" wobei sich auch die Gruppe um Katz abspaltete (siehe: Otto Langels: Die Ultralinke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Zur Geschichte und Theorie der KPD-Opposition (Linke KPD), der Entschiedenen Linken, der Gruppe Kommunistische Politik und des Deutschen Industrie-Verbandes in den Jahren 1924 bis 1928, Frankfurt am Main-Bern-New York-u.a., Peter Lang, 1984).

112 Nach dem 1. Reichsparteitag des „Spartakusbundes 2" wurden das Organ der AAU-E *Einheitsfront* und das *Mitteilungsblatt* der Katz-Gruppe zur Zeitschrift *Spartakus* vereinigt.

113 Nachdem Ernst Schwarz sich mit dem Organ *Die Entschiedene Linke* abspaltete, blieb Karl Korsch weiterhin Herausgaber der *Kommunistischen Politik*. Ab 1928 verschwand die Korsch-Gruppe weitgehend aus der Politik, Korsch selbst widmete sich ausschließlich theoretischen Problemen (siehe: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 484).

114 Urbahns, der trotz seiner Zugehörigkeit zur linken Opposition von den KPD-Mitgliedern wegen seiner mutigen Bekenntnisses vor Gericht, die alleinige Verantwortung für den Hamburger Aufstand zu übernehmen (wozu er zu zehn Jahren Festungshaft verurteilt wurde), als Beispiel höchster Tapferkeit gefeiert wurde, hatte im September 1926 den „Brief der 700" unterschrieben (siehe Dok. 159). Im November ausgeschlossen, wurde er zur „treibenden Kraft bei der Organisierung der linken Opposition" (Hermann Weber). 1928 bis 1933 war er der Führer des Leninbundes, auch nach dem Ausscheiden von Fischer, Maslow und Scholem. Seit 1928 verfügte die Linke Opposition mit dem Suhler *Volkswillen* über eine deutsche Tageszeitung (siehe: Günter Wernicke: Die Radikallinke in der KPD und die russische Opposition. Von der Fischer/Maslow-Gruppe zum Lenin-Bund. In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 42 (2000), Nr. 3, S. 75–101).

115 Gemeint ist die Reichstagsfraktion „Linke Kommunisten", die von verschiedenen linken bzw. „ultralinken" aus der KPD ausgeschlossenen Politikern gegründet wurde. Sie war keine politisch einheitliche Gruppe, sondern ein pragmatischer Zusammenschluss zur Erreichung von Fraktionsrechten und war ideologisch entsprechend uneinheitlich. In ihrer Existenz von Januar 1926 bis Februar 1928 waren dort Ruth Fischer, Hugo Urbahns, Karl Korsch, Iwan Katz, Ernst Schwarz u.a. aktiv (siehe: Otto Langels: Die Ultralinke Opposition, S. 82ff.).

grosser Teil der Funktionäre der KPD, vor allem auch der ZK-treuen, wegen der dort veröffentlichten Dokumente dieses Blatt abonnieren.[116] Ausserdem gibt diese Gruppe auch Sonderbroschüren heraus. So wurde die Erklärung der 83 Oppositionellen der KPSU[117] als Broschüre zum Preise von 5 Pf. verkauft. Eine Broschüre, die die wichtigsten Dokumente der Opposition der KPSU enthielt, wurde bereits in dritter Auflage vergriffen.[118] Dieser grosse Umsatz ist vor allem auch darauf zurückzuführen, dass eben viele KPD-Funktionäre dieses Material kaufen, um die Dokumente kennen zu lernen. Einige Bezirksleitungen kauften sogar grössere Mengen dieser Broschüren zur Verteilung an ihre wichtigsten Funktionäre.

Nach dem letzten Manöver der Urbahns-Gruppe wurden auch ihre in der Partei verbliebenen Anhänger zum Angriff eingesetzt. In den früheren Berichten (über die *Fahne des Kommunismus*) brachten wir den Antrag der 15, der zugleich mit dem Urbahns-Maslow'schen Antrag an die KI vom ZK die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen forderte.[119] An der Spitze des Antrages der 15 standen die Landtagsabg[eordneten] Eppstein,[120] Kilian[121] und Guido Heyn [d.i. Heym].[122] Was nun den Einfluss der

116 Die Wochenzeitschrift *Die Fahne des Kommunismus, Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten* erschien von Juni 1927 bis 1933 im Namen der Kommunistischen Linksopposition in Deutschland (Hugo Urbahns, Ruth Fischer, Arkadi Maslow, Werner Scholem).

117 Am 26.5.1927 wurde eine Erklärung, die als „Erklärung der 83" bekannt wurde, dabei jedoch Unterschriften von 84 „alten Bolschewiki" trug, an das ZK der VKP(b) geschickt. Unterschrieben von Trotzki, Radek, Abram Gural'skij, Nikolaj Muralov, Georgij Safarov, Voja Vujović und anderen linken kommunistischen Oppositionellen, klagte sie das Versagen der Stalin-Führung und der Komintern besonders beim englischen Generalstreik 1926 und in der China-Politik an. Bis Mitte 1927 hatten ca. 3000 VKP(b)-Mitglieder die Erklärung unterzeichnet (Publ. in: Trotzki: Schriften 3.2, S. 727–759).

118 Zu den personellen Kontakten zwischen den Linken Kommunisten in Deutschland und den Linksoppositionellen in der Sowjetunion, siehe: Pierre Broué: The German Left and the Russian Opposition. 1926–28. In: *Revolutionary History* 2 (1989), No. 3, S. 20–28, http://www.marxists.org/history/etol/revhist/backiss/vol2/no3/gerleft.html.

119 Ruth Fischer forderte mehrere Male auch in Moskau vor der Internationalen Kontrollkommission der Komintern (IKK) ihr Recht auf Parteimitgliedschaft ein, was jedoch genauso erfolglos blieb, wie der Antrag auf Wiederaufnahme in die KPD, der gemeinsam mit Maslow und dreizehn weiteren Oppositionellen im August 1927 gestellt wurde. In Wedding und Neukölln und Teilen des Ruhrgebiets stand weiterhin eine Mehrheit der Mitglieder hinter ihr, auch national war, wie die "Erklärung der 700" zeigte (Dok. 159), ihr Einfluß noch beträchtlich (Kessler: Ruth Fischer, S. 270).

120 Eugen Eppstein (1878–1943), SPD-Mitglied seit 1897 und KPD-Gründungsmitglied, wurde 1928 Mitbegründer des Leninbunds.

121 Otto Kilian (1879–1945), Arbeiterdichter und Anhänger der linken KPD-Opposition, verließ im Januar 1928 die KPD und wurde Mitbegründer des Leninbundes.

122 Guido Heym (1882–1945) war Stadtverordnetenvorsteher und KPD-Vorsitzender im thüringischen Suhl. Trotz seiner offenen Parteinahme für die Fischer-Maslow-Gruppe konnte die KPD-Führung ihn erst im Dezember 1927 ausschließen, da er außerordentlich populär war. Zunächst mit der Mehrheit seiner Ortsgruppe Teil des Leninbunds, trat er mit vielen seiner Anhänger 1928 in die SPD ein. In der NS-Zeit bestand um Heym herum in Suhl eine antifaschistische Widerstandsgruppe, er wurde 1945 bei einem Todesmarsch ermordet (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 373).

Anhängerschaft der Urbahns-Gruppe innerhalb der Partei betrifft, so ist sie örtlich auf einige Gebiete verstreut. In Baden nennen sich einige Ortsgruppen und Zellen als zur Urbahns-Gruppe gehörig. Teilweise wird von hier eine Beitragssperrung gegen die Partei durchgeführt, es wurden eigene Beitragsmarken der Urbahns-Gruppe in Druck gegeben. Träger der Opposition sind hier vor allem die erst vor kurzem ausgeschlossenen Abg[eordneten] Ritter und Kenzler.[123]

Im Frankfurter Bezirk stehen einige wichtigere Zellen und Ortsgruppen unter oppositionellem Einfluss.

Der Unterbezirk Suhl in Thüringen steht zu 90% zur Urbahns-Gruppe. Der hier bodenständige Preuss[ische] Landtagsabg[eordnete] Guido Heyn [Heym] hat den von der Zentrale eingesetzten Redakteur des dortigen Parteiorgans *Volkswille* (Auflage 3.000) verjagt und die Leitung des Blattes übernommen. Maslow nannte in Nr. 26 seines Organs[124] den Suhler *Volkswillen* „unser" Organ.[125] Der *Volkswille* führt eine scharfe oppositionelle Schreibweise gegen das ZK. Nach letzten Berichten glaubt aber die Zentrale, den suhler Unterbezirk, an dessen Opposition auch einige taktische Fehler der thüringer Bezirksleitung mitschuldig sind, für die Partei zu gewinnen.

In Halle ist der Träger der Urbahns-Opposition vor allem der Landtagsabg. Kilian. Der *Klassenkampf*[126] veröffentlichte kürzlich Mitteilungen darüber, dass die hallesche Opposition schon beginnt, sich parteimässig zu organisieren, dass sie eigene Mitgliedskarten eines „Sportvereins Merkur" herausgibt und Fraktionssitzungen sowohl in Zeitz, als auch in Halle abhält. Die Opposition im halleschen Bezirk dürfte zahlenmässig ziemlich schwach sein.

In Berlin hat die Urbahns-Gruppe Anhänger im 18. Bezirk, in Neukölln und in Charlottenburg.

Der Unterbezirk Aachen steht ferner geschlossen gegen die Partei. Innerhalb der Partei besteht noch die oppositionelle *Weber*-Gruppe.[127] Sie verhielt sich seit

---

123 Jakob Ritter (1886–1951) und Georg Kenzler (1884–1959) waren die Sprecher der linken Opposition in Baden und wurden beide im Juli 1927 aus der KPD ausgeschlossen.

124 Es handelt sich um die Wochenzeitung *Die Fahne des Kommunismus*.

125 Guido Heym war fast durchgängig von 1920 bis 1931 Chefredakteur des Suhler KPD-Organs *Volkswille* (Christa Hempel-Küter: Die Tages- und Wochenpresse der KPD im Deutschen Reich von 1918 bis 1933. Mit einem Titelverzeichnis und einem Personenregister. In: IWK 23 (1987), 1, S. 27–82, hier S. 68). Ende 1927 kündigte Heym an, den *Volkswillen* zum Organ der linken Opposition im Reichsmaßstab aufzubauen, wofür er aus der KPD ausgeschlossen wurde. Der *Volkswille* wurde in der Folge Reichsorgan des Leninbundes und schließlich, mit dem Übertritt Heyms in die SPD 1928, Organ der SPD (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 373).

126 *Der Klassenkampf* war die KPD-Zeitung des Bezirks Halle-Merseburg.

127 Es handelt sich um den pfälzischen KPD-Funktionär und Mitbegründer der KPD Hans Weber (1895–1986). Er war Mitglied des Zentralausschusses und einer der Führer der Weddiger Opoosition, die unter den ultralinken Oppositionsströmungen über den stärksten Rückhalt seitens der Arbeiter (in der Pfalz, Berlin und in Sachsen) verfügte. Er besorgte die Herausgabe von Trotzkis Schrift: „Die internationale Revolution und die Kommunistische Internationale" (1929), eine Fundamentalkritik der Beschlüsse des 6. Kongresses der Komintern.

dem Essener Parteitag ziemlich loyal. Auf der letzten ZK-Sitzung am 8./9. September enthielt sich der Vertreter der Weber-Gruppe bei den Abstimmungen der Stimme, während er früher gegen die Resolutionen zur innerparteilichen Lage stimmte. Er erklärte im ZK, dass seine Bezirke Pfalz und Wedding „so disziplinierte Genossen sind, dass keine Gefahr für die Partei besteht". In den allerletzten Tagen haben einige Anhänger der Webergruppe innerhalb der Partei Vorstösse für die Wiederaufnahme von Maslow und Ruth Fischer in die Partei gemacht.

Die *Kötter*-Gruppe hat in Leipzig einen grossen Teil ihres Einflusses verloren.[128] Hier bestand einige Wochen lang eine scharfe Krise in der Roten Hilfe dadurch, dass die Anhänger der Webergruppe Vogt und Genossen versuchten, die Rote Hilfe für ihre fraktionellen Ziele auszunützen. Vogt wurde damals mit noch einigen Anhängern ausgeschlossen.[129] Die Krise in der Leipziger RH ist heute schon so gut wie behoben und es ist wahrscheinlich, dass Vogt und die übrigen Ausgeschlossenen in kürzester Frist wieder in die Partei aufgenommen werden. Einfluss hat die Kötter-Gruppe noch in der Heimat Kötters, in Bielefeld, wo er kürzlich zum Unterbezirkssekretär gewählt wurde. Er hat nach dieser Wahl erklärt, dass er aufs schärfste gegen die Ruth Fischer-Maslow-Gruppe kämpfen und sich selbst jeder fraktionellen Treibereien enthalten werde. Nach dem Vorstoss Maslows für seine Wiederaufnahme in die Partei machen sich innerhalb der Partei eine ganze Anzahl schwanker Elemente bemerkbar. Am klarsten brachte diese Schwankungen der Gen. Lenz [d.i. Joseph Winternitz] auf der letzten ZK-Sitzung zum Ausdruck.[130] Er erklärte in seiner Rede, dass die Opposition in der KPSU zwar einen Rückzug gemacht habe, dass aber zugleich die Mehrheit der KPSU eine Annäherung an die Opposition durchgeführt habe. Er kritisierte die Erklärung der Deutschen Delegation auf dem Plenum des ZK der KPSU.[131] In der Antwort des ZK auf den Antrag der 15 forderte er einige Abänderungen, die den Zweck hatten, durch die Formulierung der Antwort nicht die Rückkehr der Führer der Maslow-Gruppe auszuschliessen. Er forderte eine wirklich politische Auseinandersetzung mit den Anhängern Maslows und ist dagegen, dass Maslow, Ruth Fischer usw. als Verbrecher, Banditen usw. bezeichnet werden. Für seine Abänderungsanträge stimmte auf der ZK-Sitzung auch der Vertreter der Weber- und Köttergruppe und der Gen. Florin

128 Wilhelm Kötter (1902–1957), Leiter der Bielefelder KPD, als „Ultralinker" vom ZK der KPD nach Berlin versetzt, dort Anhänger der Weddinger Opposition und Führer ihrer gemäßigten Fraktion, der „Kötter-Gruppe". Im August 1927 Rückkehr nach Bielefeld, wieder Polleiter des Bielefelder Unterbezirks. Im Juni 1930 aus der Partei ausgeschlossen, Abschied aus der Politik (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 478).

129 Arthur Vogt (1894–1964) wurde als Sprecher der Leipziger „Ultralinken" am 24.7.1927 aus der KPD ausgeschlossen, Ende September jedoch, nach einem Ergebenheitsschreiben, wieder aufgenommen.

130 Joseph Winternitz (Ps.: Lenz, 1896–1952), Theoretiker der KPD-Linken, passte sich 1927 wieder der Parteilinie an (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 1032).

131 Möglicherweise ein Irrtum, gemeint ist wohl das EKKI-Plenum. Für das letzte ZK-Plenum im April lässt sich eine solche Erklärung nicht nachweisen.

(Polsekretär im Ruhrgebiet).[132] Den Standpunkt Lenz vertritt auch in Berliner Zellenversammlungen der Gen. Rudolf Gerber[133] und es ist nicht ausgeschlossen, dass das Auftreten der beiden Genossen in enger Verbindung steht. Denselben Standpunkt wie Lenz vertritt ferner in einem Brief an das ZK und in einem Artikel für die *Internationale* der Gen. Hörnle (Chefredakteur unserer Stuttgarter Zeitung).[134] Er fordert von der Partei ein grosszügiges Gegenmanöver gegen Maslow unter der These: Normalisierung der Gesamtpartei von Brandler bis Maslow.

Es ist wahrscheinlich (kam jedoch auf der Sitzung des ZK nicht zum Ausdruck), dass die Vertreter der sogenannten Chemnitzer Richtung ebenfalls diesen schwankenden Elementen zuzuzählen sind.[135] Es sind dies vor allem die Gen. Bertz[136] und Wesche-Chemnitz[137] und Neubauer (Polsekretär im Niederrhein).[138] Schliesslich gibt es noch in der KPD die rechte *Walcher*-Gruppe, die nach wie vor die Aufstellung der Losung der Produktionskontrolle von der Partei fordert.[139] Durch einige abgefangene Briefe ist festgestellt worden, dass die Anhänger dieser Gruppe in fraktioneller Verbindung stehen.

---

132 Wilhelm Florin (1894–1944) war seit Dezember 1925 Polleiter des Bezirks Ruhr und galt bisher als äußerst linientreu (vgl. Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 255).

133 Rudolf Gerber (1901–1969), Parteipublizist, war ab 1927 in der Agitpropabteilung des ZK der KPD tätig.

134 Edwin Hoernle (1883–1952) wurde Mitte 1927 auf den Posten des Chefredakteurs der *Süddeutschen Arbeiterzeitung* strafversetzt, weil er gegen die Methoden der Bekämpfung der Linken in der KPD protestiert hatte (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 386).

135 Die Chemnitzer Richtung gehörte in den Jahren 1926–1928 zum linken Flügel der KPD, war jedoch gegen die Vereinigte Linke Opposition orientiert.

136 Paul Bertz (1886–1950), ehemaliger Polleiter des Unterbezirks Chemnitz, arbeitete 1927 in der Gewerkschaftsabteilung des ZK, er war Anhänger der „Chemnitzer Richtung". Spielte später in der Emigration eine führende Rolle.

137 Heinrich Wesche (1889–1953) war bis März 1927 Polleiter des Bezirks Chemnitz und einer der Führer der Chemnitzer Linken.

138 Theodor Neubauer (1890–1945) war von Januar bis März 1927 Leiter des Bezirks Niederrhein und „bekämpfte die linke Opposition besonders scharf" (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 631).

139 Jacob Walcher wurde 1928 einer der Anführer der KPD-„Rechten".

Dok. 174

Brief Dmitrij Manuilskis an Nikolaj Bucharin und Stalin über seinen erfolgreichen Deutschland-Aufenthalt und die „äußerst einmütige Arbeit unter Führung von Teddy“

[Berlin], 15.9.1927

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 558/11/763, 35–36. In deutscher Sprache publ. in: Weber/Bayerlein: Der Thälmann-Skandal, S. 91–94.

Für Gen. Stalin
L. Streng geheim
Reg. Nr. 1930 29.9–27.

Kopie des Briefes des Gen. M[anuilski] vom 15.9.27
An N[ikolaj] I[vanovič] [Bucharin] und K[oba] [d.i. Iosif Stalin].

Liebe Genossen.
Am 8. September hat hier [in Berlin] ein Plenum des ZK stattgefunden.[140] Nach allgemeiner Auffassung war dies eine der besten Plenartagungen, die in den letzten Monaten, ja, vielleicht sogar Jahren stattgefunden haben. Alle politischen Fragen wurden klar gestellt, die Amplitude der sogenannten Konsolidierung wurde konkret festgelegt und es schien, als eröffne sich die Möglichkeit, unter Teddys [d.i. Ernst Thälmanns] Führung in der nächsten Zeit zu einer maximal einmütigen Arbeit zu kommen. Da traf Pepper [d.i. József Pogány] mit dem Auftrag von Ihnen ein, Gen. K. [Koba, d.i. Iosif Stalin]. Schon nach seinen ersten Worten wurde mir klar: Wenn er den führenden deutschen Genossen Ihre (des Gen. K.) Sicht zur Lage in der Kommunistischen Partei Deutschlands in der Form übermittelt, wie er sie mir darlegte, dann geht in der Führung eine Bombe hoch. Ich habe ihm vorgeschlagen, sich zu informieren und Ihren Standpunkt nicht zu übermitteln, solange ich mich nicht schriftlich mit Ihnen verständigt habe. Dabei ließ ich mich von folgendem leiten: Der deutsche Genosse, der zum Parteitag der Workers’ Party nach Amerika gefahren ist,[141] hat hier auf der Durchreise die Frage nach Thalheimer und dessen Rückkehr gestellt. Bei den deutschen Genossen entstand der Eindruck, daß die russischen führenden Genossen diesen Gedanken wohlwollend sehen und dieser Vorschlag nach Erörterung mit Ihnen, N. Iw. [Bucharin], gemacht wurde. Der entgegengesetzte Standpunkt von K. zu dieser Frage wurde hier so interpretiert wie auf dem 7. Plenum die Frage der Rationa-

140 Die ZK-Tagung fand am 8. und 9. August 1927 statt. Thälmann gab den Bericht über die Lage und die Aufgaben der KPD. Heckert referierte über die letzten Wirtschaftskämpfe.
141 Der deutsche Genosse, der zum Parteitag der Workers’ Party nach Amerika fuhr, war Hermann Remmele.

lisierung[142] ausgelegt wurde. Das Ansehen der Führung wurde geschwächt, während es doch unser aller elementare Pflicht ist, dieses Ansehen in der heutigen schweren Zeit mit allen Mitteln zu schützen.

Außerdem war ich dagegen, daß eine derartige Information ausgerechnet von Pepper kommt, der seine Eigenheiten hat und sich außerhalb der Grenzen Rußlands als Sondergesandter mit außerordentlichen Vollmachten fühlt. Leider haben wir Leute, die das Gras wachsen hören. So etwas ist verhängnisvoll, es verdirbt die Parteien. Zu dieser Art Menschen rechne ich Pepper. Ihr Fehler, Gen. K., bestand darin, daß Sie, der Sie sonst so ein vorsichtiger Mensch sind, das nicht beachtet haben. [...]

Mit freundschaftlichem Gruß – M[anuilski]
Für die Richtigkeit [unleserliche Unterschrift]

Dok. 175

Schreiben des Sekretariats der KPD an die Komintern zum Verhalten der Angeklagten im bevorstehenden „Zentrale-Prozess“

Berlin, 19.9.1927

Typoskript, deutsch, RGASPI, Moskau, 495/293/83, 65–66. Erstveröffentlichung.

An Sekretariat EKKI.
Berlin, den 19. September 1927

Werte Genossen!
Der Termin für den Zentrale-Prozess ist durch den Oberreichsanwalt auf den 4. Oktober festgesetzt worden. Bei den Verhandlungen im Rechtsausschuss über die Aufhebung der Immunität der Abgeordneten wurde vereinbart, dass der Prozess während der Sommerferien des Reichstags durchgeführt werden sollte. Das ist nicht geschehen, obwohl der Oberreichsanwalt im Stuttgarter Kommunisten-Prozess wiederholt auf beschleunigte Durchführung des Prozesses drängte mit dem Hinweis auf den Zentrale-Prozess, der noch während der Reichstagsferien durchgeführt werden

142 Heinz Neumann schrieb am 14. September 1926 an Stalin: „Für unsere praktische Arbeit steht die Frage der Organisierung des Kampfes gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung im Vordergrund. Die Analyse, die Sie in Gesprächen mit uns öfter zum Ausdruck brachten, daß sich die Bourgeoisie als Hauptaufgabe jetzt die Wiederherstellung und Verschärfung der Vorkriegsdisziplin in den Fabriken stellt, und daß wir vor allem eine Neubelebung der Betriebsräte auslösen müssen, habe ich in der Praxis vollkommen bestätigt gefunden. Das ist jetzt in der Tat neben und zusammen mit der Organisierung der Erwerbslosen das wichtigste Kettenglied für uns.“ (RGASPI 558/11/776,16–18). Das VII. erweiterte EKKI-Plenum fand vom 22. November 1926 bis zum 16. Dezember 1926 in Moskau statt.

müsse. Obwohl der Stuttgarter Kommunisten-Prozess[143] im Juli zum Abschluss kam, wurde der Termin für den ZK-Prozess auf den 4. Oktober festgelegt, auf einen Termin also, auf dem ursprünglich der Wiederzusammentritt des Reichstags vorgesehen war. Inzwischen ist allerdings der Termin des Zusammentritts des Reichstags auf Beschluss des Ältestenrats auf den 17. Oktober verschoben worden.

Die Verlegung des Termins für den Zentrale-Prozess auf den 4. Oktober, also unmittelbar nach der sogenannten Hindenburg-Amnestie[144] und kurz vor Beginn der Herbsttagung des Reichstages lässt den Schluss zu, dass beim Reichsgericht selbst noch keine Klarheit besteht, ob der Prozess endgültig jetzt durchgeführt werden soll. Allgemein wird mit einer neuen Vertagung des Prozesses gerechnet.[145] Die Verteidigung hat bereits unter Hinweis auf die parlamentarische Arbeit der angeklagten Abgeordneten in den verschiedenen Ausschüssen und auf die notwendigen Vorbereitungen auf die Herbsttagung des Reichstags einen Vertagungsantrag beim Reichsgericht gestellt.

Wir haben uns sowohl im Sekretariat wie auch im Polbüro wiederholt mit der Frage des ZK-Prozesses beschäftigt und beschlossen, in Verbindung mit der Amnestie-Kampagne eine Kampagne für die Niederschlagung des ZK-Prozesses zu führen. Gleichzeitig wurde erneut über die Frage diskutiert, ob die Angeklagten Genossen sich zum Prozess stellen sollen oder nicht. Das Polbüro hat beschlossen, dass die Genossen nicht zum Prozess gehen sollen und dann am Tage des Prozessbeginnes von der Verteidigung eine Erklärung abgegeben wird, die auseinandersetzt, warum die Partei sich nicht dem Gericht stellt. Diese Erklärung soll gleichzeitig in der gesamten Parteipresse veröffentlicht werden. Mit der Ausarbeitung der Erklärung wurde eine besondere Kommission beauftragt.

---

143 „Stuttgarter Kommunistenprozess“: Gemeinhin verstand man darunter einen Prozess aus dem Jahre 1919 mit dem Hauptangeklagten Hoernle, der freigesprochen wurde. Hier ging es um den Prozess gegen 12 Angeklagte aus dem Raum Stuttgart wegen Sprengstoffvergehen und der Erschießung eines Polizisten im November 1923. Obwohl ihnen der Mord nicht nachgewiesen werden konnte, wurden einige zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt (siehe: Kurze Geschichte von Ostheim. http://www.muse-o.de/geschichte/geschichte_osth.html).

144 Die Hindenburg-Amnestie 1925 war ein umfassender Strafnachlass nach der Wahl zum Staatspräsidenten, bei der etwa 29.000 verurteilten Personen ein Straferlass gewährt wurde. Weitere, weniger bedeutsame Amnestien folgten 1928, 1932 und 1934.

145 Nach mehrmaliger Verschiebung und mehreren gegen einzelne ZK-Mitglieder oder Verantwortliche des „Deutschen Oktober“ gerichteten Strafprozessen in den Jahren 1924/1925 kam schliesslich der grosse politische Prozeß gegen die KPD-Führung („Zentraleprozeß“) nie zustande. Die im Bundesarchiv unter den Titeln „Prozeß gegen die Zentrale der KPD“ ausgewiesenen Akten betreffen den „Tschekaprozeß“, der vom 10.2.1925 bis zum 22.4.1925 stattfand. Verbunden mit einer Amnestie wurden die Vorbereitungen 1928 eingestellt. Inwieweit die KPD und ihre Juristische Zentralstelle (1921–1933) daran einen gewichtigeren Anteil hatte, wurde bisher noch nicht nachgewiesen. Nichtsdestoweniger gab es nach Angaben von Wilhelm Pieck bis Mitte 1925 allein 981 Prozesse gegen insgesamt 7000 KPD-Mitglieder, von denen 5768 verurteilt wurden. Siehe: Chronik der KPD 1918–1933. In: Ulrich Eumann: Kommunisten in der Weimarer Republik. Materialien zur Sozialgeschichte, http://www.kpd-sozialgeschichte.homepage.t-online.de/chronik.html.

Da aber im Polbüro von einigen Genossen ein entgegengesetzter Standpunkt vertreten wurde, wurde das Sekretariat beauftragt, Euch Bericht zu erstatten und um eine Entscheidung zu ersuchen.

Es gibt vier Möglichkeiten.

1. Die Angeklagten stellen sich, soweit sie legal sind und führen den Prozess mit allen Konsequenzen durch, d.h. sie nehmen die zu erwartende Zuchthausstrafe auf sich und scheiden für Jahre aus der Parteiarbeit aus und verlieren gleichzeitig ihr Abgeordnetenmandat.

2. Es gehen nur einige Genossen, die durch das Polbüro bestimmt werden und führen den Prozess durch, was nicht ausschliesst, dass auch die übrigen Angeklagten in die Illegalität gehen müssen.

3. Die Angeklagten gehen zum Prozess, aber nicht zur Urteilsverkündung, wodurch aber nicht verhindert wird, dass die Ausgesprochenen Strafen rechtskräftig werden.

4. Die Angeklagten gehen nicht zum Termin und lassen durch die Verteidigung eine Erklärung abgeben, warum sie sich jetzt kurz vor Beginn der Herbsttagung des Reichstages nicht der Klassenjustiz stellen.

Bisher hat die Partei mit Ausnahme des Hamburger Prozesses den Standpunkt vertreten, dass sich kein Genosse freiwillig dem Klassengericht stellt. Von der Verteidigung, insbesondere von Genossen Glock (?) wurde der Standpunkt vertreten, dass die Angeklagten Genossen sich dem Gericht stellen und den Prozess durchführen. Dabei neigte aber Genosse Glock (?) der Auffassung zu, dass die Angeklagten vor der Urteilsverkündung verschwinden sollen, mit Ausnahme von ein oder zwei Genossen, die dann in das Zuchthaus gehen müssten. Diesen Standpunkt vertraten im Politbüro die Genossen 11 und 45. Genosse 45 forderte, dass sich die angeklagten Genossen stellen und den Prozess mit allen Konsequenzen durchführen sollen. Genosse 45 glaubt, dass der politische Erfolg einer revolutionären Prozessführung den Verlust ausgleiche, der die Partei durch die Verurteilung einer Reihe von Spitzenfunktionären trifft.

Die zweite von uns angeführte Möglichkeit, dass nur einige Genossen, die vom Polbüro zu bestimmen wären, den Prozess führen, wurde vom Sekretariat wie auch vom Polbüro abgelehnt, mit dem Hinweis, dass dadurch die Genossen, die sich nicht dem Gericht stellen, in eine schwierige Lage versetzt würden, die ihnen abgesehen von der Illegalität die Arbeit in der Partei sehr erschweren würde. Ebenso wurde die von uns angeführte dritte Möglichkeit, dass die Genossen zwar den Prozess führen, aber vor der Urteilsverkündung verschwinden, abgelehnt, da dadurch der politische Erfolg der Prozessführung völlig aufgehoben würde.

So stand vor dem Polbüro die Entscheidung: entweder gehen sämtliche Genossen zum Prozess, führen ihn als Kommunisten und gehen ins Zuchthaus – oder sie bleiben geschlossen weg und lassen durch die Verteidigung und durch die Presse begründen, warum sie sich nicht der Klassenjustiz stellen. Das Polbüro hat das letztere beschlos-

sen, gleichzeitig aber noch den Beschluss gefasst, Euch um eine Stellungnahme zu ersuchen. Wir bitten um beschleunigte Erledigung und telegrafische Mitteilung über Eure Stellungnahme.

Mit kommunistischem Gruss
Sekr [etariat].



Am 20.10.1927 bestätigte das Politbüro der KP der Sowjetunion einen Antrag des Zentralrats der Gewerkschaften der UdSSR (M.I. Smirnov) zur personellen Besetzung der nach Deutschland zu entsendenden Arbeiterdelegation.[146]

Am 27.10.1927 verpflichtete das sowjetische Politbüro das NKID, dem Revolutionären Kriegsrat (Vorošilov) regelmäßig die Berichte der sowjetischen Bevollmächtigten in Deutschland, Frankreich, Italien, Polen und angrenzenden Ländern zukommen zu lassen.[147]

Dok. 176

Brief Ernst Thälmanns an Stalin über die Lage in der KPD-Führung

Berlin, 23.10.1927

Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau, 558/11/817, 73. Im Archiv befindet sich zudem eine Übersetzung ins Russische: RGASPI, Moskau, 558/11/817, 71–72. In deutscher Sprache publ. in: Weber/Bayerlein: Der Thälmann-Skandal, S. 97–99.

Berlin, den 23. Okt. 1927

An den Genossen Stalin, – Moskau

Werter Genosse Stalin,
Seit meiner Reise nach Moskau[148] hat sich die allgemeine Lage und die Lage innerhalb der Partei wesentlich verbessert. [...]

Die Zusammenarbeit mit den Genossen um Meyer hat sich gebessert. Die Diskussionen in den Sekretariats- und Politbürositzungen sind sachlicher geworden, es ist eine gewisse Beruhigung eingetreten, wenn auch die Schwierigkeiten noch lange nicht überwunden sind. Der Genosse Meyer fährt übrigens heute für drei Monate in ein Lungensanatorium.

146 RGASPI, Moskau, 17/3/656, 8.
147 RGASPI, Moskau, 17/3/657, 25.
148 Thälmann war u.a. nach Moskau gereist, um am 27. September 1927 an der Sitzung des Präsidiums und der IKK zum Ausschluss Trotzkis aus der Komintern teilzunehmen.

Es wird von den Genossen als ein grosser Übelstand empfunden, daß über die inneren Vorgänge der KPSU[149] bürgerliche Blätter, die telegrafisch von ihren Berichterstattern bedient werden, früher berichten können als unsere Presse. Hier liegen offenbar Unterlassungen der Agitprop[abteilung] des EKKI vor. Briefe, die wir in dieser Angelegenheit schrieben, blieben erfolglos. Ich bitte Sie, Genosse Stalin, eine Anweisung zur Abstellung dieses Mißtandes zu geben.

Zu den Vorgängen in eurer Partei werden wir in unseren nächsten ZK-Sitzungen eingehend Stellung nehmen.

Mit bestem Gruß
Ernst Thälmann



Am 3.11.1927 entschied das Politbüro der KP der Sowjetunion über die Akkreditierung eines Korrespondenten des sozialdemokratischen *Vorwärts* in Moskau. Unter der Voraussetzung, dass dieser sich gegenüber der Sowjetunion zumindest nicht schlechter als die „liberale" *Vossische Zeitung* verhalte, werde die Sowjetregierung keine Einwände gegen seine Akkreditierung haben.[150]

In einem Beschluss „Über Deutschland" akzeptierte am 30.11.1927 das sowjetische Politbüro den Vorschlag der deutschen Regierung, Gespräche in Berlin über die Wirtschaftsbeziehungen zu führen. Ein Vertreter des Handelskommissariats sollte hinzugezogen werden.[151]

149 Gemeint ist die weitere Verdrängung der Linken Opposition und ihrer Leitfiguren Sinowjew und Trotzki aus der VKP(b), die mit ihrem Ausschluss endete.
150 RGASPI, Moskau, 17/3/658, 4.
151 RGASPI, Moskau, 17/3/662, 3; APRF, Moskau, 3/64/653, 124. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, II, Dok. 48.

Dok. 176a

Telegramm des Emissärs Heinz Neumann aus China, sofort mit dem Aufstand in Kanton zu beginnen

[Kanton, 9.12.1927]

Publ. in deutscher Sprache in: Mechthild Leutner, M. L. Titarenko (Hrsg.): KPdSU(b), Komintern und die Sowjetbewegung in China. Dokumente. Bd. 3, Teil 1, 1927–1931, Münster, Lit-Verlag, 2000, S. 233–235, nach RGVA (Russisches Staatliches Militärarchiv), Dokumentensammlung. Das Chiffre-Telegramm wurde in einem Brief des stellvertretenden Leiters der OGPU, M.A. Trillisser vom gleichen Tag, an Stalin, Bucharin, Vorošilov, Karachan, Pjatnitzki und Berzin geschickt.

Streng geheim

Das nachfolgende Chiffre-Telegramm haben wir am 9. Dezember aus Kanton erhalten:

„[...] Die Arbeiter sind in Kampfstimmung. Die Streikenden haben spontan Dutzende von Bürgerhäusern in Brand gesetzt, ein Streik der Post und der Seeleute wird vorbereitet, die Autobusse führen einen italienischen Streik durch.[152] [...] Die Rote Garde aus Arbeitern und ehemaligen Streikposten, insgesamt 2.000 Leute, ist ziemlich straff organisiert (das Ergebnis der ersten Vorbereitung auf Swatou).[153] Die Anzahl der Waffen: 200 Bomben, 300 Mauser, einige Gewehre und 500 chinesische Messer. Der einzige organisierte Gegner in Kanton selbst ist die Polizei.[154] Der Aufstandsplan: Im Morgengrauen in erster Linie Besetzung der zentralen Polizei durch das Sonderregiment und die Rote Garde und danach der anderen strategischen Punkte und Einrichtungen, gleichzeitig Generalstreik, Wahl des Deputiertensowjets, Bewaffnung aus den eroberten Lagern, Erlaß eines Dekrets usw., Vormarsch der Bauern aus der Umgebung auf die Stadt. Die Chancen, Kanton zu erobern, sind groß, es zu halten, ist außergewöhnlich schwer. Wir hoffen aber, zurechtzukommen, indem wir den Kampf der Militaristen, das Ausmaß [der Aktionen] der Arbeiter, die Demoralisierung der Soldaten und den Bauernstand nutzen. Der Aufstand von Haifeng nimmt enorme Ausmaße an[155]: Die Bewegung hat 100.000 Bauern erfaßt, vier Kreise sind ganz in ihren Händen, die Sowjetregierung mit Peng Bai an der Spitze erfüllt komplett unsere

---

152 *Italienischer Streik:* Im Russischen bedeutet der Ausdruck „italienischer Streik" soviel wie „Dienst nach Vorschrift", d.h. ein passiv resistentes Verhalten, bei dem die Beschäftigten zwar ihren Arbeitsplatz nicht verlassen, bei ihrer Tätigkeit aber nur die für sie geltenden Anweisungen umsetzen oder Dienstvorschriften anwenden.

153 *Vorbereitung auf Swatou:* Nach einer Niederlage der von Ye Ting und He Long geführten Guomindang-Truppen vor Swatou sollten nach Anweisung des ZK der KP Chinas die von Ende August bis Mitte Oktober 1927 dauernden Aufstandsvorbereitungen in Kanton gestoppt bzw. rückgängig gemacht werden (Leutner/Titarenko: KPdSU(b), Komintern und China, 3.1, S. 234).

154 *Polizei:* Darunter zu verstehen ist die Hauptverwaltung für innere Sicherheit.

155 *Aufstand von Haifeng:* Der Kreis Haifeng liegt in der chinesischen Provinz Guangdong, deren gleichnamige Hauptstadt Kanton ist.

Direktiven. Vollständige Beschlagnahme der Ländereien, Abschaffung der Feldraine und der Landverträge, Ausrottung hunderter Grundbesitzer. [...]

Ich bitte dringend um Eure sofortigen Anweisungen, halte den Aufstand für voll herangereift, ein Hinauszögern würde das Kräfteverhältnis zum Schlechteren verändern, da die Truppen der Eisernen zurückkehren, unsere aber verlegt werden und eine ernsthafte Regierung Wang Jiweis anstelle der jetzigen Zwischenherrschaft gebildet werden wird. Ein Sieg der Arbeiter wäre von unermeßlicher Bedeutung für ganz China. Das hiesige Konsulat verfolgt eine überholte panische Linie von Verhandlungen mit Zhang Fakui und der Ablehnung des Aufstandes.[156]

Neumann."

Am selben Tag und noch vor dem obigen Telegramm erhielten wir das folgende Chiffre-Telegramm:

„Wenn wir keine Antwort auf das heutige Telegramm erhalten, treten wir am Montagmorgen in Aktion. Neumann."[157]

---

156 Der sowjetische Generalkonsul in Kanton, Veselov (Ps.), d.i. Boris Pochvalinskij, hatte am 29.11.1927 nach Moskau an Karachan geschrieben: „Kurs auf sofortigen Aufstand ist falsch, denn Partei hat keine Kräfte für Eroberung und Organisierung der Macht in Kanton. Versuch zum Aufstand kann deshalb außer zu unnötigem Blutvergießen nur zur Liquidierung der gegenwärtigen Putschisten führen, die ungeachtet ihres reaktionären Wesens eine isolierte Gruppe in der Guomindang sind [...]." (Publ. in: Leitner/Titarenko: KPdSU(b), Komintern und China, 3.1, S. 205).

157 Das vorliegende Dokument beleuchtet nicht nur die persönliche Verantwortung Heinz Neumanns für die Ereignisse. Als Antwort gab das Politbüro dem Vertreter des EKKI Heinz Neumann grünes Licht für den Aufstand (siehe den folgenden Beschluss des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion vom 6.–17.12.1927). Der Aufstand wurde zudem einen Tag früher begonnen, da die Pläne vorzeitig bekannt wurden. Die tatsächlich gegenüber der Guomindang und bei einer passiv bleibenden Bevölkerung aussichtslose Erhebung wurde im Keim niedergeschlagen, mit der Folge einer blutigen Unterdrückung Zehntausender Kommunisten. „Diese Aufstände fügten der KPCh schweren Schaden zu. Die Mitgliederzahl verringerte sich dramatisch, die Mehrzahl ihrer Organisationen wurde vernichtet, ihre Verbindungen mit den Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen gingen verloren. Die übriggebliebenen Organisationen und einzelnen Gruppen von Kommunisten und von ihnen kontrollierten kleinen Militäreinheiten wurden in ländliche Gebiete abgedrängt. In der KPCh begann eine neue Periode – die Periode ihrer vorrangigen Entwicklung auf dem Dorf [...]." (Leutner/Titarenko: KPdSU(b), Komintern und China, 3.1, S. 57). In Kanton selbst erfolgten Massenhinrichtungen, auch fünf Mitarbeiter des sowjetischen Generalkonsulats wurden erschossen. Der „Kantoner Aufstand" wurde von der Stalinschen Führung als ein weiterer, wenn auch negativer Beleg für die „bedrohte Festung" Sowjetunion, für den Kampf gegen die ‚Rechten' und gerade auch zu einer vermeintlichen Überflügelung der Vereinigten Linken Opposition Trotzkis und Sinowjews unterstützt, die die Chinapolitik Stalins schärfstens verurteilt hatte. Dies hatte weitreichende Folgen. Ganz China zusammengenommen, forderten die von der Komintern mitzuverantwortenden Massaker als grösstes Politizid in der Geschichte der Zwischenkriegszeit seit den Aufständen in Shanghai im Frühjahr 1927 547 000 Tote auf Seiten der Arbeiter und Bauern (wobei es sich hierbei um die niedrigsten Angaben handelt. Siehe: Broué: Histoire de l'Internationale Communiste, S. 440 u.a.; vgl. die auf eigener Anschauung des Autors basierende Schilderung von Harold R. Isaacs: The Tragedy of the Chinese Revolution, Stanford University Press, Second Revised Edition 1966 (1. Aufl. London 1938). Zum Hin-



Per Umfrage unter den Mitgliedern des Politbüros der KP der Sowjetunion gab das Politbüro dem Vertreter des EKKI Heinz Neumann grünes Licht, mit dem Aufstand in der südchinesischen Provinz Kanton (Guangdong) zu beginnen: „Moskau, 6.–17. Dezember 1927. [...] Es ist folgendes Telegramm abzuschicken: An Kanton, für Moritz [d.i. Heinz Neumann]. Kopie nach Shanghai an Olga [d.i. Mitkevič]. Telegramme Kantoner Angelegenheiten erhalten. Angesichts der entschlossenen Stimmung der Massen und der mehr oder weniger günstigen Lage vor Ort haben wir nichts gegen Ihren Vorschlag und raten, zuversichtlich und entschlossen zu handeln." Sekretär des ZK [.] J. Stalin [.] Auszug an: Genossen Karachan.[158]

Nach der blutigen Niederlage des Aufstands in Kanton beauftragte das Politbüro der KP der Sowjetunion auf seiner Sitzung vom 22.12.1927 eine Kommission, eine „umfassende Kampagne im Zusammenhang mit den Ereignissen in China auszuarbeiten [...] und zwar sowohl in bezug auf die außenpolitischen und Handelsbeziehungen mit Südchina, als auch die verschiedenen internationalen Organisationen (Entwürfe für Aufrufe der Komintern, der IRH usw.)". Die Begriffe „Niederschlagung", „Niederlage" oder „Scheitern" oder „Opfer" werden nicht gebraucht.[159]

Am 22.12.1927 ernannte das Politbüro der KP der Sowjetunion Anastas Mikojan zum Sonderbeauftragten der UdSSR bei den Verhandlungen in Berlin für die Ausweitung der Wirtschaftskontakte mit Deutschland als Folge der Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen Ende der zwanziger Jahre. Besprochen werden sollten tatsächliche langfristige Kredite sowie die Platzierung sowjetischer Anleihen in Deutschland.[160]

---

tergrund: Mechthild Leutner, Roland Felber, Mikhail L. Titarenko, Alexander M. Grigoriev (Hrsg.): The Chinese Revolution in the 1920s. Between Triumph and Disaster, London-New York, Routledge, 2002; Pierre Broué: La Question chinoise dans l'Internationale Communiste (1926–1927). Textes de Staline, Trotsky, Martynov, Zinoviev (....). Thèses de l'Internationale communiste. Rapport secret de délégués de l'IC, Paris, EDI, 1965 (2ème éd. revue et augmentée, 1976).

158 RGASPI, Moskau, 17/162/5, 132. In deutscher Sprache publ. in: Leutner/Titarenko: KPdSU(b), Komintern and China, 3.1, S. 235f. Olga A. Mitkevič (1889–1943) war für die RGI in China.

159 RGASPI, Moskau, 17/3/664/1, publ. in: Leutner/Titarenko: KPdSU(b), Komintern und China, S. 237.

160 RGASPI, Moskau, 17/162/6, 1.

1928



Am 12.1.1928 besprach das Politbüro der KP der Sowjetunion eine Anfrage seitens des Büros der Fraktion des VCSPS im Politbüro der KPdSU(b) über die Genehmigung der Reisen von Grigorij N. Mel'ničanskij und Konstantin V. Gej nach Deutschland, Michail Ja. Apletin nach Frankreich und G.D. Weinberger in die Tschechoslowakei. Ebenfalls wird die Reise von A. A. Bogdanov zur Konferenz des Internationalen Propagandakomitees nach Berlin sanktioniert.[1]

Am 26.1.1928 ging es im Politbüro der KP der Sowjetunion erneut um die Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland. Eine entsprechende Politbüro-Kommission sollte gebildet werden.[2] Am 2.2.1928 wurden die inhaltlichen Ziele (Kreditrahmen u.a.) sowie die personellen Voraussetzungen für die kommenden deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen festgelegt.[3]

Am 2.2.1928 bestätigte das Politbüro der KP der Sowjetunion neben dem „legalen Budget" ein Extrabudget für die Komintern in Höhe von 6.368.010 Rubeln; es gestattete darüber hinaus den Wechsel von 500.000 Tscherwonzen-Rubeln in ausländische Währungen für diverse Organisationen und Kommunistische Parteien. Eine Reserve von 500.000 Goldrubeln sollte für Wahlkampagnen in Polen, Frankreich, Deutschland, England und den USA bereitgehalten werden. Der Wortlaut des Beschlusses: „Protokoll N° 8 (Sonder-N° 8) der Sitzung des Politbüros des ZK der VKP(b) vom 2. Februar 1928. [...]. 19.– *Über das Budget.* (PB vom 26.1.28, Pr.N°7, P. 16). (Gen. Kosior, Pjatnitzki). 19.– a) Das Budget in Höhe von 6.368.010 Rub. zu bestätigen. b) Den Umtausch von Tscherwonzen-Rubeln in ausländische Währung für verschiedene komm[unistische] Organisationen und Parteien in Höhe von 500.000 Tsch.–Rub. zu erlauben. c) Gen. Pjatnitzki zu verpflichten, die Verteilung der assignierten Mittel auf eine Weise durchzuführen, dass mindestens 500.000 Gold-Rub. für Wahlkampagnen in P[olen], F[rankreich], D[eutschland], En[gland] und Amerika zurückgelegt werden. d) Das legale Budget zu bestätigen. Auszüge an: Gen. Pjatnitzki, Gen. Brjuchanov – alle. Gen. Šejnman – b."[4]

Am 9.2.1928 hielt das sowjetische Politbüro fest, dass der Beschluss darüber, welche Vorschläge gegenüber Deutschland gemacht werden sollten, nicht verwirklicht wurde. Zur Besprechung wurde eine besondere Kommission gebildet, mit den Mitgliedern Mikojan, Šejnman, Litvinov, Frumkin und Rudzutak. Sie sollten einen Vorschlag machen, wer zu den ausgearbeiteten Vorschlägen nach Berlin fahren sollte.[5]

---

1 RGASPI, Moskau, 17/3/668, 8.

2 RGASPI, Moskau, 17/162/6, 16. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 157–158.

3 RGASPI, Moskau, 17/162/6, 18–19. Publ. in: Ibid., S. 158–159.

4 RGASPI, Moskau, 17/162/6, 19. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 501–503.

5 RGASPI, Moskau, 17/162/6, 16.

Dok. 177

Schreiben des Organisationssekretärs der Komintern Mauno Heimo über die Schulden der Arbeiter Illustrierten Zeitung (AIZ)

Moskau, 13.2.1928

Typoskript in deutscher Sprache, RGASPI, Moskau, 495/18/656, 25. Erstveröffentlichung.

An die Budget-Kommission des EKKI.

Zu dem beigelegten Antrag des Genossen Muenzenberg im Namen des „Neuen Deutschen Verlages" möchte ich folgendes anführen:[6]

1. Die Behauptung Münzenbergs, dass die Komintern den Neuen Deutschen Verlag gezwungen hätte, die I.A.Z. [Illustrierte Arbeiterzeitung] gegen seinen Willen durch die Literaturvertriebstelle zu verbreiten, ist nicht richtig.[7] Der Vertrieb der IAZ durch die Literaturvertriebstelle erfolgte erst nach einer in Moskau mit dem Genossen Münzenberg getroffenen Vereinbarung. Der N.D.V. ist so wie alle anderen an die Literaturvertriebsstelle angeschlossenen Organisationen verantwortlich über die nicht gute (hyperbürokratische) Organisation der Vertriebsstelle, die hauptsächlich schuldig ist und die schlechten Resultate der Betriebsstelle. Deswegen ist der N.D.V. (der den zweiten und später den einzigen Leiter der Vertriebsstelle ernannte) auch selbstverständlich verpflichtet, Anteil an die Deckung der Schulden der Vertriebsstelle zu nehmen. Wenn das nicht der Fall waere, so hätte der Verlag der Komintern auch das volle Recht sich mit entsprechenden Anträgen an die Budgetkommission zu wenden.

---

6 Am 14.11.1924 wurde der Neue Deutsche Verlag, Berlin, auf den persönlich haftenden Gesellschafter Willi Münzenberg umgeschrieben. Zusammen mit seiner Lebensgefährtin Babette Gross (als Geschäftsführerin) baute er diesen zum Kernstück des Mediengeflechts um die Internationale Arbeiterhilfe und neben Malik zum bedeutendsten linken Literaturverlag der Weimarer Republik aus. Zu den Zeitschriften gehörten außer der AIZ auch *Der Arbeiterfotograf*, der *Eulenspiegel*, *Der Weg der Frau*, man vertrieb *Literatur und Weltrevolution, Internationale Literatur* und *Das neue Rußland*. Ein wichtiges Motto lautete: "Für den Arbeiter – mit den Intellektuellen – gegen den gemeinsamen Feind." Zur wohl bekanntesten Publikation wurde 1929 Kurt Tucholsky: Deutschland, Deutschland über alles. Ein Bilderbuch, montiert von John Heartfield. Zu weiteren Veröffentlichungen siehe: Internationales Willi-Münzenberg-Forum. http://www.münzenbergforum.de/.

7 Gemeint ist die *Arbeiter-Illustrierte Zeitung* (AIZ), die zur bedeutendsten linken Wochenzeitung der Weimarer Republik wurde (siehe Dok. 152). Der Hintergrund des Beschlusses ist wohl die Liquidierung der Literaturvertrieb GmbH als zentraler Literaturvertriebsstelle der KPD. Gross und Münzenberg hatten seit 1923 für den NDV ein Netz eigener Vertriebsstellen geschaffen und wollten offensichtlich finanziell nicht mit für die neue Struktur aufkommen (siehe: Babette Gross: Willi Münzenberg, S. 163; Siegfried Lokatis: Weltanschauungsverlage. In: Ernst Fischer, Stephan Füssel (Hrsg.): Geschichte des deutschen Buchhandels im 19. und 20. Jahrhundert. Bd. 2: Die Weimarer Republik 1918–1933. Teil 2, Berlin u.a., De Gruyter, 2012, S. 111–138, hier S. 121–122).

2. Die finanzielle Lage von IAH-Konzern,[8] dessen Teil der NDV ist, kann nicht als derartig bezeichnet werden, dass sie es nicht erlauben würde die Folgen der Liquidierung der Vertriebsstelle zu tragen. Das ist nicht schwer auf Grund der offiziellen Dokumente der Revisionskommission der IAH zu beweisen.

3. Ist zu bemerken, dass die Liquidierung der Literaturvertriebstelle erfolgte ohne vorherige Benachrichtigung des EKKI und gegen die in Moskau in einer Beratung mit den Vertreter des EKKI-Verlages,[9] NDV und Verlagsabteilung des EKKI[10] während der Oktoberfeiern angenommenen Richtlinien über die Literaturvertriebsstelle.

In Anbetracht alles dieses muss ich die Ablehnung des Antrages von NDV beantragen.
[sign:] Heimo 13.II.28



Am 16.2.1928 verabschiedete das Politbüro der KP der Sowjetunion das Budget der Roten Gewerkschafts-Internationale (Profintern), in Höhe von 424.000 Rubeln. Es fixierte den zur Abhaltung des IV. Weltkongresses der RGI, der vom 17.3.1928 bis zum 23.4.1928 in Moskau stattfand, notwendigen Betrag auf 379.303 Rubel, davon 74.199 in US-Dollar.[11]

Ebenfalls am 16.2.1928 beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion auf Vorschlag des Internationalen Büros der Sowjetgewerkschaften, den streikenden Metallarbeitern in Mitteldeutschland über die russische Sektion der Internationalen Arbeiterhilfe (Mežrabpom) 10.000 Rubel aus dem Internationalen Solidaritätsfonds beim sowjetischen Zentralrat der Gewerkschaften (VCSPS) zur Verfügung zu stellen.[12]

Erneut beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion am 23.2.1928 die Festlegung neuer, strengerer Regeln für die ausländischen Mitarbeiter in den sowjetischen Vertretungen und Organen im Ausland.[13]

---

8 Zur *Internationalen Arbeiterhilfe* (IAH) als „Konzern" nach der Sprachregelung der Komintern, siehe Dok. 49b, 147 u.a.

9 Nach der Gründung des Verlags der Kommunistischen Internationale in Petrograd 1920 wurden die Verlagsaktivitäten der Komintern dezentralisiert, Druck und Auslieferung wurden von Verlagen in den einzelnen Ländern jeweils in der Landessprache übernommen. Da Deutsch Hauptsprache der Komintern war, übernahmen deutsche Verlage, wie Carl Hoym, Hamburg, eine Hauptaufgabe. Dazu kamen Verlage wie Martin Lawrence Ltd. in London oder Les Editions Sociales in Paris. Die Herstellung der Bücher erfolgte zum Teil weiterhin in der Sowjetunion.

10 Die Verlagsabteilung de EKKI (auch: Editionsabteilung, seit 1929 Redaktions- und Verlagsabteilung) war für die Veröffentlichungen und Editionen der Komintern zuständig, nicht für die Presse. Sie wurde im Zuge der Auflösung der Petrograder Abteilung des EKKI Ende 1922 geschaffen. Im Unterschied zur Informations- und Statistikabteilung war sie für die Verlage in Moskau, Berlin, London und Paris zuständig, sowie für die Vorbereitung und Herausgabe theoretischer und propagandistischer Literatur in den Sprachen der Kominternsektionen. Leiter war der frühere Chef der Presseabteilung Michail Kreps. Eigene Übersetzerbüros wurden in Moskau und an einigen Verlagspunkten unterhalten (Leiter: Grigorij Geriš) (Bayerlein: Transnationale Netzwerke und internationale Revolution).

11 RGASPI, Moskau, 17/162/6. 24–26. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 505–507.

12 RGASPI, Moskau, 17/162/6, 26. Publ. in: Ibid., S. 507.

13 RGASPI, Moskau, 17/162/6, 29.

Dok. 178

Geheime Vereinbarung („Geheimabkommen") der russischen und deutschen Delegationen im EKKI über die Zukunft der KPD

Moskau, 29.2.1928

Typoskript in russischer Sprache, RGASPI, Moskau, 508/1/59, 2. In deutscher Sprache publ. in: Weber/Bayerlein: Der Thälmann-Skandal, S. 111–112.

Völlig geheim.
Gedruckt in drei Ex[emplaren]. G.K.

PROTOKOLL NR. 4
Der Sitzung der Delegation der VKP(b) im EKKI vom 29.2.28.[14]

[...] ANGEHÖRT: Fragen der KPD.
1) Meinungsunterschiede im ZK.
2) Brandler-Thalheimer.
3) Gewerkschaftsabteilung und Thüringen.
4) Über den Auftritt der Gen. Šackin und Lominadze auf dem XV. Parteitag der VKP(b).
5) Kandidaten für die Wahlen in den Reichstag und die Landtage.

BESCHLOSSEN:
Die nachstehende Resolution wurde nach einem ausgedehnten Meinungsaustausch für alle Tagesordnungspunkte gleichzeitig einstimmig angenommen (Gen. Zetkin enthielt sich der Stimme)[15]:
1. Festzustellen, daß die rechte Gefahr in der Arbeiterbewegung in Deutschland, deren Ausdruck die Sozialdemokratische Partei ist, die Hauptgefahr darstellt:

---

14 Anwesend laut Protokoll waren von russischer Seite Bucharin, Stalin, Rykov, Molotov, Tomskij, Lozovskij, Pjatnitzki, Mikojan und Kalinin. Von der deutschen Delegation Thälmann, Braun [d.i. Arthur Ewert], Remmele, Dengel, Gerhart [Eisler], Neumann, Blenkle, Zetkin. Tagesordnung: „Fragen der KPD".

15 Der Resolutionstext, bei dem es sich um ein weiteres für die Stalinisierung des deutschen Kommunismus konstitutives „Geheimabkommen" (Hermann Weber) handelt, wird nach der deutschen Fassung wiedergegeben (SAPMO-BArch, Berlin, RY, 1/12/1/60, 139). Erstmals publ. in: Weber: Zu den Beziehungen, S. 207–208; ebenfalls in: Elfriede Lewerenz, Elke Reuter (Einfg.): Zum Kurswechsel in der KPD. Dokumente aus den Jahren 1927/1928. In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* (1991), 6, S. 786–787; zuletzt publ. in: Weber/Bayerlein: Der Thälmann-Skandal, S. 111–112. Die deutsche Fassung ist mit „Entschließung" betitelt, enthält nicht den bis hierhin abgedruckten Text, und wird eingeleitet mit „Die gemeinsame Sitzung der Delegationen der KPD und der KPdSU beschließt:" Bisher ist in der Literatur nicht darauf hingewiesen worden, dass in der hier zusätzlich herangezogen russischen Fassung das Dokument lediglich als Sitzungsprotokoll der „russischen Delegation" im EKKI ausgewiesen ist.

2. Festzustellen, daß dieser Umstand es notwendig macht, die verschärfte Aufmerksamkeit der Parteimitglieder auf den Kampf gegen die rechte Gefahr in der Partei (darunter auch gegen den Trotzkismus) zu lenken;
3. Festzustellen, daß die Überwindung der ultralinken Gefahr eine der notwendigen Vorbedingungen für den erfolgreichen Kampf gegen die rechte Gefahr innerhalb der Partei, wie auch in der Arbeiterbewegung im allgemeinen darstellt;
4. Festzustellen, daß dieser Standpunkt die Duldsamkeit gegenüber den Trägern der rechten Gefahr in der Partei ausschließt und daß nur auf Grundlage dieser Linie die wirkliche Einheit der Führung und die wirkliche Konzentration der revolutionären Kräfte in der Partei geschaffen werden können und müssen.
5. Davon ausgehend festzustellen, daß

a) die Auswahl der Parteiarbeiter für die leitenden Funktionen in allen Gebieten der Parteiarbeit, wie im Reichstage, so auch außerhalb desselben den Forderungen dieser Linie untergeordnet werden muß;

b) die sofortige Reorganisation der Gewerkschaftsabteilung im Sinne der Politik des Z.K. der KPD notwendig ist;

c) die Aufstellung der Kandidaturen der Genossen Brandler und Thalheimer zum Reichstag unzweckmäßig ist.

6. Die Aufmerksamkeit auf die Entfaltung der sachlichen Kritik der Mängel der Parteiarbeit zu lenken, die praktische Arbeit des Z.K. der KPD zu verbessern, die Sache der Auslese neuer Kräfte und ihrer Heranziehung zu der leitenden Arbeit zu heben.

Moskau, den 29. Februar 1928

Thälmann, Ewert, Remmele, Dengel, Gerhart [Eisler], H. Neumann, C. Blenkle, Bucharin, Stalin, Tomskij, Molotov, Lozovskij, A. Mikojan, Pjatnickij.[16]



Das Politbüro der KP der Sowjetunion beschloss am 1.3.1928, die weitreichenden Wirtschafts- und Kreditverhandlungen mit Deutschland in Berlin zu unterbrechen und Šejnman nicht nach Berlin zu schicken. Rykov sollte aus der Verhandlungskommission entfernt und Mikojan zum Leiter ernannt werden. Einige Artikel dazu sollten in der sowjetischen Presse veröffentlicht werden. Weiterhin wollte Moskau eine Schule für Kinder deutscher Diplomaten und deutscher Bürger eröffnet werden, die in Moskau lebten. Kurz darauf erfolgte die Verhaftung deutscher Spezialisten in der Sowjetunion und die zentral vom Politbüro und der OGPU gesteuerte Šachty-Affäre.[17] Der zeitliche Zusammenhang legt eine Verbindung der Šachty-Affäre und dem Scheitern der sowjetisch-deutschen Verhandlungen nahe.

---

16 Die in der deutschen Fassung hinzugefügte Liste der Unterzeichner weicht von der Anwesenheitsliste in der russischen Version ab. Auf deutscher Seite fehlt nicht nur die Unterschrift von Clara Zetkin, die sich der Stimme enthielt, sondern auch die von Braun (Ps.), d.i. Ewert. Was die russischen Delegierten angeht, fehlen die Unterschriften von Rykov und Kalinin. Die russische Fassung der Deklaration wurde lediglich von Pjatnitzki unterzeichnet.

17 RGASPI, Moskau, 17/162/6, 31–35. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 160–161.

Dok. 179

Beschluss des Politbüros der KP der Sowjetunion über die in Verbindung mit dem Šachty-Prozess zu treffenden Maßnahmen

Moskau, 8.3.1928

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 17/162/6, 36–38. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Chaustov/Naumov/Plotnikov: Lubjanka, S. 147–148.

PROTOKOLL NR. 14
(Sonder-Nr. 13)
DER SITZUNG DES POLITBÜROS DER ZK DER VKP(b) VOM 8. MÄRZ 1928.

[…] *PER UMFRAGE DER MITGLIEDER DES POLITBÜROS:*
vom 2.III.28.

[Angehört:] 12.– *Vorschlag der Gen. Molotov und Stalin.*

[Beschlossen:] 12.– Zur Šachty-Angelegenheit eine Kommission zu organisieren, bestehend aus Gen. Rykov, Ordžonikidze, Stalin, Molotov und Kujbyšev. Die Einberufung obliegt Gen. Rykov. Der Kommission ist das Recht zu verleihen, über alle eiligen Fragen im Namen des Politbüros vorbehaltllich eines darauf folgenden Vortrags im Politbüro, zu entscheiden.

Auszüge an:
Gen. Rykov;
Gen. Menžinskij. […|

vom 5.III.1928.

[Angehört:] 18.– *Vorschlag der Gen. Molotov und Stalin.*
(PB vom 2.III.28, Pr. Nr. 13, P. 12).

[Beschlossen:] 18.– 1) Die involvierten Deutschen zu verhaften, dabei die AEG wissen lassen, dass die Angelegenheit nicht sie betrifft, sondern ihre einzelnen Vertreter, und diese Angelegenheit mit dem NKID koordinieren.[18]

---

18 In Šachty (deutsch: Schächte), früher Aleksandrovsk-Gruševskij, der Bergbaustadt im östlichen Donez-Becken, wurden am 7.3.1928 fünf deutsche Ingenieure und Techniker, die den Firmen Krupp und Knapp angehörten und mit der Übergabe von Dampfturbinen an die Kohlebergwerke beschäftigt waren, unter der Anklage auf Beteiligung an einer konterrevolutionären Verschwörung verhaftet. Die diffuse Anklage beinhaltete Verbindungen zwischen den ehemaligen in Deutschland lebenden Grubenbesitzern und den dort arbeitenden Ingenieuren mit der Absicht, Sabotageakte zu verüben, die Produktion der Gruben zum Erliegen zu bringen und sogar sich für den Fall eines Krieges in landesverräterischer Weise zu betätigen. Die Anklagen mündeten im Mai im Šachty-Prozess (siehe Dok. 184), der allgemein als erster Schauprozess Stalinscher Prägung eingestuft wird. Zur Šachty-Affäre siehe: Wilhelm Ziehr: Die Entwicklung des „Schauprozesses“ in der Sowjetunion. Ein Beitrag zur so-

2) Die Engländer ohne Einverständnis der Kommission in Ruhe zu lassen, den verhafteten Engländer zu verhören und freizulassen, eine verstärkte Observierung der Vertretung von Vickers[19] u.a. in der UdSSR.
3) Die Erklärung des Oberstaatsanwalts der UdSSR am Samstag zu veröffentlichen, den Gen. Rykov dabei zu beauftragen, über diese Angelegenheit auf der Sitzung des Moskauer Sowjets am Freitag zu referieren.
4) Einer Kommission, zusammengesetzt aus Gen. Rykov, Ordžonikidze, Tomskij, Stalin (vertreten durch Gen. Molotov), Kujbyšev, Menžinskij (vertreten durch Gen. Jagoda) und Janson, mit der Leitung der OGPU und der Gerichtsorgane im Zusammenhang mit der Šachty-Angelegenheit und der Ausarbeitung von praktischen Maßnahmen zur Verbesserung unserer praktischen Arbeit auf der Linie der Partei, der Gewerkschaften, der VSNCh, der Arbeiter- und Bauernkorrespondenten und der GPU zu beauftragen.
5) Ein Dokument mit einer Einführung des ZK an alle Mitglieder des ZK und der ZKK, Volkskommissare, wichtigste kommunistische Wirtschaftler und die besten kommunistischen Elemente unter den Studenten zu versenden.

Auszüge an:
Gen. Rykov; Gen. Ordžonikidze; Gen. Tomskij; Gen. Stalin; Gen. Molotov; Gen. Kujbyšev; Gen. Menžinskij; Gen. Janson.



Am 8.3.1928 sagte das Politbüro der KP der Sowjetunion die in Berlin geplante „Woche der russischen Geschichte" ab und warf dabei der deutschen Seite vor, sich in die Zusammensetzung der russischen Delegation einzumischen.[20] Am 29.3.1928 wurde der Beschluss jedoch auf Antrag des sowjetischen Historikers Michail Pokrovskij zurückgenommen.[21]

Das sowjetische Politbüro beauftragte ebenfalls Litvinov, in seiner Rede zum Entwurf für das Abrüstungskomitee des Völkerbunds darzulegen, dass, sollte der sowjetische Vorschlag angenommen werden, die Sowjetunion nach Ablauf von zwei Jahren einen erneuten, weitergehenden Vorschlag zur Abrüstung machen würde. Das NKID wurde damit beauftragt, den Entwurf rechtzeitig zu drucken.[22]

wjetischen Innenpolitik 1928–1938, Phil. Diss., Tübingen, 1970, S. 73–133; Michal Reiman: Die Geburt des Stalinismus. Die UdSSR am Vorabend der „zweiten Revolution", Frankfurt am Main, Europäische Verlagsanstalt, 1979, S. 103ff. Zum Hintergrund der deutsch-sowjetischen Beziehungen: Kurt Rosenbaum: Community of Fate. German-Soviet Diplomatic Relations 1922–1928, Syracuse University Press, 1965; id.: The German Involvment in the Shakhty Trial. In: *Russian Review* XXI (1962), S. 238–260; Harvey Leonard Dyck: Weimar Germany and Soviet Russia 1926 –1933. A Study in Diplomatic Instability, London, Chatto und Windus, 1966, S. 129–136. Zur Bedeutung des Prozesses als Signal für die Verfolgung der alten sowjetischen Ingenieursschicht siehe: Susanne Schattenberg: Stalins Ingenieure. Lebenswelten zwischen Technik und Terror in den 1930er Jahren, München, Oldenbourg, 2002, S. 85ff. (Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit. 11).
19 Vickers, Britischer Stahl- und Rüstungskonzern (1828 bis 2004), der auch im Flugzeugbau tätig war.
20 RGASPI, Moskau, 17/3/676,7.
21 RGASPI, Moskau, 17/3/679, 6.
22 RGASPI, Moskau, 17/162/6, 38.

Das Politbüro der KP der Sowjetunion verwarf am 15.3.1928 auf Vorschlag von Stalin und Mikojan die Formulierungen von Šlejfer und Krestinskij über neue Konzessionen an die deutsche Seite bei den deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen und rief beide sowjetische Vertreter unverzüglich zurück.[23]

Am 22.3.1928 beauftragte das sowjetische Politbüro Čičerin und Mikojan, einen Text für TASS über die deutsch-sowjetischen Verhandlungen zu verfassen und gleichzeitig an alle Mitglieder des Politbüros zu schicken. Der Text wurde mit den Korrekturen Stalins genehmigt.[24]

Dok. 180

Brief Stalins an Nikolaj Bucharin, Aleksej Rykov und Molotov mit kritischen Bemerkungen zum Programmentwurf der Komintern

Moskau, 24.3.1928

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/136, 8–10. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 515–517.

Während ich die „Notizen" Bucharins[25] im Großen und Ganzen für richtig halte, fände ich es notwendig, sie mit folgenden Bemerkungen zu ergänzen.

1) Ich denke, dass das Programm neu geschrieben werden muss, da der Programmentwurf, der vom V. Weltkongress als Grundlage beschlossen wurde, nicht als befriedigend im Sinne der jetzigen Bedürfnisse der Komintern angesehen werden kann.[26]

2) Die vorhandene „Einleitung" zum Programmentwurf des V. Weltkongresses ist unzureichend. Es wäre besser, ohne „Einleitung" auszukommen. Wenn man ohne sie nicht auskommen kann, so sollte man eine solche „Einleitung" vorlegen, die die Idee der Notwendigkeit eines *allgemeinen* Programms der KI neben *einzelnen* Programmen der KI-Sektionen begründen würde.

3) Das Programm sollte, meiner Meinung nach, (im ersten Abschnitt) mit der Analyse des kapitalistischen *Welt*systems in seiner imperialistischen Entwicklungsphase, und nicht der kapitalistischen Gesellschaft an sich beginnen, wobei diese Analyse unter dem Blickwinkel der sich entwickelnden Krise des Weltkapitalismus

---

23 RGASPI, Moskau, 17/162/6, 41.

24 RGASPI, Moskau, 17/3/678, 25, 26.

25 Es handelt sich um Notizen Bucharins zur Neufassung des Programms der Komintern.

26 Die auch parteiöffentlich kaum wahrzunehmende Debatte um das neue Programm der Komintern – das letzte stammte aus dem Jahr 1924 – geriet zu einem wichtigen Hebel zur Durchsetzung der Vormachtstellung Stalins in der Komintern und der Marginalisierung Bucharins an ihrer Spitze. Nachdem ein erster Programmentwurf von Bucharin und Stalin (!) am 10.5.1928 vom Politibüro der KP der Sowjetunion gutgeheißen worden war, wurden auf dem Plenum des ZK der VKP(b) im Juli 1928 inhaltliche Dissenzen zwischen Stalin und Bucharin deutlich (siehe Ausschnitte aus den Referaten, Dok. 186 und 187).

geführt werden soll. [...] Dabei wäre es gut, eine Charakteristik der ökonomischen und politischen Ungleichmäßigkeit der Entwicklung zu erstellen, die Hauptwidersprüche im Weltsystem des Kapitalismus mit der Unabwendbarkeit militärischer Konflikte aufzuzeigen, die Idee der Möglichkeit des Sieg des Sozialismus in einzelnen Ländern zu begründen usw. im Geiste der „Notizen" Bucharins. [...]

5) Das dritte Kapitel sollte den Fragen zur Politik und Wirtschaft der Übergangsperiode gewidmet sein, Fragen zur Diktatur des Proletariats, zur sowjetischen Form der Diktatur, zum „Kriegskommunismus" usw. Bei der Charakterisierung der Übergangsperiode, besonders was die Bedingungen der Machtergreifung des Proletariats und des sozialistischen Aufbaus in den einzelnen Ländern angeht, sollte man nicht vom Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus *an sich* sprechen, sondern vom Übergang *bei Vorhandensein* der Diktatur des Proletariats in einem der Länder, d.h. in unserem Land.[27] Dabei sollte man, meiner Meinung nach, die Länder zumindest nach drei Kategorien aufteilen, nämlich in die Kategorien imperialistischer, kolonialer und sowjetischer Länder (Republiken), mit der Charakteristik eines besonderen Zugangs zu Fragen der Übergangsperiode in jeder dieser Länderkategorien. [...]

6) Das vierte Kapitel sollte der UdSSR, ihrer Politik (Diktatur des Proletariats), ihrer Wirtschaft (sozialistischer Aufbau), ihrer weltrevolutionären Bedeutung, der Frage der Verpflichtungen des Proletariats der UdSSR gegenüber dem Proletariat anderer Länder, der Frage der Verpflichtungen des Proletariats anderer Länder gegenüber der UdSSR gewidmet sein. Diesem Kapitel wird eine überaus wichtige Bedeutung innerhalb des ganzen Programms zukommen, wenn es gelingt, es in entsprechender Fülle und Klarheit auszuarbeiten. [...]

10) Zur Frage der „Vaterlandsverteidigung" (siehe Punkt 16 der „Notizen" Bucharins) denke ich, dass man strikt unterscheiden muss zwischen der imperialistischen Heimat und der antiimperialistischen Heimat, wie auch zwischen der imperialistischen Bourgeoisie, mit der es keinerlei Übereinkunft geben kann, und der antiimperialistischen Bourgeoisie, mit der in der Situation eines Kampfes gegen den Imperialismus Übereinkünfte zu bestimmten Bedingungen und für eine bestimmte Zeit zulässig und wünschenswert sind. [...]

24.III.28.
[sign.:] I. Stalin

Das Politbüro bestätigte am 29.3.1928 die Nominierung von Vasilij K. Bljucher als Militärattaché in Deutschland anstelle von Sergej Lunev.[28]



27 In seinem Schematismus und Rigorismus legitimiert Stalin hier die reaktionäre Utopie des ‘Sozialismus in einem Lande‘ und verabsolutiert zugleich die Diktatur des Proletariats als Regierungsform. Seine These läuft darauf hinaus, dass sobald die Diktatur des Proletariats in einem Lande errichtet wurde, sich dort auch der Sozialismus verwirklichen lässt. Vgl. dazu den Beitrag von Jakov Drabkin in Band 1.

28 RGASPI, Moskau, 17/3/679, 33.

Zur Anfrage der Kommission für Außenbeziehungen des VCSPS beim Politbüro der VKP(b) über die Entsendung der Delegation zum V. Kongress der Internationale der Bildungsarbeiter in Leipzig genehmigte das Politbjuro 29.3.1928 maximal fünf Personen.[29]

Am 3.4.1928 bekundete das Politbüro der KP der Sowjetunion sein Einverständnis damit, zum nationalen Treffen des kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands als Vertreter des Komsomol nicht mehr als zwei Genossen zu entsenden.[30]

Dok. 181

Beschwerde des ZK der KPD über die Informationspolitik der Sowjetunion und der Komintern zum Šachty-Prozess

Moskau, 5.4.1928

Typoskript, deutsch, RGASPI, Moskau, 495/293/94, 29. Erstveröffentlichung.

Moskau, den 5. April 1928.

An *Agitprop* der Komintern, *Moskau*.

Werte Genossen!
Das Z.K. der KPD. beschwert sich in einem Schreiben darüber, dass zu der Ingenieurverhaftung, die in Deutschland in der gesamten bürgerlichen Presse, insbesondere im *Vorwärts*, eine lebhafte Kampagne hervorrief, von hier keinerlei Berichte an die deutsche und sonstige ausländische Parteipresse ergangen sind.[31] Besonders beschwert sich das Z.K., dass es lediglich auf die Berichte in der „Prawda“ und „Iswestia“ angewiesen war, die erst 4 bis 5 Tage später in seine Hände gekommen sind, sodass sie gegenüber den Berichten in der bürgerlichen Presse untauglich wurden. Die einzige Möglichkeit, die zur Führung einer Gegenkampagne besteht, ist durch eine telegrafische Berichterstattung durch die TASS oder direkt durch die AGITPROP der Kom-

---

29 RGASPI, Moskau, 17/3/679, 18.
30 RGASPI, Moskau, 17/3/680, 4.
31 Der Šachty-Skandal (siehe Dok. 179) und der Schauprozess nach stalinistischem Muster (siehe Dok. 184) wurden im Zentralorgan der SPD durchgehend negativ kommentiert: Die Anklage klinge phantastisch. Wenn die Sowjetunion behaupte, die den verhafteten Deutschen und Russen vorgeworfene Sabotagetätigkeit sei unentdeckt möglich gewesen, erkläre sie damit, dass die russischen Techniker und Arbeiter entweder mit den Verschwörern im Bunde seien oder ‘vollendete Trottel sind‘. Die Vorwürfe seien nicht stichhaltig, vielmehr gehe es darum, ‘Sündenböcke für das totale Versagen des russischen Industrieplanes‘ zu finden. Diesen Tenor behielt das Blatt in seine gesamten Berichterstattung über die sogenannte ‘Šachty-Affäre‘ bei. Allerdings stellten sich Teile der linken Sozialdemokratie, besonders um die *Leipziger Volkszeitung*, gegen den Kurs des Vorwärts (Zarusky: Die deutschen Sozialdemokraten, S. 236f.). Auch in der bürgerlichen Presse dominierte die Interpretation der Rolle deutscher Spezialisten in der Šachty-Affäre als Sündenböcke für eine verfehlte sowjetische Wirtschafts- und Industriepolitik (vgl. Müller: Russlandberichterstattung und Rapallopolitik, S. 252–285).

intern. Es ist zweifellos, dass die SPD, durch die von ihr geführte Kampagne gegen die Ingenieurverhaftungen und durch die vollständige Unmöglichkeit unserer Presse, hierauf mit sachgemässen Argumenten zu antworten, unter der Arbeiterschaft in Deutschland Erfolge zu verzeichnen hatte.

In wenigen Tagen steht der Prozess gegen die Wirtschaftssaboteure bevor. Durch eine entsprechende rasche Berichterstattung kann das Versäumnis und die Nachteile, die die nicht erfolgte Berichterstattung bei der Verhaftung hervorrief, wieder wettgemacht werden. Es kommt also darauf an, dass eine diesbezügliche Berichterstattung schon heute organisiert wird. Ich bitte daher, ueber diese Angelegenheit eine sofortige Aussprache mit Agitprop, TASS, Deutsches Ländersekretariat und mir herbeizuführen. In der Berichterstattung über den Prozess muss wieder gutgemacht werden, was zuvor versäumt wurde.

Mit kommunistischem Gruss



Am 6.4.1928 genehmigte das Politbüro der KP der Sowjetunion die Reise von Aleksandr Lukačevskij, einem Mitarbeiter des Vorsitzenden des sowjetischen Gottlosenverbandes, Emel'jan Jaroslavskij, nach Berlin zur Teilnahme an der Sitzung des Exekutivkomitees der Freidenker-Internationale. Ziele und Auftrag der Bewegung waren „die Bekämpfung der geistigen Rückständigkeit der Arbeiterbewegung als Voraussetzung für ihre ökonomische Befreiung", wozu die „Bekämpfung von Religion und Nationalismus als den wirksamsten ideologischen Kräften der Reaktion" und der „Kampf gegen Klerikalismus und Chauvinismus, auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes", gehörten.[32]

---

32 RGASPI, Moskau, 17/3/681, p. 11.

Dok. 182

Beschwerde Hermann Remmeles an die Komintern über schikanöse Kontrollen im Hotel Lux

Moskau, 11.4.1928

Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau, 495/293/97, 4. Erstveröffentlichung.[33]

Moskau, den 11. April 1928.

An die kleine Kommission.

W[erte] G[enossen]:
Betr. Beschwerde Verhaeltnisse Lux.[34]

Am letzten Sonnabend hatten wir im Deutschen Ländersekretariat eine Besprechung über die Lage in der deutschen Partei, bei der die Genossen Fritz Heckert, Paul Merker und Siegfried Rädel anwesend waren. Wir hatten neben diesen offiziellen Verhandlungen im Ländersekretariat noch eine Reihe interner Parteiangelegenheiten zu besprechen und wir vereinbarten, dass diese Besprechung am Abend desselben Tages im Lux stattfinden soll. An dieser Besprechung am Abend beteiligten sich noch neben den bereits genannten Genossen der Genosse Heinz Neumann und 3 Genossen aus der Leninschule.[35] Die Aussprachen wurden in keiner Weise erregt oder gar lärmend laut geführt, sondern alle Genossen sprachen in ihrer gewohnten Weise. Bereits um 12 Uhr rief der Kommandant des Lux an und forderte, dass sich die Genossen, die sich bei mir befanden, aus dem Lux entfernen sollten. Ich liess dem Kommandanten sagen, dass ich mir solche Frechheiten verbiete und wir unsere Besprechung solange fortsetzen, bis sie normalerweise beendigt ist. Bereits um ¼ 1 Uhr rief er abermals an

33 Handschriftlicher Eintrag am oberen Rand: „Šmeral".
34 Gemeint ist das „Hotel Lux", wichtigstes, in der Moskauer Tverskaja-Straße gelegenes Hotel der Komintern. Siehe Dok. 46.
35 Leninschule: Aus den politischen Schulungskursen für ausländische Kommunisten in Moskau entstand 1926 die „Kaderschule" der Komintern, die später Internationale Leninschule (ILS) genannt wurde. Unter den Funktionären besaß sie den höchsten Status aller Lehreinrichtungen der Komintern. Sie war besonders seit der Stalinisierungsphase für die operative Ausbildung der Kader zuständig und wurde nach Sektoren organisiert, von vier– dem französischen, deutschen, englischen und russischen im Jahre 1926 – bis zu 18 Sektoren mit Studenten aus mehr als 30 Ländern ausgebaut. In unmittelbarer Folge des VI. Weltkongresses wurde bei der ILS ein spezieller Funktionärskurs für die KPD eingerichtet, der von Julius Alpári und Klavdija Ivanovna Kirsanova als Direktorin der Schule unter Beteiligung von zwei Mitgliedern des ZK der KPD geleitet wurde. Qua Beschluss des sowjetischen Politbüros vom 26. März 1938 wurde die ILS in der Terrorphase aufgelöst. Siehe: Julia Köstenberger: Die Internationale Lenin-Schule. 1926–1938. In: Michael Buckmiller, Klaus Meschkat (eds.): Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, Berlin, Akademie Verlag, 2007, S. 287–309. Zum deutschsprachigen Sektor siehe auch Dok. 206 u.a.

und drohte mit der Miliz. Um ½ 1 Uhr, als eben die Genossen, die bei mir weilten, im Begriffe waren, sich zu entfernen, steckte der Kommandant den Kopf durch die Türe, um scheinbar zu kontrollieren, wer im Zimmer anwesend ist. Allerdings zog [er] es vorsichtshalber vor, sofort wieder von der Bildfläche zu verschwinden. Das ist der Tatbestand.

Ueber diese Vorfälle waren insbesondere die deutschen Genossen ausserordentlich verwundert, und bezeichneten es als einen unerhörten Skandal, dass im Wohnhaus der Komintern ein Regime herrscht, das nicht weit entfernt ist von einem Zöglings- oder Pflegeheim unter preussischer Polizeiaufsicht. Der Kommandant hat ausserdem angekündigt, dass er den Genossen, die bei mir weilten, für die Zukunft den Zutritt zum Lux verbiete. Ich frage die Kleine Kommission, woher die Kommandantur des Lux das Recht nimmt, Mitgliedern des Zentralkomitees der Kommparteien den Verkehr mit Mitgliedern desselben Zentralkomitees zu verbieten.

Ich ersuche die Kleine Kommission dringend, diesen beschämenden Zuständen, wie sie im Lux herrschen, endlich ein Ende zu setzen.

Mit komm. Gruss,
[sign.:] Remmele

Dok. 183

Vorschlag Brandlers und August Thalheimers, sich im „Zentrale-Prozess" dem Gericht zu stellen

Moskau, 12.4.1928

Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau, 495/293/100, 6. Erstveröffentlichung.

Stempel am oberen Rand: Material für Sekretariat.

Moskau, den 12. IV 1928.

An die *Exekutive* der *Komintern*.
z. H. der Genossen *Bucharin* und *Piatnitzki*.

Werte Genossen!
Am 9. Mai 1928 ist der Prozess gegen die alte Zentrale der K.P.D. von 1923 angesetzt.[36] Wir sind der Meinung dass es politisch ausserordentlich gut wirken würde, wenn wir uns zu diesem Prozess stellen würden. Die S.P.D. hat die Amnestie hintertrieben. Der

36 Nach mehreren Versuchen kam es auch 1928 nicht zur Abhaltung des „Zentrale-Prozesses" gegen die KPD-Führung. Die Taktik der KPD sah vor, dass die Angeklagten nicht zum Prozess erscheinen sollten. Allerdings wäre es fraglich gewesen, dass die Zentrale dem Vorschlag Brandlers und Thalheimers stattgegeben hätte.

Prozess ist nur angesetzt worden weil man hofft, dass er nicht stattfinden kann, weil die Angeklagten nicht erscheinen werden. Wir sind der Meinung, dass wir der Partei den besten Dienst erweisen, wenn wir uns stellen und den Prozess durchführen. Der Wahlagitation könnte dadurch eine revolutionäre Note gegeben werden, die sich weit über die Wahl hinaus auswirken müsste. Natürlich sind wir bereit den Prozess nach den Direktiven der Komintern und der K.P.D. durchzuführen.

Wir bitten Sie deshalb uns die Erlaubnis dazu zu erteilen.

Mit komm[unistischem] Gruss
[sign.] Heinr. Brandler A. Thalheimer



Das sowjetische Politbüro beschloss am 19.4.1928, keine Einwände dagegen zu haben, dass entsprechend eines Vorschlags Čičerins Rantzau oder Schlippe, d.i. Martin Schliep, ein zweites Treffen mit den verhafteten Deutschen haben.[37]

Auf Vorschlag Stalins traf das Politbüro der KP der Sowjetunion am 26.4.1928 eine Reihe weitreichender Maßnahmen der äußersten Geheimhaltung, die auf eine sichtbare Trennung von Sowjetorganen und Komintern gerichtet waren. Auch der Geldtransfer für die Komintern sollte nicht mehr über Moskau, sondern über Berlin und andere Wege erfolgen. Darüber hinaus sollten alle geheimen Mitarbeiter der Komintern überprüft werden.[38]

Am 3.5.1928 beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion, die Behandlung des Kominternprogramms im Politbüro auf den 7.5.1928 zu verschieben. Die Mitglieder des Politbüros sollten sich zunächst mit dem zugesandten Entwurf auf der nächsten Sitzung vertraut zu machen.[39]

---

37 RGASPI, Moskau, 17/162/6, 64. Schliep war Legationssekretär an der Botschaft Moskau.
38 RGASPI, Moskau, 17/162/6, 66, 67, 70. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 517–519.
39 RGASPI, Moskau, 17/3/685, 2.

Dok. 184

Beschluss des Politbüros der KP der Sowjetunion zur Öffentlichkeitsstrategie im Šachty-Prozess und einem Treffen mit Botschafter Rantzau

Moskau, 10.5.1928

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 17/162/6, 79. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Chaustov/Naumov/Plotnikov: Lubjanka, S. 163.

PROTOKOLL N° 24
DER SITZUNG DES POLITBÜROS DES ZK DER VKP(b) VOM 10. MAI 1928.
(Sonder-N° 23)

[...] 9.– Über die Angelegenheit Šachty. /Gen. Čičerin/[40]

9.– a) Dem deutschen Botschafter Rantzau ein Treffen mit den in der Angelegenheit Šachty angeklagten Deutschen zu erlauben.[41]

b) Gen. Bucharin zu beauftragen, eine Beratung von Delegierten ausländischer Komparteien (der englischen, französischen, deutschen u.a.) einzuberufen, damit sie die odiösesten Stellen der Anklageschrift im Bezug auf die Verbindung der entsprechenden ausländischen Mächte und ihrer Botschaften mit dieser Angelegenheit

40 Nachdem Ende März weitere Verhaftungen veranlasst und Jaroslavskij für die Zentrale Kontrollkommission der VKP(b) in den Donbass geschickt worden war, stimmten auf dem Vereinigten Plenum des ZK und ZKK im April 1928 auch Rykov und Bucharin den Maßnahmen zu. Der Prozess mit 53 Angeklagten (darunter noch drei Deutschen) wurde am 18.5.1928 eröffnet und dauerte bis Anfang Juli. Nach haarsträubender Beweisführung wurden 11 der Angeklagten (von ursprünglich 22 von der Anklage geforderten) zum Tode verurteilt, sechs Urteile wurden noch kurz vor der Vollstreckung kommutiert. Fünf Todesurteile wurden vollstreckt. Der Ingenieur Badstieber erhielt als einziger Deutscher eine Gefängnisstrafe, allerdings mit einjähriger Bewährung, die beiden anderen Deutschen wurden freigesprochen. Der hier abgedruckte Politbürobeschluss zeigt, dass sich Čičerin und Krestinskij mit einem konzilianteren Kurs gegenüber den ausländischen staatlichen Vertretungen und besonders der deutschen Seite durchgesetzt hatten bzw. dass der Prozess in der Hauptsache nach innen gerichtet war. Der von Vyšinskij geleitete Prozess, an dem zeitweise Brockdorff-Rantzau teilnahm, endete nach sechs Wochen (siehe: Ziehr: Die Entwicklung, S. 73–133; Zarusky: Die deutsche Sozialdemokratie, S. 238–240; Bayerlein: Nikolai Krestinskij).

41 Nach zehntägiger Haft erfolgte auf Beschluss des Politbüros am 16.3.1928 die Freilassung des Krupp-Ingenieurs Goldstein, die vom sowjetischen Vertreter in Berlin, Nikolaj Krestinskij, am vehementesten gefordert worden war, sowie die eines weiteren deutschen Ingenieurs und vier sowjetischer Spezialisten. Čičerin unterhielt derweil in Moskau permanente Kontakte mit dem deutschen Botschafter Brockdorff-Rantzau. Drei weitere deutsche Ingenieure und Facharbeiter (Ernst Otto, Max Maier und Wilhelm Badstieber) blieben zusammen mit 53 Angeklagten jedoch weiter in Haft.

hernehmen, Artikel mit Zitaten und Verweisen auf die Anklageschrift verfassen und diese Artikel an ihre Zeitungen senden.[42]

c) Gen. Molotov, Čičerin und Krylenko zu beauftragen, die Veröffentlichung der Anklageschrift nochmals zu revidieren im Hinblick auf eine maximale Kürzung solcher Passagen, die die Tätigkeit ausländischer Botschaften u.ä. betreffen.

d) Der Bitte der Verteidigung um Aufschub des Prozesses um drei Tage zu entsprechen.

Auszüge an: Gen. Rudzutak, Menžinskij, Čičerin - alle; Krylenko - c, d; Bucharin - b; Vinokurov, Enukidze - d; Molotov - c.



Am 10.5.1928 befand das Politbüro der KP der Sowjetunion, dass eine besondere Intervention der Profintern zu den Wahlen in Deutschland unnötig sei. Auch sollten die Bedingungen für eine materielle Unterstützung streikender Arbeiter im Westen künftig nach strengeren Kriterien festgelegt werden – dabei sei eine feste Vereinbarung mit der jeweiligen Sowjetgewerkschaft zu erreichen. Zugleich wurde das Budget der Profintern zum 1. Januar 1929 auf 834.373 Rubel festgelegt.[43]

Am 10.5.1927 bewilligte das Politbüro des ZK der VKP(b) ebenfalls das Budget der Krestintern (Bauerninternationale) für 1927/1928 in Höhe von 127.000 Rubel, mit dem Einverständnis von Narkomfin.[44]

Ebenfalls am 10.5.1928 wurde der Entwurf des Komintern-Programms von Bucharin und Stalin vom Politbüro der KP der Sowjetunion als Grundlage gutgeheißen. Beide wurden aufgefordert, das mit ihrer Unterschrift versehene Programm der Programmkommission der Komintern zur Diskussion zu unterbreiten sowie allen Mitgliedern des ZK und des Präsidiums der Exekutive der KI zuzusenden.[45]

Das sowjetische Politbüro beschäftigte sich am 17.5.1928 mit den Beratungen der Taktikkommission in Verbindung mit den Verteidigern im Šachty-Prozess. Krylenko und Jagoda wurden aufgefordert, eine Person auszuwählen, die die Verhandlungen führen sollte. Als dritter Punkt sollte der Distrikt Artemovsk zwei weitere Vertreter der öffentlichen Anklage zugeteilt erhalten.[46]

Am 17.5.1928 beschloss das sowjetische Politbüro ebenfalls, den deutschen Metallspezialisten Kerner in die Arbeiter- und Bauerninspektion (RKI) einzuladen und ihm entsprechend seiner Anfrage den höchstmöglichen Lohn zu bezahlen.[47]

Ebenfalls genehmigte das Politbüro der KP der Sowjetunion die Reise von Ja. K. Jaglom und A. N. Udarov zu einer Konferenz der Freunde der Sowjetunion, die vom 27.–28.5.1928 in Köln stattfand, auf der die Bildung eines Internationalen Komitees der Freunde Sowjetrusslands beschlossen werden sollte.[48]

---

42 In der Anklageschrift hieß es u.a., dass „die Organisation der Saboteure über ziemlich verzweigte und ernste Verbindungen mit dem Ausland […] von rein politischem Charakter verfügte. Letzteres gilt besonders für verschiedene polnische und französische offizielle Organe." (*Internationale Presse-Korrespondenz* 8 (1928), 51, S. 931).

43 RGASPI, Moskau, 17/162/6, 78. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 519–524.

44 RGASPI, Moskau, 17/162/6, 90.

45 RGASPI, Moskau, 17/3/686, 7. Publ. in: Ibid., S. 524–526.

46 RGASPI, Moskau, 17/162/6, 87.

47 RGASPI, Moskau, 17/3/687, 33.

48 RGASPI, Moskau, 17/3/687, 9.

Am 19.5.1928 wurden im Politbüro der KP der Sowjetunion die Modalitäten des Aufgehens der Republik der Wolgadeutschen im Bezirk Nieder-Wolga erörtert.[49]

Dem Zentralen Rat der Sowjetgewerkschaften, der über eine geheime für die Auslandsarbeit zuständige Abteilung verfügte, wurde vom Politbüro der KP der Sowjetunion für den Zeitraum vom 1.10.1927 bis zum 1.10.1928 eine Summe von 32.000 Dollar bewilligt. Zur 1896 gegründeten, von der Komintern unabhängigen Internationalen Transportarbeiter-Föderation hieß es in dem betreffenden Beschluss: „Angesichts der besonderen Bedeutung, die der Transportarbeiter-Internationale im Falle eines Krieges gegen die UdSSR zukommt, ist es ausnahmsweise als zulässig anzuerkennen, die Transportarbeitergewerkschaft der UdSSR in die oben genannte Internationale eintreten zu lassen, wobei das Hauptziel dieses Eintrittes in der gegebenen Phase die Aufklärung ist."[50]

Ebenfalls am 24.5.1928 beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion, die linkszionistische Jüdischen Kommunistischen Arbeiterparteipartei *Poalei Zion („Arbeiter Zions"/* EKRP) außerhalb des Gesetzes zu stellen, die sich ausgehend von Russland seit Ausgang des 19. Jahrhunderts gegen den antizionistischen Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund gebildet hatte. Mitglieder und Sympathisanten wurden von der OGPU verhaftet.[51]

Ebenfalls am 24.5.1928 ermächtigte das Politbüro die Komintern-Sekretäre Pjatnitzki und Trilisser, „B. K." so schnell wie möglich nach Moskau zu holen.[52]

Am 31.5.1928 beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion auf Vorschlag von Vorošilov, deutsche Offiziere zu Manövern der Roten Armee als Beobachter zuzulassen, wobei dieser Schritt auf „Gegenseitigkeit" beruhen sollte.[53]

Am 2.6.1928 ließ das Politbüro der KP der Sowjetunion auf Vorschlag von Stalin und Bucharin die „ungerechtfertigten" Anklagen seitens der KP Großbritanniens (Harry Pollitt) in scharfem Ton zurückweisen: Der Beschluss des Politbüros, eine gewisse Anzahl von britischen Mitarbeitern sowjetischer Institutionen von ihrer Arbeit zu befreien, wurde bestätigt. Weiter sollten Probleme, die sich im Prozess der Trennung zwischen sowjetischer und Kominternarbeit ergeben hatten, von der „Janson-Kommission" definitiv liquidiert werden.[54]

Am 7.6.1928 beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion auf Vorschlag von Pjatnitzki und Bucharin, als Berichterstatter über „die russische Frage" auf dem VI. Weltkongress der Komintern Eugen Varga für den ökonomischen Teil und Dimitrij Manuilski für den Bericht über die interne Situation in der Partei zu bestätigen. Zugleich wurde Bucharin für zwei Wochen von jeglicher Arbeit befreit, um sich auf den Kongress vorzubereiten.[55]

49 RGASPI, Moskau, 17/3/688, 18.

50 Zur Internationalen Transportarbeiterföderation (ITF) siehe Dok. 328.

51 RGASPI, Moskau, 17/162/6, 6, 96–98. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 527–530; Chaustov/Naumov/Plotnikov: Lubjanka, S. 164.

52 RGASPI, Moskau, 17/162/6, 94. Die Identität von B.K. konnte bisher nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden.

53 RGASPI,Moskau, 17/162/6, 99.

54 RGASPI, Moskau, 17/162/6, 102.

55 RGASPI, Moskau, 17/3/690, 6. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 532–533.

Am 14.6.1928 wurde nach einem Bericht Bucharins als Reaktion auf die Reichstagswahlen in Deutschland und die Bildung des Kabinetts der großen Koalition unter Einschluss der SPD vom Politbüro der KP der Sowjetunion für die Zukunft die Durchführung einer „reservierteren" Politik gegenüber Deutschland beschlossen. Das NKID wurde aufgefordert, in diesem Sinne weitere Maßnahmen zu entwickeln und vor allem Material für die Regierungszeitung *Izvestija* zusammenzustellen.[56]

Dok. 185

Aus einem Brief Remmeles an Leo Flieg über die Lage in der KP der Sowjetunion

[Moskau], 30.6.1928

Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau, 495/292/40, 166–168. Deutsche Erstveröffentlichung.

30.6.[19]28

Lieber Leo [Flieg]! (Persönlich)
Dir und meinen beiden Freunden[57] zur Kenntnis:

1) Der *Kongress* wird zwischen dem 10. und 15. Juli eröffnet, nicht vor dem 10., aber auch nicht nach dem 15. Er wird nicht im Kreml, sondern entweder im Gewerkschaftshaus oder im Konservatorium stattfinden. [...][58]

3. *Die Lage in der russischen Partei*. Durch die „Prawda" werdet Ihr bereits erfahren haben, dass auf dem Plenum des ZK, das in einigen Tagen stattfindet (also noch vor dem Kongress) Sinowjew, Kamenew und 38 ehemalige Oppositionelle wieder in die Partei aufgenommen werden, und zwar unter Anrechnung der alten Parteizugehörigkeit – und Rechte, das heißt, zunächst als einfache Mitglieder.[59] In der Gruppe Trotzki ist ein weiterer Zerfall zu [ver]buchen. Man rechnet damit, dass Radek, Wujowitsch und andere aus dieser Gruppe noch in diesem Sommer entsprechende Erklärungen abgeben und dann vielleicht im Herbst wieder in die Partei aufgenommen werden.[60] Trotzki dagegen grenzt sich immer schärfer von der Partei ab, was durch

---

56 RGASPI, Moskau, 17/162/6, 104.

57 Bei den „beiden Freunden" handelt sich vermutlich um Ernst Thälmann und Heinz Neumann.

58 Gemeint ist der VI. Weltkongress der Komintern, der im Moskauer Gewerkschaftshaus vom 17.7.1928 bis zum 1.9.1928 stattfand. In Punkt 1 und 2 wird näher auf die technischen und organisatorischen Vorbereitungen für den Weltkongress eingegangen.

59 Die Angehörigen der wichtigsten Strömung der Leningrader Opposition um Sinowjew, Kamenev, Grogorij Evdokimov, Ivan Bakaev u.a. hatten auf dem 15. Parteitag der VKP(b) vor der Stalin-Führung 'kapituliert'. Am 22.6.1928 wurden sie qua ZKK-Beschluss erneut in die Partei aufgenommen (Dahmer/Feikert/Lauscher: Trotzki. Schriften, 3, S. 1352).

60 Im Unterschied zu Karl Radek gehörte der Serbe Voia Vujović nicht der trotzkistischen „alten" Opposition an; er bildete zusammen mit Tarchanov, Safarov, Vardin u.a. die kleinere Gruppe der „Intransigenten" innerhalb der oppositionellen Sinowjewisten. Ihre Wiederzulassung in die Partei erfolgte

seine Stellungnahme zum Leninbund lebhaft zum Ausdruck gekommen ist.[61] Wieweit diese Dinge bei uns eine Wirkung haben, ist abzuwarten. Jedenfalls dürften bei uns aber eine Reihe ehemaliger Oppositioneller zur versuchsweisen Wiederaufnahme in Frage kommen. Ich denke hierbei z.B. a) an solche Leute, die sich von der Opposition innerlich schon losgelöst haben, wie z.B. Schwan und einfache Arbeiter, die wieder zurückwollen zur Partei; b) an solche Leute wie Schlecht, Schimanski etc. unter der Voraussetzung, dass sie sich grundsätzlich von Maslow, Ruth Fischer trennen. Für die Aufnahme in die Partei kommen nach meiner Überzeugung nicht in Frage, a) die Führer der Opposition, wie Maslow, Ruth Fischer, Scholem, Urbahn[s], auch dann nicht, wenn sie sich, wie das bei der Spaltung des Leninbundes geschehen ist, von ihrer oppositionellen Stellungnahme abwenden; b) solche verworrenen Elemente, mit denen die Partei jedenfalls nichts mehr anfangen kann, wie Riese, Grylewitz [d.i. Anton Grylewicz], Weber, Hesse, Kögler und ähnliche. Man muss also bei dieser Suche sehr vorsichtig Auswahl treffen und die Leute wieder aufnehmen, die wirklich vollkommen kuriert sind, dabei aber unterscheiden zwischen solchen Leuten, die ihrer ganzen Natur und ihrem Wesen nach nicht gute disziplinierte Kommunisten werden können. Vor allen Dingen muss man sich davor hüten, dass durch die Aufnahme solcher Oppositioneller wieder eine Situation geschaffen wird, bei der evtl. nach 2 Fronten hin gekämpft werden müsste. Die Hauptgefahr ist jetzt die Rechtsgefahr, und das habt Ihr ja jetzt gründlich in Erfahrung gebracht.

Die Gegensätze in der VKP(b) bestehen nach wie vor zwischen der Hauptlinie St[alin], die eine gründliche Aufräumungsarbeit im Staats- und Parteiapparat durchführen will, und der Rechten, die an Anzahl stärker sind als die der Hauptlinie, die auf diesem Wege nur schwankend folgt oder gar Verhinderung betreibt. Diese Gegensätze bestehen in fast allen Fragen, wie in der Frage der Organisierung des Kampfes im Dorfe gegen die Kulaken und in der Industrie gegen die sabotierenden Spezialisten etc. Der Kampf geht augenblicklich um die Frage der Selbstkritik, die oftmals unter einem Mantel auftritt, bei dem Gegensätze zum Ausdruck kommen. Man kann im allgemeinen nicht sagen, dass sich die Gegensätze verschärft haben und die Linie, die ST[alin] in einem Referat angegeben hat, in dem er betont, dass es sich zwar um Gegensätze handelt, die aber nicht den Charakter prinzipieller Gegensätze, wie damals bei der Opposition, tragen, sondern sich nur auf der Linie taktischer Diffe-

---

später. Radek, der als Direktor der der Sun-Yatsen-Universität in Moskau Wortführer der Opposition in der Chinapolitik war, wurde auf dem 15. Parteitag ausgeschlossen. Er „kapitulierte" erst im Juli 1929.

61 Trotzki warnte sowohl vor separaten Wahllisten der „linken Kommunisten", als auch der Gründung eines „Bundes linker Kommunisten". Ein solcher könnte leicht zu einer zweiten Partei werden und den prioritären Kampf innerhalb der KPD behindern: „Der Name der Opposition ist populär genug und hat internationalen Charakter." (Leo Trotzki: Zur Arbeit der internationalen Linken Opposition. In: Dahmer/Feikert/Lauscher: Trotzki. Schriften, 3, S. 1160–1166, hier S. 1162f.). Ähnliche Vorwürfe wurden von anderen sowjetischen Oppositionellen, so auch Radek und Sinowiew geäussert. Unterdessen waren die Vorbereitungen zur Gründung des Leninbundes im Gange, die Gründungskonferenz fand am 8./9.4.1928 statt (Zimmermann: Der Leninbund, S. 109–110 u.a.).

renzen bewegen, also Gegensätze, die nicht bedeuten, einem Kampf um Machtfragen oder andere Verschärfung, ist richtunggebend.[62] [...]

Der Schachty-Prozess bedeutet nur den ersten Auftakt für eine Reihe von Maßnahmen, die besonders in Industrie und Handel gründlich durchgreifen. Auch in der Agrarpolitik ist eine scharfe Wendung erfolgt, so z.B. werden die großen Sowjetgüter, die bisher größtenteils an Kulaken auf einzelne Stücke verpachtet waren oder die in ihrer größten Ausdehnung brachlagen, mit einer umfassenden maschinellen Organisation nahezu restlos unter den Pflug genommen. Auch wurden [eine] große Anzahl von Kulakengütern oder einzelne Parzellen, die die Kulaken gepachtet hatten, zu Sowjetgütern zusammengelegt und werden jetzt gleichfalls einheitlich bearbeitet. Damit soll erreicht werden, dass die Getreidebeschaffung sowie überhaupt die Beschaffung der landwirtschaftlichen Produkte von unsicheren Elementen des individuellen Bauerntums unabhängig gemacht wird und die Agrarwirtschaft in eine Planwirtschaft verwandelt wird.[63] [...]

Mit allen diesen Fragen wird sich das jetzige Plenum des ZK befassen.[64] Das Plenum beschäftigt sich mit folgender Tagesordnung:

1.) Ergebnis der Getreidebeschaffungskampagne,
2.) Smolensker Vorkommnisse,
3.) Frage der Ausbildung von roten Spezialisten,

62 Tatsächlich hatte Stalin die „rechte Opposition" , besonders Bucharin als Protagonist und Nachfolger Sinowjews als Leiter der Komintern durch allerlei Druckmittel bereits in seinem Sinne gefügig gemacht (siehe: A.G. Löwy: Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Leben und Werk Nikolai Bucharins, Neuauflage, Wien, Promedia, 1990; Wladislaw Hedeler, Ruth Stoljarowa: Nikolai Bucharin. Leben und Werk, Mainz, Decaton Verlag, 1993; Marjan Britovsek: Der Endkampf mit Stalin im Jahre 1929. In: Theodor Bergmann, Gerd Schäfer (Hrg.): „Liebling der Partei". Bucharin - Theoretiker des Sozialismus. Beiträge zum internationalen Bucharin-Symposium Wuppertal 1988, Marburg, VSA, 1989, S. 61–70; Bernhard H. Bayerlein: Nikolaj I. Bucharin an der Spitze der Kommunistischen Internationale. Eine Bestandsaufnahme anhand der Humbert-Droz-Archive, ibid., S. 83–100; F.I. Firsov, A. Ju. Vatlin; E.A. Parchomenko (Red.): N. I. Bucharin i Komintern, Moskva, 1989.

63 Euphemistisch umschreibt hier Remmele die unmittelbare Vorgeschichte der Zwangskollektivierung, die mit der Getreidebeschaffungskampagne 1927/28 einsetzte. Die Vorsorgungskrise jenes Winters wurde von der Stalin-Führung dahingehend gedeutet, dass die als „Kulaken" denunzierten wohlhabenderen Bauern beträchtliche Getreidereserven zwecks „Spekulation" anhäufen würden. Im Januar 1928 wies der Generalsekretär die lokalen Parteiorganisationen an, „außerordentliche" Maßnahmen bei der Bekämpfung solcher „Spekulation" einzusetzen. Diese Zwangsmaßnahmen bedeuteten einen Rückschritt zu den Methoden der Bürgerkriegszeit und „pervertierten den ‚Verkauf' von Getreide endgültig zu einer kaum verhüllten neuerlichen Requisition" (Hildermeier). Zugleich lancierte das Regime ab dem Frühjahr 1928 eine Kampage für eine Ausweitung der Aussaatflächen und intensivierte die Propagierung von kollektiven Landwirtschaftsbetrieben (Kolchosen), zunächst noch auf freiwilliger Basis. 1929–1930 schließlich nahm die Kollektivierung der Landwirtschaft einen flächendeckenden und durchgehend zwangbehafteten Charakter an. Siehe: Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 377ff.

64 Siehe hierzu auch die hier veröffentlichten Beiträge Bucharins und Stalins zum Kominternprogramm (Doks. Nr. 186 und 187).

4.) Programm der Komintern,
5.) Weltkongress [der Komintern]. [...]

Mit besten Gruß
Hermann [Remmele]



Das Politbüro der KP der Sowjetunion konkretisierte am 21.6.1928 die Ziele im Verhältnis zu Deutschland. Gegenüber Čičerin wurde betont, dass nicht ein Aufruf an die deutsche Regierung beschlossen worden sei, es gehe vielmehr um Vorschläge zur Neuorientierung der Staatspolitik der Sowjetunion im Falle der Bildung der neuen Regierung der großen Koalition sowie der zu diesem Anlass notwendigen konkreten Schritte.[65]

Per Umfrage der Politbüro-Mitglieder wurde am 25.6.1928 auf Antrag Bucharins beschlossen, Manuilski mit dem Bericht über den Kongress der Komintern auf dem ZK-Plenum zu beauftragen. Über das Programm der Komintern sollte jedoch nach wie vor Bucharin sprechen.[66]

Auf Vorschlag von Pjatnitzki beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion am 27.6.1928, die Eröffnung des VI. Kongresses der Komintern um 8–10 Tage zu verschieben.[67]

Das Politbüro der KP der Sowjetunion fasste am 28.6.1928 auf Antrag Pjatnitzkis einen Geheimbeschluss, den VI. Weltkongress der Komintern im Haus der Gewerkschaften in Moskau abzuhalten. Zugleich wurde auf Antrag Lozovskijs beschlossen, den streikenden griechischen Tabakarbeitern auf konspirativem Wege 10.000 Rubel zukommen zu lassen.[68]

Auf Vorschlag des Revolutionären Militärrates der Sowjetunion wurde am 2.7.1928 vom Politbüro der KP der Sowjetunion die Entsendung einer Delegation zu Militärmanövern der Reichswehr nach Deutschland beschlossen, bestehend aus ranghohen Kommandeuren der Roten Armee, darunter die im Großen Terror hingerichteten Iona Jakir, Robert Ejdeman, Ivan Fed'ko und Ieronim Uborevič.[69]

---

65 RGASPI, Moskau, 17/162/6, 106. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 174–175.
66 RGASPI, Moskau, 17/3/693, 6.
67 RGASPI, Moskau, 17/3/693, 7.
68 RGASPI, Moskau, 17/162/6, 110–111. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 533–534.
69 RGASPI, Moskau, 17/162/6, 113; APRF, Moskau, 3/64/655, 90. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, II, Dok. 88.

Dok. 186

Aus dem Referat Bucharins auf dem Plenum des ZK der KP der Sowjetunion über den Programmentwurf der Komintern und die Kriegsabsichten der Sozialdemokratie

Moskau, 5.7.1928

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 17/2/375, I, 40–47. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 638–661.

[BUCHARIN:] Während der letzten Jahre ging eine umfangreiche ideelle Umgruppierung innerhalb des Reformismus vonstatten. *Die Sozialdemokratie ging von den Positionen einer maskierten Verteidigung des Kapitalismus zum aktiven Aufbau des Kapitalismus über,* [...].

Ich versuche es [das Programm der Labour-Partei] näher zu erläutern, um unser Programmprojekt mit den Projekten unserer Gegner zu vergleichen, was meiner Meinung nach nicht überflüssig ist, denn schon der heilige Augustinus hat gesagt, dass das Böse dafür geschaffen ist, das Gute durch den Kontrast hervortreten zu lassen (Gelächter).[70]

STALIN: Wie hat er gesagt?

BUCHARIN: Das Böse existiert, um das Gute durch Kontrast hervortreten zu lassen. Denn in der Sprache der Logik sind es korrelative Begriffe: wenn es das Böse nicht gäbe, gäbe es auch nicht das Gute. [...]

---

70 Die Programmdebatte auf dem VI. Weltkongress der Komintern geriet (zunächst unbemerkt) zum Spektakel des innerparteilichen Machtkampfes in der VKP(b). Die grundsätzlichen politisch-inhaltlichen Dissenzen und die Kritik wegen des allzu russischen Charakters des Programmentwurfs wurden entweder nicht veröffentlicht oder erfolgten hinter dem Rücken der Delegierten. Zu den folgenschwersten programmatischen Punkten gehörten das Konzept des Sozialismus in einem Land bzw. der Wesenscharakter der „Revolution der UdSSR" nicht als „national isolierte", sondern als „internationale Revolution" (Stalin), die Einschätzung der Sozialdemokratie (auf dem Weg zum "Sozialfaschismus"), sowie die strategische Einschätzung der kapitalistischen Krise als das Ende der kapitalistischen Stabilisierungsperiode. In die den VI. Weltkongreß (17.7.1928–1.9.1928) vorbereitende Programmkommission, in der ursprünglich neben Bucharin Skrypnik, Winternitz-Lenz, Humbert-Droz und der spätere Meisterspion Sorge mitarbeiteten, wurde seitens des sowjetischen Politbüros Molotov als Stalin-Vertrauter abgestellt, um gegen den Einfluss des „verweichlichten" Bucharin den Programmentwurf zu redigieren (siehe den Beschluss des Politbüros, Dok. 16.8.1928 PB und den Brief Molotovs an Stalin vom 24.8.1928). Auf dem Höhepunkt des internen und verdeckt geführten Kampfes, der mit der Verdrängung Bucharins endete, ließ der Seniorenkonvent des VI. Kongresses öffentlich erklären, dass es in der sowjetischen Führung keinerlei Divergenzen gebe (siehe u.a.: McDermott/Agnew: The Comintern, S. 76ff.).

Das Programm der *deutschen* Sozialdemokratie […], wie es auf dem Heidelberger Parteitag angenommen wurde,[71] beschränkt sich in seinem prinzipiellen Teil auf zwei kleine Blättchen. Der Imperialismus wird dort nur einmal erwähnt, und das auch nur nebenbei – „die Imperialisten streben die Macht an".[72] Was die Entwicklung des modernen Kapitalismus angeht, so findet sich dort eine wahrhaft klassische Phrase. Die Entwicklung in Richtung des Monopolkapitalismus beschreibend, besagt das in Heidelberg angenommene Programm der deutschen Sozialdemokratie, die Kapitalisten seien *„bestrebt"*, sich die Resultate des gesellschaftlichen Prozesses anzueignen und für sich zu monopolisieren. So heißt es im Wortlaut: *„bestrebt!"*[73]

Aus dieser Charakteristik ergibt sich, dass die Kapitalisten, wie es sich „herausstellt", gegenwärtig nicht die Monopolbesitzer der modernen Unternehmen und Aneigner des Mehrwertes sind, – sie, so „stellt es sich heraus", sind bloß „bestrebt", „versuchen" diesen Mehrwert zu bekommen. Allein schon diese kleine Formel wirft ein grelles Licht auf die gesamte theoretische Position der Sozialdemokraten. Selbstverständlich fällt darin *kein Wort* über die UdSSR, über die Diktatur des Proletariats usw. […]

Ich könnte noch viele andere Passagen zitieren und eine lange Reihe solcher „theoretischen" Kuriositäten aufzeigen, doch sind diese „Kuriositäten" so kurios gar nicht, wenn man sie aus dem Blickwinkel der *politischen Praxis* betrachtet. Aus dem Blickwinkel der politischen Praxis bedeutet dies die Schüsse der Sozialdemokratie auf Wiener Arbeiter.[74] […] Die Sozialdemokratie, die von uns schon bei Ausbruch des imperialistischen Krieges berechtigterweise als Agentur des Imperialismus bezeichnet wurde, wurde nun zu unserem boshaften henkerischen Feind, dessen ganze

---

71 Der Heidelberger Parteitag der SPD hatte vom 13.-18.9.1925 stattgefunden. Siehe: Klaus Schönhoven: Der Heidelberger Programmparteitag von 1925. Sozialdemokratische Standortbestimmung in der Weimarer Republik, Heidelberg, Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, 1995 (Kleine Schriften. 23).

72 Bucharin gibt hier eine ungenaue Übersetzung der entsprechenden Passage im Heidelberger SPD-Programm. Der tatsächliche Wortlaut ist: „Dieses imperialistische Machtbestreben bedroht die Gesellschaft ständig mit Konflikten und mit Kriegsgefahr." (Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin, Dietz, 1925, S. 6).

73 Im bis zum Godesberger Programm (1959) gültigen Heidelberger Parteiprogramm der SPD, das von Rudolf Hilferding und Karl Kautsky mitverfasst wurde, lautet die Originalpassage: „Mit der Entwicklung der Technik und der Monopolisierung der Produktionsmittel wächst riesenhaft die Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber Großkapital und Großgrundbesitz suchen die Ergebnisse des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses für sich zu monopolisieren. Nicht nur den Proletariern, sondern auch den Mittelschichten wird der volle Anteil an dem materiellen und kulturellen Fortschritt vorenthalten, den die gesteigerten Produktivkräfte ermöglichen." (Ibid., S. 5).

74 Bucharin spielt auf den Aufstand der Wiener Arbeiter gegen die Heimwehren am 15.7.1927 an, bei dessen Niederwerfung 80 Menschen starben und mehrere Hunderte verletzt wurden. Siehe hierzu: Alexander Watlin: Ein unbegriffenes Signal. Die Wiener Ereignisse vom 15. Juli 1927 in der Bewertung der Komintern. In: Id.: Die Komintern. 1919–1929. Historische Studien. Mit einem Vorwort von Friedrich I. Firsow, Mainz, Decaton Verlag, 1993 (Studien zur Geschichte der Komintern. 1), S. 135–160.

Bosheit man in keinem Falle unterschätzen darf, und es ist völlig unangebracht, sich hier irgendwelchen Illusionen hinzugeben.

Für die ZK-Mitglieder merke ich außerdem an, dass in letzter Zeit, im Laufe der Zunahme der Spannungen zwischen der UdSSR und der Hindenburg-Republik, Hilferding, der theoretische Vordenker der deutschen Sozialdemokratie und höchst einflussreiche Theoretiker der 2. Internationale, in der geschlossenen Kommission des Reichstages zu auswärtigen Angelegenheiten eine Haltung unter Beweis stellte, die uns im Grunde mit der allergrößten Klarheit aufzeigt, was die Sozialdemokratie im Falle eines Krieges tun wird. Er sagt, es gäbe noch eine ganze Reihe von „Unstimmigkeiten" innerhalb der kapitalistischen Staaten, und dies, zu einem großen Teil, weil ein solch großer Wirtschaftskörper wie die UdSSR nicht an den Kollektivorganismus der Weltwirtschaft angeschlossen sei. Sie sei deswegen nicht angeschlossen, weil die sowjetischen „Usurpatoren" in den Außenhandelsbeziehungen ein Außenhandelsmonopol praktizierten. Dies, sagt Hilferding, sei eine Barriere, dank derer sich die Arbeitslosigkeit unter deutschen Arbeitern verstärke. Deswegen sei es im Interesse der Arbeiter, diese Barriere zu brechen. Ich gebe die Worte des Herrn Hilferding nicht ganz genau wieder, verbürge mich jedoch absolut für ihren Sinngehalt. Noch haben wir keinen Krieg, und wir können nicht sagen, wann er kommen wird, doch ist hierin nicht bereits eine ausnehmend konkrete theoretische Begründung eines Krieges gegen die UdSSR gegeben, mit einer „Legitimierung" durch die Arbeiterklasse, einer höchst niederträchtigen Legitimierung?! [...]

Ich bleibe noch bei einer Reihe von Fragen, die ebenfalls mit den Veränderungen am ehemaligen Entwurf [des Programms] zusammenhängen.

Die erste Frage ist die *Frage der Sozialdemokratie und des Faschismus*. Wir haben den die Sozialdemokratie betreffenden Teil des Programms vergrößert und uns dabei nicht auf die allgemeinen summarischen Aussagen betreffs sozialdemokratischer Theorie und Praxis beschränkt. [...] Viele fragen uns, wieso die Sozialdemokratie immer noch als starke politische Kraft existiert. Was ist, zum Beispiel, mit Deutschland: ein Land ohne Kolonien, was für ein Mehrprodukt soll es haben? Die Sozialdemokraten jedoch erhalten bei den Wahlen 9 Millionen Stimmen und spielen allgemein die Führungsrolle in der Gewerkschaftsbewegung.

Dem liegt das Faktum zugrunde, dass ein hochtechnisiertes Land sogar ohne Kolonien einen Differentialgewinn durch Tausch erzielt und auf diesem Wege andere Länder ausbeutet. Andererseits spielt hier eine große Rolle, dass in den kapitalistischen Ländern ein Prozess des Zusammenwachsens einer ganzen *Schicht* der Arbeiterbürokratie mit den Organen des bürgerlichen Staates vor sich geht. [...]

Übrigens muss ich Ihnen, Genossen, sagen, dass ungefähr dasselbe auch im Faschismus vorgeht. [...] Mit dem Faschismus verhält es sich nicht so einfach, als handele es sich bloß um nackte Gewalt und sonst nichts. Faschismus ist eine kombinatorische Methode, die sich auf Korruption einschließlich einiger kleinbürgerlicher Schichten und sogar eines kleinen Teils der Arbeiterklasse stützt.

STIMME: Aber bei weitem nicht so viel, wie in Deutschland.

BUCHARIN: Ja, in Deutschland ist dieser Prozess besonders stark ausgeprägt, und in Österreich auch. Ich werde diese Thematik nicht weiter erörtern. [...]

Wir müssen unbedingt eine Reihe von Büchern gegen die traditionelle chinesische Philosophie, gegen Sun-Yat-Senismus, gegen Gandhismus herausbringen, gegen einige besonders hartnäckige Angewohnheiten, gegen die besondere Denkweise einer breiten Schicht unserer Genossen im Osten. Ich muss sagen, dass wir in China und in Indien gelegentlich auf einen besonderen Denktypus stoßen, der mit einer fremden Geschichte und einer fremden Kultur verbunden ist. [...] So spricht man manchmal mit chinesischen Genossen. In welcher Weise betrachten sie häufig ihre Probleme? Sie erkennen des Öfteren das Problem nicht anhand dessen, wie der *reale* Lauf der Dinge verläuft, sondern anhand einer formallogischen Analyse der *Begriffe*. [...]

RYKOV: Das gibt es auch manchmal bei uns.

BUCHARIN: [...] Wir haben einen vollkommen berechtigten Kampf gegen den Opportunismus in China begründet. Doch muss man wissen, was dort auf diesem Gebiet passiert. So bildete sich zum Beispiel in der Organisation von Guangdong ein Grüppchen chinesischer Genossen heraus, die daraufhin beschlossen, dass die Führung in diesem Bezirk opportunistisch sei. Augenblicklich besorgen sie sich Waffen und wollen diese Führung ausrotten.

STIMME: Wie – ausrotten?

BUCHARIN: Physisch ausrotten, erschießen. Gleichzeitig jedoch erhält die „Führung" Nachricht von der Bildung dieses Grüppchens und vernichtet sie, alle bis auf den Letzten. So also geht der Kampf gegen den Opportunismus vonstatten (Gelächter). [...] Man muss den chinesischen Genossen einige Barrieren aufstellen, damit sie nicht zu geradlinige, formallogische Schlüsse ziehen. [...] Das steht in Beziehung mit bestimmten Denkgewohnheiten.

SKRYPNIK: Ist das Sun-Yat-Senismus?[75]

---

75 Der als Vater der chinesischen Republik bis heute verehrte Sun Yat-Sen war neben den von ihm proklamierten „Drei Prinzipien des Volkes" (die selbsbestimmte Volksgemeinschaft, die demokratischen Rechte des Volkes, und der Wohlstand des Volkes) für seine pazifistischen Überzeugungen bekannt (Johannes Chang: Sun Yat-sen. Seine Lehre und seine Bedeutung. In: Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften (1960), S. 179–194 /www.uni-muenster.de/Ejournals/index.php/jcsw/article/viewFile/443/414. In dieser Redepassage prophezeit Bucharin meisterhaft als Gleichnis die Säuberungsmethoden Stalins, verpackt in die China-Metapher, wohingehend Stalin sich darüber lustig macht.

Dok. 187

Aus einer Rede Stalins über den russischen Charakter des Programms der Komintern

Moskau, 5.7.1928

Gedruckter Text, russisch. RGASPI, Moskau, 17/2/375, 67–71. Zit. nach: Stalin: Werke, Bd. XI, S. 78–85. Auszug in russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 669–674.

Über das Programm der Komintern. Rede am 5. Juli 1928.

[...] Die Frage des inneren Gehalts des Programmentwurfs. Es stellt sich heraus, dass einige Genossen der Meinung sind, der Programmentwurf sei, was seinen inneren Gehalt betrifft, nicht durch und durch international, da er, wie sie sagen, einen „zu russischen" Charakter trage. Ich habe hier derartige Einwände nicht gehört. Solche Einwände werden aber, wie sich herausstellt, in manchen Kreisen rund um die Komintern gemacht.

Was konnte den Anlass zu solchen Äußerungen geben?[76]

Vielleicht die Tatsache, dass es im Programmentwurf ein spezielles Kapitel über die UdSSR gibt? Aber was kann daran schlecht sein? Ist etwa unsere Revolution ihrem Charakter nach eine nationale und nur eine nationale Revolution, und nicht hauptsächlich eine internationale Revolution? Warum nennen wir sie dann die Basis der revolutionären Bewegung der ganzen Welt, den Hebel der revolutionären Entwicklung aller Länder, das Vaterland des Weltproletariats?

Bei uns hat es Leute gegeben, zum Beispiel unsere Oppositionellen, die die Revolution in der UdSSR[77] für eine ausschließlich oder hauptsächlich nationale Revolution hielten. Sie haben sich dabei das Genick gebrochen. Seltsam, dass es, wie sich herausstellt, um die Komintern herum Leute gibt, die bereit sind, in die Fußstapfen der Oppositionellen zu treten.[78]

Vielleicht ist unsere Revolution ihrem Typ nach eine nationale und nur eine nationale Revolution? Aber unsere Revolution ist eine sowjetische Revolution, die Sowjetform des proletarischen Staates aber ist eine mehr oder weniger obligatorische Form auch für die Diktatur des Proletariats in den anderen Ländern. Nicht umsonst sagte Lenin, dass die Revolution in der UdSSR eine neue Ära im Geschichtsverlauf,

76 In einem Gespräch, das am 11. 7.1928 stattfand, sagte Bucharin zu Kamenev, dass er bereits „seit einigen Wochen" nicht mehr mit Stalin spreche. Dieser werde von der Gier aufgefressen, als Theoretiker anerkannt zu werden (Jurij G. Fel'štinskij (Hrsg.): Dva epizoda iz istorii vnutripartijnoj bor'by. Konfidencial'nye besedy Bucharina. In: *Voprosy istorii* (1991), 2–3, S. 182–203, hier S. 196–197).

77 Interessanterweise benutzt Stalin nicht mehr den historischen Begriff der Oktoberrevolution, sondern spricht von der historisch unzutreffenden „Revolution in der UdSSSR".

78 Stalin stellt hier die Einschätzung der Opposition unzutreffend dar, die die Oktoberrevolution im Gegenteil als entscheidenden Schritt zur internationalen Revolution wertete.

die Ära der Sowjets, eröffnet hat. Folgt daraus nicht, dass unsere Revolution nicht nur ihrem Charakter, sondern auch ihrem Typ nach hauptsächlich eine internationale Revolution ist, die ein Bild dessen vermittelt, was im Wesentlichen die proletarische Revolution in jedem Lande darstellen soll?

Es besteht kein Zweifel, dass der internationale Charakter unserer Revolution der proletarischen Diktatur in der UdSSR bestimmte Verpflichtungen gegenüber den Proletariern und unterdrückten Massen der ganzen Welt auferlegt. Lenin ging hiervon aus, als er sagte, dass der Sinn der Existenz der proletarischen Diktatur in der UdSSR darin besteht, alles nur Mögliche für die Entwicklung und den Sieg der proletarischen Revolution in anderen Ländern zu tun. Was aber folgt daraus? Daraus folgt zumindest, dass unsere Revolution ein Teil der Weltrevolution, die Basis und das Werkzeug der revolutionären Bewegung der ganzen Welt ist.

Es besteht ebenfalls kein Zweifel, dass nicht nur die Revolution in der UdSSR Verpflichtungen gegenüber den Proletariern aller Länder hat und sie erfüllt, sondern dass auch die Proletarier aller Länder bestimmte, recht ernste Verpflichtungen gegenüber der proletarischen Diktatur in der UdSSR haben. Ihre Pflicht ist es, das Proletariat der UdSSR in seinem Kampf gegen innere und äußere Feinde zu unterstützen, gegen einen auf die Erdrosselung der proletarischen Diktatur in der UdSSR gerichteten Krieg zu kämpfen, den direkten Übergang der Armeen des Imperialismus auf die Seite der proletarischen Diktatur in der UdSSR im Falle eines Überfalls auf die UdSSR zu propagieren. Folgt daraus nicht, dass die Revolution in der UdSSR mit der revolutionären Bewegung in anderen Ländern untrennbar verbunden ist, dass der Triumph der Revolution in der UdSSR ein Triumph der Revolution in der ganzen Welt ist?

Kann man etwa nach alldem von der Revolution in der UdSSR als von einer lediglich nationalen Revolution, als von einer isolierten, nicht mit der revolutionären Bewegung in der ganzen Welt verbundenen Revolution sprechen?[79]

Und umgekehrt, kann man etwa nach alldem außerhalb des Zusammenhangs mit der proletarischen Revolution in der UdSSR irgendetwas von der revolutionären Bewegung der Welt verstehen?

Was für einen Wert hätte ein Programm der Komintern, das von der proletarischen Weltrevolution handelt, wenn es die Grundfrage, die Frage des Charakters und der Aufgaben der proletarischen Revolution in der UdSSR, die Frage ihrer Pflichten gegenüber den Proletariern aller Länder und der Pflichten der Proletarier aller Länder gegenüber der proletarischen Diktatur in der UdSSR, überginge?

Daher bin ich der Meinung, dass die Einwände hinsichtlich des „russischen Charakters" des Programmentwurfs der Komintern ein, wie soll man das möglichst gelinde sagen…, unschönes Gepräge, einen unangenehmen Beigeschmack haben.

---

79 Auch hier stellt Stalin die Einschätzung der Opposition falsch dar. Wie Lenin ging sie davon aus, dass die russische Revolution als isoliert bleibende Revolution nicht überlebensfähig sei.

Dok. 188

Vorschläge von Josef Gutsche, August Mayer und Gerhard Schott zur Verbesserung der militärpolitischen Arbeit der KPD

Berlin, 16.7.1928

Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau, 495/25/1376, 136–137. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 532–534.

Berlin, den 16. Juli 1928

Werte Genossen!
In der Anlage überreichen wir Euch Vorschläge zur militärpolitischen Arbeit der deutschen Partei, die wir auch bereits am 22. Mai d. Jahres dem Polbüro der KPD. übergeben haben, ohne bis heute eine Antwort erhalten zu haben.

Diese unsere Arbeit ist der Überzeugung entsprungen, dass die Erfahrungen der bisherigen revolutionären Kämpfe der deutschen Arbeiterschaft, vom militärpolitischen Gesichtspunkte aus gesehen, zu wenig beachtet wurden. Besonders trifft dies unserer Auffassung nach auf die grossen Bewegungen des Jahres 1923 in Deutschland zu.

Wir haben deshalb versucht, eine Reihe der wesentlichsten Lehren der deutschen Partei auf militärpolitischem Gebiet in der vorliegenden Arbeit darzulegen.

Die bisherige M.-Arbeit in Deutschland litt in erster Linie daran, dass sie zu wenig Massencharakter trug. Die M.-Arbeit, die von der Partei bis zum heutigen Tage geleistet wurde, wirkte sich nicht genügend in der Partei und darüber hinaus in der Arbeiterschaft aus. Das Bewusstsein ihrer prinzipiellen Notwendigkeit drang aus kleinen Zirkeln, die zum Teil sehr wertvolle Arbeit geleistet haben oder zu leisten versuchen, nicht genügend hinaus. Die Arbeit musste praktisch bedeutungslos bleiben, weil nicht verstanden wurde, sie mit der gesamten politischen Arbeit der Partei aufs engste zu verbinden. Gerade diese Arbeit jedoch hat nur dann eine Bedeutung, wenn sie Massenarbeit wird.

Sollen die Losungen der Partei und der Komintern: „Kampf gegen Kriegsgefahr“, „Verteidigung der Sowjetunion“ nicht nur Propagandalosungen bleiben, sondern sollen sie der Aktivisierung der Partei und breiter Arbeiterschichten dienen, so muss die Partei alle dazu notwendigen Arbeiten planmässiger in Angriff nehmen. Der Gedanke der militärischen Schulung in der Partei ist nicht tot. Viele Genossen beschäftigen sich heute in Deutschland ernsthaft mit militärischen Wissenschaften, studieren die Geschichte der revolutionären Kämpfe. Diese wertvollen revolutionären Kräfte finden jedoch in der Art und Weise, in der die Partei in den letzten Jahren diese Fragen behandelt hat, keinen nennenswerten Stützpunkt zur Weiterentwicklung.

Zudem wird die Arbeit von gewissen verantwortlichen Genossen als persönliches Monopol betrachtet. Von Bemühungen, die einzelnen wertvollen Kräfte und die

Qualität der Arbeit auf dem vorgenannten Gebiet ständig und planmässig zu fördern, ihren Aktionsradius mehr und mehr zu erweitern, ist so gut wie nichts zu spüren.

Wir ersuchen die zuständige Kommission des VI. Weltkongresses, die anliegende Arbeit zur Kenntnis zu nehmen und sie als Material zum Ausbau des deutschen und internationalen militärpolitischen Aufgabengebietes zu benutzen.[80] Im Gegensatz zu der verbreiteten Auffassung, dass von der deutschen Partei auf diesem Gebiete nur hervorragendes geleistet wird, sind wir der Auffassung, dass die Fassade den Kern der Arbeit zu sehr in den Hintergrund treten lässt.

Wir weisen dabei besonders auf die Überschätzung des „Roten Frontkämpferbundes" als realen Kampffaktor hin. Der RFB. wird die M.-Arbeit in der Partei *nie* ersetzen können.

Das von uns vorgelegte Memorandum ist bewusst einseitig gehalten. Es soll sich nur der von der Komintern eingeschlagenen politischen Linie einfügen.

Mit kommunistischem Gruss
Josef Gutsche.
August Mayer.
Gerhard Schott.



Am 16.7.1928 fasste das Politbüro der KP der Sowjetunion einen Geheimbeschluss, wonach der sowjetische Gewerkschaftbund 10.000 Rubel an das neu zu gründende Internationale Büro der Gesellschaften der Freunde der Sowjetunion spenden sollte. Explizit wurde dabei betont, dass offiziell keine sowjetischen Organisationen an der Neugründung des Büros beteiligt werden dürften.[81]

Um einen nach außen hin „friedlichen" und von den tatsächlichen Fraktionskämpfen unberührten Ablauf des VI. Weltkongresses der Komintern zu erreichen, beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion eine Reihe von Maßnahmen. Am 19.7.1928 stimmte es dem Vorschlag des ZK-Sekretariats betr. der Zusammensetzung der russischen Delegation zu.[82] Per Umfrage unter den Mitgliedern vom 20.7.1928 wurde beschlossen, die VKP(b)-Delegation auf dem VI. Weltkongress durch Vasilij Kotov, Konstantin Uchanov, Martem'jan Rjutin und Vladimir Polonskij zu vervollständigen.[83] Per Mitglieder-Umfrage vom 23.7.1928 beschloss es eine Reihe weiterer Maßnahmen zur VKP(b) Delegation auf dem bevorstehenden Weltkongress. Die russischen Delegierten wurden verpflichtet, ihr Verhalten exakt mit der Delegation der VKP(b) im EKKI abzustimmen; eine Blockbildung wurde ihnen explizit unter-

---

80 Seit Mitte der zwanziger Jahre richtete sich die KPD-Militärpolitik zunehmend nach den Vorgaben der sowjetischen Parteiführung. Nach der Rückführung des Apparats infolge der Niederlage des deutschen Oktober wurde das Schwergewicht auf die militärische Ausbildung der deutschen Kommunisten in Moskau gelegt (M-Schulen), teilweise auch auf ihre Anbindung an die sowjetischen Geheimapparate. Ein Neuaufbau des "AM-Apparats" erfolgte 1928/1929 unter der Leitung Hans Kippenbergers, Teile des Apparats arbeiteten direkt unter russischer Kontrolle (Feuchtwanger: Der Militärpolitische Apparat, S. 527; Wollenberg: Der Apparat, S.14f.; siehe ausführlich Dok. 233, 375A u.a.; vgl. die Zusammenfassung in Band 1, S. 312ff.).
81 RGASPI, Moskau, 17/162/6, 114.
82 RGASPI, Moskau, 17/3/696, 7. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 534–535.
83 RGASPI, Moskau, 17/3/697, 7. Publ. in: Ibid., S. 538.

sagt. Angesichts der „unsinnigen Gerüchte“ über Fraktionskämpfe in der russischen Partei wurden die Protagonisten der tatsächlich stattfindenden, realen Auseinandersetzungen, Stalin und Bucharin, damit beauftragt, eine Widerlegung der Gerüchte zu verfassen, die der Seniorenkonvent des Kongresses zu verlautbaren habe.[84] Des Weiteren wurden die beiden Referenten zur Sowjetunion, Manuilski und Varga, ermahnt, den Fokus ihrer Ausführungen auf die Bekämpfung der „trotzkistischen Opposition“ zu legen.[85] Bereits am 1./2.6.1928 hatte Bucharin in einer Privatnotiz an Stalin geschrieben: „Ich habe es dir bereits gesagt, dass ich nicht kämpfen werde und es auch nicht will. [...] Wenn wir den Kongress [...] zu Ende bringen, bin ich bereit, mich ohne jegliche Schlägereien, absolut ohne Lärm und Kampf, zurückzuziehen, wohin auch immer.“[86]

Am 26.7.1928 besprach das Politbüro der KP der Sowjetunion die Möglichkeit der UdSSR, am Kellogg-Pakt teilzunehmen. Der amerikanischen Regierung, die vorher die Haltung der UdSSR durch den deutschen Botschafter zu sondieren suchte, sollte mitgeteilt werden, dass die UdSSR prinzipiell Interesse hätte, jedoch vorher den Entwurf des Abkommens einzusehen wünschte.[87] Bezüglich des Kellogg-Paktes beauftragte das Politbüro am 2.8.1928 Čičerin, ein Interview zu geben, welches verlautbaren lassen sollte, dass die UdSSR nichts gegen den Pakt an sich habe, dieser jedoch grundlegender Korrekturen bedürfe.[88] Seitens der Sowjetunion erfolgte damit erstmals eine Öffnung in Richtung auf vertragliche kollektive Sicherheitsvereinbarungen mit Großbritannien und den USA.

Am 1.8.1928 stimmte das Politbüro der KP der Sowjetunion über einen Vorschlag Stalins ab, ihn aufgrund seiner Abreise in der deutschen und der polnischen Kommission des VI. Kongresses der Komintern durch Molotov zu ersetzen.[89]

Das Politbüro der KP der Sowjetunion wies am 2.8.1928 das NKID an, eine größere Energie zu entfalten, was die Redaktion der zu veröffentlichenden Reden der russischen Kommunisten auf dem VI. Weltkongress anging.[90]

Auf Antrag des Komsomol erlaubte es das Politbüro der KP der Sowjetunion darüber hinaus einer Delegation aus drei Pionieren und einem Leiter, am Kongress des Jung-Spartakus-Bunds, der Kinderorganisation der KPD, in Deutschland teilzunehmen.[91]

84 Die Erklärung des Seniorenkonvents „stellte klar“, dass es keine fraktionellen Auseinandersetzungen zwischen Stalin und Bucharin u.a. in der Führungsspitze der VKP(b) und auch keine vorangegangenen Intrigen Stalins gegeben habe. Beides traf allerdings nicht zu, das Gegenteil war der Fall. Die Abhaltung des 6. Weltkongresses der Komintern beruhte damit auf einer manipulierten, vorgetäuschten Grundlage (siehe auch: Fridrich Firsov u.a.: Die Komintern und Stalin. Sowjetische Historiker zur Geschichte der Kommunistischen Internationale, Berlin, Dietz, 1990, S. 96).

85 RGASPI, Moskau, 17/3/697, 7–8. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 538–539.

86 RGASPI, Moskau, 17/2/417, 93. Publ. in: Ibid., S. 538, Fn. 1.

87 RGASPI, Moskau, 17/162/6, 116. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 174–175.

88 RGASPI, Moskau, 17/162/6, 118–119. Publ. in: Ibid., S. 175–176.

89 RGASPI, Moskau, 17/3/698, 9.

90 RGASPI 17/3/698, 6, 7, 9, 10. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 539–541.

91 RGASPI, Moskau 17/3/698, 10.

Am 2.8.1928 beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion, auf Basis der Entscheidungen des VI. Weltkongresses eine Massenkampagne bei den Arbeitern der UdSSR zu initiieren. Die Agitprop-Abteilung des ZK wurde mit der Ausarbeitung der konkreten Maßnahmen betraut.[92]

Am 16.8.1928 behandelte das Politbüro der KP der Sowjetunion erneut diverse Angelegenheiten des VI. Weltkongresses. Molotov wurde für 2–3 Tage von der laufenden Arbeit zurückgestellt, um am Komintern-Programm zu arbeiten. Es wurde beschlossen, das Thema Einheit und Spaltung in das Schlussdokument des Kongresses zu integrieren. In der Frage der faktisch gespaltenen KP Polens wurde die Einberufung einer russisch-polnischen Sitzung für notwendig befunden.[93]

Dok. 189

Interne personelle Vorschläge Stalins zum VI. Kominternkongress, zur KPD und der Person Thälmanns

[Moskau], 20.8.1928

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 82/2/1420, 215–217. Erstveröffentlichung.

Lieber Vjačeslav [Molotov]![94]
1) Ich habe nichts gegen Deine Kombination mit Knorin.[95] Es wäre jedoch gut, Kostrzewa und Walecki [?] abzusetzen, oder einen von ihnen – denk darüber nach.[96]

2) Jaglom[97] stellt den Typus eines bundistischen antiparteilichen Hausierers dar,[98] der einen Patron sucht. Er denkt, dass wenn er einen Patron in Person von Tomskij

---

92 RGASPI 17/3/698, 6, 7, 9, 10. Publ. in: Ibid., S. 539–541.
93 RGASPI, Moskau, 17/3/700, 1–2. Publ. in: Ibid., S. 541–542.
94 Diesem Brief ging ein Brief Molotovs an Stalin voraus, in dem er ihn über den Fortgang des VI. Weltkongresses informierte (RGASPI, Moskau, 82/2/1420, vermutlich vor Bl. 213–214, Findbuch geweisst, das Dokument ist nicht mehr zu erschliessen). Wie es auch für andere Teile des Fonds Molotov der Fall ist.
95 Knorin trat als Kandidat nach dem VI. Weltkongress in das EKKI ein, vermutlich als Vertreter der KP Westweißrusslands (Svatek: Governing Organs, S. 252).
96 Die sozialdemokratische und später kommunistische „*grande dame*" der polnischen Arbeiterbewegung, Wera Kostrzewa, wurde zweimal auf Stalins Verfügung hin abgesetzt und schließlich 1939 im sowjetischen Gefängnis exekutiert; der Mathematiker und Physiker Walecki (ursprünglicher Name Maksymilian Horwitz) wurde auf sekundäre Verantwortlichkeiten in der Komintern abgeschoben, bevor er 1938 in der Sowjetunion hingerichtet wurde.
97 Jaglom: Der sowjetische Gewerkschaftsführer Jakov K. Jaglom (1898–1939) war ursprünglich Mitglied des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbunds. Er gehörte noch der russischen Delegation auf dem VI. Weltkongress an und war Chefredakteur der sowjetischen Gewerkschaftszeitung *Trud*. Auch er überlebte den stalinistischen Terror nicht. Siehe: V.I. Nosač, N.D. Zvereva: Stalinizm i razgrom avangarda profsojuzov, Moskva, Izd. dom „ATISO", 2009.
98 Die despektierliche und antisemitische Zuschreibung Stalins bezieht sich auf den Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund von Litauen, Polen und Russland. Der 1897 gegründete jüdisch-sozialistische „Bund", jiddisch *Algemeyner Yidisher Arbeter Bund fun Rusland, Poyln un Lite*, ursprünglich eine

gefunden hat, dies vollkommen ausreiche, um Scheußlichkeiten zu fabrizieren und sich dafür nicht verantworten zu müssen. Um Tomskij einen Gefallen zu tun, giftet er gegen Lozovskij und denkt, dass er dabei seine „Pflicht" gegenüber dem Proletariat erfüllt, doch *er zieht nicht in Betracht*, dass daraus ein Verbrechen gegen die Kompartei Deutschlands, gegen die Profintern und gegen die Beschlüsse ihres IV. Kongresses resultiert. Die Anwesenheit solcher Typen in unseren Reihen ist ein Minus für die Partei. Es darf der Augenblick nicht verpasst werden, um solche „Aktivisten" aus den Leitungsposten herauszukippen.

3) Dengel und Schneller aus Deutschland wegzuholen – darin liegt der Plan Ewerts und seiner Gruppe. Dagegen hat Gen. Thälmann doch die ganze Zeit über gekämpft.[99] Wie kommst Du zu dem Plan, einen von ihnen aus Deutschland abzuziehen und ihn ins Politsekretariat [des EKKI] zu übernehmen? Was bleibt denn dann bei Thälmann in Deutschland? Ich bin gegen einen solchen Plan, wenn er nicht zu *vollen* 100% von Thälmann begrüßt wird.[100]

---

streng konspirative, revolutionäre Gruppe, wurde rasch zur Massenbewegung. „In its actions the Bund presented a mixture of political criticism, revolutionary force, secular Jewish culture and – depending on the time – militant resistance. It was not only a protagonist of the First Russian Revolution 1905, it also played a dominant role in the overall leftist movement under the last tsar, in Interwar Poland and under German occupation. After the Shoa (from 1947) the Bund persisted as a transnational network with its headquarters in New York and bases all over the globe." (Frank Wolff: Historiography on the General Jewish Labor Bund. Traditions, Tendencies and Expectations. In: Medaon. Magazin für Jüdisches Leben in Forschung und Bildung (2009), 4, S. 1–12. http://www.medaon.de/pdf/M_Wolff-4-2009.pdf). Der Bund positionierte sich gegen den Zionismus. Gegen die menschewistische formierte sich 1918/1919 eine kommunistische Strömung. Einige derer Protagonisten bildeten zusammen mit linken Zionisten der Poalei Zion die Jüdische Sektion der RKP(b) („Jevsekcija"), die unter Stalin Anfang 1930 aufgelöst wurde. Zahlreiche ehemalige Bundisten waren in der Komintern tätig. Siehe auch: Frank Wolff: Kollektive Identität als praktizierte Verheißung. Selbstzuschreibung und Gruppenkonstitution in der transnationalen sozialen Bewegung „Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund". In: Helke Stadtland, Jürgen Mittag (Hrsg.): Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in den Geschichtswissenschaften, Essen, Klartext, 2014, S. 139–167; siehe auch die Forschungsseite http://www.bundism.net.

99 Stalins Urteil erweist sich hier als völlig unzutreffend. Die beiden Politbüro-Mitglieder stellten sich kurz darauf während der "Thälmann-Wittorf-Affäre" (siehe Dok. 201 u.a.) gegen den für sie untragbar gewordenen Thälmann. Philipp Dengel (1888–1948) wurde 1931 nach Moskau abgeschoben, nachdem er sich mehrmals gegen Thälmann gewandt hatte. Ernst Schneller (1890–1944) wurde aufgrund seiner Opposition gegen Thälmann auf zweitrangige Posten in der KPD ageschoben

100 Bereits am 5.8.1928 schrieb Stalin an Molotov: „Wie ist die Sache Thälmann? Ist er zufrieden?" (RGASPI, Moskau, 82/2/1420, 200–201v). In einer weiteren Botschaft an Molotov vom 28.8.1928 schrieb Stalin sogar, Brandler, der Führer der „rechten" Opposition der KPD, könne (wenn er es wolle) aus der VKP(b) austreten und nach Deutschland fahren. Wie dem auch sei, man müsse „so handeln, wie Thälmann es sagen wird." (RGASPI, Moskau, 82/2/1420, 223–224).

4) Die Thesen von Kuusinen taugen leider nichts. Das sind keine Thesen, sondern „Überlegungen" darüber, wie gut es wäre, gute Thesen zur kolonialen Frage zu haben. Morgen schicke ich ihm meine Anmerkungen, in Kopie an Dich.[101] [...]

Ich drücke Deine Hand.
Stalin
20/VIII-28.



Nachdem sich Heinrich Brandler an das ZK der KPD gewandt hatte, um nach Deutschland zurückkehren zu können, übertrug das Politbüro der KP der Sowjetunion den Fall am 25.8.1928 an die VKP(b)-Delegation in der Komintern.[102]

Am 25.8.1928 beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion die Durchführung eines „Internationalen Roten Tages". Die konkrete Form der Durchführung sowie der Termin wurden dem Exekutivkomitee der Komintern zur Entscheidung überlassen. In der Folge wurde in Anlehnung an sozialdemokratische Antikriegskampagnen zur Erinnerung an den Beginn des Ersten Weltkrieges der 1. August als Roter Antikriegstag festgelegt.[103]

Am 6.9.1928 entschied das Politbüro der KP der Sowjetunion über die personelle Zusammensetzung der Delegation der VKP(b) im Exekutivkomitee und in der Internationalen Kontrollkommission der Komintern. Ebenfalls wurden weitreichende Entscheidungen über die Parteiführung der KP Polens sowie die personelle Besetzung des EKKI getroffen (mit Knorin, Popov und Purman als neuen Mitgliedern) getroffen.[104]

---

101 Am 21.8.1928 schrieb Stalin einen entsprechenden Brief an Kuusinen, in dem er den Charakter der Thesen „zur Frage der kolonialen und halbkolonialen Länder" als zu allgemein kritisierte und Detailvorschläge machte (Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 545–546).
102 RGASPI, Moskau, 17/3/701, 2. In russischer Sprache publ. in: Ibid., S. 548.
103 RGASPI, Moskau, 17/3/701, 2. In russischer Sprache publ. in: Ibid., S. 548–549.
104 RGASPI, Moskau, 17/162/6, 126; 17/3/703, 3–4. In russischer Sprache publ. in: Ibid., S. 552–555.

Dok. 190

Telegrafische Bewilligung der Komintern zur Abhaltung der Reichsparteiarbeiterkonferenz der KPD

Moskau, 15. September 1928

Telegrammtext in deutscher Sprache, RGASPI, Moskau, 495/18/621, 32. Erstveröffentlichung.

Kontrollabschnitt: „Berlin, Kompartei"

BERLIN

KONFERENZ KANN ABGEHALTEN WERDEN STOP[105] KAPA [KP] ENGLANDS SOLL EINGELADEN WERDEN STOP WUENSCHENSWERT TAGESORDNUNG ERGAENZEN MIT FRAGE DES TAGES WORUEBER REDE IN SENIORENKONVENT WAR[106] STOP BRIEF FOLGT

SEKRETARIAT EKKI
Moskau, den 15. Sept 1928.
[unleserliche Unterschrift]



Nach einer Erklärung von Brandler erteilte das Politbüro der KP der Sowjetunion am 20.9.1928 Pjatnitzki den Auftrag, entsprechend dem Meinungsbild im Politbüro mit dem ZK der KPD zu sprechen und die Frage nach Erhalt der Antwort des ZK der KPD erneut im Politbüro vorzulegen.[107]

Am 30.9.1928 unterrichtete Molotov Stalin über den Ausbruch der „Thälmann-Affäre" in Deutschland und wartete auf Instruktionen: „Chiffriert. An Stalin. Das ZK der KPD hat seinen Beschluss in der Presse veröffentlicht. Darin wird Thälmann wegen der Geheimhaltung der Vorgänge um den Sekretär des Bezirks Wasserkante verurteilt, welcher 1500 Mark unterschlagen hat. Das ist eine ganz gemeine politische Intrige von Gerhart–Eberlein–Ewert gegen die Interessen der Partei und der Komintern. Die Mehrheit des ZK hat den Kopf verloren und ist dem Kampf ‚gegen das Versöhnlertum bei Korruption' auf den Leim gegangen. All das ist ohne Wissen des EKKI, hinter seinem Rücken, geschehen. Jetzt sind einige ZK-Leute aus Berlin in Moskau angereist. Mit einem Beschluss des EKKI warten wir natürlich

---

105 Eine Parteiarbeiterkonferenz der KPD fand aufgrund der Absetzung Thälmanns als Generalsekretär und der nachfolgenden bürokratischen Rückgängigmachung zunächst nicht statt (siehe Dok. 191 u.a.). Erst Mitte Oktober kam es überhaupt zu einer partiellen Öffnung der Parteidiskussion; als der Parteiapparat wieder unter der Kontrolle der Thälmannfraktion war, wurde am 3./4.11.1928 in Berlin die Parteikonferenz eröffnet. Sie proklamierte die „Liquidierung des Liquidatorentums" (Weber: Die Wandlung, S. 210ff.).
106 Der Seniorenkonvent trat auf dem VI. Welkongress der Komintern mit einer Erklärung hervor, die unterstrich, dass von der Existenz von Meinungsverschiedenheiten in der russischen Führung keine Rede sein könnte. Tatsächlich bildete der Kongress den Höhepunkt des bis zum persönlichen Bruch führenden Dissenz zwischen Stalin und Bucharin (siehe hierzu auch den Politbürobeschluss der VKP(b) vom 23.7.1928).
107 RGASPI, Moskau, 17/3/705, 1, 4. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 559–560.

auf Dich. Telegraphiere uns Deine erste Meinung, wenn Du kannst. Molotov. N 32 [...] 20.20 Uhr 30.IX.28“[108]

Dok. 191

Chiffrierte telegraphische Stellungnahme Stalins an Molotov über den „Thälmann-Skandal“

Tuapse (Südrussland), 1.10.1928

Autograph, russisch. RGASPI, Moskau, 82/2/225, 71; RGASPI, Moskau, 558/11/72, 92–92b. In deutscher Sprache publ. in: Weber/Bayerlein: Der Thälmann-Skandal, S. 153–154. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 560–562.

An Molotov
Thälmanns Schuld wird dadurch gemildert, daß sein Fehler uneigennützig und von dem Wunsch diktiert war, dem Hamburger Sekretär die Möglichkeit zu geben, sich ohne Skandal zu korrigieren. Da ich nicht alle Materialien kenne, äußere ich nur eine vorläufige Meinung, die sich bei Prüfung aller Tatsachen nach meiner Ankunft in Moskau ändern kann. Erstens, Thälmann hat einen groben Fehler begangen, als er das Vergehen des Hamburger Sekretärs dem ZK vorenthielt, wofür er mit dem bekannten Beschluß des ZK seine Strafe erhalten hat.[109] Zweitens, die Veröffentlichung des Beschlusses, noch dazu ohne Wissen der KI, ist ein feindseliger Akt gegen die Partei und die KI, die nur den Kapitalisten und der Sozialdemokratie nützt.[110]

---

108 Autograph, russisch. RGASPI, Moskau, 558/11/72, 93–94. In deutscher Sprache publ. in: Weber/Bayerlein: Der Thälmann-Skandal, S. 152.

109 Im September 1928 wurde Thälmann als Mitwisser einer Unterschlagungsaffäre von Parteigeldern um seinen persönlichen Freund John Wittorf, dem Polsekretär des KPD-Bezirks Hamburg-Wasserkante, überführt. Auf einstimmigen Beschluss setzte das Zentralkomitee den Parteiführer und Stalinfreund ab. Bereits im Oktober wurde er jedoch auf Initiative Stalins und Molotovs bereits wieder rehabilitiert. Nach der Schaffung des Ursprungsmythos Thälmanns infolge des Hamburger Aufstands als „Gold der Arbeiterklasse“ wurde Thälmann gegen zumeist die Absetzung unterstützende Beschlüsse in der KPD als lebendiges Symbol der Treue zur Sowjetunion und damit ihrem Führer Stalin in einem in der Komintern einzigartigen Roll-Back-Verfahren gerettet. Die Traditionen des deutschen Kommunismus wurden endgültig zerschlagen und die Abwehrstrategie gegen den Nationalsozialismus zu einem Sekundärphänomen (siehe die Chronologie der Ereignisse anhand der Dokumente aus russischen Archiven: Weber/Bayerlein: Der Thälmann-Skandal; vgl. dagegen das Thälmann-apologetische Werk: Eberhard Czichon, Heinz Marohn: Thälmann. Ein Report, 2 Bde., Berlin, Verlag Wiljo Heinen, 2010.

110 Der Beschluss wurde am 27.9.1928 in der *Roten Fahne* veröffentlicht (siehe: „Aus der Partei. Beschluss des ZK zu den Hamburger Vorgängen“, *Die Rote Fahne*, 27.9.1928). Der Antrag des ZK lautete ursprünglich sogar auf einen Parteiausschluss von Thälmann, Wittorf und anderen aus der KPD, die Neuwahl des ZK und die Behandlung des Falles Thälmann in aller Öffentlichkeit. Nach dem Beschluss zur Absetzung sandte das EKKI eilends (wohl auf Initiative Stalins, bzw. Molotovs) den Komintern-

Dieser Akt ist vom hochgradigen Fraktionsgeist Ewerts und Gerharts diktiert, die die Interessen ihrer Fraktion über die Interessen der Partei und der KI gestellt haben. Für ihre Schuld sehe ich keinerlei mildernde Umstände. Ewert und Gerhart [d.i. Gerhart Eisler] müssen aus dem ZK ausgeschlossen und aus Deutschland abberufen werden.

Stalin.
1.10.28, 3.00 Uhr
Station Tuapse

Dok. 192

Protokoll der Kominternkommission zur Untersuchung der Unterschlagungen im Hamburger KPD-Bezirk

Moskau, 2.10.1928

Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau, 495/47/5, 1, 9–11. Erstveröffentlichung

Sitzung der deutschen Kommission[111]
Vom 2. Okt.28
(1. Sitzung)

Eberlein (Fortsetzung): Ich sagte den Genossen, dass das sehr unglaubwürdig sei, und bat ihn [John Wittorf?] er möchte mir am Nachmittag noch einmal sagen, ob er nicht wisse wo die Gelder herkommen. In der Zeit, als wir am Nachmittag die 1500 Mark-Geschichte untersuchten, kam ein Gespräch. Ich wurde an den Apparat gerufen. Es war ein Mann am Telefon, der fragte, ob Herr Eberlein am Apparat sei. Ich fragte, wer er sei. Er antwortete, er könne mir seinen Namen nicht nennen, das sei zu gefährlich. Er wisse jedoch, warum ich in Hamburg sei. Ich möchte nachforschen, wo die 3 000 Mark hergenommen seien, die aus der H[andels] V[ertretung] gegeben wurden. Für uns war es klar, dass hier etwas vorlag, von dem nichts bekannt war. Wir gingen zum russischen Konsul und fragten ihn, ob er wisse, dass einmal ein Betrag von 3 000 Mark an die Bezirksleitung [der KPD] gezahlt worden sei. Der Konsul war nicht

Funktionär Petrovskij-Bennet nach Berlin, um eine Veröffentlichung der Resolution zu verhindern, der jedoch zu spät eintraf. (Der Text ist abgedruckt in: Weber/Bayerlein: Der Thälman-Skandal, S. 131–133; auch in: Weber: Der deutsche Kommunismus, S. 264–266).

111 In Moskau wurde auf Beschluss des Komintern-Präsidiums eine deutsche Kommission zur Untersuchung der „Wittorf-Affäre“ in der KPD eingesetzt. Der Inhalt eines Berichts von Hugo Eberlein über die Unterschlagungsaffäre in der Hamburger KPD deutet neben anderen Dokumenten darauf hin, dass nicht deklarierte Mittel (der sowjetischen Handelsvertretung in Hamburg) an den politischen Leiter des KPD-Bezirks gegangen sind, um die fraktionellen Aktivitäten der Thälmann-Gruppe an der Spitze der KPD zu finanzieren (hierzu ausführlicher: Weber/Bayerlein: Der Thälmann-Skandal, S. 140–145 u.a.).

in Deutschland. Sein Vertreter wusste davon nichts. Wir frugen auch den dortigen Handelsvertreter, aber auch er wusste nichts. Wir vernahmen noch einmal den Kassierer des Betriebsrates und auch den Betriebsratsvorsitzenden der Angestellten in der russischen H.V. Er log uns das Blaue vom Himmel herunter vor, bis ich sagte, er wisse, dass Geld gegeben wurde und dass er es mit Wittorf versoffen habe. Ich drang solange in den Genossen, bis er erklärte, er dürfe mir nichts sagen. Auf mein weiteres Drängen, erklärte er, er habe ein Schweigegebot, er dürfe nicht reden. Ich sagte ihm, dass es das in der Kommunistischen Partei nicht gibt und dass sich ein Mitglied des Z.K. nicht auf ein solches Schweigegebot berufen könne, dass das unmöglich sei. Ich entband ihn im Namen des Zentralkomitees von diesem Schweigegebot. Nach langem Zögern sagte er endlich aus. Er sagte, dass er im August vorigen Jahres, kurz vor den Wahlen mit einigen Genossen gesprochen habe, ob sie nicht einen Betrag von einem Konto flüssig machen und der Partei zur Verfügung stellen könnten. Sie erhielten auch den Betrag von 3 000 Mark. Dieser Betrag wurde auf dem Konto für die Kinderspeisung in Sowjetrussland gebucht, und dieser Betrag von 3 000 Mark wurde dem Sekretär Wittorf von dem Genossen Riess[112] übergeben. Er habe eine Quittung bekommen, die Quittung sei von den russischen Genossen später vernichtet worden. Mit Wittorf habe er besprochen, dass er den Betrag in Raten einzahlen solle, der Betrag solle in der Presse quittiert werden. Der Genosse sagte aus, dass er Bedenken bekommen habe, ob das Geld auch abgeführt sei. Er habe sich später die alten Zeitungen herausgesucht und festgestellt, dass Beträge in Höhe von 500, 400 und 550 Mark abgeführt seien, dass aber 1 550 Mark fehlen. Diese Bedenken seien stärker geworden, seit er im April dieses Jahres mit dem Genosse[n] Presche gesprochen habe. Er habe den Genossen Presche[113] gebeten, er möchte nachsehen, ob diese 3 000 Mark in den Büchern stehen. Er sei zu Wittorf gegangen und habe ihm das erzählt. Und drei Tage später war der Vorgang in der Kasse und der Hinauswurf des Kassierers [erfolgt], Wittorf versuchte die Schuld auf den Bezirkskassierer abzuwälzen und schmiss den Kassierer hinaus. Wir erfuhren, dass ausser Presche auch der Genosse Scheer [d.i. John Schehr], der Orgsekretär des Bezirkes unterrichtet war. Auch Genosse Scheer hat geleugnet. Erst als wir ihm die Tatsachen zeigten, gab er nach und erklärte, dass ihm im April durch die Besprechungen mit Riese [Rieß] und Presche Zweifel gekommen seien, ebenso auf Grund des Verhaltens von Dehmel,[114] der schon öffentlich Wittorf beschuldigt hatte. Auf Grund des Lebenswandels von Wittorf habe er Zweifel bekommen. Am 22. Mai sei eine Sitzung in der Wohnung von Presche gewesen, an der die

---

112 Ludwig (Louis) Riess (Rieß) (1893–1965) war ein Freund Thälmanns, er nahm sogar an der erweiterten Präsidiumssitzung des EKKI im Dezember 1928 teil, das alle Beschlüsse gegen Thälmann zurücknahm.

113 Willy Presche (1888–1937?), absolvierte 1925 eine (Militär-?)schule in der Sowjetunion und war Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft. Im Zusammenhang mit der Wittorf-Affäre kurze Zeit seiner Funktion enthoben, wurde er dann durch Thälmann rehabilitiert.

114 Richard Dehmel war Kassierer des Hamburger Parteibezirks; er wurde von Thälmann als Sündenbock vorgeschoben und aus der Partei ausgeschlossen.

drei Genossen teil genommen haben und in der Wittorf gestanden habe, dass er das Geld versoffen und verspielt habe. Er gab zu, dass auch ein zweiter Betrag von 300 Mark von ihm unterschlagen worden sei. Sie haben Schuldscheine ausgestellt, die in der Wohnung von Presche versiegelt und aufbewahrt sind. Wir vernahmen dann Wittorf, der bisher sehr energisch auftrat und erklärte, er würde jedem in die Fresse hauen, der sagt er habe Unterschlagungen begangen. Nachdem wir ihm alle diese Tatsachen vor Augen hielten musste er zugeben und bestätigen, dass er die Gelder unterschlagen hat. [...]

Nachdem ich den Tatbestand festgestellt hatte, gingen wir zu dem Genossen Thälmann, der auch in Hamburg war, in die Wohnung und berichteten ihm über das Resultat der Untersuchung. Dabei sagten wir auch, dass die Genossen, die wir gefragt hatten, auf Grund der Tatsachen, dass in der Presse auch der Name des Genossen Thälmann genannt worden war, uns erklärt hätten, der Genosse Thälmann habe von den Dingen nichts gewusst. Das sagten wir auch dem Genossen Thälmann. Genosse Thälmann sagte uns, er habe nichts gewusst. (Zuruf Thälmann: Das ist eine Lüge). [...]

Dok. 193

Anweisung der Komintern an die KPD, den ZK-Beschluss der KPD zur Absetzung Thälmanns nicht bekanntzugeben

Moskau, 2.10.1928

Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau, 495/18/621, 35. Erstveröffentlichung.

Kompartei *Berlin*

Bis zur Entscheidung EKKI keine Mitteilungen über Beschluss des Zeka zum Falle Hamburg [handschriftl. Einschub: an Bezirke und Mitgliedschaft] Stop Keine Vertretung des Zeka Beschlusses in Parteiorganen und Versammlungen vornehmen.[115]

Sekretariat EKKI
[handschriftl.:] 2/10 28
Kuusinen

115 Die Komintern-Instruktion liessen sich nicht mehr durchsetzen. In der Partei war ein äußerst lebhafter, durch die Veröffentlichungen in der linkskommunistischen und sozialdemokratischen Presse geförderter Diskussionsprozess entstanden (Weber/Bayerlein: Der Thälmann-Skandal, S. 191ff. u.a.).



Am 4.10.1928 stimmte das Politbüro der KP der Sowjetunion einem Resolutionsentwurf des EKKI-Präsidiums über die KP Deutschlands zu. Es beauftragte eine von Molotov, Pjatnitzki und Kuusinen gebildete Kommission mit der definitiven Redaktion entsprechend des erfolgten Meinungsaustauschs. Bei der Resolution handelt es sich um die am 6.10.1928 veröffentlichte Entscheidung des Komintern-Präsidums, Thälmann als Parteiführer der KPD wieder einzusetzen und den Beschluss des ZK der KPD zu seiner Absetzung rückgängig zu machen.[116]

Dok. 194

Nicht zur Veröffentlichung bestimmter Teil des Präsidiumsbeschlusses der Komintern zur Rehabilitierung Thälmanns

Moskau, 6.10.1928

Typoskript, deutsch, RGASPI, Moskau, 495/18/621, 40. Erstveröffentlichung.

Moskau, den 6. Oktober 1928.

An das Z.K. der K.P. Deutschlands *Berlin*

Werte Genossen!
Beiliegend senden wir Ihnen die vom Praesidium des EKKI in seiner Sitzung vom 6. Oktober angenommene Resolution zur Deutschen Frage und teilen Ihnen mit, dass bei der Annahme der Resolution noch ein Punkt angenommen wurde, der nicht, so wie die Resolution, veroeffentlicht werden darf. Dieser Punkt lautet folgendermassen:

„Das Praesidium des EKKI betrachtet es als nicht normal, dass einzelnen Mitgliedern des Polbueros Parteibezirke fest zugewiesen sind und macht den Vorschlag, diese bisherige Gepflogenheit zu liquidieren.“

Mit kommunistischem Gruss
Sekretariat des EKKI

116 RGASPI, Moskau, 17/3/707, 3. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 562–563.



Am 18.10.1928 befasste sich das Politbüro der KP der Sowjetunion mit dem „Fall“ August Thalheimers, der im Mai für Familienangelegenheiten kurzfristig nach Deutschland entlassen worden war. In einem Brief sollte er nun zur Rückkehr aufgefordert werden. Als VKP(b)-Mitglied sei dies seine Pflicht, zumal er sein Versprechen, keine Fraktionsarbeit mehr zu betreiben, gebrochen habe. Gleichzeitig wurde ein Telegramm an das ZK der KPD aufgesetzt, in dem der verschärfte Kampf gegen oppositionelle Tendenzen seitens der „Rechten“ in Schlesien, Württemberg und Thüringen gefordert wurde. Zugleich wurde in Bezug auf Heinrich Brandler beschlossen, im Falle einer nicht genehmigten Abreise aus Moskau seinen Fall an die Zentrale Kontrollkommission der VKP(b) zu übergeben.[117]

Dok. 195

Stellungnahme von Hans Günther zur Verwendung der Begriffe „Sowjets“ oder „Räte“ im Programm der Komintern

Gagri [Gagra, Abchasien], 20.10.1928

Typoskript in deutscher Sprache, RGASPI, Moskau, 495/18/656, 96. Erstveröffentlichung.

Gagri [d.i. Gagra, Abchasien], 20. Okt. 28[118]

An das Sekretariat des EKKI.
Bei der endgültigen Herstellung des Textes [des Programms der Komintern] ergibt sich mit den Konsultanten nur eine wesentliche Streitfrage, die wegen der grossen politischen Bedeutung autoritativ entschieden werden muss. Es ist die Frage der Uebersetzung des Wortes „Sowjet“.[119]

Aus weiter unten angeführten Gründen habe ich dieses Wort dort, wo es sich nicht um russische Dinge handelt mit *Räte* übersetzt und in Klammern an den Stellen, wo das Wort zum erstenmale vorkommt, zweimal in Klammern Sowjet hinzugefügt. Von den Konsultanten haben sich die Genossen Jablonsky und Lenz für *Sowjet* ausgesprochen während die Genossen Zetkin, Kreibich und [Dünster][120] keine Bemerkungen hierzu gemacht haben.

Die *Gründe*, weshalb das Wort Räte gewählt wurde, sind folgende:

---

117 RGASPI, Moskau, 17/3/709, 4 + 18–19. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 564–565.

118 Dr. Hans Günther (1899–1938), der 1923 über die Marxsche Mehrwerttheorie promoviert hatte, war einer der wenigen Theoretiker, die in der stalintreuen KPD verblieben. Er starb in sowjetischer Lagerhaft.

119 Bei seiner ersten maßgeblichen Intervention im Rahmen der Komintern, als es 1923 um den “deutschen Oktober“ ging, forderte Stalin im Politbüro ultimativ die Errichtug von Sowjets „fürs erste in Sachsen und anderen günstigen Bezirken“. Gegen die wirklichkeitsfremden Vorstellungen Stalins hoben Radek, Brandler und Trotzki die Bedeutung der Betriebsräte und Betriebskomitees in Deutschland hervor (siehe: Bayerlein/Babicenko/Firsov: Deutscher Oktober, S. 141f.).

120 Schlecht lesbarer Name.

1.) In den entscheidenden Dokumenten der KI (Manifest des I. Kongresses, Thesen des II. Kongresses über die Bedingungen der Bildung von Räten), an deren Stilisierung in deutscher Sprache Gen. Lenin teilgenommen hat, ist immer von *Räten* die Rede. Auch in dem letzten Dokument, das diese Frage in Betracht zieht, der Resolution des Präsidiums über den Wiener Juliaufstand[121] ist von der Losung der Arbeiterräte die Rede. Das Wort Sowjet wird also in der Terminologie der KI in erster Linie zur Kennzeichnung der Union und ihrer Institutionen gebraucht. Dem entspricht auch die Leninuebersetzung, die konsequent „Räte", „Arbeiterräte" schreibt.

2.) Da das Programm [der Komintern] die Losungen für die Parteien verbindlich macht, werden die Parteien deutscher Sprache verpflichtet, die Losung der *Sowjets* auszugeben, was aus historischen Gründen (Ueberlieferung der Arbeiter- und Soldatenräte, die in Deutschland und Oesterreich fortlebt) aber auch in gewissen Fällen aus Gründen *internationalen* Charakters (Kennzeichnung der Revolution als „roter Imperialismus" usw.) nachteilig sein kann. Das fällt in die Augen bei Losungen, wie „Alle Macht den Räten" oder „Alle Macht den Sowjets".

3.) Schliesslich entstehen bei der Anwendung des Wortes Sowjets im Deutschen sprachliche und stilistische Schwierigkeiten, die bei der bisher üblichen Wiedergabe durch das Wort „Räte" nicht bestehen.

Ich ersuche um Entscheidung der Frage.
H. Günther.

121 Die anlässlich des spontanen Aufstands der Wiener Arbeiter gegen den Freispruch von „Heimwehr"-Mitgliedern, die auf Arbeiter geschossen hatten, am 15.7.1927 propagierte Losung „Alle Macht den Räten" wurde von den zumeist sozialdemokratischen Arbeitern allerdings nicht verstanden. Seitens der Kominternführung wurde der Aufstand als Beleg für die dekretierte neue „Ende der kapitalistischen Stabisilisierung" instrumentalisiert. Der Aufruf zur Bildung von Arbeiterräten in Wien wurde noch am 19.7.1927 im Dokument des EKKI „An die Arbeiter aller Länder, an die Arbeiter Österreichs" wiederholt. (Inprekorr 22.7.1927). Unterstützt von Bucharin nahm Stalin die Ereignisse zum Anlass, den Kampf gegen „den Verrat der Sozialdemokratie" und zugleich gegen die Vereinigte Opposition von Sinowjew und Trotzki zu propagieren und weiterhin den Aufbau von Räten zu fordern. Das Präsidium der Komintern setzte die wirklichkeitsfremden und abgehobenen Losungen auch gegen Teile der Führung der KP Österreichs durch (hierzu: Watlin: Ein unbegriffenes Signal, S. 142f., 153f.).

Dok. 196

Brief Stalins an Thälmann zu dessen Exkulpierung und der kollektiven Führungsarbeit in der KPD

Moskau, 25.10.1928

Entwurf von Pjatnitzki. Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/817, 83. In deutscher Sprache publ. in: Weber/Bayerlein: Der Thälmann-Skandal, S. 222–223. Der definitive russische Text publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 565–566.

Teurer Genosse Thälmann.[122]

Zuerst war es für uns sehr schwer zu verstehen, auf welche Weise neunzig Prozent der Mitglieder des ZK, die nicht zu den Rechten und Versöhnlern gerechnet werden können, einen Beschluß fassen konnten, und ihn veröffentlichen, der faktisch die Diskreditierung der Führung der KPD und vor allem des Gen. Thälmann bedeutete.

Der Brief des Genossen Ulbricht wirft Licht auf diese Angelegenheit. Im Briefe des Genossen Ulbricht vom 6. Oktober d. J.,[123] in dem er schildert, wie schwer es ihm war, die Mitglieder des ZK zu überzeugen, ihre Abstimmung im Z.K. am 26. September d. J. im Bezug auf Gen. Thälmann rückgängig zu machen, wird eine Resolution angeführt, die von denjenigen Mitgliedern angenommen wurde, die ihre Anstimmung zurückgezogen hatten. Dort heisst es: „In Anbetracht des Verhaltens des Genossen Thälmann in der Hamburger Angelegenheit ziehen die Unterzeichnenden die Schlußfolgerung, daß es notwendig sein wird, Garantien zu schaffen, zu einer kollektiven Mitarbeit in der Zukunft."

Diese Resolution zeigt auf diejenige Unzufriedenheit, die vorhanden ist bei einigen Mitgliedern des ZK im Bezug auf die Arbeitsmethoden der leitenden Organe der K.P. Deutschlands. Wahrscheinlich gingen einige Mitglieder des Z.K., die man nicht als Rechte oder Versöhnler nennen kann, davon aus, daß es keine Kollegialität in der Führung vorhanden war. Es ist sehr möglich, daß eben eine solche Überzeugung oder Meinung sie in die Hände der Rechten gestoßen hatte. Ich bin der Ansicht,

---

122 Hier auch ein in Teilen von der Endfassung abweichender Entwurf Pjatnitzkis vom 15.10.1928 (S. 220–222).

123 Stalin meint anscheinend das Datum des Erhalts. Der Brief Walter Ulbrichts und Fritz Heckerts wurde am 1.10. verfasst (in deutscher Sprache publ. in: Weber/Bayerlein: Der Thälmann-Skandal, S. 156–163). Nach scharfen, auch persönlichen Angriffen gegen "Rechte" und "Versöhnler" heisst es am Schluß des Briefes: „Der Brief hat lediglich den Zweck, den Mitgliedern des Zentralkomitees unsere Auffassung mitzuteilen, der Überzeugung, daß die Mehrheit der Mitglieder des Zentralkomitees treu zur Komintern steht und den ernsten Willen hat, die Beschlüsse des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale durchzuführen. Wir glauben, daß mit Hilfe der Exekutive, gestützt auf den Willen der Massen der Parteimitglieder, die verhängnisvolle Maßnahme des Zentralkomitees wieder gutgemacht werden kann. Die Reihen geschlosssen! Ein Panzer um die Partei! Nieder mit den Feinden der Partei!" (ibid., S. 163).

dass man aus dieser Sachlage die Lehre ziehen muß. Um in der Zukunft eventuelle Mißverständnisse zu vermeiden, ist es notwendig, die Arbeitsmethoden in den leitenden Organe so zu ändern, dass in der Zukunft keine Beschwerde auf das Fehlen der Kollegialität sein werden.

Ich rate Sie, persöhnlich an die Arbeit des Sekretariats und Pol[it]bureaus tätig und ständig teilnehmen. Es ist notwendig den ideologischen Kampf gegen die Rechten und Versöhnler zu verstärken, besonders in den Bezirken, wo sie ganze lokale Organisationen oder ein bedeutender Teil der Mitglieder hinter sich führen.

Ich drücke fest Ihre Hand und wünsche Ihnen allseitige Erfolge

Ihr I. Stalin

Dok. 197

Bericht des Sekretariats der KPD an die Komintern über die Parteidiskussion in Deutschland

Moskau, 25.10.1928

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/293/93, 6–7. Erstveröffentlichung.

Zentralkomitee der K.P.D. Sekr. I/3 Berlin, den 25. Oktober 1928

An das Sekretariat des Ekki zu Hd. des Genossen *Kuusinen* Moskau

W[erter] G[enosse],
Wir übersenden Euch mit gleicher Post das Protokoll unserer letzten Z.K.–Sitzung, aus dem Ihr das Nähere über den Verlauf der Beratungen über den Bericht zu der Hamburger Angelegenheit entnehmen könnt. Wir wollen dazu noch kurz folgendes bemerken:

Die versöhnlerischen Genossen bezogen gewissermassen eine Doppelstellung. Sie erklärten, dass sie nach wie vor den Beschluss des Z.K. vom 26.9. anerkennen,[124] andererseits natürlich die Beschlüsse des Präsidiums [der Komintern] durchführen werden. Die Erklärungen von diesen Genossen zeigen, dass sie verlangten, noch nach der Beschlussfassung durch das EKKI und ZK ihre Auffassungen in der Partei zu vertreten. Es musste daher ein besonderer Beschluss gefasst werden, der diese Genossen verpflichtet, überall für den Beschluss des Präsidiums und des Z.K. einzutreten. Nach einigen Bedenken haben sie die Körperschaftsdisziplin anerkannt.

124 Der Beschluss des ZK der KPD zur Absetzung Thälmanns.

Was die Rechten anbetrifft, ist besonders der Vorstoss von Hausen und Galm, der zweifellos im Auftrage von Thalheimer erfolgte, bemerkenswert.[125] Zweifelsohne ist dieser Vorstoss unternommen worden in der Voraussetzung, dass das Z.K. den Ausschluss dieser Genossen beschliessen würde. Wir haben diese Genossen jedoch nur der Funktionen enthoben und das Polbüro wurde beauftragt, wenn nötig, weitere Massnahmen gegen sie zu treffen.

Das *Abstimmungsverhältnis* zur Resolution war wie folgt:
Z.K.–Mitglieder: 26 dafür, 6 dagegen, 1 Enthaltung
Dagegen stimmten Ewert, Eberlein, Dietrich, Becker, Schröter, Schumann.
Der Stimme enthielt sich Pieck, er gab eine besondere Erklärung ab.
Z.K.–Kandidaten: 9 dafür, 3 dagegen.
Dagegen stimmten Gerhart [d.i. Gerhart Eisler], Kurt [d.i. Heinrich Süßkind], Bellemann.

Organisatorische Massnahmen wurden folgende beschlossen:

Das Polbüro bleibt in seiner Zusammensetzung unverändert. Von den Kandidaten scheidet Eberlein aus, es kommen hinzu: Dahlem, Merker u. Leo Flieg.

Das Polsekretariat in seiner jetzigen Form wird aufgehoben und nur ein einziges Sekretariat geschaffen, bestehend aus den Genossen Thälmann, Remmele, Heckert, Dahlem, Leo Flieg.

Als Chefredakteur der „Roten Fahne" wurde der Genosse Dengel bestimmt. Stellvertretender Chefredakteur ist der Genosse Heinz Neumann. [...] Dann wurden noch einige Beschlüsse gefasst bezgl. des Verhaltens des Polsekretärs von Halle-Merseburg und des Chefredakteurs in Halle, die den Abdruck des Beschlusses des Ekki und den offiziellen Artikel trotz wiederholter Aufforderung hinausgeschoben haben. Ähnlich hat sich der Genosse Schumann und der Chefredakteur Böttcher verhalten, sodass auch hier ein Beschluss gefasst werden musste.

Die Geschäftsabteilung besteht jetzt aus den Genossen Schneller, Eberlein und Flieg, wobei Genosse Eberlein seine jetzige Funktion in der Geschäftsabteilung selbst behält. Die Kontrolle der Unternehmungen wird von den drei genannten Genossen

125 *Vorstoß von Hausen und Galm:* Hinter Erich Hausen (1900–1973) stand die Mehrheit im Parteibezirk Breslau. Als er im Dezember aus Moskau zurückkehrte, wo er seinen Standpunkt verteidigte, hatte der Apparat die Verhältnisse in Breslau bereits umgedreht. Heinrich Galm (1895–1984), war ein Offenbacher Gewerkschafter, der infolge seiner Opposition gegen die Rehabilitierung Thälmanns Anfang 1929 ebenfalls aus der KPD ausgeschlossen wurde. Die große Mehrheit der Parteimitglieder in Offenbach blieb auf seiner Seite und ging mit ihm in die Kommunistische Partei (Opposition) (KPO). Die beiden Fälle zeigten, wie sowjetische Parteispitze und Komintern zur Rettung Thälmanns unmittelbar in die regionalen Parteigliederungen hineinregierten. Zur KPO siehe: Karl-Heinz Tjaden: Struktur und Funktion der 'KPD-Opposition' (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur 'Rechts'-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan, Anton Hain, 1964 (Neuauflage Hannover, SOAK, 1983) (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft. 4).

durchgeführt, wobei dem Genossen Schneller der Vorsitz der Kommission übertragen wurde.

Genosse Eberlein stellte am zweiten Tage der Sitzung den Antrag, ihn von seinem Posten zu entheben, da er weder im Polbüro, noch in der Finanzkommission ist und damit nicht in enger Verbindung mit den leitenden Körperschaften der Partei steht. Dem Genossen Eberlein wurde gesagt, dass er die Möglichkeit hat, die seine Arbeit betreffenden Angelegenheiten vor den verschiedenen Körperschaften zu vertreten und in seiner Anwesenheit behandeln zu lassen.

Am zweiten Tage der Z.K.-Sitzung wurden die Lehren der Volksbegehren-Kampagne und die nächsten Aufgaben behandelt. Das Referat und die Diskussion zeigt die Auffassung, die die Partei über den Ausgang des Volksbegehrens und die Perspektive der Panzerkreuzerkampagne[126] hat. Einheitlich wurde festgestellt, dass die Terminfestlegung für das Volksbegehren [als] eine verfrühte zu bezeichnen war. Dafür spricht auch die Tatsache, dass sich die Einzeichnungen in den letzten Tagen ganz besonders gesteigert hatten, ein Zeichen, dass nicht genügend Zeit zur Vorbereitung war. Es hat weiter an einem grundsätzlichen Kampf gegen den neuen deutschen Imperialismus und gegen die sich auf ihn orientierende Sozialdemokratie gefehlt. Die Kriegsgefahr wurde bei der ganzen Kampagne nicht genügend in den Vordergrund gestellt und unsere aktuellen Losungen nicht genügend betont. Es hat weiter gefehlt an einer gut organisierten Bewegung von unten her in den Betrieben und Gewerkschaften; es fand zu sehr eine Orientierung auf die verschiedenen pazifistischen Organisationen statt. Selbstverständlich hat auch die Hamburger Angelegenheit[127] sich hemmend auf die Bewegung ausgewirkt, wenigstens im Anfang, insbesondere auf unsere Parteiarbeiter. Der Ausgang des Volksbegehrens hat keine Niederlagenstimmung erzeugt in der Partei und die Argumente der Rechten werden fast durchweg zurückgewiesen. Unsere Genossen wissen sehr wohl, dass mit dem Volksbegehren die Kampagne nicht abgeschlossen ist, dass es vielmehr gilt, die bestimmten Lehren aus den Mängeln und

126 Am 10.8.1928 beschloß die große Koaltion unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller, dem Bau des Panzerkreuzers A zuzustimmen, der als Prestigeprojekt der Marine das Verbot des Baus deutscher Grosskampfschiffe umgehen sollte. Gleichzeitig wurden Zuschüsse zu Schulkinderspeisungen gestrichen. Am 16.8.1928 beschloß das ZK der KPD dagegen einen Volksentscheid durch ein entsprechendes Volksbegehren einzuleiten. Das Volksbegehren fand kurz nach dem Bekanntwerden des Thälmann-Wittorf-Skandals am 3.-16.10.1928 statt und endete mit einer eklatanten Niederlage für die KPD. Nur etwas mehr als eine Million der Wahlberechtigten (knapp 3%) trugen sich in die Listen ein, 10% wären notwendig gewesen. Bei den Reichstagswahlen im Mai 1928 hatte die KPD 10,6% der Stimmen erreicht. Zugleich erlebte die SPD einen erheblichen Vertrauensverlust (Heinrich August Winkler: Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, vol. 2, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Bonn, J. H. W. Dietz Nachf, 2. Aufl, 1988, S. 541–555; Jung: Direkte Demokratie, S. 67–108.

127 Der Skandal um Thälmann und seinen Freund Wittorf wurde im parteioffiziellen Sprachgebrauch weiterhin euphemistisch „Hamburger Angelegenheit“ genannt.

Schwächen zu ziehen und mit verstärkter Kraft gegen die imperialistische Sozialdemokratie den Kampf zu führen. [...]

Wir werden den Kampf gegen das Liquidatorentum, wie bereits in der Presse begonnen, in den gefährdeten Bezirken fortsetzen und weiter, über den Fall Hamburg hinweg, die Fragen des VI. Weltkongresses aufrollen. Die Z.K.-Sitzung, die den Bericht entgegennimmt, findet bereits am 1. u. 2. November statt, am 3. u. 4. November wird dann eine Parteikonferenz abgehalten, zu der ca. 60 Genossen aus den Betrieben hinzugezogen werden. Damit wird dann allgemein in der Partei die Diskussion über den VI. Weltkongress eröffnet.

Mit kommunistischem Gruss
Zentralkomitee der K.P.D. Sekretariat



Am 30.10.1928 beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion, Stomonjakov als Kopf der sowjetischen Delegation bei den anstehenden deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen in Moskau einzusetzen.[128] Die Verhandlungen sollten nach den Vorstellungen Stomonjakovs, die er am 19.11.1928 Stalin darlegte, eine Reihe von Konventionen zur Folge haben, darunter eine Zollkonvention, auch sollte eine Reihe gegenseitiger Unzufriedenheiten der Handelspartner zur Sprache kommen. Unter anderem wollten die deutschen Verhandlungspartner einen größeren Handlungsspielraum für deutsche Firmen in der Sowjetunion, auch galt es, angesichts des Šachty-Prozesses beruhigend auf die deutschen Unternehmen einzuwirken.[129] Auf Anregung Litvinovs beschloss das Politbüro kurz vor Beginn der Verhandlungen, am 26.11.1928, eine „kleine ständige Kommission" zu bestimmten, die die sowjetische Delegation politisch anleiten solle, da man nicht immer bis zur nächsten Politbüro-Sitzung warten könne.[130] Über die zähen Verhandlungen, die vom 27.11. bis zum 21.12.1928 liefen, informierte Stomonjakov die Politbüro-Mitglieder in speziellen Bulletins.[131] Als der Vertrag endlich am 21. Dezember unterzeichnet wurde, in dem eine beträchtliche Steigerung der deutschen Ausfuhren in die Sowjetunion vereinbart wurde, bat Stomonjakov Stalin darum, von allen außenpolitischen Verpflichtungen freigestellt zu werden, da der Vertrag in einer entwürdigenden Art und Weise unterzeichnet worden sei; er könne „die Schande nicht verkraften, die wir heute unserem Land zugefügt haben."[132] Für diesen „unzulässigen" Brief erhielt Stomonjakov schließlich am 27.12.1928 vom Politbüro eine Rüge.[133]

128 APRF, Moskau, 3/64/655, 147. Publ. in: Sevost'janov, Moskva-Berlin, II, Dok. 101.
129 APRF, Moskau, 3/64/655, 158–168. Publ. in: Ibid., Dok. 107.
130 APRF, 3/64/565, 6 und 8. Publ. in: Ibid., Doks. 110 und 111.
131 Siehe: Ibid., Doks. 112, 113, 114, 116, 117, 118, 119, 124, 125.
132 APRF, 3/64/656, 75–76. Publ. in: Ibid., Dok. 128.
133 APRF, 3/64/656, 74.

Dok. 198

Brief Gerhart Eislers an das Komintern-Sekretariat zur Auszahlung von Trennungsgeld an seine Frau

Moskau, 29.11.1928

Typoskript[134] in deutscher Sprache, RGASPI, Moskau, 495/293/93, 69. Erstveröffentlichung.

Moskau, 29. November 1928.

An das Sekretariat des EKKI z. H. des Gen. *Pjatnitzki.*
W[erte] G[enossen,] vor meiner Abreise aus Deutschland verabredete ich mit Gen. Gohlke [d.i. Arthur Golke], dem Leiter der Kassenabt[eilun]g des ZK der KPD, dass meiner Frau eine monatliche Trennungszulage ausgezahlt wird. Er versprach mir, das dann [mit] mir hier zu regeln. Ich habe jetzt die Mitteilung erhalten, dass diese ausgemachte Zahlung verweigert wurde. Da meine Frau krank ist, ohne Arbeit, vor einer Operation steht, ist diese Lage unhaltbar. Ich ersuche um eine dringende Regelung der Frage. Auf jeden Fall ersuche ich, sofort meiner Frau telegrafisch die Summe von 100 M auszuzahlen, evtl. unter Abzug von meinem Gehalt.

Mit kommunistischem Gruss
Gerhart [Eisler].[135]



Am 29.11.1928 beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion die Herausgabe einer Wochenzeitung in deutscher Sprache, die einen „offiziell unabhängigen" Charakter erhalten sollte. Mit der Aufgabe wurden Litvinov und Mikojan betraut.[136]

Am gleichen Tag verabschiedete das Politbüro das Budget des EKKI für das Jahr 1929 mit 4.457.468 Goldrubeln (492.532 Rubel weniger als für 1928). Die Mittel von 500.000 Tscherwonzenrubel für diverse Organisationen, die Devisen erhielten oder ausgaben, blieben gegenüber 1928 unverändert.[137]

---

134 Handschriftlich oben auf der Seite: „Gerhart Versöhnler".
135 Handschriftlicher russischer Vermerk: „An Gen. [unleserlich]. Man kann [das Geld?] schicken und Ulbricht vorschlagen Gohlke [unleserlich] zu schreiben. Pjat[nickij]." Weiterer russischer Vermerk, in unterschiedlicher Handschrift: „Ulbricht hat ein [unleserlich] Telegramm an das ZK der KPD geschickt, damit die Trennungszulage [deutsch, in russischen Buchstaben] unverzüglich ausgezahlt wird."
136 RGASPI, Moskau, 17/3/714, 4.
137 RGASPI, Moskau, 17/162/7, 5.

Dok. 199

Brief von Walter Ulbricht im Namen der Deutschen Vertretung in der Komintern[138] an Ernst Meyer

Moskau, 1.12.1928

Typoskript in deutscher Sprache, RGASPI, Moskau, 495/293/93, 72. Veröffentlicht in: Meyer-Leviné: Erinnerungen, S. 233f.

Moskau, den 1. Dezember 1928

An den Genossen Ernst *Meyer z. Zt. Moskau*

W[erter] G[enosse].
Du teilst mir mit, dass Du infolge der schlechten Witterung und der Ueberanstrengung im Zusammenhang mit der letzten Sitzung des Politsekretariats am Montag den 3. Dezember nach Berlin zurückkehren willst. Ich halte es für notwendig, dass Du bis zur nächsten Sitzung des Politsekretariats noch hierbleibst. Folgende Gründe veranlassen mich zu diesem Vorschlag:

1. Nachdem Du und der Genosse Humbert-Droz in der letzten Sitzung des Politsekretariats als Korreferenten aufgetreten seid und versucht habt, eine Plattform gegen die Linie der Komintern und des Z.K. zu entwickeln, ist es unbedingt notwendig, dass Du in der nächsten Sitzung des Politsekretariats die Stellungnahme der Mitglieder des Sekretariats anhörst und auch meine Antwort zur Kenntnis nimmst.[139]

2. Ich glaube, wenn Du gesundheitlich in der Lage warst, ein 1 ¼ stündiges Koreferat zu halten, so bist Du sicher auch gesundheitlich in der Lage, auch die Antwort anzuhören.

Solltest Du dennoch am Montag abreisen, so kann man diese frühzeitige Abreise nur als den Versuch betrachten, einer Stellungsnahme zu dem Beschluss des Politsekretariats in der Frage der Politik der KPD hier auszuweichen.

Mit kommunistischem Gruss
Deutsche Vertretung beim EKKI

---

138 Ulbricht als Autor nach Wilde: Ernst Meyer, S. 553.

139 Dies bedeutete den Beginn der endgültigen Abservierung des schwerkranken Ernst Meyer, eines der fähigsten KPD-Führer. Meyer hatte sich zusammen mit dem ebenfalls zu den "Versöhnlern" gerechneten schweizer EKKI-Sekretär Jules Humbert-Droz im Politsekretariat der Komintern gegen den Kurs Stalins ausgesprochen. Er entgegnete Ulbricht: „Ohne die hohen politischen Qualitäten des Genossen Ulbricht anzuzweifeln, der gleich scharfsinnig entdeckt hat, dass meine Verteidigung der Thesen des VI. Weltkongresses gegenüber den Verfälschungen durch die Mehrheit des ZK ‚eine Plattform gegen die Linie der Komintern' ist, habe ich doch nicht genügend Vertrauen zu Ulbrichts medizinischem Urteil, um meine schon lange notwendig gewordene Abreise hinauszuschieben." Brief Meyers an die Mitglieder des Polsekretariats des EKKI, Moskau, 3.12.28, in: Meyer-Leviné: Erinnerungen, S. 234; Wilde: Ernst Meyer, S. 553f.

Dok. 200

Telegramm Ernst Meyers und Arthur Ewerts gegen den Ausschluss Jacob Walchers

Moskau, 1.12.1928

Typoskript in deutscher Sprache, undatiert. RGASPI, Moskau, 495/293/93, 117. Erstveröffentlichung.

Telegramm aus Berlin:

Brauchen dringend, Beschluss ZK [in] Sachen Walcher Bedingungen aendern, Frist verlaengern.[140] Erachten bei Durchfuehrung ZK-Beschluss Gefaehrdung evtl. Verlust wichtiger Gewerkschaftspositionen Stuttgart, Offenbach Verlust hunderter Funktionaere. Ewert ankommt Donnerstag.

Ewert, Meyer.



Am 6.12.1928 akzeptierte das Politbüro der KP der Sowjetunion die Vorschläge von Stomonjakov bezüglich der russisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen und fügte einige Vorschläge hinzu. U.a. sollte man der deutschen Seite in Sachen Konten für deutsche Konzessionen in der Sowjetunion, Rechte der Arbeiter in den Unternehmen, die unter die Konzession fielen, und Festlegung der Löhne entgegenkommen.[141]

Dok. 201

Erklärung Hugo Eberleins gegen die Rehabilitierung Thälmanns durch die Komintern

Moskau, 6.12.1928

Typoskript in deutscher Sprache, RGASPI, Moskau, 495/293/98, 2. Erstveröffentlichung.

Erklaerung

In der vorgelegten Resolution[142] wird die Haltung des Genossen Thaelmann im Hamburger Korruptionsfall auf ein mikroskopisches Mass verkleinert, und in der deutschen Partei wird durch diese Resolution der Eindruck erweckt, dass ein schweres

---

140 Jacob Walcher (1887–1970) war herausragender Gewerkschafter und Gewerkschaftsfunktionär des ZK der KPD; aufgrund seiner Opposition gegen die Rehabilitierung Thälmanns wurde er noch im Dezember 1928 als "Rechter" aus der KPD ausgeschlossen und führte seitdem die KPD(O) an.

141 RGASPI, Moskau, 17/162/7, 7. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 179–180.

142 Vermutlich die Resolution der deutschen Kommission der Komintern zur Rehabilitierung Thälmanns vom 6.10.1928.

Verbrechen nur deshalb milde beurteilt wird, weil Thaelmann daran beteiligt ist. Schon in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Finanzkommission und als Vorsitzender der Beschwerdekommission kann ich eine solche Rechtsprechung innerhalb der Deutschen Partei nicht billigen. Aus der voellig verschiedenen Bewertung der Schwere des Verbrechens und nicht, wie gesagt worden ist, aus Fraktionsgruenden, ergibt sich meine Stellungnahme zu diesem Fall.

Ich halte die Beschluesse des Zentralkomitees nach wie vor fuer richtig. Durch die unter Punkt 3 in dieser Resolution gegebene Darstellung wird der Hamburger Korruptionsfall erst mit den innerparteilichen Differenzen verbunden, was das Zentralkomitee der Deutschen Partei gerade verhindern wollte. Damit werden die kommenden politischen Auseinandersetzungen und Diskussionen vergiftet und anstelle der politischen Auseinandersetzungen tritt ein wuester persoenlicher Vernichtungskampf in der Partei. Die Reden von Remmele, Heckert und Thaelmann sind ein deutlicher Beweis dafuer. Ich fuerchte sehr, dass diese Resolution die Einleitung einer schweren Parteikrise sein wird. Gerade das wollten wir durch die Beschluesse des Zentralkomitees verhindern.

Ich muß diese Resolution ablehnen. [...][143]

Moskau, den 6. Oktober 1928
Eberlein



Auf Initiative Molotovs beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion am 13.12.1928, das Thema KPD an die VKP(b)-Delegation im EKKI weiterzuleiten. Vorausgegangen war eine geschlossene Sitzung des ZK der VKP(b) und der VKP(b)-Delegation im EKKI, auf der ein scharfes Vorgehen gegen die „Rechten und Versöhnler" in der deutschen Partei beschlossen wurde.[144]

---

143 Eberlein wurde nach mehreren Verhaftungen im Exil in Frankreich und dem Gang ins sowjetische Exil im Juni 1937 dort verhaftet, der Verbindungen zur Gestapo beschuldigt, 1941 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

144 RGASPI, Moskau, 17/3/716, 6. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 570–571.

Dok. 202

Telegrafische Bedingungen des Präsidiums der Komintern an die „Rechten" in der KPD

Moskau, 17.12.1928

Typoskript in deutscher Sprache, RGASPI, Moskau, 495/18/621, 69. Erstveröffentlichung.

Telegramm. 17.12. aufgegeben. an Kommunistische Partei [Deutschlands].

Kommission des Präsidiums hat offenen Brief über rechte Gefahr[145] und geschlossenen Brief an Zeka [ZK] ausgearbeitet,[146] die in Präsidiumssitzung Mittwoch zur Behandlung kommen. Offener Brief enthält Vorschlag, von Rechten folgende Erklärung zu verlangen:

1. Bedingungslose und restlose Anerkennung des Programms der Komintern und Beschlüsse IV. Kongresses Profintern und sechsten Kongresses [der Komintern] sowie Beschlüsse des EKKI und Verpflichtung, diese auszuführen und für sie einzutreten.

2. unverzügliche Auflösung der Fraktion.[147] Einstellung Herausgabe der Fraktionszeitungen und Fraktionsdokumente. Einstellung jeder Fraktionsarbeit, Verzicht auf Ver-

---

145 Die Präsidiumssitzung des EKKI fand am 19.12.1928 statt. Sie führte zur letzten offenen Konfrontation in den obersten Leitungsgremien der Komintern, zwischen dem schweizer EKKI-Sekretär Jules Humbert-Droz und der Mehrheit der übrigen Mitglieder, die von Stalin lautstark unterstützt wurde, der dem Schweizer Heuchelei, Opportunismus und Würdelosigkeit vorwarf, weil er den offenen Brief und andere vorgelegte Dokumente als „hirnlos und ohne Argumente" charakterisiert hatte („Niemals in der bisherigen Geschichte der Exekutive sind wir mit derartig miserablen Entwürfen konfrontiert worden, was den politischen Gehalt angeht." (Siehe: J. Humbert-Droz: Déclaration au Présisium du Comité exécutif de l'Internationale Communiste, 19.12.1928. Publ. in: Bahne/Amo/Bayerlein: Archives de Jules Humbert-Droz, III, S. 134–137, hier S. 135, S. 138ff. Siehe: Offener Brief des EKKI an die KPD über die rechte Gefahr in der KPD. An alle Mitglieder der KP Deutschlands: In: *Internationale Pressekorrespondenz* VIII (1928), Nr. 142, S. 2829–2832; Rote Fahne, 22.12.1928.

146 Im geschlossenen Brief vom 20.12.1928 werden die "Rechten" stigmatisiert und ihr unverzüglicher Parteiausschluss verlangt. Darüber hinaus wird der weitere "systematische Kampf gegen die Versöhnler" gefordert, "(...), denn ohne diesen kann in Wirklichkeit kein Kampf gegen den rechten Flügel durchgeführt weden." Siehe: Bernhard H. Bayerlein, Aleksandr A. Vatlin (Hrg.): Aus dem Kominternarchiv. Geschlossener Brief des Exekutivkomitees der Komintern an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands. In: *The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism* I (1992), Nr. 1–2, S. 19–21; ebenfalls abgedruckt in: Weber/Bayerlein: Der Thälmann-Skandal, S. 277–282.

147 Am 29.12.1928 konstituierte sich die „Rechte Opposition" als Kommunistische Partei Deutschlands – Opposition (KPO), führten ihre 1. Reichskonferenz durch und stellten sich konsequent gegen die Ultimaten der Parteiführung. Heinrich Brandler, der im Oktober 1928 "unerlaubt" aus Moskau nach Deutschland zurückgekehrt war, wurde zusammen mit August Thalheimer aus der KPD ausgeschlossen. Am 31.1.1929 faßte das Politbüro der KP der Sowjetunion einen zustimmenden Beschluß zur Resolution vom 28.1.1929 über Brandler und Thalheimer (siehe 31.1.1929). Im schonungslosen und

teidigung linkssozialdemokratischer Plattform als mit Kommunismus unvereinbar und Verpflichtung, Beschlüsse der Parteitage, Parteikonferenzen, Z.K. und Bezirksleitungen durchzuführen.

Weigerung, diese Bedingungen anzunehmen muss sofortigen Ausschluss sämtlicher führender Elemente der Rechten nach sich ziehen. Z.K. der KPD wird beauftragt, mit praktischer Durchführung aller Massnahmen in kürzester Frist nach Beschluss des Präsidiums.

Oben genannte Forderungen wurden von Hausen und Galm abgelehnt und diese sind daher nach Präsidiumssitzung als ausgeschlossen zu betrachten.

Politsekretariat.
Telegramm. 17.12. aufgegeben. Kommpartei.

Beschluss Präsidium Mittwoch. Verschiebt möglichst Einzelbesprechungen mit Rechten, bis eintrifft Beschluss Präsidium, damit Nebeneinanderarbeit vermieden wird.

Walter [Ulbricht]



Auf der Sitzung des Politbüros der KP der Sowjetunion vom 20.12.1928 berichtete Pjatnitzki über die Sitzung des Präsidiums des EKKI vom 19.12.1928, die den Höhepunkt der Hetzkampagne gegen die „Rechten und Versöhnler“ darstellte. Das Politbüro beschloss daraufhin, in Zusammenarbeit mit dem EKKI das Stenogramm der Sitzung an die ZKs der großen westlichen Kommunistischen Parteien zu verschicken.[148]

bürokratischen Kampf gegen die “Rechten“ wurden bis zum Frühjahr 1929 die Parteibezirke “gesäubert“ und schätzungsweise 6000 der Anhänger dieser Richtung, die ein historisches Substrat der KPD war, aus der Partei ausgeschlossen (siehe: Weber: Die Wandlung, Bd. 1, S. 219–223; Tjaden: Struktur und Funktion, S. 60ff.).

148 RGASPI, Moskau, 17/3/717, 3.

Dok. 203

Das Mitteleuropäische Ländersekretariat der Komintern zum Umschwung in der Betriebspolitik der KPD nach dem Ruhreisenstreik

Moskau, 20.12.1928

Typoskript[149] in deutscher Sprache, RGASPI, Moskau, 495/28/27, 161–162. Erstveröffentlichung.

Mitteleuropäisches Sekretariat.[150]
Referat für Organisationsfragen.
20.XII. 1928.

Parolen, Taktik und Methoden des Kampfes der K.P.D. bei der Ruhraussperrung.

Von allen in letzter Zeit in Deutschland vorgekommenen Wirtschaftsbewegungen (Streik der Werftarbeiter an der Wasserkante, der Hafenarbeiter in Hamburg, der schlesischen Bergarbeiter und die Aussperrung der München-Gladbacher Textilarbeiter) trat bei der Aussperrung der Metallarbeiter an der Ruhr besonders deutlich die Abkehr der Taktik der K.P.D. von der früheren opportunistischen, mit der Formel „Zuerst die Bonzen" zu charakterisierenden Taktik in Erscheinung und ihre Einstellung auf revolutionäre von dem IV. Gewerkschaftskongress und dem VI. Kongress der Komintern angewiesenen Kampfmethoden.

Erstens, hat die Partei dieser Bewegung rechtzeitig ihre revolutionären Parolen, als Gegengewicht zu den reformistischen, gegeben; in diesen revolutionären Parolen wurden die ökonomischen Tagesforderungen der kämpfenden Metallarbeiter mit den grundlegenden politischen Parteiparolen in Einklang gebracht. Die Partei hat zweitens verstanden [unleserlich] ten Arbeiter um diese Parolen zu organisieren; die von ihr geschaffenen neuen organisatorischen Formen, die Kampfleitungen – wurden zu einer realen Kraft der Bewegung, die sich den reformistischen Führern entgegenstellt, mit ihnen um die Führung der ganzen Bewegung kämpfte und auf den ganzen Verlauf

149 Handschriftlich russisch am oberen Rand: „An Gen. Wurm". Stempel: „Nach 7 Tagen zurück an Sekretariat. VERTRAULICH. CONFIDENTIAL."

150 Das Mitteleuropäische Ländersekretariat der Komintern (MELS) wurde 1927 ursprünglich als Zusammenfassung der früheren „deutschen", „österreichisch-ungarischen" und „skandinavischen" Sektionssekretariate konstituiert. 1931–1935 vom lettischstämmigen Vil'gel'm Knorin (1890–1939?) geleitet, war es ein wichtiges Organ im Rahmen der 1926 geschaffenen und 1935 wieder liquidierten Struktur der Ländersekretariate der Komintern. Wie das Lateinische Sekretariat bereitete es die Entscheidungen für das Politsekretariat und das Präsidium des EKKI vor, konnte jedoch über Zirkulare und Delegierte auch direkt die Parteien instruieren. Zusätzlich agierte das 1927 in Berlin geschaffenene Westeuropäische Büro der Komintern (WEB) als übergeordnete, direkte Dependance des Politsekretariats, das für alle westlichen Kommunistischen Parteien maßgeblich war. Neben Knorin gehörten Šmeral, Pepper, Smoljanskij und Togliatti zu den Funktionären des MELS (siehe: Adibekov/Šachnazarova/Širinja: Organizacionnaja struktura Kominterna; Bayerlein: Das neue Babylon).

des Kampfes einen Einfluss ausübte.[151] Drittens zog die Partei breite Massen der nichtorganisierten Arbeiter in die Bewegung hinein, indem sie diese Arbeiterschichten aus einem Hindernis für die Vertiefung und Entfaltung des Kampfes in einen aktiven revolutionären Faktor verwandelte.[152] Und endlich, viertens, versuchte die Partei die von ihr gleich zu Anfang ausgegebene Parole der Erweiterung der Bewegung durchzuführen. Diese Versuche müssen hervorgehoben werden, trotzdem sie ungenügend waren und die Bewegung eine isolierte Bewegung der Ausgesperrten Ruhrarbeiter bleibt. [...]

151 Die Aussperrung von 213000 Metallarbeitern des Ruhrgebiets im Rahmen des “Ruhreisenstreits“ (12.10.-21.12.1928) war neben dem Panzerkreuzerbau die zweite Großkrise des Jahres. Bei der starren Ablehnung eines Schiedsspruchs durch die Industriellen ging es weniger um Tarifpolitik, als vielmehr um das staatliche Schlichtungswesen. Die KPD nahm den “Ruhrkampf“ zum Anlaß, traditionelle gewerkschaftliche Streitformen zu durchbrechen (“Durchbruchskämpfe“), und – u.a. durch die Gewerkschaftsopposition “Kampfleitungen“ auf Betriebsebene zu propagieren, die organisierte und unorganisierte Arbeiter zusammenführen sollten. Der Streik endete mit einem Kompromiß (Schlichtung Severing), doch verschlechterte sich insgesamt die Position der Arbeiterbewegung. Aufgrund ihrer als Spaltung der Gewerkschaften aufgefaßten Intervention erlebte auch die KPD eine Niederlage (siehe u.a.: H.-U. Winkler: Der Schein der Normalität, 557–572). Besonders intensiv war der Einsatz der ZK-Instrukteure, „als die Gewerkschaftsabteilung des ZK ihre Spitzenkräfte Hans Sawadzki und Paul Peschke für eine Woche bzw. für mehr als einen Monat in den Bezirk entsandte.“ (Ulrich Eumann: Eigenwillige Kohorten der Revolution. Zur regionalen Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main, Peter Lang, 2007, S. 143.

152 Im Protokoll Nr. 4 der Sitzung des Mitteleuropäischen Ländersekretariats vom 27.12.1928 wurde der Umschwung in der Gewerkschafts- und Betriebspolitik im Sinne der Radikalisierung hin zur sog. „3. Periode“ erstmalig kodifiziert. Nach der Diskussion zum Referat Paul Merkers und Diskussionsbeiträgen von Ulbricht, Ewert, Gusev, Vasil’ev, Serra, Smoljanski, Béla Kun, Martynov, Rubinstein, Schumann, Mojrova und dem Schlusswort Merkers schlug das MELS vor, „[...] die Kommunistische Fraktion der Profintern, die Org- und Agitprop-Abteilung des EKKI, das Internationale Frauensekretariat und die Kooperativsektion zu beauftragen, aufgrund des Referats des Genossen Merker und der Diskussion eine Reihe konkreter Direktiven und Vorschläge, Artikel, Informationen u. a. alle taktischen Fragen, die die Anwendung der neuen Gewerkschaftstaktik und der Führung von Massenkämpfen betreffen, insbesondere die Fragen, die mit dem Charakter und der Tätigkeit der Kampfausschüsse verbunden sind, durchzuarbeiten und ausserdem die wichtigsten prinzipiellen und taktischen Fragen unseres Kampfes gegen die rechte Gefahr und versöhnlerische Einstellung zu ihr zwecks systematischen Kampfes gegen sie in unseren Parteien zu beleuchten. Frist für Vorschläge bis 3.1.29. Vorsitzender Gussew: Sekretaer Glaubauf.“ (Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau, 495/28/27, 216).

Dok. 204

Brief Thälmanns an die Komintern zur Widerlegung der gegen ihn geäußerten Kritik

Moskau, 22.12. 1928

Typoskript[153] in deutscher Sprache, RGASPI, Moskau, 495/18/621, 90. Erstveröffentlichung.

14625/10/Ru.
Aus dem Org.

25.12.1928
Vertraulich! Berlin, den 22. Dezember 1928

An das Politsekretariat des EKKI!

Werte Genossen!
Die Beratungen über die deutsche Frage und die Politik der Partei in den letzten Sitzungen des Politsekretariats zwingen uns zu einigen notwendigen Feststellungen:

1. Was die Ausführungen des Genossen Meyer betrifft, so haben wir zum Teil, soweit die Genossen in der Sitzung des Zentralkomitees bereits Kenntnis hatten von dem Protokoll, die Angriffe und zum Teil unwahren Darstellungen des Genossen Meyer auf das Schärfste zurückgewiesen.[154] Wir stellen ausser der Zurückweisung, die bereits durch die einzelnen Polbüromitglieder im Zentralkomitee geschehen ist, zwei Tatsachen fest:

a) Bei dem Beschluss des Juniplenums im Jahre 1927 über die Beurteilung des Kampfes gegen die S.P.D. war der Genosse Thälmann in Berlin nicht anwesend, sondern im Urlaub in der Schweiz. Gegen die angenommenen Thesen wurde nicht nur von der Chemnitzer Bezirksleitung, nicht nur vom Genossen Schneller, sondern auch nach der Rückkehr des Genossen Thälmann sofort gegen diese Thesen zwar nicht als Ganzes, sondern vielmehr über einige Schwächen dieser Thesen gesprochen und eine Korrektur verlangt. Die damalige Z.K.-Sitzung hatte nicht genügend ausgewertet die Beschlüsse des Kieler Parteitages der S.P.D. Die Formulierungen über die „linke" S.P.D., wie sie in den Kieler Parteitagsthesen enthalten sind, sind hier nicht genügend konkretisiert. Der Kurs der S.P.D.-Politik der Unterstützung der Bürgerblockpolitik […] wurde zu schwach hervorgehoben und zu wenig auf die allgemeine Entwicklung der zukünftigen […]-Regierung, wie sie sich nach dem 20. Mai gebildet hat, gekennzeichnet. Im September-Plenum des Z.K. wurden diese Schwächen beseitigt und das Versäumte ausgemerzt.

153 Handschriftliche Vermerke, z. T. russisch: „Gen. Kat." und „Ernst Thälmann".
154 Siehe hierzu Dok. 199.

b) Die Behauptung des Genossen Meyer, dass Genosse Thälmann und andere Genossen verhindert hätten die Antwort auf das Aktionsprogramm des Genossen Brandler,[155] entspricht nicht den Tatsachen. Das Polbüro hatte einen Beschluss gefasst, dass der Genosse Ewert, der in Moskau weilte, eine Antwort auf das Aktionsprogramm auszuarbeiten hat. Der Genosse Ewert lehnte das im Beisein der Genossen Remmele und Thälmann in Moskau ab. Dadurch wurde erstens die Antwort hinausgezögert und zweitens mussten wir erneut hier Stellung nehmen, wer von den anderen Genossen beauftragt wird, einen Entwurf dem Polsekretariat und dem Polbüro vorzulegen. Dadurch, dass in der politischen Linie der Antwort Meinungsverschiedenheiten entstanden, verzögerte sich ebenfalls monatelang diese Antwort. Das ist der wahre Tatbestand und nicht das, was der Genosse Meyer behauptet, dass der Genosse Thälmann die Antwort verhinderte und Genosse Ewert sich mit allen Mitteln eingesetzt hat, eine Antwort zu geben. [...]

2. Wir können in diesem Schreiben nicht eingehen auf alle Diskussionsredner im Politsekretariat, soweit sie die politische Linie und den innerparteilichen Kurs der deutschen Partei angriffen. Wir beschränken uns auf die Ausführungen des Genossen Humbert-Droz, da es uns sehr wichtig erscheint, einzelne Behauptungen seinerseits zu kennzeichnen. Wenn man das geistige Leben und die bessere Verbindung aller Sektionen mit der Komintern fördern will, dann ist es nicht zweckmässig, unkorrigierte Stenogramme sowohl eines Zentralkomitees, wie auch der Reichsparteiarbeiterkonferenz zu benutzen zu einem Kampf gegen die Politik der Partei und ihre Führung. Jeder Genosse weiss, dass z.B. bei der Reichsparteiarbeiterkonferenz in Berlin nach dem über 3-stündigen Referat des Genossen Thälmann (der ausserdem noch sehr schnell spricht) immer ein kleiner Teil von Stenotypistinnen nicht in der Lage sein wird, seine Ausführungen aufnehmen zu können oder aber seine Gedanken vollinhaltlich wiederzugeben,[156] dass völlig vermieden wird, dass sinnentstellende Fehler im unkorrigierten Stenogramm zu verzeichnen sind. Es ist eine alte Praxis, auf allen Konferenzen, die eine politische Bedeutung haben, dass die wichtigsten Redner ihr Stenogramm korrigieren, bevor es benutzt werden kann zu Angriffen, wie es der Genosse Humbert-Droz anhand eines solchen Stenogramms im Politsekretariat getan hat.[157] Die Konsequenz dieser Tatsache wird sein, trotzdem es manchmal vorteilhaft und politisch sogar notwendig ist, dass alle führenden Genossen [es] für die Zukunft unterlassen werden, unkorrigierte Stenogramme zur Information an das Politsekretariat des EKKI noch abzusenden. Dadurch würde sich die Absendung solcher Stenogramme von wichtigen Reden ungeheuer verzögern und manchmal eine

155 Zum Aktionsprogramm Brandlers siehe Dok. 171.

156 Vgl. den Kommentar Lominadzes zu Thälmanns rhetorischen Fähigkeiten, Dok. 169.

157 Jules Humbert-Droz hatte im Politsekretariat des EKKI Ende November vor allem die Rückinterpretation des 6. Weltkongresses im Sinne der Destabilsierung des Kapitalismus und der ultraoffensiven Kampfperspektiven im Sinne Stalins, Thälmanns und Ulbrichts kritisiert. Siehe: J. Humbert-Droz: Intervention au Secrétariat politique du Comité Exécutif de l'Internationale Communiste, fin novembre 1928, publ. in: Bahne/Amo/Bayerlein: Archives de Jules Humbert-Droz, III, S. 106–125.

schnelle politisch notwendige Orientierung nicht mehr gegeben sein. Ebenso wurde der Bericht in der „Roten Fahne" über das Referat des Genossen Thälmann auf der Reichsparteiarbeiterkonferenz am selben Tage, als das Referat gehalten wurde, von der Redaktion der „Roten Fahne" ohne Kontrollen des Sekretariats und des Genossen Thälmann wiedergegeben. Vergleicht man das unkorrigierte Stenogramm und die Wiedergabe der Rede in der „Roten Fahne", so ergeben sich daraus auch verschiedene aus dem Zusammenhang herausgerissene und falsch wiedergegebene Stellen.[158] Das Sekretariat nahm sofort am Montag Stellung zu diesen nicht ganz richtigen Formulierungen und beschloss, da man an sieben Stellen die Rede richtig stellen müsste, von einer Berichtigung im Interesse „der bekannten Gründe" Abstand zu nehmen.

Nun zu einigen Behauptungen in der Rede des Genossen Humbert-Droz. Wir beschränken uns auf einige Behauptungen des Genossen Humbert-Droz über die Beurteilung der gegenwärtigen Lage in Deutschland und die Politik der K-P.D. Im Januar findet eine Z.K.–Sitzung statt, in der eine eingehende Analyse der Situation in Deutschland und die Aufgaben der Partei zur Debatte stehen werden. Aber auch in unseren seitherigen Beschlüssen des Polbüros und des Z.K. wird der Genosse Humbert-Droz nichts finden, was seine Behauptungen, dass unsere Perspektive den Beschlüssen des VI. Weltkongresses widerspräche, stützen könnte. Im Gegenteil, wir sind der Meinung, dass z.B. die Einschätzung der dritten Periode, wie sie von Humbert-Droz in seinen Ausführungen gegeben wurde, eine falsche Einschätzung ist, die den Beschlüssen des VI. Weltkongresses und seinen in dem ersten Punkt der Tagesordnung niedergelegten Formulierungen in den Thesen (die einstimmig angenommen wurden) nicht entspricht. Genosse Humbert-Droz hebt viel zu viel die Stabilisierungserscheinungen allseitig hervor, ohne in dem Zusammenhang, wie wir es in unseren angenommenen Beschlüssen und Resolutionen überall getan haben, die Zuspitzung der kapitalistischen Widersprüche und die neuen Formen des Klassenkampfes zu erwähnen und zu kennzeichnen.

Nun zu einzelnen seiner Behauptungen:

a) Es ist unwahr, dass die Mehrheit der deutschen Delegation auf dem Weltkongress zu dem Thesenentwurf der russischen Delegation eine andere Meinung hatte. Vielmehr ist das Umgekehrte der Fall, dass die Minderheit der deutschen Delegation nicht befriedigt war von dem Inhalt des Thesenentwurfes der russischen Delegation. (Siehe Auftreten Ewerts auf dem Kongress und seine abgegebene Erklärung, ebenfalls

---

158 Angesichts der Opposition gerade der Betriebsfunktionäre war es nicht einfach, die neue Linie durchzusetzen: „Um die Umsetzung der neuen Strategie in den Betrieben zu gewährleisten, wurde seitens des ZK ein großer Aufwand getrieben. Laut eines Berichts der Org-Abteilung des ZK über die Betriebsratswahlen vom April 1929 war am 26. Januar 1929 eine zweitägige Reichsparteiarbeiterkonferenz zu diesem Thema durchgeführt worden. Kurz darauf richtete das ZK eine Kommission ein, die die Bezirksleitungen anweisen und durch Instrukteure kontrollieren sollte. Nachdem sich die Bezirksleitungen auf ihren Sitzungen mit den Beschlüssen der Reichsparteiarbeiterkonferenz befasst hatten, wurden sie in intensiver Arbeit den einzelnen Betriebszellen übermittelt." (Eumann: Eigenwillige Kohorten, S. 322).

auch das Auftreten von Tittel.) b) Der Charakter der dritten Periode wurde, wo sie benannt wurde in einer Resolution, so gekennzeichnet, wie es in den Thesen des VI. Weltkongresses niedergelegt ist. […][159]

c) Der Artikel vom 17. Oktober in der „Roten Fahne", den Genosse Humbert-Droz als einen offiziellen Artikel des Polbüros bezeichnet hat, ist kein Artikel des Polbüros, sondern ein Artikel des Genossen Fried, dessen Auffassung in dem zitierten Teil von der Sitzung des Politbüros und des Zentralkomitees, welche zu den Lehren der Panzerkreuzerkampagne Stellung nahm, verurteilt worden ist. (Siehe Protokoll des Z.K. über Panzerkreuzerangelegenheit, Ausführungen des Genossen Remmele). Die weiter[e] Behauptung des Genossen Humbert-Droz, das erwähnte Zitat des Genossen Thälmann (was richtig ist) einem Zitat aus der „Roten Fahne" gegenüberzustellen, in dem es heisst: „Der Einfluss der Partei ist gewachsen – auch über den Kreis unserer Wähler hinaus." ist kein Zitat der „Roten Fahne", sondern ein Satz aus der Rede des Genossen Dahlem auf der Parteiarbeiterkonferenz in Gross-Berlin. Die Ausführungen des Genossen Thälmann auf dieser Parteiarbeiterversammlung in Berlin hatte Genosse Humbert-Droz vergessen und nicht erwähnt; wir geben sie hiermit wieder: "Ohne uns um das Geschrei der Gegner zu kümmern, müssen wir bolschewistische Selbstkritik üben. Aber es gibt Kritik und Kritik, solche, die der Partei helfen will – und solche, die sie untergräbt. Wir haben einen guten Aktionsradius gehabt – warum haben wir ihn nicht voll ausnutzen können? Einerseits hatten wir Schwierigkeiten im Kampfe gegen den Imperialismus, pazifistische und andere Schwankungen in den Reihen der uns nahstehenden Schichten, ungenügender Kampf gegen diese Schwankungen. Dann gab es eine Reihe von Fehlern im Verlaufe der Kampagne selbst. Zunächst eine zu rasche Einleitung des Volksbegehrens, die die Folge einer falschen Einschätzung der Kräfte des Gegners war. Die Krise in der S.P.D. wächst und wir hätten eine längere Vorbereitungsfrist wählen können. Man muss die Frage des Krieges von vornherein klar und grundsätzlich stellen, nicht erst in der kritischen Situation. Es hat auch dieser Bewegung geschadet, dass wir noch mit pazifistischen Schlachten zu tun hatten, dass die Frage der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg nicht genügend klar gestellt war. Ungenügend gestellt wurde die Frage der Rolle der eigenen Partei und der S.P.D. im Kriegsfalle. Darüber müssen wir auch in den eigenen Reihen größere Klarheit schaffen, damit wir der immer näherkom-

159 „Das IX. EKKI-Plenum [Februar 1928], der VI. Weltkongreß [Juli/August 1928] und besonders das X. Plenum [Juli 1929] nehmen den Kurs auf einen jähen und gradlinigen revolutionären Aufschwung (‚Dritte Periode'). Dieser Aufschwung war damals, nach den ungeheuren Niederlagen in England, China, nach der Schwächung der Kommunistischen Parteien in der ganzen Welt und besonders unter den Bedingungen des Aufstiegs des Handels und der Industrie, der die wichtigsten kapitalistischen Länder erfaßt hatte, durch die gesamte objektive Lage ausgeschlossen. Die taktische Wendung der Komintern seit Februar 1928 war somit direkt entgegengesetzt der realen Wendung der historischen Wirklichkeit." (Leo Trotzki: Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland, Berlin, Verlag Der Kommunist, 1930, S. 1, neu publ. in: Id.: Schriften über Deutschland, Bd. 1, S. 76–98).

menden Kriegsgefahr mit allen Schwierigkeiten, die sie uns bringen wird, gerüstet gegenüberstehen.

Die Linksentwicklung der Massen muss auf eine höhere Stufe der Klarheit gehoben werden, dazu müssen wir die Partei von den Verbündeten des Klassenfeindes säubern. Wir müssen grössere Klarheit in der Partei schaffen, wir müssen die organisatorischen Sicherungen gegen den Opportunismus verstärken, wenn Dinge, wie der Fall Wittorf, in einer Weise ausgenützt werden, die den Feinden der Partei zum Vorteil wird, dann muss von der Wurzel auf und ohne alle Sentimentalitäten dagegen gekämpft werden."

Das Ergebnis der Panzerkreuzerkampagne und die Mängel und Fehler, die in dieser Kampagne gemacht wurden, sind durch einen Beschluss des Z.K. in einer Resolution über die Lehren und Erfahrungen der Panzerkreuzerkampagne niedergelegt. (In dieser Resolution ist die schärfste bolschewistische Selbstkritik an der Arbeit der Partei festgestellt).[160]

4) Die gebrachten Zitate über die Taktik der Partei im Ruhrkampf, das Verhältnis der Organisierten zu den Unorganisierten, die Behauptung, wir treiben eine antigewerkschaftliche Politik, (unsere Politik ist auch im Ruhrkampf gewesen: Verstärkung der revolutionären Gewerkschaftsopposition,) die Durchbruchstheorie, die nach Humbert-Droz die ausschlaggebende Linie der Taktik gewesen sein soll, die eigentümliche Stellung des Genossen Humbert-Droz zu den Propagandalosungen, die wir in Verbindung mit unserer generellen Taktik in unserem Kampf richtig gestellt hatten, gibt die Taktik, die die Partei während des Ruhrkampfes richtig durchgeführt hat, nicht richtig wieder und verschiebt bewusst die allgemeine Linie der Partei und ihr positives Ergebnis im Ruhrkampf. Die Beschlüsse des letzten Z.K. und die dort gegen die Versöhnler angenommene Resolution [fehlt Text] ist der Standpunkt der grossen Mehrheit der deutschen Partei und der nach unserer Auffassung auch in den Beschlüssen des VI. Weltkongresses und IV. [RGI]-Kongresses niedergelegten Politik. Einige Ueberspitzungen, die in diesem Kampf gemacht wurden, wurden als Mängel und kleine Fehler auch in dieser Resolution festgestellt. Was die allgemeinen Mängel und Schwächen der Taktik im Ruhrkampf betrifft, so sind sie kritisch beleuchtet und auf das richtige Mass der bolschewistischen Selbstkritik in der vom Z.K. angenommenen Resolution festgestellt worden.

e) Die Anschuldigung, dass die Mehrheit der Partei und ihre Führung die Rolle der S.P.D. und ihren Einfluss auf die werktätigen Schichten falsch einschätzt, ist unbegründet. Vielmehr sind wir der Meinung, dass der Genosse Humbert-Droz nicht begreift, an Hand der Tatsachen des Auftretens der Rollkommandos des Reichsbanners beim Hamburger Hafenarbeiterstreik usw., dass die Taktik und Kampfesfront der S.P.D. sich seit 1914 im wesentlichen geändert hat. Wenn für den Genossen Humbert-Droz die Entwicklung der Sozialdemokratie zum Sozialfaschismus nicht etwas beson-

160 Zur gescheiterten Panzerkreuzerkampagne siehe Dok. 197.

deres darstellt und etwas Neues, so sind wir entgegen seiner Auffassung in dieser Frage anderer Meinung.

f) Die Stellung des Genossen Humbert-Droz zum innerparteilichen Kurs der deutschen Partei stimmt im allgemeinen überein mit dem Standpunkt der versöhnlerischen Gruppe. Dabei ist eines besonders festzustellen, dass der Genosse Humbert-Droz behauptet, dass neben der rechten Gefahr auch linke Gefahren vorhanden sind. Eine solche proportionelle Einschätzung der innerparteilichen Situation in der deutschen Partei ist momentan völlig falsch und entspricht nicht den Tatsachen. Diese Feststellung schliesst nicht aus, dass auch „linke" Fehler in der Partei gemacht wurden, die aber keineswegs eine Gefahr für die Partei bedeuten. Wir werden in den nächsten Tagen unseren ideologischen Kampf besonders gegen die rechten Liquidatoren in der Partei verstärken und verschärfen, aber es auch nicht unterlassen, die politische Plattform der Versöhnler und ihre innerparteiliche Stellung zu bekämpfen.[161] Der Genosse Merker vom Politbüro ist beauftragt, über die Taktik im Ruhrkampf und auch über die neueren Erscheinungen in der innerparteilichen Entwicklung des Politsekretariats besonders zu informieren.

g) Wäre das richtig, was der Genosse Humbert-Droz in seinen Ausführungen u.a. behauptete, „dass die Linie, die von Ewert vertreten wird, wenn auch manche Formulierungen nicht ganz glücklich sind, der Linie der VI. Weltkongresses viel näher sind als die Linie der heutigen Parteileitung", dann müsste die Komintern gegen die Beschlüsse und gegen die Linie der Mehrheit der deutschen Partei den entscheidenden Kampf aufnehmen.

h) Die fälschliche Behauptung, dass der Genosse Neumann der leitenden Instanz der Parteiführung angehört und dass er der Leiter des Polbüros hinter den Kulissen ist, nehmen wir zur Kenntnis und erklären, dass dies eine bewusste Verleumdung der jetzigen Führung der deutschen Partei bedeutet. Richtig ist, dass der Genosse Neumann stellvertretender Chefredakteur der „Roten Fahne" ist, dass der Genosse Neumann gemeinsam mit der Mehrheit der Führung aufs engste zusammenarbeitet, richtig ist, dass der Genosse Neumann seine Aufträge im Interesse der Partei richtig durchführt, richtig ist, dass der Genosse Neumann einige Aufrufe nach vorhergehender Besprechung im Sekretariat als Grundlage formuliert, die wir später nach einigen Korrekturen angenommen haben.

161 Im Unterschied zur „Rechen" Opposition um Brandler und Thalheimer richteten die „Versöhnler" ihre Strategie nicht nach einer politischen Plattform aus. Ihre Führungsfiguren Ernst Meyer und Jules Humbert-Droz verteidigten stattdessen die Beschlüsse des VI. Weltkongresses in ihrer ursprünglichen Intention, die später manipulativ verändert wurden: „Dass sie [die Versöhnler] ihren Kampf gegen Thälmann nicht auf Grundlage einer politischen Plattform führten, musste ihre Position erheblich schwächen. Viele Parteimitglieder konnten die inhaltlichen Hintergründe des Konfliktes nicht nachvollziehen, ihnen musste der versuchte Sturz des zuvor lange als proletarischer Führungsfigur stilisierten und an der Basis beliebten Thälmann vor allem als eine undurchsichtige ‚Palastrevolution' erscheinen." (Wilde: Ernst Meyer, S. 527).

Diese wenigen Feststellungen sind notwendig, um dasjenige klarzustellen, was in den Ausführungen des Genossen Humbert-Droz fälschlich und nicht richtig dargestellt worden ist. Im übrigen sind wir der Meinung, dass nicht einzelne Ueberspitzungen in Formulierungen und in Artikeln das Ausschlaggebende sind, sondern die Beschlüsse des Z.K. zur Politik und Taktik der Partei und ihre angenommenen Resolutionen und Dokumente.

Mit kommunistischem Gruss
gez. Ernst Thälmann

Dok. 205

Brief Stalins an Manuilski über seine angebliche Einmischung in die Angelegenheiten der KPD

Moskau, 22.12.1928

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/763, 48–49. In deutscher Sprache publ. in: Weber/Bayerlein: Der Thälmann-Skandal, S. 283–284. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 571–573.

Lieber Freund Manu!

Mir liegt eine Kopie Deines Briefes vom 14. Dezember vor.[162] Ich halte es für nötig, darauf mit zwei Worten zu antworten.

1) Deine Einwände gegen den nichtexistierenden „Vorschlag" zur Abberufung von Neumann haben mich erstaunt. Wie kommst Du auf diesen nichtexistierenden „Vorschlag", welche Klatschmäuler haben Dir diese „Information" gesteckt? Ist es nicht seltsam, daß Du, der jede Möglichkeit hat, sich aus erster Hand zu informieren, es vorziehst, mit den unwahrscheinlichsten Gerüchten von einem „Rückzug", einer „Kursänderung" usw. zu arbeiten. Es gab einen Versuch (nur einen Versuch) von einem Mitglied der KPdSU-Delegation, die Frage der Ablösung Neumanns zu stellen. Wir haben Material angefordert, und da es kein Material gab, wurde der Versuch begraben. Das ist alles. Allerdings gab es auch einen analogen Vorschlag von Humbert-Droz und Clara Zetkin. Aber was kann ein Vorschlag dieser Genossen schon bedeuten, wenn die gewaltige Mehrheit der KPdSU-Delegation und des EKKI-Präsidiums ohne Wenn und Aber gegen diesen Vorschlag sind? Von wem ist eine solche, mit Verlaub gesagt, Information überhaupt zu Dir gelangt? Etwa von Lominadze? Lominadze ist von der Sorte Genossen, die das Gras wachsen hören. Das weißt Du genauso gut wie ich. Ich

162 Der Brief Manuilski an Stalin vom 14.12.1928 ist abgedruckt in: Weber/Bayerlein: Der Thälmann-Skandal, S. 260–262. Manuilski hatte sich in dem Glauben, dass Stalin für die Abberufung Heinz Neumanns sei, dagegen ausgesprochen.

weiß, daß Lominadze mit Neumann im Briefwechsel steht.[163] Ich vermute, daß Gen. Neumann es vorzieht, sich bei Lominadze zu informieren. Ich vermute es nicht nur, sondern ich bin fast davon überzeugt. Aber das kann zu nichts Gutem führen. Erkläre das dem Gen. Neumann mit allem Nachdruck. Oder hast Du diese „Information" etwa von den deutschen Versöhnlern? Gratuliere zu der guten Gesellschaft, in die Du da geraten bist. Paß auf, daß Dir das nicht wieder passiert…

2) Wir sind gegen die Abberufung des Gen. Neumann. Aber wir sind auch gegen die Fehler, die er zuweilen macht. Ich meine die Konzeption von der „kurzen Perspektive", vom „Aufschwung" usw. Aus dem internen Brief an das Politbüro des ZK der KPD wirst Du ersehen, daß wir solchen Fehlern keinen Vorschub leisten. Übrigens wüßte ich gern Deine Meinung über den offenen Brief des Präsidiums des EKKI zur rechten Gefahr in der KPD und über den internen Brief an das Politbüro des ZK der KPD.[164] Es kann der Eindruck entstehen, daß wir mit diesen Briefen etwas spät dran sind. Aber das trifft nicht zu. Ich denke, daß die Briefe genau zum richtigen Zeitpunkt abgeschickt wurden. Warum haben wir uns mit diesen Briefen nicht beeilt? Weil wir wollten, daß das ZK der KPD auf eigene Initiative ernsthaft etwas zum Kampf gegen die rechte Fraktion und die Versöhnlergruppe unternimmt. Wenn das EKKI bestimmte eigene Schritte des ZK der KPD *billigt*, dann scheint mir das zweckdienlicher für die deutsche KP und für das EKKI zu sein, als wenn das EKKI das ZK der KPD zu dem einen oder anderen Schritt *drängen* muß.

3) Was alle möglichen Nebenfragen betrifft, die sich Dir zu diesem Brief stellen können, so findest Du die Antworten im Stenogramm der Reden auf dem Präsidium des EKKI am Tag der Annahme der beiden Briefe, sowohl des offenen als auch des geschlossenen. Ich und Molotov mußten dort ziemlich scharf auftreten und Humbert-Droz als Vertreter eines „feigen Opportunismus" (Versöhnlertum ist feiger Opportunismus) ans Kreuz schlagen.[165] Wir haben beschlossen, das Stenogramm mit diesen Reden an die Zentralkomitees aller großen Sektionen zu verteilen.

---

163 Sowohl Neumann als auch Lominadze intrigierten – vermutlich im Auftrag Stalins – gegen Bucharin, um seine Absetzung zu erreichen. Während Neumann nach Deutschland zurückging und dort politisch auf das Abstellgleis gestelt wurde, wurde Lominadze, der von 1930 an verstärkt eine Oppositionsrolle gegen Stalin einnahm, nach Transkaukasien abkommandiert. Neumann wurde 1937 in der Sowjetunion erschossen, der 36jährige Lominadze erschoss sich 1935 selbst. Siehe: Branko Lazitch, Milorad M. Drachkovitch: Biographical Dictionary of the Comintern, Stanford, CA., Hoover Institution Press, 1973, new, revised and expanded edition 1986 (Hoover Press Publication, 340), S. 273f.; Margarete Buber-Neumann: Kriegsschauplätze der Weltrevolution. Ein Bericht aus der Praxis der Komintern 1919–1943, Frankfurt am Main-Berlin-Wien, Ullstein, 1973, S. 104, 106f., 120, 211 (Ullstein-Buch. 3645); id., Die Erloschene Flamme. Schicksale meiner Zeit, München e.a, Langen Müller, 1976 (Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch Verlag, 1978, S. 149f.; Rupert W. Davies: "The Syrtsov - Lominadse Affair". In: *Soviet Studies* XXXIII (1981), No. 1, S. 29–50.

164 Gemeint ist der geschlossene Brief des Politsekretariats der Komintern vom 20.12.1928. Siehe Dok. 202.

165 Stalins Ausfall in seiner Rede im EKKI-Präsidium vom 19.12.1928 ist folgendermaßen protokolliert: „Man kann nicht ohne Empörung über diese Erklärung [von Humbert-Droz] reden. Das ist die

Damit soll es genug sein. Ich drücke Dir die Hand. Gruß an Teddy.

[Sign.:] Dein I[osif] St[alin]
22.12.28

feig-opportunistische Erklärung eines übergeschnappten Journalisten, der bereit ist, gegenüber der Komintern zum Verleumder zu werden, nur um die Rechten mit Advokatentricks herauszuhauen." (2. Rede des Genossen Stalin (…). In: Weber/Bayerlein: Der Thälmann-Skandal, S. 271–273, hier: S. 273). Auf dessen Anfrage teilt Humbert-Droz am 11.2.1929 Bucharin darüber hinaus folgendes mit: „In Beantwortung Ihrer Anfrage bestätige ich, daß während der Vorlesung meiner Erklärung, am Ende des Präsidiums über die deutsche Frage, ich durch einen Zwischenruf des Genossen Stalin unterbrochen wurde, der „poschel k tschwortu" [Gehe zum Teufel] zugerufen hat […]. Trotzdem, daß ich diese neue Art und Weise der Behandlung der ausländischen Genossen im Präsidium der Komintern seitens eines Vertreters des russischen Politbüros, als eine unerhörte, noch nie in der Geschichte der Komintern dagewesene Methode der Leitung seitens der WKP betrachte, habe ich nach diesem Zwischenruf des Genossen Stalin und den Zwischenrufen Molotows „licermernyi" [heuchlerisch] meine Erklärung ruhig und ungestört fortgesetzt." (Humbert-Droz an Bucharin, 11.2.1929. In: Ibid., S.298f.).

1929

Dok. 206

Arbeitsprogramm der deutschen Ländergruppe der Internationalen Leninschule für das erste Halbjahr 1929

Berlin, 1.1.1929

Typoskript in deutscher Sprache, ohne Datum, Auszug. RGASPI, Moskau, 495/292/46, 1–2. Erstveröffentlichung.

Arbeitsprogramm der deutschen Ländergruppe an der I.L.S.[1] *vom Januar bis Juni 1929.*

Zu behandelnde Themen:

I. Stellungnahme zur Gewerkschaftsfrage und zum Januar-Plenum des Z.K. der K.P.D.
II. Stellungnahme zu den Ergebnissen des österreichischen Parteitages (K.P.Oe.).
III. Stellungnahme zu Fragen der holländischen Partei (K.P.H.).
IV. Stellungnahme zu den Vorbereitungen des deutschen Parteitages (K.P.D.).
V. Stellungnahme zu den Ergebnissen des S.P.D.–Parteitages.
VI. Stellungnahme zur Frage des Einheitsstaates, wie sie vor der deutschen Partei steht.
VII. Stellungnahme zur deutschen Aussenpolitik.
VIII. Stellungnahme zur Agrar- und Bauernfrage, wie sie vor der deutschen Partei steht.
IX. Stellungnahme zu den Ergebnissen des deutschen Parteitages (K.P.D.). […]

Durchführung des Planes:

a.) Organisatorisch:
Die Ländergruppe tagt alle 14 Tage. Der Plan beginnt nach dem Stattfinden des Januarplenum des Z.K. der K.P.D., also ungefähr Ende Januar, Anfang Februar. Bis Ende Februar soll das I. Thema beendet und durchgearbeitet sein. Anfang März das II. Thema. Mitte März das III. Thema. Bis Anfang April das IV. Thema. Mitte April das V. Thema. Ende April das VI. Thema. Anfang Mai das VII. Thema. Mitte Mai das VIII. Thema. Bis Anfang Juni das IX. Thema. Bei wichtigen, neu auftauchenden Fragen, wird evtl. eine Umstellung erfolgen müssen. Das trifft auch auf die angeführten Themen selbst zu, da sie mehr oder weniger zeitlich von Konferenzen der Partei abhängen. […]

---

1 Es handelt sich um den ersten Halbjahreskursus an der Internationalen Leninschule. Seitens der KPD nahmen 33 Schüler teil, darunter Hermann Matern (Polsekretär Magdeburg), Paul Nischwitz (UB-Leiter Zwickau), Karl Olbrisch (RFB Gauleiter Berlin), Albert Janka (Redakteur, Erzgebirge), Fritz Selbmann (Gewerkschaftssekretär Ruhrgebiet), Willi Dolgner (UB Brandenburg) und Otto Wahls (Berlin) (RGASPI, Moskau, 495/293/107, 83–84).



Auf Vorschlag Pjatnitzkis und Jaroslavskijs beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion am 3.1.1929, die Frist für die definitive Stellungnahme und die Antwort an die „Rechten“ (Heinrich Brandler und August Thalheimer) auf den 15. Januar anzusetzen.[2]

Ebenfalls am 3.1.1929 erfolgte in einem Grundsatzbeschluss des Politbüros der KP der Sowjetunion eine Stärkung der Prärogative der OGPU gegenüber dem sowjetischen Außenkommissariat (nach einem Entwurf von Menžinskij). Die Verwendung von Informationen und Dokumenten der OGPU durch den außenpolitischen Apparat wurde mit Restriktionen belegt. Im konkreten Fall konnte die OGPU zukünftig über die Verwendung und die Bekanntgabe diesbezüglicher, aus ihren Quellen stammenden Informationen und Dokumenten eigenständig entscheiden, auch gegenüber den Botschaftern der UdSSR in den einzelnen Ländern.[3]

Einem weiteren Beschluss des Politbüros vom 7.1.1929 zufolge sollte Thälmann und Willi Leow als Führer des deutschen Roten Frontkämpferbundes übermittelt werden, dass aus Sicht der sowjetischen politischen Führung das Angebot des Roten Frontkämpferbunds nicht für opportun gehalten wurde, der Roten Armee Flugzeuge zu schenken. Es wurde darum gebeten, keinerlei Schritte in dieser Richtung zu unternehmen.[4]

Ebenfalls am 7.1.1929 beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion, „Tr.“, also Lev Trotzki, wegen „antisowjetischer Tätigkeit“ ins Ausland abzuschieben. Der hauptsächliche Organisator der Oktoberrevolution suchte zunächst auf der türkischen Insel Büyükada um Exil nach. 1940 wurde er auf Geheiß Stalins im mexikanischen Exil von einem NKWD-Agenten ermordet.[5]

Am 10.1.1929 bestätigte das Politbüro der KP der Sowjetunion das Budget der Komintern für 1928/1929 in Höhe von 1.277.500 Rubel, davon für das OMS 332.000 Rubel, für den Apparat des EKKI 888.000 Rubel. Für die zusätzlichen Kosten zur Durchführung des VI. Weltkongresses der Komintern wurden weitere 57.000 Rubel bewilligt.[6] Eine Woche später, am 17.1.1929, verabschiedete das russische Politbüro das Budget der Profintern in Höhe von 496.744 Rubel, mit einem Abzug von 100.000 Rubel, die vom Sowjetischen Zentralrat der Gewerkschaften (VCSPS) aufgebracht werden sollten.[7]

2 RGASPI, Moskau, 17/3/720, 13.
3 RGASPI, Moskau, 17/162/7, 21.
4 RGASPI, Moskau, 17/162/7, 26.
5 RGASPI, Moskau, 17/162/7, 26.
6 RGASPI, Moskau, 17/162/7, 27.
7 RGASPI, Moskau, 17/162/7, 29.

Dok. 207

Anweisungen der Kleinen Kommission der Komintern zur ultimativen Veröffentlichung von Presseartikeln

Moskau, 21.1.1929

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/7/5, 76. Erstveröffentlichung.

Protokoll Nr. 25
der Sitzung der Ständigen Kommission des Sekretariats des EKKI vom 21. Januar 1929.
Anwesend: Piatnitzki, Šmeral, Ulbricht, Heimo, herangezogen Martynow, Wasiljew, Galopin, Ulrich.

*Behandelt (*1. 408): [...] Frage der Verweigerung des französischen Verlages der KI einen von der Redaktion der KI[8] für Veröffentlichung bestimmten Artikel des Gen. Wasiljew abzudrucken.

Beschlossen: 1. Das ZK der KP Frankreichs, Englands und Deutschlands werden darauf aufmerksam gemacht, dass für die in der Zeitschrift der KI zu veröffentlichenden Artikel die Redaktion der KI verantwortlich ist. Falls das ZK mit einer oder anderer Stelle eines Artikels nicht einverstanden sein würde mit Rücksicht auf die innerparteiliche Lage, kann es der Redaktion der KI. Abänderungsvorschläge machen; dadurch kann aber die Veröffentlichung des Artikels keinesfalls verhindert oder verzögert werden. Die Verlagsabteilung wird beauftragt, sofort Massnahmen zu treffen, um ihre Auslandsabteilungen von den betreffenden Parteiverlagen abzutrennen. Die Leiter der Auslandsabteilungen der Verlagsabteilung sind ausschliesslich der Verlagsabteilung des EKKI unterstellt.

Abzuwarten auf die [an]gekündigte Motiwierung der Verweigerung des Abdruckes des Artikels von Wasiljew. Gen. Wasiljew soll doch sofort kleinere Verbesserungen (Angabe der Quellen, usw.) in seinem Artikel machen und dem Verlag in Paros [Paris] telegraphieren.

Nach Rückkehr des Gen. Kreps von seinem Urlaub, soll die Frage zur Behandlung gestellt werden, warum sieben Nummern der englischen Ausgabe der KI. nicht erschienen sind.

---

8 „KI“ für das Zentralorgan der Komintern, *Die Kommunistische Internationale*.



Am 31.1.1929 fasste das Politbüro der KP der Sowjetunion einen zustimmenden Beschluss zur Resolution vom 28.1.1929 über Heinrich Brandler und August Thalheimer. Am 29.12.1928 hatte sich die „Rechte Opposition" als Kommunistische Partei Deutschlands – Opposition (KPO) konstituiert. Brandler und Thalheimer wurden aus der VKP(b) ausgeschlossen, gleichzeitig erfolgte in den ersten Monaten des Jahres 1929 bis in die Regional- und Ortsorganisationen der KPD hinein der Ausschluss der „Rechten" und die Ausschaltung der „Versöhnler".[9]

Auf Vorschlag Pjatnitzkis fasste das Politbüro der KP der Sowjetunion am 21.2.1929 den Beschluss, dass die Komintern am Internationalen Antifaschistischen Kongress in Berlin offiziell teilnehmen sollte. Das EKKI sollte dafür Sorge tragen, dass die kommunistischen Parteien den Kongress bewarben und propagandistisch begleiteten. Der von Henri Barbusse eröffnete Kongress fand vom 9.–10. März im Großen Saal des Berliner Gewerkschaftshauses statt und führte zur Konstituierung des Weltkomitees. Es nahmen 314 Delegierte aus 23 europäischen Ländern und aus Übersee teil.[10]

Dok. 208

Telegraphische Bestätigung der Komintern über die Säuberungen und Ausschlüsse in der Roten Hilfe Deutschlands (RHD)

Moskau, 7.3.1929[11]

Telegrammformular, Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau, 495/292/44, 65–66. Erstveröffentlichung.

Telegramm
Deutsche Reichspost Berlin
Kommunistische Partei Deutschlands
Kl. Alexanderstr. 28

Politsekr[etaria]t bestatigt beschluss kommfraktion des sekr[e]t[ariats] der mopr betr abberufung schloehrs[12] als sekretaer der rhd[13] und seine verwendung durch die mopr stop die weigerung des genossen schloehr den beschluss durchzufuehren bedeutet

---

9 Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 17/3/724, 2–4. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 577–578.

10 Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 17/162/7, 35. Publ. in: Ibid., S. 579–580.

11 Datum nach Poststempel (mögl. auch 1.3.1929).

12 Jakob Schlöhr (1888–1956) war Sekretär der Roten Hilfe Deutschlands. 1928 seiner Funktion enthoben, wurde er 1929 als Vertreter der „Rechtsopposition" ausgeschlossen und ging zur KPO.

13 Die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) war seit 1924 (seit 1925 von Clara Zetkin geleitet) die nationale Sektion der Internationalen Roten Hilfe (IRH). Durch Intellektuelle und Künstler wie Heinrich Mann, Albert Einstein, Heinrich Vogeler u.a. unterstützt war ihre als „proletarisches Rotes Kreuz" definierte Aufgabe gleichwohl politischer Natur. Sie führte im besonderen den Kampf gegen die politische Unterdrückung und leistete Hilfe für die von staatlicher Repression Betroffenen. Darin unterschied sie sich von der IAH als „Proviantkontrolle des Proletariats". Siehe: Brauns: Schafft rote Hilfe; Hering/Schilde: Die Rote Hilfe.

einen schweren disziplinbruch stop weigerung von kommunistischen funktionaeren der rhd den beschluss des sekrt der mopr[14] durchzufuehren bestaetigt erneut dass einzelne genossen bestrebt sind den apparat der mopr im interesse der brandlergruppe auszunuetzen stop politsekrt verpflichtet zk der kpd dafuer zu sorgen dass die kommunistischen fraktionen in der rhd so zusammengesetzt werden dass die ausnutzung des rote hilfe apparates durch die brandlerorganisation unterbunden wird.
politsekretariat des ekki



Am 7.3.1929 verabschiedete das Politbüro der KP der Sowjetunion die Losungen zum zehnjährigen Jubiläum der Komintern. Der siebenseitige korrigierte Text ging zur Kennntnis an Chinčuk, Litvinov und Trilisser. Es befasste sich ebenfalls abschließend mit dem Programm der Kommunistischen Jugendinternationale.[15]

Dok. 209

Schreiben Ulbrichts an Leo Flieg über Kürzungen der finanziellen Zuschüsse der Komintern an die KPD

Moskau, 9.3.1929

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/292/44, 84. Erstveröffentlichung.

Lieber Leo [d.i. Leo Flieg].
In der heutigen Sitzung der Budget-Kommission wurde über die Herabsetzung der Zuschüsse für die Sektionen der K.I. beraten. Es hat sich herausgestellt, dass der Reservefonds der K.I. zu niedrig ist und insbesondere die erhöhten Ausgaben für die Arbeit in den Ostländern, Südamerika usw. nicht gedeckt werden können. Es liegt ein Vorschlag vor, den Etat der deutschen Partei um weitere 20.000 Rbl. zu kürzen. In ähnlicher Weise sollen die Etats der anderen Parteien gekürzt werden.[16]

Ich habe dagegen protestiert und die Frage wurde zur nochmaligen Beratung verlangt. Ich glaube aber, dass trotz aller Proteste von mir eine gewisse Kürzung beschlossen wird.

Besten Gruss
Walter.

---

14 MOPR (Meždunarodnaja Organizacija Pomošči Borcam Revoljucii) ist die russische Abkürzung für die Internationale Rote Hilfe (IRH). Siehe hierzu Dok. 155 u.a.
15 RGASPI, Moskau, 17/3/729, 5–7. Ohne Anhang publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 583–584.
16 Für das Jahr 1928 erfolgte seitens des sowjetischen Politbüros eine Aufstockung der Mittel für die kommunistischen Parteien (siehe PB-Beschluß vom 2.2.1928). Das Budget des EKKI für 1929 wurde um knapp eine halbe Million Rubel gekürzt (siehe PB-Beschluß vom 29.11.1928).

Dok. 210

Persönlicher Brief Voja Vujovićs aus der sowjetischen Verbannung an Jules und Jenny Humbert-Droz über die Folgen der Thälmann-Affäre

Saratov, 15.3.1929

Autograph in französischer Sprache. AHD, La Chaux-de-Fonds 0393. Deutsche Erstveröffentlichung. In französischer Sprache publiziert in: Bahne/Amo/Bayerlein: Archives de Jules Humbert-Droz, III, S. 158–160.

Saratov
Časovennaja 75 kv. 7
V.V.

Mein lieber Jules [Humbert-Droz],
Du wirst mich wohl entschuldigen wegen eines so langen Schweigens. Ich hoffe, dass ich es in keinster Weise nötig habe, Dir besonders zu versichern, dass der Grund für mein Schweigen keineswegs in der Tatsache zu suchen ist, dass du zu „einem schmutzigen Rechtsabweichler", „einem Provinzadvokaten" usw. usf. geworden bist. Die Drohung des „Meisters der Revolution" an Deine Adresse[17] (freie Diskussion, „*Samokritika*",[18] mein Lieber!) hat mich ebenfalls in keiner Weise erstaunt, genauso wie übrigens du selbst. Wie du weißt, sind wir weit davon entfernt, einer Meinung zu sein, was die politischen Ideen betrifft, für mich ist es jedoch sehr angenehm, festzustellen, dass ich mich nicht getäuscht habe, wenn ich Dich für einen Mann der Überzeugung hielt, der bereit ist, für seine Ideen zu kämpfen. Unglücklicherweise musste ich vor zwei Tagen feststellen, dass ich mich, was Ercoli [d.i. Palmiro Togliatti] und das italienische ZK angeht, schwer getäuscht habe. Ihre letzte Resolution ist – verglichen mit ihrem ursprünglichen Standpunkt – so flach, dass es Mitleid auslöst. Die letzte Partei der Kommunistischen Internationale, die eine gewisse Unabhängigkeit der Ideen zeigte und darauf stolz war, ist also wirklich dabei, sich mit einer ungeheuerlichen Geschwindigkeit zu peperisieren.[19] Die Spuren des unabhängigen Geistes, die Bordiga ihr einverleibt hatte, werden definitiv ausgerissen.[20] Schade um

---

17 Ironische Anspielung auf Stalin, der dem schweizer Kominternsekretär mit einigen Invektiven bedacht hatte, siehe Dok. 205.
18 *Samokritika* (russ.): Selbstkritik.
19 „Peperisieren" – sprachliche Verballhornung der Tätigkeit des für seinen Schematismus bekannten Kominterninstrukteurs John Pepper (Ps.), d.i. József Pogány.
20 Unter dem maßgeblichen Einfluss Togliattis erklärte sich das ZK der KP Italiens gegen Bordiga, Tasca und andere Opponenten mit dem Kurs Stalins und der Komintern-Führung in der Thälmann-Affäre solidarisch. Der Neapolitaner Amadeo Bordiga (1889–1970) war in der ersten Phase der Parteigeschichte zusammen mit Antonio Gramsci (1891–1937) wichtigster Repräsentant der KPI. Letzterer wurde unter Mussolini 1928 zu 20 Jahren Haft verurteilt und starb im Gefängnis. Bordiga prägte den

die Kommunistische Internationale. Denn, mit gehorsamen Dienern hat man noch nie Revolutionen gemacht. Welch ein Absturz, trotz alledem! Jedoch einmal auf dem Pfad Stalins engagiert, besitzt man keine Macht mehr, anzuhalten und man schluckt alle Schmutzigkeiten herunter, selbst wenn dies zu sehr nach Asien riecht.

Ich bin grundsätzlich gegen Eurer politisches Programm und das der Anderen auf der Rechten eingestellt und ich finde, dass man es mit all seinen Kräften bekämpfen muss.[21] Dafür jedoch muss man der Partei die Möglichkeit einräumen, zu erfahren, worum und um wen es geht, das Programm der Rechten genau kennenzulernen, aus unmittelbarer Quelle. Nur dann kann die Partei eine Prüfung vornehmen und sich frei über die bestehenden Meinungsunterschiede aussprechen. Genau dies fehlt jedoch. Man bekämpft euch mittels der „*prorabotka*".[22] Und man fragt sich immer stärker: wohin gehen wir?

Die Geschichte mit Trotzki, auf der anderen Seite, stellt etwas so Degoutantes, so Abscheuliches, so Schmutziges dar, dass sogar Jaroslavskij und Stalin darüber erröten sollten! Doch wie du siehst, ist das nicht der Fall. Jaroslavskij zufolge wartete Trotzki nur den geeigneten Zeitpunkt ab, um ins Ausland zu gehen und sich an die Bourgeoisie zu verkaufen! Das ist der Höhepunkt der Schweinerei! Und all das wird mit ernster Mine dem Proletariat offeriert – dem Hegemon der Revolution! Und die Allmacht des Apparats bewirkt, dass man alles schluckt, ohne einen Ton zu sagen! Wie widerlich ist das alles![23]

[...] Ich verbringe meine Zeit damit, den 5. Leninband zu übersetzen. Es wird noch einen Monat dauern. Unglücklicherweise bin ich physisch so geschwächt, dass ich kaum dazu komme, an mir selbst zu arbeiten. In Archangel'sk fühlte ich mich besser. Vom 1. März an hat man uns die Pension auf 6 Rubel 25 [Kopeken] im Monat gekürzt.

Respekt vor den demokratischen Freiheiten und die moskaukritische Haltung der ersten Jahre. Wie Gramsci hatte er das Politbüro der RKP(b) vor der Entfesselung eines „Bruderkampfes" in der kommunistischen Bewegung gewarnt. Zur "Kapitulation" Togliattis, der im Gegensatz zu Angelo Tasca die Wiedereinsetzung Thälmanns verteidigte, siehe u.a.: A. Tasca: Déclaration au Présidium du Comité Exécutif de l'Internationale Communiste sur l'Affaire Thälmann, publ. in: Bahne/Amo/Bayerlein: Archives de Jules Humbert-Droz, III, S. 87f.; vgl. Paolo Spriano: Storia del Partito comunista italiano. Bd. 2: Gli anni della clandestinità, Torino, Einaudi, 1969, S. 187ff. Zur Würdigung des Theoretikers Bordiga siehe zuletzt: Christian Riechers: Amadeo Bordiga. Unperson, Abweichler, Altmarxist [1992]. In: Id.: Die Niederlage in der Niederlage. Texte zur Arbeiterbewegung, Klassenkampf, Faschismus. Herausgegeben, eingeleitet und kommentiert von Felix Klopotek, Münster, Unrast-Verlag, 2009, S. 546–555. (Dissidenten der Arbeiterbewegung. 1).

21 Humbert-Droz war zunächst Anhänger Bucharins und wurde später zu den „Versöhnlern" gerechnet.

22 *„Prorabotka":* „Durcharbeitung", weiterer russischer Begriff für Selbstkritik.

23 Am 7.1.1929 beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion, den Schöpfer und Oberbefehlshaber der Roten Armee und Hauptorganisator der Oktoberrevolution wegen „antisowjetischer Tätigkeit" ins Ausland abzuschieben. Der zwangsexilierte Revolutionsführer und hauptsächliche Organisator der Oktoberrevolution fand von 1929–1933 in der Türkei Exil, wo er auf der Marmara-Insel Büyük Ada (griechisch: Prinkipo) lebte. Siehe Politbürobeschluß vom 7.1.1929.

Seit einigen Tagen hat man sie erneut auf 15 Rubel erhöht. Das macht keinen großen Unterschied. Sechs oder fünfzehn Rubel im Monat, dies bedeutet für die große Mehrheit der Deportierten gerade etwas, von dem man vor Hunger stirbt.[24] Bravo Stalin! Selbst Mussolini könnte Dich beneiden! Wenn die Bourgeoisie die Kommunisten auslöschen will, braucht sie ihnen gegenüber nur das gleiche Regime anzuwenden, das Stalin sich für die Bolschewki-Leninisten ausgedacht hat. Und sie wird es vermutlich nicht versäumen, diesem guten Beispiel zu folgen. […]

Feste brüderliche Grüße
Für Dich
Voja

Dok. 211

Brief von Josef Schneider an Remmele gegen den „Maulhelden" Max Hoelz

Berlin, 19.3.1929

Typoskript in deutscher Sprache, RGASPI, Moskau, 495/292/47, 24. Erstveröffentlichung.

Moskau den 19. März 1929

Lieber Hermann [Remmele],
Anbei sende ich Dir ein ganz vertrauliches Schreiben an das Polbüro und bitte Dich, unbedingt dafür zu sorgen, dass Hölz gezwungen wird, diese Gemeinheiten aus seinem Manuskript sofort zu entfernen.[25] Du bist ja zum Teil über den Anlass der Gerüchte unterrichtet. So kann es nicht weitergehen, dass Max Hölz einfach freie Hand gelassen wird und er die besten Genossen durch den Schmutz ziehen kann, nur um sich zu verherrlichen, wo doch seine Heldentaten zum grössten Teil in seiner Schnauze lagen. Ich werde ihm noch beweisen, dass er die Absicht hatte, schon nach dem ersten Verlust bei Halle den Kampf vollständig aufzugeben, wo unsere Genos-

---

24 Vujović gehörte zu den linken antistalinistischen Oppositionellen und war Anhänger Sinowjews. In der Komintern leistete er als einer der Letzten Widerstand gegen die Stalinisierung, bevor er 1928 in entferntere und zumeist unwirtliche Gegenden der Sowjetunion unter erniedrigenden Lebensbedingungen deportiert wurde. Stalin ließ später auch seine beiden Brüder umbringen und löchschte damit fast die gesamte Familie serbischer Revolutionäre aus. Siehe: Branislav Gligorijević: Izmedu revolucije i dogme. Voja (Vojislav) Vujović u Kominterni, Zagreb, Spektar, 1983 (Biblioteca Nasi ljudi u medunarodnom radnickom pokretu); Bahne/Amo/Bayerlein: Archives de Jules Humbert-Droz, III, S. 158–160, S. 699f.

25 Nach seiner Freilasung aufgrund einer Amnestie im Jahre 1928 erschienen 1929 die Memoiren von Hoelz in deutscher, russischer und tschechischer Sprache. Siehe: Max Hoelz: Vom ‚weißen Kreuz' zur roten Fahne. Jugend-, Kampf- und Zuchthauserlebnisse, Berlin, Malik-Verlag, 1929.

sen im Leunawerk von der blutdürstigen Soldateska eingeschlossen waren.[26] Genosse Thielmann aus Bitterfeld und ich waren es, die ihn veranlassten, diesen feigen Verrat aufzugeben. Die Glorifizierung dieses Maulhelden muss doch einmal ein Ende haben, wenn er dazu übergeht, ohne Rücksicht auf die Partei, aus reinem Egoismus, lügnerische Sachen zu verbreiten, welche dazu angetan sind, die russische Partei zu diskreditieren.[27]

Mit kommunistischem Gruss
[sign.] Joseph Schneider

26 Joseph Schneider (1882–1939 im Gulag) war 1921 Mitglied des nach dem Einmarsch der Reichssicherheitspolizei mit Vertretern der VKPD, der KAP und Betriebsräten gebildeten Aktionsausschusses im Mansfeld. Hoelz bezeichnete ihn als seinen Stellvertreter. In Hoelzs Memoiren findet sich immer noch folgende Passage über Schneider: „Es war zum Schreien komisch, wenn dieser auffallend kleine, überfette Mensch in einem kleinen Wanderauto, das er irgendwo requiriert hatte, durch die von streikenden Arbeitern angefüllten Straßen fuhr. Wer ihn nicht persönlich kannte, mußte ihn für einen kapitalistschen Ausbeuter halten.“ (zit. nach: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 811).

27 Im Vorwort zu den 2005 erschienen Tagebüchern von Hoelz findet sich bei Ulla Plener eine weniger negative Lesart des Kampfes von Hoelz: “Max Hoelz, der sich im Mansfeldischen an die Spitze der – zwölf Tage dauernden – bewaffneten Kämpfe der Arbeiter gesetzt hatte und dabei vor Gebäudesprengungen, Geiselnahme, Lebensmittel- und Geldbeschlagnahmungen u. ä. m. nicht zurückschreckte, wurde im April gefaßt, im Juni vor ein Sondergericht gestellt und zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Seine mutige Rede vor Gericht, in der er die Bourgeoisie und die ihr dienende Weimarer Justiz scharf angeklagt hatte, beendete er mit dem Ruf: Es lebe die Weltrevolution! Der Urteilsverkündung begegnete er mit den Worten: Es kommt der Tag der Freiheit und der Rache – dann werden wir die Richter sein!“ (Plener: Max Hoelz, S. 13). Eine skeptische Haltung gegenüber der Person Hoelzs dominierte jedoch auch innerhalb der KPD- und Komintern-Führung. Bereits im Herbst 1922 informierte Karl Radek die Exekutive der Komintern über krankhafte Züge von Hoelz, auch im Gefängnis („Gefangene in Muenster haben sich bei der Partei sehr ueber Hoelz beschwert, dass er auch ihnen gegenueber sehr hochmuetig und schroff aufgetreten sei, er habe ihnen auch ins Essen gespuckt“). Hoelz‘ Artikel, „die tatsächlich die Partei blamieren können“, sollten „nicht ohne weiteres abgedruckt werden.“ (Dok. 73). Am 22.3.1929 sandte Ulbricht folgendes Schreiben an das Parteisekretariat: „*Betr. Memoiren Hölz:* Ich habe Euch bereits mitgeteilt, dass der hiesige Verlag gegen einzelne Stellen in dem Buch von Hölz Bedenken hat. Soweit ich informiert bin, sind im Verein mit Hölz von Euch im ursprünglichen Manuskript eine Reihe Korrekturen vorgenommen. Es ist notwendig, diese Korrekturen auch auf die russische Ausgabe zu übertragen. Sorgt bitte dafür, dass die Agitpropabteilung diese Angelegenheit beschleunigt erledigt.“ (RGASPI, Moskau, 495/292/44, 87).

Dok. 212

Brief Čičerins an Stalin zur Kritik am Kriegsgefahrsyndrom und den außenpolitischen Vorgaben der Deutschlandpolitik der Sowjetunion

Berlin, 22.3.1929

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 558/2/48, 5–7. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Kvašonkin/Chlevnjuk/Koševeva u.a.: Bol'ševistskoe rukovodstvo, S. 68–72. Auszugsweise in deutscher Sprache publ. in: Besymenski: Stalin und Hitler, S. 107–108.

Sanatorium Grunewald (bald: Wiesbaden)[28]
22.III.29

Verehrter Genosse,
[...] Wenn Sinowjew auf dem August-Plenum 1927 die kolossale Dummheit äußerte, dass sich „Deutschland umorientiert hat",[29] heißt das nicht, dass unsere Presse diesen Unsinn wiederholen und [damit] unsere Lage verschlechtern sollte. Die deutschen Kommunisten hätten es sehr gerne, dass sich unsere Beziehungen zur deutschen Regierung verschlechtern würden, da sie zur Zeit erfolglos agitieren, aber wir können doch unsere Beziehungen zu Deutschland nicht verschlechtern, bloß um ihnen und dem August-Sinowjew damit einen Gefallen zu tun. Gen. Stoecker sagte über das Memorandum von Groener (das im nicht sinnentstellten Wortlaut für uns ziemlich günstig ist)[30] im Reichstag, dass man sich unter der Möglichkeit eines Krieges gegen Polen die Vorbereitung eines Krieges gegen die UdSSR vorzustellen habe. Nun, was für eine Idiotie! Der ganze Reichstag hat gelacht.

In unseren Moskauer Auftritten wird davon geredet, dass sich die Gefahr eines Krieges zwischen den *kapitalistischen Staaten und somit* auch diejenige eines Überfalls auf uns verschärft hat. Was für ein Unsinn, wie kann man solche Sachen erzählen!! Dank des Krieges *zwischen kapitalistischen Staaten* haben wir die Macht erobert und gefestigt, und jegliche Verschärfung der Antagonismen Deutschland – Entente,

28 In dem im Berliner Grunewald gelegenen Sanatorium starb Franz Mehring im Januar 1919.
29 Gemeint ist, dass sich das Deutsche Reich gegen die Sowjetunion umorientiert, d.h. den Kurs der Zusammenarbeit beendet habe, was jedoch nicht zutraf.
30 In einem vertraulichen Memorandum, das wenig später als Sensation in London veröffentlicht wurde, hatte Reichswehrminister General Wilhelm Groener im November 1928 den Bau eines „Panzerschiffes" befürwortet. Dabei ging es um eine Stärkung der Beziehungen zwischen Staat und Armee, im besonderen betrachtete Groener dies als Schutz im Falle einer Bedrohung der deutschen Neutralität durch eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Drittstaaten sowie der Möglichkeit eines polnischen Militärschlags gegen Ostpreußen. Dies war der Ausgangspunkt für die Mobilisierung der Öffentlichkeit und der – gescheiterten – Kampagne der KPD für ein Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau. Als erstes Panzerschiff wurde 1931 die „Deutschland" gebaut (siehe Dok. 197 u.a.; vgl. B.J.C. McKercher/Roch Legault (Hrsg.): Military Planning and the Origins of the Second World War in Europe, Westport CT, Praeger, 2001, S. 63).

Frankreich – Italien, Italien – Jugoslawien, England – Amerika bedeutet eine *Verbesserung* unserer Lage, eine *Verringerung* der Gefahr für uns. […]

Meine Isoliertheit, mein Einsiedlerleben bewahrt mich vor der kritischen Position zwischen zwei Feuern – einerseits die spartanischen Zirkulare der Z[entralen] K[ontroll]K[ommission], andererseits die sich objektiv aus den Anforderungen der internationalen Lage zwingend ergebenden Anforderungen. „Schlichtheit, die Achtung erzeugt" – das ist die spartanische Hauptformel der Gen. Molotov und Ordžonikidze (Sparta in das Europa des 20. Jahrhunderts verpflanzen?). Wenn die ZKK mir befehlen wird, mich in die Hand zu schnäuzen, so werde ich mich in Stresemanns Salon in die Hand schnäuzen, ich werde jedoch nicht nur keine Achtung bei ihm hervorrufen, sondern auch unsere internationale Position zunichtemachen. Auch ohne mich in die Hand zu schnäuzen, konnte ich mich über all die Jahre hinweg davon überzeugen, dass unsere Schlichtheit und Armut keine „Achtung", sondern Spott erzeugen und unserer wirtschaftlichen und politischen Kreditwürdigkeit schadet, denn wir führen Handel mit der Bourgeoisie, und die Kredite erhalten wir auch von der Bourgeoisie, und nicht von den Komparteien. Oder brauchen wir weder Handel noch Kredite??? Müssen wir denn nicht Verbindungen aufbauen, um [feindlichen] Manövern gegen uns vorzubeugen?????? Sogar mein ziemlich taktvoller Arzt hat sich auf eine feine und vorsichtige Art, in angebrachter Form über kleinbürgerliche Aspekte meines Lebenswandels lustig gemacht. Soll daraus kleinbürgerliches Spartanertum werden??? Meine Krankheit rettet mich vor diesen schädlichen Folgen,[31] und ich nähere mich glücklich dem sich aus den Zirkularen der Gen. Molotov und Ordžonikidze ergebenden Idealzustand… Selbstisolierung, die von den Moskauer Gesandten des 17. Jahrhunderts in so hervorragender Weise erreicht wurde;[32] diese waren allerdings nicht auf Kredite des sündigen Westens angewiesen.

Also, jetzt steht mir Wiesbaden bevor.[33] Die große Hoffnung. Alles ist jedoch umsonst, wenn [zugleich] die Zerstörung des [Volks-]Kommissariats [für Äußeres] bewerkstelligt wird. Insofern sollte man mich jetzt besser in Pension schicken und mir die Möglichkeit geben, mich in Ruhe irgendwo in Tiflis den Todeskrämpfen hin-

31 Während anfänglich häufig eine „politische Krankheit" kolportiert wurde, verschlimmerte sich Ende der 1920er Jahre der Gesundheitszustand Čičerins immer stärker, der an Nerven- und Darmentzündungen (Polyneuritis, Kolitis) litt. Er wurde 1930 als Volkskommissar des Äusseren durch seinen bisherigen Stellvertreter Maksim Litvinov ersetzt. Er starb am 7. Juli 1936 in Moskau (siehe: Thomas: Georgi Tschitscherin, S. 261).

32 Außer handelspolitischen Beziehungen mit England und den Niederlanden hatte sich das Zarenreich im Rahmen seiner Isolierungspolitik westlichen Kontakten weitgehend verschlossen. Erst im 18. Jahrhundert wurde dies mit Peter dem Großen (1689–1725) und Katharina II. (1762–1796) aufgebrochen.

33 Čičerin unterzog sich in Wiesbaden einer weiteren Kur. Er logierte im Hotel und Badhaus „Vier Jahreszeiten" gegenüber dem Kurhaus. Nach der Zerstörung im Krieg wurde es als Appartmenthaus wieder aufgebaut (Thomas: Georgi Tschitscherin, S. 257f. u.a.).

zugeben. Später wird man auf meinen Grabstein schreiben: „Čičerin, ein Opfer der Kürzungen und Säuberungen".

Meine schrecklichsten Ängste werden durch unsere Zeitungen hervorgerufen. [...]

Mit kommunistischem Gruß
ČIČERIN.[34]

Dok. 213

Instruktionen Ulbrichts im Namen der Komintern und der KPD zur neuen Gewerkschaftstaktik

Moskau, 25.3.1929

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/292/44, 95. Erstveröffentlichung.

Telegramm
Deutsche Reichspost
Kommunistische Partei Deutschlands
Kl. Alexanderstr. 28

beschluss politsekr[etaria]t der richtlinienvorschlag des zk der kpd in der frage der organisatorischen zusammenfassung der ausgeschlossenen in seinen punkten 1 und 2 sofort durchzufuehren[35] durchfuehrung der uebrigen punkte die sich auf die erhebung von beitraegen beziehen sollen aufgeschoben werden bis das praesidium des

---

34 Stalin antwortete darauf am 31.5.1929: „Ich denke, ungeachtet einiger Taktlosigkeiten, die unsere Leute gegenüber den Deutschen geäußert haben (die Deutschen sind gegenüber der UdSSR nicht weniger taktlos), laufen unsere Beziehungen recht gut. Sie brauchen dringend Großaufträge für die Industrie – unter anderem, um die Reparationen zahlen zu können. Solche Aufträge liegen natürlich nicht auf der Straße, und von uns können sie, wie bekannt, nicht wenige erhalten. Mit den Deutschen müßte es vorangehen. Es wäre nicht schlecht, den Konservativen bei den Wahlen einen Denkzettel zu verpassen. Eine stabile Mehrheit werden sie offenbar nicht bekommen, wenn überhaupt. Eine Niederlage der Konservativen hätte enorme Bedeutung für Europa im allgemeinen und für uns im besonderen." (Besymenski: Stalin und Hitler, S. 116).

35 Infolge der Verselbständigung der KPD-Gewerkschaftspolitik in Form eigener Fraktionen, „Kampfleitungen" und einer generellen Verschärfung der Oppositionsbewegung innerhalb der Gewerkschaften erfolgten ab März 1929, beginnend mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV), Ausschlüsse von KPD-Gewerkschaftern und Betriebsräten, die auf Separatkandidaturen und den Faschisierungsvorwurf gegenüber der mehrheitlich sozialdemokratischen Führung nicht verzichteten. Tatsächlich verlor die KPD durch den Kurs auf die Gewerkschaftsspaltung, angetrieben durch Ulbricht und dem Leiter der Gewerkschaftsabteilung des ZK, Paul Merker, sogar bisher erreichte Positionen in Berlin und im Ruhrgebiet (Ruhrbergbau). Seit Sommer 1929 erfolgte dann mit dem Aufbau der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) der definitive Bruch und zugleich das Eingeständnis der Unmöglichkeit, „(...) den Gewerkschaftsapparat ‚von innen heraus' zu erobern." (siehe: Müller: Lohnkampf, S. 87f., 97f.).

ekki im zusammenhang mit vorbereitung des ekkiplenums zu den gewerkschaftsfragen im zusammenhang stellung genommen hat.[36] – ulbricht + zk kpd ekki+

Dok. 214

Anweisungen des Sekretariats der KPD an die Bezirksleitungen zur Demonstration am 1. Mai und zum Kampf gegen das Parteiverbot

[Berlin], 28.3.1929

Typoskript in deutscher Sprache. HSTA Hannover. 80 Hildesheim II, Nr. 585 Vol. V. Polizeiliche Abschrift, R. Ko. 1831/29. Veröffentlicht in: Weber: Die Generallinie, S. 5–9.

Rundschreiben No. 16/29. Anweisungen des Sekretariats.

[...] 1. Zur propagandistischen Führung des Kampfes gegen die drohenden Verbote.[37] Wir verweisen auf das Rundschreiben des ZK vom 25. März ds. Js.,[38] in dem die allgemeinen Richtlinien unseres Kampfes gegen den verschärften Unterdrückungsfeldzug der Bourgeoisie und der SPD enthalten sind [...] Für die richtige propagandistische Führung dieser Massenmobilisierung sind folgende Punkte zu beachten:

1. Die verschärften Unterdrückungsmaßnahmen sind nicht Ausdruck der Stärke der Bourgeoisie, der Festigkeit der kapitalistischen Stabilisierung, sondern im Gegenteil: Anzeichen der verschärften Gegensätze und Widersprüche, der wachsenden Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung, Abwehrmaßnahmen der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie gegen die steigende revolutionäre Welle. Unsere Propaganda muß daher einen kraftbewußten, stolzen, siegessicheren Ton haben, nicht Klagen über den Angriff der Bourgeoisie, sondern entschlossener Wille zur Abwehr und verschärftem Gegenangriff.

2. Jeder Schlag gegen KPD und RFB ist ein Schlag gegen die gesamte Arbeiterklasse. Zweck der Maßnahmen ist, den steigenden Kampfwillen der Massen, der in den Wirtschaftskämpfen und Betriebsrätewahlen zum Ausdruck kommt, zu brechen.

---

36 Das X. EKKI-Plenum (Moskau, 3.-19.7.1929) bekräftigte die Notwendigkeit einer „selbständigen Führung“, was eine Spaltung der Gewerkschaften nicht ausschloss. Es zeigte sich jedoch teilweise flexibler als die KPD-Führung (Siehe: Protokoll. 10. Plenum des Exekutivkomitees, S. 903f., 921f. u.a.)

37 Der preußische Innenminister Grzesinski (SPD) hatte am 23.3.1929 in einem öffentlichen Aufruf angekündigt, „gegen die radikalen Organisationen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln rücksichtslos ein[zu]schreiten (...)“. *Expressis verbis* zielte er damit auch auf politische Parteien, einschliesslich „öffentlicher Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge, die eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen [...].“ (Weber/Wachtler: Die Generallinie, S. 1, hier der Verweise auf: “Eine letzte Warnung“. In: Vorwärts, Nr. 141, 24.3.1929.

38 Siehe: Rundschreiben an alle Bezirksleitungen und Redaktionen. In: Weber/Wachtler: Die Generallinie, S. 1–5.

Darum richten wir an die Massen den Appell: Schützt und stärkt Eure Kampforganisationen!

3. Jedes Zurückweichen vor den Verboten, jede Unterwerfung unter das Polizeidiktat lockert unsere Verbindung mit den kampfgewillten Massen. Eine Taktik des Rückzuges würde die Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie erleichtern. Entschlossener Widerstand, kühne Durchbrechung des Demonstrationsverbotes auf der Basis breitester Massenmobilisierung muß die Polizeimaßnahmen unwirksam machen.[39] Unser Ziel ist nicht, durch polizeifrommes Verhalten Verbote zu vermeiden, sondern durch revolutionäre Massenarbeit die Maßnahmen des Klassenfeindes möglichst zu erschweren und zu durchkreuzen. Der Grundton unserer Propaganda muß sein: Der revolutionäre Klassenkampf, der Kommunismus kann nicht verboten werden!

4. Der Kampf für die Rechte der Arbeiter gegen die drohende faschistische Diktatur wird geführt nicht im Zeichen der Verteidigung der Demokratie, der Weimarer Verfassung, sondern im Zeichen des revolutionären Klassenkampfes für die Diktatur des Proletariats.

Entsprechend diesem Grundgedanken empfehlen wir den Protestversammlungen und Demonstrationen folgende Losungen:

Arbeiter, verteidigt und stärkt Eure Kampforganisationen! Hinein in die KPD! Hinein in den RFB!
Die SPD will den Klassenkampf verbieten, die KPD führt den Kampf der Arbeiterklasse!
Volle Arbeitsruhe am 1. Mai – Am 1. Mai Straße frei!
Nieder mit dem neuen Sozialistengesetz!
Der Kommunismus kann nicht verboten werden!
Was Bismarck und Seeckt nicht vollbrachten, werden Hermann Müller und Grzesinski nicht vollbringen!
Die Koalitionspolitik ist der Weg zum Faschismus, die Diktatur des Proletariats ist der Weg zum Sozialismus!
Die Verbote gegen die revolutionären Arbeiterorganisationen dienen der Vorbereitung des imperialistischen Krieges!
Kämpft gegen die Kriegshetzer, für die Verteidigung der Sowjetunion!
Im Auftrage des Kapitals hetzen SPD-Minister die Polizei gegen die Arbeiter! Nieder mit dem Polizeisozialismus![40]
Heraus aus der SPD, der Partei des Arbeiterverrats!

39 Die hier geforderte Taktik der „Durchbruchskämpfe" war mitverantwortlich für die Katastrophe am Berliner „Blutmai" des 1. Mai 1929. Siehe hierzu Dok. 222.
40 In der Vorlage heißt es fälschlicherweise „Polizeispezialismus".

Arbeiter im Reichsbanner, laßt Euch nicht von den Koalitionsgenossen der Stahlhelmführer gegen die Arbeiter hetzen, kämpft in den Reihen des RFB gegen den Faschismus!
Die KPD kämpft für den Achtstundentag und Lohnerhöhung, darum soll die KPD verboten werden!
Nur die KPD vertritt die Interessen der Erwerbslosen, darum soll die KPD verboten werden!
Der RFB kämpft gegen den imperialistischen Krieg, darum soll der RFB verboten werden!
Es lebe die Kommunistische Partei!

Dok. 215

Anweisungen des Politsekretariats der Komintern zur Vorbereitung des Internationalen Tages gegen den imperialistischen Krieg

Moskau, 2.4.1929

Typoskript in deutscher Sprache. Schweizerisches Bundesarchiv, Bern J.II 94, 751.[41] Erstveröffentlichung.

Vertraulich!
2.4. 1929
Anweisungen des Politsekretariats des EKKI über die Vorbereitung des Internationalen Tages gegen den imperialistischen Krieg.

Der *Internationale Tag des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg* ist auf den 1. August festzusetzen. Dieser Tag und die Vorbereitungen sind zur Desorganisierung des „Pazifistischen" Tags auszunutzen, der von der Sozialdemokratie am 4. August veranstaltet wird.[42]

Für den Charakter und den politischen Inhalt des Tages sollen folgende Losungen massgebend sein:

Gegen den imperialistischen Krieg, Kampf gegen ihn mit allen Mitteln. Lasst uns zu seiner Verwandlung in den Bürgerkrieg rüsten, Verteidigung der USSR. Unterstützung der revolutionären Bewegung in den Kolonien. Nieder mit den pazifistischen Illusionen. Nieder mit der Sozialdemokratie, die 1914 das Proletariat verraten hat und

41 Laut den RGASPI-Überlieferungen wurde das Dokument in der Sitzung des Politsekretariats vom 25.3.1929 angenommen. Eine Abschrift des ansonsten identischen Dokuments siehe: RGASPI, Moskau, 495/3/96, 81–85.
42 Am 4.8.1914 bewilligte die Reichstagsfraktion der SPD die Kriegskredite und wurde damit Kriegspartei.

die ein aktiver Faktor der Vorbereitung des neuen imperialistischen Krieges ist. Zersetzung der imperialistischen und faschistischen Streitkräfte, Schaffung von proletarischen Selbstschutzorganisationen, Kampf gegen den Faschismus. [...]

2./ Formen der Kampagne zum *Internationalen Tag gegen den imperialistischen Krieg:* Massenversammlungen und Meetings, Strassendemonstrationen, eintägiger Demonstrationsstreik oder mehrstündige Arbeitseinstellung, je nach der konkreten Situation; dabei ist der Vorbereitung von Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen in Militärbetrieben (Metallindustrie, chemische Werke) besondere und erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden, ebenso auch den strategischen Eisenbahnknotenpunkten und Kriegshäfen. Beteiligung von Soldaten und Seeleuten an Demonstrationen und Versammlungen, Organisierung der Klassenverbrüderung zwischen Arbeitern und Soldaten bei Kundgebungen; überall, wo es möglich ist, sind in Kasernen und auf Schiffen an diesem Tage Massenkundgebungen und Arbeitsniederlegungen zu organisieren (Verweigerung des Exerzierens, Umzüge, revolutionäre Lieder usw.), Organisierung von Kundgebungen und Umzügen ehemaliger Kriegsteilnehmer, Kriegsopfer (Invaliden und Krüppel), von Frauen und Kindern. Austausch von Arbeitsdelegationen zwischen verschiedenen Ländern zur Beteiligung an Versammlungen und Demonstrationen. In Ländern, wo ausländische Arbeiter eine grosse Rolle spielen (Frankreich), ist der Agitation unter Ihnen und ihrer Organisierung zum Internationalen Tag gegen den imperialistischen Krieg besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.[43] [...]

4./ Vorbereitung des *Internationalen Tages gegen den imperialistischen Krieg:*

a) Schaffung eines internationalen Antikriegs-Fonds für Agitation und Propaganda. – durch Sammlung minimaler Beiträge in den Betrieben.

b) Mobilisierung der Massen auf dem Boden der Organisierung einer Einheitsfront von unten in Betrieben und auf dem Lande; die Kommunisten haben an sozialdemokratische und parteilose Arbeiter in den Betrieben die Aufforderung zu richten, eine gemeinsame Organisation zum Kampfe gegen den imperialistischen Krieg zu schaffen. [...]

c) Gründliche Ausnützung der kommunistischen und Gewerkschaftspresse zu Agitations- und Propagandazwecken; Herausgabe spezieller populärer Broschüren über die Vorbereitung des Krieges durch die kapitalistischen Staaten, sowie über Vorbereitung der Anti-Sowjetattacke, über Militäretats, über das Rüstungsfieber, sowie von Aufdeckung von Geheimnissen inbezug auf neue Rüstungen, insbesondere auf chemischem Gebiet.

---

43 Frankreich hatte bei der Arbeitsmigration in Europa eine Vorreiterrolle inne. Durch die Kriege 1870/71 bzw. in Folge des Ersten Weltkriegs war es dort zu einem regelrechten Engpass bei den qualifizierten Arbeitskräften gekommen, was durch Zuwanderung kompensiert werden sollte. Im Zuge dieser Politik wurden Anwerbeabkommen u.a. mit Italien, Polen und der Tschechoslowakei abgeschlossen.

d) Mobilisierung der Kommunistischen Parteien, systematische Arbeit zur Vorbereitung der Parteien und der Arbeiterklasse zu einer Aktion gegen den Krieg durch Beleuchtung einer Reihe theoretischer und taktischer Probleme des Kommunistischen Kampfes gegen den Krieg (Generalstreik – auf Grund der Erfahrungen des Bürgerkriegs in Russland und späterer Aufstände soll lebendiges und konkretes Material über Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg vorbereitet werden), systematische Arbeit zur Organisierung der revolutionären Kräfte in den Betrieben der Kriegsindustrie, [...]

e) Organisierung einer Agitationskampagne im internationalen Masstab; Reisen führender Genossen, wie z. B. Thälmann, Cachin, Pollit[t], Doriot, Sémard usw., nach verschiedenen Ländern, um am *Internationalen Tag gegen den imperialistischen Krieg* in Versammlungen und Meetings aufzutreten.

f) Organisierung (durch das Westeuropäische Büro)[44] einer Reihe von Konferenzen zwecks Ausarbeitung praktischer Massnahmen zur Heranziehung verschiedener Organisationen zur Vorbereitung des *Internationalen Tags gegen den imperialistischen Krieg*, KJV.,[45] IRH., IAH., RGI., Antiimperialistische Liga, Freunde der Sowjetunion,[46] Bauerninternationale, Bund ehemaliger Kriegsteilnehmer,[47] Antifaschistisches

44 Es handelt sich um das Westeuropäische Büro der Komintern (WEB), das im Sommer 1927 als exterritoriales Organ des Politsekretariats der Komintern des EKKI gegründet wurde (zunächst in Brüssel, später in Berlin, siehe Dok. 25.8.1927 PB). Als weniger bürokratisch und näher an den Parteien angesiedelt als der Moskauer Apparat zielte es vor allem auf den Kampf gegen die Oppositionsbewegungen innerhalb der kommunistischen Parteien in den westeuropäischen Parteien. Dem italienischen Vertreter bei der Komintern, Angelo Tasca, zufolge handelte es sich um ein Fraktionsorgan für die Interessen der Stalin-Fraktion zur Absicherung ihrer Interessen (Archives Tasca, 26.12.1928. In: Giuseppe Berti (Hrg.): I primi dieci anni di vita del Partito Comunista Italiano. Documenti inediti dell'archivio Angelo Tasca. In: *Annali della Fondazione Feltrinelli* VIII (1966), S. 241–1079, hier S. 612; vgl. dagegen: Richard Gyptner: Das Westeuropäische Büro der Kommunistischen Internationale (1928–1933). Erinnerungen an Georgi Dimitroff. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (1963), Nr. 3, S. 481–489). Nach Manuilski in der Anfangszeit leitete in den Jahren 1929–1933 Dimitrov das Sekretariat, mit Richard Gyptner als Sekretär. Das Büro verfügte über einen eigenen Apparat von Instrukteuren, es stand mit den kommunistischen Parteien Westeuropas und Amerikas in Verbindung, denen sie die in Moskau getroffenen Entscheidungen übermittelte (Bayerlein: Transnationale Netzwerke und internationale Revolution).

45 KJV: Gemeint ist hier ide Kommunistische Jugend-Internationale (KJI).

46 Die sogenannten Freundesorganisationen waren ein wichtiges und konstantes Element im Rahmen des weltweit organisierten Sympathienetzes für die Sowjetunion. Sie gingen aus der IAH bzw. den Hilfskomitees für das hungernde Russland hervor und wurden später durch die Arbeiterdelegationen in die Sowjetunion und weitere kulturelle Netzwerke ausgeweitet. Seit Mai 1928 auch organisatorisch im Internationalen Bund der Freunde der Sowjetunion zusammengefasst (Presseorgan *Der drohende Krieg)*, wurden sie zu einem operativ bedeutsamen Faktor in den von der VKP(b) und Komintern durchgeführten Propagandakampagnen des Stalinismus. Als weiterer Zweig waren die Gesellschaften der Freunde der Sowjetunion für den Kulturaustausch mit der Sowjetunion zuständig.

47 Bund ehemaliger Kriegsteilnehmer: Gemeint ist die im Juni 1920 gegründete Internationale der Kriegsopfer und ehemaligen Frontkämpfer (IAC), maßgeblich durch die französische ARAC (Association républicaine des anciens combattants) mit starker Beteiligung der KP Frankeichs mit Henri

Büro,[48] Antimilitaristische Frauenorganisationen, Freidenker-Internationale,[49] verschiedene Organisationen in den Kolonien usw. Ausarbeitung von Arbeitsplänen für diese Organisationen durch deren kommunistische Fraktionen. Diese Arbeitspläne sind von einer vom EKKI-Präsidium eingesetzten Kommission zu erörtern.

g) Einberufung von Vorbereitungskonferenzen bestimmter Gruppen von Ländern, wo die Verhältnisse analoge sind, zur Vorbereitung und Durchführung des *Internationalen Tags gegen den imperialistischen Krieg*; [...]

h) Ausnützung von Genossenschafts- und Sportorganisationen zur Vorbereitung und Durchführung des *Internationalen Tages gegen den Krieg*.

i) Systematische Ausnützung neuer Agitations- und Propagandamethoden (Radio und Kurzwellen). [...]

5.) Es sind Massnahmen zu ergreifen, um die antimilitaristische Arbeit zu verstärken.

6.) Die Agitpropabteilung, die Orgabteilung und die Frauenabteilung des EKKI[50] sowie das E.K. der KJI. Haben unverzüglich alle Massnahmen für die Vorbereitung

---

Barbusse als erstem Vorsitzenden (als Variante findet sich die Bezeichnung: Internationale Bewegung ehemaliger Kriegsteilnehmer (IVGK). Wichtigste Mitglieder der ca. 100000 Mitglieder (1930) umfassenden IAC mit Sitz in Berlin waren die Vereinigungen des Internationalen Bundes in Deutschland, der Zentralverband bzw. die Reichsvereinigung in Österreich sowie die Organisationen in der Tschechoslowakei, Bulgarien, Jugoslawien und den USA (siehe: Internationale Kriegsopfer-Konferenz gegen den Abbau der Sozialpolitik, Köln, 27.-29.6.1925. Herausgegeben vom Exekutivkomitee der Internationale ehemaliger Frontkämpfer und Kriegsopfer, o. O. (Berlin) o.D. (1925); Bayerlein: Transnationale Netzwerke und internationale Revolution).

48 Antifaschistisches Büro: Gemeint ist das Internationale (Variante: Europäische) Antifaschistische Büro, das auf dem Internationalen Antifaschistischen Kongress (9./10. März 1929) in Berlin konstituiert wurde, was wiederum auf einen Beschluss des VI. Weltkongresses der Komintern zurückging. Trotz der Bekenntnisse zum Antifaschismus änderte der Kongress nichts an der Sozialfaschismuspolitik. Siehe: Elfriede Lewerenz: Der Internationale Antifaschistenkongreß 1929 in Berlin. In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* XXXI (1989), Nr. 2, S. 157–172;.

49 Freidenker-Internationale: Gemeint ist die im Juni 1925 gegründete Internationale Proletarischer Freidenker (IPF), („Freidenkerinternationale“) mit Sitz in Berlin und Wien. Sie war zunächst von der Komintern unabhängig und pluralistisch, erst nach der im Rahmen des „Sozialfaschismus“ durchgesetzten Spaltung 1930 wurde sie enger an der Komintern bzw. dem sowjetischen Freidenker- und Gottlosenverband ausgerichtet, dessen Vorsitzender Emel'jan Jaroslavskij war. Als Voraussetzung für die „Bekämpfung der geistigen Rückständigkeit der Arbeiterbewegung“ gehörten die „Bekämpfung von Religion und Nationalismus als den wirksamsten ideologischen Kräften der Reaktion“ und der „Kampf gegen Klerikalismus und Chauvinismus“ zu ihren hauptsächlichen Zielen (siehe Poltbürobeschluß vom 6.4.1928). Mitglieder des kominterntreuen Sekretariats nach der Spaltung der Internationalen waren Hans Meins, Berlin (Generalsekretär), Levasseur (Frankreich) und Grunwald (Tschechoslowakei), grosse Bedeutung hatte Aleksandr Lukačevskij, der den 3,5 Millionen Mitglieder umfassenden russischen Verband repräsentierte. Siehe: Die revolutionäre Einheit marschiert! Protokoll des IV. Kongresses der IPF (Internationale Proletarischer Freidenker in Tetschen-Bodenbach, 14.–15.11.1930, Berlin, Verlagsanstalt der Proletarischen Freidenker, o.o. (Düsseldorf), o. D. (1930).

50 Nach der Gründung des *Internationalen Frauensekretariats* der Komintern (IFS) zur Zeit des II. Weltkongresses der Komintern auf einer ersten improvisierten Konferenz 1920 wurde das Sekretariat

dieser Kampagne zu ergreifen und auf Grund obiger Vorschläge Aufrufe und Direktiven für die Kommunistischen Parteien auszuarbeiten.[51]

Dok. 216

Der Rote Frontkämpfer-Bund zur Übergabe eines „würdigen Geschenks“ an das „proletarische Vaterland“ anlässlich des 10jährigen Jubiläums der Komintern

Berlin, 23.4.1929

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/293/106, 1. Erstveröffentlichung.

Roter Frontkämpfer-Bund
Bundesführung: Berlin SO 16, Brückenstraße 6a II[52]
Sekretariat Wy/A. Berlin, am 23. April 1929.

An das Präsidium des Exekutivkomitées der Kommunistischen Internationale, *Moskau*.

Werte Genossen!
Die letzte Reichsführerkonferenz des Roten Frontkämpferbundes beauftragte die Bundesführung, anlässlich des 10 jährigen Bestehens der Kommunistischen Internationale[53] ein dem RFB würdiges Geschenk dem proletarischen Vaterland zu überwei-

---

1922 nach Berlin verlegt. Zu den Mitarbeiterinnen gehörten neben Clara Zetkin C.G.L. Alexander, Marthe Bigot, Varsenika Kasparova, Aleksandra Kollontaj, Rosa Montefiore und Henriette Roland-Holst. Im Zuge der „Bolschewisierung“ des internationalen Kommunismus erfolgte dann die Auflösung des IFS als eigenständiger „Zentralleitung“ und ihre Umwandlung in die *Frauenabteilung* des EKKI innerhalb des Leitungsapparates in Moskau, die ihrerseits 1935 aufgelöst wurde. Die Frauenpolitik folgte auf eine spezifische Weise den Meandern der Komintern, die im Rahmen ihrer Stalinisierung zum Resonanzboden der sowjetischen Politik geworden war. Siehe: Bayerlein: Zwischen Internationale und Gulag.

51 Angesichts der massiven, breiten und internationalen Kampagne entsprachen die Ergebnisse des 1. August als internationalem Antikriegstag in Paris (“völliges Scheitern“) und Berlin nicht den hochgesteckten Erwartungen. Die Losungen der Komintern bezeichnete der sowjetische Volkskommissar des Äusseren, Čičerin, selbst als “Abenteuer, Doping, Bluff“ (Dok 228; vgl. auch: Philippe Robrieux: Histoire Intérieure du Parti Communiste Français, vol. 1, S. 338ff.

52 Roter Frontkämpferbund: Größerer Briefkopf.

53 Nach den Zehnjahresfeiern zum Jubiläum der Oktoberrevolution 1927 war das Zehnjährige Jubiläum der Komintern Anlass zu einer breiten, von der Agitprop-Abteilung der Komintern zentralisierten Kampagne. Die Feiern u.a.m. zum 10jährigen Komintern-Jubiläum waren, jedoch viel weniger umfangreich. In Moskau fand eine Ausstellung statt, auf der EKKI-Sitzung vom 1.7.1929 liess sich Stalin persönlich zum Berichterstatter zur Feier des Jubiläums machen, die unter dem Banner des „Sieges des Sozialismus“ in der UdSSR stattfand (siehe: Jean-Jacques Marie: Staline, Paris, Editions du Seuil, 1967, S. 350 (L‘histoire immédiate).

sen. Die Bundesführung, die zu diesem Antrag Stellung nahm, fasste den Beschluss, 4 Lastkraftwagen, 1 für Leningrad, 1 für Moskau, einen für Charkow und einen für Rostow a.D. beim V. Reichstreffen feierlichst zu übergeben.[54]

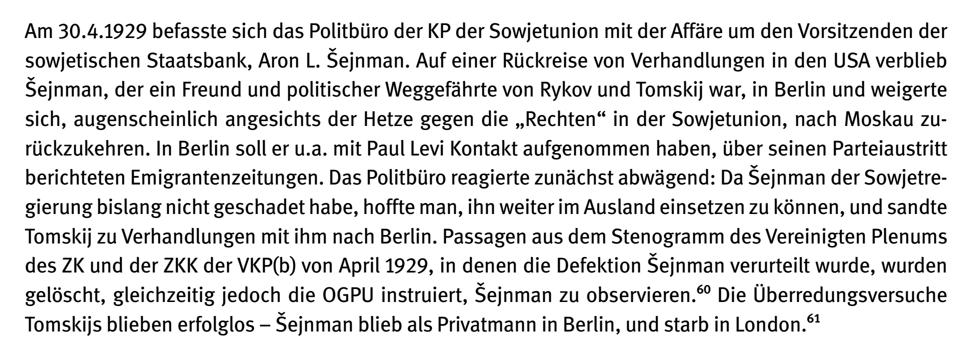
Wir bitten Euch nun, dafür Sorge zu tragen, dass der Transport von Hamburg möglichst zu dieser Zeit mit russischem Dampfer erfolgen kann. Da, wie uns die Hamburger Organisation informierte, sehr oft russische Schiffe im Hafen liegen, ist es sicherlich ein leichtes, Anweisung zu geben, dass diese Wagen mit dem russischen Schiff befördert werden.

Ausserdem bitten wir um Mitteilung, welcher Vertreter des EKKI das Geschenk übernehmen wird. Über letzteres können wir mit der Zentrale der deutschen Partei verhandeln. Das Wichtigste ist, dass Ihr für die Transportmöglichkeit sorgt.

Mit *Rot Front!*[55]
[sign.:] Willy Leow.[56]



Von April bis Mai 1929 befasste sich das Politbüro der KP der Sowjetunion in mehreren Sitzungen mit den finanziellen und Wirtschafts- und geheimen Militärbeziehungen zu Deutschland, darunter am 16.4.1928 und am 30.4.1929[57] sowie am 25.4.1929 durch Instruktionen an Stomonjakov für die Kreditverhandlungen mit der deutschen Seite (Schlesinger). Der von Deutschland zu erbetende Kreditrahmen wurde auf „500–600 Millionen Mark" festgelegt.[58] Am 16.4.1929 war die Bildung einer „absolut geheimen" Kommission zu den Kreditverhandlungen erfolgt, die mit Mikojan, Stomonjakov, Ruchimovič, Aralov, Pjatakov, Šlejfer, Rozengol'c, Roizenman, Sulimov und Frumkin hochkarätig besetzt war.[59]



Am 30.4.1929 befasste sich das Politbüro der KP der Sowjetunion mit der Affäre um den Vorsitzenden der sowjetischen Staatsbank, Aron L. Šejnman. Auf einer Rückreise von Verhandlungen in den USA verblieb Šejnman, der ein Freund und politischer Weggefährte von Rykov und Tomskij war, in Berlin und weigerte sich, augenscheinlich angesichts der Hetze gegen die „Rechten" in der Sowjetunion, nach Moskau zurückzukehren. In Berlin soll er u.a. mit Paul Levi Kontakt aufgenommen haben, über seinen Parteiaustritt berichteten Emigrantenzeitungen. Das Politbüro reagierte zunächst abwägend: Da Šejnman der Sowjetregierung bislang nicht geschadet habe, hoffte man, ihn weiter im Ausland einsetzen zu können, und sandte Tomskij zu Verhandlungen mit ihm nach Berlin. Passagen aus dem Stenogramm des Vereinigten Plenums des ZK und der ZKK der VKP(b) von April 1929, in denen die Defektion Šejnman verurteilt wurde, wurden gelöscht, gleichzeitig jedoch die OGPU instruiert, Šejnman zu observieren.[60] Die Überredungsversuche Tomskijs blieben erfolglos – Šejnman blieb als Privatmann in Berlin, und starb in London.[61]

---

54 Die Reichsführerkonferenz des Roten Frontkämpfer-Bundes (RFB) fand im November 1928 statt. Das 5. Reichstreffen fand im März 1928 in Hamburg als Internationale Kundgebung statt. Am 3.5.1929 wurde der RFB in Preußen und am 10.5.1929 im ganzen Reich verboten. Siehe Finker: Geschichte des RFB, S. 151–202; Voigt: Kampfbünde, S. 495–500.

55 Stempel: Roter Frontkämpfer-Bund e.V. Bundesführung: Berlin SO 16, Brückenstraße 6a II.

56 Daneben handschriftlicher Eintrag: „Durch Verbot [des RFB] entfällt diese Angelegenheit."

57 APRF, Moskau, 3/64/656, 121, 177. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, II, Dok. 142 und 144.

58 RGASPI, Moskau, 17/162/7, 73. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 188–189.

59 RGASPI, Moskau, 17/162/7, 70. Publ. in: Ibid., S. 187.

60 RGASPI, Moskau, 17/162/7, 75.

61 Näheres zur „Affäre Šejnman" siehe Genis: Nevernye slugi režima, S. 577–593.

Am 3.5.1929 beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion auf Anregung Vorošilovs, Oberst Erich Kühlenthal, auf der Basis der gemeinsamen Abmachungen, als einen der Zuständigen für die geheime Kooperation mit der Roten Armee seitens der Reichswehr, in die Sowjetunion einreisen zu lassen. Dazu sollte der deutschen Seite erklärt werden, warum eine erste Anfrage negativ beschieden wurde.[62]

Dok. 217

Beschlüsse des Politbüros der KP der Sowjetunion zu den Maiereignissen in Berlin

Moskau, 9.5.1929

Typoskript in russischer Sprache, RGASPI, Moskau, 17/3/739, 2. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache veröffentlicht in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 589–590.

[Behandelt:]
7) Über die Ereignisse des 1. Mai in Berlin (Gen. Stalin)[63]

[Beschlossen:]
a) Die Direktive für eine breite Kampagne von Demonstrationen des Mitgefühls mit den Berliner Arbeitern zu erteilen.[64]

---

62 RGASPI, Moskau, 17/162/7, 76.

63 Die spektakulären Ereignisse am 1. Mai 1929, der in Berlin mit 33 Toten und 198 Schwerverletzten zum “Blutmai” entartete, waren als vorläufiger Abschluß und eine Art Konsekration des „Stalinisierungs“-Prozesses der Komintern konzipiert. Die Polizei machte von ihrem Schiessbefehl extensiven Gebrauch und die Nationalsozialisten gaben ihrer Befriedigung Ausdruck (Bowlby). Die KPD hatte nach Instruktionen der Komintern und revolutionspolitischen Übersteigerungen, die eher Aufrufen zum Bürgerkrieg entsprachen, den Gewalteinsatz mit zu verantworten, übernahm jedoch keinerlei Verantwortung. Das Spiel mit dem Bürgerkrieg wurde zum Krieg auf Kosten der organisierten Arbeiterbewegung (siehe auch die Einschätzung Čičerins (Dok. 222)). Der Aussenkommissar der UdSSR spricht von Bluff und „empörendem Unsinn“ der *Pravda* („So führt man die Komintern ins Verderben.“). Siehe hierzu auch den Text von Jakov Drabkin in Bd. 1; zum Berliner Blutmai siehe: Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 141f.; Thomas Kurz: „Blutmai“. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929. Mit einem Geleitwort von Heinrich August Winkler, Berlin-Bonn, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., 1988; Chris Bowlby: Blutmai 1929. Police, Parties and Proletarians in a Berlin Confrontation. In: *The Historical Journal* 29 (1986), Nr. 1, S. 137–158.

64 In einer Polemik gegen Heinrich Ströbel über die Berliner Maiopfer 1929 schrieb der Schriftsteller und Publizist Kurt Tucholsky: „Nach Lektüre der blutdürstigen Telegramme aus Moskau ist zu sagen: Wenn die Herren in Moskau die Lage in Deutschland nicht sehen; wenn sie nicht wissen, wo der Kapitalismus hier wirklich steht; wenn sie, belogen und blind, die deutsche Innenpolitik derart verkennen, dabei an heftigem Größenwahn noch die Kirche übertreffend – so ist das traurig genug. Daß die deutschen Arbeiter aus Moskau Geld und Anweisungen bekommen, habe ich immer für gut und richtig gehalten – daß diese Weisungen in der letzten Zeit jämmerlich schlecht sind, haben wir zu

b) In breiter Form in der *Pravda* und anderen Zeitungen Resolutionen der Arbeiter zu veröffentlichen.
c) eine Sammlung zugunsten der Familien der Opfer und der entlassenen Arbeiter durchzuführen.
d) den Aufruf des Westeuropäischen Büros zu veröffentlichen.[65]
e) dem Politsekretariat des EKKI vorzuschlagen, auf Grundlage der Materialien, über die wir verfügen, einen entsprechenden Aufruf veröffentlichen.[66]



Am 9.5.1929 sprach das Politbüro der KP der Sowjetunion den Redaktionen der *Pravda* und der *Komsomolskaja pravda* einen Tadel aus, da sie am 8.5.1929 einen Artikel von Sinowjew und Kamenev zu den Berliner Ereignissen abgedruckt hätten.[67] In dem (nur von Sinowjew unterzeichneten) Artikel hatte sich dieser zwar scharf gegen die Sozialdemokratie, Levi und Brandler gewandt, jedoch auch eine als indirekt zu verstehende Kritik geäußert: „Die Kommunisten können noch nicht eine so große Mehrheit der Berliner Arbeiter hinter sich bringen, dass die s[ozial]d[emokratischen]-Führer nicht zu schießen wagten." Hauptaufgabe der KPD sei die Organisierung der Massen und, wenn die Zeit gekommen sei, auch der Revolution (G. Sinowjew: Značenie berlinskoj maevki, *Pravda*, 8.5.1929). Darüber hinaus erklärte sich das Politbüro auf Vorschlag Stalins für außerstande, sich in die Affäre der Rehabilitierung der Genossen Kamenev und Sinowjew einzumischen. Die von beiden eingereichten Erklärungen vom 8.5.1929 sollten den Autoren zurückgegeben werden.[68]

Dok. 218

Informationen über die Internationale Leninschule in Moskau aus Anlass der Einführung von Neunmonatskursen

Berlin, 9.5.1929

Typoskript in deutscher Sprache, RGASPI, Moskau, 495/292/46, 12–13. Erstveröffentlichung.

An das ZK der K.P.D.,

Werte Genossen!
An der Internationalen Lenin-Schule werden gemäss dem Beschluss des Politischen Sekretariats des EKKI vom 3. Mai 1929 kurzfristige Kurse für die Sektion der Komintern organisiert.

---

bedauern." (Kurt Tucholsky: Das Märchen von Berlin. In: Id.: Gesammelte Werke. Bd. 7: 1929, Reinbek bei Hamburg, Rowohlt, 1989, S. 78).
65 Ein Aufruf des WEB vom 8.5.1929 forderte zur Vorbereitung des 1. August 1929 als Tag des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg auf.
66 Ein entsprechender Aufruf der Komintern wurde zwar in der Russischen Delegation des EKKI besprochen, jedoch nicht veröffentlicht (Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 145).
67 RGASPI, Moskau, 17/3/739, 2.
68 Ibid.

Aber ehe wir Euch über Ziele und Aufgaben der kurzfristigen Kurse berichten, halten wir es für notwendig, Euch nochmals die Internationale Lenin-Schule in Erinnerung zu bringen.

Diese Schule ist bekanntlich im Zusammenhang mit dem Beschluss des V. Komintern-Kongresses über die Bolschewisierung der kommunistischen Parteien und in Zusammenhang mit dem Problem des Funktionärstamms organisiert worden, das, wie der VI. Kongress der Komintern konstatierte, eine der wichtigsten, allen kommunistischen Parteien gestellten Probleme ist.

Die zweijährige Arbeit der Schule und die Entlassung des I. Jahrgangs der Studenten lässt darauf schliessen, dass die Lenin-Schule als ein Mittel für die Unterstützung der Sektionen der Kommunistischen Internationale auf dem Gebiete der Lösung der genannten Probleme sich durchaus bewährt hat und in dieser Sache eine ungeheure Rolle spielen kann;[69] die Schule sichert jedem Studierenden: 1. Vertiefung der organisatorisch-politischen Erfahrung der Parteiarbeit, 2. Erweiterung des politischen Gesichtsfeldes und 3. eine theoretische Basis, die für das Eindringen des Leninismus in den grundlegenden Stamm der Partei notwendig ist.

Das erste Kontingent der Studierenden und die Arbeit der Genossen, die die Schule absolviert haben, zeugen davon, dass die Schule den Parteien theoretisch gut ausgebildete Genossen mit breiterem Blickfeld und besseren Voraussetzungen für eine richtige Einschätzung und Lösung der aktuellen Probleme in ihren Parteien, als vor dem Eintritt in die Schule, gegeben hat. Daher müssen wir die Frage, ob die Ergebnisse es rechtfertigen, dass die Partei zwei Jahre lang ihre verantwortlichen Mitarbeiter entbehren muss, folgendermassen beantworten: Natürlich ist es ein grosses Opfer für die Partei, einen verantwortlichen Mitarbeiter zwei Jahre lang entbehren zu müssen, aber es muss konstatiert werden, dass die die Schule absolvierenden Parteifunktionäre mit vollem Recht behaupten können, dass der von der Schule erhaltene Nutzen diesen Ausfall vollkommen deckt. Die Vorbereitung theoretisch ausgebildeter Kaders für jede Partei kann nicht eine Frage von einigen Monaten sein. Es ist daher durchaus unerlässlich, wenigstens eine höhere Parteischule für alle Sektionen zu haben,[70] die die Möglichkeit eines fundamentalen, tiefen Studiums mit einer möglichst breiten Erfassung der Fragen der Theorie und Politik bietet.[...]

---

69 Am 1. Januar 1929 setzte bereits der dritte Kursbeginn der in einem Rundschreiben des EKKI erstmals so genannten „Internationalen Lenin-Schule" ein, zu dem die Schüler spätestens am 15.-20. Dezember 1928 in Moskau sein mußten. Zum Beginn der ILS siehe Dok. 182.

70 Bereits 1922 hatte die KPD-Führung eine Parteischule eingerichtet (Klaus Kinner: Anfänge der zentralen Schulungsarbeit der KPD. Die Parteischule von 1922. In: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald* 29 (1980), 1, S. 49–55). Das V. EKKI-Planum (1925) verpflichtete die grösseren Sektionen erstmals zum Aufbau „einer *zentralen Parteischule* (in Form eines zwei- bis neunmonatigen Kurses)". Anfang 1926 wurden zwei "Elementarkurse" eingerichtet, einer davon sollte die Mitglieder „(...) ausführlich und gründlich mit der Lehre Lenins von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande vertraut (zu) machen" (Günter Hortzschansky (Hrsg.): Ernst Thälmann. Eine Biographie, Berlin (-Ost), Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Dietz, 2. Aufl.

Die Dauer der Kurse wird auf 9 Monate festgesetzt. Vom 1. September 1929 bis 1. Juli 1930. Der KPD sind, laut Beschluss des Politischen Sekretariats, 10 Plätze zur Verfügung gestellt. Da Ihr eine Parteischule habt, in der alljährlich mittlere Parteifunktionäre ausgebildet werden, halten wir es [für] am zweckmässigsten, wenn nur Genossen *nicht unter dem Bezirksleiter oder Zeitungsredakteur* zu den Kursen geschickt werden. Wir meinen, dass, da die Partei jetzt 40 Arbeitskräfte erhält, die Auswahl von 10 qualifizierten praktischen Funktionären (gegenwärtig Angestellte) nicht so schwierig sein wird.[71]

Wir möchten Eure Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit der Auswahl der Kursanten vom Standpunkte der Festigung der *wichtigsten Industriezentren* richten. Unserer Auffassung nach wäre es am zweckmässigsten, 10 Genossen aus dem Ruhrgebiet, Hamburg, Halle, Schlesien und Niederrhein für ein halbes Jahr von der Arbeit wegzunehmen um dann diese wichtigsten Gebiete mit theoretisch geschulten Arbeitskräften auszurüsten. Wir überlassen Euch die Entscheidung dieser Frage, da wir der Ansicht sind, dass in der Frage der Auswahl der Kursanten eine Zersplitterung vermieden werden müsste, da man nicht *gleichzeitig* alle Bezirke mit der Lenin-Schule versorgen kann.

9.V.1929



Auf Anfrage des ZK der Internationalen Roten Hilfe (E. Stasova) beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion am 16.5.1929, materielle Hilfe an die Opfer der Maiereignisse in Berlin zu gewähren. Dabei sollte höchstens eine Summe von 100.000 Rubeln in Valuta zur Verfügung gestellt werden.[72]

Am 23.5.1929 befasste sich das Politbüro der KP der Sowjetunion erneut mit dem Aufruf des EKKI zum Antikriegstag in Berlin. Der Beschluss lautete, den Vorschlag der russischen Delegation im EKKI vom 14.5.1929 gutzuheißen, der es als unnötig betrachtete, neben dem Aufruf des WEB (augenscheinlich vom 8.5.1929) einen weiteren, gesonderten Aufruf des EKKI herauszubringen.[73]

1980, S. 294). Qua Beschluss des EKKI-Sekretariats vom 15.6.1936 wurde die Einrichtung „Zentraler Parteischulen bei den ZKs der legalen kommunistischen Parteien" zur Pflicht (Adibekov/Sachnazarova/Sirinja: Organizacionnaja struktura Kominterna, S. 208).

71 Am 25. Oktober 1929 wurde dem EKKI vom Politbüro des ZK der VKP(B) „erlaubt", das Lehrprogramm der *Lenin-Schule* „durch Einführung neuer Militärdisziplinen zu erweitern". Darüber hinaus sollten „polnische Instrukteurs-Kurse mit einer Studienzeit von neun Monaten und einer Teilnehmerzahl von 30 Hörern" eröffnet werden, dasselbe für 50 Deutsche mit einer Studienzeit von fünf Monaten (Adibekov/Sachnazarova/Sirinja: Organizacionnaja struktura Kominterna, S. 171).

72 RGASPI, Moskau, 17/162/7, 80. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, 590–592.

73 RGASPI, Moskau, 17/3/741, 5–6. Den Beschluss der Delegation der VKP(b) im EKKI siehe: RGASPI, Moskau, 508/1/83. Beides publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja: Politbjuro i Komintern, S. 593.

Am 30.5.1929 beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion diverse Maßnahmen, um nachzuverfolgen, wie es im Presseorgan der sog. „rechten Opposition“ der KPD („Brandlerianer“) zum Abdruck einer Resolution des ZK-Plenums der VKP(b) vom April 1929 kommen konnte. Pjatnitzki und Manuilski wurden damit beauftragt, die Affäre zu überprüfen, die Resolution des Plenums abdrucken zu lassen, und über die Reaktionen zu berichten.[74] Am gleichen Tag beauftragte das Politbüro Molotov mit der Zusammenstellung und der Redaktion der Kommentare zum Programm der Komintern. Nachdem das Programm bereits vom Politbüro am 13.9.1928 behandelt wurde, ging es nun offensichtlich darum, es erneut mit der stalinistischen Lesart kompatibel zu machen.[75]

Dok. 219

Brief des Parteibezirks Nordwest der KPD an Wilhelm Pieck über die Affäre des verschwundenen Fischdampfers *Scharnhorst*

[Berlin], 12.6.1929

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/292/47, 10. Als letzter Teil eines 9-seitigen Briefdokuments. Erstveröffentlichung.

Werter Genosse Pieck!
Wir legen hier grösstes Gewicht darauf, dass wir aus der Defensive bezüglich Affäre „Scharnhorst“ herauskommen.[76] Es ist möglich, sowohl was Zeit und auch Geld

---

74 RGASPI, Moskau, 17/3/742, 5–6. Publ. in: Ibid., S. 593–594.
75 RGASPI, Moskau, 17/3/742, 6. Publ. in: Ibid., S. 594.
76 Über die Hintergründe der „Affaire Scharnhorst-Bremen“ informierte Ulbricht im Namen der deutschen Vertretung bei der Komintern am 23.7.1929 das Außenkommissariat der UdSSR: „Am 7. November 1927 fuhr der Fischdampfer Scharnhorst aus Wesermünde zu einer Reise nach dem Weissen Meer zum Fischfang aus. Besatzung 13 Mann, grösstenteils aus Bremerhaven u. Wilhelmshaven. Reiseroute um Norwegen/Nordkap herum ins Nördliche Eismeer, zwischen Noweja, Sölmja [d.i. Novaja Zemlja] und Kola hindurch zur Halbinsel Kaminskaje-Semlja. Spätestens Anfang Dezember hätte ‚Scharnhorst‘ wieder in Wesermünde sein müssen, er kam nicht zurück, sondern blieb verschollen. Am 19. Mai 1928, also 6½ Monate später sichtete der Norwegische Dampfer Veslekari, Kapitän Rekdal den gestrandeten ‚Scharnhorst‘ an der Küste Kanin-Noss [d.i. Kap Kanin] unter N 68 Grad 20 og [sic, norwegisch „und“] O 46 Grad 17. Alles sah aus, als ob das Schiff längst von der Mannschaft verlassen war, nichts gab Andeutung von dem Schicksal der Mannschaft. Kapitän Rekdal meinte, dass die Besatzung kaum ertrunken sein könne und gab genauen Bericht dem deutschen Konsul in Tromsö (Norwegen). Später tauchten dann in der deutschen Presse, besonders in der SPD Presse Gerüchte auf, dass in der Gegend des Kap Kanin ein Volksstamm wohne, der in der Kultur weit zurück sei und eine Art Seeräuberstaat für sich bilde. Diese Russen hätten das deutsche Schiff ‚Scharnhorst‘ beraubt und die Mannschaft eingekerkert und zwar in einem grossen Klostergefängnis in Solovetsch [Solowezki], wo sie noch heute gefangen sitzen soll. [...] Die Angehörigen haben nun die Hoffnung, dass die Besatzung noch lebt und unternehmen alle Schritte, um Klarheit zu schaffen. Die SPD nutzt diese Geschichte aus.“ (Walter Ulbricht: An das Aussenkommissariat der UdSSR, Moskau, 23.7.1929, RGASPI, Moskau 495/292/48, 60).

anbetrifft, die „Scharnhorst“ Frage hier im Bezirk aufzurollen und eine Wendung zu unseren Gunsten herbeizuführen. Wir schlagen Euch deshalb konkret vor:

Der Genosse Plenge, der im nördlichen Russland längere Jahre lebte, wird von Leningrad die Murman-Bahn benutzen bis Kjem. Kjem ist eine Station der Murman-Linie und liegt gegenüber der Inselgruppe Solovetsch [d.s. die Solowezki-Inseln]. Ihr braucht Euch um die Finanzierung dieser Reise nicht zu kümmern, sondern nur Eure Unterstützung in bezug Einreise und Empfehlungen geben. Das Nähere könnte auf dem Parteitag besprochen werden. Es muss alles vermieden werden, was dazu führen könnte das „Seeräubergeheimnis“ um „Scharnhorst“ zu einem „ewigen“ [...] für die Sozialfaschisten zu gestalten.[77] Es ist für uns offenkundig, das die hiesigen Sozialfaschisten aus der weissgardistischen Quelle in Finnland schöpfen, um Hass namentlich unter der hiesigen Seemannsbevölkerung gegen Sowjetrussland und gegen die KPD. zu säen. In der Hoffnung, dass Ihr die Sache als wichtig genug anseht und in der Erwartung, dass Ihr uns unterstützt,[78] damit wir einen kräftigen Gegenhieb gegen die bürgerlichen und sozialdemokratischen Schwindler führen können, verbleiben wir mit

kommunistischem Parteigruss![79]
[sign.]: i.A. Plenge[80]

---

77 Der „Vorwärts“ griff wie andere Medien auf, dass entgegen den Ergebnissen des Seeamtes Bremerhaven vom 19.3.1928 das Schiff nicht infolge Sturmeinwirkung untergegangen bzw. verschwunden sei. Dabei wurde immer wieder auf das „Piratennest Solowetz im Weißen Meer“ als „Die Insel der Seeräuber“ rekurriert, von der sozialdemokratischer Seite stärker auf eine Implikation sowjetischer Behörden. Tatsächlich liegen die Solowezki-Inseln auf der keine „Seeräuber-Republik“, sondern ein Lager für besondere Verwendung für Oppositionelle und später Arbeitslager der GPU im Rahmen des Gulag eingerichtet wurde, ca. 600 km vom Strandungsort der „Scharnhorst“ an der Ostküste der Halbinsel Kanin entfernt. Der KPD-Bezirk Nordwest schrieb am 26.6.1929 an das ZK: “Mit dem Fall “Scharnhorst“ treibt die gegnerische Presse, vor allem natürlich die der SPD, eine auf lange Sicht berechnete Kriegshetze gegen die Sowjet-Union, gestützt auf weissgardistisches Material aus Finnland. Stellt Euch nun vor, dass 13 Familien in jeder Woche einmal schwarz auf weiss lesen, dass die Verschollenen in der Sowjet-Union festgehalten werden. Es ist jetzt so weit, dass diese 13 Familien mit ihren Bekannten eine regelrechte Organisation darstellen. Organisator ist Jeske – Wilhelmshaven (Schwager des finnischen Weissgardisten), Gewährsmann des Auswärtigen Amtes – Berlin, der kürzlich die Verhaftung Tschitscherins forderte.“ (RGASPI, Moskau 495/292/47, 17). Neben dem „Vorwärts“ transportierte die „Deutsche Fischerei-Zeitung“ die Gerüchte, nach denen „(...) die Besatzung der Scharnhorst sich hinter russischen Kerkermauern befinden muß.“ Der Artikel endete allerdings mit der Bemerkung der Redaktion: „Uns will die Angelegenheit doch etwas aprilmäßig anmuten.“ (Die „Scharnhorst“-Tragödie im Reichstag. In: *Deutsche Fischerei-Zeitung*, 13.1.1931).

78 Kurz nach dem 12.6.1928 wurde in einem weiteren Brief die Reiseplanung von Plenge für Juli 1928 konkretisiert und auf rasches Handeln gedrängt, um eine Aufklärungskampagne zu starten (RGASPI, Moskau 495/292/47, 10). Trotz der Befürwortung durch die deutsche Vertretung wurde die Reise nach Ablauf von mehr als zwei Monaten durch das sowjetische Außenkommissariat nicht gestattet (siehe Dok. 226).

79 Stempel: Kommunistische Partei Deutschlands. Bezirk Nordwest Bezirkssekretariat.

80 Oskar Plenge (1890 Northeim – 1944 Leipzig infolge Krankheit nach KZ-Haft) war zu dieser Zeit Chefredakteur der Bremer „Arbeiterzeitung“, KPD-Abgeordneter der Bremer Bürgerschaft (bis 1928),



Am 6.6.1929 erfolgte die Bestätigung der Absetzung Bucharins als verantwortlichem Leiter der Komintern durch das Politbüro der KP der Sowjetunion, zusammen mit einem Beschluss über die Art und Weise, wie dies in der Komintern publik gemacht werden sollte. Formell erfolgte ein Beschluss über die Entscheidung der Delegation der VKP(b) im EKKI vom 30.5.1929 zur Durchführung der vom Aprilplenum des ZK der VKP(b) verfügten Absetzung Bucharins. Der Beschluss, der ausschließlich Molotov zur Kenntnis gebracht werden sollte, lautete: „Zur nächsten Sitzung des Präsidiums des EKKI dem Präsidium die Entscheidung des vereinigten Plenums des ZK und der ZKK über die Absetzung des Gen. Bucharin von der Arbeit in der Komintern mitzuteilen und dem Präsidium vorzuschlagen, ihn von seiner Funktion als Mitglied des Politsekretariats freizustellen. In das Politsekretariat Gen. Manuilski als Mitglied einzuführen, der zur Zeit Kandidat des Politsekretariats ist. Anstelle des Gen. Manuilski als Kandidat den Gen. Gusev einzuführen. Auf dem [X.] Plenum des EKKI die Frage nach der Freistellung des Gen. Bucharin von den Pflichten als Mitglied des Präsidiums aufzuwerfen. Während des Plenums die Frage an die Delegation der VKP(b) zu richten nach einer Kandidatur als Mitglied des Präsidiums im Namen der VKP(b) anstelle von Gen. Bucharin.“[81]

Dok. 221

Richtlinien für die Presse der Kommunistischen Parteien über die Durchführung der Antikriegskampagne

[Berlin], 12.6.1929

Typoskript in deutscher Sprache. Schweizerisches Bundesarchiv, Bern, J.II 94, 785. Erstveröffentlichung.

Richtlinien für die Parteipresse über die Durchführung der Antikriegskampagne.
(angenommen von der Presseberatung am 12.6.1929)

1./ Die Tätigkeit der Presse bei der Vorbereitung der Antikriegskampagne ist bestimmt einerseits durch die Aufgaben der Antikriegskampagne, wie sie durch den 6. Weltkongress formuliert wurden, andererseits durch den Charakter und die Bedingungen des Erscheinens der kommunistischen Presse (legale und illegale Parteipresse, parteilose sympathisierende Presse, Gewerkschaftsblätter, Frauen- und Jugendblätter, Bauernzeitungen usw.).

2./ Die Resolution des 6. Weltkongresses über die Bedeutung und Durchführung der Antikriegskampagne, sowie die Entschliessungen der Internationalen Konferenz in Brüssel über die Konkretisierung dieser Kampagne in den europäischen Ländern stellen in den Vordergrund die Aufgaben der Mobilisierung der Parteimitgliedschaft und aller Parteiinstanzen für den systematischen Kampf gegen die Kriegsgefahr. Die kommunistische Presse hat bei der propagandistischen Vorbereitung und der orga-

---

und Leiter der regionalen Peuvag-Betriebe. Seit 1933 war er im illegalen Widerstand tätig (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 679f.).
81 RGASPI, Moskau, 17/3/743, 4.

nisatorischen Durchführung dieser Kampagne eine besonders wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe zu erfüllen, indem sie in erster Linie die passive und zum Teil opportunistische Einstellung breiter Teile der Funktionäre und der Mitgliedschaft in der Kriegsfrage aufs Schärfste bekämpfen und namentlich die liquidatorischen und versöhnlerischen Stimmungen und Strömungen innerhalb der Parteien auszurotten helfen soll. Ohne eine entschiedene Wendung und Konzentrierung der gesamten Parteipresse auf diese Arbeit kann auch eine breite Agitation unter den parteilosen Massen keine entscheidenden Wirkungen erzielen.

3./ Die Verschärfung des Klassenkampfes hat bereits zu einer Verfolgungskampagne gegen die kommunistische Presse und zu einer Reihe von Verboten gegen sie geführt. Wir müssen mit einer noch grösseren Einschränkung der Wirkungsmöglichkeiten unserer legalen kommunistischen Presse rechnen und mit einer wahren Pogromhetze der bürgerlichen und sozialdemokratischen Blätter gegen die Kommunisten. Es ist klar, dass diese Pogromhetze sich immer mehr steigern und vor dem 1. August ihren Höhepunkt erreichen wird. Aus diesem Grunde sind schon jetzt alle Vorkehrungen zu treffen, um einen illegalen Apparat für die Herausgabe und den Vertrieb der verbotenen kommunistischen Presse zu schaffen. Gleichzeitig müssen Massnahmen für die Stärkung und entsprechende ideologische Leitung der sympathisierenden kommunistischen Presse ergriffen werden, dort, wo sie existiert, und die Schaffung einer solchen parteilosen Presse (in Form von Sonntagsblättern, Abendzeitungen, Illustriertenblättern usw.), wo sie noch nicht vorhanden ist. [...]



Am 13.6.1929 fasste das Politbüro der KP der Sowjetunion auf Vorschlag von Vorošilov eine Reihe von Beschlüssen über das deutsch-sowjetische Protokoll zur Verlängerung des 1926 abgeschlossenen „Berliner Vertrages" zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Zunächst sollte der zivile Teil des Vertrags unterzeichnet werden, für den zweiten Teil sollte auf den ursprünglichen Forderungen bestanden werden. Das am 24.6.1929 unterzeichnete Protokoll bedeutete die Fortführung der guten ökonomischen, militärischen und politischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Weimarer Republik (S. Slutsch).[82]

---

82 RGASPI, Moskau, 17/162/7, 89.

Dok. 222

Brief Čičerins an Stalin über die verfehlte Komintern- und Außenpolitik, den Berliner Blutmai und den Unsinn der Sozialfaschismusthese

Berlin, 20.6.1929

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 558/2/48, 9–12. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: A.V. Kvašonkin, L.P. Košeleva, L.A. Rogovaja u.a. (Hrsg.): Sovetskoe rukovodstvo. Perepiska. 1928–1941 gg., Moskva, ROSSPEN, 1999, S. 75–79. Nach AVP RF, Moskau, 8/12/74/55, 92–93, ebenfalls in: V.V. Sokolov: Neizvestnyj Čičerin. In: *Novaja i novejšaja istorija* (1994), Nr. 2, S. 13–15.

Kopie.
Persönlich.
Geheim.
An Gen. STALIN.

Verehrter Genosse!
Ich danke Ihnen für den Brief vom 31.V.,[83] den ich erst heute erhalten habe, da die Post per Eilboten mir nur alle drei Wochen zugeht. Über Zeichen von Aufmerksamkeit bin ich immer sehr erfreut. Leider macht man sich in Moskau kein Bild von meinem Zustand. Ich bin zutiefst verstört über die riesigen Ausgaben für meine Behandlung. Doch dafür kann ich nichts, ich habe schließlich im August, vor der Abreise, an das Politbüro geschrieben, dass die Versuche, mich zu behandeln, nicht der Mühe wert seien. Das Politbüro hat [jedoch] beschlossen, dass ich mich behandeln lassen soll, und dies führe ich gewissenhaft aus. […][84]

Völlig zu Recht weisen Sie darauf hin, dass Deutschland auf unsere Bestellungen angewiesen ist. Genau deswegen muss ich dem schädlichen, tödlichen Unsinn Sinowjews, Deutschland habe sich umorientiert,[85] scharf widersprechen. Genug ist genug. Die Wirklichkeit besteht nicht allein aus Schemen, und wenn wir uns rittlings auf ein Schema setzen und die Augen gegenüber allem anderen verschließen, können

83 Am 31.5.1929 sandte Stalin einen kurzen Brief an Čičerin, in dem er um dessen baldige Rückkehr aus Wiesbaden bat. Auch zeigte er sich davon überzeugt, dass die seitens der Sowjetunion begangenen „Taktlosigkeiten" gegenüber Deutschland den guten Beziehungen keinen Abbruch tun würden (RGASPI, Moskau, 558/2/48, 8. Publ. In: Kvašonkin/Košeleva/Rogovaja u.a.: Sovetskoe rukovodstvo, S. 73–74).

84 Am 11.8.1928 hatte das Politbüro der KP der Sowjetunion beschlossen, Čičerin nach einer zweiwöchigen Behandlung in Moskau einen dreimonatigen Kururlaub im Ausland zu verordnen und, im Einklang mit den ärztlichen Empfehlungen, ihm für diesen Zeitraum jede Arbeit zu verbieten (RGASPI, Moskau, 17/3/700, 4).

85 Zur von Sinowjew vermuteten „Umorientierung" Deutschlands gegen die Sowjetunion siehe auch Dok. 212.

wir damit auf grausame Weise scheitern; auch in Deutschland gibt es unterschiedliche Faktoren; die dominierenden Faktoren sind auf unserer Seite; wenn die anderen Faktoren die Oberhand gewinnen würden, wäre dies ganz allein unsere Schuld.

Ich erkenne die Grundlinie unserer Bauernpolitik als vollkommen richtig an, auch wenn ich aufgrund meiner Isolierung die Details nicht beurteilen kann. [...] Doch ich behaupte auf entschiedene Weise, dass bei uns die Bedeutung des Sowjetstaates nicht genügend beachtet wird; all diese absurden Gespräche in der Komintern über die angebliche Vorbereitung eines Krieges gegen die UdSSR zerstören und untergraben nur die internationale Lage Lage [sic] der UdSSR. Es wäre zutiefst falsch, in der hohen Einschätzung des Sowjetstaates eine nationale Beschränktheit erblicken zu wollen. Die Interessen der russischen Nationalität tangieren mich nicht stärker, als die Interessen anderer Nationalitäten. Mich interessiert die Rolle der UdSSR für die Weltrevolution. Das ist keineswegs nationale Beschränktheit. Gerade aus der Perspektive der Weltrevolution halte ich es für grundfalsch, wenn die internationale Position der UdSSR untergraben und Gefahren ausgesetzt wird, nur damit die schlecht zusammengekleisterte Agitation des Gen. Thälmann etwas besser vonstatten geht. [...]

Es wäre doch schön, wenn Sie, Gen. Stalin, mit einem veränderten Äußeren für einige Zeit ins Ausland fahren würden, zusammen mit einem echten, untendenziösen Übersetzer. Sie würden die Realität erblicken. Ihnen würde der wahre Wert des Geschreis über den Anbruch des letzten Kampfes ins Auge springen. Der empörende Unsinn der *Pravda* würde in aller Nacktheit vor Ihnen erscheinen. Falsche Informationen aus China haben zu unseren kolossalen Fehlern von 1927 geführt (nach der wunderbaren Politik der Jahre 1923–26), wodurch die sogenannte „Sowjetperiode der chinesischen Revolution" schon zwei Jahre lang aus ihrer vollständigen Unterdrückung besteht. (Die buddhistischen hölzernen Gebetsmühlen, die die auswendig gelernten pseudo-revolutionären Formeln mechanisch wiederkäuen, die Gen. Lominadze, Mif, Andrej [d.i. Karl Radek], Semenov, Šackin und andere Komsomolzen haben diese Tatsache nicht bemerkt.) Falsche Informationen aus Deutschland werden einen noch größeren Schaden verursachen. Es gibt nichts Schlimmeres als eine Nicht-Übereinstimmung der Taktik mit den vorhandenen Kräften. Der erste Fehler waren die KPD-Aufrufe vor dem 1. Mai, die nicht dem Zustand ihrer Kräfte entsprachen. Noch schlimmer war die Kampagne der Kommunarden-Presse[86] nach dem 1. Mai, als wir die verbrecherischen Lügen der deutschen s[ozial-]d[emokratischen] Polizei übernommen hatten. Die Polizei hatte 30 alte Frauen, Greise und zufällige Passanten erschossen, von den Polizisten wurde keiner getötet, einer erlitt eine Schussverletzung, Zörgiebel schreit von Barrikadenkämpfen mit 200.000 Arbeitern und geheimen Waffenlagern, und wir tun das gleiche. Als Barrikaden werden gemeinhin Konstruktionen bezeichnet, hinter denen man sich zum Schießen versteckt. Dabei waren die

86 Im russischen Original: „*kommunarnoj pečati*". Möglicherweise meinte Čičerin eher die Kommunalpresse („*kommunal'noj pečati*") der KPD.

Barrikaden des 1. Mai so beschaffen, dass ein Kind hätte über sie steigen können. Vor Gericht wurde ihre Höhe auf 30 Zentimeter bemessen. Im *Ogonek*[87] waren sie abgebildet: ein paar kleine aufgehäufte Steinchen, ein gefälltes kleines verkümmertes Bäumchen. Keine Barrikaden, sondern Entartung und Diskreditierung. Ein unglaublicher Bluff. So führt man die Komintern ins Verderben. Und tatsächlich scheiterte der Generalstreik grandios. Die Wahlen in den sächsischen Landtag – ein voller Misserfolg für die Kommunisten, eine Abnahme der Zahl der abgegebenen Stimmen. Die französischen Kommunalwahlen – ein Auf-der-Stelle-Treten. In England waren von den 22 Millionen abgegebenen Stimmen 50 Tausend kommunistisch, d.h. rein gar nichts. Die KPD ist von 500 Tsd. auf 100 Tsd. geschrumpft. Und dafür müssen die gigantische Tatsache der Schaffung der UdSSR geopfert, ihre Lage unterminiert, täglich die Beziehungen zu Deutschland verschlechtert sowie Lügengeschichten über seine angebliche Umorientierung aufgetischt werden – nur um den Gen. Thälmann mit etwas mehr Agitationsmaterial zu versorgen. „Auf eine Null zu setzen" – unglaublich!

Die Taktik gegenüber der deutschen S[ozial-]D[emokratie] ist seltsam. Sie reduziert sich auf die Diskreditierung der Führungsschicht. Als ob es darum ginge. Die deutsche S[ozial-]D[emokratie] ist in gleicher Weise zu einer kleinbürgerlichen demokratischen Partei geworden (das Geschrei vom Sozial-Faschismus ist ungereimtes Zeug), wie die britische *Labour Party* zu einer liberalen Massenpartei, anstelle der alten *Liberal Party*. Doch was viel wichtiger ist – nicht ein Häuflein Führer hat Verrat begangen, sondern eine ganze historische Schicht der Arbeiteraristokratie hat die Seiten gewechselt. Während des Krieges haben revolutionär gestimmte englische Metallarbeiter zu mir gesagt:[88] „Wir haben hier einen totalen Umsturz, die Qualifizierten nehmen die Position gutbezahlter Angestellter ein, daneben entsteht eine Masse aus Ungelernten, Frauen und Kindern." *Die industrielle Revolution hat die Arbeiteraristokratie in einen Bestandteil der Mittelklasse verwandelt.* Daher die konterrevolutionäre Natur der S[ozial]-D[emokra]tie. Daher die ungeheuere Schwierigkeit, neue revolutionäre Arbeiterparteien zu schaffen. Daher auch die schreckliche Gefahr der Entstellung einer Bewegung mit den Methoden Hervés.[89]

Es ließe sich vielleicht folgendes bewerkstelligen: Es könnte doch, sagen wir, die Moldauische Autonome Sowjetrepublik ihre Unabhängigkeit erklären, aus der UdSSR austreten und mit der UdSSR einen Verteidigungspakt abschließen, damit wir sie beschützen; die Öffentlichkeit wird denken, dies sei ein Schritt zur Schaffung eines unabhängigen Bessarabiens; das EKKI zieht offiziell nach Balta[90] um und legt sich dort einen Sekretär zu; alles bleibt beim Alten, außer dass auf den Dokumenten

87 *Ogonek* („Das kleine Feuer"): Älteste russische Illustrierte (seit 1899), 1923 von Michail Kol'cov wiederbelebt.

88 Čičerin lebte zwischen 1914 und 1917 im englischen Exil.

89 Gustave Hervé, ein französischer linkssozialistischer Führer, gründete 1919 die *Parti socialiste national* und wurde noch in den zwanziger Jahren zum Anhänger eines französischen Faschismus.

90 Die in der Ukraine im Norden des Oblast Odessa gelegene Stadt Balta war 1924 bis 1928 Hauptstadt der Moldauischen ASSR.

„Balta“ steht, und wir [nicht] verantwortlich dafür sein werden, was auf fremdem Territorium passiert. [...]

Sie denken nun vermutlich, dass mein Gehirn [nicht] funktioniert. Es ist jedoch die künstliche Erregung. Gleich mache ich das Licht aus, und eine erste Nacht der Qualen bricht an. Werde ich jemals zum Leben und zur Arbeit zurückkehren??

Fragen über Fragen...

Mit kommunistischem Gruß
G. ČIČERIN
20.VI.29.



Nachdem man sich bereits am 17.6.1929 damit beschäftigt hatte, fasste das Politbüro der KP der Sowjetunion am gleichen Tag, dem 20.6.1929, einen zustimmenden Beschluss, den Beginn des 10. Plenums des Exekutivkomitees der Komintern auf den 30.6.1929 anzusetzen.[91] Auf dem Plenum wurden die Sozialfaschismus-Politik verschärft und weitere Kritiker ausgeschlossen. Am 11.7.1929 stimmte das Politbüro einer Vorlage zu, den 5. Kongress der Roten Gewerkschaftsinternationale (Profintern) im Juli einzuberufen. Tatsächlich fand dieser erst vom 15.–30.8.1930 statt.[92]

Dok. 224

Stellungnahme der deutschen Vertretung bei der Komintern über die Verwendung der abzuschiebenden Ewert und Eberlein

[Berlin], 25.6.1929

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/292/44, 124. Datum schlecht leserlich. Erstveröffentlichung.

Moskau, den [25.] Juni 1929
Eilbrief

An das Z.K. der KPD, Sekretariat *Berlin*

W[erte] G[enossen].
Nach Information der führenden Genossen über unsere Besprechungen im Sekretariat über Angelegenheit *Ewert* vertraten die Genossen übereinstimmend die Auffassung, dass über die weitere Tätigkeit von E[wert] erst bei Anwesenheit der gesamten Delegation entschieden werden soll.[93] Da E. Kandidat der Exekutive [der KI] ist, müsse man dem Genossen die Möglichkeit geben, an der Sitzung des Plenums teilzunehmen.

---

91 RGASPI, Moskau, 17/3/745, 4. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 595.
92 RGASPI, Moskau, 17/162/7, 95. Publ. in: Ibid., S. 597.
93 Als einer der fähigsten Vertreter der KPD wurde der zum „Versöhnler“ abgestempelte Ewert in den EKKI-Apparat abgeschoben.

Persönlich wurde von den Genossen geäussert, dass es möglich wäre, den Gen. E. nach dem Plenum dort zu verwenden, wo er vor seiner Tätigkeit in der Ostabteilung arbeiten sollte. Bekanntlich lehnte er es damals ab, den Auftrag auszuführen.[94] Es steht weiter die Frage der ausschliesslichen Verwendung von Eberlein für internationale Geschäftsfragen. Auch über diese Frage wird erst entschieden nach Anwesenheit der ganzen Delegation. [...]

Mit kommunistischem Gruss
Deutsche Vertretung beim EKKI
Walter [d.i. Walter Ulbricht]

N.B. Betr. der Rückreise des Gen. Huber, der wegen Unregelmässigkeiten von der L[enin]-Schule zurückberufen wurde, teilen wir mit, dass der Gen. erst Anfang Juli mit den anderen Gen. zurückkommt, da er sich gegenwärtig auf Exkursion befindet. [...]



Vom 27.6.1929 an beschäftigte sich das Politbüro der KP der Sowjetunion mit der sich in der Gründungsphase befindenden Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die für die zentrale Handhabung der deutschen Reparationsverpflichtungen ins Leben gerufen wurde. Die UdSSR, von Deutschland informell über die Pläne in Kenntnis gesetzt, befürchtete Auswirkungen auf die von ihr aufgenommenen Kredite. Das Politbüro beschloss, die deutsche Seite zu bitten, sie über alle weiteren Vorgänge um die neue internationale Bank auf dem Laufenden zu halten. Ab dem 17.7. tagte eine zu dieser Frage vom Politbüro einberufene Kommission.[95]

94 Als übergeordnete Zentralinstanz wirkte im Apparat des EKK das sogenannte Ostbüro des EKKI, neben dieser Bezeichnung finden sich auch die Begriffe „Ostabteilung“ (nach dem 5. Weltkongreß der Komintern) oder „Ost-Sekretariat der Komintern“. Es war für den nahen, mittleren und fernen Osten zuständig. Ewert war seit dem 7. Plenum Kandidat des EKKI. Seit Beginn der 1930er Jahre war er Delegierter des EKKI bei der KP Chinas, bevor er 1934 nach Brasilien geschickt wurde, um den Aufstand unter Luis Carlos Prestes zu organisieren. Dort verhaftet, wurde er unter der polizeilichen Folter um seinen Verstand gebracht. Siehe: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 234f.; Hornstein: Arthur Ewert, S. 188f. u.a.

95 APRF, Moskau, 3/64/656, 186. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, II, Dok. 148 und 151–152.

Dok. 225

Brief der deutschen Vertretung bei der Komintern an das Parteisekretariat über den Kampf gegen den „Sozialfaschismus“ und den deutschen Seemannsklub in Vladivostok

Moskau, 28.6.1929

Typoskript in deutscher Sprache, RGASPI, Moskau, 495/292/44, 128–129. Erstveröffentlichung.

Moskau, 28.6.29

An das Z.K. der KPD, Sekretariat. *Berlin*

Liebe Freunde.

Sitzung des Präsidiums vom 25.3.

[...] Betr. Leitung der deutschen Sektion des Seemannsklubes in Wladiwostock.[96]
Bisher war dort der Genosse Faseler tätig, der zuckerkrank ist und nach Deutschland zurück will. Es ist notwendig, in Hamburg oder Bremen einen Ersatzmann zu suchen. Ich betone ausdrücklich, dass es sich hier nicht um einen Angestelltenposten handelt, sondern der betreffende Genosse muss als Metallarbeiter in einem Betrieb in Wladiwostock arbeiten und als Parteiarbeit die Leitung der Sektion übernehmen. Es kommen monatlich 2–3 Schiffe nach Wladiwostock, die dort in der Regel einen längeren Aufenthalt nehmen. Jährlich fahren ungefähr 1300 Seeleute durch. Für diesen Posten kommt also ein Genosse in Betracht, der entweder Metallarbeiter ist oder, was noch besser ist, der Seemann ist, aber ein Spezialfach gelernt hat (Metall, Elektrotechnik od. dergl.) Wenn Ihr einen Genossen ausfindig machen könnt, muss er von Hamburg oder Bremen aus regulär als Seemann oder Handwerker mit einem der Transportschiffe nach Wladiwostock fahren. Dort würde er aufgrund des Parteiausweises und Parteiauftrages, den Ihr ihm geben müsst, diese Funktion übertragen erhalten. Es haben eine ganze Anzahl Seeleute bei ihrer Anwesenheit in Wladiwostock erklärt, dass sie dableiben möchten, die Parteileitung konnte dem aber nicht entsprechen, solange von der deutschen Partei keine konkrete Mitteilung vorliegt über die politische Eignung des betr. Genossen für diese Arbeit. Ich betone ausdrücklich, dass es sich um eine verantwortliche politische Arbeit unter den Seeleuten handelt

---

96 Die internationalen Seemannsclubs (“Interclubs“) unterstanden den internationalen Propaganda- und Aktionskomitees der Transportarbeiter als Mitgliedern der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, und später der Internationale der Seeleute und Hafenarbeiter (siehe Dok. 360), der maritimen Kominternsektion. Interclubs gab es in den grösseren Hafenstädten wie Hamburg, Antwerpen, Leningrad, Vladivostok, sie bildeten die Wirbelsäule für das internationale Kommunikationsnetz der Komintern, das von der Internationalen Verbindungsabteilung des EKKI betrieben wurde. Siehe: Hermann Knüfken: Von Kiel bis Leningrad. Erinnerungen eines revolutionären Matrosen 1917–1930. Herausgegeben von Andreas Hansen in Zusammenarbeit mit Dieter Nelles, Berlin, BasisDruck, 2008.

und dass man nur einen Genossen schicken kann, der politische Erfahrungen besitzt und mit Seeleuten umgehen kann.

Betr. Propaganda für 5 Jahresplan:

In der „Prawda“ vom [2.6.] erschien ein Aufsatz von I. Ewentow über den 5 Jahresplan. Es scheint mir notwendig, durch den Pressedienst die Redaktionen darauf aufmerksam zu machen.[97]

Mit komm. Gruss
Deutsche Vertretung beim EKKI



Am 4.7.1929 nahm das Politbüro der KP der Sowjetunion einen Beschluss des Orgbüros der VKP(b) vom 28.6. an. Dort ging es darum, den vom 6. Weltkongress der Komintern eingeführten „Internationalen Roten Tag“ bzw. Antikriegstag am 1. August in der Sowjetunion mit Meetings und Demonstrationen zu zelebrieren. Allerdings sollte der Tag nicht zum arbeitsfreien Feiertag deklariert werden. Entsprechende Ankündigungen in der Presse wurden verurteilt.[98]

Am 18.7.1929 wurde der von Seiten der deutschen Botschaft erfolgte Vorschlag, eine Gesellschaft deutscher Bürger in der Sowjetunion zu gründen, vom Politbüro der KP der Sowjetunion unter Hinweis auf Verfassungsgründe abgelehnt.[99]

Am 18.7.1929 befasste sich das Politbüro der KP der Sowjetunion im Rahmen einer Umfrage ebenfalls mit zwei von der russischen Delegation im EKKI eingebrachten Fragen, darunter der Aufruf des EKKI zu den Ereignissen an der Chinesischen Osteisenbahn sowie die neue Zusammensetzung des formell obersten Machtorgans der Komintern zwischen den Kongressen, des EKKI-Präsidiums. Des Weiteren wurden aus den Mitteln der sowjetischen Gewerkschaften 10.000 Dollar an die Rotfrontkämpfer bewilligt.[100] In der Folge verstärkte das russische Politbüro generell die Verteilung von Finanzmitteln zur Unterstützung von Streiks der Arbeiter in Westeuropa.

---

97 Im Rahmen eines 10–15 jährigen “Generalplans“ wurden seit 1929 drei Fünfjahrespläne ausgearbeitet und durch Jahreskontrollziffern ausgerichtet. Für die Phase 1928–1933 wurde – der in der Praxis um ein Jahr verkürzte – Entwurf des Gosplans der UdSSR vom April 1929 als Erster Fünfjahresplan verabschiedet. Trotz erheblicher, größtenteils auf Kosten des Lebensstandards der Bevölkerung erreichten Wachstumsraten konnten die Planziffern nicht erreicht werden. Eine Zwangskollektivierung war ursprünglich nicht vorgesehen (Hans-Joachim Torke: Historisches Lexikon der Sowjetunion, 1917/22 bis 1991, München, Verlag C. H. Beck, 1993, S. 87f.).
98 RGASPI, Moskau, 17/3/747, 6–7.
99 RGASPI, Moskau, 17/162/7, 97.
100 RGASPI, Moskau, 17/162/7, 98, 100. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 601–602.

Dok. 226

Antrag der deutschen Vertretung bei der Komintern an das sowjetische Außenkommissariat zur Aufklärung in der Affäre Scharnhorst

Berlin, 23.7.1929

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/292/48, 60. Erstveröffentlichung.

Moskau, den 23. Juli 1929

An das Außenkommissariat der USSR
Moskau

W[erte] G[enossen].
Nachfolgend unterbreiten wir Euch einige Auszüge aus der immer mehr Staub aufwirbelnden Affaire „*Scharnhorst*"-Bremen. Wie uns mitgeteilt wurde, hat sich auch bereits die Deutsche Botschaft in dieser Sache bereits an das Außenkommissariat gewandt, sodass Euch die Sache genügend bekannt sein dürfte. Da die Sache von den deutschen Sozialfaschisten zu einer wüsten Hetze gegen Sowjetrussland und gegen die Kommunistische Partei in schamloser Weise ausgebeutet wird, haben unsere Bremer Genossen beschlossen, eine Gegenkampagne zu machen. Zu diesem Zweck stellen die Genossen den Antrag, dass ein Genosse, der Gen. Plenge, der längere Jahre im nördlichen Russland lebte, nach Russland fährt, um sich mit eigenen Augen von dem Tatbestand zu überzeugen.[101] Er beabsichtigt von Leningrad aus die Murmanskbahn zu benutzen bis Kem. Kem liegt gegenüber der Inselgruppe Solowezki.

101 Siehe hierzu auch Dok. 219.

Wir unterstützen diesen Antrag und bitten um Antwort, ob das Außenkommissariat damit einverstanden ist, dass der Genosse nach Solowezki fährt. In diesem Falle bitten wir um Unterstützung und Empfehlung für die Einreise des Gen. Plenge. Wir bitten um schnellste Antwort.[102]

Mit kommunistischem Gruss
Deutsche Vertretung beim EKKI
Ulbricht

102 Nach Ablauf eines weiteren Monats teilte Ulbricht dem ZK der KPD am 29.8.1929 aus Moskau die Ablehnung des Außenkommissariats in der folgenden Weise mit: „In der Angelegenheit der Besatzung des *Schiffes Scharnhorst* aus Bremen teilt das Aussenkommissariat der USSR mit, dass es die Schwindelmeldungen der sozialdemokratischen Presse offiziell dementiert habe. Eine weitere Untersuchung der Angelegenheit ist absolut zwecklos. Eine solche Schwindelnachricht wie die über das Verbleiben der Mannschaft von Scharnhorst kann man unmöglich mit Tatsachen beantworten. Eine Reise des Genossen Plenge kommt also nicht in Betracht." Noch 1930 beschäftigte die Affäre den Reichstagsausschuß für Verkehrsangelegenheiten, der die Reichsregierung beauftragte "in eine Prüfung der einschlägigen Bestimmungen des Seeunfallgesetzes einzutreten und eine entsprechende Vorlage zu machen" (Reichstagsprotokolle, 1930/32, Bd. 450, Nr. 1032, S. 5, http://www.reichstagsprotokolle.de/Sach_bsb00000131_000837).

Teil 3: 1929–1933
„Sozialfaschismus"-Politik, letzte KPD-Fraktionskämpfe, Machtantritt Hitlers und Reichstagsbrand



Am 8. und 15.8.1929 befasste sich das Politbüro der KP der Sowjetunion mit einem Artikel der parteilosen Litvinova an das *Berliner Tageblatt* und der Antwort der *Roten Fahne*. Das Politbüro befand den Artikel als für den Sowjetstaat diskreditierend und forderte Konsequenzen bei der Vergabe von Dienstreisen.[1]

Am 15.8.1929 beschloss das Politbüro zur Kenntnis an Elena Stasova und Rudzutak, es der Internationalen Roten Hilfe zu gestatten, aus ihren Mitteln im Rahmen der für Deutschland festgelegten Finanzmittel Hilfszahlungen an die Familien der im rumänischen Jilava-Tal erschossenen Bergarbeiter auszugeben. Vermutlich handelte es sich um das Kohlerevier im Schil-Tal (Valea Jiului) und das Gefängnis Jilava bei Bukarest, in dem die Bergarbeiter erschossen wurden.[2]

Ebenfalls am 15.8.1929 erörterte das Politbüro unter dem Punkt „Über die deutschen Kredite" die Reaktion auf eine Anfrage des Sachverständigen des Auswärtigen Amtes für deutsch-sowjetische Wirtschaftsbeziehungen, Moritz Schlesinger. Dieser war an den sowjetischen Handelsvertreter in Moskau, Begge, herangetreten mit dem Vorschlag, der Sowjetunion einen zusätzlichen Kredit in Höhe von 40 Millionen Mark zu gewähren. Die Politbüro-Kommission kam überein, diesen Vorschlag entschieden abzulehnen, da ein solcher Kredit für die Wirtschaft der UdSSR von geringer Bedeutung sei, jedoch zugleich die Verhandlungsposition der Sowjetunion schwächen würde. Bezug nehmend auf diese Anfrage sollte im Namen von Mikojan eine Antwort übermittelt werden, die besagen sollte, dass er diesen Vorschlag nicht verstehe oder nicht als ernsthaft betrachte, nachdem er, Mikojan, bereits am 11.4. eine offizielle Verlautbarung erhalten habe. Aus den genannten Gründen hielte er es im Allgemeinen nicht für möglich, diese Frage zu erörtern.[3]

Am 19.8.1929 rügte das Politbüro der KP der Sowjetunion die OGPU und das Postkommissariat dafür, dass sie „antisowjetische" Telegramme des nach Saratov verbannten Linksoppositionellen Christian Rakovskij durchgelassen hätten. Es solle erwogen werden, Rakovskij in entlegenere Regionen zu verbannen, genauso wie „die übrigen herausragenden Trotzkisten, die ihre Akivität nicht eingestellt haben".[4]

1 RGASPI, Moskau, 17/3/753, 2.
2 RGASPI, Moskau, 17/3/753, 36.
3 RGASPI, Moskau, 17/162/7, 132; APRF, Moskau, 3/64/657, 22. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, II, Dok. 153.
4 RGASPI, Moskau, 17/162/7, 137.

Dok 227

Rundschreiben der Agitprop-Abteilung des EKKI über die propagandistische Auswertung der Beschlüsse des X. EKKI-Plenums

[Moskau], 23.8.1929[5]

Typoskript, deutsch. Schweizerisches Bundesarchiv, Bern J.II 94. Erstveröffentlichung.

An alle Agitpropabteilungen [der kommunistischen Parteien]!

In den nächsten Tagen wird die „Inprekorr“[6] die Thesen der Agitprop-Abteilungen [sic] des EKKI über das X. EKKI-Plenum veröffentlichen.[7] Im Zusammenhang mit den Thesen lenken wir Eure Aufmerksamkeit auf folgene Punkte:

1. Aufgabe der Thesen ist es, den Agitatoren, Propagandisten und Schriftstellern bei der Popularisierung der Beschlüsse des X. Plenums zu Hilfe zu kommen. […]

2. Im ersten Punkt der Thesen wird darauf verwiesen, die zentrale Direktive des X. Plenums bestehe in der Einschlagung des festen Kurses auf die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse.

---

5 Fälschlicherweise auf 1928 datiert.

6 Die „Inprekorr“ und ihr Nachfolgeorgan *Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung* waren das zentrale, moderne und im Verhältnis zum Zentralorgan des EKKI, *Die Kommunistische Internationale*, zugleich recht populär aufgemachte, wöchentliche und halbwöchentliche Informationsorgan der Komintern, das in unterschiedlichen Ausgaben und unter verschiedenen Titeln auf Französisch, Spanisch, Englisch, Schwedisch u.a. Sprachen erschien. Es wurde auf Vorschlag von August Thalheimer am 13.8.1921 durch einen Beschluss des Kleinen Büros der Exekutive der Komintern gegründet. Auf Thalheimer folgte als Hauptredakteur der Ungar Gyula Alpari. Die Bezeichnung *Inprekorr* gab es in Berlin gleich doppelt: einmal für die Zeitschrift unter gleichem Namen, zum anderen für die Berliner Außenstelle der gleichnamigen kominterneigenen Telegraphenagentur, über die operative Materialien nach London, Paris, Prag und Chicago (später New York) verschickt wurden, die von der kommunistischen Presse zu nutzen waren (was wiederum vom *WEB* kontrolliert wurde). Siehe: *Internationale Presse-Korrespondenz. Für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung* (seit 1923). Deutsche Ausgabe. Wochenausgabe Wien – Berlin, I (1.10.1921) - XIII (1933); Irén Komját: Die Geschichte der Inprekorr. Zeitung der Kommunistischen Internationale. 1921–1939, Frankfurt am Main, Verlag Marxistische Blätter, 1982 (Marxistische Paperbacks. Beiträge zur Geschichte, 104).

7 Das 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (3.7.1929–19.7.1929 in Moskau) wurde als erfolgreicher Endpunkt der Bolschewisierung der Kommunistischen Parteien zelebriert, es schloss die Stalinisierung der Komintern weitgehend ab. Im Rahmen der Verschärfung der Wirtschaftskämpfe wurde die ultralinke Linie bestätigt, der Kampf gegen die „rechte Gefahr“ als Hauptaufgabe definiert, die Sozialfaschismusthese erneuert und der 1. August zum internationalen Antikriegstag zur Verteidigung der Sowjetunion bestimmt. Aus den kommunistischen Parteien wurden Kritiker wie Angelo Tasca (KP Italiens), Jay Lovestone (KP USA), Bohumil Jílek (KPČ) und Diego Rivera (KP Mexikos) ausgeschlossen. Thälmann, die KPD und der Kampf gegen den „Interventionskrieg“ spielten dabei eine wichtige Rolle (Siehe: Protokoll. 10. Plenum des Exekutivkomitees).

3. Das Missverhältnis zwischen der organisatorischen Kraft und dem ideologischen Einfluss der Kommunistischen Parteien wird in unseren Thesen nur erwähnt. Dieser Punkt muss sowohl internationalen als auch lokalen konkreten Inhalt erhalten. Insbesondere ist auf die Bekämpfung dieses Missverhältnisses unter den gegebenen konkreten Bedingungen ausführlich einzugehen.

4. Bei der Erläuterung des Inhalts des neuen revolutionären Aufschwungs ist insbesondere sein internationaler Charakter hervorzuheben. Dabei sind Beispiele anzuführen, die von der Radikalisierung der Arbeiterklasse und vom Aufschwung der revolutionären Bewegung nicht nur aus dem Leben der Arbeiterklasse des betreffenden Landes anzuführen [sic], sondern es ist auch der internationale Charakter des Aufschwungs zu beleuchten.

[…] Wir sprechen die feste Hoffnung aus, dass Ihr uns über alle Schritte auf dem Laufenden halten und uns auch darüber berichten werdet, wie die Parteimitglieder die Beschlüsse des X. Plenums aufnehmen.

Mit kommunistischem Gruss
Leiter der Agitpropabteilung
23.8.28[29] Bennett [d.i. David Petrovskij-Lipec]



Am 5.9.1929 erfolgte ein ausdrücklich strikt geheimzuhaltender Beschluss des Politbüros der KP der Sowjetunion, die sowjetischen Militärschulen von „unsicheren und feindlichen Elementen" unter den ausländischen Studierenden zu „entlasten". Gleichzeitig wurden Unšlicht und Pjatnitzki damit betraut, kommunistische Arbeiter aus dem Westen für ein militärisches Studium in der Sowjetunion auszuwählen und dem Politbüro entsprechende Vorschläge vorzulegen.[8]

Am 26.9.1929 entschied das Politbüro der KP der Sowjetunion über eine Direktive der Komintern an das ZK der KP Österreichs aus Anlass der Aufmärsche der österreichischen Heimwehren gegen die sozialdemokratischen und alle linken Verbände, die Manuilski und Pjatnitzki korrigiert hatten. In der Komintern wurde daraufhin u.a. durch die Einberufung der sog. „Konstanzer Konferenz" eine internationale Kampagne „gegen den Faschismus in Österreich" lanciert.[9]

---

8 RGASPI, Moskau, 17/162/7, 143. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 603.
9 RGASPI, Moskau, 17/162/7, 158. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 604–605.

Dok 228

Kritischer Brief Čičerins an Molotov über die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Komintern

In Deutschland, 27.9.1929

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 558/2/48, 13–14. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Kvašonkin/Koševela/ Rogovaja u.a.: Sovetskoe rukovodstvo, S. 101–103.

27.IX.29.
Kopie
Abs[olut] geheim.
An Gen. MOLOTOV.

Verehrter Genosse!
Ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihren Brief vom 21. IX [...]. Sie schreiben, dass ich [in der Sowjetunion] etwas Neues sehen werde. Utopie – nichts werde ich sehen.[10] Ich bin über Bord – Sie schreiben fröhlich über neue Fabriken, das ist jedoch [bloß] ein erster Schritt, wir sind noch lange, lange nicht autark – man braucht gute Beziehungen zu der Umgebung, besonders zu Deutschland, aber Moskau tut Thälmann und Co zuliebe alles, was nur möglich ist, um die Beziehungen zu Deutschland zu verderben, das Wesentliche wird dabei geopfert. Das Wesentliche ist die Industrialisierung. Die Kolchosen und Sovchosen sind nur eine Teilstütze, die seit langem bestehende Aufgabe – die Versorgung des Dorfes mit Industriegütern – bleibt in Kraft. Auch die Kominternfrage wird ohne die Industrialisierung und die Schaffung guter wirtschaftlicher Bedingungen bei uns nicht gelöst. Manche englische Politiker haben gesagt: „Wenn es keine UdSSR gäbe, müsste man sie erfinden, denn sie stößt die Arbeiter von der Revolution ab." Das ist, gehen wir davon aus, ein Paradoxon, die ganze Presse tönt allerdings von unseren Lebensmittel- und anderen Schwierigkeiten, habe ich doch selbst von Arbeitern gehört: „In Russland gibt es Lebensmittelkarten, kein Fleisch, keine Butter, keine Eier usw." Da wird kein „revolutionäres" Doping helfen. Ihr spannt das Pferd hinter den Karren, wenn ihr die Beziehungen zu Deutschland zugunsten der Agitationsinteressen Thälmanns beschädigt. All diese Auftritte von der Art des abscheulichen, völlig unsinnigen Artikels von Nomad,[11] die ständigen

10 Vjačeslav Molotov hatte am 21.9.1929 an Čičerin geschrieben und ihn um Rückkehr in die Sowjetunion gebeten, wobei er versprach, dem schwerkranken Außenkommissar bessere ärztliche Bedingungen als im Ausland zu Verfügung zu stellen. Zu den innersowjetischen Angelegenheiten schrieb Molotov: „Wenn Sie kommen, werden Sie viel Neues, höchst Interessantes und wirklich Aufmunterndes sehen." (RGASPI, Moskau, 558/2/48, 12. Publ. in: Kvašonkin/Koševela/Rogovaja u.a.: Sovetskoe rukovodstvo, S. 100–101). Čičerin lehnte jedoch weiterhin seine Rückreise nach Moskau u.a. aus gesundheitlichen Gründen ab.

11 Nomad (Ps.), d.i. Evgenij Gnedin (1898–1983), Sohn des russischen Revolutionärs, Mitautors der Theorie der permanenten Revolution und späteren deutschen Agenten Alexander Parvus-Helphand.

Kritteleien, die Auslösung von Skandalen, das Aufbauschen der allerkleinsten Nichtigkeiten, die Verzerrung von Perspektiven, direkte Lügen – all dieses Verpfuschen der Beziehungen zu Deutschland durch uns ist purer Wahnsinn. [...] Wir haben tollpatschig aufgeschrien, warum die deutsche Regierung sich anschicke, sowohl unsere als auch die chinesischen Interessen zu vertreten[12] (während des großen Krieges haben die wenigen Neutralen sowohl die Interessen der Entente als auch die der Mittelmächte vertreten, das ist die allergewöhnlichste Sache) [...]. Leider werden Sie schlecht informiert. Sie wissen einfach nicht, wie schwach die revolutionäre Bewegung ist, von der man bei uns aus Unkenntnis laut tönt. Wenn Sie die Berichte über die Prozesse gegen die am 1. Mai in Berlin Verhafteten läsen, würden Sie sehen, wie nichtig die Angelegenheit gewesen ist, die durch die Polizeischüsse in ein großes Ereignis verwandelt wurde (die S[ozial-]D[emokrat]-en wollen ihre Rolle als Retter der Gesellschaft nicht verlieren, denn wenn der Mohr seine Schuldigkeit getan hat, verjagt man ihn, der Mohr braucht immer noch etwas, was zu tun ist), wobei die kommunistischen Anwälte geradeheraus gesagt haben, dass ohne die Polizeischüsse nichts gewesen wäre.[13] Am 1. August bin ich durch die Örtchen gefahren, in denen die in Frankfurt und bei Höchst beschäftigten Arbeiter leben, und habe gesehen, wie unbedeutend die Bewegung ist.[14] An den Mauern klebten kleine rote Papierchen mit Aufschriften über die Kriegsgefahr und die Vorbereitung eines Angriffes gegen die UdSSR, und ich habe gesehen, wie einige Arbeiter lachten, wohl wissend, dass es zum jetzigen Zeitpunkt keine Kriegsgefahr gibt und niemand die UdSSR angreift (den Konflikt um die Eisenbahn[15] sehen sie nicht als Angriff an) – diese Losungen schaden der Komintern schwer. Abenteuer, Doping, Bluff sind ein großer Schaden. [...]

Mit kommunistischem Gruß – ČIČERIN.

1922–1939 im NKID, dort v.a. für Deutschland zuständig, 1935–1937 Erster Sekretär der deutschen Botschaft in Berlin. 1939 verhaftet, nach Freilassung und Rehabilitierung 1955 einer der Mitbegründer der sowjetischen dissidenten Menschenrechtsbewegung. Zusammen mit Lev Michajlov und Gnedin verfasste er eine Broschüre über den Dawes- und Young-Plan: Nomad & Politikus: Ot plana Dauesa k planu Junga, Moskva, Moskovskij rabocij, 1929 (vgl. Dok. 229).

12 Während des chinesisch-sowjetischen Konflikts um die Rechte an der Chinesischen Osteisenbahn im Sommer 1929 übernahm Deutschland sowohl die Vertretung sowjetischer Interessen in China als auch die Vertretung chinesischer Interessen in der Sowjetunion.

13 Gemeint ist die von der KPD bis zum Aufstand hochstilisierte Berliner 1. Mai-Demonstration. Über sie hatte Čičerin bereits kritisch an Stalin geschrieben (siehe Dok. 222).

14 Der 1. August wurde seit dem 10. EKKI-Plenum von der Komintern als internationaler Tag gegen den Krieg und die Kriegsgefahr gegenüber der Sowjetunion zu einer *répétition générale* der Maidemonstrationen ausgerufen, ohne besondere Erfolge.

15 Ende Mai 1929 hatte China einen Konflikt über die unter sowjetischer Verwaltung stehende ostchinesische Eisenbahn provoziert. Tschiang Kai-shek hatte die Bahn okkupiert und sowjetisches Personal arretiert. Im November intervenierte die Sowjetunion militärisch, woraufhin vertraglich der alte Zustand wieder hergestellt wurde.



Am 28.9.1929 befasste sich das Politbüro der KP der Sowjetunion mit dem Vorschlag „der deutschen Eisenbahner" zur Initiierung eines „internationalen revolutionären [Produktions-] Wettbewerbs". Die Frage wurde verschoben und nicht wieder aufgegriffen.[16] Ein weiterer Punkt betraf die Anfrage des Präsidiums des ZK der MOPR über die Reise von R.V. Halperin und zwei Arbeitern zu den Kongressen der Roten Hilfe in Deutschland und der Schweiz.

Am 10.10.1929 bestätigte das Politbüro der KP der Sowjetunion das Budget der OGPU für 1929–1930 in Höhe von 57,5 Millionen Rubel.[17]

Am 14.10.1929 behandelte das Politbüro der KP der Sowjetunion die Frage der Zusammensetzung der deutschen Delegation zu den sowjetisch-deutschen Verhandlungen und beriet über die Entsendung einer Delegation zum gesamtdeutschen Kongress der Arbeiter und der Frauen Deutschlands (Ruhr) nach Deutschland.[18]

Dok 229

Brief Čičerins an Molotov über die Unsinnigkeit der Sozialfaschismus-These

[Wiesbaden], 18.10.1929

Typoskript, russisch. APRF, Moskau, 12/74/55, 97–99; RGASPI, Moskau, 82/2/1463, 85–87 Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache auszugsweise publ. in: Sokolov: Neizvestnyj Čičerin, S. 16–17.

GEHEIM
Persönlich
18. Oktober 1929

An Gen. Molotov

Verehrter Genosse!
[...] Ich bin zutiefst über all dies beunruhigt: Die Illusionen Moskaus über eine angebliche revolutionäre Bewegung; die unheilbringende Komintern-Führung;[19] die Beziehungen zu Deutschland; die Bestrebungen Moskaus, auf Teufel komm heraus die Beziehungen zu Deutschland zu verderben, um es Thälmann recht zu machen; all diese abscheulichen verlogenen Artikel von Nomad, Politikus[20] usw. Was ist das, zum Beispiel, für eine Ungereimtheit – „Sozial-Faschismus"!!! Die S[ozial-]D[emokraten] sind Bourgeoise, Spießbür-

16 RGASPI, Moskau, 17/3/760, 2.
17 RGASPI, Moskau, 17/162/7, 179.
18 RGASPI, Moskau, 17/162/7, 176.
19 Zu dieser Zeit leitete Molotov selbst die Komintern.
20 Politikus (Ps.), d.i. Lev Michajlov (1872–1928), Bolschewik seit 1903 und Vorsitzender des ersten legalen Parteikomitees der Bolschewiki in Petrograd (1917), von 1920 bis 1924 im sowjetischen diplomatischen Dienst. Čicerin bezieht sich vermutlich auf eine 1929 erschienene, von Michajlov und

ger, Reaktionäre, sie sind eine recht schäbige liberale Massenpartei, aber Faschisten (wie Winnig ein Faschist ist)[21] gibt es unter ihnen nur sehr wenige. Währenddessen hat man sich bei uns angewöhnt, überhaupt jede reaktionäre Handlung Faschismus zu schimpfen. Nicht jede Diktatur ist jedoch Faschismus. Nicht jede Reaktion, nicht jeder Despotismus ist gleich Faschismus. Die Feldgerichte Stolypins waren kein Faschismus.[22] Der Faschismus ist ein Staat im Staate. Der alte Polizeistaat war kein Faschismus. Pleve – kein Faschismus.[23] Ludwig XIV. – kein Faschismus. Wenn aber aus unerfindlichen Gründen jede Reaktion und jeder Polizeistaat Faschismus genannt wird, so muss ein neuer Terminus erdacht werden für den echten, spezifischen Faschismus Mussolinis, Piłsudskis und des Stahlhelms.[24] Die Kennzeichen des echten, spezifischen Faschismus sind organisierte Banden, die Gewalt im Interesse der herrschenden Klasse anwenden, und eine Form der Partei, die die Macht ergreift; er [der Faschismus] braucht Helden und Führer. Die deutschen S[ozial]-D[emokraten] und der echte, spezifische Faschismus haben absolut nichts gemeinsam. Es ist sehr einfach, überall angesichts einer reaktionären Maßnahme zu rufen: „Faschismus, Faschismus“. Dies ist jedoch nichts als eine Verdrehung der Begriffe, Schmiermittel für's Gehirn [*umstvennaja smaz'*].

Der spezifische Faschismus unterscheidet sich radikal vom alten Polizeistaat. Er wurde bei uns nur unvollkommen analysiert, was dem bei uns herrschenden Schablonendenken und der geringen Kenntnis westeuropäischen Lebens geschuldet ist. Hier ist richtiger Marxismus gefragt, und keine einfache Wiederholung schlecht verstandener Formeln. Die Praxis des Faschismus in Deutschland wird von den Hitler-Leuten, dem Stahlhelm und ähnlichen Organisationen repräsentiert; die Theorie des Faschismus jedoch wurde am besten von Spengler formuliert.[25] Überhaupt berühren seine Ansichten zwei Ebenen:

Evgenij Gnedin gemeinsam verfasste Broschüre über den Dawes- und Young-Plan: Nomad & Politikus: Ot plana Dauesa k planu Junga, Moskva, Moskovskij rabocij, 1929.

21 Der Gewerkschafter und Schriftsteller August Winnig wandelte sich nach dem 1. Weltkrieg vom Sozialdemokraten zum völkischen Nationalisten. Allerdings wurde er bereits nach dem Kapp-Putsch (1920) aus der SPD ausgeschlossen.

22 Der russische Ministerpräsident Petr Stolypin, initiierte nach 1905 eine Agrarreform, ließ jedoch antizarische Bewegungen durch sog. „Feldgerichte“ unterdrücken. Im Volksmund wurde die hier angewandte Tötung durch den Strang auch als „Stolypinsche Krawatte“ bezeichnet.

23 Vjačeslav Konstantinovič Pleve (deutsch: von Plehwe) wurde 1902 zum Innenminister des russischen Zarenreiches bestimmt; er trug entscheidend zur Zerschlagung der Arbeitervereine und Gewerkschaften bei.

24 Der 1918 gegründete „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten“, deutsch-nationaler und republikfeindlicher paramilitärischer Verband (später auch: Wehrsportverband); mit ca. 500.000 (1930) Mitgliedern weitaus stärker als der Rote Frontkämpferbund der KPD. Im Oktober schlossen sich 1931 der Stahlhelm, die NSDAP und die DNVP zur Harzburger Front zusammen. Im Dritten Reich in die Sturmabteilung integriert.

25 Čičerin bezieht sich auf Oswald Spenglers Hauptwerk „Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte“, das in 2 Bänden 1918 und 1922 beim Verlag C. H. Beck in München erschien. Die Darstellung des Cäsarismus als des zu erstrebenden Endstadiums der Zivilisation, und Möglichkeit der Verhinderung der Weltrevolution distanzierte den Geschichtsphilosophen jedoch sowohl vom Führerkult als auch der Rassenlehre des Nationalsozialismus, während er den italienischen Faschismus positiv sah. Ein „germanisches Imperium“ sah er als eine wichtige Voraus-

1) Im Bezug auf die Vergangenheit ist seine Theorie vom „Untergang des Abendlandes“ eine fast wortgetreue Wiederholung der Theorien von Neo-Slavophilen wie Danilevskij und Konstantin Leont’ev aus der Zeit von Pobedonoscev.[26] Aus deren Theorie der „kulturhistorischen Typen“ ließ sich ableiten, dass der russische kulturhistorische Typus bereits seinen Zenit überschritten habe, daher die Formel, man müsse „Russland einfrieren, dass es nicht mehr lebe.“ Dabei haben die Neo-Slavophilen[27] viele ihrer Ansichten von den klerikal-traditionalistischen Philosophen der französischen Restauration (Bonald, de Maistre) entliehen; 2) In Bezug auf die Gegenwart basiert Spenglers Theorie (mit der wir uns aufgrund unserer Zurückgebliebenheit überhaupt nicht befasst haben) darauf, dass sich aufgrund des Systems der Aktionäre der Besitz von der Nation losgelöst habe, gleichzeitig hätten aufgrund der neuen Kriegstechnik freiwillige Verbände ideell überzeugter Menschen, die diese neue Technik beherrschten, die Volksarmeen abgelöst, wobei diese bewaffneten Verbände ideell überzeugter Menschen durch den Kult ihrer Führer miteinander verbunden seien, die kraft dieser die Schicksale der Völker bestimmten […]

Dieser spezifische Faschismus, oder Schafismus,[28] ist in Deutschland im Abflauen begriffen – diese Phänomene seiner Entwicklung, seines Wachstums und seiner Abschwächung müssten in Verbindung mit den allgemeinen gesellschaftlichen Stimmungen und Wirrungen in Deutschland, mit dem Kult der Frustration und des überflüssigen Menschen in der Nachkriegszeit, mit der Wiedergeburt des Neoromantismus und der gegenwärtigen Rückkehr zum Goethetum sowie zum Realitäts- und Aktivitätskult erforscht werden. Ohne die Erforschung der gesellschaftlichen Stimmungen und Strömungen als Ganzes kann man den Zustand eines Landes nicht charakterisieren. Bloße Statistiken, Produktions- und Handelszahlen – das ist zu wenig. Ich betrachte jedoch diese ganzen bunten Bilder so, wie ein Wanderer die sich ihm offenbarende Tallandschaft erblickt – wie ein Wanderer allerdings, der sich bereits am Wegesrand niedergelassen hat, seinen Wanderstab loslässt und das Aufziehen der Nacht erwartet, die für ihn eine ewige Nacht sein wird.[29]

Mit Genossengruß,
G. Čičerin

---

setzung zur Verhinderung des Untergangs des Abendlandes an, im sowjetischen Kommunismus sah er die Wirkungsweise einer asiatischen Horde und nur „sehr wenig“ von „echtem Marxismus“.

26 Der konservative russische Staatsmann Konstantin Pobedonoscev war von 1880 bis 1905 Ober-Prokurator der Heiligen Synode Russlands.

27 Ziel des besonders stark in der Tschechoslowakei vertretenen Neoslavismus sollte ursprünglich die Beförderung einer Vereinigung der Slaven innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie sein. Durch die russozentrische Ausrichtung des Zarismus sowie reaktionär-nationalistische Tendenzen kam es zur Krise, die anlässlich des ersten neoslavischen Kongresses 1908 in Prag deutlich wurde.

28 Im Original: „šafizm“. Nach Sokolov ist dies der von Čičerin gebrauchte, unter Verwendung des Namens Spenglers gebildete Begriff zur Bezeichnung des „spezifischen“ Faschismus (Sokolov: Neizvestnyj Čičerin, S. 17).

29 Der unter Stalin zur Unperson erklärte Čičerin starb erst 6½ Jahre später. Trotz seiner Krankheit gab er erst 1930 sein Amt an Litvinov ab und lebte zurückgezogen in Moskau.

Dok. 229a

Telegramm des ZK der KPD an Stalin und Molotov mit der Bitte um Mittelüberweisung zur Unterstützung des Berliner Rohrlegerstreiks

Berlin, 24.10.1929

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 495/19/232, 80. Erstveröffentlichung.

Aus Berlin io52
Erhalten 24/X 22 23
Dechiffr 24/X 12 00

An Politbuero der WKP ZKD[30]

STALIN und MOLOTOV
Erbitten sofortige Ueberweisung der vom Metallarbeiterverband ankuendigten zehn Tausend Rubel in Valuta Zwecks Auszahlung der faelligen Streikunterstuetzung fuer Rohrleger da keinerlei Geldmittel mehr vorhanden Politbuero

ZK KPD

Dok. 230

Beschluss des Politbüros der KP der Sowjetunion über ein erweitertes Angebot von Militär- und Spezialkursen für ausländische Kommunisten

[Moskau], 25.10.1929

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 17/162/7, 185–186. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 611–612.

Angehört:
6. Frage des Gen. Unšlicht (PB vom 5.9.1929, Protokoll Nr. 96, P. 8)
(Gen. Unšlicht, Pjatnitzki)

Beschlossen:
a) Dem EKKI zu gestatten:

1) polnische Instrukteurskurse mit einer Lehrdauer von 9 Monaten für 30 Hörer zu eröffnen;

30 Eintrag auf russisch zu Beginn des Dokuments: „An Stalin und Molotov ist ein deutscher Text aus s.c. am 25.10.1929 geschickt worden. Pjatnitzki hat [ihn] gelesen." Am Ende des Dokuments folgt die russische Übersetzung.

2) für die deutschsprachige Hörergruppe Kurse für den Zeitraum von 5 Monaten für 50 Personen zu eröffnen;

3) ebenfalls eine französischsprachige Hörergruppe aus 30 Personen in 5 Monaten auszubilden;

4) das Programm der bestehenden Lenin-Kurse[31] durch die Einfügung neuer militärischer Disziplinen zu erweitern;

5) in die 6-Monats-Kurse der KIM[32] militärische Disziplinen zu integrieren;

6) im nächsten Jahr eine englische Gruppe für England und die USA vorzubereiten.

b) Den Revolutionären Kriegsrat zu beauftragen, die Gesamtzahl der Studenten [militärischer] Hochschulen aus dem Osten im kommenden Jahr um 129 Personen zu reduzieren und diese Anzahl [der weiter auszubildenden] auf 200 zu beschränken, und zwar: mit der Ausbildung von 148 Chinesen, 39 Mongolen und 13 Tuwinern[33] fortzufahren. Um dies [zu erreichen, sind folgende Maßnahmen zu treffen]:

1) dem EKKI vorzuschlagen, die aus gesundheitlichen und anderen Gründen von den Hochschulen ausgeschlossenen 30 chinesischen Studenten zu seiner Verfügung zu übernehmen;[34]

2) dem Revolutionären Kriegsrat vorzuschlagen, die unter allgemeinen Begründungen vom EKKI nicht verwendeten 30 chin[esischen] Studenten, die die Hochschulen in diesem Jahr beendet haben, auf Kommandoposten zu übernehmen.

c) Bei der Betrachtung des Budgets vorzusehen:

1) für die Ausbildung von West-Leuten in Spezialkursen
151.750 R[ubel]. 28.800 a[merikanische] D[ollar]
2) für die Ausbildung von Ost-Leuten in Hochschulen
469.652,70 R[ubel] - 10800 a[merikanische] D[ollar]
3) für die Ausbildung von 3 Deutschen in der Militärakademie

---

31 Gemeint ist die Internationale Leninschule (MLS)

32 KIM (russ.): *Kommunističeskij Internacional Molodeži* (Kommunistische Jugendinternationale (KJI)

33 Tuwiner: Angehörige des südsibirischen Staates Tuwa (auch: „Tannu-Tuva“). 1921 nach der Ausrufung der Tuwinischen Volksrepublik durch die Bolschewiki 1921 unabhängig, doch unter starkem russischen Einfluss, zuletzt 1929 durch einen von fünf Absolventen der Kommunistischen Universität der Arbeiter des Ostens 1929 durchgeführten Putsch gegen den auf die Mongolei orientierten buddhistischen Premierminister Donduk. Heute autonome Republik in der Russischen Föderation.

34 Aufgrund starker linksoppositioneller Aktivitäten wurden im Laufe des Jahres 1929 im Rahmen einer ersten systematischen Repressionswelle gegen ausländische Kommunisten in der Sowjetunion Dutzende (später Hunderte) chinesischer Studenten in der Sun-Yatsen-Universität und der KUTV in Moskau als Anhänger der trotzkistischen Opposition verhaftet, Kurse aufgelöst u.a.m. Gleichzeitig wurden die chinesischen Kommunisten sowjetischerseits stärker instrumentalisiert. In einer Komintern-Direktive vom 26.10.1929 wurde die KP Chinas zur Entfaltung eines Guerillakriegs und generell zur Verstärkung der militärischen Akionen aufgefordert (siehe: Alexander Pantsov: The Bolsheviks and the Chinese Revolution, 1919–1927, Richmond (Surrey), Curzon Press, 2000, S. 200–208; Richard Thornton: The Comintern and the Chinese Communists 1928–1931, Seattle, University of Washington Press, 1969, S. 97ff.).

10.521,4 R[ubel]

entsprechend der beiliegenden Kostenaufstellung,
also insgesamt 631.924,15 R[ubel,] 39.600 a[merikanische] D[ollar].

Auszüge versandt an: Gen. Unšlicht - alle; Gen. Pjatnitzki - alle; Gen. Brjuchanov - „c".



Am 5.11.1929 wurde durch das Politbüro der KP der Sowjetunion erstmals die Erschießung eines linken Oppositionellen verfügt. Dabei handelte es sich um Jakov Bljumkin, der als OGPU-Funktionär Kontakte zur Linken Opposition und zu Trotzki aufrechterhalten hatte. Darüber hinaus kritisierte das Politbüro ausdrücklich die OGPU, da sie nicht beizeiten die konterrevolutionäre Tätigkeit Bljumkins aufgedeckt und ihn liquidiert habe.[35]

Dok 231

Rundschreiben des Westeuropäischen Büros der Komintern zur Beschränkung und Erfassung der politischen Emigration

[Berlin], 12.11.1929

Typoskript, deutsch. Schweizer Bundesarchiv, Bern, J II, 94. Erstveröffentlichung.

12.11.1929. An alle Parteien. Betr. Emigration[36]

W[erte] G[enossen]! Wir weisen alle Parteien auf nachstehende Richtlinien hin, die bei Emigrantenfragen unbedingt zu beachten sind:

I. Die Emigration nimmt ungeheuer zu, die Arbeits- und Aufenthaltsmöglichkeiten der meisten in Betracht kommenden Länder werden immer schwieriger und eingeschränkter. Daher soll Emigration nur in jenen Fällen zugelassen werden, welche nach den internationalen Regeln wirklich eine solche erfordern (bei hoher Verurteilung über 3–5 Jahre, oder in Einzelfällen, welche besondere nachweisliche Gefahr bedeuten).

2. Sofortige Legitimierung noch *vor der Abreise* des P[olit-]E[migranten]. Es muss unbedingt erreicht werden, dass in allen normalen Fällen die genaue Legitimierung (Personaldaten, Emigrationsgrund, Organisationsdaten, Lichtbild) *bereits vor dem Eintreffen des P[olitischen] E[migranten]* in den Händen der betreffenden R[ote] H[ilfe]-Sektion ist. Nur in Ausnahmefällen, bei unmittelbarer Gefahr im Verzug, ist nachträgliche Legitimierung begründet.

---

35 RGASPI, Moskau, 17/162/8, 2.
36 Der neuen strengeren Instruktion ging am 11.11.1929 eine streng vertrauliche Resolution des Politsekretariats des EKKI über die Tätigkeit der Internationalen Roten Hilfe und ihrer Sektionen gegenüber der politischen Emigration voraus.

3. Unbedingte gleichzeitige Verständigung von allen Massnahmen, welche P[olitische] E[migranten] betreffen, an die betreffende R.H. Sektion (Disposition zur Weiterleitung, Einreiseanträge etc.) Es sind wiederholt Fälle vorgekommen, wo solche Massnahmen von Parteiinstanzen getroffen wurden, ohne Mitteilung an die RH-Sektion, die den Betreffenden betreute.

4. Unbedingte Verhinderung des Abwälzens von Nicht-P[olitischen]-E[migranten]-Fällen auf die Mopr[37] (Genossen, die zwar verfolgt, aber nicht P[olitische] E[migranten] sind, sondern im Parteiauftrag das Land verlassen etc.). Solche Fälle, die häufig vorkommen, belasten unberechtigt die MOPR und erschweren die vorschriftsmässige Unterstützung der wirklichen P[olitischen] E[migranten]. Alle Parteiinstanzen und -Vertretungen werden angewiesen, dass keinesfalls jemand als P[olitischen] E[migranten] legitimiert werden darf, der es nicht ist.

Mit Gruss!
WEB der K.I.[38]

Dok 232

Mitteilung des Kominternpräsidiums über die Wiederaufnahme der Tätigkeit des Westeuropäischen Büros in Berlin

[Berlin], 22.11.1929

Typoskript, deutsch. Schweizer Bundesarchiv, Bern, J II, 94,Datierung unklar, möglicherweise 22.11.1928. Erstveröffentlichung.

Werte Genossen,
Entsprechend den Bestimmungen der Statuten der K.I. teilen wir Ihnen mit, dass das West-Europäische Büro der K.I. das seine Arbeit nach dem VI. Kongress [der Komintern, 1928] wieder aufgenommen hat,[39] zwecks maximaler Ermöglichung einer direkten Anleitung für die Arbeit der kommunistischen Bruderparteien vom Präsidium des EKKI folgende Rechte eingeräumt erhalten hat:

1. In Fällen unaufschiebbarer Dringlichkeit in allen Fragen Beschlüsse zu fassen und Aufrufe zu veröffentlichen.

2. Im eigenen Namen des Büros schriftliche Direktiven an die Parteien zu erteilen.

---

37 MOPR (russ.): *Meždunarodnaja Organizacija Pomošči Borcam Revoljucii*. Deutsch: Internationale Rote Hilfe (IRH)

38 Das Westeuropäische Büro (WEB) in Berlin nahm um diese Zeit seine Tätigkeit wieder auf, mit weit ausgreifenden Kompetenzen (siehe hierzu das folgende Dokument).

39 Die hier veröffentlichte Direktive signalisiert eine Kompetenzvermehrung des WEB, das nun stärker in den Angelegenheiten der kommunistischen Parteien intervenieren konnte (vgl. Bayerlein: Transnationale Netzwerke und internationale Revolution).

3. Im Bedarfsfalle Beratungen mit Vertretern mehrerer Kom-Parteien abzuhalten. Im Auftrage des EKKI Konferenzen einzuberufen.

4. Vertreter der betreffenden Parteizentralen zur Berichterstattung einzuladen.

5. Die betreffenden Parteien an Ort und Stelle aufzusuchen.

6. Neben dem EKKI auch selbst Tätigkeitsberichte der Parteien zu empfangen.

7. Das EKKI auf Kongressen und Konferenzen der betreffenden Parteien zu vertreten.

8. Die Tätigkeit der Bevollmächtigten und Instruktoren des EKKI, der KJI, der Profintern, der Krestintern, insofern diese Kommunisten sind, zu kontrollieren.

9. Durch die Kom-Fraktionen die Tätigkeit der internationalen parteilosen Organisationen leiten.

Die Tätigkeit des Westeuropäischen Büros vollzieht sich lt. den Anweisungen des Präsidiums und des Politsekretariats des EKKI. Um Parallelismus bei der Ueberweisung von Direktiven an die Kom-Parteien aus Moskau und vom Westeuropäischen Büro zu vermeiden, wird dafür Sorge getragen, dass das West-Europäische Büro über seine sämtlichen Direktiven an die Parteien das Politsekretariat und das Präsidium informiert.

Das West-Europäische Büro wird Instruktoren zu seiner direkten Verfügung haben und steht sonst in engem Kontakt mit den Kom-Fraktionen der verwandten Organisationen. Diese Mitarbeiter erhalten verschiedene Aufträge vom West-Europäischen Büro bei deren Durchführung ihnen die Parteien die notwendige Hilfe zu Teil werden lassen sollen.

Das West-Europäische Büro ist verpflichtet, die betreffenden Parteien regelmässig, hauptsächlich durch unmittelbare persönliche Verbindung, zu informieren und zwar über die wichtigsten Beschlüsse, über die aktuellen Probleme und Aufgaben, sowohl der Komintern als auch der einzelnen Sektionen.

Da das West-Europäische Büro ferner verpflichtet ist, das EKKI regelmässig über die Lage in den betreffenden Kom-Parteien und über die vom WEB getroffenen Massnahmen zu informieren, ist es umso notwendiger, dass die betreffenden Parteien dem WEB die in dieser Hinsicht erforderlichen Materialien zur Verfügung stellen.

Mit kommunistischem Gruss
Präsidium des EKKI



Am 30.11.1929 bestimmte das Politbüro der KP der Sowjetunion die Zusammensetzung einer neuen Führungsmannschaft für die sowjetische Handelsvertretung in Deutschland.[40]

Am 5.12.1929 fasste das Politbüro der KP der Sowjetunion einen Beschluss, mit dem die Umwandlung der autonomen Republik der Wolgadeutschen in eine Musterregion für die vollständige Kollektivierung dekretiert wurde.[41]

40 RGASPI, Moskau, 17/3/767, 10.
41 RGASPI, Moskau, 17/3/767, 7.

Am 15.12.1929 beschloss das Politbüro der KP der Sowjetunion ebenfalls über das Budget des EKKI. Das Budget für ausländische Devisen sollte überprüft werden wozu eine aus Smirnov, Pjatnitzki und Brjuchanov zusammengesetzte Kommission zu bilden sei.[42]

Am 25.12.1929 beriet das Politbüro der KP der Sowjetunion über die Verhandlungen mit dem deutschen Flugzeugbauunternehmen Heinkel, wobei ein nicht näher ausgeführter Vorschlag von Kliment Vorošilov angenommen wurde.[43]

Dok 233

Brief Karl Gailis' an Tuure Lehén über die Aufgaben der Militärarbeit der KPD

[Moskau], Ende 1929 – Anfang 1930

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 495/25/1377, 96. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 709–710.

Abs[olut] geheim

Auf Basis eines Meinungsaustausches auf der letzten Sitzung der Militärkommission[44] sowie eines zusätzlichen Gesprächs mit Gen. Berzin würde ich gerne einen Entwurf zu Überlegungen zur militärischen Arbeit der Partei skizzieren, um diese, nachdem ich sie mit Dir besprochen habe, der Kommission zur Besprechung vorzulegen und dann den Deutschen zu übermitteln. Als ich den Entwurf für einen Brief skizziert hatte, stellte ich allerdings fest, dass ich sie ohne Deine Hilfe nicht zusammenstellen kann. Ich könnte nur über Diversionen und Kader schreiben. Über Aufklärung und Zersetzung, wie auch über den RFB, der ebenfalls in dem Brief erwähnt werden muss, kann ich nicht schreiben, da ich darüber nicht informiert bin.

Ich schicke Dir den Entwurf des Briefes, und wenn Du (in den nächsten Tagen) Zeit hast, schau bei mir vorbei und wir werden dann die Frage besprechen und die Aufgabenteilung vornehmen.

---

42 RGASPI, Moskau, 17/162/8, 23.

43 RGASPI, Moskau, 17/3/770, 19.

44 Militärkommission des EKKI, konstituiert am 11.12.1922 beim Apparat der Organisationsabteilung als „Ständige Kommission zur Arbeit in der Armee", 1924 umbenannt in „Ständige Militär- (Antikriegs- oder Militärisch-konspirative) Kommission". Ziele waren die antimilitaristische Arbeit in Armee und Flotte der kapitalistischen Länder, die propagandistische Vorbereitung auf den bewaffneten revolutionären Kampf, die proletarische Selbstverteidigung, der Kampf gegen Provokationen sowie die Vorbereitung militärischer Kader für die kommunistischen Parteien. Als Funktionäre wirkten neben Gailis Fedor Petrov (Ps.), d.i. Fedor F. Raskol'nikov, Vincas Mickiewicz-Kapsukas, I. Unšlicht als stellvertretender Leiter der GPU, Ottomar Geschke, B. Bronkowski (Ps.), d.i. B. Bortnowski und Alfred (Ps.), d.i. Lehén. 1929 wurden Spezialkurse zur Vorbereitung militärischer Kader eingerichtet, zunächst in einer deutschen und einer polnischen Sprachruppe (später sechs Gruppen, mit 541 Absolventen bis 1935 (siehe: Adibekov/Šachnazarova/Širinja: Organizacionnaja struktura, S. 80f., 122, 132f.).

Meiner Meinung nach muss der gesamte Brief sehr knapp gehalten werden und nur die Aufgaben fixieren.[45]

Mit Gen[ossen]-Gruß
[Sign.:] Gailis[46]

45 Der Briefentwurf Gailis', betitelt als „Aufgaben der KPD im Bereich der Militärarbeit", ist in der Anlage überliefert: RGASPI, Moskau, 495/25/1377, 97. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 710, Fn. 4

46 Wie in Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i idea vermutet wird, könnte unter dem bisher nicht eindeutig entschlüsselten Pseudonym A. Neuberg der Lette Karlis Gailis am maßgeblichen Handbuch der Komintern zum bewaffneten Aufstand mitgewirkt haben (siehe: Neuberg/Kippenberger/Tuchatschewski/Ho Chi Minh: Der bewaffnete Aufstand. Bisher wurde das Pseudonym u.a. mit Hans Kippenberger, Tuure Lehén oder auch als Gruppenpseudonym aufgelöst.

1930



Am 10.1.1930 befasste sich das Politbüro der KP der Sowjetunion auf Initiative von Sergo Ordžonikidze mit einer neuen Kaderbesetzung in der sowjetischen Handelsinspektion in Berlin, zu deren neuem Leiter Zachar Belen'kij, Mitglied der Arbeiter-Bauern-Inspektion, ernannt wurde.[1]

Dok. 234

Brief des Mitteleuropäischen Ländersekretariats der Komintern an das ZK-Sekretariat der KPD über den „Sozial-" und den „National-Faschismus" in Deutschland[2]

[Moskau], 13.1.1930[3]

Typoskript, deutsch, mit handschriftlichen Ergänzungen, RGASPI, Moskau, 495/4/10, 54–69. Deutsche Erstveröffentlichung. Eine verkürzte Fassung in russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 711–715.

Vertraulich.
An das Sekretariat des Z.K. der K.P.D.

Werte Genossen!

Wir hatten im Ländersekretariat eine Beratung, in der die Genossen Heckert und Merker ueber die politische Lage in Deutschland, sowie ueber die Arbeit der Partei berichteten, wobei es zu einem Meinungsaustausch ueber die im Mittelpunkt der Aufgaben der Partei stehenden Fragen gekommen ist.

Wir möchten auf Grund der Arbeiten dieser Beratung Veranlassung nehmen, Euch eine Reihe von Erwägungen bekannt zu geben, die wahrscheinlich nicht wertlos für Eure Arbeit sein werden.

Es ist für jeden klar, dass das Tempo der Zuspitzung der Klassengegensätze in Deutschland eine aussergewöhnliche Beschleunigung erfahren hat, sodass schon in den allernächsten Monaten mit gewaltigen Klassenzusammenstössen zu rechnen ist. Davon, ob wir es verstehen werden, uns mit klaren und präzisen politischen Losungen und unter Verwendung klarer und präziser Formen des Kampfes, sowie der Organisierung der Massen an die Spitze der in rascher Entfaltung befindlichen Massenbe-

1 RGASPI, Moskau, 17/3/772, 9.

2 Der von Gusev und Heckert ausgearbeitete Brief des Mitteleuropäischen Ländersekretariats wurde auf der Sitzung des Politsekretariats des EKKI am 13.1.1930 besprochen. Pjatnitzki und Kuusinen sollte die Möglichkeit gegeben werden, den Brief zu lesen und „Falls ihrerseits keine Korrekturen erfolgen, den Brief als Stellungnahme des Ländersekretariats ab[zu]senden." (RGASPI, Moskau, 495/4/10, 1–2).

3 In der deutschen Fassung handschriftlich auf 18.1. korrigiert.

wegung zu setzen, hängt es ab, welchen Schwung diese Bewegung erreicht und ob diese Bewegung *umschlagen* wird in ein neues höheres Stadium.

1. Ueber die Losungen.
Unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo die Bourgeoisie die Offensive an *allen* Fronten voll entfaltet hat – auf der Linie der kapitalistischen Rationalisierung, der Finanzreformen, der Erhöhung der Zolltarife, des Abbaus der Soziallasten usw. – unter den gegenwärtigen Verhältnissen des raschen Wachstums der Unzufriedenheit der Massen und ihrer Abneigung, in der alten Weise weiter zu leben, unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo es genuegt, mit einem demagogischen Programm (Nationalfaschisten)[4] aufzutreten, um die Massen zu Hunderttausenden für die diesbezügliche Partei zu gewinnen, kommt es darauf an, dem *allerrückständigsten Arbeiter und der letzten Arbeiterin unser* Programm, unseren *Ausweg* aus der Lage zur Rettung aus der drohenden Katastrophe zum Bewusstsein zu bringen. Die Partei muss eine feste und revolutionäre Sprache anschlagen und den Massen Tag für Tag von neuem ueberzeugend sagen, *um was* die Partei sie aufruft zum Kampf. In unserer Presse, in unseren Versammlungen, in einem beliebigen Gespräch eines einfachen Parteimitglieds mit parteilosen Arbeitern, mit seiner Frau – ueberall muessen *tagaus, tagein* greifbar und klar unsere revolutionären Losungen erläutert werden.

Für die weitgehendste Popularisierung kommen etwa folgende Losungen in Frage:

1. Bourgeoisie und Sozialfaschismus führen das Land der Katastrophe entgegen. Wir, die Kommunisten, wir, das revolutionäre Proletariat, werden die Katastrophe verhüten. Wir werden, wenn wir an der Macht sind, alle Fabriken und Betriebe nationalisieren und öffnen, werden Verhältnisse schaffen, unter denen Millionen vom Kapitalismus auf die Straße geworfen Arbeiter wieder Arbeit erhalten werden. Die industrielle Produktion Rätedeutschlands besitzt bereits einen fertigen Markt – nämlich die Sowjetunion mit ihrer 150 Millionen-Bevölkerung.

2. Der Young-Plan[5] und die Auslandsanleihen schinden aus den werktätigen Massen alljährlich 3 Milliarden Mark heraus. Wir, die Kommunisten, werden, wenn

4 Der Begriff „Nationalfaschisten"/„Nationalfaschismus" wurde als gängiger Begriff zur Abgrenzung gegenüber dem sog. „Sozialfaschismus" der Sozialdemokratie gebraucht. Die Begrifflichkeit allein drückt die Verharmlosung aus.

5 Der im Reichstag am 12.3.1930 angenommene vom amerikanischen Bankier Owen D. Young ausgearbeitete Plan („Young-Plan") sollte den Dawes-Plan zur Regelung der Deutschland auferlegten Kriegsreparationen revidieren. Er trat am 17.5.1930 rückwirkend zum 1.9.1929 in Kraft. Während die Nationalsozialisten und die nationalistische Rechte über Volksbegehren und Massenkampagne gegen den Plan agitierten, forderte die KPD Ende 1929 noch die Unterordnung des Kampfes gegen den Young-Plan unter die Verteidigung der Sowjetunion. Ungefähr seit Herbst 1929 bereitete Stalin ebenfalls eine nationalistische Hinwendung zur Unterstützung Deutschlands als geknechteter Nation gegen den Plan nebst einer entsprechenden Umstellung der KPD-Politik vor, die in der zweiten Jahreshälfte 1930 intensiv umgesetzt wurde (Siehe: Dok. 244; vgl. Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, 184ff.; Weber: Generallinie, XVII, 84).

wir an der Macht sind (als die Partei der proletarischen Diktatur) dieses Joch des internationalen Kapitals zerbrechen und werden alle diese Verpflichtungen annullieren.

3. Das Finanzkapital Deutschlands will das Land versklaven und reiht sich ein unter die hörigen Verbündeten des amerikanischen Kapitalismus. Wir, die Kommunisten, werden Deutschland zu einem ebenso unabhängigen grossen Land der Arbeit machen, wie es – dank der Bolschewiki – Russland geworden ist, das unter dem Zarismus am Gängelband des anglo-französischen Imperialismus wandelte.

4. Die Bankmagnaten diktieren dem Lande offen ihren Willen. Wir werden, wenn wir an der Macht sind, Schluss machen mit den Bacchanalien der Bankmagnaten. Wir werden die proletarische Nationalisierung aller Privatbanken vornehmen und die Staatsschulden an die vaterländischen Kapitalisten annullieren.

5. Die Grosshandelsmagnaten richten die kleinen Geschäftsleute zugrunde, werfen die Angestellten zu Tausenden auf die Straße und treiben die Lebensmittelpreise für den Massenkonsum. Wir, die Kommunisten, werden, wenn wir an der Macht sind, Schluss machen mit den Bacchanalien der Grosshandelsmagnaten. Wir werden den Grosshandel nationalisieren und eine mächtige Konsumgenossenschaft bilden, die die Werktätigen freimacht von den räuberischen Handelsherren.

6. Wir werden die kapitalistischen Formen der Betriebe der öffentlichen Hand (Munizipalität) vernichten. Wir werden den grossen Hausbesitz konfiszieren und die Arbeiter, sowie die städtische Armut in die Wohnungen der Reichen einquartieren. Wir werden die Gebühren für die Betriebe der öffentlichen Hand nach dem Klassenprinzip regeln und dadurch die von den niedrig bezahlten Schichten des Proletariats zu erhebende Gebühr auf ein Minimum herabsetzen.

7. Wir werden Schluss machen mit der Steuermisswirtschaft der Bourgeoisie. Das Proletariat wird, nachdem es die Macht erobert, die Fabriken, die Banken, den grossen Hausbesitz und den Handel expropriiert hat, alle Voraussetzungen schaffen, um das Budget des proletarischen Staates nach dem Klassenprinzip zu gestalten.

8. Wir werden die Sozialversicherung aller Arten auf Kosten des Staates (und auf Kosten der Unternehmer, solange vorübergehend noch einige kleine Privatbetriebe bestehen bleiben) einführen.

9. Wir werden die Herrschaft der Krautjunker brechen.[6] Wir werden einen Teil des Grund und Bodens den landarmen Bauern übergeben. Wir werden staatliche landwirtschaftliche Betriebe schaffen. Wir werden die Arbeitsbedingungen des ländlichen und städtischen Proletariats einander angleichen.

10. Wir werden mit eisernem proletarischem Besen das ganze Schmarotzerpack der Fabrikanten, Unternehmer, Bankiers, Junker, Grosshandelsleute, Generale, bürgerlicher Politiker und Spekulanten aller Farben und Schattierungen ausfegen. Von der Fabrik bis zur Zentralregierung – überall wird das Proletariat herrschen.

---

6 Der Begriff „Krautjunker" wurde als negative Bezeichnung für den ostelbischen adeligen Grundbesitzer gebraucht.

Diese *zentralen ausschlaggebenden* Punkte unseres Programms muessen wir in umfassender Weise vor den *Millionen* aufrollen, muessen unsere *alltägliche* Agitation mit ihnen durchtränken und sie der sozialen Demagogie der Nationalfaschisten, dem kläglichen Gestammel der Sozialfaschisten und der Brandlerianer ueber die Abwälzung der Lasten des Youngplanes auf die Schultern der Bourgeoisie entgegenstellen. Insbesondere muessen wir diese Losungen während der Kampagne aus Anlass der Betriebsräte-Neuwahlen[7] popularisieren und dadurch die Scheidelinie ziehen zwischen den reformistischen und den revolutionären Aufgaben der Betriebsräte. [...]

Bei der Aufrollung unseres revolutionären Programms muss unter Fortführung des verschärften Kampfes gegen den Sozialfaschismus besondere Beachtung darauf gelenkt werden, die nationalistische und soziale Demagogie der Sozialfaschisten zu entlarven. Die Erfahrung aus Anlass der Kampagne gegen das Volksbegehren zeigt,[8] dass in der Partei der Umschwung im Kampfe gegen den Nationalfaschismus noch nicht eingetreten ist. Bei der Verstärkung des politischen Kampfes gegen den Nationalfaschismus kommt es darauf an, das Schwergewicht auf die Betriebe, in die Kreise der Erwerbslosen und in die Gebiete mit ländlichem Proletariat zu verschieben. [...]

F. Ueber die Formen des Kampfes und der Organisation.
Im engsten Zusammenhang mit den Losungen als Mittel zur politischen Mobilisierung der Massen steht die Frage der Formen des Kampfes und der Organisation. [...]

Wenn die beherrschende Form des Kampfes in der voraufgegangenen Etappe der wirtschaftliche Streik war, so beginnt sich nunmehr das Schwergewicht rasch auf den *politischen Massenstreik* zu verschieben.

Unsere zentrale Kampfaufgabe ist es, den allerbreitesten Massen klarzumachen (und nicht nur selbst zu begreifen), dass der wirtschaftliche Streik allein bereits nicht mehr genuegt und dass der *vollentfalteten* Attacke der Bourgeoisie die ebenso rasche und entschiedene Gegenattacke des Proletariats entgegengestellt werden muss. Bis jetzt nahm die Losung des politischen Massenstreiks in unserer Massenagitation noch nicht den gebührenden Platz ein. Sie hat als Kampflosung noch nicht den ihr zukommenden Platz in unserer Presse und insbesondere in der „Roten Fahne" gefun-

---

7 Zu den Betriebsräte-Wahlen im Frühjahr 1930, die meisten davon im März, kandidierten die KPD-Kandidaten erstmals in ca. 1200 Betrieben (besonders auf Druck der Komintern- und RGI-Führung) auf eigenen „Roten Listen". Den kommunistischen Kandidaten wurde eine Kandidatur in Form anderer Listen selbst dann untersagt, wenn sie die Mehrheit stellten. „Relative Erfolge" (Müller) waren nur im Ruhrgebiet (Bergbau) und in Schlesien zu verzeichnen (siehe auch Dok. 257; vgl. Werner Müller: Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht. Ziele und Grenzen der „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition" (RGO) in Deutschland 1928 bis 1933, Köln, Bund-Verlag, 1980, S. 121–124.

8 Gegen den Young-Plan initiierte der deutschnationale Medienzar Alfred Hugenberg zusammen mit Hitlers NSDAP und Franz Seldte vom Stahlhelm einen Volksentscheid. Die Abstimmung am 22. Dezember 1929 scheiterte zwar mit nur 13,8 Prozent der Wahlberechtigten, doch vor allem die NSDAP konnte durch den „bis dahin größten Propagandafeldzug in der Weimarer Republik" (LeMo) Nutzen ziehen, der sich in der Reichstagswahl vom September 1930 materialisierte. Siehe: Jung: Direkte Demokratie, S. 109–146.

den. Dabei aber ist es klar, dass wir, bevor wir imstande sind, den politischen Massenstreik in der einen oder anderen Stadt, bezw. Industrie durchzuführen, diese Losung zum Allgemeingut der breiten Massen und in erster Linie der Partei selbst machen muessen. [...]

Worin besteht das Neue auf dem Gebiete der *Organisationsformen*, das durch die veränderte Situation hervorgerufen wird?

In erster Linie in der Notwendigkeit aller nur erdenklichen Anstrengungen in der Richtung, dass der Zusammenhang zwischen der Erwerbslosen-Bewegung und der Bewegung des im Betriebe stehenden Proletariats nicht verloren geht.[9] In der Partei muss absolute Klarheit geschaffen werden über die Frage der Unzulässigkeit der Bildung vollkommen getrennter Erwerbslosen-Organisationen, und vollkommen getrennter Erwerbslosen-Demonstrationen. Jemehr die Erwerbslosigkeit zunimmt, umso energischer wird die Bourgeoisie (mit Hilfe der Sozial- und der Nationalfaschisten) bemüht sein, einen Keil zwischen die Erwerbslosen und die im Betriebe Stehenden zu treiben und die letzteren zu erpressen durch die Tatsache des Vorhandenseins einer ungeheuren Erwerbslosenarmee. Es ist infolgedessen notwendig, in jene Erwerbslosen Komitees oder Räte, die augenblicklich im Prozesse der Entfaltung der Massenbewegung der Erwerbslosen geschaffen werden, Vertreter der Betriebe, besonders der Grossbetriebe mitaufzunehmen, die Beteiligung der Arbeiter der wichtigsten Betriebe der jeweiligen Ortschaft zur unerlässlichen Bedingung von Erwerbslosen-Demonstrationen zu machen und in das Programm der Aufgaben der revolutionären Betriebsräte Massnahmen zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit und zur Unterstützung der Erwerbslosen mitaufzunehmen. [...]

3. Ueber die Rolle der Presse, insbesondere der „Roten Fahne“ bei der Mobilmachung der Massen. [...][10]

Durch mangelnde Kontrolle von seiten des P.B. lässt sich auch die Tatsache erklären, dass in den letzten Wochen in den Leitartikeln der „Roten Fahne“ systematisch ein falscher, höchst schädlicher Standpunkt in der Frage des Sozialfaschismus vertreten wird. Der Verfasser einer Reihe von Leitartikeln versucht nachzuweisen, erstens, dass der Sozialfaschismus, wenn er die Massen verliert, auch seinen Wert für die Bourgeoisie verliert und dass letztere den Block mit der Sozialdemokratie sprengen und zur offenen Diktatur übergehen will. In der Neujahrsnummer der „Roten Fahne“ heisst es z.B.: „Es ist (...) der Zeitpunkt in nächste Nähe gerückt, wo die Bourgeoisie das Bündnis mit der Sozialdemokratie (...) aufgibt, und an seiner Stelle die *nackte Politik der faschistischen Diktatur* anzuwenden.“ Dass Konzessionen von der Sozialdemokratie nur deshalb gemacht werden, um sich noch einige Monate an der Regierung zu erhalten.

---

9 1930 erfolgte seitens der KPD eine verstärkte Konzentrierung auf die Arbeitslosen als Zielgruppe, es folgte der Aufstieg der KPD als Erwerbslosenpartei. Mitte 1931 arbeiteten nur noch knapp 20% der Parteimitglieder in den Betrieben. Siehe Dok. 272

10 Der nachfolgende Punkt wird wiedergegeben nach einer korrigierten Abschrift (RGASPI, Moskau, 495/28/47, 61–67).

Es fällt nicht schwer, zu sehen, dass dieser Standpunkt in der Frage des Sozialfaschismus den Beschlüssen des XII. Parteitages und des 10. Plenums widerspricht. [...]

Die Sozialdemokraten sind mit dem bürgerlichen Staat fest verwachsen und haben den Massen jahrelang erzählt, dass die Koalitionspolitik sie aus allem Unglück retten wird. Aber die Frage ihres Verbleibens in der Regierung ist eine Frage zweiten Grades im Vergleich zu der allgemeinen Frage über das Bündnis der Bourgeoisie mit der Sozialdemokratie bei der Anwendung faschistischer Kampfmethoden gegen das Proletariat.[11] Derjenige, der einen Gegensatz konstruiert zwischen der offen faschistischen Politik der Bourgeoisie und ihrer Blockpolitik mit der Sozialdemokratie, der reicht den rechten Opportunisten und den Versöhnlern, die die faschistische Ausartung der Sozialdemokratie leugnen, die Hand; *der stiftet Verwirrung in den Köpfen der Parteimasse* und aller Arbeiter überhaupt.

Die Frage der richtigen Beurteilung der Rolle des Sozialfaschismus ist die *Grund*frage, das ausschlaggebende Kriterium zur Beurteilung der politischen Hieb- und Stichfestigkeit eines verantwortlichen Parteifunktionärs. [...]

4. Ueber den Kampf gegen den Opportunismus in der Praxis und ueber die Kaders. [...]
Besorgniserregend ist die andere Tatsache, die Tatsache des Schweigens der „Roten Fahne" im Laufe einer Reihe von Tagen, während „Vorwärts" und „Gegen den Strom"[12] den Fall in der Zelle Siemens hinausposaunten[13] – eine Tatsache, die von der Passivität der Berliner Parteileitung in dieser Angelegenheit zeugt. Die richtige Taktik in dieser Frage ist gerade die umgekehrte Art jener Taktik, wie sie von der „Roten Fahne" und von der Berliner Parteileitung angewandt wurde. [...]

Der Fall in der Siemenszelle, bei Knorrbremse usw. zeigt, dass ein Teil der Kaders der Partei – Ballast darstellt und als Hemmschuh der revolutionären Entwicklung der Partei fungiert. Wie haben wir uns von diesem Ballast zu befreien? Unseres Erachtens ist das beste Mittel und die beste Kontrolle in den Massenkampagnen der Partei. Eine der unmittelbaren nächsten Generalkontrolle dieser Art wird die Kampagne aus Anlass

---

11 Damit verschärfte die Komintern den Kampf gegen die Sozialdemokratie („Sozialfaschismus"), auch gegen noch vorhandene differenzierte Sichtweisen in der KPD-Führung, die auf Unterschiede zum Nationalsozialismus und die von diesem ausgehende Gefahren hingewiesen hatte. Zwei Monate später brach die große Koalition unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller tatsächlich auseinander. Die KPD-Führung lag mit ihrer Prognose richtig, sie ordnete sich jedoch im Laufe des Jahres (zunächst in ihrem Sinne der „revolutionären"), von Stalin und Molotov diktierten Bekämpfung der SPD mit allen Mitteln unter. Graduell forderte sie ebenfalls eine mit dem nationalen Interesse unterlegte Bekämpfung und betrieb damit nicht nur Verharmlosung, sondern auch Nacheiferung des Nationalsozialismus.

12 *Gegen den Strom* war das Zentralorgan der „rechten" KPD-Opposition (KPO). Siehe hierzu Dok. 197 und 202.

13 Einerseits proklamierte die KPD den „Kampf um die bolschewistische Linie bei Siemens" andererseits verfolgte man die Aufstellung einer eigenen „roten" Betriebsratsliste, was von den Mitgliedern der Kabel- und Metallzelle jedoch abgelehnt wurde (Wetterleuchten bei Siemens. In: Gegen den Strom, 21.12.1930, S. 935).

der Betriebsräteneuwahlen werden, wo die Partei, ausgehend von den Tatsachen der Sabotage und der Passivität – sich von dem erwähnten Ballast befreien kann. [...]

Wir sind lediglich auf einige Hauptfragen eingegangen. Es wäre von ueberaus grossem Wert, wenn Ihr Euch äussern wolltet ueber die Arbeitspläne des Z.K. und der Partei für die unmittelbar nächste Zukunft. Besonders bitten wir den Abteilungen und Bezirken Weisung zu erteilen, dass sie uns rechtzeitig und systematisch Material einsenden.

Mit kommunistischem Gruss
Gussew Heckert.



Am 25.1.1930 genehmigte das Politbüro der KP der Sowjetunion zusätzliche Geldzahlungen an die Rote Gewerkschafts-Internationale (RGI) in Höhe von 50.000 Rubeln in Devisen sowie 100.000 in russischer Währung.[14]

Dok. 235

Beschluss des Politbüros der KP der Sowjetunion über die Budgets der Komintern, der Roten Gewerkschaftsinternationale und der Bauerninternationale

[Moskau], 15.2.1930

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 17/162/8, 80. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 618–619.

Angehört:
87. Über das Budget des EKKI und der OMS für 1929/30.
Beschlossen:
87. Das Budget der Ausgaben des EKKI in Höhe von 1.000.000 Rubel und die Ausgaben der OMS in Höhe von 256.000 Rubel zu bestätigen, insgesamt 1.265.000 Rubel.
Auszüge versandt an: Gen. Pjatnitzki, Brjuchanov.

Angehört:
89. Über das Budget der Profintern für 1929/30.
Beschlossen:
89. Die Summe der Ausgaben in Höhe von 550.142 Rubel zu bestätigen, davon 100.000 Rubel aus den Mitgliedsbeiträgen des VCSPS.[15]

14 RGASPI, Moskau, 17/162/8, 55.
15 VCSPS: Russische Abkürzung für den sowjetischen Gewerkschaftsverband. Am 25.1.1930 hatte das Politbüro ergänzend die Zuteilung weiterer Mittel für die RGI, wahrscheinlich zur finanziellen Unterstützung von Streiks bestätigt (RGASPI, Moskau, 17/162/8, 55).

Auszüge versandt an: Gen. Pjatnitzki, Brjuchanov.

Angehört:
90. Über das Budget der Krestintern für 1929/30.
Beschlossen:
90. Die Aufstellung der Ausgaben zu bestätigen in Höhe von 176.000 Rubel.
Auszüge versandt an: Gen. Teodorovič, Brjuchanov.

Dok. 236

Aufzeichnung des sowjetischen Bevollmächtigten in Deutschland, Nikolaj Krestinskij, über ein Gespräch mit Staatssekretär Carl von Schubert bezüglich der SPD-Presse

[Berlin], 19.2.1930

Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache ohne Archivangabe publ. in: Zemskov u.a.: Dokumenty vnešnej politiki SSSR, Bd. XIV, Nr. 66, S. 96–103.

Ich antwortete Schubert,[16] dass [...] die gesamte deutsche Presse ohne eine entschiedene Gegenmaßnahme der deutschen Regierung zwei Wochen lang eine Reihe verleumderischer Behauptungen gegen uns veröffentlicht habe [...]

Alle Rekorde bräche allerdings die in den letzten Tagen begonnene Kampagne des *Vorwärts* gegen die Bevollmächtigte Vertretung sowie die UdSSR im Allgemeinen im Zusammenhang mit der *Roten Fahne*. Der *Vorwärts* werfe uns vor, wir würden zur Finanzierung der *Roten Fahne* 5000 Exemplare der Zeitung kaufen. Wir hatten diese Behauptung umgehend dementiert, gleichwohl jedoch führe der *Vorwärts* damit fort, diese verlogene, ungereimte Behauptung in allen Tonlagen zu wiederholen.[...]

Schubert sagte, dass [...] er nach Erscheinen des *Vorwärts*-Artikels über die Subsidierung der *Roten Fahne* durch die Bevollmächtigte Vertretung [der Sowjetunion] den Redakteur des *Vorwärts*, Stampfer, angerufen und ihn auf die Unglaubwürdigkeit der Behauptungen des *Vorwärts* hingewiesen habe. Stampfer habe allerdings geantwortet, er habe durchaus aussagekräftige Beweismaterialien. Schubert interessiere sich vergleichsweise wenig für deutsche Innenpolitik. Ihn interessieren die Aktionen der deutschen Kommunisten kaum. Er benötige aber die Möglichkeit, bei Gesprächen mit Vertretern deutscher Gesellschaftskreise mit reinem Gewissen zu erklären, dass die UdSSR keine Beziehung zu den Aktionen der deutschen Kommunisten unterhalte.

16 Carl von Schubert, Staatssekretär im Auswärtigen Amt.



In einem Beschluss des Politbüros der KP der Sowjetunion vom 25.2.1930 wurde u.a. den Wünschen der KPD-Führung stattgegeben, in den „Bericht der Zentralkomitees der KP Deutschlands, Italiens und Englands über die Durchführung der Beschlüsse des EKKI" einen Punkt zum Fünf-Jahres-Plan und zur „Dekulakisierung" in der Sowjetunion einzufügen. Zum Berichterstatter in dieser Sache wurde Molotov bestimmt.[17]

Dok. 237

Erklärung von Eberlein zur Abschwörung von seinen „versöhnlerischen" politischen Auffassungen

Berlin, 25.2.1930

Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau, 495/293/110, 8. Erstveröffentlichung.

Berlin, den 25. Februar 1930[18]

An das
Exekutivkommitee der
Kommunistischen Internationale
Moskau

Werte Genossen!
Im Anschluss an meine mündliche und schriftliche Erklärung, die ich am 27. November 1929 vor den Genossen Piatnitzki und Manuilski in Moskau zur Frage meiner Abwendung von den politischen Auffassungen des Versöhnlertums abgegeben habe,[19] habe ich gemäss meinem Versprechen mich sofort nach meiner Rückkehr nach Deutschland an das Sekretariat des Zentralkommitees der KPD. gewandt, mit der Bitte um eine Aussprache, mit dem Ziele der Abgabe einer ausführlichen Erklärung.

Trotz meiner wiederholten Bitte seit dieser Zeit, ist eine solche Aussprache bis heute nicht zustande gekommen.

Damit aber bei Euch nicht der Eindruck entsteht, als wolle ich mein damals gegebenes Versprechen nicht einhalten und in Anbetracht der Tatsache, dass auf den

17 RGASPI, Moskau, 17/3/777, 11–12. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 619–620.

18 Handschriftl., z. T. unleserlicher Eintrag: „Ist den Mitgliedern der Politischen Kommission zur Kenntnis gebracht."

19 Durch politische Abschwörungen, Parteistrafen, Umsetzungen usw. ergaben sich Ende 1929 Differenzierungen in der Gruppe der Versöhnler, die weitgehend aus den Führungspositionen entfernt waren. Ernst Meyer, einziges verbliebenes Polbüro-Mitglied der „Versöhnler", der von den zentralen Entscheidungen ferngehalten wurde, trat noch kurz vor seinem Tod im Februar 1930 gegen eine „Kapitulation" ein; andere, so neben Eberlein auch Ewert, ordneten sich öffentlich der Parteilinie unter. Ewert und Eisler wurden nach Moskau abgeschoben, Süßkind, Eberlein und Adolf Ende ihrer Funktionen enthoben (Wilde: Ernst Meyer, S. 569ff.; Bayerlein: Die unbekannte Geschichte; vgl. den Beitrag in Band 1).

jetzigen Sitzungen der Exekutive über die Stellung der Komintern gegenüber dem Versöhnlertume [Stellung] genommen wird, wiederhole ich meine Bereitschaft zur Abgabe einer ausführlichen Erklärung, die meine völlige Abkehr von den politischen Auffassungen des Versöhnlertums dartut und die den Forderungen des Zentralkomitees meiner Partei entspricht.

Inzwischen ist am Sonntag den 23. Februar 1930 die beiliegende politische Erklärung des Genossen Artur Ewert in der *Roten Fahne* erschienen.[20] Ich erkläre Euch, dass ich inhaltlich mit dieser Erklärung einverstanden bin.

Indem ich Euch bitte von diesem Schreiben Kenntnis zu nehmen zeichnet

mit kommunistischem Gruss
[Hugo Eberlein sign.]

Dok. 239

Instruktion des Westeuropäischen Büros der Komintern an alle kommunistischen Parteien gegen die „religiöse antisowjetische Kampagne“

[Berlin], 4.3.1930

Typoskript, deutsch. Schweizerisches Bundesarchiv, Bern, J II94,875, Erstveröffentlichung.

An alle Parteien
Ergänzung zu den Beschlüssen der Politkommission [des EKKI] vom 4. März.[21]

Das Schwergewicht der Kampagne gegen die religiösen antisowjetischen Bittgebete, Manifeste usw. muss auf den politischen Charakter, wiederholen, politischen Charakter

20 Die Erklärung und definitive Kapitulation des weitaus einflussreichsten Vertreters der Versöhnler, Arthur Ewert, der damit die Versöhnler als Gruppe offiziell auflöste, erfolgte nach dem Tod von Ernst Meyer; sie ist datiert vom 23.2.1930 (vom Thälmann-ZK veröffentlicht als: Der Bankrott des Versöhnlertums. In: Meyer-Leviné: Erinnerungen, S. 215f.; Wilde: Ernst Meyer: S. 587f.). Als in die Komintern abgeschobener Funktionär wurde Ewert (Ps. Harry Berger), der den (gescheiterten) Prestes-Aufstand 1934/1935 organisieren sollte, verhaftet und durch Folterungen der brasilianischen Polizei in den Irrsinn getrieben. Seine Frau Elise Saborowski wurde an Hitlerdeutschland ausgeliefert und kam 1939 im KZ Ravensbrück ums Leben.

21 Den Vorlauf für die Konterpropaganda gegen die auch auf die Proteste aus Deutschland gegen religiöse Verfolgungen gerichtete „religiöse antisowjetische Kampagne“ leistete das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, das sich weiterhin kritisch mit der innenpolitischen Ausrichtung der Weimarer Regierung befasste, u.a. wegen angeblicher Fälle “antisowjetischer Hetze“ im Fall Kutepov, der antireligiösen Kampagne oder der „Entkulakisierung“. Gleichwohl setzte sich Litvinov bei Stalin für die Aufhebung der erfolgten Abkapselung der deutschen Botschaft in Moskau – neben anderen diplomatischen Vertretungen – ein (Slutsch: Deutschland und die UdSSR, S. 57, 58; Litvinov an Stalin, 26.1.1930 – AVP RF 05/10/62/60,1.1; Litvinov an Stalin 13.5.1930 – AVP RF 05/10/62/60, 1.8).

des Auftretens der kirchlichen Organisationen gelegt werden. Alle religiösen Organisationen, die miteinander streiten, haben diese antisowjetische Kampagne gleichzeitig begonnen.[22] Das bedeutet, dass diese antisowjetische Kampagne ein Bestandteil des Vorschreitens der Bourgeoisie und der Sozialdemokratien zum Kampf gegen die Sowjetunion ist, die gigantische Erfolge in der Durchführung des Fünfjahresplanes, auf dem Gebiete der Industrialisierung und Kollektivisierung der Landwirtschaft und in dem entschiedenen Vormarsch gegen die Grossbauern (Kulaken) hat.[23]

WEB der KI

Dok. 240

Brief Pjatnitzkis an Stalin und Molotov zum Konflikt um Paul Merker und Remmele in der KPD („Merkeriade“)

[Moskau], 1.4.1930

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 495/19/242, 31. Erstveröffentlichung.

Absolut geheim
Persönlich

An die Genossen Stalin und Molotov
Am 27.3. d[ieses] J[ahres] haben wir folgendes Telegramm vom Gen. Merker erhalten: „Habe ernste Meinungsverschiedenheiten mit Hermann [Remmele]. Empfehle, sofor-

22 So schrieb das katholische *Freiburger Konradsblatt*, (1930), Nr. 14, S. 178: „Was sich da drüben in Sowjet-Rußland seit Jahren abspielt, das ist das furchtbare Vorspiel des auch uns drohenden Kampfes; das ist das Wetterleuchten in dem schlagenden Wetter; ist der ferne Kanonendonner, der näher und näher kommt, bis sich das Kriegsgewitter über unserer abendländischen christlichen Kultur entladet.“ Zit. in: Heribert Smolinsky: Das katholische Rußlandbild in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg und im Dritten Reich. In: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.): Das Rußlandbild im Dritten Reich, Köln, Böhlau, 1994, S. [323]-355. U.a. protestantische Kreise zogen verstärkt ab 1930 gegen den sog. „Kulturbolschewismus“ zu Felde, der sich ab 1930 zu einem auch nach innen gerichteten Kampfbegriff entwickelte (ibid., S. 339). 1930 erschien ebenfalls in der Reihe „Christliche Wehrkraft“ ein Buch von Karl Nötzel, das den theoretischen Hintergrund zu liefern glaubte: Karl Nötzel: Gegen den Kultur-Bolschewismus, München, 1930.

23 Nach einem Beschluss des ZK-Plenums der VKP(b) über das Tempo der Kollektivierung wurde am 1.2.1930 im Rahmen einer Verordnung „über Maßnahmen zur Befestigung des sozialistischen Umbaus in der Landwirtschaft in den Kollektivierungsgebieten und zum Kampf gegen das Kulakentum“ die „Beschlagnahme von Land, Häusern und anderen Besitztümern sowie die Ausweisung von Großbauern aus Gegenden mit Genossenschaftsbetrieben“ verfügt. Am 4.3.1930, dem Tag der vorliegenden Instruktion, erfolgte ein Beschluss des ZK „Über die Bekämpfung der Verzerrungen der Parteilinie in der Kollektivwirtschaftsbewegung“ (Edgar Hösch, Hans-Jürgen Grabmüller: Daten der sowjetischen Geschichte, von 1917 bis zur Gegenwart, München, Deutscher Taschenbuch Verlag, 1981, S. 76).

tige telegraphische Anweisungen zu geben, dass die weitere Verwendung des Artikels ‚Schritt halten' als Material und zur Verbreitung über die *Internationale*[24] bis zu Ihrer Entscheidung unterbleibt. Ich bin gezwungen, diese Mitteilung auf eigene Verantwortung zu machen. Trotzdem sicher, dass in Übereinstimmung mit großer Anzahl wichtiger Funktionäre. Merker."

Wir wissen nicht, worum es geht, und deshalb wurde an das ZK der KPD folgendes Telegramm geschickt (vom 29.3.[1930]):

„Persönliches Telegramm von Merker erhalten. Inhalt uns unverständlich, um so mehr die Methode, erbitten sofortige Aufklärung, Gusev, Heckert."

Nach dem Abschicken dieser Telegramme haben wir vom Gen. Merker einen Brief an die K[ommunistische] I[nternationale] erhalten,[25] beigefügt waren die Kopie eines Briefes an das Sekretariat des ZK der KPD und eine Kopie an den Gen. Thälmann. Alle drei Briefe lege ich bei.

Aus all diesen Dokumenten ist ersichtlich, dass in der engeren Führung der KP Deutschlands ein Konflikt entstanden ist, der dringend beseitigt werden muss. Ich schlage vor, diese Frage im Büro der [russischen] Delegation [in der Komintern] zu besprechen. [...][26]

Unterschrift: Pjatnitzki.

---

24 Der vierteilige Artikel Remmeles war in großen Teilen gegen Merker und die „linken Abweichungen" in der KPD-Führung gerichtet, besonders auch in der Betriebs- und Gewerkschaftspolitik, aber auch gegen Überspitzungen des „Sozialfaschismus". Siehe: Hermann Remmele: Schritt halten! – Warum muss der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden? In: *Die Internationale*, Nr. 7 (15.3.1930), S. 198 ff.; Nr. 8/9, S. 230 ff., Nr. 10, 295 ff. u.a.

25 Der Brief ist auf den 26.3.1930 datiert (RGASPI, Moskau, 495/19522, 26–28). Er belegt, dass nach der neuen Maßgabe durch die erweiterte Sitzung des EKKI-Präsidiums (18.2.1930–28.2.1930), den „Kampf an zwei Fronten", gegen rechts und links gleichermaßen zu führen, ein Kampf um die Deutungshoheit in der KPD ausgebrochen war. Publ. in: L. Gincberg: Politsekretariat IKKI trebuet: dokumenty Kominterna i Kompartii Germanii. 1930–1934 gg. In: *Istoričeskij archiv*, 1994, Nr. 1, S. 150–152.

26 Paul Merker (1894–1969) war als verantwortlicher Funktionär der Gewerkschaftsabteilung und Mitglied des Polbüros auch Leiter der RGO und hatte als solcher die Kominternthese von der Sozialdemokratie als durchgehend reaktionäre sozialfaschistische Partei bis zu Ende geführt. Die Gegenreaktion in der KPD-Führung, die auf dem Unterschied zwischen Führung und Mitgliedschaft der Sozialdemokratie bestand, brachte die Komintern erneut in Schwierigkeiten, da der von Merker umgesetzte ultralinke Kurs mit den Thesen Stalins in großen Teilen deckungsgleich war. Heckert bspw. machte Lozovskij unmittelbar verantwortlich (SAPMO-BArch I 6/3/208, 54–55). Die Antwort der Komintern fiel ambivalent aus (hierzu Dok. 242; vgl. Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 159ff.).

Dok. 241

Ausschnitte aus dem Protokoll eines Gesprächs zwischen Krestinskij und Reichsaußenminister Julius Curtius über die politische Verfolgung der KPD

[Berlin], 16.4.1930

Typoskript, deutsch. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin, 4562/E 161, 661–680. In deutscher Sprache publ. in: Peter Grupp, Harald Schinkel, Roland Thimme (Hrsg.): Akten zur deutschen auswärtigen Politik: 1918–1945, Serie B, 1925–1933. Band XIV, 1. Januar bis 30. April 1930, Göttingen, Vandenhoek & Ruprecht, 1980, S. 502–510.

Der Herr Reichsaußenminister erwiderte: [...] Für den sogenannten Stalinismus, d.h. den Versuch, das kommunistische System bis in seine letzten Prinzipien zu verwirklichen, könne man vom Standpunkt der politischen Logik Verständnis haben. Diese Entwicklung sei aber die Ursache für die Erregung der öffentlichen Meinung in Deutschland und der übrigen Welt. [...]

Herr Krestinski unterbrach an diesem Punkte durch folgende Ausführungen: Er erklärte feierlich, daß die russische Regierung durchaus nicht wünsche, sich in die deutschen Verhältnisse einzumischen. Was aber die Komintern anlange, so sei das etwas ganz anderes. Er mache darauf aufmerksam, daß in Deutschland eine ganze Reihe legaler russischer Organisationen bestünden, z.B. Emigranten und ukrainische Organisationen [...]. Diese Organisationen seien jeden Tag bereit, irgendwelche „Aventuren“ gegen Rußland zu unternehmen. [...] Über all diese Organisationen habe er sich nie beschwert. Andererseits existiere in Rußland die Komintern, die sich aus Angehörigen der verschiedensten Nationalitäten zusammensetze. Diese Komintern könne die russische Regierung nicht ausweisen, ebensowenig wie sie den Gewerkschaften internationale Verbindungen ins Ausland nicht untersagen könne. An der Komintern nehme die russische Regierung nicht teil. Der Komintern gewähre sie keine Unterstützung. Der Kampf, den die deutsche Regierung gegen die deutschen Kommunisten führe, sei eine innere deutsche Angelegenheit. Hierüber werde der Herr Reichsminister niemals eine Beschwerde von den Russen hören. [...]

Hierauf antwortete der Herr Reichsminister etwa wie folgt: [...] Er, der Reichsminister, sei überzeugt, daß [...] die maßgebenden russischen Instanzen, insbesondere Herr Stalin, ein Machtwort sprechen könnten und müßten, wonach Rußland darauf verzichte, in Deutschland für sein System Propaganda zu machen. Zu solchem Verzicht gehöre neben dem schon Erwähnten auch die Notwendigkeit, die Gewerkschaften zurückzupfeifen, damit sie nicht auch deutsche Arbeiter zum sozialistischen Wettbewerb heranzögen, deutsche Rotfrontkämpfer nicht mehr nach Rußland einzuladen, schließlich auch keine Propaganda durch den Rundfunk in deutscher Sprache

zu treiben. Er, der Reichsminister, erwähne aber diese Fälle nur beispielsweise. Es komme ihm viel mehr auf die Gesamteinstellung an.[27]



Am 25.4.1930 spricht sich das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion für Verhandlungen mit Deutschland aus, unter der Voraussetzung, dass von deutscher Seite „prinzipielle und fundamentale Fragen zur Diskussion gestellt werden". Gleichzeitig wird der OGPU die Direktive erteilt, „gegenüber den Deutschen in den vom NKID in seiner Mitteilung aufgezeigten Fällen keine besonders strengen Maßnahmen zu ergreifen." Der Beschluss, bei dem es vermutlich um die Beendigung von Verfolgungsmaßnahmen gegenüber ausreisewilligen russlanddeutschen Bauern ging, wurde an Maksim Litvinov für das NKID und Vjačeslav Menžinskij für die OGPU weitergeleitet.[28]

Ebenfalls am 25.4.1930 bewilligte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion einen Vertrag mit dem deutschen Unternehmen Rheinmetall zur technischen Hilfe bei der Herstellung von Rüstungsgütern.[29]

---

27 Die „Gesamteinstellung" der sowjetischen Führung gegenüber Deutschland wandelte sich tatsächlich durch partielles Eingehen auf die deutschen Forderungen, gerade nach Ende der sozialdemokratischen Koalition unter Reichskanzler H. Müller. Politbürobeschlüsse wie die vom 15.4.1930, 25.4.1930 und 15.5.1930 (siehe Kasten) bereiteten u.a. durch die Bildung einer gemeinsamen Schlichtungskommission eine neue Verständigung vor. Die fast parallel zum Rücktritt der Regierung Müller, dem Ausscheiden der SPD aus Regierungsverantwortung und der Wendung nach rechts unter dem Präsidialkabinett Brüning seit April 1930 erfolgenden neuen Verständigungsschritte wurden maßgeblich durch das große Interesse der deutschen Industrie infolge der Wirtschaftkrise gefördert. Dabei war die Reichsregierung bestrebt, „dem Geschäfte" den „sensationellen Charakter" zu nehmen (Tilman Koops, Karl Dietrich Erdmann, Wolfgang Mommsen, Walter Vogel u.a. (Hrsg.): Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik – Die Kabinette Brüning I/II, Bd. 2, Dokumente, Nr. 269 Ministerbesprechung vom 20. März 1931, 17 Uhr / TOP 1. Wirtschaftspolitische Angelegenheit (Russengeschäfte), Boppard am Rhein, Boldt, 1982/1990, S. 974–977). So prallten Proteste der Sozialdemokratie u.a. wegen der zunehmend totalitäreren Stalinschen Innenpolitik an der Regierung Brüning ab, die nicht bereit war, „den (...) Kurs einer verstärkten Zusammenarbeit mit Sowjetrußland den innerdeutschen Protesten zu opfern." (Slutsch: Deutschland und die UdSSR, S. 57ff.; Karl Dietrich Erdmann, Helmut Grieser: Die deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Zeit der Weimarer Republik als Problem der deutschen Innenpolitik. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*. (1975), Nr. 26, S. 403–426, hier: S. 422f. Im gemeinsamen Protokoll vom 24.6.31 wurde schließlich der Berliner Vertrag vom 24.4.26 um mindestens drei Jahre verlängert (Dok. PB-Beschluß vom 30.6.1931). Der Vertrag konnte mit einjähriger Frist gekündigt werden, jedoch frühestens zum 30.6.33 (Telegramm Von Dirksens, Nr. 207 vom 23.6.31, BArch R 43 I/140, 56–58).

28 RGASPI, Moskau, 17/162/8, 136. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 222.

29 APRF, Moskau, 3/64/657, 136. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, II, Dok. 166.

Dok. 242

Geschlossener Brief des Politsekretariats der Komintern an das ZK der KPD über die innerparteiliche Lage und die Angelegenheit Paul Merker[30]

[Moskau], 26.4.1930

Maschinenschriftliche Kopie, deutsch. Schweizerisches Bundesarchiv, Bern, j.II, 94; SAPMO-BArch Berlin I 6/3/211, 1–8. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publiziert in: L. Gincberg: „Politsekretariat IKKI trebuet". Dokumenty Kominterna i Kompartii Germanii. 1930–1934 gg. In: *Istoričeskij archiv* (1994), Nr. 1, S. 148–173.

Streng vertraulich[31]

Das Pol[it]sekretariat hat sich mit dem Material über die innerparteiliche Lage der KPD, insbesondere über den Konflikt zwischen der Parteileitung einerseits und dem *Genossen Merker* andererseits bekannt gemacht und hält es für notwendig, folgendes festzustellen:

Die politische Linie der KPD, die in der Resolution des März-Plenums des ZK der KPD ihren konkreten Ausdruck fand,[32] ist richtig und steht völlig im Einklang mit dem gesamten Kurs der Kommunistischen Internationale, insbesondere mit den Beschlüssen des letzten Erweiterten Präsidiums des EKKI.[33] Die bedeutenden Erfolge der Partei

30 Pjatnitzki hatte am 25.4.1930 Entwürfe eines offenen und eines geschlossenen Briefes der Komintern an Stalin geschickt, mit folgendem Wortlaut: „In Übereinstimmung mit dem Gen. Molotov werden wir morgen diese Briefe im Politsekretariat besprechen. Wir werden dem Politsekretariat vorschlagen, die Briefe als Grundlage anzunehmen und eine Kommission für die endgültige Redaktion des Briefes zu bestimmen, zu der Gen. Molotov gehören wird; deswegen, falls Sie noch Korrekturen oder Änderungen haben, können sie über die Kommission eingebracht werden. Bei der Ausarbeitung des vorgeschlagenen Entwurfs wurden die Hinweise des Gen. Molotov berücksichtigt."

31 Formal an das Zentralkomitee gerichtet, war die Kenntnisnahme des Briefes jedoch auf den engsten Führungskreis der KPD beschränkt, wie es in einem Begleitbrief des *Büros des Sekretariats* hieß: „Dieser Brief ist nur als Informationsmaterial den Mitgliedern des Politbüros der Partei vorzulegen und nach dem zu vernichten."

32 Vermutlich gilt der Verweis „Märzplenum" der Plenartagung des ZK der KPD vom 14.3.1929, auf der die „Gewerkschaftsfrage" sowie die „innenpolitische Lage in Verbindung mit der Reparationsfrage" zentral behandelt wurden (siehe hierzu: Weber/Wachtler: Die Generallinie, 7f.).

33 Ebenfalls von der KP der Sowjetunion ausgehend, ging mit der erweiterten Präsidiumssitzung des EKKI (18.–28.2.1930) ein Wandel mit einer schärferen Stoßrichtung gegen sog. „linke Abweichungen" einher. Bezeichnend war, dass die Komintern auf den mit Börsenkrach und dem Beginn der Weltwirtschaftskrise seit Oktober 1929 einsetzenden welthistorischen Umschwung nur mit „außergewöhnlicher Vorsicht" („*insolita prudenza*") reagierte (Agosti: Storia III, 1, 171 ff.), obwohl dies eine, wenn auch „verspätete", Bestätigung der eigenen Vorhersagen bedeutete. Nachdem der ultralinke Kurs parallel zur definitiven Ausschaltung der sog. „Rechten Opposition" und dem Beginn der Kollektivierungen in der Sowjetunion praktiziert wurde, kündigte sich nun, mit dem Beginn der bisher größten globalen Krise paradoxerweise eine Wendung nach rechts an. Gleichzeitig erreichte der stalinistische

bei den Betriebsrätewahlen,[34] in solchen Industriezentren wie das Ruhrgebiet, Oberschlesien und Niederrhein, liefern unwiderleglich Beweis für das Wachstum des Einflusses der Partei in den Massen auf Grund einer richtigen Anwendung der Prinzipien der Leninschen Strategie und Taktik.

Das Polsekretariat betont besonders die Richtigkeit des vom Märzplenum des ZK der KPD eingeschlagenen Kurses des Kampfes nach zwei Fronten und solidarisiert sich restlos mit der in der Resolution des Plenums gegebenen Stellung dieser Frage.

Der Kampf nach zwei Fronten ist ein Bestandteil des bolschewistischen innerparteilichen Kurses. Das Erweiterte Präsidium des EKKI vom Februar hat die aktuelle Bedeutung dieses Kurses besonders unterstrichen und auf die Notwendigkeit der „Überwindung jeglicher opportunistischen Abweichungen in den kommunistischen Reihen, sowohl der, die Hauptgefahr darstellenden rechten, als auch der ‚linken'" hingewiesen. Die Besonderheit der gegenwärtigen Etappe besteht darin, dass sie den Übergang von der Periode der sich entfaltenden politischen und wirtschaftlichen Teilkämpfe des Proletariats zur Periode der Vorbereitung des Proletariates auf die kommende Etappe der revolutionären Kämpfe um die Macht darstellt.

Die Entfaltung dieser Etappe der Klassenkämpfe des Proletariates vollzieht sich auf der Grundlage einer weiteren Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung: die Verschärfung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit, das Anwachsen der revolutionären Krise in den Kolonialländern und das Heranreifen der Elemente des neuen revolutionären Aufschwungs in den ‚Metropolen', das Anwachsen der kommunistischen Bewegung und der beginnende Zerfall der Sozialdemokratie. Aber der Zusammenbruch der Stabilisierung selbst, der Zerfall der Sozialdemokratie selbst, der revolutionäre Aufschwung selbst steht noch aus.

Man darf sich infolgedessen nicht mehr auf die alten taktischen Methoden (‚reinwirtschaftlicher Streik', Spitzenorganisation der Gewerkschaftsopposition usw.) beschränken. Noch aber sind taktische Schritte vorzeitig, die in der Situation des Zusammenbruchs der kapitalistischen Stabilisierung, in der Situation des schon aus-

---

Personenkult die Komintern. Vertreter der VKP(b) sollen zunächst Thälmann gegenüber auf Überspitzungen der „Sozialfaschismus"-Politik hingewiesen haben, der Unterschied zwischen sozialdemokratischer Führung und Basis sei nicht mehr zum Ausdruck gekommen. Ein *Pravda*-Artikel Stalins vom 2.3.1930 nahm erstmals das Schlagwort vom „Kampf an zwei Fronten" auch für die Komintern (nicht nur für die VKP(b)) auf. In letzter Sekunde sei, wie es hieß, ein entsprechender Passus noch in die Resolutionen der erweiterten Plenumssitzung aufgenommen worden (hierzu: Carr: Twilight, S. 9ff., S. 12 ff.; Milos Hájek: Storia dell'Internazionale comunista (1921–1935). La politica del fronte unico. Prefazione di Ernesto Ragionieri, Roma, Editori Riuniti, 1972, S. 188 ff.; Aldo Agosti: La Terza Internazionale. Storia documentaria. Prefazione di Ernesto Ragionieri. 6 vols., vol. III, 1, 1928–1943, S. 167ff. (Biblioteca di Storia); vgl. auch: Leo Trotzki: Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland, Berlin, Verlag Der Kommunist, 1930; publ. in: Id.: Schriften über Deutschland, I, S. 76–98, hier S. 77 f.; für die KPD: József Wieszt: KPD-Politik in der Krise 1928–1932. Zur Geschichte und Problematik des Versuchs, den Kampf gegen den Faschismus mittels Sozialfaschismusthese und RGO-Politik zu führen, Frankfurt am Main, Materialismus-Verlag, 1976, S. 233 ff., 258 ff.).

34 Zum KPD-Kurs in den Betriebsratswahlen 1930 siehe Eumann: Eigenwillige Kohorten, S. 325–327.

gereiften revolutionären Aufschwungs, des Zerfalls der Sozialdemokratie (politischer Generalstreik, Aufstand), unerlässlich und obligatorisch sind.[35]

Unter diesen komplizierten Verhältnissen – taucht neben der Hauptgefahr – der Gefahr des Zurückbleibens hinter der Massenbewegung, der rechten Gefahr – die Tendenz des Vorauseilens, der Loslösung von den Massen auf; neben den Hauptabweichungen nach rechts entstehen ‚linke' Abweichungen – die sektiererische Abweichung, das Bestreben zur Überspringung einer unvermeidlichen Etappe des Klassenkampfes, des notwendigen Stadiums des Kampfes um die Eroberung der Massen.

Die auf dem Märzplenum des ZK der KPD erfolgte Stellung der Frage des Kampfes nach zwei Fronten ist ein Zeichen des bolschewistischen Wachstums der KPD und ihrer Führung. [...]

Genosse *Merker*, der *formal* für die Beschlüsse des Erweiterten Präsidiums des EKKI und für die Resolution des Märzplenums des ZK der KPD stimmt, negiert in der Tat die Notwendigkeit des Kampfes nach zwei Fronten und reduziert ihn in der Tat auf einen einseitigen Kampf nur gegen die rechte Abweichung. Die Anschauungen des Genossen Merker enthalten Elemente eines ‚linken' Abbiegens. Genosse *Merker* versteht nicht, dass eine der Hauptaufgaben der Partei bei der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse in der Losreissung der breiten Massen von der Sozialdemokratie durch eine breitangelegte Anwendung der Einheitsfront von unten, durch systematische Heranziehung der sozialdemokratischen Arbeiter zu den Organen dieser einheitlichen Kampffront besteht. Genosse *Merker* begreift nicht, dass die Partei die Offensive in der Einheitsfront mit diesen heute noch hinter der Sozialdemokratie stehenden Massen entfalten muss [...].

Genosse Merker spricht von der Sozialdemokratie als von einem Bestandteil des imperialistischen Systems, als von einer der ausschlaggebenden Klassenkräfte der Bourgeoisie und differenziert nicht zwischen der sozialfaschistischen Bürokratie, sowie der Spitze der qualifizierten Arbeiter und den breiten, noch unter dem Einfluss des Sozialfaschismus stehenden Arbeitermassen. [...]

Die innerparteiliche Aufgabe besteht jetzt in einer breitangelegten Aufklärungsarbeit unter den Parteimassen über den konkreten Inhalt und die objektiven Tendenzen des ‚linken' Abbiegens, die ein Hemmschuh in der praktischen Überwindung der innerparteilichen Hauptgefahr – der rechten Gefahr – ein Hemmschuh im Kampfe

35 Dabei blieb der gewerkschaftliche Kurs weiterhin ambivalent. In den Gewerkschaftsthesen zum V. Kongress der Roten Gewerkschaftsinternationale (August 1930) sollte auf Duck der russischen Delegation und unter Anwesenheit Stalins ausdrücklich „das linke Sektierertum" Merkers erwähnt und „die allgemeine Losung ‚Geht in die reformistischen Gewerkschaften'" als für Deutschland und Polen unzweckmäßig gestrichen werden. Gleichzeitig sei es jedoch notwendig, „in den Thesen zu unterstreichen, dass die Absetzung dieser Losung keineswegs bedeutet, dass die Anhänger der Gewerkschaftsopposition aus den reformistischen und nichtroten Gewerkschaften austreten können oder sollen." (Beschluss der russischen Delegation der Komintern zur Strategie gegen den „Nationalfaschismus", [Moskau], 18.7.1930, RGASPI, Moskau, 508/1/98, 1–2. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 626–629).

um die Eroberung der Massen ist, sie besteht in der ruhigen und kameradschaftlich gehaltenen Überzeugung der an der ‚Linkskrankheit' leidenden Genossen von der Falschheit ihrer Auffassungen.

Das Polsekretariat hält es gleichzeitig für notwendig, der Parteiführung eine Reihe kritischer Bemerkungen mitzuteilen, da wir aus jedem derartigen Vorfall – wie der letzte innerparteiliche Konflikt – mit bereicherter Erfahrung hervorgehen und aus den Fehlern oder Mängeln lernen müssen.

Die Lehre besteht darin, dass im Kampfe gegen diese oder jene Abweichung der Bogen nicht nach der anderen Seite hin überspannt werden darf. Nun leidet aber der unvollendete Artikel des Genossen Remmele an diesem Mangel,[36] dadurch wurde nach der durchaus richtigen Märzresolution des ZK [der KPD] die Stellung der Parteiführung im Kampfe gegen das ‚linke' Abbiegen in gewissem Sinne geschwächt und nicht gestärkt. Es ist unmöglich zu verkennen, dass der Artikel des Genossen Remmele, der im allgemeinen richtig ist und den Hauptzweck hatte, den richtigen Kurs des Märzplenums des ZK in der Frage des Kampfes auf zwei Fronten zu verstärken, wesentliche Fehler enthält. In dem Artikel des Genossen Remmele wird die Frage in einer Weise behandelt, dass der Eindruck entstehen kann, als wäre das ‚linke' Abbiegen die Hauptgefahr bei den Betriebsrätewahlen. [...]

Der Sozialfaschismus – ist eine bestimmte, und zwar die letzte Phase der Entwicklung der Sozialdemokratie als einer bürgerlichen Arbeiterpartei, mit der sich ihre Rolle im System des imperialistischen Staates wandelt, mit der sich ihre Klassenbasis verschiebt und ihre Methoden zur Erhaltung des Einflusses in den Massen andere Formen annehmen.

Wenn man die Fehler des Genossen Merker, der zwischen der sozialfaschistischen Bürokratie, sowie der Spitze der qualifizierten Arbeiter und den breiten sozialdemokratischen Arbeitermassen nicht differenziert, aufdeckt, so darf man nicht ins andere Extrem verfallen und darf nicht vergessen, dass der führende Hauptkern der Sozialdemokratie – die sozialfaschistische Bürokratie – bereits mit dem imperialistischen Staat verwachsen ist und ähnlich der bürgerlichen Intelligenz zu einem Bestandteil des imperialistischen Systems geworden ist. [...]

Das Polsekretariat hält dafür, dass der Kampf gegen die ‚linken' Abweichungen des Genossen Merker und seiner Anhänger weit erfolgreicher hätte geführt werden können, hätte der Artikel des Genossen Remmele nicht die erwähnten Unklarheiten und Fehler enthalten, die, nebenbei bemerkt, in der Aprilresolution des Politbüros der Zentrale der KPD nicht genügend hervorgehoben wurden. Das Politsekretariat des EKKI gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass in Zukunft so wichtige Fragen im Einverständnis mit ihm entschieden werden.[37]

---

36 Siehe: Remmele: Schritt halten, S. 135 ff.; 7, 198 ff.; 8/9, 230 ff., 10, 295 ff.

37 Im Politsekretariat des EKKI kritisierte sogar der für seinen Schematismus bekannte Kominternfunktionär Gusev am 26.4.1930 das Vorpreschen der KPD-Führung in der Angelegenheit Merker und die Auslösung einer die Mitglieder verwirrenden ideologischen Kampagne, die ohne Abstimmung



Am 30.4.1930 erlaubt das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion es dem ehemaligen Volkskommissar für Bildungswesen, Anatolij Lunačarskij, gemeinsam mit seiner Frau für zwei Monate nach Heidelberg zu gehen.[38]

Dok. 243

Aus einem Referat Rosenthals über „die rechten Renegaten in Deutschland" nach dem X. Plenum des EKKI im Informationsbüro der Komintern

Moskau, 6.5.1930

Typoskript, deutsch. Schweizer Bundesarchiv, Bern, j.II, 94, 885. Erstveröffentlichung.

Informationsbüro der Orgabteilung des EKKI
B[e]richt Nr. 834
Moskau, den 6. Mai 1930

Die rechten Renegaten in Deutschland nach dem X. Plenum des EKKI
Referat Rosenthal.

Je besser, konsequenter, geschickter, erfolgreicher die KPD. die taktische Wendung durchführt, d.h. in der Praxis die neuen Kampfbedingungen entsprechend den neuen Formen der revolutionären Massenmobilisierung, der proletarischen Einheitsfront von unten, in den Wirtschaftskämpfen, den Betriebsrätewahlen, in der Erwerbslosenbewegung, in den Mai-Demonstrationen, im Kampf gegen die Kriegsgefahr, gegen die Bourgeoisie, gegen den Sozialfaschismus und Faschismus, gegen die polizeilichen Verbote und Unterdrückungsmassnahmen anwendet, desto empfindlicher reagieren darauf die rechten Renegaten in und ausserhalb der Partei. Die erhöhte Aktivität der Brandlerianer nach dem X. Plenum der Komintern, ihre Reichskonferenz im Oktober des verflossenen Jahres in Weimar,[39] ihre Plattformdiskussion, ihre grossen Anstren-

mit der Komintern erfolgt sei. Er unterstrich dabei die internationale Bedeutung der KPD als nach der VKP(b) größte Sektion der Komintern (RGASPI, Moskau, 495/3/215, 21).

38 RGASPI, Moskau, 17/3/784, 8.

39 Die 2. Reichskonferenz der Kommunistischen Partei–Opposition (KPO) fand im November 1929 in Weimar statt. Die hier weiter diskutierte und von der 3. Reichskonferenz (Berlin, Dezember 1930) angenommene Plattform war konzipiert als „der Niederschlag nicht nur der bisherigen Arbeit und Erfahrung der Kommunistischen Opposition, sondern auch eines Jahrzehnts des revolutionären Kampfes und von Auseinandersetzungen in der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Internationale, eines Jahrzehnts, das überaus reich war an den verschiedenen Formen und Inhalten des revolutionären Kampfes und an Auseinandersetzungen darüber. Die Plattform entstand zunächst aus dem Bedürfnis, die taktischen Differenzen der Kommunistischen Opposition mit der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Internationale für die Zwecke der inneren Parteiauseinandersetzung herauszuarbeiten und festzulegen. Im weiteren Verlaufe aber

gungen, ihre Anhänger nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Massstabe (siehe die Vereinigung der Opportunisten aller Schattierungen in der Tschechoslowakei, in Oesterreich, in Schweden usw. unter dem Patronat Brandlers), organisatorisch zusammenfassen,[40] ihre neuesten Bemühungen in den verschiedenen Gebieten Deutschlands, Austritte oder Aussch[l]üsse von rechten Opportunisten aus der Partei zu betreiben (siehe der Austritt der Sechzig in Berlin, die Ausschlüsse in Bayern, in Hamburg usw.) –: All das ist zweifellos ein Reflex der entschiedeneren Durchführung der neuen Kampfmethode durch die KPD.

Aus der neuen Aktivität der rechten Renegaten in- und ausserhalb Deutschlands ergibt sich die Notwendigkeit, ihre Theorie und Praxis in den aktuellen Fragen einer Untersuchung zu unterziehen. [...]

6. Schlussbemerkungen.

Zusammenfassend kann folgendes gesagt werden: 1. je erfolgreicher die KPD. und die anderen Sektionen der Komintern die neuen Methoden zur Massenmobilisierung auf den verschiedenen Gebieten ihrer Tätigkeit anwenden, desto mehr sehen sich die Renegaten genötigt, *eine neue Austrittswelle im nationalen und internationalen Massstab zu organisieren* und alle Renegatengruppen innerhalb und ausserhalb Deutschlands zusammenzufassen.

2. Die Voraussage des Offenen Briefes des EKKI an die KPD.,[41] dass die Brandlerianer – nachdem ihnen die Konzentrierung als selbständige Gruppe innerhalb der

---

wurde sie planmäßig ausgeweitet zu einer möglichst umfassenden und eingehenden *Darstellung* des Weges *zur proletarischen Revolution in Deutschland*. [...] Die Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition) ist also mit dem Programm der Kommunistischen Internationale zusammenzunehmen. [...] Die Kommunistische Opposition erfüllt damit die Aufgabe, die die Exekutive der Kommunistischen Internationale bereits im Jahre 1922 allen ihren Sektionen stellte, und die die offizielle Kommunistische Partei Deutschlands bis heute nicht zu erfüllen imstande war." (Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition). Beschlossen auf der dritten Reichskonferenz zu Berlin, Dezember 1930, o.O.u.o.J., S. 3–4.

40 Die 1930 gebildete Internationale Vereinigung der kommunistischen Opposition (IVKO) vereinigte neben der deutschen KPO um August Thalheimer und Heinrich Brandler unterschiedliche Organisationen im internationalen Maßstab, darunter den oppositionellen Flügel der KP Schwedens um Nils Flyg und Karl Kilbom, die *Independent Communist Labor League* (ICLL) der USA um Jay Lovestone, weitere KPO-Gruppen in Schaffhausen (Schweiz) um Walther Bringolf, Asch (heute Aš, Tschechien) und Straßburg (Frankreich) sowie eine Gruppe um den indischen Marxisten Manabendra Nath Roy. Obwohl antistalinistisch orientiert, zerbrach die Vereinigung nicht zuletzt an ihrer zunehmend kritiklosen Haltung der Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse in der Sowjetunion. Siehe hierzu: Tjaden: Struktur und Funktion, S. 162ff., S. 259ff.

41 Der Hinweis bezieht sich auf den offenen Brief des EKKI-Präsidiums vom 19.12.1928 an die KPD über die „Rechte Gefahr", der den bürokratischen Schlusspunkt unter die „Wittorf-Affäre" setzte (Dok. 202). Von der KPD-Führung wurde er unmittelbar als Ausschlussdrohung gegen Brandler, Thalheimer, Walcher, Frölich und Genossen kolportiert und auch auf die Gruppe der „Versöhnler" (Ewert, Meyer, Eberlein, Dietrich, Becker u.a.m.) ausgedehnt, zu deren „vollständiger politischer Liquidierung". Siehe hierzu den Beschluss des Polbüros der KPD zum offenen Brief vom 21.12.1928, *Die Rote Fahne*, 23.12.1928, abgedruckt in: Weber: Der deutsche Kommunismus, S. 242–245.

Partei unmöglich gemacht worden war – sich ausserhalb der Partei zu einer eigenen Gruppe zusammenschliessen und in weiterer Folge sich mit den Ultralinken ausserhalb der SPD. verschmelzen werden, hat sich als vollständig richtig erwiesen.

3. Die Brandlerianer spielen heute die gleiche Rolle, wie die linken Sozialdemokraten vor zwei Jahren.

Der tschechische Renegat Jilek hat seinen vor nicht langer Zeit vollzogenen Austritt aus der Renegatengruppe hauptsächlich damit begründet, dass diese sich immer mehr von den Grundsätzen der Kommunistischen Internationale entferne und immer deutlicher den Kurs auf den Eintritt in das Sozialdemokratische Lager nehme.

4. Da die SPD. gezwungenermassen in die Opposition eintreten musste, können ihr die Brandlerianer nicht als Train einfach auf den ausgefahrenen Geleisen folgen, *sondern müssen sich ihrerseits nun auch etwas „linker" gebärden.*

5. Die Brandlerianer als Tross der Sozialdemokratie *spielen die Rolle kleiner Spekulanten, die mit falschem Gewicht operieren.* Gegen die sich innerhalb der Partei befindlichen Opportunisten, auf die sich die Renegaten stützen, muss ein scharfer ideologischer und organisatorischer Kampf geführt werden, aber es ist nicht notwendig, gegen die Renegaten selbst einen speziellen Kampf zu führen, *sie müssen vielmehr gemeinsam mit den Sozialfaschisten bekämpft werden.*

6. Mit ihrem fanatischen Kampf gegen die Theorie des Sozialfaschismus, mit ihrem Putschgeschrei, dass sie am 1. Mai, am 1. August, bei der Zuspitzung der österreichischen Krise und am 6. März erhoben,[42] mit ihrer Einschätzung der Koalitionspolitik als das kleinere Uebel und der Sozialdemokratie als einem ernsten Faktor im Kampfe gegen den Faschismus, mit ihrer Analyse der Weltlage (keine akute Kriegsgefahr, keine akute Wirtschaftskrise), mit ihrem gegen die Komintern gerichteten schmutztriefenden Pamphlet (Offener Brief)[43] *bereiten die Brandlerianer ihren Uebergang zum offenen Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung vor.*

---

42 Neben der linken hatte auch die rechte Opposition der KPD das Vorgehen der KPD-Führung am 1. Mai, das zu den Berliner Ereignissen führte, als provokativ und putschistisch gewertet. Im Falle Österreichs wurde Ähnliches versucht. Auf der dazu einberufenen „Konstanzer Konferenz" wurde eine internationale Kampagne „gegen den Faschismus in Österreich" beschlossen (Siehe: Rundschreiben des Westeuropäischen Büros der Komintern in Berlin an die Kommunistischen Parteien über die „Konstanzer Konferenz" und die internationale Kampagne gegen den „Faschismus" in Österreich, zur Unterstützung der KPÖ und die Unterdrückung in Jugoslawien; in: Bayerlein: Transnationale Netzwerke und internationale Revolution). Am 11.10.1929 sowie am 14.10.1929 und erneut am 4.12.1929 erfolgten weitere, dringende Aufforderungen seitens des Westeuropäischen Büros der Komintern an die ZK's der Kommunistischen Parteien, doch die Kraftprobe, das Gewicht der Komintern in die Waagschale zu legen, scheiterte (zur Kritik siehe: L. Trotzki: Die Österreichische Krise, die Sozialdemokratie und der Kommunismus. In: Id.; Schriften über Deutschland, I, S. 53–66).

43 Nach den Maiereignissen veröffentlichte die KPO das Dokument „Die Lehren des 1. Mai. Offener Brief – An alle Mitglieder der KPD. An die Exekutive der Kommunistischen Internationale". In: *Gegen den Strom* (1929), 197 ff. Hierin hieß es u.a.: „Die Führung, deren Politik in den Maitagen bankrott gemacht hat, muss verschwinden. [...] Die innerparteiliche Demokratie muss wieder hergestellt werden!".



Am 15.5.1930 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, dem deutschen Botschafter Dirksen gegenüber erneut die grundsätzliche Bereitschaft der Sowjetunion zur Beseitigung der Schwierigkeiten im Warenaustausch und anderen Fragen zu erklären. Dabei sollte allerdings grundsätzlich darauf bestanden werden, jede Diskussion über Fragen der sowjetischen Innenpolitik abzulehnen.[44]

Am 30.5.1930 wurden durch das Politbüro Boris Stomonjakov und Šolom Dvolajckij als sowjetische Vertreter in die deutsch-sowjetische Schlichtungskommission berufen. Des Weiteren wurde Einverständnis für einen Communiquévorschlag an von Dirksen signalisiert. Ihm sollte vorgeschlagen werden, hierin auf den Vertrag von Rapallo zu verweisen.[45] Vorläufiger Höhepunkt der Wiederannäherung war das deutsch-sowjetische Protokoll vom 24.6.1931 zur Verlängerung des Berliner Vertrags von 1926.

Am 27.6.1930 fasste das sowjetische Politbüro mehrere Deutschland betreffende Beschlüsse. Es stellte alle als geheim klassifizierten Angelegenheiten, die Deutschland betrafen, unter eine noch striktere Geheimhaltung. Als allgemeine Regel sollten über entsprechende Angelegenheiten in Zukunft keine schriftlichen Korrespondenzen mehr geführt werden. Zu diesem Zweck wurde eine aus Stalin, Rykov, Mikojan, Litvinov und Stomonjakov bestehende, hochrangige „Politbüro-Kommission über Deutschland“ gebildet. Außerdem wurde das weitere Vorgehen der sowjetischen Verhandlungsdelegation in der deutsch-sowjetischen Schlichtungskommission im Einzelnen besprochen, darunter auch die Frage der Kollektivierungen, die Versendung von Lebensmittelpaketen und die allgemeine Versorgungssituation der in der Sowjetunion lebenden Deutschen.[46] Das Protokoll der Politbüro-Kommission vom 29.6.1930 liegt vor.[47] Am 7.7.1930 wurden entsprechende Richtlinien für die Verhandlungen verabschiedet, wobei besonders auf die Behandlung der Situation der Russlanddeutschen eingegangen wurde.[48]

Am 3.7.1930 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, der deutschen Regierung angesichts des Abzugs der letzten französischen Okkupationstruppen aus dem Rheinland ein Glückwunschtelegramm zu schicken.[49]

---

44 RGASPI, Moskau, 17/162/8, 151. Publ. in: Adibekov/Di B'jadzo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 223–224.
45 RGASPI, Moskau, 17/162/8, 161 Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 224–225.
46 RGASPI, Moskau, 17/162/8, 170, 175–176.
47 APRF, Moskau, 3/64/657, 215–217. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, II, Dok. 178.
48 RGASPI, Moskau, 17/162/8, 171. Publ. in: Adibekov/Di B'jadzo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 225–228.
49 APRF, Moskau, 3/64/690, 84. Publ. in: Sevost'janov, Moskva-Berlin, II, Dok. 180.

Dok. 244

Briefentwurf des Politsekretariats der Komintern an die KPD-Führung über die nationale Befreiung der Werktätigen gegen den „Nationalfaschismus“ als Perspektive zu den Reichstagswahlen

[Moskau], 28.7.1930

Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau, 495/3/171, 155–159. Weitere Fassungen siehe ibid., 160–164, 181–185. Erstveröffentlichung.

6 Ex/Bö.
28.7.1930.

Vertraulich.
Zur Frage des Kampfes gegen den Nationalfaschismus in Deutschland.

An das Zentralkomitee der K. P. D.

Werte Genossen!
Die ernsten politischen und organisatorischen Erfolge des Faschismus (der Nationalsozialisten) in Deutschland im Laufe des letzten Jahres stellen das Problem des Kampfes gegen diese neue Waffe der Bourgeoisie in seiner ganzen Grösse vor uns. Das Beispiel Sachsens und anderer Orte zeigt,[50] dass es dem Faschismus gelingt, breite Massen zu gewinnen, darunter auch proletarische, die von unserer Arbeit bisher hätten erobert werden können und müssen, sowie, dass unsere Partei bislang noch nicht alle erforderlichen Methoden im Kampf gegen den Nationalfaschismus gefunden hat.

Der rasche Aufstieg des Faschismus ist das Resultat der Wirtschaftskrise in Deutschland, die sich besonders vertieft in Verbindung mit dem Youngplan, der die kleinen Warenproduzenten und Unternehmer in den Ruin stürzt, Millionen Proletarier arbeitslos macht, das Lebensniveau der im Betrieb stehenden Arbeiter herabdrückt (Lohnabbau), breitesten Massen der Werktätigen (darunter Angestellten, kleinen Kaufleuten, Handwerkern, kleinen Bauern usw.) neue Steuern, neue Zölle u. a. Lasten auferlegt.

---

50 Die NSDAP erzielte bei den Landtagswahlen in Sachsen vom 22.6.1930 mit 14 Sitzen erstmals mehr als die KPD (13); sie wurde damit zur zweitstärksten Partei hinter der SPD (32). Das vorliegende Dokument erhellt die Entstehungsgeschichte der aus Moskau induzierten nationalistischen Anpassung der KPD zur Einstimmung auf die am 18.7.1930 auf den 14.9.1930 festgelegten Reichstagswahlen, die den Aufstieg der NSDAP markierten. Die KPD trat mit der „Proklamation“ einer in nationalen bis nationalistischen Tönen gehaltenen „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ auf (siehe Dok. 245). Stalin selbst hatte vor allem in Gesprächen mit Heinz Neumann im Juni 1930 auf einen solchen Kurswechsel gedrängt.

Die breitesten Massen des Kleinbürgertums und die rückständigen Schichten des Proletariats, die nicht mehr in der alten Weise weiterleben wollen, verlassen die Reihen der alten bürgerlichen Parteien, besonders der Nationalen [Volks-] Partei, zum Teil auch der Sozialdemokratie und strömen dem faschistischen Lager zu, denn der Faschismus verspricht einen radikalen „revolutionären" Ausweg aus der Lage. Die Tatsache, dass die Nationalfaschisten die Massen durch radikale Losungen anlocken, zeugt von tiefster Gärung in diesen Massen, von ihrer Radikalisierung.

Was ist das, was die Massen zum Nationalfaschismus zieht?

Es ist vor allem seine *nationalistische Demagogie*.

Die Faschisten haben sich ihr politisches Kapital dadurch erworben, dass sie als *erste* die Kampagne gegen den Youngplan, als den Plan der Verknechtung Deutschlands entfaltet haben und weiterführen.[51] Die Entfaltung nationalistischer Instinkte, durch stete Hinweise darauf, dass Elsass-Lothringen, das Saargebiet, Oberschlesien, der Korridor[52] okkupiert und Deutschland geraubt sind und dass das deutsche Volk sich damit nicht aussöhnen könne, die Entlarvung der Regierungsparteien und der Sozialdemokratie als Parteien der Verknechtung Deutschlands, die Aufforderungen zum Kampf für die *Vernichtung* des Youngplans, der die Ursache der Nöte und Leiden des deutschen Volkes ist, unter geschickter Vertuschung der Tatsache, dass die wahre Ursache – das kapitalistische System, die Herrschaft der Bourgeoisie ist – dies ist die Hauptagitationswaffe der Nationalfaschisten.

Zweitens – soziale Demagogie gegen Spekulation, Schmarotzertum usw.

Welche Taktik muss unsere Partei im Kampf gegen die Faschisten befolgen?

Die Hauptaufgabe besteht darin, den Faschisten die Maske der Kämpfer um nationale Unabhängigkeit und soziale Befreiung der deutschen Werktätigen vom Gesicht zu reissen, den Massen zu beweisen, dass die „wahre Arbeiter"-politik der Faschisten von der Schale der demagogischen Versprechen befreit, eine Politik ist, die an der Durchführung des Youngplans mithilft, der Youngplan aber gerade deshalb ein Mittel der Knechtung ist, weil die deutsche Bourgeoisie, darunter auch die faschistischen Führer, ihn als Mittel zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft angenommen hat; dass er die Werktätigen Deutschlands deshalb knechtet, weil die Bourgeoisie seine ganze Last auf die Werktätigen abwälzt; dass die Industriemagnaten, die die Faschisten finanzieren, – Siemens, Opel usw. – die deutsche Industrie an das amerikanische Kapital verkaufen und dass dies eine Fortführung der Politik der Unterordnung Deutschlands unter die Interessen der imperialistischen Kliquen ist.

Die Hauptaufgabe besteht darin, den Massen zu beweisen, dass der Youngplan ohne Sturz der Macht der Bourgeoisie, ohne Errichtung der Sowjetmacht, die Youngplan und Versailler Frieden in Scherben schlägt, nicht vernichtet werden kann; dass keine Macht, ausser der Sowjetmacht sich entschliessen kann, diesen Plan zu zer-

---

51 Siehe hierzu Dok. 234.

52 Der „Polnische Korridor" trennte zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg Ostpreußen vom deutschen Kernland ab.

schlagen, denn nur Rätedeutschland im Bunde mit der Sowjetunion und mit Unterstützung des revolutionären Proletariats Frankreichs, Polens, der Tschechoslowakei und anderer Länder ist imstande, der imperialistischen Entente die Stirne zu bieten. Gestützt auf die Erklärungen Strassers[53] und seiner Anhänger, sowie die Koalitionspraxis der Faschisten sind sie als faktisch Ausführende des Youngplans zu entlarven. Gestützt auf konkrete Tatsachen muss man in jeder Weise die Koalitionspraxis der Faschisten entlarven: sie ist ihr schwacher Punkt, denn sie ist es, die ihnen die Maske von „Revolutionären" und „Sozialisten" am besten vom Gesicht reisst, ihr wahres Wesen der Vollstrecker des Youngplans, ganz wie es die anderen bürgerlichen Parteien sind, zeigt.

Im Gegensatz zu den grundlosen Revanche-Ideen der Nationalfaschisten muss man den Massen erklären, warum das kapitalistische Deutschland ausserstande ist, den räuberischen Ansprüchen der französischen Imperialisten Widerstand zu leisten. Die Losung des wirtschaftlichen und politischen Bündnisses mit der USSR ist vor den Massen zu entfalten, es ist ihnen zu zeigen, dass Rätedeutschland Millionen Erwerbslosen Arbeit geben, dass es ein industrielles Zentrum der Sowjetunion sein kann (gestützt auf ungefähre Zahlen muss gezeigt werden, welche Industrieprodukte Rätedeutschland gegen landwirtschaftliche Rohstoffe, Halbfabrikate usw. an Sowjetrussland liefern könnte). Mit Rücksicht darauf, dass die Faschisten es verstanden haben, unter den Erwerbslosen eine grosse Kampagne zu entfalten, muss dieses Programm unter den Arbeitermassen besonders energisch popularisiert werden.

Der sozialen Demagogie der Faschisten muss die Partei ihr volles Programm der proletarischen Revolution entgegenstellen. Einer der wesentlichsten Mängel im Kampfe gegen die Faschisten besteht darin, dass die Partei den Massen noch kein voll entfaltetes Programm des Auswegs aus der Krise, der Vorbeugung der drohenden Katastrophe gegeben hat, sodass die nationalfaschistische Demagogie den rückständigen Massen als radikales Mittel für die Beseitigung aller schlimmen Seiten des heutigen Regimes erscheinen konnte.

Im Gegensatz zu der Agitation der Faschisten gegen das grosse Handels- und Bankkapital, im Gegensatz zu ihrer sozialen Demagogie über Steuern, Sozialversicherungsabbau, im Gegensatz zu ihrer marktschreierischen antisemitischen Agitation gegen die Schmarotzer könnte sich die Partei mit einem gemeinverständlich dargelegten Programm an die Massen wenden, das in einer klaren und deutlichen Sprache besagt, *was die Kommunisten nach ihrer Machtergreifung tun werden*. Die Partei muss

53 Am 3.7.1930 trat der Führer des sozialrevolutionären Parteiflügels Otto Strasser nach Verfügung des Ausschlusses aus der NSDAP aus und gab die Gründung der „Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten" bekannt (sein Bruder Gregor blieb in der NSDAP). Ihr schlossen sich ca. 200 Mitglieder an, sie wirkte in Zukunft vor allem durch ihre Publikationen („Die Sozialisten verlassen die NSDAP", „Der Nationale Sozialist", „Die Deutsche Revolution", „Die Schwarze Front") und ihre teilweise mit der KPD gemeinsam geführten Kampagnen.

eine energische revolutionäre Sprache führen, die in den Massen Siegesgewissheit weckt.

Dieses Programm muss auch in die Arbeiterjugend getragen werden, die die Hauptstütze des Nationalfaschismus in der Arbeiterklasse ist. Nicht zu unterschätzen ist auch die Notwendigkeit der Hineinziehung der Frauen in diesen Kampf, die der Faschismus wieder auf Kinder und Küche beschränken will.

Uns will es scheinen, dass die Spaltung der nationalsozialistischen Partei[54] von nicht unerheblicher Bedeutung ist. Darin kommen die Schwierigkeiten der Schaffung einer faschistischen Massenpartei in Deutschland zum Ausdruck, sowie die Unmöglichkeit, die in sie hineingezogenen proletarischen Elemente auf die Dauer mit Hilfe einer nackten Demagogie festzuhalten. Diese Spaltung bedeutet eine gewisse Arbeitsteilung zwischen der Hitlergruppe und der Strassergruppe, bei der diese letztere die proletarischen Elemente zum Faschismus heranlocken, während die erste die Koalitionspolitik durchführen wird. Inwiefern es ihnen gelingen wird, diese Funktionen zu erfüllen, wird in bedeutendem Masse von uns abhängen. Doch darf man es nicht aus den Augen lassen.

Unserem Vorschlag liegt der Gedanke zu Grunde, dass unsere Partei in der bevorstehenden Wahlkampagne mit einem klaren proletarischen Programm der Rettung der Werktätigen Deutschlands auftreten muss. Dieses Programm ist auf Grund konkreter Losungen und konkreter Entlarvung der praktischen Tätigkeit der Faschisten [zu schreiben], [es] muss mit der Entfaltung des Wirtschaftskampfes in Verbindung stehen.[55]

Wir halten es für notwendig, vor Euch die Frage des Faschismus zu stellen, denn in der bevorstehenden Wahlkampagne wird er einer Eurer grössten und gefährlichsten Feinde sein. Wir sehen von einer Aufzählung aller Kampfmethoden gegen den Faschismus ab und wollen nur mit grösstem Nachdruck auf den unserer Auffassung nach wichtigsten Punkt verweisen, von dem Ihr im Kampfe gegen den Faschismus *heute* auszugehen habt. Es ist notwendig, dass die Partei auf Grund des beiliegenden Dokuments an die Massen einen Aufruf richtet, der die Faschisten, ihren Betrug und ihre Demagogie entlarvt, ein revolutionäres Programm der Vorbeugung der drohen-

54 Eine klare Spaltung der NSDAP wurde maßgeblich durch den Verbleib des beliebteren und einflussreicheren Bruders Ottos – Gregor Strasser – vermieden.

55 Diese Bemerkung weist im Zusammenhang mit dem Hinweis auf ein beiliegendes Dokument darauf hin, dass ein erster Entwurf der Programmerklärung (die am 23.7.1930 vom Politsekretariat des EKKI verabschiedet wurde) als Anlage zum vorliegenden Dokument verschickt wurde. Ihre Abfassung erfolgte auf Initiative Stalins, der seit 1929 auf einen nationaleren Kurs der KPD drängte und am Tag der Reichstagsauflösung die Abfassung eines Grundsatzdokuments der Komintern zum Kampf gegen den „Nationalfaschismus" in der russischen Delegation des EKKI durchsetzte. Die Nationalfaschisten seien hierin „als Elemente zu entlarven, die dazu in der Lage sind, sich den Schöpfern von Versailles zu verkaufen, obwohl sie in Worten gegen diese auftreten." Es sei zu unterstreichen, „dass die Befreiung Deutschlands vom Versailler Vertrag, [und] vom Youngplan nur mit dem Sturz der Bourgeoisie möglich ist." (Siehe die Programmerklärung, folgendes Dokument).

den Katastrophe entfaltet und den Massen den Weg des Kampfes um die Befreiung der Werktätigen Deutschlands, um Rätedeutschland, weist.

Dok. 245

Programmerklärung der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes

Berlin, 24.8.1930

Die Rote Fahne, 24.8.1930. Erneut abgedruckt in: Ernst Thälmann: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, Berlin(-Ost), Dietz-Verlag, 1956, S. 530–540; Weber: Der deutsche Kommunismus, S. 58–65.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale): Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes. [56]

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands beschloß auf Vorschlag des Genossen Ernst Thälmann die nachstehende Proklamation zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes. Diese Erklärung, die sich an alle Arbeitenden in ganz Deutschland wendet, hat eine weit über den Rahmen der Tagespolitik hinausgehende, programmatische Bedeutung. Sie bildet ein historisches Dokument, das wegweisend für das gesamte werktätige deutsche Volk ist und zum ersten Male entscheidende Richtlinien für die Regierungspolitik der kommenden deutschen Sowjetmacht zeigt. [...]

Wir rufen in den jetzigen Wahlen alle Werktätigen in Stadt und Land auf, sich für Sowjetdeutschland zu entscheiden, indem sie für Liste 4, für die Liste der Kommunistischen Partei, stimmen.[57]

---

56 Die vorliegende Programmerklärung ist das Ergebnis eines von Moskau induzierten Kurses der nationalistischen Anpassung der KPD. Stalin selbst hatte in Gesprächen mit Heinz Neumann im Juni 1930 auf einen solchen Kurswechsel gedrängt, bereits seit 1929 einen nationaleren Kurs der KPD eingefordert und am Tag der Reichstagsauflösung die Abfassung eines Grundsatzdokuments der Komintern zum Kampf gegen den „Nationalfaschismus" in der russischen Delegation des EKKI durchgesetzt. Die „Nationalfaschisten" seien hierin „als Elemente zu entlarven, die dazu in der Lage sind, sich den Schöpfern von Versailles zu verkaufen, obwohl sie in Worten gegen diese auftreten." Zu unterstreichen sei dabei, „dass die Befreiung Deutschlands vom Versailler Vertrag, [und] vom Youngplan nur mit dem Sturz der Bourgeoisie möglich ist." (RGASPI 508/1/98, 1f. Publ. in: Dam'e/Komolova/Korčagina u.a.: Komintern protiv fašizma, S. 234f.). Siehe ausführlich zur "nationalpopulistischen" Wende der KPD, die von der Linken Opposition und Trotzki besonders scharf kritisert wurde: Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 187–195 u.a.; vgl. L. Trotzki: „Gegen den Nationalkommunismus. Lehren des 'Roten' Volksentscheids". In: Id.: Schriften über Deutschland, I, S. 113–137.

57 Die auf den 14.9.1930 festgelegten Reichstagswahlen markierten den Aufstieg der NSDAP und leiteten die Präsidialregierungen, zunächst unter Heinrich Brüning ein. Die NSDAP wurde unerwarteter-

Proklamation des ZK der KPD
Die deutschen Faschisten (Nationalsozialisten) unternehmen gegenwärtig die schärfsten Vorstöße gegen die deutsche Arbeiterklasse. In einer Zeit der Knechtung Deutschlands durch den Versailler Frieden, der wachsenden Krise, der Arbeitslosigkeit und Not der Massen versuchen die Faschisten durch zügellose Demagogie und schreiende radikale Phrasen, unter der Flagge des Widerstands gegen die Erfüllungspolitik und den Youngplan, bedeutende Schichten des Kleinbürgertums, deklassierter Intellektueller, Studenten, Angestellter, Bauern sowie einige Gruppen rückständiger, unaufgeklärter Arbeiter für sich zu gewinnen. Die teilweisen Erfolge der nationalsozialistischen Agitation sind das Resultat der zwölfjährigen verräterischen Politik der Sozialdemokratie, die durch Niederhaltung der revolutionären Bewegung, Beteiligung an der kapitalistischen Rationalisierung und völlige Kapitulation vor den Imperialisten (Frankreich, Polen) der nationalsozialistischen Demagogie den Boden bereitet hat.

Dieser nationalsozialistischen Demagogie stellt die Kommunistische Partei Deutschlands ihr Programm des Kampfes gegen den Faschismus, ihre Politik der wirklichen Vertretung der Interessen der werktätigen Massen Deutschlands entgegen.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, dass sie für die nationale Befreiung des deutschen Volkes kämpfen. Sie erwecken den Anschein, als seien sie gegen den Youngplan, der den werktätigen Massen Deutschlands Not und Hunger bringt.

Diese Beteuerungen der Faschisten sind bewusste Lügen. Die deutsche Bourgeoisie hat den räuberischen Youngplan angenommen in der Absicht, alle seine Lasten auf die Werktätigen abzuwälzen.

Die Faschisten helfen praktisch an der Durchführung des Youngplans mit, indem sie die Abwälzung seiner Lasten auf die werktätigen Massen dulden und fördern, indem sie an der Durchführung der vom Youngplan diktierten Zoll- und Steuergesetze mithelfen (Zustimmung der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion zu allen Vorlagen für Zoll- und Steuererhöhung, Frickscheche Negersteuer in Thüringen),[58] indem sie alle Streikbewegungen gegen den Lohnabbau zu verhindern und abzuwürgen versuchen.

---

weise mit 18,3 % zweitstärkste Partei hinter der SPD. Mit 13,1 Prozent war die mit der „Proklamation“ der in nationalen bis nationalistischen Tönen gehaltenen Erklärung angetretene KPD nur fast halb so stark wie die SPD. Für die KPD-Führung war der Wahlsieg der NSDAP gleichwohl als “zweitrangig“ einzuordnen (Weber/Wachtler: Die Generallinie, S. 203ff.).

58 „Negersteuer“: Umgangssprachliche Bezeichnung für eine von der Regierung Brüning qua Notverordnung am 26.7.1930 eingeführte Kopf- bzw. Einwohnersteuer, wie sie als vermeintliches Mittel gegen die Weltwirtschaftskrise zuerst vom thüringischen Staatsminister des Inneren, dem Nationalsozialisten Wilhelm Frick (1877–1946), eingeführt wurde. Die Praxis stammte aus der Kolonialverwaltung und diente der pauschalen Erfassung der eingeborenen Bevölkerung (zur Gegenpropaganda der KPD siehe: Hermann Remmele (verantwortlich): Vom Panzerkreuzer zur Negersteuer. Der Bankrott zweier Regierungen, Berlin, Internationaler Arbeiterverlag o. D. [1930]).

Die Regierungsparteien und die Sozialdemokratie haben Hab und Gut, Leben und Existenz des werktätigen deutschen Volkes meistbietend an die Imperialisten des Auslands verkauft. Die sozialdemokratischen Führer, die Hermann Müller, Severing, Grzesinski und Zörgiebel,[59] sind nicht nur die Henkersknechte der deutschen Bourgeoisie, sondern gleichzeitig die freiwilligen Agenten des französischen und polnischen Imperialismus.

Alle Handlungen der verräterischen, korrupten Sozialdemokratie sind fortgesetzter Hoch- und Landesverrat an den Lebensinteressen der arbeitenden Massen Deutschlands.

Nur wir Kommunisten kämpfen sowohl gegen den Youngplan als auch gegen den Versailler Raubfrieden, den Ausgangspunkt der Versklavung aller Werktätigen Deutschlands, ebenso wie gegen alle internationalen Verträge, Vereinbarungen und Pläne (Locarnovertrag, Dawesplan, Youngplan, deutsch-polnisches Abkommen usw.),[60] die aus dem Versailler Friedensvertrag hervorgehen. Wir Kommunisten sind gegen jede Leistung von Reparationszahlungen, gegen jede Bezahlung internationaler Schulden.

Wir erklären feierlich vor allen Völkern der Erde, vor allen Regierungen und Kapitalisten des Auslandes, dass wir im Falle unserer Machtergreifung alle sich aus dem Versailler Frieden ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären werden, dass wir keinen Pfennig Zinszahlungen für die imperialistischen Anleihen, Kredite und Kapitalanlagen in Deutschland leisten werden.

Wir führen und organisieren den Kampf gegen Steuern und Zölle, gegen die Verteuerung der Mieten und Gemeindetarife, gegen Lohnabbau, Erwerbslosigkeit und alle Versuche, die Lasten des Youngplans auf die werktätige Bevölkerung in Stadt und Land abzuwälzen.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, sie seien gegen die vom Versailler Frieden gezogenen Grenzen, gegen die Abtrennung einer Reihe deutscher Gebiete von Deutschland. In Wirklichkeit aber unterdrückt der Faschismus überall, wo er an der Macht steht, die von ihm unterworfenen Völker (in Italien die Deutschen und Kroaten,[61] in Polen die Ukrainer, Weißrussen und Deutschen, in Finnland die Schwe-

59 Die 2. Regierung einer großen Koalition in der Weimarer Republik unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller war als letzte parlamentarische Regierung von Juni 1928 bis März 1930 im Amt. Albert Grzesinski war von 1926 bis Februar 1930 Nachfolger Carl Severings als preußischer Innenminister. Zur harten Linie gegen radikale Organisationen, die auch der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident Karl Zörgiebel vertrat, siehe Dok. 168, Dok. 214 u.a.

60 Am 31.10.1929 wurde das Deutsch-Polnische Liquidationsabkommen abgeschlossen, das auf dem beidseitigen Verzicht finanzieller Ansprüche aus dem Ersten Weltkrieg und dem Versailler Vertrag beruhte. Besonders stark von der Rechten und auch der KPD bekämpft, bedeutete das Abkommen einen Schritt zur Normalisierung der Beziehungen.

61 Anspielung auf die zum Teil gewaltsame Entnationalisierungs- bzw. Italianisierungspolitik Südtirols unter dem Mussolini-Faschismus, das seit dem Friedensvertrag von St Germain mit Österreich an Italien fiel. Was Kroatien angeht, wurden Italien für den Fall seines Kriegseintritts in den Londoner

den usw.).[62] Die Führer der deutschen Faschisten, Hitler und seine Helfershelfer, aber erheben nicht ihre Stimme gegen die gewaltsame Angliederung Südtirols an das faschistische Italien.[63] [...]

Wir Kommunisten erklären, dass wir keine gewaltsame Angliederung eines Volkes oder eines Volksteiles an andere nationale Staatsgebilde, dass wir keine einzige Grenze anerkennen, die ohne Zustimmung der werktätigen Massen und der wirklichen Mehrheit der Bevölkerung gezogen ist.

Wir Kommunisten sind gegen die auf Grund des Versailler Gewaltfriedens durchgeführte territoriale Zerreißung und Ausplünderung Deutschlands. [...]

Alle Parteien in Deutschland, mit der einzigen Ausnahme der Kommunistischen Partei, treiben Koalitionspolitik im Reiche, in Preußen, in Thüringen und den anderen Einzelstaaten. Alle Parteien außer den Kommunisten sind Koalitionsparteien, Regierungsparteien, Ministerparteien.

Nur wir Kommunisten sind gegen jede Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, für den revolutionären Sturz der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung, für die Aufhebung aller Rechte und Vorrechte der herrschenden Klassen, für die Abschaffung jeder Ausbeutung.

Die Nationalsozialisten behaupten, Wirtschaftskrise und Ausplünderung der Massen seien lediglich Folgen des Youngplans; die Überwindung der Krise sei bereits gesichert, wenn Deutschland die Fesseln des Versailler Vertrages abstreift. Das ist ein grober Betrug. Um das deutsche Volk zu befreien, genügt es nicht, die Macht des Auslandskapitals zu brechen, sondern die Herrschaft der eigenen Bourgeoisie im eigenen Lande muss gleichzeitig gestürzt werden. Die Krise wütet nicht nur im Deutschland des Youngplans, sondern auch in den siegreichen imperialistischen Ländern mit Amerika an der Spitze. Überall, wo die Kapitalisten und ihre Agenten, die Sozialdemokraten, am Ruder sind, werden die Massen in der gleichen Weise ausgebeutet. Nur in der Sowjetunion bewegen sich Industrie und Landwirtschaft in aufsteigender Linie. Nur in der Sowjetunion wird die Erwerbslosigkeit beseitigt, werden die Löhne erhöht, werden die sozialpolitischen Errungenschaften der Werktätigen zu beispielloser Höhe ausgebaut.[64] In allen kapitalistischen Ländern, in allen Ländern

---

geheimen Vereinbarungen zwischen England, Frankreich und Rußland von 1915 grosse Teile Istriens und Dalmatiens zugesprochen.

62 Von einer nationalen Unterdrückung der schwedischen Minderheit in Finnland kann so nicht gesprochen werden. Seit der Verfassung Finnlands von 1919, das bis dahin unter russischer Herrschaft war, sind Schwedisch und Finnisch sogar als Nationalsprachen anerkannt.

63 Im Interesse seines Bündnisses mit dem faschistischen Italien akzeptierte Hitler auch nach dem „Anschluss" Österreichs 1938 die Zugehörigkeit Südtirols zu Italien.

64 Die Jahreszuwächse der industriellen Bruttoproduktion in der Sowjetunion waren seit dem 1. Fünfjahresplan 1928/1929 zwar nominell hoch, doch die allgemeine Verknappung der Konsumgüter führten in Verbindung mit Schwarzmarkt und Privathandel zur Steigerung der Lebenshaltungskosten und einer Senkung der Reallöhne, auf dem Hintergrund einer chaotischen, zumeist nur auf den quantitativen Aspekt reduzierten und diktatorisch durchgesetzten Welle gesellschaftlicher Veränderungen (Zwangskollektivierungen u.a.). Dagegen wurde die Angestelltenschicht und die der „Intelligentsia"

des Faschismus und der Sozialdemokratie wachsen Elend und Hunger, Lohnabbau und Erwerbslosigkeit, Reaktion und Terror.

Die Kommunistische Partei Deutschlands entfaltet den schärfsten politischen und wehrhaften Massenkampf gegen den nationalverräterischen, antisozialistischen, arbeiterfeindlichen Faschismus.

Wir kämpfen für die Rettung der werktätigen Massen vor der drohenden Katastrophe.

Wir Kommunisten erklären, dass wir nach dem Sturz der Macht der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, nach der Aufrichtung der proletarischen Diktatur in Deutschland, im brüderlichen Bündnis mit den Proletariern aller anderen Länder in erster Linie folgendes

Programm
durchführen werden, das wir der nationalsozialistischen Demagogie entgegenstellen:

Wir werden den räuberischen Versailler „Friedensvertrag" und den Youngplan, die Deutschland knechten, zerreißen, werden alle internationalen Schulden und Reparationszahlungen, die den Werktätigen Deutschlands durch die Kapitalisten auferlegt sind, annullieren.

Wir Kommunisten werden uns für das volle Selbstbestimmungsrecht aller Nationen einsetzen und im Einvernehmen mit den revolutionären Arbeitern Frankreichs, Englands, Polens, Italiens, der Tschechoslowakei usw. denjenigen deutschen Gebieten, die den Wunsch danach äußern werden, die Möglichkeit des Anschlusses an Sowjetdeutschland sichern.

Wir Kommunisten werden zwischen Sowjetdeutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ein festes politisches und Wirtschaftsbündnis schließen, auf Grund dessen die Betriebe Sowjetdeutschlands Industrieprodukte für die Sowjetunion liefern werden, um dafür Lebensmittel und Rohstoffe aus der Sowjetunion zu erhalten.

Wir erklären vor den Werktätigen Deutschlands: Ist das heutige Deutschland wehrlos und isoliert, so wird Sowjetdeutschland, das sich auf mehr als neun Zehntel seiner Bevölkerung stützen und die Sympathien der Werktätigen aller Länder genießen wird, keine Überfälle ausländischer Imperialisten zu fürchten brauchen. Wir verweisen die Werktätigen Deutschlands darauf, dass die Sowjetunion nur dank der Unterstützung der Arbeiter aller Länder vermocht hat, mit Hilfe ihrer unbesiegbaren Roten Armee die Interventionen des Weltimperialismus erfolgreich zurückzuschlagen.

Im Gegensatz zu den heuchlerischen faschistischen Phrasen gegen das große Bank- und Handelskapital, im Gegensatz zu den leeren nationalsozialistischen Wortgefechten gegen die Schmarotzer und gegen die Korruption werden wir folgendes Programm durchführen:

---

als Leitungsfunktionäre privilegiert (siehe: Moshe Lewin: Le siècle soviétique. Traduit de l'anglais par Denis Paillard et Florence Prudhomme, Paris, Fayard/Le Monde diplomatique, 2003, S. 82ff. u.a.).

Zur Macht gelangt, werden wir dem Treiben der Bankmagnaten, die heute dem Lande offen ihren Willen aufzwingen, schonungslos Einhalt gebieten. Wir werden die proletarische Nationalisierung der Banken durchführen und die Verschuldung an die deutschen und die ausländischen Kapitalisten annullieren. […]

Wir Kommunisten bringen den Werktätigen das Programm ihrer sozialen Befreiung vom Joche des Kapitals. Wir werden die Begeisterung der Massen zum Siege über die Bourgeoisie, zur sozialen und zugleich zur nationalen Befreiung des werktätigen deutschen Volkes entfachen. Nur der Hammer der proletarischen Diktatur kann die Ketten des Youngplans und der nationalen Unterdrückung zerschlagen. Nur die soziale Revolution der Arbeiterklasse kann die nationale Frage Deutschlands lösen. […]

* Nieder mit dem Youngplan!
* Nieder mit der Regierung der Kapitalisten und Junker!
* Nieder mit Faschismus und Sozialdemokratie!
* Es lebe die Diktatur des Proletariats!
* Es lebe Sowjetdeutschland!

Berlin, den 24. August 1930.
Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale)[65]



Nach einer Mitteilung Molotovs beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 5.8.1930, der KPD zur Durchführung einer „besonderen Aufgabe“ zusätzlich 100.000 Rubel in Devisen zu bewilligen.[66] Vermutlich ging es um die Kampagne zu den Reichstagswahlen (am 14.9.1930).

Qua Beschluss des sowjetischen Politbüros vom 10.8.1930 wurde das Volkskommissariat für Außenhandel ermächtigt, unter bestimmten Bedingungen wie der Gewährung eines Jahreskredits des Deutschen Reiches über 20 Millionen Mark einen weitreichenden Vertrag über Weizen- und Getreidelieferungen an Deutschland abzuschließen.[67]

65 Wie Hoppe unter Hinweis auf die ZK-Sitzung vom 16./17.7.1930 ausführt, war Thälmann der Grund dafür, dass die „nationalpopulistische Linie“ nicht konsequent nach dem Willen Stalins umgesetzt wurde: „Es waren wohl vor allem Thälmanns eigene Skrupel, auf der nationalistischen Klaviatur zu spielen, die der deutsche Parteivorsitzende hier verdeckt ausdrückte, und die er einige Monate danach auch dem sowjetischen Generalsekretär mitteilte: Als Thälmann im Dezember 1930 gemeinsam mit Neumann von Stalin empfangen wurde, bemühte sich der Diktator jedenfalls vergeblich, diesem seine Konzeption des Nationalpopulismus nahezubribngen. Thälmann habe einfach nicht verstanden, weshalb die ‚nationale Frage' so wichtig für die Kommunisten sei, lästerte Stalin später gegenüber Dimitrov über den deutschen Parteivorsitzenden“ (Hoppe: In Stalins Gefolgschaft; vgl. Dimitrov: Tagebücher, I, S. 107). Gleichwohl wurde ein nationaler Diskurs weiter gepflegt, der die KPD weiter in Frontstellung gegen die SPD brachte und damit ein Zusammengehen gegen die NSDAP weiter verunmöglichte (hierzu auch den Einleitungstext von Hermann Weber in Bd. 1).
66 RGASPI, Moskau, 17/162/9, 9. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 629.
67 RGASPI, Moskau, 17/162/9, 11.

Am 5.9.1930 bewirkte ein Beschluss des sowjetischen Politbüros einen Umschwung in der internationalen Gewerkschaftstaktik, besonders, was das Verhältnis zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften anging. Der Kurs ging in Richtung auf eine Spaltung der internationalen Gewerkschaftsbewegung, doch der Linkskurs der Kominternführung war offensichtlich auf den Widerstand der KPD gestoßen. So forderten Heckert und Dahlem, die Notwendigkeit der Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften weiterhin zu betonen. Das sowjetische Politbüro bestand jedoch darauf, dass der gleichzeitig in Moskau stattfindende V. Kongress der Roten Gewerkschafts-Internationale der Aufhebung der Losung „Hinein in die reformistischen Gewerkschaften" zustimmen sollte. Allerdings sollte dies – wie es weiter hieß – nicht bedeuten, nicht mehr in den betreffenden Gewerkschaften zu arbeiten, auch stelle man sich gegen einen freiwilligen Austritt der Anhänger der Profintern.[68]

Am 10.9.1930 nominierte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion zunächst Jakov Suric, den langjährigen Sowjetbotschafter in der Türkei, als Nachfolger Krestinskijs zum neuen bevollmächtigten Vertreter der Sowjetunion in Deutschland. Allerdings wurde die Entscheidung wieder revidiert unter dem Vorwand, Suric werde weiterhin in der Türkei gebraucht. Obwohl sowohl Stomonjakov als auch Krestinskij sich für die Beibehaltung der Nominierung Surics einsetzten, beschloss das Politbüro am 15.9.1930, stattdessen Lev Chinčuk nach Berlin zu senden. Suric wurde dann vier Jahre später Sowjetbotschafter in Deutschland.[69]

Am 15.9.1930 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, Verhandlungen zur technischen Kooperation nur mit deutschen Firmen aufzunehmen und nicht mit deutsch-amerikanischen Konsortien. Anlass war ein vorangegangener entsprechender Vorschlag des deutschen Industriellen Otto Wolff.[70]

---

68 RGASPI, Moskau, 17/162/9, 22–23. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 633–634. Ein entsprechender Beschlusstext wurde u.a. von Švernik, Lozovskij, Pjatnitzki und Genrichkovskij unterzeichnet. Als Anlage zum Beschluss findet sich eine Notiz von Heckert und Dahlem über die Notwendigkeit einer Fortsetzung der Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften in Deutschland und Polen.

69 APRF, Moskau, 3/64/638, 70, 73. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, II, Dok. 190 und 193. Für die Interventionen Stomonjakovs siehe ibid., Doks. 189 und 191.

70 APRF, Moskau, 3/64/658, 51. Publ. in: Ibid., Dok. 194.

Dok. 246

Glückwunschtelegramm der Komintern an die KPD zu ihrem Ergebnis bei der Reichstagswahl

Moskau, 18.9.1930

Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau, 495/293/108, 12. Veröffentlicht in: *Die Rote Fahne*, 19.9.1930.

8733/La/Me/5
a.d.Russ. 17.IX.1930[71]

An die
Kompartei Berlin.

Das Exekutivkomitee der Komintern sendet seine brüderlichen Glückwünsche an die KPD, die bei den Reichstagswahlen über 4 ½ Millionen Proletarier um ihre Fahnen geschart und gegen die Sozialdemokratie einen schweren Schlag geführt hat.[72] Dieser Sieg der KPD ist von umso höherem Wert, als dass er auf dem Boden eines voll entfalteten Programms der proletarischen Revolution, unter der Losung des Kampfes um Räte-Deutschland erfochten wurde. Euer Sieg ist bei diesen Wahlen der einzige sichere Sieg, weil er auf dem Boden der proletarischen Klassenlinie erzielt ist. Der grosse Sieg der Faschisten wurde nur durch Betrug der von den Parteien der Grossbourgeoisie sich abwendenden Massen mit Hilfe radikaler Phrasen erreicht. Der Erfolg des Zentrums ist ganz vorübergehend, denn er fusst auf einem Versuch der Organisierung der Zusammenarbeit der Klassen und auf Leugnung des Klassenkampfs.[73] Mit ihrer ganzen Energie muss die KPD den Kampf gegen die Sozialdemokratie, der noch immer bedeutende Arbeiterschichten Gefolgschaft leisten, führen, ebenso auch die Nationalisten[74] und das Zentrum bis ans Ende entlarven und für die Eroberung der ihnen folgenden Arbeiter kämpfen. Sie muss der Arbeit unter den Erwerbslosen und den Landarbeitern grössere Aufmerksamkeit zuwenden als bisher und für die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse in den Betrieben unermüdlich kämpfen. Die politische Krise in Deutschland reift rasch heran, die Klassenfront tritt immer mehr zum Vorschein, die Rolle der KPD als eines entscheidenden Faktors des Klassenkampfes wächst in gewaltigem Masse heran. Wir haben den festen Glauben,

---

71 Handschriftl. Eintrag, schlecht leserlich: „Pol[itische] Kom[mission] 20.IX 30 [...]"

72 Bei den Reichstagswahlen vom 14.9.1930 erhielt die SPD trotz starker Verluste 24,5% der Stimmen gegenüber 13,1% für die KPD (die sich geringfügig verbessern konnte), und damit immer noch fast die doppelte Anzahl von Mandaten. Entscheidend war der Aufstieg der NSDAP zur zweitstärksten Partei (18%).

73 Das Zentrum konnte sich nur leicht auf 11,8% verbessern.

74 Auch hier wurden die Begriffe „Faschisten" oder „Nationalsozialisten" vermieden. Statt dessen wurde der von Stalin verwendete und bei ihm durchaus nicht negativ konnotierte Begriff „Nationalisten" gebraucht. Der Durchbruch der NSDAP wurde mit keinem Wort erwähnt.

dass die Partei ihre revolutionäre proletarische Energie auf die breite Entfaltung des politischen und Wirtschaftskampfs konzentrieren und die erzielten Erfolge organisatorisch verankern wird. Vorwärts zum Kampf um Räte-Deutschland!

Das E.K. der Komintern.

Dok. 247

Schreiben K. Pervuchins an das Politsekretariat über die Stellungnahmen der Komintern zum Wahlergebnis in Deutschland

[Moskau], 1.10.1930

Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau, 495/293/109, 5. Erstveröffentlichung.

9155/5/E/H7[75]
a.d.russ. 3.10.30. Vertraulich.

An das Polsekretariat des EKKI.

Werte Genossen!
Mich überrascht die Haltung des EKKI zu den soeben stattgefundenen Wahlen in Deutschland, die nicht zufällig als historische bezeichnet werden. In der „Prawda" und in der „Iswestja" sind Leitartikel erschienen, es wurden Artikel des Genossen Radek veröffentlicht, die er selbst gezeichnet hat, auch hat er ein Referat in der Kommunistischen Akademie in Gegenwart von 600–700 Zuhörern gehalten,[76] wobei der Saal derart überfüllt war, dass viele, vielleicht Hunderte Genossen nicht mehr hereingelassen werden konnten; in den Stadtteilen erteilen die Genossen Chitarow und Lenzner Konsultationen – das EKKI aber schweigt und schweigt und gibt seine kompetente Meinung weder inoffiziös, noch offiziös kund. Man konnte erwarten, dass in der nächsten Nummer der „KI" eine Reihe Artikel mit Bezug auf diese Wahlen erscheinen wird, dabei aber bringt die Nummer vom 20. September lediglich einen Leitar-

---

75 Im Kopf handschriftl. deutsch: „Perwuchin"; handschriftl. russisch: „Gen. Kuusinen".
76 Radek hatte anfangs des Jahres von den Ideen der Linken Opposition abgeschworen und wurde wieder in die Partei zugelassen, seine letzte Lebensphase , in der er für Stalin journalistisch und diplomatisch aktiv wurde, entsprach einer „Periode des Umherirrens unter den ‚toten Seelen'". Radek hatte in einem Artikel in der *Inprekorr* (Nr. 281, vom 26.9.1930) die sowjetische Lesart des Nationalsozialismus bekräftigt, nach der der Faschismus als letztes Stadium und letzte Zuflucht der Bourgeoisie vor ihrem definitiven Sturz zu sehen sei, als eine Art "Zwischenspiel zwischen der Weimarer Republik und der Diktatur des Proletariats". (Fayet: Karl Radek, S. 670, S. 636; Warren Lerner: Karl Radek. The Last Internationalist, Stanford CA, Stanford University Press, 1970, S. 176. Das Bild der ‚toten Seelen' stammte von Trotzki).

tikel von 5 ganzen Seiten.[77] Dieser Leitartikel lässt eine Reihe höchst wichtiger, mit diesen Wahlen zusammenhängender Fragen unberührt, ebenso wie er keinen Ton darüber sagt, welche Bedeutung diese Wahlen für die anderen Länder, in erster Linie für die USSR haben, wie die Bourgeoisie diese Wahlen einschätzt, welche Schlussfolgerungen unsere kommunistischen Brüderparteien und naturgemäss die KPdSU aus diesen Wahlen zu ziehen haben usw. usw.[78] Mit einem Wort, es wäre notwendig, im Zusammenhang mit diesen historischen Wahlen zahlreiche Fragen zu beleuchten. Natürlich lässt sich das in einem Leitartikel nicht machen, warum werden dann aber nicht andere Artikel über dieses Thema gebracht. Merkwürdig ist es sogar, dass die Zeitschrift „KI" die Wahlen als historisch bezeichnet, ihnen aber lediglich einen Leitartikel widmet.

Somit hat weder das EKKI noch das Organ der KI erschöpfend und rechtzeitig seine Haltung zu diesen Wahlen gekennzeichnet und es ist die Frage berechtigt, ob es nicht Zeit ist, dass man in der gebührenden Weise reagiert.[79]

mit kommunistischem Gruss
K. Pervuchin.

1.10.1930

---

77 Siehe: Historische Wahlen. In: Die kommunistische Internationale, H. 35, 17.9.1930. Haupttenor war die revolutionäre Entwicklung, was jedoch bald wieder zurückgenommen wurde.

78 Pervuchin traf offensichtlich einen wunden Punkt. Die Komintern versuchte in der Folge, besonders stark von Manuilski vorangetrieben, den prononciert nationalistischen Kurs zu verschärfen und über die KPD hinaus auf die übrigen Sektionen der Komintern auszuweiten. Wie weit man sich dabei dem nationalsozialistischen Diskurs anzunähern bereit war, zeigt eine Sitzung im EKKI zur nationalen Frage im Januar/Februar 1931. Hier wurde sogar darauf gedrungen, die nationalen Befreiungsparolen von den Perspektiven einer sozialen Revolution und des Sozialismus abzukoppeln. Der Kampf gegen die nationale Unterdrückung sollte, so die dem zugrundeliegende Intention, nicht durch den Hinweis auf ein sowjetische Lösung abgeschwächt werden (Brief Piecks an Thälmann, Moskau 2.2.1931, RGASPI, Moskau, 495/292/54, 27–34).

79 Der Funktionär der Agitpropabteilung der Komintern, Naum M. Lenzner, beschwerte sich am 7.10.1930 in einem ausführlichen Brief an Stalin und Molotov über ein Referat Manuilskis zur Situation in Deutschland. Trotz der Wahlergebnisse habe dieser nicht von der Zuspitzung einer revolutionären Krise gesprochen. Er habe vielmehr vor Übertreibungen gewarnt und auch davor, sich nicht zu sehr mitreißen lassen [*ne uvlekat'sja*]. Er habe daraufhin die Versammlung geschlossen, ohne dass über politische Bedeutung der Wahlergebnisse ein Meinungsaustausch erfolgt wäre (RGASPI, Moskau, 82/2/228, 23–30). In einem Brief an Stalin und Molotov reagierte Manuilski auf die Anschuldigungen Lenzners gegen ihn. Angesichts der Umsetzung von Stalins neuer "nationalpopulistischer" Linie für die KPD (Bert Hoppe) wurde die KPD-Führung, besonders Thälmann, zunehmend als ungeeignet eingeschätzt (siehe: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 732–733; Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 181ff., S. 189f.).



Am 15.10.1930 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, das NKID Verhandlungen mit Deutschland über eine Zollkonvention beginnen zu lassen.[80] Ebenfalls am 15.10.1930 genehmigte das russische Politbüro einen Flug des deutschen Ingenieurs Ziener mit einer Landung auf dem Territorium der UdSSR.[81] Zugleich wurde die Behandlung einer Bitte des ZK der KPD um Hilfe an die Partei-Kooperative in Halle verschoben.[82]

Am 25.10.1930 lehnte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Teilnahme einer Delegation des Roten Frontkämpferbunds aus Deutschland an den Jubiläumsfeiern zur Oktoberrevolution in Moskau ab. Als Begründung wurden die „besonderen Bedingungen der internationalen Situation" angegeben (Krestinskij, Litvinov), doch kam man damit auch Wünschen der deutschen Regierung entgegen.[83] Außerdem wurde über eine Antwort an die Reichswehr, sowie über die Notwendigkeit beraten, verstärkt sowjetische Waren in den Ländern Europas zu platzieren. Beraten wurde darüber hinaus über die beim Völkerbund gebildete Kommission zur Paneuropa-Bewegung, zu der Briand im Mai 1930 ein Memorandum für einen europäischen Staatenbund verfasst hatte.[84]

Dok. 248

Ablehnende Stellungnahme seitens der Komintern, über die KPD den streikenden Metallarbeitern in Berlin sowjetisches Getreide zur Verfügung zu stellen

Moskau, 26.10.1930

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 495/19/242, 97. Erstveröffentlichung.

Abs[olut] geheim.
Persönlich

An den Gen. Stalin
Ich sende Ihnen den telegrafischen Schriftwechsel zwischen dem Sekretariat des ZK [der] KP Deutschlands, dem Gen. Franz Dahlem, und dem Vertreter der KPD beim EKKI, dem Gen. Heckert zur Frage der Ausgabe von 5000 Tonnen Getreide durch den VCSPS an die Internationale Arbeiterhilfe zur Verteilung an die streikenden Berliner Metallarbeiter.[85]

---

80 RGASPI, Moskau, 17/162/9, 46.
81 RGASPI, Moskau, 17/3/800, 8.
82 RGASPI, Moskau, 17/3/800, 1.
83 RGASPI, Moskau, 17/162/9, 52. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 635.
84 RGASPI, Moskau, 17/162/9, 51. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 234–236.
85 Am 24.10.1930 schlug Dahlem Heckert in Moskau telegraphisch vor, sofort den Transport von 5000 Tonnen Brotgetreide nach Berlin zu erwirken, die im Hamburger Freihafen zur Verfügung gestellt werden sollten. Nach Rückfrage Heckerts spezifizierte Dahlem am 25.10.1930, dass es von großer Bedeutung sei, wenn ein Beschluss über eine solche Spende erfolge, angesichts eines kritischen Verhand-

Weder die Komintern, noch die Profintern haben den Streikenden irgendeine Hilfe zugesichert. Offensichtlich haben sie in den Zeitungen der Sowjetunion darüber gelesen, dass Arbeiter der UdSSR für den Streik Geld sammeln. Deshalb denken sie offensichtlich, dass man mit diesem Geld hier, in der UdSSR, Getreide kaufen, und den Abtransport dieses Getreides von Hamburg nach Berlin anordnen kann.

Ich glaube nicht, dass man dieser Bitte entsprechen kann. Da aber diese Frage so ernst ist, bitte ich um Anweisung, welche Antwort wir dem ZK KP Deutschlands geben sollen.[86]

(Pjatnitzki)

Dok. 249

Rede Pjatnitzkis auf der Sitzung des Präsidiums des EKKI über die Reichstagswahlen und den Erfolg der Nationalsozialisten

Moskau, 28.10.1930

Typoskript, russisch, mit handschriftlichen Verbesserungen und Ergänzungen, RGASPI, Moskau, 495/2/168, 88–92. Erstveröffentlichung.

[...] Warum haben die Nationalsozialisten sehr viele Stimmen gewonnen, so viele Stimmen, dass das nicht nur für uns unerwartet kam, die wir uns nicht die ganze Zeit nur mit deutschen Fragen beschäftigen, sondern selbst für die deutschen Genossen.

(Stimme: Und für die Nationalsozialisten selbst.)

Möglicherweise auch für die Nationalsozialisten selbst. Wir dachten, dass sie 3.500.000 [Stimmen] bekommen, doch sie erhielten 6.400.000, das war völlig unerwartet. Und hier möchte ich übergehen, möge Genosse Heckert sich nicht über mich ärgern, zu den Fehlern, die gemacht worden sind, meiner Meinung nach, von der deutschen Partei, die den Nationalsozialisten die Möglichkeit gaben, einen solchen Sieg zu erringen. Sie erinnern sich, dass Ende 1929 der Nationalsozialist Hugenberg[87] eine große Kampagne für das Plebiszit gegen den Youngplan begann.[88] Unsere Genossen in Deutschland gaben daraufhin diese Losung heraus: Schreibt alle auf, die ihre Unterschrift für die Faschisten geben. Sie glaubten nicht und die Bourgeoisie glaubte

---

lungstags, drohender Lohnkürzungen und der Linie der RGO, den Streik weiterzuführen (RGASPI, Moskau, 495/293/113, 22, 30).

86 Eine Stellungnahme Stalins war nicht zu eruieren. Sie dürfte ebenfalls negativ ausgefallen sein.

87 Hugenberg war nicht Mitglied der NSDAP, sondern Parteivorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei.

88 Siehe Dok. 234.

nicht, dass die Faschisten die notwendige Menge an Unterschriften bekommen, um diese Frage einer Volksabstimmung zu unterziehen. Wie war das Ergebnis? Hugenberg erhielt mehr als das Minimum, das notwendig war, 4 und nochwas Millionen Unterschriften. Zu dieser Zeit waren die Nationalsozialisten die einzigen, die eine breite Kampagne unter den breitesten Massen gegen den Youngplan führten. Genosse Heckert sollte sich auf die Frage konzentrieren, ob dies nicht einer der Gründe ist, weshalb die Nationalfaschisten so eine große Anzahl von Stimmen bei der Reichstagswahl gewonnen haben. Zweitens: Die eigentliche Taktik der KPD gegenüber den Nationalfaschisten. Anstatt einer Erklärung, anstatt eines ideologischen Kampfes mit ihnen, beschränkte sie sich ausschließlich auf „Schlagworte",[89] „Schlag die Faschisten, wo Du sie triffst", alle Faschisten sind Streikbrecher usw. Das, anstatt mit ihnen Diskussionen zu führen und zu zeigen, dass sie sich an jeden verkaufen. [...] Ich glaube, dass das die Ursache dafür ist, weshalb soviele Stimmen für die Nationalsozialisten abgegeben worden sind.

Und auf der anderen Seite war einer der Gründe, weshalb unsere Partei einen solchen Erfolg [...][90] hatte, dass sie, wenn auch leider sehr spät, das Programm der nationalen und internationalen Befreiung[91] veröffentlicht hat. Als sie mit diesem Programm aufgetreten ist, sie zum Gemeingut der breitesten Massen machte, da gingen Arbeiter, Angestellte und sogar ein Teil des Kleinbürgertums, das früher der Sozialdemokratie folgte, zu uns über. Wenn das Programm zu diesem Zeitpunkt erschienen wäre, als noch über den Youngplan entschieden wurde, so bin ich überzeugt, dass wir einen größeren Erfolg gehabt hätten und die Nationalsozialisten hätten nicht so viele Stimmen bekommen. Genosse Chitarov [...] sagte, dass das Unglück darin liegt, vielleicht sagte er das nicht so scharf, dass in unseren Parteikreisen der Erfolg der Nationalsozialisten überschätzt worden sei. Das ist falsch. Das ist keine Partei von Sozialdemokraten oder eine andere kleinbürgerliche Partei. Sie sind eine Massenpartei geworden, aber gleichzeitig haben sie nicht genügend Mittel, um die Macht zu ergreifen. Was haben sie? Das Kapital ist auf ihrer Seite, die Reichswehr ist auf ihrer Seite, Waffen so viel es beliebt, den Stahlhelm haben sie bei sich und ausserdem sind sie eine Massenpartei geworden, d.h. sie haben mehr Möglichkeiten zu manöv[r]ieren als früher. Früher haben wir gesagt, dass das ein Häufchen Nationalsozialisten ist, das die Macht ergreifen will, dass das Volk gegen sie ist. Nun aber treten sie nach den Wahlen als zweitgrößte Partei auf. [...]

Es ist notwendig, gegen sie einen entschiedenen Kampf zu führen, gleichzeitig mit dem Kampf gegen die Sozialdemokraten. Wir sind in die Kreise der Sozialdemokraten eingedrungen, wir haben die Arbeiter, die Mitglieder der Sozialdemokraten sind, aufgerüttelt. Ein Teil von ihnen hat für uns gestimmt und aus dem Metallarbei-

89 *Schlagworte:* Deutsches Wort in kyrillischer Umschrift.
90 Eingefügtes Wort nicht lesbar.
91 Gemeint ist die am 24.8.1930 veröffentlichte Programmerklärung der KPD zur „nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes" (siehe Dok. 245).

terstreik ist ersichtlich, dass die Arbeiter nicht so fest zu den Sozialdemokraten und den reformistischen Verbänden stehen.[92] Hinter den Faschisten aber stehen die proletarischen Massen. Sie haben überall ihre Stimmenzahl erhöht, wie wir auch, etwas weniger als wir in den Industriegebieten in Sachsen, Ruhr, Thüringen. [...]

Im Allgemeinen sind sie nicht solche Dummköpfe, diese Nationalfaschisten. Offensichtlich werden sie vom Kapital hervorragend gesteuert. Genosse Heckert oder irgendjemand anderes hier zitierte, wie die *Börsenzeitung* und alle anderen bürgerlichen Zeitungen davon sprechen, dass sich die Faschisten geändert hätten, dass sie die gleiche Sache machen wie die Marxisten. Das ist ein Manöver, nicht mehr und nicht weniger als ein Manöver. Wie hat Mussolini in Italien angefangen? Er hat nicht damit angefangen, jemanden zu erschießen oder Kriegsgerichte einzuführen oder dass er den Standpunkt der Kapitalisten einnahm. Er trat mit einem demagogischen Programm zur Verbesserung der Lage der Arbeiter, des Kleinbürgertums und der Bauern auf. Das war die Methode, mit der er die Massen erobert hat. Und als er sie erobert hatte, als er sich gefestigt hatte, zeigte er sein wahres Gesicht. [...] So haben wir es hier [bei den Nationalsozialisten] mit Arbeitsteilung zu tun, nicht mehr und nicht weniger, um das Vorgehen zu bemänteln, das sie im Reichstag gemacht haben. Hier sind wir für Streiks, für die Arbeiter, aber im Reichstag stimmen wir für die Regierung Brüning.[93] Dies ist für uns ein höchst gefährliches Manöver und unsere Partei sollte sie überall entlarven. [...]

92 Der Streik von 130.000 Metallarbeitern in Berlin gegen eine Lohnkürzung von 15%, begann am 14.10.1930 und endete am 31.10.1930 durch eine Zwangsschlichtung. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung akzeptierte zwar die Schlichtung nicht, wollte jedoch den Streik nicht fortführen, der von der KPD als „Beginn einer Neuausrichtung der politischen Entwicklung" sowie „Angriffspunkt für eine Offensive gegen die Unternehmer und gegen den Faschismus" gewertet wurde. Entgegen der Auffassung der KPD, die ihn mit grossen Propaganda- und Hilfsaktionen unterstützte, war es wirtschaftlich und politisch eine Niederlage. Hierzu: Grob: Die Lehren des Berliner Metallarbeiterstreiks. In: *ISK. Mitteilungsblatt* VI (1931), 1, S. 1–8; Weber: Die Generallinie, S. 225.

93 Im Gefolge der Reichstagswahl am 14.9.1930 regierte Heinrich Brüning (1885–1970) als Reichskanzler ohne parlamentarische Mehrheit, von der SPD toleriert und weitgehend auf Notverordnungen gestützt, die vom Reichspräsidenten Paul von Hindenburg legitimiert wurden. Der Zentrumspolitiker Brüning war bis zum 30.5.1932 im Amt.

Dok. 250

Von der Komintern autorisierte Resolution über die Aufgaben des illegalen Roten Frontkämpfer-Bundes und die Liquidierung der Antifa in Deutschland

Moskau, 2.11.1930

Typoskript, deutsch, mit handschriftlichen Ergänzungen, RGASPI, Moskau 495/25/1369, 309–313. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Dam'e/Komolova/Korčagina u.a.: Komintern protiv fašizma, S. 247–251.

10053/5/Lu/
Abschrift
2. Nov. 1930

Vertraulich

RESOLUTION UEBER DIE AUFGABEN DES RFB.[94]

I. Allgemeines:
In der gegenwärtigen Situation, die durch eine ausserordentliche Verschärfung des Klassenkampfes, durch gesteigerte Vorstösse des Faschismus gegen die Arbeiterklasse und durch das Wachstum des revolutionären Aufschwunges gekennzeichnet ist, und im Zusammenhang mit dem Uebergang des RFB in die Illegalität muss der Charakter der Tätigkeit des RFB sich wesentlich ändern.[95] Nach wie vor bleibt seine zentrale politische Aufgabe der Kampf gegen den Faschismus. Die politische Linie

---

94 Der „Rote Frontkämpferbund" (RFB) war die paramilitärische Wehrorganisation der KPD zum "proletarischen" Schutz und der Verteidigung der Partei vor gewaltsamen Übergriffen der Gegner. Der "Kampfbund" der SPD war das "Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" (siehe auch Dok. 139). Auf Beschluss des Zentralkomitees vom 31.5.1924 gegründet, war der RFB in Gruppen und Sektionen organisiert. Die Mitglieder trugen Uniform. Der erste Vorsitzende war Ernst Thälmann, der auf der ersten RFB-Reichstreffen im Jahr 1925 gewählt wurde, sein Nachfolger war Willy Leow, der später in den sowjetischen "Säuberungen" umkam. In seiner besten Zeit hatte der RFB 70.0000–100.000 Mitglieder, sein Zentralorgan war "Die Rote Front". Seit 1927/1928 verzeichnete er einen starken Mitgliederverlust, nicht zuletzt durch Skandale um Leow, ein Zeichen fortschreitender Bürokratisierung und Korruption. Nach den blutigen Maiereignissen 1929 verboten, wurde die Tätigkeit illegal und in Form mehrerer Nachfolgeorganisationen fortgesetzt. Hierzu Schuster: Der Rote Frontkämpferbund; Wolfgang Abendroth: Zur Geschichte des Roten Frontkämpferbundes. In: Alwin Diemer (Hrsg.): Geschichte und Zukunft: dem Verleger Anton Hain zum 75. Geburtstag am 4. Mai 1967, Meisenheim Glan, Hain, 1967; Sybold Beetz: Zur Gründung des Roten Frontkämpferbundes. In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 7 (1965), S. 96–102; Kurt Finker: Geschichte des Roten Frontkämpferbundes, Berlin, Dietz, 1981; Voigt: Kampfbünde der Arbeiterbewegung.
95 Der RFB wurde am 3. Mai 1929 als Folge des Berliner „Blutmai" vom preußischen Innenminister verboten.

dieses antifaschistischen Kampfes, die in der Resolution des Polbüros des ZK der KPD für die Partei festgelegt worden ist, gilt auch für den RFB.[96]

Nach wie vor muss der RFB den Charakter einer ausserparteilichen Massenorganisation tragen, trotz der Illegalität. Aber während er früher hauptsächlich in der Form von selbständigen Aufmärschen und Veranstaltungen in der Oeffentlichkeit in Erscheinung trat, so muss jetzt das Schwergewicht seiner Tätigkeit in der Teilnahme an der Organisierung eines breiten proletarischen Selbstschutzes auf der Grundlage der Betriebe liegen. Die geschlossenen Aufmärsche von uniformierten RFB-Abteilungen bleiben ein wichtiger Bestandteil der allgemeinen proletarischen Selbstschutzbewegung.

II. Umstellung des RFB. auf die Betriebe:
Die Organisierung des proletarischen Selbstschutzes muss vor allem auf der Grundlage der Betriebe erfolgen, weil der Betrieb der Ausgangspunkt der revolutionären Massenaktionen der Arbeiterschaft sein muss. Schon daraus ergibt sich die dringende Notwendigkeit der Umstellung des RFB. auf die Betriebe. Weiter muss der RFB jetzt als eine seiner wichtigsten Aufgaben den Kampf gegen den Betriebsfaschismus und Unternehmerterror betrachten. [...]

Der entschiedene Kurs auf die Umstellung des RFB auf die Betriebe bedeutet nicht die Auflösung der Wohnbezirksorganisation, die Wohnbezirksorganisation bleibt bestehen zur Erfassung der Schichten von Arbeitern, die nicht in den Betrieb[en] arbeiten, wie Arbeitslose, Händler, selbständige Handwerker oder auch Arbeiter kleinerer Betriebe. (Gleichzeitig muss durch die Wohnbezirksorganisation die notwendige Zusammenfassung der RFB.-Kameraden auf den Arbeiternachweisen erfolgen).

III. RFB. und der proletarische Selbstschutz:
Der RFB. ist eine Selbstschutzorganisation des deutschen Proletariats. Obwohl er, dank seiner Traditionen und seiner grossen Popularität unter den breitesten Massen der werktätigen Bevölkerung berufen ist, eine hervorragende Rolle in der allgemeinen Selbstschutzbewegung zu spielen, wäre es doch fehlerhaft, ihn als die einzige Organisation zu betrachten, die das Monopol auf die Organisierung des proletarischen Selbstschutzes hat. [...]

Zur Leitung von Massendemonstrationen und anderen Massenaktionen, in denen die Organisierung des proletarischen Selbstschutzes eine praktische Notwendigkeit ist, ist eine feste Führung seitens eines seiner Aufgaben bewussten Kerns notwendig, der in der Form von Initiativgruppen, Demonstrationsordnern usw. auftritt. Aber zu

96 Vermutlich ein Bezug auf die „Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen vom 18.9.1930“ (abgedruckt in: Weber: Die Generallinie, S. 204–211), in denen es hieß: Der „Massenkampf gegen den Faschismus“ fordere eine „bessere Arbeit unter den werktätigen Schichten“. Und weiter: „Die Schaffung der Einheitsfront des proletarischen Klassenkampfes gegen Faschismus und Kapitaloffensive ist das wichtigste Mittel zur Gewinnung der Anhänger der Sozaldemokratie [sic], zur Zerschlagung der Massenbasis des Sozalfaschismus [sic].“ (Ibid., S. 205).

diesem Zweck bedarf es neben der Partei keiner besonderen „Kaderorganisation" des proletarischen Selbstschutzes, und den RFB. als eine solche „Kaderorganisation" zu betrachten, ist ein Fehler. Den Kern des proletarischen Selbstschutzes bilden in erster Linie die Parteizellen und darüber hinaus das sich um die Zelle gruppierende Aktiv, daher die auf der Grundlage der jeweils auf der Tagesordnung stehenden Massenaktionen erfolgende Zusammenfassung der aktivsten Elemente aus den verschiedensten revolutionären Arbeiterorganisationen des betreffenden Betriebes oder Wohnbezirks und auch derjenigen parteilosen, christlichen und sozialdemokratischen Arbeiter, die bereit sind, an den betreffenden revolutionären Aktionen aktiv teilzunehmen. An den Arbeiten dieses Aktivs sowie auch an allen anderen Massnahmen des Selbstschutzes (Rote Betriebswehren, Streikposten usw.) müssen die Betriebsgruppen des RFB. aktiv teilnehmen. [...]

IV. Erziehung zum Selbstschutz:
Ausser der Propagierung des proletarischen Selbstschutzes, die sich nicht nur auf die Mitgliedschaft der revolutionären Organisationen beschränken darf, sondern unter den breitesten Massen der werktätigen Bevölkerung zu führen ist, muss unter der Mitgliedschaft des RFB, sowie überhaupt unter dem Aktiv des proletarischen Selbstschutzes eine besondere Schulung in den praktischen Fragen des Selbstschutzes, im besonderen in der Taktik des Kampfes um die Strasse und gegen die Polizei, Faschisten und sozialfaschistischen Rollkommandos erfolgen. Den RFB-Gruppen ist eine unter dem Gesichtspunkte der heutigen Bedürfnisse des Kampfes betriebene sportliche Betätigung zu empfehlen. Vor jeder Demonstration und anderen Aktionen, wo ein Zusammenstoss mit der Polizei, den Faschisten und sozialfaschistischen Rollkommandos zu erwarten ist, müssen das führende Aktiv und darüber hinaus möglichst breite Arbeitermassen über ihr Verhalten eingehend instruiert werden. An dieser Arbeit muss der RFB aktiv teilnehmen.

5. RFB. und KPD.:
Die veränderten Verhältnisse und die neuen Aufgaben des RFB., besonders die Aufgabe der Umstellung auf den Betrieb, fordern die Herbeiführung einer entschiedenen Wendung in seinem Verhältnis zur Partei in dem Sinne, dass die Verbindung mit der Partei sich nicht nur auf die Spitzenorgane beschränkt, wie es bis jetzt der Fall war, wobei auch diese Verbindung besonders in den Bezirken, Unterbezirken und Ortsgruppen eine ziemlich lose war, sondern dass eine enge Verbindung und ziemlich ständige Koordinierung der Arbeit der Grundorganisationen, insbesondere der Betriebszellen der Partei und der Betriebsgruppen des RFB erreicht wird. [...]

VI. RFB. Reichsbanner[97] und faschistische Organisationen:
Im jetzigen Moment machen sich bemerkbar wachsende oppositionelle Stimmungen unter den Arbeitermitgliedern des Reichsbanners, was von einer steigenden Aktivität unter diesen Schichten der Arbeiterschaft und von einem günstigen Boden für eine erfolgreiche Arbeit zur Loslösung dieser Elemente von dem Einfluss der Sozialfaschisten und zu ihrer Gewinnung für die Rote Klassenfront zeugt. Diese Arbeit muss der RFB jetzt als eine seiner wichtigsten Aufgaben betrachten, die vor allem im Betriebe zu lösen ist. Dabei müssen besonders die Manöver der linken Sozialdemokratie berücksichtigt werden, die die wachsende Unzufriedenheit der Arbeitermitglieder des Reichsbanners gegen die schwarz-rot-goldene Koalitionsführung mit der Forderung der Gründung von rein sozialdemokratischen Organisationen des Reichsbanners dämpfen wollen.[98]

Die gesteigerte Aktivität der Faschisten, insbesondere der Nationalsozialisten, die sich immer mehr in den Betrieben bemerkbar macht, stellt vor die Betriebsgruppe des RFB besondere Aufgaben, wobei das Schwergewicht heute nicht auf den physischen Kampf, etwa unter der Parole „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft", zu legen ist, sondern in der politischen Massenarbeit zur Loslösung der Arbeiterelemente von den faschistischen Organisationen und ihrer Gewinnung für den RFB und für den revolutionären Kampf überhaupt, liegen muss.

VII. RFB. und Antifa:[99]
Nachdem auch die Antifa illegal geworden ist, steht die Frage, ob neben dem RFB. und der Roten Jungfront auch die Antifa illegal weiter geführt werden soll. Wenn auch keine prinzipiellen Bedenken gegen die Weiterführung der Antifa bestehen, so ist ihre organisatorische Weiterführung neben der illegalen Roten Jungfront[100] im Reichs-

---

97 Wie der österreichische „Republikanische Schutzbund" war das 1924 gegründete „Reichsbanner Schwarz Rot Gold" (siehe Dok. 139) eine sozialdemokratische Wehrorganisation und ein formell von der SPD unabhängiger Ordnungsdienst. Anfang 1930 wurden unter ihrem Führer Karl Höltermann die Aktivitäten zur Verteidigung gegen die Übergriffe nationalsozialistischer Verbände, besonders die SA, verstärkt. Als Reaktion auf die Bildung der „Harzburger Front" durch NSDAP, DNVAP und Stahlhelm wurde Ende Dezember 1931 auf Initiative des Reichsbanners – auch als Konkurrenz zum RFB – die „Eiserne Front" aus SPD, ADGB und anderen Formationen gebildet. Wie die übrigen Wehrverbände konnte sie jedoch keine entscheidenden Impulse zur Verteidigung der Weimarer Republik geben. Seitens des RFB erfolgte später die ausdrückliche Ablehnung einer Zusammenarbeit mit dem Reichsbanner (Dok. 296). Zur „Eisernen Front" siehe: Rohe: Reichsbanner Schwarz Rot Gold, S. 392ff.; zum Verhältnis zwischen Reichsbanner und RFB: Ibid., S. 350–354).

98 Hinweis auf die verfassungsmäßigen Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold. Die monarchistischen, rechtsnationalen und nationalsozialistischen Kräfte marschierten unter der schwarz-weiß-roten Fahne.

99 Vermutlich die „Antifaschistische Junge Garde", gegründet als eine der legalen Nachfolgeorganisationen des RFB am 26.7.1929 in Berlin (Weber: Die Generallinie, S. 68).

100 Zunächst wurde als Jugendorganisation des RFB am 22.8.1924 der „Rote Jungsturm" in Jena gegründet, der im Januar 1925 in „Rote Jungfront" umbenannt wurde. Seine Zielgruppe waren Jugendliche und junge Erwachsene von 16 bis 21 Jahren. 1929 zusammen mit dem RFB verboten.

masstabe nicht zweckmässig, weil die Weiterführung einer illegalen Massenorganisation mit grossen Schwierigkeiten verbunden ist und weil das Vorhandensein von zwei illegalen Organisationen, die sich dieselben Aufgaben stellen, durch keine praktischen Erwägungen gerechtfertigt werden kann und nur geeignet wäre, zu ernsten Reibungen zwischen diesen Organisationen zu führen. Deshalb ist die Überführung der Mitglieder der Antifa in die Rote Jungfront, als der älteren und trotz ihrer relativen Schwäche weitaus stärkeren Organisation oder andere revolutionäre Jugendorganisationen zu empfehlen. Die aus rein praktischen Erwägungen empfohlene Ueberführung der Mitglieder der Antifa in andere revolutionäre Organisationen bedeutet keineswegs die Liquidierung der Idee und der guten revolutionären Agitation und der guten revolutionären Tradition der Antifa, die im Gegenteil in der revolutionären Agitation und Propaganda lebendig erhalten bleiben müssen.[101] Der kommunistische Jugendverband muss sich viel stärker als bisher auf die Unterstützung und Führung der Arbeit der Roten Jungfront und auf den antifaschistischen Kampf unter der Jungarbeiterschaft einstellen.



Am 5.11.1930 beriet das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion über die „wirtschaftlichen Positionen" der Sowjetunion in England, Deutschland und Italien. In dem betreffenden Beschluss wurde die Notwendigkeit einer Steigerung des Absatzes sowjetischer Waren in diesen Ländern betont.[102]

101 Gemeint ist der am 28.9.1930 unmittelbar als Reaktion auf die Reichstagswahlen 1930 als übergreifende neue Massenorganisation „zum Kampf gegen den Faschismus in all seinen Erscheinungsformen, insbesondere gegen den Nationalsozialismus" gegründete „Kampfbund gegen den Faschismus" (KGF). Siehe hierzu Dok. 255.

102 RGASPI, Moskau, 17/162/9, 57. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, 236–239.

Dok. 251

Zirkularbrief des Westeuropäischen Büros der Komintern an die kommunistischen Parteien in Europa zum Prozess gegen die „Industriepartei“ in der Sowjetunion[103]

[Moskau], 21.11.1930

Typoskript, deutsch, mit handschriftlichen Ergänzungen, RGASPI, Moskau, 499/1/23, 180–181. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 729–731.

21. November 1930

An alle Parteien.

In Ergänzung der Telegramme des Politsekretariats des EKKI über die Durchführung einer Kampagne gegen die imperialistische Intervention und zur Verteidigung der Sowjetunion in Verbindung mit dem Stattfinden des Prozesses gegen die konterrevolutionäre Industriepartei unterbreiten wir den Parteien folgende Vorschläge und Anregungen für die Durchführung der Kampagne:

1. Die Presse muss den Prozess in das Zentrum ihrer Aufmerksamkeit stellen und alle Materialien auffallend und sichtbar in den Zeitungen publizieren. Es müssen tägliche Berichte über den Prozess, täglich Ausschnitte aus dem Anklageakt und laufend Artikel zur Beleuchtung der von den Imperialisten verbreiteten Massnahmen für eine Intervention etc. gebracht werden.

2. Während des Prozesses sind in allen Ländern, mindestens in den wichtigsten Städten, breite Massenkundgebungen durchzuführen, wo es möglich ist, sollen auch Demonstrationen organisiert werden. In einer Reihe von Städten sollen Demonstrationen vor den französischen und englischen Gesandtschaften stattfinden.

3. Besondere Massnahmen sind zur Durchführung von Betriebsversammlungen, besonders in Grossbetrieben und in Betrieben der Kriegs- und Chemieindustrie und

103 Im Prozess gegen die sog. „Industriepartei“ (25.11.–7.12.1930) wurden acht Wissenschaftler und Funktionäre des staatlichen sowjetischen Planungskomitees (Gosplan) wegen Bildung einer „konterrevolutionären Schädlingsorganisation“ sowie Spionage im Auftrag von Franzosen und Engländern angeklagt. Stalin persönlich orientierte den Prozess in Richtung auf Verbindungen mit den westeuropäischen Regierungen und vermeintliche Vorbereitung eines militärischen Angriffs gegen die Sowjetunion. Damit schaffte er künstlich ein Bedrohungssyndrom. Die Todesurteile wurden in Haftstrafen von 10-jähriger Dauer umgewandelt, allerdings waren bereits im Vorfeld des Prozesses über 2000 Personen verhaftet und 48 Beschuldigte hingerichtet worden. Siehe Müller: Frühe Schauprozesse in der Sowjetunion, S. 389–398; Frank Hirschinger: Gestapoagenten, Trotzkisten, Verräter: Kommunistische Parteisäuberungen in Sachsen-Anhalt 1918–1953, Göttingen, Vandenhoek & Ruprecht, 2005, S. 99f. (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung); zur parteioffiziellen Darstellung siehe das deutsch publizierte Protokoll: Nikolaj V. Krylenko: Prozess der „Industriepartei“, Moskva, Central’noe Izdatel’stvo, 1931.

des Transportwesens zu ergreifen, in denen die Arbeiter aktiv zur Stellungnahme zu veranlassen sind. Die Betriebszellenzeitungen müssen auf die Durchführung dieser Kampagne eingestellt werden.

4. Auf allen stattfindenden Massenversammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen müssen Entschliessungen zur Solidarität mit der Sowjetmacht und zur Vernichtung der Konterrevolutionäre angenommen werden, die nach der SU zu schicken und für die weitere Mobilisierung der Massen auszunutzen und zu popularisieren sind.

5. Die Parteien mit parlamentarischen Vertretungen müssen scharfe Interpellationen über die vorbereitete imperialistische Intervention in den Parlamenten zur Anprangerung der Regierungen einbringen und alle Gelegenheiten des Auftretens in Reichs-, Landes- und Gemeindeparlamenten ausnützen, um diese Frage zur Sprache zu bringen.

6. Besonderes Schwergewicht muss auf die Durchführung der Massenkampagne in Frankreich gelenkt werden, ebenso sind besondere Massnahmen für die Mobilisierung der Massen in Polen und Rumänien zu ergreifen. Die französische Partei soll eine grosse Zahl von Versammlungen im ganzen Lande organisieren, zu der eine Gruppe von internationalen Rednern aufgeboten werden soll. Spätestens Ende November soll eine grosse internationale Kundgebung in Paris mit Rednern aus Deutschland, Polen, England und Tschechoslowakei durchgeführt werden.

7. Alle zu veranstaltenden Versammlungen etc. sind von der KP zusammen mit den bestehenden Nebenorganisationen einzuberufen. Die Organisationen der Freunde der Sowjetunion und Liga gegen Imperialismus[104] sollen aber auch eigene Kundgebungen zur breiteren Erfassung der mit diesen Organisationen verbundenen Schichten durchführen.

8. Die Organisation der Freunde der Sowjetunion muss diese Kampagne und alle sich in ihr bietenden Gelegenheiten ausnutzen zur massenhaften Verstärkung ihrer Organisationen (Mitgliederaufnahmen, Bildung neuer Gruppen, Schaffung neuer Ortsgruppen), bezw. neue Organisationen in Ländern schaffen, wo diese noch nicht

---

104 Die Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit wurde nach der Bildung regional unterschiedlicher Vorgängerorganisationen auf dem „*Congrès contre l'impérialisme et l'oppression coloniale*“ (Brüssel, 10–15.2.1927) gegründet. Sie war von Willi Münzenberg inspiriert, mit dem Ziel: „1. Die antiimperialistischen Kräfte in den kapitalistischen Ländern mit denen der kolonialen und halbkolonialen Länder zu vereinigen. 2. Finanzielle und politische Unterstützung für die nationalrevolutionären und sozialrevolutionären Kräfte der unterdrückten Völker zu mobilisieren. 3. Durch ihre Sektionen und angeschlossenen oder sympathisierenden Organisationen ständig in der ganzen Welt gegen jede Form des Imperialismus und für die nationale Unabhängigkeit der unterdrückten Völker zu agieren.“ (Zum neuesten Forschungsstand siehe: Petersson: Willi Münzenberg; vgl. Haikal: Die Kommunistische Internationale; Piazza: Die Liga gegen Imperialismus; Jürgen Mothes: Kommunistische Internationale und Lateinamerika: Zu einigen Aspekten der Hilfe der Komintern bei der politisch-ideologischen und organisatorischen Festigung der kommunistischen Bewegung und bei der Umsetzung ihrer strategisch-taktischen Konzeption auf dem amerikanischen Subkontinent, Diss., Leipzig, 1976, bes. S. 461f.; Boris Goldenberg: Kommunismus in Lateinamerika, Stuttgart, W. Kohlhammer, 1971, S. 48ff.

bestehen und muss überhaupt ihre Organisation zu wirklichen Massenorganisationen zur Verteidigung der Sowjetunion in verschiedenen Formen ausbauen.

9. Die Parteien sollen ganz konkret ausser den oben genannten verschiedene Massnahmen besprechen und durchführen, die der breiten Mobilisierung der Massen dienen können und diese Massnahmen in Zusammenhang mit den Freunden der Sowjetunion und anderen überparteilichen Organisationen verwirklichen, wie z. B. Massenunterschriftensammlungen für ein Gelöbnis zur Verteidigung der Sowjetunion, Schaffung von Komitees und Gruppen zur Verteidigung der Sowjetunion, die aber Organisationen von wirklichem Massencharakter sein müssen.

10. Die ganze Kampagne ist maximal auszunutzen für den Kampf gegen die Sozialdemokratie und das Eindringen in die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter, besonders in den Ländern mit starkem sozialdemokratischen Einfluss und zum Kampf gegen die von der Sozialdemokratie gegen die Sowjetunion betriebene Hetze. Die konkreten Tatsachen über die Vorbereitung der Intervention gegen die Sowjetunion und über die Rolle der Sozialdemokratie sind überall in den Betrieben, Gewerkschaften und Massenorganisationen unter den sozialdemokratischen Arbeitern zu verbreiten.

11. Diese aus Anlass des Prozesses gegen die konterrevolutionäre Industriepartei durchzuführende Kampagne muss in allen Parteien dazu dienen, den weiteren Kampf zur Verteidigung der Sowjetunion und gegen den Imperialismus, sowie die Arbeit unter den bewaffneten Kräften weiter zu verstärken und auszubreiten.

Mit Gruss!
WEB der K.I.

Dok. 252

Adresse des 2. Reichskongresses werktätiger Frauen Deutschlands an die „Arbeiterschwestern und -Brüder der Sowjetunion“

Berlin, 23.11.1930

Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau 495/293/110, 297. Erstveröffentlichung.

Reichskomitee werktätiger Frauen
Berlin C. 2
Stralauer Straße 12. Berlin, den 3. Dezember 1930.

An unsere Arbeitsschwestern und -Brüder der Sowjetunion.

Liebe Genossen!
Mit grosser Begeisterung nahm der II. Reichskongress werktätiger Frauen Deutschlands am 22. und 23. November in Berlin, der von 1000 Delegierten aus dem ganzen

Reiche und aus allen Schichten der werktätigen Frauen besucht war, Kenntnis von Euren Begrüssungsschreiben und verurteilte aufs schärfste die Visumsverweigerung seitens der deutschen Behörden für die russische Arbeiterinnendelegation.[105]

Mit voller Genugtuung billigte der Kongress die Vernichtung der organisierten Faschisten durch die Arbeiter- und Bauernmacht. Der Kongress werktätiger Frauen beantragt für die Saboteure des sozialistischen Aufbaus, die Feinde der internationalen Arbeiterklasse sind, die *Todesstrafe*.[106]

Der II. Reichskongress werktätiger Frauen gelobt, alle Frauen in Stadt und Land zu mobilisieren für den Schutz und die Verteidigung der Sowjetunion!

Es lebe der Internationale Kampf des Proletariats!

Es lebe die Sowjetunion!

II. Reichskongress werktätiger Frauen
Berlin, den 23. November 1930.



Das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion beschloss am 5.12.1930, dem EKKI im Rahmen eines „besonderen Quartals" für 1930 286.713 Rubel sowie 70.098 Rubel für die Internationale Verbindungsabteilung (OMS) zu bewilligen. Als „besonderes Quartal" wurde dabei die Planung und Durchführung einiger umfangreicher politischer Aktionen seitens der kommunistischen Parteien im Zeitraum von Ende 1930 bis Anfang 1931 bezeichnet.[107]

---

105 Reichskonferenz des am 29.11.1925 in Berlin gegründeten Roten Frauen- und Mädchenbundes. Im Rahmen der „Bolschewisierung" wurde der RFMB wie die internationale kommunistische Frauenbewegung auf die Verankerung in den Betrieben orientiert (Zur Frauenpolitik insgesamt: Silvia Kontos: Die Partei kämpft wie ein Mann. Frauenpolitik der KPD in der Weimarer Republik, Basel-Frankfurt am Main, Stroemfeld-Roter Stern, 1979.

106 Gefordert wurde hier die Todesstrafe gegen die Angeklagten im Moskauer Schauprozess gegen die sog. „Industriepartei". Siehe hierzu Dok. 251.

107 RGASPI, Moskau, 17/162/9, 86. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 637–638.

Dok. 253

Beschluss des Politbüros der KP der Sowjetunion gegen die Auffassung der KPD, dass der Machtantritt des Faschismus in Deutschland bereits erfolgt sei

[Moskau], 10.12.1930

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau 17/162/9, 94. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 638.

Aus dem Protokoll Nr. 20 (Besondere Mappe) der Sitzung des Politbüros des ZK der VKP(b), vom 15.12.1930.

Beschluss des PB vom 10.12.1930
18/23. Über die Direktive des EKKI betr. von Artikeln in der *Roten Fahne* (vom 2.12.1930) (Gen. Molotov, Manuilski, Knorin, Pjatnitzki).[108]

Den Entwurf der Genossen Manuilski, Knorin und Pjatnitzki als Grundlage anzunehmen und die Gen. Molotov, Manuilski, Knorin und Pjatnitzki zu beauftragen, den endgültigen Text des Telegramms an das Politbüro der KPD zu formulieren.[109]

Übermittelt an Pjatnitzki.[110]

---

108 Als Reaktion auf die Notverordnungen des Kabinetts Brüning gegen die Wirtschaftskrise in Deutschland vom November 1930 schrieb *Die Rote Fahne* am 2.12.1930 unter dem Aufmacher „Faschistische Diktatur! Gewaltherrschaft mit Artikel 48! Durch Notverordnung 25 Hungergesetze diktiert. Nur die KPD. kämpft gegen den Faschismus!“: „Dieser letzte Akt der Regierungspolitik, den Brüning und Hindenburg mit vollem Einverständnis und der aktiven Hilfe der sozialfaschistischen Führer vollzogen hat, ist *der Beginn der faschistischen Diktatur über Deutschland*.“ Und im Leitartikel (Autor war vermutlich Heinz Neumann): „Die faschistische Diktatur droht nicht mehr, sondern sie ist bereits da.“ Sie müsse und könne nun durch die Volksmassen und dem Proletariat als Führer der Volksrevolution erfolgreich beseitigt werden. (Die Lage. In: *Die Rote Fahne,* 2.12.1930); hierzu: Weingartner: Stalin und der Aufstieg, S. 49f.).

109 Das bisher archivisch nicht eruierte Telegramm an das Politbüro der KPD soll sich in den noch unzugänglichen Beständen der OMS befinden (Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 170f.). Auch der sowjetische Botschaftsrat in Berlin, Bratman-Brodovskij, widersprach in einem Brief an Krestinskij grundlegend der Einschätzung der KPD. Zwar sei der starke Rechtsruck unter Brüning offensichtlich, da jedoch ein klassischer Parlamentarismus in Deutschland nie bestanden hätte, bediene sich dieser – mit Hilfe der SPD – durchaus konstitutioneller Mittel. Die Arbeiterbewegung sei nicht zerschlagen und schließlich könne selbst eine Machtübernahme des Faschismus die außenpolitische Grundintention deutscher Politik nach einer Revision der Versailler Verträge nicht ändern: „Die staatspolitischen Interessen würden somit jede deutsche Regierung auch weiterhin auf eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion verweisen.“ Bratman-Brodovskij an Krestinskij, [Berlin], 11.12.1930 (AVP RF, Moskau, Sekretariat Krestinskogo, 1, 41, 1.43–51, zit. in: Christoph Mick: Sowjetische Propaganda, Fünfjahrplan und deutsche Russlandpolitik 1928–1932, Stuttgart, Steiner, 1995, S. 126f., Fn. 279).

110 Nach anfänglichem verbissenem Festhalten korrigierten Neumann und Thälmann erst nach Gesprächen mit Stalin im Kreml sowie der Komintern in der letzten Dezemberwoche ihre Einschätzung

Dok. 254

Geheimes Zirkular des Politsekretariats der Komintern über den oppositionellen „Rechts-Linksblock“ von Sergej Syrcov und Lominadze und den Ausschluss der „Rechten“ aus der KP der Sowjetunion

[Moskau], 10.12.1930

Typoskript, deutsch. Schweizerisches Bundesarchiv, j.II 94, 911. Erstveröffentlichung.

Vertraulich!
4462. 10. Dez. 1930

Werte Genossen!
Unter der Führung der KPdSU führt die Arbeiterklasse der USSR. an der ganzen Front eine Offensive des Sozialismus gegen die kapitalistischen Elemente. Im stürmischen, einzig dastehenden Tempo baut die Kommunistische Partei der USSR an der sozialistischen Grossindustrie, wobei sie das Maximum an Mitteln der Schwerindustrie zuwendet, die für die Zukunft eine noch raschere Entwicklung der gesamten sozialistischen Wirtschaft sichert. Die kommunistische Partei der USSR, hat der sozialistischen Industrie einen solchen Entwicklungsweg gesichert, der dem sozialistischen Sektor bereits den Sieg über den privatwirtschaftlichen gebracht hat und durch seine Erfolge den Sieg sozialistischen Formen über privatwirtschaftliche in der Industrie bereits entschieden hat. Indem die Partei in den ausschlaggebenden landwirtschaftlichen Gebieten allgemeine Kollektivisierung und Liquidierung des Kulakentums im Lande durchführt, rottet sie die letzen Wurzeln des Kapitalismus im Lande aus. […]

Eine Reihe von Jahren hindurch führte die Partei einen scharfen Kampf gegen den Trotzkismus als Ausdruck menschewistischer Stimmungen der kleinbürgerlichen Zwischenschichten in der Partei. Der Trotzkismus ist entlarvt und heute weiss in der USSR. jeder klassenbewusste Arbeiter, dass Trotzki ein Konterrevolutionär, der Trotzkismus eine menschewistische konterrevolutionäre Richtung ist. Daher wird es jetzt niemandem einfallen, in der USSR. als Trotzkist oder mit offenen trotzkistischen Losungen aufzutreten, jedoch wurde letztes Jahr in der KPdSU versucht, trotzkistische Ideen unter dem Mantel „linker“ Abbiegungen und Abweichungen durchzubugsieren (Lominadse, Schatzkin, Sten u.a.m.),[111] wobei nach aussen hin Einverständnis

der Brüning-Regierung, wobei Ambivalenzen im Faschismusverständnis nicht verschwanden. Die Entschiedenheit im Auftreten der sowjetischen Führung demonstrierte ihren Willen, nicht nur allzu krasse linke Überspitzungen der KPD zu vermeiden, sondern auch die neue Grundlage der deutsch-russischen Beziehungen nicht aufs Spiel zu setzen (Weingartner: Stalin und der Aufstieg Hitlers, S. 49ff.)

111 Mit Beginn der 1930er Jahre hatte sich eine oppositionelle Gruppe um Syrcov und Lominadze gebildet, nach der offiziellen Sprachregelung der „Links-Rechts-Block“. Kontakte zwischen dieser Op-

mit der allgemeinen Linie der Partei vorgetäuscht wurde. Im Laufe der letzten Jahre führte und fährt die Partei einen äusserst energischen Kampf gegen die rechte Abweichung als die Hauptgefahr in der gegenwärtigen Periode. Sie entlarvte und entzeichnete die Auffassung der Rechten, wie seinerzeit die trotzkistischen Auffassungen als unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur KPdSU. Unter dem Druck der offenkundigen Erfolge der Partei und der sozialistischen Begeisterung der Massen, sahen sich die Führer der rechten Abweichungen in der KPdSU. (Rykow, Tomski) genötigt, vor dem XVI. Parteitag ihre Fehler zuzugeben. Der Parteitag verlangte von ihnen, sie sollen es nicht durch Worte, sondern auch durch Taten beweisen.[112] Doch auch nach dem XVI. Parteitag taten die Genossen Rykow und Tomski nichts, um die ihnen vom Parteitag gestellte elementare Bedingung zu erfüllen, nämlich, um die rechte Abweichung offen und entschlossen zu bekämpfen. Genosse Bucharin, der auf dem Parteitag fehlte, veröffentlichte erst im November eine allgemeine Erklärung, in der er seine Fehler zugibt und sein allgemeines Einverständnis mit der Parteilinie bekannt gibt.[113] Eine solche zweideutige Haltung der ehemaligen Führer der rechten Abweichung (Bucharin, Rykow, Tomski) musste notwendigerweise die Rjutin, Slepkow, Jaglom u.a.m., die sich im Grunde genommen zu Menschewiki gewandelt haben, zur Vertretung ihrer opportunistischen Auffassungen, zur Fraktionsarbeit und zum Sammeln von Kräften gegen die Partei anspornen. Doch unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo die rechte Abweichung, wie der Trotzkismus in der Partei und im Lande entlarvt ist, wo der Gesamtpartei und den breitesten Arbeitermassen ihr konterrevolutionärer Wesenskern klar geworden ist, wird es niemand wagen, vor der Partei oder vor

---

position und einem 1932 gebildeten „Oppositionsblock" (siehe den Beitrag Bayerleins in Bd. 1) sind wahrscheinlich, jedoch genausowenig aufgeklärt, wie die internationale Dimension des „Rechts-Linksblocks", und etwaige Verbindungen zu Heinz Neumann. Seiner Witwe zufolge traf dieser letztmals im Mai/Juni 1931 mit Lominadze zusammen, der dabei den nichts von der oppositionellen Tätigkeit seines Freundes ahnenden Neumann über die wirklichen terroristischen Absichten Stalins gegenüber seinen Genossen informierte (Margarete Buber-Neumann: Erloschene Flamme: Schicksale meiner Zeit, Frankfurt am Main-Berlin, Ullstein, 1989). Neumann wurde im folgenden Jahr, im Mai 1932 aus dem Politbüro der KPD ausgeschlossen, als der Oppositionsblock in der Entstehung begriffen war, und nach Spanien gesandt, sicherlich um ihn aus Moskau fernzuhalten. Siehe zu den beiden oppositionellen Vorstössen, zusätzlich zu den oppositionellen Netzwerken um Rjutin, Smirnov und der Linken Opposition um Trotzki: Robert H. Davies: The Syrtsov-Lominadze Affair. In: *Soviet Studies* 33 (1981), no. 1, S. 29–50; Pierre Broué: Trotsky et le bloc des oppositions de 1932. In: *Cahiers Léon Trotsky* (1980), H. 5, S. 5–37, hier S. 5; Buber-Neumann, Erloschene Flamme, S. 155; Ypsilon: Pattern for the world revolution, Chicago-New York, Ziff-Davis Publishing Company, 1947, S. 119ff.; Sergej Kislicyn: „Pravo-levackij" blok Syrcova-Lominadze ". Čto eto bylo? In: *Kentavr* (1993), Nr. 1, S. 110–123.

112 Der XVI. Parteitag der VKP(b) (26.6.1930–13.7.1930) billigte die gegen die „rechten Abweichler" durchgeführten Maßnahmen. Rykov wurde am 22.7.1930 als Vorsitzender des Rats der Volkskommissare und des obersten Verteidigungsrates berufen, nach Hausdurchsuchungen bei ihm, Bucharin und Tomskij durch die OGPU im November wurde er am 19.12.1930 in der ersten Funktion von Molotov abgelöst.

113 Auf dem ZK-Plenum der VKP(b) (10.–17.11.1929) leistete der ehemalige Komintern-Vorsitzende Bucharin Selbstkritik. Wie Rykov und Tomskij unterwarf er sich Stalin und der Parteilinie.

der Arbeiterklasse offen unter trotzkistischer oder rechter Fahne aufzutreten, ohne Entlarvung und Ausschluss aus der Partei zu befürchten.[114] Daher tragen heute alle parteifeindlichen Vorstösse den Stempel der *Doppelzüngigkeit*. [...] Die in letzter Zeit im internationalen Masstab und innerhalb der USSR. sich vollziehende Annäherung zwischen Trotzkisten und Rechten in allen Hauptfragen schafft Voraussetzungen für einen Block aller rechten und „linken" „Abweichler" innerhalb der Partei zu gemeinsamen fraktionellen Vorstössen.

Bereits im September hat es die ZKK. vermocht, die doppelzüngige Arbeit des Rechten Rjutin aufzudecken, des früheren Sekretärs der Moskauer UB.-Leitung Krassnaja Pressnja, abgesetzt 1928. Oeffentlich erklärte er, er sei für die allgemeine Linie der Partei, in seinem Fraktionskreis aber bezeichnete er es als Manöver, führte eine konterrevolutionäre Wühlarbeit gegen Partei und Parteileitung und gruppierte um sich zu diesem Zwecke Leute. Etwas später erklärten A. und W. Slepkow, Maretzki, Eichenwald und andere aus der Bucharinschen „Schule" sowie der frühere Sekretär der internationalen Kommission des W.C.Sp.S. [VCSPS], Jaglom, der seinerzeit mit Walcher und anderen deutschen Rechten im Block gestanden hat,[115] sie seien mit der allgemeinen Linie der Partei einverstanden, vertraten aber zugleich die schlimmsten opportunistischen Konzeptionen und Auffassungen, die nicht nur in offenem Gegensatz zur Parteilinie stehen, sondern auch die auch faktisch die konterrevolutionären Organisatoren der auf Wiederherstellung des Grossgrundbesitzes ausgehenden „Werktätige Bauernpartei", der Kondratjew, Tschajanow, Makarow und anderer, die sich auf den Kulaken stützen wollten, sowie die menschewistischen Schädlinge Gromann, Suchanow usw. deckten.[116]

Die Partei schloss diese, ein Doppelspiel führenden Mitglieder aus ihren Reihen aus. [...]

Somit ist die politische Plattform des Genossen Syrzow-Lominadse eine ganz und gar opportunistische. Sie ist der Ausdruck ihrer kleinbürgerlichen Angst vor den Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus, einer Angst die in Orientierung auf Unvermeidlichkeit der „Krise" und des „Bankrotts" des sozialistischen Aufbaus in der USSR. umschlägt. Wie auch andere Fraktionsgruppen erhob dieser Rechts-Links-

114 Dies änderte sich spätestens 1932 mit der Plattform und dem Manifest des maßgeblich von Rjutin begründeten „Bund der Marxisten-Leninisten" und den Versuchen (vor allem Ivan Smirnovs), einen Block der Opposition in der Sowjetunion zu konstituieren (siehe Dok. 299).

115 Der Russe Jakov Jaglom und der Deutsche Jacob Walcher waren als Funktionäre gemeinsam in der Roten Gewerkschaftsinternationale aktiv.

116 Der Wirtschaftswissenschaftler und berühmte Konjunkturtheoretiker Nikolaj Kondrat'ev (1892–1938), der Pionier der Agrarwissenschaft Aleksandr Čajanov (1888–1937) und der Agrarwissenschaftler Nikolaj Makarov (1887–1980) waren nur einige der Wissenschaftler und Funktionäre, die als Mitglieder einer komplett fiktiven, von der OGPU erdachten „Werktätigen Bauernpartei" verhaftet wurden. Der Statistiker und Führungsmitglied der staatlichen Planungsbehörde Vladimir Groman (1874–1940) und der Wirtschaftswissenschaftler Nikolaj Suchanov (1882–1940), beide ehemalige Menschewiki, wurden ebenfalls 1930 als Mitglieder eines „Unions-Büros des ZK der Menschewiki" verhaftet.

Block Syrzow-Lominadse verleumderische Beschuldigungen gegen die Parteileitung, die der „Unterdrückung" und des Fehlens innerparteilicher Demokratie schuldig sei, um auf dem Boden ihrer rechtsopportunistischen Plattform einen Kampf gegen die Parteileitung, für die Aenderung der Generallinie der Partei zu organisieren.[117]

Ohne, bis in die jüngste Zeit hinein jemanden über ihre Abweichungen von der Linie der Partei und ihre Abweichungen zu informieren, verlangten sie für sich volles Vertrauen – das ihnen auch in vollem Masse erwiesen wurde; zugleich begannen sie aber, Fraktionsgruppen zu bilden, durch Zusammenschliessen jener wenig zahlreichen, unstabilen Elemente aus den Reihen der Intellektuellen, die angesichts der Schwierigkeiten von Mutlosigkeit erfasst waren. [...]

Im Augenblick des Entscheidungskampfes des Sozialismus gegen die kapitalistischen Elemente des Landes, angesichts der von den Imperialisten vorbereiteten Intervention gegen die USSR. bedarf die Partei mehr denn je der Einheit und der Geschlossenheit ihrer Reihen. Doppelzüngigkeit, doppeltes Spiel ist heute die Hauptdeckung für opportunistische Vorstösse gegen die Partei und ist heute, wo der offene Opportunismus entlarvt ist die grösste Gefahr für die Gesamtpartei. Der neue, sein Doppelspiel treibende Rechts-Links-Block Syrzow-Lominadse erfüllt jetzt jene Weisungen des Klassenfeindes, die die offenen Rechtsopportunisten und Trotzkisten nicht mehr imstande sind zu erfüllen. Er ist Kundschafterdienst der Rechten in der Partei. Heuer erklärt die KP.d.SU., die gegen den Opportunismus in allen seinen Erscheinungsformen, die auf zwei Fronten, gegen rechte Abweichungen und konterrevolutionären Trotzkismus kämpft, einen rücksichtslosen Kampf gegen Doppelzüngigkeit, gegen Doppelspiel, gegen den Rechts-Links-Block. Sie hat daher Nuzinow [unleserlich], Kowrajski, Rjutin, Slepkow, Eichenwald, Jaglom u.a.m., die mit der Partei ein Doppelspiel getrieben, die zu Konterrevolutionären und Menschewiki geworden sind, aus der Partei ausgeschlossen. Indem sie den Opportunismus und die Doppelzüngigkeit des Rechts-Links-Blocks von Syrzow-Lominadse aufdeckt, wird sie sich mit ihnen in keine prinzipielle Diskussion einlassen, weil diese in der Partei vollkommen überflüssig wäre. Auf Grund des Verlangens der Ortsorganisation in Bezug auf die ZK.-Mitglieder Syrzow und Lominadse und das ZKK.-Mitglied Schatzkin, als Führer des Rechts-Links-Blocks und Organisatoren von Fraktionsgruppen wurden diese Genossen aus den diesbezüglichen Parteiorganen ausgeschlossen.

Wir hoffen, dass alle Bruderparteien ihre Mitgliedschaft über den Sinn des Kampfes aufklären werden, der von der KPdSU. sowohl gegen die rechte Abweichung als auch gegen ihre Kundschafter in der Partei, die doppelzüngigen, ein Doppelspiel treibenden, Opportunisten führt.

Mit kommunistischem Gruss,
Polsekretariat des EKKI.

117 Lominadze war wie Heinz Neumann früher einer der engsten Stalin-Vertrauten. Dass Neumann und Lominadze freundschaftlich verbunden waren, wird im Dokument nicht thematisiert. Vgl. Dok. 168.

Dok. 254a

Brief Stefan Bratman-Brodovskijs an Nikolaj Krestinskij über den Prozess gegen die „Industriepartei" und die Fehleinschätzung der Brüning-Regierung durch die KPD

Berlin, 11.12.1930

Typoskript in russischer Sprache. AVP RF, Moskau, 010/1/41/3, 43–51. Erstveröffentlichung.

Geheim
Berlin, den 11. Dezember [19]30.

An das N.K.I.D.
Gen. Krestinskij

Sehr geehrter Nikolaj Nikolaevič [Krestinskij],
[...] 2. Nun ist es möglich, einige Schlussfolgerungen über die Reaktionen zum Prozess gegen die „Industriepartei" zu ziehen.[118] [...]

Selbstverständlich ist das Hauptziel des Prozesses – die Aufdeckung der Schädlingsarbeit und ihre Vorbeugung für die Zukunft – erreicht worden. Auch ist es zweifellos gelungen, die Intervention aufzuschieben[119] und die Hoffnungen auf unsere internen Missgeschicke zu entkräften. [...] Doch wenn es um die Bewertung des Prozesses durch die bourgeoise öffentliche Meinung geht, so sind die Erwartungen Moskaus in keiner Weise erfüllt worden. Und das ist vollkommen verständlich. Das einzige, was man erwarten konnte, war eine gewisse Neutralität in Sachen Intervention. In dieser Beziehung hat es zweifellos Versuche seitens des Aus[wärtigen] Amtes gegeben, uns zu helfen, wovon die *Kölner Zeitung* und einige andere Mitteilungen zeugen. Doch der Einfluss des Aus[wärtigen] Amtes erwies sich als sehr schwach. Überall dominierte Verbitterung darüber, dass wir die Gründe für den Großteil unserer Misserfolge aufgedeckt haben. Der üblichen Schadensfreude über die Fehlschläge des Fünfjahresplanes wurde der Boden entzogen. Durch den Prozess wurde für die bürgerliche Welt die Gefahr des erfolgreichen Abschlusses des Fünfjahresplanes sehr real. Wenn die Deutschen auch nicht unmittelbar an der Schädlingsarbeit teilgenommen haben, so haben sie mit ihr sympathisiert, denn sie sollte unseren gesamten sozialistischen Aufbau zerstören. [...]

Der Prozess wird für eine im Detail inszenierte Komödie gehalten, zusammengebraut zur Beruhigung der Bevölkerung und der Zuschiebung der Schuld an allen Misserfolgen auf Schädlinge und ausländische Interventen. Eine solche Meinung herrscht in 99,9% der Presse vor, eine solche Meinung manifestiert sich in den Gesprächen. Doch es gibt auch andere Gründe für eine solche Einstellung zum Prozess: den Hass

118 Siehe Dok. 251.
119 Gemeint ist die angeblich drohende Intervention gegen die UdSSR.

auf die GPU und auf den Terror, das Misstrauen in unsere Justiz, sowie eine Verschärfung der inneren Lage in Deutschland und die Angst vor einer Revolution (in Kreisen der Spießbürger ist diese Angst viel größer, als es in der Presse scheint). Die Verschärfung des Klassenkampfes zwingt die deutsche Presse dazu, alles die [Sowjet-]Union Betreffende auf das Böswilligste zu entstellen. Alle positiven Seiten unseres Lebens werden in ihr Gegenteil verkehrt, so etwa machten sie aus der Liquidierung der Arbeitslosigkeit „Zwangsarbeit"; die gesamte Kampagne gegen den Export fand ihren Widerhall in Deutschland, auch wenn sich die Regierung „neutral" verhält. Wenn es die Verschärfung der Beziehungen Deutschlands zu den Verbündeten (in erster Linie Polen und Frankreich) nicht gäbe, die die Regierung und die öffentliche Meinung dazu zwingt, die „sowjetische Karte" auszuspielen, hätten wir in Deutschland eine schlimmere Hetze als die, die wir in diesem Frühjahr ausgestanden haben. Selbstverständlich kann man in so einer Lage auf keine Sympathie wie auch immer gearteter bürgerlicher Elemente bezüglich des Prozesses zählen. Auf die linken bürgerlichen Intellektuellen zu setzen, ist ebenfalls falsch, denn diese verspürten schon immer einen Abscheu gegen unsere Justiz und die GPU, sie sympathisierten mit uns nur, wenn es um unseren kulturellen Aufbau ging. Auch muss festgehalten werden, dass die sehr schwierige Lage in Deutschland es erschwert hat, die Aufmerksamkeit auf den Prozess unter den mit uns sympathisierenden Arbeitermassen zu lenken. Gen. Münzenberg teilte uns mit, dass die Redaktionen seiner Zeitungen[120] Zuschriften mit der Bitte erhalten, weniger Platz für den Prozess aufzuwenden und den eigenen Belangen mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Andererseits liegt auch bei uns eine Mitschuld für den Misserfolg bei der propagandistischen Ausnutzung des Prozesses. [...] Weder die Presse, noch die mit uns sympathisierenden Kreise wurden auf den Prozess vorbereitet, vor der Veröffentlichung der Anklageschrift wusste niemand etwas darüber. [...]

Trotz der oben beschriebenen ungünstigen Lage unternimmt die Botschaft, vor allem die Genn. Vinogradov und Štern,[121] die größtmöglichen Anstrengungen, um den Prozess propagandistisch zu nutzen. Darüber, was getan wurde und was getan werden muss, werden sie unmittelbar schreiben.

120 Die unter Münzenbergs Verantwortung herausgegebenen Tageszeitungen waren die *Welt am Abend* und *Berlin am Morgen*, sowie die wöchentliche *Arbeiter-Illustrierte Zeitung* (*AIZ*) (siehe Dok. 153).
121 Boris Dmitrievič Vinogradov (1903–1938) war Botschaftssekretär und Presseattaché, zugleich auch NKVD-Offizier. Er war in einer Liebesbeziehung mit Martha Dodd, der Tochter des US-Botschafters in Berlin, William E. Dodd, verbunden, die daraufhin einwilligte, für das NKVD zu arbeiten. Später wurde er in der Sowjetunion erschossen, die Anklage lautete Zusammenarbeit mit den Deutschen (siehe auch das denkwürdige Treffen der beiden Sozialdemokraten Friedrich Stampfer und Victor Schiff mit dem Botschaftssekretär im Februar 1933, Dok. 307; vgl. Allen Weinstein, Alexander Vassiliev: The Haunted Wood. Soviet Espionage in America. The Stalin Era, New York, Random House, 1999, S. 64 u.a.; Erik Larson: In the Garden of Beasts. Love, Terror and an American Family in Hitler's Berlin, New York, Crown, 2011, S. 218ff., 337ff.). Štern, vermutlich David Grigor'evič Štern (1900–1937), Leiter der Westabteilung des Aussenkommissariats der UdSSR.

3. Im letzten Bericht hatte ich erwähnt, dass die neue Methode des Regierens – formal mit Parlament, faktisch ohne Parlament – im Grunde einen Weg für ein faschistisches Regime bereitet. In der kommunistischen Presse wird diese Regierungsmethode bereits als faschistische Diktatur bezeichnet, oder zumindest als erste Etappe des Faschismus.[122] Es ist nicht unsere Aufgabe, Einschätzungen über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit politischer Entscheidungen der Kompartei abzugeben. Umso mehr, als dass für die Kompartei in diesem Fall Aspekte der Taktik die entscheidende Rolle spielen, die Notwendigkeit, zwecks Selbstverteidigung eine Kampfstimmung aufrechtzuerhalten usw. Allerdings könnte sich die Regierungsform in Deutschland als entscheidend für die Beziehungen zur Sowjetunion erweisen, weswegen es notwendig ist, auf die Frage nach den in den letzten Wochen eingetretenen Veränderungen einzugehen. […]

Die Position der kom[munistischen] Presse, die Regierung Brüning sei schon faschistisch, weil sie die parlamentarische Regierungsform liquidiert habe, wäre richtig, wenn es in Deutschland tatsächlich einen Parlamentarismus gäbe. Dabei zeigt die Geschichte Nachkriegsdeutschlands, dass es in Deutschland einen klassischen Parlamentarismus etwa nach der Art Englands nie gegeben hatte. […] Wenn man vom Fall des Parlamentarismus spricht, so ist dieser Fall schon im Jahre 1923 eingetreten. Deswegen kann man jetzt nicht davon sprechen, dass das Neue an den Ereignissen der letzten Tage die Abschaffung des Parlamentarismus sei. Wenn die Ansicht, dass die Regierung Brünings eine faschistische sei, richtig wäre, wie lässt sich dann der Umstand erklären, dass die Regierung Brüning zur Durchführung ihrer Maßnahmen zu antikonstitutionellen Mitteln greift, obwohl sie die volle Möglichkeit hätte, durch die Erweiterung ihrer Basis nach rechts, inklusive N[ational]S[ozialisten] und N[ational]D[emokraten], diese reaktionären Gesetze sowohl in Deutschland als auch in Preußen durchzusetzen? Ein solcher faktischer Triumph des Faschismus würde auf völlig legalem Wege vonstatten gehen, und eine solche faschistische Regierung könnte auf vollkommen legalem Wege über das Parlament die allerreaktionärsten Maßnahmen durchsetzen, zur vollständigen Zerschlagung der Arbeiterorganisationen übergehen usw. Die Regierung Brüning schlägt jedoch diesen Weg nicht ein und versucht, den Triumph des Faschismus aufzuschieben. Und all diese Maßnahmen, die man für Kennzeichen des Faschismus halten könnte, sind im Gegenteil ein Versuch, ohne Faschismus auszukommen und bis zum Zeitpunkt einer solchen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage durchzuhalten, die alle radikalen Strömungen liquidieren und es erlauben würde, zu „ordentlichen parlamentarischen Formen" zurückzukehren. Man kann eine Regierung nicht faschistisch nennen, angesichts der die Kommunisten gemeinsam mit den Faschisten, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, gegen die Regierung stimmen. Natürlich sind solche Regierungsmethoden

122 In dieser Weise verfuhr die KPD mit allen bürgerlichen Regierungen in der Endphase der Weimarer Republik. Sogar das sowjetische Politbüro schritt gegen diese Praxis ein (siehe Dok. 253, vgl. auch die Kritik von Aussenkommissar Čičerin, Dok. 229).

nicht von langer Dauer, sie sind nur in einem bestimmten Entwicklungsabschnitt denkbar, zumal sie eine Situation völliger Instabilität und Unsicherheit über die Zukunft schaffen.

Dabei wächst der Einfluss der Faschisten tatsächlich unaufhörlich. Dies haben die letzten Kommunalwahlen gezeigt, dies zeigen die Demonstrationen der Faschisten und ihr Einfluss auf die gesamten bürgerlichen Parteien. Daher kann man die gegenwärtige Politik Brünings als bewussten oder unbewussten Übergang zu einem faschistischen Regime charakterisieren. Womit diese Übergangsperiode endet – dies hängt vom Ausgang der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ab. Sollte sich die Krise zuspitzen, ist der Sieg des Faschismus unausweichlich. Die erfolgreiche Überwindung der Krise dagegen kann das alte pseudo-parlamentarische System wiederherstellen.

Für unsere Außenpolitik haben diese Fragen eine große Bedeutung, denn der Machtantritt der Faschisten würde zu einer deutlicheren dezidierteren Außenpolitik führen. Es ist gegenwärtig schwer zu sagen, zu welchen außenpolitischen Kombinationen der deutsche Faschismus nach seinem Triumph in der Lage wäre. Jedenfalls gibt es keine Zweifel darüber, dass Deutschland auch unter dem Faschismus die Befreiung von allen Lasten des Versailler Vertrags als sein außenpolitisches Hauptziel betrachten wird. [...]

Mit Genossengruß
[Sign.] Brodovskij
(Brodovskij)

P.S.: *R[ote] F[ahne]* vom 12. dieses Monats hat die ursprüngliche Einschätzung der heutigen Lage als faschistische Diktatur bedeutend abgeschwächt.[123]
B.

8 [?] e.r. [?]
7 – an Gen. Krestinskij
1 in die Mappe.

123 „Heute ist die Brüning-Regierung selbst zur Regierung der faschistischen Diktatur in ihrem Anfangsstadium geworden." (Ernst Thälmann: Wir führen das Volk zum Sieg über die faschistische Diktatur! In: Die Rote Fahne, 12.12.1930).

Dok. 255

Bericht der KPD an die Komintern über den Kampfbund gegen den Faschismus in Deutschland

Berlin, 20.12.1930

Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau 495/293/118, 1–2. Erstveröffentlichung.

960/10/Dz.[124]
Abschrift
Vertraulich!

Bericht über den Kampfbund gegen den Faschismus.

Mitte Oktober ds. Js. ist die Schaffung des „Kampfbundes gegen den Faschismus" ernsthaft in Angriff genommen worden. Vom ersten Tage an litt diese Arbeit unter grossen finanziellen Schwierigkeiten.[125] Nur das allernotdürftigste Material konnte hergestellt werden (Statuten, Richtlinien, Mitgliederkarten und Marken). Alles Agitations- und Propagandamaterial musste grösstenteils von den neu geschaffenen unteren Einheiten des Kampfbundes selbst hergestellt werden. Hinzu kam, dass in den ersten Wochen eine nicht geringe Anzahl Bezirksleitungen der Partei sich wenig oder überhaupt nicht um die Organisierung des Kampfbundes bemühten und so erhebliche Tempoverluste verschuldeten.

Mit wenigen Ausnahmen (Berlin, Sachsen, Thüringen u.a.) ist die Arbeit erst Anfang Dezember stärker forciert worden. Es kommt hinzu, dass auch in den unteren Parteikörperschaften, der RGO,[126] Antifa, RFB usw. grosse Unklarheiten überwunden

124 Stempel: Material zur Sitzung des Mitteleurop. Ländersekretariats am 30. I.[1931].

125 Der Kampfbund gegen den Faschismus (Vorsitzender war Remmele, Sekretär Ernst Reinke, später Joseph Schlaffer) war eine Nachfolgeorganisation des 1929 verbotenen Roten Frontkämpferbundes (RFB), als weitere „überparteiliche Massenorganisation" konzipiert und wurde als Reaktion auf den Stimmenzuwachs der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen und den sich verstärkenden Terror der SA gegen Arbeiterfunktionäre und Organisationen am 28.9.1930 gegründet. Besonders auf regionaler Ebene zog er mit seinen ca. 106.000 Mitgliedern im Dezember 1931 nicht nur KPD- und Mitglieder der illegalisierten RFB-Organisationen an. Der Kampfbund wie die Anfang 1932 als Resultat eines selbstwirkenden antifaschistischen Reflexes seit Mai 1932 erprobte neue Taktik der „Antifaschistischen Aktion" waren allerdings nicht vollständig deckungsgleich mit der Linie der Komintern. Siehe: Weber: Die Generallinie, S. 264–289, hier: S. 277 ff. und Webers Beitrag in Bd. 1. Zur Antifaschistischen Aktion siehe auch: Carsten Voigt: Die Antifaschistische Aktion 1932 in Sachsen an der Basis der Arbeiterparteien. Gemeinsamkeiten und Brüche. In: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* (2007), 3, S. 122–133.

126 Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition. Gestützt auf sog. „Kampfleitungen" und die These der selbständigen Führung der Wirtschaftskämpfe, verfolgte die im Dezember 1929 inaugurierte ultrasektiererische RGO-Politik zunächst die Vereinigung der „linken" Gewerkschaften im ADGB, nach ihrem 2. Reichskongress im November 1930 jedoch auch offen die Abspaltung von den sozialdemokra-

werden mussten. Innerhalb der Parteimitgliedschaft waren die bekannten Vorurteile nach der Art: Schon wieder ein neuer Laden – hat ja keinen Zweck, wird ja doch verboten – zu liquidieren. Der RFB bekämpfte (!) teilweise den Kampfbund gegen den Faschismus als unlauteren Wettbewerb usw.

Diese Schwierigkeiten können heute im grossen und ganzen als überwunden angesehen werden.

Ernster ist die Lage im Ruhrgebiet. Dort haben die verantwortlichen Genossen der B[ezirks]L[eitung] die Erwerbslosenstaffeln, ca. 5.000 Mitglieder, einfach als RGO-Gruppe deklariert und so den Charakter dieser Staffeln als Wehrorganisation denaturiert.

Trotz der anfangs politisch-organisatorischen und chronisch finanziellen Unzulänglichkeiten sind im Kampfbund gegen den Faschismus in wenigen Wochen ca. 40.000 Werktätige organisiert, davon fast 80% bis 90% Parteilose, und zwar solche, die noch nie in einer proletarischen Organisation erfasst waren. In verschiedenen Gebieten, besonders auf dem flachen Lande, ist es gelungen, in die Reihen der SPD bezw. des Reichsbanners einzudringen, und zwar überall da, wo blutige Provokationen der Nazis konkrete Anhaltspunkte für unsere Agitation die Voraussetzungen schufen.

In verschiedenen Städten, wie Breslau, Naumburg u.a. sind bereits gemeinsame Kampfdemonstrationen gegen den Faschismus, und zwar unter unseren Parolen durchgeführt worden.

Die Nr. 1 der Zeitung *Die Fanfare* ist in einer Auflage von 50.000 erschienen und findet reissenden Absatz. Ab 1. Januar wird die *Fanfare* 14tägig erscheinen, voraussichtlich in erhöhter Auflage.[127] [...]

---

tisch dominierten Gewerkschaften. Die durch die „Dritte Periode" motivierte RGO-Linie, die von den „Roten" Einheitsverbänden des Einheitsverbands der Metallarbeiter Berlins, des Verbands der Bergarbeiter Deutschlands und des Einheitsverbands für das Baugewerbe als Schwerpunkte der Verankerung der KPD vorangetrieben werden sollte, scheiterte nicht zuletzt auch durch das Wachstum der Arbeitslosen infolge der Wirtschaftskrise, die die Partei zunehmend bestimmten. Die RGO mobilisierte gemeinsam mit der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) zum denkwürdigen BVG-Streik (3.–7.11.1932), nach der „Machtübernahme" gingen Teile der RGO – im Unterschied zur KPD-Führung mit der revolutionären Perspektive eines unverzüglichen Sturzes des Hitler-Regimes – in einen äußerst opferreichen Widerstand, der jedoch, isoliert aufgrund der Beibehaltung der antisozialdemokratischen Orientierung, zum Scheitern verurteilt war. Die RGO-„Reichsleiter" waren Paul Merker (1929–1930), Franz Emrich (1930), Franz Dahlem (1930–1932) und Fritz Schulte (1932–1934/35). Die RGO-Politik wurde offiziell erst 1934/1935 aufgegeben. Siehe: Werner Müller: Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht. Ziele und Grenzen der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) in Deutschland 1928 bis 1933, Köln, Bund-Verlag, 1988.

127 *Die Fanfare:* Organ des Kampfbunds gegen den Faschismus. Wirsching vermerkt, der Vertrieb der *Fanfare* sei „offensichtlich ineffektiv und ohne große Wirkung" geblieben (Andreas Wirsching: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39, München, Oldenbourg, 1999, S. 569).

Ohne Uebertreibung kann angenommen werden, dass spätestens Ende des Monats, Anfang Januar, 50.000 Mitglieder erfasst sein werden, zumal es z. Zt. noch Hunderte von „wilden" proletarischen Wehrorganisationen gibt, wie „Arbeiterwehren, Antifaschistischer Schutzbund" usw., von deren Existenz wir erst nach und nach Kenntnis bekommen.[128]

Um eine stärkere politische Aktivierung innerhalb des Kampfbundes gegen den Faschismus zu erzielen, wird unvermeidlich sein die Verstärkung der Kampfbund-Funktionäre durch politisch qualifizierte Parteigenossen. Zur Zeit befinden sich in allen Bezirken Instrukteure der Reichsleitung, um die Arbeit für den Kampfbund gegen den Faschismus vorwärts zu treiben.

Berlin, den 20. Dezember 1930 Fritz Lange.



Am 25.12.1930 bestimmte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion eine hochkarätige Kommission zur Leitung den Handelsverhandlungen mit der deutschen Seite. Mitglieder sollten Molotov, Stalin, Rudzutak, Ordžonikidze, Rosengol'c, Litvinov und Kalimanovič sein. Molotov wurde das Recht übertragen, die Kommission einzuberufen.[129] In einem weiteren Beschluss vom 30.12.1930 beschloss das Politbüro, Verhandlungen mit Deutschland „in Industrieangelegenheiten" zu beginnen, wobei eine aus Stalin, Molotov, Ordžonikidze, Rozengol'c und Litvinov gebildete Kommission „die Form der Durchführung dieses Beschlosses" auszuarbeiten hatte.[130]

---

128 So bestanden in mehreren Stadtvierteln Münchens seit 1929 starke antifaschistische Schutzbünde.
129 RGASPI, Moskau, 17/162/9, 102; APRF, Moskau, 3/64/658, 108. Publ. in: Sevost'janov, Moskva-Berlin, II, Dok. 208.
130 RGASPI, Moskau, 17/162/9, 111.

1931

Dok. 256

Beschluss des Politbüros der KP der Sowjetunion über Angelegenheiten der Komintern, u.a. zum Mandatsende Molotovs

[Moskau], 7.1.1931

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 17/162/9, 111–112. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 639–640.

Beschlüsse vom 30.XII.30.

Angehört:
6/16. Fragen des Gen. Pjatnitzki (Gen. Pjatnitzki, Manuilski).
Beschlossen:

a) Die Entscheidung zur Frage der Durchführung eines internationalen Tages für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr (circa Mitte Februar) dem EKKI zu überlassen.[1]

b) Gegen die Liquidierung des Krestintern-Apparates[2] in Moskau nicht zu widersprechen.

c) Das „Westeuropäische Büro" der Komintern als Informations-Kontroll-Organ des EKKI belassen.[3]

d) Den Kostenrahmen des EKKI und andere finanzielle Fragen, die von Gen. Pjatnitzki aufgeworfen wurden, einer Kommission, bestehend aus Gen. Rudzutak, Pjatnitzki, Janson und Grin'ko zur Überprüfung zu übergeben.

e) Die Frage über die deutschen Angelegenheiten einer Kommission, bestehend aus Gen. Vorošilov, Stalin, Molotov und Pjatnitzki, zur Betrachtung zu übertragen. Die Einberufung der Kommission obliegt Gen. Vorošilov.[4]

f) Die Freistellung des Gen. Molotov von der [personellen] Zusammensetzung des Präsidiums und des Politsekretariats des EKKI auf dem Plenum des EKKI durchzuführen.[5]

Auszuge verschickt an: Gen. Pjatnitzki, Stalin, Molotov – alle; Vorošilov – e); Grin'ko, Janson, Rudzutak – d).

---

1 Der 1. Internationale Erwerbslosentag der KPD wurde am 6.3.1930 in Berlin abgehalten (siehe: *Die Rote Fahne*, 7.3.1930).

2 Zur Krestintern/Bauerninternationale siehe Dok. 235.

3 Zur Einsetzung eines Westeuropäischen Büros des Politsekretariats der Komintern siehe Dok. 232 .

4 Bisher war über die Einrichtung einer Kommission über die Angelegenheiten der KPD beim Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion nichts bekannt.

5 Nachdem Molotov seit 1929 die Komintern geleitet hatte, übernahmen diese Rolle nun Manuilski und Pjatnitzki – in enger Abstimmung mit Stalin und Molotov.

Angehört:
19/41. Über die MOPR.
Beschlossen:
Den Valuta-Kostenumfang der MOPR in Höhe von 250.000 Rubel festzusetzen.
Auszüge verschickt an: Gen. Rudzutak, Stasova.

Durch Umfrage der Mitglieder des Politbüros vom 7.1.1931.

Angehört:
49/49. Über die Kostenaufstellung des EKKI (PB vom 30.XII.30, Pr[otokoll] Nr. 22, P[unkt]. 6/16).
Beschlossen:
Die Kostenaufstellung des EKKI für das Jahr 1931 in Höhe von 4.697.171 Gol[d] rub[el] und 446.118 Tscherw[onzen]-Rubel festzusetzen.
Auszüge verschickt an: Gen. Pjatnitzki, Rudzutak, Grin'ko.

Dok. 257

Brief des Mitteleuropäischen Ländersekretariats der Komintern, über die Einschätzung des Faschismus in der *Roten Fahne* und die antifaschistische Demonstration in Berlin

[Berlin], 10.1.1931

Typoskript, Kopie, russisch. RGASPI, Moskau, 508/1/124, 35–36. Erstveröffentlichung.

N° 274 17.1.–[19]31 An GEN. MOLOTOV von PJATNITZKI

A[bsolut] geheim.

Brief des Gen. SOKOLIK [d.i. Vil'gel'm Knorin] vom 10.1.–[19]31.

Ich werde noch eine Woche hier bleiben, gemäß Ihres Telegramms und der Bitte der Deutschen.[6] Zu den Fragen, die wir besprochen haben, haben sie [die Vertreter der KPD] sofort nach ihrer Rückkehr nach Hause Direktiven ausgegeben. Wie tief jedoch die Formulierungen vom ersten Dezember es bereits geschafft haben, Wurzeln zu schlagen,[7] dafür spricht sogar, dass in der *Roten Fahne* neben den richtigen immer

---

6 Knorin hielt sich als Leiter des Mitteleuropäischen Ländersekretariats der Komintern in Moskau (MELS) in Deutschland auf.

7 In einem Referat vor der Berliner Bezirksleitung der KPD sagte Ulbricht, die Brüning-Regierung sei seit dem 1.12.1930 „zur ersten Regierung der faschistischen Diktatur geworden". Während es in einem „Rundtelefonat des Sekretariats [der KPD] zur Brüning-Notverordnung" vom 3.12.1930 noch hieß, die Brüning-Regierung habe den „entscheidenden Schritt zur Errichtung der faschistischen Diktatur vollzogen", korrigierten die „Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen" vom 19.12.1930

noch die alten falschen Formulierungen auftauchen. Sogar einzelne Mitglieder des Politbüros versuchen noch zu beweisen: Bei uns ist alles vorhanden, was nach dem Programm die faschistische Diktatur definiert, plus noch mehr. Dennoch kann diese Frage bereits als beigelegt betrachtet werden, und in der Resolution wird der Schwerpunkt auf die Organisierung des antifaschistischen Kampfes, der ökonomischen Streiks und des Kampfes um die Massen gelegt werden, auf Grundlage der Erfahrungen der letzten Wochen. Die Lage ist ziemlich ernst und es liegt auf der Hand, dass je breiter und energischer wir die Fragen stellen und auftreten, desto größere Chancen auf Erfolg wir haben werden. In der Frage des Kampfes für die Einheitsfront mit den s[ozial]-d[emokratischen] Arbeitern in Berlin wurde mit der Demonstration vom 7. Januar ein großer Schritt nach vorne gemacht.[8] Damit wurde der Fehler wiedergutgemacht, der im Dezember während der faschistischen Demonstrationen gegen den Film von Remarque zugelassen wurde, als aus diesem nichtigen Anlass die Faschisten die Straßen eingenommen hatten, während wir nicht da waren.[9] Dieser Fehler wird nun von allen als solcher anerkannt. Auch wenn wir jedoch am 7. Januar den Fehler wiedergutgemacht haben, dürfen dennoch unsere Erfolge nicht überbewertet werden. Wir haben uns als Teilnehmer an einem noch größeren Spiel erwiesen, als wir es noch am Vortag angenommen hatten. Die S[ozial]-D[emokraten] kündigten einen Trauerumzug an, und, in Zusammenhang mit dem Verbot der Demonstration, den Verzicht auf den Verkehr störende Marschkolonnen. Wir antworteten darauf mit dem Aufruf, aus dem Trauerumzug eine antifaschistische Demonstration zu machen. Daraufhin spielten die S[ozial]-D[emokraten] ihre Gegenkarte aus: alle auf die Straße, Gewerkschaften usw., um mit ihrem unser Manöver zu schlagen. Es gelang uns, dieser Demonstration in wesentlichen Teilen einen antifaschistischen revolutionären Charakter zu verleihen, doch es gelang nicht, von ihr vollständig Besitz zu ergreifen. Wir konnten aufzeigen, dass wir die Organisatoren des Kampfes gegen den Faschismus sind, doch die S[ozial]-D[emokraten] schafften es, durch die Mobilisierung ihrer kompletten Kader und durch ziemlich linke Manöver, die s[ozial]-d[emokratischen] Arbeiter von einer noch breiteren Verbrüderung mit uns abzuhal-

---

in der folgenden kryptischen Weise diesen Sachverhalt: „So kam es zu jenem *Wendepunkt* Anfang Dezember, an dem aus der Funktion der halbfaschistischen *Brüning*-Regierung, die einer *Regierung der – wenn auch noch keineswegs vollkommen – faschistischen Diktatur* in Deutschland wurde, wobei wiederum der Sozialfaschismus die Rolle des Geburtshelfers spielte und den Massen vortäuschte, die Unterstützung der *Brüning*-Regierung durch die SPD ließe sich als ein Weg zur Vermeidung der *Hitler*-Diktatur beschönigen oder entschuldigen.“ (*Die Rote Fahne*, 7.12.1930; *Inprekorr*, 12.12.1930, zit. in Weber: Die Generallinie, S. 265. Die beiden Sekretariatsdokumente ibid., S. 262–263 und 264–280, hier: S. 265–266).

8 Vermutlich Bezug auf eine KPD-Demonstration gegen das Verbot des Remarque-Films „Im Westen nichts Neues“.

9 Gegen die Oscar-prämierte Verfilmung von Erich Maria Remarques „Im Westen nichts Neues“ (Regie: Lewis Milestone) im Jahre 1930 organisierte die NSDAP eine breite Kampagne mit zahlreichen Vorführungsstörungen, inszenierten Schlägereien vor Lichtspieltheatern sowie Großaufmärschen. Am 11.12.1930 wurde der Film in Deutschland verboten.

ten. Die meisten Erfolge gab es unter der Jugend, die wir in Berlin im Wesentlichen erobert haben. Wenig [Erfolge] unter den älteren S[ozial]-D[emokraten]. Doch trotz allem ist diese Demonstration unzweifelhaft als unser Erfolg bei der Eroberung der antifaschistischen Massen anzusehen und wird bei der Ausarbeitung unserer künftigen Taktik im Kampf um die Straße, unserer Taktik der Einheitsfront von unten große Bedeutung haben. Beim Ruhrstreik zeigten sich eine ganze Reihe unserer Schwächen.[10] Unsere Ruhrgenossen kamen hierhin mit der Meinung, dass es keinen Streik geben könne. Hier hat man ihnen ins Gewissen geredet. Unsere Ruhrgenossen von der RGO kannten die Geographie unseres Einflusses nicht, häufiger war dort, wo ihrer Meinung nach alles vorbereitet war, in der Praxis nichts vorhanden. Der schlesische [Streik] war noch schlechter vorbereitet als der im Ruhrgebiet. Überhaupt ist die RGO-Führung schwach. Gerade jetzt ist nun auch Franz [Dahlem] krank. Überhaupt gibt es in der RGO mehr Gewusel als Verstand. Die Stimmung ist auch hier, nach dem Metallarbeiterstreik,[11] wunderbar, was sich in der schnellen Wiederherstellung der Organisationen dort zeigt, wo alle unsere Leute gefeuert worden waren.

Auf dem Plenum [des ZK der KPD] wird die Frage der antifaschistischen Aktions-Komitees, die ihre Autoren sich als Keimzellen von Räten vorgestellt haben, eine gewisse prinzipielle Bedeutung haben.[12] Das S-t[13] [des Politbüros der KPD] hat nach der Rückkehr der 3[14] den Vorschlag zu ihrer Gründung wiederholt, doch niemand weiß, was sie [die Aktions-Komitees] im gegenwärtigen Stadium tun sollen. Klar ist, dass wenn sie unverzüglich gegründet werden, sie sich durch ihr Nichtstun selbst kompromittieren. Viel aktueller ist es, Kader der Beauftragten, Komitees zur Wahl der Betriebsräte, der Streik- und Vorbereit(?)[15][tungs-]Komitees zu schaffen, von denen es

---

10 Am Jahresende setzten die RGO Verbände im Ruhrbergbau, die gegenüber dem Alten Verband und den christlichen Gewerkschaften eine Steigerung verzeichneten, einen Streik gegen die geplante Lohnsenkung und die Defunktionalisierung der Tarifverträge durch, dies sogar gegen den anfänglichen Widerstand der Bezirksorganisation. Der von Thälmann als Durchbruch bezeichnete Streik (2.–9.1.1931) endete jedoch mit einer Niederlage und verschärfte den Kampf unter den unterschiedlichen Gewerkschaftsorganisationen. Drei Arbeiter starben bei Zusammenstößen mit der Polizei (siehe: Siegfried Bahne: Die KPD im Ruhrgebiet in der Weimarer Republik. In: Jürgen Reulecke (Hrsg.): Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen, Wuppertal, Peter Hammer, 1974, S. 315–354, hier S. 345f.; Rudolf Tschirbs: Tarifpolitik im Ruhrbergbau, 1918–1933. Beiträge zu Inflation und Wiederaufbau in Deutschland und Europa, Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Berlin, de Gruyter, 1986, S. 392ff.)

11 Gemeint ist der Streik von 130 000 Metallarbeitern in Berlin, siehe Dok. 248 u. 249.

12 Vermutlich sind damit die „betrieblichen Aktionsausschüsse" gemeint. Zu ihren Aufgaben siehe Anweisungen des Sekretariats an die Bezirksleitungen, 19.12.1930. In: Weber: Die Generallinie, S. 264–280, hier: 275f.

13 Fußnote im Original: „Offensichtlich Sekretariat".

14 Gemeint ist die Rückkehr von Thälmann, Neumann (und Remmele?) aus Moskau, wo sie u.a. Gespräche mit Stalin hatten (siehe: Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 187f.) So im Original.

15 So im Original.

sehr wenige gibt. Unser Ja[blonskij][16] ist vollkommen verwirrt und hat hier eine sehr schädliche Position eingenommen. [...]



Auf der Tagesordnung des Politbüros der KP der Sowjetunion vom 15.1.1931 stand neben neuen Güterbestellungen in Deutschland ein Telegramm von Chinčuk über eine mögliche Verzögerung des Eintreffens der deutschen Industriellen in Moskau (Stalin).[17]

Dok. 258

Nicht abgeschickte Instruktionen der Politkommission der Komintern zur antifaschistischen Ausrichtung der Betriebsrätewahlen in Deutschland

[Moskau], [vor dem] 18.1.1931

Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau, 495/28/168a, 42–44. Erstveröffentlichung.

Nr. 653/8 Ex./E./Pe.
18.1.1931
Aus dem Russischen.

Vertraulich.

An das ZK. der Kommunistischen Partei Deutschlands.[18]

Die Politkommission des EKKI empfiehlt Euch, bei den diesjährigen Betriebsräte-Wahlen folgende Elemente in den Vordergrund treten zu lassen.[19]

1. Den Massen die Veränderungen der politischen Situation im Vergleich zur Zeit der vorjährigen Wahlen eingehend zu erklären. Das ist die wichtigste Voraussetzung, damit die Massen unsere, der jeweiligen Situation entsprechende Aktionsvorschläge verstehen lernen. Dies setzt eine Mobilisierung der politischen Aktivität der Arbeitermassen unter der Parole „Kampf gegen den Faschismus" als Hauptparole und eine im Vergleich zum vorigen Jahr viel engere Verknüpfung dieser Kampagne mit den

16 Fußnote im Original: „[Moisej] Jablonskij – war auf Einladung der deutschen Genossen Leiter der Schule. Befindet sich gegenwärtig in Moskau."
17 RGASPI, Moskau, 17/162/9, 117. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 242–243.
18 Handschriftlicher Eintrag: „Nicht abgegangen".
19 In den Instruktionen der Politkommission der Komintern zu den Betriebsrätewahlen in Deutschland kommt im Vergleich zu den "Fehlern" aus dem Vorjahr eine deutliche Mäßigung der Spaltungsintentionen der deutschen Gewerkschaften zum Ausdruck, wie auch eine stärker antifaschistische Orientierung der Gewerkschaftspolitik auf die Masse der Arbeiter und sogar Angestellten. Gerade dies könnte der Grund dafür gewesen sein, dass die Instruktionen nicht abgeschickt wurden, was auf interne Richtungskämpfe in Moskau hindeutete.

gegenwärtig stattfindenden Wirtschaftskämpfen der beschäftigten Arbeiter und der Erwerbslosen voraus.

2. Ausgehend von dieser neuen politischen Situation, die in einem tiefgehenden Gärungsprozess unter den sozialdemokratischen Arbeitern sowie unter den Mitgliedern der reformistischen, christlichen und sonstigen Gewerkschaften Ausdruck gefunden hat, würden wir es für zweckmäßig erachten, dass die Partei und die RGO. die Betriebsräte-Wahlen dazu ausnützen, mit einem offenen Appell an alle diesen Organisationen angehörenden Arbeiter zwecks Herstellung einer breiten Einheitsfront zur Bekämpfung des Faschismus heranzutreten.

Die Betriebsrätewahlen müssen von der KPD zur Herbeiführung des Umschwungs in bezug auf die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter für die Einheitsfront ausgenutzt werden, namentlich sind diese in die Wahlausschüsse und in die roten Listen mitaufzunehmen. Es gilt, den einigermassen eingetretenen Tempoverlust in bezug auf die Ausnutzung der spontanen oppositionellen Bewegung der sozialdemokratischen Arbeiter und besonders der sozialdemokratischen Jugend wettzumachen.

3. Die Wahlkampagne soll ein wichtiges Glied in der Entfaltung einer selbständigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und in der organisatorischen Festigung der revolutionären Gewerkschaftsopposition sein. In dieser Richtung muss bei den Betriebrätewahlen in unserer Arbeit in den Betrieben der chemischen Industrie, wo die Stellungen der RGO. äusserst schwach sind, wo wir im vorigen Jahre eine Reihe ernsthafter Niederlagen erlitten, und wo an einer Reihe von Orten (Ludwigshafen) die Faschisten Fuss gefasst haben, um jeden Preis ein Wandel herbeigeführt werden. Dies ist sowohl vom Standpunkt des Kampfes gegen den Faschismus, als auch vom Gesichtspunkt des Kampfes gegen den Krieg von grösster Wichtigkeit. Desgleichen erachtet es die Polkommission des EKKI, obwohl sie die Aufstellung roter Listen im Namen der RGO. für richtig hält, dennoch für notwendig, an Orten, wo es selbständige Rote Gewerkschaften gibt, und besonders in den Betrieben der Metallindustrie, in erster Reihe Listen der Roten Gewerkschaften und auch der RGO aufzustellen. Insbesondere soll die Kampagne zu einer umfassenden Popularisierung des Roten Metallarbeiterverbandes, die bisher nicht annähernd genügend betrieben wurde, ausgenutzt werden.[20]

Es ist überaus wichtig, die ostpreussischen Landarbeiter in die Kampagne miteinzubeziehen,[21] und zwar mit Rücksicht darauf, dass die Massenbewegung für rote Betriebsräte dort die Grundlage für die Schaffung eines Roten Gewerkschafts-

---

20 Mit "Roten Listen" sind die (allerdings nur sehr wenigen) "als Konkurrenz zu den freien Gewerkschaften gegründeten ‚roten Verbände'" gemeint; sie sollten neben der breiter konzipierten RGO aufgebaut werden, waren jedoch zumeist keine Massen-, sondern Kaderorganisationen (Müller: Lohnkampf, S. 156f.).

21 1931 gründete der in der ostpreußischen Landabteilung der KPD-Bezirksleitung tätige Robert Neddermeyer den Revolutionären Landarbeiterverband Ostpreußen, dessen erster Vorsitzender er wurde (nach Weber war er auch Vorsitzender des Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter der RGO, Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 629).

verbandes und für die Entfaltung von Wirtschaftskämpfen im Frühjahr dieses Jahres abgeben soll.

Die Politkommission hält die Aufwerfung der Frage über die diesjährige Erfassung der Angestellten der Betriebe durch die Roten Listen seitens des ZK. für richtig. Gleichzeitig damit ist die Polkommission der Anschauung, dass im Interesse eines erfolgreichen Kampfes gegen den Faschismus eine möglichst weitgehende Ausdehnung dieser Erfassung auf alle Angestellten überhaupt notwendig wäre. [...]

Man muss in *allen* Betrieben und nicht nur dort, wo rote Betriebräte vorhanden sind, eine Berichterstattung und Kritik über die Tätigkeit der alten Betriebsräte durchsetzen. Diese Versammlungen müssen in unserer *Presse* in *umfassender Weise beleuchtet* werden. Die im vorigen Jahr infolge der Fehler verlorenen Positionen müssen um jeden Preis zurückerobert werden.

Mit kommunistischem Gruss
Politkommission.



Am 20.1.1931 fasste das Politbüro der KP der Sowjetunion einen Beschluss über die anstehenden Verhandlungen mit deutschen Industriellen, die in Moskau erwartet wurden. Es wurde beschlossen, Pjatakov in die Verhandlungskommission (siehe PB-Beschluss vom 13.12.1930) aufzunehmen. Diese hatte innerhalb von zwei Tagen eine Verhandlungsstrategie auszuarbeiten.[22]

Ebenfalls am 20.1.1931 beschäftigte sich das Politbüro mit Unterstützungen seitens der deutschen Regierung für Sowjetbürger deutscher Herkunft. Der Beschluss betraf sanitäre Hilfssendungen an als Kulaken verbannte Russlanddeutsche, die untersagt wurden – u.a. über das sowjetische Rote Kreuz. Am 7.2.1931 fand ein erstes Gespräch zwischen Botschafter von Dirksen und Molotov statt. Dirksen gab dabei der Hoffnung auf gute Beziehungen und einen persönlichen Kontakt zu Molotov Ausdruck. Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern seien in ständiger Verbesserung begriffen. Die einzige „Wolke", die diese verdunkle, sei das Verbot des sowjetischen Außenkommissariats, seitens der deutschen Regierung Hilfslieferungen an Russlanddeutsche zu leisten.[23]

Nachdem die deutschen Industriellen am 28.1.1931 in Moskau eingetroffen waren, erfolgten am 9.3.1931 und 11.3.1931 jeweils Beschlüsse des Politbüros der KP der Sowjetunion zu den laufenden Verhandlungen. Zunächst beschloss das Politbüro, die Kommission aus Molotov, Stalin, Ordžonikidze und Pjatakov sollte die „Frage der Deutschen endgültig klären", danach reagierte das Politbüro auf die Mitteilung von Ordžonikidze über die laufenden Verhandlungen. Es wurde beschlossen, vorerst keine Bestellungen an Deutschland unter den alten Bedingungen aufzugegeben, bis der Vertrag mit den angereisten Industriellen abgeschlossen sei.[24]

Am 10.2.1931 wurde seitens des Politbüros die Entscheidung über die Einrichtung eines Klubs deutscher Ingenieure verschoben. [25]

---

22 RGASPI, Moskau, 17/162/9, 123. Publ in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 243.

23 RGASPI, Moskau, 82/2/1161, 22–26.

24 APRF, Moskau, 3/64/658, 152, 154. Publ. in: Sevost'janov, Moskva-Berlin, II, Dok. 214 und 215.

25 RGASPI, Moskau, 17/3/813, 7.

Am 12.2.1931 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Zusammensetzung einer Kommission zu Verhandlungen mit der deutschen Seite über die deutsch-sowjetische Fluggesellschaft Deruluft. [26] Der Kommission wurde am 20.2.1931 die Entscheidung über die Verlängerung der Deruluft-Tätigkeit überantwortet.[27]

Dok. 259

Denunziatorischer Bericht Remmeles über eine Begegnung mit Bucharin im Frisiersalon des Hotels Metropol in Moskau

[Moskau], 4.3.1937

Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau, 495/10a/[391], 115–116. Erstveröffentlichung.

3 Ex. We.

Vertraulich.

An Genossen Manuilski.[28]

Nach Gespraechen sollen Bucharin und Rykow bei der letzten Plenartagung des Z.K. aufgetreten sein und ihre partei- und sowjetfeindlichen Beziehungen, wie sie in den beiden Prozessen festgestellt wurden, geleugnet haben.[29] Bucharins Stellungnahme in den Jahren 1928/29, als die Komintern mit ihm zu tun hatte, ist hinlaenglich bekannt.[30] Aber auch noch aus dem Jahre 1931 erinnere ich mich einer Episode, die darueber Auskunft gibt, wie er um diese Zeit eingestellt war. Im Winter 1930/31 waren die Genossen Thaelmann, Neumann und ich hier. Ich sammelte damals das Material fuer das Buch „Die Sowjetunion".[31] Genosse Thaelmann interessierte sich

---

26 RGASPI, Moskau, 17/162/9, 135.

27 RGASPI, Moskau, 17/162/9, 139.

28 Dieser Brief reiht sich ein in eine lange Liste der zur Präparierung des Prozesses gegen Bucharin zumeist mit denunziatorischer Absicht geschriebenen Dokumente (siehe dazu auch die Stellungnahmen des mit Bucharin verbundenen Jules Humbert-Droz, in: Del Amo/Bahne/Bayerlein: Archives de Jules Humbert-Droz, III, S. 84ff., vgl. Dok. 434). Im besonderen Falle Remmeles ging es zusätzlich darum, seinen eigenen Kopf aus der Schlinge zu ziehen.

29 Auf dem ZK-Plenum im Februar/März 1937 hatten sowohl Bucharin als auch Rykov die gegen sie erhobenen Beschuldigungen argumentativ bestritten. Bucharin gestand nach seinem auf dem Plenum verfügten Ausschluss aus dem ZK und seiner Überantwortung an das NKVD bis Juni 1937 keine Schuld ein.

30 *De facto* handelte es sich um die Verdrängung und Eliminierung Bucharins als zumindest formell leitendem Funktionär der Komintern in den Jahren 1928/1929.

31 Siehe: Hermann Remmele:Die Sowjetunion, 2 Bde, Hamburg-Berlin, C.Hoym, 1932. Am 15.5.1937 wurde Remmele in seiner Moskauer Wohnung verhaftet. An seine Tochter richtete er die folgenden Abschiedsworte: „Daß mir das nach 44 Jahren geschehen würde, habe ich nicht geglaubt. Aber ich sage euch jetzt die volle Wahrheit, wie sie nur ein Mann sagt, der nicht wiederkommt: Ich war immer

auch fuer diese Arbeit und war daher im Bilde ueber den Fortgang der Industrialisierung und Kollektivisierung.[32] Wir wohnten damals im „Metropol". Im Rasiersalon des Metropol,[33] in den wir uns (Thaelmann und ich) gemeinsam begaben, trafen wir Bucharin. Genosse Thaelmann kam mit ihm ins Gespraech und aeusserte sich optimistisch ueber den guenstigen Stand der Industrialisierung und Kollektivisierung. Bucharin antwortete so pessimistisch und giftig ueber die Entwicklung und die Verhaeltnisse in der U.d.S.S.R., dass ihm Thaelmann sehr bruesk ungefähr antwortete: „Ich kenne die Berichte und die Zahlen des ZIK[34] und des Z.K., und die sagen wir [mir] etwas anderes als Ihre Panikmacherei!" Bucharin antwortete voller Hohn: „Nun, [dann] glauben Sie nur!" Nachdem wir aus dem Frisiersalon herauskamen, sagte ich zu Gen. Thaelmann: „Der ist aber geladen!", worauf dieser antwortete: „Mensch, der ist ja der giftigste Feind."

Einige Tage spaeter waren wir bei Genossen Stalin.[35] Genosse Thaelmann erzaelte den ganzen Vorgang. Genosse Stalin sagte: „Sie haben ganz richtig geantwortet. Auch zu uns kam er mit seiner Panikmacherei und redete von Bauernaufstaenden und Zusammenbruch, wo es sich um einige Kulakenwiderstaende handelte, mit denen wir von vornherein gerechnet hatten – die Kollektivierung musste natuerlich auf den Widerstand der Kulaken stossen. Bucharin sah im Kulaken das sowjetische Dorf und betrachtete daher den Kulakenwiderstand als „Bauernaufstaende". Als er mit seiner Panikmache zu uns kam, sagten wir ihm: studieren Sie bitte die Berichte; wir hatten hunderte Berichte aus allen Gebieten der Union ueber den Verlauf der Kollektivbewegung, und die sagten uns etwas ganz anderes, naemlich, dass die Entwicklung rascher ging als wir angenommen und geplant hatten. Der Kulakenwiderstand wurde durch die armen und Mittelbauern rascher gebrochen, als wir erwartet hatten. Gewiss gab es auch hie und da Ueberspitzungen und falsche Maßnahmen. Aber die haben wir selbst korrigiert. Wir haben bisher ganz offen geredet und geschrieben. Irgend ein

---

für die Partei, für den Sozialismus, für die Sowjetunion. An meinem Glauben an die Sowjetunion wird mein Schicksal nicht rütteln können." Ernst Schumacher: „Wir haben gelogen. Wir sind an allem selber schuld." Niederschrift eines Gespräches mit Hedwig Remmele. In: *UTOPIE kreativ*, September 1999, H. 107, S. 61–69.

32 „Kollektivisierung", vermutlich direkte Übernahme aus dem russischen „*kollektivizacija*". Heute: „Kollektivierung"

33 „Metropol", 1899–1905 erbautes Luxushotel in Moskau, gegenüber dem Malyj-Theater gelegen. Vom Geschäftsmann und Kunstmäzen Savva Ivanovič Mamontov im Jugendstil in Auftrag gegeben. Die Architekten waren u.a.: William Walcot, Lev Kekušev und Nikolaj Ševjakov (Elaine Denby: Grand Hotels. Reality and Illusion. An Architectural and Social History, Zwolle, Waanders Publishers, 1998).

34 ZIK russ. *Central'nyj Ispolnitel'nyj Komitet*, deutsch ZEK (Zentral-Exekutivkomitee), oberstes Organ der Sowjetmacht 1922–1938.

35 Neben Thälmann, Neumann und Remmele waren Pjatnitzki, Knorin, Manuilski und Kuusinen am 17.5.1932 bei Stalin (Anatolij Černobaev (Hrsg.): Na prieme u Stalina. Tetradi (žurnaly) zapisej lic, prinjatych I.V. Stalinym (1924—1953 gg.). Spravočnik, Moskva, Novyj chronograf, 2008, S. 69). Auch hier wies Stalin auf die Bedeutung der nationalen Frage für die KPD hin (siehe: Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 187, Fn. 57).

Geheimnis oder Dinge, die wir haetten verbergen muessen, gab es hierueber nicht.[36] Aber so sind die Menschen, die kein Vertrauen zur sozialistischen Entwicklung und zur Masseninitiative des Proletariats und der Bauernmassen haben. Weil sie selbst Buerokraten und Mechanisten sind, sehen sie ueberall Buerokratismus und Gewalt. Die schoepferische Kraft der Massen existiert fuer die ueberhaupt nicht." So sagte der Genosse Stalin dem Sinne nach. Ich musste das Gespraech, das mir noch lebhaft in Erinnerung ist, ohne Aufzeichnungen rekonstruieren.

Diese Episode zeigt, dass Bucharin mindestens nach 1931 gegen die Politik des Z.K. oppositionell eingestellt war. Von Rykow kann ich nichts sagen, da ich mit diesem seit 1923 nicht mehr zusammenkam. Ich hielt mich verpflichtet, obige Erinnerungen mitzuteilen.[37]

/Remmele/
sign. Remmele

4.3.1937

36 Was Stalin als „Kulakenwiderstand" bezeichnete, waren teilweise bis zum Aufstand reichende Protest- und Widerstandsbewegungen der Bauern gegen die Zwangskollektivierungen, die neben steuer- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen durch den Einsatz von OGPU-Truppen und sog. Freiwilligenbrigaden niedergeschlagen wurden, verbunden mit Hungersnot, Verhaftungen, Umsiedlungen oder Flucht in die Städte. Allein 1930 wurden 13754 Aufstände oder aufstandsähnliche Aktionen mit 3 Millionen Teilnehmern offiziell registriert (siehe: V. Danilov, A. Berelowitch (Hrsg.): Les documents des VČK-OGPU-NKVD sur la campagne sovietique. In: *Cahiers du monde russe* 35 (1994), S. 437–401, hier: S. 673.

37 Bucharin und Rykov wurden 1938 im 3. Moskauer Prozess zum Tode verurteilt und daraufhin exekutiert.

Dok. 261

Rede Manuilskis auf dem XI. EKKI-Plenum der Komintern zur nicht-revolutionären Situation in Deutschland und für die Zerschlagung der Sozialdemokratie als „Massenbasis“ des Faschismus

Moskau, 26.3.1931

Publ. in: D.S. Manuilski: Die kommunistischen Parteien und die Krise des Kapitalismus. Bericht vor dem XI. Plenum des EKKI, Hamburg, Verlag Carl Hoym Nachf., 1931, S. 5–6, 61, 127–128, 132f.[38]

[...] Diese revolutionäre Krise, die mit Elementen der allgemeinen Nachkriegskrise des Kapitalismus zusammenhängt [...] und die sich in den schwachen Gliedern des kapitalistischen Systems am raschesten entwickelt, hat nicht allgemeinen Charakter und spiegelt die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der revolutionären Prozesse wider.

In Ländern wie Indien, China, Spanien und einigen Ländern in Lateinamerika reifen ihre Elemente am schnellsten heran; In anderen Ländern, wie in Polen und Deutschland reifen vorläufig nur Voraussetzungen zum Hinüberwachsen der Wirtschaftskrise in eine revolutionäre heran; in einer dritten Reihe von Ländern, die bisher die Mehrheit der kapitalistischen Länder überhaupt bilden (in erster Linie die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich), können wir vorläufig nur feststellen, daß sich das Tempo dieses revolutionären Aufschwungs beschleunigt. [...]

[...] Ein Haupthindernis bei der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse durch die kommunistischen Parteien, ein Haupthindernis in der Entwicklung der heutigen revolutionären Bewegung der Massen zu Entscheidungskämpfen des Proletariats und der Werktätigen gegen das kapitalistische System ist die Sozialdemokratie und der reformistische Gewerkschaftsapparat aller Länder. [...] So wird die Sozialdemokratie zum Bestandteil der bürgerlichen Diktatur in allen ihren Formen, darunter auch der faschistischen. Ihre Hauptfunktion ist es, eine Massenbasis für den Faschismus zu schaffen, denn, wie Lenin zutreffend betont, kein Regime kann ohne eine gewisse Massenbasis bestehen. Das schließt aber nicht aus, daß die Sozialdemokratie unter den Streichen der die Massen radikalisierenden Wirtschaftskrise genötigt ist, in den ihr durch die Manövrierfähigkeit des Kapitals gesteckten Grenzen „linke“ Manöver auszuführen.

---

38 Das 11. EKKI-Plenum (26.3.1931–11.4.1931) verkündete offiziell die Strategie des Kampfes an zwei Fronten der Abweichungen von der Generallinie, d.h. der “rechten“ und der “linken Abweichung“ („Zweifrontenkrieg“) . Diese Festlegung erfolgte auf der Grundlage eines als imminent angesehenen Sieges des Sozialismus, selbst im Falle einer Machteroberung des Faschismus, der von der Regierung Brüning eingeführt, nur als kurzzeitig und vorübergehend eingeschätzt wurde (Bahne: Die KPD und das Ende von Weimar, S. 12ff., 22ff. Zum Plenum siehe auch Dok. 275; XIth Plenum of the Executive Committee of the Communist International, Theses, Resolutions and Decisions, London, Modern Books Ltd. (1931), S. 101f.).

Das vergangene Jahr zeigte eine äußerst beschleunigte Faschisierung der Sozialdemokratie, die sie durch „linke" Manöver zu verdecken bestrebt war, von denen die kommunistischen Parteien manchmal überrumpelt wurden. Diese Kombination von faschistischen Methoden mit „linker" Phrase bildet jenes neue, für die Sozialdemokratie charakteristische Zickzack, das die kommunistischen Parteien in ihrer taktischen Linie berücksichtigen müssen. [...]

Es ist als besonderes Verdienst der KPD. hervorzuheben, daß sie es verstand, die Aufgaben des Kampfes für die *nationale Befreiung* der deutschen werktätigen Massen mit ihrem Kampf für ihre *soziale* Befreiung, für die proletarische Diktatur zu *verbinden*. Dieses Programm des revolutionären Kampfes des Proletariats als Führer aller Werktätigen muß die Achse aller revolutionären Klassenkämpfe bilden, um eine Verbindung des Kampfes für die Tagesinteressen der Massen mit dem Kampf zum Sturze der bürgerlichen Diktatur herzustellen.

Die *zentrale* Aufgabe der KPD. ist die maximale Beschleunigung der *Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse und der Zerstörung der Massenbasis der Sozialdemokratie*.[39] Dies verlangt in erster Linie eine weitere kühne Entfaltung der *selbständigen* Führung der Klassenkämpfe des Proletariats auf dem Boden breitester Hineinziehung sozialdemokratischer und parteiloser Arbeiter in alle Organe der Einheitsfront von unten. Die KPD. ist stark genug, um in der Tat zu zeigen, daß die Arbeiterklasse der Offensive des Kapitals auf den Arbeitslohn und die Lebenshaltung der werktätigen Massen Einhalt zu gebieten vermag. Dies verlangt weiterhin die ernsteste Aufmerksamkeit auf die wirkliche Verwandlung der RGO. und der revolutionären Gewerkschaften in Massenorganisationen, in wahre Führer der Wirtschaftskämpfe des Proletariats. Die KPD. ist stark genug, um den Arbeitern *durch Taten* zu beweisen, daß die RGO. und die revolutionären Gewerkschaften fähig sind, diese Kämpfe zu organisieren und durchzuführen. Dies setzt schließlich voraus, daß die KPD. weiter dafür kämpft, der proletarischen Revolution in Deutschland *Verbündete zu sichern* und in den kleinbürgerlichen Massen von Stadt und Land den *führenden Einfluß* zu erlangen. Dieser Kampf muß mit viel größerer Energie, in viel rascherem Tempo geführt werden als bisher. Die KPD. muß dem Massenvormarsch der Faschisten *Einhalt gebieten*, muß ihre Aktionen gegen den Faschismus mit den allgemeinen Kämpfen der Arbeiterklasse koordinieren und denjenigen Industriezweigen, wo die Faschisten Fuß gefaßt haben (chemische Industrie, Bergbau, Eisenbahn), besondere Aufmerksamkeit zuwenden.[40]

39 Die radikale Überspitzung der Sozialfaschismusthese verweist nicht zuletzt auf den paranoiden Hass auf die Sozialdemokratie als mentale Grundkategorie der Stalinschen Persönlichkeit. Den „erfolgreichen Kampf des Proletariats um seine Befreiung von den Ketten des Kapitalismus" machte er davon abhängig, dass es vollständig vom Einfluss der Sozialdemokratie befreit sei. Stalin hatte persönlich einen entsprechenden Passus in den Thesen des XI. EKKI-Plenums ergänzt (siehe: Firsov: Stalin und die Komintern, S. 103.

40 Zentrales Instrument der NSDAP zur Verankerung in den Betrieben war die 1928 auf Betreiben der linken Fraktion (Reinhold Muchow, Gregor Strasser) gegründeten „tendenziell sozialrevolutionären"

Wir müssen die *allgemeine Linie der KPD. in vollem Umfang billigen,* die im Kampfe für die rascheste Erfüllung dieser konkreten Aufgaben die Idee der proletarischen Diktatur systematisch und unermüdlich propagiert und den werktätigen Massen Deutschlands mit aller Ueberzeugungskraft zeigt, daß der einzige wirkliche Ausweg aus kapitalistischen Krisen und Versailler Knechtung im Sturze der bürgerlichen Diktatur und in der Errichtung eines Rätedeutschlands liegt. [...]

Uebrigens hatten einige Genossen hinsichtlich der Losung der „Volksrevolution" ihre Zweifel. Sollen wir – sagten sie – die alte klare Losung der proletarischen Revolution durch einen neuen Terminus, der der Epoche der Revolutionen des Jahres 1848 entlehnt ist, ersetzen?[41]

Nun haben aber erstens die deutschen Genossen die Losung der proletarischen Revolution nicht durch die Losung der „Volksrevolution" ersetzt. Sie haben niemals die alten bolschewistischen Losungen abgeschafft. Die Losung der „Volksrevolution" in ihren Dokumenten und in ihrer agitatorischen Tagesarbeit ist ein Synonym der proletarischen Revolution. Sie bedeutet unter den gegebenen konkreten Verhältnissen in Deutschland, wo ein ungeheurer Klassenumschwung vor sich geht, daß die KPD., wenn sie auch noch nicht die Mehrheit der Arbeiterklasse erobert hat, doch schon zu einer Partei von Millionen unterdrückten und ausgebeuteten werktätigen Massen [geworden] ist. [...]

Bedeutet das aber, Genossen, daß wir in Deutschland bereits die Losung, die Aufgabe der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse von der Tagesordnung absetzen? Durchaus nicht! Das bleibt die grundlegende Hauptaufgabe, die strategische Aufgabe für Deutschland. Wir haben in Deutschland die Mehrheit der Arbeiterklasse noch nicht erobert. Betrachtet die letzten Betriebsrätewahlen. Alle Parteien haben Verluste, unsere Partei hat gewonnen. Es gibt jedoch Stellen, wo alle Parteien Verluste haben und auch unsere Partei prozentuale Verluste hat, aber geringere, zum Beispiel im Ruhrgebiet. [...]

Die Auswirkung der durch die zyklische Krise vertieften allgemeinen Krise wird für den Kapitalismus noch viel verhängnisvoller sein. Die „Atempause", die der Kapitalismus in diesem Falle erhalten würde, würde den revolutionären Aufschwung keinesfalls unterbrechen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie auf kurze Zeit die Ausreifung der revolutionären Krise in Deutschland zum Beispiel verzögern würde, aber

(Kratzenberg) Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation (NSBO). Nach unterschiedlichen Angaben umfasste sie 1931 zwischen 100.000 und 300.000 Mitgliedern. Trotz einzelner Erfolge in der Textilindustrie wie Nordhorn, Knorr-Bremse AG (Berlin-Lichtenberg) reichte ihr Einfluss bei Betriebsrätewahlen bis 1933 nicht über 4% (1932). Ebenfalls 1932 rief Goebbels unter dem Motto „Keine Arbeitsstelle ohne Nazizelle" die gegen den „Betriebsmarxismus" gerichtete „HIB" [„Hinein in die Betriebe"]-Aktion aus (siehe: Volker Kratzenberg: Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Ihre Entstehung, ihre Programmatik, ihr Scheitern 1927–1934, Bern - Frankfurt am Main, Peter Lang, 1987.

41 Zum Konzept der „Volksrevolution" siehe Dok. 262.

schwerlich aufhalten könnte sie diese in Indien, China und selbst nicht in Polen.[42] Das aber, was wir an der Auswirkung der zyklischen Krise einbüßten, haben wir durch den gesteigerten Einfluß der UdSSR. kompensiert, bzw. werden es weiterhin immer noch mehr kompensieren. Das ist heute ein revolutionärer Faktor. [...]



Am 30.3.1931 fasste das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion einen Beschluss zu weiteren Verhandlungen mit den mittlerweile nach Deutschland zurückgekehrten deutschen Industriellen und entschied über neue Bestellungen von Gütern und Waren in Deutschland.[43] Am 14.4.1931 wurde schließlich eine Vereinbarung über sowjetische Bestellungen in Deutschland und ihre Finanzierung abgeschlossen.[44]

Dok. 262

Rede Manuilskis auf der Sitzung der Politkommission des XI. EKKI-Plenums zum Konzept einer „Volksrevolution“ in Deutschland

[Moskau], 6.4.1931

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 495/169/134, 98–100. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 745–747.

MANUILSKI: Es gibt eine Erklärung der italienischen Delegation, deren Inhalt darauf hinausläuft, dass der Terminus der Volksrevolution, der von der deutschen Kompartei verwendet wird, in seinem Wesen ein nichtkommunistischer Terminus sei. Die strategische Hauptlosung der deutschen Kompartei müsse aus dem Verkehr gezogen werden, und die deutsche Kompartei müsse zur Losung der proletarischen Revolution zurückkehren. Ich denke, Genossen, dass dies nicht richtig ist. [...]

Zweitens, Genossen, was bedeutet im Wesentlichen die Losung der Volksrevolution unter den konkreten Bedingungen, unter denen sich die deutsche Kompartei befindet? Wenn eine kleine Partei, die gerade erst anfing, den Einfluss der Sozialdemokratie zu zerschlagen, die gerade erst damit begann, sich in den Betrieben zu verankern, eine solche Losung aufgestellt hätte, dann hätten wir gesagt, dass die Aufstellung einer solchen Losung falsch sei, dass die Partei als Propagandalosung die alte Losung der proletarischen Diktatur beibehalten müsse. Wenn jedoch unsere deutsche Kompartei sich der Lösung des Problems des Gewinns der Mehrheit ent-

42 Trotz der sozialen und politischen Zuspitzung wird auch hier die Wahrscheinlichkeit einer revolutionären Situation in Deutschland explizit verneint. Grundsätzlich wird diese Betrachtungsweise unter Annahme einer Grundtendenz der „Annäherung“ an oder „Ausreifung“ einer revolutionären Situation bis in das Jahr 1933 hinein und über die Reichstagsbrandkrise hinaus bis zur Etablierung des NS-Regimes nicht mehr in Frage gestellt. Vgl. hierzu die Ausführungen Thälmanns, Dok. 309 u.a.
43 RGASPI, Moskau, 17/162/10, 2. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Di B’jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 244–245.
44 Dokumenty vnešnej politiki SSSR, Bd. 14, S. 246–248.

schieden annähert, wenn im Augenblick die Aufgabe vor ihr steht, diejenigen Schichten an sich zu ziehen, die eine Reserve für, einen Verbündeten des Proletariats, darstellen, so ist es völlig klar, dass unter diesen, konkret revolutionären Bedingungen die Aufstellung einer solchen Losung für Deutschland richtig ist.

[…] Man sagt, die Losung der Volksrevolution sei von Lenin in einem völlig anderen Kontext verwendet worden. Lenin habe die Losung der „Volksrevolution" 1905 und früher verwendet, lediglich in Bezug auf Revolutionen, die bürgerlich-demokratisch geprägt seien… Genossen, dies ist nicht ganz richtig. Erstens hat Lenin 1919 darüber gesprochen. Genosse Béla Kun hat mich auf ein sehr interessantes Gespräch hingewiesen, das gedruckt wurde[45] (und es gibt davon auch Grammophonplatten), in dem Lenin von der Sowjetmacht als einer Volksmacht spricht. Und Lenin spricht mehrmals von der Volksrevolution. Deswegen denke ich, dass es falsch wäre, die Losung jetzt abzusetzen.[46] Sie bedeutet für jede Kompartei eine große Maßnahme, die wir das Programm der sozialen und nationalen Befreiung nennen. Die Partei muss aufzeigen, dass das Proletariat als die kommende Klasse die Interessen aller Unterdrückten verfolgt, und dass in allen Ländern Revolutionen undenkbar sind, wenn sie nicht Volksrevolutionen sind, – dort, wo bürgerlich-demokratische und dort, wo proletarische Revolutionen stattfinden werden. Es ist ein alter Fehler, anzunehmen, dass das Proletariat als isolierte Klasse eine proletarische Revolution durchführt, so als ob sie von allen übrigen Klassen isoliert sei. So haben zum Beispiel die italienischen Genossen seinerzeit einen Fehler begangen, einen Fehler, den wir zusammen mit ihnen begangen haben, denn es geschah mit Wissen der Komintern. […] Die italienischen Genossen jedoch, die sich an Milch verbrannt haben, blasen nun sogar auf Wasser. Das ist ein russisches Sprichwort.[47] Da sie seinerzeit einen Fehler gemacht haben, wollen sie nun angeblich die deutsche Partei vor einem solchen Fehler warnen. Ich denke, das wäre falsch. Deswegen würde ich vorschlagen, in dieser Frage über die

---

45 Nach „wurde" einige ausgelassene Worte im Original.

46 Als Reaktion auf Thälmanns Gebrauch der „Volksrevolution" schrieb Trotzki: „Die lächerliche und böswillig verdrehte Art, wie er [Thälmann] die Frage behandelt, spottet jeder Beschreibung! Die ‚Volksrevolution' als Losung – und sogar unter Anspielung auf Lenin. Aber jede Nummer der Zeitung des Faschisten Strasser ist mit der Losung der Volksrevolution geschmückt als dem Gegensatz zur Marxschen Parole der Klassen-Revolution. Natürlich ist jede große Revolution eine Volksrevolution oder nationale Revolution in dem Sinne, daß sie alle lebensfähigen und schöpferischen Kräfte der Nation um die revolutionäre Klasse schart, die Nation um einen neuen Kern herum organisiert. Aber das ist keine Kampfparole, sondern eine soziologische Beschreibung der Revolution, die ihrerseits genaue und konkrete Begriffe erfordert. ‚Volksrevolution' als Slogan ist eine Leerformel, Scharlatanerie; macht man den Faschisten auf diese Art Konkurrenz, so ist der Preis, daß man die Köpfe der Arbeiter mit Verwirrung erfüllt." (Leo Trotzki: Thälmann und die Volksrevolution. 14. April 1931. In: Id.: Schriften über Deutschland. Bd. 1, S. 102–103).

47 Zu den offensichtlichsten früheren „Fehlern" der KPI gehörte der Widerstand Angelo Tascas und einer starken Minderheit der Parteiführung gegen den Stalin-Thälmannschen Kurs in der Komintern und gegen die Sozialfaschismusthese (siehe hierzu: Del Amo/Bahne/Bayerlein: Archives de Jules Humbert-Droz, III, S. 87ff u.a.).

strategische Losung Lenins die Linie des deutschen ZK anzuerkennen und zusammen mit der deutschen Kompartei für diese Losung zu stimmen.



Am 5.5.1931 erhöhte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion das Einfuhrkontingent des Volkskommissariats für Verkehr für Einkäufe im Rahmen der deutschen Kredite um 13.600 Rubel.[48]

Am 15.5.1931 sowie am 20.5.1931 beriet das Politbüro auf Vorschlag von Stalin bzw. Jagoda über eine Notiz in der *Kölnischen Zeitung* über Kapitän „Karl Egge", den Kapitän des Eisbrechers Krasin, der die italienische Nordpol-Expedition unter Umberto Nobile rettete.[49] In Wirklichkeit hieß der Kapitän des Eisbrechers *Krasin* Karl Pavlovič Eggi. Die "Krasin" trug entscheidend zur Rettung der in Not geratenen Nobile-Expedition bei. Weltweit wurde das Engagement gelobt, und der mangelnde Eisatz des Mussolini-Regimes verurteilt. In Italien wurde Nobile wegen seiner angeblich egoistischen Haltung bei der Rettung kritisiert und als General degradiert, 1931 wurde er dafür als Gast in der Sowjetunion empfangen, wo er bis 1936 blieb.

Ebenfalls am 15.5.1931 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, eine Mannschaft aus 50 Sportlern zur Spartakiade zu entsenden.[50] Die 2. Spartakiade, eine internationale kommunistische Gegenveranstaltung zur Olympiade war für Juli 1931 in Berlin angesetzt, wurde jedoch verboten und musste nach Moskau ausweichen.

Am 20.6.1931 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion als Reaktion auf ein Schreiben von Handelsfunktionär German Bitker, die zuständigen Behörden aufzufordern, die Logistik der in Deutschland getätigten Bestellungen zu optimieren.[51]

Nach der Unterzeichnung eines deutsch-sowjetischen Protokolls zur Verlängerung des Berliner Vertrages am 24.6.1931 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 30.6.1931, mit der deutschen Regierung Verhandlungen über günstige Konditionen für die Einfuhr sowjetischer Waren nach Deutschland aufzunehmen. [52]

Am 5.7.1931 beschloss es, einen Auftrag an „Luftschiffbau Zeppelin" im Umfang von 4 Millionen Reichsmark für den Bau eines Zeppelins in der Sowjetunion zu vergeben.[53]

Am 10.7.1931 wurde seitens des Politbüros den Organen der OGPU untersagt, in den Diensten tätige Kommunisten zu verhaften. Ebenso gelte dies für Spezialisten. Alle von der OGPU ausgesprochenen Höchststrafen seien dem ZK vorzulegen.[54]

---

48 RGASPI, Moskau, 17/162/10, 28.
49 RGASPI, Moskau, 17/3/825, 2; 17/162/10, 45.
50 RGASPI, Moskau, 17/162/10, 43.
51 APRF, Moskau, 3/64/659, 46. Publ. in: Sevost'janov, Moskva-Berlin, II, Dok. 234.
52 APRF, Moskau, 3/64/659, 62. Publ. in: Ibid., Dok. 239.
53 RGSASPI, Moskau, 17/162/10, 110.
54 RGASPI, Moskau, 17/162/10, 108.

Dok. 263

Beschlussprotokoll der Sitzung der Politkommission des EKKI über die Lage in Deutschland und den verschärften Kampf gegen die SPD-Linke

[Moskau], 15.7.1931

Typoskript, deutsch. SAPMO-BArch, Berlin, I 6/10/40, 82; RGASPI, Moskau, 495/4/122, 2. Erstveröffentlichung.

Streng vertraulich!
Für Sondermappe!

Protokoll Nr. 155
der Sitzung der Politischen Kommission des Pol[it]-Sekr[etariates] des EKKI
am 15.VII.31

Anwesend: Pieck, Piatnitzky, Manuilski, Kuusinen, Losowski, Kun, Wassiljew, Kastanjan, Tschemodanow, Ulbricht, Smoljanski, Guttmann, Lorenz, Niederkirchner, Wiesner, Heimo.

Behandelt:

1. (2024) Meinungsaustausch über die Lage in *Deutschland*.

Berichterstatter: *Ulbricht*.[55]

Diskussionsredner: Smoljanski, Kun, Pieck, Manuilski, Guttmann, Piatnitzky, Losowski, Kuusinen.

Beschlossen:

1. a) Den Gen. Ulbricht zu beauftragen, dem ZK der KPD über den Meinungsaustausch in der Politkommission des Pol[it]- Sek[retariats] des EKKI über die Lage in Deutschland Bericht zu erstatten. Dabei soll er vor die deutschen Genossen die Frage stellen, ob sie es für zweckmässig halten, sofort zu versuchen, in den Betrieben breite Kampfausschüsse als Vertretungskörper der grossen Masse der Arbeiterschaft zu schaffen,[56] sowie auch Kampfausschüsse der Erwerbslosen, der Landarbeiter und der armen Bauern – auf Grund des Programms der KPD zur nationalen und sozialen

---

55 Der Bericht liegt nicht bei.

56 Die Kampfausschüsse galten in der Komintern als besonderes „Steckenpferd" Ulbrichts. Bis 1928/1929 wurde er deswegen noch scharf kritisiert (siehe del Amo/Bahne/Bayerlein: Archives de Jules Humbert-Droz, III, S. 106–109 u.a.). Die angesichts der bisherigen Zurückhaltung nun deutliche Radikalisierung der Kominternpositionen lässt sich aus der durch die Bankenkrise (Skandal und Zusammenbruch der Danat-Bank) verschärften Wirtschaftskrise erklären; gleichwohl lehnte es die Komintern weiterhin ab, von einer (vor-)revolutionären Situation in Deutschland zu sprechen. Die Entschlossenheit Remmeles und Neumanns, den Nationalsozialisten mit dem Roten Volksentscheid zuvorzukommen (siehe das folgende Dokument vom gleichen Tag, Dok. 264) kann als Antwort auf

Befreiung des deutschen Volkes,[57] unter gleichzeitigem Appell an die sozialdemokratischen Arbeiter zu gemeinsamem Auftreten der Arbeiterklasse auf der Grundlage dieses Programms, das den einzigen Ausweg aus der Lage bildet und dessen Durchführung nur von der Arbeiterklasse selbst abhängig ist.

Ferner soll der Gen. Ulbricht die Frage der Notwendigkeit des verstärkten Kampfes gegen die linke Sozialdemokratie vor das ZK der KPD stellen.

Die wichtigste Aufgabe der Gesamtpartei ist die Entfaltung einer gewaltigen Aktivität in den Betrieben.

Das ZK der KPD aufzufordern, eine vorherige Beratung und Vereinbarung der Losungen, die die einzelnen Mitglieder der Parteileitung aufstellen, im Polbüro sicherzustellen.

Das ZK der KPD wird gebeten, falls in den nächsten Tagen in der Lage in Deutschland Neues von besonders grosser Bedeutung eintritt, sofort einen Vertreter des ZK nach Moskau zu entsenden, um über die Lage mit dem EKKI zu beraten. [...][58]

c) Nach dem Eintreffen der Materialien aus Deutschland soll die Frage der Stellungnahme der KPD gegenüber der linken Sozialdemokratie nochmals in der Politkommission behandelt werden.[59]

d) Die zur Frage des Hoover-Planes eingesetzte Kommission[60] soll durch die Gen. Manuilski und Kuusinen ergänzt werden und wird beauftragt, sich mit der Entwicklung der Lage in Deutschland zu beschäftigen.

Sekretär des EKKI: /Piatnitzky/.[61]

---

diese Zuspitzung gesehen werden. Zu den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise siehe: Winkler: Weimar, S. 408ff.

57 Gemeint ist die Programmerklärung (siehe Dok. 245).

58 Punkt 1b) behandelt die KP Frankreichs und die KP der Tschechoslowakei.

59 Das ZK der KPD schwenkte auch auf diese Linie ein. Am 17.7.1933 signalisierte es „volle(r) Übereinstimmung mit Eurer Auffassung“, die linke Sozialdemokratie als gefährlichsten Feind zu deklarieren. Siehe Dok. 265.

60 Als Reaktion auf die verheerende wirtschaftliche und finanzielle Situation vor allem Deutschlands wurde am 6.7.1931 der Hoover-Plan angenommen, der ein einjähriges Moratorium für die deutschen Reparationszahlungen vorsah. Der Plan war ein Schritt zur völligen Aufhebung des Young-Plans. 1932 brachte dann das faktische Ende der Reparationen.

61 Pieck setzte seine Unterschrift unter die Pjatnitzkis.

Dok. 264

„Sekretariatsbrief“ Neumanns an Pieck über die Teilnahme der KPD am „roten Referendum“ für den Volksentscheid zur Auflösung des Preußischen Landtags

Berlin, 15.7.1931

RGASPI, Moskau, 495/292/56, 116–117. Typoskript in deutscher Sprache publ. in: Mevius: New Documents, S. 74–76.[62]

[Handschrift Ernst Thälmanns:] Frage, ob für Volksentscheid Auflösung Preuß[ischer] Landtag[63]
Berlin, den 15. Juli 1931[64]

Lieber Wilhelm!
Wir halten es für notwendig, Dich, vorläufig, nur zur deiner persönlichen Information und für die leitenden Genossen des EKKI über folgende Frage in Kenntnis zu setzen, die wir in der Polbürositzung am Freitag[65] behandeln werden:[66]

Am 9. August findet bekanntlich der Volksentscheid über die Auflösung des Preussischen Landtags statt. Unsere endgültige Stellungnahme dazu ist erforderlich. Es besteht bei uns – in ganz unverbindlichen Vorbesprechungen – die Meinung, daß es zweckmäßig sein kann, als Kommunistische Partei die Parole der Einzeichnung im Volksentscheid für die Auflösung des Preussischen Landtages abzugeben. Für diesen

62 Bei Hoppe (In Stalins Gefolgschaft, S. 208f.) bleibt unerwähnt, dass der Brief bereits von Martin Mevius publiziert wurde.

63 Im Januar 1931 hatten Rechtsparteien und Nationalsozialisten die Einleitung einer Volksabstimmung für die Auflösung des preußischen Landtags und damit den Sturz der sozialdemokratischen Koalitionsregierung gefordert. Eine mehrheitliche Reichstagsabstimmung im April machte den Weg zur Voksabstimung frei, die am 9.8.1931 stattfand. Der in letzter Minute seitens der Komintern ausgebübte Druck brachte die KPD dazu, am Plebiszit teilzunehmen, und zwar unter dem Zeichen eines “roten Volksentscheids“, der ausdrücklich gegen die SPD gerichtet war. Die KPD stellte sich an die Seite der NSDAP mit dem Ziel der Entmachtung der Sozialdemokratie. Dieser Höhepunkt der “Sozialfaschismus“-Politik erbrachte mit 9, 8 Millionen Stimmen jedoch nicht den erforderlichen Stimmenanteil von 13, 4 % (zum “Roten Volksentschied“ siehe: Weingartner: Stalin und der Aufstieg Hitlers, S. 85ff.; Winkler: Der Weg in die Katastrophe, S. 385–391).

64 Die Autorenschaft des Briefes kann Heinz Neumann und vermutlich auch Hermann Remmele zugeschrieben werden (siehe hierzu: Mevius: New Documents, S. 74, Fn. 11; Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 209).

65 Die Polbürositzung fand am 17. Juli 1931 statt.

66 Hoppe unterstreicht, dass der Sekretariatsbrief hinter dem Rücken Thälmanns verfasst worden sei (Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 208), um Fakten zu schaffen im Sinne einer Beteiligung der KPD am Volksentscheid.

Schritt, dessen außerordentliche politische Bedeutung auf der Hand liegt, würden folgen Gesichtspunkte sprechen:[67]

Die erforderliche Stimmenzahl zur Auflösung des Landtags beträgt etwa 13 Millionen. Falls wir die Einrechnungsparole ausgeben, wäre der Erfolg des Volksentscheids nach allen rechnerischen Grundlagen gesichert. Die Rechtsparteien erhielten bei ihrem Volksbegehren etwa 6 Millionen. Sie werden bei der jetzigen Verschärfung der Lage mindestens 9 bis 10 Millionen aufbringen. Da es sich diesmal nicht um Listeneinzeichnung, sondern einmalige Stimmenabgabe handelt. Wir werden zweifellos bei unserem heutigen Einfluß in Preussen etwa 4 Millionen aufbringen. Annahme des Volksentscheids bedeutet Neuwahlen in Preussen für Ende Oktober. Es bestehen große Aussichten, daß die KPD dabei zur stärksten Partei wird, sowohl die Sozialdemokratie schlägt als auch mit allergrößter Wahrscheinlichkeit die Nazis, deren Hauptstürmgebiete (Bayern, Baden, Sachsen, Thüringen, Braunschweig, Mecklenburg, Oldenburg usw.) am Preussenkampf nicht teilnehmen.[68]

Wir dagegen setzen alle unsere Hochburgen mit Ausnahme Hamburgs und der süddeutschen Industriezentren, vor allem Berlin, Mitteldeutschland, Ruhrgebiet, Niederrhein, Oberschlesien usw. in den Wahlkampf ein. Es hätte eine ungeheure Bedeutung wenn wir im entscheidenden Lande Deutschlands die stärkste Partei werden. Noch viel wichtiger als diese statistische Seite wäre aber die durch Neuwahlen in Preussen entstehende Verschärfung der Gesamtsituation, und die Möglichkeit, den preussischen Regierungs- und Polizeiapparat, das stärkste Bollwerk der Sozialdemokratie, den stärksten Stützpfeiler des Brüning-Systems zu zertrümmern. Gewiß hätten wir auch bei den ordnungsmäßig im nächsten Frühjahr rechnerisch dieselben oder noch bessere Aussichten, in Preussen an die Spitze zu gelangen. Aber welcher Teufel garantiert uns, daß wir dann noch unter dem jetzigen Wahlrecht stehen werden?

Der hier angedeutete Schritt hätte natürlich wie jeder große politische Schritt auch negative Seiten. Die SPD und die Brandleristen würden ein furchtbares Geschrei über „Einheitsfront von Nazis und Kozis“ anstimmen. Aber dieses Geschrei hören wir seit unserem Freiheitsprogramm täglich, ohne daß es die Krise der SPD aufhalten

---

67 Nach der neueren Dokumentenlage wird, was die Beteiligung der KPD am Volksentscheid angeht, eine dreistufige Entscheidungskette erkennbar: Ein erster Vorschlag (von Remmele) zielte darauf ab, seitens der KPD dem NS-Volksbegehren durch einen „roten Volksentscheid“ zuvorzukommen, ein zweiter Vorschlag (maßgeblich von Neumann) sprach sich für eine Beteiligung am Volksentscheid aus, wozu jedoch das Votum der Mitglieder des Polbüros abgewartet werden sollte (der „Sekretariatsbrief“ die Verantwortung der Komintern (bzw. Stalins). Als schließlich die Mitglieder des Polbüros einhellig eine Beteiligung ablehnten, traf wenig später die Entscheidung Stalins und der Komintern-Leitungsgremien ein, doch teilzunehmen. In allen Fällen sprach sich Thälmann dagegen aus. Neumann wurde nun vorgeworfen, das Vertrauen Thälmanns missbraucht zu haben, indem er sich nicht an die Absprache hielt, nicht über das Thema zu sprechen, solange das Politbüro keine Entscheidung getroffen hatte. Vgl. hierzu: Weingartner: Stalin und der Aufstieg Hitlers, S. 85ff.; Winkler: Der Weg in die Katastrophe, S. 385–391.

68 Sowohl das Ergebnis des Volksentscheids als auch das der nächsten Landtagswahlen Anfang 1932 entsprachen keineswegs diesen Erwartungen.

kann. Entscheidend sind die objektiven Tatsachen, die tatsächlichen Resultate eine solchen Schritts: die Zerschlagung des sozialfaschistischen Bollwerks in Preussen und die Möglichkeit, noch einmal in einem „freien" Wahlkampf unter größter Ausnützung der Legalität unser gewaltiges Wachstum seit dem 14. September zu demonstrieren, stärkste Partei in Preussen zu werden.[69]

Das Geschrei der Sozialdemokraten wird überhaupt nur so lange einen Wiederhall [sic] finden, bis der Wahlkampf eröffnet ist, d. h. ein paar Wochen. Dann treten die entscheidenden politischen Fragen in den Vordergrund, dann gibt es Wahlversammlungen im ganzen Land, aber keine Diskussion darüber, wer an den Neuwahlen „Schuld hat".

Es war selbstverständlich richtig, daß wir beim ersten Volksbegehren die Parole der Nichtbeteiligung herausgaben. Dieses Volksbegehren war eine direkte Stahlhelminitiative, ein Werkzeug der faschistischen Massenmobilisierung, das mit Einzeichnung in die von Stahlhelm als private Organisation ausgelegte Liste verbunden war. Diesmal wird der Volksentscheid nicht von faschistischen Organisationen sondern offiziell von der Preussenregierung ausgeschrieben und dreht sich um die objektive Entscheidung: „Der preussische Landtag ist aufzulösen." Entspricht diese Formel, entspricht ihr Inhalt den Klasseninteressen des Proletariats – ohne Rücksicht auf die Veranstalter des früheren Volksbegehrens? Zweifellos entspricht sie unseren Klasseninteressen, umsomehr als die Krise, das Mißtrauen, die allgemeine Erschütterung dadurch in allerstärkster Weise gesteigert wird.

Anderseits bringt uns die Nein-Parole objektiv in eine Reihe mit dem Zentrum, der Staatspartei und der SPD, mit den Verteidigern der reaktionären Preussenregierung. Haben wir Grund, eine solche Position zu beziehen? Keinesfalls!

Falls wir einen solchen Schritt der Teilnahme am Volksentscheid tun, müssen wir ihn natürlich – bei aller Kürze der vorhandenen Zeit – wirksam und sorgfältig im Hinblick auf die sozialdemokratischen Arbeiter vorbereiten, damit die Massen unsere Handlung verstehen.

Wir müssen ausgehen von den Schandtaten Severings: Verbot des Roten Frontkämpferbundes, Verbot der Spartakiade, Zeitungsverbote, Versammlungsverbote, Polizeibrutalitäten, Handhabung der reaktionären Notverordnung usw.,[70] vor allen Dingen die Förderung und Züchtung der Faschisten durch den Severing-Kurs, die preussische Polizei, die preussische Klassenjustiz.[71] Wir müssen sagen, daß die Auf-

69 Die KPD erreichte in Preußen, für dessen Untergang als parlamentarischer Teilstaat sie selbst mitverantwortlich war, maximal 11,2 % bei den Provinziallandtagen (1930–1933) und 12,8–13,2% bei den Landtagswahlen.

70 Die Notverordnungen waren ein zentraler Gesetzeshebel der semipräsidiellen Weimarer Reichsverfassung (Artikel 48), der für angebliche Notfallsituationen die Ausschaltung des Parlaments und die nur noch vom Reichspräsidenten zu genehmigende Durchsetzung der Exekutivgewalt im Krisenfall ermöglichte.

71 Bezug zum Verbot des Roten Frontkämpferbundes, der Spartakiade sowie zahlreichen Zeitungs- und Versammlungsverboten durch den preußischen Innenminister.

rechterhaltung der Preussenregierung eine direkte Stütze für den Faschismus bedeutet. Wir müssen die Auflösung des Landtages als Entfesselung des Massenkampfes im ganzen Lande sowohl gegen Stahlhelm und Nazis als auch gegen den Severing-Kurs proklamieren. Außerdem müßten sich übertretende sozialdemokratische Arbeiter selbst dafür aussprechen.

Dies alles betrifft nicht mehr die prinzipielle Frage, sondern nur die Art der geschickten Durchführung und Einheitsfront mit sozialdemokratischen Arbeitern gegen den Faschismus.

Wir teilen Dir diese Auffassung zunächst unverbindlich mit und bitten Dich, vorbereitend mit den Genossen Manuilski, Knorin und Pjatnitzki darüber zu sprechen, vielleicht auch die Meinung der Genossen des Politbüros einzuholen, ohne daß eine offizielle Beschlußfassung oder Stellungnahme des EKKI erforderlich wäre, bevor die Auffassung unseres deutschen Polbüros vorliegt. Falls bei uns eine einheitliche Meinung im angedeuteten Sinne entstehen sollte, würden wir die Exekutive um die Erlaubnis ersuchen, den angedeuteten Schritt zu vollziehen. Ohne diese Erlaubnis werden wir selbstverständlich nichts unternehmen.

Wir werden in den nächsten Tagen telefonisch und telegrafisch mit Dir noch über die weiteren Einzelheiten dieser Frage in Verbindung treten.

Mit bestem Gruss
Sekretariat

Dok. 265

Brief Piecks an Pjatnitzki über die Haltung der KPD zur linken Sozialdemokratie

[Moskau], 17.7.1931

Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau, 495/293/120, 25. Erstveröffentlichung.

den 17.7.1931
Gen. Piatnitzki
Manuilski
Kuusinen

Werter Genosse!
Ich erhielt heute folgendes Telegramm vom Sekretariat des ZK der KPD:

„In Frage linke Sozialdemokratie volle Uebereinstimmung mit Eurer Auffassung. Verweisen auf Pflichtartikel in allen Parteizeitungen. Der gefährlichste Feind in der Arbeiterklasse linke SPD als Hauptfeind in gegenwärtiger Periode. Veröffentlicht als

offizielle Stellungnahme in allen Zeitungen von Sonntag und Dienstag. Informiere alle Freunde. Sekretariat.“[72]



Am 18.7.1931 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion eine Reihe von Maßnahmen in Verbindung mit der Finanzkrise in Deutschland, die sowohl die Erfüllung sowjetischer Bestellungen, als auch den Absatz sowjetischer Waren in Deutschland sicherstellen sollten.[73]

Dok. 266

Brief Wilhelm Piecks an das ZK-Sekretariat der KPD zur Übermittlung der Instruktion seitens führender russischer Genossen zur unbedingten Teilnahme am preußischen Volksentscheid

[Moskau], 20.7.1931

Typoskript, deutsch. SAPMO-BArch, Berlin, I 6/3/219, 68–70; RGASPI, Moskau, 495/292/54, 180–181. In russischer Sprache publ. in: Gincberg: Politsekretariat IKKI trebuet, S. 157f. In deutscher Sprache publ. in: Mevius: New Documents, S. 77–78.

20. Juli 1931

Liebe Freunde!

Betr.: Volksentscheid über die Auflösung des Preuss. Landtages

In der Frage, ob sich die Partei an dem Volksentscheid über Auflösung des preuss[ischen] Landtages beteiligen soll oder nicht, ist hier unter den führenden Genossen nicht nur der Komintern, sondern auch der Partei[74] die einmütige Auffassung vorhanden, daß die Partei sich unbedingt an der Abstimmung beteiligen muß, natürlich für die Auflösung. Die Begründung für diese Stellungnahme entspricht ungefähr den in Eurem Sekretariatsbrief an mich niedergelegten Auffassungen.

Zuerst waren allerdings bei einigen russischen Genossen andere Auffassungen vorhanden, die sie aber nach Rücksprache mit den führenden Genossen der Partei aufgegeben haben. Leider lag die Begründung für den Beschluß des Polbüros nicht

72 Als Vorlauf zu diesem Beschluss, mit dem die zeitweise Mäßigung in dieser Frage wieder rückgängig gemacht wurde, hatte die Kominternspitze einen Beschluss des Polbüros der KPD vom Juni 1931 moniert, und „in der Frage des Verhältnisses zur ‚linken‘ Sozialdemokratie“ ihrer Meinung zufolge eine „Auslassung der Notwendigkeit ihrer Bekämpfung“ festgestellt (siehe Dok. 272).

73 APRF, Moskau, 3/64/659, 93–93v. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, II, Dok. 242.

74 In seinen Notizen über ein Telefonat mit Flieg in dieser Sache notierte Pieck am 20.7.1931: „ja, auch an anderer Stelle (Stalin) (Molotov)“ (RGASPI 495/292/54, 342f., zit. in Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 211) .

vor, während für den gegenteiligen Standpunkt in dem Sekretariatsbrief eine sehr gute Begründung gegeben wurde. Ich habe trotzdem versucht, die wahrscheinlichen Gründe, die für den Beschluß des Polbüros maßgebend waren, den Genossen vorzutragen, wobei ich besonders hervorgehoben habe, daß wir in dieser Zeit, wo wir die besten Anknüpfungspunkte an die sozialdemokratischen Arbeiter haben, nichts unternehmen dürfen, was diese Beziehungen etwa wieder zerstört. Das würde zweifellos bis zu einem gewissen Grade durch die Beteiligung an dem Volksentscheid eintreten, wo wir parallel mit den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten die Entscheidung herbeiführen. Wenn auch die Preussenregierung durch ihre Handlungen uns genügend Material gibt, den sozialdemokratischen Arbeitern begreiflich zu machen, daß diese Regierung sich in keiner Weise unterscheidet von der Brüning-Regierung oder einer Rechtsregierung, so werden doch die sozialdemokratischen Arbeiter immer in erster Linie die Tatsache sehen, daß wir mit den Rechtsparteien zusammengehen. Wäre es uns bisher gelungen, den sozialdemokratischen Arbeitern eine solche Strategie verständlich zu machen, dann könnten wir mit ihnen noch andere Kämpfe gemeinsam durchführen. Aber diese und andere Gründe wurden von den Gen. nicht anerkannt, weil sie die Tatsache in der Vordergrund stellten, daß wir in dieser Zeit, wo die Faschisten die stärkste Agitation zum Sturz der Preussenregierung unternehmen, uns nicht bei der Wahl der Stimme enthalten können. Wenn wir auch agitatorisch den Kampf gegen die Preussenregierung führen, so wird bei den Massen, die von den Rechtsparteien beeinflußt werden, der Eindruck entstehen, dass wir es mit diesem Kampf nicht ernst meinen. Wir müssen aber auch diesen Teil der Massen für uns gewinnen.

Wie wir beim Youngplan erst hinterher den Faschisten durch unser Befreiungsprogramm den Wind aus den Segeln genommen haben, so dürfen wir es nicht darauf ankommen lassen, daß wir beim Kampf gegen die Preussenregierung in eine ähnliche Situation hineingeraten. Beim Volksbegehren war die Zurückhaltung der Partei noch verständlich, weil es sich dabei zunächst nur darum handelte, den Volksentscheid herbeizuführen. Aber bei dem Volksentscheid selbst, wo die Regierung in ihrer Formulierung die Frage stellt, muß die Partei an der Entscheidung über diese Frage teilnehmen.

Der arbeiterfeindliche und konterrevolutionäre Charakter der Preussenregierung ist offensichtlich genug, daß es uns nicht allzu viel Mühe kosten wird, den Arbeitern verständlich zu machen, daß ihr Sturz von den Kommunisten unbedingt herbeigeführt werden muß.

Es sind noch eine Reihe sehr triftiger Gründe von den Genossen für die Beteiligung angeführt worden. Ich will sie hier nicht wiederholen. Peinlich an der ganzen Angelegenheit ist nur, daß Ihr die Entscheidung über diese Frage nicht erst vor die Politkommission der Komintern gebracht habt, und dadurch hätte vermieden werden können, daß solche gegensätzlichen Auffassungen zwischen Euch und den russi-

schen Gen. entstanden. Aber hoffentlich ist es Euch doch gelungen, zu vermeiden, daß das nach außen hin bemerkt wurde.[75]

Ich muß Euch offen sagen, daß ich eigentlich froh war, als ich den Sekretariatsbrief bekam,[76] in dem in Aussicht gestellt wurde, daß die Mehrheit der Genossen für die Beteiligung sein würde, dabei habe ich den Genossen hier auch die Schattenseiten einer solchen Stellungnahme vor Augen geführt und es wird auch von den Genossen offen anerkannt, daß die Beteiligung am Volksentscheid mancherlei Schwierigkeiten bringt, die aber bei einem guten Tempo der Arbeit der Partei in den Betrieben und den Gewerkschaften schnell überwunden werden können. Die weitere Entwicklung wird der Partei durchaus Recht geben, daß sie so entschieden hat und ohne Rücksicht auf das Geschrei der Sozialdemokraten, daß die Kommunisten mit den Faschisten zusammengehen, den Sturz der Preussenregierung herbeiführt.

Ich habe nur das eine Bedenken, daß unter Umständen doch nicht die 13 Millionen Stimmen herauskommen und die Neuwahl des Landtags nicht erfolgt. Dann kämen wir um den eigentlichen Effekt, der uns auch helfen wird, die anfänglichen Schwierigkeiten zu überwinden. [...]

Dok. 267

Aus einem Brief Remmeles (Ps. „Herzen“) an die Kommission zur Untersuchung der Fraktionsarbeit in der KPD über die Hintergründe des Volksentscheids gegen die preußische Regierung

[Moskau], 2.8.1933

SAPMO-BArch, Berlin, 5/1 6/3/469, 10–27, hier: 25–27. In deutscher Sprache publ. in: Mevius: New Documents, S. 80–81.

An die Kommission zur Untersuchung der Fraktionsarbeit in der K.P.D. Von Herzen [d.i. Hermann Remmele]

Fuenftens: „*Widerstand gegen den Preussen-Volksentscheid*“.

In der Resolution des ZK heisst es ueber die Fehler der Neumann-Gruppe:[77] „*Unternommen wurde Widerstand gegen den Preussen-Volksentscheid usw*“. Auch diese

---

75 Thälmann selbst hatte seine ablehnende Haltung gegenüber einer Teilnahme am Volksentscheid nicht eindeutig gegenüber den verantwortlichen Kominternfunktionären bekundet.

76 Zum Sekretariatsbrief siehe Dok. 264.

77 In der Resolution des ZK der KPD “Zur Lage und den nächsten Aufgaben“ vom Mai 1933 hiess es: „Wenn auch der rechte Opportunismus die Hauptgefahr in der Durchsetzung der Generallinie der Partei bildet, so muß daneben mit Nachdruck hingewiesen werden auf den “links” maskierten Opportunismus, wie er in aller Klarheit nicht nur im Merkerschen Sektierertum (Theorie der “kleinen

Behauptung ist wieder [sic] besseres Wissen von den Verfassern in der Resolution gemacht worden. Der Sachverhalt war der. Als in der nationalsozialistischen Presse die Diskussion ueber ein Volksbegehren und Volksentscheid gegen die Preussen-Regierung begann (damals stand noch nicht fest, wer das Begehren einleiten wuerde, NSDAP oder Stahlhelm), machte ich im Sekretariat den Vorschlag,[78] dass wir der Reaktion zuvorkommen sollten und von uns aus ein solches Volksbegehren einleiten sollten. Gegen diesen Vorschlag wendete sich Gen. Th[älmann] mit der Begruendung, dass wir nicht die Stimmzahl aufbringen wuerden, die notwendig ist und vor allem, dass wir damit alle SPD-Arbeiter gegen uns bekommen wuerden und eine erfolgreiche Anwendung der Einheitsfront nicht mehr moeglich sei. Darauf wurde ueber diese Frage vor und waehrend des Volksbegehrens (das dem Volksentscheid vorausgeht) nicht mehr gesprochen. Unsere Presse nahm Stellung gegen das Volksbegehren des Stahlhelms und forderte unsere Anhaenger auf, sich nicht daran zu beteiligen.

Als es dann zum Volksentscheid kam, machte Neumann den Vorschlag, wir sollten uns an dem Volksentscheid des Stahlhelms beteiligen. Ich war einverstanden, trotzdem das jetzt schwerer [wog?] als wie wenn wir diesen selbst eingeleitet haetten. Genosse Th[älmann] war gegen diesen Vorschlag mit der gleichen Begruendung wie frueher, dass das die Einheitsfront mit den SPD-Arbeitern behindere. Nach langem Hin und Her einigten wir uns, den Vorschlag dem Polbuero zu unterbreiten, ohne das wir zuvor selbst unsere Meinung dazu sagen, um zu hoeren, wie besonders die PB-Mitglieder aus der Provinz zu diesem Vorschlag stehen. Im Polbuero sprachen alle Mitglieder gegen diesen Vorschlag (Ulbricht, Schubert, Schulte, Kaspar [d.i. Willy Kasper], Heil [d.i. Wilhelm Hein] usw.), worauf festgestellt wurde, dass wir uns nicht beteiligen sollen. Ein oder zwei Tage nach dieser Sitzung kam ein Telegramm von der Komintern, dass wir uns unbedingt an dem Volksentscheid beteiligen sollen.[79] Darauf wurde im Sekretariat beschlossen, dass sofort alle Massnahmen zur Aktion der Beteiligung durchzufuehren sind. Als wir diese Massnahmen im ZK-Apparat durchfuehren wollten, wendete sich der Leiter der Agitprop, Gen. Lenz [d.i. Josef Winternitz], sehr scharf gegen Beteiligung. Er schrieb an das Sekretariat einen Brief, in dem er erklaerte, dass er die Arbeiten dem Agitprop fuer den Volksentscheid nicht durch-

Zörgiebel") zum Ausdruck kam, sondern vor allem 1931 von der Neumann-Gruppe in Widerspruch zu den Beschlüssen des ZK als offener Angriff auf den Parteiführer Thälmann unternommen wurde (Widerstand gegen den Preußen-Volksentscheid, Losungen der Neumann-Gruppe: Zertrümmert den ADGB, Beitragssperre, „keine Angst bei Gründung roter Verbände" usw.). Hinzu kommt noch die hemmende Rolle der Neumann-Gruppe, die in der ideologischen Massenoffensive gegen den Faschismus durch Theorien über die Unvermeidlichkeit der faschistischen Diktatur, Losungen wie „Schlagt die Faschisten…", durch Spekulationen auf Niederlagen der Partei in den Wahlkämpfen und durch aktiven Widerstand gegen die vom Genossen Thälmann geführte ideologische Offensive der Partei immer wieder Hemmungen bereitete, rückständige Stimmungen der Peripherie der Partei und des Kleinbürgertums zum Ausdruck brachte (publ. in: Dokumente des ZK der KPD 1933–1945, S. 32-39).

78 Demnach war es nicht einmal Neumann, der in der Literatur bisher als der eigentliche Urheber gilt.

79 Siehe den Brief Piecks Dok. 266, der dies unterlegt.

fuehren koenne, da diese Aktion falsch sei und er nichts mit ihr zu tun haben wolle. Genosse Th[älmann] beteiligte sich auch nicht an der Aktion, er ging auf Wochen nach Hamburg und hielt auch keine Versammlungen ab zum Volksentscheid, sodass auf meiner Versammlungstour Bezirkssekretaere mich befragten, ob es wahr sei, dass Th. gegen die Beteiligung waere, was ich natuerlich bestritt. Bezeichnend fuer die genannte Behauptung ist, dass die Genossen, die sich seinerzeit gegen die Beteiligung am Volksentscheid einsetzten, heute gegen mich den Vorwurf erheben, dass ich Widerstand gegen die Durchfuehrung des Volksentscheides geleistet haette. Auch gegen diesen Vorwurf kann ich mich nicht anders zur Wehr setzten, als der Kommission[80] den wahren Sachverhalt der damaligen Vorgaenge mitzuteilen.
[…]

Dok. 268

Geheimer Maßnahmenkatalog der Komintern über die Konspiration und den Kampf „gegen Provokation und Verrätertum“

[Moskau], [28.7.1931][81]

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau 495/25/176, 51–54. Erstveröffentlichung.

Geheim.
Fragen der Konspiration und der Kampf gegen Provokation und Verrat.
I. In einer ganzen Reihe von Sektionen ist es um die Konspiration sehr schlecht bestellt.[82] Grobe Verletzungen der Grundregeln der Konspiration wiederholen sich ständig aufs Neue.[83] […]

80 Es handelt sich um die Kommission zur Untersuchung der Fraktionsarbeit in der KPD.
81 Nicht spezifizierte Vorlage, vermutlich des Politsekretariats des EKKI, ohne Datum. Registrationsvermerk vom 28.7.1931.
82 Es wird zwar keine kommunistische Partei explizit aufgeführt, die Maßnahmen zielten jedoch gerade auch auf die KPD. Die Gestapo selbst sah in den V-Männern von ehemaligen und noch aktiven Kommunisten ihre wichtigste Quelle, die in der KPD im Vergleich zu den anderen linken Organisationen besonders hoch gewesen ist (Grundmann: Der Geheimapparat der KPD, S. 95–99). 1930 wurden 70 NS- und Polizeispitzel, allein im Januar/Februar 1931 wurden weitere 6 NS-Spitzel enttarnt, für 1937 bspw. ca. 25 nachgewiesen (Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst der KPD, S. 255). Seit 1919 gab die KPD-Zentrale sog. Spitzel-Almanache heraus, die den Fahndungsbüchern der Polizei nachempfunden waren (letztmals für 1930/1931), seit 1924 sog. von der MP-Abteilung herausgegebene Evidenzlisten, die die Namen und Fotos der enttarnten Spitzel, Denunzianten und sonstiger „Parteischädlinge“ enthielten (Ibid., S. 134–135, 283f.; der Almanach 1925 in: Staatsbibliothek zu Berlin, Fc 8061/415).
83 1932 denunzierte ein ehemaliger Komintern-Sekretär scharf das Ausmass der polizeilichen Infiltration der KPD, die viel stärker war, als in den von der KPD gerade deshalb ins Visier genommenene

II. Alle Sektionen werden verpflichtet, auf Basis ihrer Erfahrungen sowie der anderer Sektionen Maßnahmen zum Kampf gegen Nicht-Konspirativität, Verrat und Provokation zu ergreifen, wobei als Grundlage folgende Punkte aufgestellt werden müssen:

1. Der Kampf gegen alle Erscheinungen von Nicht-Konspirativität, vor allem gegen Geschwätzigkeit, muss verstärkt werden; der Sicherheit von [konspirativen] Treffpunkten und Adressen muss mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden; in der Korrespondenz dürfen schlechte Chiffren, allgemein bekannte Methoden der chemischen Schrift in konspirativen Fragen, usw. nicht zur Verwendung kommen.

2. Die Anzahl der Untergrundverbindungen von verantwortlichen leitenden Parteiarbeitern muss auf ein notwendiges Minimum gesenkt werden.

3. Über die Untergrunddruckereien darf nur eine begrenzte Personanzahl (1–2) informiert sein. Sollte mehr als das notwendige Minimum von den Untergrunddruckereien wissen, so muss der Standort dieser Druckereien unverzüglich geändert werden.

4. Es ist unerlässlich, den Parteiapparat im Untergrund zu überprüfen sowie durch bewährte und ausreichend überprüfte Genossen zu verstärken.

5. Eine größere Vorsicht bei der Auswahl von Parteiarbeitern bei der Kommandierung von Genossen in die Parteischulen ist notwendig.

6. Die Apparate zur Durchführung des Grenztransfers von Parteiarbeitern müssen dort, wo sie zu aufgebläht sind (bspw. [in] Finnland, Lettland), reduziert werden.

7. Der Grenztransfer von Genossen, die aus politischen Gründen ins Ausland emigrieren, muss von den Routen, auf denen Parteiarbeiter ins Ausland fahren, separiert werden.

8. Die Verantwortung sowohl für die Organisierung von Transporten [von Gütern], als auch für den Transfer von Parteiarbeitern über die Grenze, muss einzelnen Genossen übertragen werden.

9. Den Politemigranten unter den Parteimitgliedern ist das Führen von Korrespondenz mit Parteimitgliedern und Jungkommunisten, die in ihrem Heimatland leben, wie auch generell private Korrespondenz zu Parteiangelegenheiten, zu untersagen.

10. Entsprechende Maßnahmen sind durchzuführen, damit verdächtige Personen, die aus dem Ausland [in die Sowjetunion] kommen, sich nicht in Moskau, Leningrad oder dem Grenzgebiet niederlassen können.

---

kleineren linken Parteien und Organisationen. Alfred Kattner, der technische Sekretär des ZK und vermutlich auch Wilhelm Hein, Kandidat des Politbüros, arbeiteten 1933 im unmitelbaren Umkreis Thälmanns. Allerdings meint Peukert: „Die schon von Zeitgenossen oft kolportierte Auffassung, die KPD sei mit Spitzeln und Verrätern durchsetzt gewesen, ist in dieser Allgemeinheit unzutreffend." (siehe u.a.: Gerhard Jahn (Hrsg.): Herbert Wehner: Zeugnis, Köln, Kiepenheuer & Witsch, 1982, S. 144ff.; Bahne: Die KPD und das Ende von Weimar, S. 43; Detlev Peukert: Die Kommunistische Partei Deutschlands im Widerstand: Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933–1945, Wuppertal, Hammer, 1980, S. 96, 124ff.; Helmuth Warnke: „Bloß keine Fahnen". Auskünfte über schwierige Zeiten 1923–1954, Hamburg, VSA, 1988, S. 41).

11. Besondere Instruktionen sind auszuarbeiten zur besseren Durchführung der Konspiration in der M-L-Schule,[84] in der KUNMZ, LOKUMNZ[85] und KUTV.[86]

12. Ausnahmslos alle Provokateure und Verräter sind bedingungslos aus den Parteien auszuschließen und sowohl in Freiheit als auch in der Haft zu boykottieren.

13. Alle, die ihr Einverständnis zur Mitarbeit in den Geheimpolizeien[87] gegeben haben, sind ohne das Eingehen auf die Motive, auf die sie sich berufen, bedingungslos aus der Partei auszuschließen.

14. Alle sich tarnenden Provokateure und Verräter sind unter Anwendung von Parteistrafen zur Verantwortung zu ziehen, bis hin zum Parteiausschluss.

15. Nach Enttarnung von bei der Parteiüberführung nicht enttarnten Provokateuren und Verrätern in der VKP(b) und anderen Sektionen der KI sind diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die Empfehlungen abgegeben und Angaben über Provokation und Verrat verschwiegen haben.

16. Zum Kampf gegen die Verletzung der Normen der Konspiration, gegen Provokation und Verrat müssen alle Mitglieder der Partei und des Jugendverbandes herangezogen werden. […]

17. Werden Parteimitglieder über die Schädlichkeit einer Verletzung der konspirativen Normen aufgeklärt, muss dabei betont werden, dass diejenigen, die die konspirativen Regeln verletzen, es damit der Geheimpolizei erleichtern, die Ausspähung [der Partei] zu bewerkstelligen und die Planungen der Partei aufzuspüren. […]

18. Während des Kampfes gegen Nicht-Einhaltung der Konspirativität muss zugleich auch der Kampf gegen diejenigen Genossen geführt werden, die unter dem Deckmantel der Konspiration die Parteiarbeit schwächen, häufiger die Massenarbeit verweigern und sie sogar komplett einstellen.

19. Wenn Partei- und Jugendverbandsmitglieder sowie parteilose Werktätige über den Schaden, den Provokation dem revolutionären Kampf der Arbeiterklasse zufügt, aufgeklärt werden, ist es notwendig, ein Massengefühl der Verachtung gegenüber Provokateuren und Verrätern hervorzurufen, um somit Provokateure und Spitzel nicht nur aus den Arbeiterorganisationen, sondern auch aus den Betrieben zu verjagen.

---

84 ML steht in diesem Fall für *Meždunarodnaja Leninskaja*, also „Internationale Lenin"-Schule.

85 LOKUNMZ – russische Abkürzung für: *Leningradskaja sekcija Kommunističeskogo universiteta nacional'nych men'šinstv Zapada*, die Leningrader Abteilung der Kommunistischen Universität für die nationalen Minderheiten des Westens, gegr. 1922 (finnische, lettische und estnische Sektoren der KUNMZ – russ. *Kommunističeskij universitet nacional'nych men'šinstv Zapada* (Bayerlein: Das neue Babylon, S. 250)).

86 KUTV – russ. *Kommunističeskij universitet trudjaščichsja Vostoka,* Kommunistische Universität für die Arbeiter des Ostens.

87 Hier und im weiteren Verlauf des russischen Originaldokuments werden die Geheimpolizeien mit der vorrevolutionären umgangssprachlichen Bezeichnung für die russischen Geheimpolizei, „*ochranka*", bezeichnet.

20. Wenn an einer bestimmten Stelle die Verbindung einer Organisation mit Provokateuren und ihre enge Beziehung zu Verrätern aufgedeckt wird, muss dort die Zusammensetzung der Organisation überprüft werden [...] (im äußersten Fall ist diese Organisation aufzulösen).

21. Allen Gerüchten über Provokationen muss gründlich nachgegangen werden. [...]

23. Da in den letzten Jahren im Zusammenhang mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit die Geheimdienste ihre besondere Aufmerksamkeit auf die Arbeitslosen gerichtet haben, um unter Ausnutzung ihrer schwierigen materiellen Lage in ihren Kreisen Provokateure und Spitzel anzuwerben, ist es notwendig, eine äußerste Wachsamkeit auf die Arbeitslosenarbeit zu lenken, um unter ihnen die provokatorische Tätigkeit der Geheimdienste zu entlarven.

24. Zur Selbstverteidigung gegen Provokationen und zur Entlarvung von Provokateuren und Verrätern werden alle Sektionen verpflichtet, eine Spionageabwehr aufzubauen, die in keinem Fall, sei es auch nur zur Aufklärung, Parteimitglieder in die Geheimpolizei entsenden darf. In der Regel werden in dieser Weise abkommandierte Parteimitglieder von der Atmosphäre der Geheimpolizei aufgesogen und so nach einer gewissen Zeit selbst zu Agenten der Geheimpolizei.

25. Alle Sektionen werden verpflichtet, eine Broschüre über Fragen der Konspiration, über die Verhaltensmaßregeln nach einem Parteikongress sowie über den Kampf gegen Provokation und Verrat herauszugeben. [...]



Das russische Politbüro beschloss am 28.7.1931, anlässlich der Verhandlungen mit Frankreich die Bestellungen entsprechend der mit Deutschland geschlossenen Vereinbarung abzuschließen.[88]

Am 5.8.1931 befasste sich das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion mit den sowjetischen Presseberichten zur Wirtschaftslage in Deutschland. Höchstwahrscheinclich im Zusammenhang mit laufenden Wirtschaftsverhandlungen wurde den Redaktionen von *Pravda* und *Izvestija* nahegelegt, in einem gemäßigteren Ton über die Wirtschaftslage in Deutschland zu berichten.[89] Am 15.8.1931 beschloß das Politbüro auf Bitte des Allunions-Volkswirtschaftsrats, die Verhandlungen mit dem deutschen Kali-Syndikat auf Dezember 1931 zu verschieben.[90] Am 25.8.1931 wurden Massnahmen gegen Firmen beschossen, die Nachlässigkeit gegenüber den sowjetischen Bestellungen an den Tag legten.[91] Am 10.9.1931 beschloss das Politbüro, Direktiven an die als Mitglieder der sowjetisch-deutschen Schlichtungskommission zum Handelsvertrag mit Deutschland bestallten Funktionäre zu erstellen.[92] Am 14.9.1931 erfolgt ein neuer Beschluss zu Deutschland – diesmal allerdings über aus dem Sowjetterritorium abgeschobene Deutsche, deren Gelderträge vom veräußerten Eigentum, bis auf wenige Ausnahme abgesehen, laut Beschluss einbehalten werden sollten.[93] Am 5.10.1931 wurde dieser Beschluss bestätigt.[94]

---

88 RGASPI, Moskau, 17/162/10, 131–134. Publ. in: Adibekov u.a.: Politbjuro i Evropa, S. 253–254.
89 RGASPI, Moskau, 17/162/10, 138. Publ. in: Ibid., S. 254–255.
90 RGSASPI, Moskau, 17/162/10, 161.
91 APRF, Moskau, 3/64/659, 158. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, II, Dok. 247.
92 RGASPI, Moskau, 17/162/11, 1; APRF, 3/64/660, 6. Publ. in: Ibid., Dok. 253.
93 RGASPI, Moskau, 17/162/11, 7–8; APRF, 3/64/660, 14. Publ. in: Ibid., Dok. 256.
94 RGASPI, Moskau, 17/162/11, 21.

Dok. 269

Resolution der Komintern zur Legitimierung des „Roten Volksentscheids" in Deutschland

Moskau, 16.9.1931

Typoskript[95], deutsch. RGASPI, Moskau, 495/3/284, 371–376, 382a-382e. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Dam'e/Komolova/Korčagina u.a.: Komintern protiv fašizma, S. 271–275.

Vertraulich.

16. September 1931
Resolution zur Frage über den Volksentscheid in Deutschland.[96]

Der Volksentscheid über die Auflösung des Preussischen Landtages, an dessen Spitze die SPD. steht, zeugte vom wachsenden politischen Einfluss der KPD., deckte mit grösster Schärfe das Verwachsen der SPD. mit dem bürgerlichen Staatsapparat auf und war ein weiterer Anstoss für die Verschärfung der Klassengegensätze in Deutschland. Die Volksentscheidkampagne bestätigte in vollem Umfang die Linie des XI. Plenums des EKKI., dass „der erfolgreiche Kampf gegen den Faschismus von der KP die Mobilisierung der Massen auf dem Boden der Einheitsfront von unten gegen *alle* Formen der bürgerlichen Diktatur, gegen alle ihre reaktionären Massnahmen, die der offenen faschistischen Diktatur *die Wege ebnen*, verlangt." (Thesen des XI. Plenums) Durch ihre Beteiligung am Volksentscheid hat die KPD. die *konsequente* Durchführung der Taktik „*Klasse gegen Klasse*"[97] praktisch verwirklicht, indem sie die SPD.-Theorien des „geringeren Uebels", die betrügerische sozialdemokratische Phraseologie über Kampf gegen den Faschismus entlarvte. Der gegen Faschismus und zugleich gegen die SPD. gerichtete Volksentscheid enthüllte vor den breitesten werktätigen Massen die Rolle der sozialdemokratischen Regierung Severings, als der heute wichtigsten Stütze der Brüning-Regierung, als der Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur.

Das Pol.-Sekretariat konstatiert, dass die Ergebnisse des Volksentscheids ein bedeutender Erfolg der KPD. sind.[98]

---

95 Vermerk: 8 Expl. Lo. 10076.

96 Russischer Stempel: „Endgültige Textfassung."

97 Zur 1927/1928 von Bucharin in die Komintern eingeführten und daraufhin von Stalin modifizierten Taktik Klasse-gegen-Klasse siehe: Dok. 282 u.a.

98 Statt der erforderlichen ca. 13,5 Millionen erbrachte das Ergebnis des Volksentscheids am 9.8.1931 nur 9.793.603 Ja-Stimmen, was 37,1% der Wahlberechtigten entsprach. Die Beteiligung in den KPD-Hochburgen lag dabei weit unter der Stimmenzahl von KPD und NSDAP bei den Reichstagswahlen, was darauf schließen lässt, dass gerade KPD-Wähler nicht zur Abstimmung gingen (siehe hierzu: Weber: Die Generallinie, S. 381, 382–386; Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 203–225).

Das wichtigste Resultat des Volksentscheids besteht darin, dass die *Hegemonie* in der Bewegung gegen die volksfeindliche Politik des Monopol-Kapitals in Deutschland und gegen die sozialdemokratische preussische Regierung *in den Händen der KPD*. lag. Der von den Faschisten eingeleitete Volksentscheid, die damit den demagogischen Zweck verfolgten, ihre Positionen durch ein oppositionelles Manöver zu festigen, änderte vollkommen seinen Charakter durch Einmischung der Kommunistischen Partei, die ihn zu einer Kampfwaffe gegen die demokratischen Illusionen der Massen und die Theorie des „kleineren Uebels" machte, zu einer Massenmobilisierung *gegen den Faschismus, gegen die Offensive des Kapitals auf die Lebenshaltung der werktätigen Massen, gegen die SPD.*, diese soziale Hauptstütze der deutschen Bourgeoisie in ihrem Kampf um den kapitalistischen Ausweg aus der Krise. Durch Entfaltung des revolutionären Klassenkampfes auf dem Boden konkreter Forderungen der werktätigen Massen hat es die KPD. vermocht, die Faschisten zu zwingen, ihre scheinradikale antikapitalistische und Anti-Versailles-Demagogie aufzugeben. Der kommunistischen Gefahr gegenübergestellt, haben sich die Faschisten unverzüglich offen in die gemeinsame Einheitsfront der bürgerlichen Reaktion eingereiht. Die bedeutenden Massen der kleinen Bauern und des städtischen Kleinbürgertums, die ihnen bis dahin Gefolgschaft leisteten, hatten nunmehr die Möglichkeit, sich praktisch davon zu überzeugen, dass die Faschisten eine blosse Agentur des Monopol-Kapitals sind, die KP. aber – die einzige Partei der nationalen und sozialen Befreiung Deutschlands.

Das Ergebnis des Volksentscheids in allen bedeutenden Industriebezirken Preussens zeigt, dass die KP. es verstanden hat, den parlamentarischen Illusionen in der Arbeiterklasse, die von der SPD genährt und ausgeschlachtet werden, einen ernstlichen Schlag zu versetzen.[99]

Die KP. hat es einerseits vermocht, sich über den Kopf der Faschisten hinweg an bedeutende werktätige Schichten von Stadt und Land zu wenden, andererseits, bedeutende sozialdemokratische und reformistische Gewerkschaftsmassen vom konterrevolutionären Charakter der Politik des „kleineren Uebels" zu überzeugen.

---

99 Zu diesen und ähnlichen Erklärungsversuchen kommentierte Trotzki: „Ja – als [revolutionäres] Sprungbrett wäre der Volksentscheid vollauf gerechtfertigt. Ob neben den Kommunisten auch Faschisten abstimmen oder nicht, würde jede Bedeutung verlieren in dem Augenblick, wo das Proletariat durch seinen Vorstoß die Faschisten niederwirft und die Macht in seine Hände nimmt. […] *Man muß nur die Möglichkeit haben, den Sprung tatsächlich zu machen, nicht in Worten, sondern in Wirklichkeit*. Das Problem ist also das Kräfteverhältnis. Auf die Straße gehen mit der Losung ‚Nieder mit der Brüning-Braun-Regierung!', wenn – aufgrund des Kräfteverhältnisses – diese Regierung nur durch eine Regierung Hitler-Hugenberg ersetzt werden kann, ist reines Abenteurertum. Die gleiche Parole bekommt jedoch einen völlig anderen Sinn, wenn sie zur Einleitung des unmittelbaren Kampfes des Proletariats um die Macht wird. Im ersten Falle müßten die Kommunisten den Massen als Helfershelfer der Reaktion erscheinen; im anderen würde die Frage, wie die Faschisten gestimmt haben, bevor sie vom Proletariat zerschmettert wurden, alle politische Bedeutung verlieren." (Leo Trotzki: Gegen den Nationalkommunismus:Lehren des „Roten" Volksentscheids, 25.8.1932, Berlin, A. Grylewicz, 1932. Publ. in: Id. Schriften über Deutschland, Bd. 1, S. 113ff.; https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1931/08/natkomm.htm.

Das Ultimatum der KPD. und die Antwort Severings und der SPD. hat den Arbeitern Deutschlands und darunter auch bedeutenden sozialdemokratischen Arbeiterschichten gezeigt, dass die SPD. direkt der Verbündete des Monopol-Kapitals und seiner Politik der Ausplünderung der werktätigen Massen ist, dass sie die direkte Schuld an Hunger, Elend und Erwerbslosigkeit trägt. Aus den Erfahrungen dieser Kampagne ersahen die Massen die Verteilung der Klassenkräfte und haben sich praktisch davon überzeugt, dass es ohne Isolierung der SPD. keinen siegreichen Kampf gegen den Faschismus und die Offensive des Kapitals geben kann. Dies lehrte sie die Einheitsfront Hugenberg-Severing-Seydewitz-Brandler [sic!]. Die schmählich zusammengebrochenen Versuche des Sozialfaschismus, seine „linksradikalen" Gruppen zur provokatorisch-demagogischen Ausnützung der „demokratischen" Illusion der Massen gegen die KP. zu gebrauchen, nötigten ihn zur offenen Polizeigewalt, zur Entziehung der „demokratischen" Freiheiten der Arbeiter zu greifen und damit seinen wirklichen Block mit dem Faschismus zu enthüllen. Die linken Sozialdemokraten mussten sich selber offen entlarven als Puffer zwischen KP. und sozialdemokratischen Arbeitermassen. Die Renegaten – Brandlerianer und Trotzkisten – entlarvten sich als direkte Agentur des Sozialfaschismus.

Die Bedeutung des Volksentscheids besteht darin, dass die KP. trotz des brutalsten Polizeiterrors, unter dem die Volksentscheidskampagne vor sich ging, trotz Verbots der Kommunistischen Presse, der revolutionären Versammlungen und der Demonstrationen es vermocht hat, in einer kurzen Zeit ihre Kräfte zu mobilisieren, wo durch sie einen hohen Grad von Manövrierfähigkeit gezeigt hat. Zugleich hat aber die Volksentscheidskampagne noch einmal die Hauptschwäche der KPD. in der gegenwärtigen Etappe gezeigt: Das ernstliche Zurückbleiben der Positionen der KPD. in den Betrieben hinter dem allgemeinen Wachstum der Partei. Das offenbarte sich in einer Reihe von Fällen in der bei weitem ungenügenden Abwehr der demagogischen Hetze und der Angriffe der Sozialdemokraten in den Betrieben. Die Agitationsarbeit, die infolge der überhaupt verspäteten Kampagne der KPD. für den Volksentscheid mit grosser Verspätung eingesetzt hatte, konnte sich auf kein genügend starkes Organisationssystem in den Betrieben stützen. Die ganze Volksentscheidskampagne war mit dem Kampf in den Betrieben gegen den räuberischen „Selbsthilfe"-Plan der deutschen Bourgeoisie in ungenügendem Masse verbunden.

Dies ist umso wichtiger, als die *entscheidende* Bedeutung der Volksentscheidkampagne nicht in der Abstimmung selber lag, sondern in der *ausserparlamentarischen* Organisierung der Massen zur Vorbereitung des deutschen Proletariats auf die endgültige Abwehr des von der deutschen Bourgeoisie mit Hilfe des Sozialfaschismus vorbereiteten „grossen Plans" der Offensive auf die Lebenshaltung der Werktätigen unter der Flagge der „Selbsthilfe". Die Beteiligung der KPD. am Volksentscheid war eine vorbereitende Kampagne der revolutionären Vorhut zu den sich in Deutschland entfaltenden grossen Kämpfen zwischen Arbeit und Kapital. Die wütende Attacke, die die SPD. heute gegen die KP. führt im Bestreben, sie um jeden Preis in die Illegalität zu treiben, ist Ausdruck der Angst der SPD.-Führer vor den nahenden grossen

Klassenkämpfen. *Im Bestreben, sich günstige Bedingungen für ungehinderte offene Zusammenarbeit mit der deutschen Bourgeoisie zur Verwirklichung des „grossen Plans" des kapitalistischen Auswegs aus der Krise zu schaffen*, ist die Sozialdemokratie die Hauptschrittmacherin bei allen Versuchen der Bourgeoisie, die KP. in die Illegalität zu treiben, da sie ihre Enthüllungen vor den breiten Arbeitermassen fürchtet.

Die zentrale Aufgabe der KP. ist daher gegenwärtig – die Ausnützung der Bewegung der Millionenmassen während des Volksentscheids für noch energischere Mobilisierung neuer Millionen gegen die Offensive des Kapitals und der Sozialdemokratie auf die Lebenshaltung der Werktätigen. Die Partei muss die Mobilisierung der breitesten Massen des deutschen Proletariats zur Verteidigung seiner revolutionären Vorhut auf dem Boden eines entschlossenen und konkreten Kampfes um die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Massen fortsetzen. Noch entschlossener zum Kampf gegen die Sozialdemokratie! Noch entschiedener zum Kampf um die Betriebe! Noch entschiedener zum Kampf um die sozialdemokratischen und reformistischen Arbeiter! Der reformistische Gewerkschaftsapparat ist heute die wichtigste Waffe der deutschen Bourgeoisie in ihrem Kampf um den kapitalistischen Ausweg aus der Krise. Ohne Eroberung der breiten Mitgliedermassen der reformistischen Gewerkschaften ist die Organisierung einer wirklichen Abwehr der vereinten Offensive von Bourgeoisie und Sozialdemokratie unmöglich. Ohne Eroberung der breiten Mitgliedermassen der reformistischen Gewerkschaften wird eine *Verzögerung des Wachstums der selbständigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung* unvermeidlich sein. Je näher die revolutionären Entscheidungskämpfe in Deutschland rücken, desto brennender wird das Problem der Vernichtung der Massenbasis der Gewerkschaftsbürokratie und die Aufgabe der Schaffung revolutionärer Massengewerkschaften. [handschriftliche Streichung: Aber die Bildung revolutionärer Massengewerkschaften ist nur auf der Grundlage von Massenbewegungen möglich.] Nur durch aufopfernde Arbeit zur Eroberung der Arbeitermassen, für organisierten Kampf gegen die kapitalistische Politik der SPD. und der reformistischen Gewerkschaften, für Festigung und Erweiterung der RGO. und der Roten Gewerkschaften kann die KP die Front des Klassenkampfes festigen und sie zur siegreichen Abwehr der neuen Offensive des Kapitals, gegen den kapitalistischen und für den revolutionären Ausweg aus der Krise vorbereiten.

Das Pol.-Sekretariat des EKKI. fordert sämtliche Sektionen der KI., in erster Linie aber die Kommunistischen Parteien Frankreichs, Englands, USA., der Tschechoslowakei und Polens auf, den Kampf der KPD. gegen den Polizeiterror der Severings-Regierung, gegen die vereinte Offensive der deutschen Bourgeoisie und der deutschen Sozialdemokratie auf das deutsche Proletariat aktiv zu unterstützen. Auf ihrem Wiener Kongress hat die II. Internationale ein offenes Bündnis mit dem französischen Imperialismus zur Verteidigung des Versailler Systems gegen die proletarische Revolution in Deutschland geschlossen und hat das gegenwärtige offene Bündnis der

SPD. mit dem Faschismus gegen die kommunistische Avant-Garde vorbereitet.[100] Die Entlarvung dieser konterrevolutionären Rolle der II. Internationale wird die Krise der deutschen Sozialdemokratie beschleunigen und die Front der proletarischen Revolution in Deutschland stärken.

Pol.-Sekretariat des EKKI.

Dok. 270

Beschluss des Politbüros der KP der Sowjetunion über die Vorschläge des preußischen Innenministers Severing zur Aufhebung des Verbots der KPD-Presse

[Moskau], 25.9.1931

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 17/162/11, 12. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 646–647.

Angehört:

6. Erklärung des Gen. Manuilski.

Beschlossen:

---

100 Auf dem Wiener Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) vom 25.7.1931–1.8.1931 vertraten 664 Delegierte ca. 6.200.000 Mitglieder. Haupttagesordnungspunkte waren „Der Kampf um die Abrüstung und gegen die Kriegsgefahr" (L. de Brouckère); „Die Lage in Deutschland und Zentraleuropa und der Kampf der Arbeiterklasse um die Demokratie" (O. Bauer) sowie „Die Weltwirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit" (R. Grimm). Auf dem Kongress ergab sich eine prinzipielle Debatte über die Tolerierungspolitik der SPD in Deutschland und die Sinnfälligkeit einer wirtschaftlichen Unterstützung Deutschlands als Mittel gegen den drohenden Abfall in den Nationalsozialismus, was besonders Otto Bauer verteidigte. Dagegen forderten linke Teile um die englische ILP und des „Bunds" nun den „Endkampf zum Sturz des Kapitalismus, um die Millionen deutscher Arbeiter vor den Folgen der Wirtschaftskrise zu retten. Die daraufhin verabschiedete maßgeblich von Otto Bauer formulierte Kompromißresolution war zugleich der letzte Beschluß der Internationale vor der Machtergreifung. Sollten die kapitalistischen Klassen – hieß es in der Resolution – „die mitteleuropäische Wirtschaft und die mitteleuropäische Demokratie untergehen lassen (...); wenn im Gefolge einer solchen Katastrophe der deutschen Wirtschaft in ganz Europa östlich vom Rhein faschistische Gewalt der Arbeiterklasse ihren demokratischen Kampfboden entreißt, dann wird der Arbeiterklasse kein anderer Ausweg bleiben, als der Gewalt des Faschismus alle ihre Machtmittel entgegenzuwerfen. Die Welt hat keine andere Wahl mehr als diese; entweder eine sofortige und großzügige internationale Aktion zur Rettung der Wirtschaft, der Demokratie und des Friedens oder die Katastrophe und den Bürgerkrieg." (zit. in: Braunthal: Geschichte der Internationale, 2, S. 386. Vgl. Otfried Dankelmann: Der Wiener Kongreß der SAI 1931 zur Lage in Deutschland. In: O. Dankelmann, J. Glasneck, I. Kircheisen, W. Kowalski (Hrg.): Hallesche Studien zur Geschichte der Sozialdemokratie, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 1980, 4, S. 24–38).

a) Folgenden Vorschlag der russischen Delegation im EKKI anzunehmen: „Nachdem die Politkommission das Telegramm des Sekretariats des ZK der deutschen Kompartei zur Kenntnis genommen hatte, worin vorgeschlagen wurde, seitens des Verlags der komm[unistischen] Zeitungen, um die Veröffentlichung von 14 Parteizeitungen wieder aufzunehmen, die Bedingungen Severings anzunehmen,[101] die darin bestanden, dass der Verlag eine Erklärung veröffentlicht, in der das Bedauern über die Veröffentlichung des Manifestes des ZK der KPD an die englischen Matrosen[102] zum Ausdruck gebracht wird, inklusive des Versprechens, sich künftig an die deutschen Gesetze zu halten, beschließt sie [die Politkommission], diesen Vorschlag des Sekretariats des ZK der KPD abzulehnen."[103]

101 Nach der Veröffentlichung in der *Roten Fahne* vom 17.9.1931 eines Solidaritätstelegramms mit meuternden englischen Seeleuten und der Bekundung zur Unterstützung eines Aufstands wurden seitens des preußischen Innenministers das Zentralorgan und weitere Parteiblätter verboten (Der vom Berliner Polizeipräsident Grzesinski unterzeichnete vierwöchige Verbotserlass erschien als Ausgabe der *Roten Fahne* vom 18.9.1931). Innenminister Severing verband jedoch eine Aufhebung des Verbots mit einer öffentlichen Erklärung des Verlags, in der der möglicherweise entstandene Eindruck bedauert würde, es habe eine „Aufreizung zur Nichtbefolgung deutscher Gesetze" stattgefunden. Das Sekretariat der KPD erklärte sich zunächst mit der Befolgung der Bedingungen zur Staatstreue einverstanden und sandte ein entsprechendes Telegramm nach Moskau. Die Politkommission lehnte jedoch bereits am 22.9.1930 das Ansinnen ab. Drei Tage später wurde von höchster Stelle, durch das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion – unter Anwesenheit von Pjatnitzki und Knorin, die hier abgedruckte kategorische Ablehnung beschlossen (Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 282–286, hier irrtümlich der 21.9. für die *Rote-Fahne*-Veröffentlichung).

102 Die Meuterei von ca. 1000 Seeleuten der Britischen Atlantik-Flotte in Invergordon, Schottland gegen die im Rahmen der Großen Depression vorgenommenen Kürzungen durch die „nationale Regierung" („The Invergordon Mutiny", 15–16.9.1931) im September 1931, war einer der wenigen Streiks von Militärs in der britischen Geschichte. Im Telegrammmanifest der KPD hieß es: „Mit Freude und Begeisterung haben die revolutionären Arbeiter Deutschlands die Kunde vernommen, dass Tausende von Matrosen der englischen Kriegsflotte das Banner der Meuterei gegen Staat und Regierung erhoben haben. Lasst Euch durch die sozialdemokratischen Führer vom Schlage Macdonalds und Hendersons nicht irreführen, Setzt kühn und entschlossen die Meuterei fort. Fügt Euch keiner Disziplin. Verweigert den Gehorsam. Leistet keinem Befehl Eurer reaktionären Offiziere folge. Entwaffnet sie und jagt sie von den Schiffen, wenn sie frech werden. [...] Es lebe die Meuterei der englischen Matrosen! [...] Es lebe die kommunistische Weltrevolution! (Telegramm des ZK der KPD an die meuternden Matrosen Englands, *Die Rote Fahne*, 17.9.1931).

103 In diesem Zusammenhang wurde in Moskau das Szenario eines neuen 4. August 1914 und eines Übergangs der KPD in das Lager des Klassenfeindes entworfen. Kaganovič teilte Stalin brieflich seine Sorge über die KPD mit: „Einen sehr unangenehmen Eindruck erweckt die Tatsache, dass das Sekretariat des ZK der deutschen Partei auf der Annahme der Bedingungen Severings besteht. Pjatnitzki berichtete, dass es darüber hinaus auch andere Tatsachen dieser Art gebe. [...] Ist dies nicht ein Anzeichen schwerwiegender Vorgänge in der deutschen Partei?" (Brief Kaganovičs an Stalin, 26.9.1931, RGASPI, Moskau, 558/11/739, 129–135. Publ. in: Chlevnjuk/Dėvis/Košeleva: Stalin i Kaganovič, S. 120). In der entscheidenden Phase vor Hitlers Machtantritt und der Etablierung des NS-Systems verzichtete die KPD darauf, allerdings unter Berufung auf die Moskauer Beschlüsse, öffentlich den Sturz Hitlers oder den Aufstand zu fordern (siehe Dok. 305 u.a.).

b) Dem ZK der KPD vorzuschlagen, eine Massenkampagne für die Aufhebung des Verbots der *Roten Fahne* u.a. verbotener kommunistischer Zeitungen zu entfalten.

Auszüge versandt an: Gen. Manuilski, Pjatnitzki.



Am 30.9.1931 beschloß das Politbüro der KP der Sowjetunion, den stellvertretenden Volkskommissar für Binnenhandel, Izrail' Vejcer nach Deutschland zu entsenden, um angesichts der Valutakrise die sowjetischen Exporte nach Deutschland zu intensivieren. Zugleich sollten die Importe in die Sowjetunion gedrosselt werden. [104]

Am 5.10.1931 befaßte sich das Politbüro der KP der Sowjetunion mit einem Schiff unter deutscher Flagge, das in Archangel'sk aufgehalten und als ursprünglich sowjetisches Eigentum beansprucht wurde. Das Politbüro erklärte sich bereit, der deutschen Regierung 10.000 Mark „für den Umbau [...] des russischen Dampfschiffes" zu zahlen, falls diese ihre Besitzansprüche an dem Schiff aufgebe.[105]

Dok. 271

Instruktionen des Mitteleuropäischen Ländersekretariats der Komintern an die KPD zur Verstärkung der Erwerbslosenarbeit

[Moskau], 16.10.1931

Typoskript, deutsch mit handschriftlichen Verbesserungen und Ergänzungen. RGASPI, Moskau, 495/28/168a, 67–70.; RGASPI, Moskau, 82/2/1463, 85–87.[106] Erstveröffentlichung.

Vertraulich

An das ZK der KPD.

Werte Genossen!

Ausgehend aus der Perspektive der weiteren Verschärfung der Wirtschaftskrise und der rapide Wuchs der Erwerbslosigkeit [...] muss festgestellt werden, dass auf diesem Gebiet nicht nur kein Umschwung vorhanden ist, sondern die Erfolge, die die Partei zur Zeit des XI. Plenums zu verzeichnen hatte, im Zusammenhang mit der weiteren Zuspitzung der Lage zu stagnieren begann und zum Teil auch Rückschläge zu verzeichnen hat.[107] Am krassesten kam diese Erscheinung zum Ausdruck beim Verlauf

---

104 RGASPI, Moskau, 17/162/11, 18. Publ. in: Politbjuro i Evropa, S. 263.

105 RGASPI, Moskau, 17/162/11, 21.

106 Vermerk: 11091/3/16.10.31/L.

107 Das Dokument veranschaulicht die vielfach thematisierte Entwicklung der KPD zur Arbeitslosenpartei. Von 5–6 Millionen Arbeitslosen im Deutschen Reich waren 120.000 in der Partei mit ca. 300.000 Mitgliedern. Seit August 1928 trug die Erwerbslosenarbeit, als „ganz auf die Bedürfnisse utopisch-radikaler Erwerbsloser" eingerichtete „lärmende Agitation" erheblich zur Mitgliederfluktuation bei. Als eine besonders vielversprechende Waffe gegen die Sozialdemokratie erhielt sie sogar erste Priorität: „Die Stellung der Sozialdemokratie in dieser Frage gibt uns die Möglichkeit, einen neuen vernichtenden Schlag gegen den Sozialfaschismus zu führen und ihn immer mehr zu isolie-

des Erwerbslosentages am 15. Juli. Bei einer äusserst günstigen politischen Situation, wo der Erwerbslose zum ersten Mal auf Grund der Juni-Notverordnung die herabgesetzte Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt bekamen, wo die Lage sich besonders zuspitzte, durch die Bankkrache und durch den Sturm der Sparer auf die Sparkassen, muss der Verlauf des Erwerbslosentages sowohl politisch, wie organisatorisch als Misserfolg bewertet werden.

Wenn bis jetzt die Initiative in der Erwerbslosenbewegung in Deutschland sich in unseren Händen befand, haben wir letztens seitens der Sozialfaschisten, in kleinerem Masse auch seitens der Nazi, Versuche in der Erwerbslosenbewegung Fuss zu fassen festzustellen. Wenn die SPD ihre Zustimmung zu allen Verschlechterungen der Lage der Erwerbslosen gegeben hat, und erst vor einigen Tagen die Kürzung der Unterstützungszeit von 26 auf 20 Wochen gebilligt hat, versucht sie diesen Schritt durch angebliche Erhaltung der Unterstützungssätze und durch eine Kampagne für Nothilfe durch Versorgung mit Kartoffeln und Kohlen die 1 ½ Millionen freigewerkschaftliche Erwerbslose zu täuschen. Diesem Zweck diente auch der soeben veröffentlichte gemeinsame Aufruf des A.D.G.B. und christlichen Gewerkschaften.[108]

Die objektiven Bedingungen zu einer breiten Entfaltung der Erwerbslosenbewegung im Sinne des Widerstandes gegen die Verschlechterungen der Unterstützung, wie auch zum Uebergang zum Gegenangriff unter den Losungen des Arbeitsbeschaffungsprogramms war[en] nie so günstig wie jetzt. Es gilt nur die Mängel, Passivität und Schwächen zu beseitigen um die Bewegung ins Rollen zu bringen. Die Erwerbslosigkeit ist weiter im Wachsen, zu Zeit sind 69% aller Erwerbslosen aus der Versicherung ausgesteuert und den Krisen und Wohlfahrtsunterstützungen überwiesen worden.[109] Der systematische und rücksichtslose Abbau der Unterstützungen ist von der Regierung auf grund des ungenügenden Widerstands der Arbeiterklasse leicht durchgeführt worden. In den letzten zwei Jahren betraf der Abbau zirka 20% und sank durchschnittlich von 78,50 Mk. 1928 bis 50 Mk. im August 1931, aber der Generalangriff kommt erst. Die Liquidierung der Geldunterstützung und Übergang zu Naturelunterstützung [sic] wird die Lage der Erwerbslosen mit einem Schlage ungeheuer verschlechtern. Die Gefahr der generellen Aufhebung der Erwerbslosenunterstützung ist

---

ren." (Rundschreiben an alle Bezirksleitungen und Redaktionen, 24.8.1929. In: Weber/Wachtler: Die Generallinie, S. 37–49, hier: S. 43ff.; vgl. Arthur Rosenberg: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt am Main, Europäische Verlagsanstalt, 1955, S. 467f.; Rose-Marie Huber-Koller: Die kommunistische Erwerbslosenbewegung in der Endphase der Weimarer Republik, Frankfurt am Main, 1977).

108 Ebenfalls 1931 im Auftrag des ADGB ausgearbeitete und auf dem sog. „Krisenkongress" am 14.4.1932 beschlossene Arbeitsbeschaffungs- und Konjunkturprogramme wurden durch die Haltung der Brüning-Regierung blockiert. Zur Politik des ADGB unter dem Präsidialkabinett Brüning siehe: Erich Matthias, Klaus Schönhoven (Hrsg.): Solidarität und Menschenwürde. Etappen deutscher Gewerkschaftsgeschichte Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn, Verlag Neue Gesellschaft, 1984, S. 187–207, S. 233–253.

109 *„Aussteuern"/„Aussteuerung":* Bei diesem vornehmlich in der Schweiz benutzten Begriff handelt es sich um das Erlöschen des Anspruchs auf Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherung.

mit der Herausnahme des Ruhrbergbaus aus der Versicherung auf die Tagesordnung gestellt. Die Pläne der Regierung, die die Unterstützung der Reformisten und Nazi findet, die darauf hinausgeht, die Erwerbslosen aus den Städten herauszuholen und auf dem flache Lande anzusiedeln um sie auf das niedrigste Lohnniveau der Landarbeiter herabzudrücken, zeigt wohin der Weg geht. Die Gefahr der Zweiteilung auch unter den Erwerbslosen bei unserer ungenügenden Aktivität wird immer grösser. [...]

Deshalb wurde die Bewegung seitens der Partei und der RGO politisch und organisatorisch ungenügend ausgenützt. Es genügt anzuführen, dass im November 1930, als der Stand der Erwerbslosigkeit 4 Millionen erfasste, [...] die Partei und die RGO ein Netz von 2000 Erwerbslosenausschüssen geschaffen [hat], während im August 1931 bei einer Steigerung um 1 Million Erwerbslose, sogar eine Rückgang der Erwerbslosenausschüsse festzustellen ist. In den 14 ausschlaggebenden Bezirken hatte die Partei im August 1931 1260 Erwerbslosenausschüsse, wenn die Partei in 4500 Ortschaften Parteiorganisationen hat, wenn die Partei in ihren Reihen mindestens 120.000 Erwerbslose Parteimitglieder zählt und die Zahl der registrierten Erwerbslosen durch die RGO auch 120.000 beträgt, und da unter den registrierten Mitgliedern der RGO Zehntausende parteilose Erwerbslose sind, ist es klar, dass viele Tausende Kommunisten in der Erwerbslosenbewegung nicht herangezogen sind.

1. Im Vordergrund steht der Kampf gegen die Aufhebung der Erwerbslosenversicherung, die durch die Notverordnung im Ruhrgebiet angedeutet wurde und gegen die Aufhebung der Geldunterstützung geführt werden muss. In diesem Kampf der Erwerbslosen müssen die Betriebe herangezogen werden. Der Kampf für die Beibehaltung der Geldunterstützung muss verbunden werden mit der Forderung der Versorgung der Erwerbslosen für den Winter mit Kartoffel, Kohlen, Kleider usw.

2. Die Erwerbslosenmassen müssen mobilisiert werden zum organisierten Widerstand gegen die Uebersiedlung der Ausgesteuerten von den Städten auf das flache Land. Bei dem ersten Versuch, die Exmissionen durchzuführen, müssen Massenwiderstand geleistet werden [sic].

3. Es muss sofort herangegangen werden, um ein Netz von Küchen, Speisepunkte, Teehäuser zu organisieren. Aus einer breiten Entfaltung einer Sammelaktion muss der Druck auf die Kommunen verstärkt werden. [...]

4. [...] Es muss alles daran gesetzt werden, um die Betriebsarbeiter für den Kampf der Erwerbslosen zu gewinnen in Form von strengster Kontrolle von Ueberstunden, Einsetzung von Erwerbslosen und womöglich zu einstündigen Demonstrationsstreiken für die Forderung der Erwerbslosen überzugehen.

3. Um die 1½ Millionen der [in der] reformistischen Gewerkschaft organisierten Erwerbslosen, die auch zum Teil ausgesteuert werden und Kürzung der Gewerkschaftsunterstützung ausgesetzt sind, um die Entlarvung der arbeiterfeindlichen Maßnahmen zur „Linderung" der Erwerbslosigkeit (40–Stundenwoche ohne Lohnausgleich) muss der Ausgangspunkt zu einer breiten Einheitsfrontkampagne werden.

6. Im schnellsten Tempo müssen die Erwerbslosenausschüsse ausgebaut werden um sie in aktiv gewählte mit der Masse verbundene Kampforgane zu verwandeln. Der

Anweisung der RGI, die Unterkommissionen, wie auch der Vertrauensleute-Körperschaft müssen durchgeführt werden. Die Ausschüsse müssen so zusammengestellt sein, dass in den Leitungen breite Schichten parteiloser, sozialdemokratischer, christlicher Arbeiter herangezogen werden sollen.

7. Der Schwerpunkt der Mobilisierungsarbeit bleibt [nach] wie vor die Stempelstelle, Arbeitsamt. Gleichzeitig aber mit der Zunahme der Zahl der Ausgesteuerten muss die Arbeit im Fürsorgeamt, Wohlfahrt und besonders in den Wohnorten der Ausgesteuerten verlegt werden. [...]

8. Die Leitungen der Erwerbslosen müssen gestärkt werden durch Heranziehung von qualifizierten Kader. Der ideologische Kampf gegen die Reformisten muss verstärkt werden. Die Presse soll mehr Aufmerksamkeit den Erwerbslosen schenken, besonders durch Mobilisierung der betriebstätigen Arbeiter. Die Auflage der Erwerbslosenpresse kann bei geringen Anstrengungen verdoppelt werden. Es muss mehr wie bis jetzt die Liquidierung der Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion und die Popularisierung des sozialistischen Aufbaus in Angriff genommen werden.



Am 10.10.1931 fasste das sowjetische Politbüro einen Beschluss „Über den Streik der deutschen Seeleute in unseren Häfen“. Dabei sollte dem deutschen Konsul in Leningrad, der gefordert habe, die ausgeschlossenen streikenden Seeleute von bereits abgefahrenen Schiffen in seine Verfügungsgewalt zu überstellen, eine Absage erteilt werden. Die Frage der Verprügelung des deutschen Konsuls in Odessa durch streikende deutsche Matrosen wurde von der Tagesordnung genommen.[110]

Ebenfalls am 10.10.1931 befasste sich das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion zum wiederholten Mal mit der Reise von Pjatakov und Vejcer nach Deutschland zu den Verhandlungen zwecks Ankurbelung der sowjetischen Exporte. Eine Kommission zur Erarbeitung von Direktiven wurde angesetzt.[111] Diese Direktiven wurden am 15.10. verabschiedet: Danach sollte Vejcer mit Vertretern einzelner Trusts nach Deutschland fahren, um mit deutschen Firmen Verträge über Exporte von Sowjetgütern nach Deutschland für das Jahr 1932 abzuschließen. Parallel sollte Pjatakov mit führenden deutschen Industriellen Kontakt aufnehmen, um ihre Hilfe zu sichern. Es sollte postuliert werden, daß die sowjetischen Bestellungen in Deutschland von den sowjetischen Exporten nach Deutschland abhingen. Dabei sollten u.a. Zollvergünstigungen für sowjetische Waren eingefordert werden. Exportiert werden sollte Getreide (800 Tonnen aus der Ernte 1931/32, 1700 Tonnen aus der Ernte 1932/33) (!), Holz, Erdöl, Lebensmittel, Erze und Kohle.[112] Am 15.10.1931 wurde Pjatakov zur Auflage gemacht, nicht später als am 28.10.1931 nach Deutschland zu fahren, wohin er sich zusammen mit Vejcer begab.[113] Als Ergebnis der Verhandlungen wurden am 22.12.1931 sowjetische Exporte nach Deutschland im Wert von 750 Millionen Mark vereinbart.

---

110 AP RF, Moskau, 3/64/677, 8. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, II, Dok. 265.

111 RGASPI, Moskau, 17/162/11, 24. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 264.

112 RGASPI, Moskau, 17/162/11, 27–29.

113 RGASPI, Moskau, 17/162/11, 27–29.

Dok. 272

Bericht maßgeblicher Komintern-Funktionäre an Stalin und Molotov über „Einmischungen" in Angelegenheiten der KPD seitens der sowjetischen Delegation in der Komintern im Jahre 1931

[Moskau], 28.10.1931

Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 495/19/236, 120–128. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 647–652.

Zur bevorstehenden Beratung mit den deutschen Genossen.[114]

An den Genossen STALIN.
An den Genossen MOLOTOV.

Ungeachtet der von uns vereinbarten Regel, dem ZK der KP Deutschland nur in Fällen ernsthafter Notwendigkeit politische Anweisungen zu geben, war unsere Intervention im vergangenen Jahr, die Verhandlungen während des XI. Plenums des EKKI nicht mitgerechnet,[115] in den folgenden Fällen erforderlich:

In der Frage des Kampfes gegen die Nationalsozialisten vor den Reichstagswahlen (auf Vorschlag des Gen. Stalin wurde der Entwurf der Programmerklärung erstellt);[116]

In der Frage der Bewertung der allgemein-politischen Lage und des Charakters der Brüning-Regierung im Zusammenhang mit der Feststellung des ZK der KPD, dass der Faschismus in Deutschland bereits gesiegt habe;[117]

c) In der Frage des Verhältnisses zur „linken" Sozialdemokratie im Zusammenhang mit der Auslassung der Notwendigkeit ihrer Bekämpfung im Beschluss des Politbüros des ZK der KPD im Monat Juni;[118]

---

114 Im November 1931 führte die Delegation der VKP(b) im EKKI eine Beratung mit den KPD-Vertretern Thälmann, Neumann und Pieck über die im vorliegenden Dokument aufgeworfenen Fragen durch. Stalin beharrte in Moskau erneut auf der "Sozialfaschismus"-Politik und generell einer Radikalisierung der Komintern. Nach 1928/1929 handelte es sich um die 2. wichtige Korrektur der Generallinie unter Anleitung Stalins, eine dritte folgte bereits im Mai 1932. Kurz darauf brach der Führungsstreit in der Partei offen aus (Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 294f.).

115 Während der Verhandlungen des XI. EKKI-Plenums wurde die „Klasse-gegen-Klasse-Politik" im Rahmen der Verschärfung des revolutionären Prozesses für Deutschland bekräftigt und damit die weitere Orientierung gegen die Sozialdemokratie. Siehe Dok. 275 u.a.

116 Siehe Dok. 244.

117 In der *Roten Fahne* vom 2.12.1930 wurde behauptet, mit der Regierung Brüning sei die Zeit der faschistischen Diktatur in Deutschland angebrochen. Dagegen intervenierte das Politsekretariat des EKKI nach einem entsprechenden Beschluss des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion (siehe Dok. 253).

118 Sie hierzu das Dok. 265, mit dem die KPD dem Druck nachgibt und tatsächlich die linke Sozialdemokratie als Hauptfeind anerkennt.

d) In der Frage der Teilnahme am Volksentscheid gegen die preußische Regierung;

e) In der Frage einer ins Auge gefassten Unterzeichung der von den Sozialdemokraten aus dem preußischen Innenministerium geforderten Erklärung des Verlags, um die Aufhebung des Verbotes der *Roten Fahne* und anderer von der Regierung geschlossener Zeitungen zu erreichen;[119]

f) In der Frage der opportunistischen Erklärungen Werner Hirschs und anderer in den Gesprächen mit Minister Wirth;[120]

g) sowie mehrmals bezüglich Fragen der Parteiarbeit in den Betrieben, der Arbeit der roten Gewerkschaften wie auch in den reformistischen Gewerkschaften, die noch Massenorganisationen sind.[121]

Dies zeigt, dass im vergangenen Jahr die Beteiligung der Delegation der VKP(b) im Ganzen, bzw. desjenigen Teils von ihr, der ständig im EKKI arbeitet,[122] bei den Entscheidungen der meisten wichtigen Probleme für die Bestimmung oder die Korrektur der Linie der deutschen Partei notwendig war.

Die bevorstehenden Gespräche mit den Gen. Thälmann und Neumann sollten, unserer Meinung nach, eine Reihe grundlegender Fragen der politischen Linie in der Arbeit der KPD anschneiden. In diesem Zusammenhang lenken wir Ihre Aufmerksamkeit auf das Folgende:

1. *Zur Anwendung der Losung der Volksrevolution.*
Die KP Deutschlands stellte als ihre strategische Hauptlosung die Losung der Volksrevolution auf, als Synonym für die proletarische Revolution (Erklärung des Januar-Plenums des ZK der KPD).[123] Indem sie dieses Synonym [als Losung] für die proletarische Revolution aufstellte, verfolgte die KPD das Ziel, sich den Zugang zu den mit

---

119 Siehe die ultimative Aufforderung an die KPD infolge eines Beschlusses des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion, Dok. 270.

120 Werner Hirsch hätte sich als hoher KPD-Funktionär in einem Gespräch mit Joseph Wirth dahingehend erklärt, dass die KPD „an keine ernsthaften Massenkämpfe“ denke. Wirth habe sich darüber, so Hirsch sinngemäß „sehr befriedigt“ geäußert (Brief Piecks an das ZK-Sekretariat der KPD, 20.8.1931, RGASPI 495/292/54, 236–241, bes. 240). Hermann Remmele kommentierte später: „Der Exekutivausschuss des deutschen Finanzkapitals ‚erkennt‘ die Führer der KPD als ‚stubenrein‘, als ‚verhandlungswürdig‘, als ‚gleichberechtigt‘ an, was die Hirsch und Genossen mit viel Ruhmredigkeit und größter Freude verkünden“ („Der westeuropäische Kommunismus“. Bericht Remmeles an Stalin und Pjatnitzki, 25.12.1932, RGASPI 508/1/129, 65–136, hier: 119; siehe Dok. 301.

121 Entsprechende Interventionen galten u.a. den Betriebsratswahlen und der Rolle der RGI bzw. der Roten Gewerkschaften sowie der Kampfausschüsse in den Betrieben (vgl. hierzu: Dok. 258)

122 Zu den mit der KPD befassten Mitgliedern der russischen Delegation im EKKI gehörten Manuilski, Knorin, Pjatnitzki und Kuusinen. Siehe: Alexander Watlin: Die Russische Delegation in der Komintern. Machtzentrum des internationalen Kommunismus zwischen Sinowjew und Stalin. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (1993), S. 82–99.

123 Vgl.: Ernst Thälmann: Volksrevolution über Deutschland. Rede auf dem Plenum des ZK der KPD. 15.–17. Januar 1931, Berlin, Internationaler Arbeiter-Verlag, 1931. Zum Konzept der „Volksrevolution“ siehe ausführlicher Dok. 262

dem bestehenden Regime unzufriedenen nichtproletarischen werktätigen Massen zu erleichtern (die städtischen „Mittelschichten“, die ärmeren Teile des Bauerntums, Angestellte, Hausfrauen). Praktisch wurde jedoch in der Presse, in der Massenarbeit und in den einzelnen Entscheidungen der Parteiorgane bald vergessen, dass die korrekte Losung der Volksrevolution ein Synonym für die proletarische Revolution ist. Angesichts der selbstgestellten Aufgabe, die städtischen Mittelschichten, die Bauern und die Angestellten für die Volksrevolution zu erobern, verlor die KPD allmählich aus den Augen, dass diese Schichten lediglich Verbündete des Proletariates sind, dass ihre Eroberung für die Revolution nur von sekundärer Bedeutung ist. Infolgedessen setzte eine Anpassung der Methoden und Formen der gesamten Parteiarbeit und der gesamten Agitation in den Massen ein, ausgerichtet an dem Interesse, diese Massen zu erobern, und damit praktisch die Vertuschung der führenden Rolle des Proletariats, sowohl in dieser Volksrevolution, als auch im Alltagskampf gegen den Faschismus. Die Aufmerksamkeit der Partei konzentrierte sich immer stärker auf „Volksaktionen“, wichtigste Form der Massenmobilisierung wurden die „Konferenzen des werktätigen Volkes“, „Volkskonferenzen“, „Konferenzen der Volksdelegierten“, „Volkskomitees für den Kampf gegen den Faschismus und die Reaktion“[124] usw., die, während sie der Partei keine nennenswerten Schichten der städtischen Kleinbourgeoisie, der Angestellten und der Bauern zuführten, dennoch die Aufmerksamkeit der Partei von den Fabriken und Betrieben, dieser wesentlichen Basis ihrer Arbeit, ablenkte. Unter Rücksichtnahme auf diese Schichten griff die Partei immer öfter auf eine Terminologie zurück, die auf ein Verständnis bei diesen Bevölkerungsgruppen ausgerichtet war [...], wobei diese Terminologie manchmal nichts Konkretes ausdrückte. Schließlich brachte die kom[munistische] Fraktion des Reichstags auf Grundlage eines ZK-Beschlusses als Resultat der Anpassung an die Vorstellungen und Stimmungen dieser Massen einen Vorschlag ein, Schacht, Hitler, Hugenberg und Seldte „wegen Volks- und Landesverrat“ zu verhaften.[125]

Diese Linie in der Frage der Volksrevolution, die von der Linie abweicht, die wir bei unseren Gesprächen im Dezember 1930 festgelegt haben, ist einer der Gründe für eine Abschwächung der Aufmerksamkeit der Partei gegenüber der Arbeit in den Betrieben, und trug zur Verdrängung der deutschen Kompartei aus den Betrieben bei, dies um so mehr, als im Zusammenhang mit der Erwerbslosigkeit unsere Position in den Betrieben bereits geschwächt war und die Parteiaktivisten, in Verbindung mit den Schwierigkeiten der Arbeit in den Betrieben, gern zu diesen Volksorganisationsformen übergingen. Die Verlagerung des Schwergewichts der Arbeit auf solche Volksaktionen schwächte auch die Aufmerksamkeit der Partei in der Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften und in der Arbeit der Roten Betriebsräte.

124 Seit Mai 1931 wurden gebetsmühlenartig entsprechende Losungen verbreitet.
125 Hjalmar Schacht, Adolf Hitler, Alfred Hugenberg und der Stahlhelm-Gründer Franz Seldte (1882–1947) waren die maßgeblichen Initiatoren der nationalistisch-antidemokratischen „Harzburger Front“ 1931.

2. Über den Kampf gegen die Sozialdemokraten.
Während im letzten Winter die Hauptlinie der KPD für die Eroberung der sozialdemokratischen Arbeiter darin bestand, diese Arbeiter in den Kampf gegen den Faschismus einzubeziehen, ohne die Tatsache in den Vordergrund zu rücken, dass die Sozialdemokratie die soziale Hauptstütze des Faschismus darstellt, so hat die KPD nach dem XI. EKKI-Plenum eine bedeutende Arbeit geleistet, um die Sozialdemokratie zu entlarven und die Arbeitermassen vom sozialdemokratischen Einfluss zu befreien. Dennoch müssen neben der Tatsache einer durchaus guten Initiative zur Entlarvung der Sozialdemokratie und der Verwirklichung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Massen eine Reihe von Mängeln in dieser Arbeit hervorgehoben werden. Am 24. September d. J. verabschiedete das Politbüro [des ZK der KPD] eine völlig richtige Erklärung zum Kampf gegen die Rosenfeld-Seydewitz-Gruppe.[126] Diese Linie wurde jedoch im Laufe des gesamten Zeitraums in der Presse sowie bei Auftritten einzelner ZK-Mitglieder nicht in ausreichendem Maße durchgeführt. Erstens wurde in einer Reihe von Auftritten die Notwendigkeit des unversöhnlichen Kampfes gegen die Sozialdemokratie vertuscht. [...] Zweitens traute sich die Partei nicht von Beginn an, an dem Referendum [gegen die SPD-Regierung in Preußen][127] teilzunehmen, weil sie fürchtete, dass die Massen, die sich von den Sozialdemokraten lösen, wieder in deren Arme getrieben werden könnten und dass die Verschärfung des Kampfes gegen die Sozialdemokraten den Prozess der Loslösung der Arbeiter von ihr aufhalte. Drittens glitt eine Reihe von Parteiorganen in Verbindung mit der Kampagne der Nationalsozialisten und Nationalisten gegen das „marxistische Lager“ sowie der Versuche, unter der Bezeichnung „marxistisches Lager“ Kommunisten und Sozialdemokraten zu vereinen, um sowohl die einen als auch die anderen zu kompromittieren, in eben diese Terminologie des „marxistischen Lagers“ hinab [...]. Viertens spricht, ungeachtet einer vorhandenen richtigen Erklärung des Politbüros, die ganze Presse, angefangen mit der *Roten Fahne*, von der Partei Seydewitz-Rosenfelds als einem „Sumpf“, einer „Sumpf-Partei“, als einer „Partei, die zwischen den Klassenfronten schwankt“, als einer „Partei mit einer schwankenden und orientierungslosen Führung“ usw.[128] Das alles gibt der Partei nicht die Möglichkeit, den Kampf gegen die „linke“ Sozialdemokratie auf den Punkt zu bringen, und musste zwangsläufig zur Abschwächung des grundsätzlichen Kampfes gegen die „linke“ Sozialdemokratie und zur Vertuschung unserer prinzipieller Positionen führen.

126 Nachdem die SPD-Reichstagsabgeordneten Kurt Rosenfeld und Max Seydewitz neben 4 weiteren Abgeordneten am 29.9.1931 wegen Bruchs der Fraktionsdisziplin aus der SPD ausgeschlossen wurden, gründeten sie die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Rosenfeld und Seydewitz hatten sich u.a. geweigert, ihre neue Wochenzeitung *Die Fackel* einzustellen. Das EKKI kritisierte die KPD für eine zu lasche Haltung gegenüber der SAP und forderte eine klare “Entlarvung“ dieses “Manövers“ (Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 295; vgl. Winkler: Der Weg in die Katastrophe, S. 399–411).
127 Gemeint ist die Volksabstimmung über die Auflösung des Preußischen Landtages am 9. August 1931 (siehe Dok. 264 u.a.).
128 Siehe die inkriminierten Passagen in Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 295.

3. Über den Kampf gegen den Faschismus
Auf dem XI. EKKI-Plenum erklärte die deutsche Delegation, der wichtigste Erfolg der Partei bestünde darin, dass es ihr gelungen sei, die Entwicklung des Faschismus aufgehalten und eine weitere Ausbreitung des Einflusses der Nationalsozialisten in der Arbeiterklasse verhindert zu haben.[129] Der Stimmenzuwachs der Nationalsozialisten bei den Wahlen zum Hamburger Senat[130] und bei den Kommunalwahlen in Mitteldeutschland, wie auch eine Reihe der letzten Betriebsratwahlen zeigen, dass dies gegenwärtig nicht so ist. Deshalb ist die Behauptung gefährlich, dass „die Nationalsozialisten zum jetzigen Zeitpunkt keine aktive Kraft darstellen", dass „die Nationalsozialisten ihre Erfolge nicht durch ihre Aktivität, sondern *durch ihre Passivität* erlangt haben" (offiziöser Artikel in der *Hamburger Volkszeitung*). Gefährlich ist es auch, *alle* Stimmen der Nationalsozialisten dem Lager der „Antikapitalisten" oder „der mit bestehendem Regime unzufriedenen" anzurechnen.

Uns scheint, dass all diese Fragen einer Korrektur seitens der Parteiführung bedürfen und bei den bevorstehenden Verhandlungen angesprochen werden müssen.

4. Über die Arbeit in den Betrieben.
Die KPD hat es zur Zeit bei ihrer Arbeit in den Betrieben mit bedeutenden Schwierigkeiten zu tun. Der rasante Anstieg der Arbeitslosigkeit fördert den Terror der Unternehmer und der Sozialdemokraten in den Fabriken. Der Arbeiter schwankt zwischen seinem Hass auf die Unternehmer und ihre Agenten und der Furcht, arbeitslos zu werden, falls ein schlecht vorbereiteter Streik ohne starke Führung zusammenbrechen sollte. Dies bremst die Entwicklung ökonomischer Streiks. Je schwächer die Position der Kompartei in den Betrieben wird [...], desto schwerer ist es, die Massen zum aktiven Streikkampf zu organisieren. Im vergangenen Jahr vollzog sich ein Umschwung breiter werktätiger Massen, in erster Linie erwerbsloser Arbeiter, zugunsten der Kompartei. Diese Wende führte innerhalb eines Jahres zur Verdoppelung der Zahl der Parteimitglieder (für August 316.000 Personen, die Mitgliedsbeiträge entrichteten), was natürlich nicht ohne unermüdliche Arbeit der Partei und ihrer Führung passieren konnte. Doch die Aktivität der Partei hinkte den Aufgaben, die sich ihr dank der ungemein günstigen Situation stellten, hinterher. Die Partei hatte noch nicht gelernt, die neuen Mitglieder, die massenweise in sie hineinströmten, von denen ein bedeutender Teil sie wieder verlässt, in ihren Reihen zu halten.

Die Kompartei vermochte es nicht, diese Wende und den Zustrom neuer Mitglieder zur Schaffung starker Stützpunkte in den Betrieben und Gewerkschaften auszu-

---

129 Dabei handelt es sich möglicherweise um die Erklärung, in der die KPD-Delegation die von der Komintern verlangte Bewertung des Faschismus nicht ausreichend auf die Sozialdemokratie orientiert und den Kampf gegen sie und die Brüning-Regierung als Hauptfeinde verschärft habe (und nicht gegen Hitler). Vgl. Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 203f.

130 Bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg am 27.9.1931 wird die NSDAP mit 26,2% zweitstärkste Partei nach der SPD mit 27,8% und vor der KPD mit 21,9%. Die bisher regierende Große Koalition unter Einschluss des Zentrums und der SPD verliert ihre Mehrheit.

nutzen. Zum jetzigen Zeitpunkt besteht unsere Partei zu 80% aus Arbeitslosen. Lediglich 20,8% der Parteimitglieder arbeiten in Betrieben, und an der Ruhr nur 11,7%. Die bestehenden Betriebszellen sind kaum aktiv. Die Anzahl der Mitglieder der Gewerkschaftsopposition, einschließlich der Mitglieder der Roten Gewerkschaften, bewegt sich etwa bei 300 Tausend Menschen, allerdings entrichteten lediglich 100 Tausend von ihnen regelmäßig ihre Mitgliedsbeiträge. Die Roten Gewerkschaften haben sich seit Januar 1931 nicht weiter verbreitet, sondern stagnieren. Nur in der allerletzten Zeit hat die Partei eine ernstere Aufmerksamkeit auf die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften gelenkt. Unsere Positionen in diesen Gewerkschaften sind äußerst schwach geworden. Die Roten Betriebsräte spielen dank ihrer opportunistischen Praxis und Passivität nicht die Rolle unserer Stützpunkte in den Unternehmen, eine Folge ungenügender Aufmerksamkeit seitens der Partei und der Gewerkschaftsopposition. Sie haben unseren Einfluss in den Betrieben nicht umgesetzt. Durch opportunistische Praxis der Teilnahme an Entlassungen von Arbeitern, des fehlenden Widerstands gegen die Lohnsenkung usw. haben sie sich häufig dermaßen kompromittiert, dass eine Wiederherstellung ihres Einflusses bereits ein Ding der Unmöglichkeit ist. Die Arbeitslosen stellen den allergünstigsten Boden für unsere Arbeit dar, doch die Partei umfasst nur einen unbedeutenden Teil von ihnen organisatorisch, was insbesondere deshalb gefährlich ist, weil die Sozialdemokraten mit einer [eigenen] Erwerbslosenarbeit beginnen.[131]

All dies erfordert einen entschiedenen Umschwung in der Parteiarbeit, um die Aufmerksamkeit der Partei insbesondere für die Arbeit in den Betrieben zu verstärken und die Fehler der Partei in dieser Frage zu beheben. [...]

5. Über die Parteileitung
In der letzten Zeit existiert in der Partei keine ständig arbeitende kollektive Leitung. Aufgrund des Aufenthalts von Gen. Thälmann in Hamburg, in deren Folge er an der Führung der Partei faktisch nicht teilgenommen hatte, lag die Leitung in letzter Zeit in den Händen von zwei-drei Genossen, unter denen Gen. Neumann die politische Führungsrolle spielte. Hinzu kommt, dass laut Mitteilung des vor einigen Tagen aus Deutschland zurückgekehrten Gen. Pieck es in der Führung eine Reihe von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Gen. Thälmann einerseits und den Gen. Neumann und Remmele andererseits gibt. In der heutigen schwierigen Lage kann eine derartig verkleinerte Führung eine korrekte Reaktion der Partei auf die politischen Ereignisse und die Durchführung der Parteilinie in ihrer gesamten Arbeit nicht gewährleisten, umso mehr, als Sitzungen des Politbüros nicht häufiger als einmal in zwei Monaten stattfinden. Offensichtlich lässt sich auch eine ganze Reihe von Mängeln in der Parteiarbeit aus der letzten Zeit durch eine solche Verengung der Parteiführung erklären. Deswegen muss die Frage nach einer aktiveren Teilnahme des Gen. Thälmann an der

131 Zur Arbeitslosenproblematik siehe auch das Dok. 271.

gesamten Leitungsarbeit der Partei sowie der praktischen Teilnahme des gesamten Politbüros an den Entscheidungen der Partei aufgeworfen werden.

[Sign.:] Knorin
Manuilski
Pjatnitzki[132]

Dok. 273

Protestschreiben von KPD-Arbeitern an die Komintern, die aus den Druckereibetrieben der Partei entlassen wurden

[Düsseldorf], 28.10.1931

Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau, 495/293/119, 41–42. Erstveröffentlichung.

An das
Büro der Kommunistischen Internationale
Moskau

Werte Genossen!
Nachdem wir uns in unserer Angelegenheit schon zehnmal an das Z.K. der KPD. gewandt haben, ohne eine klärende Antwort zu erhalten, sehen wir uns nunmehr veranlasst, uns an Euch zu wenden, in der bestimmten Erwartung, dadurch zu unserer Rehabilitierung zu kommen.

Zur Sache:
Wir sind mit 6 Genossen und einer Genossin bei den Westdeutschen Buchdruckwerkstätten in Düsseldorf, ein Parteiunternehmen, bei dem die Niederrheinisch. Parteiblätter hergestellt werden, beschäftigt, bezw. beschäftigt gewesen.[133] Wir haben den Parteianordnungen, auch in unbezahlten Ueberstunden in der Druckerei Parteiarbeit zu leisten, freiwillig Folge geleistet. Jedoch wurde dieses unserer Anerbieten durch die Geschäftsleitung derart ausgenutzt, dass unsere Genossen 40 bis 50 Stunden Mehrarbeit leisten mussten, die nicht bezahlt wurden. Ausserdem verrichteten wir als Parteimitglieder in den Partei- und überparteilichen Organisationen unsere Arbeit. Dass solche Methoden der Geschäftsleitung zu Kollisionen in der Belegschaft führen müssen, werdet Ihr verstehen. Wir haben niemals abgelehnt, Ueberstunden im Parteiinteresse zu machen. Jedoch werdet Ihr einsehen müssen, dass bei intensiver

132 Anschließend handschriftlicher Vermerk Otto Kuusinens: „Mit dem Text der Notiz einverstanden. Kuusinen."
133 Die Westdeutsche Buchdruckwerkstätten AG in Düsseldorf druckte im Zeitraum von 1924–1933 neben zentralen KPD-Dokumenten und Reden von Parteiführern auch politische Plakate (nachgewiesen in: http://www.deutschefotothek.de/documents/wer/04040570).

Arbeit wie das gerade im Düsseldorfer Betriebe der Fall ist, eine Ueberstundenschufterei körperlich unmöglich ist. Das hatte auch die Bezirksleitung Niederrhein eingesehen, und eine Abstellung der Dinge angeordnet. Dieses wurde von der Geschäftsleitung *proforma* angenommen, aber in der Praxis nicht gehandhabt. Nun setzten die Schikanen ein, die soweit gingen, dass wir mit Unterstützung der Bezirksleitung aus der Partei ausgeschlossen wurden. Unsere Einsprüche gegen den Ausschluss, die seit dem 20. Mai ds. J. bereits laufen, wurden bisher ausser belanglosen Antworten, hinausgezögert. Wir kommen nun zur Spezifizierung der ganzen Angelegenheit.

Wir unterzeichneten blieben bei der Streikverhängung über die *Bergische Arbeiterstimme* in Solingen[134] seitens des Deutschen Buchdrucker-Verbandes, der Partei treu und arbeiteten trotzdem man uns seitens der Reformisten aus dem Verband herauswarf und uns als Streikbrecher titulierte.[135] In dieser Zeit haben wir bewiesen, dass wir gewillt sind, im Interesse der Partei die grössten Opfer zu bringen. Nach Stillegung des Solinger Betriebes wurden wir dem Düsseldorfer Betriebe zugeteilt in dem wir seit Juli 1930 tätig sind und zu dem wir ca. 30 km. mit der Eisenbahn zu fahren haben. Die Fahrtkosten wurden uns ursprünglich seitens der Geschäftsleitung vergütet, dann aber mussten wir diese selbst bezahlen. Die Geschäftsleitung verstand es nach kurzer Zeit, durch Intrigen die Belegschaft gegeneinander auszuspielen, um Lohnkürzungen und sonstige Arbeitsverschlechterungen durchzuführen, unfähige, dafür aber willfährige Kollegen besser zu stellen. Eine solche Methode ist nicht kommunistisch und muss zur Diskreditierung der kommunistischen Bewegung überhaupt führen. Eine Methode dient dann vielleicht

134 *Bergische Arbeiterstimme:* Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der Kommunistischen Internationale. – Düsseldorf: Freier Verl.Zusatz bis 29.1918, Nr. 270: Organ für das arbeitende Volk des Kreises Solingen. – 29.1918, Nr. 271–287: offizielles Organ d. Arbeiter- und Soldatenrates. – 29.1918, Nr. 288–294: offizielles Publ.-organ d. Arbeiterrates ursprünglich Tageszeitung der SPD, dann der USPD. U.a. war Richard Sorge kurzzeitig Redakteur. Mikrofilm-Ausg., Berlin, SAPMO-BArch, 1977, Signatur: MF 122.

135 Die Genossenschafts-Buchdruckerei war Heimat der *Bergischen Arbeiterstimme*. Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen war ein Arbeitskampf in der KPD-eigenen PEUVAG (Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-Aktien-Gesellschaft) bzw. ihren diversen Niederlassungen. Die PEUVAG vereinigte seit 1924 bis auf wenige Ausnahmen die Druckereien der KPD, vornehmlich diejenigen, die Tageszeitungen herstellen, als eigene Filialbetriebe. Leiter der Gesamtorganisation war seit 1925 Willy Langrock (1889–1962).. Der hier beschriebene Konflikt mit den eigenenen Setzern und Druckern brach auf dem Hintergrund des Kampfes gegen die "Rechten und Versöhnler" aus, die Anhänger von Brandler und Thalheimer, in dem bis zu 10 000 Parteiausschlüsse erfolgten (Weber: Die Wandlung, S. 186ff.). Besonders die Politik der „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition", RGO) in den Betrieben wurde nicht nur von der „Rechten", sondern von der Mehrheit der Parteioppositionen als spalterisch kritisiert. Zur KPD-Presse siehe: Kurt Koszyk: Deutsche Presse 1914–1945. Geschichte der deutschen Presse, Teil III, Berlin, Colloquium Verlag, 1973. S. 324ff.; id.: „Die Rote Fahne", In: Heinz-Dietrich Fischer (Hrg.): Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach, Verlag Dokumentation, 1972, S. 391–404 (Publizistik. Historische Beiträge. 2); Herbert Girardet: Der wirtschaftliche Aufbau der kommunistischen Tagespresse in Deutschland von 1918 bis 1933. Unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Regierungsbezirk Düsseldorf, Essen, W. Girardet, 1938 (Phil. Diss., Universität Leipzig 1938, S. 53–56); Weber: Die Wandlung, S. 219ff.

den Reformisten dazu, von ihren Schandtaten abzulenken und den Kommunismus mit diesen Methoden zu identifizieren. Diese Methode, die der Oeffentlichkeit nicht unbekannt geblieben ist, führte dann auch dazu, dass eine Reihe Abbestellung[en] der kommunistischen Presse [und] Austritte aus der kommunistischen Partei erfolgten. [...]

Nun zu der Persöhnkeit [sic] des Geschäftsführers Voigt.[136] Der Genosse Voigt verbietet sich Genossen gegenüber, als Genosse angeredet zu werden. Er verbietet z. B. im Betrieb das Rauchen, welches sonst gestattet war, raucht aber selbst im Betriebe. Ein Belegschaftsmitglied, welches früher Parteigelder unterschlagen hat, wird von Voigt dazu benutzt die Löhne zu reduzieren um dann nach Durchführung derselben, von Voigt besonders belohnt zu werden. Auf Vorstelligwerden der Genossen erklärt Voigt, ja, der ehemalige Genosse tut ja auch heute alles, was ich will. Andere Kollegen macht er dadurch willfährig, dass er sie zum Faktoren avancieren lässt, trotzdem kurz vorher ein Betriebsleiter und ein Faktor aus Ersparnisgründen versetzt wurden. Sogar den Lehrlingen wurde der Lohn um 6% gekürzt, aber dem ehemaligen Genossen, der Parteigelder unterschlug, Lohnerhöhung bewilligt. Zu welchem Zweck? Nur um die Belegschaft gegeneinander ausspielen zu können. Ein solches willfähriges Element, (als Genossen kann man solche Leute nicht titulieren) erklärte gegenüber einem schwerkriegsbeschädigten Belegschaftsmitglied „kranke Leute können wir in unserem Betriebe nicht gebrauchen." Ausdrücke Voigts wie: „Schweinhund, Rindvieh, Idiot" usw. beweisen grade keine kommunistische Einstellung Voigts. [...] Wir können die Beweise dafür antreten, dass die willfährigen Elemente Voigts und der Bezirksleitung früher Spitzel gegen die kommunistische Bewegung waren, die revolutionäre Bewegung bekämpften und wenn sie sich heute zu solchen unkommunistischen Methoden missbrauchen lassen nur um ihre materiellen Belange zu sichern, dann werden diese Leute in bestimmten Situationen auch zu anderen Zwecken käuflich sein. Wir können unsere revolutionäre Tätigkeit mit Stolz aufzeigen und werden auch in Zukunft derselben treu bleiben ohne welche Gegenleistung dafür zu erwarten, wie wir es aber auch für selbstverständlich erachten, gegen Methoden, die geeignet sind die revolutionäre Bewegung zu diskreditieren, vorzugehen und diese zu beseitigen versuchen. In unseren Reihen sind Genossen, die einen bürgerlichen Betrieb verliessen um gegen geringeren Lohn in dem damals von den Reformisten bestreikten Solinger Betriebe im Interesse der Partei Arbeit zu leisten, Genossen, die mehrmals in den revolutionären Kämpfen ihr Leben in die Schanze schlugen,[137] Genossen, die fast ausnahm[s]los der Partei ihre Kraft zur Verfügung stellten und die schwierigsten und vertrauensvollsten Funktionen übernahmen und durchführten. Das Aktenmaterial über unseren Fall ist zu Gunsten der BL [Bezirksleitung] und Geschäftsleitung ausgearbeitet [...] Wir bitten Euch nun im Interesse einer baldigen Klärung entsprechende Schritte zu unternehmen und uns baldigst Antwort zukommen zu lassen.

Mit komm. Gruss! [handschriftl.: Karl Klophaus]

---

136 Weitere Lebensdaten zu Vogt ließen sich nicht eruieren.

137 In die Schanze schlugen: Ihr Leben aufs Spiel setzen.

Name:	in der Partei: bezw. pol. Organisiert	In der Gewerkschaft:
Karl Klophaus	3 Jahre	15 Jahre
[handschr.: Theodor Hug]	13 Jahre	19 Jahre
[handschr.: Fritz Braunheim]	20 Jahre	38 Jahre
[handschr.: Alex Schmidt]	11 Jahre	19 Jahre
[handschr.: Will...]	25 Jahre	29 Jahre
[handschr.: Konrad H..kam]	14 Jahre	21 Jahre
[handschr.: Hans ...]	9 Jahre	5 Jahre
[handschr.: [...]	1 Jahre	8 Jahre



Am 3.11.1931 genehmigte das Politbüro der deutschen Botschaft in Moskau, eine Schule für die Kinder der Botschaftsangehörigen einzurichten. Der Schule, die formell nicht der Botschaft gehören sollte, wurde jedoch das Recht eingeräumt, nach dem deutschen Volks- und Mittelschulplan zu unterrichten; der Beschluss wurde am 5.11.1931 offiziell bestätigt.[138]

Am 10.11.1931 erfolgte ein Beschluss über die Erklärung der Deutschen und das Fehlverhalten der sowjetischen Militäraufklärung bezüglich der Trennung von Komintern und sowjetischen Geheimapparaten, an dem Berzin, Stalin, Molotov, Vorošilov und Manuilski beteiligt waren. Berzin, der Leiter der Militäraufklärung, habe die Bestimmungen des ZK vom 8.12.1926 verletzt, er solle seinen Stellvertreter aus Deutschland abberufen. Eine Kommission mit Kaganovič, Vorošilov, Manuilski und Pjatnitzki solle den genauen Sachverhalt klären.[139]

Am 20.11.1931 beschäftigte sich das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion wiederholt mit dem Streik der Matrosen auf deutschen Schiffen im Hafen von Odessa und dem besagten Zwischenfall um den verprügelten deutschen Konsul. Es wurde beschlossen, den „Hauptschuldigen" zu zwei Wochen Haft und einer Geldstrafe zu verurteilen, womit anscheinend der Matrose Jan Janssen gemeint ist, der von einem sowjetischen Gericht am 3.12. zur besagten Haftstrafe und der Zahlung von 200 Rubel verurteilt wird.[140]

138 RGASPI, Moskau, 17/162/11, 44.
139 RGASPI, Moskau, 17/162/11, 46.
140 RGASPI, Moskau, 17/162/11, 65. APRF, Moskau, 3/64/677, 17. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, II, Dok. 274.

Dok. 274

Beschwerde an den Presseleiter der Komintern über den Umgang mit dem deutschen Archiv beim Lenin-Institut, Moskau

Moskau, 26.11.1931

Typoskript, deutsch, RGASPI, Moskau, 495/293/120, 42. Erstveröffentlichung.

Moskau, den 26. Nov. 1931

Gen.
Tschernin,
im Hause.

Werter Genosse!

Ich erhielt das beiliegende Schreiben vom deutschen Zentral-Agitprop.[141] betr. die Uebersendung von Material aller Art, das für das deutsche Archiv beim Lenin-Institut untergebracht werden soll.[142] In dem Schreiben wird ferner der Vorschlag gemacht, dass unbedingt ein Genosse zur Verwaltung dieses Archivs bestimmt wird. Ich bitte Dich, mir mitzuteilen, ob das von Zentral-Agitprop gemacht wird oder ob dazu ein Antrag an die Kl [eine] Kommission notwendig ist und ob dieser Antrag von Euch gestellt wird. Meines Wissens lagert noch das gesamte Material, das bisher hierher geschickt wurde, unausgepackt in Kisten und ist jeglicher Benutzung entzogen. Viel-

141 Die parteioffizielle Bezeichnung der Agitprop-Abteilung des ZK der KPD war „Abteilung Zentral-Agitprop".

142 *Deutsches Archiv beim Lenin-Institut:* Das Lenin-Institut, später Marx-Engels-Lenin-Institut arbeitete zur Realisierung seiner ursprünglichen Aufgabe, der Herausgabe der Schriften Lenins, eng mit der Komintern zusammen. Parallel dazu war das Marx-Engels Institut für die Erforschung der Geschichte des Marxismus und für die Vorbereitung einer wissenschaftlichen Gesamtausgabe der Werke von Marx und Engels (MEGA) zuständig, in enger Zusammenarbeit mit dem Archiv der Kommunistischen Partei Rußlands. Infolge der Russifizierung und Stalinisierung der VKP(b) geriet die unter dem Institutsleiter Rjazanov begonnene theoretische Beschäftigung mit dem Marxismus und die Herausgabe der MEGA ins Stocken. Nach der "Säuberung" Rjazanovs im Jahre 1931 wurde das Institut mit dem Lenin-Institut fusionniert und später als Institut für Marxismus-Leninismus zum offiziellen Parteinstitut der KPdSU und Gralshüter der stalinistischen Ideologie. Hochqualifizierte Mitarbeiter des Instituts wie Sorin, Adoratskij, Steckij und Rjazanov selbst wurden Opfer der stalinistischen Repressionspolitik (siehe: Vladimir Gavrilovič Mosolov: IMEL. Citadel′ partijnoj ortodoksii. Iz istorii Instituta Marksizma-Leninizma pri CK KPSS, 1921–1956, Moskva, Novyj khronograf, 2010; Siegfrid Bahne: Zur Geschichte der ersten Marx-Engels-Gesamtausgabe. In: Hans-Peter Harstick, Arno Herzig, Hans Pelger (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Geschichte. Festschrift für Shlomo Na'aman zum 70. Geburtstag, Trier, Karl-Marx-Haus, 1983, S. 146–165; Rolf Hecker: Rjazanov und die erste MEGA, Hamburg, Argument Verlag, 1997: Jakov G. Rokitanskij, Reinhard Müller: Krasnyj dissident. Akademik Rjazanov. Opponent Lenina, žertva Stalina. Biografičeskij očerk, dokumenty, Moskva, Izdat. Academia, 1996 (Vremena i nravy. Memuary, pis'ma, dnevniki).

leicht weiss man noch nicht einmal genau, wo das Material überhaupt lagert. Eine Zeitlang lag es auf dem Hofe der Komintern herum. Solltest Du in der Angelegenheit nicht zuständig sein, dann teile es mir mit. [...]

Mit komm. Gruss,

Dok. 275

Rede Manuilskis im Politsekretariat der Komintern über die „Volksrevolution" und den antifaschistischen Kampf

[Moskau], 1.12.1931

Typoskript, deutsch. RGASPI, Moskau, 495/3/227, 203–231. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache auszugsweise publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 752–760.

MANUILSKI. Die Referate, die wir angehört haben, kann man nicht als befriedigend bezeichnen: sie haben die Fragen, die die Politkommission vor den Ländersekretariaten gestellt hat, nicht beantwortet. [...]

Weiter, Genossen, die Frage der zwei Welten[143] ist aufs engste mit der Frage des revolutionären Auswegs aus der Krise verbunden. Und warum wird, z.B., in unseren einzelnen Sektionen die Frage des revolutionären Auswegs aus der Krise so schwach gestellt, so wenig verarbeitet? Dies spiegelt gerade diese allgemeine Schwäche der Sektionen, das Unvermögen, die beiden Welten konkret gegenüber zu stellen, wider. Darin besteht jetzt unsere ungeheuere[144] Schwäche. Denn wenn wir die Frage der beiden Welten richtig zu stellen vermögen würden, könnten wir auch die Frage des revolutionären Auswegs aus der Krise konkretisieren und mit realem, konkretem Inhalt füllen.

Weiter, Genossen, könnt Ihr bemerken, dass in der letzten Zeit nach dem XI. Plenum bei uns in einer Reihe von Parteien die Agitation und Propaganda für die proletarische Diktatur und den Sozialismus verschwunden ist. Bei uns ist jetzt überall

143 Die sog. „Zwei-Welten-These" beinhaltete im Kominterndiskurs die Gegenüberstellung des untergehenden Kapitalismus und des siegreichen Sozialismus in der Sowjetunion, so in einem Leitartikel von Theodor Neubauer, in dem es hieß: „Die Werktätigen der kapitalistischen Länder haben zwei Welten vor sich, die sie vergleichen können." Ausgangspunkt war die Meldung über eine drohende Zahlungsunfähigkeit der Sowjetunion in der katholischen Tageszeitung *Germania*. Unter Hinweis darauf, dass „die gewaltigen Aufträge der Sowjetunion – ungefähr 1 Milliarde Reichmark in diesem einen Jahre – an die deutsche Wirtschaft" bald abgewickelt seien, hieß es, dass die deutschen Kapitalisten sehr gut wüssten, dass „die einzigen ‚Geschäftsleute' die heute noch pünktlich zahlen [...] die Sowjets sind". Weiter hieß es: „Sie wissen auch, was für ihre Betriebe das Ausbleiben neuer Sowjetaufträge bedeutet!" (Zwei Welten: Kapitalherrschaft – Arbeitermacht. Dem vierzehnten Jahrestag entgegen. In: *Inprekorr*, 23.10.1931).
144 Durchgestrichen: „grosse".

das Spiel mit dem Wort „Volksrevolution“ zu beobachten. Die Volksrevolution in Deutschland, Volksrevolution übrigens auch in Spanien, Volksrevolution überall. Natürlich können wir auf die Volksrevolution nicht verzichten. [...]

Genossen, das ist die Frage, die ich am Anfang meines Referates festgestellt habe, dass wir in einer Reihe von Parteien in der Einstellung zum Faschismus als zu einer Art Prozess, der nur den Zerfall der Bourgeoisie wiedergibt, haben, infolgedessen wurde die Theorie des proletarischen Gesamtangriffs aufgestellt. Gab es Rückfälle in den Kommunistischen Parteien? Jawohl. Ich möchte vorausschicken, dass wenn ich vor allem den *Propagandist*[145] zitiere, dies nicht deshalb geschieht, weil der *Propagandist* am meisten Fehler gemacht hätte, sondern deshalb, weil das Mitteleuropäische Sekretariat [der Komintern] diese Frage am besten bearbeitet hat und die anderen Sekretariate diese Frage nicht verfolgten. Ihr könnt Euch erinnern, wie auf dem 11. Plenum, als wir die Lage in Deutschland kennzeichneten, die deutschen Genossen darauf bestanden, dass in die Resolution des 11. Plenums folgende Stelle eingefügt wird. Dort wurde die Frage gestellt: Wodurch äussert sich der revolutionäre Aufschwung in Deutschland. Und die deutschen Genossen haben eingefügt: “..... (liest vor). Wir haben einen Fehler begangen, dass wir darauf eingingen, ich muss offen sagen, dass wir einen Fehler begangen haben und in den Referaten einzelner Genossen auf dem Plenum wurde diesem Gedanken deutlich Ausdruck verliehen: Wir haben in Deutschland die Offensive des Faschismus schon zum Stillstand[146] gebracht. Wir haben uns dadurch etwas beeinflussen lassen und dies in der Resolution festgestellt und sahen den gleichen Standpunkt in unseren Referaten. Und in Wirklichkeit haben die Tatsachen gezeigt, und hier müsst Ihr Euch selbst kritisieren, dass wir tatsächlich die Entwicklung des Faschismus in keinem Lande zum Stillstand[147] gebracht haben. Wir haben ihn weder in Deutschland, noch in Polen zum Stillstand[148] gebracht und daraus entspringen bei uns eine ganze Reihe von unrichtigen Schlussfolgerungen. Die Erfolge der Faschisten haben uns unvorbereitet getroffen und da wir unvorbereitet getroffen wurden, waren wir nicht in der Lage, die Wachsamkeit der Massen in genügendem Masse zu mobilisieren.[149]

Ein zweiter Rückfall, Genossen, der festgestellt werden kann. Wir traten auf dem 11. Plenum gegen jeden Versuch, den Faschismus sozusagen als Kehrseite des revo-

---

145 *Der Propagandist* war eine Monatsschrift für die Propaganda des Marxismus-Leninismus, hrsg. vom Zentralkomitee der KPD, I (1930) – III (1932), Berlin. Herausgeber war Ernst Schneller. Druck: Peuvag, Filiale Düsseldorf.

146 Durchgestrichen: „Einhalt“.

147 Durchgestrichen: „Einhalt“.

148 Durchgestrichen: „Einhalt“.

149 Wie es die Aufzeichnungen eines Gesprächs zwischen dem hohen sowjetischen Diplomaten und späteren Vertreter beim Völkerbund Boris Štejn und dem deutschen Botschaftsrat Twardowski vom 12.12.1931 suggerieren, scheint man bereits Ende 1931 in sowjetischen diplomatischen Kreisen mit einer „früher oder später“ erfolgenden Machtübernahme gerechnet zu haben (siehe Dok. 275a; vgl. Slutsch: Deutschland und die UdSSR 1918–1939, S. 65; vgl. Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 313f.).

lutionären Prozesses darzustellen, auf. Dessen ungeachtet, wurde in unserer deutschen Presse z.B. nach den Hamburger Wahlen[150] die Zunahme des Faschismus als „Kehrseite" dargestellt. Nehmen wir die Stimmungen der deutschen Presse nach dem Einheitsfrontangebot, der zweite Artikel in der *Roten Fahne* – „Einheitsfront".[151] Ein ausgezeichneter Artikel, er stellt das Beispiel der Antwort dar, die unsere Partei geben musste. Aber im ersten Artikel[152] finden wir wiederum diese Schnörkel, den Rückfall in den früheren Standpunkt. So wird z.B. wieder in dem Artikel gesagt, dass der Hauptfeind die Sozialdemokratie ist. Wir sagten auf dem 11. Plenum – der Hauptfeind des Proletariats ist der Kapitalismus, der zwei Brigaden hat: den Faschismus und Sozialfaschismus. Die deutsche *Rote Fahne* verfällt wieder auf den alten Standpunkt.

Dann weiter im gleichen Artikel „Die Sozialdemokratie – die Hauptstütze des Faschismus". Einige Tage später ein neuer Artikel. Es stellt sich heraus, dass das „Zentrum die geeignete Partei des Faschismus" ist.[153] Heute ist die Sozialdemokratie die Hauptstütze des Faschismus, morgen das Zentrum. Genossen, das schafft keine Klarheit. Wir haben jedoch viel klarer auf dem 11. Plenum gesagt: Die Sozialdemokratie ist die soziale[154] Hauptstütze der Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern und die Sozialdemokratie ist der Hauptfeind der Kommunistischen Partei in der Arbeiterklasse. Das haben wir gesagt. Und eine solche Fragestellung – die Sozialdemokratie – die Hauptstütze des Faschismus, ist unüberzeugend, weil die Sozialdemokratie die zweite Brigade des Kapitalismus ist. Und nun schlägt die Sozialdemokratie Lärm in bezug auf ihren Kampf gegen den Faschismus und verwirrt die Arbeiter. Und wir klären diese Frage nicht auf.

Weiter, Genossen zu der Frage des Faschismus. Wir haben die Frage des Faschismus auf dem 11. Plenum gestellt und bekämpfen die fatalistischen Einstellungen, als

150 Die Hamburger Bürgerschaftswahlen fanden am 27.9.1931 statt. Die Nationalsozialisten erlebten eine lawinenartige Steigerung von 2% (1928) auf 26%. Die KPD verbesserte sich von 16% auf 22%. SPD, DStP und DVP verloren die Mehrheit.

151 Vermutlich Bezug auf den Artikel: Einheitsfront wofür und mit wem? In: *Die Rote Fahne*, 20.11.1931. Hierin hieß es: „Wir wollen die proletarische Einheitsfront gegen das ganze *Notverordnungssystem*. Das sind Forderungen, für die jeder ehrliche sozialdemokratische Arbeiter eintreten muß. [...] Unabhängig davon, daß Tausende und Aber Tausende der besten sozialdemokratischen Arbeiter in unsere Reihen als Mitglieder der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse treten, wollen wir die rote *antikapitalistische und antifaschistische Einheitsfront mit allen sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern*. In der brüderlichen Einheitsfront mit ihnen sind wir bereit, alles noch Trennende zurückzustellen, um gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind zu marschieren."

152 Vermutlich Bezug auf den Artikel: Die Einheitsfront, die siegen wird. Statt einer Antwort an Herrn Breitscheid. In: *Die Rote Fahne*, 17.11.1931. Hierin hieß es: „Die Sozialdemokratie [...] ist von einer Kampfpartei der sozialistischen Arbeiter zur sozialen Hauptstütze der bürgerlichen Reaktion in all ihren Formen geworden. Sie ist kein Schutzwall gegen den Faschismus, sondern die soziale Hauptstütze des Faschismus." Ähnlich auch in: Einheitsfront und „Einheitsfront". In: *Die Rote Fahne*, 18.11.1931.

153 Siehe: Tiefer in die Krise und Tributsklaverei. In: *Die Rote Fahne*, 22.11.1931.

154 „ist die soziale" wurde handschriftlich eingefügt.

ob der Faschismus nur durch die proletarische Revolution gestürzt werden kann. Wir sagten, dass man die Diktatur der Bourgeoisie nur durch die proletarische Diktatur stürzen kann, aber der Angriff des Faschismus kann auch durch Teilkämpfe gestört werden. Und wir wiesen darauf hin, dass Teilkämpfe möglich sind, denn derjenige, der den Standpunkt vertritt, dass jetzt der Faschismus nur durch die proletarische Diktatur gestürzt werden kann, der verfällt auf den Standpunkt Brandlers, dass in der gegenwärtigen Zeit Teilkämpfe unmöglich sind. [...] Wir finden die Widerspiegelung dieser Einstellung sowohl im *Propagandisten*, als auch bei den einzelnen Genossen.

Die vierte Frage – über die Volksrevolution. Ich stelle die Frage gleich so: In Deutschland hat man sehr viel über die Volksrevolution geschrieben und in dem Lande, in dem in Verbindung mit dem Angriff des japanischen Imperialismus die Frage der Volksrevolution gestellt werden sollte – in China spricht man von der Volksrevolution nicht.[155] [...]

Und nun weiter. Wenn die Klassenlinie der proletarischen Revolution verloren gegangen ist, wenn der Faschismus nur die Kehrseite des revolutionären Prozesses darstellt, wenn die reaktionäre Bourgeoisie von kommunistischem Bewusstsein durchdrungen werden und bis zur proletarischen Revolution gebracht werden kann, wenn der Faschismus den Boden für die proletarische Revolution bereitet, so kann man unwillkürlich dazu kommen, die Faschisten des Verrats an den Werktätigen, des Verrats am Sozialismus zu beschuldigen. Aber wann waren denn eigentlich die Faschisten Sozialisten, wann? Das ist schon zuviel. Das bedeutet tatsächlich die Schwächung unseres Kampfes gegen den Faschismus und andererseits bedeutet es ein Nachgeben dem Druck der Kleinbourgeoisie, den sie gegenwärtig auf uns ausübt.

Und weiter, Genossen, die dritte Schlussfolgerung aus diesem Verlust des Klassencharakters der Volksrevolution – dieser Druck der Mitläufer sowie der Kleinbourgeoisie äussert sich in gewissen taktischen Verdrehungen. Woher stammen, Genossen, diese terroristischen Stimmungen in der Kommunistischen Partei Deutschlands?[156]

155 Mit dem militärischen Überfall Japans auf Mukden und die Mandschurei am 18.9.1931 begann der japanisch-chinesische Krieg, den die Sowjetunion im Unterschied zum Deutschen Reich verurteilte.

156 Sowohl die staatlichen Repressalien (mit der Drohung eines Parteiverbots), die ökonomische Verwahrlosungskrise, als auch der Druck der KPD-Mitglieder, sich vor allem gegen die zunehmenden gewaltsamen Übergriffe der Nationalsozialisten entsprechend zur Wehr zu setzen („Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“) schuf eine explosive Lage. Die Fälle von Attentaten und politischen Morden häuften sich, zu denen der Mord an zwei Polizeihauptleuten auf dem Bülowplatz in Berlin gehörte, an dem am 9.9.1931 u.a. auch der spätere Minister für Staatssicherheit der DDR, Erich Mielke beteiligt war. Wie Thälmann später berichtete, wurden er und Heinz Neumann Ende Oktober 1931 in Moskau von Stalin persönlich verpflichtet, sich für die KPD als Ganzes öffentlich vom individuellen Terror zu distanzieren (RGASPI 14.5.1932 495/4/188a, 39). Am 10.11.1931 hatte das ZK der KPD eine Grundsatzerklärung gegen den individuellen Terror verabschiedet, in der es u.a. hieß: „Die *strategische Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei Deutschlands* ist in der gegenwärtigen Periode die stärkste Entfaltung der revolutionären Massenarbeit, die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für die entscheidenden Kämpfe um ein freies, sozialistisches Rätedeutschland.“ Nach dem Hauptfeind der „rechten Gefahr“ wird die „linke Gefahr“ „terroristischer Stimmungen“ beschworen: „Das

Ist denn die Frage des Terrors und terroristische Stimmungen eine Kampfmethode des Proletariats? Nein, Genossen. Nur Leute, die Personenkultus treiben, können diese Methode verteidigen. Das ist ohne Zweifel ein Einfluss fremder Klassen. Das ist nicht unsere Kampfmethode. Das ist eine Methode der Orgesch,[157] Hitlers, aber durchaus nicht der kommunistischen Partei. [...]

Zentralkomitee der KPD. ruft allen Parteimitgliedern, allen revolutionären Arbeitern nochmals die durch die *siebzigjährige Erfahrung der marxistischen Arbeiterbewegung* unumstößlich bewiesene Tatsache in Erinnerung, daß alle anarchistisch-terroristische Bestrebungen nur dazu dienen, die Arbeitermassen vom wirklichen Klassenkampf abzulenken, die *Millionenmassen* von der revolutionären Vorhut abzustossen, Provokateuren jeder Art das schmutzige Handwerk zu erleichtern und der bürgerlichen Mordhetze gegen die Kommunistische Partei billige Vorwände zu liefern.“ (Beschluss des Zentralkomitees der KPD. In: *Die Rote Fahne*, 13.11.1931).

157 Orgesch: „Organisation Escherich“, republikfeindliche Einwohnerwehr (siehe Dok. 34, 37).

Dok. 275a

Niederschrift des sowjetischen Diplomaten Boris Štejn über eine Unterredung mit dem deutschen Botschaftsmitarbeiter Fritz von Twardowski

[Moskau], 12.12.1931

Typoskript in russischer Sprache. AVP RF, Moskau, 082/14/2/62, 367–364. Erstveröffentlichung.

12. Dezember 1931

NIEDERSCHRIFT DES GESPRÄCHS MIT TWARDOWSKI.[158]

Beim Empfang zu Ehren von Emil Ludwig[159] hatte ich ein Gespräch mit Twardowski. Twardowski fragte mich, wie wir zur letzten Notverordnung[160] stehen. Ohne meine Antwort abzuwarten, sagte er selbst, dass diese Notverordnung zu drei Vierteln gegen die Internationale Kommission, die zu Zeit in Basel tagt, gerichtet ist.[161] Ich fragte Twardowski, welchen Eindruck er bezüglich der nächsten Aktionen Hitlers habe. Twardowski fing an, mir ausführlich zu schildern, dass ein Machtantritt Hitlers für die UdSSR kein Grund zur Besorgnis sein solle. Natürlich, sagte er, seien mit einem solchen Machtantritt unausweichliche Repressionen gegen die deutsche Kompartei verbunden, doch diese Frage stehe außerhalb des Rahmens unseres Gesprächs. Was die sowjetisch-deutschen Beziehungen angehe, so sei es notwendig, daran

158 Fritz von Twardowski (1890–1970) war seit der ersten Hälfte der 1920er Jahre Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Moskau. Die hier erstmals veröffentlichten Aufzeichnungen eines Gesprächs zwischen dem hohen sowjetischen Diplomaten und späteren Vertreter beim Völkerbund Boris Štejn und dem deutschen Botschaftsrat Twardowski vom 12.12.1931 stellen eine Kontinuität zu der von Bratmann bereits ein Jahr vorher, im Dezember 1930, geäußerten Einschätzung dar (Dok. 254a). Sie lassen vermuten, dass man seitens der sowjetischen Diplomatie mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten rechnete (Slutsch: Deutschland und die UdSSR 1918–1939, S. 65; vgl. Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 313f.).

159 Der deutsche Schriftsteller Emil Ludwig besuchte Ende 1931 die Sowjetunion, wo er auch eine Unterredung mit Stalin hatte (Stalin: Werke, Bd. 13, S. 93–109). In dem überlieferten Gespräch fragte Ludwig: „In letzter Zeit machen sich bei einigen deutschen Politikern ernste Befürchtungen bemerkbar, dass die Politik der traditionellen Freundschaft zwischen der UdSSR und Deutschland in den Hintergrund gedrängt werden könnte." Stalin antwortete: „Wir waren nie die Garanten Polens und werden es nie werden, ebenso wie Polen nicht der Garant unserer Grenzen war und es auch nicht sein wird. Unsere freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland bleiben dieselben wie bisher. Das ist meine feste Überzeugung." (Ibid., S. 103–104).

160 „Notverordnung" im Original deutsch in kyrillischer Schrift.

161 In Basel im August 1931 gebildete Kommission u.a. der britischen und amerikanischen Gläubigerbanken des Deutschen Reiches, das aufgrund der Bankenkrise keine Kredite mehr im Ausland zur Schuldentilgung erhielt. Ein zunächst für ein halbes Jahr festgesetztes Stillhalteabkommen bedeutete ein Moratorium für die Schuldenzahlungen. Eine Notverordnung zwang die deutschen Schuldner zum Beitritt.

zu erinnern, dass die Nationalsozialisten nichts ohne die Reichswehr und gegen den Willen der Reichswehr machen können. Dabei gebe es keine Zweifel, dass die Reichswehr keinerlei Veränderung der Politik gegenüber der UdSSR zulassen werde. Er, Twardowski, hege diesbezüglich keinerlei Zweifel. Während seines letzten Deutschlandaufenthaltes habe er eine Reihe von Gesprächen mit nationalsozialistischen Funktionären geführt und habe sich davon überzeugt, dass sie nichts gegen die UdSSR planen. Zum Anderen sei auch die Logik der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR eine solche, dass an irgendwelche Veränderungen nicht zu denken sei. Es sei jetzt schon zu wenig, zu sagen, dass Deutschland und die UdSSR zu gleichen Teilen an der Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen ihnen interessiert seien. Es müsse aufrichtig gesagt werden, dass Deutschland daran in einem viel größeren Maß als die UdSSR interessiert sei. Die neusten Ereignisse im Bereich der Regulierung des Außenhandels einer Reihe von Staaten, der englisch-französische Zollkrieg usw. haben gezeigt, dass der Weg nach Westen für den deutschen Export als entweder verschlossen oder in höchstem Maße eingeschränkt angesehen werden müsse. Zugleich sei die Existenz Deutschlands ohne einen wachsenden Export unmöglich, ganz gleich wie die Reparationsfrage gelöst werden möge. Dies sei sowohl unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Krise, als auch im Falle ihrer Überwindung korrekt. Der Hauptweg des deutschen Exportes führe Richtung Osten. Dabei habe die UdSSR eine Reihe von Möglichkeiten und verfüge daher über eine größere Manövrierfreiheit. Die Verhandlungen in Berlin haben Twardowski davon überzeugt, dass die deutsche Seite eine ausreichend klare Vorstellung über die Frage habe, und zweifellos alles tun werde, um der UdSSR die Verwirklichung ihrer Exporte zu erleichtern, da sie vortrefflich verstehe, dass ohne dies die Entwicklung deutscher Exporte unmöglich sein werde. Natürlich werde es in naher Zukunft im Bereich der Kreditvergabe zu gewissen Engpässen kommen, doch dieser Umstand hänge nicht davon ab, welche Gruppen an der Macht sein würden, und sei auch keineswegs von politischen Sympathien oder Antipathien diktiert, sondern von strengen wirtschaftlichen Notwendigkeiten.[162]

Ich antwortete kurz, dass ich mich freuen würde, wenn die Wertschätzung der Entwicklung sowjetisch-deutscher Wirtschaftsbeziehungen, die T[wardowski] geäußert habe, sich durch konkrete Handlungen manifestieren würde. Was das Problem der Kredite angehe, so habe T[wardowski] selbst bereits dargelegt, wie wichtig dieser Punkt für die Ausweitung deutscher Exporte in die UdSSR sei. Ich habe zu dieser Frage nichts hinzuzufügen.

---

162 Der am 24.6.1931 unterzeichnete Berliner Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion wurde maßgeblich auf Druck von Brüning nicht ratifiziert. Gleichwohl war „(...) die Situation in den Jahren der Weltwirtschaftskrise [...] für die bilateralen Beziehungen sogar günstiger als in den früheren Jahren. Das bestätigte die militärtechnische Zusammenarbeit [...] sowie der sich zunehmend erweiternde Handel (...).“ (Slutsch: Deutschland und die UdSSR, S. 60).

Ich fragte T[wardowski], wodurch die dringende Kommandierung des Botschafters nach Moskau ausgelöst sei. Zuerst sagte T[wardowski], dass er bis auf das Telephonogramm Meiers vom 11. Dezember keinerlei Informationen aus Berlin habe.[163] Doch dann, nachdem er vorwegschickte, er wolle nicht das bevorstehende Gespräch des Botschafters mit dem Volkskommissar vorwegnehmen, ließ er „als Privatmann" folgendes verlauten: In Berlin herrsche helle Aufregung ob der sowjetisch-polnischen Verhandlungen.[164] Man habe in Berlin Verständnis dafür, dass die UdSSR einen Nichtangriffspakt mit Polen schließen wolle, man verstehe auch die Ziele dieses Paktes, und habe schlussendlich nichts gegen ihn einzuwenden. Dennoch könne man in Berlin die Punkte des Paktes zur gegenseitigen Neutralität und zu den territorialen Garantien nicht verstehen. Genau diese beiden Umstände rufen ernsthafte Besorgnis hervor. In Berlin stelle man sich die Lage ungefähr so vor: Die UdSSR würde verstehen, dass die Möglichkeiten Deutschlands zur Entwicklung und Nutzung von Krediten erschöpft seien. Daher sei die UdSSR bereit, Deutschland aufzugeben und um jeden Preis eine Übereinkunft mit Frankreich zu erzielen.[165] Dafür sei die UdSSR bereit, ein Opfer in Form eines Paktes mit Polen darzubringen. All das rufe die Vorstellung von einer völligen Kurswende in der sowjetischen Außenpolitik hervor. In Berlin sei man der Meinung, dass unsere Vorstellung, Polen werde den Pakt nicht unterzeichnen, falsch sei, da Polen im Rahmen der Entfaltung ihrer antideutschen Aktivitäten sich zweifellos dazu bereit erklären würde, einen polnisch-sowjetischen Pakt zu unterzeichnen. Anscheinend sei mit diesen Stimmungen die Anweisung des Außenministeriums an Dirksen, sofort nach Moskau zurückzukehren, zu erklären.

Ich merkte an, dass ich in der Interpretation Berlins mindestens drei Fehler sähe. Der erste Fehler bestehe darin, dass die UdSSR keineswegs vorhabe, Deutschland „aufzugeben". Der Umfang sowjetisch-deutscher – vor allem wirtschaftlicher – Beziehungen und die Rolle des deutschen Handels und deutscher Technik seien für die UdSSR nicht dazu geeignet, dass bei uns jemand eine solche Ausschließung Deutschlands aus unser Außen- und Außenhandelspolitik in Erwägung ziehen oder durchfüh-

163 Richard Meyer (1883–1956) war Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt.

164 Durch die Einleitung des „Neuen Kurses" der Sowjetunion, der durch die japanischen Bestrebungen in der Mandschurei ausgelöst worden war, kam es zu Verhandlungen zwischen polnischen und sowjetischen Vertretern als Beitrag zur Entspannungspolitik. Diese gipfelten im polnisch-sowjetischen Nichtangriffspakt von 1932. Vgl. Hans Roos: Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1931–1939, Tübingen, 2. Aufl., 1965, S. 31ff.

165 Gemeint ist der außenpolitische Annäherungsprozess der Sowjetunion auch an Frankreich, der allerdings erst am 29.11.1932 beschlossen wurde und am 2.5.1935 im (jedoch nicht zur Anwendung gekommenen) Beistandsvertrag gipfelte. „Solange der bereits im August 1931 ausgehandelte Nichtangriffspakt mit Frankreich noch nicht unterzeichnet worden war und damit noch keine stabile Alternative zu den bislang privilegierten deutsch-sowjetischen Beziehungen in Sicht war, hielt es der Diktator offensichtlich für klüger, sich die Position des sowjetischen Außenkommissars Litvinov zu eigen zu machen. (...) ‚Wir tanzen jetzt auf dem deutschen Bein, solange sich mit Frankreich nichts ergibt.'" (Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 312, unter Verweis auf Weingartner: Stalin, S. 139ff.). Bezogen auf die gesamten 1930er Jahre, gab Stalins Präferenz für Deutschland allerdings den Ausschlag.

ren würde. Der zweite Fehler bestünde darin, dass man sich unsere Übereinkunft mit Frankreich zu einfach vorstelle. Wir haben unseren Wunsch, eine Übereinkunft mit Frankreich und Wege zur Herstellung friedlicher Beziehungen mit ihm zu finden, nie verheimlicht, und werden ihn auch nicht verheimlichen. Deutschland tue im Übrigen dasselbe, und da dies nicht auf Kosten der UdSSR geschehe, haben wir uns nie gegen eine solche Fragestellung ausgesprochen. Entsprechendes verlangten wir auch von Deutschland. Man solle jedoch nicht vergessen, dass auf dem Wege einer französisch-sowjetischen Verständigung noch viele Schwierigkeiten lägen. Wir nähmen an, dass die Überwindung dieser Schwierigkeiten eine beträchtliche Beruhigung der angespannten Atmosphäre in ganz Europa mit sich bringen würde. Der dritte Fehler schließlich bestehe in der Aussage, dass wir „bereit seien, ein Opfer in Form eines Paktes mit Polen darzubringen“. Damit brächten wir kein „Opfer“, denn wir hätten niemals vorgehabt, Polen anzugreifen. Andererseits stelle unsere Bestrebung, mit Polen einen Pakt abzuschließen, keine Neuigkeit für Deutschland dar. Diese „Neuigkeit“ sei bereits fünf Jahre alt, und mir sei unverständlich, warum sie ausgerechnet zum jetzigen Zeitpunkt eine solche Unruhe auslöse. Wir haben stets erklärt, dass wir alles tun werden, um einen Krieg zu vermeiden. T[wardowski] wisse, wie angespannt die aktuelle Atmosphäre sei und welche Gefahr von „Theorien“ ausgehe, die im Krieg einen Ausweg aus der Krise sehen. Alles, was der Schwächung der Umsetzung solcher Theorien in die Wirklichkeit dienlich sei, werde von uns getan; doch dies könne keine Widersprüche seitens Deutschlands hervorrufen.

T[wardowski] sagte abschließend, dass er persönlich die Unruhe und Nervosität, die Berlin gegenwärtig verspüre, nicht teile, und dass die von mir vorgebrachten Argumente seinerseits keinen Widerspruch hervorriefen.

Der Botschafter reist am 13. um 2 Uhr nachmittags an.

/B. Štejn/[166]
4 Ex. 8.

– an Gen. Litvinov
– an Gen. Krestinskij
– nach Berlin
– an 2. Westabt[eilung] [des NKID?]

166 Boris Štejn (1892–1961) war Leiter der 2. Westabteilung des sowjetischen Außenkommissariats und später Diplomat in der UNO.

Dok. 276

Entwurf eines Briefes der Politkommission der Komintern an alle Sektionen zur Gedächtniskampagne für Lenin, Liebknecht und Luxemburg

[Moskau], 14.12.1931[167]

Typoskript mit handschriftlichen Korrekturen und Ergänzungen, deutsch. RGASPI, Moskau, 495/4/157, 107–116. Erstveröffentlichung.

12975/2I[B]./Ha.
A.d.Russ. 14.12.31.

Entwurf eines Briefes an die Sektionen der KI zu der Gedächtniskampagne für Lenin, Liebknecht, Luxemburg!

Werte Genossen!
Die Lenintage (Januar 1932)[168] erlangen unter den gegenwärtigen Bedingungen eine ungeheure Bedeutung als eine breite Kampagne für die Ausrüstung der Proletarier- und Halbproletariermassen in Stadt und Land mit den geschichtlichen Erfahrungen des Bolschewismus, für die Mobilisierung ihrer revolutionären Aktivität um die aktuellen Aufgaben der Komintern und ihrer Sektionen.

Das agitatorische Gerüst der gesamten Kampagne muss der *Kampf fuer den Sieg des revolutionaeren Auswegs aus der Krise, fuer den Sturz der Kapitalistenherrschaft und den Triumph des Sozialismus in der ganzen Welt, die revolutionäre Verteidigung des sozialistischen Aufbaus und der chinesischen Revolution als der groessten Errungenschaften des Weltproletariats und der groessten Denkmaeler, die Lenin, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht aufgerichtet wurden, durch die vereinigten Kraefte der Werktaetigen aller Laender sein.* [...]

Die Geschichte legt den Kommunistischen Parteien die Verpflichtung auf, diese Massnahmen auf dem sichersten, erprobtesten Weg zum Siege zu führen, sie im

---

167 Als Dokumentendatum wurde das Datum des Übersetzungsvermerks benutzt.

168 Die sog. „Kampagne der drei L", die „Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Kampagne" kann als Fortsetzung der „Lenin-Kampagne" angesehen werden. In einem neunseitigen vertraulichen Rundschreiben an die *Agitpropabteilungen* der Zentralkomitees der kommunistischen Parteien wurde sie erstmals für das Jahr 1929 für alle Parteien verbindlich gemacht. Die kommunistischen Parteien wurden zu einem sog. Extraaufgebot verpflichtet, der ideologische Kern der Kampagne sollte jeweils aus den tagespolitischen Notwendigkeiten vor Ort abgeleitet werden. Nicht historische Betrachtungen über die drei Persönlichkeiten seien gefragt, sondern das Problem eines neuen Krieges, die „verräterische Politik der Opportunisten" sowie die „Überwindung der innerparteilichen Abweichungen" seien in den Mittelpunkt zu stellen (Rundschreiben der Agitprop-Abteilung des EKKI über die Durchführung der internationalen Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Kampagne durch die Sektionen, 12.12.1928, Schweizerisches Bundesarchiv, J.II 94. 687; vgl. Dok. 276).

Prozess des Kampfes sich von allen reformistischen, opportunistischen, pazifistischen Illusionen befreien zu lehren, und durch Hinwegfegen derselben von ihrem Wege, immer entschlossener den Weg der proletarischen Revolution zu beschreiten. Es ist notwendig, Ihnen den Marxismus-Leninismus zu geben. Infolge der ungenügenden marxistisch-leninistischen Schulung der mittleren Glieder der Parteikaders und insbesondere infolge des Eintritts von bedeutenden Massen der sozialdemokratischen Arbeiter in die Partei, wächst die Gefahr einer sozialdemokratischen, brandleristischen Verdrehung des Leninismus. Angesichts des wachsenden Faschismus ist die Gefahr der Verbreitung von anarchistischen und putschistischen Stimmungen nicht weniger gross. [...]

Deshalb muss die Januar-Kampagne zugleich mit der breiten Agitation der obengenannten Losungen unter den Massen, zugleich mit der Popularisierung der leninistischen Linie der Komintern, *eine Wendung in der theoretischen Arbeit der Partei schaffen.* „Ohne revolutionäre Theorie – keine revolutionäre Praxis."[169]

Im Zusammenhang mit den erwähnten Aufgaben erlangt der Brief des Genossen Stalin „Ueber einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus" die grösste historische und politische Bedeutung sowohl für die KPdSU als auch für alle Sektionen der Komintern.[170] Der Brief des Genossen Stalin ist eine Aufforderung zur grössten Wachsamkeit an der ideologischen Front. [...] Dieser Brief hebt die Aufgabe des Studiums der Geschichte der KPdSU und der Komintern, der Geschichte jeder ihrer Sektionen, im engsten Zusammenhang mit den aktuellen Aufgaben, durch die Parteikaders und die Popularisierung derselben in den Massen, auf eine gewaltige politische Höhe. Dieser Brief warnt vor dem vorgekommenen Eindringen von feindlichen sozialde-

169 Die Losung ist eine populäre Zusammenfassung Lenins aus den Marxschen Thesen über Feuerbach. „Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben. Dieser Gedanke kann nicht genügend betont werden in einer Zeit, in der die zur Mode gewordene Predigt des Opportunismus sich mit der Begeisterung für die engsten Formen der praktischen Tätigkeit paart." (W. I. Lenin: Was tun?. In: Id.: Werke, Bd. 5, Berlin 1955, S. 379).

170 Die von Rosa Luxemburg personifizierte unabhängig-linkssozialistische und spartakistische Tradition wurde 1931 durch den apodiktischen Brief Stalins an die Zeitschrift *Proletarskaja Revoljucija* gegen den „halbtrotzkistischen und parteifeindlichen" Historiker Sluckij im Heft 6/1931 als „Luxemburgismus" in ein neues Feindbild umgedeutet (siehe: Stalin: Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus. Brief an die Redaktion der Zeitschrift Proletarskaja Rewoluzija, Nr. 6 (113), 1931. In: Stalin: Werke, XIII, S. 425–38). Die Stalinschen Vorgaben sollten KPD und Komintern gegen die „Einführung als Schmuggelware von brandleristischen und trotzkistischen Waren" schützen (ibid.). Unter der Führung Thälmanns wurde Stalins falscher historischer Vergleich als Maxime zur Liquidierung des theoretischen Erbes Luxemburgs umgesetzt. In einer Stellungnahme schrieb Trotzki: „Wahrlich, Stalin hat allen Grund, Rosa Luxemburg zu hassen. Umso größer ist unsere Verpflichtung, die Erinnerung an Rosa Luxemburg von Stalins Verleumdung rein zu halten, die von besoldeten Funktionären beider Hemisphären wiederholt wird; umso mehr ist es unsere Pflicht, diese wahrlich unvergleichliche heroisch-tragische Gestalt den jungen Generationen des Proletariats in all ihrem Glanz und ihrer großen erzieherischen Kraft zu überliefern." (Leo Trotzki: Hände weg von Rosa Luxemburg!, Prinkipo, 28.6.1932. In: *Permanente Revolution. Wochenschrift der Linken Opposition der KPD,* Nr. 15, 23. Juli 1932. Abgedruckt in: Leo Trotzki: Schriften über Deutschland, I, S. 323–334).

mokratischen, brandleristischen, trotzkistischen „Theorien“ und Einstellungen in unserer Presse und unsere Literatur; die Tatsache des Einschmuggelns von trotzkistischen Konterbande in die Spalten von Parteizeitschriften und solche Breschen an der historischen Front wie das Einschmuggeln von trotzkistischen Konterbande in dem Buch „Geschichte der KPdSU(B)“, herausgegeben unter der Redaktion von Jaroslawski,[171] solche Tatsachen wie trotzkistisch-brandleristische Auffassungen in der Zeitschrift *Propagandist* (Organ der Agitpropabteilung des ZK der KPD) müssen für alle Kommunistischen Parteien als Warnung gelten.

Die aktuellste Aufgabe an der Theoretischen Front ist die Aufgabe des Kampfes gegen den *Zentrismus, gegen diejenigen „linken“ sozialdemokratischen „Theorien“* (die Theorie des „kleineren Uebels“, die Theorie der „Planierung“ und „Regulierung“ im Rahmen des Kapitalismus u.a.), die auf die Zurückhaltung sozialdemokratischer Arbeiter in den Reihen der II. Internationale berechnet sind, deren Massenübertritt von der Sozialdemokratie in die Reihen des Kommunismus die erfahrenen politischen Scharlatane und Massenbetrüger, die sozialdemokratischen Führer zwingt, zur Demagogie Zuflucht zu nehmen. [...]

Der Trotzkismus, der der typischste Ausdruck des Zentrismus war, ist zur Avantgarde der konterrevolutionaeren Bourgeoisie, Kautsky aber zum besten Sprachrohr der Gelüste der Welt-Konterrevolution geworden. [...]

Die Januartage schliessen gemaess den Traditionen der Vorjahre auch die Ehrung des Gedaechtnisses der grossen Kaempfer und Maertyrer der proletarischen Revolution, Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, ein. In Verbindung damit, dass von den Brandlerianern und Trotzkisten immer haeufiger Versuche gemacht werden, ihre Namen im Kampf gegen den Kommunismus auszunutzen, muss die Januarkampagne, neben der Wertung der Verdienste Karls und Rosas als grosse Revolutionaere, als Fuehrer des deutschen Proletariats und Gruender der KPD, den Massen jene Scheidelinie zeigen, die sie lange Jahre hindurch vom Bolschewismus trennte, die bis zum Augenblick ihres Todes ihnen ein Hindernis fuer vollstaendige, konsequente Anerkennung der Grundprinzipien des Leninismus war und die ihr Stehenbleiben auf halbem Wege vom Zentrismus zum Bolschewismus zur Folge hatte.

Es muss aufgezeigt werden, dass vor dem Krieg die „Linken“ in der II. Internationale (Rosa Luxemburg) den Standpunkt der russischen Bolschewiki in den Grundfragen ihrer Differenzen mit den Menschewiki ablehnten (Parteizugehoerigkeit, Charakter der russischen Revolution, nationale Frage, Spaltung mit den Menschewiken) und dass sie sogar zur Zeit des Krieges in der entscheidenden Frage, ueber [den] voelligen Bruch mit den Fuehrern der II. Internationale und die Schaffung der III. Internationale, vom Standpunkt Lenins abwichen.[172] Im Augenblick der deutschen Revolution

---

171 Im Artikel sprach Stalin zunächst nur von „Fehlern prinzipiellen und historischen Charakters“.
172 Stalin vermischt hier bewusst die Zeiträume, zum Vorwurf, Lenin habe gegen Luxemburg die Spaltung der II. Internationale durchsetzen müssen, schrieb Trotzki: „Um eine derartige Behauptung aufzustellen, muß man in Fragen der Geschichte der eigenen Partei und vor allem des ideellen Ent-

erschwerte die Furcht der „Linken“ vor der Spaltung und die verspaetete Schaffung einer selbstaendigen Kommunistischen Partei den Weg des Proletariats ausserordentlich im Kampfe um die Macht.

Es muss die Richtigkeit des Standpunktes Lenins und seiner Kritik der zentristischen Fehler der „Linken“ in der vorkriegszeitlichen II. Internationale aufgezeigt und es muessen alle Versuche der heutigen „Linken“ (Brandlerianer und Trotzkisten), den Bolschewismus als eine nur fuer die „zurueckgebliebenen“ Ostlaender taugliche Waffe, den Luxemburgismus aber als den konsequentesten Bolschewismus, die einzige, des vorgeschrittenen Proletariats hinzustellen, entlarvt werden. [...]

Es muss klargemacht werden, dass die KI und die breiten proletarischen Massen das Gedaechtnis Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, als grosser Revolutionaere, stets in Ehren halten werden, denn sie haben, trotz ihrer ideologischen Fehler, den Weg der II. Internationale – wenn auch mit einiger Verspaetung – aber endgueltig verlassen, sind den Weg der proletarischen Revolution gegangen und sind sozialdemokratischen Moerdern zum Opfer gefallen – eine Tatsache, die sie fuer alle Zeiten dem Proletariat und dem Kommunismus geweiht hat.

Die Januarkampagne muss auch ausgenutzt werden, um im Zeichen bolschewistischer Selbstkritik bei einzelnen Genossen eine Reihe von Fehlern und falschen Einstellungen aufzudecken, deren Wurzel in der Hauptsache in Ueberresten des Luxemburgianismus [sic] zu suchen sind. Zu solchen Fehlern gehoert z. B. die falsche Beurteilung der gegenwaertigen Krise und die damit zusammenhaengenden falschen taktischen Einstellungen. Unter dem Einfluss der Krise beginnt die rechtsopportunistische Ueberschaetzung der kapitalistischen „Stabilisierung“ und die Unterschaetzung der gegenwaertigen Krise (im besonderen die Theorie der „Ausnahmestellung Amerikas“) der trotzkistischen Theorie der Ausweglosigkeit, der „Unmoeglichkeit“ fuer die Bourgeoisie einen Ausweg aus der heutigen Krise zu finden, platzzumachen. Diese, besonders von den linken Sozialdemokraten entwickelte Theorie, findet manchmal ihren Weg auch in die kommunistische Presse.[173]

---

wicklungsganges von Lenin ein völliger Ignorant sein.“ Und weiter: „Lenin kannte die Irrtümer Rosa Luxemburgs besser als Stalin, aber es ist kein Zufall, daß er den alten russischen Zweizeiler ‚Wohl traf's sich, daß des Adlers Flug ihn niedriger, als Hühner fliegen, trug, doch fliegen Hühner nie auf Adlershöh'n!‘ gerade auf Rosa Luxemburg anwandte. Genau das ist es! Und darum sollte Stalin seine ressentimentgeladene Mittelmäßigkeit besser im Zaum halten, wenn er mit Menschen vom Range Rosa Luxemburgs zu tun hat.“ (Leo Trotzki: Hände weg von Rosa Luxemburg, S. 323, 329).

173 Im Vorwort zu seiner scharfen Analyse der Situation in Deutschland schrieb Trotzki im Januar 1932: „Der russische Kapitalismus erwies sich infolge seiner außerordentlichen Zurückgebliebenheit als schwächstes Glied der imperialistischen Kette. Der deutsche Kapitalismus offenbart sich in der gegenwärtigen Krise aus dem entgegengesetzten Grunde als das schwächste Glied: Er ist der fortgeschrittenste Kapitalismus unter den Bedingungen der europäischen Ausweglosigkeit. Je größer die innere dynamische Kraft der Produktivkräfte Deutschlands ist, desto mehr wird sie durch das europäische Staatensystem erdrosselt, das dem Käfig-System einer zusammengeschrumpften Provinzmenagerie gleicht.“ (Leo Trotzki: Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats, Berlin, Linke

Die Theorie der „vollen Ausweglosigkeit" haengt mit der falschen luxemburgianischen Beurteilung des Imperialismus zusammen, mit der Ueberschaetzung der Spontaneität und der Unterschaetzung der Rolle des subjektiven Faktors. Diese Theorie der „Ausweglosigkeit" fuehrt zu fatalistischen Stimmungen, schwaecht die Wachsamkeit und Kampffaehigkeit der revolutionären Avantgarde und ist so einerseits Wasser auf die Muehlen der opportunistischen Passivitaet und der Taktik des „Selbstgeschehens", andererseits dient sie aber der Rechtfertigung „linker" anarchistischer Uebertreibungen. [...]

Zum Kampf gegen diese und andere Fehler (Genosse Thaelmann verweist in seinem Artikel[174] auf manche Auslegung der Losung „Volksrevolution" in Deutschland als vorbereitende Etappe der proletarischen Revolution, Vertuschung der fuehrenden Rolle des Proletariats und seiner Partei in der Volksrevolution, Gegenueberstellung von Faschismus und Sozialfaschismus) muessen im Rahmen der Januarkampagne die groessten Anstrengungen fuer eine tiefgehende Durcharbeitung aller aktuellen politischen Probleme gemacht werden. Werden wir diese Arbeit durchfuehren, so werden die KI-Sektionen ihre Kaders ideologisch festigen, eine erfolgreiche Mitgliederwerbung („Leninaufgebot")[175] durchfuehren und sich fuer die Loesung der vor ihnen stehenden Kampfaufgaben in hoeherem Masse geruestet erweisen.[176]

Am 8.12.1931 beriet das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion über Verhandlungen mit Deutschland, die über das Volkskommissariat für Außenhandel liefen.[177]



Opposition der KPD, Anton Grylewicz. Übersetzung von J. Frankel, 1932, publ. in: Id: Schriften über Deutschland, Bd. I, S. 180–307

174 Hierzu auch Dok. 262.

175 Das „Lenin-Aufgebot" für neue junge Parteimitglieder wurde unmittelbar nach Lenins Tod ausgerufen und bereits auf dem XIII. Parteitag im Mai 1924 erfolgreich bilanziert. Kritiker Trotzki schrieb dazu: „Gleichzeitig mit der Theorie vom Sozialismus in einem Lande wurde für die Bürokratie die Theorie in Umlauf gesetzt, dass im Bolschewismus das Zentralkomitee alles, und die Partei nichts sei. Die zweite Theorie wurde jedenfalls mit mehr Erfolg verwirklicht als die erste. Sich Lenins Tod zunutze machend, rief die regierende Gruppe zum ‚Lenin-Aufgebot'. Die Tore der Partei, sonst so sorgfältig gehütet, wurden jetzt sperrangelweit geöffnet: Arbeiter, Angestellte, Beamte strömten in Massen herein. Die politische Absicht war, die revolutionäre Avantgarde aufzulösen in menschliches Rohmaterial ohne Erfahrung, ohne Selbständigkeit, aber von altersher gewohnt, sich der Obrigkeit zu unterwerfen. Das Vorhaben gelang." (Leo Trotzki: Verratene Revolution, S. 98).

176 Ende Dezember verabschiedete die Politkommission der Komintern noch weitaus schärfere Instruktionen an die KPD, siehe Dok. 279.

177 RGASPI, Moskau, 17/162/11, 81.

1932

Dok. 279

Instruktion der Politkommission der Komintern an die KPD mit der neuen Rosa Luxemburg-Interpretation Stalins

[Moskau], 2.1.1932[1]

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/4/160, 13–15. Erstveröffentlichung.

Vertraulich.[2]

An das Polbüro des ZK der K.P. Deutschlands.

Werte Genossen!
Der schonungslose unversöhnliche Kampf gegen die Sozialdemokratie, diese soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, ist die entscheidende Voraussetzung für die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse und für den revolutionären Kampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie unter der Führung der Kommunistischen Partei. Die Kommunistische Partei Deutschlands hat der Sozialdemokratie in Entwicklung des revolutionären Kampfes der Massen, durch die Entlarvung der Sozialdemokratie und durch die Durchführung der Einheitsfronttaktik bereits eine Reihe ernster Schläge versetzt und erobert erfolgreich die Arbeiter für sich. Die Abstellung einer Reihe, zu verschiedenen Zeiten begangener, politischer und prinzipieller Fehler hat die Kampffähigkeit der Partei erheblich gesteigert. Die Sozialdemokratie versucht, die antifaschistische Stimmung der Arbeitermassen irrezuführen, die Massen von den Aktionen unter Führung der KPD fernzuhalten und den Angriff der Kommunistischen Partei durch ein doppelt geartetes Manöver abzuwehren: einmal versucht sie durch das Geschrei über Hitler die Aufmerksamkeit der Massen von ihrer eigenen Politik der Unterstützung der Durchführung der faschistischen Diktatur abzulenken; zweitens ist sie bestrebt, durch „Einheitsfront"-Manöver die Herstellung der wirklichen Einheitsfront der Arbeitermassen unter der Führung der Kommunisten zum revolutionären Kampf zu hintertreiben. Eine wirkliche, den Arbeitermassen verständliche Entlarvung dieses gefährlichen Manövers der SPD ist jetzt die allerdringendste Aufgabe der KPD. Ihr habt dafür zu sorgen, dass es jetzt wirklich gelingt, alle Organisationen und Mitglieder der Partei zu bewegen, in bewusster, richtiger und geduldiger Weise diese Entlarvung der SPD in Angriff zu nehmen. Die Gruppen der Seydewitz, Brandler, der Trotzkisten, Urbahns u. a. sind ein integrierender Bestandteil der konterrevolu-

---

1 Stempel der Politkommission: 31.12.1931.
2 Dokumentenvermerk: „10/Bö. 2.1.1932."

tionären Sozialdemokratie und bilden die wichtigste Waffe der Sozialdemokratie im Kampfe gegen die von der KPD organisierte rote Einheitsfront.[3]

Die Kommunistische Partei Deutschland befindet sich bei der praktischen Durchführung der revolutionären leninschen Linie unter dem doppelten Druck der revolutionsfeindlichen Klassenkräfte: erstens befindet sie sich unter dem Druck der immer noch eine Massenpartei darstellenden Sozialdemokratie, sowie der sozialdemokratischen Traditionen in der Arbeiterklasse, die die, sich vor allem in der unrichtigen Anwendung der Einheitsfronttaktik und in dem noch vorhandenen Nichtverstehen der Verräterrolle der „linken" Sozialdemokraten äussernden, *opportunistischen* Tendenzen in der KPD nähren, zweitens befindet sie sich unter dem Druck der Zunahme der Nationalsozialisten und des faschistischen Terrors gegen die Arbeiterklasse, der die, auf revolutionärer Ungeduld beruhenden terroristischen und putschistischen Tendenzen in unseren Reihen nährt. [...]

Wenn im Zentralorgan der Partei *Rote Fahne* sogar jetzt noch einzelne, nicht präzise Formulierungen vorkommen, so haben sich in den einzelnen Ortsorganisationen der Partei (besonders im Ruhrgebiet, in den Bezirken Württemberg, Sachsen, Thüringen und Schlesien) bei der Durchführung der Einheitsfronttaktik direkte Kapitulationstendenzen vor der Sozialdemokratie, sowie Tendenzen des Liquidatorentums, der Preisgabe der kommunistischen Positionen, sowie des Abrutschens auf brandlerianische und „links"-sozialdemokratische Positionen offenbart. Der eine Fall, wo Kommunisten und Sozialfaschisten sich zu einer einheitlichen Arbeiterpartei vereinigt haben,[4] die mehreren Fälle, wo Reformisten und Sozialfaschisten die Kommunisten ins Schlepptau nahmen (Württemberg, Ruhrgebiet, Thüringen), die mehreren Fälle, wo sich Kommunisten auf Spitzenverhandlungen mit sozialdemokratischen Organisationen einliessen, die mehreren Fälle, wo es der allerschuftigsten von den sozialdemokratischen Fraktionen – den Brandlerianern gelungen ist, in der Rolle von Organisatoren der Einheit der Arbeiter aufzutreten – das allein genügt schon, um in der ganzen Partei Alarm zu schlagen und die ganze Partei auf die Beine zu bringen. [...]

Sie [die Partei] hat auf breit angelegter Grundlage die Erläuterung ihrer revolutionären Linie gegenüber der Sozialdemokratie zu betreiben, offen und direkt alle falschen Einstellungen in den Reihen der Partei zu kritisieren und an Hand des Beispiels der einzelnen Fehler die *gesamte Partei zum Kampf gegen den Rechtsopportunismus, gegen die liberale parlamentarische Gegenüberstellung von Sozialdemokratie zu mobilisieren.* [...]

3 In ihrer Ausrichtung gegen die Sozialdemokratie als Hauptfeind kontrastiert die Instruktion auffällig mit der noch im Dezember geäußerten Kritik Manuilskis (siehe Dok. 275).

4 Im württembergischen Unterreichenbach schlossen sich die KPD- und SPD-Ortsgruppen im Dezember 1931 zu einer „Vereinigten Arbeiterpartei" zusammen (Klaus-Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1996, S. 373; siehe dort auch weitere Beispiele der Annäherung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten an der Parteibasis).

Gleichzeitig damit erachtet es die Politkommission für notwendig, den in der „Roten Fahne“ veröffentlichten und gewaltige internationale Bedeutung besitzenden Brief des Genossen Stalin[5] in breitestem Umfange dazu auszunützen, um durch eine Erläuterung der theoretischen und taktischen Fehler der Revolutionärin Rosa Luxemburg, die besonders tiefliegenden luxemburgianischen und linkssozialdemokratischen Wurzeln der Fehler der Parteipresse, sowie der einzelnen Parteiorganisationen in den grundlegenden Fragen der deutschen Arbeiterbewegung aufzudecken. Rosa Luxemburg gehört der Kommunistischen Internationale, die weder einem Seydewitz, noch einem Wels oder Brandler gestatten wird, den Namen Rosa Luxemburgs auszunutzen, aber gerade deswegen muss die Kommunistische Internationale und besonders die Kommunistische Partei Deutschlands restlos die Fehler Rosa Luxemburgs aufdecken, damit sie nicht zu einem Hindernis des Zusammenschlusses der Arbeiter um die KI und die KPD werden, deren Mitbegründer Rosa Luxemburg war. Der Brief des Genossen Stalin muss als aktuell politisches Dokument, als Kampfwaffe gegen die opportunistischen, halbbrandlerianischen und halbtrotzkistischen Einstellungen betrachtet werden, die in einer Reihe von Fällen bestrebt sind, sich auf die Fehler Rosa Luxemburgs zu stützen. Die Politkommission hebt hervor, dass die Presse der KPD den Brief des Genossen Stalin absolut unzulänglich, ungeschickt, ja stellenweise in opportunistischer Weise ausgenützt (die falsche Einleitung in der *Roten Fahne*,[6] der wenig aktuelle intelligenzlermässige Leitartikel gegen Sternberg)[7] und die Aufdeckung der heute noch auf die Partei Einfluss ausübenden Fehler Rosa Luxemburgs noch nicht in Angriff genommen hat. Die Politkommission stellt fest, dass der Artikel des Genossen Thälmann bis jetzt nicht zum Gemeingut der gesamten Partei gemacht worden ist. […]

Neben dem energischen Kampf gegen den Rechtsopportunismus hält die Politkommission eine Verschärfung des Kampfes gegen die terroristischen und putschistischen Stimmungen, besonders unter der Jugend und unter den Erwerbslosen für notwendig. Die Unterschätzung des Beschlusses des ZK der KPD zu dieser Frage in einigen Organisationen und der direkte Widerstand in der Weddinger KJV-Organisa-

---

5 Der Brief Stalins gegen den „Luxemburgismus“ „Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus“ (siehe Dok. 276).

6 Stalins Brief wurde am 22.11.1931 mit einer knappen, unsignierten Einleitung in der „Roten Fahne“ publiziert (Stalin über den Kampf gegen Zentrismus. In: *Die Rote Fahne*, 22.11.1931, S. 3). Über einen Monat später publizierte das ZK eine umfangreichere Stellungnahme zum Stalin-Brief, in dem die Bedeutung für die KPD betont wurde (Der Brief des Gen. Stalin und die KPD. In: *Die Rote Fahne*, 8.1.1932, S. 3–4). Möglicherweise war das „Falsche“ an der ursprünglichen Einleitung lediglich ihr geringer Umfang.

7 Der marxistische Theoretiker Fritz Sternberg (1895–1963), Gründungsmitglied der SAPD, übte öffentlich scharfe Kritik an der Sozialfaschismusdoktrin und der Gewerkschaftspolitik der KPD (siehe: Herbert Ruland: Analyse und Strategien zur Verhinderung und Überwindung des Faschismus in den Schriften Fritz Sternbergs. In: Helga Grebing (Hrsg.): Fritz Sternberg (1895–1963). Für die Zukunft des Sozialismus, Köln, Bund-Verlag, 1981, S. 76–117, hier v.a. S. 100–106).

tion gegen diesen Beschluss sind Signale, die ernste Aufmerksamkeit erheischen.[8]
[...]

Politkommission.

Dok. 280

Notiz eines Referenten der Organisationsabteilung der Komintern über die Darstellung der Militärpolitik in der KPD-Presse

[Moskau], 3.1.1932

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/25/1347, 30–33. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 760–764.

Kritik einiger Aufsätze des *Oktober*[9]

Im Laufe der Jahre 1930/31 sind in der KPD-Zeitschrift *Oktober* eine Reihe von Artikeln über Verteidigungsfragen der SU erschienen.[10] Diese Artikel versuchen richtigerweise das Proletariat kapitalistischer Staaten für die Verteidigung der UdSSR zu mobilisieren und konkrete Formen der Hilfe zu bewerten, die das ausländische Proletariat der UdSSR erweisen soll sowohl im Kampf gegen die Bedrohung eines Interventionskrieges als auch in dessen Entwicklung. Doch aufgrund des Inhaltes und der Zusammen-

8 Der Weddinger Jugendverband opponierte gegen den „Beschluss des Zentralkomitees der KP. Deutschlands“ gegen den individuellen Terror vom 10.11.1931 (siehe Dok. 275) (*Die Rote Fahne*, 13.11.1931 und GdA, S. 558f.). Die Weddinger Reaktion beleuchtete, dass auch weiterhin eine Orientierung auf den „wehrhaften Abwehrkampf“ vorhanden war und gezielte terroristische Aktionen durchgeführt wurden (siehe: Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst der KPD, S. 249f.).

9 Titel handschriftlich auf deutsch eingefügt. Die wehrpolitische Zeitschrift *Oktober* erschien als illegales „Militärpolitisches Mitteilungsblatt“ von 1928 bis zu ihrer Einstellung durch eine nicht zuletzt auf terroristische Annäherungen zurückzuführende Verfügung der Komintern Ende 1931 (Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst der KPD, S. 248). In Artikeln von Hermann Dünow wurde bspw. das Attentat auf den Berliner Polizisten Kuhfeld am 30.6.1931 als Beginn „neuer Kampfformen“ und „Anklänge an den Partisanenkampf“ legitimiert (K. F. [d.i. Hermann Dünow]: Die Taktik in der jetzigen Situation. In: *Oktober* (1931), Nr. 4 (zit. in: Ibid., S. 249) oder „Zwang kann nur durch Zwang, Terror nur durch Terror gebrochen werden. Das um seine Befreiung kämpfende Proletariat wird nicht jenen folgen, die Passivität und unzulässige Tolerierung predigen, sondern jenen klassenbewussten Revolutionären, die das Gebot der Stunde aussprechen: Organisierung des wehrhaften Kampfes, Organisierung des Massenterrors zur Niederbrechung des Faschisten- und Polizeiterrors.“ (A.N.: Individueller und Massenterror im Kampf gegen die bewaffnete Staatsmaschine. In: *Oktober* (1931), Nr. 4, zit. in: ibid., S. 249).

10 Die betreffenden Artikel siehe: Ernst Schneller, Kurt Wagner: Die militärische Verteidigung der Sowjetunion. In: *Oktober* (1930), Nr. 1–4; „Moritz“: Die Verteidigung der SU mit allen Mitteln. In: *Oktober* (1930), Nr. 5.

stellung seiner Argumentation begibt sich die Zeitschrift auf einen politisch heiklen Weg, der der Sache der Verteidigung der Union nicht wenig schaden kann.

Die Autoren beschränken sich nicht darauf, die Fragen der Verteidigung der [Sowjet-]Union in allgemeinpolitischer Perspektive zu betrachten, beschränken sich nicht auf die Vorbereitung der proletarischen öffentlichen Meinung auf ein mögliches Überschreiten der Grenzen zum Zwecke der Selbstverteidigung durch die Rote Armee auf das Territorium ihrer Gegner, sondern beginnen auch die möglichen militärischen Kräfte des Geg[ners] der UdSSR zu analysieren, geben Charakteristiken einzelner Länder, bewerten Grenzgebiete der UdSSR und der Nachbarländer als mögliche Kriegsschauplätze, analysieren das Verhältnis sowohl der Land- als auch der Seestreitkräfte, erwähnen mögliche operative Ausrichtungen der Tätigkeiten sowohl der Feinde der UdSSR als auch der Roten Armee und drücken in ihren Schriften die Meinung der militärpolitischen Kreise der Roten Armee aus, mit denen die Autoren der Artikel, Ernst SCHNELLER, WAGNER (Otto Braun), KURT FISCHER (die beiden letzteren waren Hörer der Militärakademie) Kontakt haben.

Dies enthüllt unseren Feinden unzweifelhaft in einem gewissen Maße unsere Absichten und erleichtert ihre Orientierung über unsere Vorhaben, da die Zeitschrift *Oktober* nicht unserer Zensur unterliegt. Den Schaden derartiger Artikel kann man am deutlichsten aus der Betrachtung der Autoren ersehen, wie die Rote Armee Leningrad zu verteidigen beabsichtigt. Die Autoren geben an, dass die Rote Armee für die Verteidigung der Stadt Lettland, Estland und das südliche Finnland besetzen müsse, wobei sie betonen, dass dies verhältnismäßig leicht gelingen werde.

Derartige Erklärungen sind gegenwärtig ausgesprochen schädlich, da sie der Bourgeoisie dieser Länder neue Materialien für chauvinistische Agitation und die Täuschung und die Demoralisation der Arbeiterklasse des Baltikums in die Hand geben und diese Länder gleichsam zur Verstärkung ihrer Bewaffnung anstiften und sie in die Arme großer Führer treiben.

Als äußerst misslungen und schädlich müssen auch die Schriften von „Moritz" bezüglich dessen, in welchen Formen sich die Hilfe des Proletariats ausl[ändischer] Länder für die Rote Armee äußern soll, angesehen werden. Neben den richtigen Erklärungen, dass es wichtig ist, die Massen zum Kampf gegen die Heranziehung der eigenen Industrie für einen Krieg gegen die UdSSR und die Behinderung des Transits von Menschen und Material der Geg[ner] der UdSSR durch das eigene Territoriums aufzurufen, beschäftigt sich der Autor mit offenen Instruktionen, wie dies zu geschehen habe, indem er empfiehlt, Sabotagetrupps zu je 2–5 Personen bei der Eisenbahn, der Post, den Telegrafen, der chemischen und metallurgischen Industrie, unter den Seeleuten, auf den Werften usw. zu bilden, um Leuchttürme, Kommunikationsverbindungen zu zerstören, Brücken zu sprengen, Zugentgleisungen zu organisieren usw.

Es ist völlig offensichtlich, dass die Platzierung derartiger Anweisungen im legalen *Oktober* zum gegenwärtigen Zeitpunkt politisch völlig unangebracht ist. [...][11]

Aus dem Dargelegten drängen sich folgende Schlüsse auf:

I. Sowohl *Oktober* als auch *Żołnierz rewolucji*[12] tun richtig daran, konkrete Materialien zu präsentieren, die die Vorbereitung auf einen Angriff bourgeoiser Länder auf die UdSSR zeigen, die vorgesehenen militärischen Verbände, die Rolle einzelner Länder, die Aufrüstung, die Armeestärke, den Bau von Kommunikationswegen und Rüstungsbetrieben usw. zu entlarven und auch zu versuchen, die Pläne des militärischen Angriffes auf die UdSSR zu durchdringen.[13]

II. Notwendigkeit der Hilfe für die UdSSR und ihre Rote Armee aufzuklären, indem in großen Zügen auf die konkreten Formen dieser Hilfe hingewiesen wird (bewaffneter Aufstand, politischer Streik, Partisanentätigkeit, Arbeitsniederlegungen in der Transport- und Kriegsindustrie).

III. Der allergröbste politische Fehler ist die Unterbringung von Materialien, die 1.) die möglichen operativen Ziele der Roten Armee und die Gruppierung ihrer Kräfte, 2.) die Frage der möglichen Besetzung von Territorien der Nachbarn beleuchten. Dies provoziert objektiv antisowjetische Stimmungen in diesen Ländern und schafft die moralische Basis für die Aufstockung der Bewaffnung und einen Block mit den großen Führern. 3.) Die Verbindung der Erfolge der Roten Armee mit dem Bestehen nat[ional-] revolutionärer Bewegungen an den Rändern von Nachbarstaaten (Westweißrussland, Westukraine, Afghanistan) [thematisieren], da derartige Materialien objektiv den Charakter von Denunziationen der Bourgeoisie gegen Verbündete der UdSSR im Interventionskrieg tragen.

IV. Die Zeitschriften sollten sich in Zukunft, neben der Einführung von Entlarvungskampagnen, wie im Pkt. 1 angegeben, auf das Studium der historischen Erfahrung von bewaffneten Aufständen und der gegenwärtigen Ereignisse des bewaffneten Klassen- und Nat[ional-] revolutionären Kampfes konzentrieren, auf der Grundlage der Lehre des Marxismus-Leninismus und auch auf die verschiedenen allgemeinen Fragen der Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Aufstandes. Insbesondere auf die Fragen des Straßenkampfes und die Partisanentätigkeit sowie die Demonstrationstaktik.

---

11 Im hier gekürzten Dokument folgen Ausführungen über ähnliche „Vergehen" der Militärzeitschrift der KP Polens.

12 *Żołnierz rewolucji*, deutsch: "Soldat der Revolution".

13 Siehe hierzu auch Dok. 281.

Dok. 281

Vorschlag Lozovskijs an die sowjetische Delegation im EKKI zur Einrichtung einer westeuropäischen Vertretung der Komintern angesichts der Kriegsgefahr

[Moskau], 5.1.1932

Typoskript auf Blankoformular der Profintern in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 82/2/228, 33. Erstveröffentlichung.

A[bsolut geheim]

An die Delegation der VKP(b) in der Komintern.
An Gen. Stalin, Molotov, Kaganovič, Manuilski, Knorin und Pjatnitzki.

Liebe Genossen!
Eine Reihe von Faktoren sprechen dafür, dass der Krieg herannaht.[14] Im Kriegsfall werden die Komintern und die Profintern von ihren Sektionen abgeschnitten sein, und wir werden in den ersten Kriegswochen – die die schwierigsten für alle Organisationen sein werden – nicht in der Lage sein, ihnen die notwendige ideell-politische Hilfe zukommen zu lassen. Es wäre angebracht, jetzt zwei-drei verantwortliche Funktionäre abzukommandieren, die sich unverzüglich mit der Vorbereitung des illegalen Apparats (Techniken, Verbindungen u.ä.) befassen würden, und die im Kriegsfall als Westeuropäische Vertretung der Komintern auftreten und den Sektionen der Komintern und der Profintern *politische* und *organisatorische* Hilfe geben könnten.[15] Wenn sich später herausstellen sollte, dass wir uns in den Fristen vertan haben, kann man die Technik einfrieren [*rezervirovat'*], eine Person dort zurücklassen usw. Jedenfalls ist es besser, hinsichtlich der Vorbereitung zu übertreiben, als sich überraschen zu lassen.–

Mit Gen[ossen]gruß,
[Sign.:] A. Lozovskij

14 Der kommende Angriff auf die Sowjetunion und die Beschwörung der Interventionsgefahr waren auch weiterhin ein zentraler ideologischer Topos, der nicht zuletzt zur Kontrolle und Disziplinierung der kommunistischen Mitglieder eingesetzt wurde, dabei jedoch einem künstlichen Bedrohungssyndrom entsprach. Vgl. hierzu die Čičerin-Stalin-Korrespondenz, Dok. 212 u.a.

15 Es ist verwunderlich, dass weder das in Berlin stationierte Westeuropäische Büro des Politsekretariats, noch die Internationale Verbindungsabteilung (OMS), deren Aufgabe gerade die Herstellung und Absicherung der Verbindungen war, hier erwähnt werden. Der Begriff „illegaler Apparat" war hier offensichtlich nur eine Chiffre für ein gänzlich neues illegales Netz der Komintern.



Am 16.1.1932 standen die Forderungen gegenüber Deutschland in der Frage des sowjetischen Getreide-Exports auf der Tagesordnung des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion; dabei sollten deutsche Firmen verpflichtet werden, bestimmte Mengen Getreide in der UdSSR einzukaufen.[16] Die Verhandlungen mit Deutschland wurden erneut am 28.1.1932 beraten, dabei wurde Vejcer nahegelegt, seine Verhandlungen mit der Reichsbank und der Deutschen Reichsbahn schnellstmöglich zum Abschluss zu bringen, sowie das am 22.12.1931 unterzeichnete Protokoll zum Abschluss der deutsch-sowjetischen Exportverhandlungen zu ratifizieren.[17]

Am 8.2.1932 beriet das russische Politbüro über die sowjetische Beteiligung an der „Reichs-Goethe-Feier" zum 100. Todestag Johann Wolfgang von Goethes am 22.3.1932 in Weimar. Zu diesem Zwecke sollte Anatolij Lunačarskij nach Deutschland delegiert werden.[18]

---

16 RGASPI, Moskau, 17/162/11, 129.

17 RGASPI, Moskau, 17/162/11, 160–161; APRF, Moskau, 3/64/660, 166. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, II, Dok. 280.

18 RGASPI, Moskau, 17/3/871, 9. An der Reichs-Goethe-Feier nahmen auch sowjetische Gelehrte teil. Während Thomas Mann anlässlich der Feier vor „Hitlerismus" und „Fanatismus" warnte, lehnte der *Völkische Beobachter* „die Einladung einer Reihe volkstumsfremder und volkstumsferner" Zeitgeist-Literaten ab und protestierte gegen das Auftreten französischer, tschechischer, polnischer, litauischer und sowjetrussischer Professoren und Diplomaten, „weil wir heute mehr denn je die Veranlassung haben, und zwar durchaus im Sinne Goethes, freche Fremdlinge, die mit ihrer Politik unsere Kultur schänden und jeden Kulturgewissens spotten, vom deutschen fernzuhalten." (zit. in: Hiltrud Häntzschel: „Hitler bei Betrachtung von Goethes Schädel". Das Goethe-Jahr 1932 in der populären Presse, http://www.goethezeitportal.de/fileadmin/PDF/db/wiss/goethe/haentzschel_goethejahr_1932.pdf).

Dok. 282

Resolution des ZK-Plenums der KPD: Kampf gegen den Hitlerfaschismus und Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie

[Berlin, 20.2.1932–23.2.1932]

Schweizerisches Bundesarchiv, Bern, Schweizerische Bundesanwaltschaft C 8.35. In deutscher Sprache publ. in: del Amo/Bahne/Bayerlein: Archives de Jules Humbert-Droz, IV, S. 174–198, hier: S. 192–194.

Resolution des Zentralkomitees der KPD über die Lage in Deutschland und die Aufgaben der KPD.[19]

9.) Der Hauptstoss gegen die Sozialdemokratie[20]
Die selbständige Kampfführung der Massen gegen die Bourgeoisie erfordert von der Partei eine *Strategie*, die – im Rahmen des Kampfes gegen die *Bourgeoisie als Hauptfeind* – ihren *Hauptstoss in der Arbeiterklasse gegen die Sozialdemokratie* lenkt. *Ohne* den Hauptstoss *in der Arbeiterklasse* gegen die Sozialdemokratie, ohne die Kampfstrategie Klasse gegen Klasse kann die Partei nicht die entscheidenden Schichten der *eigenen Klasse vereinigen*, die *proletarische Mehrheit* für den Kommunismus erobern und dadurch die wichtigste Voraussetzung für den *Sieg über den Hauptfeind, über die Diktatur der Bourgeoisie*, schaffen. Die Politik der eigenen Klasse ist deshalb das *Rückgrat* der gesamten leninistischen Strategie und Taktik, auch hinsichtlich der Verbündeten und Neutralisierung der übrigen Mittelschichten.

Der Kampf gegen die SPD muss geführt werden, indem wir unter Aufrollung der *einfachen und klaren Tatsachen ihrer arbeiterfeindlichen Praxis* die Arbeitermassen gegen den Sozialfaschismus mobilisieren. Dabei gilt es aufzuzeigen:

---

19 Die Resolution des ZK-Plenums wurde in der Parteipresse als “Vormarsch der Bolschewisierung“ hervorgehoben („Ein neuer Vormarsch der Bolschewisierung“. In: *Die Rote Fahne* 26.2.1932; ebenfalls mit dem Untertitel: „Die Plenartagung des ZK. der KPD im Zeichen des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg und der revolutionären Massenarbeit. In: *Inprekorr* (1932), Nr. 19, S. 542–544). Sie enthielt einige selbstkritische Passagen, ohne jedoch die zerstörerische Linie der KPD zu ändern. Einstimmig verabschiedet, wurde sie an das Sekretariat zur definitiven Redaktion weitergeleitet. Eine redigierte Fassung wurde nur im internen Mitteilungsblatt veröffentlicht. Die Resolution markiert nicht nur eine Etappe im Kampf gegen eine einheitliche Front aller Arbeiterorganisationen gegen Hitler, sondern bedeutet auch den Beginn der Entfernung Neumanns und seiner Umgebung aus der KPD-Führung (der Originalentwurf in: Archives de Jules Humbert-Droz, IV, S. 174–198; vgl. Mitteilungen der Kommunistischen Partei Deutschlands. Material zum Plenum des ZK der KPD. Februar 1932, zu verschiedenen Entwürfen SAPMO Barch I 2/1/84, 2–288; hierzu auch: Weber: Die Generallinie, S. 440; Wieszt: KPD-Politik, 324ff.).

20 Zur Art und Weise, wie sich das ZK zwischen der Bekämpfung rechter und linker Fehler hindurchlavierte, siehe: Einige Beispiele rechtsopportunistischer und „linker“ Abweichungen und Fehler. Dem Plenum des ZK vorgelegt, ca. 20.2.1932. AHD 548. In: Bayerlein/Lasserre: Engagements à travers le monde, S. 163–174.

a) die reformistische Organisierung und Propagierung des *Streikbrechertums* gegen die selbständige Kampfführung der Massen als Unterstützung der Unternehmeroffensive (ADGB);
b) die *sozialdemokratischen Betrugsmanöver* als Versuch, den *Kampf* der Massen gegen die Diktatur der Bourgeoisie zu *lähmen*, jede höhere Form der Faschisierung als „kleineres Übel" (Brüning-Regierung, Brüning-Hitlerregierung usw.) oder sogar als „Etappe zum Sozialismus" (Notverordnung) zu beschönigen, den revolutionären sozialistischen Ausweg und den Marxismus dadurch zu diskreditieren und die Massen für die bürgerliche Diktatur in ihrer sich faschisierenden Form *für den Faschismus einzuspannen*;
c) die *sozialdemokratische Koalitionspolitik* und den *Polizeisozialismus* (Verfolgung der Arbeiterbewegung, Zertrümmerung auch der formalen demokratischen Einrichtungen) als den gegenwärtig *aktivsten Faktor der Faschisierung und Wegbereitung für Hugenberg-Hitler* (Rolle der Braun-Severing);
d) die sozialdemokratische *Antisowjethetze* und ihre *französisch orientierte Aussenpolitik* als schamlose Vorbereitung der Teilnahme Deutschlands am imperialistischen Interventionskrieg gegen die Sowjet-Union.

10.) Der Kampf gegen den Hitlerfaschismus
Im Kampf gegen den Hitlerfaschismus muss die Partei, neben den opportunistischen Hauptfehlern einer *Überschätzung* des Nationalsozialismus und seiner liberalen Gegenüberstellung zur SPD, auch die in letzter Zeit vorhandenen Tendenzen einer *Unterschätzung des Wachstums und der Gefahr des Hitlerfaschismus* schonungslos bekämpfen. (Vereinzelte Anklänge an die sozialdemokratische These,[21] dass das Proletariat ruhig den Hitlerfaschismus ans Ruder kommen lassen könne, da er sich schon „von selbst abwirtschaften" werde.) Gegen eine drohende *Hitlerregierung* und gegen jeden Schritt der Bourgeoisie zur vollen Entfaltung der *offenen* faschistischen Diktatur (mit oder *ohne* Hitler) kann man nur durch den *heutigen* und täglichen Klassenkampf gegen die *Diktatur der Bourgeoisie* (Brüning-Severing), gegen ihre soziale Hauptstütze, die SPD *und* gegen die weitere faschistische Kampforganisation des Finanzkapitals, den Hitlerfaschismus als einen Bestandteil der faschistischen Front kämpfen. Im besonderen ist dazu notwendig:

a) rücksichtslose Abwehr aller Versuche der Nationalsozialisten in die Betriebe oder unter die Erwerbslosen einzudringen (HIB-Aktion);[22]

21 Nicht nur in der SPD – so Höltermann in seiner letzten Rede vor dem Berliner Schloss, gerade auch in der KPD war die Losung „Nach Hitler kommen wir!" verbreitet. Die u.a. bei Bracher und Bahne ausgeführte Vermutung, dass es in Moskau Überlegungen gegeben habe, zunächst Hitler an die Macht kommen zu lassen, um dann besser losschlagen zu können, wird unter Historikern nicht allgemein geteilt.
22 HIB bedeutet „Hinein in die Betriebe!", die entsprechende, hauptsächlich im Berliner Raum organisierte Kampagne der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NBO) wurde 1931 ohne durchschlagenden Erfolg durchgeführt. Diese Aktivität der „Betriebs-SA" sollte Hitler zufolge im Wi-

b) Entlarvung der Rolle der Hitlerpartei als einer Streikbrechertruppe und Unternehmerschutzgarde, als eines *Teiles der Bourgeoisie*, als der aktivsten Terror- und Kampforganisation des Finanzkapitals (Bocksheimer Dokument),[23] die ihr faschistisches, konterrevolutionäres Programm keineswegs erst zu „verraten“ brauchte, weil es immer faschistisch und konterrevolutionäre war;
c) Zerschlagung der Demagogie der Hitlerpartei, die sich als „neue Partei“ vor den Massen praktisch noch nicht genügend entlarvt hat und die arbeiterfeindliche Politik der SPD als „bankrotten Marxismus“ auszugeben versucht, durch Entlarvung ihrer *eigenen Rolle*, sowie Blossstellung der SPD, als eines mit der Hitlerpartei verbundenen „gemässigten Flügel des Faschismus“;
d) Ausserordentliche Verstärkung der *ideologischen Kleinarbeit* zur Zersetzung der nationalsozialistischen Front, zur Lostrennung und Gewinnung ihrer werktätigen Anhängermassen für den revolutionären Klassenkampf des Proletariats. Neue und konkrete Formen der *Agitation* und *Propaganda*, vor allem aber bei der Entlarvung der *nationalen Demagogie* des Hitlerfaschismus; [...][24]

---

derspruch zur NBO nicht als ein Ersatz für die Verankerung in den Gewerkschaften verstanden werden (siehe: Christian Zentner, Friedemann Bedürftig (Hrsg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches, München, Südwest-Verlag, 1985, S. 407; David Schoenbaum: Hitler's Social Revolution, Garden City (NY), Doubleday, 1966, S. 28ff.; Max H. Kele: Nazis and Workers: National socialist appeals to German labor, 1919–1933, Chapel Hill, The University of North Carolina Press, 1972, S. 180ff.).

23 Die „Bocksheimer Dokumente“ beinhalteten einen von der NSDAP in Hessen vorbereiteten Dringlichkeitsliste für den Fall einer Machteroberung, die eine Sequenz von Repressionsmaßnahmen enthielt: „Am 25. November [1931] wurden der Polizei die ‚Boxheimer Dokumente‘ bekannt. Es handelte sich um Pläne, die führende Mitglieder der hessischen NSDAP für den Fall der Machtergreifung vorbereitet hatten. Zu den vorgesehenen Maßnahmen gehörte unter anderem die folgende: ‚Jede Schusswaffe ist binnen 24 Stunden [...] abzuliefern. Wer nach Ablauf dieser Frist im Besitz einer Schusswaffe betroffen [angetroffen] wird, wird als Feind [...] des deutschen Volkes ohne Verfahren auf der Stelle erschossen. [...] Die Richtlinien für eine Notverordnung über den nationalen Arbeitsdienst bestimmten, dass ‚jeder Deutsche (nicht Juden usw.)‘ zur Dienstleistung verpflichtet werden konnte.“ (siehe hierzu: Winkler: Der Weg in die Katastrophe, S. 448).

24 Parteiführer Ernst Thälmann meinte jedoch auch: „Nichts wäre verhängnisvoller als eine opportunistische Überschätzung des Hitlerfaschismus“ (Zit. nach: Wieszt: KPD-Politik, S. 325). In seinem Schlusswort auf dem ZK-Plenum wies er darauf hin, “dass die Partei in der Vergangenheit zwar eine richtige Generallinie, richtige Beschlüsse, eine richtige strategische Orientierung hatte, dass aber in der praktischen Durchführung der Beschlüsse, in der praktischen Anwendung der strategischen Orientierung die entschiedenen Hauptschwächen unserer revolutionären Arbeit gegeben sind.“ (*Die Rote Fahne*, 26.2.1932).



Am 23.2.1932 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, dem hohen Finanzfunktionär G. M. Arkus, Leiter der Auslandsoperationen der sowjetischen Staatsbank, eine zwei- bis dreiwöchige Reise nach Deutschland zu genehmigen.[25] Laut einer späteren Aussage von Kamenev im 1. Moskauer Prozess 1936 soll G. M. Arkus als stellvertretender Vorsitzender der Staatsbank der UdSSR den Aufbau eines illegalen Zentrums des „trotzkistisch-sinowjewistischen Zentrums in Westeuropa" (mit Rejngol'd u.a.), sowie seine eigene finanzielle Alimentierung durch Staatsgelder betrieben haben (Zentralkomitee der KPdSU (B): Über die terroristische Tätigkeit des trotzkistisch-sinowjewistischen konterrevolutionären Blocks, Moskau, 29. Juli 1936, Raubdruck unbekannter Herkunft und Datierung).

Am 3.3.1932 beriet das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion über ein nicht überliefertes Telegramm des sowjetischen Industriefunktionärs German Bitker über Metallpreise in Deutschland, woraufhin eine hochkarätige Politbüro-Kommission mit der Angelegenheit betraut wurde.[26]

Ebenfalls am 3.3.1932 stand im Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion der Vertrag von Akademiemitglied Ioffe (vermutlich der Physiker Abram Ioffe) mit der Firma Siemens & Schuckert auf der Tagesordnung. Auf Vorschlag von Molotov wurde der Vertrag aufgelöst.[27]

Am 4.3.1932 fasste das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion einen nicht überlieferten Beschluss anhand einer Notiz von Krestinskij über die Finanzierung einer Sonderausgabe des *Berliner Tageblatts* über die UdSSR.[28]

Am 7.3.1932 verfasste das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion eine detaillierte Direktive an die sowjetische Delegation bei den Verhandlungen mit Reichswirtschaftsminister Hermann Warmbold. Es ging um den Aufkauf von Getreide deutscherseits, die Direktive bestand auf der Forderung nach festen Quoten für einzelne Getreidesorten.[29]

Dok. 283

Brief Wilhelm Piecks an Ernst Thälmann mit der Aufforderung, in der *Roten Fahne* den Kult um seine Person einzuschränken

[Moskau], 13.3.1932

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/292/60, 58. Erstveröffentlichung.

[Moskau,] Den 13.3.1932

Lieber Freund!
Die von Dir in unserer letzten Aussprache angeregte Angelegenheit habe ich hier erledigt. Die Genossen waren ganz mit Deinen Auffassungen einverstanden, auch bezüglich der Personenfrage.

25 RGASPI, Moskau, 17/3/873, 7.
26 RGASPI, Moskau, 17/162/11, 193.
27 RGASPI, Moskau, 17/162/11, 195.
28 RGASPI, Moskau, 17/162/12, 1.
29 RGASPI, Moskau, 17/162/12, 2.

Dann noch zu einer anderen Angelegenheit. Ich bitte Dich, der eingerissenen Methode, die besonders in der *R[oten] F[ahne]* geübt wird, von der Partei Thälmanns zu reden, schnellstens auszurotten.[30] Ich sprach schon vor meiner Abreise mit [Werner] Hirsch darüber. Es ist das eine Methode, die bisher noch in keiner Sektion der K.I. angewandt worden ist und die geeignet ist, das Wesen der Kommunistischen Partei zu verzerren und auch ihre Werbekraft einzuschränken. Du wirst verstehen, dass sich dieser Einwand nicht etwa gegen die Popularisierung Deiner Person wendet. Die Genossen sind hier absolut dafür und haben auch, als damals in dem Artikel von Kurt [d.i. Heinz Neumann?] die bekannte Stelle enthalten war, darin keineswegs etwa eine unzulässige Bezeichnung gesehen.[31] Auch sonst ist man absolut dafür, dass Deine Person in den Vordergrund gestellt wird. Aber in dieser Verbindung mit der Partei ist das unzulässig. Ich habe hier den Genossen erklärt, dass Du selbst nicht damit einverstanden wärest und wahrscheinlich schon dafür gesorgt hast, dass das unterbleibt.

Gehe jetzt nur mit allem Nachdruck daran, dass die Direktiven in der Bekämpfung der Kriegsgefahr durchgeführt werden. Es würde gut sein, wenn für bestimmte Kriegsbetriebe und Häfen führende Genossen persönlich verantwortlich gemacht würden, dass die Direktiven durchgeführt werden.

Mit bestem Gruß
W[ilhelm Pieck]

---

30 Trotz der mäßigenden Worte Piecks hatte Thälmann den Personenkult in der KPD längst internalisiert und nicht zuletzt mit der Hilfe Stalins in der Parteiführung institutionalisiert (siehe hierzu die Darstellungen Neumanns Dok. 287). Dagegen bezweifelt Hoppe, dass Thälmann sich selbst entsprechend einschätzte. Neumann hätte mit entsprechenden Vorwürfen nur bezweckt, „Mißtrauen gegen Thälmann [zu] sähen“ (Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 340). Die Bezeichnung der KPD als „Partei Thälmanns“ wurde später in der DDR offizialisiert.

31 Die erwähnte Passage liess sich nicht eruieren. Neumann besaß zu dieser Zeit noch die Vormachtsstellung im Zentralorgan *Rote Fahne*. Im Mai 1932 erfolgte dann nach einer Präsidiumssitzung des EKKI auf Druck Stalins die endgültige Entscheidung für Thälmann als Parteiführer, gegen Neumann, der nach Moskau abkommandiert wurde. Remmele bildete nun den Gegenpart zu „Teddy“ in Deutschland. Siehe hierzu: Weber/Wachtler: Die Generallinie, S. LXXXIIIff.

Dok. 284

Vertrauliche Stellungnahme Pjatnitzkis gegenüber der Komintern zu den Ergebnissen des ersten Durchgangs der Reichspräsidentenwahl

[Moskau], 15.3.1932

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/4/177, 13–20 (hier: 14–18). Erstveröffentlichung.

Vertraulich.[32]
Politkommission
Sitz[un]g 15.III.1932
Genosse Pjatnitzki:

[...] Wie Genosse Pieck glaube ich nicht, dass das Ergebnis von 5 Millionen [für Thälmann abgegebener] Stimmen eine Niederlage der Partei ist.[33] Bei der Einschätzung der kommenden Wahlergebnisse haben wir hier viel geschwätzt, haben hohe Stimmenzahlen genannt. Es waren Rekordzahlen, die wir aufgestellt haben, wir haben geschrieben von 8 bis 9 Millionen Stimmen, nicht weniger. – Das war ein Scherz. Was wir geglaubt haben, ist, dass der Aufschwung, den unsere Partei jetzt hat, eine hohe Stimmenzahl bringt. Sie würde 5 bis 6 Millionen Stimmen bekommen. Aber das, was sie bekommen hat, ist keine Niederlage. Das sind keine Reichstags- und Landtagswahlen. Die Massen, die gestimmt haben für Thälmann, haben gewusst, das ist nur ein Zählkandidat – er wird und kann nicht gewählt werden. Ich neige zu der Behauptung – ich habe das noch nicht ganz genau durchdacht und bitte die Genossen, das entsprechend zu betrachten –, dass viele unter denjenigen, die für Hitler gestimmt haben, nicht seine Anhänger sind, jedoch ihre Stimme, weil sie die Notwendigkeit, für den Kandidaten der KPD zu stimmen, noch nicht erkannt haben, gegen die Regierung, gegen die Notverordnungen und gegen die Politik der Verelendung der Massen abgegeben haben.

Könnte unsere Partei größere Erfolge erzielen? Unbedingt! Unbedingt! Was hat unsere Partei daran gehindert, einen großen Erfolg zu erringen? Nach meiner Meinung die nicht ganz richtige Politik der Partei in einigen wichtigen Fragen. Ich will

32 Dokumentenvermerk: „Abschrift vom Original 3/Bö".
33 Beim ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 13.3.1932 kam eine absolute Mehrheit für einen Kandidaten nicht zustande. Auf Reichspräsident Hindenburg entfielen 49,6%, auf Hitler 30,1%, auf Thälmann 13,2%, was knapp 5 Millionen Stimmen entsprach. Der notwendig gewordene 2. Wahlgang wurde auf den 10.4.1932 festgesetzt. Er ergab jeweils 53%, 36,8% und 10,2% für die Kandidaten (Letzteres entsprach 3,7 Millionen Stimmen für Thälmann). In beiden Fällen war aufgrund der Stimmensteigerung Adolf Hitler eindeutiger Wahlsieger (die Angaben in: Winkler: Der Weg in die Katastrophe, S. 519, 528).

an einige dieser Fragen erinnern. Nach der ersten Notverordnung hat unsere Partei die Losung ausgeben: „Der Faschismus hat gesiegt!“[34] Man hat diese Parole sehr breit propagiert. Die deutschen Genossen waren mit unserer Kritik in dieser Frage nicht einverstanden. Es war ein hartnäckiger Kampf, bis die Partei diese Parole fallen ließ. Aber drei bis vier Monate hindurch war dies die einzige Parole gegen die Notverordnung. Stellen Sie sich vor: die erste Notverordnung wurde als nicht ganz so schlimm von den Massen empfunden. Sie hatten ihre ganze Bedeutung noch nicht erkannt, und jeder Arbeiter, wenn man ihm sagte, dass die Notverordnung dazu geführt hatte, dass der Faschismus in Deutschland gesiegt hat, konnte sagen: der Faschismus ist nicht so schlimm. Dieser Schraubstock, der dann mit den aufeinanderfolgenden 5 bis 6 Notverordnungen weiterhin von der Regierung angewandt wurde, hat wirklich die Arbeiter an der Gurgel gepackt. Es ist eine unrichtige Behauptung, die auf dem XI. Plenum und nach dem XI. Plenum von unserer Partei aufgestellt wurde, und zwar, dass die Partei den Faschismus schon geschlagen habe [...] Es hat sich erwiesen, dass die Faschisten bei allen Wahlen, die nach dem XI. Plenum stattfanden, von Wahl zu Wahl mehr als wir an Stimmen gewannen. [...]

Die dritte [Frage], das ist in bezug auf den Young- und Dawesplan und auch die falsche Einstellung der Partei zu dieser Kampagne von Hugenberg. Diese Parole „Schreibt jeden auf, der sich für den Volksentscheid einträgt! Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“[35] hat eine Unterschätzung der Losungen der Nazis in der Young- und Dawesfrage aufgezeigt. Unsere Partei hat die Initiative nicht ergriffen, um die Kampagne gegen den Young- und Dawesplan zu führen, die Massen aber waren gegen den Youngplan und das wurde dadurch gezeigt, dass Hugenberg viel mehr Unterschriften bekommen hat, als nötig war, um das Volksbegehren zu erzwingen. Das sind meiner Meinung nach die Hauptgründe, warum unsere Partei nicht die Möglichkeit gehabt hat, breiteste Massen gegen den Faschismus zu mobilisieren [...]

Nun jetzt nehmen wir eine andere Frage: wie agitieren die Nazis? Ganz selbstverständlich, sie haben viel größere Möglichkeiten als wir. Sie haben große finanzielle Mittel. Die Großbourgeoisie unterstützt sie. Sie haben ihre Leute im Staatsapparat. Sie haben jetzt durch ihre Siege den Staatsapparat einiger Länder in ihre Hände bekom-

34 Zur ersten Notverordnung siehe Dok. 272.

35 Der Redner bezieht sich auf den von Hugenberg, Hitler, Seldte (Stahlhelm) und Heinrich Claß (Alldeutscher Verband) im Juli 1929 ins Leben gerufenen „Reichsausschuß für das Volksbegehren gegen den Young-Plan“. Das Volksbegehren, das die Annullierung der Bestimmungen des Versailler Vertrages im Rahmen eines Gesetzesentwurfs gegen den Young-Plan vorsah, scheiterte am 22.12.1929. Die Parole „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“ wurde bereits im August 1929 ausgegeben. Siehe: Eve Rosenhaft: Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik und das Problem des Terrors in der ‚Dritten Periode‘. 1929–1933. In: Wolfgang J. Mommsen, Gerhard Hirschfeld (Hrsg.): Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart, Klett-Cotta, 1982, S. 394–421, hier: S. 408f.; Weber/Wachtler: Die Generallinie, S. LXXVIIIff.

men.[36] Die Gutsbesitzer sind auf ihrer Seite, und sie konnten dort eindringen, wo unsere Partei noch nicht die Möglichkeit hatte einzudringen. Aber nicht nur das. Die Hauptsache, warum sie solche Fortschritte gemacht haben, sind: Sie agitieren so wie keine andere Partei in Deutschland. Sie wenden sich an alle Schichten der Werktätigen mit entsprechenden Parolen, und so breit und so populär, wie keine andere Partei in Deutschland; von unserer Partei gar nicht zu reden. Nehmen Sie unsere Literatur für die breitesten Massen, nehmen sie unsere Zeitungen und nehmen Sie die Literatur und die Zeitungen der Nazis, nehmen Sie unsere Flugblätter und nehmen Sie die Flugblätter der Nazis, nehmen Sie unsere Plakate und Handzettel und nehmen Sie die Plakate und Handzettel der Nazis, und Sie werden sehen, das hätte doch umgekehrt sein müssen. Ich werde nicht übertreiben, wenn ich sage, dass die Methoden der Agitation der Nazis fast die gleichen sind wie die der Bolschewiki im Zeitraum von der Februar- bis zur Oktober-Revolution 1917. Der Methode nach! Und wir in Deutschland sind demgegenüber völlig hilflos. Sie [die Nationalsozialisten] sind überall eingedrungen und nicht nur das. Sie geben in dem Moment eine Antwort, in dem man die Antwort geben muss. Ich werde hier ein krasses Beispiel anführen. Als der Krach der Danatbank[37] ausbrach, wo die Massen auf den Straßen waren – sie hatten Angst, sie verlieren ihre verschiedenen Spargelder –, in demselben Augenblick kommen die Nazis und sagen, dass die Schuld daran die ausländischen Regierungen haben, welche Deutschland ausbeuten. Wo war unsere Partei? 5 Tage hat man überhaupt nichts von unserer Partei in Berlin gehört, wo alle auf den Straßen waren, wo man in den Betrieben davon gesprochen hat: Wird man die Löhne auszahlen oder nicht. Welche Losung haben wir herausgegeben? [...]

Die Nazis imponieren den Massen auch dadurch, dass sie eine bewegliche Partei des Angriffs und des Kampfes sind mit ihren bewaffneten Sturmabteilungen, mit ihren Paraden usw. – die breitesten Massen haben es schwer, ohne Unterstützung durch die kommunistische Agitation zu durchschauen, dass dieser Kampf der Nazis sich gegen die Werktätigen richtet. Unsere Partei jedoch hat es nicht verstanden, die Unzufriedenheit der breitesten Massen unter ihrer Führung gegen die diktatorischen Notverordnungen, die gegen diese Massen gerichtet sind, zu lenken und den Widerstand durch die Tat zu organisieren.

---

36 Erstmals in der Weimarer Republik wurde die NSDAP 1930 in Thüringen als Koalitionspartner an einer rechtsbürgerlichen Landesregierung beteiligt. Wilhelm Frick wurde Staatsminister für Inneres und Volksbildung.

37 Die wegen ihrer Geschäftspolitik in die Kritik geratene Darmstädter und Nationalbank (Danat-Bank), damals eine Großbank, erklärte am 11.7.1931 ihre Zahlungsunfähigkeit und brach zusammen. Nachdem auch die Dresdner Bank in eine Schieflage geraten war, waren die Banken dem einsetzenden Run der Bevölkerung nicht gewachsen. Die Regierung erklärte deshalb den 14. und 15. Juli zu Bankfeiertagen, in der Folge wurde durch eine Reihe von Notverordnungen der Zahlungsverkehr eingeschränkt (siehe: Eva Terberger, Stefanie Wettberg: Der Aktienrückkauf und die Bankenkrise von 1931. University of Heidelberg. Department of Economics, 2005 (Discussion Paper Series. 418). http://www.uni-heidelberg.de/md/awi/forschung/dp418.pdf).

[…] Wir müssen jetzt die Arbeit der Nazis betrachten. Sie haben nun damit begonnen, die Erwerbslosen zu organisieren. Wieviel Resolutionen haben wir schon über die Erwerbslosenfrage? Wieviele Beschlüsse haben wir in dieser Frage gefasst, dass man in die Masse der Arbeitslosen eindringen muss, wie man einen Kampf gegen Exmissionen[38] aus den Wohnungen führen, wie man bei den Streiks arbeiten muss. […] Unsere Arbeit unter den Erwerbslosen ist seit dem XI. Plenum zurückgegangen. Durch die Vernachlässigung unsererseits ist es den *Nazis* gelungen, dort einzudringen. Das ist eine Tatsache. […]

Dok. 285

Rede Aleksandr Martynovs in der vorbereitenden Kommission des XII. Plenums des EKKI zur Kritik des Antifaschismus der KPD

[Moskau], 25.3.1932

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/170/3, 25–29. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 768–771.

[…][39] Ich denke, dass wir uns im Apparat der Komintern vor den [Reichspräsidenten-] Wahlen [1932] mit Wahrsagerei beschäftigt haben, wieviel die Kommunisten bekommen, und es zeigte sich, dass keine Einigkeit bestand: Die einen meinten 4 Millionen, andere 5, die dritten 6, 7 und 8. Das war Kaffeesatzleserei. Aber in einem Punkt waren wir einer Meinung und in diesem Punkt haben wir uns alle geirrt. Wir haben alle gedacht, dass bei den Präsidentenwahlen die Beteiligung weit niedriger sein werde als bei den Parlamentswahlen.[40]

---

38 Exmission (jur.): Ausweisung aus der Wohnung oder dem Grundstück durch den Vermieter.

39 Die 12. Plenarsitzung des EKKI (12. EKKI-Plenum) fand vom 27. August bis zum 15. September 1932 statt. Der Kominternführung zufolge sollte damit eine neue revolutionäre Periode eröffnet werden. Der gegen eine Einheitsfront der Arbeiterbewegung gerichtete Kurs wurde durch die absurde Theorie eines gleichzeitigen, parallelen Wachstums der KPD und des Faschismus gerechtfertigt. Die "Faschisierung" in Deutschland bedeutete nach Auffassung der Komintern zugleich eine „Schmälerung der bürgerlichen Herrschaft" (Bahne: Die und Das Ende von KPD Weimar, S. 29ff.). Die Tagesordnung des Plenums enthielt Berichte über die internationale Lage und die Aufgaben der Komintern (Kuusinen), über die Streiks und Kämpfe der Arbeitslosen (Thälmann – mit Ko-Berichten von Lenski und Gottwald) und den „sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion" (Manuilski). Durch eine umfangreiche Agitprop-Tätigkeit wurde anlässlich des 50. Jahrestages des Todes von Karl Marx eine "Massenkampagne" gestartet, um den „Marxismus-Leninismus" zu verbreiten. Ergänzungswahlen zum Präsidium des EKKI und die Verabschiedung des Finanzberichts bendeten das Plenum, das letzte vor dem Machtantritt des Nationalsozialismus in Deutschland, das die politische Linie unverändert liess (siehe: Del Amo/Bahne/Bayerlein: Archives de Jules Humbert-Droz III, S. 473ff.).

40 Die Wahlbeteiligung bei den Reichspräsidentenwahlen lag bei 86,2% bzw. 83,5% im zweiten Wahlgang. Die darauf folgenden Worte sind durchgestrichen worden: „dass wir den Angriff des Faschis-

Und es zeigte sich, dass es entgegen allen Erwartungen eine kolossale Wahlbeteiligung gab. Was hat das signalisiert, was hat die Aufmerksamkeit der Massen in Deutschland mobilisiert? Die rote Gefahr? Nein. Sondern die Frage, kommt Hitler oder nicht. Das stand im Zentrum der Aufmerksamkeit. Die Hitleristen haben ihre Stimmenzahl verdoppelt, haben die Massen mobilisiert. Auf der anderen Seite fürchten die Massen die Machtübernahme Hitlers und haben sich mobilisiert, um die Machtübernahme Hitlers zu verhindern.

Warum ist es den Sozialdemokraten so glänzend gelungen, ihre Politik des kleineren Übels zu verfolgen? Offensichtlich, weil die dritte Kraft, d.h. unsere Kraft, nicht besonders sichtbar war. Vor den Massen stand das Problem, kommt Hitler [an die Macht] oder nicht, aber die Perspektive der Revolution war nicht zu bemerken, denn es war keine umwälzende Bewegung der Massen sichtbar. Das zeigt, dass die KPD nicht in der Lage war, eine solche Aktivität zu entfalten, um die Aufmerksamkeit und die Hoffnung an sich zu ketten und die Aufmerksamkeit von der Theorie des kleineren Übels abzulenken, nicht zeigen konnte, dass es noch einen anderen Ausweg gibt, und dass dies der Weg der Revolution ist. Offensichtlich besteht die Frage, wie man dieses unser Kapital realisieren kann, die enormen Sympathien, die die Partei besitzt. Wenn es nicht so eine große Fluktuation gäbe, hätte die Partei nicht 300 sondern 500 tausend [Mitglieder].

[...] Mir scheint, dass unsere deutsche Partei bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt den Kampf mit dem Faschismus nicht ganz richtig führt. Ich erinnere daran, dass nach dem XI. Plenum, als die deutschen Genossen nach den Septemberwahlen[41] herkamen, sie uns erzählten, dass wir unter der Losung der Volksrevolution eine Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern aufgebaut hätten und dass wir den Angriff der Faschisten abwehren konnten.

Dass wir den Angriff der Faschisten abwehren konnten, das ist offensichtlich eine Übertreibung. Aber ich denke, dass darin ein Stück Wahrheit steckt. Ein wenig haben wir in dieser Zeit zurückschlagen können: Auf der einen Seite konnten wir in der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern den Angriff der Faschisten abschwächen, auf der anderen Seite haben unsere Genossen opportunistische Schlüsse aus diesem richtigen Manöver gezogen. Die Genossen sagten, dass der Faschismus der Hauptfeind und die Hauptstütze der Bourgeoisie ist. Das XI. Plenum wies darauf hin, dass die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie die Sozialdemokratie ist und dass unsere Hauptaufgabe in der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, in der Liquidierung des Einflusses der Sozialdemokratie besteht, dass die Sozialdemokratie dem Faschismus den Boden bereitet. Das war sehr richtig, aber bedeutete dies, dass man mit dem Bade auch das Kind ausschütten musste?

---

mus abwehren können: das war – offensichtlich – eine Übertreibung. Aber ich denke, dass etwas Wahrheit darin liegt."

41 Gemeint sind die Wahlen zum Reichstag vom 14.9.1930.

Wir haben eine Reihe opportunistischer Fehler gemacht. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist in den Hintergrund gerückt, der Charakter der proletarischen Revolution wurde verwässert. [...] All diese opportunistischen Verzerrungen mussten korrigiert werden. Aber bedeutet dies, dass man von diesem taktischen Schritt ablassen soll, von der Schaffung einer Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern gegen den Faschismus? Aber inzwischen wurde dies zurückgewiesen. Genossen, die in Deutschland waren, erzählen, dass auf Schritt und Tritt sozialdemokratische Arbeiter auf [kommunistische] Versammlungen kommen, wo ihnen gesagt wird: Der Hauptfeind ist die Sozialdemokratie und nicht Hitler. Das ist eine ziemlich vulgäre Auslegung unserer Theorie.

Was den Kampf gegen den Faschismus betrifft, möchte ich noch eine Bemerkung machen. Bei uns äusserte sich der Kampf gegen den Faschismus noch im letzen Sommer darin, dass man sich mit den Faschisten mit der Waffe in der Hand schlug, jeden Tag wurden Faschisten getötet. Aber diese Methode der Anwendung individuellen Terrors erhielt von uns die entsprechende Abfuhr. Wir haben damit gerechnet, dass diese Methode des individuellen Terrors durch Massenaktionen ersetzt würde, aber das hat nicht stattgefunden. Und es zeigte sich, dass wir den Faschisten keine Abfuhr erteilt haben.



Am 27.3.1932 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, Spezialisten der zivilen Luftfahrt der Firma Junkers zur Arbeit in der Sowjetunion heranzuziehen. Dafür sollten Geldmittel, Unterkünfte (50 Zimmer) und Transportmittel bereitgestellt werden.[42]

42 RGASPI, Moskau, 17/162/12, 37.

Dok. 286

Brief des Kominternemissärs Lajos Magyar an Kun über Hitlers Pläne zur Vernichtung des Bolschewismus und der Sowjetunion

[im Deutschen Reich], 6.4.1932

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau 495/60/238, 83–84. Erstveröffentlichung.

6.IV.32.[43]

W[erter] G[enosse].[44]
Ihren Brief ohne Datum, bestehend aus 10 Punkten, habe ich erst heute erhalten. In der Mandschurei-Frage werden wir die Linie ausbessern.[45] Ich bin sehr froh, dass Sie mit der Presse zufriedener sind, und nach der Konferenz wird Teddy [d.i. Ernst Thälmann] noch bessere Reden halten. [...]

Unter den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern schlägt uns die sozialfaschistische, trotzkistische, brandleristische Gesellschaft damit, dass der Arbeiter in der Sowjetunion schlecht lebt. Unsere wirtschaftlichen und sonstigen Erfolge werden anerkannt, aber es wird betont, all dies geschieht auf Kosten des Lebensniveaus der Arbeiter. Man sollte in diesen Artikeln ganz offen auch über die Schwierigkeiten sprechen und aus der Sowjetunion kein Schlaraffenland machen, aber man müsste auch das Positive zeigen. Ich weiss nicht, ob es nicht möglich wäre, unter den besseren Elementen der ausländischen Arbeiter eine Kampagne zu organisieren, dass sie Briefe an ihre ehemaligen Betriebe, Bekannten, Verwandten usw. richten. Es wäre dann *ein* Artikel notwendig über die sogenannte Frage des Wolfes.[46] Es handelt sich darum, dass sogar in unseren Kommunistischen Parteien, und sogar in der Spitze, noch immer solche Stimmungen sind, dass die KI in den letzten 4,5 Jahren

43 Handschriftlich im Kopf: „Brief von Michael [d.i. Lajos Magyar] an Ludwig [d.i. Béla Kun]".

44 Lajos Magyar *(*Ljudvig Ignat'evič Mad'jar), ursprünglicher Name Lajos Milgdorf (1891 – ca. 1937) war ein ungarischer Kommunist, Anhänger der Sinowjew-Opposition, Ostasienspezialist und Instrukteur der Komintern für die Presse- und Propagandaarbeit der KPD (siehe auch seine folgenden Berichte aus Deutschland). Später aus China nach Moskau zurückgerufen, wurde er bereits 1935 verhaftet und vermutlich Ende 1937 erschossen (siehe Dok. 434). Seine Frau, die Deutsche Lea Abramowitz (Alice Abramovic) arbeitete im KPD-Apparat und überlebte eine ca. 15jährige Haft in der Sowjetunion. Sie starb 1971 in der DDR (Kössler: Dritte Internationale und Bauernrevolution, S. 335; Archives de Jules Humbert-Droz, IV, S. 358f. e.a.

45 Nach dem inszenierten Zwischenfall von Mukden besetzten japanische Truppen die Mandschurei. Am 18.2.1932 wurde der Staat Mandschukuo unter einer japanischen Marionettenregierung für unabhängig erklärt. Die ostchinesiche Eisenbahn blieb vorerst juristisch unter Kontrolle der Sowjetunion.

46 Magyar bedient sich hier der besonders in England, aber auch in Russland verbreiteten Äsopschen Fabel vom Hirtenjungen und dem Wolf („*The Boy Who Cried Wolf*"). Nachdem der Hirtenjunge dreimal mit dem Ruf „Der Wolf kommt!" die Bauern in die Irre geführt hatte, kam der Wolf beim vierten Mal wirklich und fraß seine Herde (in anderen Versionen auch den Jungen), da die Bauern nicht mehr halfen („*Never Cry Wolf!*").

ununterbrochen über die Kriegsgefahr geschrieben habe, immer geschrieben hat, der Wolf kommt, aber der Wolf kam nicht. Jetzt ist zwar der Wolf da, aber man will noch immer nicht glauben. Das ist eine schwere Hemmung für unseren Kampf auch in den Massen. Man müsste erklären, *weshalb* die KI diese Gefahr signalisierte, dass diese Gefahr real war, aus welchen Gründen damals der Krieg nicht kam, und aus welchen Gründen wir behaupten, dass der Wolf da ist.

Hitler-Rede. Hitler hat in Düsseldorf vor den Industriellen eine Rede gehalten, in welcher er erklärte, dass er den Bolschewismus nicht nur in Deutschland, sondern auch in Russland vernichten wolle.[47] Die Rede wurde in einer sehr geschlossenen Gesellschaft gehalten und 3 Vertreter des *Comité du Forge*[48] waren ebenfalls anwesend. Das Stenogramm der Rede liegt am Kusnetzki Most[49] oder bei den Nachbarn.[50] Wir konnten hier das Stenogramm nicht erhalten. Man müsste es verschaffen und hier veröffentlichen. [...]

In alter Freundschaft,
[Sign.] Ludwig.



Am 8.4.1932 erfolgt ein erneuter Beschluss des Politbüros der KP der Sowjetunion über die Verhandlungen mit Deutschland. Dabei wurden Vorschläge des Kommissariats für Außenhandel angenommen, die dazu dienen sollten, günstige Bedingungen für sowjetische Importe nach Deutschland zu erhalten.[51]

Ebenfalls am 8.4.1932 setzte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion das Budget des EKKI auf 1.456.000 Rubel und darüber hinaus das des OMS auf 411.000 Rubel fest.[52]

---

47 Mit der Absicht, das schlechte Image der NSDAP bei den Industriellen zu verbessern, hielt Hitler am 26.1.1932 eine vielbeachtete Rede vor dem Industrie-Club Düsseldorf. Proteste von SPD und KPD vor dem Parkhotel begleiteten Hitlers Ausfälle gegen Gleichheit, Demokratie und Klassenkampf. Als Ausweg aus der Krise beschrieb er die Herstellung der „Einheitlichkeit" im Volk: „Nimmt die derzeitige Entwicklung ihren Fortgang, so wird Deutschland eines Tages zwangsläufig im bolschewistischen Chaos landen, wird diese Entwicklung aber abgebrochen, so muß unser Volk in eine Schule eiserner Disziplin genommen und langsam vom Vorurteil beider Lager geheilt werden. Eine schwere Erziehung, um die wir aber nicht herumkommen!" (zit. in: Henry A. Turner: Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin, Siedler Verlag, 1985, S. 261ff.).

48 Richtig: *Comité des forges* (deutsch: "Hüttenkomitee"), 1864 durch die Eisenhüttenbesitzer (Eugène Schneider, Charles de Wendel u.a.) als Forschungs und Interessensorgan der Großindustriellen gegründet. Es spielte eine zentrale Rolle für die Sicherung der Interessen der Industriellen, die Industriepolitik und die Aufteilung der Märkte. 1940 wurde es von der Vichy-Regierung aufgelöst und durch das *Comité d'organisation de la sidérurgie* ersetzt.

49 An der Kusnetzki Most-Straße in Moskau (russisch: Kuzneckij most) lag damals das Gebäude des NKID.

50 Als „die Nachbarn" wurde im Jargon der NKID-Mitarbeiter das OGPU-NKWD bezeichnet, dessen Gebäude in der Lubjanka-Straße, d.h. schräg gegenüber vom NKID-Gebäude, lag.

51 APRF, Moskau, 3/64/661, 14–15. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, II, Dok. 289.

52 RGASPI, Moskau, 17/162/12, 85.

Dok. 287

Heinz Neumann über den Personenkult Ernst Thälmanns und die Auswirkungen auf den Kampf gegen den Faschismus

Moskau, 10.4.1932

Typoskript in deutscher Sprache mit handschriftlichen Korrekturen; RGASPI, Moskau, 495/4/182a, 9–64, hier: 9, 16–16, 59, 63–64. Erstveröffentlichung.

Politkommission 10.IV.1932. streng vertraulich.

Genosse HEINZ NEUMANN:[53]
Ich möchte mich nicht zur Depesche äußern, sondern kurz einiges zu den Fragen selbst sagen. Die Darstellung, die Genosse Piatnitzky von unserer Reise und meinen Erklärungen gegeben hat, ist vollkommen richtig. Was wurde in der damaligen Besprechung mit den führenden russischen Genossen ausgemacht:[54] Es ist nicht so, dass nur ich versprochen habe zusammenzuarbeiten, sondern auch Thälmann – unter der Führung Thälmanns. Darüber wurde kein Zweifel gelassen, daß die Führung Thälmann gehört, aber zum Zusammenarbeiten gehören doch mindestens zwei. Das haben wir gemeinsam versprochen. Stalin hat sogar das Wort gebraucht: brüderliche, freundschaftliche Zusammenarbeit. Aber das erste, was Thälmann nach seiner Rückkehr tat, war, daß er Remmele, Flieg und mich zusammenrief, über seine Reise berichtete und sagte: Thälmann ist der einzige Führer der Partei, die andern haben ihm zu gehorchen. Wörtlich: *einziger Führer der Partei*. Das zweite, was er tat: er ging in die Wohnung von Remmele und hat Remmele gegen mich aufgehetzt. Er sagte nach seiner Rückkehr aus Moskau: Neumann ist jetzt nicht mehr nötig für mich, ich bin über ihn hinausgewachsen; Hirsch hat sich entwickelt, er ist ein besserer Theoretiker, ich werde jetzt mit Hirsch zusammenarbeiten. – Außerdem suchte Thälmann Akten aus dem Fall Wittorf, um zu beweisen, dass meine Stellung damals nicht richtig gewesen sei. So hat Thälmann die kollektive Arbeit angefangen.

Zweitens hat uns Thälmann von unseren Funktionen enthoben ohne Sekretariatsbeschluß. […]

Wir haben auch die Frage des Faschismus gestellt und gesagt, daß man auch gegen Hitler kämpfen muß. In einer ganzen Anzahl von Sitzungen habe ich gesagt: gegen Hitler! Und er immer: gegen Hitler-Severing-Brüning, also gegen alle drei zusammen. Ein spezieller Kampf gegen Hitler wurde überhaupt nicht mehr geführt.

53 Es dürfte sich um die letzte Rede Heinz Neumanns in einem hohen Kominterngremium gehandelt haben: Im Mai wurde er auf Drängen Stalins aus der KPD-Führung entfernt.
54 Vermutlich Hinweis auf die „Beratungen" der Delegation der VKP(b) im EKKI u.a. mit Thälmann und Neumann im November 1931 (siehe hierzu Dok. 272). Die spätestens seit der Volksentscheidskampagne im Jahr 1931 latenten Auseinandersetzungen in der Führungsspitze der KPD brechen nun auf (siehe u.a.: Dok. 268).

Am Freitag, vor der Eröffnung der Plenarzentrale[55] haben wir dann endlich die Resolution mit den Aenderungen bekommen.[56] Vorher (Pieck war dabei) wurde sie aber bereits verschickt an alle Mitglieder des Zentralkomitees, an alle Abteilungsleiter und sogar an die Instrukteure. Dann erst haben wir sie bekommen und hatten genau eine Stunde Zeit zur Durchsicht. Thälmann selbst erschien gar nicht zu dieser Sitzung, er hatte noch seine achtstündige Rede ausgearbeitet. Er sagte zu Flieg: es wird wohl alles angenommen werden, denn die Resolution kommt von der Komintern, man solle ihm telefonieren. – Solange ich in der Führung sitze und mitverantwortlich bin, lasse ich mich nicht so behandeln! Wir sind doch keine Schulkinder. Außerdem ist in Moskau gesagt worden, daß wir konkrete Fragen ändern können, soviel wir wollen. […]

Genosse Remmele hat schon einige politische Fragen dargelegt. Ich möchte jetzt zum Ausgangspunkt den Zwischenruf des Genossen Piatnitzky nehmen, warum Thälmann jetzt und nicht schon früher eine Aenderung der Führung wollte. Ich glaube, daß hierbei natürlich auch persönliche Dinge eine Rolle spielen. Wir haben immer gelernt, daß der Charakter und die Eigenschaften der Personen, die an der Spitze einer Millionen-Partei stehen, nicht ohne Bedeutung sind. Thälmann hat in den letzten Jahren – teilweise auch durch unsere Schuld und teilweise auch (ich sage das in aller Bescheidenheit) durch Einwirkung der Komintern eine solche Selbstüberschätzung angenommen, daß er glaubt, er könne als Einzelperson die Partei führen. Es gibt nur zwei Leute: Thälmann und Stalin, – das ist wirklich seine Auffassung. Er will als Thälmann allein die Partei führen. Er hat keine große Meinung von uns und auch nicht von den Genossen der Komintern, sondern er glaubt, daß er wirklich eine Persönlichkeit ist vom Format Stalins und Lenins. Das ist er unserer Meinung nicht, weil er große Schwächen hat. Zu seinen Schwächen gehört, daß er oft in ernsten Situationen nicht da ist. Wir wollten diese Frage nicht stellen, aber prüfen Sie die Tatsachen! Als die Versöhnler die Konzentration durchgeführt haben,[57] war Thälmann auf Monate fort. Einen Tag nach den Barrikadenkämpfen im Mai 1929[58] hatten wir keine Verbindung mit Thälmann, er hat in Berlin in seiner Wohnung gesessen, wie waren allein. Vor dem Volksentscheid war er einen Monat lang in Hamburg und hat sich krank gemeldet, war dann in Berlin und hat auf einer Funktionärsversammlung zum Volksentscheid gesprochen und war dann während des ganzen Volksentscheids abwesend. […]

55 Vermutlich handelt es sich um das ZK-Plenum der KPD, das vom 20.2.32–23.2.32 stattfand.
56 Siehe die Resolution des ZK-Plenums der KPD im Sinne des „Hauptstoßes gegen die Sozialdemokratie", Dok. 282.
57 „„Es ist für uns keine Redensart und kein Manöver, wenn wir davon sprechen, an einer wirklichen Konzentration der Kräfte der Partei mitarbeiten zu wollen." (Brief von Karl Becker, Paul Frölich, Gerhart [Eisler], Ernst Meyer an Thälmann, Remmele, Dengel, Ewert, Berlin, 17.10.25, in: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/66, 11–16, zit. in: Wilde: Ernst Meyer, S. 415).
58 Gemeint sind die Ereignisse um den Berliner „Blutmai" am 1.5.1929. Siehe hierzu Dok. 217, 222.

– Ich will nicht mehr über alle Dinge reden. Ich kenne meine Fehler sehr gut. Niemand wird sagen, daß wir persönlich sind.

(*Zwischenruf Remmele:* Ich bin 35 Jahre organisiert und noch niemals habe ich mich an einer Fraktion beteiligt.) [...]

Was ist Leow? Er ist an der Spitze des RFB, vollkommen unfähig. Wir dulden ihn jahrelang, weil er der beste Freund von Thälmann ist.[59]

(*Zwischenruf Gen. Manuilski*: Aber als wir nach Leningrad gefahren sind, haben Sie mir gesagt: Leow ist ein sehr guter, ausgezeichneter Kerl!)

Neumann: Persönlich! Aber was hat Leow aus dem RFB gemacht? Einen Trümmerhaufen; er hat 12.000 Mitglieder! Von der Komintern kommt ein Telegramm, wir sollen schärfer gegen den Faschismus kämpfen. Was ist das Resultat? Der Rote Frontkämpferbund kämpft nicht genügend gegen den Faschismus, gegen den Krieg! Und niemand von uns darf sich einmischen, sonst wird es als eine Attacke gegen Thälmann bezeichnet. Es gibt zwei Dinge, in denen Thälmann unbeschränkt herrscht: das ist der Hamburger Bezirk und der R.F.B. Und auf beiden Gebieten sieht man, wozu solch persönlicher Kurs führt.

Remmele hat schon geschildert, daß Scher [d.i. John Schehr] behauptet hat, Münzenberg habe gesagt, Thälmanns Rede sei zu lang. Dafür hat Schehr schon seine Belohnung, er ist Polsekretär vom Ruhrgebiet! Scher, bekannt aus dem Fall Wittorf, kriegt den wichtigsten und größten Bezirk Deutschlands anstelle von Florin – gegen die Stimmen von Hermann [Remmele] und mir, d.h. es wurde ja nicht abgestimmt, aber Hermann und ich haben Einwendungen gehabt. Das ist Cliquenpolitik im schlimmsten Sinne. Wer mit ihm ist, wer Byzantismus macht, wird von ihm herangezogen wie Schehr, Leow, Hirsch; jeder, der selbständig auftritt, der etwas tut, ohne daß er vorher Thälmann fragt und ihm sagt: unser großer Führer, – der wird beiseite geschoben. In Parteidokumenten steht schon drin: „unser Führer!"[60] Die Resolution wurde aufgrund des *Pravda*-Artikels gemacht, um ihn gegen uns auszuspielen. Aber eine Aenderung hat man dabei vorgenommen. In der *Pravda* hieß es: Fünf Millionen Stimmen für die proletarische Revolution und die proletarische Diktatur. Thälmann hat das durch Hirsch geändert: Fünf Millionen Stimmen für Thälmann, den Führer unserer Partei! Thälmann hat verlangt, daß „Führer" drin steht.[61]

---

59 Seit der Wittorf-Affäre 1928 gab es Gerüchte über Korruption und Misswirtschaft im RFB. Dass Leow ein Trinker war, war kein Geheimnis. Nach seiner Emigration in die Sowjetunion wurde er als Anführer eines Komplotts, in den die wolgadeutsche Parteiorganisation und die Komintern verwickelt gewesen sein sollten, verhaftet und 1937 erschossen (siehe: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, II, S. 538).

60 Bereits in der *Roten Fahne* vom 12.9.1930 hatte man den NS-Sprachgebrauch in einer Veranstaltungsankündigung übernommen („Heute spricht unser Führer"). Vgl. den Brief Piecks an Thälmann (Dok. 283).

61 Thälmann wurde bereits seit Anfang der 1930er Jahre auch in der Parteipresse als "Führer unserer Partei" tituliert und Hitler gegenübergestellt, so: Heute spricht unser Führer. In: Die *Rote Fahne*,

Wie wirkt sich das in der sachlichen Arbeit aus? Jeder Versuch, irgend etwas zu arbeiten, was nicht Thälmanns Person in den Mittelpunkt stellt, wird niedergetrampelt. Als der Fall Merker war, ist Thälmann weggefahren; beim Volksentscheid, bei den Mai-Barrikaden, beim Kampf mit den Versöhnlern, – bei allen entscheidenden Fragen ist er abwesend; wenn alles vorbei ist, kommt er zurück, kritisiert und macht alles kaputt. [...]

Dok. 288

Rede Manuilskis zur Vorbereitung des XII. EKKI-Plenums: Angesichts ihres Schematismus müsse die KPD dem Faschismus unterliegen

[Moskau], 17.4.1932

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/170/5, 41–66, hier: 53–57, 64. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 771–774.

Versammlung zur Vorbereitung des XII. Plenums des EKKI (17. April 1932)
Geheim

Manuilski: Genossen, ich will auf eine weitere diskussionswürdige Frage eingehen. [...] Es ist die Frage nach unseren Losungen. Ich habe mir soeben den 1.-Mai-Aufruf der französischen Arbeitskonföderation herausgegriffen.[62] Ich gebe mein Ehrenwort darauf, dass ich mich in einer solchen Stimmung befand, dass ich bereit war, mit Schimpfworten um mich zu werfen, was bei mir selten vorkommt (Gelächter). [...]

Die Faschisten haben nun alles mögliche in Deutschland ausgenutzt, sie nutzen das ökonomische und nationale Moment, sie nutzen die erhöhte Aktivität der Massen für Aktionen aus, sie nutzen alles aus und sagen: Wir sind die Politiker des heutigen Tages, und wir bieten Euch einen revolutionären... [Ausweg][63] Ein Genosse hat mir das folgende lebendige Bild zur Illustration übermittelt: er war auf einer Versammlung faschistischer Arbeitsloser – 150–200 Mann von der Sturmabteilung.[64] Ein Redner tritt auf und sagt: „Kameraden, ihr habt heute über den Sklarek-Prozess gelesen.[65]

12.9.1930; Der Führer unserer Partei (ibid., 22.5.1931, 22.11.1932) u.a. Wilhelm Pieck hatte den beginnenden Führerkult in der KPD noch kritisiert (Dok. 283).

62 Gemeint ist die *Confédération générale du travail unitaire*, die sich 1921/1922 von der CGT abspaltete und sich der Profintern anschloss.

63 Auslassung im Original.

64 Sturmabteilung (SA).

65 Die jüdischen Textilunternehmer Leo und Willy Sklarek (Verhaftung am 26.9.1929) wurden am 23.6.1932 zu je vier Jahren Zuchthaus wegen Betrugs in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung und Bestechung verurteilt. In die großflächigen Bestechungen von Berliner Beamten waren neben

Dieser Prozess kostet der deutschen Republik jeden Tag 17.000 Mark. Ich frage Euch, wäre es nicht besser, diese 17.000 Mark unter den Arbeitslosen zu verteilen, anstatt dass die bürgerliche Republik dieses Geld verwendet, um irgendwelche demokratischen Prozesse zu führen? Sklarek hat [sic][66] 10 Millionen Mark verschwendet, und wäre es nicht etwa besser, wenn man das Geld in Unternehmen investieren und Euch Arbeit geben würde? Wenn wir also an die Macht kommen, schaffen wir eine Dreiergruppe [*trojka*] aus...[67] und einem Vertreter der Arbeiterklasse, und was machen wir dann wohl mit Sklarek?“ Und die Menge schreit mitgerissen: „Wir werden ihn [sic] erschießen!“ Hier haben Sie ein lebendiges Bild.

Danach geht dieser Genosse auf eine Versammlung, wo unsere Arbeiter und Arbeitslosen anwesend sind, und dieser Genosse hält eine Rede wie folgt: „Genossen, das XI. Plenum des EKKI hat konstatiert, dass die kapitalistische Stabilisierung ihrem Ende zugeht, dass der Kapitalismus allergrößte Erschütterungen durchlebt, dass die Krise eines der Anzeichen dieser Erschütterungen ist, dass man einen revolutionären Ausweg aus der Krise suchen muss usw. usf.“

Es ist erforderlich, sich auf eine gekonnte, revolutionäre, lebhafte Weise der Sache der Mobilisierung der Massen anzunehmen.[...]

Die Faschisten sind stark zur Zeit, weil sie an das aktive Massengefühl appellieren, sie sprechen über die heutige Politik, wir aber versprechen [eine Besserung] in der Zukunft. [...]



Am 28.4.1932 erlaubte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion der sowjetischen Verhandlungsdelegation in Deutschland für eine Vereinbarung mit der Reichsbank die mündliche Zusage zu geben, bei Bestellungen mit Reichsmark zum Dollarkurs bezahlen zu können.[68]

SPD-Amtsträgern auch KPD-Stadträte wie Gustav Degner involviert (siehe: Antonia Grunenberg: „Gemeine Systemverbrecher“? Der Fall Sklarek in Berlin 1929. In: *Freibeuter*, 1987, H. 31. Aus der KPD war Otto Gäbel in den Skandal verwickelt, siehe hierzu: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 279f.

66 Da Manuilski anscheinend nicht mit den Einzelheiten der Sklarek-Affäre vertraut war, ging er davon aus, dass es sich bei Sklarek um eine einzige Person handelte, und benutzte im Folgenden den Singular.

67 Auslassung im Original.

68 RGASPI, Moskau, 17/162/12, 115; APRF, Moskau, 3/64/661, 21. Publ. in: Sevost’janov: Moskva-Berlin, II, Dok. 291.

Dok. 289

Brief „Ludwigs“ (Ps.), d.i. Lajos Magyar, über den Einbruch der Nationalsozialisten in die Arbeiterklasse und die Perspektiven eines deutschen Italien

[Berlin?], 9.5.1932

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/60/238, 112–114. Erstveröffentlichung.

Den 9.V.32.

obwohl Sie jetzt über deutsche Angelegenheiten genug hören werden, möchte ich Ihnen doch einige Gedanken zusammenhanglos mitteilen.

1. Wie zu erwarten war, versuchen die Nazis, ihren Einbruch in die Arbeiterklasse zu erweitern. Auf dem Wedding halten sie jede Woche eine öffentl[iche] Versammlung ab. Die SA-Kasernen werden in „Küchen“ umgewandelt und je 400, 600 Mann täglich erhalten dort zu essen. In Berlin führen sie jetzt eine Aktion durch, um 5.- bis 6.000 proletarische Kinder aufs Land zu schicken. Solange sie nicht in der Regierung sein werden, werden sie auch gegen die bevorstehenden Notverordnungen, Lohnabbau eine entsprechende Demagogie treiben. Die wichtigste Aufgabe besteht darin, ihren weiteren Einbruch in die Arbeiterschaft aufzuhalten. Je mehr ich die Sache studiere, desto klarer wird es für mich, welch grosse Fehler wir in der Bekämpfung der Nazis gemacht haben. Man kann sogar die SA nicht nur als eine Prätorianergarde betrachten, die man mit Fäusten erledigen kann. Es ist einfach nicht wahr, dass die Leute in der SA nur bezahlte Subjekte sind. Es sind sogar nicht wenig Proleten unter den 400.000 SA-Leuten im Reich, die durch die Nazi-Demagogie und nicht allein durch Geld, Bekleidung usw. angezogen werden.[69] Man muss auch einen politischen, ideologischen Kampf gegen die Nazis führen, nicht nur schimpfen. Überhaupt ist das Schimpfen allein keine genügende Waffe, sogar im Kampfe gegen die Renegaten nicht. Siehe Frankreich.[70]

---

69 Statt der genannten 400.000 gab es 1932 ca. 220.000 Mitglieder, davon ein Großteil Arbeiter und Angestellte. Die KPD hatte sich bereits 1931 in einem Offenen Brief an die „Werktätigen Wähler der NSDAP und die Mitglieder der Sturmabteilungen“, speziell an die „schaffenden Volksgenossen“ gewandt: „Als ehrliche Kämpfer gegen das Hungersystem haben sich die proletarischen Anhänger der NSDAP in die Einheitsfront des Proletariats eingereiht und in Erwerbslosenausschüssen ihre revolutionäre Pflicht getan. (...) In zahlreichen Wohngebieten haben Anhänger der NSDAP den revolutionären Arbeitern geholfen, die Massen gegen die Exmission von Erwerbslosen zu mobilisieren. In vielen Dörfern haben Mitglieder der NDSAP unter Führung der Kommunisten verhindert, daß den schaffenden Bauern die Kuh gepfändet oder ihr kleiner Besitz versteigert wurde.“ (*Die Rote Fahne*, 1.11.31, zit. in: Hermann Weber: Der deutsche Kommunismus, Frankfurt am Main, 1963, S. 156).

70 Neben den „Renegaten“ von rechts und einer ebenfalls relativ starken trotzkistischen Bewegung von links wurde im Dezember 1930 die Parti d’unité prolétarienne (deutsch: Partei der proletarischen Einheit) durch den Zusammenschluss zweier kleiner Parteien, der Parti ouvrier et paysan (POP) und

2. Zur Frage der Einheitsfronttaktik von unten. Man stellt diese Frage sehr oft nur als ein Problem der Gewinnung der sozialdemokratischen und sozialdemokratisch beeinflussten Arbeiter. Diese Fragestellung ist zu eng. Das Problem liegt viel tiefer.

Es handelt sich um das In-Aktion-Führen der kommunistisch beeinflussten Arbeiter ebenfalls. Ich versuche, meine Gedanken zu erläutern: wir haben maximum 30 bis 35.000 Kommunisten in den Betrieben. Die anderen Parteimitglieder sind erwerbslos (80% im Reichsmassstabe) oder Angestellte, gehören liberalen Berufen an, arbeiten in den verschiedenen Apparaten usw. Wir beeinflussen aber in Deutschland ungefähr 5 Millionen, davon sind vielleicht anderthalb Millionen erwerbslos – und ihre Familienangehörigen, 500.000 [?], 1 Million Menschen kann man als Nichtarbeiter, Familienmitglieder und dergl. mehr rechnen. Dann verbleiben noch immer 2½ bis 3 Millionen Arbeiter, die noch im Betrieb stehen und die bereit sind, bei geheimen Abstimmungen für die Kommunisten zu stimmen, welche die Politik der KPD unterstützen. Wenn wir aber in den Betrieben eine Aktion durchführen, dann finden wir diese Leute nicht, dann kommen sogar diese Arbeiter nicht mit uns. Weshalb? 1. deshalb, weil es 6 Millionen Arbeitslose gibt, und die Leute wollen nicht auf die Strasse fliegen; 2. glauben diese Arbeiter, dass man eine Aktion ohne den anderen, grösseren sozialdemokratisch beeinflussten Teil der Belegschaft nicht durchführen kann, umso weniger kann man Aktionen gegen den Willen dieser Arbeiter durchführen. Wenn wir also eine richtige Einheitsfronttaktik durchführen, wenn diese Arbeiter sehen, dass wir auch mit den sozialdemokratischen Arbeitern wirklich gemeinsam kämpfen wollen, dann wird die Aktionsfähigkeit der Arbeiterschaft sich um ein Vielfaches steigern. Gerade dieser Umstand stellt aber noch eine ungeheuer wichtige Frage: wir müssen irgendwie das Problem der Kombinierung der legalen und illegalen Arbeit in den Betrieben und den reformistischen Gewerkschaften lösen. […]

3. Zur Frage des Faschismus. In den vorigen Briefen habe ich darauf hingewiesen, dass die Arbeiter stimmungsgemäss und sehr berechtigt den Hitler-Faschismus gegenwärtig als die grösste Gefahr erachtet haben. Ein Beweis dafür: im Saargebiet und im Memel haben wir wirklich glänzende Wahlerfolge gehabt, weil dort die Frage über Hitler nicht steht und unsere Genossen mit ihrer Unterschätzung des Hitler-Faschismus sich nicht mit den Stimmungen der Arbeiter in Gegensatz bringen konnten, wie das sonst in Deutschland geschah. Wir haben in Bayern auch verhältnismässig besser abgeschnitten, weil dort die Hitler-Gefahr nicht so unmittelbar ist wie in anderen Teilen Deutschlands. Eben deshalb erlaube ich mir eine kritische Bemerkung

der Parti socialiste communiste oder auch Union socialiste communiste (PSC/USC) gegründet. Letztere wurde vom sozialistischen Priester Paul Louis geleitet. Beide waren 1923 entstandene Abspaltungen von der KPF. Generalsekretär der PUP war Louis Sellier, der 1929 zusammen mit fünf weiteren Pariser Statdtverordneten aus der KPF ausgeschlossen wurde (siehe: Michel Dreyfus: PCF, Crises et dissidences: de 1920 à nos jours. Bruxelles, Editions Complexe, 1990; Georges Lefranc: Le mouvement socialiste sous la troisième République: 1875–1940, Paris, Payot, 1963).

hinsichtlich des Aufrufes des ZK und der RGO über die Einheitsfront.[71] Man hätte in diesem Aufruf die Frage über den Faschismus viel schärfer stellen müssen. [...]

4. Unsere Taktik im preuss[ischen] Landtag.[72] Ich bin gegen den parlamentarischen Kretinismus und weiss genau, dass nicht wir das Zünglein an der Waage sind, und dass man Hitler nicht im preuss. Landtag schlägt. Deswegen muss man jeden Schritt im Landtag vom Standpunkte unserer allgemeinen Politik prüfen. Ich meine, dass die Beschlüsse der deutschen Genossen richtig sind. Es gibt aber eine Frage, die hier nicht ganz geklärt ist: viele Genossen meinen, dass, wenn die Nazis den Antrag über Landtagsauflösung stellen, wir verpflichtet seien, für einen solchen Antrag zu stimmen. Im gegebenen Moment würde aber die Neuwahl in Preussen eventuell eine weitere parlamentarische Stärkung der Nazis bringen. Die SPD würde unsere Stellungnahme dazu benutzen, um die Verantwortung für eine Nazi-Regierung in Preussen auf uns abzuwälzen. Weder in den Satzungen, noch im Programm der KI steht geschrieben, dass wir immer und unbedingt jeden Nazi-Antrag für Landtagsauflösung unterstützen sollen. Um nicht als „System"-Freunde und Verteidiger des Landtags zu gelten, können wir ja unseren eigenen Antrag stellen, mit einer solchen Motivierung, wofür die Nazis nicht stimmen können. [...]

5. Es gibt einige Theorien hier, mit denen man gründlich aufräumen müsste. Eine Theorie besagt, dass Deutschland kein Italien sei, dass also hier der Faschismus nicht herrschen kann. Selbstverständlich ist Deutschland nicht Italien, aber Mussolini hat vor der Machtergreifung weder 13 Millionen Stimmen bekommen, noch eine solche Organisation besessen wie Hitler. In Deutschland wird die faschistische Diktatur, wenn es dazu kommt, andere Formen annehmen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sogar eine gewisse „legale" Periode kommt. Aber diese Theorie, Deutschland sei nicht Italien, ist ziemlich gefährlich. Aus dieser Theorie folgt auch die Theorie, dass in Deutschland ein Hitler-Regime sich nur einige Monate lang halten kann. Diese Auffassung ist einfach abenteuerlich und verbrecherisch. Es ist keine Kleinigkeit, eine faschistische Diktatur zu stürzen, und man sollte sich nicht mit Selbstbetrug befassen. Manche trösten sich auch damit, dass ein eventuelles Hitler-Regime kein einziges Problem lösen könne und dass die Anhänger von Hitler dann auseinanderlaufen würden. Man tröstet sich auch damit, dass in der nationalsozialistischen

---

71 In einem gemeinsamen Aufruf von KPD und RGO vom 25.4.1932, der sich an die „gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, an alle Mitglieder der ADGB-Gewerkschaften und an alle sozialdemokratischen Arbeiter" richtete, nicht jedoch explizit an die betreffenden Organisationen, wurde gleichwohl eine gemeinsame Perspektive des Kampfes „mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind, und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will" entwickelt (*Die Rote Fahne*, 27.4.1932. Siehe hierzu: Werner Müller: Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht. Ziele und Grenzen der „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition" (RGO) in Deutschland 1928 bis 1933. Köln, Bund-Verlag, 1980, S. 180f.).

72 Es handelt sich um die Verhinderung der Wahl eines NS-Landtagspräsidenten in Preußen (hierzu ausführlich die folgenden Dokumente).

Partei selbst die verschiedenen Klassen aufeinanderstossen und die Krise der Partei hervorrufen werden. Meiner Meinung nach sind alle diese Theorien ganz überflüssige Ausflüsse des Selbsttröstens. Ich weiss schon, dass der Nationalsozialismus kein einziges Problem wirklich lösen kann, dass sie die Interessen ihrer Massenanhänger nicht befriedigen können. Wenn sie aber die Macht werden ergriffen haben, werden sie solche Zustände schaffen, dass sie die Gegensätze in die Tiefe treiben, und der Ausbruch dieser Gegensätze kann eine ziemlich lange und für die Arbeiterklasse bestimmt sehr blutige Periode sein. [...]

Mit besten Grüssen
Ihr
Ludwig [d.i. Lajos Magyar]

Dok. 290

Anschreiben Pjatnitzkis an Stalin zu den Informationsberichten über die Lage in der KPD

[Moskau], 10.5.1932

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/19/236, 154–160. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 655–660.

Absolut geheim
No 3266 10.V.[19]32

An den Genossen Stalin.[73]

Wir senden Ihnen einen Informationsbericht über die Lage in der KP Deutschlands, der von den Genossen Manuilski, Gusev, Knorin, Kuusinen und mir durchgesehen worden ist, – als Mitteilung über das bevorstehende Treffen mit den deutschen Genossen.[74]

---

73 Zum Bericht über die Lage in der KPD und zur bevorstehenden Sitzung mit Thälmann, Neumann, Remmele lag auch ein Anschreiben Pjatnitzkis vom 10.5.1932 vor, der Stalin um Anweisungen bat, siehe Dok. 290.

74 Vermutlich das Treffen mit Stalin vom 17.5.1931, an dem für die KPD Thälmann, Neumann, Remmele, Pieck und Ulbricht und für die russische Komintern-Delegation und die VKP(b) Manuilski, Pjatnitzki, Knorin, Gusev, Lozovskij, Kalinin, Enukidze und Kaganovič teilnahmen. Neben dem Beschluss, Neumann vorübergehend aus der Führung der KPD zu entfernen und aus Deutschland abzuberufen, erfolgten in der mehr als fünfstündigen Sitzung neue Festlegungen für die „Antifaschistische Aktion" (siehe hierzu Dok. 294; vgl. A.V. Korotkov, A.D. Černev, A.A. Černobaev: Posetiteli Kremlevskogo kabineta I.V. Stalina. Žurnaly (tetradi) zapisi lic, prinjatych pervym gensekom. In: *Istoričeskij archiv* (1994), Nr. 6; (1995), Nr. 2, 3, 4, 5–6; (1996), Nr. 2, 3, 4, 5–6; (1997), Nr. 1 und weitere Ausgaben; Hoppe: In

Die Politkommission hat in einer geschlossenen Sitzung die Genossen Neumann und Remmele angehört, wonach sie von den Mitgliedern der Politkommission einer gründlichen Kritik unterzogen wurden.[75] Es wurden keinerlei Beschlüsse gefasst, sondern Genosse Remmele und Neumann wurden mit der Anweisung zurückgeschickt, dass sie nach dem 1. Mai gemeinsam mit dem Genossen Thälmann zurückkehren.[76]

Gestern sind die Genossen Thälmann, Remmele, Neumann und Ulbricht in Moskau angekommen. Wir haben vor, die Sitzung der Politkommission fortzusetzen in Gegenwart der Genossen Thälmann, Remmele und Neumann [, um] über die Beziehungen zwischen diesen Genossen in der engeren Führung der KPD [zu sprechen]. Nach dem Abschluss dieser Frage wollen wir mit ihnen eine ganze Reihe von Fragen der Taktik, der Organisation und der Methoden der Verbesserung der Arbeit der Parteiorganisation der KPD besprechen.

Wir bitten Sie, anzuweisen, wie die Angelegenheit fortgeführt werden soll. Empfangen Sie sie und wenn ja wen, oder werden Sie uns vorher zu Ihnen kommen lassen.[77]

Pjatnitzki

Geheim

Zur bevorstehenden Besprechung mit den deutschen *Genossen*.

Die Lage in der KP Deutschlands gibt Anlass zu ernster Besorgnis:

a) Die Ergebnisse der Reichspräsidenten- und der Wahlen zum Preußischen Landtag[78] zeigen, dass ungeachtet der gestiegenen Aktivität der Massen und der gestiegenen Wahlbeteiligung, die Stimmen, die für die Kompartei im gesamten Land (mit Ausnahme Bayerns) abgegeben wurden, sich im Vergleich zu den Reichstags-Wahlen vom September 1930 verringert haben. Dass diese Verringerung der Stimmen,

---

Stalins Gefolgschaft, S. 336). Am 14.5.1932 hatte bereits ein Treffen der Politkommission mit Thälmann stattgefunden, auch dieses Stenogramm ist überliefert (siehe: RGASPI 495/4/188a).

75 Die geschlossene Sitzung der Politkommission fand am 10.4.1932 statt (siehe das Stenogramm, Dok. 287).

76 Für Neumann traf dies wohl nicht zu. Siehe hierzu das Protokoll (B) der Politkommission (RGASPI 495/4/182, 48f.).

77 Am 2.8.1932 schrieb Kaganovič an Stalin über die Angelegenheit Neumann, er besitze weiteres Material von Pjatnitzki, das auf „irgendetwas Fraktionelles" hindeute (Persönliches Archiv M.L. Kaganovič, Moskau. Publ. in: Chlevnjuk/Dėvis/Košeleva: Stalin i Kaganovič, S. 258). Am 8.8.1932 antwortete Stalin, es sei „klar", dass Neumann Fraktionsarbeit mache. Man müsse ihn zur Rechenschaft ziehen, es reiche im Augenblick jedoch aus, ihn zu verwarnen und seine Politbüro-Kandidatur zurückzuziehen (RGASPI, Moskau, 558/11/99, 193–142. Publ. in: Ibid., S. 270). Kaganovič übermittelte die Stellungnahme der Komintern; am 16.8.1932 schrieb er an Stalin, die Kominternleute hätten ebenfalls härtere Maßnahmen befürwortet (RGASPI, Moskau, 558/11/740, 153–160. Publ. in: Ibid., S. 283).

78 Die Landtagswahlen in Preußen vom 24.4.1932 erbrachten für die NSDAP eine Steigerung von 2 auf 36%, für die KPD ergab sich keine Verbesserung.

die für die Kompartei abgegeben wurden, aufgrund der [Nicht-]Wähler aus der Arbeiterschaft geschah, zeigt am deutlichsten der Umstand, dass in den zwei wichtigsten Bezirken Berlins (Wedding und Friedrichshain), wo die Partei verhältnismäßig am stärksten war, die Zahl für der für die Kompartei abge[ge]benen Stimmen sogar *unter das Niveau der Wahlen vom Mai 1928* fiel.

In den roten Gewerkschaften und der revolutionären Gewerkschaftsopposition macht sich bereits seit einigen Monaten ein Stillstand bemerkbar, geht eine Verringerung der politischen Autorität und des Gewichtes der revolutionären Gewerkschaftsbewegung überhaupt vor sich.

Die Partei hörte gegen Ende 1931 faktisch auf, zu wachsen, und offensichtlich – genaue Zahlen für das Jahr 1932 haben wir noch nicht – liegt in der letzten Zeit sogar ein gewisser Rückgang des Mitgliederbestandes vor.[79]

d) Den Nationalsozialisten ist es gelungen, in eine Reihe der wichtigsten Betriebe und insbesondere in das Milieu der Arbeitslosen einzudringen; der Einfluss der Nationalsozialisten in der Arbeiterklasse wächst weiter; es gibt allen Grund zur Annahme, dass die allerelendsten Schichten der Arbeiter und die Arbeitslosen, die sehr lange keine Arbeit mehr haben und keine Unterstützung erhalten, auf die Seite der Nationalsozialisten wechseln.

e) Die Sozialdemokraten verlieren weiter an Einfluss auf die Massen, aber nicht zugunsten der Kommunisten, sondern zugunsten der Nationalsozialisten; in Bezug auf die Kommunisten ist es ihnen zum ersten Mal in der Krisenzeit gelungen, zum Gegenangriff überzugehen; sie haben die bedeutungsvolle Kampagne der „Eisernen Front" entwickelt,[80] mit der sie der Kompartei die Initiative für die Einheitsfront weggeschnappt haben; sie haben eine hysterische Agitationskampagne gegen Hitler entwickelt, der die Kompartei keine ernsthafte Gegenkampagne entgegenstellen konnte; der Sozialdemokratie gelang es, bei den Wahlen einen gewissen Teil der kommunistischen Wähler auf ihre Seite zu bringen, die unseren Kampf gegen den Faschismus nicht gesehen haben und dem Glauben verfielen, dass die Sozialdemokraten tatsächlich gegen die Faschisten kämpfen.

---

79 Nach den vorliegenden Statistiken stieg die Mitgliederzahl der KPD Anfang 1931 von knapp 200.000 bis Ende 1932 auf knapp 300.000 kontinuierlich an. Siehe: Ulrich Eumann: Sozialgeschichte der KPD. http://www.kpd-sozialgeschichte.homepage.t-online.de/statistiken.html#mgl.

80 Eiserne Front: Als Kampfbund zur Verteidigung der Republik 16.12.1931 als Konterpart der rechtsnationalistischen „Harzburger Front" auf Initiative des Reichsbanners gegründet (siehe Dok. 250), schlossen sich in ihr ADGB, SPD, Allgemeiner Freier Angestelltenbund (Afa-Bund) und Arbeiter-Turn- und Sportbund (ATSB) zusammen. Politisch von der SPD und wehrtechnisch vom Reichsbanner angeleitet, verfehlte sie ihre Mission, durch den Aufbau einer schlagkräftigen Organisation den Nationalsozialismus zu bekämpfen, selbst bei von Papens staatstreichähnlichem Schlag gegen die preußische Regierung im Juli 1932 wurde auf einen effektiven Widerstand verzichtet, Reichsbanner-Vorsitzender Höltermann wurde von den Gewerkschaften überstimmt (siehe: Helga Gotschlich: Zwischen Kampf und Kapitulation. Zur Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Berlin, Dietz, 1987).

f) Innerhalb der Partei haben sich ungesunde Erscheinungen verstärkt und wachsen, wie *offen rechte Tendenzen*, die sich in der opportunistischen Verdrehung der Einheitsfronttaktik und der Kapitulation vor den Sozialdemokraten ausdrücken, wie auch *sektiererische und putschistische Tendenzen*, die sich während der Wahlen in Auftritten ausdrückten, dass die Kommunisten beim zweiten Wahlgang der Präsidentenwahlen für die Kandidatur Hitlers stimmen sollten, da der Machtantritt Hitlers die politische Lage im Lande verschärfen und zur Beschleunigung der revolutionären Lösung führen würde.

g) Die Uneinigkeit in der Führung, das Fehlen einer kollektiven Beratung der wichtigsten politischen Fragen, das Fehlen von Initiativen der unteren Parteiorganisationen behindert die schnelle Korrektur der Unzulänglichkeiten in der Parteiarbeit und die Wiedererlangung der von der Partei verlorenen Positionen.

Eine solche Lage in der KPD erfordert eine schnelle Wende und die Verstärkung der Mobilisationsfähigkeiten der Partei im Kampf um die Mehrheit der Arbeiterklasse.

1. Über den Kampf gegen die Sozialdemokratie.
Nach der Besprechung im November 1931 mit der russischen Delegation,[81] als einige Fehler der Führung der KPD in den Beziehungen zur Sozialdemokratie aufgedeckt worden sind, konzentrierte sich die Agitation der Partei auf die Sozialdemokratie als die Hauptstütze der Bourgeoisie. Bei der Durchführung dieser Linie beging die Führung der KPD jedoch eine Reihe von bedeutenden Fehlern, die die Politkommission des EKKI bei laufendem Betrieb korrigieren musste. Einer der allerbedeutendsten Fehler besteht darin, dass die KPD, diese Agitation ganz abstrakt führend, insbesondere während der Wahlen die Linie durchführte, dass zwischen den Sozialdemokraten und den Nationalsozialisten keinerlei Unterschied und Meinungsverschiedenheit bestehe. Mit nichts auf die hysterische Kampagne der Sozialdemokraten über die Gefahr des faschistischen Umsturzes reagierend, gab die Sozialdemokratie die völlig ungenügende Formel aus, dass sie einen Kampf „gegen den Faschismus im Rahmen des Hauptschlages gegen die Sozialdemokratie“ führe. Aber eine noch größere Bedeutung als der Wirrwarr und die Ungenauigkeiten in prinzipiellen Fragen hatte der Umstand, dass, während die Partei gegen den individuellen Terror und putschistische Stimmungen auftrat, sie nicht zeigen konnte, dass sie in Wirklichkeit einen Kampf gegen die bestehende Ordnung im allgemeinen und gegen die faschistische Bedrohung im besonderen, gegen die Senkung der Löhne und gegen Entlassungen, gegen die Senkung der Arbeitslosenhilfe führt, nicht eine große Demonstration, als die Demonstrationen von der Polizei verboten waren, starke Abschwächung der Arbeit unter den Arbeitslosen, Arbeitern, dem Verband der roten Frontkämpfer usw. Die Partei schaffte es auch nicht, konkrete, die Massen mobilisierende Losungen

---

81 Hier wurden seitens der Kominternspitze ein Bericht über die konkreten Interventionen in Richtung auf die KPD sowie Vorschläge für Korrekturen der KPD-Politik an die Adresse Stalins und Molotovs vorgelegt (siehe Dok. 272).

aufzustellen, sondern hörte im Gegenteil faktisch auf, die Losungen zu propagieren, unter denen sie im Winter 1930/31 marschiert war (Anti-Versailles-Programm, Forderungen für Arbeitslose usw.).

2. Über die Wahltaktik.
Der Stimmenrückgang bei den Wahlen ist auch dadurch bedingt, dass die Kompartei alle drei letzten Wahlkampagnen mehr als jemals zuvor als parlamentarische Kampagnen geführt hat. Es gab keinerlei Verbindung mit der neuerlichen Verringerung der Löhne, mit der neuerlichen Verringerung der Arbeitslosenunterstützung. Die Partei stellte nur abstrakte Agitationslosungen auf (Klasse gegen Klasse; Rote Einheitsfront gegen die vereinigte Reaktion von Severing bis Hitler, Für den roten Kandidaten gegen den Kandidaten des Kapitals, der Faschisten und der Sozialdemokratie [...] usw.). In einer ganzen Reihe von Zeitungsartikeln wurde man belehrt, die Teilnahme an den Wahlen sei „eine Erklärung, zum Kampf bereit zu sein", und die „unmittelbare Mobilisierung für den Kampf beginnt nach den Wahlen". All dies zusammengenommen konnte die Wahlen nicht ihres wesentlichen Inhaltes berauben, den sie haben sollten, – die Wahlen sind Kämpfe gegen den Angriff der Bourgeoisie.

3. Der organisatorische Zustand der Partei.
Ungeachtet unserer beständigen Anweisungen, schaffte es die Kompartei nicht, sich in den Betrieben zu verstärken. Das spezifische Gewicht der Fabrikarbeiter im Mitgliederbestand der Partei fällt weiterhin ununterbrochen (im November insgesamt 17,6%). Die Betriebszellen arbeiten äußerst schwach. Die Fluktuation der Parteimitglieder ist außerordentlich hoch. Die Rote Gewerkschaftsopposition arbeitet äußerst schwach. Ungeachtet unserer Anweisungen, die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften zu verstärken, sind die Erfolge auf diesem Gebiet unbedeutend. Unser Einfluss unter den Arbeitslosen und insbesondere die organisatorische Erfassung der Arbeitslosen hat sich *abgeschwächt*. Weder die Direktiven des XI. Plenums [des EKKI], noch die Direktiven der Prager Konferenz über den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit[82] sind mit Leben erfüllt worden. [...]

Die wichtigsten Fragen, die mit den deutschen Genossen entschieden werden müssen, sind folgende:

1. Über die Taktik im Preußischen Landtag.
Vor der Auflösung des alten Landtages wurde auf Vorschlag der Sozialdemokratie das Reglement angenommen, dass der Premierminister von Preußen nur durch absolute

82 Die „Prager Konferenz" fand vom 15.8.1931–18.8.1931 unter Teilnahme west- und zentraleuropäischer kommunistischer Parteien in Berlin statt. U.a. von Dimitrov, Ulbricht, Frachon und Niederkirchner vorbereitet, sollte sie Richtlinien zum Kampf gegen die Erwerbslosigkeit entwickeln und konkrete Kampschritte zur Überwindung der Trennung zwischen Arbeitslosen und Arbeitern in den Betrieben formulieren (Horst Schumacher, Konrad Fischer, Herbert Mayer u.a. (Hrsg.): Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung in Daten, Berlin (Ost), Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Dietz, 1986, S. 288).

Mehrheit der Stimmen des Landtages gewählt werden kann. Im neuen Landtag haben die Parteien, die die Regierung Braun-Severing unterstützen, 162 Abgeordnete, die Parteien der rechten Opposition 203 Deputierte, die Kommunisten 57 Abgeordnete. Daraus folgt, dass bei Beibehaltung des gegenwärtigen Reglements der neue Premierminister nicht gewählt werden kann und angesichts dessen das Kabinett Braun als geschäftsführendes Kabinett im Amt bleiben kann. [...] Die Rechten sind offensichtlich bereit, die Frage so auszulegen, dass für die Änderung des Reglements nur eine relative Mehrheit notwendig ist. Vor uns stellt sich die Frage, ob wir vor den Arbeitern die Verantwortung für die Schaffung einer Regierung von Nationalisten und Nationalsozialisten, einer faschistischen Regierung, anstatt der gegenwärtigen sozialdemokratischen Regierung auf uns nehmen können. Uns scheint, dass wir eine solche Verantwortung nicht auf uns nehmen können und sollten den Sozialdemokraten einige Forderungen stellen, die den breiten Massen verständlich sind, bei deren Erfüllung wir gegen die Änderung des Reglements stimmen oder gegen die Abmachung einer entsprechenden Deklaration stimmen könnten. Dies wird jedoch faktisch bedeuten, dass die den Massen verhasste sozialdemokratische Regierung als geschäftsführende Regierung im Amt bleibt.[83] Dieser Umstand wird sich ebenfalls auf unsere Möglichkeiten, die Massen zu mobilisieren auswirken, unserer Meinung nach im geringeren Maße.

2. Über die Losungen

Die Generallosung der KPD lautet – [für ein] sowjetisches Deutschland oder [für ein] freies sozialistisches Deutschland. Die taktische Aufgabe wäre die Mobilisierung der Massen für die Abwehr des Angriffes der Bourgeoisie auf das Gehalt und die Arbeitslosenunterstützung, die Organisierung des Kampfes für eine wirkliche Hilfe für die Arbeitslosen. Ungeachtet der außerordentlichen Schärfe der Krise und des Wachstums der Unzufriedenheit der Massen, hat es die KPD nicht geschafft, eine Bewegung von Verteidigungsstreiks oder eine Bewegung gegen die Arbeitslosenhilfe zu entfesseln. Im Dezember 1931 haben wir im Zusammenhang mit der Notverordnung, der Senkung der Angestelltenlöhne und der Arbeitslosenunterstützung vorgeschlagen, mit der Losung des politischen Massenstreiks aufzutreten. Dennoch wurde die Losung des politischen Massenstreiks nicht genügend popularisiert und hatte daher keinerlei Resultate. [...]

Annehmend, dass die zentrale Aufgabe der Partei auch heute noch die Entfaltung von massenhaften politischen und ökonomischen Verteidigungsstreiks gegen die Senkung der Gehälter und Unterstützungen bleibt, schlagen wir vor, dass die Partei von nun an mit einem breiten Hilfsprogramm für Arbeitslose auftreten sollte, das beispielsweise die Forderung beinhalten könnte, sämtliche Auszahlungen an Fürsten und die katholische Kirche zu annullieren und das Vermögen der Fürsten zu

83 Schliesslich handelte die KPD-Führung gegen die Vorgaben der Kominternspitze, die KPD-Abgeordneten votierten für den SPD-Kandidaten, womit Thälmann selbst eine zentrale Abweichung von der Einheitsfrontpolitik von unten legitimierte (siehe hierzu Dok. 295; vgl. Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 306ff.).

beschlagnahmen, bei Aufwendung dieser Summen und der Entschädigungssummen für die Industrie und die Banken als Hilfsleistung an die Arbeitslosen. Für ein solches Hilfsprogramm für Arbeitslose könnte man die Durchführung eines Referendums verlangen. [...]

Noch vor einem Jahr wurde von der Partei als Ergänzung zum Programm der nationalen und sozialen Befreiung ein Hilfsprogramm für Arbeitslose, Bauern usw. aufgestellt. Die Sache ist aber die, dass fast nichts getan wurde für die Organisierung eines Kampfes für die Forderungen dieses Programms. Es ist notwendig, die Agitation für diese Forderungen zu verstärken und diese Programme durchzusehen, in erster Linie das Programm der nationalen und sozialen Befreiung, um in diesem Programm den Schwerpunkt auf die Fragen des Kampfes gegen den deutschen Kapitalismus zu legen.



Am 16.5.1932 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, ein Abkommen mit deutschen Industriellen über Kredite und Warenbestellungen anzustreben, welches für die Dauer eines Jahres (bis Mai 1933) ausgelegt werden sollte.[84]

Am gleichen Tag wurde nach dem Plan von Aleksej Steckij und Karl Radek ein Beschluss zu den Aufgaben des per Entscheidung vom 1.4.1932 gegründeten Informationsbüros („Büro für internationale Information des ZK der VKP(b)“) gefasst. In den nächsten Monaten sollte dieses von Radek geleitete und direkt Stalin zugeordnete Büro für das ZK der Partei Informationen über „internationale Fragen“ beschaffen und seine Tätigkeit u.a. auf die polnisch-sowjetischen, deutsch-polnischen, deutsch-sowjetischen und polnisch-baltischen Beziehungen ausrichten.[85]

Betreffs der Verhandlungen mit Deutschland über die Importkredite beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 1.6.1932, Jurij Pjatakov nach Berlin zu entsenden, um eine Verbesserung der Vertragsbedingungen zu erreichen; bis dahin sollte von weiteren Bestellungen abgesehen werden. Aus Berlin schlugen Pjatakov und Vejcer vor, den deutschen Forderungen entgegenzukommen, was vom Politbüro am 10.6.1932 akzeptiert wurde.[86]

Am 1.6.1932 beriet das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion über die Lage in Deutschland und eine ggf. notwendige Veränderung der politischen Ausrichtung der Komintern infolge des Wechsels im Amt des Reichskanzlers von Brüning zum deutsch-nationalen Franz von Papen und seinem konservativen Adelskabinet (am 30.5.1932). Nach einem Bericht Manuilskis wurde beschlossen, den Mitgliedern des Politbüros durch das Sekretariat des EKKI eine Notiz über die Lage in Deutschland und den Maßnahmen zu übermitteln, die die Komintern und die KPD in Bezug auf die Regierung von Papen ergreifen werde.[87]

---

84 RGASPI, Moskau, 17/162/12, 134, 140; APRF, 3/64/661, 32–33. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, II, Dok. 293.

85 Siehe den Beschluss: RGASPI, Moskau, 17/162/11, 143–144, publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 281–283. Zur Geschichte des Informationsbüros siehe: Oleg Ken: Karl Radek i Bjuro Meždunarodnoj Informacii CK VKP(b). 1932–1934 gg. In: *Cahiers du Monde russe* 44 (2003), No. 1, S. 135–178.

86 RGASPI, Moskau, 17/162/12, 153, 182, 189; APRF, 3/64/661, 44, 51. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, II, Dok. 295 und 296.

87 RGASPI, Moskau, 17/162/12, 151. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 666–667.

Dok. 293

Brief Stalins an Lazar' Kaganovič gegen die kritische Berichterstattung der sowjetischen Presse über die neue deutsche Papen-Regierung

Sotschi, 5.6.1932

Autograph in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/77, 14. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Chlevnjuk/Dėvis/Košeleva: Stalin i Kaganovič, S. 140.

[Nach] Moskau. ZK der VKP(b). An Poskrebyšev. Für Kaganovič.

Unsere Zeitungen haben in Bezug auf die neue deutsche Regierung einen unrichtigen Ton angeschlagen.[88] Sie beschimpfen und schmähen letztere. Dies ist eine falsche Position, die auf „Revolutionierung" ausgerichtet ist, in Wirklichkeit jedoch denjenigen nützt, die einen Bruch zwischen der UdSSR und Deutschland bezwecken. Dieser Fehler muss korrigiert werden.[89]

Stalin.[90]

---

88 Stalin wendete sich konkret gegen einen kritischen Artikel der *Pravda* vom 3.6.1932 über die neue deutsche Regierung. Im von ihm inkriminierten Artikel hieß es u.a., Papen habe die Aufgabe, eine Diktatur zu errichten, die Weimarer Verfassung abzuschaffen und den Reichstag aufzulösen. Brüning habe mit Hilfe der SPD eine nationalsozialistische Basis für die Regierung Papen geschaffen. Deutschland sei nach wie vor der Herd der revolutionären Gärung in Europa, die KPD sei „der einzige Organisator der werktätigen Massen gegen den faschistischen Terror." (Pravitel'stvennyj krizis v Germanii, *Pravda*, 3.6.1932).

89 Drei Tage später, am 9.6.1932, schrieb Kaganovič an Stalin, es sei schwer, Deutschland gegen die Sowjetunion aufzubringen, wo doch „selbst ein Nat[ional]-Sozialist wie [von] Reventlow" dies erklärt habe (RGASPI, Moskau, 558/11/740. Publ. in: Chlevnjuk/Dėvis/Košeleva: Stalin i Kaganovič, S. 153–156). Am 3.8.1932 berichtete Kaganovič dem Generalsekretär über Gespräche mit von Reventlow; sie wiesen darauf hin, dass „selbst solche faschistischen Elemente uns gegenüber zu versichern gezwungen sind, die Beziehungen zu uns nicht zu zerstören." Kaganovič hielt dies für sehr wichtig, denn solche „Elemente" würden voraussichtlich weiter an der Macht beteiligt bleiben (Privatarchiv M.L. Kaganovič. Publ. in: Chlevnjuk/Dėvis/Košeleva: Stalin i Kaganovič, S. 259). Stalin und seine Entourage überschätzten dabei die Rolle von Reventlows und anderer prosowjetischer Kreise innerhalb der NSDAP (vgl.: Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 315). Gleichzeitig erkundete der sowjetische Botschaftsrat in Berlin, Sergej Aleksandrovskij, Möglichkeiten zum Kontaktaufbau mit NS-Größen wie Göring (siehe: D'jakov/Bušueva: Fašistskij meč, S. 133).

90 Vermerk am Schluss des Dokuments: N° 7. 21.25. 5/VI.32.

Dok. 294

Brief Ernst Thälmanns an Wilhelm Florin über die Taktik zur Verhinderung der Wahl eines NS-Präsidenten im Preußischen Landtag

Berlin, 18.6.1932

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 508/1/126, 3–8. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Dam'e/Komolova/Korčagina u.a.: Komintern protiv fašizma, S. 278–282.

Berlin, den 18.6.1932

Lieber Wilhelm![91]

[...] Am 22.6. steht im Preußischen Landtag die endgültige Wahl des Landtagspräsidiums für die ganze Dauer der Existenz des Landtags, sowie die Wahl des Ministerpräsidenten auf der Tagesordnung.[92] In der zweiten Frage tritt in unserer Taktik keinerlei Änderung ein. Wir halten an der Methode fest, eine Änderung der Geschäftsordnung, die die Wahl eines Naziministerpräsidenten ermöglichen würde, zu vereiteln.

In der ersten Frage ist die Lage heute etwas anders als beim Zusammentritt des Landtages vor 4 Wochen, als die erste provisorische Wahl des Landtagspräsidiums erfolgt ist.[93] Das Zentrum will aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mehr für einen Nazi als Landtagspräsidenten stimmen. Die Wiederwahl des nationalsozialistischen Landtagspräsidenten hängt also ausschließlich von unserer Stellungnahme ab. Nun ist der Preußische Landtagspräsident bekanntlich eines von den drei Mitgliedern jener Körperschaft, die über Landtagsauflösung zu entscheiden hat. Zu dieser Körperschaft gehören außerdem noch der Vorsitzende des Staatsrates und der Ministerpräsident. Wenn ein Nazi Landtagspräsident würde, so bestünde im Falle der Einsetzung eines Reichskommissars anstelle des Ministerpräsidenten eine 2:1 Mehrheit

---

91 Wilhelm Florin war seit Frühjahr 1932 Nachfolger Piecks als Leiter der deutschen Vertretung beim EKKI.

92 Bei der Wahl des preußischen Landtagspräsidenten vom 22.6.1932 stimmte die KPD-Landtagsfraktion auch ohne Erfüllung der von der Komintern geforderten Bedingungen für den Sozialdemokraten (Protokoll Nr. 141 der außerordentlichen Sitzung des Politsekretariats vom 20.6.1932, RGASPI, Moskau 495/3/251, 1, erwähnt in Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 307). Die Kritik aus Moskau folgte postwendend (siehe das folgende Dokument). Die preußische Regierung unter dem Sozialdemokraten Otto Braun blieb geschäftsführend im Amt, allerdings nur bis zu ihrer Auflösung durch die Reichsexekution von Papens („Papenschlag") einen Monat später (siehe Dok. 303).

93 Zum Teil blutige Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der KPD und der NSDAP-Fraktionen begleiteten die Eröffnungssitzung des preußischen Landtags am 25.5.1932. *Die Rote Fahne* sprach von einer „großen, bewußt angelegten Provokation" und einem „regelrechten feigen Überfall der Nazis gegen den kommunistischen Redner, Genossen Wilhelm *Pieck*" (*Die Rote Fahne*, 26.5.1932; vgl. *Inprekorr*, 27.5.1932, S. 1351). Die Ereignisse waren ein Anlass für die Gründung der Antifaschistischen Aktion (s.u.; vgl. Weber: Die Generallinie, S. 489–492).

gegen Adenauer vom Staatsrat.[94] Die Nazis und Deutschnationalen hätten es also in der Hand, bei günstiger Gelegenheit Landtagswahlen einfach zu dekretieren. Dies nur zur Erläuterung der praktischen Bedeutung, die die Wahl des Landtagspräsidenten für die weitere Entwicklung hat.

Viel entscheidender ist jedoch die Frage, ob wir in der gegenwärtigen Situation eine Taktik anwenden können, wie beim Landtagszusammentritt, d.h. einfach für alle Mitglieder des Landtagspräsidiums kommunistische Kandidaten aufstellen und für sie stimmen. Tun wir das, so ergibt sich daraus, dass tatsächlich allein durch unsere Stellungnahme der Nazikandidat gewählt wird.[95] Zweifelsohne würde das bei der gegenwärtigen Lage unsere antifaschistische Einheitsfrontkampagne außerordentlich hemmen und von sehr nachteiliger Wirkung bei der Fortführung der antifaschistischen Aktion und bei der Wahlkampagne sein.[96] Wir sind deshalb für folgende Taktik. Die Partei wendet sich sofort, d.h. noch vor der Landtagssitzung an die proletarische Öffentlichkeit mit einer Kundgebung, die im Rahmen des allgemeinen antifaschistischen Massenkampfes die Losung aufstellt: Kein Nazi und kein Deutschnationaler in Landtagspräsidium! [...] In dieser Kundgebung der Partei muss klar zum Ausdruck gebracht werden, dass wir unseren Kampf gegen die Braun-Severing-Regierung, gegen SPD und Zentrum nicht im Mindesten abschwächen. Da aber die Hitlerpartei die Partei des schärfsten Terrors gegen die Arbeiterklasse ist, die die Arbeiterorganisationen zerschlagen und unterdrücken will, die jede Position zur Aufrichtung der offenen faschistischen Diktatur und blutigen Unterdrückung der Arbeiter aus-

94 Konrad Adenauer war von 1921 bis 1933 als Zentrumspolitiker Präsident des Preußischen Staatsrates, der Vertretung der preußischen Provinzen. Als solcher führte er einen Kleinkrieg gegen den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun. Neben dem Ministerpräsidenten und dem Präsidenten des Staatsrates konnte auch der Landtagspräsident das Parlament des Freistaats auflösen.

95 Infolge der Landtagswahlen wurde die NSDAP mit fast 37% stärkste politische Partei und besaß nun zusammen mit der KPD eine Parlamentsmehrheit. Die Regierung Braun blieb daher nur geschäftsführend im Amt.

96 Die Antifaschistische Aktion wurde offiziell am 26.5.1932 ins Leben gerufen (siehe hierzu das Rundtelefonat des ZK der KPD in: Weber: Die Generallinie, S. 489–492). Nach der Landtagseröffnung veröffentlichte die KPD einen Aufruf des ZK *(Die Rote Fahne*, 26.5.1932) mit dem Titel: „Feiger Ueberfall der Nazis im Landtag auf die Kommunisten. Antifaschistische Aktion! Aufruf des Zentralkomitees der KPD. an die deutsche Arbeiterklasse". Hierin wird von einem „brennenden Stadium" gesprochen, in das die „faschistische Bedrohung der deutschen Arbeiterklasse" getreten sei und ein Maßnahmekatalog zur „Einheitsfront" entwickelt: „Nur die sofortige Einleitung von Kampfaktionen der breiten Massen kann die Regierungsteilnahme des *Hitler*faschismus vereiteln, die einen sehr gefährlichen Schritt auf dem Wege zur offenen faschistischen Diktatur in Deutschland bedeuten würde." Während der Aufruf den Feind eindeutig benennt, um „den blutigen Plan des Hitlerfaschismus zu vereiteln, der die offene faschistische Diktatur über Deutschland aufrichten will!", wird an anderer Stelle die Fortführung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie gefordert: „Die ‚Antifaschistische Aktion' bedeutet keine auch noch so geringfügige Abschwächung des Kampfes gegen den Sozialfaschismus, keine auch noch so geringfügige Konzession an die Methoden des Führer-Kuhhandels, keine Einheitsfront von oben, sondern die Organisierung einer breiten Massenbewegung von unten." (zit. in: Weber: Die Generallinie, S. 490f.; siehe auch Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 304f.).

nutzt, werde die KPD auch innerhalb des Parlamentes alles tun, um zu verhindern, dass ein Nazi oder Deutschnationaler ins Landtagspräsidium komme. In Verbindung damit müsste die Tatsache gebrandmarkt werden, dass das Zentrum bei der ersten provisorischen Wahl für den Nazi als Präsidenten gestimmt hat. Die Kundgebung der Partei müsste sich sodann in stärkster Weise an die Massen in den Betrieben und Stempelstellen wenden, die durch sofortige Kampfentschließungen die Forderung: Kein Nazi oder Deutschnationaler ins Landtagspräsidium, kein Ministerposten für die Hitlerpartei aufgreifen sollen. Darüber hinaus müsse der Massenkampf für die Durchsetzung folgender Forderungen geführt werden:

1. Herstellung der unbedingten Presse-, Versammlungs- und Demonstrationsrechte und des Rechts auf den Rundfunk für die revolutionäre Arbeiterschaft.
2. Freigabe des RFB und aller übrigen antifaschistischen Organisationen in Preußen.
3. Nichtdurchführung der Papen-Notverordnung in der Frage der neuen Kürzung der Erwerbslosenunterstützung und Gehaltsabbaus der Beamten.[97]
4. Keine Zahlungen an die Hohenzollern (Diese Forderungen könnten noch genauer formuliert und vielleicht ergänzt werden.)

Diese Forderungen werde die KPD auch im Preußischen Landtag durch ihre Landtagsfraktion aufstellen. Ihre Durchsetzung sei, wenn SPD und Zentrum es wolle, durch die Mehrheit von KPD, SPD und Zentrum sogar im Landtag möglich. Es sei jedoch von diesen Parteien durchaus nicht zu erwarten, dass sie auch nur diese primitivsten Forderungen des antifaschistischen Kampfes bewilligen würden. Nur der außerparlamentarische Massenkampf gegen die Papen-Regierung und Braun-Severing-Regierung durch Massenaktionen und Streiks, vor allem durch den politischen Massenstreik, könne diese Kampfforderungen durchsetzen.

Die 4 politischen Bedingungen sollen der Frage unserer Abstimmung in der Präsidiumsfrage zwar politisch verbunden werden, aber nicht etwa so als Bedingung formuliert werden, dass der Eindruck eines Kuhhandels, eines Schachergeschäftes entstehen könnte. Das gilt auch nicht für die nicht unwichtige Forderung des Vizepräsidentenpostens für die KPD. Wir sind der Meinung, dass jedoch zwei Beauftragte unserer Landtagsfraktion auch direkt mündlich über diese Angelegenheit mit der SPD-Landtagsfraktion verhandeln sollen und binnen 24 Stunden eine Antwort darauf fordern sollen, ob die SPD bereit ist, für unsere Forderungen zu stimmen. Auch im anderen Falle würden wir selbstverständlich unsere Politik fortsetzen und in jedem Fall in der Landtagssitzung mit einer scharfen politischen Erklärung auftreten.

97 Am 14.06.1932 erfolgten per Notverordnung des Reichspräsidenten Hindenburg zusammen mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm eine Kürzung der Arbeitslosenfürsorge um ca. 23% sowie eine Rentenkürzung. Über Beiträge wurden Beamte zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung herangezogen, auch die Leistungen der Krankenversicherung wurden weiter eingeschränkt (Detlev Humann: Arbeitsbeschaffung und Propaganda in der NS-Zeit 1933–1939, Göttingen, Wallstein-Verlag, 2011, S. 43f.).

Wir versprechen uns von dieser Taktik eine sehr weitgehende Förderung unserer gesamten antifaschistischen Kampagne. Die Einheitsfrontbewegung wächst an und für sich. Eine solche Taktik wird die Mobilisierung der SPD-Arbeiter zu gemeinsamen Aktionen noch erleichtern. Anderseits gerät das Zentrum in eine politisch schwierige Situation. Die Differenzen im Lager der Bourgeoisie können unter Umständen noch etwas verschärft werden. Auch ist gegenüber den Verbotsmaßnahmen die Lage für das Zentrum und die SPD viel schwerer. Eine scharfe und prinzipiell formulierte Sprache gegen SPD und Zentrum würde dabei die Gefahr verhindern, dass wir nunmehr all zu sehr in eine Front mit diesen Parteien kommen.

Wir bitten Dich, uns sofort Eure Stellungnahme zu dieser Frage noch am Montagvormittag telefonisch zu übermitteln. Je rascher, desto besser. [...] Die Hauptsache ist ja, dass nicht etwa wir in den Verdacht kommen, von der SPD und dem Zentrum zu einer Stellungnahme gezwungen zu werden, sondern unsererseits die Initiative ergreifen, sodass falls ein Landtagspräsidium ohne Nazis und Deutschnationale zustande kommt (völlig sicher ist ja die Stellung des Zentrums noch nicht), dies von den Massen als ein Erfolg unseres antifaschistischen Kampfes und unserer Politik empfunden wird.[...]

Zu dem übermittelten Entwurf [zur Einschätzung der „Charakteristik der Papenregierung“[98]] mache ich nur einige kurze Bemerkungen: mit der Einschätzung der Lage sind wir im allgemeinen einverstanden. Bei den damaligen Sitzungen waren ja noch nicht alle Tatsachen bekannt. Wir sind völlig damit einverstanden, dass man nicht von Übergangs-Regierung und Platzhaltern sprechen darf, und haben, soweit das auch bei uns vorgekommen ist, hier bereits entschieden dagegen Stellung genommen. Die ursprüngliche Formulierung, dass die Papen-Regierung die unmittelbare Vorbereitung der offenen faschistischen Diktatur betreibt, erschien auch uns als nicht ausreichend, sodass wir schon vor einigen Tagen eine Verschärfung eingeleitet haben. Wir sind jedoch der Auffassung, dass man noch nicht schreiben soll, die offene faschistische Diktatur in Deutschland sei bereits da, weil dies zu leicht mechanistisch ausgelegt werden könnte. Zweckmäßig wäre es, zu formulieren, dass die Papen-Regierung die unmittelbare Aufrichtung der offenen faschistischen Diktatur in Deutschland betreibt. [...]

Was dann die Frage der Aufgabenstellung anbetrifft, die Streikfrage, Massenselbstschutz, politischen Massenstreik, so haben wir in dieser Linie bereits eine ganze Reihe von Maßnahmen eingeleitet (Rundschreiben Nr. 12 und mündliche Information). Es scheint, dass die Partei diesmal besser als bei früheren Kampagnen in Bewegung kommt und dass wir auch in der Frage der außerparlamentarischen Führung der Kampagne mit dem Ziel von Kämpfen bessere Aussichten haben.

98 Vgl. hierzu den Brief des Politsekretariates des EKKI an die KPD vom 11.6.1932 (RGASPI, Moskau, 495/4/196, 8–14).

Zum Schluss zur Frage eines Spitzenmanövers mit dem ADGB und der SPD. Wir sind damit einverstanden, nur glauben wir, dass der heutige Grad der Massenmobilisierung noch nicht ausreicht.

[...]

Mit kameradschaftlichen revolutionären Grüßen
Teddy [d.i. Ernst Thälmann]

Dok. 295

Brief Pjatnitzkis, Knorins, Gusevs und Lozovskijs zur Wahl des preußischen Landtagspräsidenten (an Molotov und Kaganovič)

[Moskau], 20.6.1932

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 508/1/126, 1–2. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 668–669.

Sofort[99].
Abs[olut] geheim.

An die Genossen Molotov[100] und Kaganovič.

Wir schicken Ihnen einen Brief, den wir um 2 Uhr nachmittags von dem Gen[ossen] *Thälmann*[101] erhalten haben. Letzterer bittet um schnelle Antwort, da die deutschen Genossen *morgen* (21.VI.32) schon die ihnen vorgeschlagene Taktik im Preußischen Landtag durchführen sollen.

Da wir den Brief gerade erst bekommen haben, haben wir eine Versammlung einberufen, auf der der Brief besprochen wurde.[102] Die *Mehrheit* (die Gen. Kuusinen, Gusev, Lozovskij, Florin (Vertr[eter der] KP Deutschlands]) und Schwabova [d.i. Maria Svabová] (Vertr[eterin der] KP Tsch[echoslovakei])[103] nahmen folgenden Vorschlag an:

1.) Keinerlei Verhandlungen mit S[ozial]-D[emokraten] oder der Partei des Zentrums, weder über die Frage der Wahlen des Vorsitzenden [d.i. Präsidenten] des Landtags noch des stellv[ertretenden] Vorsitzenden oder zu irgendwelchen anderen Fragen.

---

99 Am linken oberen Rand maschinenschriftlich notiert: „AD/Z 20.VI.[19]32."
100 „Molotov" handschriftlich unterstrichen.
101 Vermutlich der Brief Thälmanns an Florin (siehe Dok. 294).
102 Es handelte sich vermutlich um eine Sitzung des Politsekretariats des EKKI (siehe: Protokoll Nr. 141 der außerordentlichen Sitzung des Politsekretaiats vom 20.6.1932, RGASPI, Moskau 495/3/251, 1).
103 Maria Svermová, geb. Svabová (1902–1992) war von 1931 bis 1933 Vertreterin der KP der Tschechoslowakei im EKKI.

2.) Insofern das von uns abhängt, müssen wir die Wahl eines Nationalsozialisten zum Vorsitzenden des Landtages durch die Wahl unseres eigenen Kandidaten verhindern; wenn die Zentrumspartei wieder für den Kandidaten der Nazis stimmt, dann müssen wir sogar, wenn es keinen anderen Weg gibt, die Wahl des Nazis zu verhindern, dies durch die Stimmabgabe für den s[ozial]-d[emokratischen] Kandidaten oder sogar für den Kandidaten der Zentrumspartei, der der Gegenkandidat zur Kandidatur des Nationalsozialisten wäre, verhindern.
3.) Vor diesen Wahlen wendet sich die Komm[unistische] Partei an die deutschen Arbeiter mit einem Aufruf zum außerparlamentarischen Kampf für die Plattform (4–5 antifaschistische Forderungen, die völlig verständlich und annehmbar für die Mehrheit der s[ozial]-d[emokratischen] Arbeiter und auch der Arbeiter der Zentrumspartei sind). In diesem Aufruf ist es notwendig, die S[ozial]-D[emokraten] und die Zentrumspartei als die Verantwortlichen für die Schaffung der Papenregierung und für das Wachstum der Nat[ional]-Soz[ialisten] zu entlarven.[104]

Wir sollten offen erklären, dass wir dessen ungeachtet alles tun werden, was von uns abhängt, um die Wahl eines Nat[ional]-Sozialisten zum Vorsitzenden des Preußischen Landtages zu verhindern, erstens, weil wir konsequent und ernsthaft gegen den Faschismus kämpfen und, zweitens, weil die Mehrheit der soz[ial]-dem[okratischen] Arbeiter und der Zentrumspartei noch glauben, dass ihre Führer, die sie auf jede erdenkliche Weise betrügen, eigentlich einen Kampf gegen den Faschismus führen. Wir wollen die Arbeiter von ihren Illusionen befreien.
4.) Vor der Wahl des Vorsitzenden des Preußischen Landtages sollten die Kommunisten im Geiste dieser Plattform und dieses Aufrufes eine Erklärung einbringen, die auch mündlich begründet werden sollte, wobei offen erklärt werden sollte, dass wir uns über die Köpfe [der Mitglieder] der Landtagsfraktionen hinweg an die Arbeiter wenden, um die ihnen folgenden Arbeiter von ihnen loszureißen, „und eine Einheitsfront zu schaffen".

Gen. Pjatnitzki und Gen. Knorin sind gegen den 2ten Punkt der oben angeführten Entscheidung. Sie denken, dass die KP Deut[schlands] die Taktik in dieser Frage nicht ändern sollte, d.h. wie früher auch, eigene Kandidaten aufzustellen und für sie zu stimmen. Anstatt für den Kandidaten der S[ozial]-D[emokrat]ie und des Zentrums für das Präsidium des Landtages zu stimmen, sollte die KP morgen im Landtag den Vorschlag einbringen, das Gesetz über die Senkung der Arbeitslosenhilfe in Preußen nicht anzuwenden, das Dekret über die Gehaltsbesteuerung in Preußen nicht durchzuführen, die Sturmabteilungen nicht zu legalisieren. Die S[ozial-] D[emokraten] und das Zentrum werden gegen diese Vorschläge stimmen. Auf diese Weise werden sie sich in den Augen der Massen selbst diskreditieren. Da wir den deutschen Genossen

104 Da sich die KPD-Führung nicht an die Anweisungen hielt und ohne ausdrückliche Bedingungen den sozialdemokratischen Kandidaten wählen ließ, wurde sie seitens der Kominternspitze scharf kritisiert (siehe hierzu u.a. das Protokoll der Politkommission vom 27.6.1932, RGASPI, Moskau, 495/4/200, 1ff.).

schnell antworten sollen, bitten wir darum, uns noch heute eine Instruktion darüber zu erteilen, welche Antwort wir ihnen geben sollen.[105]

Pjatnitzki, Knorin, Gusev, Lozovskij

Dok. 296

Anfrage von Knorin und Pjatnitzki für die Komintern zum Angebot der sozialdemokratischen Reichsbannerführung im Sinne einer gemeinsamen Abwehrstrategie (an Kaganovič und Stalin)

[Moskau], 10.7.1932

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/19/236, 167f. Erstveröffentlichung.

Geheim:

An den Genossen *Kaganovič*.
In Ergänzung zum Schreiben von Münzenberg und der Auskunft über Höltermann, erachten wir es als notwendig, Ihnen mitzuteilen, dass uns in der letzten Zeit bereits zweimal über die Opposition Otto Bauers in den Reihen der s[ozial]-d[emokratischen] Partei Österreichs und des Exekutivkomitees der II. Internationale Mitteilung gemacht wurde. Uns wurde mitgeteilt, dass er gemeinsame Auftritte von S[ozial]-D[emokraten] mit Kommunisten gutheißt.[106] Unlängst wandte sich einer der Redakteure der *Wiener Arbeiterzeitung*, Ernst Fischer (der inzwischen aus der s[ozial]-d[emokratischen] Partei ausgetreten ist), an den kommunistischen Schriftsteller Herzfelde mit dem Vorschlag, unter der Führung der Kommunisten (nicht der österreichischen) innerhalb der S[ozial]-D[emokraten] Österreichs zu arbeiten.[107] Er erklärte, dass Otto Bauer über

105 Stalin befand sich zu dieser Zeit in einer seiner Feriendatschen. Vermutlich sprachen sich Molotov und Kaganovič für die am 20.6.1932 in einer außerordentlichen Sitzung des Politsekretariats im Namen der Komintern beschlossene Festlegung der Bedingungen für die Zustimmung zu einem anderen Kandidaten aus. Aufgrund seiner Recherchen im Stalinarchiv setzt Hoppe hier den aufgrund der langjährigen Unterschätzung verspäteten Beginn einer gesteigerten Beschäftigung Stalins mit der Politik Hitlers an. Im Juni 1932 ließ sich Stalin ein von der OGPU vorbereitetes Memorandum zu den außenpolitischen Planungen der Nationalsozialisten zustellen (Empfangsdatum: 21.6.1932, das Dokument befindet sich nach Hoppe vermutlich im Präsidentenarchiv). Siehe: Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 314. Zur weiteren Entwicklung der Beziehungen infolge des von Moskau als Vertrauensbruch angesehenen Vorgehens der KPD siehe: Ibid., S. 307f.).

106 Höltermanns Vorschlag wurde von Willi Münzenberg übermittelt und gutgeheißen, es handelte sich dabei vermutlich um den „weitreichendsten Vorstoß dieser Art“ (Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 310). Letzterer führte parallele Gespräche u.a. mit den Sozialdemokraten Carlo Mierendorff und Emil Kirschmann (Winkler: Der Weg in die Katastrophe, S. 648).

107 Der von der Sowjetunion faszinierte österreichische Journalist und Politiker Ernst Fischer (1899–1972) schloß sich nach 1934 der Kommmunistischen Partei Österreichs an und arbeitete während des

seine Absicht Bescheid wisse und dass letzterer diese Schritte gutheiße. Wir haben damals diese ganze Geschichte nicht geglaubt. Inzwischen gibt es eine Erklärung von Höltermann und einen Auftritt von Otto Bauer im Exekutivkomitee der II. Internationale zur Frage der Ereignisse im Fernen Osten (die Rede von ihm, von Hilferding und die Resolution des Exekutivkomitees der II. Internationale zu dieser Frage legen wir bei.)

Wir denken, dass es nötig wäre, einen der Mitarbeiter des EKKI zu beauftragen, nach Deutschland zu fahren, um sich mit Höltermann zu treffen und seine Position zur Schaffung einer Einheitsfront unterer Organisationen der KP Deutschlands und dem Republikanischen Banner,[108] deren Vorsitzender Höltermann ist, im Kampf gegen die Hitleristen und den Angriff des Kapitals zu erkunden.[109]

(Pjatnitzki)
(Knorin)
10.VII.[19]32

[Anlage:]

Auskunft über Höltermann
Höltermann wurde Ende 1931 zum stellvertretenden Vorsitzenden des Reichsbanners ernannt, im Zusammenhang mit der beginnenden Auseinandersetzung des Vorsitzenden Hörsing mit dem ZK der Sozial-Demokraten. Im Juni 1932 wurde Höltermann zum Vorsitzenden des Reichsbanners ernannt im Zusammenhang mit dem Austritt von Hörsing aus den Soz[ial]-Demokraten] (er gründete eine offen faschistische Gruppe aus ehemaligen Sozial-Demokraten).[110]

Höltermann gehört zu den jungen Leuten in den Reihen der Sozial-Demokratie (er ist 36–39 Jahre alt) und ist als guter Organisator bekannt. Nach allgemeiner Meinung gehört er zu einem Personenkreis, der dem Vorsitzenden der Partei, Wels, besonders nahe steht. In der kurzen Zeit seit seinem Antritt im Reichsbanner konnte er den Einfluss von Hörsing vernichten. Unter seinen letzen Maßnahmen im Reichsbanner hat

---

Zweiten Weltkriegs u.a. als Rundfunkredakteur für die Komintern. Siehe (Jean Michel Palmier: Weimar in Exile, S. 69).

108 Gemeint ist das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

109 Auch dieser bisher weitestgehende Vorschlag der KPD für ein gemeinsames Vorgehen mit den Sozialdemokraten gegen die Nationalsozialisten, den die Kominternspitze zunächst nicht zu konterkarieren schien, wurde von Stalin abgelehnt.

110 Der Magdeburger Oberbürgermeister Otto Hörsing (1874–1937) war bis 1931 Vorsitzender des Reichsbanners. Durch eigene Vorstösse u.a in der Sozialpolitik (Arbeitsbeschaffungsprogramme) machte er sich in der SPD und den Freien Gewerkschaften unbeliebt. Am 3.7.1932 wurde er aus der SPD ausgeschlossen und gründete die „Sozial-Republikanische Partei Deutschlands“ (SRPD), auch „Hörsing-Bewegung für Arbeitsbeschaffung“ (siehe: Rohe: Reichsbanner Schwarz Rot Gold, S. 379–390; Carsten Voigt: Kampfbünde der Arbeiterbewegung. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Rote Frontkämpferbund in Sachsen 1924–1933, Köln u.a., Böhlau, 2009, S. 456f; Konrad Heiden: A History of National Socialism, London, Routledge, 2010, S. 176).

vor allem seine Gründung spezieller ‚Pioniere' Bedeutung, die eine eindeutig terroristische Gruppe sind, die offiziell für den Schutz von Gebäuden, Versammlungen und Arbeiterorganisationen vorgesehen ist.

Innerhalb des Reichsbanners gibt es eine starke Bewegung für die Einheit *mit den* Kommunisten, die sich in einer ganzen Reihe von gemeinsamen Auftritten gegen die faschistische Truppe ausdrückt. Die Reichsbanner-Leute ihrerseits sind (genauso viel wie die Kommunisten) am meisten den Angriffen der Faschisten ausgesetzt, was häufig zu einer gemeinsamen Verteidigung führt.



Am 21.7.1932 beauftragte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion Vejcer, die Möglichkeit zu sondieren, ob die in Deutschland eingefrorenen ausländischen (vor allem englischen) Kredite zur Forcierung sowjetischer Exporte außerhalb Deutschlands und zur Begleichung der sowjetischen Obligationen gegenüber Deutschland eingesetzt werden könnten.[111]

Dok. 296a

Beschluss des Politsekretariats des Exekutivkomitees der Komintern über den KPD-Aufruf zum politischen Massenstreik gegen die Reichsexekutive zur Auflösung des preußischen Landtags („Papenputsch") vom 20.7.1932

Moskau, 22.7.1932

Typoskript, deutsch, RGASPI, Moskau, 495/3/252, 182. Erstveröffentlichung.

HS/I *Streng vertraulich*

Protokoll (B) Nr. 145
Der ausserordentlichen Sitzung des Politsekretariats des EKKI
v. 22. Juli 1932

Behandelt:
I. (775) Die Ereignisse in Deutschland.[112]
Berichterstatter: Florin.
Diskussionsredner: Losowsky, Marty, Wan-Min, Knorin, Furini [d.i. Giuseppe Dozza].

Beschlossen:
I. 1) Der Aufruf [des ZK der KPD] zum politischen Massenstreik wird gebilligt.[113]

---

111 RGASPI, Moskau, 17/162/13, 42.
112 RGASPI, Moskau, 17/162/13, 42.
113 Am 20.7.1932 liess Franz von Papen, der neue Reichskanzler nach dem Rücktritt von Heinrich Brüning, per Dekret die demokratisch gewählte sozialdemokratische Regierung Preußens unter Otto Braun absetzen unter Vorwürfen der Tolerierung kommunistischer Machenschaften, was Parallelen

2) Es wird für notwendig erachtet, alle Massnahmen zur Durchführung dieses Streiks zu treffen. Ohne eine gleichzeitige Aktion abzuwarten in allen Betrieben und in allen Teilen des Reichs politische Teilstreiks auslösen unter Orientierung derselben auf den politischen Massenstreik.
3) Der Streik ist unter den Losungen zu führen:
a) Für Aufhebung der Notverordnungen!
b) Für Auflösung und Entwaffnung der Sturmabteilungen!
c) Nieder mit der Regierung von Papen!
d) Es lebe die Arbeiter- und Bauernrepublik – Sowjetdeutschland!
4) Die Entlarvung der Sozialdemokratie, auf deren Schultern die Faschisten zur Macht gekommen sind, ist noch mehr zu verstärken.[114]
5) Es wird geraten, sich nicht zu bewaffneten Zusammenstössen provozieren zu lassen.
6) Es wird geraten, im Bezirk Berlin-Brandenburg nicht zu Demonstrationen aufzurufen, sich aber gleichzeitig an die Spitze jeglicher spontanen Massenbewegung sowie der organisierten Massenabwehr der Arbeiter gegen die Überfälle faschistischer Banden zu stellen.[115]

---

zum Vorgehens der Exekutive gegen die Länderregierungen in Sachsen und Thüringen im Jahr 1923 aufweist. Der „Papenschlag" (auch "Preußenschlag" genannt), wurde von der KPD als "faschistischer Staatsstreich" bezeichnet, aber seitens der SPD wurde dies nicht mit einer Strategie des Widerstands beantwortet, die gegen den von der KPD geforderten Generalstreik opponierte. Sie reichte statt dessen eine Verfassungsbeschwerde beim Reichsgerichtshof gegen die Auflösung des Landtags ein und hoffte auf ein verbessertes Ergebnis für die am 31.7.1932 stattfindenden Wahlen. Die SPD, die im Unterschied zur österreichischen Sozialdemokratie auch zwei Jahre später auf aktiven Widerstand verzichtete, errang juristisch zwar noch einen Teilerfolg, doch wurde am 6.2.1933 (!) die definitive Absetzung durch den Reichspräsidenten verfügt (Henning Grund: ‚Preußenschlag' und Staatsgerichtshof im Jahre 1932, Baden-Baden, Nomos, 1976; Jürgen A. Bach: Franz von Papen in der Weimarer Republik, Düsseldorf, Droste, 1977; Wolfgang Benz, Immanuel Geiss: Staatsstreich gegen Preußen. Der 20. Juli 1932. Mit einem Vorwort von Johannes Rau, Düsseldorf, Landeszentrale für politische Bildung, 1982).

114 Die KPD-Führung veröffentlichte am Tag des Staatsstreichs einen Appell des ZK „an die SPD, den ADGB, den Afa-Bund und alle deutschen Arbeiter" zum Massenstreik, der hier von der Komintern gebilligt wird (siehe: *Die Rote Sturmfahne* (illegal nach Verbot der *Roten Fahne*), abgedruckt in: Heinz Karl, Erika Kücklich, Elfriede Fölster u.a. (Hrsg.) Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik Mai 1932 bis Januar 1933, Berlin, Dietz, 1965, S. 193f.). Trotz des starken Drucks lehnte die SPD zusammen mit den Gewerkschaftsvorständen den Generalstreik gegen den Staatstreich, bei dem sie ihrer wichtigsten Bastion im Deutschen Reich verlustig ging, ab (siehe den Aufruf des *Vorwärts*, 21.7.1932; vgl. Weber: Die Generallinie, S. 538; Erich Matthias: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. In: Erich Matthias, Rudolf Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf, Droste, 1960, S. 101ff.).

115 Dass die SPD-Regierung nicht gegen den "Preußenschlag" verteidigt werden durfte, sondern im Gegenteil die Angriffe auf sie zu verstärken seien, ging auf eine persönliche Intervention Stalins zurück. An Kaganovič schrieb er am 17.7.1932, als weite SPD- wie auch KPD-Kreise den Generalstreik forderten: „Die Notiz über Münzenberg und die Reichsbannerleute habe ich gelesen. *Man sollte nicht* die KI in diese Angelegenheit involvieren. *Lokale* Kampfabkommen der KPD muss man zulassen, jedoch ohne das ZK der KPD *offiziell* zu involvieren. Und dies nur unter der Bedingung der faktischen

7) Die Politkommission wird beauftragt, Vorschläge über die Unterstützung der revolutionären Bewegung in Deutschland seitens der Bruderparteien auszuarbeiten.

Sekretär des EKKI: [sign.] Piatnizky

Dok. 297

Brief Heinz Neumanns an „den lieben Freund" über seine Gespräche mit Stalin zu den Perspektiven in Deutschland

Soči, 26.7.1932

Autograph in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/19/703, 29–32. Erstveröffentlichung.

Lieber Freund,
[...] Ich schreibe jetzt nur ein paar Worte, weil in ein paar Minuten ein G.P.U. Mann von Hilde [d.i. Stalin] fährt, der einem wenigstens garantiert, daß Du den Brief in 2, 3 Tagen hast. [...]

Zur Sache. 1.) Perspektive. Unser „Familienstreit" ist nun fruchtbar und produktiv.[116] Die Frage ist wirklich dialektisch, d.h. hängt von ausserordentlich vielen Kräften und Gegenkräften, Faktoren und Gegenfaktoren, Personen und Gegenpersonen ab; dazu kommt aber noch, daß diese Dialektik keine Darwinsche, sondern eine Hegelsche, nicht evolutionär, sondern revolutionär, mit Sprüngen, größten Überraschungen und jähen Wendungen ist. Ein kleines Beispiel, nur ein schwaches Vorspiel davon, was kommt, sind die letzten Ereignisse in Deutschland, die unseren Briefwechsel durchkreuzen und illustrieren.[117] Vielleicht unterschätze ich die Schwierigkeiten, die Schwäche unserer Leute drüben usw. – darin sollst Du mich jederzeit korrigieren. Aber keinesfalls dürfen wir den Faktor Hilde in seiner gigantischen, weltgeschichtlichen, parteihistorischen Bedeutung unterschätzen, oder, wie Erich [d.i. Thälmann?], „materielle Beweise" im kleinlichen Tagessinn verlangen. Du hast ganz

Leitung der Organisationen durch die KPD. Mit Otto Bauer darf man sich nicht zusammentun: wie „kommunistisch" er auch daherkommen mag, dieses Subjekt ist und bleibt ein Sozial-Chauvinist. Wenn er die 2. Internationale zersetzen will – soll er es doch nach Herzenslust tun, jedoch aus eigener Kraft." (RGASPI, Moskau, 81/3/99, 91–104. Publ. in: Chlevnjuk/Dėvis/Košeleva: Stalin i Kaganovič, S. 231). Stalins Diktum wurde am 21.7.1932 an Pjatnitzki übermittelt (RGASPI, Moskau, 558/11/740, 98; siehe auch: Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 310).

116 Auch der Beschluss, keine Demonstrationen in der Hauptstadt durchzuführen, ging maßgeblich auf eine Entscheidung Stalins zurück (siehe das Telegramm Kaganovičs an Stalin vom 21.7.1932, RGASPI, Moskau, 495/170/214, 43 und die Antwort Stalins im Telegramm vom 21.7.1932, RGASPI, Moskau, 558/11/78, 60). Anlässlich der Reichstagswahlen vom 31.7.1932 konnte die KPD ihre Stimmen um 1,2% auf 14, 35% erhöhen. Die NSDAP verbesserte sich um fast 20% auf 37, 3%.

117 Gemeint sind die Fraktionsauseinandersetzungen in der KPD-Spitze, über die sich Neumann hier allzu optimistisch äußert.

recht, dass die Dialog-Wiedergaben meines Briefes unvollständig sind, vieles offen lassen, die drängendsten Augenblicksfragen nicht beantworten usw. Aber was bedeutet schon [...] Scheiß [...], Gottlieb und andere Posten usw – so unbedingt wichtig die Fragen an sich sind – im Vergleich zu dem Kampfbündnis auf Jahrzehnte und der absolut sicheren politischen Zukunft unserer Parteiführung, den absolut sicheren Untergang, Mißtrauen, Verachtung, Verspottung der Paulsbande [d.i. Wilhelm Pieck?], die in diesen Wochen mit Hilde herausgekommen ist. Das kann ich auf keine Weise brieflich wiedergeben oder mit ausreichenden Argumenten belegen. Dazu muß ich zurückkommen und mit Dir sprechen – dann sind wir in einer Stunde im Klaren. Ich war gestern wieder 4 Stunden bei Hilde[118] und habe rein politisch ([un?] gesetzlich), ohne Regeln usw. gesprochen: vollkommen klare Linie, nicht der leiseste Zweifel, dass der Kurs auf „alle Macht den Bolschewiki" geht. Und zwar ohne dazwischenliegende Kompromißlösungen, nochmaligen Brei usw. Sondern: ganze Arbeit. Ganz weg mit der Koalition,[119] alles in die Hände der Bolschewiki. Allerdings sind die Termine heute nicht auf Woche und Monat vorauszusagen. Ob 1, 2, 3 oder 4 Quartale weiß ich nicht. Mehr auf keinen Fall. [...] Festesten Händedruck auf dick und dünn, Dein Johan [d.i. Heinz Neumann].

Dok. 298

Kritische Rede Knorins zur Einordnung Deutschlands als nachgeordnetes revolutionäres Land durch die Komintern

[Moskau], 27.7.1932

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/170/87, 18–22. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 774–777.

Ich finde diese Thesen völlig unbefriedigend.[120] [...] Nehmen wir nun diese Frage: wie wird sie gestellt, in welcher Reihenfolge sind die Länder aufgeführt? Spanien, Polen,

118 Vermutlich die Bildung der Regierung von Papen am 1.6.1932 und die Ereignisse um den Staatsstreich gegen die preußische Regierung am 20.7.1932.

119 Bis Ende August 1932 hielt Stalin Neumann noch in der Hinterhand: er lud ihn sogar in seine Ferienanlage in Mazesta am Schwarzen Meer ein, vermutlich, um ihn von der vorrevolutionären Entwicklung in Deutschland zu isolieren (wo Neumann intern sogar als der kommende Parteiführer gehandelt wurde) und die Parteiführung weiterhin gegeneinander ausspielen zu können. Kurz nach dessen Abreise verfügte Stalin, dem über Pjatnitzki die von Neumann verfassten Briefe, in denen er sich teils revolutionstaumelnd, teils fraktionell äußerte, ausgehändigt wurden, diesen aus der Parteiführung (noch nicht aus dem ZK) zu entfernen (siehe hierzu: Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, bes. S. 345–347).

120 Der Bezug gilt den Thesen zum XII. EKKI-Plenum (Moskau, 27.8.-15.9.1932). Allerdings wurde auch auf dem Plenum eine Neubewertung der Situation in Deutschland nicht vorgenommen. Kuusinen sagte dort in seinem Bericht über die internationale Lage: „Auf dem letzten Plenum des EKKI wurde die Lage in Deutschland durch die Feststellung der ‚Steigerung der Voraussetzungen der revo-

die Tschechoslowakei, Bulgarien, Griechenland, Belgien, England, Deutschland. Als ob der revolutionäre Kampf in diesen Ländern genau in dieser Reihenfolge erfolgen würde. An erster Stelle steht Spanien – da habe ich nichts dagegen. Dann kommt Polen – hier darf man zweifeln. Die Tschechoslowakei – hier habe ich noch größere Zweifel, dass man die Tschechoslowakei, trotz der vergangenen großen Streiks, auf diese Position setzen kann. Und ganz zum Schluss kommt Deutschland. Entspricht eine solche Anordnung der Wirklichkeit? Wie ich glaube, in keinem Fall. Hier liegt der Unterschied in der Intensität der revolutionären Massenkämpfe, im Grad des revolutionären Aufschwungs. Dieser Unterschied wird hier nicht aufgezeigt. Ich habe nachgesehen, ob man dies vielleicht an einer anderen Stelle der Thesen auffinden kann, habe eine solche Stelle jedoch nicht gefunden.

Ich denke, dass wir trotz allem bei unserer alten Formel bleiben sollten, die schon lange vorher zu Deutschland gegeben wurde, und wir sollten nur die Formel benutzen, die vor einiger Zeit von Stalin geäußert wurde, als er sagte, dass nach der russischen Frage die deutsche Frage von allergrößter Bedeutung sei. Erstens, weil Deutschland von allen europäischen Ländern am revolutionsträchtigsten sei, und zweitens, weil der Sieg der Revolution in Deutschland gleichbedeutend mit dem Sieg in der ganzen Welt sei. Diese Formel wurde von Gen. Stalin vorgegeben.[121] Hat sich dies geändert oder nicht? Meiner Meinung nach hat es sich trotz aller Schwierigkeiten nicht geändert, und man darf Deutschland auf keinen Fall hinter England, hinter Belgien und hinter die Tschechoslowakei, Bulgarien, Griechenland usw. einordnen, denn dies ist politisch unrichtig und entspricht nicht der Perspektive, die vor uns liegt.[122]

---

lutionären Krise‘ charakterisiert. Ist es etwas prinzipiell anderes, was jetzt in Deutschland vor sich geht? Meiner Meinung nach nicht. Natürlich ist dort eine weitere Steigerung der Voraussetzungen der revolutionären Krise klarer ersichtlich, aber noch ist kein so gewaltiger Unterschied festzustellen, daß wir auf dem jetzigen Plenum eine wesentliche neue Charakterisierung der Lage in Deutschland vorzunehmen hätten.“ (O. Kuusinen: Die Internationale Lage und die Aufgaben der Sektionen der kommunistischen Internationale [Bericht auf dem XII. Plenum des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale (September 1932) zum Punkt 1 der Tagesordnung], Moskau, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, 1933, S. 78).

121 In der polnischen Kommission des EKKI hatte Stalin 1924 das folgende gesagt: „Die deutsche Frage. Sie hat nach der ‚russischen‘ Frage die ernsteste Bedeutung, erstens, weil Deutschland mehr als jedes andere europäische Land mit der Revolution schwanger geht, zweitens, weil ein Sieg der Revolution in Deutschland den Sieg in ganz Europa bedeutet. Wenn der revolutionäre Brand an irgendeinem Ende Europas anfängt, so gewiss in Deutschland. Nur Deutschland kann in dieser Hinsicht die Initiative ergreifen, und ein Sieg der Revolution in Deutschland bedeutet die Sicherung des Sieges der Revolution im internationalen Maßstab.“ Siehe: Stalin: Über die Kommunistische Partei Polens. Rede in der Sitzung der polnischen Kommission der Komintern, 3.7.1924. In: Stalin: Werke, VI, S. 236–243, hier: S. 238.

122 Auch Knorin kritisierte nun die entsprechende Klassifizierung, die auf dem XI. EKKI-Plenum erfolgt war (siehe Dok. 298).

Dok. 299

„Die Krise der Komintern“: Aus der oppositionellen Plattform des „Bundes der Marxisten-Leninisten“ der Sowjetunion (Rjutin-Gruppe)

[Golovino bei Moskau], 21.8.1932

Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: *Izvestija CK KPSS* (1990), Nr. 8, S. 200–207; Nr. 9, S. 165–183; Nr. 10, S. 191–206; Nr. 11, S. 161–186; Nr. 12, S. 180–199; Aleksandr N. Jakovlev (Hrsg.): Reabilitacija. Političeskie processy 30–50-ch godov, Moskva, Izdatel'stvo političeskoj literatury, 1991, S. 334–442, hier: S. 394–398. In englischer Sprache publiziert in: Sobhanlal Datta Gupta (Hrsg.): The Ryutin Platform. Stalin and the Crisis of Proletarian Dictatorship. Platform of the „Union of Marxists-Leninists“, Kolkata, Seribaan, 2010.

Stalin und die Krise der proletarischen Diktatur[123]

[…] 11. Die Krise der Komintern.
[…] Die materiellen Grundlagen zum Sieg des Sozialismus sind in den kapitalistischen Staaten augenscheinlich vorhanden. Es fehlen die subjektiven Vorbedingungen […]. Unter solchen Bedingungen ist eine richtige Leitung der Komintern für das Schicksal der proletarischen Weltrevolution von entscheidender Bedeutung. Dabei sehen wir in der Realität ein geradezu umgekehrtes Bild. Die Leitung der Komintern

123 Der 1930 wegen „Rechtsabweichung“ aus der Partei ausgeschlossene ehemalige Parteisekretär des Moskauer Krasnopresnenskij-Bezirks, Martem'jan Rjutin (1890–1937), verfasste bereits im März 1932 den hier ausschnitthaft wiedergegebenen, über 100 Seiten umfassenden Text, in dem halböffentlich eine grundlegende Kritik an der aktuellen Lage der Sowjetunion und vor allem an der Herrschaft Stalins geäußert wurde. Am 21.8.1932 berief Rjutin zusammen mit den alten Bolschewiki Vasilij Kajurov und Michail Ivanov in der Wohnung eines Arbeiters im Dorf Golovino bei Moskau eine Versammlung ein, auf der sie mit weiteren Oppositionellen den „Bund der Marxisten-Leninisten“ ins Leben riefen und Rjutins Abhandlung als Plattform der Organisation annahmen. Ebenfalls wurde ein Manifest „An alle Mitglieder der VKP(b)!“ verabschiedet, in dem der Inhalt der Plattform in kurzer und prägnanter Form verarbeitet wurde (In deutscher Sprache publ. in: Annette Vogt: Eine bestechende Analyse, eine fundierte Kritik, aber… Die Tragik des Martemjan Nikititsch Rjutin. In: Theodor Bergmann, Mario Keßler (Hrsg.): Ketzer im Kommunismus. Alternativen zum Stalinismus, Mainz, Decaton, 1993, S. 155–161). Die Gruppe verbreitete ihre Dokumente sehr aktiv als Samizdat, so dass Sinowjew, Uglanov und andere linke und rechte Oppositionelle sowie einfache Parteimitglieder Kenntnis von ihnen erlangten. Am 14.9.1932 erhielt das ZK der VKP(b) offiziell Kenntnis über die Dokumente, woraufhin am nächsten Tag Rjutin und andere am „Bund“ Beteiligte verhaftet wurden. Die Stalin-Führung nahm die brisanten Dokumente sehr ernst – sie wurden als so geheim und explosiv eingestuft, dass bisher in den sowjetischen Archiven keine Originaldokumente eruiert werden konnten (der Abdruck der Plattform durch Jakovlev 1991 erfolgte nach der von der GPU seinerzeit angefertigten Kopie einer beschlagnahmten Fassung). Am 2.10.1932 beschloss die VKP(b), alle Mitglieder auszuschließen, die von den Rjutin-Dokumenten wussten und sie nicht gemeldet hatten. Rjutin selbst wurde zu 10 Jahren Haft verurteilt und am 10.1.1937 erschossen. Zur Rjutin-Gruppe siehe: Jakovlev: Reabilitacija, S. 92–104; Annette Vogt: Eine bestechende Analyse; Aleksandr Šubin: Voždi i zagovorščiki, Moskva, Veče, 2004, S. 251–252.

besitzt einen solchen Charakter und hat solche Formen angenommen, dass von einer Stärkung der Positionen der Komintern nicht die Rede sein kann. Im Gegenteil, die Komintern durchlebt zum jetzigen Zeitpunkt zweifellos eine Krise. Diese Krise drückt sich in Folgendem aus:

1. Aus dem Stab der Weltrevolution, der sie unter der Leitung Lenins, Sinowjews und bis zu einem gewissen Grad sogar unter der Leitung Bucharins gewesen ist, hat sich die Komintern nach der Zerschlagung aller Oppositionen und aller Mitkämpfer Lenins, nach der Errichtung der persönlichen Diktatur Stalins in der VKP(b) und in der Komintern, schlicht und einfach in Stalins Kanzlei für Fragen der Komparteien verwandelt.

Wenn Ludwig XIV. sagte: „Frankreich – das bin ich", so sagt Stalin heute mit derselben Selbstsicherheit: „Die Komintern – das bin ich."

2. Unter Lenin und Sinowjew arbeiteten im Zentrum der Komintern richtige Führer, von denen jeder selbständig und entschlossen die entscheidenden theoretischen und politischen Fragen aufwarf, ohne Angst zu haben vor falschen Beschuldigungen der Abweichungen, ohne zu befürchten, dass er für gemachte Fehler gedemütigt und bespuckt wird, sondern im Voraus wissend, dass er lediglich nach Genossenart korrigiert wird. [...] Gegenwärtig gibt es im Gegensatz dazu keine Führer in der Komintern, es gibt vielmehr nur vollstreckende Beamte, die Angst haben, ein Wort zuviel zu sagen, einen selbständigen, mutigen Gedanken zu äußern, die ständig auf ihren nachtragenden und in den Kampfmethoden nicht wählerischen Vorgesetzten schauen. Sogar einige derjenigen, die in der Vergangenheit wirkliche Führer gewesen sind, verwandelten sich, nachdem sie in den letzten Jahren den stalinschen Lehrkurs durchlaufen hatten, in simple Stalin-Knechte, in Helden des „Was wünscht der Herr?".

3. Auf theoretischem Gebiet haben wir in der Komintern in den letzten Jahren eine völlige Verarmung, an der philosophischen Front und im Bereich der theoretischen Ökonomie – eine wahrhafte Arabische Wüste. [...]

Stalin ist nun für die Komintern der offiziell unfehlbare Papst. Dies nicht jedoch, weil die Komparteien ihn tatsächlich als eine Autorität auf dem Gebiet der Theorie des Marxismus-Leninismus ansähen, sondern, im Gegenteil, unbeschadet dessen, dass alle seine theoretische und ideelle Armseligkeit sehen, nicht kraft seines Rechts, sondern kraft seiner Macht, nicht aus Vertrauen zu ihm, sondern aus Angst vor ihm. Stalin hält alle leitenden Mitarbeiter der Komintern, nicht nur in Moskau, sondern auch an [anderen] Orten, fest in der Umklammerung der direkten oder indirekten materiellen Abhängigkeit, und dies ist das entscheidende Argument zur Zementierung seiner „theoretischen" Unbesiegbarkeit.

Ein solcher Widerspruch jedoch zwischen Worten und Taten, zwischen Erklärungen und innerer Überzeugung, ein solches Herunterbrechen des Marxismus-Leninismus auf die Ebene der simplen Analogiebildung, der Willkür und der unterschiedli-

chen politischen Schritte und Kombinationen Stalins kann nicht zur Festigung der Disziplin und der Einheit der Komparteien, zu ihrem quantitativen und qualitativen Wachstum beitragen.

4. Der Ursprung der Krise in der Komintern findet sich [...] in der Krise der VKP(b), der führenden Sektion der Komintern [...]. Ohne die Überwindung der Krise in der VKP(b) kann mit der Überwindung der Krise der Komintern ebenfalls nicht gerechnet werden. [...][124]

5. [...] Der Angriff der Japaner auf Schanghai – ein proletarisches Zentrum von Weltrang – hat welthistorische Bedeutung. In der (zweifellos) allerbarbarischsten Weise wurden Tausende Proletarier, Tausende und Zehntausende ihrer Frauen und Kinder hingemordet, die wichtigsten Kulturgüter wurden vernichtet, Bibliotheken wurden zerstört. Und die Komintern schweigt wie ein Grab! [...] Aus welchem Grund hat die Komintern nicht ihre Ansicht über dieses überaus wichtige historische Ereignis mitgeteilt, warum schweigt die Komintern so geheimnisvoll? [...]

Deswegen, weil die innere Lage der Sowjetunion Stalin dazu zwingt, in einer ganzen Reihe von Fällen eine opportunistische Außenpolitik zu betreiben, was sich im Fehlen einer offenen und den Massen verständlichen Position der Komintern und der VKP(b) widerspiegelt. Stalin macht zu dieser Frage ein geheimnisvolles Gesicht und stellt seine Linie als weiteren Ausdruck seiner Weisheit dar. In Wirklichkeit haben wir hier den weiteren Trick eines prinzipienlosen Politikasters vor uns, mehr nicht.

Sodann rückt im Fernen Osten der Sturm des Krieges heran. Im ganzen Lande schwirren Gerüchte über einen bevorstehenden Krieg umher. Und die Komintern schweigt wieder wie ein Grab! [...] Irgendeine geheimnisvolle Schachpartie geht hier vor sich. Es ist nicht auszuschließen, dass auch hier Stalin vom Opportunismus zum Abenteurertum umschwenkt. [...]

Die Krise der Komintern findet in den letzten Jahren ihren stärksten und anschaulichsten Ausdruck in der gigantischen Verringerung der Mitgliedzahlen der Komparteien bei gleichzeitigem Stagnieren des Wachstums, was den Einfluss auf die Arbeitermassen angeht. Das Stagnieren eines wachsenden Einflusses auf die Arbeitermassen haben besonders eindringlich die englischen und deutschen Parlamentswahlen sowie die Präsidentschaftswahlen in Deutschland gezeigt. Was das Abstürzen der zahlenmäßigen Stärke der Komparteien betrifft, ist es aus der folgenden Tabelle zu ersehen: [...]

---

124 Im bereits erwähnten Manifest „An alle Mitglieder der VKP(b)!“ wird die persönliche Diktatur Stalins über die Partei und die Sowjetunion als „18. Brumaire Stalins“ bezeichnet, als ursächlich für die Krise der Partei, und Stalin selbst als Provokateur gegen die Partei und gegen den Sozialismus gesehen. Angesichts der Tatsache, dass er nicht freiwillig auf seine Macht verzichte, sei auch die bisherige Gruppeneinteilung der russischen Opposition obsolet geworden: Gerade Industrialisierung und Zwangskollektivierung zeigten das Gewaltpotential des Stalin-Systems. Zur Aufrechterhaltung der Sowjetunion gebe es als Alternative nur die Liquidierung der Stalinschen Clique. Siehe: Annette Vogt: Eine bestechende Analyse.

Mit Ausnahme Deutschlands – überall ein Abstürzen. Womit lässt sich dies erklären?

Eine zufriedenstellende Erklärung lässt sich nur in der Krise der Komparteien und der Krise der Komintern finden. [...] Die Krise der Komintern befindet sich allerdings erst in einem Anfangsstadium. Die Komparteien müssen die Kraft aufbringen und in der allernächsten Zeit mit der Politik Stalins und seiner Führung Schluss machen. Sie müssen die Komintern auf den Weg Lenins zurückbringen. Das Anwachsen der Krise bringt anderenfalls unzählige schwere Folgen für die gesamte proletarische revolutionäre Weltbewegung für einen lang andauernden Zeitraum mit sich.



Am 3.9.1932 und 8.9.1932 befasste sich das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion auf Vorschlag von Jan Gamarnik damit, eine Delegation hochrangiger Militärs (u.a. Tuchačevskij) zu Manövern nach Deutschland zu entsenden; im Gegenzug sollte sechs deutschen und drei italienischen Offizieren und Militärattachés die Anwesenheit bei Manövern der Roten Armee erlaubt werden.[125]

Am 16.9.1932 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, durch Chinčuk und in Zusammenarbeit mit Vejcer bei der deutschen Regierung einen Protest gegen die Anhebung von Zöllen für landwirtschaftliche Erzeugnisse einzulegen. Des Weiteren sollte die Erlaubnis der deutschen Regierung erwirkt werden, Zahlungen ausländischer Firmen an die Sowjetunion, die auf Konten bei deutschen Banken infolge eines Moratoriums eingefroren waren, als Kredite oder Bezahlungen von Bestellungen annehmen zu können. Ein weiterer Beschluss betraf ökonomische Angelegenheiten in Verbindung mit Ostpreußen, über die Litvinov mit der deutschen Seite sprechen sollte.[126]

Am 8.10.1932 bewilligte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion einen Vorschlag der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ über die Durchführung einer Reihe von Vorträgen sowjetischer Wirtschaftsleute und Wissenschaftler zu Fragen der ökonomischen Entwicklung der Sowjetunion in Deutschland. Eine Kandidatenliste sollte erstellt werden.[127]

Am 4.11.1931 fasste das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion einen Beschluss über ausländische technische Hilfe beim Bau von Schiffen (Unterseeboten, Kreuzern, Zerstörern). Zu diesem Zweck sollten sowjetische Militärs Verhandlungen mit der deutschen Firma JVS führen sowie Informationen über weitere deutsche Betriebe sammeln, die für den U-Boot-Bau essentielle Dieselmotoren und Elektroteile herstellen. Zugleich sollten jedoch auch – für den Fall des Nichtzustandekommens entsprechender Kooperationen mit Deutschland – Vertreter italienischer Schiffsbaugesellschaften nach Moskau eingeladen werden.[128]

Am 6.11.1932 und am 13.11.1932 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion auf Vorschlag von Vorošilov, drei bzw. vier Vertreter des Marine-Volkskommissariats zu Luftabwehr-Manövern nach Deutschland zu entsenden.[129]

---

125 RGASPI, Moskau, 17/162/13, 90. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 287.

126 APRF, Moskau, 3/64/661, 77. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, II, Dok. 300.

127 RGASPI, Moskau, 17/3/902, 17.

128 APRF, Moskau, 3/64/661, 99–99v. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, II, Dok. 302.

129 RGASPI, Moskau, 17/162/14, 4.

Dok. 300

Brief von Alfred (Ps.), d.i. Tuure Lehén, an M[ichael] (Ps.), d.i. Osip Pjatnitzki(?) über die militärpolitische Arbeit in Deutschland

Moskau, 19.11.1932

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/25/1335, 115. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Dam'e/Komolova/Korčagina: Komintern protiv fašizma, S. 288–289.

Gen[osse] M[ichael, d.i. Osip Pjatnitzki?].

Die deutschen Genossen, die sich im illegalen Apparat der KPD mit dem Kampf gegen Provokationen befassen, beklagen die falschen Arbeitsmethoden der Organe der GPU.[130] Es gibt eine Reihe von Fällen, in denen diese Organe ohne Wissen und Zustimmung der leitenden Parteiorgane Arbeitsaufträge an einzelne Parteimitglieder vergeben haben, die diese Arbeit mit ihrer Parteiarbeit verbunden haben.

Einer dieser Fälle stellt sich folgendermaßen dar. In einer der Straßenzellen Berlins arbeitete ein Mädchen – eine Hausangestellte, die die Aufmerksamkeit der Zellenmitglieder dadurch auf sich lenkte, dass sie irgendwelche Geheimnisse hatte, die sie nicht mit den anderen Zellenmitgliedern teilen wollte, manchmal verschwand sie für längere Zeit und gab diesbezüglich ausweichende und widersprüchliche Erklärungen ab usw. Die Mitglieder der Zelle begannen nun, auf eigene Initiative die Geheimnisse dieses Mädchens aufzuklären und fanden unter anderem heraus, dass sie als Hausangestellte bei einem Beamten der IA (politische Polizei)[131] arbeitete, was ihre Verdachtsmomente noch verstärkte. Sie erstatten darüber Meldung an die leitenden Organe der Partei. Daraufhin erst wurde eine Meldung von Seiten der GPU-Organe empfangen, nach der dieses Mädchen für die GPU arbeitet.

Dieses Beispiel, das nicht das einzige ist, zeigt, wie gefährlich diese Arbeitsmethoden sind und dass es notwendig ist, schleunigst alle Mittel zu ergreifen, damit es eine solche „Kombination" der Parteiarbeit mit derjenigen der Organe der GPU künftig nicht mehr gibt.

Alfred
19.11.1932

130 Das Dokument beleuchtet die Funktion der KPD als Rekrutierungsfeld für die sowjetischen Geheimdienste. Die Möglichkeiten einer „Überwerbung" durch die sowjetischen Geheimdienste waren vielfältig: So wurden 1930 im Zuge des Kampfes gegen die (vermeintliche) Kriegsgefahr unter Leitung des militärischen Geheimdienstes die militärpolitischen Kurse der KPD („M-Schule") in Moskau wieder eingeführt, die bis 1933 112, bis 1935 199 deutsche Kursanten absolvierten (bis 1935 weitere 87) (siehe: Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst der KPD, S. 189–193 u.a.; vgl. Beatrix Herlemann: Der deutschsprachige Bereich an den Kaderschulen der Kommunistischen Internationalen, Berlin, Freie Universität, 1982).

131 Gängige Bezeichnung der politischen Polizei. Eigentlich die Abteilung I A (politische Polizei) der preußischen Polizei nach der Novemberrevolution.

Dok. 301

„Remmele-Memorandum“ an Pjatnitzki und den „Führer der KPdSU“ Stalin über den Thälmann-Kurs in der KPD[132]

[Berlin], 25.12.1932

Typoskript mit handschriftlichen Einschüben und Korrekturen, in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 508/1/129, 65–136. Erstveröffentlichung. Teilw. zit. in russischer Sprache in: Kirill K. Širinja: Komintern v 1933 godu, Moskva, Ėkslibris-Press, 2006, S. 226.[133]

den 25. Dezember 1932.

Werter Genosse,
im Streitfalle Sauerland – Alpari,[134] in dem durch die Einmischung von uns sich sowohl Eure als auch unsere Lage erschwert hat, bin ich Euch Rechenschaft schuldig. Ich gebe diese Rechenschaft mit nachfolgendem Briefe.

4.) *Der westeuropäische Kommunismus.*
In dem tiefen Gegensatz zwischen dem Sauerlandbuch und der Alparikritik zeigen sich die Gegensätze, die heute fast in allen Kommparteien Westeuropas vorhanden sind und immer schärfer aufeinender stossen. Die Nähe und Reife der revolutionären Welle lassen unvermeidlich diese Gegensätze an die Oberfläche treten.

Woher kommen diese innerparteilichen Gegensätze in den Komparteien?

Weil es in all den Parteien keine einheitliche und geschlossene Theorie gibt. Ihr sagt: Unsinn! Es gibt nur eine Theorie, die des Marxismus-Leninismus! Ja, das ist richtig, diese Theorie gibt es für die Komintern, leider nicht aber für die Komparteien. Jede Partei hat ihre verschiedenen – nicht nur eine, sondern mehrere – Haustheorien und die werden meist stärker und ausgiebiger verbreitet als die Kominterntheorie.

---

132 Adressaten so im Brief benannt. Als Anrede fungiert nur „Werter Genosse“. Bei Hoppe „Manifest“ Remmeles (Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 353f.), was auch eine Verwechslung mit dem Memorandum Remmeles vom 12.4.1933 sein könnte (siehe Dok. 321).

133 Dort jedoch mit unzutreffenden Datums- (28.12.1932) und Signaturangaben (508/1/129, 9–82).

134 Wie aus einem Brief Remmeles an Pjatnitzki vom 4.1.1933 hervorgeht, wird in seinem Memorandum der Fall Sauerland und Alpari als Aufhänger herangezogen, um die Kritik an der Parteiführung einzuführen. Kurt Sauerland hatte in seinem Buch (Kurt Sauerland: Der dialektische Materialismus. Dogmatischer oder schöpferischer Marxismus, Berlin, 1932), Stalins Ausfälle gegen den „Luxemburgismus“ kriecherisch (Clara Zetkin) theoretisch legitimiert, doch die Replik Alparis war ebenfalls nur halbherzig (siehe: Julius Alpari: „Der dialektische Materialismus“. Kritische Bemerkungen. In: *Inprekorr*, 12 (1932), 96/97/98): „Sie haben natürlich schon gesehen, dass es hier nicht um den Streit zwischen Sauerland und Alpari geht, sondern um die entscheidendste Frage der revolutionären Strategie und Taktik, die die Frage des Leninismus und seiner Anwendung in der KPD auf die Tagesordnung setzt.“ Seine Hauptabsicht, so Remmele, sei es gewesen, Pjatnitzki und Stalin persönlich zu informieren. Er bat Pjatnitzki, den Brief, in den er zehn Tage Arbeit investiert habe, ins Russische zu übertragen und ihn Stalin zukommen zu lassen (RGASPI, Moskau, 495/293/129, 1–2; vgl.: Klaus Kinner: Die Luxemburg-Rezeption in KPD und Komintern. In: *Utopie kreativ*, (2001), H. 129/130, S. 595–603.

Diese Haustheorien der Komparteien bilden die Grundlage des westeuropäischen Kommunismus, der vom Bolschewismus oft ganz erheblich abweicht, ja oft zu ihm im schärfsten Gegensatz steht. Solange dieser westeuropäische Kommunismus besteht, so lange sind innerparteiliche Kämpfe unvermeidlich, weil der Bolschewismus stets gegen diesen westeuropäischen Kommunismus kämpfen muss.

5.) Worin besteht der westeuropäische Kommunismus in der KPD? […]
In der KPD kann man vier ideologische Hauptrichtungen (Strömungen, nicht Gruppen) unterscheiden, von denen drei parteioffiziell in Koalition miteinander leben. Jede dieser Strömungen ist nicht homogen abgeschlossen, sondern sie bestehen nur in ideologischer Uebereinstimmung und nähern sich oft mehr, oft weniger den anderen Strömungen, sie führen aber unentwegt einen unterirdischen Kampf gegeneinander. Nur in einem Kampfziel sind sich die drei offiziellen Strömungen einig: in dem Bestreben der restlosen Vernichtung der vierten Strömung.

6.) *Die erste Richtung: die „orthodoxe Marxisten"-Ideologie.*
Die erste Richtung von den drei offiziellen Strömungen, bei der die sozialdemokratischen Traditionen am stärksten verwurzelt sind, wird repräsentiert von den Genossen Hermann Duncker, Clara Zetkin, Julius Alpari u.a. Ausserhalb der Partei zählen in diese Richtung Paul Fröhlich [d.i. Frölich] und August Thalheimer. Clara Zetkin und Hermann Duncker haben auch nach dem Ausscheiden Paul Fröhlichs aus der Partei für „Paulchen" ein grosses Wohlwollen bekundet. So hat z.B. Clara Zetkin nach dem Ausschluss der Rechten Jahre hindurch die „diplomatischen Beziehungen" zur Parteiführung abgebrochen, und es abgelehnt, sich in das Zentralkomitee wählen zu lassen,[135] Hermann Duncker hat noch im Jahre 1930 (der Ausschluss der Brandleristen erfolgte 1927/28) bei Herausgabe der „Programmkritiken" an Paul Fröhlichs „Einleitung und den Vorbemerkungen" zu Rosa Luxemburgs „Gegen den Reformismus"[136] erinnert, der dort angeblich „reiches Material zur Geschichte des Opportunismus in der SPD" bringe, ohne ein Wort der Warnung auszusprechen, dass gerade diese „Einleitung und Vorbemerkungen" selbst ein Musterbeispiel des verfeinerten und daher raffinierten Opportunismus sind. […]

7.) Die zweite Richtung: die Spartakus- und Trotzki-Ideologie.
Die zweite ideologische Richtung, die man als eine Spartakus-Trotzki-Ideologie bezeichnen kann, ist die aktive parteioffizielle Richtung, die im Gegensatz zur ersten Richtung, erstens die tonangebende Richtung in der gesamten Schulungs- und Agitproparbeit ist und zweitens den ausschlaggebenden (ja fast allein bestimmenden)

135 Siehe hierzu: Tânja Puschnerat: Clara Zetkin. Bürgerlichkeit und Marxismus. Eine Biographie, Essen, Klartext, 2003 (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen. Schriftenreihe A: Darstellungen. 25).
136 Gerade Frölich dokumentierte Luxemburgs Auseinandersetzung und Kampf mit dem Reformismus der II. Internationale. Siehe: Gegen den Reformismus. Eingeleitet und bearbeitet von Paul Frölich, Berlin, Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin, 1925.

Einfluss auf die parteitaktischen und parteipolitischen Entscheidungen hat. Diese Richtung (nicht Gruppe), die die stärkste in der KPD ist, ist das unmittelbare Hilfsorgan für die Bestimmung der Parteitaktik und Parteipolitik, sowohl innerparteilich, wie auch nach aussen gegenüber dem Klassenfeind. Diese Richtung sind die unmittelbaren, täglichen Mitarbeiter des Sekretariats, die alle Dokumente, Richtlinien, Aufrufe, Rundschreiben, Anweisungen etc. anfertigen und für das Sekretariat die Materialsammlung und Materialbearbeitung besorgen. Wir haben es also mit der Richtung in der Partei zu tun, die den entscheidenden Einfluss auf die Theorie, Ideologie und Parteipolitik besitzt.

An der Spitze dieser Richtung steht der Genosse Werner Hirsch. Zu ihr gehören ihrer Bedeutung nach die Genossen Kraus (früher Lenz)[d.i. Joseph Winternitz], [Christoph] Wurm, Alexander Emel [d.i. Moisej Lur'e], Walter Golmick, [Fritz] David [d.i. Il'ja-David Krugljanskij], Hermann Jacobs, Ernst Schneller, [Walter] Duddins, [Johannes] Knoth, [Hans] Neubauer, [Erich] Kunik, Stephan [d.i. Walter Ulbricht], Edwin Hörnle [d.i. Hoernle], Heinrich Rau, Helmut Lask [d.i. Helmuth Lass?] und einige andere.

Diese Richtung ist nicht, wie die erste in der alten Sozialdemokratie als besondere Richtung entstanden, sondern sie entstand in der Kriegszeit und ist in der Spartakusperiode und Spartakusideologie grossgeworden. In dieser Richtung kann man zwei Strömungen unterscheiden, die Spartakusideologie, die in der Hauptsache vertreten wird von Hirsch, Golmick, Wurm, Kunick [d.i. Kunik], Neubauer, Stephan, Jacobs, Duddins, Knoth und Lask und die Trotzkyideologie, deren Vertreter Kraus, Emel und David sind. [...]

Das aber ist noch nicht einmal das Wesentliche. Das Wesentliche ist, dass diese Richtung bei ihren theoretischen und politischen Arbeiten meist ganz unmerklich, oft aber auch ganz plump und offenkundig, den reinsten Luxemburgismus, oft auch Brandlerismus oder Trotzkismus einfliessen lassen, was alsdann meist mit lauter Stimme und aufdringlicher Sprache als 100%iger Marxismus-Leninismus, auf immer „höherer Stufe der Bolschewisierung" verkündet wird. [...]

8.) *Die dritte Richtung: die offen kleinbürgerlich-idealistische Strömung.*
Es gibt in der KPD aber noch eine dritte offizielle ideologische Richtung, die von einer ganz anderen Seite zur Partei kam und eine ganz andere Schule durchgemacht hat, als die beiden ersten Richtungen. Das ist ein Kreis (um ja das Wort „Gruppe" zu vermeiden, da es in der Partei doch keine Gruppen geben darf) von Intellektuellen bezw. Halbintellektuellen, die aus der bürgerlichen Monistenbewegung in Hamburg[137] her-

137 Der deutsche Monistenbund wurde 1911 von Ernst Haeckel in Jena gegründet, er gehörte der freigeistigen und freidenkerischen Strömungen an, sein Ziel war die Suche nach einer „neuen, auf naturwissenschaftlicher Grundlage ruhenden einheitlichen Weltanschauung." Unter dem Österreicher Rudolf Goldscheid und dem Schweizer Psychiater Auguste Forel entwickelte sich der eher bürgerlich-elitäre und in Hamburg stark vertretene Monistenbund nach dem 1. Weltkrieg hin zu sozialistischen Positionen.

vorgegangen sind. Radikalisierte Kleinbürger, die die Revolution über die bürgerliche Bewegung hinausgetrieben hat – bis in die Reihen unserer Partei. Hier kamen sie – da Kräfte, die schreiben können, in einer reinen Arbeiterpartei immer rar sind – rasch vorwärts, erst Redakteur an der „Hamburger Volkszeitung“[138] und dann unmittelbare Vertraute und Mitarbeiter in der Führung der Partei. Diese kleine Schicht sind die Genossen *Heinrich Meyer, Ernst Noffke, Heesch und [Hans] Kippenberger.* Vier Genossen mit grossem Einfluss auf die Ideologie der Partei und auf die Politik der Führung. Ausserdem rechne ich in die ausgesprochen kleinbürgerliche Richtung noch den Genossen *Peter Maslowski*.

Die ersten vier Genossen waren von Beruf Volksschullehrer, Ingenieure und im Monistenbund in Hamburg bezw. deren Jugend viele Jahre die führenden Geister. In der Zeit, wo die jungen Arbeiter und auch junge Intellektuelle Marx, Engels und Parteiliteratur studierten, studierten diese Intellektuellen Nietzsche, Mach, Kant, Hegel. Von allen diesen aber nur soviel, als in dem „Handbuch der Philosophie“ zu lesen ist. Etwa im Jahre 1924/25 kamen sie zur Partei. Kippenberger als ehemaliger Reserveoffizier kam rasch im Organisationsapparat vorwärts, Meyer und Noffke in die Redaktion der Zeitung, Heesch dann später auch in die Redaktion. Die Schule, die sie anfänglich durchmachten, war die Broschüren- und Lehrbücherschule von Kraus, Schneller, Emel etc. und das genügte, um in den Redaktionen ihren Mann zu stehen.

Die Hauptfigur in dieser Richtung ist der *Genosse Heinrich Meyer*, jetzt persönlicher Sekretär von Th[älmann] (neben Hirsch, [Erich] Birkenhauer und Wurm). Genosse Heinrich Meyer wollte noch lange, als er schon in der Partei war, einen „Hegelbund“ gründen.[139] Er berief sich immer darauf, dass auch Marx und Lenin grossen Wert auf das Studium von Hegel gelegt hatten. (Das ist richtig, aber nicht in dem Sinne, wie es Meyer machen wollte „zurück zu Hegel“). Die ganze Grundeinstellung dieser Richtung ist eine idealistische, keine materialistische. [...]

10. *Einige Schlussfolgerungen:*
[...] 1.) Der *Westeuropäische Kommunismus*, das Festhalten an den traditionellen Anschauungen, alter sozialdemokratischer (radikal-oppositioneller) Ideologien, die teils Ueberreste des Luxemburgismus, teils Ueberreste des Trotzkismus und teils erneutes Ein- und Vordringen kleinbürgerlicher Anschauungen und Tendenzen sind (was die beiden ersten im weiteren Sinne ja auch sind), die oft für sich allein, oft vermischt und einander ergänzend auftreten, die die ganze Schulungs- und politische Arbeit der KPD durchdringen, sind die Ursachen:

138 *Hamburger Volkszeitung* (15.12.1918–27.2.1933), seit 1920 Organ der KPD für den Bezirk Wasserkante (vormals Organ der USPD).

139 Auf holländische Initiative wurde seitens der Schüler des Philosophen Gerardus Johannes Bolland 1930 ein Internationaler Hegel-Bund gegründet, dessen erster Kongress vom 22.-25.4.1930 in Den Haag stattfand. Siehe: B. Wigersma (Hrg.): Verhandlungen des Ersten Hegelkongresses (...) im Haag. Im Auftrag des Internationalen Hegelbunds, Tübingen, J. C. B. Mohr, Paul Siebeck, 1931.

a) der Schwankungen und Unsicherheit in der Politik der Partei im Klassenkampf,
b) der häufigen Feststellungen über das Zurückbleiben hinter der objektiven revolutionären Entwicklung. (Hinter den Ereignissen herhinken).
c) des häufigen Versagens der Partei in entscheidenden Augenblicken bei grossen wichtigen politischen Ereignissen, wie das auf dem 12. Ekkiplenum festgestellt wurde.[140]
d) an den Differenzen, die es in den letzten 2–3 Jahren in der Parteiführung gab und die zum Ausscheiden einer besonderen Richtung (nicht Gruppe), über die wir noch sprechen werden, aus der Parteiführung und aus dem mittleren Parteiapparat führte.

2.) Die *Stellung zum Leninismus* wird immer mehr zur Grenzscheide einer wahrhaft revolutionären Theorie und Praxis in den kapitalistischen Ländern. [...]

3.) Die These des Genossen Stalin *„Dogmatischer oder schöpferischer Marxismus"* und von der *„Weiterentwicklung des Marxismus im Leninismus"*[141] ist zur Scheidelinie in den entscheidenden kapitalistischen Ländern mit stärkster revolutionärer Entwicklung geworden. An dieser Grenzscheide trennen sich alle aktiven revolutionären Kräfte von der offenen Konterrevolution und dem Sumpf, der die Fragestellung nicht begriffen hat. Alle bewussten Konterrevolutionäre im Lager der Arbeiterklasse, die SPD, die SAP, die Trotzkisten, die Brandleristen etc., die durch ihre Stellung, die sie inne haben und die Rolle, die ihnen zugedacht ist, genauer wissen, als die Bourgeoisie und auch besser als der westeuropäische Kommunismus (der sich als 100%iger Bolschewismus vorkommt), dass es sich bei der Auseinandersetzung zwischen Sauerland und Alpari um die Kernfrage der Revolution handelte. Das drum und dran, die Nebenumstände, die Begleiterscheinungen in diesem Streit haben die Feinde des Kommunismus gar nicht berührt, das hat sie gar nicht interessiert, sondern sie stürzten alle auf die Frage *„Sieg oder Niederlage Stalins in der Frage des Leninismus"* weil diese Frage zur wichtigsten Vorbedingung des Sieges der proletarischen Revolution in den kapitalistischen Ländern geworden ist.

140 Dies wurde auf XII. Plenum als „Unterlassungen" in Bezug auf die „Formen des Massenkampfes" hervorgehoben, wobei das Beispiel der Generalstreikforderung gegen den „Papenschlag" in Preußen vom 20.7.1932 angeführt wurde (siehe: Kuusinen: Die internationale Lage, S. 73).

141 „Bereits 1917 argumentierte Stalin gegen die europäische Revolutionsperspektive Preobraženskijs und meinte, dass die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei „dass gerade Rußland das Land sein wird, das den Weg zum Sozialismus bahnt." Und weiter: „Man muss die überlebte Vorstellung fallen lassen, daß nur Europa uns den Weg weisen könne. Es gibt einen dogmatischen Marxismus und einen schöpferischen Marxismus. Ich stehe auf dem Boden des letzteren." Reden auf dem VI. Parteitag der SDAPR (Bolschewiki), 26.7.–3.8.1917. 6. Erwiderung an Preobrashenskij zur Frage des 9. Punktes der Resolution ‚Über die politische Lage', 3. August. In: Stalin: Werke, Bd. 3, S. 172f. Auch: http://www.stalinwerke.de/band03/b03–032.html.

4.) Bei Euch im Bolschewismus bilden die *Slutzkis und Altters* [d.i. I.M. Al'ter] *Einzelerscheinungen und Ausnahmen*[142] und sobald sie versuchen, den Trotzkismus in versteckter Form in die Geschichte der Bolschewiki und die Theorien des Leninismus einzuschmuggeln, werden sie sofort erkannt, geschlagen und vertrieben. Bei uns im *westeuropäischen Kommunismus ist das gerade umgekehrt*: Alle Theoretiker sind versteckte Halb- und Ganztrotzkisten, Luxemburgisten, radikale Kleinbürger, die unter Berufung auf den Stalinbrief,[143] unter Berufung auf den Marxismus-Leninismus, auf leeren Deklamationen nur falsche Etiketten für einen schlechten Inhalt ihrer falschen Theorie sind, um damit ihre Kontrebande als 100%igen Leninismus in die Partei, in die Kreise der revolutionären Arbeiter, die nach dem wahren Leninismus dürsten, einzuschmuggeln. Im westeuropäischen Kommunismus ist niemand, der das erkennt und sobald einer es erkennt und dagegen Stellung nimmt, wird er geschlagen und vertrieben. Im westeuropäischen Kommunismus geschieht die Verfolgung und die Erledigung derer, die nach dem Leninismus drängen, die dem westeuropäischen Kommunismus den Leninismus entgegenstellen, nach dem Grundsatz „nicht schlagen" sondern *„zerschlagen!" „Die Versöhnler haben wir geschlagen, aber die Neumanngruppe haben wir zerschlagen!"* lautete die Devise auf allen Bezirksparteitagen der KPD. [...]

Und das ist seit dem XII. EKKI-Plenum nicht besser, sondern noch trostloser geworden, so, dass die Partei auch bei den wichtigsten Ereignissen tage- und oft wochenlang vollkommen direktionslos ist. Treffende Bespiele hierfür ergaben sich beim Verkehrsarbeiterstreik in Berlin, beim Sturz der Papenregierung und der langanhaltenden Regierungskrise, beim Antritt der Schleicherregierung etc.

Nehmen wir den Strassenbahnerstreik in Berlin.[144] Zweifellos hat die allgemeine Streikagitation, besonders aber die gute Zellenarbeit unter Führung des Genossen

---

142 Der Historiker A.G. Sluckij wurde 1931 von Stalin infolge eines Artikels über die Vorkriegssozialdemokratie in der Zeitschrift *Proletars'kaja Revoljucija* als „halbtrotzkistischer und parteifeindlicher" Historiker abqualifiziert (siehe Dok. 276).

143 Der Brief Stalins zur Bekämpfung des sogenannten „Luxemburgismus" (siehe hierzu Dok. 276).

144 Es handelt sich um den Streik bei den Berliner Verkehrsbetrieben („BVG-Streik") vom 3.11.1932–7.11.1932. Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) hatte kurz vor der Reichstagswahl gemeinsam mit der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) erfolgreich zu dieser hochpolitisierten Auseinandersetzung aus Anlass einer von der BVG angekündigten Senkung der Stundenlöhne aufgerufen. Während in der Literatur einerseits die Zusammenarbeit zwischen KPD und NSDAP thematisiert wird – Ulbricht und Goebbels, letzterer als NSDAP-Gauleiter von Berlin, traten gemeinsam auf einer Massenkundgebung auf – wird andererseits der Charakter des Streiks als „Volksbewegung" hervorgehoben, der von SPD und ADGB verurteilt und staatlicherseits für illegal erklärt wurde und als letzter Streik in einem Grossbterieb den Widerstandswillen der Arbeiter dokumentierte und zum Signal für einen Generalstreik gegen Hitler hätte werden können. Siehe zur neueren Literatur: Klaus Rainer Röhl: Die letzten Tage der Republik von Weimar. Kommunisten und Nationalsozialisten im Berliner BVG-Streik, München, Universitas, 2008. Zu den unterschiedlichen Einschätzungen siehe auch: Wieszt: KPD-Politik, 557f.; Winkler: Der Weg in die Katastrophe, S. 765–773; Joachim Oltmann: Das Paradepferd der Totalitarismustheorie: Der Streik der Berliner Ver-

Kaiser, der geschickt alle Manöver der reformistischen Bürokratie durchkreuzte, entscheidend bewirkt, dass der Streik ausgelöst wurde. Sobald aber der Streik zur Tatsache geworden war, zeigte sich, dass es sich nicht nur um einen wirtschaftlichen Kampf, sondern um einen wahren Volksaufstand in Berlin handelte. Die gesamte Bevölkerung, nicht nur die Arbeiter ergriffen Partei für die Streikenden.[145] Selbst im vornehmen Westen, auf der Tauentzien und auf dem Kurfürstendamm wurden in den ersten 2 bis 3 Tagen, Wagen, die ausfahren wollten, von den dort wohnenden Kleinbürgern und in der Hauptsache von Nazipublikum bombardiert. Es war die Wut gegen die Papenregierung, die alle Volkskreise erfasst hatte, die sich nunmehr entlud. Alle Zeitungen, vom „Vorwärts" bis zur „Kreuzzeitung"[146] schrien denn auch sofort, „das ist kein wirtschaftlicher, sondern ein *politischer Streik*".

Was machte die Führung nun in dieser Lage, die für die Ausdehnung des Streikes und für die Ausgabe von politischen Losungen gegen die Papenregierung und gegen die Notverordnungen, Zeitungsverbot, Rote Fahne – Verbot etc. so günstig wie noch selten zuvor gewesen wäre? Das ZK hüllte sich überhaupt während der Dauer des Streikes (5 Tage) in Stillschweigen. Die Bezirksleitung Berlin gab die Losung heraus: „*Kein politischer,* sondern wirtschaftlicher Streik!"[147] In den Unterbezirken, Zellen und Streikversammlungen wurde erläutert: „Die Bourgeoisie und die Regierung will den Streik zu einem politischen stempeln, um ihn abwürgen zu können. (Als ob sie das nicht sowieso versuchte!) Um so schärfer müssen wir betonen, dass es sich beim Streik nur um die wirtschaftliche Forderung handelt: „Keinen Pfennig Lohnabbau" In anderen Fällen wurde wieder argumentiert: „Die Regierung Papen und die Bourgeoisie schreien politischer Streik und schieben den Kommunisten die Schuld in die

---

kehrsarbeiter im November 1932. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 27 (1982), H. 11, S. 1374–1390; Klaus Rainer Röhl: Nähe zum Gegner: Kommunisten und Nationalsozialisten im Berliner BVG-Streik von 1932, Frankfurt am Main–New York, Campus Verlag, 1994; Marinus Van der Lubbe und der Reichstagsbrand, S. 184f. (siehe auch die Bewertung durch Hans Kippenberger, Dok. 375a).

145 Einen solchen Eindruck vermittelte auch der für die Militärarbeit der KPD zuständige Instrukteur Tuure Lehén als Beobachter des Streiks nach Moskau: „In den ersten Streiktagen waren die Hauptverkehrsstrassen abends schwarz vor Menschen, besonders in den Arbeitervierteln! Das war die richtige Volksbewegung. Ueberall herrschte eine lebhafte Stimmung für die Streikenden und gegen die Streikbrecher. Ich war an vielen Stellen, aber von der Aktivität der Partei konnte ich nichts merken." (An Michael [d.i. Pjatnitzki] von Alfred [d.i. Tuure Lehén] 15.11.1932, Typoskript, deutsch, RGASPI, Moskau, 495/293/123, 53–54).

146 Die nach dem Eisernen Kreuz als Titelsymbol „Kreuzzeitung" genannte *Neue Preußische Zeitung* erschien von 1848 bis 1939. Sie war die älteste konservative und deutschnationale Zeitung Berlins, unter dem langjährigen Chefredakteur Wilhelm Freiherr von Hammerstein (Motto: „Mit Gott für König und Vaterland").

147 Hierzu berichtete Tuure Lehén nach Moskau: „Dieses Mal [hatte] die RGO tatsächlich die Führung des Streiks inne […], die Partei [trat] selbst jedoch während des Streiks, obwohl er de fakto zu einem politischen Streik wurde, nicht in Erscheinung […]. Die Regierung und die SPD sorgten dafür, den politischen Charakter des Streiks hervorzuheben, indem sie krampfhaft bemüht waren, den Verkehrsarbeitern zu beweisen, dass der Streik politisch ist und dass die Kommunisten und die Nazis mit dem Streik nur ihre politischen Geschäfte machen, ihr ‚politisches Süppchen' kochen wollen."

Schuhe, um jetzt vor den Reichstagswahlen vor der KPD gruselig zu machen und uns eine Niederlage zu bereiten. Wir müssen demgegenüber betonen, dass der Streik kein politischer ist, dass die KPD damit nichts zu tun hat und dass er nur von den Verkehrsarbeitern gegen den Lohnraub geführt wird." Das war die Einstellung der Partei von der Bezirksleitung bis zu den Zellen. Als die Belegschaften der Gaswerke bei denen ebenfalls Lohnabbau angekündigt war, sich für den Streik erklärten, dort der Lohnabbau vorläufig zurückgenommen wurde, traten die roten Betriebsräte für Weiterarbeiten ein, trotzdem grosse Stimmung für Solidaritätsstreik mit den Strassenbahnern vorhanden war.

Ebenso unvorbereitet für die Partei, wie der Streik begonnen hatte, ebenso unvorbereitet für die Streikenden wurde er abgebrochen. Er wurde abgebrochen nicht auf Beschluss und Abstimmung unter den Streikenden, sondern auf Beschluss der illegalen Streikleitung, der einfach den Streikenden bekannt gegeben wurde, was unter den Streikenden grosse Verbitterung auslöste und den Nazis die Möglichkeit gab, zu behaupten, dass die Kommunisten genau so wie die Gewerkschaftsbonzen handeln und die Arbeiter selbst nichts zu bestimmen hätten. Natürlich war das Demagogie bei den Nazis, aber sie hatten mit dieser Demagogie Erfolg, weil auch in der Partei und unter den Streikenden sich Mißstimmung über die Art der Führung und des Abbruchs des Streiks geltend machte.

Erst nachdem der Streik lange beendet war, entdeckte man bei allen Reden auf den Bezirksparteitagen (zuerst in Berlin), dass der Streik ein voller Erfolg für die Partei sei und dass sich in diesem Streik die Richtigkeit der Generallinie der Partei erwiesen habe. Selbstkritisch wurde nunmehr betont, dass die Partei und besonders die Parteipresse die *grosse politische Bedeutung* des Streiks nicht genügend erkannt habe. Die politische Bedeutung hätte vielmehr hervorgehoben werden müssen. Jetzt also argumentierte man gerade umgekehrt als während des Streiks. [...]

Eine andere Sache, die viel ernster ist. Bei der Präsidentenwahl im preussischen Landtag hatte die Führung vorgeschlagen, für den SPD-Kandidaten zu stimmen, um die Wahl eines Nazipräsidenten zu verhindern. Die Komintern war einverstanden, aber nur unter der Bedingung, dass an die SPD bestimmte Forderungen gerichtet werden, von deren Zustimmung das Eintreten für einen SPD-Kandidaten abhängig sein sollte. Bei der Wahl im Landtag verzichtete die Fraktion nicht nur auf die Aufstellung von Forderungen an die SPD, sondern sie stimmte sofort für einen gemeinsamen Kandidaten der SPD und des Zentrums – einen Zentrumsmann, wovon zuvor, als die Frage vor der Komintern gestellt wurde, nie die Rede war. Genosse Pieck hat im Landtag dieses mehr als eigenartige Vorgehen auf der Landtagstribüne etwa so begründet: um die Wahl von einem Nazipräsidenten zu verhindern, werden sich die Kommunisten auch mit dem Teufel verbinden. Im Sekretariat – damals gehörte ich noch dazu – hatten wir beschlossen, dass nach dem Beschluss der Komintern zu verfahren sei. Nach den Vorgängen im Landtag gab Th[älmann] in der Sitzung des Sekretariats die Erklärung ab, dass sich der Beschluss der Komintern nicht durchführen liess, da überhaupt kein SPD-Kandidat aufgestellt worden sei und deshalb

hätte man auch ohne Bedingungen für den Zentrumskandidaten stimmen müssen. Nach dieser Erklärung war klar, dass die Anweisung, gegen den Beschluss der Komintern zu verfahren, von ihm ausging (ohne das Sekretariat, das ja der Auffassung war, dass anders verfahren werden müsste, zu befragen). Dass wenige Tage später Th[älmann] die Landtagsfraktion rügte und ihr Vorgehen (zu dem er sie veranlasst hatte) als schwere opportunistische Abweichung öffentlich brandmarkte, war nicht verwunderlich, denn das ist bei uns so die Regel.

Des Rätsels Lösung für das sonderbare Vorgehen im Landtag ergab sich aber erst einige Monate später. Im Prozess Preussen – Reich vor dem Staatsgerichtshof[148] trat als Zeuge ein preussischer Regierungsbeamter auf, der aussagte: Eines Tages, vor der Präsidentenwahl im Landtag, sei er in das Zimmer des Regierungsrates Abegg, Chef der preussischen politischen Geheimpolizei (Chef der *Ochrana*)[149] gerufen worden, um bei einer „vertraulichen Besprechung mit den Führern der Kommunistischen Partei Torgler (Vorsitzender der Reichstagsfraktion) und Kasper (Mitglied des P.B. und Landtages) beizuwohnen." Der Zeuge gibt nun an Hand stenografischer Aufzeichnungen den Verlauf der Verhandlungen wieder. Bei diesen Verhandlungen hat der Chef der *Ochrana* an Torgler und Kasper drei Forderungen gerichtet, was die Kommunistische Partei tun müsse, damit er, Abegg, dafür eintreten könne, dass man die Partei nicht verbiete. Die drei Forderungen waren: erstens, das ZK gibt eine öffentliche Erklärung ab, dass die Partei gegen den individuellen Terror sei, zweitens, das ZK verschickt ein Rundschreiben, das sich gegen den individuellen Terror wendet, und drittens, die Kommunistische Landtagsfraktion stimmt für den gemeinsamen Kandidaten der SPD und des Zentrums. Natürlich kam es dem Chef der *Ochrana* nur auf die dritte Forderung an, wozu er Auftrag von seiner Regierung hatte, die um ihren Posten bangte. Der Schwindel, dass er, Abegg, gegen das Verbot der KPD arbeite, musste doch bei einem Manne, dessen ganze Tätigkeit darin besteht, für das Verbot der KPD Material zu sammeln, ganz offenkundig sein, war es doch gerade dieser Abegg, der für Severing[150] zum Verbot des RFB das Material und die Begründung lieferte. Die zwei ersten Forderungen waren also nur Scheinforderungen, um den naiven Unter-

148 Der Staatsgerichtshof als oberstes Verfassungsgericht des deutschen Reiches entschied im Fall „Preußen gegen Reich", d.h. dem „Papenschlag", den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen das Reich wegen drohender „Verwirrung des Staatslebens" abzuweisen. In der Hauptsache bestritt das Reichsgericht mit Carl Schmitt als Vertreter der Reichsregierung zwar die Zulässigkeit der Reichsexekution gegen Preußen, sah jedoch die Absetzung der preußischen Regierung und der Einsetzung des Reichskommissars durch Notverordnung als gegeben an.

149 *Ochrana* (russ., umgangsspr. *ochranka*, aus: *Ochrannoje otdelenie*: Sicherheitsabteilung der eigenen Kanzlei seiner kaiserlichen Majestät). Allgemeine Bezeichnung für die unterschiedlichen Geheimdienste und die geheime Polizei im zaristischen Russland. Wilhelm Abegg (1876–1951) war Staatssekretär im preußischen Innenministerium und Leiter der preußischen (nicht nur politischen) Polizei. Er war als Reformer und Republikaner bekannt und wurde direkt nach dem „Preußenschlag", gegen den er Widerstand leistete, abgesetzt.

150 Carl Wilhelm Severing (1875–1952) war sozialdemokratischer Innenminister Preußens.

händlern und höheren Stellen in der Partei vorzutäuschen, als sei man um die Legalität der KPD besorgt.

Nachdem diese Zeugenaussagen, die von keiner Seite dementiert und abgestritten wurden, durch die reaktionäre Presse bekannt waren, war das Vorgehen im preussischen Landtag und das Geschrei über den individuellen Terror, den man plötzlich wieder der „Neumangruppe" anhing, vollkommen klar. Man wollte sich damit die Erhaltung der Legalität erkaufen, die Angst vor der Illegalität trieb die Führung (nicht das Sekretariat, das ja nichts von all diesen Dingen wusste) zu den trüben Schachergeschäften mit der *Ochrana*. Man hatte aber damit auch die Komintern düpiert. Man hatte die Geheimverhandlungen mit der *Ochrana* verschwiegen und das Vorgehen im Landtag als einen selbständigen Akt der politischen Taktik hingestellt. Die Führung wusste genau, dass die bolschewistische Komintern nie für einen solchen traurigen Coup zu haben gewesen wäre und deswegen musste sie hinters Licht geführt werden.

Diese Affäre zeigt deutlich, wie in gewissen Fällen die Generallinie der Komintern „durchgeführt" wird. In diesem Falle ist die Partei nicht der Politik der Komintern, sondern der Politik der *Ochrana* und der Braun-Severing-Regierung gefolgt. Die KPD war in diesem Falle nicht ein Organ des revolutionären Klassenkampfes und der bolschewistischen Politik der Komintern, sondern ein Hilfsorgan der Kabinettspolitik der Braun-Severing-Regierung. Die KPD war in Gefolgschaft der *Ochrana*, – ein Witz in der Geschichte des revolutionären Klassenkampfes. […]

12.) *Die vierte Richtung: die bolschewistische Linke.*
Neben den drei besprochenen Richtungen gibt es in der Partei noch eine vierte Richtung (nicht Gruppe), die im Zusammengang mit der „Zerschlagung der Neumanngruppe" als geächtet gilt und als eine parteifeindliche Richtung behandelt wird. Diese Richtung besteht nicht aus einem zusammengehörigen Personenkreis, aus einer „Gruppe", wie stets, sofort, wenn diese Richtung irgendwie zu Worte kommt, behauptet wird, um einen formal-bürokratischen Vorwand zur Verfolgung und Aechtung der ideologischen Linie dieser Richtung zur Hand zu haben, sondern aus einem Kreis von Genossen, die in der Hauptsache aus jüngeren Elementen bestehen, die von einer ganz anderen Seite zur revolutionären Bewegung kamen und von einer ganz anderen Seite an die Probleme der Revolution herangehen, als die drei vorher genannten Richtungen.

In diese ideologische Richtung rechne ich die Genossen Heinz Neumann, Paul Braun, Ernst Reinhardt, Paul Langner. In dieselbe Richtung gehören aber auch eine Reihe Genossen, die mit diesen Genossen nie in Verbindung standen, ja, die meist garnicht einander kannten. Dazu rechne ich (zunächst, die direkt in der Partei tätig sind) die Genossen Fred Oelsner, Rüg [d.i. Fritz Rück?],[151] beide im Prop[aganda]

151 Möglicherweise Fritz Rück (1895–1959), ab 1927 in der Agitpropabteilung des ZK der KPD – er trat allerdings bereits 1930 aus der Partei aus und ging zur SAP (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 756).

apparat des ZK, drei oder vier Redakteure in Provinzzeitungen, und 4 oder 5 Bezirkssekretäre, dann solche Genossen, die sich nicht in Parteistellung befinden, wie Kurt Sauerland, [Karl August] Wittfogel, und noch ein Reihe junger Intellektueller, die in der Partei kaum bekannt sind. Endlich gehört in diese Richtung eine Reihe von Parteifunktionären, die meist durch die Leninschule[152] gegangen sind, die teilweise noch in Funktion und teilweise entlassen und arbeitslos sind und alle entlassenen Funktionäre des Kommunistischen Jugendverbandes. Es handelt sich um eine sehr breite und starke Richtung, die mit der Schulungsarbeit der Komintern (Leninschule, Rote Professur[153]) im ständigen Anwachsen begriffen ist.

Das charakteristische dieser Richtung, im Gegensatz zu den drei anderen Richtungen ist, dass sie von einer ganz anderen Seite an die revolutionäre Bewegung herangekommen ist. Mit wenigen Ausnahmen war diese Richtung nie in die Ideologien der alten Linken in der II. Internationale verstrickt, sie kamen unverbraucht und unbelastet von den alten Ideologien und Traditionen der Linken der II. Internationale in die Bewegung und sahen nun die revolutionären Probleme mit ganz anderen Augen, mit anderem Bewusstsein, mit anderen Anschauungen, wie die drei erst genannten Richtungen. [...]

13.) *Der Rechtskurs und der Vernichtungsfeldzug gegen die bolschewistische Linke*
Auf dem XII. EKKI-Plenum wurden die Dinge in der deutschen Partei in ihrem Zusammenhang richtig gesehen und in den Reden der Genossen Kuusinen, Manuilski, Piatnitzki und Knorin richtig beleuchtet. Inzwischen sind aber die dort erörterten Uebel nicht weniger geworden, sondern haben sich bei Weitem verschlimmert. [...]

Dieser Vernichtungs- und Rachefeldzug gegen alle linken bolschewistischen Elemente in der Partei ist ein ganz natürlicher Vorgang. Die jetzige Leitung fühlt ihre Schwäche und Ohnmacht dass sie die Dinge, die in der immer grösseren Verschärfung der Klassengegensätze an sie herantreten, nicht meistern kann. Sie fühlt, dass all ihr Tun und Lassen, Sysiphusarbeit, Stückwerk ist, mit dem sie auch keinen Schritt vorwärts kommt, sondern trotz des raschen Ansteigens der revolutionären Welle, immer auf einen Fleck tritt. In diesem kritischen Zustande fühlt sich die führende Richtung schon bei jedem kritischen Worte in ihrer Existenz bedroht. Deswegen Unterschla-

152 Die Internationale Leninschule in Moskau.
153 Das Institut der Roten Professur (russ. *Institut Krasnoj Professury*, IKP) wurde als sowjetische Hochschuleinrichtung zur Ausbildung von Lehrpersonal für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer am 11.2.1921 auf Beschluss des Rates der Volkskommissare gegründet. Unter seinem ersten Rektor, dem Historiker Michail N. Pokrovskij, arbeiteten in der ökonomischen, der historischen und der philosophischen Abteilung zahlreiche spätere Parteiführer. Das Institut galt 1928 als Braintrust der Anhänger Bucharins. Nach mehreren personellen Umstellungen wurde es 1938 im Zuge der Stalinschen Säuberungen aufgelöst. Siehe: Lutz-Dieter Behrend: Die Institute der Roten Professur. Kaderschmieden der sowjetischen Parteiintelligenz (1921–1938). In: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 45 (1997), Nr. 4, S. 597–621; id.: Der Nachlass der Roten Kaderschmiede. Die Lebensläufe der Absolventen des Instituts der Roten Professur. In: Dietrich Beyrau (Hrg.): Im Dschungel der Macht. Intellektuelle Professionen unter Stalin und Hitler, Göttingen, Vandenhoek & Ruprecht, 2000, S. 121–145.

gung der Kritik der Komintern auf dem XII. Plenum, deswegen Byzantinismus, der Unersetzlichkeit und Unfehlbarkeit vortäuschen soll, deswegen verzweifelter Vernichtungsfeldzug gegen das Sauerlandbuch, das einige unangenehme Punkte in der Ideologie der KPD (ungewollt) berührte. […]

ständig müssen die Bezirke, Zellen, Funktionäre und Mitglieder in Atem gehalten werden, zur „Wachsamkeit" gegen links, damit jede kritische Stimme in der Partei sofort abgestempelt und infamiert ist, als „Fortsetzung der Fraktionsarbeit der Neumanngruppe". Nur so und mit diesen Methoden glaubt man in der Partei jede Mißstimmung unterdrücken zu können.

Ists auch Wahnsinn, so hat es doch Methode. Neumann ist seit März 1932 nicht mehr in der KPD.[154] Aber an allem, was passiert ist, ist Neumann schuld. Am Versagen der Partei am 20. Juli war Neumann Schuld,[155] am Stagnieren oder sogar teilweisem Rückgang der RGO ist Neumann schuld, an den unbefriedigten Resultaten bei Ortsverwaltungs- und Betriebsrätewahlen ist Neumann schuld, an der falschen Einschätzung des Schleicherkabinetts als eine „scheinsoziale" Regierung, was die ganze Analyse des XII. Plenums liquidiert,[156] ist Neumann schuld usw. Ihr glaubt, ich übertreibe? Bitte schön, nehmt die Begründung zum Antrag, Neumann aus dem ZK auszuschliessen. […]

Seit der Reichskonferenz (16. Oktober) fanden zwei Polbürositzungen statt, eine am 17. November und eine am 16. Dezember. In der ersten beschäftigte man sich lediglich mit dem „Fall Neumann" in der zweiten nur mit dem „Fall Remmele". Und so beschäftigt sich der gesamte Parteiapparat bis zur letzten Zelle in allen Winkeln Deutschlands immer nur mit den entsprechenden „Fällen", die oben in der Leitung auf die Tagesordnung gestellt und dann am nächsten Tage durch Instrukteure und Rundschreiben ins Reich getragen werden und dann dort als „Massensturm der Mitglieder" wieder in Resolutionen und Anträgen wieder an das ZK zu gelangen, das noch nichts anderes kann, als von der Komintern zu fordern, dass dem „einmütigen Willen der Mitglieder Rechnung getragen werden müsse". Da man gegen die Schleicherdiktatur und Kapitalsoffensive keinen Sturm entfachen kann, so glaubt man wenigstens in der Partei einen Sturm gegen Neumann und dann wieder gegen Remmele entfachen zu müssen. […]

Ist zu erwarten, dass das sich alles ändern wird, wenn Neumann mal erst lange genug fort ist, Remmele und vielleicht auch Münzenberg, und etwa auch noch Dahlem, Schulte und noch einige aus dem ZK entfernt sind usf., dass dann wieder Ruhe eintritt, und die Partei dann wieder besser nach aussen kämpfen kann? Ich

154 Vermutlich meinte Remmele damit, dass Neumann nach Moskau abgeschoben wurde.

155 20.7.1932: Der „Papenschlag" die Absetzung der geschäftsführenden preußischen Regierung (Dok. 293 u.a.).

156 Für die KPD galt die Schleicher-Regierung offiziell als „eine neue verschärfte Stufe des faschistischen Regimes", die Sozialdemokratie habe ihr als kleineres Übel den Weg bereitet (siehe: Winkler: Weimar 1918–1933, S. 558).

halte eine solche Auffassung für eine schöne Illusion. Umgekehrt ist es, weil nach aussen die Stosskraft fehlt, braucht man den innerparteilichen Wirbel, der über die Misserfolge nach Aussen ablenken und täuschen soll. Diese Methode gehört zum System und wird solange existieren, solange das System existiert. [...]

Ob mit oder ohne Neumann, ob mit oder ohne Remmele, ob mit oder ohne Münzenberg in der Parteileitung, im ZK oder in Afrika, oder sonst wo, wo der Pfeffer wächst, das spielt gar keine Rolle – das ist so und wird so bleiben, solange der westeuropäische Kommunismus mit seinen Theorien, seiner Praxis, seinen Methoden sein und bleiben wird. Und je konfliktschwangerer die Lage einer Partei, die auf eine revolutionäre Strategie und Taktik verzichtet werden muss, solange und umso stärker muss im innerparteilichen Kurs die geschilderte Methode gesteigert werden. Eines ist vom anderen nicht zu trennen. [...]

Ich betone nochmals, ich habe nicht die Absicht, diese Fragen ohne den Willen und die Zustimmung der Komintern und der Leitung der KPdSU zur Diskussion zustellen. Aus diesem Grund ist das Schreiben nur an den Obmann der Delegation der KPdSU bei der Komintern und an den Führer der KPdSU gerichtet.[157]

Mit komm. Gruss!
R[emmele]

157 Die maßgeblichen Komintern-Funktionäre Knorin, Pjatnitzki, Lozovskij, Manuilski und Kuusinen schätzten das Memorandum Remmeles (am 15.3.1933) als „Kapitulantentum von links" ein (siehe: RGASPI, Moskau, 508/1/129, 5).

1933

Dok. 303

Flugblatt der „Versöhnlerfraktion" über die KPD und den Machtantritt des Nationalsozialismus in Deutschland[1]

[Berlin-Weißensee], o.D. [22.1.1933][2]

Maschinenschriftliche Kopie, deutsch; SAPMO, Historisches Archiv der KPD, Versöhnlermaterial, SAPMO-BArch, I 2/3, 14759-14768. Publ. in: Bernhard H. Bayerlein: Der Machtantritt des Nationalsozialismus in Deutschland und die Politik der Parteiführung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Die Einschätzung der ehemaligen „Versöhnlerfraktion" in der KPD. Ein „dokumentarischer Beitrag" zur Newsletter-Debatte über das Jahr 1932. In: *The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism* II (1994/95), Nr. 5/6, S. 75–81.

Genossen, die Gruppe von Parteimitgliedern, die sich mit diesem Schreiben an Euch wendet, gehört unserer Partei zum Teil seit ihrem Bestehen, zum anderen Teil seit mindestens 10 Jahren an. Sie stand in Opposition in den Jahren 1924 und 1925, unterstützte auf das Intensivste die richtige leninistische Politik während der Jahre 1926 und 1927 und musste infolge der verhängnisvollen Wendung der Parteipolitik im Jahre 1928, die durch die Märzniederlage 1933 besiegelt wurde, wiederum in die Opposition zurückkehren.[3]

Wir waren während der verflossenen fünf Jahre mit der Politik unserer Partei niemals einverstanden, aber wir haben stets versucht, unsere abweichenden Auffassungen im Rahmen der Organisation unter strengster Beachtung der Parteidisziplin zu vertreten. Wir haben in der Zeit zwischen dem Sechsten Weltkongreß[4] und dem Weddinger Parteitag[5] laut und vernehmlich vor der falschen Gewerkschaftspolitik gewarnt die uns in den folgenden Jahren unfähig machte, die sozialdemokratischen Arbeiter zu gewinnen. Wir haben alles denkbare getan, um die Parteileitung von jenem katastrophalen innerparteilichen Kurs abzuhalten, die die Organisation in Wirklichkeit aktionsunfähig machte. Wir haben in den Jahren 1930 und 1931, als die wirtschaftliche und politische Krise sich zusehends dem Höhepunkt näherte, versucht, innerhalb der Partei die richtigen Wege zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse durch den Kom-

---

1 Hergestellt August 1933 in Berlin-Weißensee, Karl Legien-Siedlung. Auflage 800, davon 200 nach Hannover.

2 Das undatierte Flugblatt wurde von den Bearbeitern in die Zeit der bevorstehenden Machtübernahme Hitlers eingeordnet.

3 Gemeint sind die sog. „Versöhnler" in der KPD (-siehe hierzu den Text von Bayerlein in Band 1 sowie Dok. 205 u.a.).

4 Zum VI. Weltkongress der Komintern 1928 siehe Dok. 189.

5 Der XII. Parteitag („Weddinger Parteitag" nach dem Tagungsort in Berlin-Wedding) der KPD (8.–15.6.1929) bildete den vorläufigen Höhepunkt der ultralinken Entwicklung der Partei.

munismus durchzusetzen, weil uns schon damals klar war, daß die Konterrevolution im Verlaufe der Krise siegen muß, wenn die KPD sich unfähig erweisen sollte, diese Aufgabe zu lösen. Wir haben uns offen und scharf gegen die Volksentscheidspolitik und die nationalistischen Entgleisungen gewandt, (deren Hauptvertreter Neumann, Remmele, Münzenberg waren), und die in Wirklichkeit den Kampf gegen den Faschismus beeinträchtigten.[6] Wir haben während des ganzen Jahres 1932 unaufhörlich vor der Unterschätzung des Faschismus gewarnt, im Januar auf alle erdenkliche Weise die Führenden der Partei und diese selbst auf den drohenden faschistischen Umsturz aufmerksam gemacht und die notwendigen Maßnahmen zur Mobilisierung der Arbeiterklasse vorgeschlagen.

Wir hatten keinen Erfolg, die Parteileitung änderte ihre Politik nicht, die Niederlage war die Folge. Wir haben gehofft, daß die Parteileitung zumindest aus der Niederlage die Konsequenzen und Lehren ziehen werde – auch diese Hoffnung war vergeblich. Die Politik, die solche furchtbaren Ergebnisse hatte, wird fortgesetzt [...]

Die Wahrheit sagen – um jeden Preis!
[...] Die erste und entscheidende Aufgabe ist, unter allen Umständen, um jeden Preis unserer Partei und der deutschen Arbeiterklasse die Wahrheit, die unbedingte, nackte Wahrheit zu sagen [...]

Hätte man kämpfen sollen?
Zwei Tatsachen bestreitet niemand, der bei gesundem Menschenverstand ist, daß der Faschismus an der Macht ist, und daß er ohne Widerstand gesiegt hat. Kann es angesichts der furchtbaren Folgen, die der Sieg des Faschismus für die deutsche und internationale Arbeiterbewegung hat, einen denkenden Kommunisten, einen der Sache seiner Klasse ergebenen revolutionären Arbeiter geben, welcher der Antwort auf die Frage ausweicht: *Hätte man in den Monaten Januar und Februar kämpfen sollen?* Hätte man der drohenden Machtübernahme durch den Faschismus jeden denkbaren Widerstand entgegensetzen sollen? [...]

Der größere Teil der Parteileitung beantwortet diese Frage klar und unzweideutig: „Es war richtig, dem Kampf auszuweichen." Ein anderer Teil – die Gruppen der Genossen Neumann und Remmele (die gegenwärtig aus der Parteiarbeit ausgeschaltet sind) antwortet ebenso eindeutig: „Man hätte um jeden Preis, unter allen Umständen kämpfen müssen."[7]

Wir glauben, daß beide Auffassungen nicht nur mit der Strategie und Taktik des revolutionären Marxismus unvereinbar sind, sondern auch auf die tatsächliche Situa-

6 Die hier publizierten Dokumente relativieren die Vorstellung Neumanns, Remmeles und Münzenbergs als Hauptbetreiber des roten Volksentscheids gemeinsam mit den Nationalsozialisten sowie ihrer rhetorischen Annäherung an den Nationalismus (vgl. hierzu Dok. 252 und folgende).
7 Siehe zu den beiden Auffassungen die hier publizierten Dokumente Thälmanns und Remmeles (Dok. 266 und folgende).

tion des Klassenkampfs in den Monaten Januar und Februar so passen, wie die Faust aufs Auge. [...]

Die neuerliche Zuspitzung der Krise hatte die Bourgeoisie völlig kopflos gemacht. Sie schwankte zwischen der Militärdiktatur Schleichers und einem faschistischen Regime Hitler-Hugenberg, ohne sich während des ganzen Monats Januar für die eine oder die andere Lösung entscheiden zu können. In dieser Situation stießen die Nazis vor. Sie rufen zu der Demonstration am Bülowplatz vor dem Karl-Liebknecht-Haus auf.[8] Diese ungeheuerliche Provokation der Arbeiterschaft mußte unweigerlich die Krise auf den Höhepunkt treiben, die Entscheidung gewaltsam beschleunigen. Schleicher versuchte abermals auszuweichen, indem er die faschistischen Provokateure vor den Arbeitern schützte, und den Arbeitern gestattete „legal" zu antworten. Aber die Berliner Arbeiter, die besser als ihre Führer begriffen hatten, dass die Entscheidungsstunde des Kampfes gegen den Faschismus gekommen war, antworteten auf ihre Weise: Am 22. Januar demonstrierten sie bei 15 Grad Kälte im stundenlangen Vorbeimarsch am Karl-Liebknecht-Haus in einer Art und Weise, daß jeder, der nicht blind und taub war, verstehen mußte: Die Berliner Arbeiter haben sich erhoben, sie sind bereit, ihr Leben einzusetzen, um den Sieg des Faschismus zu verhindern. Die Stunde für den Generalstreik ist gekommen.[9]

---

8 Das Karl-Liebknecht-Haus am Berliner Rosa-Luxemburg-Platz war seit 1926 die Parteizentrale der KPD. Es wurde 1912 als Fabrik- und Geschäftshaus erbaut („Etagenfabrik"). Mit der offensichtlichen Absicht zu provozieren marschierte am 22.1.1933 die NSDAP zusammen mit der SA mit 16.000 Teilnehmern vor der Berliner KPD-Zentrale auf, von der Polizei gesichert, die das Karl-Liebknecht-Haus (erfolglos) nach Waffen durchsuchte. Mit dem Aufmarsch der SA auf dem Bülowplatz sei, so das Politbüromitglied der KPD, Hermann Remmele in seiner scharfen Kritik an der Politik der Mehrheit der KPD-Führung vom 14.4.1933, „die Machtfrage entschieden" worden. „Die Machtübernahme Hitlers geschah nicht erst am 30. Januar, sondern am 22. Januar." (Dok. 321; siehe auch: Ronald Friedmann: Die Zentrale. Geschichte des Berliner Karl-Liebknecht-Hauses, Berlin, Karl Dietz, 2011, S. 79 u.a.).

9 Den Autoren ist hier ein Fehler unterlaufen: Die Demonstration der 130.000 auf dem Bülowplatz fand am Mittwoch, den 25.1.1933 statt. Während Thälmann als Reaktion einerseits ein Zeichen des „Umschwungs der Klassenkräfte zugunsten der proletarischen Revolution" sah und *Die Rote Fahne* den *Vorwärts* als „Provokateur" darstellte (auf S. 1 der *Roten Fahne* vom 26.1.1933 hieß es: „Provokateur ‚Vorwärts'. Er sudelt im Bunde mit Goebbels über eine ‚Niederlage des Proletariats'!!"), schrieb der langjährige Chefredakteur des Zentralorgans der SPD, Friedrich Stampfer, als Zeitzeuge: „Mein Beruf als Journalist hat mich gestern abend auf den Bülowplatz geführt. Ich gestehe, daß ich das dort Gesehene als ein Erlebnis empfunden habe. Auch das schärfste Urteil über die Politik der kommunistischen Führung kann nichts ändern an der Hochachtung, die diese Massen verdienen. Durch klirrenden Frost und schneidenden Wind zogen sie in abgeschabten Mänteln, in dünnen Jacken, in zerrissenen Schuhen stundenlang. Zehntausende blasser Gesichter, aus denen die Not sprach, aus denen aber auch der Opfermut sprach für die Sache, die sie für die richtige halten. Aus ihren rauhen Stimmen klang der Haß, der tausendmalberechtigte Haß gegen eine Gesellschaftsordnung, die sie zu Not und Elend verdammt, der Protest, tausend mal berechtigte Protest gegen den grotesken Wahnsinn, die schreiende Ungerechtigkeit unserer sozialen Zustände. Der wäre kein Sozialist, der diesen Haß, diesen Protest nicht mitempfände!" Stampfer appelierte an die KPD-Arbeiter, sich von ihrer Führung loszureißen: „Aufs schärfste müssen wir Sozialdemokraten darum uns zu der Auffassung bekennen, daß das ganze arbeitende Volk vom bestbezahlten Arbeiter bis zum letzten Elendsproletarier

Zu den Blinden und Tauben gehörte leider unsere Parteiführung. Sie gab am Morgen des 23. Januar nicht die Losung zum Kampf, sondern sie schwelgte in poetischen Ergüssen über die „herrliche Demonstration". Sie verließ sich darauf, daß die Bourgeoisie, erschreckt durch die Demonstration und die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse, aus Furcht vor dem Bürgerkrieg den Einsatz des Faschismus nicht wagen würde. Sie verkannte vollkommen die wirkliche Lage. Noch am 31. Januar, am Tage der Bildung der Regierung Hitler – Hugenberg, erschien die *Rote Fahne* mit der Schlagzeile: „Einheitsfront von Hitler bis Wels."[10] Sie war fest überzeugt davon, daß Schleicher die Situation meistern werde. Aber die Bourgeoisie zog andere Konsequenzen, als unsere Parteiführung sie erwartete. Die Demonstration des 22. Januar, der kein Kampf gefolgt war, gab jenen Kräften in ihr die Oberhand, welche den staatlichen Einsatz der Faschisten gegen die Arbeiterklasse forderten. Das Echo, das der Kampfruf der Berliner Arbeiter im ganzen Reich gefunden hatte, der Konflikt zwischen Schleicher und dem ostelbischen Grundbesitz gab den Ausschlag. Die Faschisten, denen der Schrecken des 22. Januar, die Furcht vor dem Proletariat, noch in allen Knochen steckte, wurden förmlich in die Regierung hineingepeitscht. Die Entscheidung war in Wirklichkeit am 22. Januar gefallen.

Aber vielleicht hätte die Entwicklung bis zum 31. Januar noch geändert werden können. Die Berliner Arbeiter waren, da ihre Kampfbereitschaft nicht ausgenutzt wurde, zwar enttäuscht, aber sie waren, umsomehr als die Bewegung im Reiche noch im Anwachsen war, noch immer kampfbereit. Aber es fehlte jede Initiative zum Einsatz der proletarischen Einheitsfront, die in diesen Tagen wirklich vorhanden war.

---

klassenmäßig zusammengehört." (*Vorwärts*, 26.1.1933, Abendausgabe); in der *Roten Fahne* wurde die Demonstration unter dem Topos: „Das ist die Kommune" beschrieben, siehe: „Gewaltige Heerschau gegen den Faschismus! Das Banner der KPD., das Zeichen des roten Berlins". In: *Die Rote Fahne*, 26.1.1933; vgl. Horst Helas: Nazi-Provokation und Massen-Aufmarsch. Das Karl-Liebknecht-Haus im Januar 1933. In: *Disput* (2003), 1, http://archiv2007.sozialisten.de/politik/publikationen/disput/view_html?zid=2727&bs=1&n=16.

10 „Diese Unschärfe des politischen Urteils resultierte letztlich aus der kommunistischen Interpretation der autoritären Regierungsbildungen seit 1930 als Prozeß fortschreitender ‚Faschisierung', an dem eine ‚Einheitsfront von Wels bis Hitler' und somit das ganze Spektrum nichtkommunistischer Parteien von der SPD bis zur NSDAP beteiligt sei (Peukert: Die KPD im Widerstand, S. 30). In der Tagesausgabe der *Roten Fahne* vom 31.1.1933 lautete die Hauptschlagzeile: „Auf zum Kampf! Hitler, Papen, Hugenberg von Hindenburg ernannt! Kriegserklärung an das Volk und seine KPD. – Wehrt Dolchstoß der SPD.-Führer ab! Betriebe, Stempelstellen, Arbeiterviertel: vorwärts, marschiert!" (*Die Rote Fahne* 31.1.1933). In der Extra-Ausgabe vom gleichen Tag hieß es unter der großflächigen Überschrift: „Judas Ischariots! Schändlicher Hochverrat der SPD.-Führer am Proletariat! Kapitulationslosung wie am 20. Juli. SPD-Arbeiter, mit uns gegen den Faschismus und seine Helfershelfer, die Wels und Konsorten!" (*Die Rote Fahne*, Extra-Ausgabe, 31.1.1933). Am 28.1.1933 hatte *Die Rote Fahne* getitelt: „Schutzwall von Hitler bis Wels für Schleicher-Bracht-Diktatur! KPD. allein für Sturz des Diktaturkabinetts – Heraus beim Reichstagszusammentritt zur antifaschistischen Klassendemonstration."

Die Parteileitung gab nicht einmal die selbstverständliche Losung zur Beteiligung an der sozialdemokratischen Lustgarten-Demonstration am 31. Januar aus.[11] (Weil man die Bildung der Regierung Hitler-Hugenberg für ausgeschlossen hielt).[12] Die endgültige Entscheidung war gefallen.

Im Monat Februar war die *spontane* Kraft der Abeiterklasse gegenüber dem Faschismus gebrochen [...]

Die Parteileitung sagt, man konnte nicht kämpfen, weil die Voraussetzungen für den bewaffneten Aufstand, also für die Eroberung der Macht durch das Proletariat nicht gegeben waren. [...] und sicherlich: Unsere Parteileitung hat Recht, wenn sie

11 Ein erneuter Datumsfehler der Verfasser, die zudem in der Rückschau offensichtlich zwei Kundgebungen verwechselt haben: Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler erfolgte bereits am 30.1.1933. Am 29.1.1933 demonstrierten eine Million Sozialdemokraten und ihre Anhänger auf einer grossen Kundgebung im Berliner Tiergarten. Erst am 7.2.1933 fand dann im Lustgarten die Demonstration bzw. Kundgebung der Eisernen Front statt, an der ca. 200.000 Menschen teilnahmen. In einem Beschluss hatte es die Politkommission des EKKI am 27.1.1933 nach einem Antrag Lozovskijs ausdrücklich abgelehnt, „der KPD Anweisung zu geben, sich an der soz[ial]dem[okratischen] Demonstration am 29.1. zu beteiligen." (RGASPI, Moskau, 495/4/228, 3).

12 Die Ablehnung der Beteiligung durch die KPD-Führung bezog sich vermutlich nicht auf die Kundgebung der Eisernen Front vom 7.2.1933, sondern auf die Kundgebung der SPD vom 29.1.1933. An die Lustgartendemonstration erinnerte sich der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner in der folgenden eindrucksvollen Weise: „Am Abend wohnte ich im Lustgarten der gewaltigsten Kundgebung bei, die Berlin bis dahin erlebt hatte. Selbst die Versammlungen der Novembertage von *1918* reichten nicht an diesen letzten Aufmarsch der Eisernen Front heran. [...] Der Parteivorsitzende Otto Wels hielt eine seiner weithin hallenden Ansprachen, aber sie zündete nicht, die Menge blieb dumpf und stumm. Dann ereignete sich vorne bei der Versammlungsleitung ein Zwischenfall. Der Vorsitzende der kommunistischen Reichstagsfraktion, Ernst Torgler verlangte das Wort. Einige Dutzend seiner Anhänger riefen laut seinen Namen. Aber eine kommunistische Rede war im Programm nicht vorgesehen, man lehnte ab. Der Versammlungsleiter teilte das der Menge mit der seltsamen Begründung mit, daß sonst ein weiterer sozialdemokratischer Redner die Ausführungen Torglers erst wieder berichtigen müßte. Die ungeheure Volksmenge im Lustgarten nahm die Mitteilung über Torglers verhinderte Rede teilnahmslos auf. Sie gab überhaupt an diesem Abend kein Zeichen von Kampfesfreude oder Siegeszuversicht, sondern blieb ernst und stumm. Noch lange verharrte sie schweigend, als wartete sie auf etwas. Fakkeln und Feuer erloschen. Dann auf einmal lief alles ohne Lärm auseinander." (Wilhelm Hoegner: Flucht vor Hitler. Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik 1933, Frankfurt am Main, 1979, S. 50ff.). Fritz [Heckert?] schrieb dazu aus Moskau: „(...) 1. Man hätte im Lustgarten statt Tor[gler] nur zu beauftragen, von der SPD-Tribüne aus zu sprechen, mit unseren Gruppen 200 Redner senden sollen, die sofort nach der Rede von Wels begonnen hätten, zu den Anwesenden zu sprechen und die Erklärung unserer Partei vorzulesen. (...) 2. Man hätte den Funktionären der RGO. konkret formulierte Vorschläge geben sollen, welche wir als die Grundlage der Schaffung einer Einheitsfront zur Durchführung des Angriffs machen. Dadurch wäre vermieden worden, dass unsere Gen[ossen] in dieser Frage unsicher waren und teils in sektiererische Abgeschlossenheit, in opportunistische Passivität oder in eine Politik des Zugeständnisses in der Linie der sozialdemokratischen Politik verfallen wären. (...) (Ich glaube, dass die anderen Kameraden hier derselben Ansicht sind.). Nachträglich ist man natürlich immer klüger. Aber in künftigen Fällen wird es doch gut sein, dass unsere Gen[ossen] nach unten klarer und konkreter instruiert werden." (Fritz [Heckert?] an „Liebe Freunde", [Moskau], 11.2.1933, RGASPI, Moskau, 495/292/63, 22).

sagt, daß im Januar der bewaffnete Aufstand, die Machteroberung unmöglich war – aber sie beantwortet – nachträglich – damit die Frage, die ihr niemand gestellt hat, weder die Arbeiterklasse, noch die Geschichte – höchstens ihre eigenen Illusionen.[13]

Diese Frage war bereits im Monat November (und wenn man will, schon am 20. Juli)[14] entschieden worden: Nämlich dadurch, daß es unserer Partei in den entscheidenden Monaten vor dem Höhepunkt der Krise nicht gelungen war, die Mehrheit der entscheidenden Schichten des Proletariats zu erobern, um wirklich den Machtkampf aufnehmen zu können (nicht nur an der Wahlurne für den Kommunismus zu demonstrieren) und das vornehmlich deshalb, weil (?) das Kleinbürgertum in seiner gewaltigen Mehrheit zur Konterrevolution überging. Diese grundlegenden Kräfteverhältnisse bestanden auch im Januar aber sie waren durch die Krise der faschistischen Partei zugunsten der Arbeiterklasse modifiziert: *Die Arbeiterklasse war nicht im Stande, die Macht zu erobern, aber sie war absolut fähig, die extremste Form des Sieges der Konterrevolution, die faschistische Diktatur zu verhindern.* [...] Unsere Antwort auf die Frage, ob man hätte kämpfen sollen, lautet: *Ende Januar mußte unsere Partei den Kampf aufnehmen.*

Der Verrat der SPD – die führende Rolle der KPD oder „Sind die sozialdemokratischen Arbeiter schuld?“

Wir haben die Fragen der Märzniederlage bisher ausschließlich vom Standpunkt der Strategie unserer eigenen Partei gestellt. Das muß für Kommunisten der leitende Gesichtspunkt sein. Aber um die Frage vollkommen und auch nach taktischen Gesichtspunkten zu klären, muß man die Rolle aller während der Krise innerhalb des Proletariats wirkenden entscheidenden Kräfte und ihrer Beziehungen untereinander analysieren, also die Rolle der SPD und der sozialdemokratischen Arbeiter.

Wir sind mit der Partei völlig einverstanden, wenn sie in ihren Dokumenten den permanenten Verrat der SPD an allen proletarischen Interessen vom 4. August 1914 bis zu den Schurkenstreichen Leiparts, Wels, Löbes und Grassmanns schildert. [...]

Aber das ZK geht noch weiter, es führt die Liquidation der Leninschen Theorie über die revolutionäre Partei noch weiter. Es erklärt, daß nicht nur der Verrat der SPD uns kampfunfähig gemacht habe, sondern, daß auch die SPD-Arbeiter Schuld daran gewesen seien, weil sie nicht hätten kämpfen wollen. Man könnte darauf antworten: Woher wißt Ihr denn das? Ihr habt es doch selbst nicht für richtig gehalten, zu kämpfen „da die Voraussetzungen für den bewaffneten Aufstand nicht gegeben waren.“ Ihr konntet doch den Pudding gar nicht erproben, da Ihr ihn nicht essen wolltet.

---

13 Tatsächlich stellten die Nationalsozialisten diese Frage, um der KPD und Thälmann persönlich Umsturz und Hochverrat nachweisen zu können (siehe Dok. 309).

14 Am 20.7.1932 erfolgte nach einer entsprechenden Notverordnung im „Papenschlag“ die Absetzung der geschäftsführenden preußischen Regierung unter Otto Braun (SPD). Die SPD verlor ihre stärkste Bastion, verzichtete jedoch auf den Aufruf zum Generalstreik (hierzu Dok. 293 und folgende).

Wollten die SPD-Arbeiter wirklich nicht kämpfen, haben sie wirklich unsere Einheitsfrontangebote abgelehnt, wie das ZK es behauptet? Diese Behauptung hat nichts mit der Wirklichkeit gemein. Jeder Berliner, jeder deutsche Arbeiter weiß, daß gerade im Monat Januar zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern ein brüderliches Verhältnis bestand, daß große Teile der sozialdemokratischen Arbeiter mit ihren Führern gebrochen hatten, daß sie bereit waren, sich der kommunistischen Führung zu unterstellen. Und warum taten sie das nicht? Weil das nur unter der Voraussetzung möglich war, daß die Leitung der KPD durch eine richtige Einheitsfronttaktik den Verrat der SPD völlig paralysiert, die schon auf der Seite der KPD stehenden SPD-Arbeiter völlig an sich herangezogen, die noch schwankenden SPD-Arbeiter zu ehrlichen Bundesgenossen gemacht hätte.

Rückzug oder Niederlage?
Die Konterrevolution hat in Deutschland gesiegt, die Arbeiterklasse ist geschlagen. Sie ist geschlagen, weil es der Bourgeoisie am Höhepunkt der Krise gelang, den größten Teil der werktätigen Schichten des Kleinbürgertums zu sich herüberzuziehen, weil die Arbeiterklasse den entscheidenden Augenblick zum Kampf verpaßt hat. Wir hätten nur dann ein Recht zu erklären, daß keine Niederlage, sondern ein Rückzug stattgefunden habe, wenn auch im März die entscheidenden Kräfteverhältnisse zwischen Bourgeoisie und Proletariat sich *nicht* entsprechend geändert hätten, wenn die Entscheidung zwischen Revolution und Konterrevolution noch nicht gefallen wäre. In einem solchen Fall sprechen die Marxisten von einem „Rückzug“

Wie war das möglich?
Es liegt auf der Hand, daß die Beantwortung der Frage, wie es möglich war, daß der Faschismus so leicht und mühelos siegen konnte, unvollständig bleibt, wenn man sie ausschließlich aus den Ereignissen der Wintermonate des Jahres 1932/1933 erklären will. [...]

Die entscheidenden Fehler wurden damals in innerparteilicher Beziehung gemacht [...] Der demokratische Zentralismus, jenes von Lenin begründete System, durch das unsere russische Bruderpartei zum Siege gelangt ist, wurde in Deutschland liquidiert. An seine Stelle trat der bürokratische Zentralismus, der die ganze politische Entscheidung ausschließlich in die obersten Spitzen verlegte und die Parteiorganisation auf das Niveau einer Arbeits- und Abstimmungmaschine herabdrückte. Die leitenden Körperschaften der Partei wurden im Laufe der jahrelangen Entwicklung von dem Willen der Parteimassen immer „unabhängiger“, aber sie wurden dadurch auch, ohne es selbst zu merken, immer unabhängiger von den wirklichen Stimmungen der breiten Massen des Proletariats. In dem Ausmaße, wie die Partei größer und größer wurde, zeigte sich immer klarer, daß die Ausschaltung der alten und erfahrenen Kaders die verhängnisvollsten Fehler zur Folge haben *mußte.* Jene Tausende von Arbeitern, die in den letzten Jahren in unsere Partei eingetreten waren, brachten zwar außerordentlich viel Begeisterung und Opferbereitschaft mit sich, gaben unserer Organisation jenen äußerlich revolutionären Schwung, der sie in den vergangenen

Jahren auszeichnete, waren aber natürlich nicht fähig, die jahrzehntelangen Erfahrungen im revolutionären Kampf zu ersetzen, die der Gesamtorganisation durch die Ausschaltung der alten Kaders verloren gegangen war [...]

In den Jahren 1929–1930–1931 liquidierte die Partei vollkommen die revolutionäre Taktik der Eroberung der freigewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisierten Arbeiter durch die Fraktionsarbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften, ohne die auch eine wirkliche Einheitsfronttaktik unmöglich war und ist. An ihre Stelle trat die RGO-Politik einer „selbständigen roten Gewerkschaftsbewegung" und Roter Verbände. [...]

Die gegenwärtige Lage

[...] Die faschistische Diktatur hat der Bourgeoisie eine ungeheure Macht gegenüber allen werktätigen Schichten gegeben – aber die *ausweglose* ökonomische Krise gestattet *keine Stabilisierung* ihres Regimes. Die Perspektive des deutschen Faschismus ist der *unaufhörliche* Terror gegen die Unzufriedenen, die immer zahlreicher werden müssen – der Verlust des größten Teils seiner Massenbasis – die Umwandlung der NSDAP aus einer Partei, die 17 Millionen mobilisieren konnte, zu einer Partei von Staatsbeamten, Polizisten und Soldaten, deren Massenanhang sich auf die wohlhabende Bourgeoisie, das reiche Bauerntum und alle vom faschistischen Staate unmittelbar abhängigen Schichten erstreckt.

Die Bedingungen für den proletarischen Kampf gegen die faschistische Diktatur sind objektiv günstig [...] Aber die Arbeiterklasse kann *nichts* tun, *ohne* Führung und Hilfe seitens unserer Partei:

Ohne daß wir erkennen, was zu tun ist, – und das auch tun – wird die Arbeiterklasse selbst in der objektiv günstigsten Situation sich nicht zum Kampfe erheben.

Die Hauptaufgabe: Schaffung der bolschewistischen illegalen Massenpartei.

Werden die Kommunisten selbst imstande sein, die dafür nötigen Voraussetzungen zu schaffen?

Aber das ist nur unter folgenden Voraussetzungen möglich:
- Einer *leninistischen* Politik der Partei und ihrer Führung.
- Einer revolutionären Massenpolitik, die von den neuen, durch die faschistische Diktatur geschaffenen Bedingungen ausgeht.
- Einem entschiedenen Kampf gegen den Opportunismus, das Liquidatorentum.
- Der Reorganisierung der Partei in eine streng illegale, straff zentralisierte Kampforganisation.
- Der Wiederherstellung der revolutionären Disziplin.

Keine dieser Voraussetzungen ist gegenwärtig erfüllt. Die Parteileitung treibt noch immer eine Politik, als ob „wir keine Niederlage erlitten hätten" [...]

Das Liquidatorentum äußert sich in verschiedenen Formen: „Es hat ja jetzt doch keinen Zweck mehr – man muß abwarten, bis sich eine günstigere Situation bietet", „Irgend etwas muß falsch sein am Kommunismus", „jetzt ist der Augenblick für die

‚einheitliche' Partei der deutschen Arbeiterklasse gekommen", „den Faschismus kann man doch nur im Bürgerkrieg stürzen, wozu alle die mühselige Tagesarbeit" [...]

Noch niemals hat es eine konterrevolutionäre Diktatur gegeben, die sich auf eine derartige Massenbasis stützen konnte, wie der deutsche Faschismus, aber es hat auch noch niemals eine revolutionäre Arbeiterpartei gegeben, die 5 Millionen Anhänger rekrutieren konnte, bevor sie in die Illegalität gejagt wurde. [...]

Wir haben eine lange, sehr lange Illegalität vor uns. Eine kluge Parteileitung würde mit den vorhandenen Kräften sehr sorgsam umgehen – bedenkend, daß in einer illegalen Partei die Ergänzung der Kaders nach ganz anderen Gesetzen und viel schwieriger erfolgt, als in einer legalen [...]

Aber die innere Überzeugtheit kann nicht erreicht werden, ohne *innerparteiliche Demokratie*. [...] Natürlich kann innerparteiliche Demokratie nicht dasselbe sein, wie in den Zeiten der Legalität. Natürlich sind heute *lange* Diskussionen unmöglich, man kann heute die Übereinstimmung oder das Auseinandergehen mit der Politik der Leitungen nicht auf ordentlich „gewählten" Konferenzen feststellen. Es müssen dazu andere Mittel und Wege gefunden werden. *Aber dies unter allen Umständen* .

Neue Wege der Massenarbeit

Die zweite, entscheidende Frage ist die des Kampfes um die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter, – das ist das *Kettenglied*, welches man jetzt ergreifen muß, das ist die Frage, von der letzten Endes alles abhängt. Aber auch sie ist nur unter zwei Bedingungen zu lösen: Wir müssen unsere alten Illusionen begraben und neue Wege zu den sozialdemokratischen Arbeitern finden. Wir werden keinen Schritt vorwärts kommen, wenn wir uns der Illusion hingeben, die viel Platz in den Thesen unserer Parteileitung findet, nämlich, daß der *Reformismus erledigt* sei.

Nur durch die KPD geht der Weg zum Sieg

Über alle Niederlagen und über alle Schwierigkeiten hinweg – mögen sie noch so groß sein – werden die deutschen revolutionären Arbeiter *ihre* Partei, die KPD, so umformen, so reorganisieren, daß sie zur Partei des Sieges wird. Auch jetzt gibt es keinen anderen Weg – denn die Millionen revolutionärer Arbeiter, mögen sie auch zeitweilig müde und und resigniert abseits stehen, wissen, daß die KPD aus ihrer Niederlage lernen wird. Sie anerkennen den beispiellosen Heldenmut, mit dem die Kommunisten dem Terror der faschistischen Diktatur trotzen. Sie begreifen, daß eine Partei, in der Tausende bewiesen haben, daß sie bereit sind, für sie in den Tod zu gehen, auch den Weg zum Sieg finden wird.

In diesem Geist fordern wir alle aktiven Mitglieder der Partei auf, für die Durchsetzung einer bolschewistischen Politik zu kämpfen: Bedingungslos dem Leninismus ergeben, in unerschütterlicher Treue zur KPD – der einzigen Hoffnung der deutschen Arbeiterklasse in der Hölle der faschistische Diktatur.

Dok. 304

Notiz zur Selbstkritik auf der Sitzung der engeren KPD-Leitung hinsichtlich der „Machtergreifung“

O.O., [4.2.1933]

Typoskript, deutsch, RGASPI, Moskau, 495/292/64, 19., mit handschriftlichen Eintragungen. Erstveröffentlichung.

4.2. [1933] 11 Uhr abends:[15]

Es fand eine engere Sitzung statt, in der die Frage der Selbstkritik behandelt wurde. Die Direktiven wurden noch nicht so befolgt, wie notwendig gewesen wäre. Es gab allerdings einige Fortschritte (sofortiges Auftreten in den Betrieben, spontane Demonstrationen). Wenn man aber bedenkt, dass heute die Lage eine ganz andere ist, muss man feststellen, dass die Massen ungenügend reagierten. Sehr bedenklich ist, dass man diesen Stimmungen nachgegeben hat. Es muss alles getan werden, um das zu überwinden. Es genügt nicht, dass man Rundschreiben herausschickt, sondern die Leute muessen zusammengenommen werden. Man wird selbstverständlich alles tun, was man tun kann.

Auch ohne seine Bitte hätte man den Wunsch erfüllt. Es war schon alles veranlasst, um sie zu erfüllen. Die SPD. will herantreten, damit ihr Angebot abgelehnt wird. Sie will sich damit ein Alibi schaffen, das muss verhindert werden. Wir muessen erneuern unsere früheren Angebote an alle Organisationen, die wirklich kämpfen wollen. Man wird alles versuchen, um in den Betrieben gemeinsame Komitees zu schaffen, um dadurch Manöver zu verhindern.[16]

15 Handschriftlich: „Programm Material im Manuskript [senden] […].“
16 Handschriftlich am linken Rand: „12. III [Generalstreik -] [Waffen].“

Dok. 305

Rede Ernst Thälmanns auf der Reichskonferenz der Polsekretäre u.a. der KPD-Bezirke in Ziegenhals bei Zeuthen („Ziegenhalser Rede“)

Ziegenhals bei Berlin, 7.2.1933

IML, ZPA (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv), NL 3/42. Publ. in: Günter Hortzschansky, Stefan Weber (Hrsg.): Die illegale Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin. 5. überarbeitete und erweiterte Auflage, Berlin (Ost), Dietz, 1988 (Schriftenreihe Geschichte), S. 22–41; auch in: Ernst Thälmann: Geschichte und Politik. Artikel und Reden 1925 bis 1933, Berlin, Dietz, 1973, S. 209–236.

Genossen![17]

Die Bedeutung der heutigen Konferenz[18] ergibt sich schon aus der Tatsache, daß zweifelsohne durch die Bildung der Hitlerregierung eine solche Zuspitzung des Klassenkampfes eingetreten ist, wie wir sie seit 1918 kaum mehr zu verzeichnen hatten. [...]

Das Proletariat und die Werktätigen der ganzen Welt blicken auf uns und [auf] das deutsche Proletariat. [...] Der Kampf, der vor uns liegt, ist der schwerste, den die Partei zu bestehen hat. Er kann nicht verglichen werden mit den Jahren seit 1923. Er gibt jedem Kommunisten eine noch höhere Verantwortung als selbst in der damali-

17 Nach seinerzeitigen Angaben des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED beruht das überlieferte Dokument lediglich „auf Auszügen [...], die von der Nazijustiz in die Anklageschrift gegen Ernst Thälmann aufgenommen worden sind“, von denen der Inhaftierte selbst eine Abschrift anfertigte. Zweifel an der Echtheit sind angebracht; Sassning spricht zumindest von einer „umstrittenen Referatsüberlieferung“ (Ronald Sassning: Zur NS-Haftzeit Ernst Thälmanns. Legenden und Wirklichkeit, Berlin, Helle Panke, 1997, S. 25), doch in grundsätzlicher Weise wurde das Dokument noch nicht in Frage gestellt. Thälmanns Äußerungen in einem Brief an die KPD-Genossen aus dem Gefängnis – „Ich habe *diese* Rede *nicht* gehalten. Es sind darin Auszüge über Ausführungen, die ich früher einmal gemacht habe, so z. B. in der Frage der Einheitsfronttaktik enthalten.“ – sind zwar ein Hinweis, können jedoch aufgrund möglicher taktischer Formulierungen in der Haft noch nicht als endgültiger Nachweis dienen (RGASPI, Moskau, 526/1/50, l, 42; vgl. Dok. 309).

18 In der Literatur wird die Tagung bis heute weitenteils als „illegale Tagung des Zentralkomitees der KPD“ in Ziegenhals bezeichnet (siehe zuletzt in Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 323). Nachdem der Charakter der Konferenz als ZK-Sitzung erstmals mit Recht in Zweifel gezogen wurde (siehe: Henryk Skrzypczak: „Vertrauliche 09 Verschlusssache“. Zur angeblichen Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933. Ein quellenkritischer Exkurs. In: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* XXIX (1993), 3, S. 294–322), ist nun anhand von in der Datenbank Comintern Online frei verfügbaren Dokumenten ihr Charakter als Arbeitskonferenz zur Vorbereitung der Reichstagswahlen, an dem Polsekretäre der KPD-Bezirke, Abteilungsleiter und Leiter der Reichsfraktionen der Massenorganisationen teilnahmen, empirisch nachgewiesen, u.a. durch Thälmann selbst (vgl. Dok. 309). Auch der Wortlaut der Thälmann-Rede kann aufgrund der nur indirekten Überlieferung des Dokuments nicht als gesichert gelten.

gen Situation. Unmittelbar müssen wir die Offensive ergreifen, dann haben wir die Chance für uns. [...]

Das Kabinett Hitler-Hugenberg-Papen ist die offene faschistische Diktatur. Was die Zusammensetzung der Regierung anbetrifft, so kann es in Deutschland eine weitere Steigerung in der Richtung des offenen Faschismus kaum mehr geben. Wohl aber gibt es in den Methoden dieser Regierung der offenen faschistischen Diktatur noch eine ganze Reihe von Steigerungsmöglichkeiten. Jeder Zweifel darüber, daß diese Regierung vor irgendwelchen balkanischen Methoden[19] des äußersten Terrors zurückschrecken würde, wäre sehr gefährlich.

Es ist der Bourgeoisie ernst damit, die Partei und die ganze Avantgarde der Arbeiterklasse zu zerschmettern. Sie wird deshalb kein Mittel unversucht lassen, um dieses Ziel zu erreichen. Also nicht nur Vernichtung der letzten spärlichen Rechte der Arbeiter, nicht nur Parteiverbot, nicht nur faschistische Klassenjustiz, sondern alle Formen des faschistischen Terrors; darüber hinaus: Masseninternierung von Kommunisten in Konzentrationslagern, Lynchjustiz und Meuchelmorde an unseren tapferen antifaschistischen Kämpfern, insbesondere an kommunistischen Führern – das alles gehört mit zu den Waffen, deren sich die offene faschistische Diktatur uns gegenüber bedienen wird.

Schon die ersten Tage der Hitlerregierung beweisen den ganzen tiefen Ernst der Situation. Es wäre ein Verbrechen, irgendwelche legalistischen Illusionen in unseren Reihen zu dulden.[20] Wir müssen in der ganzen Arbeiterklasse darüber Klarheit schaffen, daß es wahrscheinlich keine andere Art der Ablösung dieser Regierung geben kann als ihren revolutionären Sturz.

Das bedeutet nicht, daß der Sturz der Hitlerregierung und der Sieg der proletarischen Revolution unbedingt ein und dasselbe sein muß. Wir stellen die Frage des Kampfes für den Sturz der Hitlerregierung, die Frage der Beseitigung der Hitler-Hugenberg-Regierung als unmittelbare Aufgabe. Wir stellen sie in jeder Stunde, wir stellen sie heute, wir stellen sie morgen, übermorgen, wir stellen sie in den nächsten Wochen und Monaten, ohne daß wir unter allen Umständen zu 100 Prozent sagen können, daß, wenn uns der Sturz der faschistischen Diktatur gelingt, dies schon mit dem Sieg der proletarischen Revolution direkt verbunden ist. Das müssen wir so scharf sagen, weil wir den heftigsten Feldzug ideologischer Art in den Massen gegen jede Theorie des „Abwirtschaftenlassens“ der Hitlerregierung führen müssen. Diese Feststellungen schließen jedoch – ich betone das noch einmal – keineswegs aus, daß der Kampf zum Sturz der Hitlerregierung gleichzeitig in den Kampf um die volle Macht des Proletariats umschlagen kann.

19 Bezogen auf den Terror der Regime Bulgariens und Jugoslawiens.
20 Thälmann selbst ließ die Grundregeln konspirativen Auftretens trotz der offensichtlichen Gefahr unbeachtet, was zu seiner Verhaftung führte (siehe hierzu: Ronald Sassning: Thälmann, Dünow, Wehner, Mewis. Bilder mit Radierungen. In: *Utopie kreativ* (2000), H. 115/116, S. 558–583).

Hier darf es kein Schema geben, sondern nur eine dialektische Betrachtung. Weder legen wir uns darauf fest, die Hitlerregierung erst in dem Augenblick zu stürzen, wo die Situation schon für den vollen Sieg der proletarischen Revolution reif ist, noch lassen wir außer Betracht, daß, wie die Beschlüsse des XII. Plenums [des EKKI] ganz klar sagen, die Fristen des revolutionären Aufschwungs und für die volle Entfaltung der revolutionären Krise heute viel kürzer sind als in den bisherigen Abschnitten der Geschichte des proletarischen Klassenkampfes.

Der wüste faschistische Terror in Deutschland, dem wir jetzt entgegengehen, ändert nichts an unserer revolutionären Perspektive. [...]

Was ist die Bilanz unseres bisherigen Kampfes gegen die faschistische Diktatur? Wir waren nicht imstande, die Aufrichtung der faschistischen Diktatur bis zur heutigen offenen faschistischen Diktatur zu verhindern, obwohl wir den Kampf der Massen dafür organisiert haben. Das ist gewiß eine ernste negative Feststellung.

Aber umgekehrt können wir sagen, daß wir den faschistischen Kurs der Bourgeoisie empfindlich gestört haben. [...] Wenn wir nicht mehr erreichen konnten, so deshalb, weil wir den Einfluß der SPD- und ADGB-Führer sowie der christlichen Gewerkschaftsführer auf breite Arbeitermassen nicht in dem erforderlichen Maße zu liquidieren vermochten. [...]

Wir riefen bei ihrer Machtübernahme zum Streik, zum Massenstreik, Generalstreik auf. [...] Streiks jedoch konnten wir nur in geringerem Umfange auslösen. Wir müssen deshalb die Frage beantworten, ob trotzdem unsere Losung richtig war. Die Antwort kann nur bejahend sein. [...]

Müssen wir also wegen des bisherigen Ausbleibens größerer Streiks in einen tiefen Pessimismus verfallen? Keineswegs! [...]

Wenn in ganz Deutschland kein Tag vergeht, wo nicht an ein paar Stellen Feuergefechte zwischen faschistischen Terrorbanden und der Arbeiterschaft stattfinden, sei es mit Kommunisten oder Reichsbannerleuten, so sind das bestimmte Elemente des Bürgerkrieges, die wir sehen und bei unserer Beurteilung der Lage und der Aufgaben berücksichtigen müssen.

Elemente des Bürgerkrieges – das ist eine sehr ernste Feststellung. Denn wir gebrauchen solche revolutionären Worte nicht in der Art, wie es einst Heinz Neumann tat, der seine opportunistische Politik mit überspitzten, scheinradikalen Phrasen verbrämte. [...]

Das ist es, was wir für ganz Deutschland, aber auch für jeden einzelnen Bezirk als Aufgabe stellen: eine Kette ununterbrochener, miteinander verflochtener und sich gegenseitig ablösender Aktionen, die Entfaltung aller Formen des Massenwiderstandes und Massenkampfes gegen die faschistische Diktatur. [...]

Diese Linie, die wir in allen bisherigen Aufrufen des Zentralkomitees mit der Losung: Streik – Massenstreik – Generalstreik! konkret zusammengefaßt haben, gilt es, in der Praxis durchzusetzen. Das ist die Linie unseres revolutionären Massenkampfes für den Sturz der Hitlerdiktatur. Mit dieser Linie werden wir zugleich die

inneren Widersprüche der Regierung, den in ihr selbst aufgespeicherten Sprengstoff zur Entzündung bringen. [...]

Gegenüber solchen Genossen, die jetzt denken, die Partei wird vielleicht noch vor den Wahlen verboten, also braucht man keinen Wahlkampf mehr zu führen, müssen wir sagen, daß wir im Gegenteil die allerstärkste Aktivität entfalten müssen. Wir müssen die Hitlerregierung vor den Massen als Regime des faschistischen Terrors, der kapitalistischen Aushungerung und des imperialistischen Krieges, als Regierung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer entlarven. Wir müssen die parlamentarischen, demokratischen und legalistischen Illusionen in den Massen im schärfsten ideologischen Kampf gegen die betrügerischen Parolen der SPD beseitigen. Wir müssen den Kampf um die sozialdemokratischen Arbeiter zur Teilnahme an gemeinsamen Aktionen und Kämpfen gegen die faschistische Diktatur auf stärkste steigern. [...]

Wir müssen die größte Stoßkraft entfalten zur Gewinnung der proletarischen und werktätigen Jugend aus der SAJ, aber sogar aus der Hitlerjugend müssen wir einzelne und ganze Massen herüberreißen. [...]

Das Wichtigste aber ist, daß sich bei allen unseren Kampfmaßnahmen die Linie wie ein roter Faden hindurchzieht: Wir organisieren den aktiven Massenkampf, die Einheitsfront der Tat zur Befreiung des werktätigen Volkes aus faschistischer reaktionärer Knechtschaft. Alles, unser Kampf gegen die Nazis und Deutschnationalen wie gegen SPD und Zentrum, muß von den Millionenmassen als Teil dieses Kampfes gegen die faschistische Diktatur, gegen die Hitlerregierung verstanden werden.

Zum Schluß, Genossen. [...] Wir müssen z.B. damit beginnen, den Massen klarzumachen, daß auch der Streik, selbst der Generalstreik, nicht die höchste Kampfform der Arbeiterklasse ist, sondern daß es darüber hinaus die höheren revolutionären Formen des Kampfes um die politische Macht geben wird, auf die wir nach den Beschlüssen des XII. Plenums[21] die Massen vorbereiten müssen. Oder nehmen wir die Frage des wehrhaften Massenkampfes gegen den blutigen faschistischen Terror. Es ist klar, daß man heute die Frage nicht so stellen kann wie vor dem 30. Januar. Gegenüber Überfällen auf Arbeiterhäuser, Parteihäuser, Gewerkschaftshäuser, Arbeiterlokale und Wohnungen unserer Funktionäre oder aber auch von solchen der SPD, des Reichsbanners und der Gewerkschaften, wobei die Nazis mit dem Revolver und der Handgranate vorgehen, können wir nicht mit Parolen und Protesten antworten. Hier müssen wir die Massen zu höheren Formen der wehrhaften Massennotwehr, der geschlossenen aktiven Verteidigung des Arbeiterlebens und Arbeitereigentums erziehen.

Das bedeutet keine Konzession an den individuellen Terror. Das bedeutet erst recht keine Abschwächung des Kurses auf die ideologisch-politische Offensive unter den nationalsozialistischen Werktätigen. Im Gegenteil. [...]

Zusammengefaßt, Genossen:

---

21 Zu den Beschlüssen des XII. EKKI-Plenums siehe auch Dok. 344a.

* Eiserner Kurs auf die Sicherung der Partei und ihre Fortführung trotz aller Anschläge des faschistischen Terrors!

* Konzentration aller Kräfte auf die Entfaltung jeder Form des Massenwiderstandes, der Massenaktionen und Massenkämpfe auf der Linie: Demonstrationen, Streiks, Massenstreiks, Generalstreik gegen die faschistische Diktatur!

* Einheitsfrontpolitik zur Kampfmobilisierung in höheren Formen mit kühner Initiative! Stärkster Kurs auf die Zerschlagung aller parlamentarischen und demokratischen Illusionen, auf die Erziehung der Massen zum außerparlamentarischen Massenkampf!

* Höhere revolutionäre Aufgabenstellung, auch in Agitation und Propaganda, zwecks Vorbereitung der Massen und Heranführung der Massen an den Machtkampf, an den Kampf um die Arbeiter-und-Bauern-Republik!

* Höchste Entfaltung der Masseninitiative, der eigenen Aktivität und Selbständigkeit der unteren Einheiten und Leitungen!

* Revolutionäres Selbstbewußtsein, Siegeszuversicht, Angriffsfreude bei bolschewistischer Nüchternheit!

Das alles verwirklichen heißt: die faschistische Diktatur schlagen und zerschlagen! Vorwärts in diesem Kampf! Erfüllt eure revolutionäre Pflicht für den Sieg der deutschen Arbeiterklasse!

Dok. 306

Denkschrift des Referenten der Organisationsabteilung, Karol' Sverčevskij, über die Wehrkurse der Komintern

Moskau, 17.2.1933

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/25/1349, 1–6, 9–10. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 786–792.

17. Februar 1933
Abs[olut] geheim.

I. Arbeitsziele der Spez[ial]kurse In der Zeit vom 1. Jan. 1931 bis zum 1.I. 1933

I. Allgemeine Arbeitsziele
a) Die Gesamtzahl der Gen[ossen], die die Spez[ial]kurse im Laufe der vergangenen zwei Jahre durchlaufen haben, beläuft sich auf eine Anzahl von 194 Pers[onen] folgender Nationalität: Deutsche 72, Polen 56 (darunter 2 Frauen), Finnen 22, Ukrainer 11, Franzosen 10, Tschechen 10, Italiener 7, Spanier 3, Weißrussen 2 und Schweden 1.

Aufgeteilt auf Jahre und Nationalität: 1931 – 91 Pers[onen], darunter:

Deutsche Kurse Deutsche	30
Tschechen	10
Schweden	1
Polnische Kurse Polen	20
Ukrainer	9
Weißrussen	1
Romanische Kurse	
Franzosen	10
Italiener	7
Spanier	3
1932 – 103 Pers[onen], darunter:	
Deutsche Kurse Deutsche	42
Polnische Kurse Polen	36
Ukrainer	2
Weißrussen	1
Finnische Kurse Finnen	22

Die Absolventen der Spez[ial]kurse wurden schnell durch die entsprechenden Parteien für die Verwendung für die Arbeit im Land geschickt.[22]

Seit Dezember letzten Jahres laufen die Deutschen Kurse in einer Stärke von 38 Pers[onen], darunter 4 Gen[ossen], die die Kurse 1930 absolviert haben und nun als Gruppenleiter arbeiten […].

b) Die Qualität der Gen[ossen], die in die Kurse eintreten, ist je nach Nationalität sehr unterschiedlich. Am besten ist diese Frage bei den Deutschen gelöst. Die Auswahl der Gen[ossen] trifft der eigens dafür nach Deutschland geschickte Genosse Alfred [d.i. Tuure Lehén]. Auch die Finnen sind kein schlechtes Material.

Am wenigsten zufriedenstellend ist die Frage der Auswahl und Zusammenstellung der Kurse in der KPP gestellt. Unzweifelhaft äußern sich hier die sehr schweren Umstände des Untergrundes, aber der wesentliche Grund liegt offensichtlich in der Unterschätzung der Wichtigkeit und Bedeutung der militärischen Arbeit der Partei im allgemeinen und von daher in der Unterschätzung der Kader der militärischen Mitarbeiter im besondern. […][23]

II. Unterricht

a) Die ungefähre Dauer des Unterrichtes für die Deutschen und Polen schwankt zwischen 5 – 6 Mon[aten], und für die Finnen 3 Mon[ate]

---

22 Handschriftlich am Rand notiert: „1933: 26 Deutsche, 13 Fin[nen], 10 Chin[esen]. 1934 – 2 Bras[ilianer], 3 Chin[esen], 27 Deutsche. 1935 – 24 Deutsche, 11 Spanier, 8 Chinesen."

23 Es folgen weitere Ausführungen über die polnischen Kursanten.

Die Unterrichtspläne beinhalten folgende Abteilungen:

politische, beanspr[ucht] etwa	25%	der Kursdauern
militärpolit[ische] ”	15%	”
allgemeine Taktik ”	25%	”
militärische Tech[nik] ”	30%	”
Parteitechnik ”	5%	”

Die polit[ische] Abteilung des Unt[errichts-] Planes ist für die einzelnen Länder unterschiedlich gewichtet. Für die deutschen Genossen ist sie geringer gewichtet als für die Mitarbeiter der illegalen Parteien, die keine Möglichkeit der systematischen Parteiausbildung bei sich im Lande haben. [...]

Das Hauptgewicht des Unterrichtes liegt auf folg[enden] Themen: Theorie und Praxis des bew[affneten] Aufstandes, Zersetzung der bewaffneten Verbände der Bourg[eoisie], Taktik, Partisanentätigkeit und Straßenkampf, Umgang mit Sprengstoff und vollständige Beherrschung der Waffentechnik und des Kampfes mit Handfeuer- und automatischen Waffen.

b) Die meisten Kader für den militärischen Unterricht kommen aus der IV. Abteilung.[24] Politleiter gibt die Komintern oder die entsprechende Sektion. Inzwischen hat sich die Situation etwas gebessert, insofern, als dass wesentliche militärische Themen (allgemeine Taktik, Partisanentätigkeit, Straßenkampf, Bewaffnung usw.) durch Kräfte der Aspirantur[25] unterrichtet werden, die ausgewählt worden sind aus den Reihen der eigenen Kursanten oder denjenigen, die die Vorbereitung auf die Kurse früher durchlaufen haben und nun in der praktischen Arbeit im Land arbeiten (die Deutschen) oder die extra für diesen Zweck aus dem Personal des letzten Kurses dagelassen wurden (die Polen). Zukünftig werden diese Gen[ossen] die Lehre selbstständig, unter der Aufsicht nur eines qualifizierten Spezialisten durchführen. Die bisher in den deutschen Kursen gesammelten Erfahrungen kann man insgesamt als geglückt bezeichnen. [...]

Am ungünstigsten ist für die Durchführung der Sprengstoffkurse gesorgt. 1931 haben die Gen. Grischa und Miller auf diesem Gebiet gearbeitet. Im letzten Jahr hat Gen. Hermann ein wenig gearbeitet, doch nun gibt es absolut niemanden mehr, der die Durchführung dieses für die Kurse wichtigen Themas sicherstellen könnte. *Es wäre wünschenswert, ein eigenes chemisches Sprengstofflabor einzurichten, in dem immer zwei Spezialisten arbeiteten.* Andernfalls könnte diese Sache endgültig dahinsiechen.

---

24 Gemeint ist hiermit die für die militärische Spionage zuständige IV. Abteilung des Generalstabes der Roten Armee (GRU).

25 Im Russischen bedeutet das Wort Aspirantur soviel wie „Promotionsstudiengang“ oder „Graduiertenkolleg“. Die „Kräfte der Aspirantur“ sind also Doktoranden.

Ebenfalls äußerst ernst steht es in der Frage der Lehrbücher. Es gibt lediglich eine Broschüre von Neuberg über den bewaffneten Aufstand auf deutsch und polnisch und einige Ex[emplare] von Roweckis [Broschüre] über den St[raßen-]Kampf.[26]

c) Fasslichkeit des Unterrichtes: mittel und hoch für die Deutschen, mittel für die Finnen, und teilweise schlechter als mittel für die polnischen Kurse im Jahr 1932

Disziplin: Bei den Deutschen, Finnen und Polen völlig zufriedenstellend im Jahr 1931, und nicht vollständig zufriedenstellend im Jahr 1932 für die Polen. [...]

Walter [d.i. Karol' Sverčevskij]
17.II. [19]33

26 Siehe: Stefan Rowecki: Walki uliczne. Warszawa, Wojskowy Instytut Naukowo-Wydawniczy, 1928.

Dok. 307

„Moskau und der deutsche Faschismus“: Manuskript über das Treffen der Sozialdemokraten Friedrich Stampfer und Victor Schiff mit dem sowjetischen Botschaftssekretär Vinogradov in Berlin kurz vor dem Reichstagsbrand

[Berlin, 22.2.1933][27]

Typoskript in deutscher Sprache mit einem Anschreiben. Archiv der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Nachlass Friedrich Stampfer, Mappe 14, Dok. 738–739. Erstveröffentlichung.

Moskau und der deutsche Faschismus,
von Viktor Schiff,
z. Zt. London.[28]

Die Demokratie hat in Deutschland nicht nur eine Schlacht verloren, sondern sogar ein so vollständiges Fiasko erlitten, dass jede Bemäntelung dieser Tatsache auch für

27 Zur Datierung notierte Friedrich Stampfer später in einem Anschreiben an Friedrich Adler handschriftlich: „Ich glaube, Schiff irrt. Nach meiner Erinnerung hatten wir das letzte Gespräch mit Vynogradoff [Vinogradov] *vor* der Ernennung Hitlers z[um] Kanzler. Die Intervention der deutschen KPD (geplantes Gespräch mit Torgler und Neubauer) kam erst einige Wochen später. F[riedrich] St[ampfer].“ Nach zuverlässigen Quellen fand das Gespräch am 22.2.1933 statt (Širinja: Komintern v 1933 godu, S. 152). Ein weiteres geplantes Gespräch mit Neubauer und weiteren KPD-Vertretern war für den 28.2.1933 terminiert, konnte jedoch aufgrund des Reichstagsbrandes nicht mehr stattfinden (siehe: Friedrich Stampfer: Verpaßte Gelegenheiten. In: *Neuer Vorwärts*, 5.11.1933). Anlass war das hier von Schiff wiedergegebene Gespräch mit Botschaftssekretär Vinogradov, wie Stampfer in seinem Artikel im *Neuen Vorwärts* ausführte: „Die letzte der Unterhaltungen der vorerwähnten Art hatte ich einige Tage vor dem Reichstagsbrand. In ihr wurde mir in unzweideutiger Weise zu verstehen gegeben, daß Moskau mit dem Faschismus in Deutschland als einem unvermeidlichen Entwicklungs- und Übergangsstadium rechne und daß ich darum von dort her – wenigstens zur Zeit – kein Verständnis für meine Gedankengänge zu erwarten hätte. Es ist selbstverständlich, daß ich einige meiner nächsten Freunde, von diesem Gespräch und seinem, für mich höchst unbefriedigendem Ergebnis unterrichtete. Auf einem mir unbekannten Wege erfuhren die Führer der KPD davon. Zu meiner großen Überraschung ließ mir Dr. Neubauer am Vormittag des Montag, den 27. Februar, mitteilen, daß die Schlüsse, die ich aus jener Unterredung gezogen hätte, irrig seien und daß er und seine Freunde den Wunsch hätten, sich mit mir über denselben Gegenstand zu unterhalten. Zu dieser Unterhaltung erklärte ich mich bereit, und man kam dahin überein, daß sie am Dienstag, dem 28. Februar, im Reichstag stattfinden sollte. *Lubbe* und seine Drahtzieher haben es anders gewollt… Es hat keinen Zweck, heute darüber zu Phantasieren, wenn der Graben zwischen den beiden deutschen Arbeiterparteien weniger breit gewesen wäre und wenn es gelungen wäre, ihn rechtzeitig zu überbrücken. Niemand kann daran zweifeln, daß es bis jetzt im Kampf zwischen SPD. und KPD. nur einen Sieger gegeben hat, nämlich die kapitalistische Reaktion in ihrer konzentriertesten Form.“

28 Als Datum wird hier das Gesprächsdatum angegeben. Das gesamte Manuskript ist frühestens im Juni 1933 verfasst oder fertig gestellt worden, worauf die Erwähnung des Pariser Weltkongress gegen Krieg und Faschismus (4.–6.6.1933) hinweist.

die Zukunft gefährlich wäre. Ihre Wiederaufrichtung ist gewiss eines der Ziele, die die deutsche Partei bei der Sammlung ihrer Kräfte innerhalb und ausserhalb Deutschlands für künftige Kämpfe im Auge behalten muss. Aber der Gedanke ist geradezu unvorstellbar, nach all den Gewalt- und Greueltaten, die der siegreiche Faschismus bereits verübt hat und vielleicht noch verüben wird, dass die deutsche Sozialdemokratie den Arbeitermassen jetzt empfehlen kann, für die Wiederherstellung der vollen Demokratie als sofortiges Ziel zu kämpfen.[29]

Dass man nach einem erfolgreichen Umschwung denselben Kräften, die unsere Wähler terrorisiert und gefoltert haben, die unsere Presse mundtot gemacht und geraubt haben, die den Rundfunk und alle sonstigen Mittel der Propaganda restlos für sich monopolisiert haben, volle, ideale Gleichberechtigung, demokratisches *Fair Play* und überhaupt all das sofort gewähren müsste, was sie uns genommen oder verweigert haben, ist ein Gedanke, gegen den sich die Arbeiter mit vollem Recht empören würden. Zunächst würden sie rücksichtloseste Abrechnung fordern und es für einen selbstmörderischen Wahnsinn erklären, ein zweites Mal aus Sentimentalität, Anständigkeit oder Humanität ihren Feinden Gelegenheit zu geben, sich wieder zu erholen. Erst dann, wenn diese Gefahr endgültig gebannt ist, wird man daran gehen können, allmählich, ganz allmählich die Demokratie in Deutschland wiederherzustellen.

Also haben die Kommunisten mit ihren Theorien recht behalten? Ganz und gar nicht! Einmal deshalb nicht, weil der Schiffbruch der Demokratie in Deutschland noch keineswegs beweist, dass dieses Regierungssystem überall das gleiche Schicksal erleben muss. Man soll die fascistische [sic] Gefahr heutzutage nirgends mehr unterschätzen und bei einer Fortdauer und Zuspitzung der Weltwirtschaftskrise wird selbst die bestfundierte Demokratie sich vor allzu großer Vertrauensseligkeit hüten müssen. Aber von da zu behaupten, dass die Demokratie bereits bewiesen habe, dass sie für Großbritannien, Frankreich, die skandinavischen und einige andere Länder nichts tauge, ist ein weiter Weg.

Vor allem aber können sich die Kommunisten schon deshalb nicht rühmen, „recht behalten" zu haben, weil die Zerstörung der Demokratie in Deutschland – und damit der Sieg des Faschismus – zum grossen Teil *ihr* Werk ist. Die demokra-

---

29 Der außenpolitische Redakteur des Vorwärts, Victor Schiff, sandte das Artikelmanuskript zusammen mit dem folgenden Anschreiben an den Generalsekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Friedrich Adler: „Copie. [handschriftlich:] Für Genossen Stampfer. Werter Genosse Adler, Der beiliegende Aufsatz hat geradezu Zeitschriftenlänge, so dass ich selber bezweifle, ob meine ursprüngliche Absicht, ihn für Ihre Beilage ‚Dokumente und Diskussionen' zur Verfügung zu stellen, noch durchführbar ist. Ich stelle Ihnen jedoch anheim, davon Kenntnis zu nehmen und eventuell solche Teile davon abzudrucken, die Sie für nützlich halten, z.B. die Schilderung von der Unterredung, die Stampfer und ich wenige Tage vor dem Reichstagsbrand mit dem russischen Presseattaché Wynogradoff [d.i. Vinogradov] hatten. Vielleicht ist Ihnen aber diese Episode schon bekannt gewesen. Bei gänzlicher oder teilweiser Nichtverwendung des Artikels wäre ich Ihnen dankbar für dessen Weiterleitung an Stampfer. Vielleicht druckt er ihn dann im Prager *Vorwärts* ab, von dem ich höre, dass er endlich erscheinen soll. […] Mit den besten Grüßen, Ihr gez. Victor Schiff."

tischen Einrichtungen zu sabotieren, die demokratischen Freiheiten zu verachten und zu missbrauchen, den demokratischen Staat zu diskreditieren war seit jeher ihr offen verkündetes Ziel. Sie haben dabei in faktischer Bundesgenossenschaft mit den anderen, den faschistischen Feinden der Demokratie geradezu ostentativ jahrelang zusammengewirkt, innerhalb und außerhalb der Parlamente. Das Ziel der Zerstörung des Staates von Weimar haben sie wohl hundertprozentig erreicht, freilich mit einem ganz anderen Ergebnis, als sie es sich gedacht hatten. Es ist aber eine Groteske in der Tragödie, wenn der schwerverletzte Kommunist den Kopf aus dem jämmerlichen Trümmerhaufen der deutschen Arbeiterbewegung emporhebt, um dem nicht minder blutenden Sozialdemokraten schadenfroh zuzurufen: „Aetsch – wir hatten's Euch ja immer gesagt!“ Mögen auch Fehler auf sozialdemokratischer Seite begangen worden sein – geschehen sind sicher manche, aber vielleicht liegen sie grössten Teils sehr weit zurück und sie lagen wahrscheinlich in der Hauptsache an einer übertriebenen Gewissenhaftigkeit gegenüber den Spielregeln der Demokratie – sie wiegen federleicht im Vergleich zu der systematischen Zerstörung des Staates von Weimar durch die Anhänger der Dritten Internationale.

Diese Feststellungen erfolgen hier nicht aus Rechthaberei und erst recht nicht, um einen alten Kampf mutwillig fortzusetzen, sondern ausschließlich zur Abwehr. Denn es zeigt sich, dass die Kommunisten, anscheinend weit mehr noch die Ausserdeutschen als die Deutschen selbst, heute nichts besseres zu tun wissen, als die deutsche Sozialdemokratie für die deutsche Katastrophe verantwortlich zu machen und sich als die fehlerlosen Opfer – und Propheten zugleich – dieses Zusammenbruches hinzustellen. Das ist der Zweck jener neuen „Einheitsfront“-Offensive, die gegenwärtig vor allem ausserhalb Deutschlands auf Kosten der Ehre der deutschen Sozialdemokratie und auf Kosten der geschichtlichen Wahrheit betrieben wird. Der Pariser Antifaschisten-Kongress,[30] mit den gleichen Methoden und Mittelchen propagiert und organisiert wie Dutzende von Münzenbergschen nationalen und internationalen Aktionen dieser Art in der Vergangenheit, sollte unter dem Vorwand, die Kräfte gegen den Faschismus zu sammeln, den Kommunisten in England, in Frankreich, in

30 Gemeint ist der „Europäische Kongress gegen Faschismus und Krieg“ im Pariser Pleyel-Saal vom 4.–6.6.1933, unter der Ägide von Henri Barbusse und Romain Rolland. Nach dem Amsterdamer „Weltkongress gegen den imperialistischen Krieg“ (27.--28.8.1932) war dies der Ausgangspunkt für die „Amsterdam-Pleyel“-Bewegung, die jedoch nicht mit den sich international entwickelnden Massenprotesten gegen den Faschismus deckungsgleich war und die sich in der Folge weitgehend auf die Auftritte und Deklarationen der zumeist prominenten Spitzen beschränkte. Barbusse wurde im August 1933 Präsident des neugegründeten „Weltkomitees gegen Krieg und Faschismus“. Der insofern noch nicht eindeutig und bedingungslos geforderte Kampf gegen den Faschismus schloss die „sozialdemokratischen Führer“ als Hauptgegner mit ein. Umfassende Massenbewegungen gegen den Faschismus wurden seitens der Komintern erst Ende 1934/Anfang 1935 eingeleitet.

Skandinavien und überall sonst zu Agitationserfolgen gegen die Parteien der Züricher Internationale verhelfen.[31]

Wer würde so verantwortungslos sein, aus Gründen des Ressentiments und einer an sich noch so berechtigten Empörung über die Vergangenheit sich gegen den Gedanken einer *aufrichtigen* Einheitsfront zu sträuben, angesichts des triumphierenden Nationalsozialismus, angesichts der Opfer ohne Zahl, die bereits gefallen sind oder in den Konzentrationslagern schmachten! Eine solche aufrichtige Einheitsfront haben wir ersehnt, als ihre Bildung noch vermocht hätte, das Unheil abzuwehren. Aber was hat unsere Bereitwilligkeit damals genützt? Jedes versöhnliche Wort von uns wurde mit verstärkten Beschimpfungen beantwortet – *nicht* von den kommunistischen Massen, die das Zusammengehen ehrlich und ohne Hintergedanken wünschten und es sogar vielfach auf eigene Faust durchführten, wohl aber von ihren Organen, die bis zuletzt an der Parole festhielten: Hauptfeind ist die Sozialdemokratie!

Bis zuletzt scheiterte die wahre Einheitsfront, die kein Manöver sein darf, an dem Starrsinn und an den Illusionen der kommunistischen Führer nicht so sehr in Berlin als in Moskau! Dies an der Hand einer bisher fast nirgends bekannten Episode aufzuzeigen, ist der Zweck dieser Zeilen.

Man wird sich vielleicht daran erinnern können, dass der Berliner „Vorwärts" im Januar d.J. unter Führung von Stampfer in einer Weise für eine Versöhnung mit den Kommunisten eingetreten ist, die an Selbstverleugnung grenzte.[32] Die Artikel, die

---

31 Gemeint ist die Sozialistische Arbeiter-Internationale (SAI), mit Sitz in Zürich, der 1935 nach Brüssel verlegt wurde. Sie hatte ihren sozialdemokratischen und sozialistischen Mitgliedsparteien die Präsenz auf dem Pariser Kongress untersagt. Unter Willi Münzenbergs Regie wurden nicht nur der Reichstagsgegenprozess, sondern auch das Thälmann-Komitee und weitere antifaschistische Initiativen initiert. Münzenberg selbst, der sich auch gegenüber Stalin über die mangelnde Entfaltung einer antifaschistischen Massenpropaganda beschwerte, kann zwar eine antifaschistische Grundintention nicht abgesprochen werden, diese blieb jedoch anfangs mit dem Kampf gegen die Sozialdemokratie verbunden.

32 Stampfer schrieb hierzu in dem bereits zitierten Artikel im *Neuen Vorwärts*: „Seit langem Stand für mich fest, daß es nur ein Mittel gab, den Sieg des Faschismus in Deutschland zu verhindern: es mußte mit der Zerrissenheit der deutschen Arbeiterbewegung ein Ende gemacht werden. Um eine völlige Einigung herbeizuführen, dazu waren die Gegensätze viel zu stark. Aber vielleicht genügte es schon zur Rettung, wenn die selbstmörderische Taktik des gegenseitigen Sich-Bekämpfens zunächst einmal aufgegeben wurde, wenn man wenigstens so weit kam, sich bei Wahrung aller prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten über die beiderseitigen Maßnahmen zur Bekämpfung der gemeinsamen Gefahren zu verständigen. Auch so weit konnte man nicht kommen, wenn *Moskau* dagegen war. Es war notwendig, Moskau davon zu überzeugen, daß die Deutsche Sozialdemokratie keine feindselige Politik gegen die Sowjetunion betrieb und das eine gewisse Verständigung notwendig sei, wenn nicht die deutsche Arbeiterbewegung, besonders die SPD, dem furchtbarsten Schicksal entgegen gehen sollten. Längst hatte der von mir geleitete *Vorwärts* alle Angriffe auf Sowjetrußland eingestellt, in der Polemik gegen die KPD. beschränkte er sich auf die Abwehr gegnerischer Beschuldigungen, von denen zu befürchten war, daß sie, unerwidert gelassen, auf die Arbeiter einen ungünstigen Eindruck machen müßten. Die meisten Angriffe der kommunistischen Presse nahm er stillschweigend hin. Er unterließ es aber auch nicht, den Opfermut und den Idealismus der deutschen Arbeiter zu rühmen

Stampfer unter seinem Namen damals schrieb, z.B. als er in bewegten Worten die kommunistische Gegendemonstration am Bülowplatz[33] – die Antwort auf die Provokation und Demütigung, die die K.P.D. kurz zuvor an derselben Stelle stillschweigend über sich hatte ergehen lassen müssen – schilderte, seine Berichte über das Blutbad in Eisleben,[34] die dem „Vorwärts" ein längeres Verbot einbrachten, überhaupt die ganze Haltung des sozialdemokratischen Organs war darauf eingestellt, den Kommunisten goldene Brücken für eine aufrichtige Versöhnung zu bauen und angesichts der sichtbaren, täglich wachsenden Gefahr eine wirkliche Einheitsfront zu bilden. Erfolg – nach aussen hin wenigstens – gleich null: neue Schimpfereien auf die S.P.D., auf den „Vorwärts" und seinen Chefredakteur waren die Antwort der kommunistischen Presse.

Wir aber gaben die Idee nicht auf. Und weil viele Zeichen dafür sprachen, dass die deutschen Kommunisten – auch ihre Führer, zum Beispiel Torgler – die faschistische Gefahr genau so erkannten wie wir, aber infolge von Richtlinien aus Moskau nicht anders reden und schreiben *durften*, gingen wir einen anderen Weg. Bei einer Begegnung auf der russischen Botschaft in Berlin bat ich einen russischen Diplomaten, der als die rechte Hand des Botschafters galt und daher mindestens einen indirekten Einfluss auf die Moskauer Sowjet-Kreise haben konnte, Stampfer so bald wie möglich aufzusuchen. Er, sagen wir Z. [d.i. Boris Vinogradov], kam auch einige Tage später, es war dies, wohlgemerkt, in der Woche vor dem Reichstagsbrand.

Wir sprachen dort zu dritt von der kritischen Lage in Deutschland, von der weiteren Stärkung des Faschismus als Folge der fortgesetzten Fehde innerhalb des Proletariats, und von der Notwendigkeit einer Einheitsfront, die ehrlich sein müsse und kein Manöver zur Stärkung der einen Partei auf Kosten der anderen sein dürfe.

Stampfer erwähnte den einige Wochen zuvor im „Pravo Lidu" von einem tschechischen Sozialdemokraten gemachten Vorschlag eines „Nichtangriffspaktes" zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien.[35] Von bolschewistischer Seite sei diese Anregung zwar zurückgewiesen worden, aber das könne doch unmöglich das letzte Wort sein. Denn inzwischen sei Hitler Reichskanzler geworden und die Gefahr ins Riesenhafte gewachsen. Es sei doch überhaupt paradox, dass das bolsche-

---

und bei jeder Gelegenheit auf die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens gegen den gemeinsamen Feind hinzuweisen." (Stampfer: Verpasste Gelegenheiten).

33 Zur Demonstration am 25.1.1933 siehe Dok. 303.

34 Am 12.2.1933, wenige Tage nach Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, stürmten 600 Nationalsozialisten das Versammlungsgebäude der KPD und die Turnhalle des Arbeitersportvereins in Eisleben. Sie eröffneten das Feuer und schlugen mit Spaten auf die Anwesenden ein. Die Taten forderten vier tote KPD-Mitglieder (*Klassenkampf*. Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg, 15.2.1931, abgedruckt in: http://de.wikipedia.org/wiki/Eisleber_Blutsonntag).

35 Nicht zuletzt begründet auf den Stimmungsumschwung in der Öffentlichkeit angesichts der Entwicklung in Deutschland machte der Chefredakteur von *Právo Lidu*, dem Zentralorgan der Sozialistischen Partei der Tschechoslowakei, Jaroslav Koudelka, an Weihnachten 1932 den Vorschlag für ein gemeinsames Vorgehen von SP und KP, auch im Hinblick auf einen möglichen Nichtangriffspakt der Sowjetunion mit Polen und Frankreich (*Právo Lidu*, 25.12.1932). Der Vorschlag wurde namens des Generalsekretärs der KP der Tschechoslowakei, Klement Gottwald, zurückgewiesen.

wistische Russland Nichtangriffspakte mit Polen, mit Frankreich, mit Deutschland, mit Japan, mit allen möglichen imperialistischen und kapitalistischen, ja mit faschistischen Staaten abschließen könne, aber die Parteien der Dritten internationale sich gegen Nichtangriffspakte mit den Sozialdemokraten sträubten, obwohl der gemeinsame Feind vor den Toren stehe.

Darauf erwiderte Z., die Kommunisten seien wohl bereit, *Angriffspakte* gegen den Faschismus mit uns abzuschließen, aber keine Nichtangriffspakte. Diese führten zu nichts, wohl aber würde die Einheitsfront im aktiven, gemeinsamen Kampf gegen den Fascismus [sic] von selbst geschmiedet werden.

Gut, erwiderten wir, aber wenn zwei Staaten ein Kriegsbündnis abschließen, dann ist es unerlässlich, dass sich die Regierungen und Generalstäbe vorher einigermaßen über die großen Linien ihres Kampfes verständigen: über die Führung, über die Methoden, über die Kriegsziele usw. Dass sie sich nicht gegenseitig mitten in der Aktion bekämpfen dürfen, ist eine selbstverständliche Voraussetzung, die aber nicht genüge.

Z. meinte daraufhin ausweichend, dass sich diese Fragen schon von selbst im Kampfe klären würden.

Stampfer gab sich mit dieser Ausflucht nicht zufrieden, sondern er wies darauf hin, dass wir, wenn wir den vorgeschlagenen Angriffspakt annehmen würden, doch wissen müssten, ob wir dabei unsere Truppen für die Erkämpfung der bolschewistischen Ziele der Diktatur des Proletariats ins Feuer schickten.

Z. antwortete, dass dies allerdings *das* Ziel sei, wofür die Kommunisten dabei kämpfen würden. Denn es würde ja ein revolutionärer Kampf sein und da sei es ganz natürlich, dass die Kommunisten als die eigentliche revolutionäre Partei schliesslich das Kriegsziel bestimmen.

Stampfer: Ja, können Sie denn von uns verlangen und erwarten, dass wir unsere Massen einfach Ihrer Führung und für Euere bolschewistischen Kriegsziele zur Verfügung stellen? Das wäre ja keine Einheitsfront mehr, sondern eine völlige Kapitulation von uns unter Preisgabe aller Ideen, für die wir bisher eingetreten sind. Sie appellieren in ihren Aufrufen zur Einheitsfront sogar an die Zentrumsarbeiter. Erwarten Sie auch von diesen, dass sie sich das Ziel des Kampfes restlos von Ihnen diktieren lassen?

Nicht wahr, nein! Also, was wäre die Folge? Gesetzt den Fall, dass es uns gelingt, den Nationalsozialismus mit diesen vereinten Kräften der Arbeiterschaft zu schlagen, so dass die faschistische Gefahr gebannt ist – das wäre heutzutage schon ein ungeheurer Erfolg – dann fängt also gleich nach dem gemeinsam erfochtenen Sieg der Bruderkampf von neuem an. Die Kommunisten geben die Parole des „Weitertreibens“ bis zum bolschewistischen Endsieg aus, wir treten dafür ein, das bereits sicher Erreichte nicht durch eine Fortsetzung zu gefährden, bei der [wir] wieder alle nichtbolschewistischen Kräfte gegen uns haben würden. Dann sind wir wieder einmal die „Verräter“,

weil wir uns nicht der bolschewistischen Führung hundertprozentig ausliefern, und die Reaktion sammelt sich dann von neuem, wie 1920 nach dem Kapp-Putsch.[36]

Z. sagte, dass das gewiss sehr bedauerlich sein würde, aber er müsse ehrlicherweise bestätigen, dass die Kommunisten bis zur Erreichung ihrer eigenen Ziele weiterkämpfen würden, eventuell allein.

Stampfer war sichtlich über diese Starrheit erschüttert. Ich fragte Z., ob er, so wie die Dinge heute – also damals, Ende Februar 1933 – lägen, die K.P.D. für im Stande halte, den von ihr angekündigten Kampf gegen den Faschismus allein, d.h. ohne uns, zu führen. Z. bejahte dies. Mit Erfolgsaussichten? – Jawohl! – In ganz Deutschland? Auch in solchen Gegenden wie Bayern, Baden, dem Rheinland, Mecklenburg, Ostpreussen, Schlesien, wo die Kommunisten nur über eine kleine Minderheit verfügten?

Z. gab offen zu, dass sein Optimismus nur für bestimmte Gebiete wie Berlin, Sachsen Mitteldeutschland, Hamburg und das Ruhrgebiet gelte.

Das bedeute aber, wandte ich ein, unweigerlich den Zerfall Deutschlands. Bayern z.B. werde sich niemals einem solchen Sowjet-Deutschland unterwerfen. Der russische Diplomat zuckte mit den Achseln, ich hatte den Eindruck, dass er entweder über diese Frage niemals nachgedacht hatte, oder dass sie ihm gänzlich gleichgültig war.

Stampfer stellte mit Bedauern fest, dass das Gespräch bewiesen hätte, dass bei einer solchen Auffassung der Lage und der Ziele jede Unterstützung einer aufrichtigen Einheitsfront durch die Männer in Moskau, die der K.P.D.-Zentrale die entscheidenden Befehle zu geben hätten, aussichtslos sei.

Z. bestätigte dies, fügte jedoch begütigend hinzu: „Das, was ich Ihnen heute sagte, ist die *jetzige* Meinung in Moskau. Es wäre immerhin denkbar, dass bei weiterer Zuspitzung der Lage, wenn die Gefahr noch größer wird, Moskau seine Haltung zu dieser Frage revidiere."

Wir sagten, beide zu gleicher Zeit: „Was? *Noch* größere Gefahr? Ist sie denn noch nicht gross genug? Was soll denn *noch* geschehen, damit man in Moskau der K.P.D. erlaube, sich mit uns ehrlich zu verständigen."

Damit die Unterredung doch nicht völlig zwecklos gewesen sei, brachte ich noch das Gespräch auf folgenden Tatbestand. Das Verbot der K.P.D. und die Annullierung ihrer Mandate wurden damals in der Rechtspresse ganz ungeniert erörtert. Gerade in den Tagen zuvor hatten die „Deutsche Allgemeine Zeitung" und die „Börsen Zeitung"

36 Der von ultrarechten und vaterländischen Freikorps, darunter der „Marinebrigade Ehrhardt" unter Reichswehrgeneral von Lüttwitz zur Abschaffung der Weimarer Republik organisierte Kapp-Putsch vom 13.3.1920 als bisheriger Höhepunkt der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik nach der Novemberrevolution scheiterte in erster Linie aufgrund eines einheitlichen, vier Tage lang durchgehaltenen Generalstreiks. Nichtsdestoweniger setze in der Folge die Reichsregierung diese oder ähnliche bewaffneten Verbände erneut gegen revolutionäre Vorstöße ein. Die Abwehrmaßnahmen gegen den Kapp-Putsch führten im Ruhrgebiet zum Aufstand der Ruhr-Arbeiter („Ruhr-Aufstand"). Siehe: Erwin Könnemann/Gerhard Schulze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch, Dokumente, München, Olzog 2002; George Eliasberg: Der Ruhrkrieg von 1920. Einleitung von Richard Löwenthal, Bonn, Verlag Neue Gesellschaft, 1974.

fast mit den gleichen Worten, also anscheinend von der Wilhelmstrasse inspiriert,[37] zum Ausdruck gebracht, dass die Vernichtung des Kommunismus in Deutschland keinerlei Rückwirkungen auf das deutsch-russische Verhältnis haben würde, dass die Sowjet-Regierung daraus „selbstverständlich“ keinerlei aussenpolitische Konsequenzen ziehen würde, und dergleichen mehr.[38]

Ich machte nun Z. darauf aufmerksam, dass es doch dringend notwendig wäre, wenn von russischer Seite, mindestens von der „Prawda“ und der „Iswestija“ gegen diese zynische Behauptung Stellung genommen werde.[39] Denn das Schweigen der russischen Blätter werde von der Reichsregierung als eine Bestätigung aufgefasst und förmlich als eine Aufmunterung zum Vorgehen gegen die K.P.D. empfunden werden. Ob er, Z., nicht schleunigst veranlassen könne, dass in der Moskauer Presse gewarnt werde, dann würde das Berliner Auswärtige Amt vielleicht das Schlimmste gegen die deutschen Kommunisten im Interesse der Rapallo-Politik verhindern.

Zu meinem Erstaunen sagte mir Z. kategorisch, die Moskauer Presse werde bestimmt zu diesen Erklärungen der genannten Berliner Blätter *keine* Stellung nehmen. Sie müsse sich sehr davor in Acht nehmen, auch nur den Anschein der Einmischung in die innerdeutschen Verhältnisse zu erwecken.[40]

Die Regierung, die Botschaft, gewiss, meinte ich; aber die *Presse*? Die vergebe sich doch nichts dabei und erweise damit nicht nur den deutschen Kommunisten, sondern dem ganzen Proletariat einen Dienst. Denn die Annullierung der kommunistischen Mandate ermögliche unter Umständen die nationalsozialistische Alleinherrschaft.

Aber Z. blieb bei seinem Standpunkt. Darauf erklärte ich innerlich empört: „Gut, dann werde ich im „Vorwärts“ schreiben, dass die „D.A.Z.“[41] und die „Börsen-Zeitung“ sehr wünschten, dass vielmehr eine Vernichtung der K.P.D. nicht ohne Wirkung auf die öffentliche Meinung in der Sowjetunion bleiben könnte und dass im Gegenteil eine gründliche Abkehr Moskaus von der Rapallo-Politik und damit eine weitere Isolierung Deutschlands unvermeidlich werden würden.“

---

37 Der Topos „Wilhelmstrasse“, wird hier als Metapher für die Reichsregierung gebraucht.

38 Die konservative, nationalliberale *Deutsche Allgemeine Zeitung* (DAZ) erschien seit 1861 (bis 1945) in Berlin (bis 1918 unter dem Namen *Norddeutsche Allgemeine Zeitung*). Die seit 1857 erscheinende *Berliner Börsen-Zeitung*, geleitet von Arnold Killisch von Horn, stand nicht nur der Hochfinanz, sondern auch dem NS-Regime nahe. Ihren Wirtschaftredakteur Walther Funk machte Hitler zum Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsidenten.

39 Die *Pravda* (1912–1991) war das oberste Presseorgan des ZK der RKP(b)/VKP(b), die *Izvestija* erschien seit 1917 als Organ der Legislative der UdSSR.

40 Seit der „Machtergreifung“ befleißigte sich auch die *Pravda* einer „neutralen“ Berichterstattung über das NS-Regime und die Ereignisse in Deutschland. Siehe neuerdings: O.I. Grigor'eva: Obraz Germanii na stranicach gazety „Pravda“. Janvar' 1933 – ijun' 1941 g. In: Aleksandr V. Golubev (Hrsg.): Rossija i mir glazami drug druga. Iz istorii vzaimovosprijatija. Vypusk pjatyj, Moskva, IRI RAN, 2009, S. 211–235.

41 D.A.Z.: *Deutsche Allgemeine Zeitung*.

Darauf erfolgte die kurze, aber phantastische Antwort des bolschewistischen Diplomaten Z: „Ich bitte Sie dringend, nichts dergleichen im ‚Vorwärts' zu schreiben."

Drei oder vier Tage später brach der Brand im Reichstag aus. Man kennt die Fortsetzung der Geschichte.

Was man aber nicht allgemein weiss, am allerwenigsten unter den deutschen Kommunisten, das ist:

1. dass die Hitler-Regierung als eine ihrer ersten Taten 400 Millionen Russenkredite auf ein Jahr verlängert hat;[42]
2. dass der Berliner Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion im April verlängert worden ist;[43]
3. dass nur zwei ausländische Blätter unter vielen Dutzenden, gegen die ein Verbot in Deutschland erlassen worden ist, durch besonderen Erlass wieder gestattet wurden, und zwar die „Prawda" und die „Iswestija".
4. dass die Kommunistische Partei Hollands gegen die Boykottforderung,[44] die inzwischen von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei Hollands zum Beschluss erhoben worden ist, mit der Begründung protestiert hat, dass sich das gegen die Interessen der Sowjet-Republik richten könnte, die mit Deutschland wertvolle Handelsbeziehungen unterhalte.
5. dass im „Völkischen Beobachter" riesengrosse Inserate der Derop, der sowjetrussischen Benzinhandelsgesellschaft in Deutschland erschienen sind, derselben Derop, deren deutsche und zum Teil sogar russische Arbeiter und Angestellte zu Dutzenden verhaftet worden sind.[45]

---

42 Seit 1931 gehörte der deutsche Handel mit Russland im Vergleich zu anderen Ländern zu den wichtigsten Posten.

43 „Als die Komintern nach der eklatanten Niederlage, während Abertausende KPD-Mitglieder verfolgt wurden, von einem kurzzeitigen Rückzug sprach, der den Sturz des Hitlerregimes nur beschleunigen könne, verlangte die Sowjetunion auf außenpolitischem Gebiet von Hitler ein Zeichen des guten Willens. Zeitgleich mit den Massenverhaftungen von KPD-Mitgliedern infolge der Notverordnungen ratifizierte der Reichstag im Mai 1933 das Verlängerungsprotokoll des Berliner Vertrages zwischen Deutschland und der Sowjetunion von 1926, der auf den Vertrag von Rapallo gefolgt war." (Bayerlein: Abschied von einem Mythos, S. 134).

44 Auch die Komintern lehnte jede Boykottforderung gegenüber Hitlerdeutschland ab. Während der Internationale Gewerkschaftsbund, unterstützt von der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, einen Wirtschaftsboykott Hitlerdeutschlands forderten.

45 Derop: 1928 gegründete „Deutsche Vertriebsgesellschaft für Russische Ölprodukte" (Derop), die ein breites Netz an Tanklagern und Tankstellen unterhielt und 1937 in die „Benzol-Verband Bochum" überging, aus der die ARAL wurde. Im Sommer 1933 erfolgten erste Durchsuchungen und Verhaftungen durch die von Göring geleitete Kriminalpolizei, wobei der Ursprung der Maßnahmen noch nicht vollständig geklärt ist. Siehe: Emil Rasche: Die sechste Großmacht. Männer und Mächte um Erdöl, Frankfurt am Main, Büchergilde Gutenberg, 1951, S. 136f.

Man kommt um die bittere Feststellung nicht herum, dass die selbstbewusste Prophezeihung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und der „Börsen Zeitung“ sich hundertprozentig erfüllt hat.[46] Es ist die Wiederholung der Tragödie der Kommunisten in Italien und in der Türkei, deren Ausrottung durch den „Duce“[47] und den „Ghazi“[48] Stalin und Litwinoff[49] nicht gehindert hat, die herzlichsten wirtschaftlichen und sogar diplomatischen Beziehungen zu diesen Ländern bis zum heutigen Tag weiter zu pflegen.

Gerade auf diese Beispiele beriefen sich damals, im Februar, die Organe der Wilhelmstrasse. Wir aber meinten, dass diese Präzedenzfälle für Deutschland nicht stichhaltig wären, weil die K.P.D. in der Gedankenwelt der Moskauer Internationale eine ganz andere Rolle spiele als die italienischen oder die türkischen Kommunisten.

Wir haben uns darin getäuscht und müssen mit dem „Populaire“ zu der

Erkenntnis gelangen,[50] dass die Regierung Stalins weniger Solidarität für die Männer in Deutschland gezeigt, die für sie kämpften und litten, als z.B. die amerikanischen Juden für ihre in Deutschland verfolgten Glaubensgenossen.[51]

---

46 Am 28.4.1933 traf sich Hitler mit Sowjetbotschafter Lev Chinčuk, wobei er laut Bericht des Letzteren sagte, beide Staaten müssten „von dem unverrückbaren Faktum der Existenz des jeweils anderen ausgehen“ und entsprechend handeln. Sie seien „unabhängig von den unterschiedlichen Weltanschauungen [...] durch gemeinsame Interessen miteinander verbunden“, wobei diese Verbindung einen „dauerhaften Charakter“ trage (Dokumenty vnešnej politiki, Bd. XVI, Moskva, Izdatel'stvo političeskoj literatury, 1970, S. 271).

47 Zu den guten Beziehungen der Sowjetunion mit dem faschistischen Italien siehe: Manfredi Martelli: Mussolini e la Russia. Le relazioni italo-sovietiche dal 1922 al 1941, Milano, Mursia, 2007.

48 Unter Atatürk (Mustafa Gasi Kemal Pascha) und dem Kemalismus erfolgte vor allem in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre eine systematische Verfolgung und Inhaftierung der Mitglieder der TKP (Türkiye Komünist Partisi), die Kemal gleichwohl grundsätzlich unterstützte.

49 Maksim Maksimovič Litvinov, ursprüngl. Mejer Vallach (1876–1951) war als Nachfolger Čičerins von 1930 bis 1939 Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion. Er galt als Verfechter der kollektiven Sicherheitspolitik, gehörte jedoch nicht dem inneren Zirkel Stalins an und war kein Mitglied des Politbüros. Siehe: Sabine Dullin: Le rôle de Maxime Litvinov, dans les années trente. In: Communisme (1995), nr. 42/43/44, S. 75–93; id.: Men of Inluence. Stalin's Diplomats in Europe. 1930–1939, Edinburgh, Edinburgh University Press, 2008; Zinovy Sheynis: Maxim Litvinov. Translated from the Russian by Vic Schneierson, Moskva, Progress, 1988.

50 *Le Populaire*, Tageszeitung der SFIO, der französischen sozialistischen Partei (SFIO).

51 Dass die keineswegs feindliche Position Stalins gegenüber dem NS-Regime in Deutschland 1933 etwas mit seinem zutiefst persönlichen Kampf gegen Trotzki zu tun hatte, verdeutlicht der Bericht Vinogradovs über das Gespräch, den er nach Moskau sandte: „Ich antwortete Schiff, wie auch anderen Journalisten, die mir diese Frage stellten, dass die UdSSR als Staat sich nicht in innerdeutsche Angelegenheiten einmischen kann, und dass die Rote Armee nicht nach dem Rezept Trotzkis mobilisiert wird. Dies heißt jedoch nicht, dass unsere Öffentlichkeit das [KPD-]Verbot und den weißen Terror unbemerkt lässt.“ (AVPRF, Moskau, 082/17/78/9, zit. in: Širinja: Komintern v 1933 godu, S. 153). Trotzki hatte in einem Artikel „Ein Sieg Hitlers bedeutet: Krieg gegen die UdSSR“ (datiert vom 28.12.1931, erstmals veröffentlicht am 16.7.1932) eine revolutionäre Staatspolitik der Sowjetunion für den Fall einer Machtergreifung Hitlers als des Todfeindes der Sowjetunion gefordert: „Nimmt man die Versicherung der faschistischen Propheten, sie würden in der ersten Hälfte

des Jahres 1932 an die Macht kommen, für bare Münze – obwohl wir weit davon entfernt sind, diesen Leuten auf ihr bloßes Wort hin zu glauben –, so ist es möglich, von vornherein eine Art politischen Kalender zu entwerfen. Einige Jahre werden mit der Faschisierung Deutschlands vergehen – der Zerschlagung der deutschen Arbeiterklasse, der Schaffung einer faschistischen Miliz und der Wiederherstellung der Armee. Etwa 1933/34 wären die Voraussetzungen einer militärischen Intervention in der Sowjetunion geschaffen. Dieser Zeitplan geht natürlich von der Annahme aus, daß die Regierung der Sowjetunion unterdessen geduldig abwartet. Meine Beziehungen zur gegenwärtigen Regierung sind nicht derart, daß ich ein Recht hätte, in ihrem Namen zu sprechen [...]. Umso freier kann ich mich dazu äußern, wie – meiner Meinung nach – die Sowjetregierung im Falle eines faschistischen Umsturzes in Deutschland handeln müßte. An ihrer Stelle würde ich, sobald ich die telegraphische Nachricht von diesem Ereignis erhielte, eine Teilmobilmachung anordnen. Steht man einem Todfeind gegenüber und ergibt sich der Krieg mit Notwendigkeit aus der Logik der realen Situation, so wäre es unverzeihlicher Leichtsinn, diesem Gegner Zeit zu lassen, sich festzusetzen und zu stärken, Bündnisse einzugehen, sich die nötige Hilfe zu verschaffen, einen umfassenden militärischen Angriffsplan – nicht nur für den Westen, sondern auch für den Osten – auszuarbeiten, und so eine ungeheure Gefahr wachsen zu lassen." (Leo Trotzki: Ein Sieg Hitlers bedeutet Krieg gegen die UdSSR (I see war with Germany). In: *The Militant*, 16.7.1932. http://www.mlwerke.de/tr/1931/311228f.htm). Nach Hitlers Machtantritt schrieb Trotzki am 17.3.1933: „Sofern es die innere Lage der UdSSR erlaubte, hätte die Sowjetunion in der ersten Phase von Hitlers Machtergreifung einige Armeekorps in Weißrussland und der Ukraine mobilisieren müssen, – natürlich unter der Flagge der Verteidigung der sowjetischen Grenzen. Selbstverständlich kann die Rote Armee die deutschen Arbeiter beim Machen der Revolution nicht vertreten, sondern nur die Revolution der deutschen Arbeiter unterstützen. Aber auf verschiedenen Stufen kann diese Unterstützung verschiedene Gestalt annehmen. Die Rote Armee kann den deutschen Arbeitern zum Beispiel helfen, die Revolution zu *beginnen*." (G. Gurow: Deutschland und die UdSSR. In: Leo Trotzki: Schriften über Deutschland, II, S. 495–497, hier S. 496).

Teil 4: 1933–1939
NS-Unterdrückung, Volksfront-Politik und Großer Terror

Dok. 308

Brief Ernst Thälmanns an die Kominternführung über die Situation in Deutschland nach dem 30. Januar

Berlin, 25.2.1933

Typoskript in deutscher Sprache, mit handschriftlichen Ergänzungen. RGASPI, Moskau, 526/1/48, 1–15. Erstveröffentlichung.

An 2

Liebe Freunde!
Wir ersuchen Euch, *beiliegenden Brief, von unserem Freund Th[älmann] geschrieben,*[1] *an die bekannte Stelle weiterzuleiten.* Der Brief sollte einem Boten mitgegeben werden, da aber keiner kam, schicken wir ihn Euch zu.[2]

Besten Gruss

Berlin, den 25. Februar 1933

Liebe Freunde!
Unser Freund Max[3] wird Euch ja bereits über die wichtigsten Massnahmen berichtet haben, die wir im Anschluss an den 30. Januar getroffen haben. Ich will mich deshalb darauf beschränken, einige Hauptpunkte hervorzuheben und dann hauptsächlich zu der Frage der weiteren Politik und neuen Aufgabenstellung schreiben, weil es hier einige Probleme gibt, die so schwerwiegend sind, dass wir sie nur nach vorhergehender Verständigung mit Euch in Angriff nehmen können.

Wie war die Entwicklung nach dem 30. Januar? dass es unmittelbar nach der Einsetzung Hitlers nicht zu grösseren Streiks oder gar zum Generalstreik kam, ist – wie ich glaube – keine besondere Überraschung. Man kann wohl ohne jede Schönfärberei sagen, dass der Erfolg unserer Massenmobilisierung zum Protest gegen die Hitlerregierung in den ersten Februartagen zwar nicht befriedigend war, aber doch einigermassen den gegebenen Möglichkeiten entsprach. Wir hatten überall eine ziemlich lebendige Massenaktivität, Kampfdemonstrationen unsererseits und Störung der faschistischen Aufmärsche. Als erster Anfang des Kampfes gegen die Hitlerregie-

1 Der Brief Thälmanns stellte den vermutlich letzten und zugleich gescheiterten Versuch einer Kontaktaufnahme mit der Kominternspitze in Moskau nach dem Machtantritt Hitlers dar. Er wirft ein grelles Licht nicht nur auf die Hörigkeit gegenüber Moskau, sondern auch auf das bei Thälmann durchaus vorhandene Verständnis über die welthistorische Situation und seiner Verantwortung für die KPD.

2 Der Eingangsstempel „14.[?] APR.1933 2385“ könnte darauf hinweisen, dass der auf den 25. Februar datierte Brief, der erst am 9. März abgeschickt wurde, erst im April 1933 in Moskau erhalten wurde. So lässt sich bereits für die Zeit vor dem Reichstagsbrand ein erstaunliches Kommunikationsdefizit erkennen.

3 Max war ein Pseudonym von Herbert Schubert und von Fritz Heckert.

rung war diese Mobilisierung nicht schlecht. Ganz anders muss man jedoch die Frage beantworten, ob es uns gelungen ist, von diesem Ansatz ausgehend die antifaschistische Massenbewegung in den folgenden Tagen und Wochen entsprechend der Verschärfung der Situation zu einer höheren Entfaltung zu bringen. Hier muss man ohne Zweifel sagen, dass bisher sehr ernste Schwächen bestehen, dass die Partei mit besonderen Ausnahmen nicht die Massen zu höheren revolutionären Formen des Kampfes zu mobilisieren vermochte. Ausnahmen gibt es, sehr gute Ausnahmen, wie im Düsseldorfer und Hamburger Bezirk, aber z.B. in Berlin und im Ruhrgebiet ist eine ziemliche Schwäche zu verzeichnen. In den letzten Tagen ist eine Erhöhung der Aktivität, nach fortgesetzter Besprechung und Anpeitschung, in Berlin schon eingetreten. Trotz alledem gibt es hier noch unverzeihliche Schwächen in der Mobilisierung der werktätigen Massen.

Bevor ich auf die Frage eingehe, was wir tun, um die vorhandenen Schwächen zu überwinden, will ich darstellen, worauf diese Schwächen m.E. beruhen. Die Hauptursache liegt wohl darin, dass es der Führung der Partei nach dem 30. Januar nicht sofort gelang, bis in die unteren Einheiten vollen Verständnis für die veränderte Lage beizubringen, um damit zugleich mit den alten Methoden unserer Arbeit und den alten Formen des Massenkampfes zu brechen. Die Partei braucht in den unteren Parteieinheiten, um den Uebergang zu höheren revolutionären Aufgaben und zu gesteigerten Formen der Aktionen selbst zu finden und den Massen begreiflich zu machen, entschiedene Klarheit über die weitere Entwicklung in Deutschland. Es genügt nicht, dass wir auf einzelnen Gebieten entsprechende höhere Aktionslosungen herausgeben, wenn wir nicht gleichzeitig der Partei und den Massen zum Bewusstsein bringen, dass diese höheren Aktionslosungen sich organisch aus dem Gesamtplan unserer Politik ergeben. Wir haben jetzt auf Grund der Beschlüsse des Sekretariats und des Polbüros ein Rundschreiben an die Bezirke geschickt, das ich beifüge.[4] Darüber hinaus haben wir zwei Dokumente im Entwurf vorbereitet, die wir Euch jedoch vorher vorlegen wollen: 1. Thesen des Zentralkomitees zur Lage, die den Zweck haben, der Partei eine klare und unzweideutige Perspektive zu geben, gewissermassen die grosse Konzeption unserer weiteren Politik, aus der sich die einzelnen

4 Das Rundschreiben an die Bezirke datiert vom 23.2.1933. Hierin hieß es: „Es ist von entscheidender Bedeutung für eine richtige Politik und Arbeit unserer Organisationen, daß es uns gelingt, der Gesamtheit unserer Mitglieder und darüber hinaus den breiten Massen voll zum Bewußtsein zu bringen, daß sich mit der Aufrichtung der offenen faschistischen Diktatur über Deutschland eine grundlegende Veränderung der Situation ergeben hat [...]. Das Unverständnis für diese grundlegenden Änderungen, das gegenwärtig noch in breiten Teilen unserer Organisation und den Massen vorhanden ist, erzeugt vielfach ein Beharren auf alten Methoden, einen Mangel an kühner Aktivität bei der Durchsetzung der [Losungen] unserer Organisation und der Inangriffnahme der höheren Aufgabenstellung [...].“ (Rundschreiben Nr. 6 des Sekretariats des ZK der KPD an die Bezirksleitungen vom 23. Februar 1933. In: Margot Pikarski: Umstellung der KPD auf die Illegalität (Mai 1932 – Sommer 1934). In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 20 (1978), S. 719–733, hier S. 725–726; teilweise abgedruckt in: Weber: Generallinie, S. 663).

taktischen Massnahmen dann ergeben, 2. ein Aktionsprogramm, für dessen Aufstellung nach unserer Auffassung die Situation jetzt reif ist und das die verschiedenen Einzellosungen, die wir für die Gegenwart und nächste Zukunft aufstellen, zu einem gemeinsamen Kampfplan verbinden soll.[5]

Zur Einschätzung der Lage folgendes: Es gibt momentan im Lager der Bourgeoisie eine ernste Zerklüftung. Gegen die Hitler-Regierung bestehen zum Teil weitgehende Widerstände bei der Industrie, besonders aber beim Zentrum und allen katholischen Organisationen, bei den Länderregierungen, usw. usw. Bei den Differenzen einiger Länder-Regierungen mit der Reichsregierung ist besonders der schärfer werdende Gegensatz Bayerns zum Reich bemerkenswert. Held (BVP)[6] [der] bayrische Ministerpräsident hat sogar die Lostrennung Bayerns und den Anschluss an Oesterreich angedeutet. – Schäffer hat sogar gesagt, Bayern würde einen Staatskommissar an der Grenze verhaften lassen.[7] Die Faschisierung des Polizeiapparats und die Verschmelzung der Polizeiorgane mit SA und SS zeitigt gleichfalls eine merkliche Gärung und Zersetzung in den Exekutivorganen des Staates und damit gewisse Schwierigkeiten für die Hitler-Regierung. Schliesslich beseitigt die faschistische Konzentration die Gegensätze zwischen SA und Stahlhelm nicht, wenn sie jetzt auch nach aussen weniger scharf in Erscheinung treten. Hinzu kommt die aussenpolitische Isolierung und kommen die Differenzen innerhalb des Kabinetts über die einzuschlagende Linie in der Aussenpolitik. Mit Neurath (Aussenminister) haben die Hitler-Leute im Kabinett ernste Differenzen, die sogar einen solchen Grad angenommen haben, dass mit dem alsbaldigen Ausscheiden Neuraths aus dem Kabinett zu rechnen ist. – Hitler

---

5 *Thesen des ZK zur Lage:* Weit wichtiger als die angesichts des Beginns der flächendeckenden Unterdrückungswellen abstrakten Programmvorstellungen war die Tatsache, dass „die Taktik der KPD und der Komintern [...] in den ersten Monaten nach dem 30. Januar 1933 darauf hinaus [lief], die Tatsache einer Niederlage zu leugnen und alle, die dieser Behauptung nicht beistimmten, als Defaitisten, Agenten des Klassenfeindes und Anhänger der ‚sozialdemokratischen Sumpfideologie' (Pieck) zu beschimpfen. Die Grundlinie bestand darin, von der Möglichkeit oder gar der Tatsache einer Offensive der deutschen Arbeiterklasse zum Sturz Hitlers und der Aufrichtung der proletarischen Diktatur auszugehen." (Bahne: Die KPD, S. 58).

6 *BVP (Abk.):* Die Bayerische Volkspartei war von 1919 bis 1933 die stärkste Partei in Bayern, und stellte seit dem Hitlerputsch die bayerische Regierung unter dem Ministerpräsidenten Heinrich Held (1868–1938). Sie löste sich jedoch nach der Gleichschaltung im Juli 1933 auf.

7 Unter Zustimmung der SPD unter Wilhelm Hoegner sollte als Zeichen des Widerstands gegen Hitler zunächst unter dem in der Bevölkerung beliebten Kronprinz Rupprecht von Bayern als Generalstaatskommissar die Monarchie wieder hergestellt werden. Dieser Plan der Lostrennung Bayerns wurde jedoch nie öffentlich lanciert und spätestens nach dem Sieg der NSDAP bei den Reichstagswahlen am 5.3.1933 kam es unter Einsatz zahlreicher Druckmittel durch die Hitler-Regierung am 12.4.1933 zur Bildung einer Regierung unter dem hitlertreuen „Reichsstatthalter" Franz von Epp. In Bayern beruft man sich noch heute darauf, dass von allen deutschen Ministerpräsidenten Heinrich Held in Bayern noch am längsten Widerstand geleistet habe (siehe: Kabinett Held IV, 1932–1933. In: Historisches Lexikon Bayerns, http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_46018). Der führende BVP-Politiker und spätere CSU-Mitbegründer Fritz Schäffer (1888–1967) wurde im Juni 1933 von den Nationalsozialisten verhaftet und erst 1934 wieder freigelassen.

will, wie wir in Erfahrung gebracht haben, Mitte März nach Rom fliegen, um dort bei Mussolini seine Antrittsvisite zu machen.[8] [...]

Es ist klar, dass alle diese inneren Differenzen und darüber hinaus der Widerspruch zwischen den bisherigen Versprechungen der Nazis an ihre Anhänger und ihrer jetzigen Regierungspraxis einen bestimmten inneren Sprengstoff darstellen, der sich gegen die faschistische Konzentrationsregierung auswirkt und bei gleichzeitiger offensiver Massentätigkeit und Durchsetzung von Massenaktionen unter Umständen ihren Sturz erleichtern kann. Auf der anderen Seite müssen wir nach meiner Meinung auf schärfste jede Illusion bekämpfen, wie sie vor allem seitens der liberalen bürgerlichen Presse („Berliner Tageblatt" usw.) genährt wird, teilweise aber sogar bis in unsere Partei und erst recht in die sozialdemokratische Arbeiterschaft eindringt, als ob die Hitler-Regierung an ihren eigenen inneren Widersprüchen zugrunde gehen könnte. Man muss sogar sehen, dass der grösste Teil dieser Differenzen und Widersprüche für eine gewisse Zeit abgeschwächt und teilweise überwunden werden könnten, falls es der Regierung gelingt, im Kampf gegen den Kommunismus, gegen uns und die revolutionäre Arbeiterschaft ernstere Erfolge zu erzielen. Umgekehrt: wenn es uns gelingt, den Kampf der Massen rasch auf eine höhere revolutionäre Stufe zu heben, so werden wir die Hitler-Regierung nicht nur unmittelbar durch unsere Massenaktionen und Massenkämpfe bedrängen und erschüttern, sondern dadurch zugleich ihre inneren Schwierigkeiten speisen, entwickeln und steigern können. [...]

Wir könnten diesen offen faschistischen Massnahmen Schwierigkeiten bereiten, aber nur wenn wir rasch den Massenkampf steigern und eine wirkliche Gegenoffensive gegen den Faschismus und die Hitler-Regierung zustande bringen. [...]

Kein Zweifel, dass heute noch keine ernste Depression in der Arbeiterklasse vorhanden ist. Solche Tatsachen wie die Generalstreiks in Lübeck, Stassfurt, Elmshorn oder der Dresdner Streik, zeigen in einer überaus erfreulichen Weise, dass von einem ernsten Eindringen des Faschismus in die Arbeiterklasse noch immer, selbst heute, nicht gesprochen werden kann.[9] Die verhältnismässig kleinen Splitter an Gelben, Stahlhelmleuten und Nazis in den Betrieben werden von der Masse der kommunistisch-sozialdemokratischen Arbeiter und Anhänger zurückgedrängt und zum Teil zur Unaktivität gezwungen. Natürlich bedeutet das im Falle eines Generalstreiks nicht,

---

8 Hitler traf Mussolini allerdings erst im Juni 1934 in Venedig, mehr als ein Jahr nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten. Das Treffen im März kam nicht zustande.

9 Nach anfänglichen, unkoordinierten Aufrufen zum Generalstreik fand sich in den illegalen Rundschreiben des ZK im Februar und März 1933 nur noch die Forderung „Rüstet zum Massenstreik!" (Illegales Rundschreiben des ZK, 25.3.1933. In: Weber/Wachtler: Die Generallinie, S. 676- 682, hier: S. 681). Nach weitgehend spontanen Demonstrationen und Kundgebungen als Reaktion auf die Bildung der Hitler-Hugenberg-Papen-Regierung am 30.1.1933 rief die KPD erst am 31.1.1933 unkoordiniert zum Generalstreik auf, was sogar von den eigenen Anhängern kaum befolgt wurde. „Wenn es die KPD nicht mir wirkungslosen Protesten bewenden lassen wollte, mußte sie Demonstrationen und Streiks initiieren und diesen durch ein gleichzeitiges Abkommen mit SPD und ADGB eine klare Stoßrichtung geben." (Peukert: Die KPD im Widerstand, S. 32). Dies fand jedoch nicht statt.

dass nicht durch massenmässigen, organisierten Einsatz der SA und Stahlhelmer in den Betrieben als Streikbrecher bestimmte Schwierigkeiten für den Streik überhaupt bestehen. Aber man braucht in dieser Hinsicht nicht allzu pessimistisch zu sein.

Das Problem spitzt sich auf die Frage des gemeinsamen Kampfes der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen, Reichsbanner- und christlichen Arbeiter mit uns zu. Nur wenn wir diese Frage erfolgreich und schnell lösen, werden wir den entscheidenden Kämpfen zum Sturz der Hitler-Regierung näher kommen. Man muss nun zu dem Problem Stellung nehmen, wie weit es im Bereich des Möglichen liegt, dass die SPD oder der ADGB an einer durch unsere Kampfmobilisierung und die allgemeine Radikalisierung der Massen nicht mehr aufzuhaltenden grösseren Streikaktion teilnimmt, indem sie ihrerseits z.B. auch zum Streik aufruft usw. Wie steht es mit einer solchen Möglichkeit?

Hierzu muss man sagen, die Führung des ADGB, die Leute um Leipart haben einen festen und eindeutigen Kurs auf Verhinderung jeder grösseren Kampf- und Streikaktion. Sie wollen nur eines, ihre Organisationen in Takt halten, den Kommunisten keinen Einfluss überlassen, um auf jeden Fall zu verhindern, dass wir im Verlauf irgendwelcher grösseren Aktionen diese weiter treiben und auf die proletarische Revolution zusteuern können. Es gibt wegen des völlig fanatischen Standpunktes von Leipart gegen jeden wirklichen Kampf heftige Differenzen mit den übrigen IGB-Leuten. Die ADGB-Führer haben also mit wenigen Ausnahmen klaren Kurs in der Linie der Aussöhnung mit dem Faschismus, des Hineinwachsens in den faschistischen Staat.[10]

Unter den übrigen SPD-Führern gibt es geteilte Stimmungen. Es liegen Aeusserungen von Breitscheid, Hilferding, Scheidemann usw. vor, die unabhängig voneinander erfolgten, sodass man nicht annehmen kann, dass sie dazu bestimmt waren, uns irre zu führen. Diese Aeusserungen besagen, dass die SPD gewillt sei, bei bestimmten Anlässen eine Streik-, ja Generalstreikparole auszugeben, wobei es sich dann nicht um einen Streik von wenigen Tagen, sondern auf längere Sicht handeln müsse. Man rechne damit, eine solche Bewegung in der Hand zu behalten, das heisst, nicht die Führung an die Kommunisten zu verlieren. Diese Leute sprechen z.B. davon, dass eine solche Streikparole ausgegeben werden müsse, wenn die SA ihren Reichsaufmarsch in Berlin durchführen wolle. Man sei sich sicher, dass man die Eisenbahn

---

10 *Aussöhnung mit dem Faschismus*: Ohne die eigene Niederlage zu problematisieren, zog die KPD gegen die zur Kollaboration bereite Linie der ADGB-Führung zu Felde, die mit der Begründung, die Organisationen und Strukturen retten zu müssen, eine Annäherung an die Nationalsozialisten vollzogen hatten. Dies rettete die Freien Gewerkschaften nicht vor der endgültigen Zerschlagung am 2. Mai 1933. Inmitten dieser historischen Katastrophe der Arbeiterbewegung verzichtete die KPD dann auf die Perspektive eines Wiederaufbaus der Freien Gewerkschaften und spekulierte sogar auf eine Übernahme (siehe u.a. Dok. 318; vgl. Gerhard Beier: Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften 1933 - 1945, Köln, Bund Verlag, 1981).

stillegen könne, auch hinsichtlich der Elektrizitäts-, und Gaswerke, lediglich bei der Post werde ein Streik ausserordentlich schwierig sein.[11]

Es ist immerhin denkbar, dass angesichts des schroffen Kurses der Regierung gegen die SPD tatsächlich eine solche sozialdemokratische Streikparole in irgendeinem Zeitpunkt herauskommt, selbstverständlich nur dann, wenn die ernste Gefahr besteht, dass sonst wir allein grosse Streiks auslösen können, und wenn den sozialfaschistischen Führern das Wasser bis an die Kehle steht. Ich glaube aber, dass man zwar nicht die Möglichkeit eines solchen Ereignisses ausschliessen darf, dass es aber *verhängnisvoll* wäre, sich etwa darauf einzustellen, statt von uns aus Kurs auf die Führung des Generalstreiks nur durch unsere Kraft, in Gemeinschaft mit den breiten Arbeitermassen der SPD und der Christen zu nehmen. Das letztere ist die Linie unserer revolutionären Kampfpolitik. Das Hauptgewicht bleibt also bei der Einheitsfronttaktik von unten. Aber wir gehen einen Schritt weiter als vor dem 30. Januar, indem wir generell unten, wenn die Vorbedingung einer bestimmten Massenmobilisierung gegeben ist, auch an die unteren Organisationen der SPD, des Reichsbanners, der freien und der christlichen Gewerkschaften herantreten. Dasselbe gilt natürlich auch für Sport, Freidenker und andere Massenorganisationen. Mit dieser Orientierung schliessen wir weitere Formen einer kombinierten Einheitsfronttaktik von unten und oben – das heisst im Bezirksmasstabe oder zentralem Masstabe – nicht etwa grundsätzlich aus. Wir haben ja am 30. Januar, wenn auch nur in der Form der öffentlichen Aufforderung im Flugblatt ein solches direktes zentrales Einheitsfrontangebot an SPD, ADGB, AFA-Bund[12] und christliche Gewerkschaften gerichtet.[13] Es könnte

11 Im Aufruf des Vorstandes der SPD und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 31. Januar 1933 (In: *Vorwärts*, 31.1.1933) hieß es: „Die Stunde fordert die Einigkeit des ganzen arbeitenden Volkes zum Kampf gegen die vereinigten Gegner. Sie fordert Bereitschaft zum Einsatz der letzten und äußersten Kräfte.(…) Jeder Versuch der Regierung, ihre Macht gegen die Verfassung anzuwenden oder zu behaupten, wird auf den äußersten Widerstand der Arbeiterklasse und aller freiheitlich gesinnten Volkskreise stoßen. Zu diesem entscheidenden Kampf sind alle Kräfte bereitzuhalten."

12 *AFA-Bund:* Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD (AfA).

13 *Einheitsfrontangebot:* Aus dem veröffentlichten Teil des Flugblatts der KPD geht nicht hervor, dass es sich um ein „direktes zentrales Einheitsfrontangebot" handelte. Am Schluss des Flugblatts hieß es: „Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungarbeiter, nehmt in allen Betrieben, in allen Gewerkschaften, in allen Arbeiterorganisationen, auf allen Stempelstellen sofort Stellung für den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur!" (Aus dem Aufruf der KPD zum Generalstreik vom 30. Januar 1933, publ. in: Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, vol. 5, S. 441f.). Nicht die KPD, sondern KPD(O), SAP und die Linke Opposition der KPD (Internationale Kommunisten Deutschlands/IKD) forderten SPD, KPD und Gewerkschaftsführungen zu einem gemeinsamen Aufruf an die Arbeitschaft zum Generalstreik auf. Siehe: August Thalheimer: Brief der Reichsleitung der KPD-O an den Vorstand des ADGB, an das ZK der KPD, an den Parteivorstand der SPD, 30. Januar 1933. In: Gruppe Arbeiterpolitik: Faschismus in Deutschland. Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928–1933, vol. 1, o.O., Selbstverlag, 1981, S. 281. https://www.marxists.org/deutsch/archiv/thalheimer/1933/01/rleitung.html). Im Aufruf der Linken Opposition hieß es: „Es genügt nicht, zum Kampf aufzufordern und sich bereit zu erklären, ihn mit der SPD, dem ADGB und den christlichen Gewerkschaften durchzuführen, wie es das ZK der KPD bisher gemacht hat. Die Lage erfordert heute von der KPD, ein offenes Spitzenangebot an die

eine Situation eintreten, wo wir erneut ein solches Angebot nicht nur in Flugblattform, sondern gleichzeitig auch in der Form eines direkten Briefes stellen müssten. Voraussetzung müsste sein, dass nach der Lage der Dinge ein solcher Schritt dazu geeignet wäre, den Zwiespalt zwischen Massen und Führung bei der SPD rasch zu verschärfen und die unteren Funktionäre unseren Parolen empfänglicher zu machen.

Jedenfalls aber ist die Frage der Einheitsfronttaktik heute von der allergrössten Bedeutung. Wir haben einige gute Erfolge. In Frankfurt/Main z.B. haben wir nach dem Verbot unserer Demonstration und dem Aufruf der Eisernen Front[14] zu einer Demonstration die Massen aufgerufen, unter unseren Losungen zu dieser Demonstration zu gehen und sie zu einer antifaschistischen Einheitsdemonstration zu machen. Der Erfolg war sehr gut. [...]

Natürlich darf man die bisherigen örtlichen Generalstreiks und Massenstreiks nicht überschätzen. Die Tatsche, dass meistens nur bei Begräbnissen erschossener Antifaschisten gestreikt wurde, zeigt deutlich, dass sie zunächst den allgemeinoffensiven Charakter noch vermissen liessen, den wir unbedingt für die allgemeine Offensive des Proletariats gebrauchen. Aber wenn es uns gelingt, solche Streiks in grösserer Anzahl einzulösen, wird die Ueberleitung zu offensiveren Streikkämpfen verhältnismässig erleichtert sein. Es ist wieder so, wie bei der Streikwelle im vergangenen Sommer: das Anfangen ist immer das schwerste.

Einige Bemerkungen zur Frage des Verbots:
Im Kabinett wurde auf Antrag Hugenbergs bereits vor etwa anderthalb bis zwei Wochen beschlossen, das Verbot der Partei unmittelbar vor der Reichstagswahl, am 2. oder 3. März vorzunehmen, weil dann sowohl eine Umstellung der Partei hinsichtlich der Wahlparolen nurmehr schwer möglich sei, als auch infolge der Wahlstimmung für die SPD erleichtert sei, sich vor einer Teilnahme an Streiks zu drücken und die Massen statt dessen auf den 5. März für die Wahl der SPD zu vertrösten.[15] Hitler und Frick waren im Kabinett gegen das rasche Verbot, wobei Hitler sich auf eine Unterredung mit einem italienischen Vertreter berief, der ihm geraten habe, die Partei erst aufs schärfste und mit allen Mitteln zu dezimieren und erst dann zu verbieten. Trotzdem kam es zu dem Beschluss, gegen den nur der deutschnationale Justizminister Gürtner stimmte.

Nach diesem Kabinettsbeschluss, der bisher noch besteht, kam es zu einem Schritt der Arbeitgeberverbände, die sich gegen das Parteiverbot aussprachen. Sie

---

SPD- und ADGB-Führung zu machen. Man muß ein konkretes Kampfprogramm vorschlagen, vor der Arbeiteröffentlichkeit die SPD und ADGB-Führung zu Verhandlungen und Vereinbarungen auffordern (...)". (Der Terror beginnt. Sofort handeln durch Einheitsfront. In: *Permanente Revolution*, 3 (1. Februarwoche 1933).

14 Zur Eisernen Front siehe Dok. 290.

15 Ein KPD-Verbot wurde auf eine Forderung Hitlers hin nicht ausgesprochen. Ohne jeden Anflug von Legalität ließ Hitler in den Tagen nach dem Reichstagsbrand trotz des legalen Status der Partei zunächst ca. 4000 Kommunisten verhaften.

erklärten, dass durch ein Verbot die Kommunisten zur verstärkten Arbeit in den Gewerkschaften gebracht und damit eine Radikalisierung der Gewerkschaften zu befürchten wäre. Hindenburg hat sich ferner dahin ausgesprochen, dass er gegen den Erlass des Parteiverbots sei, weil das eine zu gefährliche Massnahme sei, über deren Ausgang man nicht vorher klar sehen könne. Es hat nun den Anschein, als ob hinter dieser Stellungnahme Hindenburgs der Kreis um Hugenberg, Papen und dem Major Hindenburg, dem Sohn Hindenburgs steckt. Hugenberg durfte ein doppeltes Spiel getrieben haben. Sein Vorstoss im Kabinett sollte ihm gewissermassen in der Frage des Parteiverbots ein Alibi verschaffen, um nicht in dieser Frage vor Hitler in die Defensive gedrängt zu werden. In Wirklichkeit scheint es, als ob diese Kreise das sofortige Verbot noch nicht wünschen. Es spricht also jetzt einiges dafür, dass das Verbot erst nach der Wahl kommt. [...]

Wie wir jetzt erfahren haben, plant Hitler vor der Wahl noch eine grosse Bombe in der Art des Sinowjew-Briefes bei den englischen Wahlen von 1925.[16] SS-Leute sollen ein angebliches Kommunisten-Attentat auf Hitler durchführen, das natürlich fehlschlägt. Damit will man einerseits die nötige Progromstimmung [sic] für das Verbot schaffen, andrerseits der Partei Stimmen abtreiben und schliesslich vor allem eine Wahlbombe zugunsten der Nazis provozieren. Wir denunzieren diese Pläne rechtzeitig der Oeffentlichkeit, verbreiten dabei ein besonderes Flugblatt in grosser Auflage, um diese Wahlbombe der Nazis entweder zu verhindern, oder doch verhältnismässig unschädlich zu machen. In Anbetracht des geplanten Nazimarsches auf Berlin am 5./6. mobilisieren wir die Berliner Betriebe und Arbeiterviertel und stellen die umliegenden Parteibezirke insbesondere auf diese Tatsache ein.[17] Wir geben die Losung der Verteidigung des roten Berlins, der wehrhaften Massen-Notwehr und des Rechtes der Abwehr des Faschisten-Marsches mit allen Mitteln der Massen aus (Entwaffnung der Faschisten, Bewaffnung der Antifaschisten, Aufhalten von Zügen, Autos, Lastwagen und Marschkollonnen). Als wichtigstes wollen wir die Betriebe zum politischen Massenstreik mobilisieren und Streiks der Eisenbahner, Strassenbahner, Gas-, Wasser-, Elektrizitätsarbeiter etc. erreichen und schlagen schon jetzt Protest und Streikmassnahmen der Betriebe den SPD- und ADGB-Arbeitern vor. Wir haben eine antifaschistische *Alarm-, Rüst- und Aktionswoche* für die Zeit vor dem 5/6. März angesetzt und

16 Der sich später als Fälschung herausgestellte Sinowjew-Brief spielte fbesonders in England in den 1920er Jahren eine große Rolle und diente dazu, das Schreckgespenst einer gewaltsamen kommunistischen Machteroberung zu schaffen und damit gleichzeitig die Labour-Regierung unter Ramsay MacDonald zu schwächen. Hierin wurde die KP Englands aufgefordert, die Zersetzung in der Armee zu tragen um die britische Rote Armee aufzubauen. Die „größere Provokation" in Deutschland, die Thälmann erwartete, ohne sie zu kennen, war sicherlich der zwei Tage nach seinem Brief erfolgte Reichstagsbrand. Zum „Sinowjew-Brief" siehe: Lewis Chester, Stephen Fay, Hugo Young: The Zinoviev Letter, London, Heinemann, 1967.

17 *Nazimarsch auf Berlin:* Am 5. März fanden die Reichstagswahlen statt, bei denen es der NSDAP nicht gelang, die Mehrheit der Mandate zu erreichen. Vier Tage danach, am 9.3.1933, wurden die 81 Mandate der KPD annulliert.

schlagen durch ein Massenflugblatt etc. Alarm in allen Arbeitervierteln und Betrieben.

Für den Wahlkampf haben wir zentralerseits u.a. einen zentralen Wahlaufruf (illegal: 7 Millionen Auflage), vorige Woche ein Einheitsfrontangebot (mit unseren 3 Minimalforderungen) herausgebracht. Da unsere Presse fast restlos verboten ist, haben wir eine Menge illegalen Flugblattmaterials herausgebracht. Die Presse stellt zweitägig erscheinende Broschüren für die Leser fertig (aktuell: z.B. „Eisleben", „Einheitsfront") Für Berlin ist die Herausgabe eines *legal* erscheinenden in neutraler Aufmachung, für einen Preis von 5 Pfg. herauszubringenden 4 – 6 seitig erscheinenden *Mittagsblattes* unmittelbar in die Wege geleitet. Wir haben das Gleiche für verschiedene grosse Bezirke angewiesen. – Regelmässig erscheint nun auch die „Rote Sturmfahne". [...]

Die Umstellung auf die Illegalität macht langsame Fortschritte. Es zeigen sich natürlich sehr grosse Kinderkrankheiten. Auch tauchen immer erneut schwere Versaeumnisse aus der Vergangenheit auf. Ohne sich Illusionen darüber zu machen, dass wir manche Schläge beim Verbot haben werden, kann man doch schon mit einigem Optimismus hinsichtlich der ungebrochenen Fortführung unserer revolutionären Massenarbeit in der Illegalität in die Zukunft blicken. Aber auch diese – wie die ganze Frage des Kampfes gegen die Hitler-Regierung hängt ausschliesslich davon ab, ob es uns gelingt, in kurzer Frist wirkliche Massenaktionen und Kämpfe grösseren Umfangs zustande zu bringen. Wir haben in der Frage des wehrhaften Kampfes gegen den faschistischen Terror eine sehr ungleichmässige Situation. Versagen in Berlin und im Ruhrgebiet, Erfolge am Niederrhein und in Wasserkante. [...]

Ein geplanter Einmarsch in die Arbeiterviertel bei Düsseldorf wurde abgeblasen wegen der mächtigen Massenmobilisierung, obwohl extra vorher 54 KPD-Funktionäre in Schutzhaft genommen worden waren, die man teilweise auf den Strassen aufgriff. [...]

Eine schlechte Lage ist in Essen, wo zweimal öffentliche Massenkundgebungen der Eisernen Front angesetzt waren, zu denen Zehntausende kamen. Beide Male hatte die SA bewaffnet vorher den Platz besetzt. Beide Male schickte die SPD-Leitung die Massen nach Hause. Unsere Genossen hatten davor zurückgeschreckt, mit dem Einsatz aller Mittel die SA-Kolonnen bei dieser Gelegenheit zu verjagen. Im Ganzen muss man also sagen: wenn es uns nicht gelingt, den Massenkampf in allen Bezirken auf eine höhere revolutionäre Stufe zu heben, Beispiele grösserer revolutionärer Massenaktionen zu schaffen, so wären durchaus Depressionsstimmungen zu befürchten, die heute noch nicht vorhanden sind. Das gilt vor allem von den systematischen Terrorakten der Nazis, wo einstweilen noch das Verhältnis so ist, dass wir und SPD schon mehr Tote haben als die Nazis. Auch hier müssen wir offensiver und massenmässiger vorgehen. Das *bezirkliche* Einheitsfront-Angebot der Berliner R.G.O. an den ADGB war

ein Fehler. Das Angebot [geschah] nicht entsprechend den Direktiven des Sekretariats des ZK – es war als Ganzes ein Einheitsfrontangebot von oben.[18] [...]

Welche politische Linie und welche praktischen Methoden wir ausgearbeitet haben, um diese rasche Steigerung des Massenkampfes und der Massenaktivität zu erreichen, erseht Ihr am besten aus den beigelegten Direktiven. Wie Euch Max erzählt haben wird, wurde schon auf der Reichskonferenz vor allen Polsekretären, Abteilungsleitern und Leitern der Reichsfraktionen der Massenorganisationen in der Linie dieser Direktiven im Referat aufgezeigt, welche Aufgaben vor uns liegen.[19] Das Referat wird in der Partei und unter den Sympathisierenden auszugsweise verbreitet.[20] Wenn Ihr mit unseren Vorschlägen bezüglich des Aktionsprogramms und den Thesen zur Lage einverstanden sein solltet, bezw. wenn diese Dokumente mit Euren Vorschlägen ausgebaut sind, wollen wir sie benutzen um der ganzen Partei und den Massen noch viel stärker klares Bewusstsein für den Ernst der Situation und klare Direktiven für die vor uns liegenden höheren revolutionären Aufgaben zu geben.

Wir sind uns über die grosse Tragweite unserer jetzigen Beschlüsse, sogar über den Rahmen Deutschlands hinaus, für die ganze geschichtliche Entwicklung, durchaus bewusst. Wir wissen, wieviel davon abhängt, ob wir jetzt die richtige, den konkreten Bedingungen entsprechende Politik einschlagen und erfolgreich durchführen. Es ist deshalb klar, dass wir in einer solchen ernsten Situation voll und ganz auch in den Einzelheiten unserer taktischen Massnahmen nach Möglichkeit schon vorher Übereinstimmung mit Euch herbeiführen. Das erscheint uns umso notwendiger, als bei weiterer Verschärfung der Situation oft eine solche Verständigung und Beratung mit Euch nicht mehr in dem Masse, vor allem in der hierfür erforderlichen Schnelligkeit möglich sein wird, wie in der Vergangenheit. Umso notwendiger ist es, jetzt unseren weiteren Weg sowohl in der Einschätzung der Entwicklung, wie in der Aufgabenstellung und den wichtigsten taktischen Fragen mit Euch festzulegen.[21]

Mit revolutionärem Gruss

18 Die letzten beiden Sätze sind Teil eines nachträglich vorgenommenen handschriftlichen Einschubs.

19 Gemeint ist hiermit die Konferenz in Ziegenhals bei Zeuthen (siehe Dok. 305).

20 Auch die Verbreitung der Thälmann-Rede erfolgte, wenn überhaupt, vermutlich nicht in diesem Sinne siehe Dok. 305).

21 Eine solche Festlegung ist höchstwahrscheinlich aufgrund der Kommunikationsschwierigkeiten vorerst nicht erfolgt.

Dok. 309

Brief Ernst Thälmanns an den Untersuchungsrichter des Reichsgerichts über Revolutionserwartung, Aufstandsvorbereitungen und Aktionsplanung der KPD im Februar 1933

Berlin, 4.10.1933[22]

Deutsch, maschinenschriftliche Abschrift, RGASPI, Moskau, 526/1/48, 46–50 (handschriftliches Original 44–46). Teilweise veröffentlicht in: Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, S. 455–456; ebf. in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (1964), H. 3, S. 464–467.

Abschrift

Berlin d. 4.10.33

An den Untersuchungsrichter des Reichsgerichts.[23]

Die Denkschrift „Kommunistische Umsturzbewegungen in Deutschland" von der Oberreichsanwaltschaft zusammengestellt,[24] lehne ich im Ganzen ab, da sie, mit Ausnahme von Formulierungen und Hinweisen, die den Beschlüssen des ZK entsprechen, als Ganzes ein Zerrbild und eine Verfälschung der Politik der Partei abgibt. Die Politik der Partei ist eine Massenpolitik und hat mit einer Putschpolitik nichts zu tun. […]

Die Krise ist nicht gelöst. Weder in U.S.A., noch in England, noch in Deutschland, es zeigten sich auch keine Anzeichen einer solchen Lösung, sondern noch der Verschärfung. Wir sagten deshalb: Es gibt eine Losung, einen Ausweg aus der Krise, das ist die siegreiche Volksrevolution, das heißt Arbeiter- und Bauernmacht, gestützt auf Arbeiter und Werktätige, geführt von der Kommunistischen Partei. Bedeutete das für Deutschland unmittelbare Vorbereitung des Sturzes der kapitalistischen Macht? Keineswegs! Wir sprechen von dem möglich raschen Heranreifen der Voraussetzun-

22 Die chronologische Einordnung des Briefes in der Edition erfolgte durch die Bearbeiter unter dem 15.2.1933.

23 Bemerkenswerterweise entsprach die von Thälmann zu seiner Verteidigung herangezogene Argumentation weitgehend dem politischen Kurs vor und nach dem Machtantritt Hitlers, den er als Vorsitzender der KPD verfolgte. Das vorliegende Dokument ist im Zuge der Vorbereitung des Prozesses gegen Ernst Thälmann entstanden (zur Vorbereitung des 1934 vorgesehenen und schließlich von Hitler aufgegebenen Prozesses siehe den Text von Bayerlein in Bd. 1). Da es eine wichtige, unmittelbare Stellungnahme zur Haltung der KPD gegenüber der Machtübernahme Hitlers darstellt, wurde es in der Dokumentation chronologisch auf Mitte Februar 1933 eingeordnet.

24 Siehe: Denkschrift über die kommunistischen Umsturzbestrebungen in Deutschland. Im amtlichen Auftrage herausgegeben vom Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin und Leipzig, 1933 (überliefert in: RGASPI, Moskau, 526/1/48, 30–43). Laut Einleitung des Verlags sollte die 31seitige Denkschrift „die illegale Tätigkeit der Kommunisten in Deutschland, die auf den gewaltsamen Umsturz gerichtet war, darstellen. Sämtliche Feststellungen der Schrift beruhen auf rechtskräftigen Urteilen des Reichsgerichts, die zum größten Teil vor dem 30. Januar 1933 gefällt sind." (S. 3).

gen der revolutionären Krise. Heranreifen – also ist sie noch nicht da. Wahnwitz – im Heranreifen etwa die Reife vorweg wenigstens anzunehmen und entsprechend dann die Reife unmöglich zu machen. Wir hatten im Februar 1933 in Deutschland keine unmittelbar revolutionäre Situation, auch keine revolutionäre Situation, auch keine unmittelbare Entfaltung und Verschärfung der revolutionären Krise, auch keine revolutionäre Krise. In unseren offiziellen Dokumenten des Z.K., der Parteikonferenz,[25] im Programm zu den Reichstagswahlen im März 1933,[26] wie auch in meinen Referaten, trotz fehlerhafter Wiedergabe bei der Veröffentlichung ist festzustellen,[27] dass wir immer wieder von dem beschleunigten Heranreifen der Voraussetzungen der revolutionären Krise sprechen und nur in dieser Linie unserer Taktik festlegten. Es ist deshalb unwahr, wenn behauptet wird, dass wir am Februar-Ende [sic] den Umsturz in Deutschland planten, es ist absurd, vom bewaffneten Aufstand und von Aufstandsvorbereitungen der Partei zu sprechen. Tatsächlich haben wir nicht die Umwälzung unmittelbar vorbereitet, es lag kein im einzelnen bestimmter Aktionsplan vor. Wir sind der festen Meinung, daß für uns auch noch die offene Kampfesmöglichkeit nicht gekommen war. Das Z.K. hat die Bewaffnung der Arbeiter als Aktionslosung nicht gestellt und nicht als Forderung erhoben, wie ebenfalls eine Losung der KPD, die Parteiangehörigen müßten sich zum Zwecke des Aufstandes bewaffnen, nicht herausgegeben wurde.

Also wir verneinen nicht die Revolution, wir halten sie für notwendig und als einzige Möglichkeit der nationalen und sozialen Befreiung, wir arbeiten und kämpften für sie. Wir verneinen die Verschwörung – wir gründen uns auf objektive Voraussetzungen (zu denen wir subjektiv mithelfen). Diese Voraussetzungen reifen heran, waren bisher nicht gegeben. Wir hatten bisher keinen Plan zum Umsturz als Aktionen und konnten ihn nicht haben –– wir wollten nicht alle bisherige Arbeit in Frage stellen. In dieser Verbindung stehen auch unsere Losungen zur Frage der Macht. Bei diesen Losungen, wie Volksrevolution, freies, sozialistisches Deutschland, Sowjet-Deutschland, Diktatur des Proletariats, Arbeiter- und Bauernregierung, Deutschland

---

25 *„Parteikonferenz“:* Gemeint ist hier die Funktionärskonferenz der KPD in Ziegenhals bei Zeuthen vom 7.2.1933 (siehe Dok. 305).

26 *Programm zu den Reichstagswahlen:* In der letzten legalen Ausgabe der *Roten Fahne* vom 26./27.2.1933 wurde unter der Überschrift „Es lebe der Kommunismus“ ein Wahlaufruf der KPD veröffentlicht, der größtenteils propagandistisch ausgerichtet war und neben der Aufforderung zur Wahl der KPD kein Aktionsprogramm beinhaltete. Die SPD-Führung wurde hierin der „Sabotage“, des „Abwartens und Stillehaltens“ im Rahmen eines „Nichtangriffspakts“ bezichtigt. Einige der Wendungen Thälmanns aus der „Ziegenhalser Rede“ wie auch aus seinen Briefen vom 25.2.1933 finden sich hierin wieder. Das in derselben Ausgabe veröffentlichte Programm, das auf Antrag der KPD-Reichstagsfraktion eingebracht werden sollte, beschränkte sich weitgehend auf soziale Forderungen; es beinhaltete ebenfalls die „Einstellung aller Versailler Tribut- und Reparationszahlungen!“ (Die Sofort-Forderungen der Kommunisten. In: *Die Rote Fahne*, 26./27.2.1933).

27 Auch hier erwähnte Thälmann eine fehlerhafte Widergabe seiner Rede auf der Tagung in Ziegenhals.

der Arbeiter und Bauern, Arbeiter- und Bauernmacht, Arbeiter- und Bauernrepublik, kann es sich nur [um] propagandistische Darlegung handeln. [...]

Eine geschichtliche Umwälzung in Deutschland durch die siegreiche proletarische Revolution ist nur denkbar mit den Millionen Massen der Arbeiter und des werktätigen Volkes, und nicht gegen sie. Auf der Parteikonferenz im Oktober 1932 wurde z.B. von mir an einer Stelle gesagt: „Die Hitlerbewegung hat heute bereits einen solchen Massencharakter, daß ohne den Einbruch in ihre Front ein Sieg der proletarischen Revolution undenkbar ist."[28]

Dok. 310

Bericht Manuilskis über die Einheitsfront und die „günstige Situation" in Deutschland

[Moskau], 28.2.1933

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/2/202, 7–29. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 676–685.

So steht die Frage der Einheitsfront für die deutsche Sozialdemokratie, hier hat kein Kommunist das Recht, sich wie auch immer gearteten Illusionen hinzugeben, völlig anders hingegen steht die Frage der Einheitsfront für die Hunderttausende organisierter und nicht-organisierter sozialdemokratischer und parteiloser Arbeiter Deutschlands, die sich jetzt unter den Schlägen des Faschismus in Deutschland darüber bewusst werden, dass das einzige Mittel, den Fall des Faschismus zu beschleunigen, ihm einen weiteren Weg zu versperren, seinen Sturz zu erreichen, darin besteht, die kommunistische Einheitsfront mit der Arbeiterklasse zu verwirklichen. [...]

Unsere Aufgabe besteht genau darin, dieser Masse [...] die Möglichkeit zu geben, sich in der Form einer Einheitsfront des Kampfes herauszukristallisieren. Das ist die erste Hauptaufgabe, die wir mit unserem Aufruf verfolgen.[29]

---

28 *Parteikonferenz Oktober:* Das Schlusswort Thälmanns auf der Parteikonferenz vom 15.-18.10.1932 verdeutlicht die auch von der Komintern ausgegebene defensive Linie und die nicht einmal als eine vorrevolutionäre Situation eingestufte Lage in Deutschland. Siehe: Ernst Thälmann: Reden und Aufsätze 1930–1933, Bd. 2, März 1932-Februar 1933, Köln, Verlag Rote Fahne, 1975, S. 285–340. Im Oktober 1932 ließ ebenfalls Manuilski in Moskau eine Kommission „über die linken Manöver der Sozialdemokratie" einberufen, auf der mit besonderem Blick auf Deutschland die kommunistischen Parteien aufgefordert wurden, sich an jede sich entwickelnde soziale Protestbewegung zu „klammern und diese Bewegung zu höheren Formen vorwärts [zu] treiben" (RGASPI, Moskau, 495/18/916, 146–154, zit. nach: Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 320).

29 An diesem Tag veröffentlichte die *Pravda* einen Aufruf des EKKI zur Einheitsfront gegen die faschistische Diktatur, der daraufhin auch in der Partei- und Kominternpresse publiziert wurde. Der am Tag nach der Verhaftung der Mitglieder der Reichstagsfraktion der KPD publizierte Aufruf enthielt zwar eine leichte Abschwächung der Ablehnung gegenüber der Sozialdemokratie, trotzdem wurde

Die zweite Aufgabe, Genossen, besteht darin, die deutsche Sozialdemokratie, und nicht nur die deutsche, sondern die gesamte internationale Sozialdemokratie und das Büro der 2. Internationale in eine solche Lage zu versetzen, in der sie (wie wir wissen, wollen sie keine Einheitsfront) sich in einer äußerst schweren Situation wiederfinden werden, wo sie dazu gezwungen werden, klar und deutlich zu unserem klaren und deutlichen Vorschlag Position zu beziehen, und davor, muss ich angesichts der gestrigen Mitteilung der „Führer-Briefe"[30] und der Telegramme aus Deutschland sagen, hat die Sozialdemokratie am meisten Angst.

Und es muss gesagt werden, dass auf die Antwort, die wir ihnen in diesem Dokument geben, die Sozialdemokratie nicht gewartet hat und auch nicht wartet.

Die Sozialdemokratie fürchtet sich vor der Einheitsfront, und als Beispiel kann ich diese verworrene, fehlerhafte Einheitsfront anführen, die unsere Französische Kommunistische Partei durchführte,[31] als sie versuchte, Verhandlungen mit dem Zentralkomitee der Sozialistischen Partei Frankreichs zu führen. Und man hätte sehen müssen, wie sich nach dem Abbruch der Verhandlungen eine, im Grunde genommen, allgemeine Zufriedenheit in der französischen sozialistischen Partei ausbreitete. [...]

Ich sage, Genossen, dass sie darauf gewartet haben und auch jetzt darauf warten, dass wir ihnen eine derartige Antwort geben, wie wir sie bisher für gewöhnlich gegeben haben, mit der Auflistung aller ihrer Verrätereien angefangen mit dem 2. August 1914,[32] mit Erklärungen darüber, dass es im Grunde genommen zwischen diesen Verrätern und uns keinerlei Gespräche über eine Einheitsfront der Arbeiterklasse geben kann. Diese Antwort wird zweifellos die Rolle einer Bombe spielen, die dabei helfen wird, jetzt die Basis der Arbeitermassen zugunsten einer Einheitsfront herauszukristallisieren.

Genossen, ich gehe jetzt zu dieser Antwort über, und zuallererst zu den zwei Hauptbedingungen, die von der Kommunistischen Internationale aufgestellt werden. Ich werde sie vorlesen, Genossen. Dies sind die zwei Hauptbedingungen:

---

die Grundausrichtung einer Einheitsfront nur von unten in dem (verspäteten) Dokument nicht verändert (der Aufruf ist abgedruckt in: Weber: Die kommunistische Internationale, S. 266–269; siehe auch Dok. 311).

30 *Deutsche Führer-Briefe:* Die 1928 von Edgar Alexander gegründeten *Deutschen Führerbriefe* war ein regierungsnaher deutscher wirtschaftlicher und politischer Informationsdienst. Die zweimal die Woche erscheinen Bulletins waren nicht frei erhältlich, sie wurden nur den höchsten Entscheidungsträgern in Industrie, Militär und Staatsapparat zugestellt. 1933 wurde das mittlerweile vom Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht nahestehenden Franz Reuter herausgegebene Periodikum in *Deutsche Briefe* umbenannt, um eine Assoziation mit Hitler zu vermeiden. Als interne, anonymisierte Informationen für die große und mittlere Industrie wurden diese in Bürogemeinschaft mit der Arbeitsstelle Schacht und dem Mitteleuropäischen Wirtschaftstag (MWT) herausgegeben. Sie zielten auf eine friedliche, ökonomische Durchdringung und den Austausch mit den Staaten Osteuropas und der Sowjetunion.

31 Die KPF hatte zumindest versucht einige Fühler in Richtung der Sozialistischen Partei auszustrecken.

32 *2. August 1914:* Die Abstimmung über die Kriegskredite fand nicht am 2. August 1914, sondern zwei Tage später, am 4. August, statt.

„a) Die Kommunisten und die Sozialdemokraten werden unverzüglich beginnen mit der Organisierung und Durchführung der Abwehr von Attacken seitens des Faschismus und der Reaktion gegen politische, gewerkschaftliche, genossenschaftliche und andere Organisationen der Arbeiter, gegen die Arbeiterpresse, die Versammlungs-, Demonstrations- und Streikfreiheit; sie organisieren eine gemeinsame Abwehr gegen die bewaffneten Überfälle der faschistischen Banden mittels Durchführung von Massenprotesten, Straßendemonstrationen, politischen Massenstreiks; sie werden beginnen mit der Organisierung von Aktionskomitees in den Betrieben, in den Arbeitsbörsen[33] und in den Arbeitervierteln, genauso wie mit der Organisierung von Wehrverbänden."

Dies ist die erste Bedingung. Die zweite:

„b) Die Kommunisten und die Sozialdemokraten werden unverzüglich beginnen mit der Organisierung von Arbeiterprotest mittels Kundgebungen, Demonstrationen, Streiks, gegen jegliche Lohnkürzungen, gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, gegen Angriffe auf die Sozialversicherungen, gegen die Kürzung der Arbeitslosenhilfe, gegen Entlassungen in den Betrieben." [...]

Was steckt hinter diesen Forderungen? Hinter diesen zwei Forderungen steckt im Grunde das gesamte Programm des Kampfes gegen den Faschismus und die Offensive des Kapitals. Hier stecken im wesentlichen diejenigen zusammensetzbaren Elemente, aus denen im Grunde die proletarische Revolution entwächst. [...] Entweder wir nehmen diese Forderungen ernst, oder wir schenken ihnen keine Bedeutung. Und ich muss sagen, dass mich diese Fragestellung etwas beunruhigt hat. Wir haben uns so daran gewöhnt, unseren Forderungen, die wir im Laufe einer Reihe von Jahren an die internationale Sozialdemokratie in den Fragen der Einheitsfront gerichtet haben, keine weitere Beachtung zu schenken, wir haben uns so daran gewöhnt, dass man uns jedes Mal mit einer Absage antwortete, uns sabotierte, unsere Forderungen hintertrieb, dass wir unsere eigenen Vorschläge, die die Gesamtbilanz des Kampfes der Arbeiterklasse unter den Bedingungen der Krise beinhalten, nicht ernst nehmen. Bei Berücksichtigung der gesamten internationalen Lage haben wir, Genossen, gegenwärtig im Grunde genommen zweifellos die beste Situation im Verhältnis zur Sozialdemokratie, wie wir sie während einer ganzen Reihe von Jahren seit 1918, der Zeit der großen Abspaltungen von der Sozialdemokratie, nicht mehr hatten. [...]

Was ist hier das Wesentliche, Genossen, in diesen zwei Bedingungen? Das Wesentliche – ich bitte besonders die Parteivertreter, dies zu Kenntnis zu nehmen – besteht darin, dass wir die Frage der Einheitsfront von der Ebene der Diskussionen, Konferenzen und Verhandlungen auf die Ebene des konkreten Kampfes übertragen. Und wenn unsere kommunistischen Parteien verstehen werden, dass man es genau auf der Basis dieses Kampfes schaffen muss, der Sozialdemokratie an die Gurgel zu gehen, eine Reihe von Forderungen auszuarbeiten, die konkret vor der Arbeiterklasse

33 Vermutlich gebrauchte Manuilski den aus dem Französischen entlehnten Begriff „Arbeitsbörsen" für die Unterstützungskassen.

und den sozialdemokratischen Arbeiter zu stellen sind, dann bin ich überzeugt, dass wir es auf der Basis dieser Forderungen schaffen werden, die Sozialdemokratie zu zerschlagen. [...]

In dieser [unserer] Erklärung ist ein Punkt enthalten, der bei vielen Genossen, deren Meinung wir sehr in Betracht ziehen, zum Beispiel unter anderem bei unserem Gen. Marty, Zweifel hervorruft. Und ich halte es für meine Pflicht, hier zu versuchen, diese Zweifel aufzuklären. Dies ist der dritte Punkt, der aus dem Folgenden besteht. Wir schreiben:

„Bei der Annahme und der praktischen Durchführung dieser zwei Forderungen (die ich zitiert hatte) empfiehlt das Exekutivkomitee der Komintern den Komparteien, den Vorschlag des Büros der Sozialistischen Arbeiterinternationale ‚über die Einstellung gegenseitiger Angriffe' anzunehmen, jedoch nur für die Zeit des gemeinsamen Kampfes gegen die Bourgeoisie, und unter der Bedingung, dass gegen jeden, der die Bedingungen für die Vereinbarung in der Sache der Durchführung der Einheitsfront verletzt, der unbarmherzigste Kampf geführt werden soll, wie gegen Streikbrecher, die die Einheitsfront der Arbeiterklasse hintertreiben."

[...] Sagt, Genossen, welcher Arbeiter wird das nicht verstehen? Welcher Arbeiter wird, unter Bezug darauf, nicht sagen: ja, hier sagten die Kommunisten, dass sie ein Opfer gebracht haben, sie haben auf Kritik verzichtet, wenn man aber gemeinsam in den Krieg zieht und der Deserteur flieht, so jagt man ihm eine Kugel in den Rücken.

Sollten sich unter uns Deserteure befinden, so wird die gesamte Klassenpsychologie der Arbeiterklasse instinktiv sprechen: solchen Deserteuren muss man nicht nur Worte der Kritik, sondern eine Kugel in den Rücken jagen. [...] Unser dritter Punkt befreit uns nicht nur nicht von der Kritik, sondern verpflichtet uns zur Kritik. Wir würden Verrat an der Arbeiterklasse begehen, wenn wir uns von dieser Kritik befreien würden. [...]

Was wird nun die 2. Internationale sagen? [...] Genossen, ich erkläre im Voraus, die 2. Internationale wird diese Vorschläge nicht annehmen. Es könnten einzelne Verhandlungen zwischen einzelnen Zentralkomitees beginnen, sie werden jedoch sehr bald abgebrochen. Die 2. Internationale wird diese Vorschläge über eine Organisierung des Kampfes nicht annehmen, denn dies wäre die Absage der Sozialdemokratie an sich selbst. [...]

[...] Einige Genossen sagten, dass dies im Wesentlichen eine falsche Taktik sei. Diese drei Bedingungen seien richtig, jedoch nur richtig für die Deutschen. Sie seien richtig für die Deutschen, weil dort jetzt im Wesentlichen die größte Gefahr durch den Faschismus bestehe, und da dort die deutsche Sozialdemokratie geschlagen sei, sei sie anscheinend am stärksten geneigt, auf eine Einheitsfront der Arbeiter einzugehen. Zweitens würden diese Bedingungen am besten für die Deutschen passen, da wir dort eine große kommunistische Partei hätten, die keine Fehler machen würde. Ich will diese Frage beantworten. Mir scheint, dass in einer solchen Fragestellung ein gewisser Kern von, milde ausgedrückt, nationaler Beschränktheit steckt. Warum? Diese gegenwärtige Taktik ergibt sich nicht nur aus der Bewertung der Lage in Deutschland,

die jetzt auf engste Weise mit der gesamten internationalen Situation verbunden ist. Die gegenwärtige Reaktion ist nicht nur eine charakteristische deutsche Erscheinung, sondern sie ist eine internationale Erscheinung. Der revolutionäre Aufschwung ist nicht nur eine deutsche Erscheinung, es ist eine internationale Erscheinung. [...] Wie können wir denn die einzelnen Sektionen der Komintern voneinander isolieren? Diese Taktik ist auf Grundlage der internationalen Linie, auf Grundlage der Zerstörung der internationalen Sozialdemokratie ausgearbeitet worden. [...]

[...] Man sagt, es gäbe junge Parteien, die Fehler machen könnten. Nun, Genossen, wo könnten unsere kommunistischen Parteien sonst lernen, wenn nicht aus Erfahrung? Wenn du schwimmen willst – ab ins Wasser. Wenn du nicht ins Wasser kletterst, wirst du in der Badewanne das Schwimmen nicht erlernen. [...]

Ein Genosse hat sogar einen solchen Gedanken geäußert, dass er diese Taktik verstanden hätte, wenn von der Verteidigung der deutschen Arbeiterklasse die Rede gewesen sei, wo eine solche internationale Aktion nachvollziehbar sei. Hier ginge es jedoch um eine Reihe ökonomischer Forderungen, die in verschiedenen Ländern unterschiedlich ausgeprägt seien, deswegen könne eine solche Taktik keinen internationalen Charakter besitzen. Ich denke, Genossen, dass eine solche Fragestellung zutiefst fehlerhaft ist. Denn, was bedeutet heute „verteidigen“? [...]; diese Taktik ist die reale Hilfe an das deutsche Proletariat seitens des internationalen Proletariats. Diese Taktik ist, da sie eine ganze Reihe ökonomischer und politischer Forderungen umfasst, im Grunde die wirkliche Hilfe, denn dem deutschen Proletariat helfen heißt zuallererst: kämpfe gegen die eigene Bourgeoisie, und nicht nur gegen den deutschen Faschismus. In Frankreich ist es ja sehr leicht, gegen Hitler zu kämpfen, gegen die eigene Bourgeoisie fällt dieser Kampf jedoch um einiges schwerer. [...]

Was gibt es aktuell Neues, Genossen? Bis jetzt haben wir einzelne Sozialdemokraten gewonnen. Wir treten in eine Periode katastrophaler Einbrüche in der Sozialdemokratie ein, das muss man begreifen, katastrophaler Einbrüche. Es geht jetzt nicht darum, zwei Dutzend neuer Kommunisten zu gewinnen. Es geht darum, dass wir innerhalb der Sozialdemokratie Minen legen müssen, die die allergewaltigsten Erschütterungen auslösen würden und uns helfen würden, neue breite Schichten der Arbeiterklasse innerhalb der Sozialdemokratie zu gewinnen.

Wir treten in eine Periode ein, die der annähernd ähnlich ist, die wir unmittelbar nach dem Krieg hatten, als die Komintern gegründet wurde, als ganze Schichten der Arbeiterklasse sich abspalteten und in unseren Zusammenschluss eingingen. Genossen, dies ist eine neue, eine neue Situation, und deswegen haben wir jetzt eine so gewinnbringende Situation, und die Sozialdemokraten befinden sich in Panik, da sie verstehen, dass es um die Aufteilung ihres Erbes geht. Und wir haben, Genossen, dies seit einer Ganzen Reihe von Jahren vorhergesehen. [...]

Ich denke, Genossen, dass die Vorschläge, die Euch das Politsekretariat jetzt macht, unbedingt anzunehmen sind, denn diese Vorschläge werden uns nun helfen, die große Aufgabe zu erfüllen, die vor uns liegt bezüglich der Eroberung der Hauptka-

der der sozialdemokratischen Arbeiter, und dies nicht nur in Deutschland, sondern in der internationalen Arena.

Dok. 310b

Vermerk Stalins, in der sowjetischen Presse nichts über die Drogenvergangenheit Hermann Görings verlauten zu lassen

[Moskau], 2.3.1933

Typoskript mit handschriftlichen Zusätzen in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/260, 72–73. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Maksimenkov, Leonid V. (Hrsg.): Bol'šaja cenzura. Pisateli i žurnalisty v strane sovetov 1917–1956, Moskva, Meždunarodnyj Fond Demokratija, 2005, S. 277–278.

[hdschr. Mechlis:] An Gen. Stalin. Erhalten aus London von unserem Korrespondenten. Lohnt sich der Abdruck? L. Mechlis. 2/III-33.

[hdschr. Stalin:] Nicht abdrucken. St[alin].[34]

Pravda.
Blatt N°.....
Zusammenfassung operativer Information des lokalen Netzes der *Pravda*
Über Telefon
Über Telegraf

Der *Daily Herald* druckt auf der ersten Seite eine interessante Meldung seines Stockholmer Korrespondenten, wonach Göring während seines Aufenthalts in Schweden eine längere Zeit zunächst in einer privaten Klinik für Geisteskranke, und anschließend in einer städtischen Irrenanstalt untergebracht war.[35]

---

34 Vgl. hierzu auch den Beschluss des sowjetischen Politbüros vom 8.10.1933, wonach bei der Berichterstattung über den Reichstagsbrandprozess Ausfälle gegen NS-Führer zu unterlassen seien. Siehe auch den Politbüro-Beschluss vom 13.9.1933.

35 Die hier kolportierten Meldungen werden in der Literatur nicht angezweifelt. Die Morphiumsucht von Hermann Göring, der Nr. 2 des NS-Regimes, die infolge der Pflege nach seiner 1923 beim „Hitler-Putsch" vor der Münchener Feldherrenhalle erlittenen Schussverletzung einsetzte, war kein Geheimnis. Weniger bekannt dürfte gewesen sein, dass Göring am 1.9.1925 in die schwedische psychiatrische Klinik Långbro (Stockholm) eingewiesen wurde, da er eine Pflegerin tätlich angegriffen hatte, nachdem sie ihm Morphium verweigert hatte. Die Krankheit des 1927 infolge einer Amnestie Hindenburgs nach Deutschland zurückgekehrten Göring wird in der Historiographie nicht einheitlich zur Erklärung seiner politischen Haltung und der allgemeinen Persönlichkeitsstruktur angeführt (vgl. Heinrich Fraenkel, Roger Manvell: Hermann Göring, Hannover, Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, 1964, S. 52ff.; Joachim C. Fest: Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft, München-Zürich, Piper, 2003, S. 116).

„Ich sah – so schreibt der Korrespondent – eine Photographie der Registrierungskarte aus dem Archiv der Stockholmer Irrenanstalt, die belegt, dass Hauptmann Wilhelm Hermann Göring auf Polizeibefehl am 1. September 1925 in einem Krankenwagen in die Irrenanstalt transportiert und dort bis zum 29. November 1925 festgehalten wurde. Bevor er in die städtische Irrenanstalt in Langboro überführt wurde,[36] wurde er in einer Stockholmer Privatklinik betreut. Dort erzählte mir die Oberschwester, dass er so gefährlich und bedrohlich war, dass er nicht in der Klinik belassen werden konnte, und sie sich gezwungen sahen, ihn in eine Irrenanstalt einzuweisen.

Aus gut unterrichteten Quellen erfuhr ich, dass Göring während seines Aufenthaltes in der Irrenanstalt von Langboro eine Eisenstange packte und einem der Pfleger einen schrecklichen Schlag versetzte.

Anderen Mitteilungen zufolge wurde er zunächst in die Privatklinik eingeliefert, weil er angefangen hatte, in einer Stockholmer Straße mit einem Revolver um sich zu schießen.

Göring wurde während des Krieges drogenabhängig, als er der bekannten Fliegerstaffel [Manfred von] Richthofens angehörte. Es wird berichtet, dass er ärztliche Rezepte fälschte, um an Drogen zu kommen, und dass er als Drogenabhängiger bis 1927 in einem Stockholmer Krankenhaus behandelt wurde.[...]“



Am 3.3.1933 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion per Umfrage, das Budget des EKKI für das laufende Jahr auf 1.700.000 Rubel und das der OMS auf auf 835.000 Rubel festzulegen. Dies betraf nicht die Valuta-Ausgaben, deren Umfang bereits am 12.1.1933 festgelegt worden war. Zugleich wurde das Budget der Profintern auf 1.800.000 Rubel festgelegt, davon 150.000 auf Kosten des sowjetischen Gewerkschaftsverbands.[37]

---

36 „Langboro“: Gemeint ist der Stockholmer Stadtteil Långbro, wo sich die 1909 eröffnete psychiatrische Klinik befand.

37 RGASPI, Moskau, 17/162/14, 78. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 686–687.

Dok. 311

Aufruf des Exekutivkomitees der Komintern zur Einheitsfront gegen die faschistische Diktatur

Moskau, 6.3.1933

Publ. in: *Pravda*, 6.3.1933; *L'Humanité*, 5.3.1933; *Daily Worker*, 6.3.1933; *Rundschau*, 11.3.1933. In deutscher Sprache publ. in: Weber: Die kommunistische Internationale, S. 266–269.

An die Arbeiter aller Länder![38]

Die Krise dauert fort. Die Erwerbslosigkeit nimmt unaufhörlich weiter zu. Hunger und Elend erfassen immer neue und neue Schichten der Arbeiter. Die Offensive des Kapitals nimmt immer schärfere Formen an. Die Bourgeoisie holt zum Feldzug aus gegen sämtliche politischen und wirtschaftlichen Errungenschaften der Arbeiterklasse. Die faschistische Reaktion ergreift ein Land nach dem anderen. Die Errichtung der offenen faschistischen Diktatur in Deutschland hat Millionen Arbeiter aller Länder mit aller Eindringlichkeit vor die Frage der Notwendigkeit der Organisierung der Einheitskampffront gegen die faschistische Offensive der Bourgeoisie, und, vor allem, gegen die deutsche Bourgeoisie gestellt, die der Arbeiterklasse Schritt für Schritt alle wirtschaftlichen und politischen Errungenschaften raubt und die Arbeiterbewegung mit den brutalsten Terrormethoden niederzuwerfen versucht.

Das Haupthindernis auf dem Wege der Bildung der Einheitskampffront der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter war und ist die von den sozialistischen Parteien – die heute das internationale Proletariat den Schlägen des Klassenfeindes ausgesetzt haben – betriebene Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie. Diese Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie, bekannt als sogenannte Politik des „kleineren Übels", führte in Deutschland praktisch zum Triumph der faschistischen Reaktion. Die Kommunistische Internationale und die kommunistischen Parteien aller Länder haben wiederholt ihre Bereitschaft zum gemeinsamen Kampf mit den sozialdemokratischen Arbeitern gegen die Kapitalof-

---

38 Die *Pravda* vermied es ausdrücklich, den „Aufruf an die Arbeiter aller Länder" als Aufruf der Komintern zu publizieren(!), in dem erstmalig – und nur vorübergehend – keine Rede mehr vom „Sozialfaschismus" war. Trotzki kritisierte den Aufruf scharf und sprach von einer für Deutschland und die KPD zu spät kommenden, unter dem Druck der Sozialdemokratie ergriffenen, halbherzigen Maßnahme: „In der Prawda vom 6. März ist das Manifest abgedruckt nicht als direkter und offener Aufruf des in Moskau sitzenden EKKI – wie es stets gehandhabt wurde! – sondern als von der TASS aus Paris telegraphisch übermittelte Übersetzung eines Dokumentes aus der ‚Humanité'!!! Welch sinnloser Kniff! Nach allen Erfolgen, nach der Erfüllung des ersten Fünfjahresplanes, nach der ‚Vernichtung der Klassen', dem ‚Eintritt in den Sozialismus' wagt es die Stalinsche Bürokratie nicht mehr, einen Aufruf des EKKI im eigenen Namen zu veröffentlichen! So sieht ihre wirkliche Haltung zur Komintern aus und so fühlt sie sich in Wirklichkeit in der internationalen Arena." (Leo Trotzki: Portrait des Nationalsozialismus. Ausgewählte Schriften 1930–1934, Essen, Mehring Verlag, 1999, S. 295f.).

fensive, politische Reaktion und Kriegsgefahr erklärt. Die kommunistischen Parteien waren die Organisatoren des gemeinsamen Kampfes der kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter, trotz den Führern der sozialdemokratischen Parteien, die die Einheitsfront der Arbeitermassen systematisch gesprengt haben (...)

Nun veröffentlichte das Büro der SAI am 19. Februar dieses Jahres eine Erklärung über die Bereitschaft der dieser Internationale angehörenden sozialdemokratischen Parteien, mit den Kommunisten eine Einheitsfront zum Kampf gegen die faschistische Reaktion in Deutschland zu bilden.[39] Diese Erklärung steht im schärfsten Widerspruch zum ganzen bisherigen Vorgehen der SAI und der sozialdemokratischen Parteien. Die ganze bisherige Politik und Tätigkeit der SAI berechtigen die KI und die kommunistischen Parteien, der Aufrichtigkeit der Erklärung des SAI-Büros, das diesen Vorschlag in einem Augenblick macht, wo in einer Reihe von Ländern und vor allem in Deutschland die Arbeitermassen die Organisierung der Einheitskampffront selbst in die Hand nehmen, keinen Glauben zu schenken.

Dessenungeachtet fordert das EK der Kommunistischen Internationale, angesichts des gegen die Arbeiterklasse Deutschlands vorstoßenden, alle Kräfte der Weltreaktion entfesselnden Faschismus, alle kommunistischen Parteien auf, noch einen Versuch zur Herstellung der Einheitskampffront mit den sozialdemokratischen Arbeitermassen durch Vermittlung der sozialdemokratischen Parteien zu machen. Das EKKI macht diesen Versuch auch in der festen Überzeugung, daß die Einheitsfront der Arbeiterklasse auf dem Boden des Klassenkampfes die Offensive des Kapitals und des Faschismus zurückzuschlagen und das unausbleibliche Ende jeder kapitalistischen Ausbeutung außerordentlich zu beschleunigen vermöchte.

Mit Rücksicht darauf, daß kraft der Eigenart der Verhältnisse sowie der Verschiedenheit der vor der Arbeiterklasse in dem einzelnen Land entstehenden konkreten Kampfaufgaben ein Abkommen zwischen den kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien zu bestimmten Aktionen gegen die Bourgeoisie am erfolgreichsten im Rahmen einzelner Länder durchgeführt werden kann, empfiehlt das EKKI den kommunistischen Parteien der einzelnen Länder, an die Zentralvorstände der der SAI angehörenden sozialdemokratischen Parteien mit Vorschlägen über gemeinsame Aktionen gegen den Faschismus und gegen die Offensive des Kapitals heranzutreten. Doch den Verhandlungen zwischen den ein diesbezügliches Abkommen schließen-

---

39 Das Büro der Sozialistischen Arbeiter-Internationale erließ am 19.2.1933 den Aufruf „An die Arbeiter der ganzen Welt" als Reaktion auf den Machtantritt der NSDAP. Hierin forderte sie die „einheitliche Aktion der gesamten Arbeiterklasse auf Grund ehrlicher und offener Verständigung" und verurteilte den „Bruderkrieg", der der „stärkste Bundesgenosse des Faschismus" sei und forderte dazu auf, „die gegenseitigen Angriffe einzustellen". Die hier veröffentlichte Antwort erfolgte mehr als 14 Tage später (!) – nach dem Reichstagsbrand – am 5.3.1933 und stellte eine nur halbherzige Öffnung der Komintern dar, die auf das Angebot auf Spitzenverhandlungen überhaupt nicht einging (siehe: Julius Braunthal: Geschichte der Internationale, vol. 2, S. 410f.; vgl. Werner Kowalski (u.a.) (Hrg.): Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940), Berlin (-Ost), Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1985, S. 178ff.

den Parteien müssen die elementarsten Voraussetzungen des gemeinsamen Kampfes zugrunde gelegt werden. Ohne konkrete Aktionsprogramme gegen die Bourgeoisie wäre jegliches Abkommen zwischen den Parteien gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet (...)[40]

Die Kommunisten haben durch ihren langjährigen Kampf bewiesen, daß sie nicht in Worten, sondern in der Tat, in den vordersten Reihen des Kampfes um die Einheitsfront in den Klassenaktionen gegen die Bourgeoisie standen und stehen werden. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat den festen Glauben, daß die sozialdemokratischen und die parteilosen Arbeiter ohne Rücksicht darauf, wie sich die sozialdemokratischen Führer zur Schaffung der Einheitsfront stellen werden, alle Hindernisse überwinden und gemeinsam mit den Kommunisten die Einheitsfront nicht in Worten, sondern in der Tat herstellen werden. Gerade heute, wo der deutsche Faschismus zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung in Deutschland eine unerhörte Provokation (Inbrandsetzung des Reichstags, Falschdokumente über Aufstand usw.) organisiert hat, muß jeder Arbeiter seine Klassenpflicht im Kampfe gegen Kapitalsoffensive und faschistische Reaktion erkennen.

Nieder mit der faschistischen Reaktion und dem Terror gegen die Arbeiterklasse!

Für die Einheitsfront des Proletariats!

Proletarier aller Länder, vereinigt euch zum Kampf gegen Kapitaloffensive und Faschismus!

Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale[41]

---

40 Das Büro der SAI empfahl bis zur Entscheidung der Exekutive, vorerst nicht individuell mit einzelnen kommunistischen Parteien Einheitsfrontverhandlungen zu beginnen. Die am 18. und 19.3.1933 in Zürich tagende Exekutive wandte sich "daher neuerdings an die Kommunistische Internationale und fordert sie auf, die grundlegende Frage – nach Spitzenversammlungen – die gestellt wurde, zu beantworten. Sie verlangt von den der SAI angeschlossenen Parteien, sich aller Sonderverhandlungen zu enthalten, solange nicht Verhandlungen zwischen den beiden Internationalen tatsächlich zustande kommen.“ (*Internationale Information*, 31.3.1933. Zit. in: Braunthal: Geschichte der Internationale, vol. 2, S. 412). In der *Pravda* wurde dafür bereits vorher die „feige Kapitulation der Sozialdemokratie vor dem Faschismus“ denunziert (*Pravda*, 6.3.1933, zit. in: Ibid., S. 412).

41 Wie es um die Ernsthaftigkeit des Aufrufs der Komintern bestellt war, zeigt Paul Försterling, der sich als Instrukteur der Komintern bzw. der KJI zu dieser Zeit in Deutschland aufhielt. Er sagte später im EKKI: „Keiner der Funktionäre hat diesen Aufruf der Komintern gekannt. Sie waren mehr überrascht und erfreut, dass ein solches Angebot gemacht wird. Wenn aber die Funktionäre es nicht wissen, wie können sie unter den sozialdemokratischen Arbeitern damit Agitation treiben?“ (Vgl. Dok. 314).

Dok. 312

Geheimbrief von Neumann an Remmele über die „Thälmann-Bande“

[in Spanien], 7.3.1933[42]

Autograph in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 508/1/129, 13–15. Erstveröffentlichung.

7.III[. 1933]

Lieber Alter![43] Wir sind vor Freude bis an die Decke gesprungen, als wir hörten, daß die Mitteilung von Deiner schweren Erkrankung falsch war. Es ist herrlich, daß Du bei so guter Gesundheit bist und endlich die Früchte für uns alle ernten kannst. Ebenso mein lieber Schwager W.[44]

Ich habe nur eine einzige Bitte an Dich: Mache endlich Schluß mit Deiner verfluchten, unbegreiflichen Passivität und Zurückhaltung, die alles verdirbt und *erwürgt*. Begreife doch, um *was* es geht und welche ungeheure, geradezu geschichtliche Verantwortung Du persönlich jetzt trägst. Es geht wirklich darum, die Rolle von Karl L[iebknecht] und nicht von Hugo Haase zu spielen.[45] Mache sofort Schluß mit der lammsmäßigen Geduld, mit dem Schweigen und Allem-Zustimmen.

---

42 Vgl. zur Datierung Hoppe: In Stalins Gefolgschaft, S. 354.

43 Im Archivfonds der Delegation der VKP(b) im EKKI sind weitere aufschlussreiche Dokumente zum Fall Remmele-Neumann erhalten. Der hier veröffentlichte Brief Neumanns soll nach der Schilderung von Margarete Buber-Neumann im Juni 1933 vom technischen Sekretär des ZK der KPD, Herbert Wehner, der die Durchsuchung leitete, im Zimmer Remmeles „unter dem Schreibtisch versteckt“ gefunden und an die Parteiinstanzen weitergeleitet worden sein. Die Politkommission des EKKI setzte daraufhin eine Untersuchungskommission (unter André Marty) ein und das Politbüro der KPD forderte in einem Brief an die Politkommission des EKKI vom 14.7.1933, Neumann aus dem ZK der KPD auszuschließen und ihn von jeglicher Arbeit in der Komintern zu entbinden (RGASPI, Moskau, 508/1/129, 10).

44 „Schwager W.“: Möglicherweise ist der angeheiratete Schwager Willi Münzenberg gemeint, der Ehemann von Babette Gross, der Schwester Margarete Buber-Neumanns, die die Lebensgefährtin Neumanns war.

45 *Rolle von Liebknecht und nicht von Haase spielen:* Karl Liebknecht hatte im August 1914 als einziger SPD-Führer gegen die Bewilligung der Kriegskredite und damit gegen die „union sacrée“, den „Burgfrieden“, mit der nationalen Bourgeoisie gestimmt. Am 12.4.1933 sandte Remmele einen Brandbrief an das Politbüro der KPD mit einer radikalen und fundamentalen Kritik der Parteilinie, die er für die größte bisherige Niederlage der Arbeiterbwegung verantwortlich machte (siehe Dok. 321). In der Folge unterwarf er sich gleichwohl erneut der Komintern, dies rettete ihn und seine Familie jedoch nicht vor dem Stalinschen Terror, der bis in DDR-Zeiten andauerte (siehe die eindringliche Schilderung zum Familienschicksal in: Wladislaw Hedeler, Inge Münz-Koenen (Hrg.): „Ich kam als Gast in euer Land gereist.“ Deutsche Hitlergegner als Opfer des Stalinterrors. Familienschicksale 1933–1956, Berlin, Lukas Verlag, 2013, S. 89–103). Im Brief des KPD-Politbüros wurde die Aufforderung, Remmele solle die Rolle Liebknechts spielen, als „verbrecherisch“ bezeichnet. „Wir überlassen es Euch, H[einz] N[eumann] gegenüber evtl. schärfere Maßnahmen zu ergreifen.“

Ich mute Dir keine Unvorsichtigkeit und Husarenstücke zu. Aber *drei* Dinge *mußt*[46] Du machen: 1.) nach drüben [d.i. Moskau] protestieren, 2.) in der Körperschaft [d.i. die KPD] abgrenzen, 3.) Mittelgruppe zu uns herüberreißen.

Vor allem verlange: sofort nach drüben [nach Moskau] zu kommen, um dort sprechen zu können.[47]

Fallt nur nicht darauf herein, wenn die [Thälmann-]Bande sich mit den 4,7 M[illionen Stimmen bei den Reichstagswahlen] „retten" will. Das zeigt nur, wie glänzend die Masse ist, was man hätte tun *können* und was man noch tun *muß*.[48]

Bei allen kominternfeindlichen Äeußerungen: sofort protokollieren und herüberschicken.[49]

Ich habe festes Vertrauen zu Dir und weiß, daß Du *Karl [Liebknecht]* (nicht Hugo [Haase] oder, was noch übler ist, Leo [Trotzki]) sein wirst.

Dein bester Freund
S.W. [d.i. Heinz Neumann]

Herzl. Grüsse[50]
Für Dich und Anna[51]
Grete [d.i. Margarete Buber-Neumann].

46 Wort zweimal unterstrichen.

47 Stalin und die Kominternführung hatten seit Beginn der Auseinandersetzungen zwischen der Thälmannfraktion und der Neumann-Remmele-Fraktion im Jahre 1931 auf ein Übereinkommen gesetzt. Nun leitete Pjatnitzki die Briefe Neumanns und des ZK der KPD am 29.6.1933 an Stalin, Molotov und Kaganovič weiter und bat um Anweisungen, wie in der Politkommission des EKKI darauf zu reagieren sei (RGASPI, Moskau, 508/1/129, 9). Dem beigelegt war ebenfalls eine Erklärung Neumanns an die Politkommission (zu datieren vor dem 15.6.1933), worin er seine früheren „Vergehen", darunter die Parole „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft", sowie seine Fraktionsarbeit gegen Thälmann bereute (RGASPI, Moskau, 508/1/129, 17–20). Am 10.7.1933 ging ein Brief Wilhelm Knorins an Stalin, Molotov und Kaganovič ein, in dem Neumanns „doppelzüngiger und falschspielerischer Kampf gegen die Partei und die Komintern" umfassend dargestellt und der beschlagnahmte Brief an Remmele als zentraler Anklagepunkt herangezogen wurde. Die vom ZK der KPD vorgeschlagenen Maßnahmen gegen Neumann wurden von Knorin befürwortet (RGASPI, Moskau, 508/1/129, 23–26). Die "Remmele-Neumann-Gruppe" wurde in der Folge als Sündenbock für die Katastrophe von KPD und Komintern insgesamt verantwortlich gemacht (siehe u.a. Dok. 331).

48 *Reichstagswahlen:* Die Angabe von 4,7 Millionen Stimmen ist annähernd korrekt (4,8 Mio.). Auf die KPD entfielen bei den Wahlen vom 5.3.1933 damit 12,3% der Stimmen. Bei Zusammentritt des Reichstags erschienen die neu gewählten Abgeordneten der KPD jedoch nicht, siehe Dok. 313.

49 Auf den 12.4.1933 datiert (siehe Dok. 321) ist ein Brief Remmeles an die Kominternführung, den er vermutlich als Reaktion auf den Brief Heinz Neumanns verfasste.

50 „Gruß" in unterschiedlicher Schrift.

51 Anna, d.i. seine Frau Anna Remmele, geb. Lauerdie (1888–1947 nach Haft in Sibirien). Sie wurde ebenfalls im Moskauer Exil im Juli 1937 vom NKVD verhaftet.

Dok. 312a

Brief von Max Hoelz an Pjatnitzki mit der Bitte um seine Abkommandierung nach Deutschland

Moskau, 7.3.1933

Autograph in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/19/250, 7–8v. Erstveröffentlichung.

Moskau, 7. März 33.

Genossen Piatnizki
Komintern.

Lieber Genosse,
Genosse Kahan sagte mir heute,[52] dass Genosse Manuilski zur Zeit nicht in die Komintern kommt, da er mit einer besonderen Arbeit (Vorbereitung des Marx-Vertrag [Vortrag])[53] beschäftigt ist. Ich wende mich deshalb an Dich, mit der Bitte, mir zu helfen, dass ich eine Komandierung [sic] nach Deutschland bekomme. Ich bin gern bereit, eine ganz kleine, d.h. niedrige Arbeit zu verrichten und mich ganz streng an die mir erteilten Weisungen zu halten. Aber es ist mir unmöglich – bei der jetzigen Lage in Deutschland – hier in der Sowjetunion zu bleiben. Man muss sich schämen vor dem einfachsten Arbeiter hier. Ich schäme mich, überhaupt auf die Strasse zu gehen. Was soll ich denn antworten auf die täglichen Fragereien, warum ich mich hier in der Sowjetunion herumdrücke, anstatt in Deutschland zu arbeiten.

Werter Genosse Pjatnizki, ich bitte Dich ganz dringend und ernsthaft, hilf mir, das [sic] ich eine Komandierung [sic] nach Deutschland erhalte.

Morgen hole ich mir die Antwort von Dir.[54]

Rot Front
[Sign.:] Max Hoelz

---

52 Es ist unklar, um welchen „Genossen Kahan" es geht. Es könnte sich um Boris Kagan, Kassierer der EKKI-Finanzabteilung, oder den EKKI-Instrukteur Georges Kagan handeln.

53 Manuilski war Hauptredner auf den Feierlichkeiten zum 50. Todestag von Karl Marx im Moskauer Bolschoi-Theater am 14.3.1933. Siehe hierzu den Politbürobeschluss der VKP(b) vom 8.3.1933.

54 Hoelz war 1929 auf Einladung in die Sowjetunion emigriert und wurde als großer revolutionärer Führer dargestellt. Der am 15.9.1933 angeblich in der Oka ertrunkene Tatmensch könnte auch ein frühes Opfer der Säuberungen durch das NKVD gewesen sein; er wurde später als Mitglied zur „konterrevolutionären, terroristischen, trotzkistischen" Verschwörergruppe um Erich Wollenberg und Zenzl Mühsam gezählt (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 384). Nachdem bereits das ZK der KPD vor einer Rückkehr Hoelz' nach Deutschland gewarnt hatte, wurde seine „Affäre" am 21.1.1933 im Politsekretariat behandelt; die dort getroffene höchstwahrscheinlich negative Entscheidung wurde ihm am 23.1.1933 von Manuilski mitgeteilt, was seine Rückkehrbereitschaft nach Deutschland jedoch offensichtlich nicht beeinflusst zu haben scheint (siehe: Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank; Vatlin: Kaderpolitik, S. 55–56).



Am 8.3.1933 beschloss das russische Politbüro – auf Vorschlag von Vorošilov – umfangreiche Ankäufe von Waffen und Technik in faschistischen und nationalsozialistischen Staaten, darunter U-Bootstechnik in Deutschland (bei JVS) sowie Schiffstechnik in Italien.[55]

Ebenfalls am 8.3. beriet das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion über die Feierlichkeiten zum 50. Todestag von Karl Marx. Es wurde beschlossen, am 14.3.1933 im Bolschoi-Theater eine Versammlung des ZK und der ZKK der VKP(b), des Zentralen Exekutivkomitees und des Rates der Volkskommissare der UdSSR, des Exekutivkomitees der Komintern und des Moskauer Komitees der VKP(b) einzuberufen. Die organisatorische Vorbereitung wurde Genrich Jagoda und Aleksej Steckij aufgetragen. Dmitrij Manuilski sollte einen Vortrag über Marx halten, Vladimir Adoratskij über die aktuelle Marx-Forschung berichten. Für den 16.–17.3.1933 wurde beschlossen, eine entsprechende Vorlesungsreihe an der Kommunistischen Akademie abzuhalten. In der Presse sollten verstärkt Artikel zum Marxismus-Leninismus platziert werden, wobei „oberflächliche und vulgarisierende" Artikel strikt zu vermeiden seien.[56]

Dok. 314

Redebeiträge von Sepp Schwab, Hermann Köhler, Manuilski und Pjatnitzki zur Lage der KPD nach dem Reichstagsbrand

Moskau, 15.3.1933

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/4/235a, 1–67.[57] Erstveröffentlichung.

Stenogramme
zum Protokoll Nr. 299 der Politkommission des Pol[it-]Sekr[etariats] vom 15.III.1933.
Zur deutschen Frage.[58]

Genosse Schwab:
[...] Wie ist die Lage in den unteren Organisationen? [...] Wir haben selbst Sitzungen der U[nter]-B[ezirks]L[eitungen] Berlin gesehen und man erzählte uns, dass heute Demonstrationen durchgeführt werden, wie sie durchgeführt werden. Sie sind nicht zahlreich, es sind hauptsächlich Kaderdemonstrationen. Etwa 30 bis 40 Mann mar-

55 RGASPI, Moskau, 17/162/14, 79–80; APRF, Moskau, 3/64/639, 128. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 2.
56 RGASPI, Moskau, 17/3/917, 12. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 687–688.
57 Stempel: „unkorrigiert". Alle Redebeiträge sind als „Streng vertraulich" betitelt. Im digitalen Portal *Comintern Online* unzutreffende Datumsangabe zur Bezeichnung der Aktenmappe (15.8.1933).
58 Zur deutschen Frage: Teilnehmer an der Aussprache in der Politkommission des EKKI waren: Sepp Schwab (1897–1977), der als Referent im Mitteleuropäischen Ländersekretariat des EKKI nach Deutschland geschickt wurde, dann jedoch in Moskau blieb, und „Köhler" (vermutlich Paul Försterling, der 1931–Juni 1933 als Mitglied des Exekutivkomitees der KJI auch in Deutschland war) als Berichterstatter sowie Fritz Heckert, Manuilski, Knorin, Pjatnitzki, Kuusinen, Lozovskij, Gallo (Ps.), d.i Luigi Longo und Serafima I. Gopner.

schieren auf dem Bürgersteig und treffen sich plötzlich in der Strassenmitte, marschieren vorwärts einige hundert Meter, schreien Parolen und gehen dann ganz schnell auseinander. Einige 3 bis 4 Genossen gehen auf die Höfe, schreien kurz 3 bis 4 Parolen und verschwinden dann schnell wieder. Auf diese Weise wird die Agitation durchgeführt. Natürlich ist alles ungenügend. Wir haben auch darüber gesprochen, insbesondere wie steht die Frage. Unmittelbar nach der Verhaftung Thälmanns[59] sind Handzettel herausgegeben worden, wurden Losungen an die Wände gemalt, [mehr?] konnten wir weiter von der Leitung nicht erfahren. Genosse Köhler hat sehr eingehend gefragt, aber man hat ihm keine Antwort geben können, die Genossen waren nicht im Bilde.

Noch auf eines will ich aufmerksam machen; die Stimmung in unserer eigenen Mitgliedschaft. Hier muss man sagen, es herrscht eine Erbitterung. Die Genossen sagen offen, man hat seitens der Führung teilweise gebremst in den vergangenen Monaten und Wochen, heute muss man sich wehrlos verhaften lassen. In Wedding hat man Waffen in die Panke[60] geworfen und erklärte, warum soll man mit den Nazis kämpfen, man muss damit rechnen. – Und wenn Schiessereien waren, sagten die Leute: Bevor wir uns wehrlos den Nazis aussetzen, sterben wir lieber im offenen Strassenkampf. [...] Das ist so etwa die Stimmung, die ich in Berlin gefunden habe. Wir haben uns bemüht, ein getreues Bild zu bekommen und haben versucht, Verbindung mit den Arbeitern in den Betrieben zu bekommen. Aber das ist uns nicht gelungen [...].

Genosse Köhler
Ich will euch einige Worte über den Eindruck sagen, den ich von Berlin bekommen habe. Berlin gleicht nicht nur einer durch eine fremde Macht besetzten Stadt, sondern Berlin schäumt und tobt jetzt im Nationalchauvinismus. Und davon ist das Strassenbild, die ganze Öffentlichkeit beherrscht. Dieser Nationalchauvinismus tobt sich in leersten und dümmsten Phrasen aus, die man wirklich nur anführen kann. Das sind: Rettung Deutschlands; der Tag der deutschen Nation ist angebrochen; Phrasen von Deutschlands Ehre, Deutschlands Ruhm, Deutschlands Grösse. [...]

Aber das Typische ist, dass die Masse schweigt, dass sie stumm ist und weggeht. Ich habe so den Eindruck gehabt bei diesen Gruppen, die da herumstehen, dass man wartet, dass man auftreten wird, dass man irgendeine Parole gibt, einen Gegendruck zu machen. Auch die Schiessereien, die noch stattfinden in den letzten Tagen sind vereinzelte Aktionen, Arbeiter, die sich gegen die Faschisten verteidigen, sie sind nicht mit Massenaktionen verbunden. Genosse Scheer [d.i. Schehr] erklärte, dass das auf Anraten des ZK erfolgt sei. Genosse Thälmann soll, bevor er verhaftet worden sei, erklärt haben: Gebt die Waffen frei, sagt den Arbeitern, sie sollen sich mit allen Mitteln verteidigen, wenn sie dazu imstande wären. Wir erklärten, das sei ganz gut, aber dies könne nicht die Massenbewegung ersetzen.

59 Thälmann wurde am 3.3.1933 festgenommen.
60 *Die Panke:* Kleiner Fluss im Norden Berlins.

(Frage: Was ist keine Massenbewegung?)

Es sind eine Reihe von Massenbewegungen gewesen. Es ist zu Schiessereien auch der sozialdemokratischen Arbeiter gekommen. Ich habe den Eindruck, dass die Arbeiterschaft, die antifaschistische Arbeiterschaft isoliert ist von diesen Geschichten. [...]

Wenn dieser Zustand noch längere Zeit andauert. Wenn die Kommunistische Partei nicht sichtbar wird, der Masse nicht als Führerin, als Organisatorin erschienen kann, kann das zu einer grossen Erschütterung des Vertrauens zur Kommunistischen Partei führen und es kann eine grosse Enttäuschung einsetzen. Wir haben sie nicht gesehen. In dem schwersten Moment, wo wir sie brauchen. In diesem Beispiel zeigt sich, wie schwach die Partei ist [...]

Wie schlecht wir es verstehen, unsere Parolen in die Massen zu bringen, zeigt folgendes: wir haben nicht vermocht die Entlarvung des van der Lubbe an die Arbeiter heranzubringen. Die Arbeiter glauben nicht, dass die Kommunisten den Reichstag angezündet haben. Der „Angriff" und der „Völkische Beobachter" haben erklärt, dass jeder Schuft gestellt werden muss, der erklärt, dass Göring den Reichstag angezündet habe. Sie müssen jedenfalls auf das Geflüster reagieren. Die Arbeiter können auf alles nicht antworten, nicht einmal die verantwortlichen Genossen, die in der Partei sind. Sie bekommen und kennen nicht die Stellungnahme der ausländischen Presse, insbesondere der ausländischen Presse. Man weiss nicht, was der van der Lubbe für ein Mann ist, – dass er ein Provokateur, ein Nationalsozialist ist.[61] [...]

Das Einheitsfrontangebot. Am 1. März hat das ZK der Partei ein Einheitsfrontangebot an die Sozialdemokraten[62] mit Hilfe ihres Kuriers an Künstler geschickt.[63] Es ist wichtig zu wissen, wie die Masse unten auf das, was die Führung oben gemacht hat, reagiert hat. Ich habe mit einer Reihe von Funktionären gesprochen. Sie hatten überhaupt keine Ahnung davon. Ich habe dort noch einige Fragen an Ulbricht gestellt:

---

61 Trotz ihres antifaschistischen Anspruchs machte die Komintern den niederländischen Rätekommunisten und Antifaschisten Marinus van der Lubbe (1909–1934, in Leipzig enthauptet) nach dem Beispiel der Nationalsozialisten zum Haupttäter. In seinem vielfach angezweifelten Geständnis vor Gericht gab van der Lubbe selbst, der wohl von den Nationalsozialisten instrumentalisiert wurde, jedoch technisch-logistisch den Reichstag nicht allein angezündet haben konnte, als Motiv für seine Alleinschuld an, die deutsche Arbeiterschaft zum Widerstand gegen die kapitalistische Herrschaft und die faschistische Machtergreifung aufzurufen. Nach dem Todesurteil wurde er 1934 wegen „Hochverrats in Tateinheit mit vorsätzlicher Brandstiftung" aufgrund der ungesetzlichen Reichstagsbrandverordnung mit dem Fallbeil hingerichtet (zu den Quellen und zum Stand der Debatten um die Alleinschuldthese siehe: Alexander Bahar, Wilfried Kugel: Der Reichstagsbrand. Wie Geschichte gemacht wird. Mit Dokumenten, Berlin, Edition q., 2001; siehe ausführlicher Dok. 324a).

62 Am 1.3.1933 wandte sich das ZK der KPD „in derselben Linie zur Herstellung der notwendigen einheitlichen Kampffront gegen den faschistischen Terror" zum zweiten Mal an die Vorstände von SPD und ADGB mit dem Vorschlag, gemeinsam den Generalstreik auszurufen. Das bisher weitgehendste Angebot wurde jedoch abgelehnt (siehe: Weber/Wachtler: Die Generallinie, S. 677; Bahne: Die KPD in Weimar, S. 34ff.; Matthias: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, S. 101ff.).

63 D.i. Franz Künstler (1888–1942), Berliner SPD-Vorsitzender, nach dem SPD-Verbot verhaftet und in das SA-Lager Oranienburg gesteckt.

Was habt Ihr unternommen, damit dieses Einheitsfrontangebot der Masse bekannt wird. Er antwortete: Wir haben das Einheitsfrontangebot nachmittags gemacht. Aber da konnten wir es nicht drucken. Am zweiten Tag früh hatten wir erst Verbindung mit der Druckerei. Was dann mit den Flugblättern geschehen ist, wissen wir nicht. Ob diese Flugblätter an die Arbeiterschaft herausgekommen sind, konnten wir nicht feststellen. Aber entscheidend ist: Dass verantwortliche Funktionäre nichts davon wussten. Das zeigt, wie schwach unsere Verbindungen sind.

Der Aufruf der Komintern zur Einheitsfront:[64] Keiner der Funktionäre hat diesen Aufruf der Komintern gekannt. Sie waren mehr überrascht und erfreut, dass ein solches Angebot gemacht wird. Wenn aber die Funktionäre es nicht wissen, wie können sie unter den sozialdemokratischen Arbeitern damit Agitation treiben?

Die letzte Frage, um zu zeigen, wie schlecht wir unsere Parolen hinunterbringen. Bei der Verhaftung von Thälmann hat sich in den Betrieben nichts gerührt. [...] Ich habe einen genauen Bericht über die AEG-Ackerstrasse bekommen. Unser Betriebsrat hat wirklich versucht, etwas zu unternehmen. Es wurden Flugblätter hergestellt, im Betrieb verbreitet mit der Aufforderung, einen kurzen Demonstrationsstreik, Proteststreik gegen die Verhaftung von Thälmann durchzuführen. Was ist geschehen? Die Belegschaft hat abgelehnt: ein Streik hat keinen Zweck. Was können wir retten? Thälmann ist sowieso verhaftet. Und wenn wir jetzt streiken, fliegen wir nur aus dem Betriebe heraus. Das war die allgemeine Stimmung in dem Betrieb. Und dann noch ganz schlimme Stimmungen: wir werden die ganze Woche verhaftet, die ganze Woche schlägt man uns, und wenn mal ein Bonze verhaftet wird, schadet es auch nichts. Man soll auch mal Bonzen verhaften. [...]

Man muss alle Schwierigkeiten sehen, Genossen, um dann ein richtiges Urteil abzugeben. Aber diese ganzen Geschichten haben auch die Schwächen unserer Partei offenbart. 1. Unser illegaler Apparat hat nicht die genügenden Fähigkeiten bewiesen und war zu schwach, zu sichern die Partei. Man muss auch sagen, dass der Apparat einen Monat vorher [aus]gewechselt worden war, da verschiedene Verrätereien vorhanden waren.[65] Vielleicht hängt das auch damit zusammen. [...]

Genosse Manuilski:
Ich glaube, Genossen, dass man die Situation in Deutschland richtig einschätzen muss, ohne diese deprimierenden Stimmungen, die jetzt sehr gefährlich sind, nicht nur für die deutsche Partei, sondern auch für die Kommunistische Internationale. Ich glaube, dass alles, was die Genossen hier erzählt haben, absolut richtig ist. Ich bin sicher, dass jeder von uns, wenn er jetzt nach Deutschland geht, wenn er nur mit einem Arbeiter spricht, wenn er das Strassenbild sieht, dieselbe Einschätzung geben wird, und ich will hier keineswegs die Berichte kritisieren. Ich glaube, dass Sie richtig getan haben,

64 *Aufruf der Komintern zur Einheitsfront:* Siehe Dok. 311.
65 Die Spitzelwarnungen des Apparats fanden jedoch „nicht immer die notwendige Resonanz in der Partei“. Hinweise auf ein Auswechseln des Apparates konnten nicht gefunden werden (siehe: Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst, S. 257).

anstatt einer Analyse der ökonomischen und politischen Lage das zu geben, was Sie gesehen haben. Aber ich glaube, dass wir durch dieses Bild sehen sollen, was wirklich in Deutschland vorgeht, um eine richtige Einschätzung zu geben. [...]

Diese Hysterie auf den Strassen – das ist selbstverständlich. [...] Aber ich glaube nicht, dass es eine solche Hysterie in den Arbeiterbezirken gibt. [...]

Zweitens kann man diese Stimmung, diese Hysterie vergleichen mit dem, was wir während des Krieges erlebt haben. Das ist ganz dasselbe. Wenn morgen die Franzosen in den Krieg eintreten werden, werden Sie diesselbe Hysterie sehen. [...] Wir werden eine solche Hysterie immer im Moment einer grossen Umwälzung sehen und wir gehen gerade zu dieser Umwälzung. Wir gehen gerade im internationalen Masstabe zu dieser Umwälzung. [...]

Oder fragen Sie die italienischen Genossen. Dort ist es dasselbe. Das ist der grösste Schlag gegen unsere Partei, gegen unsere Bewegung. Aber ich bin sicher, das ist auch eine Härtung der Partei, weil hier die schwachen Elemente, die schwanken, weglaufen werden, und wir werden den Kern erhalten, der absolut notwendig ist. Wir werden die Lage der Partei noch in einer geschlossenen Sitzung besprechen. [...]

Was soll man machen? Die wichtigste Aufgabe ist jetzt, im Zusammenhang mit dieser Ruhe und Kaltblütigkeit der Partei, unsere Partei umzubauen. Gerade auf Grund dieser Tatsache, dass einige Elemente weggehen werden, soll man unsere Partei jetzt umbauen auf eine illegale Basis. Das ist die wichtigste Aufgabe, die vor der Partei steht. Seit Jahren haben wir geschrieben, besonders Genosse Piatnitzky, dass wir in Deutschland unsere Partei auf die Illegalität umbauen müssen [...][66] Gerade jetzt bei dem Umbau der Partei auf die Illegalität muss man die Frage der Umstellung der Partei auf die Betriebe stellen, natürlich auch auf die Erwerbslosen usw. Aber die Betriebe soll man ausnutzen, um unsere Partei umzubauen. [...]

4. Wir sollen alle Möglichkeiten ausnutzen. Man kann nicht sagen, dass der Boden für den Massenstreik günstig ist. Jetzt müssen wir auf Grund kleinerer Forderungen der Arbeiterklasse diese ökonomischen Kämpfe entwickeln, die verschiede-

66 „Man kann davon ausgehen, daß erste Illegalitätsvorbereitungen (...) eingeleitet waren. Aber von einem umfassenden Programm zur Umstellung der KPD auf die Illegalität zur Überführung in den politischen Untergrund kann nicht gesprochen werden. Auch wird bei der Umsetzung und Ergänzung der Überlegungen und Maßnahmen nach der Installierung der Hitlerregierung ersichtlich, daß selbst richtige Orientierungen für den Schutz der Kader zu einseitig blieben, die Abwehrarbeit insgesamt unterentwickelt war." (Sassning: Die Verhaftung Ernst Thälmanns, 1, S. 43). Wenn auch die KPD sich seit 1928 verstärkt auf ein eventuelles Parteiverbot vorbereitet hatte, und mit dem RFB bereits eine „illegale Massenorganisation" hatte, war sie auf das Ausmaß des NS-Terrors keineswegs vorbereitet. Eine systematische Informierung der Mitglieder über Regeln und Techniken der Konspiration erfolgte erst wenige Tage vor dem Reichstagsbrand. Zudem wirkte der taktische Schritt der Hitlerregierung, die KPD zunächst nicht zu verbieten, auf die Funktionäre verwirrend und hemmend (siehe Peukert: Die KPD im Widerstand, S. 71–78).

nen kleinen Angelegenheiten. (Zwischenruf Gen. Maddalena:[67] Auch die Eierfrage!)[68] [...] Man soll erreichen, dass die Arbeiterklasse unsere Partei überall sieht, auf der Strasse, an der Wand, im Flugblatt. [...]

Genosse Knorin: [...]
Ich erinnere nur an die ersten Besprechungen hier. Wir haben alle erwartet, dass es zu einer grossen Verhaftung[swelle] unter den leitenden Funktionären kommen wird. Das ist nicht geschehen. Was haben wir verloren? Wer sind die Verhafteten? Man braucht nicht darüber zu sprechen. Thälmann ist ein besonderer Fall auf Kosten der Partei. Aber sonst haben wir sehr wenig verloren. Ich habe vor einigen Tagen im Verein der Alten Bolschewiki gesprochen. Niemand wollte glauben, dass die Partei in einer solchen Situation von ihrem Funktionärkader so wenig verloren hat. Das ist eine sehr wichtige Tatsache.[69]

Gen. Piatnitzky:
Die Lage in Deutschland war, bevor dieser Umsturz war, wirklich katastrophal. Nicht nur nicht bei den Arbeitern, auch bei den Angestellten, bei den Bauern war keine Perspektive. Was soll nun weiter sein? Die Lage hat sich verschlechtert sowohl für die Arbeiter als auch die Arbeitslosen, auch für das Kleinbürgertum und einen grossen Teil der Bauernschaft. Die deutsche Partei hat nicht die Frage der Uebernahme der Macht gestellt. Sie konnte nicht sofort die Frage der Uebernahme der Macht stellen. Die Nationalsozialisten haben allen versprochen, was sie gerade brauchen [....].

Es wäre gut möglich, einen solchen Terror auszuüben in einem solchen Kulturland wie Deutschland, ohne auf ihrer Seite zu haben die Sympathien erheblicher Teile der Bevölkerung. Man kann nicht sagen, dass nur die Terrormassnahmen nicht die Möglichkeit gegeben haben, gegen diesen Terror zu protestieren.

Wird es lange dauern? Ich bin einverstanden mit Knorin, dass das nicht lange möglich ist. Sie können den breiten Massen nichts geben. Eine proletarische Regierung hätte den Massen etwas geben können. [...]

Die Partei hat zwei Illegalitäten vor sich gehabt in Deutschland. 1919 bei Spartakus und 1923. Wenn wir 1923 nehmen, so war das ein Kinderspiel. Das war keine Illegalität. Man könnte darüber lachen. Ich habe das Glück gehabt, 23 bis 4 Monate zu

67 Der deutsche Kommunist Max Maddalena (1895–1943) arbeitete zu dieser Zeit im europäischen Apparat der Roten Gewerkschafts-Internationale in Moskau.
68 *Eierfrage:* Im Gesamtkontext der Autarkiebestrebungen und der Neuordnung der Landwirtschaft nach 1933 hatte die Regierung Hitler hatte u.a. die Eierpreise erhöht.
69 *Keine Verhaftungswelle unter leitenden Funktionären:* Es trifft zwar zu, dass 13 der 15 Politbüro-Mitglieder und -Kandidaten zunächst der Verhaftung entkamen (Herbst: Kommunistischer Widerstand). Auf mittlerer und unterer Funktionärsebene waren die Verluste jedoch enorm. Bereits im Februar 1933 rissen die Verhaftungen, so Peukert, „erhebliche Lücken in die Leitungsstruktur der KPD“ (Peukert: Die KPD im Widerstand, S. 83). Im März intensivierten sich die Festnahmen. Anfang Juni 1933 waren bereits 17 von 22 Bezirksleitungen verhaftet (Ibid., S. 83–89; Herbst: Kommunistischer Widerstand).

der Zeit in Deutschland zu sein.[70] Wir haben gesehen, hätte die Polizei wirklich den Versuch gemacht, wirklich Verhaftungen durchzuführen, sie hätte alle Abgeordneten des Reichstages und Landtages festnehmen können. […] 1919 war es auch so, da hat die revolutionär gestimmte Arbeiterschaft uns versteckt, uns gestützt. Das Vorbild der deutschen Genossen hat gezeigt, dass eine solche Lage und ein solcher Terror nicht eintreten wird und das hat dazu geführt, dass wir in [Sachen] Illegalität [nur] gespielt haben. Und so hat alles versagt. Die Mehrheit hat versagt. […]

Das ist doch kein Zufall, dass der Führer der Partei [d.i. Ernst Thälmann], den alle suchen werden, 3 Jahre lang eine Wohnung gehabt hat, wo Dutzende von Genossen da waren, und noch dazu eine Wohnung bei einem Funktionär der Partei. Das ist doch kein Zufall![71] […]

Das ist doch keine Illegalität, die wir jetzt gemacht haben! Sie haben sich so versteckt, dass nicht nur die Polizei, sondern auch die Arbeiterklasse sie nicht findet. Das ist doch keine Illegalität! Das ist schon ein Verbrechen! […]

Man muss solche Genossen aussuchen, die schon illegale Arbeit gemacht haben. Nicht illegale Arbeit, wie es 1919 und 1923 in Deutschland war, sondern wirklich in der Reaktion, und Beihilfe leisten. Ich glaube nicht, dass die deutschen Genossen das werden machen können. Ich werde froh sein, wenn sich herausstellt, dass ich übertreibe. Vielleicht werden die Tatsachen zeigen, dass ich übertreibe. Ich habe soviel Sünden; auf eine mehr kommt es nicht drauf an. […]

Das sind Parolen, die wir herausgeben müssen. Und die Hauptparole: Nieder mit der Hitler-Regierung. Für die Arbeiter- und Bauernregierung. Jetzt muss diese Parole überall sein. – Kleinarbeit machen! Und wirklich muss die Arbeiterklasse spüren, dass eine Führung der Kommunistischen Partei da ist. In solchen Momenten ist diese Führung mehr nötig als in jeder anderen Zeit.

Jetzt zuletzt über die Methode unserer Führung. Was ist bis jetzt gewesen? Wir haben viele Depeschen geschickt. Wir haben Leute instruiert. Wir haben Reden gehalten, diese Reden gedruckt und – die Parteien haben nichts getan oder sehr wenig. Lesen Sie alle unsere Beschlüsse! Hätte die deutsche Partei die Hälfte durchgeführt, hätte ein solcher Zustand nicht kommen können! Wie war es? Über die Arbeitslosen!

---

70 *In Deutschland zu sein:* Diese überraschende Äußerung Pjatnitzkis über seinen Aufenthalt in Deutschland ließ sich bisher aus den Dokumenten zum „Deutschen Oktober“ nicht erschliessen.

71 Am 3.3.1933 sollte in der Wohnung Thälmanns in der Lützowerstr. 9 in Berlin-Charlottenburg ein Treffen seines persönlichen Stabes stattfinden. Werner Hirsch war bereits eingetroffen, Erich Birkenhauer, Alfred Kattner und ein spezieller Emissär (vermutlich Sepp Schwab) aus Moskau sollten ebenfalls kommen. Stattdessen kam die Schutzpolizei und Thälmann, der sich weigerte, die illegale Wohnung zu wechseln, wurde verhaftet. Schwab konnte das für Thälmann bestimmte Schriftstück aus Moskau nur noch Jonny Schehr, dem „operativen Nachfolger“ des verhafteten Thälmann, sowie Dimitrov übergeben; eine Abschrift zur Veröffentlichung erhielt auch Gyula Alpari. Über zehn Jahre blieb der Führer des deutschen Kommunismus – auch während der Laufzeit des deutsch-sowjetischen Freundschaftspaktes – in Haft, wo er im August 1944 ermordet wurde (siehe: Sassning: Die Verhaftung Ernst Thälmanns, S. 7ff.).

Wieviel hat man geschrieben und gesprochen. Nichts ist unternommen worden. Die Faschisten haben jetzt die Arbeitslosen oder einen grossen Teil dieser Arbeitslosen. Wieviel Konferenzen waren über diese Frage und über die Arbeit im Betrieb. Man hat uns doch belogen! Eine Partei von 300.000 Mitgliedern hat nicht die Möglichkeit, den Kampf in den Betrieben gegen die Verhaftung des Führers der Partei aufzunehmen! (Zwischenruf Gen. Wassiljew: Es gibt nur 10% Parteimitglieder in den Betrieben!)

Wir haben doch noch die RGO-Leute, wir haben doch 15 Massenorganisationen. Die haben doch auch Mitglieder. In Berlin kann man auf den Strassen für den Sarg von Thälmann sammeln, wo wir noch jetzt 700.000 Stimmen bekommen haben, also Leute, die mit uns sympathisieren! Man hat sie nicht aufrütteln können. Warum? Wo ist die Organisation? Kann man denn das zulassen, was jetzt in Deutschland war?

Man spricht so viel von Illegalität. Man hat in Wien das Parlament ausgeschaltet. Es ist eine Lage dort entstanden, wo unsere Leitung jeden Tag hätte erwarten können, dass man die Partei verbietet. Alle die führenden Genossen waren zuhause, nach dem, was in Deutschland geschehen ist. Wo sind unsere Leitungen dort? Ich weiss nicht.

Was wird morgen in Frankreich, in der Tschechoslowakei sein, wenn man die Partei wird ohne Führung lassen. Es muss doch etwas unternommen werden. Es kann doch nicht so weiter gehen. Wir müssen die Frage stellen, wirklich die Beschlüsse durchzuführen und vielleicht weniger Beschlüsse fassen, aber dafür sorgen, dass sie wirklich durchgeführt werden. Das ist die Frage, die man behandeln und sehen muss. Das kann so nicht weiter gehen. Es kann doch nicht so weitergehen.

Dok. 315
Telegramm des ZK der KPD an Pjatnitzki über Finanzfragen

[Berlin], 16.3.1933

Typoskript in russischer und deutscher Sprache mit zahlreichen handschriftlichen Verbesserungen. RGASPI, Moskau, 495/19/81, 2–6 (mit Rückseiten). Erstveröffentlichung.

Aus Berlin 16.3.33 No. 1997
erhalten No. 1899
dechiffr[iert].

An Michael [d.i. Osip Pjatnitzki].[72]

Sehr geehrter Herr!
Nachstehend übersenden wir Ihnen ein Schreiben von ZK Deutschland.[73] Die gegenwärtige Situation, insbesondere die grosse Wahrscheinlichkeit eines baldigen Parteiverbots[74] verpflichtet uns, die Frage der Finanzierung der künftigen Arbeit sorgfältig zu überprüfen. Bei der Behandlung dieser Aufgaben treten besonders 5 Hauptfragen in den Vordergrund: Finanzierung 1) der Zellen und Ortsgruppen, 2.) der Bezirksleitungen, 3) ZK 4.) Jugend und Pioniere 5.) Prolet. Massenorganisationen.

Obgleich vom Standpunkt unserer gesamten revolutionären Arbeit gesehen die Finanzierung eine durchaus einheitliche Aufgabe bildet, so ist andererseits die gründliche spezialisierte Untersuchung der vorerwähnten Hauptfragen schon deshalb erforderlich, weil bei einem Parteiverbot sowohl Einnahmen als auch Ausgaben bei den verschiedenen Organisationseinheiten sich gegenüber ihrem früheren Budget ganz verschieden ändern. Am auffälligsten tritt diese Tatsache bei den Diäten in Erscheinung, deren Wegfall allein im Reich und Preussen einen Verlust von circa 100.000 Mark monatlich bedeutet. Hiervon würden hauptsächlich ZK und Bezirksleitung betroffen werden, in geringerem Masse Jugend und Massenorganisationen, während Zellen und Ortsgruppen hiervon nicht betroffen werden. Eine andere wichtige Einnahmequelle, die unter den Bedingungen der Illegalität wegfallen wird oder voraussichtlich nur

72 Handschriftliche Anmerkung: „An Gen. Dobrovol'skaja. Lesen Sie diesen Brief und sagen Sie, worin der Kern dieser Sache besteht. Pjat[nitzki].“ Dem Brief liegt eine einseitige russische Zusammenfassung des Textes bei (RGASPI, Moskau, 495/19/81, 1). Agnessa Dobrovol'skaja (1895–1938?) war 1931 bis 1935 die persönliche Sekretärin Pjatnitzkis.

73 *Schreiben des ZK:* Dabei könnte es sich um einen chiffrierten Brief von „K.“ an die Budgetkommission des EKKI vom 21.3.1933 handeln (siehe: RGASPI, Moskau, 495/19/81, 13–13v), der Ausführungen über den Finanzbericht für das Jahr 1932 enthält. Hier geht es um Größenordnungen der Gesamt-„Bilanzierung. Allein die Präsidentenwahlkampagne erforderte 623.000 Mark.

74 Die Presse- und Versammlungstätigkeit der KPD wurde bereits mit der „Reichstagsbrandverordnung“ vom 28.23.1933 verboten, das faktische Parteiverbot erfolgte jedoch erst mit der Einziehung des Parteivermögens am 26.5.1933. Die KPD-Führung war derweil auf ein nicht erfolgendes Verbot fixiert. Das SPD-Verbot folgte am 22.6.1933, das Verbot der BVP am 3.7.1933.

noch in beschränktem Masse zur Verfügung stehen wird, sind Abführungen aus den Geschäftsunternehmungen,[75] die ca. 50.000 Mark monatlich betragen und ausschliesslich dem ZK zugeflossen sind. Aber nicht nur die vom bürgerlichen Staatsapparat direkt zu beeinflussenden Einnahmen werden sich ändern sondern auch unsere entscheidende revolutionäre Finanzgrundlage: Einnahmen aus Beiträgen und Sammlungen. Einnahmen aus Beiträgen werden im gesamten Masstabe, zumindesten in der ersten Zeit, zweifellos zurückgehen. Andererseits muss selbstverständlich alles aufgeboten werden, um durch umfassende Massenmobilisierung den Erlös der regelässigen Sammlungen derartig zu steigern, sodass damit überhaupt die Durchführung der wichtigsten Arbeiten finanziell gesichert wird. Dabei kann naturgemäss die Verteilung der Anteile an die einzelnen Organisationseinheiten den veränderten Bedingungen entsprechend immer in der bisherigen Weise gemacht werden.

Ebenso wie Einnahmen werden auch die Ausgaben gegenüber dem bisherigen Voranschlag wesentliche Veränderungen erfahren. Die Zentralen Instanzen werden durch Reduzierung des Angestelltenapparates erhebliche Einsparungen an Gehältern machen. Demgegenüber stehen allerdings gerade hier auch wieder infolge des verschärften faschistischen Terrors insbesondere für Herstellung illegalen Druckmaterials ganz bedeutende Mehrausgaben. Es ergibt sich also die Notwendigkeit, die Finanzierungsmöglichkeiten unserer zukünftigen Arbeit zu überprüfen.

Wir sind der Ansicht, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen das Hauptgewicht unserer gesamten Finanzierung so weit wie möglich nach unten in Zellen und Ortsgruppen gelegt werden muss. Unsere Zeitungen sind verboten, müssen also in gesteigertem Masse durch illegale Betriebs- und Hausblock-Zeitungen ersetzt werden, da die Herausgabe Zentraler Flugblätter und Broschüren immer schwieriger wird. An diese Stelle muss selbst hergestelltes Material der unteren Einheiten treten. Die Auslösung von Aktionen und Streiks darf unter keinen Umständen an finanzieller Schwäche der Betriebe scheitern. Unsere Finanzpolitik muss deshalb auf breitester Initiative von unten basieren. Um das zu erreichen, wird vorgeschlagen, den Hauptanteil der Sammlungen, die voraussichtlich die stärkste Einnahmequelle nach [dem] Parteiverbot sein werden, Zellen und Ortsgruppen und Bezirksleitungen zu überlassen, während ZK lediglich 10 Prozent vom Erlös erhalten soll. Wir sind der Ansicht, dass es dadurch ermöglicht wird, nicht nur Sammlungen zu einer wichtigen Methode unserer Massen-Mobilisierung zu machen, sondern gleichzeitig damit auch Zellen-Ortsgruppen-Stadtteil- und Bezirksleitungen die Mittel für ihre Arbeit zu sichern.

Die zwei entscheidenden Einnahmequellen sind die regelmässigen Mitgliederbeiträge, deren Erlös wie bereits erwähnt, wahrscheinlich in den ersten Monaten infolge des zu erwartenden Mitgliederrückgangs und der Veränderten Kassierung (14-tägig

---

75 Zu den Geschäftsunternehmen der KPD gehörten u.a. das Bürohaus Vulkan GmbH als Verwaltung für alle Parteihäuser und -gebäude, die Stern Druckereien GmbH und die Papiererzeugungs- und Verwertungsgesellschaft (Peuvag A.G.) zur zentralen Versorgung der Zeitungs- und Buchverlage der Partei.

zwei Beitragsklassen) zurückgehen wird.[76] Um diesen Rückgang nach Möglichkeit aufzuhalten, haben wir seit längerer Zeit eine Reihe von Massnahmen durchgeführt, die gleichzeitig eine ausserordentliche grosse organisatorische Bedeutung haben. Die Gesamtkassierung ist auf das System der Betriebsabteilungen und Häuserblock-Kassierung umgestellt, d.h. im Durchschnitt werden von einem Kassierer nur 5 Mitglieder bedient. Diese Methode gewährt neben der grösstmöglichsten Sicherung der Beitragsabrechnung gleichzeitig die besten Voraussetzungen für die restlose Erfassung der Mitglieder. [...]

Die stärksten Einsparungen werden bei den Gehältern vorgenommen werden können. Während bisher einschliesslich Gehälter für Abgeordnete circa 55.000 Mark monatlich ausgegeben werden, werden künftig circa 3.5000[77] benötigt werden. Dementsprechend vermindern [sich] auch die Ausgaben für soziale Versicherung. Dagegen müssen mit Rücksicht auf die zu treffenden Sicherungen die Ausgaben für Miete, Fahrkarten, Telephon und Transport erhöht werden. Für Unterstützung wird gleichfalls infolge grösseren Terrors, grössere Summe erforderlich.

Insgesamt Ermässigung der Ausgabe von 185.000 Mark auf 158.000. Aber dies steht in keinem Verhältnis zu der [sic] Vermindern der Einnahme. Den Erlös der Sammelung hoffen wir, obgleich der Hauptanteil in Zukunft Zellen und B[ezirks] L[eitungen] zufliessen soll, durch gesteigerte Massen-Mobilisierung auf derselben Höhe zu halten[.] Erlös aus Mitglieder-Beiträgen wird infolge des gesteigerten Anteils, den ZK erhalten soll, circa 10.000 Mark erhöht werden können. Wir werden ferner den Versuch machen, neue geschäftliche Finanzquellen zu erschliessen und dadurch die unter „sonstige Einnahmen“ aufgeführten Beträge zu Steigerung. Aber alle Bemühungen reichen bei weitem nicht aus, Ausfall der Diäten und Abführungen der bisherigen Geschäfts-Unternehmungen zu decken, die annähernd 140 Tausend Mark betragen. Daraus ergibt sich, dass uns aus den Gesamteinnahmen, die bis jetzt 165 Tausend Mark betrugen, im Falle zu Verbot nur noch 42 Tausend zur Verfügung stehen würden.

Zusammenfassend ergibt sich folgende Aenderung:
Bisherige Ausgabe 185 Tausend Mark. Zukünftige Ausgabe 158.600. Bisherige Einnahme 165 Tausend, zukünftige Einnahme 42 Tausend, bisheriges Defizit 20.000, zukünftiges Defizit 116 Tausend.[78]

---

76 *Veränderte Kassierung:* Auch unter den Bedingungen der Verfolgung setzte die KPD die Kassierung der Mitglieder fort und schaffte es zunächst, Mitgliederbeiträge zu kassieren – allerdings mit einem massiven Zahlungsrückgang. So schrumpfte etwa die Zahl der beitragszahlenden Mitglieder im KPD-Bezirk Ruhrgebiet von 26000 im Februar 1933 auf 6000 im März und 1000 im April, im Juni jedoch regenerierte sich die Partei dort auf 1200 zahlende Mitglieder. Auch in anderen Bezirken schafften es die regionalen Kräfte im ersten Jahr der NS-Herrschaft immer wieder, Parteistrukturen zahlender Mitglieder zu regenerieren, doch in einem Umfang, der einen Bruchteil der Zeit vor 1933 ausmachte (siehe Peukert: Die KPD im Widerstand, S. 98–109).

77 *3.5000:* Eine Null wurde handschriftlich hinzugefügt. Es ist wohl von 35.000 Mark auszugehen.

78 Als Blatt 5 und 6 folgt eine Zusammenstellung der Einzelposten („Bisheriger und künftiger Etat“).

Bisheriges Defizit wurde mit Ihrer Unterstützung ausgeglichen, wobei es uns sogar möglich war, einen Teil der sehr erheblichen Schuld aus den grossen Wahlen vergangenen Jahres in Raten abzudecken. Wir sehen uns aber vor ausserordentlichen grossen Schwierigkeiten bei der Frage, inwieweit es möglich sein wird, sehr hoch Defizit nach Verbot zu decken. Eine Erhöhung unserer Einnahme wäre nur noch durch die Veränderung der Anteile der grossen zentralen Sammlungen zugunsten vom ZK möglich, aber diese Methode würde in Widerspruch stehen zu unserem Bestreben, in weitgehendstem Masse die Initiative von unten zu entwickeln, und besonders Zellen und Ortsgruppe[n] finanzielle Möglichkeit zu intensiver konkreter Massenarbeit [zu geben]. Andererseits haben wir nachzuweisen versucht, dass unser Bestreben ist, ohne Einschränkung der irgendmöglichen Massen-Mobilisierung und Sicherung dennoch die Aufgabenstellung so vorzunehmen, dass wir mit möglichst geringen Mitteln auskommen. In der Praxis wird sich zeigen dass es hier und da möglich sein wird, noch irgendwelche kleinere Einsparungen zu machen. Es ist jedoch klar, dass eine entscheidende Verminderung vorgesehener Mittel nicht vereinbar wäre mit den vergrösserten Aufgaben und nicht verantwortet werden könnte. Wir bitten daher, [den] Etat [zu] prüfen und [zu] erwägen, inwieweit möglich höheren monatlichen Betrag zur Deckung überschüssiger Ausgaben beistehen.[79]

Dok. 316

Briefentwurf der Komintern an das ZK der KPD über die Lage in Deutschland, zur Begutachtung an Stalin, Molotov, Kaganovič

[Moskau], 20.3.1933

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/19/248, 8–19. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Dam'e/Komolova/Korčagina: Komintern protiv fašizma, S. 291–298.

20. März 1933
Geheim

An Gen. Stalin, Molotov, Kaganovič

Ich schicke Ihnen den Entwurf eines Briefes an das ZK der KP Deutschlands. Wir bitten darum, ihn zu lesen und uns Anweisungen zu geben, welche Veränderungen an ihm vorgenommen werden müssten.[80]

79 Gemeint ist, einen höheren Betrag zu gewähren.
80 Nach den von Stalin vorgeschlagenen Korrekturen des zu einer Resolution des Präsidiums des EKKI umgearbeiteten Briefes wurde diese vom Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 4.4.1933 bewilligt (siehe: RGASPI, Moskau, 17/162/14, 108).

[Sign.:] Pjatnitzki
20.3.33

Abs[olut] geheim

AN DAS ZK DER KPD

Unter den Bedingungen der außergewöhnlichen Zuspitzung der ökonomischen und politischen Lage in Deutschland, wenn einerseits die kommunistische Partei bereits eine überaus starke Kraft in der Arbeiterklasse geworden ist und eine revolutionäre Krise schnell heranreift, und wenn sich andererseits tiefe Widersprüche innerhalb der herrschenden Klassen selbst auftun und die faschistische Diktatur in der Form der Regierungen Papen und Schleicher sich nicht in der Lage sehen, das Anwachsen des Kommunismus anzuhalten und irgendeinen Ausweg aus der sich stets verschärfenden ökonomischen Krise zu finden, überließ die deutsche Bourgeoisie die Verwirklichung der offenen faschistischen Diktatur Adolf Hitler und der Partei der Nationalsozialisten.

Der Machtantritt der Nationalsozialisten wurde aus folgenden Gründen möglich:

1. Die deutsche Sozialdemokratie, der die Mehrheit des Proletariats in der Novemberrevolution 1918 folgte, hat die Arbeiterklasse gespalten und schlug, anstatt die Revolution zur Diktatur des Proletariats und zum Sozialismus zu führen, im Verbund mit der Bourgeoisie und den Kaisergenerälen den Aufstand der revolutionären Massen nieder. […] Diese Politik des Kampfes gegen die revolutionäre Erhebung der Massen, der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie und der Hilfe an den Faschismus unter dem Vorwand der Taktik des „kleineren Übels“ war und ist die Politik der gesamten 2. und der Amsterdamer Internationale von 1914 bis in die heutige Zeit.

2. […] Die allmählichen und unaufhörlichen Konzessionen an Faschismus und Reaktion, die schleichende Außerkraftsetzung eines Verfassungspunktes nach dem anderen und die allmähliche Faschisierung des gesamten Staatsapparats hat die Weimarer Koalition und die Weimarer Republik derart diskreditiert, dass sie in den Augen der breiten Massen jeglichen Wert verloren hat.

3. Das Versailler System hat Deutschland ausgeraubt und die deutschen Massen der Werktätigen dem Joch einer unerträglichen Ausbeutung nicht nur seitens des einheimischen, sondern auch des ausländischen Kapitals zugeführt, dem die deutsche Regierung Reparationszahlungen leisten musste. […]

Der einzige revolutionäre Anführer des deutschen Proletariats, die kommunistische Partei, hat […] die Arbeiterklasse zum *politischen Generalstreik* aufgerufen und der sozialdemokratischen Partei sowie dem ADGB zur Durchführung eines solchen Streiks die Einheitsfront vorgeschlagen.[81] Die Entfaltung des Kampfes des Proletariats gegen Bourgeoisie und Faschismus und der Generalstreik hätten dazu geführt, dass die schwankenden werktätigen Massen der Bauernschaft und des städtischen Klein-

81 Zum Aufruf siehe Dok. 308.

bürgertums dem Proletariat gefolgt wären. Die Sozialdemokratie jedoch, die ihre bisherige Politik fortsetzte und sich auf die weitere Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie orientierte, schnürte die Initiative der Massen mit einem Netz von ihr anhängender zentralisierter Organisationen, in erster Linie der Gewerkschaften, ab, und verhinderte die Organisierung des Generalstreiks, mit dessen Erfolg die breiten Massen des Proletariats angesichts des Streikbrechertums der Sozialdemokratie nicht rechnen konnten. Da die kleinbürgerlichen und bäuerlichen Massen im Proletariat nicht den revolutionären Anführer und Organisator sahen, [...] warfen sie sich in Richtung Faschismus.

[...] Der faschistische Terror, der in erster Linie gegen die Kommunisten als revolutionäre Anführer der Massen gerichtet ist, trifft teilweise auch die Sozialdemokratie. Indem die Faschisten die sozialdemokratischen Arbeiter terrorisieren und einen Teil der sozialdemokratischen Führer auf ihre Seite ziehen, wollen sie das Netz der der Sozialdemokratie folgenden Arbeiterorganisationen schwächen und den Weg für die Schaffung eigener Arbeiterorganisationen nach dem Muster der faschistischen Korporationen freimachen.[82]

Die faschistische Diktatur, die sich auf die bewaffneten Banden der Nationalsozialisten und des „Stahlhelms" stützt und den Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse eröffnet, [...] zerschlägt die sozialdemokratischen Theorien der Klassenzusammenarbeit und der Politik des „kleineren Übels" und vernichtet alle *demokratischen Illusionen* in den breiten Arbeitermassen. [...] Die Arbeiterklasse überzeugt sich in der Praxis, dass die Kommunisten Recht hatten, als sie jahrelang gegen demokratische Illusionen und gegen die sozialdemokratische Politik des „kleineren Übels" und der Klassenzusammenarbeit gekämpft haben.

Gleichzeitig kann die ungezügelte faschistische Hitlerdiktatur, die den Bürgerkrieg im Lande entfesselt hat, keine einzige politische oder ökonomische Frage des modernen Deutschland lösen [...] Jeder neue Tag der Hitlerregierung wird umso klarer den Betrug aufzeigen, dessen Opfer die Massen geworden sind, die Hitler gefolgt sind. Jeder neue Tag wird es klarer zeigen, dass Hitler Deutschland in die *Katastrophe* führt. Der revolutionäre Aufschwung in Deutschland wird trotz des faschistischen Terrors in einem noch größeren Tempo ansteigen. Der Widerstand der Massen gegen den Faschismus muss zwangsläufig stärker werden. *Die Errichtung der offenen*

---

82 *Faschistische Korporationen:* Der Korporatismus im faschistischen Italien zielte auf die Vereinigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in offizielle Strukturen, die die Klassengegensätze einebnen sollten, koordiniert vom 1926 gegründeten Ministerium der Korporationen. Auch die im Rahmen der Betriebs- und Industriepolitik NS-Deutschlands errichtete Deutsche Arbeitsfront (DAF, siehe Dok. 363) als Einheitsverband von Arbeitgebern und Arbeitnehmern trug korporatistische Züge (siehe zum Vergleich: Alexander J. De Grand: Fascist Italy and Nazi Germany. The „Fascist" Style of Rule, London, Routledge, 1995, S. 40–45). Die Prognose der Komintern bewahrheitete sich insofern, als die DAF auf den bei der Zerschlagung der Freien Gewerkschaften (siehe Dok. 324) vorgefundenen Strukturen und erbeuteten Vermögenswerten aufgebaut wurde (siehe Hans-Gerd Schumann: Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der „Deutschen Arbeitsfront", Hannover, Goedel, 1958).

faschistischen Diktatur beschleunigt, indem sie alle demokratischen Illusionen bei den Massen zerstört und die Massen vom Einfluss der Sozialdemokratie befreit, das Tempo der Entwicklung Deutschlands hin zur proletarischen Revolution.

Die Aufgabe der Kommunisten liegt im Folgenden: die Massen darüber aufzuklären, dass die Regierung das Land in die Katastrophe führt. Jetzt ist es notwendig, mit größerer Energie als je zuvor den Massen zu erklären, dass das einzige Mittel der Rettung der werktätigen Massen vor noch mehr Armut und Not, das einzige Mittel zur Verhinderung der Katastrophe die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats sind. Es ist unabdingbar, für das Zusammenrücken aller Kräfte des Proletariats und für die Schaffung der Einheitsfront des Kampfes der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter zu kämpfen, für die Gewinnung von Verbündeten des Proletariats, man muss die Partei und alle Massenorganisationen des Proletariats stärken und *die Massen vorbereiten für die entscheidenden revolutionären Kämpfe, für den gewaltsamen Sturz des Kapitalismus und der faschistischen Diktatur mittels des bewaffneten Aufstands.*

Davon ausgehend

- ist es die *erste* und wichtigste Aufgabe der KPD unter den Bedingungen des bestialischen Terrors, die Partei zu erhalten, in die Illegalität zu überführen und zu stärken, was nur durch eine exakte, energische und selbstlose Tätigkeit sowohl des ZK, als auch der lokalen Organisationen möglich ist. [83] [...]

- ist es die *zweite* Aufgabe der KPD unter den aktuellen Bedingungen, das Maximum an Kräften auf die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften zu konzentrieren, wobei die Faschisten versuchen werden, diese in eigene faschistische Organisationen zu verwandeln, und wobei ihnen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer faktisch helfen werden. [...]

- besteht die *dritte* Aufgabe der KPD gegenwärtig im maximalen Eindringen revolutionärer Arbeiter in die legalen Massenorganisationen (sportliche und kulturell-aufklärerische, wie z.B. den Freidenkerverband, die Kooperativen, das Reichsbanner)[84], wobei die gesamtpolitische Leitung durch gut konspirativ getarnte kommunistische Fraktionen sichergestellt werden soll;

- ist es die *vierte* Aufgabe der KPD, die Tribünen des Reichstags, der Landtage, der Kommunalverwaltungen auszunutzen, in die die Kommunisten trotz des faschistischen Terrors von den Massen gewählt wurden. [...] Es ist notwendig, alle Fälle der Nichtbeteiligung der Kommunisten an den Parlamenten[85] und Kommunalverwaltun-

---

83 *Die Partei zu erhalten:* Vgl. hierzu die wütenden Worte Pjatnitzkis, demzufolge die KPD sich so versteckt habe, dass „nicht nur die Polizei sie nicht finden kann, sondern sogar die Arbeiterklasse" (Dok. 314).

84 Das sozialdemokratische „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" (siehe Dok. 139) wurde bereits am 5.3.1933 von den Nationalsozialisten verboten.

85 *Nichtbeteiligung an den Parlamenten:* Am 11.3.1933 hatte die Komintern in einer Instruktion Präsenz der kommunistischen Abgeordneten zur Eröffnung des Reichstags gefordert. „Wir befinden, daß

gen, unter anderem im Hessischen Landtag, genauestens zu untersuchen und ein solches Verhalten offen und entschieden zu verurteilen.[86]

- muss es die *fünfte* Aufgabe der KPD sein, gegen das Vordringen der Nationalsozialisten in die Betriebe und den faschistischen Terror in den Betrieben zu kämpfen. [...]

- muß es die *sechste* Aufgabe der KPD sein, die Unzufriedenheit der Bauernmassen mit der faschistischen Diktatur anzuführen [...].

Die Hauptlosungen für die nächsten Wochen müssen sein:

1. Wiederherstellung der Versammlungs-, Presse- und Freiheit der Person. Freilassung aller Verhafteten. Freilassung des Gen. Thälmann.

2. *Kampf* gegen die Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Faschisten. Verteidigung aller Arbeiterorganisationen, der Wohnungen, Eigentums und Lebens der Arbeiter gegen die terroristischen faschistischen Banden. Auflösung der Hilfspolizei. Entwaffnung der Sturmabteilung.

3. Gegen den Preisanstieg. Nichtzulassung des Preisanstiegs und Rückgängigmachung der während der Regierung Hitlers durchgeführten Teuerung für Brot, Speck, Fleisch, Eier, Käse und Milch.

4. Gewährung von Unterstützung für alle Arbeitslosen unabhängig von der Dauer der Arbeitslosigkeit. Aufstockung der Arbeitslosengelder.

5. Befreiung der Klein-, Kleinst- und Mittelbauern von allen Steuern und Schulden. [...]

6. Kampf gegen Kriegsvorbereitungen und Militarismus.

---

die [kommunistischen] Abgeordneten, wenn sie zugelassen werden, trotz der Verhaftungsgefahr an der Eröffnung des Reichstages teilnehmen müssen. Nur die tatsächlich verantwortlichen Leiter des Parteizentrums und der wichtigsten Bezirke sollen nicht erscheinen. Wir erwarten Mitteilung über Eure Position in dieser Frage." (RGASPI, Moskau, 495/184/2, 134, Ausg. 1933). Am Tage der Reichstagseröffnung durch Hitler fragte das EKKI nach, ob die Direktive umgesetzt worden sei, und falls nicht, aus welchen Gründen (RGASPI, Moskau, 495/184/2, 162–162v, Ausg. 1933. Zit. in: Širinja: Komintern v 1933 godu, S. 224). Zur Reichstagseröffnung zeigten die KPD-Abgeordneten keine Präsenz und nahmen nicht teil. In den Notizen Wilhelm Piecks vom 21.3.1933 hieß es: „Reichstagssitzung in Potsdam und am Nachmittag in Berlin in der Kroll-Oper. Am 8. März hatte der Reichsinnenminister Dr. Frick in einer Massenkundgebung in Frankfurt a/Main erklärt, daß die Kommunisten am 21. März beim Zusammentritt des Reichstages ‚durch dringende und nützlichere Arbeit verhindert sein werden an der Sitzung teilzunehmen.' Dazu würde ihnen in den Konzentrationslagern Gelegenheit gegeben werden. Aber auch ‚ihre roten Bundesgenossen von der Sozialdemokratie' müßten verschwinden. Die KPD-Abgeordneten nahmen an der Eröffnung des Reichstages nicht teil."

86 Die KPD hatte im seinerzeit in Darmstadt ansässigen hessischen Landtag zehn Sitze. Unmittelbar nach dem Reichstagsbrand demolierten die Nationalsozialisten ihr Fraktionszimmer. Die sich zu diesem Zeitpunkt auf einer Versammlung in Frankfurt am Main befindenden KPD-Parlamentarier wurden den Erinnerungen der Abgeordneten Cilly Schäfer zufolge am Frankfurter Bahnhof gewarnt, nicht nach Hause zu fahren, da „in Hessen [...] jetzt auch alles verboten" sei. Daher wurde das regionale Ermächtigungsgesetzt am 13.3.1933 gegen die Stimmen der SPD und unter Abwesenheit der bereits in den Untergrund getriebenen KPD-Abgeordneten beschlossen (siehe: Ingrid Langer: Hessische Parlamentarierinnen im Widerstand. In: Renate Knigge-Tesche, Axel Ulrich (Hrsg.): Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933–1945, Frankfurt am Main, Eichborn, 1996, S. 342–334).

7. Nieder mit der faschistischen Diktatur! Nieder mit der Hitlerregierung! Es lebe die Arbeiter-und-Bauern-Republik – das Sowjet-Deutschland! Es lebe die Diktatur des Proletariats!

[Sign.:] Pjatnitzki



Am 20.3.1933 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, den Ingenieur Krasovskij nach Deutschland in die Lokomotivenfabrik Henschel (Kassel) zu entsenden, um an der Projektierung des Baus einer Tenderlok teilzunehmen.[87]

Am 31.3.1933 stimmte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion der Resolution des Präsidiums der Komintern über die Gründe für die Niederlage und die Aufgaben der KPD zu (siehe das folgende Dokument), die auf dem Briefentwurf Pjatnitzkis an die KPD vom 20.3.1933 basierte.[88]

Dok. 317

Vertraulicher Teil der Resolution des Präsidiums der Komintern zum Referat Heckerts über die Gründe der Niederlage der KPD und die Aufgaben

[Moskau], 1.4.1933

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/2/203, 10–12. Erstveröffentlichung.

6530/St

Resolution des Präsidiums des EKKI zum Bericht des Gen. HECKERT über die Lage in Deutschland.[89]

Zweiter, vertraulicher Teil.

(angenommen vom Präsidium des EKKI am 1.4.1933)
(wurde nicht veröffentlicht)

Die *erste* wichtigste Aufgabe der KPD unter den gegenwärtigen Verhältnissen des brutalen Terrors ist es, die Partei zu erhalten, in die Illegalität zu überführen und zu festigen, was nur durch eine präzise, energische und opferbereite Arbeit sowohl des ZK als auch der Ortsorganisationen zu erreichen ist. Es gilt, um jeden Preis die ständige Arbeit der Führung der Kommunistischen Partei zu sichern, rasch auf alle politischen

87 RGASPI, Moskau, 17/3/918, 24.
88 RGASPI, Moskau, 17/162/14, 108. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 688–689.
89 Im offenen Teil der Resolution erklärte sich das Präsidium solidarisch mit der KPD-Führung. Sie führte aus, dass aufgrund des Verrats der Sozialdemokratie das Proletariat nicht imstande gewesen sei, die Abwehr gegen den Staatsapparat zu organisieren.

Ereignisse zu reagieren und allen Parteiorganisationen ständig Aufklärung über die politische Lage im Lande zu erteilen. Es gilt, das regelmässige Erscheinen des illegalen Zentralorgans der Partei sowie der Parteizeitungen in allen grossen Industriezentren zu sichern. Es gilt, die Initiative aller Parteiorganisationen zu entfesseln und dafür zu sorgen, dass jede Ortsorganisation auf die politischen Ereignisse reagiert, ohne erst die Weisungen des ZK abzuwarten. Es gilt, eine ernsthafte Aufklärungsarbeit innerhalb der Partei hinsichtlich der neuen Aufgaben der Partei zu leisten, die Disziplin in den Parteireihen zu festigen, und einen entschiedenen Kampf sowohl gegen die rechtsopportunistischen *defaitistischen und liquidatorischen* Stimmungen wie auch gegen *Putschismus, Sektierertum* und *kleinbürgerliches Abenteurertum* zu führen, die lediglich die Kehrseite des Defaitismus darstellen.

Die *zweite* Aufgabe der KPD unter den gegenwärtigen Verhältnissen besteht darin, ein Höchstmass ihrer Kräfte auf die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften zu konzentrieren, die die Faschisten, mit Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, in ihre faschistischen Organisationen zu verwandeln bestrebt sind. Die RGO hat den Hauptteil ihrer Tätigkeit in die reformistischen Gewerkschaften zu verlegen. Die Kommunisten haben den Kampf sowohl gegen die Zertrümmerung der Gewerkschaften durch faschistische Banden als auch gegen die Durchführung der Linie der sozialdemokratischen Führer in den Gewerkschaften aufzunehmen, da sich die sozialdemokratischen Führer die Aufgabe gestellt haben, die Gewerkschaften der faschistischen Diktatur zu unterwerfen und mit Hilfe der Gewerkschaften die wirtschaftlichen Massnahmen dieser faschistischen Diktatur durchzuführen (Erklärung Leiparts an Hitler). Wenn die Mitglieder der RGO und die Kommunisten gute Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften leisten werden, so werden sie sich dadurch die Führung über die unorganisierten Arbeiter sichern. Es gilt, den Kampf gegen die Faschisierung der Betriebsräte zu führen und dort, wo die Nationalsozialisten die Betriebsräte an sich gerissen oder durch eine nationalsozialistische Betriebsorganisation auseinandergetrieben haben, die Arbeit illegal fortzusetzen und Neuwahlen zu fordern, bei deren Anlass mit Listen im Namen der Gruppen der Arbeitereinheit aufzutreten ist, wobei in diese Listen sowohl kommunistische als auch solche sozialdemokratische und unorganisierte Arbeiter aufzunehmen sind, die zum Kampf gegen den Faschismus bereit sind.

Die *dritte* Aufgabe der KPD besteht gegenwärtig darin, alle legalen Möglichkeiten zu revolutionärer Arbeit in allen legalen Arbeiterorganisationen (Sport-, Kultur- und Bildungsvereine, Freidenkerverband, Genossenschaften, Reichsbanner usw.) auszunützen und dafür zu sorgen, dass die allgemeine politische Führung seitens konspirativ gut gedeckter kommunistischer Fraktionen gesichert wird.

Die *vierte* Aufgabe der KPD besteht darin – soweit irgend eine Möglichkeit dazu besteht, die Tribüne des Reichstages, der Landtage und Gemeindeparlamente, in die die Kommunisten durch die Massen gewählt wurden, trotz des faschistischen Terrors

auszunützen und auf jeden Fall die kommunistischen Reichstagsabgeordneten zu verpflichten, ihren Abgeordnetentitel zur Festigung der Verbindungen mit den Arbeitermassen auszunützen.

Die *fünfte* Aufgabe der KPD hat in dem Kampf gegen das Eindringen der Nationalsozialisten in die Betriebe und gegen den faschistischen Betriebsterror zu bestehen, wobei die Arbeitermassen gegen beides zu mobilisieren sind. Dies kann nur durch eine gute Arbeit der Betriebszellen gesichert werden, die jetzt eine ausnehmend wichtige Bedeutung erlangt.

Die *sechste* Aufgabe der KPD hat in der Anführung der Unzufriedenheit der werktätigen Bauernmassen mit der faschistischen Diktatur zu bestehen, die durchbrechen wird, sobald sich klar herausstellt, dass die Faschisten nicht imstande sind, die Forderungen der Bauern zu befriedigen.

Die allumfassende Aufgabe der Partei unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist der Kampf um die *Herstellung der Einheitsfront der Arbeiter zum revolutionären Kampf gegen den Faschismus, gegen die Kapitaloffensive und die Verschlechterung des Lebenshaltungsniveaus der Massen*. Dazu bedarf es einer systematischen Entlarvung der sozialdemokratischen Führer, die die Arbeiterklasse verrieten und verraten bezw. bereits ins Lager der Faschisten übergelaufen sind.[90] Dazu ist es notwendig, dass die Massen jeden Tag die Partei als ihren einzigen Schutzwall gegen den Faschismus sowie gegen jegliche Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen und politischen Lage, als Organisator ihres Kampfes trotz des Streikbrechertums der sozialdemokratischen Führer sehen. Alle an die sozialdemokratischen Arbeiter gerichteten Vorschläge über gemeinsame Kampfaktionen müssen offen vor dem Angesicht der Arbeitermassen erfolgen.

Es gilt vor allem solche Kampfformen zu wählen, die der heutigen Situation am meisten entsprechen (Massenversammlungen, Wahl von Massendelegationen, kurze Demonstrationen, Proteststreiks, politische und kurzfristige Streiks usw.), jedoch darf

---

90 *Ins Lager der Faschisten übergelaufen:* Am 23.3.1933 notierte Pieck in seinem Tagebuch anlässlich der Reichstagseröffnung zur Rede des SPD-Vorsitzenden Otto Wels: „Wels erklärt in seiner Rede, dass die SPD den Austritt aus der II. Internationale vollzogen habe und der Außenpolitik der Regierung zustimme." (Wilhelm Pieck: Chronik, SAPMO BArch NY 4036/10, 156). Tatsächlich war die SPD die einzige Partei im Reichstag (die KPD-Abgeordneten waren durch Verhaftungen und Verfolgung am Erscheinen gehindert), die am 23.3.1933 gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz stimmte. Otto Wels hielt eine Rede, in der er im Namen der SPD-Fraktion das Gesetz ablehnte und sich „in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus" bekannte. Über den Austritt aus der Internationale oder die Zustimmung zur Politik Hitlers verlautete Wels dagegen kein Wort (Zur Teilpublikation der Rede und zum Entstehungskontext siehe Hans J. L. Adolph: Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894–1939, Berlin, De Gruyter, 1971, S. 254–265). Allerdings trat Wels in der Tat am 30.3.1933 aus dem Büro der Sozialistischen Arbeiter-Internationale aus, nachdem er (in der Hoffnung auf ein Nachlassen der Repressionen gegen die SPD im Reich) versucht hatte, die Annahme scharfer Anti-Hitler-Resolutionen durch die SIA-Exekutive zu verhindern – ein Rücktritt, den er am 17.5.1933 rückgängig machte (ibid., S. 268, 278).

auf keinen Fall auf wirtschaftliche Streiks verzichtet werden und, wo die Situation es erlaubt, sind *Streiks gegen Lohnabbau und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen* zu organisieren. Die Partei hat sich an die Spitze aller *Massencharakter tragenden Formen des Widerstandes der Arbeiter gegen den Faschismus zu stellen.*

Die Hauptlosungen der Partei in den nächsten Wochen haben folgende zu sein:

1) Wiederherstellung der Versammlungs- und Pressefreiheit sowie der Unantastbarkeit der Person, Freilassung aller Gefangenen, Freilassung des Genossen Thälmann.

2) Kampf gegen die Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Faschisten.[91] Schutz aller Arbeiterorganisationen, der Wohnungen, des Hab und Gut sowie des Lebens der Arbeiter gegen die terroristischen faschistischen Banden. Auflösung der Hilfspolizei. Entwaffnung der SA.

3) Sofortige Rückgängigmachung aller durch Notverordnungen verfügten Kürzungen des Arbeitslohns sowie der Einkünfte der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten.

4) Gewährung von Unterstützungen an alle Erwerbslosen ohne Rücksicht auf die Dauer der Erwerbslosigkeit. Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze.

5) Gegen die Zunahme der Teuerung, Nichtzulassung von Preiserhöhungen und Rückgängigmachung der seit der Hitlerregierung vorgenommenen Erhöhung der Preise auf Brot, Speck, Fleisch, Eier, Käse, Milch und Margarine.

6) Befreiung der Klein-, Zwerg- und Mittelbauern von allen Steuern und Schulden. Aufhebung der Bodenpacht. Unentgeltliches Saatgutdarlehen sowie unentgeltliche Verteilung von Kunstdünger an die Klein- und Zwergbauern sowie an die Kleinpächter.

7) Annullierung aller mit dem Versailler Vertrag zusammenhängenden Steuern und Zahlungen.

8) Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen und gegen den Militarismus.

91 In einem Aufruf vom 30.3.1933 rief die KPD alle Gewerkschaften auf, sich gegen die Faschisten zu verteidigen. Dabei wurde jedoch nur der RGO zugesprochen, einen echten Widerstand gegen die NS-Gewerkschaften zu führen (*Rundschau* (1933), 13, 12.5.1933, S. 392–393).

Dok. 318

An „Michael“ [d.i. Osip Pjatnitzki]: Bericht aus Berlin für die Kominternführung über die Lage in Deutschland

Berlin, 2.4.1933

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/19/81, 7–12 (7–8 mit Rückseiten). Erstveröffentlichung.

aus Berlin
erhalten
dechiffr[iert]. 2.IV.33[92]

An Michael [d.i. Osip Pjatnitzki].

Nachstehend etwas ausführlicher über den Stand [hdschr. Anmerkung:] der Kampagne zur Ergänzung dessen, was wir bereits mündlich übermittelt haben.

Obwohl es vorher klar war, dass in erster Zeit in Deutschland am schwierigsten sein wird, die Kampagne zu organisieren und unsere ersten Bemühungen darauf gerichtet sein müssen, die anderen Länder in Bewegung zu bringen, halten wir es doch für politisch ausschlaggebend, dass Deutschland in Bewegung kommt, und wir versuchen, trotzdem die Freunde hier ungeheure Schwierigkeiten haben, unsere Sache mit den Abwehrkämpfen, die im (...) vorgehen zu verbinden. Hier einige Beispiele über den Widerstand und die Kämpfe der Massen in den letzten Tagen. Zwickau kam es zu Massenwiderstand bei Besetzung des Volkshauses durch S.A. und Polizei, der den tagüber gedauert hat. Den Massen gelang es, Hakenkreuzerfahne herunterzureisen. Als die umliegenden Strassen abgeriegelt wurden, haben die Massen die Ketten durchbrochen und ein zweites Mal die Fahne heruntergerissen. Dieselben Ereignisse in noch schärferer Form hatten wir im Arbeiterort Wurzen, wo die Massen die Fahne heruntergerissen haben und die S.A. Leute verjagten. Als S.A. und Polizeiverstärkungen ankamen, dauerten die Kämpfe noch fünf Stunden in den Strassen. 450 Arbeiter wurden verhaftet. Die Nachrichten über Massenstreiks in Dresden bestätigen sich vollständig. Aehnliche Ereignisse sind auch in Elbing zu verzeichnen. In Königsberg i. Pr. wurden einige unserer Betriebsräte in einem grossen Betrieb verhaftet aber auf Druck der Massen wieder freigelassen wurden. Sogar in Berlin wo die Aktivität viel schwächer ist als in der Provinz wurden die Nationalsozialisten von der Belegschaft des Schlachtviehhofs verprügelt und vom Hof getrieben. Im Eisenbahnreparaturwerke Schöneweide haben die Arbeiter die Direktion nach der Hissung der Fahne gezwungen, dieselbe wieder herunterzunehmen. Alle diese Aktionen kamen ohne Verbindung mit oben durch die Initiative der unteren Einheiten, die aber noch nicht überall entwickelt. Die unteren Einheiten leben zum grossen Teil noch von Gerüchten

92 Im Kopf handschriftliche Anmerkung russ.: „Ex. Geschickt an Lozovskij II.IV“.

und Märchen. Heute kam ein Mann aus Hamburg, der berichtete, dass man dort in unseren Einheiten bis heute noch nicht glaubt, dass Th[älmann] verhaftet ist.

Die ersten massenhaften Versuche der N.S. in die Betriebe einzudringen fangen in Kommunalbetrieben an, wo sie versuchen, die Belegschaften unter Druck und Terror zusetzen, um dort Fuss zu fassen und ganal [danach?] Abteilungen der Strassenbahner und Arbeiter in den Kommunalbetrieben in geschlossenen Zügen in ihre Aufmärsche hineinzubringen.

Erst in den letzten Tagen steigerte sich die Initiative von unten. Das Aktiv beginnt, aus seinen Verstecken herauszugehen. Es kommt dabei zu Kuriositäten. So wurde z.B. in Neuköl[l]n auf Initiative der Zellen drei Unterbezirkleitungen gebildet.

Unter den S. D. Arbeitern und unteren Funktionaeren steigert sich die Empoerung besonders ueber die Politik des ADGB. Einige unserer Freunde hatten Besprechungen mit einigen Gewerkschaftsfunktionaeren, die zum Ausdruck bringen, dass sie bei einem weiteren Anpassen der Gewerkschaften an das faschistische System nicht mitmachen wuerden, sondern versuchen werden, die Oppositionellen Verbaende, Zahlstellen und Ortsverwaltungen als besondere Organisationen zusammenzufassen. In den naechsten Tagen will der ADGB mit seinem ausgearbeiteten Programm zu den aktuellen Problemen herauszukommen. Es soll mit der Regierung vereinbart sein, die Tarifvertraege auf ein Jahr zu verlaengern und in versteckter Form Arbeitszeitverlaengerungen und Rationalisierungsmassnahmen durchzufuehren und dafuer soll eine Arbeit gemeinsam hergestellt werden. Diese Massnahme wuerde die Oppositionsstimmung noch mehr steigern. Deshalb kommen uns die Meinungen einiger Freunde zweifelhaft vor, dass auf groessere politische Aktionen jetzt nicht zu rechnen sei, und dass man sich darauf konzentrieren muss, an Ort und Stelle jede Versuche und versteckte Form von Rationalisierungsmassnahmen und Arbeitszeitverlaengerungen und dergl. in Betrieben durchzufuehren, abzuwehren, muss selbstverstaendlich gemacht werden, aber bei noch anhaltender Lage muss jede Gelegenheit ausgenutzt werden, um auf jedes politische Ereignis Massen in Bewegung zu bringen. Wir haben vorgeschlagen, am Tage der Eröffnung des Reichstages nicht nur in den anderen Laendern, sondern auch in Deutschland Kundgebungen, Demonstrationen, Streiks zur Unterstuetzung des Kampfes der deutschen Arbeiter gegen die faschistische Diktatur, gegen Brandstifter, die den Reichstag einberufen, ohne die Vertretung revol. Arbeiterschaft zuzulassen, fuer die Zuruckeroberung des von den Faschisten weggenommenen Arbeitereigentums, fuer die Freiheit [der] Arbeiterpresse, Befreiung politischer Gefangenen, Rettung Thaelmanns usw. durchzufuehren. Alle Kundgebungen sollen mit der Massenmobilisierung fuer Kongress verbunden werden.[93] – Auf der Welle dieser Bewegung soll sich unsere Taetigkeit entwickeln. Bis jetzt gelang es hier, den Aufruf abzudrucken, Deutsches Initiativkomitee zu schaffen, das mit einem besonderen Manifest herausgekommen ist. Unser Aufruf mit einem besonderen (...),

93 Gemeint war der „Europäische Kongress gegen Faschismus und Krieg" in Paris, der vom 4.–6.6.1933 stattfand (siehe Dok. 307).

d. h. wurde auch in letzter Nummer „R.F." gedruckt. Es wurden Freunde in 5 Bezirken (Ruhr, Oberschlesien, Mitteldeutschland, Ostpreussen, Thueringen) gesandt, um speziell unsere Arbeit zu machen und unsere ADGB-Kartelltraeger zu mobilisieren, damit sie mit Angeboten an alle Ortsverwaltungen, Zahlstellen desselben herantreten, an Bezirksorganisationen, Betriebsraete etc., um Antifa-Ausschuesse zu waehlen. Wir haben auch Kurt Rosenfeld, der sich an uns gewandt hat, mit uns die Sache mitzumachen, beauftragt, an sozialistische oppositionell gestimmte Organisationen heranzutreten, um die Leute aktiv fuer unsere Geschaefte heranzuziehen. -- -- Von den anderen Laendern haben zuerst die Polen Kampagne gemacht. Es wurde ein ausfuehrliches Rundschreiben und Anweisung an Landessekretaer. Polen ausgearbeitet. [...]

Für 25/III. haben wir erweiterte Sitzung Organisationsbureau einberufen. Alle angeschlossenen Organisationen sollen Vertreter senden. [Am] Gleichen Tag wird [in] Kopenhagen internationaler Meeting stattfinden. Vertreter verschiedener Länder werden sprechen. Dies soll ein Vorspiel zum Kongress sein und eine Probe, ob es gelingen wird, denselben breit und legal, wie beabsichtigt, in Kopenhagen durchzuführen. Die dänische S.P. als Regierungspartei hat in ihrer Presse bereits Kampagne gegen unseren Kongress als ein neues Manöver der Kommunisten begonnen. An dänischer Grenze wird bereits scharfe Passkontrolle durchgeführt. Wir nehmen Kurz [Kurs?], aus Deutschland ca. 100 Deputierte wählen zu lassen. Ob es gelungen wird, kann man nach nicht sagen. Erst nach Rückkehr der Instrukteure aus Bezirken kann man beurteilen. 50 von Tschechoslowakei, 10 Polen und Kleinere Delegationen aus Kleinen Staaten, 50 Engländer ebensowill [sic] Franzosen und grössere Sendungen aus Skandinavien (etwa 600). Dazu kommen spezielle Leute, Jugend u.s.w. Selbstverständlich verbinden wir Kampagne mit Aufruf K.I. obwohl unsere Einstellung nicht ganz zusammenfällt mit der Einstellung von K.I. K. erinnert daran, dass er eine Stunde vor seiner Abreise Michael [d.i. Osip Pjatnitzki] darauf aufmerksam gemacht habe. In einigen Ländern waren Einheitsfront und antifaschistische Kundgebungen, ohne dass diese mit der Mobilisation zum Kongress verbunden wurden. Wir haben mit äussersten Schwierigkeiten zu kämpfen. Weil die Geschäfte in den wichtigsten Gebieten noch nicht richtig ins Rollen gekommen sind, halten wir es unbedingt für notwendig, die Kampagne zu steigern und zu entwickeln. Man muss die äusserst schwierigen Verhältnisse unter denen wir zu arbeiten haben, in Betracht ziehen und den Umstand dass wir eigentlich erst etwas 2 Wochen richtig an der Arbeit sind. Deshalb muss Ihr Eingreifen bei Parteien verstärkt werden. Ausser unseren Leuten verwenden einen Teil der Mitarbeiter des Pechmannapparats.

Warum ist Per.[94] noch nicht gekommen.. Wir versuchen, die neuen Tatsachen über Enthüllungen betr. Brandstiftung zu entlarven durch einige abgesprungene Nazi, die man nach Ausland bringen soll, da der Widerhall in den Kreisen, an die wir nicht direkt herankommen können, viel stärker sein wird, als wenn wir es selbst

94 *Per.:* Möglicherweise K. Pervuchin.

durch unsere Presse machen würden (...) 25. März wird entgültig der Termin des Kongress festgestellt. Es wäre natürlich sehr gut für Kampagne, damit sie in Betrieben und Gewerkschaften verankert werden kann, wenn Kongress etwas später als 16/17 April stattfindet. Wir bitten um schnelle und dringende Mitteilung Ihrer Meinung.

2 ex.
b/G/NR

Dok. 319

Stenogramm eines Referats Osip Pjatnitzkis über die Situation und die Aufgaben der KPD

Moskau, 11.4.1933

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/19/216a, 1–62. Erstveröffentlichung (Auszüge). Das Referat wurde vor Schülern der Internationalen Leninschule gehalten. Ein umfangreich ergänztes Stenogramm erschien als Broschüre. Siehe: O. Pjatnizki: Die gegenwärtige Lage in Deutschand. Ergänztes Stenogramm eines Referats in der „Internationalen Leninschule" vom 11. April 1933, Moskau-Leningrad, Verlagsgenossenschaft Ausländischer Arbeiter in der UdSSR, 1933. 91 S.

Geheim
STENOGRAMM
DES BERICHTS DES GEN. PJATNITZKI VOM 11. APRIL 1933
ÜBER DIE GEGENWÄRTIGE LAGE IN DEUTSCHLAND[95]

[...] Genossen, ich will jetzt zu zwei Fragen übergehen, die Sie am meisten interessieren: Gab es in Deutschland im Januar 1933 eine revolutionäre Situation, und werden die Faschisten die Macht halten können?

1) Gab es im Januar 1933 eine revolutionäre Situation?

Gen. Lenin hat eine revolutionäre Situation folgendermaßen definiert: „Zur Revolution genügt es nicht, dass sich die ausgebeuteten und unterdrückten Massen *der Unmöglichkeit, in der alten Weise weiterzuleben, bewusst werden und eine Änderung fordern;* zur Revolution ist es notwendig, dass die Ausbeuter nicht mehr in der alten Weise leben und regieren können. Erst dann, wenn die 'Unterschichten' das Alte nicht mehr wollen und die ‚Oberschichten' in der alten Weise nicht mehr können, erst dann kann die Revolution siegen. Mit anderen Worten kann man diese Wahrheit so

95 Der Anlass der Rede geht weder aus dem Dokument noch aus den Findbüchern hervor. Der Vortrag wurde offenbar in der Internationalen Lenin-Schule gehalten (siehe den Publikationshinweis). Das Dokument trägt handschriftliche Korrekturen stilistischer wie inhaltlicher Art. Die Übersetzung folgt dem unkorrigierten Ursprungstext als unmittelbarem Ausdruck der mündlichen Rede Pjatnitzkis. Zentrale inhaltliche Ergänzungen und Korrekturen Pjatnitzkis werden in den Anmerkungen thematisiert.

ausdrücken: Die Revolution ist unmöglich ohne eine gesamtnationale (Ausgebeutete wie Ausbeuter erfassende) Krise. [...]“[96] Gab es diese Bedingungen in Deutschland? Ich denke, nein. [...] Das Proletariat war gespalten durch die Sozialdemokratische Partei, die immer noch eine Mehrheit des Proletariats hinter sich hatte. Das heißt, die Ausbeuter können noch leben und regieren, und immer noch die Arbeiterklasse ausbeuten, wenn auch mit neuen faschistischen Methoden.

1923 gab es in Deutschland eine revolutionäre Situation. [...] Alle Bedingungen für einen siegreichen Aufstand waren damals vorhanden, doch es gab keine revolutionäre, mutige Führung mit einer guten Verbindung in die Fabriken und Betriebe. Die revolutionäre Situation wurde verpasst.

Gab es jetzt[97] eine solche Situation? Es gab sie nicht. Diese Frage hat das Präsidium der KI in seinem letzten Dokument zur aktuellen Lage in Deutschland sehr detailliert behandelt.[98] [...] Warum sollte man bei dieser Frage verweilen? Weil irgendjemand Legenden verbreitet, nach denen es eine revolutionäre Situation gegeben, und die Kompartei sie verpasst habe. Wenn dieses unsinnige Gerede eine andere Kompartei beträfe, dann bräuchte man dem keine große Bedeutung beizumessen. Für die KP Deutschlands ist dies [jedoch] von besonderer Bedeutung, denn 1923 hat es tatsächlich eine revolutionäre Situation gegeben und sie ist verpasst worden. Die Führung des damaligen ZK wurde abgesetzt. Deswegen verbreiten die Feinde der KP Deutschlands auch solche unsinnigen Gerüchte [...]. Denn dies würde bedeuten, dass man daraus organisatorische Schlussfolgerungen bezüglich des aktuellen ZK ziehen müsste, wie bezüglich des Brandler-ZK im Jahre 1923. So wollen sie Misstrauen in die KPD schüren. Dabei wird im Augenblick die Autorität der KPD-Führung so notwendig gebraucht wie noch nie. Man kann den heutigen Terror nicht mit der Verfolgung der Partei 1923 vergleichen, auch wenn die Partei damals ebenso illegal gewesen ist. [...] Die Faschisten verhaften die Parteikader nicht nur, sie vernichten sie auch physisch. Die Autorität der Parteiführung spielt jetzt eine kolossale Rolle. Diese Führung jetzt nicht zu unterstützen, ist ein Verbrechen.

Ich muss Ihnen mitteilen, dass das Politsekretariat heute einen Beschluss der IKK bestätigt hat über den Ausschluss zweier alter KPD-Mitglieder, weil sie unsinnige Gerüchte über die Parteiführung verbreitet haben. Es handelt sich um Wollenberg und F[elix] Wolf [d.i. Werner Rakow].[99] Und [währenddessen] wird bei Ihnen diskutiert, ob eine revolutionäre Situation in Deutschland verpasst wurde oder nicht.[100] [...]

---

96 Pjatnitzki zitiert Lenins Schrift „Der ‚Linke Radikalismus', die Kinderkrankheit des Kommunismus", die hier in der deutschen Originalübersetzung herangezogen wird. Siehe: Lenin-Werke, Bd. 31, S. 71.

97 Handschriftlich ergänzt: „im Januar 1933".

98 Siehe Dok. 317.

99 *Ausschluss Wolf und Wollenberg:* Der Beschluss wurde veröffentlicht in: *Die Kommunistische Internationale* XIV (1933), H. 7, 15.5.1933.

100 Handschriftlicher Vermerk am Rande: „Braucht man diesen Absatz überhaupt?"

Die Lage in der Kompartei Deutschlands.

Von den Mitgliedern des Politbüros hat nur einer Schaden genommen – Genosse Thälmann. Zwei Kandidaten des PB sind verhaftet worden.[101] Drei Bezirkspolleiter[102] und 24 Sekretäre von Bezirkskomitees sind verhaftet worden.[103]

Wie Sie sehen, das ZK und die Leitung der Bezirkskomitees haben nicht sonderlich gelitten. Gelitten hat vor allem das Basisaktiv, das mit den Faschisten kämpfte, das mit den Faschisten diskutierte und das die Faschisten kannten. Teilweise hat auch das mittlere Aktiv Schaden genommen.

Die Verbindung des Zentrums mit den Bezirkskomitees, dieser ihrerseits mit den Unterbezirkskomitees, der Unterbezirkskomitees mit den Straßen- und Fabrikzellen ist wiederhergestellt. Die Parteiorganisationen, vor allem an der Basis, haben sehr aktiv damit begonnen, selbständig zu arbeiten, Flugblätter und Zeitungen herauszugeben. Noch nie hat es so viele Flugblätter von Parteiorganisationen an der Basis gegeben, wie in letzter Zeit. Sie sind zwar technisch nicht so gut, nicht aus der Typographie, aber man kann sie lesen. Die Aktivität der Parteimitglieder ist sehr hoch und breit. Ein Abrücken schwankender Mitglieder von der Partei ist wider Erwarten[104] nur ziemlich wenig verbreitet. Im Gegenteil, sie zieht alle revolutionären Elemente in der sozialdemokratischen Partei an sich. Das Zentralorgan der KP Deutschlands, *Die Rote Fahne*, erscheint wieder. Hier haben wir die erste Nummer, sie wird verbreitet in 300.000 Exemplaren. (Starker Applaus). Die legale *Rote Fahne* hatte eine Durchschnittsauflage von 36.000 Exemplaren. Die illegale *Rote Fahne* erscheint in 300.000 Ex.![105] [...]

Das deutsche Proletariat erholt sich[106] von den Schlägen der Faschisten. Es gibt eine große Anzahl Fakten, die darauf hindeuten, dass die deutschen Arbeiter den Faschisten Widerstand leisten. Ich werde nur einige dieser Fakten anführen. [...][107]

Über die Aufgaben der Kompartei Deutschlands.

Die Kompartei Deutschlands muss sich auf die Illegalität umstellen, das ist jedem klar. Sie hat dies bereits getan. [...]

---

101 *Zwei Kandidaten des PB verhaftet:* Von den 15 Mitgliedern und Kandidaten des Politbüros wurden zunächst nur Ernst Thälmann sowie Wilhelm Kasper (1892–1985) verhaftet (Herbst: Kommunistischer Widerstand).

102 Bezirkspolleiter: Urspr.: Gebietspolitsekretäre.

103 Der Absatz ist am Rand angestrichen. Hdschr. Vermerk: „Sehr delikates Material".

104 *wider Erwarten:* Handschriftlich korrigiert in „entgegen der Befürchtungen".

105 *Rote Fahne in 300.000 Ex.?:* Nach offiziellen Komintern-Angaben erschien *Die Rote Fahne* im April 1933 in einer Auflage von 300.000 Exemplaren (nach *Rundschau,* Basel, in Hempel-Küter: Die Tages- und Wochenpresse, S. 45). Ob diese Angaben der Realität entsprachen, ist ungewiss, jedoch nicht vollkommen unwahrscheinlich, da zum einen die illegalen KPD-Druckereien im Reich bis 1935 funktionierten, zum anderen Publikationen des ZK in Druckereien im angrenzenden Ausland hergestellt werden konnten (vgl. Dok. 378).

106 Hdschr. ergänzt: „nach und nach".

107 Im Dokument folgen Berichte über einzelne Aktivitäten des Widerstands in Deutschland, die vom Applaus des Publikums begleitet werden.

Unser Verhältnis zu den Gewerkschaften muss radikal verändert werden. Nun wird jedes KPD-Mitglied erkennen, welchen Schaden es der Arbeiterklasse gebracht hat, dass die reformistischen Gewerkschaften in den Händen der Bürokraten gelassen wurden. Die KP Deutschlands muss revolutionäre Arbeiter dorthin schicken.[108] Die Kommunisten müssen dort hineingehen und in den Basisorganisationen der Gewerkschaften gegen die Faschisierung kämpfen. Das heißt jedoch nicht, dass die Kommunisten nun ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften auf sehr lange Zeit festlegen können. Die Ereignisse in Deutschland passieren so schnell, dass die Kommunisten eine flexible Taktik haben müssen, um sie entsprechend der Bedingungen anzuwenden. Die Verstärkung der Arbeit in den Betrieben darf nun auch nicht nur auf dem Papier erfolgen. Leider erfolgte die Arbeit in den Betrieben bisher vor allem auf dem Papier. Nun werden die Kommunisten gezwungen sein, den Schwerpunkt ihrer Arbeit in die Betriebe zu verlagern.[109] Leider ist es bereits sehr spät, denn die Faschisten schicken ihre besten Agitatoren und Organisatoren dorthin, sie bilden Betriebsorganisationen.[110] [...]

Wenn die Kommunisten jetzt nicht in den Betrieben arbeiten werden, wenn sie nicht mit den Faschisten konkurrieren werden, wenn die Kommunisten den Arbeitern nicht ordentlich, überzeugend und in einfacher Weise darlegen werden, warum sie nicht in die nat[ional]-sozialistischen Betriebsorganisationen eintreten sollen, dann werden die Faschisten sich zeitweise – solange sie den Arbeitern nicht ihr wahres Gesicht zeigen – durch ihre Organisationen in den Fabriken halten können. Die bewährtesten Kommunisten, die in den Betrieben nicht als Kommunisten bekannt sind, müssen in die nat[ional]-sozialistischen Organisationen in den Betrieben hineingehen, um sie von innen zu zersetzen, um die Nationalsozialisten in ihren eigenen Betriebsorganisationen bloßzustellen. [...]

Eine wichtige Aufgabe besteht jetzt darin, dass die Kommunisten eine energische Entlarvung der Faschisten in mündlicher und schriftlicher Form betreiben. Die Faschisten greifen zu unerhörten Methoden. Um Zersetzung und Verwirrung in die Reihen der Kompartei zu tragen, kolportieren sie, die Komintern habe Thälmann abgesetzt, und da es in der KP Deutschlands einen Fraktionskampf gegeben hat, infolge dessen Gen. Neumann von der deutschen Arbeit entfernt wurde, kolportieren die Faschisten, Gen. Thälmann sei abgesetzt und an seine Stelle sei Gen. Neumann berufen worden.[111] Damit wollen sie einen Fraktionskampf innerhalb der KP Deutschlands auslösen.

---

108 Dieser Satz ist handschriftlich durchgestrichen.

109 Hdschr. korrigiert in: „Nun können die Kommunisten die Verbindung mit den breiten Massen überhaupt nicht aufrechterhalten, ohne den Schwerpunkt der Arbeit in die Betriebe zu verlagern."

110 *NS-Betriebsorganisation:* Zur Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) sowie der Hinein-in-die-Betriebe-Kampagne der Nationalsozialisten siehe Dok. 261.

111 Zur Verdrängung Neumanns aus der KPD-Führung siehe Dok. 312 u.a.

Die Kompartei muss alle Kräfte sammeln und dadurch alle Schichten der Werktätigen durchdringen, wie auch das Milieu der Kleinbourgeoisie, und der Bauernschaft. Die Kompartei muss überall und an jedem Ort präsent sein. Sie muss Stützpunkte schaffen – Bauernkomitees in den Dörfern, illegale Gewerkschaften. Wenn die gewerkschaftlichen Basisorganisationen faschisiert werden sollten, dann müssen die Kommunisten möglicherweise die Losung zum Austritt aus den faschistischen Gewerkschaften aufstellen und die revolutionären Elemente[112] zum Eintritt in die illegalen Gewerkschaften auffordern. Das ist nicht ausgeschlossen. [...]

Die Kommunisten müssen die Arbeit in der Reichswehr verstärken. [Auch] unter den SA-Leuten gibt es sehr viele ehrliche Arbeiterelemente, einige von ihnen glauben, dass sie einer großen Sache dienen.[113] Die Nationalsozialisten haben es geschafft, sie aufzuhetzen – nicht gegen das Kapital an sich, [auch] nicht gegen das jüdische Kapital, sondern gegen die jüdischen Kleinbürger – Angestellte, Ärzte, Anwälte, Techniker usw., und damit wollen sie beweisen, dass sie eine wirklich soziale, sozialistische Partei sind.[114] Zweifellos müssen viele Arbeiterelemente durch die Kommunisten den Faschisten wieder weggenommen werden. Dafür müssen die Kommunisten auch unter den SA-Leuten arbeiten.

Die Bedingungen in Deutschland verbessern sich rasch.[115] [...] Die proletarische Revolution in Deutschland ist unumgänglich. Die KP Deutschlands muss alles Mögliche tun, um sie zu organisieren, das Proletariat anzuführen und es zum Sieg zu führen. (Anhaltender Applaus.)

Gen. NACOV verliest die Resolution.[116] Er schlägt vor, die Resolution als Grundlage heranzuziehen, in den Sektoren das Referat des Gen. Pjatnitzki und die Resolution durchzuarbeiten, und erst dann die Resolution endgültig zu verabschieden. (Vorschlag wird angenommen).

BEANTWORTUNG DER SCHRIFTLICHEN FRAGEN

PJATNITZKI – Ich habe hier einige Notizen. Ich hatte vergessen, auf einen Aspekt des Dokuments des EKKI-Präsidiums über die gegenwärtige Lage in Deutschland einzugehen. Dort heißt es, dass die sozialdemokratischen Arbeiter in ihrer Masse den Vorschlag der Kommunisten über die Einheitsfront nicht angenommen hätten. Dies

112 „Revolutionäre Elemente“ handschriftlich ersetzt durch „Arbeiter“.
113 Dieser Satz ist handschriftliche durchgestrichen und durch den folgenden Satz ersetzt: „Es ist ebenfalls notwendig, unter den SA-Leuten zu arbeiten, bei denen es eine, wenn auch geringe, Anzahl ehrlicher, betrogener Arbeiter gibt.“
114 Der letzte Halbsatz ist durchgestrichen und ersetzt durch: „sie stellen die Pogrom-Hetze gegen die jüdischen Kleinbürger als Kampf gegen die Bourgeoisie dar.“
115 Handschriftlich korrigiert in „...verbessern sich schon, und in Zukunft werden sie sich noch schneller [zum Besseren] verändern.“
116 Höchstwahrscheinlich handelt es sich um den burjato-mongolischen KI-Funktionär Siren Šojželov (1898–1943), Ps.: San Nacov. Zu diesem Zeitpunkt war Nacov Lehrer an der Internationalen Lenin-Schule.

verwirrt einige Genossen sehr. Dies hat auch im Präsidium, bei der Beratung über die Resolution, einigen Widerspruch hervorgerufen. Es ist durchaus verständlich, dass diese Stelle auch bei Ihnen Verwunderung auslöst.

Die Sache ist die, dass die Kommunisten immer den Kampf geführt haben gegen Linke, Linke in Anführungszeichen, Phrasendrescher, die die s[ozial]-d[emokratischen] Führer mit der Masse der Mitglieder gleichgesetzt haben. Da dieser Kampf geführt wurde, ist es für die Genossen, die diese Wahrheit, dass man s.-d. Führer nicht mit den Mitgliedern der s.-d. Partei gleichsetzen darf, verinnerlicht haben, schwer zu verstehen, warum das Dokument des Präsidiums eine so schwere Anschuldigung gegen die s.-d. Arbeiter aufstellt. Nicht alle Genossen sind flexibel genug, um zu verstehen, dass unterschiedliche Situationen eine unterschiedliche Taktik verlangen: was Kommunisten in einer Situation gepredigt haben, passt nicht immer in einer anderen Situation. [...] Das Dokument des Präsidiums erklärt, warum die sozialdemokratischen Arbeiter in ihrer Masse dem Aufruf der Kommunisten zur Herstellung einer Einheitsfront zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus und die Offensive des Kapitals nicht gefolgt sind. Sie waren gefesselt von ihren Führern, sie haben diesen Führern blind geglaubt. [...]

Die nächste Notiz: „Was ist das für ein Interview, das Thälmann dem Korrespondenten des Berliner Tageblatts gegeben hat?“

Ich weiß nichts von einem solchen Interview. Ich denke, dass dies eine Unwahrheit ist. Es ist genau so ein falsches Gerücht, wie dass die Komintern Gen. Thälmann abgesetzt hätte, ihn vor Gericht gestellt hätte usf. Solche Sachen darf man nicht glauben.

„Kann die Partei die Losung des bewaffneten Aufstandes aufstellen, wenn sie noch nicht die Mehrheit des Proletariats hinter sich hat, und unter welchen Bedingungen kann eine solche Losung aufgestellt werden? Einige Gen. sind der Meinung, dass die KP in einer revolutionären Situation sich auch ohne eine Mehrheit im Proletariat auf einen bewaffneten Aufstand einlassen könne, indem sie darauf zähle, dass die Mehrheit im Verlauf des Aufstandes erobert werde.“

Ich denke, das ist Kasuistik. Ich habe nicht gesagt, dass die Losung des bewaffneten Aufstandes jetzt aufgestellt werden muss. Der *Kurs* auf den bewaffneten Aufstand muss aufgenommen werden. Das sind zwei ganz unterschiedliche Dinge. [...] Wenn die revolutionäre Situation herangereift sein wird, dann werden die breitesten Massen zur KP Deutschlands übertreten. Überhaupt ist es sehr schwer festzustellen, ob die Kommunisten irgendwo bereits die Mehrheit der Arbeiterklasse hinter sich haben oder nicht. Das lässt sich nur während des Kampfes feststellen. [...] Das Dokument des EKKI-Präsidiums stellt fest, dass es im Januar 1933 keine revolutionäre Situation in Deutschland gegeben hat, und die KP Deutschlands den Machtantritt der Faschisten nicht hat verhindern können, weil die Mehrheit des Proletariats noch der Sozialdemokratie gefolgt ist. Mit der KP Deutschlands ging nur die Avantgarde des Proletariats. [...]

Der Genosse sagt, man könne die Mehrheit der Arbeiterklasse schon im Kampf erobern. Die Frage besteht nicht hierin, sondern darin, ob eine passende Situation gegeben ist, um in den Kampf zu ziehen. Es gibt die Erfahrung dreier Aufstände. Der bulgarische im Jahre 1923,[117] der estnische[118] und der Hamburger.[119] [...] Ist das etwa nicht genug? Ich denke, es reicht völlig aus, um [diese Erfahrung] nicht ein drittes Mal zu machen.

„Wie muss man den Austritt aus den Gewerkschaften verstehen, wenn sie sich faschisieren? Werden die Kommunisten nicht in den faschistischen Gewerkschaften arbeiten?"

Genossen, das ist einfach Wortklauberei. Ich sagte, dass die Situation sich schnell ändert, und die Taktik ebenfalls abhängig vom Gang der Dinge geändert werden muss. [...] Unter diesen Bedingungen muss man bedenken, dass die KP Deutschlands in der Lage sein wird, illegale Gewerkschaftsorganisationen zu schaffen, die diesen Kampf gegen die reformistischen oder die faschistischen Gewerkschaften führen werden, wie auch immer sie heißen mögen, Gewerkschaften, die nicht für die Interessen der Arbeiter kämpfen werden. Eine solche Perspektive ist nicht ausgeschlossen. Doch ich habe nie gesagt und ich sage nicht, dass wir sofort zur Schaffung illegaler Gewerkschaften übergehen oder die Losung „Hinaus aus den reformistischen Gewerkschaften" aufstellen müssen. Wir müssen all diese Möglichkeiten abwägen und ergründen, und unsere Taktik abhängig von den Ereignissen bestimmen. Diese Notiz zeigt, dass hier einfach meine Worte verdreht werden, während ich in meinem Vortrag davor gewarnt habe, dass die Ereignisse in Deutschland mit schwindelerregender Geschwindigkeit vonstatten gehen und dass die Frage der Gewerkschaften seitens der Faschisten noch nicht geklärt ist.

DIE SITZUNG WIRD GESCHLOSSEN.

117 Zum bulgarischen Aufstand und seiner Niederlage 1923 siehe Dok. 125.
118 Der „Estnische Aufstand" im Dezember 1924 war ein gescheiterter Putschversuch, der von der KP Estlands unter Anleitung der Komintern ausgeführt wurde und zu zahlreichen Todesopfern unter estnischen Kommunisten und durch umfangreichen Repression gegen die KP führte. Siehe auch Dok. 125.
119 Zum Hamburger Aufstand, der eigenmächtig von Thälmann angezettelt wurde, gleichwohl und trotz der Niederlage als einziger bewaffneter Aufstandsversuch von links in der Weimarer Republik in die historische Erinnerung einging, siehe Dok. 96a.

Dok. 320

Brief des sowjetischen Botschafters in Berlin Lev Chinčuk an Krestinskij über Hitlers außenpolitisches Programm und sein Verhältnis zur Sowjetunion

[Berlin, 12.4.1933][120]

Typoskript in russischer Sprache, AVP RF, Moskau, 05/13/28/91, 187–188. Erstveröffentlichung (Auszug).

[…] Ich wäre also geneigt zu behaupten, dass Hitler noch kein ausgeprägtes außenpolitisches Programm hat, und dass er tatsächlich mit allen Kräften die übergroßen innenpolitischen Aufgaben fokussiert, die noch lange nicht gelöst sind und selbst die Formen ihrer Lösung noch nicht klar herausgearbeitet sind.

Wie soll man jedoch das antisowjetische Verhalten der gegenwärtigen deutschen Regierung und ihrer Organe erklären? Zunächst einmal ist es absolut klar, dass der Kampf gegen den Kommunismus in Deutschland nicht zu trennen ist von Anfeindungen und Angriffen gegen die UdSSR mit rein innenpolitischen Zielsetzungen. Hitler ist nicht derart unabhängig von seinen Massen, die jahrelang mit dem Hass auf den Kommunismus und seinen Hauptträger, die UdSSR, aufgezogen wurden, als dass er sofort eine klare Trennlinie ziehen könnte zwischen seinem Kampf gegen den Kommunismus und der Position der UdSSR als Staat in den außenpolitischen Leitlinien Deutschlands als Staat. Ich denke, dass die Erklärung Hitlers im Reichstag und das Interview Görings im *Telegraph* hoch bewertet werden müssen, angesichts ihrer ganzen Vergangenheit und des ganzen Verlaufs der sogenannten „nationalen Revolution".[121]

Angesichts der innenpolitischen Aufgaben ist Hitler nicht in der Lage, entschiedenere Schritte in unsere Richtung zu tätigen – selbst dann nicht, wenn er eine klare außenpolitische Konzeption im Sinne einer „Ostorientierung" hätte, wie sie etwa die D[eutsch]-N[ationalen] oder etwa der Stahlhelm und die Reichswehr haben. Noch weniger ist er in der Lage, die Aktivitäten seiner Massen zu steuern, die aus ihrem Kampf gegen den Kommunismus unter der Führung Hitlers in primitiver Weise antisowjetische Schlussfolgerungen ziehen.

Doch darin erschöpft sich diese Frage freilich nicht. In der heutigen antisowjetischen Hetze spielt die allgemeine außenpolitische Konzeption der Nat[ional]-Sozialisten, die auf die Annäherung an England und Italien, die Neutralisierung Frankreichs und eine aktive „Raum-Politik"[122] im Osten Europas zielt, eine bestimmte, wenn auch

120 Vom Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes der Russischen Föderation war nur ein Auszug des Briefes zu erhalten.

121 Zur Einschätzung des Dokuments siehe: Slutsch: Deutschland und die UdSSR, S. 65f.

122 „Raum-Politik" in deutscher Sprache in kyrillischen Buchstaben.

nicht allumfassende Rolle. Eine solche Konzeption kann natürlich nicht anders als vollkommen antisowjetisch sein, doch sie ist irreal und in absehbarer Zukunft nicht umsetzbar, und sie bringt lediglich als Tendenz ohne genügend reale Grundlage eine gewisse Schärfe in die laufende antisowjetische Hetze. Für das große antisowjetische Spiel hat Hitler noch keine Partner gefunden, und er wird sie zumindest in naher Zukunft kaum finden können. [...] Die politische Realität wird Hitler lehren – oder vielleicht hat sie ihn in gewisser Hinsicht schon gelehrt –, dass er ohne die sowjetische Karte nicht auskommen wird. Doch damit das antisowjetische Wüten ein Ende findet, muss diese Einsicht von den nat[ional]-soz[ialistischen] Führungsspitzen tief in die [Partei-]Basis durchdringen. Ein solcher Prozess ist zwangsläufig von langer Dauer.[123] [...]

123 In gewisser Weise gab der Abschluss des deutsch-sowjetischen Vertrags nur einen Monat später dem sowjetischen Bevollmächtigten recht. Hitler hatte bereits ein Zeichen des guten Willens in seiner Rede vom 23.3.1933 gegeben und die Ratifizierung der Fortführung des Berliner Vertrags zwischen Deutschland und der Sowjetunion angekündigt. Die Ratifizierung, die 1931 nicht erfolgte, wurde nun am 5.5.1933 ausgeführt. Vierzehn Tage nach seinem Schreiben, am 28.4.1933 hatte Chinčuk ein Gespräch mit Hitler, der in der folgenden Weise zitiert wird: „Unsere beiden Staaten müssen sozusagen die Unverrückbarkeit des Faktums der gegenseitigen Existenz für lange Zeit anerkennen und in ihren Handlungen davon ausgehen (...) Unabhängig von der unterschiedlichen Weltanschauung beider Staaten verbinden sie gemeinsame Interessen, und diese Verbindung trägt einen dauerhaften Charakter." (Dokumenty vnešnej politiki, XVI, S. 271, vgl. dazu: Vadim Rogovin: Mirovaja revoljucija i mirovaja vojna, Moskva, 1998, S. 126). Wie weit das sowjetische *appeasement* ging, zeigte ein Brief Litvinovs an Stalin vom April 1933, in dem die Bedeutung der „rassischen Zusammensetzung" des leitenden Botschaftspersonals in Berlin hervorgehoben wurde. Siehe (auch zum Gesamtkomplex der Beziehungen): Sergej Slutsch: Deutschland und die UdSSR 1918–1939: Motive und Folgen außenpolitischer Entscheidungen. Eine neue russische Perspektive. In: Deutsch-russische Zeitenwende: Krieg und Frieden 1941–1945. Hrsg. v. Hans-Adolf Jacobsen. Baden-Baden, 1995. S. 28–90, bes. S. 62ff.; Ders.: Stalin und Hitler 1933–1941. Kalküle und Fehlkalkulationen des Kreml. In: Stalin und die Deutschen: Neue Beiträge der Forschung. Hrsg. v. Jürgen Zarusky. München, Oldenbourg, 2006. S. 59–88, bes. S. 59ff.; Besymenski: Stalin und Hitler, S. 74ff.

Dok. 321

Brandbrief von Hermann Remmele (Ps. Herzen) an die KPD-Führung, die er für die katastrophale Niederlage verantwortlich macht

[Berlin], 12.4.1933

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/293/129, 27–52. Erstveröffentlichung.

12.4.33

Abschrift
An alle Mitglieder des P.B.[124]
W[erte] G[enossen]. Das Sekr[etariat] verschickte in den letzten Wochen eine Reihe von Dokumenten im Auftrage des Z.K., von denen nicht alle Mitglieder des P.B. (z.B. ich) vor der Herausgabe informiert waren und um ihre Zustimmung befragt wurden.[125]
[…]

Zur Lage.
1.) *Zur Resolution.* Ich stimme der von Euch, nach der PB Sitzung vom 20.3.33. verschickten Resolution nicht zu.[126] Sie erfüllt in keiner Weise die Aufgabe Klarheit über die politische Lage zu bringen. Die Lage wird so analysiert, als ob die Ereignisse der letzten Wochen überhaupt keine wesentlichen Veränderungen auf verschiedenen Gebieten der politischen Struktur in Deutschland und damit auch in der internationalen Lage gebracht hätten. Eine so ungeheuerliche Unterschätzung des Ernstes der Lage für das deutsche und internationale Proletariat, der mit dem Sieg des Faschismus in Deutschland entstanden ist, hätte ich nicht für möglich gehalten. […]

4.) *Ist die faschistische Diktatur eine Stärkung oder Schwächung der kapitalistischen Herrschaft?* Diese Frage ist eine der Kernfragen, die es zu beantworten gilt. Die Resolution des ZK. ignoriert fast vollkommen diese Frage und soweit sie andeutungs-

124 Der 25seitige, eng beschriebene Brief wird hier gekürzt wiedergegeben.

125 Dabei handelt es sich in erster Linie um die Rundschreiben im Namen des ZK bzw. des Sekretariats der KPD. Ihr allgemeiner Tenor war, dass auf den verstärkten NS-Terror verstärkt reagiert werden müsse; die Cäsur und der tiefe Einschnitt des NS-Machtantritts und die damit verbundene historische Katastrophe wurde jedoch kaum wahrgenommen. Als Aktionslosungen forderte die KPD dagegen „kühne Aktivität" und „Massenaktionen" bzw. den „revolutionären" oder „antifaschistischen Massenkampf", der zum Sieg führe – ohne ein klares Bekenntnis zu einem uneingeschränkten gemeinsamen Vorgehen der gesamten Linken. Appelle zum Generalstreik an die Vorstände von SPD und ADGB vom 30.1. und 1.3.1933 wurden abgelehnt (siehe Rundschreiben vom 2., 23., 27.2., 13.3., 14., 25.3.1933 in: Weber/Wachtler: Die Generallinie, S. 662–682; zur Haltung der SPD nach dem 30. Januar: Erich Matthias: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. In: Das Ende der Parteien 1933, S. 101ff.).

126 *Resolution des Sekretariats (nach Sitzung PB 20.3.1933), Remmele stimmt nicht zu:* Remmele versuchte mit seinem mutigen Brief tatsächlich, die Rolle Liebknechts und nicht die des zentristischen Politikers Hugo Haase zu spielen, wozu ihn Neumann aufgefordert hatte (siehe Dok. 312).

weise diese unumgängliche Frage berührt, beantwortet sie dieselbe in einer vollkommen falschen Weise. Eine der Resolutionen der B.L. Berlin soll diese Frage dahingehend beantworten (ich habe sie noch nicht zu Gesicht bekommen und konnte sie daher noch nicht lesen), dass der Faschismus „einige Teilerfolge" erzielen konnte. Diese Resolutionen stellen sich nicht die Aufgabe, den Ernst der Lage so zu analysieren, wie er ist, sondern Trost zuzusprechen. Es ist nicht Resolution, sondern Spekulation, was hier geschieht. Das steht im schärfsten Widerspruch mit den Aufgaben und Pflichten einer revolutionären Partei. [...]

Einer der markantesten Züge des Hitlerismus ist die nahezu lückenlose Konzentration aller bürgerlichen Kräfte und Strömungen in raschem Tempo, wie das selbst nicht in Italien und nicht so vollkommen in den anderen Terrorländern, wie in Polen, Rumänien, Jugoslavien und Bulgarien erreicht wurde. Das zeigt die Grösse der Gefahr, in der sich die deutsche Bourgeoisie vor der drohenden proletarischen Revolution befand. Die rasche und nahezu widerstandslose Eingliederung aller bürgerlichen Kräfte bis zur SPD und den ADGB in die Hitlerische Diktatur, die widerstandslose Liquidierung der Weimarer Republik, der Wettlauf aller Parteien, Wirtschaftsorganisationen und bürgerlicher, kultureller und sozialer Bewegungen um die Gunst Hitlers, beweist wie faul und inhaltslos alle diese bürgerlichen Institutionen bereits waren und wie weit sie bereits historisch keine Existenzberechtigung mehr hatten. Das rasche Tempo, mit dem der Faschismus in Deutschland die alten traditionellen bürgerlichen Institutionen überrannte und sich einverleibte, zeigte, wie überreif die Frucht der Fäulnis in der alten bürgerlichen Welt in Deutschland geworden war. Der Faschismus übernahm die Konkursmasse der bürgerlichen Demokratie als ein Vermächtnis der bankrotten, untergehenden Gesellschaftsordnung. [...]

Die Resolution des Sekr[etariats] ignoriert diesen Konzentrationsprozess vollkommen, ja, sie leugnet ihn sogar oder verdunkelt ihn zum mindesten, indem sie nur von den Gegenseiten im Lager des Faschismus spricht und die Haupttendenz, die heute gerade die wichtigste ist festzustellen, nämlich die der Konzentration, vollkommen übergeht. Natürlich werden die dem kapitalistischen System innewohnenden inneren Schwierigkeiten und Widersprüche durch den sieg des Hitlerismus nicht schwächer, sondern sie vergrössern sich sogar rascher unter dem faschistischen Herrschaftssystem, aber durch die fast kompakte Konzentration aller politischen Kräfte der bürgerlichen Gesellschaft können diese inneren Schwierigkeiten und Widersprüche zeitweise und vorübergehend vertuscht und in die zweite Rangordnung gedrängt werden. Und das ist dem Hitlerismus zweifellos in hoher Weise zunächst gelungen. Diese Konzentration der Kräfte der bürgerlichen Gesellschaft im Faschismus und durch die faschistische Diktatur nicht zu sehen, sie zu ignorieren oder gar zu leugnen, wäre der verhängnisvollste Fehler, der uns nicht ermöglichte, die politischen Kraft- und Machtverhältnisse richtig einzuschätzen und damit unsere Taktik dem Gegner gegenüber zu finden.

Warum geht die Resolution des Sek. der Feststellung der markantesten politischen Erscheinung der faschistischen Diktatur in Deutschland aus dem Wege? Etwa

deshalb, weil bei dieser Feststellung einige falsche Thesen des Parteiführers und der Parteiführung durch die Geschichte als unrichtig und falsch erwiesen wurden? Die Parteiführung hat kein Recht, falsches aus der Vergangenheit aufrecht zu erhalten oder heute als falsch erkanntes unausgesprochen zu lassen. [...]

[...] Wenn der Sieg des Faschismus in Italien, in Finnland, in Polen, in Rumänien, in Jugoslavien, in Bulgarien eine Niederlage für das Proletariat bedeutet, so ebenso oder noch vielmehr in Deutschland, eben gerade darum, weil Deutschland das stärkste und kampferprobteste Proletariat hat. Die Niederlage einer Armee ist nicht abhängig von der Frage, ob sie im letzten Stadium des Kampfes gekämpft hat, sondern ob sie bereits eroberte Positionen preisgeben und zurückweichen musste, Und von diesem Gesichtspunkt aus ist es die grösste Niederlage des deutschen Proletariats seit 1914. [...]

Aber schliesslich sind ja nicht diese Stimmenzahlen das ausschlaggebende, denn sie sind ja nur ein Zeichen der – besonders in revolutionären Zeiten – sich rasch verändernder Massenstimmungen. Das gilt für das auf und das ab. Viel wichtiger als das ist die widerstandslose Hinnahme des scheusslichen Massenterrors, der ausschliesslich nur gegen Arbeiter angewendet wird, der offen und unverhüllt den Klassencharakter des Bürgerkrieges gegen das Proletariat trägt. Ohne wesentliche Gegenwehr werden Gewerkschaftshäuser besetzt oder verwüstet, die Kassen der Gewerkschaften geraubt, Betriebsräte mitten aus den Belegschaften heraus verhaftet und verprügelt, Fabrikeingänge und Werkstätten von S.A. besetzt und überwacht, die Wohnviertel der Arbeiter bürgerkriegsmässig überfallen, Wohnungen gewaltsam erbrochen, die Wohnungen durchwühlt und zertrümmert, den Arbeiterfrauen der letzte Pfennig geraubt, die Arbeiter zu Tausenden in die SA.-Lager verschleppt, zu Krüppeln geschlagen oder gar ermordet, zu Zehntausenden in die Konzentrationslager verschleppt, wo sie wie Sklaven Frondienste leisten müssen, ohne jede Bezahlung und einer ständigen Tortur von körperlichen Misshandlungen und Quälereien. Dann noch obendrein der Hohn und Spott der Vandalen, an dem die ganze „zivilisierte" Bande teilnimmt. „Den Gefangenen geht es gut", sie sehen „glänzend" aus. Es wird ihnen „kein Haar gekrümmt", sie sind „mit ihrem Schicksal vollkommen zufrieden", sie bestätigen, dass sie „keine Ursache zu Klagen haben", als ob nicht schon die Tatsache der Beraubung ihrer Freiheit, nur deswegen, weil sie Proletarier sind, eine physische Misshandlung der Zehntausenden wäre. Aber auf all das schweigt das Proletariat, es leistet keinen Widerstand. An der Front ihrer Freiheiten und Rechte, die sich das Proletariat schon vor Jahrhunderten erkämpft hatte, ist es bis auf die Stufe des Anfangsstadiums zurückgeworfen. Die Versammlungsfreiheit vernichtet, das Vereinigungsrecht der Willkür der S.A. unterworfen, die Pressefreiheit geraubt, die Kampffonds der Arbeiterorganisationen geplündert, die Demonstrationsfreiheit begegnet den Feuergarben der Maschinengewehre, die „freie" Arbeit wird für Hunderttausende, bald für Millionen zur unverhüllten Sklavenarbeit in Zwangsdienstlagern, die Wiedererstehung der unverhüllten Leibeigenschaft auf den Gütern der frechsten Ausbeuterkaste, usf.

Und das Proletariat bleibt ruhig, dasselbe Proletariat, das hervorragende Beispiele seiner Kraft und seines leidenschaftlichen revolutionären Freiheitsdranges in der Vergangenheit aufzuweisen hat! [...] Täglich bringt die gesamte Presse triumphierende Siegesberichte über die in allen Städten und Industriezentren durchgeführten Feldzüge im Kriege gegen das Proletariat. Und all das soll keine Niederlage der deutschen Arbeiterklasse sein? Kann man die Lage in Deutschland wirklich analysieren, ohne diesen Zustand zu sehen, oder sehen zu wollen, wie das die Resolution tut?[127] [...]

Die Opfer in einem entschlossenen Abwehrkampf, selbst wenn dieser mit der Niederlage geendet hätte, wären um nichts grösser, vielleicht sogar geringer geworden. Nicht etwa, dass der Terror geringer wäre, dieser wäre nach einer Niederlage mit Kampf wahrscheinlich grösser gewesen. Aber diese Opfer wären nicht vergebens gebracht worden, Opfer im Kampfe sind der Same für kommende Revolutionen, Opfer als Resultat des Meuchelmordes gehören ruhmlos der Geschichte an. Eine Niederlage nach einem Kampfe ist Ansporn für grössere Kräftesammlung, eine Niederlage ohne Kampf ist Quelle von Hoffnungslosigkeit und Resignation (man kann nichts machen). Wer das bei Beurteilung der Lage nicht in Einsatz zu bringen vermag, wie das die Resolution tut, kann dem Proletariat nicht den Weg zeigen, wie aus der Lage herauszukommen ist. [...]

Stellen wir nochmals fest: Seit Jahren trommeln wir Gewerkschaftsarbeit! Betriebsarbeit! Die Mitglieder hören das, die Mitglieder beschliessen in Dutzenden Versammlungen immer und immer wieder, und das Resultat ist, es wurde nicht besser, sondern eher schlechter. Woran lag das? Dafür gibt es keine andere Erklärung: die Mitglieder waren nicht überzeugt von dem, was man ihnen sagte. Man bedenke 6 Millionen Anhänger, 300 oder gar 400 tausend Mitglieder, eine Armee, die die ganzen Gewerkschaften und die wichtigsten Grossbetriebe hätte mitreissen müssen, wenn sie nur entsprechende Positionen an den entscheidendsten Stellen in der Armee der organisierten Arbeiterschaft gehabt hätten. Erst an der Grösse der gegenwärtigen geschichtlichen Ereignisse wird die ganze Grösse unserer Versäumnisse klar. Das Proletariat hat eine Schlacht verloren, wir sind nicht ganz frei von Schuld zu sprechen. Wir haben nicht verstanden im Voraus den Mitgliedern klarzumachen, wohin diese Versäumnisse führen müssen. Wir verstanden nicht den Genossen unten den ganzen Ernst der Dinge vor Augen zu führen, ihnen zu zeigen warum und weshalb die Besetzung einer entscheidenden Position mehr wert ist als eine ganze Armee, die zu

127 Noch am 25.3.1933 hieß es in einem Rundschreiben des ZK der KPD: “Mehr denn je gilt die Erkenntnis, daß die Aufrechterhaltung und die Verschärfung des faschistischen Terrors seine Grenze an dem entfalteten Massenwiderstand der Arbeiterklasse finden wird. Diese Erkenntnis gilt es, zum Allgemeingut aller Arbeiter zu machen. Und ausgehend von der Siegesgewißheit des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse wieder neuen Kampfesmut und neue Kampfesbegeisterung zu geben. So werden wir rasch die Voraussetzungen für die Vernichtung des faschistischen Diktaturregiments der *Hitler-Papen-Hugenberg* schaffen.“ (Illegales Rundschreiben des ZK, 25.3.1933. Publ. in: Weber/Wachtler: Die Generallinie, S. 676–682, hier S. 680).

Kämpfen nicht gerüstet ist. Wir verstanden nicht den gesamten Feldzug der gesamten Mitgliedschaft anzuzeigen, sie mit den strategischen Stützpunkten vertraut zu machen, ihnen die revolutionäre Taktik zu erklären.

Ja wir taten noch mehr: sagte wir nicht in Hunderten und Tausenden von Versammlungen an: Deutschland ist nicht Italien! In einem Agrarland konnte der Faschismus siegen, in Deutschland kann er es nicht! Das sagte nicht dieser oder jener, das sagten wir alle. Wie konnte man dem einfachen Arbeiter klar machen, wie ernst die Lage ist, und wie man der Gefahr begegnen muss? Das sind Sünden, die man heute aussprechen muss, wenn man zu einer anderen Methode der Arbeit kommen will. Nicht die Mitglieder sind schuld, die unsere Ratschläge nicht befolgten, sondern vor allem sind wir selber schuld in der Führung, und das ohne Ausnahme, weil wir uns zu leichtfertigen Kraftmeiereien verleiten liessen, ohne jedoch eine schlagkräftige Armee geschaffen zu haben, indem wir die entscheidenden Positionen sicherten, von denen aus wir hätten zuschlagen können, und beweisen konnten, dass Deutschland nicht Italien ist. [...]

c.) 22. und 30. Januar. Die Machtübernahme Hitlers geschah nicht erst am 30. Januar, sondern am 22. Januar. Mit dem Aufmarsch der SA. auf dem Bülow-Platz war die Machtfrage entschieden.[128] Die ganze Presse des In- und Auslandes schrieb in den Tagen des SA.-Aufmarsches, dass es sich dabei um eine Kraftprobe des Faschismus in Deutschland handele. Von allen Gegnern des Faschismus, wurde dieser Aufmarsch als eine Provokation des einzigen ernsthaften Gegners des Faschismus in Deutschland angesehen, und wenn diese Provokation gelang, auch der offiziellen Machtübernahme Hitlers nichts mehr im Wege stehe. Heute ist ganz klar, dass dieser 22. Januar der entscheidendste Tag war, an dem alles gewagt werden musste, oder alles verloren war. Die Kabinettsverhandlungen des 30. waren nur noch untergeordnetes Beiwerk. Hier ging es genau wie mit dem 1. Juni und dem 20. Juli.[129] Wer den 1. Juni nicht begriff, musste vom 20. Juli überrascht werden und wer den 22. Januar als harmlose Demonstration auffasste, durfte nicht überrascht sein, wenn Hitler am 30. Januar an der Macht war.

Die Partei hat es am 22. Januar nicht zu einer entscheidenden Kraftprobe kommen lassen, trotzdem es der entscheidende Tag war. Daran sind wir in der P[artei]L[eitung]. alle schuld. Unsere Anweisungen gingen dahin, es nur zu friedlichen Demonstrationen kommen zu lassen, und keinen ernsthaften Widerstand dem SA.-Aufmarsch entgegenzustellen. Wir haben gemeinsam diese Taktik beschlossen, eine Taktik, die wie

---

128 *Aufmarsch der SA am Bülowplatz:* Was die Bedeutung des SA-Aufmarsches vor der KPD-Zentrale für die Entscheidung über die Machtfrage im Reich angeht, argumentierten die „Versöhnler“ in der KPD ähnlich. Siehe Dok. 303.

129 Gemeint ist der 20.7.1932, der „Papenschlag“ als Absetzung der geschäftsführenden preußischen Regierung (Dok. 293 u.a.). Am 1.1.1932 hatte Reichspräsident Hindenburg als Nachfolger Brünings den autoritär-klerikalen Franz von Papen als Reichskanzler eingesetzt, der den Nationalsozialisten den Weg zur Macht öffnete.

es sich jetzt zeigt, nicht der Situation entsprach. Auch das muss offen ausgesprochen werden, wenn man über die Richtigkeit oder die Fehler der Partei spricht.

d.) Das erwartete und nicht eingetroffene Parteiverbot. Ein anderer Fehler, der ein nicht unerheblicher war, war der, dass die Führung der Partei die ganze Partei lediglich auf das Verbot der Partei einstellte, für das angeblich schon die Verordnung fix und fertig noch vor der Reichstagswahl vorbereitet gewesen sei. Die ganze Partei wurde genauestens instruiert, was in diesem Falle zu tun sei. Es waren Millionen von Flugblättern gedruckt, es waren Anweisungen für die Betriebe, für die Stempelstellen etc. erteilt usf. Alles starrte auf das Papierchen, auf das Gesetz, auf das Verbot, und niemand sah wie der Faschismus auf ganz anderem Wege die Partei unterdrückte. Ihr erinnert euch als in der Sitzung des PB. vor dem 10.2. die Meldung von dem angeblichen Verbot, das bereits im Innenministerium vorbereitet sei, kam, habe ich sofort vor dieser Nachricht gewarnt, dass sie richtig sein könne, da das ganz im Widerspruch mit den Piratenmethoden des Faschismus steht. Ich sagte damals ich glaube nicht daran, dass die Partei verboten wird, sondern ich glaube an eine grosse Provokation zum Zwecke der gewaltsamen terroristischen Unterdrückung der Partei.[130] Trotz meiner Warnung wurde die Partei nur auf die einzige Eventualität des Verbotes eingestellt. Und das war der Fehler. Hätte man die Partei auch auf die andere Eventualität eingestellt, die ich vermutete, dann hätte sie von den Ereignissen nicht so überrascht sein können. So aber wartete die Partei auf den entscheidenden Tag, der der Tag des Verbots sein sollte. Da aber dieser Tag nicht kam, die Partei nicht verboten wurde, und auch nicht verboten werden wird, konnte man eben nichts machen. Man wartete auf das Signal, das Hitler geben würde und Hitler hat das Signal nicht gegeben, was war da zu machen. So war es doch wohl?

Was zeigte dieser Vorgang? Erstens, dass man das faschistische System vollkommen verkannte. Das was eben den Faschismus von der bürgerlichen Demokratie unterscheidet ist nicht etwa einzig und allein die Frage des Parlaments, sondern das Hauptwesen des Systems besteht darin, dass er die Methoden des Lumpenproletariats zur Staatsräson erhebt. Welches sind die Methoden des Lumpenproletariats? Nun die Methoden der kriminellen Verbrecherwelt im allgemeinen, und ihre Spezialitäten im besonderen. Die Methode der Landsknechte, bei denen der Krieg den Krieg ernähren musste, die Methoden der Zuhälter, denn auf eine Art muss doch der Mensch leben, die Methoden der Falschspieler, denn als Sprössling der honetten Gesellschaft lebt es sich im Salon am standesgemässesten, die Methode der Gentlemeneinbrecher, man bleibt dabei immer in anständiger Gesellschaft, die Methoden der Brandstiftung, war die doch ein einträgliches Gewerbe im Feindesland. Dass sich die Führung nicht auf diese Eventualität einstellte und nur an den gesetzlichen Weg glaubte, bewies, dass sie sich nie mit dem Wesen des Faschismus beschäftigte, und den klassenmäßigen Inhalt des Faschismus als das organisierte Lumpenproletariat begriff. Das was eben

130 *Grosse Provokation zum Zwecke des Verbots:* Angesprochen ist hier der Reichstagsbrand. Auch in diesem Punkt sollte Remmele Recht behalten.

den Faschismus von der Demokratie unterscheidet ist, dass diese für das Geschäft des Bürgers erst den Segen des Pfaffen und die Autorität des Staatsanwalts haben muss, d.h. das Gesetz, dass das Parlament zu beschliessen hatte. Der Faschismus frägt einen Dreck nach diesem Gesetz, er hat seine eigenen Gesetze, die ungeschriebenen und unschreibbaren Gesetze der kriminellen Verbrecherwelt.

Diese Versäumnis der Führung, dass sie sich nicht auf diese Eventualität einstellte, bewies wie sehr sie von legalistischem Kretinismus befangen war. Ihr wisst, dass dieser Vorwurf der Führung beim Verbot des proletarischen Freidenker-Verbandes öffentlich in der „K[ommunistischen] I[nternationale]" gemacht worden ist, und damals in diesem Artikel der Komintern, vor den Gefahren, die daraus für die Partei entstehen würden, gewarnt wurde.[131] [...] In der Führung dachte man nur an den gesetzmässigen Weg, man dachte garnicht daran, dass es anders kommen konnte, man hatte entweder den Faschismus nicht begriffen, oder aber man dachte, wie das ja auch oft ausgesprochen wurde, wenn Hitler ran kommt, kann er auch nur mit Wasser kochen.

Gleichzeitig war neben diesem legalistischen Kretinismus ein anderes Uebel zu verzeichnen, nämlich das des kampflosen Zurückweichens und das Nichtausnutzen der legalen Möglichkeiten gegenüber dem illegalen Vorgehen des Faschismus. Ich habe bereits schon in einem Falle mein Nichteinverständnis mit diesem Vorgehen, nämlich in der Diäten-Frage zu Eurer Kenntnis gebracht. Beide Erscheinungen, das Rechnen nur mit der Gesetzlichkeit des Staates und der Regierung, und das Unverständnis dafür, dass auch die Regierung illegale Methoden anwenden kann, und auf der anderen Seite der Verzicht auf die Ausnutzung aller legalen Mittel auch der Regierung gegenüber, stammen aus der gleichen Quelle: legalistischer Kretinismus. [...]

Diesselben Fehler treten aber jetzt auch wieder in der Resolution auf. Zu den brennendsten Problemen, auf die heute die Parteimitglieder eine Antwort haben wollen, wird keine Stellung genommen. Allen entscheidenden Fragen, die mit der Machtergreifung des Faschismus auf die Tagesordnung gestellt werden, wird geflissentlich aus dem Wege gegangen. Das ist keine revolutionäre Politik mehr! Das ist der reinste Opportunismus, wenn man glaubt brenzliche Fragen damit aus der Welt zu schaffen, indem man sie verschweigt. Ebenso ist es Opportunismus schlimmster Sorte, wenn man glaubt damit die Autorität der Parteiführung zu erhalten und zu vermehren,

---

131 Nach der Spaltung der Freidenker-Internationale im Jahre 1930 (siehe Dok. 215) wurde qua Verordnung des Reichspräsidenten „zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen" ihr Spielraum weiter eingeschänkt. Qua Verordnung vom 3. Mai 1932 wurden dann die kommunistischen Freidenkerverbände am 3.5.1932 als Träger der „Gottlosenpropaganda" verboten. Offensichtlich hatte die Parteiführung diese Maßnahme angesichts von über 100000 Mitgliedern nicht ernst genug genommen (siehe Jochen-Christoph Kaiser: Arbeiterbewegung und organisierte Religionskritik: Proletarische Freidenkerverbände in Kaiserreich und Weimarer Republik, Stuttgart, Klett-Cotta, 1981; Horst Groschopp: Dissidenten. Freidenkerei und Kultur in Deutschland, Berlin, Dietz, 1997, 2. verbesserte Auflage, Marburg, Tectum, 2011).

wenn man den Mitgliedern verbietet, über die Politik der Führung zu sprechen, oder sie deswegen aus der Partei auszuschliessen.

Damit stärkt man und vermehrt man nicht das Vertrauen zur Parteiführung, sondern man untergräbt es.

9.) Ich beantrage a.) diesen Brief zu vervielfältigen und *allen Mitgliedern des PB. zuzustellen.* b.) *ihn sofort dem P[olit]S[ekretariat]. des EKKI zu übermitteln* und c.) sofern eine Parteidiskussion stattfindet und Resolutionen von der Parteiführung der Mitgliedschaft unterbreitet werden, *diesen Brief als Material zur Diskussion der Parteimitgliedschaft zuzuführen.* In diesem Falle wäre der Punkt 8, Fehler und Mängel der Parteipolitik, nochmals einer Revision zu unterziehen, worüber man eine Aussprache herbeiführen kann. Ebenso kann man in diesem Falle die zwei einleitenden Absätze, die den Protest gegen das Verfahren im PB. enthalten, in Wegfall bringen lassen, da das ja eine innere Angelegenheit ist, mit der man eine Parteidiskussion nicht zu belasten braucht.

Ich protestiere nochmals gegen das Verfahren, wie ich es am Anfang des Briefes kritisierte und besonders gegen die Methode der gewaltsamen Unterdrückung der Kritik an der Politik der Partei.[132]

besten Gruss
Herzen [d.i. Heinrich Remmele].

132 *Gewaltsame Unterdrückung der Kritik:* Die Komintern machte sich trotz der von Remmele gelieferten Belege die Argumentation der (Rest-)Führung der KPD zueigen. Trotz des entstandenen Vakuums in der Führung wurde Remmele aufgrund seiner Kritik und des Scheiterns der KPD mit scharfen Partei- und Kominternstrafen überzogen. Nachdem das EKKI eine Untersuchung eingeleitet und der Bericht der Untersuchungskommission über Remmele und Neumann vorgelegt wurde, erfolgte am 27.10.1933 der Beschluss, nach dem Remmele sein Mandat als Mitglied des EKKI-Präsidiums niederlegen und durch das ZK aus der Leitung der KPD entfernt werden sollte. Für die Arbeit in der Komintern sollte er ebenfalls nicht mehr verwendet werden, fortan sollte er in die VKP(b) übergehen und in der Sowjetunion arbeiten.

Dok. 322

Alfred Kurella über die Einladung der Komintern zu gemeinsamen antifaschistischen Aktionen mit der Sozialdemokratie

[Moskau], 28.2.1935

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/205/6339, 373–376, hier: 375. Erstveröffentlichung.

Jahr	Parteiarbeit in Moskau befindliche Zeugen

[...] 1933 April mündliche Rüge im Pol.Sekretariat, weil ich zugelassen hatte (ohne beim EKKI vorher anzufragen), dass Barbusse sich mit Briefen an Adler, Bauer und Vandervelde wandte, in denen er seine Vermittlung für eine ev[entuelle] Fühlungnahme mit der Leitung der Komintern anbot und mit anderen Briefen an „linke" Sozialdemokraten zu einer int[ernationalen] Konferenz zur Beratung gemeinsamer Aktionen mit den KP [Kommunistischen Parteien] zur Hilfe für das deutsche Proletariat nach Hitlers Sieg einlud (diese Konferenz wurde im Mai in Paris mit Billigung der KI durchgeführt).[133]

Im April-Mai 33 hatte ich Schwankungen in der Frage der Resolution des Präsidiums über die deutsche Frage. [...]

Im Sommer 1933 hatte ich verschiedene Meinungsverschiedenheiten mit dem spez[iellen] Vertreter der KI für den Antifa-Kongress,[134] Gen. Karolski über die Heranziehung der Mittelschichten und Intelligenz, Verbindung des Kampfes gegen den Krieg mit dem Kampf geg[en] Faschismus); Im Juli vertrat ich mit der Fraktion des Antikriegskom[itees] und dem Pol-Büro der KPF den Standpunkt der Verschmelzung der Antikriegs- und Antifabewegung, was im damaligen Moment den letzten Direktiven des EKKI widersprach.[135] Im August wurde der Standpunkt der KPF und unserer Fraktion nach Prüfung unserer Argumente für richtig befunden und die Verschmelzung vollzogen. Ich wurde aber von der Arbeit abberufen. (Mit Aufschub der Abreise aus Paris bis zur Reorganisierung und Ueberleitung der Zeitschrift MONDE).[136]

---

133 Dass Kurella in dieser Sache eine Rüge erhielt, belegt, dass es der Komintern mit ihrem Einheitsfrontangebot an die Sozialdemokratie zu diesem Zeitpunkt nicht ernst war.

134 *Antifa-Kongress:* Gemeint ist der „Europäische Kongress gegen Faschismus und Krieg" im Pariser Pleyel-Saal vom 4.–6.6.1933 (siehe Dok. 307, 321).

135 Trotz der katastrophalen Entwicklung in Deutschland wurde auf dem Kongress „gegen Faschismus und Krieg" – auch im Vergleich zum Amsterdamer Friedenskongress vom August 1932 – die antifaschistische Komponente weniger betont und entsprechend der offiziellen Kominternlinie stärker dem als prioritär proklamierten Antikriegskampf nachgeordnet.

136 Die Zeitschrift *Monde* erschien von 1928 bis 1935 in Paris. Ihr Gründer und Direktor war Henri Barbusse, Alfred Kurella war im Herbst 1933 Chefredakteur. Er sorgte mit dafür, dass die als „salonsozialistisch" kritisierte, anfänglich literarisch und journalistisch hochwertige, von einer Phalanx in-

Im November 1934 beging ich dann den Fehler, an der Organisation und Durchführung des Abends der ehem[aligen] KIM-Leute aktiv teilzunehmen,[137] ohne den objektiven politischen und parteischädlichen Charakter dieser Zusammenkunft zu erkennen. Dafür erhielt ich von der Politkommission des EKKI einen strengen Verweis und wurde von meiner Stelle im Sekretariat Dimitroffs entfernt.[138]

Diesen Abweichungen, Schwankungen und Fehlern steht in der ganzen Zeit ein aktiver polit. Kampf gegen alle parteifeindlichen Fraktionen, Gruppierungen und Strömungen und eine umfangreiche Propagandaarbeit für den Leninismus auf den verschiedensten Gebiten gegenüber.

28.II.35 [sign.:] Alfred Kurella
(Alfred Kurella)



Am 15.4.1933 traf das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion eine Entscheidung in Sachen der Deutschen Vertriebsgesellschaft für Russische Öl-Produkte AG (Derop). Die Derop war wiederholtes Ziel von Angriffen, Durchsuchungen etc. des NS-Regimes, die damit motiviert waren, dass die Firma eine Zuflucht für deutsche Kommunisten biete. Der Vorschlag der Deutschen, Derop zu verkaufen, sollte abgelehnt werden, stattdessen sollte die Firma aufrechterhalten werden, indem ihre regionalen Apparate an Konzessionäre abgegeben sowie „zwei einflussreiche Deutsche, möglichst aus Reichswehrkreisen oder Großindustrielle“, in den Aufsichtsrat aufgenommen werden sollten.[139]

---

ternational bekannter Künstler, Literaten und Wissenschaftler unterstützte Zeitschrift ungefähr ab Herbst 1932 stalinisiert, bzw. auf die Linie der Komintern und des sowjetischen Schriftstellerverbands gebracht wurde. Diesem Prozess fielen auch die libertären und antistalinistischen Mitarbeiter und Autoren zum Opfer (siehe: Thomas Flierl, Wolfgang Klein, Angelika Weißbach: Die Pariser Wochenzeitung Monde. 1928–1935, Bielefeld, Aisthesis Verlag, 2012).

137 *Abend der ehemaligen KIM-Leute in Moskau:* Ende November 1934 nahm Kurella an einer „parteischädlichen Zusammenkunft“ ehemaliger als „trotzkistisch“ deklarierter Mitglieder des Exekutivkomitees der Kommunistischen Jugend-Internationale (mit Lazar’ Šackin, Voja Vujović, Friedrich Heilmann u.a.) in der Moskauer Wohnung des ehemaligen sozialistischen und kommunistischen Jugendfunktionärs Fritz Globig (1892–1970) teil. Er erhielt daraufhin eine strenge Rüge und wurde abgeschoben.

138 *Sekretariat Dimitroff:* Kurella (siehe Dok. 16) arbeitete nach kurzer Tätigkeit im Redisdat, ab April 1934 für Georgi Dimitrov. Von August bis Oktober übernahm er die politische Leitung des Kominternverlags und betrieb seine Reorganisierung in Paris. Ab Oktober fungierte er offiziell als Sekretär Dimitrovs. Später arbeitete er in der Rundschau Nachrichtenagentur (RUNA) in Zürich. 1937/1938 war er einer der Urheber des „Expressionismus-Streits“. Im Zweiten Weltkrieg war er als Redakteur bei der Roten Armee und im Nationakomitee Freies Deutschland (NKFD) und führte als Politbüro-Mitglied in der DDR einen stetigen „Kampf ‚gegen Dekadenz und Modernismus’“ (Weber/Herbst: Biographisches Handbuch, S. 517f.).

139 APRF, Moskau, 3/64/672, 29. Publ. in: Sevost’janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 6.

Dok. 324

Resolution des Politsekretariats der Komintern zur Wiederherstellung von Klassengewerkschaften in Deutschland

Moskau, 5.5.1933

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/3/379. Erstveröffentlichung.

Resolution des Politsekretariats des EKKI
Zur Arbeit der RGO in den Gewerkschaften auf Grund der letzten Ereignisse[140]
Vertraulich
Dokument Nr. 4

Moskau, 5. [3.?] Mai 1933

Angesichts der Lage, die durch die Gleichschaltung der Gewerkschaften (die Besetzung der Gewerkschaftshäuser und Beschlagnahme der Gewerkschaftsgelder, die Einsetzung von Kommissaren und die Verhaftung der Gewerkschaftsbürokratie) geschaffen wurde, halten wir für notwendig folgende Linie:

1) Die neugeschaffene Lage, durch die der ADGB als selbständige Organisation aufgehört hat zu existieren, erfordert mit aller Dringlichkeit die Notwendigkeit der raschesten und tatsächlichen Durchführung unserer letzten Beschlüsse; über den Eintritt aller Kommunisten und revolutionären Arbeiter in die Gewerkschaften.[141] Die RGO hat heute die Möglichkeit der Eroberung des grössten Einflusses unter den

140 Der ADGB unter Theodor Leipart hatte sich Ende März demonstrativ von der SPD distanziert und Bereitschaft gezeigt, sich dem neuen Regime anzupassen. Trotz der Hoffnung der Gewerkschaftsführer, dadurch ihre Strukturen erhalten zu können, holte das NS-Regime am 2.5.1933 zum vernichtenden Schlag gegen die Freien Gewerkschaften aus. Während der ADGB sogar zur Teilnahme an den vom NS-Regime organisierten Erste-Mai-Feierlichkeiten aufgerufen hatte, besetzten am Vormittag des Folgetags SS- und SA-Trupps im ganzen Reichsgebiet die Gewerkschaftshäuser, die Zahlstellen und die Redaktionen der Gewerkschaftspresse. Die ADGB-Führung sowie leitende Gewerkschaftsfunktionäre wurden in „Schutzhaft" genommen und misshandelt, das Vermögen der Gewerkschaften wurde beschlagnahmt. Die Strukturen und Vermögenswerte wurden vom Regime zum Aufbau der DAF genutzt (siehe Schumann: Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, S. 69–75; Peter Jahn (Hrsg.): Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930–1933, Köln, Bund-Verlag, 1988, S. 48–55).

141 *Eintritt in die Gewerkschaften:* Die ohnehin nicht lange andauernde Hinwendung der KPD zu den Gewerkschaften erfolgte praktisch, als es zu spät war. Am 27.2.1933 hatte das ZK in einem Rundschreiben die Mitglieder aufgefordert, die „innergewerkschaftliche Arbeit in den ADGB- und in den christlichen Gewerkschaften" zu verstärken, jedoch mit dem Schwerpunkt, darin „Oppositionsgruppen" zu bilden (Weber: Die Generallinie, S. 669). Teilweise schien die Absicht durch, die Gewerkschaften, nachdem die größtenteils sozialdemokratischen Führer verhaftet wurden, übernehmen zu wollen. In einem über Kopenhagen gesendeten Chiffretelegramm forderten die Komintern und das Exekutivkomitee der Roten Gewerkschaftsinternationale am 16.6.1933 bereits wieder die verstärkte Propaganda zum Wiederaufbau des ADGB (siehe: RGASPI, Moskau, 495/184/13, 206. Ausg. 1933. Zit. in: Širinja: Komintern v 1933 godu, S. 237).

gewerkschaftlich organisierten Arbeitern indem sie den Mitgliedern der Gewerkschaften zeigt, dass die Gewerkschaftsführer die Gewerkschaften durch ihre Politik an den Faschismus ausgeliefert und zerstört haben und das, was die RGO vorausgesagt und wofür tausende revolutionärer Arbeiter aus den Gewerkschaften ausgeschlossen wurden, eingetreten ist und dass die RGO die einzige Kraft in den Gewerkschaften ist, welche die geschichtlichen Traditionen der Klassengewerkschaften verteidigt und für die Wiederherstellung der Klassengewerkschaften kämpft.

2) Unter diesem Gesichtspunkt müssen wir eine breite Massenkampagne entfalten und unter der Parole der Verteidigung des aus Arbeitergroschen zusammengetragenen Eigentums der Gewerkschaften gegen den Raub durch die Faschisten die Rückgabe der Gewerkschaftsgelder, der Gewerkschaftshäuser, Druckereien, Zeitungen, Erholungsheime, Schulen usw. an die Mitglieder und Neuwahl der Leitungen und Funktionäre aus nur antifaschistischen Arbeitern fordern. Es ist auch notwendig ernste Aufmerksamkeit darauf zu lenken, dass diejenigen örtlichen Gewerkschaften, die oppositionell gegen den Faschismus auftreten, in dieser Bewegung von uns mit allen Kräften unterstützt werden.

3) Was die Mitgliederbeiträge anbelangt, so soll unsere Hauptlosung sein: „Keinen Pfennig an die Kommissare!", keine Beiträge der Organisationen an die kommissarischen Vorstände der Verbände und den kommissarischen ADGB.[142]

In allen örtlichen Organisationen müssen die antifaschistischen Leitungen leitende Körperschaften für die einzelnen Betriebe, Stadtteile, Branchen und Sektionen gewählt werden, die für die Fortführung der Organisationen als Klassengewerkschaften trotz und gegen die Kommissare und diejenigen Leitungen und Funktionäre, die ihre Politik durchführen, garantieren, auch wenn sie ihre Funktionen illegal oder halblegal ausüben müssen. Dort, wo wir durch unsere Arbeit antifaschistische Leitungen gebildet haben, müssen die Organisationen einen energischen Kampf um die offene Existenz dieser Organisationen führen.

In allen Betriebs-, Branchen- und Stadtteilorganisationen, in den Zahlstellen und Ortsgruppen der Verbände und Ortskartelle müssen Beschlüsse gefasst werden, in denen die Kommissare und diejenigen Leitungen und Funktionäre, die ihre faschistische Politik durchführen, nicht anerkannt werden und das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder bei der Zusammensetzung der Leitungen und Funktionäre und in der Verwaltung des Verbandseigentums gefordert wird. Ebenso müssen Beschlüsse gefasst werden, dass die Mitgliederbeiträge, deren Kassierung von den antifaschistischen Leitungen organisiert werden muss, sichergestellt werden und vorerst nur für örtliche Gewerkschaftszwecke verwendet werden dürfen.

142 *Kommissarischer ADGB:* Die mit der Aktion vom 2.5.1933 enthaupteten ADGB-Verbände wurden NSDAP- und NSBO-Kommissaren unterstellt, „denen lediglich Überwachungsfunktionen, nicht aber Eingriffsrechte in den einzelnen Geschäftsgang übertragen worden waren" (Schumann: Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, S. 71). Sie sollten die reibungslose Überführung der Gewerkschaftsstrukturen in die gleich darauf gegründete DAF sicherstellen.

4) Die Leitungen der legalen, halblegalen und illegalen Gewerkschaften müssen einen planmässigen Kampf gegen die faschistische Betriebs- und Gewerkschaftspolitik führen und in den Betrieben ein Netz von Vertrauensleuten und Bevollmächtigten wählen lassen. Dabei muss das Hauptgewicht auf die Organisierung der illegalen Arbeit (d.h. an erster Stelle Schaffung von festen Parteifraktionen und antifaschistischen Gewerkschaftsgruppen, Verbreitung der antifaschistischen Literatur, Verwahrung der Gewerkschaftsgelder müssen die antifaschistischen Betriebsräte hierfür auf das stärkste ausgenutzt und ihnen in der Schaffung von antifaschistischen Gewerkschaftsgruppen konkrete Aufgaben gestellt werden.

5) Die Partei und die RGO haben einen entschiedenen Kampf in den Massen zu führen gegen den Eintritt in die NSBO,[143] sowie gegen die Zwangsmitgliedschaft in den faschistischen Gewerkschaften und gegen die zwangsmässige Einziehung der Gewerkschaftsbeiträge durch die Unternehmer. Die Tatsache jedoch, dass gewisse Teile ehrlicher, aber noch nicht genügend klassenbewusster Arbeiter und Erwerbsloser unter dem Druck der Faschisten aus Angst vor der Entlassung oder in der Hoffnung, bei Neueinstellungen bevorzugt zu werden und der Arbeitslosigkeit zu entrinnen, der NSBO beitreten, verpflichtet uns, nicht nur die Arbeiterschaft von dem Beitritt der NSBO abzuhalten und die Arbeitermassen aufzuklären, dass die NSBO den Arbeitern in der Tat weder Arbeit noch Brot geben will, sondern faschistische Unternehmerorgane zur Niederhaltung der Arbeiterschaft sind. Partei und RGO müssen auch alles daran setzen, um bei vorheriger sorgfältiger Prüfung in jedem einzelnen Falle durch zuverlässige und nicht als Kommunisten und Revolutionäre bekannte Arbeiter in diese Organisationen einzudringen und alles versuchen, durch eine planmässige Aufklärungsarbeit eine Oppositionsströmung und Bewegung gegen die faschistische Betriebspolitik auszulösen und die Gruppen der NSBO in die von uns organisierten Bewegungen (gegen Lohnraub, Tarif- und Arbeitsverschlechterungen, Unternehmerterror usw.) hineinzuführen.

In den Betrieben, wo keine andere Möglichkeit für unsere Mitglieder besteht, die Arbeit zu behalten, als durch den formellen Eintritt in die NSBO (wie z.B. bei manchen Kommunalbetrieben), wo die Mitgliedschaft zur NSBO die Voraussetzung ist, um weiter beschäftigt zu werden, kann nach genauer Prüfung die zuständige Parteiorganisation, um unseren revolutionären Einfluss und unsere Positionen nicht zu verlieren, nach Durchführung energischer Protestmassnahmen und wenn es nicht gelingt, den Zwangseintritt zu umgehen, wenn die Belegschaft den Eintritt in die NSBO beschliesst, erlauben, dass auch unsere Anhänger in die NSBO eintreten, um unsere revolutionäre Arbeit in dieser zu organisieren.

6) Die Betriebsorganisationen, Stadtteile und Sektionen der einzelnen Verbände, die antifaschistische Leitungen haben, oder wo die Mehrheit der Mitglieder Antifaschisten sind, müssen in den einzelnen Orten zusammengefasst werden und antifaschisti-

---

143 *Eintritt in die NSBO:* Zur Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) siehe Dok. 261.

sche Komitees in diesen Organisationen zur Verteidigung und Wiederherstellung der Klassengewerkschaften bilden. Mit der Ausbreitung dieser Bewegung sind bezirkliche, -industriegruppenweise und zentrale Konferenzen für die einzelnen Verbände und Ortskartelle einzuberufen und in Perspektive zu nehmen, zentrale antifaschistische Verbandsleitungen und eine Leitung eines antifaschistischen ADGB zu schaffen.

7) Im Zusammenhang mit dem unerhörten politischen und organisatorischen Bankrott der Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie und der Enttäuschung nicht nur breiter Mitgliedermassen, sondern auch bedeutender Schichten von Funktionären über die Politik und Taktik der Sozialdemokratie und des ADGB besteht die Möglichkeit, parteilose und reformistische Gewerkschaftsfunktionäre zur aktiven illegalen Gewerkschaftsarbeit heranzuziehen. Deshalb muss die RGO dieser Seite besondere Aufmerksamkeit zuwenden, indem sie ein umfassendes Gewerkschaftsaktiv aus parteilosen, sozialdemokratischen, antifaschistischen Gewerkschaftlern schafft.[144]



Am 10.5.1933 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, im Namen des Volkskommissariats für das Post- und Fernmeldewesen einen Protest an den deutschen Postminister zu richten. Grund war die Behinderung von Transit-Telegrammen der TASS durch die Deutschen, sowie „der Vorschlag des deutschen Postministers über die Einstellung der Versuche unsererseits mit der 500-Kilowatt-Funkstation".[145]

Dok. 324a

Brief Karl Radeks an den sowjetischen Botschaftssekretär in Berlin, Vinogradov, über die Schuldigen am Reichstagsbrand und dem bevorstehenden Reichstagsbrandprozess

[Moskau], 10.5.1933

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/60/244a, 3. Erstveröffentlichung.

Berlin.

An Gen. VINOGRADOV.

Lieber Genosse.
Wir sind hier der Meinung, dass das Leben von Gen. Dimitrov und anderen bulgarischen Genossen sich in unmittelbarer Gefahr befindet. In der Angelegenheit der Orga-

144 Die Gewerkschaftsarbeit der KPD besonders im angezeigten Sinne kam nicht voran. Die hier aufgestellten Forderungen blieben auf dem Papier. Außerdem erfolgte der Verzicht auf den Aufbau unabhängiger Gewerkschaften, teilweise wurde das Weiterbestehen der RGO propagiert.
145 RGASPI, Moskau, 17/162/14, 137. Laut der zugänglichen Sondermappen-Dokumente im Moskauer ZK-Archiv handelte es sich um den ersten Protest überhaupt seit dem Machtantritt Hitlers.

nisierung einer Verteidigungskampagne haben ihre Freunde mich um Rat gebeten.[146] Ich denke, dass man diese Frage zweiteilen muss. Da die Verhafteten in keinerlei Verhältnis zum Reichstagsbrand stehen, kann man natürlich nicht ihre Unschuld beweisen. Die Verteidigung muss die sein, zu klären, wer konkret schuld ist. Die Mitteilung des *Populaire* darüber, dass Bell[147] die Sache organisiert habe, ist meiner Überzeugung nach eine Desinformation. Bell hatte schon damals mit Röhm gebrochen,[148] und er wurde anscheinend deswegen getötet, weil er von weiteren, älteren „Kunststücken" wusste. Zweifellos hat Daluege die Sache organisiert.[149] Wer die Sache außer van der Lubbe ausgeführt hat, wie die Organisatoren van der Lubbe für sich gewinnen konnten – das ist es, was herausgefunden werden muss.[150]

146 Im vorliegenden Dokument setzte sich Radek, der als Leiter des gesonderten Informbüros für internationale Fragen beim ZK der VKP(b) (BMI) direkt Stalin zuarbeitete, für die Organisierung einer internationalen Verteidigungskampagne für Dimitrov ein, möglicherweise auf Druck von Willi Münzenberg. Während die sowjetische Außenpolitik gegenüber NS-Deutschland weitgehend kritiklos blieb, wurde die in der öffentlichen Meinung breit rezipierte internationale Kampagne gegen den Reichstagsbrandprozess, die den Reichstagsbrand zur Legende machte, von den relativ autonomen, besonders engagierten Kräften um Münzenberg konzipiert und realisiert, in dessen Pariser Verlag das „Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror" erschien. Hier besonders aktiv war neben Otto Katz auch Romain Rolland, auf dessen Initiative die *Amsterdam-Pleyel-Bewegung* geschaffen wurde.
147 In einer Meldung des *Populaire*, der Tageszeitung der französischen Sektion der sozialistischen Arbeiter-Internationale (SFIO) vom 28.4.1933 wird der Artikel des *Manchester Guardian* aufgegriffen, der die Untersuchung des *Populaire* bestätige, wonach es sich beim Reichstagsbrand um ein Werk der „Rosenberg-Bande" gehandelt habe. Bei „Bell" handelt es sich um den SA-Agenten Georg Bell, der in der Kominternpropaganda auch als Aushecker des Plans dargestellt wurde. Kurz vor dem Brand wurde er ermordet, angeblich, weil er zu viel darüber gewusst haben sollte, was die neuere Forschung bezweifelt. Siehe: Andreas Dornheim: Röhms Mann fürs Ausland. Politik und Ermordung des SA-Agenten Georg Bell, Münster, Lit, 1998, S. 182–186.
148 Ernst Röhm (1887–1934). „Stabschef" der Sturmabteilung (SA), die Hitler nicht zuletzt durch die Straßenkämpfe den Weg bahnte. Sein Konzept der „Volksarmee" und der „zweiten Revolution" brachten sowohl die Reichswehr als auch Hitler gegen ihn auf. Auf Befehl Hitlers in der Haftanstalt Stadelheim ermordet, nach seiner Weigerung, sich selbst zu erschiessen.
149 *Dalue*ge: Der Berliner SS-Führer Kurt Daluege (1897–1946, in Prag hingerichtet) war zunächst leitend in der SA, dann als Polizeichef in Preußen unter Göring eine zentrale Stütze für den Aufbau des NS-Systems. Anfang 1933 säuberte er die preußische Polizei auf Grundlage der scheinbar bereits vor dem Brand ausgearbeiteten (!) sog. „Reichstagsbrandverordnung" von allen republikanischen Elementen („Sonderabteilung Daluege"). Im Krieg verantwortlich für die Repressionsmaßnahmen im „Protektorat Böhmen und Mähren" (Lidice u.a.) (siehe: Graf: Politische Polizei, S. 338f. u.a.).
150 *Wer die Sache außer van der Lubbe ausgeführt hat:* Radeks Aussage weist darauf hin, dass er (und wohl auch Stalin) nicht davon ausgingen, daß van der Lubbe der Hauptorganisator bzw. Alleintäter des Reichstagsbrandes war. In der immer noch nicht beendeten Reichstagsbrand-Debatte wurde die zentrale Behauptung der deutschen Geschichtswissenschaft, van der Lubbe sei der Alleintäter gewesen, in den letzten Jahren u.a. unter Hinweis auf Zeitzeugnisse des Konservativen Hermann Rauschning und des Kommunisten Ernst Torgler entkräftet. Gegen den Mainstream der deutschen Geschichtswissenschaft erscheint die Haupttäterschaft der Nationalsozialisten nun plausibler. In seinen Aufzeichnungen schrieb bereits 1939 Hermann Rauschning: „Erst aus dem Gespräch [Görings mit Himmler, Frick und mehreren Gauleitern] erfuhr ich, daß der Reichstag ausschliesslich [recte: im

Sie kennen dieses Milieu so gut, dass es Ihnen nicht schwer fallen sollte, diese Frage mithilfe diskreter Gespräche oder Diskussionen mit Niedermayer, Grabowsky,[151] den Leuten aus dem „Tat"-Kreis[152] zu klären.

Die zweite Frage ist: wie kann dieses Material verwendet werden? Ich denke, am besten wäre es über den *Manchester Guardian*, amerikanische Zeitungen, den *Populaire*. Schreiben Sie, was Sie in diesen Bereichen machen können. Befinden sich F[Mar]t [oder Fajrt] und Ku in Berlin?[153] Sie wissen selbst, was Sie aufgrund Ihrer Position selbständig tun können, und was man andere unter Ihrer Aufsicht tun lassen muss.

Auftrag] der nationalsozialistischen Führung angezündet worden war" und hob die Rolle von Göring hervor (Hermann Rauschning: Gespräche mit Hitler, Zürich, 1940, S. 76). Der seinerzeitige Vorsitzende der KPD-Reichstagsfraktion, Ernst Torgler, bezeichnete später eine Gruppe von SA-Mitgliedern unter Führung von Karl Ernst als Brandstifter. In einer 2014 in den USA erschienenen Synthese werden die SA-Leute neben Ernst, Wolf-Heinrich Graf von Helldorff und vor allem Hans Georg Gewehr als mutmaßliche Täter angenommen, die nach einer Vorlage von Goebbels handelten (siehe: Benjamin Carter Hett: Burning the Reichstag. An Investigation into the Third Reich's Enduring Mystery, Oxford-New York u.a., Oxford University Press, 2014, S. 318f.). Siehe als Verteter der Alleinschuldthese: Fritz Tobias: Der Reichstagsbrand. Legende und Wirklichkeit, Rastatt/Baden, Grote, 1962; Hans Mommsen: Der Reichstagsbrand und seine politischen Folgen. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 12 (1964), 4, S. 351–413; Petr Stojanoff: Der Reichstagsbrand. Die Prozesse in London und Leipzig, Wien, Europa Verlag, 1966; Für die (Haupt-)Täterschaft der Nationalsozialisten plädieren neben Hett insbesondere: Alexander Bahar, Wilfried Kugel: Der Reichstagsbrand. Wie Geschichte gemacht wird (mit Bibliographie), Berlin, edition q, 2001; neuerdings prägnanter dies.: Der Reichstagsbrand. Geschichte einer Provokation, Köln, PapyRossa, 2013, bes. S. 155ff.

151 *Niedermayer/Grabowski:* Zu Oskar von Niedermayer siehe Dok. 55; Grabowsky: Vermutlich Adolf Grabowsky (1880, Berlin - 1969, Arlesheim bei Basel), reformkonservativer deutscher Politikwissenschaftler, Mitbegründer (1907) und Herausgeber der *Zeitschrift für Politik*. Grabowsky gehörte zu denjenigen deutschen Intellektuellen, die Sowjetrussland von konservativer Seite aus Beachtung entgegenbrachten. So äußerte er sich 1919 über den Bolschewismus, dieser sei „durchaus führerhaft, aktivistisch, aristokratisch" und damit nah am Konservatismus. Sein Interesse an der Sowjetunion hielt weiter an, so verfasste er u.a. den Artikel „Bolschewismus" im Handwörterbuch der Soziologie (1932) und war (gemeinsam mit Carl Schmitt, Arvid Harnack u.a.) Mitglied in der „Arplan", der Ende 1931 gegründeten prosowjetischen „Arbeitsgemeinschaft zum Studium der Planwirtschaft". 1934 emigrierte er in die Schweiz (siehe: Horst Knospe: Grabowsky, Adolf. In: Wilhelm Bernsdorf, Horst Knospe (Hrsg.): Internationales Soziologenlexikon, Bd. 1, Stuttgart, Enke, 1980, S. 155–156; Gerd Koenen: Der Russland-Komplex. Die Deutschen und der Osten. 1900–1945, München, Beck, 2005, S. 230, 343).

152 *Tat-Kreis:* Um die Zeitschrift *Die Tat* gebildete linkskonservative „Redaktionsgemeinschaft", darunter Hans Zehrer, Ernst Wilhelm Eschmann, Giselher Wirsing und Ferdinand Friedrich Zimmermann, die in der späten Weimarer Republik mit einer Auflage von bis zu 30 000 einen beachtlichen Erfolg erzielte. Stichworte waren die Endkrise des Kapitalismus, Antiparlamentarismus, nationaler Auf- und Umbruch, sowie Autarkie. Stalin wurden Übersetzungen von *Tat*-Artikeln vorgelegt (Kurt Sontheimer: Der Tatkreis. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 7 (1959), 3, S. 229–260).

153 Die Namenskürzel sind nicht sicher aufzulösen. Der nächste Satz Radeks weist daraufhin, dass es sich um höherrangige Personen handeln mußte, vermutlich nicht aus dem außenpolitischen Sektor. Komintern-Sekretär Manuilski befand sich in dieser Periode zeitweise ikognito in Deutschland, „Ku": Otto Kuusinen und Béla Kun waren beide ebenfalls Komintern-Sekretäre.

Ich bitte Sie sehr darum, sich dieser Angelegenheit mit voller Ernsthaftigkeit anzunehmen, und mir so schnell wie möglich zu schreiben, was Sie machen können. Schreiben Sie über diesen, und nicht über den gewöhnlichen Weg.[154]

Mit herzlichem Gruß,
(K. Radek).
10.V.1933.



Am 14.5.1933 genehmigte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion zwei Konferenzen in Moskau zum Eisenbahngüterverkehr: Eine sowjetisch-polnische am 15.5. sowie eine sowjetisch-polnisch-deutsche am 25.5. Dafür wurde die Erlaubnis erteilt, fünf polnische Vertreter des Transportministeriums und vier deutsche Vertreter der Reichsbahn einreisen zu lassen.[155]

154 Intentionen und Hintergründe der Braunbuchkampagne haben mit den Thesen Stephen Kochs in seinem Buch „Double Lives" eine Historikerdebatte ausgelöst (Stephen Koch: Double Lives: Stalin, Willi Münzenberg, and the Seduction of the Intellectuals, with an introduction by Sam Tanenhaus, New York, Enigma Books, revised and updated edition, 2004 (1. Aufl. 1994), bes. S. 97–145). Das hier publizierte Dokument scheint zunächst die These Kochs, dass die russische Führung über Radek als Vermittler eine von den sowjetischen Diensten kontrollierte Kulissenkampagne anschob, zu stützen, während die Mehrheit der KPD-Führung weiter versuchte, die Kampagne zu sabotieren; die weitere Münzenberg-Korrespondenz bestätigt diesen Eindruck jedoch nicht (siehe u.a. das folgende Dokument; vgl. den Beitrag von Bayerlein in Bd. 1, S. 286ff. u.a.).
155 RGASPI, Moskau, 17/3/923, 11.

Dok. 325

Brief Münzenbergs an den „lieben Freund" über Hilfsaktionen und antifaschistische Solidaritätskampagnen für die Freilassung von Thälmann, Torgler und Dimitrov

[Paris], 15.5.1933

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/60/242, 18–20. Erstveröffentlichung.

den 15. Mai 1933.

Lieber Freund,[156]
Wir haben Deine verschiedenen Briefe, darunter auch die Mitteilung bezügl. der Kommission mit Rau an der Spitze,[157] erhalten. Wir teilen Dir für diese Kommission über die wichtigsten geplanten Schritte von uns in der Frage der deutschen Hilfsaktion folgendes mit.

Diese Mitteilung kannst Du auch gleichzeitig an Fritz H[eckert][158] geben:

1.) Im Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit steht die Organisierung von Versammlungen, Kundgebungen, Demonstrationen, im weitesten Umfange und in den breitesten Kreisen für Teddy [d.i. Ernst Thälmann], Torgler, Dimitroff.[159] Die erste dieser grossen Kundgebungen hat am Freitag in Paris stattgefunden. Ueber die besonders politische Bedeutung dieser Kundgebung habe ich bereits am Sonnabend geschrieben. Ich lege zur Ergänzung des Sonnabend-Briefes heute noch die Berichte aus einer Anzahl bürgerlicher Zeitungen bei, die meinen Bericht unterstreichen. Ebenfalls ein kurz abgefasstes Protokoll.

2.) Solche und ähnliche Versammlungen wollen wir jetzt in allen Hauptstädten und einer grossen Reihe Mittelstädte in allen Ländern durchführen. Ab heute findet in Holland eine grosse Versammlungsserie statt, in der als Hauptredner Otto Heller

---

156 Bei dem unbekannten Adressaten handelte dürfte es sich um eine Vertrauensperson im IAH-, RH- oder Agitprop-Apparat in Moskau gehandelt haben. Zur Interpretation und Bedeutung des Dokuments siehe den Beitrag von Bayerlein in Band 1, S. 286ff.

157 *Kommission mit Rau an der Spitze:* Die betr. Person konnte nicht entschlüsselt werden. Dabei handelte es sich wohl um eine Moskauer Kommission, möglicherweise die Antikriegskommission des EKKI, die von 1932 bis 1935 bestand und von Béla Kun geleitet wurde.

158 *Fritz H.:* Vermutlich Fritz Heckert, der zu dieser Zeit Vertreter der KPD beim EKKI war.

159 *Kampagne:* Dabei handelte es sich um die von Münzenberg koordinierte, fast erzwungene, propagandistisch eindrucksvolle Solidaritätskampagne. Man rechnete mit der Eröffnung eines großen Prozesses in allernächster Zeit gegen Thälmann, der jedoch nicht eröffnet wurde. Der Ausgang des Reichstagsbrandprozesses, der erst am 21.9.1933 begann, trug zusammen mit der hier beschriebenen transnationalen antifaschistischen Kampagne dazu bei, dass der ursprüngliche Plan der Nationalsozialisten, sowohl dem deutschen, als auch dem internationalen Kommunismus den Prozess zu machen, nicht realisiert wurde (zur Intention und Vorbereitung der Prozesse siehe: Graf: Politische Polizei, S. 221–233).

auftritt[160] und in denen eine ähnlich lautende Resolution wie die Pariser ebenfalls vorgelegt wird.

3.) Gleiche Versammlungen sind vorbereitet in Norwegen, Schweden, Spanien, England, Schweiz, Saarbrücken, Amerika, etc.

4.) Eine gewisse Höhe dieser Versammlungsaktion soll erreicht werden in den Kundgebungen des Internationalen Solidaritätstages, dessen Demonstrationen in erster Linie und vor allem im Zeichen für die deutsche Arbeiterklasse und für die Aktion Thälmann organisiert werden.

5.) Die Pariser Resolution wird als Massenflugblatt herausgegeben werden und in verschiedene Sprachen übersetzt und verbreitet werden. Wir hoffen, auf unseren Wegen mehrere Zehntausend nach Deutschland zu bekommen.

6.) In Vorbereitung ist ein drittes Heft, der „Braune Terror" über Deutschland, das ausschliesslich der Aktion Thälmann gewidmet ist. Erscheint am 20. Mai.[161]

7.) In Verbindung mit der R[oten]H[ilfe] werden sowohl hier wie in anderen Ländern gemeinsame Aktionen, Versammlungen, Sammlungen etc. vorbereitet, teilweise sind sei bereits in der Durchführung.

8.) In ca. 4 Wochen erscheint der erste Band des „Braunbuches" in deutsch, englisch, französischer und holländischer Sprache.[162] Wir sind überzeugt, dass es zu den stärksten Arbeiten gehört, die bis heute herausgekommen sind.

---

160 Der tschechisch-deutsche und österreichische Kommunist, Schriftsteller und Journalist Otto Heller (1897–1945) arbeitete vielfach in der Komintern. Er starb als Kämpfer der Résistance im Januar 1945 im KZ-Ebensee.

161 *Der Braune Terror:* Eine solche Publikation ließ sich bibliographisch nicht nachweisen.

162 Das am 1. August 1933 vorgestellte „Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror" wurde anlässlich des bevorstehenden Reichstagsbrand-Prozesses erstellt, auf dem Marinus van der Lubbe, der Fraktionsführer der KPD Ernst Torgler sowie die bulgarischen Kommunisten Georgi Dimitrov, Vasil' Tanev und Blagoj Popov vor Gericht standen. Alexander Abusch war, unter der Mitwirkung von Albert Norden, Herausgeber des Braunbuchs, Willi Münzenberg als Leiter der Internationalen Arbeiterhilfe und Gründer der Editions du Carrefour der Protagonist des Unterfangens. Neben Münzenbergs engem Mitarbeiter Otto Katz als anonymem Autor wirkten diverse linke Journalisten und Schriftsteller mit, so etwa Gustav Regler, Alfred Kantorowicz, Bruno Frei und Arthur Koestler. Die Umschlagsgestaltung, eine Collage des bluttriefenden Göring als Henker mit Beil vor dem Reichstag in Flammen, stammt von John Heartfield (urspr. Name: Helmut Herzfeld). Das als international stark beachtetes, neues antifaschistisches Repertoire erschienene „Braunbuch" wurde in 17 Sprachen übersetzt, in einer Auflage von mehreren Millionen Exemplaren und war ein großer Propaganda-Erfolg, der der Komintern nachträglich ein antifaschistisches Charisma verschaffte (Braunbuch über Reichtagsbrand und Hitler-Terror", Basel, Universum Bücherei, 1933, gefolgt von: Dimitroff contra Göring. Enthüllungen über die wahren Brandstifter. Braunbuch II, Paris, 1934). Dass man, wie es das 1933 vom niederländischen Internacionaal van der Lubbe-Comité herausgegebene „Roodboek. Van der Lubbe en de Rijksdagbrand" (deutsch: Marinus van der Lubbe und der Reichstagsbrand. Das Rotbuch, Hamburg, Edition Nautilus, 1983, bes. S. 185ff.) scharf kritisierte – die Anklage der Nationalsozialisten gegen van der Lubbe, der später als Haupttäter verurteilt wurde, einfach übernahm und sich, wie Koestler später schrieb, auch „aufs Raten verlassen (musste), aufs Bluffen und auf unser intuitives Wissen um die Methoden und die Denkart unserer Gegner in der totalitären Verschwörung", blieb vielfach unbemerkt (zit. nach Ibid., 185ff., siehe trotz der tendenziösen Darstellung: Klaus Sohl:

9.) Wir sind ebenfalls dabei, den internationalen Gerichtshof zu komplettieren[163] und hoffen, bis zum 20. alle Namen für den Gerichtshof zu haben.

10.) Wir bereiten Akten, Dokumente, Zeugenaussagen etc. als Unterlage für den internationalen Gerichtshof vor.

11.) Wir haben in Gemeinschaft mit der RH. hier vorbereitet die Verteidigung der drei bulgarischen Genossen.

12.) Wir bereiten vor die Sonderausgabe der AJZ., Regards[164] etc. als Prozessnummern.

13. Wir werden alle unsere Komitees in den entscheidenden Stunden unmittelbar vor dem Prozess umstellen als Verteidigungskomitees für Thälmann und Genossen.[165]

Das sind nur einige Punkte, einige Hinweise auf die unmittelbaren Maßnahmen, die wir in der deutschen Frage unternommen haben. Ein vollständiges Programm geht Euch demnächst zu.

Entstehung und Verbreitung des Braunbuchs über Reichstagsbrand und Hitlerterror 1933/34. Mit drei bibliographischen Übersichten. In: *Jahrbuch für Geschichte* 21 (1980), S. 289–327.

163 *Internationaler Gerichtshof:* Dazu wurde eine juristische Kommission für einen internationalen Untersuchungsausschusses vorbereitet, die – wie Münzenberg später schreibt, auf Bitten Stalins – einen „Gegenprozess" in London mit dem britischen Kronanwalt Denis Pritt an der Spitze durchführte (14.-18.9.1933) (siehe Dok. 330). Am 20.9.1933, einen Tag vor Beginn des Reichstagsbrandprozesses, veröffentlichte die Kommission ihr Schlusskommuniqué, das auf die Täterschaft der Nationalsozialisten für den Brand hinwies. Die Mitglieder des „Untersuchungsausschusses zur Aufklärung des Reichstagsbrandes" unter Vorsitz von Pritt bestätigen die Unschuld der Angeklagten mit Ausnahme Marinus van der Lubbes. Sie hegten den „allerstärksten Verdacht", die Nationalsozialisten selbst seien die Täter. Münzenberg trat trotz seiner maßgeblichen Rolle in der Vorbereitung des Gegenprozesses nicht in Erscheinung, in dem es vor allem wegen der Einschätzung der Rolle van der Lubbes zu Unstimmigkeiten und Rückzügen von der „Braunbuch"-Argumentation kam (so seitens Stafford Cripps). Der eigentlich zuständige EKKI-Sekretär Béla Kun beklagte sich darüber, dass die Komintern die Kampagne nur halbherzog unterstützte. 1938 verweigerte Dimitrov schließlich Münzenberg die Solidarität und Verteidigung „(...) so wie ich sie für dich durch mein Handeln und den Gegenprozeß vom Herbst 1933 abgetrotzt habe, während deines Leipziger Prozesses." (Dok. 443). Vgl. Anson Rabinbach: Van der Lubbe – ein Lustknabe Röhms? Die politische Dramaturgie der Exilkampagne zum Reichstagsbrand. In: Susanne zur Nieden (Hrg.): Homosexualität und Staatsraison. Männlichkeit, Homophobie und Politik in Deutschland 1900–1945, Frankfurt am Main, Campus, 2005, S. 193–213, hier: S. 197, 204; http://www.münzenbergforum.de.

164 *AJZ:* Gemeint ist die weiterhin in Prag erscheinende AIZ, die unter dem Titel „Henker Göring" am 14.9.1933 eine Sondernummer (Nr. 36) zum Reichstagsbrand-Prozess und zum Gegenprozess herausbrachte (http://pressechronik1933.dpmu.de/2013/09/14/pressechronik-14-9-1933/). *Regards* war das vom kommunistischen Filmkritiker Léon Moussinac geleitete französische Gegenstück der AIZ, für dessen Layout und Design der Maler Edouard Pignon zuständig war.

165 Die Passage ist zweideutig. Sie lässt darauf schließen, dass Instruktionen vorlagen, nach denen die Agitation in erster Linie gegen den geplanten, schließlich nicht stattgefundenen Thälmann-Prozess gerichtet werden sollte.

Selbstverständlich führen wir unsere Sammlungen weiter durch und alle Massnahmen, die mit der Hilfsaktion als solche in Verbindung stehen.[166]

Herzlichen Gruss
[hdschr. später nachgetragen:] Willi

Dok. 326

Nachricht von Pjatnitzki an Stalins Privatsekretär Aleksandr Poskrebyšev über die Situation Thälmanns in NS-Haft

Moskau, 22.5.1933

Typoskript, in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/19/248, 49. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Dam'e/Komolova/Korčagina: Komintern protiv fašizma, S. 301–302.

Gen. POSKREBYŠEV,
wie versprochen, schicke ich Ihnen die Antwort, die wir von ZK der KP Deutschl[ands] über Thälmann erhalten haben.

„Gen. Thälmann wurde 2 Mal von seiner Frau besucht. Allwöchentlich bekommt er alles Nötige zugeschickt. Ein Anwalt ist engagiert, er wird jedoch nicht zur Verteidigung Thälmanns zugelassen. Bis jetzt hat man ihn nicht geschlagen. Er ist überführt worden (wohin, wurde nicht gesagt).[167] Er lässt alle grüßen."

[Sign.:] Pjatnitzki



Am 1.6.1933 befasste sich das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion mit den Überflugrechten für deutsche Flugzeuge. Dabei wurde drei Maschinen der Lufthansa der Überflug des Sowjetterritoriums auf der Route nach Westchina gestattet. Die Route sollte zunächst mit der von Deruluft (Deutsch-Russische Luftverkehrs AG, 1921–1937) identisch sein – über Königsberg und Moskau, und danach über Kazan'–Sverdlovsk–Semipalatinsk–Sergiopol' verlaufen.[168]

166 Das Dokument stützt nicht unbedingt die Sichtweise Kochs (Koch: Double Lives, S. 97–145), nach der die Kampagne nach einem sowjetischen und zwischen den Geheimdiensten vereinbarten Drehbuch abgelaufen sei, und es sich dabei um eine mit der russischen Führung und Stalin abgesprochene und von Münzenberg, Otto Katz und Gibarti (Ps., d.i. László Dobos) als sowjetischen Agenten sozusagen nur zum Schein als Fassade durchgeführte antifaschistische Kampagne gehandelt habe. Die wirklichen Absichten der sowjetischen Außenpolitik und ihre Haltung gegenüber dem Reichstagsprozess sollten damit übertüncht werden (zur Kritik der Thesen Kochs siehe den Beitrag von Bayerlein in Bd.1, S. 244, 286ff.).
167 *Thälmann überführt:* Thälmann wurde in die Haftanstalt Moabit in Berlin überführt.
168 RGASPI, Moskau, 17/162/14, 148.

Ebenfalls am 1.6.1933 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, das Budget der Profintern für das Jahr 1933 auf 200.000 Rubel festzusetzen.[169]



Dok. 327

Beschluss der Auslandsleitung der KPD zur verschärften Kontrolle der Politemigration

O.O., 1.6.1933 [ca. Juni 1933]

Typoskript in deutscher Sprache. Schweizerisches Bundesarchiv, Bern. Schweizerische Bundesanwaltschaft, C 8.35. In deutscher Sprache publ. in: del Amo/Bahne/Bayerlein: Archives de Jules Humbert-Droz, IV, S. 219–221.

Über die Arbeit unter den deutschen Emigranten und ihre organisatorische Erfassung in den Bruderparteien.[170]

1. Nach dem Statut der Komintern muss jeder Kommunist, wenn er in ein anderes Land übersiedelt, Mitglied der Partei dieses Landes werden.[171]

2. Die aus Deutschland emigrierenden Mitglieder der KP müssen darum sofort nach ihrer Ankunft im Emigrationsland die Aufnahme in die KP dieses Landes beantragen. Bei ihrer Aufnahme sind die Gründe ihrer Emigration zu prüfen und festzustellen, ob ihre Heimatorganisation mit der Emigration einverstanden ist, wobei als Legitimationsbestätigung nur ein vom ZK der Heimatpartei ausgestelltes Dokument betrachtet werden kann.

169 RGASPI, Moskau, 17/162/14, 150. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 691.

170 Bereits am 20.3.1932 wurde in einer Instruktion des russischen ZK eine strengere Erfassung und Überwachung der ausländischen Kader angeordnet. Es wurde eine Reihe von Maßnahmen dekretiert, zum einen, um „benutzbare“ Kader zu selektionieren, zum anderen als Maßnahme gegen „Provokation und Gegenabwehr“ (RGASPI, Moskau, 495/18/918, 1–2).

171 Ein angehängtes Dokument enthielt konkretere Durchführungsbestimmungen für die hier angezeigten Maßnahmen, die der Einführung eines umfassenden Kontrollsystems über die kommunistische Emigration, besonders der KPD-Emigration, dienten. Die als „tragischer Karneval“ bezeichnete Situation der KPD-Emigration (hier in Frankreich) wurde 1936 von einem Parteimitglied in der folgenden Weise beschrieben: „Das beginnt schon, wenn man aus illegaler Arbeit in Deutschland geflüchtet ist, bei der Meldung in Paris. Nach langem Prüfen und Aushorchen wird man, sobald man das Vorstadium strenger Examination bestanden hat, einem GPU-Mann übermittelt. Der prüft nun in erster Linie nicht etwa, ob man ein Nazi, sondern vielmehr ein Kommunist ist; die sind nirgends gerne gesehen, am wenigsten bei der Emi[grations]leitung. Stellt sich heraus, dass er revolutionäre Vorstellungen hat, bleibt er hängen.“ (A.: Brief an die *Kritische Parteistimme*. In: *Die Kritische Parteistimme* Hrg. von der linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten) [1936/ Dat. unleserlich]). Es ergab sich die paradoxe Situation, dass die Bedingungen im illegalen Widerstand freier waren als in der Emigration (siehe hierzu den Beitrag von Bayerlein im Bd. 1, S. 295ff.).

3. Im Emigrationsland werden die zugereisten KPD-Mitglieder genau so wie die Mitglieder der Landespartei, auf die zuständigen Betriebs- oder Strassenzellen aufgeteilt. Sie nehmen hier, soweit keine begründeten Hindernisse dafür bestehen – an dem Leben dieser Organisation teil.

4. Zwecks besserer Einlebung in die Bewegung des Aufenthaltslandes und des Vertrautwerdens mit den Besonderheiten dieser Bewegung können Sprachgruppen gebildet werden. Diese Sprachgruppen dürfen keine selbständigen Parteiorganisationen sein; sie sind nur *Hilfsorgane* der Landes-, bezw. Bezirks- oder Ortsorganisationen der Partei,

5. In den Sprachgruppen kann und soll unter Aufsicht der Landespartei den Emigranten ausreichende Möglichkeit zur Information über die Fragen des Heimatlandes und der Arbeit der Heimatpartei gegeben werden. Die Form der Behandlung der Fragen der Heimatpartei und ob und welche Beschlüsse dabei angenommen werden sollen, ist vom ZK der Landespartei zu beschliessen.

6. Für jede örtliche Sprachgruppe ernennt die Landespartei einen Aufsichtsgenossen bezw. eine -kommission, der der Landesorganisation gegenüber für die politische Arbeit der Emigranten verantwortlich ist und die Lage der Emigranten gut kennen muss.

7. Die Landespartei muss mit der Partei des Emigrantenlandes vereinbaren, welche Emigranten als Verbindungsleute des ZK des Emigrantenlandes zu gelten haben.

8. Diese Verbindungsleute sollen zu den Sitzungen der Landesorganisationen, in denen zur politischen Arbeit unter den Emigranten oder zur Politik der Partei des Emigrantenlandes Stellung genommen wird, hinzugezogen werden.

9. Die Parteien der Emigrationsländer, besonders solche mit einer den Emigranten fremden Sprache, sollen den Emigranten die Möglichkeit geben, auch in Kursen die politischen Fragen des Emigrantenlandes oder ihres Heimatlandes zu behandeln, wie auch allgemein ihre Kenntnisse des Marxismus und Leninismus zu steigern.

10. Die Emigranten sollen zur materiellen (finanziellen Hilfe für ihre Heimatparteien und zur Verbreitung der Literatur der Heimatparteien unter den Emigranten) ständig aufgefordert werden.

11. Der Verkehr der Emigranten mit Organen ihrer Heimatparteien soll nur unter der Kontrolle der zuständigen Organe der Landesparteien erfolgen, die Regeln der Konspiration sind dabei strengstens zu beachten.

12. Für die gesamte Arbeit unter den Emigranten muss die Landesparteileitung mit dem ZK der Partei des Organisationslandes einen Arbeitsplan ausarbeiten.

13. Die Organe der Landespartei dürfen nicht zulassen, dass sich unter den Emigranten Fraktionen oder fraktionsähnliche Gruppen bilden. Gegen jede solche Bildung ist sofort mit allen Parteimitteln vorzugehen.[172]

Dok. 328

Kommunisten und Faschisten als „Erben" der zerschlagenen sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung: Aus einem Referat Solomon Lozovskijs in der Roten Gewerkschafts-Internationale

[Moskau], 10.6.1933

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 534/3/863, 60. Erstveröffentlichung.

Das, was in Deutschland passiert ist, versetzt den vielen Internationalen, die überhaupt kein Lebenszeichen von sich gaben, die dann und wann zusammentraten und die oder jene Resolution verfassten, einen weitaus größeren Schlag, als der Transportarbeiter-Internationale,[173] die aktiv blieb, und auch weiterhin aktiv ist. Hier hat

172 In einem Beschluss des ZK der KPD über Mitgliedsbücher und Organisationszugehörigkeiten der Emigranten vom Juni/Juli 1933 hieß es verschärfend: „In zahlreichen Fällen haben faschistische Spitzel und Provokateure Parteimitgliedsbücher, die sie bei Haussuchungen und Verhaftungen beschlagnahmt haben, zum Zweck der Spitzeltätigkeit benutzt. Das ZK der KPD macht alle Arbeiter darauf aufmerksam, dass Parteimitgliedsbücher in keinem Fall als Ausweise Gültigkeit haben. Auch gegenüber Bruderorganisationen in den anderen Ländern haben die bisherigen Parteimitgliedsbücher der KPD keine Gültigkeit als Ausweise. Als Emigranten können künftig nur solche Arbeiter anerkannt werden, die vom ZK der KPD im Einvernehmen mit der betreffenden Bezirksorganisation als solche bestätigt worden sind. Emigrierte Arbeiter werden in die betreffenden Bruderparteien überführt und können nicht Mitglied der KPD bleiben. Das ZK der betreffenden Sektion bestimmt, inwieweit die früheren Mitglieder der KPD im Rahmen der betreffenden Parteiorganisation zu lose[n] Sprachgruppen zusammengefasst werden." (*Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung* II, 1933, 23, S. 793, 7.7.1933, publ. in: del Amo/Bahne/Bayerlein: Archives de Jules Humbert-Droz, IV, 221–222; zur Situation der kommunistischen Emigration siehe auch: Reinhard Müller (Hrsg.): Georg Lukács, Johannes R. Becher, Friedrich Wolf [u. a.]: Die Säuberung. Moskau 1936. Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung, Reinbek bei Hamburg, Rowohlt, 1991, S. 9ff.; Tischler: Flucht in die Verfolgung).
173 *Transportarbeiter-Internationale:* Die 1896 gegründete Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) mit Sitz in London, Hamburg, Berlin (bis 1933), Amsterdam und London, die heute noch existiert und dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) angehört. Generalsekretär in der Zwischenkriegszeit war der linke Sozialist Eduard „Edo" Fimmen, Sohn eines deutschen Kaufmanns und Freund Willi Münzenbergs, der auch Mitglied der Internationalen Arbeiterhilfe und der Liga gegen Imperialismus und koloniale Unterdrückung war. Der ITF als einziger weltweiter und politisch unabhängiger Gewerkschaftsorganisation gehörte u.a. der deutsche Einheitsverband der Eisenbahner an. Die ITF leistete einen herausragenden Beitrag zum internationalen Widerstand gegen das Hitlerregime, ihr Verbindungsnetz wurde von einer großen Anzahl antifaschistischer Gruppen genutzt. Siehe: Bob Reinalda (Hrsg.): The International Transport Workers' Federation (ITF) 1914–1945.

die Beratung dieser Frage zu einer völlig natürlichen Lebhaftigkeit geführt, in dem Sinne, dass eine ganze Reihe von Genossen als Erben schnellstens auch ihr Erbstück bekommen wollten. Wir und die Faschisten sind beide die Erben der reformistischen Gewerkschaftsbewegung. Sie erhalten die Gewerkschaftsbürokraten, wir die Arbeitermassen. Allerdings haben sie die Gewerkschaftsbürokraten bereits bekommen, während wir uns die Arbeitermassen noch nicht aneignen konnten, und die Aufgabe besteht darin, uns diese anzueignen. Dies ist die zentrale Frage, die vor uns steht. Das trifft den Nagel auf den Kopf.



Am 15.6.1933 erlaubte die KP der Sowjetunion bis zu acht Vertretern ausländischer Eisenbahngesellschaften die Einreise zu einer sowjetisch-litauisch-deutschen Verkehrskonferenz.[174]

Am 19.6.1933 forderte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion den sowjetischen Repräsentanten in Italien, Vladimir Potemkin, auf, Mussolini das unverzügliche Einverständnis für den von ihm vorgeschlagenen Pakt mitzuteilen und ihm den eigenen Paktentwurf zu übergeben, unabhängig von der Unterrichtung Frankreichs über die Verhandlungen. Der italienisch-sowjetische Neutralitätspakt wurde schließlich am 1.9.1933 unterzeichnet.[175]

Dok. 329

Bericht an die Komintern über das Verhalten des ehemaligen Hauptkassierers der KPD Arthur Golke

[Berlin], 26.6.1933

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/19/81, 32. Erstveröffentlichung.

Abschrift![176]

Bericht

Betrifft A. Golke[177]

Vor mehreren Wochen machte mir A. die Mitteilung, dass er sein Quartier wechseln müsse, weil es unsicher geworden sei. A. hatte eines Abends in unmittelbarer Nähe seines Quartiers ein Bierlokal besucht, wo er von SPD-Arbeitern erkannt wurde.

The Edo Fimmen Era, Amsterdam, Stichting beheer IISG, 1997; Nelles: Widerstand und internationale Solidarität.

174 RGASPI, Moskau, 17/3/924, 25.

175 RGASPI, Moskau, 17/162/14, 162. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 291.

176 Handschriftl. Eintrag: „chiffr."

177 Name handschriftlich, schlecht lesbar. Arthur Golke (1886–1938, nach Todesurteil in Moskau erschossen), Hauptkassierer und Mitglied des ZK der KPD.

Nach einigen Wochen verlangte A. erneut sein Quartier zu wechseln, weil er angeblich wiederum in der Nähe seines Quartiers als er sein Auto bestiegen hatte, von 2 Kriminalbeamten erkannt wurde. Diese hätten ein Haltezeichen gegeben und die Nummer seines Autos notiert. Bei Nachprüfung dieser Angelegenheit stellte sich heraus, dass A.'s Angaben nicht den Tatsachen entsprachen.

Trotzdem wurde ihm vom Sekretariat ein Notquartier zugewiesen, welches er jedoch nicht bezog, weil er angeblich von einem Genossen erkannt und angesprochen wurde. Am gleichen Abend wurde ihm von mir ein anderes Quartier gegeben. Den Quartierleuten erzählte A., dass er so wie seine Frau schwer gefährdet sei und letztere ihn öfter besuchen würde. Tatsächlich hat dann A. nicht seine Frau sondern seine Freundin fast jeden Abend in sein Quartier mitgebracht und über Nacht bei sich behalten. Der Hinweis der Quartierwirtin, dass seine „schwer gefährdete Frau" von der Polizei beobachtet werde und durch den often Besuch seines Quartiers ihn selbst gefährden könne, wurde von A. in keiner Weise berücksichtigt. Dagegen verlangte er erneuten Quartierwechsel, weil angeblich starke Differenzen zwischen den Wirtsleuten bestanden hätten, welche auch zu Tätlichkeiten ausgeartet seien. Der Wirt des Arbeitszimmers von A. schlug ebenfalls einen Austausch vor, weil A. durch ungeschicktes Verhalten die Aufmerksamkeit der Nachbarschaft auf sich lenkte und damit sich selbst und seine Arbeitsstelle gefährdet hatte. Bei jedem Betreten und Verlassen der Arbeitsstelle beobachtete A. das Haus längere Zeit derartig auffällig, dass sein Gebahren der Nachbarschaft auffiel und diese den Wirt nach der merkwürdigen Person befragte.

Ausserdem soll A. in der Nähe seiner Arbeitsstelle von einem Kriminalbeamten erkannt und gegrüsst worden sein. Seinem Arbeitszimmerwirt erklärte A., dass er in Quartierangelegenheiten von der Partei sehr stiefmütterlich behandelt wurde. Er schilderte diesem seine „Erfahrungen" in Quartierangelegenheiten und nannte dabei auch Namen und Strasse seines Notquartiers.

Die letzte Quartierwirtin von A. teilte mit, dass er jede Woche mehrere Male schwer betrunken morgens um 3 oder 4 nach Hause käme, seine Freundin jeden zweiten Tag mitbrächte und mit dieser Differenzen und tätliche Auseinandersetzungen sogar auf der Strasse vor seinem Hause abends um 11 Uhr gehabt habe.

Der Schofför von A. weigerte sich, ihn weiter zu fahren, weil angeblich die Hälfte der Fahrten aus Privat- und Sauftouren bestanden haben. Stundenlang musste der Schofför mit dem Wagen in Arbeitervierteln vor Bierlokalen halten, in denen A. zechte. In verschiedenen Fällen sogar gemeinsam mit Knorke und Kühne, alles Genossen, die sowohl in Arbeiterbezirken, als auch bei der IA sehr gut bekannt sind.[178] Im angetrunkenen Zustande hat A. in Lokalen von Parteiarbeit und Funktionären derartig laut gesprochen, dass es die Anwesenden unbedingt hören mussten. [Streichung]

Durch das Verhalten von A wurde nicht nur er selbst, sondern auch die Arbeit, Quartiere und alle seine Verbindungen auf das Schwerste gefährdet. [hdschr:] Wir

178 *IA:* Die Abteilung I A der politischen Polizei Preußens.

bitten Arthur bis zur Wiederherstellung genügender Sicherheit in M[oskau] zu beschäftigen. Sobald diese Sicherung besteht werden wir A. telegrafisch an[weisen]. Streichung und Anfügung von Fr. Heckert.[179]

Dok. 330

Brief Münzenbergs an Stalin über die Ursachen für die Niederlage des deutschen Kommunismus 1933

[Paris], 20.7.1933

Typoskript in deutscher Sprache, mit wenigen handschriftlichen Verbesserungen. RGASPI, Moskau, 495/205/7000, 115–141. Erstveröffentlichung.

den 20. Juli 1933.

Lieber Genosse ![180]
Diesen Brief wollte ich vor zwei Jahren schreiben, dann vor einem Jahre, dann bestimmt vor drei Monaten. Ich habe es immer verschoben, da ich im Allgemeinen vom Briefeschreiben nicht viel halte. Aber jetzt, wo durch meine lange Abwesenheit von dort sich verschiedene Fragen gehäuft haben, wo ein Freund fährt, dem ich den Brief mitgeben kann und wo ich mich an die Vorwürfe von Lenin am III. Kongress erinnere, dass ich ihm nicht früher geschrieben habe, entschloss ich mich, Ihnen diesen Brief zu senden.

Ich kenne niemanden ausser Ihnen, dem ich einen solchen Brief schreiben würde und von dem ich die Gewissheit habe, dass er ihn so entgegennehmen wird, wie er gemeint ist. Irgend jemandem in der Welt muss man einmal ohne Reserve und Zurueckhaltung seine Meinung sagen können. Das können für mich nur Sie sein. [...]

Ich bin heute mehr denn je von der Richtigkeit meiner Auffassung in der Jugendfrage 1921 tief überzeugt.[181] Ich bin gewiss, dass die Ablehnung meiner Linie damals – nicht vom Jugendkongress, denn dort hatte ich ja bekanntlich die Mehrheit, sondern

179 Arthur Golke emigrierte 1934 über Prag und Paris in die Sowjetunion und arbeitete dort in der Kominternzentrale in Moskau. Nach Verhören vor der Internationalen Kontrollkommission 1937 verhaftet, zum Tode verurteilt und im August 1938 erschossen. Seine Frau und beide Töchter durften 1947 nach Deutschland zurückkehren (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 308).

180 Der Name Stalin erscheint im kompletten Dokument nicht. Er erschließt sich aus dem Zusammenhang.

181 Nach dem Problemen mit der russischen Delegation wie auch anderer widriger Umständen geschuldeten Abbruch des II. Kongresses der Kommunistischen Jugend-Internationale (KJI) in Jena im April des Jahres wurde der Kongress in Moskau nachgeholt (14.7.-24.7.1921). Gegen Münzenbergs Widerstand wurde auch das Sekretariat der KJI nach Moskau verlegt und dort auf Betreiben Sinowjews unmittelbar der Komintern unterstellt. Münzenberg blieb zwar Sekretär (zusammen mit Leo Flieg), wurde jedoch in der Frage der Unabhängigkeit der KJI ausgebootet und kehrte nach Berlin zurück. Die Schaffung des transnationalen und internationalen Netzwerks bleibt sein Verdienst.

von der Politkommission – und besonders die in den darauffolgenden Jahren ausserordentlich extreme, doktrinäre, dogmatische, steife, starre, formale Propaganda wesentlich daran Schuld ist, dass die breiten Massen der Jugendlichen, die wir während des Krieges unter unseren Fahnen gesammelt hatten, der kommunistischen Bewegung verloren gingen und dass die dem Nationalsozialismus und dem Chauvinismus als leichte Beute zufielen.

Es ist charakteristisch, dass in Deutschland diejenigen, die am häufigsten übergangen sind und von der chauvinistischen Welle mitgerissen wurden, Jugendliche sind, während es umgekehrt während des Krieges die Jugend war, die sich zuerst gegen den Krieg sammelte und wirklich grosse Massenbewegungen, wie z.B. bei den internationalen Jugendtagen durchführen konnten.[182]

Ich bin tief überzeugt, dass der damalige Knick in der proletarischen kommunistischen Jugendbewegung viele Schuld an diesem Verlust der Jugend für den Kommunismus trägt, denn was wir heute in den westeuropäischen Ländern haben, sind nicht mehr als kümmerliche Ansätze.

Das war für mich die herbste Enttäuschung meines Lebens, die Lenin zu mildern versuchte, indem auf sein persönliches Eingreifen ich in der Jugendexekutive verblieb und mit der Gründung der IAH betraut wurde.[183] [...]

Auch in den letzten Jahren habe ich wiederholt in taktischen Fragen stark differenziert. Es gibt dort verschiedene Freunde, die vorübergehend, hauptsächlich 1929/30 in Deutschland waren, die mir bestätigen, dass ich die faschistische Entwicklung in Deutschland signalisiert habe. Sie werden sich erinnern, dass ich bereits im Jahre 1923 ein besonderes Büro mit einer besonderen Zeitung zum Studium der natio-

182 Unter Münzenbergs Anleitung spielte die Internationale Verbindung Sozialistischer Jugendorganisationen (IVSJ) für die Entwicklung des Widerstands und der Arbeiterbewegung insgesamt während und nach dem Ersten Weltkrieg eine bedeutende Rolle. Sie verbreitete u.a. die Zeitschrift *Jugendinternationale*, die von 1915 bis 1919 in 300 000 Exemplaren vertrieben wurde, und hielt vier Internationale Jugendtage ab (Oktober 1915, September 1916, September 1917 und Herbst 1919). Die Tradition hat sich als Pfingstreffen der Jugend bis heute erhalten (siehe: Richard Cornell: Revolutionary Vanguard: The Early Years of the Communist Youth International 1914–1924, Toronto 1982, S. 13ff.; Willi Münzenberg: Die dritte Front. Aufzeichnungen aus 15 Jahren proletarischer Jugendbewegung, Berlin 1930, S. 140ff.; die Zeitschrift digital mit einer historischen Einleitung von Gerd Callesen in: Quellen zur Entwicklung der sozialistischen Internationale (1907 - 1919). Internationale Verbindung Sozialistischer Jugendorganisationen, http://library.fes.de/si-online/jugend-intro-dt.html).

183 Angesichts einer verheerenden Hungerkatastrophe im von Mißernten, Revolution und Bürgerkrieg ausgezehrten Russland wird am 12.8.1921 das „Auslandskomitee zur Organisierung der Arbeiterhilfe für die Hungernden in Rußland“ als Keimzelle der IAH gegründet. Zusammen mit Clara Zetkin koordinierte Münzenberg das gemeinsam vom Exekutivkomitee der Komintern (EKKI) und der russischen Regierung geschaffene Komitee. Nach seinem unfreiwilligen Abschied aus der sozialistischen und kommunistischen Jugendpolitik wurde er – wie er später berichtet, von Lenin persönlich mit der Gründung der Hilfskomitees in ihrem Umkreis beauftragt (siehe auch: Gross: Willi Münzenberg, S. 181ff.).

nalsozialistischen Fragen geschaffen hatte und diese Frage gestellt habe.[184] Ich habe hier differenziert besonders mit meinem mir kameradschaftlich sehr nahestehenden Freunde H. N. [d.i. Heinz Neumann] aber auch mit der parteioffiziellen Terminologie, wie sie besonders in der Tagesagitation zum Ausdruck kam und dies speziell um die Jahreswende 1933, wo gesagt wurde, dass die nationalsozialistische Gefahr für Deutschland überwunden sei.

Besondere Differenzen bestanden, wie Sie wissen, in der Frage der Massenpropaganda und der Mittel und Methoden einer solchen Propaganda. Ich bin heute mehr denn je davon überzeugt, dass ich in diesen Auffassungen absolut und hundertprozentig Recht gehabt habe. Die sonst erfindungsreichen Propagandisten des Dritten Reiches greifen auf die „Welt am Abend", auf die „AIZ", auf unsere Filmbeispiele zurück, auf die Art und Methoden, wie wir unsere Feste und Massenaktionen organisiert haben, die mir in den parteioffiziellen Kreisen den Verruf des amerikanischen Schreiers eingebracht haben.[185] Ich erinnere mich mit einer ausserordentlichen Dankbarkeit, dass Sie es waren, mit wenigen Freunden dort, die mir überhaupt diese Arbeit ermöglicht hatten, aber an Ort und Stelle musste ich diese Arbeit gegen den Widerspruch und die Erschwerung der offiziellen Partei und ihres Apparates durchführen. Ihnen kann ich sagen, dass ich in den ersten Stunden nach der Reichstagsbrandgeschichte, aber besonders nach den Lobeshymnen auf die unvergleichliche Propagandatätigkeit von Göbbels und Konsorten geradezu eine körperliche Wut darüber empfand. Ich fühlte, dass, wenn man mir nicht Steine in den Weg geschmissen hätte, mir die Freiheiten in meinen Reihen gegeben hätte, die die nationalsozialistischen Propagandisten in ihren Reihen haben, ich mich jeden Tag mit ihnen gemessen hätte und bereit bin, mich morgen mit ihnen zu messen. [...]

Ich habe mich bei all diesen taktischen Differenzen, die seit 1921 gewesen sind, ständig unterworfen. [...] Ich weiss sehr gut, dass ich mich in verschiedenen Fragen geirrt habe und dass ich in anderen Fragen wie z.B. in der Jugendfrage, der Frage

---

184 Überliefert ist die Existenz (für die Jahre 1922?/1923?) einer „Kommission des EKKI zum Studium des Faschismus" (Bayerlein: Das neue Babylon, S. 223). Babette Gross schrieb: „Im Sommer 1923 hatte Willi Münzenberg zusammen mit Valeriu Marcu eine Analyse des neuen Phänomens, des Faschismus, versucht [...]. Er vertrat die Meinung, daß der Faschismus die Folge der Fehler der Arbeiterparteien in Deutschland wie in Italien sei, daß die Faschisten in die Lücke gesprungen seien, die durch die versäumten Revolutionen entstanden sei. [...] Mit einer solchen Kritik der Arbeiterparteien, die die Kommunisten einschloß, war man aber in der Komintern nicht einverstanden, und Münzenberg mußte die Zusammenarbeit mit Marcu einstellen." (Gross: Willi Münzenberg, S. 233f.). Im Jahre 1933 knüpfte Münzenberg durch die Gründung des Internationalen Antifaschistischen Archivs in Paris an diese Bestrebungen an (siehe: Reinhard Müller: Über die Gründung des Pariser Instituts zum Studium des Faschismus. Neue Moskauer Dokumente. In: *Exil* (2012), H. 1, S. 34–42).

185 *Filmbeispiele, Feste*: Die Internationale Arbeiter-Hilfe nutzte nicht nur über den Prometheus Verleih (vor allem sowjetischen) und Eigenproduktionen den Film als Medium für die Arbeiterbewegung, sondern wurde über den überparteilichen Volks-Film-Verband auch für Intellektuelle interessant. Seit Beginn der Initiative 1927 wurde der Internationale Solidaritätstag 1930 zu einem grossen Festival ausgebaut („Fest der 100 000") (Braskén: The Revival of International Solidarity, S. 423ff., S. 471ff.

der Einschätzung des deutschen Faschismus, der Frage der Mittel und Methoden der Massenarbeit, Recht habe, aber über alle diese Fragen stand bei mir, steht bei mir, und bei mir immer stehen die zügelloseste Arbeitsgier in der Bewegung und ich schreibe diesen Brief an Sie, lieber Genosse, heute nicht, um Ihnen irgendwelche Bedenken oder Bauchschmerzen über politische und taktische Fragen mitzuteilen, sondern ich wende mich heute an Sie als einen Freund, vielleicht den objektivsten und gerechtesten Freund seit Lenins Tod, weil heute Zustände bei uns einzureissen drohen, die einfach die Arbeit, unberücksichtigt von taktischen Einstellungen, die rein praktische Arbeit für die Bewegung, drohen unmöglich zu machen.

Ich weiss nicht, ob Sie in einer ruhigen Stunde die Möglichkeit hatten, die Entwicklung der Kaders und der einzelnen Personen in der KI seit 1919 an sich vorüberziehen zu lassen, wie ich das auf meinen Irrfahrten von Deutschland nach hier getan habe.[186] Dabei drängte sich bei mir die Feststellung auf, dass wir, und dies besonders in den letzten Jahren, eigentlich keine starken aus der Jugend emporgewachsenen Persönlichkeiten entwickelt haben, weder auf dem theoretischen noch auf dem politischen Gebiet, noch auf den Gebieten der Agitation, der Organisation und der Propaganda. [...]

Darüber will ich heute schreiben, und wenn ich dabei meine eigenen Erfahrungen besonders mitsprechen lasse, dann nicht, weil ich meine Frage für eine interessante Frage halte – auf eine mehr oder weniger kommt es nicht an und auch nicht darauf, ob einer mehr oder weniger leisten darf, sondern deshalb, weil sie für mich die lebendigste ist und weil ich weiss, dass das wirklich ist, was ich schreibe. Aber ich wiederhole, dass das, was ich erlebt habe und woran ich seit Jahren leide, keine Frage nur von mir ist, sondern eine Frage von hunderten und hunderten kräftiger, talentierter, arbeitswilliger, begeisterter und bis zum Tode treu ergebener Genossen der kommunistischen Bewegung. Deshalb schreibe ich Ihnen diesen Brief und deshalb schildere ich Ihnen einige meiner Erlebnisse und Erfahrung. Ich schreibe Ihnen, weil ich hoffe, dass diese Schilderung mithelfen wird, eine Ueberprüfung der Arbeitsweise unserer Bewegung vorzunehmen und um hunderten, zur Arbeit drängenden Genossen eine gewisse Bewegungsmöglichkeit in der Entfaltung einer eigenen Initiative zu geben.

Ich will nicht alle Fälle aufzählen und alle Erlebnisse, die ich gehabt habe, um diese These zu beweisen, dass die Schwere des Apparates und die Art, wie er arbeitet, nicht die Initiative fördert, sondern sie lähmt und tötet und damit auch die Bewegung schädigt. [...][187]

---

186 Mit Hilfe von Babette Gross konnte der steckbieflich gesuchte Münzenberg auf abenteuerlichen Wegen mit Unterstützung des jüdischen Religionsphilosophen Martin Buber, des Schwiegervaters ihrer Schwester Margarete Buber-Neumann und einer falscher Identität zunächst ins Saargebiet, dann nach Frankreich fliehen (siehe: Gross: Willi Münzenberg, S. 358ff.)

187 In der Folge der Darstellung werden Einzelbeispiele aus den verschiedenen Organisationen aufgeführt, so der „Liga gegen Imperialismus“, der „Amsterdamer Antikriegsbewegung“, des „antifaschistischen Kongresses“ bzw. Komitees sowie der „Internationalen Arbeiterhilfe“.

Das sind ungesunde Methoden, die die Arbeitsentwicklung hemmen und zerstören müssen.

Ein anderes Kapitel: der Antifaschistische Kongress.[188] Ende März erhalte ich Nachricht, erreicht mich der erste Brief mit der Mitteilung über die Organisierung des Antifaschistischen Kongresses, ein wüster, unerhörter unqualifizierter Schimpfbrief, wie ich ihn in meinem Leben noch nicht erhalten habe. Einige Wochen später habe ich eine heftige Auseinandersetzung mit dem für die Organisierung des Kongresses verantwortlichen und damit beauftragten Genossen K[189] mit dem Resultate, dass nicht nur ich, sondern eine grosse internationale Organisation von jeder weiteren Mitarbeit an dem Kongress ausgeschlossen wird. Es ist schon ein Skandal, dass wegen einer Auseinandersetzung, bei der mir, wie ich heute noch tief überzeugt bin, das bitterste Unrecht seit Jahren geschehen ist, ich als einer der bekanntesten Antifaschisten, der von der deutschen Bourgeoisie mit Recht oder Unrecht, als einer der stärksten Träger des antifaschistischen Kampfes und als aktiver Kämpfer gegen den Faschismus in der Presse bezeichnet wird, vollkommen ausgeschaltet bin von jeder Sitzung, ausgeschaltet bin von jeder Besprechung, sogar von der Teilnahme am Kongress, so ist es ein unverzeihlicher politischer Skandal, dass eine Organisation wie die IAH, nur deshalb, weil ich ihr Sekretär bin und mit einem der Organisatoren des Antifaschistischen Kongresses eine Auseinandersetzung hatte, auf dem Kongress wie Dreck behandelt wurde. Alle anderen Organisationen hatten Redner, durften den Kongress offiziell begrüssen, der IAH wurde das verweigert. Für die andern Organisationen wurden Resolutionen angenommen, für die IAH wurde das verweigert. [...]

Ein anderer Fall. Auf meine Anfrage im Januar teilen Sie mir mit: bleiben bis zur letzten Stunde, vorbereiten die Uebersiedlung und dann draussen weiter arbeiten. In den entscheidenden Tagen steigert die faschistische Presse ihre Hetze gegen mich ins Masslose.[190] Ich bin in Süddeutschland. Ich versuche, mich zu halten, so lange es möglich ist. Die faschistische Propaganda macht mich verantwortlich für die ganzen angeblichen Provokationsdokumente, für Brunnenvergiftungen, Geiselmorde und der Teufel weiss noch wofür. Ich bin verantwortlich für die Ueberführung wichtiger Organisationen und Unternehmungen. Ich entschliesse mich nach der Ueberfüh-

188 Der Internationale Kongress des Weltkomitees gegen Krieg und Faschismus (WKKF) wurde vom 4.6.1933 –6.6.1933 im Pariser Salle Pleyel, Rue du Faubourg St Honoré, abgehalten, mit über 3.000 Delegierten. Die sogenannte Amsterdam-Pleyel-Bewegung ging im Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus (franz. Comité mondial contre la Guerre et le Fascisme) auf. Im Verhältnis zum Amsterdamer Friedenskongress (August 1932) wurde die antifaschistische Ausrichtung des deutlicher an der offiziellen Linie der Komintern ausgerichteten Kongresses nun stärker dem Antikriegskampf untergeordnet. Zu den Unterstützern gehörten seinerzeit noch der junge Albert Camus sowie Albert Einstein, der sich jedoch später öffentlich von der “verdeckten Propaganda im Dienste des russischen Despotismus” distanzierte. Vgl. Willi Münzenbergforum, http://www.münzenbergforum.de.

189 Genosse K.: Vermutlich Alfred Kurella (Ps. Bernard) als rechte Hand von Henri Barbusse im Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus.

190 Im *Völkischen Beobachter* vom 2.3.1933 wurde Münzenberg sogar als „geistiger Leiter“ einer geplanten Massenvergiftung von Speisen und Brunnen tituliert (zit. in Gross: Willi Münzenberg, S. 362).

rung auf den Frontabschnitt zu gehen, den Sie bestimmen. Ich gehe also nach dem Ausland, so schwer, wie ich selten einen Weg gegangen bin. Trotzdem mir alle Vernunftgründe sagen, es ist richtig, das Gefühl sträubt sich dagegen. Ich kann nicht, das Gefühl wird immer wieder lebendig; die anderen sind drüben, du bist hier. Ich finde nur ein Mittel, um darüber wegzukommen: die fieberhafteste, gesteigertste Arbeitsleistung, die nur möglich ist. Ich versuche das Maximum von Agitation zur Unterstützung unserer deutschen Freunde zu organisieren, ich versuche, die ins Ausland geflüchteten Leute zusammenzufassen. Es ist niemand hier ausser mir. Ich versuche Komitees zu schaffen, Geld aufzubringen, weil niemand dazu die Hände rührt und es gelingt tatsächlich, die erste Welle von draussen zu erzeugen. Da, nach einigen Wochen, kommen die Kommissionen, die Unterkommissionen, die Subkommissionen, die Beauftragten, die Unterbeauftragten, stellen fest, dass die Initiative natürlich gut sei, aber man darf sie nicht ausüben. Initiative wird in Resolutionen gefordert, aber man darf sie nicht entwickeln, wenn nicht die kompetenten Stellen sie entwickeln. Im ersten grössten Aufschwung der Bewegung funkt man dazwischen, zerstört hunderte von Verbindungen, verbietet weitere Initiative, beschwert sich, droht mit Verfahren, richtet Briefe nach dort, sendet Kuriere nach dort, telegrafiert jeden Tag, dass hier ein Mensch sitzt, der zuviel arbeitet und zuviel Initiative hat. [...]

Eine andere Frage: Der Gegen-Prozess. Im März treffe ich hier den Freund M.[191] den Sie geschickt hatten und der mir u.a. Ihren persönlichen Wunsch übermittelt, mit Hilfe von Romain Rolland einen Gegen-Prozess zu organisieren.[192] Ich nehme mich mit Eifer der Sache an. Es gelingt 10 der bekanntesten Juristen der Welt zu bekommen. Die ganze Presse wird aufmerksam. Der Gegen-Prozess rückt in den Mittelpunkt des ganzen öffentlichen Interesses. Wiederholt wird das von drüben bestätigt. Genaue Instruktionen kommen. Es wird eine Dreier-Kommission von drüben eingesetzt, die intern alles führen soll. In dieser Dreier-Kommission wird alles bis auf die letzte Zeile und das letzte Flugblatt besprochen. Da bekommt die Rote Hilfe plötzlich ein Telegramm, einen gleichen Gegen-Prozess wie im Haag in Paris zu organisieren. Die Leute müssen sich natürlich an die gleichen Juristen wenden und die Juristen halten uns entweder für wahnsinnig oder für Hochstapler. Und so geht das fort.

Wir haben erreicht, dass in England, in Spanien, in Holland tausende führende Intellektuelle, die uns bisher absolut fernstanden, zum ersten Mal für eine Aktion gewonnen wurden und aktiv arbeiten und jeden Tag hat man nichts anderes zu tun als alle Angriffe abzuwehren, damit die Komitees nicht auseinander gehauen und zer-

191 Freund M.: Möglicherweise handelte es sich um Dmitri Manuilski. Neben dem Komintern-Sekretär hielt sich seit 1932 auch Lajos Magyar (Ps. Ludwig) in Berlin und Paris auf, der eng mit Münzenberg zusammenarbeitet. Siehe seine hier veröffentlichten Berichte, Dok. 289 u.a.; vgl.: Gross: Willi Münzenberg, S. 420.

192 Zum Gegenprozess siehe Dok. 325. Hier wird deutlich, dass Stalin zwar den Münzenberg-Kanal für eine partielle antifaschistische Initiative nutzte, andererseits jedoch im Rahmen der offiziellen sowjetischen Politik eine strikte Zurückhaltung übte und eine umfassende antifaschistische Kritik nicht erlaubte (siehe hierzu den Beitrag von Bayerlein in Band. 1, S. 269ff.).

schlagen werden. 90% aller Kraft braucht man, um die Störungen abzuwehren und nur 10% bleiben, um weiter nach aussen zu arbeiten. Das macht das stärkste Ross kaputt. So kann man nicht mehr arbeiten [...]

Welche geradezu ungeheuerliche Schärfe dieser Kampf annimmt, darüber informiert sie beiliegender Brief, den der Ihnen und besonders auch Béla K[un] bekannte radikale Schriftsteller von Brentano[193] an einen Pariser Freund geschrieben hat. Die in diesem Briefe gemachten Mitteilungen waren für mich so ungeheuerlich, dass ich lange gezögert habe, den Brief weiterzugeben und ich gebe ihn erst heute weiter, nachdem ich von anderer Seite eine Bestätigung über die Richtigkeit der in dem Briefe aufgestellten Behauptungen erhalten habe, und meine Frau das in dem Brief erwähnte Zirkular selbst einsehen konnte.

Aus diesem Briefe von Brentano ergeben sich folgende Tatsachen. Kurz nach dem Reichstagsbrand haben die 3 Versöhnler Humber-Droth [d.i. Jules Humbert-Droz], Otto Heller und Robert [d.i. Karl] Volk den wegen trotzkistischen Abweichungen aus der Komintern ausgeschlossenen Tranquilli [d.i. Ignazio Silone] aufgesucht, der in Zürich mit Unterstützung sozialdemokratischer Kreise eine Monatsschrift „Information" herausgibt, und der unter dem Namen Silone einen ausgezeichneten geradezu vorbildlichen antifaschistischen Roman geschrieben hat.[194] Die 3 Versöhnler haben Tranquilli erklärt, dass jetzt eine neue Welle kommt und dass sie an die Macht kommen. Von ihm haben sie die Zurverfügungstellung seines Blattes verlangt und ihm dafür versprochen, ihn in die Partei aufzunehmen und ihn in die neue italienische Leitung vorzuschlagen. Tranquilli hat zugesagt. Es sind mehrere Artikel von Heller unter einem Pseudonym erschienen und es ging ein Zirkular heraus von dem Vertreter des Kominternverlags, an die Litstellen, dass in Zukunft nicht mehr „Unsere Zeit"[195] vertrieben werden sollte, die mit der trotzkistischen „Weltbühne"[196] auf eine

---

193 Der deutsche antifaschistische Schriftsteller Bernhard von Brentano (1901–1964) kritisierte auch in weiteren Briefen die in der Katastrophe endende KPD- und Kominternpolitik scharf (vgl. Gerhard Müller: „Warum schreiben Sie eigentlich nicht?" Bernhard von Brentano in seiner Korrespondenz mit Bertolt Brecht (1933–1940). In: *Exil* 9 (1989), Nr. 2, S. 42–53, hier S. 47).

194 Die Monatszeitschrift *Information* erschien mit dem Untertitel „Wirtschaft, Wissenschaft, Erziehung, Technik, Kunst" 1932–1933/1934 in Zürich, unter der Leitung von Emil Oprecht und Ignazio Silone. Bei dem Roman handelt sich um das erste grosse Werk Silones, „Fontamara", das die faschistische Einflussnahme im Abruzzendorf Fontamara literarisch verarbeitet. Es entstand im schweizer Exil. Siehe: Ignazio Silone: Fontamara. Roman, Zürich, Oprecht, 1933; Neuausgabe Köln, Kiepenheuer & Witsch, 1962. Silone arbeitete später mit Münzenberg zusammen und veröffentlichte u.a. in der Zeitschrift „Die Zukunft".

195 *Unsere Zeit: Halbmonatsschrift für Politik, Literatur, Sozialpolitik und Arbeiterbewegung,* die als Nachfolgeorgan von *Der Rote Aufbau* vom Exekutivkomitee der Internationalen Arbeiterhilfe im Namen von Willi Münzenberg herausgegeben wurde und in Berlin, Basel und Paris (in den Editions du Carrefour) erschien. Seit 1934 von Alexander Abusch als Chefredakteur geleitet, wurde sie 1935 wegen finanzieller Schwierigkeiten eingestellt (Schiller: Der Traum von Hitlers Sturz, S. 9, 117 u.a.).

196 Die *Weltbühne* (vormals Schaubühne als Theaterzeitschrift) erschien seit 1918 als Wochenschrift für Politik, Kunst und Kultur unter Siegfried Jacobsohn, Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky in

Stufe gestellt wurde, sondern in Zukunft nur noch die „Information". Heller versuchte Tranquilli von der redaktionellen Stelle zu verdrängen. Dann kam es zum Bruch. [...]

Nach dem Bruch proklamierten die Versöhnler den Boykott der „Information" und taten ihren Mitverschwörer Tranquilli in Acht und Bann. Die Universum-Bücherei, die u.a. Werke von Schiller, Heine und Goethe herausgebracht hat, hatte unterdessen den Roman Silones übernommen, der auch von dem Kominternverlag für andere Uebersetzungen erworben wurde.[197] Daraufhin organisierten die Versöhnler und der von ihnen beeinflusste Leiter der Parteilitstelle, Bickel, in Zürich,[198] ein offizielles Schreiben des Z.K. der Schweizerischen [Kommunistischen] Partei, in dem gedroht wurde, ein Massenboykott gegen die AIZ durchzuführen und Anzeige bei der Komintern zu erstatten, wenn der Roman von uns vertrieben würde. Die schweizerische Partei und ihr Litvertrieb, ein Spielball bei den Manövern einer Versöhnlergruppe.

Berlin. Nach ihrem Verbot durch die Nationalsozialisten wurde sie nach einem Zwischenspiel in Wien im Prager und dann im Pariser Exil weitergeführt. Ab 1933 blieb sie zunächst Heimat und Sprachrohr der unabhängigen linken Weimarerer Intelligenz unter dem neuen Chefredakteur Willi Schlamm, der sowohl gegenüber der SPD, als auch der KPD und dem Stalinismus kritisch eingestellt war, ohne deswegen eine „trotzkistische Weltbühne" zu sein. Nach dessen Ablösung im März 1934 unter Hermann Budzislawski wurde sie in das „Fahrwasser" der KPD geleitet, ohne hundertprozentig auf Parteilinie zu sein (Walter: Exilpresse, IV, S. 37ff.). Vergnon spricht von einer Mischung aus „Verschlagenheit, Erpressung und Orchestrierung der legitimen antifaschistischen Erwartungen", mit der sich die Zeitschrift der KPD annäherte, ohne zu einem offiziellen Sprachrohr zu werden, und damit jedenfalls eine Konkurrenz auf der Linken ausschaltete. Nach Kriegsbeginn 1939 verboten (Walter: Exilpresse, IV, S. 23–71; Gilles Vergnon: Prague 1933, la *Neue Weltbühne*, une revue allemande en exil. In: *Cahiers Léon Trotsky* (1991), 45, S. 45–78, hier S. 68). Zur weiteren Entwicklung István Deák: Weimar Germany's Left-Wing Intellectuals. A Political History of the "Weltbühne" and its Circle, Berkeley, University of California Press, 1968; Toralf Teuber: Ein Stratege im Exil. Hermann Budzislawski und „Die neue Weltbühne", Frankfurt am Main e.a., Lang, 2004 (Europäische Hochschulschriften. Reihe 1. Deutsche Sprache und Literatur. 1895). Gegen die These der Annäherung an die KPD siehe u.a.: Thomas A. Eckert: 'Die Neue Weltbühne' unter der Leitung von Hermann Budzislawski – 'im Fahrwasser der KPD'? In: Michael Grunewald, Frithjof Trapp: 'Autour du Front populaire allemand'. Einheitsfront. Volksfront, Bern-Frankfurt am Main e.a., Peter Lang, 1990 (Contacts. Série III. Etudes et documents. 9), S. 111–127.

197 *Universum-Bücherei*: Die im Oktober 1926 gegründete Universum Bücherei eröffnete als eigenständig agierende Buchgemeinschaft dem Neuen Deutschen Verlag und der Internationale Arbeiterhilfe einen weiteren Vertriebsweg. Laut Eigenanzeige fühlte sie sich den „Vorwärtsstrebenden" und der „modernen Weltliteratur" verpflichtet. Weltkongress und Feier zum zehnjährigen Bestehen der Internationale Arbeiterhilfe. Die Universum Bücherei organisierte ein Fest im Berliner Sportpalast, das aufgrund des großen Andrangs auch „Fest der 20.000" genannt wurde. Nach ihrem Verbot 1933 erfolgte eine Neugründung als Genossenschaft in Basel, wo sie bis 1939 bestand (Heinz Lorenz: Die Universum-Bücherei. Geschichte und Bibliographie einer proletarischen Buchgemeinschaft. 1926–1939, Berlin, Antiquariat und Verlag Elvira Tasbach, 1996).

198 Hans Bickel (1884–1961) war ein deutsch-schweizer Linkssozialist und Kommunist. Er arbeitetet später auch in der Rundschau-Nachrichten-Agentur mit und trat nach dem Stalin-Hitler-Pakt aus der KP der Schweiz aus.

Um das Durcheinander voll zu machen, kommt einige Wochen später ein Vertreter der K.P.D. nach der Schweiz mit dem Auftrag, ein überparteiliches Komitee zu bilden. Der Mann ist begeistert, als er einen ausgezeichneten Mann gefunden hat, der über alle Intellektuelle verfügt, der das Zentrum einer solchen Bewegung sein könnte und sein muss … Silone. Also geschehen vor wenigen Wochen, im Jahre 1933 in der schweizerischen Sektion der KI.

Ein anderer Fall: Wir führen den erbittertsten Kampf gegen die faschistische „Welt am Abend" auch öffentlich in der Presse gegen einen Verräter, der die Sache mitmacht, um seine Wohnung zu retten. Wir strengen zivilrechtliche und strafrechtliche Prozesse an usw.[199] In diesem Moment erreicht uns die Nachricht, dass in Berlin eine neue „Arbeiter-Bilder Zeitung" unter dem Namen „ABZ" erscheinen soll.[200] Der ursprünglich geplante Name „AIZ" war von der Staatspolizei verboten worden, weil man dadurch eine Behinderung der Verfolgung der heute schon zu Tausenden nach Deutschland gebrachten wirklichen „AIZ" befürchtete. Diese Bilder-Zeitung ist eine ausgesprochen faschistische Bilderzeitung, genau wie die „Welt am Abend", von den gleichen Hintermännern gemacht, von den gleichen faschistischen Staatsministern zugelassen. An dieser Zeitung arbeiten eine Reihe der besten Parteifunktionäre und Instrukteure vom Wedding mit, wie ihnen gesagt wurde, auf Beschluss des Z.K. der K.P.D.

Alle unsere Versuche, darüber Klarheit zu schaffen, eine Verständigung zu erreichen, ein gemeinsames Vorgehen zu sichern, sind gescheitert. Es ist klar, dass, wenn es sich bewahrheiten sollte, wofür verschiedenes, u.a. auch ein Bericht des Genossen Holm spricht,[201] dass das Z.K. der K.P.D. aus irgendwelchen Gründen seinen Funktio-

---

199 Die *Welt am Abend* erschien seit 1926 als Tageszeitung mit Boulevardcharakter und einem großen Kulturteil in dem von Münzenberg um die Internationale Arbeiterhilfe herum aufgebauten Pressekonzern. Feuilletonchef war Kurt Kersten – später erschien als Parallelausgabe die *Welt am Morgen* unter Chefredakteur Bruno Frei. Das Blatt vermied den Jargon parteioffizieller Resolutionen, öffnete sich dem Boulevard, baute den (Arbeiter-)Sportteil aus und äußerte sich in einem engagierten Feuilleton für Aktionen und Ziele der radikalen Arbeiterbewegung. Mit dieser Mischung wird sie zum meist gelesenen Arbeiterblatt und zur größten Abendzeitung Deutschlands. Für das Jahr 1929 gab der Kosmos Verlag eine Auflage von 230.000 an. Damit war war sie ein ernsthafter Gegener vor allem für den Konzern des Deutschnationalen Hugenberg (vgl. Dok. 168). 1933 verboten, erschien sie „getarnt" und „unter nationalsozialistischer Obhut" von Mai bis September 1933. Sowohl die von NS-Seite betriebene Wiederbelebung der *AIZ*, als auch der *Welt am Abend* erwiesen sich als Fehlschlag. Siehe: Hartwig Gebhardt: Nationalsozialistische Werbung in der Arbeiterschaft. Die Illustrierte „ABZ. Arbeit in Bild und Zeit". In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 33 (1985), H. 2, S. 310–338, hier: S. 314, S. 338; vgl. Willi Münzenberg Forum, http://www.münzenbergforum.de.

200 Die *ABZ* erschien ab Juli 1933, teilweise mit direkt aus der Prager AIZ abgeschriebenen Artikeln. Die letzte von Gebhardt eruierte Ausgabe (Nr. 19) stammt vom 26.11.1933. Im Zuge der Stabilisierung des NS-Regimes war man dann auf eine Tarnillustrierte nicht mehr angewiesen (Gebhardt: Die Illustrierte, S. 319, 337f.)

201 Das KPD-Mitglied Hans Holm (1895–1981) arbeitete 1932/1933 im Auftrag der Komintern für die internationalen Parteiverlage.

nären erlaubt hat, mitzuarbeiten, und das begünstigt, dass dann der Kampf gegen die faschistische „Welt am Abend“ ausserordentlich erschwert ist. [...]

Ich möchte nur eines erreichen, dass mir und den hundert andern, die arbeiten wollen und arbeiten können, die Möglichkeiten zur Arbeit gegeben werden. Dass sie alle ganz und mit aller Kraft für unsere Bewegung und für die proletarische Revolution arbeiten dürfen, ohne dass man versucht, ihnen dreimal täglich die Knochen zu brechen.

Mit dem Ausdruck der festesten und unverbrüchlichsten Waffenkameradschaft bin ich und verbleibe ich

[sign.]: Willi [Münzenberg][202]

Dok. 331

Bericht über die organisatorische Lage der KPD angesichts des existenzbedrohenden NS-Terrors

[Moskau], 22.7.1933

Typoskript mit handschriftlichen Einschüben, in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/25/548a, 1–16. Erstveröffentlichung.

7161/8/Schw./Bg.
22.7.1933

Streng vertraulich.

Stempel: 3143 *23.IIII 1933

Die organisatorische Lage in der KPD.

Die Zahl der von der Kassierung erfassten Mitglieder betrug im Monat April 151.000 (das ist 49% der Durchschnittsziffer des letzten Vierteljahres 1932). Im Monat Mai betrug sie etwa 116.000. Die Zahl der kassentechnisch erfassten Mitglieder ist jedoch nur ein Teil der tatsaechlichen Mitgliederzahl. Hinzuzurechnen sind hier noch mindestens 30.000 in den Gefaengnissen und Konzentrationslagern verhaftet sitzende Parteimitglieder und jene zehntausende von Parteigenossen, in hunderten von Ortsgruppen, auf dem flachen Lande, die infolge des Fehlens von Verbindungen mit den Leitungen, der Verhaftung von Funktionaeren oder infolge besonderer Schwierigkeiten, oder als in der Emigration befindlich des starken Druckes des faschistischen Terrors nicht erfasst werden konnten. Andererseits ist aber auch zu beruecksichtigen, dass insbesondere in den Grosstaedten die Zahl der kassentechnisch errechneten Mitglieder insbesondere unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur, nicht

202 Im Dokument folgt noch ein Post-Scriptum zum antifaschistischen Kongress.

immer ein klares Bild gibt von der tatsaechlich vorhandenen Mitgliederzahl. Allgemein kann angenommen werden, dass bei Beginn des Monats Juni trotz drei Monate unerhoerten Terrors und ausserordentlich starker Verluste der Partei die Zahl der zur Arbeit vorhandenen Parteimitglieder ueber ein Drittel des Standes des Durchschnitts des letzten Vierteljahres 1932 betrugen. Dabei wird aber berichtet, dass die Tendenz bereits wieder eine aufsteigende ist und die Zahl der abgerechneten Mitglieder in der ersten Haelfte des Monats Juni schon so viel betrug wie im ganzen Monat Mai.

Dabei gibt es zwischen den Bezirken auch grosse Unterschiede, die auf verschiedene Ursachen zurückzuführen sind. Beispielsweise hat Hamburg im Mai 83% abgerechnet, Berlin dagegen nur 28%, in Berlin sollen im Juni nur 9.000 Mitglieder erfasst worden sein. [...]

In einigen Orten gibt es Diskussionen, die zeigen, dass bestimmte kleinere Kreise und Schichten innerhalb der Partei und des Jugendverbandes den vom Klassengegner und der Sozialdemokratie ausgehenden Druck unterliegen, oder unter diesem Druck ideologisch zurueckweichen. In einer Bezirksleitungssitzung berichtete der Vertreter des Jugendverbandes, dass bei den Intellektuellen im KJVD eine Stimmung vorhanden ist, dass das Proletariat eine Niederlage erlitten habe und diese Leute formulieren „Lieber eine Niederlage im Kampf als ohne Kampf". Der Jugendverband tritt aber solchen Stimmungen ausserordentlich energisch entgegen unter dem Aufzeigen, dass es sich hier offensichtlich um Auswirkungen der bereits im Herbst vergangenen Jahres im Jugendverband liquidierte Gruppen handelt, die sich um Heinz Neumann und nunmehr um die opportunistischen und putschist[isch]en Losungen von Herzen [d.i. Hermann Remmele] als dem unmittelbaren Fortsetzer der Gruppe Neumann sammeln.[203] Aus der Partei ist nur ein einziger ernsterer Fall bekannt, (Berlin: UB 24) wo eine Prop[aganda]-Funktionaerin im Sinne Herzens die Auffassung vertrat, das Proletariat hat eine Niederlage erlitten und einige Funktionaere sich dieser Auffassung anschlossen. In einem Teil der Berliner Strassenzellen wurde anfangs Mai in dieser Richtung Diskussionen gefuehrt, aber mit ueberwiegender Mehrheit ueberall die Einschaetzung des EKKI als richtig anerkannt. Dass es gerade in Berlin zu solchen Diskussionen kam, ist ebenfalls zurueckzufuehren auf die Arbeit der Ueberreste der Gruppe Neumann und darauf, daß der die ideologische Arbeit der Gruppe Neumann fortfuehrende Genosse Herzen seinen Wohnsitz in Berlin hatte. Von den Renegatengruppen versuchen sich die Trotzkisten in einigen Orten (Berlin, Frankfurt) bemerkbar zu machen. Obwohl die Partei das Auftreten und die Staerke dieser Gruppe nicht ueberschaetzt, hat sie dennoch beschlossen in den unteren Einheiten aufzutreten.[204] [...]

---

203 Das Politbüro-Mitglied Hermann Remmele opponierte nicht nur gegen die offizielle KPD- und Kominternlinie, nach der es sich 1933 nicht um eine Niederlage gehandelt habe, sondern warnte die Komintern frühzeitig, dass der Thälmann-Kurs notwendig in die Niederlage führen musste (siehe Dok. 301 u.a.).

204 Wie das „Auftreten" der KPD aussah, kritisierte der der KPD nahestehende Schriftsteller Bernhard von Brentano scharf am Frankfurter Beispiel: Er teilte am 18.7.1933 seine grundsätzliche Ablehnung der sog. „Heckert-Resolution" über die Komintern-Politik 1933 mit. In einem Brief an Bertolt

Ausserordentlich gering sind liquidatorische Stimmungen. Hier gibt es nur 3 Faelle, wo Versuche gemacht wurden, Parteiortsgruppen aufzuloesen oder solche Stimmungen in die Mitgliedschaft getragen. In einer erdrueckenden Mehrheit steht die Parteimitgliedschaft geschlossen hinter der Parteifuehrung und ueberall bei den Genossen zeigt sich durch die Ereignisse eine gewisse Festigung in der Erkennung der Richtigkeit der von uns gegebenen Einschaetzung der Entwicklung.



Am 1.8.1933 traf das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion eine Entscheidung in Sachen des „Vorschlags von Gen. Vorošilov über das Unterseeboot." Dabei hieß es, der Vertragsentwurf mit einer nicht näher benannten deutschen Firma sei zu bestätigen und an Vorošilov und Pjatakov zur Endredaktion zu übergeben. [205]

Am gleichen Tag beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Einberufung einer Sitzung der Exekutive der Komintern für November 1933. Auf der Tagesordnung des 13. EKKI-Plenums sollten der internationale Faschismus, die Kriegsgefahr und die Aufgaben der Kommunistischen Parteien stehen. Vorgesehen waren u.a. Berichte der KP Deutschlands und der KP Englands.[206]

Brecht beklagte er, dass „wieder geschlossene Leute von uns fort[gehen] (sic)" und „der Menschenverbrauch" „entsetzlich" sei: „Aber darüber dürfen sich die Leute nicht wundern, die mit der SA zusammenarbeiten [und Trotzkisten, SAP usw., der Polizei anzeigen]. (…) aber ich wollte es nicht glauben. So ist nun also in Frankfurt verfahren [worden] und (…) die (…) Denunziation soll 4 guten tüchtigen Arbeitern – welche allerdings Trotzkisten waren – das Leben gekostet haben. Können Sie etwas tun?" (Müller: „Warum schreiben Sie eigentlich nicht?", S. 42–53, hier S. 47; zum regionalen Beitrag zum antifaschistischen Widerstand der trotzkistischen Gruppe der Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD) siehe: Peter Berens: Trotzkisten gegen Hitler, Köln, Neuer ISP-Verlag, 2007).

205 APRF, Moskau, 3/64/661, 172. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 10.

206 RGASPI, Moskau, 17/162/15, 15. Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 291–292.

Dok. 332

Bericht des deutschen Botschafters in Moskau, Herbert von Dirksen, über Gespräche in Moskau zum Stand der sowjetisch-deutschen Beziehungen nach dem Machtantritt Hitlers[207]

Moskau, 17.8.1933

Typoskript in deutscher Sprache. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, R 31498 (Abt. IV, Az. Russland Politik 2 geh.: Politische Beziehungen zu Russlands zu Deutschland, Bd. 11).[208] Erstveröffentlichung. Teilw. zit. in: Besymenski: Stalin und Hitler, S. 69f.

17. August 1933

Vertraulich!

Lieber Bülow![209]
Ich möchte Ihnen heute über eine Unterhaltung mit Herrn *Jenukidze* privatschriftlich berichten, da die ganzen Umstände dieses Besuches mehr vertraulicher Art sind. Herr *Jenukidze*, dessen Stellung etwa der des Staatssekretärs *Meissner* beim Reichspräsidenten entspricht,[210] ist kürzlich von einem Kuraufenthalt zurückgekommen, den er entgegen der diesjährigen Parole Moskaus, Deutschland zu meiden, zum größten Teil in Deutschland – und zwar in Königstein im Taunus – zugebracht hat.[211] Er ist einer der aufrichtigsten und wärmsten Freunde Deutschlands in der Sowjetunion. Da er zur nächsten Umgebung Stalins gehört – er ist auch Georgier – ist auch sein politischer Einfluss gross. Herr *Jenukidze* hat meine Frau und mich sowie Herrn und Frau *von Twardowski* gestern zu sich auf seine „Datsche" eingeladen; eine hübsche kleine Villa 30 km von Moskau entfernt. Herr und Frau *Krestinskij* und Herr *Karachan* nahmen noch an dem Essen teil. Da diese Einladung auf die Datsche besonders freundschaft-

---

207 Bericht von Dirksens an Prinz Bernard von Bülow, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, als Durchschlag an Siegfried Hey, Mitarbeiter der Osteuropa-Abteilung des Auswärtigen Amtes, Berlin.
208 Als Vorlage für die Kopie diente die Rückvergrößerung der alliierten Filmkopie, da die brandgeschädigte Originalakte noch nicht restauriert ist.
209 Brief an von Bülow: „Das durch von Dirksen aufgezeichnete Gespräch mit Jenukidse wurde von sowjetischer Seite nicht veröffentlicht. Es galt als Erfindung, als Verleumdung der antifaschistischen Prinzipien der sowjetischen Politik. Heute ist klar, daß dies einer der Sondierungsversuche war, die Stalin damals startete." (Besymenski: Stalin und Hitler, S. 70).
210 Avel Enukidze (1877–1937), zunächst Intimfreund Stalins, war Sekretär des Präsidiums des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion und oberster Personalchef des Kreml. Bereits im März 1935 wurde der Freund und treue Gefolgsmann Stalins im Zusammenhang mit einer transkaukasischen Affäre seiner Funktionen enthoben, später wegen Hochverrat und Spionage angeklagt und 1937 erschossen. Otto Meissner (1880–1953) war als Staatssekretär unter allen Präsidenten der Weimarer Republik, wie auch als Chef der Präsidialkanzlei Hitlers tätig.
211 Enukidze befand sich (spätestens seit dem 17. Juli) in Kur in Bad Königstein im Taunus.

lich gemeint ist und als etwas Aussergewöhnliches bezeichnet werden kann, wäre ich für vertrauliche Behandlung der näheren Umstände unserer Unterhaltung dankbar.

Mir hat an der Unterhaltung mit Herrn *Jenukidze* auch aus dem Grunde besonders gelegen, weil ich jetzt bemüht bin, unseren Standpunkt einflussreichen Sowjetpersönlichkeiten gegenüber zur Geltung zu bringen, die nicht dem Außenkommissariat angehören. Ich glaube, dass die beiden Unterhaltungen, die ich mit *Molotov* und *Krestinskij* gehabt habe, Ihren Zweck voll erreicht haben, in dem sie mir einerseits Erklärungen von ganz maßgebender Sowjetseite brachten und mir andererseits die Möglichkeit zu einer Einwirkung auf die höchsten Parteistellen gaben.[212] Die Unterhaltung mit *Jenukidze* ist also in den Fahnen meines Berichtes Nummer A/16 84 vom 14. August hineinzustellen.

Ich nahm auf die Erklärungen Bezug, die mir Herr *Molotov* hinsichtlich der Politik der Sowjetregierung gegenüber Deutschland gegeben hatte und führte aus, dass diese Erklärungen für sich von großem Wert gewesen sein. Ich hätte während verschiedener Monate den festen Eindruck gehabt, dass die Sowjetregierung ihre Politik gegenüber Deutschland völlig zu ändern beabsichtige und dass sie eine ganz andere Orientierung eingeschlagen habe. Ich nahm Bezug auf die politischen Verhandlungen der Sowjetregierung in diesen Monaten und vor allem auf die Pressekampagne, die gegen uns in unerhörter Schärfe geführt worden sei; im Einzelnen hob ich die Beschuldigungen der Sowjetpresse, dass wir aufrüsteten und den Krieg vorbereiteten, sowie die veränderte Haltung zu Versailles und zu Polen hervor.[213]

Herr *Jenukidze* ging sogleich sehr lebhaft auf meine Ausführungen ein und gab mir Erklärungen ab, sie viel wärmer und viel positiver waren als die Äußerungen von Herrn *Molotov*. Er führte aus, die jetzt vielfach verbreiteten Gerüchte über eine Umorientierung der sowjetischen Außenpolitik und eine entscheidende Annäherung an Frankreich und Polen seien falsch. Die Sowjetregierung würde ihre Politik gegenüber Deutschland nicht ändern und sie in der bisherigen Weise fortführen; das sei die Ansicht *Stalin's* und entspräche auch den mir von *Molotov* gegebenen Erklärungen. Die Politiker der Sowjetunion würden auch Dummköpfe sein, wenn sie anders handelten, denn freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland entsprechen den eigenen Interessen der Sowjetunion ebenso wie das umgekehrte auch der Fall sei. Herr *Jenukidze* sprach dann noch ziemlich eingehend über Versailles, zitierte die Aussprüche Lenins, der diesen Vertrag für unhaltbar und untragbar erklärt und seine Bekämpfung empfohlen habe.[214]

---

212 Molotov blieb bei seiner Deutschland schonenden Linie. Während Maksim Litvinov den Zeitpunkt für gekommen hielt, als Maßnahme gegen NS-Deutschland Bündnisse mit den Westmächten vorzubereiten, wandte sich am 2.10.1933 Molotov scharf gegen den Außenkommissar. Er unterstrich, dass er „mit den Deutschen keine weitere Verschärfung für notwendig" hielte (Autograph, russisch. RGASPI, Moskau, 558/11/769, 134).

213 Hierbei bezog sich Dirksen auf die Haltung der Sowjetunion (und der Komintern) vor dem Machtantritt Hitlers.

214 Lenins Haltung zum Versailler Vertrag wird im Dok. 32 illustriert.

Ich gab darauf meiner Genugtuung über diese Erklärungen von Jenukidze Ausdruck und fügte hinzu, ich könnte nur wiederholen, was ich Herrn *Molotov* und Herrn *Krestinskij* erklärt habe, dass nämlich die deutsche Regierung ebenfalls an der bisherigen Russland-Politik festhalten wolle und dass auf unserer Seite alle Voraussetzungen dafür gegeben seien. Ich machte darauf aufmerksam, dass von Sowjetseite Einzelfälle, wie z. B. das Hugenberg-Memorandum[215] oder die Reise *Rosenbergs* nach London in ganz falscher Beleuchtung dargestellt worden seien und dass daran ganz unzulässige Schlussfolgerungen geknüpft worden seien.[216]

Herr *Jenukidze* erwiderte, dass gerade er und die leitenden Leute in der Sowjetunion viel Verständnis für die Entwicklung in Deutschland hätten und sich darüber vollkommen klar wären, dass gerade in den ersten Zeiten nach der Übernahme der Macht das agitatorische und das staatspolitische Element innerhalb der Partei sich erst allmählich trennten und dass erst allmählich die staatspolitische Linie sich bildete. Dies könne vielleicht auch von der Stellung von Herrn Rosenberg gesagt werden. Herr *Jenukidze* gab zu, dass die Sowjetpresse eine ungehörige Sprache gegen Deutschland geführt hätte, aber er meinte, das dürfe auch nicht überschätzt werden. Es gäbe genau wie in Deutschland auch in der Sowjetunion viele Leute, die rein parteipolitische Ziele in den Vordergrund stellten und von den staatspolitischen und von den staatspolitisch denkenden in Schach gehalten werden müssten.

Im Lauf des Gesprächs wiederholte Herr *Jenukidze* mehrmals und mit Nachdruck den Willen der Sowjetregierung zur unveränderten Fortführung der Politik gegenüber Deutschland, vorausgesetzt, dass auf der Gegenseite dieselbe Einstellung vorhanden sein.

Ich gab der Hoffnung Ausdruck, dass es gelingen möge, die deutsch-sowjetischen Beziehungen wieder zu einer Stabilisierung zu bringen, so dass Herr *Krestinskij* einwarf, dass der Zeitpunkt für solche Besprechungen vielleicht im Oktober gekommen sein würde.[217]

Durch die Unterhaltung mit Herrn *Jenukidze* festigt sich mein Eindruck, dass sich hier allmählich die stimmungsmäßige Grundlage bildet, auf der meine in Bericht Tgb. Nr. A/1634 vom 14. August angeregten Besprechungen geführt werden könnten. Es wird

---

215 Am 16.6.1933 präsentierte Hitlers Wirtschaftsminister Hugenberg auf dem Weltwirtschaftsgipfel in London in einem Memorandum die Ausdehnung des deutschen Lebens- und Wirtschaftsraums auf neue Kolonien und im Sinne der „Volk ohne Raum“-These in dünn besiedelten Regionen. Das Memorandum siehe: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie C, 1933–1937, Bd. I, Teil. 2, S. 557–562.

216 Stalin äußerte sich in seinem Rechenschaftsbericht des ZK auf dem XVII. Parteitag der VKP(b) im Januar/Februar 1934 eher vorsichtig und warnte davor, dass die „Männer der ‚neuen‘ Politik in allem das Übergewicht erlangen, die Anhänger der alten Politik aber in Ungnade gefallen sind.“ „Kein Zufall“ sei „auch das bekannte Auftreten Hugenbergs in London, genauso wie die nicht minder bekannten Deklarationen Rosenbergs nicht zufällig sind.“ (zit. in: Besymenski: Stalin und Hitler, S. 65).

217 Dabei sollte es um die Handels- und Kreditgespräche gehen, die sich jedoch nur langsam entwickelten.

wichtig sein, in der Zwischenzeit den Boden weiter vorzubereiten und ich glaube, dass eines der geeignetsten Mittel hierzu eine freundschaftliche Fühlungnahme mit Herrn *Krestinskij* wäre, falls dieser – was ich annehme – seinen Urlaub zu einer Kur in Kissingen gebrauchen wird.[218] Ich möchte es dringend empfehlen, Krestinskij anlässlich seines Aufenthaltes in Berlin, der wohl 2–3 Tage dauern würde, besonders freundlich aufzunehmen und eine Unterhaltung mit dem Reichskanzler oder dem Ministerpräsidenten *Göring* in die Wege zu leiten.[219] Ich würde ebenfalls sehr begrüßen, wenn auch Herr *von Neurath* oder in seiner Abwesenheit Sie Herrn *Krestinskij* ein Essen oder ein Frühstück mit einigen leitenden Persönlichkeiten des neuen Deutschland geben könnten. Herr *Krestinskij* ist zum ersten Mal wieder in Deutschland, seitdem er es im Oktober 1930 nach neun Jahren Botschaftertätigkeit verlassen hat.

Über all diese Fragen hoffe ich mich in den nächsten Tagen mit Ihnen unterhalten zu können, da ich am 21. in Berlin eintreffen werde.

Eine Abschrift dieses Briefes habe ich Herrn *Hey* zugeleitet.[220]

Mit herzlichem Gruß
bin ich
gez. von Dirksen.

Dok. 333

Resolutionsentwurf der Komintern zur Ablehnung eines internationalen Boykotts gegen Hitler-Deutschland

Moskau, 11.8.1933

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/60/242, 42–46. Erstveröffentlichung.

11.8.33.[221]
Vertraulich.

W[erte] G[enossen],
ich sende Ihnen den ersten Entwurf der Resolution des Politsekretariats zur *Boykott-Frage* mit der Bitte, am 13.8., pünktlich um 12 Uhr, auf der Sitzung (Zimmer Nr. 324) erscheinen zu wollen.[222]

---

218 Krestinskij hatte sich bereits in Bad Kissingen bei Dr. Leusser einer Kur unterzogen. Der Aufenthalt 1933 war vorbereitet. Siehe: Meyer an Dirksen, 17.7.1933, PAAA Archivband R 35966 (Handakten Direktoren: Meyer, Privatbriefe Dirksen und Schulenburg).

219 Das sowjetische Politbüro änderte mehrmals die Vorbereitungen eines Berlinbesuchs Litvinovs.

220 Siegfried Hey (1875–1963) war stellvertretender Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt in Berlin.

221 Handschriftliche unleserliche Notiz.

222 Während der Internationale Gewerkschaftsbund, unterstützt von der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, einen Wirtschaftsboykott Hitlerdeutschlands forderte, wandte sich die Komintern strikt

Mit kommunistischem Gruss
/Béla Kun/

Pe/9 Ex.
11.8.33. Vertraulich.

Resolutionsentwurf[223]
Zum Beschluss des IGB (Amsterdamer Internationale) über die Boykotterklärung gegen Deutschland.

Das Politsekretariat des EKKI stellt fest:

1. Die Erklärung durch den Brüsseler Kongress des IGB gegen das faschistische Deutschland[224] sowie die offizielle Unterstützung dieses Beschlusses durch die II. Internationale stellt ein Versuch des Betruges der Arbeitermassen dar, dessen Zweck in erster Reihe ist, die Arbeitermassen – in erster Reihe die sozialdemokratischen Arbeiter, die den Kampf gegen den Faschismus fordern, – von dem wirklichen revolutionären, antifaschistischen Kampf zurückzuhalten. Die Erklärung des Boykotts [des faschistischen Deutschland] ohne Verbindung mit dem antifaschistischen Kampf der deutschen Arbeiterklasse unter Führung der KPD will einerseits den betrügerischen Schein erwecken, als ob die internationale Organisation des Klassenverrats geneigt wäre, wirklich gegen den Faschismus zu kämpfen, andererseits möchte sie die Aufmerksamkeit der Arbeiter von dem Kampf gegen den Faschismus im eigenen Lande ablenken. Die bisherige Erfahrung zeigt deutlich und klar, dass die reformistischen

---

dagegen. Bereits im April 1933 hatte sie einen von einem jüdischen Komitee in den USA geforderten internationalen Warenboykott Deutschlands abgelehnt. In einer Instruktion an die KP der USA vom 16.4.1933 hieß es: „Wenn die Massen, empört von der Barbarei der Hitlerleute, den Boykott unterstützen, und ein Teil der amerikanischen Kapitalisten es auch durchführen will, dann – *all right*, denn es ist nicht unsere Sache, die Interessen der deutschen Faschisten zu unterstützen. Aber die KP selbst ruft jetzt keine Boykottlosung aus." (RGASPI, Moskau, 495/184/20, 115 (Ausg. 1933).

223 *Resolutionsentwurf*: Der definitive Beschluss konnte bisher nicht eruiert werden.

224 Der Brüsseler Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) vom 30.7.1933–3.8.1933 behandelte im Tagesordnungspunkt 1 den Faschismus als unmittelbare, bedrohliche internationale Gefahr: „Die außergewöhnlichen Gefahren, die der deutsche Nationalsozialismus auslöst, fordern außerordentliche Maßnahmen. Deshalb verhängt der Kongreß gegen die deutschen Waren den allgemeinen Boykott. Er begrüßt das Vorgehen jener Landeszentralen, die die hierzu notwendigen Maßnahmen schon getroffen haben. Er fordert nun alle angeschlossenen Organisationen auf, je nach den vorhandenen Möglichkeiten unverzüglich alle Maßnahmen zu treffen, um den Boykott wirkungsvoll zu gestalten. Der Kongreß appelliert an die organisierte Arbeiterschaft und an alle Menschen, die guten Willens sind, sich dem Boykott anzuschließen und die Opfer des Kampfes gegen den Faschismus durch freigebige Spenden für den Matteotti-Fonds zu unterstützen. Der Kongreß appelliert an alle nach Freiheit und Recht strebenden Menschen, mit der internationalen Arbeiterbewegung für die Verteidigung der Freiheit zu kämpfen, da es ohne Freiheit keine Kultur gibt." (zit. in: Franz Osterroth, Dieter Schuster: Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Electronic edition, Berlin [u.a.], 2. Vom Beginn der Weimarer Republik bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. 3., unveränderte Auflage, 1980, http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/chronik/band2/e235f1120.html).

Gewerkschaften und die Sozialdemokratischen Parteien in denjenigen Ländern, wo sie den Boykott der deutschen Waren noch vor dem Kongress erklärten, keine irgendwie ernsten Schritte zur Organisierung eines Massenboykottes der deutschen Waren unternommen haben. Der Boykottbeschluss des IGB-Kongresses wird selbst von den Führern der Amsterdamer und II. Internationale ebenso wenig ernst genommen.[225]

2. Der Betrug des Sozialfaschismus drückt sich besonders darin aus, dass die reformistischen Gewerkschaften und Sozialdemokratischen Parteien, inwieweit sie Schritte eingeleitet haben, Deutschland zu boykottieren – dies taten sie in der Form eines Boykotts der deutschen Waren – das im Interesse der Konkurrenzfähigkeit des eigenen Kapitalismus taten [...]

3. Die Kommunistische Internationale und ihre Sektionen können sich nicht hergeben, um so wie die II. und Amsterdamer Internationale als Mittel in den Händen eines imperialistischen Landes gegen das andere imperialistische Land, als eine Stütze der einen Form der bürgerlichen Diktatur gegen die andere ausgenutzt zu werden. Der proletarische Kampf gegen die blutige faschistische Diktatur des deutschen Finanzkapitals kann in anderen Ländern nur dann erfolgreich geführt werden, wenn dieser Kampf mit dem des deutschen Proletariats in direkter Verbindung steht und zur selben Zeit gegen die eigene Bourgeoisie gerichtet wird. [...]

Die Pflicht der Kommunistischen Parteien ist es, dem Kampf, den die Arbeiter in einigen Ländern, und besonders in einigen Hafenorten, für den Boykott des faschistischen Deutschlands, seiner Agenten, seiner Transporte schon führen,[226] zu erweitern und zu verstärken bis zum Boykott aller Transporte (Schiffs- und Eisenbahnladungen, Auto- und Avis-Verkehr[227] usw.) zur Organisierung der Verjagung der nationalsozialistischen Agenten im Auslande und Kampf für das Asylrecht der deutschen antifaschistischen Flüchtlinge, Kampf gegen jede Verletzung des Asylrechts durch bürgerliche und sozialdemokratische Behörden, zu einer regen Tätigkeit für die materielle Hilfe der Opfer des Faschismus in Deutschland und für die moralische und politische Unterstützung der antifa[schisti]schen deutschen Emigranten.

225 Der Boykottaufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes bedeutete einen Bruch mit dem ADGB, dessen Führung sich anfangs den korporatistischen Formen des NS-Systems anzunähern versuchte, was diesen jedoch nicht vor der „Gleichschaltung“ rettete (siehe Dok. 308).

226 Der internationale Warenboykott wurde durch Drittstaaten weitgehend unterlaufen, die eine Verschlechterung des Verhältnisses zu Deutschland nicht riskierten. Hingegen traf er Devisenbringer des Deutschen Reiches wie die Hamburg-Amerika-Linie empfindlich. Von NS-Seite wurde der 1. April 1933, der Tag des Boykotts jüdischer Geschäfte, Ärzte und Anwälte, als Antwort auf die internationalen Boykottbestrebungen dargestellt, doch verhinderten die internationalen Reaktionen vorerst eine Verstetigung solcher rassistischer Repressionsmaßnahmen. Siehe: Edwin Black: The Transfer Agreement. The Dramatic Story of the Pact Between the Third Reich and Jewish Palestine, New York-London, 1984, S. 10–14; Dietrich Aigner: Das Ringen um England. Das deutsch-britische Verhältnis, die öffentliche Meinung 1933–1939, München-Esslingen, Bechtler-Verlag, 1969, S. 221.

227 Gemeint ist der Flugverkehr.

Nur in einem solchen ernsten Kampf und nur durch eine solche ernste Vorbereitung eines wirklichen Transportboykotts des faschistischen Deutschlands kann der Transportboykott aus einer betrügerische Parole des Sozialfaschismus zu einer wirklichen Waffe des internationalen Proletariats gegen Hitlerdeutschland werden.



Am 15.8.1933 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, dem neuen deutschen Botschafter Rudolf Nadolny das Agrément auszustellen.[228] Nach acht Monaten gab Nadolny aus Protest gegen die sowjetfeindliche Politik der NS-Regierung den Posten freiwillig auf.

Ebenfalls am 15.8.1933 verfügte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, dass Henri Barbusse für das Antikriegskomitee 455.000 französische Francs zur Verfügung gestellt werden, als Hilfe seitens der sowjetischen Gewerkschaften.[229]

Dok. 334

Brief Willi Münzenbergs an die Komintern über die antifaschistische Tätigkeit Albert Einsteins

Paris, 4.9.1933

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/60/242, 51–52. Erstveröffentlichung.

Paris, den 4.9.33

Lieber Freund!
Trotz der Warnungen des englischen Komitees[230] und trotz der Vorstellungen, die man dem englischen Verleger gemacht hat, hat der Verleger des Braunbuchs englische Ausgabe herausgebracht mit einer Bauchbinde, aus der man erlesen konnte, als ob Einstein am Buche selbst mitgearbeitet hätte.[231] Die englischen Zeitungen haben die Sache noch weiter zugespitzt und sogar behauptet, man merke dem Buche an, dass ein so grosser Mann wie Einstein am Buche mitgearbeitet, oder es geschrieben haben muss.

---

228 RGASPI, Moskau, 17/3/928, 7.
229 RGASPI, Moskau, 17/162/15, 23.
230 *Englisches Komitee:* Gemeint ist hier möglicherweise das englische Reichstag Trial Defence Committee, das auf Initiative von Ellen Wilkinson und Willi Münzenberg konstituiert wurde und mit Hilfe einer zehnköpfigen Kommission von Anwälten und juristischen Sachverständigen unter der Leitung des britischen Kronanwalts Denis Pritt einen „Gegenprozess“ zum Reichstagsbrand organisierte (siehe u.a.: Richard Overy: The Morbid Age. Britain and the Crisis of Civilisation. 1919–1939, London, Penguin, 2009, S. 276).
231 Die erste englische Ausgabe des Braunbuchs erschien unter dem Titel: The Brown Book of the Hitler Terror and the Burning of the Reichstag. Prepared by the World Committee for the Victims of German Fascism (President Einstein). With an Introduction by Lord Marley, London, Victor Gollancz Ltd., 1933. Die erste amerikanische Edition in New York (Verlag Alfred A. Knopf) erschien, aufbauend auf der 2. englischen Auflage vom September 1933, ohne die Erwähnung Einsteins im Titel.

Einstein hat mit Recht dagegen Einspruch erhoben und wir haben in Gemeinschaft mit ihm eine Erklärung formuliert, die der Presse heute zugeht.[232]

Wir hatten durch eine Delegation englischer und französischer Kameraden zu Einstein, der gegenwärtig in Belgien ist, ihm vorgeschlagen, vom Vorsitz des Weltkomitees zurückzutreten,[233] mit besonderem Hinweis auf die Gefahr seiner Ermordung und im Zusammenhang mit der Ermordung von Lessing.[234]

Einstein hat das kategorisch abgelehnt und erklärt, dass er auf jeden Fall Vorsitzender des Weltkomitees zu bleiben wünscht.

Auch diese Tatsache ist in die Erklärung hineingearbeitet worden. [...]

Gib bitte die Nachricht so entschieden und so klar weiter, dass allen evnt. Klatschereien, die womöglich hier oder da entstehen könnten, der Boden entzogen wird.

Mit bestem Gruss!
[Unleserliches Kürzel, dann handschriftlich:] “Willi M.”.

Erklärung selbst folgt.[235]

232 Der Wortlaut der Erklärung lautete: „Es ist ein Missverständnis entstanden bezüglich der Mitarbeit an dem vor Kurzem erschienenen Braunbuch über den Hitlerterror, die man Professor Einstein zugeschrieben hat. Verantwortlicher Herausgeber dieses Buches ist das Internationale Hilfskomitee für die Opfer des Hitlerfaschismus und Professor Einstein ist Ehrenvorsitzender dieses Komitees. Jedoch ist Einstein Vorsitzender dieses Komitees nur im Hinblick auf das von ihm geleitete Hilfswerk, nicht im Hinblick auf seine politische Aktivität. Er hat daher auch persönlich keinen Anteil an der Zusammenstellung des Braunbuches genommen. Im übrigen berichtet die von Lord Marley, dem eigentlichen Vorsitzenden des Internationalen Hilfskomitees, verfasste Einleitung in völlig eindeutiger Weise über die Art, in der das Buch entstanden ist. Paris, den 5.9.33.“ (RGASPI, Moskau, 495/60/242, 52).

233 Das Welthilfskomitee für die Opfer des Hitler-Faschismus (auch Weltkomitee für die Befreiung der Opfer des deutschen Faschismus genannt, englisch: World Committee for the Relief of the Victims of German Fascism; franz. Comité international d’aide aux victimes du fascisme hitlérien) war mit seinem Präsidenten Lord Marley (deswegen auch “Marley-Komitee”) und dem Leiter der französischen Sektion, Graf Károlyi als überparteiliche Plattform konzipiert. Albert Einstein war Münzenberg zufolge Ehrenvorsitzender. Es bestanden nationale Sektionen und Unterorganisationen. Sein Sitz in der Rue Mondétour wurde zu Münzenbergs Pariser Hauptquartier, faktischer Sekretär des Komitees war Otto Katz (Ps. André Simone). In gewissem Sinn handelte es sich um die Nachfolgeorganisation der Internationalen Arbeiterhilfe (Ursula Langkau-Alex). Im Umkreis des Komitees bildete sich ein transnationales Netzwerk, darunter auch ein Kinderheim für Flüchtlingskinder aus Deutschland. 1934 fusionierte das Komitee mit anderen Initiativen zum Internationalen Komitee zum Schutz der politischen Gefangenen im faschistischen Deutschland (auch: Weltkomitee zum Schutz der Opfer des Faschismus) unter dem Präsidenten Paul Langevin (Bernhard H. Bayerlein, Uwe Sonnenberg: 1933. Willi Münzenberg gründet das Welthilfskomitee für die Opfer des Hitlerfaschismus, http://www.münzenbergforum.de).

234 Der emigrierte demokratische deutsche Philosoph, Publizist und Kritiker jüdischer Herkunft Theodor Lessing (1872–1933) wurde am 30.8.1933 in seinem Arbeitszimmer in Marienbad nach der Aussetzung einer Kopfprämie Opfer nationalsozialistischer Attentäter. Die beiden Todesschützen lebten nach 1945 weitgehend unbehelligt in der Bundesrepublik bzw. in der DDR (siehe: Rainer Marwedel: Theodor Lessing 1872–1933. Eine Biographie, Frankfurt am Main, Büchergilde Gutenberg, 1987).

235 Im Einstein-Archiv findet sich mit der Datumsangabe „Anfang September“ eine Stellungnahme, die die Entfernung des Physikers vom Komitee deutlich macht: „About half a year ago a committee



Am 13.9.1933 befasste sich das sowjetische Politbüro mit einem Entwurf zu Instruktionen „Über die Presse im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrandprozess". U.a. sollten die sowjetischen Zeitungen die Materialien aus dem Braunbuch über den Reichstagsbrand (Romain Rolland, Hjalmar Branting u.a.) heranziehen, „die den Reichstagsbrand als faschistische Inszenierung entlarven, genauso wie die faschistische Inszenierung des Prozesses gegen Torgler und die bulgarischen Kommunisten". Die *Izvestija* solle es dabei vermeiden, die Teile der Materialien abzudrucken, die die Mitglieder der deutschen Regierung persönlich beträfen. Der vorgesehene, von Steckij vorgelegte Entwurfstext zu dieser Frage wurde jedoch von Kaganovič nicht akzeptiert, der lediglich über den zweiten Teil abstimmen ließ, der die Einberufung einer Kommission zur Abstimmung über die Pressearbeit vorsah.[236]

Dok. 335

Protokoll der geheimen Sitzungen des Komintern-Sekretariats mit der KPD-Führung zur Strategie in Deutschland

[Moskau], 19.9.1933

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/962a, 1–283. Erstveröffentlichung.

K.P.D.

Geheime S-Sitzungen September 1933[237]

1. Sitzung am 7.9. 1 – 66
2. Sitzung am 10.9. 67 – 146
3. Sitzung am 13.9. 147 – 160
4. Sitzung am 16.9. 161 – 221
5. Sitzung am 19.9. 222 – 280 […]

Pe/6 Ex.
Sitzung v. 19.9.33. Streng vertraulich.

was formed in Paris to support German political refugees. At the written urging of the committee I joined the honorary steering committee. Accordingly I had no real influence on the direction of this committee and was not informed that it contemplated political activity in addition to its charitable function. I also knew nothing of the publication of the Brown Book, which occurred without any participation on my part. This only as a statement of the truth. Credit is due to those who really did the work." (zit. in: David E. Rowe, Robert J. Schulmann: Einstein on Politcs. His Private Thoughts and Public Stands on Nationalism, Zionism, War, Peace, and the Bomb, Princeton, Princeton University Press, 2007, S. 430).

236 RGASPI, Moskau, 17/163/990, 208. In russischer Sprache publ. in: Maksimenkov: Bolʹšaja cenzura, S. 300–301.

237 Gemeint sind geheime Sitzungen des Sekretariats der KPD. Die sprachlichen Besonderheiten des Dokuments wurden so belassen.

Gen. Piatnitzky:
Ich werde ein paar Bemerkungen machen. Ich bin voll und ganz mit den Ausführungen des Genossen Knorin einverstanden. Ich möchte nur einige Bemerkungen machen. [...]

Die Gewerkschaften zu erobern und durch die Gewerkschaften auf die Arbeiterklasse wirken, ist nicht gelungen. Die Faschisten haben es nicht bekommen und werden es nicht bekommen.

Den Arbeitslosen: Sie haben diese Lager errichtet.[238] Aber jetzt hat sich schon gezeigt, dass die Lager nicht imstande sein werden, erstens die ganze Menge der Arbeitslosen zu umfassen, und dass die Arbeitslosen im Lager selbst unzufrieden sind. Und deswegen werden die Faschisten auf die Arbeitslosen sich nicht stützen können. Sie werden nicht lang sich halten können. [...]

Das Kleinbürgertum hat schon angefangen zu rebellieren. Sie konnten nicht dem ganzen Kleinbürgertum etwas Wirtschaftliches geben. Und hier ist noch ein Merkmal, das man unterstreichen muss; das ist, dass die Bourgeoisie im ganzen schon nicht mehr hinter Hitler und der Nationalsozialistischen Partei steht als ganzes. Es sind schon Gruppen da, die nicht mit der Politik zufrieden sind. [...]

Das ist die Lage, die wir schon jetzt haben. Und die Lage wird sich mit jedem Tag verbessern zu unseren Gunsten. Wenn die Lage so steht, dann hat eine furchtbar grosse Bedeutung dieser subjektive Faktor in Deutschland. Wer wird die Kämpfe organisieren? Wer wird für alle die Schichten, die mit uns gehen können, formulieren? Das ist also: Landarbeiter, Kleinbauern, städtische kleine Beamte und Angestellte, Arbeitslose und Arbeiterklasse. Wer wird die Forderungen formulieren? Wer wird sie zum Kampf organisieren, und wer wird den Weg zeigen, wie aus dieser Lage herauszukommen ist? Das ist jetzt eine der wichtigsten Fragen. Wer kann es machen? Das kann unsere Partei machen. Also dieser subjektive Faktor spielt jetzt eine furchtbar große Rolle.

Die Massen haben früher geglaubt, dass sie von den Faschisten etwas bekommen. Die Faschisten haben den Massen nichts gegeben. Wer hat also geführt, oder was für ein Hindernis war, dass wir direkt herantreten an die Arbeiterklasse, an das Bauerntum, nicht an das ganze, sondern an die armen Bauern, und an die Arbeitslosen und Landarbeiter. Wer war es? Das waren zwei Faktoren. Das waren die Sozialdemokraten, und das waren die reformistischen Gewerkschaften. Die standen als chinesische Mauer und haben uns nicht zugelassen zu den Massen. Die haben durch ihre Taktik des kleineren Uebels usw. die Massen von uns abgehalten. (Ich will bemerken: unsere Partei hat nicht verstanden, wie diese Mauer zu durchbrechen ist. Das ist eine ganz andere Sache.) Aber jetzt ist diese Mauer eingefallen. Die Faschisten haben [für] uns diese Mauer zerbrochen. Wir haben in diesem Moment keine Gewerkschaften, die zwischen uns und der Arbeiterklasse stehen. Wir haben keine sozialdemokratische Partei, die zwischen uns und der Arbeiterklasse steht. Die sind alle beide beschmutzt in den breitesten Schichten der Arbeiterklasse. Das, was wir nicht durch unsere Arbeit machen konnten, haben die Ereignisse gemacht. Das heisst die Sozial-

238 Gemeint sind hier die Arbeitslosenlager.

demokratie hat sich entpuppt als Helferin der Bourgeoisie. Man kann nach meiner Meinung ganz klar jetzt sagen, dass wir das erreicht haben in viel grösserem Masse als es bei der Präsidentenwahl Hindenburgs[239] war. Vielmehr sind sie jetzt entlarvt, als wo wir die Auflösung des Landtags verlangt haben.[240] Jetzt ist es vielmehr gemacht, und von uns hängt es ab, diese Mauer so zu vernichten, dass auch kein Fundament für den neuen Aufbau besteht. Von uns hängt es ab. Wenn wir diese jetzige günstige Lage vergleichen mit der Lage, die wir 1923 gehabt haben – dort war eine revolutionäre Situation. Wir haben die revolutionäre Situation nicht ausgenutzt. [...]

Und deswegen konnten wir diese Situation nicht ausnutzen. Wir haben jetzt in einem ganz andern Umfang, in ganz andern Kräfteverhältnissen eine noch bessere Lage in der Hinsicht, dass wir jetzt nicht die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften als stark zentralisierte Organisation, die noch Einfluss, breiten Einfluss auf die Arbeiterklasse gehabt haben, haben. Also in dieser Hinsicht haben wir eine günstigere Lage, um direkt mit den Arbeitern zu sprechen, um direkt ihre Forderungen zu formulieren, um direkt ihre Organisierung in ihrem Kampfe gegen den Faschismus durchzuführen. Also der subjektive Faktor spielt jetzt eine furchtbar grosse Rolle. Und hier muss unsere Partei wirklich ihre Flügel ausbreiten und überall sein, überall organisieren, überall formulieren, überall agitieren. [...]

Was kann jetzt die Bourgeoisie weiter machen? Militärdiktatur nach Faschismus?! Ich glaube auch nicht, dass es möglich sein wird, wieder mal zur Demokratie überzugehen. Das ist nach meiner Meinung ganz ausgeschlossen. Also die Massen müssen einen Weg haben. Der Weg ist: Sowjetdeutschland. Also das ist keine Rederei, sondern zeigen auf Sowjetrussland. Das ist ein Ausweg. Aber um den Ausweg wirklich zu zeigen, und damit der Ausweg auch von den Arbeitern wirklich gewählt wird, müssen wir anfangen mit den Kleinigkeiten, mit den kleinsten Forderungen der Arbeiter, ihnen diese kleinsten Forderungen formulieren, aber für jeden Zweig der Arbeiter besonders. [...]

Also unsere Losung der Macht. Und wir müssen sagen, wenn wir die Macht übernehmen – und wir werden sie übernehmen, es kann garnicht anders sein, mit einem Tag später, einem Tag früher, einem Monat später, einem Monat früher, einem Jahr später, einem Jahr früher – wir werden die Macht bekommen, muss die Macht übergehen an die Arbeiterklasse. Dann werden wir Brot geben. Dann wird eine nationale Befreiung sein, so wie sich Russland befreit hat, und die proletarische Diktatur wird eine klassenlose Gesellschaft in Deutschland errichten. Wenn wir das alles sagen, wenn wir diese Losungen, diese Hauptlosungen geben, bin ich sicher, dass wir diejenigen sein werden, die ernten, was wir in 15 Jahren gesät haben. Also die ganze Umstellung der Partei, ganz die Kräfte verteilen, ohne Geschrei die Arbeit führen und versuchen, unten in der Masse, in der

239 Zur Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten als Nachfolger Eberts am 29.3.1925, die nicht zuletzt von der KPD begünstigt wurde, siehe Dok. 127a.

240 Anspielung auf das von der KPD angestrebte „Rote Referendum" zur Auflösung des Preußischen Landtags 1931. Siehe hierzu Dok. 264.

Masse, in der Masse, in der Masse, in der Masse, überall zu sein. Dann bin ich sicher, dass wir die Erben dieser faschistischen Diktatur sein werden, keine andern, sondern wir. Es ist eine grosse Gefahr, dass die faschistische Diktatur viel früher fallen wird, als wir die Möglichkeit haben werden, wirklich die Macht zu übernehmen und sich auf die breiten Massen zu stützen, dass dieser subjektive Faktor viel weniger schnell wachsen wird als der objektive Faktor. Und jeder von der Führung muss das im Auge behalten. [...]

Pe/5
Sitzung vom 19.9.33 Streng vertraulich.

Genosse Knorin:
Ich habe das gesamte Material, das ich jetzt habe, mitgebracht. Ich möchte nur einige Polizeimaterialien erwähnen, die der Partei bekannt sind. Ich weiss nicht, ob jeder von den Genossen es kennt oder nicht.

(Gen. F.: Ich kenne es!) [...]

Weiter: Ich denke, dass wir eine sehr schlechte Lage jetzt dadurch haben, dass wir viele unserer Genossen verloren haben.[241] Wir müssen jetzt wahrscheinlich einige aus dem Lande für die weiteren Zeiten herausnehmen. Wir können doch nicht alles aufs Spiel setzen, jetzt unseren ganzen alten Kader opfern. Ich spreche nicht von den leitenden Genossen, sondern auch von Leuten in den Bezirken, und zusammenfassen diese Genossen, die wir im Ausland haben. Wir können nicht damit rechnen, dass die letzten Verhafteten wirklich die letzten sind. Wir werden in der nächsten Zeit viele solche Verhaftungen haben. Wenn wir jetzt alle unsere Kräfte ins Spiel werfen werden, dann werden wir in zwei, drei Monaten keinen von den älteren Funktionären mehr haben. Das wird eine unmögliche Lage für die Partei ergeben. Darum stelle ich diese Frage, um darüber nachzudenken, wie das zu ändern ist. Die Genossen haben die Frage der Schulen gestellt. Aber die Schulung in den Schulen und die Schulung in der Arbeit der Partei – das sind verschiedene Dinge. Wir können in den Schulen vieles bekommen, aber nicht alles. Das sind die Fragen.

Pe/5
Sitzung vom 19.9.33. Streng vertraulich.

Gen. Heckert:
Ich bin in allen Fragen mit dem Genossen Knorin und auch mit den Ausführungen des Genossen Piatnitzky einverstanden. Ich will nur einige Ergänzungen machen. [...]

Die Frage der Organisation. Hier bin ich gänzlich einverstanden mit dem, was Genosse Knorin gesagt hat. Ich denke, die Hälfte unserer Genossen hätten wir sparen

241 Auf dem XIII. EKKI-Plenum sprach Pieck selbst von „schweren Verlusten" – 60.000 Verhaftungen, 2000 hingerichtete KPD-Mitglieder und 100.000 Arbeiter in den Konzentrationslagern. Siehe dazu in der Einleitung von Hermann Weber, S. 104, nach einer in der DDR-Werkausgabe nicht zitierten Quelle (Wilhelm Pieck: Wir kämpfen für ein Räte-Deutschland. XIII. Plenum des EKKI, Dezember 1933; vgl. Bericht über die Tätigkeit der KPD, Moskau-Leningrad, 1934, S. 24).

können, sie wäre nicht in die Hände unserer Feinde gefallen, wenn wir ganz gut die Leitung organisiert hätten. Hier kann man jetzt gut reden, wo die Erfahrungen vorliegen. Ein altes Sprichwort heisst: Vom Rathaus kommt man klüger herunter, als man hinaufgegangen ist. Aber man muss jetzt auch klüger werden und mit den Methoden, die uns zerstören, brechen. [...]

Wenn wir die Frage stellen: was hat die Hitlerregierung für Manöver gemacht, und wie waren die Wirkungen? Erstens das grosse Manöver im Anfang: der Vierjahresplan.[242] Das ist ja schon gescheitert. [...]

Das zweite – was ihnen wirklich sehr viel geholfen hat – waren die grossen Aktionen gegen die Juden, die Judenprogrome. Man muss sich darüber klar sein, zeitlich hat ihnen das sehr stark geholfen.[243] Sie haben da grosse Manöver machen können. Heute hätten sie damit auch nicht mehr soviel erreicht. Die Reden auf dem Parteitag, die Rassenreden dort sind in einer solchen Form abgewickelt worden, ohne Losungen zu stellen. Das ist das Bezeichnende. Wenn sie dort einmal irgendeinen Juden ...

(Gen. Knorin: Ich habe hier ein sehr interessantes Dokument über die Einrichtung des Oeffentlichen Amts. Sie stellen die Frage, dass das Oeffentliche Amt nicht ohne jüdische Kraft sein kann. Für die Zeitungen werden [sic] erlaubt, für die Handelsteile [?] jüdische Kräfte einzustellen. Die andern Redakteure müssen arischer Herkunft sein...) (Gen. Heckert: Verbessere jeder seine Rasse an sich selbst!)

Anfangs haben sie mit diesen Methoden bei den kleinbürgerlichen Massen, bei den Bauern wirken können. Jetzt ist das doch vorbei. Die Reden auf dem Parteitag gaben auch deshalb keine Losungen.

(Gen. Piatnitzky: Sind schon die Beschlüsse des Parteitags da?)

Es gibt ja keine Beschlüsse! Nur eine Deklaration!

(Gen. Heckert: Es gibt ja keine Beschlüsse! Eine Deklaration des Führers!)[244]

242 Während Hitler zunächst einen „Vierjahresplan" zur Behebung der Arbeitslosigkeit u.a. durch das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" propagierte, führte im Rahmen der staatlich gelenkten NS-Wirtschaftspolitik Göring als Beauftragter ab 1936 den Vierjahresplan durch, der vor allem die militärische Aufrüstung forcierte. Siehe Dietrich Eichholtz: Vierjahresplan. In: Wolfgang Benz, Hermann Graml, Hermann Weiß (Hrsg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus. 5., aktualisierte und erweiterte Aufl., Stuttgart, dtv, 2007, S. 851.

243 Am 1.6.1933 übermittelte die Auslandabteilung der GPU Stalin mehrere abgefangene britische Telegramme. Darin berichtete der britische Botschafter in Rom, Mussolini habe über seinen Botschafter Hitler Vorwürfe wegen seiner antijüdischen Maßnahmen übermittelt. Während die Maßnahmen gegen die Kommunisten verständlich seien, erregten rassistische Maßnahmen die gesamte, auch die christliche Weltöffentlichkeit. Im zweiten Brief hieß es, es sei nicht wünschenswert, Göring nach London einzuladen, da seine Anhänger vor der „physischen Gewalt an Juden" nicht haltmachten (Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 558/11/185, 109–124).

244 Auf dem Fünften als Massenspektakel organisierten Reichsparteitag der NSDAP „des Sieges" vom 30.8.1933–3.9.1933 in der Nürnberger Luitpoldhalle traten, wie auch in seiner Folge, programma-

Wir machen eine Entschliessung, und dort macht der Führer eine Deklaration! Aber auch keine der Reden hat irgendwie einen Versuch unternommen, Losungen herauszugeben. Man muss auch hier sagen, z.B. dass die Warenhäuser nicht beseitigt sind, und dass z. B. Tietz, die jüdische Firma, von der Regierung 14 Millionen Mark erhält. Das hat eine ungeheure Wirkung gehabt, und so kann man sehen, die jüdischen Geschäfte blühen selbstverständlich nach wie vor. Diese Methoden zünden jetzt nicht mehr. Das ist auch schon ein Minus.

Dok. 336

Brief von Jakov Rejch („James") aus Berlin an Knorin und Pjatnitzki über den technischen Apparat der KPD

[Berlin], 20.9.1933

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/19/81, 110–113. Erstveröffentlichung.

Aus Berlin 20.IX.33. (Nr.5318)[245]
Erhalten 2.X.33. (Nr.5823) 19.00
Dechiffr[iert]. 3.X.33.

Fuer Gen. *Knorin* v. Gen. Es.
Kopie: *Michael* [d.i. Osip Pjatnitzki]

Die Technik.[246]

Es ist eine unglaubliche Sache, aber leider ist es Tatsache. In den letzten zwei Monaten hatten und haben wir noch bis jetzt den besten technischen Apparat, den ueberhaupt irgendeine illegale Partei besessen hatte, aber gleichzeitig ist die Verlagstaetigkeit

tische Aussagen gegenüber unverbindlichen Proklamationen deutlich zurück. Vor der Hitlerjugend deklamierte der Führer: „Wir wollen keine Klassen und Stände mehr sehen."

245 Der Absender war James (Ps.), d.i. Jakov Rejch, der bereits seit 1919 für den KPD-Apparat verantwortlich war (vgl. Dok. 15). Während Rejchs Tätigkeit für die Komintern spätestens 1925 nach einer langen Reihe interner Konflikte aufhörte, verblieb er in Berlin, wo er in der Berliner Vertretung des sowjetischen Verlags „Meždunarodnaja kniga" arbeitete. Erst gegen 1935 emigrierte Rejch in die Tschechoslowakei, wobei er sein umfangreiches Archiv zur Komintern-Geschichte in Deutschland zurücklassen musste, wo es höchstwahrscheinlich verloren ging. Rejch zog 1938 in die USA, wo er 1956 verstarb (siehe Genis: Nevernye slugi režima, Bd. 1, S. 559f.).

246 Die „Technik", gemeint ist der technische Apparat der KPD, der von der technischen Abteilung der KPD angeleitet wurde; er umfasste als wichtigste Arbeitsgebiete die Bereiche Druck, Versand und Massenvertrieb (siehe hierzu Brief Nr. 1 über die Technik von James 18.6.1933, RGASPI, Moskau, 495/19/81, 46–47).

dieses Apparates die minimalste.[247] Im Laufe von 2 Monaten hat es kein Zentralorgan gegeben, es sind nur 2 Flugblaetter erschienen und paar kleinere Bestellungen wurden ausgefuehrt, die von den Massenorganisationen ausgingen. Die Technik hat 2 Monate keine Arbeit geleistet, keine Bestellungen erhalten, ungeachtet ihrer grossen Moeglichkeiten. Es ist selbstverstaendlich fuer jeden, dass in den schweren illegalen Bedingungen solche zeitweilige Unterbrechungen und Arbeitseinstellung unumgaenglich seien. Das alles kann aber keinesfalls die beinahe 2-monatliche Stillegung der Verlagstaetigkeit der Partei (von Haelfte Juli bis Haelfte September) rechtfertigen.

Jetzt erst (Haelfte September) hat die Technik eine grosse Anzahl von Bestellungen erhalten (mehr als 800.000 Stueck wurden bestellt). Zum ersten Mal in meiner illegalen Praxis sehe ich so einen Zustand, dass die illegale Partei die ihr zur Verfuegung stehenden Arbeitsmittel und Moeglichketien nicht ausnutzt. Bis jetzt habe ich gesehen, dass wir immer mehr herausgeben, schreiben wollten, als wir imstande waren, das wirklich durchzufuehren. Wir wollen alle hoffen, dass die Schwaeche nur eine voruebergehende bleiben wird.

Wie ist der jetzige Stand der Technik? Vor allem – wurde der Apparat der Zentrale gestaerkt und vervollkommnet – d. h. die Druckerei- und Transport-Abteilungen. Wir sind im Stande 100.000 Exemplare des Zentralorgans 2 Mal monatlich zu drucken, ebenso wie Flugblaetter, Broschueren und anderen Zeitungen bis zu einer Million Exemplaren. Als Beweis dafuer kann unsere Leistungsfaehigkeit in den letzten 10 Tagen, wo 800.000 Exemplare zur Verfuegung gestellt wurden. Obwohl viele Privatfirmen das Drucken unserer Sachen unter dem Einfluss des Terrors ablehnen, hat die Technik schon derart geregelte Arbeitsbedingungen und die Ausnutzungsmethoden der Druckereien sind derart vervollkommnet worden, dass wir jetzt fuer die naechste Zukunft die Arbeitsmoeglichkeiten fuer den zentralen Apparat in dieser Beziehung gesichert haben. Gleichzeitig befindet sich im Aufbau-Prozess ein neues Arbeitssystem, welches uns von allen Privatfirmen unabhaengig machen wird. Der Versandapparat sendet jetzt an alle Bezirke, mit Ausnahme von Ostpreussen und Schlesien. Das bedeutet einen grossen Fortschritt, den wir erreicht haben, weil die Technik mit den alten bürokratischen Methoden der Abwartung bis Adressen und Verbindungen vom Sekretariat [übermittelt wurden, gebrochen hat]. Jetzt sucht und baut [die] Verbindung die Technik selbstaendig auf durch das eigene Netz der Obtechniker.

Es wurden neue Methoden des Versandes der Literatur in die einzelnen Bezirke eingefuehrt, die mannigfaltigsten Methoden, den lokalen Verhaeltnissen angepasst.

---

247 In seinem ersten Bericht an Pjatnitzki berichtete James am 18.6.1933 von mindestens acht Druckereien in Berlin und weiteren in Hamburg, Leipzig, Mannheim, Stuttgart und Düsseldorf, die in der Lage seien, „den ganzen zentralen Bedarf der Partei zu decken“. Allerdings nehme die Bereitschaft zur Auftragsannahme durch die Privatdruckereien aufgrund des Terrors ab. Zur notwendigen illegalen Betreibung lägen in den Lagern „40(?)“ parteieigene „modernste Druckmaschinen (Schellpresse)“ bereit, keine von ihnen sei jedoch „bis zuletzt“ ausgenutzt worden. Auch der Massenvertrieb sei noch zu sehr auf den legalen Postbetrieb orientiert, weswegen in den Bezirken weniger als die Hälfte der Materialien auch ankäme (RGASPI, Moskau, 495/19/81, 46–47).

Der Tatsache, dass das ZK fuer die Arbeit in der Technik tuechtige und vertrauenswurdige Leute zur Verfuegung gestellt hat und auch der wichtigen Arbeitsmethoden und Ansammlung von eigener Erfahrung haben wir zu verdanken, dass bis jetzt die zentrale Technik fast keinen Schaden erlitten hat. Es wurde bis jetzt keine einzige Druckerei, kein wichtiges Literatur-Lager ausgehoben. Die Meldungen, die taeglich in der Presse erscheinen ueber das Aufdecken von komm[unistischen] Druckereien sind sehr uebertrieben und werden mehrmals ein- und dieselben Meldungen wiederholt. Das bezieht sich alles auf Verhaftungen im lokalen Masstabe, Bezirks- oder Zellenmasstabe. Es werden manchmal Abziehapparate der Zellen, seltener auch der Bezirke (Hamburg, Muenchen) gefunden. Bis jetzt hatten wir nur einen ernsten Mangel – naemlich die ungenuegende Inanspruchnahme der Technik. Wenn man von der zentralen Technik sagen kann, dass sie jetzt schon im Stande ist eine grosse Anzahl von Literatur fertigzustellen und dieselben an die Bezirke zu senden, so muss doch feststellen, dass die Technik der unteren Organisationen noch ernste Mängel besitzt, im allgemeinen ist der Zustand auch weiterhin ziemlich schlecht, die Fortschritte noch gering (vom Bezirk ueber Unterbezirk bis zu den Zellen). [...]

Auf dem Gebiet des Grenztransports sind manche Fortschritte zu verzeichnen. Es gibt eine ganze Reihe von Grenzstellen,[248] die gut funktionieren, durch welche das Material passiert und geholt wird. Aber trotzdem bleibt ein grosser Teil (besonders das was in Prag erscheint) auf [dem] Land liegen, im Auslande, ohne dass wir das zu Gesicht bekommen. Meiner Meinung nach, ebenso wie der Meinung anderer verantwortlichen Leute aus meiner Abteilung sollten die Auslandstaetigkeit bis aufs aeusserste beschraenkt werden (es soll dort die theoret[ischen] Organe gedruckt werden), dagegen sollte man aber die im Lande selbst vorhandene Moeglichkeit besser ausnutzen. Die Grenze bietet keine Gewaehr, dass die Literatur tatsaechlich ankommen wird, unsere Moeglichkeiten aber werden je nach dem wie die Bezirke wieder funktionieren werden, sich staendig verbessern. Es hat nur Sinn, wenn aus dem Ausland Matrizen gesandt werden.

Diese Frage wurde schon mehrmals eroertert, die Verbindung mit dem Ausland ist jedoch sehr schwach. Es wurde beschlossen, dass jemand ins Ausland zur endgueltigen Regelung dieser Angelegenheit fahren soll.

James.

Ge/3 Ex.
3.X.33.

---

248 Grenzstellen in den angrenzenden Ländern wurden u.a. in Kopenhagen, Amsterdam, Saarlouis, Prag und Basel aufgebaut. Infolge der verschärften Repression im Lande, besonders gegen die verbliebenen Bezirks- und Unterbezirksleitungen, übernahmen diese mehr und mehr die Organisierung des Widerstands. 1936 wurde die Rolle der Grenzstellen im Sinne politischer Organe neu definiert. Dazu wurden sie in Abschnittsleitungen überführt, die von je einem Polleiter, einem „Grenzmann“ und einem „Techniker“ gebildet wurden und auf Kuriere und Instrukteure zurückgriffen. Die Abschnittsleitungen bestanden bis 1939 (siehe Dok. 380 u.a.).



Am 23.9.1933 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, dass Botschafter Chinčuk der deutschen Regierung einen Protest überreichen soll, weil sowjetische Journalisten nicht zum Reichstagsbrandprozess zugelassen wurden. Man solle die Ausweisung deutscher Journalisten aus der Sowjetunion androhen.[249]

Am 26.9.1933 erfolgte eine Anweisung an die TASS, die Ausweisung aller deutscher Pressevertreter in Moskau innerhalb von drei Tagen aus der UdSSR zu kommunizieren.[250] Am gleichen Tag hatte sich das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion mit einer Protestnote an den deutschen Diplomaten Fritz von Twardowski gegen die Behandlung sowjetischer Journalisten im Deutschen Reich befasst. Am 27.9.1933 verfügte das Politbüro die Ausweisung, die als Reaktion auf die Diskriminierung sowjetischer Journalisten beim Reichstagsbrandprozess das Land zu verlassen hatten, letztmalig um zwei Tage zu verschieben. Lediglich ein Journalist, der sich als Angehöriger der deutschen Botschaft herausstellte, sollte ohne Korrespondenzrecht in der Sowjetunion belassen werden.[251]

Dok. 337

Bericht an die Komintern über die Umstellung der Parteiorganisation der KPD auf die Illegalität

o.O., 28.9.1933

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/25/548a, 47–60. Erstveröffentlichung.

EK/ 28.9.33 5 Ex.

DIE UMSTELLUNG DER PARTEIORGANISATION AUF DIE ILLEGALITÄT.

Zwei Monate nach dem Reichtagsbrand im April 1933 wurde trotz des Terrors, trotz der Verfolgung, denen die Kommunisten ausgesetzt waren, 49% der Mitglieder kassiert,[252] die die Partei Ende 1932 verzeichnete. Ende Mai sank die Zahl auf 37,5 Prozent und Ende August auf 27,5%. Inzwischen wurden an die 80.000 Parteigenossen in die Gefängnisse geworfen.[253] […]

249 RGASPI, Moskau, 17/162/15, 82. Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 293.

250 RGASPI, Moskau, 17/162/15, 85. Publ. in: Ibid., S. 294, Fn. 1.

251 RGASPI, Moskau, 17/162/15, 86. Publ. in: Ibid., S. 293.

252 Die legale, mehr oder weniger offene Kassierung blieb auch nach 1933 Hauptbestandteil der Parteiarbeit. Noch im Mai 1933 führte die KPD eine „Reichskontrolle über die Beitragskassierung" durch, wofür die Kassierer eine Kontrollmarke in ihrem Parteibuch erhielten. Die Kassierungsmethoden änderten sich (der Beitrag betrug durchschnittlich 50 Pfennig), jedoch sollen noch im Juni 1933 ein Drittel und im Herbst noch 60.000 Parteimitglieder erfasst worden sein (Weber: Kommunistischer Widerstand, S. 8).

253 Am 25.9.1933 beklagte die KPD die verheerenden Auswirkungen des Nazi-Terrors auf die Parteikader, vor allem auf mittlere und untere Parteileitungen, besonders in ländlichen Gegenden. Doch seien beispielsweise auch im Unterbezirk Köln die Genossen „bis auf ganz wenige zusammengeschmolzen." Es gebe kaum noch geschulte Funktionäre. Die Partei solle sich darauf konzentrieren,

Unter welchen objektiven Schwierigkeiten die Partei ihre Reihen umbaute, auf die neuen illegalen Verhältnisse einstellte und die Arbeit fortsetzte, zeigen folgende Beispiele des Terrors, der in die führenden Kader unserer Partei teilweise empfindliche Lücken gerissen hat. In Hamburg z.B. wurden in den letzten zehn Tagen des April folgende Verhaftungen vorgenommen: 4 UB-Sekretäre, 3 Bezirks-Instrukteure und zwei Orgleiter des Bezirks nacheinander. Ende Juni wurde wieder ein Teil der Führung des Hamburger Bezirks und der Unterbezirke verhaftet. In Mittelrhein wurden ab 25. April folgende Genossen verhaftet: Der 1. und 2. Bezirkskassierer, 3 Garnituren [sic] Oberinstrukteure, sämtliche Redakteure, die Bezirksleitung des RFB, der Erwerbslosenausschuss, die ganze Bezirksleitung, ausser dem Pol- und Orgleiter, die Frauenleiterin des Bezirks, der 2. Leiter des Bundes der Freunde, der Bezirkssekretär und Betriebsinstrukteur der RGO, der Rote-Hilfe-Leiter und der Sekretär des KJVD. In dem kleinen Unterbezirk Koblenz z.B. wurden allein 350 Parteigenossen verhaftet, darunter 19 von den 30 Unterbezirksleitungsmitgliedern. [...]

Unter dem Druck der dauernden Verfolgungen sind auch eine Reihe Genossen ins Ausland geflüchtet. Es sind auch solche Einzelheiten zu verzeichnen, dass z.B. ein Stadtteilpolleiter in Königsberg sich freiwillig der Polizei stellte, um den Folterungen der SA zu entgehen. Fälle des direkten Überlaufens zu den Nationalsozialisten seitens führender Genossen, wie im Falle eines Stadtteil-Hauptkassierers in Altona/Elbe, sind verhältnismäßig selten. [...]

Den schärfsten Kampf führt die Partei gegen ein Verkriechen in die Illegalität. Aus einer bayrischen Ortsgruppe wird z.B. gemeldet, dass die drei Funktionäre der Ortsgruppe aus Spitzelfurcht alle Parteiarbeit allein durchführen, jede Aufnahme von neuen Mitgliedern ablehnen und sogar die übrigen Parteigenossen der Ortsgruppe nicht zur Mitarbeit heranziehen.

Die zentrale Figur unserer Einheitsfrontpolitik ist der sozialdemokratische Arbeiter. Besonders ihn müssen wir in die revolutionäre Praxis einbinden. Die Berichte aus den verschiedenen Bezirken zeigen auch, dass die Verbindung mit den sozialdemokratischen Arbeitern in den Betrieben sich immer enger gestaltet. Der Bezirk Niederrhein z.B. berichtet, wie die „alten fanatischen SPD-Leute" unseren Zellen in der Arbeit helfen. Ein SPD-Genosse nimmt ständig 30 Zeitungen mit in den Betrieb. In einem anderen Betrieb nimmt der sozialdemokratische Betriebsrat unsere Zeitungen und verteilt sie dort. Eine Reihe SPD-Ortgruppen eines anderen Bezirkes nehmen von unseren Genossen die Beitragsmarken und rechnen sie dann an uns ab. Es finden gemeinsame Stubenversammlungen statt. Die Hamburger Partei hat eine sehr gute

---

die Führungskader auszuwechseln, um sie vor der Verhaftung zu retten. Untere Kader müssten nach oben gezogen werden, es gebe ein „gewaltiges Reservoir" in den sozialdemokratischen Massen, die langsam zur KPD stießen. Die vom ZK herausgegebene Losung „Jedes Parteimitglied ein Funktionär" müsse veröffentlicht werden (RGASPI, Moskau, 495/25/548a, 33–37). Am 29.9.1933 beschloss die KPD Maßnahmen zur Tätigkeit der illegalen Massenorganisationen (v.a. der Roten Hilfe und der Sportverbände) in der Illegalität. (RGASPI, Moskau, 495/25/548a, 61–66).

Massenarbeit unter der Losung: „Jeder Kommunist ein Fünfergruppenführer der SPD-Arbeiter“ entfaltet. Die sozialdemokratischen Arbeiter schimpfen, wenn ihnen unsere Genossen nicht rechtzeitig und nicht genügend illegale Literatur zur Verteilung übergeben. Es ist eine allgemeine Erscheinung, dass mindestens 50 Prozent der ganzen illegalen Literatur der Partei durch parteilose und sozialdemokratische Arbeiter verteilt werden. [...]

Demgegenüber stehen aber auch eine Reihe Fälle, wo Zellen aus Furcht vor einer Majorisierung anstelle der Organisierung der Schulungsarbeit und der Erziehung der sozialdemokratischen Arbeiter durch die revolutionäre Praxis, die Aufnahme von sozialdemokratischen Arbeitern ablehnen. Über solche sektiererischen Tendenzen schreibt ein Instrukteur aus dem Hamburger Bezirk: „Es gab aber auch Ortsgruppen unserer Partei, wo die Genossen aus übertriebener Spitzelfurcht oder zu wenig Vertrauen zu sozialdemokratischen Klassengenossen nicht nur die Aufnahme abgelehnt, sondern sogar die Mitarbeit verweigert haben. Solche Fälle sind vielfach vorgekommen, doch dürfen sie jetzt durch das Einschreiten des ZK unmöglich gemacht werden.“ [...]



In einem am 1.10.1933 endgültig verabschiedeten Text wurde gegen Deutschland Beschwerde wegen Durchsuchungen von Journalisten und anderer konkreter Maßnahmen geführt. Auch seien die Journalisten zunächst nicht zur Eröffnung des Reichstags und zum Reichstagsbrand-Prozess zugelassen worden.[254]

Dok. 338

Vermerk Molotovs an Stalin gegen eine Verschärfung der sowjetischen Haltung gegenüber Hitler-Deutschland

[Moskau], 2.10.1933

Autograph in russischer Sprache. RGASPI, Moskau 558/11/769, 134. Erstveröffentlichung.

Grüß Dich, Koba [d.i. Stalin]!
Du bist über all unsere wichtigsten Angelegenheiten informiert. Einiges teile ich Dir zusätzlich mit. [...]

7. Mit den *Deutschen* halte ich eine weitere Verschärfung nicht für notwendig. Litvinov und seine prinzipienlose Umgebung sind geneigt, einen gegenüber den Deutschen „oppositionellen“ Pfad einzuschlagen.[255] Ich halte es für notwendig, ihn zu stoppen.[256]

254 RGASPI, Moskau, 17/162/15, 85, 89–90.
255 Wörtlich: „den [...] ‚oppositionellen' Pfad hinabzurollen.“
256 Maksim Litvinov, der nicht Mitglied des Politbüros war, forderte häufiger eine Verschärfung des Kurses gegen Hitlerdeutschland, ohne sich jedoch durchsetzen zu können. Zu seinen abgelehnten Vor-

Das ist erst einmal alles!

Ich drücke fest die Hand!

Vjač[eslav Molotov]

2/X. 1933.



Am 8.10.1933 fasste das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion den Beschluss, im Rahmen der Rundfunksendungen in ausländischen Sprachen die Sendungen in deutscher Sprache auf den Reichstagsbrandprozess auszurichten. Allerdings dürften dabei die Mitglieder der Hitler-Regierung nicht angegriffen werden.[257]

Dok. 339

Telegrammwechsel Stalins, Molotovs und Kaganovičs über einen Besuch Krestinskijs bei Hitler

Moskau, 14.10.1933

Autograph in russischer Sprache. RGASPI, Moskau 558/11/81/141, 140, 144, 144v. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache teilw. publ. in: Chlevnjuk/Dėvis/Košeleva: Stalin i Kaganovič, S. 388; in französischer Sprache publ. in: Pavel Chinsky: Staline, archives inédites, 1926–1936, Paris, Berg international, 2001, S. 65–66.

Chiffriertes Telegramm. Aus Moskau am 14.10.1933 um 0:10
An G. Stalin

Dirksen hat Chinčuk in Berlin mitgeteilt, dass die deutsche Regierung es als eine politische Geste interpretiert hat, dass Krestinskij den Willen geäußert habe, sich nicht in Berlin zu befinden, nachdem der Reichskanzler seinen Willen ausgedrückt hatte, ihn zu treffen.

Litvinov ist über Chinčuk verärgert wegen der Ungeschicklichkeit seines Verhaltens, er hält jedoch die Reise von Krestinskij über Berlin während seiner Rückkehr aus Wien, wo er sich zur Zeit aus gesundheitlichen Gründen aufhält, für unnötig und sogar für unangebracht.

Da wir der Auffassung sind, dass es nicht opportun wäre, die Verschlechterung unserer Beziehungen mit Deutschland zu betonen, sind wir der Meinung, dass Kres-

---

schlägen, eine schärfere Gangart gegenüber Hitlerdeutschland einzuschlagen, siehe: Sabine Dullin: Des hommes d'influences. Les ambassadeurs de Staline en Europe. 1930–1939, Paris, Payot, 2001.

257 RGASPI, Moskau, 17/162/15, 98. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 294–295.

tinskij über Berlin fahren muss und Hitler sehen muss, in dem Maße, in dem letzterer einen solchen Vorschlag gemacht hat.[258]

Molotov, Kaganovič.

Chiffriertes Telegramm
Aus Moskau am 16.10.1933 um 1:54.
An G. Stalin.

Aufgrund der Veränderung der Situation infolge des Austritts Deutschlands aus dem Völkerbund[259] muss die Frage der Reise von Krestinskij über Berlin vergessen werden.

Molotov, Kaganovič.

[Antwort Stalins:]

[Es ist] Unmöglich zu verstehen, aus welchem Grund die Frage der Reise Krestinskijs vergessen werden soll. Was haben wir mit dem Völkerbund zu schaffen und warum sollen wir eine Geste zugunsten der beleidigten [Völker]Bünde [sic] erbringen und gegen das Deutschland, das sie beleidigt hat? […]

16.10.1933, Stalin, Kalinin.

Am 14.10.1933 erfolgte seitens des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion ein Beschluss „Über die gegenseitigen Beziehungen mit den deutschen Dampfschifffahrtsgesellschaften". Dabei wurde festgestellt, dass die Handlungsstrategie von Litvinov – „sich bei den Wechselbeziehungen mit den Gesellschaften ausschließlich von wirtschaftlichen Überlegungen leiten zu lassen" – richtig sei.[260]

Am 15.10.1933 stimmte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion prinzipiell einem nicht näher formulierten Vorschlag der Lufthansa bezüglich einer Transit-Flugstrecke Moskau-Xinjiang zu. Die weitere Elaborierung wurde einer hochrangigen Kommission übertragen.[261]

---

258 Stalin erteilte noch am gleichen Tag seine Zustimmung, die Entscheidung über Krestinskijs Besuch wurde jedoch am Tag darauf wieder umgestoßen.
259 Nach dem erst 1926 erfolgten Beitritt trat Deutschland nach einer Ankündigung von Josef Goebbels vom 14.10.1933 wieder aus dem Völkerbund und der Genfer Abrüstungskonferenz aus. Begründet wurde der Schritt mit der Weigerung Großbritanniens und Frankreichs, Deutschland faktisch eine militärische Gleichberechtigung einzuräumen.
260 APRF, Moskau, 3/64/677, 215. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 11.
261 RGASPI, Moskau, 17/162/15, 73.

Dok. 340

Direktive des Mitteleuropäischen Ländersekretariats der Komintern an die KPD zum Referendum über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund

[Moskau], 15.10.1933

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/4/265, 129–131. Erstveröffentlichung.

Entwurf Gen. Knorins[262]

10299/4/s 10266/la.

15.X.33.
Geheim.

Stellt die Frage des Austritts Deutschlands aus dem Völkerbund ins Zentrum Eurer Agitation und Propaganda. Führt folgende Vorgaben durch. Die Unfähigkeit der auf der nationalistischen Welle an die Macht gekommenen Hitlerregierung, Deutschland vom Versailler Joch zu befreien und die deutsche nationale Frage zu klären, hat zum Abebben der nationalistischen Welle in Deutschland und zur Schwächung der Position der Hitlerregierung geführt. Zusammen mit dem Scheitern der Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der wachsenden Verschlechterung der Wirtschaftslage und der Verschlechterung der Lage aller Werktätigen des Landes [...][263] bedroht dies die Existenz der nationalsozialistischen Diktatur. Unter diesen Bedingungen ist die von der Krise geschwächte Hitlerregierung zu ihrer eigenen Rettung gezwungen, solche demagogischen Schritte im Bereich der Außenpolitik zu unternehmen, um die nationalistische Welle im Land wieder ansteigen zu lassen und die Regierung zu stärken. Die hochstaplerische deutsche Außenpolitik und die innere Schwächung Deutschlands haben jedoch, trotz der verstärkten Aufrüstung, Deutschland während der Existenz der faschistischen Diktatur außenpolitisch noch mehr geschwächt. Während vor sechs Monaten ein Viermächteabkommen, das Anlass zur Hoffnung auf eine Stärkung der Position Deutschlands in Europa gab, noch möglich gewesen ist, und eine gewisse Hoffnung auf einen „Anschluss" Österreichs[264] bestand, so führte die darauffolgende Politik Deutschlands zur Liquidierung dieser Frühlingserfolge und zu einer Isolierung Deutschlands wie vor ihrem Eintritt in den Völkerbund. Dies zeigt anschaulich, dass eine Befreiung Deutschlands aus dem Versailler Joch und

262 Handschriftlicher Eintrag.
263 Unleserliche handschriftliche Einfügung.
264 Aus der Vorwegnahme dieser Maßnahme läßt sich auch eine positive Haltung zum „Anschluss" erkennen, der im Jahre 1938 erfolgte.

seine tatsächliche Gleichberechtigung nur auf dem Weg einer proletarischen Revolution erfolgen kann, die sich auf die Solidarität der Werktätigen aller Länder stützt.[265]

Das faschistische Deutschland [...][266] stand in Genf vor der Notwendigkeit, sich einem noch erniedrigenderen Regime, als es zu Zeiten der Leitung der Außenpolitik durch Stresemann bestand, fügen, was zu einem Verlust des Einflusses der Partei der Nationalsozialisten in den Massen geführt hätte. Um ihren Einfluss in den Massen zu retten, entschlossen sich die deutschen Faschisten zu einem neuen demagogischen Manöver. Mit dem Austritt aus dem Völkerbund wollen sie die nationalistische Welle im Land wieder verstärken, was angesichts des Prestigeverlustes der Regierung im Zusammenhang mit dem Reichstags[brand]prozess besonders notwendig wurde. Sie wollen diese nationalistische Welle nutzen, um ihre Position zu festigen. Die Reichstagswahlen sind angesetzt als Spekulation auf diese nationalistische Welle sowie darauf, dass das Proletariat unter den Bedingungen des bestialischen Terrors gegenwärtig nicht in der Lage sein würde, dem eine Massenkampagne für den proletarischen Internationalismus entgegenzusetzen. Sowohl der Austritt aus dem Völkerbund als auch die Ankündigung der Reichstagswahlen sind ein Zeichen der Schwäche der faschistischen Diktatur und ein Versuch, ihre Position für den Kampf gegen die neue Welle des revolutionären Aufschwungs, der in ganz Deutschland zuzunehmen beginnt, zu stärken. Dies bedeutet, dass die werktätigen Massen ihren Kampf gegen die faschistische Diktatur verstärken müssen. Die KPD muss eine breite Massenkampagne gegen die faschistische Diktatur und für die Diktatur des Proletariats entfalten. Alle KPs müssen den Massen erklären, dass die hochstaplerische faschistische Politik und die Verschärfung der Lage in Europa eine *unmittelbare* Kriegsgefahr in Europa schafft, und zum verstärkten Kampf gegen den Krieg aufrufen. Die KPs müssen erklären, dass der Austritt aus dem Völkerbund und das Verlassen der Abrüstungskonferenz[267] eine unmittelbare Nähe des Kriegs bedeuten. Das angekündigte Referendum und die Reichstagswahlen sollen die Position der Regierung innerhalb des Landes stärken und außenpolitisch den Kriegskurs Hitlers stützen. Die KPD muss erklären, dass, solange die faschistische Diktatur in Deutschland existiert, es keine echten Wahlen oder ein Referendum, keinerlei Willensäußerung der Massen geben kann. Die bevorstehenden Wahlen werden lediglich eine Komödie sein. Die Erklärung der Regierung, dass die Wahlen auf Grundlage des alten Wahlrechts durchgeführt würden, ist ein niederträchtiger Betrug, da hunderttausende Kommunisten in Konzentrationslagern einsitzen und jegliche Opposition unterdrückt wird. Nichtsdestotrotz erklärt die Kompartei, dass sie die Willensäußerung der Massen während der „Wahlen" in den unter diesen Bedingungen möglichen Formen organisieren wird.

265 Passage von „Dies" bis „könnte" handschriftlich eingefügt.
266 Unleserliche handschriftliche Einfügung.
267 Gemeint ist die von Februar 1932 mit Unterbrechungen bis Juni 1934 tagende Genfer Abrüstungskonferenz, die, nach Vorschlägen des US-Präsidenten Herbert Hoover das Wettrüsten der Nationen beenden sollte, dieses Ziel jedoch nicht erreichte.

Wenn die Arbeitermassen eigene Listen aufstellen können, so wird sie zur Unterstützung dieser Listen aufrufen. Sollte dies unmöglich sein, wird sie dazu aufrufen, für den Sturz der faschistischen Diktatur zu stimmen, Demonstrationen, Streiks organisieren usw.[268]

Am 20.10.1933 bewilligte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion ein Antwortschreiben Kliment Vorošilovs an den Oberbefehlshaber der deutschen Reichswehr, Werner von Blomberg. Das Schreiben ist bisher nicht eruiert worden.[269]



Dok. 341

Chiffretelegramm Molotovs und Kaganovičs an Stalin über einen möglichen Besuch Litvinovs in Berlin

Moskau, 22.10.1933

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 508/11/82, 29. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Chlevnjuk/Dėvis/Koševeleva: Stalin i Kaganovič, S. 398.

Chiffretelegramm.
Aus Moskau 22/X-33 um 3 Uhr 05 Min. Eing. N° 83.

An Gen. Stalin

1) Litvinov fährt in 2–3 Tagen los.[270] Angesichts der Tatsache, dass er durch Deutschland fahren wird, stellte er uns die folgende Frage: Ist es für ihn notwendig, in Berlin einen Stopp einzulegen, oder [sollte er] durchfahren, ohne aus dem Waggon auszusteigen?

Wir nehmen an, dass es für ihn zweckmäßig wäre, in Berlin Halt zu machen und auf ein Treffen mit Neurath nicht zu verzichten. Oder, wenn Hitler dies wünschen sollte, auch mit ihm. Was die Gespräche angeht, falls sie ihm vorschlagen sollten, ein Protokoll in dem Sinne zu unterschreiben, dass alle Konflikte geregelt seien, könnte man sich darauf einlassen, unter der Bedingung, dass sie [die deutschen Verhandlungspartner] öffentlich in der einen oder anderen Entschuldigungsform ihr Bedauern über eine Reihe falscher Handlungen der deutschen Regierung im Journalisten-

---

268 Hitler ließ im Zusammenhang mit den Reichstagswahlen im Oktober zugleich ein Plebiszit zum Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund organisieren. In der Komintern gab es zur Wahlbeteiligung völlig widersprüchliche Auffassungen. Man wandte sich an Stalin, der dann in seinem Sinne entschied (siehe Dok. 342 und 343).
269 RGASPI, Moskau, 17/162/15, 116.
270 Litvinov fuhr zu Gesprächen in die USA, wo er mit Präsident Roosevelt zusammentraf und positive Vereinbarungen im Sinne der gegenseitigen Anerkennung abschließen konnte.

konflikt ausdrücken.[271] Falls sie nicht auf ein Protokoll bestehen werden, sollte man sich auf eine Unterredung beschränken, in einem Ton, der ihnen zu verstehen gibt, dass wir nicht vorhaben, den Konflikt zu verschärfen, [und] dass wir bereit sind, alles Notwendige zur Wiederherstellung der vorherigen Beziehungen zu unternehmen.[272]

2) Nach Berlin wird Litvinov Paris passieren. Wir denken, dass er ebenfalls auf ein Gespräch mit Paul[-]Boncour nicht verzichten sollte. Falls ein entsprechender Vorschlag an Litvinov herangetragen wird.[273]

Wir bitten Sie, Ihre Meinung mitzuteilen.[274] NR 100.

Kaganovič, Molotov.

Dok. 342

Anfrage an Stalin zur Taktik der KPD gegenüber dem Referendum zum Völkerbundaustritt

Moskau, 25.10.1933

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau 508/1/128, 4–5. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Dam'e/Komolova/Korčagina: Komintern protiv fašizma, S. 305–306.[275]

25. Oktober 1933
Moskau
A[bsolut] geheim

Die Situation in Deutschland, in der die Kampagne in Bezug auf die Reichstagswahlen am 12. November und das Referendum, angesetzt nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz, stellt sich so dar, dass es unmöglich ist, bei diesen Wahlen eine irgendwie bedeutsame Wirkung zu erzielen (es wird eine Liste von Nat[ional]-Sozialisten für den Reichstag geben sowie einen Wahl-

---

271 Gemeint ist die Nichtzulassung sowjetischer Journalisten zum Leipziger Reichstagsbrandprozess.

272 Am 28.10.1933 fand ein Treffen zwischen Litvinov und von Neurath statt, auf dem der Journalistenkonflikt besprochen wurde. Siehe: Dokumenty vnešnej politiki SSSR, Bd. 16, S. 589–592.

273 Am 31.10.1933 traf Litvinov mit dem französischen Außenminister Joseph Paul-Boncour zusammen. Siehe: Dokumenty vnešnej politiki SSSR, Bd. 16, S. 595–596.

274 Am selben Tag, um 15:20, signalisierte Stalin aus dem Urlaub in Gagra seine Zustimmung (RGASPI, Moskau, 558/11/82, 28). Am 25.10.1933 verabschiedete das Politbüro einen entsprechenden Beschluss, wobei der Wortlaut des Schreibens von Molotov und Kaganovič fast ohne Veränderung beibehalten wurde (siehe Politbüro-Beschluss).

275 Die hier angegebene Archivsignatur ist unzutreffend. Auch das Politsekretariat des EKKI als absendende Institution ist fraglich. Der Brief liegt in drei Entwurffassungen in Fonds 508 (Russische Delegation im EKKI). Unterschriften oder Briefköpfe gibt es bei keiner Version. Absender dürften entweder die Russische Delegation der Komintern oder ein bzw. mehrere Politbüromitglieder gewesen sein.

schein für das Referendum mit der Aufschrift „ja“ (was die Billigung der Außenpolitik der Regierung bedeutet) und „nein“ (gegen diese Politik). Eine andere Möglichkeit, während der Teilnahme an der Abstimmung die Meinung derjenigen auszudrücken, die mit dem faschistischen Regime unzufrieden sind, gibt es nicht; [einem Aufruf,] eine Losung der Kompartei, beispielsweise „Nieder mit dem Faschismus“, „Es lebe die KP Deutschlands“ etc. [auf den Wahlschein] zu schreiben, würde nur eine unbedeutende Anzahl von Wählern folgen.

Die Kominternleute schlagen vor:[276]

1) Die Wähler aufzufordern, die Wahlen zu boykottieren.

2) Dort, wo die Faschisten die Teilnahme an den Wahlen erzwingen werden, sowohl die Liste mit den Namen der Nat[ional]-Sozialisten als auch den Wahlschein zum Referendum durchzustreichen.

3) Die Kompartei Deutschlands muss die Kampagne im Verbindung zu diesen Wahlen unter folgenden Losungen führen: a) Gegen den Versailler Vertrag. Die Arbeiterklasse Deutschlands wird im Bunde mit den revolutionären Arbeitern Frankreichs, Englands und der ganzen Welt im Kampf gegen die Bankiers, Fabrikbesitzer, Gutsherren und ihre Beschützer, die Nat[ional]-Sozialisten, Deutschland vom Versailler Joch befreien.“ b) Gegen Faschismus und Krieg. c) Gegen Hunger und Terror. d) Nieder mit der faschistischen Diktatur. Es lebe die Sowjetrepublik der Arbeiter und Bauern.

Die Führung der KPD im Lande ist einverstanden mit den Vorschlägen der Komintern-Leute, dennoch schlägt das Auslandsbüro des ZK der KPD[277] vor, an den Wahlen teilzunehmen, in dem man die nat[ional]-soz[ialistische] Liste durchstreicht, und im Referendum mit „nein“ stimmt. Die Auslandsleitung der s[ozial]-d[emokratischen] Partei Deutschlands[278] schlägt ebenfalls vor, an den Wahlen teilzunehmen, und befürwortet dieselbe Abstimmungsmethode wie das Auslandsbüro des ZK der KPD.

Wir sind einverstanden mit der Auffassung der Kominternleute. Die Frage ist dringend – teilen Sie Ihre Meinung mit.[279]

---

276 Russisch: „*kominternovcy*“ (wörtlich: „Kominterner“). Bereits am 23.10.1933 hatte Pjatnitzki Molotov und Kaganovič in dieser Angelegenheit um Rat gebeten. Mit „nein“ abzustimmen, stellte sich dem Komintern-Sekretär als Dilemma dar, da die KPD schon immer gegen den Versailler Vertrag gewesen sei. Folglich schloss er sich der Auffassung an, man müsse sich bei dem Referendum der Stimme enthalten (RGASPI, Moskau, 495/19/248, 230–231. Publ. in: Dam'e/Komolova/Korčagina: Komintern protiv fašizma, S. 304–305).

277 Im Mai/Juni 1933 erfolgte die Bildung einer operativen Auslandsleitung der KPD (später: Auslandssekretariat) in Paris. Ihre Mitglieder waren Franz Dahlem, Wilhelm Pieck und Wilhelm Florin. Mit einer kurzen Unterbrechung in Prag wirkte sie bis 1939 in Paris. Die Beschlussprotokolle sind ab 1936 im SAPMO-BArch überliefert (RY 1/I 2/3/273 und folgende).

278 Gemeint ist die seit Mai 1933 in Prag gebildete Auslandszentrale bzw. der nach einem Beschluss des Parteivorstands vom 2.6.1933 gebildete Exilvorstand der SPD (SOPADE), was von der Mehrheit der SPD-Fraktionsmitglieder im Reichstag abgelehnt wurde. Faktisch ergab sich eine Spaltung der SPD.

279 Siehe die Antwort Stalins Dok. 343.

Dok. 343

Antwort Stalins zur KPD-Taktik bei den Reichstagswahlen und dem Referendum der Hitler-Regierung

Moskau, 26.10.1933

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau 508/1/128, 27 [558/11/82, 56]. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Dam'e/Komolova/Korčagina: Komintern protiv fašizma, S. 306–307; Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 696–697.

26. Oktober 1933
Moskau
A[bsolut] geheim

Die Kominternleute sind im Unrecht.[280] Der von ihnen vorgeschlagene Boykott ist kein aktiver Boykott nach bolschewistischer Lesart, sondern eine einfache Stimmenthaltung bei den Wahlen, einfach ein Absentismus. Einen solchen Boykott haben die Bolschewiki niemals anerkannt. Die Bolschewiki erkennen nur einen aktiven Boykott an, der mit revolutionären Aktionen verbunden ist und darauf abzielt, die Wahlen zu untergraben oder sogar zu sprengen. Doch dieser einzig annehmbare Boykott ist nun in Deutschland unmöglich. Deswegen haben nicht die Kominternleute Recht, sondern das Auslandsbüro des ZK der KPD. Man muss an den Wahlen teilnehmen, indem man die faschistischen Listen durchstreicht und im Referendum mit „nein" stimmt. Man muss auf dieser Basis eine breite antifaschistische Front mit den sozialdemokratischen Arbeitern schaffen und die letzteren mitreißen, um diese Angelegenheit auf der Plattform der Kommunisten und unter ihrer Führung durchzuführen. Jede andere Politik wird den Faschisten und den Sozialdemokraten nutzen.[281]

[Sign.]: Stalin



Das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion beschloss am 10.11.1933, daß Litvinov für die Rückreise aus Amerika einen italienischen Dampfer nehmen und sich – nachdem er bereits auf der Hinfahrt mit Reichsaußenminister Neurath zusammen gekommen war – in Italien mit Mussolini treffen sollte.[282]

Am 15.11.1933 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, eine Gruppe verhafteter deutscher Staatsbürger aus der UdSSR auszuweisen.[283]

280 Siehe Dok. 342.
281 Trotz der Manipulationen rund um die Abstimmungen ergab das Ergebnis des Plebiszits zumindest in einigen städtischen Zentren und Arbeiterhochburgen mit 25–35% Neinstimmen einen recht hohen Prozentsatz. Komintern und sowjetische Führung hatten jedoch die Entscheidung bürokratisch verschleppt und damit eine wirkungsvolle Kampagne unmöglich gemacht.
282 RGASPI, Moskau, 17/162/15, 132. Siehe auch: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 296.
283 RGASPI, Moskau, 17/162/15, 129.

Dok. 344

Rede Lozovskijs in der Roten Gewerkschafts-Internationale über die „riesige historische Bedeutung" der Zerschlagung der deutschen Sozialdemokratie

[Moskau], 17.12.1933

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau 534/3/849, 106–109. Erstveröffentlichung.

Gen. Lozovskij: Genossen, vor nicht allzu langer Zeit haben wir beschlossen, im Sekretariat und im Exekutivbüro, Mitte April die 9. Session des Zentralrates der Profintern abzuhalten. Wir haben dazu ein vorbereitenden Entwurf der Tagesordnung entwickelt, der an die Mitglieder des Exekutivbüros verteilt wurde, und wir forderten die Mitglieder des Exekutivbüros auf, dies in den Delegationen zu diskutieren und, falls irgendwelche Änderungen oder Zusätze gemacht würden, darüber von der Tribüne aus zu sprechen. Bis zu diesem Moment gibt es keine solchen Vorschläge. Sollten Sie im Laufe der Diskussion gemacht werden, so werden wir diese besprechen.[284] […]

Wir kämpfen für die Massen, wir kämpfen für die Mehrheit innerhalb der Arbeiterklasse. Unser Hauptfeind in der Arbeiterklasse ist die Sozialdemokratie. Und das, was im Zusammenhang mit der Errichtung der faschistischen Diktatur passiert ist – die Zerstörung der deutschen Sozialdemokratie, anschließend der politische und organisatorische Bankrott des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds, der sich öffnende Graben zwischen der Mitgliedermasse der reformistischen Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Führung, das riesige ideelle, politische und, wenn Sie wollen, moralische Versagen der gesamten 2. und Amsterdamer Internationale vor den breitesten Massen –, all das hat für uns eine riesige historische Bedeutung. Unser Hauptfeind in der Arbeiterklasse ist schwächer geworden, und jeder von uns muss sich fragen: Was haben wir gemacht, wie haben wir dieses Scheitern ausgenutzt, wie haben wir diese Ereignisse an das Bewusstsein der Massen herangetragen, wie haben wir unsere Organisationen auf Grundlage dieser Ereignisse gestärkt, und wenn wir dies nicht getan haben, so muss man die gesamte Organisation von oben bis unten abtasten und die Gründe finden, die zur Abbremsung der Tätigkeit unserer Organisationen geführt haben. […]

Der erste Punkt der Tagesordnung beinhaltet die Situation der Arbeiterklasse, Faschismus und die Probleme der revolutionären Gewerkschaftsbewegung. […] Es ist notwendig für Sie zu schlussfolgern, was Sie getan haben nach der 8. Session, um die Roten Gewerkschaften zu stärken, was Sie getan haben, um die revolutionäre

---

284 Mit der deutschen Katastrophe beschleunigte sich der Niedergang der Roten Gewerkschafts-Internationale, der mit ihrer Liquidierung zunächst als Organisationsverbund, dann als Apparat im Jahre 1937 endete. Die angekündigte 9. Session des Zentralrates fand nicht mehr statt (siehe Tosstorff: Profintern, S. 703ff.).

Gewerkschaftsopposition zu stärken und zu verbreitern, und was die Situation ist mit der Arbeit in den reformistischen, faschistischen und katholischen Vereinigungen und irgendwelchen anderen Organisationen, wo arbeitende Massen vorhanden sind. [...][285]

Wenn die Situation sich ändern sollte, werden wir einige neue Fragen auf der Tagesordnung diskutieren. Auf diesem Weg müssen wir in unserer revolutionären Bewegung arbeiten, die trotz ihrer großen Schwächen nach vorne geht und sich entwickelt und unserem Hauptfeind in der Arbeiterbewegung, der Sozialdemokratie einen schmerzhaften Schlag verabreicht.

285 Anlaß der Rede war die letzte Session des Zentralrates in der Geschichte der RGI, die vom 7.–17.12.1931 in Moskau stattfand. Im Zuge der „Linkswende" und der „Sozialfaschismus-Politik" seit 1928/1929 wurde u.a. durch die gezielte Spaltung der Gewerkschaften im Rahmen der sog. RGO-Politik – der Linie der „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition" – so viel Schaden angerichtet, dass eine „taktische Korrektur" angebracht wurde. Wie es nun hieß, „dürfe [man] nicht jegliche Fraktionsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften aufgeben". Allerdings sollte dies jedoch „nichts an der generellen Ausrichtung auf den selbständigen revolutionären Wirtschaftskampf ändern." (Tosstorff: Profintern, S. 673).

1934

Dok. 344a

Erklärung Heinz Neumanns an die Komintern zu seinen politischen Fehlern

Amsterdam, 14.1.1934

Handschriftliches Anschreiben und Erklärung als Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/19/706, 7, 7v, 8. Erstveröffentlichung.

Amsterdam, 14.I.34

W[erter] G[enosse] Piat[nitzki]! Beiliegend sende ich Ihnen eine Erklärung zu den Beschlüssen der Z.K.K.,[1] soweit sie mich betreffen, mit der Bitte um *Prüfung und Annahme* dieser Erklärung durch die Instanz.

Ich sende das Schreiben direkt an Ihre Adresse, da ich keine andere habe und da der Inhalt ja öffentlichen Charakter trägt.

Bitte geben Sie den einzelnen Freunden, bes. auch Fritz H[eckert] und Kno[rin] je eine Kopie, ebenso der Bruderpartei.

Hinzufügen möchte ich noch, daß ich auch dem personellen Beschluß in meiner Angelegenheit durchaus zustimme und ihn mit selbstverständlicher Disziplin durchführe, womit ich bereits begonnen habe. Selbstverständlich trifft mich diese Maßnahme in einer Zeit wie der jetzigen sehr schwer und bitter, aber ich muß die Konsequenzen meiner unerhörten Fehler bis zum Ende tragen, zumal ich das und vielleicht noch mehr verdient habe.

Meine einzige Hoffnung und zugleich meine Bitte an Sie persönlich und die anderen Freunde ist jetzt, mir Gelegenheit zu geben, durch Artikel für die Linie des XIII. Pl[enums][2] einzutreten und sobald wie möglich wieder aktiv auf irgendeinem Fleck dieser Erde, am besten in meiner Heimat oder wenigstens bei Ihnen irgend *eine ganz bescheidene* Arbeit leisten zu können.

M[it] k[ommunistischem] G[ruß] H[einz] N[eumann]

---

1 Im Gefolge seiner faktischen Entmachtung im Oktober 1932 und seiner (erfolgreichen) Versuche, Remmele von der Notwendigkeit einer schonungslosen Kritik gegen die seiner Auffassung nach für die deutsche Katastrophe mitverantwortliche Thälmann-Führung zu überzeugen, wurde Neumann im Auftrag der Komintern als Instrukteur nach Spanien abgeschoben.

2 Es handelt sich um das 13. EKKI-Plenum des EKKI, das vom 28.11.1933–12.12.1933 in Moskau stattfand.

Gen. Piat[nitzki] u. Manu[ilski][3]

Erklärung.

Auf Grund der Beschluesse des 13. Plenums der KI. sehe ich mich verpflichtet folgende Erklaerung abzugeben:[4]

Ich bin mit den Beschluessen des 13. Plenums des EKKI, die eine gewaltige revolutionaere Bedeutung fuer die gesamte Kommunistische Internationale haben, bedingungslos und aus voller Ueberzeugung einverstanden. Namentlich stimme ich denjenigen Beschluessen des 13. Plenums zu, die meine fruehere Stellungnahme in den deutschen Fragen auf das schaerfste verurteilen. Diese meine Stellungnahme, die vom 13. Plenum mit Recht als defaitistische Einschaetzung der Entwicklungsperspektiven in Deutschland verurteilt wurde, ist unvereinbar mit der Linie der Kommunistischen Internationale. Der Fraktionskampf gegen das ZK der KPD, den ich seit dem Jahre 1932 organisiert und entgegen mehrfachen Beschluessen auch nach dem 12. Plenum des EKKI[5] bis zum Maerz 1933 fortgesetzt habe, stellt einen ueberaus schweren, groben und schaedlichen Verstoss gegen die Linie der KI. und gegen die bolschewistische Parteidisziplin dar.

Indem ich diese meine Fehler ohne Vorbehalt anerkenne und verurteile, erklaere ich mein unbedingtes Einverstaendnis mit der Linie und der Fuehrung der KPD., insbesondere mit ihrer richtigen Taktik vor, waehrend und nach dem Staatsstreich Hitlers. Jedes oppositionelle Auftreten gegen die Linie und Fuehrung der KPD., gegen die Einschaetzung der deutschen Ereignisse, wie sie in der historischen Resolution des Praesidiums des EKKI. vom 1. April[6] und in den Beschluessen des 13. Plenums enthalten ist, bedeutet einen parteifeindlichen Vorstoss, einen Uebergang zum

3 „Gen. Piat. u. Manu." als handschriftlicher Eintrag.

4 In Moskau fand bis zum 12. Dezember das 13. Plenum des EKKI statt, das letzte seiner Art bis zur Auflösung der Komintern im Jahre 1943. Die für den Aufstieg Hitlers mitverantwortliche Politik von Komintern und KPD wurde in allen Punkten für gut geheißen. Wilhelm Pieck stellte seinen unrealistischen Bericht über die Situation in Deutschland unter das Motto „Wir kämpfen für ein Räte-Deutschland" (Wilhelm Pieck: Wir kämpfen für ein Räte-Deutschland. Der revolutionäre Kampf der deutschen Arbeiterklasse unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen die faschistische Diktatur. Bericht über die Tätigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands, Moskau-Leningrad, Verlagsgenossenschaft Ausländischer Arbeiter in der UdSSR, 1934).

5 Auf dem 12. EKKI-Plenum (Moskau, 27.8.1932–15.9.1932) wurde der Kampf gegen Neumann auch auf internationaler Ebene eröffnet. Seine Lebensgefährtin zitierte dazu die Zeitschrift *Permanente Revolution* der Linken Opposition der KPD: „Die Moskauer wollten Teddy [Thälmann] nicht fallen lassen, aber Remmele auch nicht, also bezog Neumann die Prügel und als neuer Gott stieg, schön wie am ersten Tag, [stieg] Wilhelm Pieck aus der Moskauer Versenkung an das Tageslicht der KPD. Neumann ist nach Moskau abgeschoben worden und darf [...] darüber nachdenken, daß man den selbstgeschnitzten Fetisch Teddy nicht ‚diskreditieren' darf." (Buber-Neumann: Kriegsschauplätze, S. 183).

6 In der ZK-Resolution hieß es, dass das deutsche Proletariat „keine Schlacht verloren, keine Niederlage erlitten" habe. Vgl. Buber-Neumann: Kriegsschauplätze, S. 190f.

Rechtsopportunismus, sei es auch unter noch so „linken Phrasen“, einen Hilfsdienst fuer die Defaitisten und Kapitulanten jeder Art, d. h. fuer die Sozialdemokratie.

Falsch und konterrevolutionaer sind insbesondere die Behauptungen, die KPD. haette vor oder waehrend des Hitlerschen Staatsstreichs zum bewaffneten Aufstand [auf]rufen muessen,[7] der Faschismus sei „Bonapartismus“ oder „kleinbuergerliche Konterrevolution“ und nicht die offene, terroristische Diktatur der reaktionaersten, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.[8]

Falsch und konterrevolutionaer, eine erbaermliche Anpassung an das sozialfaschistische Geschwaetz der II. Internationale, ist die Theorie von einer „Epoche des Faschismus und der Reaktion“,[9] eine Theorie des Zweifels und Unglaubens in die unbesiegbaren Kraefte des deutschen Proletariats und seiner einzigen Fuehrerin, der Kommunistischen Partei Deutschlands, die unter beispiellosen Opfern und Verfolgungen eine heroische bolschewistische Arbeit entfaltet und die Massen zu den entscheidenden Kaempfen für den Sturz der faschistischen Diktatur organisiert.

Angesichts der Schwere meiner Fehler bin ich mir bewusst, dass ich mich durch ihre rasche und wirkliche Korrektur in der praktischen Arbeit der Ehre wuerdig erweisen kann, als Parteimitglied unter der Lenin-Stalinschen Fahne fuer die Sache der Kommunistischen Internationale mitkaempfen zu duerfen.[10]

14. Januar 1934
Heinz Neumann.

[sign.]: Heinz Neumann

---

7 Da die KPD unter der Führung Thälmanns keinen Plan einer Erhebung gegen Hitler besaß, wurden solche Überlegungen von offizieller Seite gleich als „falsch“ und „konterrevolutionär“ gebrandmarkt. Gegen eine solche Haltung hatten Neumann und Remmele protestiert, weil sie davon ausgingen, dass die von der Thälmann-Führung an den Tag gelegte Passivität auch gegen die Linie der Komintern gerichtet gewesen sei. Siehe den Brief Neumanns an Remmele vom 7.3.1933 (Dok. 312), in dem er schrieb: „Fallt nur nicht darauf herein, wenn die [Thälmann-]Bande sich mit den 4,7 M[illionen Stimmen bei den Reichstagswahlen] ‚retten‘ will. Das zeigt nur, wie glänzend die Masse ist, was man hätte tun *können* und was man noch tun *muß*.“

8 Neumann zitiert hier die neue, instrumentelle Definition des Faschismus der Komintern, die seit dem 13. EKKI-Plenum gültig war und von Dimitrov auf dem VII. Weltkongress als allgemeingültige Formel übernommen wurde.

9 Wie der deutsche Soziologe und das Mitglied der Frankfurter Schule Karl August Wittfogel berichtete, soll ihm Radek als Leiter des außenpolitischen Think tanks Stalins 1933 gesagt haben, daß die deutschen Arbeiter für einige Jahre die Herrschaft Hitlers auf sich nehmen müßten (Fritz J. Raddatz: Vom Versagen der Linken. Ein Zeit-Gespräch mit Karl August Wittfogel. In: *Die Zeit*, 2.3.1979, Nr. 10).

10 Neumann wurde nach seiner Abschiebung nach Spanien im Juni 1935 zunächst zusammen mit seiner Frau Margarete Buber-Neumann als Exilant in der Sowjetunion aufgenommen; dort im April 1937 verhaftet, wurde er am 26.11.1937 zum Tode verurteilt und erschossen. Seine Frau kam ins Lager Karaganda, wurde 1940 an NS-Deutschland ausgeliefert und dann im KZ Ravensbrück inhaftiert. Aus Furcht vor neuer Inhaftierung in der SBZ als Witwe des von der KPD zur „Unperson“ erklärten Neumann flüchtete sie 1945 in den Westen. Siehe ihre Lebensberichte: Buber-Neumann: Kriegsschauplätze; id.: Als Gefangene bei Stalin und Hitler. Vgl. Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 634–636.



Am 25.1.1934 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, keine Vertreter der UdSSR in die Internationale Kommission zur Hilfe für Flüchtlinge aus Deutschland zu schicken.[11] Im außenpolitischen Teil seiner Rede auf dem XVII. Parteitag der VKP(b) (26.1.1934–10.2.1934) sprach Stalin trotz der Ereignisse in Deutschland nicht von einer Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen.[12]

Am 19.2.1934 wurde beschlossen, durch das Außenhandelskommissariat Verhandlungen mit Deutschland und Polen aufzunehmen, um über einen Beitritt der Sowjetunion zum Polnisch-Deutschen Roggen-Abkommen zu verhandeln.[13]

Am selben Tag beriet das Politbüro, „den Deutschen" Ankäufe seitens der Sowjetunion im Wert von 25.000.000 Rubel, davon 15 Millionen für das Volkskommissariat für Verkehrswesen (Lokomotiven und Lokomobile u.a.) sowie 10 Millionen für die Militärbehörden vorzuschlagen. Die Bezahlung von 40 Millionen Rubel sollte gestundet werden.[14]

Am 10.3.1934 erfolgte ein weiterer Beschluss über das Erdölkonsortium Derop. Das Unternehmen wurde verkauft und die sowjetische Erdölexportgesellschaft Sojuznefteeksport schloß einen Drei-Jahres-Vertrag zur Lieferung von jährlich 175.000 Tonnen Benzin an die Deutschen ab.[15]

Am 20.3.1934 erfolgte auf Vorschlag Krestinskijs ein Beschluss, bezüglich der offenen Valutafragen mit Deutschland einige Korrekturen vorzunehmen. Am gleichen Tag wurde der ständige Vertreter der Sowjetunion in Österreich beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Vertreter der Ausweispapiere für die verfolgten Schutzbundangehörigen zwecks Einreise in die Sowjetunion auszustellen, allerdings unter der Bedingung, dass diese nicht der Spionage überführt worden seien.[16]

Am 29.3.1934 wurden weitere Entscheidungen des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion zu den österreichischen Schutzbundangehörigen getroffen. 300 von ihnen aus der Tschechoslowakei sollten die Erlaubnis erhalten, in die Sowjetunion zu kommen. Mit der Aufsicht über die Umsetzung dieser Entscheidung wurde Ždanov beauftragt. Am gleichen Tag wurden die Haushalte der MOPR über 325.000 sowie des EKKI über 3.307.052,50 Goldrubel und 5.823.118 Tscherwonzenrubel genehmigt.[17]

Am 15.4.1934 genehmigte es das Politbüro dem ständigen Vertreter in Berlin, dem deutschen Botaniker, Mykologen und „Genossen" Rolf Singer ein Visum für die UdSSR zu erteilen.[18]

In einem weiteren Beschluss wurde der Zeitung „D.L." eine Unterstützung von 9000 Valutarubeln genehmigt.[19]

11 RGASPI, Moskau, 17/162/15, 184.
12 Slutsch: Deutschland und die UdSSR, S. 70–72.
13 RGASPI, Moskau, 17/162/16, 3; APRF, Moskau, 3/64/662, 4. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 16.
14 RGASPI, Moskau, 17/162/16, 3; APRF, Moskau, 3/64/662, 5. Publ. in: Ibid., Dok. 17.
15 APRF, Moskau, 3/64/672, 33. Publ. in: Ibid., Dok. 24.
16 RGASPI, Moskau, 17/162/16, 13 und 15.
17 RGASPI, Moskau, 17/162/16, 29.
18 RGASPI, Moskau, 17/162/16, 35.
19 RGASPI, Moskau, 17/162/16, 38.

Am 4.5.1934 erfolgten Beschlüsse des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion über Mátyás Rákosi und über die österreichischen Schutzbundangehörigen. Auf Vorschlag von Béla Kun sollte Rákosi die sowjetische Staatsangehörigkeit verliehen und ein Transitvisum durch die Tschechoslowakei und Polen ausgehändigt werden. (Weiteren?) einhundert von ihnen sollte die Einreise in die Sowjetunion gestattet werden.[20]

Am 5.5.1934 genehmigte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Budgets des Internationalen Agrarinstituts, der Roten Gewerkschaftsinternationale, des EKKI sowie des Verbindungsdienstes der Komintern. Für das Jahr 1934 wurden dem Internationalen Agrarinstitut 1.000.000 Rubel (darunter 175.000 Rubel für Bauvorhaben), der Roten Gewerkschaftsinternationale 1.535.000 Rubel (davon 300.000 aus den Mitgliedsbeiträgen des sowjetischen Gewerkschaftsverbands), dem EKKI 2.800.000, der Abteilung für Internationale Verbindungen der Komintern 1.000.000 Rubel genehmigt. Betreffs der Schutzbundangehörigen, die in der Ukraine aufgenommen wurden, verpflichtete man die KP der Ukraine, sie „im Geist des Kommunismus" „umzuerziehen".[21]

Dok. 345

„Tatsachenmaterial" zum Bericht der Internationalen Roten Hilfe über Aufnahme von Politemigranten in der UdSSR

[Moskau], 8.5.1934

Typoskript in deutscher Sprache, mit handschriftlichen Korrekturen. RGASPI, Moskau, 495/3/327, 13–19. Erstveröffentlichung.

„5"
4836/3/Ia/Ab
8/5.34
a.d.russ.

Tatsachenmaterial zum Bericht der IRH[22]
ueber Aufnahme und Verteilung der Politemigranten in der USSR
- – -

Eine der wichtigsten und hauptsächlichen Aufgaben sowohl des EK der IRH[23] als auch der IRH-Sektion in der USSR ist die Aufnahme der nach der Sowjetunion kommenden Politemigranten und das allseitige Entgegenkommen ihnen gegenüber. [...]

Die Kurve der Politemigration und Unterstuetzung der Politemigranten.

Die Zahl der eintreffenden Politemigranten steigt von Jahr zu Jahr:

1931 in der USSR eingetroffen 477 Personen

---

20 RGASPI, Moskau, 17/162/16, 50.
21 RGASPI, Moskau, 17/162/16, 57, 60, 66–67.
22 IRH: Die Internationale Rote Hilfe.
23 EK: Das Exekutivkomitee der IRH.

1932 " " " "	570	"
1933 " " " "	688	"

ausserdem 120 Angehoerige von Politemigranten.

Die Hauptmasse der Politemigranten kam in den Jahren 1932/33 aus den Laendern des Faschismus, d.h. Polen, Deutschland, Italien.[24] 1933 waren 35% der 688 aus Deutschland. [...]

Das ZK der IRH der USSR ist jedoch der Auffassung, dass inbezug auf Aufnahme und Verteilung der Politemigranten noch nicht alles getan worden ist, was in der Sowjetunion getan werden koennte. In den Ortsorganisationen der IRH ist manchmal ungenuegendes Entgegenkommen gegenueber eintreffenden Politemigranten zu finden. Einzelne lokale Sowjetorganisationen sind sich ueber die Bedeutung der politischen Emigration nicht klar, werfen Politemigranten mit den uebrigen auslaendischen Arbeitern in einen Topf, was auf ihre Versorgung usw. zurueckwirkt. Auf weitaus nicht genuegender Höhe steht die politische Arbeit unter den Politemigranten: die entsprechenden Organisationen wenden dieser wichtigen Frage zu wenig Aufmerksamkeit zu, in der Auffassung, sie sei Sache der IRH-Organisation allein. Die Folge ist, dass selbst hier in Moskau, im zentralen Emigrantenheim,[25] die politische Arbeit nur von verantwortlichen Funktionaeren des EK und des ZK der IRH als gesellschaftliche und Parteifunktion geleistet wird.

Die Aufgaben der Aufnahme und Versorgung der politischen Emigranten sind ausserordentlich gewachsen und die Arbeit selbst hat stark an Umfang zugenommen. Die weitere Uebung dieser Arbeit erfordert nicht nur durchgreifende Hebung der Arbeit der IRH-Organisationen, sondern auch viel groessere und konkretere Unterstuetzung der IRH sowohl durch die entsprechenden KI-Sektionen als auch durch eine Reihe oeffentlicher, sowie Wirtschafts- und Sowjetorganisationen. Nur unter dieser Voraussetzung wird die IRH die Moeglichkeit haben, die in der Arbeit sowohl der Ortsorganisationen als auch des Zentralapparats vorhandenen Maengel zu beseitigen, die Aufnahme und Versorgung der Politemigranten in der USSR auf eine hoehere Stufe zu heben.[26]

Schewelewa[27]

8.5.34.

---

24 Aufgrund der unspezifischen, propagandstischen Sicht und der fehlenden Analyse betrachtete die Komintern Polen ebenfalls als faschistisches Land.

25 Neben der unmittelbaren Hilfe an die Opfer der Repression und die politischen Gefangenen bildete die Politemigration das wichtigste Arbeitsgebiet der Internationalen Roten Hilfe. Neben mehreren Kinderheimen und einer Internatsschule für die Kinder der Politemigranten wurde in Moskau das zentrale Emigrantenheim unterhalten.

26 Zwei Monate später, am 11.7.1934 wurde das Politsekretariat des EKKI in dieser Frage aktiv und bildete eine Kommission, um die Lage der Politemigranten zu untersuchen (RGASPI, Moskau, 495/3/327, 1).

27 Elizaveta Šeleva, geboren ca. 1899, war stellvertretende Vorsitzende der Roten Hilfe der Sowjetunion (MOPR).



Am 10.5.1934 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, Lev Chinčuk auf eigenen Wunsch als bevollmächtigten Vertreter der Sowjetunion in Deutschland abzulösen und an seine Stelle Jakov Suric einzusetzen.[28]

Tags darauf, am 11.5.1934, bewilligte das Politbüro auf Anfrage der obersten Verteidigungskommission der Sowjetunion die Zuwendung von Valuta aus dem Reservefonds des Rates der Volkskommissare zum Kauf von zwei deutschen Flugzeug-Prototypen des Modells Heinkel ASCH-70. Dabei handelte es sich möglicherweise um die militärische Version der Heinkel He 70 „Blitz“, mit der 1934 die Lufthansa den „Blitz-Dienst“ zwischen den deutschen Großstädten eröffnete mit einem Flugmotor, der von sowjetischen Chefkonstrukteur Arkadij Švecov („ASCH“) in Lizenz entwickelt wurde.[29]

Dok. 346

Brief „Ludwigs“ (d.i. Lajos Magyar) an Pjatnitzki über seine Mission in Deutschland

O.O., 25.5.1934

Autograph in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/19/81, 121–121v. Erstveröffentlichung.

Lieber Gen. Michail [d.i. Osip Pjatnitzki]![30]

Heute schreibe ich nur kurz, würde jedoch sehr um Antwort bitten:

1.) Meine erste Bitte: mir die Erlaubnis zu geben, mich einige Wochen im Dritten Reich[31] aufzuhalten.[32] Dies ist aus geschäftlichen Gründen unabdingbar. *Rote Fahne, [Deutsche] Volkszeitung, Internationale* sind – mehr oder weniger gut – aufgestellt. *Die Arbeiterzeitung*[33] arbeitet auch mehr schlecht als recht. Wir schreiben Broschüren. Die Landesleitung wird von uns informiert und bekommt von uns Materialien. Doch jetzt ist es höchste Zeit, nachzuhorchen, was überhaupt im Land geschieht, vor allem wie die Parteiorganisationen arbeiten. Wenn man nichts über die Stimmungen der Arbeiter weiß, ist es schwer, für sie zu schreiben, und wenn man nicht weiß, was die ehemaligen sozialdemokratischen Arbeiter umtreibt, ist es unmöglich, Antworten auf ihre Fragen zu liefern. Natürlich werde ich vorsichtig sein und versuchen, nicht

28 APRF, 3/64/662, 105. Publ. in: Sevost'janov, Moskva-Berlin, III, Dok. 25.

29 APRF, Moskau, 3/64/662, 34. Publ. in: Ibid., Dok. 26.

30 Über dem Briefkopf Eingangsstempel vom 2.6.1934. Links oben handschriftlicher Vermerk: „Antwort erteilt 3.VI.34. In die Mappe.“

31 Im Original: „*v tret'ej imperii*“.

32 Offensichtlich war Magyar im Auftrag der Komintern für die Betreuung der illegalen Pressearbeit der KPD in Prag tätig, wo neben der *Roten Fahne* auch die *Deutsche Volkszeitung* und die *AIZ* herausgegeben wurde.

33 Vermutlich die *Arbeiter-Illustrierte Zeitung* (AIZ), die unter Chefredakteur Franz Carl Weiskopf seit 1933 weiter in Prag erschien.

in die Hände der Gestapo zu fallen. Ich bin mir sicher, dass Sie mir die Erlaubnis, ins wunderbare Land Hitlers zu fahren, nicht verwehren werden. […][34]

4.) Hier gibt es keine besonderen Neuigkeiten. *Die Rote Fahne* erscheint bereits dreimal im Monat. Andere Presseorgane erscheinen regelmäßig. In allgemeinen Parteiangelegenheiten kann ich von keinen besonderen Veränderungen berichten. Die Deutschen sind ein gutes, ein erstaunliches Volk, doch die Gewerkschaftsarbeit und die Massenarbeit überhaupt sind leider noch ausbaufähig.

Bei mir läuft alles ganz gut. Es gibt Arbeit. Man könnte viel besser und mehr arbeiten. Doch hier hängt vieles von den allgemeinen und inneren Bedingungen ab, über die ich Sie bereits ausführlich informiert hatte.

Allerbeste Wünsche und viele Grüße,

25/V.34. – Ludwig



Am 9.6.1934 sanktionierte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Liquidierung sogenannter „Provokateure" in der KP Polens im Zusammenhang mit dem Prozess gegen eine „Polnische Militärorganisation".[35]

Dok. 347

Rede Manuilskis zur Vorbereitung des VII. Weltkongresses der Komintern über die falsche Einschätzung des Faschismus

[Moskau], 14.6.1934

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 494/1/1, 5–14. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 813–820.

Erlauben Sie mir, zu einigen konkreten Bemerkungen überzugehen. Ich will zuallererst Folgendes sagen: Ich denke, dass der Kongress[36] auf sehr kraftvolle Weise durchgeführt werden muss, unter dem Zeichen einer allerernsthaftesten Revision all unserer Fehler und der Mängel unserer Arbeit. Wenn wir die Entwicklung in historischer Perspektive betrachten, was haben wir? Über die Welt brauste eine riesige Krise hinweg, die Stalin als etwas nie da Gewesenes in der Krisengeschichte charakterisiert. Der Apparat aller alten, bürgerlichen Parteien ist zerschlagen, der Apparat der

34 In weiteren Abschnitten seines Briefes bittet Ludwig um einen mehrwöchigen Urlaub (zum ersten Mal seit zwei Jahren) und informiert Pjatnitzki über einen möglichen Spion in der englischen Delegation von Lord Marley.
35 RGASPI, Moskau, 17/162/16, 86.
36 Gemeint ist der VII. Weltkongress der Komintern, der ursprünglich bereits für 1934 vorbereitet wurde, dann jedoch, nach mehreren Entscheidungen des sowjetischen Politbüros, erst im Sommer 1935 einberufen wurde.

Sozialdemokratie ist im Zerbrechen begriffen, die Klassen sind in eine erstaunliche Armut gestürzt worden. *Und nun sind es in dieser Lage nicht die Kommunisten, die die Bewegung der Massen anführen, [sondern,] und dies ist ein historischer Fakt, die Faschisten.* Das ist die Hauptfrage, die vor uns steht.

Als es in Russland 1917 eine analoge Lage gegeben hatte, führten die Kommunisten diese Unzufriedenheit der Massen an, diese Verelendung und Not der Massen. Als die weltweite Krise ausbrach, führten nicht die Kommunisten, sondern die Faschisten die Unzufriedenheit der Massen an. Warum haben die Faschisten, und nicht die Kommunisten, es geschafft, diese Unzufriedenheit der Massen in ihr Format zu integrieren? Das ist die Frage, von der viele gequält werden. [...] Ich denke, dies muss damit erklärt werden, *dass wir zu abstrakt gewesen sind.* [...]

Wie haben wir uns früher die Entwicklung vorgestellt? Wir haben uns vorgestellt, dass die Entwicklung folgendermaßen aussehen wird: Kampf gegen die Sozialdemokratie in der historischen Arena, Klasse gegen Klasse, Bourgeoisie [gegen] Proletariat. Und *um das Proletariat anzuführen, müsse man die Sozialdemokratie zerschlagen.* [...] Wir haben uns vorgestellt, dass wir letztendlich die Sozialdemokratie besiegen würden, aber es kam anders, als wir es auf dem VI. Kongress gedacht hatten. Die Sozialdemokratie zerschlagen haben nicht die Kommunisten, sondern die Faschisten.

Daraus könnte die mechanische Vorstellung entstehen, dass der Faschismus eine unabdingbare Sache sei und dass der Faschismus in allen Ländern die Sozialdemokratie unterstützen [sic] würde. Und da bescherte uns die Geschichte eine neue Lage: die Faschisten zerschlugen in allen Ländern, in Deutschland, Österreich usw. die Sozialdemokratie. Was passierte, nachdem der Faschismus an die Macht gekommen ist? In der Arbeiterklasse erhob sich etwas vorher nicht da Gewesenes. Früher gab es eine von der Sozialdemokratie gestützte Passivität. Heute legt die Arbeiterklasse mehr Enthusiasmus im Kampf für den Sozialismus an den Tag. Für mich stellt sich noch die große Frage, ob der Faschismus in England und Frankreich siegen wird[37] und ob der Kampf gegen den Faschismus dort nicht Ursache großer organisatorischer Veränderungen sein wird. Wird Frankreich oder England das Land sein, in dem auf Basis des Kampfes gegen den Faschismus die revolutionäre Krise heranreifen wird? Nicht Deutschland, sondern England und Frankreich. [...]

Wir haben bislang gegen die Sozialdemokratie gekämpft. Alle unsere Anweisungen gingen in die Richtung, dass die Sozialdemokratie unser Hauptfeind sei. Das

37 Offensichtlich scheint Manuilski ein bevorstehendes Zeitalter des Faschismus für nicht ausgeschlossen gehalten zu haben. Gerade in Frankreich kam es allerdings im Februar 1934 dazu, dass faschistische und royalistische Kräfte von einer weitgehend spontan entstandenen Massenbewegung zurückgeschlagen wurden. Im Juli wurde dann erstmals in der neueren Geschichte der Komintern ein Bündnis zwischen der Sozialistischen Partei (SFIO) und der KPF geschlossen und unter der neuen Bezeichnung „Volksfront" im Herbst um die bürgerliche, linksliberale „Radikale Partei" erweitert. In Großbritannien wurde 1932 unter Oswald Mosley die *British Union of Fascists* gegründet, die zwar noch punktuelle Wahlerfolge errang, jedoch seit 1934 auf einen starken Widerstand in der Bevölkerung traf. Das Zeitalter des „Antifaschismus" begann.

Problem besteht darin, dass *während wir den Kampf gegen den Faschismus ignorierten, wir das gesamte Feuer gegen die Sozialdemokratie richteten* und dabei annahmen, dass wir den Faschismus zerschlagen, indem wir gegen die Sozialdemokratie kämpfen. Wir nahmen an, dass der Faschismus irgendeine abstruse Lehre sei, so wie Hitlers Buch „Mein Kampf", die man nicht widerlegen müsste. In der Praxis hat sich jedoch ergeben, dass solche Ideen, zusammengeklaubt aus Resten des Anarchismus, des Parlamentarismus und der Sozialdemokratie plus Nationalismus, Millionenmassen ergreifen können.[38] [...]

Dok. 348

Beschwerde Karl Volks an die Komintern über seinen Ausschluss aus der KPD als „Versöhnler"

[Zürich], 16.6.1934

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/293/133, 8–9. Erstveröffentlichung.

„5"/6330/10
16.6.34.

Abschrift/SCHOE

An das EKKI und die I.K.K. Moskau.[39]

Werte Genossen!

Das ZK der KPD hat mich aus der Partei ausgeschlossen, ohne mir Gelegenheit zu geben, mich zu verantworten. Mein Rekurs wurde nicht beantwortet, deshalb wende ich mich unmittelbar an Euch.[40]

---

38 Hitlers „Mein Kampf" erschien 1925 und 1926 in zwei Bänden im Zentralverlag der NSDAP, Franz Eher Verlag, München, und später in weiteren Ausgaben. Die hier von Manuilski vorgenommene, seltsame und im antidemokratischen Narrativ verfangene Charakterisierung lässt entscheidende Inhalte des Buches, wie Rassismus und Antisemitismus, das Kriegsparadigma und die Ausrichtung gegen den Pazifismus, nicht zuletzt die intendierte Zerstörung der Sowjetunion und des „Weltjudentums" als Zielvorstellungen außer Acht. Das Münchner Institut für Zeitgeschichte bereitet für 2015 – in diesem Jahr verliert der Freistaat Bayern, dessen Finanzministerium die Verbreitung und Neuauflage verboten hatte, die Urheberrechte an dem mit Publikationsverbot belegten Buch – eine wissenschaftlich-kritische Ausgabe vor. Siehe: Hitler, Mein Kampf. Eine Edition, http://www.ifz-muenchen.de/aktuelles/themen/edition-mein-kampf/.

39 IKK (Abk.) – Internationale Kontrollkommission der Komintern.

40 Karl Volk, Ps.: Robert (1897–1961). In Galizien geboren, Studium in Prag, dort zunächst Poale Zion, dann KP der Tschechoslowakei, 1920 KPD. 1924–1925 Agitpropabteilung des EKKI, 1928 ROSTA. Nach illegaler Arbeit in Deutschland Emigration nach Paris. 1933 Parteiausschluss als Leiter der Versöhnler-Fraktion. Am 10.8.1934 bestätigt die IKK den Ausschluß. In Zürich Kopf der „Versöhnler", später

Ich bin der festen Überzeugung, dass dieser Beschluss des ZK ungerechtfertigt ist und dass Ihr nach Überprüfung meiner Beschwerde diesen Beschluss aufheben werdet. Ich habe in den vielen Jahren, den ich der Partei angehöre, noch niemals eine parteifeindliche Handlung begangen, ganz zu schweigen von „konterrevolutionären Umtrieben", von denen das ZK in seinem Beschlusse spricht. Ich verhehle keinesfalls, dass ich mit der Politik des ZK der KPD nicht einverstanden bin. Ich halte dafür, dass ein Kommunist unter allen Umständen verpflichtet ist, der KI unbedingte Wahrheit über seine politische Meinung zu sagen: dass er das Recht hat, dies zu tun, auch wenn ihm bekannt ist, dass das ZK seiner Partei eine andere Meinung vertritt, wenn er bereit ist, sich unter allen Umständen der Disziplin der KI zu fügen. In den fast fünfzehn Jahren, in den ich der KI angehöre, habe ich niemals eine Politik der Doppelzüngigkeit verfolgt. Wenn ich in irgendeiner Frage nicht einverstanden war, so habe ich dies in der Parteidiskussion mitgeteilt. Wenn die Beschlüsse der Instanzen festlagen, so habe ich mich diszipliniert gefügt. Ich selbst habe im Jahre 1928 die Parteileitung gebeten,[41] mich aus dem Parteidienst zu entlassen, weil ich es nicht verantworten konnte, ohne vollkommene Übereinstimmung mit der Politik des ZK Parteiangestellter zu bleiben. In den darauf folgenden Jahren habe ich meine Pflicht als Parteimitglied sowohl in der unmittelbaren Parteiarbeit als in ziemlich intensiver literarischer Tätigkeit erfüllt, ohne mich irgendeiner Verletzung der Parteibeschlüsse oder der Disziplin schuldig gemacht zu haben.

Dann kam der faschistische Umsturz. Ich habe die Politik, die das ZK in den entscheidenden Monaten trieb, für falsch gehalten und tue es auch heute. Aber worin bestand meine Differenz mit dieser Politik? Ich habe keinen Augenblick die Meinung vertreten, als ob im Januar 1933 die Machtfrage auf der Tagesordnung gestanden hätte. Die liquidatorischen Theorien Remmeles und Neumanns[42] habe ich mit Entschiedenheit bekämpft. Hingegen war ich davon überzeugt, dass bei einer richtigen Politik des ZK durch die Entfesselung grosser Massenkämpfe die nationalsozialistische Form der faschistischen Diktatur verhindert oder zumindest äusserst erschwert worden wäre.

Ich bin der Meinung, dass wir in Deutschland eine Niederlage erlitten haben. Ich habe aber vom ersten Augenblick, als in der Partei die Diskussionen einsetzten, gegen den defaitistischen Standpunkt gekämpft, als ob diese Niederlage eine „Epoche des

---

der „Berliner Opposition der KPD", beruflich als Übersetzer tätig. Dann Auswanderung in die USA (Ps. Robert Rintl). Nach 1945 Verbindungen zur SPD. Siehe seine Komintern-Saga: Ypsilon: Pattern for a World Revolution, Chicago-New York, Ziff-Davis Publishing Company, 1947; vgl. Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 972; Foitzik: Zwischen den Fronten, S. 332; Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank).

41 Volk forderte im September 1928, nach der Aufdeckung des „Wittorf-Skandals", in den Thälmann verstrickt war, dessen Absetzung als Parteivorsitzender. Siehe hierzu Dok. 192 u.a.

42 Volk verdeutlicht hier die Position der „Versöhnler" zur deutschen Katastrophe. Das NS-System zu stürzen, wäre unmöglich gewesen, doch die Art und Weise der Machtstabilisierung und damit die Herausbildung des Terrorregimes mit allen negativen Folgen habe im Bereich des Möglichen gelegen (siehe hierzu Dok. 303).

Faschismus und der Reaktion“ einleite, als ob man in Deutschland mit einer „italienischen Perspektive“ rechnen müsse.[43] Ich habe während des ganzen Jahres 1933, das ich zum grossen Teile in illegaler Arbeit in Deutschland verbrachte, gegen jede liquidatorische Tendenz und gegen die Auffassung gekämpft, als ob man in Folge der Niederlage die revolutionäre Perspektive aufgeben müsse. […]

Ich habe auch nach dem Ausschluss, der in der diffamierendsten Form publiziert wurde, keinen Schritt getan, der nicht mit den Pflichten eines Parteimitgliedes vereinbar wäre.

Aus allen diesen Gründen ersuche ich Euch, den Beschluss des ZK aufzuheben und mir meine Rechte als Parteimitglied wieder zu geben.

Mit kommunistischem Gruss

Karl Volk (Robert)

Antwort bitte an die Arbeiterbuchhandlung Zürich (für Robert) zu senden.[44]



Am 5.7.1934 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion auf Anregung von Rozengol'c, von der Option eines Zusatzkredits von 25.000.000 Reichsmark, der Teil der letzten 40-Millionen-Kreditabmachung mit Deutschland war, keinen Gebrauch zu machen.[45] Am selben Tag gab das Politbüro Richtlinien an I.Ja. Vejcer aus, an denen er sich bei den Verhandlungen für einen neuen deutschen Importkredit zu orientieren hatte.[46]

---

43 *Italienische Perspektive:* Auch einige Thesen der Komintern waren nicht mehr weit von der Sicht des Faschismus als „Epoche“ entfernt, wie die Manuilski-Rede zur Vorbereitung des VII. Weltkongresses zeigt (Dok. 347). Tatsächlich stufte die Komintern im Gegensatz etwa zur Internationalen Linksopposition die Situation in Deutschland, je bedrohlicher der Anstieg der Nationalsozialisten in den 1930er Jahren wurde, nicht mehr als revolutionär, nicht einmal mehr als vorrevolutionär ein. „Vom politischen Extremismus, für den nichts existiert als die ‚Eroberung der Straße' im Namen der unmittelbaren Diktatur des Proletariats (auf dem Papier) geht eine solche Führung [der KPD] ohne Mühe zum Possibilismus über, indem sie sich nach jedem Winde richtet, der von der Kleinbourgeoisie kommt, auch nach dem chauvinistischen.“ (Leo Trotzki: An die Reichskonferenz der Linken Opposition, 17. September 1930. In: Id.: Schriften über Deutschland, 1, S. 70–74, hier S. 72).

44 Die von Hans Bickel (1884–1961) geleitete „Arbeiterbuchhandlung“ in Zürich war die Parteibuchhandlung der KP der Schweiz, die u.a. die Publikationen von Münzenbergs Verlagen vertrieb (siehe: Brigitte Studer: Un parti sous influence. Le Parti communiste suisse, une section du Komintern, Lausanne, L'Age d'Homme, 1994, S. 619; Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank).

45 APRF, Moskau, 3/64/662, 43. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 35.

46 APRF, Moskau, 3/64/640, 46–46v. Publ. in: Ibid., Dok. 36.

Dok. 349

Beschluss des Präsidiums der Komintern über die internationale Kampagne zur Befreiung Thälmanns aus NS-Haft

[Moskau], 8.7.1934

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/2/d (Alte Signatur: 494/1/40/53, 53). Erstveröffentlichung.

Dokument Nr. 15
6530/St
Vertraulich
Beschluss des Präsidiums des EKKI

Das Präsidium des EKKI beschliesst auf Grund des Referates des Genossen Béla Kun über die Einheitsfrontaktion zur Befreiung Thälmanns folgendes:

1) Die Direktiven des Politsekretariates und der Politkommission, ausgearbeitet auf Grund des Aufrufes des EKKI vom 5. März zur Führung der Kampagne,[47] insbesondere die Direktive, lt. welcher die Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien aufgefordert wurden, an die Leitungen der entsprechenden sozialdemokratischen Parteien Angebote zwecks Herstellung der Aktionseinheit für die Befreiung Thälmanns und anderer Antifaschisten zu senden, werden gebilligt.

2) Einige kommunistische Parteileitungen haben trotzdem diese Direktive mit grosser Verspätung (Tschechoslowakei, Spanien), nicht genügend konsequent (England, Schweiz) durchgeführt. Im allgemeinen haben die Parteien es nicht verstanden, die Kampagne mit dem Aufruf des EKKI vom 5.3.1933 zu verbinden.

Mit Ausnahme von Frankreich, wo es gelungen ist, den Einheitsdrang in der Arbeiterklasse zum Ausgangspunkt von breiten Massenaktionen zu machen,[48] haben

47 Zum Aufruf des EKKI vom 5.3.1934 siehe Dok. 311. Von der Befreiungskampagne für Thälmann, der am 3.3.1933 verhaftet wurde, war im Aufruf keine Rede. Im illegalen Rundschreiben des ZK vom 13.3.1933, nach der Verhaftung Thälmanns, ist wiederum von Angeboten an die Führungen der sozialdemokratischen Parteien keine Rede (siehe: Weber: Die Generallinie, S. 671–673). Des Weiteren fehlen deutliche Hinweise in der Resolution des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 1.4.1933, die zwar von der Notwendigkeit der „Zusammenschweißung aller Kräfte des Proletariats und die Herstellung der Einheitsfront der sozialdemokratischen und der kommunistischen Arbeiter" spricht, entsprechende Angebote jedoch unerwähnt lässt und die Hauptaufgabe darin sieht, „die Massen auf die entscheidenden revolutionären Kämpfe, auf den Sturz des Kapitalismus, auf den Sturz der faschistischen Diktatur durch den bewaffneten Aufstand vorzubereiten." (*Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung* II (1933), S. 229–231).

48 Im Juli 1934 kam es zum Abschluss einer Vereinbarung über der Aktionseinheit zwischen der Sozialistischen Partei (SFIO) und der KP Frankreichs, und später zum ersten Volksfrontbündnis, das in der Folge von der KP Frankreichs weiter nach rechts ausgeweitet wurde. Die Darstellung lässt außer Acht, dass es sich, was die Teilnahme der KPF an der Einheitsfront anging, um eine Entscheidung in letzter Minute handelte, die weitgehend aufgrund des Drucks der Mitglieder von unten zustande kam.

die Parteileitungen den Kampf für die Aktionseinheit nach der Ablehnung durch die Sozialdemokratie praktisch eingestellt (Belgien, Schweiz), ja sogar die Beantwortung des Einheitsfrontangebotes in der Presse, in den Massenorganisationen nicht forciert. Mit Ausnahme von einigen Ländern, besonders von Frankreich (auch hier nicht unter Ausnutzung aller gegebenen Möglichkeiten) hat keine Parteileitung es verstanden, nach der Zurückweisung des Einheitsfrontangebots Aktionseinheit mit sozialdemokratischen Organisationen über die Köpfe der sozialdemokratischen Parteileitungen hinweg – im örtlichen oder Bezirks-Masstabe – herzustellen.

3) Den Kommunistischen Parteien wird empfohlen, ungeachtet der Zurückweisung der Vorschläge durch die sozialdemokratischen Leitungen neue Angebote seitens der Kommunisten an die sozialdemokratischen Bezirks-, Stadt- und lokalen Leitungen zu stellen, für ihre Annahme eine Massenkampagne in den sozialdemokratischen Organisationen, Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen, ohne zu schwanken, durchzuführen, die Aktionseinheit für die Befreiung Thälmanns und anderer antifaschistischer Kämpfer durchzuführen, sie mit dem Kampf gegen den Faschismus im eigenen Lande und für die wirtschaftlichen Tagesforderungen aller werktätigen Schichten zu verbinden.

4) Unabhängig davon, ob die sozialdemokratischen Parteien oder einzelne Organisationen den Vorschlag zur Herstellung der Einheitsfront annehmen oder ablehnen, sollen die Kommunistischen Parteien und lokalen Organisationen eine breite Aufklärungskampagne führen und jede Möglichkeit ausnützen, um durch Ueberwindung der Widerstände, die Aktionseinheit der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter herzustellen.[49]



In einem Beschluss vom 14.7.1934 gab das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion sein Einverständnis zur Unterzeichnung eines Dreierabkommens mit Frankreich und Deutschland, das den „Regionalpakt Ost" garantieren würde.[50]

Bezüglich eines zusätzlichen Kredits von Deutschland in Höhe von 25 Millionen Mark beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 15.7.1934, auf das Recht, diesen in Anspruch zu nehmen, zu verzichten. Ebenfalls wurde unter einer größeren Anzahl deutscher und österreichischer Sozialdemokraten vierzehn von ihnen die Einreise in die UdSSR gestattet.[51]

Am 9.2.1934 hatten sich bereits spontan und ohne eine Parteiinstruktion Demonstrationszüge der Sozialisten und der Kommunisten im Zeichen des Protestes gegen die extreme Rechte in Frankreich, die am 6.2.1934 gewaltsam demonstrierte, vereinigt.

49 Nach der KP Frankreichs erfolgte ein ähnlicher Umschwung durch die KP Spaniens im September/Oktober 1934. Die KPD verharrte trotz der hier veröffentlichten Komintern-Resolution vom Januar 1935 (siehe Dok. 359) bis zum VII. Weltkongress der Komintern weitgehend in ihrer sektiererischen Politik. Erst im 2. Halbjahr 1935 erfolgte dann die Umstellung der kommunistischen Parteien auf die Volksfrontlinie, allerdings in unterschiedlicher Weise (siehe hierzu den Beitrag von Bayerlein in Bd. 1).

50 RGASPI, Moskau, 17/162/16, 119. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 313.

51 RGASPI, Moskau, 17/162/16, 111, 113, 114, 119, 122.

Am 25.7.1934 verabschiedete das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion eine Antwort an die französische Regierung. Hierin wurde die Bereitschaft erklärt, dem Völkerbund beizutreten, wenn man eine entsprechende Einladung sowie einen ständigen Sitz im Rat des Völkerbunds erhalte. Zuvor hatte Frankreich von der Sowjetunion gefordert, vor dem Abschluss eines gemeinsamen Vertrags in den Völkerbund einzutreten.[52]

Auf Anregung Litvinovs beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 25.7.1934, die „Gesellschaft Kultur und Technik" zu liquidieren. Diese diente dem Austausch von technischem Know-How zwischen Russland und Deutschland, bspw. wurden deutsche Professoren nach Russland zu Vorträgen eingeladen. Das Hitlerregime habe jedoch, so Litvinov, Reisen deutscher Wissenschafter in die UdSSR deutlich erschwert. Daher sei die Gesellschaft nicht mehr arbeitsfähig. Um jedoch Hitlerdeutschland nicht eine Steilvorlage für antisowjetische Propaganda zu liefern, sollte nun eine Allunions-Gesellschaft für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit dem Ausland gegründet werden, die für alle Staaten offen sei – so könne man die deutsch-russische Gesellschaft unter dem Vorwand ihrer Redundanz auflösen.[53] Die Gründung der neuen Gesellschaft wurde am 8.1.1935 vom Orgbüro der KP der Sowjetunion eingeleitet, jedoch am 11.3.1935 vom Politbüro aus unbekannten Gründen bis auf weiteres gestoppt.[54]

Am 26.7.1934 lehnte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Bitte der Lufthansa um die Überflugsgenehmigung eines Flugzeugs über das sowjetische Territorium ab, wie auch wiederholt am 15.8.1934.[55]

Am 5.8.1934 reagierte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion auf die „deutsche Hunger-Kampagne". Eine Kommission, bestehend aus Krestinskij für das NKID, Arkus (Staatsbank) und einem Vertreter des Torgsin, der Allunions-Gesellschaft zum Handel mit Ausländern wurde beauftragt, konkrete Maßnahmen auszuarbeiten, um Geldüberweisungen aus Deutschland in die UdSSR (vermutlich zur Hilfe an Wolgadeutsche) zu verzögern (bzw. zu verhindern). Deutsche Meldungen über den mit Torgsin abgeschlossenen Vertrag sollten in der Presse und im Rundfunk dementiert werden. Des Weiteren wurde beschlossen, auf die Organisierung eines dritten koordinierten Transports von österreichischen Schutzbundangehörigen aus der Tschechoslowakei zu verzichten und stattdessen der sowjetischen Vertretung in der ČSR zu erlauben, einzelnen Schutzbündlern die Einreiseerlaubnis in die UdSSR zu erteilen. Außerdem überließ das Politbüro der Komintern fünf ausländische PKWs und zwei LKWs.[56]

Am 9.8.1934 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion auf Anfrage des NKVD, sogenannte deutsche Mitglieder zweier aufgedeckter „faschistischer Organisationen" – eine davon angeblich in der Redaktion der *Deutschen Zentral-Zeitung* – aus der Sowjetunion abzuschieben. Dagegen sollten die russischen Angeklagten vor eine „Sonderberatung" des NKVD gestellt werden.[57]

52 RGASPI, Moskau, 17/162/16, 140–141. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 314–315.
53 APRF, Moskau, 3/64/687, 77. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 38. Zum Hintergrund ibid., Dok. 37.
54 APRF, 3/64/687, 81, 82. Publ in: Ibid., Dok. 55 und 61.
55 RGASPI, Moskau, 17/3/949, 94/76; 17/162/17, 8.
56 RGASPI, Moskau, 17/162/16, 142, 144.
57 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 4.

Am 15.8.1934 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, bei den Verhandlungen mit Deutschland über einen Kredit von 200 Millionen Reichsmark auf einem Umfang der sowjetischen Bestellungen im Wert von 20, höchstens 30 Millionen Mark zu bestehen.[58]

Qua Umfrage vom 16.8.1934 beschloss das Politbüro strenge Maßnahmen gegen die Theoriezeitschrift der KP der Sowjetunion *Bol'ševik*. Der ehemalige Kominternvorsitzende Grigori Sinowjew hatte in einem Artikel die Interpretation einer Schrift von Friedrich Engels vorgenommen, die Stalin zufolge falsch war, wofür er nun aus der Redaktion der Zeitschrift ausgestoßen wurde.[59]

Dok. 350

Redebeitrag Béla Kuns zur Vorbereitung des VII. Weltkongresses der Komintern gegen ein Abrücken von der revolutionären Strategie

Moskau, 22.8.1934

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 494/1/3, 132–138. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 820–825.

BELA KUN: Ich finde, dass die Thesen in dieser Form unannehmbar sind.[60] Und das aus folgendem Grund. Ich habe nach einer Begründung für die revolutionäre Perspektive gesucht. Gefunden habe ich sie auf S. 2, wo es heißt, dass „der imperialistische Krieg auch zum Bürgerkrieg führt. In beiden Fällen riskiert die Bourgeoisie ihren Kopf. Die Kräfte der Weltrevolution wachsen, [...] die Idee des Sturms reift im Bewusstsein der Massen, [...] das Heranbrechen der Revolution.“[61] Faktisch [...] hat dies rein deskriptiven Charakter, ohne jegliche Analyse. Und das soll eine Begründung für die revolutionären Perspektive sein? [...] Ich denke, dass es sich auch in diesem Falle um eine Vertröstung handelt statt der Darstellung einer echten revolutionären Perspektive, einer begründeten revolutionären Perspektive.

(Manuilski: Dann gib sie uns!)

---

58 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 8; APRF, Moskau, 3/64/662, 52. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 41.

59 RGASPI, Moskau, 17/3/950, 31–32. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 707–709.

60 Es handelt sich um die Thesen zum ersten Punkt der Tagesordnung des erst fast ein Jahr später stattfindenden VII. Weltkongresses der Komintern (23.7.1935–21.8.1935), dort als Bericht Dimitrovs „Die faschistische Offensive und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale“.

61 Kuns Rede wurde entweder auf den speziellen Sitzungen des EKKI-Präsidiums oder auf der Vorbereitungskommission gehalten, die zur Vorbereitung des VII. Weltkongresses seit ca. Juni 1934 einberufen wurde. Sie reflektiert das bereits 1933 manifeste Abrücken der Komintern von der revolutionären Perspektive und wendet sich scharf gegen die These vom „Zeitalter des Faschismus“.

Dazu komme ich, Gen. Manuilski. Und deswegen teile ich weitgehend Gen. Vargas Meinung, die Thesen seien pessimistisch. […]

Auf Grundlage dieser Thesen könnte man die Schlussfolgerung ziehen, dass wir uns in einer Epoche des Faschismus befänden. Die Thesen über den Faschismus sind so gefasst, als ob es weder den 30. Juni in Deutschland[62] noch den 25. Juli in Österreich[63] gegeben hätte. Die Thesen werfen die Frage des Faschismus völlig losgerissen von der allgemeinen Krise des bürgerlichen Staates auf. […]

Ich denke, dass der zweite Mangel dieser Thesen darin besteht, dass die Sozialdemokratie hauptsächlich im Kapitel über den Faschismus vorkommt. Wir sprechen die ganze Zeit davon, dass man doch bitte den Faschismus nicht mit der Sozialdemokratie gleichstellen solle, und hier figurieren der Faschismus und die Sozialdemokratie in einem Kapitel, und das ohne eine ausreichende Differenzierung. Ob Sie es wollen oder nicht, Gen. Kuusinen, es muss hier eine Antwort gegeben werden auf die Frage, ob die Sozialdemokratie die Hauptstütze der Bourgeoisie bleibt, und nicht abgewartet werden. Dies muss so formuliert sein, dass der kommunistische oder sozialdemokratische Leser nicht darüber rätseln muss, ob die Sozialdemokratie die wichtigste soziale Stütze bleibt, auf Basis [der Thesen] lässt sich dies jedoch nur erraten. […]



Am 22.8.1934 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, den stellvertretenden Volkskommissar für Außenhandel, Šalva Eliava, mit einem Bericht über den mit Deutschland am 8.8.1934 unterzeichneten Vertrag zu beauftragen (das Abkommen zwischen Danzi und Polen?).[64]

---

62 *30. Juni in Deutschland*: Gemeint ist die Niederschlagung des „Röhm-Putsches“ am 30.6.1934 („Nacht der langen Messer“), als Hitler den Machtkampf zwischen der Reichswehr und der plebejischen SA, die zum Träger einer zweiten, sozial orientierten Revolution zu werden drohte, autoritär entschied. Die blutige Abrechnung betraf neben der SA, deren gesamte Führung Hitler durch SS-Einheiten ermorden ließ, eine Reihe weiterer innerparteilicher Rivalen Hitlers, Himmlers und Görings. Stalin soll sich bewundernd über die Aktion ausgesprochen haben, nach der die Reichswehr von nun an auf die Person des „Führers und Reichskanzlers“ eingeschworen wurde. Die KPD hatte früh auf die Beeinflussung der SA als „Kampfreserve gegen Hitler“ gesetzt, sie verfolgte im Rahmen der MP-Arbeit den Aufbau geheimer Zellen in der SA. Hitlers Schlag, der die Reichswehr entscheidend aufwertete, traf die KPD völlig unvorbereitet. Ohne äußerliche Erfolge wurde die „revolutionäre Arbeit (der KPD) innerhalb der SA“ fortgesetzt (siehe: Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst der KPD, S. 364).

63 *25. Juli in Österreich*: Die Rede ist von dem misslungenen nationalsozialistischen Putsch in Wien am 25.7.1934, der nach schweren Kämpfen bis zum 30.7.1934 niedergeschlagen wurde. Zu den ca. 200 Getöteten gehörte auch der österreichische Bundeskanzler Dollfuß. Siehe: Gottfried-Karl Kindermann: Hitlers Niederlage in Österreich. Bewaffneter NS-Putsch, Kanzlermord und Österreichs Abwehrsieg von 1934, Hamburg, Hoffmann und Campe, 1984; vgl.: Hans Schafranek: Sommerfest mit Preisschießen. Die unbekannte Geschichte des NS-Putsches im Juli 1934, Wien, Czernin Verlag, 2006.

64 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 12.

Dok. 351

Brief des Schriftstellers Lothar Wolf an Wilhelm Pieck und Fritz Heckert

Moskau, 28.8.1934

Typoskript in deutscher Sprache, mit wenigen handschriftlichen Ergänzungen. RGASPI, Moskau, 495/11/1, 6–9. Erstveröffentlichung.

Moskau, den 28.8.1934

An die Genossen *Wilhelm Pieck und Fritz Heckert*.[65]

Werte Genossen!

Ich möchte als langjähriges Mitglied der Schriftstellergruppe der KPD[66] Eure Aufmerksamkeit auf einige Misstände lenken.

Ich lebe seit einem halben Jahr in Moskau und habe feststellen müssen, dass unter den hiesigen reichsdeutschen Parteischriftstellern so gut wie jeder Zusammenhalt fehlt. Von irgend einer kollektiven politischen oder künstlerischen Arbeit kann nicht gesprochen werden. Die Schuld liegt keineswegs an dem oft betonten Individualismus, der Disziplinlosigkeit, der Feigheit, der Unreife und Gleichgültigkeit der kommunistischen Schriftstelleremigranten. Im Gegenteil, die hier in der Emigration lebenden Schriftsteller haben ja gerade für den revolutionären Kampf ihre Lebensmöglichkeit in der Heimat riskiert und verloren.

---

65 Lothar Ruben-Wolf (1882–1938, in der Sowjetunion erschossen) war ein in Wiesbaden geborener KPD-Arzt und langjährig führend für die sozialpolitischen KPD-Organisationen, in der kommunistischen Ärztegruppe und im Klub der Geistesarbeiter tätig; verheiratet mit Martha Ruben-Wolf, jüdischer Herkunft und in Moskau seit 1934 Sprecher der deutschen Ärztegruppe in Moskau. Nach der traumatisch erlebten Verhaftung und Erschiessung ihres Ehemanns beging Martha Ruben-Wolf im Jahre 1939 Selbstmord. Siehe: Reinhard Müller: Juden – Kommunisten – Stalinopfer. Martha Ruben-Wolf und Lothar Wolf im Moskauer Exil. In: *Exil* XXVI (2006), H. 1, S. 5–26. Siehe auch Wolfs Bericht an Wilhelm Pieck „zur Intellektuellenpropaganda der KPD" von 1936 in: Christa Uhlig: Rückkehr aus der Sowjetunion: Politische Erfahrungen und pädagogische Wirkungen. Emigranten und ehemalige Kriegsgefangene in der SBZ und früheren DDR, Weinheim, Deutscher Studienverlag, 1998 (Bibliothek für Bildungsforschung).

66 Ähnlich wie in anderen peripheren und zentralen Bereichen fand auch in der deutschen Schriftstellergruppe der KPD in Moskau ein bizarrer Ausgrenzungsprozess statt, der, befördert von der KPD-Führung – besonders Ulbricht und Pieck – in den stalinistischen Terror überging. Vor allem Pieck forderte 1936 vehement die Überprüfung der deutschen Schriftsteller und der Peripherorganisationen. Zum Teil sollten Personen nach Deutschland zurückgeschickt werden, zum Teil wurden Verhaftungen in der Sowjetunion gefordert. „Ich glaube, daß es noch eine Reihe von Leuten von der Qualität Süßkinds gibt und die Mitglied unserer Partei sind, bei denen sich die gleiche Notwendigkeit ergeben wird, sie zu verhaften. Hoffentlich wird dadurch endlich einmal diese Eiterbeule gründlich geleert und ausgebrannt, die sich in der hiesigen Emigration gebildet hat." (IfGA/ZPA [Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Zentrales Parteiarchiv] I 2/3/286, zit. in: Müller: Die Säuberung, S. 9).

Die Schuld liegt ausschliesslich an der hiesigen Schriftstellerorganisation, der MORP,[67] die sich mehr und mehr als eine Organisation zur Zersplitterung, Auseinanderhaltung und Inaktivierung der deutschen Schriftsteller auswirkt. Die Schuld liegt an dem Genossen Becher, der unbekümmert um alle scheinbaren Richtungswechsel die alte Abwürgungstaktik der Berliner Linkskurvengruppe fortsetzt.[68]

Es fehlt so gut wie jede Parteiarbeit unter den zersplitterten und scheinbar in alle Ewigkeit zu persönlichem und Gruppenkrakehl verurteilten Schriftstellergenossen. Ein einziges Mal hat im letzten halben Jahr eine Art Parteibesprechung stattgefunden. Uneingeladen haben einige alte KPD-Schriftsteller sich auf eigene Faust Zutritt verschafft. Selbst der frühere Leiter der hiesigen Schriftstellergruppe, Genosse Josef Schneider, konnte nur mit Schwierigkeiten Zutritt finden.[69] Genosse Ludkewitsch [d.i. Stanislaw Ludkiewicz] leitete die Sitzung.[70] Genosse Béla Iles [d.i. Béla Illés] hielt das Referat.[71] Erst sollten die anwesenden KPD-Schriftsteller eine Fraktion darstellen. Dann gestalteten sie sich nach langen Erörterungen zu einem Aktiv. Nach bereits vorher vollzogener öffentlicher Abschlachtung handelte es sich um die *nachträgliche*, parteimässige Erledigung des parteilosen, unreifen, vielleicht nicht ganz gesunden, jungen Schriftstellers Brandt [d.i. Gustav Brand]. Der Hauptstoss aber ging gegen Brandts Berater, den Genossen Andor Gabor, dessen literaturpolitische Anschauung ich keineswegs teile, dem aber Genosse Reimann und andere Genossen trotzkistische

---

67 Die Internationale Vereinigung revolutionärer Schriftsteller (IVRS), russisch *Meždunarodnoe ob"edinenie revoljucionnych pisatelej* (MORP) wurde 1930 als Rote-Literatur-Internationale (Becher) gegründet; sie war als internationale Zusammenfassung aller revolutionären und proletarischen Schriftsteller der Welt konzipiert. Qua Beschluss im Dezember 1935 wurde sie wieder aufgelöst. Geleitet wurde sie von einem Präsidium und einem Sekretariat in Moskau, mit Béla Illés als langjährigem Sekretär. Zentralorgan war die Zeitschrift *Literatur der Weltrevolution*, die ab 1931 erschien. Siehe: Simone Barck: Internationale Vereinigung Revolutionärer Schriftsteller (IVRS). In Barck/Schlenstedt/Bürgel u.a.: Lexikon sozialistischer Literatur, S. 223–226; Bernhard H. Bayerlein: Von der Roten Literaturinternationale zu Stalins Hofschreibern? Arbeitsmaterialien zu den Schriftstellerinternationalen, 1919–1943. In: *The International Newsletter of Communist Studies Online* XV (2009), no. 22, S. 202–210.

68 Wolf meint hier vermutlich den bereits durch die Auseinandersetzungen zwischen proletarischer und bürgerlicher Literatur innerlich gespaltenen *Bund Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller* als nationalen, der KPD nahe stehenden Schriftstellerverband mit dem Zentralorgan *Linkskurve* (1929–1933). Siehe: Christoph M. Hein: Der „Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Deutschlands". Biographie eines kulturpolitischen Experiments in der Weimarer Republik, Münster, Lit, 1990.

69 Josef Schneider (siehe auch Dok. 211) war bereits seit Beendigung der Märzkämpfe in Mitteldeutschland 1921 in der Sowjetunion. Dort schriftstellerisch tätig, u.a. Mitarbeiter der VEGAAR, 1936 verhaftet, 1939 Tod in Magadan.

70 Stanislaw Ludkiewicz (Ps.), urspr. Fenigstein (1897–1938). Mitglied der KP Polens, arbeitete in den Mežrabpom-Studios und der Internationalen Vereinigung Revolutionärer Schriftsteller. Stellvertretender Redakteur der Zeitschrift *Internationale Literatur*. Parteiausschluss 1936, Verhaftung und Erschiessung durch das NKVD. (http://www.yale.edu/annals/Chase/Documents/doc38chapt5.htm#_edn82).

71 Béla Illés (1895–1974) war der Generalsekretär der Internationalen Vereinigung revolutionärer Schriftsteller (IVRS). Er wurde zwar 1937 aus der Partei ausgeschlosssen, überlebte jedoch die großen Säuberungen.

Gruppenbildung und konterrevolutionäre Strömungsmacherei nachweisen sollten.[72] Der Krach tobte stundenlang. Fast mit Gewalt sollte der entsetzte Genosse Barta an Gabors Seite gedrängt werden, auf dass sich die „unentbehrliche" Gruppe bilde. Nicht die Spur eines Beweises konnte vorgebracht werden. Und so endete wenig ergiebig diese einzige, etwas tragikomische „Parteiarbeit", die aber ganz genau in der Linie der altgewohnten Klüngelpolitik aufgezogen war.

Ganz ähnlich hat die unbegründete öffentliche Verfolgung des Genossen Herwarth Walden mit einem hundertprozentigen Sieg des Verfolgten geendet. Genosse Walden wurde von Partei und Narkompros[73] bestätigt, dass er an der Hochschule für neue Sprachen und in der Presse völlig richtig die Parteilinie eingehalten hat. Walden ist beauftragt worden, in seinem Sinne die Arbeit an seiner Hochschule zu organisieren.[74]

Es liegt in der Linie eines unreifen Radikalinskitums, wenn Genosse Becher der Genossin Bertha Lask zumutet, sie müsse ohne Pseudonym publizieren.[75] Auf die Gefahr hin, dass dadurch ihre in den Reihen der KPD in Deutschland kämpfenden Söhne gefährdet würden. Ein Funke menschlicher Gesinnung hätte dem Genossen Becher zeigen müssen, welch furchtbarer nervöser Belastung er damit die schwache Frau aussetzt.

Es müsste die Methode aufhören, dass Genosse Becher auch bei den kuriosesten Handlungen eines geheimnisvollen Parteiwillens, ein allen übrigen Mitgliedern verborgenes Parteiinteresse geltend macht. Es werden dadurch ganz unnötig Nervosität, Misstrauen und Unruhe erzeugt, gegen die dann wieder die Partei „verteidigt" werden muss.

---

72 Gustav Brand (1902–1937?) war ein sudetendeutscher Schriftsteller, seit 1928 Mitarbeiter der *Deutschen Zentral-Zeitung*. Er wurde 1936 in der Sowjetunion verhaftet. Andor Gábor (1884–1953) war ein ungarischer Schriftsteller und Journalist, Mitbegründer der Internationalen Vereinigung Revolutionärer Schriftsteller (IVRS) und u.a. Mitherausgeber der *Linkskurve*. Der tschechische Kommunist und Literaturwissenschaftler Paul Reiman (1902–1976) arbeitete in der IVRS und wurde selbst wegen „Rechtsabweichung" 1933 nach Moskau zitiert. Nach dem 2. Weltkrieg Direktor des Instituts für die Geschichte der KPČ und im „Prager Frühling" engagiert.

73 Narkompros, russ. *Narodnyj kommissariat prosveščenija*, Volkskommissariat für das Bildungswesen.

74 Der Musiker, Schriftsteller, Verleger und Künstler Herwarth Walden (urspr. Georg Lewin, 1878–1941) war als Gründer der Zeitschrift *Der Sturm* (1910–1932) der „geheime Architekt der Avantgarde" des frühen 20. Jahrhunderts, besonders des Expressionismus, Futurismus, Dadaismus und der Neuen Sachlichkeit. Mitglied der KPD, seit 1932 als Sprachdozent in Moskau tätig. Bereits 1934 wurde er in der Deutschen Sektion wegen „linker Abweichungen" zunächst erfolglos angegriffen. Im März 1941 wurde Walden als „deutscher Spion" verhaftet, er starb am 31.10.1941 noch vor einer Verurteilung im Gefängnislazarett in Saratov an der Wolga (siehe: Robert Hodony: Der geheime Architekt der Avantgarde. In: *Die Tageszeitung taz*, 11.4.2010; Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 986; zu Waldens Verhörprotokollen und anderen Materialien aus seiner Strafsache siehe V. F. Koljazin, V. A. Gončarov (Hrsg.): „Vernite mne svobodu!" Dejateli literatury i iskusstva Rossii i Germanii – žertvy stalinskogo terrora, Moskva, Medium, 1997, S. 242–282).

75 Siehe zur Behandlung der deutschen Schriftstellerin Berta Lask ihren Brief vom 29.8.1934, Dok. 352.

So ist es z.B. völlig unbegründet, wenn Genosse Becher unter geheimnisvollen Andeutungen es für sich allein in Anspruch nimmt, mit den hier eingetroffenen Schriftstellergästen in Verbindung zu treten. Bei keiner einzigen deutschen Intellektuellengruppe – auch nicht bei den Schriftstellern – wäre eine derartige Politik zu rechtfertigen. So gehen diese aus Westeuropa eingeladenen Genossen an den hier lebenden KPD-Schriftstellern spurlos vorüber. Man erfährt nicht mehr von ihnen, als die „DZZ" erzählt.[76] Genossenschaftliche Aussprachen und geselliges Zusammensein hätte unbedingt erfolgen müssen. Umso mehr, als für die Belieferung der deutschen Schriftsteller mit Gastkarten keine Vorsorge getroffen ist. Während wir übrigen Schriftsteller nunmehr auf ebenso sinnlose wie schädliche Weise diskreditiert sind, wird Genosse Becher zur einzig vertrauenswürdigen Kolossalgestalt aufgeblasen. Wozu sowohl künstlerisch wie politisch wie menschlich jeder Grund fehlt.

Fast jeder emporstrebende KPD-Schriftsteller von einigem Können hat erst gegen die von Becher früher in der Linkskurvengruppe, heute in der MORP durchgeführte Literaturpolitik einen erbitterten Kampf auf Leben und Tod führen müssen. Ich erinnere nur an die skandalöse Drangsalierung der dem Proletariat entsprossenen Schriftstellergenossen Grünberg, Bredel und Marchwitza. Der hochbegabte Marchwitza lebt – von der Einreise nach Moskau von Becher abgeschreckt – noch heute in tiefstem Elend in Zürich.[77]

Ohne die Bechersche Literaturpolitik mit ihrer geheimnistuerischen Sektiererei, ihrer scheinmarxistischen „Linientreue", ihrer beschränkten Splitterrichterei, ihrer theatralischen „Leninretterei" – in Wahrheit mit ihrer brutalen Verfolgungswut gegen jede Konkurrenz könnte die deutsche revolutionäre Literatur heute viel stärker dastehen. Viele gutwillige Begabungen sind dadurch an den Rand der Partei gedrängt

---

76 *Deutsche Zentral-Zeitung* (DZZ), Verlag und Zeitschrift, zugleich *Organ des Zentralbüros der deutschen Sektion beim ZK der Kommunistischen Partei*, später *Nemeckaja centralnaja gazeta*. Komintern (Moskau, 1926–1939). Sie publizierte „in deutscher Sprache vor allem für die deutschsprachigen Facharbeiter und sowjetdeutschen Bürger, bot aber auch den emigrierten Schriftstellern ein literarisches Forum" (Anne Hartmann: Traum und Trauma Sowjetunion: Die Sowjetunion als Exilland für deutsche Schriftsteller 1933–45. http://www.ruhr-uni-bochum.de/traum/themen.htm). Anfang 1926 als Organ des Zentralbüros der deutschen Sektion bei der Agitations-, Propaganda- und Presseabteilung unter der Bezeichnung *Unsere Bauernzeitung*, seit 16.5.1926 *Deutsche Zentralzeitung für Stadt und Land*. Nach der Schließung des Zentralbüros der Deutschen Sektion „Zentralorgan der deutschen Werktätigen in der Sowjetunion", mit einer Auflage von ungefähr 20.000 Exemplaren (1931). Zu den abgedruckten Autoren gehörten Martin Andersen Nexö, Willi Bredel, Bertolt Brecht, Lion Feuchtwanger, Fritz Erpenbeck, Wieland Herzfelde, Alfred Kurella, Heinrich und Thomas Mann und viele andere. Chefredakteure waren Adolf Klein (1926–1928), H. Löffler (1929), Imre Komor (1929–1933), Wladimir Frischbutter (1933–1934), Julija Annenkova (1934–1937), Karl Kürschner (1937), Richard Grewe (1937), Karl Hofmann (1937–1939) und Adol'f Sobolevič (1939). Als deutsche und internationale Zeitung wurde die *DZZ* zum Angriffpunkt des stalinschen Terrors, bis zu 40 ihrer Mitarbeiter wurden vom NKVD verhaftet, viele von ihnen erschossen. Siehe: Dehl: Verratene Ideale, S. 279–314.

77 Hans Marchwitza (1890–1965), deutscher Bergmannssohn und Arbeiterschriftsteller. Er wurde in der Folge aus der Schweiz ausgewiesen und kämpfte dann im spanischen Bürgerkrieg.

worden und verloren gegangen. Viele Sympathisierende sind von dem Anschluss an die Partei abgeschreckt worden.[78]

Wie ich höre wird eine Reorganisierung der MORP geplant.

Ich empfehle als Maßnahme zu ihrer Genesung die Beschäftigung des Genossen Becher auf einem anderen Wirkungsfeld.

Mit kommunistischen Gruss !

[Sign.:] Lothar Wolf

Hotel Passage No 75
Gorkovo uliza 15.

Dok. 352

Brief der Schriftstellerin Berta Lask an die KPD-Führung zur Situation in Moskau

[Moskau], 29.8.[6.?]1934

Typoskript in deutscher Sprache mit wenigen handschriftlichen Korrekturen. RGASPI, Moskau, 495/11/1, 11. Erstveröffentlichung.

den 29.8.34

An die Leitung der Deutschen [Kommunistischen] Partei zu Haenden der Gen. Fritz Heckert und Wilhelm Pieck.

Werte Genossen,
ich bitte mich zur illegalen Arbeit nach Deutschland zu schicken. Vielleicht werde ich bald hochgehen. Aber auch im Gefaengnis und Konzentrationslager kann man noch produktive politische Arbeit leisten bis zum Schluss, und das werde ich ebenso tun wie im vorigen Sommer im Frauengefaengnis.[79]

---

78 „Der Wortführer der KPD-nahen Schriftsteller und internationale Schriftstellerfunktionär Johannes R. Becher ließ die Probleme seiner bedingungslosen Einordnung in den von Ulbricht und Pieck dominierten Parteiapparat und seine Unterordnung unter Stalin an zahlreichen Schriftstellern wie Karl Grünberg, Willi Bredel und Hans Marchwitza aus. Intellektuelle waren für ihn immer auch potentielle Klassenverräter: ‚Der Intellektuelle, der zum Proletariat kommt, muß den größten Teil dessen, was er seiner bürgerlichen Abstammung verdankt, verbrennen, bevor er in Reih und Glied mit der proletarischen Kampfarmee mitmarschieren kann (...). Untergehen muß die vielgepriesene, die heilig- und hochgehaltene ‚Persönlichkeit'." (Carsten Gansel: Johannes R. Becher zwischen Dichten und Funktionieren. In: Johannes R. Becher: Der gespaltene Dichter. Gedichte, Briefe, Dokumente, 1945–1958, Berlin, Aufbau, 1991, S. 11–30, hier S. 14).

79 Berta Lask (1878–1967) war eine deutsche Schriftstellerin und Journalistin jüdisch-galizischer Herkunft, seit 1923 KPD-Mitglied, nach mehreren Verhaftungen emigrierte sie 1933 nach Moskau.

Hier aber ist mir die positive antifaschistische Arbeit auf dem literarischen Gebiet unmoeglich gemacht durch unaufhoerliche Schikanen einer intriganten Klique. Gekroent werden diese Intrigen jetzt auf dem Kongress,[80] indem man mich oeffentlich aus der Reihe der prol[etarischen] rev[olutionären] Schriftsteller ausstrich.

Wenn ich im offnen Kampf vom offnen Klassenfeind zu Grunde gerichtet werde, werde ich zufrieden sein, denn ich weiss, wofuer ich falle. Dass mir aber hier durch Intrige der Boden unter den Fuessen weggezogen und die Gurgel abgedreht wird, damit werde ich mich nicht schweigend abfinden.

Ich bitte also, wenn ich noch einmal meine Kinder gesehen habe, mich zurueckzuschicken.[81]

Mit komm. Gruss

[Sign.:] Berta Lask

Dok. 353

Rede Knorins zur Preisgabe der revolutionären Perspektive in den Thesen des VII. Kominternkongresses

Moskau, 29.8.1934

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 494/1/3, 200–204. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 829–833.

KNORIN: [...] Gen. Pjatnitzki sagt, ich hätte auf Kosten der Arbeiterbewegung sehr radikale Formulierungen in der aktuellen Etappe vorgeschlagen. Ich habe bis jetzt überhaupt keine Formulierungen vorgeschlagen und habe es auch nicht vor, es ist jedoch klar, dass die Formulierung über den revolutionären Aufschwung unzureichend ist. [...] Ich denke, es wäre völlig falsch, wenn wir sagen würden, dass die Entscheidungen des VI. Kongresses nur im Grundsatz richtig seien. Ich denke, dass die Entscheidungen des VI. Kongresses auch heute gänzlich richtig sind. Wir rufen jedoch den VII. Kongress deswegen zusammen, weil die Lage sich in einer ganzen Reihe von Fragen verändert hat und neue Fragen aufgetaucht sind. [...] Die Frage der

80 Es handelt sich um den *Ersten Allunionskongress der Sowjetschriftsteller* unter der Präsidentschaft von Maxim Gorki, auf dem der Sowjetische Schriftstellerverband gegründet und der „sozialistische Realismus" normativ als neue künstlerische Form festgelegt wurde. Siebzehn deutschsprachige Gäste wurden zugelassen, darunter Oskar Maria Graf, Johannes R. Becher und Gustav Regler. Siehe: Michael Rohrwasser: „Die Deutschen in Verzückung". Der Moskauer Schriftstellerkongress 1934 und seine deutschen Gäste. In: *Exil*, 1990, Nr. 2, S. 45–58.

81 Berta Lask kehrte erst 1953 nach Deutschland zurück und lebte als freie Schriftstellerin in Ost-Berlin. Einer ihrer Söhne starb im KZ Dachau, Sohn Lutz überlebte Lagerhaft an der Kolyma.

RGO[82] war damals richtig gestellt, jetzt haben wir jedoch in Deutschland und Österreich keine Gewerkschaften, gegen die es eine Opposition gäbe, und in einer ganzen Reihe von Ländern können wir uns ebenfalls von dieser Form verabschieden. Es ist [dort] bis zum Zusammenwachsen der Gewerkschaften mit dem bürgerlichen Staat gekommen. Nun macht der bürgerliche Staat diese Gewerkschaften zu. Diese grundlegende Veränderung wirft die gesamte Frage für uns anders auf.

Das ist aber nicht die Frage, über die ich sprechen wollte, sondern die Frage über die selbständige Führung von Klassenkämpfen.

(PJATNITZKI: Wo haben wir sie geführt?)

Man darf dies alles nicht auf die RGO zurückführen. Das ist völlig falsch. Wir haben keine Vorschriften, wonach nur die RGO die Kämpfe führen müsse. Sie müssen von Kommunisten mithilfe unseres ganzen Organisationssystems geführt werden. So muss die Taktik der selbständigen Klassenkämpfe verstanden werden. Wenn wir diese Formulierung absetzen, bedeutet dies die faktische Absage an den selbständigen ökonomischen Kampf. [...] Man sagt uns, dass sich unsere Position gegenüber den reformistischen Organisationen geändert habe. Die Taktik wird sich selbstverständlich ändern. Wie ist unsere Beziehung zu den reformistischen Gewerkschaften jetzt, wo sie vom Faschismus bedroht werden? Werden wir den Schutz aller echten Arbeiterorganisationen, unter wessen Leitung sie auch stehen mögen, allen Eigentums der Arbeiterklasse usw. auf unsere Fahnen schreiben? Wir haben dies für Deutschland formuliert, mir scheint jedoch, daß diese Frage in der gegenwärtigen Situation international gestellt werden muss. Ich denke, dass wir sagen können, dass wir, die Kommunisten, jede selbständige Arbeiterorganisation, jedes Arbeitereigentum unter unseren Schutz stellen.



Am 31.8.1934 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, die Rückkehr des im Juni eingesetzten ständigen Vertreters in Deutschland, Jakov Suric nach Deutschland zu verschieben. Qua Beschluss vom 4.9.1934 wurde ebenfalls der VII. Weltkongress der Komintern auf März 1935 verschoben.[83] Weitere Verschiebungen bewirkten, dass der Kongress erst im Juli-August 1935 stattfand.

Am 3.9.1934 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, die Wirtschaftsvereinbarungen mit Deutschland zu unterzeichnen. Als Bedingung wurde gefordert, dass die Deutschen den kompletten Zugang zu Fabriken und Forschungsinstituten – auch denjenigen der Kriegsindustrie – für die sowjetische Seite freigeben.[84] Wie das folgende Dokument belegt, wurde am 14.9.1934 das Einverständnis zur Unterzeichnung der Vereinbarung wieder rückgängig gemacht.

82 RGO (Abk.), Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition.
83 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 29, 33.
84 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 32. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 315–316.

Dok. 354

Telegramm Stalins an das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion zum Abschluss des Handelsvertrags mit Deutschland

[Gagra],[85] 14.9.1934[86]

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 17/162/17, 49. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 315–316, Fn. 1.

An das ZK der VKP(b).

Ich kann nur zustimmen, wenn Sie mir eine Nomenklaturliste der Bestellungen zuschicken, die womöglich der Verbesserung bedarf, wenn Sie mir mitteilen könnten, ob und bis wann unser Knebelvertrag mit den Deutschen über das Gold bestehen bleibt, wonach wir verpflichtet werden, all das bei uns erwirtschaftete Gold an die Deutschen zu verkaufen, und wenn ich die Endfassung des Vertragsentwurfs über den fünfjährigen Kredit in den Händen halten könnte.[87]

Außerdem ist es erforderlich, dass nicht nur unsere Handelsvertretungsleute, sondern auch unsere Besteller aus der Industrie eine sichere Möglichkeit haben, deutsche Fabriken zu besuchen und dort die notwendigen Informationen zu erhalten. Der Vertrag mit den Deutschen ist eine sehr ernste Sache. Wir können nicht Fridrichson[88] allein beauftragen, auf eigene Faust den Vertrag zu unterzeichnen, während wir den Vertrag nicht in den Händen halten.

Fridrichson treibt sein junges Alter zur Eile, Eile ist jedoch in einer großen Sache gefährlich. Nicht wir müssen uns in diesem Fall beeilen, sondern die Deutschen, die mittels eines Vertrags mit uns die Karten in Europa neu mischen wollen und den schlechten Eindruck, den sie mit ihrer Absage an den Ostpakt hervorgerufen haben, wieder glätten wollen, außerdem wollen sie bei den Franzosen Misstrauen gegen uns säen und ihre innere Lage verbessern. Ich rate dazu, sich mit den Deutschen nicht zu

---

85 Telegramm Stalins aus dem Urlaub in Gagra, an der abchasischen Küste des Schwarzen Meeres.

86 Von Besymenski (Stalin und Hitler, S. 70) auf den 11.9.1934 datiert.

87 Infolge der Intervention Stalins, der „das Vorgehen der sowjetischen Handelsvertretung gegenüber den deutschen Behörden bis in die kleinsten Einzelheiten (hinein steuerte)“ wurde das Abkommen verzögert. Die Verhandlungen mündeten in das Angebot Schachts eines 500 Millionen Kredits, doch trotz dreimaligen Anlaufs des Stalin-Vertrauten David Kandelaki und intensiver Bemühungen seitens des sowjetischen Politbüros in den Jahren 1935–1937 kam ein Abschluß nicht zustande (Besymenski: Stalin und Hitler, S. 75ff.).

88 Lev Ch. Fridrichson (1889–1937) war der stellvertretende sowjetische Handelsvertreter in Berlin, seine Aufgabe übernahm dann David Kandelaki, der wie Fridrichson 1937 in den Säuberungen umgebracht wurde.

beeilen: Die Deutschen werden nicht von uns weglaufen, da sie den Vertrag mit uns mehr brauchen, als wir.[89]

Kommandieren Sie Fridrichson nach Moskau, besorgen Sie den Endtext des Vertrags, schicken Sie mir die oben aufgeführten Angaben, und wenn alle Fragen geklärt sind, werden wir die Frage der Vertragsunterzeichnung entscheiden.[90]

14.IX.1934.

STALIN.



Per Umfrage seiner Mitglieder vom 22.9.1934 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion eine Reihe von Maßnahmen zur Zelebrierung des 70. Jahrestags der Gründung der Ersten Internationale. Unter anderem sollte im Rahmen einer Vortragsreihe in der Kommunistischen Akademie auf die Kontinuität von der I. Internationale zur Komintern hingewiesen werden.[91]

Am 23.9.1934 befasste sich das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion mit der internationalen Situation, nachdem man am 18.9.1934 formell dem Völkerbund beigetreten war. Dabei wurde festgehalten, dass mit dem Abschluss eines „Ostpakts" (der im Konzept der Sowjetunion ein Pakt mit Frankreich und Deutschland sein sollte) keine Eile bestehe, solange Deutschland und Polen sich nicht anschlössen. Am 10.9.1934 hatte die Reichsregierung in einem Kommuniqué den Sinn eines Ostpakts in Frage gestellt. Das Politbüro entschied nun, die Entscheidung bis zur Rückkehr Litvinovs von der Völkerbundstagung in Genf aufzuschieben, der sich darauf beschränken sollte, die Absichten der Franzosen zu sondieren.[92]

---

89 Stalin lehnte die Bedingungen des Handelsvertrags mit Deutschland ab und vollzog damit eine Kursänderung. Allerdings erkannte er keine Eile und forcierte auch nicht einen definitiven Bruch mit Hitlerdeutschland, sondern plädierte für eine Art Atempause. Die hundertprozentige strategische Wende zu einer Politik der kollektiven Sicherheit war damit nicht verbunden. Stalin gab sich sicher darin, dass Hitler wieder auf ihn zukommen würde. Die taktische Kursänderung bedeutete möglicherweise auch das endgültige grüne Licht für den definitiven Umschwung der Komintern auf den Antifaschismus und die Fixierung des VII. Weltkongresses. In seinen Notizen vom 15.9.1934 hatte Wilhelm Pieck noch geschrieben: „Pieck reist von Paris nach Moskau zur Ausarbeitung des Berichtes des EKKI zum Weltkongress. Da Kongress erneut vertagt, Vorbereitung des Berichtes abgebrochen." (Wilhelm Pieck: Chronik, SAPMO BArch NY 4036/10; zur Kursänderung in der Stalinschen Außenpolitik siehe den Beitrag von Bayerlein in Bd. 1, S. 273ff.).

90 Der russische Historiker Lev Besymenskij schreibt hierzu: „Stalin sah also im Handel einen Hebel für seine politischen Schachzüge. Die Unterzeichnung des Abkommens wurde verzögert, als es aber so weit war, holte man Friedrichsohn kurzfristig aus dem Urlaub zurück. Die Verhandlungen hatten allerdings bereits der neue Handelsvertreter Kandelaki zu führen, was Stalin der Handelsvertretung persönlich mitteilte. Im neuen Abkommen waren die Anträge des Volkskommissariats für Verteidigung in Höhe von 25 Millionen Mark berücksichtigt." (Besymenski: Stalin und Hitler, S. 70f.).

91 RGASPI, Moskau, 17/3/952, 19. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 710).

92 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 17. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 318.

Am 10.10.1934 war der Bergarbeiteraufstand in Asturien Thema im Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion. Es wurde beschlossen, den Aufruf der Komintern, der die Solidarität mit der spanischen Arbeiterklasse einforderte, gutzuheißen.[93]

Am 12.10.1934 legte das sowjetische Politbüro in der Angelegenheit einer angeblichen militärischen Spionageaffäre in Murmank Haftstrafen fest: Der deutsche Ingenieur Fuchs bekam acht Jahre, der Österreicher Johann Kothgasser sechs Jahre.[94]

Dok. 355

Vorschläge Dimitrovs an Stalin zur Reorganisation des Leitungsapparats der Komintern

[Moskau], [15.10.1934]

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/1, 16–17. Erstveröffentlichung.

Über die Reorganisation der Leitungsorgane und den Umbau des Komintern-Apparats.[95]

Mir scheint, dass das EKKI Folgendes haben muss:

1) *Ein Präsidium*, das zwischen den Plena im Namen des EKKI handelt;

2) *Eine Politkommission* aus 9 (oder 11) Mitgliedern und zwei Kandidaten, die, von administrativen Fragen befreit, annähernd die Funktion eines Politbüros des EKKI erfüllen würde und ein konstant aktives politisches Organ wäre.

3) *Drei Sekretäre* (Mitglieder der Politkommission), die jeweils ein bestimmtes Gebiet der laufenden Arbeit leiten, gemeinsam Fragen für die Politkommission ausarbeiten und die Ausführung der gefassten Beschlüsse unmittelbar verfolgen und verantworten.

Das gegenwärtige *Politsekretariat* muss abgeschafft werden, da ein derart überbesetztes Sekretariat ein arbeitsunfähiges, und bei Vorhandensein einer Politkommission sogar überflüssiges Organ darstellt.

Die *Ländersekretariate*[96] müssen so reorganisiert werden, dass sie, ohne selbstständige Abteilungen des EKKI zu sein, lediglich als Hilfsorgane der Politkommission

---

93 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 57. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 713.

94 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 58.

95 Die Datierung wie auch die Adressierung an Stalin gehen aus einem Entwurf des Dokuments hervor (RGASPI, Moskau, 495/73/1, 15). Bereits am 6.10.1934 hatte Dimitrov Stalin in dieser Angelegenheit geschrieben, wobei er die Selbständigkeit der Komintern-Sektionen stärker als im vorliegenden Dokument gewichtete, jedoch auch die Notwendigkeit der Verstärkung der „ideell-politischen Leitung" der Parteien seitens der Komintern betonte (RGASPI, Moskau, 495/73/1, 4–7).

96 Entgegen dem Vorschlag Dimitrovs zur Reorganisierung wurden die Ländersekretariate nach dem VII. Weltkongress vollständig liquidiert und ihre Kompetenzen ebenfalls in die Personalsekretariate integriert.

in erster Linie die Versorgung mit verifizierten und aktuellen Informationen über die Lage in den entsprechenden Ländern sowie über Zustand und Tätigkeit der entsprechenden Parteien sicherstellen können, Fragen zur Besprechung in der Politkommission ausarbeiten und vorbereiten, und die praktische Durchführung der Komintern-Beschlüsse seitens der Parteien überwachen.

Der Komintern-Apparat muss folgende *drei Abteilungen* haben:
1) Die Abteilung für internationale Verbindungen (OMS).[97]
2) Die Propagandaabteilung.[98]
3) Die Kaderabteilung.[99]

Die Propagandaabteilung muss die zwei bestehenden Kommissionen (die Kommission für die Durchführung von Kampagnen und die Kommission für die Popularisierung des Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR im Ausland) ersetzen. Diese Abteilung muss die Leitung und Kontrolle des Verlags und der Presseorgane des EKKI, die Hilfe für die agitatorisch-propagandistische Arbeit der Parteien, den Aufbau und die Entwicklung ihrer Zeitungen, Zeitschriften, Parteischulen usw. übernehmen, wobei sie zugleich ein Organ der Propagandaarbeit und des ideologischen Kampfes des EKKI im Ausland ist.

Die existierende *Kaderabteilung* muss ausgeweitet werden als ein Organ, das nicht nur über die vorhandenen Kader Buch führt und den Parteien beim Kampf gegen Provokation hilft, sondern auch ein Organ des EKKI in der Sache der Erziehung und Förderung leitender Parteikader darstellt.

Mit der Beobachtung der Arbeit der Ländersekretariate und der Abteilungen müssen einzelne Mitglieder der Politkommission beauftragt werden.

Die unmittelbare Leitung der OMS und der Geschäftsleitung des EKKI muss einem speziellen erfahrenen Genossen aus der VKP(b) anvertraut werden, der unter der Leitung eines der Sekretäre als Assistent arbeiten wird.

Anstatt der Schaffung eines *ständigen Organs des EKKI im Ausland*[100] ist es meiner Meinung nach für die nächste Zeit zweckmäßiger, einzelne sorgfältig ausgewählte Genossen aus der Komintern und den einzelnen Parteien systematisch zur Hilfe an

97 Die traditionelle Struktur der Internationalen Verbindungsabteilung wurde im Zuge der folgenden Terrorphase weitgehend aufgelöst und als „Verbindungsdienst“ neu aufgestellt. Siehe zur OMS Dok. 83.
98 Die ursprünglich umfassende Tätigkeit der Agitprop-Abteilung (siehe Dok. 167) wurde im Rahmen der Propaganda zunehmend auf die Medienarbeit und -Kontrolle (Presse, Rundfunk, Verlage) verlagert.
99 Wie es die Zerschlagung des MP-Apparats der KPD belegt (siehe Dok. 359a ff.), wurde die Kaderabteilung des EKKI in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre zur Nahtstelle eines Terrorkartells. Die zumeist deutschen Referenten halfen dabei maßgeblich mit, die eigenen Genossen in den Tod zu schicken (siehe Dok. 391 u.a.).
100 Dieser Vorschlag wurde umgesetzt, ein neues Organ wie das Westeuropäische Büro des Politsekretariats in Berlin, das bis 1933 bestand, wurde in der Folge nicht mehr geschaffen.

die entsprechenden Parteien und zur Erfüllung spezieller Aufgaben der Politkommission abzukommandieren.[101]



Am 17.10.1934 lehnte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion den Vorschlag von Rozengol'c und G.M. Arkus ab, Baumwolle in Deutschland zu verkaufen und eine entsprechende Menge Baumwolle für die UdSSR auf dem Weltmarkt zu erwerben.[102]

Am 23.10.1934 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, die Budgets der Profintern und der MOPR zu begutachten und hierzu eine Kommission aus Ždanov, Pjatnitzki, Lozovskij, Grin'ko, Poskrebyšev und Stasova zu bilden.[103]

Am 23.10.1934 erfolgte ebenfalls eine Beschluss des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion über die Beendigung der Konzession (nach Notizen von Trifonov vom 28.08.1934) für das deutsch-russische landwirtschaftliche Konsortium zur Entwicklung eines landwirtschaftlichen Musterbetriebs am südrussischen Fluß Manytsch („Manytsch-Krupp"), das die Modernisierung der sowjetischen Agrarproduktion vorantreiben sollte..

Am 2.11.1934 fasste das russische Politbüro einen wichtigen Beschluss zu den Beziehungen mit Frankreich. Dabei ging man davon aus, dass die Vereinbarung über den „Ostpakt" auch ohne Beteiligung Deutschlands und Polens zu unterzeichnen sei, falls Frankreich und die Tschechoslowakei, oder auch Frankreich alleine dem zustimmen würden. Zu den Wiederaufrüstungsbestrebungen Deutschlands sollten seitens der Sowjetunion keinerlei (weitere) Initiativen ergriffen werden. Sollte Frankreich dafür sein, müsse man ihm vorschlagen, Deutschland am Pakt zu beteiligen. Des Weiteren sollte eine Übereinkunft darüber getroffen werden, dass sowohl Frankreich als auch die Sowjetunion keine Vereinbarungen und auch keine Verhandlungen mit Deutschland tätigten, ohne die andere Seite darüber zu informieren.

Ebenfalls am 2.11.1934 wurde die Weisung erteilt, dem abessinischen Außenminister inoffiziell die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen in Aussicht zu stellen.[104]

---

101 Die Reformbestrebungen Dimitrovs am Anfang seiner Komintern-Führungstätigkeit stießen auch auf Ablehnung: So intervenierten die beiden Funktionäre der Kommunistischen Jugend-Internationale, Aleksandr Kosarev und Vasilij Čemodanov, am 10.11.1934 bei Stalin gegen die geplanten Umstrukturierungen ihres Apparats durch Dimitrov (RGASPI, 495/73/1, 18). Zum Ergebnis der „Reform" dort auch weitere Einzelheiten.

102 APRF, Moskau, 3/64/662, 73. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 46

103 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 52. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 712.

104 Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 17/162/17, 75–76. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 318.

Dok. 357

Brief Béla Kuns an Dimitrov und Knorin über die Propagandaarbeit im Saarland

[Moskau], 13.11.1934

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/209, 1a–1b. Erstveröffentlichung.

Vertraulich!

An die Genossen Dimitrow und Knorin.[105]

Gemäss unserer vorgestrigen Besprechung schlage ich die Aufteilung der bewilligten Summe, die zu 90% für die Arbeiten im Saargebiet[106] verwendet werden soll, in folgender Weise für die nachstehenden Ausgaben vor:

1.) Aufstellung eines Kurzwellensenders. Verwendung in den letzten zwei Wochen, um vorzeitige Entdeckung zu verhindern. Sendungen besonders in den letzten Tagen auf Gewinnung katholischer Bevölkerung konzentrieren (entsprechende „Predigten" unter Ausnützung katholischen antifaschistischen Materials usw.). Wendung an die noch schwankenden Schichten der Saarbevölkerung. Aufklärung der Nazianhänger über die Lage in Deutschland in entsprechender Weise auf Grund Nazi-Materials.[107]

2.) Herausgabe von 6 Flugschriften je 6–8 Seiten illustriert an christliche Arbeiter, Bauern, Katholiken, Mittelstand, Nazianhänger. Für alle Schichten konkretes Material, schlagend geschrieben durch Photographien und Zeichnungen lebendig ausgestaltet, auf die Interessen der betreffenden Schicht zugespitzt. Für Katholiken die

---

105 Handschriftlicher Eintrag: „Einverstanden. G. Dimi[trov] Knorin".

106 Am 13.1.1935 fand die vom Völkerbund vorgesehene Volksabstimmung über die Zukunft des Saargebiets statt. Rückkehr ins Deutsche Reich, Zugehörigkeit zu Frankreich oder die Beibehaltung des Status unter Völkerbundsmandat waren die Alternativen. 90,5% der 540.000 Stimmberechtigten stimmten für den Anschluss an Deutschland.

107 Die Komintern und die KPD verfolgten für die Saarabstimmung eine widersprüchliche Linie. Bis August 1933 forderte man wie die Nationalsozialisten die Eingliederung des Saargebiets ins Deutsche Reich. Das „Vaterland" schien wichtiger als das Schicksal der sozialen und politischen Bewegungen. Später wurde die Losung einer ‚Roten Saar im Rätedeutschland" aufgestellt, die keine klaren Verhaltenshinweise enthielt, wogegen sich eine große Unzufriedenheit unter den Mitgliedern breitmachte. Nach einer ultimativen Intervention der Komintern kam es dann im Juli 1934 zu einem ersten Abkommen der Aktionseinheit der KPD, dem ersten dieser Art, mit der (bedeutend aktiveren) saarländischen sozialdemokratischen Opposition unter Max Braun, die einen „freien Saarstaat" forderte. Bereits kurz nach der Abstimmung wurde es jedoch seitens der KPD-Führung wieder aufgekündigt, da man eine Vernachlässigung des nationalen Aspekts erkannte. Zusammen mit linksoppositionellen Gruppen machte dagegen die Saar-SPD dagegen deutlich, dass, solange die Nationalsozialisten in Deutschland an der Macht seien, eine Rückgliederung des Saargebiets nicht in Frage komme (Siehe: Retzlaw: Spartakus, S. 381f., 383; Langkau-Alex: Deutsche Volksfront, I, S. 148f.).

Flugschrift in Form der Vatikan-Zeitung „Osservatore Romano“ mit Wiedergabe der wichtigsten Stellen dieses Blattes gegen Hitler.[108]

3.) Herausgabe von 3 kleinen Broschüren:

„Gott Strafe Hitler“ (Morde an Klaussner u.a.)[109]

Eine Broschüre an die Nazis

Eine kleine Witzbroschüre mit Zeichnungen.

4.) Eine illustrierte Zeitschrift. Thema: Was geschieht es [sic] mit dem Saargebiet, wenn es zu Hitler kommt?

5.) Broschüre ca 2 Druckbogen das gleiche Thema behandelt (mit Diagrammen).

6.) Kleine Propagandazettel und Klebestreifen.

7.) Herausgabe eines 6–8seitigen Abendblattes in Saarbrücken, mindestens 1 Monat vor Abstimmung.

8.) Eine Delegation von oppositionellen Katholiken aus München nach dem Saargebiet.

9.) Delegationen von Witwen und Waisen, von ermordeten Arbeitern, Katholiken etc. (Diese Delegationen, wie besprochen, bereits vor dem Kongress in den Dörfern und den grösseren Industrieorten einsetzen).

10.) Eine Ausstellung „Hitler ist der Tod“ im Saargebiet.

11.) Ab Anfang Dezember Einsetzung der grösstmöglichsten Anzahl von Instrukteuren im Saargebiet zur Verstärkung der Arbeit.[110]

12.) Weitere Arbeiten, wie Delegationen von abstimmungsberechtigten Saarbürgern aus verschiedenen Ländern nach dem Saargebiet, die Arbeiten unter den stimmberechtigten Saarbürgern im Ausland sind nach Massgabe der vorhandenen Mittel durchzuführen, wobei es notwendig ist, hinzuweisen, dass Reisen amerikanischer

108 Der *Osservatore Romano*, amtliche Tageszeitung des Vatikan, in der sowohl die Kirchenpolitik Hitlers als auch später die Judenverfolgungen kritisiert wurden. Die Fixierung der Komintern auf die Katholiken erfolgte als Einstieg in die Volksfrontpolitik, für das Saargebiet war dies insofern relevant, als die „freien“ und „christlichen“ Gewerkschaften im dortigen Kohle- und Erzrevier eine „Deutsche Gewerkschaftsfront Saar“ gründeten, die sich der „Deutschen Front“ anschloss und somit die Rückgliederung ins Reich vorwegnahm.

109 Gemeint ist die Ermordung Dr. Erich Klauseners (1885–1934) im Zuge von Hitlers Schlag gegen die SA 1934. Klausener war ein katholischer Ministerialdirigent in Berlin, der sich als Leiter der Katholischen Aktion auch noch nach der „Machtergreifung“ dezidiert gegen die NS-Kirchenpolitik aussprach. Siehe u.a.: Klaus Große Kracht: Erich Klausener (1885–1934), Preußentum und Katholische Aktion zwischen Weimarer Republik und Dritten Reich. In: Richard Faber, Uwe Puschner (Hrsg.): Preußische Katholiken und katholische Preußen im 20. Jahrhundert, Würzburg, Königshausen & Neumann, 2011, S. 271–296.

110 Zur Saarkampagne der KPD vgl.: Luitwin Bies: Klassenkampf an der Saar 1919 - 1935. Die KPD im Saargebiet im Ringen um die soziale und nationale Befreiung des Volkes. Frankfurt am Main, Verlag Marxistische Blätter, 1978.

Saarbürger, die für Status quo sind, auf Kosten und unter Ausnützung der Möglichkeiten der amerikanischen Deutschfrontler[111] erfolgen sollen.

[Sign.:] Béla Kun



Am 25.12.1934 erfolgte ein erneuter Beschluss des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion über die sowjetisch-deutschen Handelsbeziehungen. Im Rahmen eines Fünfjahreskredits sollten Waren im Wert von 200 Millionen Mark in Deutschland eingekauft werden, vor allem aus den Bereichen Chemie und Flugzeugbau. Entsprechende Geheimverhandlungen sollten seitens des Emissärs Stalins in Deutschland, David Kandelaki, geführt werden.[112]

Am 25.12.1934 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion weiterhin, Personal und Umfang des sowjetischen Handelsapparats im Ausland maximal zu reduzieren. Hierzu sollte eine von Nikolaj Ežov geleitete Kommission eingerichtet werden.[113]

Am gleichen Tag wurde beschlossen, den Aufruf der Roten Hilfe Spaniens zur Unterstützung der nach der blutigen, militärischen Niederschlagung des Arbeiteraufstands in Asturien Verfolgten in den sowjetischen Zeitungen zu veröffentlichen. Als konkrete Antwort sollten Geldsammlungen für die „Opfer der spanischen Bourgeoisie“ Geldsammlungen durchgeführt werden.[114]

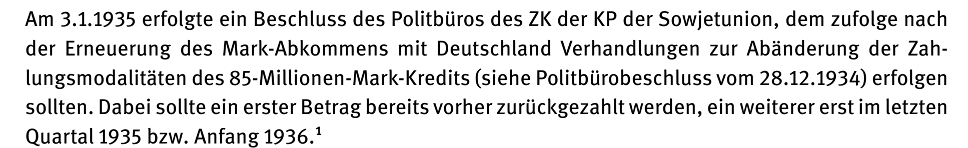
Nach dem aus Eifersuchtsgründen von Leonid Nikolaev begangenen Mord an Sergej Kirov, der Nr. 2 der VKP(b), in Leningrad am 1.12.1934 verabschiedete das Politbüro am 3.12. (Protokoll vom 25.12.1934) diverse Maßnahmen zur Einführung von Schnellverfahren gegen sogenannte „Terroristen“. Drei Maßnahmen zur „Führung von Prozessen über die Vorbereitung oder die Ausführung terroristischer Akte“ wurden beschlossen: Erstens sollten die Ermittlungen vor dem Prozess jeweils beschleunigt werden, zweitens sollten keine Gnadensgesuche angenommen und drittens sollten die Todesurteile kategorisch unmittelbar nach dem Prozess ausgeführt werden. Am 28.12.1934 wurden Leonid Nikolaev und 13 „Komplizen“ in einem Geheimprozess als Mörder Kirovs abgeurteilt und erschossen.[115]

Am 28.12.1934 befasste sich das russische Politbüro mit einer umfangreichen, 123 Posten umfassenden Liste von technischem Equipment, das in Deutschland bestellt werden sollte. Dafür sollte der 200-Millionen-Kredit aufgenommen werden.[116]

---

111 „Deutschfrontler“, Mitglieder der „Deutschen Front“ (DF) die das nationalistische Lager zur Vorbereitung der Saarabstimmung gegründet hatte. Mitgliedsorganisationen waren die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), die katholische Zentrumspartei, die Deutsch-Saarländische Volkspartei (DSVP), die Wirtschaftspartei (WP) sowie die NSDAP.
112 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 88–89.
113 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 84. Detaillierte Materialien siehe 17/162/18, 87–95. Demnach gab es in Deutschland vor der Kürzung 585 Beschäftigte in sowjetischen Handelsgesellschaften, was das größte Kontingent aller Staaten darstellte. Nach der Reduzierung blieben in Deutschland nach wie vor 251 Beschäftigte übrig.
114 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 86.
115 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 87.
116 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 108–115. Siehe hierzu den Politbürobeschluß vom 25.12.1934.

1935



Am 3.1.1935 erfolgte ein Beschluss des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion, dem zufolge nach der Erneuerung des Mark-Abkommens mit Deutschland Verhandlungen zur Abänderung der Zahlungsmodalitäten des 85-Millionen-Mark-Kredits (siehe Politbürobeschluss vom 28.12.1934) erfolgen sollten. Dabei sollte ein erster Betrag bereits vorher zurückgezahlt werden, ein weiterer erst im letzten Quartal 1935 bzw. Anfang 1936.[1]



Dok. 359

Beschluss der Komintern über die „sektiererischen Fehler" der KPD, für die antifaschistische Volksfront und die Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen

[Moskau], 19.1.1935

Typoskript in deutscher Sprache, RGASPI, Moskau, 495/3/432, 54–56. Auch: SAPMO-BArch, RY1/I 6/10/37, 47–50 und RY1/I 6/3/110, 1–5. Publ. in: Erwin Lewin: Neue Dokumente zur Kursänderung 1934/1935 in der KPD. In: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 1993*, S. 171–186.

6530/St
Dokument Nr. 17[2]

Streng-vertraulich

Resolution über die sektiererischen Fehler der KPD[3]
(Resolution des Politsekretariats, bestätigt vom Präsidium)[4]

---

1 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 102; APRF, Moskau, 3/64/662, 123. Publ. in: Sevost'janov, Moskva-Berlin, III, Dok. 54.

2 Maschinenschriftlicher Eintrag.

3 *Sektiererische Fehler*: Die heftige Debatte über die KPD-Führung begann mit scharfen Anklagen seitens der Kominternverantwortlichen am 3.1.1935. Das Politbüro sei gespalten, der KPD drohe Unfähigkeit gegenüber dem Faschismus, die Partei wehre sich nicht entschieden gegen Sektierertum und Dogmatismus, meinte Knorin, und Togliatti warf der Partei „Emigrationsgeist" vor. Siehe hierzu: Lewin: Neue Dokumente zur Kursänderung; Heinz Kühnrich: Unbekannte Dokumente zur Komintern-Debatte über Gruppenkampf und Sektierertum in der KPD Anfang 1935. In: *Neues Deutschland*, 7./8.8.1993.

4 Die Resolution wurde am 25. Januar 1935 vom Präsidium des EKKI bestätigt, am 26.1.1935 im Präsidium unter Anwesenheit der deutschen Delegation besprochen und am 30.1.1935 auf einer sogenannten erweiterten ZK-Sitzung von der KPD-Führung angenommen. Die folgende Notiz Piecks vom 19.1.1935 ist ein Beleg dafür, dass die zweimalige Verschiebung des VII. Weltkongresses nicht zuletzt auf die Einstimmung der KPD-Führung auf den neuen Kurs und die Beseitigung der Gruppenkämpfe in der Parteiführung zurückzuführen war: „Das Politsekretariat des EKKI bestätigt die Resolution des Ländersekretariats (Knorin) zu der Erledigung der Differenzen. Der Termin des VII. Weltkongresses wird von Mai auf Juli verschoben. Der Bericht des EKKI soll von Pieck erstattet werden." (Wilhelm Pieck: Chronik, SAPMO BArch NY 4036/10, 167).

Das Wachstum der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der faschistischen Diktatur einerseits, die Verschärfung der Widersprüche in den Reihen der herrschenden Klassen und die Schwächung des Einflusses der faschistischen (nationalsozialistischen) Partei in den Massen, ganz besonders nach dem 30. Juni 1934,[5] andererseits, der wachsende Widerstand der Arbeitermassen gegen die faschistische Offensive auf ihre Lebenshaltung, die Gärung und Unzufriedenheit der Bauern und der städtischen Mittelschichten sowie die ersten Aeusserungen offener antifaschistischer Aktionen in der Stadt und auf dem Lande – dies alles schafft in Deutschland mit jedem Tage eine immer günstigere Situation zur Organisierung einer *breiten antifaschistischen Volksbewegung gegen die faschistische Diktatur.*

Nach den Ereignissen des 30. Juni 1934, die eine erste ernste Erschütterung der faschistischen Diktatur darstellten, erörterte das EKKI-Präsidium die Lage in Deutschland und gab klare Anweisungen über die Notwendigkeit, unverzüglich eine breite Entfaltung der Massenarbeit in allen faschistischen Organisationen, in deren Reihen Arbeiter stehen, sowie unter den Bauern und den städtischen Mittelschichten, zugleich auch unter den oppositionellen SA-Leuten in Angriff zu nehmen und sie zum Kampf gegen die faschistischen Diktatur, zur Verteidigung ihrer täglichen Bedürfnisse aufzurütteln. Zur selben Zeit stellte das EKKI-Präsidium, mit Beteiligung und in vollem Einverständnis mit vier (von sieben) Mitgliedern des Polbüro der KPD,[6] als wichtigste Aufgaben der KPD den *Kampf um die breite Einheitsfont* mit den sozialdemokratischen Massen, darunter auch durch Vorschläge an alle zu jener Zeit bestehenden sozialdemokratischen Gruppen auf sowie *den Kampf um die Wiederherstellung der freien Gewerkschaften* unter Zusammenwirken mit den alten reformistischen Gewerkschaftlern, die bereit sind, mit den Kommunisten gemeinsam gegen den Faschismus zu kämpfen, um für die Abwehr des gegen die dringendsten Interessen der Massen verstossenden Faschismus eine breite Massenbewegung zu organisieren.[7]

Anstatt jedoch die Gesamtpartei zur Erfüllung dieser überaus wichtigen Aufgaben zu mobilisieren, beschränkte sich das Polbüro der KPD auf die Fassung einer Resolution (1. August), *entfaltete aber keinen wahren Kampf um die Durchführung der gemeinsam mit seinen Vertretern angenommenen EKKI-Beschlüsse*. Die Mehrheit des Polbüros (Richter [d.i. Hermann Schubert] und andere) aber *rutschte dabei selber zum Sektierertum und linken „Doktrinärtum" ab*, anstatt einen entschlossenen Kampf in den Reihen der Partei gegen diese Abweichungen zu führen, die ein Hindernis für die Entfaltung des Kampfes um die Massen, um die Einheitsfront, um die Wiederherstellung der Freien Gewerkschaften sind. Das führte dazu, dass der günstigste Moment für die Herstellung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Gruppen und für

5 Am 30. Juni 1934 erfolgte die Niederschlagung des „Röhm-Putschs", was hier seltsamerweise als Verbesserung der Situation für die KPD dargestellt wird.

6 Es handelte sich um Ulbricht, Florin, Pieck und wahrscheinlich Franz Dahlem.

7 Das Ziel einer Wiederherstellung der freien Gewerkschaften wurde so erstmals seit 1933 wieder formuliert.

die Wiederherstellung der Freien Gewerkschaften verpasst war und die Sozialdemokratie ein zentralisiertes Organisationsnetz wieder aufbauen konnte, während ein innerer Gruppenkampf in der Leitung der KPD auf die Arbeit der KPD abschwächend wirkte.

Nach gemeinsamer Erörterung mit dem Polbüro, Vertretern der L[andes]L[eitung], der Berliner Organisation der KPD und Vertretern des KJVD der in der KPD-Leitung entstandenen Lage beschliesst das Politsekretariat des EKKI:

1) Das ZK der KPD wird verpflichtet, in den Reihen der *ganzen Stufenleiter der Gesamtpartei einen entschlossenen Kampf gegen das Sektierertum und das linke „Doktrinärtum“ zu beginnen*, dabei die konkreten Erscheinungsformen des Sektierertums aufzudecken und die ganze Partei für die tatsächliche Durchführung der taktischen Linie der KI im Kampf um die breiten Massen, mittels Anwendung der Einheitsfronttaktik, zu mobilisieren und zugleich den Kampf gegen die *rechten Opportunisten* („Versöhnler“) zu führen, die die sektiererischen Fehler führender Parteigenossen zu ihren parteifeindlichen Zwecken ausnützen wollen.

2) Das ZK der KPD wird verpflichtet, *in breitem Masstab die Taktik der Einheitsfront* mit allen sozialdemokratischen Gruppen und Organisationen zur Organisierung des Kampfes gegen das faschistische Regime auf dem Boden konkreter Tagesforderungen der Arbeitermassen zu entfalten, wobei auch Vorschläge an das Prager ZK unter passenden Bedingungen und in passender Form nicht ausgeschlossen sind; *jede Erklärung linker Sozialdemokratischer Führer über ihre Bereitschaft zur Einheitsfront mit den Kommunisten ist auszunutzen*, um sie entweder zu einer wirklichen Einheitsfront zu zwingen oder sie vor den Massen als Gegner der Kampfeinheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus zu entlarven, um diese Erklärungen der linken Führer auszunützen zur Herstellung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Gruppen im Lande, auf welche diese Führer Einfluss haben.

3) Das ZK der KPD wird verpflichtet, in breitem Masstab den *Kampf um die Wiederherstellung der Freien Gewerkschaften* zu entfalten. Die KPD muss sich dabei auf den Organisationswillen der ehemaligen Mitglieder dieser Gewerkschaften, darunter auch der Funktionäre, die heute den Klassenkampf wollen, stützen. Die Partei muss energisch einer solchen Stimmung entgegentreten, als ob der Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften allein mit den Kräften der RGO gelöst werden könnte. Die bürokratischen Bezirksleitungen der RGO, die ein Hindernis für den Kampf um die Wiederherstellung der Freien Gewerkschaften sind, müssen aufgelöst und die RGO- und Roten Gewerkschaftsgruppen in die wiederhergestellten Freien Gewerkschaftsorganisationen überführt werden.[8] Mit den Gewerkschaftsfragen (Wiederherstellung der Freien Gewerkschaften, Wirtschaftskampf usw.) und mit der Leitung der Kommu-

8 Erst hiermit erfolgte qua Anweisung der Komintern die Auflösung der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO). Dass sich zwischenzeitlich Teile der RGO-Strukturen zu aktiven Widerstandszentren entwickelt hatten, wurde hierbei nicht mehr berücksichtigt.

nisten und der kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften sollen sich die Bezirksleitungen de Partei beschäftigen.

4) Das ZK der KPD wird verpflichtet, die *Werbung von KPD-Mitgliedern* aus den Reihen der ehemaligen Sozialdemokraten zu verstärken, darf jedoch diese Werbung nicht anstelle der Masseneinheitsfront setzen. Gegen die Sozialdemokratie, darunter auch gegen die Einstellungen ihres linken Flügels ist eine ständige, breite, theoretisch und taktisch gut fundierte Aufklärungskampagne zu führen.

5) Das ZK der KPD wird angewiesen, die *Frage der Wege und Möglichkeiten der Organisierung einer breiten antifaschistischen Volksfront zu erörtern,* die nicht nur kommunistische und sozialdemokratische, sondern auch katholische Arbeiter sowie Bauern, unzufriedene Elemente der städtischen Mittelschichten und Intellektuellen, kurz alle diejenigen erfasst, die bereit sind, gegen die faschistische Diktatur zu kämpfen. Die Losung dieser Volksfront muss lauten: *Ein Feind – die faschistische Bourgeoisie, ein Ziel – Sturz der faschistischen Diktatur durch den revolutionären Kampf der Massen.*

Die KPD, die als Führer und Organisator der *ganzen* Arbeiterklasse auftritt, muss die Arbeitermassen von einfachen, elementaren, ihrer Form und ihren Losungen nach den gegebenen Verhältnissen der Klassenkräfte entsprechenden Aktionen zu immer höheren Formen des Klassenkampfes, zum entschlossen Kampf gegen die faschistische Diktatur emporheben. Indem die KPD als Organisator und Führer des Kampfes der proletarischen Massen um die Diktatur des Proletariats, um Rätedeutschland auftritt, muss sie alle Antifaschisten mobilisieren, auch als *Führerin des Befreiungskampfes des ganzen Volkes vom Hitlerjoch auftreten.*

Die KPD muss die Bauern und die städtischen Mittelschichten davon überzeugen, dass die von ihr vorbereitete proletarische Revolution dem ganzen Volke Befreiung bringt, dass sie die einzige, die wahre, die *Volksrevolution* ist.[9]

Daher – *Antifaschistische Volksfront zur Volksrevolution*, deren erstes und nächstes Ziel der Sturz der faschistischen Diktatur ist.

x x x

Das Politsekretariat verpflichtet das Polbüro der KPD, auf dem Boden dieser Direktiven seine Resolution auszuarbeiten und sie dem EKKI-Präsidium vorzulegen.[10]

Die Vorbereitung der Parteikonferenz[11] in den Organisationen der Partei muss breitest zur Ueberwindung der sektierenden Fehler ausgenutzt werden.

---

9 Die Parole der „Volksrevolution" stammte aus dem Arsenal der linksnationalistischen „schwarzen Revolution" Strassers. Sie wurde 1931 von der Thälmann-Führung im Rahmen der Anpassung an den rechten Diskurs entlehnt und nun unter der antifaschistischen Zielsetzung wieder aktualisiert.

10 Zur wenig später vom Politbüro der KPD ausgearbeiteten Resolution siehe: Proletarische Einheitsfront und antifaschistische Volksfront zum Sturze der faschistischen Diktatur. Resolution des ZK der KPD vom 30. Januar 1935. In: *Rundschau* (1935), Nr. 10, S. 531–535.

11 Die 4. Parteikonferenz der KPD fand erst vom 3.–15. Oktober 1935 in Kunzewo bei Moskau statt (siehe zur sog. „Brüsseler Konferenz" Dok. 370).



Am 26.1.1935 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, 663 Anhänger Sinowjews aus Leningrad nach Sibirien zu verbannen.[12]

Das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion fällte am 11.2.1935 einen Beschluss zu den Londoner Verhandlungen zwischen England und Frankreich. Es sollte Druck auf Frankreich ausgeübt werden, damit es mit Deutschland Verhandlungen für den Abschluss des Ostpakts aufnimmt, ohne dabei die Vermittlung Englands zu suchen. Sollte von deutscher Seite der Beitritt zum Ostpakt definitiv abgelehnt werden, sei Frankreich anzubieten, einen solchen Pakt auch ohne Beteiligung Deutschlands und Polens abzuschließen.[13]

Dok. 359a

Brief Wilhelm Piecks zu den Beschuldigungen gegen den Leiter des militärpolitischen Apparats der KPD, Hans Kippenberger

[Moskau], 18.2.1935

Typoskript in deutscher Sprache. Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Berlin, MfS HA IX/11 SV 1/81, Bd. 83, [00002–000004]. Erstveröffentlichung.

An die Untersuchungskommission 18. Februar 1935

Betr. Beschuldigungen gegen Genossen Kippenberger,
zu Hd. der Genossen Richter [d.i. Hermann Schubert], Heckert, Schwab und Tschernomordik.

W[erte] G[enossen]

Der Kommission liegen Briefe der Genossen Ulbricht, Bertz und Rädel vor, in denen eine Reihe Angaben über die Tätigkeit des Genossen Kippenberger gemacht werden, die das Polbüro des ZK der KPD veranlassten, eine Untersuchungskommission einzusetzen.[14]

Ich möchte von mir aus der Kommission einige Fingerzeige zur Untersuchung geben, auf die die Kommission Gewicht legen sollte.

---

12 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 124.

13 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 130. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 319–321.

14 Am 12.2.1935 setzte das Politbüro des ZK der KPD die entsprechende Untersuchungskommission ein. Die eher an eine Treibjagd erinnernden „Untersuchungen“ zogen sich über das gesamte Jahr 1935 hin. Im Ergebnis wurden neben Kippenberger selbst auch Leo Roth, Franz Schubert und Änne Kerff ihrer Funktionen entbunden und nach Moskau beordert. Franz Feuchtwanger entging diesem Schicksal, da er keine Einreiseerlaubnis erhielt. Der Brief vom 7.3.1935 (siehe Dok. 359b) zeigt, wie Ulbricht die Affäre gegen Kippenberger einfädelte und steuerte.

Vom Genossen Ulbricht wird die Beschuldigung gegen Genossen K[ippenberger] erhoben, dass er in seiner Eigenschaft als Leiter der Nachrichtenabteilung aktiv an dem Gruppenkampf sich beteiligte, der in der Führung der Partei geführt und der durch die Beratungen in Moskau liquidiert wurde.[15] Ich glaube, dass der Brief von Bertz,[16] dessen Inhalt von Rädel bestätigt und ergänzt wurde, eine Reihe von Beweisen gibt. Ich möchte aber auch von mir aus noch einiges Tatsachenmaterial hinzufügen.

Als im Herbst vorigen Jahres der Genosse Heimo von der Komintern sich zur Untersuchung der Angelegenheiten verschiedener illegaler Parteien in Paris befand, hatte er auch Unterredungen mit K[ippenberger]. Ich war zu dieser Zeit in Moskau. Nach meiner Rückkehr erfuhr ich von Heimo, dass K. ihm erzählt habe, dass es eine Methode von mir sei, das Ergebnis aller mündlichen Besprechungen schriftlich zu fixieren und es dann dem Betreffenden zu übermitteln. Ich war über diese Behauptung [von] K[ippenberger], die nicht durch einen einzigen Beweis belegt werden kann, sehr erstaunt. Ich bestand darauf, dass eine Unterredung zwischen Heimo, K[ippenberger] und mir stattfand, um diese Frage zu klären. [...]

Eine dritte Angelegenheit betrifft eine Telegramm-Geschichte, die sich in Paris zugetragen hat. Ich erfuhr davon ebenfalls durch den Genossen Heimo, dem K[ippenberger] gesagt haben sollte, meine Sekretärin, Emmi Stirius, hätte zu K[ippenberger] in Gegenwart von Florin über ein Telegramm gesprochen. Heimo hat daraus die Schlussfolgerung gezogen, dass unrechtmässigerweise Telegramme zur Kenntnis meiner Sekretärin gelangen, und dass diese darüber zu anderen Genossen spreche. Während meiner Abwesenheit waren bereits Vereinbarungen getroffen über die Entlassung meiner Sekretärin. Als ich zurückkam, erhielt ich von Heimo von diesen Sachen Kenntnis und ich habe daraufhin sofort mit K[ippenberger] über die Angelegenheit gesprochen. K[ippenberger] bestritt, Heimo gegenüber von einem Telegramm gesprochen zu haben, sondern er hätte zu ihr nur gesagt, die Oms-Leute[17] sollen sich nicht um Dinge kümmern, die sie nichts angingen. Das bezog sich auf eine Anfrage, die die OMS-Leute über meine Sekretärin an das P.B. gerichtet hatten, ob noch nicht der Aufruf zum 30. Juni für die Humanité fertig sei. Von einem Telegramm hatte K[ippenberger] nur in dem Zusammenhang gesprochen, dass Münzenberg von einem Telegramm Kenntnis erhalten hätte, das noch nicht zur Kenntnis des PB des ZK der KPD gelangt sei. Heimo erklärte darauf, dass er sich dann geirrt haben müsste. Ich stelle aber nochmals fest, dass bereits organisatorische Massnahmen gegen meine Sekretärin vorbereitet waren.

---

15 Fast gleichzeitig mit der Hetzjagd auf Kippenberger innerhalb der KPD hatte das Politsekretariat des EKKI im Januar 1935 über die sektiererischen Fehler der KPD entschieden und den neuen Kurs vorgegeben (siehe Dok. 359). Die Liquidierung des Apparates erwies sich somit als Bestandteil einer Gesamtstrategie.

16 Kippenberger soll Bertz gegenüber auch von den tatsächlich grassierenden „Gruppenkämpfen“ in der Komintern gesprochen haben (s.u.).

17 *OMS-Leute*: Die Mitarbeiter der Internationalen Verbindungsabteilung der Komintern.

Ich will es dahin gestellt sein lassen, inwieweit sich ein solcher Versuch, mir meine Sekretärin (die während ihrer 15-jährigen Parteiarbeit als politisch absolut zuverlässig, parteitreu und in konspirativer Arbeit erfahren erprobt ist und die in jeder Hinsicht mein volles Vertrauen besitzt) unter solchen Vorwänden zu nehmen, auf eine aktive Unterstützung des Gruppenkampfes hinausläuft.

Ueber die Verbreitung von Gerüchten durch K[ippenberger], die nur der Erschwerung der Parteiarbeit dienen könnten, gibt die Auskunft des Genossen Bertz in seinem Briefe, die von Rädel bestätigt wird, ebenfalls einige Anhaltspunkte. Ich habe nach meiner Rückkehr im Oktober in Paris nicht feststellen können, von wem die Gerüchte über die angeblichen Differenzen in der Führung der Komintern[18] in Paris verbreitet wurden. Aber es wurde darüber gesprochen. Der Brief von Bertz zeigt, dass K[ippenberger] zumindest mit ihm in Gegenwart von Rädel darüber gesprochen hat.

Ich habe K[ippenberger] in der Sitzung des PB, als er über das Gespräch mit Gerber berichtete,[19] die Frage vorgelegt, ob er sich nicht erinnere, dass er zu jemand erklärt hätte, dass „wenn man ihn hängen wolle, er Material noch gegen andere Leute habe“ und habe dabei darauf hingewiesen, dass K[ippenberger] verpflichtet sei, alles Material, was er über „andere Leute“ in Händen hat, dem PB zur Kenntnis zu bringen. K[ippenberger] sammele nicht Material für sich zu seinen privaten Zwecken, sondern stehe im Dienste der Partei. K[ippenberger] hat in der Sitzung kategorisch bestritten, jemals eine solche Aeusserung zu einem Genossen gemacht zu haben. Der Brief von Bertz bestätigt, dass K[ippenberger] sich tatsächlich ihm und Rädel gegenüber so geäussert hat. Es ist also K[ippenberger] zu befragen, um was für Material es sich in diesem Falle handelt.

Ich will hier nicht näher eingehen auf

1.) die Verbreitung falscher Nachrichten durch den Apparat von K[ippenberger], wie das bei der Bezeichnung des Genossen Elgers als Spitzel[20] oder der Gefangennahme und Tötung des Gen. Scheringer[21] (im letzteren Falle sollte sogar der Nachrichtenmann nur mit grösster Not der eigenen Gefangennahme entgangen sein);

2.) der völlig ungenügenden Umstellung des Apparates auf die illegalen Bedingungen der Partei;

---

18 Die „angeblichen“ Differenzen in der Kominternführung werden im vorliegenden Band anhand der Dokumente Knorins, Béla Kuns, Dimitrovs und Stalins dokumentiert (siehe Dok. 350, 353 u.a.).

19 Es handelte sich um Hans Gerber (geb. 1904), später nach Frankreich emigriert und Angehöriger der Résistance.

20 Die Identität des „Genossen Elgers“ ließ sich bislang nicht zweifelsfrei eruieren.

21 Tatsächlich wurde der 1931 zur KPD übergetretene NSDAP-Mann und Reichswehroffizier Richard Scheringer (1904–1986) während des „Röhm-Putsches“ im Juni 1934 nur kurzzeitig in Landsberg/Lech verhaftet, jedoch nicht umgebracht (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 781). Gerade Kippenberger war maßgeblich an der Gewinnung Scheringers und des Aufbaus des „Aufbruch-Kreises“ beteiligt (siehe zum Aufbruch-Kreis Dok. 375a).

3.) des völligen Versagens der Nachforschungen über die Verbindungen der Versöhnler (über Max Frenzel[22] lag ein bestimmter Auftrag des PB an K[ippenberger] vor, dessen Nichtdurchführung mit der Verhaftung des Nachrichtenmannes und des Hochgehens seines Materials begründet wurde);

4.) des noch grösseren Versagens gegenüber dem aktiven Gruppenkampf im Apparat des PB (hier steht sogar, wie eingangs festgestellt, eine aktive Beteiligung daran in Frage);

5.) des völligen Versagens in der Aufdeckung von Spitzeln und Verrätern in den einzelnen Bezirken;

6.) des Fehlens jeglicher Verbindungen im Gestapo-Apparat; 7.) des Fehlens jeglicher Verbindung mit dem Polizeiapparat in den Emigrantengebieten und in Paris. (Hier müsste vor allem festgestellt werden, welche Verbindungen die Pariser Polizei mit unserem Apparat bereits gehabt hat, wie das in den Massnahmen gegen die Steno Karola[23] und besonders gegen den Genossen Florin zum Ausdruck gekommen ist.);

8.) des völlig unkonspirativen Auftretens von K[ippenberger], seiner Steno im Zusammenhang mit Mitarbeitern des PB in den Pariser Cafes und bei Ausflügen in die Umgebung.

Das sind alles Versäumnisse und Fehler des Nachrichtenapparates, der einer dringenden Reform bedarf, deren Beratung aber nicht in das [sic] Bereich der Kommission gehört. Ich wollte aber der Kommission diese Fingerzeige geben, um auch die weiteren politischen Beziehungen aufzuzeigen, die zwischen den direkten Beschuldigungen gegen K[ippenberger]. und der Tätigkeit seines Apparates bestehen. Mir liegt daran, dass jetzt diese ganze Angelegenheit gründlich bereinigt wird, nachdem in den politischen Aussprachen in der Politkommission die Differenzen in der Führung der Partei liquidiert wurden. Es muss auch der Gruppenkampf im Apparat der Partei damit erledigt sein.

Mit kommunistischem Gruss!

Wilhelm Pieck.

---

22 Der „Versöhnler“ Max Frenzel (1891–1975) – nicht zu verwechseln mit dem linksoppositionellen Ludwigshafener Stadtrat Max Frenzel – hielt nach kurzzeitiger Inhaftierung 1933 als Leiter der illegalen KPD in Moabit weiter den Kontakt zu Gesinnungsgenossen wie Edu Wald und Karl Volk; er arbeitete für die *Deutsche Volkszeitung* in Prag und unterwarf sich nach einem Treffen mit Ulbricht 1936 auch offiziell der Parteilinie. Er starb hochgeehrt 1985 in Ost-Berlin (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 265f).

23 Der als „Führer des Ruhrproletariats“ hochstilisierte Wilhelm Florin (1894–1944) war ein Gegenspieler Ulbrichts (siehe Dok. 452); er gehörte bis 1935 zum linken Flügel in der Parteiführung und agierte später als Sekretär der Internationalen Kontrollkommission der Komintern.



Am 5.3.1935 befasste sich das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion mit der Vorbereitung des VII. Weltkongresses der Komintern. Das Datum der Eröffnung wurde definitiv auf den 15. Juli festgelegt, nachdem das EKKI um eine Verschiebung gebeten hatte. Zugleich wurde der Profintern erlaubt, sich mit einem Aufruf für Gewerkschaftseinheit an die sozialdemokratische „Amsterdamer" Internationale zu wenden.[24]

Das Politbüro beschloß darüber hinaus, das Deutsche Reich wegen seiner Ablehnung des erstrebten Handelsvolumens mit der Sowjetunion für 1935 mit verschiedenen Sanktionen zu konfrontieren, beispielsweise Verzögerungen bei Transitlieferungen.[25]

Dok. 359b

Brief Ulbrichts an den „lieben Freund" zur Kritik am militärpolitischen Apparat der KPD

[Paris?], 7.3.1935

Typoskript in deutscher Sprache mit handschriftlichen Ergänzungen. Archiv des BStU, Berlin, MfS HA IX/11 SV 1/81, Bd. 225, 000043–000049; IML/ZPA-Signatur: I 2/3/283. Erstveröffentlichung.

7. März 1935[26]

Lieber Freund,
Ich sende Dir eine Abschrift unserer Berichte, und lenke Deine Aufmerksamkeit vor allem auf die Gewerkschaftsfrage. Der Entwurf zu einer Plattform für die Gewerkschaftsarbeit in Deutschland, der von Anhängern der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale[27] ausgearbeitet wurde, zeigt die Grundlinie, in der sie die Arbeit führen wollen. [...]

In der Anlage sind Berichte, die die Aeusserungen einzelner Genossen nach Durchführung unserer politischen Information, enthalten. Es steht einwandfrei fest, dass die Gerüchte von Paris aus und durch den Alexapparat[28] systematisch ins Land getragen wurden. Dabei ist charakteristisch, dass fast nur Gerüchte gegen Pieck, Walter [d.i. Walter Ulbricht] und bestimmte Mitglieder des EKKI verbreitet wurden.

24 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 134. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 719–720.
25 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 136–137.
26 *Handschriftlich*: „Michel persönlich". Rosa Michel (geb. 1901), ursprüngl. Name: Marie Wacziarg, war bis 1935 die französische Lebensgefährtin Ulbrichts.
27 *Amsterdamer Internationale*: Der sozialdemokratisch dominierte Internationale Gewerkschaftsbund (1919–1945), mit Sitz in Amsterdam.
28 *Alex-Apparat*: Der von Hans Kippenberger (Ps. Alex) bis 1935 geführte militärpolitische Apparat der KPD.

Wir hatten zu Hause[29] eine Aussprache mit Wassi [d.i. Boris Vasil'ev],[30] wo ich drauf aufmerksam machte, dass die verschiedene Struktur des Partei- und des Alex-Apparates dazu führen muss, dass dieser Apparat unabhängig vom Parteiapparat arbeitet. Wir haben inzwischen selbst festgestellt, dass das den Tatsachen entspricht, dass die Obergebietseinteilung der beiden Apparate eine ganz verschiedene ist und deshalb schon rein strukturmässig eine wirkliche Zusammenarbeit und eine Verantwortung der Parteiorgane für den Apparat nicht möglich ist. Darüber hinaus hat sich jetzt gezeigt, dass einzelne Funktionäre des Alex-Apparates nicht unter Leitung der verantwortlichen Parteiorgane arbeiten, (soweit das mit den speziellen Aufgaben des Apparates vereinbar ist) sondern umgekehrt: Politik auf eigene Faust machen. Ich habe Wassi darauf aufmerksam gemacht, während Alex das bestritt. Da offensichtlich Wassi mir nicht glaubte, was zweifellos sein gutes Recht ist, war eine Klärung der Fragen damals nicht möglich. Es wäre aber mindestens notwendig gewesen, wenn in einer solchen ernsten Frage verschiedene Meinungen bestehen, dass die Freunde[31] das selbst prüfen und sich ein eigenes Urteil bilden.

Inzwischen ist ja vielmehr festgestellt worden, nämlich, dass die Mitarbeiter des Alex-Apparates die Träger der Verbreitung zersetzender Gerüchte sind, was offensichtlich bei einigen Funktionären mit ihrer sektiererischen Einstellung zusammenhängt. In dieser Frage der Beurteilung der bisherigen Tätigkeit einiger Mitarbeiter des Alex-Apparates, die ein sehr umfassendes Tätigkeitsgebiet haben, herrscht bei uns absolute Uebereinstimmung. Ich bin nur zum Unterschied von Jean [d.i. Franz Dahlem] der Meinung, dass es notwendig ist, einige Mitarbeiter des Apparates wie Hugo [d.i. Franz Feuchtwanger], Viktor [d.i. Leo Roth], und Lore (Frau von Alex) [d.i. Änne Kerff] auszuwechseln und durch Freunde von zu Hause zu ersetzen, da ich nicht glaube, dass diese Freunde sich in kurzer Zeit umstellen können. Später, wenn sie zu Hause sich neu orientiert haben, ist gegen die Verwendung dieser Genossen nichts einzuwenden. Ich teile Dir diese Meinung nur persönlich mit und habe dem P.B. davon keine Kenntnis gegeben.[32] Wir haben alle Arbeit hier wirklich hier kollektiv durchgeführt. In der politischen Stellungnahme und den Vorschlägen zu den einzelnen taktischen Fragen gab es und gibt es zwischen mir und Jean keinerlei irgendwelcher Meinungsverschiedenheiten, ja nicht einmal Nuancen. Unter diesen Bedingungen, wollte ich nicht, dass die einzige Frage, wo wir verschiedene Meinungen haben, nämlich inbezug auf die personellen Konsequenzen aus der zersetzenden Tätigkeit des Alex-Apparates, vor dem P.B. gestellt wird.

Mit Händedruck
Walter [Ulbricht].

29 *Zu Hause*: In Moskau.

30 Wassi (Ps.), d.i. Boris Vasil'ev, der höchste Orgfunktionär der Komintern.

31 Gemeint sind die Verantwortlichen der Komintern.

32 Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Ulbricht hatte Mitglieder des Politbüros in Kenntnis gesetzt.



Am 8.3.1935 erließ das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion eine Direktive an den ständigen Vertreter in London, Ivan Majskij. Dem britischen *Foreign Office* sollte mitgeteilt werden, dass die Sowjetregierung sich sehr darüber freuen würde, den Lordsiegelbewahrer (und späteren Außenminister) Anthony Eden sofort, oder spätestens nach den britisch-deutschen Verhandlungen in Moskau begrüßen zu können.[33]

Dok. 360

Resolution der Komintern für die Neubelebung der internationalen Kampagne zur Befreiung Thälmanns aus NS-Haft

Moskau, 21.3.1935

Typoskript in deutscher und russischer Sprache mit handschriftlichen Ergänzungen. RGASPI 495/4/341, 261–262. Deutsche Erstveröffentlichung. Auf russisch publ. in: Dam'e/Komolova/Korčagina: Komintern protiv fašizma, S. 386–388.

„5"/3734/7
9.4.35.
Abschrift/Ab.

Vertraulich
Resolution zur Neubelebung der Thälmannkampagne.[34]

1. Die Neubelebung der Thälmannkampagne ist im Rahmen einer Steigerung der gesamten Kampagne gegen die neue, besonders schwere Terrorwelle in Deutschland durchzuführen (Todesurteil gegen Fiete Schulz[e],[35] Ermordung der Gen. Lene

33 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 142. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 321–322.

34 Der hier abgedruckte Beschluss war das Ergebnis intensiver Beratungen über propagandistische und praktisch juristische Schritte zur Neubelebung der internationalen Solidaritätskampagne für Ernst Thälmann, der offiziell noch immer in Untersuchungshaft saß, dessen Prozess jedoch in immer weitere Ferne rückte. Zum Kontext des Dokuments ist zu berücksichtigen, dass ungefähr zeitgleich durch die Kominternführung (vermutlich Stalin persönlich) der folgenschwere Beschluss erwirkt wurde, die seit 1934 vorbereitete Flucht Thälmanns aus dem Gefängnis in Alt-Moabit abzusagen. Die offizielle Begründung, nach der zu viele Personen bereits in den Plan eingeweiht gewesen sein, die im hier abgedruckten Bericht von Grete Wilde für die Kaderabteilung des EKKI geliefert wurde (siehe Dok. 375), dürfte diesbezüglich nicht stichhaltig gewesen sein.

35 Der nach dem Hamburger Aufstand in die Sowjetunion geflüchtete Werftarbeiter Friedrich (Fiete) Schulze, geb. 1894, kehrte 1932 nach Hamburg zurück und wurde am 6.6.1935 mit dem Fallbeil in Hamburg enthauptet.

Glatzer,[36] Ermordung Formis',[37] Fall Jacobs,[38] Ermordung Dora Fabians usw.,[39] 3 Ermordungen im Haag, 4 in Sachsen, 3 am Niederrhein).
2. Das Thälmannkomitee,[40] das in seiner bisherigen Zusammensetzung tatsächlich arbeitsunfähig war, ist durch folgende Massnahmen zu reorganisieren:

Als *Sekretär des Komitees* soll Gen. Gollmi[c]k[41] abgelöst werden, sobald ein geeigneter Nachfolger gefunden ist, den Goll[mick] mit einzuarbeiten hat. Verantwortlich für die Ausfindigmachung eines entsprechenden Genossen bis spätestens 1. Mai ist das ZK der KPD.

Das Thälmannkomitee soll sich in Zukunft wie folgt zusammensetzen: Vertreter der
IRH Genossin Reul[42]
IAH Gen. Münzenberg
RGI Gen. Deter (ES)[43]

---

36 Helene Glatzer, geb.1902, wurde aus Moskau zur illegalen Arbeit nach Deutschland abkommandiert und am 31.1.1935 im Polizeigefängnis Halle ermordet.
37 Der Ingenieur und Radiotechniker Rudolf Formis (1894–1935, von SA-Agenten erschossen) war Mitarbeiter von Otto Strasser in Prag, wo er einen illegalen Sender betrieb. Er wurde von einem Kommando des deutschen Geheimdienstes ermordet (Herbert Crüger, Anke Ehlert u.a.: Verschwiegene Zeiten. Vom geheimen Apparat der KPD ins Gefängnis der Staatssicherheit, Berlin, Linksdruck-Verlag, 1990, S. 92, 230).
38 Fall Jacobs: Vermutlich der Leiter des technischen Sekretariats beim Politbüro der KPD, Franz Jacobs (1906–1944, Zuchthaus Brandenburg) wurde im August 1933 verhaftet und 1934 zur einer längeren Haftstrafe verurteilt. Nach seiner Entlassung 1940 schloss er sich in Hamburg der Widerstandsgruppe um Bernhard Bästlein an.
39 Am 4.4.1935 wurde die 33jährige sozialistische Publizistin Dora Fabian, die Mitglied der SAP war, zusammen mit der 60jährigen Sozialdemokratin und Frauenrechtlerin Mathilde Wurm vergiftet in ihrer Londoner Wohnung aufgefunden. Die Selbstmordthese wird auch in der Literatur in Zweifel gezogen (siehe: James J. Barnes, Patience P. Barnes: Nazi Refugee Turned Gestapo Spy. The Life of Hans Wesemann, 1895–1971, Westport (Conn.), Praeger, 2001, S. 93ff.).
40 Der Übergang vom alten zum neuen Komitee wurde bisher in der Literatur nicht ausreichend berücksichtigt. Das erste internationale Thälmann-Komitee war anfangs in Paris in der Rue du Mondétour untergebracht. Das neue Thälmannkomitee nannte sich „Internationales Befreiungskomitee für Dimitroff, Thälmann und alle eingekerkerten Antifaschisten". Sitz war Rue Notre-Dame-de-Lorette, Nr. 10 in Paris. Als Ehrenpräsidenten fungierten André Gide und André Malraux (siehe: Langkau-Alex: Deutsche Volksfront, I, S. 90). Zu den Gründen für das Scheitern der Kampagne siehe: Gilbert Badia: Le Comité Thaelmann. In: Gilbert Badia, Jean Baptiste Joly, Jean Philippe Mathieu u.a.: Les bannis de Hitler: accueil et luttes des exilés allemands en France (1933–1939), Paris, Etudes et documentation internationales, 1985, S. 199–259).
41 Walter Gollmick (1900–1945) war Mitarbeiter der Agitpropabteilung der KPD und enger Mitarbeiter von John Schehr bis zu dessen Verhaftung. Von Pieck wurde er nach seinem Tod 1945 als Gestapoagent bezeichnet (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 308–309).
42 Der Name ist nicht eruierbar.
43 Adolf Deter (1900–1969) war RGO-Leiter, Organisator des BVG-Streiks 1932, Ende 1934 Sekretär der Internationale der Seeleute und Hafenarbeiter in Paris und zentraler Kontaktmann der Komintern in Paris. In Jan Valtins „Tagebuch der Hölle" wird behauptet, Deter habe missliebige Genossen der Gestapo in die Hände gespielt.

des Weltkomitees Gen. Bernard [d.i. Alfred Kurella][44]
der KPD Gen. Daub[45]
der KPF ein noch zu bestimmendes Mitglied des Polbüros der KPF.

Das Thälmannkomitee besteht bei Beibehaltung seiner formellen Selbständigkeit nach aussen beim Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus und untersteht der Kontrolle des letzteren.[46]

3. Das Thälmannkomitee wird folgendermassen finanziert:

Internationale Rote Hilfe	monatlich 3.000 Fr.
Internationale Arbeiter Hilfe	2.000 Fr.
Weltkomitee	1.000 Fr.
KPD	1.000 Fr.

4. *Unmittelbare Aufgaben* des Komitees.

a) Wiederbelebung und Erweiterung der Kampagne

b) Organisierung einer Delegation nach Genf, die mit einer bisher nicht ausgenutzten prominenten Person an der Spitze eine Pressekonferenz unter den Journalisten, die anlässlich der Völkerbundstagung vom 15. IV. versammelt sind, organisiert. Von hier aus wird Genosse Thoma nach Genf fahren. Auf dieser Pressekonferenz ist anzuknüpfen an die Nazikampagne gegen die Misshandlungen der Nazigefangenen in *Kowno* und sind die Argumente auszunutzen, mit denen die Nazi „menschliche Behandlung" ihrer Gefangenen fordern.[47]

Weiter ist an den Fall Formis, Jacobs und Dora Fabian mit der Argumentation anzuknüpfen, dass die durch die Schweizer Regierung erwiesenen Menschenräubermethoden der Gestapo im Ausland zeigen, welche „Rechtsgarantien" für Thälmann, Ossietzki, Mierendorf usw. in Deutschland bestehen.[48]

---

44 Vermutlich Alfred Kurella (Ps. Bernard), zu dieser Zeit rechte Hand von Henri Barbusse im Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus (siehe hierzu Dok. 322).

45 Philipp Daub (1896–1976) war 1935 Abschnittsleiter West der KPD in Amsterdam.

46 Das im August 1932 in Amsterdam gegründete Weltkomitee gegen den imperialistischen Krieg bildete zusammen mit dem im Juni 1933 im Pariser Pleyel-Saal gebildeten Zentralkomitee der Antifaschistischen Arbeitervereinigungen Europas am 20.8.1933 das Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus (auch „Amsterdam-Pleyel-Komitee"). Unter dem Vorsitz von Henri Barbusse blieb Paris der Sitz. Das Komitee gab zahlreiche Presseorgane heraus (*Weltfront gegen imperialistischen Krieg und Faschismus*, *Clarté*, *Einheit*). Nach dem Tode von Barbusse wurde 1935 ein neues Präsidium u.a. mit Heinrich Mann gebildet.

47 Kowno ist der polnische und russische Name der litauischen Hauptstadt Kaunas. Dort wurden nationalistische, gegen die litauische Annektierung des ostpreußischen Memellandes wirkende deutschfreundliche Kräfte vor Gericht gestellt und zu Gefängnisstrafen verurteilt.

48 Die internationale Kampagne der Komintern und der Internationalen Roten Hilfe 1935–1937 „Freiheit für Thälmann, Maddalena, Ossietzky, Mierendorff und alle Antifaschisten" fügte sich mit dem Einschluss des Sozialdemokraten Carlo Mierendorff und des „linksbürgerlichen Intellektuellen" Carl von Ossietzky in die neue Volksfrontorientierung ein. Der sozialdemokratische Sozialwissenschaftler Carlo Mierendorff (1897–1943), kam 1938 frei und schloss sich dem Kreisauer Kreis an. 1943 kam er beim Luftangriff auf Leipzig um. Der pazifistische Weltbühne-Herausgeber Carl von Ossietzky (1889–

c) Das Komitee hat eine Gruppe ehemaliger deutscher Frontkämpfer zu organisieren (Vorschläge: General Schönaich, Kapitänleutnant Persius, Exmitglied der Richthofenstaffel, Kortas usw.):[49] diese Delegation soll mit frz. Frontkämpferorganisationen über die gemeinsame Veröffentlichung eines Aufrufes verhandeln, wobei der Widerstand in der Leitung der *UNGC*[50] gegen die seinerzeitigen Verhandlungen des nationalistischen Frontkämpferführers *Goys* mit Hitler besonders auszunutzen ist.[51] Bei den Verhandlungen ist als Anknüpfungspunkt die Tatsache zu benutzen, dass Genosse Thälmann Frontkämpfer war. Das Schwergewicht ist jedoch sowohl bei den Verhandlungen wie vor allem in dem Aufruf, der das erste Ziel der Verhandlungen ist, auf Thälmann als Vorkämpfer für den Frieden und gegen imperialistische Aufrüstung und Krieg (Pariser Auftreten Thälmanns im Salle Bullier 1932)[52] zu legen.

d) Das Komitee soll zusammen mit der deutschen Kompartei *eine kleine Delegation aus Deutschland organisieren*, die zum Unterschied von der bisherigen Praxis, d.h. vom Auftreten im Namen ausländischer Thälmannkomitees, im Auftrage der Bewegung für *Thälmann in Deutschland selbst und des zu organisierenden Berliner illegalen Thälmannkomitees in einigen wichtigen Ländern auf Massenkundgebungen auftritt*, Geld sammelt und Prominente mobilisiert. Das Komitee erhält von hier aus eine Ergänzungsliste von Prominenten, Wissenschaftlern, Intellektuellen usw., die in den verschiedenen Ländern aufzusuchen sind.

e) In den USA ist unter Ausnutzung des Interviews Hitlers nach der Saarabstimmung, in dem er erklärte, das amerikanische Volk möge Stellvertreter nach Deutschland senden, um sich zu überzeugen, dass es dort keinen Terror gibt, eine kleine Delegation (Intellektuelle und Arbeiter) nach Deutschland zu wählen, die Thälmann, Mierendorf und Ossietzki besuchen und Konzentrationslager usw. besichtigen

---

1938) erhielt rückwirkend 1936 den Friedensnobelpreis und starb 1938 an Tuberkulose als Folge seiner Inhaftierung und Misshandlung im KZ Sonnenburg bei Küstrin.

49 Neben dem ehemaligem Generalmajor Paul Freiherr von Schoenaich (1866–1954) und dem Kapitän zur See der kaiserlichen Kriegsmarine Lothar Persius (1864–1944), ehemals Mitglied der Richthofenstaffel, gab es eine Reihe weiterer deutscher Offiziere preußischer Tradition, die zum Pazifismus übergingen. Sie fanden sich zum Teil in den „Freunden der Sowjetunion" wieder.

50 UNGC (Abk.): Die in der Folge des 1. Weltkrieges als konfessionsfreie solidarische Vereinigung gegründete *Union Nationale des Combattants de Guerre*. Ihr Leitspruch war „Vereint wie an der Front" („*unis comme au front*").

51 Jean Goy (1892–1944) war ein konservativer französischer Abgeordneter des Départements Seine und Vizepräsident der UNGC. Auch in einem direkten Gespräch mit Hitler am 2.11.1934 trat er für ein deutsch-französisches *rapprochement* der ehemaligen Kriegsteilnehmerorganisationen ein (siehe: Roland Ray: Annäherung an Frankreich im Dienste Hitlers? Otto Abetz und die deutsche Frankreichpolitik 1930–1942, München, Oldenbourg, 2000, S. 128f. (Studien zur Zeitgeschichte. Bd. 59).

52 Am 2.12.1932 fand im Pariser Ballsaal Bullier eine gemeinsame öffentliche Versammlung von KPF und KPD statt, auf der Thorez und Thälmann auftraten. Von ihm gingen weitgehend folgenlose Appelle zur Gemeinsamkeit an die Sozialistische Partei aus.

müsste. Diese Delegation muss spätestens im Juni abfahren. Die Finanzierung hat durch eine Sammelaktion in den USA zu erfolgen.[53]

f) Das Komitee soll einen Ausschuss bekannter Parlamentsabgeordneter (Labour Party, französische Radikalsozialisten, sozialistische *und kommunistische* Abgeordnete aus England, Frankreich, der Tschechoslovakei, Skandinavien, Belgien usw.) bilden, der eine Delegation zu Thälmann, Ossietzki und Mierendorf schickt. Ausserdem sollen die Abgeordneten in ihren eigenen Parlamenten Anträge und Anfragen für Thälmann, Ossietzki usw. einbringen. In den Gemeindeparlamenten sind Protestanträge dagegen einzubringen, dass Thälmann auch in seiner Eigenschaft als Hamburger Bürgerschaftsabgeordneter verfolgt wird.

g) Geldsammlungen.

+ + +

Zur systematischen Ausnutzung des Materials über die neue Terrorwelle in Deutschland wird die Schaffung eines internationalen *Untersuchungsausschusses* vorbereitet.[54] Bei dieser Untersuchung ist der Fall Thälmanns besonders zu berücksichtigen. Diese Untersuchung dient zugleich auch zur Widerlegung der Behauptung von einer Normalisierung der Rechtsverhältnisse in Deutschland.

Die *Internationale der Seeleute und Hafenarbeiter*[55] soll die Kampagne unter den Wassertransportarbeitern (Thälmann als Hafenarbeiter) verstärken. Sie soll sich mit der Forderung gemeinsamer Aktionen zur Befreiung Thälmanns an die der Internationalen Transportarbeiterföderation angeschlossenen Gewerkschaften und im besonderen an Fimmen wenden.[56]

---

53 Einen ähnlichen Plan verfolgte Willy Brandt, als er sich Anfang 1936 in der norwegischen Arbeiterpartei darum bemühte, eine Ärzte- und Arbeiterdelegation nach Deutschland zu entsenden, um die Haftbedingungen und den Zustand Ossietzkys zu überprüfen, diese Pläne scheiterten jedoch (Willy Brandt: Die Nobelpreiskampagne für Carl von Ossietzky, Oldenburg, BIS, 1988 (Oldenburger Universitätsreden. 20)).

54 Es ist nicht sicher, ob für Thälmann nach dem Vorbild des Londoner Gegenprozesses ein Ausschuss eingesetzt wurde.

55 Die *Internationale der Seeleute und Hafenarbeiter* wurde im Rahmen der RGI am 3.10.1930 auf einem Kongress in Hamburg als revolutionäre Gewerkschaftsorganisation der Seeleute offiziell gegründet, nachdem dies am 2.3.1930 in Moskau beschlossen wurde. Als „verdeckte Fortsetzung der maritimen Kominternsektion, des internationalen Propaganda- und Aktionskomitees der Transportarbeiter" unterstanden ihr von nun an auch die Seemannsclubs in den Hafenstädten („Interklubs"). Erster Vorsitzender war George Hardy, internationaler Sekretär Albert Walter. Deutsche Sektion der ISH war der Einheitsverband der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer unter Reichsleiter Ernst Wollweber (1932). Nach dem NS-Machtantritt wurde die Exekutive nach Kopenhagen verlegt. Seit 1934 wurde im Zuge der Auflösung der RGO der deutsche „Einheitsverband" in die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) unter ihrem Vorsitzenden Edo Fimmen überführt (siehe: Nelles: Widerstand und internationale Solidarität; Holger Weiss: The International of Seamen and Harbour Workers – A Radical Labour Union of the Waterfront or a Subversive World Wide Web?).

56 Auch die gerade von der Linken in KPD und Komintern als umfassende Maßnahme gegen das NS-Regime vorangetriebene Thälmann-Kampagne geriet in die Fahrwasser der „großen Säuberungen", ihre Führung wurde ausgeschaltet. So hieß es am Schluss des Dokuments: „Die Parteivertreter sollen



Am 3.4.1935 erteilte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion dem Emissär Stalins, David Kandelaki, die Vollmacht, den Handelsvertrag mit Deutschland für das Jahr 1935 sowie eine Vereinbarung über einen Fünfjahres-Kredit über 200 Millionen Mark zu unterzeichnen.[57]

Ebenfalls am 3.4.1935 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, von einer Einladung der britischen Independent Labour Party zum VII. Weltkongress der Komintern abzusehen.[58]

Dok. 361

Hermann Schubert und Pieck im Mitteleuropäischen Ländersekretariat über die KPD-Krise und die neuen Vorgaben der Komintern

Moskau, 8.4.1935

Typoskript in deutscher Sprache, mit handschriftlichen Korrekturen. RGASPI, Moskau, 495/ 18–20, 89–100. Erstveröffentlichung.

Streng vertraulich!

Sitzung im Mitteleuropäischen L[änder-]S[ekretariat]
Am 8.IV.35[59]

Gen. H. [Hermann?, vermutl. Hermann Schubert]:

[...] Ein letztes Wort noch dazu, dass diese Schwächen, die wir haben, und diese Nichtveränderung der Arbeitsmethoden gegenüber der ersten Zeit der Illegalität auch grosse Auswirkungen auf die Entwicklung unserer Kaders gehabt haben. Wir können gar nicht recht beurteilen, wie und wo ein Genosse, der unten in der Organisation jetzt zwei Jahre herumgearbeitet hat, herausgeholt, für andere Arbeiten herangezo-

---

im Einverständnis mit den Genossen Richter [d.i. Hermann Schubert] und [Béla] Kun ausführliche Vorschläge zur Neubelebung der Kampagne telegrafisch schicken. Die Genossen Richter und Kun werden beauftragt, die Durchführung dieser Beschlüsse laufend zu kontrollieren.“ Kurze Zeit später wurden sowohl Béla Kun in der Komintern, als auch Hermann Schubert in der KPD-Führung als Sündenböcke zunächst politisch ausgeschaltet. Schubert wurde im März 1938 nach erfolgtem Todesurteil in Moskau erschossen, Kun im August 1938 im Gulag.

57 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 157.

58 RGASPI, Moskau, 17/3/961, 63. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern. S. 720.

59 In der Folge der Januarsitzungen des Jahres 1935 zur KPD in der Politkommision des EKKI wurden im Mitteleuropäischen Ländersekretariat der Komintern weitergehende Untersuchungen zur Klärung der Situation der Bezirke und Zellen der KPD mit Blick auf den VII. Weltkongress vorgenommen. Dabei konstatierte man das Fehlen jeglicher Initiative zur Massenarbeit seitens der Bezirksleitungen und Zellen. Die Genossen dort seien „kaputt“, und diejenigen, die übrig geblieben seien, würden „auch [noch] kaputt gehen“ (Dok. 361).

gen werden kann. Wir suchen bei uns in einem engen Kreis herum, der immer kleiner wird. Viele Leute sitzen hinter Schloss und Riegel oder sind totgeschlagen. Wir haben solche Genossen die früher kleine Funktionen hatten und jetzt verantwortliche Arbeiten machen. Aber wo solche Genossen an die Oberfläche gekommen sind, ist es meist infolge ihrer besonderen Fähigkeit und Energie; in den wenigsten Fällen durch systematische Pflege, indem wir ihnen geholfen, sie gefördert haben. Die Ventile von unten nach oben, durch die gute Kräfte zu verantwortlichen Funktionären vordringen, sich entwickeln, sind bei uns zu eng. Das hängt mit den Arbeitsmethoden zusammen. Die Zellen kommen wenig zusammen. Sie haben selten politische Beratungen, und die kollektive Beschlussfassung und Kontrolle über die Durchführung der Beschlüsse im engen Kreise von Genossen, die sich zusammensetzen und in bestimmten Abständen diskutieren, wie zu arbeiten ist, ist sehr mangelhaft. Es kommt noch hinzu, dass wir eben nicht diese systematische Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen haben, dass wir auch dort nicht beobachten können, wie ein Mensch zu den Massen sprechen, zu den Arbeitern reden und sich mit ihnen auseinandersetzen kann. Das Ergebnis ist: wir legen falsche Masstäbe an oder Masstäbe, die ungenügend sind. Wir beurteilen die Genossen auf Grund der Angaben, die z.B. ihre Zellenleiter, die sie von früher kennen, berichten; auf Grund ihrer Tätigkeit, die sie vielleicht in der Technik, im Abziehen und Herstellen von Zeitungen geleistet haben. In den wenigsten Fällen koennen wir die Genossen nach ihrer wirklichen politischen Arbeit und den Stand ihrer politischen Reife beurteilen, weil dazu auf Grund dieser mangelhaften Anwendung wirklicher Formen der Massenarbeit, richtiger Formen der Massenarbeit und auf Grund eines mangelhaften innerparteilichen politischen Lebens in den Zellen und unteren Einheiten die Möglichkeiten in der Partei fehlen. Das Ergebnis ist folgendes: Wir haben eine solche Uebersicht gemacht, dass wir praktisch am Ende unserer alten Funktionärskader sind.

Die Uebersicht über die Entwicklung der Bezirksleitungs- und Zellenapparate lehrt: die Leute sind kaputt. Einige sind noch übrig, sie werden auch kaputt gehen, und was wird weiter? Wir sind schon weniger imstande zu sagen, im nächsten halben Jahr entwickeln wir die und die Leute aus den Unterbezirken heraus. Wir sind nicht dazu imstande. Ich wollte besonders auf die letzten Punkte hinweisen. Ich glaube, dass das im Wesentlichen daran liegt, dass wir noch nicht eine richtige bolschewistische Form der Massenarbeit gefunden haben, wie sie zwar in unseren Resolutionen steht, aber in der Praxis noch nicht durchgeführt wird.

Pe/F
5 Expl.
Sitzung des MELS
Am 8.4.1935.
(Deutsche Frage)

Streng vertraulich

Gen. Otto [Otto Wahls?]: [60]
Der Genosse Smoljanski hat zu Beginn seiner Ausführungen die Formulierung in den Vordergrund gestellt, dass wir einen Widerspruch zwischen den Berichten der Genossen finden, die vor einem Vierteljahr aus dem Lande gekommen sind, und die heute hier sind. Das ist richtig. [...]

Wir haben uns leiten lassen durch die Entwicklung vor einem Vierteljahr und haben gedacht, es ginge in diesem Tempo weiter. Aber es geht nicht immer so gradlinig weiter. Wir müssen uns sehr stark hineinknien in die deutschen Verhältnisse und müssen für jeden Betrieb, für jede konkrete Situation die Losungen aufstellen, wobei wir natürlich in der Zeit vor einem Vierteljahr grössere Fehler gemacht haben.

(Frage des Gen. KNORIN: Wie war die Leitung durch das Polbüro?)

Wir haben gesehen – und auch das Polbüro war der Auffassung, wenigstens habe ich das aus der Diskussion hier gemerkt; z.B. Wilhelm [Florin?] hat gesagt, daß bei dem letzten Bericht der Landesleitung plötzlich neue Fragen auftauchten [...]

Es waren für die Mitglieder des Polbüros neue Fragen, die sie zum Teil nicht gesehen haben, wie die Genossen offen zugaben. Jetzt wird wieder die Frage gestellt, daß das einige neue Fragen sind, die man nicht genügend gesehen hat. Man kann diese Dinge vermeiden. Es muß zu einem engeren Kontakt zwischen dem Polbüro und der Landesleitung kommen, parallel wie in den Arbeitsmethoden. Wir haben eine starke Hilfe des Polbüros gehabt, eine starke Hilfe in der Aufgabenstellung, in der Ausarbeitung der Probleme. Das ist richtig. In Deutschland kann man die Probleme nicht so stark in die Tiefe weiterentwickeln. Man kann das nicht sehen. Man kann Tendenzen sehen. Aber man hat nicht die Möglichkeit, immer kollektiv zu arbeiten, diese Fragen genügend zu diskutieren. [...]

(Zwischenruf Genosse Dimitroff: Vielleicht sagen Sie noch etwas darüber. Es waren innerhalb des Polbüros Diskussionen über Einheitsfront und andere Fragen. Es gab auch Differenzen im Polbüro. Was für Auswirkungen hat das im Lande selbst, in der Landesleitung, in der Arbeit der Landesleitung usw. gehabt?)

Wir haben diese Differenzen im Polbüro erst durch die Novemberberichterstattung in Paris erfahren. Es wurde auch ein objektiver Bericht über die Lage im Polbüro gegeben, so wie der Eindruck der Pariser Sitzung es hinterlassen hatte. Wir haben dann entsprechend über die Differenzen im Polbüro nochmals alle Fragen in der L[andes]L[eitung] aufgerollt. Wir hatten in der Frage der Einheitsfront eine eigene Diskussion in der LL geführt, auf Grund der Probleme, wie sie sich im Lande ergaben. Wir kamen nach Paris. Wir sahen die neue Fragestellung, die uns nicht in dem Maße bekannt war. Wir haben das nochmal in der LL durchdiskutiert und dann Klarheit in

60 Otto Wahls („Otto Börner", 1907–1990) gehörte von 1933–1935 der Berliner Landesleitung der KPD an. Kurz vor der Sitzung im MELS wurden im März 1935 die Mitglieder der illegalen Berliner Landesleitung Max Maddalena, Adolf Rembte, Käthe Lübeck und Walter Griesbach festgenommen.

den zwei Hauptfragen, der Frage der Vereinigung und der Frage des Walter-Artikels erzielt.[61] Wir haben hier die Korrigierung vollzogen. Das waren sozusagen die Auswirkungen der Diskussion des PB im Lande.

(Zwischenruf Genosse Schwab:[62] Und Hamburg?)

Wir werden natürlich jede eigene Entwicklung fördern. Wir fördern jede eigene politische Regung der Bezirksleitung. Ich will nur eins sagen. Eine Gefahr besteht. Wir haben seit März-April des Jahres 1933 keine entscheidende selbständige Stellungnahme der Bezirksleitungen in Deutschland zu irgendwelchen politischen Fragen. Das ist natürlich eine große Gefahr. Zu den entscheidenden Grundproblemen gibt es keine eigene ausgearbeitete Stellungnahme und Vertiefung der Fragen durch die Bezirksleitungen.

(Zwischenruf Genosse H. [d.i. Hermann Schubert?]: Zu der Januar-Resolution 1934 gab es Niederrhein und Ruhrgebiet!)[63]

---

61 Im „Walterartikel" nahm Ulbricht Bezug auf einen Artikel des Sozialdemokraten Siegfried Aufhäuser in der *Neuen Weltbühne* über den Weg zur Einheitsfront gegen Hitler und rückte erstmals von der gescheiterten „massenpolitischen Linie" der KPD seit 1933 ab: „Die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse kann nur auf dem Weg über die Aktionseinheit und durch die Gewinnung der Arbeitermassen für den revolutionären Klassenkampf, für den Kampf um den Kommunismus erreicht werden. Deshalb wird die Kommunistische Partei alles für die Schaffung der kämpfenden Einheitsfront tun. Sie fordert keine Vorbedingungen von den Sozialdemokraten, sie fordert nur den Willen zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus, den gemeinsamen Feind! Wir Kommunisten erklären, daß wir zur Herstellung der Aktionseinheit für den Kampf um die nächstliegenden Ziele alle prinzipiellen Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten zurückstellen und vorbehaltlos und uneingeschränkt zum gemeinsamen Kampf mit den sozialdemokratischen Klassengenossen bereit sind." (Für die Aktionseinheit gegen den Hitlerfaschismus. Offene Antwort an Siegfried Aufhäuser und die linken Sozialdemokraten. Von Walter [Ulbricht], Mitglied des Zentralkomitees der KPD. In: *Rundschau* (1934), Nr. 55, S. 2412–2414; ebenfalls in: Brüsseler Konferenz der KPD (CD)).

62 Es handelt sich um Sepp Schwab (1897–1977), der seit den dreißiger Jahren wichtige Funktionen im Kominternapparat, besonders im MELS bekleidete.

63 Vermutlich die Januarresolution des ZK der KPD von 1935. Zur Konkretisierung der Resolution des Politsekretariats des EKKI vom 19.1.1935 hieß es darin: „Die Kommunistische Partei vollzieht eine kühne Wendung in ihrer revolutionären Massenpolitik zur Organisierung der proletarischen Einheitsfront, um die Voraussetzungen des revolutionären Aufschwungs zum Sturz der faschistischen Diktatur zu entwickeln. (…) Anstatt die linken Führer der Sozialdemokratie, die sich in Artikeln für die Einheitsfront mit den Kommunisten erklärten, beim Wort zu nehmen, um sie entweder zu einer wirklichen Einheitsfront zu veranlassen oder sie im Fall ihrer Ablehnung vor den Massen als Gegner der Kampfeseinheit der Arbeiterklasse bloßzustellen, wurde in doktrinärer Weise der Hauptstoß gegen diese Linken gerichtet und nicht zwischen ihnen und der Mehrheit des Parteivorstandes differenziert. Dieser Fehler kam auch zum Ausdruck in verschiedenen zentralen Dokumenten der Partei, in Artikeln verantwortlicher Funktionäre sowie in der „Roten Fahne". Das hinderte die Gesamtpartei an der Förderung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Gruppen im Lande und an der entschlossenen Bekämpfung und Überwindung des Sektierertums. Die KPD unternimmt alle Anstrengungen, um mit allen sozialdemokratischen Arbeitern und Funktionären, Gruppen, Organisationen und örtlichen, bezirklichen und zentralen Leitungen Abkommen zum gemeinsamen Kampf für die Tagesforderungen des Proletariats und gegen den Hitlerfaschismus zu schließen. Die KPD richtet die Aufforderung zum Abschluss eines Abkommens für die Einheitsfront besonders an die Opposition in

Ja natürlich, das stimmt. Da habe ich eine zu schematische Beurteilung gegeben. Aber es gibt große Lücken nach dem 13. Plenum. Man kann nicht behaupten, daß diese Beschlüsse in der deutschen Partei wirklich gut durchgearbeitet sind. Das wurde veröffentlicht. Aber nach dieser Fragestellung hat monatelang, vielleicht sogar ein halbes Jahr, jede eigene Problemstellung in den Bezirken gefehlt.

Gen. DIMITROW: Kennt das Parteiaktiv diese Beschlüsse, die im Zusammenhang mit diesen Diskussion im Polbüro angenommen wurden?

Gen. PIATNITZKY: Hier wurde im Januar eine Resolution angenommen, die zu den Artikeln von Walter und Müller Stellung nahmen.

Gen. OTTO: Die Resolution war gerade erst angekommen.

Gen. PIECK: Du sagst, wir fördern jede eigene Entwicklung; das hat auch Schwab gesagt. Wenn diese eigene Entwicklung nun in einer falschen Linie geht?

Gen. OTTO: Das ist völlig richtig.

Gen. DIMITROW: Welche Stellung nahm die Landesleitung in diesen Fragen?

Gen. OTTO: Wir hatten erst eine falsche Auffassung in der Einheitsfrontfrage.

Gen. DIMITROW: Ist diese Frage vor die Partei gestellt worden; kennt die Partei diese Frage jetzt oder nicht?

Gen. OTTO: Ja, wir haben diese Korrektur vorgenommen – gerade mit der Berliner Bezirksleitung, wo diese Frage sehr stark stand, auch mit Hamburg, wo wir die Resolution korrigiert haben, und wir hatten auch da keine größeren Referenzen in dieser Frage.

Gen. PIATNIZTKY: Wie steht es jetzt, wo sich das ZK an den Prager Vorstand wandte?[64]

Gen. OTTO: Das kam zusammen mit der Resolution. Ich habe ein Gerücht gehört, schon vor zwei, drei Wochen, daß ein solcher Vorschlag geplant sei. Dann kam der Vorschlag zusammen mit der Resolution.

Gen. KNORIN: Bekommen Sie jetzt nicht ständig Informationen über die Fragen, die im Polbüro zur Behandlung stehen?

Gen. OTTO: Das haben wir in der letzten Zeit bekommen.

---

der SPD, die sich in einer politischen Plattform für die Einheitsfront ausgesprochen hat (Proletarische Einheitsfront und antifaschistische Volksfront zum Sturze der faschistischen Diktatur. Resolution des ZK der KPD vom 30. Januar 1935. In: *Rundschau* (1935), Nr. 10, S. 531–535; ebenfalls publ. in: Brüsseler Konferenz der KPD).

64 Gemeint ist der Vorstand der SPD von 1933 bis 1939 in Prag (Sopade).

Am 9.4.1935 besprach das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion erneut die Vorbereitungen eines „Ostpakts“. Es wurden Korrekturen an dem französischen Vorschlag beschlossen, der vorsah, eine Reihe bilateraler Sicherheitsabkommen zwischen der UdSSR und europäischen Staaten abzuschließen. Unter anderem schlug die russische Seite eine Befristung auf zehn Jahre vor.[65] Die Verhandlungen kamen daraufhin ins Stocken. Am 20.4.1935 beschloss das Politbüro dann, die Verhandlungen zwischen Litvinov und dem französischen Ministerpräseidenten Pierre Laval zunächst einzustellen. Litvinov wurde nach Moskau zur Berichterstattung zurückbeordert.[66]

Am 17.4.1935 bestimmte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion eine Kommission, bestehend aus Ordžonikidze, Kaganovič, Vorošilov, Rozengol'c und Kandelaki, die in Viertagesfrist die erste Runde der Bestellungen in Deutschland auf der Grundlage des neuen Kredits skizzieren sollten.[67] Unter anderem sollte, so beschloss das Politbüro am 23.4.1935, die nach Stalin benannte Fahrzeugfabrik ZIS aufgerüstet werden.[68]

Am 26.4.1935 entschied das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, den als dringend eingestuften Vorschlag Litvinovs im Namen des sowjetisches Außenkommissariats, gegen die Rede von Rudolf Heß vom 14.5.1935 Protest zu erheben, abzulehnen. Heß hatte dabei von der 1933 angeblich erfolgten Auffindung von „Propagandamaterial ungeheuerlichster Art“ im Karl-Liebknecht-Haus, dem Sitz der KPD in Berlin, zur „Aufrichtung des bolschewistischen Staates in Deutschland“ gesprochen, mit „detaillierten Anweisungen (...), wie die letzten Widerstände in Deutschland durch rücksichtslosen Terror gebrochen werden müssten, antibolschewistische Dörfer niederzubrennen und nichtgefügige Städte auszuhungern seien.“

Am gleichen Tag beschloss das Politbüro spanische Politemigranten, die nach der Niederschlagung der „Kommune von Asturien“ politisch verfolgt wurden, unter den gleichen Bedingungen wie die österreichischen Schutzbundangehörigen in der Sowjetunion aufzunehmen.[69]

Am 4.5.1935 erklärten sich die Mitglieder des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion mit dem Entwurf eines Beistandspaktes zwischen der UdSSR und der Tschechoslowakei auf Basis eines analogen Paktes mit Frankreich einverstanden. Dabei wurde betont, dass der Tschechoslowakei nur dann militärischer Beistand seitens der Sowjetunion gewährt würde, wenn auch Frankreich Hilfe leistete.[70]

Am 13.5.1935 gab das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion umfangreiche Bestellungen im Wert von über 138 Millionen Mark auf Kredit in Deutschland in Auftrag. Am gleichen Tag wurden die Bedingungen für die Aufnahme ausländischer Juden nach Birobidžan festgelegt: In das Jüdische Autonome Gebiet der Sowjetunion sollte nur eingelassen werden, wer vor Einreise die sowjetische Staatsbürgerschaft annahm und sich verpflichtete, mindestens 3 Jahre dort zu arbeiten. Bei dem Kreis der zugelassenen ausländischen Juden sollte es sich zudem vorrangig um jene handeln, die Territorien bewohnten, die vor dem 1. Weltkrieg zum Russischen Reich gehörten.[71]

65 RGASPI, Moskau, 17/162/18, 2. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 322–323.

66 RGASPI, Moskau, 17/162/18, 7. Publ. in: Ibid., S. 325–326, Fn. 1.

67 APRF, 3/64/662, 157. Publ. in: Sevost'janov, Moskva-Berlin, III, Dok. 66.

68 APRF, Moskau, 3/64/662, 160. Publ. in: Ibid., Dok. 68.

69 RGASPI, Moskau, 17/162/17, 1, 4.

70 RGASPI, Moskau, 17/162/18, 22. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, s. 326.

71 RGASPI, Moskau, 17/162/18, 18–19.

Am 21.5.1935 bzw. am 23.5.1935 folgten weitere handelspolitische Beschlüsse zu „Importen für die Filmindustrie“ und „Bestellungen des Volkskommissariats für Binnenhandel“.[72]

Am 1.6.1935 beriet das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion erneut über den Ostpakt, dessen Abschluss trotz des zwischenzeitlich am 2.5.1935 erfolgten sowjetisch-französischen Vertrags über gegenseitige Hilfe („Stalin-Laval-Pakt“) verstärkt angestrebt werden sollte. Dabei wurde Frankreich die Rolle übertragen, für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen die Initiative zu ergreifen und dabei auch die mögliche Zusammensetzung der Paktmitglieder zu ermitteln. Ein Involvement der UdSSR in die Verhandlungen wurde von der Antwort Deutschlands abhängig gemacht.[73]

Am 1.6.1935 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, dem EKKI für Baumaßnahmen 961.000 Rubel aus dem Reservefonds des Rats der Volkskommissare zu Verfügung zu stellen.[74]

Am 21.6.1935 genehmigte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion eine Mittelzuweisung an die Internationale Arbeiterhilfe: „Die Bitte des Gen. Münzenberg über die Gewährung von 10 Tsd. Goldrubel an die Mežrabpom zur Publikation von Antikriegsliteratur ist zu bewilligen.“[75]

Am 25.6.1935 lehnte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion einen Vorschlag des deutschen Wirtschaftsministers Hjalmar Schacht (vermutlich über die Wiederaufnahme der Kreditverhandlungen und einen 500-Millionen-Kredit an die Sowjetunion) ab (formell am 26.6.1935). Über die Ablehnung sollte der französischen Regierung Mitteilung gemacht werden.[76] Am 2.7.1935 beschloss das Politbüro die Bestellung von Zubehör für die Schwerindustrie in Deutschland im Umfang von einigen Millionen Mark.[77]

Am 17.7.1935 reagierte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion auf den Protest der deutschen Botschaft gegen die Übergabe einer Fahne des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands an eine Schützeneinheit der Roten Armee. Das Politbüro verzichtete auf eine Rechtfertigung und ließ erklären, dass die Darstellung der *Komsomol'skaja Pravda* (wo dieser Vorgang anscheinend abgedruckt wurde), nicht der Wahrheit entsprochen habe.[78]

Am 28.7.1935 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, dem Volkskommissariat für Außenhandel das Importkontingent über den deutschen Kredit auf 500.000 Rubel aufzustocken. Auch sollten vier deutsche Walfangkutter gekauft werden.[79]

Ebenfalls am 28.7.1935 legte das Politbüro fest, in welcher Form der VII. Weltkongresses in der sowjetischen Presse zu behandeln sei. Dabei sollte die *Pravda* eine 10-seitige Beilage veröffentlichen, einer Auswahl weiterer Staatszeitungen genehmigte man Beilagen im Umfang von 3 Seiten.[80]

72 APRF, Moskau, 3/64/663, 19 und 320. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 71 und 72.
73 RGASPI, Moskau, 17/162/18, 49. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 326–327.
74 RGASPI, Moskau, 17/3/964, 36. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 720–721.
75 RGASPI, Moskau, 17/162/18, 61. Publ. in: Ibid., S. 721.
76 RGASPI, Moskau, 17/162/18, 71.
77 RGASPI, Moskau, 17/162/18, 77.
78 RGASPI, Moskau, 17/162/18, 81.
79 RGASPI, Moskau, 17/162/18, 96–97. Mit abweichender Datierung nach Dokumenten aus dem APRF in Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 83 und 85.
80 RGASPI, Moskau, 17/3/969, 16. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 721–722.

Am 4.8.1935 legte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion das Budget für die Durchführung des VII. Weltkongresses der Komintern auf 2.800.000 Rubel fest, die aus dem Reservefonds des Rats der Volkskommissare beglichen werden sollten.[81]

Dok. 362

Brief Stalins an Molotov zur Einführung eines Generalsekretariats der Komintern unter Dimitrov

[in der UdSSR], 5.8.1935

Autograph in russischer Sprache. Neuübersetzung. RGASPI, 558/1/5388, ohne Blattangabe. In russischer Sprache publ. in: Košeleva/Lel'čuk/Naumov u.a.: Pis'ma Stalina Molotovu, S. 252–253. In deutscher Sprache publ. in: Lih/ Chlevnjuk: Stalin's Letters to Molotov, S. 256–257.

5/VIII-35.

Grüß Dich, Vjačeslav!

Den Brief habe ich erhalten. [...]

Der KI-Kongress ist nicht übel geworden.[82] Er wird nach den Referaten von Dimitrov und Ercoli [d.i. Palmiro Togliatti] noch interessanter werden. Die Delegierten machen einen guten Eindruck. Die Resolutionsentwürfe sind nicht schlecht gelun-

---

81 RGASPI, Moskau, 17/162/18, 104.

82 Es handelt sich um den VII. Weltkongress der Komintern vom 25.7.1935–20.8.1935 in Moskau, der sieben Jahre nach dem letzten Kongreß stattfand und der die antifaschistische Volksfrontpolitik einleitete („Dimitrovsche Wende"). Rund zweieinhalb Jahre nach Hitlers „Machtergreifung" wurde dies, im Verbund mit der Definition des Faschismus als „offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals" zunächst als positive Rückkehr zu den Quellen der Einheitsfront verstanden, zugleich erfolgte jedoch ein Ausgreifen nach rechts (Walter Benjamin) und insgesamt eine – wenn auch kontrollierte Form der „Nationalisierung" der kommunistischen Parteien. So wurde auch die Figur Dimitrovs häufig mit dem Bild einer größeren Aktionsfreiheit der kommunistischen Parteien assoziiert, im Rahmen eines „nationalen Weges zum Sozialismus". Bezüglich der KPD wurde zwar die ultralinke Massenpolitik als Hauptursache der Niederlage verurteilt, doch war dies nicht mit grösseren innerparteilichen Freiheiten verbunden. Oppositionelle Richtungen wie die „Versöhnler", die seit Jahren eine Einheitsfrontpolitik grundsätzlich gefordert hatten, waren vom Kongress ausgeschlossen. Der nachfolgende Kurswechsel der KPD erfolgte offiziell erst zwei Monate später, auf der 4. Parteikonferenz („Brüsseler Konferenz") vom 3.–15. Oktober 1935, die in Kunzewo bei Moskau stattfand (seit 1946 als 13. Parteitag der KPD gezählt). Ein stenographisches Protokoll des VII. Weltkongresses wurde im Gegensatz zu den vorangegangenen Kongressen nicht herausgegeben (s.u.). Siehe: Georgi Dimitroff: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. 2. August 1935. In: Id.: Ausgewählte Schriften in drei Bänden, Berlin (Ost), 1958, II, S. 523–625. Zur kritischen Analyse der Volksfront siehe: Fernando Claudín: Die Krise der Kommunistischen Bewegung. Von der Komintern zur Kominform. Bd. 1: Die Krise der Kommunistischen Internationale, Berlin, Olle & Wolter, 1977, S. 186–280; vgl. den Einleitungstext von Hermann Weber in Band 1).

gen. Ich denke, dass es an der Zeit ist, im Komintern-System die Institution eines ersten Sekretärs (Gen[eral]sek[retärs]) einzuführen. Ich meine, dass man Dimitrov als ersten Sekretär vormerken könnte. Pjatnitzki, Manuilski und andere (aus dem Kreis der Ausländer) könnte man als Sekretäre in das Sekretariat des Exekutivkomitees der KI einführen.[83]

Ich bin wirklich etwas erschöpft. Ich musste mich mit den Kominternleuten, mit den Kontrollzahlen für [19]36, mit allen möglichen laufenden Fragen herumschlagen – da wird man zwangsläufig müde. Aber es ist nicht schlimm – die Müdigkeit vergeht schnell, wenn man sich einen Tag ausruht, oder sogar ein paar Stunden.

Gruß!
I. Stalin



Im Laufe des August 1935 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion weitere Ankäufe auf Kosten des deutschen Kredits, darunter am 5.8.1935 und 11.8.1935 Arzneimittel und Krankenhaus-Equipment, sowie am 13.8.1935 eine Erdschaufelanlage für die Umrüstung der Holzbörse in Archangel'sk.[84]

Dok. 363

Für eine Volksregierung in Deutschland. Aus der Rede Ulbrichts auf dem VII. Weltkongress der Komintern

Moskau, 7.8.1935

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 494/1/263, 1–37. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 892–895.

VII. Weltkongress, 15. Sitzungstag, 23. Sitzung
Redner Nr. 99 (Walter [Ulbricht]) Deutschland
Sprache: deutsch II/9 Ex.)
Vorsitzender: Köhler
8069/10/aa, 25.8.1935.[85] [...]

83 Dimitrov wurde neuer Generalsekretär der Komintern, als neue Sekretäre wurden Manuilski, Pieck, Kuusinen, Togliatti, Marty, Gottwald, als Kandidaten Trilisser, Florin und Wang Ming (Ps.), d.i. Chen Shaoyu, bestimmt. Pjatnitzki, Knorin und Béla Kun kamen nicht wieder in die Kominternführung.

84 APRF, Moskau, 3/64/663, 63, 107, 111. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 90, 91 und 92.

85 Das Datum bezieht sich auf die Nachbearbeitung des Stenogramms, nicht auf den Zeitpunkt der Rede. Während drei Jahre später ein stark gekürztes Protokoll erschien, das u.a. einige Berichte und generell die Beiträge der Opfer des stalinistischen Terrors nicht enthielt (VII. Kongress der Kommunistischen Internationale. Gekürztes stenographisches Protokoll, Moskau, Verlag für fremdsprachige Literatur, 1939), bleibt bisher eine auf der Basis der *Rundschau*-Beiträge kompilierte Edition aus den

Walter [Ulbricht], Deutschland. (Wird mit lebhaftem Beifall begrüsst).

Genossen! Ich habe die Absicht, in meinen Ausführungen vor allem jene Ausführungen den Genossen Dimitroff für Deutschland zu konkretisieren, die sich auf die Frage des Weges zum Sturz der faschistischen Diktatur beziehen. Die KPD wird alle Mittel und Wege anwenden, um den Sturz des Hitlerfaschismus herbeizuführen. (Beifall). Zu diesem Zwecke wollen wir uns mit allen antifaschistischen, antireaktionären Kräfte[n] verbinden. Da ist es gegenwärtig die zentrale Aufgabe unserer Partei, die kühne Organisierung des Kampfes für die kleinsten tagtäglichen Interessen und freiheitlichen Forderungen der Arbeiter, Jugend und aller werktätigen Schichten zu führen. Das ist aber, wie Genosse Dimitroff sagt, nur möglich, wenn wir den Kampf gegen die faschistische Diktatur von aussen mit dem Kampf um die Sprengung von innen, von den faschistischen Massenorganisationen aus, verknüpfen, wenn wir alle legalen Möglichkeiten ausnützen.

Zuerst einige Worte zur jetzigen Situation. Die gegenwärtige Lage in der deutschen Arbeiterbewegung wird dadurch charakterisiert dass wachsende Teile der deutschen Arbeiterklasse und der Werktätigen entsprechend den neuen Bedingungen *neue, wenn auch noch primitive Formen und Methoden des Widerstandes* entwickeln. […]

Das alles ist erst ein Anfang, aber er zeigt die grossen Möglichkeiten des Kampfes. Von der Durchführung der Wendung in der Massenarbeit, von der entschiedenen Überwindung des Sektierertums in der KPD hängt es ab, in welchem Tempo es gelingt, in grösserem Umfange Widerstandsbewegungen auszulösen, und den Kampf um die demokratischen Freiheiten zu entfalten. […]

Unter den Bedingungen der wachsenden Unzufriedenheit unter den Werktätigen versuchen die faschistischen Reaktionäre die Reste der legalen Organisationen, der katholischen Organisationen, den Stahlhelms u.a. zu zerschlagen. Aber zu gleicher Zeit, wo der Widerstand vor allem in den Reihen der Katholiken für die Verteidigung ihrer Organisationen wächst, gehen zunehmende Teile der Werktätigen dazu über, die *legalen Möglichkeiten in den gleichgeschalteten Organisationen auszunutzen und von ihnen [innen?] heraus für ihre eigenen Interessen und gegen den Faschismus zu kämpfen.*

Diese antifaschistische Arbeit unter den unter faschistischem Kommando stehenden Massenorganisationen fördert die Opposition in der Nationalsozialistischen Partei. In stärkerem Masse verlangen die werktätigen Nazianhänger die Einlösung der „sozialistischen“ Versprechungen. Während am 30. Juni 1934,[86] als Hitler die Revolver gegen die sozialen Forderungen der werktätigen Nazianhänger richtete, die Arbeiter abwarteten und teilweise eine gewisse Schadenfreude über das blutige Gemetzel in

1970er Jahren das ausführlichste Protokoll. Siehe: Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Moskau 25. Juli – 20. August 1935 (Ungekürzte Ausgabe, 2. Auflage), 2 Bde., Stuttgart, Neuer Weg, 1975.

86 Zum sog. „Röhm-Putsch“, der „Enthauptung der SA“, siehe Dok. 350.

den Reihen der SA-Führer hatten, *erhält jetzt die Opposition in der NSDAP ein besonderes Gewicht durch die Belebung in der Arbeiterbewegung.*[87] [...]

Von den Rednern auf dem Kongress ist mit Recht die zentrale Frage gestellt worden: *Warum wächst trotz der breiten Unzufriedenheit nicht entsprechend der organisierte Massenwiderstand gegen den Faschismus?* Warum sind wir, trotz einer gewissen Entwicklung der Basis für die Minderheitsfront noch nicht zur Schaffung der breiten Einheitsfront mit den sozialdemokratischen [...] Arbeitern gekommen? Die Ursache ist in den sektiererischen Traditionen unserer Partei zu suchen, die besonders seit 1929 in der Partei in Erscheinung getreten sind. [...]

Zweifellos war unsere Taktik der selbständigen Kampfführung richtig, aber sie wurde vielfach sektiererisch entstellt. Es ist eine große Lehre für alle Sektionen der Kommunistischen Internationale, dass wir eine zeitlang durch grosse Aufmärsche und Kundgebungen den Blick ablenken liessen von der organisatorischen Verankerung der Massenstimmung und von konkreten Kampfinhalten im Betrieb und in den Gewerkschaften.

Als die Kommunistische Partei Frankreichs im Einvernehmen mit der Kommunistischen Internationale in vorbildlicher Weise dazu überging, auf neue Art unter den veränderten Bedingungen die Einheitsfronttaktik anzuwenden,[88] zeigte sich bei verantwortlichen Funktionären der KPD ein Negieren dieser Erfahrungen, was bis zum *Widerstand gegen die taktische Linie der Kommunistischen Internationale* führte. Das zeigte ein Fortführen des selbstgefälligen Sektierertums in der KPD. Durch die Januar-Resolution[89] wurden im Einvernehmen mit der Komintern dieser Fehler korrigiert. Die Partei begann die Wendung in ihrer Massenarbeit durchzuführen. Es zeigten sich aber auch nachdem noch Hemmungen, weil einige führende Funktionäre nicht imstande waren, den *notwendigen Enthusiasmus* in der Durchführung dieser Linie aufzubrin-

---

87 In den Jahren nach dem „Röhmputsch“ trugen die parteiinternen Auseinandersetzungen in der NSDAP vor allem den Charakter von Kompetenzkonflikten, die sich aus dem Dualismus von Staat und Partei ergaben. Ebenfalls kollidierten die unterschiedlichen Machtansprüche der einzelnen NS-Protagonisten; die Autorität Hitlers wurde zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt (siehe: Dietrich Orlow: The History of the Nazi Party. Bd. 2: 1933–1945, Pittsburgh, University of Pittsburgh Press, 1973, S. 111–193). Zusammenhänge zwischen einer „Belebung in der Arbeiterbewegung“ und den Entwicklungen innerhalb der NSDAP waren vollkommen aus der Luft gegriffen und sollten nur der Legitimation für die Hinwendung der KPD zu den NS-Massenorganisationen.

88 Gegen den Putschversuch französischer Rechtsverbände am 6.2.1934 mobilisierten Kommunisten und Sozialisten im ganzen Land zunächst getrennt. Am 12.2.1934 schlossen sich zwei getrennte Demonstrationszüge in Paris spontan zusammen, ein Generalstreik umfasste mehr als vier Millionen Beteiligte. KPF und Sozialistische Partei vereinbarten daraufhin zunächst einen Pakt zur gemeinsamen Aktion, dann – zur Vorbereitung der Wahlen 1936 – einen auch auf bürgerliche Partner ausgreifenden Volksfrontpakt. Höhepunkt der vorrevolutionären Offensive der Arbeiterbewegung in Frankreich war der Generalstreik im Juni 1936. Trotz der einsetzenden inneren, durch die zögerliche Politik der Volksfrontregierung beschleunigten Krise wurden unter der Volksfront-Regierung zentrale politische und soziale Reformen erreicht.

89 Die Resolution vom Januar 1935 siehe Dok. 361.

gen, und weil auch bei einzelnen Genossen Tendenzen einer *Duldsamkeit* gegenüber diesen Entscheidungen vorhanden waren.

Die Parteiorganisationen im Lande haben die Januar-Resolution begrüsst und – wenn auch langsam – begonnen, diese massenpolitische Linie anzuwenden. Ein Funktionär eines Berliner Stadtteils sagte mir kürzlich, dass sie unter sich die Frage besprochen hätten: „*Warum stagniert unsere Organisation?*" Die Genossen leisten zweifellos eine kühne Arbeit zur Verbreitung von Agitationsmaterial, aber die Organisation ist isoliert von den Massen, obwohl viele Parteimitglieder Massenorganisationen angehören. Dort arbeiten sie aber in der Regel *ohne die Einleitung [sic] der Partei*. Der Genosse schilderte uns, wie durch die Verbreitung allgemeiner kommunistischer Losungen versucht wurde, die Massen in Bewegung zu bringen. Damit kamen sie aber nicht weiter und sie sagten: „*Es muss etwas passieren*". *Sie erwarteten sozusagen den Anstoss durch ein grosses Ereignis, auf das die Massen spontan reagieren würden*. Jawohl, es muss etwas passieren! Genosse DIMITROFF hat es ausgesprochen. Durch unsere antifaschistische Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen muss dort „etwas passieren." Beim Reichstagsbrandprozess riss er dem Faschismus die Maske vom Gesicht und zeigte die ganze reaktionäre barbarische Fratze des Hitlerfaschismus. Jetzt aber hat er dem werktätigen Volk das *Geheimnis des trojanischen Pferdes* erklärt.[90] (Beifall) Er hat uns gelehrt, wie die antifaschistischen Kräfte in den faschistischen Massenorganisationen unter Ausnützung der legalen Möglichkeiten kämpfen, um die kleinsten täglichen wirtschaftlichen und freiheitlichen Interessen aller Schichten des werktätigen Volkes zu vertreten. Genosse DIMITROFF hat die entscheidende Methode unserer Massenarbeit im Beispiel mit dem Pferd von Troja erläutert. [...]

Gerade weil wir die breiteste Volksfront wollen, deshalb ist die *Stärkung unserer Partei*, die Sicherung der Partei gegen rechtsopportunistische Gefahren, aber auch die

90 Unter dem „Geheimnis des trojanischen Pferdes" fasste Ulbricht, wie weiter unten ausgeführt, die Verstärkung der KPD-Aktivität in praktisch allen NS-Massenorganisationen zusammen (DAF, Hitlerjugend, Sportorganisationen, katholische Vereinigungen, katholische Jugend, Kraft durch Freude etc.). Die Politik des „trojanischen Pferdes" bildete seit 1936 die Alternative zur Volksfrontpolitik für die kommunistischen Parteien in den autoritären und totalitären Diktaturen der Zwischenkriegszeit, nicht nur in NS-Deutschland. Eine empirisch abgesicherte Untersuchung zu ihrer Umsetzung und Wirksamkeit liegt bisher nicht vor. Andreas Herbst schreibt zum Anspruch der KPD-Führung, in der Deutschen Arbeitsfront zu arbeiten: „Die mit der Taktik des ‚Trojanischen Pferdes' verbundene Unterwanderung der DAF-Betriebsgruppen [...] wurde von den meisten Widerstandsgruppen bewusst ignoriert. Entscheidend hierfür war nicht nur die zunehmend erschwerte Kommunikation zwischen den illegalen Gruppen im Inland und der KP-Führung, angesichts immer irrealerer Vorstellungen der Emigrationsleitung über den Kampf in der Illegalität verweigerten sich die Widerstandsgruppen in zunehmendem Maße den Instruktionen von außen." (Andreas Herbst: Kommunistischer Widerstand 1933–1945, <http://www.ddr-biografien.de/00000095890f9bc01/0000009589137ed36.html>); zur maßgeblichen Rolle Ulbrichts auch: Walter Ulbricht: Die Taktik des trojanischen Pferdes. In: *Die Internationale*, 1936, Nr. 6/7, S. 31–36; zur transnationalen Dimension dieser Formel in den europäischen Diktaturen siehe den Beitrag von Bayerlein in Bd. 1, S. 336).

Festigung der Arbeiterklasse gegen die Einflüsse der Politik der Arbeitsgemeinschaft, gegen die Volksgemeinschaftsideologie und den Chauvinismus durch eine *stärkere Propagierung der grundlegenden* Ideen des „*Kommunistischen Manifestes*" und der Lehren des Führers des Weltproletariats, unseres Genossen STALIN, notwendig, wie er sie niedergelegt hat und in dem Buch über *Lenin und den Leninismus*.[91] Z.B. hat der monatelang geführte zähe Kampf gegen die von den Wels, Stampfer, Klinger und Co. propagierte Politik der Klassenzusammenarbeit, der Arbeitsgemeinschaft eine grosse politische, erzieherische Bedeutung für die Festigung der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus. Auf Grund des lebendigen Beispieles des Sieges in der Sowjetunion gilt es, populärer den Massen klarzumachen, was in Deutschland wäre, wenn in Deutschland die Sowjetmacht herrschen würde.

Wir glauben, es ist im Sinne der Ausführungen des Genossen DIMITROFF, wenn wir aus den genannten Erfahrungen für unsere Partei die Schlussfolgerungen ziehen:

1. dass es notwendig ist, unmittelbar auf die politischen Ereignisse zu reagieren und konkreter die Losungen auszuarbeiten, um die Massen in Bewegung zu bringen; den Kommunisten in der Einheitsfront bessere Anleitung zu geben, damit sie auf die Ereignisse sowohl auf die Lohndifferenzen im Betrieb, wie auf den Terror gegen die katholischen Organisationen, oder aus Anlass des Verbotes des Stahlhelms reagieren. Unmittelbar den Massen eine Einschätzung geben und Vorschläge machen können, wie in der gegebenen Situation der antifaschistische Kampf geführt werden soll.

2. Die Parteilinie muss beharrlich und zäh durchgeführt und die Beschlüsse entsprechend der jeweiligen Situation konkretisiert werden.

3. Es ist erforderlich, auch durch entsprechende Auswahl der Genossen, durch eine entsprechende Kaderpolitik die Durchführung der Wendung sicherzustellen.

Wir müssen ernst die Lehren aus den Erfahrungen ziehen, damit die Partei befähigt wird, wirklich die Millionen des arbeitenden Volkes in den Kampf zum Sturz der faschistischen Diktatur zu führen.

Breite Massen in Deutschland stellen die Frage: *Was ist der Weg zum Sturz des Hitler-Faschismus?* Die entscheidende *grundlegende Frage ist die Schaffung der Einheitsfront und darüber hinaus die Entfaltung eine mächtigen Bewegung für die breiteste Volksfront*. […]

Früher hatten die Einheitsfrontvereinbarungen meist einen sehr propagandistischen Charakter. Bei Überprüfung einiger Einheitsfrontabkommen aus der letzten Zeit müssen wir feststellen, dass ein ernster Fehler darin vorhanden ist, dass in diesen Vereinbarungen die gemeinsame Arbeit in den unter faschistischem Kommando ste-

---

91 *Buch über Lenin und den Leninismus*: Vermutlich ein Hinweis Ulbrichts auf die Anthologie von Stalintexten: „Probleme des Leninismus", die 1934 in einer deutschen Übersetzung erschien. Auch Stalins Vorlesungen über die „Grundlagen des Leninismus" wurden 1935 auf Deutsch herausgebracht (Siehe: Iosif V. Stalin: Probleme des Leninismus, Zürich, Ring-Verlag, 1934; id.: Über die Grundlagen des Leninismus. Vorlesungen, gehalten an der Swerdlow-Universität, Anfang April 1924, Moskau, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, 1935 (Kleine Bücherei des Marxismus-Leninismus. 12).

henden Organisationen meistens fehlt. Die beginnende Einheitsfront ist noch nicht verankert in der gemeinsamen Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen, was eine Unterschätzung der legalen Möglichkeiten bedeutet. Die Erfahrung lehrt, dass die Organisierung von Streiks und Widerstandsbewegungen nur möglich ist, durch illegale Vorbereitung bei gleichzeitig legaler Vertretung der Arbeiter- und Angestellten-Interessen *in* den Massenorganisationen. [...]

Im Sinne der Beispiele des gemeinsamen Handelns in den letzten Monaten, in denen sich eine aufrichtige Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten erprobt hat, *schlagen wir allen Sozialdemokraten, ihren Organisationen und dem Prager Vorstand die Bildung der Einheitsfront* für die unmittelbaren nächsten Schritte zum Kampf gegen den Faschismus vor.

Für die gemeinsame Hilfe für die Opfer des Hitler-Terrors und die Spitzelabwehr.

Für die gemeinsame Arbeit in der Deutschen Arbeitsfront[92] zur Verwirklichung der Forderung: „Ran an die Löhne" im Sinne der Verteidigung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Für die gemeinsame antifaschistische Arbeit in allen unter faschistischem Kommando stehenden Massenorganisationen. [...]

Genosse *Dimitroff* hob hervor, dass die *Achilles-Ferse des Faschismus* der Widerspruch zwischen den sozialen Interessen der Massen, denen die Nazi-Führer die grössten Versprechungen gemacht haben, und dem grosskapitalistischen Inhalt der Nazipolitik besteht, was uns ermöglicht, die Massen der werktätigen Anhänger der NSDAP zu gewinnen.

Im Sinne der grundlegenden Probleme, die ich darstellte, ist es die Aufgabe der Volksfront, die *Sammlung, Aktivisierung und Entfaltung einer breiten Volksbewegung aller antireaktionären, antifaschistischen Kräfte gegen die Hitlerdiktatur für Brot und Volksrechte, für Frieden und Fortschritt. In diesem Sinne wollen WIR auch die nationalsozialistischen Anhänger,* die gegen irgendwelche volksfeindlichen Teilmassnahmen des Faschismus sind, *für die Volksfront gewinnen. Um die Volksfront zu entfalten,* müssen wir die verschiedenen Forderungen der werktätigen Schichten durch eine grosse, zementierende Parole, die die ganze Volksfront zusammenfasst, leiten und diese Parole heisst gegenwärtig in Deutschland: „*Freiheit*". [...]

Zur Führung dieser Volksfront von Frieden, Freiheit und Fortschritt, ist es zweckmässig, dass *Organe dieser Volksfront* aus den besten antifaschistischen Kämpfern, aus den Reihen der Arbeiter und anderen werktätigen Schichten der Bevölkerung gebildet werden, wobei es den Erfahrungen des Kampfes überlassen bleiben muss, welche

92 Die der NSDAP angeschlossene Deutsche Arbeitsfront (DAF) unter Reichsleiter Robert Ley war mit über 20 Millionen Mitgliedern (1941) die größte NS-Massenorganisation. Als Zwangsorganisation sollte sie „durch Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft, die dem Klassenkampfgedanken abgeschworen hat" alle „schaffenden Deutschen" umfassen. Die DAF war in praktisch allen sozialpolitischen Bereichen tätig, besaß jedoch in der Tarifpolitik keine Kompetenzen. Auf die Volksgemeinschaftsideologie gestützt, diente sie der Integration der Arbeiterschaft in das System (siehe: Ronald Smelser: Robert Ley. Hitlers Mann an der ‚Arbeitsfront'. Eine Biographie, Paderborn, 1989).

Formen diese Organe annehmen. Von grosser Bedeutung wird die aktive Mitarbeit der Vertrauensleute der Arbeiter, von antifaschistischen Funktionären der faschistischen Massenorganisationen, insbesondere vor allem der Deutschen Arbeiterfront, sein. Es ist notwendig, die Entwicklung eines breiten antifaschistischen Funktionärs[riegels?] zur organisierten Führung der Volksfront der Millionen zu fördern. Erinnern wir uns, wie zur Zeit des Kapp-Putsches das werktätige Volk gemeinsam gegen die Reaktion kämpfte.[93] Spartakus, Sozialdemokratie, Katholiken, Demokraten, alle kämpften in einer Front gegen die Reaktion, für die Volksfreiheit. In diesem Sinne rufen wir dem werktätigen Volk Deutschlands zu: *Seid einig, einig, einig im Kampfe gegen den Hitlerfaschismus!* (Beifall).

Von entscheidender Bedeutung für den Kampf der Einheitsfront und darüber hinaus der Volksfront, ist die *Gewinnung der Massen der werktätigen Jugend.* [...] Für die Gewinnung der Jugend ist das von Genossen *Dimitroff* angeführte Geheimnis des trojanischen Pferdes erst recht gültig. Wir wollen deshalb mit der Wendung damit beginnen, alle Mitglieder des kommunistischen Jugendverbandes und alle jugendlichen Antifaschisten davon zu überzeugen, dass sie in der Hitlerjugend, in den Sportorganisationen, in den Vereinigungen der katholischen Jugend, in Kraft durch Freude,[94] in der Deutschen Arbeitsfront eine systematische Arbeit leisten, um alle Kräfte zu sammeln, die für Frieden, Freiheit und Fortschritt sind. [...]

Das Ziel unserer Politik ist die Errichtung eines Sowjetdeutschlands. Die nächste Aufgabe ist der Kampf zum Sturz des Hitlerfaschismus. Im Kampf um die Sowjetmacht kann unter den Bedingungen der politischen Krise, wie sie Genosse Dimitroff genannt hat, wenn das Kräfteverhältnis der Klassen die Rätemacht noch nicht möglich macht, die Schaffung einer Regierung der antifaschistischen Volksfront möglich sein. Wir arbeiten unter solchen Bedingungen auf die Schaffung einer solchen Regierung in Deutschland hin, um dadurch bessere Bedingungen für die Errichtung der Sowjetmacht zu schaffen, besser den Kampf um die Diktatur des Proletariats vorzubereiten. [...]

Ich komme zum Schluss. Es wird in Deutschland um so eher gelingen, den Sturz der faschistischen Diktatur und darüber hinaus die Sowjetmacht zu verwirklichen, wie wir die Wendung in unserer Massenpolitik ernst, zielbewusst und kühn durchführen. Als wir auf dem III. Kongress der Kommunistischen Internationale zum letzten Mal die Worte unseres geliebten Führers Lenin, des genialen Führers des Weltproletariats hörten, sagte er uns: „Wenn Ihr, die Vertreter der Kommunistischen Parteien, lernt, bolschewistische Massenarbeit zu führen, lernt, die grossen Erfahrungen der

93 Zum Kapp-Putsch 1921 siehe Dok. 22 und 24.

94 „Kraft durch Freude“ (KdF) war seit 1933 die Freizeitorganisation der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und zugleich der wichtigste Reiseveranstalter des „Dritten Reiches“. Die Grundstruktur der KdF bildeten die Ämter „für Urlaub, Reisen und Wandern“, „für Schönheit und Würde der Arbeit“, „für körperliche Ertüchtigung und Sport“, „für geistige Aus- und Fortbildung“, für Kultur, „für Volkstum und Brauchtum“ sowie die Jugendämter.

russischen Revolution auf die Verhältnisse Eures Landes anzuwenden, dann sind die Perspektiven der proletarischen Revolution ausgezeichnet".[95]

(Stürmischer Beifall)
(Hurra- und Rot-Front-Rufe)

Dok. 364

Antwortbrief Molotovs an Stalin über die Einsetzung Georgi Dimitrovs als Generalsekretär der Komintern

[Moskau?], 10.8.1935

Autograph in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/769, 165–166. Erstveröffentlichung.

Grüß Dich, Koba [d.i. Stalin]!

Deinen Brief habe ich erhalten.[96]

Deinen Vorschlag über einen Generalsekretär in der Komintern halte ich für zeitgemäß. Dimitrov wird sich anscheinend dafür eignen.[97] Er besitzt großen Enthusiasmus und ein revolutionäres Interesse an der Durchführung der Einheitsfront-Taktik, und das ist höchst notwendig. Bestimmt werden ihm unsere Genossen ganz gut helfen, und die anvisierte Taktik wird von der KI mit Erfolg durchgeführt werden. […]

Bald werden wir uns also sehen.

Gruß von Polja [d.i. Polina Žemčužina].[98]
Dein Vjačeslav.
10/VIII

95 Das hier fälschlicherweise angeführte Konzept Lenins war allerdings unter den Bedingungen der Weimarer Demokratie und dem Schlagwort „Heran an die Massen!" nicht auf die Massen in staatlichen Zwangsorganisationen, sondern insgesamt auf die „Eroberung des ausschlaggebenden Einflusses auf die Mehrheit der Arbeiterklasse, das Hineinführen ihrer entscheidenden Teile in den Kampf" gerichtet. Wie Lenin für den Fall Italiens aufzeigte, sollte der Kampf „mit den proletarischen Massen in den Gewerkschaften, in den Streiks, in den Kämpfen gegen die konterrevolutionären Organisationen der Faschisten" gerichtet sein (W. I. Lenin: Brief an die deutschen Kommunisten. In: Id.: Über die Kommunistische Internationale, Berlin (Ost), Dietz-Verlag, Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, 1969, S. 627–636, hier: S. 634f.; vgl. hierzu Dok. 47 und Anmerkungen).
96 Siehe den Brief Stalins, Dok. 362.
97 Noch am gleichen Tag beschloss das Politbüro des ZK der VKP(b), diese Beschlüsse umzusetzen (siehe hierzu die Entscheidung vom 10.8.1935).
98 Polina Žemčužina (1897–1970) war die Ehefrau Molotovs.



Per Umfrage unter den Politbüro-Mitgliedern der KP der Sowjetunion wurde am 10.8.1935 die Umstrukturierung der Komintern beschlossen. Das Politsekretariat des EKKI wurde liquidiert „als ein Organ, welches sich in der praktischen Arbeit nicht bewährt hat“. Neu geschaffen wurde der Posten eines Generalsekretärs der Komintern. Die „*Eminence grise*“ der Komintern, Ossip Pjatnitzki, wurde auf Antrag von Dimitrov und Manuilski, der von Stalin unterstützt wurde, aus den Führungsposten entfernt. Maßgebliche Kaderpositionierungen wurden neu festgelegt: Das EKKI-Sekretariat sollte sich nun zusammensetzen aus Dimitrov, Togliatti, Manuilski, Pieck, Marty, Kuusinen und Gottwald als Vollmitglieder, sowie Trilisser, Florin und Wang Ming (Ps.), d.i. Chen Shaoyu, als Kandidaten. Seitens der VKP(b) sollten Manuilski, Stalin und Trilisser in das Präsidium des EKKI eingeführt werden. Die Zusammensetzung des EKKI selbst wurde seitens der VKP(b) durch Manuilski, Stalin, Ždanov, Ežov und Trilisser ergänzt.[99]

Dok. 366

„Der Kampf um die Armee“: Aus den geheimen militärpolitischen Instruktionen des VII. Kongresses der Komintern

Moskau, 20.8.1935

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 494/1/437, 3–4. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 912–913.

Beiliegend übersenden wir:

Punkt 6) „In Armee und Flotte…“ mit der Resolution des VII. Weltkongresses der KI zum Bericht des Genossen Dimitroff.[100] Dieser Punkt, der ebenfalls nicht zur Veröffentlichung bestimmt ist, ist einzufügen in Abschnitt IV dieser Resolution: „Die Aufgaben der Kommunisten in den einzelnen Abschnitten der antifaschistischen Bewegung“ zwischen dem 5. und 6. Punkt des veröffentlichten Textes.

Einen Punkt aus der Resolution des VII. Weltkongresses der KI zum Bericht des Gen. Ercoli [d.i. Palmiro Togliatti], und zwar den Punkt 7) „Kampf um die Armee“, der zum Abschnitt III dieser Resolution: „Die Aufgaben der KI im Kampfe für den Frieden, gegen den imperialistischen Krieg“ gehört. Dieser Punkt der Resolution ist in dem veröffentlichten Text nicht enthalten, da er nicht zur Veröffentlichung bestimmt ist.[101]

Sekretariat

99 RGASPI, Moskau, 17/162/18, 110. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 722–723.

100 Gemeint ist die Resolution „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampfe für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus“. In: VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale. Resolutionen und Beschlüsse, Moskau-Leningrad, Verlagsgesellschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, 1935, S. 9–33. In Punkt 5 des veröffentlichten Textes geht es um die Frauenbewegung, in Punkt 6 um die Genossenschaften.

101 Siehe hierzu: VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, S. 34–46.

6.) In *Armee und Flotte* steht vor den Kommunistischen Parteien die Aufgabe, einen konsequenten Kampf für die Demokratisierung von Armee und Flotte, für die Vertreibung der faschistischen Elemente aus ihnen zu führen und nicht zuzulassen, dass Truppen zum Kampf gegen die revolutionäre Bewegung oder in Interessen eines faschistischen Umsturzes eingesetzt werden.

7.) *Der Kampf um die Armee.* Neben dem Kampf gegen die Unterschätzung der Kriegsgefahr haben die Kommunisten den Kampf gegen die Anschauungen zu führen, denen zufolge es infolge [der] Mechanisierung der bürgerlichen Armeen unmöglich sei den Krieg erfolgreich zu bekämpfen. Die entscheidende Bedeutung des Soldaten im Kriegswesen ist im Zusammenhang mit der Einführung mechanisierter Armeen nicht nur nicht geringer geworden, sondern hat, im Gegenteil, im Zusammenhang mit dem – im Vergleich zu früher – grösseren Massencharakter der imperialistischen Armeen, sowie infolge der steigenden Bedeutung der Industriearbeiter in der Produktion und in der Bedienung der Kampfmaschinen zugenommen. Die Gewinnung der Soldaten für das Proletariat durch Verteidigung ihrer, mit den Interessen der Arbeiter und Bauern verknüpften Alltagsinteressen, der Kampf für die Verteidigung der Rechte der Soldaten und deren Erweiterung, – ist mehr denn je unaufschiebbares Gebot im Kampf gegen den Krieg, sowie in der Vorbereitung der Revolution.

In den *Ländern der bürgerlichen Demokratie* haben die Kommunisten den Kampf zu führen für die Demokratisierung der Armee, für die Entfernung der faschistischen und reaktionären Elemente aus den Reihen des Offiziers- und des Unteroffizierskorps, gegen die Verlängerung der Dienstszeit, für die Verwandlung der regulären Armee in eine Volksmiliz mit verkürzter Dienstzeit; für die Verwandlung der staatlichen Einrichtungen für vormilitärische Ausbildung der Jugend in unabhängige Sportorganisationen; für die Einführung der demokratischen Kontrolle über die Oberste Heeresleitung; für Volkskontrolle über Waffenfabrikation und Waffenhandel unter Mitheranziehung der Arbeiterorganisationen.

In den *faschistischen Ländern* haben die Kommunisten alle legalen und halblegalen Möglichkeiten auszunutzen, um die Soldaten zum Kampf für die Erleichterung ihrer Lage zu organisieren. Pflicht eines jeden Kommunisten ist es, in allen militärischen und halbmilitärischen faschistischen Organisationen zu arbeiten und zu dieser Arbeit alle Kriegsgegner heranzuziehen, um die Mitglieder dieser Organisationen in den Kampf für den Frieden und gegen den Krieg miteinzubeziehen.[102]

102 Die Verpflichtung der Kommunisten zur Arbeit in den faschistischen Militärverbänden war ein Novum. Boris Vasil'ev plädierte in seiner Rede vor dem VII. Weltkongress vom 19.8.1935 für diese Handlungsoption und betonte, dass „in solchen Organisationen, wie die Sturmabteilungen in Deutschland [...] die Kommunisten Stützpunkte schaffen können, um sie gegen Bürgerkrieg und weißen Terror zu nutzen." (RGASPI, Moskau, 494/1/434, 45–51. Publ. In: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 908–912, hier: S. 910).



Am 22.8.1935 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion per Mitglieder-Umfrage, österreichische Schutzbundangehörige, die die UdSSR verlassen wollten, nicht daran zu hindern. Die führenden NKVD-Funktionäre Nikolaj Ežov und Jakov Agranov wurden beauftragt, die materielle Situation und die ideologische Betreuung der Schutzbundleute zu überprüfen.[103]

Das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion beschloss am 31.8.1935, den Leichnam des in Moskau während des VII. Weltkongresses verstorbenen Henri Barbusse auf Bitten seiner Freunde und Verwandten nach Paris überführen zu lassen. Der Transport zum Bahnhof sollte mit militärischen Ehren vonstatten gehen und von Arbeiter- und Angestelltendelegationen begleitet werden.[104]

Am 14.9.1935 beschloss das russische Politbüro via Mitglieder-Umfrage umfassende und sehr konkrete Maßnahmen zur Berichterstattung über den Kongress der Kommunistischen Jugend-Internationale in den sowjetischen Medien (*Komsomol'skaja Pravda* u.a.) nach dem Vorbild der Berichterstattung der *Pravda* über den 7. Weltkongress der Komintern, ohne eine „zusätzliche und ausführliche Darlegung der Vorträge und Redebeiträge“. Die Resolutionen des Kongresses sollten als Massenbroschüre veröffentlicht werden.[105]

Dok. 367

Chiffretelegramm von Molotov an Stalin über den Nürnberger Parteitag der NSDAP und die nationalsozialistische Hetze gegen die Sowjetunion

[Moskau], 15.9.1935

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI 558/11/89/122; RGASPI 558/11/89/127. Deutsche Erstveröffentlichung. Auf französisch publ. in: Chinsky: Staline, S. 70–71, auf russisch in: Chlevnjuk/Dėvis/Košeleva: Stalin i Kaganovič, S. 567.

Chiffriertes Telegramm
Aus Moskau am 15.9.1935 um 1:34
Nach Soči an Gen. Stalin.

Wir übermitteln Ihnen telegraphisch das Kommunique des Bulletins der TASS, das nicht für die Presse bestimmt ist, über den Ablauf des Kongresses der Nationalsozialisten. Heute haben wir die folgende Botschaft von Bessonov erhalten: „Heute hat sich einer Information aus London zufolge in den Berliner Pressekreisen das Gerücht verbreitet, dass die Deutschen am Vorabend eines Abbruchs der Beziehungen mit uns seien und dass dieser Bruch bereits entschieden sei. Im Zusammenhang mit den

103 RGASPI, Moskau, 17/162/18, 120. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 722–723.
104 RGASPI, Moskau, 17/3/970, 1. Publ. in: Ibid., S. 725.
105 RGASPI, Moskau, 17/162/18, 142. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 725–726.

antisowjetischen Reden von Rosenberg und besonders von Goebbels fragen uns die Agenturen, wie wir zu reagieren gedenken. […].“

Molotov, Kaganovič

[Im besagten Bulletin vom 13.9.1935 der TASS ging es um die Rede von Alfred Rosenberg]:

„[Rosenberg] stellt eine Identität zwischen Marxismus und Judentum her. Indem er eine lange Reihe von Zitaten aus dem Talmud und der Bibel heranzog, hat Rosenberg erklärt, dass der Bolschewismus ‚das letzte Wort des Judentums‘ sei. […] Darüber hinaus hat Rosenberg an die Adresse der Führer der sowjetischen Regierung von unerhörter Unverschämtheit geprägte Erklärungen abgegeben und behauptet, dass diejenigen unter ihnen, die nicht Juden seien, nicht den Familien der europäischen Völker angehörten, sondern Kinder der Steppe, wie Lenin, die von den Juden, Kranken oder Halbverrückten angesteckt worden seien (an anderer Stelle qualifizierte Rosenberg Lenin als Kalmücke).“[106]

Dok. 368

Antwort Stalins an Molotov und Kaganovič zur Beurteilung des Nürnberger NSDAP- Parteitags

[Sotschi], 15.9.1935

Autograph in russischer Sprache. RGASPI 558/11/89/114–116. Deutsche Erstveröffentlichung. In französischer Sprache publ. in: Chinsky: Staline, S. 71–72, in russischer Sprache in: Chlevnjuk/Dėvis/Koševeleva: Stalin i Kaganovič, S. 569.

An Kaganovič, Molotov.

[…] Zu Deutschland und dem Kongress der Nationalsozialisten in Nürnberg, mein Rat: keinen hysterischen Lärm in unserer Presse veranstalten und im Allgemeinen nicht der Hysterie unserer Journalisten nachgeben. Nürnberg ist die Antwort auf den Kongress der KI. Die Hitleristen können nicht anders, als sich in Beleidigungen ergehen, wenn man bedenkt, dass der Kongress der KI sie mit Unrat bedeckt und durch den Schlamm gezogen hat. Die *Pravda* soll sie kritisieren, aus Prinzip und politisch, aber ohne Beleidigungen.[107] Die *Pravda* könnte sagen, dass Nürnberg die Erklärungen der KI bestätigt, wonach der Nationalsozialismus als die wildeste Form

106 Kalmücke: Angehöriger eines westmongolischen (halb-)nomadischen Volkes, das unter Stalin in der russischen Autonomen Teilrepublik Kalmückien zwangsangesiedelt und später nach Sibirien zwangsumgesiedelt wurde.

107 In der *Pravda* vom 16.9.1935 war von „groben antisowjetischen Ausfällen“ des Parteitags die Rede, die jedoch nicht belegt wurden.

des Chauvinismus bezeichnet wird, und sagen, dass der Antisemitismus die tierische Form des Chauvinismus und des Menschenhasses darstellt, dass der Antisemitismus vom Standpunkt der Geschichte der Kulturen aus betrachtet eine Rückkehr zum Kannibalismus darstellt, dass der Nationalsozialismus in dieser Hinsicht nicht einmal originär ist, denn er kopiert unterwürfig die Organisatoren der russischen Pogrome aus der Zeit des Zaren Nikolaus II. und Rasputins. [...]

15.9.1935. 12:25, Stalin.[108]

Dok. 369

Brief des Redakteurs Kurt Nixdorf an Molotov aus dem Gulag über die Umstände seiner Verhaftung

Mariinsk, Siblag NKVD, 24.9.1935

Autograph in deutscher Sprache. RGASPI 82/2/1454, 48, 51. Deutsche Erstveröffentlichung. Auf russisch publiziert in: A.Ja. Livšin, I.B. Orlov, O.V. Chlevnjuk (Hrsg.): Pis'ma vo vlast'. 1928–1939. Zajavlenija, žaloby, donosy, pis'ma v gosudarstvennye struktury i sovetskim voždjam, Moskva, ROSSPEN, 2002, S. 281–282.

24.IX.35

Gen[osse] Molotov!

Entschuldigen Sie, dass ich mich zum zweiten Mal aus dem Lager an Sie wende. Sie erinnern sich wahrscheinlich an mich im Jahre 1931, als wir Deutschunterricht hatten.[109]

Ich bin nun schon 3 Monate im Lager. Die rationale Verwendung meiner Arbeitskraft ist hier fast unmöglich. Für reguläre physische Arbeit bin ich zu krank und physisch zu schwach; für Büroarbeit beherrsche ich das Russische nicht genug. Das Verhalten mir, einem ehemaligen ausländischen Kommunisten, gegenüber seitens offen verbrecherischer und konterrevolutionärer Elemente ist grob und höhnisch. Ich wurde schon fünfmal ausgeraubt, und gestern hat eine der Hauptpersonen, der Unterkonvoiführer der Lagers, mein Brigadier Zavarzin, mich so zusammengeschla-

---

108 Zwei Tage später, am 17.9.1935, sandten Molotov und Kaganovič den Text einer Rede Hitlers vor dem Reichstag an Stalin, wobei sie ihrer Meinung Ausdruck gaben, dass ein Protest überflüssig sei. Stalin antwortete am selben Tag: „Ich sehe keinen Anlass zu einem Protest." (RGASPI, Moskau, 558/11/89, 133. Publ. in: Chlevnjuk/Dėvis/Košeleva: Stalin i Kaganovič, S. 570).

109 Kurt Nixdorf (1903–1937, in Moskau erschossen), geboren in Breslau, Studium der Staatswissenschaften, Dozent. 1920 KPD-Mitglied, einer der Führer des Kommunistischen Jugendverbandes (KJVD). 1927 abkommandiert an das Marx-Engels-Institut in Moskau, zugleich in der Partei als „Versöhnler" angegriffen. Am 3.2.1935 vom NKVD verhaftet, am 20.6.1935 zu fünf Jahren Lagerhaft verurteilt (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 641; Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Nixdorff, Kurt").

gen, dass mein Gesicht zwei Tage lang blutete. Meine schwere und völlig perspektivlose Lage hier zwingt mich, Sie um Hilfe zu bitten.

Ich bin Parteimitglied seit 1919, zwischen 1928 und 1935 Mitglied der VKP(b), nie in einer Opposition gewesen. Mein Widerspruch zur KPD (1929/30 bin ich Versöhnler gewesen) ist längst liquidiert; ich bin vollkommen einverstanden mit der Linie des VII. Kongresses der Komintern.

In der UdSSR habe ich seit 1928 gearbeitet, und ich war, so denke ich, immer ehrlich. Ich hoffe, nicht unbescheiden zu wirken, wenn ich sage, dass ich in meiner Tätigkeit als Redakteur der „Moskauer Rundschau" in den Jahren 1930–1933[110] einiges für die Propagierung der UdSSR unter den westeuropäischen Intellektuellen geleistet habe.

Meine Vergehen: Ich habe als Dozent des Moskauer Instituts der Neuen Sprachen[111] meinen Studenten einige Zeitungsartikel aus dem „Berliner Tageblatt" und der „Frankfurter Zeitung" aus dem Jahre 1933 gegeben, sowie einer Studentin einen Roman des deutschen nationalistischen Schriftstellers Ernst Jünger.

Diese Vergehen sind wirklich nicht so [schwerwiegend], dass sie Sie von einer Hilfeleistung abhalten könnten. Ich bitte Sie, mir die Möglichkeit zu geben, zur fruchtbaren und nützlichen Arbeit irgendwo in der UdSSR zurückkehren zu dürfen,[112] und zu meiner Frau und meinem kleinen Sohn zurückzukehren. Als Zeichen der Loyalität zur Sowjetmacht verzichte ich auf meine deutsche Staatsbürgerschaft und bitte darum, ein Sowjetbürger zu sein. In den letzten acht Monaten meiner Haft habe ich mehr über die Verpflichtungen eines Sowjetbürgers gelernt, als in den fünf Jahren meines Lebens in der deutschen Emigration in Moskau. Nach dieser politischen Lehrstunde bin ich überzeugt, dass ich alle Verpflichtungen eines Bürgers der Sowjetunion erfüllen werde.

Ich bitte Sie, über Ihr Sekretariat den Empfang meines Briefes zu bescheinigen.

Kurt Nixdorf

Westsibirischer Bezirk, Stadt Mariinsk, Siblag NKVD, Postabteilung Čumaj, o. lag/p Novyj-Ivanovskij, Krasnyj Pachar'.[113]

Postscriptum: Für das Jahr 1937 habe ich bereits Materialien für eine deutschsprachige Biographie *Puschkins* gesammelt und würde sehr gerne diese Arbeit abschließen.

---

110 *Moskauer Rundschau:* Das im April 1929 vom österreichischen Publizisten und Diplomaten Otto Pohl (1872–1941) und seiner Stieftochter Lotte Schwarz gegründete deutsch-, später auch englischsprachige Informationsorgan über wichtige politische, kulturelle und wirtschaftliche Ereignisse und Entwicklungen in der UdSSR. Erschien bis 1934, in diesem Jahr wurde Pohl wegen kritischer Artikel disziplinarisch belangt.

111 Es handelte sich um das Moskauer Pädagogische Institut für Neue Sprachen.

112 Kurt Nixdorfs Gesuch an Molotov blieb folgenlos, sein Gesuch an den VII. Weltkongress der Komintern wurde am 23.9.1935 von der IKK abgelehnt. Am 14.9.1937 zum Tode verurteilt und erschossen (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 641).

113 Es handelte sich um die 3. Schweinefarm der Novo-Ivanovsker Filiale des SIBLag (Sibirskij ITL), einer besonderen Struktur des Gulag-Systems der „Besserungsarbeitslager" (*Ispravitel'no-trudovoj lager'*).



Per Mitglieder-Umfrage vom 28.9.1935 beschloss das sowjetische Politbüro die Einrichtung einer ständigen Kommission zur Überführung ausländischer Kommunisten in die VKP(b). Zugleich wurde Jaan Anvelt zur Verfügung des EKKI abkommandiert.[114]

Dok. 370

Manifest der Brüsseler Parteikonferenz der KPD 1935 „an das werktätige deutsche Volk!“

[Moskau, 15.10.1935]

Typoskript in deutscher Sprache. SAPMO-BArch, Berlin, RY1/I 1/1/43, 383–387 (Protokollseiten 1–5). Publiziert in: Stenographisches Protokoll über die Verhandlungen der Brüsseler Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands (CD), Berlin, SAPMO-BArch RY1/I 1/1/43, 383–387 (Protokollseiten 1–5).

Manifest der Brüsseler Parteikonferenz der KPDeutschlands.
An das werktätige deutsche Volk![115]

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Intellektuelle, Mittelständler, Bauern!

In schwerer, ernster Zeit wendet sich die Kommunistische Partei Deutschlands an Euch! Unsagbar leidet unser ganzes werktätiges Volk und seine Jugend unter den gegenwärtigen Zuständen in Deutschland, unter der faschistischen Entrechtung und Unterdrückung, unter der drohenden Kriegsgefahr, unter der Zerstörung der deutschen Kultur, unter der allgemeinen Not, die die Hitlerdiktatur über unser Land gebracht hat. Was hat Hitler Euch nicht alles versprochen, als er noch mit seiner

---

114 RGASPI, Moskau, 17/3/971, 76–77. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 726–727.

115 Die aus Tarnungsgründen „Brüsseler Konferenz“ genannte Parteikonferenz fand nach dem VII. Weltkongress vom 3. bis zum 15. Oktober 1935 in Moskau zunächst als 4. Parteikonferenz statt. Das Gros der Delegierten kam aus der Emigration, wenige aus der Untergrundarbeit in Deutschland. Das Hauptreferat hielt der zum Parteivorsitzenden gewählte Wilhelm Pieck. Mit der Konferenz sollte die definitive Umsetzung der Beschlüsse des VII. Weltkongresses erfolgen (Volksfront, legale Massenarbeit in den faschistischen Organisationen etc.). Das Manifest war neben der Resolution das zentrale Abschlussdokument der Konferenz. Die Resolution siehe: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf aller Werktätigen für den Sturz der Hitlerdiktatur. Schlußwort des Genossen Pieck. Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf aller Werktätigen zum Sturz der Hitlerdiktatur, Resolution der Brüsseler Parteikonferenz der KPD im Oktober 1935, Tarnschrift „Pilosophie“, Leipzig, Verlag für Kunst und Wissenschaft (1935); vgl. Erwin Lewin/Elke Reuter/Stefan Weber (Hrsg.): Protokoll der „Brüsseler Konferenz“ der KPD 1935, 2 Bde., München, Saur, 1997. Mittlerweile liegt das vollständige Protokoll der „Brüsseler Konferenz“ vor, siehe: Günther Fuchs, Erwin Lewin, Elke Reuter u.a. (Hrsg.): Brüsseler Konferenz 1935, CD-Rom, Berlin, Dietz, 2000 (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. Bd. 2).

Partei um die Macht kämpfte? Höhere Löhne und niedrigere Preise den Arbeitern, gesicherte wirtschaftliche Existenz dem Mittelstande, Land und hohe Preise den Bauern, Freiheit allen Werktätigen. Und was ist jetzt das Resultat der fast dreijährigen Hitlerdiktatur? Immer klarer wird es: Das werktätige Volk wurde von Hitler betrogen!

Jeder Tag offenbart immer mehr, daß die Lage der werktätigen Massen immer schlechter wird. Die Löhne sinken, die Preise steigen. Mittelständler und Bauern geraten in immer tiefere Schuldknechtschaft. Kultur und Wissenschaft werden zerstört. Die wirkliche Intelligenz wurde mundtot gemacht oder des Landes vertrieben. Die Gläubigen werden verfolgt. Mit unerhörtem Terror, Meuchelmorden, Folterungen wehrloser Gefangener, Bluturteilen schwerster Art und dem Henkerbeil wird gegen die Opposition vorgegangen, um die Herrschaft des Faschismus zu sichern. Das alles hat Hitler über unser Volk und Land gebracht.

Schwer muß das werktätige Volk dafür büssen, daß es den Versprechungen Hitlers Glauben schenkte, daß es ihm folgte und dem Finanzkapital die Aufrichtung der faschistischen Diktatur ermöglichte. Ernst und groß steht vor dem werktätigen Volke die Frage, ob das so weitergehen soll oder ob nicht eine Möglichkeit besteht, sich von dieser Pest der faschistischen Diktatur wieder zu befreien.

Werktätiges deutsches Volk! Wir rufen Dich zum Kampf!
Wir, die zu einer Reichskonferenz der illegal kämpfenden Kommunistischen Partei Deutschlands in Brüssel versammelten Männer, Frauen und Jugendlichen aus dem Lande, die täglich im Kampfe gegen die faschistische Diktatur stehen, wir Kommunisten erheben unsere Stimme zu Euch!

Tausende von Kämpfern aus unseren Reihen wurden wegen ihres Kampfes für die Freiheit des Volkes ermordet. Kein Tag seit der Errichtung der faschistischen Diktatur war ohne unseren Kampf. Wir wissen aus eigener Erfahrung, wie schwer der Kampf ist. Die faschistische Diktatur mit ihrem umfassenden Machtapparat lastet wie ein Bleigewicht auf dem deutschen Volke. Aber im werktätigen Volke ruht die Kraft, diese Last von sich abzuschütteln. Eines ist dafür erforderlich: Vereinigen wir uns zum gemeinsamen Kampfe!

Wir Kommunisten unterbreiten Euch unser Kampfprogramm gegen die faschistische Diktatur, für die Freiheit, den Frieden und die Sicherung der Existenz aller Werktätigen. Wir stellen an die Spitze des Programms den Kampf

für die Freiheit des werktätigen Volkes,
für die Wiederherstellung demokratischer Freiheiten und Rechte,
für volle Organisations-, Versammlungs- und Pressefreiheit,
für Glaubens- und Gewissensfreiheit,
für Gleichheit aller Staatsangehörigen, ohne Unterschied ihrer Religion und Rasse,
für die Befreiung Thälmanns, Mierendorffs, Ossietzkys und aller anderen eingekerkerten Antifaschisten und aller wegen Verletzung der volksfeindlichen Nazigesetze in den Kerkern sitzenden Volksgenossen,
für eine allgemeine Weihnachts-Amnestie!

Wir Kommunisten kämpfen für die nationale Freiheit des deutschen Volkes! Wir sind für die restlose Beseitigung des Versailler Diktats und für die freiwillige Wiedervereinigung aller durch dieses Diktat auseinandergerissenen Teile des deutschen Volkes in einem freiheitlichen Deutschland! Das soll nicht durch den Krieg, sondern auf dem Wege einer friedlichen Verständigung mit den Nachbarvölkern erfolgen.

Werktätiges deutsches Volk!
Die Hitlerregierung treibt mit ihrer provokatorischen Außenpolitik, die besonders gegen die Sowjetunion gerichtet ist, das deutsche Volk in einen neuen Krieg, der zu einer schweren Niederlage führen muß. Alle friedensliebenden Menschen in der ganzen Welt sehen in dieser Regierung den Brandstifter eines neuen Weltkrieges.

Hitler will den Krieg gegen die Sowjetunion.
Seine Friedensphrasen sollen nur das werktätige Volk täuschen. Die ungeheuren Kriegsrüstungen sprechen eine andere Sprache. Hitler will den italienisch-abessinischen Krieg für die Verwirklichung der Kriegspläne des deutschen Imperialismus ausnützen. Seine Drohungen gegen Litauen und andere benachbarte Länder im Osten sind auf die Schaffung eines Aufmarschgebietes gegen die Sowjetunion gerichtet. Das deutsche Volk braucht aber dringend die Verständigung mit dem großen Sowjetlande.

Wir Kommunisten rufen auf zum Kampfe für die Erhaltung des Friedens, gegen die Kriegspolitik der Hitlerregierung!

Die Kriegspolitik nützt nur den Kanonenkönigen, den Kriegsgewinnlern, den Krupp und Thyssen, den Finanzräubern, den ostelbischen Junkern und Bauernschindern und der ganzen Schicht der braunen Bonzen, die sich auf Kosten des Volkes mästen wie die Maden im Speck. Hitler hat im Interesse dieser Kriegspolitik das deutsche Südtirol, den Polnischen Korridor und Oberschlesien preisgegeben, um sich Verbündete für den Krieg gegen die Sowjetunion zu schaffen.

Die Hitlerregierung treibt den schlimmsten Länderverrat!
Nur der Sturz der Hitlerregierung vermag das deutsche Volk vor diesem Kriegsverbrechen zu retten. Zu diesem Kampfe muß sich das ganze werktätige Volk zusammenfinden, muß es sich um das Freiheits- und Friedensprogramm der Kommunisten scharen, muß dafür alle seine Kräfte einsetzen.

Werktätige in Stadt und Land!
Die Not im Lande wächst zusehends. Schaut um Euch. Ein harter Winter hat begonnen. Die Teuerung wächst. Vor den Lebensmittelläden stehen wieder Schlangen von Menschen an. Es mangelt an Butter, Schweinefleisch, Margarine, Eiern und vielem anderen. Die Reichen haben alles im Überfluß! Nur Euch, den Werktätigen, fehlt es. Goebbels und Hitler sagen Euch, der Himmel sei daran schuld.

Die Lebensmittel fehlen, weil Hitler Kanonen baut!
Die für die Einfuhr von Lebensmitteln erforderlichen Devisen werden für die Einfuhr von Rohstoffen für die Kriegsrüstungen verbraucht. Je mehr Hitler Kanonen und Flug-

zeuge bauen läßt, desto mehr muß das werktätige Volk in den Städten hungern, desto mehr wird der Bauer ruiniert. Die Kapitalsgewinne, die Direktorengehälter, die Tantiemen und Dividenden steigen, aber dem werktätigen Volke werden die Einkünfte geschmälert, werden die Lebensmittel vorenthalten.

Wir Kommunisten kämpfen gegen den Wirtschaftskurs der Hitlerregierung, der den Massen Not und Elend bringt.

Wir rufen alle Werktätigen auf, sich mit uns zu vereinigen zum Kampfe
für Teuerungsausgleich und ausreichende Löhne und Gehälter,
für gesteigerte Zufuhr von Lebensmitteln,
für ernste Winterhilfe an alle Hungernden und Frierenden,
für Wiederherstellung der Arbeitslosen- und Sozialversicherung und der Sozialrenten, für Steuererleichterungen und Brechung der Zinsknechtschaft des Mittelstandes und der Bauern,
für den freien Verkauf der Arbeitsprodukte der Bauern zu lohnenden Preisen,
für Beseitigung der Zwangswirtschaft,
für Rückzahlung aller Subventionen, die an Großagrarier und Großindustrielle gezahlt wurden!

Werktätiges deutsches Volk!
Das ist unser Kampfprogramm gegen die faschistische Diktatur. Wir sind überzeugt, jeder von Euch ist damit einverstanden. Aber es kommt darauf an, dieses Programm in die Tat umzusetzen, die Forderungen zu verwirklichen.

Wir Kommunisten stellen uns das nicht leicht vor. Wir wissen, daß das ein opfervoller und schwerer Kampf ist. Aber ohne den Kampf der Mehrheit des werktätigen Volkes wird es keine Freiheit, sondern Knechtschaft, Krieg und Massenelend geben.

Der Zusammenschluß aller werktätigen Hitlergegner zum Kampfe für ein neues, freies Deutschland ist möglich und notwendig.

Der beste Teil des werktätigen Volkes hat bereits mit dem Kampf gegen die Hitlerdiktatur begonnen. In Fabriken und Kontoren, in den Schächten und Häfen vereinigen sich Arbeiter und Angestellte, in den Städten Handwerker und Kaufleute, in den Dörfern die Bauern zu diesem Kampfe. Das aus dem Lande vertriebene geistige Deutschland erhebt seine Stimme.

Die Schaffung der Einheitsfront ist das Gebot der Stunde!
Wir Kommunisten bieten dem Parteivorstand und allen Organisationen der Sozialdemokratie die Hand zum Abschluß von Einheitsfrontabkommen. In den Betrieben, in allen Orten muß die Einheitsfront zwischen der Kommunistischen

Partei und der Sozialdemokratischen Partei hergestellt werden. Gemeinsam muß der einheitliche Wiederaufbau der freien Gewerkschaften gefördert werden.

Wir Kommunisten sind für die breiteste Volksfront!
Gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei, mit der Zentrumspartei, den Demokraten und mit allen Organisationen des werktätigen Volkes muß die Volksfront

gegen Hitler, gegen die faschistische Diktatur, für deren Sturz geschaffen werden. Alle Menschen und Gruppen, die diesen Kampf wollen, müssen in dieser Front vereinigt werden.

Werktätige in Stadt und Land!
Schreiten wir deshalb zum Zusammenschluß, zur Tat! Vereinigen wir uns zum gemeinsamen Kampf für Freiheit, Frieden und Brot! Wenn wir überall gemeinsam unsere Forderungen aufstellen, wenn wir nirgends und niemals die braunen Bonzen in Ruhe lassen, ihnen immer wieder unsere Forderungen entgegenstellen, dann wird bald im ganzen Lande die Volksfrontbewegung entflammen, dann wird kein Hitler und kein Göring diese Bewegung mehr aufhalten können, dann wird sie über das faschistische Regime hinweggehen und seine Vertreter zum Teufel jagen!

Wir Kommunisten wollen den Sieg der Sowjetmacht!
Der endgültige Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion, begleitet vom wachsenden Wohlstand aller Werktätigen in diesem Lande, vom Aufstieg der Kultur und des Lebensniveaus zeigt allen Werktätigen den Weg aus der kapitalistischen Knechtschaft, den Weg zur Freiheit und zum Wohlstand.

Wir Kommunisten wissen, daß es über dieses Kampfziel noch Meinungsverschiedenheiten im werktätigen Volke gibt, daß die Mehrheit noch nicht zum Kampf für dieses Ziel bereit ist. Aber das darf uns jetzt im Kampfe gegen die faschistische Reaktion nicht trennen! Wir schließen keineswegs aus, daß nicht auch eine Regierung der Einheitsfront oder Volksfront sich als möglich und notwendig erweisen kann. Jedenfalls soll und wird das werktätige Volk Deutschlands beim Sturze der Hitlerdiktatur selbst über die Regierung entscheiden. Wir Kommunisten werden unter jeder Regierungsform für die Interessen der werktätigen Massen kämpfen!

Werktätiges deutsches Volk!
Wir rufen Dich auf! Nimm in allen Deinen Schichten Stellung zu diesem Programm gegen die Hitlerdiktatur! Verständigen wir uns im Betrieb, in der Deutschen Arbeitsfront, in der NS-Hago,[116] in den Handwerker-Innungen, in den Organisationen des Reichsnährstandes,[117] in der NS-Volkswohlfahrt,[118] im Deutschen

---

116 *NS-Hago:* Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation, gegründet 1933, NSDAP-Organisation für den gewerblichen Mittelstand. 1935 integriert in die Reichsbetriebsgemeinschaft Handwerk und Handel der Deutschen Arbeitsfront (DAF).

117 Der Reichsnährstand war ein 1933/1934 geschaffener Zwangsverband aller landwirtschaftlichen Organisationen in NS-Deutschland. Seine Aufgabe war die Lenkung der Produktion und der Preise sowie der Vertrieb der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Zu Beginn halbstaatlich, wurde er von Kriegsbeginn an stärker vom Reichslandwirtschaftsministerium vereinnahmt.

118 *NS-Volkswohlfahrt:* Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV), gegründet 1932 und 1933 nach dem Verbot der Arbeiterwohlfahrt zur Zurückdrängung der freien Wohlfahrtsverbände. Später in eine Parteiorganisation der NSDAP transformiert.

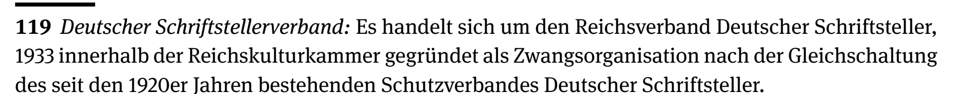
Schriftstellerverband,[119] in allen übrigen Massenorganisationen über gemeinsame Kampfaktionen! Zögern wir nicht länger! Tragen wir gemeinsam die großen Losungen des antifaschistischen Kampfes durch das Land! Gegen die Kriegspolitik Hitlers, die das deutsche Volk in die Katastrophe führt!

Für die Erhaltung des Friedens!
Für die Wiederherstellung der demokratischen Volksfreiheiten!
Für ausreichenden Lebensunterhalt und Sicherung der Existenz aller Werktätigen!
Es lebe die Einheitsfront und Volksfront gegen die Hitlerdiktatur!
Es lebe der Freiheitskampf des werktätigen deutschen Volkes!

Oktober 1935
Die Reichsparteikonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands.



Am 4.10.1935 verabschiedete das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion Instruktionen an den Vertreter der UdSSR im Völkerbund, Vladimir Potemkin, zur offiziellen sowjetischen Position zum militärischen Überfall des Mussolini-Regimes auf Abessinien. Die Instruktionen liefen auf eine ambivalente Haltung hinaus, die zwar den Aggressionscharakter anerkennen, eine scharfe Verurteilung Italiens jedoch vermeiden sollte. Den vom Fünferkomitee des Völkerbunds gemachten Empfehlungen, die die italienische Seite in Schutz nahmen, sollte widersprochen werden. Auch Wirtschaftssanktionen gegen Italien sollte „nicht widersprochen" werden. In einem ergänzenden Beschluss wurde jedoch Potemkin instruiert, keine eigenen Initiativen zu ergreifen und zuerst England und Frankreich sprechen zu lassen: „Falls sich während der Beratungen die Notwendigkeit einer Intervention ergeben sollte, erklären Sie sich mit denen einverstanden, die die Tatsache einer Aggression und Italien als Angreifer betrachten. Falls ein Auftritt vermieden werden kann, beschränken Sie sich lediglich auf eine Abstimmung über die entsprechenden Fragen. Verschärfen Sie in keinem Falle die Auftritte. Sie können Ihr Bedauern darüber ausdrücken, dass die vom Völkerbund angenommene Definition von Aggression keine Anwendung findet."[120] Vom Rat der Volkskommissare wurden Mitte Oktober einige Import und Exportsanktionen sowie finanzielle Maßnahmen gegenüber Italien getroffen.[121] Am 15.10.1935 erging dann ein Direktive an Litvinov in Genf, wonach er u.a. keinen „größeren Eifer" in Bezug auf die Sanktionen gegen Italien entwickeln sollte, als dies andere Staaten tun.[122]



119 *Deutscher Schriftstellerverband:* Es handelt sich um den Reichsverband Deutscher Schriftsteller, 1933 innerhalb der Reichskulturkammer gegründet als Zwangsorganisation nach der Gleichschaltung des seit den 1920er Jahren bestehenden Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller.

120 RGASPI, Moskau, 17/162/18, 172–173. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 328–330.

121 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 8. Publ. in: Ibid., S. 338, Fn. 1.

122 RGASPI, Moskau, 17/162/18, 178. Publ. in: Ibid., S. 331.

Dok. 370a

Brief Elena Stasovas an die deutsche Vertretung der Komintern über chauvinistische Auswüchse bei deutschen Politemigranten

Moskau, 20.10.1935

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/292/78, 124–125. Erstveröffentlichung.

Vertraulich!

Moskau, den 20. Oktober 1935.

An die deutsche Vertretung der Komintern.

Werte Genossen!

In einem Schreiben an uns macht uns der lettische Genosse I. Avotin,[123] Mitglied der ISH,[124] zurzeit in Antwerpen, Mitteilung über Zustände der Emigration, die wir Euch zur Kenntnisnahme unterbreiten wollen. An die für uns in Frage kommenden Sektionen haben wir zwecks Untersuchung und Abstellung bereits geschrieben. In dem Schreiben des Gen. A[vatin] wird allgemein mitgeteilt, dass die deutschen Politemigranten gegenüber solchen anderer Länder in der Frage der Unterstützung, Verpflegung, etc. bevorzugt werden.

So teilt uns der Genosse A[vatin] mit: Als A[vatin] persönlich in Kopenhagen ins Gefängnis kam, wurde für A[vatin] die dort übliche Gefängnisunterstützung von 2.-Kr. durch einen verantwortlichen Mitarbeiter der lettischen Partei bei der RHDän.[125] gefordert. Der verantwortliche Mitarbeiter der RHDän., ein deutscher Genosse, lehnte die Gefängnisunterstützung für A[vatin] ab, weil A[vatin] kein Deutscher sei. Auf Verlangen des Vertreters der KPL [KP Lettlands] wurde er dann gezwungen, die Gefangenenunterstützung zu bewilligen.

Weiter schreibt er aus Antwerpen: „Unter den deutsche[n] Politemigranten herrscht ein schrecklicher Chauvinismus. Das Auslachen der hiesigen Partei ist eine

123 Avotin: Es handelt sich um Michael Avatin (Ps. Ernst Lambert, Schmitt, 1902–1943), einen nach der Beschreibung von Jan Valtin in seiner Komintern-Saga zu allem fähigen „Triggerman“ der Komintern. Avatin gehörte u.a. der im Umkreis der Internationale der See- und Hafenarbeiter in Antwerpen und Rotterdam agierenden kommunistischen Sabotagegruppe um Ernst Wollweber an. Siehe: Ernst von Waldenfels: Der Spion, der aus Deutschland kam: das geheime Leben des Seemanns Richard Krebs, Berlin, Aufbau-Verlag, 2002, S. 51ff. u.a.; Hans Dankaart, Rudi van Doorslaer: De activiteiten van een communistische sabotagegroep in Antwerpen en Rotterdam. De organisatie Wollweber (1933–1939), http://www.marxists.org/nederlands/thema/wereldoorlog2/1979sabotage.htm; Valtin: Tagebuch der Hölle, S. 383ff.

124 ISH ist die englische Abkürzung für die International Seamen and Harbour Workers, Internationale der Seeleute und Hafenarbeiter. Siehe Dok. 360.

125 *RHDän*: Die Rote Hilfe Dänemarks.

tägliche Erscheinung. Wenn auch die hiesige Partei nicht so stark ist wie die deutsche, soll dies doch kein Thema zur Diskussion sein. Wozu solche Sachen führen, will ich durch ein krasses Beispiel, das ich (Avotin) in Rotterdam gehört habe, bezeugen: Ein holländischer Genosse sagte: ‚Die deutschen Emigranten sind Faschisten ohne Hitler.'"

Zum Schluss schreibt Avotin: „Meine Meinung ist, dass an der Spitze aller RH-Organisationen Deutsche mitarbeiten, welche die Gelder der Organisationen auf kosten der Politemigranten anderer Nationalitäten sparen. Solch eine Lage ist weiterhin unerträglich. Die Beteiligten schweigen nicht, und wenn die Massen solche Schweinereien erfahren, wenden sie sich von der Solidarität ab."[126]

Der Genosse A[vatin] teilt uns mit, dass er seine Mitteilungen jederzeit durch Zeugen bestätigen lassen kann. Ausserdem ist uns der Gen. A[vatin] persönlich bekannt, er ist ein ruhiger, zuverlässiger und sachlicher Parteiarbeiter.

Mit Komm-Gruss!
[sign:] H. Stassowa [d.i. E. D. Stasova]

Am 5.11.1935 legte die Kommission für Bestellung in Deutschland des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion die Prioritäten der Bestellungen für die nächsten zwei Jahre fest: Chemie, Rüstungsindustrie, Optik, Werkbänke, Transportausrüstung.[127]



Dok. 371

Denkschrift des Komintern MP-Spezialisten Tuure Lehén zur Unterstützung der militärischen Arbeit der Komintern-Sektionen

[Moskau], Dezember 1935

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI 495/25/1335, 126–130. Deutsche Erstveröffentlichung, in russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 918–922.

Zur Frage der Hilfe für die Militärarbeit der KI-Sektionen.

Die Unterstützung, die in den vergangenen Jahren für die Militärarbeit der Sektionen durch die Organe des EKKI geleistet wurde, bewegte sich (abgesehen von allgemeinen Fragen des Kampfes gegen den Krieg) hauptsächlich in den folgenden Bahnen:

---

126 Die Antwerpener Sektion der Internationalen Roten Hilfe machte auch zwei Jahre später durch interne Probleme die Komintern auf sich aufmerksam. So schrieb der deutsche Emigrant „Ernst" am 11.8.1937 via gewöhnlicher Briefpost an Georgi Dimitrov, es ginge nun um „Sein oder Nichtsein" der Sektion, da die meisten Mitglieder wegen zahlreicher Ausschlüsse erbost seien, und „trotzkistische Elemente" daraufhin eine Konkurrenzorganisation ins Leben gerufen hätten (RGASPI, Moskau, 495/73/54, 2–3).
127 APRF, 3/64/663, 149. Publ. in: Sevost'janov, Moskva-Berlin, Dok. 98.

1) antimilitaristische Arbeit, d.h. Massenarbeit in den Armeen und Flotten, 2) Propaganda der Fragen des bewaffneten Aufstandes, 3) proletarische Selbstverteidigung, und 5) [sic] Spezialschulen.

1) ANTIMILITARISTISCHE ARBEIT. Auf dem VIII. Plenum des EKKI[128] und vor allem auf dem VI. Kongress der KI wurden außer den allgemeinen Fragen des Kampfes gegen den Krieg in speziellen Kommissionen die Fragen der Organisation und der Methoden der Arbeit in der Armee gründlich besprochen, und es wurden zu diesen Fragen spezielle Resolutionen verabschiedet, die nicht veröffentlicht wurden, mit denen sich jedoch die Vertreter aller Parteien bekanntmachten. Die Instruktion des VI. Kongresses wurde in der Militärkommission des Kongresses (60 Personen) beraten und im Präsidium des EKKI bestätigt.[129] […]

Als eine der konkretesten Formen der Unterstützung muss die Arbeit der speziellen Instrukteure der Orgabteilung angesehen werden, die in einer Reihe von Ländern (Tschechoslowakei, England, Rumänien) diese Aktivität neu aufbauen mussten. In den folgenden Ländern hielten sich über einen längeren Zeitraum Instrukteure auf: China (Ducroux und Lekki, die unter den ausländischen Streitkräften in Schanghai gearbeitet haben),[130] England (Stahlmann [d.i. Arthur Illner] und Mattern [d.i. Hermann Matern]), Tschechoslowakei (Werner [d.i. Wilhelm Zaisser], Stahlmann [d.i. Arthur Illner] und Keller [d.i. Wilhelm Kropp]), Rumänien (Mattern [d.i. Hermann Matern]), Frankreich (Dizka, Ismet [d.i. Mustafa Golubić]), Indochina (Ducroux), Deutschland (Alfred [d.i. Tuure Lehén]), Österreich (Alfred, Dizka), Holland (Stahlmann), Schweden (Grande).

In all diesen Ländern, mit Ausnahme Deutschlands und teilweise Österreichs und der Tschechoslowakei, waren die Instrukteure ausschließlich mit der Arbeit in

128 Das 8. EKKI-Plenum des EKKI (18.–30. Mai 1927) stand nach den Niederlagen der Komintern in Großbritannien und China und der Kritik der Linken Opposition im Zeichen der Beschwörung der Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion. Ein Protokoll wure nicht veröffentlicht. Zur Kriegsfrage erschien eine verkürzte Fassung der Thesen (siehe: Über Krieg und Kriegsgefahr. Thesen beschlossen vom Plenum der Exekutive der Kommunistischen Internationale am 29. Mai 1927, Prag, KPTSch, 1927; ansonsten nur auf Russisch: Protiv vojny. Vopros o vojne na VIII. plenume Ispolkoma Kominterna, Moskva-Leningrad, Gosizdat, 1928).

129 Die „Instruktion zur Arbeit in der Armee“ wurde von der Militärkommission des VI. Weltkongresses am 28.8.1928 angenommen, als Addendum zur Geheimresolution des Kongresses über die antiimperialistische Arbeit der kommunistischen Parteien. Darin wurden die Unverzichtbarkeit dieser Arbeit betont sowie konkrete organisatorische Maßnahmen für die kommunistischen Parteien entwickelt (RGASPI, Moskau, 493/1/531, 148–168).

130 Der Franzose Joseph Ducroux (Ps. Dupont, 1904–1980) arbeitete seit ca. 1926 im Auftrag der Komintern und der sowjetischen Militärspionage (GRU) u.a. für die antimilitaristische Kommission der Kommunistischen Jugendinternationale (KJI) in China, Indien, Shanghai, Hongkong, Indochina und Britisch-Malaysia; 1931 wurde er auf dem Weg über China nach Singapur und auf der Suche nach dem verschollen geglaubten französischen Komintern-Instrukteur Jean Crémet verhaftet, daraufhin auch das „Ehepaar Noulens“, was die „Noulens-Rüegg-Affäre“ auslöste (Siehe hierzu: Freddy Litten: The Noulens Affair. In: *The China Quarterly* (1994), Nr. 138, S. 493–512).

den Armeen und Flotten befasst. In Deutschland hatte die Arbeit des Militärapparates, und folglich auch die unseres Instrukteurs, einen vielseitigeren Charakter (darunter fiel nicht nur die Arbeit in Armee, Polizei, Flotte, den faschistischen Organisationen, sondern auch die Nachrichtenarbeit in der s[ozial]-d[emokratischen] Partei, in den Betrieben, und sogar die „Abwehr", d.h. der Kampf gegen Provokationen). In der Tschechoslowakei wurde der Versuch unternommen, in militärischen Betrieben zu arbeiten. [...]

2) PROPAGANDA DER FRAGEN DES BEWAFFNETEN AUFSTANDES. Eine halbwegs ernsthafte Arbeit in dieser Richtung wurde nur in Deutschland vom Militärapparat der KPD geleistet, und zwar durch massenhafte Verbreitung von diesen Fragen gewidmeten Broschüren („Der Weg zum Sieg", „Der bewaffnete Aufstand", die Zeitschrift *Oktober*),[131] sowie über spezielle Arbeitskreise für das Parteiaktiv. In dieser Frage wurde der KPD umfangreiche Hilfe durch Broschüren, Artikel und Materialien, wie auch durch unmittelbare Instruktion geleistet.

In allen anderen Ländern trug diese Arbeit einen weitaus geringeren intensiven Charakter. [...]

3) PROLETARISCHE SELBSTVERTEIDIGUNG. Diese Frage stellte sich im vollen Umfang in den Jahren 1929–30, nämlich im Zusammenhang mit einer Welle großer und lebhafter Straßendemonstrationen und Streiks in vielen Ländern. Diese Frage (Taktik der Straßendemonstrationen, physischer Widerstand gegen Polizei und Faschisten, Streikkundgebungen) wurde auf Parteikonferenzen verschiedener Ländersekretariate besprochen, wie auch in der Politkommission (im Zusammenhang mit der Frage des Rotfrontkämpferbundes[132]), und darüber hinaus in einer Reihe von Artikeln in der *K.I.* unter aktiver Teilnahme der Militärarbeiter.

Dem deutschen „Rotfrontkämpferbund" wurde während seiner gesamten Existenz systematisch Hilfe geleistet (durch Teilnahme unseres Instrukteurs an der Arbeit der Leitungsorgane des Bundes, das Aushelfen mit Artikeln, Schulungsmaterialien etc.). Im Herbst 1930, nach dem Verbot des Bundes, besprach die Politkommission die Frage seiner Aufgaben und gab eine spezielle Resolution heraus.

Als in Österreich 1928 eine günstige Situation entstand, um eine dem „Rotfrontkämpferbund" ähnliche Organisation unter Teilnahme der oppositionellen Schutzbund-Elemente[133] zu schaffen, arbeitete unser Instrukteur bis zum Verbot der zwischenzeitlich geschaffenen Organisation im Land.

---

131 Zu den MP-Publikationen der KPD und zur Zeitschrift *Oktober* siehe Dok. 280.

132 Gemeint ist der Rote Frontkämpfer-Bund der KPD (RFB). Siehe Dok. 86 u.a.

133 „Republikanischer Schutzbund": Österreichische sozialdemokratische, 1923/1924 formierte paramilitärische Parteischutzorganisation mit bis zu 80.000 Mitgliedern, mit Sitz in Wien, geleitet von Julius Deutsch und seinen Mitarbeitern Alexander Eifler und Theodor Körner. Später Antipode der christlich-sozialen „Heimwehren". Als illegale Organisation Hauptbeteiligter an den Februarkämpfen 1934 mit Aufständen in Linz, Wien u.a. gegen die „Heimwehren". Danach Flucht einiger hundert ihrer Mitglieder in die Tschechoslowakei und die Sowjetunion, Verbot der Sozialdemokratie

Mehrmals wurde in verschiedenen Sektionen (Deutschland, Polen, Finnland, Bulgarien) die Frage nach der Schaffung einer illegalen Kampforganisation („*voenka*") aufgeworfen.[134] In dieser Frage musste man „bremsen". Nach der Liquidierung der „*voenka*" der KPD im Jahre 1926, an der unser Mitarbeiter beteiligt war, spielte diese Frage keine große Rolle mehr.[135]

4) SPEZIALSCHULEN. Als fast alleiniges Mittel realer Hilfe, die seit 1932 für die Militärarbeit der Sektionen von hier aus geleistet werden konnte, blieb die Vorbereitung von Militärkadern in Spezialschulen übrig. Der spezielle „Apparat" ging vollständig im Schulbetrieb auf.

Seit 1932, als alle speziellen Instrukteure abberufen wurden, und vor allem nach dem Machtantritt der Faschisten in Deutschland, als der Erhalt jeglicher Materialien zur Militärarbeit der meisten Sektionen vollständig ausblieb, bildet die Vorbereitung von Militärkadern an Spezialschulen die *einzige* organisationsmäßige Hilfestellung an die Sektionen in dieser Frage. Im EKKI-Apparat hat sich nach 1932 niemand mehr mit den Fragen der Militärarbeit der Sektionen auseinandergesetzt, wenn man von den vom Genossen Man[uilski] organisierten vereinzelten Beratungen sowie (sehr seltenen) Einzelgesprächen mit Vertretern bestimmter Parteien absieht.

Andererseits muss man annehmen, dass die substantielle organisationsmäßige Hilfe, die den Sektionen in den vergangenen Jahren erwiesen wurde, eine positive Rolle gespielt hat. Es kann damit gerechnet werden, dass sich bei der einen oder anderen Sektion in Zukunft eine opportunistische *Unterbewertung* der Arbeit in der Armee zeigen wird, und dass in einem solchen Fall eine energische Intervention seitens der Leitungsorgane der KI notwendig sein wird. Doch dank des Umstands, dass die Sektionen bereits praktische Arbeitserfahrungen gesammelt haben und wissen, *wie* man arbeiten soll (und genau das soll doch die organisationsmäßige Hilfe bewirken), kann das Fehlen eines speziellen Organs für die Militärarbeit beim EKKI zukünftig nicht als Begründung für eine schwache Militärarbeit der Sektionen gelten.

Ungeachtet der Einheitsfront wird die Propaganda der Fragen des bewaffneten Aufstands auch in Zukunft absolut notwendig sein. Die Sektionen werden dabei nicht ohne die Hilfe von hier auskommen, da sie nicht in ausreichendem Maße über vorbereitete Schreibkader[136] verfügen. Diese Arbeit kann jedoch auch von einzelnen Genossen ohne das Vorhandensein eines speziellen Organs durchgeführt werden.

---

und Ausrufung des österreichischen Ständestaates. Siehe u.a.: Karl R. Stadler: Opfer verlorener Zeiten. Die Geschichte der Schutzbund-Emigration 1934. Mit einem Vorwort von Bruno Kreisky, Wien, Europaverlag, 1974; Otto Naderer: Der bewaffnete Aufstand. Der Republikanische Schutzbund der österreichischen Sozialdemokratie und die militärische Vorbereitung auf den Bürgerkrieg 1923–1934, Graz, Ares-Verlag, 2004.

134 *Voenka:* Im politischen Jargon der Bolschewiki die Kampforganisation („*voennaja organizacija*") der bolschewistischen Partei im Vorlauf der Oktoberrevolution.

135 Gemeint ist wohl die aufgelöste T(error)-Gruppe um Felix Neumann. Siehe Dok.109 und 110.

136 Russ. „*pisatel'skie kadry*", wörtlich „Schriftstellerkader". Gemeint sind Personen, die Broschüren, Artikel u.ä. schrieben.

Da in den Schulen die konkreten Fragen der einzelnen Sektionen aufgeworfen werden müssen, darunter auch die Fragen der Militärarbeit, müssen zu diesem Zweck die Mitarbeiter der Sektionen selbst herangezogen werden.

Dezember 1935.



Am 1.12.1935 traf das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion eine Entscheidung zur sowjetischen Westgrenze. Alle „besonderen Grenzübergänge" zu Polen, Weißrussland und der Westukraine sollten geschlossen werden. Alle von der Internationalen Roten Hilfe und der Komintern ausgegebenen Passierscheine aus Polen in die UdSSR sollten annulliert werden. Die KPs der Ukraine und Weißrusslands wurden angewiesen, ohne Einwilligung von Nikolaj Ežov auf Empfehlung der polnischen Sektion der Komintern keine Personen zu übernehmen.[137]

Am 3.12.1935 beschloss das russische Politbüro, unter Heranziehung der deutschen Kredite Komplett-Ausrüstung für 100.000 Tonnen Ammoniak in den Grenzen von 7,5 Millionen Rubel einzukaufen.[138]

Dok. 372

Memorandum des Außenkommissars Litvinov an Stalin und das Politbüro, die antisowjetischen Ausfälle des Hitler-Regimes nicht mehr hinzunehmen

[Moskau], 4.12.1935

Typoskript in russischer Sprache. AVPRF, Moskau, 5/15/113/123, 152–154. Deutsche Erstveröffentlichung, teilweise zit. in: Besymenski: Stalin und Hitler, S. 78.

Geheim.
Ex. N° 10[139]
N° 329/L
AN DEN GENERALSEKRETÄR DES ZK DER VKP/b/ Gen. STALIN

Kopien: Gen. Molotov.
Gen. Vorošilov.
Gen. Kaganovič.
Gen. Ordžonikidze.

ÜBER DEUTSCHLAND.
1. Gen. Suric hat, den ihm in Moskau gegebenen Anweisungen entsprechend, nach seiner Rückkehr nach Berlin den Kontakt zu politischen Persönlichkeiten Deutsch-

---

137 RGASPI, Moskau, 17/162/19, 4.
138 RGASPI, Moskau, 17/162/19, 5; APRF, Moskau, 3/64/664, 1. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 102.
139 „10" handschriftlich.

lands verstärkt.[140] Er schreibt nun: „Alle meine Kontakte mit den Deutschen haben lediglich meine bereits früher formierte Überzeugung bestärkt, wonach der von Hitler gegen uns eingeschlagene Kurs unverändert bleibt und keinerlei ernsthafte Veränderungen in der nahen Zukunft zu erwarten sind. Alle meine Gesprächspartner sind sich darin einig. Hitler hat drei fixe Ideen: die Feindschaft zur UdSSR, die Judenfrage und den „Anschluss".[141] Die feindliche Haltung gegenüber der UdSSR ergibt sich nicht nur aus einer ideologischen Einstellung zum Kommunismus, sondern bildet die Grundlage seiner taktischen Linie im Bereich der Außenpolitik. Hitler und seine nächste Umgebung sind der festen Überzeugung, dass das dritte Reich nur mittels eines konsequent durchgehaltenen antisowjetischen Kurses seine Ziele verwirklichen sowie Freunde und Verbündete gewinnen könne. Auch mein Gespräch mit Neurath hatte keinen besonders ermutigenden Gehalt. Er gab mir klar zu verstehen, dass unsere Beziehungen für den kommenden Zeitraum in einem strikt wirtschaftlichen Rahmen verlaufen müssen. Deutlich unterstrich er die Hoffnungslosigkeit jeglicher Versuche, in naher Zukunft eine Verbesserung unserer Beziehung zu erreichen." Weiter habe Neurath ausgeführt, dass auch kulturelle Kontakte zwischen unseren Ländern angesichts der derzeitigen Stimmungen kaum umsetzbar seien.

Die gleichen Eindrücke habe laut Mitteilung von Gen. Suric auch der deutsche Botschafter in Moskau, Schulenburg, der sich jetzt in Berlin befindet, gewonnen.

Ich habe die ursprüngliche Meldung der TASS über die Erklärung von Schacht gegenüber dem Direktor der französischen Bank, Tannery,[142] über die Absicht Deutschlands, sich mit Polen die Sowjetukraine aufzuteilen, mit einer gewissen Skepsis wahrgenommen. Die Gen. Potemkin und Rozenberg habe ich damit beauftragt, diese Meldung zu überprüfen.[143] Die Ergebnisse dieser Überprüfung lassen keinerlei Zweifel an der Authentizität dieser Aussage Schachts zu. Dies bedeutet, dass Schacht, den Gen. Kandellaki [Kandelaki][144] uns erst neulich als unterstützenswert

---

140 Seit Juni 1934 war Jakov Zacharovič Suric (1882–1952) sowjetischer Geschäftsträger in Deutschland. Zusammen mit Litvinov setzte sich der mit dem US-Botschafter Edward William Dodd freundschaftlich verbundene „Polpred" angesichts Stalins zumindest abwartender Haltung erfolglos für einen stärkeren Oppositionskurs der Sowjetunion gegen das Hitlerregime ein. Siehe: Aleksandr Sizonenko: V spiske lučšich. Etapy diplomatičeskoj kar'ery Jakova Surica. In: *Nezavisimaja Gazeta*, 1. März 2003. http://www.ng.ru/style/2001–03–01/16_listed.html.

141 Im Russischen steht das deutsche *„anšljuss"*. Gemeint ist der Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich, der erst 1938 erfolgen sollte.

142 Jean Tannery (1878–1939) war Direktor der Banque de France.

143 Vladimir Potemkin (1874–1946) war von 1934 bis 1937 Sowjetbotschafter in Frankreich, Marsel' Rozenberg (1896–1938) war von 1934 bis 1936 stellvertretender Generalsekretär des Völkerbunds, dann sowjetischer Botschafter in Spanien während des Bürgerkriegs, wurde jedoch bereits 1937 nach Moskau zurückgerufen und umgebracht.

144 Es handelt sich um David Kandelaki (1895–1938, in Moskau erschossen), der im persönlichen Auftrag Stalins von 1934 bis 1937 in Verhandlungen mit den höchsten Stellen des Deutschen Reiches eine Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen erreichen sollte. Die anfangs auch von Göring positiv kommentierten Verhandlungen wurden erst 1937 angesichts der Intervention

gegen Hitler vorgeschlagen hat, die Eroberungsbestrebungen Hitlers im Osten unterstützt.

Gen. Suric schlägt allerdings vor, unsere wirtschaftliche Arbeit in Deutschland fortzusetzen. Ich bin mit ihm völlig einverstanden. Der Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen könnte sogar zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen führen. Ich würde es allerdings angesichts der völligen Hoffnungslosigkeit der politischen Beziehungen für falsch halten, alle oder den Löwenanteil unserer Auslandsbestellungen in den kommenden Jahren in Deutschland zu tätigen. Dies wäre deshalb falsch, weil wir damit dem deutschen Faschismus, der gegenwärtig allergrößte wirtschaftliche Schwierigkeiten erlebt, tatkräftige Unterstützung leisten würden, und auch deshalb, weil wir ohne jeglichen politischen Gewinn das wirtschaftliche Interesse der für uns interessanteren Länder an der UdSSR für die kommenden Jahre hemmen würden.

Unabhängig von den Schlussfolgerungen, zu denen die Kommission des Volkskommissariats für Schwerindustrie gelangen wird, schlage ich vor, den Umfang der Bestellungen auf hundert, oder maximal zweihundert Millionen Mark zu begrenzen.

2. Die antisowjetische Kampagne der Hitlerleute wird nicht nur nicht schwächer, sondern nimmt wahrhaft epische Ausmaße an. Selbst wenn man die wütenden antisowjetischen Auftritte Hitlers in diplomatischen Gesprächen und die Verbreitung antisowjetischer Schmähschriften und Broschüren – einschließlich der abscheulichen Rede Goebbels' in Nürnberg[145] – durch die deutschen Botschaften und Konsulate im Ausland außer Acht lässt, betreiben fast alle Presseorgane Deutschlands tagtäglich eine systematische antisowjetische Kampagne. Weder die Komintern noch die Komparteien und der sowjetische Staat werden verschont, die Führer unserer Partei und die Mitglieder der Regierung werden mit persönlichen Beleidigungen überzogen. Ungeachtet dessen nimmt die sowjetische Presse gegenüber Deutschland eine gera-

---

in Spanien u.a. nicht mehr fortgesetzt, da „die deutsche Seite gegenwärtig keinen Unterschied zwischen der Sowjetregierung und der Komintern erkennen kann" (Göring). Nichtsdestoweniger zeigte die „Kandelaki-Mission" Stalins festen Willen, zu einer Übereinkunft mit Hitler zu kommen, während Letzterer zu diesem Zeitpunkt noch das große Ausmaß des Entgegenkommens, zu dem die russische Seite bereit war, unterschätzte. Siehe: Lew Besymenski: Geheimmission in Stalins Auftrag? David Kandelaki und die sowjetisch-deutschen Beziehungen Mitte der dreißiger Jahre. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 40, 1992, Nr. 3, S. 339ff.; id.: Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren, Berlin, 2002, S. 62–88, 65–77; Sergej Slutsch: Stalin und Hitler 1933–1941. Kalküle und Fehlkalkulationen des Kreml. In: Zarusky: Stalin und die Deutschen, S. 66–76.

145 In seiner gegen die Sowjetunion gerichteten Rede auf dem 3. Parteitag der NSDAP in Nürnberg am 13.09.1935 sagte Goebbels u.a.: „Während der Nationalsozialismus eine neue Fassung und Formung der europäischen Kultur in die Wege leitet, ist der Bolschewismus die Kampfansage des von Juden geführten internationalen Untermenschentums gegen die Kultur an sich. Er ist nicht nur anti-bürgerlich, er ist anti-kulturell. Er bedeutet in der letzten Konsequenz die absolute Vernichtung aller wirtschaftlichen, sozialen, staatlichen, kulturellen und zivilisatorischen Errungenschaften des Abendlandes zu Gunsten einer wurzellosen und nomadenhaften internationalen Verschwörerclique, die im Judentum ihre Repräsentanz gefunden hat." (zit. nach dem O-Ton der Wochenschau, in: http://www.cine-holocaust.de/cgi-bin/gdq?dfw00fbw000841.gd.).

dezu tolstojanische Position der Widerstandslosigkeit gegenüber dem Bösen ein. Eine solche Position unsererseits begünstigt die antisowjetische Kampagne in Deutschland und heizt sie noch mehr an. Ich halte diese Position für falsch und schlage vor, unserer Presse eine Direktive zur Eröffnung einer systematischen Konterkampagne gegen den deutschen Faschismus und die Faschisten zu erteilen. Nur auf diesem Wege lässt sich Deutschland dazu bringen, die antisowjetischen Auftritte zu unterlassen oder zu mäßigen.[146]

LITVINOV.

[Exemplare] 1–6 – an die Adressaten
7 – an Gen. Krestinskij.
8 – an Gen. Stomonjakov.
9 – an Gen. Litvinov.
10 – Archiv.

10 Ex. AR – VD.



Am 5.12.1935 fasste das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion einen Beschluss „Über die Vereinbarungen mit Deutschland im Jahre 1936." Die Exporte in diesem Jahr sollten einen Umfang von 100 bzw. 90 Millionen Mark haben, wodurch die Verschuldung gegenüber Deutschland getilgt werden sollte. Für 30 Millionen Mark sollten Waren bestellt werden, darüber hinaus sollten 25 Millionen Mark in ausländischer Valuta für die Schuldentilgung aufgebracht werden. Im Falle eines Nichtabschlusses des Vertrags sollten unter anderem die Schulden gegenüber den Deutschen nicht beglichen werden. Für den Fall eines erfolgreichen Vertragsabschlusses sollten dem Außenhandelskommissariat bereits Instruktionen über Warenbestellungen und Geldoperationen erteilt werden.[147]

---

146 Die dringenden und mehrmaligen Vorschläge Litvinovs für eine offensiverer Ausrichtung und eine Propagandakampagne gegen die NS-Regierung wurden von Stalin und dem sowjetischen Politbüro abgelehnt. Der russische Journalist und Historiker Besymenskij urteilt, dies hätte Stalins Schachzüge angesichts der laufenden Annäherungsversuche durchkreuzt (Kandelaki-Mission). Gegenüber Molotov hatte Stalin die NS-Hetztiraden als (mehr oder weniger verständliche) Antwort auf die antifaschiste Ausrichtung und die Angriffe des VII. Weltkongress der Komintern auf die NS-Führung erklärt (siehe Dok. 368, vgl. Besymenski: Stalin und Hitler, S. 78; Chlevnjuk: Stalin, S. 569.
147 RGASPI, Moskau, 17/162/19, 6–7; APRF, Moskau, 3/64/664, 9–9v. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 105.

Dok. 373

Denkschrift des Komintern-Referenten Wilhelm Zaisser über die Antikriegsarbeit und die militärpolitischen Aufgaben der Kommunistischen Parteien

Moskau?, 5.12.1935

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/25/1335, 122–125. Deutsche Erstveröffentlichung.[148] In russischer Sprache publ. in: Drabkin/Babičenko/Širinja: Komintern i ideja, S. 915–917.

Moskau, 5. Dezember 1935
Streng vertraulich

Im Rahmen der in den Beschlüssen des VII. Kongresses gestellten Aufgaben gibt es auch eine Reihe militärpolitischer Aufgaben. Sie sind in ihrem Wesen durch die „militärischen Thesen" des VII. Kongresses konkretisiert, vor allem aber durch die unveröffentlichten Teile, die vom Kongress entsprechend der Entwicklung der Bewegung in den einzelnen Ländern bestätigt und entwickelt werden.[149]

Diese militärpolitischen Aufgaben beziehen sich auf die politische Arbeit in der Armee und Polizei, in den Organisationen vormilitärischer Ausbildung und in den militärischen Verbänden des Gegners. Sie beziehen sich auch auf den bewaffneten Kampf des Proletariats gegen den Faschismus und den Angriff des Kapitals wie auch auf besondere vorbereitende Arbeiten für den bewaffneten Aufstand [...].

Die militärpolitischen Aufgaben kann man in folgende Erwägungen gliedern:

1. Aufgaben der antimilitärischen Arbeit in der Armee, in der Polizei und den Kampfverbänden des Gegners.

2. Aufgaben, die in Verbindung mit der Frage des bewaffneten Kampfes gegen den Angriff des Kapitals und des Faschismus stehen (proletarische Selbstverteidigung, Kampfbünde des Proletariats, die Frage der Bewaffnung usw.).

3. Aufgaben der Information über die Kampfverbände und Absichten des Gegners und dessen spezieller Vorbereitungen auf den Bürgerkrieg usw. (Informationsverbindung).

4. Erziehungsarbeit sowohl im Sinne der Erziehung entsprechender Aktivisten für die militärpolitische Arbeit als auch für die Weitergabe des Verständnisses dieser Arbeiten an die gesamte Partei, an Kreise des Proletariats und seiner Verbündeten. [...]

---

148 Mit Dank an Dr. Wilfriede Otto, Berlin, für die Besorgung der Übersetzung.
149 Siehe Dok. 366.

Die Abteilung, der bisher die Aufgabe anvertraut war, ist damit so gut wie gar nicht fertig geworden. Diese Abteilung hat sich im Grunde genommen auf die Organisation und Führung der Erziehungsarbeit in Moskau beschränkt.[150] Es hat keine lebendige Verbindung mit den Arbeiten der einzelnen Sektionen gegeben. Außer zufälligen Entsendungen einzelner Instrukteure, die ohne jegliche Führung und Kontrolle tätig wurden, wurde nichts dafür getan, um die Arbeit der Sektionen auf diesem Gebiet zu fördern, zu erleichtern oder zu ermöglichen. Es gab keine entsprechende Initiative, um eine fruchtbare Arbeit zu erreichen. Der Bankrott in dieser Beziehung heißt jedoch nicht, dass die außerordentliche Hilfe und Unterstützung seitens des EKKI überflüssig gewesen ist. [...][151]

Moskau, 5.12.1935

Werner [d.i. Wilhelm Zaisser]



Am 9.12.1935 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, in Deutschland bei der Firma AFA 15 Akkumulatorbatterien für U-Boote einzukaufen. Die Entscheidung wurde am 18.4.1936 revidiert, weil die deutsche Seite eine technische Hilfe verweigert hatte.[152]

Am 11.12.1935 lehnte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion eine Anfrage des von Italien militärisch angegriffenen Abessiniens bezüglich der Bereitstellung von Waffen und Instrukteuren ab. Dies wurde damit begründet, dass man selbst nicht genug davon habe.[153]

Am 14.12.1935 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, den britisch-französischen Laval-Hoare-Plan, der eine Aufteilung Abessiniens zur Beendigung des Krieges und wichtige Zugeständnisse an Italien vorsah, abzulehnen. Dabei wurde auf die den Mitgliedern des Völkerbunds garantierte territoriale Integrität verwiesen. Im Falle einer Annahme durch Abessinien sei der Plan jedoch auch für den Völkerbund annehmbar.[154]

150 *Abteilung*: Seit 1922 wirkte unter verschiedenen Bezeichnungen im Kominternapparat eine für die MP bzw. illegale Arbeit zuständige Kommission (Varianten: Antikriegskommission des EKKI, Militärisch-konspirative Kommission des EKKI, Kommission des EKKI zur Durchführung der Kampagne gegen den Krieg, Konspirative Kommission des EKKI, Ständige Militärkommission des EKKI), die besonders in Richtung Grenzstaaten der Sowjetunion aktiv war. In den 1930er Jahren bestand eine eigene MP-Abteilung der Komintern nicht mehr (siehe: Adibekov/Šachnazarova: Organizacionnaja struktura, S. 176, Anm.34; Bayerlein: Das neue Babylon).

151 Im folgenden machte Zaisser weitere konkrete Ausführungen zur Verbesserung der militärpolitischen Arbeit durch eine genauere Untersuchung der Arbeitsbedingungen in den einzelnen Ländern, den Ausbau der MP-Kurse in der Sowjetunion, die bessere Verarbeitung der Erfahrungen einzelner Sektionen sowie die Schaffung eines Archivs mit entsprechender Literatur (Flugblätter, Zeitungen, Broschüren etc.).

152 RGASPI, Moskau, 17/162/19, 8, 198.

153 RGASPI, Moskau, 17/162/19, 13.

154 RGASPI, Moskau, 17/162/19, 14. Publ. In: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 333.

Am 21.12.1935 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, den Ingenieur Anatolij Pustovalov nach Deutschland zu kommandieren, um die bestellten hydroakustischen Geräte der Firmen Atlas-Werke und Elektroakustik in Empfang zu nehmen.[155]

Am 23.12.1935 bestätigte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion den Entwurf eines Telegramms an den Emissär Stalins in Deutschland, David Kandelaki, zum Abschluss des Wirtschaftsvertrages mit Deutschen Reich für das Jahr 1936. Darin wurde Kandelaki beauftragt, folgende Bedingungen an Hjalmar Schacht zu übermitteln: 1. Die Sowjetunion zahlt im kommenden Jahr 60 Mio. Mark in Gold oder Devisen, womit die Schulden von 1935 abgedeckt wären. 2. Die Deutschen lassen den Verkauf von sowjetischen Waren im Land ohne jede Beschränkungen zu. 3. Der Erlös aus diesem Verkauf dürfe von der Sowjetunion zur Tilgung der Zahlungen an Deutschland eingesetzt werden. 4. Sollte diesbezüglich eine Nachfrage erfolgen, sei den Deutschen zu bestätigen, dass die Sowjetunion die Exporte an Deutschland, u.a. von Erdöl, erfüllen werde.[156]

Am 25.12.1935 erfolgte ein Beschluss über den Import von Druckerpressen aus Deutschland für eine Druckerei in Kiev.[157]

---

155 APRF, Moskau, APRF, 3/64/664, 26. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 108.
156 RGASPI, Moskau, 17/162/19, 20, 48.
157 APRF, Moskau,3/64/664, 33. Publ. in: Ibid., Dok. 110.

1936

Dok. 374

Brief von Manuilski an Nikolaj Ežov über Maßnahmen gegen das „Einsickern von Spionen und Diversanten“ aus dem Ausland

[Moskau], 3.1.1936

Maschinenschriftliche Kopie mit handschriftlichen Korrekturen, in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1147a, 1–3. Neuübersetzung. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 728–731, in deutscher Übersetzung publ. in: Vatlin: Kaderpolitik, S. 99–101.

Moskau, 3. Januar 1936.
Abs[olut] geheim

3.1.36
Streng geheim
Lieber Nikolaj Ivanovič![1]

Ich bitte Sie, mich in den nächsten Tagen in der Frage der Maßnahmen gegen das Einsickern von Spionen und Diversanten in das Gebiet der UdSSR unter dem Deckmantel von Politemigranten und Mitgliedern der kommunistischen Bruderparteien zu empfangen. Im Vorfeld unseres Treffens würde ich gern diejenigen Fragen abstecken, die einer Erörterung mit Ihnen unterliegen.

I. Zur Schließung der sogenannten „grünen“ Grenzen[2]

Die sogenannten „grünen Grenzübergänge“ sind nicht nur für die Polen, sondern auch für die Finnen, Letten, Litauer und Esten zu schließen, da es sich um Parteien handelt, die eine Vorgeschichte in Sachen Provokation haben[3] (die rumänische Partei hat keine „grünen Grenzübergänge“). Nur in absolut außergewöhnlichen Fällen soll die „grüne Grenze“ in Anspruch genommen werden dürfen, dazu in jedem einzelnen Fall mit besonderer Erlaubnis des ZK der VKP(b).

II. Begrenzung des Zustroms der Politemigration in die UdSSR

Der Zustrom der Politemigration in die UdSSR ist zu begrenzen, was in den kommunistischen Bruderparteien politisch zu begründen ist mit der Notwendigkeit eines

---

1 Der Verfasser des Briefs geht nicht aus dem Dokument selbst hervor; sowohl bei Tischler als auch bei Vatlin und Adibekov wird er als Dmitri Manuilski identifiziert (siehe Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 95; Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 728).
2 Als „grüne Grenzen“ wurden illegale Grenzübergänge für Funktionäre der kommunistischen Parteien der Nachbarstaaten bezeichnet, die von von sowjetischen Grenztruppen abgesichert wurden.
3 Im Original: *„neblagopolučnych po provokacii“*.

Kampfes gegen die Massendesertion vom Schlachtfeld der Klassenkämpfe sowie mit der Gefahr einer Enttarnung der Parteikader. Dafür ist es unerläßlich:

a) die Einreise in die UdSSR allein jenen Personen zu gestatten, die dem ZK der jeweiligen KP und der Komintern persönlich bekannt sind, die eine spezielle Erlaubnis sowie eine Empfehlung vom ZK ihrer Partei für eine Abreise in die UdSSR besitzen, und nur in dem Falle, wenn diesen Personen harte Repressionen in ihrem eigenen Land und Verfolgung in anderen kapitalistischen Staaten drohen. Dabei wird unbedingt auch die Möglichkeit einer Einreise für kranke Genossen in Betracht zu ziehen sein, die eine spezielle Behandlung benötigen und auf Fürsprache des ZK der jeweiligen Kompartei hin mit Einverständnis des ZK der VKP(b) unter der Bedingung in die UdSSR entsandt werden, dass der jeweilige Genosse nach Abschluss der Heilbehandlung unverzüglich in sein Land zurückkehrt;

b) im Zusammenhang mit der Eindämmung des Emigrationszustroms in die UdSSR die Möglichkeit einer zusätzlichen Valutazuteilung für die MOPR vorzusehen, um der Emigration im Ausland Hilfe zukommen zu lassen;

c) den internationalen Organisationen zu verbieten, ausländische Touristen nach Ablauf ihrer Aufenthaltsdauer in der UdSSR weiterhin auf dem Territorium der UdSSR zu belassen oder dies zu unterstützen;

d) die Komintern und die anderen internationalen Organisationen zu verpflichten, Schüler, die bei der Auswahl für die internationalen Schulungseinrichtungen abgelehnt wurden oder diese abgeschlossen haben, keinesfalls in der UdSSR zu belassen;

e) die Komintern und die anderen internationalen Organisationen zu verpflichten, ihre Praxis einzustellen, Personen, die der Provokation oder Spionage verdächtigt werden, auf dem Territorium der UdSSR zu belassen (mit Ausnahme jener Fälle, für die es eine entsprechende Anweisung seitens des NKVD gibt);

f) die Legitimationskommission bei der MOPR aufzulösen und ihre Funktion hinsichtlich der Erlaubniserteilung zur Einreise und zum Aufenthalt in der UdSSR einer Sonderkommission beim Zentralen Exekutivkomitee der UdSSR zu übertragen;[4]

g) den Vertretern der MOPR im Ausland das Recht zu entziehen, Empfehlungen für eine Einreise in die UdSSR zu geben, wobei dieses Recht einzig dem ZK der jeweiligen Komparteien vorbehalten bleiben soll;

h) unter den Überläufern, die eigenmächtig über die Grenze gekommen sind, nur diejeigen auf dem Territorium der UdSSR zu belassen, für die, neben einer überaus sorg-

---

4 Die bis 1936 existierende Legitimationskommission bei der Internationalen Roten Hilfe in Moskau überprüfte gemeinsam mit den Parteivertretungen und der Kaderabteilung des EKKI die „Rechtmäßigkeit" der Emigration der politischen Flüchtlinge (siehe Hartmann: Traum und Trauma, S. 173; Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 6).

fältigen Überprüfung durch die Organe des NKVD, eine Erlaubnis und Empfehlung vom ZK der jeweiligen Kompartei vorliegt.

III. Die Erfassung und Überprüfung der Politemigration[5]

Es sind Maßnahmen zur Erfassung und Überprüfung der gesamten Politemigration, die sich auf dem Territorium der UdSSR niedergelassen hat, durchzuführen. Zu diesem Zweck [ist es erforderlich]:

a) jene Politemigranten, die Mitglied der VKP(b) sind, beim Umtausch der Parteibücher gesondert zu überprüfen;[6]

b) in allen Städten und Ortschaften, wo Politemigration vorhanden ist, Sonderkommissionen zur Überprüfung der Politemigranten zu schaffen;

c) ein besonderes Erfassungssystem der Politemigranten zu etablieren, wobei die Erfassung der Politemigranten, die Mitglied der VKP(b) sind, bei den Parteiorganisationen, und die der übrigen Politemigranten bei den Organen der MOPR konzentriert werden soll;

d) die Komintern zu verpflichten, Maßnahmen zu ergreifen zur Rückführung einer Reihe von Politemigranten, denen keine harten Repressionen drohen, in ihre Herkunftsländer;

5 *Überprüfung der Politemigration:* Seit ca. Januar 1936 führte die „Moskvin-Kommission" der Komintern, seit Oktober 1936 die „Kommission zur Überprüfung der Qualifikation" gemeinsam mit der Kaderabteilung des EKKI die Kontrolle des gesamten Apparats des EKKI sowie der politischen Emigration durch. Am 25.12.1935 beschloss das EKKI-Sekretariat, die Internationale Kontrollkommission zu beauftragen, Fälle des Eindringens in die KPdSU aus anderen KPs – „Spione, Diversanten und klassenfeindliche Elemente" – zu untersuchen und Vertreter der betreffenden Parteien zur Verantwortung zu ziehen. (RGASPI, Moskau, 495/18/1051, 276–277). Am 19.1.1936 berief das EKKI im Zuge der Kontroll-, Disziplinierungs- und Repressionsmaßnahmen eine „Beratung der Vertreter der Parteien und Mitarbeiter der Kaderabteilung" ein. Referent Manuilski beschuldigte die Apparate von EKKI und Internationaler Roter Hilfe „einer verbrecherischen Nachlässigkeit". Durch ihre Strukturen seien angeblich verdächtige Elemente und „Agenten des Klassenfeindes" in die VKP(b) eingedrungen. Er verurteilte scharf die Führer der kommunistischen Parteien, die mit voller Absicht belastete Personen in die Sowjetunion geschickt hätten. Der politischen Emigration wurde hierbei eine allgemein ideologisch zersetzende Funktion zugeschrieben, in ihren Reihen wurden „Schattierungen des Trotzkismus" sowie „Überbleibsel rechter Abweichung" festgestellt. Das EKKI sollte nun „die Reihen von solchen Elementen säubern", damit sie „das Strandgut, das uns die Parteien geschickt haben, zurücknehmen" (Leonid Babičenko: Die Moskvin-Kommission. Neue Einzelheiten zur politisch-organisatorischen Struktur der Komintern in der Repressionsphase. In: *The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism* 2 (1994/95), Nr. 5/6, S. 35–39, hier: S. 35f.)

6 Die VKP(b) lancierte Anfang 1936 eine Kampagne, wonach alle Mitgliederausweise von Parteimitgliedern überprüft und gegen neue ausgetauscht werden sollten. Die Aktion, die auf die Überprüfung der Parteimitglieder im Jahr 1935 folgte, dauerte von März bis Ende 1936 (siehe: J. Arch Getty: Origins of the Great Purges. The Soviet Communist Party Reconsidered, 1933–1938, Cambridge, Cambridge University Press, 1985, S. 85–90).

e) Maßnahmen zur Ausweisung jener Politemigranten aus der UdSSR zu ergreifen, die, ohne krank zu sein, sich systematisch der Arbeit entziehen und parasitär auf Kosten der MOPR leben.

IV. Organisierung der politischen und kulturellen Arbeit unter den Politemigranten:

a) die politische Arbeit unter den Politemigranten ist den örtlichen Parteiorganisationen aufzuerlegen und aus der Zuständigkeit der Gewerkschaftsorganisationen und der Organisationen der MOPR herauszulösen;

b) die Komintern ist zu verpflichten, eine Reihe von Maßnahmen politischen Charakters zu konzipieren, um die Bewahrung und bolschewistische Erziehung der Emigrantenkader der illegalen kommunistischen Bruderparteien in der UdSSR zu gewährleisten;

c) die KUNZ[7] (Komm. Universität der Völker des Westens) ist in eine internationale Schule zur Vorbereitung und Erziehung der Reservekader der kommunistischen Bruderparteien umzuwandeln.

V. Die Ablösung der gegenwärtigen Führung der IRH

Die gegenwärtige Führung der MOPR ist, da sie ihrer Aufgabe nicht gerecht wurde, abzulösen; ein Sekretariat nach Vorbild der Komintern ist zu schaffen, bestehend aus einer Reihe ausländischer Genossen und einer ausreichend Autorität besitzenden und starken Vertretung der VKP(b); letztere soll damit beauftragt werden, gemeinsam mit den Organen des NKVD und der Kaderabteilung des EKKI eine gründliche Überprüfung der gesamten Politemigration vorzunehmen, sowohl derjenigen, die sich schon auf dem Territorium der UdSSR befindet, als auch derjenigen, die in die UdSSR eintrifft.

---

7 KUNZ (Abk.), eigentlich KUNMZ, Abk. für russ. *Kommunističeskij Universitet Nacional'nych Men'šinstv Zapada Ju. Marchlevskij* – die Kommunistische Universität der Nationalen Minderheiten des Westens. Gegründet 1921 zur Ausbildung der Parteikader der westlichen Regionen Russlands und der Wolgadeutschen. Im Stalinismus wurde die Ausbildung auf die Mitglieder der westeuropäischen kommunistischen Parteien erweitert, unter besonderer Berücksichtigung der Politemigranten. Zum Lehrprogramm gehörten die Geschichte der Kommunistischen Bewegung, die Massenarbeit sowie der Parteiaufbau. Die Auflösung der „Westuniversität" Auflösung erfolgte durch das EKKI bereits am 7./8.Mai 1936. Zu ihren Absolventen gehörten die Skandinavier Furubotn und Hansen genauso wie die Jugoslawen Tito, Ciliga und Kardelj und KPD-Mitglieder ohne Führungsaufgaben (siehe: Julia Köstenberger: Die Geschichte der „Kommunistischen Universität der nationalen Minderheiten des Westens" (KUNMZ) in Moskau 1921–1936. In: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2000/2001 (2001), S. 248–303.

Darüber hinaus würde ich gern mit Ihnen über Maßnahmen bezüglich der Überprüfung der polnischen Kompartei sprechen, die, wie Ihnen bekannt ist, in den letzten Jahren den Hauptlieferanten von Spionen und provokatorischen Elementen in der UdSSR darstellt.[8]

Ich erwarte Ihre Antwort.



Am 5.1.1936 fasste das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion einen Beschluss zur Behandlung verhafteter Ausländer. Das NKVD wurde angehalten, Eingaben des Außenkommissariats für verhaftete Ausländer mehr Gehör zu schenken. Dabei wurde nahegelegt, in weniger schwerwiegenden Fällen die Abschiebung der Betreffenden der Überstellung an ein Gericht vorzuziehen. Nur in Fällen „äußerster Notwendigkeit" sollte hinter geschlossenen Türen verhandelt und den Angeklagten eine Verteidigung vorenthalten werden. Dem NKVD wurde vorgeschlagen, Verhaftungen von ausländischen Staatsbürgern nur mit einer Genehmigung seitens Molotovs oder des ZK-Sekretariats vorzunehmen.[9]

Das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion beschloss am 10.1.1936, Marx-Engels-Dokumente aus der Sammlung Charles Longuet (29 Briefe von Karl Marx an seine Töchter, Brief von Friedrich Engels an Paul Lafargue, Manuskript von Engels über Proudhon, Brief von Maurice Lachâtre u.a.) zu erwerben. Dafür wurden 5000 Goldrubel bereitgestellt. Zum Zwecke des Ankaufs sowie der Sondierung des Erwerbs des gesamten Marx-Engels-Nachlasses, der sich in den Händen des Exilvorstandes der SPD (SOPADE) befand, wurden am 9.2.1936 Adorackij, Bucharin und Arosev nach Paris abkommandiert (siehe den Brief Bucharins vom 1.3.1936). Am 19.4.1936 beschloss das Politbüro, 10.000 Francs als absolutes Maximum für den Kauf anzusetzen.[10]

Am 15.1.1936 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion eine Direktive an den Vertreter der UdSSR im Völkerbund zum Krieg Italiens gegen Abessinien. Hierin wurde dieser instruiert, von sich aus keine Initiative für Erdölsanktionen gegen Italien zu ergreifen. Bei der Beratung dieser Frage sollte seitens der UdSSR auf die „mangelnde Effektivität" solcher Sanktionen verwiesen werden. Sollte jedoch eine Entscheidung für Sanktionen gefällt werden, habe sich die UdSSR ihnen anzuschließen.[11]

---

8 Die Vorstellung, dass die KP Polens durch „Provokateure" unterwandert sei, manifestierte sich innerhalb der Sowjet- und Kominternführung bereits Anfang 1936. Die antipolnische Kampagne innerhalb der Komintern kulminierte in der Auflösung der KP Polens, die vom EKKI auf Drängen Stalins hin im Dezember 1937 beschlossen, jedoch erst im August 1938 formalisiert wurde. In ihrer Folge wurde fast die gesamte Führungsriege der Partei, die in die Sowjetunion geflohen war, verhaftet und ermordet, wie auch eine Vielzahl einfacher Parteimitglieder: Von den knapp 4000 polnischen KP-Emigranten in der UdSSR haben nicht mehr als 100 den Terror überlebt. Siehe: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 730–731, Fn. 1; Ryszard Nazarewicz: Die Vernichtung der KP Polens im Lichte der Akten des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Leipzig, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, 1998; Bernhard H. Bayerlein: Stalinismus, Opposition und Widerstand in Polen. Die „Affäre Leon Lipski". In: Hermann Weber, Ulrich Mählert (Hrsg.): Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus, Berlin, Aufbau-Verlag, 2007, S. 228–252.

9 RGASPI, Moskau, 17/162/19, 24.

10 Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 17/162/19, 27, 45, 138.

11 RGASPI, Moskau, 17/162/19, 32. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 334.

Am gleichen Tag verabschiedete das Politbüro einen Beschluss zur personellen Aufstockung der Botschaften in Berlin, Paris, London, Wien und Prag um jeweils einen Mitarbeiter, der „die dort ankommenden Genossen“ betreuen sollte.[12]

Dok. 375

Bericht von Grete Wilde für die Kaderabteilung des EKKI über die Fehler beim Befreiungsversuch Thälmanns aus der Haft

Moskau, 28.1.1936

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/205/258, 5–6. Erstveröffentlichung. Das Dokument auch in SAPMO-BArch ZPA I 2/3/82.[13]

Abschrift

5 Ex.
/M/Esche.
28.I.1936

Streng vertraulich.

Mängel in der Erledigung des Auftrages Thälmann.[14]

Bei der Durchsicht verschiedener Materialien tauchte auf, dass die Angelegenheit Thälmann Kreisen von Leuten bekannt ist, die absolut damit nichts zu tun hatten, darüber diskutiert wurde, selbst jetzt noch, was eine Unterredung notwendig machte.[15]

---

12 APRF, Moskau, 3/64/638, 112. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 111.

13 Vgl. Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst der KPD, S. 330.

14 *Auftrag Thälmann*: „Verhängnisvollster Kulminationspunkt“ für das Schicksal Ernst Thälmanns (Ronald Sassning) war der Abbruch seiner vorbereiteten Flucht aus dem NS-Gefängnis Anfang 1935. Die nachträgliche Begründung für den Abbruch des dritten Befreiungsplans nach 1933 und 1934/35) sollte augenscheinlich durch das vorstehende Dokument geliefert werden – ein dreiviertel Jahr nach dem Ereignis. Vor allem sollte jedoch Kippenberger als Leiter des MP-Apparats, der sich gleichzeitig in Moskau zur gesamten Tätigkeit des Apparates verteidigen musste (siehe Dok. 375a), die Verantwortung für das Scheitern übertragen werden (siehe hierzu: Sassning: Zur NS-Haftzeit, S. 39–42; Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst der KPD, S. 327–331; Grundmann: Der Geheimapparat, S. 470).

15 In ihrer Spezialuntersuchung des Nachrichtenapparates der KPD beurteilen die Geheimdienstspezialisten Kaufmann/Reisener/Schwips u.a. das vorliegende Dokument folgendermaßen: „Auffällig ist, daß sich in diesem Bericht eine Behauptung kühn an die andere reiht, konkrete Belege und eine kausale Beweisführung aber fehlen und sich sogar Widersprüche auftun. So wird zwar aufgezählt, wer alles von dieser Aktion gewußt haben soll, aber nie ein konkreter Zeitpunkt genannt, wann die betreffenden Personen davon erfahren haben sollen. Angaben über Informationsquellen sind in dem Bericht überhaupt nicht enthalten.“ Auch Gestapounterlagen bestätigen, dass der Fluchtplan bis zu

Es wurde diskutiert unter Genossen, Politemigranten, mit Leuten von der Westuniversität,[16] ferner kam die Meldung aus Kopenhagen, dass darüber gesprochen wurde, bei der Angelegenheit Koska RH[17] tauchte die Kenntnis der Angelegenheit auf, usw.

Es wurde festgestellt: – Ein besonders verantwortlicher Genosse wurde ins Land geschickt, der den Auftrag hatte, Verbindung aufzunehmen, nach Möglichkeit zu ihm selbst, zu den Rechtsanwälten, zu seiner Frau.[18] Dabei tauchte dann die Frage der besonderen Angelegenheit auf. Nachdem die Verbindung und die ersten Aufträge erfüllt wurden, wurde an die Erfüllung der letzten Angelegenheit geschritten.[19] Von ihr wussten folgende Leute:

Der Apparat: Alex [d.i. Hans Kippenberger], Lore [d.i. Änne Kerff], Humboldt [d.i. Wilhelm Tebarth], Alfons, Heinrich (der eigentliche Beauftragte) [d.i. Franz Schubert], wahrscheinlich Florin und andere Genossen des PB. Vom Apparat wurde Paul aus Kopenhagen zur Hilfe geschickt, [der] schon in Kopenhagen wusste, worin sein Auftrag bestand und vielleicht schon dort vorher gesprochen hat. Vom eigentlichen Auftrag und seiner Erledigung wussten: – Thälmann, Heinrich [d.i. Franz Schubert], ein Beamter,[20] Alfons (Anti-, der während der Vorbereitung schon verhaftet wurde), Paul, Humboldt (Berliner Abwehrleiter) [d.i. Wilhelm Tebarth], der Chauffeur, Fritz (ein Apparatmann), Reinholdt [d.i. Hermann Dünow] (Reichsabwehrleitung),[21] Hartmann (Rembte),[22] der Bader informiert hat, fernerhin Behrend [d.i. Erich Braun]

---

seiner Absage unentdeckt geblieben war (Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst der KPD, S. 330).

16 „Westuniversität" war neben „Universität des Westens", „Universität der Westvölker" eine gängige Bezeichnung für die 1936 aufgelöste Kommunistische Universität der Nationalen Minderheiten des Westens (KUNMZ).

17 Willi Koska (1902–1943, in der Sowjetunion ermordet) war Generalsekretär der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) und konnte nach 1933 ins Ausland flüchten. Er wurde dann von Kippenberger schwer belastet, das gegen ihn seitens der IKK eingeleitete Verfahren wurde jedoch im Juni 1935 niedergeschlagen. 1937 in der Sowjetunion verhaftet (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 485–486).

18 Bei dem *besonders verantwortlichen Genossen* handelte es sich um Franz Schubert (1886–1938, in Moskau erschossen). KPD-Linker, zunächst verantwortlich im Ruhrgebiet tätig, Mitglied des Preußischen Landtags, 1932 als enger Freund Thälmanns Mitglied des Politbüros der KPD. Zunächst maßgeblicher Einfluss in der Emigration („Max Richter"), dann 1935 zum Sündenbock für die Niederlagen gemacht (Thälmannauftrag u.a.), in Moskau 1937 verhaftet, vorher noch kurzzeitig Lehrer an der MP-Schule.

19 Der Befreiungsplan stammte von Franz Schubert (Ps. Heinrich), Ernst Scholz (Ps. Udo) und Wilhelm Tebarth (Ps. Humbold).

20 Der Aufsichtsbeamte war Emil Moritz, der Gefängniswärter Berthold Lindner.

21 Hermann Dünow (1898–1973), der MP-Leiter übernahm im Juli 1933 praktisch die Leitung des Nachrichtendienstes der KPD, wurde im Dezember verhaftet und blieb bis 1945 in NS-Haft. Später leitender Funktionär der Volkspolzei in der DDR.

22 D.i. Adolf Rembte (1902–1937, in Berlin-Plötzensee hingerichtet), der den neuen Kurs der Komintern in der Berliner Landesleitung durchsetzen sollte. Er wurde bereits kurz nach seiner Ankunft verhaftet.

(Wohnungsmann, Provokateur),[23] die Frau von Kahle, die die Verbindung zur Rosa [Thälmann] hatte und den Auftrag hatte, ihr mitzuteilen, dass, wenn jemand mit der Losung käme, sie ins Ausland zu gehen hat, wobei der Frau von Kahle gesagt wurde, „dass wahrscheinlich die Rechtsanwälte nicht mehr notwendig hat und da sie nicht dumm ist, wahrscheinlich verstanden hat (Aussage von Heinrich). Ueber Prag drang die Mitteilung sogar bis nach Wien, wo Lisa und Robert wussten, dass so etwas geplant ist. (Ein Kai aus Stettin wusste ebenfalls).

Nachdem die Angelegenheit eingestellt war, erzählte man in Kopenhagen durch Paul (mitgeteilt von Karscher), dass man schon bis zur Schlüsselübergabe war, drei Mann den Laden schmeissen sollten, aber da die Versöhnler das gewusst hätten, wurde die Sache abgebremst und auch kein Geld mehr bewilligt. Der Koch von der Westuniversität weiss ebenfalls etwas über den Schlüssel. Tatsache ist, dass die Angelegenheit mit dem Schlüssel etwas zu tun hatte, sodass es keine Gerüchte sind, sondern einfach die Genossen erzählt haben.

Die Erklärung von Heinrich [d.i. Franz Schubert], warum abgebremst und Vernehmung von Thälmann erklärt er so, dass auch in Hamburg die Versöhnler darüber gesprochen hätten und Paul mit Versöhnlern wahrscheinlich nicht eine parteimässige Gruppierung bezw. Genossen, die gegen die politische Stellungnahme des Apparates und Richter [d.i. Hermann Schubert] waren, meint, sondern eben wahrscheinlich die Hamburger Versöhnler.

Thälmann wurde im Sommer über seine Befreiung vernommen, des weiteren wurde Rosa [Thälmann] vernommen, ebenfalls Reinhold (Dünow),[24] der einige Aussagen lt. Thälmann-Materialien gemacht hat. Wer weiter vernommen wurde, ist nicht bekannt.

Die neuesten Mitteilungen über Thälmann besagen (Brief von Claus, Ende Dezember an Ercoli [d.i. Palmiro Togliatti]), dass

1) alle Beamten um Thälmann ausgewechselt worden sind,

2) Thälmann Tag und Nacht bewacht wird, und zwar so, dass ein Mann unmittelbar vor seiner Zellentür schläft.[25]

---

23 Der Gestapo-Informant Erich Braun (Ps. Behrend) wurde trotz mehrfacher Warnungen des MP-Apparates vom Berliner KPD-Apparat weiterbeschäftigt. Aufgrund seines Verrates wurde die neue Berliner Landesleitung im März 1935 (Adolf Rembte, Robert Stamm, Max Maddalena) von der Gestapo verhaftet. Braun dürfte nichts von der Befreiungsaktion gewusst haben, ansonsten wäre die Gestapo informiert gewesen (siehe: Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst der KPD, S. 334–336).

24 Nachrichtenleiter Hermann Dünow war bereits aufgrund einer Denunziation Kattners am 18.12.1933 verhaftet und 1935 zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 200).

25 Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst der KPD, bemerken hierzu: „Die angeführten Veränderungen in der Bewachung Thälmanns (...) traten im Dezember 1935 ein, als die Flucht schon seit neun Monaten abgesagt war." (S. 330).

3) Thälmann nicht mehr mit dem Rasiermesser, sondern nur noch mit einem Apparat rasiert werden darf. (diese Massnahmen sind nicht zu erklären mit der Uebergabe Thälmanns an die Gestapo,[26] sondern bestimmt auf Grund der Kenntnis der Vorbereitungen, die getroffen worden waren.)

Da kein Auftrag bisher vorliegt, ist der Verantwortliche dafür, der sich in Moskau befindet, wegen der allgemeinen Untersuchung des Apparates, nicht zur Rechenschaft gezogen.[27]

Mertens [d.i. Grete Wilde]

Ergänzung zu den Leuten, die Bescheid wussten, kann noch ein Architekt gezählt werden, zu dem Thälmann gebracht werden sollte.



Am 28.1.1936 erlaubte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion es dem Tschekisten Jakov Agranov, der in der Vergangenheit vor allem für die Überwachung der Intelligenzija zuständig und mit Majakovskij befreundet war, sich mit seiner Frau nach Berlin zu begeben, um sich einer Operation zu unterziehen. Zu diesem Zweck sollte ihm ein zweimonatiger Urlaub gewährt werden. Anderthalb Jahre später wurde Agranov verhaftet und erschossen.[28]

Dok. 375a

Vertraulicher Bericht Hans Kippenbergers („Wolf“) über Struktur und Tätigkeit des militärpolitischen Apparates der KPD

[Moskau?], 2.2.1936

Typoskript in deutscher Sprache. Archiv des BStU, Berlin, MfS HA IX/11 SV 1/81, Bd. 83, 000176–000189. Erstveröffentlichung.

Streng Vertraulich: *Bericht von Wolf:*

Methoden und Organisation der mil[itär-] pol[itischen] Arbeit.

Die Aufgaben der mil[itär-] pol[itischen] Abt[ei]l[un]g. umfassten die *antimilitärische Arbeit* in den militärischen und halbmilitärischen Formationen der Bourgeoisie, die

26 Nachdem der geplante Prozess gegen ihn definitiv abgesetzt wurde, wurde Thälmann nicht in ein KZ verbracht. Obwohl die Untersuchungshaft abgegolten war, blieb er unter direkter Kontrolle der Gestapo in Haft.

27 Aus den Gestapoakten geht hervor, dass der Befreiungsplan vollkommen unbekannt und nicht nach außen gedrungen war (Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst der KPD, S. 330). Der nun auch für dieses Scheitern verantwortlich Gemachte war MP-Leiter Hans Kippenberger, der, wie die hier gebrauchte Formulierung suggeriert, zur Rechenschaft gezogen werden sollte. In der Sowjetunion wurde er zunächst in einen Betrieb gesteckt und im November zusammen mit seiner Frau verhaftet und daraufhin umgebracht (siehe hierzu Dok. 375a).

28 RGASPI, Moskau, 17/162/19, 40.

Nachrichtentätigkeit im gegnerischen Lager, die *Spitzelentlarvung* und *-abwehr*, die militärpolitische *Schulungsarbeit*.

Aus dieser Aufgabenstellung ergab sich folgende funktionelle Gliederung der mil.pol. Abtlg. (des speziellen „Apparats"):

1.) Die antimilitärische Arbeit in der Armee (Heer und Flotte), die RW-Antiarbeit.[29]
2.) die ähnlich geartete Tätigkeit unter den militarisierten Polizeitruppen – die Schupo-Antiarbeit.

3.) die *Antiarbeit* in den faschistischen und halbfaschistischen militarisierten Formationen der Bourgeoisie, wie SA – SS – Stahlhelm, Jungdo[30] (kurz genannt = die C-Arbeit) und im Reichsbanner.

4.) der organisierte *Rachedienst*, entweder auf der Grundlage dieser antimilitaristischen Tätigkeit in den genannten Formationen, oder durch spezielle Methoden des ND[31] bei den politisch wichtigsten Positionen der Bourgeoisie (= Spitzenverbindungen), oder drittens als Massenberichterstattung (= Betriebs- und Stimmungsberichte).

5.) Ein besonderer Zweig des ND war die spezielle *BB-Arbeit*,[32] die Betriebsberichte technischen und wirtschaftlichen Charakters beschaffte.

---

29 Die sog. Reichswehr-Antiarbeit bildete die eigentliche antimilitaristische Arbeit, die jedoch nur wenige Monate nach der Machtergreifung zusammenbrach (hierzu weiter unten).

30 Der Jungdeutsche Orden (Jungdo) war ein 1920 von Leutnant Artur Mahraun als Reaktion auf die Katastrophe des Ersten Weltkrieges gegründeter sozialromantischer nationaler Verband nach dem Vorbild des Deutschen Ordens. Unter „Hochmeister" Mahraun zielte der mehrere zehntausend Mitglieder umfassende gegen die Nationalsozialisten gerichtete Verband (1933 aufgelöst) auf eine Reform Deutschlands durch Nachbarschaften als gesellschaftliche Keimzellen sowie ein System der Volksabstimmungen im Rahmen eines „Föderativ- und Rätesystems ohne Weltanschauung" (Mahraun) und sollte „echte Ritterlichkeit" pflegen. (siehe: Robert Werner: Der Jungdeutsche Orden im Widerstand 1933–1945, München, Verlag Wolfgang Lohmüller, 1980; Ernst Maste: Die Republik der Nachbarn. Die Nachbarschaft und der Staatsgedanke Artur Mahrauns, Gießen, Walltor-Verlag, 1957, S. 182 u.a.).

31 ND (Abk.). Die Bezeichnung „Nachrichtendienst", auch insgesamt als Bezeichnung für den MP-Apparat gebräuchlich.

32 *BB-Arbeit:* Das seit 1927 aufgebaute „BB-Ressort" der KPD erhielt eine Sonderstellung als vom restlichen Apparat abgeschottetes System der sog. „Betriebsberichterstattung", unter Einschluss der Arbeiterkorrespondenten und der Arbeiterfotografen. Unter dem – anfangs künstlich hergestellten – Druck eines drohenden imperialistischen Krieges ging es um Betriebsspionage aus der Industrie und den Forschungsinstituten des Dritten Reiches für die Sowjetunion zur Ermittlung von „rüstungstechnischen Neuerungen, Art und Umfang der Produktion von Rüstungsgütern", die Zusammenarbeit von Industrie und Reichswehr, Rüstungsexporte sowie Vorbereitungen der Betriebe zur Umstellung auf Rüstungsproduktion. Das Ressort ging 1934 in die Hand des sowjetischen Nachrichtendienstes über. Reichsleiter des BB-Apparates waren Franz Grybowski (1919–1930), Fritz Burde (Ps. Edgar) (1930–1931) und Wilhelm Bahnik (Ps. Martin) 1932–1935. Das Ressort umfasste eine größere Anzahl hochqualifizierter Mitarbeiter, darunter Dr. Fritz Houtermans, Dr. Alexander Weißberg, Dr. Walter Caro, Dr. Carl Brandt, Dr. Felix Bobek, Dr. Wilhelm Richter (siehe hierzu: Grundmann: Der Geheimapparat der KPD, S. 37ff.; vgl. Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst der KPD, S. 177ff.).

a) zur Entlarvung der technischen und industriellen Kriegsvorbereitungen (Rüstungen) der Bourgeoisie,
b) zur Unterstützung des Aufbaues des Sozialismus in der SU.

6.) Die *Abwehr*-Tätigkeit
a) als Nachrichtenarbeit zur Herstellung von Verbindungen zu den gegnerischen Stellen, die den Spitzeldienst gegen unsere Partei organisieren (= offensive Abwehr); das sind: die politische Polizei – später Gestapo, die Nachrichtenstellen der RW, der Nachrichtendienst der SS – später zum grössten Teil Gestapo, der Nachrichtenapparat des Stahlhelm – später in der Gestapo aufgegangen, der Nachrichten – und Spitzelapparat der Unternehmerorganisationen, der gemeinsame ND in SPD, Gewerkschaft und RB.[33]
b) als Verbindungsdienst zu Justizstellen, Gefängnissen und Konzentrationslagern.
7.) Die militär-politische Schulungsarbeit in der Gesamtpartei, und darauf fussend durch Kurse und Spezialschulen unter den Funktionären der mil.pol. Arbeit, beim RFB und bei der Antifa.

Dies war in grossen Zügen die Aufgabenstellung zur Zeit des Uebergangs in die Illegalität. Dementsprechend war die Funktionsverteilung im Apparat. Es gab einen Verantwortlichen für

die Bearbeitung von Heer und Flotte (Febr. 33 Josef I [d.i. Josef „Beppo“ Römer])[34]
der militär. Polizei (Willi [d.i. Lucian Iltis])[35]
der fasch. nationalist. Organisationen (Arthur [d.i. Artur Heimburger]).[36]

---

33 RB (Abk.): Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Im „Idealfall“ hatte man sich die Nachrichtenarbeit so vorzustellen, dass bis hinunter in die Straßenzellen die sog. Gegnerobleute „alle in ihrem Einzugsbereich wohnenden Reichswehrsoldaten, Polizeibeamten, Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen, der DNVP, des Stahlhelm, der SPD und des Reichsbanners erfassen, Angaben über ihre politische und berufliche Tätigkeit sowie ihre Persönlichkeit sammeln und sie regelmäßig mit kommunistischer Literatur beliefern“ (Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst der KPD, S. 183).
34 Dr. Josef „Beppo“ Römer (Ps. Heller). (1892–1944, im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet). Deutscher „Nationalrevolutionär“, Offizier adeliger Herkunft. Führer der Organisation Oberland in Bayern und Verbindungsmann zur KPD. Stellvertreter des militärischen Leiters beim ZK der KPD für den geplanten Aufstand 1923. Herausgeber des *Aufbruch* für den gleichnamigen Kreis (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 739).
35 Lucian Iltis (Ps. Willi). (1903–1967). Seit 1923 in der KPD, 1930 Absolvent des ersten MP-Kurses in Moskau. Als EKKI-Instrukteur in Österreich und Frankreich, 1935 französischer Staatsbürger, KPF und *Humanité*, 1939 zur französischen Armee; soll dann sowohl für die *Résistance*, als auch die Gestapo gearbeitet haben. Im November 1946 Verhaftung wg. „Zusammenarbeit mit dem Feind“ (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 403).
36 Artur Heimburger (1895–1989), 1916 SPD- und 1919-KPD-Mitglied, arbeitete ab 1922 in der Abwehr-Abteilung des MP-Apparats. 1928 aus der Partei ausgeschlossen, ging Heimburger zur KPO. Nach 1945 SED-Mitglied und FDGB-Funktionär (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 356–357).

der "republikan[ischen]." Organ[isationen]. (Schorsch [d.i. Franz Feuchtwanger])[37]
der spez. BB-Aufgaben (Martin [d.i. Wilhelm Bahnik])[38]
der spez. N-Verbindungen (Victor [d.i. Leo Roth])[39]
der Abwehr (Erwin [d.i. Franz Schubert])

Die mil.pol. Schulungsarbeit war Aufgabe jedes Mitarbeiters der mil.pol. Abteilung.

Dieser Umriss in der Aufgabenstellung galt nicht nur für den zentralen Apparat sondern auch für die Bezirke mit entsprechenden Modifikationen entsprechend den bezirklichen Bedingungen. Nur die grossen Bezirke hatten den gleichen Einsatz verantwortlicher Sachbearbeiter unter der Gesamtleitung eines "LK/2".[40] Im Allgemeinen war der LK/2 gleichzeitig Sachbearbeiter eines Gebietes (meist Abwehr). In den Bezirken ohne RW fehlt selbstverständlich der entsprechende Bearbeiter; in den ausgesprochen ländlichen Bezirken der spez[ielle] BB-Mann. Einen besonderen Bearbeiter für spez. Verbindungen gab es von vornherein nur im zentralen Apparat.

Abgesehen von einigen sehr starken Unterbezirken war die App[arats]-Leitung der UB. (Unterbezirk-LK) reduziert auf einen Verantwortlichen für die Abw[ehr], die Antiarbeit und die N[achrichten]'Arbeit. In den unteren Parteieinheiten stützte sich die mil[itär].pol[itische]. Arbeit auf den Abw[ehr-].Mann und den „Gegnerobmann" der Zelle (in wichtigen Betrieben gab es ausser diesen noch einen spez. BB-Mann, dessen Funktion der Zelle jedoch unbekannt bleiben sollte). Dieses Schema entsprach dem massenmässigen Charakter der mil.pol. Aufgaben, Stellung und der Struktur des allgemeinen Parteiaufbaues. [...]

Nach dem Reichstagsbrand wurden die LK-Sitzungen und die Eventualtreffs eingestellt, beibehalten lediglich die Einzelbesprechungen. Für dringlich notwendige Treffs wurden Victor [d.i. Leo Roth] und Lore [d.i. Änne Kerff] zwischengeschaltet und

37 Franz Feuchtwanger. (1908–1991) arbeitete ab 1928 unter der Leitung von Kippenberger im AM-Apparat, ab 1932 Leiter des SPD-Ressorts. 1934 nach M-Schulung in Moskau illegale Arbeit in Deutschland, 1936 in Prag als Gegner Ulbrichts aus der KPD ausgeschlossen, schloss er sich der Gruppe „Neu Beginnen" an. 1940 emigrierte er nach Mexiko, wo er als Archäologe tätig war und Erinnerungen an seine Arbeit im MP-Apparat verfasste (siehe: Feuchtwanger: Der Militärpolitische Apparat; Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 241f.).

38 Wilhelm Bahnik (1900–1938) war ab 1925 Leiter der BL Magdeburg und Leiter des AM-Apparats, 1927 verhaftet, 1928 freigelassen, war er weiterhin für den Apparat tätig, ab 1931/32 in Berlin als Leiter des BB-Ressorts. Ab 1935 in der UdSSR, ging er 1936 nach Spanien, wo er als Offizier der Interbrigaden im März 1938 fiel (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 81f.; Grundmann: Der Geheimapparat, S. 49–56).

39 Leo Roth (weiteres Ps. Victor Albert) (1911 Rzeszów – 1937, in Moskau, erschossen). Zunächst Linkszionist, dann KJVD-Mitglied ab 1926. Ein Jahr später als Korsch-Anhänger ausgeschlossen, dann Mitglied des linksoppositionellen „Leninbundes". 1929 Wiederaufnahme in die KJVD, wurde er einer der fähigsten Leiter des militärpolitischen Apparats (so Herbert Wehner). Siehe Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 749f. Zu seinem weiteren Schicksal siehe Dok. 391.

40 LK/2, auch „Leiko": Leitungskommission.

besondere Kuriereinrichtungen getroffen. Mit der späteren Sektoreneinteilung reduzierten sich diese Massnahmen auf einfachere Methoden des persönlichen Kontaktes.

Organisation und Methoden der Arbeit und die Aufgabenstellung blieben im grossen und ganzen die gleichen, bis auf die schnelle und starke Entwicklung der *Massenberichterstattung*, d.h. die Stimmungsberichte aus den Betrieben und den verschiedenen Schichten der werktätigen Bevölkerung. Diese Aufgabe war von dem PB in den Vordergrund gerückt worden, da durch die Störungen im Parteiapparat die Berichterstattung der unteren Parteileitungen zeitweilig ganz aussetzte. Zur Massenberichterstattung wurden sämtliche Zweige der mil[itär-].po[litischen]. Arbeit herangezogen, also auch die Anti-und Abwehrarbeit. Einen forcierten Charakter bekam ferner die bisherige BB-Arbeit, um Material über die Aufrüstung herbeizuschaffen für die internationale Kampagne. Ebenso wichtig wurden dann die Berichte über den Terror und die Misshandlungen, um an Hand konkreter Beispiele auch hier die internationale Kampagne zu unterstützen und zu steigern. Eine besondere Rolle spielte dabei der Reichstagsbrandprozess.[41]

Aber schon nach einigen Wochen der Illegalität zeigte es sich, dass sowohl die Aufgabenstellung wie die Methoden und organisatorische Formen der mil[itär-].pol[itischen]. Arbeit der neuen Lage entsprechend umgestellt werden mussten. Bestand bis zu Beginn der Illegalität mehr oder weniger die Meinung, dass die konspirativen Formen und Methoden der Apparatsarbeit, wie sie noch in der Legalität herausgebildet worden waren, auch für die Illegalität gültig sein würden, so zeigte die tatsächliche Lage unter der faschistischen Diktatur je länger desto mehr das illusionäre dieser Auffassung. Und hier setzte ein ernster Fehler ein, auf den ich schon mehrfach hingewiesen habe: Wir verschleppten die Umstellung, sowohl politisch in der Aufgabenstellung (die vorerwähnten neuen Aufgaben waren lediglich eine Anpassung an einige unmittelbare politische Bedürfnisse) wie organisatorisch in den Methoden und der Struktur der Apparatearbeit.[42] Die Gründe sind folgende:

1.) Unklarheit über das Neue in der Situation und das, was kommen wird. 2.) Die Vorstellung, jetzt keine „künstliche“ Unruhe und Unsicherheit in den Apparat zu tragen, der trotz zeitweiliger Störungen in den Verbindungen zum Reich und in

41 Zur durchaus wirkungsvollen und erfolgreichen Braunbuch-Kampagne zum Reichstagsbrandprozess siehe Dok. 325.

42 Das Scheitern des Übergangs der KPD in die Illegalität war nicht allein der Repressionspolitik der Nationalsozialisten, sondern auch den falschen Erwartungen der KPD- und Kominternführung geschuldet. Isoliert von der Komintern und ohne jegliche Unterstützung durch die Sowjetunion und ihre Apparate wurden erst ab Mai 1933 ernsthafte Maßnahmen zur Sicherung der politischen Führungsstrukturen getroffen. „Doch getreu dem Grundsatz, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, weigerten sich sowohl die Komintern als auch die KPD-Führung hartnäckig, zur Kenntnis zu nehmen, dass am 30. Januar 1933 nicht nur die demokratische Republik, sondern auch die KPD eine vernichtende Niederlage erlitten hatte und sich die Partei in einem schweren und opferreichen Überlebenskampf befand.“ (Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst der KPD, S. 307).

einer Reihe von Bezirken im Vergleich zum Parteiapparat sich noch eine gewisse Stabilität bewahrt hatte, auf [die] sich auch die Parteiführung stützen konnte.
3.) Die Befürchtung, unter dem Einfluss des Terrors und des gewaltigen Druckes auf die Partei zu falschen Massnahmen zu greifen.
4.) Die Absicht, diese Fragen von den erwarteten und bevorstehenden Moskauer Beratungen (XIII. Plenum) abhängig zu machen.[43]

Dieser vierte Punkt spielt z.B. noch eine entscheidende Rolle in der letzten Besprechung bei Jonny Schehr mit Reinhold [d.i. Hermann Dünow], wo im Prinzip schon Klarheit über die Dezentralisation bestand, ihre Verwirklichung aber einer gründlichen Beratung in einer ruhigeren Atmosphäre ausserhalb des Landes überlassen wurde. (Damals rechneten wir noch damit, dass Schehr bald ins Ausland nachkommen würde.)[44]

Auf jeden Fall wurde die Umstellung verschleppt. Die Verhaftungsaffäre Reinhold und Genossen Ende Dezember 1933[45] ist die ursächliche Konsequenz davon. Die individuellen Fehler dabei boten der Gestapo mehr oder weniger die Handhabe, die Liquidation der bisherigen Methoden und Struktur der Apparatsarbeit zu vollziehen, was wir selber – historisch gesehen – hinausgezögert hatten. Eine sehr empfindliche und verlustreiche Lehre. Die Umstellung in der Aufgabenstellung und den Methoden, der Uebergang zur Dezentralisation waren jetzt unausweichlich und die Aufgabe des Jahres 1934.

Die antimilitaristische Arbeit:
Das Zentrum dieser Arbeit lag bis zur Hitlerdiktatur bei den eigentlichen bewaffneten Formationen, der Reichswehr (Heer und Flotte) und der militarisierten Polizei. Auf die besonderen Bedingungen gegenüber den Ländern mit allgemeiner Wehrpflicht sei für hier nicht eingegangen. […]

Die Antiarbeit in der RW war besonders mühsam und kompliziert. Sie brach praktisch wenige Monate nach der Illegalität zusammen. Durch die Umstellung auf die allgemeine Wehrpflicht, die Massenmilitarisierung, die Entstehung des Arbeitsdienstes musste sie in ihren bisherigen Methoden sowieso liquidiert und besonders nach dem

---

43 Das XIII. Plenum des EKKI fand erst im Dezember 1933 statt. Siehe hierzu Dok. 344a.

44 John Schehr (1896–1934, in Berlin erschossen) wurde auf Beschluss der Komintern zum Nachfolger Thälmanns als Parteivorsitzender nach dessen Verhaftung bestimmt; es gab jedoch Auseinandersetzungen mit Ulbricht und Schubert. Im November 1933 sollte er – wie bereits Pieck, Dahlem und Florin – ins Ausland gehen, wurde jedoch am 13.11.1933 verhaftet. Als Reaktion auf den Parteimord an Alfred Kattner wurde er gemeinsam mit Eugen Schönhaar, Erich Steinfurth und Rudolf Schwarz auf einem Transport der Gestapo nach Wannsee erschossen (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, 780; Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst der KPD, S. 306f.).

45 Durch den Verrat Alfred Kattners wurde der im Inland verbliebene operative Leiter des MP-Apparats und Stellvertreter Kippenbergers, Hermann Dünow, am 18.12.1933 verhaftet, was einen weiteren Einbruch in den Apparat hervorrief. Die nationalen Strukturen außerhalb Berlins wurden dabei vorerst nicht beeinträchtigt (Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst der KPD, S. 315f.).

16. März 1935 auf eine andere Basis gestellt werden.[46] Wie weit das ausgereift ist, kann ich nicht mehr beurteilen.

Die Arbeit in der militarisierten Polizei (Schupo) war bedeutend erfolgreicher. Hier liessen sich vor allem im breiten Umfange legale Methoden mit den konspirativen verbinden: Ausnutzen gewerkschaftlicher Möglichkeiten (der Polizeibeamtenorganisationen, der Interessengemeinschaften ehemaliger Polizeibeamten), Ausnutzen der Länderparlamente bei den Etatberatungen und durch besondere Vorstösse, Ausnutzen der Polizeibeamtenzeitungen und die Möglichkeit, eigene halblegale Polizeizeitungen gewerkschaftlichen Charakters herauszugeben, offiziell gezeichnet von einem kommunistischen Parlamentarier mit offenen Artikeln bekannter Genossen (was wir länderweise ausnutzten). Besonders wichtig war, dass die Hauptmasse der Polizei in den revolutionären Zentren war. Das ermöglichte auch, die Arbeiterschaft selbst aktiv auf die Polizeiarbeit einzustellen. Ein anschauliches Beispiel ist der Berliner Verkehrsarbeiterstreik,[47] wo auf den Streikversammlungen Resolutionen an die Polizeimannschaften angenommen und Delegationen in die Kasernen geschickt wurden. Andererseits war es möglich, Polizeibeamtendelegationen unter konspirativen Vorsichtsmassnahmen auf Arbeiterversammlungen, besonders gewerkschaftliche, auftreten zu lassen.

Die in der Masse vorhandene republikanische Einstellung der Schupo (im Gegensatz zu der nationalistisch „unpolitischen“ der RW-Soldaten) gab günstige Anknüpfungspunkte. Das äusserte sich besonders deutlich bei dem Staatsstreich gegen die Preussenregierung im Juli 1932,[48] wo die Berliner Schupo dicht vor einer Meuterei stand und z.B. die Maikäferkaserne[49] drei Tage lang abgeriegelt war. (Hier hatte einer unserer Genossen, der offiziell der gewerkschaftliche Vertrauensmann dieser Kaserne war, die Panzerwagen fahrtbereit gemacht).

Neben der Ausnutzung der legalen Möglichkeiten wurden selbstverständlich die konspirativen Methoden analog der RW-Arbeit breit entfaltet, Vertrauensleute und Zellen geschaffen. Mitte 1932 fand die erste Reichskonferenz unserer Schupogenossen statt, wozu wir aus den wichtigsten Länder resp. Sparten der Schupo jeweils den besten und erprobtesten herangezogen hatten. [...]

Seit der Hitlerdiktatur rückte die *Antiarbeit in der SA* in den Vordergrund. Sie hatte einen wirklichen Massencharakter und wurde eine Aufgabe der Gesamtpartei und des Jugendverbandes und konnte im Apparat nur ergänzt werden durch die Herausgabe besonderer Materialien und die Organisierung von Oppositionsgruppen. Hier war faktisch alles im Fluss bis ins Jahr 1935 und musste an Hand der Beschlüsse des

---

46 Am 16.3.1935 verkündete Hitler unter Bruch des Versailler Vertrages die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht im Deutschen Reich.

47 Gemeint ist der BVG-Streik im November 1932. Siehe hierzu Dok. 301.

48 Zum „Preußenschlag“ vom Juli 1932 siehe Dok. 296a.

49 Die im Zweiten Weltkrieg zerstörte Maikäferkaserne befand sich in Berlin-Mitte (Chausseestrasse/ Oranienburger Vorstadt). Der Name ergab sich aus der Hauptexerzierzeit in Potsdam im April/Mai, der Hauptflugzeit der Maikäfer.

VII. Weltkongresses und der Parteikonferenz endgültig konkretisiert werden, ähnlich wie bezüglich der Antiarbeit in der Armee.

Die Arbeit in der SA bis 1933, wie auch beim Stahlhelm und auf anderer Ebene beim Reichsbanner, basierte auf den politischen Aktivitäten der Partei zur Radikalisierung der proletarischen und werktätigen Schichten in diesen Formationen. Die Aufgabe des Apparates bestand in der Gewinnung und Zusammenfassung der oppositionellen Elemente und der Hilfe bei der Herausgabe und Verbreitung oppositioneller Materialien (Flugblätter, Zeitungen, Kettenbriefe und dergl.) Der zentrale Apparat dieses Aufgabengebietes ermittelte die Erfassungen von Bezirk zu Bezirk, half praktisch bei der Entwicklung dieser Arbeit und konkretisierte und kontrollierte das Herausarbeiten einer wirksamen oppositionellen Linie (die nur bedingt ein offen kommunistisches Gesicht zeigen konnte). Diese Linie wurde im Ganzen bis 1935 beibehalten, unter Ausnutzung der gegebenen Möglichkeiten (Stahlhelmopposition 1933;[50] Illusionen von der „Zweiten Revolution";[51] 30. Juni 1934,[52] Einführung der allgemeinen Wehrpflicht; die Schwankungen in der Beurteilung der Rolle der SA durch das Naziregime, Ausnutzen des Gegensatzes zwischen den Bonzen und den einfachen SA-Männern; Enttäuschung über den „Sozialismus" des Dritten Reiches; wirtschaftliche Entbehrungen, Kriegsgefahr usw.).

Die Bearbeitung des Arbeitsdienstes wurde ab Mitte 1934 dem Jugendverband ausschliesslich übertragen.

Zur Unterstützung der C-Arbeit war im zentralen Masstabe (und später dementsprechend für die Sektoren geplant) ein Kreis von Genossen zusammengefasst worden, die selber aktiv in der SA auf verwandten Gebieten arbeiteten und noch arbeiten. Das waren im wesentlichen aus der SA, resp. dem Stahlhelm gewonnene und in der Zusammenarbeit erprobte Genossen, die bis zu Beginn der Illegalität organisatorisch in der „Leiko" zusammengefasst waren. Ausser in Berlin, wo die Existenz der zentral funktionierenden Leiko eine besondere Berliner Leiko unzweckmässig machte, gab es in allen stärkeren Bezirken bei der Bezirks-LK eine solche mehr oder weniger brauchbare Leiko. Diese Leiko war ein wichtiges Instrument zur Entwicklung der speziellen Aufgaben in der C-Arbeit, nämlich der Gewinnung der sogenannten „offiziersähnlichen" Elemente aus dem Lager der Bourgeoisie. In diesem Zusammenhang war die Leiko der konspirative Kern der Aufbruch Kreise[53] (der um die Zeit-

---

50 *Stahlhelmopposition*: Die Opposition breiter Kreise des als Bund der Frontsoldaten gegründeten „Stahlhelm" (siehe Dok. 169) gegen die von Hitler verfügte Integration in die SA im Jahre 1933.

51 SA-Führer Ernst Röhm wurde 1934 von Hitler angeklagt, eine „zweite Revolution" geplant zu haben, seine Forderung untermauerte er mit der Notwendigkeit einer radikaleren sozialen Umgestaltung.

52 *30. Juni:* Die von Hitler organisierte Niederschlagung des „Röhm-Putsches" am 30.6.1934 („Nacht der langen Messer"), die den Respekt Stalins erheischte (siehe Dok. 146).

53 *Aufbruchkreise*: Nach dem Übertritt Richard Scheringers von der NSDAP zur KPD 1931 wurden im Sinne des neuen nationalen Diskurses der KPD („nationale und soziale Befreiung") sog. Aufbau-Arbeitskreise (AAK) um die Zeitschrift *Aufbruch – Kampfblatt im Sinne des Leutnants a. D. Scheringer*

schrift „Aufbruch“ zusammengeschlossenen Scheringer-Bewegung). Da es sich bei den Genossen der Leiko fast ausschliesslich um konspirativ arbeitende Genossen handelte, deren Aufgabe u.a. darin bestand, ihre eigenen Positionen im Lager der Bourgeoisie zu halten, war die Leiko ferner ein wichtiger Stützpunkt für die Nachrichtenarbeit. Mit dem Eintritt der Illegalität wurde die Leiko in ihrer organisatorischen Form liquidiert, zum Teil in kleinere Gruppen der direkten Zusammenarbeit einzelner ihrer Mitglieder überführt. Eine solche Gruppe für die SA-Arbeit im Rahmen des Berliner Sektors bestand noch bis Anfang 1935 mit den Genossen:

Klaus[54] ehemaliger Hitlerjugendführer und Mitarbeiter des Major Probst
Lange[55] SS-Mann und „alter Kämpfer“
Werner[56] ehemaliger Stahlhelmfunktionär
Harald[57] SA-Funktionär (M-Schüler 1934/35)

(Nr. 1, Juli 1931) gebildet (Scheringer-Bewegung). Maßgeblich Kippenberger gelang es, Anhänger einer „konservativen Revolution“ und NS-Dissidenten um die KPD zu gruppieren. Stalin legte grossen Wert auf die Gewinnung der „Nationalkommunisten“. Die teils aufklärerisch, teils nachrichtendienstlich wirkenden Arbeitskreise mit Rudolf Rehm, Josef „Beppo“ Römer, Gerhard Giesecke und von KPD-Seite Ludwig Renn und Alexander Graf Stenbock-Fermor wurden nach Verhaftungen bzw. der Flucht der Verantwortlichen 1933 aufgelöst. Später entwickelte vor allem Römer bedeutsame Widerstandsaktivitäten (1939–1941). Zur Klassifizierung und zum umstrittenen Konzept siehe: Armin Mohler: Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch (1950), völlig überarbeitete und erweiterte 6. Auflage, hrsg. von Karlheinz Weißmann, Graz, Ares, 2005. Zur *Aufbruch*-Bewegung neuerdings: Alexander Bischkopf: „Aufbruch“ zwischen den Fronten? Der „Fall Scheringer“ in der Werbestrategie der KPD um das nationalsozialistische Wähler- und Mitgliederpotential, Phil. Diss., Technische Universität Berlin, 2013; weiterhin: Susanne Römer, Hans Coppi (Hrsg.): „Aufbruch“. Dokumentation einer Zeitschrift zwischen den Fronten, Koblenz, Verlag Dietmar Fölbach, 2001; Richard Scheringer: Das große Los. Unter Soldaten, Bauern und Rebellen, Damnitz Verlag, 1979; Id.: Grüner Baum auf rotem Grund. Unter Soldaten, Bauern und Rebellen, Jubiläumsausgabe zum 100. Geburtstag des Autors, Rostock, BS-Verlag, 2004; Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst der KPD, S. 231–236; Geschichte der Militärpolitik der KPD. 1918–1945, Berlin (Ost), Militärverlag der DDR, 1987, S. 226–230.

54 *Klaus (Ps.):* Pseudonym nicht aufzulösen.

55 *Lange (Ps.):* Pseudonym nicht aufzulösen.

56 *Werner (Ps.):* Möglicherweise der „Leiter des Exekutivdienstes der Berliner Politischen Polizei, Kriminalrat Werner (Bischkopf: „Aufbruch“ zwischen den Fronten, S. 112).

57 Harald (Ps.), d.i. Wilhelm Thews (1910–1943), Ps. Harald Ziehmke, Bruno Lehmann, Friedrich Wehnert), Tiefbautechniker, 1931 Mitglied im Stahlhelm, 1932 in der SA. Wurde im Sommer 1932 für den AM-Apparat der KPD gewonnen, ab 1933 Parteimitglied. 1934/35 Kursant der M-Schule der Komintern in Moskau. 1935 Rückkehr nach Deutschland, dort Bauleiter beim Reichsautobahnbau und illegale Arbeit für den Abwehrapparat der KPD. 1936 Flucht nach Spanien, dort Ausbilder bei den Interbrigaden, anschl. in französischen Internierungslagern, 1941 an der spanisch-französischen Grenze verhaftet und an Deutschland ausgeliefert. Am 2.11.1942 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 8.3.1943 hingerichtet (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 932; Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Thews, Wilhelm“, dort Hinweis auf „Harald“ als Pseudonym).

Von den für die Aufbruch-Arbeit besonders tätigen Genossen der Leiko wurde Rehm kurz nach dem Reichstagsbrand verhaftet (Rehm war früher der Gauleiter der NSDAP für das Berlin-Brandenburger Landgebiet).[58] Er gab eine Erklärung ab, sich nicht mehr politisch zu betätigen und wurde als Schwerkriegsbeschädigter auf Intervention hoher nationalistischer Stellen bald wieder freigelassen. Dass er Verrat geübt hat, ist nicht sichtbar geworden. *Korn* ebenfalls ein ehemaliger Gauleiter der NSDAP,[59] hat noch bis Anfang 1935 allgemein illegale Arbeit geleistet, er war schon Ende 1932 aus der Leiko ausgeschieden. *Renn* (Freiherr von Golzenau) ist noch in Haft,[60] ebenso *Dr. Beppo-Römer* (ehemaliger Freikorpsführer). Römer soll kürzlich abgeurteilt worden sein.

Die Aufbruchleute *Bodo Uhse*[61] und *von Salomon* waren von der [Arbeit] ferngehalten worden (besonders von Salomon galt als unsicherer Kantonist), sie sind bei[de] meines Wissens z.Zt. in Paris.[62]

Zur Zentralen Leiko rechnete ferner von *Moubeuge*,[63] obgleich er in Oberschlesien ansässig war (ehemaliger Freikorpler, jetzt Gutsbesitzer) er hielt sich jedoch viel in Berlin auf. Er ist 1933 verhaftet worden und sitzt in W[estdeutschland] heute noch.

Einige weitere Genossen der Berliner Leiko sind am zweckmässigsten bei der N'Arbeit zu erwähnen.

---

58 Rudolf Rehm, geb. 1897, verließ kurz nach Strasser aus Ablehnung des parlamentarischen Weges die NSDAP und wurde Organisationsleiter der Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten (KGRNS) – „Schwarze Front" – trat ca. 1930 zur KPD über. Zeitweilig Geschäftsführer des *Aufbruch*. Nach kurzzeitiger Verhaftung 1933 wegen seiner schweren Kriegsverletzung entlassen, verlieren sich seine Spuren (Bischkopf: Aufbruch zwischen den Fronten, S. 244f.).

59 Wilhelm Korn, geb. 1899 in Nagy Kikinda, Ungarn, Leutnant a.D., war bis Mitte 1930 Leiter der NS-Führerschulen bei der Gauleitung Brandenburg und gezielt für die KPD als Spitzel in der NSDAP tätig.

60 Der Schriftsteller Ludwig Renn, urspr. Baron Arnold Vieth von Golzenau, 1889–1979, 1928 Mitglied der KPD, veröffentlichte historische Romane („Krieg", 1928, „Nachkrieg", 1930). 1932 wegen „literarischen Hochverrats" verhaftet. Nach Verurteilung im Januar 1936 Flucht über die Schweiz nach Spanien, im Bürgerkrieg Kommandeur des Thälmann-Bataillons, 1941–1946 Präsident der Bewegung Freies Deutschland in Mexiko. Starb 1979 hochgeehrt in der DDR (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 723f.).

61 Bodo Uhse (1904 Rastatt – 1963 Berlin) – Journalist, Schriftsteller, zunächst Bund Oberland- und NSDAP-Mitglied, dann über Verbindung mit Bruno von Salomon Hinwendung zur KPD. 1934 Ausbürgerung, 1935 in Paris Parteieintritt. Politkommissar im spanischen Bürgerkrieg, dann mit Ludwig Renn in Mexiko. Nach Rückkehr in der DDR Leiter der kulturpolitischen Zeitschrift *Aufbau*. Für kurze Zeit noch Chefredakteur von *Sinn und Form* (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 951).

62 Es handelt sich um Bruno von Salomon (1900 Stettin – 1952), einen Bruder des Freikorpskämpfers Ernst von Salomon. Weltkriegsoffizier, dann Journalist in der Landvolkbewegung, Hinwendung zur KPD. Emigration mit Uhse, nach Münzenberg von Ulbricht in der Pariser Volksfront gegen ihn eingesetzt (siehe Dok. 429). Nach dem spanischen Bürgerkrieg in der KP Frankreichs und der Résistance.

63 Ein „von Moubeuge" war den Recherchen von Alexander Bischkopf zufolge sowohl in der Leiko als auch im Aufbruch-Kreis tätig, seine Identität wird jedoch nicht konkretisiert (Bischkopf: „Aufbruch" zwischen den Fronten, S. 108).

Im Reich war die Leiko weniger Stützpunkt der spez. C-Arbeit und der N-Arbeit, als mehr Rückhalt der Aufbruchbewegung. Genannt sei besonders die Münchner Gruppe, wo der Bruder von Beppo Römer (Redakteur der Münchener Neuesten Nachrichten[64]) eine gute Arbeit entwickelte bis lange in die Illegalität, bis er verhaftet und in W. vor kurzem abgeurteilt wurde. In Westdeutschland war die Düsseldorfer Leiko die aktivste, wo u.a. *Ebeling* mit seinem Kreis (ehemaliger Freikorpsoffizier)[65] bis ins Jahr 1935 weiter arbeitete.

Der Nachrichtenapparat:
Vorerst ergab sich eine selbstverständliche N'Arbeit aus der Anti-Arbeit, sowohl bei der Armee, wie bei der Polizei und bei den faschistischen Formationen. Die Verbindungen dorthin waren zur regelmässigen Berichterstattung angehalten auch über solche Dinge, die nicht für die Antiarbeit ausgewertet werden konnten, sondern nur informatorischen Charakter trugen. In einer Reihe von Fällen wurden bestimmte Vertrauensleute von jeder aktiven Antiarbeit von vornherein ferngehalten, wenn ihre nachrichtenmässigen Möglichkeiten wertvoller erschienen. Die Sachbearbeiter für die RW und Polizeiarbeit wie für die C-Arbeit hatten also auch sehr wichtige nachrichtenmässige Funktionen, die sie zum Teil losgelöst von der Antiarbeit weiterentwickeln mussten, um zur Herstellung von Spitzenverbindungen zu kommen.

Hierbei wurde im einzelnen entschieden, wie weit solche Gesichtspunkte oder gewonnene Verbindungen in den Händen des Sachbearbeiters verblieben oder der speziellen Bearbeitung überwiesen wurden (im zentralen Massstabe also von Viktor [d.i. Leo Roth] oder evtl. auch an BB).

Das wichtigste Mittel zur Herstellung von Nachrichtenverbindungen war die Partei selber. Konsequent wurden die unteren Parteieinheiten und die Massenorganisationen „durchgehechelt", um Ansatzpunkte ins gegnerische Lager aufzuspüren. [...]

Im Laufe der Jahre hatte sich für diese Aufgabe ein Kreis von Genossen herausgebildet, der auf diesem Zweig der Apparatsarbeit unter Ausnutzung besonders günstiger Voraussetzungen erfolgreich eingesetzt werden konnte. [...]

Zum Teil wurden diese Genossen, soweit sie erprobt waren und ihre Arbeit auf verwandtem Boden lag, miteinander verbunden und ein kombiniertes System ihrer

64 *Münchner Neueste Nachrichten*: In den 1930er Jahren größte Tageszeitung Süddeutschlands. Katholisch-monarchistische, jedoch antinationalsozialistische Orientierung. 1933–1935 „gleichgeschaltet".
65 Es handelt sich um Dr. Hans Ebeling (1897–1968). Er war nationalrevolutionärer Publizist, führender Kopf der bündischen Jugendbewegung der Weimarer Republik. Herausgeber (mit Ernst Jünger) der Zeitschrift *Die Kommenden*; später koordinierte er den Widerstand politischer Jugendgruppen von den Niederlanden aus. Nach 1945 in Westdeutschland u.a. Leiter der Zeitschrift *Die Brücke* und der *Grauen Blätter* (mit Arno Klönne). Siehe u.a.: Fritz Schmidt: Ein anderes Deutschland. Widerstand und Verfolgung durch NS-Organe. Der Kreis um Hans Ebeling und Theo Hespers im Exil, Vorwort von Arno Klönne, Edermünde, Achims Verlag, 2005.

Arbeit entwickelt. Das ergab sich in erster Linie bei den Genossen der Leiko und zwar ausser denen, die schon genannt wurden, für:

Gen. *Moritz*: (H.H. von Renke [d.i. Ranke][66]), bis 1933 verantwortlicher Angestellter der Lufthansa, mit wichtigen gesellschaftlichen, diplomatischen und politischen Verbindungen, Mitte 1933 emigriert und nach Paris beordert zur Entwicklung der dortigen N-Arbeit.

Ludwig (Engel):[67] bis Ende 1933 Funktionär in verschiedenen verantwortlichen Stellen, nach der Gleichschaltung der Gewerkschaften kommissarisch beim Metallarbeiterverband, dem Nazi-Kommissar für Liduose (Sprengstoffkonzern). Anfang 1934 emigriert und im Saargebiet für die Antiarbeit bei der SA eingesetzt (1934/35 M-Schüler).[68]

Engel[69] ehemaliger Fliegeroffizier. Bei Beginn der Illegalität verhaftet und seitdem nichts wieder gehört.

Günther (Dr. Heimfoth [d.i. Heimsoth])[70] ehemaliger Freikorpsoffizier, Duzfreund von Röhm und Heydrich, dem Stellvertreter Himmlers bei der Gestapo. Am 30. Juni 1934 erschossen. Heimsoth hatte u.a. wichtige Verbindungen zu Industriellenkreisen im Ruhrgebiet.

Nicht zur Leiko gehörig, aber teilweise in kombinierter Arbeitsmethode für die zentrale N-Arbeit zusammengefasst oder mit einander verbunden waren die Genossen:

---

66 Handschriftlich verbessert in: „Ranke". Hans Hubert von Ranke (1902–1978). Sohn des königlichen Offiziers Heinrich von Ranke; Freund von Beppo Römer, nach Ende des 1. Weltkriegs Freikorps; hoher Lufthansa-Angestellter, von Kippenberger für den AM-Apparat der KPD gewonnen. Aktivist der Aufbruch-Arbeitskreise, später Freiwilliger in Spanien, dort zunächst nachrichtendienstlich tätig, dann Bruch mit der KPD, Internationale Brigaden. 1938 Bruch mit der KPD. In Frankreich 1939 Verpflichtung als Arbeitssoldat, Anschluss an die gaullistische *Résistance*. Nach 1945 Journalist u.a. beim Bayrischen Rundfunk (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 700f.; siehe auch seine unveröffentlichten Erinnerungen („Zwischen Traum und Wirklichkeit") im Institut für Zeitgeschichte, München).
67 Höchstwahrscheinlich der als Spitzel für die KPD innerhalb der NSDAP eingesetzte Rudolf Engel (1903–1993). Nach mehreren kurzen Verhaftungen (u.a. Einsatz im Saargebiet) in Moskau nachrichtendienstliche Ausbildung, dann Spanien, und nachfolgend Internierung in Frankreich. Flucht und Mitglied der *Résistance* und der Bewegung „Freies Deutschland" für den Westen (CALPO). 1950 Direktor der Akademie der Künste der DDR und hochgeehrter Außenpolitiker. Siehe: Rudolf Engel: Feinde und Freunde, Berlin (-Ost), 1984.
68 Die militärpolitische Schule der Komintern in Moskau stellte im Zusammenhang mit den Säuberungen und der erzwungenen Auflösung des Kippenberger-Apparats bereits im Mai 1935 ihre Kurse ein (Herlemann: Kaderschulen, S. 226).
69 *Engel:* Identität nicht zu eruieren.
70 *Günther (Dr. Heimfoth):* D.i. Dr. Karl-Günter Heimsoth, geb. 1899, deutscher Arzt und Wissenschaftler, mit Arbeiten zur Homosexualität; Freikorpsaktivist mit Beziehungen zu Römer und Ernst Röhm.

Schello[71] (führender Stahlhelmer und Offiziersverbindung. Bis Anfang 1935 noch in Funktion).

Olga[72] (verstorbene Frau von Moritz), mit wichtigen gesellschaftlichen, beruflichen und diplomatischen Beziehungen.

Erika,[73] Tochter eines der grössten Mecklenburger Gutsbesitzers, mit wichtigen verwandtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen. Bis Ende 1935 noch in Funktion.

Trevi[74] ehemaliger Offizier in beruflich und gesellschaftlich wichtigen Positionen, bis Anfang 1935 noch in Funktion.

Grete[75] Tochter eines höheren RW-Offiziers, mit wichtigen gesellschaftlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen, bis 1935 noch in Funktion.

Liselotte,[76] Tochter eines Ruhrindustriellen mit wichtigen verwandtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen, bis 1935 noch in Funktion.

Diese Genossen waren gewissermassen der Stamm der N-Arbeit, auf die sich darüber hinaus eine Reihe weiterer Arbeiten stützte, die sich aus den Bedingungen der Illegalität ergaben. [...]

Neben der spez. N-Arbeit war die massenmässige Berichterstattung aus den Betrieben usw. eine Aufgabe sämtlicher Genossen des Apparates einschliesslich der speziellen Arbeiter.

In der speziellen BB-Arbeit ist neben den Aufgaben für die konkrete Hilfe zum Aufbau der Sowjet-Industrie, wie sie besonders gross in den letzten Jahren der Legalität gestellt worden war (natürlich nicht mit dieser speziellen Motivierung), vor allem die Berichterstattung über alle Vorgänge auf dem Gebiete der Rüstungsindustrie dominierend geworden. Ihre Ergebnisse wurden sowohl in den illegalen Materialien der Partei im Lande zum Kampf gegen den Chauvinismus und die faschistische Kriegspolitik ausgenutzt, wie unter Ausnutzung der imperialistischen Gegensätze, besonders der ausländischen Presse zur Steigerung der Antihitlerkampagne zugeführt.

Aehnlich wurden die vorhandenen und neugeschaffenen diplomatischen und ausländischen Presse-Verbindungen zur Entfachung und Verstärkung der Antiterrorkampagne ausgenutzt, sowie zu speziellen Hilfeleistungen bei wichtigen Anlässen, wie dem R[eichs]T[ags]-Brandprozess, grossen Verhaftungen, den drohenden Hin-

71 Schello (Ps.): Pseudonym nicht auzulösen.
72 Olga (Ps.): Rankes erste Ehefrau war Olga-Maria von Abonyi (1904 in Bukarest – 1933). Durch sie erhielt von Ranke „Anschluß an intellektuelle Kreise" (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 700).
73 Erika (Ps.): Pseudonym nicht auzulösen.
74 Trevi (Ps.): Pseudonym nicht auzulösen.
75 Grete (Ps.): Pseudonym nicht auzulösen.
76 Lieselotte (Ps.): Pseudonym nicht auzulösen.

richtungen, dem bevorstehenden Thälmannprozess.[77] Obgleich diese Aufgaben sich vielfach mit den Aufgaben der Abwehr deckten, waren sie im allgemeinen doch ein Bestandteil der speziellen N-Arbeit.

Die Abwehr-Tätigkeit:
Wir unterscheiden offensive und defensive Aufgaben in der Abwehrarbeit und erteilten dementsprechend etwas die Verantwortlichkeit unter den Genossen der Abw[ehr]-Abtlg. Die praktischen Anforderungen aus der lebendigen Parteiarbeit drängten diese Doppelseitigkeit in der Aufgabenstellung immer wieder zurück zugunsten der offensiven Seite, sodass wir zeitweilig überlegten, die offensive Abwehr mehr oder weniger zu verselbstständigen.

In gewissem Umfange war das in den letzten 1–2 Jahren vor der Illegalität geschehen durch den Einsatz besonderer Mitarbeiter für offensive Zwecke und die Uebertragung bestimmter offensiver Abw-Aufträge an die entsprechenden Abteilungen der LK. So zu den N[achrichten]-Stellen der RW (der sogenannten Abwehrstelle des RWM)[78] an den *speziellen N[achrichten]D[ienst]*. Zum Nachrichtenapparat des Stahlhelm (der als N-Stelle Dankwarth mit dem ND der DNVP) und dem sogenannten „Wirtschaftsdienst," das war der ND der Schwerindustrie, beide finanziert durch Hugenberg, liiert war und als internes Informationsmaterial den O-D[79] herausgab) an das *Arbeitsgebiet* D[80] der LK. Ebenso zu dem Nachrichtenapparat der SS an C.[81] Als diese beiden Einrichtungen Ende 1933, Anfang 1934 in der Gestapo aufgingen, wurde diese Verpflichtung für C praktisch hinfällig. Der ND der SPD usw. war praktisch schon in den ersten Wochen der faschistischen Diktatur liquidiert durch die Emigration seiner leitenden Leute (Giesling, Eisner), resp. Verhaftung (Mendt). Der N- und Spitzelapparat der Unternehmerorganisation neben dem vorgenannten Wirtschaftsdienst) wurde ständig von Abw. selbst bearbeitet, da es sich hier um eine reine Spitzelorganisation ausschliesslich gegen die Betriebszellen der Partei und die betrieblichen RGO-Gruppen handelte. Mit der faschistischen Diktatur verschwanden diese (zentralen) Spit-

---

77 *Thälmannprozess:* Auf Drängen von Reichsjustizminister Franz Gürtner und Reichspropagandaminister Goebbels bei Hitler wurden nach den für das Regime negativen Erfahrungen mit dem Reichstagsbrandprozess die Prozessvorbereitungen gegen Thälmann abgesetzt. Angaben in: Eberhard Czichon, Heinz Marohn: Die Verfolgung. Recherchen über Thälmann. In: *Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Linkspartei*. PDS, März 2006, http://archiv2007.sozialisten.de/politik/publikationen/kpfmitteilungen/view_html?zid=32251&bs=1&n=6.

78 RWM (Abk.): Das Reichswehrministerium.

79 *O-D (Abk.):* Ordnerdienst. Die Satzkonstruktion ist im Original belassen

80 *Arbeitsgebiet D:* Die „D-Arbeit", später das „BB-Ressort" war für (Industrie-)Betriebe einschließlich der Unternehmerorganisationen zuständig. Sie umfasste „hauptsächlich Betriebsberichte technischen und wissenschaftlichen Charakters sowohl zur Entlarvung der technischen und industriellen Kriegsvorbereitung", als auch die „Nachrichtenarbeit, also die Industriespionage" (Bischkopf: „Aufbruch" zwischen den Fronten, S. 102).

81 *„C":* D.i. „C-Arbeit", d.h. „Gewinnung der sogenannten ‚offiziersähnlichen' Elemente aus dem Lager der Bourgeoisie" (Bischkopf: „Aufbruch" zwischen den Fronten, S. 108).

zelorganisationen, ihre Aufgaben wurden teils von der NSBO,[82] teils von dem ND der SS und dem der Gestapo übernommen.

Der wichtigste Teil der offensiven Abw-Arbeit jedoch, der gegen die Polit-Polizei, resp. die Gestapo, blieb Aufgabe der Abw. Sie wurde bis zuletzt nur sehr ungenügend gekösr [gelöst], sowohl zentral wie bezirklich. Die relativ wenigen vorhandenen Verbindungen gingen in den ersten Monaten der Illegalität noch fast ganz verloren als Folge der radikalen Umstellung in der Polit[ischen] Polizei durch die Faschisten, ganz besonders in Preussen. Die Veröffentlichung einiger interner Materialien durch unsere Presse im Sommer 1933 und im [in der] Dezemberaffäre[83] (aus der Pol.Polizei, resp. Gestapo) bei der wahrscheinlich einige weitere die Gestapo betreffende Materialien gefunden worden sind, haben die Säuberungsmassnahmen noch beträchtlich vermehrt und eine solche Angststimmung erzeugt, dass auch die letzten Reste in Verbindungen passiv wurden. Das änderte sich erst etwas gegen Ende 1934, Anfang 1935, wo sich wieder Anzeichen einer Auflockerung bei der Gestapo bemerkbar machten, sowohl zentral wie bezirklich, und Voraussetzungen zu einer systematischen offensiven Abw-Arbeit spürbar wurden. Voraussetzung dazu ist eine planmässige Kleinarbeit, um sich eine Gesamtübersicht über den Personalbestand der Gestapo zu verschaffen, und sei diese vorläufig noch so lückenhaft. Dazu müssen mit Hilfe der Verhafteten und der Entlassungen die Namen der Beamten gesammelt wurden, Beurteilungen, Mitteilungen über den Verlauf der Vernehmungen (aus der Fragestellung lassen sich Schlüsse auf die Ressortverteilung ziehen), Adressen der Hilfsbeamten, der Aufwartefrauen, der Stenotypistinnen, usw. [...]

Ohne eine gewisse Entwicklung der offensiven Abwehr wird auch ihr defensiver Teil sich nie ganz bewältigen lassen. Bis jetzt hatte dieser Zweig der Abwehr, allgemein gesprochen die eigentliche *Abwehr*, zu sehr die Funktion einer Feuerwehr, ja selbst das unbedingt, da sie oft genug zum Löschen zu spät kommt und nur noch eine Branduntersuchung zu machen vermag. Die Verhütung solcher Brände der Verhaftungsaktionen der Gestapo, bezw. deren Eindämmung ist in erster Linie eine Frage der richtigen Konspiration in der revolutionären Arbeit. Deshalb lag ein Hauptteil der Abwehraufgaben darin, möglichst konkrete Feststellungen über die Ursachen und Zusammenhänge der Verhaftungsaktionen zu machen, die praktischen Lehren daraus zu ziehen und sie der revolutionären Arbeiterschaft bekannt zu machen. Deshalb die Belieferung der illegalen Betriebs- und Wohngebietszeitungen, des illegalen Pressedienstes und der illegalen Literatur mit solchen Lehren und Auswertungen von Verhaftungsaffären, wie sie sich als eine wichtige Aufgabe der Abwehr 1934/35 immer stärker entwickelte. Deshalb auch die Herausgabe besonderer Abwehrmaterialien an

---

82 Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (siehe hierzu Dok.324).

83 *Dezemberaffäre:* Durch den Verrat Kattners wurde der faktische Leiter des KPD-Nachrichtendienstes im Dezember 1933 verhaftet. Angesichts des Versagens der KPD-Abwehr verschlechterten sich die Beziehungen zwischen der Inlandsleitung der KPD und dem Nachrichtendienst erheblich (siehe: Sassning: Thälmann, Dünow, Wehner, S. 559).

die revolutionären und antifaschistischen Organisationen – besonders Merkblätter, Warnungslisten, Bildmaterialien, und der Austausch von Spitzellisten und ähnlichem von Organisation zu Organisation (auch ausserhalb des Landes, wie 1934 in Paris, Prag, Amsterdam und anderen Zentren der Emigration eingeleitet im Austausch mit Gewerkschafts- und SPD-Stellen).

Ohne Zweifel lag eine der Hauptschwächen in der praktischen Arbeit der Abwehr darin, dass sie es unter den Bedingungen der Illegalität mehr und mehr entlarvt [versäumt?] hatte, die Kräfte der Partei selber für die Abwehr zu mobilisieren. Das hatte zur Folge, dass sie auch organisatorisch losgelöst von dem Parteileben – besonders in den unteren Parteieinheiten – ihre Aufgaben zu lösen versuchten, und nicht damit fertig wurden. Dieser Zustand wurde Ende 1934 Anfang 1935 ganz deutlich sichtbar. Die Abwehrabteilungen wurden praktisch „Stäbe" bei den diversen Parteileitungen (und auch hier war der Kontakt manchmal sehr unzulänglich), ohne Verbindungen und Verankerungen bei den unteren Parteieinheiten. Ein Beispiel im Zusammenhang mit der Verhaftung der LL[84] im März 1935 mag das verdeutlichen: [...]

Eine Verhaftung solchen Ausmasses bleibt in dem engeren Gebiet, wo sie stattfindet, nicht unbekannt. Das Gebiet wusste man. Aber keiner der Genossen kam auf den einfachen und nahliegenden Gedanken, die Parteiorganisation dieses Gebietes zu mobilisieren und an die entsprechende Gebiets- oder Zellenleitung heranzugehen. Statt dessen bemühte sie sich ausschliesslich von aussen oder oben her – über die Gestapo selbst, durch den Versuch, die Verbindung mit den Verhafteten herzustellen und dergl. – das Rätsel zu lösen. Sie verstanden also nicht, alle Methoden zu kombinieren und die Aktivierung von unten positiv auszunützen. Das als Beispiel an einem Teilausschnitt der Gesamtarbeit der Abwehr, um die Schwächen sichtbar zu machen. Solche Beispiele – und es gab ihrer viele – mussten dazu dienen, den fast durchweg neuen Genossen in der Abw. die Erfahrungen zu vermitteln und methodisch Anleitungen für die Praxis ihrer Arbeit und die organisatorischen Methoden im Aufbau des Apparates zu geben. [...]

Auf der Basis der Einheitsfrontbewegung unter der Arbeiterschaft im Lande, wenn sie durch die gesamte Politik der Partei energisch und erfolgreich entfaltet wird, lassen sich für die Abwehr ohne Zweifel starke Kräfte und Reserven mobilisieren. Der Abwehrapparat wird an seinen Perepherien einen überparteilichen Charakter haben, wie das in einzelnen konkreten Fällen schon im Verlauf des Jahres 1935 mit Erfolg auf den verschiedensten Gebieten der mil.pol. Arbeit erreicht worden ist (in der Antiarbeit[85] und N-Arbeit[86] z.B. in Westdeutschland, in Magdeburg, zum Teil in Sachsen usw.), in der Abwehrarbeit u.a. mit gutem Beispiel gelegentlich der Schröderaffäre

84 LL (Abk.). Es handelt sich um die Verhaftung der Berliner als letzter noch agierender KPD-Landesleitung. Siehe hierzu Dok. 361 und 375.
85 *Antiarbeit*: Die operative Tätigkeit innerhalb der Armee, der Polizei oder den NS-Formationen.
86 *N-Arbeit*: Nachrichtenarbeit.

im Zeitzer Gebiet.[87] Auf die Entwicklung in gleicher Richtung in der Abw-Arbeit vom Ausland her war schon hingewiesen worden.

Ohne Zweifel hat die Gestapo in Verbindung mit dem faschistischen Terror gegen die Arbeiterklasse die raffiniertesten und „gewagtesten" Methoden der Spitzelei gegen die Kommunisten entwickelt. In früheren Berichten habe ich beschrieben, mit welcher Systematik und wie sie dabei „auf Sicht" arbeitet. Natürlich bleibt sie von der allgemeinen Entwicklung im Lande nicht unberührt und ist oft gezwungen, gegen den eigenen Willen auf die konsequente Durchführung ihrer taktischen Manöver und Absichten zu verzichten. Durch eine erfolgreiche Abwehr wird sie in noch viel grösserem Ausmasse in ihren Plänen gestört werden.

Dazu wird nach wie vor die genaue und zähe Untersuchung einzelner Verhaftungsaktionen gehören. Die gründlich angelegte Enquete über die Vorgänge in der RH im Jahre 1934[88] hat sehr vieles und reichhaltiges Material über die neuen Methoden der Gestapo geliefert, zweifellos manche Tips für andere Fälle gegeben. Das bedinge eine konsequente Weiterbearbeitung aller solcher „Standardfälle", nicht nur, um deren Verbleib zu entlarven, Spitzel zu beobachten, sondern um den evtl. Hintergründen und vorläufig unsicht[bar] gebliebenen möglichen grösseren Zusammenhängen nachzuspüren.

Reinhold [d.i. Hermann Dünow] hatte im Herbst 1933 den Fehler gemacht, die einzelnen Verhaftungen dieser Zeit einzeln zu betrachten und sich einzeln zu erklären. Er hat diesen Fehler zu spät eingesehen. Man muss, wenn man die Gestapo ernst nimmt, auch die grossen Verhaftungsaffären überprüfen. Das war im wesentlichen die Aufgabe des zentralen Abw[ehr].Apparates und der Anlass, warum ich mich mit einigen Abw-Fällen grösseren Formates sehr intensiv selbst beschäftigte. Die Abwehrarbeit ist in sehr ausgeprägter Form eine kontinuierliche Arbeit. Durch die innerparteilichen Vorgänge schon bald nach Beginn der Illegalität waren die Bedingungen dazu sehr ungünstig, und manchmal objektiv sehr vorteilhaft für die Machinationen der Gestapo.

Den innerpolitischen Vorgängen ständig die grösste Aufmerksamkeit zuwenden, ist deshalb von jeher eine sehr entscheidende Aufgabe der Abwehr gewesen. Die

---

87 *Schröderaffäre*: „1935 gelang es der Gestapo, einen Spion (Luise Schröder) in den Widerstand einzuschleusen. Durch sie gelang es der Gestapo im März 1935 bei einer Versammlung in der ‚Gaststätte Reiche' ca. 250 Widerstandskämpfer zu verhaften. […] Zu diesen Massenverhaftungen kam es nicht nur durch das Einschleusen von Spionen, sondern auch durch willkürliche Verhaftungen und darauffolgende Folterungen, wodurch viele Widerstandskämpfer verraten wurden. Im April 1936 begannen die Prozesse gegen die führenden Widerstandskämpfer in Magdeburg und Naumburg. Die Prozesse gingen mit hohen Zuchthausstrafen für die Widerstandskämpfer aus. Nach dem Verbüßen der Strafen wurden viele in KZs verschleppt oder zur Strafdivision 999 eingezogen." (Jens Bittner, Thomas Bräuer, Sven Döring u.a.: Der antifaschistische Widerstandskampf im Kreis Zeitz, http://www.fys-online.de/wissen/ge/widerstand.htm).

88 *Vorgänge in der RH:* Wahrscheinlich ging es um die Affäre der Roten Hilfe in Kopenhagen, wo sich eine Gruppe von Politemigranten heftig gegen die Emigrationsleitung und die Leitung der Roten Hilfe auflehnte. Siehe ausführlicher Dok. 401.

Geschichte der Arbeiterbewegung, die Geschichte der Bolschewiki, die Geschichte unserer Partei selbst bietet viele Beispiele, wie durch innerparteiliche „Risse" der Gegner mit den subtilsten Methoden einzudringen versteht. Unter den Bedingungen der Illegalität ist hier eine ganz besondere Empfindlichkeit ganz besonders notwendig. Auch das war ein Komplex von Erfahrungen, der vielfach den neuen Mitarbeitern der Abwehr erst neu vermittelt werden musste.

Die Parteikonferenz hat festgestellt,[89] dass ich bei diesen – manchmal sehr komplizierten – innerparteilichen Problemen selbst zu sehr „Partei" genommen habe. Politisch war das mein Fehler; dass der Apparat, d.h. die Mitarbeiter in der militärpolitischen Arbeit fraktionistisch – gruppenmäßig eingestellt worden ist, entspricht nicht den Tatsachen.

Die militärpolitische Schulungsarbeit.

Das Hauptmittel zur militärpolitischen Schulungsarbeit war in der Legalität die illegale Zeitschrift „Oktober", entstanden aus den früheren Bürgerkriegsheften.[90] Eine gewisse Ergänzung dazu war in den letzten Jahren vor der faschistischen Diktatur der „Aufbruch".

Der „Oktober" ist in der Illegalität nicht mehr als zentrales Organ erschienen, sondern wurde in veränderter Form bei einzelnen Sektionsleitungen dezentralisiert herausgebracht (bis Anfang 1935 bei Sektor I, Sektor III und in einer Nummer bei Sektor IV).

Die übliche Methode zur mil.pol. Schulung waren bis zur Illegalität die Kurse, entweder über die Theorie und Praxis des bewaffneten Aufstandes, oder über die unmittelbaren praktischen Aufgaben der Militärpolitik der Partei. Diese Kurse wurden laufend oder in der Form der Wochenendkurse vor den Funktionären der Partei, und mit deren Hilfe vor den Betriebs- und Strassenzellen, und vor den Funktionären der Massenorganisationen (RFB, Antifa, KJVI,[91] RGO) abgehalten. Ausserdem gab es bei jeder Parteischule eine entsprechende Zahl von Tagen oder Stunden über mil.pol. Themen.

In dieser Linie wurde ferner die Parteipresse und das Prop-Material der Parteileitungen ausgenützt. Die publizistische Auswertung der Ergebnisse der mil.pol. Arbeit (Abw., N.Anti) diente ebenfalls im gewissen Umfang der Schulung. Einen besonderen grossen Rahmen zur mil.pol. Schulung bot der Kampf gegen die Kriegsgefahr.

Unter der Illegalität waren diese Möglichkeiten der mil.pol. Schulung abgeschnitten. Eine Fortsetzung wurde mit der Bildung der „Oktoberzirkel" im Lande und der

---

89 Die letzte Parteikonferenz fand im Oktober 1932 statt. Sie hatte beschlossen, den systematischen „Einbruch in die Reihen der nationalsozialistischen Anhängerschaft zu vollziehen" (Bischkopf: „Aufbruch" zwischen den Fronten, S. 71).

90 Zur wehrpolitischen Zeitschrift *Oktober* siehe ausführlich Dok. 280.

91 *KJVI*: Vermutlich Schreibfehler für KJV (Kommunistischer Jugendverband) oder KJVD.

Schulen in der Emigration[92] eingeleitet. Soweit meine Erfahrungen und Kenntnisse reichen, blieben beide Formen bis zuletzt sehr wenig entwickelt und ausgebaut.
2.II. 36. Alex [d.i. Hans Kippenberger].[93]

Dok. 376

Bericht und Vorschläge des Kominternfunktionärs Grigorij Smoljanskij zur Situation der illegalen Parteikader in Deutschland

Moskau, 3.2.1936

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/20/812, 10–29. Erstveröffentlichung.

1500/4/MK.
Orig.3.II-36.
„6“

Geheim

An Gen. MANUILSKI.

Anbei lege ich die Vorschläge zu den Kaderfragen in sechs unserer Länder vor /Österreich, Deutschland, Ungarn, Tschechoslowakei, Schweiz, Holland/. Diese Vorschläge sind aufgeteilt nach drei Gruppen: 1/ Fragen der *Kaderpolitik der Parteien im Land;* 2/ Fragen *der Schulen hier;* 3/ Fragen der *Emigration.* […]

/G. Smoljanskij/

1. ÜBER DIE SCHAFFUNG ILLEGALER KADER. […]

b) *Deutschland.*

Die Brüsseler Konferenz hat einen Beschluss über den Übergang zu „legalen“ Leitungen gefasst /in dem Sinne, dass in den illegalen Leitungen legale Leute vorhanden sein sollen/ sowie über die Notwendigkeit für unsere Aktivisten, legale Posten in

92 „Noch Anfang 1934 wurde die Anweisung der Pariser KPD-Leitung übermittelt, nicht die Reorganisationsbestrebungen der KPD im Lande voranzubringen, sondern das Schwergewicht der Tätigkeit auf die Organisation von sogenannten Oktoberzirkeln in den Betrieben zu legen, in denen theoretisch und praktisch die Aufstandsvorbereitungen vorangetrieben werden sollten. Träger des bewaffneten Aufstandes für ein Sowjetdeutschland sollte der Rote Frontkämpferbund sein. Alle Einwände wurden mit der Begründung von der Unanfechtbarkeit von Kominternbeschlüssen zurückgewiesen.“ (Ronald Sassning: Thälmann, Dünow, Wehner, Mewis. Bilder mit Radierungen. Vom Kippenberger-Apparat zum IM-System Mielkes. In: *Utopie kreativ* (2000), H. 115/116 http://www.rosalux.de/publication/14107/thaelmann-duenow-wehner-mewis-bilder-mit-radierungen-vom-kippenberger-apparat-zum-im-system-mi.html).
93 Handschriftlicher Eintrag: „Kipp“.

faschistischen Organisationen zu erreichen, um auf diese Art und Weise in die faschistischen Massenorganisationen einzudringen und sich gleichzeitig vor den Schlägen der Gestapo zu schützen. Wir verfügen allerdings über zu spärliches Material, um beurteilen zu können, wie dieser Beschluss der Brüsseler Konferenz umgesetzt wird. Es gibt jedoch keinen Zweifel daran /dies können wir aufgrund einer Reihe indirekter Hinweise behaupten/, dass ein solcher Umbau einen ernsthaften internen Kampf gegen sich hinter „radikaler" Phrase versteckendes Sektierertum und Passivität notwendig machen wird. Dazu muss man sagen, dass die Brüsseler Konferenz noch nicht die Frage nach einem neuen, aus den Tiefen der faschistischen Organisationen selbst hervorgehenden, Kadertyp aufgeworfen hatte. Es ging um unsere Genossen, die selbst die Besetzung von Posten anstreben sollen. Selbstverständlich erlauben es die Bedingungen in Deutschland nicht, die legalen Möglichkeiten auch nur annähernd in der Weise auszunutzen wie in Österreich, wo der Faschismus viel schwächer ist und der überwiegende Teil der Basis faschistischer Massenorganisationen aus ehemaligen Sozialdemokraten besteht. Jedoch gibt es auch hier ohne Zweifel eine Reihe von Möglichkeiten, die von der Partei bis jetzt nicht oder nur sehr wenig genutzt wurden, nicht zuletzt aufgrund der sektiererischen Ausrichtung unserer Genossen vor Ort angesichts dieser Aufgaben. Aus unserer Sicht sind die Aufgaben die folgenden:

1. Angesichts der besonderen Schwierigkeiten der Tätigkeit in den faschistischen Massenorganisationen in Deutschland besteht die Aufgabe unserer dort /wie auch unmittelbar in den Fabriken/ arbeitenden Genossen darin, indem man die kleinsten Nöte der Arbeiter hervorhebt und sie nicht durch das Risiko abschreckt /da die Angst vor dem Terror noch sehr groß ist/, die aktivsten von ihnen zu fördern, insbesondere diejenigen zahlreichen Elemente aus der Zahl der sich unter dem Einfluss des Faschismus befindlichen Arbeiter, die aufrichtig an den Faschismus geglaubt haben und allmählich von seiner Politik enttäuscht werden.

2. Die Heranziehung eines Teils der aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen befreiten Kommunisten zur Kommandierung in die faschistischen Massenorganisationen, und zwar derjenigen, die am wenigsten einer polizeilichen Überwachung wegen ihrer früheren Aktivität unterliegen.

3. Die Verwirklichung der legalen Leitungen, die von der Brüsseler Konferenz vorgegeben wurden /[und] die es in einer Reihe von Orten schon gibt/,[94] verlangt eine noch größere *Dezentralisierung* der Bezirke, damit der legal arbeitende Funktionär, der sich im Betrieb befindet, in der Lage ist, sie zu überschauen und zu leiten. Es ist danach zu streben, dass die Mitglieder der leitenden Zellen und Bezirke über eine Mitgliedschaft in den *entscheidenden* faschistischen Massenorganisationen verfügen.

---

94 *Legale Leitungen*: Solche Leitungen gab es nicht; spätestens seit 1936/1937 gab es keine repräsentativen Organe in den Betrieben, noch Anlaufpunkte in den NS-Massenorganisationen mehr. Die im Widerstand arbeitende KPD-Instrukteurin Ida („Ike") Marschner-Stojentin urteilte, dass „die Partei in Deutschland faktisch tot war" (Sandvoß: Die „andere" Reichshauptstadt, S. 446). Die Brüsseler Parteikonferenz siehe Dok. 370).

4. Ausgehend von der Existenz einer ganzer Reihe offener /„loser“/ sozialdemokratischer Organisationen, die unter dem Deckmantel diverser Vereine existieren, die häufig Ausgangspunkt und Gewerkschaftsorganisation des illegalen ADGB sind, zu dem unsere Genossen bis jetzt immer noch keinen Zutritt gefunden haben, ist danach zu streben, schnellstens *in all diese Vereine einzutreten,* wo sich Sozialdemokraten befinden, wobei ein persönlicher Kontakt zu einzelnen sozialdemokratischen Arbeitern und Funktionären hergestellt werden soll. Dies darf in keiner Weise den Charakter einer Infiltrierung der Organisationen annehmen, was die sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre nur abstoßen kann – aus Angst, dass wir sie von innen sprengen wollen –, sondern den Charakter des politischen Kontaktes auf der Grundlage des gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus. [...]

II. ÜBER ANDERE PROBLEME DER KADERPOLITIK IM LAND.

1. Deutschland

Drei Hauptgründe haben bisher die außergewöhnlichen Kaderverluste der KPD bedingt:

a/ die mangelhafte Befolgung der *Konspiration,*

b/ die *Struktur* der Parteiorganisationen, wie auch die *Arbeitsmethoden*, entsprachen nicht den Bedingungen eines so tiefen Untergrunds, wie er in Deutschland vorhanden ist,

c/ der schlechte Umgang mit den *eigenen Kadern.*

Schlussfolgerungen und Vorschläge:
1. Es ist notwendig, innerhalb kürzester Zeit die Untersuchungen über die Gründe für die massiven Verhaftungen des letzten Jahres zu Ende zu führen und daraus die Lehren für die ganze Partei zu ziehen /dies wurde bisher nicht geleistet und wird nur sehr langsam vorangebracht/. Das PB ist zu verpflichten, jede große Verhaftung mit den entsprechenden Schlussfolgerungen zu untersuchen. Bereits aus dem vorhandenen Material ist eine derartige Vernachlässigung der Konspiration ersichtlich – sowohl durch die Leitung im Land als auch durch viele Genossen außerhalb des Landes – die sofortige Mindestmaßnahmen verlangt.

Das PB ist dazu verpflichtet, *eine ständige Kontrolle* der Beachtung der Konspiration durchzuführen, unabhängig von den Personen.

Die Leute, die ins Land fahren, müssen unter Androhung des Parteiausschlusses dazu verpflichtet werden, *alle* Regeln der Konspiration streng zu befolgen. Im Falle einer Verletzung der Konspiration sind diese Personen, unabhängig von ihrer Position, sofort von der Arbeit zu entfernen und zwecks Hebung der Wachsamkeit der ganzen Partei in Konspirationsfragen als ein [abschreckendes] Beispiel herauszustellen.

Die vollständige Entfernung *eines jeden* aus dem illegalen Apparat, der sich in politischer Hinsicht als *schwankend* erweist /bisher war vor allem der Apparat von

solchen Leuten verunreinigt; es wurde angenommen, dass sie hier politisch unschädlich seien/. [...]

4/ [...] Ein besonderes Augenmerk ist auf die Verbesserung der Methoden der Verschickung von Leuten ins Land zu richten, diese [sind] dabei materiell besser zu versorgen, mit einer kameradschaftlichen Atmosphäre zu umgeben, und jeglicher Bürokratismus [ist] in Bezug auf diese Leute entschieden auszumerzen.

5/ Angesichts des außerordentlichen Terrors hat die *Versorgung der Gefangenen* in Deutschland eine besondere Bedeutung.[95] Die gesamte Erfahrung zeigt, dass hier, noch stärker als in Österreich, die Grundlage der Hilfe hauptsächlich *unten* sein muss. Es ist notwendig, in buchstäblich jeder Nummer der *Roten Fahne*, in jedem Flugblatt, in einer Reihe spezieller Broschüren die heroischen Beispiele des Kampfes und des Verhaltens unserer Kader zu popularisieren.

Gleichzeitig ist es notwendig, ein Mitglied des ZK speziell zu beauftragen, sich um die *zentralen* verhafteten Kader zu kümmern, die sich in der *allerschlimmsten* Situation befinden /die Betriebe wissen nichts von ihnen und sie sind faktisch vergessen, wie z.B. Stamm,[96] Rentas[97] u.a./

6/ Ein besonderes Problem stellen zum jetzigen Zeitpunkt die ehemaligen Funktionäre der RGO dar. Im Zusammenhang mit der Liquidierung der RGO ist das gesamte Gewerkschaftsaktiv anscheinend einfach zur Parteiarbeit übergegangen, oder ist abgetreten, und existiert als Gewerkschaftsaktiv faktisch nicht /nicht einmal in der Form, wie es in den vergangenen zweieinhalb Jahren der faschistischen Diktatur gewesen ist/.[98] Da unser Gewerkschaftsaktiv vorher *nicht in den reformistischen Gewerkschaften gearbeitet hat* und keine *Verbindungen* zu ehemaligen *ADGB-Funktionären* hat, ist es zur Passivität verurteilt. Mir scheint zweckmäßig: 1/ all unsere Gewerkschaftsaktivisten in die legalen faschistischen Organisationen [hineingehen]

---

95 Der 1933 verbotenen Roten Hilfe Deutschlands gelang es nicht, eine zentrale Struktur aufrechtzuhalten; eine materielle Unterstützung der Gefangenen und ihrer Angehörigen gelang nur sporadisch (siehe Kurt Schilde: „Schafft Rote Hilfe!" Die kommunistische „Wohlfahrtsorganisation" Rote Hilfe Deutschlands. In: Hering/Schilde: Die Rote Hilfe, S. 31–56, hier S. 52–53). Komintern-Generalsekretär Dimitrov kritisierte später in scharfer Form die mangelnde bzw. ausgebliebenen Hilfe an die Gefangenen und die Familien durch das Politbüro (siehe Dok. 467).

96 *Stamm:* Möglicherweise Robert Stamm (1903–19937, in Berlin-Plötzensee hingerichtet), der im März 1935 zur Umsetzung der neuen Linie von Moskau nach Berlin abkommandiert wurde, Ende des Monats jedoch mit Max Maddalena und Adolf Rembte verhaftet, und vor seiner Hinrichtung grausam gefoltert wurde (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 890f.).

97 Rentas: Möglicherweise Adolf Rembte (1902–1937, in Berlin-Plötzensee hingerichtet), der am 2.3.1935 von Moskau und Prag aus in Berlin ankam, um den neuen Kurs umzusetzen und eine neue Berliner Landesleitung vorzubereiten, jedoch am 27.3.1935 zusammen mit Käthe Lübeck, Stamm und Maddalena verhaftet und am 4.11.1937 in Berlin-Plötzensee hingerichtet wurde (Ibid., S. 720).

98 Die Auflösung der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) erfolgte erst durch die hier abgedruckte Resolution der Komintern über die „sektiererischen Fehler" der KPD vom 19.1.1935 (siehe Dok. 359).

zu lassen, insbesondere in den Betrieben, und sie dabei zu verpflichten, mit allen Mitteln zu versuchen, in Betrieben und anderen Organen, wo es um die wirtschaftlichen Interessen der Arbeit geht, zu Vertrauenspersonen zu werden; 2/ sie zu verpflichten, in alle legalen Organisationen hineinzugehen, unter deren Deckung sich die alten Gewerkschaftsfunktionäre des ADGB versammeln, und enge persönliche Beziehungen zu einzelnen dieser Funktionäre zu knüpfen; 3/ über die Profintern den besten Teil unseres RGO-Aktivs zu sammeln, um sie eine Zeit lang gemäß unserer neuen Gewerkschaftlinie zu schulen.

7/ Ein Mitglied des PB [ist] als Verantwortlicher für Kaderfragen zu ernennen. Im Sekretariat des EKKI [ist] ein Referat des für Kaderfragen zuständigen PB-Vertreters darüber, wie der Beschluss der Brüsseler Konferenz mit Leben gefüllt wird und wie die Kaderarbeit konkret vom PB innerhalb des Landes geleitet wird, anzusetzen. […]

Dok. 376a

Vertraulicher Bericht Kippenbergers über den Parteiselbstschutz (PSS) der KPD

[Moskau], 8.2.1936

Typoskript in deutscher Sprache. Archiv des BStU, Berlin, MfS HA IX/11 SV 1/81, Bd. 83, 000245–000246. Auszugsweise veröffentlicht in: Otto: Erich Mielke, S. 510–511.

Esch/5 Ex.
10.2.36.
Streng vertraulich.

Parteiselbstschutz (PSS)

Anfang 1931 teilte mir Leo Flieg mit, dass das PB beschlossen hat, in den wichtigsten Bezirken zur Bildung eines PSS[99] überzugehen. Die aktive Abwehr des anwachsenden faschistischen Terrors war die Aufgabe der Massenselbstschutz-Bewegung. Der PSS sollte gebildet werden als besonderer Schutz des Parteieigentums und der führenden Funktionäre. Dazu war vorgeschlagen worden, einige kleine Gruppen [von] handfesten Genossen zusammenzustellen, sie im Gebrauch von Handwaffen auszubilden und dementsprechend auszurüsten. Auswahl der Gruppen und Einsatz war *ausschliesslich* Angelegenheit des Pol.-Sekretärs des Bezirks.

Da der PSS bei der BL/Berlin auch zur evtl. Verfügung durch das ZK stehen sollte, bekam ich den Auftrag, mich hier um die Bildung der Gruppen mit zu bekümmern.

99 *PSS (Abkürzung):* Parteiselbstschutz.

Berlin hatte als provisorischer Organisator einen gewissen *Quand*[100] beauftragt. (Ich glaube, das war ein Vorschlag von Seppl Gutsche).[101] Später sollte *Klause*[102] die Organisierung übernehmen. Der Berliner PSS würde hauptsächlich eingesetzt zum Schutz des K[arl]L[iebknecht]-Hauses, besonders als Nachtwache. Dazu lösten sich die Gruppen regelmässig ab, sodass jede Gruppe durchschnittlich alle 10 Tage einmal zur Nachtwache herangezogen wurde (pro Wache ca. 20 Genossen in 4–5 Gruppen).

Quand erwies sich bald als absolut unfähig. Im PSS zeigten sich schnell Stimmungen, für die geleisteten „Dienste" bezahlt zu werden. Einzelne Elemente und Gruppen verglichen sich mit der SA, die bekanntlich besoldet wurde und verlangten dasselbe für sich. Statt gegen diese Elemente politisch anzugehen, machte Quand sich zu ihrem Sprachrohr. Ich verlangte deshalb die Entfernung von Quand. Als Klause kam, verschwand er, tauchte später aber als Vertreter von Klause wieder auf. Es stellte sich bald heraus, dass Klause dasselbe Kaliber war und genau wie Quand ein Sprachrohr aller möglichen „Prätorianerstimmungen" wurde. Hinzu kamen solche Affären wie die Erschiessung der beiden Polizeioffiziere am Bülowplatz[103] und die Häufung

---

100 Möglicherweise Bernhard Quandt (1903–1999), KPD-Funktionär in Mecklenburg-Vorpommern, der 1932 in Moskau Kursant der M-Schule der Komintern war. In der DDR hochgeehrt, forderte er in der letzten Sitzung des ZK der SED im Jahre 1989 die standrechtliche Erschießung von Mitgliedern des Politbüros (siehe: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 692).

101 *Seppl Gutsche:* Joseph Gutsche (1894–1964) war seit 1923 für den Ordnerdienst und den AM-Apparat der KPD tätig, 1924 Absolvent des 1. AM-Lehrgangs der Komintern in Moskau, April 1931 Flucht in die Sowjetunion, diverse Dienste in der Roten Armee, nach Rückkehr nach Ostdeutschland Generalmajor der Staatssicherheit (siehe: Mike Schmeitzner: Ein deutscher Tschekist der ersten Stunde. In: Heiner Timmermann (Hrsg.): Das war die DDR. DDR-Forschung im Fadenkreuz von Herrschaft, Außenbeziehungen, Kultur und Souveränität, Münster, LIT-Verlag, 2004, S. 167–197).

102 Der bei der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin angestellte ehemalige M-Schüler Michael Klause (1895–1942, durch Selbstmord im Gefängnis Berlin-Plötzensee) leitete den Parteiselbstschutz in Berlin. Er wurde 1933 wegen des Polizistenmordes vom 9.8.1931 verhaftet und vor Gericht gestellt (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 451).

103 *Erschießung am Bülowplatz:* Zu den noch diffusen Abschnitten der Parteigeschichte gehört die These von einer terroristischen Entartung der KPD anfangs der dreißiger Jahre. Eine Übertragung des Paradigmas von der Anwendung unspezifischer Gewalt lässt sich allerdings in Bezug auf den MP-Apparat der KPD, wie der Bericht zeigt, nicht bestätigen. Dies gilt auch für die angebliche Anweisung zum Polizistenmord auf dem Berliner Bülowplatz am 9.8.1931. Eine ähnlich auch im NS-Prozeß vom Juni 1934 geäusserte These lautete, dass der spätere Stasi-Chef Mielke, der zusammen mit Erich Ziemer zwei Polizisten erschoss, vom Kippenberger-Apparat mit dem Mord beauftragt worden sei. Noch im Jahre 1992 (!) gab der ehemalige Stasi-Chef der DDR in seinem Prozess, in dem er wegen des 1931 verübten Mordes zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren verurteilt wurde, die Schuld an den von Ulbricht verratenen und auf Geheiß Stalins umgebrachten Kippenberger weiter *(*Siehe bspw.: Jens Inti Habermann: Doppelmord im Namen einer großen Sache, http://www.doku-medienproduktion.de/Texte/Mielke.htm). Medien wie der *Spiegel* übernahm solche Narrative: „Und Deutschlands KP-Führung machte mit. Die Kommunistische Partei war, wie Lenin sich das einst gewünscht hatte, eine Agentenorganisation. Ihren militärischen Geheimapparat („M-Apparat") leitete Hans Kippenberger, der beispielsweise den Mord an zwei Polizisten auf dem Berliner Bülow-Platz arrangiert hatte." http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13682818.html). Im hier publizierten Bericht werden Feuerüber-

solcher wilden Aktionen wie die Feuerüberfälle auf SA-Kneipen, die teilweise von PSS-Gruppen unterstützt wurden, wodurch sich deren Ansprüche noch steigerten.

Das verschärfte die Differenzen so, dass Anfang 1932 der Berliner PSS als einheitliche Organisation liquidiert werden musste. An seiner Stelle wurden die Unterbezirkssekretäre beauftragt, zum Schutz des unterbezirklichen Parteieigentums einige Genossen unterbezirksweise zusammenzuhalten.

Für das KL-Haus wurde eine ständige Hauswache eingerichtet, die dem Org-Leiter der Berliner BL unterstand. Als Organisatoren setzte Albert Kuntz wieder Klause und Quand ein (obgleich ihm die voraufgegangengen Differenzen gut bekannt waren).[104] Diese Differenzen hatten mittlerweile fraktionellen Charakter angenommen und zwar auf der Basis der Neumann-Affäre.[105] Genosse Thälmann betrachtete auch die Bülowplatz-Affäre und die Häufung der undisziplinierten Feuerüberfälle (z.B. Gneisenaustr., Röntgenthal, Richardstr.)[106] als fraktionistische Machenschaften, teils mit Ausnützung des RFB oder des KJV, und wie sich im Falle Klause/Quand zeigte, auch des PSS.

Wir versuchten, gegen die Neumann'sche Klause/Quand-Klique ein gewisses Gegengewicht zu schaffen und stützten uns dabei auf die Genossen Anton[107] (M-Schü-

---

fälle neben anderen terroristisch unterlegten Aktionen als „fraktionistische Machenschaften" der „Neumann'schen Klause/Quand-Klique" dargestellt, die von Parteiführer Thälmann zurückgewiesen worden seien. Doch während die Verantwortlichen des MP-Apparats im Terror liquidiert wurden, blieben Mielke und Ziemer in Moskau unbehelligt (vgl. u.a.: Klaus Bästlein: Der Fall Mielke. Die Ermittlungen gegen den Minister für Staatssicherheit der DDR, Baden-Baden, Nomos, 2002 (Schriftenreihe Recht und Justiz der DDR. 3); Otto: Erich Mielke, S. 48ff. u.a.).

104 Albert Kuntz (1896–1945, im Konzentrationslager Dora ermordet), hauptamtlicher KPD-Funktionär seit 1923, war ab 1930 Orgleiter des Bezirks Berlin-Brandenburg. 1934 war er Mitangeklagter im Prozess um den Polizistenmord, wobei er freigesprochen, jedoch weiter in „Schutzhaft" festgehalten wurde. 1945 wurde er im Lager Dora bei Nordhausen ermordet, nachdem er eine illegale Gruppe zur Sabotage an den dort produzierten V-Waffen organisiert hatte (siehe Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 515–516).

105 Zur Verdrängung Heinz Neumanns siehe u.a. seinen Brief vom, Dok. 344a.

106 In der Gneisenaustr. 17 in Berlin-Kreuzberg befand sich das SA-Sturmlokal „Zur Hochburg", auf das am 9.9.1931 KPD-Anhänger einen Schusswaffen-Überfall verübten, wobei ein SA-Mann starb. In der Bahnhofsstr. im Röntgental (Norden von Berlin) befand sich das SA-Sturmlokal „Edelweiß", wo am 17.2.1931 ein unbekannter Mann bei einem Beschuss des Lokals getötet wurde. In der Richardstraße in Berlin-Neukölln stand das SA-Sturmlokal „Richardsburg", auf das KPD-Anhänger am 15.10.1931 einen Pistolenüberfall verübten, bei dem der Wirt getötet und mehrere SA-Männer verletzt wurden. Zu den Vorfällen siehe: Bernhard Sauer: Goebbels' „Rabauken" Zur Geschichte der SA in Berlin-Brandenburg. In: *Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin* (2006), S. 107–164, hier S. 132, 159. Zum breiteren Kontext gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen der SA und linken paramilitärischen Verbänden in Berlin und der entsprechenden Gerichtsprozesse in der Weimarer Republik siehe: Johannes Fülberth: „...wird mit Brachialgewalt durchgefochten". Bewaffnete Konflikte mit Todesfolge vor Gericht, Berlin 1929 bis 1932/1933, Köln, PapyRossa, 2011.

107 *Anton (Ps.)*. Die Identität lässt sich nicht zweifelsfrei eruieren. Möglicherweise handelt es sich um Anton Blatschek (geb. 1901), der unter dem Pseudonym „Wilhelm Bethge" in den Jahren 1934–1935

ler 1934/35), Martin (dessen voller Name ist mir entfallen)[108] und Broede[109] (wegen der Bülowplatzaffäre zum Tode verurteilt und im Gefängnis ermordet).

Klause und Quand bekamen bezahlte technische Funktionen bei der BL (als Boten), damit sie auf dieser Basis ihre Funktion als Leiter der Hauswache durchführen konnten. Die Hauswache erhielt Tagesgelder.

Praktisch wurde der PSS in den Unterbezirken im Laufe des Jahres 1932 die Materialorganisation für die Waffenbeschaffung und -Verwahrung.

Im Sommer 1933 tauchte der Gedanke auf, einen PSS neu zu bilden.

Von Quand wurde im Sommer 1933 bekannt, dass er Provokateur und Verräter ist. (Er gehörte übrigens zu der Charlottenburg-Moabiter-Klique ehemaliger Versöhnler um Larsen /-Blücher/ und Konsorten.)[110]

Klauses Rolle ist bekannt.[111]

Ueber die Entwicklung des PSS in den übrigen Bezirken des Reiches (Ruhrgebiet, Hamburg, Westsachsen) bin ich nicht informiert.

8.II.1936. Alex [d.i. Hans Kippenberger].

Am 9.2.1936 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, zur Qualitätsverbesserungen der Banknoten neues Equipment aus Amerika zu bestellen und dabei den deutschen Kredit zu nutzen.[112]



Schüler am deutschen Sektor der KUNMZ war (Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank).

108 Es handelt sich um Wilhelm Bahnik, den Leiter des „BB-Ressorts“. Siehe Dok. 375a.

109 Es handelt sich um Friedrich Broede, der als KPD-Parteiselbstschutzmitglied zum Tode verurteilt wurde und kurz vor seiner Hinrichtung am 19.3.1935 Selbstmord beging (siehe: http://www.sozialistenfriedhof.de/64.html?&0=).

110 Es handelt sich um Heinrich Blücher (1899–1970), als „Heinrich Larsen“ für den KPD-Nachrichtendienst tätig, seit 1940 Hannah Arendts Mann und ein Freund des Komponisten Robert Gilbert. Der „Versöhnler“ und spätere Philosophie-Professor in den Vereinigten Staaten wurde nach der Emigration nach Prag und Paris 1936 aus der KPD ausgeschlossen (siehe: Reinhard Müller: Heinrich Blücher. Hannah Arendts „Wunder-Rabbi“. Revision eines Lebenslaufs. In: Ulrich Bielefeld/Heinz Bude/Bernd Greiner (Hrsg.): Gesellschaft. Gewalt. Vertrauen. Jan Philipp Reemtsma zum 60. Geburtstag, Hamburg, Hamburger Edition, 2012, S. 373–400; Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 122f.).

111 Michael Klause hatte im „Bülowplatz-Prozess“ im Juni 1934 ausgesagt und die anderen Angeklagten belastet, wurde jedoch trotzdem zum Tode verurteilt. Nachdem sein Anwalt ein Gnadengesuch gestellt hatte, wurde die Todesstrafe durch Verfügung Hitlers am 2.5.1935 zu lebenslanger Haft umgewandelt. In der Hoffnung auf eine vorzeitige Entlassung sandte der vereinsamte und desillusionierte Klause in den Folgejahren immer wieder Berichte über die Hintergründe des Polizistenmordes an die Gestapo und die Staatsanwaltschaft. Als er jedoch nicht nur nicht entlassen, sondern im November 1941 von der Gestapo zu neuen Verhören als Auskunftsperson in weiteren Prozessen hinzugezogen wurde, beging er am 7.2.1942 in seiner Zelle Selbstmord (siehe: Andreas Herbst: Michael Klause. Vom AM-Apparat der KPD zum „Kronzeugen“ der Gestapo. In: Simone Barck, Ulla Plener (Hrsg.): Verrat. Die Arbeiterbewegung zwischen Trauma und Trauer, Berlin, Dietz, 2009, S. 187–194).

112 APRF, Moskau, 3/64/664, 42. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 112.

Dok. 376b

Untersuchungsbericht der Kaderabteilung des EKKI (Grete Wilde) über den militärpolitischen Apparat der KPD und Leiter Hans Kippenberger

[Moskau, 10.2.1936]

Typoskript in deutscher Sprache. Archiv des BStU, Berlin. Archiv der Zentralstelle MfS HAIX/11 SV 1/81, Bd. 83, [BStU Seitenstempel 00073–00095]. Nach Grundmann im Bundesarchiv überliefert unter BA-B: ZC 71, A. 5, 1–23. Erstveröffentlichung.

Streng vertraulich.[113]

Bericht über die Untersuchung des
Mil[itär].pol[itischen].-Apparates der KP.

Dem Bericht lagen zugrunde:

Berichterstattung von Robert, Anfang 1935.
Bericht von Alex [d.i. Hans Kippenberger], März 1935.
Die diversen Protokolle der Untersuchungskommission gegen Alex.
Bezw. gegen verschiedene Angeschuldigte (Holdt (?), Singer,[114] Fränken[115] usw.), die Rede Wolfs [d.i. Hans Kippenberger] auf der Brüsseler Parteikonferenz.

Als neue Berichte:

Bericht von Alex [d.i. Hans Kippenberger], Januar 1936.
Bericht von Viktor [d.i. Leo Roth], Januar 1936.
Bericht von Lore [d.i. Änne Kerff], Januar 1936.
Bericht von Heinrich [d.i. Franz Schubert], Januar 1936.
Bericht über die Verhaftungen in Prag vom Juli 1935.[116]

---

113 Verhaftungen in Prag: Handschriftlicher Eintrag: „Gen. Pieck". Aktenvermerk: M/Esch. 5 Ex. 10.2.36. Ansonsten enthält der Bericht keine Datumsangabe.

114 Möglicherweise Adolf Franz (Ps. Singer, 1901–1943), ab Mitte der 1920er Jahre tätig für den AM-Apparat der KPD, seit 1935 in der Sowjetunion, Kursant an der Leninschule sowie Delegierter des VII. Weltkongresses und der Brüsseler Konferenz der KPD. Starb 1943 als Politinstrukteur in einem Kriegsgefangenenlager bei Stalingrad (Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 263f.).

115 Es handelt sich wahrscheinlich um Friedrich Fränken (1897–1976), Mitglied der KPD seit 1920 und Leiter diverser Unterbezirke im Rheinland in den 1920er und frühen 1930er Jahren. Nach Flucht aus KZ-Haft 1935 über Prag nach Moskau, Teilnehmer der „Brüsseler Konferenz", später in den Internationalen Brigaden (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 259).

116 Über den Leiter der Abwehrabteilung in Prag Erwin (Ps.), d.i. Franz Schubert, soll es aufgrund des Drucks der tschechischen Grenzpolizei, in Zukunft die KPD-Materialien zu beschlagnahmen, eine Verabredung zur Lieferung von Informationsmaterial für die tschechoslowakische Spionageabwehr gegeben haben. Am 9.10.1935 wurden sechs Abwehrverantwortliche, Kuriere u.a. verhaftet und nach einer Intervention Schuberts wieder freigelassen. Von der Kaderabteilung wurde Schubert daraufhin

----
Die Untersuchung wurde eingeleitet aufgrund der Beschlüsse des PB der KPD und der Vorschläge zur Untersuchung seitens der Kader-Abteilung. Im Verfolg der Durchführung der Beschlüsse der Brüsseler Konferenz wurde die gesamte Leitung des Apparates zwecks Untersuchung durch das PB der KPD hierher kommandiert, an ihre Stelle traten andere bezw. wird der Apparat umgebaut.[117]

Der Bericht umfasst folgende Hauptpunkte:

1) Die Tätigkeit des Apparates bis zur Illegalität.
2) Die Arbeit während der Illegalität, die Umstellung des Apparates.
3) das Nachrichtenressort.
4) Die Abwehr.
5) Methoden der Arbeit, die Arbeit der Leitung, die Kader.
6) Die Rolle des Apparates bei den innerparteilichen Auseinandersetzungen.
7) Vorschläge.

„Die periodischen LK-Sitzungen (LK als Bezeichnung für die mil.pol. Abteilung) waren eine ständige Einrichtung. Hier wurden die Beschlüsse der Partei und ihre Anwendung auf die militär-politische Arbeit diskutiert, und die Linie und die Entwicklung der einzelnen Sachgebiete der LK besprochen, außerdem der Arbeitsplan für den Monat festgelegt.“ (Aus dem Bericht von Wolf [d.i. Hans Kippenberger]).[118]

Diese ständigen Sitzungen bargen in sich schon ein sehr grosses Gefahrenmoment, weil alle Funktionäre des Apparates bis zur Illegalität über alles informiert waren. Zu diesen Sitzungen wurden nicht nur die entsprechenden Ressortleiter eingeladen, sondern bei Behandlung „fachmännischer“ Fragen wurden auch Mitarbeiter des Apparates hinzugezogen, was einerseits zu den Differenzen mit dem BB-Apparat führte, andererseits bei Einbruch der Illegalität und dem Beginn der Repressalien der Gestapo ermöglichte, von Anfang an einen Überblick zu haben über den Aufbau der militär-politischen Abteilung bei der Partei, bezw. der Methoden der Arbeit der Abteilung und der Partei überhaupt. Zur Erklärung dazu folgendes:

Die von befreundeter Seite bestellten Berater des BB-Ressorts schlugen schon damals vor, ihre Fragen [nicht] auf solch grossen Sitzungen zu behandeln, weil das nicht nur dekonspirativ, sondern sogar lebensgefährlich sein kann. Dessenungeach-

---

verdächtigt, als Doppelagent zu arbeiten, in die Sowjetunion beordert, wo er nach langer Haft seit 1937 im Jahre 1942 im Gulag in der Mordwinischen ASSR starb (siehe hierzu: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 834f.; Mertens: Streng vertraulich. Angelegenheit: Arthur Sand, Lux Zimmer 273, Archiv BStU, Berlin, Akte Franz Schubert ZC 71 A.2, 000192 – alte Signatur).

117 Hier wird die Art der Maßnahme als Rachefeldzug gegen Abweichler deutlich. „Es ging hier nicht um Wahrheitsfindung, sondern um die Rechtfertigung eines Parteiausschlusses von Abweichlern und vorauseilend auch des Todesurteils durch die Justiz der UdSSR.“ (Grundmann: Der Geheimapparat der KPD, S. 23).

118 Die Hervorhebungen wurden nachträglich ausgeführt.

tet wurden doch die Fragen noch weiter behandelt, wenn auch im eingeschränkten Masse, was dazu führte, dass die BB-Leute eine Abtrennung ihres Arbeitsgebietes von dem Parteiressort forcierten.[119] Dagegen wehrte sich aber die Leitung des mil. pol-Apparates bis zum Jahre 1934, wobei die Leitung immer wieder versuchte, sich in das BB-Ressort wiederum einzumischen, bezw. zu kontrollieren. Der Leiter des BB-Apparates, der vom mil.pol-Apparat dazu bestimmt war, Martin [d.i. Wilhelm Bahnik], fühlte sich trotz der Trennung weiterhin Alex [d.i. Hans Kippenberger] faktisch unterstellt und führte auch keine Trennung des BB-Ressorts, besonders in den unteren Organisationen durch.

Was die Erleichterung des Einbruchs der Gestapo in unsern Apparat durch diese legalen, demokratischen Arbeitsmethoden des Apparats betrifft, so verweisen wir nur darauf, dass der Polizeimajor Giesecke[120] wiederholt an den Sitzungen des mil. pol-Apparates teilnahm, fast über alle Dinge informiert war und sofort beim Machtantritt durch Hitler zu den Nationalsozialisten überging, in die Gestapo aufgenommen wurde und dort das Ressort „Marxismus" unter sich hatte. [...]

Die Abwehrarbeit war geteilt in die offensive Abwehr und die eigentliche Abwehrarbeit. [...]

Der wichtigste Teil der Abwehr wurde niemals ganz bewältigt.

„Bis jetzt hatte dieser Zweig der Abwehr, allgemein gesprochen, die eigentliche *Abwehr* zu sehr die Funktion einer Feuerwehr. Selbst das nur bedingt, da sie oft genug zum Löschen zu spät kam, und nur noch eine Branduntersuchung zu machen vermochte." (Bericht von Wolf).

Dieses Zitat charakterisiert genügend den Zustand des Abwehrapparates als den wichtigsten Teil des Apparates bei Beginn der Illegalität. Die wichtigste Abteilung der Partei in diesem Apparat, war so gut wie nicht ausgebildet, bezw. beschränkte sich wiederum hauptsächlich auf Beschaffung von Nachrichten, ohne in entsprechender Weise die konspirativen Methoden der Partei, den Schutz der Parteikader vorzubereiten.

Dem Apparat nicht unterstellt, sondern direkt in Verbindung mit dem Sekretariat bezw. dem PB unterstellt, bestanden seit 1931 noch folgende Abteilungen:

Parteiselbstschutz, wobei der Berliner Leiter direkt dem Sekretariat der BL unterstellt war, zum ZK Verbindung hatte, allgemein aber für die Auswahl und den Einsatz der Gruppen die Pol-Sekretäre der Bezirke verantwortlich war.

---

119 Gegen diese Einschätzung urteilt der Historiker Grundmann: „Trotz aller Pannen hat die den Mitarbeitern der Geheimapparate vorgeschriebene Konspiration lange Zeit funktioniert, am längsten im ‚BB-Ressort'. Insbesondere wurde dort mit Decknamen derart konsequent gearbeitet, daß viele Decknamen bis heute nicht entschlüsselt werden konnten." (Grundmann: Der Geheimapparat der KPD, S. 14).

120 Gerhard Giesecke (geb. 1899), einer der Leiter der *Aufbruch*-Arbeitskreise und zeitweise Herausgeber des *Aufbruch* und Mitarbeiter des AM-Apparats, als Wanderredner aktiv. Trat Ende Oktober 1932 als einziger der wichtigeren *Aufbruch*-Mitarbeiter zur NSDAP über und machte der KPD öffentlich und per Aussagen in Schutzhaft den Prozess (Bischkopf: „Aufbruch" zwischen den Fronten, 309ff.).

Abteilung Wels (Waffen- und Materialbeschaffung und Versorgung), die sich hauptsächlich auf die PS[S]-Gruppen in Berlin und im Reiche stützt.

Diese beiden Abteilungen hatten mit dem mil.pol-Apparat nur zusammenzuarbeiten, obwohl Alex [d.i. Hans Kippenberger] ebenfalls mit dafür verantwortlich war, da die Funktionäre in jedem Bezirk für die Abteilungen durch seinen Apparat benannt werden sollten.

Von Anfang an waren beide Organisationen missglückte Versuche der richtigen Organisierung einer aktiven Abwehr des anwachsenden faschistischen Terrors. Besonders in Berlin führte das dazu, dass lumpenproletarische Elemente, die sogenannten Schlägertypen in die PSS erfasst wurden, die Besoldung verlangten, und die besonders Provokationen und wilde Aktionen, wie Feuerüberfälle auf SA-Kneipen usw. organisierten.

Noch im Jahre 1932 musste an die Liquidierung dieses PSS in Berlin gegangen werden, weil die Differenzen mit ihm mittlerweile fraktionellen Charakter bekamen und zwar auf der Basis der Neumann-Affäre. Gen. Thälmann betrachtete die Bülowplatz-Affäre und die Häufung der undisziplinierten Feuerüberfälle (Gneisenaustrasse, Röntgenthal, Richardstr.) als fraktionistische Machenschaften. Praktisch wurde der PSS in den Unterbezirken im Laufe des Jahres 1932 die Materialorganisation für die Waffenbeschaffung und Verwahrung. Die Entwicklung des PSS in den anderen Bezirken des Reiches nahm eine ähnliche wie in Berlin, besonders in Hamburg und Altona hatte der PSS dieselben Erscheinungen.

Was die Abteilung Wels anbetraf, so ergab sich bei Begin der Illegalität, dass auch diese Stelle falsch organisiert war bezw. den politischen Zwecken entsprechend nicht genügend fundamentiert und auch nicht entsprechend besetzt waren. Beide Abteilungen enthielten aufgrund ihrer Zusammensetzung die meisten Provokateure, sofort bei der Machtübernahme gingen besonders in Berlin alle wichtigen Waffenlager durch Verrat der verantwortlichen Leute, Quant [d.i. Quandt][121] und Harry hoch.[122] Aus den Kreisen des PSS kamen in Berlin eine Reihe von Provokateuren an der Spitze der Leiter des Berliner PSS Klause, des weiteren in Hamburg und in einer Reihe anderer Bezirke ebenfalls. [...]

Wenn man die Lehren aus dem Apparat bis zum Beginn der Illegalität zusammenfassen will, kann man feststellen:

1) Trotz der formalen Illegalität des mil.pol. Apparates auch während der Illegalität war er absolut unkonspirativ aufgebaut[;] er wurde behandelt (hauptsächlich durch die Leitung des Apparates selbst, da das PB schon damals relativ wenig Einblick in die Zusammenhänge des Apparates hatte) wie eine übliche Abteilung des ZK mit einigen

121 Quant: D.i. Bernhard Quandt, siehe Dok. 376a. Quandt wurde am 25.3.1933 verhaftet und zu 2,5 Jahren Gefängnis verurteilt, über seinen „Verrat" ist nichts überliefert (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 692–693).

122 *Harry (Ps.):* Der Verantwortliche für das Waffenressort in Berlin, s.u.

sekreten Anstrichen, im allgemeinen waren alle Genossen des Apparates über alles, was sich im Apparat von oben bis unten abspielte informiert, kannten alle Vertrauensleute bis in die unteren Organisationen.

2) Obwohl die Nachrichtenarbeit für die Partei wichtig war und auch heut noch ist, griff die Arbeit viel zu sehr auf das Gebiet ausgesprochener Spionagetätigkeit über, was schon nicht mehr den Interessen der Partei in dem Masse entsprach, wie der Apparat sich damit befasste.

3) Ein grosser Teil der Zeit und Kräfte wurde verschwendet auf die Gewinnung und Bearbeitung solcher Elemente, die der Partei relativ wenig Nutzen bringen konnten, (Freikorpsleute usw.), während die massenmässige Erziehung der Partei, die Konzentration auf die Fragen der Abwehr, der Erziehung der Partei zum Kampf gegen die Provokationen fehlte.

4) Die Abwehr war entsprechend den politischen Beschlüssen der Partei und KI auf Vorbereitung der Illegalität und verstärkter Anwendung illegaler Arbeitsmethoden, man könnte sagen, politisch verantwortungslos vernachlässigt. Den Beweis für diese verantwortungslose Vernachlässigung lieferte der Beginn der Illegalität.

Trotz der personellen Verantwortung Alex [d.i. Hans Kippenberger] für die Sicherung des Genossen Thälmann hat der Apparat diese kleine Aufgabe entsprechend den grossen Aufgaben, die überhaupt vor dem Apparat standen, nicht lösen können, d.h. in den Fragen des praktischen Schutzes der Parteileitung hat der Apparat vollkommen versagt. Die Gründe des Hochgehens des Genossen Thälmann sind bis heute nicht klar, Tatsache ist, dass der Apparat, besonders was die Sicherheit für den Genossen Thälmann betraf die Lage unterschätzte, bezw. unmittelbar nach dem Reichstagsbrand vollkommen den Kopf verlor und dadurch viele wichtige Massnahmen und Sicherungen verzögerte, bezw. überhaupt nicht durchführte.[123]

2. *Die Arbeit während der Illegalität, die Umstellung des Apparates.*
Dass der mil[itär]pol[itische] Apparat seinen Aufgaben nach Eintritt der Illegalität nicht gewachsen war, und entscheidende Fehler begang [sic], muss die Leitung des Apparates selbst zugeben. Der Apparat traf weder Massnahmen, um die Partei zu schützen, noch ging er selbst dazu über, sofort seinen breiten Apparat umzustel-

123 Hier wie in anderen Fällen muss der M-Apparat als Sündenbock für die Parteiführung herhalten: „Als entscheidender Faktor für den Erfolg der Polizei gegen die Führungszentrale der KPD erwiesen sich die Pannen im Sicherheitssystem der Partei, so dass man von seinem totalen Versagen am 3. März 1933 sprechen muss. Die [...] Schwachstelle war das Nebeneinander und die mangelnde Koordinierung zwischen dem illegalen Verbindungswesen Herbert Wehners [...] und dem Nachrichtendienst unter Hans Kippenberger [...] So kam es, dass ausgerechnet am 3. März für das Stabsquartier Thälmanns kein Objekt- und Personenschutz gegeben war, auch nicht das einfachste Warn- und Fluchtsystem." (Ronald Sassning: Die Verhaftung Ernst Thälmanns und der „Fall Kattner". Hintergründe, Verlauf, Folgen. Teil I und II, Berlin, „Helle Panke" zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V., 1998 (Pankower Vorträge. 11/1–2), S. 43ff. Vgl. die Darstellung Kippenbergers, Dok. 375a).

len, bezw. sich sofort von allen nur irgendwie verdächtigen Leuten zu reinigen, noch sich Sympathisierende, aber nicht direkt mit der Partei verbundene Elemente, wie sie besonders aus NSDAP, Reichswehr, oder Polizeikreisen kamen, fernzuhalten. Der Apparat blieb auch weiterhin die besondere Abteilung, die zeitweise ohne Verbindung zur Partei zu haben, selbständige und eigene Direktiven herausgab. [...]

Auf jeden Fall wurde eine Umstellung des Apparates verschleppt. Die Verhaftungsaffäre Reinhold [d.i. Hermann Dünow] (Reichsabwehrleiter) und Genossen Ende Dezember 1933 ist die ursächliche Konsequenz davon. Dabei boten eine Reihe von Fehlern, die die Genossen des Apparates selbst begangen, der Gestapo mehr oder weniger die Handhabe, die Liquidation der bisherigen Methoden und Struktur der Apparatearbeit zu vollziehen. Faktisch hat uns die Gestapo zu einer Änderung des Aufbaus und der Arbeit des Apparates gezwungen. Deswegen ging man Anfang 1934 an eine Umstellung des Apparates. [...]

Die Auswirkungen der „besonderen Abteilung“ und ihres von der Partei verschiedenen organisatorischen Aufbaus, unabhängig jetzt von der Besetzung der Funktionen, die in Anbetracht der vergrösserten politischen Aufgaben des Apparates auch nicht mit anderen Genossen besetzt wurden, der Bestand der Apparateleute blieb nach der Illegalität ausschliesslich derselbe, führte dazu, dass auch im Inhalt der Arbeit keine Umstellung zu verzeichnen wart. Soweit besonders die Abwehrarbeit zu einer Massenarbeit wurde, war es weniger das Verdienst des Apparates, als die ständige Anleitung der Partei durch das Polbüro, durch die konkreten Direktiven, durch die Parteileitung an sich. [...]

In Verbindung mit diesen Mängeln musste das Sektierertum im Apparat sich verstärken, wodurch die Hauptarbeit des Apparates die in den ersten zwei Jahren stand, die Organisierung der Abwehr als Massenarbeit, Schutz der Partei vor den Zugriffen der Gestapo, fast überhaupt nicht durchgeführt wurde, was ein Fehler des gesamten Apparates ist, da er seine Kräfte auf die verschiedensten Arbeiten verzettelte, ohne zu wissen, wo der Schwerpunkt der Arbeit jetzt liegen müsse. Andererseits führte es auch dazu, dass der Apparat sich nach unten hin Rechte anmasst, die Parteileitungen „nicht hineinriechen liess“, da die Parteileitungen sehr oft erneuert wurden, der Apparat aber in vielen Fällen ein Eigenleben führte in Verbindung mit der Hauptkonzentration auf die spezielle Nachrichtenarbeit und auch dort auf die für die Partei lebensgefährlichste Arbeit, der faktischen Spionage. [...]

3. *Das Nachrichtenressort während der Illegalität.*
Schon aus dem Vorhergesagten geht hervor, dass es ein Fehler des Apparates war, seine meisten Kräfte auf die Beschaffung von Nachrichten zu konzentrieren, wobei man noch sagen muss, dass auch darin der Apparat sich unter den konkreten Bedingungen zuviel zumutete. Er konzentrierte sich auf alle Gebiete, aber hauptsächlich doch dabei entsprechend der früheren Einstellung der Nachrichtensammlung auf die Beschaffung von Materialien aus der Rüstungsindustrie bzw. spionage ähnlichen Charakter [sic]. Andererseits konnte aber der Apparat den 30. Juni, bezw. die Vorgänge,

die zum 30. Juni führten, vorher der Partei trotz aller Spitzenverbindungen, nicht melden.[124] Die sektiererische Einstellung des Apparates auf diesem Gebiet zeigt sich z.B. auch darin, dass seitens des Nachrichtendienstes von der Partei getrennte Verbindungen zur SPD bestanden, auch zu einzelnen Gewerkschaftsgruppen, die man aber der Partei vorenthielt, um sie nachrichtenmässig, noch konkreter gesagt, „BB-mässig" auszunützen. Während die Partei versuchte, in den Betrieben an SP-Arbeiter heranzukommen, um mit ihnen gemeinsam zu kämpfen, hatte der Nachrichtenmann Verbindungen, die er aber aus „Konkurrenzgründen" in vielen Fällen nicht weitergab.

Als direkt verantwortungslos muss man bezeichnen, dass der Apparat bei der strengen Illegalität und bei den Opfern, die aus dem Apparat und ihren Betriebsberichterstattern gebracht wurden. Der Apparat es nicht verstanden hat, dass die Sammlung von Nachrichten aus Kriegs- und Rüstungsbetrieben, Nachrichten, die auf das Gebiet der Spionage hinausgehen (Flugzeugbau, Flugplätze, Wehrmacht, chemische Erzeugnisse, Kriegsmaterialien usw.) nicht eingestellt wurde, obwohl die Opfer und die damit verbundenen Gefahren (man kann sagen, fast in jedem Fall Todesstrafe) nicht den für die Partei gewonnenen Nutzen dieser Nachrichten entsprechen können. [...]

Die Nachrichtenverbindungen überhaupt, soweit sie zu höheren Kreisen gingen, waren meist aufgebaut auf persönliche Verbindungen bestimmter Familienkreise, die dann die Mitteilungen mündlich weitergaben ohne dass sie sich direkt der Partei zur Verfügung stellten. Deswegen ist erklärlich, dass Viktor [d.i. Leo Roth] keine einzige Verbindung an die neue Leitung, soweit es zentrale Verbindungen waren, übergeben konnte. Viktor selbst erklärt die Methoden ihrer Arbeit.

Hierbei möchte ich nur die prinzipielle Seite stellen:

1. Wenn irgend möglich, keine Leute ins gegnerische Lager hineinschicken, sondern Leute aus den Organisationen ideologisch bearbeiten und gewinnen.

2. Die Verbindungen individuell bearbeiten und entwickeln, sie als Genossen und mitunter auch als Mitarbeiter betrachten, nicht als Agenten.

3. Bei jeder Verbindung die politische Bedeutung seiner unmittelbaren Arbeit entwickeln, damit sie sich nicht „ausgenützt" vorkommt.

4) Pflege der Verbindung auch in „Ruhepausen".

5) Liquidierung des Begriffs „Spionage".

Diese Methode unterschied sich sehr wesentlich von den Methoden eines sonstigen Nachrichtenapparates. Die Gefahr bei diesen Methoden war und ist:

1) Die Verbindungen doch etwas persönlich an einen zu binden. Was aber bei Nachrichtenarbeit sich nie ganz vermeiden lässt.

---

124 *Vorgänge des 30. Juni:* Der sog. „Röhm-Putsch" am 30.6.1934, d.h. die Ermordung Ernst Röhms und weiterer SA-Funktionäre auf Befehl Hitlers.

2) Dass man über das sich gesteckte Ziel hinausschiesst und den Verbindungen zuviel sagt.

Dass der Nachrichtenapparat auch gut arbeiten konnte, bezw. sich viel mehr auf diese Arbeit hätte konzentrieren müssen, die unter den gegebenen illegalen Bedingungen seine Hauptaufgabe hätte sein müssen, zeigt die Arbeit des Apparates beim Reichstagsbrandprozess, wo es ihm nicht bloss gelang, die entsprechenden Materialien zu beschaffen, sondern sie auch durch richtige Verbindungen auszuwerten.[125] Obwohl auch diese Verbindungen rein persönlich waren, hätte man sie enger an die Partei heranziehen können. Es handelt sich um die Verbindungen zur Presse sowohl der deutschen als der ausländischen, besonders der englischen, liberalen Wissenschaftlern, die einen bestimmten Einfluß hatten, und solchen Kreisen, die wir also politisch für uns hätten mobilisieren können. Auch diese Verbindungen wurden bisher nicht dem deutschen Parteiapparat übergeben.

4. *Die Abwehr.*
Aufgrund der Untersuchung konnte festgestellt werden dass die schwächste Stelle im Apparat die Besetzung und die Arbeit des Abwehr-Ressorts war. Schon bei der Umstellung des gesamten Apparates auf die Illegalität war zu verzeichnen, dass der Apparat selbst die konspirativen Regeln nicht einhielt. Allein im Jahre 1933 wurden im gesamten Apparat neun Verhaftungen getrennt durchgeführt, die alle zur Aufrollung des Apparates führen konnten, und wobei man sagen kann, dass alle diese Verhaftungen bei richtiger Erziehung der eigenen Funktionäre des Apparates bezw. bei Einhaltung der konspirativen Regeln hätten vermieden werden können. Die Leitung der Abwehr im zentralen Masstabe beschränkte sich fast ausschliesslich auf eine Registratur der vorgekommenen Fälle. [...]

Der Hauptfehler der Abwehr bestand darin, dass schon vor Beginn der Illegalität keine systematische Überprüfung der Leitungen und Funktionäre auf ihre Sicherheit durchgeführt wurde, bezw. bei Eintritt in die Illegalität die Leitungen, die nach der ersten grossen Verhaftungswelle neu eingesetzt wurden, überhaupt nicht mehr überprüft wurden. Man reinigte weder den zentralen Apparat, noch den Bezirksapparat,

125 *Materialien zum Reichstagsbrand*: Zentral wurde der Nachrichtendienst mit der Recherche und der Beschaffung von Dokumenten zum Nachweis der NS-Urheberschaft des Reichstagsbrandes, zur Informationsbeschaffung über den am Tatort festgenommen Holländer Marinus van der Lubbe (u.a. durch Einsätze von Theodor Bottländer), zu den NS-Machenschaften zur Verdunkelung der Informationen („Oberfohren-Memorandum") und der Ermordung von „Personen mit vermuteten Insiderkenntnissen" über die NS-Beteiligung eingesetzt, wie auch zur Unterstützung des Nachweises der Unschuld der angeklagten Kommunisten. Auch zur Vorbereitung und Durchführung des Reichstagsbrandprozesses gegen Dimitrov und Genossen leistete der Apparat einen zentralen Beitrag, ihm wurde die Berichterstattung über Leipzig sowie die zentrale Recherche-, Aufklärungs- und Informationsarbeit überantwortet, u.a. die erfolgreiche Beschaffung (über die Tochter von Generaloberst Kurt von Hammerstein-Equord, dem Chef der Heeresleitung) und Veröffentlichung der Anklageschriften (siehe: Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst der KPD, S. 294–302).

wodurch eine ungeheure Provokationswelle gegen die Partei möglich war, ohne dass also die Abwehr entsprechende Massnahmen traf.

Besonders verhängnisvoll wirkte der Einbruch des Gestapo in den eigenen Apparat. Der teilweise bis zur Panik ausartete, zurückzuführen eben darauf, dass die Abwehr nicht die entsprechenden Massnahmen durchführte, bezw. überhaupt vorschlug.

1) Hochgehen fast aller Waffenlager in Berlin durch Quant [d.i. Bernhard Quandt] und Harry, verantwortlich für das Waffenressort in Berlin, die sich sofort als Provokateure herausstellten, weil sie zu den Elementen gehören, die auch bei der SA hätten sein können, sogenannte „Schlägertypen".

2) Damit verbunden Klause, Richardstrassenverhaftungen von PS-Funktionären.

3) Kattner und seine Rolle.

4) Reinhold [d.i. Hermann Dünow] und sein Stellvertreter Joseph [d.i. Karl Langowski] (selbst Abwehrleiter) wobei Joseph selbst zum Provokateur wurde.[126]

Durch die verschiedensten Aussagen wurden alle Teile des Apparates gefährdet, der Apparat hatte, anstelle die Partei anzuleiten und zu überprüfen, [sich] erst mal mit sich selbst und seiner ständigen Rekonstruierung zu befassen. […]

Der hauptsächlichste Mangel, worauf das Versagen des Abwehrapparates auch zurückzuführen ist, ist das Fehlen der sogenannten offensiven Abwehr gewesen. Es bestanden so gut wie keine Verbindungen zur Polizei, Gestapo, Justiz, um evtl. irgendwelche Nachrichten zu erhalten. Von allen Apparatleuten wird in ihren Berichten das Fehlen dieser offensiven Abwehr einheitlich konstatiert. Eine Verbesserung bezw. eine Änderung der Methoden der Abwehrarbeit, eine ernste Diskussion über die Ursachen der Schwächen des Abwehrapparates gab es während der ganzen Zeit nicht, besonders was Abwehr anbetraf, war die Parteileitung so gut wir nicht informiert. Die Direktiven waren allgemeiner Natur, ohne den neuen Methoden der Gestapo angepasst zu sein. […]

Der Versuch, die Schwächen des Abwehrapparates dadurch zu erklären, dass in den einzelnen Bezirken die Abwehrleiter zu persönlichen Adjutanten des ersten BL-Mannes gemacht wurden, beweist nur, dass die Leitung nach Gründen sucht, um ihre eigenen Fehler abzuschwächen, andererseits aber auch, dass man der Partei, bezw. den neuen Kadern keine richtigen Anleitungen trotz eigener Verbindungen des Apparates und eigener Direktiven gegeben hat.

Der katastrophale Zustand des Abwehrapparates darf aber nicht als nur persönlicher Fehler des Abwehrmannes gewertet werden, sondern die Verantwortung trägt

---

126 Joseph (Ps.), d.i. Karl Langowski (1905–1965), 1932 Leiter der AM-Arbeit der KPD in der Reichswehr und der Reichsmarine. Soll nach seiner Verhaftung im Dezember 1933 wichtige Aussagen gegenüber der Gestapo gemacht haben (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 527f.; Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst der KPD, S. 205, 315f.).

die Apparatleitung überhaupt, die diesen Zustand duldete, bezw. versuchte zu verheimlichen und sich nicht an die entsprechenden Stellen zwecks Hilfe und Abteilung der Mängel wandte.

Methoden der Arbeit, die Arbeit der Leitung, die Kader.
Interessant ist, an allen Berichten, die von den verantwortlichen Genossen des Apparats vorliegen, dass in keinem Fall auf die führende Rolle des ZK bezw. PB im Apparat hingewiesen wurde. Welcher Art die Zusammenarbeit zwischen ZK und Apparat war, ist also aufgrund der vorhandenen Berichte nicht festzustellen, aus der Praxis ist aber bekannt, dass eine systematische Kontrolle des Apparates bezw. seiner Anleitung durch das PB nicht feststellbar ist und auch wahrscheinlich nicht stattgefunden hat. An der einzigen Sitzung, die zur Besprechung von Apparatfragen organisiert war (zu Weihnachten 1934), nahm nur Rudi Schwarz teil, weder Kippenberger noch ein anderer Genosse erschien. Auch die Form der früheren Leitung durch das PB ist nicht klar ersichtlich, anscheinend geschah sie durch ein dazu beauftragtes Mitglied des ZK, nach den Berichten treten sie aber nicht in Erscheinung.

Dieses Verhältnis des Apparates zum PB charakterisiert eben die Ausnahmestellung, die die mil.pol. Abteilung bis 1933 hatte und diese Ausnahmestellung derart forcierte, dass eben der Apparat schon zu einer Organisation innerhalb der Organisation werden konnte. […]

Bei der Heranziehung der verantwortlichen Mitarbeiter in den Apparat gab es bestimmte Richtlinien, die allgemein gültig waren. […]

Diese Prinzipien der Personalauslese waren richtig und führten dazu, dass der Apparat unter Leitung von Alex [d.i. Hans Kippenberger] von 1928–1933 eine bestimmte Säuberung dadurch erfuhr, dass erstmals die sehr zahlreich vertretenen intellektuellen Elemente durch proletarische ersetzt wurden, der Apparat, der auch Leute enthielt, die politisch nicht mit der Komintern und den Beschlüssen des ZK einverstanden waren, von diesen Elementen säuberte.

Eine wichtige Hilfe in der Auslese der Kader war die mil.pol. – Schule, durch die fast alle zentralen Funktionäre gingen, es bleibt aber zu untersuchen, ob sie nicht zu stark das „Spezialistentum" forciert, was allgemein ein Mangel des Apparates überhaupt war.

Dass man von den wichtigen Gesichtspunkten der Auslese der Funktionäre, wie sie richtig oben aufgezeigt waren, besonders in der Illegalität abwich, muß selbst Alex [d.i. Hans Kippenberger] in seinem Bericht zugeben. […]

Nimmt man die Leitung des Apparates überhaupt, so muss aber festgestellt werden, dass sie ihrer Zusammensetzung nach doch nicht dem entspricht, was den allgemeinen Direktiven zugrunde lag. Die Leitung bestand aus folgenden Genossen, die wir gleichzeitig kurz charakterisieren wollen:

1) *Alex [d.i. Hans Kippenberger]*[127] – kleinbürgerlicher Herkunft, Kriegsfreiwilliger, wird Offizier, nimmt an der revolutionären Bewegung nach dem Krieg aktiven Anteil. Er bemüht sich sehr stark, Kontakt zu den proletarischen Schichten der Partei zu finden, zieht auch Proletarier in die Funktionen hinein, seine Hauptarbeit leistet er aber doch mit kleinbürgerlichen und intellektuellen Elementen, wahrscheinlich weil die Arbeit dadurch für ihn leichter wird. Aus seiner kleinbürgerlichen Erziehung und Einstellung heraus, sind auch eine Reihe seiner Fehler zu erklären.

2) *Vikto*r [d.i. Leo Roth][128] – kommt 1925 zum Jugendverband, jüdischer Kleinbürger, schliesst sich sofort den Trotzkisten an, wird ausgeschlossen 1925, ist bis 1927 aktiver Mitarbeiter der Trotzkisten, findet über das BB-Ressort irgendwie den Weg zur Partei, wird Angestellter des BB-Ressorts und geht über als zentraler Nachrichtenleiter in die Apparatsleitung. In Verbindung mit seiner Apparatsarbeit wird er Gegnerobmann der Jugend, aber eigentliche Parteiarbeit hat er nie geleistet. Er ist heute erst 25 Jahre alt, bei seinem Eintritt in das BB-Ressort kann er 20 Jahre gewesen sein. Politisch ist er überhaupt nicht erprobt, er war zwar während der Illegalität im Lande, er ist ein Streber, sehr von sich eingenommen, bewegt sich in absolut bürgerlichen Kreisen, irgendwelche Verbindung zu Arbeiterschichten kann man bei ihm nicht feststellen.

3) *Erwin [d.i. Franz Schubert]*[129] – ein Arbeiter, seit 1924 schon im Apparat, ist schon zum Spezialisten und Bürokraten geworden. Hat seine Arbeit überhaupt nicht den Erfordernissen der strengen Illegalität anpassen können, hat als Abwehrleiter selbst wenig Wachsamkeit, hat selbst nicht gemerkt, dass er dem Staatsapparat eine Möglichkeit zur Ausnutzung unserer Partei gab. Das letzte genügt vollkommen, um zu zeigen, dass er als Abwehrleiter [seiner Aufgabe] nicht gewachsen sein konnte.

4) *Lore [d.i. Änne Kerff]*[130] – seit 1929 Kippenbergers Frau, wird während der Illegalität zur verantwortlichen Mitarbeiterin herangezogen, hat teilweise Abwehrleitung gemacht. Sie stammt aus proletarischen Kreisen und war früher eine aktive Jugendfunktionärin. Durch ihre jahrelange Kenntnis des Apparates führte sie ihre Arbeit ziemlich arrogant durch, die Genossen waren von ihr abgestossen und hatten kein Vertrauen zu ihr. Wie weit sie sich Rechte angemasst hat, die nur Alex [d.i. Hans Kippenberger] zustanden, kann nur allgemein angenommen werden auf Grund der

---

127 Der gesundheitlich bereits äußerst geschwächte Kippenberger wurde am 3.10.1936 vom Obersten Gericht der UdSSR wegen „Spionage“ und Vorbereitung von „Terroranschlägen“ zum Tode verurteilt und noch am gleichen Tag hingerichtet.

128 *Viktor (Ps.):* Nachdem er nach Moskau zitiert wurde, wurde Leo Roth dort noch 1936 verhaftet und zum Tode verurteilt.

129 *Erwin (Ps.):* D.i. Franz Schubert, Leiter der Abwehr, der ebenfalls nach Moskau einbestellt und im November 1936 verhaftet wurde. Er starb nach langer Haft und Folterungen 1942 im Gulag.

130 *Lore:* D.i. Christina (Änne) Kerff, Kippenbergers zweite Frau, die gemeinsam mit ihm am 5.11.1936 in Moskau verhaftet wurde. Sie wurde 1937 zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt und 1946 aus einem Lager bei Magadan entlassen. Sie starb am 12.8.1984 in Ost-Berlin, Erich Honecker verweigerte bis zum Schluss die von ihr verlangte öffentliche Würdigung Kippenbergers.

einzelnen Beschwerden, ohne dass dieser Frage grössere Bedeutung bei der Untersuchung zugelegt wurde.

Die engste Leitung des Apparates selbst enthielt zwei grosse Gefahrenpunkte, wodurch es möglich gewesen wäre, in den Apparat einzubrechen. 1) durch Heinrich [d.i. Franz Schubert], seiner Vertrauensseligkeit und ungenügenden Wachsamkeit, 2) durch Viktor [d.i. Leo Roth], durch sein Wesen, er liebt es, gut zu leben und seine persönlichen familiären Beziehungen, die durch seine Frau in die höchsten Reichswehrkreise geht und durch seine ungenügende Parteizuverlässigkeit.[131]

Dass das nicht zufällig ist, sondern beweist, dass die Wachsamkeit des gesamten Apparates seit der Illegalität wesentlich nachgelassen hat, bezw. der Apparat nicht begriffen hat, dass er während der strengen Illegalität eine viel grössere Wachsamkeit als früher an den Tag legen musste, geht auch aus folgendem hervor: Die Leitungen der Auslandsstellen wurden Genossen übertragen, die politisch überhaupt nicht überprüft sind bezw. unzuverlässig sind. Z. B. der Leiter des Pariser Apparates, durch den also sowohl die Sammlung von Nachrichten, als auch die Abwehr, d.h. Überprüfung unseres dortigen Apparates, der eintreffenden Emigranten usw. unter sich hat (sic), ist ein Genosse Moritz, den niemand vom ZK genauer kennt, ausser dass er der Typ eines Intellektuellen ist. Was stellt sich heraus, wer Moritz ist:

H.H. von Renke [d.i. Hans Hubert von Ranke]. Bis 1933 verantwortlicher Angestellter der Lufthansa mit wichtigen gesellschaftlichen, diplomatischen und politischen Verbindungen. Mitte 1933 emigriert und nach Frankreich beordert zur Entwicklung der dortigen N-Arbeit. (Bericht von Alex [d.i. Hans Kippenberger]).

Moritz kennt die Partei überhaupt nicht. Er kannte etwas den Apparat, weil er durch ihn herangezogen wurde und die Pariser Emigration, weiter nichts. [...]

Es ist selbstverständlich, dass der Apparat auch eine Reihe guter Kader erzogen hat. Aber gerade, weil ein Teil des Kaders so unzuverlässig war, ging auch ein grosser Teil des guten Kaders verloren. Eine Reihe von Apparatleitern wurde erschlagen, andere haben sich glänzend benommen. Dadurch aber, dass die Wachsamkeit des Apparates zu wenig scharf gestellt wurde, konnten solche Leute sich entwickeln, die der Partei ungeheure Verluste brachten. Als Beispiel:

Klause [d.i. Michael Klause], Leiter des Berliner PSS, hatte die beste Charakteristik der Spezialschule; einer der gefährlichsten Provokateure.

Quand [d.i. Bernhard Quandt], Leiter des Berliner Waffenressorts, lieferte alle Waffenlager aus, auch die PSS-Leiter wurden von ihm denunziert.

Harry, Quands Stellvertreter, dasselbe.

131 Roths Frau war Helga von Hammerstein-Equord (1913–2005), Mitglied der KPD und Tochter des Generalobersts Kurt von Hammerstein-Equord, der die Weitergabe zentraler NS-Dokumente durch sie stillschweigend duldete. Siehe zuletzt: Hans Magnus Enzensberger: Hammerstein oder Der Eigensinn. Eine deutsche Geschichte, Frankfurt am Main, Suhrkamp, 2008.

Giesecke, Polizeihauptmann aus dem zentralen Apparat, Gestapofachberater.

Kattner, kommt aus dem zentralen Apparat, hatte die verschiedensten Funktionen.

Joseph [d.i. Karl Langowski], Stellvertretender Reichsleiter des Apparates, zusammen mit Reinhold [d.i. Hermann Dünow], hat alles hochgehen lassen. (M-Schüler).

Reinhold [d.i. Hermann Dünow], – Reichsleiter des Apparates, Zusammenbruch, Selbstmordversuche, scheint nicht viel preisgegeben zu haben.

Der Apparatleiter des *Ruhrgebiets*, lässt bei seiner Ankunft alles hochgehen.

Der *Hallenser* Leiter, Nolte, lässt alles hochgehen.

In *Hamburg* besteht begründeter Spitzelverdacht gegen den früheren Leiter. April 1935 oder schon etwas früher wird ein direkter Gestapoagent, Wachsmut, in den Apparat aufgenommen.

Die Liste lässt sich noch um vieles vergrössern, das sind nur die bekanntesten Fälle. Selbstverständlich hat man niemals die Garantie, dass der Apparat restlos sauber ist, Aber eine derartige Fülle vom Missgriffen in der Personalauswahl im Lande, in den Auslandsstellen und in der zentralen Leitung muss zu der Schlussfolgerung führen, dass die Richtlinien für die Personalpolitik auf dem Papier standen, der Apparat selbst verantwortungslos seit der Illegalität die Personalfragen gestellt hat. Deswegen ist die Charakterisierung der Fehler des Apparates in dem Bericht von Alex [d.i. Hans Kippenberger] absolut ungenügend. […]

Vollkommen unübersichtlich ist die Geldpolitik des Apparates. Neben dem ordnungsgemässen Budget für den zentralen Apparat, wobei die bezirklichen Apparatsleiter vom Bezirk aus bezahlt werden sollten, gab es eine Reihe von Nebeneinnahmen, auf Grund spezieller Verbindungen, die niemals genau überprüft werden konnten und die die Genossen für sich behielten. Eine Rechnungslegung darüber erfolgte nicht, was selbstverständlich ein gewisses Gefahrenmoment in sich birgt. […]

6. *Die Rolle des Apparates bei den innerparteilichen Auseinandersetzungen.*
Durch die Brüsseler Parteikonferenz[132] ist durch die Kritik der Delegierten und durch das PB genügend gekennzeichnet worden, wie und welcher Art der Apparat innerparteilich während der Zeit der Illegalität eingestellt war. Anstelle die Einheit der Partei zu fördern und zu überwachen, hat er selbst die Gruppierungen forciert, wenn nicht selbst mit ins Leben gerufen. Obwohl der Apparat wusste, dass Gruppen und Fraktionen das leichteste Einfallstor für die Gestapo sind, hat er sich selbst dieser Methode befleissigt. Das musste sich sowohl im Apparat als auch unten auswirken. Indem sich der Apparat als selbständige Organisation innerhalb der Partei etablierte, machte er sich selbstständig und unabhängig. In dem Kampf um die Führung der Partei wurde der Apparat zum Träger politisch zersetzender Gerüchte, bis zu Gerüch-

132 Zur „Brüsseler Konferenz“ der KPD siehe: Dok. 370.

ten über die Komintern, und desorganisierte dadurch die Partei. Diese politische Zersetzungsarbeit des Apparates hätte bei längerer Duldung noch schwerere Konsequenzen nach sich ziehen können, da er soweit ging, auch aus innerparteilichen Gründen die schwersten konspirativen Fehler von Anhängern seiner politischen Richtung zu decken. [...] Dass die Genossen bis heute ihre Fehler nicht einsehen wollen, zeigt, dass sie weiterhin ein doppeltes Spiel treiben wollen. [...]

7) *Zusammenfassung und Vorschläge:*

1) Den Apparat in seiner jetzigen Form restlos sowohl zentral, als bezirklich zu liquidieren, das System des Dreierkopfes in den Bezirken, das faktisch zur Schaffung einer Konkurrenzleitung führen kann, aufzuheben.

2) Die Sektoreneinteilung aufzuheben, wodurch besondere Oberleitungen geschaffen wurden, die sich auch über die bezirklichen Parteileitungen gestellt fühlten und Anpassung des Aufbaus der bestehenden Ressorts entsprechend dem Aufbau der Partei.

3) Restlose Liquidierung aller Verbindungen zum BB-Apparat, Trennung der unteren BB-Funktionäre überhaupt von der Partei.

4) Ausbau des Nachrichtendienstes in Bezug auf Verbindungen zur Presse und bestimmten oppositionelle Kreisen, Richtung Volksfront. Einstellung von Spitzenverbindungen als Hauptaufgabe, Aufgabe der vielen Reichswehrverbindungen und Aufrechterhaltung von ein oder zwei der wichtigsten, Aufgeben des Systems bezahlter Nachrichten. Restlose Einstellung der Nachrichtensammlungen aus Kriegs- und Rüstungsindustrie, soweit sie militärtechnischen Inhalt haben, sowie der in dieser Linie liegenden Nachrichten.[133] Dagegen in Verbindung mit offensiver Abwehr Schaffung von Verbindungen zur Gestapo, Polizei und Justiz.

Unterstellung des Nachrichtendienstes direkt der Leitung bezw. eines von der Leitung mit der Zusammenarbeit beauftragten Genossen, auch in den Bezirken.

5) Aufnahme einer wirklichen Zer[setzungs]-Arbeit in der Armee, Arbeitsdienstlagern [sic] mittels Zellen der Partei und des Jugendverbandes, die Arbeit innerhalb der SA ebenfalls durch Schaffung und Eingliederung besonderer Parteizellen, die Zer[setzungs]arbeit müsste direkt dem Polleiter unterstellt werden. Zer[setzungs]arbeit überhaupt massenmässig in Verbindung mit der Agitation gegen den Krieg durchführen.

133 Unter Bezugnahme auf diesen Beschluss heißt es bei Grundmann: „Damit war auch formell das Todesurteil über den BB-Ressort gesprochen. Dafür, daß auch die maßgeblichen Funktionäre desselben sterben mußten, haben Hitler und Stalin gesorgt. Und weil dabei mehrere Funktionäre, die in der DDR zu den Mächtigen gehören sollten, darunter Ulbricht und Pieck, mitgewirkt haben, wurde später auch das Opfer, das zahlreiche BB-Mitarbeiter gebracht haben, todgeschwiegen." (Grundmann: Der Geheimapparat der KPD, S. 470).

6) Die Beschaffung, Versorgung und Kontrolle der Waffenbestände zentral regeln, evtl. Möglichkeiten legaler Unterbringung durch SA, Luftschutz usw. schaffen. PB muss die Frage der Waffenbeschaffung prinzipiell klären, in der jetzigen Situation ist die Aufbewahrung von Waffen nicht zu empfehlen.

7) Die Verbindung zu den Rüstungsbetrieben zu verstärkter politischer Massenarbeit auszunützen, in ihnen besondere Einheitsfront- und Antikriegskampagnen zu führen, ohne dass jede kleine Kampagne als Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse ausgelegt werden kann.

8) Restloser Austausch der bisherigen leitenden Funktionäre des Apparates, auch in den Bezirken und Grenzstellen, bezw. ihr Umtausch und genaue Durcharbeitung derselben. Abberufung besonders der Funktionäre, bei denen vorauszusehen ist, dass sie die Apparatsarbeit im alten Sinne weiter fortführen werden. Besonders in den Ressorts muss als erstes versucht werden, die Funktionäre zu legalisieren, sowohl was Nachrichten, als auch Abwehr anbetrifft.[134]

Verstärkte politische Arbeit des PB unter Verwertung der bisherigen Fehler des Apparates zur Erziehung der Funktionäre zu verstärkter Konspiration und massenmässiger Abwehrarbeit. Der systematische Kampf der Partei gegen Provokationen bei ständiger Erläuterung der neuen Gestapomethoden an Hand der Erfahrungen, Aufzeigung der entsprechenden Lehren usw. d.h. die politische Erziehungsarbeit der Partei zum Schutze und der Erziehung der Kader verstärken und direkt dem Polbüro übergeben.

Personelle Vorschläge:

1) Alex [d.i. Hans Kippenberger] zur besonderen Verwendung zur Verfügung stellen,

2) Lore [d.i. Änne Kerff] als Sekretärin in einer Institution zu verwenden,

3) Viktor [d.i. Leo Roth] auf eine politische Schule evtl. zur Massenarbeit in der SU zu verwenden,

4) Heinrich [d.i. Franz Schubert] nach Klärung seiner Angelegenheit auf die Westuniversität zu schicken.

5) Ralf[135] und Moritz [d.i. Hans Hubert von Ranke] sofort durch andere zu ersetzen.[136]

Mertens [d.i. Grete Wilde].[137]

---

134 Faktisch bedeutet der Beschluss die Liquidierung des gesamten militärpolitischen Apparates der KPD. Vgl. hierzu Bayerlein: Einleitung, Bd. 1, S. 301ff.

135 Der Name Ralf wurde bisher im Bericht nicht genannt.

136 Leo Roth wurde am 5.11.1936 in Moskau verhaftet und am 10.11.1937 erschossen. Franz Schubert wurde am 4.11.1936 in Moskau festgenommen und starb am 2.6.1942 im Gulag.

137 Erna Mertens (Ps.), d.i. Grete Wilde (1904–1943, im Gulag umgekommen?). In den 1930er Jahren Instrukteurin der Komintern, Mitarbeiterin der Kaderabteilung und direkt in die „Überprüfungen“

Dok. 377

Tabellarische Aufstellung zur Überführung der Politemigranten aus den kommunistischen Parteien in die KP der Sowjetunion (1920–1936)

Moskau, 19.2.1936

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/20/758, 10–12. Erstveröffentlichung.

Vertraulich.

Angaben über die in die KPSU[138] *überführte[n] Mitglieder der KI-Sektionen.*[139]

		Zahl der Politemigranten seit 1920 (ungefähr)	Ueberführt in die KPSU (ungefähr)[140]	Bis jetzt zurück-gezogene Empfehlungen
1.	Tschechoslowakische	-	306	Keine Angaben
2.	Oesterreichische	1.000	70	“
3.	Ungarische	-	-	“
4.	Bulgarische	-	500–800	“
5.	Rumänische	-	-	“„
6.	Jugoslavische	500	-	4
7.	Türkische	-	45	Keine Angaben
8.	Lettische	2.000	1.000	4
9.	Griechische	-	-	1
10.	Amerikanische	10.000	2.000–3.000	Keine Angaben
11.	Finnische	10.000–12.000	400	“
12.	Polnische	5.000	2.000	“
13.	Estnische	2.000	300–400	6
14.	Italienische	270	76	Keine Angaben

angeblich partei- und sowjetfeindlicher Elemente involviert. Am 5.10.1937 wurde sie selbst vom NKVD als ehemalige Angehörige der Fischer-Maslow-Gruppe und unter anderen Beschuldigungen verhaftet. 1943/1944 wahrscheinlich im Gulag (Karaganda) umgekommen (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 1024f.).

138 Auch wenn die Bezeichnung KPdSU (russ.: *KPSS*) erst 1952 offiziell als Parteiname für die Kommunistische Partei der Sowjetunion etabliert wurde, taucht die Schreibung KPdSU bzw. KPSU bereits vorher vor allem in deutschsprachigen Komintern- und Parteidokumenten auf.

139 Aus einem kritischen Bericht von Antoni Krajewski (urspr. Name: Władysław Stein, 1886–1937), 1935–1936 Leiter der EKKI-Kaderabteilung, und Jaan Anvelt (1884–1937), Mitglied der Internationalen Kontrollkommission des EKKI wie auch der „Moskvin-Kommission". Offensichtliche falsche Schreibungen wurden so belassen.

140 Die Überführungen wurden von einer beim ZK der VKP(b) angesiedelten Überführungskommission durchgeführt.

15.	Chinesische	-	-	-
16.	Japanische	-	1	-
17.	Brasilianische	2	(Einer aufgenommen in die KPSU nach üblichen Regeln)	
18.	Schweizerische	-	8	Keine Angaben
19.	Norwegische	-	-	"
20.	Schwedische	-	-	"
21.	Littauische	600	-	6
22.	Deutsche	4.000	2.600	Keine Angaben
23.	Englische	-	-	"
24.	Französische	Keine Vertreter anwesend[141]		

Dok. 378

Referat Piecks über die Lage in Deutschland im zuständigen Kominternsekretariat Ercoli

Moskau, 25.2.1936

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/12/6, 61–67. Erstveröffentlichung.

Abschrift

Pe/Esch. /5 Ex.
Sitzung im Sekretariat Ercoli.[142] am 25. 2. 1936.

Die wirtschaftliche und politische Lage in Deutschland.
Genosse Pieck:

Es ist sicher sehr nützlich, was die Genossen vorgetragen haben, und die Arbeiten, die sie machen.[143] Es ist deshalb nützlich, weil sie uns das Material liefern, auf Grund dessen man bestimmte Schlussfolgerungen für die Arbeit der Partei ziehen kann. Aber eben deshalb kann man es nicht als politische Ratschläge für den Kampf, sondern als Rohmaterial betrachten, was man für bestimmte Schlussfolgerungen ausnutzen

141 *Keine Vertreter*: Gemeint ist wohl, dass auf der entsprechenden Komintern-Sitzung keine Vertreter anwesend waren, um die entsprechende Auskunft zu geben. Bekanntermaßen wurde eine Anzahl KPF-Mitglieder in die VKP(b) überführt, so bspw. Maurice Albert (siehe: Gleb Albert, Bernhard H. Bayerlein: Der einzige Franzose, der den blutigen Säuberungen der Komintern zum Opfer fiel? Zur Biographie von Maurice Genrichovič Albert. In: *The International Newsletter of Communist Studies Online* 17 (2004), S. 29–31).
142 Ercoli (Ps.), d.i. Palmiro Togliatti.
143 Scheinbar war der Sitzung des Sekretariats ein Termin mit „wissenschaftlich" arbeitenden Genossen vorausgegangen.

kann, umso weniger, als die Genossen in der Beurteilung der Fakten nicht ganz einheitlich sind. Sie haben ja auch nicht die Aufgabe, politische Ratschläge zu geben. Aber was ist wichtig? Es ist natürlich nützlich, wenn die Genossen, die wissenschaftlich arbeiten, doch auch schon gewisse Schlussfolgerungen ziehen, wie die Entwicklung weiter gehen wird. Wir sind ja nicht Registranten, um nachher festzustellen, was war, sondern auf Grund der kapitalistischen Gesetze, die auch durch die faschistische Diktatur nicht ausser Kraft gesetzt wurden, muss man etwas voraussagen können, wie die Dinge sich weiter entwickeln werden, weil wir das auch für unsere Arbeit brauchen. Und hier liegt die grosse Schwäche dieser wissenschaftlichen Arbeit, dass sie zu wenig voraussieht. Wenn man hier das nimmt, was die Genossen gesagt haben, so kann man es auf folgende Nenner bringen: es kann so kommen, und es kann auch anders kommen; entweder ändert sich das Wetter, oder es ändert sich nicht. Das ist natürlich keine Perspektive. Wenn wir Lenin nehmen – er hatte eine ganz bestimmte Auffassung von der weiteren Entwicklung, und sie ist auch durchwegs eingetroffen, von Nebensächlichkeiten abgesehen. Wir kennen doch die kapitalistischen Gesetze, die gewisse Schlussfolgerungen ermöglichen. Das sollte man in der wissenschaftlichen Arbeit etwas stärker forcieren.

Was die Frage der Einschätzung der Entwicklung angeht: wir haben eine gewisse Einschätzung der Entwicklung durch die Brüsseler Parteikonferenz,[144] durch die Resolution, die damals angenommen wurde, und die in gemeinschaftlicher Arbeit mit den Genossen im Mitteleuropäischen Ländersekretariat ausgearbeitet wurde. Von politischer Bedeutung ist nun, zu prüfen: bestehen diese Formulierungen noch zu Recht oder hat sich inzwischen etwas anderes herausgestellt, was notwendig macht, diese Formulierungen zu ändern. Wenn man die Lage allgemein nimmt, wie sie im Lande ist, so ist mit den Formulierungen eine Einstimmigkeit vorhanden. Die Frist ist ja nicht allzu lange her, wo das formuliert wurde. Es ist dort gesagt worden, dass als etwas Neues in der Lage betrachtet werden muss, dass wir eine wachsende Massenunzufriedenheit haben. Das ist zweifellos. Das ist unverkennbar, dass sie in allen Schichten der Bevölkerung vorhanden ist, sogar bis in die Kreise der oberen Schichten der Mittelschichten hinein. Dann die Frage der beginnenden Aktivisierung in den Betriebsbelegschaften. Das ist der heikle Punkt. Es ist natürlich sehr vorsichtig ausgedrückt: eine beginnende Aktivierung. Es ist notwendig, sich das Wort Aktivisierung ein wenig näher zu betrachten. Man kann unter Aktivisierung natürlich einen wachsenden ideologischen Widerstand annehmen, und man kann auch die Frage der wachsenden oder beginnenden Organisierung von Kämpfen stellen. Wenn wir das nehmen, was alle Berichte aus dem Lande über Widerstandsaktionen sagen, so ist das relativ wenig, was wir haben. Aber es stellt sich auch heraus, dass wir vieles nur zufällig erfahren, sodass man annehmen kann, dass die Berichte, die wir haben, nicht ganz die Lage in den Betrieben kennzeichnen. Natürlich grosse Aktionen – dazu sind schon andere Voraussetzungen notwendig, bei dem Terror, den die Faschisten

144 Zur „Brüsseler Parteikonferenz“ siehe Dok. 370.

bei Beginn jeder Bewegung anwenden. Ich glaube, man braucht an dieser Formulierung nichts zu ändern, sondern es kommt darauf an, festzustellen, was tatsächlich im Lande ist. Das kann man aber nur durch Genossen, die aus dem Lande kommen, und die uns etwas näheres über die Dinge sagen. Wir tappen leider hier etwas im Dunkeln.

Dann ist gesagt worden, dass es dem Hitlerfaschismus nicht gelungen ist, in die Hauptmassen der Arbeiterschaft einzudringen. Das ist eine sehr wichtige Frage. Es ist kein Zufall, dass eine grosse Gefahr besteht, das geht aus allen Materialien hervor. Man muss anerkennen: es geht den Arbeitern heute besser als vor Hitler. Sie sind nicht arbeitslos, sie sind in Betrieben, sie verdienen und dort, wo mehrere Erwachsene sind, erhöht sich das Familieneinkommen. Das ist eine grosse Geschichte, die wir berücksichtigen müssen, warum es nicht möglich ist, die Arbeiter stark in Kämpfe zu bringen. Die Differenz besteht in dem, was versprochen wurde und was eingetreten ist. Die Faschisten haben unter den schwierigen Verhältnissen viel versprochen, aber nicht gehalten. Hier ist ein Faktor, an dem wir hätten eingreifen müssen, dass den Arbeitern das und das versprochen, aber dass das nicht gehalten wurde. Das muss man den Arbeitern begreiflich machen.

Zu den Konflikten im Lager der Bourgeoisie. Es ist wahrscheinlich, dass Kreise in offenem Kampfe stehen gegen die Hitlerregierung. In der Bourgeoisie geht ein Kampf um den Anteil am Staatsapparat vor sich. Die Regierung kann nicht ewig nur ihren Leuten alles geben, sie muss den anderen auch etwas zu gute kommen lassen. Ebenso ist es mit den Aufträgen, die Kriegsindustrie ist zufrieden, aber die anderen wollen auch etwas haben. Das kommt auch alles in der Stellungnahme der Bourgeoisie zur S.U. zum Ausdruck[145] Das alles wird verstärkt durch die Schwierigkeiten, in denen sich das Land befindet.

Jede Taktik hat grosse Manövermöglichkeiten und die faschistische Taktik hat im besonderen viele Möglichkeiten. Auch hier steht die Frage, dass man nicht unterschätzen darf die Frage der ökonomischen Schwierigkeiten. Ich glaube, jedes Gerede von einer Katastrophe ist Unsinn, es gibt keine Katastrophe. Die einzige Katastrophe wird sein, wenn das Proletariat die Revolution durchführt. Solange es der Bourgeoisie gelingt, Bewegungen zu verhindern, wird sie in der Lage sein, hier und dort nachzugeben, wie sie es in der Lebensmittelfrage u. a. getan hat. Darum ist die Frage, ob eine Missernte eintritt oder eine Inflation, hier nicht zu stellen.

Alles hängt hier ab vom Widerstand, und hier ist die Frage, worauf überhaupt wir als Politiker alles Gewicht legen müssen. Es wäre also zu erklären, warum, trotzdem sich doch die Dinge in Deutschland ökonomisch für die Arbeiter, für den Mittelstand, für die Bauern nicht verbessert, sondern verschlechtert haben, und in Anbetracht des unerhörten Terrors, der Unterdrückung jeder Freiheit, – warum es uns nicht möglich ist, stärkere Widerstandsaktionen der Arbeiter auszulösen. Das ist das grosse Problem, vor dem wir stehen. Und da gebe ich zu, dass man vielmehr den Erdgeruch dessen brauchte, was in Deutschland unter den Arbeitern, in ihren

145 Es ist unklar, auf welches Dokument Pieck sich hier bezieht.

Familien gesprochen wird. Was wir gelegentlich von den Genossen hören, die aus dem Lande kommen, ist immer nur ein kleiner Ausschnitt, wobei oftmals noch die Wünsche derjenigen mitsprechen, die berichten. Es ist schwierig, sich ein richtiges Bild zu machen. Ein Genosse hier hat von der Mentalität eines Durchschnittsarbeiters gesprochen. Darauf hat er seine Argumentation eingestellt. Das ist absolut richtig. Dazu kommt, dass ja doch schliesslich der übergrosse Teil der deutschen Arbeiter jedem Kampfe ausweichen will, weil er mit Opfern verbunden ist. Sie werden aus dem Betrieb entlassen, ins Konzentrationslager gesteckt, und der Druck der Diktatur wirkt sich sehr in der Richtung aus, dass die Arbeiter doch dem Kampfe ausweichen wollen. Und hier steht die Frage, das Gegenteil zu erreichen, sie für den Kampf zu gewinnen. Hier sind zwei Dinge von Wichtigkeit. Unsere ganze Agitation im Lande krankt daran, dass wir mehr von unsern Wünschen ausgehen als von dem, was an die Arbeiter herankommt. An die Arbeiter kommt heran die faschistische Zeitung, die täglich die Ideologie der Massen beeinflusst. Die Leute riechen doch das. Das sind keine Dummköpfe. Sie riechen sofort, wo ihrer Herrschaft Gefahren drohen. Sie stellen sofort ihre ganz Agitation in dieser Richtung ein. Wir verstehen nicht, sie auf diesem Gebiete der Täuschung der Massen zu verfolgen, und hierauf stärker unsere Agitation einzustellen. Das ist doch nicht schwer, weil wir die Zeitungen haben.[146] Wir verfolgen das. Aber die Dinge gehen an uns vorüber, ohne dass wir richtig darauf reagieren. Das betrifft auch das, was die Frage der Lage der Arbeiter, der Bauern, das Mittelstandes selbst angeht. Es ist nicht überall dasselbe im Lande. Das wurde hier auch richtig gesagt. Wir müssen vielmehr konkret, sogar an den einzelnen Betrieben anknüpfen. Die Lage in einem Betriebe ist unter Umständen ganz anders als im Nachbarbetriebe. An das, was im Betriebe vor sich geht, was der Unternehmer sich leistet, was die Kommissare

---

146 Während es bis 1933 noch ca. 50 KPD-kontrollierte Zeitungen mit einer Gesamtauflage von ca. 650.000 gab, konnten KPD-Presseerzeugnisse nach dem Verbot der KPD-Presse qua Notverordnung des Reichspräsidenten am 28.2.1933 nur noch illegal weiterproduziert werden. Zunächst war die Herstellung und Verbreitung von Druckerzeugnissen eine Hauptbeschäftigung der KPD-Kräfte im Untergrund, 1934 ging die Auflage der unterschiedlichsten in Untergrunddruckereien hergestellten Broschüren, Zeitungen und Flügblätter in die Hunterttausende. Allerdings konnte gerade bei den KPD-Periodika auf Bezirksebene unter den Bedingungen der Illegalität keine Kontinuität hergestellt werden, die meisten Zeitungen erschienen sehr unregelmäßig oder gingen nach wenigen illegalen Ausgaben ein. Lediglich die *Rote Fahne* als Organ des ZK konnte die 1930er Jahre hindurch erscheinen, da sie auf ausländische Druckereien ausweichen konnte. Allerdings waren die *Rote Fahne*, wie auch die illegalen Druckerzeugnisse auf regionaler und lokaler Ebene, wenig „massenwirksam“: Ihre Hauptfunktion „lag nicht in der Wirkung nach außen, sondern in der Festigung des Bewusstseins der schon gewonnenen Anhänger.“ (Peukert: Die KPD im Widerstand, S. 181). Zudem erfolgte Anfang 1935 ein schwerer Schlag der Gestapo gegen den westdeutschen KPD-„Technik“-Apparat, der für das illegale Druckerei- und Vertriebsnetz zuständig war, und von dem sich die KPD-Presse nicht mehr erholen konnte, was auch durch das Einschmuggeln von in Grenzländern gedruckten Materialien nicht ausgeglichen werden konnte. Siehe: Hempel-Küter: Die Tages- und Wochenpresse; Peukert: Die KPD im Widerstand, S. 175–189; für eine Bibliographie siehe: Jürgen Stroech: Die illegale Presse. Eine Waffe im Kampf gegen den deutschen Faschismus. Ein Beitrag zur Geschichte und Bibliographie der illegalen antifaschistischen Presse 1933–1939, Frankfurt am Main, Röderberg, 1979.

sich leisten, sogar auch an das, was von der Nazipartei im Betrieb unternommen wird – hier müssen wir immer wieder in der Agitation anknüpfen. Dann werden wir praktische Resultate haben. Ich habe hier nicht gesprochen von der reformistischen Ideologie. Hier bei den Sozialdemokraten ist es dasselbe. Ihre Politik ist, eben keine Kämpfe auszulösen. Die ganze Politik des Parteivorstandes geht darauf hinaus, sich vor jeder Verpflichtung, im Lande etwas zu unternehmen, zu drücken.[147] Die wichtigste Lehre, wenn wir hier über die Schwierigkeiten unserer Arbeit im Lande berichten, ist, den subjektiven Faktor sehr ernst zu prüfen, ob hier nicht grosse Schwächen im Lande vorhanden sind. Ich bin bei alledem bei der Einschätzung der Lage im Lande kein Pessimist, sondern sehe grosse Möglichkeiten der Auslösung sogar breiter Massenaktion im Lande trotz des Terrors, wenn wir verstehen, wirklich das zur Grundlage zu machen, was auf dem Kongress gesagt wurde, was in den Resolutionen unter den Aufgaben gesagt wurde, wirklich zu praktizieren. Hier liegt meiner Meinung nach die grosse Schwäche unserer ganzen Arbeit. Das gilt auch für das, was die Frage der Forderungen angeht.

Die Frage der Forderungen ist eine sehr defizile Frage und da sollten wir wirklich viel lernen von den französischen Genossen, solche Forderungen zu stellen, die jedermann versteht. Das ist richtig. Auch das, was in den Betrieben vor sich geht, bei den Bauern muss man kennen, um solche Forderungen zu stellen, die eigentlich schon Forderungen der Massen sind, aber nur eine Führung brauchen um zu organisieren, dass man mit diesen Forderungen auch die gleichgültigen Elemente erreicht. Das ist ein sehr wichtiges Problem.

Das ist auch, wie Ihr wisst, eine Frage, ob unsere Kader ausreichen für die Mobilisierung der Arbeitermassen, die uns helfen bei unserer Arbeit, sonst werden wir in der Luft schweben. Man muss auf diesen subjektiven Faktor das Hauptaugenmerk richten. Die Genossen, die hier zusammengekommen sind, die vom wissenschaftlichen Standpunkt die Fragen beleuchten, sollen uns helfen, diese Aufgaben, die wir haben, zu erfüllen. Sie sollen nicht eine Registrationsarbeit machen, sondern sie sollen helfen, die weitere Entwicklung aufzuzeigen. Aus dem Material muss man Schlussfolgerungen ziehen können, wie werden wir uns rechtfertigen, wenn wir diese politischen Forderungen stellen – ist sie begründet oder nicht, ist das nur ein Wunsch von uns oder nicht.



Im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen eine „konterrevolutionäre trotzkistische Gruppe" beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 27.2.1936, das gesamte Archiv Lev Trotzkis „und andere Dokumente" an Nikolaj Ežov „zwecks Aufarbeitung und Bericht an das Politbüro" zu übergeben.[148]

---

147 Immerhin veröffentlichte die SOPADE 1934 das zum revolutionären Sturz des Hitler-Regimes auffordernde „Prager Manifest", auch die „Deutschland-Berichte" der SOPADE waren eine zentrale Quelle für die Situation im Reich (siehe dazu Dok. 463).
148 RGASPI, Moskau, 17/162/19, 78.

Dok. 379

Brief Bucharins an Stalin über seine Mission im Westen und die unzureichende Bekämpfung des Nationalsozialismus

Paris, 1.3.1936 [März 1936]

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/710, 101–104. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: G. Adibekov, K. Anderson (Hrsg.): „U menja odna nadežda na tebja". Poslednie pis'ma N.I. Bucharina I.V. Stalinu. 1935–1937 gg. In: *Istoričeskij archiv* (2001), Nr. 3, S. 58–61.

Geheim[149]

Lieber Koba [d.i. Stalin]!

Mit dieser Post schicken wir einen gemeinsamen Brief, an Dich und Molotov adressiert, mit dem Bericht darüber, was wir bis jetzt getan haben, und was wir in der uns aufgetragenen Angelegenheit zu tun gedenken.[150]

An dieser Stelle will ich jedoch einige Worte zu anderen Angelegenheiten schreiben – vielleicht wird es nützlich sein, obwohl vieles sich bereits jetzt wieder verändert hat.

Berlin (auf der Grundlage von Eindrücken, Umfragen, Zeitungen). Sieht schmutziger aus, als früher. Allerdings hängt dies teilweise zusammen mit den großen Baustellen. Den „Lebensmittelschwierigkeiten" liegen anscheinend *zwei* Ursachen zugrunde:

1) Die Verarbeitung frischer Lebensm[ittel] zu Konserven und ihre Hortung *für den Krieg*, 2) *Sabotage* seitens der Bauern. Anscheinend gibt es keine Gründe, die Differenzen zwischen der Reichswehr und Hitler zu überbewerten. Die „katholische" Front ist viel bedeutsamer.[151] Erstaunlich stark ist die Schwerpunktsetzung in ganzer Breite auf die Jugend, hier ist die Arbeit sehr geschickt und gekonnt. „Innere Koloni-

---

149 Handschriftlicher Eintrag oben: Brief von Gen. Bucharin. An Gen. Molotov. St[alin]. Gelesen. Molotov.

150 *Aufgetragene Angelegenheit*: Bucharin war gemeinsam mit Vladimir Adoratskij und Aleksandr Arosev nach Paris gereist, wohin sie zum Ankauf von Marx-Engels-Archiven kommandiert wurden. Der sowjetische Versuch, den Marx-Engels-Nachlass, der sich im Besitz des Exilvorstandes der SPD (Sopade) befand, zu erwerben, blieb letztlich erfolglos. Siehe: Rolf Hecker: Die Verhandlungen über den Marx-Engels-Nachlaß 1935/36. Bisher unbekannte Dokumente aus Moskauer Archiven. In: *MEGA-Studien* (1995), 2, S. 3–25, hier 19ff.; Roy Medvedev: Bukharin's Last Years. In: *New Left Review* (1978), Nr. 109, S. 49–73, hier S. 50–52; Mosolov: IMEL, S. 291–312, wo Bucharins Rolle in den Verhandlungen nur am Rande erwähnt wird.

151 *Katholische Front*: Bereits 1933 gab es mit dem Katholischen Jungmännerverband (1938 aufgelöst) erste katholische Widerstandbewegungen gegen den Nationalsozialismus in Deutschland. Dies setzte sich über die gesamte Zeit des Nationalsozialismus fort, beispielsweise in Organisationen wie dem „Jungen Bundschuh" oder dem „Kölner Kreis".

sierung“, die Bindung von Kaderarbeitern an winzige Ferienhäuser und Parzellen, eine unermeßliche Anzahl von Organisationen nach militärischem Vorbild – bis in den Alltag hinein, „Philanthropie“, Sport, zahlreiche „Uniformen“, überall Hierarchien, mit geschicktem Einsatz aller möglichen Almosen einhergehend – all dies zeigt Wirkung.

In keinem Fall darf man die Rassenideologie unterschätzen. Dass sie keiner Logik standhält, ist das Eine. Sie ist jedoch so sehr in die Gehirne eingebrannt, dass (und das ist schon mein Eindruck aus *Prag*) sogar unsere [kommunistische] Jugend schon in den neuen Termini denkt und sich ausdrückt („Volksgemeinschaft“, „Rassefrau“,[152] „Volksgenosse“ usw.).[153] Die Hitlerleute haben es [ihnen] beigebracht, sich des Denkens zu entwöhnen und sich auf kurze Sprüche, Emotionen etc. zu beschränken.

Ich schreibe deshalb darüber, weil sowohl unsere als auch die s[ozial]-d[emokratische] Presse (darunter auch die *ausländische*) ihre Tätigkeit auf kilometerlange Resolutionen im alten Stil aufbaut, in alter Sprache gehalten usw. Es gibt *keine einzige* Broschüre gegen die *Rassentheorie*, keine einzige Broschüre über den *faschistischen Staat*, und sehr schwach [wird] über die *konkret neue* Sachlage [berichtet]. Mir scheint, hier ist *ein entschiedener Bruch vonnöten.*

Die deutsche Emigration (in Prag, in Paris) *hungert*. Es gibt Fälle, wo beispielsweise ein verwundeter Arbeiter, der mehrmals die Grenzen überquert hatte, vor Hunger stirbt. Die Lage ist verglichen mit unseren vergangenen Zeiten umso schrecklicher, als die Konzentrationslager Hitlers ungleich schrecklicher sind als es unsere Verbannungen in der Zarenzeit waren.

Unsere *Sowjeteinrichtungen* in Berlin sind schrecklich isoliert. Kulturelle oder kulturpolitische Kontakte sind fast undenkbar: die radikale Intelligenz hat Angst, die Juden zittern usw. Es gibt einen Kanal: die Wirtschaftler. Es ist paradox, jedoch wahr, dass (als ich in Prag war) die Schacht-Presse mit der UdSSR kokettierte, und in den *Deutschen Briefen*[154] (dem Organ der Schwerindustrie) einmal geschrieben wurde (die Zitate habe ich *selbst* in einer deutschen, in Prag erscheinenden Zeitung gesehen), dass eine Rückkehr zu *Rapallo* notwendig sei!! Jetzt ist es wohl zu spät, um darüber zu schreiben, ich erwähne es jedoch vorsichtshalber.

Mir scheint, dass dies der einzige „sowjetische“ Kanal ist, und über diese Linie (wenn nicht ohnehin alles zu spät ist) müsste man „anklopfen“.

---

152 *Rassefrau*: Bucharin benutzt hier die im Russischen nicht vorhandene Zusammensetzung „*rasovaja zenščina*“. Es ist anzunehmen, dass er den in der russischen Sprache in dieser Form nicht vorhandenen, vergleichsweise unideologischen deutschen Ausdruck „Rassefrau“ als Bestandteil des NS-Vokabulars aufgefasst hat.

153 Vgl. die Aussage eines Jungkommunisten zur „Verhinderung erbkranken Nachwuchses“, Dok. 433.

154 Zu den *Deutschen Briefen* siehe Dok. 310.

Prag. In dieser Situation ist die Gefahr, die die herrschenden Gruppen in Tschechien wohl unterschätzen, das „sudetendeutsche Volk".[155] Hier steht die Mehrheit hinter den Hitlerfaschisten. Die Tschechen haben einen Teufel getan, um da irgendetwas tatsächlich auf ihre Seite zu ziehen. Im Gegenteil, sie haben das Gebiet, in dem es viele Industriearbeiter gibt, in dem das deutsche Kapital steckt, in dem die Arbeitslosigkeit *doppelt* so hoch ist wie in anderen Teilen der Tschechoslowakei usw., die ganze Zeit über „tschechisiert". Das Resultat ist (wobei man natürlich auch den Charakter dieser Region als Grenzgebiet in Betracht ziehen muss), dass wenn Hitler eine Division dorthin schickt, sie in Sekundenschnelle anwachsen wird: das ist die vollendete Irridenta.[156] Die Lage von Beneš ist nicht die einfachste,[157] da die Min[isterien] für inn[ere] Angelegenheiten und Verteidigung in den Händen der Agrarier sind, soeben hat man Hondža [d.i. Milan Hodža] aus dem Außenmin[isterium] verjagt, der die ganzen katholischen Slowaken (das Gesocks der übelsten Sorte, das tagtäglich gegen uns auftritt) mit sich ziehen wird.[158] Anstatt die starke (auch demokratische) deutsche Emigration gegen die Faschisten einzusetzen, erdrosseln sie [die Tschechen] sie nach und nach...

Von den sowjetischen Fragen gibt es übrigens für die folgenden Fragen noch keine Antwort:

1) über den Luftweg Moskau – Prag,
2) über die Binnenwasserstraßen und den Transport unserer Güter darüber in den Süden.

Man kann hier *viel* machen.

In *Wien* bin ich nur eine Nacht gewesen, dort konnte man mit keiner Person von keinem Standpunkt aus reden. Unser bevollmächtigter Vertreter dort ist meiner

---

155 Die Folgen der Wirtschaftskrise trafen die exportabhängige Industrie in den Gebieten mit deutscher Bevölkerung (ca. 3,5 Millionen) hart, die infolge des Vertrags von St. Germain (1919) in den neuen Staat Tschechoslowakei integriert wurden. Gefördert durch die Tschechisierungspolitik bildete sich unter Führung von Konrad Henlein die „Sudetendeutsche Heimatfront", ab 1935 die stark von den Nationalsozialisten unterstützte Sudetendeutsche Partei (SdP), die den Anschluss an Deutschland vertrat. Der bis Mitte der 1930er Jahre noch große Einfluss von Sozialdemokraten und Kommunisten ging stark zurück.

156 *Irridenta:* ursprünglich aus dem italienischen 19. Jahrhundert stammende Bewegung zum nationalen Zusammenschluss aller Italiener, dann allgemein gebräuchliche Bezeichnung für politisch abgetrennte nationale Minderheiten, sich dem Mutterland anzuschließen. Zwei Jahre später wurde von Hitler im Münchner Abkommen (30.9.1938) die Abtretung des Sudetengebietes an das Deutsche Reich erzwungen. 1939 erfolgte dann die Besetzung der Tschechoslowakei.

157 Edvard Beneš (1884–1948). Der Soziologieprofessor und Schüler des Staatsgründers Tomáš Garrigue Masaryk, hatte 1935 einen Beistandspakt mit der UdSSR abgeschlossen. Von 1935 bis zum Abschluss des Münchner Abkommens, nach dem er zurücktrat, war er Präsident der Tschechoslowakischen Republik.

158 Milan Hodža (1878–1944), war ein slowakischer Journalist und Politiker und von 1935 bis 1936 der erste slowakische Ministerpräsident der Tschechoslowakei.

Meinung nach unseriös. In Prag habe ich O[tto] B[auer] gesehen, der, wie auch *Léon Blum*, wie sie sagen, sehr besorgt ist über die Wende in der Taktik der Kom[munist]en. *Ich bin einem Gespräch über dieses Thema ausgewichen,* und wies darauf hin, dass ich bei all diesen Angelegenheiten völlig abseits stehe. Die Formel von O[tto] B[auer] war folgende: „Wir als wirkliche Anhänger der engsten Zusammenarbeit mit den K[ommuni]sten befürchten, dass es eine Revision der Beschlüsse des VII. Kongr[esses der Komintern] gibt. Warum?" etc.[159] (Das Gespräch führte ich nicht alleine, sondern mit A[rosev]).[160]

Über die französischen und übergreifend internationalen Angelegenheiten schreibe ich nicht, da ich hier nur das weiß, was andere auch wissen. In einer Stunde fahren ich und Adoratskij nach Kopenhagen, wobei wir eventuell von Amsterdam aus *fliegen* müssen. Ich bitte im Voraus, mir diesbezüglich keine Schuld zu geben. Nikolaevoj [d.i. Boris Nikolaevskij] (der Archivar der II. Int[ernationale]) kann nicht durch Deutschland fahren, wir sollten jedoch alle zusammenbleiben, umso mehr, als ich in Amsterdam Post[h]umus[161] beschnuppern will, und [sehen will,] was er hat. Der andere Weg – über London – ist zu lang und teuer.

Hier glaubt das „*Volk*" nicht an einen Krieg, obwohl man gelegentlich Sirenen hört. Im Kino zeigt man deutsche Sachen (Besetzung der Zone [des Rheinlandes], Demonstr[ationen] in Berlin), aber es wird davor gewarnt, dass wenn es heftige Reaktionen geben sollte, die Vorstellung unterbrochen würde. Solche Reaktionen bleiben aus. Derart käufliche Typen wie hier kann man wohl nirgends finden.

Ergriffen drücke ich Deine Hand. Weißt Du, ich habe hier [den Film] „Tschapajew" gesehen (unsere Dummköpfe haben ihn für die Franzosen verdorben, besonders

---

159 „etc." in lateinischer Schrift.

160 Der „Austromarxist" und sozialistische Politiker und Theoretiker Otto Bauer (1881 Wien – 1938 Paris), entfernte sich in dieser Periode in einer linken Richtung von der Parteiführung der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ). Aufbauend auf seiner Faschismusanalyse unterstütze er die Revolutionären Sozialisten unter Joseph Buttinger und wurde Herausgeber der Zeitung *Der sozialistische Kampf*: „Hat sie [die Arbeiterklasse] gehofft, durch Ausnützung der Demokratie eine sozialistische Gesellschaftsordnung erringen zu können, so muß sie jetzt erkennen, daß sie zuerst ihre eigene Herrschaft erkämpfen und durch sie eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufbauen muß, ehe eine vollkommene und dauerhafte Demokratie möglich wird." (Otto Bauer: Der Faschismus. In: Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus, Bratislava, E. Prager (1936), online unter https://www.marxists.org/deutsch/archiv/bauer/1936/zwischen/faschismus.html).

161 „Postumus" in lateinischer Schrift. Nicolaas Wilhelmus Posthumus (1880–1960) – niederländischer Jurist und Wirtschaftshistoriker, gründete 1935 das Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (IISG) in Amsterdam, mit Finanzmitteln der sozialdemokratischen Versicherungsgesellschaft „De Central" zur Rettung und Zusammenführung bedrohter Archivbestände der historischen Sozialismusforschung. Siehe: Eckhard Müller: Nicolaas Wilhelmus Posthumus (1880–1960). In: Günter Benser, Michael Schneider: „Bewahren. Verbreiten. Aufklären". Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung, Bonn-Bad Godesberg, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009, S. 247–253.

dumm sind die Übersetzungen der Dialoge und die Inschriften) – von hier aus sieht man umso deutlicher, was wir, die UdSSR, *sub specie historiae*[162] darstellen.[163]

Auf Wiedersehen. Bleib gesund – das ist das Wichtigste. Alles ist im Brodeln begriffen, so dass jeder sehen kann, wie notwendig Du jetzt bist, – vielleicht so wie nie zuvor, unser Teurer!

Dein Nikolaj

P.S. Ich lege eine lustige Zeitung bei.[164] Die Rückseite!!

Ich habe vergessen zu schreiben, dass hier in Paris ein *Kongress der Trotzkisten* stattgefunden hat, ich habe jedoch noch keine Informationen. Wenn ich sie erhalte, werde ich schreiben.[165]



Am 10.3.1936 verfügte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, dass Mitarbeiter ausländischer Verlage und EKKI-Mitglieder nicht befugt seien, ohne Genehmigung seitens des Komintern-Sekretärs Dmitrij Manuilski Informationen über das Ausland an die Sowjetpresse weiterzuleiten. Falls dieser es befinden sollte, dass diese oder jene Information veröffentlicht werden sollte, müsse er dies zunächst mit dem ZK oder dem Außenkommissariat abstimmen.[166]

---

162 *Sub specie historiae* (lat.): unter dem Gesichtspunkt der Geschichte.

163 Der Spielfilm „Tschapajew" (Regie: Sergej und Georgij Vasil'ev) hatte im November 1934 Premiere und erwies sich in den Folgejahren als Exportschlager; u.a. erhielt er den Grand Prix auf der Pariser Weltausstellung 1937. Der Film, der die Geschichte des legendären Bürgerkriegs-Kommandeurs Vasilij Čapaev (1887–1919) auf die Leinwand brachte, gilt als Meisterwerk des sowjetischen Kinos und zugleich als Beispiel der Stalinisierung der Geschichte des Bürgerkriegs. Zum Film sowie zum Čapaev-Kult insgesamt siehe zuletzt: Heiko Luckey: Personifizierte Ideologie. Zur Konstruktion, Funktion und Rezeption von Identifikationsfiguren im Nationalsozialismus und im Stalinismus, Göttingen, V&R Unipress, 2008, S. 271–332.

164 Bei der „lustigen Zeitung" handelt es sich um *Rossijanin – porevoljucioner* (*Der nachrevolutionäre Russe*), ein Organ der Pariser „Russischen nachrevolutionär-patriotischen Front". Bucharin schickte Stalin eine Ausgabe von Januar 1936 (RGASPI, Moskau, 558/11/710, 109–110).

165 Im Zuge der Zuspitzung der sozialen und politischen Bewegungen während der Volksfront-Periode in Frankreich gründeten sich innerhalb der trotzkistischen Bewegung im Jahre 1936 die *Parti Communiste Internationaliste* (PCI) um Pierre Frank und Raymond Molinier, die *Parti Ouvrier Internationaliste* (POI) um Pierre Naville sowie 1935/1936 die Jeunesses Socialistes Révolutionnaires um Yvain Craipeau und Fred Zeller.

166 RGASPI, Moskau, 17/162/19, 116.

Dok. 380

Aus dem Beschluss des Kominternsekretariats zum Bericht des Politbüros der KPD über Lage und Aufgaben der Partei

Moskau, 17.3.1936

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/20/190, 55–58. Erstveröffentlichung.

Streng vertraulich[167]

„5“
6183/2/Bl.
17.5.1936
Abschrift

Beschluss des Sekretariats des EKKI zum Bericht des PB des ZK der KPD.[168]

Nach Erörterung des Berichtes des PB des ZK der KPD lenkt das Sekretariat des EKKI die Aufmerksamkeit des PB auf folgende Hauptpunkte:

Angesichts der verschärften Kriegspolitik des Hitlerfaschismus und der Tatsache, dass der Faschismus heute versucht, auf Grund der Entfaltung einer neuen ungeheuren chauvinistischen Welle die Gegensätze im Lager der herrschenden Klasse zu verkleistern und seine inneren Schwierigkeiten zu verdecken, muss die Partei alle ihre Kräfte konzentrieren auf die Durchführung der Einheitsfront des Proletariats im Kampfe gegen den Faschismus und für den Frieden, auf die Zusammenfassung aller Anhänger des Friedens und der Freiheit. Kampf gegen den Krieg und für die Erhaltung des Friedens bedeutet Kampf für die Freiheit in Deutschland, für die Rettung des deutschen Volkes vor einer furchtbaren Kriegskatastrophe.

In der gesamten Partei herrscht noch eine Unterschätzung der Wirkung der faschistischen Ideologie auf die Massen, insbesondere der Friedensphrasen und der nationalen und sozialen Demagogie. [...]

Es bestand eine Unterschätzung der Schwierigkeiten, denen die neue taktische Orientierung des VII. Weltkongresses in der ganzen Partei begegnet ist. Diese Schwierigkeiten zeigten sich in Uebertreibungen bei der Einschätzung der Lage, in Widerständen gegen die Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen, in der Unterschätzung der Sozialdemokratie, des Kampfes um demokratische Freiheiten

167 Im Dokumentenkopf drei Stempel: „Original deutsch“, „*Sbornik*“ (Sammelband) und „*Utverždeno na zased[anii] Sekretariata IKKI / ot 17 marta 1936 / Protokol No 36*“ (Bestätigt in der Sitzung des EKKI-Sekretariats vom 17. März 1936, Protokoll Nr. 36).

168 Bemerkenswerterweise werden im kompletten Dokument weder die Unterdrückungspolitik des Nationalsozialismus, noch der antifaschistische Widerstand, noch der durch die Verhaftungen und Erschießungen von KPD-Mitgliedern und Funktionären erfolgte Aderlass der Partei oder selbst auch die Konzentrationslager thematisiert.

usw., was zu einer ungenügenden praktischen Durchführung der Linie des VII. Weltkongresses führte. [...]

Bei der Durchführung der Einheitsfront- und Volksfrontpolitik zeigten sich Unsicherheiten und Schwankungen, wodurch nicht alle Möglichkeiten der Durchsetzung der Einheitsfrontpolitik von der Partei ausgenutzt wurden. Die Einheitsfront im Lande hat noch keinen wesentlichen Fortschritt gemacht, was dem Prager Vorstand seine Politik der Ablehnung bedeutend erleichterte.[169] [...]

Die Pariser Konferenz, an der sich ein bedeutender Teil führender Kräfte in der antifaschistischen Emigration beteiligte, war ein Schritt vorwärts.[170] Die gemeinsame Erklärung, die in der Konferenz gegen Hitler angenommen wurde, ist keine gewöhnliche Emigrationssache, sondern ist von wichtiger Bedeutung für die Zusammenfassung der antifaschistischen Kräfte im Lande selbst. [...]

Ausgehend von der Notwendigkeit, eine breite Front aller Hitlergegner herzustellen, muss die Partei erklären, dass wir Kommunisten, die für die Sowjetmacht sind, bereit sind, mit allen Kräften, die gegen Hitler sind, für ein demokratisches Deutschland zu kämpfen, indem das deutsche Volk selbst über das Regime entscheiden wird. Wir sind bereit, mit allen Hitlergegnern in diesem Sinne Abkommen zu treffen und ernsthaft für diese einzutreten. Die Partei muss in diesem Sinne auf sich die Initiative nehmen, einen Entwurf einer Plattform der Volksfront gegen Faschismus und Krieg vorzuschlagen. Der Ausgangspunkt dieser Plattform muss die Kriegsgefahr sein. In Verbindung mit einer klaren Perspektive dieser Plattform zum Sturze Hitlers und des Eintretens für ein demokratisches Deutschland müssen in ihr auch die aktuellsten Forderungen der Arbeiter und der verschiedenen Schichten der Werktätigen (sowie Kulturforderungen, Jugendfragen, Kirche usw.) enthalten sein. [...]

Die Partei muss eine breite Aufklärungskampagne unter den Kommunisten und allen Antifaschisten führen, um sie zu überzeugen, dass die Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen heute das entscheidende Mittel ist, um zu Massenaktionen zu kommen. Gleichzeitig mit der Entlarvung der Rolle der faschistischen Massenorganisationen ist es notwendig, den Arbeitern zu zeigen, wie sie innerhalb dieser Organisationen die legalen Möglichkeiten ausnützen können für die Interessen der Werktätigen und gegen den Faschismus. [...]

Bei der Durchführung der Beschlüsse der Brüsseler Konferenz sind die Schwächen der Kadererziehung offen in Erscheinung getreten. Das Sektierertum steckt noch tief in den Kadern der KPD. Es sind auch Gefahren einer Einwirkung der faschistischen Ideologie vorhanden. Eine mangelhafte Wachsamkeit gegenüber parteifrem-

169 Gemeint ist der SPD-Parteivorstand im Prager Exil, der sich Sopade nannte.
170 Am 2.2.1936 beschloss die Tagung der "deutschen Opposition im Ausland" im Pariser Hotel Lutetia die Konstituierung eines Engeren Ausschusses (später: Volksfrontausschuss). Dessen Präsidentschaft übernimmt Heinrich Mann. Es erfolgt die Einsetzung einer Programmkommission und die Entscheidung für eine "Kundgebung an das deutsche Volk", ein Manifest "Für eine gemeinsame Amnestieaktion" der ausländischen Staaten und Organisationen sowie die Gründung des Presseorgans *Deutsche Informationen*.

den und klassenfeindlichen Elementen zeigte sich (Eindringen von trotzkistischen Elementen in die Reihen der Partei, versöhnlerisches Verhalten gegenüber SAP- und Brandlerargumenten[171] usw.).

Vor der Partei stehen auf dem Gebiete der Kaderfrage folgende Aufgaben:

1) Erziehung der Kader zur Durchführung der Linie des VII. Weltkongresses und der Brüsseler Parteikonferenz. Die führenden Kader sollen aus Genossen bestehen, die von der Richtigkeit der Linie überzeugt sind. Es muss eine systematische Ueberzeugung der Genossen erfolgen und vermieden werden, durch rein organisatorische Methoden Genossen abzustossen.

2) Die Organisationsarbeit der Partei muss sich auf Grund eines Planes entwickeln, in dem die Konzentration auf die entscheidenden Gebiete und Industrien und auf die wichtigsten Probleme dieser Gebiete und Industrien in den Vordergrund gestellt wird.[172] Die Dezentralisierung der Bezirke, die von der Brüsseler Konferenz beschlossen wurde, muss beschleunigt und bis zu Ende durchgeführt werden. Die Hauptkräfte der Partei sollen dabei auf das Eindringen der Leitungen in die faschistischen Massenorganisationen, besonders in die entscheidenden Organisationen angesetzt werden. In die Leitungen sollen solche Genossen gestellt werden, welche überzeugt sind von der Notwendigkeit einer solchen Arbeitsmethode und fähig sind, legale Funktionen in den faschistischen Massenorganisationen zu erzielen. In kürzester Frist soll die Partei nachforschen und aufklären, warum eine Reihe von Einheiten der Partei keine Verbindung mit den Leitungen haben will,[173] die Ergebnisse im Polbüro behandeln und Massnahmen beschliessen.

3) Im Zusammenhang mit der entscheidenden Bedeutung, die die Grenzstellen heute bekommen, ist es notwendig, diese Stellen so umzuorganisieren,[174] dass sie wirkli-

171 Gemeint ist die Kommunistische Partei (Opposition) unter Heinrich Brandler.

172 Im Falle Berlins scheiterte die Umstellung, wie von Sandvoß ausgeführt wird: „Die Exilführung der Partei hatte im Herbst 1935 für die Untergrundtätigkeit ihrer Anhänger in Deutschland eine generelle Umstrukturierung und Schwerpunktverlagerung beschlossen. Man wollte die illegale Arbeit der Unterbezirke nun von den Wohngebieten in den ehemaligen Wahlhochburgen auf den Betriebs[be] reich umsteuern. Da die Zerschlagung der Berliner Unterbezirke (von der einen Ausnahme des UB Adlershof abgesehen) bereits zwischen 1935 und 1937 fast flächendeckend erfolgte und zur Anklageerhebung gegen über 1300 Menschen führte, blieb für die beabsichtigte Kehrtwendung, den angestrebten Paradigmenwechsel, keine ausreichende Zeit. So wurden von der Geheimen Staatspolizei beim Aufrollen der Unterbezirke – von der Leitungsebene aus – ebenfalls nach und nach mehrere illegale Betriebsgruppen erfasst.“ (Sandvoß: Die andere Reichshauptstadt, S. 534).

173 Aufgrund ihrer intensiven Bespitzelung durch die Gestapo erwies sich der Kontakt zu den übergeordneten KPD-Strukturen als gefährlich. Aus diesem Grunde gab es bei den illegalen „Versöhnlern“ im Widerstand ein ausdrückliches Verbot der Kontaktaufnahme mit den KPD-Strukturen.

174 Die Aufwertung der Grenzstellen und ihre Zentralisierung durch die operative Gruppe/operative Auslandsleitung der KPD in Prag erfolgte als Gegenmaßnahme gegen die anhaltenden Verhaftungen im ganzen Lande und in Berlin „indirekt (das) Scheitern im Bereich des betrieblichen Widerstandes“

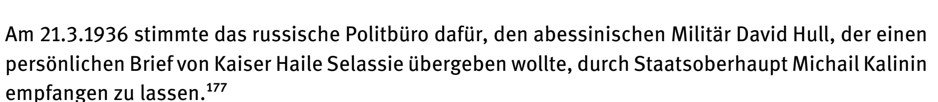
che politisch leitende Zentren für diejenigen Bezirke sind, mit denen sie im Lande Verbindung haben. Besonders ist es notwendig, dass die Grenzstellen ihre Arbeit zur politischen Schulung der Kader der betreffenden Bezirke verstärken. [...]

5) Ausgehend von der besonderen Bedeutung der Reserven für die KPD muss ein PB-Mitglied besonders verantwortlich gemacht werden für die Sammlung, politische Erziehung und politische Aktivisierung des gesamten alten, qualifizierten Parteiaktivs, das sich heute aus verschiedenen Gründen nicht unmittelbar in Parteiarbeit befindet.[175] Alle Elemente, die sich als unverbesserliche Sektierer erweisen, oder die in der Durchführung der politischen Linie ihre Unfähigkeit zur Parteiarbeit zeigen, sollen entfernt werden. Notwendig ist es jedoch, sorgfältig zu sammeln und an die Führung heranzubringen alle anderen, auch diejenigen, die vielleicht einzelne Fehler gemacht haben, aber bereit sind, und in der Tat die Bereitschaft zeigen, ihre Fehler zu korrigieren. Die Sammlung aller alten qualifizierten Kräfte ist besonders notwendig vom Standpunkte der Schaffung von Hilfskräften und der Verstärkung der operativen Tätigkeit des PB.

7) Es ist notwenig, eine engere Zusammenarbeit zwischen dem PB und dem Sekretariat des EKKI zu schaffen.



Am 20.3.1936 bestätigte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion das zeitweilige Abrücken von den Plänen zu den Wirtschaftsbeziehungen mit dem Deutschen Reich: Das zu unterzeichnende Handelsabkommen für 1936 sollte zurückgestellt werden, Bestellungen über den 200-Millionen-Kredit nicht mehr getätigt, einige bereits getätigte Bestellungen sollten storniert werden. Auch die Verhandlungen über einen weiteren 500-Millionen-Kredit sollten augesetzt werden. Hintergrund waren Verhandlungsschwierigkeiten des Stalin-Vetrauten Kandelaki in Berlin beim Aushandeln des Vertrags, wie auch Schikanen der deutschen Behörden gegen die sowjetische Kreditbank in Deutschland.[176]



Am 21.3.1936 stimmte das russische Politbüro dafür, den abessinischen Militär David Hull, der einen persönlichen Brief von Kaiser Haile Selassie übergeben wollte, durch Staatsoberhaupt Michail Kalinin empfangen zu lassen.[177]

Am 23.3.1936 genehmigte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion als Ausnahme zum Beschluss vom 20.3.1936 eine Liste von Industriegütern zum Ankauf in Deutschland, darunter „Geräte zur Rektifizierung von Gas" (vermutlich zur Stickstoffherstellung), im Gesamtwert von 2.233.000 Rubel.[178]

(Sandvoß). Grenzstellenleiter waren u.a. Hans Beimler (Prag), August Creutzburg (Amsterdam), Willi Adam (Kopenhagen). Siehe hierzu: Peukert: Die KPD im Widerstand, S. 251–324; Sandvoß: Die andere Reichshauptstadt, S. 544. Die überlieferten Rundschreiben an die Grenzstellen siehe SAPMO-BArch RY 1/I 2/3/276.

175 Dies erfolgte u.a durch eine erhöhte Nachfrage von Facharbeitern; Mitte der 1930er Jahre erfolgte somit wieder eine Rückkehr in Betriebe und Verwaltungen (Sandvoß: Die andere Reichshauptstadt, S. 534).

176 APRF, Moskau, 3/64/664, 52. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 120.

177 RGASPI, Moskau, 17/162/19, 123.

178 RGASPI, Moskau, 17/162/19, 123, 139; APRF, 3/64/664, 54. Publ. in: Sevost'janov, Moskva-Berlin, III, Dok. 123.

Aufgrund der Befürwortungen durch das Oberste Gericht und das NKID beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 29.3.1936, den deutschen Staatsbürger E.E. Pfeil (der wegen Spionage verurteilt worden war) abzuschieben, statt seine Erschießung zu vollstrecken. Gleiches galt für den Deutschen R. Runge, der stattdessen eine zehnjährige Gefängnisstrafe erhielt.[179] In diesem Zeitraum lassen sich mehrere ähnliche Politbüro-Beschlüsse eruieren, die deutsche Staatsbürger betrafen.

Dok. 381

Ansprache Wilhelm Piecks im Kominternpräsidium über Einheitsfront und Krieg

Moskau, 1.4.1936

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/2/241, 95–100. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Dam'e/Komolova/Korčagina: Komintern protiv fašizma, S. 417–420.

Vertraulich.

Bö-z/6[180]
Präsidium vom 1.4.36.
Frage: Einheitsfront und Kampf gegen Krieg.[181]

Genosse Pieck:

Genossen! Die Ergebnisse der sogenannten Reichstagswahlen, die in Deutschland vor einigen Tagen stattgefunden haben, signalisieren eine sehr ernste Gefahr für die Erhaltung des Friedens.[182] Wenn wir auch nicht die offiziell bekannt gewordenen

---

179 RGASPI, Moskau, 17/162/19, 127–128.

180 Im Briefkopf russ. hdschr. Vermerk „Gen. Pieck", Eingangsstempel vom 2.4.1936 sowie Stempel „Unkorrigiert".

181 Dem Präsidium lag ein Beschlussentwurf zur Frage der Kriegsgefahr vor, der von einer „Kommission über die Hauptergebnisse der Anwendung der Einheitsfronttaktik und der wichtigsten Fragen des Kampfes gegen den Krieg" vorbereitet wurde. Die Resolution instruierte alle Parteien „die notwendigen konkreten Schlussfolgerungen [...] zu ziehen bezüglich der Anwendung der [...] enthaltenen Anweisungen und taktischen Einstellungen auf allen Gebieten der Parteitätigkeit unter Berücksichtigung der konkreten Verhältnisse im eigenen Lande, sowie diese Einstellung in den Parteireihen und in den Massen zu popularisieren und die entsprechenden öffentlichen Kundgebungen und andere politischen Maßnahmen zu unternehmen." Die Präsidiumssitzung wurde von Wilhelm Pieck geleitet (Protokoll Nr. 10 der Sitzung des Präsidiums des EKKI am 1. April 1936, RGASPI 495/2/241, 2–3).

182 Die Reichstagswahlen vom 29.3.1936, für die nur eine Einheitsliste der NSDAP zugelassen und deutsche Juden ausgeschlossen waren, erfolgten in Kombination mit einer Volksabstimmung über die „Rheinlandbefreiung", d.h. die Beendigung des entmilitarisierten Status des Rheinlands durch einen militärischen Einmarsch. Ein Protest war nur durch Nichtteilnahme oder die Abgabe leerer Wahlzettel möglich, die jedoch nicht als solche gezählt wurden. Für die Einheitsliste wurden offiziell 98,8% der Stimmen abgegeben.

Ziffern als wahr unterstellen, so besteht doch kein Zweifel, dass fast annähernd 100 Prozent der Wähler an die Wahlurne gegangen sind. Ungefähr 5/6 der Bevölkerung haben für die faschistischen Listen gestimmt. Nicht, als ob die deutsche Bevölkerung das faschistische System liebt oder anerkennt, nicht, als ob etwa das deutsche Volk die Provokationspolitik von Hitler unterstützt. Aber es ist Hitler gelungen, durch seine Friedensheuchelei das Volk über seine wahren Kriegsabsichten zu täuschen. Das birgt in sich die Gefahr, dass eben das deutsche Volk durch diese Provokation in den Krieg hineingetrieben werden kann, ohne dass im Lande ein ernster Widerstand dagegen entwickelt wird. Diese Lage stellt der Kommunistischen Partei in Deutschland sehr sehr ernste Aufgaben, Aufgaben, die bisher nicht genügend erfüllt wurden sind: nämlich eine wirklich ernste Aufklärungsarbeit über die wahren Absichten des deutschen Faschismus. Wir haben uns durchweg damit begnügt, gegen den Terror, gegen die Entrechtung des deutschen Volkes durch den Faschismus, durch die Zerschlagung der Organisationen zu protestieren. Aber wir haben nicht genügend das Augenmerk des deutschen Volkes auf die provokatorische Aussenpolitik Hitlers gerichtet.[183] Als damals die Abstimmung im Saargebiet war, wo die übergrosse Zahl der Bevölkerung für den Anschluss an Deutschland stimmte, haben wir uns mit der Feststellung begnügt, dass das noch kein Bekenntnis zum Hitlerfaschismus sei, dass es lediglich die Liebe zur Heimat sei, dass die Abstimmung gegen den Druck des Terrors der französischen Regierung für Deutschland erfolgte.[184]

Aber, Genossen, ich glaube, wir haben dabei doch etwas übersehen, nämlich, dass der Faschismus durch seine soziale Demagogie versucht hat, seine Herrschaft im Lande zu befestigen. Das ist nicht nur zurückzuführen darauf, dass er den ganzen Staatsapparat hat, sondern das beruht auch darauf, dass das deutsche Volk vorläufig keinen Ausweg sieht, aus dieser Herrschaft des Faschismus herauszukommen.

Die Einheitsfront in Deutschland ist ausserordentlich schwach entwickelt, von der Volksfront im Lande schon garnicht zu reden. Das ist zum grossen Teile natürlich die Folge davon, dass die Sozialdemokratie, besonders der Sozialdemokratische Parteivorstand, die Einheitsfront und Aktionseinheit im Verfolg der Einstellung der Einstellung [sic], wie sie die II. Internationale hat, vollkommen ablehnt, dass er Direktiven ins Land gegeben hat, dass alle Verbindungen mit Kommunisten abzubrechen sind, dass man diejenigen, bei denen man Verbindungen feststellt, aus der Partei ausschliesst. Das er das machen kann, zeigt die Schwäche der Einheitsfrontbewegung im Lande, zeigt auch die Schwäche der Arbeit der Kommunistischen Partei und es ist darum eine grosse Arbeit zu leisten, um den Charakter der Aussenpolitik Hitlers in Deutschland beim deutschen Volk zu kennzeichnen. Und darin können uns auch

183 Die neue Betonung der Ausrichtung auf die Außenpolitik Hitlers lässt sich nicht zuletzt auch als Form der Synchronisierung mit der Orientierung der sowjetischen Führung und besonders Stalins interpretieren.

184 Zur Saar-Abstimmung und den Schwierigkeiten der KPD, entsprechende Losungen zu entwikkeln, siehe Dok. 357.

die Kommunisten, die kommunistischen Parteien der anderen Länder unterstützen. Hitler betreibt eine hochgesteigerte Propaganda im Auslande unter den dort befindlichen Deutschen. Das trifft besonders auf die Tschechoslowakei zu, aber ebenso auf Oesterreich, auf die Schweiz, Frankreich, Holland und Belgien. Sogar in Ueberseeländern wird eine sehr starke Propaganda getrieben im Sinne der Ziele des deutschen Imperialismus, die eben nur durch Krieg verwirklicht werden können. Und da könnten unsere Genossen in den verschiedenen Ländern uns sehr stark unterstützen, indem sie unter den im Ausland lebenden Deutschen eine ernste Arbeit zur Verhinderung des Krieges betreiben. Wir können auch hier der Kriegsgefahr vorbeugen. Es ist die Gefahr, dass gegenwärtig infolge der chauvinistischen Hetze des Hitlerfaschismus der Chauvinismus in den Ländern, die vom Faschismus bedroht sind, die Ueberhand gewinnt. Es ist darum in der Resolution darauf hingewiesen worden, dass alle Verteidigungsmassnahmen, die wir Kommunisten unterstützen werden, eng verbunden werden müssen mit den Interessen der Arbeiterklasse und der internationalen Politik des Proletariats, damit nicht etwa diese Gegenmassnahmen und Gegenpropaganda gegen den deutschen Faschismus von den Chauvinisten des eigenen Landes, von der Bourgeoisie ausgenutzt werden kann, um ihre imperialistischen Ziele damit zu fördern. Darum muss eben diese enge Verbundenheit des Kampfes der Kommunistischen Partei in den verschiedenen kapitalistischen Ländern gegen den deutschen Faschismus eng koordiniert werden mit dem Kampf, den das deutsche Volk gegen den deutschen Faschismus führt. Das ist auch deshalb notwendig, weil der deutsche Faschismus ohne Zweifel alle Gegenmassnahmen gegen seine aggressive Aussenpolitik benutzen wird, um dem deutschen Volk einzureden, dass sich darin bestätigt, [sic] seine Auffassung, dass das deutsche Volk umkreist wird mit allerlei Verträgen und militärischen Gegenmassnahmen und darum die Stärkung des deutschen Militarismus eine unbedingte Notwendigkeit der Verteidigung des deutschen Volkes sei. Diese Gefahr besteht zweifellos ebenfalls sehr stark, wenn wir nicht verstehen werden, den Charakter unserer ganzen Agitation und Gegenmassnahmen herauszukehren als eine Hilfe für das werktätige Volk, um es vom Faschismus befreien zu können.

Die inneren Schwierigkeiten des deutschen Faschismus sind in der letzten Zeit zweifellos gewachsen. Die Tatsache, dass er genötigt war, die Vertrauensrätewahlen um ein Jahr zu vertagen, die vollkommen der Tatsache entgegensteht, dass er unter dem Gesichtspunkt des Ergebnisses der Reichstagswahlen die Vertrauensrätewahlen hätte durchführen können zeigt, dass in den Betrieben in Deutschland, wie überhaupt gegen seine Innenpolitik, starke Widerstände vorhanden sind. Und darum die Anstrengungen des deutschen Faschismus, über seine inneren Schwierigkeiten durch eine aggressive Aussenpolitik hinwegzukommen und das deutsche Volk für seine imperialistischen Zwecke einzufangen.

Wir haben uns erneut an den sozialdemokratischen Parteivorstand gewandt, um auf Grund dieser Kriegsprovokationen Hitlers erneut den Versuch zu machen, mit

dem Sozialdemokratischen Parteivorstand zu einem, irgendwie gearteten Abkommen über ein gemeinsames Vorgehen, zu kommen.[185]

Der Prager Parteivorstand hat im „Neuen Vorwärts" zu dieser Provokation Hitlers sehr aggressiv Stellung genommen.[186] Er greift besonders die Labour Party wegen ihrer Stellungnahme an, die er als Begünstigung des deutschen Faschismus richtig bezeichnet. Aber zur Herbeiführung eine Aktionseinheit im Lande gegen den Hitlerfaschismus und gegen diese aggressive Aussenpolitik tut der Parteivorstand nichts. Im Gegenteil versucht er jede Aktionseinheit zu verhindern.[187] Es ist natürlich die Aufgabe der Kommunistischen Partei Deutschlands, im Lande selbst den Widerstand gegen diese Politik so zu steigern, dass ihm das auf die Dauer unmöglich gemacht wird.

Noch ein Wort zu einer anderen sehr wichtigen Aufgabe. Das ist die Beeinflussung der deutschen Jugend gegen diese aggressive Aussenpolitik des Hitlerfaschismus. Hier liegt die Sache noch viel ernster als bei den Erwachsenen, insbesondere bei dem deutschen Mittelstand und der deutschen Bauernschaft, die ja heute noch immer die Massenbasis des Faschismus bildet. Aber die deutsche Jugend ist ausserordentlich

---

185 Während die Sitzungen des Lutetia-Kreises ohne Vertreter der Sopade stattfanden, jedoch zumindest gemeinsame Erklärungen herausgegeben wurden, sah sich der Vorstand der Sopade zur Veröffentlichung einer ablehnenden Denkschrift „Zur Frage der Einheitsfront" vom 8.12.1935 gezwungen, nachdem am 10.11.1935 in einem Brief an den Vorstand das ZK der KPD die Einheitsfrontbeschlüsse der „Brüsseler Parteikonferenz" erläutert und am 23.11.1935 in Prag eine Besprechung zwischen Hans Vogel, Friedrich Stampfer und Walter Ulbricht und Franz Dahlem stattgefunden hatte, auf der die Wendung der kommunistischen Parteien als rein taktische Maßnahme unter Beibehaltung der undemokratischen Ziele bezeichnet wurde (Osterroth/Schuster: Chronik der deutschen Sozialdemokratie, http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/chronik/spdc_band2.html). Auch der nächste Versuch einer Einigung scheiterte nach einem Gespräch zwischen Friedrich Stampfer und Pieck am 1.7.1936. Die sozialdemokratische Seite wandte sich sowohl gegen die Aufhebung des Verbots der Zusammenarbeit mit der KPD, als auch gegen den Vorschlag eines Volksfrontkomitees in Prag (ibid.).

186 Mit „Provokation" ist höchstwahrscheinlich die „Rheinlandbefreiung" gemeint. Die kritische Haltung der Sopade war auf eine Erklärung der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) zurückzuführen. Am 16./18.5.1936 hatte sich diese kritisch zur Durchlöcherung des Weltboykotts gegen das Hitlerregime geäußert, wie auch gegen „die schwächliche, von kurzsichtigen Sonderinteressen bestimmte Politik der Regierungen gegenüber dem faschistischen Angriff auf Abessinien und der Hitler-Provokation am Rhein, die zu neuen Erfolgen der Vertragsbrecher geführt und die Kriegsgefahr gesteigert haben". „Die Sicherung des Friedens" gestatte keine Abschwächung, sondern fordere „die Verstärkung der Politik der kollektiven Sicherheit. Dies bedingt insbesondere die weitgehende Koordinierung der Politik Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion zur Verhinderung aller Angriffshandlungen und Vertragsverletzungen." (Osterroth/Schuster: Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Electronic edition http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/chronik/spdc_band2.html)

187 Auf einer Sitzung der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) sprachen sich von 17 anwesenden Ländervertretungen nur fünf gegen die Einladung der Kommunistischen Internationale (KI) aus. Trotzdem setzt sich die Minderheit – Großbritannien, die Niederlande, Schweden, Dänemark und die Tschechoslowakei – schließlich durch, die jede gemeinsame Aktion mit den kommunistischen Parteien ihres Landes und jede gemeinsame Aktion der beiden Internationalen ablehnten.

stark von der Ideologie des Faschismus erfasst worden, teils durch ihre organisatorische Einspannung in das faschistische System, teils deshalb, weil die ganze Ideologie des Faschismus gerade darauf eingestellt ist, der Jugend zu schmeicheln, um sie für die imperialistischen Zwecke zu gewinnen. Dasselbe trifft zu auf die Armee, in die die deutsche werktätige Jugend jetzt eingereiht ist. Auch hier ist die grosse Aufgabe der Partei, trotz der illegalen schwierigen Bedingungen, diese Arbeit in der Armee systematisch aufzunehmen und zu verstärken. Wir werden selbstverständlich aus dieser Resolution des Präsidiums die Schlussfolgerungen zu ziehen haben, die in dieser Resolution den Komparteien in den faschistischen Ländern gestellt sind, wobei der deutschen Partei eine besonders hohe Aufgabe zufällt, weil es dem deutschen Faschismus, dem Hauptkriegsbrandstifter, offensichtlich gelungen ist, die werktätigen Massen über seine Kriegsabsichten zu täuschen und sie vor den Wagen des deutschen Imperialismus zu spannen. Wir sollen uns nicht über diese Tatsachen und über die grossen Schwierigkeiten täuschen, die im Lande bestehen, um das zu verhindern.

Gibt es noch Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann folgt das Schlusswort des Genossen Ercoli [d.i. Palmiro Togliatti].



In einem weiteren Beschluss „Über Deutschland" erteilte am 4.4.1936 das russische Politbüro David Kandelaki die Vollmacht, das Handelsabkommen mit Deutschland für 1936 zu unterzeichnen, was nun wieder im Bereich des Möglichen schien.[188]

Per Mitgliederumfrage vom 28.5.1936 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, eine Delegation zur Plenumssitzung des Internationalen Frauenkomitees gegen Krieg und Faschismus zu entsenden.[189]

Dok. 383

Walter Ulbricht: Zur Taktik des trojanischen Pferdes

1.6.1936 [Juni 1936?]

Erschienen unter dem Titel „Die Taktik des trojanischen Pferdes" in: *Die Internationale*, 1936, Nr. 6/7, S. 31–36. Publ. in: Hermann Weber (Hrsg.): Der deutsche Kommunismus, Dokumente 1915–1945, Köln, Kiepenheuer & Witsch, 1963, S. 410–411 (Auszug).

Das Hauptproblem, das alle Antifaschisten bewegt, ist die Frage: Wie kommen wir zu Massenbewegungen, die zum Sturze Hitlers führen? Wir erleben in Deutschland, wie der Nationalsozialismus mit Hilfe der Massenorganisationen, in denen die Mehrheit der Bevölkerung zwangsweise oder freiwillig organisiert ist, die Massen mit den

188 RGASPI, Moskau, 17/162/19, 131; APRF, Moskau, 3/64/664, 58. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 125.
189 RGASPI, Moskau, 17/3/978, 20. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 734.

faschistischen Argumenten betrommelt und den Krieg vorbereitet. Wir sollen die Wirkung der nationalsozialistischen Propaganda nicht unterschätzen. Auch breite Massen haben die Friedensbeteuerungen Hitlers ernst genommen oder erkennen manche Maßnahmen der „Kraft-durch-Freude"-Bewegung[190] an oder halten die Winterhilfe für nützliche Einrichtung, obwohl sie selbst über die unzähligen Abgaben stöhnen.

Wenn der Nationalsozialismus vor allem auf dem Wege der faschistischen Massenorganisationen die Massen zu beeinflussen sucht, so müssen wir Kommunisten die Schlußfolgerung ziehen, dort zu arbeiten, wo diese Massenarbeit des Nationalsozialismus geschieht, dort unsere Gegenpropaganda führen, dort, anknüpfend an die besonderen Interessen der Mitglieder jener Organisationen, diese Mitglieder für die Vertretung ihrer eigensten Interessen aktivisieren [...].

Wenn also ein Genosse sich mit einem solchen Argument gegen die Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen wendet: „Man kann nicht verlangen, daß ich meine Überzeugung verrate", so möchten wir antworten: Um keinen Preis! Aber es wird Zeit, daß alle Kommunisten lernen, ihre Überzeugung nicht für sich zu behalten, sondern mit den ihnen als verläßlich bekannten Sympathisierenden über die Argumente des Faschismus zu diskutieren und darüber hinaus nach Methoden zu suchen, wie man eine legale Aufklärungsarbeit durchführen kann, ohne als kommunistisch verdächtig ins KZ zu kommen...

Die Taktik des trojanischen Pferdes bedeutet nicht nur eine Tarnung unserer Arbeit, sondern eine solche Massenpolitik, die unter Anknüpfung an die nächsten Interessen der Werktätigen die breitesten Massen zum Kampf gegen das nationalsozialistische Regime führt. Es gibt schon zahlreiche Beispiele der erfolgreichen Arbeit in Massenorganisationen, aber es gibt auch viele Leitungen und Gruppen, die bisher nur platonische Liebeserklärungen zur Taktik des trojanischen Pferdes abgegeben haben, ohne mit den neuen Methoden der Massenarbeit zu beginnen.[191]

Vor allem kommt es darauf an, sich zu erkundigen, was die Nazis vor 1933 im allgemeinen und besonders für die einzelnen Schichten versprochen haben und was sie heute noch versprechen, aber nicht erfüllen. Manche Genossen meinen: „Man kann doch nicht nationalsozialistische Forderungen propagieren." Ist es nicht besser, statt solcher allgemeiner Deklamationen sorgfältig zu prüfen, welche Naziforderungen den Interessen der Feinde des Volkes entsprechen, die man konsequent bekämpfen muß, und welche der Losungen wir ausnutzen können, weil sie den Interessen der Werktätigen entsprechen? Wieviele Losungen haben die Nazis aus der Arbeiterbewegung der vergangenen Zeit übernommen und nur etwas anders formuliert! Sollten wir auf solche bei den Massen populäre Forderungen nur deshalb verzichten, weil sie

190 *Zur NS-Kraft-durch-Freude (KdF)* siehe Dok. 363.
191 Die Verlagerung auf den Betriebssektor durch Betriebsgruppen, Betriebszellen u.a.m. misslang, ein Einbruch in die Belegschaften gelang nicht (siehe Sandvoß: Die andere Reichshauptstadt, S. 434f. u.a.).

heute von den Nazis vertreten werden? Wie oft zeigt es sich, daß die Nazis gar kein Interesse daran haben, daß an ihre früheren Versprechungen und Forderungen erinnert wird (z. B. „für den gerechten Lohn“),[192] daß aber die Vertretung dieser Losungen für uns die einzige Möglichkeit bietet, legal die Arbeiter zu Widerstandsbewegungen zu aktivisieren . [...]

Oftmals wird auch über die Passivität der Arbeiter geklagt. Verlangen wir von den Arbeitern nicht manchmal zu viel auf einmal? Viele Arbeiter sind heute noch nicht bereit zu der schwierigen illegalen Arbeit. Aber sie sind gewillt, in legaler Weise an der gemeinsamen Vertretung der Interessen der Arbeiter teilzunehmen, sie sind bereit, für ihre Rechte einzutreten. Wir sollten sorgfältiger prüfen, was die Arbeiter in den einzelnen Betriebsabteilungen, in den verschiedenen Massenorganisationen, was die verschiedenen Bevölkerungsschichten bewegt, um sie, anknüpfend an ihre kleinsten Interessen, in Bewegung zu bringen.

Große Empörung herrscht in den Betrieben über die Gesundschreiberei der Vertrauensärzte. Ein Arbeiter bricht den Arm, bekommt einen Gipsverband angelegt und der Arzt erklärt ihm, daß er ihn nicht krank schreiben dürfe, da der andere Arm noch gebrauchsfähig sei. Er mußte mit dem gebrochenen Arm im Betrieb eine andere Arbeit ausüben. In solchen Fällen müßten die Arbeiter an die nationalsozialistischen Erklärungen über die Menschenwürde anknüpfen und die Vertrauensräte zur Arbeitsfront schicken, um die Abschaffung dieser unmenschlichen Gesundschreiberei zu fordern. Alle solche Beispiele müßten der DAF-Presse mitgeteilt und unter der Rubrik: „Ihr fragt – wir antworten!“ um Antwort ersucht werden [...]



Per Mitgliederumfrage vom 3.6.1936 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion einige Umbelegungen von Komintern-Gebäuden. Das EKKI sollte demnach in das sich im Bau befindliche Gebäude der Internationalen Lenin-Schule ziehen, die Lenin-Schule dafür in das Gebäude der Internationalen Gewerkschaftsschule.[193]

Am 27.6.1936 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, Nikolaj Švernik als Vertreter der Gewerkschaften zur Sitzung des Generalrats der Weltvereinigung für Frieden (*Rassemblement Universel pour la Paix*) nach Paris zu entsenden. Zugleich wurde entschieden, das RUP für die Vorbereitung seines Kongresses mit monatlich 10.000 Franken zu unterstützen.[194]

Am 29.6.1936 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, Lufthansa darüber zu unterrichten, dass vom 1.1.1937 an das russische Territorium nur noch mit einem neu auszuhandelnden Vertrag überflogen werden könnte.[195]

---

192 Das Versprechen eines der getätigten Arbeit entsprechenden „gerechten Lohns“ bei gleichzeitiger Unterdrückung aller Arbeitskämpfe war das prägende Merkmal der nationalsozialistischen Betriebspolitik (siehe: Tilla Siegel: Leistung und Lohn in der nationalsozialistischen „Ordnung der Arbeit“, Opladen, Westdeutscher Verlag, 1989).

193 RGASPI, Moskau, 17/3/978, 31. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 734.

194 RGASPI, Moskau, 17/162/19, 192. Publ. in: Ibid., S. 733–734.

195 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 2.

Ebenfals am 29.6.1936 bewilligte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion einige Bestellungen in Deutschland auf den Rest des am 28.12.1934 beschlossenen 200-Millionen-Kredits.[196]

Dok. 384

Brief des Leiters der Kaderabteilung des EKKI, Moisej Černomordik, an Dimitrov mit angeblichen Beweisen gegen Werner Hirsch

[Moskau], 02.07.1936

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/205/6400(II), 13–14. Erstveröffentlichung.

/2/ eg
2/VII-36

Geheim

AN DER GENERALSEKRETÄR DES EKKI

GEN. DIMITROV

Die Angelegenheit Werner Hirsch hat einen in die Länge gezogenen Charakter an.[197] Es ist bald schon 2 Jahre her, dass er in die UdSSR angekommen ist. Alle Daten sprechen dafür, dass dieser Mensch kein Vertrauen genießen kann.

Folgende Fakten sprechen gegen ihn:[198]

1. Bereits im Jahre 1932 gab es eine Warnung, dass W[erner] H[irsch] enge Verbindungen mit der Reichswehr habe. Es ist genau bekannt, dass er eine enge Verbindung zu Schleicher und anderen gehabt hat.

---

196 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 6.
197 Der KPD-Publizist und Thälmann-Sekretär Werner Hirsch (1899–1941) ging nach einjähriger Haft in verschiedenen NS-Gefängnissen und Lagern über Prag in die UdSSR, wo er im Herbst 1934 eintraf. Das NKVD bekundete bereits vor seiner Ankunft im Februar 1934 Interesse für Hirsch, wie aus der Korrespondenz mit Černomordik hervorgeht (Reinhard Müller: Der Fall Werner Hirsch. Vom KZ Oranienburg in die Moskauer Lubjanka. In: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung/ IWK* (2000), 1, S. 34–61, hier S. 38–39).
198 *Folgende Fakten*: Die folgenden Anschuldigungen gegen Hirsch beruhen hauptsächlich auf einem Memorandum, das Hans Kippenberger am 23.10.1934 über Hirsch aufsetzte, der seit 1932 einer der Sekretäre des Parteiführers Thälmann war. Laut Herbert Wehner waren Kippenbergers teils absurde Vorwürfe damit motiviert, das Versagen seines Apparats bei der Verhaftung Thälmanns zu kaschieren und einen Sündenbock zu finden (Wehner: Zeugnis, S. 130, nach Müller: Der Fall Werner Hirsch, S. 39). Zunächst hatte das Memorandum zur Folge, dass Hirsch vom ZK der KPD am 15.4.1935 eine „scharfe Rüge“ erteilt bekam und „aus der deutschen Parteiarbeit“ entfernt wurde (Müller: Der Fall Werner Hirsch, S. 39–40).

2. Die Dokumente, die zu Hauptmaterialien der Anklage gegen Gen. Thälmann wurden, wurden von W. Hirsch verfasst und versandt. Unter anderem der berühmte „Brief an Gen. Pjatnitzki", der nicht im EKKI ankam, dafür jedoch in den Händen der Gestapo landete.[199]

3. Unbeachtet der Behauptungen von W.H., er sei gefoltert worden, gibt es Hinweise darauf, dass das Gefängnisregime ihm gegenüber leichter gewesen sei als gegenüber anderen Kommunisten.[200]

4. Seine Aussagen auf dem Leipziger Prozess waren zugunsten der Anklage.[201]

5. Die Verbindungen von W.H. sind vielfältig. Von dem, was uns bekannt ist, ist es in erster Linie Zenzl Mühsam, die Agentin des aus der UdSSR geflohenen Trotzkisten Wollenberg.[202]

---

199 *Brief an Gen. Pjatnitzki:* In einer NKVD-Auskunft zu Werner Hirsch hieß es dazu: „Das Hauptanklagematerial gegen Gen. *Thälmann* stellen die an ihn geschriebenen Briefe Werner *Hirschs* sowie die von Werner *Hirsch* geschriebenen Thesen ‚Unser Kampf um den revolutionären Sturz der faschistischen Diktatur und um ein freies sozialistisches Sowjetdeutschland' dar. Es wurde auf Grund dieses Materials gegen *Thälmann* die schwerste Anklage nach dem §85 des deutschen StGB erhoben (Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes)." (NKWD-Auskunft über Werner Hirsch. In: Müller: Menschenfalle Moskau, S. 443–447, hier: S. 444).

200 Die Berichte über Hirschs Folter speisten sich keineswegs nur aus seinen „Behauptungen", sondern wurden von Mithäftlingen bezeugt. Als die Internationale Kontrollkommission der Komintern am 10.6.1935 die „Angelegenheit Hirsch" verhandelte, berichtete der ehemalige Mithäftling Heinz Altmann, dass als SS-Leute Mithäftlinge zwangen, ihn zu verprügeln, Hirsch der einzige gewesen sei, der sich geweigert habe und daher selbst umso stärker misshandelt worden sei. Altmann selbst wurde 1937 vom NKVD verhaftet und zu einem Geständnis gezwungen, nach dem er ein Gestapo-Agent gewesen sei (Müller: Der Fall Werner Hirsch, S. 41).

201 Dieser Vorwurf wurde gegen Hirsch auf der Sitzung der Politkommission des EKKI vom 15.2.1935 erhoben (Chronik Pieck, 15.2.1935).

202 Kreszentia („Zenzl") Mühsam, geb. Elfinger (1884–1962), die Frau des in der Nacht des Reichstagsbrandes verhafteten und am 10.7.1934 ermordeten Anarchisten und freiheitlichen Sozialisten Erich Mühsam, war auch aktives KPD-Mitglied und engagierte sich besonders in der Roten Hilfe. Offensichtlich unter Vorspiegelung falscher Tatsachen und unter Ausnutzung ihres schweren persönlichen Schicksals in die Sowjetunion gelockt, wurde sie vom NKVD beschuldigt, neben ca. 50 weiteren Mitgliedern und Helfern der sog. „Wollenberg-Hoelz-Organisation" an einer „konterrevolutionären, terroristischen, trotzkistischen Verschwörung" beteiligt zu sein. Erich Wollenberg, ein Mitkämpfer Mühsams aus der Zeit der Münchner Räterepublik, hatte infolge der deutschen Katastrophe 1933/1934 mit Stalin gebrochen. Zenzl Mühsam erlebte trotz zeitweiser Freilassung durch eine internationale Solidaritätskampagne (1936) über zwanzig Jahre Gefängnis, Verbannung und Straflager in der Sowjetunion, während andere „verfolgt, verhaftet, gefoltert und erschossen [wurden], dabei auch invalide Emigranten, nach Moskau geflüchtete KZ-Häftlinge, Frauen und Kinder der verhafteten ‚Volksfeinde'." (Reinhard Müller). Ihr Leben lang kämpfte sie um die Rettung von Mühsams Nachlass und die Veröffentlichung seines Werks, was zunächst vom KPD-Politbüro und dem NKVD, nach 1945 durch die Stasi mit Hilfe der Akademie der Künste in Ost-Berlin unterbunden wurde und „[...] über Jahrzehnte einer Abschottung und Neutralisierung des einzig bedeutenden deutschen anarchistischen Schriftstellers gleichkam." (Uschi Otten: „Den Tagen, die kommen, gewachsen sein". http://alte.kpoe.

Er [d.i. Hirsch] kommt aus einer aristokratisch-feudalen Familie, verwandt mit Hindenburg. Seine Mutter ist eng befreundet mit Emmi Sonnemann – der Frau Görings.[203]

6. Man muss hinzufügen, dass W.H. unter höchst verdächtigen Umständen und in jedem Fall durch einen persönlichen Befehl Görings aus dem Konzentrationslager befreit wurde, und dass W.H. unterschiedliche Umstände seiner Befreiung angibt.[204] Übrigens interessieren sich bestimmte offizielle Organe verstärkt für ihn.[205]

Man muss irgendetwas tun, um die Klärung seiner Angelegenheit zu forcieren. Ich halte es für unzweckmässig, dass Sie ihn empfangen.[206]

/Černomordik/.[207]



Am 3.7.1936 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zum faschistischen italienischen Staat zu den Konditionen des Handelsvertrags vom 15.6.1935.[208]

Eine Woche später, am 10.7.1936, formulierte das Politbüro einen Text für den Rat der Volkskommissare, wonach alle wegen des Angriffs auf Abessinien beschlossenen Sanktionen gegen Italien und italienische Importe in die Sowjetunion aufgehoben werden sollten und dies von der Presse kommuniziert werden sollte.[209]

---

at/bund/archiv/Stalinismus/muehsam.htm; zur Verfolgung in der Sowjetunion siehe Müller: Menschenfalle Moskau, S. 13 u.a.; Rudolf Rocker: Der Leidensweg von Zensl Mühsam, Frankfurt am Main, Verlag Die Freie Gesellschaft, 1949).

203 Werner Hirschs Vater war ein jüdischer Landgerichtsrat, die Mutter entstammte tatsächlich dem Adel und war mit Hindenburg verwandt. Allerdings brach Hirsch bereits im Alter von 16 Jahren mit seiner Familie und bezog eine eigene Wohnung (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 378; Müller: Der Fall Werner Hirsch, S. 35).

204 Hirsch wurde tatsächlich auf Intervention seiner Mutter, die mit der Frau Görings befreundet war, aus der NS-Haft entlassen (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 379).

205 *Offizielle Organe*: Gemeint ist das NKVD.

206 Am 27.5.1936 bat Hirsch Dimitrov in einem Brief, für eine kurze Unterredung empfangen zu werden. Dabei ginge es für ihn „um die Entscheidung über die Gestaltung meines ganzen zukünftigen Lebens“ (RGASPI, Moskau, 495/205/6400(II), 37); am 31.6.1936 schrieb er schließlich an das Sekretariat des EKKI und forderte die ultimative Klärung seiner Angelegenheit (Vatlin: Kaderpolitik und Säuberungen, S. 105–108).

207 Zum weiteren Schicksal von Werner Hirsch siehe Dok. 401.

208 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 4. Publ. in: Adibekov/Di B’jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 337–338.

209 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 6.

Dok. 385

Brief Piecks an die operative Leitung der KPD zur internationalen Lage und den Verhaftungen von deutschen Kommunisten in der Sowjetunion

Moskau, 27.7.1936

Typoskript in deutscher Sprache. SAPMO-BArch, RY 1/I,2/3/285, 255–258. Erstveröffentlichung.

27.7.1936

Liebe Freunde!

Ich möchte Euch über einige wichtige politische Fragen informieren, die in der letzten Zeit behandelt wurden:[210]

1. Die Taktik unserer chinesischen Partei. Das ZK hat die Bildung einer antijapanischen Volksfront beschlossen und ist damit an die Korrektur von taktischen Fehlern herangegangen, die in der letzten Zeit gemacht wurden und die das Zustandekommen einer Volksfront gegen die japanischen Räuber erschwerten.[211] Es geht dabei in der Hauptsache darum, Tschan-Kai-Tschek [d.i. Tschiang Kai-Shek] und die Kuomintang zu zwingen, zu der Frage der Schaffung der Volksfront Stellung zu nehmen und es ihnen zu erschweren, vor den Massen ihre reaktionäre Politik mit dem Hinweis zu verschleiern, dass die Existenz der Roten Armee und der Kampf der KPCh um die Sowjetmacht es ihnen erschwere, den Kampf gegen den japanischen Imperialismus zu führen. Sie treten auf als die Vorkämpfer der Verteidigung Chinas gegen die japanischen Eroberer. Durch unsere Taktik sollen sie aber genötigt werden, zu diesem Kampfe praktisch Stellung zu nehmen. Unsere Taktik beruht darauf, daß die bürgerlich-demokratische Revolution noch nicht vollendet ist, und deshalb nicht die Frage der Sowjetmacht, sondern die Erkämpfung der demokratischen Republik auf der Tagesordnung steht. Wir werden an die Kuomintang und Tschan-Kai-Tschek [d.i. Tschiang Kai-Shek] mit

---

210 Der Brief wird teilweise zitiert in Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst der KPD, S. 396 als Beleg dafür, dass Pieck von „der Richtigkeit und Notwendigkeit" der Terrormaßnahmen in der UdSSR überzeugt war und „in diesen Fragen keinerlei Erbarmen kannte."

211 Pieck referiert hier die Umstellung der Politik der chinesischen KP auf eine Volksfront mit Tschiang Kai-shek, trotz der katastrophalen Erfahrungen aus den Jahren 1926/1927 und trotz der militärischen Verfolgung durch die Nationalchinesische Armee – wurde 1934/1935 gegen die Übermacht der „lange Marsch" organisiert. Der japanische Angriff wurde seinerseits mit der Notwendigkeit eines antikommunistischen Feldzugs im Sinne der Antikomintern vor allem nach dem Sian-Zwischenfall des Jahres 1936 legitimiert, bei dem Tschiang Kai-shek von einer Einheit der KP kurzzeitig verhaftet wurde. Siehe hierzu die Instruktionen und Korrespondenzen zwischen der Kominternführung und der KP Chinas in: Alexander Dallin, Fridrich I. Firsov (Hrsg.): Dimitrov and Stalin. 1934–1943. Letters from the Soviet Archives. Russian documents translated by Vadim A. Staklo, New Haven-London, Yale University Press, 2000, S. 83–147.

dem Angebot der nationalen Selbstverteidigung, der Schaffung einer vereinigten antijapanischen Armee, der Bildung einer Regierung der nationalen Verteidigung auf parlamentarischer Grundlage und der Sicherung der nationalen Unabhängigkeit Chinas herantreten. Diese Losungen bedeuten nicht die Verschmelzung der Roten Armee mit der Armee Tschan-Kai-Tscheks [d.i. Tschiang Kai-Shek], wohl aber die Schaffung eines gemeinsamen Kommandos und die Herbeiführung eines gemeinsamen Vorgehens.[212] Auch sollen die bisherigen Sowjetgebiete damit nicht liquidiert werden, es soll aber nicht der Kampf um ihre Erweiterung geführt werden. Selbstverständlich bedeutet diese Taktik nicht etwa eine Kapitulation, sie macht sich aber aus der Lage im Lande selbst notwendig. […]

Diese taktische Änderung ist von großer Bedeutung für das Land selbst, aber auch für unseren internationalen Kampf gegen den Faschismus und die Kriegsgefahr. Wahrscheinlich wird in einer der nächsten Nummern der K[ommunistischen] I[nternationale] darüber ein instruktiver Artikel erscheinen.[213]

2. Die Lage in Spanien. Ueber den konterrevolutionären Aufruhr in spanisch-Marokko und in Spanien selbst wurde ein detaillierter Bericht gegeben, obwohl die Kämpfe noch in vollem Gange und keineswegs entschieden sind.[214] Fest steht, dass dieser Aufruhr planmäßig vorbereitet wurde und auch im Parlament von den Kommunisten die Vorbereitungen offen aufgezeigt wurden. Leider fand die Regierung nicht die Kraft, diese Vorbereitungen des Aufruhrs zu zerschlagen, sondern verfolgte die gefährliche Taktik, dass die Konterrevolution erst durch ihre Taten sich selbst entlarven müsse. Diese Taktik müssen die spanischen Massen jetzt mit grossen Opfern bezahlen. Die Regierung, die von der Volksfront unterstützt wird, hat zwar eine Reihe von Massnahmen im Interesse der werktätigen Massen und besonders der Bauernschaft ergriffen, hat aber nicht genügend getan, um ihre Macht zu sichern.[215] Die Konterrevolution findet zweifellos eine starke Unterstützung bei ausländischen Imperialisten, beson-

---

212 Am 26.11.1936 teilte Stalin im Kreml Dimitrov mit: „… Man muß die Linie in der chinesischen Angelegenheit ändern. Mit den Räten wird es nichts. Es ist eine national-revolutionäre Regierung zu schaffen, eine Regierung der nationalen Verteidigung, der Verteidigung der Unabhängigkeit des chinesischen Volkes." (Dimitroff-Tagebücher, I, S. 135).

213 Dimitrov selbst schrieb einen Grundsatzartikel und Wan Min erklärte ausführlich die neue Parteitaktik der antijapanischen Front. Siehe Dimitroff: Zum 15. Jahrestag der Kommunistischen Partei Chinas. In: *Die Kommunistische Internationale* 17 (1936), H. 9, (September), S. 880–883; Wan Min: 15 Jahre Kampf für ein unabhängiges und freies chinesisches Volk, ibid., S. 883–900.

214 Mit dem Staatsstreich vom 17.7.1936 unter Führung des Generals Franco in Spanisch-Marokko, der bald das Festland erreichte, begann der spanische Bürgerkrieg. Die seltsame Wortwahl „Aufruhr" mag sich aus der vorsichtigen Haltung der spanischen Regierung einerseits und der Komintern andererseits erklären. Beide vermieden es, von einer revolutionären Entwicklung zu sprechen.

215 Aus dem Putsch Francos entstand der spanische Bürgerkrieg. Vor allem anarcho-syndikalistische und linkssozialistische Teile der Arbeiterbewegung organisierten den beginnenden Widerstand, der sich zur Revolution entwickelte, was zunächst die Existenz der spanischen Republik rettete. Der Eintritt der KP Spaniens in die Volksfrontregierung erfolgte erst im September 1936.

ders bei der Hitlerregierung, und den englischen Imperialisten. Hitler war besonders in den nordafrikanischen Kolonien, in spanisch-Marokko und in französischen Kolonien tätig. Wieweit Mussolini die Vorbereitungen des Aufruhrs unterstützte, ist noch nicht klar ersichtlich. Die Regierungsumbildung zeigte gewisse innere Schwierigkeiten, die sich daraus ergaben, dass die Arbeiterorganisationen ihren Rücktritt forderten, weil sie nicht genügend gegen die Konterrevolution vorging und andererseits angenommen wurde, dass die neue Regierung mehr Einfluss auf die Offiziere hätte und damit es der Konterrevolution erschwere, ihren Aufruhr mit Unterstützung der Armee durchzuführen. Es sind unseren Freunden noch vor dem Aufruhr Direktiven gegeben worden, die Geschlossenheit der Volksfront um jeden Preis zu sichern, für die Verhaftung der Aufrührer und Verschwörer einzutreten, für die Konfiskation des Grundbesitzes des Adels, für das Verbot der faschistischen Presse, für die Verstärkung der Arbeiter- und Bauernallianzen, Massnahmen zur Vorbeugung anarchistischer Putsche und einiges andere. Nach dem Aufruhr galt es für die KP entschieden für die Verteidigung der Republik und die Verbrüderung mit der Armee einzutreten. Angesichts der Schwankungen der Regierung, die eine grosse Gefahr sind, ist die Frage der Schaffung einer Volksfrontregierung unter Beteiligung aller Parteien der Volksfront, auch der Kommunisten, zu stellen und Komitees zur Rettung der Republik zu bilden. Von grosser Bedeutung ist bei dieser Lage in Spanien, die immer noch nicht klar den Ausgang der Kämpfe zeigt, dass sofort eine internationale Kampagne zur Unterstützung des Kampfes gegen die Aufrührer eingeleitet wird, bei der klar der Charakter des Verbrechens des Faschismus bei der Unterstützung dieses Aufrufes aufgezeigt und als einzige Rettung die Steigerung der Kräfte der Volksfront dargelegt werden müssen.[216] […]

3. Bericht der I[nternationalen]K[ontroll]K[ommission]. Die IKK hat einen Bericht über 12 Jahre ihrer Arbeit, also seit 1924, vorgelegt.[217] Dabei stehen wir mit 132 Fällen weit im Vordergrunde. 58 davon blieben ohne Beschluss und von den restlichen 74 wurden 32 ausgeschlossen, 9 Rügen und andere Strafen und 6 Rehabilitationen. Die hohe Zahl rührt daher, dass wir vielfach aus Schwierigkeiten in der Führung viele Fälle zur Entscheidung der IKK unterbreitet haben. Anlässlich dieses Berichtes, bei dem die vorstehenden Ziffern keine Rolle spielten, wurden eine Reihe von Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit gezogen. Dabei ist von Bedeutung, dass festgelegt wurde, dass Z[entralen]K[ontroll]K[ommissionen] nur in den legalen Parteien neben der Führung

---

216 Zwei Tage vor Abfassung des vorliegenden Berichts, am 25.7.1936 erfolgte Hitlers Zusage der Unterstützung an die Franco-Truppen. Bereits am 1.8.1936 errichteten deutsche Transportflugzeuge eine Luftbrücke von Tétouan aus an die spanische Küste, während die Sowjetunion sich abwartend verhielt und die internationale Kampagne der Komintern anlief, die zunächst auf eine politische Unterstützung der Volksfront ausgerichtet war.

217 Ein Bericht der Internationalen Kontrollkommission wurde zum VII. Weltkongress der Komintern veröffentlicht. Siehe: Die Komintern vor dem VII. Weltkongreß, Moskau, Verlagsgenossenschaft Ausländischer Arbeiter in der UdSSR, 1935, S. 697–718.

durch den Parteitag gewählt werden, in den illegalen Parteien übernimmt das ZK der Partei diese Aufgabe. Wir müssten also unsere ZKK nur als ein Hilfsorgan des ZK, als eine Art Kommission, behandeln.[218] Das bedeutet, dass auch unsere ZKK nicht mit solchen Dokumenten in die Oeffentlichkeit treten kann, wie das geschehen ist. Ferner wurde festgelegt, dass die IKK ihre Tätigkeit etwas mehr begrenzt, indem sie nicht mehr Berufungen einzelner Parteimitglieder behandelt, sondern dass das durch die ZKK's oder die ZK's erfolgt. Die IKK kann im Falle einer Berufung der ZKK oder des ZK die Verpflichtung auferlegen, die Angelegenheit noch einmal zu verhandeln. Es wurden auch eine Reihe von Grundsätze[n] über die Bestrafung von Genossen festgelegt. Ausschluss aus der Partei soll erfolgen, wenn von Parteimitgliedern Verrat an der Partei, Mitteilungen an den Klassenfeind gaben, oder dem Klassenfeind das Versprechen gaben, ihm behilflich zu sein [sic]. Ferner, wenn Parteimitglieder nicht wahrheitsgetreu auf Fragen der Kontrollkommission antworten. Dabei wurde eine Frage gründlich erörtert, die die Gnadengesuche betreffen.[219] Es sollen Kommunisten aus der Partei ausgeschlossen werden, die Gnadengesuche einreichen. Dabei wurde aber darauf verwiesen, dass in einzelnen [Ländern] es gesetzliche Bestimmungen gibt, wonach eine Freilassung aus dem Kerker nur erfolgt, wenn von den Eingekerkerten selbst ein entsprechender Antrag gestellt wird, wie das z.B. in Italien der Fall ist. Solche Fälle wurden von der Charakterisierung als Gnadengesuche ausgenommen. Aber es muss dafür das vorherige Einverständnis des ZK eingeholt werden. Ich habe auch die bei uns vorkommenden Fälle vorgetragen, wonach von den Faschisten den Eingekerkerten Reverse vorgelegt werden, in denen sie sich verpflichten, nicht mehr politisch tätig zu sein, nicht[s] gegen den Staat zu unternehmen und darüber hinaus auch die Anforderungen an die zu Entlassenden gestellt werden, für die Gestapo zu arbeiten.[220] Die ersteren Fälle wurden als solche angesehen, dass daraufhin keine Parteimassnahme zu ergreifen ist, dass aber eine sehr sorgfältige Nachprüfung des Verhaltens des Betreffenden im Gefängnis stattfinden und er ausserdem in der ersten Zeit sehr stark von der Partei isoliert werden muss. Eine Verpflichtung, für die Gestapo zu arbeiten, darf kein Kommunist abgeben, wo es geschieht, muss der Aus-

---

218 Bereits am 18.2.1927 wurde die Einrichtung von Kontrollkommissionen in den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder nach dem Vorbild der KPdSU von der Organisationsabteilung des EKKI untersagt. Die Maßnahme erfolgte unter dem Vorwand, dass diese Parteien noch nicht die notwendige Entwicklungsstufe erreicht hätten, der tatsächliche Grund dürfte in den Befürchtungen gelegen haben, dass solche Organe, die dem ZK nicht unterstellt waren, gegen das ZK ausgespielt werden könnten. Die von Pieck aufgezählten Maßnahmen sind ein weiterer Schritt zur Aushöhlung der Internationalen Kontrollkommission als dem höchsten (und einzigen) Appellationsorgan für die Mitglieder der kommunistischen Parteien (Das Rundschreiben der Orgabteilung siehe: Schweizerisches Bundesarchiv, Bern, J.II 94/558).

219 Es handelt sich dabei um Gnadengesuche an die unterschiedlichen Verfolgungsbehörden in den jeweiligen Diktaturen.

220 Reverse: Eine schriftliche Erklärung mit verpflichtendem Charakter, hier zumeist über die Nicht-Weiterführung jeglicher kommunistischer Tätigkeit, verbunden mit der Androhung einer unverzüglichen Einlieferung in ein KZ im Falle der Zuwiderhandlung.

schluss aus der Partei erfolgen. Im Einverständnis mit dem ZK können Genossen im Kerker bei der unmittelbar vorgesetzten Behörde Haftentlassungsanträge stellen oder auch Anträge auf Erlass der weiteren Gefängnisstrafe. Als allgemeiner Grundsatz für die Durchführung von Untersuchungen gegen Parteimitglieder gilt die Verletzung der Einheit und Geschlossenheit der Reihen der Komintern, das Fehlen von bolschewistischer Standhaftigkeit vor dem Klassenfeind (offenen Aussagen und Verrat vor Polizei und Gericht), Fehlen einer vom Klassenbewußtsein geschärften Wachsamkeit, Verletzung der Konspiration, Provokateure. Typische Fälle sollen der Parteimitgliedschaft zur Kenntnis gebracht werden, um die Mitglieder zu veranlassen, daraus Lehren zu ziehen. […]

Das ist im Wesentlichen das Wichtigste aus den Beratungen und Informationen der letzten Zeit. Ich werde Euch selbstverständlich darüber auf dem Laufenden halten, wie ich auch versuchen will, durch die kollektive Zusammenarbeit der hier arbeitenden Genossen Eure Arbeit nach dem Lande zu unterstützen. Leider ist aber gegenwärtig die Urlaubszeit, sodass immer wieder Genossen, denen Aufträge gegeben wurden, nicht mit ihren Arbeiten zu Rande kommen und dadurch Verzögerungen eintreten. Unser Freund D[avid], der zu Euch kommen sollte, ist leider „erkrankt".[221] So etwas kommt hier auch vor. Ich hoffe aber, dass er doch bald wieder seine Arbeit aufnehmen kann. Ueber die Ursache seiner Krankheit bin ich nicht informiert. Es hängt das aber offenbar mit Sachen zusammen, an denen in der letzten Zeit noch einige andere erkrankten, wie Emel, Stauer, Mansfeld.[222] Es ist kein Zweifel, dass es sich dabei um Ursachen handelt, die vom Auslande eingeschleppt wurden, und bei denen es natürlich notwendig ist, eine gründliche Ausrottung vorzunehmen. Ob und inwieweit D. davon angesteckt wurde, muss natürlich die ärztliche Untersuchung ergeben. Vorläufig ist darüber nichts zu erfahren. Mir ist selbstverständlich die Sache sehr unangenehm, da ich mit besonderem Eifern seine Entsendung betrieben habe. Vielleicht hängt seine Erkrankung sogar mit der geplanten Entsendung zusammen. Wir können nur wünschen, dass die Sache restlos geklärt wird und soweit ich dabei helfen kann, wird das selbstverständlich geschehen. Wir müssen dabei sehr vorsichtig sein, und das betrifft auch unsere Anträge auf Entsendung von Leuten nach hier. Es ist wirklich erstaunlich, was von aussen her alles unternommen wird, um sich hier an den wichtigsten Stellen einzubauen und mit welcher Dummheit, wenn nicht mehr, Genossen

---

221 Fritz David (Ps.), d.i. Il'ja-David Izrailevič Krugljanskij (1897 Nowosibkow bei Wilna – 1936, in Moskau hingerichtet), war in der Sowjetunion einer der engsten Mitarbeiter Piecks; er wurde wenig später im 1. Moskauer Schauprozess angeklagt, siehe Dok. 386. Pieck schrieb am Vortag der Urteilsverkündung an Florin: „Wir können wirklich den Sicherheitsorganen der SU danken, daß sie noch rechtzeitig zugegriffen haben." (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 179; siehe auch im Einleitungstext Hermann Webers).

222 Alexander Emel (Ps.), d.i. Moisej Lur'je, Stauer (Ps.), d.i. Konon Berman-Jurin (1901 Ilukste, Kurland/Lettland – 24.8.1936 in Moskau hingerichtet) und Ernst Mansfeld (1908–1936, in der Sowjetunion hingerichtet). Mansfeld emigrierte als KPD-Mitglied 1933 in die Sowjetunion und war in der Internationalen Arbeiterhilfe engagiert. Zu Emel und Stauer siehe Dok. 386.

auf solche Versuche eingehen. Besonders werden diese Versuche von unserem Lande aus unternommen. Ihr solltet auch bei Euch darauf ein sehr wachsames Auge haben. Etwas mehr Vorsicht ist nützlicher als zu wenig.

Es grüsst Euch bestens
W[ilhelm Pieck].

Dok. 386

Briefentwurf des Sekretariats der Komintern an die NKVD-Führung über eine „konterrevolutionär-terroristische Gruppe von KPD-Mitgliedern"

Moskau, 1.8.1936

Typoskript in russischer Sprache.[223] RGASPI, Moskau, 495/10a/385, 38–37. Erstveröffentlichung.

An Gen. EŽOV N.I., JAGODA G.G.

Im Brief des Zentralkomitees über die konterrevolutionäre terroristische Gruppe der Trotzkisten-Sinowjewisten[224] werden LUR'E Moisej /EMEL Aleksandr/, DAVID Fritz [d.i. Il'ja-David Krugljanskij], KONSTANDT Erich, OLBERG Valentin, LIPŠIC Pavel / Zal'cer/[225] erwähnt, die Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands sind.[226]

---

223 Der Autor ist nicht mehr zu ermitteln, das Dokument endet abrupt, ohne jegliche Schlussformeln oder Unterschriften.

224 Einen Tag vorher, am 29.7.1936, hatte das ZK der VKP(b) ein internes Rundschreiben unter dem Titel „Über die Spionage- und terroristische Tätigkeit des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks" an die Parteiorganisationen versandt. Darin wurde den von einem „vereinigten Zentrum des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks" angeleiteten „Terroristengruppen" nicht nur die Ermordung Kirovs zugeschrieben, sondern auch Attentatspläne auf Stalin und andere Parteiführer. Der „Block" hätte sich auf den „Weg des individuellen weißgardistischen Terrors" begeben und dabei auch mit ausländischen Geheimdiensten kooperiert. Das Schreiben schloss mit dem Appell, versteckte Feinde in der Partei aufzuspüren (Teilpublikation in: Hedeler, Chronik, S. 65).

225 Dass sich im folgenden Text einzig zu Pavel Lipšic keine Angaben finden, könnte darauf zurückzuführen sein, dass seine KPD-Mitgliedschaft rein nomineller Natur war. Aus Litauen stammend, hielt er sich als parteiloser Ingenieur in Deutschland auf und schloss sich 1926 – wohl aus Zuneigung zu seiner Lebensgefährtin, einer aktiven sowjetischen Kommunistin, – der KPD an. 1932 mit ihr in die Sowjetunion zurückgekehrt, wurde er am 28.4.1936 verhaftet, am 7.10.1936 in einem geschlossenen Prozess zusammen mit Erich Konstandt, Aleksandr Ochrimskij und Viktor Ljubarskij als Mitglieder einer „konterrevolutionären trotzkistischen Organisation" zum Tode verurteilt und am nächsten Tag erschossen (siehe die Memoiren seiner Tochter: Natal'ja Gal'per: Strana sirot. Dokumental'naja proza XX vek [Petach Tikwa, Israel], Selbstverlag, 2004, S. 30–40. Zu Anklageschrift und Urteil im Prozess gegen Lipšic u.a. ibid., S. 183–211).

226 Drei der genannten Personen wurden im ersten Moskauer Schauprozess gegen das „trotzkistisch-sinowjewistische terroristische Zentrum" (19.–24.8.1936) verurteilt (Hedeler: Chronik, S. 461).

Zu einem Großteil dieser Personen *verfügt die Kaderabteilung der Komintern über belastendes Material, das seinerzeit an das Narkomvnudel*[227] *übergeben wurde*. Ich halte es für notwendig, Sie auf diese Tatsache hinzuweisen, da es erstens nun wichtig wäre, zu überprüfen, ob dieses Material seinerzeit verwendet wurde, und zweitens dieses Material möglicherweise in der einen oder anderen Weise den Ermittlungen helfen könnte.

Im Folgenden führen wir in Kurzform das sich bei uns über diese Personen befindende Material auf.

LUR'E Moisej /[Ps.] *Emel Aleksander/. Am 30. Oktober 1934* teilte die Kaderabteilung des EKKI dem Narkomvnudel (an Gen. S. /Sosnovskij/) mit, dass LUR'E M., Mitglied der Kompartei Deutschlands seit 1922, der im Agitpropapparat des ZK der KPD gearbeitet hatte, „*wegen Teilnahme an der Weddinger Opposition aus der Kompartei ausgeschlossen wurde. Ehemaliger Trotzkist*." Zugleich wurde mitgeteilt, dass die Säuberungskommission der Parteiorganisation des EKKI Emel nicht für die Überführung in die VKP(b) empfohlen hatte –. Eine genauere Mitteilung wurde im Jahre 1936 an das NKVD gemacht.

DAVID Fritz [d.i. Il'ja-David Krugljanskij]. Die Kaderabteilung und die Parteiorganisation des EKKI haben sich seinerzeit für DAVID F. als ein Mitglied der KPD interessiert, das in der Redaktion der Zeitschrift *Kommunistische Internationale* arbeitete. DAVID wurde vor das Parteikomitee bestellt, um die Frage zu klären, wie er, ein in der Vergangenheit aktiver Menschewik, nach Deutschland kommen und in die KPD eintreten konnte.[228] Die Aussagen von DAVID F. wurden am 11. Juli 1936 an das NKVD übergeben.

KONSTANDT Erich. Am 10. Februar 1934 teilte die Kaderabteilung des EKKI dem Narkomvnudel (an Gen. S. /Sosnovskij/) mit, dass *KONSTANDT ein politischer Betrüger sei und der Spionage verdächtigt würde*. Zusätzlich wurde über KONSTANDT *am 17. April 1934, 11. Mai 1934 und 20. Juli 1934* an dieselbe Adresse Mitteilung erstattet. Im Brief N° 3264 teilte die Kaderabteilung des EKKI der Kommission zur Parteikontrolle [der VKP(b)] mit, dass KONSTANDT *bereits 6 Jahre in den Reihen der VKP(b) verblieben sei*, obwohl schon am 15. September 1928 die Kommission zur Überführung in die VKP(b) auf Vorschlag des ZK der KPD ihre frühere Entscheidung zur Überführung KONSTANDTS in die VKP(b) widerrufen und die Basis-Parteiorganisation beauftragt hatte, seinen Parteiausweis einzuziehen. Erst anlässlich der Überprüfung der Parteidokumente kam KONSTANDT in die Kaderabteilung des EKKI mit einer Beschwerde über die Einziehung seines Parteiausweises.

---

227 *Narkomvnudel:* NKVD.

228 Il'ja-David Krugljanskij (Ps. Fritz David, 1897–1936, in der Sowjetunion hingerichtet), ein Textilarbeiter und Gewerkschaftsaktivist, war bis 1920 Mitglied der Menschewiki und kam 1926 nach Deutschland, wo er der KPD beitrat und u.a. für die *Rote Fahne* schrieb. 1933 kehrte er nach Moskau zurück und war dort enger Mitarbeiter Wilhelm Piecks. 1936 erfolgte sein Ausschluss aus der KPD wegen „trotzkistischer Verbrechen gegen die Arbeiterklasse" (siehe: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 179; Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank).

Am schwerwiegendsten ist die Angelegenheit des Trotzkisten *OLBERG Valentin. Am 11. [Juni?] [1936]* schickte die Sonderabteilung des EKKI /jetzt Kaderabteilung des EKKI/ eine Notiz über den Journalisten Valentin OLBERG, ein ehemaliges Mitglied der Kompartei Deutschlands, an die Sonderabteilung des NKVD (Gen. A. /Aleksandrovskij/). In dieser Notiz wurde mitgeteilt, dass *Valentin Olberg mit Trotzkisten verbunden sei, und dass er eine weißgardistische Vergangenheit habe.*[229] Einige Mitarbeiter der KP Deutschlands haben unter dem Eindruck der bei ihnen entstandenen Zweifel die Wohnung von OL'BERG durchsucht und fanden bei ihm *fünf Briefe mit der Unterschrift Trotzkis, eine Reihe von Briefen mit der Unterschrift Sedovs, sowie eine ziemlich reichhaltige Korrespondenz mit einer Reihe von Personen, die unmittelbar mit Trotzki verbunden sind.*[230]



Auf Vorschlag von Nikolaj Krestinskij stimmte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 7.8.1936 einem Besuch des Ministerpräsidenten der französischen Volksfrontregierung, Léon Blum, in die UdSSR zu.[231] Der Besuch des Sozialistenführers kam allerdings nicht zustande.

Ebenfalls am 7.8.1936 bevollmächtigte das sowjetische Politbüro den Berliner Emissär David Kandelaki, einen neuen Handelsvertrag mit dem Deutschen Reich für 1937 nach den Bedingungen von 1936 abzuschließen (die von deutscher Seite abgelehnt wurden). Des Weiteren sollte der 200-Millionen-Kredit vorfristig beglichen werden.[232] Am gleichen Tag beschloss das Politbüro, vom 200-Millionen-Kredit in Deutschland bis zu 5000 Tonnen Panzerstahl für Schiffe zu kaufen.[233]

Am 17.8.1936 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion eine neue Verfahrensweise für die Visavergabe an deutsche Industrielle und Handelsvertreter. Demnach sollte zunächst die sowjetische Botschaft eine Anfrage beim Außenkommissariat einreichen. Diese sollte dann mit der Auslandsabteilung des NKVD abgestimmt werden.[234]

---

229 Valentin Olberg hatte 1930, wahrscheinlich im NKVD-Auftrag, versucht, sich bei dem auf der türkischen Insel Büyükada (griech. Prinkipo) exilierten Trotzki als Sekretär zu bewerben, wurde allerdings abgelehnt, weil Franz Pfemfert und Alexandra Ramm bei ihrer Kommunikation mit Olberg misstrauisch wurden und Trotzki warnten. Olberg trat beim ersten Schauprozess 1936 als Kronzeuge gegen Trotzki, Sinowjew und Kamenev auf (Isaac Deutscher: The Prophet Outcast: Trotsky. 1929–1940, London u.a., Oxford University Press, 1963, S. 21). Auf eine „weißgardistische Vergangenheit" Olbergs deutet allerdings nichts hin. Sein Vater Paul Olberg war ein lettischer Sozialdemokrat, der nach Deutschland emigriert und in der SPD aktiv war.
230 In Valentin Olbergs Komintern-Personalakte (RGASPI, Moskau, 495/205/8318) befinden sich zwei Briefe von Lev Trotzki und seinem Sohn Lev Sedov aus den Jahren 1931–1932, die bei der Hausdurchsuchung 1936 beschlagnahmt worden seien (siehe: Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Olberg, geb. Szmuszkewicz"). Die Überprüfung dieser Briefe auf Inhalt und Authentizität steht noch aus.
231 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 38.
232 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 40.
233 APRF, Moskau, 3/64/664, 87. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 137.
234 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 51; APRF, Moskau, 3/64/664, 88. Publ. in: Ibid., Dok. 138.

Ebenfalls am 17.8.1936 wurde entschieden, dem Internationalen Büro der Gesellschaft der Freunde der Sowjetunion über den sowjetischen Gewerkschaftsverband 10.750 US-Dollar für das Jahr 1936 zuzuleiten, sowie zusätzlich 6.000 Schweizer Franken zu Händen des Organisationskomitees für die Einberufung des Internationalen Friedenskongresses.[235] Der Kongreß der Weltvereinigung für Frieden fand vom 3–6.9.1936 im Brüsseler Heysel-Stadion statt.

In einem weitern Beschluss wurde darauf gedrängt, dem republikanischen Spanien „zu den allergünstigsten Konditionen" die benötigte Menge an Heizöl zu verkaufen.[236]

Am 19.8.1936 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion einen Presseplan zur Berichterstattung über den Prozess der „konterrevolutionären trotzkistisch-sinowjewistischen Terrorgruppe" (19.–24.8.1936). Danach sollten die *Pravda* und die *Izvestija* täglich im Umfang von einer Spalte über den Prozess berichten, alle anderen Zeitungen im Umfang von einer halben Spalte. Das Material sollte vor dem Druck von Aleksej Steckij, Boris Tal', Lev Mechlis, Andrej Vyšinskij und Jakov Agranov eingesehen werden, unter der Leitung des NKVD-Vorsitzenden Nikolaj Ežov. Zum Prozess zugelassen werden sollten Redakteure der größten landesweiten Zeitungen, Korrespondenten der *Pravda* und *Izvestija*, Mitarbeiter des EKKI sowie neben Korrespondenten ausländischer kommunistischer Zeitungen auch Korrespondenten der bürgerlichen Presse. Die Möglichkeit der Präsenz ausländischer Botschafter beim Prozess wurde zugelassen, den Betreffenden seien persönlich Eintrittskarten auszuhändigen.[237]

Dok. 387

Brief Piecks an Wilhelm Florin zum Ergebnis des Moskauer Prozesses und der „verbrecherischen Tätigkeit" von KPD-Mitgliedern

Moskau, 23.8.1936

Typoskript in deutscher Sprache. SAPMO, ZPA, Berlin I 2/3/250. Vollständig publ. in: Petra Becker, Peter Erler, Barbara van der Heyden u.a. (Hrsg.): In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR. Mit Kurzbiographien von mehr als 1100 Opfern, Berlin, Dietz, 1991, S. 275–283.

Abschrift

An Florin

da ich nicht in Urlaub fuhr, so Brief nur noch Inf.wert [handschr.] 23.8.36[238]

---

235 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 51.
236 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 51. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 340.
237 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 52.
238 Der Brief wurde offensichtlich nicht abgeschickt (einem handschriftlichen Vermerk Piecks zufolge).

Lieber Wilhelm!
[...] Der Prozeß gegen die trotzkistisch-sinowjewistische Mörderbande hat sehr überraschende Ergebnisse gebracht. Es ist hier eine große Arbeit von den Sicherheitsorganen geleistet worden. Dabei ist im Prozeß nur ein Teil der Verbrechen aufgerollt worden, die gegen den Sowjetstaat und gegen die KPdSU und ihre Führer unternommen worden.[239] Es sind eine sehr große Zahl von Leuten verhaftet worden, die mir diesen Verbrechen im engsten Zusammenhange stehen. Leider sind darunter eine Reihe von deutschen Emigranten und Mitgliedern der KPD. Es sind das über 50 Leute.[240] Natürlich kann durch diese Kerle die KPD nicht beschmutzt werden, aber es wird dadurch die sehr ernste Frage gestellt, was wir unternehmen können, um diese verbrecherische Tätigkeit unmöglich zu machen und auch die Partei selbst vor diesen Kerlen zu schützen. Es ist zweifellos, daß wir nicht die erforderliche Wachsamkeit haben walten lassen, daß wir über die Dinge immer zu leicht hinweggegangen sind. Wenn wir uns nur vergegenwärtigen, in welchem Umfange immer wieder Verhaftungen im Lande erfolgten und wir niemals ernstlich nachkontrollierten, auf welche Ursachen das zurückzuführen war. Wir haben zwar immer darauf abzielende Beschlüsse gefaßt, die aber praktisch nicht durchgeführt wurden. Ich habe jetzt auf Grund des Prozesses erneut einen Beschluß formuliert und ihn mit unseren Freunden in der KI durchgesprochen. Wir müssen eine sehr ernste Durchleuchtung unserer gesamten Emigration vornehmen, um uns über die Vergangenheit jedes einzelnen Genossen sehr genau zu informieren. Wo diese nicht ganz zweifelsfrei ist, sollten wir rücksichtslos die Parteimitgliedschaft entziehen. Dasselbe gilt im vermehrten Maße für alle Legitimationen, insbesondere bei Empfehlungen für die Überführung in die KPdSU. Sie sollen nur im absolut zweifelsfreien Fällen gegeben werden. Selbst wenn das Schwierigkeiten mit einzelnen Genossen gibt, so müssen wir das in Kauf nehmen. Die Verantwortung ist eine viel zu große, als daß wir unsere bisherige Loyalität fortsetzen.

Dann scheint mir notwendig zu sein, daß wir unsere Emigration zahlenmäßig bedeutend vermindern. Es muß eine ernste Nachprüfung erfolgen, wer noch in der Emigration verbleiben und wer in das Land zurückkehren soll. Als allgemeine Regel sollte dabei gelten, daß alle diejenigen ins Land zurückkehren, von denen die Nazis kein Material über ihre Tätigkeit haben, die nicht an irgendwelchen Zusammenstößen der Nazis teilgenommen oder gegen die Mordbeschuldigungen erhoben werden. Ich bin überzeugt, daß 2/3 der Emigranten ins Land zurückgehen können. Eine Anzahl wird vielleicht zunächst verhaftet werden, aber wenn ihnen nichts nachgewiesen

239 Der Brief wurde in Moskau am Tage vor der Urteilsverkündung im ersten Prozess vom 19. bis 24. August 1936 gegen Kamenev, Sinowjew, Evdokimov, David u.a. geschrieben. Zum Ersten Moskauer Schauprozess siehe auch das Kapitel im Einleitungstext von Hermann Weber, Bd. 1, S. 115ff.

240 Von den im Schauprozess unmittelbar angeklagten Personen waren Fritz David (Ps.), d.i. Il'ja-David Krugljanskij, Moisej Lur'e und Valentin Olberg Mitglieder der KPD (siehe vorheriges Dokument). Im Vorlauf des Prozesses wurden weitere KPD-Mitglieder verhaftet.

werden kann, wieder entlassen werden. Diese Maßnahme wird auch dazu beitragen, daß wir unseren Kaderbestand im Lande ideologisch heben.[241] [...]

Du wirst verstehen, daß mich am schwersten der Fall David [d.i. Il'ja-David Krugljanskij] betroffen hat. Ich habe wirklich Vertrauen zu diesem Kerl gehabt, der es in sehr geschickter Weise verstanden hat, nicht nur mich über seine verbrecherischen Pläne zu täuschen. Du wirst gelesen haben, daß Trotzki ihm den Rat gab, er solle in jeder Hinsicht als ein der Komintern und der Partei treu ergebener Mann auftreten. Dieses Spiel hat er gut verstanden. Du erinnerst Dich, daß im vorigen Sommer, als er mit mir den Bericht für den Kongreß vorbereitete, Bedenken gegen ihn auftauchten. Dabei handelte es sich in der Hauptsache um die Frage seiner Einreise nach Deutschland und seines Eintritts in die KPD.[242] Es wurde damals bekannt, daß er gleich nach der Oktober-Revolution zweimal von der Tscheka verhaftet worden war, aber das eine Mal nach einem Tage und das zweite Mal nach 3 oder 4 Tagen wieder entlassen wurde. Er gehörte früher dem jüdischen „Bund" an. Über diese Tatsachen hatte David [d.i. Il'ja-David Krugljanskij] bei der letzten Parteireinigung Angaben gemacht, und Fritz Heckert hat damals seine Aufnahme in die KPdSU befürwortet, die dann auch beschlossen wurde (d. h. die Befürwortung). Es wurde durch eine Untersuchung nachträglich festgestellt, daß er mit Zustimmung der zuständigen Sowjetorgane nach Deutschland gefahren ist. So blieb von den im Vorjahre erhobenen Beschuldigungen keine Unklarheit, und es war von unseren Freunden in der KI (Dim[itrov], Man[uilski] und der Kaderabteilung) beschlossen worden, daß die Untersuchung nichts Nachteiliges über D[avid] ergeben hat und er zur Arbeit verwandt werden kann. Du erinnerst Dich, daß wir bei unserer letzten BP-Beratung in Paris uns einstimmig dahin verständigten, beim Sekretariat des EKKI den Wunsch zu äußern, D[avid] für die Arbeit unserer Propagandaabteilung unter der Leitung von Gerhard im Auslande zu verwenden, wenn dagegen von den Freunden der KI keine Bedenken erhoben werden. Das geschah nicht, und so wurde alles für die Reise von D[avid] vorbereitet, als plötzlich seine Verhaftung erfolgte. Wir können wirklich den Sicherheitsorganen danken, daß sie noch rechtzeitig zugegriffen haben. Welches Unheil hätte dieser Kerl noch über uns bringen können, wenn er die Gelegenheit erhalten hätte, in dieser Funktion unmittelbar mit der Führung verbunden zu sein und die ihm dadurch zugänglichen Kenntnisse im Dienste von Trotzki und der Gestapo zu verwenden.

---

241 Anregungen zur Verringerung der Emigration in die Sowjetunion hatte bereits Anfang des Jahres Manuilski an Ežov übermittelt (siehe Dok. 374). In einem am 25.8.1936 verfassten, Ende Februar 1937 gebilligten und am 8.3.1927 verschickten Beschluss des Präsidiums des EKKI und des Büros der IKK gegen „Agenten des Feindes", denen es gelungen sei, in die KPs einzudringen, wurden führenden Parteifunktionären, „die Agenten des Klassenfeindes aus ihren Parteien zur Überführung in die Reihen der führenden Sektionen der Komintern, die KPdSU, empfohlen haben", härtere Sanktionen angedroht (RGASPI, 495/20/760, 16–17; Weber/Mählert: Terror, S. 108–109).

242 Fritz David (Ps.), d.i. Il'ja-David Krugljanskij, war enger Mitarbeiter von Pieck und Autor wesentlicher Teile der Resolution der „Brüsseler Parteikonferenz" 1935 (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 179). Siehe auch Dok. 386.

Ich empfinde die volle Verantwortung dafür, daß ich durch mein Vertrauen David gegenüber es diesem ermöglichte, seine Verbrechen zu begehen. Du wirst gelesen haben, daß dieser Kerl mir der Absicht in die Sitzung des VII. Weltkongresses gegangen ist, um Stalin zu erschießen. Es waren damals vom Partkom, der Parteiorganisation im der Komintern, Bedenken auf Überlassung einer Teilnehmerkarte an David geäußert worden. Ich habe mich in meinem Vertrauen zu David dafür eingesetzt, daß er eine solche Karte erhielt, weil ich ihn für die Ausarbeitung des Schlußwortes benötigte. Natürlich hat auch das Partkom nicht angenommen, daß dieser Kerl etwa solche verbrecherischen Absichten hart, sondern dessen Bedenken gegen die Überlassung einer Teilnehmerkarte waren auf ungenügendes politisches Vertrauen begründet, weil ja damals diese von mir schon erwähnten Bedenken gegen David erhoben wurden. Es ist keine Entschuldigung für mich, daß wenn David auch das Vertrauen anderer Genossen in der Komintern hatte und er immerhin ernste Funktion in der Redaktion der „KI" bekleidete und auch Mitarbeiter der „Prawda" war. Der Kerl war ein sehr intelligenter Bursche und verstand es ausgezeichnet, sich nützlich zu machen. Ich hatte damals für meine Mitarbeit zur Ausarbeitung des Berichts an den Kongreß eine Anzahl Mitarbeiter vorgeschlagen, die aber alle nicht von ihrer Arbeit abkommen konnten, so daß schließlich sich nur David aus der Redaktion loseisen konnte. Jedenfalls ist diese Enttäuschung, die ich mit D[avid] erlebte, eine sehr ernste Lehre für mich. Natürlich gibt es keine 100prozentige Sicherheit dafür, nicht getäuscht zu werden, aber doch müssen wir das Maximum von Sicherheit zu erreichen versuchen.[243] [...]

Während Deiner Abwesenheit sind eine ganze Reihe anderer Leute verhaftet worden, die mir uns in engen Beziehungen standen oder deren Verwendung wir ins Auge gefaßt hatten, darunter Süßkind.[244] [...] Ich glaube, daß es noch eine Reihe anderer Leute von der Qualität Süßkinds gibt und die Mitglieder unserer Partei sind, bei denen sich die gleiche Notwendigkeit ergeben wird, sie zu verhaften. Hoffentlich wird dadurch endlich einmal diese Eiterbeule gründlich geleert und ausgebrannt, die sich in der hiesigen Emigration gebildet hat. [...]

Hoffentlich hast Du Dich bei Deiner Kur gut erholt, das gleiche wünsche ich Therese. Wenn Du mir irgend etwas mitteilen willst, ich bin bis zum 23. September in

243 In der Sitzung des EKKI-Sekretariats vom 27.8.1936 wurde die „Frage der mangelnden Wachsamkeit im Zusammenhang mit der Angelegenheit von Fritz David" behandelt (RGASPI, Moskau, 495/18/1111, 7). Pieck vermerkte dazu in seinen persönlichen Notizen über die Sitzung: „Vorwürfe gegen Pieck, daß er sich für Davids Verbleiben in der KI eingesetzt hat." (Wilhelm Pieck: Chronik, SAPMO BArch NY 4036/10, 27.8.1936).

244 Heinrich Süßkind (1895–1937, in der Sowjetunion erschosssen). Deutscher kommunistischer Intellektueller, aus Galizien stammend. Parteijournalist und Kandidat des Politbüros. Einer der maßgeblichen "Versöhnler". Am 9.8.1936 vom NKVD verhaftet, am 3.10.1937 (als „Trotzkist" und „Versöhnler" zugleich beschuldigt) zum Tode verurteilt und erschossen (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 914; Zu Anklageschrift und Urteil siehe: Weber/Mählert: Terror, S. 161–165).

Kislowodsk, Sanatorium „10 Jahre Oktober“ und vom 27. September bis 15. Oktober in Gagri, Sanatorium „17. Parteitag“.

Es grüßt Dich und Therese bestens

Dok. 388

Beschluss des Kominternpräsidiums und der Internationalen Kontrollkommission zur Verschärfung der Parteidisziplin

Moskau, 25.8.1936

Maschinenschriftliche Kopie, in deutscher Sprache.[245] RGASPI, Moskau 495/20/760, 16–17. Publ. in: Weber/ Mählert: Terror, S. 108–109.[246]

Beschluß des Präsidiums des EKKI und des Büros der IKK der KI.

Angesichts dessen, daß Fälle aufgedeckt wurden, wo einzelne Kommunisten vor dem Klassenfeind die Parteidisziplin verletzten, und daß es Agenten des Feindes gelingt, in die Reihen der Kommunistischen Parteien einzudringen, wobei sogar führende Parteimitglieder nicht immer genügend Klassenwachsamkeit zeigen, indem sie sich versöhnlerisch zur Verletzung der Parteikonspiration, zu Verrat und Provokation verhalten, beschließen das Präsidium des EKKI und das Büro der IKK der Komintern folgendes:

1. Kommunisten, welche die Partei verraten haben, d.h. Parteimitglieder, die aus diesem oder jenem Grunde dem Feinde geholfen oder im weiteren zu helfen versprochen haben (durch Mitteilung von Angaben über die konspirative Tätigkeit der Partei wie z.B. nicht der Veröffentlichung unterliegende Beschlüsse, Organisationsschemen, illegale Treffpunkte, Namen, Adressen, Chiffren, Briefe usw., Versprechungen, auf die Seite des Feindes überzutreten usw.), sind ebenso wie Agenten des Klassenfeindes unbedingt aus der Partei auszuschließen, auch wenn sie späterhin ihre Fehler eingesehen haben.

2. Aus der Partei auszuschließen sind ebenfalls Kommunisten, welche Gnadengesuche eingereicht haben.

3. Zur Verantwortung vor der Partei werden auch Parteimitglieder gezogen, welche ein versöhnlerisches Verhalten zur Verletzung der Konspiration, zum Verrat und zur Provokation gezeigt haben.

---

245 Vermerk im Kopf: „5“ 10230/5/BB./Schö. 25.8.1936. a. d. Russ. Vertraulich.
246 Hier datiert auf den 8.3.1937.

4. Die IKK hat führende Parteifunktionäre zur strengen Verantwortung zu ziehen, die Agenten des Klassenfeindes aus ihren Parteien zur Überführung in die Reihen der führenden Sektion der Komintern, der KPdSU, empfohlen haben.

5. Parteimitglieder, die sich weigern, auf die Fragen der Kontrollkommission wahrheitsgetreue Antworten zu geben, sind auf der Stelle aus der Partei auszuschließen.

6. Die Kontrollkommissionen müssen, indem sie Verräter, fremde und feindliche Elemente, Doppelzüngler, Degeneraten, zersetzte Elemente, Gauner, unverbesserliche Fraktionelle sowie solche Parteimitglieder, die systematisch die Parteikonspiration verletzen, schonungslos aus den Parteien vertreiben, dennoch sich gefühlvoll zu denjenigen Parteimitgliedern verhalten, die einen Fehler begangen haben, jedoch fähig sind, sich zu bessern und die, nachdem sie ihren Fehltritt eingesehen haben, sich ehrlich verpflichten, durch ihre weitere Aufführung ihre Schuld vor der Partei wieder gutzumachen.

7. Um die Parteimitglieder am Beispiel untersuchter Fälle zu erziehen, haben die Kontrollkommissionen ihre wichtigsten Beschlüsse breiten Kreisen der Parteimitglieder zur Kenntnis zu bringen (durch die Presse, auf Versammlungen usw.). Die IKK teilt ihre wichtigsten Beschlüsse, die aus konspirativen Gründen nicht in der Presse behandelt werden können, den Parteivertretern beim EKKI und der Zentralkomitees mit.



Am 26.8.1936 fasste das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion einen Beschluss über die personelle Zusammensetzung der sowjetischen Delegation auf dem Weltfriedenskongress der Weltvereinigung für Frieden (RUP) in Brüssel (3.–6.9.1936).[247]

Am 29.8.1936 wurde seitens des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion dem Außenhandelskommissariat nahegelegt, ein Verbot des Exports von Munition und Flugzeugen nach Spanien zu erlassen, der in der Presse dokumentiert werden sollte. Eine entsprechende Meldung wurde in der *Pravda* vom 30.8.1936 veröffentlicht. Dies wurde per TASS-Kommuniqué vom 30.8.1936 rückwirkend vom 28.8. kommuniziert, wobei hier die Rede war von „aller Art von Waffen, Munition, sowie alle Arten von Materialien, Luftschiffen in zusammengesetzter und zerlegter Form sowie Kriegsschiffen. In Punkt 2 des Beschlusses wurde der Beitritt der Sowjetunion zum Londoner Nichteinmischungskomitee beschlossen, das von 27 Staaten auf initiative Frankreichs einberufen wurde. In der ersten entscheidenden Phase des Bürgerkriegs verfolgte die UdSSR das Prinzip der Nichteinmischung als Regierungspolitik.[248]

---

247 RGASPI, Moskau, 17/3/980, 69. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 740–741.
248 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 62. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 340–341.

Dok. 389

Brief Heinz Neumanns an Dimitrov zu offensichtlichen Falschmeldungen in der französischen Presse

[Moskau?], 31.8.1936

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/209, 26–28. Erstveröffentlichung.

Moskau, 31. August 1936

Werter Genosse Dimitroff![249]

Die „Humanité" schreibt in ihrem Bericht ueber den Sinowjew-Prozess[250] vom 21. August, *Reingold* habe ausgesagt,[251] dass *Sinowjew* seit 1930 mit mir, Neumann, „enge Beziehungen" hatte, „um mit allen Mitteln die Führer der Komintern zu diskreditieren". [252] In einem Atemzug mit mir werden die trotzkistischen Renegaten Souvarine und Doriot genannt.[253]

Selbstverständlich ist das eine ungeheuerliche Verleumdung. Ich habe *niemals* etwas mit diesem Gesindel zu tun gehabt.

---

249 Ab Oktober 1935 arbeitete Heinz Neumann als Übersetzer in der Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, doch er konnte nur kurzzeitig – besonders durch Pjatnitzki – vor seinem Schicksal bewahrt werden. Zu seinen letzten Jahren siehe: Fritz N. Platten: Heinz Neumann. Vom Zürcher Regen in die Moskauer Traufe. In: Weber/Mählert: Terror, S. 167–185.

250 Siehe Dok. 387.

251 Isaak Rejngol'd (1897–1936), bolschewikischer Revolutionär, in den 1920er Jahren Anhänger der Sinowjew-Opposition und später Wirtschaftsfunktionär, war einer der Angeklagten im 1. Moskauer Schauprozess.

252 In der in Moskau herausgegebenen deutschen Fassung der Prozess-Stenogramme findet sich eine entsprechende Stelle nicht, ebenso wenig in der russischen Veröffentlichung. (Prozessbericht ueber die Strafsache des trotzkistisch-sinowjewistischen terroristischen Zentrums, verhandelt vor dem Militaerkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR, 19. – 24. August 1936, gegen G. J. Sinowjew […], Moskau, Volkskommissariat fuer Justizwesen der UdSSR, 1936). Das Zentralorgan der KP Frankreichs, *l'Humanité* schrieb am 21.8.1936, daß der „neue Block" der Trotzkisten-Zinovievisten einstimmig nur noch den Terror und die Ermordung Stalins als Mittel zur Machterlangung angesehen hätten („C'est Trotski lui-même qui dirigeait en liaison étroite avec la Gestapo l'activité des Trotskistes-Zinoviévistes."

253 Jacques Doriot (1898–1945, von einem Tiefflieger in Süddeutschland getötet). Zentrale Figur des französischen Kommunismus, bevor er zum bedingungslosen Faschisten wurde. Als Abenteurertyp und begabter Redner Führer der Kommunistischen Jugend in Frankreich in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre. „Bagarreur" und „Held des Rif-Krieges". Leitete dort den Widerstand gegen den französischen Militäreinsatz gegen Abd-el Krim. Gewiefter Taktiker, „tacticien". Bürgermeister von Saint Denis bei Paris. Gegen die offizielle Komintern-Politik 1934, als er sich zum umjubelten Vertreter einer Politik der Einheitsfront mit den Sozialisten machte, noch bevor die Komintern selbst auf den Volksfrontkurs umschwenkte. In der zweiten Hälfte der Dreißiger Jahre Annäherung an den deutschen Faschismus (Gotovitch/Pennetier: Dictionnaire biographique de l'Internationale communiste; P. Robrieux, Histoire Intérieure, IV, 169–174).

Beiliegend sende ich Ihnen den Wortlaut der entsprechenden Stelle im Bericht der „Humanité".

Es stellt sich heraus, dass Reingold ueberhaupt *nicht* diese Aeusserung getan hat. Das geht aus folgendem hervor:

Genosse *Tschernin*, an den ich mich sofort wandte,[254] teilte mir mit:

1. Der fragliche Bericht wurde an die „Humanité" weder durch die „Runa",[255] noch durch die hiesigen Parteikorrespondenten gesandt, von denen Tschernin jede Zeile kontrolliert.
2. Der Bericht wurde nicht durch die „Tass" gesandt.
3. Die „Humanité" hat in Moskau ueberhaupt keinen eigenen Korrespondenten.
4. Tschernin hat persoenlich am ganzen Prozess teilgenommen und niemals meinen Namen erwaehnen hoeren.
5. Tschernin ist der Ueberzeugung, dass diese Stelle des Berichts in Paris fabriziert wurde, wahrscheinlich auf Grund von buergerlichen Pressemeldugen.

Es handelt sich also nicht nur um eine Verleumdung gegen mich, sondern um eine direkte Faelschung des Prozessberichts. Ich weiss nicht, ob das auf einem technischen Fehler, oder auf einer Provokation beruht.

Sie werden begreifen, dass mich diese Verleumdung aufs tiefste trifft, umso mehr, als Gen. Kreps bereits unter Berufung auf das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Frankreichs die Frage meiner Teilnahme an den Verbrechen der Sinowjewbande in der Parteiorganisation des Verlages gestellt hat.[256]

---

254 Il'ja Černin (1893–1937, in der Sowjetunion hingerichtet) war ab 1928 stellvertretender Leiter der Agitprop-Abteilung des EKKI und von 1935 bis 1937 Leiter des Pressesektors. Er wurde 1937 vom NKVD verhaftet und höchstwahrscheinlich hingerichtet. (Siehe: Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank).

255 *Runa*: Die Rundschau Nachrichten-Agentur der Komintern (RUNAG, später RUNA), mit Sitz in Zürich, die als von Mitgliedern der KP der Schweiz aufgebaute Kooperative strukturiert war. Nach der Herausgabe der *Rundschau* in Basel seit Juli 1932 funktionierte sie als internationale Agentur und Herausgeber eines Pressedienstes, ausgestattet mit einer deutschen, englischen und französischen Redaktion, der vor allem Meldungen aus der Sowjetunion, der Komintern und der Presse der kommunistischen Parteien enthielt. Seit Mai 1933 wurde das *Bulletin* der RUNA herausgegeben. Die RUNA sicherte die Pressekommunikation nach der deutschen Katastrophe, nach Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes wurde sie 1939 suspendiert. Zum Personal gehörten neben Jenny Humbert-Droz, Hedy Hofmaier, Lily Glarner, Emmy Noetiger, Dora Staudinger, Hugo Stolle für das Sekretariat und die Technik, Theo Pinkus, Nikolaus Kelen, Heinrich Kurella, Willi Trostel und Hans Bickel für die Redaktionsarbeit (siehe: Bayerlein/Lasserre: Archives de Jules Humbert-Droz, IV, Dok. 553 u.a., S. 497f.; AFS, Fonds E 21, F 9638; Rudolf M. Lüscher, Werner Schweizer: Amalie und Theo Pinkus-De Sassi. Leben im Widerspruch, Zürich, Limmat, 1994; T. Pinkus: An der Internationalen Pressefront.

256 Michail (Ichiel') Evseevič Kreps (1895–1937, in Moskau als „Volksfeind" erschossen) war langjähriger Leiter der Editionsabteilung des EKKI; als solcher stellte er viele in Ungnade gefallene Kommunisten als Übersetzer und Mitarbeiter ein. Auf dem VII. Weltkongress Delegierter mit beratender Stimme und ab 13.10.1935 Leiter der Presse- und Propagandaabteilung, seit 1.11.1936 Leiter der Verlagsgesellschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR.

Die „Humanité“ ist kein beliebiges Blatt, sondern die autoritativste Zeitung der Komintern in Westeuropa.

Gen. Tschernomordik, an den ich mich sofort wandte, lehnte es ab, in dieser Sache irgendwelche Schritte zu ergreifen, sondern verweist mich an die IKK.

Selbstverstaendlich habe ich mich sofort an die IKK gewandt, aber es dauert dort erfahrungsgemaess laengere Zeit, bis solche Angelegenheiten erledigt werden.

Deshalb wende ich mich unmittelbar an Sie mit der Bitte, dass diese Verleumdung sofort *richtig gestellt* wird.

Dazu bedarf es nur zweier Massnahmen, die sofort durchgefuehrt werden koennen:

1) Die Feststellung, dass Reingold diese Aeusserungen auf dem Prozess *nicht* gemacht hat, was sich ohne weiteres aus dem offiziellen Prozessbericht ergibt.
2) Die Feststellung, dass dieser Bericht in der „Humanité“ selbst fabriziert wurde (Tschernin telefoniert taeglich mit der Redaktion).

Ich bitte Sie, werter Genosse Dimitroff, die Anweisung zu geben, dass diese beiden Massnahmen sofort durchgefuehrt werden.

Sobald sich herausstellt, dass dieser Humanité-Bericht auf einer Mystifikation beruht, bitte ich um die Veroeffentlichung einer *redaktionellen Richtigstellung* in der „Humanité“.

Ich bedauere, dass ich Sie mit dieser persoenlichen Angelegenheit g[e]rade jetzt belaestigen muss, aber es scheint mir nicht nur eine persoenliche Angelegenheit zu sein. Solange diese Richtigstellung nicht erfolgt ist, trage ich auf Grund der verantwortungslosen Insinuation eines anonymen Zeitungsmitarbeiters vor allen Genossen den Schandfleck eines Sinowjewagenten, der in aller Oeffentlichkeit mit Doriot und Souvarine gleichgestellt wird. Ich kann mir keine groessere Schande vorstellen. Hier wird an mir grosses Unrecht veruebt.[257]

Ich bin ueberzeugt, dass die Komintern und Sie persoenlich die Ehre jedes einzelnen Genossen – auch wenn der die groessten Fehler begangen hat, wie ich in der deutschen Frage – unter Ihrem Schutz stellen. Deshalb bitte ich um Ihr Eingreifen, damit diese offensichtliche Falschmeldung rasch und klar widerlegt wird.[258]

---

257 In weiteren Materialien, die am 3.10.1936 von der Kaderabteilung des EKKI an das NKVD geschickt wurden, hieß es ebenfalls: „Soweit uns bekannt ist, machte Reingold während des Prozesses die Aussage, dass die Trotzkisten-Sinowjewisten sich mit Heinz Neumann in Verbindung setzen wollten. Protestschreiben von Neumann an die IKK liegt im Durchschlag bei der Kaderabteilung.“ (Weber/Mählert: Terror, S. 180).

258 Quer über der ersten Seite des Briefes vermerkte Dimitrov in russischer Sprache: „Gen. Černin. Geben Sie *sofort* eine Erklärung. [Sign.] Dimitrov.“ Am 4.9.1936 antwortete Černin Dimitrov in dieser Angelegenheit. In Wirklichkeit habe, so Černin, Rejngol'd tatsächlich so etwas auf dem Prozess gesagt. In der Sowjetpresse sei dies verschwiegen worden, in der Auslandsmeldung der TASS hingegen nicht („selbstverständlich auf bestimmte Anweisung hin“). Neumann sei von ihm darüber selbstredend nicht in Kenntnis gesetzt worden (RGASPI, Moskau, 495/73/209, 34–35). Am gleichen Tag wandte

Mit kommunistischem Gruss
[Sign.:] Heinz Neumann

[hdschr.:] P.S. 1. Sept. Beiliegend sende ich Ihnen noch die Kopie eines Briefes, den ich heute an den Gen. Manuilski [unleserl.] der Kaderabteiluing geschickt habe.[259]



Das russische Politbüro beschließt am 21.8.1936 nach einer Anfrage der MOPR, „den Austausch von Edgar André gegen in der UdSSR verhaftete Deutsche zu erlauben." Es handelt sich dabei um den einzigen Beschluss dieser Art, der eruiert werden konnte.[260] Der Beschluss wurde demnach nicht an Dimitrov weitergeleitet.

Am 2.6.1936 hatte Dimitrov, der Generalsekretär der Komintern, Stalin schriftlich darum gebeten, ihm regelmäßig die Protokolle des Politbüros, des Organisationsbüros (OB) und des Sekretariats des ZK zukommen zu lassen, damit er nicht sich immer bei einzelnen Fällen an das ZK wenden müsste, wie es bisher der Fall gewesen sei.[261]

---

sich Neumann erneut an Dimitrov mit Belegen und Erklärungsversuchen. U.a. vermutete er, mit dem tschechischen Trotzkisten Alois Neurath verwechselt worden zu sein (ibid., 31–33). Neumann wurde Mitte 1937 verhaftet, am 26.11.1937 erfolgte das Todesurteil (zu seinem Schicksal vgl. Dok. 413).

259 Ein mit dem vorliegenden Brief fast identisches Schreiben Neumanns an Manuilski wurde beigelegt (RGASPI, Moskau, 495/73/209, 30–31).

260 RGASPI, Moskau 17/162/20, 56. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 739. Auszüge wurden verschickt an Stasova, Jagoda und Litvinov.

261 Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 495/73/48, 51.

Dok. 391

Biographische Profile über „Trotzkisten und andere feindliche Elemente in der Emigrantengemeinschaft der deutschen KP“: Memorandum der Kaderabteilung der Komintern

Moskau, 2.9.1936

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/74/124, 11–31. Das Dokument ist im Kominternarchiv weiterhin gesperrt. Deutsche Erstveröffentlichung. Teilpublikation in englischer Sprache in Chase: Enemies, S. 163–174. Rückübersetzung aus der englischsprachigen Internet-Vollpublikation von Chase: Enemies, http://www.yale.edu/annals/Chase/Documents/doc20chapt4.htm

Memorandum der Kader-Abteilung über “Trotzkisten und andere feindliche Elemente in der Emigrantengemeinschaft der KPD.“ [262]
4 Kop[ien]. mkh.
4. IX. 36.
Streng Geheim

262 Das vorliegende Memorandum der Kaderabteilung mit über 50 Namen kann als Modell für die Verfolgungsstrategie und weiterer zur Selektion der zukünftigen Opfer angefertigten Listen gelten. Es lässt den Schluss zu, daß die Repression der deutschen Politemigranten und KPD-Mitglieder in der Sowjetunion tatsächlich bei denjenigen ansetzte, die jüdischer Herkunft waren, und bei denen in der Durchforschung der Parteivergangenheit Abweichungen und Mitarbeit in oppositionellen Strömungen, Gruppen wie den „Versöhnlern“, der „Rechtsopposition“ (Brandlerianern), der Linken Opposition (Trotzkisten) oder den „Ultralinken“ Gruppierungen festgestellt wurden (etwas später kamen die Sozialistische Arbeiterpartei, und die Gruppe „Neu Beginnen“ hinzu). In der Forschung bleibt diese nun empirisch unterfütterte These einer früheren oppositionellen Orientierung und Tätigkeit häufig unterbelichtet, womit auf die Auflösung der Rationale des Terrors und die Rekonstruktion der transnationalen oppositionellen Netzwerke verzichtet wird. Häufig erscheint dabei der „Trotzkismus“-Vorwurf als reines Phantasieprodukt von NKVD und Komintern („NKVD-Phantasmen“, siehe: Müller: ‚Wir kommen alle dran’, S. 134). Tatsächlich gehörten oppositionelle Abweichungen zur Normalität, besonders in den 1920er Jahren. Wilhelm Mensing hat versucht, die Identität der Betroffenen genauer zu rekonstruieren (siehe: Wilhelm Mensing: NKWD und Gestapo, http://www.nkwd-und-gestapo.de/index.html). Im hier in deutscher Übersetzung publizierten Dokument wurden die biographischen Angaben in zwei Punkten überprüft und ggf. ergänzt bzw. rekonstruiert: Neu recherchiert wurde die oppositionelle Vergangenheit der Betreffenden, darüber hinaus wurde versucht, die mit Hilfe des NKVD konstruierten Urteilsbegründungen zu eruieren. Erst mit den Anklagen und ihren Terrorismus- und Spionagevorwürfen überwiegt das fiktionale Moment in der Verfolgungsstrategie. Aus den genannten Gründen ist die Annotation ausführlicher, als in den anderen Teilen des Bandes (siehe hierzu auch den Text von Bayerlein in Bd. 1, S. 356f.). Müller erwähnt das Memorandum und ordnet es zurecht in die Vorbereitung des NKVD-Direktbriefs Ežovs vom 14.7.1937 ein, der die Unterdrückung der (ehemaligen) Oppositionellen im Umkreis der KPD weiter ausdehnt: „Nach dem Erlaß des NKVD-Direktbriefs wurden deutsche Politemigranten, die bereits als „Versöhnler“, „Brandler-Anhänger“, oder „Trotzkisten“ seit Jahren durch die KPD-Führung und durch die Kaderabteilung des EKKI stigmatisiert waren, in der Folgezeit verhaftet.“ (Müller: Denunziation und Terror, S. 47).

1936

An G. Sergeev[263]
Ausführung und Bericht
über die Ergebnisse der Überprüfung
der deutschen Emigranten.

9. 36. GD[264]
An: Gen. Dimitrov.
Gen. Manuilski
Gen. Moskvin.

Die Kaderabteilung übersendet Ihnen ein Memorandum "Über Trotzkisten und andere feindliche Elemente in der Emigrantengemeinschaft der KPD".

Wir listen hier nur die typischen Fälle auf. Momentan wird die Arbeit an der Aufdeckung fortgeführt, und eine viel größere Anzahl dieser Art von Elementen ist bereits aufgedeckt worden.

Černomordik /Černomordik/.[265]

5 Kop[ien]. mkh.
2. IX. 36
Streng geheim

MEMORANDUM
ÜBER TROTZKISTEN UND ANDERE FEINDLICHE ELEMENTE IN DER EMIGRANTENGEMEINSCHAFT DER DEUTSCHEN KP

Unter den deutschen Emigranten in der UdSSR gibt es Personen, die in der KPD vor ihrer Ankunft in der UdSSR als aktive Trotzkisten und Fraktionisten bekannt waren.

---

263 Aleksandr Petrovič Sergeev (geb. 1889). Bulgarischer Kommunist, Nach Emigration in die UdSSR 1927 Mitglied der VKP(b). Nach 1933 im EKKI-Sekretariat tätig, später als politischer Assistent für Dimitrov.
264 Handschriftlich eingefügt.
265 Moisej Borisovič Černomordik (1889 Ekaterinoslav – 14.9.1937 Moskau, erschossen). Mitglied der Bolschewiki seit Mai 1917, nach 1921 Parteifunktionär. 1931–1937 stellvertretender Leiter der Kaderabteilung des EKKI. Verhaftet am 14.6.1937, erschossen am 14.7.1937.

1) SOLOMON MUŠINSKIJ (SCALMOS)[266], Mitglied der KPD seit 1921, aktiver Mitarbeiter von Ruth Fischer[267]-Maslow,[268] Mitglied der Korsch-Opposition;[269] Während seiner Parteimitgliedschaft unterhielt er enge Beziehungen mit denjenigen, die als Ultralinke und Trotzkisten aus der Partei ausgeschlossen wurden. Bereits 1931 gab es in der Partei ein Gerücht über ihn, dass sein Bruder ein Agent der polnischen *ochranka* war, und dass er, zusammen mit seinem Bruder, in Chemnitz mit Kokain usw. handelte. Laut der Deutschen Sektion, versuchte er, Aufträge für Parteiarbeit zu erhalten, was ihm jedoch mit verschiedenen Begründungen wegen seiner geringen Glaubwürdigkeit verweigert wurde.

Nach der Verhaftung von Berman-Jurin,[270] erzählte seine Frau Sonja Fišman[271] Koska[272] (dem KPD-Mitglied), dass zum Zeitpunkt von Koskas Besuch in Berman-Jurins Wohnung letzterer auf Russisch über Telephon mit Mušinskij gesprochen hatte (Stsalmosh). Dies ist der Beweis für Mušinskijs Verbindung zu Berman-Jurin.

Mušinskij kam 1931 über die Handelsvertretung in die UdSSR, mit der er in Berlin zusammengearbeitet hatte. Er wurde aus der VKP(b) ausgeschlossen. Er bat Koska um eine Empfehlung, was dieser ablehnte.

---

266 Solomon Mušinskij (Ps. Franz Samusch) (1897 Polen – 1936 Sowjetunion). Der junge polnische Jude gehörte 1924 der KPD-Linken an, und schloss sich später unter Berufung auf Rosa Luxemburg der Korsch-Opposition an. Er wurde im Mai 1936 verhaftet und zum Tode verurteilt (siehe auch: Weber: Zu den Beziehungen, S. 189).

267 Ruth Fischer, die KPD-Vorsitzende von 1924–1925, gehörte der Vereinigten Linken Opposition und u.a. dem „Leninbund“ an.

268 Arkadi Maslow, einer der Haupttheoretiker und mit Ruth Fischer 1924–1925 Parteiführer der KPD (siehe seine Briefe im 1. Teilband), gehörte 1928 kurzzeitig der trotzkistischen Opposition (Leninbund) an. 1933 suchte er im französischen Exil gemeinsam mit Ruth Fischer den Kontakt zu Trotzki, beide kooperieren zeitweise eng mit der Pariser exildeutschen trotzkistischen Gruppe der Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD), die ihnen jedoch die Mitgliedschaft trotz einer Empfehlung von Trotzki selbst zunächst verwehrten; auf Druck Trotzkis wurden beide schließlich im März 1935 in das Internationale Sekretariat aufgenommen. Im April 1937 erfolgte aufgrund zahlreicher vorangegangener Differenzen der Bruch mit den Trotzkisten; bereits im Herbst 1936 gründeten Fischer und Maslow die „Gruppe Internationale/Marxisten-Leninisten“, die jedoch eine Kleinstgruppe ohne nennenswerten Einfluß blieb (Kessler: Ruth Fischer, S. 280–283, 324–358).

269 Professor Dr. Karl Korsch (1889–1961) war Theoretiker und Inspirator der ultralinken Oppositionsbewegung „Entschiedene Linke“ und der Zeitschrift *Kommunistische Politik,* später auch Reichstagsabgeordneter und Mitglied der „Internationalen Kommunisten“ (siehe hierzu Dok. 150).

270 Konon Borisovič Berman-Jurin (Ps. Hans Stauer), Intellektueller jüdischer Herkunft. Er war KPD-Agitpropleiter in Berlin-Brandenburg und später in der Organisationsabteilung der Komintern tätig. Wegen „falscher Ansichten“ wurde er 1931 vom ZK der KPD gerügt. Verhaftung im Mai 1936, im 1. Moskauer Prozess angeklagt der Planung eines Attentats auf Stalin zusammen mit Fritz David, im direkten Auftrag Trotzkis, den er 1932 in Kopenhagen erhalten habe („terroristischer Akt“). Es folgte das Todesurteil und die Erschießung (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S.893).

271 Zu Sonja Fišman siehe weiter unten im Dokument.

272 Willi Koska (1902–1943, in der Sowjetunion umgebracht) – Dreher, ZK-Mitglied der KPD, mit Hans Stauer (d.i. Konon Berman-Jurin) befreundet. Koska erhielt im März 1937 eine Rüge seitens der IKK wegen „Nachlassens der Parteiwachsamkeit“ (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 485f.).

Am 26. April 1936 übersandte der deutsche Vertreter [bei der Komintern] eine positive Empfehlung [über Mušinskij] als KPD-Mitglied an die Parteikontrollkommission, die sich auf die positive Empfehlung [seiner] Parteizelle bezog. Sein Arbeitsort ist unbekannt; vor kurzem lebte er in der Woh[nungs]-Koop[erative] „Mirovoj Oktjabr'".

2) RUDOLF GERCEL[273] – Mitglied der KPD seit 1919, vorher Mitglied der PPS[274] und der SPD. War vor 1933 aktiver Brandlerianer,[275] was er in seiner Autobiographie verschleiert hatte. Kam 1934 ohne Zustimmung der Partei aus Paris in die UdSSR. Seine Adresse und sein Arbeitsplatz sind unbekannt.

3) HERBERT ENGELHARDT (WILHELM REISS)[276] – seit 1924 Mitglied der KPD. Bekannt als aktiver Fraktionist und Mitglied der ultralinken Gruppe in Sachsen. Von 1927–1928 Mitglied der Weddinger Opposition.[277] Der Partei von Renner empfohlen, der wegen Trotzkismus ausgeschlossen wurde. Kam 1931 in die UdSSR, wegen angeblichen Waffendiebstahls verfolgt, erhielt jedoch keinen politischen Emigrantenstatus. Arbeitet in einer Fabrik in Kolpino, Gebiet Leningrad.

4) NOA BOROWSKI[278] – Mitglied der KPD seit 1919. Arbeitete in Chemnitz-Leipzig. Aus der Partei 1929 als aktives Mitglied der Brandler-Gruppe ausgeschlossen; arbeitete in

---

273 Rudolf Gercel' (Ps.), d.i. höchstwahrscheinlich Gerszel Ryndhorn (Ps. Rundhorn, auch Herschel Rindhorn, Mindsigorski) (1877 Żarnów, Gouvernement Radom (?), Polen – November 1937 Moskau, erschossen). KPD-Mitglied 1919, Parteisekretär in Chemnitz, seit 1934 in der UdSSR. Parteiausschluss am 21.6.37, im September 1937 verhaftet (Mensing: NKWD und Gestapo, http://www.nkwd-und-gestapo.de/liste-b-n-draussen-2.html; Plener/Mussienko: Verurteilt zur Höchststrafe, S. 80; Chase: Enemies, Internetfassung, http://www.yale.edu/annals/Chase/Documents/doc20chapt4.htm#_edn10).

274 PPS (Abk.): poln. *Polska Partia Socjalistyczna*, Polnische Sozialistische Partei.

275 Anhänger von Heinrich Brandler, dem KPD-Parteiführer 1922–1924. Im Unterschied zu den linken Oppositionsströmungen der KPD, erkannten die „rechtsoppositionellen" Brandler-Anhänger, die sich seit 1929 in der Kommunistischen Partei (Opposition) wiederfanden, das Dogma vom „Sozialismus in einem Land" weitgehend an und hielten sich bei der Kritik der Sowjetunion zurück.

276 Karl Herbert Engelhardt (Ps. Wilhelm Reiss, 1906 (1905?) Thekla bei Leipzig – nach 26.5.1938 Engels?, Sowjetunion, erschossen). 1924 KPD-Mitglied. Soll in den 1920er Jahren der Ultralinken in Sachsen angehört haben. Arbeitete im MP-Apparat, 1930 Emigration in die UdSSR, arbeitete dort im Ižorskij-Komplex in Kolpino bei Leningrad sowie für Intourist in Baku. Studium an der KUNMZ 1934–1936, danach in einem Reparaturbetrieb in Engels tätig. Am 5.2.1938 verhaftet, Todesurteil am 26.5.1938 (Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Engelhardt [‚W. Reiss'], Herbert [Karl Herbert]"; Chase: Enemies, Internetfassung, http://www.yale.edu/annals/Chase/Documents/doc20chapt4.htm#_edn12).

277 Zur „Weddinger Opposition" der KPD, die eine starke Arbeiterbasis besaß und auch in der Pfalz verankert war, siehe Dok. 140.

278 Noah Isaakovič Borowski (1.10.1885 Peski bei Wolkowysk, Gouvernement Grodno, Russisches Reich – 1944 Alma-Ata, nach Deportation). 1905 Mitglied des Jüdischen Arbeiterbunds, seit 1915 im Spartakusbud, Gründungsmitglied der KPD. Übersetzer in der Profintern, Redakteur in der VEGAAR, Herausgeber zahlreicher Parteipublikationen, u.a. Lenin-Übersetzer. 1929 Parteiausschluss wegen Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei/ Opposition („Brandlerianer"). In der Sowjetunion aus der VEGAAR entlassen infolge angeblichen Hineinschmuggelns oppositionellen Gedankenguts in die

der Brandlerianer-Zeitung *Arbeiterpolitik*.[279] Vor seiner Ankunft in der UdSSR (d.h. vor 1931), blieb er in engem Kontakt zur Brandlergruppe. Wieder zugelassen in der KPD 1933. Während er für das Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter arbeitete und dort im Dezember 1934 Übersetzungen anfertigte, versuchte er, antiparteiliche Ideen in Popovs Buch „Geschichte der VKP(b)" einzubauen,[280] wobei er die Teile ausließ, die Kamenevs Verhalten während des Prozesses der Dumafraktion, seinen Streikbruch im Oktober, etc. betrafen.[281] Sein letzter Arbeitsort ist unbekannt; seine Frau arbeitet noch immer für die *Deutsche Zentral-Zeitung* in Moskau.[282]

5) LEV SÜSSKIND[283] – Schriftsteller, er kam 1934 über Kopenhagen in die UdSSR. Bekannt ist, dass er nach seiner Verhaftung im Winter 1933 der Gestapo die Adresse von Kommunisten verriet und nach seiner Freilassung öffentlich behauptete, dass Kommunisten nicht gefoltert wurden. Nach seiner Freilassung besuchte er einen der Anführer der Sturmabteilungen und übergab ihm Geschenke. Beschrieb in einem Artikel in einer amerikanischen Zeitung die revolutionären Aktivitäten eines gewissen Deivits. Hatte Verbindungen zu einem gewissen Mojše Livšic, der als Provokateur bekannt war und der [eine] verdächtige Rolle gegenüber der UdSSR spielte. Es

---

deutsche Ausgabe von Popovs „Geschichte der KPdSU" (später erkannte ihm die IKK die Parteimitgliedschaft rückwirkend seit 1929 kurzerhand ab – siehe Chase: Enemies, S. 475). 1935–1937 Tätigkeit im Turkstroj Trust. 1938 verhaftet, 1941 nach Alma-Ata deportiert (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 135–136; Meschkat/Buckmiller: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Borowski, Noah").

279 *Arbeiterpolitik* war das Zentralorgan der Kommunistischen Partei (Opposition) (KPO/ „Brandlerianer").

280 *Popovs Buch*: N. Popov [d.i. Nikolaj Nikolaevič Popov]: Grundriss der Geschichte der KPdSU (B), Moskau-Leningrad, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, 1934.

281 *Prozeß der Dumafraktion*: Die hier verzerrt wiedergegebene Episode der Parteigeschichte bezieht sich auf das Jahr 1915, als ein politischer Prozess gegen inhaftierte bolschewistische Duma-Abgeordnete, deren Vorsitzender Kamenev gewesen ist, organisiert wurde, da diese öffentlich gegen den Krieg aufgetreten ist. Dabei wurde Kamenev zu lebenslanger Verbannung und Zwangsansiedlung in Sibirien verurteilt, von wo er erst im März 1917 (gemeinsam mit Stalin und anderen) zurückkehren konnte. Ganz im Gegensatz zur hier kolportierten Auffassung schrieb Lenin im März 1915 positiv, der Prozess habe „ein in der internationalen sozialistischen Bewegung noch nie gesehenes Bild der Ausnutzung des Parlamentarismus durch die revolutionäre Sozialdemokratie entrollt" (Leo Trotzki: Europa im Krieg, Übersetzung aus dem Russischen von Hannelore Georgi und Harald Schubärth, Essen, Arbeiterpresse, 1997, S. 549f.). Mit dem „Streikbruch" Kamenevs ist wohl seine und Sinowjews öffentliche Ablehnung des bewaffneten Aufstandes im Oktober 1917 gemeint. Zur Biographie Kamenevs siehe zuletzt: Jürg Ulrich: Kamenev: Der gemäßigte Bolschewik. Das kollektive Denken im Umfeld Lenins, Hamburg, VSA, 2006, hier S. 73–84 u.a.).

282 Zur *Deutschen Zentral-Zeitung*, die infolge des stalinistischen Terrors 1939 eingestellt wurde, siehe: Dok. 351.

283 Lew Süsskind (geb. 1898 in Polen). Schriftsteller jüdischer Herkunft, Mitglied der KPD seit 1930. 1937 vom NKVD verhaftet (Chase: Enemies, S. 496).

ist bekannt, dass Süsskind trotzkistische Reden im Berliner jüdischen Klub hielt,[284] [und] in Dänemark trotzkistische Literatur erhielt und verteilte. Nach Süsskinds Abreise aus Deutschland wurde eine Gruppe deutscher politischer Emigranten, der er angehörte, wegen trotzkistischer Tätigkeit aus der Partei ausgeschlossen.

Nach seiner Abreise aus Deutschland reiste er legal von Kopenhagen nach Paris und zurück durch Deutschland. Zur Zeit in Minsk.

6. PETTER, ERWIN[285] – Mitglied der KPD von 1927 bis 1928, als Trotzkist aus der KPD ausgeschlossen. Er nahm an der Attacke auf Wilhelm Pieck während dessen Rede in Rathenau teil.[286] Trotz seiner anhaltenden trotzkistischen Tätigkeit in der KPD und trotz der Tatsache, dass sich das ZK der KPD in seinem Brief vom 10.1.1930 weigerte, Petter eine Empfehlung an die VKP(b) zu geben, trat er der Partei bei, offenbar während er in der „Mostremass"-Fabrik in Moskau arbeitete.[287] An die Universität der Westvölker geschickt, [288] die er 1934 abschloss.

Die Frage nach seinem Angriff auf Gen. Pieck wurde während der Säuberung an der Universität aufgeworfen. Wie auch immer, in Anbetracht der Stellungnahme von Gen. Pieck, dass dem keine Bedeutung beigemessen werden sollte, diskutierte die Deutsch[e] Sektion die Frage nicht. Jüngst arbeitete [Petter] in Prokop'evsk im Kuzbass als Instrukteur unter ausländischen Arbeitern. Im Oktober 1934 wurde, als Antwort auf die Anfrage der übergeordneten Organisation, eine charakteristische [Bewertung] von Petter abgegeben, die Obigem entsprach.

7) PETTER, MARGARETE – Mitglied der KPD, wie ihr Ehemann ein Trotzkist. Kam 1930 in die UdSSR, über die Berliner Handelsvertretung, am 6. August 1930. Das ZK der KPD empfahl ihren Übergang in die VKP(b) als Kandidat. Wurde vom KPD-Vertreter [in der

---

284 *Jüdischer Klub*: Wahrscheinlich handelt es sich um den Berliner „Jüdischen Arbeiterkulturverein" bzw. seine Nachfolgeorganisation, die „Jüdische Kulturgesellschaft". Der Vorstand des ab ca. 1928 aktiven Vereins arbeitete eng mit der KPD-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg zusammen und wurde, wenn auch offiziell parteipolitisch neutral, von der politischen Polizei als „kommunistische Nebenorganisation" eingestuft (siehe: Anne-Christin Saß: Berliner Luftmenschen. Osteuropäisch-jüdische Migranten in der Weimarer Republik, Göttingen, Wallstein-Verlag, 2012, S. 401–402).

285 Erwin Petter (10.10.1904 Rathenow – Januar 1937?, Sowjetunion). Arbeiter. Parteimitglied seit 1925. Ende 1927 KPD-Ausschluss wegen Zugehörigkeit zur Ruth-Fischer-Opposition, 1929 Wiedereintritt. Kam 1930 als Arbeiter in die UdSSR mit seiner Frau Margarete (1906–1981), Stenotypistin, die ebenfalls 1927 Mitglied der Ruth-Fischer-Opposition gewesen sein soll. Beide wurden im Januar 1937 verhaftet: Erwin Petter wurde im Januar 1937 verhaftet und am 13.3.1937 aus der VKP(b) ausgeschlossen. Margarete wurde am 17.7.1937 zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt, überlebte und durfte 1957 in die DDR ausreisen (Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Petter, Erwin" und „Petter, Margarete, geb. Zülcke [‚Fabian']"; Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 667–668).

286 *Rede in Rathenau*: Höchstwahrscheinlich handelt es sich um eine Rede Piecks in der brandenburgischen Stadt Rathenow. Petter stammte aus Rathenow und hat Pieck wohl als Mitglied der Opposition während seiner Rede kritisiert.

287 *Mostremass*: *Moskovskij trest massovogo proizvodstva* (Moskauer Trust für Massenproduktion).

288 *Universität der Westvölker*: Eigentlich „Kommunistische Universität der nationalen Minderheiten des Westens".

Komintern] an die Universität der Westvölker entsandt. Nach der Ermordung des Gen. Kirov erzählte sie einem Freund an der Universität: „Falls nur ein persönlicher Grund hinter diesem Akt der Rache steckt, könnte es Eifersucht sein." Danach wurde sie unverzüglich von der Schule entfernt. Ihr Arbeitsort ist unbekannt, die Adresse ist: Moskau, Tjufelev proezd 3, Wohn. 42.

8) ERNST HESS (LEO ROTH)[289] – Mitglied des KJV Deutschlands, aus dem KJVD 1926 wegen Trotzkismus ausgeschlossen. War zwischen 1926 und 1928 einer der Anführer der Korsch-Opposition, nach der Spaltung des deutschen KJV [Mitglied der] Pappelplatzgruppe.[290] 1929 zur KPD zugelassen; 1930 begann er im Untergrund-Apparat zu arbeiten und danach im ZK der KPD.

Kam auf Anordnung des KPD[-Vertreters] im November 1935 in die UdSSR, um im Apparat zu arbeiten. HESS ist mit der Tochter von Hammersteins[291] verheiratet, eines Generalobersts der Deutschen Reichswehr. Er empfängt Post aus dem Ausland über die Adresse von Steinberg[er] Nati, [292] mit dem er enge Beziehungen unterhält.

9) STEINBERGER, NATI – Mitglied der KPD seit 1928; Deutscher Komsomol-Aktivist. Davor, 1926, wurde er aus dem KJV Deutschlands wegen intensiver trotzkistischer Aktivitäten ausgeschlossen. Es ist bekannt, dass Steinberger 1932 Material von Trotzkisten aus dem Ausland erhielt. Laut seiner Aussage teilte er dies dem früheren Organisator S. Schwab mit und übergab ihm seinerzeit dieses Material. Kam 1932 in die UdSSR,

---

289 Ernst Hesse (Ps.), d.i. Leo Roth (siehe Dok. 359b, 375a). Roth wurde Anfang 1936 aufgrund der von Ulbricht angezettelten Auflösung des MP-Apparats nach Moskau transferiert, Arbeit als Metallarbeiter und Referent der M-Schule der Komintern. Am 4.11.1936 verhaftet (22.11. nach Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 749), am 10.11.1937 zum Tode verurteilt und exekutiert wegen „Spionage" und „Vorbereitung von Terroranschlägen" (Siehe auch Dok. 359b, 375a).

290 *Pappelplatzgruppe*: Eine KJVD-Gruppe am Pappelplatz im Berliner Prenzlauer Berg hatte 1926 (!) den Taktikwechsel der Verbandsführung in Richtung auf eine breite Ansprache neuer Mitglieder und auch eine „Hinwendung zu Spiel, Sport und Tanz" als „Verrat der historischen Aufgabe [...] – der Führung des proletarischen Klassenkampfes" kritisiert (SAPMO-BArch, RY 1/14/1/69, 73, zit. in: Barbara Köster: „Die Junge Garde des Proletariats". Untersuchungen zum Kommunistischen Jugendverband Deutschlands in der Weimarer Republik, Phil. Diss., Universität Bielefeld, 2005, S. 166, http://d-nb.info/977852040/34).

291 Roth war mit Helga von Hammerstein, der Tochter des Generals Kurt von Hammerstein, verheiratet. Gemeinsam mit ihren Schwestern Marie Louise und Marie Therese gab Helga geheime Dokumente und Erkenntnisse aus der Reichswehrführung an die KPD weiter (siehe: Enzensberger: Hammerstein oder Der Eigensinn.)

292 Steinberger Nati, d.i. Nathan Steinberger, Dr. phil. (16.7.1910 Berlin – 26.2.2005 Ost-Berlin), Mitglied der jüdisch-sozialistischen, später der kommunistischen Jugendorganisation in Deutschland. Seine Ortsgruppe wurde wegen ihrer Anhängerschaft zu Korsch zeitweilig ausgeschlossen. KPD-Mitgliedschaft 1928. Kam im April 1932 mit seiner Frau Edith Steinberger in die Sowjetunion. Verhaftet im April 1937 und wegen „konterrevolutionärer trotzkistischer Tätigkeit" zu lebenslänglicher Verbannung verurteilt und bis 1955 in Magadan weggesperrt. Nach 1955 lehrte er in der DDR (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 896f.).

mit der Zustimmung des ZK der KPD, um im Agrarinstitut zu arbeiten.[293] Steinberg[er] arbeitet zur Zeit am Historischen Institut der Roten Professur.[294]

10) Otto Knobel (Otto Bran[d]t)[295] – ein früherer Arbeiter des KJV Deutschlands, der für den Internationalen Jugendverlag in Deutschland arbeitete[296] und der 1933 ohne die Zustimmung der Partei nach Paris emigrierte. [Ihm] wurde der politische Emigrantenstatus nicht erteilt. Kehrte nach Deutschland zurück und emigrierte daraufhin abermals. Stand in Paris mit Trotzkisten in Verbindung. Zog nach Kopenhagen, um zu arbeiten, wo er keine Verbindung zur Partei hatte und keine Verbindungen mit der Emigranten-Gemeinschaft herstellte. Arbeitete in Kopenhagen im Verlag von Wilhelm Reich,[297] der wegen Trotzkismus aus der KPD ausgeschlossen wurde.

293 Das Internationale Agrarinstitut (IAI) wurde 1925 unter der Ägide der „Bauerninternationale" (Krestintern) als Braintrust für die weltweiten Bauern- und landwirtschaftlichen Probleme in Bezug auf die kommunistische Bewegung gegründet. 1940 geschlossen. Siehe: Bernhard H. Bayerlein: Bauern und Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch? Materialien zur Geschichte der Bauerninternationale und des Internationalen Bauernrats (IBR). In: *The International Newsletter of Communist Studies Online* XVI (2010), 23, pp. 114–126.

294 Gemeint ist das Institut der Roten Professur, siehe hierzu Dok. 301.

295 Otto Knobel (Ps. Otto Brandt) (8.2.1908 Schwerin – nach 22.6.1937 in der Sowjetunion umgekommen) – technischer Redakteur, KPD-Mitglied seit 1929. Einer der Aktivisten des Sozialistischen Schülerbundes (SSB) seit 1926, später der Kommunistischen Studentenfraktion der KPD (Kostufra) und der Kommunistischen Jugendinternationale. Kam Anfang Juni 1935 in die UdSSR, u.a. Lehrer an der Karl-Liebknecht-Schule in Moskau. Christopher Turner zufolge arrangierte Knobel 1933 ein Treffen von Wilhelm Reich mit einigen Vertretern Trotzkis und ging dann zur Unterstützung Reichs zu ihm nach Dänemark. Als enger Mitarbeiter gab er dessen Schrift „Die Massenpsychologie des Faschismus" nach Frankreich und dort den trotzkistischen Gruppen weiter. Trotzki korrespondierte mit Reich, er folgte seiner Analyse zumindest insofern, als er den in der Sowjetunion stattfindenden „sexuellen Thermidor" (Turner) anprangerte. Knobel wurde am 1.10.1936 verhaftet und am 22.6.1937 zu fünf Jahren Arbeitslager verurteilt, wo er vermutlich umkam (siehe: Christopher Turner: Adventures in the Orgasmatron. Wilhelm Reich and the Invention of Sex, New York, Farrar, Strauss and Giroux, 2011, Anm. 59; Natalija Mussijenko, Alexander Vatlin: Schule der Träume. Die Karl-Liebknecht-Schule in Moskau (1924–1938), Bad Heilbrunn, Verlag Julius Klinkhardt, 2005, S. 243).

296 Der Internationale Jugendverlag arbeitete als Nachfolger des von Münzenberg in Stuttgart eingerichteten Internationalen sozialistischen Jugendverlags in den Jahren 1919–1921 im Auftrag der im November 1919 gegründeten Kommunistischen Jugendinternationale, deren bekanntester Repräsentant ebenfalls Willi Münzenberg war.

297 Wilhelm Reich (1897–1957) war als linker, die Gesellschaft insgesamt in den Blick nehmender Psychologe und Psychotherapeut einer der bekanntesten Schüler Sigmund Freuds. KPD-Mitglied 1930, propagierte er psychosexuelle Aufklärung, gründete Beratungsstellen, organisierte sexuelle und Hygieneerziehung und förderte die „Sexpol"-Bewegung als sympathisierende Peripherieorganisation der KPD. Das Erscheinen der „Massenpsychologie des Faschismus" im August/September 1933, einer erstaunlich hellsichtigen Analyse des Hitler-Regimes, die bis heute unter psychoanalytischen Publikationen ihresgleichen sucht, nahm die Parteiführung zum Anlass, seinen Ausschluss zu betreiben (1934). Dem folgte der Ausschluss aus der Internationalen Psychoanalytischen Vereinigung, weil er zu eigenständig und zu „links" argumentierte. Bis 1941 war Reich der einzige Psychoanalytiker weltweit, der sowohl gegen den Faschismus als auch gegen den Stalinismus Stellung bezog. In seiner neuen Heimat, den USA, wurde er jahrelang bespitzelt, diffamiert und wegen angeblicher

Gemäß seiner Aussage brach er mit Reich auf Grund persönlicher Differenzen. Allerdings reiste er laut einigen Parteigenossen mit Reichs Zustimmung nach Berlin und, einen Monat später, gegen Ende 1935, kam er über Intourist in die UdSSR, ohne Verbindungen und ohne die Erlaubnis der Partei. Er stand Reich so nahe, dass er [dessen] Briefe an Trotzki las und ihm sogar selbst schickte.

11) LADISLAUS STERN (PAUL STEIN)[298] – Ein Mitglied der KP Ungarns von 1918–21, der KP Österreichs von 1922–29, der KP Deutschlands seit November 1929. Seit 1924 offenbarte er sich selbst als ein aktiver Trotzkist. Auf der Parteiversammlung 1927 protestierte er gegen den Ausschluss Trotzkis. Von 1928–29 arbeitete er mit der trotzkistischen Gruppe von Jakob Frank,[299] Iza Strasser,[300] Raisa Adler zusammen.[301] Auf Parteiversammlungen sprach er offen als Trotzkist, verteidigte die Theorie der permanenten Revolution und stand auf Seiten der Plattform der russischen Opposition.[302] In dieser Zeit sandte er persönlich ein Paket Bücher an Trotzki. Im Juni 1929

Scharlatanerie vor Gericht gezerrt, seine Bücher wurden zum zweiten Mal verbrannt; er starb am 3.11.1957 im Gefängnis, vermutlich an Herzversagen. Siehe zuletzt: Andreas Peglau: Unpolitische Wissenschaft? Wilhelm Reich und die Psychoanalyse im Nationalsozialismus. Mit einem Vorwort von Helmut Dahmer und einem ausführlichen Dokumentenanhang, Gießen, Psychosozial-Verlag, 2013 (Bibliothek der Psychoanalyse).

298 Ladislaus Stern (Ps. Paul Stein, Csillag) (26.3.1900, Budapest – 1899 laut Chase – nach September 1937 in der Sowjetunion), Redakteur und Journalist; als solcher für die KP Ungarns in Wien tätig. 1928/1929 der linksoppositionellen Gruppe Raissa Adlers, der Frau des Individualpsychologen Alfred Adler, zugehörig. KPD-Mitglied 1929, in Berlin für die Publikationen der Internationalen Roten Hilfe tätig. Im Januar 1932 Emigration in die UdSSR. Im September 1937 vom NKVD verhaftet, zu 10 Jahren Arbeitslager verurteilt, wahrscheinlich in der Sowjetunion umgekommen.

299 Jakob Frank (Ps. Max Gräf) – geboren in Litauen, Mitglied der KP Österreichs, dort Kontakte zur trotzkistischen Linksopposition, war 1929 kurzzeitig Sekretär Trotzkis. Er stand in den Diensten der GPU (Wolfgang Alles: Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzkisten ab 1930, Köln, Neue ISP Verlag, 1994, S. 20f.).

300 Isa Strasser (29.3.1891 Coburg – 24.8.1970 Wien). Mit ihrem Mann Josef Strasser Mitbegründerin der KP Österreichs. 1923 Mitglied der VKP(b), 1924–27 im Frauenreferat der Profintern tätig, sympathisierte mit Trotzki, mit dem sie korrespondierte; aus der KP Österreichs ausgeschlossen, später schriftstellerisch und als Krankenschwester tätig (siehe Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Strasser, Isa, geb. von Schwartzkoppen“).

301 Raissa Adler (1872–1962), Frau Alfred Adlers, Frauenrechtlerin und Revolutionärin, Mitglied der KP Österreichs. Maßgeblich in der Internationalen Arbeiterhilfe tätig. Mitglied der KP Österreichs. 1930 als Trotzkistin ausgeschlossen, 1934 Wiederaufnahme, 1935 Emigration in die USA. Ihre älteste Tochter Valentine, die als Nationalökonomin in Moskau arbeitete, wurde Opfer der stalinistischen Säuberungen (Brigitta Keintzel, Ilse Korotin (Hrsg.): Wissenschaftlerinnen in und aus Österreich. Leben. Werk, Wirken, Wien u.a., Böhlau, 2002, S. 12–13).

302 Gemeint ist die zum XV. Parteitag der VKP(b) (Dezember 1927) im Sommer 1927 erarbeitete, im September vorgelegte und ursprünglich nur für Parteimitglieder vorgesehene Plattform der Vereinigten Opposition als Gemeinschaftswerk von Trotzki, Sinowjew, Kamenev, Smilga, Pjatakov u.a., nach der Zahl der Erstunterzeichner auch als „Erklärung der Dreizehn“ bekannt. Darin präsentierte die Opposition eine umfassende Kritik an der Politik der Parteiführung. Im internationalen Maßstab wurden Stalin und die Komintern für ihre desaströse China- und England-Politik sowie für die Verfolgung

aus der KP Österreichs wegen Trotzkismus ausgeschlossen. Ausgewiesen aus Wien im Juni 1929. Im August 1929, nachdem er gegenüber dem Berliner Bezirkskomitee eine mündliche Mitteilung abgegeben hatte, dass er seine Fehler eingestand, und an das ZK der KPD appellierte, wieder als Parteimitglied eingesetzt zu werden, wurde er mit Zustimmung des ZK der KP Österreichs im November 1929 in die KPD aufgenommen. Laut der Deu[tschen] Sektion konnte ihm „im Zeitraum 1929–1931 (in Berlin) nichts Verwerfliches vorgeworfen werden."

Von Mai bis August 1931, während er Untergrundarbeit in Ungarn durchführte, wurde er wegen Verletzung der Sicherheitsregeln ermahnt.

Lebte seit Januar 1932 in der UdSSR, weil es ihm untersagt war, sich in Deutschland aufzuhalten. Kam an mit der Genehmigung der KPD und der KP Ungarns. Arbeitet bei der *Deutschen Zentral-Zeitung* in Moskau.

12) SOBOLEVIČ A. (ABRAŠA, SENIN)[303] – nach eigener Aussage Mitglied des kommunistischen Jugendverbandes Litauens seit Beginn 1921; gemäß Stellungnahme vom 18. Juni 1931 allerdings seit 1920–21. Einigen Quellen zufolge führte er eine desorganisierende Tätigkeit im KJV Litauens durch und besaß den Ruf „eines Unruhestifters mit einem Hang zur Abenteuerlust". Mitglied der KPD seit 1924. Er behauptet, dass seine trotzkistischen Aktivitäten 1929 begonnen hätten, doch nach unseren Quellen schloss er sich den Trotzkisten viel früher an und wurde 1929 aus der KPD als Trotzkist ausgeschlossen. 1927 reiste Sobolevič aus Deutschland in die UdSSR, vermutlich, um Kontakte zu den russischen Trotzkisten herzustellen. 1928 boten er und der Trotzkist

---

der linken Oppositionellen (u.a. Urbahns, Fischer, Maslow) kritisiert. Die Parteiführung weigerte sich, die Parteimitglieder mit der Plattform bekanntzumachen, sodass die Opposition sie konspirativ drucken und vertreiben musste, was ihren Wirkungsradius minimierte und die Verhaftung vieler Oppositioneller mit sich brachte. In deutscher Sprache erschien die Plattform erstmals im November 1927, gefolgt von einer französischen und englischen Übersetzung. Eine weitere deutsche Ausgabe erschien 1929, allerdings unter dem Titel „Die wirkliche Lage in Russland" und lediglich unter Trotzkis Namen, was Trotzki, mit dem die Publikation nicht abgesprochen war, dazu brachte, sich von dieser Veröffentlichung zu distanzieren (siehe: Ulf Wolter (Hrsg.): Die Linke Opposition in der Sowjetunion 1923–1928. Bd. 5: 1926–1927, Berlin, Olle & Wolter, 1977, S. 328–329, dort der Text der Plattform nach dem „Raubdruck" von 1929: Ibid., S. 330–466; für eine reichlich annotierte Veröffentlichung des Entwurfs der Plattform nach einem Exemplar aus dem Trotzki-Archiv siehe: Trotzki: Schriften, Bd. 3.2, S. 891–1009).

303 Sobolevič A., d.i. Adolfas Sobolevičius (Ps. Abraša, Abraham, Adolf Senin, Jack Soble) (15.5.1903 – 15.3. nach Weber/Herbst – Wolkowysk, Gouvernement Grodno – September 1962 London, Selbstmord). Journalist und Ökonom. 1921 Mitglied der KP Litauens, dann der KP Frankreichs. 1929/1930 Ausschluss als Mitglied der trotzkistischen Opposition, Kontakte mit Trotzki. 1931 Wiederzulassung, nach eigenen Aussagen seitdem sowjetischer Agent, besonders in den USA eingesetzt zur Ausspionierung der trotzkistischen Bewegung u.a. 1932 Tätigkeit in der Profintern und als Herausgeber der deutschsprachigen Zeitung *Das neue Dorf*, Charkow. 1934 VKP(b), 1936 als „militanter Trotzkist" ausgeschlossen, beide Brüder überstanden jedoch die Säuberungen. Sein Bruder war Ruvinas/Rubin Sobolevičius (Ps. Roman Well, Robert Soblen). (Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Sobolevicius, Adolfas"; Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 1010).

Frank aus Wien (ursprünglich ebenfalls aus Litauen) der KP Litauens ihre Dienste an, doch zu diesem Zeitpunkt wurde Sobolevičs Freund Glavatsky aus der KP Litauens ausgeschlossen.

Frank und Sobolevič protestierten gegen diesen Ausschluss und es stellte sich heraus, dass Sobolevič 1928 bereits nach Litauen gereist war, um Kontakt mit litauischen Trotzkisten aufzunehmen. Sobolevič lieferte Beiträge zu trotzkistischen Zeitungen in Deutschland und Frankreich, reiste in die Türkei, um Trotzki zu sehen, und kehrte nach Deutschland zurück, wo er trotzkistische Gruppen in verschiedenen Städten organisierte, darunter Leipzig. Er reiste abermals mit Intourist in die UdSSR und veröffentlichte danach eine Reihe gegenüber der UdSSR feindlicher Artikel in einer trotzkistischen Zeitung. Seine Frau, die für Intourist arbeitete, half ihm die UdSSR ins Ausland zu verlassen.

1932 veröffentlichten Sobolevič und sein Bruder (Ruvim Sobolevič, Roman Vell') einen Artikel gegen Trotzki in der trotzkistischen Presse und versuchten daraufhin, erneut wieder der Partei beizutreten. Sobolevič kam 1932 in die UdSSR, trat der VKP(b) bei (unter Rückdatierung seiner Parteimitgliedschaft auf 1931) und arbeitete als ein Redakteur von *Das Neue Dorf* in Charkow.

Im April 1934 sandte die Kaderabteilung Gen. Škirjatov[304] einen Bericht über die trotzkistischen Aktivitäten der Sobolevičs sowie Hinweise von Gen. Angaretis über die unkorrekten Informationen in Sobolevičs Autobiographie.[305] Zur gleichen Zeit schickte die Kaderabteilung alle notwendigen Informationen über Sobolevič an die zuständigen Organe. Nach dem Dezember 1935 [stellten] diese Organe neue Nachforschungen [an]. Die Kaderabteilung sandte den zuständigen Gremien eine Aussage von Ludwig Brucker[306] zu, die Sobolevič als einen Agenten Trotzkis entlarvte. Darin wird unter anderem erwähnt, dass laut Sobolevič „der Alte (Trotzki) ihm weiterhin auf die alte Weise vertraut."

Das weitere Schicksal von Sobolevič, der im Februar 1936 in Charkow aus der Partei ausgeschlossen wurde, ist uns unbekannt.

304 Matvej Fjodorovič Škirjatov (1883–1954), ein enger Helfer Stalins, war stellvertretender Vorsitzender des ZK der VKP(b) und Mitglied der Kommission für Parteikontrolle des ZK der VKP(b).
305 Angaretis (Ps.), d.i. Zigmas Aleksa (1882–1940 erschossen), litauischer Sozialdemokrat seit 1906, 1918 Mitbegründer der KP Litauens, war von 1926 bis 1936 Sekretär der Internationalen Kontroll-Kommission (Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Aleksa, Zigmas").
306 Zu Ludwig Brucker s.u..

13) GRUSS, BORIS[307] – seit 1912 Mitglied des *Poalei Zion*.[308] Seit 1925 Mitglied der KPD, 1929 ausgeschlossen, weil er ein Trotzkist war. Arbeitete in Leipzig. Die Deu[tsche] Sektion hält die Information über seine Wiederaufnahme in die KPD 1932 für eine Fälschung. Auch wenn die Wiederzulassung von Grüss und anderen dem sächsischen Bezirk wurde, wurde Grüss nicht zugelassen, weil er Pole war und nie KPD-Mitglied. Die [deutsche] Sektion betrachtet Grüss B. als ein unglaubwürdiges Element und die von ihm vorgelegten Informationen als nicht glaubhaft (aus einem Dokument der deu[tschen] Sektion).

Soweit die Zusammenfassung seitens der deu[tschen] Sektion, die wir vor kurzem erhielten. Im Juli 1935 wurde, als Antwort auf eine Anfrage der Parteikontrollkommission, unter Verweis auf Heckert, der den Fall detaillierter kennt, der deu[tschen] Sektion des EKKI berichtet, dass Grüss seit 1925 Mitglied der KPD war und 1929 als Trotzkist ausgeschlossen wurde.

Grüss kam im November 1933 in die UdSSR, mit einem vom Konsul in Prag ausgestellten Visum, ohne Kenntnis der Partei. Laut der deu[tschen] Sektion, arbeitet er im Mostorg[309] und lebt in Moskau, Vorovskogo Str. 5, Wohn. 9.

14) PAUL WEISS[310] – ein Mitglied der KPD von 1924 bis 1930. Die Partei wusste von seiner rechten Position in der Vergangenheit, nach dem VI. Kongress [der Komintern]. Am 15. Mai 1930 traf WEISS mit Zustimmung des ZK der KPD ein und wurde

307 *Gruss*: D.i. Boris Grüss, geboren in Brody, Polen. 1922 Emigration nach Deutschland, 1925 KPD-Mitgliedschaft und -Arbeit in Leipzig. 1929 als Trotzkist ausgeschlossen, 1932 Wiederzulassung und über die Tschechoslowakei in die Sowjetunion, dort als Pelzarbeiter tätig. Am 21.6.1937 aus der VKP(b) ausgeschlossen, vermutlich in den Säuberungen umgekommen (Mensing: NKWD und Gestapo, http://www.nkwd-und-gestapo.de/liste-b-n-draussen-1.html; Chase: Enemies, Internetfassung, http://www.yale.edu/annals/Chase/Documents/doc20chapt4.htm#_edn33).

308 Zur linkszionistischen *Poalei Zion* siehe Dok. 189.

309 *Mostorg*: Eine Moskauer Kaufhauskette.

310 Der 1905 geborene, aus Ungarn stammende Berliner Musiker und Komponist Paul Weiss (ungarische Schreibweise: Weisz, im Russischen als Pavel Filippovič Vejs bekannt) war ein Schüler des Komponisten Paul Hindemith und Aktivist der Arbeitersänger- und Agitpropbewegung. Er emigrierte bereits 1930 nach Moskau und war stellvertretender Vorsitzender des Internationalen Musikbüros, der 1932 gegründeten Musiksektion des Internationalen Revolutionären Theater-Bundes (IRTB). Weiss wirkte als Popularisierer Hanns Eislers, u.a. hielt er im November 1930 in der Musiksektion der Kommunistischen Akademie den ersten Vortrag in der UdSSR über Eisler. Weiss wurde bereits 1934 verhaftet und erst 1956, schwer versehrt, aus dem Lager befreit. 1957 von der Partei rehabilitiert und erst 1965 in den sowjetischen Komponistenverband wieder aufgenommen, durfte er erst 1969 aus der Verbannung in Uchta (Sowjetrepublik Komi) nach Moskau übersiedeln, wo er sich als Theoretiker der musikalischen Früherziehung einen Namen machte. Die im Dokument aufgeführten politischen Verstrickungen von Weiss sind in der Forschungsliteratur nicht überliefert. Zu seiner Biographie siehe: Eckhard John: Vom Traum zum Trauma. Musiker-Exil in der Sowjetunion. In: Hanns-Werner Heister, Claudia Maurer Zenck, Peter Petersen (Hrsg.): Musik im Exil. Folgen des Nazismus für die internationale Musikkultur, Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch Verlag, 1993, S. 255–278; Vladimir Frumkin: Iz lagerja smertnikov – s ljubov'ju. In: *Zametki po evrejskoj istorii* (2007), Nr. 2, http://berkovich-zametki.com/2007/Zametki/Nomer2/Frumkin1.htm.

unverzüglich, mit Genehmigung von D. Rjazanov,[311] zur Philosophie-Abteilung der Professur [des Instituts der Roten Professur] entsandt, obwohl er von der Ausbildung her ein Musiker und Künstler war. 1930 wurde er in die VKP(b) aufgenommen. Weiss wurde 1935 wegen Trotzkismus aus der Partei ausgeschlossen. Er und seine Frau, Vera Emerikovna Weiss, eine VKP(b)-Kandidatin seit 1931, blieben tschechische Staatsbürger ohne Zustimmung der Partei. Seine Frau arbeitete als technische Sekretärin einer [Partei-]Zelle. Die ganze Zeit über standen sie mit dem tschechischen Konsul in Moskau in Beziehung. Es stellte sich ebenfalls heraus, dass Weiss später im Musiksektor des Gosizdat[312] arbeitete. 1934 diskutierte die Kun-Kommission[313] die Frage von Weiss' Auslandsreise (im Auftrag von Gosizdat), doch die Reise fiel aus.

15) ELŽERS ALBERT (LEO BERMAN),[314] – Berman-Jurins Bruder, Mitglied des "*Poalei Zion*" von 1917–1928, Mitglied der KPD seit 1927. Kam im April 1933 mit einer Handelsdelegation in die UdSSR. Stand in Verbindung mit Fritz David [d.i. Il'ja-David Krugljanskij] und Berman-Jurin. Hatte in der Vergangenheit als Instrukteur für kulturelle Massenarbeit im VCSPS[315] gearbeitet; wurde im August 1933 dort entlassen. Seine alte Adresse (1933) ist: Černigovskij per[eulok] 9, Wohn. 13.

311 David Rjazanov, urspr. Name Gol'dendach (10.3.1870 Odessa, Ukraine – 21.1.1938, in Saratov erschossen), russischer Revolutionär, Historiker und führender sowjetischer Marxforscher und -übersetzer. Seit 1887 in der revolutionären Bewegung, Mitbegründer der russischen Sozialdemokratie und früher Kritiker Lenins; im deutschen Exil zeitweise Sekretär Kautskys. Im August 1917 schloss sich Rjazanov den Bolschewiki an, setzte sich jedoch weiterhin für Presse- und Meinungsfreiheit und den Verzicht auf politische Gewalt ein. In der frühen Sowjetunion war Rjazanov Leiter des 1921 von ihm gegründeten Marx-Engels-Instituts, unterhielt enge Beziehungen zur westlichen Marxforschung und erwarb umfangreiche Bestände zur Geschichte der Arbeiterbewegung. In seinem Institut verschaffte er vielen in Ungnade gefallenen Kommunisten Arbeit, so etwa August Thalheimer. Während Rjazanov sich nicht offen zugunsten der linken Opposition positionierte, half er vielen exilierten und verfolgten Oppositionellen, verhalf ihnen zu Übersetzungsaufträgen und bewahrte ihre Privatarchive in seinem Institut auf. Im Februar 1931 als „verdeckter Menschewik" abgesetzt, verhaftet und nach Saratov verbannt, 1937 erneut verhaftet, 1938 zum Tode verurteilt und erschossen. Siehe zu seiner Biographie und seinem Wirken: Hecker: Rjazanov und die erste MEGA; Colum Leckey: David Riazanov and Russian Marxism, In: *Russian History/Histoire Russe* (1995), H. 2, S. 127–153; Jakov G. Rokitjanskij: Gumanist oktjabr'skoj epochi. Akademik D.B. Rjazanov. Social-demokrat, pravozaščitnik, učenyj, Moskva, Sobranie, 2009.

312 Gosizdat (Abk.): Russ. *Gosudarstvennoe izdatel'stvo*. Sowjetischer Staatsverlag, gegründet 1921.

313 Dabei handelte es sich entweder um die Kommission des EKKI zum Kampf gegen Krieg, die Zweite Internationale und Faschismus oder um die Ständige Kommission zur Popularisierung der Errungenschaften beim Politsekretariat des EKKI in den Jahren 1933–1935.

314 Albert Elgers (Ps.), d.i. Leo Berman. Weitere Angaben zum Leben du Schicksal des Bruders von Konon Berman-Jurin sind nicht überliefert.

315 VCSPS (Abk.): Russ. *Vsesojuznyj central'nyj sovet professional'nych sojuzov* (Allsowjetischer Zentralrat der Gewerkschaften).

16) NATAN NEJMAN[316] – Mitglied der KPD seit 1923. Kam im Dezember 1934 in die UdSSR und ihm wurde der Emigranten-Status verweigert. In seinem Empfehlungsschreiben bezieht er sich auf Fritz David [d.i. Il'ja-David Krugljanskij], mit dem er keinerlei Parteikontakte haben konnte. Er gelangte in die UdSSR über die deutsche Sektion dank Fritz David [d.i. Il'ja-David Krugljanskij]. Arbeitete im wissenschaftlichen Forschungsinstitut der OGIZ, Valovaja [Str.] 28.[317]

17) HOFFMAN, INGA[318] – die Frau von N. Lur'e,[319] Mitglied der KPD seit 1926. Kam 1932 mit ihrem Mann N. Lur'e – Hans Wolf – in die UdSSR. Hinsichtlich ihrer Arbeit in der KPD weiß die deu[tsche] Sektion lediglich, dass sie eine Reihe von Parteiaufträgen technischen Charakters durchführte. Für die VKP(b) besaß sie eine Empfehlung von Leo Berman (Elžers, Albert).

18) SONJA FIŠMAN[320] – Berman-Jurins Frau, Mitglied der KP Rumäniens von 1919–23. Kam 1923 auf der Reise einer Handelsdelegation in die UdSSR. Die deu[tsche] Sektion charakterisiert sie als eine aktive Parteiarbeiterin.

Der Kaderabteilung sind folgende Fakten bekannt: Als Fišman in Berlin war, trat sie energisch dem Ausschluss eines Trotzkisten namens Rosov entgegen.

Ein gewisser Arnold Gubb, ein früheres KPD-Mitglied, das der Provokation verdächtigt wurde und später seinen Weg in die SA fand, genoss ebenfalls Fišmans Schutz.

---

316 D.i. Natan Abramovič Nejman (1897 Warschau – 5.11.1937 Butovo bei Moskau, erschossen). Mitglied des „Bunds" 1916, nach 1923 der KPD. August 1933 Emigration nach Paris, im Dezember in die UdSSR. Dort Tätigkeit im Polygraphischen Institut, später im Verlag für Kinderliteratur in Moskau. Verhaftung am 5.8.1937, wegen seiner Kontakte zu Fritz David (d.i. Il'ja-David Krugljanskij) angeklagt der „konterrevolutionären Tätigkeit" und erschossen (Plener/Mussienko: Verurteilt zur Höchststrafe, S. 70).

317 *OGIZ*: (Abk.) *Ob''edinenie Gosudarstvennych Knižno-žurnal'nych izdatel'stv*, Vereinigung Staatlicher Buch- und Zeitschriftenverlage. An der OGIZ existierten als angegliederte Institute das Kritisch-bibliographische Forschungsinstitut, das Polygraphische Institut (Hochschule) und das Institut für Redaktions- und Verlagswesen.

318 Inga Hoffman (Ps.), d.i. Necha Lur'e (1910 Grodno – nach September 1936 Sowjetunion). KPD-Mitglied 1926. 1932 Emigration in die UdSSR; als Frau von Natan Lur'e verfolgt, im September 1936 verhaftet.

319 Natan Lur'e (Ps. Hans Wolf) (1901 Lettland – 25.8.1936 Moskau, erschossen). Physiker, KPD-Mitglied 1925. 1932 Emigration in die UdSSR, Tätigkeiten in Tscheljabinsk und Leningrad. Im ersten Moskauer Prozess stütze er die Terrorismusanklagen gegen Sinowjew und Kamenev, am 25.8.1936 selbst als Mitglied einer „konterrevolutionären terroristischen Organisation" exekutiert (vgl. Plener/Mussienko: Verurteilt zur Höchststrafe, S. 62).

320 Sonja (Gertrude) Fišman (Fischmann) (1898 Kišinev (heute Chișinău), Bessarabien – 7.3.1939 Sowjetunion, erschossen). 1919 Mitglied der KP Rumäniens; nach 1923 der KPD. Kam im August 1933 mit Ihrem Mann in die Sowjetunion, dort arbeitete sie für die Zeitschrift *Za industrializaciju*. Als Frau Berman-Jurins politisch verfolgt. Im November 1936 verhaftet und exiliert, am 21.3.1937 zu acht Jahren Arbeitsbesserungslager verurteilt, am 7.3.1939 verurteilt zur Erschießung.

Zusammen mit Berman-Jurin versuchte Fišman beharrlich, Gen. Goldzweig,[321] der jetzt im IMEL[322] arbeitet, zu überreden, nicht in die UdSSR zu gehen, und benutzte dabei Argumente wie: „Wo gehst du hin? Es ist so schlecht dort." Als sie bei der *Za industrializaciju*[323] arbeitete, hatte Fišman Zugang zu Materialien aus militärischen Fabriken und besuchte diese angeblich mehr als einmal.

Laut Golda Frejlich [Fröhlich],[324] einem VKP(b)-Mitglied, bot Fišman Frejlichs Tochter ein Zimmer an, in dem, wie sich herausstellte, [eine Person] gelebt hat, die drei Jahre wegen Trotzkismus verbannt war. Aktuell leben das KPD-Mitglied Vinter und ihr Ehemann, der kürzlich verhaftete Hartmann, in diesem Zimmer.[325] Adresse: Usačjovka 29, kor[pus] 7, Wohn. 366.

19) HAUSCHILD, ROBERT (HAUS RUDOLF)[326] – seit 1918 Mitglied der KPD. Zwischen 1924 und 1934 war er lose mit der Parteiorganisation und der Parteiarbeit verknüpft. Unterhielt enge Verbindungen mit Trotzkisten und Brandlerianern. 1928 veröffentlichte er das militärisch-politisches Magazin *Die Grüne Front*. [327] Trotz einer Entschei-

321 Elfrida Goldzweig (Ps.), d.i. Elfrida Klege (geb. 1904), Stenotypistin, war von 1931 an KPD-Mitglied, 1932 Emigration in die UdSSR, Tätigkeiten im Sojuzpromeksport, Tekstilimport und im Marx-Engels-Lenin-Institut. Inhaftiert im Lager 1938–1948, 1955 in die DDR (Chase: Enemies, Internetfassung, http://www.yale.edu/annals/Chase/Documents/doc20chapt4.htm#_edn39).

322 IMEL – russ. *Institut Marksa-Engel'sa-Lenina CK VKP(b)*, das Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der VKP(b). Siehe Dok. 274.

323 *Za industrializaciju* („Für die Industrialisierung") – Zeitung des Volkskommissariats für Eisenmetallurgie, Moskau, erschienen von 1930 bis 1937.

324 Golda Fröhlich (geb. 1889) – KPD-Mitglied seit 1919; kam 1931 nach Moskau zu ihrem Mann Horst Fröhlich, der im IMEL arbeitete. Horst Fröhlich wurde 1934 von der KPD zur Untergrundarbeit nach Deutschland geschickt und dort 1935 verhaftet. Eine Initiative Anfang 1941, ihn durch Austausch aus Deutschland freizubekommen, schlug aufgrund der ablehnenden Haltung Dimitrovs fehl, er kam 1943 in Auschwitz um. Golda Fröhlich wurde neuesten Forschungen zufolge nicht verhaftet, ihre Spur verliert sich zum Zeitpunkt der Evakuierung (Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 160f.). Ihre beiden Schwestern Johanna Wilke und Selma Gabelin wurden allerdings zunächst in Moskau verhaftet (Chase: Enemies, Internetfassung, http://www.yale.edu/annals/Chase/Documents/doc20chapt4.htm#_edn42).

325 Die Identitäten beider Personen lassen sich nicht zweifelsfrei eruieren.

326 Robert Hauschild (Ps. Rudolf Haus) (28.4.1900 Gera – nach 28.5.1937). Schriftsteller, Redakteur, Militärspezialist. Beschuldigt, 1923 der „Brandler-Gruppe" und später der „Korsch-Gruppe" angehört zu haben. In Moskau u.a. Redakteur der *Deutschen Zentral-Zeitung* und des *Gegenangriff*. Am 31.8.1936 verhaftet (nach Kaderakte 11.11.1936), am 28.5.1937 zu fünf Jahren Haft verurteilt; dann im Gulag ermordet (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 350f.; Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Hauschild, Robert").

327 *Grüne Front*: Ein solches „militärisch-politisches Magazin" ist nicht nachweisbar, möglicherweise liegt hier eine Verwechselung oder eine Fehlinformation vor. Die „Grüne Front" war ein Anfang 1929 gegründeter außerparlamentarischer, explizit antiliberaler und antimarxistischer Zusammenschluss von Großagrariern, die sich von der sozialdemokratisch-liberalen Koalitionsregierung unter Hermann Müller politisch nicht repräsentiert sahen (siehe: Heide Barmeyer: Andreas Hermes und die Organisationen der deutschen Landwirtschaft. Christliche Bauernvereine, Reichslandbund, Grüne Front, Reichsnährstand 1928–1933, Stuttgard, Gustav Fischer Verlag, 1971, S. 80–128). Weder ist etwas

dung des ZK der KPD hielt er die Zeitschrift mit Hilfe deutscher und ausländischer Brandlerianer aufrecht. Von 1928–29 war er in der KPD als Versöhnler bekannt.

Laut G. Ercolis [d.i. Palmiro Togliatti] Sekretär G. Petterman[328] äußerte Hauschild in Unterhaltungen „Zweifel über die Möglichkeit, den Sozialismus in einem Land aufzubauen", sprach „über die Möglichkeit eines Thermidors[329] als Resultat der Degenerierung der Herrschaft des Proletariats", „über die Notwendigkeit, die KPD und die Komintern zu ‚überholen', die ihre Unfähigkeit bewiesen haben, die Revolution nach vorne zu bringen." „Zweifelte ernsthaft die Bedeutung und die Rolle Stalins an, diskreditierte skrupellos Ernst Thälmann, genau so wie andere Genossen der Parteiführung." Gen. Petterman behauptet, dass Hausschild durchgehend Kontakt zu zahlreichen oppositionellen Elementen in und um die Partei unterhielt, im Besonderen zu Walter Frölich,[330] Kurt Heinrich (Süßkind),[331] Robert (Volk, Karl),[332] Frenzel,[333] Greve,[334] Herbert,[335] Bringdolg [d.i. Walter Bringolf] (Schweiz).[336]

über etwaige verdeckte KPD-Arbeit in der „Grünen Front" bekannt, noch betätigte sich Hauschild als Experte für Agrarfragen, noch gab die „Grüne Front" ein Periodikum mit diesem Namen heraus.

328 Werner Petermann (1906–1942) – KPD-Mitglied seit 1926; 1931 zur Arbeit im EKKI abkommandiert. Nach 1932 in der Leitung des Mitteleuropäischen Ländersekretariats des EKKI. Technischer Assistent Togliattis nach dem VI. Weltkongress der Komintern. Am 11.11.1937 Parteiausschluss wegen „ungenügender Wachsamkeit gegenüber den Volksfeinden". Wiederaufnahme am 20.1.1938, verhaftet am 27.3.1938, am 5.12.1940 zu fünf Jahren Haft verurteilt; am 24.7.1942 zum Tod durch Erschießen verurteilt, exekutiert am 12.9.1942. (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 665).

329 *Thermidor*: Am 9. Thermidor des Jahres II nach dem französischen Revolutionskalender, dem 27.7.1794, wurde Robespierre im Revolutionskonvent verhaftet. Die „Thermidorianer", zumeist Vertreter des Großbürgertums, entsandten Truppen und richteten das Direktorium ein. Die reaktionären Kräfte gewannen die Oberhand. Trotzki übernahm die Analogie zur Kennzeichnung des rückwärtsgewandten Stalinismus, der unter der postrevolutionären Maske die Macht übernahm. Siehe: Leo Trotzki: *Arbeiterstaat, Thermidor und Bonapartismus*, in: *Unser Wort*, III (1935), Nr. 4, 6, 7 (Mai, Juni, Juli 1935); breit annotiert in: Dahmer/Feikert/Lauscher u.a.: Leo Trotzki. Schriften 1, S.581–609.

330 Möglicherweise ist Paul Frölich gemeint.

331 Zu Heinrich Süßkind siehe Dok. 387.

332 Robert (Ps.), d.i. Karl Volk. Siehe Dok. 348. Von Zürich aus leitete Volk den kämpferischen Flügel der oppositionellen „Versöhnler". Später rettete er sich von Frankreich aus durch eine illegale Einreise in die USA. Siehe auch Dok. 85 und 348.

333 Max Frenzel, führender „Versöhnler", siehe Dok. 359a.

334 Willi Greve (Hans Ende). 1907 geboren, 1927 KPD-Mitglied, der sich den "Versöhnlern" anschloß. Im Februar 1935 Parteiausschluß, da er angeblich im Interesse einer Fraktion gegen die Regeln der Konspiration verstossen hätte (Chase: Enemies, Internetfassung, http://www.yale.edu/annals/Chase/Documents/doc20chapt4.htm#_edn47).

335 Möglicherweise Herbert (Ps.), d.i. Fichtenbog, Mitglied des KJVD, der wegen seiner schnellen Freilassung nach Verhaftung durch die Gestapo im März 1933 unter Spitzelverdacht stand (Chase: Enemies, Internetfassung). http://www.yale.edu/annals/Chase/Documents/doc20chapt4.htm#_edn48).

336 *Bringdolg:* D.i. Walter Bringolf (1.8.1895 Lörrach – 24.3.1981 Schaffhausen). Schweizer Sozialist und Kommunist. Präsident der Stadt Schaffhausen, er stand in Verbindung zu den „Versöhnlern" in der KPD und begründete die „Rechte Opposition" („Brandlerianer") in der Schweiz. 1935 zurück zur Sozialdemokratie (Bayerlein/Lasserre: Archives de Jules Humbert-Droz, II, S. 629; Peter Stettler: Die Kommunistische Partei der Schweiz 1921–1931; ein Beitrag zur schweizerischen Parteiforschung und

Während seiner Frankreichreise versuchte er mit dem Souveraine [Souvarine][337] zu sprechen. Kam 1932 mit Genehmigung des ZK der KPD in die UdSSR. Arbeitet für die *Izvestija*.

In Reaktion auf eine Anfrage der zuständigen Organe berichtete die Deu[tsche] Sektion im August 1934, dass „Hausschild seit 1919 Mitglied der KPD ist, ein Schriftsteller und momentan in der 4. Abteilung arbeitet."[338] Dieselbe [Information] und auch, dass er von 1929–31 den Versöhnlern beitrat, wurde in der Antwort auf eine zweite Anfrage mitgeteilt. Im Februar 1936 kam der folgende Hinweis: „Schon während des Weltkriegs gehörte er der sozialistischen Jugend an und arbeitete eng mit den Genossen vom Spartakusbund zusammen. War während des Weltkriegs einige Male wegen seiner politischen Ansichten und Arbeit inhaftiert. Gehörte nach 1919 der KPD an. Nach dem VI. Kongress [der Komintern], zwischen 1928 und 1930, gehörte er den Versöhnlern an. Spezialisierte sich für etwa 8 Jahre auf militärische Angelegenheiten.

20) HAUSCHILD, HILDE (LOEWEN)[339] – Mitglied der KPD seit 1922. 1931 Instrukteurin im östlichen Berliner Unterbezirkskomitee; sie arbeitete für das Magazin *Die Grüne Front*, das von ihrem Mann herausgegeben wurde. In der Vergangenheit erhielt das ZK der KPD die Aussage von Eigin, G. Schoenhaars technischem Sekretär,[340] dass sie „für den Klassenfeind arbeite". 1930 versuchte sie, einige [Partei-]Arbeiter für das Magazin ihres Mannes auszuspionieren (Verbindungen zur Polizei, etc). Zwischen 1928 und 1932 stimmte sie der Parteilinie nicht zu und gehörte den Versöhnlern an.

---

zur Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung im Rahmen der Kommunistischen Internationale, Bern, Francke, 1980, S. 507).

337 Boris Souvarine, urspr. Name Boris Lifšic (1895 Kiew – 1984 Paris). Französischer linker Journalist, bis 1924 wichtiger Partei- und intellektueller Führer der KPF und Angehöriger der Komintern. Später bekannter „Dissident"; verteidigt Trotzki und wird 1924 aus der KPF und der Komintern ausgeschlossen, 1925 in Paris in der Kommunistischen Opposition, u.a. Herausgeber von *Bulletin Communiste* und *La Critique Sociale*; bricht 1929 mit Trotzki, publiziert 1935 eine bahnbrechende Stalin-Biographie (Boris Souvarine: Staline: Aperçu historique du Bolchévisme, Leiden, Brill, 1935).

338 *4. Abteilung:* Der sowjetische militärische Aufklärungsdienst (GRU).

339 Hilde Hauschild, geb. Loewenstein (27.11.1904 Leipzig – 26.2.1942 Karaganda, Sowjetunion) – Frau Robert Hauschilds, 1922 KPD-Eintritt, in Moskau u.a. Mitarbeit an den Auslandssendungen des Gewerkschaftssenders. Verhaftet am 20.11.1937 (1936?). Nach unterschiedlichen Quellen wurde sie 1940 an Deutschland ausgeliefert (so bei Chase: Enemies, Internetfassung, http://www.yale.edu/annals/Chase/Documents/doc20chapt4.htm#_edn50) oder als Jüdin 1940 „von der Ausweisungsliste gestrichen" und kam dann „am 26.6.1942 im Karlag ums Leben." (Müller: Denunziation und Terror, S. 52f.; das Dossier in: Müller: Flucht ohne Ausweg, S. 90f. Die Denunziationen Herbert Wehners gegen Hauschild siehe: id.: Herbert Wehner. Moskau 1937, S. 477).

340 Schönhaar, Eugen Karl (Ps. Eugen, Ewald Rackwitz, Jürgens (?)), (30.10.1898 Eßlingen – 1.2.1934 Wannsee, Berlin, erschossen). Deutscher Funktionär der KPD und der Internationalen Roten Hilfe. 1932 Anhänger der „Gruppe Neumann-Remmele". Ende 1933 verhaftet. Von den Nationalsozialisten angeblich auf der Flucht bei der Überführung von Berlin nach Potsdam erschossen, als Repressalie nach der Exekution von Kattner, der als Nazi-Spitzel u.a. Thälmanns Aufenthaltsort verraten hatte (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 818–819).

1933 (bereits in der UdSSR) wurde sie von der IKK wegen des Ausplapperns geheimer Adressen ermahnt.

1934 antwortete die Deu[tsche] Sektion auf eine Anfrage der zuständigen Organe, dass Hilde Hauschild von 1922 an Mitglied der KPD war, in die UdSSR mit Erlaubnis des ZK der KPD gekommen war und als Redakteur für das In[ternationale] Radio arbeitet. Im Februar 1936 wiederholte sie dieselben Informationen und fügte hinzu, dass sie eine aktive KPD-Arbeiterin war und von 1928–1930 den Versöhnlern angehörte.

21) PAUL HEINZ[341] (RAKOWS BRUDER),[342] Mitglied der KPD, unterhält andauernde Beziehungen zu seinem Bruder. Kam mit der OMS[343] [in die UdSSR], arbeitet momentan als Instrukteur für ausländische Arbeiter in Postyschewo (ehemals Grischino, Zeche Nr. 1). Die KPD-Delegation erklärt, dass laut G. Stucke (Cel'ner),[344] der dorthin kam, um Propagandaarbeit zu leisten, Paul Heinz zwei Pässe besitze – einen deutschen und einen britischen – [und] mit seiner früheren Untergrundarbeit und seinen aktuellen Verbindungen zum NKVD prahle. „Ließ in einer Studiengruppe durch seine Frau die Frage stellen, welche Fehler Thälmann 1932 beging."

22) HEINZ MOLLER (ASIATICUS),[345] kam mit einem polnischen Pass unter dem Namen Schiff [in die UdSSR]. [...] war 1927 wegen seiner trotzkistischen Position in der China-

341 Paul Rakow (Ps. Paul Heinz) (21.3.1901 Neubekum, Westfalen – 20.12.1937 Sowjetunion, erschossen). Handelsangestellter. KPD-Mitglied 1919. Bis 1928 Parteiarbeit, dann im EKKI-Apparat. Als OMS-Mitarbeiter u.a. in China, Studium an KUNMZ 1931–1934. 1934–1937 Instrukteur für ausländische Arbeiter im Donbass. Am 15 April 1937 im Zusammenhang mit seinem Bruder verhaftet, am 19.9.1937 zum Tode verurteilt. Am 20.12.1937 erschossen (Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch,Datenbank, Eintrag „Rakov [‚P. Heinz'], Paul").

342 Werner Rakow, (Ps. Felix Wolf) (30.8.1893 Adsel-Koikull, Livland, Russisches Reich – 14.9.1937 Moskau, erschossen). Buchhalter, Redakteur, Parteifunktionär, in Russland aufgewachsen. 1918 nach Deutschland, Teilnahme am KPD-Gründungskongress. Zeitweise Leiter des Nachrichtenapparates der KPD. Ausschluss 1933, jedoch 1934 wieder zugelassen. Im August 1937 vom NKVD verhaftet. Angeklagt der Teilnahme an einer „konterrevolutionären terroristischen Organisation"; erschossen am 14.9.1937 (Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Rakov, Werner").

343 OMS: russ. *Otdel meždunarodnoj svjazi*, die Internationale Verbindungsabteilung der Komintern.

344 Friedrich (Fritz) Stucke (4.4.1895 Bremen – 1937 Sowjetunion, erschossen). 1913–1918 SPD-Mitglied, 1919 KPD. Einer der Herausgeber des Zentralorgans *Die Rote Fahne*. 1931 Emigration in die UdSSR, u.a. Deutschlehrer am Institut der Roten Professur. Verhaftet am 27.4.1937. Zum Tode verurteilt und erschossen am 26.10.1937 (Chase: Enemies, Internetfassung, http://www.yale.edu/annals/Chase/Documents/doc20chapt4.htm#_edn54).

345 Heinz Möller (Ps.), d.i. Moses Grzyb (weiteres Ps. Asiaticus) (1897 Tarnow – November 1941, Yimeng-Gebirge, Provinz Shandong, China). KPD-Mitglied seit 1919, Freund Karl Radeks. 1923 im EKKI-Apparat, in der UdSSR RKP(b)-Mitgliedschaft und Tätigkeit für die Militäraufklärung (4. Abteilung/GRU). 1924 in Deutschland, 1925–1927 nach China abkommandiert, nach Rückkehr Herausgeber der *Roten Fahne*. Stellte sich auf die Seite Trotzkis in der chinesischen Frage 1927, 1929 wegen Zugehörigkeit zu den „Versöhnlern" und der „Brandlerianer" ausgeschlossen. Nach 1932 in China, ohne dass er zunächst wieder aufgenommen wurde. Überlebte wohl dank der russischen Dienste. 1941 von Dimitrov rehabilitiert; auch später noch von der KP Chinas hochgeehrt (siehe: Asiaticus

frage ausgeschlossen worden. Ein aktiver Brandlerianer. Nach seinem Ausschluss aus der Partei ging er nach China und arbeitete in Schanghai als Journalist. Laut Kaderabteilung (der chinesischen Sektion), ging er nach China, um dort für die Zeitung eines gewissen Isaacs zu arbeiten,[346] der ein direkter Agent Trotzkis in China war (und 1935 nach Norwegen kam, um Trotzki zu sehen). Isaacs' Zeitung *China Forum* wurde eine Zeit lang in China als amerikanisch-chinesische Zeitung gedruckt, und Asiaticus arbeitete dort. Die Zeitung wurde jedoch geschlossen, als sich das ZK der KP Chinas von ihr distanzierte.

Asiaticus entkam mit Parteigeldern nach Norwegen. In seinem Gesuch, in dem [er] um Wiederaufnahme bittet, listet [er] alle Zeitungen auf, für die er gearbeitet hat, unterschlägt aber die oben genannten Fakten – die chinesischen Genossen teilen mit, dass Asiaticus den Ruf als Polizeispitzel genießt. Die Tatsache, dass er in seiner Aussage von seiner Verbindung zu und seiner Unterstützung durch die kommunistische Organisation Chinas spricht, spricht den chinesischen Genossen zufolge gegen ihn, denn es sei bekannt, dass es in Schanghai nur eine Polizeiagentur gebe, die als kommunistische Organisation getarnt sei. Arbeitete als Vollzeit-Korrespondent für die *Izvestija* und TASS.

23) MAX WEISS[347] – Arbeiter. Mitglied der Kommunistischen Arbeiterpartei (syndikalistisch-trotzkistische Organisation) von 1920–24. Von 1924–27 Mitglied der KPD. Verließ die KPD wegen ultralinker Differenzen. Trat 1930 der Partei erneut bei und kam als ausländischer Arbeiter 1931 in die UdSSR. Seine Adresse und sein Arbeitsplatz sind unbekannt, allerdings half ihm die Deutsche Abteilung, im August 1933 dabei, einen Arbeitsplatz zu finden.

24) WALTER BOERNER[348] – Mitglied der KPD von 1920 bis 1927. Verließ die Partei wegen seiner ultralinken Position; trat 1929 erneut ein. Wurde im März 1933 verhaftet

---

(Ps.), d.i. Moses Grzyb: Von Kanton bis Shanghai. 1926–1927, Berlin-Wien, Agis, 1929; Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 607f.; Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank).

346 Harold R. Isaacs (1910–1986). Der US-Journalist arbeitete seit 1931 in China und gab die KP-freundliche Zeitschrift *The China Forum* heraus. 1934 schloss er sich den chinesischen Trotzkisten an, nach Rückkehr in die USA 1937 auch den US-amerikanischen linken Antistalinisten, beteiligte sich an *Socialist Appeal*. In seinem weltberühmten Buch „The Tragedy of the Chinese Revolution" (London, Specker & Warburg, 1938, revised edition Stanford University Press, 1961) stellt er u.a. das Scheitern von Stalins Politik in China kritisch dar (deutsche Übersetzung für 2013 angekündigt als Harold R. Isaacs: Die Tragödie der chinesischen Revolution, Essen, Mehring-Verlag, 2012).

347 Max Weiss (1900 Goldlauter, Thüringen – ?, Sowjetunion). Werkzeugmaschinenarbeiter. Anfang der 1920er Jahre Mitglied der ultralinken Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) (die hier als „syndikalistisch-trotzkistische Organisation" bezeichnet wird, als der Begriff „Trotzkismus" nicht einmal als Feindbegriff existierte). Nach Emigration in die Sowjetunion Arbeit in Tula; wahrscheinlich in den Säuberungen umgekommen (Siehe u.a., Kaiser: Russlandfahrer, S. 72).

348 Walter Boerner (30.9.1896 Seiffen, Kirchanschöring, Bayern – ca. 1940 Solikamsk). 1927 als Anhänger Trotzkis aus der KPD ausgetreten, Wiedereintritt 1929. Emigration in die Sowjetunion im Oktober 1935. Arbeit in einem Chemiekomplex in Aktjubinsk, Kasachstan. September 1937 Ausschluss

und kurze Zeit später entlassen. Im Mai erneut verhaftet und nach 14 Tagen erneut entlassen. Der Provokation verdächtigt. Ist in der UdSSR angekommen.

25) SCHWEIGER[349] – Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei von 1920–23;[350] Mitglied der KPD von 1923 bis 1927, von 1927 bis 1928 Leninbund (Trotzkisten).[351] Als aktiver Trotzkist bekannt. Januar 1930 erneut Mitglied der KPD. Seit 1931 als ausl[ändischer]Arbeiter in der UdSSR. Adresse: Charkow, ChTZ.[352]
26) ILIAS SARCHIN (WALTER BERGER)[353] – Berman-Jurins engster Freund. Karl Hoeflich[354] zufolge zu Bermans Gruppe in Deutschland gehörig, nachdem 1931 zu Lesoexport[355] in Leningrad entsandt. 1932 reiste er nach Berlin.

27) WILLI RABE (MIT NAMEN PAWERA)[356] – Arbeiter; Mitglied der KPD seit 1926. Seit 1930 arbeitet er im KPD-Apparat. Von 1930 bis Ende 1933 war er aktives Mitglied er Versöhnlerfraktion, erhielt von ihnen finanzielle Unterstützung, nahm an allen Fraktionssitzungen teil. Als Kurier des ZK überwachte und gab er den gesamten Briefverkehr des ZK hinsichtlich der Versöhnler weiter. Kam 1933 in die UdSSR, studierte an

---

aus der KPD als „fremdes Element“ unter Verbot, die Sowjetunion zu verlassen. Bis 1940 Arbeit in Kirovabad, dann in den Norden überstellt, wo er mit seinem Sohn im Arbeitslager umkam. Seine Frau überlebte mit dem Sohn Rudolf Boerner und ging 1956 in die DDR (Chase: Enemies, Internetfassung, http://www.yale.edu/annals/Chase/Documents/doc20chapt4.htm#_edn58; Müller: Herbert Wehner. Moskau 1937, S. 261).

349 Josef Schweiger (geb. 1897 in Algdorf). Soll in den 1920er Jahren dem linksoppositionellen „Leninbund“ angehört haben. Als Trotzkist aus der KPD ausgeschlossen. 1930 Wiederaufnahme, 1931 Emigration in die Sowjetunion, Arbeit in Charkov (Chase: Enemies, Internetfassung, Anm. 25).

350 Es handelt sich um die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (USPD).

351 Zum *Leninbund* siehe Dok. 15.9.1927.

352 ChTZ (Abk.): Russ. für *Char'kovskij Traktornyj Zavod* (Charkower Traktorenfabrik).

353 Il'ja Jakovlevič Zarchin (Ps. Walter Berger, Erich Leutner) (geb. 4.2.1908 Riga). Aufgewachsen in Russland, dann Lettland. 1927–1932 Angestellter bei der Sowjetischen Handelsvertretung in Deutschland (Berlin). 1932 mit seiner Schwester Lisa in die Sowjetunion, 1933–1935 erneut in Deutschland mit lettischem Pass. Nach Dezember 1936 als politischer Emigrant in die Sowjetunion; am 3.9.1936 KPD-Ausschluss wegen Beziehungen zum „Trotzkisten“ Hans Stauer (K. Berman-Jurin). Im Juni 1937 Verhaftung, danach Verurteilung zu acht Jahren Haft. Am 20.2.1940 freigelassen, lebte zuletzt 1957 in Riga (Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Zarchin, Il'ja“).

354 Karl Hoeflich (1896 Budapest – 3.11.1937 Butovo bei Moskau, erschossen). Mechaniker, Technologieingenieur, 1918 Mitglied der KP Ungarns, Teilnehmer der ungarischen Räterepublik, nach 1919 Mitglied der KPD, Angestellter bei der KPD-Reichs- und Landtagsfraktion in Berlin. Emigration in die UdSSR 1933. Mai 1937 verhaftet, am 1.11.1937 zum Tode verurteilt und am 3.11.1937 erschossen wie seine Frau, Gertrud Hoeflich (Plener/Mussienko: Verurteilt zur Höchststrafe, S. 45).

355 *Lesoexport (Abk.):* Die staatliche russische Holzexportfirma.

356 Willi Rabe (Ps.), d.i. Willi Pawera (3.12.1905 Jüterbog, Brandenburg – nach 1938? Sowjetunion?). Textilarbeiter; KPD-Mitglied 1926. Laut Personalakte 1930 bis Ende 1933 ein „Versöhnler“, zugleich Mitarbeiter des MP-Apparats. August 1933 Emigration in die UdSSR, dort Kontakte zu Fritz David, (d.i. Krugljanskij). Nach Abschluss der KUNMZ im Dezember 1935 abkommandiert in die Moskauer Bleistiftfabrik Sacco & Vanzetti. Verhaftet am 5.3.1938 und in das nordsibirische Norilsk exiliert (Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Pawera, Willi“).

der ILS. Verheimlichte der Partei gegenüber seine Tätigkeit für die Versöhnler und wurde 1934 entlarvt.

Hatte Verbindungen zu Fritz David [d.i. Il'ja-David Krugljanskij] seit [seiner] Gewerkschaftsarbeit in Deutschland und unterhielt diese Verbindungen weiterhin in Moskau. Bezog sich auf Fritz Davids Empfehlung und liest regelmäßig bei sich zu Hause faschistische Presse. Seitdem gab [er] der Deutschen Abteilung keinerlei Erklärungen zu seinen Beziehungen mit Fritz David [d.i. Il'ja-David Krugljanskij] ab. Arbeitet in der Sacco und Vanzetti-Fabrik in Moskau.

28) NEVIJAŠEVSKIJ FAJBIŠ (PAUL WEIZENFELD)[357] – ursprünglich aus Gorodna in der Ukraine. Von 1917 bis 1920 Mitglied der *Poalei Zion*. Von 1920–21 emigrierte er nach Litauen [und blieb] in Memel bis 1923. Nach 1926 Mitglied der KPD. Laut seiner Aussage emigrierte er im April 1933 als sowjetischer Bürger in die UdSSR. Gen. Angaretis behauptet, dass Weizenfeld als weißer Emigrant in Litauen blieb. Empfohlen von Fritz David [d.i. Il'ja-David Krugljanskij], Leo Berman (ein Bruder von Berman-Jurin), Aleksndr Emel' [d.i. Moisej Lur'e], Brucker (der diese Information lieferte),[358] Ošer Tikušinskij.

29) EMIL POTRATZ (HERBERT KRAMER)[359] – Mitglied der KPD seit 1920. Kam als Emigrant im Juni 1933 in die UdSSR. Er empfahl Alfred Kuhnt,[360] bekannt aus dem Prozess gegen die trotzkistisch-sinowjewistische Bande.

---

357 Nevijaševskij Fajbiš, d.i. Fajbiš Nevijašskij, Variante: Paul Newjaschski, (Ps. Paul Wiesenfeld) (1898 Gorodnia, Ukraine, Russisches Reich – ?). Mitbegründer und später Leiter des Jüdischen Arbeiterkulturvereins (siehe weiter oben) von 1924 bis 1933. 1933 in die UdSSR, Arbeit im Moskauer Restaurant-Trust, nach Mai 1941 im Mosminvodtorg, der Moskauer Handelsgesellschaft für Erfrischungsgetränke (Chase: Enemies, Internetfassung, http://www.yale.edu/annals/Chase/Documents/doc20chapt4.htm#_edn66).

358 Ludwig E. Brucker – KPD-Mitglied 1920. Emigration in die Sowjetunion 1932, Arbeit als Ausbilder für internationale Techniken im Textilkombinat Trechgornaja Manufaktura, Moskau. 1936 aus der KPD ausgeschlossen.

359 Emil Potratz (Ps. Herbert Kramer, geb. 1888). SPD 1912, USPD 1917 und KPD 1920. Parteiaktivist im Berliner Südwesten. Kam 1933 in die Sowjetunion. Wegen seiner Beziehung zu Alfred Kuhnt verdächtigt, am 5.11.1936 verhaftet und zu fünf Jahren Haft verurteilt. Am 12.4.1941 an Deutschland ausgeliefert, dort unter polizeiliche Überwachung gestellt.

360 Alfred Kuhnt (1904 Berlin – 16.8.1937, in Moskau erschossen). KPD-Mitglied seit 1923. Anhänger Ruth Fischers, dann Mitglied der Reichsleitung der Linken Opposition der KPD. Parteiausschluss 1927, Wiederzulassung 1929. 1932 Teilnehmer an blutigen Straßenschlachten mit Nationalsozialisten. Flucht in die UdSSR, Arbeit im Stalingrader Traktorenkombinat. Im Ersten Moskauer Prozess als Kurier Trotzkis bezeichnet, 1936 verhaftet, am 16.8.1937 erschossen wegen Beteiligung an einem „Terroranschlag“ gegen Stalin (Chase: Enemies, Internetfassung, http://www.yale.edu/annals/Chase/Documents/doc20chapt4.htm#_edn69; Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 513).

30) FRITZ PALENSCHAT[361] – Seit 1922 Mitglied des KJVD, seit 1928 Mitglied der KPD. 1928 und 1930 arbeitete er in Untergrundorganisationen (in den Sturmtruppen und in der Reichswehr). Kam in die UdSSR im Februar 1934, empfohlen von Ernst Mansfeld,[362] der in der UdSSR verhaftet wurde. Vertrat in Gesprächen die Idee des individuellen Terrors. Seine Frau reist regelmäßig nach Deutschland. Arbeitet im Stalinwerk in Leningrad, lebt in: Kamennoostrovskij [rajon],[363] Glavnaja alleja 49, Wohn. 16.

31) HARTMANN (*Pravda*-Korrespondent in Berlin)[364] – laut Richard Paschke[365] ein KPD-Mitglied, das in Berlin für die *Pravda* arbeitet, hatte er sehr viel engere Verbindungen mit David [d.i. Krugljanskij], als dies für seine Arbeit notwendig war. Angeblich nutzt die *Pravda* seine Berliner Wohnung, in der David gewöhnlich lebte. Hartmann traf auch mit Wollenberg zusammen,[366] einem aus der Partei ausgeschlossenen Trotzkisten, der nun die aktive k[onter]-r[evolutionäre] Arbeit leitet. Darüber hinaus hatte er Verbindungen zu Magyar während Magyars Aufenthalt in Berlin. Er wurde zweimal von Berman-Jurin besucht. Hartmann ist momentan in Moskau, im Hotel Savoy, und arbeitet für die TASS.

---

361 Fritz Palenschat (1905 Berlin – nach 8.12.1937 Leningrad, erschossen). Ingenieur. KJVD- und KPD-Mitglied 1922, bekannt für seine radikalen Überzeugungen. 1924 wegen Sprengstoffdiebstahls zu sechs Jahren Haft verurteilt, danach angeblich weiter für individuellen Terror. 1927 amnestiert, Arbeit im KPD-Apparat. Im Februar 1934 mit Erlaubnis des ZK in die Sowjetunion, im Mai 1937 in Leningrad verhaftet. Am 2.12.1937 zum Tode verurteilt (Chase: Enemies, Internetfassung, http://www.yale.edu/annals/Chase/Documents/doc20chapt4.htm#_edn70; Plener/Mussienko: Verurteilt zur Höchststrafe, S. 73).

362 Ernst Mansfeld (1908 Berlin – 1942 Sowjetunion). KPD-Mitglied 1928. 1933 Emigration in die UdSSR, Regieassistent in der Tonkino-Fabrik Nr. 1, Mežrabpomfil'm-Studio, Moskau. Vom Regisseur Gustav von Wangenheim während der Dreharbeiten am Dimitrov-Film (siehe Dok. 392) denunziert, verhaftet am 12.4.1936; verurteilt zu zehn Jahren Haft (Chase: Enemies, Internetfassung, http://www.yale.edu/annals/Chase/Documents/doc20chapt4.htm#_edn71; Moritz Pirol: Halalí. Zehn Porträts, Hamburg, Orpheus und Söhne Verl., 2009, S. 433).

363 *Kamennoostrovskij:* Leningrader residenzieller Stadtbezirk.

364 *Hartmann*: Möglicherweise ist Abram I. Gartman (Ps. Gutner) gemeint, Mitglied der KP der Sowjetunion seit 1920, 1927–1928 Mitarbeiter der sowjetischen Militäraufklärung in China, anschließend Auslandsressort der *Pravda*, 1930–1933 als *Pravda*-Journalist in Berlin, 1933–1935 dto. in Shanghai (dort auch wieder im Auftrag der Militäraufklärung). Angaben über sein weiteres Schicksal sowie seine eventuelle KPD-Mitgliedschaft sind nicht überliefert (siehe: V. M. Lur'e, V. Ja. Kočik: GRU. Dela i ljudi, Sankt-Peterburg, Neva, 2002, S. 375).

365 Richard Paschke (Ps. Lindemann, 1901 Berlin – 29.3.1938 Moskau, exekutiert). Journalist. Seit 1919 USPD, 1922 KPD-Mitglied, im Berliner Büro der *Pravda* als Korrespondent beschäftigt. 1933 in die UdSSR geschickt, Studium an der KUNMZ 1933–1935, später Mitherausgeber der *Deutschen Zentral-Zeitung* in Moskau. Am 17.2.1938 verhaftet, der Spionage für Deutschland beschuldigt und am 29.3.1938 erschossen (Chase: Enemies, Internetfassung, http://www.yale.edu/annals/Chase/Documents/doc20chapt4.htm#_edn72; Plener/Mussienko: Verurteilt zur Höchststrafe, S. 73; Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Paschke, Richard").

366 Zu Erich Wollenberg siehe Dok. 112.

32) GINZBURG, MEER (KARSKI, PAUL)[367] – Mitglied der KPD seit 1928. Kam 1931 mit der Handelsdelegation in die UdSSR und wurde zur Arbeit an das Wissenschaftliche Forschungsinstitut für das Außenhandelsmonopol[368] entsandt. Wurde auf Empfehlung des ZK der KPD 1931 zur VKP(b) transferiert. Laut kürzlich erhaltener Informationen [und] gemäß der Aussage des KPD-Mitglieds Johanna Zorn[369] war [er] der engste Freund von Natan Lur'e und besuchte N. Lur'e inČeljabinsk.

Laut der Stellungnahme des Parteikomitees des Instituts für Außenhandel, wurde [er] während der Überprüfung der Parteidokumente 1936 als fremdartiges Element aus der Partei ausgeschlossen.

Auf der Grundlage der von der Deut[schen] Sektion zur Verfügung gestellten Informationen antwortete die Kaderabteilung auf eine Anfrage der zuständigen Organe vom 8. Mai 1934, dass er ein aktives Parteimitglied war und den Kampf gegen die Trotzkisten und Brandlerianer geführt hat. Die Deutsche Sektion gab [ihm] eine Empfehlung nicht nur am 22. Dezember 1931, sondern auch am 28. Januar 1936, basierend auf der Angabe der [Partei]Zelle der Handelsvertretung, ohne sich überhaupt der Mühe zu unterziehen, diese Information zu verifizieren.

Die Zusammenstellung von politischen Emigranten, die KPD-Mitglieder sind, [und] die vom NKVD verhaftet wurden, macht das Ausmaß der [feindlichen] Sättigung durch die deutsche Emigration in der Sowjetunion deutlich. Wir kennen bereits etwa 50 Verhaftete.

Unter diesen Verhafteten befinden sich: Willi Leow,[370] ein früheres Mitglied des ZK der KPD und Parteimitglied seit 1920; sowie eine Anzahl von KPD-Mitgliedern,

---

367 Über Meer Ginzburg ist über die in dem Dokument angegebenen Daten bislang nichts bekannt.

368 Das Wissenschaftliche Forschungsinstitut für das Außenhandelsmonopol (russ. *Naučno-issledovatel'skij institut monopolii vnešnej torgovli*) in Moskau bestand zwischen 1929 und 1939 und befaßte sich mit Analysen und Prognosen im Bereich des Außenhandels.

369 Johanna Šmaeva, geb. Zorn (21.3.1908 Krefeld – ?). Ökonomin. KPD-Mitglied seit 1924. 1933 Emigration in die UdSSR. Tätigkeit im Gosplan und als Deutschlehrerin an der Pädagogischen Hochschule Moskau. 1937 sowjetische Staatsbürgerschaft. Während des Krieges lebte sie in Baschkirien und im Gebiet Kalinin (heute Tver'). 1955 Ausreise in die DDR (Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Smaeva, geb. Zorn, Johanna").

370 Willi Leow (25.1.1887 Brandenburg an der Havel – 3.10.1937 Engels, Sowjetunion, erschossen). KPD-Mitglied 1918. Führer des Roten Frontkämpferbundes (RFB). 1929 Mitglied des ZK. 1928–1933 war er derjenige Thälmann-Vertraute, über den es v.a. im Zusammenhang mit der Wittorf-Affäre immer wieder Gerüchte über Veruntreuung und Mißwirtschaft gab, Reichstagsabgeordneter. Nach Hitlers Machtübernahme Flucht nach Frankreich ohne Parteigenehmigung. Aus seiner Verantwortung entlassen. 1935 in die UdSSR. Am 26.2.1936 in Engels verhaftet. Am 3.10.1937 wegen „Organisation einer trotzkistisch-terroristischen Gruppe" exekutiert. Sein Fall diente als „Nachweis" der „terroristischen" Verflechtung der Russlanddeutschen und der deutschen KPD-Emigranten und Kominternmitarbeiter (siehe auch Dok. 216, 287; Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 538–539).

die seit 17–15 Jahren [sic] in der Partei gewesen sind, – Schuster,[371] Demolski,[372] Traubenberger,[373] Mansfeld, Otto Unger,[374] Erich Wendt,[375] Nixdorf,[376] Lülsdorf ,[377]

---

371 Schuster: Hier kommen mehrere Personen in Betracht, wie etwa der Autoschlosser Erich Schuster (1891–?), KPD-Mitglied seit 1920, 1932 Stadtverordneter in Dresden, der 1934 nach KZ-Haft in die Sowjetunion floh und im Mai 1936 verhaftet wurde, oder Karl Schuster (1879-?), ebenfalls KPD-Mitglied seit 1920 und Funktionär in Sachsen, der 1934 ins Sowjetexil ging und Ende 1935 wegen „antisowjetischen Handlungen" verhaftet wurde (Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Schuster, Erich" und „Schuster, Karl"). Nicht zu verwechseln mit Karl C. Schmidt, Ps. Schuster, der erst 1938 verhaftet wurde (Plener/Mussienko: Verurteilt zur Höchststrafe, S. 90; Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Schmidt [‚Schuster'], Karl C.").

372 Artur Demolski (8.3.1898 Ohra bei Danzig – nach Mai 1936, vermutlich in Engels erschossen). KPD-Mitglied seit 1920, verantwortlicher Redakteur der *Hamburger Volkszeitung*. 1931 in die UdSSR "wegen Pressevergehen und anderer Prozesse" geflohen, 1931–1935 Arbeit bei der *Deutschen Zentral-Zeitung*, ab 1935 im staatlichen Verlagshaus der Autonomen Republik der Wolgadeutschen, vermutlich Beziehungen zu Leow. Im Mai 1936 in Engels verhaftet und höchstwahrscheinlich erschossen (Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Demolski, Artur").

373 *Traubenberger*: Richtig: Hermann Taubenberger (21.11.1892 München – 29.5.1937). KPD-Mitglied 1919. Wegen seiner Beteiligung an der Münchner Räterepublik in Haft. 1922 freigelassen und erneut verhaftet. Flucht in die Sowjetunion mit seiner Frau, dort Arbeit in Moskau und Stalingrad u.a. in Militärbetrieben und im Obersten Rat für Volkswirtschaft (*VSNCh)*. Gerügt wegen Teilnahme an Gesprächskreis mit Wollenberg, Rakow, Hans Schiff, Karl Schmidt und Erich Tacke am 5.3.1933 mit scharfer Kritik an der deutschen Parteiführung anlässlich der Reichstagswahlen. Am 17.9.1936 verhaftet und wegen „Teilnahme an einer antisowjetischen terroristischen Organisation" zum Tode verurteilt. Seine Frau Elsa wurde 1936 zu zehn Jahren Haft verurteilt. Sie reiste 1972 nach Westdeutschland aus (Chase: Enemies, Internetfassung, http://www.yale.edu/annals/Chase/Documents/doc20chapt4.htm#_edn79; Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 920–921).

374 Otto Unger (Ps. Bork, 5.9.1893 Böllberg, Kreis Halle – 19.3.1938 Moskau, erschossen). Tischler, Redakteur. 1911 zur SPD, KPD-Mitglied seit 1919, als einer der Führer des Kommunistischen Jugendverbandes 1921 zum Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Jugendinternationale (KJI) gewählt. 1928 als „Versöhnler" nach der „Wittorf-Affäre" aus den Parteifunktionen entlassen. 1934 Emigration in die UdSSR, dort Direktor der VEGAAR in Moskau. Im November 1937 vom NKVD verhaftet, am 19.3.1938 zum Tode durch Erschießen verurteilt. Entgegen den Angaben im Dokument dürfte er 1936 noch nicht verhaftet worden sein (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 958–960; Buckmiller/ Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Unger [‚Bork'], Otto").

375 Erich Wendt (20.8.1902 Leipzig – 8.5.1965 Ost-Berlin). KPD Mitglied seit 1922. Arbeitete zunächst als Schriftsetzer u.a. für die Kommunistische Jugendinternationale (KJI). In der KPD wurde er zu den „Versöhnlern" gerechnet. 1931 Emigration in die USSR, bis 1936 angestellt in der VEGAAR in Moskau. Am 14.8.1936 im Hotel Lux verhaftet. Bis zum 14.7.1938 im NKVD-Gefängnis, dann freigelassen, Tätigkeit als Übersetzer in der Deutschen Abteilung des All-Unions-Radios. 1947 Rückkehr nach Deutschland. Seit 1957 stellvertretender Kulturminister der DDR (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 1012–1013).

376 Zu Kurt Nixdorf siehe Dok. 369.

377 Lülsdorf, d.i. Barthel Lühlsdorf (1892 Köln – 1.8.1937 Moskau, erschossen). Ingenieur, seit 1923 KPD-Mitglied, Angestellter der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin. Kam 1931 in die Sowjetunion, dort im Volkskommissariat für Schwerindustrie und im Moskauer Institut für Maschinenfabrikprojektierung (*Mosgipromaš)* beschäftigt. Am 22.2.1936 verhaftet. Angeklagt der Teilnahme an einer „antisowjetischen terroristischen Organisation", am 1.8.1937 zum Tode verurteilt und erschossen. Vom NKVD nachträglich als von Olberg an der Berliner Marxistischen Arbeiterschule rekrutierter trotzkistischer

etc.; 10 Personen, die von 1919–1922 in der Partei waren. 12 Leute – von 1923 bis 1929, etc.

Doch am wichtigsten ist, dass viele von diesen von der Deu[tschen] Sektion als politische Emigranten, als Parteimitglieder für Arbeitsplätze empfohlen wurden und die meisten von ihnen bis zum allerletzten Moment, bis zu ihrer Verhaftung, einen guten Ruf innerhalb der Sektion besaßen.

Darüber hinaus erhält die Kaderabteilung weiterhin Informationen über eine ganze Reihe von Individuen unter den deutschen politischen Emigranten, die verdächtig sind, Verbindungen zu den Verhafteten unterhalten [oder] zu denjenigen, denen unter dem Verdacht, der Gestapo zu dienen, der Prozess gemacht wird, die der Provokation verdächtigt werden, etc. Die meisten dieser Leute halten sich zur Zeit in der UdSSR auf.

Hier sind einige weitere Beispiele:

1. KURT RICHARD BRUCH[378] – seit 1924 Mitglied des KJVD, seit 1930 Mitglied der KPD. Kam 1934 in die UdSSR; seine Frau ist nach Deutschland zurückgekehrt. Unter den Materialien der Deu[tschen] Sektion gibt es die Information, dass er gemeinsam mit einem gewissen BUCHZEMAN, der Gestapo-Agent in Chemnitz ist und zweimal aus der Partei ausgeschlossen wurde, von der Chemnitzer Organisation vehement verdächtigt wird, weil Bruch seinerzeit während einer Schlägerei zwischen Nazis und Mitgliedern der Roten Front[379] verhaftet und dann unverzüglich wieder entlassen wurde.

Bruch hat eine Empfehlung von diesem selben Buchzeman.

2) JOSEF FORTUSADESKI[380] – seit 1923 ein Mitglied der KPD, ebenfalls aus Chemnitz, aber ursprünglich aus Cherson. Kam ohne Zustimmung der Partei in die UdSSR. Er steht in permanenter Verbindung mit BRUCH und besitzt ebenfalls eine Empfehlung des selbigen Buchzemans.

„Terroristenkader" denunziert (Plener/Mussienko: Verurteilt zur Höchststrafe, S. 61; Müller: Herbert Wehner. Moskau 1937, S. 376, 516).

378 Kurt Bruch (6.6.1909 Chemnitz – nach 23.10.1937, in der Sowjetunion, erschossen?). Elektroschweißer. KPD-Mitglied seit 1930. Im Januar 1934 von der Gestapo gesucht, ging er ohne Erlaubnis nach Moskau, in der UdSSR beschäftigt in der Kommune „Spartak" in Chosta sowie im Traktorenwerk Charkov. Am 23.10.1937 verhaftet, höchstwahrscheinlich erschossen (Chase: Enemies, Internetfassung, http://www.yale.edu/annals/Chase/Documents/doc20chapt4.htm#_edn84)

379 Zum Roten Frontkämpferbund (RFB/ 1924–1933) siehe auch Dok. 216.

380 Josef Fortuzadeski (Variante: Fortusadeski) (1894 Cherson, Ukraine, Russisches Reich – 1936? Sowjetunion). Als Kriegsgefangener im Ersten Weltkrieg blieb er in Deutschland. 1923 KPD-Mitglied, Arbeit in Chemnitz. Im Januar 1934 Emigration in die Sowjetunion, im Traktorenwerk Charkov beschäftigt. In der Kaderakte findet sich der Vermerk „gestorben" (Chase: Enemies, Internetfassung, http://www.yale.edu/annals/Chase/Documents/doc20chapt4.htm#_edn86).

3) SKROBITSZ SAMUEL[381] – ursprünglich aus Polen, Mitglied des Bunds seit 1912, seit 1932 Mitglied der KPD. War seit August 1934 in der Sowjetunion, gegen den Willen der Partei. Kommunisten meiden ihn, weil der Grund seiner Ankunft unbekannt ist und er Verdacht erweckt.[382]

4) OTTO GROSS[383] – ein Kulak. Ist seit 1934 in der Sowjetunion, ohne Wissen der Partei. Behauptet, seit 1922 ein KPD-Mitglied zu sein. Wurde dreimal [in Deutschland] inhaftiert, [und] jedes Mal zügig entlassen. Er behauptet, dass sie während der letzten Durchsuchung angeblich Parteimaterial bei ihm fanden; nichtsdestoweniger, hätte er zu dieser Zeit keine Verbindungen zur Partei gehabt und überhaupt ist seine Parteimitgliedschaft zweifelhaft. Nach seiner Ankunft hier streute er falsche Gerüchte aus, dass er zusammen mit Thälmann inhaftiert wurde, zum Tode verurteilt wurde und noch am gleichen Tage entkam, etc.

5) HAMAN, ERNST[384] – seit 1921 Mitglied der KPD. In der UdSSR seit 1931. Unterhält enge Beziehungen zu OTTO BRESSEL, der wegen Brandlerismus und Veruntreuung von Parteigeldern aus der Partei ausgeschlossen wurde, der eine Sturmtruppeneinheit [SA] in Kiel organisierte[385] und der in den letzten Jahren der Partei eine Menge Schaden zugefügt hat.

6. KLAUS ELSA[386] – kam 1932 in die UdSSR. Unterhält dauerhafte Verbindungen zur deutschen Botschaft, von der sie faschistische Zeitschriften erhält. Sie hat in Hamburg einen schlechten Ruf.

---

381 Skrobitsz, d.i. Samuel Skrobisch, Varianten: Skrobiš/Skrobisz (1894 Tomaszów, Russisch-Polen – ca. 1960er Jahre Sowjetunion). Jude, KPD-Mitglied seit 1932; vornehmlich im Saarland tätig. 1933 Emigration nach Paris, im März 1934 in die UdSSR (Murom im Gebiet Gorki). Gerüchte über trotzkistische und feindliche Aktivität, Parteiausschluss am 21.6.37, verhaftet am 28.3.1957 (sic!) und verurteilt am 31.7.1957 zu fünf Jahren Lager; Bewährungsaussetzung am 20.1.1961 (Chase: Enemies, Internetfassung, http://www.yale.edu/annals/Chase/Documents/doc20chapt4.htm#_edn87; Mensing: NKVD und Gestapo, http://www.nkwd-und-gestapo.de/liste-b-n-draussen-2.html).

382 Der Vorwurf, gegen den Willen der Partei aus Hitlerdeutschland in die Sowjetunion geflohen zu sein, wird gegen zahlreiche der genannten Personen gerichtet.

383 Otto Gross (geb. 1899 Trojen, d.i. Trogen, Bayern?). 1913 SPD-Mitglied, 1918 des Spartakusbunds. 1922 Eintritt in die KPD. 1933 von der Gestapo verhaftet. Nach seiner Freilassung 1934 Emigration in die Tschechoslowakei, im Oktober 1935 in die UdSSR. Verhaftung im Dezember 1937; am 2.2.1938 zu zehn Jahren Haft verurteilt. 1947 freigelassen, 1957 Ausreise in die DDR (Chase: Enemies, Internetfassung, http://www.yale.edu/annals/Chase/Documents/doc20chapt4.htm#_edn89).

384 Ernst Hamann (geb. 24.12.1894), KPD-Mitglied 1921; als „Brandlerianer" eingestuft; kam in die Sowjetunion 1931, u.a. im Traktorenwerk Čeljabinsk beschäftigt. Im September 1937 arbeitslos, im Februar 1938 verhaftet. Im Juli 1938 Ausweisung an Deutschland.

385 *Sturmtruppen*: Wahrscheinlich hier Bezug zu den Eliteeinheiten im Ersten Weltkrieg, nicht wie bei Chase, zu den Sturmabteilungen (SA)

386 Klaus Elsa: D.i. Elsa Clajus (Ps. Schumann) (24.4.1907 Chemnitz-Furth – ?). Strickerin. KPD-Mitglied seit 1926. 1932 Emigration in die UdSSR mit ihrem Mann Kurt Schumann; als Chauffeurin im 4. Moskauer Motortransport-Depot beschäftigt (Chase: Enemies, Internetfassung, http://www.

7. BAYER, SIMON[387] – seit 1925 ein Mitglied der KPD, ursprünglich aus Wilno. Kam 1934 in die UdSSR, ohne Zustimmung der Partei. Vor seiner Ankunft hielt er sich in Frankreich und England auf. Der Provokation verdächtigt.

8. VIKTOR ADAMCZAK[388] – trat der KPD 1929 für einige Monate bei, um in die UdSSR zu gelangen. Kam 1930 als ausländischer Arbeiter. Aus der Partei ausgeschlossen. Einer der Anstifter konterrevolutionärer und antisowjetischer Stimmungen unter den ausländischen Arbeitern (arbeitet im Donbass in einem Bergwerk in Grišino).[389]

In Anbetracht der Tatsache, dass es inakzeptabel ist, mit Berichten über diese Personen bis zur letzten Untersuchung ihrer Taten und sogar bis zur Feststellung ihres augenblicklichen Aufenthaltsortes zu warten (der, in einigen Fällen, sogar der Deut[schen] Sektion unbekannt ist), denken wir, dass es notwendig ist, über die dringende Ermittlung durch die Miliz hinaus, einige bestimmte Schlussfolgerungen auf der Grundlage dieses Materials zu ziehen.

Wie die oben genannten Fakten belegen, war die absolute Mehrheit der zuvor genannten KP-Mitglieder in der Vergangenheit Trotzkisten und Brandlerianer, die aus der Partei ausgeschlossen wurden und enge Kontakte zu den parteifeindlichen Elementen und den Personen unterhielten, die parteifeindliche Arbeit in der UdSSR durchführten. Sie kamen zwischen 1931–1934, in den Jahren des anwachsenden Faschismus, der Aktivierung des Trotzkismus und dessen Umwandlung in eine direkte Agentur des Faschismus. Tatsächlich kamen 1930 3 Personen, 1932 – 11 Personen, 1933 – 11 Personen, 1934 – 13 Personen, 1935 – 5 Personen.

Bereits jetzt, auf der Basis des existierenden Materials, ist es möglich, bestimmte Verbindungen zwischen diesen Personen und deren bekannten Gruppierungen in unserem Land nachzuweisen. In der Tat besteht eine Verbindung zwischen Fritz David [d.i. Il'ja-David Krugljanskij] und Berman-Jurin, und Leo Berman (Berman-Jurins Bruder), Inga Hoffman [d.i. Necha Lur'e] (Natan Lur'es Frau), Solomon Mušinskij, der mit Berman-Jurin in Moskau in Verbindung stand, Nata[n] Nejman, dessen Ankunft in der UdSSR mit der Unterstützung Fritz Davids [d.i. Il'ja-David Krugljanskijs] über die Deutsche Sektion ermöglicht wurde, Sonja Fišman – Berman-Jurins Frau, Sara

yale.edu/annals/Chase/Documents/doc20chapt4.htm#_edn91; Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch der Komintern, Eintrag „Clajus, Elsa").

387 *Bayer, Simon*: D.i. Simon Baer (geb. 1902 in Wilna), Bürstenmacher, lebte im Ruhrgebiet, nach eigenen Angaben KPD-Mitglied seit 1920. Emigrierte mit einem falschen Pass 1934 über England und Frankreich in die Sowjetunion, am 14.4.1934 als Emigrant anerkannt. Am 21.6.1937 Ausschluss aus der KPD wegen "politischer Unzuverlässigkeit", danach verliert sich seine Spur (Mensing: Von der Ruhr in den GULag, S. 358).

388 Viktor Adamczak (geb. 1894 Neidorf). Von Beruf Bergmann, 1929 KPD-Mitglied, in der Roten Hilfe, Sektion Essen tätig. 1930 kam er in die Sowjetunion und arbeitete im Donbass. 1933 Parteiausschluss wegen „antisowjetischer, konterrevolutionärer Ansichten". Im Dezember 1936 ausgereist (Mensing: Von der Ruhr in den GULag, S. 32).

389 Grišino im Donbass, nördlich von Stalino.

David,[390] Il'ja Sarchin – Berman-Jurins engstem Freund, Willi Rabe, der 1933 kam und permanente Verbindungen mit Fritz David [d.i. Il'ja-David Krugljanskij], Nevijaševskij (Paul Weizenfeld) aufrechterhielt, und der eine Empfehlung von Fritz David [d.i. Il'ja-David Krugljanskij], Leo Berman und Emel' [d.i. Moisej Lur'e] besitzt.

Andererseits empfahl Emel' [d.i. Moisej Lur'e] Potratz, der im Juni 1933 ankam, Alfred Kuhnt, der gewöhnlich Trotzkis Briefe nach Moskau brachte. Alfred Kuhnt selbst, KPD-Mitglied von 1923–27, 1927 wegen der Teilnahme an den Aktivitäten des trotzkistischen Zentrums ausgeschlossen und 1929 wieder in die KPD zugelassen, kam 1932 als Emigrant in die UdSSR. Er behauptete, dass er wegen der Ermordung eines Nazis angeklagt wurde, vermutlich in einem bewaffneten Zusammenstoß. Allerdings handelte es sich nicht um einen Zusammenstoß, sondern um ein Saufgelage.

Eine Gruppe von Emigranten aus Polen und Litauen, die aus verschiedenen Orten kamen und unter verschiedenen Vorwänden der Deutschen Partei beitraten und dadurch als politische Flüchtlinge in die UdSSR kamen, verdient Aufmerksamkeit. In der Tat ist Leo Berman, Mitglied des *Poalei-Zion* zwischen 1917 und 1926, aus Minsk. Hoffman Inga [d.i. Necha Lur'e] ist aus Kowno; Natan Nejman ist aus Warschau, Noah Borowski ist aus Peski, Rudolf Gercel, der zwischen 1912 und 1925 PPS-Mitglied war, ist aus Żarnów. Sobolevič A. ist aus Litauen, Lev Süsskind ist aus Polen, Solomon Mušinskij ist aus Polen, Nevijašskij (Paul Weizenfeld), ein Mitglied der *Poalei Zion* von 1917 bis 1920, ist ein litauischer Emigrant. Baer Sima ist aus Wilno. Skrobič Samuil, ein Mitglied des Bundes von 1912 bis 1932, ist aus Polen. Einige dieser Personen sind miteinander verbunden, wie oben dargestellt.

Eine erhebliche Anzahl dieser Personen hat sich in Moskau niedergelassen und arbeitet in der Presse und dem Verlagswesen: Hauschild Robert für die Zeitung *Izvestija*; Weiss Paul im Musiksektor von Gosizdat; Sobolevič als Redakteur für die Zeitung *Das Neue Dorf*. Lev Süsskind ist Schriftsteller, Noah Borowski [arbeitet] im Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter, seine Frau für die *Deutsche Zentral-Zeitung*; Paul Stein für die *Deutsche Zentral-Zeitung*; Sonja Fišman für die Zeitung *Za industrializaciju*; Hauschild Hilde ist eine Redakteurin beim Internationalen Radio; Natan Nejman ist am wissenschaftlichen Forschungsinstitut der OGIZ [tätig]; Heinz Möller (Asiaticus) arbeitet, laut seiner Aussage, als Vollzeit-Korrespondent für TASS und die *Izvestija*; Hartman arbeitet für TASS.

Ein weiterer Teil arbeitet in Fabriken: Herber[t] Engelhard[t] – in einer Fabrik in Kolpino, Gebiet Leningrad; Petter Erwin in Prokop'evsk, Kuzbass; Paul Heinz im Donbass in einem Bergwerk in Grišino; Schweiger im Char'kover Traktorenwerk; Fritz

---

390 Sara David (Ps. Toni Stern) (18.11.1900 Gouvernement Černigov, Ukraine – nach 1936 Sowjetunion, verschollen). 1930 KPD-Mitglied. 1933 Emigration in die UdSSR, dort Mitarbeiterin an der historischen Fakultät der Universität Moskau. Am 3.9.1936 als Frau Fritz Davids verhaftet. Aus der Partei ausgeschlossen und verurteilt zu zwölf Jahren Arbeitsbesserungslager (Chase: Enemies, Internetfassung, http://www.yale.edu/annals/Chase/Documents/doc20chapt4.htm#_edn93).

Palentscha [Palenschat] in der Stalin-Fabrik in Leningrad; Georg Blumfeldt[391] im Metrostroj,[392] etc.

Die deutsche Delegation hat von sich aus nicht beantragt, diejenigen, die in die UdSSR kommen, zu überprüfen, sie [sorgfältig] zu selektieren, und hat bei der Organisierung der Untersuchung eindeutig verdächtiger Elemente versagt. In einer Vielzahl von Fällen erlaubte sie direkten Agenten von Trotzki und der Gestapo, *Agents provocateurs* und Spionen, in die UdSSR einzureisen, oftmals unterliess sie es sogar, die Komintern und andere Organisationen zu warnen und sich weiter für sie zu interessieren. Es erfolgte mit ausdrücklicher Zustimmung der Deutschen Sektion, dass Hoffman Inga [d.i. Necha Lur'e], Natan Nejman, Noah Borowski, Steinberger Nati, Ernst Hesse [d.i. Leo Roth] (der sogar auf Einladung der KPD kam), Paul Weiss, Ladislaus Stern, Hauschild Robert und Hauschild Hilde in die UdSSR kamen, ungeachtet der Tatsache, dass die KPD die trotzkistische Vergangenheit dieser Personen kannte, von denen die meisten aus der Partei ausgeschlossen worden waren.

Die Deutsche Delegation hat es versäumt, vor der Ankunft solcher Leute wie Otto Knobel und Lev Zisskind [Süsskind] direkt aus Kopenhagen zu warnen. Die Sektion erfuhr von offenen antisowjetischen Aktivitäten einer Reihe von verhafteten und verdächtigen Personen, derjenigen, die Verbindungen zur deutschen Botschaft hatten, *Agents provocateurs* und kriminellen Elementen, erst nachdem sie ohne Beteiligung der Sektion entlarvt wurden.

Zieht man die hohe Zahl deutscher politischer Emigranten in der UdSSR in Betracht, ihre [feindliche] Durchdringung, wie auch die grundsätzliche Unkenntnis seitens der Deutschen Sektion und ihrer schwachen Organisierung der Überprüfung politischer Emigranten, ist es wesentlich:
1) Die Mitglieder des ZK KPD (Gen. Pieck, Florin, Weber[393]) zu verpflichten, persönlich, binnen eines Monats, die Überprüfung aller deutschen politischen Emigranten durchzuführen und unter Gen. Piecks persönlicher Aufsicht einen Bericht über jeden von ihnen vorzulegen.
2) Ohne Verzögerung alle existierenden Unterlagen über deutsche politische Emigranten zu ermitteln.
[3)] Der Kommission zu den politischen Emigranten die Frage einer jeden einzelnen der hier erwähnten Personen zu unterbreiten, um über ihr zukünftiges Schicksal zu entscheiden.
Kaderabteilung.

---

391 Georg Blumfeldt (geb. in Revali, Preußen [sic]). Von Beruf Ingenieur. KPD-Mitglied 1931. Im Herbst des Jahres in der Schweiz Mitglied der dortigen KP. Im März 1934 nach Moskau, dort am Bau der Metro beteiligt. Am 21.6.1937 Parteiausschluss (Chase: Enemies, Internetfassung, http://www.yale.edu/annals/Chase/Documents/doc20chapt4.htm#_edn94).

392 *Metrostroj:* 1931 gegründete Firma und Verwaltung „Metrobau", die heute noch als Mosmetrostroj besteht.

393 Fritz Weber (Ps.), d.i. Heinrich Wiatrek (1.7.1896 Gleiwitz – 29.10.1945 Bad Reiboldsgrün), war 1935–1937 KPD-Vertreter beim EKKI.



Das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion beschäftigte sich am 8.9.1936 mit dem Entwurf eines kritischen Memorandums des sowjetischen Botschafters in Norwegen an die norwegische Regierung, da sie Lev Trotzki Asyl gewährt hatte. Eine diesbezügliche Stellungnahme des norwegischen Justizministers wurde als nicht der norwegisch-sowjetischen Freundschaft angemessen bezeichnet. Als ökonomische Sanktion wurden unverzüglich sowjetische Bestellungen in Norwegen in Höhe von 300.000 Rubeln storniert.[394] Auf den Druck der Sowjetunion hin ließ die norwegische Regierung Trotzki unter Hausarrest stellen, und konnte dann nach Mexico ausreisen.

Am 11.9.1936 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, eine Sammelaktion für den Kauf von Lebensmitteln für Kinder in Spanien durchführen zu lassen, Hauptzielgruppen sollten dabei Arbeiterinnen und Bäuerinnen sein. Zugleich sollte das Volkskommissariat für Außenhandel den spanischen Kindern kostenlos 1500 Tonnen Zucker, 500 Tonnen Butter, 300 Tonnen Margarine, 250 Tonnen Kekse, 300 Tonnen Konserven, 100 Tonnen Kondensmilch und 50 Tonnen Bonbons zu Verfügung stellen. Für den Transport der Lebensmittel nach Spanien sollte der Dampfer „Skvorcov“ zu Verfügung gestellt werden.[395]

Dok. 392

Alfred Kurella über die „literarische Tätigkeit“ nach seiner Entfernung aus der Kominternarbeit

[Moskau], 18.9.1936

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/205/6339, 351–352, hier: 352. Erstveröffentlichung.

Beilage 1

A. Kurella

Kurze Übersicht über meine Tätigkeit nach meiner Entfernung aus der Kominternarbeit.

In den ersten Monaten nach März 1935 führte ich nur literarische Arbeiten aus. Darunter:

Abschluss meiner Mitarbeit an dem Film „Kämpfer“ (Dimitrovfilm).[396]

Redaktion der Dokumente des Gen. Dimitrov vom Leipz[iger] Prozess.

394 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 71.
395 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 74.
396 *Dimitrovfilm:* Es handelt sich um den sowjetischen Film: „Kämpfer“ (Borcy), UdSSR 1936/38, unter der Regie von Gustav von Wangenheim gedreht mit deutschen Exilschauspielern wie Ernst Busch, Erwin Geschonnek, Alexander Granach, Lotte Loebinger, Heinrich Greif, Gregor Gog, Bruno Schmidtsdorf, Ingeborg Franke-Wangenheim, Robert Trösch, Konrad Wolf, Fritz Erpenbeck u.a. Konzipiert als der erste antifaschistische Spielfilm, erzählt er in parallelen Sequenzen die Geschichte eines jungen deutschen Arbeiters, der sich unter dem Eindruck von Dimitrovs Auftreten im Reichstagsbrandprozess dem Widerstand anschließt. Die Verbreitung des Films wurde jedoch gestoppt und zahlreiche Schauspieler und Mitarbeiter wurden in den stalinistischen Säuberungen

Entwurf des Textes der Leninbiographie für Gen. Barbusse.[397]
Redaktion meiner Übersetzung des „Stalin“ von Barbusse.[398]
Übersetzung von Malraux „Zeit der Verachtung“.[399]
“ “ von Aragon „Glocken von Basel“.[400]
Redaktionen und Rezensionen für VEGAAR.[401]

Im Oktober 1935 wurde ich durch Vermittlung des Gen. Stucke von der „Zentr[alen] Staatsbibliothek für ausl[ändische] Literatur“[402] zur Durchsicht des Fonds der modernen französischen und deutschen Belletrisitik zwecks Ausscheidung parteifeindli-

umgebracht. Die Wiederentdeckung erfolgte 1962 (!) (siehe: Günter Agde: Kämpfer. Biographie eines Filmes und seiner Macher, Berlin, Das neue Berlin, 2001).

397 Eine Leninbiographie erschien nicht, dafür eine Briefedition. Siehe: Henri Barbusse, Alfred Kurella: Lettres de Lénine à sa famille, présentées par Henri Barbusse avec la collaboration de Alfred Kurella. La traduction des lettres est due à Pierre Morhange et Michel Matvéev, Paris, Rieder, 1936.

398 Siehe: Henri Barbusse: Stalin. Eine neue Welt. Aus dem Französischen übersetzt von Alfred Kurella, Paris, Ed. du Carrefour, 1935. In der Literatur findet sich verbreitet die Auffassung, Kurella habe das Stalin und die UdSSR glorifizierende Buch nicht nur übersetzt, sondern auch zur weltweiten Beeinflussung der Intellektuellen selbst geschrieben (siehe: Gerd Koenen: Die großen Gesänge: Lenin, Stalin, Mao, Castro: sozialistischer Personenkult und seine Sänger von Gorki bis Brecht, von Aragon bis Neruda, Frankfurt am Main, Scarabäus bei Eichborn, 1987 (Überarb. und erg. Neuausg. 1991), S. 106ff.).

399 *Malraux' „Zeit der Verachtung“:* erschien 1935 in Paris („Le temps du mépris“, Gallimard) ebenfalls in der deutschen Übersetzung von Alfred Kurella (André Malraux: Die Zeit der Verachtung. Autorisierte Übersetzung aus dem Französischen von Alfred Kurella, Entwurf des Schutzumschlags von John Heartfield, Paris, Éditions du Carrefour, 1935). In seiner Novelle problematisiert Malraux die von Nietzsche positiv verkündete „Zeit der Verachtung“ unter Bezug auf den Faschismus negativ (Joachim Leeker: Die Perspektive der Wirklichkeitsflucht im Romanwerk von André Malraux, Genf, Librairie Droz, 1977, S. 30).

400 *„Glocken von Basel“:* Der Elsa Triolet gewidmete Roman von Louis Aragon: Die Glocken von Basel. Übersetzung aus dem Französischen von Alfred Kurella, Paris, Éditions du Carrefour, 1936 (frz.: Les cloches de Bâle, Paris, Denoël, 1934) übernahm den sozialistischen Realismus sowjetischer Prägung (siehe: Arno Münster: Antifaschismus, Volksfront und Literatur, Hamburg, VSA, 1977, S. 42–43).

401 *VEGAAR:* Die Kominternverlage im Ausland wurden durch die in Moskau ansässige „Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR“ (VEGAAR) ergänzt, die jedoch ihre äußere Unabhängigkeit von der Komintern behalten sollte (u. a. mittels eigener Rechnungslegung, eines eigenen Budgets, das allerdings von der *Geschäftsleitung des EKKI* bestätigt und kontrolliert wurde). Der am 27.3.1931 gegründete sowjetische Verlag mit internationaler Ausrichtung in Politik und Literatur, auch mit einem internationalem Mitarbeiterstab von über 300 Personen (Direktor: M.E. Kreps, stellvertr. anfangs Erich Wendt) war behördlich angesiedelt beim Volkskommissariat für Volksbildung. Produziert wurden ca. 1.200 Titel in einer Gesamtauflage von 12 Millionen in den Jahren 1931–1945 (siehe: Simone Barck: Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR (VEGAAR). In: Barck/Schlenstedt/Bürger: Lexikon sozialistischer Literatur, S. 487–488; Günter Schick: Bibliographie deutschsprachiger Veröffentlichungen der Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR Moskau, Leningrad, Berlin, 1992 (Bibliographische Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 10), hier auch weitere biographische Angaben).

402 *Zentrale Staatsbibliothek für ausländische Literatur:* 1921 als „neuphilologische Bibliothek“ beim Volkskommissariat für Volksbildung gegründet, zwischen 1932 und 1948 Zentrale Staatsbibliothek für ausländische Literatur der Sowjetunion, heute Allrussische Staatliche M.I.Rudomino-Bibliothek für Ausländische Literatur.

cher Literatur auf Grund einer Direktive der Kommission der RKI-ZKK der KPdSU(B) herangezogen. Bei dieser Arbeit entdeckte und signalisierte ich eine ganze Anzahl konterrevolutionärer und schädlicher Werke. (Siehe meinen Bericht an die Parteigruppe der Bibliothek vom Dezember 1935).[403]

Im November nahm ich, im Einverständnis mit der Leitung der KPD, die Stelle eines Leiters des wiss[enschaftlich]-bibliographischen Sektors der Bibliothek an. Als Mitglied einer Kommission des Narkompros untersuchte ich die ganze Tätigkeit des Sektors und machte Vorschläge zur Reorganisation seiner Arbeit im Sinne seiner Umstellung auf die Linie der Parteipolitik, auf die bessere Bedienung der Massen und der Stachanovbewegung und auf die marxistische Verbesserung der bibliographischen Arbeit.[404] Auf Grund dieser angenommenen Pläne nahm ich die Reorganisation des Sektors vor, und leitete ihn bis jetzt, während dieser ganzen Zeit unterstützte ich die Parteigruppe und den stellv. Direktor, Gen. Ondratschek (Mitgl. der KPdSU/B) in ihrem Kampf gegen liberalistische und parteifremde Widerstände innerhalb der Bibliothek.

Im Frühjahr 1936 wurde mir die Prüfung des Fonds der französischen Zeitschriften übertragen. Diese Arbeit ist noch nicht ganz abgeschlossen. Bisher konnte ich aber bereits eine Reihe von parteischädigenden oder antisowjetistischen [sic] Materialien entfernen, darunter offen trotzkistisches Material (alte Jahrgänge der „Clarté“).[405]

---

403 Die Konfiszierung nicht linientreuer Literatur aus öffentlichen Bibliotheken anhand von Listen, die von der Zensurbehörde erstellt wurden, war in der Sowjetunion bereits seit den 1920er Jahren eine gängige Praxis, die sich in den 1930er Jahren und vor allem im Großen Terror intensivierte (siehe: Tat'jana Gorjaeva: Političeskaja cenzura v SSSR. 1917–1991 gg., Moskva, ROSSPEN, 2009, S. 82 u.a.).

404 Die Stachanov-Bewegung war eine von der Sowjetführung seit der zweiten Hälfte 1935 lancierte Kampagne zur Steigerung der Produktivität durch Übererfüllung von Produktionsnormen. Ihr Namensgeber, der Kohlebergbauarbeiter Aleksej Stachanov (1905–1977), soll in einer Schicht seine Fördernorm um das beinahe Fünfzehnfache überschritten haben, wonach er von den sowjetischen Medien zum nachahmenswerten Helden proklamiert wurde. Die an der nominell freiwilligen Massenbewegung zur Planübererfüllung teilnehmenden „Stachanov-Arbeiter“ wurden durch Privilegien bei der Versorgung belohnt. Die Bewegung wurde in der Nachkriegszeit aufrechterhalten und fand Nachahmung in anderen Ostblockstaaten, etwa durch die „Hennecke-Bewegung“ in der DDR. Siehe zur Gründungsphase Robert Maier: Die Stachanov-Bewegung, 1935–1938. Der Stachanovismus als tragendes und verschärfendes Moment der Stalinisierung der sowjetischen Gesellschaft, Stuttgart, Steiner, 1990.

405 Die von Henri Barbusse, Raymond Lefebvre und Paul Vaillant-Couturier 1919 ins Leben gerufene und als pazifistisch bis revolutionäre Kulturorganisation der Antikriegsavantgarde konzipierte antimilitaristisch ausgerichtete Gruppe *Clarté* war vergleichsweise offen ausgelegt. Sie vereinigte in der Zeitschrift gleichen Namens eine Reihe bekannter und höchst unterschiedlicher Künstler, u. a. Anatole France, Stefan Zweig, Upton Sinclair, Romain Rolland, Jules Romains, Paul Vaillant-Couturier, Herbert G. Wells (sowie auch Maler wie Pablo Picasso und Fernand Léger). Zu den deutschen Mitarbeitern zählten Heinrich Mann, Fritz von Unruh, Ernst Toller und der postexpressionistische Lyriker Iwan Goll. Die *Clarté*-Gruppe bildete ein wichtiges Vorfeld für transnationale Zusammenschlüsse kommunistischer Literaten im Umfeld der Komintern (Bernhard Bayerlein: Von der Roten Literaturinternationale zu Stalins Hofschreibern? Arbeitsmaterialien zu den Schriftstellerinternationalen, 1919–1943. In: *The International Newsletter of Communist Studies Online* XV (2009), Nr. 22, S. 203).

Im Herbst 1935 wurde ich zum Leiter der methodischen Kommission des Elternbeirats der „Karl-Liebknechtschule“ gewählt. Diese Arbeit leite ich bis jetzt und war bestrebt, zusammen mit den KPdSU-Genossen auf die Reinigung der pol[itischen] Athmosphäre der Schule, die Verbesserung der Leitung, die Stärkung des Parteieinflusses auf Leitung und Pädagogen hinzuarbeiten.[406]

Im Winter 1935 fing ich an, mich stärker an der theoretischen Arbeit der deutschen Kommission des Schriftstellerverbandes zu beschäftigen, nahm an der theor[etischen] Arbeitsgemeinschaft teil und hielt in ihr mehrere Referate.[407] Wie ich bereits auf der Versammlung der kom[munistischen] deutschen Schriftsteller gesagt habe, muss ich mir aber den Vorwurf machen, nicht früher und nicht enger an der laufenden politischen Arbeit der Gruppe teilgenommen zu haben.

Auskunft über meine Arbeit in der Bibliothek können erteilen: Die Parteigruppe (Partorg. Gen. Spreizer) und der stellv. Direktor Gen. Ondratschek. Bibliothek, Stoleschnikov Per[eulok] 2. Tel K 3-10 84.

Über meine Arbeit bei den Schriftstellern: Gen. J.R. Becher und Bartha.

Über meine Arbeit in der deutschen Schule: Gen. Schälicke.

[sign.] Alfred Kurella



Am 20.9.1936 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, auf die Entsendung einer von Außenkommissar Maksim Litvinov und dem Sowjetbotschafter in Berlin, Jakov Suric, vorgeschlagenen Protestnote wie auch auf Wirtschaftssanktionen gegen Deutschland als Reaktion auf die antisowjetischen Ausfälle des Nürnberger Parteitags der NSDAP im September 1936 zu verzichten.[408] Suric hatte nicht nur die persönlichen Angriffe auf Mitglieder der Sowjetregierung angeführt, sondern auch auf das aggressive Auftreten der Nationalsozialisten zur Schaffung eines „internationalen Blocks gegen die UdSSR“ hingewiesen und für eine „starke und heftige Antwort optiert, die Verständnis und Zustimmung in einer Reihe von Staaten hervorrufen würde“.[409] Gleichwohl setzte sich der das NS-Regime schonende Kurs Stalins weiterhin durch.

406 Die Karl-Liebknecht-Schule wurde auf Initiative des Zentralbüros der deutschen Sektionen beim ZK der RKP(b) in Moskau als deutschsprachige, reformpädagogische Schule gegründet. Kinder deutscher und anderer ausländischer Kommunisten stellten einen großen Teil der Schüler, etwa Alfred Kurellas Sohn Gregor. Nachdem bereits 1935–1936 einige nichtrussische Lehrer im Zuge von „Säuberungen“ aus der Schule entlassen wurden, wurde sie 1938 im Kontext der Unterdrückung „nationaler“ Bildungseinrichtungen in der UdSSR geschlossen (siehe: Mussijenko/Vatlin: Schule der Träume).

407 Die deutsche Kommission des sowjetischen Schriftstellerverbandes, auch „Deutsche (Länder-) Sektion“ genannt, bildete „als Parteigruppe eine Unterorganisation in der Parteizelle des sowjetischen Schriftstellerverbands“ (Reinhard Müller). Seit ca. August 1936 lief eine Untersuchung über das „Verhalten der hier (in der Sowjetunion) lebenden deutschen Schriftsteller“. Das umfangreiche Protokoll der im September 1936 stattfindenden geschlossenen Sitzungen siehe in: Müller: Georg Lukács, Johannes R. Becher, Friedrich Wolf u.a.: Die Säuberung; vgl. zu den Strukturen ibid., S. 9, 81f., 566 u.a.

408 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 78. Publ. in: Adibekov/Di B’jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 341–342.

409 Dokumenty vnešnej politiki SSSR, Bd. XIX, S. 423, 762.

Dok. 393

Beschluss des sowjetischen Politbüros zur Stigmatisierung ehemaliger Oppositioneller als „Spione, Diversanten und Schädlinge der faschistischen Bourgeoisie“

Moskau, 29.9.1936

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 17/3/981, 54. Erstveröffentlichung.

305.– Über das Verhältnis zu den konterrevolutionären trotzkistisch-sinowjewistischen Elementen.

[Beschlossen:]

Folgende Direktive über das Verhältnis zu den konterrevolutionären trotzkistisch-sinowjewistischen Elementen zu bestätigen:

a) Bis zuletzt hatte das ZK der VKP(b) die trotzkistisch-sinowjewistischen Schufte als politischen und organisatorischen Stoßtrupp der internationalen Bourgeoisie angesehen.

Die neuesten Fakten zeigen, dass diese Herrschaften noch tiefer gesunken sind und dass man sie nun als Kundschafter, Spione, Diversanten und Schädlinge der faschistischen Bourgeoisie in Europa betrachten muss.

b) In diesem Zusammenhang ist eine Abrechnung mit den trotzkistisch-sinowjewistischen Schuften notwendig, die sich nicht nur auf die Verhafteten erstreckt, gegen die die Ermittlungen bereits beendet sind, und auch nicht nur auf die sich in Untersuchungshaft befindlichen wie Muralov, Pjatakov, Beloborodov und andere, deren Fälle noch nicht abgeschlossen sind, sondern auch auf solche, die bereits vorher verbannt wurden.[410]

410 Der Politbürobeschluss veranschaulicht eine weitere Steigerungsstufe. In der Methodik des Terrors. Er diente der endgültigen Ausschaltung der (ehemals) linken „trotzkistisch-sinowjewistischen“ Bolschewki und der Vorbereitung des Zweiten Moskauer Schauprozesses im Januar 1937 („Prozess der Siebzehn“). Die zunächst gesammelten empirischen Anhaltspunkte und Fakten über eine oppositionelle Tätigkeit wurden in der Folge auch hier mit gefälschten Aussagen und fiktionalen Terrorbeschuldigungen „überlackiert“ (Broué: Historie de l’Internationale Communiste, S. 711).

Dok. 394

Vermerk Dimitrovs an Togliatti über „sofortige Maßnahmen" für die bestmögliche Erkundung der tatsächlichen Lage in Deutschland

Moskau, 1.10.1936

Autograph in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/15a, 57. Erstveröffentlichung.

[An] Ercoli [d.i. Palmiro Togliatti].

Ich halte es für unerlässlich, sofortige Maßnahmen für die bestmögliche Erkundung der tatsächlichen Lage in Deutschland und vor allem der wahren Stimmungen der Massen zu ergreifen. Man wird ein paar für diesen Zweck passende Personen finden und sie für einige Zeit nach Berlin und in andere wichtige Orte des Landes schicken müssen, um persönlich und unmittelbar alle möglichen Informationen, Stimmungen und Eindrücke zu sammeln.[411]

Dies wird uns bei den bevorstehenden Besprechungen über die Fragen der deutschen Partei bedeutend helfen.[412] D[imitrov]

---

411 Ein erstes Ergebnis solcher Erkundungen – unklar bleibt, ob dazu Personen ins Land geschickt wurden, – bildete eine „Zusammenfassung, die im Sommer 1937 vorgelegt wurde" (vgl. Dok. 402). Weitere „zum Teil unter dem Einfluss feindlicher Ideologien" entstandene Meinungen und Stimmungen wurden später von Herbert Wehner zusammengefasst (siehe Dok. 433).

412 Nach einer Reihe von vorbereitenden Materialsammlungen und Berichten (siehe Dok. 402) setzte das Sekretariat des EKKI am 7.2.1937 eine „Kommission zur deutschen Frage" ein, die vom 9.2.1937 bis mindestens zum 20.2.1937 tagte (ihre Tätigkeit wird im Folgenden dokumentiert, siehe Doks. 403b ff.). Die Verhandlungen schlossen mit einer Resolution „zu den neuen Aufgaben der KPD" (siehe Dok. 404).

Dok. 395

Instruktion Dimitrovs zur Propaganda für die neue stalinsche Verfassung der UdSSR

[Moskau?], 1.10.1936

Autograph in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/15a, 32–33. Erstveröffentlichung.

[An] Moskvin [d.i. Michail Trilisser], Černin, Janson.[413]

Ich hoffe, dass im Zusammenhang mit der Annahme der Stalinschen Verfassung durch den außerordentlichen Sowjetkongress[414] bereits entsprechende Anweisungen an die Parteien und die Presse erteilt wurden. Es handelt sich um ein historisches Ereignis. Es muss so breit und geschickt ausgenutzt werden, dass die gesamte wildgewordene antisowjetische Kampagne tatsächlich auf Null reduziert wird. Zu diesem Zweck ist es notwendig, unsere Presse- und Propagandaabteilung sowie die Gesamtheit unserer Verlage und Verlags-[unleserlich] zu mobilisieren.

Zusätzlich zum [Text] von Stalin, der in allen Sprachen gedruckt und massenhaft vertrieben werden muss, ist es ebenfalls notwendig, eine Reihe von Broschüren herauszubringen, die die neue Verfassung als konkrete Verwirklichung der Prinzipien des Kommunistischen Manifestes von Marx und Engels und der nahenden Befreiung der [unleserlich] Werktätigen der ganzen Welt popularisieren. Dringend müssen unsere ausländischen [Autoren?] [aufgestellt?], sowie mit dem ZK Kontakt aufgenommen werden, [unleserlich] mit den Genossen Steckij und [Tal'],[415] zwecks Hilfestellung seitens der sowjetischen Autoren in dieser [Angelegenheit?].

D[imitrov]

---

413 Nikolai Janson (1882–1938, in der Sowjetunion erschossen) war Mitglied der Zentralen Kontrollkommission, später der zentralen Revisionskommission der VKP(b).

414 Am 25.11.1936 stellte Stalin als Vorsitzender des Verfassungsausschusses dem VIII. sowie (außerordentlichen) Sowjetkongress die neue Verfassung der Sowjetunion dar, an der maßgeblich Bucharin mitgearbeitet hatte. Eine Redaktionskommission mit 220 Mitgliedern fertigte bis zum 4.12.1936 (!) die endgültige Fassung. Als „demokratischste Verfassung der Welt" sollte sie als Fassade vor allem dem Westen gegenüber und als Repertoire für die *cultural diplomacy* dienen. Nach innen sollte die seit 1935 durchgeführte, großangelegte Kampagne, die Millionen von Sowjetbürgern erreichte und ihnen zumindest eine Möglichkeit gab, zu diskutieren und Änderungen zu formulieren, auch eine versöhnlerische, pazifizierende Wirkung zeitigen, gerade angesichts des sich verschärfenden Terrors. Im Text wurde auf das internationale revolutionäre Prinzip erstmals verzichtet, übrig blieb die „Solidarität mit den Werktätigen aller Nationen" als Topos (siehe für eine Eischätzung sowie Auszüge: Helmut Altrichter (Hrsg.): Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod., Bd. I, Staat und Partei, München, Deutscher Taschenbuch Verlag, 1986, S. 257–300; Karl Schlögel: Terror und Traum. Moskau 1937, München, Carl Hanser Verlag, 2008, S. 250–252; vgl. die Einleitungstexte von Drabkin und Bayerlein).

415 Aleksej (Alesis) Steckij (1896–1938, in NKVD-Haft) leitete zwischen 1935 und 1938 die Agitpropabteilung des ZK der VKP(b), Boris Tal' (1898 Baku–1938, in der Sowjetunion erschossen) war 1935–1937 Leiter der Verlags- und Presseabteilung des ZK. Beide kamen im Großen Terror um.



Am 11.10.1936 ermächtigte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion den sowjetischen Vertreter im Londoner Nichteinmischungskomitee zum spanischen Bürgerkrieg, Ivan Majskij, eine Erklärung abzugeben. Diese sollte darauf abzielen, dass, da die Nichteinmischung dauerhaft unterlaufen würde, der spanischen Regierung das Recht eingeräumt werden sollte, selbständig Waffen einzukaufen.[416] Erst Ende September 1936 erfolgte – nicht zuletzt auf Drängen der Komintern – ein Kurswechsel der sowjetischen Führung zugunsten der Intervention durch Waffen und internationale Freiwillige im spanischen Bürgerkrieg.

Am 29.9.1936 hatte das Politbüro auf Anfrage des Volkskommissariats für Verteidigung die geheime Bereitstellung von Waffen und Personal für Spanien beschlossen, was bisher gegenüber der spanischen Regierung strikt abgelehnt wurde. Dem zugrunde lag ein vom Militärfunktionären Semen Urickij und Abram Sluckij (Leiter der NKVD-Militäraufklärung) ausgearbeiteter Plan vom 14.9.1936. Im Textbeschluß hiess es: „Den Operationsplan zur Bereitstellung von Personal und speziellen Maschinen nach ‚X' zu bestätigen und dabei die vollständige Realisierung der gesamten Operation den Gen. Urickij und Sud'in zu übertragen."[417]

Am 19.10.1936 folgte der Beschluss, die Goldreserven der spanischen Regierung „zur Aufbewahrung" in Empfang zu nehmen und sie mit sowjetischen Schiffen aus Spanien in die UdSSR zu transportieren.[418]

Am 23.10.1936 wurde Majskij instruiert, mit Entrüstung auf die deutschen Anschuldigungen (über eine sowjetische Einmischung in Spanien) zu reagieren. Als Zusatz zur Erklärung vom 7.10.1936, die auf der Erklärung von Kagan (im Komitee) aufzubauen hatte, sollte zum Ausdruck gebracht werden, dass die sowjetische Führung keineswegs gewillt sei, eine Funktion des Komitees als Paravent für die militärische Hilfe an die Aufständischen gegen die spanische Republik seitens einiger seiner Mitglieder mitzuverantworten. Falls die Verletzungen der Nichteinmischungserklärung nicht unmittelbar unterbunden würden, sehe sich die Sowjetunion von den sich hieraus ergebenden Verpflichtungen ihrerseits befreit.[419] Eine Reihe weiterer Instruktionen an Majskij folgten nach einer Entscheidung des Politbüros vom 21.11.1936.[420]

Das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion beschloss am 14.10.1936, vom Rest des deutschen 200-Millionen-Kredits zwei Schiffskatapulte im Wert von 450.000 Mark einzukaufen.[421] Am 26.10.1936 folgte die Entscheidung, in Deutschland u.a. ein Minenboot einzukaufen.[422]

Am 9.12.1936 schlug das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion dem sowjetischen Botschafter in Berlin, Jakov Suric vor, eine Einladung Görings zu einem Treffen anzunehmen.[423]

---

416 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 97.

417 Jurij Rybalkin: Operacija „X": Sovetskaja voennaja pomošč' respublikanskoj Ispanii, Moskva, AIRO-XX, 2000, S. 29ff. mit Verweis auf das Protokoll im Präsidentenarchiv (APRF Moskau, 3/74/20, 87).

418 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 105. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 342–343.

419 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 101–102.

420 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 121. Publ. in: Ibid., S. 345–346.

421 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 104; APRF, 3/64/664, 125. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 143.

422 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 110; APRF, 3/64/664, 137. Publ. in: Ibid., Dok. 144.

423 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 130.

Dok 395a

„Reichen wir einander brüderlich die Hände zur Versöhnung zur Versöhnung des deutschen Volkes" – Aufruf des Zentralkomitees der KPD.

15. Oktober 1936

Publiziert in: *Die Rote Fahne*, 1936, Nr. 8 (vor dem 15. Oktober 1936); ebenfalls in: *Deutsche Volkszeitung*, Nr. 31, 31.10.1936. Abgedruckt in: Jörn Schütrumpf: Für die Versöhnung des deutschen Volkes von Walter [Ulbricht]. Für Deutschland, für unser Volk. Ein bedeutsamer Aufruf des ZK der KPD. In: *Utopie kreativ*, H. 71, September 1996, S. 36–40; ebenfalls in: Ursula Langkau-Alex: Deutsche Volksfront, Bd. 3. Berlin, Akademie Verlag, 2005. S. 155-162, hier auch unter Angabe der Weglassungen und wenigen inhaltlichen Abweichungen im Text der *Deutschen Volkszeitung*.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Versöhnung des deutschen Volkes für Frieden, Freiheit und Wohlstand, gegen 3000 Millionäre![424]

---

424 Parallel zur Linie des „Trojanischen Pferdes" des Eindringens in die NS-Massenorganisationen seit 1935 (siehe Dok. 363 u.a.) versuchte die KPD nun – im Gegensatz zur bisherigen Volksfrontlinie –sowohl rhetorisch als auch konzeptionell noch weiter auf die Nationalsozialisten zuzugehen. Auf eine wirksame Propaganda gegen Hitler und das NS-System wurde zum Teil ganz verzichtet, die als zentrale Feinde nicht mehr thematisiert wurden. Das neue – insofern künstliche – Feindbild wurde allein auf die „3000 Millionäre" übertragen und dabei der NS-Diskurs teilweise positiv aufgenommen. Grundsätzlich lag das Dokument auf der neuen Kominternlinie, die Kominternspitze ruderte zwar später, nicht zuletzt wegen der hier zum Ausdruck kommenden impliziten Versöhnungsabsicht nicht nur mit den nationalsozialistischen Arbeitern, sondern mit dem NS-System selbst (wie auch wegen der Kritik seitens einiger Mitglieder der KPD-Führung) wieder zurück, doch ähnliche Aufrufe wurden teilweise in noch stärkerem Duktus auch in anderen faschistischen oder korporatistischen Diktaturen von den dortigen kommunistischen Parteien, so in Portugal oder Italien, veröffentlicht. Was in Deutschland gemäß der neuen Sprachregelung die „nationalsozialistischen Massen" und die „Söhne des deutschen Volkes" waren, stellten in Italien die „Brüder in den schwarzen Hemden" (italienisch: „Fratelli in camicia nera") dar, die in nationalistischen Sprachpirouetten zum gemeinsamen Kampf mit den italienischen Kommunisten zur Verwirklichung des faschistischen Programms von 1919 aufgerufen wurden („Appello ai fratelli in camicia nera", August 1936. „Kämpfen wir für die Verwirklichung dieses Programms (...) Faschisten der alten Schule! Jugendliche Faschisten! Wir erklären hiermit, daß wir dazu bereit sind, mit Euch gemeinsam zu kämpfen (...)." „I comunisti fanno proprio il programma fascista del 1919, che è un programma di pace, di libertà, di difesa degli interessi dei lavoratori (...). Lottiamo uniti per la realizzazione di questo programma (...) Fascisti della vecchia guardi! Giovani fascisti! Noi proclamiamo che siamo disposti a combattere assieme a voi.", (http://www.alessandracolla.net/?p=105 (15.7.2013). Siehe auch Pietro Neglie: Fratelli in camicia nera. Comunisti e fascisti dal corporativismo alla CGIL. 1928–1948, Bologna, Il Mulino, 1996. S. 256; hierzu ausführlicher im Beitrag von Bayerlein in Bd. 1, S. 335ff.

Deutsches Volk![425]
Vier Jahre sind vergangen, seit Hitler erklärte: Deutsches Volk, gib mir vier Jahre Zeit! Ich will Deutschland zum Aufstieg und das deutsche Volk zum Wohlstand führen![426] - Vier Jahre hat das deutsche Volk hart gearbeitet und riesige Opfer gebracht. Viele Volksgenossen erwarteten daher, daß auf dem Nürnberger Parteitag[427] nunmehr ein Programm für das Wohlergehen des deutschen Volkes verkündet und daß der Grundsatz:

„*Gemeinnutz geht vor Eigennutz*"
zur Tat würde.

Hat Nürnberg dem deutschen Volke neue Wege gewiesen - Wege, die zum Wohlstand führen und den Frieden erhalten?

Die erste und wichtigste Voraussetzung für das Gedeihen unseres Landes ist die Erhaltung des Friedens. Ohne Frieden keine Wohlstand des Volkes. Ohne Frieden keine gesicherte Arbeit. Ohne Frieden kein Familienglück. Der Weltkrieg hat allen Siegern und Besiegten gelehrt: *Der Krieg ist der furchtbarste Feind des Volkes*, der Feind des Wohlstandes.

Hat Nürnberg dem deutschen Volke neue Wege gewiesen, die die Programmforderungen der NSDAP auf „*Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens*" verwirklichen, auf daß es dem Volke besser gehe?

Ist es wirklich notwendig, wie in Nürnberg gesagt wurde, daß es ohne weitere Opfer und Entbehrungen des Volkes nicht gehe?

Deutsche Arbeiter!
Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Die Fabriken arbeiten, die Schornsteine rauchen. Wir haben eine hochentwickelte Landwirtschaft. Der deutsche Arbeiter ist wegen seiner Qualitätsarbeit in der ganzen Welt bekannt. Gegenwärtig

---

425 Die Umstände der Veröffentlichung des Aufrufs sind bisher noch nicht eindeutig aufgearbeitet. Plausibel ist, dass es sich um die eigenmächtig von Ulbricht als hauptsächlichem Verfasser vorgenommene Veröffentlichung eines im Grundsatz von der Parteiführung beschlossenen und auf der Linie der Komintern liegenden Textes handelte. Zum nachfolgenden Herumlavieren der KPD- und der Kominternspitze in dieser Angelegenheit siehe Dok. 402 u.a. (hierzu auch: Langkau-Alex: Deutsche Volksfront, Bd. 2, S. 540ff.).

426 In einem per Rundfunk übertragenen „Aufruf an das deutsche Volk" sagte Hitler am 31.1.1933: „Die nationale Regierung wird das große Werk der Reorganisation der Wirtschaft unseres Volkes mit zwei großen Vierjahresplänen lösen: Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Ernährungs- und damit Lebensgrundlage der Nation. Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit. In 14 Jahren haben die Novemberparteien den deutschen Bauernstand ruiniert. In 14 Jahren haben sie eine Armee von Millionen Arbeitslosen geschaffen. Die nationale Regierung wird mit eiserner Entschlossenheit und zähester Ausdauer folgenden Plan verwirklichen: Binnen vier Jahren muß der deutsche Bauer der Verelendung entrissen sein. Binnen vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein." (Deutsche Geschichte in Dokumenten und Bildern, Deutsches Historisches Institut, Washington, Bd. 6, http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/pdf/deu/DEST_APPEAL1933_GER.pdf).

427 Der Parteitag der NSDAP wurde vom 8. bis 14.9.1936 in Nürnberg abgehalten.

steigen während der Konjunktur die Löhne in Frankreich, England, Amerika. Warum sollen da die Löhne bei uns in Deutschland so niedrig bleiben wie in der Krisenzeit?

Die Arbeitskraft ist unser wertvollstes Gut. Wäre es deshalb nicht recht und billig, daß *wir deutschen Arbeiter an den gewaltig gestiegenen Erträgnissen der Wirtschaft unseres Landes durch Erhöhung der Löhne teilnehmen?* Der Zweck der Wirtschaft soll doch das Wohl des Volkes sein.

Dr. Ley[428] *hat am 1. Mai 1935 die Einführung des gerechten Lohnes versprochen.*

In Nürnberg wurde erklärt, daß Deutschland gleichberechtigt unter den Völkern sei. Wäre es jetzt nicht erst recht die wahre Ehrung der Arbeit, eine Ehrung der Mühe und des Schweißes der deutschen Arbeiter, wenn nunmehr der gerechte Lohn in jedem Betrieb festgestellt und bezahlt würde? *Kann es einen Aufstieg Deutschlands geben, ohne daß die Arbeiter höhere Löhne bekommen?*

Aber statt dessen verschlechtern die Unternehmer auf Grund ihres Herr-im-Hause-Standpunktes die Löhne, drücken die Akkordsätze herab und sind so die alleinigen Nutznießer unserer Leistungssteigerung. Wie ist eine solche Handlungsweise zu vereinbaren mit dem Paragraphen des Arbeitsgesetzes, in dem es ausdrücklich heißt, daß die Ausnutzung der Arbeitskraft verhindert werden soll? In Nürnberg wurden die berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter mit dem Hinweis auf die Kosten der Rüstungen abgelehnt. *Wir deutschen Arbeiter wollen aber nicht den Krieg, sondern Frieden und höhere Löhne.*

Es wird Zeit, daß die Deutsche Arbeitsfront dafür eingesetzt wird, die Löhne der Arbeiter entsprechend der Leistungssteigerung und Teuerung zu erhöhen. *Sorgen wir alle gemeinsam dafür, daß nun endlich ein gerechter Lohn bezahlt wird!*

Volksgenossen!
Ohne ausreichende Ernährung ist eine gute Arbeit unmöglich. Unsere Frauen wissen, wie schwer es bei dem Lebensmittelmangel ist, ein nahrhaftes Essen für ihren schwerarbeitenden Mann auf den Tisch zu stellen. Die Lebensmittelversorgung ist das erste, was im Interesse der Arbeitskraft und der Volksgesundheit gesichert werden müßte.

Sind die jetzigen Ernährungsschwierigkeiten wirklich unvermeidlich?

Wir denken an das Jahr 1929. Damals war die Zahl der Beschäftigten noch größer, die Löhne waren höher, Deutschland hatte auch nicht mehr Raum als heute und mußte noch dazu Tribute zahlen - und dennoch fehlte damals kein Fleisch, kein Fett, keine Eier. *Notwendig ist daher, daß auch heute soviel Lebensmittel eingeführt werden wie früher!*

Muß das zur Verminderung der Rohstoffeinfuhr und damit zur Vermehrung der Erwerbslosigkeit in Deutschland führen? Keineswegs.

Was könnte geschehen?

Bei einer entschiedenen Friedenspolitik könnte an Stelle der riesigen unproduktiven Rüstungen, die eine besonders große Rohstoffeinfuhr erheischen, die Einfuhr von Lebensmitteln und solchen Rohstoffen erfolgen, die zur Produktion für den

428 Robert Ley war „Reichsführer“ der Deutschen Arbeitsfront (DAF), siehe Dok. 363.

Bedarf der Volksmassen und für Exportwaren verwendet werden. Wäre es nicht für unser Volk nützlicher, wenn statt Granaten Wohnungen gebaut würden? Fehlen nicht in Deutschland 1,6 Millionen Wohnungen, durch deren Bau friedliche Arbeit für Hunderttausende geschaffen werden könnte? Wäre nicht die Verbesserung des Lohnes der richtige Weg, um in Deutschland die Konjunktur wie in den anderen Ländern zu beleben, indem mehr Nahrung, mehr Kleidung, mehr Schuhe, mehr Möbel usw. gekauft werden könnten? Hätten nicht die Mittelständler durch diesen erhöhten Konsum den großen Vorteil eines wachsenden Umsatzes? Wenn man den Bauern wieder das Recht der freien Produktion und des Selbstmarkes gibt, werden auch wieder mehr Lebensmittel auf den Markt kommen. Wäre es nicht auch möglich, durch die Herstellung von freundschaftlichen Beziehungen zu den anderen Ländern den friedlichen Austausch deutscher Qualitätswaren gegen Rohstoffe und Lebensmittel zu erhöhen? Auf diesem Wege k[ö]nnten *Arbeit u n d ausreichende Ernährung* für unser Volk geschaffen werden.

Es gibt keinen Aufstieg des deutschen Volkes ohne ausreichende Ernährung. Wenn die oberen Zehntausend euch Volksgenossen sagen: „Ihr müßt euch einschränken, weil wir uns auf den Krieg vorbereiten müssen“ - dann gebt zur Antwort: *Wir wollen keinen Krieg, wir wollen genügen Fleisch und Fett, wir wollen den Frieden.*

Deutsche Bauern!
Euch wurden im Sofort-Programm der NSDAP von 1932 *gerechte Preise und Brechung der Zinsknechtschaft* zugesagt. Es hieß dort

„Hebung des landwirtschaftlichen Preisstandes, Ausschaltung ungerechter Verdienstspannen des Zwischenhandels, Herabsetzung der Zinslasten auf etwa die Hälfte des bisherigen Zinses.“

Außerdem wurden euch in jenem Programm Entschuldung und billige Betriebskredite in Aussicht gestellt. Wäre es nicht an der Zeit, das zu verwirklichen? Wir sollten alle innerhalb des Reichsnährstandes verlangen, daß diese Forderungen jetzt in die Tat umgesetzt und auf diese Weise die dringendsten Lebensinteressen der Bauernschaft gegen die Monopolherren und Bankiers befriedigt werden.

Und wie steht es mit den Steuern, deutsches Volk?

Prüfe du, deutscher Arbeiter, du, deutscher Mittelständler, du, deutscher Bauer, ob es heute nicht notwendiger denn je ist, den Programmpunkt 21 der NSDAP zu verwirklichen, der lautet:

„Durchgreifende Umgestaltung des Steuerwesens nach sozialen, volkswirtschaftlichen Grundsätzen. Befreiung der Verbraucher von der Last der indirekten Steuern sowie der Erzeuger von einengenden Steuern (Steuerverbesserung und Steuerbefreiung).“

Früher zahlte das Volk schon viel zu viel Steuern, aber jetzt, obwohl es keine Versailler Tributszahlungen mehr gibt, sind die Steuerlasten noch größer geworden. *In den letzten drei Jahren ist der Anteil der Massensteuern am Gesamtsteueraufkommen von Dreifünftel auf Dreiviertel gestiegen.*

Wo bleibt da die Steuergerechtigkeit?

Der Fleischermeister Hintze muß sein Geschäft zusperren, da er nicht mehr die Umsatzsteuer, Einkommenssteuer, die Bürgersteuer und die anderen vielen Abgaben zahlen kann. Aber die Krupp, Thyssen, Siemens, Hösch,[429] Springorum,[430] Poensgen[431] und die Bankiers häufen in ihrem hemmungslosen Egoismus zur selben Zeit *neue Millionen* aus riesigen Rüstungsgewinnen an. Wie verträgt sich das mit dem Punkt 16 im Programm der NSDAP?

„Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung."

Sollte nicht endlich in den Innungen *beraten* werden, wie diese Forderung verwirklicht werden kann? Denn

wie kann es einen Aufstieg Deutschlands geben, wenn der kleine Mann von schweren Steuern niedergedrückt wird?

Wenn das anders werden soll, dann müßte fest gegen die Großverdiener zugefaßt werden. Sie sind auch die neuen Kriegsgewinnler. Sie profitieren in der Zeit der allgemeinen Entbehrung und Opfer gewaltig an der Aufrüstung. Ist es daher nicht notwendig, daß auf sie der Punkt des NSDAP-Programmes

Beschlagnahme der Kriegsgewinne

jetzt angewendet wird? Ist es nicht im höchsten nationalen Interesse, daß die eigennützigen Reichen zum Gemeinnutz des Volkes zahlen müssen und damit die Steuerlasten für den Mittelstand, die Bauern und die Arbeiter fühlbar erleichtert werden? Das würde dem Antrag der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion vom 14. Oktober 1930 entsprechen, in dem es u. a. heißt:

„Der Reichstag wolle beschließen: das gesamte Vermögen der Bank- und Börsenfürsten […], ferner der seit diesem Tage durch Kriegs-, Revolutions-, Inflations- oder Deflationsgewinne erworbene Vermögenszuwachs wird zum Wohle der Allgemeinheit entschädigungslos enteignet. Alle Banken, einschließlich der sogenannten Reichsbank, sind ungesäumt in den staatlichen Besitz zu überführen."

Wenn die Herren Krupp und Thyssen samt den anderen Industrie-, Bank- und Börsenfürsten sagen: „Ihr müßt Steuern zahlen, damit noch mehr gerüstet werden kann!" - dann antworten wir: *Wir wollen weniger Steuern zahlen, denn wir sind für den Frieden.*

Die Reichen sollen zahlen.

Deutsches Volk!

Wir alle wollen Wohlstand und Frieden, aber dunkle Kräfte sind am Werk, um Deutschland in einen neuen Krieg hineinzutreiben. Es sind dieselben Kräfte, die uns schon 1914 ins Unglück getrieben und die selber den Krieg gesund und reich überlebt haben. Sie haben Deutschland schon einmal in die Katastrophe gehetzt, - nun spielen sie wieder ihr altes schmutziges Spiel mit den Volksinteressen, mit der nationalen Existenz Deutschlands.

---

429 Hoesch AG: Neben Krupp und Thyssen das bedeutendste Stahlunternehmen im Ruhrgebiet.

430 Fritz Springorum (1886–1942) war Generaldirektor des Dortmunder Stahlunternehmens Hoesch AG und zählte 1933 zu den prominenten NSDAP-Unterstützern unter den Industriellen.

431 Poensgen: Düsseldorfer Stahlunternehmen.

Ein neuer Krieg wäre das furchtbarste Unglück, das unser Land treffen könnte.

Fliegerbomben und Giftgas würden ihr fürchterliches Vernichtungswerk in unseren Städten vollführen. Mit unbarmherziger Hand würde der Tod in alle Familien greifen. Hunger mit Dörrgemüse, Rübenmarmelade und Brennesselsalat als Nahrungs-Ersatz würde wieder bei uns Gast sein.

Die anderen Völker hassen den Krieg, genau wie wir. Auch sie haben aus dem Weltkrieg gelernt, daß ein sogenannter Sieg nur Wirtschaftskrise, Schulden, Arbeitslosigkeit, Zerrüttung bedeutet. Auch die anderen Völker haben gelernt, daß es im Krieg nur *einen* Sieger gibt: die Millionäre, die Rüstungsgewinnler, die Giftgas- und Kanonenkönige. Wir wollen doch nicht unsere Hände nach fremdem Boden ausstrecken. Wir wollen im eigenen Lande den Großverdienern, den Zitzewitzen die Möglichkeit nehmen, den deutschen Lebensraum für ihre egoistischen Profitinteressen auszunützen.[432]

Das französische Volk, das sich eine Volksfrontregierung geschaffen hat, die Völker der Sowjetunion, die ihr Land in Frieden weiter entwickeln und aufbauen wollen, - sie alle wollen mit dem deutschen Volk in Eintracht leben. Welche Unterschiede auch gegenwärtig in den Regierungssystemen der Länder sind, - der Friede ist das Lebensinteresse *aller* Völker.

Was könnte Deutschland tun, um den Frieden zu sichern?

Wie könnte es das bestehende Mißtrauen zwischen Deutschland und den anderen Staaten überwinden helfen? Ein gewaltiger Schritt im Interesse des Friedens wäre es, wenn Deutschland heute allen Völkern, Frankreich, der Tschechoslowakei, der Sowjetunion u. a. erklären würde:

„Wir wollen nicht ein Stück fremden Bodens. Wir respektieren die Unabhängigkeit und Sicherheit jedes anderen Volkes, so wie wir wollen, daß unsere Unabhängigkeit und unsere Grenzen respektiert werden. Wir sind bereit, uns mit allen Völkern zu einem Bündnis des Friedens zusammenzuschließen."

Würden alle Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront, der Innungen, des Reichsnährstandes und der Reichskulturkammer in diesem Sinne laut und deutlich ihren Friedenswillen bekunden, - wer könnte da noch in der Welt an dem Friedenswillen des deutschen Volkes zweifeln? Welchen gewaltigen Einfluß könnte heute Deutschland in der Welt ausüben, wenn es seine Kraft für die friedliche Verständigung *aller* Völker einsetzen würde!

Eine solche Politik würde den Ausbau der friedlichen Handelsbeziehungen mit Frankreich, mit der Sowjetunion, mit Amerika, mit England, mit der Tschechoslowakei und vielen anderen Ländern fördern. Eine solche Politik würde überflüssig machen, immer neue Milliarden in den Aufbau der Ersatzmittel-Industrie zu stecken, die künstlichen Produkte zum drei- bis zehnfachen Preis der natürlichen Rohstoffe erzeugt und damit die allgemeine Preissteigerung antreibt.

432 Zitzewitze: Adelsynastie aus Pommern, Rittergutsbesitzer, deren politisch aktive Mitglieder wie Friedrich und Georg von Zitzewitz in der Weimarer Republik der rechten Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) angehörten.

Erinnern wir uns, daß die Sowjetunion dem deutschen Volke ein starker Verbündeter war, als Deutschland einst durch den Versailler Vertrag völlig isoliert in der Welt dastand! Die Sowjetunion war der *einzige* Staat, der den Versailler Vertrag nicht anerkannte, durch die Verträge von Rapallo und Berlin Deutschland stärkte und durch Milliardenaufträge in früheren Jahren vielen Hunderttausenden deutscher Arbeiter friedliche Beschäftigung gab. Wer könnte wagen, Deutschland anzugreifen, wenn es ein enges Freundschaftsbündnis mit der mächtigen Sowjetunion haben würde?

Wer verhindert eine solche Friedenspolitik in Deutschland?

Es sind dieselben reaktionären Kräfte, die den Lohn drücken und das Steuerunrecht schützen. Es sind dieselben Kräfte, die dem Volke alles vorenthalten, was es braucht. Es sind die *Rüstungsgewinnler, die am letzten Krieg verdient haben und hoffen, am nächsten Krieg zu verdienen*. Es sind die oberen Zehntausend, die nach Eroberung fremder Gebiete und nach militärischen Lorbeeren dürsten. *Es sind die 3000 Millionäre und jene reaktionären Kräfte, die ihre Geschäfte besorgen.*

Es sind die oberen Zehntausend, die in ihrer maßlosen Profitgier den *Kreuzzug* gegen alle friedens- und freiheitsliebenden Kräfte in der Welt unternehmen wollen. Sie sind *das alte Unglück Deutschlands*. Unter dem Kaiser Wilhelm nannten sie sich Monarchisten, unter Ebert spazierten sie als Republikaner herum und jetzt nennen sie sich „Pgs".[433] Es sind die Krupp, Thyssen, IG-Farben, Springorum, Siemens, Flick, Blohm u. a., die alten Fürsten, Großagrarier, die reaktionären Generäle und die ganze hauchdünne Schicht der oberen Zehntausend. Es ist jene Schicht, die *immer oben blieb*, wie das Rad sich auch gedreht hat. Ob Krieg oder Inflation, Reparation oder Aufrüstung, - sie haben immer profitiert! Je schlechter es dem deutschen Volke ging, desto bessere Geschäfte machten sie, desto gefährlicher ihre Arbeit hinter den Kulissen gegen das Wohl des Volkes.

Die *3000 Millionäre* mit dem alten Reaktionär Schacht an der Spitze, der im Jahre 1924 den Dawes-Tribut-Plan mitunterzeichnet hat, haben bisher rücksichtslos ihre Vorrechte durchgesetzt.

Die *3000 Millionäre* haben Deutschland schon einmal in die Niederlage getrieben.

Die *3000 Millionäre* sind wieder an einem neuen Krieg interessiert, weil sie Milliarden an den Rüstungen verdienen.

Die *3000 Millionäre* wollen die Löhne niedrig halten, denn desto höher ist dann ihr Profit.

Die *3000 Millionäre* wollen keine hohen Steuern zahlen, denn umso mehr muß dann das Volk bezahlen. Diese 3000 Millionäre sind daran interessiert, daß niemand den Mund auftut, um ihr dunkles Treiben zu enthüllen.

Die *3000 Millionäre* sind Gegner der Ordnung und Sauberkeit in Deutschland, denn ihre korrupten Interessenvertreter in den Ämtern sind solche Leute wie Kube, die das Volksvermögen für ihren persönlichen Vorteil verludern.[434]

433 „Pgs.": Abkürzung für „Parteigenossen" (der NSDAP).

434 Wilhelm Kube (1887–1943, durch das Bombenattentat einer sowjetischen Partisanin), NSDAP-Funktionär, SS-Gruppenführer, 1933–1936 Oberpräsident von Brandenburg-Berlin und Posen-

Die *3000 Millionäre* verteilen die öffentlichen Aufträge unter sich und treiben den Mittelstand in den Ruin.

Die *3000 Millionäre* spielen eine Schicht des Volkes gegen die andere aus, denn umso besser können sie dann oben bleiben und ihre Profite machen. Diese Reaktionäre sind gegen die Volksrechte, gegen die freie Meinungsäußerung des Volkes. In ihrem Interesse werden deutsche Volksgenossen, Arbeiter, Mittelständler, Bauern in Gefängnisse und Konzentrationslager gesperrt. In ihrem Interesse wird die Gewissensfreiheit unterdrückt und werden die Rechte der christlichen Organisationen beseitigt. Wurde nicht dadurch der Name Deutschlands in der Welt aufs schwerste geschädigt?

Muß das alles so sein, deutsches Volk?

Wir können das ändern, alle zusammen. Welch eine Macht sind die Millionen des Volkes gegen die dünne Schicht der 3000 Millionäre!

Wollen wir uns alle wieder versöhnen, damit des Volkes Wille oberstes Gesetz wird und nicht der Wille von 3000 Millionären

Du, Nationalsozialist, du, Sozialdemokrat, du, Katholik, du, Kommunist, du, Arbeiter, du, Bauer, du, Handwerker, du, Wissenschaftler - haben wir alle, Söhne des deutschen Volkes, nicht die gleiche Sehnsucht nach einem Leben in Friede, Freude und Wohlstand? Haben wir heute nicht gleich alle die gleichen Nöte?

Schließen wir treue Kameradschaft zur Verteidigung unserer Lebensinteressen und des Friedens, zur Verteidigung Deutschlands gegen die raffende Oberschicht von 3000 Millionären!

Nationalsozialistische und nichtnationalsozialistische Werktätige haben sich in der Vergangenheit hart bekämpft. Nationalsozialistische Volksgenossen, ihr habt geglaubt, daß der deutsche Sozialismus auf diesem Wege erkämpft werden würde. Vier Jahre sind vergangen. Was wurde von euerm Programm erfüllt? Was ist die *Ursache*, warum ach so viele Versprechungen *nicht* erfüllt wurden? Es ist die Macht der alten Reaktionäre, der Herren Industrie-, Bank- und Börsenfürsten, der Herren von A[h]r und Halm,[435] die dem Volke nehmen, was des Volkes ist. Sie sind die Nutznießer der Zersplitterung des Volkes, des gegenseitigen Kampfes nationalsozialistischer und nichtnationalsozialistischer Werktätiger.

Reichen wir einander brüderlich die Hände zur Versöhnung!

Im Kampfe gegen die 3000 Millionäre wirst du, deutsches Volk, erfolgreich sein, wenn du gegen diese kapitalistischen Despoten das Freiheitswort unseres großen deutschen Dichters Friedrich Schiller aus dem „Tell“: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern ...!“ wahr machst. Wenn du die wahre Kameradschaft herstellst.

Westpreußen. 1936 wurde Kube, der als äußerst korrupt galt, aller Staats- und Parteiämter enthoben, es wurden mehrere Strafverfahren gegen ihn eröffnet. Später SS-Verantwortlicher im KZ Dachau, in Weißrussland u.a. für die Brutalitäten gegen die Zivilbevölkerung verantwortlich.

435 *Ahr und Halm*: Nach dem Motto „Für Ahr und Halm“ des 1893 gegründeten Bundes der Landwirte als Vertretung der ostelbischen Junker.

Kameradschaft im Betrieb, Kameradschaft in der Deutschen Arbeitsfront, damit die Arbeitsfront die Interessen der Arbeiter vertritt gegen die Millionäre. Kameradschaft in den Innungen, damit die Innungen die Interessen des Mittelstandes vertreten gegen die Monopolherren. Kameradschaft im Reichsnährstand, damit der Reichsnährstand die Interessen der Bauern vertritt gegen die Junker und ihren teuern Beamtenapparat. Kameradschaft in der Reichskulturkammer, damit die wahre Kultur des Volkes und die Freiheit der Forschung und Wissenschaft sich durchsetzt gegen das Dunkelmännertum. Wahre wissenschaftliche Leistung ist ohne innere Freiheit des Wissenschaftlers nicht möglich. Kameradschaft in den Gemeinden, um das Recht der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung durchzusetzen. Kameradschaft für Recht und gerechte Ordnung, ohne die das Volk nicht atmen kann.

Volksgenossen!
Wir deutschen Kommunisten sind die Partei des Volkes. Wir haben keine anderen Interessen als das schaffende deutsche Volk. Wir wollen nichts anderes als den Wohlstand unseres Volkes und den friedlichen Aufstieg unseres Landes. Wir lieben unsere Heimat. Wir lieben unsere Jugend. Darum wollen wir nicht, daß sie, die Blüte unserer Nation, als Kanonenfutter verblutet.

Wir wollen, daß unsere Heimat stark und glücklich durch den Frieden wird und nicht unglücklich durch einen Krieg.

Das Volk soll *selbst entscheiden*, welches die besten Wege zur Erhaltung des Friedens sind. Wir Kommunisten sagen euch allen: Ohne den Kampf gegen die Millionäre kann es keinen gesicherten Frieden, keine soziale Gerechtigkeit und auch nicht einen Schritt zum Sozialismus geben!

Daher führen wir unseren alten Kampf gegen die alten Verderber Deutschlands, der in Wahrheit ein Kampf für Deutschland ist.

Für Deutschland - das heißt: alles für die Erhaltung des Friedens!

Für Deutschland - das heißt: alles für den Aufstieg und Wohlstand des Volkes!

Für Deutschland - das heißt: für Ordnung und Sauberkeit im Lande!

Für Deutschland - das heißt: Volksrechte gegen die reaktionären Vorrechte der Millionäre!

Für Deutschland - das heißt: Versöhnung des Volkes gegen die Macht der 3000 Millionäre, gegen die Herrschaft der oberen Zehntausend!

Für Frieden, Freiheit, Wohlstand!

Für eine glückliche Zukunft des deutschen Volkes!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Berlin, Oktober 1936.[436]

436 Die Ortsangabe „Berlin“ ist fiktiv.

Dok. 396

Bohumír Šmeral über seinen Komintern-Auftrag in Paris zur Abwicklung der Münzenberg-Verlage und Organisationen

Paris, 17.12.1936

Autograph in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/24, 1–2. Erstveröffentlichung.

Liebe Freunde! […]

2. Ich bin von Euch am 10/12 abgereist, bin über Stockholm am /12[437] angekommen. Am nächsten Tage habe ich *erste Besprechung mit Willi [Münzenberg] gehabt*. Er rechnet mit seiner und seiner Frau Abfahrt zu Euch. Er zeigte selbst, dass er versprach schon Ende November die Reise anzutreten, dies sei aber wegen den schon laufenden Arbeiten nicht möglich gewesen. Er fühle sich müde, wolle noch einen kurzen Urlaub, wahrscheinlich 10 Tage, hier verbringen (er hat schon ein Zimmer bei Meer gemietet), er werde mir alles freundschaftlich übergeben.[438] Bei dieser Besprechung habe ich den Eindruck gehabt, *dass er ungefähr Mitte Jänner fahren koennte*. Bei der Abreise wollte er Euch telegraphieren, dass seiner Meinung nach durch diese Reise seine Arbeit im Westen für sehr lange Zeit unmöglich wird. Bei seiner letzten Abwesenheit bei Euch stand über ihn in der hiesigen Presse, dass er in M[oskau] verhaftet ist. Solche Kampagne wird sich seiner Meinung nach wahrscheinlich wiederholen. Ich habe die Meinung ausgesprochen, es sei nicht zweckmäßig dieses zu telegraphieren, er koenne das nach Ankunft bei Euch mündlich sagen. Nach kurzer Überlegung hat Willi erklärt, dass er meinen Standpunkt für richtig hält. Eben heute hat Willi begonnen mich über die hiesige Lage dadurch [zu] informieren, dass er mir […] ausführliche Informationen über die in allen von ihm geleiteten oder koordinierten Organen *angestellten Menschen* gab. Dabei hat er schon die Resultate der letzten *Prüfung der hiesigen Kader* berücksichtigt. Ich werde Euch wahrscheinlich bald über einige Änderungen informieren, die hier inbezug von Verwendung von einzelnen Personen notwendig werden. […]



Am 28.12.1936 verabschiedete das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion eine Erklärung zum spanischen Bürgerkrieg, wonach beide Seiten auf „unspanische Elemente" in ihren Reihen verzichten sollten. In erster Linie zielte die Erklärung auf die italienischen und deutschen Freiwilligen auf Seiten Francos ab, richtete sich jedoch potentiell auch gegen die Internationalen Brigaden.[439]

---

437 Die erste Zahl ist unleserlich.
438 Mit „freundschaftlicher Übergabe" sind die von Münzenberg geleiteten Verlage und (Solidaritäts-) Organisationen gemeint, einschliesslich der darin angestellten Personen. Ulbricht bestätigte später, dass es darum ging, Münzenbergs „internationalen Verbindungsapparat" zu liquidieren (Dok. 446).
439 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 153–154.

Drei Tage später, am 31.12.1936, beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, Lebensmittel an Katalonien zu verkaufen. Zusätzlich sollten aus den „von den Werktätigen der UdSSR gesammelten" Spendengeldern Lebensmittel nach Spanien geliefert werden.[440]

---

440 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 156.

1937



Am 3.1.1937 verfügte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, dass der Moskauer Stadtsowjet dem Volkskommissariat für Verteidigung ein Kinderheim für 80–100 Spanienkinder zu Verfügung stellen sollte. Diese Anzahl von Kindern (und nicht mehr) sollte in Spanien ausgewählt werden.[1]

Dok. 397

Aus der Mitschrift des Gesprächs Stalins mit Lion Feuchtwanger über die Sowjetunion und die laufenden Schauprozesse

Moskau, 8.1.1937

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/820, 3–22. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Maksimenkov: Bol'šaja cenzura, S. 444–460.

Übersetzung

NIEDERSCHRIFT DES GESPRÄCHS DES GENOSSEN STALIN

MIT DEM DEUTSCHEN SCHRIFTSTELLER LION FEUCHTWANGER[2]

8. Januar 1937. […][3]

FEUCHTWANGER: Über den Prozess gegen Sinowjew u.a. wurde ein Protokoll veröffentlicht. Dieser Bericht baute vor allem auf den Geständnissen der Angeklagten auf. Zweifellos gibt es doch auch andere Materialien zu diesem Prozess. Könnte man diese nicht ebenfalls veröffentlichen?

---

1 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 158.

2 Lion Feuchtwanger hielt sich von November 1936 bis zum 6.2.1937 in der Sowjetunion auf, wo er auch den Zweiten Moskauer Schauprozess gegen Georgij Pjatakov, Karl Radek, Grigorij Sokol'nikov, Nikolaj Muralov u.a. beiwohnte. Sein auf Erlebnissen dieser Reise fußendes und gegen Kritiker des Terrors wie André Gide gerichtetes Buch „Moskau 1937" (Erstausgabe: Amsterdam, Querido, 1937) war eine Bejahung des Stalinismus und stellte die Schuld der angeklagten ehemaligen Oppositionellen nicht in Frage. Zur Reise Feuchtwangers in der Sowjetunion siehe Anne Hartmann: Lion Feuchtwanger. Zurück aus Sowjetrussland. Selbstzensur eines Reiseberichts. In: *Exil. Forschung, Erkenntnisse, Ergebnisse* 29 (2009), H. 1, S. 16–40.

3 In seinem veröffentlichten Reisebericht hielt Feuchtwanger über die Bedingungen dieses Gesprächs fest, daß eine Themenwahl vorab nicht vereinbart gewesen sei. „Ich hatte mir keinerlei Gesprächsthemen zurechtgelegt, ich wollte es dem Eindruck des Mannes und der Stunde überlassen, worüber ich reden würde." Das Gespräch sei zunächst sehr „offiziell" und zurückhaltend verlaufen, nach und nach jedoch wurde Stalin „wärmer, und bald erkannte ich, daß ich mit diesem Mann freimütig reden könnte." (Lion Feuchtwanger: Moskau 1937. Ein Reisebericht für meine Freunde. Mit Auszügen aus Feuchtwangers KGB-Akte, Berlin, Aufbau Taschenbuch Verlag, 1993, S. 82).

STALIN: Welche Materialien?
FEUCHTWANGER: Die Ergebnisse der Voruntersuchung. Alles, was ihre Schuld beweist, abgesehen von ihren Geständnissen.
STALIN: Es gibt unter den Juristen zwei Schulen. Die eine ist der Meinung, dass das Geständnis der Angeklagten den bedeutendsten Beweis seiner Schuld darstellt. Die angelsächsische juristische Schule meint, dass Sachbeweise – Messer, Revolver usw. – zur Feststellung der am Verbrechen Schuldigen nicht genügen. Das Geständnis der Angeklagten hat eine größere Bedeutung.

Es gibt die deutsche Schule, sie gibt den Sachbeweisen den Vorzug, doch auch sie misst den Geständnissen der Angeklagten das nötige Gewicht bei. Unbegreiflich, warum sich einige Leute und Literaten im Ausland nicht mit dem Geständnis der Angeklagten zufrieden geben. Kirov wurde ermordet – das ist eine Tatsache. Sinowjew, Kamenev, Trotzki waren nicht vor Ort. Doch die Leute, die dieses Verbrechen begangen haben, haben auf sie als die Anstifter gewiesen. Trotzki, Sinowjew, Kamenev u.a., sie sind alle erfahrene Verschwörer. In solchen Angelegenheiten hinterlassen sie keine Dokumente. Sie wurden von ihren eigenen Leuten bei Gegenüberstellungen entlarvt, dann mussten sie ihre Schuld eingestehen. [...] Es wird behauptet, dass sie Geständnisse ablegen, weil den Angeklagten die Freilassung versprochen wurde. Das ist Quatsch. Das sind alles erfahrene Leute, sie verstehen bestens, was es bedeutet, gegen sich selbst auszusagen, welche Konsequenzen ein Geständnis solcher Verbrechen hat. Bald wird der Prozess gegen Pjatakov u.a. stattfinden.[4] Sie würden viel Interessantes erfahren, wenn Sie bei diesem Prozess anwesend sein könnten.[5]
FEUCHTWANGER: Ich habe ein Theaterstück geschrieben, das in Indien spielt, und in dem gezeigt wird, wie Lord Hastings einen Gegner, der tatsächlich einen Staatsstreich herbeiführen wollte, nicht dieses, sondern eines völlig anderen Verbrechens beschuldigte.[6]

Kritiker im Ausland (nicht ich) sagen, dass sie die Psychologie der Angeklagten nicht verstehen, warum sie nicht ihre Ansichten verteidigen, sondern Geständnisse ablegen.
STALIN: Erste Frage – warum sind sie so tief gefallen? Man muss sagen, dass all diese Leute – Sinowjew, Kamenev, Trotzki, Radek, Smirnov u.a. – sie alle haben, als Lenin noch lebte, den Kampf gegen ihn geführt. Jetzt, nach Lenins Tod, nennen sie sich Bolschewiki-Leninisten, und als Lenin noch lebte, haben sie gegen ihn gekämpft. [...]

Warum sie ihre Verbrechen gestehen? Weil sie nicht mehr an die Richtigkeit ihrer Position glauben, sie sehen allerorten Erfolge. Sie wollen wenigstens vor dem Tod

4 Der Prozess gegen Pjatakov und andere fand vom 23. – 30.1.1937 statt. Siehe hierzu Dok. 400.
5 In der unkorrigierten Fassung des Gesprächsprotokolls wurde der parteilose Feuchtwanger an dieser Stelle als „Genosse" tituliert (Maksimenkov: Bol'šaja cenzura, S. 459). Am 22.1.1937 beschloss das Politbüro, Feuchtwanger gemeinsam mit dem dänischen Schriftsteller Martin Andersen Nexö am Prozess teilnehmen zu lassen (RGASPI, Moskau, 17/162/20, 166).
6 Gemeint ist das Stück „Kalkutta, 4. Mai", das Feuchtwanger zusammen mit Bertolt Brecht geschrieben hatte (Kalkutta, 4. Mai. Drei Akte Kolonialgeschichte, Berlin, Drei Masken Verlag, 1925).

oder vor dem Urteil dem Volk die Wahrheit sagen. Wenigstens eine gute Tat vollbringen – dem Volk helfen, die Wahrheit zu erfahren. Diese Leute haben ihre alten Überzeugungen fallen gelassen. Sie haben neue Überzeugungen.[7] Sie denken, dass man in unserem Land den Sozialismus nicht aufbauen kann. Dass das eine verlorene Sache sei.

Sie denken, dass ganz Europa vom Faschismus erfasst wird, und wir, die sowjetischen Menschen, untergehen werden. Damit die Anhänger Trotzkis nicht gemeinsam mit uns untergehen, müssen sie mit den stärksten unter den faschistischen Mächten Vereinbarungen treffen, um ihre Kader und die Macht, die sie mit Einverständnis der faschistischen Staaten erhalten, zu retten. Ich gebe das wieder, was Radek und Pjatakov heute unumwunden sagen. Sie haben Deutschland und Japan als die stärksten faschistischen Staaten eingeschätzt. Sie haben mit Gas[8] in Berlin und mit dem japanischen Vertreter in Berlin Gespräche geführt. Sie kamen zu dem Schluss, dass die Macht, die sie als Ergebnis der Niederlage der UdSSR im Krieg übertragen bekommen, dem Kapitalismus Zugeständnisse machen muss: Deutschland das Territorium der Ukraine oder einen Teil davon abzutreten, Japan – den Fernen Osten oder einen Teil davon, dem deutschen Kapital einen breiten Zugang zum europäischen Teil der UdSSR, dem japanischen – zum asiatischen Teil, Konzessionen zu erteilen; die Kolchosen aufzulösen und der „privaten Initiative", wie sie es nennen, freie Bahn zu verschaffen; den Umfang des Schutzes der Industrie durch den Staat einzuschränken. Einen Teil davon an Konzessionäre abzugeben. Das sind die Bedingungen der Vereinbarung, das sagen sie aus. Sie „rechtfertigen" ein solches Abrücken vom Sozialismus damit, dass der Faschismus ohnehin siegen werde, und diese „Zugeständnisse" sollen das Maximum dessen, was übrig bleibt, erhalten. Mit einer solchen „Konzeption" wollen sie ihre Tätigkeit rechtfertigen. Eine idiotische Konzeption. Ihre „Konzeption" ist von der Panik angesichts des Faschismus inspiriert.

Jetzt, da sie alles durchdacht haben, halten sie all dies für falsch und wollen vor dem Urteil alles aussagen und aufdecken.

FEUCHTWANGER: Meinen Sie nicht, dass wenn sie derart idiotische Konzeptionen vertreten, man sie eher in ein Irrenhaus stecken sollte, anstatt sie auf die Anklagebank zu setzen?

STALIN: Nein. Es gibt nicht wenige Leute, die sagen, dass der Faschismus alles erobern werde. Gegen diese Leute muss man vorgehen. Immer schon waren sie Panik-

---

7 *Sie haben neue Überzeugungen*: So im Text. Das „Neue" soll sich wohl nicht auf die „Läuterung" der Angeklagten vor dem Tod beziehen, sondern auf die neue im Verhältnis zu ihrer alten revolutionären Überzeugung. Stalin sprach hier äußerst wirr, möglicherweise hatte er nicht damit gerechnet, dass Feuchtwanger solche Fragen stellen würde. Letzterer schrieb in seinem Reisebericht über Stalins Art zu sprechen: „Stalin spricht unverziert und weiß auch komplizierte Gedanken schlicht auszudrücken. Manchmal spricht er allzu schlicht [...]. Er hat vielleicht keinen Witz, aber sicherlich hat er Humor; es kommt vor, dass sein Humor gefährlich wird. Ab und zu lacht er ein leises, dumpfiges, verschlagenes Lachen." (Feuchtwanger: Moskau 1937, S. 82–83).

8 „Gas", so im Text. Gemeint ist wohl Rudolf Heß.

macher. Sie hatten Angst, als wir im Oktober die Macht an uns genommen haben, zu Zeiten von Brest[-Litovsk], während der Kollektivierung. Nun haben sie Angst vor dem Faschismus.

Der Faschismus ist Quatsch, eine zeitweilige Erscheinung. Sie sind in Panik verfallen und aus diesem Grund kreieren sie solche „Konzeptionen". Sie sind für die Niederlage der UdSSR im Krieg gegen Hitler und die Japaner. Eben aus diesem Grunde, als Anhänger einer Niederlage der UdSSR, haben sie die Aufmerksamkeit der Hitlerleute und der Japaner auf sich gezogen, denen sie Informationen über jede Explosion, über jede Schädlingstat übermitteln.[9]

FEUCHTWANGER: Um zum vergangenen Prozess zurückzukommen, so will ich anführen, dass einige darüber verwundert sind, dass nicht einer, zwei, drei, vier, sondern alle Angeklagten ihre Schuld eingestanden haben.

STALIN: Wie geht so etwas konkret vonstatten? Sinowjew wird beschuldigt. Er streitet ab. Man nimmt eine Gegenüberstellung mit seinen ertappten und überführten Anhängern vor. Der erste, der zweite, der dritte, sie überführen ihn. Dann ist er letztendlich gezwungen, zu gestehen, da er bei Gegenüberstellungen mit seinen Anhängern überführt wurde.

FEUCHTWANGER: Ich bin selbst davon überzeugt, dass sie tatsächlich einen Staatsstreich ausführen wollten. Doch hier wird zu viel bewiesen. Wäre es nicht überzeugender, wenn man weniger beweisen würde?

STALIN: Es handelt sich nicht um ganz gewöhnliche Verbrecher. Sie besitzen noch so etwas wie ein Gewissen. Nehmen Sie Radek. Wir haben ihm geglaubt. Sinowjew und Kamenev hatten ihn längst angeschwärzt. Aber wir haben ihn nicht angerührt. Wir hatten keine weiteren Aussagen, und was Kamenev und Sinowjew angeht, konnte man davon ausgehen, dass sie absichtlich Leute anschwärzen. Doch einige Zeit später haben neue Leute, zwei Dutzend aus den unteren Rängen, die teils verhaftet wurden, teils freiwillig ausgesagt haben, ein Bild vom Umfang der Schuld Radeks gezeichnet. Er musste verhaftet werden. Zunächst hat er alles hartnäckig abgestritten, hat einige Briefe geschrieben, in denen er behauptete, er sei rein. Vor einem Monat hat er einen langen Brief geschrieben, in dem er erneut seine Unschuld beteuerte. Doch dieser Brief hat anscheinend nicht einmal ihn selbst überzeugt, und einen Tag später gestand er seine Verbrechen und sagte vieles aus, was wir selbst nicht wussten.[10] Wenn man sie fragt, warum sie gestanden haben, so ist die allgemeine Antwort:

9 *„Der Faschismus ist Quatsch":* Über Stalins frappierende Einschätzung des Faschismus lässt sich Feuchtwanger in „Moskau 1937" denkbar knapp aus. Dort heißt es lediglich: „Er sprach von der Panik, in welche Leute, die nicht zu Ende denken könnten, die faschistische Gefahr versetze." (Feuchtwanger: Moskau 1937, S. 83).

10 Radeks Geständnis, in dem er zur Zufriedenheit der NKVD-Beamten auch den Part der Anklage, den eines „fiktiven Komplotts" zu Papier brachte und die Hauptanklagepunkte, die Zusammenarbeit mit Deutschland und Japan selbst formulierte, war angesichts der Tatsache ein wichtiger Erfolg für Stalin, daß von den 89 alten Bolschewiki, die in die drei Prozesse involviert wurden, nur sechs im Prozess erschienen oder gestanden (Fayet: Karl Radek, S. 702ff., S. 705, zit. Nach Pierre Broué:

„Wir haben genug, unser Glaube an die Richtigkeit unserer Sache ist dahin, man kann nicht gegen das Volk – diesen Ozean – vorgehen. Wir wollen vor unserem Tode dazu beitragen, die Wahrheit aufzudecken, damit wir keine verfluchten Judasse werden."

Das sind keine gewöhnlichen Verbrecher, keine Diebe, sie haben noch so etwas wie ein Gewissen. Schließlich hat Judas, nachdem er Verrat begangen hatte, sich anschließend erhängt.
FEUCHTWANGER: Das mit Judas ist eine Legende.
STALIN: Das ist keine einfache Legende. In diese Legende hat das jüdische Volk seine große Volksweisheit hineingelegt.[11]

Dok. 398

Brief von Johannes R. Becher und Sándor Barta an den Sekretär des sowjetischen Schriftstellerverbands über das drohende Ende der Verlagsgenossenschaft Ausländischer Arbeiter in der Sowjetunion

[Moskau], 9.1.1937

Typoskript in russischer Sprache. RGALI, Moskau, 631/12/145, 33–34. Erstveröffentlichung.

An den Sekretär des Verbands der Sow[jetischen] Schriftsteller[12]
Gen. Kirpotin.[13]

Wie wir von Gen. Krebs [d.i. Michail Kreps] erfahren haben, schlägt der Verlag Ausländischer Arbeiter[14] vor, im laufenden Jahr die Verlegung literarischer Werke einzu-

---

Entretien avec Vratchev. In: *Cahiers Léon Trotsky*, no 46, 1991, S. 3–12, hier S. 7). Tatsächlich ging es dabei um einen Handel Stalins mit Radek um sein Leben. Feuchtwanger hielt dazu in „Moskau 1937" fest: „Schließlich sprach er von Radek, dem Schriftsteller, dem Populärsten unter den Männern des zweiten Trotzkistenprozesses, mit Bitterkeit und bewegt. Erzählte von seinen freundschaftlichen Beziehungen zu diesem Mann. [...] Er erzählte von einem langen Brief, den Radek ihm geschrieben und in dem er seine Unschuld mit vielen schlechten Gründen beteuert habe." (Feuchtwanger: Moskau 1937, S. 83). Radek, der beste Deutschlandkenner der Komintern und der VKP(b) wurde so im Prozess nicht zu Tode verurteilt, später jedoch im Lager erschlagen..

11 Feuchtwanger dazu: „[U]nd es war seltsam, den sonst so nüchternen, logischen Mann diese simpel pathetischen Worte sprechen zu hören." (Feuchtwanger: Moskau 1937, S. 83).

12 Verband der Schriftsteller der UdSSR (russ.: *Sojuz pisatelej SSSR*). Einheitsverband sowjetischer Literaten, gegründet 1934 durch Dekret des ZK der VKP(b) vom 23.4.1932. Erster Vorsitzender (bis 1936) war Maksim Gor'kij.

13 Valerij Kirpotin (1898–1997), sowjetischer Literaturwissenschaftler und -funktionär, Sekretär Gor'kijs, Sekretär des Orgkomitees des sowjetischen Schriftstellerverbandes.

14 *Verlag ausländischer Arbeiter*: D.i. die Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR (VEGAAR), siehe Dok. 392.

schränken oder sogar ganz einzustellen /[was] beispielsweise bereits für die ungarische Literatur erfolgt ist/.

Im Jahre 1936 hat der Verlag Ausländischer Arbeiter seinen Plan zur belletristischen Literatur zu 50% erfüllt. Eine weitere Einschränkung der Herausgabe deu[tscher] bel[letristischer] Literatur, gar nicht zu reden von ihrer völligen Einstellung, wäre ein großer Fehler, vor allem zum jetzigen Zeitpunkt, da die Publikationsmöglichkeiten für antifaschistische deutsche Schriftsteller immer geringer werden, während die Anzahl ihrer Werke immer weiter anwächst, vor allem der Schriftsteller, die in der UdSSR leben.

Eine solche Maßnahme wäre für die antifaschistischen deu[tschen] Schriftsteller, vor allem für diejenigen, die in der UdSSR leben, auch im materiellen Sinne ein schwerer Schlag.

Es ist wichtig zu unterstreichen, dass unter solchen Bedingungen die Herausgabe übersetzter Literatur derart eingeschränkt sein würde, dass fast nicht daran zu denken wäre, Werke sow[jetischer] Schriftsteller, für die übrigens großer Bedarf besteht, auf Deutsch herauszugeben.

Dies alles soll ausgerechnet in einer Zeit durchgeführt werden, in der die Situation der deutschen Emigrantenverlage in den Grundzügen folgendermaßen aussieht:
In der Emigration existieren folgende Verlage:

[hdschr.:] Oprecht	in der Schweiz (Zürich)[15]
Querido	in Amsterdam[16]
A. Lange	“ “[17]

15 Gemeint ist der Zürcher Verleger, Buchhändler und Schauspieldirektor Emil Oprecht (1895–1952), der 1933 den Europa-Verlag gründete, in dem neben politischer Literatur zahlreiche Exilautoren wie Ernst Bloch, Bernhard von Brentano, Else Lasker-Schüler, Hans Habe, Heinrich Mann, Golo Mann, Ignazio Silone verlegt wurden (siehe: Peter Stahlberger: Der Zürcher Verleger Emil Oprecht und die deutsche politische Emigration, 1933–1945, Zürich, Europa-Verlag, 1970).

16 Der Querido-Verlag an der Amsterdamer Keizersgracht war die deutschsprachige Abteilung des Verlags “Querido's Uitgiverij N.V.“, der dem niederländischen Sozialdemokraten Emanuel Querido (1871–1943, im Vernichtungslager Sobibór, Polen) gehörte. Querido bot Anfang 1933 dem ehemaligen Mitdirektor des Kiepenheuer-Verlags, Fritz Landshoff, an, die deutschsprachige Abteilung zu leiten, die sich zum Spezialverlag für exilierte deutsche Autoren entwickelte. Bis zur deutschen Besetzung 1940 erschienen 124 Titel. Mit Autoren wie Alfred Döblin, Lion Feuchtwanger, Ernst Toller, Klaus, Heinrich und Thomas Mann, Anna Seghers, Albert Einstein, Max Horkheimer gilt der Querido-Verlag als einer der wichtigsten Verlage des deutschsprachigen Exils. Landshoff gelang 1943 die Flucht nach New York und der dortige Wiederaufbau, während Emanuel Querido 1943 zusammen mit seiner Frau im Vernichtungslager Sobibor ermordet wurde. Der Verlag stellte erst 1950 seine Tätigkeit ein (Dieter Schiller: Verlage. In: Claus-Dieter Krohn, Patrick von zur Mühlen, Paul Gerhard u.a. (Hrsg.): Handbuch der deutschsprachigen Emigration, Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1998, S. 1122–1144, hier S. 1124–1125).

17 *A. Lange*: Der Allert de Lange Verlag wurde 1933 als Abteilung für deutsche Exilliteratur des niederländischen Verlages Uitgeverij Allert de Lange gegründet. Der konservative Verlagsleiter Walter Landauer bekundete die Absicht, keine kommunistischen Autoren zu drucken, doch Hermann Kesten als sein Lektor, der relativ freie Hand bei ihrer Auswahl hatte, brachte auch Autoren wie Bertolt

Malik in Prag[18]
Verlag Carrefour /Münzenberg/ in Paris.[19]
Von diesen Verlagen verdienen besondere Beachtung im Hinblick auf belletristische Literatur nur:

Die Verlage Querido, Lange, Malik und Oprecht /der Verlag Carrefour gibt vor allem politische Publizistik heraus/.

In den letzten Jahren mussten diese Verlage große Schwierigkeiten überwinden.

Das Auftauchen des gut getarnten faschistischen Verlages S. Fischer[20] / Berman[n]/ in Wien stellt für die oben erwähnten Verlage eine ernsthafte Konkurrenz

---

Brecht, Egon Erwin Kisch und Theodor Plivier im Verlagsprogramm unter. Bis zu seiner Liquidierung im Mai 1940 durch die deutschen Besatzer brachte der Verlag 91 Titel heraus. Walter Landauer starb 1944 im KZ Bergen-Belsen (Schiller: Verlage, S. 1125–1126).

18 Der Malik-Verlag wurde von den Brüdern Wieland und Helmut Herzfeld (Letzterer wurde als John Heartfield bekannt) 1917 in Berlin gegründet. Er wurde zum Sprachrohr der dadaistischen Bewegung und nahm zugleich eine dezidiert kommunistische Ausrichtung an (die Herzfeldes waren Gründungsmitglieder der KPD). Publiziert wurden u.a. zahlreiche Zeitschriften sowie Kunstmappen von George Grosz. Nach der Schließung des Verlags durch die Nationalsozialisten 1934 verlegte Herzfelde den Firmensitz nach London, betrieb ihn jedoch von seinem Prager Exil aus (wo er zwar Asylrecht hatte, jedoch offiziell keinen Verlag betreiben durfte). Mit der Emigration Herzfeldes nach New York 1939 wurde die Tätigkeit eingestellt. Nachfolgeverlag wurde der 1944 gegründete Aurora Verlag (Schiller: Verlage, S. 1123–1124).

19 Der 1929 von Pierre Gaspard Levy gegründete Verlag Éditions du Carrefour gehörte zu den weltweit führenden Verlagen für die künstlerische Pariser Avantgarde und gab die Zeitschrift *Bifur* heraus. Er war unabhängig, selbst wenn die Komintern 1933–1936 einen Teil seiner Aktivitäten finanzierte. Was die politische Publizistik anging, wurde er unter der Leitung von Babette Gross und Münzenberg zum wichtigsten deutschen Exilverlag. Dort wurden nicht nur das „Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror" verlegt, sondern auch die Schriften des Welthilfskomitees für die Opfer des Faschismus, des Weltkomitees gegen Krieg und Faschismus und des Internationalen Antifaschistischen Archivs, bis ihm durch die Komintern die finanzielle Unterstützung entzogen wurde, was das Ende bedeutete (siehe die Anweisungen für Šmeral, Dok. 435). Der Komintern und der KPD war es zwar gelungen, die Éditions finanziell auszutrocknen, nicht jedoch, sie zu übernehmen. Münzenberg organisierte daraufhin den Sebastian Brant-Verlag (Dok. 447, siehe: Jörg Thunecke: Willi Münzenberg und die Éditions du Carrefour. 1933–1937. In: Daniel Azuélos (Hrsg.): Lion Feuchtwanger und die deutschsprachigen Emigranten in Frankreich von 1933 bis 1941. Lion Feuchtwanger et les exilés de langue allemande en France de 1933 à 1941, Bern e.a., Peter Lang, 2006, S. 377–398; Marie-Cécile Bouju: Le Livre comme arme de propagande. Le cas des relations entre le Service d'édition de l'Internationale communiste et la France (1919–1939). In: *Communisme*, n° 97–98, 2009, S. 7–23 (http://halshs.archives-ouvertes.fr/halshs-00415948); Catherine Lawton-Levy: Du colportage à l'édition. Bifur et les Éditions du Carrefour, Pierre Levy, un éditeur au temps des avant-gardes, Genève, Metropolis, 2004).

20 *Faschistischer Verlag S. Fischer*: Der in Ungarn geborene jüdische Verlagsgründer Samuel Fischer (1886) und Gottfried Bermann Fischer (Bermann ist der Familienname seiner Frau) versuchten auch nach 1933 die Autoren des seinerzeit wichtigsten deutschen Literaturverlags zu schützen und ihn in Deutschland aufrechtzuerhalten. 1936 ging Gottfried Bermann Fischer nach Wien und gründete dort gerade für die in Deutschland verbotenen Autoren (u.a. Thomas Mann, Hofmannsthal, Zuckmayer, Wassermann, Döblin) den „Bermann-Fischer Verlag". S. Fischer publizierte weiter in Berlin unter der Leitung von Peter Suhrkamp nicht verbotene Autoren (u.a. Hermann Hesse). Nach überstürzter Flucht

dar. Der Verlag Oprecht muss als halbtrotzkistisch angesehen werden.[21] Die Verlage Querido und A. Lange schränken ebenfalls ihre Produktion ein.

Im Übrigen hat der Querido-Verlag sich schon mehrmals mit einem Vorschlag der Zusammenarbeit an den Verlag der Ausländischen Arbeiter gewandt, anscheinend jedoch ohne sichtbare Resultate.

Wir schlagen vor:

1. Eine Abteilung deu[tscher] Literatur beim OGIZ[22] zu schaffen mit 30 Büchern im Ges[amt]-Umfang von 600–700 S.

2. Die Weiterführung und, wenn möglich, die Erweiterung der von dem Verl[ag] Ausländischer Arbeiter herausgegebenen deutschen antifaschistischen Bibliothek. Wenn dies nicht möglich sein sollte, soll sie der Zeitschrift *Internat[ionale] Literatur* übergeben werden.[23]

3. Man könnte, nach dem Vorbild populärer ausländischer Verlage, bei der bei uns erscheinenden Zeitschrift *I[nternationale]L[iteratur]* einen Verlag organisieren, der den Abonnenten als Beilage pro Jahr 12 Bücher im Umfang von 240 S. unter dem [Reihen-] Titel „Weltliteratur" versenden würde.

Dieser Verlag würde internationale Literatur in deutscher Sprache drucken, und zwar:
4–5 Werke deu[tscher] Schriftsteller
3–4 " sowjetischer
4–5 " von Schriftstellern a[nderer] Länder.

Die deutsche Sektion des Verbandes der Sowjetschriftsteller der UdSSR bittet sie eindringlich darum, sich dieser überaus wichtigen Fragen anzunehmen und uns über die Resultate zu informieren.[24]

Mit kom[munistischem] Gruß
/Barta, Becher/

1938 aus Österreich wurde in Stockholm der Bermann-Fischer Verlag als Exilverlag, der u.a. Stefan Zweig und Franz Werfel herausbrachte, neu gegründet; doch auch dort gab es Repressalien, sodass er in die USA ging (siehe: Gottfried Bermann Fischer: Bedroht. Bewahrt. Der Weg eines Verlegers, Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch, 1979).

21 Bei Oprecht erschienen u.a. Ignazio Silone, Ernst Bloch, Arthur Koestler, Else Lasker-Schüler, Heinrich Mann, Alfred Polgar.

22 OGIZ (Abk.): Russ. *Objedinenie Gosudarstvennych knižno-žurnal'nych Izdatel'stv,* die Dachvereinigung der sowjetischen Buch- und Zeitschriftenverlage.

23 Es dürfte sich um die antifaschistische Reihe „VEGAAR-Bücherei" handeln, mit Erzählungen u.a. von Seghers, Ottwalt, Langhoff u.a. Bis Ende 1937 erschienen 11 Titel, Ottwalt als Leiter wurde Ende 1936 verhaftet und kam 1943 in einem Lager bei Archangelsk um.

24 Auch Dimitrov nahm sich des Erhalts der Verlagsgenossenschaft an. Am 14.04.1937 bat er Andreev um Geldmittel (16 Mio. Rubel) für den Verlag, vor allem für den Bau einer eigenen Typographie. (RGASPI, Moskau, 495/73/50, 4–4v). Gleichwohl geriet auch die VEGAAR in die Krise. Insgesamt wurde die Unterstützung der KP-freundlichen Exilverlage und Autoren im Zuge des Terrors radikal und auf transnationaler Ebene beschnitten. Der im Folgenden publizierte Bericht von Willi Bredel zeigt die sich seit 1938 verschärfende und europaweite Existenzkrise der antifaschistischen Literatur durch die Maßnahmen Moskaus (siehe Dok. 451b).



Am 14.1.1937 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, einer internationalen Kontrolle der spanischen Gewässer zuzustimmen; dies würde es den Aufständischen unmöglich machen, Handelsschiffe aufzuhalten.[25]

Dok. 399

Mitteilung des Gebietssekretärs von Saratov an Stalin über eine von Willy Leow geführte „konterrevolutionäre trotzkistische Organisation" von Russlanddeutschen und KPD-Emigranten

Saratov, 18.1.1937

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 17/120/290, 1a-8. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Leonid G. Babičenko (Hrsg.): Repressii protiv nemcev Povolž'ja. Pis'mo A.I. Krinickogo I.V. Stalinu. In: *Istoričeskij archiv* (1993), Nr. 3, S. 213–217.

A[bsolut] geheim

An das ZK der VKP(b)

AN DEN SEKRETÄR DES ZK Gen. *STALIN.*[26]

Während der Überprüfung der Parteidokumente in der Parteiorganisation der Republik der Wolgadeutschen wurden von dem Gebietskomitee von Saratov, dem Deutschen Gebietskomitee der VKP(b) und den Organen des NKVD 14 Trotzkisten und Faschisten entlarvt, während des Austausches[27] 38 Trotzkisten, Rechte und Faschisten, davon 25 bei der Durchführung des Austausches von Parteidokumenten in der Stadtorganisation von Engels,[28] und erst nach dem Austausch von Parteidokumenten – 40 Personen. Ein Teil dieser trotzkistischen Doppelzüngler, dieser eingeschworenen Feinde des Partei und des Volkes, war mit den faschistischen Elementen, den Agenten der GESTAPO, unzertrennlich verwoben.[29]

---

25 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 161. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 347–348.

26 Autor des Briefes war Aleksandr Krinickij (1894–1937, erschossen), Parteimitglied seit 1915, Teilnehmer der Oktoberrevolution in Tver' und Inhaber diverser Staats- und Parteiämter in den 1920er Jahren; im April 1934 zum Ersten Sekretär des VKP(b)-Gebietskomitees von Saratov ernannt. Nur wenige Monate nach dem Abfassen des vorliegenden Briefes, am 20.7.1937, wurde Krinickij selbst verhaftet und am 30.10.1937 erschossen.

27 *Austausch*: Zur Kampagne um den Austausch der Parteidokumente, die im März 1936 anlief und den Rest des Jahres andauerte. Siehe die Annotation zu Dok. 374.

28 D.i. Engels, die nach Friedrich Engels benannte Hauptstadt der am 28.8.1941 aufgelösten ASSR der Wolgadeutschen.

29 Laut Protokoll des ZK-Plenums der VKP(b) im Februar/März 1937 richtete Stalin die bedeutungsschwangere Frage an Krinickij: „Warum gibt es bei Ihnen in den deutschen Bezirken

Die trotzkistisch-sinowjewistischen Doppelzüngler haben es geschafft, sich in führende Posten im Parteiapparat der Parteiogranisation der ASSRNP[30] einzuschleichen, sowie in leitende [Organe der] Sowjet-, Wirtschafts- und Kulturarbeit. [...]

Die Mehrzahl der aufgeführten konterrevolutionären Trotzkisten, die aus der Partei ausgeschlossen wurden, sind Teilnehmer der mitgliedstärksten terroristischen trotzkistisch-sinowjewistischen Organisation, die durch den ehemaligen Sekretär des Deutschen Gebietskomitees der VKP(b) Dmitrij Pavlov geschaffen wurde. [...] Pavlov wurde aufgrund von Materialien der NKVD-Verwaltung des Gebiets Saratov in der zweiten Hälfte 1936 in Tadschikistan verhaftet[31].

Seine konterrevolutionäre Tätigkeit in Saratov führte Pavlov seit 1928, wobei er in unmittelbarer Verbindung mit Lazar Šackin wie auch mit den sich damals in Saratov aufhaltenden Trotzkisten-Sinowjewisten Davidovič und dem bekannten Zaluckij.[32] Von 1931 an ging die Pavlov-Gruppe zu den Positionen des Terrors gegen die Parteiführung über.

Neben der Pavlov-Organisation wurde in der ASSRNP von den Organen des NKVD eine konterrevolutionäre trotzkistische Organisation entlarvt, in deren Kern sich ehemalige Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands, sogenannte „Politemigranten", befanden, die sich als aktive GESTAPO-Agenten entpuppt haben. Die Gruppe wurde vom ehemaligen Leiter des Rotfrontkämpferbundes Deutschlands, Leow-Hoffmann Willy, geleitet.[33]

---

keine deutschen Sekretäre? Gibt es keine Deutschen mehr? (Gelächter)." (Vatlin: Kaderpolitik und Säuberungen, S. 80).

30 *ASSRNP (Abk.):* Russ. *Avtonomnaja Sovetskaja Socialističeskaja Respublika Nemcev Povolž'ja*, Autonome Sowjetische Sozialistische Republik der Wolgadeutschen. Die Mitte der dreißiger Jahre als vorbildlich geltende Republik der Russlanddeutschen entrichtete unter den in der UdSSR vertretenen Nationalitäten einen der höchsten Blutzölle. Ein von Stalin persönlich vorbereiteter Beschluss des Politbüros vom 20.7.1937 sah zunächst die Verhaftung aller Reichsdeutschen in rüstungsrelevanten Betrieben vor. Der Ausführungsbefehl Ežovs vom 25.7.1937 betraf darüber hinaus „reichsdeutsche Staatsbürger und ehemalige politische Emigranten, die die sowjetische Staatsangehörigkeit angenommen hatten" und bildete die Grundlage der später „gegen die Russlanddeutschen gerichteten Massenoperation" (Viktor Krieger: „Russlanddeutsche" Beschlüsse des Politbüros des ZK der VKP(b) in den Jahren 1920–1943. Eine Auswahl. In: *The International Newsletter of Communist Studies Online* 15 (2009), H. 22, S. 149–158, hier: S. 154).

31 Dmitrij D. Pavlov (1903–1937, in der Sowjetunion erschossen) war von 1932 bis 1934 Zweiter Sekretär des VKP(b)-Gebietskomitees der Republik der Wolgadeutschen. 1934 wurde er nach Tadschikistan versetzt, wo er die Landwirtschaftsabteilung der Partei leitete. Am 9.8.1936 verhaftet, erschossen am 4.9.1937.

32 Petr Zaluckij (1887–1937, in der Sowjetunion erschossen), seit 1905 in der revolutionären Bewegung und Bolschewik seit 1911, war aktives Mitglied der Sinowjew-Opposition, später der Vereinigten Opposition. Erklärte 1928 seinen Austritt aus der Opposition und hatte zwischen 1928 und 1932 diverse Wirtschaftsposten in Saratov inne. Ende 1936 verhaftet, am 10.10.1937 erschossen. Der Oppositionelle Davidovič ließ sich nicht zweifelsfrei identifizieren.

33 In der Akte befindet sich eine umfangreiche Liste der in der Republik der Wolgadeutschen verhafteten Personen (RGASPI, Moskau, 17/120/290, 66–102). Dort werden zahlreiche Wolgadeutsche

Die Aufdeckung einer solchen Verunreinigung der führenden Parteikader der ASSRNP durch trotzkistisch-sinowjewistische Doppelzüngler ist eine sehr ernsthafte politische Lehre für das Saratover Gebietskomitee der VKP(b) und für die Parteiorganisation der ASSRNP.[34] […]

DER SEKRETÄR DES SARATOWER GEBIETSKOMITEES DER VKP(b) A. KRINICKIJ.
18. Januar 1937
N° 53



Am 20.1.1937 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, das Budget des EKKI für Angelegenheiten der (Lehr-?)Kurse auf Kosten des Reservefonds des Rats der Volkskommissare auf 1.572.080 Rubel aufzustocken.[35]

sowie Politemigranten als Mitglieder der angeblichen „konterrevolutionären" Organisation Leows aufgelistet. Darunter sind folgende Politemigranten, auch Parteikader, zu finden: Erich Beyer, Schlosser, KPD seit 1920, 1937 verhaftet, 1941 an Deutschland ausgeliefert; Hans Beyer, KPD seit 1931, 1935 in der UdSSR, 1936 verhaftet; Gustav Walter (KPD); Erich Wendt (KPD seit 1922, stellvertretender Leiter der VEGAAR, 1936 verhaftet, 1939 wieder entlassen; Friedrich Virgin-Starke (KPD); Harry Wilde (KPD), David Grünblatt(?) (Grinblat, KJVD); Artur Demolski (KPD, siehe Dok. 391); Mathias Lückel, 1905–1937, SPD bis Mai 1933, danach illegale KPD, Ende 1933 in die Sowjetunion, 13.4.1936 verhaftet, 16.8.1937 erschossen; August Hagemeister (geb. 1907, KPD); Walter Zufall(?) (Cufal', ehem. KPD); Erich Schuster, gelistet als „Politemigrant, parteilos" (vgl. dagegen Dok. 391); Paul Schellenberg, geb. 1912, KPD seit 1932, seit 1936 Redakteur in Engels, 1936 verhaftet; Georg Schmitt, geb. 1899, KPD seit 1923, Instrukteur beim ZK der MOPR in Moskau, verhaftet 1936. Die biographischen Informationen nach Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank; Mensing: Von der Ruhr in den GULag). Nach Folterungen definierte man im Anklagedokument des NKVD sechs unterschiedliche Personengruppen und weitete so das „Komplott" entsprechend aus (siehe hierzu: Müller: Menschenfalle Moskau, S. 135f.)

34 Außerhalb der „Leow-Gruppe" werden in der Akte folgende verhaftete Personen mit politemigrantischem Hintergrund aufgeführt: Otto Ackermann (geb. 1891, KPD); Dr. Josef Wludarczik (KP Österreichs); Johanna Wilke (1904–1988), KPD seit 1926, 1932 VKP(b), 1934–1936 KUNMZ-Schülerin, 1936 Verhaftet, fünf Jahre Lagerhaft; Theodor Hefter(?) (Gefter, KPD), Felix Ledental-Keilson (parteilos, verhaftet wegen „Verbindung zu einem Mitarbeiter der deutschen Komintern-Sektion"); Gisa (Gisela) Lichtenstein, geb. 1907, KPÖ seit 1929 (gelistet als KPD-Mitglied), verhaftet 1936, 1940 zu fünf Jahren Lagerhaft verurteilt, ab 1956 in Verbannung (Kolyma); Richard Marggraf (geb. 1890), laut Liste ehem. KPD, Fischer-Maslow-Gruppe; Andreas Valentin (?) (Falentin, KPD)

35 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 163. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 744–745.

Dok. 400

Beschluss des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion zur Planung des Zweiten Moskauer Schauprozesses gegen Pjatakov, Radek, Sokol'nikov, Serebrjakov u.a.

Moskau, 22.1.1937

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 17/162/20, 166–167. Erstveröffentlichung.

169.– *Über den Prozess in der Angelegenheit Pjatakov, Radek, Sokol'nikov, Serebrjakov u.a.*[36]

[Es wird beschlossen:]
1) In der Presse den Prozess als „Prozess des antisowjetischen trotzkistischen Zentrums“ zu bezeichnen.
2) Stickling und Leonenko aus dem Zeugenstand herauszunehmen.[37]
3) Den Prozess am 23. Januar 1937 um 12 Uhr mittags zu beginnen.
4) Folgende Zusammensetzung des Gerichts festzulegen:
Vorsitzender – Der Vorsitzende des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR – Gen. Ul'rich V.V.;
Beisitzende: Der 2. Vorsitzende des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR – Gen. Matulevič I.O. und das Mitglied des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR – Gen. Ryčkov N.M.

36 *Prozess:* Es handelt sich um den 2. Moskauer Schauprozess vom 23. bis zum 30.1.1937.

37 *Stickling:* Der deutsche Ingenieur Emil Stickling (1889–1950), der 1930 als Bergbauspezialist in die Sowjetunion ging, sowie der Schacht-Abschnittsleiter Leonenko gehörten zu den Hauptangeklagten im Schauprozess von Novosibirsk (19.-22.11.1936). Nach einer Explosion im der Grube von Kemerovo im September 1936 wurde in dem Prozess einer „konterrevolutionären trotzkistischen Diversanten-Gruppe“ vorgeworfen, die massenhafte Tötung von Grubenarbeitern herbeigeführt zu haben. Alle Angeklagten erhielten das Todesurteil, das jedoch für Stickling, Leonenko und einen weiteren Angeklagten in zehn Jahre Haft umgewandelt wurde. Lev Sedov, der Sohn Trotzkis, schätzte den Prozess von Novosibirsk folgendermaßen ein: „Seine eigene Bedeutung ist gering, sein Hauptzweck ist, den Boden für den bevorstehenden großen Prozess gegen Pjatakow–Sokolnikow–Radek [...] vorzubereiten.“ (Leo Sedow: Rotbuch über den Moskauer Prozeß 1936, Frankfurt am Main, ISP, 1988, S. 103). Offensichtlich sollten die beiden Verurteilten aus dem Prozess von Novosibirsk im hier geplanten Schauprozess als Zeugen aussagen, wurden jedoch zurückgezogen. Aus welchem Grund dies bei Leonenko geschah, ist unklar, bei Stickling geschah es jedoch offensichtlich, um ihn als deutschen Staatsbürger zum Austausch zu Verfügung zu haben. Im Herbst des Jahres fanden inoffizielle Verhandlungen über einen Gefangenenaustausch in Moskau statt, wobei Thälmann gegen Stickling ausgetauscht werden sollte. Die von deutscher Seite von Botschafter von der Schulenburg geführten Sondierungen scheiterten jedoch. Stickling, dem zunächst eine Befreiung zugesichert wurde, blieb in Haft und wurde erst Ende 1939 den deutschen Behörden übergeben (Mensing: Von der Ruhr in den GULag, S. 335–337; Elena Genina: Ponjat' sud'bu rabotavšego v Kemerove v 30-e g. nemeckogo inženera Emilja Štiklinga nevozmožno bez osmyslenija v kontekste epochi. In: *Kuzneckij kraj,* 10.1.2000).

5) Den Prozess im Oktobersaal des Palastes der Sowjets durchzuführen.
6) Botschafter ausländischer Staaten, oder ihre Vertreter, falls diese ihren Wunsch bekunden, auf dem Prozess anwesend zu sein, zuzulassen.
7) Ausländische Korrespondenten der bürgerlichen und kommunistischen Presse zum Prozess zuzulassen.
8) Korrespondenten folgender Zeitungen zum Prozess zuzulassen: *Pravda, Izvestija, Komsomol'skaja Pravda, Za industrializaciju, Krasnaja Zvezda, Gudok, Krest'janskaja gazeta, Leningradskaja Pravda, Kommunist, Zarja vostoka, Ural'skij rabočij, Zvezda, Sovetskaja Sibir', Gor'kovskaja kommuna, Molot, Bakinskij rabočij, Deutsche Zentral[-] Zeitung, Journal de Moscou, Moscow Daily News*.
9) Als Zeugen zum Prozess vorzuladen: Štejn, Bucharcev, Romm, Loginov und Tamm.
10) Folgende Experten für den Prozess vorzuladen:
den Ingenieur und Geologen Lekus für den Kuzbass;
den Vorsitzenden der Expertenkommission der Ermittlung – den technischen Ingenieur Pokrovskij für das Kemerower Chemiekombinat;
Monosovič – den Direktor von Giproazot für das Gorlowker Chemiekombinat.
11) Folgende Reihenfolge der Befragung der Angeklagten festzulegen: Pjatakov, Radek, Sokol'nikov, Serebrjakov, Drobnis, Muralov, Boguslavskij, Norkin, Šestov, Stroilov, Livšic, Knjazev, Turok, Ratajčak, Graše, Pušin, Arnol'd.[38]
12) Den Vorschlag von Tal' über die Art der Behandlung des Prozesses in der Presse (s. Beilage) anzunehmen.
13) Zur Anwesenheit auf dem Prozess Vertreter der Arbeiter, Kolchosbauern und *Intelligencija* aus verschiedenen Gebieten der Sowjetunion mit speziellen Passierscheinen in den Sitzungssaal einzulassen.

Die personelle Zusammensetzung der Anwesenden Gen. Andreev und Ežov zu übertragen.[39]
14) Gegen die Anwesenheit der ausländischen Schriftsteller Feuchtwanger und Andersen Nexö zum Prozess nichts einzuwenden.
15) Den Gen. Steckij, Tal' und Vyšinskij vorzuschlagen, im Namen des *Narkomjust*[40] einen vollständigen stenographischen Bericht über den Gerichtsprozess in französischer, deutscher, englischer und spanischer Sprache herauszugeben.

38 Typologisch und hierarchisch lassen sich vier Gruppen von Angeklagten festmachen (siehe: Broué: Les procès de Moscou, S. 35f.). Hauptangeklagte waren mit Pjatakov, Radek, Sokol'nikov und Serebrjakov alte Bolschewki bzw. fähigste Umsetzer revolutionärer Strategie, neben ihnen drei der historisch kämpferischsten Bolschewki, Muralov, Anführer der Roten Garde, die 1917 den Kreml eroberte, Boguslavskij, Anführer der Partisanen im Bürgerkrieg, und Drobnis. Dazu eine Reihe jüngerer Parteimitglieder und qualifizierter Arbeiter, die Ingenieure wurden (Šestov, Lifšic) sowie als letzte Gruppe weitgehend unbekannte Nicht-Kommunisten wie Arnol'd.
39 Am 23.1.1937 bat Dimitrov in einem Brief an Ežov und Tal' um Passierscheine für den Sitzungssaal für diverse Funktionäre, u.a. für Walter Ulbricht und Willy Bredel (RGASPI, Moskau, 495/73/50, 3).
40 Zu Boris Tal' (1898–1938) siehe Dok. 395.

Termin der Herausgabe – 5 Tage nach Beendigung des Prozesses.[41]

Auszüge versandt an:
Gen. Ežov, Vyšinskij, Andreev, Steckij, Tal' – alle [Punkte];
Mechlis, Agranov – [Punkt]12; Krestinskij: [Punkt] 6, 7.



Am 22.1.1937 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, eine Delegation der spanischen republikanischen Regierung einzuladen. Die Visite sollte jedoch propagandistisch nicht untermauert werden, da dies die Position der spanischen Regierung in den Augen der westlichen Mächte hätte schwächen können. Soweit bekannt ist, fand der Besuch letztendlich nicht statt.[42]

Dok. 401

Materialien der Kaderabteilung des EKKI (Mertens, Müller) über die Situation der deutschen Politemigration in der Sowjetunion

Moskau, 24.1.1937

Typoskript in deutscher Sprache (Begleitbrief in russischer Sprache). RGASPI, Moskau, 495/15/263, 177–183 und 495/175/116, 28.[43] Deutsche Erstveröffentlichung.

ak 10 Ex. 31.1–37.

Abs[olut] geheim.

An Gen. [hdschr.:] Florin
Hiermit leite ich Materialien über die deutsche Emigration an Sie weiter. Die Materialien wurden von den Referenten der Kaderabteilung, Gen. MÜLLER[44] und MERTENS, ausgearbeitet.[45]

41 Siehe: Volkskommissariat für Justizwesen der UdSSR: Prozeßbericht über die Strafsache des sowjetfeindlichen trotzkistischen Zentrums. Verhandelt vor dem Militärkollegium des obersten Gerichtshofes der UdSSR, vom 23.–30. Januar 1937, gegen J. L. Pjatakow [...]; vollständiger stenographischer Bericht, Moskau, Volkskommissariat für Justizwesen der UdSSR, 1937.
42 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 167. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 348.
43 Dort handschriftlicher Eintrag: 24 ------ N 10401 31–I-37 [deutsch]: An Kaderabteilung zurück.
44 Georg Brückmann (1903–ca. 1942, in der Sowjetunion, Ps. Albert Müller), war Kaderleiter („Kader-Müller") der deutschen Vertretung in Moskau und Referent der Kaderabteilung des EKKI und seit 1936 Mitglied der Kommission zur Überprüfung der Politemigranten.
45 Grete Wilde (Ps. Mertens) (1904–ca. 1943/44, in der Sowjetunion) war Referentin der Kaderabteilung des EKKI. Brückmann und Grete Wilde wurden am 5.10.1937 verhaftet und kamen in den Folgejahren in den sowjetischen Lagern um (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 152, 615).

[Sign.] Alichanov /ALICHANOV/[46]
Sche/9/
31.1.37

Streng vertraulich!

Ueber die deutsche Emigration in der Sowjetunion

1. Zusammensetzung der Emigration
In der Sowjetunion befinden sich ca. 5 bis 6 000 deutsche Kommunisten als Polit- oder Wirtschaftsemigranten. Davon sind ca. 4 000 Politemigranten. Die Wirtschaftsemigranten kamen bis 1933 in die SU. Ihre Zahl war früher doppelt so hoch, die Hälfte von ihnen ist nach Deutschland zurückgefahren.

Der grösste Teil der Politemigranten kam 1933 nach Hitlers Machtübernahme hierher. Der Prozentsatz von parteilosen Arbeitern, die durch die KPD als Politemigranten in die SU kamen, ist sehr gering und beträgt ca. 2–3 Prozent. Zirka 10 Prozent der Politemigranten, die aus Deutschland kamen, sind nicht Deutsche, wie Polen, Bulgaren, Jugoslawen usw. Dieselben traten erst in Deutschland der Kommunistischen Partei bei. Unter ihnen befindet sich ein starker Prozentsatz von unzuverlässigen Elementen.

Bei der jetzigen Ueberprüfung der Emigration in der SU durch die Parteivertretung der KPD beim EKKI wurde festgestellt, dass unter den Emigranten in der SU sich noch eine Anzahl unzuverlässiger Elemente befindet.

2. Die Politemigranten in der SU vor März 1933
Unter den in der SU befindlichen Politemigranten befinden sich einige hunderte Politemigranten, die in der Zeit von 1921 bis 1931 in die SU kamen. Durch Anwendung des individuellen Terrors 1931/32 steigerte sich der Zustrom der Politemigranten in die SU während dieser beiden Jahre. Bei den Politemigranten, die 1931/32 in die SU kamen, war ein grosser Prozentsatz parteilos, lediglich Mitglied des RFB oder solche, die nur kurze Zeit Mitglieder der KPD waren. Bei diesen Politemigranten zeigte sich schon nach kurzem Aufenthalt in der SU ein bestimmter Zersetzungsprozess. Es gibt eine ganze Reihe von Fällen, in denen Politemigranten sich mit der Deutschen Botschaft in Verbindung setzten.[47] Einige fuhren durch die Deutsche Botschaft nach Deutschland zurück. Sie machten bei der Polizei Aussagen und traten gegen die Sowjetunion und gegen die KPD auf.

---

46 Der 1937 verhaftete und 1938 erschossene Gevork Alichanov (geb. 1897) war zwischen 1931 und 1937 Leiter der Kaderabteilung des EKKI.

47 Einige Emigranten wandten sich, vor allem nachdem ihre Angehörigen verhaftet wurden, an die deutsche Botschaft (siehe Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 153ff u.a.). Ein frühes und prominentestes Beispiel war Max Hoelz, der, nachdem er die Hoffnung aufgegeben hatte, von Partei und Komintern nach Deutschland geschickt zu werden (siehe Dok. 312a), sich im März 1933 mit einem Mitarbeiter der deutschen Botschaft traf. Dieser schickte ihn jedoch wieder weg, weil er nicht glaubte, dass er tatsächlich Hoelz vor sich hatte (siehe Plener: Max Hoelz, S. 48, 360).

3. Die Politemigration in der SU nach März 1933

Der grösste Teil der deutschen Politemigranten kam nach Hitlers Machtübernahme in die SU. Die Emigranten kamen zum Teil direkt aus dem Lande oder aus kapitalistischen Emigrationsländern. Im Laufe des Jahres 1936 ist die Entsendung von Politemigranten in die SU so gross geworden, dass sich zur Zeit noch über hundert Politemigranten in Moskau ohne Arbeit befinden.

Die Entsendung der Emigranten in die SU geschah nur zu einem ganz kleinen Teil mit Einverständnis des ZK der KPD. Der grösste Teil der Emigranten wurde durch die deutsche Emigrationsleitung oder durch die betreffenden Rote Hilfe-Organisationen in den kapitalistischen Ländern geschickt.

Die Emigranten, die in die SU geschickt wurden, kann man in folgende Hauptgruppen teilen:

a) ehemalige Funktionäre aus dem zentralen oder bezirklichen Parteiapparat, Teilnehmer an Moskauer Schulen oder Tagungen;[48]

b) Genossen, die wegen schwerer Fälle von der Polizei gesucht wurden;

c) Genossen, die sehr krank sind und in den kapitalistischen Emigrationsländern nicht die genügende ärztliche Hilfe bekommen;

d) solche Elemente, die irgendwie verdächtig sind oder die in der Emigration in kapitalistischen Ländern zersetzend wirkten.

Zu a) – *ehemaligen Funktionären aus dem zentralen oder bezirklichen Parteiapparat, Teilnehmern an Moskauer Schulen oder Tagungen:* –

Die KPD hat aus dem zentralen und Bezirksapparat eine ganze Reihe Genossen in die Emigration in die SU geschickt. Der zentrale Apparat der KPD wurde eingeschränkt und eine Reihe von guten Funktionären konnte nicht mehr verwandt werden. Sie wurden zum Teil in die SU geschickt, um sie als Reservekader zu haben. Von diesen wurde eine ganze Reihe guter Genossen für die deutsche Partei später im Lande oder im Auslande verwendet.

Es wurden aber auch ehemalige Mitarbeiter des zentralen Apparates in die SU geschickt, die auf Grund ihrer Arbeit von der Parteiarbeit entfernt wurden, z.B. die RFB-Funktionäre, wie: *Willi Leow* und *Jakob* oder Apparatsfunktionäre wie: *Kippenberger, Lore, Erwin und Viktor.*[49] Diese Elemente bildeten

a) in der SU wegen ihrer früheren führenden Parteistellung und ihrer politischen Abtrennung hier von der direkten deutschen Parteiarbeit einen gewissen Gefahrenpunkt, weil sie sich nicht mit ihrer Lage abfinden wollten.

Ein Beispiel dafür ist *Willi Leow*, der eine ganze Gruppe von ehemaligen Mitgliedern der KPD moralisch und politisch zersetzte.[50]

---

48 Gemeint sind die Universitäten, Schulen und Kurse der Komintern und die Tagungen des EKKI.

49 *Lore, Erwin und Viktor:* Es handelt sich um Christina (Änne) Kerff (Ps. Lore), Franz Schubert (Ps. Erwin) und Leo Roth (Ps. Viktor), die wichtigsten Verantwortlichen des militärpolitischen Apparats der KPD (zur bürokratischen Ausschaltung dieser Funktionäre siehe Dok. 375a).

50 *Leow:* Siehe Dok. 399.

b) Hatten die alten Apparatsfunktionäre mit ausländischen Mächten Verbindung, über deren Inhalt und Art sie nicht die Führung der KPD unterrichtete[n].

In der Sowjetunion befindet sich auch ein grosser Teil der ehemaligen Schüler der Lenin-[51] und M-Schulen.[52] Von den 34 Teilnehmern des letzten deutschen Kurses der MLSch.[53] wurden 13 nicht für die deutsche Parteiarbeit verwandt. Von der letzten M-Schule sind von 21 Schülern 9 in der SU geblieben. Die Genossen haben die Schule besucht mit der Erwartung, von der KPD verwandt zu werden. Der grösste Teil von denen, die hier geblieben sind, arbeitet jedoch im Betrieb.

Aehnlich ist es auch mit Teilnehmern des VII. Weltkongresses und der Brüsseler Parteikonferenz. Aus politischen Gründen verblieben 7 Genossen in der SU. (Richter,[54] Schweizer, Golz, Herz, Blank, Börner, Kippenberger). Dieselben wurden auch von der direkten deutschen Parteiarbeit ausgeschaltet. Sie selbst halten weiter unter sich Verbindung. Ihre Verbindungen gehen aber weiter. Diese Gruppe bildet auch einen gewissen Gefahrenherd, z.B. hat man zwei ehemalige deutsche Parteimitglieder, die bei Richter verkehrten, Hans [Haus?] und Rogalla, verhaftet.[55]

Es wurde von Seiten der deutschen Partei eine Zusammenfassung eines „deutschen Parteiaktivs" in Moskau organisiert. Zu diesen Sitzungen wurden 59 Teilnehmer geladen, die früher aktive Funktionäre der KPD waren. Die Sitzungen beschäftigten sich mit den aktuellen deutschen Fragen und sollten dazu dienen, der deutschen Partei zu helfen und die ehemals aktiven Funktionäre der KPD mit den neuen politischen Aufgaben und der Politik der KPD vertraut zu machen. Nach der Verhaftung von [Fritz] David, der das letzte Referat hielt, wurde die „Arbeitsgemeinschaft" aufgelöst.

Eine Prüfung der Teilnehmer ergibt, dass von den 59 – *4* verhaftet (David [d.i. Il'ja-David Krugljanskij], Werner Hirsch, Heinrich Süsskind, Erich Wendt), *1* aus der KPD durch die IKK ausgeschlossen wurde (Gerber [d.i. Rudolf Schlesinger]) und *12* unzuverlässig sind.

---

51 Zur Internationalen Leninschule, der „Kaderschmiede" der sich stalinisierenden Komintern siehe Dok. 206 und 218.

52 *M-Schule:* D.i. die Militärpolitische Schule der KPD in Moskau. Siehe hierzu Dok. 300.

53 *MLSch.:* russ. Abk. *Meždunarodnaja Leninskaja Škola*, Internationale Leninschule.

54 *Richter:* Wahrscheinlich Hermann Schubert (Ps. Max Richter), (26.1.1886 Lengefeld, Erzgebirge – 22.3.1938 in Moskau erschossen). *Schweizer* – Fritz Schulte (Ps. Fritz Schweitzer) (28.7.1890 Hüsten, Westfalen – 1943 im Gulag). Durch Folterungen gelähmt, wurde er 1938 verhaftet und 1941 zu acht Jahren Haft verurteilt). *Golz* – wahrscheinlich Friedrich Fränken (Ps. Fritz Golz), (15.1.1897 Herrath bei Düsseldorf – 3.7.1976 Düsseldorf); *Herz*, d.i. Fritz Heckert, Ps. Herzog (gestorben am 7.4.1936 Moskau); *Blank* – wahrscheinlich Wilhelm Hermann (Ps. Erich Blank), (17.11.1897 Wiebelskirchen – 17.2.1945 Butzbach); *Börner* – wahrscheinlich Otto Wahls (Ps. Otto Börner, 4.1.1907 Hamburg – 2.4.1990, Ciudad de Mexico) (zu den Angaben siehe: Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank; Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten).

55 Einer Aussage Smoljanskijs vom 15.9.1937 zufolge gehörten 1933–35 „zur Gruppe Richter (Schubert)" Schulte, Florin, Most [d.i. Heinrich Meyer], Birkenhauer und Keller [d.i. Johann Täubl] (Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Eintrag „Schulte, Fritz").

Zu d) – Zu Elementen, die irgendwie verdächtig sind oder die in der Emigration in den kapitalistischen Ländern zersetzend wirkten.

Wie schon erwähnt, hatte das ZK der KPD fast gar keine Kontrolle über die Entsendung der Politemigranten, die in die SU geschickt wurden. Es konnte festgestellt werden, dass selbst die Einreise der Politemigranten, die Ende 1936 in die SU kamen, nicht von der Abwehrabteilung überprüft und vom ZK der KPD bestätigt wurden. Die Rote Hilfe-Organisationen oder die deutschen Emigrantenleitungen in den kapitalistischen Emigrationsländern sandten Emigranten in die SU. Einige Beispiele, welche Elemente man durch die Emigration in die SU schickte:

Aus Paris – Kupferstein, Mann und Frau

Seit 1931 waren Obengenannte schon in der KPD als Polizeiagenten verdächtig bekannt. Es handelt sich bei Kupferstein um ein kriminelles Element.[56] Er war beteiligt an dem Provokationsakt mit einem anderen Element Ali Höhler. Bei diesem Provokationsakt wurde Horst Wessel erschossen.[57] Als Kupferstein in die Emigration nach Paris kam, gab es im RH-Büro in Paris verschiedene Zusammenstösse mit Kupferstein und Frau, wobei sie provokatorisch auftraten. Um alle beide loszuwerden, schickte man sie in die SU. Schon nach kurzem Aufenthalt in der SU wurden beide verhaftet. Sie versuchten beide, ihre Provokationstätigkeit hier fortzusetzen.

Aus Kopenhagen:

Ende 1934 organisierte eine Reihe von Politemigranten in Kopenhagen eine Bewegung gegen die dortige Emigrationsleitung. So wurde versucht, Genossen der Emigrationsleitung zu erschiessen und das Archiv des dortigen Abwehrapparates zu rauben.[58] Einige dieser Elemente wurden aus der Partei ausgeschlossen. Die Emi-

---

56 Hermann Kupferstein (1896–8.12.1937 Sowjetunion, erschossen), war Leiter der „Sturmabteilung Mitte" des RFB. Der Mord an Horst Wessel (siehe unten) wurde, so Daniel Siemens, vermutlich gegen seinen Willen ausgeführt. Über seine Eigenschaft als „kriminelles Element" ist nichts bekannt. Kupferstein entging einem Parteiausschlussverfahren im Pariser Exil, das von der Emigrantenkommission der Roten Hilfe gegen ihn wegen „zersetzender Gruppenbildung" angestrengt wurde, und emigrierte im Dezember 1934 in die Sowjetunion, wo er bereits am 3.4.1935 verhaftet und am 22.5.1936 zu fünf Jahren Haft und dann am 25.11.1937 in einem weiteren Verfahren zum Tode verurteilt wurde (Daniel Siemens: Horst Wessel. Tod und Verklärung eines Nationalsozialisten, München, Siedler, 2010, S. 24f., 120f., 247 u.a.).

57 Der SA-Sturmführer Horst Wessel, Autor der Parteihymne und Symbolfigur der NSDAP („Märtyrer der Bewegung"), wurde am 14.2.1930 vom RFB-Mitglied Albrecht Höhler (1898–1933), der sich auf Notwehr berief, in den Kopf geschossen und starb dann am 23.2.1930 im Krankenhaus. Die KPD distanzierte sich unmittelbar nach dem Anschlag von der Tat: Die *Rote Fahne* erklärte den Mord zu einer Eifersuchtstat, und die „Sturmabteilung Mitte" wurde aufgelöst (Siemens: Horst Wessel, 26–27). Der im September 1930 zunächst wegen Todschlags zu sechs Jahren Haft verurteilte Höhler wurde 1933 von einem SA-Kommando ermordet. 1934 wurden drei weitere Angeklagte zum Tode verurteilt, die mutmaßlich jedoch nicht am Anschlag beteiligt waren (zur Biographie Wessels, der Legendenbildung um ihn sowie zu den Prozessen gegen die mutmaßlichen Attentäter siehe zuletzt: Siemens: Horst Wessel).

58 *Bewegung gegen die Emigrationsleitung*: Wahrscheinlich ging es um die Affäre der Roten Hilfe in Kopenhagen. Dort hatte sich eine Gruppe von Politemigranten heftig gegen die Emigrationsleitung und die Leitung der Roten Hilfe aufgelehnt.

grationsleitung und die RH-Leitung in Kopenhagen beantragte für 10 Leute, die an dieser Sache beteiligt waren, die Einreise in die SU. Als Grund gaben sie an, „weil sie die Emigration zersetzen". Zwei von diesen 10 gelang es, in die SU zu kommen, weil das Material über die obengenannte Angelegenheit erst zu spät hierherkam. Beide wurden 1936 verhaftet (Klöcking – Oldenburg).[59] Trotzdem nach Kopenhagen mitgeteilt wurde, dass eine Einreise für diese Elemente nicht in Frage kommt, schrieben die deutsche Emigrationsleitung, die RH und das ZK der KP-Dänemark wiederholt und ersuchten um Abänderung des Beschlusses.
Auch von Seiten des *ZK der KPD* wurde vorgeschlagen, verdächtige Elemente in die SU zu nehmen.

Z.B. wurde Ende 1935 vorgeschlagen *Wilke-Goldberg*, der Verrat in Hamburg und in Berlin geübt hat und Genossen der Polizei auslieferte.[60]

Desweiteren wurde Mitte 1936 vorgeschlagen, *Kratsch*,[61] der ebenfalls Verrat in Hamburg und Berlin geübt hat, der aus der Emigration in Prag geflüchtet ist und Hauptbelastungszeuge gegen den Genossen Horst Frölich war,[62] und *Schenk*,[63] der ehemalige Reichstechniker beim ZK der KPD, der jetzt vom PB des ZK der KPD wegen seiner schweren Konspirationsfehler ausgeschlossen wurde, in die SU zu nehmen.

---

59 *„Klöcking – Oldenburg":* evtl. Christian Klöcking, RFB Wasserkante.

60 *Wilke-Goldberg:* D.i. Willy Goldberg (Ps. Wilking), (geb. 15.5.1900 in Königsberg–1945 im Kriegsgefangenenlager der Roten Armee bei Sverdlovsk), Arbeiter und Gewerkschaftsinstrukteur, 1932–1933 ILS-Schüler in Moskau, 1934 illegale Tätigkeit für die KPD in Norddeutschland. Nach seiner Verhaftung als „Oberberater für den Bezirk Wasserkante" 1935 wegen Zusammenarbeit mit der Gestapo aus der Partei ausgeschlossen. Angeblich „Flucht nach Prag", tatsächlich jedoch vom MP-Apparat als verdächtigter Spitzel nach Prag verbracht. Er weigerte sich daraufhin, in die Sowjetunion zu gehen. Unter der NS-Herrschaft 1942 zu vier Jahren Gefängnis verurteilt (Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Goldberg, Willy"; Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst der KPD, S.333f.).

61 Kratsch: D.i. Herbert Kratzsch. Offensichtlich handelt es sich um eine falsche Information. Kratzsch war als Organisationsleiter der illegalen Bezirksleitung Hamburg und „Reichsquartiergeber" am 9.2.1935 von der Gestapo verhaftet worden, durch seine Aussagen konnte die Hamburger Organisation „weitgehend zerschlagen" werden (über 200 Festnahmen). Daraufhin von der Gestapo in Berlin eingesetzt, dort „wurde vor diesem Gestapospitzel in Flugblättern gewarnt." (Kaufmann/Reisener/Schwips u.a.: Der Nachrichtendienst der KPD, S, 334). Nach Sandvoß im Prager Exil von Kippenberger erneut mit wichtigen Funktionen betraut (Sandvoß: Die andere Reichshauptstadt, S. 321).

62 Horst Fröhlich (1891 Ratibor, Schlesien – 1943 im Lager Golleschau bei Auschwitz), seit 1919 Parteimitglied, nach Hochschulstudium Redakteur, 1930 Vorsitzender der IFA und des Freidenkerverbands, 1931–1934 im IMEL Moskau mit den ökonomischen Schriften von Marx/Engels befasst, 1934 Lektor an der KUNMZ; im Dezember nach Deutschland zur illegalen Arbeit in Hamburg, im Mai 1935 verhaftet, der eingeleitete Austausch mit der Sowjetunion wurde im Januar 1941 von Dimitrov für unrealistisch gehalten (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 270f.; vgl. Dok. 391).

63 Schenk (Ps., weitere Ps. Parvus, Eduard und Richard Schenk), d.i. Willy Glatzer (1.1.1900 Sorau, Niederlausitz – 13.3.1938 bei Hijar, Teruel, Spanien, gefallen). Nach MP-Kurs und Absolvierung der KUNMZ in Moskau im Dezember 1936 nach Deutschland entsandt, nach Kaderakte 1936 nach Spanien, dort Politkommissar der 11. Interbrigade (Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Glatzer, Willy").

4. *Ueber die Hilfe der KPD bei der Entlarvung von Elementen, die sich als Politemigranten in die SU eingeschmuggelt haben.*

Es gibt Fälle, in denen die KPD geholfen hat, Elemente, die sich als Politemigranten in die SU eingeschmuggelt haben, zu entlarven. Zum Beispiel:
a) *Valentin Olberg* – ein Angeklagter im trotzkistisch-sinowjewistischen Prozess, der erschossen wurde.[64]
b) *Budich, Willi* – der mit Hilfe durch Verbindungen zu Göbbels aus der Haft entlassen wurde.[65]
c) Die Verbindung des Trotzkisten und Antikomintern-Agenten *Laslo* in die SU.[66]

Aber die Hilfe könnte grösser sein. Zum Beispiel 1) zur Angelegenheit *Werner Hirsch,*[67] 2) *Herzog-Burg-König.* Es wurde hier erst festgestellt, dass ein früherer verantwortlicher Apparatarbeiter sich bei der Spionage-Abteilung der Gestapo bereit erklärte, für sie zu arbeiten,[68] – 3) *Ottwald* – Schriftsteller, der schon lange in Ver-

---

64 Valentin Olberg war für den sowjetischen Geheimdienst tätig, um oppositionelle kommunistische Gruppen auszuspionieren (Siehe Dok. 386).

65 Willi Budich (16.4.1890 Cottbus – 1938 Sowjetunion, erschossen). Seit 1921 in der KPD, galt Budich zurecht als einer der mutigsten und unerschrockensten Kommunisten. Nach Teilnahme am 1. Weltkrieg, dann am russischen Bürgerkrieg auf Seiten der Bolschewki, einem MP-Kurs in der Sowjetunion, mehrfachen Verletzungen nach Demonstrationen und Auseinandersetzungen in Deutschland und Misshandlungen durch die SA in Zuchthaus und Konzentrationslager ging er in die Sowjetunion. Dort wurde der Geh- und Sehbehinderte, der einen Arm verloren hatte, am 19.6.1936 vom NKVD unter der Beschuldigung der Zusammenarbeit mit der Gestapo verhaftet und erschossen (siehe: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 155f.).

66 *Agent Laslo:* D.i. Richard Lengyel (Ps. Raoul László, literarisches Ps. A. Rudolf), (5.9.1902 Reschitza, Ungarn – 1940, in Frankreich tot aufgefunden). Ungarischer Journalist, Mitglied der KP Frankreichs 1931, Emigration nach Moskau, dort Angestellter in der Roten Gewerkschafts-Internationale und sowjetischen Institutionen. Konnte sich 1935 in die Schweiz absetzen und wirkte publizistisch mit an der Aufdeckung der Hintergründe der Moskauer Prozesse (u.a. A. Rudolf: Abschied von Sowjet-Russland. Tatsachenroman, Zürich, 1936). Nachdem Lengyels Schriften in André Gides Abrechnung mit der Sowjetunion zitiert wurden, entfaltete die Komintern im Westen eine massive Verleumdungskampagne und brandmarkte ihn als „Gestapo-Spitzel", was auch auch die Distanzierung der Sozialdemokratie ihm gegenüber bewirkte. Bereits vorher, Ende 1936, hatte die Exil-KPD einen Einbruch in Lengyels Prager Wohnung verübt; die entwendeten Materialien wurden entstellt zitiert, um Lengyel als „Faschisten" darzustellen. 1940 wurde er in Südfrankreich tot aufgefunden. (Bayerlein: Résistants contre Staline, S. 44–46 u.a.; Peter Huber, Hans Schafranek: Stalinistische Provokationen gegen Kritiker der Moskauer Prozesse. In: W. Neugebauer (Hrsg.): Von der Utopie zum Terror. Stalinismus-Analysen, Wien, 1994, S. 97–134).

67 Der ehemalige Sekretär Ernst Thälmanns, Werner Hirsch (siehe Dok. 384) wurde am 4.11.1936 vom NKVD verhaftet und einer terroristischen Verschwörung u.a. mit Erich Wollenberg angeklagt. Bei den Verhören wie auch bei der Gerichtsverhandlung bestritt er jede Schuld, wurde jedoch zu zehn Jahren Haft verurteilt und starb am 10.6.1941 im Moskauer Butyrka-Gefängnis an den Haftbedingungen (Müller: Der Fall Werner Hirsch; Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 379).

68 *Herzog-Burg-König:* Es handelt sich um Gustav König (1.6.1897 Berlin-Schöneberg-Herbst – 29.5.1937 in der Sowjetunion, erschossen). KPD-Mitglied seit 1920, maßgeblich an den Vorbereitungen des Deutschen Oktober 1923 in Berlin beteiligt, AM-Tätigkeit im KPD- und Kominternapparat, nach Inhaftierung in Deutschland 1934 Emigration in die Sowjetunion, dort zum zweiten Mal am 1.4.1936 verhaftet, am 29.5.1937 wegen seiner früheren Verbindungen zu Ruth Fischer, Maslow und Emel'

dacht stand, für die deutsche Reichswehr Spionagearbeit zu leisten. Einen [sic] Bericht über einen derartigen Verdacht lag schon seit vielen Monaten in Prag. Erst im Januar ds.Js. erhielten wir ihn, Ottwald wurde im November 1936 verhaftet,[69] 4) dass *Schütz-Eberhard* bei der Gestapo in Frankfurt Aussagen gemacht hat und sich ferner bereit erklärte, für sie zu arbeiten. *Er wurde in der Emigration aufgenommen und zur Arbeit in die Handelsvertretung* der SU in Paris vermittelt; 5) *Schimanski, Fritz* – erst hier wurde festgestellt, dass er in Prag mit den Trotzkisten Ruth Fischer und Grylewitz in Verbindung stand;[70] 6) dass *Weyand, Peter* – ein Mitglied der Pariser Emigrationsleitung ohne Einverständnis mit der Partei in Paris mit Ruth Fischer – Eppstein[71] – Maslow, drei führende deutsche Trotzkisten, enge Verbindungen hatte.[72]

5. *Ueber die Verhaftung von ehemaligen deutschen Parteimitgliedern in der SU.*

Nach einer nicht vollständigen Statistik der Kaderabteilung sind 1935/36 in der SU *126* ehemalige Mitglieder der KPD verhaftet. Unter ihnen befinden sich *24*, die in Deutschland Funktionäre im Zentral- oder Bezirksmasstabe waren.

Eine Einteilung dieser 126 verhafteten Konterrevolutionäre in drei Hauptgruppen ergibt folgendes Bild:

a) Trotzkisten –	38
b) Verbindung mit Gestapo und deutsches Konsulat	50
c) andere sowjetfeindliche Elemente	38

	126

(Ps.), d.i. Moisej Lur'e, zum Tode verurteilt und erschossen. Seine Frau Alma und Tochter Gerda sind seitdem verschollen (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 472).

69 Ernst Ottwalt (Ps.), d.i. Ernst Gottwaldt Nicolas (1901–23.8.1943). Journalist, Schriftsteller. Als Angehöriger der deutschen Schriftstellergruppe erfolgte aufgrund einer Namensverwechslung u.a. am 4.11.1936 die Ablehnung seiner Überführung in die VKP(b), im November 1936 zusammen mit seiner Frau Traute Nicolas verhaftet. 28.1.1937 Ausschluss aus der KPD, 1939 Verurteilungen zu fünf Jahren Lagerhaft (Müller: Die Säuberung, S. 68f., hier auf S. 552–556 das Dokument der Überführungskommission; Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Nicolas, Ernst").

70 Fritz Schimanski (1.7.1889 Tilsit – 22.11.1938 Sowjetunion, erschossen). Schlosser, 1911 SPD, 1921 KPD. Als Anhänger Fischer-Maslows 1925 Kandidat des ZK; Mitbegründer des Leninbundes; 1934 Emigration in die UdSSR, 1936 verhaftet. Nach Verurteilung wegen früherer Zugehörigkeit zum Leninbund am 22.11.1938 erschossen (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 784f.)

71 *Eppstein*, d.i. Eugen Eppstein (25.6.1878 Simmern, Hunsrück – März 1943, im Konzentrationslager Lublin-Majdanek). Kaufmännischer Angestellter. 1914 SPD, dann Spartakusgruppe, Reichstagsabgeordneter; 1928 Austritt aus der KPD, Mitbegründer des Leninbunds, den er zusammen mit Ruth Fischer und Arkadi Maslow wieder verließ, Emigration nach Frankreich, dort für die Linke Opposition tätig, 1940 von der Gestapo verhaftet, dann aus dem Lager Drancy nach Majdanek geschafft (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 229f.).

72 Es handelt sich um Peter Weyand (9.4.1896 Saarlouis – nach März 1941 in der Sowjetunion, verschollen). Monteur, Angehöriger der Roten Marine in Bremen, 1913 SPD, 1919 KPD- Angehöriger der Fischer-Maslow-Gruppe, seit 1925, so seine Aussage aus dem Jahr 1936, zu ihrer Ausspionierung im Auftrag des ZK der KPD. Später Mitglied der Emigrationsleitung der KPD in Paris. Verhaftet am 9.9.1937, verurteilt zu fünfjähriger Lagerhaft am 15.3.1941, verschollen (Müller: Herbert Wehner, S. 281).

Zu a) Trotzkisten:

Es gelang den Trotzkisten, von verschiedenen Ländern aus ihre Agenten einzuschmuggeln und Verbindungen zu organisieren, u.a.:

Berlin – David, Fritz [d.i. Il'ja-David Krugljanskij], Lur'e ([Ps.] Emel'); Stauer ([d.i.] Berman-Jurin)
Paris – Weyand, Peter
Prag – Schimanski, Erdmann,[73] Valentin Olberg.
Kopenhagen – Bergmann, Georg;[74] Brand, Otto[75]

Inwieweit es den trotzkistischen Agenten gelungen ist, sich in die Parteiarbeit einzuschmuggeln, zeigt das Beispiel David und Bergmann, Hermann – der bis Anfang 1936 Leiter der Org[anisations]-Abt[ei]l[un]g der MOPR und zuletzt Angestellter im Volkskommissariat für Gesundheitswesen war.[76]

Zu b) – Verbindung mit Gestapo und deutsches Konsulat

Es gelang der Gestapo, durch die Emigration einige Agenten in die SU einzuschmuggeln, die verhaftet wurden:

1) Budich,
2) Burg-Herzog-König,
4) Brustawitzki[77]
5) Sisskind [d.i. Süsskind]

---

73 *Erdmann:* D.i. Joseph Erdmann (4.12.1904 Labischin, Posen – 7.8.1942?). Heizer und Schlosser, 1920 KPD-Mitglied; in Neukölln wegen Tätigkeit für die Linke Opposition im Mai 1927 aus der KPD ausgeschlossen. Nach Freilassung aus KZ 1935 im illegalen Widerstand für die KPD, 1936 in die UdSSR, dort Anfang November im Hotel Balčug verhaftet und wegen Verdachts auf Spionage für Deutschland zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt. Vermutlich im Lager gestorben bzw. umgebracht (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 230f.).

74 Bergmann, Georg (Ps.), d.i. Antony/Anton Szana (28.12.1906 Temeswar, Österreich-Ungarn – 1945 Sowjetunion, im Lager umgekommen). Transportarbeiter; 1922 KJVD, 1927 KPD, 1933 ausgewiesen aus Deutschland; nach Dänemark mit „speziellem Parteiauftrag"; 1935/1936 KUNMZ; bis Oktober 1936 als Sekretär des deutschen Verlages der VEGAAR tätig; 12.10.1936 Verhaftung, von der Kaderabteilung als aus Dänemark eingeschleuster trotzkistischer Agent bezeichnet; 4.8.1937 Verurteilung zu fünf Jahren Lagerhaft (Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Szana, Anton/Antony"; Müller: Herbert Wehner, S. 279).

75 Otto Brand, d.i Otto Knobel. Siehe Dok. 391.

76 Zu Fritz David siehe Dok. 385. Hermann Bergmann (geb 1892), KPD-Mitglied seit 1920, arbeitete im Nachrichtenapparat der Partei. Ab Februar 1936 in Moskau, dort tätig im Kommissariat für Gesundheitswesen, im November verhaftet (Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank).

77 D.i. Abraham Brustawitzki, geb. 1909, wahrscheinlich 1936/1937 in der Sowjetunion getötet. Polnischer Schriftsteller jüdischer Herkunft; 1931 KPD-Mitglied, 1932 in die UdSSR, dort in der deutschen Länderkommission der Internationalen Vereinigung Revolutionärer Schriftsteller (MORP) beschäftigt; Feuilleton-Redakteur der *Roten Zeitung*. 1936 verhaftet. Kurz vor seiner eigenen Verhaftung äußerte Ottwald in der zitierten Sitzung der deutschen Schriftsteller in Moskau: „Ich lernte Brustawitzki hier in Moskau kennen und roch, dass er stank, ein Hund, der sich überall hineindrängt." (Müller: Die Säuberung, S. 102ff., 204).

3) Carola Neher[78] 6) Schmidt, Georg[79]
und andere.

Auch solchen Klassenfeinden gelang es, wichtige Arbeitsplätze zu bekommen:
1) *Budich* war in der MOPR verantwortlich für alle finanziellen Angelegenheiten für das Ausland und
2) Georg Schmidt – war früher Schupobeamter, der KPD Funktionär des Abwehrapparates in Bezirksmasstabe und hier in der SU in der MOPR beschäftigt für die Angelegenheiten der deutschen Politemigranten.

Des weiteren gelang es, Elemente in der SU zu verhaften, die als Politemigranten hierher kamen und mit der Deutschen Botschaft in Verbindung standen:
1) Holz, Adolf[80] 3) Schröder, Marga[81]
2) Speckmann[82] 4) Petratz[83]

Zu c) andere sowjetfeindliche Elemente
In dieser Kategorie sind enthalten ehemalige deutsche Mitglieder der Partei, die wegen sowjetfeindlicher Handlungen, faschistischer Propaganda, Korruptionen und dergleichen verhaftet wurden.
Unter ihnen befindet sich der ehemalige Leiter des RFB, Willi Leow. Er hatte in Engels eine ganze Gruppe von ehemaligen deutschen Parteimitgliedern, ca. 12 Mann,

---

78 Carola Neher (2.12.1905 München – 26.6.1942 Lager Sol'-Ilezk, Gebiet Orenburg, Sowjetunion). Schauspielerin, u.a. Berlin und Wien; Zusammenarbeit mit Brecht, berühmt für Ihre Rolle in der „Dreigroschenoper" (siehe: http://www.youtube.com/watch?v=jmJIIYRcMSY). 1933 Emigration über Prag nach Moskau, von NS-Deutschland 1934 ausgebürgert. In Moskau im von Wangenheim geleiteten „Deutschen Theater Kolonne Links". Juli/August 1936 Verhaftung nach Denunziation durch Wangenheim über ihr freundschaftliches Verhältnis zu Erich Wollenberg und Zenzl Mühsam sowie ihre angeblich antisowjetische und trotzkistische Haltung. 16.7.1937 Verurteilung zu zehn Jahren Haft, dann u.a. in der Lubjanka, Butyrka und den Lagern Kasan und Sol'-Ilezk (Müller: Die Säuberung, S. 276f., 561; zu Materialien aus ihrer Strafsache siehe Koljazin/Gončarov: „Vernite mne svobodu!", S. 22–30.).

79 Georg Schmitt (geb. 1899), Schutzpolizist in Essen, „wg. Aufwiegelung zum Ungehorsam" aus dem Polizeidienst entlassen. 1920–1923 SPD-, seit 1923 KPD-Mitglied. Schmitt nutzte seine Polizeikenntnisse als Funktionär im AM-Apparat, wurde 1932 aus Sicherheitsgründen in die Sowjetunion verlegt. In Moskau Mitarbeiter der MOPR und dort für Politemigranten zuständig. 1936 verhaftet, blieb seitdem verschollen. Anklage oer Urteil sind nicht bekannt (Mensing: Von der Ruhr in den GULag, S. 313–315; Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank; siehe auch Dok. 399).

80 Adolf Holz, geb. 1896, KPD 1920, Drucker, Schriftsetzer. Für *Die Rote Fahne* tätig. 1932 als Schriftsetzer in die Sowjetunion, dort Arbeit u.a. in Char'kov und Kiev, später Druckereidirektor, Thälmann Rayon. Nach Ausreiseantrag im Mai 1936 verhaftet. Dezember 1937 Verurteilung in Stalino zu zehn Jahren Lager, Mai 1940 Auslieferung an Deutschland, 1953 SED-Ausschluss (Mensing: NKVD und Gestapo; In den Fängen des NKWD, S. 101.

81 Marga Schröder 28.1.1937 Parteiausschluss (In den Fängen des NKWD, S. 210).

82 Speckmann (Ps.), d.i. Karl Wernicke(?), geb. 1906, 28.1.1937 Parteiausschluss.

83 *Petratz:* D.i. Richard Petras (4.11.1905 Berlin – nach 29.4.1937 Sowjetunion, verschollen), Vorzeichner. Flucht vor der Gestapo in die UdSSR, am 29.4.1937 wegen „Spionage, antisowjetischer Propaganda und organisierter antisowjetischer Betätigung" verhaftet (Weber: Weiße Flecken, S. 88f.).

um sich, die dort ebenfalls verhaftet wurden. Sie führten dort antisowjetische Reden, veranstalteten Saufabende.

Dok. 402

Materialen des zuständigen Komintern-Sekretärs Togliatti zur deutschen Frage und zur neuen Versöhnungspolitik der KPD

Moskau, 25.1.1937

Typoskript in deutscher Sprache, mit handschriftlichen Korrekturen und Ergänzungen. RGASPI, Moskau, 495/20/201, 111–126, 1–18. Erstveröffentlichung.[84]

p/10. Streng vertraulich.

An Genossen *Moskwin [d.i. Michail Trilisser].*[85]

Werter Genosse:

Im Auftrage des Genossen Ercoli [d.i. Palmiro Togliatti][86] stellen wir Ihnen beiliegend folgende *Materialien zur deutschen Frage* zu:

Enthält:
- N. Varga: Zur *Wirtschaftslage* Deutschlands. Seiten 1–6
- Materialien zur *Arbeit des PB* der KPD. 7–11
- Stand und Entwicklung der *Einheitsfront* und der *Volksfront*. 12–29
- Beschlüsse und Massnahmen der KPD insbesondere auf *Spanien*. 30–40
- Zur *katholischen* Frage in Deutschland. 41–44
- Zur *Propaganda* der KPD. 45–47
- Unsere *gewerkschaftlichen* Aufgaben im Betrieb und D.A.F. 58–64

25. Januar 1937. Sekretär d. Gen. *Ercoli.*

Materialien zur Arbeit des PB der KPD.
Ausschliesslich des Juni-Plenums führte die operative Leitung 30 Sitzungen durch.[87]

84 Das umfangreiche Dokument musste stark gekürzt werden.
85 „Moskwin“ handschriftlich eingesetzt. Stempel: Zurückzugeben innerhalb von 20 Tagen („*Vozvrat 20 dnej*“).
86 Ercoli (Ps.), d.i. Palmiro Togliatti, der als Kominternsekretär für die KPD verantwortlich war.
87 *Operative Leitung*: Gemeint ist das Auslandssekretariat der KPD in Paris, dessen Leiter seit Februar 1937 Walter Ulbricht war. Die im Folgenden ausgeführten Beschlüsse blieben weitgehend auf dem Papier: „Nach der weitgehenden Zerschlagung der kommunistischen Widerstandsgruppen auf der Unterbezirksebene – der UB Adlershof stellt einen Sonderfall dar –, eine Entwicklung, die sich bis ins Jahr 1937 hinzog und in Einzelfällen noch in den frühen vierziger Jahren zu strafgerichtlichen Konsequenzen führte, war die illegale Arbeit der KPD um 1937/38 nicht allein an einem Wendepunkt, sondern an ihrem Tiefpunkt angekommen.“ (Sandvoß: Die andere Reichshauptstadt, S. 441).

Die Teilnahme war in der Regel bedingt durch die Anwesenheit von PB-Mitgliedern an dem jeweiligen konkreten Tagungsort. In den Sitzungen standen folgende Hauptfragen zur Debatte:[88]

[…] 3.) Für die *Ausarbeitung eines Arbeitsplanes „über die Aufgaben in den wichtigsten Bezirken*" (23.4.36) wurden zwei Genossen verantwortlich gemacht. Ende des vergangenen Jahres lag erstmalig der Arbeitsplan der operativen Leitung hier vor. Konkretisiert wird er durch besondere Richtlinien für die Abschnitte Westen – Berlin – Saargebiet und Baden-Pfalz.

Hauptgesichtspunkt des Planes ist:
„Im Zusammenhang mit Nürnberg[89] und vier Jahre Hitler Verstärkung der Einheitsfront und Entwicklung des Inhalts der Zusammenarbeit im Sinne legaler Massenpolitik. Anleitung zur Ausnützung aller legalen Möglichkeiten für eine breite Volksbewegung auf dem Boden der Massenorganisationen und zur Herstellung der Einheit des Volkes, der Versöhnung von Antifaschisten und nationalsozialistischen Massen gegen die 3.000 Millionäre und gegen die oberen Zehntausend.[90] In diesem Sinne legale Anknüpfung an die nächsten Interessen der Massen und an die sozialdemagogischen Versprechungen des Nationalsozialismus." […]

Bei der Stellungnahme zum Nürnberger Parteitag wurde ein Communique, „in dem wir uns gleichzeitig an die Massen der Nationalsozialisten wenden" beschlossen und festgelegt „Ein Aufruf an das deutsche Volk" soll ausgearbeitet werden, in dem auf Grund der Erfahrungen der vierjährigen Hitlerherrschaft eine Politik der Einheit des Volkes, der Versöhnung des Volkes, der Erhaltung des Friedens gegen die 3.000 Millionäre proklamiert wird.[91]

Dagegen wurde „der Vorschlag eines Angebotes an den Parteivorstand [der SPD] nach Nürnberg abgelehnt. Es soll die Initiative aus dem Lande, vor allem von

88 Die Geschichte der operativen Auslandsleitung, dann Auslandssekretariat der KPD in Paris (vorher Prag) wurde für die betreffende Periode noch nicht aufgearbeitet (zentrale Bestände dazu sind im Bundesarchiv überliefert, siehe: SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/273 ff., zur Wirkungsgeschichte auch RY 1/I 2/3/287).

89 *Nürnberg*: Gemeint ist der „Reichsparteitag der Ehre", abgehalten in Nürnberg vom 8. bis 14.9.1936. Neben der Verkündung des Zweiten Vierjahresplans zeichnete sich der bis dahin größte NSDAP-Parteitag v.a. durch Angriffe auf den „Bolschewismus" aus, wobei sich besonders Rosenberg und Goebbels mit antisemitischen und antikommunistischen Statements hervortaten. Zum Kongress wurde eine Propagandaausstellung eröffnet, die u.a. (retuschierte) Portraits von Sowjetführern, erbeutete Waffen der Bayerischen Räterepublik und gezielt als minderwertig präsentierte sowjetische Industrieprodukte beinhaltete (Hamilton T. Burden: Die programmierte Nation. Die Nürnberger Reichsparteitage, Gütersloh, Bertelsmann, 1967, S. 175–198).

90 Die Linie der Versöhnungspolitik und die Hinwendung auf die (NS-)Massenorganisationen sollte als eine aus dem Nürnberger Parteitag sich ergebende Konsequenz gemeinsam mit der Volksfrontpolitik implementiert werden, gleichzeitig verhielt sich die sowjetische Führung um Stalin und Molotov gegenüber NS-Deutschland eher vorsichtig und wiegelte Kritik am NS-Parteitag ab.

91 Das Versöhnungsnarrativ kulminierte im Aufruf „Für die Versöhnung des deutschen Volkes" von Ulbricht im Oktober 1936 (Siehe Dok. 402, vgl. den Beitrag von Bayerlein in Bd. 1, S. 332ff).

Berlin aus ergriffen werden und in diesem Zusammenhang ein Schritt beim P[artei] V[orstand| erfolgen und öffentlich zur ablehnenden Stellung des PV dann Stellung genommen werden."

Durchaus in derselben Linie der vom PB bereits seit Mitte Juli praktizierten Politik liegt auch der Beschluss (21.9.) „die Partei soll die Erklärung der Arbeitsfrontmitglieder im Bergbau zur wirtschaftlichen Lage und den Forderungen der Bergarbeiter aktiv unterstützen und die Vorbereitung einer Beratung der gewerkschaftlichen Vertreter im Westen fördern." [...]

Am 30.10. beschloss das PB *einen Brief an Thorez* im Zusammenhang mit den faschistischen Drohungen und seinem Auftreten am 10.10. [1936].[92] Am 4.11. wurde ein Bericht des Vertreters der KP Italiens über die Beschlüsse ihres ZK entgegengenommen und eine „Diskussion über die volkssozialistischen Auffassungen" geführt. Am 10.11. wird „ein gemeinsamer Aufruf von KPD und KPI beschlossen".[93] [...]

Die Sicherung und Verbesserung der Konspiration im Apparat der Führung beschäftigte am 23.7. das PB.

„Zur Verbesserung der konspirativen Tätigkeit der Partei (wurde [am] 30.7. beschlossen) [...] die Dezentralisation auf dem Wege der Umstellung der Organisation auf Bildung von Gruppen in den Massenorganisationen sowie die Abwehr der Gestapo-Methoden vorzunehmen. Und im Sinne eines „besseren Schutzes der Kader und Sicherung der Organisation (die) Konzentration der Arbeit auf die Grossbetriebe und Massenorganisationen durchzuführen."

In Verbindung mit der Kampagne gegen den Trotzkismus beschloss das PB (16.10.) eine „Ueberprüfung der Parteikader im Lande und in der Emigration", die Kontrolle dieser im September beschlossenen Massnahme durch besondere Instrukteure, eine „Prüfung der Umgebung des PB und der Mitglieder des PB, sowie die Wiederbildung einer Kader-Kommission," die letztere Arbeit durchführen soll.[94]

Nach einem Bericht (3.11.) über Kaderschutz und Abwehr soll „der Kaderschutz den veränderten Bedingungen des antifaschistischen Kampfes angepasst" und „die Hauptorientierung gerichtet sein auf die Erziehung der Antifaschisten im Betrieb und

---

92 In einer Rede in der *Mutualité* wandte sich Thorez nicht nur erstmals scharf gegen die Nichteinmischungspolitik der französischen Volksfrontregierung in Spanien, sondern auch gegen einen Protest der Regierung Hitler beim französischen Außenministerium gegen seine Straßburger Rede. Bei dieser Gelegenheit habe er nur an Hitlers Ausspruch erinnert: „Die Demokratie besteht nur aus Lüge, ich hasse die Demokratie." (siehe: Die politischen Folgen der Thorez-Rede. In: *Pariser Tageszeitung*, 3.11.1936).

93 *Gemeinsamer Aufruf KPD-KP Italiens*: Im November 1936 erschien ein gemeinsamer Aufruf der kommunistischen Parteien Deutschlands und Italiens unter dem Titel: „Gegen die Kriegspolitik des Faschismus. - Aktive Solidarität für den Freiheitskampf des spanischen Volkes." Im Folgejahr wurde unter dem Titel „Nicht der Faschismus, sondern die Freiheit wird in Europa siegen!" (30.9.1937) eine Erklärung der Zentralkomitees der KP Deutschlands und der KP Italiens zur Zusammenkunft Hitler-Mussolini veröffentlicht.

94 Damit setzte die KPD die Beschlusslage der Komintern um, siehe auch Dok. 376.

in den Massenorganisationen zur Abwehr der Gestapo." Am 10.11. wurde festgelegt, die „Ueberprüfung der Mitglieder des KJV in der Emigration" [durchzuführen].

Mit der *spanischen Frage* befasste das PB sich erstmalig am 7.8.; beschlossen wurde:

1.) „Die DVZ[95] soll vor allem auf die Unterstützung des General Franco durch den Hitlerfaschismus und die Ausnutzung der spanischen Kämpfe durch Hitler im Interesse der faschistischen Eroberungspolitik eingehen und in appellartiger Form im Zusammenhang mit der Kriegspropaganda Hitlers in Spanien den Zweck der faschistischen Kriegsrüstung und seine Friedensphrasen widerlegen.[96]

2.) Ein kurzer Aufruf des ZK an die deutschen Antifaschisten im Ausland [...] sich in die Reihen der gegen den Faschismus kämpfenden Volksfrontanhänger in Spanien einzugliedern.[97] [...]

Zum Prozess gegen die trotzkistischen Konterrevolutionäre und zum Kampf gegen den Trotzkismus, im weiteren Verlauf auch gegen die Versöhnler, nahm das PB in fünf Sitzungen Stellung.

Am 23.8. beschloss es, „schnellste Fertigstellung und Veröffentlichung des Beschlusses (Resolution) in *R[ote]F[ahne]* und D[eutsche]V[olks]Z[eitung]", „die Durchführung einer innerparteilichen Offensive gegen die trotzkistischen Auffassungen" [...] Elemente, insbesondere in der Emigration. Die Orientierung der Grenzstellen und Fertigstellung eines Materials. Die Herausgabe des Prozessberichts als Broschüre und eine erneute Ueberprüfung der Emigration. Am 16.10. wurde beschlossen, einen offiziellen Artikel des PB zu diesen Fragen zu veröffentlichen. Zur Untersuchung der Fraktionstätigkeit der Versöhnler wurde die Einsetzung einer Kommission (10.11.) beschlossen, während am 1.1. festgelegt wurde, gegen das volksfrontfeindliche Verhalten von Schwarzschild Stellung zu nehmen.[98] Die Sitzung des PB vom 17.11.

---

95 *DVZ (Abk.):* Deutsche Volkszeitung. *Das Wochenblatt der Deutschen/ La voix du peuple allemand*, Paris u.a. 1936–1939, als Nachfolgeorgan des in Prag erscheinenden *Gegenangriff*.

96 Unmittelbar nach seinem Putsch im Juli 1936 wandte sich Franco mit einem Hilfsgesuch an NS-Deutschland. Zunächst unterstützte Hitler ihn mit Transportflugzeugen. Im August 1936 erfolgte dann der Beschluss, mit Lufttruppen aktiv an Francos Seite im spanischen Bürgerkrieg zu intervenieren. Im Herbst erfolgte die Entsendung der berüchtigten, aus 92 Flugzeugen bestehenden „Legion Condor" nach Spanien, die bis zur Niederlage der Republik für Franco im Einsatz war (siehe: Robert H. Whealey: Hitler and Spain. The Nazi Role in the Spanish Civil War 1936–1939, Lexington, University of Kentucky Press, 1989). Wie die Westmächte hatte die Sowjetunion noch bis in den Herbst hinein eine Nichteinmischungspolitik verfolgt. Am 29.9.1936 beschloss das Politbüro dann die Bereitstellung von Waffen und Material, wenig später auch die Entsendung von Freiwilligen durch die Komintern (siehe die Politbüro-Beschlüsse vom 29.9.1936, 11.10.1936 und folgende).

97 *Aufruf zur Eingliederung deutscher Antifaschisten in den Kampf:* Möglicherweise der Aufruf „Internationale aktive Hilfe dem kämpfenden spanischen Volke. Das ZK der KPD an das spanische Volk, an die Soldaten und Milizen!".

98 Leopold Schwarzschild hatte als Herausgeber des seinerzeit bedeutendsten Zeitschrift des deutschen Exils, des *Neuen Tagebuchs*, dezidiert gegen die Moskauer Prozesse Stellung bezogen und daraus die Zerstörung der Volksfront von innen heraus abgeleitet. Siehe: Dieter Schiller: Die

befasste sich als einzigen Tagesordnungspunkt mit dem „Bericht der Kaderkommission über trotzkistische Zusammenarbeit mit Antikomintern und über die Organisierung der Versöhnler."

Stand und Entwicklung der Einheitsfront und Volksfront.[99] *[...]*
a) Stand der Einheits- und Volksfront z.Zt. der letzten Besprechung. [...]

Am 2. Februar 1936 präzisierte der Prager Vorstand [der SPD] seine Taktik zu den Vertrauensräte-Wahlen im „Neuen Vorwärts", wobei er gegen die von den Kommunisten vorgeschlagene Taktik polemisierte:

„Die neue Parole der Kommunisten, die Vertrauensräte für die Arbeiterschaft zu erobern und sie allmählich zu einem Instrument des antifaschistischen Kampfes auszubauen, gründet sich auf einer gefährlichen politischen Illusion."[100]

Etwa Ende Februar oder Anfang März 1936 schloss der Prager Parteivorstand 9 sozialdemokratische Funktionäre, darunter 6 RS-Leute, aus der sozialdemokratischen Flüchtlingsfürsorge „wegen fraktioneller Bindung mit den Kommunisten" aus. [...]

b) Unser Verhältnis zum Prager Parteivorstand, seit der letzten Besprechung im Frühjahr 1936.
Am 7. März liess Hitler das Rheinland besetzen. Für den 29.3. setzte er Neuwahlen an.

Das ZK der Partei gab einen Aufruf heraus mit der zentralen Losung: „*Für Frieden und Freiheit*", während es im Text heisst:

„Die Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterklasse, die Bildung der Volksfront aller Hitlergegner schafft die Waffen zum Sturz Hitlers [...]

Wir reichen allen deutschen Volksgenossen, die gegen Hitler sind, die Hand." [...]

Etwa im April brachte die „Rote Fahne" erstmalig eine Losung für ein demokratisches Deutschland und den Vorschlag eines Nichtangriffspaktes, gerichtet an den Prager Vorstand. Sie schrieb:

„Von entscheidender Bedeutung ist die Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien KPD und SPD. Das Zentralorgan der KPD hat sich erneut an den Parteivorstand

---

„Volksfront-Sache" – „moralisch zerstört"? Aus dem redaktionellen Briefwechsel von Leopold Schwarzschilds Neuem Tage-Buch im Jahr 1937. In: *Exilforschung. Ein Internationales Jahrbuch* XII (2004), S. 248–259.

99 Hdschr. Eintrag: „Januar 1937".

100 Laut der NS-Arbeitsverfassung von 1934 sollte die „Betriebsgemeinschaft" Kernpunkt der Arbeitsbeziehungen sein. Seitens der Arbeitnehmer waren die „Vertrauensräte" das einzige Interessensorgan (in Betrieben ab 20 Beschäftigten). Als geschäftsführende Vertrauensratsmitglieder waren diese zugleich Betriebsobleute und als solche führende Funktionäre der DAF im Betrieb. Seit 1936 wurde von den Vertrauensräten seitens der Deutschen Arbeitsfront verstärkt „die nationalsozialistische Linie" eingefordert. Die bereits 1933 geforderte KPD-Linie der Unterwanderung wurde von der Mehrheit der illegalen freien Gewerkschafts- und sozialistischen Organisationen abgelehnt (Matthias Frese: Nationalsozialistische Vertrauensräte. Zur Betriebspolitik im „Dritten Reich". In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* (1992), Nr. 4–5, S. 281–297, hier: S. 281f., 287f. http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1992/1992–04–a-281.pdf).

der SPD und an die sozialdemokratischen Gruppen gewandt, mit dem Vorschlag gemeinsamer Beratungen aktueller Fragen, Zusammengehen von Fall zu Fall und Vereinbarung eines Nichtangriffspaktes.

Wir sind bereit, mit allen antihitlerischen Kräften für ein demokratisches Deutschland zu kämpfen." [...][101]

Am 20. Juli 1936 übermittelte der Prager Vorstand gez. von Vogel,[102] ein Schreiben an das ZK der Partei, dem auszugsweise nachstehendes entnommen ist:

„Wir erhielten am Freitag durch Boten Abschrift eines Flugblattes, das zwischen der Leitung der KP, SPD, den Gewerkschaften und Vertretern der Sportler in Berlin vereinbart worden und zur Verteilung an die Olympiateilnehmer verteilt werden soll mit einem Begleitschreiben der KPD. Wir haben von unseren Berliner Genossen über das Zustandekommen einer solchen Vereinbarung keine Nachricht [...]. Auch wenn dies der Fall sein sollte, würden wir es aus Gründen der Illegalität für inopportun halten, von einer Vereinbarung zu sprechen. [...] Andererseits wäre es unseres Erachtens durchaus nicht glücklich, wenn von Euch oder von uns über eine Flugblattverteilung berichtet würde [...]."[103]

Anlässlich des Prozesses gegen die trotzkistischen Konterrevolutionäre[104] trat eine Verstärkung der Spannung zwischen unserer Partei und dem Prager Vorstand ein.

Der „Neue Vorwärts" vom 30.8.1936 schrieb:

„In der Tatsache, dass Kommunisten gegen Kommunisten mit terroristischen Mitteln kämpfen, und vor allem [in] dem blutigen Ausgang dieses Machtkampfes liegt eine Verurteilung des Systems der Parteidespotie und der Despotie in der Monopolpartei." [...]

Der nach dem Nürnberger Parteitag entstandenen Lage Rechnung tragend, gab das ZK ein Communique heraus; es heißt dort:

---

101 *Für ein demokratisches Deutschland:* Damit definierte die KPD nach der „Brüsseler Konferenz" im Oktober, auf der die Frage nicht entschieden wurde, die Regierungs- und Systemfrage neu.

102 Hans Vogel (1881–1945) war von 1931 bis 1933 Vorsitzender der SPD sowie von 1933 bis 1945 Vorsitzender des SPD-Exilvorstandes (Sopade). Zusammen mit Friedrich Stampfer war er 1935 in Prag an den Einheitsfrontverhandlungen beteiligt (siehe Langkau-Alex: Deutsche Volksfront, Bd. 1, S. 301ff.).

103 Das spektakulärste Resultat der internationalen Protest- und Boykottbestrebungen gegen die Olympiade 1936 in Berlin war ein gemeinsamer Aufruf der beiden größten Arbeitersport-Internationalen, der Sozialistischen Arbeiter-Sportinternationale und der Roten Sportinternationale, zum Boykott der Olympiade als „Heerschau des Hitlerfaschismus". Auch hier war Münzenberg der Vorreiter (siehe einen von Breitscheid (SPD), Koenen (KPD) und Braun (SAPD Saar) unterzeichneten Aufruf von 1935. Siehe: Langkau-Alex, Deutsche Volksfront 2, 294ff.; evtl.: Karl-Heinz Jahnke: Gegen den Missbrauch der olympischen Idee 1936. Sportler im antifaschistischen Widerstand, Frankfurt am Main, 1972.

104 Der Erste Moskauer Prozess gegen „das trotzkistisch-sinowjewistische terroristische Zentrum" fand vom 19.–24.8.1936 gegen Grigorij Sinowjew, Lev Kamenev, Ivan Smirnov, Sergej Mračkovskij und 12 andere Funktionäre statt. Siehe Dok. 387.

„Daher erfordert die Verteidigung der Lebensinteressen der Schaffenden die Versöhnung der Massen des deutschen Volkes zum Widerstand gegen die 3.000 Millionäre. In diesem Kampf haben alle Schaffenden, ob Nationalsozialistischen [sic], Kommunisten, Sozialdemokraten oder Katholiken, das gemeinsame gleiche Interesse.

Alles für die Versöhnung des deutschen Volkes zur Erhaltung des Friedens, gegen die Kriegstreiber, gegen die 3.000 Millionäre."

Diesen Standpunkt präzisiert das Polbüro in der bekannten Plattform in der „Roten Fahne" Nr. 8 – „*Versöhnung des deutschen Volkes.*" Es heisst dort:

„Wollen wir uns alle wieder versöhnen, damit des Volkes Wille oberstes Gesetz wird und nicht der Wille der 3.000 Millionäre. Die zentrale Aufgabe der nächsten Zeit besteht darin, dass sich überall Kommunisten und Sozialdemokraten über die Bildung der Einheitsfront verständigen und gemeinsam in den aktuellen Lebensfragen des deutschen Volkes, in Fragen des Friedens, des Lohnes, der Lebensmittelversorgung, der Volksrechte eine solche Massenpolitik entwickeln, die unter Anknüpfung an die nächsten Interessen der Werktätigen und an die nationalsozialistischen Versprechungen die Massen in Bewegung bringen. Diese legale Vertretung der Interessen des werktätigen Volkes ist der Weg der Aktivisierung der breiten Volksmassen."[105]

Zu diesem Dokument liegen *zwei Aeusserungen führender Genossen aus dem PB bezw. den Grenzstellenleitern vor.* Schwab schrieb am 18.11.:[106]

„An den Dokumenten begrüssen wir vor allem das rasche Reagieren unseres PB als einen Versuch, das bisherige Hinterherdenken, wie es insbesondere vor Brüssel der Fall war, zu liquidieren. Wir begrüssen sie weiter als Versuch, die Initiative zu ergreifen bei der Neuaufrollung von Problemen und Fragen des gemeinschaftlichen Kampfes.

Bei der Diskussion der Dokumente stellten wir hier sofort die Frage, in welchem Verhältnis steht die neue Losung zur Frage der Volksfront und der Einheitsfront. Wir kamen [...] zu folgendem Entschluss: An der grundsätzlichen Linie kann sich durch diese Linie nichts ändern. Sie kann keineswegs an die Stelle der Volksfront treten, ja sie kann wohl nicht einmal eine Ergänzung zu ihr darstellen.

Während Genosse Funk dagegen polemisierte und das PB von hier vorschlug, vorläufig von einer Popularisierung abzusehen." [...]

c) Stand und Entwicklung der Arbeit des „vorbereitenden Volksfrontkomitees".[107]

In der Emigration, besonders in Paris, hatten sich nach der Brüsseler Konferenz zwischen Vertretern der KPD, führenden Sozialdemokraten, RS-Leuten,[108] SAPlern,[109]

105 Siehe den „Versöhnungsaufruf", Dok. 395a.
106 Sepp Schwab (Ps. Louis Schwarz) war Abschnittsleiter Nord in Kopenhagen.
107 Handschriftlicher Zusatz: „(seit März 1936 bis zum Aufruf 1937)".
108 *RS-Leute:* Gemeint sind die Revolutionäre Sozialisten Deutschlands (RSD), Siehe Dok. 404.
109 SAPler: Gemeint ist die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Siehe Dok. 272f.

KPO-lern[110] und Vertretern bürgerlicher Kreise freundschaftliche Beziehungen angebahnt.

Richtunggebend für das Auftreten unserer Genossen bei den Beratungen in diesem sogenannten Lutetia-Kreis[111] war der Direktivbrief des Pol[itischen] Büros vom 11. Nov. 1935. Zwei Hauptaufgaben sollten durch die Pariser Zusammenkünfte erfüllt werden:

„1.) Durch die Zusammenarbeit mit Genossen der SPD das Zustandekommens eines Einheitsfront-Abkommens zwischen uns und dem PV zu fördern.

2.) Vorbereitung und Unterstützung der Volksfront im Lande durch Beratung und Zusammenarbeit mit hitlergegnerischen Kräften des Zentrums, der Demokraten, der Bauern und des Mittelstandes.“ […]

Der Standpunkt der Partei, wie es sich aus der Frühjahrsbesprechung ergab, wurde in diesem Kreis erstmalig vom Genossen Walter [d.i. Walter Ulbricht] am 8.4.1936 entwickelt. […] Während des Juliplenums entwickelte Genosse Pieck vor diesem vorbereitenden Komitee „Richtlinien für die Ausarbeitung einer politischen Plattform der deutschen Volksfront. […]“

Anlässlich des Prozesses gegen die trotzkistischen Konterrevolutionäre *änderten sowohl Schwarzschild, die SAP, als auch der Vertreter der RS ihre Haltung.*

Schwarzschild schrieb im „Neuen Tagebuch“, Nr. 35:

„Es ist unausbleiblich, dass die Gefühle, die eben erst begonnen hatten, sich mit der Wahl zwischen Moskau und Berlin zu Gunsten des ersteren zu entscheiden, durch diesen Prozess wieder ins Wanken gebracht werden.„[112]

„Die *SAP*, die ursprünglich einen verkürzten Entwurf vorlegen wollte, vertritt neuerdings den Standpunkt, dass es überhaupt falsch sei, eine Plattform auszuarbeiten […]

Unser Entwurf sei unakzeptabel, er sei liberalistisch, vormärzlich und kraftlos. Der Vertreter der RS hat sich fast vollinhaltlich diesem Standpunkt angeschlossen gehabt […]“ […]

Nach langwierigen Diskussionen in den Sitzungen des Arbeitervertreters in der Programm-Kommission [sic] wurde am 7.8.1936 durch eine Redaktionskommission

---

110 KPOler: Gemeint ist die Kommunistische Partei-Opposition (KPO).

111 *Lutetia-Kreis:* Nach dem Tagungsort, dem Hotel Lutetia am Boulevard Raspail in Paris benannter Kreis (offiziell „Ausschuss zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“, der auf Initiative Willi Münzenbergs erstmals im Dezember 1935 SPD, KPD, KPO, SAP und RSD sowie bürgerlich-liberale Hitlergegner zusammenbrachte. Die Moskauer Prozesse, der Skandal um das *Pariser Tageblatt*/ *Pariser Tageszeitung* und die Intrigen Ulbrichts brachten die deutsche Volksfront während des Jahres 1936 in die Krise; der Lutetia-Kreis beendete im April 1937 seine Tätigkeit (siehe: Langkau-Alex: Deutsche Volksfront, II, S. 321f.).

112 Siehe: Leopold Schwarzschild: Der Gestapomann Trotzki. In: *Das Neue Tage-Buch* 4(1936), Nr. 35, S. 825–828. Obwohl Schwarzschild Trotzki politisch fundamental kritisiert, bezeichnet er den Moskauer Prozeß als zu den „gröbsten“ Fehlern gehörig. „Umso deutlicher“ müsse „man es draussen sagen“.

ein gemeinsamer Vorschlag zu einem Appell der deutschen Volksfront formuliert. [...][113]

Am *4.1.1937* wurde von dem „vorbereitenden Volksfrontkomitee" ein gekürztes Volksfrontprogramm[114] fertiggestellt und seine Veröffentlichung beschlossen. (Von Funk mitgebracht, befindet sich beim Genossen Pieck).

Neben einer Reihe von Sozialdemokraten und uns, ist es u.a. von KPO-lern, SAP- und RS-Leuten und Demokraten unterzeichnet.

d) Einheits- und Volksfront im Lande.

Aus dem Westen-Bericht von Bertz am 5.10.1936 über Katholikenarbeit.

Hitler kann aber nicht Krieg führen, wen er innenpolitisch mit dem grossen katholischen Volkskreis (ca. 20 Millionen) in Fehde liegt.

Der „Deutsche Weg" [115] nimmt gegen den Hirtenbrief Stellung und bekämpft alle Stimmen, die jetzt eine Befriedung zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus erwarten.[116] [...] Eine weitere wichtige Frage ist die, wie es möglich wird, dass eine

113 Der erste nachweisbare Appell bzw. allgemeinere Aufruf der deutschen Volksfront „an das deutsche Volk" datiert jedoch erst vom 19. bzw. 21.12.1936 (s.u.). Es handelte sich dabei um ein Kompromissdokument ohne konkrete Handlungsanweisungen und Perspektiven. Arbeitervertreter: Gemeint sind damit wohl der Vertreter der Arbeiterparteien.

114 *Gekürztes Volksfrontprogramm:* Am 21.12.1936 verabschiedete der Volksfrontausschuss in Paris einen Appell an das deutsche Volk unter dem Titel "Bildet die deutsche Volksfront! Für Frieden, Freiheit und Brot!". Darüber hinaus wurden die von den gebldeten Arbeitsausschüssen vorgelegten Denkschriften "Hitlers Kriegs- und Interventionspolitik" und "Der Lohn der Arbeiterschaft im III. Reich" veröffentlicht. Am 25. Dezember veröffentlichte die *Pariser Tageszeitung* den "Spanien-Aufruf der deutschen Opposition", eine Weihnachtsbotschaft des Volksfrontausschusses an das deutsche Volk. Zur problematischen Wirkungsgeschichte schreibt Ursula Langkau-Alex: „In den ersten Wochen des Jahres 1937 verfielen Volksfrontausschuß und Lutetia-Kreis in Lethargie. Die Diffamierung der SAP als "Wortführerin„ der spanischen "trotzkistischen„ POUM in der Deutschen Volks-Zeitung trug dazu ebenso bei wie die Spaltung der Auslandsorganisation der Partei selbst; Münzenbergs längere Abwesenheit von Paris aufgrund einer Urlaubsreise und eines Sanatoriumsaufenthalts wegen Herzneurose ebenso wie die Macht- und Richtungskämpfe in der Komintern- und der KPD-Führung (...)." (Langkau-Alex: Deutsche Volksfront, II, S. 321).

115 *Der Deutsche Weg* war eine „katholische antifaschistische Exilzeitschrift", hrsg. vom Jesuiten Friedrich Muckermann, einem der herausragenden Publizisten im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Siehe: Heinz Hürten „Der Deutsche Weg". Katholische Exilpublizistik und Auslandsdeutschtum. Ein Hinweis auf Friedrich Muckermann. In: *Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch* 4 (1986), S. 115–129.

116 An Heiligabend, dem 24.12.1936 veröffentlichten die deutschen katholischen Bischöfe den „Hirtenbrief gegen den Bolschewismus". Pflicht, sei es, „das Oberhaupt des Deutschen Reiches mit allen Mitteln" im Kampf gegen den Bolschewismus zu unterstützen: „Der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler hat den Anmarsch des Bolschewismus von weitem gesichtet und sein Sinnen und Sorgen darauf gerichtet, diese ungeheure Gefahr von unserem deutschen Volk und dem gesamten Abendland abzuwehren. Die deutschen Bischöfe halten es für ihre Pflicht, das Oberhaupt des Deutschen Reiches in diesem Abwehrkampf mit allen Mitteln zu unterstützen, die ihnen aus dem Heiligtum zur Verfügung stehen." Bereits am 19.8.1936 hatte das deutsche Episkopat Hitlers Außenpolitik und den Kampf gegen den „ Bolschewismus " im spanischen Bürgerkrieg unterstützt (Wolfgang Neugebauer (Hrg.):

gewisse Führung der Katholiken im Auslande geschaffen wird, bezw. dass der „Neue Weg“[117] selbst mehr ein solches Zentrum um sich schafft.

Wenn der „deutsche Weg“ endlich beginnt, ökonomische Fragen zu behandeln, werden zweifelsohne eine Reihe katholischer Gewerkschaftsleute mitarbeiten.

Genau so wichtig ist es, den hunderttausend Katholiken im Lande, die heute von ihren Bischöfen verlassen sind, eine Richtlinie des Handelns zu geben. In der letzten Nummer des „Deutschen Weg[s]“ (13.9.) sagte der *D[eutsche]W[eg]* richtig, dass es heute im Lande wirkliche katholische Führer nicht gibt.“



Am 29.1.1937 entschied das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion auf Anfrage von Elena Stasova, der Internationalen Roten Hilfe 10.000 Dollar für das Komitee zur Verteidigung des amerikanischen Sozialisten Tom Mooney zu geben, der wegen eines Bombenanschlags in San Francisco seit über 20 Jahren unschuldig inhaftiert war.[118]

Dok. 403

Telegrafischer Gruß Lion Feuchtwangers an Stalin bei seiner Ausreise aus der Sowjetunion

[Beim Verlassen der Sowjetunion, 6.2.1937]

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/820, 87–90. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache veröffentlicht in der *Pravda*, 6.2.1937.

An Genossen Stalin
Kreml. Moskau

Beim Verlassen der Union drängt es mich, Ihnen, dem würdigen Repräsentanten des Sowjetvolkes, zu sagen, welch tiefes Erlebnis diese Reise in ihr Land für mich bedeutet.[119] Wer ihr Land und ihr Volk ohne Vorurteil betrachtet, muß freudig bewundern,

---

Handbuch der preußischen Geschichte. Vom Kaiserreich zum 20. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, München, De Gruyter, 2001, S. 698f.).

117 Vermutlich irrtümlich für *Der Deutsche Weg*.

118 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 172.

119 In seinen Tagebüchern notierte Dimitrov unter dem 2.2.1937 zu einem Treffen mit Feuchtwanger, also nach dem Gespräch Feuchtwangers mit Stalin: „*2.2.37.* – Feuchtwanger bei mir (Komintern). (In Begleitung von Maria Osten). Den stärksten Eindruck hat auf ihn gemacht a) die Ausbildung und der Wissensdurst der Jugend, b) der Plan zur Rekonstruktion von Moskau. Über den Prozeß: 1) Diversionsakte, Spionage, Terror – sind bewiesen. 2) Bewiesen ist ebenfalls, daß Trotzki inspiriert und geführt hat. 3) Übereinkunft von Trotzki mit Hess [Heß] und den Japanern ist nur auf den Aussagen der Angeklagten begründet. – Es gibt keinerlei Beweise! 4) Die Tatsache, daß Radek und Sokolnikow nicht zum Tode durch Erschießen verurteilt wurden, wird im Ausland als Beweis genutzt werden, daß sie bewußt solche Aussagen machten, um ihr Leben zu retten. 5) Einen erschütternden Eindruck hinterläßt das Geschimpfe gegen die Angeklagten. Das sind Feinde, die es verdienen, vernichtet zu

was man in diesen zwanzig Jahren erreicht hat. Die menschliche Vernunft hat hier einen ungeheuren Sieg errungen. Wer die Kraft und die Klugheit kennengelernt hat, mit der Sie und Ihr Volk das Errungene verteidigen und ausbauen, verläßt die Union mit der beglückenden Zuversicht, dass keine Macht der Welt im Stande ist, den Sozialismus wieder zu vernichten, wie er hier verwirklicht wurde.

Lion Feuchtwanger



Am 19.2.1937 entschied das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, Emel'jan Jaroslavskij 1000 US-Dollar zu übergeben, um damit den Mitgliedsbeitrag (der sowjetischen Sektion?) im Internationalen Freidenkerverband bezahlen zu können.[120]

Dok. 403a

„Ihr alle dort in der Komintern arbeitet dem Feind in die Hände…" Stalins Drohung als Tagebuchnotiz Dimitrovs

Moskau, 8.–11.2.1937

Typoskript vom Autograph. Zentrales Parteiarchiv der BKP(b), Sofia, 146/2/3, 33. In deutscher Sprache publ. In: Georgi Dimitroff. Tagebücher, I, S. 149.

8.2.1937
– Sitzung des Sekretariats.
Referat von Ulbricht über deutsche Angelegenheiten und Wahl der Kommission.[121]

10.2.37
– Deutsche Kommission.

11.2.37
– Deutsche Kommission. – Abends im Bolschoi-Theater. (Puschkin-Abend.)[122]

---

werden. Aber sie haben nicht aus persönlichen Interessen gehandelt, und hätten nicht als ‚Schüften, Feiglinge, Reptilien' usw. bezeichnet werden dürfen. 6) Warum solch ein Lärm um den Prozeß. – Unklar. Eine Atmosphäre außerordentlicher Unruhe unter der Bevölkerung geschaffen, gegenseitige Verdächtigungen, Denunziationen usw. Der Trotzkismus ist tot, warum eine solche Kampagne?" (Dimitroff: Tagebücher, Bd. 1, S. 148).

120 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 202.

121 *Deutsche Kommission:* Zu der von Dimitrov an diesem Tag in der Kommission gehaltenen Rede siehe Dok. 403e.

122 *Puschkin-Abend:* Im Februar 1937 wurde der 100. Todestag des russischen Dichters Aleksandr S. Puškin (1799–1837) in der gesamten Sowjetunion zehn Tage lang mit großem Pomp und einmaligem Aufwand begangen. Dabei sollte Puškin als nationales Symbol reinstallliert und in stalinistischem Sinne umgedeutet werden. Der Abend im Bolschoi-Theater war der Auftakt der Feierlichkeiten (siehe: Karen Petrone: Life Has Become More Joyous, Comrades. Celebrations in the Time of Stalin, Bloomington, Indiana University Press, 2000, S. 113–147; Schlögel: Terror und Traum, S. 198ff.).

– Gespräch mit Stal[in] über den Beschluß des Präsidiums zur antitrotzkistischen Kampagne.[123]

Stal[in] :
1) Sie lassen außer acht, daß die europäischen Arbeiter denken, alles rühre von der Auseinandersetzung zwischen mir und Tr[otzki] und wegen St[alins] schlechtem Charakter her.
2) Man muß darauf hinweisen, daß diese Leute gegen Lenin gekämpft haben, gegen die Partei zu Lenins Lebzeiten.[124]
3) Zitieren, was Lenin über die Opposition sagte: „Jegliche Opposition in der Partei unter Bedingungen der Sowjetmacht, die beharrt auf [...] beharrt,[125] gleitet ab in Weißgardistentum."[126]
4) Auf das Stenogramm des Prozesses verweisen. Die Aussagen der Angeklagten zitieren.[127]
5) Ihre Politik und ihre Tätigkeit zur Vorbereitung der Niederlage der Sowjetunion anprangern.

Der Beschluß taugt nichts. Ihr alle dort in der Komintern arbeitet dem Feind in die Hände (...) [...]

Es lohnt nicht, einen Beschluß zu fassen; ein Beschluß ist eine verbindliche Sache. Besser ist ein Brief an die Parteien.[128]

---

123 Am 5.2.1937 verabschiedete das Präsidium des EKKI einen Beschluss mit dem Titel „Die Ergebnisse des Trotzkistenprozesses". Darin übernahm das EKKI die mit Todesdrohungen verbundene Kriminalisierung von Trotzkisten als Terroristen, Spione und Diversanten, für die „jeder ehrliche Arbeiter eines beliebigen Landes [...] nichts anderes als Entrüstung, Abscheu und Fluch übrig haben" könnte. Nach einer ausführlichen Nacherzählung der „Geständnisse" der Angeklagten (in einem „unter Wahrung aller denkbaren Garantie [...] objektiven Verfahren") und einem Exkurs über das angebliche Wirken der Trotzkisten in verschiedenen Ländern schloß die Erklärung damit, daß die „Zerschlagung des Trotzkismus (...) eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Sieg über den blutigen Faschismus" sei (RGASPI, 495/2/258, 22–31).

124 Siehe hierzu auch die ähnliche Argumentation Stalins in seinem Gespräch mit Feuchtwanger, Dok. 397.

125 So im Original.

126 Stalin verweist auf die Reden und Diskussionsbeiträge Lenins auf dem X. Parteitag der RKP(b) im März 1921 über die Einheit der Partei. Zitiert wird hier allerdings nicht Lenin, sondern Stalins Auslegung der Beschlüsse. Vgl. Dimitroff: Tagebücher, I, S. 248.

127 Das Stenogramm des Prozeses wurde in der Sowjetunion zeitnah und in mehreren Sprachen gedruckt. Die deutsche Ausgabe siehe: Volkskommissariat für Justizwesen der UdSSR: Prozeßbericht über die Strafsache.

128 Zu einem möglichen Ergebnis dieser Aufforderung siehe das Dok. 414. Auch weiterhin blieb Stalin mit den „antitrotzkistischen" Beschlüssen des EKKI unzufrieden. So verwarf er am 11.11.1937 in einem Gespräch mit Dimitrov einen Beschlussentwurf des EKKI zum Kampf gegen den Trotzkismus: „Das kommt dabei heraus, wenn Leute in der Kanzlei sitzen und sich etwas ausdenken!" Eine Verstärkung des Kampfes einzufordern genüge nicht, „[d]ie Trotzkisten müssen gejagt, erschossen, vernichtet werden." (Dimitroff: Tagebücher, I, S. 163–164).

Dok. 403b

Stenographische Diskussionsbeiträge in der Kommission zur deutschen Frage des Komintern-Sekretariats

Moskau, 9.2.1937

Typoskript, deutsch und russisch. RGASPI, Moskau 495/18/1171, 1–237. Erstveröffentlichung.

Vertraulich.

Stenogramme
der vom Sekretariat des EKKI am 7. II. 1937 eingesetzten Kommission zur deutschen Frage, Sitzung am 9. Februar 1937.

1. ERCOLI [d.i. Palmiro Togliatti]	S. 1–2 deutsch
2. KUUSINEN	S. 3 deutsch
3. VARGA	S. 4–14 deutsch
4. FLORIN	S. 15–23 deutsch (gekürzt)
5. PIECK	S. 24–30 deutsch (gekürzt)
6. ERCOLI	S. 31–39 deutsch
7. MANUILSKI	S. 40–49 deutsch
8. LOSOWSKI	S. 50–54 deutsch (gekürzt)

ANWESEND: Alichanow, Arnot, Bronkowski [d.i. Bronislaw Bortnowski], Degen [d.i. Hermann Nuding], Dimitroff, Ercoli [d.i. Palmiro Togliatti], Florin, Funk [d.i. Herbert Wehner], Koplenig, Krajewski, Kunert [d.i. Walter Hähnel], Kuusinen, Losowski, Manuilski, Moskwin [d.i. Michail Trilisser], Pieck, Sergejew, Smoljanski, Tschemodanow, Ulbricht, Varga, Walecki, Weber [d.i. Franz Dahlem], Bölke,[129] Gerisch, Petermann E. [130]

129 *Bölke:* D.i. Emilie Bölke (23.9.1901 Oberhausen – 27.11.1971 Berlin), die als Gehilfin des Leiters des EKKI-Sekretariats in Moskau und als Stenotypistin arbeitete. Sie überlebte die Säuberungen.
130 Es handelt sich um Erna Petermann, geb. Saar (5.7.1904 Berlin – 1981 ebd.), die als Stenographin und Übersetzerin in der Komintern arbeitete. Nach Verhaftung 1938 und der Haft überlebte sie den Gulag, wo ihr Kind starb, und siedelte 1956 in die DDR über. Adele Schiffmann beschreibt ihren Einsatz für die Mitgefangenen im Lager (siehe: Meinhard Stark: Deutsche Frauen im GULAG. Individuelle Erfahrungen und Verhaltensformen im Haftalltag. In: Robert Streibel, Hans Schafranek (Hrsg.): Strategie des Überlebens. Häftlingsgesellschaften in KZ und GULag, Wien, Picus Verlag, 1996, S. 168–205, hier S. 197, http://www.gulag.memorial.de/pdf/stark_frauen.pdf

Dok. 403c

Fragenkatalog von Komintern-Sekretär Togliatti zur Situation in der KPD

Moskau, 9.2.1937

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau 495/18/1171, 2–3. Erstveröffentlichung.

Vertraulich!

Genosse Ercoli [d.i. Palmiro Togliatti]:
Ueber die Art der Behandlung der Frage. Wir sind einverstanden mit dem, was wir mit den deutschen Genossen besprochen haben, dass keine allseitige Diskussion notwendig ist. Es wäre notwendig, eine Reihe von Fragen auf die Genossen zu verteilen, über jede Frage einen Meinungsaustausch zu machen und gewisse Schlussfolgerungen zu ziehen. Es wäre eine solche Gruppe von Fragen:

1./ Über die allgemeine Einschätzung der Lage vom ökonomischen und politischen Standpunkt, besonders um die Lösung zu finden, was das Hauptkettenglied jetzt für die Partei ist. Das heisst, Einschätzung der ökonomischen und politischen Lage, Schlussfolgerungen, nächste Perspektive. Einfluss der faschistischen Propaganda und Agitation in den Massen und daraus die Schlussfolgerungen für unsere Partei.
2./ Die Hauptlosungen der Partei, d.h. die Frage des Kampfes zur demokratischen Republik, die Bedeutung dieser Losung, die Aufgaben und Fragen der Einheit und Versöhnung des deutschen Volkes, die deutsche Frage inbezug auf die Einheits- und Volksfronpolitik in Deutschland.
3./ Die Durchführung dieser Politik in den Massenorganisationen des Faschismus, besonders Lohnkämpfe, besonders die Arbeit in der deutschen Arbeitsfront, in Kraft durch Freude, in den Sportorganisationen, wie ist diese Arbeit usw.
4./ Als besondere Frage die Probleme der Jugendarbeit, die Jugendorganisationen, die Direktiven der Arbeit in den Jugendorganisationen.
5./ Die Propaganda der Partei, die „Rote Fahne", illegale Propaganda und Broschüren, Bücher usw., Radio, alles Probleme, die mit den Problemen der Partei verbunden sind.
6./ Die organisatorischen Probleme, die Organisationsstruktur der Partei, Aufbau der Partei, Ausbau der Partei in den faschistischen Massenorganisationen, Erfahrungen, Erfolge und Misserfolge und Probleme der Kader.

Dann bleibt noch eine Gruppe von Fragen, die die Leitung der Partei betreffen und besonders die Kaderfrage, die wir vielleicht in einer Unterkommission studieren werden.
Das sind sieben Gruppen von Fragen.

Sind die Genossen damit einverstanden. Dann werden wir über jede Gruppe von Fragen einen besonderen Meinungsaustausch machen und gewisse Schlussfolgerungen ziehen. Das wichtigste ist, dass wir eine allgemeine Diskussion vermeiden, dass wir zu jeder Frage das Wesentliche sagen und die Genossen sich ganz kurz äussern, damit wir rasch die Fragen behandeln können.

Dok. 403d

Wilhelm Pieck über den Kampf gegen Hitler, den Charakter der deutschen Bourgeoisie und die Kader in Deutschland

Moskau, 11.2.1937

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1171, 23–29. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Dam'e/Komolova/Korčagina: Komintern protiv fašizma, S. 445–448.

[...] *Vertraulich.*

Genosse Pieck: (gekürztes Stenogramm)

Die Partei hat Erfolge in der Annäherung an die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter auf der Basis der praktischen Arbeit der Partei in den Betrieben. Dort vollzieht sich die Herstellung der Einheitsfront, sogar die Verschmelzung der faschistischen Arbeiter mit anderen.[131]

Warum sind wir bisher nicht besser vorwärts gekommen in der wirklichen Herstellung einer Leitung der Einheitsfront? Wir brauchen keine neuen Rezepte auszudenken, die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz sind absolut richtig. [...] Es steht jetzt ein Problem, ob nicht auf Grund dieser Tätigkeit der Gruppen in der [Deutschen] Arbeitsfront wider den Willen der Faschisten die Arbeitsfront zu einer Art Gewerkschaft gestaltet werden kann, nämlich ausgenutzt werden kann zu einem wirklichen organisierten Kampf gegen das Unternehmertum.[132]

(Zwischenruf Gen. Dimitroff: – Also ein gewisses neues Rezept doch?)

Das ist kein neues Rezept.

---

131 *Verschmelzung der faschistischen Arbeiter mit anderen*: Angesichts des Scheiterns der Betriebspolitik der KPD dürften diese Behauptungen Piecks einer Überprüfung mit der Realität kaum standhalten, siehe hierzu Dok. 376.

132 Mit ihrer gescheiterten Politik des Eindringens der KPD in die Deutsche Arbeitsfront isolierte sich die Partei auch innerhalb des antifaschistischen Widerstands. Siehe: Andreas Herbst: Kommunistischer Widerstand 1933–1945, *http://www.ddr-biografien.de/00000095890f9bc01/0000009589137ed36.html*.

(Zwischenruf Gen. Dimitroff: – Du brauchst nicht gegen solchen [sic] neuen Rezepte zu sein, wenn diese neuen Rezepte etwas Neues geben können!)

Ich werde gleich sagen, warum ich das Wort Rezept gebrauche; weil ein Suchen nach Rezepten da ist, als ob man etwas finden kann, um alle Schwierigkeiten zu überwinden.

Warum kommen wir nicht vorwärts? Die Ursache ist, die Unsicherheit in der Partei über die Durchführung dieser Linie. [...] Die Komintern muss uns helfen, diese Unsicherheit zu überwinden. [...]

Eine grosse Schwierigkeit ist die politische Schwäche unserer Kaders [sic]. 70 Prozent unserer Kader im Lande haben von unserer Theorie keinen blassen Schimmer und leben einfach von unserer Tagespolitik. Diese Tagespolitik ist heute viel schwieriger und komplizierter, sie können auf die Argumentation der Sozialdemokraten und der Faschisten nicht genügend antworten.[133]

Dazu kommt die Schwäche der Führung. [...]

[...] Die bevorzugte Stellung der Rüstungsindustrie schafft auch innerhalb der Bourgeoisie grosse Gegensätze. Die deutsche Bourgeoisie ist nicht entschlossen, den Krieg zu führen, sondern hat grosse Bedenken gegen die Provokationen Hitlers, die Hitler zur Steigerung seines Prestige[s] braucht.

(Zwischenruf Gen. Varga: – Du meinst, die deutsche Bourgeoisie will keinen Krieg?)

Nein, jetzt nicht. Wo sind die Anzeichen dafür? Wir haben Unterlagen vorhanden, dass die Reichswehrgeneralität gegen diese Provokationspolitik ist, die Hitler betreibt.

(Zwischenruf Gen. Varga: – Das heisst also, dass das heutige faschistische Regime in Deutschland nicht das Regime der Grossbourgeoisie, der Finanzoligarchie ist, sondern das Regime Hitlers?)[134]

Du sagst nicht, Hitler ist Schuld, sondern die Rüstungsindustrie ist schuld; Du drehst das um.

Wir haben in Deutschland mit zwei Kräften zu rechnen. Wir haben mit dem Finanzkapital zu rechnen, das gesehen hat, dass mit Hilfe der Weimarer Demokratie die Massen nicht mehr beherrscht werden können. Aber das besagt noch nicht, dass der Faschismus weiter nichts als ein Werkzeug ist. Er ist eine eigene Kraft; er muss als selbstständige Kraft bewertet werden. Machen wir das nicht, werden wir den Faschismus nie schlagen. Du versuchst, eine falsche Konsequenz in dieser Frage zu ziehen. Wenn wir nicht vor den Massen den Hitlerfaschismus als verantwortlichen Faktor hinstellen, wie werden wir dann die Front gegen den Hitlerfaschismus schaffen? Gegen

133 Gewissermaßen als Bestätigung der Aussage Piecks siehe die Berichte aus Deutschland im Dok. 433.

134 Varga bezieht sich hier auf die Faschismusdefinition des VII. Weltkongresses der Komintern (1935) als „offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals". Siehe Dok. 347, 350 u.a.

die Bourgeoisie – dagegen brauchten wir heute nicht aufzustehen; diese Front haben wir geschaffen, solange es eine Arbeiterbewegung gibt. Es gibt bestimmte Schichten des Finanzkapitals, die durch die Rüstungen für den Krieg besonders bevorzugt sind.

(Zwischenruf Genosse Varga: – Die entscheidenden Teile)

Meinetwegen. Aber zu sagen, dass die Leute den Krieg wollen, der ein Manöver ist, bei dem sie alles verlieren können, das wäre ja dumm. Die Monopolstellung der Hitlerpartei kann abgebaut werden und eine gewisse Abschwächung des Hitlerregimes erfolgen.

(Zwischenruf Gen. Losowski: – Sodass Hitler nicht die Interessen des Finanzkapitals in Deutschland vertritt?)

Dann hast Du mich falsch verstanden. Ich sagte, dass er beauftragt ist, die Interessen des Finanzkapitals zu vertreten. Aber die Dinge so zu vereinfachen, dass nur das Finanzkapital verantwortlich ist und nicht der Hitlerfaschismus, das würde nur dem Hitlerfaschismus zugute kommen. Man kann die Dinge nicht so vereinfachen: die deutsche Bourgeoisie will den Krieg. Wenn sie ihn will, kann sie ihn morgen machen. Die Regierung hat sie dazu, die den Krieg erklärt. Aber sie braucht die Massen.

(Zwischenruf Gen. Varga: – Meinst Du, dass gegen den Willen der Finanzoligarchie Hitler diese Politik treiben könnte?)

Meinungsverschiedenheiten zwischen der Hitlerpolitik und der Finanzoligarchie sind da. Dafür könnte ich Dir eine Reihe von Tatsachen anführen.

(Zwischenruf Gen. Manuilski: – Genosse Varga, das Sekretariat ist sich klar darüber, dass in Deutschland das Finanzkapital regiert. Gen. Pieck verneint diese Tatsache nicht.)

Natürlich nicht. Ich stelle nur die Frage des Krieges. Wenn das deutsche Finanzkapital den Krieg will, kann es ihn jeden Tag durch Hitler erklären. Aber was ist ein hemmender Faktor? Sie sind der Massen nicht sicher, und Hitler hat die Aufgabe vom Finanzkapital die Massen kriegsfähig zu machen.

Wir müssen mit der Abschwächung der Monopolstellung der Hitler-Partei in Deutschland rechnen. Es ist in der Bourgeoisie eine Tendenz vorhanden, die faschistische Regierung stärker wieder mit anderen nichtfaschistischen Elementen zu durchsetzen. Damit wird sich Hitler allmählich abfinden.

Es gibt einen grossen Konflikt zwischen Katholizismus und Hitlerpartei. Die katholischen Massen gegen sich zu haben, bedeutet, ein Drittel des Volkes gegen sich zu haben. Deswegen sieht die Bourgeoisie mit Unbehagen auf die Verschärfung des Konfliktes zwischen Katholizismus und Kirche.[135] Man könnte sagen; warum verbietet sie das Hitler nicht. So liegen die Dinge aber nicht, dass sie ihm etwas verbieten

135 Fehler im Stenogramm. Gemeint ist der Konflikt zwischen Kirche und Regime.

kann. Dazu hat sie die Kraft nicht, den Widerstand gegen die ganze Hitleranhängerschaft zu führen.

Die Frage der Demokratie: Der Terror ist systematischer geworden, nicht mehr so chaotisch wie früher. Aber die Zwangswirtschaft schafft in der Basis des Faschismus – Bauern und Mittelstand – eben den grossen Widerstand gegen diese Politik. Daher muss das Hauptgewicht auf den Kampf für den Abbau der Zwangswirtschaft gelegt werden, also auf eine Demokratisierung. Das Hauptkettenglied muss daher die Frage des Kampfes um die materiellen Forderungen, des Kampfes um den Frieden, gegen die Kriegspolitik, und des Kampfes um die Demokratie sein. Das sind die drei entscheidenden Fragen, die heute das A und Omen [Omega] unserer Einheitsfrontpolitik sind.

(Zwischenruf Genosse Manuilski: – richtig!)

Wir konnten bisher das Misstrauen gegen die Kommunisten, dass sie doch für die proletarische Diktatur sind, wenn sie die Losung der demokratischen Republik stellen, nicht beseitigen. Natürlich, wenn wir für die demokratische Republik eintreten, werden wir keine Demokraten. Wir kämpfen für die demokratische Republik als eine Notwendigkeit für das deutsche Volk, damit es überhaupt wieder die Möglichkeit bekommt, mit einzugreifen und mitzuwirken im Wirtschaftsprozess und in der politischen Gestaltung. Die demokratische Republik ist unser aktuelles Kampfziel und nicht mehr. Hier sind bei uns Hemmungen vorhanden. Wir müssen klarlegen, dass es keinen anderen Weg gibt als den Kampf für die demokratische Republik. Diese Frage wird oft noch sektiererisch gestellt. Einen Beweis dafür haben wir in dem Aufruf, den man herausgegeben hat.[136]

Als Antwort der Partei auf den Hitlerparteitag wurde ein Communique herausgegeben. Allgemein war es passabel. Allerdings ist in einem Abschnitt die Losung der Versöhnung gestellt. Das konnte eine falsche Formulierung sein. Dann kommt der Aufruf.[137] Was ist dabei die grosse Frage? Hier ist eine Veränderung unserer Taktik und des strategischen Zieles vorgenommen worden. Mit diesem Aufruf wurde von der Führung ein schwerer politischer Fehler gemacht. Ich sehe darin den Ausdruck der Unsicherheit der Führung inbezug auf die Durchführung unserer politischen Linie.

Der Genosse Walter [Ulbricht] sagte, der Aufruf sollte gar nicht das zentrale Problem stellen, sondern nur das Problem: wie kommen wir an die Massen heran?

(Zwischenruf Gen. Walter [Ulbricht]: – Wie erziehen wir die Massen zum legalen Handeln in Teilfragen!)

---

136 Gemeint ist der Aufruf der Auslandsleitung der KPD „Versöhnung des deutschen Volkes für Frieden, Freiheit und Wohlstand, gegen die 3000 Millionäre!" vom Oktober 1936 (Jörn Schütrumpf: Für die Versöhnung des Deutschen Volkes Von Walter (Ulbricht). Für Deutschland, für unser Volk. Ein bedeutsamer Aufruf des ZK der KPD. In: *Utopie kreativ*, H. 71, September 1996, S. 36–40. Zum Kontext siehe Langkau-Alex, Deutsche Volksfront, Bd. 2, S. 349f., S. 540–546, Bd. 3, S. 155–162). Siehe Dok. 395a.
137 Hier und im Folgenden geht es um den „Oktoberaufruf" der KPD „An das deutsche Volk".

Vielleicht, indem wir ihnen eine falsche Linie geben, ein irreales Ziel stellen? In diesem Aufruf ist kein Wort vom Kampf gegen Hitler. Er ist tendiert in dem Kampf gegen die 3000 Millionäre.[138] Zwei Drittel des Aufrufes beschäftigen sich mit den Versprechungen des Hitlerfaschismus und dem, was er nicht erfüllt hat. Es kommt so heraus, als ob Hitler es ehrlich gemeint hat, es aber nur noch [nicht] durchgeführt hat. Der Aufruf ist schon proportionell falsch. Wenn darin zwei Drittel über die Versprechungen Hitlers sind – das ist Agitationsmaterial und nicht ein Aufruf, der die politische Linie der Partei angeben soll. Auch in der Friedensfrage ist das so. Es ist nicht die Frage gestellt, dass Hitler Kriegspolitik treibt, sondern dass die 3000 Millionäre die Kriegspolitik treiben. Das ist falsch. Bei der ganzen Kriegspolitik ist Hitler ein ganz entscheidender Faktor.

Die Losung: „Die Reichen sollen zahlen!" das war in Frankreich richtig. Aber in Deutschland steht folgendes: die Hauptlasten des Staates werden für Rüstungen verbraucht. Selbst wenn die Bourgeoisie die Rüstungen aus eigenen Mitteln zahlen müsste, würden wir gegen die Rüstungen sein, die Rüstungen sind viel wichtiger, als die Frage, wer das bezahlt, weil die Rüstungen den Willen zum Krieg beweisen.

Die Losung der Versöhnung: Das ist absolut unangebracht. Das deutsche Volk soll sich gegen die 3000 Millionäre versöhnen! Walter [Ulbricht] sagt, wir mussten der Behauptung Hitlers, dass wir das Volk spalten, eine Losung gegenüberstellen. Wir sagen doch: wir wollen die Einheitsfront und Volksfront schaffen zum Kampfe gegen Hitler. Wir wollen nicht die Versöhnung des deutschen Volkes. In dem Aufruf ist nicht einmal das Wort Einheits- oder Volksfront erwähnt. Das ist schon eine Veränderung unserer Linie. Woher ist der Aufruf zu verstehen? Aus den Schwierigkeiten unterer Arbeit im Lande. Die Genossen in der Führung werden sich nicht klar, wie wir diese Schwierigkeiten überwinden können. Hier müssen wir Hilfe leisten.

Wir haben den Massen die Losung der demokratischen Republik nicht verständlich gemacht. Und kaum, nachdem wir diese Losung ins Land geworfen haben, kommen wir mit der neuen Losung: Kampf gegen die 3000 Millionäre. Das können unsere Funktionäre nicht verstehen. Das ist unsere grosse Schwäche.

---

138 Nachdem die „3000 Millionäre" als alleinige Schuldige dargestellt wurden, hieß es im Aufruf weiter: „*Muss das alles so sein, deutsches Volk?* Wir können das ändern, *alle zusammen*. Welch eine Macht sind die Millionen des Volkes gegen die dünne Schicht der 3.000 Millionäre! Wollen wir uns alle wieder versöhnen, damit des Volkes Wille oberstes Gesetz ist und nicht der Egoismus von 3.000 Millionären." Siehe Dok. 395a.

Dok. 403e

Aus den Stenogrammen der Kommission zur deutschen Frage: Redebeitrag Dimitrovs

Moskau, 11.2.1937

Typoskript mit handschriftlichen Korrekturen in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau 495/18/1171, 133–151. Erstveröffentlichung.

[...] *Vertraulich*!

Genosse Dimitroff:
Ich bin vollständig einverstanden mit den wesentlichen Ausführungen der einzelnen Gruppen. Die Reden haben gezeigt, dass noch einige Bemerkungen notwendig sind. Es ist zu bedauern, dass wir nicht in der Lage sind, eine erschöpfende Einschätzung der Lage zu geben. Diese Einschätzung der Lage ist leider unmöglich auf Grund der Materialien, die wir schriftlich bekommen haben und auch unmöglich auf Grund der Informationen, die wir im Sekretariat und in der Kommission erhalten haben. Es ist notwendig, besser und gründlicher die Lage in Deutschland zu studieren, nicht nur auf Grund offiziellen statistischen Materials (das ist auch notwendig), aber auf Grund einer unmittelbaren Prüfung der verschiedenen Schichten im Lande, auf Grund unmittelbarer Prüfung der Stimmung dieser Schichten. Die Stimmung ist nicht gleichmässig und die Lage ist auch nicht gleichmässig. Die verschiedenen Schichten der Arbeiterklassen haben unter der faschistischen Diktatur verschiedene Stimmungen. Das ist auch eine Frage des Kleinbürgertums, eines grossen Teils der Bourgeoisie und der Bauernschaft. Weiteres Studium ist unbedingt notwendig. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Parteileitung im Auslande und im Lande, in einer möglichst kurzen Zeit ein solch gründliches Studium durchzuführen und eine genaue und positive richtige Einschätzung zu bekommen, weil davon viel für unsere Politik und unsere Taktik und unsere praktische Arbeit im Lande selbst abhängt.

Aufgrund des vorhandenen Materials halte ich aber eins für[139] bestimmt. Es ist jetzt die schwierigste Zeit für den deutschen Faschismus. Warum? Wie bekannt, ist alles in Deutschland durch Hitler und das faschistische Regime auf die Vorbereitung eines Eroberungskrieges eingestellt worden, und zwar von Anfang an. Hier liegt die Hauptexistenzberechtigung des deutschen Faschismus. Das ist die extremste reaktionärste Gruppe des Grosskapitals, des Finanzkapitals und gleichzeitig der Rüstungsindustrie. Aber die Lage nach vier Jahren ist jetzt so geworden:

1. die Schere berührt bereits die Haut der Millionenmassen in Deutschland.

Am Anfang der vier Jahre hat Hitlers Regime den Kleinbauern, Kleinbürgern, Intellektuellen, verschiedenen Schichten der Bourgeoisie, besonders aber den Arbei-

139 „für“ handschriftlich eingefügt.

tern, Kleinbürgern und der Bauernschaft die Wolle geschoren. Jetzt kommt diese Schere aber schon auf die Haut.

Daraus erwachsen Unzufriedenheit, Misstimmung, Meckertum, Miesmacherei – die grossen Voraussetzungen für die Massenbewegung gegen die faschistische Diktatur – in den verschiedenen Schichten.

Ich betone noch einmal: Das ist nicht gleichmässig bei allen Schichten, z. B. nicht so stark bei einer Schicht der Arbeiterklasse wie bei der anderen Schicht der Arbeiter, bei den Mittelbauern nicht so stark wie bei den Landarbeitern.

Bei der Mittelindustrie ist es nicht so stark wie bei der Kleinindustrie. Bei der Rüstungsindustrie existiert keine Unzufriedenheit, weil alles gut geht. Aber in verschiedenen Branchen der deutschen Industrie ist diese Unzufriedenheit vorhanden.

2. Es kommt zu einer Erschöpfung der vorhandenen Rohstoffquellen und Möglichkeiten im Lande selbst, was für die Rüstungsindustrie in bezug auf die Vorbereitung des Krieges eine entscheidende Bedeutung hat. So war es nicht 1933 und 1934 und 1935; sogar 1936 war es nicht so. Deswegen kommt dieser neue Vierjahresplan. Deswegen ist Göring als kräftigster faschistischer Staatsmann Oberhaupt und Hauptdurchführer dieses neuen Vierjahresplanes für die Vorbereitung und Beendigung der Vorbereitung des Krieges. Das ist das zweite.

3. Wir haben schon die unmittelbare Engagierung des deutschen Faschismus in Kriegsabenteuer. Das ist sehr kostspielig (und meiner Meinung nach nicht so ungefährlich), wie Spanien, wo er Summen gegeben hat, die in die Milliarden gehen. Das ist eine große Last für die Finanz, für die Industrie und hauptsächlich selbstverständlich für die Volksmassen in Deutschland. Und es gibt neue solche Vorbereitungen. In der Tschechoslowakei sehen wir das, in Sudetendeutschland,[140] in bezug auf Oesterreich usw.[141]

4. Die faschistische Agression ist jetzt für andere Völker, für andere Länder viel klarer geworden als im Anfang. Mit der Besetzung des Rheinlandes,[142] mit der Einführung des ständigen Heeres in Deutschland, mit diesen großen Aufrüstungen,[143] mit

---

140 Hier sind möglicherweise die Wahlerfolge von Konrad Henleins Sudetendeutscher Partei ab 1935 gemeint.

141 Möglicherweise meint Dimitrov damit die Annäherung zwischen Österreich und Deutschland infolge des sogen. „Freundschafts- und Normalisierungspaktes" vom 11.7.1936, der einen weitreichenden innen- und außenpolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Maßnahmenkatalog beinhaltete. U.a. verpflichtete sich Österreich, inhaftierte Nationalsozialisten zu amnestieren und einige NS-Zeitungen wieder zuzulassen. Für das autoritäre österreichische Regime war es ein Versuch, die Souveränität zu bewahren, jedoch bereiteten gerade die Schwierigkeiten der Verhandlungen zur Umsetzung der Vertragsmaßnahmen die Annexion Österreichs durch NS-Deutschland im März 1938 vor (siehe zuletzt: Gabriele Volsansky: Pakt auf Zeit. Das Deutsch-Österreichische Juli-Abkommen 1936, Wien, Böhlau, 2001).

142 Gemeint ist die Entsendung von Truppenteilen der Wehrmacht in das zuvor entmilitarisierte Rheinland am 7.3.1936.

143 *Große Aufrüstungen*: Nach ihrem Machtantritt setzte die NS-Führung dazu an, unter der Losung der „Wiederwehrhaftmachung" Deutschlands den Plan zum Aufbau eines 300.000–Friedensheeres bis 1938 zu verfolgen. Im März 1935 wurde die allgemeine Wehrpflicht wiedereingeführt. Bereits

der ganzen Außenpolitik hat die faschistische Regierung klar und deutlich gezeigt, daß es sich um eine Eroberungspolitik und um einen Eroberungskrieg handelt für neues Territorium und für Kolonien. Und hier ist eine große Koalition gegen diese faschistische Agression im Entstehen, 1. Der Pakt zwischen Frankreich und der Sowjetunion; der Pakt zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion,[144] und starke Tendenzen, einen solchen Block von Ländern, von Großmächten zu schaffen, die für die Erhaltung des Friedens in der jetzigen Situation sind, sind entstanden. Also die Isolierung des faschistischen Deutschlands, des faschistischen Regimes ist gewachsen und wächst weiter, trotz aller Verhandlungen, mit England zu Vereinbarungen zu kommen, einen Einfluß in der Tschechoslowakei zu bekommen (es gehen auch verschiedene Verhandlungen mit gewissen tschechischen Leuten). Jedenfalls bleibt die Tatsache, daß Deutschland und das deutsch[e] Volk sich unter dem faschistischen Regime in Deutschland, unter dieser faschistischen Agression immer isolierter fühlen. Und man kann ohne Uebertreibung sagen, daß, je kriegsmäßiger die Situation wird, umso schwieriger die Lage für den deutschen Faschismus sein wird. [...]

Ich möchte betonen, dass man davon ausgehen muss. Von dieser Tatsache müssen wir in unserer Politik, in unserer Taktik, in unserer ganzen Arbeit und unserem ganzen Kampf in Deutschland ausgehen. Es ist hier auch darum [sic], weil 90 % des deutschen Volkes in dieser Frage einig sein können, dass die überwiegende Mehrheit der deutschen Nation an dieser Frage lebendig interessiert ist. [...]

Ist das klar für unsere Partei? Wenn man diese Richtlinien des Genossen Pieck z. B. nimmt und die verschiedenen Beschlüsse des ZK nach der Brüsseler Konferenz, kann man sagen, dass eine solche Orientierung besteht, aber mit viel Nebel, nicht so klar, nicht so deutlich, wie es notwendig ist, dies als eine zentrale Frage, als ein Hauptkettenglied zu betrachten und davon auszugehen. Das ist nicht der Fall und ich muss den deutschen Genossen als Sekretär der Komintern sagen,[145] es ist notwendig mehr Klarheit zu bringen, mehr zu präzisieren und eine Reihe Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Wir haben allgemein die Meinung, es besteht keine Differenz in dieser Frage bei uns – ein plötzlicher Zusammenbruch des Faschismus in Deutschland ist nicht zu erwarten. Das sagen und schreiben wir.

Ebenso sind wir darüber einer Meinung, daß eine Selbstabwirtschaftung des Faschismus auch nicht zu erwarten ist. Gegen solche fatalistischen Einstellungen müssen wir scharf, entschlossen auftreten.

Wenn man eine Analogie machen kann, dann kann man sagen, daß dieses faschistische Regime in Deutschland, diese faschistische Diktatur etwas ähnliches

---

1934 erreichte das Reichsheer die Stärke von 250.000 Mann, nach einer erneuten Forcierung im April 1936 waren es etwa 520.000 (siehe: Wilhelm Deist: Die Aufrüstung der Wehrmacht. In: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. I: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, Stuttgart, DVA, 1979, S. 371–532).

144 Die sowjetisch-französischen und sowjetisch-tschechoslowakischen Beistandspakte wurden im Mai 1935 abgeschlossen.

145 „sagen" handschriftlich eingefügt.

ist – sagen wir: wie ein großer Felsblock. Dieser Block stürzt herunter, er fällt. Aber es kommt nicht so plötzlich. Sogar bei einem Erdbeben, bei einer großen Erschütterung kommt es auch nicht plötzlich. Das ist eine langwierige Sache. In der Natur ist das selbstverständlich mit tausenden von Jahren zu messen. Bei der faschistischen Diktatur ist das nicht der Fall – es ist ja kein Felsen im buchstäblichen Sinne. Aber ein langwieriger Prozeß ist es doch, weil verschiedenartige, mannigfaltige, unterirdische Flüsse dieses Herunterfallen des Felsblockes vorbereiten. Viel Regen und starke Winde und Einfluß der Sonne sind notwendig. Und plötzlich kommt dann der große Felsblock herunter. Wir müssen verstehen, daß diese faschistische Diktatur, dieses faschistische Regime nicht eine gewöhnliche militärische oder polizeiliche Diktatur ist, eine vorübergehende für 1–2 Monate, für 1–2 Jahre, sondern sie hat eine gesellschaftliche Stütze durch eine Massenbewegung bekommen, sie ist durch ideologische und politische Einflüsse auf verschiedene Volksschichten an die Macht gekommen. Es ist aber etwas ähnliches wie ein solcher Felsblock, der durch mannigfaltige und unterirdische Einflüsse, durch verschiedene Einwirkungen erschüttert und gestürzt werden kann. Wir müssen uns also orientieren nicht auf so eine plötzliche oder sofortige, durch nur *ein* Mittel, *einen* Weg, *eine* Bewegung zu erreichende Liquidierung der faschistischen Diktatur, sondern auf eine Kombination der verschiedenen Strömungen, Flüsse, Bewegungen, die für die Arbeiterschaft einen Charakter haben, für die Bauernschaft ein bisschen anders, für das Kleinbürgertum wieder anders usw.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich in bezug auf einen Zwischenruf von Pieck folgende Frage stellen: bedeutet Volksfront in Deutschland eine friedliche Liquidierung des faschistischen Regimes?

(Zwischenruf Genosse Pieck: Im Gegenteil!)

Viele haben über unsere Volksfrontpolitik gesagt: Ach, da haben wir einen Schlüssel zur Vermeidung der proletarischen Revolution gefunden.

(Zwischenruf Gen. Moskwin: Ohne Blutvergießen!)

Ohne Blutvergießen, ohne große Massenopfer werden durch diese Politik, durch eine Volksfrontbewegung unsere unmittelbaren Ziele – sagen wir: demokratische Republik, Demokratie in Deutschland erreicht. Das ist aber nicht der Fall. Das entspricht nicht dem Wesen dieser Politik und der Tatsache, daß der Klassenkampf ja nicht aufgehört hat. Er hat eine andere Basis bekommen, er hat andere Formen bekommen, und an diesem Klassenkampf nehmen nicht nur die fortgeschrittenen Teile der Arbeiterklasse teil, sondern die überwiegende Mehrheit des Volkes. Und daß in Deutschland die faschistische Klique und Krupp und Thyssen und alle anderen, die hinter dieser Führerklique stehen, nicht ohne bewaffneten Kampf die Macht verlassen werden, das soll für alle Demokraten, nicht nur für alle Kommunisten in Deutschland klar sein.

Also, der Sturz des faschistischen Regimes in Deutschland und einer Reihe anderer faschistischer Länder wird unbedingt erfordern eine Revolution, aber unter

diesen Verhältnissen eine Volksrevolution.[146] Das ist der Unterschied. Eine Volks- oder eine demokratische Revolution in der ersten Etappe. Ob diese hinüberwächst in die proletarische Revolution hängt 50 % ab von den inneren Umständen und der internationalen Lage in der gegebenen Situation.

Genossen, Spanien zeigt uns ganz klar diese Sache. Ohne eine solche Volksrevolution wird die Abschaffung und Liquidierung des Hitlerregimes in Deutschland nicht möglich sein. Dieser Standpunkt hat eine entscheidende Bedeutung: die Tatsache, dass eine solche Revolution ist nicht durchführbar [sic], ohne die Hauptmassen der Nationalsozialisten für die Bewegung zu gewinnen auf die eine oder andere Weise, durch diese oder jene Methode, durch diese oder andere Formen, ohne eine Erschütterung im Lager des Faschismus selbst.

Also, wenn wir durch unsere Volksfrontpolitik, durch unsere Massenarbeit, durch unseren Kampf in Deutschland das nicht erreichen können, d. h. nicht die überwiegende Mehrheit entscheidender Schichten der nationalsozialistischen Massen heranziehen können in diesem großen Kampf, ist es unmöglich, eine siegreiche demokratische oder Volksrevolution in Deutschland durchzuführen.

Nun, kann man sagen, hier liegt meiner Auffassung nach die Bedeutung dieses Streits, oder Polemik, oder Differenz um den Aufruf des ZK der Partei. Es wäre eine falsche Fragestellung, wenn wir die Frage so stellen: entweder Kampf um den Sturz der faschistischen Diktatur – oder Kampf um die Verteidigung der Interessen der Volksschichten im Rahmen des faschistischen Regimes. Nicht: entweder – oder. Das ist nicht dialektisch. Das entspricht nicht der Lage in Deutschland, sondern eins und das andere richtig zusammenfassen, richtig koordinieren.

So hat niemand von unseren deutschen Genossen die Frage gestellt. Aber so ist die Frage unter einer Anzahl von aktiven Genossen in Deutschland gestellt. Solche Auffassungen bestehen. Darum sind solche Hindernisse und inneren Hemmnisse bei der Durchführung der Volksfrontpolitik in den Reihen der deutschen Arbeiterklasse.

Ebenso ist eine falsche Fragestellung, wenn wir sagen: entweder – Volksfront gegen Faschismus und für die Liquidierung der faschistischen Diktatur – oder: gemeinsames Vorgehen in aktuellen Teilfragen mit nationalsozialistischen werktätigen Anhängern. Entweder – oder. Das ist auch absolut nicht richtig. Nicht ein entweder, nicht ein oder, nicht Ja oder Nein, sondern: das und das, Ja und ja. Dann gewinnt man Proporzionen und eine richtige Koordination.

Die zweite Fragestellung, die auch ein wenig zum Ausdruck gekommen ist in der jetzigen Polemik.

(Pieck: Nein, soweit ist noch alles richtig, aber kann die Volksfront und gemeinsamer Kampf der faschistischen Massen geführt werden ohne Volksfront gegen den Faschismus?)

Das ist auch eine sehr wichtige Frage.

146 Zum Thälmannschen Konzept der „ Volksrevolution“ und der Kritik daran, siehe u.a. Dok. 262.

(Pieck: Eine sehr entscheidende Frage.)

Genosse Pieck und Gen. Florin haben unterstrichen, dass der Aufruf gibt eine neue politische Linie der Partei [sic]. Die Genossen sagen, wir machen eine neue strategische Linie.[147] Wenn das Tatsache wäre, dann wäre die Lage der Führung sehr bedenklich und die Folgen daraus müssen eine Umänderung der Führung erforderlich machen.

Ich habe heute wieder den Aufruf gelesen – wir können nicht von ihm begeistert sein, aber es ist klar wie zweimal zwei vier ist, dass der Aufruf keine neue politische strategische Line der Partei bedeutet.[148] Nein, das stimmt nicht. Die Autoren dieses Aufrufes – das zeigt auch der Inhalt des Aufrufes – haben sich bemüht, eine neue praktische Anwendung der bekannten politischen Linie, der strategischen Linie der Partei zu finden. Als einen solchen Versuch muß man den Aufruf betrachten. Aber Pieck hat vollständig recht, wenn er signalisiert, daß durch diesen Aufruf oder durch eine solche Fragestellung in gewissen Punkten, in gewissem Maße eine Abweichung von der politischen Linie da ist und eine neue Linie entstehen kann. Und deswegen muß man rechtzeitig Maßnahmen treffen. Die Signalisierung von Pieck in dieser Beziehung ist richtig. Aber ein ablehnendes Verhalten gegenüber diesem taktischen Schritt von Walter [Ulbricht] und andern Genossen, ein vollständig ablehnendes Verhalten, eine Verurteilung als eine andere Linie oder eine Linie, die der Linie der Partei widerspricht – das ist nicht richtig. Unsere Bemühungen sind auf die Schaffung einer Volksfrontbewegung gegen den Faschismus gerichtet, von Kommunistischer Partei, Sozialdemokratischer Partei und andern demokratischen Elementen in Deutschland. Die Volksfrontbewegung in Deutschland soll also die Zusammenfassung aller demokratischen Kräfte des deutschen Volkes zum Kampfe für eine demokratische Republik sein.[149] Das ist die sogenannte strategische Linie. Alle taktischen Maßnahmen, die in dieser Beziehung helfen können, muß man unterstützen. Aber die bleibt. Gleichzeitig muß uns klar sein, daß wir unter der Parole dieser Volksfrontbewegung nicht die großen Massen der nationalsozialistischen Arbeiter, Angestellten, kleinen Leute usw. in Deutschland mit der Losung „Nieder mit Hitler" heranziehen können. Mit dieser Losung können Sie keine Bewegung unter diesen Leuten schaffen. Das ist ausgeschlossen. Was ist notwendig? (Und diesen Versuch macht – nicht geschickt, nicht glücklich – der Aufruf.) Wir wollen Kommunisten, Sozialdemokraten und andere demokratische Elemente mit den nationalsozialistischen Massen zusammen für Lohn, gegen Steuerlasten, gegen die Teuerung, gegen die Kriegsabenteuer, gegen die Versendung von Kriegsmaterialien und Soldaten in Spanien zusammenfassen. Ist das möglich? Es ist möglich. Ist das notwendig?

---

147 Vermutlich die Linie des „Kampfes gegen die 3000 Millionäre", siehe entsprechende Einwände Piecks im vorherigen Dokument.

148 „bedeutet" handschriftlich eingefügt.

149 Im kommunistischen Widerstand im Deutschen Reich konnte die Volksfrontperspektive und die Losung der „demokratischen Republik" kaum verankert werden; teilweise wurden diese offen als reformistisch zurückgewiesen. Siehe hierzu Dok. 424.

Absolut. Wir wollen das ganze deutsche Volk – außer dieser oberen bekannten Schicht, die hauptsächlich faschistisch ist, zusammenfassen für einen großen Kampf zur Verteidigung des deutschen Volkes. Ist das möglich mit den nationalsozialistischen Massen zusammen zu machen? Möglich. Ist es notwendig? Absolut notwendig. Widerspricht das unserer Volksfrontpolitik? Es widerspricht nicht. Die Sache ist nicht die, die nationalsozialistische Terminologie als Partei anzunehmen.[150]

(Zwischenruf Genosse Pieck: Richtig!)

Nicht die nationalsozialistische Terminologie, die die Massen irregeführt hat und irreführt, zur eigenen Terminologie machen: Dieses „Volksgenossen" usw.[151] So müssen und werden sprechen die nationalsozialistischen Anhänger, die mit uns zusammengehen, die immer unzufriedener mit dieser Politik werden, aber noch nicht vom Nationalsozialismus als ganzes politisches und ideologisches System losgetrennt sind. Sie werden so sprechen; „Volksgenossen", sogar mit aller nationalsozialistischen Terminologie; – aber nicht die Kommunisten, die Kommunistische Partei.

[...] Es ist nicht nur eine Frage der Terminologie, sondern auch politisch. Ich glaube, wenn wir unter der faschistischen Regierung, unter der Herrschaft Hitlers uns als Kommunisten bemühen, das ganze Volk zu versöhnen, so ist das nicht richtig, sondern gefährlich. Was bedeutet Versöhnung. Mich interessiert wenig, was mit Versöhnung die Genossen Pieck oder Florin meinen. Mich, die Partei interessiert, wie diese Versöhnung die Sozialdemokraten, die Katholiken, das ganze Volk versteht. Es ist klar, wo unsere Partei – um den Kampf gegen Hitler zu führen – eine Wendung zur Versöhnung mit nationalsozialistischen Organisationen macht für unmittelbare konkrete Interessen, so wird das verstanden werden – mit oder ohne Unterschrift der Partei, das ist nicht unterschiedlich – wie es nicht verstanden sein soll. Das führt Wasser auf die Mühlen des Faschismus. Wir wollen anders. Wir wollen aus anderen Quellen Wasser für unsere Mühlen finden. So geht es nicht. Hier liegt der politische Fehler in diesem Punkte, liegt der politische Fehler in den Aufrufen.

Das ist keine andere strategische Linie in dieser Frage, das ist eine Abweichung von der strategischen Linie und in diesem Punkte liegt der politische Fehler, den auszubessern leider so spät gemacht wird.

Genosse Pieck hat gesprochen gegen neue Rezepte. Ich habe gesagt, wir sind für neue Rezepte, wenn sie nur gut sind und wir nehmen sie sofort.

Der VII. Kongress hat gute Beschlüsse gefasst. [...] Wir müssen unsere taktischen Schritte in jeder konkreten Situation durchführen. Selbstverständlich, unbedingt, sonst werden keine Fortschritte, keine Erfolge sein! Wir haben nicht nur gern – wir lieben unsere deutsche Partei! Die deutsche Partei ist unser Stolz, sowohl als Partei

---

150 Wohl zu verstehen als „Es geht nicht an, ... anzunehmen".

151 Im Aufruf hieß es u.a.: Nationalsozialistische Volksgenossen, Ihr habt geglaubt, dass der deutsche Sozialismus auf diesem Wege erkämpft werden würde. Vier Jahre sind vergangen: was wurde von Eurem Programm erfüllt?... *Reichen wir einander brüderlich die Hände zur Vereinigung!"* (siehe Dok. 395a).

wie auch als Proletariat. Trotz alledem! Aber wir müssen doch kritisch sein. Die deutschen Genossen müssen sich in dieser Beziehung besonders kritisch verhalten! Wie das kommt – historisch oder nicht historisch, ich weiss es nicht, man muss es untersuchen – aber Tatsache ist, dass in der deutschen Arbeiterbewegung mit ihrer 40 bis 50 Jahre alten Tradition – tief bis auf die Knochen ein Schematismus, Formalismus, Mechanismus herrscht. Durch und durch! Sogar bei grossen opportunistischen Tatsachen kann man in der deutschen Partei historisch fühlen solchen Schematismus. Immer Pläne! Besonders in der Gewerkschaftsbewegung kann man das fühlen – werden Pläne auf Stunden, sogar auf Minuten festgestellt. Das ist eine schlechte, gefährliche Erbschaft, die unsere Partei mitbekommen hat. Und diese Erbschaft hat uns viel, viel geschadet, in der Zeit der Weimarer Republik. Wir konnten damals nicht alles richtig genug ausnutzen, nicht nur, weil oft unsere Parteieinstellung nicht richtig war, sondern wir waren Gefangene des Schematismus. So muss das Schema sein – und dieser Schematismus ist bis jetzt nach der Niederlage der Partei weiter gewesen. Wieviel Stunden hat unsere operative Leitung z. B. für einen Arbeitsplan gebraucht! Stellen Sie sich vor, daß im Auslande – nicht im Lande selbst; die Leute sitzen weit von Berlin und Hamburg entfernt – ein ausführlicher Plan geschrieben wird, wie das und das an diesem und diesem Datum, an diesem Tage, in diesem Monat gemacht werden soll. Schematismus! Formalismus! Ihre Köpfe sind so mit Fesseln zusammengedrückt durch diesen Schematismus. Vielleicht ist es ein bißchen grob. Aber glauben Sie mir, ich habe diese Sache durchdacht. Ueber diese Sache habe ich auch in Leipzig, in Moabit viel nachgedacht.[152] Wie kommt das in die deutsche Partei und in die deutsche Bewegung? Ich kann mich von einer solchen Schlußfolgerung beim besten Willen nicht befreien, und ich bin überzeugt, daß das eine Tatsache ist. Hier liegt eine große Schwäche der ganzen Partei und der Parteileitung.

Nehmen Sie z. B. die Frage des trojanischen Pferdes.[153] Ich habe in meinem Bericht darüber gesprochen. Ich und andere Genossen, die alle Fragen des Kongresses bearbeitet und besprochen haben, die verschiedene Formulierungen gemeinsam ausgearbeitet haben – niemand von uns hat daran gedacht, daß dieses trojanische Pferd eine Losung sein wird. Hoch das trojanische Pferd!

(Zwischenruf Gen. Manuilski: Es lebe das trojanische Pferd!!)

Ich habe dieses klassische Beispiel damals ausgenutzt, um damit unsern revolutionären Kommunisten, die große Sektierer sind, zu zeigen: hier haben Sie ein historisches Beispiel – Legende oder Wirklichkeit –, das ganz gut ist, um unsere Gedanken zu illustrieren. Ohne Skrupel, ohne Hemmungen gehen Sie als beste Revolutionäre, wie die Leute damals mit diesem Pferd, hinein in die faschistischen Organisationen. Nicht in

152 *Leipzig, Moabit*: Dimitrov meint die Zeit seiner Inhaftierung im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand-Prozess.

153 Zur Taktik des „Trojanischen Pferdes“, d.h. des Eindringens der KPD in die NS-Massenorganisationen, siehe grundlegend Dok. 383.

die Kanzleien von Hitler und Goehring [sic], nicht in die Staatsführung, sondern in die faschistischen Massenorganisationen. Stellen Sie sich nicht gleich vor als Kommunisten und Revolutionäre! Schweigen Sie dort über dieses Thema! Stellen Sie sich als Sympathisierende, selbst als Nationalsozialisten vor – und machen Sie die Sache der Arbeiterbewegung, der Arbeiterklasse, der proletarischen Revolution! Und nehmen Sie jetzt die Dokumente. Das trojanische Pferd! Die Taktik des trojanischen Pferdes! Das ist die Hauptlosung. – Das geht nicht. Gegen diese Sache muß ein Kampf geführt werden. Und mit dem Aufruf ist ein richtiger neuer taktischer Schritt gemacht. Nehmen Sie das weg, was politisch nicht richtig, was politisch falsch und gefährlich ist. Nehmen Sie die nationalsozialistische Terminologie weg – und was bleibt? Es bleibt ein Auftreten der Kommunistischen Partei mit der Bereitschaft, zusammen mit den nationalsozialistischen Arbeitern, Angestellten, kleinen Leuten für die täglichen Lebensinteressen und Rechte zu kämpfen; für die Selbstverwaltung in der „Arbeitsfront", für die Selbstverwaltung in den Gemeinden, für Lohn, für das und das (ich brauche nicht alles, was bekannt ist, anzuführen). Und damit im Zusammenhang: keine Soldaten und keine Flotte nach Spanien, kein Geld für die spanischen Konterrevolutionäre, keinen Krieg! Verständigung mit den Völkern Frankreichs, Englands, der Tschechoslowakei, der Sowjetunion, mit allen Völkern! Verständigung! Wir brauchen nicht Spanien! Wir brauchen keine Kolonien in Südafrika oder Indien! Wir brauchen nicht einen Krieg mit der Sowjetunion zu führen! Wir brauchen Brot, Freiheit, Unabhängigkeit, Glück! Wir sind nicht gegen eine bewaffnete Macht unseres Volkes, nein, wir sind für eine Armee. Wir müssen uns verteidigen. Aber wir müssen eine Volksarmee haben gegen den imperialistischen Feind. Wir sind nicht gegen die Reichswehr, als Reichswehr, wir sind nicht gegen bewaffnete Kräfte des Volkes. Aber wir sind dagegen, die Kräfte des Volkes auszunutzen. Und in diesem Zusammenhange müssen wir in unserer Agitation, in unserer Propaganda, in unserer praktischen politischen Arbeit zeigen die Tatsachen. Tatsachen sind vorhanden, dass niemand in der jetzigen Situation das deutsche Volk bedroht. Niemand bereitet gegen das deutsche Volk den Krieg vor, d.h. der deutsche Faschismus bereitet den Krieg vor. Wir haben bis jetzt keinen Vergleich zu der Lage der Massen in der Sowjetunion unter der proletarischen Diktatur und der Sowjetdemokratie und der Lage der Arbeiter, Bauern, Jugend, Frauen. Es war kein Vergleich – so ist es bei uns, so dort. Wir müssen etwas mehr machen inbezug auf Vergleich der Lage der werktätigen Schichten mit der Lage dieser Schichten in Frankreich. In Frankreich regiert und herrscht der Kapitalismus. Jeder weiss das. Und doch ist dort eine Volksfrontbewegung und eine Regierung, die sich auf die Volksfront stützt.[154] Das ist sehr wichtig, das muss

---

154 Das im Juli 1934 geschlossene Bündnis der beiden großen Arbeiterparteien in Frankreich wurde auf Drängen der Komintern und der KP durch die Radikale Partei, seinerzeit die stärkste bürgerliche Partei in Frankreich, erweitert. Im Mai 1936 erfolgte der Wahlsieg der Volksfront und die verspätete die Bildung der Regierung der „Front populaire" am 5.6.1936. Die KPF gehörte der unter dem Ministerpräsidenten Léon Blum gebildeten Regierung nicht an, die vor allem auf Druck der sozialen Bewegungen und Streiks der Arbeiter historische Zugeständnisse wie die 40-Stundenwoche, bezahlten Urlaub, Verstaatlichungen (SNCF) und Lohnerhöhungen machte. Seit Februar 1937 wurden

man aufzeigen: das hat das französische Volk erreicht. Das wirkt auf nationalsozialistische Arbeiter und breite Schichten in Deutschland mehr, als ein Vergleich zwischen Sowjetunion und Deutschland. Jeder wird sagen, von der Sowjetunion erwarten sie nichts anderes. Dort sind andere Verhältnisse, dort war Lenin, dort ist Stalin, bei uns ist das nicht der Fall. Was aber in Frankreich ist, kann auch durch Sturz des Hitlerregimes in Deutschland erreicht werden.

Die nationalsozialistische Demagogie unter den Kleinbürgern und beim Bürgertum bewegt sich in der Weise, dass man erklärt: die Volksfront in Frankreich ist bolschewistisch, in Frankreich wird eine bolschewistische Politik getrieben, Moskau diktiert in Paris usw.

Wir müssen vor den Massen des deutschen Volkes aufzeigen, dass das nicht den Tatsachen entspricht, dass die Volksfront, die Regierung, die gestützt ist auf die Volksfront, keine bolschewistische sind, dass das nicht ein bolschewistisches Regime ist. Es ist ein demokratisches Regime. Dieses Gespenst, diese Demagogie, das Kleinbürgertum und verschiedene Schichten in Deutschland zu erschrecken, was die Nationalsozialisten nach meiner Ansicht ausserordentlich geschickt machen, müssen wir durch eine besondere spezielle Aufklärung beseitigen. Das ist eine ständige Frage.

Noch ein Wort zu diesem Aufruf. Ein solcher taktischer Schritt (ich möchte, daß besonders Genosse Walter [Ulbricht] das richtig versteht) ist eine sehr wichtige Sache für eine illegale Partei. Für die legalen Parteien gilt das auch, aber besonders für eine illegale Partei. Solche neuen Schritte, taktischen Maßnahmen muß man immer erst gut durchdenken, überlegen, richtig formulieren und dann zweitens die Partei vorbereiten, nicht plötzlich wie eine Bombe vom Himmel in die Partei oder in die Massen werfen! Dieser Aufruf ist herausgegeben und veröffentlicht ohne eine gründliche Besprechung, Ueberlegung erstens in der Parteileitung selbst. Zweitens wäre es garnicht schlimm gewesen, wenn die Genossen auch mit dem Sekretariat der Komintern über diese Frage etwas gesprochen hätten. Sie sind selbstverständlich autonom auf Grund der Beschlüsse des VII. Weltkongresses. Sie sind die unmittelbare operative Leitung. Sie tragen die Verantwortung für die Partei. Aber die Partei braucht die Unterstützung der Internationale. Die Partei arbeitet und soll arbeiten im Einverständnis mit der Internationale. Mit den anderen Parteien sollen sie sich auch verständigen über eine solche Sache. Die können auch der deutschen Partei etwas helfen. [...] Man muß überlegen, wie bei solchen schwierigen Verhältnissen wie in Deutschland die Partei wirklich die Massen führen kann; nicht unmittelbar durch einen Kommunisten an Ort und Stelle, sondern durch eine solche Beeinflussung. Die Geschichte der bolschewistischen Partei gibt tausende und tausende Beispiele in dieser Beziehung.

---

jedoch der Reformprozeß zurückgedreht (siehe: Serge Wolikow: Le Front populaire en France, Bruxelles, Editions Complexe, 1996; Pierre Broué, Nicole Dorey: Critiques de gauche et opposition révolutionnaire au Front populaire. 1936–1938. In: *Le Mouvement Social* (1966), 54, 90–133).

Dok. 403f

Redebeitrag Dimitrovs über den neuen Typus der Volksdemokratie für Deutschland

Moskau, 20.2.1937

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1171, 214–215. Erstveröffentlichung.

Dimitroff: – Die schlechteste Formulierung ist der Punkt über die demokratische Revolution und die Volksrevolution.[155] Hier muss man die Frage neu stellen und anders formulieren. Es beginnt: „Es ist keineswegs zu erwarten (...)“ usw. bis (...) “gestürzt werden kann“, das ist richtig. Dann kommt: „Die Revolution gegen Hitlerfaschismus kann aber nur eine demokratische, eine Volksrevolution sein (...)“ Das ist keine Erklärung. Was ist faktisch? Abschaffung des faschistischen Regimes ist die unmittelbare Perspektive. Nach diesem Kampf gegen Diktatur des Faschismus, Verteidigung der Interessen der Massen. In der jetzigen Etappe ist notwendig, die Vereinigung aller Kräfte des deutschen Volkes, die kein Interesse am Weiterbestehen und der Existenz der faschistischen Diktatur haben, selbst ein Teil der Bourgeoisie. Eine solche Front des deutschen Volkes gegen faschistische Diktatur, gegen faschistischen Regime kann nur einen Kampf führen um die demokratische Republik in Deutschland. Dieser Kampf wird sich entwickeln zu einer Revolution gegen faschistische Diktatur. Sie wird eine demokratische Revolution sein, weil die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland noch nicht reif ist zur unmittelbaren Errichtung der proletarischen Diktatur. Eine solche Begründung muss vorhanden sein. Dann wird auch klar sein, warum die Kommunistische Partei mit anderen Schichten für eine demokratische Republik kämpft, um mit diesen vereinigten Kräften die demokratische Revolution durchzuführen. Wie das weitergehen wird in der Entwicklung, das ist eine andere Frage. Wir müssen populär sagen, das Volk wird entscheiden, welche Formen usw. Das ist eine andere Frage. Klar ist, dass diese deutsche demokratische Republik eine antifaschistische sein wird, dass für Faschisten in dieser neuen demokratischen Republik kein Platz vorhanden sein wird. Die unmittelbare soziale Basis für den Faschismus wird erschüttert, die Wiederherstellung und Wiedererstarkung des Faschismus wird nicht möglich sein. Das Volk wird einen überwiegenden Einfluss auf diese Republik haben, die ausschliesslichen Privilegien des Finanzkapitals, des Grosskapitals werden beschnitten werden.

Für uns als Kommunisten und kommunistische Leiter der Arbeitermassen soll es klar sein, dass es durchaus möglich ist, in einer solchen Situation bei der Existenz eines solchen grossen Staates, wie die Sowjetunion, einen Kampf gegen den Faschismus zu entwickeln. Es ist durchaus möglich, dass neben der Sowjetunion

155 Die „Kommission zur deutschen Frage“ diskutierte hier die Entwurffassung der Resolution „zu den nächsten Aufgaben der KPD“ (siehe folgendes Dokument).

solche demokratischen Staaten existieren können, wo der Faschismus ausser Gesetz gestellt ist, wo das Finanzkapital nicht die sämtlichen Privilegien hat, wo die Massen durch Volksfrontbewegung und Volksfrontregierung einen überwiegenden Einfluss haben. Also Front der Demokratie gegen Faschismus und Reaktion im Weltmasstabe – Sowjetunion als sozialistischer Staat – und vielleicht andere demokratische Länder neuen Typs, wie Spanien. Eine solche Perspektive ist vorhanden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass auch für Deutschland und Italien solche Perspektiven vorhanden sind. Unsere Strategie und Taktik in dieser Richtung ist notwendig. Das ist klar. (...)[156] Entweder faschistische Diktatur oder demokratische Republik, so steht die Frage. Das hängt von der weiteren Entwicklung ab. Für uns ist es keine akademische Frage und Diskussion. Es ist notwendig, für unsere Zuversicht in der Durchführung unserer politischen Strategie und Taktik. Die Massen sollen wissen, in der nächsten Etappe steht nicht die Aufgabe der Errichtung der proletarischen Diktatur und unmittelbare Verwirklichung des Sozialismus, sondern – das muss man an dem Beispiel von Spanien zeigen – andere Aufgaben.[157] Ich glaube, ohne hier so kategorisch zu sprechen: wir müssen begründen, warum in der jetzigen Situation eine solche unmittelbare Perspektive vor der Arbeiterklasse und den Massen in Deutschland steht. Wir orientieren unsere Partei und die Massen für den Kampf zur Schaffung der Volksfront.



Am 13.3.1937 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, den in Westsibirien – in der Region zwischen dem Ural und dem Fluß Jenissej lebenden Ausländern (in erster Linie handelte es sich dabei um Deutsche, Polen und Japaner) die Verlängerung ihrer Meldebescheinigung zu verweigern. Dabei sollten diejenigen Ausländer, „die als Spione und Diversanten entlarvt werden“, verhaftet und verurteilt werden. Die Fälle der in Westsibirien lebenden ausländischen Kommunisten und Politemigranten sollten einzeln von einer aus Elena Stasova, Jakov Agranov und Moskvin gebildeten Kommission untersucht werden.[158]

Am gleichen Tag wurde beschlossen, für die Reste des deutschen 15-Millionen-Kredits Matrizen für die Druckerei der *Leningradskaja pravda* zu kaufen.[159]

---

156 Auslassung im Original.

157 *Demokratische Länder neuen Typs*: Hier wird von Dimitrov das nach 1945 allgemein gültige Konzept der „Volksdemokratie“ vorformuliert, das im spanischen Bürgerkrieg erprobt und später präziser definiert wird (vgl. Dok. 457). Zugleich signalisieren die Formulierungen für Deutschland und Spanien den Bruch der Komintern und der kommunistischen Parteien mit ihrer revolutionären Tradition (siehe: Fernando Claudin: La crise du mouvement communiste. Du Komintern au Kominform. Préface de Jorge Semprún. Traduit de l’espagnol par Carlos Semprun, Paris, Maspero, 1972).

158 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 209.

159 APRF, Moskau, 3/64/664, 163. Publ. in: Sevost’janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 155.

Dok. 404

Resolution des Komintern-Sekretariats zu den nächsten Aufgaben der KPD, dem Kampf gegen Faschismus und Trotzkismus als „Hauptkriegstreiber“

Moskau, vor dem 17.3.1937[160]

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau 495/18/1169, 7–17. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Dam'e/Komolova/Korčagina: Komintern protiv fašizma, S. 438–444.

Vertraulich.

Resolution des Sekretariats zu den nächsten Aufgaben der KPD.

I. Die ganze innere und internationale Lage Hitlerdeutschlands zeigt nach vier Jahren faschistischer Diktatur steigende Schwierigkeiten. Hitler treibt das deutsche Volk zum Krieg. Die faschistische Politik der Vorbereitung eines Eroberungskrieges, die die gesamte Wirtschaft und das Leben des deutschen Volkes diesem Ziel unterstellt, hat die zunehmende Verschlechterung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage, das Herabdrücken der Lebenshaltung aller werktätigen Schichten, die Unzufriedenheit der nationalsozialistischen Massen über die Nichteinhaltung der faschistischen Versprechungen, die wachsende Isolierung Deutschlands zur Folge.

a) In den ersten Jahren seiner Herrschaft konnte der Faschismus die bestehenden Rohstoffe, Gold- und Lebensmittelvorräte, die finanziellen Bestände der Sparkassen, Versicherungen und Massenorganisationen, das beschlagnahmte Kapital jüdischer Eigentümer ausnützen, um seine Kriegsrüstung unter der Maske der Arbeitsbeschaffung durchzuführen.[161] Während in den meisten kapitalistischen Ländern eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage bemerkbar ist, zeigt sich immer offener, dass der Faschismus besondere Hindernisse für das wirtschaftliche Leben des kapitalistischen Deutschlands schafft. [...] Je mehr er im Interesse seiner Kriegspolitik die wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte des Landes vergeudet, die Konsumtion der Massen einschränkt, desto grösser werden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Hitlerfaschismus, der mit der Pistole in der Hand wirtschaftliche Hilfe und Anleihen von den demokratischen Ländern fordert, um besser den Krieg gegen diese Länder vorbereiten zu können.

---

160 Das Dokument, das als Ergebnis der Diskussion der „Deutschen Kommission“ (siehe Dok. 403f) entstand, ist undatiert. Die Abschrift wurde am 9.3.1937 gefertigt (RGASPI, Moskau 495/18/1169, 1), die maßgebliche Abschrift mit dem Aufkleber „*OKONČATEL'NYJ TEKST*“ („ENDGÜLTIGER TEXT“) wurde am 17.3.1937 gefertigt.

161 Die Beschlagnahmung von jüdischem Kapitalbesitz erfolgte auf Grundlage einer Gesetzesinitiative aus dem Frühjahr/Sommer 1933. Die eigentlichen Beschlagnahmungen begannen im Spätsommer 1933. Sie bildeten eine der Maßnahmen des sog. „Judenboykotts“.

b) In anderen, nichtfaschistischen Ländern, wie z.B. in Frankreich, wurde infolge der Wirtschaftskämpfe und des Kampfes der Volksfront eine Besserung (obwohl bei weitem nicht genügend) der Lage der Arbeiterklasse und eine Herabsetzung der Lasten für die Bauern und den Mittelstand erreicht. Im faschistischen Deutschland dagegen, verkündet Hitler den Kampf gegen die Verbesserung der Löhne und der ganze faschistische Apparat wird für die Lohnsenkung eingesetzt;[162] [...]

c) Damit führt die wahnsinnige Kriegspolitik des Hitlerregimes zur Verschärfung der Widersprüche im faschistischen Deutschland, zur wachsenden Unzufriedenheit der Arbeiter, der Bauern, des Mittelstandes und auch gewisser bürgerlicher Kreise, die von dem Zwang und den Lasten der Vorbereitung des Krieges betroffen sind. [...]

d) Der deutsche Faschismus stösst auch auf steigende Schwierigkeiten und Widerstand in seiner internationalen Eroberungspolitik, die besonders krass auf dem Nürnberger Parteitag proklamiert wurde und die bereits unmittelbar zu gefährlichsten und kostspieligen Kriegsabenteuern, wie die Hitlerintervention in Spanien, geführt hat.[163] Die Bestrebung Hitlers, einen Block der faschistischen Kriegstreiber zu schaffen (deutsch-japanischer Vertrag, deutsch-italienische Verständigung),[164] hat nicht nur den Massenhass gegen die Kriegspolitik des Hitlerfaschismus gesteigert, sondern auch ein wachsendes Misstrauen anderer kapitalistischer Staaten zur Folge gehabt. [...] Die Maske der „Verteidigungspolitik", die Hitler benutzte, um unter der Losung „Nieder mit Versailles" breite Massen chauvinistisch irrezuführen, beginnt zu fallen.

II. In dem Augenblick, wo der deutsche Faschismus in Spanien den Interventionskrieg führt, wo die deutschen Söhne gezwungen werden, auf fremdem Boden ihr Blut im Interesse der schlimmsten Reaktion zu vergiessen, versucht er noch vor den Massen seine Kriegspläne mit Friedensphrasen zu decken, als ob seine in Nürnberg verkündeten Eroberungsziele ohne Krieg zu erreichen seien. [...] Diese Politik kann nur mit einer Niederlage enden und die deutsche Nation in das furchtbarste Unglück

162 Nach der Zerschlagung der Gewerkschaften verlagerten sich die Regelungen zu Arbeitsbedingungen und Löhnen zunehmend in die Betriebe. Durch vielfältige Mechanismen (etwa über die Ideologie der „Volksgemeinschaft", worüber Druck auf Arbeiter ausgeübt werden konnte) waren Betriebs- und Staatspolitik stark verzahnt, die Lohnentwicklung lag jedoch nicht komplett in der Hand des NS-Staates, der ein totales Verbot von Lohnerhöhungen weder durchsetzen wollte noch konnte. Die Bruttoarbeitsverdienste stiegen bis zum Kriegsanbruch kontinuierlich geringfügig an (siehe: Tilla Siegel: Die gekaufte Arbeiterklasse? Lohnpolitik im nationalsozialistischen Deutschland. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* (1984), H. 9, S. 533–545).

163 Zur Unterstützung Francos durch Hitler siehe Dok. 402.

164 *Deutsch-japanischer Vertrag*: Gemeint ist der am 25.11.1936 abgeschlossene sogen. Antikominternpakt zwischen NS-Deutschland und Japan. Neben dem offiziell deklarierten Ziel der Bekämpfung der Komintern beinhaltete ein geheimes Zusatzprotokoll die Verpflichtung, wohlwollende Neutralität bei einem Angriff seitens der Sowjetunion zu bewahren und keine Verträge mit der Sowjetunion abzuschließen, die dem widersprächen. Italien sollte sich erst im November 1937 dem Pakt anschließen, die „Verständigung" spielt auf die als „Achse Berlin–Rom" bekannte Annäherung der beiden Mächte ab Ende 1936 an.

stürzen. Deshalb ist der Kampf für den Frieden, gegen die Kriegswirtschaft, gegen die Eroberungspolitik, gegen die Intervention in Spanien das entscheiden[d]ste Kettenglied im Kampfe gegen den Hitlerfaschismus.

Das Sekretariat des EKKI stellt fest, dass diese entscheidende Erkenntnis noch nicht zum Gemeingut der Partei und der deutschen Antifaschisten geworden ist, dass bis heute noch starke Stimmungen vorhanden sind, dass unter den jetzigen Umständen keine Massenbewegungen, keine erfolgreiche Massenarbeit und Massenpolitik der Antifaschisten möglich seien und dass man nur passiv abzuwarten habe, bis Hitler den Krieg in Europa beginnt, der zum Sturz des Hitlerregimes führen wird. Solche Stimmungen sind schädlich, indem sie unter radikaler Maske die Massen in Passivität halten und objektiv Hitlers Kriegspolitik erleichtern.

Das Sekretariat des EKKI stellt auch fest, dass der Kampf gegen die faschistische Intervention in Spanien, in Deutschland selbst ungenügend geführt wurde.

III. Dem Faschismus ist es bis jetzt noch gelungen, sich eine grosse Massenbasis zu erhalten und seinen terroristischen Apparat zu verstärken. [...] Teile der Arbeiterschaft und besonders die Jugend stehen unter dem Einfluss der sozialen Demagogie und der faschistischen Ideologie überhaupt. [...] Wenn es noch nicht zu breiten Bewegungen gekommen ist, so auch infolge des sektiererischen Unverständnisses in den Reihen der KPD und der Antifaschisten gegenüber den neuen Bedingungen und den veränderten Formen des Klassenkampfes und des antifaschistischen Kampfes.

Doch die Massen beginnen auf neue Weise zu handeln, indem sie im Rahmen des faschistischen Regimes in den faschistischen Massenorganisationen selbst für ihre wirtschaftlichen Interessen und ihre Rechte eintreten. Das wird auch begünstigt durch die Verminderung der Arbeitslosigkeit und durch den Mangel an Facharbeitern. Die nationalsozialistischen Massen setzen sich in stärkerem Masse für die Durchführung der früheren Versprechungen des Faschismus ein. Es wächst die Erkenntnis über die Möglichkeit, noch jetzt, trotz des faschistischen Regimes gewisse wirtschaftliche Verbesserungen zu erkämpfen. Die im wesentlichen gleichen sozialen Interessen und gemeinsame Unzufriedenheit der antifaschistischen und der nationalsozialistischen werktätigen Massen schaffen die Bedingungen solcher Bewegungen auf breitester Basis.[165]

VI. Der Kampf um die Erhaltung des Friedens und für den Sturz Hitlers erfordert die Vereinigung und Aktivisierung aller Kräfte des deutschen Volkes, die kein Interesse am Weiterbestehen der faschistischen Diktatur haben. Daraus ergibt sich:

a) Der Faschismus hat alle Volksrechte und demokratischen Einrichtungen liquidiert. Als Vertreter der reaktionärsten Gruppen des Grosskapitals und des Grossgrundbesitzes hat er Deutschland um Jahrhunderte zurückgeworfen. Es entsteht und wächst eine tiefe Sehnsucht nach demokratischer Freiheit, die die Arbeiter, Bauern,

165 In der Endfassung wurden zwei Zeilen sinnentstellend vertauscht – die richtige Reihenfolge ist rekonstruiert aufgrund der korrigierten Entwurfsfassung im Archiv (siehe RGASPI, 495/18/1169, 21).

den Mittelstand, die Intelligenz und auch gewisse Kreise des Bürgertums erfasst. Die Losung einer demokratischen Republik ist die Losung, die auf der jetzigen Etappe die breitesten Massen des Volkes vereinigt. [...]

b) Die Einigung des Volkes gegen den Faschismus erfordert nicht nur die Einheit der Arbeiterklasse und aller antifaschistischen Kräfte, sondern auch die Beteiligung grosser nationalsozialistischer Massen. [...] Eine solche Massenpolitik ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur möglich auf der Basis der faschistischen Massenorganisationen und unter Ausnützung jeder Funktion, wobei die Vertretung der täglichen Interessen und Rechte in der Deutschen Arbeitsfront im Mittelpunkt stehen muss. Auf diesem Wege wird es auch möglich sein, ein wirklich vertrauensvolles, gemeinsames Handeln der Hauptmasse der Sozialdemokraten, Katholiken usw. mit den Kommunisten herbeizuführen.

c) Ein konsequenter und erfolgreicher Kampf um den Frieden für die täglichen Interessen der Massen, für den Sturz Hitlers, erfordert den Aufbau und die Stärkung der Parteiorganisation, die der Motor des gesamten Massenkampfes ist. Sektierertum und Schematismus, Unverständnis der veränderten Bedingungen des Kampfes in Deutschland, sind noch bis heute grosse Hindernisse zur Durchführung der Beschlüsse des VII. Weltkongresses und der Brüsseler Konferenz der KPD. Ausserordentlich wichtig ist deshalb die ideologische Stärkung der Parteikader und die Schaffung von solchen Parteiorganisationen und Parteileitungen, die die konsequente Durchführung der Parteilinie sicherstellen.

V. Der Oktoberaufruf der Partei „An das Deutsche Volk" war eine richtige Initiative der operativen Leitung, die Taktik der Partei in der Richtung einer breiteren Massenpolitik zu entwickeln.[166] Es war taktisch richtig, ausgehend von den gemeinsamen Interessen des deutschen Volkes solche Forderungen, die die Lebensinteressen des ganzen Volkes betreffen, in den Vordergrund zu stellen und die Möglichkeit und Notwendigkeit des gemeinsamen Vorgehens des Volkes gegen die oberen kapitalistischen Schichten und faschistische Bürokratie zu zeigen. Absolut notwendig ist das Anknüpfen an die faschistischen Versprechungen, am den Weg zur Annäherung und zum gemeinsamen Kampf mit den faschistischen Massen zu finden. Aber der Aufruf geht weiter als dieses richtige Ziel, indem er die Losung der „Versöhnung" des deutschen Volkes aufstellt, die im jetzigen Deutschland als politische Versöhnung mit der Nationalsozialistischen Partei ausgelegt werden kann.

Das Sekretariat des EKKI stellt dabei fest, dass solche wichtigen taktischen Schritte nur nach einer kollektiven Vorbereitung vom Zentralkomitee der Partei und im Einvernehmen mit dem Sekretariat der Komintern unternommen werden sollen, was in diesem Falle nicht geschehen ist.[167]

---

166 *Oktoberaufruf*: Gemeint ist der Aufruf der KPD „Versöhnung des deutschen Volkes für Frieden, Freiheit und Wohlstand, gegen die 3000 Millionäre!" vom Oktober 1936. Siehe Dok. 403 und folgende.
167 Zur Kritik am Versöhnungs-Aufruf der KPD siehe die Auseinandersetzung in den vorhergehenden Dokumenten.

VI. In der Herstellung der Einheitsfront und Volksfront hat die Partei im letzten Jahre einige Teilerfolge errungen (Annäherung an die sozialdemokratischen Arbeiter in den Betrieben und auch Zusammenarbeit mit einigen sozialdemokratischen Gruppen; Zusammenarbeit im Ausland mit sozialdemokratischen Funktionären, Volksfrontaufruf in Paris).[168] [...]

Inbezug auf die verschiedenen Splittergruppen (SAP,[169] Revolutionäre Sozialisten u. a.)[170] sollen alle Anstrengungen gemacht werden, diese Gruppen und ihre Anhänger für einheitliches antifaschistisches Handeln zu gewinnen. Dabei ist es besonders notwendig, die konterrevolutionären trotzkistischen Elemente, die sich in diese Gruppen einschleichen und sie benutzen, um ihr volksfeindliches Gift in der Arbeiterbewegung zu verbreiten, schonungslos zu entlarven und sie als Agenten des Faschismus aus der Arbeiter- und antifaschistischen Bewegung auszurotten.

Was den Kampf um die Wiederherstellung einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung betrifft, ist in Deutschland eine feste Orientierung auf die Aktivisierung und das gemeinsame Handeln der früheren Mitglieder des ADGB, der christlichen Gewerkschaften und der verschiedenen Angestelltenverbände zu nehmen.[171] Die gewerkschaftliche Tätigkeit der Antifaschisten innerhalb der Deutschen Arbeitsfront ist die Grundlage für die Schaffung einer einheitlichen gewerkschaftlichen Bewegung. Die Kommunisten sind für die unbedingte gewerkschaftliche Einheit und arbeiten aktiv

168 Gerade aufgrund der von Ulbricht umgesetzten Moskauer Instruktionen und dem Terror in der Sowjetunion geriet das Projekt einer deutschen Volksfront 1937 in eine Existenzkrise. Die „Osterkonferenz“ des Volksfrontausschusses (10.-11.4.1937) war die erste und letzte gemeinsame Konferenz mit den Sozialdemokraten und linken Sozialisten (Babette Gross). Sie beschloß eine „Botschaft an das deutsche Volk“, die ein „sozialistisches Deutschland“ nach Hitler propagierte. Wie viele Sozialdemokraten und unabhängige Sozialisten zog sich auch Münzenberg immer stärker aus der Arbeit im Volksfrontausschuss zurück, der für Walter Ulbricht und die KPD-Leitung „nur noch eine willkommene Basis (bildete), um sich an sozialdemokratische Gruppen im Reich zu wenden und um von Kommunisten gebildete ‘Freundeskreise der Volksfront’ im Ausland zu gründen, in denen Kommunisten das Wort führten.“ Am 16.11.1937 teilte der saarländische Sozialdemokrat Max Braun dem KPD-Vorsitzenden Wilhelm Pieck schriftlich den Beschluss der Nichtkommunisten im Volksfrontausschuss mit, alle gemeinsamen Aktivitäten mit den Vertretern der KPD bis zur Beseitigung der Ursachen der Konflikte ruhen zu lassen (siehe: Langkau-Alex: Deutsche Volksfront, Bd. 2; Babette Gross: Willi Münzenberg, S. 305f.).

169 Gemeint ist die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD).

170 Die Revolutionären Sozialisten Deutschlands (RSD) waren eine linke Oppositionsgruppe innerhalb des Prager SPD-Vorstandes. Die Gruppe, die effektive, in Deutschland wirkende Widerstandsstrukturen aufgebaut hatte, setzte sich zeitweise für eine Aktionseinheit mit der KPD ein. Als sich die RSD jedoch im September 1937 selbst auflöste, spielte neben dem Druck seitens der SPD auch die Klage über die Undurchsichtigkeit der Manöver der KPD-Führung eine Rolle (siehe: Jutta von Freyberg: Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Revolutionären Sozialisten Deutschlands vor dem Problem der Aktionseinheit 1934–1937, Köln, Pahl-Rugenstein, 1973).

171 Vgl. Äußerungen der Komintern-Führung zur Zerstörung des ADGB, dessen Erben die Faschisten und die Kommunisten sind, Dok. 328.

für die Zusammenfassung aller gewerkschaftlichen Kräfte bei der GAD (Komotau) und bei den gewerkschaftlichen Industriegruppenleitungen.[172] [...]

VII. Um die entscheidende Kraft – die Arbeiterklasse – in Bewegung zu bringen, ist die Entfaltung der Masseninitiative zur Vertretung der Arbeiterinteressen in der Arbeitsfront notwendig. Das erfordert weiter, dass die Kommunisten in den Betrieben und innerhalb der DAF[173] sich für ein kollektives Handeln aller Arbeiter und Angestellten, für Erhöhung der Löhne, Erzielung von Teuerungsausgleichen, für Unfallschutz, gegen Strafen, für kollektive Vertretung bei Festsetzung des Akkords oder Gedinges durch Kameradschaftsvertrauensleute oder Kommissionen, für die Erweiterung der

---

172 Die Gewerkschaftliche Auslandsvertretung Deutschlands (abgek. GAD oder Geade, auch bekannt als Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften, abgek. ADG) war die vom Remscheider SPD-Politiker und DMV-Sekretär Heinrich Schliestedt (1883–1938) im tschechischen Chomutov (deutsch: Komotau) 1935 aufgebaute Exil-Gewerkschaftszentrale, die – mit mäßigem Erfolg – als Link zwischen den internationalen Gewerkschaftsverbänden und der illegalen Gewerkschaftsarbeit in Deutschland fungieren sollte. Die Organisation distanzierte sich scharf von der KPD wie auch von linkssozialistischen Gruppen wie „Neu Beginnen". Als Schliestedt Ende 1935 einen Aufruf zur Zusammenarbeit aller exilierter Gewerkschafter herausbrachte und daraufhin GAD-Landesgruppen in den Exilländern entstanden, gründete sich im März 1937 als Konkurrenzverband zur französischen GAD-Landesgruppe der „Koordinationsausschuss deutscher Gewerkschafter", an dem auch RGO-Funktionäre, darunter Paul Merker, teilnahmen. Somit unterstützten die Kommunisten, anders als im Dokument suggeriert, keineswegs die Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Kräfte unter dem Schirm der GAD. Der Koordinationsausschluss, der im Gegensatz zur GAD die Untergrundarbeit in der Deutschen Arbeitsfront befürwortete, geriet immer stärker in das Fahrwasser der KPD. Seine Tätigkeit wird in der Literatur unterschiedlich dargestellt. Nach Willy Buschak zerbrach er bereits Ende 1937 und die GAD soll ihre Tätigkeit erheblich reduziert haben, als Schliestedt im April 1938 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kam („Die ADG, die weiterhin existierte, ein Büro beim IGB unterhielt, das von Bruno Süß geleitet wurde, war nur noch eine Exilvertretung."). Es habe aber kein Geld mehr für illegale Arbeit gegeben (Willy Buschak: „Arbeit im kleinsten Zirkel". Gewerkschaften im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Hamburg, Ergebnisse Verlag, 1993, S. 171–206 – hier auch das Zitat). Der Ausschuß bestand jedoch weiter (wie auch die AdG), in dem der mit Münzenberg verbundene „oppositionelle" Kommunist Walter Oettinghaus eine führende Rolle übernahm. Seitens der AdG erfolgte infolge des Stalin-Hitler-Paktes am 26.8.1939 die Aufforderung an alle nichtkommunistischen Mitglieder, den Koordinationsausschuss der Gewerkschaften zu verlassen, was jedoch von Oettinghaus und der „Münzenberg-Gruppe" im Sinne einer zukünftigen Einheitsgewerkschaft abgelehnt wurde (siehe: Uwe Schledorn: Der Reichstagsabgeordnete und Metallgewerkschaftler Walter Oettinghaus: das Lebensbild eines westfälischen Arbeiterfunktionärs in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung, Ruhr-Universität Bochum, 1990, S. 147f. u.a.; mit Vorsicht: Horst Bednarek: Der Koordinationsausschuss deutscher Gewerkschafter in Frankreich 1937. Der antifaschistische Kampf der Gewerkschafter und ihr Beitrag für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 14 (1966), S. 745–757).

173 Deutsche Arbeitsfront, 1933 gegründeter und mit den Mitteln der zerschlagenen Gewerkschaften finanzierter NS-Einheitsverbund von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, in erster Linie zur Integration der Arbeiterschaft in das NS-System, das sich propagandistisch auch „volksgemeinschaftlicher Arbeiterstaat" nannte. Der DAF gehörten zahlreiche Unterorganisationen an, darunter auch „Kraft durch Freude" (KdF). Reichsleiter war Robert Ley (1890–1945).

Rechte der Amtswalter der DAF und der Vertrauensräte, für die Wahl derselben sowie für die Mitgliederrechte in der DAF einsetzen.

Je mehr Funktionen in der DAF von antifaschistischen Gewerkschaftern und ehrlichen Vertretern der Arbeiterinteressen besetzt sind, umso leichter wird es möglich sein, in und durch die Organisationen der DAF die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Es ist auch notwendig, in „Kraft durch Freude" die kulturellen Interessen der Werktätigen zu vertreten und die Veranstaltung der KdF zu beeinflussen, um sie zur Vertretung materieller Forderungen der Arbeiter und Angestellten auszunützen (Zuschüsse für Urlaubsfahrten seitens der Unternehmer, das Recht der Beteiligung der Familie, verbilligte Theaterkarten, Lieferung von Kleidung, Schuhzeug und Sportgeräten usw.).

VIII. Das Sekretariat lenkt die Aufmerksamkeit der Parteileitung auf die Notwendigkeit der Ausarbeitung einer konkreten Politik der Partei, um die überwiegende Mehrheit der Landbevölkerung gegen die faschistische Kriegszwangswirtschaft zu vereinigen. [...] Diese ganze Arbeit ist in den Organisationen des Reichsnährstandes durchzuführen.

IX. Der Mittelstand, der am stärksten von der nationalen Demagogie und den Nazi-Versprechungen beeinflusst war, leidet heute besonders stark unter den Lasten der faschistischen Kriegswirtschaft (hohe Einkaufspreise, Steuererhöhung, Abgaben, unerträgliche Kontrollmassnahmen). Es ist besonders notwendig zu verhindern, dass Hitler die Unzufriedenheit und die Not des Mittelstandes für seine chauvinistische Propaganda und Eroberungspolitik ausnützt. Die Forderungen des Mittelstandes in ihren Innungen und anderen Organisationen sind zu einem wichtigen Bestandteil des Kampfes der Volksfront zu entwickeln.

X. Die Umstellung der gesamten Parteipropaganda auf diese neuen Aufgaben der Massenpolitik erfordert an erster Stelle, dass die Partei auf alle Fragen, die die Massen bewegen, unmittelbar und konkret antwortet und die faschistische Argumentation überzeugend widerlegt. In diesem Sinne ist die „Rote Fahne" sowohl als Direktiv-Organ wie als Organ zur Anleitung der Massen auszugestalten. Dazu ist auch eine Reihe von Broschüren über die brennenden Fragen Deutschlands herauszugeben und die Propaganda mit allen möglichen Mitteln (Radio usw.) zu betreiben. Angesichts der Verbundenheit des konterrevolutionären Trotzkismus mit dem deutschen Faschismus als dem Hauptkriegstreiber in der Welt, dem Todfeind der Sowjetunion und des internationalen Proletariats, ist es eine besonders verantwortliche Aufgabe des ZK der KPD, eine Aufklärungsarbeit zu leisten in der Partei, unter den sozialdemokratischen Massen wie unter allen Freunden des Friedens in Deutschland über die volksfeindliche Rolle des Trotzkismus, der nicht nur die Völker der Sowjetunion, sondern auch das deutsche Volk in ein blutiges Gemetzel stürzen will.[174]

---

174 Das „blutige Gemetzel" erfolgte umgekehrt durch die sowjetischen Dienste und Repressionsorgane an allen, die des Trotzkismus verdächtig waren. Auch global schickte man entsprechende Mordkommandos

Dok. 411

Beschluss des Sekretariats zum Aufkauf der *Pariser Tageszeitung* durch die Komintern bzw. die KPD

Moskau, 15.3.1937

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1183, 1. Erstveröffentlichung.

2 Ex/Eb/Bö
15. 3. 1937

Streng Vertraulich!

Beschlussprotokoll
der Sitzung[175] am 13.III.1937.
Anwesend: Dimitroff, Moskwin [d.i. Michail Trilisser], Ercoli [d.i. Palmiro Togliatti], Walter [Ulbricht], Eberlein.

Antrag:
Die Pariser/Zeitung käuflich zu erwerben und zu diesem Zweck 500.000 frz. Frc. zu bewilligen.

Beschluss:
Unter der Kontrolle und Verantwortung des Sekretariats der KPD die „Pariser Tageszeitung" geschäftlich und politisch als deutsche demokratische Zeitung im Auslande zu sichern.[176]

---

aus, so wurde im Juni 1937 wurde der Revolutionär und Generalsekretär der POUM, Andres Nin im spanischen Bürgerkrieg unter Beteiligung des NKVD und der Komintern ermordet. Siehe Dok. 414.

175 Die genaue organisatorische Provenienz geht aus dem Dokument nicht hervor. Es dürfte sich jedoch um eine Sitzung des Sekretariats des EKKI gehandelt haben. Zur Analyse des Beschlusses siehe: Bernhard H. Bayerlein, Maria Matschuk: Vom Liberalismus zum Stalinismus? Georg Bernhard, Willi Münzenberg, Heinrich Mann und Walter Ulbricht in der *chronique scandaleuse* des Pariser Tageblatts und der Pariser Tageszeitung. In: *Francia, Forschungen zur westeuropäischen Geschichte, Institut historique allemand/Deutsches Historisches Institut, Paris,* XVII (2000), H. 3, S. 89–118.

176 *Pariser Tageszeitung/Pariser Tageblatt*: Das *Pariser Tageblatt, le quotidien de Paris en langue allemande* (1, 12.12.1933–4, 14.6.1936) und die *Pariser Tageszeitung, Quotidien Anti-Hitlérien* (1, 12.6.1936–5, 18.2.1940) waren die wichtigste Tageszeitung der deutschsprachigen antifaschistischen Emigration. Das Tageblatt galt als Aushängeschild und Paradepferd des deutschen Liberalismus. Mit der Deutschen Volksfront sympathisierend, verkörperte die *Pariser Tageszeitung* dann zeitweise eine Symbiose von Liberalismus und Stalinismus, blieb jedoch für alle Strömungen des Exils offen. Im Juni 1936 wurde der Besitzer Vladimir Poljakov mittels einer Diffamierungskampagne, eines maßgeblich von Kurt Caro und Georg Bernhard betriebenen Putschs der Redakteure und eines Streiks der Setzer vertrieben. Das Blatt erschien unter dem Namen *Pariser Tageszeitung* weiter. Drei Monate nach der Entscheidung der Komintern ging sie an ein neuen Besitzer über, der gute Beziehungen zu moskautreuen Kreisen pflegte. Die Erforschung der Begleitumstände ergab Querverbindungen zum Fall Münzenberg, das Ziel war, seinen Einfluß auf die Zeitung zu beseitigen (siehe zum Skandal und seinen Folgen: Ursula Langkau-Alex: „... von entschei-

Zu diesem Zweck werden die Verhandlungen mit Bernhard[177] aufgenommen, eine neue Gesellschaft gegründet und mit Bernhard zusammen eine neue Redaktion eingesetzt.

Die Zeitung soll im demokratischen Sinne redigiert [werden], eine breite Friedenspolitik vertreten, eine positive Stellung zur Volksfront in Frankreich und Spanien und eine freundliche Stellung zu den englischen Friedensfreunden einnehmen.[178]

Die geschäftlichen Operationen sind[179] vorzunehmen von Kallam[180] und Albert, Paris [d.i. Paul Bertz?][181] unter der Verantwortung des Sekretariats der KPD und in Verbindung mit Gerhard [d.i. Gerhart Eisler]. Gerhard ist gleichzeitig der Verbindungsmann zwischen der Redaktion der „Pariser Tageszeitung" und dem Sekretariat der KPD.

Für die Durchführung aller geschäftlichen Maßnahmen, sowie für ein evtl. Defizit in den ersten 6 Monaten wird ein Betrag von 25.000 Dollars bewilligt.

Die Auszahlung erfolgt erst dann, wenn die Zeitung mit absoluter Sicherheit in den Besitz der neuen Gesellschaft übergeht.[182]

Verantwortlich für die Durchführung dieses Beschlusses sind Kallas [Callam], Albert-Paris, und Gerhard.

Für die Überwachung und Leitung ist Eberlein verantwortlich.[183]

[Sign.:] Ercoli
G. Dim[itrov]
M. Moskvin

---

dender Bedeutung ist, ob Münzenberg die Zeitung hat oder wir". Neues zur Instrumentalisierung der „Pariser Zeitung" in der Auseinandersetzung zwischen dem Sekretariat des ZK der KPD in Paris und Willi Münzenberg. In: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 37 (2001), H. 1, S. 77–91; Bayerlein/Matschuk: Vom Liberalismus zum Stalinismus.

177 Georg Bernhard (20.10.1875 Berlin – 10.2.1944 New York), deutscher Wirtschaftspolitiker und Publizist, 1914 Leiter (bis 1920 zusammen mit Hermann Bachmann) der *Vossischen Zeitung* als seriöses Blatt des Ullstein-Verlages mit anfänglich prokaiserlicher Tendenz. Wirtschaftsredakteur bei Ullstein, Sozialdemokrat, später DDP, Pressefunktionär, verwickelt in die Ullstein-Familienintrige 1930, die ihm auch sein Reichstagsmandat für die DDP kostete. Gründer des *Pariser Tageblatts* im Dezember 1933. Nach dem von ihm verantworteten Putsch gegen den Verlagsleiter Vladimir Poljakov noch bis Ende 1937 Chefredakteur, dann in mehreren Gerichtsverfahren verurteilt, danach hauptsächlich beim jüdischen Weltkongress tätig.

178 „Friedensfreunde": Eher informelle Gruppen bzw. Sektionen im Umkreis der Weltvereinigung für Frieden (RUP).

179 „sind" handschriftlich hinzugefügt.

180 Kallam, d.i. Albert Callam (geb. 1887), vor allem im Verlagswesen tätiger KPD-Funktionär. Galt in leitenden Parteikreisen als Hugo Eberlein nahestehender „Versöhnler". Trotz der Repression gegen diese Gruppe wurde Callam im März 1937 die Ausreise aus der Sowjetunion gestattet. Callam war auch für den Druck illegaler KPD-Zeitungen in Frankreich zuständig. 1941 nach Mexiko, 1946 mit Abusch und Merker in die SBZ zurück.

181 Paul Bertz war leitend im Pariser ZK-Sekretariat tätig.

182 Handschriftlich ist folgender durchgestrichener Absatz eingefügt: „und nachdem das Sekretariat der KI genaue Informationen darüber bekommen hat."

183 Hugo Eberlein wurde bereits drei Monate später, am 26.7.1937, vom NKVD verhaftet und 1941 in Moskau erschossen. Siehe auch Dok. 484.



Am 15.3.1937 lehnte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion einen gemeinsamen Vorschlag der Kommissariate für Transportwesen und Außenbeziehungen ab, den (wachsenden) deutschen Einfluss in Nahen Osten zu bekämpfen.[184]

In Bezug auf einen von trotzkistischer Seite in der Tschechoslowakei geplanten Gegenprozess zu den Moskauer Schauprozessen fasste das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 15.3.1937 einen Beschluss. Man solle zwar keine Einmischung seitens der tschechischen Regierung verlangen, jedoch zum Ausdruck bringen, dass die Abhaltung eines solchen Prozesses unerwünscht sei.[185] Der Gegenprozeß fand schließlich nicht statt, nachdem auch in der Schweiz eine solche Initiative scheiterte, erst im Rahmen der vom amerikanischen Philosophen John Dewey geleiteten Commission of Inquiry int the Charge Made against Leon Trotsky in the Moscow Trials (Dewey Commission) gelang dann die Durchführung eines international stark beachteten Gegenprozezesses (10.-17.4.1937), der mit dem Verdikt „Not Guilty“ endete.

Am 23.3.1937 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, die Verhandlungen mit Polen über die Flugverbindung Warschau-Moskau als unzweckmäßig zu betrachten. Polen sollte mitgeteilt werden, die Sowjetunion sei an dieser Flugverbindung nicht interessiert.[186] Auch mit den Deutschen sollte laut Beschluss vom 15.4.1937 kein Vertrag über eine Luftlinie Moskau-Berlin abgeschlossen werden. Eine positive Entscheidung hingegen fiel in Bezug auf eine Luftlinie Moskau-Stockholm über Riga.[187]

Am 4.4.1937 erfolgte ein Beschluss des Politbüros zu den deutschen Großfirmen DEMAG und Borsig: Der Verlag „Meždunarodnaja kniga“, der anscheinend in seinen Printproduktionen Anzeigen beider Firmen gedruckt hatte, wurde aufgefordert, das Geld an die Auftraggeber zurückzuzahlen und keine weiteren solcher Moskauer Anzeigen zu drucken. Der Hintergrund war, dass beide Firmen im Prozess gegen das „antisowjetische trotzkistische Zentrum“ beschuldigt wurden, eine „antisowjetische Organisation“ finanziert zu haben.[188]

Am 7.4.1937 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, bis zu 1000 „Spanienkinder“ auf Datschen am Schwarzen Meer unterzubringen.[189]

Für die Ausgaben der sowjetischen Delegation auf dem zweiten Internationalen Schriftstellerkongress zur Verteidigung der Kultur im Juli 1937 in Valencia, Madrid, Barcelona und Paris wurden am 17.4.1937 seitens des Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion 15.000 Dollar bewilligt, davon 1000 Dollar für jedes Mitglied der Delegation incl. Reisekosten. Vom sowjetischen Schriftstellerverband sollten 20.000 Dollar an den Kongress gespendet werden.[190]

Am 23.4.1937 nahm das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion einen (nicht überlieferten) Vorschlag des Außenkommissars Maksim Litvinov im Zusammenhang mit der Ausweisung verhafteter Deutscher an.[191]

---

184 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 214.
185 RGASPI, Moskau, 17/162/20, 214.
186 RGASPI, Moskau, 17/162/21, 5.
187 RGASPI, Moskau, 17/162/21, 22.
188 APRF, Moskau, 3/64/664, 173. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 159. Zum Hintergrund siehe ibid., Dok. 166.
189 RGASPI, Moskau, 17/162/21, 13.
190 RGASPI, Moskau, 17/162/21, 27.
191 RGASPI, Moskau, 17/162/21, 29.

Dok. 412

Brief Samuel Glesels („Gles“) an den Sekretär des Verbands der Sowjetschriftsteller zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen

Moskau, 24.4.1937

Typoskript in russischer Sprache. RGALI, Moskau, 631/12/145, 39. Erstveröffentlichung.

Verehrter Gen. Stavskij![192]

Bei meinem gegenwärtigen Aufenthalt in Moskau in der Angelegenheit meines Ausschlusses aus dem Verband der Sowjetschriftsteller erfuhr ich, dass gegen mich die Beschuldigung vorliegt, ich hätte irgendwann eine Verbindung zu Trotzkisten unterhalten.[193]

Wie Ihnen bekannt ist, wurde ich nicht aufgrund der Beschuldigung einer Verbindung mit Trotzkisten aus dem Verband der Sowjetschriftsteller ausgeschlossen.[194]

---

192 Vladimir Stavskij (1900–1943), sowjetischer Schriftsteller und Literaturfunktionär. Von 1936 bis 1941 Generalsekretär des sowjetischen Schriftstellerverbands (unter den Vorsitzenden Aleksej Tolstoj und Aleksandr Fadeev). Betätigte sich während des Großen Terrors als Denunziant anderer Literaten, u.a. Osip Mandel'štams und Michail Šolochovs. 1943 als Kriegskorrespondent an der Front gefallen.

193 Samuel Glesel (Ps. Sally, auch Erich Gles), 1910 Chrzanów, Polen – 1937, in Leningrad erschossen). In Deutschland aufgewachsen, 1924 KJVD-Mitglied, 1924–1930 Arbeiter in Metall- und Holzbetrieben. 1930 KPD und Bund Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller, wo er Johannes R. Becher kennenlernte. Im April 1932 kam er auf Einladung der Pädagogischen Hochschule nach Engels (ASSR der Wolgadeutschen), wo seine Lebensgefährtin, Elisabeth Wellnitz, bereits als Lehrerin arbeitete. Da Glesel jedoch keine Arbeit in Engels fand, ging er im selben Jahr nach Moskau und verschaffte von dort für sich und seine Familie Wohnung und Arbeit in Leningrad. 1935 sowjetische Staatsbügerschaft und Mitglied der „Leningrader Gruppe sowjetdeutscher Schriftsteller“ (siehe Glesels Autobiographie in RGASPI, 495/205/4635, 1–7, eine Empfehlung von Becher Ebd., Bl. 13; neuerdings: Anja Schindler: Samuel Glesel. „…dass ich endlich und mit ganzer Kraft für die Partei und die Sowjetunion gewirkt und gestritten habe“. In: Hedeler/Münz-Koenen: „Ich kam als Gast“, S. 57–63).

194 Ab Ende 1935 wurde der junge, aufstrebende Schriftsteller plötzlich zur Zielscheibe massiver Angrife. Sein 1935 erschienener Erzählband „Deutschland erwacht. Geschichten aus dem ‚Dritten Reich'“ wurde in der *Deutschen Zentral-Zeitung* vom 26.11.1935 von Otto Bork verrissen; sein im selben Jahr erschienenes „Mai-Schauspiel in drei Akten: Verboten“ wurde von Erich Weinert (ebd., 24.5.1936) unter dem Titel „Ein Schandfleck der deutschen Literatur“ vernichtend kritisiert (Schindler: Samuel Glesel, S. 59). In einem Brief an die Redaktion der *DZZ* vom 30.7.1936 reagierte Glesel auf die Verrisse und argumentierte u.a. damit, seine im Deutschen Staatsverlag in Engels herausgegebenen Bücher seien nicht mit ihm abgesprochen und teilweise modifiziert worden, zudem sei ihre ursprüngliche Rezeption durchaus positiv gewesen (RGASPI, 495/205/4036, Bl. 32, 35–37). Dennoch schloß ihn die Leningrader Schriftstellergruppe aus. Wenige Tage darauf billigte jedoch die Deutsche Vertretung in einem Schreiben an Glesel selbst den Ausschluss (Ibid., Bl. 22). In der Zwischenzeit wurde der „Fall Glesel“ in der deutschen Kommission des sowjetischen Schriftstellerverbands diskutiert, in der Diskussion wurde Glesel als Autor und Mensch fertiggemacht (Müller: Die Säuberung, S. 83ff, 334ff). Im Mai 1937 fuhr Glesel nach Moskau, um die Vorwürfe gegen ihn abzuwehren, von wo er auch den vorliegenden Brief schrieb (Vgl. Schindler: Samuel Glesel, S. 61).

Selbstverständlich ist es für mich höchst wichtig, mich ebenfalls angesichts der schweren und unbegründeten moralischen Anschuldigungen zu rehabilitieren. Doch nun wurde allen anderen Beschuldigungen eine weitere hinzugefügt, nämlich die schwerste: eine alte Verbindung zu Trotzkisten.

Ich habe nie bestritten, dass ich Schwankungen gehabt habe. Dies war in den Jahren 1925–26, als ich 15–16 Jahre alt war. Damals versuchten mich Leute aus der fraktionellen Gruppe Korschs zu „bearbeiten". Diese Gruppe stellte sich lediglich viel später auf die Positionen des Trotzkismus, bis dahin hatte ich jedoch jede Verbindung mit ihnen abgebrochen.[195] Unter dem Einfluss ihrer Propaganda hatte ich für einige Zeit Schwankungen, worüber ich selbst seinerzeit in meiner Biographie der Komintern Mitteilung erstattete. Jedenfalls bitte ich Sie, Gen. Stavskij, sich die Frage zu stellen: Wie könnte ein 15–16-jähriger jungkommunistischer Arbeiter in den Jahren 1925–26 ein überzeugter Trotzkist gewesen sein? Damals stellte doch der Trotzkismus als solcher noch keine organisierte Kraft dar, und schon gar nicht kann man davon sprechen, dass ein 15–16-jähriger Jugendlicher in einer kapitalistischen Umgebung immer durchgängig standhafte, unverrückbare Überzeugungen besitzt.[196] Ich bin bis zum heutigen Tage Mitglied der deutschen Kompartei und war in dieser Angelegenheit von keinerlei Sanktionen betroffen, weder auf der Linie der Jugendorganisation, noch der der Partei.

Mir ist unklar, wie vom Verband der Sowjetschriftsteller von der Komintern erhaltene *Informationen*, die von mir seinerzeit gegenüber der Komintern gegeben wurden und keinerlei Parteisanktionen zur Folge hatten, nun als Grund für meinen Ausschluss aus dem Verband der Sowjetschriftsteller herangezogen werden konnten.[197] Eine andere Sache wäre es, wenn der Verband der Sowjetschriftsteller eigene Argumente anführen könnte, die mich von diesem Standpunkt aus sowohl in meiner literarischen wie auch organisatorischen Tätigkeit diskreditieren könnten. Die von mir geschriebenen sechs Bücher wie auch die 11 Jahre Parteiarbeit zeigen jedoch, dass ich mit dem Trotzkismus nichts gemeinsam habe.[198]

195 Zur „Gruppe Korsch" siehe Dok. 173a.

196 In einer nach 1933 verfassten Autobiographie gibt Glesel freimütig Auskunft über seine „oppositionelle" Zeit: „1925–26 bei der Diskussion über die neuen Arbeitsmethoden im Jugendverband kam ich durch Freunde, die in der Opposition standen, mit dieser in Berührung. Entsprechend meiner Jugend unfähig, die politischen Meinungsverschiedenheiten richtig zu verstehen, fand ich die Opposition romantisch. [...] Soweit ich die Dinge, um die es ging, überhaupt verstand und auseinanderhalten konnte (ich war 15–16 Jahre alt), zählte ich mich zur Weddinger Opposition." (RGASPI, 495/205/4036, 5).

197 Die Deutsche Vertretung beim EKKI informierte am 20.8.1936 (also kurz vor dem Ausschluss) den Schriftstellerverband, dieser habe „[i]m Jahre 1925 [...] mit der Opposition (Korschanhänger und Trotzkisten) in Berührung" gestanden und zur Weddinger Opposition gehört. Die Deutsche Vertretung habe Glesel „[nach?] einer längeren Aussprache mit den deutschen Schriftstellern in Moskau geraten, sich um eine produktive Arbeit in einem Betrieb zu bemühen und vorerst das Schreiben einzustellen." (RGASPI, 495/205/4036, 27).

198 In einer undatierten Selbstdarstellung (nach 1933) gibt Glesel folgende Werke an: „Kurzerzählungen in der ‚Roten Fahne', ‚Berlin am Morgen' und ‚Welt am Abend', im ‚Universum'; ein Roman ‚Auf französischen Landstrassen' wurde 1932 in der ‚Welt am Abend' gedruckt, ein Reportagebuch

Um einen Menschen des Trotzkismus zu beschuldigen, muss man, wie ich meine, Gründe und Beweise haben. Ich bin davon überzeugt, dass bei der Untersuchung meiner Angelegenheit meine völlige Unschuld bewiesen wird. Ich bitte Sie, die Untersuchung möglichst schnell durchzuführen.[199]

Mit Gruß,
S. Gles[200]

Dok. 413

Instruktion des NKVD (Aleksandr Minaev) zur Verhaftung der deutschen Kommunisten Max Richter, Heinrich Kurella, Fritz Schulte, Hermann Remmele und Kurt Sauerland

Moskau, Anfang Mai 1937

Typoskript in russischer Sprache. Sammlung Antikominternblock, Hamburger Institut für Sozialforschung. In deutscher Sprache publ. in Weber/Mählert: Terror, S. 181–182.

Auskunft

Durch Untersuchungs- und Agenturmaterialien wurde festgestellt, daß das in Moskau wohnende ehemalige Mitglied des Politbüros der KPD Heinz Neumann, ehemaliger Führer der „linken Opposition" in der KPD, gegen die Komintern und die KPD gerichtete

‚Deutschland gestern und heute'; ein Maidrama ‚Verboten'; ein Buch ‚Deutschland erwacht'; einen Roman ‚Reinrassige an der Macht'; augenblicklich arbeite ich an einem Antikriegs-Kinderbuch." (RGASPI, 495/205/4635, 7).

199 Auf der ersten Seite handschriftliche Resolution: „Gen. Barta. Man muss die Angelegenheit Gles klären. 24/IV Stavskij" und bereits vom 10.4.1937: „Gen. Barta! Wann bekomme ich von Dir eine Schlussfolgerung zur Angelegenheit Gles? Warum ziehst Du diese Sache hin?" (RGALI, Moskau, 631/12/145, 45). Währenddessen wandte sich Glesel am 5.5.1937 mit einem weiteren Brief an die Deutsche Vertretung, in dem er die gegen ihn gerichteten Repressalien als Intrige von „Parteifeinden" in Gestalt bereits verhafteter deutscher Kommunisten in Leningrad darstellte und somit in den Leitdiskurs des Großen Terrors einschrieb: „Warum haben Brustow, Pfeiffer, Jansen, Wischnak u.a. mit solchen Methoden gegen mich gehetzt? Nicht aus persönlichen Gründen, sondern weil sie meine Wachsamkeit störte, weil mein Kampf gegen die Verletzung der Linie der Partei und der Interessen der Sowjet-Union durch dieses Gesindel, sie in ihrer Arbeit hinderte" (RGASPI, 495/205/4036, 40). In demselben Brief behauptete er, der Schriftstellerverband habe ihn rehabilitiert – was Barta in einem Brief an die Deutsche Vertretung am 13.5.1937 scharf dementierte. Glesels Schreiben sei eine „Anmaßung" (Ibid., Bl. 39).

200 Samuel Glesel wurde am 3.9.1937 in Leningrad verhaftet und am 5.11.1937 erschossen. Seine Frau wurde nach Karaganda deportiert, sein Sohn Alex Glesel zwangsweise ins Bergwerk geschickt. Mutter und Sohn durften erst 1955 in die DDR ausreisen. Der Sohn, wurde vom ZK der SED aufgefordert, über das seiner Familie in der Sowjetunion Widerfahrene Schweigen zu bewahren (siehe: Andreas Herbst: Das Schweigen der Eltern. Kinder von Kommunisten aus dem Sowjetexil erzählen aus ihrem Leben. In: *Neues Deutschland*, 23.6.2010; Hedeler/Münz-Koenen: „Ich kam als Gast", S. 56).

Organisationsarbeit betreibt und daß er aus den ehemaligen Teilnehmern der von ihm geleiteten Gruppe und anderer parteifeindlicher Gruppen eine antisowjetische Gruppe in der KPD bildete.[201] Gleichzeitig stellte Neumann zu den Trotzkisten eine Verbindung her, insbesondere zum entlarvten Führer der antisowjetischen Organisation Leow-Hoffmann[202] und führte unter den Mitgliedern seiner Gruppe eine Propaganda durch, die vermuten läßt, daß Neumann seine Gruppe auf eine terroristische Tätigkeit vorbereitete.

In Zusammenhang mit der Verhaftung Neumanns sind die folgenden Teilnehmer der von ihm geschaffenen antisowjetischen Gruppe zu verhaften:

1. Kurella, Heinz, Mitarbeiter der Presseabteilung des EKKI, Teilnehmer der Neumann-Gruppe und ihr politischer Informant, der der Neumann-Gruppe Angaben über die politische Lage in der Komintern übermittelte. Laut Aussagen ist Kurella Teilnehmer der antisowjetischen Gruppe Neumanns.[203] Er machte antisowjetische, trotzkistische Erklärungen, in denen er die Verbindung der Trotzkisten mit der Gestapo rechtfertigte, und er verdeckte die Tätigkeit Kippenbergers, der ehemaliger Leiter des Parteigeheimdienstes der KPD und Agent des Nachrichtendienstes der Reichswehr war.[204]

2. Richter, Max [d.i. Hermann Schubert], geb. 1893, Mitglied des Exekutivkomitees der IRH, früheres ZK-Mitglied der KPD und Vertreter der KPD bei der Komintern, während seiner Parteiarbeit einer der Führer der „sektiererischen Gruppe" in der KPD.[205]

3. Schulte, H. [d.i. Fritz Schulte], ehemaliges Mitglied des ZK der KPD, als Teilnehmer der sog. „sektiererischen Gruppe" in der KPD von der Parteiarbeit enthoben. Er ist

201 Heinz Neumann wurde kurz zuvor, am 27.4.1937 verhaftet. Zu seinem weiteren Schicksal siehe Dok. 419.

202 Siehe Dok. 399.

203 Heinrich Kurella (1905–1937 in Butovo bei Moskau erschossen), KPD-Journalist und Bruder Alfred Kurellas, war 1934 in die Sowjetunion gegangen und arbeitete in der Presseabteilung des EKKI. Seit seiner Schweizer Emigration war er eng mit Heinz Neumann und Margarete Buber-Neumann befreundet und brach diese Beziehungen auch nicht nach ihrer „Kaltstellung" ab, weswegen die IKK ein Parteiverfahren gegen ihn eröffnete. Am 30.12.1936 aus der KPD ausgeschlossen, bezichtigte er sich in einer Erklärung an die IKK am 6.3.1937, ein „Fraktionsanhänger Neumanns" zu sein und „faktisch eine gegenüber der KPD-Führung und der KI feindliche Position" bezogen zu haben. Am 19.10.1937 verhaftet, wurde Kurella am 28.10. zum Tode verurteilt und erschossen (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 519; Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank).

204 Zu den Vorwürfen gegen Kippenberger siehe das Dok. 359a.

205 Hermann Schubert (Ps.: Max Richter, 1886–1938 in der Sowjetunion erschossen), KPD-Abgeordneter des Preußischen Landtags und zeitweise Mitglied des ZK, kam im Dezember 1934 nach Moskau. 1935 war er kurzzeitig Nachfolger Fritz Heckerts als KPD-Vertreter beim EKKI, wurde jedoch bereits infolge der „Brüsseler Konferenz" aus den Parteiämtern gedrängt und arbeitete im IRH-Apparat. Nachdem er sich u.a. geweigert hatte, die angebliche Verbindung von Trotzkisten zu Hitler in der Propaganda auszunutzen, wurde Schubert am 15.5.1937 verhaftet und am 22.3.1938 erschossen (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 835–836; Reinhard Müller: Der Fall des „Antikomintern-Blocks". Ein vierter Moskauer Schauprozeß? In: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (1996), S. 187–214, hier S. 204 u.a.).

aktiver Teilnehmer der antisowjetischen Neumann-Gruppe und wird als Teilnehmer durch die Aussagen Kurellas entlarvt.[206]

4. Remmele, Hermann, ehemaliges Politbüro-Mitglied des ZK der KPD und Führer der sog. linken Opposition in der KPD. Er gehörte der antisowjetischen Gruppe Neumanns an und unterhielt Verbindungen zur trotzkistischen Organisation Leow-Hoffmanns.[207]

5. Sauerland, Fritz alias Kurt Ottowitsch, arbeitet im Verlag ausländischer Arbeiter, aktiver Teilnehmer der sog. „linken Opposition" Neumanns noch in Deutschland, Teilnehmer der antisowjetischen Gruppe, wird durch die Aussagen KurelIas entlarvt.[208]

Ich bitte um ihre Zustimmung[209]

Stellvertr. Leiter des SSHA[210] des NKWD der UdSSR
Kommissar für Staatssicherheit, 3. Rang
Mai 1937
Minajew

206 Fritz Schulte (Ps.: Schweizer, 1890–1943), Mitglied des ZK der KPD und Reichsleiter der RGO, kam im Dezember 1934 nach Moskau. Im Juni 1936 als Leiter der Agitpropabteilung der Profintern entlassen, danach Arbeit in einem Moskauer Betrieb. Dem am 21.2.1938 verhafteten und infolge der Folterungen gelähmten Schulte wurde u.a. vorgeworfen, die Einreise des „Gestapoagenten" Werner Hirsch in die Sowjetunion befördert zu haben. Am 7.4.1941 wurde er zu acht Jahren Lager verurteilt, wo er am 10.3.1943 starb (Müller: Der Fall des Antikomintern-Blocks, S. 202–204; Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 841).

207 Der seit 1933/34 von allen politischen Funktionen entbundene Remmele wurde am 15.5.1937 verhaftet – nur knapp zwei Monate, nachdem er Manuilski Belastungsmaterial gegen Bucharin geliefert hatte (siehe Dok. 259). In der Anklageschrift wurde Remmele als „einer der aktiven Mitglieder" einer „von *Pjatnitzki, Knorin* und *Béla Kun* geleitete[n] antisowjetische[n] Spionage- und trotzkistische[n] Organisation" bezeichnet – das Konstrukt einer „kominternfeindlichen Verschwörung", das, nachdem Osip Pjatnitzki am 7.6.1937 verhaftet worden war, die Grundlage eines vierten Schauprozesses gegen Komintern-Funktionäre hätte bilden sollen. Dieser kam allerdings nicht zustande, höchstwahrscheinlich weil Pjatnitzki sich weigerte, das fabrizierte Geständnis zu unterzeichnen. Hermann Remmele wurde – knapp sechs Monate nach der Hinrichtung Pjatnitzkis – am 7.3.1939 zum Tode verurteilt und erschossen (Boris Starkow: Letzter Kampf eines Kominternsekretärs. Osip A. Pjatnitzki und der Moskauer Prozess gegen die Komintern. In: *The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism* I (1993/94), Vol. 3/4, S. 41–43; Id.: The Trial that Was Not Held. In: *Europe-Asia Studies* (1994), Vol. 8, S. 1297–1315; Müller: Der Fall des „Antikomintern-Blocks", S. 190; Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 722).

208 Der KPD-Parteiideologe Kurt Sauerland (siehe u.a. das Dok. 301), der seit August 1934 als Mitarbeiter Béla Kuns in Moskau lebte, wurde am 15.5.1937 verhaftet, im Kontext des „Antikomintern-Block"-Konstruktes am 22.3.1938 zum Tode verurteilt und erschossen (Müller: Der Fall des „Antikomintern-Blocks", S. 214; Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 769).

209 Die Zustimmung zur Verhaftung wurde in einer handschriftlichen Resolution am 14.5.1937 erteilt.

210 „SSHA" (Abk.): In der Quelle mißlungenes deutsches Akronym (SSHA = „Staatssicherheitshauptamt"). Die Originalabkürzung ist GUGB (Glavnoe upravlenie gosudarstvennoj bezopasnosti), die zentrale Struktur innerhalb des 1934 gegründeten NKVD, die die eigentliche repressive bzw. geheimpolizeiliche Arbeit erledigte.



Das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion beschloss am 3.5.1937 eine Kaderumstellung der sowjetischen Botschaft in Berlin. Georgij Astachov sollte nun bevollmächtigter Vertreter in Deutschland werden, seine ehemalige Stelle als Leiter der Presseabteilung des Außenkommissariats sollte von Evgenij A. Gnedin (der zwei Jahre später verhaftete Sohn von Alexander Parvus-Helphand) eingenommen werden. Der bisherige bevollmächtigte Vertreter, Jakov Suric, wurde nach Paris versetzt.[211]

Das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion beschloss am 3.5.1937, der baskischen Lokalregierung vorzuschlagen, mit eigenen oder vor Ort gecharterten Transportmitteln Kinder in die UdSSR zu bringen.[212]

Dok. 414

Das Komintern-Präsidium zur Bekämpfung von Trotzkisten als „schuftiger, prinzipienloser Bande von Spionen, Diversanten, Terroristen und Schädlingen“

Moskau, 15.[21.?]5.1937

Typoskript in deutscher Sprache, mit handschriftlichen Ergänzungen. RGASPI, Moskau, 495/20/751, 46–53. Erstveröffentlichung.

„5“
6453/7/Da/
21.5.37

Vertraulich[213]

Ueber den Kampf gegen den Trotzkismus.[214]
Das Plenum des ZK der KPSU vom 23. Februar – 5. März 1937,[215] das die politischen Lehren aus der Spionage- und Diversionstätigkeit der trotzkistischen Agentur des

---

211 RGASPI, Moskau, 17/162/21, 33.
212 RGASPI, Moskau, 17/162/21, 35.
213 Am 5.4.1937 hielt Manuilski auf einer erweiterten Sitzung des Sekretariats des EKKI einen Vortrag zum Märzplenum des ZK der VKP(b) (s.u.), woraufhin beschlossen wurde, eine hochkarätig besetzte Kommission zur Ausarbeitung „konkreter Vorschläge“ einzusetzen (RGASPI, 495/18/1191, 1; Stenogramm der Sitzung siehe RGASPI, 495/18/1192). Die Kommission tagte am 15.5.1937, diskutierte über einen Resolutionsentwurf von Manuilski und beschloss, den Entwurf auf Basis der Diskussion umzuredigieren und Dimitrov zur Bestätigung vorzulegen. Des Weiteren sollten die ZKs der Komintern-Sektionen verpflichtet werden, „die Hauptmomente der Resolution zu behandeln und die Frage zwecks Ausarbeit[ung] konkreter Maßnahmen zur Durchführung der Resolution in einer Sitzung des PB des ZK sowie in den Ortsorganisationen der Partei zu stellen.“ Bis auf die Aufforderung zum Mord waren damit alle Elemente des Terrors im Dokument vorhanden (RGASPI, 495/18/1181, 6).
214 Handschriftlicher Eintrag: „An G[enossen] Dengel“. Stempel (russisch): „In zwei Tagen zurückgeben“.
215 Das ZK-Plenum der VKP(b) (23.2.–5.3.1937) drehte sich hauptsächlich um die vermeintlich schädliche Tätigkeit von Bucharin und Rykov. Beide alten Bolschewiki waren anwesend und

Faschismus gezogen hat,[216] ist von gewaltiger Bedeutung nicht nur für die Kommunistische Partei (Bolschewiki) der Sowjetunion, sondern auch für die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder und für die gesamte internationale Arbeiterbewegung.

Die schuftige Spionage- und Schädlingsarbeit der Trotzkisten gegen den Sozialismus und die Sowjetmacht in der UdSSR zugunsten der Gestapo und des japanischen Spionagedienstes steht im unzertrennlichen Zusammenhang mit der niederträchtigen provokatorische Tätigkeit der Trotzkisten in der Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder, wo sie, sei es in Gesellschaft und im Verein mit Agenten der Polizei, oder als Agenten der Polizei, danach streben, im Auftrage des Faschismus die Arbeiterbewegung zu desorganisieren, die Spaltung derselben zu vertiefen, die Bildung einer Einheits- und Volksfront, dort wo sie angebahnt wird, zu hintertreiben und dort, wo sie existiert, von innen [her]aus zu sprengen, wie z.B. in Spanien und in Frankreich.[217] [...]

Dabei muss im Auge behalten werden, dass Trotzki und die Trotzkisten, ebenso wie alle Provokateure, ihre wahren Ziele, ihre Unterstützung des Faschismus in dessen schändlichen Plänen durch eine „linke" Phraseologie maskieren, wobei sie sich nicht selten durch verlogene Berufungen auf Lenin decken. [...]

Der Hinweis des Genossen Stalin, dass die Kommunisten die Verwandlung der Trotzkisten aus einer politischen Strömung in der Arbeiterklasse, welche er vor 7–8 Jahren war, in eine schuftige, prinzipienlose Bande von Spionen, Diversanten, Terroristen und Schädlingen übersehen haben,[218] bezieht sich mit umso grösserer Berech-

---

versuchten sich zu verteidigen, wurden jedoch ständig durch ungehaltene Zwischenrufe Stalins und seiner Gefolgsleute unterbrochen. Beide wurden bereits im Laufe des Plenums verhaftet, ebenfalls der ehemalige NKVD-Leiter Jagoda. Eine deutschsprachige Zusammenfassung der Diskussionen, siehe Hedeler: Chronik, S. 161–206. Zu den Stenogrammen und Materialien des Februar-März-Plenums 1937, siehe: Materialy fevral'sko-martovskogo plenuma CK VKP(b) 1937 g. In: *Voprosy istorii* (1992), Nr. 2/3, S. 3–43; Nr. 4/5, S. 3–36; Nr. 6/7, S. 3–29; Nr. 8/9, S. 3–29; Nr. 10, S. 3–36; Nr. 11/12, S. 3–19; (1993), Nr. 2, S. 3–33; Nr. 5, S. 3–23; Nr. 6, S. 3–30; Nr. 7, S. 3–24; Nr. 8, S. 3–26; Nr. 9, S. 3–32; (1994), Nr. 1, S. 12–28; Nr. 2, S. 3–29; Nr. 6, S. 3–23; Nr. 8, S. 3–27; (1995), Nr. 2, S. 3–26; Nr. 3, S. 3–15; Nr. 4, S. 3–18; Nr. 7, S. 3–25; Nr. 8, S. 3–25; Nr. 10, S. 3–28; Nr. 11/12, S. 3–24.

216 *Trotzkistische Agentur des Faschismus*: Am 2. März fällte das Plenum den Beschluss „Über die Lehren der Schädlingsarbeit, der Diversion und Spionage der japanisch-deutschen trotzkistischen Agenten", worin die phantastischen Diversionsvorwürfe gegen die Oppositionellen aufgeführt und entsprechende Sicherheitsmaßnahmen für Industrie und Transportwesen beschlossen wurden (*Voprosy istorii* (1994), Nr. 10, S. 3–13). Am nächsten Tag wurde ein gleichnamiger Beschluss zum Referat von Ežov gefällt, worin festgestellt wurde, die Verfolgung der „Volksfeinde" sei vier Jahre zu spät erfolgt und die mangelnde Wachsamkeit des NKVD kritisiert wurde (!) (*Voprosy istorii* (1995), Nr. 2, S. 22–26).

217 Im gesamten Dokument ist kein einziger konkreter empirischer Beleg für die geäußerten infamen Behauptungen aufgeführt.

218 In seiner Rede in der Abendsitzung des 3. März referierte Stalin u.a. über den seiner Meinung nach eingetroffenen Wandel im Trotzkismus: Dieser habe „aufgehört, eine politische Strömung in der Arbeiterklasse zu sein", die er „7–8 Jahre zuvor gewesen ist". Stattdessen habe sich der Trotzkismus

tigung auf die Sektionen der K.I., als gerade in der kommunistischen Bewegung der kapitalistischen Ländern die Ansichten weit verbreitet sind, welche den Trotzkismus bis jetzt für eine politische Strömung in der Arbeiterbewegung halten. Das Präsidium des EKKI stellt fest, dass viele Funktionäre der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder, sowie auch Funktionäre der Komintern nicht die gebührende Wachsamkeit gegenüber dem Trotzkismus an den Tag gelegt und den Prozess des Verwachsens des Trotzkismus mit dem Faschismus nicht rechtzeitig signalisiert haben, obgleich alle Umtriebe der Trotzkisten die Uebereinstimmung der politischen Haupteinstellungen des Trotzkismus und des Faschismus erkennen liessen; sie haben auch nicht rechtzeitig bemerkt, dass die kapitalistische Welt und die faschistischen Staaten in erster Reihe, zu neuen Kampfmethoden gegen die UdSSR und die internationale Arbeiterbewegung übergehen, im besonderen zum Ausbau ihres Netzes von Spionen und Provokateuren durch Auffüllung desselben mit trotzkistischen Kadern. Nur durch Abstumpfung der bolschewistischen Wachsamkeit gegenüber dem Klassenfeind lässt sich die Tatsache erklären, dass die langjährige, niederträchtige Verleumdungskampagne der faschistischen Lumpen Trotzki, Souveraine [Souvarine], Eastman gegen den Sozialismus und die kommunistische Weltbewegung nicht immer in den Spalten der kommunistischen Presse die gebührende Abfuhr erfahren hat. [219] Nur durch die Schwächen unserer Aufklärungskampagne über die wahre konterrevolutionäre Rolle des Trotzkismus ist es zu erklären, dass die POUM in Spanien trotz der himmelschreienden Tatsachen des offenen Verrats ungehindert im Rücken der republikanischen Truppen operieren konnte und im Auftrage des faschistischen Kommandos konterrevolutionäre Putsche organisiert hat.[220] [...]

„in eine zügel- und prinzipenlose Bande von Schädlingen, Diversanten, Spionen und Mördern [verwandelt], die auf Anweisung der Aufklärungsorgane ausländischer Staaten handeln." (*Voprosy istorii* (1995), Nr. 3, S. 5).

219 Der amerikanische Schriftsteller, Trotzki-Freund und -Biograph Max Eastman (siehe Dok. 129) und der 1924 aus der Partei ausgeschlossene KPF-Mitbegründer und brillante Intellektuelle Boris Souvarine (siehe Dok. 391).

220 Die *Partido Obrero de Unificación Marxista* (POUM) war eine 1935 aus zwei oppositionell-kommunistischen Zusammenschlüssen gegründete revolutionär-marxistische Partei, die in der Spanischen Republik und im Bürgerkrieg eine bedeutende Rolle spielte. In den von der POUM aufgestellten Freiwilligenbrigaden kämpfte auch George Orwell, der in seinen Erinnerungen an die Zeit in Katalonien auch die Verfolgungen beschreibt, denen die POUM seitens der Stalinisten in Spanien anheimfiel (George Orwell: Mein Katalonien, Zürich, Diogenes, 1975). Die Komintern beteiligte sich maßgeblich an der Hetze gegen die POUM. So bezichtigte die *Rundschau* die POUM der „Waffenhilfe für den Faschismus" (Hedeler: Chronik, S. 183). Während Orwell Glück hatte, wurde der Generalsekretär der POUM, Andres Nin, 1937 Opfer eines von Komintern und NKVD durchgeführten Meuchelmords (siehe: Reiner Tosstorff: Die POUM im spanischen Bürgerkrieg, Frankfurt am Main, ISP, 1987; id.: „Ein Moskauer Prozess in Barcelona". Die Verfolgung der POUM und ihre internationale Bedeutung. In: Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hrsg.): Kommunisten verfolgen Kommunisten, Berlin, Akademie Verlag, 1993, S. 193–216).

Unter Berücksichtigung der Lehren des Plenums des ZK der KPdSU sowie der eigenen Erfahrung der Sektionen der KI im Kampfe gegen die provokatorische Tätigkeit der Trotzkisten beschliesst das Präsidium des EKKI:

1. Den Sektionen der KI vorzuschlagen, einen systematischen Kampf sowohl auf Versammlungen als auch in der Presse gegen den Trotzkismus als Agentur des Faschismus zu entfalten. [...]
2. In die Programme aller Parteischulen und der unter dem Einfluss der Kommunisten stehenden Volksuniversitäten ist ein besonderer *Kursus über den Kampf gegen den Faschismus und dessen trotzkistische Agentur* aufzunehmen. [...]
3. In allen Gliedern der Partei ist systematisch eine breite Propagandaarbeit in Wort und Schrift zur Erläuterung der konterrevolutionären Rolle des Trotzkismus als Agentur des Faschismus durchzuführen, wobei besonders Beachtung der argumentierten Entlarvung der trotzkistischen „linken" Phrase zu schenken ist, mit welcher in Wirklichkeit die faschistische Zersetzungsarbeit der Trotzkisten in der Arbeiterbewegung getarnt wird. [...]
4. Die Parteiorganisationen sind zu mobilisieren zur Aufdeckung von trotzkistischen Elementen, die ihr prinzipielles Nichteinverständnis mit der Politik der Partei und der Komintern in die Form von allerhand Vorbehalten in Bezug auf die taktischen Einstellungen der Partei hüllen; [...]
5. Es ist eine Säuberung der Parteiorganisationen von doppelzünglerischen trotzkistischen Elementen durchzuführen, die vom Klassenfeind zur Desorganisierung der Kommunistischen Partei geschickt wurden. Frühere Trotzkisten, die durch ihre Arbeit im Laufe einer Reihe von Jahren nicht den Beweis erbracht haben, dass sie aufrichtig vom Trotzkismus abgerückt und der Partei und der Sache der Arbeiterklasse wirklich ergeben sind, sind von verantwortlichen Posten abzusetzen.[221]
6. Den Zentralkomitees der kommunistischen Parteien wird vorgeschlagen, das gesamte Personal der illegalen Apparate, welche die Technik der gesamten Geheimarbeit (Treffs, Chiffres, Adressen, Briefwechsel) bewerkstelligen, sorgfältig zu überprüfen und alle leichtsinnig angestellten Funktionäre durch untadelhafte, durchaus erprobte und politisch qualifizierte Genossen zu ersetzen.
7. Den Zentralkomitees der kommunistischen Parteien wird die Pflicht auferlegt, sofort die gesamte Buchführung über die Geldmittel der Partei zu prüfen und dabei besondere Aufmerksamkeit auf die Feststellung von Fällen der Entwendung von Parteigeldern durch trotzkistische Spione zu lenken.
8. Den Vertretern der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder beim EKKI wird zur Pflicht gemacht, eine ernste Aufklärungskampagne gegen den Trotzkismus unter den in der UdSSR weilenden kommunistischen Emigranten durchzuführen. Zur Verstärkung des Kampfes gegen den Trotzkismus wird den KI-Sektionen und ihren Vertretern beim EKKI zur Pflicht gemacht, im Laufe eines Jahres die Mas-

221 Siehe hierzu die „Vorarbeiten" durch die Kaderabteilung der Komintern, Dok. 391.

senrückkehr kommunistischer Emigranten zur politischen Arbeit in die kapitalistischen Länder zu verwirklichen,[222] wobei in der UdSSR nur kranke und arbeitsunfähige Genossen sowie diejenigen zu belassen sind, die nach dem Charakter der vom bürgerlichen Klassengericht gegen sie erhobenen Anklagen in kein kapitalistisches Land zur Arbeit zurückkehren können.

9. Im Interesse eines erfolgreichen Kampfes gegen den Trotzkismus betont das Präsidium des EKKI die grosse Wichtigkeit des vertieften Studiums der Theorie des Marxismus-Leninismus zwecks Hebung des ideologisch-politischen Niveaus der Mitarbeiter der Komintern und ihrer Sektionen. Im besonderen beschliesst das Präsidium des EKKI:

a) Den Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien wird zur Pflicht gemacht, das Studium der Geschichte der KPdSU auf eine höhere Stufe als bisher zu heben, das Studium der Geschichte des konsequenten und unversöhnlichen Kampfes der Bolschewiken für die prinzipiellen Grundlagen des Marxismus-Leninismus, gegen jegliche Art von Entstellung der marxistischen-leninistischen Theorie und Praxis, gegen jegliche Entstellungen, deren Träger die zur faschistischen Agentur ausgearteten Trotzkisten und rechten Restauratoren des Kapitalismus sind.

b) Der Kaderabteilung des EKKI wird die Pflicht auferlegt, zusammen mit der Leitung der Leninschule,[223] die Arbeit an der Hebung des theoretischen Niveaus der Vertreter der kommunistischen Parteien beim EKKI auf Grund der Befriedung der individuellen theoretischen Anforderungen eines jeden dieser Genossen zu organisieren; das Sekretariat des EKKI wird beauftragt, für die Sekretäre und Mitglieder des Polbüros der kommunistischen Parteien periodische Urlaube zur Bearbeitung grundlegender Probleme der Weltökonomik und -Politik, der internationalen Arbeiterbewegung, des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR sowie theoretischer Probleme, welche einen jeden dieser Genossen interessieren, zu organisieren.

c) Die Verlagsgenossenschaft Ausländischer Arbeiter[224] sowie die Verlagsanstalten der einzelnen Sektionen der KI werden verpflichtet, einen Plan antitrotzkistischer Veröffentlichungen auszuarbeiten und im Laufe eines Jahres durchzuführen, damit kein einziges konterrevolutionäres Buch, das in der letzten Zeit vom faschistischen Agenten Trotzki herausgegeben wurde, ohne eine argumentierte politische Antwort bleibt.

+ + +

222 *Massenrückkehr kommunistischer Emigranten*: Hier erscheint das Motiv des Trotzkismus als Rechtfertigung nicht nur für die Repression potentiell gefährlicher politischer Gegener, sondern für die stalinistisch-ultranationalistische „Säuberung“ und Vertreibung ausländischer Minderheiten insgesamt.

223 Die Internationale Lenin-Schule der Komintern (siehe u.a. Dok. 206) wurde in Folge des Terrors und der Verhaftung der meisten Lehrkräfte kaum ein Jahr später, im Frühjahr 1938, geschlossen (siehe: Köstenberger: Die Internationale Lenin-Schule, S. 287–309).

224 Zur Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter siehe Dok. 398.

Zwecks Konkretisierung der Aufgaben des Kampfes jeder KI-Sektion gegen den Trotzkismus macht das Präsidium des EKKI allen KI-Sektionen zur Pflicht, die vorliegende Resolution in allen Gliedern der Partei, angefangen von den höchsten Parteiinstanzen (Polbüro, Zentralkomitee) bis zur primären Parteiorganisation, durchzuarbeiten, wobei zu berücksichtigen ist, dass der Kampf gegen den Trotzkismus keine vorübergehende politische Kampagne, sondern eine tägliche und beständige Aufgabe jeder Parteiorganisation und jedes Kommunisten, die Sache jeder Arbeiterorganisation ist, der die Unantastbarkeit und Reinheit ihrer Reihen teuer ist, dass die Entlarvung des Trotzkismus ein Bestandteil des Kampfes der Arbeiterklasse gegen Faschismus und Krieg, für den endgültigen Sieg der Arbeit über das Kapital, für den Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt ist.



Am 17.5.1937 entschied das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, 3500 Tonnen Weizen nach Spanien zu verschicken. Seitens des zentralen Vorrätekomitees (*Komitet Zagotovok*) sollte das Getreide unverzüglich an das Außenhandelskommissariat abgegeben werden.[225]

Dok. 414a

Beschluss des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion über die Verbannung aller Oppositioneller in „nichtindustrielle" Bezirke

Moskau, 23.5.1937

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 17/162/21, 45. Erstveröffentlichung.

306.– Anfrage des NKVD.

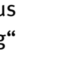
[Beschlossen:]
1. Alle aufgrund von Zugehörigkeit zu den Trotzkisten, Sinowjewisten, Rechten, Dezisten,[226] Šljapnikov-Anhängern[227] und anderen antisowjetischen Formierungen aus der VKP(b) Ausgeschlossenen aus Moskau, Leningrad und Kiev administrativ in nichtindustrielle Bezirke der [Sowjet-]Union auszusiedeln und zur Ansiedlung an bestimmte Ortschaften zu binden.
2. Selbe Maßnahmen gegen aus der VKP(b) für antisowjetische Handlungen (Einschleppen feindlicher Ansichten in Unterricht und Presse) Ausgeschlossene zu ergreifen.

---

225 RGASPI, Moskau, 17/162/21, 42.
226 *Dezisten:* Die linksoppositionelle Gruppe der „Demokratischen Zentralisten" (russ. decysti) entstand in Opposition gegen den von ihnen bereits unter Lenin attestierten „bürokratischen Zentralismus". Zu ihren Führern gehörten Timofei Sapronov, V. N. Maksimovskij und V.V. Obolenskij-Osinskij.
227 Aleksandr Šljapnikov (1885–1937, in der Sowjetunion erschossen), war mit Aleksandra Kollontai einer der Führer der Arbeiteropposition, er wurde bereits 1935 zwangsexiliert (siehe Dok. 65).

3. Gegen alte Kaderarbeiter, die in Moskau, Leningrad und Kiev verwurzelt sind, die seinerzeit in trotzkistisch-sinowjewistische Tätigkeit hineingezogen wurden, sich aber nicht aktiv hervorgetan haben, die Verbannung nicht anzuwenden, sondern ihre strenge Überwachung zu veranlassen.
4. Alle Familien derjenigen Trotzkisten, Sinowjewisten, Rechten, Dezisten und Teilnehmer anderer antisowjetischer terroristischer und Spionageorganisationen, die erschossen oder zu Haftstrafen von 5 Jahren und höher verurteilt wurden, aus Moskau, Leningrad und Kiev in nichtindustrielle Regionen der [Sowjet-]Union auszusiedeln und zur Ansiedlung an bestimmte Ortschaften zu binden.
5. Die lokalen Machtorgane zu verpflichten, die arbeitsfähigen Mitglieder der verbannten Familien bei der Arbeitsbeschaffung zu unterstützen und letztere mit Wohnungen zu versorgen.
6. Die Familien der Verbannten, die keine arbeitsfähigen Mitglieder haben, in staatliche Versorgung zu übernehmen.
7. Um der Wiedereinreise von Verbannten und ihrer Familien nach Moskau, Leningrad und Kiev vorzubeugen, wie auch um die Ansiedlung der in Punkt 1 und 2 genannten Kontingente in diese Städte nicht zuzulassen – den Milizorganen in Moskau, Leningrad und Kiev zu gestatten, eine Registrierung aller Betreffenden, die von den Sanktionen betroffen sind, für eine Frist über 10 Tagen einzustellen.

Auszüge versandt an:
Gen. Ežov, Chruščev;[228] Ždanov, Kosior S. -Chiffre.



Am 24.5.1937 legte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion seinen Mitgliedern eine Resolution zur Abstimmung vor, wonach man davon Kenntnis erhalten habe, dass der alte Bolschewik Jan Rudzutak sowie Marschall Tuchačevskij an der Tätigkeit eines sogenannten „trotzkistisch-rechten Blocks" beteiligt seien und Spionage zugunsten Deutschlands betrieben. Es wurde vorgeschlagen, beide aus der Partei auszuschließen und dem NKVD zu überantworten. Am 25.–26.5. wurde der „Vorschlag" angenommen.[229]

Am nächsten Tag (dem 27.5.1937) beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, aus dem 200-Millionen-Kredit in Deutschland Equipment für die Schwer- und Kriegsindustrie einzukaufen.[230]

---

228 Nikita Sergeevic Chruščev (1894 – 1971), der spätere Erste Sekretär des Zentralkomitees der VKP(b) und Partei- und Regierungschef der UdSSR, war seit 1934 Mitglied des ZK und 1935 Erster Sekretär des Moskauer Gebiets- und und Stadparteikomitees bevor er 1938 Erster Sekretär des ZK der KP der Ukraine wurde. Er war vollständig in die stalinistische Terrorpolitk integriert, leitete jedoch 1956 auf dem 20. Parteitag die (begrenzte) Entstalinisierung ein und setzte sich vom Personenkult ab (Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion, S. 757ff. u.a.; neuerdings: Jean-Jacques Marie: Khroutchev. La réforme impossible, Paris, Payot, 2010).
229 RGASPI, Moskau, 17/3/987, 79. Publ. in: Chlevnjuk/Kvašonkin/Koševela (Hrsg.): Stalinskoe politbjuro, S. 156.
230 RGASPI, Moskau, 17/162/21, 51.

Dok. 415

Einladungsliste und Bewertungen der zum Revolutionsjubiläum nach Moskau eingeladenen Schriftsteller

Moskau, 1.6.1937

Typoskript in russischer Sprache. RGALI, Moskau, 631/14/8, 1–15. Erstveröffentlichung.

An das ZK der VKP/b/ – An Genossen ANDREEV A.A.[231]

Im Zusammenhang mit dem 20. Jahrestag der Oktoberrevolution[232] ist es höchst notwendig, folgende ausländische Schriftsteller zur Feier in Moskau mit anschließender Reise durch die UdSSR für eine Dauer von bis zu vier Wochen einzuladen:[233]

---

231 Teilweise unleserliche handschriftliche Resolution in russischer Sprache auf der ersten Seite: „Kopie ver[schickt] in 2 Ex. an den Sekr[etär] des Schriftstellerverbands [...] Sablovskij [...] seinem Vor[sitzenden?]".

232 1937 jährte sich die Oktoberrevolution zum 20. Mal, was mit einer unionsweiten Kampagne gefeiert wurde. Allerdings erschwerte der Große Terror die Festvorbereitungen: Verhaftungen schlugen Breschen in die Festkomitees, festliche Sammelbände mussten zwecks Säuberung von „Volksfeinden" immer wieder neu konzipiert werden (Schlögel: Terror und Traum, S. 448ff.; Malte Rolf: Das sowjetische Massenfest, Hamburg, Hamburger Edition, 2006, S. 103–104, 204–205).

233 Die Initiative der Einladung ging von der Komintern aus. Am 26.5.1937 schrieb Dimitrov an Andrej Andreev und schlug vor, im Laufe des Jahres 1937 namhafte kommunistische und sympathisierende Schriftsteller einzuladen, die über die „Sommer- und Herbstfeierlichkeiten" in der UdSSR bleiben und darüber schreiben würden. Die Listen sollten von den KP-Vertretern zusammengestellt werden, die die Verhandlungen mit den Schriftstellern führen, die Drucklegung der Zeitungsberichte bewerkstelligen, und „dabei die entsprechende politische Kontrolle verwirklichen" sollten. Die Einladung sollte offiziell von VOKS und Goslitizdat ausgehen (RGASPI, Moskau, 495/73/50, 11).

FRANKREICH: Romain Rolland mit Ehefrau[234] – Louis Aragon[235] – Elsa Triolet[236] – Moussinac[237] – René Blech[238] – Jean Cassou[239] – André Malraux[240] – Julien Benda[241]
SPANIEN: Antonio Machado[242] – Bergamín[243] – Ramón Sender[244] – Rafael Alberti[245] und María Teresa León[246] – Arturo Serrano Plaja[247] – César Arconada.[248]
DEUTSCHLAND:[249] Heinrich Mann – Egon Erwin Kisch – Anna Seghers – Gustav Regler mit Ehefrau – Oskar Maria Graf – Bert[olt] Brecht.

---

234 Die zweite Ehefrau Romain Rollands (siehe Dok.) war die Russin Marie Romain Rolland („Macha"), die halbfranzösische Witwe eines russischen Adeligen.

235 Louis Aragon (ursprüngl. Name Louis Andrieux, 1897 Paris – 1982 ebd.). Französischer Schriftsteller, Dichter, Publizist und Herausgeber. Schloss sich in seiner surrealistischen Phase 1927 der KP Frankreichs an, brach dann jedoch mit seinem Freund André Breton und arbeitete in den 1930er Jahren für die Parteizeitung *l'Humanité*. Dabei nahm er den sozialistischen Realismus auf und verteidigte den Stalinismus. Zu dieser Zeit Direktor der KP-Abendzeitung *Ce soir* (1937–1953). Setzte sich seit den 1960er Jahren stärker vom Stalinismus ab. Vor allem seine von Jean Ferrat, Léo Ferré u.a. in Chansons umgesetzten lyrischen und kämpferischen Gedichte drangen tief in die französische Volkskultur ein.

236 Elsa Triolet (1896 Moskau – 1970 Saint-Arnould-en Yvelines), Schriftstellerin, Ehefrau und Muse Louis Aragons, Mitglied der KP Frankreichs.

237 Moussinac, d.i. Léon Moussinac (1890 Laroche-Migennes – 1964 Paris), Journalist, Historiker und Filmkritker, KPF-Mitglied, aktiv in der Association des Ecrivains et Artistes Révolutionnaires (AEAR).

238 René Blech, Schauspieler, u.a. Madame Bovary (Jean Renoir, 1934), Novellist, KPF-Mitglied.

239 Jean Cassous (1897 Deusto – 1986 Paris), Schifsteller, Kunstkritiker, Bricht mit der KPF nach dem Stalin-Hitler-Pakt, kämpfte in der Résistance.

240 André Malraux (1901 Paris – 1976 Créteil), Schrifsteller, Regisseur und Politker. Schlüsselroman „L'espoir". KPF-Mitglied, bricht nach dem Stalin-Hitler-Pakt mit der Partei, schloss sich De Gaulle an, nach dem Krieg unter letzterem französischer Kultusminister.

241 Julien Benda (1867 Paris – 1956 Fonteny-aux-Roses), französischer Philosoph und Schriftsteller, unabhängiger Denker („Der Verrat der Intellektuellen"), wandte sich vom Stalinismus ab, Autor der „Die Zukunft" (Münzenberg/Koestler/Thormann).

242 Antonio Machado (1875 Sevilla – 1939 Collioure), spanischer republikanischer Lyriker und Dramatiker der „Generación del 98". Trat noch 1938 der KP Spaniens bei.

243 Bergamín, d.i. José Bergamin (1895 Madrid – 1983 San Sebastián), spanischer linkskatholischer Schrifsteller, der KP Spaniens nahestehend, organisierte u.a. den Internationalen Schriftstellerkongress zur Verteidigung der Kultur (Valencia, 1937).

244 Ramón Sender (1901 Chalamera, Huesca –1982 San Diego, USA). Spanischer Journalist und Schriftsteller, an der Front im Bürgerkrieg, sympathisierte mit den Anrcho-Syndikalisten, stellte sich 1936/1937 gegen die KP Spaniens.

245 Rafael Alberti (1902 El Puerto de Santa Maria – 1999 Ebd.). Spanischer Schriftsteller, Dichter, gehörte der „Generación del 27" an. Mitglied der KP Spaniens, mehrere Besuche in der Sowjetunion.

246 Maria Teresa León (Logroño – 1988 Madrid). Spanische Schriftstellerin, Theater- und Kulturaktivistin, während des Bürgerkriegs Sekretärin der KP-nahen Alianza de Escritores Antifascistas (AEA), Ehefrau Rafael Albertis.

247 Arturo Serrano Playa (1909 San Lorenzo del Escorial, Spanien – 1979 Santa Barbara, Kalifornien). Spanischer Schrifsteller, einer der „romaceros de la guerra civil".

248 César Muñoz Arconada (1898 Astudillo – 1964 Moskau). Spanischer Schriftsteller, Dichter und Journalist. Seit 1931 Mitglied der KP Spaniens. 1936 Literaturredakteur der Parteizeitung *Mundo Obrero*, 1939 Exil in der Sowjetunion.

249 Zu den aufgeführten deutschen Schriftstellern siehe weiter unten.

USA: Paul de Kruif[250] – Michael Gold[251] – Ernest Hemingway[252] – O'Neill[253] – Pearl [S.] Buck[254] – Malcolm Cowley[255] – Langston Hughes.[256]
ENGLAND: Forster[257] – Frank Pitcairn[258] – Rosamond Lehmann[259] – Steven Spender[260] – John Strachey.[261]
AUSTRALIEN: Katharine Susannah Prichard.[262]

---

250 Paul de Kruif (1890 Zeeland, Michigan – 1971 Holland, Michigan), US-amerikanischer Mikrobiologe und Schrifststeller, zeitweilig „fellow traveller" der KP, vor allem durch sein Buch „Mikrobenjäger" (deutsch: 1927) bekannt, einer populären Darstellung der Bakteriologie.
251 Michael Gold, ursprüngl. Name Itzok Isaac Granich (1894 New York – 1967 Terra Linda, Kalifornien), US-amerikanischer Literaturkritiker und Schrifsteller (Bestseller: „Juden ohne Geld", Berlin 1931). Bis an sein Lebensende der KP der USA verbunden.
252 Ernest Miller Hemingway (1899 Oak Park, Illinois – 1961 Ketchum, idaho). US-amerikanischer Journalist und Schriftsteller, Literatur-Nobelpreis 1954. Seine Novelle des spanischen Bürgerjkriegs „Wem die Stunde Schlägt" (1940) wurde zum Welterfolg, in der KP-Presse jedoch kritisiert. Anfangs loyal, dann zunehmend kritisch gegenüber der kommunistischen Politik.
253 O'Neill, d.i. Eugene Gladstone O'Neill (1888 New York – 1953 Boston), irisch-amerikanischer Schrifststeller und Dramatiker, 1936 Nobelpreis für Literatur. Seit 1936 in der KP-Presse dafür kritisiert, daß er den Weg des Dramatikers der Arbeiterklasse verlassen habe.
254 Pearl S. Buck (1892 Hilsboro, West Virgina – 1973 Danby, Vermont), in China aufgewachsene US-amerikanische Schrifstellerin. Pullitzer- und Nobelpreis (1938). Ihr Roman „Die gute Erde" (1931) war für das westliche Chinabild bestimmend. U.a. gegen die Apartheid engagiert.
255 Malcolm Cowley (1898 Belsano, Pennsylvania – 1889 New Milford, Connecticut). US-amerikanischer Journalist, Literaturkritiker und Schriftsteller der „Lost Generation". Mitherausgeber des linksunabhängigen Magazins *The New Republic*, 1935 League of American Writers, aus denen er 1940 wegen der Nähe zur KP der USA wieder austritt.
256 Langston Hughes (1902 Joplin, Missouri – 1967 New York). US-amerikanischer Schriftsteller und Bürgerrechtler für die schwarzen Amerikaner. Der KP nahestehend.
257 Forster, d.i. Edward Morgan Forster (1879 London – 1970 Coventry). Englischer Schriftsteller, bekannt geworden durch sein Portrait des kolonialen Indien („ A Passage to India"/ 1924). Engagiert in humanitären und Menschenrechtsbewegungen.
258 Frank Pitcairn (Ps.), d.i. Claud Cockburn (1904 Peking – 1981). Irischer Journalist und Schriftsteller, im spanischen Bürgerkrieg Korrespondent im Auftrag der KP-Zeitung *Daily Worker*), Mitglied der Internationalen Brigaden, befreundet mit dem *Pravda*-Chefredakteur Michail Koltsov.
259 D.i. Rosamond Lehmann (1901 Bourne End, Buckinghamshire – London 1990). Britische Schriftstellerin, Novellistin. Zeitweise mit Larence Richard Philipps verheiratet, Baron und Mitglied der KP. Engagiert in den antifaschistischen Kampagnen.
260 Stephen Spender (1909 London – 1995 ibid.). Englischer Schriftsteller, Poet und Essayist. Mitglieder der KP, schrieb zunächst noch Apologien der Moskauer Prozesse und ging dann nach Spanien. Nach dem Stalin-Hitler-Pakt Abkehr vom Stalinismus (zusammen mit Arthur Koestler u.a.: „The god that failed", 1949).
261 John Strachey (1901 nahe Guildford, Surrey – 1963 London). Englischer sozialistischer Intellektueller, Publizist, Theoretiker zwischen Marxismus und Sozialdemokratie (The Theory and Practice for Socialism, 1936). Nach Protest gegen den Stalin-Hitler-Pakt von der Komintern als „Renegat" behandelt.
262 Katharine Susannah Prichard (1883, Levuka, Fidschi – Greenmound, Australien). Australische Journalistin und Schriftstellerin, Beschrieb u.a. das Schicksal der Ureinwohner („Coonardoo", 1929), Von Gründung an blieb sie lebenslang Mitglied der KP Australiens.

SCHWEIZ: Charles Bouchet.[263]
CHINA: Mao Dun.[264]
NORWEGEN: Nordahl Grieg.[265]
DÄNEMARK: Martin Andersen Nexö.[266]
HOLLAND: Theun de Vries.[267]
CHILE: Pablo Neruda.[268]
ARGENTINIEN: Roberto Gonzalez Tuñon.[269]
MEXIKO: Mancisidor.[270]
BULGARIEN: Kristo Belev[271] – Stojanov[272] – Grubešlieva.[273]

---

263 Charles Bouchet. Es handelt sich um Charles Beuchat (1900 Soulce – 1981 Porrentruy, Schweiz). Kosmopolitischer Intellektueller, Lehrer mit Beziehungen zur Pariser Literaturszene.
264 Mao Dun, eigentl. Name Shen Dehong (1896 Wuzhen, China – 1981). Chinesischer Journalist, Literaturkritiker und Schriftsteller, seit Gründung 1921 aktiv für die Kommunistische Partei, später geachteter Literaturfunktionär. Trug maßgeblich zur internationalen Verbreitung der chinesischen Literatur bei.
265 Nordahl Grieg (1902 Bergen – 1943 Kleinmachnow). Norwegischer Journalist und Schriftststeller, Dramatiker und Romanschriftsteller, Korrespondent in China, in den 1930er Jahren Anchluß an die KP Norwegens, 1937 als Korrespondent in Spanien, verteidigt den Stalinismus, im Zweiten Weltkrieg als mitfliegender Kriegsreporter beim Angriff auf Berlin abgeschossen.
266 Martin Andersen Nexö (1898 Christianhavn, Kopenhagen – 1954 Dresden). Dänischer Schrifsteller, seit 1920 Mitglied der KP Dänemarks; mit Lion Feuchtwanger international propagandistisch zur Verteidigung der Moskauer Prozesse eingesetzt. Auf Einladung von Max Seydewitz 1952 Übersiedlung in die DDR.
267 Theun de Vries (1907 Veenwouden – 2005 Amsterdam). Niederländischer Schriftsteller, Dichter, Journalist und kommunistischer Politiker. 1936 Eintritt in die KP der Niederlande, mit der er 1971 brach.
268 Pablo Neruda (1904 Parral – 1973 Santiago de Chile), chilenischer Schriftsteller, Dichter und Diplomat. U.a. mexikanischer Konsul während des spanischen Bürhgerkriegs (España en el corazón, 1937), rettete er zahlreiche Flüchtlinge. Unterstützte den mexikanischen Maler Siqueiros, der 1940 ein Attentat auf Trotzki organisierte. 1945 Mitglied der KP Chiles, schrieb Oden an Stalin (1953) und denunzierte Schriftstellerkollegen. 1971 Nobelpreis für Literatur.
269 Roberto (recte Raúl) Gonzalez Tuñon (1905 Buenos Aires – 1974 ebd.). Argentinischer Journalist und Schriftststeller. Korrespondent im Chacokrieg und im spanischen Bürgerkrieg. Gründungsmitglied der chilenischen Sektion der Alianza de Intelectuales para la Defensa de la Cultura (AIDC), der Komintern nahestehend.
270 Mancisidor, d.i. José Mancisidor (1894 Veracruz – 1956 Nuevo León), Mexikanischer Schriftststeller, Historiker und linker Politiker der Republik, einer der Schrifststeller der mexikanischen Revolution. Traf 1936 mit Staatsoberhaupt Kalinin in Moskau zusammen, Mitglied er KP-nahestehenden Liga de Escritores y Artistas Revolucionarios (LEAR).
271 Kristo Belev d.i. Hristo Velev? Nicht zu eruierende Person.
272 Stojanov, d.i. möglicherweise Kosta Angelov Stojanov (K.S. Kostov), 1876 Varna – 1945 Sofia), Bulgarischer dramatischer Schauspieler.
273 Grubešlieva, d.i. Marija Ivanovna Grubešlieva (1900 Kjustendil–1970 Sofia). Bulgarische Schriftstellerin, Dichterin. Nahm 1937 u.a. am Internationalen Kongress zur Verteidigung der Kultur teil, offiziell seit 1944 Mitglied der KP Bulgariens. Galt nach 1945 als Vorreiterin der bulgarischen sozialistischen Poesie.

TSCHECHO-SLOWAKEI: Ladyslav Novomeský[274] – S. K. Neumann[275] – Pišek.[276]

ANHANG: Charakteristika.

Mit kommunistischem Gruß
SEKRETÄR DES VERBANDES DER SOWJETSCHRIFTSTELLER DER UDSSR[277]

[...] *DEUTSCHE SCHRIFTSTELLER-EMIGRANTEN.*
1. HEINRICH MANN – sehr bedeutender Schriftsteller und Publizist. In den Fragen der antifaschistischen Front und der Haltung zur UdSSR nimmt er eine richtige und sehr harte Position ein.[278] Er ist der führende antifaschistische Emigrantenschriftsteller.
2. EGON ERWIN KISCH – einer der bekanntesten deutschen kommunistischen Schriftsteller. Der beste und kämpferischste deutsche Essayist. Aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918 in Wien. Leitete die Besetzung der Redaktionen bürgerlicher Zeitungen. Mitarbeiter vieler deutscher Zeitschriften.

Am Tag des Reichstagsbrands wurde Kisch verhaftet, wurde jedoch als tschechischer Staatsbürger nach acht Tagen freigelassen. Kisch ist einer der ersten Organisatoren einer internationalen Kampagne gegen den Terror, durch Platzierung einer Vielzahl von Artikeln in der anglo-amerikanischen Presse. Emigrierte nach Paris. Brachte in der Emigration die Reportagen „Eintritt Verboten" und „[Geschichten aus] Sieben Ghettos" sowie ein Buch über Australien heraus.[279] Er wurde von dem Weltkomitee des Kampfes gegen den Faschismus nach Australien geschickt.

---

274 Ladyslav Novomeský (1904 Budapest – 1976 Bratislava). Slowakischer Schrifsteller, Dichter, Publizist und kommunistischer Politiker. Schrieb Poesie, befaßte sich jedoch auch mit proletarischer Literatur. Seit 1925 Mitglied der KP der Tschechoslowakei, nach 1945 ZK-Mitglied. Protestierte gegen die Normalisierung nach 1968.

275 S.K. Neumann, d.i. Stanislav Kostka Neumann (1875 Prag – 1947 ebd.). Tschechischer Publizist und Schrifststeller, Dichter, ursprünglich Anarchist, profilierter Verteidiger der tschechischen Nationalkultur, unterstützte die Gründung der KP der Tschechoslowakei nach der Oktoberrevolution, anfangs für die Arbeiterkultur, später dem sozialistischen Realismus folgend.

276 Pišek, d.i. wahrscheinlich Antonin Matej Piša (1902–1966). Tschechischer Redakteur und Schriftsteller. Redakteur der Parteizeitung der KP der Tschechoslowakei *Právo Lidu*.

277 Generalsekretär des Schriftstellerverbandes war bis 1941 Vladimir Stavskij.

278 In dieser Periode lebte Heinrich Mann in einem „imaginären Dreieck (...) zwischen Paris (Politik), Nizza (Lebenstraum) und Moskau (Utopie) (Manfred Flügge). Im August 1936 veröffentlichte Heinrich Mann in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront einen Aufruf „Für die spanische Freiheit, gegen Hitlers Umtriebe in Spanien". Doch auch ihm gelang es nicht, die Volksfrontinitiative zu retten, nach mehreren Versuchen ging er weiter mit Pieck und Ulbricht zusammen. Aufgrund seiner abgehobenen Sicht der Sowjetunion konnte er sich nicht vom Stalinismus lösen (hierzu: Manfred Flügge: Heinrich Mann. Eine Biographie, Reinbek bei Hamburg, Rowohlt, 2006, S. 305ff., 327ff. u.a.; siehe auch Dok. 429).

279 Es handelt sich um: Egon Erwin Kisch: Eintritt verboten. Roman, Zürich-Prag, Universum Bücherei, 1934; Id.: Geschichten aus sieben Ghettos, Amsterdam, de Lange, 1934; Id.: Landung in Australien, Amsterdam, Allert de Lange, 1937.

Kisch ist Teilnehmer des Internationalen Schriftstellerkongresses. [Er ist] Mitglied der KPD.[280]
3. ANNA SEGHERS – /Netty Radványi/ Mitglied der KPD seit 1930. Trat als Schriftstellerin erstmals mit der Erzählung „Der Aufstand der Fischer" in Erscheinung, für die sie im Jahre 1930 den Kleist-Preis erhielt.[281] Der Kleist-Preis gilt in Deutschland als eine sehr bedeutende literarische Auszeichnung. Auch wenn sie als Kommunistin bekannt war, war ihr Name in der gesamten bürgerlichen Presse geläufig. Im Jahre 1931 veröffentlichte sie ihren Roman „Die Gefährten", in dem die proletarische Emigration in Europa geschildert wird – Ungarn, Italiener, Bulgaren, Chinesen usw.[282] Das Buch wurde von den deutschen Arbeitern sehr warm aufgenommen, auch die bürgerliche Presse wies auf seine literarischen Qualitäten hin. 1933 emigrierte Seghers nach Paris und brachte bald den Roman „Der Kopflohn" heraus, in dem sie das deutsche Dorf nach der Machtergreifung der Faschisten beschreibt. Das Buch rief dank eines eigenwilligen Stils, in dem bestimmte Prinzipien des Surrealismus ihren Widerhall fanden, eine große Diskussion hervor.[283] Alsbald erschien ihr Roman „Der Weg durch den Februar" über die österreichischen Kämpfe im Februar 1934.[284]

Anna Seghers war in Deutschland Mitglied der Leitung der kommunistischen Fraktion der Schriftsteller und Redaktionsmitglied der Zeitschrift *Linkskurve*.[285] Zusammen mit Kisch, H. Mann und D. Feuchtwanger[286] ist sie Mitglied des „Schutzverbands deutscher Schriftsteller" – einer Organisation deutscher Emigrantenschrift-

280 Kisch, KPD-Mitglied seit 1929, wandte sich auch während des Terrors und der Schauprozesse nicht von der Politik Stalins ab und trat durch die Angriff auf André Gide nach der Veröffentlichung seines sowjetkritischen Buches hervor (siehe: Markus G. Patka: Egon Erwin Kisch. Stationen im Leben eines streitbaren Autors, Wien u.a., Böhlau, 1997, S. 303–310).

281 Bereits 1931 wurde der Roman in der Sowjetunion gedruckt (Moskau, Zentralverlag, Allukrainische Abteilung, 1931).

282 „Die Gefährten" erschien als erster Roman von Anna Seghers kurz vor dem Machtantritt Hitlers bei Gustav Kiepenheuer in Berlin.

283 „Der Kopflohn. Roman aus einem deutschen Dorf im Spätsommer 1932" erschien als zweiter Roman von Anna Seghers 1933 bei Querido in Amsterdam.

284 „Der Weg durch den Februar" erschien 1935 in Paris in den Editions du Carrefour.

285 *Die Linkskurve*. Die literarisch-kritische Zeitschrift wurde vom Bund Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller Deutschlands, der kommunistischen Schriftstellerorganisation, herausgegeben und erschien in Berlin und Weimar im Internationalen Arbeiterverlag bzw. im Aufbau-Verlag in den Jahrgängen 1 (1929) – 4 (1932). Herausgeber waren Johannes R. Becher, Kurt Kläber, Andor Gábor, Hans Marchwitza, Ludwig Renn und Erich Weinert. Ihr Ziel war die Herausbildung einer „marxistisch-leninistischen" Literaturtheorie und die Umsetzung einer solchen Literaturpolitik (siehe: Frank Rainer Scheck (Hrsg.): Erobert die Literatur! Proletarisch-revolutionäre Literaturtheorie und -debatte in der Linkskurve 1929–1932, Köln, Kiepenheuer & Witsch, 1973; Helga Gallas: Marxistische Literaturtheorie. Kontroversen im Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller, Neuwied-Berlin, Luchterhand, Neuwied, 1971 (collection alternative. 1) (Sammlung Luchterhand. 19)).

286 Gemeint ist Lion Feuchtwanger.

steller.[287] Sie ist verheiratet mit Dr. Johann Radványj [László Radványi] /Parteiname Johann Schmidt/, Organisator und Leiter der „Marxistischen Arbeiterschulen in Deutschland".[288] Mitglied der Kompartei Ungarns seit 1921, später Mitglied der KPD.[289]
4. GUSTAV REGLER – Mitglied der KPD /vermutlich seit 1928/.[290] Lebte lange Zeit in Südfrankreich, trat in Berlin erst im Jahre 1932 auf. Im Jahre 1931 brachte er das Buch „Wasser, Brot und Geschosse" heraus, einen Roman, in dem er das Schicksal des Lumpenproletariats beschreibt.[291] Im Jahre 1933 emigrierte er nach Paris, nahm an der Wahlkampagne im Saarland teil und schrieb den Roman „Saar im Feuer".[292]

---

287 Der Schutzverband Deutscher Schriftsteller (SDS) bestand seit den 1920er Jahren und wurde 1933 als Verband der „nichtgleichgeschalteten Schriftsteller" durch Rudolf Leonhard und Alfred Kantorowicz neugegründet. Die Organisation fußte auf der französischen Sektion (zugleich Pariser Ortsgruppe), weltweit bestanden Landesgruppen. Gegen die als Fraktion innerhalb des SDS (Ehrenpräsident Heinrich Mann, Rudolf Leonhard als Präsident, Anna Seghers, Kisch, Becher, Kantorowicz als Vorstandsmitglieder) wirkende KPD-Einflussnahme bildete sich 1937 der Bund Freie Presse und Literatur, zugleich behielten innerhalb des SDS Münzenberg und Otto Katz weiterhin bleibenden Einfluss. Im Oktober 1939 erfolgte die Auflösung durch die französischen Behörden mit der Begründung, es handele sich um eine „Sowjetagentur" (siehe: Dieter Schiller: Schutzverband Deutscher Schriftsteller, Sektion Frankreich (SDS). In: Barck/Schlenstedt/Bürger: Lexikon sozialistischer Literatur, S. 424–427; Id.: Der Pariser Schutzverband Deutscher Schriftsteller (Société allemande des gens de lettre, siège Paris). Eine antifaschistische Kulturorganisation im Exil. In id.: Der Traum von Hitlers Sturz. Studien zur deutschen Exilliteratur 1933–1945, Frankfurt am Main u.a., Peter Lang, 2010, S. 85–104; siehe auch Dok. 370).

288 Die Marxistische Arbeiterschule (MASCH) wurde Ende 1925 von der KPD-Bezirksleitung Groß-Berlin als „eine Art marxistische Volkshochschule" gegründet, bis 1932 kamen Provinzfilialen in über 60 Städten hinzu. Die formell überparteiliche Schulungseinrichtung bot mit über 30 Lehrfächern ein breites Bildungsangebot an, das nicht nur marxistische Theorie und die Geschichte der Arbeiterbewegung einschloss, sondern auch Fremdsprachen, Naturwissenschaften, Stenographie und Buchhaltung. Erster Direktor war Johann Schmidt (d.i. László Radványi), der Ehemann von Anna Seghers. Im März 1933 wurde die MASCH verboten, ihre Einrichtung und Archiv zerstört (siehe: Carsten Krinn: Zwischen Emanzipation und Edukationismus. Anspruch und Wirklichkeit der Schulungsarbeit der Weimarer KPD, Essen, Klartext, 2007, S. 456–469).

289 Anna Seghers (1900 Mainz– 1983 Berlin) trat nach eigenem Bekunden „etwa 1928" in die KPD ein. In den Augen des stalinschen Regimes konnte Seghers dadurch positiv aufgefallen sein, dass sie auf dem Schriftstellerkongress von 1935 das Engagement von Magdeleine Paz für den in der Sowjetunion verfolgten Victor Serge öffentlich zurückwies. Zu den Schauprozessen und dem Großen Terror äußerte sie sich allerdings öffentlich nicht. Eine Grußbotschaft Seghers' an die Sowjetunion zum 20. Jahrestag der Oktoberrevolution, die 1937 in der *Internationalen Literatur* abgedruckt wurde, ist in einem erstaunlich ambivalenten Ton gehalten (siehe: Christiane Zehl Romero: Anna Seghers. Eine Biographie 1900–1947, Berlin, Aufbau-Verlag, 2000, S. 190, 302–305).

290 Gustav Regler (1898 Merzig – 14.1.1963 Neu-Dehli) trat 1928 der KPD bei. 1936 war er in Moskau an der Redigierung des Protokolls des Ersten Moskauer Prozesses beteiligt. Seine Abkehr vom Stalinismus erfolgte 1939 nach dem Stalin-Hitler-Pakt, sein Parteiaustritt 1942 im mexikanischen Exil (siehe: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 707–708; Günter Scholdt: Gustav Regler. Odysseus im Labyrinth der Ideologien. Eine Biographie in Dokumenten, St. Ingbert, Röhrig UniversitätsVerlag, 1998).

291 D.i. „Wasser, Brot und blaue Bohnen", 1932 in der Universum-Bücherei für Alle, Berlin.

292 D.i. „Im Kreuzfeuer. Ein Saar-Roman".

Später, im Jahr 1932, veröffentlichte er im Querido-Verlag den Roman „Der verlorene Sohn“ und einen Roman aus der Zeit der Bauernkriege, „Die Saat“.[293] Gegenwärtig ist er Kommissar der Internationalen Brigade in Spanien. Wurde verwundet, als General Lukács /Máté Zalka/ getötet wurde.[294] Braucht ärztliche Behandlung und Ruhe.
5. Die Ehefrau Gustav Reglers war im Jahre 1936 mit ihm zusammen in der UdSSR. Sie ist die Tochter des Künstlers [Heinrich] Vogeler, der in der UdSSR lebt.[295]
6. OSKAR MARIA GRAF – bekannter antifaschistischer Schriftsteller, Romancier, S[ozial]D[emokrat], Anhänger der Einheitsfront. Unterhält gute Beziehungen zur KPD. Trat positiv zur Sowjetunion und vor allem zur sowjetischen Verfassung auf.[296]
7. BERT[OLT] BRECHT – 39 Jahre alt. Ausgebildeter Mediziner und Naturwissenschaftler. Arbeitete am Münchener Kammertheater als Dramaturg und Regisseur. Im Jahre 1923 lief sein Stück „Trommeln in der Nacht“ an allen deutschen Theatern. Erhielt dafür den Kleist-Preis. Arbeitete als Regisseur bei Max Reinhardt. Inszenierte für Piscator den „Braven Soldaten Schwejk“. Schrieb viele Stücke, Gedichte, Poeme. Eine große Popularität genoß seine „Dreigroschenoper“, nach deren Sujet er den „Dreigroschenroman“ schrieb. Gegenwärtig Mitarbeiter der Zeitschrift *Internationale Literatur*[297] und Redakteur der Zeitschrift *Das Wort*.[298] Nach dem Trotzkistenprozess zeigte

---

293 *Die Saat*“. Roman aus den deutschen Bauernkriegen“ erschien 1936 bei Querido in Amsterdam.
294 Máté Zalka, urspr. Name: Béla Frankl (1896 Matolcs, Ungarn–1937 Huesca, Spanien), ungarischer Schriftsteller und Revolutionär. Kommandierte als General Paul Lukács die XII. Internationale Brigade in Spanien und starb bei einem Bombardement.
295 Es handelte sich um die Tochter Heinrich Vogelers, Marie Luise, genannt Mieke (Marie Luise Vogeler-Regler (1901 Worpswede– 1945 San Angel, Coyoacán, Mexico).
296 Oskar Maria Graf (1894 Berg – 1967 New York) hielt sich im Sommer 1934 für neun Wochen in der Sowjetunion anlässlich des 1. Allunionskongresses der sowjetischen Schriftsteller auf und verfasste einen weitgehend unkritischen Reisebericht. Dieser wurde zwar erst aus dem Nachlass veröffentlicht, doch propagierte Graf nach seiner Reise auf öffentlichen Versammlungen im Westen ein positives Sowjetbild. Kritische öffentliche Äußerungen zum stalinschen Terror sind nicht überliefert, von der Sowjetunion rückte Graf erst in der Nachkriegszeit ab (siehe Gerhard Bauer: Gefangenschaft und Lebenslust. Oskar Maria Graf in seiner Zeit, München, Süddeutscher Verlag, 1987, S. 262–267).
297 *Internationale Literatur.* Aus dem *Vestnik inostrannoj literatury* hervorgegangen, war die *Internationale Literatur* (1931 noch unter dem Titel *Literatur der Weltrevolution*) eine sowjetische Literaturzeitschrift, die von 1931 bis 1945 in vier Sprachen (russisch, deutsch, französisch und englisch, ab 1935 zusätzlich chinesisch) herausgegeben wurde. Herausgeber bis 1935 war die Internationale Vereinigung revolutionärer Schriftsteller. Die deutsche Ausgabe, die sich von den anderen Ausgaben merklich unterschied und ab Januar 1937 den Untertitel *Deutsche Blätter* trug, wurde faktisch von der deutschen Sektion des sowjetischen Schriftstellerverbands herausgegeben, verantwortlicher Redakteur war ab 1936 Johannes R. Becher.
298 *Das Wort* wurde (auf Beschluss des sowjetischen Volkskommissariats für Erziehung vom 19.2.1936) von 1936 bis 1939 in Moskau herausgegeben und galt als Literaturzeitschrift der Volksfront. Auch hier war die deutsche Sektion des Schriftstellerverbandes maßgeblich beteiligt. Herausgeber waren Willi Bredel, Bertolt Brecht und Lion Feuchtwanger. Zum Vergleich beider Zeitschriften siehe: Angela Nuß-Michel: Die Moskauer Zeitschriften „Internationale Literatur“ und „Das Wort“ während der Exil-Volksfront. 1936–1939. Eine vergleichende Analyse, Frankfurt am Main e.a., Peter Lang, 1987.

er gewisse Schwankungen, womit er die Arbeit der Redaktion erschwerte.[299] Er verlangte sogar, dass eine zahnlose Notiz über den Prozess, die in *Das Wort* gedruckt wurde, nicht von der Redaktion ausging, sondern von Bredel signiert wurde.[300] Die Bücher Brechts wurden zusammen mit anderen in Deutschland im Mai 1933 verbrannt.[301]

Der „Dreigroschenroman" erschein im Jahre 1937 auf Russisch im Goslitizdat.[302]

---

299 Brechts Verhältnis zu den Moskauer Prozessen war höchst ambivalent. Bereits 1935 hatte er als gefeierter Autor zusammen mit Margarete Steffin die Sowjetunion besucht und kam dort mit Viktor Šklovskij, Sergej Tret'jakov und anderen Vertretern der Avantgarde in Kontakt. Zu den Schauprozessen 1936 verhielt sich Brecht apologetisch und äußerte in einer privaten Unterhaltung mit einem amerikanischen Trotzkisten über die Angeklagten, „je unschuldiger sie sind, desto mehr verdienen sie es, zu sterben" (was Brecht-Biograph Jan Knopf (Bertolt Brecht, S. 319) jedoch als „zynisch-satirische Stellungnahme" verstanden wissen will). Als der Terror sich auf Brechts persönliche Bekannte ausweitete, scheint er seine zynische Einstellung teilweise revidiert zu haben, zumal er durch die Reise Margarete Steffins in die Sowjetunion 1937, wo sie sich einer medizinischen Behandlung unterzog, von der bedrückenden Atmosphäre in Moskau und der Verhaftung seiner Freunde informiert war. Er versuchte erfolglos, Feuchtwanger dazu zu bewegen, sich für die verhaftete Carola Neher einzusetzen, und betrauerte in dem Gedicht „Ist das Volk unfehlbar?" (1939) die Hinrichtung seines „Lehrers", des „großen, freundlichen" Tret'jakov, und zweifelte die Schuld der Terroropfer an. Trotzdem brachte es Brecht nie fertig, die Schauprozesse und den Terror öffentlich anzuprangern oder gar mit dem Stalinismus zu brechen (vgl. Knopf: Bertolt Brecht, v.a. S. 248, 316–320, 325–329; John Fuegi: Brecht and Company. Sex, Politics and the Making of the Modern Drama, New York, Grove Press, 1994, v.a. S. 341–362).

300 In der Rubrik „An den Rand geschrieben" erschien in der März-Ausgabe von *Das Wort* der unsignierte Beitrag „Eine neue Barriere gegen den Krieg – zum Moskauer Prozeß gegen die Trotzkisten", in dem in verhältnismäßig nüchterner Weise die Ergebnisse des Prozesses geschildert wurden. Nachstehend veröffentlicht wurden „teilweise stark gekürzt, in der sowjetischen Presse erschienene Aufsätze der Schriftsteller Lion Feuchtwanger, Andersen Nexö und Willi Bredel". Der Beitrag des Letzteren, der den Prozess als Abwehr der Sowjetunion gegen „faschistische Söldnerheere" darstellte und die „Schurkereien" der Angeklagten brandmarkte, ist möglicherweise der im Dokument erwähnte Beitrag, da er sich gegenüber der sowjetischen Hetze der Zeit relativ „zahnlos" ausnimmt (siehe *Das Wort* (1937), H. 3, S. 100–103).

301 Sämtliche Schriften Brechts wurden in NS-Deutschland verboten, sein Name befand sich auf der unmittelbar nach der Machtübernahme erstellten „schwarzen Liste", die die Grundlage für die öffentlichen Bücherverbrennungen im Zuge der „Aktion wider den undeutschen Geist" im Mai 1933 bildete. Es ist also davon auszugehen, dass auch seine Werke verbrannt wurden. Brecht verfasste im Jahr 1938 eine lyrische Satire unter dem Titel „Die Bücherverbrennung", worin der Protagonist, ein exilierter Dichter, dessen Werke von der Verbrennung ausgenommen waren, von den Nationalsozialisten fordert: „Tut mir das nicht an! Laßt mich nicht übrig! [...] Ich befehle euch, verbrennt mich!" Brecht bezog sich hier allerdings nicht auf sich selbst, sondern auf Oskar Maria Graf, dessen Bücher in der Tat nicht verbrannt, sondern vom NS-Regime als empfehlungswürdig behandelt wurden, worüber sich der Autor aus dem Exil in Solidarität mit seinen verfolgten Schriftstellerkollegen in einer öffentlichen Stellungnahme empört hatte (vgl. Jan Knopf: Bertolt Brecht. Lebenskunst in finsteren Zeiten, München, Hanser, 2012, S. 272).

302 Brechts „Dreigroschenroman" erschien 1937 in einer autorisierten Übersetzung von Valentin Stenič im Verlag Goslitizdat.

Bert Brecht ist ein Freund des aktiven Trotzkisten Korsch und lebt in Kopenhagen, ebenfalls ist seine Frau Margarete Steffin[303] mit Korsch befreundet.[304] Sie sind Freunde von Sergej Tret'jakov.[305]



Am 16.6.1937 wurden dem sowjetischen Gewerkschaftsverband seitens des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion 240.000 Rubel für den Transport von Spanienkindern in die UdSSR bewilligt. Später erfolgte eine weitere Mittelzuweisung über 350.000 Rubel.[306]

Das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion beschloss am 22.6.1937 Direktiven für Ivan Majskij zur sowjetischen Haltung im Londoner Nichtinterventionskomitee. Die Frankisten sollten aufgefordert werden, Handelsschiffe auf offener See nicht anzugreifen, andernfalls sollte es eine internationale Strafexpedition geben. In den englischen Vorschlag, eine gleiche Anzahl Freiwilliger und internationaler Kämpfer auf beiden Seiten aus Spanien abzuziehen, sollten die marokkanischen Truppenteile der aufständischen Putschisten integriert und dabei das Prinzip der Proportionalität beachtet werden. Allgemein sollte jedoch vermieden werden, von sowjetischer Seite allzu aktiv im Komitee aufzutreten.[307]

Da Deutschland sich geweigert habe, Industrieausrüstungen auf Kredit zu verkaufen, entschied sich das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 5.7.1937, nach dem 30.7. von der Nutzung der verbleibenden Reste des 200-Millionen-Kredits Abstand zu nehmen.[308]

---

303 Die Schauspielerin Margarete Steffin war nicht Brechts Ehefrau, sondern seine Geliebte.

304 Der dissidente Marxist Korsch und Brecht waren sich 1928 zum ersten Mal begegnet und waren später im dänischen Exil eng verbunden. Brecht sah in Korsch seinen wichtigsten Lehrer neben dem ebenfalls dissidenten Theoretiker Fritz Sternberg. Korsch übte einen großen Einfluss auf Brechts Marxismusverständnis und auf seine Ästhetik aus (siehe: Knopf: Bertolt Brecht, S. 302–309; Douglas Kellner: Brecht's Marxist Aesthetic. The Korsch Connection. In: Betty Nance Weber, Hubert Heinen (Hrsg.): Bertolt Brecht. Political Theory and Literary Practice, Athens, The University of Georgia Press, 1980, S. 29–42; zu Sternberg siehe: Fritz Sternberg: Der Dichter und die Ratio. Erinnerungen an Bertold Brecht. Hrg. Von Hega Grebing, Berlin, Suhrkamp, 2014 (Bibliothek Suhrkamp).

305 Sergej Tret'jakov (1892–1937, in Moskau erschossen), sowjetischer Bühnenschriftsteller und Literaturtheoretiker, Vertreter des Futurismus. Enge Zusammenarbeit mit Meyerhold, Eisenstein und Majakovskij. Enge Kontakte mit deutschen linken Künstlern und Literaten, geschätzt und bewundert von Benjamin und Brecht. Im Juli 1937 während einer Behandlung aus dem Kreml-Krankenhaus heraus verhaftet, als „japanischer Spion" zum Tode verurteilt und am 10.9.1937 erschossen (für eine Kurzbiographie und Dokumente aus seiner Strafsache siehe: Koljazin/Gončarov: „Vernite mne svobodu!", S. 46–69).

306 RGASPI, Moskau, 17/162/21, 83, 162.

307 RGASPI, Moskau, 17/162/21, 86.

308 RGASPI, Moskau, 17/162/21, 91.

Dok. 416

Beschluss des EKKI-Sekretariats zur erneuten Wiederbelebung der Befreiungskampagne für Ernst Thälmann

Moskau 5.7.1937

Typoskript in deutscher Sprache mit handschriftlichen Ergänzungen. RGASPI, Moskau, 495/18/1208, 102–104. Erstveröffentlichung.

Endgültiger Text[309]

Beschluß des Sekretariats[310] vom 11. Juli 1937[311] zur Wiederbelebung der Befreiungskampagne für Ernst Thälmann, zur juristischen Vorbereitung seiner Verteidigung und zur Reorganisierung der Leitung der Befreiungskampagne.[312]

1. Die *Wiederbelebung der Befreiungskampagne* für Ernst Thälmann soll durch eine Bewegung für die Freilassung der seit Aufrichtung der Hitlerdiktatur als *Geiseln der Hitlerregierung* eingekerkerten Antifaschisten erfolgen. Im Rahmen dieser Bewegung soll entsprechend der politischen Bedeutung von *Ernst Thälmann* für die deutsche Arbeiterbewegung und für den Kampf um Frieden und Demokratie der Kampf um seine Freilassung in den Vordergrund gestellt werden. Dabei soll besonders die Verschlechterung des Gesundheitszustandes von Ernst Thälmann und anderer eingekerkerter Antifaschisten hervorgehoben und der Kampf um die Gewährung von Krankenkost, Überführung in ein Sanatorium, Haftunterbrechung und andere Erleichterungen geführt werden.[313]
2. Die *Reorganisation der Führung* der Kampagne soll dadurch herbeigeführt werden, dass das „Internationale Befreiungskomitee für Thälmann und alle eingekerkerten Antifaschisten" (Thälmannkomitee)[314] mit der „Permanenten Europäischen Kom-

309 „Endgültiger Text" als Stempelabdruck in russischer Sprache.
310 Davor handschriftlich durchgestrichen: „Vorschläge der Thälmannkommission (Pieck, Gottwald) für einen".
311 „vom 11. Juli 1937" handschriftlich eingefügt.
312 Mit Vorblatt (Bl. 101): „Resolution des Sekretariats betr. *Thälmann*-Komitee am 17.8.1937 nach Paris gesandt." Aus der Tagesordnung der Sekretariatssitzung geht hervor, dass es sich um Vorschläge von Wilhelm Pieck und Klement Gottwald handelte (Bl. 94).
313 Zur maßgeblich von Münzenberg organisierten Kampagne für Thälmann siehe Dok. 325. Offensichtlich war die „Resolution zur Neubelebung der Thälmann-Kampagne" vom 21.3.1935 gescheitert (siehe Dok. 360). In etwa zur gleichen Zeit hatte die Kominternführung (vermutlich Stalin persönlich) die vorbereitete Flucht Thälmanns aus dem Gefängnis in Alt-Moabit abgesagt (siehe Dok. 375). Trotz des neuerlichen Beschlusses blieb der KPD-Führer seinem traurigen Schicksal als eine Art Spielball zwischen Stalin und Hitler ausgesetzt. Nicht einmal während des Nichtangriffs- und Freundschaftspakts zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich wurde er ausgetauscht.
314 Das Thälmann-Komitee wurde im März 1933, im Anschluss der NS-Repressionen in Folge des Reichstagsbrandes, gegründet und führte je nach Situation auch weitere gefangene Antifaschisten, etwa Georgi Dimitrov und Carl von Ossietzky, im Namen. Seine Aktivität wurde von der Internationa-

mission für eine politische Vollamnestie in Deutschland" (Amnestiekommission)[315] zusammengelegt und damit der Kampagne zugleich eine breitere Basis verschafft werden soll. Zu diesem Zweck ist von dem Präsidium des Thälmannkomitees (Rolland, Malraux) dem Präsidium der Amnestiekommission der Vorschlag einer gemeinsamen Sitzung zu machen, in der über die Zusammenlegung der beiden Körperschaften, über eine Erweiterung der Führung durch Heranziehung anderer, in der Hilfsbewegung für die Opfer des faschistischen Terrors stehenden Organisationen und Persönlichkeiten, sowie über den Namen der neuen Körperschaft und über ihre Zusammensetzung beraten und beschlossen werden soll.

Diese Reorganisation soll nicht die Zusammensetzung, den Namen und die Aufgaben des französischen Thälmannkomitees berühren, das aber von der neuen Führung ersucht werden soll, sich der geschaffenen Organisation kollektiv anzuschliessen.
3. Mit der Kampagne soll möglichst bald in den wichtigsten europäischen Ländern, vor allem aber in Amerika begonnen werden, wozu auch der Verteidiger von Ernst Thälmann, Dr. Roetter, eine Agitationstour in Nordamerika unternehmen soll.[316]
4. Die *Organisierung von Delegationen* nach Deutschland soll systematischer und gründlicher als bisher geschehen. Die Zusammensetzung der Delegationen muss der gestellten Aufgabe entsprechen. Zeitpunkt der Reise und Publikationen über die unternommenen Schritte soll den Delegationen überlassen bleiben. Die Finanzierung der Delegationen muss von Anfang an gesichert sein.
5. Zur Finanzierung der Kampagne sind in allen Ländern besondere Geldsammlungen durchzuführen.

---

len Roten Hilfe finanziert. (siehe Langkau-Alex: Deutsche Volksfront, Bd. 2, S. 213; Gilbert Badia: Le Comité Thaelmann. In: Badia/Jolly/Mathieu: Les bannis de Hitler, S. 199–259).

315 Ende 1936 wurde wiederum unter Beteiligung Münzenbergs die Ständige Kommission für eine politische Vollamnestie in Deutschland mit Hauptsitz in Paris und Brüssel (Commission permanente pour l'Amnistie générale des emprisonnés politiques en Allemagne/ Permanent Commission on General Amnesty for the Political Prisoners in Germany/ Sekretäre: Eliane Brault, Armand Abel) mit dem Internationalen Befreiungskomitee für Thälmann und alle eingekerkerten Antifaschisten vereint (Langkau-Alex: Deutsche Volksfront, Bd. 2, S. 225ff.).

316 Friedrich Roetter, ein jüdischer, ehemals deutschnational gesinnter Rechtsanwalt, war einer der wenigen Anwälte, die im Auftrag von Rosa Thälmann bereit waren, die Verteidigung ihres Ehemannes zu übernehmen. Er nahm Kontakt zum Thälmann-Komitee auf und schmuggelte die Anklageschrift gegen den KPD-Führer ins Ausland, die ein anderer Anwalt, Fritz Ludwig, besorgt hatte. Nach Roetters Rückkehr aus Paris, wo er sich mit einem Mitglied des Komitees getroffen hatte, wurde er von der Gestapo verhaftet. Nachdem er wegen seines schlechten Gesundheitszustandes aus der Haft entlassen wurde, floh er über die Tschechoslowakei nach Frankreich und hielt europaweit Vorträge über Thälmanns Situation. 1939 wanderte Roetter in die USA aus, wo er für das Amt für strategische Dienste (OSS) arbeitete und bis zu seinem Tod 1953 Politikwissenschaften in New Jersey lehrte (siehe: Stefan König: Vom Dienst am Recht. Rechtsanwälte als Strafverteidiger im Nationalsozialismus, Berlin, de Gruyter, 1987, S. 80–82; Ernst Siefel, Frank Mecklenburg: Deutsche Juristen im amerikanischen Exil 1933–1950, Tübingen, Mohr, 1991, S. 157).

6. Die *juristische Vorbereitung der Verteidigung* von Thälmann für den Fall eines Prozesses soll von Dr. Roetter bis Ende 1937 beendet sein, wobei folgende Aufgaben zu lösen sind:

a) Die Anfertigung eines *juristischen Pla[e]doyers* auf Grund der bekanntgewordenen Anklage und der sonst gegen Thälmann von der Hitlerregierung erhobenen Beschuldigungen.[317]

b) Die Herausgabe der von Dr. Roetter vorbereiteten *Broschüre* über den Inhalt der Anklageschrift und ihrer Widerlegung. Die Broschüre soll noch durch die Behandlung einer Reihe anderer schwerer Justizverbrechen der Hitlerregierung erweitert werden.[318]

7. Es ist eine *politische Broschüre* herauszugeben, in der die Anklageschrift in allen ihren Konstruktionen als politisches Machwerk der Hitlerregierung aufgezeigt und offensiv gegen die vom Hitlerfaschismus vor und nach Aufrichtung der faschistischen Diktatur begangenen Verbrechen Stellung genommen wird. Die Broschüre soll eine gründliche Materialsammlung enthalten, die sowohl in der Befreiungskampagne als auch im Falle eines Prozesses verwandt werden kann. Vor der Drucklegung dieser Broschüre sollen die beiden Juristen über die in der Broschüre behandelten juristischen Angelegenheiten gehört werden.

8. Es sind eine Reihe kürzerer *Artikel* fertigzustellen, in denen einzelne faschistische Anklagepunkte entlarvt und der Nachweis erbracht wird, dass die Thälmann unterstellten Verbrechen gerade von den Faschisten begangen wurden. Es ist ferner hervorzuheben, dass von der Hitlerregierung seit mehr als vier Jahren eine grosse Anzahl von antifaschistischen Kämpfern als Geiseln in den Kerkern festgehalten werden. In einer *Broschüre* sollen die einzelnen Fälle unter Charakterisierung der einzelnen Genossen ausführlicher behandelt werden.

9. Alle in der Beratung gemachten Vorschläge für die Wiederbelebung der Kampagne und für die Arbeit der neuen Leitung sollen dieser als Material überwiesen werden.

10. Genossin Schorr ist beauftragt, in Gemeinschaft mit dem Gen. Šmeral und Walter [Ulbricht] dafür Sorge [zu] tragen, dass [die] vorstehenden Massnahmen eingeleitet und durchgeführt werden. Sie ist persönlich vor dem Sekretariat des EKKI verantwortlich für die weitere Entfaltung der Thälmann-Kampagne.[319]

5.7.37

317 In Moskau wurde die Gegenkampagne geplant, nachdem Teile der im Büro des Pflichtverteidigers abgeschriebenen Anklageschrift vom 17.12.1934 in der internationalen Presse veröffentlicht wurden. Siehe SAPMO-BArch, NY 4003/70; 4003/46, Bl. 282–433.

318 Gemeint ist wohl Friedrich Roetters Broschüre „Might is Right“, London, Quality Press, 1939 (dt.: Das Recht des Stärkeren) unter Übernahme des Titels des von Ragnar Redbeard (Ps.) 1890 veröffentlichten Pamphlets „Might is Rigt. The Survival of the Fittest“.

319 Punkt 10 handschriftlich von Dimitrov anstelle des folgenden durchgestrichenen Textes eingefügt: „Die Leitung der Internationalen Roten Hilfe im Auslande ([Tom] Bell, Bonetti) soll in Gemeinschaft mit dem Genossen Šmeral und Walter [Ulbricht] dafür Sorge tragen, dass die vorstehenden Maßnahmen eingeleitet und durchgeführt werden.“

[sign.] G. Dimitrov
Pieck
Gotwald [Klement Gottwald]
M. Moskwin [d.i. Michail Trilisser]



Am 7.7.1937 befugte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion den sowjetischen Botschafter in London Ivan Majskij, das Marineabkommen mit Großbritannien zu unterzeichnen. Es wurde am 17.7. abgeschlossen und beinhaltete gegenseitige Rüstungslimits für Kriegsschiffe.[320]

Dok. 417

Brief Wili Münzenbergs an Stalin über das verschwörerische Vorgehen Ulbrichts

[Paris], 14.7.1937

Deutsche Erstveröffentlichung. Rückübersetzung aus dem Französischen nach der Publikation (ohne Signatur) in: Stéphane Courtois (Hrsg.): Dossier Willi Münzenberg. In: *Communisme* (1994), Nr. 38/39, S. 45–55.

Lieber Genosse![321]
Wenn ich mich direkt und persönlich an Sie wende, so bin ich dazu angetrieben worden, dieses Vorgehen (das den Gebräuchen eines Parteigenossen widerspricht) zu wählen aufgrund der Schwere und zentralen politischen Bedeutung der Frage, die ich im folgenden exponieren werde, aufgrund der einzigartigen Situation, in der sich die Organisation und die Führung einer der wichtigsten kommunistischen Parteien, die ein Bestandteil der Weltpolitik ist (die Kommunistische Partei Deutschlands), befindet, meiner persönlichen Situation, meines absoluten und unbegrenzten Vertrauens in Sie als Chef der internationalen kommunistischen Bewegung, wie auch aufgrund der Erinnerung an von Ihnen in ähnlichen Situationen früher getroffene Entscheidungen.

Die zu geringe Bedeutung, die man dem nationalsozialistischen Feind, besonders was den Einfluss seiner nationalen und sozialen Demagogie auf die Massen angeht, beimaß, sowie die Isolierung unserer Partei trotz eines großen Fortschritts in der Organisation vor 1933, waren Fehler, die an Konsequenzen reich sind, die die Partei begangen hat und die zuerst von Ihnen und daraufhin durch den Genossen Dimitroff und den VII. Weltkongress signalisiert wurden.

Deutschland und seine kommunistische Partei haben bereits vor 1933 eine Bedeutung erreicht, die die europäische Politik überstieg. Nach der Machtergreifung

---

320 RGASPI, Moskau, 17/162/21, 94.
321 Die sprachlichen Besonderheiten, die auf die Übersetzung ins Französische zurückzuführen sind, blieben erhalten.

Hitlers, nach der folgenden militärischen Wiederbewaffnung sowie nach der (bis zu einem gewissen Grad erfolgreichen) Politik der Schaffung eines faschistischen Weltblocks und nach der zögerlichen Haltung der westeuropäischen Staaten erhöhte sich in außergewöhnlicher Weise die Bedeutung Deutschlands für die historische Debatte, das sich auf eine neue Teilung der Macht zwischen den Staaten der Welt und zwischen den Klassen der großen imperialistischen Staaten vorbereitet und damit zu einem entscheidenden Faktor der Weltpolitik geworden ist.

Aufgrund dieser Situation kommt der deutschen kommunistischen Partei als vielleicht die größte Partei nach der KPdSU(b) (die kommunistische Partei, die Sie so brillant und mit so großem Erfolg geführt haben) in der Tat eine unmittelbare Mission zu.

Im Herbst 1936 habe ich in einer Broschüre über den „Propagandaauftrag der KPD“ [322] diese enorme und täglich wachsende Verantwortung unserer Partei und die Sicherheit ihrer Politik unterstrichen, deren theoretische und ideologische Reife und revolutionären Mut ihrer Kader (in die man Vertrauen haben kann), wovon möglicherweise die Entscheidung über den Ausgang eines neuen Krieges abhängt und [was] in jedem Fall Einfluss auf seine Dauer haben wird.

Meine Vorschläge haben sehr wohl die platonische Zustimmung der deutschen an der Spitze stehenden Genossen gefunden, sie wurden jedoch in keinster Weise in Betracht gezogen und hatten keine Folgen. Dies ist der Grund, warum ich immer weniger mit meinen Genossen einverstanden bin (und diese Meinungsunterschiede haben sich während der letzten Wochen noch verstärkt), denn die Politik, die augenblicklich durchgeführt wird, im Besonderen durch die Führung in Paris,[323] halte ich für schädlich, gefährlich und fatal für die revolutionäre Antihitlerbewegung und die Gesamtheit der internationalen Bewegung.

Da die anormale Organisation der Führung unserer Partei (die Ihnen bekannt ist) – (es gibt kein Pol-Büro, nur einen Präsidenten und einen Sekretär und gerade mit dem Sekretär habe ich Meinungsunterschiede) die Lösung von Differenzen unmöglich macht, wende ich mich an Sie und bitte Sie, die (für die Gesamtheit der internationalen kommunistischen Bewegung) wichtige Frage der KPD (Deutsche Kommunistische Partei) und ihrer Politik in Betracht zu ziehen.

Ich glaube, dass ohne die Aktivität und die tägliche Propaganda zu vernachlässigen, die Kadererziehung einer wirklich bolschewistischen Partei in Deutschland selbst, die tägliche Politik und geschickteste Taktik die große strategische Mission

322 Ein solcher Titel ließ sich nicht nachweisen.

323 *Führung in Paris*: Bereits im Februar 1936 fuhren Walter Ulbricht und Franz Dahlem zu einer Aussprache nach Moskau, da Mängel in der Arbeit der deutschen Parteiführung festgestellt wurden. Aus Paris reiste zu den Beratungen auch Münzenberg an. Ulbricht wurde 1936 zum Sekretär des von Prag nach Paris transferierten Politbüros und damit der operativen Leitung der KPD gewählt. Münzenberg soll er als „Wolf im Schafspelz“ (Babette Gross) bezeichnet haben. Im Februar 1937 wurde in Paris unter der Leitung Ulbrichts ein Sekretariat geschaffen, mit Franz Dahlem und Paul Bertz als Mitgliedern. Ab Juni 1938 ging Ulbricht als KPD-Vertreter nach Moskau, Franz Dahlem übernahm die Leitung des ZK-Sekretariats in Paris (siehe Dok. 402 u.a.).

unserer Partei sein müssen, wobei eine Möglichkeit des kommenden Krieges, in Betracht gezogen werden sollte – selbst wenn sie unwahrscheinlich ist –, in jedem Fall die Möglichkeit – die man sicherlich annehmen muss –, dass das Hitler-Regime bemüht sein wird, seinen durch einen ausländischen Krieg unvermeidbaren Sturz zu verhindern. Wenn allerdings diese Vorstellung exakt ist, muss das erste und wichtigste Gesetz für die Partei sein, alle Aktionen, die Aktivität und Propaganda auf Grundlage dieser Vorstellung zu entscheiden, die zentral ist und die als Kriterium gelten muss. Es handelt sich im Besonderen darum, den Millionen Deutschen in Deutschland und im Ausland in deutlicher Form verständlich zu machen, dass unsere Partei und nur unsere Partei den kommenden Krieg vorausgesehen und die sich daraus ergebende Taktik ausgegeben hat.[324] Heute müßten die Hauptregeln der Parteitaktik die folgenden sein: Alle Kräfte, die gegen das Regime und die Hitlerregierung eingestellt sind, und dabei zählen weniger die Interessen, Motive und Absichten, die dies bewirken, seien es ökonomische oder industrielle, religiöse Gründe usw., müssen gegen das Hitlerregime benutzt werden um mit den anwachsenden Kräften für eine demokratische Bewegung, die Idee einer Deutschen Volksfront zu propagieren, mit den sozialistischen Kräften zu einer Einheitsfront zu kommen, dies selbst auf Kosten anderer Vorteile, was die Fragen der täglichen Taktik angeht, um schließlich die Isolierung zu überwinden, die uns zur Untätigkeit verdammt, und insofern nicht *neben* der deutschen antifaschistischen Volksbewegung zu marschieren, sondern *in* dieser Bewegung, Einfluss auf ihre Entwicklung zu erhalten, sowie als aktivste, beste, stärkste und klarste Kraft auf ihre Führung. *Die erste Aufgabe, die schwierigste und die an Konsequenzen reichste, die unsere Partei heute erfüllen muss, ist von daher: Die Möglichkeit, dass das Hitlerregime einen Ausweg in einem Krieg sucht, vollständig zu stören und, wenn möglich, vollständig zu verhindern, dies unter Anwendung aller praktischen Mittel und mit der Hilfe aller Gruppierungen und Personen aus dem In- und Ausland. Und falls dies nicht ausreichend ist, dann in der Bewegung der Kräfte, die zu dieser Aufgabe bestimmt sind, eine Vorbereitung [durchführen], die nach der Erklärung eines Krieges in kürzestmöglicher Zeit ein Maximum aller Antihitlerkräfte in einer revolutionären Bewegung [vereint], um das Hitlerregime zu stürzen.*[325]

Ich hatte und habe immer noch den Eindruck, dass ein solcher Vorschlag für die deutsche kommunistische Partei nicht nur auf einer persönlichen Einschätzung beruht, sondern vollständig mit der Weltpolitik übereinstimmt, die Sie so großartig geführt haben, genauso wie mit den Entscheidungen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale.

---

324 Münzenbergs Aussage entsprach weitgehend Wunschdenken. Pieck monierte selbst im April 1936, daß man sich zu wenig auf die Kriegsvorbereitungen und die Außenpolitik konzentriert habe (Dok. 381). Die Kriegsvorbereitungen wurden – auch gegen Münzenbergs Überzeugung – in den ersten Jahren nach 1933 nur unspezifisch beschrieben, der Nationalsozialismus als rasch vorübergehendes Phänomen gesehen. Kominternführer ließen sogar verlauten, dass die Nationalsozialisten einen für den Klärungsprozess in der Arbeiterbewegung positive Rolle spielten (vgl. Dok. 328, 335).
325 Kursivierte Abschnitte im Original unterstrichen.

Es ist um so unverständlicher, dass trotz der Einschätzung der Situation und der unzweideutigen Stellungnahme der KPD hier nichts zur Erfüllung dieser Aufgabe getan wurde, ja im Gegenteil, man dem zuwiderhandelt. Wenn ich nun in einigen Zeilen einige Bestrebungen angebe, die ich persönlich geleistet habe, so geschieht dies nicht, weil ich es bin, der dies geleistet hat, sondern um zu beweisen, dass diese entscheidende Aufgabe heute bis zu einem gewissen Grad für die kommunistische Bewegung als ganzes durchgeführt werden kann. [...]

All dies wird heute nicht nur in Frage gestellt, sondern ist bereits zu einem Gutteil auf Jahre hinaus hoffnungslos zerstört.

Ein wertvolles Vertrauen ist verloren. Verbindungen sind auf alle Zeit gebrochen und zerstört, wir sind heute isolierter als wir es jemals gewesen sind, und der Kampf gegen Hitler und seine trotzkistischen Agenten der Gestapo ist schwieriger als vorher.

Ich erhebe gegen den Genossen Walter Ulbricht (den Sie kennen und den Sie verurteilt haben, allerdings in einer noch zu sanften Weise)[326] den Vorwurf und die Anklage, bewusst oder unbewusst, durch Dummheit oder Schlimmeres, diesen schädlichen Rückschritt in der Vereinigung und der Erprobung der revolutionären Kräfte bewirkt zu haben, die in Opposition zu Hitler stehen. Er ist hier der einzige Chef, der entscheidet. Er entscheidet, befiehlt, gibt Direktiven aus und beschließt die organisatorischen Maßnahmen. Alle Versuche, die ich unternehmen konnte, sei es, um die praktischen Ungerechtigkeiten wieder gerade zu rücken, oder die politischen Fragen zu klären, waren erfolglos. Im Interesse der Partei und der erreichten Positionen habe ich mit Energie versucht, meine Zweifel und meine Gegenargumente einzubringen. Das Ergebnis war, dass man von diesem Zeitpunkt an in einer wirklich üblen Weise mit solchen Vorbehalten und mit solchen Methoden zu handeln begann, dass es mir schwerfällt, zu glauben, man könne so nur durch Dummheit handeln. Ich führe im Folgenden einige Fakten auf.

[...] Das schlimmste ist die absolut absurde Methode (es sei denn, es handele sich um eine unbewußte), alles und jeden „trotzkistisch" zu nennen: die Sozialistische Arbeiterpartei, ohne hier die Parteiführung der Deutschen Sozialdemokratischen Partei, die Gruppe von Strasser,[327] die Katholiken und andere, morgen vielleicht

326 Ulbricht wurde wegen des von ihm stammenden Aufrufs des ZK der KPD zur „Versöhnung des deutschen Vokes" auch von der Kominternführung kritisiert. Die „Versöhnung" dürfe nicht als „Versöhnung mit der Nazi-Partei" verstanden werden. Der Aufruf Dok. 395a enthalte – so Dimitrov – „kein Wort vom Kampf gegen Hitler" (Dok. 403d, siehe auch Schütrumpf: Versöhnung der antifaschistischen und nationalsozialistischen Massen, weitere Literatur im Beitrag von Bayerlein in Bd. 1, S. 334).
327 Otto Strasser (1897–1944), bildete u.a. mit seinem Bruder Gregor bis 1930 den sozialrevolutionären Flügel der NS-Bewegung. Die von ihm gegründete „Schwarze Front" warf Hitler Verrat am nationalsozialistischen Gedankengut vor und war aktiv am Widerstand beteiligt. Siehe: Wolfgang Abendroth: Das Problem der Widerstandstätigkeit der „Schwarzen Front". In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 8 (1960), H. 2, S. 181–187

Brüning,[328] zu differenzieren. Natürlich bewirken derartig absurde Injurien keinen Erfolg, im Gegenteil: die wirklichen Trotzkisten schreien auf: „Wir sind keine Trotzkisten, nicht mehr als Wels, Spiecker und Brüning,[329] die allerdings keine sind." Welche Verrücktheit, gleichzeitig gegen alle zu kämpfen und alle unter derselben Bezeichnung bekämpfen zu wollen. Wenn wir unsere Kräfte auf die wirklichen trotzkistischen Agenten und Feinde konzentrierten, hätten wir auch reelle Erfolge und würden unsere Position gleichzeitig gegen alle stärken.

Verzeihen Sie, lieber Genosse, mein Brief ist länger geworden als ich es vorhatte, allerdings nicht detailliert genug, um alles zu sagen. Das ist unmöglich in einem Brief, dies sollte nicht und kann nicht sein Ziel sein.

Dieser Brief soll ein Hilferuf sein, ein Aufschrei um Ihre Aufmerksamkeit auf die Gefahr zu richten, die ich zu sehen glaube, vielleicht habe ich mich getäuscht, sollte ich in den persönlichen Meinungsunterschieden etwas Verdächtiges sehen, bin ich der Erste, der dies zurücknimmt. Nicht jedoch meine persönliche Meinung, die durchaus Irrtümern unterliegt, hat mich dazu gebracht, dieses ungewöhnliche Vorgehen zu wählen, Ihnen einen persönlichen Brief zu schreiben, sondern die realen und greifbaren Fakten, die Artikel so wie sie sind, die Erklärungen wie sie abgegeben wurden, genauso wie die (für unsere Partei und für die Arbeiterbewegung) schädlichen und folgenschweren Konsequenzen, die man bereits heute wahrnimmt.

Das, was ich von diesem Brief erhoffe, ist Ihre Aufmerksamkeit anzuziehen und Ihr Interesse für diese brennende Frage zu wecken.

Und das, worum ich Sie bitte, ist das, was ich bisher von Walter [Ulbricht] nicht erreichen konnte; dass die Tatsachen und die Gründe der verschiedenen persönlichen Meinungsverschiedenheiten hier von Seiten zuverlässiger und objektiver Genossen festgestellt werden, und dass dann, wenn möglich unter Ihrer Teilnahme, auch der zeitlich knappsten, über die anhängenden politischen und organisatorischen Fragen entschieden wird.

In der Hoffnung, Sie zu sehen und daraufhin mein Handeln fortzusetzen, und Ihre Unterstützung als Genossen zu finden, wie in den vergangenen Jahren.

Verbleibe ich. Mit bolschewistischem Gruß und einem starken Händedruck.[330]

---

328 Der ehemailige Reichskanzler Heinrich Brüning (1885–1970), der im Namen des Zentrums für das Ermächtigungsgesetz Hitlers stimmte, suchte zwar noch Verbindungen im Exil, war jedoch politisch nicht mehr aktiv.

329 Otto Wels (1873–1939), der 1933 im Namen der SPD das Ermächtigungsgesetz Hitlers ablehnte, gehörte dem sozialdemokratischen Parteivorstand im Exil (SOPADE) an (seit 1938 in Paris). Dr. Carl Spiecker (1888–1953) war ein Weimarer Zentrumspolitiker und linksrepublikanischer Kontrahent Brünings. Er gründete zusammen mit Otto Klepper 1936/1937 im Exil die Deutsche Freiheitspartei, die sich als nationale Freiheits- und Widerstandsbewegung verstand und die auch von Münzenberg gefördert wurde. Siehe: Astrid von Pufendorf: Otto Klepper. 1888–1957, Deutscher Patriot und Weltbürger, München, Oldenbourg, 1997 (Studien zur Zeitgeschichte. 54).

330 Zur weiteren Entwicklung siehe die folgende Münzenberg-Korrespondenz.

Dok. 418

Operativer Befehl des sowjetischen Volkskommissars für innere Angelegenheiten über Spionage- und Diversionstätigkeit seitens des deutschen Generalstabs und der Gestapo in der Sowjetunion

Moskau, 25.7.1937

In russischer Sprache publ. in: A. Ja. Razumov (Hrsg.): Leningradskij martirolog 1937–1938: kniga pamjati žertv političeskich repressij, Bd. 2: Oktjabr' 1937 goda, Sankt-Peterburg, Izdatel'stvo Rossijskoj nacional'noj biblioteki, 1996, S. 452f. In deutscher Sprache publ. in: Weber/Mählert: Terror, S. 165–166.

STRENG GEHEIM
OPERATIVER BEFEHL
DES VOLKSKOMMISSARS FÜR INNERE ANGELEGENHEITEN DER UdSSR

Moskau, 25. Juli 1937
NR.00439.

Agentur- und Untersuchungsmaterialien der letzten Zeit beweisen, daß der deutsche Generalstab und die Gestapo in großem Umfang Spionage- und Diversionstätigkeit in den wichtigsten Unternehmen, vorrangig der Rüstungsindustrie, organisieren, wofür sie die dort vorhandenen Kader deutscher Staatsbürgerschaft nutzen.

Die Agenten unter den deutschen Staatsangehörigen, die schon jetzt Sabotage- und Diversionsakte leisten, richten ihr Hauptaugenmerk auf die Organisierung von Diversionsakten für die Zeit des Krieges und bereiten die Diversionskader auf diese Ziele vor.[331]

Zur vollständigen Unterbindung dieser Tätigkeit des deutschen Nachrichtendienstes BEFEHLE ICH:

1. Innerhalb von drei Tagen nach Erhalt dieses Befehls sind genaue Listen folgender deutscher Staatsbürger anzufertigen und mir zu überstellen:

a) Listen derjenigen, die in Rüstungsbetrieben arbeiten oder in Betrieben mit Rüstungsabteilungen, gemäß beigefügtem Fabrikverzeichnis.

331 Der Befehl erfolgte als Ausführung einer auf einen kleinen Zettel gekritzelten Anweisung Stalins, die dem Politbüroprotokoll der Sitzung vom 20.7.1937 beigelegt war und im Moskauer Präsidentenarchiv überliefert ist: „Alle Deutschen in unseren Rüstungsbetrieben, halbmilitärischen und Chemiewerken, in Elektrokraftwerken und auf Baustellen in allen Gebieten sind alle zu verhaften". Dies war der Anfang der sog. „Deutsche Operation" des NKVD. (Nikita Ochotin, Arseni Roginskij: Zur Geschichte der „Deutschen Operation" des NKWD 1937–1938. In: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung* (2000/2001), S. 89–125, hier S. 89). Die Verhaftungen begannen in der Nacht vom 29.7.1937 auf dem gesamten Gebiet der Sowjetunion. Insgesamt wurden in diesem Rahmen 1937 und 1938 69 000–73 000 Deutsche verurteilt (ebd., S. 121).

b) eine gesonderte Liste deutscher Staatsangehöriger, die zu verschiedenen Zeiten in diesen Betrieben oder Abteilungen gearbeitet haben und von dort entlassen wurden, jedoch auf dem Gebiet der UdSSR geblieben sind, unabhängig davon, wo sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt tätig sind.

c) eine gesonderte Liste deutscher Staatsangehöriger, die im Eisenbahnwesen arbeiten.

Diese Listen müssen enthalten: Name, Vor- und Vatersname des deutschen Staatsbürgers, die von ihm ausgeübte Tätigkeit und den Namen des Unternehmens, in dem er arbeitet.

2. Vom 29. Juli d. J. an ist mit der Verhaftung aller von Ihnen ermittelten deutschen Staatsangehörigen zu beginnen, die in Rüstungsbetrieben, in Betrieben mit Rüstungsabteilungen und im Eisenbahnwesen arbeiten, aber auch jener, die aus diesen Betrieben entlassen wurden, sofern sie sich auf dem Territorium Ihrer Republik, Ihres Kreises oder Gebiets aufhalten.

Die gesamte Verhaftungsoperation ist innerhalb von fünf Tagen abzuschließen.

3. Deutsche Politemigranten, die in Rüstungsbetrieben oder in Betrieben mit Rüstungsabteilungen arbeiten, sind nur in dem Falle zu verhaften, daß sie die deutsche Staatsbürgerschaft behalten haben.

Zu jedem deutschen Politemigranten, der die sowjetische Staatsbürgerschaft angenommen hat, ist mir bis spätestens 5. August 1937 zwecks Klärung der Frage der Verhaftung ein ausführliches Memorandum unter Auswertung des Belastungsmaterials zu überstellen.

4. Die Untersuchung der Akten der Verhafteten ist besonders sorgfältig durchzuführen. Ziel ist die vollständige Aufdeckung der noch nicht enttarnten deutschen Agenten des deutschen Nachrichtendienstes und die endgültige Zerschlagung der von ihr [ihnen] in den Industriebetrieben errichteten unteren Diversionsebene.
Die Akten der Verhafteten sind nach Abschluß der Untersuchung ans NKWD der UdSSR zu überstellen, zwecks nachfolgender Prüfung durch das Militärkollegium oder eine Sonderberatung des NKWD.

5. Im Zuge des Untersuchungsverfahrens neu enttarnte deutsche Agenten – Spione, Diversanten und Terroristen sowohl sowjetischer als auch ausländischer Staatsangehörigkeit – sind ungeachtet ihres Arbeitsplatzes unverzüglich zu verhaften.

6. Zeitgleich mit dieser Operation ist eine genaue Erfassung sämtlicher deutscher Staatsangehöriger durchzuführen, die in allen anderen Industriebetrieben arbeiten, in der Landwirtschaft und in sowjetischen Behörden. Das gilt auch für ehemalige deutsche Staatsangehörige, die die sowjetische Staatsbürgerschaft angenommen und früher in Rüstungsbetrieben oder in den Rüstungsabteilungen anderer Industrieunternehmen gearbeitet haben.

Zum 1. September d. J. ist mir zwecks Klärung der Frage einer Verhaftung zu jeder der oben aufgeführten Personen ein ausführliches Memorandum unter Darlegung aller maßgeblichen Fakten und mit detailliertem Belastungsmaterial vorzulegen.

7. Täglich gegen zwölf Uhr sind mir der Gang und die Ergebnisse der Operation sowie alle Untersuchungsmaterialien der vergangenen vierundzwanzig Stunden telegraphisch zu übermitteln.
8. Der Befehl ist über Telegraph in Kraft zu setzen.

VOLKSKOMMISSAR FÜR INNERE ANGELEGENHEITEN DER UdSSR
GENERALKOMMISSAR DER STAATSSICHERHEIT (N. EŽOV)

Dok. 419

Rundschreiben des Auslandssekretariats der KPD über die „Wühlarbeit" der „Banditen und Verräter" in Deutschland, Spanien ...

[Paris?], 31.7.1937 [Ende Juli 1937]

Typoskript in deutscher Sprache. SAPMO-BArch, Berlin, NY 4036/495, Bl. 454–459. Publ. in: Reinhard Müller: Herbert Wehner. Moskau 1937, Hamburg, Hamburger Edition, 2004, S. 421–429.

Vertraulich!

Liebe Freunde!
Wir bitten Euch dringend, nachfolgendes Schreiben sehr ernstlich zu studieren und vor allem für Eure praktische Arbeit Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Wir geben Euch diese Unterlagen zur internen Information und mündlichen Weiterleitung an die Funktionäre und Freunde im Lande.[332]

Der Prozess gegen die trotzkistischen Banditen und die Verräter Tuchatschewski[333] und Konsorten, die versuchten, mit Hilfe des deutschen und japanischen Faschismus einen Interventionskrieg gegen die SU vorzubereiten, haben blitzartig die Metho-

332 Am 8. Juni 1937 wurde in einer Sitzung des Pariser Sekretariats der KPD festgelegt: „4 [d.i. Hermann Nuding] soll ein Rundschreiben an die Gr. St. [Grenzstellen der KPD] machen, in dem das Material über Gestapo, Trotzkisten, sowie Versöhnler verarbeitet wird." SAPMO-BArch, RY1 I 2/3/273, BI. 181. In der nächsten Sitzung beschloss man, dass in diesem Rundschreiben Max Frenzel genannt werden sollte (BI. 186). Nuding zog für das Rundschreiben als" Material" offensichtlich auch einen Zusamenstellung Herbert Wehners über die „trotzkistische Wühlarbeit" heran. Auf dieses Rundschreiben des Sekretariats zum Trotzkismus wies auch Wilhelm Pieck hin, vgI. SAPMO-BArch, NY 4036/558, BI. 137. Er erhielt dieses Rundschreiben am 7. August 1937 in Moskau.
333 Michail Tuchačevskij (1893–1937, in Moskau erschossen), legendärer sowjetischer Militärführer im Bürgerkrieg wie auch im sowjetische-polnischen Krieg; seit 1936 stellvertretender Volkskommissar für Verteidigung. Er wurde am 22.5.1937 verhaftet, als Anführer einer angeblichen „antisowjetischen trotzkistischen Militärorganisation", gemeinsam mit anderen Armeeführern vor ein Militärtribunal gestellt, verurteilt und am 22.6.1937 erschossen. Die von ihm im Auftrag von Lenin und Trotzki geknüpften Kontakte zur Reichswehr in den 1920er Jahren wurden im Nachhinein nach dem Drehbuch Stalins als „trotzkistisch" und als „Zusammenarbeit mit der Gestapo" kriminalisiert.

den der trotzkistischen Agenten des Faschismus beleuchtet. Wie ihre Pläne realisiert werden sollten, das zeigt der Putsch der POUM in Barcelona und die Intervention der faschistischen Banditen in Spanien. Mit Hilfe der verschiedensten Splittergruppen, vor allem ihrer Agenten in der SAP, führen die Trotzkisten ihre Zersetzungsarbeit auch in den Reihen der deutschen Antifaschisten bis hinein in die SPD und einzelner Gruppierungen derselben.

In seiner grossen Rede auf dem ZK-Plenum der KPdSU hat der Genosse Stalin klar und eindeutig die ganze Gefährlichkeit dieser Banditen aufgezeigt.[334] Zehntausende braucht man, um einen Dnjeprostroi zu bauen,[335] wenige nur sind notwendig zu seiner Vernichtung. Werden in Deutschland nicht ebenso die mühevollen Fortschritte der Einheits- und Volksfront durch die Zersetzungsarbeit der trotzkistischen Agenten, denen die Gestapo auf dem Fusse folgt, gefährdet? Das Beispiel des Genossen Stalin muss jedem Freund vor Augen gehalten werden, damit er die ganze Gefahr sieht und begreift, dass keine Loyalität, keine Duldsamkeit gegen die Feinde, ganz gleich, unter welcher Maske sie auftreten, erlaubt ist und dass die Wachsamkeit so gesteigert werden muss, damit es keinem dieser Elemente gelingt, sich in unseren Reihen festzusetzen.

Manche Genossen glauben, dass durch Verbesserung der praktischen Arbeit die Trotzkisten am besten entlarvt werden. Diese Genossen sehen nicht die Tatsache, dass der Trotzkismus keine politische Strömung in der Arbeiterbewegung ist, sondern zum Verbündeten des Faschismus wurde und deshalb auch nicht mit politischer Plattform und politischer Argumentation in unseren Reihen auftritt, sondern alles tut, um sogar mit Hilfe richtiger praktischer Arbeit seine feindlichen Massnahmen besser tarnen und vorbereiten zu können.[336] Es genügt also nicht eine gute praktische Arbeit, sondern es muss ein systematischer politisch-organisatorischer Kampf gegen den Trotzkismus und gegen alle Beziehungen zu Trotzkisten geführt werden. [...]

Unter welcher Maske und in welchen Formen sie sich zeigen, dafür nachfolgende Beispiele:

---

334 Die Rede Stalins auf dem Märzplenum des ZK der VKP(b) (23.2.-5.3.1937), leitete den darauffolgenden Massenterror an und lieferte die politische und ideologische Grundlage. Gestützt auf die Ergebnisse der ersten Schauprozesse, zeichnete Stalin das Bild einer die Sowjetunion umspannenden „Schädlingsarbeit“ und geißelte die Partei für mangelnde Wachsamkeit. Siehe die deutsche Volltextpublikation der Rede nebst Einleitung von Aleksandr Šubin in http://www.1000dokumente.de/?c=dokument_ru&dokument=0022_sta. Zur Reaktion der Komintern auf das Märzplenum vgl. Dok. 414.

335 *Dnjeprostroi*: Der 1932 am Fluß Dnepr errichtete Staudamm nebst Kraftwerk wurde als die große Errungenschaft des ersten Fünfjahresplans gefeiert und galt auch weiterhin als *das* Prestigeobjekt der stalinschen Industrialisierung (siehe: Klaus Gestwa: Technik als Kultur der Zukunft: der Kult um die „Stalinschen Grossbauten des Kommunismus“. In: *Geschichte und Gesellschaft* 30 (2004), 1, S. 37–73).

336 Anknüpfung an eine Aussage Stalins aus seiner Rede auf dem Märzplenum, wonach „die heutigen Schädlinge und Diversanten [...] schon längst aufgehört haben, eine politische Strömung in der Arbeiterbewegung zu sein [und] sich in eine prinzipien- und ideenlose Bande berufsmäßiger Schädlinge, Diversanten, Spione, Mörder verwandelt haben.“

Die trotzkistischen Gestapoagenten: In der Rede des Genossen Stalin wird aufgezeigt, wie der Trotzkismus zu einer Agentur des Faschismus geworden ist. Nicht nur die offenen Trotzkisten arbeiten in ihrem tiefen Hass gegen die Sowjetunion und gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung mit den Faschisten zusammen, sondern auch solche Splittergruppen wie die Brandleristen sinken immer tiefer auf diese Position. Nicht unbewusst steht der Trotzkismus im Lager des Faschismus, sondern bewusst sowohl in seiner Politik als auch in seinen Kampfesmethoden. Genau wie der Faschismus ist der Trotzkismus gegen die Einheits- und Volksfrontpolitik der Werktätigen. Er bezieht gegenüber der SU die gleiche Stellung wie der Faschismus. Der Trotzkismus organisiert in gleicher Weise Attentate wie Hitler und Mussolini und er organisiert sie gerade dort, wo Hitler und Mussolini nicht können in der Sowjetunion. Hitler lässt Dollfuss meucheln, revolutionäre Arbeiter zu Hunderten legal ermorden, die Trotzkisten ermorden Kirov, üben Terrorakte gegen Bergarbeiter in der Sowjetunion und gegen friedliche Staatsbürger organisieren sie Eisenbahnunglücke. In Spanien sehen wir die gleiche Arbeitsteilung zwischen Faschismus und Trotzkismus. Während Hitler wehrlose Frauen und Kinder durch seine Flieger töten lässt, organisieren seine trotzkistischen Banden in Barcelona den Aufstand gegen die spanische Volksfront.

In Deutschland helfen sie mit, Jagd zu machen auf revolutionäre Arbeiter, denunzieren sie unsere Genossen auf der einen Seite der Gestapo und auf der anderen Seite, wo die Freunde nicht mehr im Lande sind, werden unsere Genossen als Gestapoagenten denunziert, wie das die Frankfurter Trotzkistengruppe schon während der Illegalität zum Zweck der Zersetzung gemacht hat. Wo sie im Lande nicht an die Organisation herankommen, versuchen sie im Ausland durch offene Agenten an die Parteiorganisation heranzukommen.

Die trotzkistische Gestapoagentin Watz, die offen zugibt, dass sie sich verpflichtet hat, für die Gestapo zu arbeiten, dass sie von der Gestapo Pass und Reisemöglichkeit bekommen hat, um im Ausland ihr schändliches Werk weiterzuführen, wird von den Trotzkisten in Prag offen in Schutz genommen. Leider haben sich auch sozialdemokratische Funktionäre von den trotzkistischen Agenten blenden lassen.[337]

---

337 *Gestapoagentin*: Margarete Watz (geb. 1901 in Riga), KPD-Mitglied seit 1930, gehörte der Linken Opposition an, sie arbeitete bei der deutsch-sowjetischen DEROP-Handelsgesellschaft in Berlin und emigrierte 1936 nach Prag. Am 7.8.1936 wurde sie wegen der angeblichen Bekundung der Zusammenarbeit mit der Gestapo sowie „trotzkistischer Beziehungen“ aus der KPD ausgeschlossen. Margarete Watz protestierte in der *Sozialistischen Warte*, dem Exilorgan des linkssozialdemokratischen Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK), gegen die in der kommunistischen Presse gegen sie gerichteten Verleumdungen und erzwang sogar in der Prager *Roten Fahne* vor Gericht eine Gegendarstellung (Müller: Herbert Wehner. Moskau 1937, S. 423–424). „In einem Fall hatte tatsächlich ein Kontakt zur Gestapo bestanden, aber – auf ausdrücklichen Parteibefehl. Es war die Doppelagentin Rita Watz, die noch im Reich von der Gestapo erpresst worden war. Sie war KPD-Mitglied, bei der russischen Handelsvertretung angestellt und sollte Informationen liefern. Die Partei beauftragte sie, den Kontakt zu halten. Als sie das nervlich nicht mehr durchhielt, erlaubte ihr die KPD die Emigration. Bis sie Anfang 1937 in den Verdacht trotzkistischer Abweichun-

In Prag arbeiten die Trotzkisten in engster Verbindung mit dem Organisator der Antikomintern, Laszlov alias Rudolf.[338] Dieses Subjekt verstand es, mit Hilfe seiner trotzkistischen Freunde erst in die SU zu kommen und dann seine Antikominternarbeit unter dem Protektorat des Herrn von Kayserling[339] und der Frau Deterding[340] mit Hilfe des Trotzkisten Wollenberg zu entfalten.

In Strasser haben die Trotzkisten einen neuen Bundesgenossen gefunden, der bis in die Kreise emigrierter Katholiken vorgedrungen ist. Dort werden die Attentatspläne geschmiedet, die Hitler gebraucht, um seinen Massenterror besser legalisieren und durchführen zu können.[341] Das jüngste Opfer dieser Banditen ist Helmut Hirsch.[342] Von dort aus wird dann mit Hilfe aller reaktionären Elemente der Emigrationsländer der Kampf gegen die Emigranten, gleich welcher Art und Richtung sie sind, geführt.

---

gen geriet, hatte man ihren Mut und ihre Einsatzbereitschaft gelobt, nun war sie eine faschistische Agentin." (Evelyn Lacina: Emigration 1933–1945. Sozialhistorische Darstellung der deutschsprachigen Emigration und einiger ihrer Asylländer aufgrund ausgewählter zeitgenössischer Selbstzeugnisse, Stuttgart, Klett-Cotta, 1982 (Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte. 14), S. 258–259).

338 *Laszlov alias Rudolf*: D.i. Richard Lengyel (Ps. Raoul László, A. Rudolf). Zu seiner Biographie siehe Dok. 401.

339 Hermann Graf Keyserling (1880–1946), deutschbaltischer Philosoph und Schriftsteller, lebte seit 1919 in Deutschland und erhielt durch seine 1920 gegründete „Schule der Weisheit" viel öffentliche Aufmerksamkeit. In NS-Deutschland wurde er mit einem Publikationsverbot belegt. Ein Bezug zur Antikomintern-Arbeit und zur publizistischen Tätigkeit von Richard Lengyel ist nicht ersichtlich.

340 Lydia Deterding, Tochter eines zarischen Generals im Pariser Exil, war von 1924 bis 1936 mit Sir Henri Deterding, dem Gründer des Shell-Konzerns, verheiratet, der seit den 1920er Jahren zahlreiche antibolschewistische Unterfangen finanzierte, wobei er auch zu den finanziellen Förderern der NSDAP gehört haben soll. Auch hier ist der Bezug zu Lengyel oder zur Anti-Komintern nicht ersichtlich.

341 *Attentatspläne*: Hier wurde der Versuch gemacht, sowohl den konservativen, als auch den revolutionären Widerstand gegen Hitler zu diskreditieren, aktive antifaschistische Gruppen zu „amalgamieren" und sogar als Helfershelfer Hitlers zu denunzieren. Diese Linie wird im Zuge der Verschärfung des stalinistischen Terrors noch weiter fortgeschrieben (siehe Dok. 446).

342 Der junge deutsch-jüdische Dichter Helmut „Helle" Hirsch (1916–1937, in Deutschland hingerichtet) war Aktivist der „Deutschen Jungenschaft vom 1. November 1929" (Abk. dj.1.11.), einer linken, stark von der literarisch-künstlerischen Avantgarde beeinflussten Jugendbewegung. Im Oktober 1935 ging er ins tschechische Exil und stieß auf der Suche nach Widerstandsmöglichkeiten auf Otto Strassers „Schwarze Front". Im Dezember 1936 brach er im Auftrag der Organisation nach Deutschland auf, um ein Sprengstoffattentat auf eine Säule des Reichsparteitagsgebäudes in Nürnberg durchzuführen. Er wurde allerdings von Gestapo-Spitzeln verraten, nach Stuttgart gelockt und dort verhaftet. Da Hirsch aufgrund einer Emigrationsperiode seiner Eltern US-amerikanischer Staatsbürger war, sorgte der Fall international für große Aufmerksamkeit. Trotz des Einsatzes des US-Botschafters bei Hitler wurde Hirsch am 9.3.1937 zum Tode verurteilt und hingerichtet. Das Regime nutzte den „Fall Hirsch", um die Verfolgung jüdischer Organisationen zu intensivieren. Siehe : Paulus Buscher: Helmut „helle" Hirsch – ein junger Jude und bündischer Künstler im Widerstand. In: Hinrich Siefken, Hildegard Vieregg (Hrsg.): Resistance to National Socialism. Kunst und Widerstand. Forschungsergebnisse und Erfahrungsberichte. Third Nottingham Symposium, München, Iudicium Verlag, 1995, S. 113–169. Zur ambivalenten Haltung der KPD gegenüber Hirsch siehe Dok. 446.

Aber auch in unserer Parteiorganisation suchen sie festen Fuss zu fassen. So bot sich der Halbtrotzkist und ehemalige Versöhnler Larsen alias Blücher für Geschichtskurse an, wobei er versuchte, den jungen Genossen die Geschichte so darzustellen, dass sie zu der Schlussfolgerung kommen müssen, die Parteipolitik sei falsch.[343]

Die sogenannten Versöhnler. Sie haben nichts mehr zu tun mit jener Opposition innerhalb der Partei, die im Jahre 1928/29 sich mit eigener Plattform eine Niederlage in der deutschen Partei holte. Nach ihrem eigenen Eingeständnis sind sie nicht nur gegen die Beschlüsse des VII. Weltkongresses, sondern auch der Brüsseler Konferenz und versuchen deshalb, in der Organisation eine eigene Organisation zu bilden. Ihr Doppelzünglertum wird durch ihre eigenen Eingeständnisse am besten charakterisiert. [...]

Man muß sich fragen, was wollen diese Bankrotteure? In dem Moment, wo der Trotzkismus als aktiver Helfer des Faschismus überführt ist, in dem Moment, wo trotzkistische Banditen in der SU Attentate an ehrlichen Proletariern in den Bergwerken überführt sind,[344] in dem Moment, wo die trotzkistischen Banditen in Spanien Franco Helfersdienste leisten, finden sie keine Worte gegen die Verbrecher, sondern solidarisieren sich mit ihnen bis auf die Idee der Gründung einer neuen Internationale, wo sie glauben, zu spät zu kommen.

Wir haben auch die Tatsache zu verzeichnen, dass solche Elemente, die schon früher, vor 1933, den Kampf gegen die Politik unserer Partei und gegen den Führer der Partei, Genossen Thälmann geführt haben, wie z. B. Heinz Neumann, nach der Niederlage 1933 völlig zersetzt wurden und aus diesem Grunde aus der Parteiarbeit entfernt wurden. Jetzt hat Neumann seinen wahren Charakter enthüllt, indem er sich mit Remmele und Schubert den trotzkistisch-faschistischen Elementen zum Dienste für die Gestapo zur Verfügung stellte und damit zu einem feigen Verräter an der Arbeiterklasse wurde.[345] Einige solcher Elemente, die nicht mehr mit der Arbeit unserer Partei und der revolutionären Bewegung verbunden waren, haben sich im Laufe der Zeit mit allen möglichen faulen Elementen verbunden und sind bis zur Hilfeleistung für faschistische gegnerische Agenten gesunken. Es genügt nicht, dass solche Elemente aus der Kommunistischen Partei entfernt sind, sondern es ist notwendig, die Arbeiterbewegung von ihnen zu säubern.

Für uns ergibt sich daraus die grosse Aufgabe, unsere Aufmerksamkeit auf allen Gebieten verstärkt durchzuführen. Die erste Vorbedingung dazu ist, dass alle Freunde das hier Aufgezeigte gut durcharbeiten und auf allen Gebieten zur Anwendung bringen, denn nur dann ist eine Gewähr gegeben, dass den Feinden die Maske vom

343 Zu Heinrich Blücher (Ps. Larsen) dem Ehemann von Hannah Arendt, siehe Dok. 376a. Über dessen Geschichtskurse berichtete Nuding bereits am 13. Januar 1937 in der Moskauer Kaderabteilung (Müller: Herbert Wehner. Moskau 1937, S. 424).

344 *Attentate in Bergwerken*: Gemeint ist der Schauprozess 1936 im sibirischen Kemerovo um angebliche Sabotage in einem Bergwerk. Siehe Dok. 400.

345 Weitere Dokumente aus dem Prozess gegen Heinz Neumann (Anklageschrift und Urteil vom 26.11.1937) siehe in Weber/Mählert: Terror, S. 180–185.

Gesicht gerissen wird und sie entlarvt werden, bevor sie ihr schändliches Handwerk beginnen können.

Mit besten Grüßen

Wegener[346]
Ende Juli 1937

Dok. 420

Beschluss des Kominternsekretariats über die Aufbewahrung ausländischer Zeitungen im Komintergebäude

Moskau, 1.8.1937 [August 1937][347]

Typoskript mit handschriftlichen Verbesserungen und Einschüben (letztere sind als kursiviert sichtbar gemacht), in deutscher Sprache RGASPI, 495/18/1227, 6 (Auszug). Erstveröffentlichung.

B1/4 Ex.
Auszug aus Protokoll Nr. 174 (A)
des Sekretariats des EKKI

Betr.: Aufbewahrung und Rückgabe der ausländischen nicht-kommunistischen Presse.

1./ Zwecks Herstellung einer Kontrolle der richtigen Aufbewahrung und Rückgabe der ausländischen nicht-kommunistischen Presse und Vermeidung eines möglichen Verlustes oder Verlorengehens von ausländischen Zeitungen folgende Ordnung festzulegen:
1) Das Hinaustragen von nicht-kommunistischen Zeitungen aus dem Gebäude ist verboten;[348]
2) alle ausländischen nicht-kommunistischen Zeitungen werden in den Sekretariaten und Abteilungen in geschlossenen Schränken aufbewahrt und *nach Ablauf eines Monats* in die Zeitungs-Journal-Expedition zurückgegeben;

[handschriftlich gestrichen: 3) Ausschnitte aus den Zeitungen werden nur in der Zeitungs-Journal-Expedition gemacht. Die Ausschnitte, die einer besonderen

346 Wegener (Ps.), möglicherweise Herbert Wehner; im Briefwechsel zwischen Franz Dahlem und Paul Merker von 1968 (SAPMO-BArch, NY 4072/146, BI. 13–14) wird der Name „Wegener" dem Politbüro (Sekretariat) der KPD zugeordnet. Ebenfalls ist ein Schreiben des Pariser Sekretariats vom 3.11.1937 über die „Vorgänge im Volksfrontausschuss" mit „Wegener" unterzeichnet (SAPMO-BArch, NY 4036/515, BI. 101) Vgl. Müller: Herbert Wehner. Moskau 1937, S. 429.
347 Nach Angabe in Protokoll des Sekretariats des EKKI vom 4.11.1937 RGASPI, Moskau 495/18/1227, 2.
348 Das Hauptgebäude der Komintern befand sich in der Mochovaja Str., Nr. 15, gegenüber der Maneźnaja, im Zentrum Moskaus.

Aufbewahrung unterliegen, müssen in der Zeitungs-Journal-Expedition aufbewahrt werden.]
3) Die für die laufende Arbeit in den Sekretariaten und Abteilungen *gemachten Zeitungs*-Ausschnitte, *die einer besonderen Bewahrung unterliegen*, sollen als vertrauliches Material nach den gleichen Regeln wie vertrauliche Dokumente aufbewahrt werden *und spätestens nach Ablauf von 2 Monaten an das Zeitungsarchiv übergeben werden*.
4) Die Sekretäre des EKKI können ausländische nicht-kommunistische Zeitungen, die für ihre Arbeit unbedingt notwendig sind, mit nach Hause nehmen, unter ihrer persönlichen Verantwortung dafür, dass andere Personen diese Zeitungen nicht lesen werden.



Das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion beschloss am 5.8.1937, 1000 Kinder aus der nordspanischen Provinz Asturien in die Sowjetunion aufzunehmen. Die organisatorische Abwicklung wurde dem NKVD-Vorsitzenden Nikolaj Ežov aufgetragen.[349]

Am 10.8.1937 bewilligte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion den Text einer Antwort des Vorsitzenden des sowjetischen Gewerkschaftsverbands Nikolaj Švernik an die sozialdemokratische Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale. Darin wurde der Wille bekundet, auf die Herstellung der Gewerkschaftseinheit hinzuarbeiten, sowie dazu eine Delegation des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Moskau zu empfangen.[350]

Dok. 422

Brief Dimitrovs an Stalin über angeblich defätistische Stimmungen bei Thälmann im Gefängnis

[Moskau?], 21.8.1937

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/48, 82. Teilpublikation in: Fridrich Firsov: Geheimtelegramme der Komintern im Spanischen Bürgerkrieg. In: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte* 3 (1999), 1, S. 81–114, http://www1.ku-eichstaett.de/ZIMOS/forum/docs/firsov.htm

[hdschr.:] Kopie
1 Ex. Versandt an Gen. Ežov N.I.

An Gen. STALIN I.V.

Lieber Genosse Stalin!
Soeben erhielt ich folgende Mitteilung des ZK der KP Spaniens:

---

349 RGASPI, Moskau, 17/162/21, 140.
350 RGASPI, Moskau, 17/162/21, 145, 181. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 748–749.

Der spanische Generalkonsul in Genf, Fabra Rivas, schickte ein Chiffretelegramm folgenden Inhalts an Negrín: „Ein Schweizer sozialistischer Abgeordneter, der mit in Deutschland lebenden Deutschen Kontakt hat, teilt mit, daß Thälmann und seine Ehefrau defätistisch gesinnt seien. Ich teile es Ihnen mit, da dies ein internationales Echo hervorrufen könnte.“ Negrín nannte den Namen des sozialistischen Abgeordneten nicht.

Uns ist bekannt, daß die Ehefrau Thälmanns in letzter Zeit oft ihre Unzufriedenheit darüber zum Ausdruck brachte, daß die internationale Kampagne zugunsten Thälmanns seine Lage angeblich verschlechtert habe und der Grund für die Fortsetzung seiner Haft gewesen sei.

Was Thälmann selbst angeht, so wissen wir, daß, als im April, am Vorabend von Thälmanns Geburtstag, der Direktor des Gefängnisses Moabit ihm vorschlug, als Bedingung für seine Befreiung eine Deklaration zu unterzeichnen, in der er erklärt, daß Hitler in der gegenwärtigen historischen Lage die für das deutsche Volk einzig rettende Politik durchführe und deswegen Thälmann an die deutschen Kommunisten appelliere, jeglichen Kampf gegen die Politik Hitlers einzustellen, hat Thälmann sich kategorisch geweigert, eine solche Deklaration zu unterzeichnen, [351] wobei er schroff erklärte, *er sei nicht Torgler.*[352]

Jedenfalls haben wir Maßnahmen zur Überprüfung der von uns erhaltenen Mitteilung unternommen, ebenso wie für eine gegebenenfalls mögliche Einwirkung auf Thälmann und seine Ehefrau.

MIT KOMMUNISTISCHEM GRUß
[Sign.:] G. Dimitrov

21. August 1937.
N° 98 / ld

351 In den unterschiedlichen Haftanstalten wurden Thälmann zumindest bis 1937/1938 gewisse Sonderrechte eingeräumt, auch der Kontakt mit der KPD-Führung und Moskau blieb über seine Frau Rosa erhalten. Politisch blieb er standhaft, 1939/1940 verfaßte er eine Vielzahl von Memoranden, die seinen „Freund“ Stalin von seiner Parteitreue überzeugen sollten (Sassning: Rückblicke auf Ernst Thälmann, S. 88f., 92f.).

352 Ernst Torgler (1893–1963) wurde 1935 aus der KPD ausgeschlossen mit der falschen Begründung, er habe sich „gegen den Willen der Partei freiwillig dem Faschismus ausgeliefert“. Seine Verstrickung mit den Nationalsozialisten infolge des Reichstagsbrandprozesses wirft noch Fragen auf (siehe: Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 940–942).

Dok. 423

Protokoll der der Internationalen Kontrollkommission der Komintern zum leichtfertigen intimen Umgang von Leo Flieg u.a.

Moskau, 23.8.1937

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 505/1/49, 61. Erstveröffentlichung.

Abs[olut] geheim

PROTOKOLL N° 20

Der Sitzung des Kollegiums der IKK vom 23. August 1937

In der Zusammensetzung der Mitglieder der IKK Angaretis, Grzegorzewski [d.i. Franciszek Grzelszczak] und Dengel.

Tagesordnung:

1. Angelegenheit KATZ Peter /Österreich/
2. " MICHAELIS Ernst /Deutschland/
3. " MAD'JAR [d.i. Lajos Magyar] /Ungarn/
4. " FLIEG Leo /Deutschland/
5. " RICHTER Erich /Jugoslawien/ […]

[…] ANGEHÖRT: 4. Angelegenheit Leo FLIEG /Deutschland/.
Leo FLIEG, geb. 1893,[353] Mitglied der S[ozial]D[emokratischen] P[artei] Deutschlands seit 1911, Mitglied der Unab[hängigen] S[ozial]-D[emokratischen Partei] Deutschlands seit 1919, Mitglied der KPD seit 1918, ehem[aliger] Leiter des Sekretariats des PB des ZK der KP Deu[tschlands], Teilnehmer der Gruppe Neumann-Remmele 1932–1933, 1928–1935 Mitglied der IKK. Freundschaftliche Verbindung mit Willi Münzenberg. Hatte 1935 eine intime Beziehung /2–3 Monate/ mit der Gestapo-Agentin Juliane Klein, die ebenfalls mit Münzenberg u.a. verbunden war.[354] Als er mit Klein zusammenkam, dekonspirierte Gen. Flieg vor ihr teilweise seine Auslandsarbeit. In Moskau hatte

353 Leo Flieg (1893 Berlin – 1939, Moskau), KPD-Mitglied seit 1918. Der Kassierer der KPD war nach 1933 technischer Sekretär des Politbüros, und vorher (1932) mit Neumann und Remmele verbunden gewesen. In Moskau Verbindungsmann mit der KPD, OMS-Mitarbeiter. Ostern 1937 nach Moskau einbestellt, wurde er im März 1938 vom NKVD verhaftet und ein Jahr später zum Tode verurteilt und erschossen.

354 Juliane Klein, d.i. Liane Adelherd Klein, 1931 KJVd-Mitglied, soll 1934/35 Münzenberg und Flieg belastende Mitteilungen geschrieben haben; in einer früheren Version hieß es, Lianes Vater sei ein Spion Francos gewesen, den sie mit Informationen versorgt haben soll (Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch). Auch Münzenberg wurde mit ihr in Verbindung gebracht, als Vorwand, um ihn beschuldigen zu können (Gross: Willi Münzenberg, S. 301).

Flieg eine intime Beziehung mit der verdächtigen Person M. Miller /verhaftet vom NKVD als Trotzkistin/.[355]

Anwesend: Gen. Pieck /EKKI/, Müller /Kaderabteilung/, Leo Flieg, Gen. Timm / IKK/, Gen. Klassner /Übersetzer/.
BESCHLOSSEN: Wegen grober Verletzung der Konspiration und dem leichtfertigen Umgang mit verdächtigen Frauen Gen. Leo FLIEG eine strenge Rüge auszusprechen. [...]

ANGEHÖRT: 5. Angelegenheit RICHTER Erich /Jugoslawien/.
RICHTER Erich, geb. 1908, Angestellter, Mitglied des KJV Ju[goslawiens] seit 1925, KP Österreichs seit 1927, KP Deutschlands seit 1928, KP Jugoslawiens seit 1933.

War in Berlin mit technischer Arbeit unter der Leitung von Dragacevac beschäftigt,[356] danach Gorkić.[357] In der UdSSR seit 1934. Im Ausland lehnte er es ab, nach Jugoslawien zurückzukehren. In der UdSSR verheiratet mit Eva Schneider, ehem[aliger] Frau eines polnischen Trotzkisten, die durch Betrug in die UdSSR gekommen war. Seine Umgebung besteht aus verdächtigen Personen, die mit Trotzkisten verbunden sind. In der „Večernjaja Moskva“[358] schreibt er einen Artikel über die Frau von O. und preist sie als eine revolutionäre Heldin an, während er sie als Parteifeindin kannte.

Anwesend: Gen. Pieck /EKKI/, Gen. Drenovskij [d.i.][359] /Kaderabteilung/, Richter, Klassner /Übersetzer/, Timm /IKK/.
BESCHLOSSEN: Wegen der Weigerung, zur Arbeit nach Jugoslawien zurückzukehren, wegen der Verbindung mit zweifelhaften Elementen und als Element, das kein Vertrauen verdient, RICHTER E. aus der Partei auszuschließen.

Mitglied des Büros der IKK
[Sign.:] Angaretis

---

355 M. Miller: Wahrscheinlich Wilhelmina (Minna) Müller, Geburtsname Magidson, später Slavuckaja, die geschiedene Frau des deutschen Kommunisten Kurt Müller (geb. 1905 in Riga), 1929 KPD, in der Komintern 1926–1936 Mitarbeiterin des WEB (Berlin), der RGI, der KJI und des OMS (Moskau), 1936 verhaftet, 1946 auf Bitten Dimitrovs freigelassen, nach 1945 zeitweise Mitglied des ZK der SED, lebte später in Westdeutschland.

356 Dragacevac (Ps.), d.i. Kosta Novakovič (1886 Cacak Serbien – 1939. Jugoslawischer Kommunist, wahrscheinlich in der Sowjetunion umgekommen.

357 Milan Milanovic Gorkič (1904 Sarajewo, Bosnien–1937, aus Paris nach Moskau berufen und erschossen). Langjähriger jugoslawischer Komintern-Emissär und Mitarbeiter, vor Tito 1932–1934 Generalsekretär der KP Jugoslawiens.

358 *Večernjaja Moskva*, Moskauer Abendzeitung.

359 Drenovskij (Ps.), d.i. Janko Jovanovič (1901 Ravnja, Bogatič, Serbien – 1939 in der Sowjetunion erschossen). Jugoslawischer Kommunist, Mitarbeiter der Kaderabteilung der Komintern, sollte zum Widerstand nach Jugoslawien geschickt werden, wozu es nicht mehr kam.

Dok. 423a
Erklärung der Berliner Opposition der KPD an die KPD-Führung

[Paris], September 1937

Typoskript in deutscher Sprache. Archiv der BStU, Berlin, MfS HA IX/11 SV 1/81, Bd. 222, Teil 3, 000056. Erstveröffentlichung.

Genossen,
Wir überreichen Euch hiermit den „Offenen Brief der Berliner Opposition",[360] zu der wir uns bekennen, deren Angehörige wir sind. Wir haben unseren gesamten Kampf, vor und nach unserem Ausschluss aus der Pariser Organisation,[361] in engster Zusammenarbeit mit den oppositionellen Genossen im Reich geführt. Wir haben uns bisher darauf beschränkt, als Einzelpersonen aufzutreten; wir wollten, solange als nur möglich, alles vermeiden, was zur Verschärfung der innerparteilichen Auseinandersetzungen führen konnte. Aber jetzt, wo das ZK alle Grundsätze des Kommunismus über Bord wirft, bleibt nichts übrig als die *organisierte, offen auftretende innerparteiliche Opposition*. Wir sind und bleiben ein *Teil der Partei*, eng verbunden mit illegalen Parteikaders im Reich. Wir werden unseren Kampf in der Partei weiterführen, auch wenn wir zeitweilig von der Partei-Emigrationsorganisation organisatorisch abgeschnitten bleiben.

Genossen, unterstützt unseren Kampf für die Gesundung der Partei !
Fordert die Diskussion über Resolution der illegalen Organisationen !
Kämpft gegen den Opportunismus !
Es lebe die K.P.D.!

Oktober 1937. Adam[362] und Molch[363]

im Namen der Ausgeschlossenen.

---

360 Siehe das folgende Dokument.

361 Die Pariser Organisation der KPD unterstand direkt dem dort angegeliederten ZK-Sekretariat.

362 Adam (Ps.), d.i. Karl Volk (nach hdschr. Eintrag), der Leiter der „Berliner Opposition", siehe: Dok. 348.

363 Molch (Ps.), d.i. Paul Graefe. Siehe Bayerlein/Lasserre: Archives de Jules Humbert-Droz, IV, S. 19ff.

Dok. 424

„Leidenschaftlicher Protest gegen die politischen und moralischen Auffassungen der Bürokratie": Der Offene Brief der „Berliner Opposition" an die Mitglieder der KPD

O.O., September 1937[364]

Typoskript (Auszüge aus einer Broschüre), in deutscher Sprache, AHD, La Chaux-de-Fonds, ohne Signatur. Auch: Deutsche Nationalbibliothek Frankfurt, Deutsches Exilarchiv EB Kb 412. Publ. in: Bayerlein/Lasserre: Archives de Jules Humbert-Droz, IV, S. 313–346.

Offener Brief der „Berliner Opposition" an die Mitglieder der KPD, September 1937 (Auszüge).[365]

Unsere Partei, die KPD durchlebt gegenwärtig die grösste Krise ihrer Geschichte. Die gegenwärtige Parteiführung hat die Prinzipien des Kommunismus aufgegeben und versucht unsere Partei in den Sumpf des kleinbürgerlichen Opportunismus zu stossen. Die Kommunistische Partei, welche im Kampfe um die Diktatur des Proletariats geboren wurde, soll zu einer Organisation des Kampfes um die demokratische Republik degradiert werden. Niemals noch in der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung gab es eine furchtbarere ideologische Entartung als gegenwärtig. Man „verbrennt die alten Papiere" nach dem berüchtigten Rezept der Reformisten. Wer für die Diktatur des Proletariats und des Sowjetsystems als zentrale Losung des Kampfes gegen den Faschismus eintritt, ist in den Augen der Liquidatoren ein

---

364 Datum im Annex vermerkt. Das 35seitige Dokument mußte stark gekürzt werden. Die vollständige Fassung in: Bayerlein/Lasserre: Archives de Jules Humbert-Droz, IV, S. 313–346.

365 Die sozial- und politikgeschichtliche Bedeutung der „Berliner Opposition" als parteiinterne, aus den „Versöhnlern" entstandene Oppositionsgruppe wurde in der Literatur bisher kaum gewürdigt. Neben dem Offenen Brief gab ihr Auslandskomitee in den Jahren 1937/1938 die *Kommunistische Information* heraus (neue Erkenntnisse hierzu erbringen Hans-Rainer Sandvoß: Die andere Reichshauptstadt, S. 547ff. u.a., Reinhard Müller: Herbert Wehner, S. 504ff. u.a. und Bernhard H. Bayerlein: Die unbekannte Geschichte der Versöhnler, bes. S. 336ff). Zum Dokument und dem hierin beschriebenen grundlegenden Dilemma der KPD-Geschichte äußerte sich auch der Internationale Sozialistische Kampfbund: „Wir glauben allerdings nicht [...], daß irgend etwas die Komintern vor dem Untergang zu retten vermöchte, aber darum geht es auch gar nicht, sondern es geht darum, daß die revolutionären Kämpfer innerhalb der Komintern für die Sache gerettet werden. Ob dies möglich sei, ist in letzter Zeit oft bezweifelt worden, eben weil sich die Öffentlichkeit über die Krisen innerhalb der Komintern kein richtiges Bild zu machen vermochte; man war gezwungen, die kommunistischen Parteimitglieder immer mehr mit dem Apparat zu identifizieren und die Auffassungen des ZK im wesentlichen auch für die Auffassungen der Mitgliedschaft zu halten. Der offene Brief der Berliner Opposition ist angesichts dieser Sachlage von historischer Wichtigkeit: er ist ein leidenschaftlicher Protest gegen die politischen und moralischen Auffassungen der Bürokratie." (E. Bredt: Kommunisten gegen KP. In: *Sozialistische Warte* XIII (1938), Nr. 1, 7.1.1938, S. 21–24)

„radikaler Schwätzer“. Wer gegen die Taktik der Volksfront ist, ist ein „Trotzkist“, ein „Feind der Sowjetunion“.[366]

Genau dieselben, die von 1929 bis 1934 die Theorie und Politik des Sozialfaschismus und der RGO vertreten, die Avantgarde der deutschen Arbeiterklasse ihrer Mehrheit gegenüberstellten und dadurch eine der Voraussetzungen für den Sieg des Faschismus schufen, wollen gegenwärtig die Avantgarde an den Schwanz des liberalen Reformismus ketten. *Die Sektierer von gestern, sind die Liquidatoren von heute*. Von 1929 bis 1933 brandmarkten sie jeden Oppositionellen, der es wagte, von Einheitsfront mit der Sozialdemokratie auch nur zu sprechen – gegenwärtig versuchen sie jeden aus der revolutionären Bewegung zu drängen, der ihre liquidatorische Koalitionspolitik mit den bankrotten, reformistischen Führern und verkrachten Liberalen und verschämten Katholiken nicht mitmachen will. So wie vor dem Siege des Faschismus, beanspruchen sie für sich die Unfehlbarkeit und Ausschliesslichkeit. Sie haben den Kommunismus in Erbrecht genommen. Das, was sie tun, ist immer richtig. Ein Zweifel daran ist nicht gestattet – bei Strafe des Bannfluches, der Verleumdung und Verfolgung. Was in der illegalen Bewegung vor sich geht, ist ihnen gleichgültig. Sie haben einen „Apparat“ und eine Presse. Sie verhängen eine Zensur über Meinungen und Wünsche der Parteimitglieder, die in Deutschland kämpfen. Diejenigen, die täglich ihr Leben für die Partei und den Sozialismus einsetzen, haben nur dann ein Recht, gehört zu werden, wenn ihre Meinung mit der des ZK übereinstimmt. Wagen sie es, ein eigenes Bild von der Lage in Deutschland zu geben und eine andere Meinung über die Taktik, die zum Sturze der Diktatur führt, zu äussern, so werden sie mundtot gemacht – mit allen Mitteln, mit allen – ohne Ausnahme.

In den Emigrantengruppen wird gesiebt und gesäubert, gleichgültig, welche Verdienste sich ein Kommunist in Deutschland im illegalen Kampf erworben hat.[367] Er wird als Paria behandelt, wenn er nicht bereit ist, alles zu vergessen, was unserer Partei seit ihrer Geburt heilig war: das unbedingte Festhalten an den kommunistischen Prinzipien, die revolutionäre Kameradschaftlichkeit, ein brüderliches, innerparteiliches Leben.

366 In der Parteipresse reagierte man auf die Vorwürfe der Berliner Opposition mit Diffamierungen: “Unter der Führung des Abenteurers und Renegaten Karl Volk haben sie bei ihrem Versuch des Eindringens in den Parteiapparat im Lande durch unkonspiratives Verhalten die Verhaftung von einer Anzahl von Parteifunktionären verschuldet, da sie mit allen möglichen verfaulten und trotzkistischen Elementen verbundenen waren.“ (Die deutschen Trotzkisten und die Gestapo. In: *Die Internationale*, Sondernummer, August 1937).

367 *Kontrolle in der Emigration*: In der Literatur zum Exil blieben Hinweise auf die paradoxale Situation in der KPD-Emigration vielfach unbeachtet, die seinerzeit auch vom Internationalen Sozialistischen Kampfbund hervorgehoben wurde und den antistalinistischen Umschwung in der Emigration beförderten: “Es ergibt sich bei näherer Prüfung, daß gerade dort, wo angeblich die Konspirativität eine Diskussion und Kritik nicht gestattete, in Deutschland selber, die innerparteiliche Demokratie verwirklicht worden ist, während in der Emigration die freie Meinungsäußerung absolut geknebelt wurde.” (H. West : Der Verfall der KPD. In: *Sozialistische Warte* 13(1938), S. 884 ff.; vgl. H. Weber: Ursachen und Umfang der deutschen Emigration).

Das liquidatorische ZK spaltet und zersetzt die Kommunistische Partei Deutschlands! Das gegenwärtige ZK trägt die Hauptschuld daran, dass es in Deutschland gegenwärtig keine einheitliche und geschlossene kommunistische Partei gibt.[368] Die liquidatorische Volksfrontpolitik hat die ideologische Einheit unter den Kommunisten erschüttert, die auch nach dem Siege der faschistischen Diktatur noch weiterbestand. *Die revolutionäre Politik einigt und schliesst zusammen, die opportunistische spaltet und zersetzt.* Diese Grundwahrheit der Arbeiterbewegung hat sich niemals so bestätigt wie heute. […]

Deshalb wendet sich die Opposition innerhalb der KPD, die in einer Reihe von Bezirken systematisch illegale Arbeit leistet und in den Emigrationszentren gegen die liquidatorische Entartung kämpft, an alle Parteimitglieder:[369]

Genossen, verteidigt unsere Partei, die KPD, gegen das Liquidatorentum! […]

Wenn man unsere Partei nach dem Zustande ihrer Führung beurteilen wollte, so müsste man sagen: die KPD ist verloren. In der Tat besteht aber kein Anlass zu einer solchen Schlussfolgerung, *denn die Führung der KPD repräsentiert gegenwärtig nicht mehr die Partei.* Sie tut zwar so, als ob sich nichts ereignet hätte, als ob nicht das Denken von Tausenden von Kommunisten durch den Sieg der faschistischen Diktatur entscheidende Änderungen erfahren hätte. Als ob nicht seit 1933 Tausende die Leninsche Lehre von der Rolle der revolutionären Partei zu begreifen begonnen hätten, als ob es nicht wahr wäre, dass in der illegalen Bewegung Tausende von treuen Parteimitgliedern jede organisatorische Verbindung mit dem „Apparat“ ablehnen, *weil sie mit der Führung gebrochen haben, obgleich sie vollkommen und bedingungslos an der Partei festhalten.* Das ZK spielt Parteileitung, als ob der ganze Unterschied darin bestünde, dass es aus Berlin nach einem Orte des Auslandes übersiedelt ist.[370] Es ist nicht unsere Sache, ihm zu helfen, dass es sich dieses Irrtums bewusst werde. Das wird die Entwicklung schon besorgen.

Worauf es jetzt ankommt, ist die wirkliche Lage in der Partei zu erkennen und daraus die richtigen Schlussfolgerungen im Interesse der Partei zu ziehen:

Die *überwiegende Mehrheit der Kommunisten,* ist auch in der Illegalität unserer Partei treu geblieben, *ist oppositionell* – sie hat sowohl die taktischen Lehren aus der Niederlage des Jahres 1933 gezogen, als auch die Gefährlichkeit der liquidatorischen Volksfrontpolitik erkannt. Natürlich hat es lange gedauert, ehe die oppositionellen Genossen nach der Wendung des Jahres 1934 den vollen Umfang des opportunisti-

368 *Liquidatorisches ZK*: „Wir wollen einmal unterstellen, dass wirklich die überwiegende Mehrheit der illegalen Kommunisten oppositionell sind und dass die heutige Parteiführung nicht mehr die Mitgliedschaft repräsentiert, aber das ZK repräsentiert nach wie vor die Partei. Sicherlich unter völliger Mißachtung des ‚demokratischen Zentralismus'; aber das ZK verfügt über die ganze politische und finanzielle Macht des Apparates; es stützt sich auf die Komintern und die Autorität der russischen Regierung (E. Bredt: Kommunisten gegen KP. In: *Sozialistische Warte* 13(1938), Nr. 1, S. 21–24).

369 Siehe hierzu auch Dok. 434.

370 *Ort im Ausland*: Das „operative“ Politbüro in Paris, während die Parteiführung weiterhin in Moskau angesiedelt war.

schen Kurses erkannten. [...] Manchen schien es, als ob die Losung der Volksfront nichts anderes ist, als eine populäre Übersetzung des notwendigen Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und den werktätigen kleinbürgerlichen Schichten. Deshalb stimmten viele oppositionelle Genossen auch der Losung der Volksfront zu. Erst im Verlaufe der Verknüpfung dieser Losung mit der der Demokratischen Republik erkannten sie die ganze Tragweite der opportunistischen Politik des ZK.[371]

Da nur ein kleiner, eben der organisierte Teil der Opposition imstande ist, durch systematische Arbeit seine Meinung zum Ausdruck zu bringen, schliesst sich die Mehrheit der oppositionellen Kommunisten in ihren Zirkeln ab. Ulbricht drückt das so aus: „Das Parteibewusstsein ist in diesen Gruppen nur schwach entwickelt." (*Internationale*, Nr. 3/4) Natürlich hat es auch Gründe konspirativer Natur, wenn viele dieser Zirkel keine Verbindung mit dem „Apparat" des ZK unterhalten. Die *übergrosse Mehrheit der illegalen Gruppen und Zirkel, aus denen die Partei gegenwärtig besteht, schliesst sich ab, weil sie die ganze Politik der Parteiführung ablehnen.* Die meisten dieser Gruppen, die überhaupt kein illegales Material von der Partei erhalten, bilden sich ihre politische Meinung selbst, verfolgen die Tagesereignisse, agitieren mit eigenen Losungen, häufig mit selbsthergestelltem Agitationsmaterial, in dem man vergeblich etwas von den demokratischen Losungen suchen würde. *Sie lehnen den Anschluss an jede andere Organisation ab, sie bleiben ihrer Partei, der KPD, durchaus treu.* Aber sie anerkennen nicht mehr das bürokratische Zentralkomitee und seine „Allmacht". Es wäre verfehlt, die oppositionelle Mehrheit der kommunistischen Partei auf ein- und denselben politischen Nenner bringen zu wollen. Davon ist noch keine Rede. Und dies ist bei der ganzen Lage in Deutschland, bei der ungeheuren Kompliziertheit der politischen Meinungsbildung, unmöglich. Aber auf einen gleichen Nenner darf man sie bringen: Ablehnung jeder Art reformistisch-demokratischer Politik und ihrer Volksfrontspielart, Erkenntnis, dass unsere Partei eine *Reorganisation an Haupt und Gliedern, eine wahre Wiedergeburt braucht, um den Sieg über den Faschismus zu erringen.*

Das ZK kontrolliert gegenwärtig nur einen kleinen Teil der organisierten Kommunisten. Aber selbst in diesem Teil ist die Opposition ziemlich stark. Das ZK selbst wagt nicht in Deutschland seine ganze opportunistische Politik vor den Mitgliedern zu vertreten. In der illegalen Literatur werden die opportunistischen Losungen mit „revolutionären Arabesken versehen". Die Instrukteure des Zentralkomitees in der illegalen Bewegung machen selten einen Versuch, die „Linie", die im Ausland formuliert wird, zu vertreten. [...] Man kann nicht bestreiten, dass das ZK der KPD vor 1933 mit seiner ultralinken Politik die politische Überzeugung der Parteimitglieder

371 *Demokratische Republik*: „Die neue Generallinie war für die kommunistische Emigration bedeutsam, sie wurde aber von den Widerstandsgruppen in Deutschland, die zunehmend isoliert operierten, nur teilweise übernommen. Die Beschlüsse blieben offenbar vielfach unbekannt. Vor allem akzeptierte der Widerstand die von der Brüsseler Konferenz festgelegte neue Taktik des ‚Trojanischen Pferdes' nicht (Weber: Kommunistischer Widerstand, S. 14f.).

ausdrückte. In die Partei waren im Laufe der Krise 100 bis 150.000 Mitglieder eingetreten, deren heisses revolutionäres Wollen im umgekehrten Verhältnis zu ihrer politischen Erfahrung stand. Die ultralinke Politik mit ihrem Wortradikalismus, mit ihrer sektiererischen Massenpolitik, die jeder systematischen und organisierten Arbeit in den reformistischen Massenorganisationen aus dem Wege ging, die masslose Übertreibung der wirklichen Erfolge der Bewegung und die Verkleinerung der Schwierigkeiten des Kampfes entsprachen den Wünschen der unerfahrenen revolutionären Arbeiter, die schnelle Erfolge sehen wollten. *Indes hat sich seit 1933 die Zusammensetzung der Partei gründlich geändert.* Aus einer Massenorganisation wurde unvermeidlich eine Kaderorganisation. An der aktiven, illegalen Arbeit kann sich nur ein kleiner Bruchteil der legalen Parteiorganisation beteiligen. Neuaufnahmen in die illegale Organisation können begreiflicherweise nur in Einzelfällen stattfinden. Jeder, der einen Einblick in die Zusammensetzung der illegalen kommunistischen Gruppen hat, weiss, dass jene Parteischichten, welche der Politik des ZK vor 1933 mit Überzeugung folgten, in ihnen nur eine Minderheit darstellen. In manchen Parteibezirken gibt es mit Ausnahme von alten, geschulten Kommunisten, die überwiegend oppositionell sind, überhaupt keine illegalen Parteigruppen. *Die revolutionäre Erfahrung beginnt sich auch organisatorisch durchzusetzen.*

Diese entscheidende Änderung der innerparteilichen Lage kommt jedoch in der Politik des ZK überhaupt nicht zum Ausdruck. Man nimmt auf die politische Meinung der illegalen Gruppen nicht die mindeste Rücksicht. Das ZK dekretiert gegenwärtig seine Politik noch viel willkürlicher als in der ultralinken Periode. Die Aufhebung der innerparteilichen Demokratie wird noch viel gründlicher durchgeführt. Von 1929 bis 1933, also in fünf entscheidenden und folgenschweren Jahren, gab es keinen einzigen Parteitag.[372] Jetzt ist es aber die „Konspiration", die einen Parteitag unmöglich macht. Nach dem VII. Weltkongress fand die Brüsseler Parteikonferenz statt, die einen Parteitag ersetzen sollte. *Aber in Wirklichkeit waren die Delegierten dieser Konferenz, soweit sie aus Deutschland kamen, vom ZK bestimmt worden.* [...] *Die Großbetriebszellen, die die das Rückgrat der Berliner Organisation darstellen, waren nicht auf der Brüsseler Parteikonferenz vertreten*[373]. Aus einem einfachen Grunde: das ZK wußte, dass es sich meist um oppositionelle Genossen handelte – Grund genug, um sie nicht ‚einzuladen'. *In Wirklichkeit führt das ZK seine jeweilige Politik völlig unabhängig von*

372 Der zwölfte als letzter abgehaltener Parteitag fand im Juni 1929 in Berlin-Wedding statt. Er bildete den bisherigen Höhepunkt der ultralinken Taktik.

373 *Großbetriebszellen Berlin*: Der Historiker Hans-Rainer Sandvoß hebt einerseits Scheitern des betrieblichen Widerstands seitens des offiziellen ZK hervor. Andererseits belegt er, daß „noch die größten übergreifenden Erfolge in der Untergrundarbeit in Berliner Betrieben zur Mitte der dreißiger Jahre (...) zwei kommunistische Tendenzen (zeigten), die konträr zur stalinistischen Generallinie der KPD bzw. Kommunistischen Internationale lagen, (...) die unterdrückte innerparteiliche Fraktion der gemäßigten ‚Versöhnler', die auch illegale Betriebsgruppen bei Siemens organisierten" (Sandvoß: Die andere Reichshauptstadt, S. 546f. Hier wird jedoch die Berliner Opposition als ehemalige Versöhnlergruppe nicht thematisiert).

der Masse der illegalen Parteigenossen durch. Es kann seine politische Linie auch von einem auf den anderen Tag ändern. [...]

Darin besteht das Neue in der innerparteilichen Lage. Der grösste Teil der illegalen Organisation führt ein mehr oder minder selbständiges ideologischen Leben. Das ZK der KPD hat durch seinen Sprung von der ultrasektiererischen zur ultra-opportunistischen Politik die Verbindung mit den entscheidenden Teilen der Parteiorganisation verloren. Vor den deutschen Kommunisten steht eine neue Aufgabe: *sich eine wirkliche Führung zu erkämpfen.* Diese Aufgabe ist schwer. Die Organisation besteht aus Hunderten von Einheiten, die nur zu einem geringen Teil miteinander verbunden sind. Hinter dem gegenwärtigen ZK steht die Autorität der Exekutive der KI. *Aber so schwer die Aufgabe ist, sie muss gelöst werden. Denn die ganze Krise unserer Partei geht von ihrer Führung aus, die sich seit 10 Jahren für „unersetzbar" hält.* [...]

Natürlich bedürfte es nur einer Handbewegung der Exekutive der KI, um diese Führung verschwinden zu lassen. Es würde sich in unserer Partei niemand finden, der ihr einen Nachruf schreiben würde. Genau so wenig, wie der ultralinken Mehrheit des Polbüros, die nach dem VII. Weltkongress ihrer Funktion enthoben wurde. *Es ist auch unzweifelhaft, dass diese Handbewegung früher oder später (wahrscheinlich früher als später) kommen wird.* Sie stand bereits im Sommer 1936 auf der Tagesordnung. Damit ist aber das Problem *nicht* gelöst. Die gegenwärtige Krise unserer Partei kann nicht mehr auf die alte Weise gelöst werden. Es handelt sich diesmal nicht um eine Kursänderung, um eine „Wendung", sondern um eine *völlige Erneuerung, um eine Wiedergeburt unserer Partei.* [...][374]



Am 15.9.1937 genehmigte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion der deutschen Seite, zwei zu diesem Zweck gecharterte Tanker im Hafen von Batumi am Schwarzen Meer mit Erdöl zu laden. Bedingung war eine Bezahlung des Öls im Voraus und die ausschließliche Verantwortung deutscherseits für den Transport mit diesen Tankern.[375]

Gegen den Willen von Maksim Litvinov beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 26.9.1937, die Flüchtlingshilfe des Völkerbundes zu boykottieren. Die Entscheidung erfolgte unter dem Vorwand, dass auch weißgardistische Emigranten unterstützt würden.[376]

374 Der Annex des hier stark gekürzten Dokumentes enthält drei Teile, neben dem hier veröffentlichten Teil 2 „Die Methoden des ZK der KPD im Kampf gegen die parteitreue Opposition", Teil 1: „Wie denkt die illegale Organisation über die Taktik der Partei? und Teil 3 „Zu der Verleumdungskampagne des Z.K. der K.P.D."

375 RGASPI, Moskau, 17/162/22, 5.

376 RGASPI, Moskau, 17/162/22, 13.

Dok. 425

Telegramm Willi Münzenbergs an Dimitrov zu seiner geplanten Moskaureise

O.O. [Paris], 8.10.1937

SAPMO-BArch, ZPA, Berlin I 6/10/68, 55. Publ. in: Heinz Kühnrich: „Ein entsetzliches Mißverständnis" – oder was eigentlich dahinter steckte: bisher unbekannte Schreiben Münzenbergs an Dimitroff, Oktober 1937. In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 34 (1992), H. 1, S. 66–82, hier S. 75.

Schroffheit Brief 17 betroffen stop[377] um so mehr als erstmalige Einladung zur Aussprache stop einzige Richtschnur Politik seit 1914 unwandelbare Treue Gruppe Lenin Stalin und gerade letzte Zeit an entscheidenden Stellen gewirkt stop mein einziger Stolz und Kraft gegen Jahrzehnte Hetze in und ausserhalb Partei restloses Vertrauen dortiger Freunde[378] stop Du sagtest März 36 niemand grösseres Vertrauen wie ich trifft das heute nicht mehr zu[379] und ist Formulierung richtig wiedergegeben und Du konntest ernstlich und nicht abstrakt wenn auch nur hypothetisch Namen mit Renegatentum verbinden ist Weiterarbeit unmöglich stop werde bitten anderer Front arbeiten oder politisch ausscheiden stop eintreffe um 20 dort[380] Willi [Münzenberg]

377 Ein Brief Dimitrovs vom 17.9.1937 war nicht zu eruieren.

378 Gemeint ist das Vertrauen der Moskauer Freunde, im Gegensatz zur KPD.

379 *März 36*: Anfang März 1936 fand in Moskau eine „Aussprache" (Pieck) über die KPD statt. Eine Kommission des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) beendete angeblich den Streit in der KPD um die Volksfront-Linie. Die vom EKKI gebildete hochrangige Kommission zur Behandlung der deutschen Fragen mit Palmiro Togliatti, Georgi Dimitrov, Meer Trilisser und Dmitrij Manuilski führte Besprechungen unter anderem mit Walter Ulbricht, Franz Dahlem und Münzenberg durch. In der verabschiedeten Resolution wurde u.a. die Erstellung einer „Plattform der Volksfront" gefordert. Darüber hinaus referierte Münzenberg über das Rassemblement universel pour la paix (RUP). Siehe auch Dok. 427.

380 Münzenberg, der letztmals im Oktober 1936 in Moskau war, gibt hier den 20.10.1937 für seine Ankunft an, er fuhr jedoch nicht und entging so höchstwahrscheinlich der Verhaftung.

Dok. 426

Alarmbrief der Kominternführung an das ZK der VKP(b) über Handlungsunfähigkeit der Komintern infolge des Terrors

Moskau, 10.10.1937

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 17/120/259, 36–37 (eine identische Entwurfsfassung ist überliefert unter: 495/73/50, 25–26). Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Leonid G. Babičenko (Hrsg.): „Rjad sekcij Kominterna [...] okazalis' celikom v rukach vraga". In: *Istoričeskij archiv* (1993), Nr. 1, S. 220–221. In englischer Sprache publ. in: Chase: Enemies, Doc. 40.

Moskau
10. Oktober 1937.

In letzter Zeit wurden durch die Organe des Narkomvnudel[381] eine Reihe von Volksfeinden entlarvt und eine verzweigte Organisation von Spionen im Apparat der Komintern aufgedeckt. Als besonders stark infiziert[382] hat sich die wichtigste Abteilung der Komintern herausgestellt, nämlich der Verbindungsdienst,[383] der nun vollständig liquidiert werden muss, um unverzüglich mit der Neuorganisierung dieser Abteilung durch neue, sorgfältig ausgesuchte und überprüfte Mitarbeiter zu beginnen. Wenn auch in geringerem Umfang, haben sich andere Glieder des Komintern-Apparats ebenfalls als infiziert erwiesen: Die Kaderabteilung, die politischen Assistenten der Sekretäre des EKKI, Referenten, Übersetzer usw.

Außerdem wurde seitens der Leitung der Komintern eine Überprüfung des gesamten Apparats vorgenommen, infolge dessen annähernd hundert Personen als politisch nicht ausreichend vertrauenswürdig entlassen wurden.

In der Vergangenheit wurde der Apparat der Komintern vorrangig mit Kadern ausländischer Komparteien aufgefüllt, vor allem der illegalen Komparteien, die über große Emigrantenreserven in der UdSSR verfügten. Die Erfahrung hat gezeigt, dass eine solche Methode der Auffüllung unter den heutigen Bedingungen gefährlich und schädlich ist, da sich eine Reihe von Sektionen der KI, wie beispielsweise die polnische, als komplett in Feindeshand befindlich herausgestellt hat. Daher werden wir die schwere Krise ohne die Hilfe des ZK der VKP(b) nicht überwinden können.

Wir bitten das ZK der VKP(b) darum, uns mit Personen, VKP(b)-Mitgliedern, auszuhelfen; eine diesbezügliche Anfrage wurde von uns Gen. Malenkov übermittelt. Besonders nachdrücklich und dringend wird die Hilfe des ZK der VKP(b) in der

381 *Narkomvnudel:* Abkürzung für Narodnyj komissariat vnutrennich del (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten), auch als NKVD bzw. NKWD abgekürzt.
382 Hier und im Weiteren im Original „*zasoren*" („verschmutzt").
383 *Verbindungsdienst:* Gemeint ist die „Abteilung Internationale Verbindungen" (*Otdel meždunarodnoj svjazi* – OMS) der Komintern, ab Mitte der 1930er Jahre unter der Bezeichnung „Verbindungsdienst" („*Služba svjazi*" – SS) tätig.

Auffüllung des Verbindungsdienstes benötigt, da uns die Einstellung seiner Tätigkeit vollkommen vom Ausland abgeschnitten hat. Demzufolge erbitten wir einen Beschluss des Politbüros über die sofortige Bewilligung unserer an Gen. Malenkov gerichteten Anfrage.[384]

G. Dimitrov,
D. Manuilski

Dok. 427

Ultimative Aufforderung Georgi Dimitrovs an Willi Münzenberg, sofort nach Moskau zu kommen

[Moskau], 10.10.1937

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/76, 12. Erstveröffentlichung.

10. Oktober 1937.[385]

Deinen Brief vom 18. September habe ich erhalten.[386] Keine Information von einem gewissen Freund, weder telegraphisch noch mündlich, erhalten. Für Entscheidung über Deine Frage und Deine zukünftige Arbeit ist nur eine einzige Instanz zuständig, und diese Instanz ist das Sekretariat des EKKI. Eine richtige und endgültige Entscheidung durch das Sekretariat aber verlangt unbedingt Deine Anwesenheit hier und entsprechende persönliche Aussprache. Der großer Fehler ist, daß Du nicht schon längst hierhergekommen bist, trotz mehrmaliger, durch Dich selbst angekündigter Reisen nach M[oskau].[387] Es ist höchste Zeit, diesen Fehler wieder gutzumachen. Wir können

384 Der Brief wurde – in jeweils einem eigenen Exemplar – an Nikolaj Ežov, Andrej Ždanov und Andrej Andreev verschickt. In der Entwurfsfassung (RGASPI, 495/73/50, 25) stehen diese drei Namen oberhalb des Dokumententextes. Die Anfrage an Malenkov konnte in der russischen Veröffentlichung des Dokuments nicht ermittelt werden. Am Schluss handschriftliche Resolution Andreevs: „Gen. Malenkov zu beauftragen, in Monatsfrist eine Gruppe Mitarbeiter für das EKKI zusammenzustellen. Andreev."

385 Handschriftlicher Eintrag: „Für Herfurt [d.i. Willi Münzenberg] – Flor [d.i. Bohumír Šmeral]. In einem Brief Dimitrovs vom 11.10.1937 wies dieser den EKKI-Emissär Šmeral an, Münzenberg diesen Brief zu übergeben. Auch sollten bereits „allmählich alle mit W[illi Münzenberg] verbundenen Elemente entfernt werden." (RGASPI, Moskau, 495/73/76, 9.)

386 Dimitrov führte hier nicht das Telegramm Münzenbergs vom 8.10.1937 an (siehe Dok. 425), in dem er sein weiteres politisches Leben von der Rücknahme bestimmter Invektiven abhängig macht und seine Ankunft in Moskau für den 20.10.1937 ankündigt.

387 Münzenbergs letzte Reise nach Moskau erfolgte unter einem Vorwand, nach seinen Worten einer „Flohknackerei" (Babette Gross), als er vor die Internationale Kontrollkommission der Komintern geladen wurde. Er habe zunächst in der Liga gegen Imperialismus, dann in Paris Liane Klein als Stenotypistin beschäftigt, deren Vater ein Spion im Dienste Francos sei. Richard Gyptner verfasste dazu einen belastenden Bericht. Vgl. Dok. 423.

bei der geschaffenen Lage die Frage nicht weiter ohne Entscheidung lassen. Wenn Du auch auf diese *letzte* Einladung aus irgendwelchen Gründen noch nicht kommen wirst – was ich nicht annehmen will –, so wird das Sekretariat begreiflicherweise die Konsequenzen ziehen und die Frage selbst ohne Dich erledigen, auf Grund der Statuten der KI. Deswegen bitte ich, alles an Fl [Flor (Ps.), d.i. Bohumír Šmeral] zu übergeben, was noch nicht übergeben ist, die notwendigen Mittel von ihm zu nehmen und zu uns zu kommen.[388] Du kannst selbstverständlich Gen. Babette mitnehmen.[389] Visum ist für beide schon längst geschickt. Mit Gruß

[sign:] Helm [d.i. Georgi Dimitrov][390]

Dok. 428

Anfrage Dimitrovs an den NKVD-Vorsitzenden Nikolaj Ežov zur Überlassung der Archive der zwischenzeitlich verurteilten Sinowjew, Radek, Kun u.a.

[Moskau], 11.10.1937

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/50, 27. Erstveröffentlichung.

Absolut geheim

Lieber Genosse *Ežov*!
In den letzten Jahren hat unser Archiv mehrere Versuche unternommen, um von Sinowjew, Radek [und] Béla Kun die von ihnen aufbewahrten und historisch wertvollen Dokumente, Briefe und andere Materialien für das Archiv der KI zu erhalten, es ist jedoch nicht gelungen, von ihnen irgendetwas zu bekommen.

Ich bitte Sie sehr darum, sobald Sie es für möglich halten sollten, eine Anweisung zu geben, damit für das Archiv aus den bei Sinowjew, Radek, Bucharin, Béla Kun,

---

388 Wenig später, auf dem ZK-Plenum am 17.10.1937 sagte Dimitrov: „Die Angelegenheit Münzenberg hat sich durch sein Verhalten sehr unangenehm entwickelt. Er ist noch einmal aufgefordert worden, hierher zu kommen, andernfalls wird das Sekretariat in seiner Abwesenheit seine Angelegenheit entscheiden. Es müsste geprüft werden, welche politische Fragen zu dem Streit zwischen ihm und Walter [Ulbricht] geführt haben." (RGASPI, Moskau, 495/73/76, 22–26).

389 *Gen[ossin] Babette*: Die Lebensgefährtin Münzenbergs, Babette Gross (1898–1990) war die Schwester von Margarete Buber-Neumann. Sie war nicht nur Geschäftsführerin des Neuen Deutschen Verlags, sondern leitete 1933 auch die Universum Bücherei in der Schweiz und später die Editions du Carrefour in Paris.

390 Aufgeklebter Zettel, Typoskript russisch: „Am 11/X-37 übergeben an Gen. Anvelt zur Versendung über Gen. Max." Der Este Jaan Anvel't (1884–1937, in der Sowjetunion erschossen) war Mitglied der Internationalen Kontrollkommission der Komintern und an den stalinistischen „Säuberungen" maßgeblich beteiligt. Im Dezember des Jahres wurde er selbst verhaftet und gestand unter Folter (siehe u.a. Adibekov/Šachnazarova/Širinja: Organizacionnaja struktura, S. 146, 154).

Pjatnitzki, Knorin und anderen beschlagnahmten Materialien all das ausgesondert wird, was historischen Wert für die Komintern hat.[391]

Mit Genossengruß,

/G. DIMITROV/
11. Oktober 1937.
N° 657 / ld.



In einem Beschluss „Über Deutschland“ bestätigte am 23.10.1937 das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion den Entwurf einer Antwort an das deutsche Außenministerium. Darin protestierte das Volkskommissariat für Außenhandel gegen eine Steuernachzahlung in Höhe von 150.000 Mark, die die deutschen Behörden von der sowjetischen Handelsvertretung forderten. Dies würde den Abmachungen des Handelsvertrags von 1925 widersprechen, die nach wie vor gültig seien.[392]

Am 4.11.1937 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, auf der Schließung von fünf der sieben deutschen Konsulate in der UdSSR zu bestehen, darunter auch des Konsulats in Leningrad.[393] Am 9.11.1937 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, das Deutsche Konsulat in Leningrad „hinauszujagen“. Außenkommissar Litvinov wurde aufgefordert, diese Entscheidung „widerspruchslos“ auszuführen.[394]

---

391 Es ist nicht sicher, ob seinerzeit die Herausgabe der Dokumente seitens des NKVD erfolgte. Die im Kominternarchiv überlieferten Bestände weise Lücken auf.
392 RGASPI, Moskau, 17/162/22, 37; APRF, Moskau, 3/64/664, 220–221. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 168.
393 RGASPI, Moskau, 17/162/22, 50. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 355.
394 RGASPI, Moskau, 17/162/22, 56.

Dok. 429

„Vielleicht ist alles entsetzliches Mißverständnis“: Brief Willi Münzenbergs an Dimitrov

O.O. [Paris], 29.10.1937

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau 495/74/127, Kopie in: SAPMO-BArch, RY 5/I 6/10/68, 56–62. Publ. in deutscher Sprache in: Kühnrich: „Ein entsetzliches Mißverständnis“, S. 75–82; in französischer Sprache publ. in: Courtois: Dossier Willi Münzenberg, S. 58ff.

Den 29. Oktober 1937[395]

Lieber Freund,
wenn ich heute noch einen Brief an Dich schreibe, so tue ich das zögernd und ungern und in der sicheren Erwartung, daß es der letzte Brief vor einer mündlichen Aussprache mit Dir ist.[396] Mir ist das Briefeschreiben verdammt über, habe ich doch in den letzten 30 Wochen mehr Briefe geschrieben, als in den 30 Jahren meiner Tätigkeit in der sozialistischen Arbeiterbewegung. [...]

Den heutigen Brief schreibe ich, weil er vielleicht doch noch einige Tage vor mir dort eintrifft und weil es mich drängt, Dir, was ich bereits telegrafisch tat, für Deine Zeilen vom 10. Oktober zu danken und zu erklären, daß ich hoffe, Dich bald persönlich [zu] sehen.

In Deinem Briefe vom 10. Oktober schreibst Du, daß es ein Fehler gewesen sei, nicht schon früher zu reisen und Du forderst mich auf, diesen Fehler durch eine baldige Reise [wieder] gut zu machen.[397] [...]

Vielleicht ist alles ein entsetzliches Mißverständnis, vielleicht wäre all das nicht entstanden, wenn ich Dich im Oktober 1936 dort getroffen hätte und manches, was mich seit dem Sommer 1936 bewegte, mit Dir hätte besprechen und klären können. Das war aber leider nicht der Fall.

---

395 Paraphe Dimitrovs „D“ mit folgendem handschriftlichem Vermerk in russischer Sprache am Briefkopf: ,,Zum Brief an Münzenberg“.

396 *Mündliche Aussprache*: Münzenbergs Reise nach Moskau hätte seinen sicheren Tod bedeutet. Keine zwei Wochen nach Absendung des Briefes fand am 11.11.37 ein „Privatgespräch“ Stalins mit Dimitrov statt. Stalins Worte notierte Dimitrov im Tagebuch in der folgenden Weise: „Wahrscheinlich werden wir Stassowa verhaften. Sie hat sich als Schurkin erwiesen. Kirsanowa war eng mit Jakowlew verbunden. Auch sie eine Schurkin. – Münzenberg ist ein Trotzkist. Wenn er herkommt, werden wir ihn sofort verhaften. – Geben Sie sich Mühe, ihn hierher zu locken.“ (Dimitroff. Tagebücher, S. 165).

397 Siehe Dok. 427. Münzenberg war letztmalig im Oktober 1936 in Moskau, wurde dort wegen des Verdachts, er habe eine Spionin beschäftigt, von der IKK verhört und hatte bereits Schwierigkeiten mit der Ausreise (vgl. Harald Wessel: Münzenbergs Ende: Ein deutscher Kommunist im Widerstand gegen Hitler und Stalin: die Jahre 1933 bis 1940, Berlin, Dietz, 1991, S. 108).

Erlaube mir, daß ich heute, wo es um alles geht, was mir das Leben wert und teuer machte, was sein einziger Begriff und Inhalt seit über 30 Jahren war, wo all das verloren zu gehen droht, offen und ohne Rückhalt spreche.

Es sind zwei Fragen, die mich erfüllen, quälen und die mich gehindert haben, wie sonst Eurer Einladung sofort Folge zu leisten. Es ist die Frage unserer Taktik in der deutschen Einheits- und Volksfront (wie überhaupt der Organisierung der deutschen Revolution gegen Hitler) und eine persönlich-menschliche Frage.

Ich habe seit der Rückkehr Walters[398] Alarm geschlagen, ich bin nicht müde geworden, vor der von ihm betriebenen Politik zu warnen, die eine Abkehr von den Beschlüssen der Brüsseler Konferenz und des VII. Weltkongresses bedeutet, die uns – was ich im April voraussagte – zu einem Zerreißen der ersten Volksfrontansätze führen mußte, zu einer neuen, noch vollkommeneren Isolierung als 1931–1932, zu einem Abbruch aller Brücken zu Verbündeten und Bundesgenossen. Meine Befürchtungen sind leider nur allzu rasch allzu wahr geworden. Man hat gewütet, wie ein Elefant in einem Porzellanladen. Man hat auf lange Zeit den Zugang und die Erschließung zu anderen Schichten verschüttet, man hat durch die unsinnige Politik des Kampfes gegen alle und alles, auf dem niedrigsten Niveau übelster Intrigen und Polizeimethoden, sich in eine ausweglose Lage zu machtmäßig nicht unbedeutenden bürgerlichen und kirchlichen Kreisen hineinmanövriert, man hat die Stellung des volksfrontfeindlichen SP-Parteivorstandes gestärkt, man hat durch eine geradezu zügellose und dumme Hetze die Breitscheid-Braun-Gruppe[399] von uns gestoßen, man hat sogar Männer wie Heinrich Mann zu einer ablehnenden Haltung getrieben.[400] Und dies in einer Zeit, wo die objektive Lage für den Gegner denkbar ungünstig, für

398 *Rückkehr Walters*: Damit ist offensichtlich die Rückkehr Ulbrichts aus Moskau nach der Sitzung des Politbüros des ZK der KPD vom 28. Februar 1937 gemeint, die in Abstimmung mit dem Sekretariat des EKKI eine Reorganisation der KPD-Führung vornahm. Das Sitzungsprotokoll dazu: „Die bisherige Institution des Polbüros wird aufgehoben. Die Funktionen werden einem Sekretariat von 3 Genossen, bestehend aus Ulbricht, Dahlem, Merker, übertragen, wobei Ulbricht verantwortlich für die Leitung des Sekretariats gemacht wird. Bertz tritt als Kandidat in das Sekretariat ein und soll die Kaderfrage und die Leitung des Apparates übernehmen. Ackermann wird zur engeren Mitarbeit im Sekretariat bestimmt." Ulbricht erhielt damit nach der Auflösung des Politbüros die weitreichenden Vollmachten eines Leiters des ZK-Sekretariats der KPD in Paris, die er dann auch gegen Münzenberg einsetzte (IfGA, ZPA, I 2/3/20, 3a).

399 Gemeint sind die sozialdemokratischen Vertreter im Volksfront-Ausschuß, Rudolf Breitscheid und Max Braun. Rudolf Breitscheid (1874–1944), Mitglied des Parteivorstandes der SPD im Exil (SOPADE), Mitglied des Ausschusses zur Vorbereitung der Deutschen Volksfront; Max Braun (1892–1945), Vorsitzender der Sozialdemokratischen Landespartei der Saar, Vorsitzender des Arbeitsausschusses der Deutschen Volksfront.

400 Als einer der wenigen herausragenden Schriftsteller mit Weltgeltung blieb Heinrich Mann der KPD und der stalinistischen Sowjetunion treu. In einem gemeinsam mit Max Braun, Georg Bernhard, Emil Julius Gumbel, Georg Denicke, Jacob Walcher und Fritz Sternberg unterzeichneten Brief an das ZK der KPD wandte er sich gleichwohl noch am 13.11.1937 gegen die Manöver Ulbrichts und forderte „Wahrheit und Ehrlichkeit auch im Verkehr mit ihren Volksfrontpartnern" (abgedruckt in: Kemper: Heinrich Mann und Walter Ulbricht, S. 217–223).

die Entwicklung einer geschlossenen Opposition günstig war und wo jeder Teil der Opposition kräftig wächst und uns in wenigen Monaten kräftiger organisiert und besser ausgerüstet als Partner gegenüberstehen wird.

Man hat den Kampf gegen Hitler, trotz verhältnismäßig großen technischen Mitteln, Funktionären etc. – das ist meine feste Überzeugung – nicht nur nicht gefördert, sondern auf das schlimmste gehemmt und erschwert. Genug davon. Ich habe Euch darüber ausführlich geschrieben, andere Freunde haben Euch ausführlich berichtet, die Tatsachen und Resultate einer verrückten sektiererischen Politik sind Euch bekannt. Ich habe immer und immer wieder um Euer Interesse, Eure Aufmerksamkeit, Hilfe und Unterstützung in diesem Kampf gegen die schädliche und verderbliche Walter[-Ulbricht]-Politik gebeten. Es ist nichts geschehen. Ihr habt nicht eingegriffen. Der Unfug geht weiter, der Unsinn treibt immer tollere Blüten, und der Scherbenhaufen wird täglich größer. Aber nicht nur das. Ihr habt nicht nur geduldet, daß Walter die früher von mir geleitete Taktik in der Einheits- und Volksfront vollständig änderte und früher erzielte Erfolge zerschlug, sondern auch, daß er mit dem Kampf gegen die rechtsbürgerlichen Bundesgenossen, gegen die bürgerlichen Teilnehmer in der Volksfront, gegen rechte und linke Sozialisten, gegen Intellektuelle und andere, ebenfalls gegen mich einen ebenso niedrigen wie nichtswürdigen Kampf inszenierte.[…]

Du bist informiert über die Anwürfe in der Presse von Doriot, Goebbels etc. über Münzenberg, dem „Kassierer der Komintern mit den Millionenfonds“ etc. (Ich war nie, selbst im kleinsten Verein nicht, Kassierer). Ich habe Euch darauf hingewiesen, woher die Gerüchte kommen, wer sie fabriziert, wer sie lanciert. Ich habe gehofft, daß Ihr eingreifen würdet, geglaubt, Ihr würdet wenigstens diese perfide Lüge für die Zukunft verhindern.[401] […]

Was ich einfach nicht verstehe, worüber ich, bisher ohne Resultat, nachgrüble, das ist der ungeheure Widerspruch, der besteht zwischen Deiner Einladung, der Nachsicht, die ihr in meiner Reiseverzögerung geübt habt, in dem Angebot, eine neue verantwortungsvolle Arbeit im Auslande zu übernehmen und der niederträchtigen, gegen mich als Politiker, als Kommunist, als sozialistischen Revolutionär, als Mensch gerichteten Hetze von Walter. Überlege: wie soll ich mir folgendes erklären:

Am 10. Oktober ladest [sic] Du mich zur Besprechung wegen einer neuen Arbeit nach dort ein.[402] Ungefähr am gleichen Tage verkündete der ehemalige Offizier, bis 1931 Mitglied einer faschistischen Terrorgruppe, Bruder des faschistischen Attentäters und Rathenaumörders Ernst von Salomon, der bekannte Bruno von Salomon, der im Winter wegen Spitzelverdacht in Madrid verhaftet war, in einer Parteizelle: „Wenn

401 In der Literatur wird dagegen auch das Narrativ des „roten Millionärs“ transportiert (siehe als Beispiel: McMeekin: The Red Millionaire, zu den finanziellen Hintergründen besonders S. 163ff., 204ff.).
402 Siehe Dok. 427.

Münzenberg gefahren wäre, wäre er schon erschossen."[403] Die ungeheuerliche Hetze, die bei besonders Verrückten anscheinend den Charakter einer Mordhetze angenommen hat, hat dazu geführt, daß die hiesigen Polizeibehörden mich gestern kommen ließen und eröffneten, es seien ihnen aus deutschen Emigrantenkreisen Mitteilungen zugetragen worden, daß kommunistische „Freunde" mich überfallen wollen. Ich habe mich in meinem Leben nie so geschämt, wie in dieser Minute. Ich habe das als niederträchtige Lüge der Gestapo hingestellt, die so plump sei, daß man ihr die Lüge sofort anmerke.

Verstehst Du jetzt meine Lage? Gerade Du kannst einem Genossen die Gefühle nachempfinden, die ihn erfüllen müssen, einem Genossen, der über 30 Jahre in der Arbeiterbewegung, mit Liebknecht gegen den preußischen Militarismus, mit Lenin gegen den Krieg gekämpft hat, Gründer und langjähriger Vorsitzender der Kommunistischen Jugendinternationale, Mitbegründer der K.I. und der KPD, der 30 Jahre der Bewegung gab und der weiß, daß er wohl Fehler gemacht hat, sich aber nie ein Vergehen gegen die Bewegung zu schulden kommen ließ, der sein Leben Seite um Seite, Blatt um Blatt vor der Weltöffentlichkeit aufschlagen kann und beweisen, daß auf keiner Seite ein Flecken ist und der jetzt in perfidester Weise, heimlich, tückisch, durch die geflüsterte Zeitung um seinen Namen und seine Ehre gebracht werden soll. Ich bin bereit, vor jedem Forum über meine dreißigjährige Arbeit Rechenschaft abzulegen, politisch, organisatorisch, personell. In meinem Kreis gab es keine Trotzkisten, in meiner Umgebung nicht einen einzigen Gestapoagenten, trotzdem ich über 15 Jahre gerade in der Peripheriearbeit tätig war, weder mein Sekretär noch meine Mitarbeiter,[404] die man jetzt Mann um Mann trotz hervorragender Leistungen und

---

403 Später kolportierte Münzenberg diese Aussage Bruno von Salomons folgendermaßen: „In Moskau wäre Münzenberg schon lange erschossen, aber er wird seinem Schicksal nicht entgehen, der Arm der GPU reicht sehr weit." (Dok. 442a). Bruno von Salomon (1900–1952) war der ältere Bruder des Freikorpskämpfers Ernst und an der Ermordung des liberalen deutschen Außenministers Walther Rathenau beteiligt. Er kam aus der nationalistischen, teilweise terroristischen Landvolk-Bewegung und gehörte später dem Aufbruch-Kreis an. Münzenberg erwähnte häufiger die „Gruppe Ulbricht-Salomon-[Bruno] Frei"(siehe auch Dok. 375a). Nach KPD-Eintritt und Emigration nach Frankreich engagierte sich Salomon wie auch der ebenfalls aus der Landvolk-Bewegung stammende Bodo Uhse für die Volksfront. Mit Unterstützung Ulbrichts wurde er zum Leiter der Freundeskreise der Volksfront. U.a. sorgte er für einen Eklat, als er erklärt haben soll, daß Breitscheid und Braun sich von der Komintern hätten kaufen lassen. (Kemper: Heinrich Mann und Walter Ulbricht, S. 140; hier ist Kemper wohl ein Irrtum unterlaufen, statt „von der Komintern" müsste es inhaltlich logischerweise „von Münzenberg" heißen; vgl. Dok. 442a).

404 *Meine Mitarbeiter*: Münzenbergs Sekretär war Hans Schulz (siehe Dok. 443). Sein wichtigster politischer Mitarbeiter war der zu dieser Zeit bereits in sowjetischen Diensten stehende Otto Katz (Ps. André Simone, 1885 Prag – 1952, in Prag hingerichtet). Er leitete nicht nur die antifaschistischen Initiativen in den USA an (besonders in Holywood), sondern auch seit 1937 die von Münzenberg zusammen mit dem Außenminister der spanischen Republik, Alvarez del Vayo, gegründete Agence Espagne in Paris, die das *Bulletin Agence Espagne. Informations Télégraphiques et Téléphoniques De Dernière Heure* herausgab. Wie Babette Gross berichtet, zahlte er „an französische Journalisten erhebliche Summen für den Abdruck prosowjetischer und prokommunistischer Artikel." (Gross: Willi

Fähigkeiten entfernt, sind mit dem Revolver herumgelaufen, um den Genossen Stalin zu ermorden.

Was zum Teufel habe ich verbrochen, daß man in unbeschreiblich niedriger Weise nach einem Leben harter und erfolgreicher Parteiarbeit gegen mich so hetzen darf? Mitunter, wenn gerade wieder eine der tollsten Lügen zu meiner Kenntnis kommt, bin ich nahe daran aufzuschreien und diese Giftküche infamster Lügen und Gerüchte an den Pranger der ganzen Welt zu stellen. Nur mein Vertrauen zu Dir, zu dem Genossen Stalin, zu den dortigen Freunden, zur Sache des Kommunismus hält mich davon ab und Dein Brief vom 10. Oktober beweist mir, daß es berechtigt war.[405]

Ich wiederhole, was ich nur telegrafierte, ich will reisen. Ich bitte nur, und das wirst Du, da Du es nicht aus meinen früheren Briefen lesen konntest, nach dem heutigen verstehen, daß Ihr telegraphisch einem oder einigen Genossen das Mandat gebt, um hier einige absolut notwendige Feststellungen zu treffen und sie so rasch wie möglich an Ort und Stelle durchzuführen.

Vielleicht hast Du das schon angewiesen, vielleicht bin ich eher da, als dieser Brief, aber ich mußte Dir das heute, besonders nach Deinem Brief vom 10. Oktober, schreiben, weil es für mich unerträglich wäre, wenn Du in der Verzögerung meiner Abreise andere Ursachen sehen würdest, als die, die wirklich vorhanden sind.

Dok. 430

„Jeden werden wir erbarmungslos vernichten“: Trinkspruch Stalins für die Auslöschung aller „Feinde des Staates“, ihrer Familien und Angehörigen

Moskau, Bolschoi-Theater, 7.11.1937

Eintrag im Tagebuch Dimitrovs in russischer Sprache. In deutscher Sprache publ. in: Bayerlein: Georgi Dimitroff. Tagebücher I, S. 162.

Stal[in]:
Ich möchte einige Worte sagen, die vielleicht nicht sehr feierlich sind. Die russischen Zaren haben viel Schlechtes getan. Sie haben das Volk ausgeraubt und geknechtet. Sie führten Kriege und eroberten Territorien im Interesse der Gutsherren. Aber eine große Sache haben sie vorzuweisen: sie haben ein Riesenreich zusammengezimmert – bis nach Kamtschatka. Wir haben diesen Staat als Erbe erhalten. Und wir Bolschewiki haben diesen Staat erstmals gefestigt, zu einem einheitlichen, unteilbaren Staat, nicht im Interesse der Gutsherren und Kapitalisten, sondern zum Nutzen der

Münzenberg, S. 471; Jonathan Miles: The Nine Lives of Otto Katz. The Remarkable Story of a Communist Super-Spy, London, Bantam Press, 2010).
405 Siehe Dok. 427.

Werktätigen, aller Völker, die diesen Staat bilden. Wir haben den Staat so geeint, daß jeder Teil, der von diesem allgemeinen sozialistischen Staat losgerissen würde, nicht nur letzterem schaden würde, sondern allein auf sich gestellt auch nicht existieren könnte und unvermeidlich unter ein fremdes Joch geraten würde.

Deshalb ist jeder, der versucht, diese Einheit des sozialistischen Staates zu zerstören, der danach strebt, einzelne Teile und Nationalitäten von ihm abzutrennen, ein Feind, ein geschworener Feind des Staates, der Völker der UdSSR. Und wir werden jeden dieser Feinde vernichten, sei er auch ein alter Bolschewik, wir werden seine Sippe, seine Familie komplett vernichten. Jeden, der mit seinen Taten und in Gedanken einen Anschlag auf die Einheit des sozialistischen Staates unternimmt, werden wir erbarmungslos vernichten. Auf die Vernichtung aller Feinde, ihrer selbst, ihrer Sippe – bis zum Ende!

(Zustimmende Ausrufe: Auf den großen Stalin!)

Stal[in]:
Ich bin noch nicht fertig mit meinem Trinkspruch. Es wird sehr viel von großen Führern gesprochen. Doch keine Sache siegt, wenn die Bedingungen hierfür nicht gegeben sind. Dabei sind die mittleren Partei-, Wirtschafts- und Militärkader das wichtigste. Sie wählen den Führer, sie erklären den Massen die Umstände, sie garantieren den Erfolg der Sache. Auf diese mittleren Kader! Sie stehen im Hintergrund, man bemerkt sie nicht.

Am 21.12.1937 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, das Abkommen über den Güter- und Geldverkehr mit Deutschland für das Jahr 1938 zu verlängern.[406]



---

406 RGASPI, Moskau, 17/162/22, 93–94. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 356–357.

1938

Dok. 431

Beschluss des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion zur Fortführung der blutigen Säuberungen unter nationalen Gruppen, Ausländern wie auch Sowjetbürgern

Moskau, 31.01.1938

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 17/162/22, 114 und 17/162/22, 114. Deutsche Erstveröffentlichung (1), Erstveröffentlichung (2). In russischer Sprache publ. in: Leonid Radzichovskij: Bliznecy-brat'ja. In: *Stolica* (1992), Nr. 26, S. 6–7.

VKP(b). CK. Streng geheim.

Nr. P 5749 An Gen. Ežov.

Auszug aus dem Protokoll Nr. 57 der Sitzung des Politbüros des ZK der VKP(b).
Beschluss vom 31.1.1938

49. Anfrage des NKVD.
1. Dem Narkomvnudel [NKVD] wird erlaubt, die Operation zur Zerschlagung der Spionage-Diversions-Kontingente[1] unter den Polen, Letten, Deutschen, Esten, Finnen, Griechen, Iranern, Charbinern,[2] Chinesen und Rumänen, sowohl ausländischen Untertanen als auch sowjetischen Staatsbürgern, bis zum 15.4.1938 den existierenden Befehlen des NKVD entsprechend fortzusetzen.
2. Die existierende Vorgehensweise der außergerichtlichen Untersuchung der Fälle der im Zuge dieser Operationen Verhafteten, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, wird bis zum 15.8.1938 beibehalten.

---

1 Mit „Kontingenten" sind hier nicht Planzahlen gemeint, sondern die zu „Spionen und Diversanten" erklärten Vertreter nationaler Minderheiten als eine innerhalb der Letzteren ausgemachte Gruppe. In einem Rundschreiben des NKVD von 22.8.1937 „Über die Ausländer" hieß es: „Es ist festgestellt, dass die überwiegende Mehrheit der in der UdSSR lebenden Ausländer eine organisatorische Basis der Spionage und Diversion bilden." (Ochotin/Roginski: Zur Geschichte der Deutschen Operation, S. 101). In der NKVD-Lexikologie sprach man auch von „nationalen Linien" der Aktion und von Verurteilungen im „Albumverfahren" und durch „Sondertroikas" (Ochotin/Roginski: Zur Geschichte der Deutschen Operation, S. 117f.).

2 *Charbiner:* So nannte man die ehemaligen Angestellten und Arbeiter der Chinesischen Ost-Eisenbahnlinie (russ. Abk. *KVŽD*) sowie Remigranten aus der Mandschurei, die zwar in ihrer Mehrheit Russen waren, aber „weil sie [...] außerhalb der sowjetischen Grenzen geboren und aufgewachsen sind, (...) wie ‚ausländische' Bevölkerungsgruppen behandelt (wurden)" (Viktor Krieger: „Russlanddeutsche" Beschlüsse des Politbüros des ZK der VKP(b) in den Jahren 1920–1943. Eine Auswahl. In: *The International Newsletter of Communist Studies Online*, Vol. XV (2009), Nr. 22, S. 149–158, http://www.mzes.uni-mannheim.de/projekte/incs/home/data/pdf/INCS_22_ONLINE.pdf, S. 154f.).

3. Dem NKVD der UdSSR wird vorgeschlagen, bis zum 15. April eine analoge Operation durchzuführen, um die Kader der Bulgaren und Mazedonier, sowohl ausländischer Untertanen als auch sowjetischer Staatsbürger, zu zerstören.[3]

Auszug versendet an:
Gen. Ežov.

50.– Über Überläufer.
Es wurde festgestellt, daß ausländische Geheimdienste ihr umfangreiches Spionage- und Diversionsagentennetz in die UdSSR vor allem unter dem Deckmantel von Überläufern einschleusen, die angeblich politisches Asyl und bessere materielle Bedingungen infolge von Arbeitslosigkeit suchen, sowie von Deserteuren aus Armee- und Grenzschutztruppen, Remigranten und Emigranten.

Das ZK der VKP(b) beschließt:
1) Dem NKVD der UdSSR vorzuschlagen, alle an der Grenze aufgehaltenen Überläufer unabhängig von den Motiven ihres Übergangs auf das Territorium der UdSSR zu verhaften und einem sorgfältigen Verhör zu unterziehen.
2) Alle Überläufer, bei denen direkt oder indirekt festgestellt wird, daß sie das Territorium der UdSSR in Spionage-, Diversions- und anderen antisowjetischen Absichten betreten haben, dem Militärgericht mit unbedingter Anwendung der Erschießung zu übergeben.
3) Die Angelegenheiten aller Überläufer, bei denen festgestellt wird, daß sie das Territorium der UdSSR nicht bösen Willens betreten haben, sind der Sonderberatung des NKVD der UdSSR zur Ansicht zu übergeben, mit Anwendung des Strafmaßes von 10 Jahren Gefängnishaft.
4) Dem NKID vorzuschlagen, gemeinsam mit dem Narkomvnudel [d.i. NKVD] in Zehntagesfrist dem ZK der VKP(b) einen Vorschlag zur Revision der bestehenden Konventionen mit dem Iran, der Türkei und Afghanistan zum erleichterten Grenzübertritt vorzulegen, damit in diesen Regionen eine Grenzübertrittsordnung analog zu den Westgrenzen geschaffen werden kann.

Auszüge versendet an:
Gen. Ežov – alle [Punkte];
Gen. Potemkin – [Punkt] 4; Gen. Vyšinskij – [Punkt] 2.

3 Im russischen Original *pogromit'* (zertrümmern).

Dok. 432

Memorandum des Sekretariats des ZK der KPD über die „partei-, einheits- und volksfrontfeindliche Tätigkeit" Willi Münzenbergs

Moskau, 31.1.1938[4]

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau 495/205/7000 (5), 292. Mit dem Titel „Entwurf zum Fall Münzenberg" ist das Dokument auch im Nachlass von Wilhelm Pieck in SAPMO-BArch, NY 4036/515, 152–161 überliefert. Erstveröffentlichung.

Abschrift[5]
5 Ex./Pie.

13.2.39

Vertraulich!
Zum Fall Münzenberg.
Memorandum des Sekretariats des ZK der KPD vom Januar 1938.

Das Memorandum befasst sich weniger mit den politischen Abweichungen Münzenbergs von der Linie der Partei und der KI. Die Darstellung dieser Abweichungen ist in verschiedenen Briefen des Sekretariats an den Parteivorsitzenden Gen. Pieck, an das EKKI und an die IKK enthalten. Das Memorandum soll vielmehr eine Uebersicht geben über die partei-, einheits- und volksfrontfeindliche Tätigkeit Münzenbergs, die er zur Durchsetzung seiner Spaltungspolitik entfaltete.

Die Tätigkeit Münzenbergs gegen die KPD begann, soweit bisher festgestellt werden kann, nach seiner Rückkehr aus Moskau im Herbst 1936. Sie lässt sich in folgende Punkte einteilen:

1.) Tätigkeit zur Sprengung des Volksfront-Ausschusses;[6]

2.) Tätigkeit zur Schaffung neuer Parteigebilde, die sich gegen die KPD und gegen die Volksfront richteten.[7]

---

4 Handschriftlicher Eintrag.

5 Handschriftlich: „116/12".

6 Am 16.11.1937 teilte Max Braun dem KPD-Vorsitzenden Wilhelm Pieck schriftlich den Beschluss der Nichtkommunisten im Volksfrontausschuss mit, alle gemeinsamen Aktivitäten mit den Vertretern der KPD bis zur Beseitigung der Ursachen der Konflikte ruhen zu lassen. Für die „Sprengung" waren in erster Linie Ulbricht und die Kominternführung verantwortlich, die eine modifizierte Volksfront verfolgten, bei der ein einheitliches Vorgehen mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung nicht mehr im Zentrum stand. Die Terrorpolitik Moskaus und die Skandale in der Emigration (*Pariser Tagesszeitung* u.a.) trugen zum Bedeutungsverlust von KPD und Komintern bei. Seit 1937/1938 wurde die antistalinistische Wende in der deutschsprachigen Emigration zum irreversiblen Prozeß (zu den Ulbricht- und Breitscheid Korrespondenzen – aus dem Moskauer Sonderarchiv – sowie den Versuchen von Heinrich Mann und Lion Feuchtwanger, die Volksfront zu retten, siehe: Kemper: Heinrich Mann und Walter Ulbricht).

7 Dies trifft eher auf Ulbricht zu, der die „Freunde der deutschen Volksfront" zur Nachfolgeorganisation machen wollte.

3.) Tätigkeit zur Durchkreuzung der Bemühungen des Sekretariats zur Sicherung der „Pariser Tageszeitung" als Organ der deutschen Volksfront.[8]

1. [...] Da es sich erneut erwiesen hatte, dass auf legalem Wege eine Sprengung des Volksfrontausschusses an der Haltung der Vertreter der KPD scheitern musste, da sich ausserdem die Unzufriedenheit über die Inaktivität des Ausschusses unter den Freunden der Volksfront im Lande und in der Emigration deutlich bemerkbar machte, da ferner alle Manöver Münzenbergs zur Schaffung neuer volksfrontfeindlicher Gebilde von der Partei durchkreuzt worden waren, da es auch für die SP[D]- und SAP-Leute immer klarer wurde, dass Münzenberg in der Partei allein stand, hielt er es für geraten, den Volksfrontausschuss durch eine *Provokation* zu sprengen, um sich als unabkömmlicher Volksfrontpolitiker, der allein und mit Leichtigkeit alle vorhandenen Schwierigkeiten zu beseitigen in der Lage sei, zu präsentieren, oder aber eine bessere Grundlage für seine Parteineugründung zu schaffen, im Falle des Misslingens dieser Pläne und des Bruches mit der Partei. Die Provokation bestand in der von Braun und Bernhard gegen den Vorsitzenden des Pariser Freundeskreises Salomon erhobenen Beschuldigung, *„dieser habe Heinr[ich] Mann und Breitscheid [als] von der KPD gekauft bezeichnet."*[9] Es ist interessant, dass solche Verleumdungen gegen Heinr. Mann schon im Juni 1937 von Feinden der Volksfront wie Hirschberg-Antwerpen,[10] mit dem Münzenberg und Bernhard[11] Beziehungen unterhielten, verbreitet wurden.[12] [...]

Als weiterer Grund zur Sprengung des vorbereitenden Volksfrontausschusses wurde ein Brief von Walter an Heinrich Mann angeführt. Darin wird Heinrich Mann

---

8 Unter „Sicherung der Pariser Tageszeitung" wird hier der im Frühjahr 1937 beschlossene Aufkauf der Tageszeitung mit Kominterngeldern durch die KPD verstanden, gegen den Münzenberg opponierte (siehe den Beschluß, Dok. 411).

9 Die Äusserung Salomons wird in den Dokumenten unterschiedlich wiedergegeben; sie dürften jedoch in erster Linie gegen Münzenberg gerichtet gewesen sein. Freundeskreis: Gemeint sind die Freundeskreise der Deutschen Volksfront. Ziel der von Ulbricht, Salomon u.a. betriebenen Reaktivierung der Volksfront durch die Freundeskreise war die „Einbeziehung der schweigenden Mehrheit der unpolitischen Emigranten (...) und die Erweiterung über diese hinaus in die Reihen der Nationalsozialisten hinein" (Langkau-Alex: Deutsche Volksfront, Bd. 2, S. 440). Wie Babette Gross schrieb, bildete der Volksfrontausschuss für Ulbricht und die KPD-Leitung „(...) nur noch eine willkommene Basis, um sich an sozialdemokratische Gruppen im Reich zu wenden und um von Kommunisten gebildete 'Freundeskreise der Volksfront' im Ausland zu gründen, in denen Kommunisten das Wort führten." (Gross: Willi Münzenberg, S. 449). Mit Hilfe der von den nichtkommunistischen Gruppen und Parteien boykottierten Freundeskreise versuchten Ulbricht u.a., eine sektiererische Organisation aufzubauen. Mit Salomon und Robert Breuer seien – so Münzenberg – die „politisch und in jeder Beziehung (...) ungeeignetsten" Personen an ihre Spitze gestellt worden.

10 Der Name war nicht zuzuordnen.

11 Bernhard, d.i. Georg Bernhard (siehe Dok. 411), der zunächst mit Münzenberg eng verbunden war. Nach der gerichtlichen Untersuchung gegen ihn infolge des *coups* gegen den Verlagsleiter Vladimir Poljakov und seiner Absetzung als Chefredakteur des *Pariser Tageblatts* hauptsächlich beim jüdischen Weltkongreß tätig.

12 Nach einer anderen Lesart hätten sich Breitscheid und Braun – so sei es von Salomon kolportiert worden – von Münzenberg „kaufen lassen".

davon informiert, dass ein breiterer Meinungsaustausch mit namhaften Schriftstellern, Wissenschaftlern usw. zur Sammlung aller Kräfte vorgeschlagen sei. Dieser Brief entsprach denselben Vorschlägen von Walter in der Junitagung des Volksfrontausschusses der damals abgelehnt wurde. Dieser Brief, der taktisch richtig ist und Heinrich Mann als den Vorsitzenden des vorbereitenden Volksfrontausschuss informieren sollte, wurde von Münzenberg und Bernhard als ein Schritt gegen den Ausschuss entstellt und Heinrich Mann gesagt, dass wir ihn als Vorsitzenden des Ausschusses verdrängen wollen. [...]

2. [...] Münzenberg missbrauchte den Namen „Freiheitspartei" als Instrument für seine Manöver zur Durchkreuzung der Politik der Volksfrontbewegung.

Münzenbergs Teilnahme an der sogenannten Freiheitspartei begann Ende des Jahres 1936.[13] Damals schrieb der Katholik Spie[c]ker an Münzenberg einen Brief (14. Dezember 1936), in dem er seine Ideen zur Zusammenfassung antifaschistischer bürgerlicher Kreise und Katholiken, sowie seine Stellung zur Volksfront entwickelt und der Partei eine gewisse Zusammenarbeit – vorläufig jedoch noch ausserhalb der Volksfront – vorschlägt. Aus dem Schreiben ergibt sich, dass Münzenberg mit Spieker schon vorher, ohne Wissen der Parteileitung konkrete Verhandlungen über die Zusammenarbeit gepflogen hat [...]

Um sich für seine partei-einheitsfront- und volksfrontfeindliche Tätigkeit eine Zeitung zu sichern, versuchte M. gemeinschaftlich mit Bernhard, die „Pariser Tageszeitung" in seine Hände zu bringen. M. benutzte dazu unter Begehung eines groben Vertrauensbruches die ihm zur Kenntnis gelangten Bemühungen der Parteileitung zur Verhütung des wirtschaftlichen Bankrotts der „Pariser Tageszeitung".[14] Zur selben Zeit, als Verhandlungen zwischen den Eigentümern der „Pariser Tageszeitung" und Beauftragten der Parteileitung stattfanden, *verhandelte auch M. für sich als Person wegen dem Kauf*

---

13 Der ehemalige Pressechef von Reichskanzler Heinrich Brüning, Dr. Carl Spiecker (1888–1953) und der ehemalige preußische Finanzminister Otto Klepper (1888–1957) gründeten Ende 1936 im Exil die Deutsche Freiheitspartei (DFP) als konspirativ arbeitende Sammlungsbewegung von Oppositionellen vornehmlich bürgerlicher Herkunft; ihr Ziel war der Aufbau einer nationalen Freiheits- und Widerstandsbewegung. Als einzige Oppositionsgruppe betrieb sie einen Seesender. Nach seinem Ausschluss aus dem ZK der KPD übernahm Münzenberg die Herstellung der von der DFP herausgegeben „Deutschen Freiheitsbriefe", die als Flugblätter für die illegale Verbreitung in Deutschland konzipiert waren. Mit den Mitteln der Denunziation, Kriminalisierung und Veröffentlichung von Kontaktadressen versuchte die KPD, die Tätigkeit der DFP zu unterbinden, allerdings ohne Erfolg. Münzenberg arbeitete mit der DFP-Leitung zusammen (Beatrix Bouvier: Die Deutsche Freiheitspartei (DFP). Ein Beitrag zur Geschichte der Opposition gegen den Nationalsozialismus, Univ. Diss., Frankfurt am Main 1969; Martin van der Ven: Ein Seesender gegen Hitler. Der Sender der Deutschen Freiheitspartei, http://www.seesender.de/freiheitspartei.htm).

14 Dieser Abschnitt belegt die zentrale Bedeutung der Auseinandersetzung um die *Pariser Tageszeitung* für beide Seiten und das antifaschistische Exil insgesamt. Entgegen der hier geäusserten Sicht der KPD-Führung ging es darum, Münzenbergs und Bernhards Einfluß auf die Zeitung zu verhindern. Der Beschluß zum Aufkauf der Zeitung durch die Komintern bzw. die KPD ist vom 15.3.1937 datiert (siehe Dok. 411; vgl. Bayerlein/Matschuk: Vom Liberalismus zum Stalinismus).

der Zeitung und betrog damit die Partei. Es gelang ihm tatsächlich, die „Pariser Tageszeitung“ von Januar bis Juni in seinen Besitz zu bringen. M. verschwieg alle seine diesbezüglichen Massnahmen. Als die Zeitung im Juni in finanzieller Gefahr war und die Vertreter der Partei finanzielle Hilfe zusagten, *gab M. die Zeitung preis und wollte sie lieber bankrott gehen lassen, als mit Hilfe unserer Freunde erscheinen zu lassen.* Er telegrafierte ohne Wissen des Sekretariats nach Moskau, dass die Zeitungsverhandlungen gescheitert wären. In Wirklichkeit waren die Verhandlungen nicht gescheitert, aber M. wollte die weiteren Verhandlungen zwischen Somin[15] und unseren Freunden unmöglich machen und selbst von der KI einen Auftrag zu Verhandlungen und vor allem Geld haben. Bernhard forderte von uns sofort 70 000 Frcs zur Rettung der Zeitung. *In Wirklichkeit war dieses Geld bestimmt, die Zeitung endgültig in den Besitz von* M. zu bringen. (70 000 Frcs waren dem Besitzer Wolff als Abfindung versprochen worden).[16] Münzenberg trägt die Verantwortung dafür, dass die „Pariser Tageszeitung“ nunmehr an den Rand des Bankrotts gelangt ist. Wir verweisen betr. dieser Frage auf die vorhandenen Dokumente.

Schlussbemerkungen.
Die Ueberprüfung der parteifeindlichen Tätigkeit zeigt, dass er im Interesse der Durchsetzung seiner Politik bereit war, mit sozialdemokratischen, bürgerlichen und sogar mit trotzkistischen Elementen gemeinsame Sache zu machen. Er schreckte vor keiner Handlung zurück, wenn sie ihm nur geeignet erschien, der Partei Schwierigkeiten zu machen und ihre Einheits- und Volksfrontpolitik zu durchkreuzen.

Münzenberg betrog auch seine Bundesgenossen, wie er die Partei betrog. Er versuchte, sie durch *unwahre Behauptungen im Glauben zu erhalten, er, Münzenberg, werde von der KI gestützt, das Sekretariat sei im Unrecht* und versuche ihn, M., als Vertreter der Partei zu erledigen. Zu diesem Zweck gab er *seinen Bekannten den Inhalt von Briefen Münzenbergs an Genossen Stalin und Dimitroff und Wilhelm Pieck zur Kenntnis.*[17]

Es wäre falsch, zu behaupten, dass es ohne die parteifeindliche Tätigkeit Münzenbergs keine Differenzen mit den sozialdemokratischen und bürgerlichen Volksfrontpartnern gegeben hätte. Solche Differenzen hat es von Beginn der Zusammenarbeit gegeben und wären sicher im Verlaufe des Jahres 1937 noch stärker in Erscheinung getreten. Die Verschärfung der allgemeinen Situation, die Schwankungen der Linken innerhalb der sozialistischen Internationale, die *verstärkte trotzkistische Aktivität* etc. boten dafür alle Voraussetzungen. Die parteifeindliche Tätigkeit Münzenbergs hat es jedoch vorübergehend *verhindert, dass diese Differenzen in kameradschaftlicher Weise und auf einer politischen Grundlage ausgetragen werden konnten.* Es ist sein Verschulden,

---

15 Somin, d.i. Hugo Simon (1880–1950), linker Bankier, Förderer und Freund von Münzenberg und Babette Gross, der von Frankreich aus die Anti-Hitleropposition unterstützte und neben der Demokratischen Flüchtlingshilfe auch die *Pariser Tageszeitung* finanzierte.

16 Der der KPD-nahestehende Graphiker und Verleger Fritz Wolff (1887–1945) war Mitherausgeber der Pariser Tageszeitung.

17 Ein wichtiger Teil der Briefe an Stalin und Dimitrov ist im vorliegenden Band abgedruckt. Siehe zur Gesamteinschätzung auch den Beitrag von Bayerlein in Band 1, S. 337ff.

dass die Auseinandersetzungen von Seiten der SP[D]- und SAP-Leute auf ein niederes persönliches Niveau herabgedrückt wurden und dass sie zur vorübergehenden Lahmlegung der Arbeit des zentralen Volksfrontausschusses geführt haben. Insbesondere, dass auch Volksfront-Freunde, wie Heinrich Mann etc. in sie hineingezerrt wurden.

Durch die parteifeindliche Tätigkeit Münzenbergs wurden Breitscheid, Braun, Greczinski[18] etc. und die SAP-Leute in ihrer Einbildung, dass sie der KPD ihren Willen und ihre Politik aufzwingen können, bestärkt. Die parteifeindliche Tätigkeit Münzenbergs und sein betrügerisches Verhalten gegenüber der Partei hat die Verwirrung in der sozialdemokratischen Emigration und unter den antifaschistischen bürgerlichen Kreisen verstärkt. Sie hat das Tempo der Entwicklung der Volksfrontbewegung im Ausland vorübergehend vermindert und den Trotzkisten genutzt.[19]

Das Sekretariat hat versucht, den Auswirkungen der parteifeindlichen Tätigkeit Münzenbergs entgegenzuarbeiten. *Es ist ihm gelungen, die volksfrontmässige Arbeit im Lande und in der Emigration wieder zu aktivisieren.* Es ist ihm aber nicht gelungen, die Lahmlegung der Tätigkeit des Volksfrontausschusses zu verhüten.[20] Das hätte eine rechtzeitige klare politische Auseinandersetzung mit Münzenberg in der Oeffentlichkeit erfordert. Eine solche Auseinandersetzung mit Münzenberg hätte bei Breitscheid, Braun, Bernhard etc., insbesondere aber bei Heinrich Mann *bald Klarheit darüber geschaffen, dass nicht M., sondern das Sekretariat die operative Führung der Partei ist* und hätte sie zu einer kritischeren Stellung Münzenberg gegenüber veranlasst.

Eine solche offene politische Auseinandersetzung mit M. konnte das Sekretariat jedoch nicht rechtzeitig einleiten, da es in Uebereinstimmung mit dem Parteivorsitzenden Gen. Pieck das grössere Interesse daran hatte, alles zu vermeiden, was M. veranlassen konnte, seine Reise nach Moskau endgültig abzulehnen.[21] *Das Sekreta-*

18 Greczinski, d.i. Albert Grzesinski (1879–1947), der sozialdemokratische Innenminister in Preußen von 1926 bis 1930. Seit seiner Ausbürgerung 1933 rückte er von seinen konservativen Vorstellungen ab und beteiligte sich vor seiner Emigration in die USA 1937 am Reichstag-Gegenprozeß in London sowie am Volksfrontausschuß. Siehe Albert Grzesinski: Im Kampf um die deutsche Republik. Erinnerungen eines deutschen Sozialdemokraten. Herausgegeben von Eberhard Kolb, München, Oldenbourg, 2001 (*Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte*. 9).

19 Am 22.3.1939 schrieb der Heidelberger Universitätsprofessor Emil J. Gumbel an die Redaktion der Deutschen Volkszeitung, dass „(…) Während der NS-Staat die Tschechoslowakei zerschlage und die Freiheit in Europa immer mehr bedrohe (…) die KPD-Führung nichts Besseres zu tun (hätte), als den Exponenten der Einigung der deutschen Opposition zu diffamieren." Seiner Auffassung nach war deutlich geworden, „daß die Volksfrontbewegung vorwärts ging, solange Münzenberg ihr Vertreter war, und daß sie verfiel, als sie ihn gegen den Willen der Mehrheit durch einen Ungeeigneten ersetzten". (Aus dem Nachlaß Heinrich Mann zit. in: Langkau-Alex, Deutsche Volksfront, Bd. 2, S. 454).

20 Gemeint ist „zu verhindern". Am 16.11.1937 teilte Max Braun dem KPD-Vorsitzenden Wilhelm Pieck schriftlich den Beschluss der Nichtkommunisten im Volksfrontausschuss mit, alle gemeinsamen Aktivitäten mit den Vertretern der KPD bis zur Beseitigung der Ursachen der Konflikte ruhen zu lassen (Kemper: Heinrich Mann und Walter Ulbricht, S. 223–225).

21 Reise nach Moskau: Hier wird deutlich, dass die KPD-Führung darauf spekulierte, dass Münzenberg nach seiner Reise in Moskau ausgeschaltet würde.

riat hat auf die Verleumdungskampagne Münzenbergs gegen die Partei bis Juni nicht geantwortet, sondern hat Direktiven in dieser Sache von zu Hause erwartet. Als es nach der Junitagung des Volksfrontausschusses klar war, dass M. nicht zu einer Besprechung nach Moskau fährt, hat das Sekretariat M. vorgeschlagen, er solle mit Walter [Ulbricht] zur Aussprache zu Pieck reisen und es wurde ihm mitgeteilt, dass das Sekretariat dafür ist, dass er nach der Aussprache zur Arbeit nach Westeuropa zurückkehrt. Danach verschärfte M. den Kampf immer mehr und zwar in Formen persönlicher Verleumdungen gegen Walter. *Er unternahm alle Anstrengungen, einen eigenen Apparat zum Kampf gegen die Partei aufzubauen, wobei er sich auf sein Vertrauen bei der KI berief.* Deshalb wurde es notwendig, öffentlich in Form der Buchbesprechung vor Münzenbergs Prahlereien zu warnen.[22] [...] Dass es ihm nicht gelang, die bürgerlichen Kräfte zu beeinflussen, das geht aus der Ablehnung der namhaften Wissenschaftler und sogar gegenüber der Gründung von Heinr. Mann hervor. Die bürgerlichen Kreise wollen keinen „Münzenbergladen" und auch nicht mit Bernhard gemeinsam an die Oeffentlichkeit treten.

Münzenberg war es möglich, unter rücksichtsloser Durchbrechung jeder Parteidisziplin, Breitscheid, Braun, Walcher, Bernhard und insbesondere auch Heinr. Mann unter seiner Beeinflussung zu halten, sie gegen das Sekretariat einzustellen und die Zusammenarbeit zu stören. So erreichte er auch, dass die Auseinandersetzungen, die eigentlich zwischen dem Sekretariat und ihm geführt werden mussten, – soweit sie von Seiten des Sekretariats nicht vollkommen vermieden werden konnten, mit Breitscheid, Braun, Bernhard etc. stattfanden.

Januar 1938



Am 11.2.1938 erlaubte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion neue Verhandlungen mit Deutschland über einen von ihnen vorgeschlagenen 200-Millionen-Kredit. Die von der sowjetischen Seite anvisierte Laufzeit sollte 7 Jahre betragen. Die einzelnen Volkskommissariate wurden aufgefordert, Listen der von ihnen benötigten Güter einzureichen.[23]

Das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion beriet am 28.2.1938 über den Dritten Moskauer Schauprozess gegen Nikolaj Bucharin, Alexej Rykov, Genrich Jagoda „und andere". Festgelegt wurden die Zusammensetzung des Militärgerichtskollegiums und der Termin des Gerichtsbeginns. Die Anklageschrift wurde zur Veröffentlichung beschlossen. Alle Erwähnungen ausländischer Regierungen und ausländischer Repräsentanten in der UdSSR sollten hierin getilgt werden.[24]

Am 3.3.1938 hieß das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion den Vorschlag der deutschen Regierung gut, die Konsulate in Kiev und Novosibirsk aufzulösen. Im Deutschen Reichsollten dafür die sowjetischen Konsulate in Hamburg und Königsberg geschlossen werden.[25]

---

22 Die negative Buchbesprechung betraf das Buch Münzenbergs „Propaganda als Waffe", sie erschien in der *Deutschen Volkszeitung* vom 7.11.1937.

23 APRF, Moskau, 3/64/665, 1. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 172.

24 RGASPI, Moskau, 17/162/22, 141.

25 RGASPI, Moskau, 17/162/22, 142.

Am 3.3.1938 genehmigte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion dem EKKI die Zahlung eines Kredits von 50.000 Goldrubeln und 1.200.000 Rubeln, der auf das Budget für 1938 anzurechnen sei.[26]

Dok. 433

Meinungen und Stimmungen von KPD-Mitgliedern und antifaschistischen Arbeitern. Aus dem Deutschen Reich

O.O., 4.3.1938

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/74/130, 14–19. Erstveröffentlichung.

4. März 1938 / Funk [d.i. Herbert Wehner].

Streng vertraulich

Auszüge aus Berichten der KPD. über die Meinungen und Stimmungen von Mitgliedern und antifaschistischen Arbeitern.

Im Anschluss an die Zusammenfassung, die im Sommer 1937 vorgelegt wurde, geben die nachstehenden Auszüge aus Berichten Meinungen und Stimmungen wieder, die zum Teil unter dem Einfluss feindlicher Ideologien entstanden sind.

1.) Bericht aus Berlin, vom 10. September 1937: „Trotzkistenprozesse: Diese Prozesse stossen sehr ab. Sie (gemeint sind die antifaschistischen Arbeiter) glauben nicht alles, was darüber gesagt wird. Sobald die Russen aber aktiv auftreten, sei es in der Frage China oder Spanien, ist die Sympathie auf ihrer Seite... Unter unseren Genossen wird oft so diskutiert: Sind wir überhaupt noch eine kommunistische Organisation? Sie unterhalten sich, was früher alles falsch gemacht wurde und glauben, dass wir jetzt den Klassenkampfcharakter verwaschen durch unsere Volksfrontpolitik und den Kampf um die demokratische Republik. Bei Remmele und Neumann können sie nicht begreifen, dass das Lumpen geworden sind und fragen sich, wie war das möglich?“[27]

2.) Bericht aus Berlin, vom 30. August 1937: (Bericht eines Instrukteurs über einen Besuch in Berlin) „Unser junger Freund leitete die Diskussion folgendermaßen ein: wir haben in den letzten 2 Monaten die Materialien gelesen und Deine Ausführungen bei dem letzten Besuch ausführlich durchdiskutiert. Wir stellten fest, dass wir uns in einer ganzen Reihe von Fragen nicht klar sind. Vor allem in der Frage Volksfront und demokratische Volksrepublik. Ich konnte zwar nicht alles begründen, stehe aber nach wie vor auf dem Boden der Volksfront, erklärte er mir. Nachstehend die Beden-

---

26 RGASPI, Moskau, 17/162/22, 142. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 764–765.

27 Vgl. eine ähnliche Einschätzung seitens der Berliner Opposition, Dok. 424.

ken des alten Freundes, die mehr oder weniger den jungen Freund mit beeinflusst haben. Dieser alte Freund sagte folgendes zu mir: Nach Deinen letzten Ausführungen war ich wie erschlagen. Ich konnte überhaupt nichts dazu sagen. Es war mir alles vollkommen neu, nachdem wir doch über ein Jahr keine Verbindung gehabt haben. In der Zwischenzeit habe ich versucht, mich neu zu orientieren, aber es gibt noch eine grosse Lücke. Ich finde nicht die richtigen Zusammenhänge. Unsere Zweifel haben wir für uns behalten und haben immer auf der Linie der Partei diskutiert. Wir haben uns deshalb auf heute vorbereitet und wollen mit Dir alle Fragen, die die demokratische Volksrepublik betreffen, diskutieren. Die Sozialdemokraten, mit denen ich sprach, sagten: also haben wir doch immer Recht gehabt. Auf deren Urteil kann man natürlich nicht so viel geben, denn sie sind ja alle mehr oder weniger verbürgerlicht und betrachten das auch von anderen Gesichtspunkten aus. Alle unsere Genossen, mit denen ich sprach, hatten dieselben Bedenken, wie ich. Es ist doch leichter, die Massen gleich für unser Ziel, die Diktatur des Proletariats zu gewinnen, warum erst noch eine Zwischenetappe schaffen? Das schiebt doch die Sache nur unnötig hinaus. Wenn wir mit all den bürgerlichen Schichten zusammenarbeiten, werden wir da nicht untergehen? Wo bleibt die Rolle des Proletariats? Wird der Kampf gegen den Kapitalismus vertagt? Ich sehe keinen richtigen Unterschied zwischen Weimar und der kommenden Republik. Was für Garantien haben wir, dass die Sache nicht genau so wieder abrutscht? Natürlich ist der Kampf um die demokratische Republik eine taktische Frage, aber trotzdem, wenn wir auf der Volksfrontbasis siegen, wie wird die Sache dann weiter gehen? Wird es dann nicht gleich Auseinandersetzungen geben? Wenn es dann gleich Kämpfe innerhalb der Volksfront gibt, wozu gehen wir dann erst zusammen? Für ein Zusammengehen mit Mittelstand und Bauern sind wir, dafür sind wir ja auch früher eingetreten, aber mit der Kirche, diesen reaktionären Institutionen? Was hat sich denn bei denen geändert? Sie sind manchmal gegen die Nazis, aber doch nur aus religiösen Gründen. Das hat doch keinen richtigen Zusammenhang mit unserem Kampfe…“

„In 80 (Stadtteil von Berlin) besteht eine Gruppe, die sich als UBL. bezeichnet. Sie hat einige Verbindungen und kassiert ziemlich hohe Beiträge (3 Mark teilweise im Monat). Der Aufbau ist nach Fünfergruppen vorgenommen. Sie sind gegen die Volksfront und demokratische Republik eingestellt. Sonst sind sie sehr selbstherrisch und lassen sich auch nicht von ihren Verbindungen hineinreden. Literatur haben sie unsere.“[28]

28 UBL (Abk. für Unterbezirksleitung). Der einzige noch intakte Berliner Unterbezirk nach den Schlägen der Gestapo in den Jahren 1935–1937 war der UB Adlershof, der seit Frühjahr 1938 von Otto Nelte geleitet wurde. Illegale Betriebsaktivitäten wurden auch vom UB Moabit weitergeführt, dort lag die Leitung jedoch bei den „Versöhnlern“, die aus Gründen der hohen Gefährdung grundsätzlich keine Kontakte mit den noch verbliebenen Strukturen der KPD erlaubten (Sandvoß: Die andere Reichshauptstadt, S. 451, 547ff.).

3.) Brief aus Berlin, vom 7.Juli 1937: „Die Prozesse in der SU. werden als Zersetzungssymptome angesehen, auch von den als Antifaschisten bezeichneten Arbeitern."

4.) Bericht aus Berlin, von Anfang September 1937: „Unterhaltung mit einem Reichsbannermann. – Er hat ein grosses Interesse für militärische Fragen. Er erzählte, dass er vor kurzem die heftigsten Diskussionen mit alten führenden SPD.-Bonzen gehabt habe, und dass er ihnen ihre pazifistische Politik zum Vorwurf gemacht hätte und ihnen gesagt habe, dass sie die Jugend mit ihrer ganzen Romantik verdorben hätten. ‚Da kann man es erleben, dass diese alten Leute anfangen zu weinen.' ‚Warum haben denn die Arbeiterführer nach dem Kriege nicht die Kraft aufgebracht, die Baltikumer bei ihrer Rückkehr einfach umzubringen?[29] Mit allen diesen Elementen hätte man damals noch schnellen und kurzen Prozess machen können.' Dieser Reichsbannerarbeiter ist Metallarbeiter und schilderte seine Beobachtungen folgendermassen: ‚Der Metallarbeiter verdient zu viel an den Rüstungen und während des Krieges. Das ist heute wieder so, wie in den letzten Kriegsjahren, wo der Metallarbeiter der Hemmschuh war; er weiss, er braucht nicht in den Krieg, wird zu Hause gebraucht, bekommt hohen Lohn, kann unbegrenz[t] Ueberstunden machen, bekommt mit seiner Familie die beste Verpflegung usw. Der deutsche Arbeiter ist bisher noch nicht in der Lage gewesen, aus seiner politischen Ueberzeugung auch die harten Konsequenzen zu ziehen; und es wird noch lange dauern, bis der deutsche Arbeiter diese Konsequenz wirklich ziehen wird bis zum unerbittlichen Vernichtungskampf gegen den Gegner.' – Heute kämpfen in der Internat[ionalen] Brigade sicher die Tüchtigsten und Fähigsten aus der deutschen Arbeiterschaft, die gelernt haben, diese militärische Konsequenz zu ziehen.[30] Wenn man doch nur da draussen die fähigsten jungen Leute aus dem Kampf herausziehen würde, um sie für uns zu schulen. Denn solche Menschen brauchen wir in der deutschen Arbeiterbewegung. Wenn doch nur der Krieg bald losgehen wollte, das wäre die beste Schule." --

„Ueber den Moskausender hörte ich wieder eine Unterhaltung. Man freut sich über sorgfältige Diskussionen zu der Frage: Wie ist es möglich, dass die Massen in

---

29 *Baltikumer*: Angehörige der nach dem Ersten Weltkrieg in Lettland und Litauen weiter gegen die Sowjetunion kämpfenden deutschen Soldaten und der Freikorps.

30 Unter den ca. 40 Nationen bildeten die deutschen Feiwilligen der Internationalen Brigaden mit ca. 5000 von insgesamt ca. 40 000 antifaschistischen Kämpfern – vor allem Kommunisten, Sozialisten und Anarchisten ein wichtiges Kontingent, mit zwei deutschen Bataillonen (Thälmann-Bataillon, Bataillon Edgar André). Trotz zunehmender ideologischer Kontrolle durch kominterneigene und sowjetische Dienste waren sie gerade für viele deutsche Kämpfer positiv eine Möglichkeit zum aktiven Kampf gegen den Faschismus und eine Befreiung von politischer Verfolgung. Als „Armee der Komintern" (Pierre Broué) bildeten die Internationalen Brigaden erst- und letzmals eine internationalistische Freiwilligen-(Teil-)armee. In den Einsätzen, zuletzt in der Ebro-Schlacht 1938, erlitten sie beträchtliche Verluste. Im Herbst 1938 wurden sie im Gegensatz zu den auf der Seite der Putschisten kämpfenden italienischen und deutschen Truppenteilen aufgelöst und aus Spanien abgezogen. Neuere Dokumente belegen ein nur vorsichtiges, teilweise sogar widerstrebendes Engagement Stalins für die Internationalen Brigaden (Broué: Histoire de l'Internationale Communiste, S. 685ff.).

Deutschland sich belügen lassen. Solche Sendungen geben viel Stoff zu Diskussionen."

5.) Bericht eines Instrukteurs, der eine Parteiorganisation im Sport in Berlin K[reuzberg] besuchte, vom 20.VI.1937: „Die grössten Bauchschmerzen hatten unsere Freunde zu den Prozessen in M[oskau]. Sie erzählten mir, dass sie am liebsten den Diskussionen aus dem Wege gehen. Sie haben sich darüber gefreut, dass die Presse verhältnismässig kurz drüber schrieb und die Diskussionen ziemlich schnell abgeflaut sind. Für unsere Freunde war es demoralisierend, dass solche Verräter so hoch aufsteigen konnten, bis in die höchsten Funktionen. Ich musste mit ihnen noch mal sehr ausführlich die ganzen Prozesse und die Rolle dieser Agenten durchdiskutieren. Als ich mit ihnen über die Aufgaben zur Schaffung der deutschen Volksfront sprach, äusserten sie ihre Bedenken zur Volksfront in Frankreich. Das Kabinett Chautemps ist nach ihrer Meinung eine Rechtsschwenkung und ein Uebergang zur Rechtsregierung.[31] Sie ziehen dabei die abstrakte Parallele des Uebergangs der Papenregierung zur Hitlerregierung. Wir mussten über diese Dinge sehr lange und ausführlich diskutieren. Hier macht sich die Beeinflussung durch das dauernde Lesen der faschistischen Presse bemerkbar..."

6.) Bericht über die Tätigkeit einer seit 2 Jahren abgehangenen Parteigruppe, aus Berlin vom 30. Juni 1937: „Ihre Informationen holen sie sich vor allem aus englischen und französischen Zeitungen und entsprechenden Moskauer Sendungen, da die deutsche gestört wird. In verschiedenen Zeiten, besondern während der Olympiade, s[a]ndten sie durch die Post Flugblätter in deutscher und englischer Sprache an Journalisten und beliebige Adressen. Sie sind der Meinung, dass sie sich schon entsprechend den Beschlüssen des VII. Weltkongresses umgestellt haben. Das sieht folgendermassen aus: Sie versuchen, die ehemaligen Mitglieder der Partei wieder in kleine Gruppen ab und zu zusammen zu nehmen. Dort werden sie dann besonders über die aussenpolitische Lage informiert, und es wird ihnen frischer Mut eingepumpt. Da man aber gleichzeitig versucht, die Freunde zu irgend einer illegalen Aktion (Malen oder Flugblattverteilung) zu überreden, gehen dieselben ihnen lieber in grossen Bogen aus dem Wege. Die legale Arbeit und die Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen erkennen sie als notwendig an. Aber wie sollen wir die anderen Freunde davon überzeugen? Gerade wir haben bis zuletzt die Parolen der Partei befolgt und sind nicht in die faschistischen Organisationen gegangen, während die anderen schon lange drin waren.[32] Wenn wir jetzt vor die anderen treten, s[a]gen die: Aha, da kommt Ihr

31 Das Kabinett des Radikasozialisten Camille Chautemps wurde mit Unterstützung der Linksparteien am 22.6.1937 gebildet. Chautemps blieb auch Vize-Regierungschef unter den nachfolgenden Regierungen Daladier und Reynaud und gehörte kurzzeitig der Regierung Pétains an.

32 Umfang und Tragweite der von Komintern und KPD-Führung geforderten Tätigeit der deutschen Kommunisten in den NS-Massenorganisationen sind bisher empirisch nicht aufgearbeitet. Seitens der Komintern wurde dies bereits seit 1933 gefordert; es ist zu vermuten, dass es sich bei denen, die „schon lange drin waren", um diese erste Phase handelte.

auch schon. Wir müssen ihnen aber recht geben, während sie doch nur aus Feigheit oder Sicherheitsgründen hineingegangen sind.... Nur der Freund aus dem Betriebe hatte in Bezug auf legale Arbeit eine andere Meinung, das äusserte er durch Zustimmung zu meinen Ausführungen... Der Jugend-Freund wollte folgende Fragen von mir beantwortet haben: Was für Bedeutung hat die Verschiebung der Neurathreise nach London? Was für Einfluss hat der Fall von Bilbao[33] auf die Entscheidung des Bürgerkrieges? Einschätzung des Regierungswechsels in Frankreich. Soll man auf jede Verbreitung illegalen Materials verzichten? Wie verhindern wir in der sozialistischen Gesellschaft erbkranken Nachwuchs, denn die Kranken haben ja eigentlich keine E[x]istenzberechtigung, da sie der Gesellschaft nicht nutzen? Wie können solche Leute, wie Tuchatschewsky, zu Verrätern werden?[34] Sie waren über den wirklichen Sachverhalt vollkommen im Unklaren. Sie hatten Angst, dass in der SU wirklich etwas los sei, da sie ja in der Presse nichts anderes lesen. Der Angestellten-Freund las die Ueberschriften des Artikels in der DVZ. und sagte zu mir: ‚Jetzt ist mir alles klarer'."

7.) Bericht aus Berlin, vom 28. Juni 1937: „Die Gewerkschaftsgruppe bei der [...] will keine direkte Verbindung zur Partei haben. Sie haben in fast allen Abteilungen Einfluss. Ihre politischen Informationen entnehmen sie dem Radio und diskutieren darüber. Bei diesen Diskussionen wird hauptsächlich die aussenpolitische Frage erörtert. Zur Volksfront stehen sie zwar positiv, doch sehen sie diese noch nicht als einen Ausweg für Deutschland. Ihr Vorbild ist die Gewerkschaftsvereinigung in Frankreich und in Spanien.[35] Ihre gewerkschaftliche Tätigkeit im Betrieb üben sie dadurch aus, dass sie den Arbeitern in allen Lohn- und Arbeitsfragen Auskunft geben und Rat erteilen. Unser Freund ist der Auffassung, dass diese Gruppe dabei die legalen Möglichkeiten zu wenig ausnutzt und vor allen Dingen ihre gewerkschaftliche Tätigkeit nicht in die [Deutsche] Arbeitsfront verlegt."

---

33 *Fall von Bilbao*: Am 17.6.1937 erreichten die Aufständischen Franco-Truppen die baskische Hauptstadt Bilbao. Unterstützt durch schwere Artilleriebombardierung eroberten sie am 19.6.1937 die von den baskischen Behörden evakuierte Stadt. Dies war der entscheidende Schlag zur Eroberung des Nordens des spanischen Staats ("la conquista del norte") im Frühjahr 1938.

34 Tuchatschewsky: Der legendäre stellvertretende Volkskommissar für Verteidigung und Marschall der Sowjetunion, Michail Tuchačevskij, wurde nach schweren, von Stalin persönlich befohlenen Folterungen durch Ježov und einem Scheinprozess am 12.7.1937 unter der Anklage der Kollaboration mit der Reichswehr erschossen. Gerade der Marschall hatte frühzeitig und gegen die vorsichtige Haltung des Stalinschen Politbüros vor den Angriffsplänen Hitlers gewarnt (siehe Dok. 419).

35 In Frankreich hatten sich die kommunistisch und syndikalistisch orientierte Confédération Générale du Travail Unitaire (CGTU) und die sozialdemokratisch dominierte Confédération Générale du Travail (CGT) 1936 durch einen Beschluß des Gewerkschaftskongresses in Toulouse wiedervereint. In Spanien empfahl die KP Spaniens den Mitgliedern ihrer relativ einflusslosen Gewerkschaftsverbände 1935 sich der mehrheitlich sozialistisch orientierten Union General de Trabajadores (UGT) anzuschließen. Die in etwa gleichstarke anarcho-syndikalistische Gewerkschaftsföderation Confederación General del Trabajo (CNT) existierte jedoch weiter.

8.) *Bericht aus Berlin, vom 21. Juni 1937*: „Als unser Freund Rohrleger kam, war seine erste Frage: ‚Was ist in der SU. los? Warum diese Urteile? Unter unseren Kollegen herrscht grosse Aufregung darüber. Gewiss, sie begreifen, dass man gegen Schädlinge und Spione scharf vorgehen muss, aber Tuchatschewski hat doch noch vor kurzem in der Oeffentlichkeit eine so grosse Rolle gespielt, und wir können nicht verstehen, dass es so plötzlich kommt.‘ Seine zweite Frage war: ‚Was ist in Spanien?‘[36] [...]"

9.) Bericht aus Süddeutschland, vom 9. Oktober 1937: „Ueber die Spanienfrage, besonders über die Entwicklung der Kräfte auf der Volksfrontseite, herrschen bei den Freunden im Lande grosse Unklarheiten. Sie glauben dort vielfach das, was die faschistische Propaganda über die Anarchie, Niederschlagungsstimmung etc. auf der Volksfrontseite und über die vorbildliche militärische Disziplin und Ueberlegenheit auf Seiten der Faschisten meldet. Es gab darüber mit dem Freund eine lange Diskussion. Tatsache ist dagegen, dass das Auftreten der SU. zur Konferenz von Nyon und das Ergebnis der Konferenz ungeheuer stärkend auf die antifaschistischen Kreise eingewirkt hat."[37]



Am 13.3.1938 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, die (nicht näher definierten) seitens des deutschen Konsulats in Kiev geäußerten Beschwerden als ernstzunehmend einzuschätzen.[38]

Am 16.3.1938 beschloß das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, für „geheime Ausgaben" der Handelsvertretungen und Konsulate im Ausland für das Jahr 1938 1.500.000 Rubel zu assignieren.[39]

---

36 *Was ist in Spanien?*: In Spanien erfolgten nicht nur militärische Niederlagen der Republikaner. Infolge der von der KP Spaniens und der Komintern betriebenen Absetzung des sozialistischen Ministerpräsidenten Francisco Largo Caballero und den Maiereignissen in Barcelona, die auf eine Provokation der katalanischen Sektion der Komintern mit dem Ziel der Zurückdrängung der als „Trotzkisten" diabolisierten POUM und der Anarcho-Syndikalisten zurückzuführen waren, wurde die Linke unwiderbringlich gespalten. Die Niederlage der spanischen Republik bahnte sich an.
37 *Konferenz in Nyon*: Am 14.9.1937 wurde auf der in Nyon am Genfe See stattfindenen Konferenz ein international gültiger Beschluß gegen die Piraterie im Mittelmeer gefaßt. Dieser war besonders gegen das Mussolini-Regime gerichtet, das U-Boote ohne Hoheitszeichen im Mittelmeer zur Unterstützung der spanischen Putschisten einsetzte.
38 RGASPI, Moskau, 17/162/22, 150.
39 RGASPI, Moskau, 17/162/22, 152.

Dok. 434

Rechtfertigungsbericht von Jules Humbert-Droz über seine Beziehungen zur „Gruppe der Rechten und der Versöhnler"

O.O.u.o.D., [nach dem 19.3.1938]

Typoskript in französischer Sprache. AHD, La Chaux-de-Fonds, 00034. Deutsche Erstveröffentlichung. In französischer Sprache publ. in: Bayerlein/Lasserre: Archives de Jules Humbert-Droz, IV, S. 358–364. Das Dokument kann auf Frühjahr/Sommer 1938 datiert werden. Das von Stephen F. Cohen angenommene Datum ist eher unwahrscheinlich (siehe: Stephen F. Cohen: Nicolas Boukharine. La vie d'un bolchevik, Paris, Maspero, 1979, S. 471).

Meine Beziehung zur Gruppe der Rechten und der „Versöhnler".[40]

Während des 12. Plenums [des EKKI] hatte ich außerdem Gelegenheit, festzustellen, daß meine alten Freunde meine Intervention nicht guthießen.[41]

In Moskau angekommen, traf ich vor dem Komintern-Gebäude *Magyar*, von dem ich wusste, dass er in der sinowjewistischen Opposition war.[42] Er unterbrach mich sofort mit ziemlich heftigen Worten, deren Bedeutung mir erst später während des Prozesses gegen die kriminelle Bande der Trotzkisten-Bucharinisten deutlich wurde,[43] als ihre Aktivität während dieser Periode demonstriert wurde. Er sagte mir: „Sind Sie in der Schweiz verrückt geworden, eine politische Plattform vorzulegen, um in den Kampf zu gehen? Mit diesen Leuten, mit denen diskutiert man nicht mehr!"[44]

40 In den 1930er Jahren und im Zweiten Weltkrieg gibt es teilweise obskure Phasen in der Biographie des Schweizers Jules Humbert-Droz. So liegen widersprüchliche Angaben auch von ihm selbst über seine Zugehörigkeite zur parteiinternen Opposition der „Versöhnler" in der KPD vor (hierzu ausführlicher Bayerlein/Lasserre: Archives de Jules Humbert-Droz, IV, S. S. 19–43; Id.: Die unbekannte Geschichte der Versöhnler, S. 330ff.). Während seines letzten Moskau-Aufenthalts im Sommer 1938 wurde dem ehemaligen Komintern-Sekretär zunächst das Ausreisevisum versagt. Möglicherweise wurde er zur Abfassung des vorliegenden Dokuments gezwungen. Nach einer Zeit der Unsicherheit über sein Schicksal sagte er zu, nach Rückkehr in die Schweiz einen Artikel gegen den (seinerzeitigen Freund) Bucharin zu schreiben.

41 12. Plenum: Das 12. EKKI-Plenum fand Ende August/Anfang September in Moskau statt.

42 Mag'yar (Ljudvig Mad'jar) wurde bereits 1935 als Sinowjewist verhaftet. Das Erschiessungsurteil gegen ihn erging am 2.11.1937.

43 Bucharin-Prozeß: Der Dritte Moskauer Schauprozess gegen Nikolaj Bucharin – dem politischen Mentor von Humbert-Droz, Alexej Rykov, Genrich Jagoda, Christian Rakovskij u.a. begann am 2.3.1938 und endete am 13.3.1938 zumeist mit Todesurteilen. Der Mitangeklage ehemalige Sowjetbotschafter in Berlin, Nikolaj Krestinskij leistete offenen Widerstand gegen die Prozessmaschinerie, indem er anfänglich nicht gestand, bzw. sein Geständnis widerrief.

44 Politische Plattform: Es handelte sich um eine von Humbert-Droz verfasste Resolution des 5. ZK-Plenums der KP der Schweiz im Juni 1932 über "die internationale Situation und die Aufgaben der internationalen kommunistischen Bewegung". Nicht zuletzt, weil keine kommunistische Partei mehr eine eigene Analyse zur internationalen Situation, geschweige denn gegen die offizielle "Sozialfaschismuspolitik" vorlegen durfte, wurde das Dokument als "Internationale Plattform der

Nach diesem Versuch, als ich vollständig isoliert wurde, wurde ich aus der Führung der Kommunistischen Partei eliminiert und heftig von der Kommunistischen Internationale angegriffen, von der Parteipresse und in verschiedenen Resolutionen der Organisationen.

Es war zu diesem Zeitpunkt, dass *Hitler* die Macht ergriff. Ich betrachtete dieses Ereignis als eine schwere Niederlage der deutschen Arbeiterklasse und der revolutionären internationalen Bewegung. Ich meinte, dass die in Deutschland verfolgte sektiererische Politik eine der Ursachen für diese Niederlage war.

Es war zu dieser Zeit, dass in Zürich ein Vertreter der deutschen Versöhnler, *Volk*, auftauchte.[45] Er sprach ebenfalls von Niederlage und dem Teil der Verantwortung der Politik der KI für diese Niederlage. Er betonte die Art, in der die KI meine Plattform verurteilt und mich von der Arbeit eliminiert hatte, um mich dazu aufzufordern, die fraktionelle Tätigkeit an der Seite der Versöhnler wieder aufzunehmen. Er sprach zu mir von der Notwendigkeit, jetzt alle Anti-Hitler-Kräfte zu gruppieren und im Besonderen von der Notwendigkeit, mit den Trotzkisten und den Sinowjewisten zusammenzuarbeiten.

Ich erklärte mich damit einverstanden, den Kontakt mit der Versöhnler-Fraktion wieder aufzunehmen, vom ersten Moment an jedoch stellte ich mich vehement gegen jede Allianz und jeden Kontakt mit den Trotzkisten und den Sinowjewisten und ich teilte diese Meinung sofort *Heller*[46] und *Holm* mit, die in Zürich waren.[47] Zürich wurde zu einem Zentrum des Zusammenschlusses der Versöhnler.[48] Während des Jahres 1933

Versöhnler" verurteilt. Abdruck in: Archives de Jules Humbert-Droz, III, S.316–341. Seine folgende Unterwerfungserklärung siehe ebd., S. 341–343.

45 Die „Berliner Opposition" um Karl Volk und Georg Krausz (in der auch Heinz Brandt Mitglied war) setzte die Parteitradition der „Versöhnler" fort (siehe Dok. 424). Bis auf den Unterbezirk Adlerhorst wurden die meisten offiziellen Widerstandsgruppen bzw. Berliner Unterbezirke in den Jahren 1936–1937 zerschlagen. „Noch die größten übergreifenden Erfolge in der Untergrundarbeit in Berliner Betrieben zur Mitte der dreißiger Jahre zeigten zwei kommunistische Tendenzen, die konträr zur stalinistischen Generallinie der KPD bzw. Kommunistischen Internationale lagen. Es handelte sich um die unterdrückte innerparteiliche Fraktion der gemäßigten ‚Versöhnler', die sich noch einen gewissen Realismus bewahrt hatten (...)" (Sandvoß: Die andere Reichshauptstadt, S. 546f., der jedoch die Berliner Opposition bzw. die „radikalen" Versöhnler nicht thematisiert).

46 Otto Heller (1897–1945, im Konzentrationslager Ebensee). Tschechisch-österreichisch-deutscher Kommunist, Mitglied der KP der Tschechoslowakei, dann der KPD. Redakteur der *Deutschen Zentral-Zeitung* in Moskau. Verschiedene Missionen in Frankreich und Spanien. Nach Internierung in der französischen Résistance aktiv, starb im KZ Ebensee.

47 Hans Holm (1895–1981), Hamburger Sozialdemokrat, 1919 KPD, zeitweise Kominternfunktionär, Leiter des "Neuen Deutschen Verlags" (Münzenberg) und der "Universum Bücherei für alle". "Versöhnler", nach dem Krieg in der DDR Verlagstätigkeit, zugleich betroffen von Parteisäuberungen.

48 In Zürich fanden 1933 zwei „Versöhnlerkonferenzen" statt (siehe hierzu: Bayerlein: Die unbekannte Geschichte, S. 330f.).

habe ich dort mehrere Male *Volk, Baudisch,*[49] *Otto Heller, Hans Holm, Hans Schröter,*[50] *René Begun*[51], *Paul Becker,*[52] *Hans Glaubauf*[53] und einige Genossen aus Hannover und Hamburg (*Wessermann*) [d.i. Hans Westermann].[54] Darüber hinaus Winterfeld,[55] den mir Volk als denjenigen vorstellte, der die fraktionelle Arbeit finanzierte.[56] Wir hatten keine Verbindung mit ehemaligen Mitgliedern der Versöhnler-Fraktion, wie *Eberlein*,[57] der von *Volk* als korrumpiert und wenig zuverlässig eingeschätzt wurde, und *Süßkind*, der aus der Fraktion in Deutschland in Folge der Rivalität mit *Volk* ausgeschlossen wurde.[58] *Volk* wollte mich zu einer Art internationalem Sekretär der Fraktion machen und bot mir einen regelmäßigen Lohn an – ich besaß damals keine bezahlte Aufgabe und war ohne Arbeitslosenunterstützung. Ich habe es immer zurückgewiesen, ein bezahlter Angestellter der Fraktion zu werden.

---

49 Paul Baudisch (1899–1977). Österreichischer Autor, Essayist und Drehbuchautor. Mitte der 1920er Jahre KPD; Emigration über Wien, Frankreich nach Schweden. P.E.N.-Mitglied in Deutschland nach 1945.

50 Johannes Schröter (1896–1963). Deutscher Gewerkschafter. In der KPD „Polleiter" in Halle, 1928 Reichstagsmitglied, spielte als „Versöhnler" eine wichtige Rolle gegen Thälmann. Verheiratet mit Henriette Begun. Später in Mexico und den USA.

51 Dr. med. René Begun, d.i. Henriette Schröter, geb. Begun (Ps. René) (geb. 1899). Bis 1933 KJVD-Funktionärin, Emigration über die USA nach Mexiko, wo sie nach 1945 blieb.

52 Paul Becker: Möglicherweise Verwechslung mit Karl Albin Becker (1894–1942, in Deutschland hingerichtet), 1912 SPD, 1919 KPD-Gründer und Parteiredakteur, anfänglich Wortführer der "Versöhnler". 1941 von der Vichy-Regierung nach Deutschland ausgeliefert und nach Todesurteil hingerichtet.

53 Hans Glaubauf (1901–1942, in Deutschland hingerichtet). Deutsch-böhmischer Kommunist. Doktor der Politikwissenschaft, Publizist. Seit 1924 Tätigkeit im Moskauer Marx-Engels-Insititut, teilweise auch im Kominternapparat tätig. Später in Frankreich interniert, dann Feiwilliger der Tschechoslowakischen Legion, nach Festnahme durch die Gestapo und politischem Prozess exekutiert.

54 Hans Westermann (1890–1935, im Konzentrationslager Fuhlsbüttel ermordet). Nach dem Ersten Weltkrieg Anführer der revolutionären Seeleute in Hamburg. In der KPD zu den "Versöhnlern" gerechnet. Nach 1933 im Widerstand, wird jedoch von der eigenen Parteiführung (Pieck) öffentlich denunziert und daraufhin von den Nationalsozialisten verhaftet; nach erneuter Festnahme 1935 im Konzentrationslager Fuhlsbüttel ermordet.

55 Robert David Winterfeld (Ps. Robert Gilbert) (1899–1978), Künstler, Chansonnier und Komponist, Librettist. Sohn von Max Winterfeld (Ps. Jean Gilbert). Setzte sich vom Luxusleben seines Vaters ab, komponierte Arbeiterlieder, die Operette „Das Weisse Rössl" und Chansons, darunter einige Welthits („Liebling, mein Herz lässt Dich grüssen"). Emigration 1933 nach Wien, 1938 Frankreich, 1940 USA.

56 Robert Winterfeld finanzierte teilweise die Kommunistische Partei (Opposition), aber auch die Gehälter von „Versöhnlern" (J. Humbert-Droz: Mémoires, III, 88ff.).

57 Hugo Eberlein, der einzige KPD-Delegierte auf dem Gründungskongress der Komintern (siehe seinen Bericht, Dok. 14) arbeitete als Beauftragter der Komintern für das Verlagswesen. Nach seiner Flucht nach Moskau im August 1936 verhaftet. Nach wochenlangen Torturen 1939 Straflager Workuta, nach Todesurteil im Oktober 1941 erschossen.

58 Heinrich Süßkind (siehe Dok. 387), einer der historischen Führer der „Versöhnler"; trotz „Kapitulation" 1935 wurde er von der KPD-Führung weiterhin kriminalisiert und ausgeschlossen, 1937 in der Sowjetunion erschossen (siehe: W. Pieck: Gegen die 'versöhnlerischen' Schmuggler. In: *Die Kommunistische Internationale* (1935), H. 2, S. 154f.). Im November 1936 zusammen mit Béla Kun in Moskau verhaftet und nach über einem Jahr grausamer Verhöre als „Trotzkist" und wegen Verbindungen zur „Terrororganisation der Rechten" am 3.10.1937 erschossen.

Unsere Treffen besaßen einen eindeutig fraktionellen Charakter, wir hatten jedoch einige sehr lebhafte Diskussionen über eine Reihe von essentiellen Fragen gehabt und die Divergenzen, die sich seit Beginn an zeigten, führten zu einem Bruch innerhalb dieser Fraktion, die niemals einer einheitlicher Meinung über die Gesamtheit der debattierten Fragen gewesen ist.

Ich habe mich resolut gegen jeden Kontakt mit den Trotzkisten und den Sinowjewisten gestellt, ebenso wenig mit *Neumann*, der damals in Zürich war,[59] während *Volk* für eine Zusammenarbeit und die Bildung eines Blocks eintrat.

Ich habe mich dagegen gestellt, dass sich die Fraktion als *antistalinistische* erklärte, indem ich aufzeigte, dass wir den Kampf gegen die Person Stalins nicht zu einem Aktionsprogramm machen konnten, sondern dass wir die falsche Politik der KI bekämpfen mussten, ohne uns dabei mit einer der Fraktionen oder Gruppen der KP der UdSSR zu verbinden und ohne über sowjetische Fragen eine Position zu beziehen.

Ich war der Auffassung, dass wir nicht eine Partei in der Partei bilden sollten, und dass es unsere Aufgabe war, in der Partei zu arbeiten und dabei die Entscheidungen, selbst die falschen, umzusetzen und unseren Kampf gegen den Faschismus und die Bourgeoisie auszurichten und nicht gegen die Partei als solche, in einem Wort, dass unsere Aufgabe darin bestand, trotz der Arbeit für die Partei in ihr durch eine fraktionelle Arbeit die Kräfte zu vereinen, die dazu geeignet schienen, die politische Linie zu verändern, im Rahmen der Legalität der Partei.

Während dieser Diskussion wurde ich im Allgemeinen durch *Otto Heller, Hans Schröter, Paul Becker, Hans Glaubauf* unterstützt, während *Baudisch* und *Winterfeld* den stärker fraktionistischen Standpunkt von Volk unterstützten. Ich bin der Überzeugung, dass Volk mit der Gruppe *Neumann* in Verbindung stand, die sich seinerzeit in Zürich befand. Ich selbst, habe *Neumann* in Zürich nie gesehen und stand weder direkt noch indirekt in Verbindung zu ihm.

Ich habe dagegen mehrere Male aus Gründen, die mit der Arbeit zu tun hatten, *Eberlein* und *Henry Kurella*[60] gesehen, der in der *RUNA* arbeitete und Neumann traf. Mit *Kurella* habe ich niemals über Fraktionsarbeit gesprochen. Mit *Eberlein* habe ich einige Male über die Arbeit der Versöhnler gesprochen. Ich habe darüber auch

---

59 Heinz Neumann wurde nach einer Kominternmission in Spanien 1933/1934 nach Zürich abgeschoben und Ende 1934 von der dortigen Fremdenpolizei in Abschiebehaft genommen. NS-Deutschand verlangte seine Auslieferung, bis die Sowjetunion, wo er zwei Jahre später erschossen wurde, ihm Asyl anbot (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 634ff.).

60 RUNA: Die Rundschau-Nachrichten-Agentur, die von Zürich und Basel aus die Kominternzeitschrift *Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung*, das Nachfolgeorgan der *Inprekorr*, sowie ein Pressebulletin herausgab (siehe: Irén Komját: Die Geschichte der Inprekorr. Zeitung der Kommunistischen Internationale. 1921–1939, Frankfurt am Main, Verlag Marxistische Blätter, 1982 (Marxistische Paperbacks. Beiträge zur Geschichte, 104).

mit *Harry* gesprochen, der seinerzeit für das ZK der italienischen Partei arbeitete.[61] Mehrere Male habe ich mit *Komjat* gesprochen und dabei die Politik der KI energisch kritisiert, ohne jedoch mit ihm über die Arbeit der Versöhnler zu sprechen.[62]

Volk hatte ebenfalls die Absicht, sich in Frankreich *Doriot* anzunähern, der sich in Opposition mit dem ZK der französischen Partei befand. Ich habe ihn vor einem solchen Vorgehen gewarnt und weiß nicht, ob ein solches erfolgt ist.[63]

Es war niemals die Rede von Verbindungen mit der Gruppe *Bucharins*, jedoch bin ich heute der Überzeugung, dass die Vorgehensweisen, die von Volk anfangs 1933 versucht wurden, um mich in einen antistalinistischen Block mit den Trotzkisten und Sinowjewisten einzubauen, von *Bucharin* inspiriert waren.[64]

Als ich zum 13. Plenum abreiste, sagte mir *Volk*, dass *Magyar* ein Vertrauensgenosse sei, mit dem ich sprechen könnte.[65] Auf dem 13. Plenum jedoch verteidigte *Magyar* so vollständig die offizielle Linie der KI, dass ich davon ausging, dass *Volk* sich geirrt hatte, und ich habe mit *Magyar* nicht über Fraktionsarbeit gesprochen. Während des 13. Plenums wurde ich von zahlreichen Rednern direkt und häufiger angegriffen: *Manuilski, Knorin,* die sich mit schwerwiegenden Drohungen an mich wandten. Ich war der Überzeugung, dass meine fraktionelle Tätigkeit mit den Versöhnlern dem EKKI bekannt war und dass diese Arbeit zu meinem Ausschluss aus der

---

61 Die Identität von „Harry“ ist nicht gesichert. Harry war das u.a. von Arthur Ewert (1890–1959) benutzte Pseudonym (Harry Berger) der 1928 als “Versöhnler” Hauptgegner Thälmanns im Politbüro der KPD war. Er wurde von der Komintern abgeschoben und u.a. nach China und Brasilien geschickt.

62 Aladár Komját (1891–1937). Ungarischer Journalist und Schriftsteller, 1918 Mitglied der KP Ungarns und der KPD (1918), später der KP Frankreichs; 1925–1936 „erste und unentbehrliche Arbeitskraft“ (Julius Alpári) in der *Inprekorr*- bzw. *Rundschau*-Redaktion.

63 Jacques Doriot (siehe Dok. 389), zunächst umjubelter kommunistischer Bürgermeister von St Denis als Vertreter einer Einheitsfront mit den Sozialisten. Nachdem er mit der Komintern in Konflikt geraten war, gründete er nach Ausschluss die nationalistische, später profaschistische Französische Volkspartei (Parti Populaire Français).

64 Dass Bucharin Inspirator eines solchen Blocks gewesen sei, gehört wohl in den Bereich der Feindkonstrukte zur Präparierung des gefälschten 3. Moskauer Prozesses im März 1938 gegen 21 führende sowjetische Kommunisten als Mitglieder eines „Blocks der Rechten und Trotzkisten“ (vgl. Die Beiträge von Hermann Weber und Jakov Drabkin in Bd. 1). Andererseits gibt es Spuren eines umfassenderen antistalinistischen Oppositionsblocks in der Sowjetunion aus der ersten Hälfte der 1930er Jahre mit den Hauptströmungen um Trotzki, Martem'jan Rjutin (der früher mit Bucharin verbunden war, vgl. Dok. 254) und Ivan Smirnov. Der französische Historiker Pierre Broué geht davon aus, dass die Aufdeckung und Zerschlagung der Gruppe um Rjutin im Jahr 1932 Stalin und seine Kreise in Panik versetzt und sie in ihrer teils paranoiden, teils real begründbaren Furcht bestärkt habe, dass die reumütigen ehemaligen Parteioppositionellen aus den vorangegangenen Zeitabschnitten lediglich auf eine Gelegenheit gewartet hätten, um ihre oppositionelle Tätigkeit fortzusetzen und ihn von der Machtposition zu verdrängen (Broué: Histoire de l'Internationale Communiste, S. 711f., siehe zu den unterschiedlichen Forschungsthesen im Beitrag von Bayerlein in Bd. 1, S. 355f.; vgl. die Plattform des oppositionellen „Bundes der Marxisten-Leninisten“ von 1932, Dok. 299).

65 13. Plenum: Gemeint ist das 13. EKKI-Plenum, das vom 28.11.-12.12.1933 in Moskau stattfand. Dort wurde zwar ein verstärkter Kampf gegen den Faschismus gefordert, doch der Hauptschlag immer noch gegen die Sozialdemokratie und den Trotzkismus als Hauptfeinde ausgerichtet.

Partei führen würde. Ich entschied folglich während des 13. Plenums mit jeder fraktionellen Bindung zu brechen und zur Parteidisziplin zurückzukehren. Bei meiner Rückkehr in die Schweiz habe ich noch den Besuch von *Baudisch* empfangen, dem ich erklärte, dass ich keine Fraktionsarbeit fortführen die Absicht hatte, die nur dazu führte, uns aus der Partei ausschließen zu lassen und uns jede Möglichkeit zu nehmen, eine Wendung herbeizuführen. [...]

Wie ich mich bereits vor mehreren Jahren von der Richtigkeit der Politik *Stalins* in der Sowjetunion überzeugt hatte, trennte mich nichts mehr vom EKKI und vom ZK der KP der UdSSR und es war voller Ehrlichkeit, dass ich die Arbeit in der Führung der kommunistischen Partei der Schweiz und meine Zusammenarbeit mit der KI wieder aufgenommen habe.[66]

Dok. 435

Anweisungen der Komintern an Bohumir Šmeral zur Liquidierung der antifaschistischen Münzenberg-Verlage und Netzwerke

[Moskau], 20.3.1938

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/76, 5–7. Erstveröffentlichung.

1/Bö
20.III.1938

Vertraulich!
[hdschr.:] Anweisungen für Gen. Šmeral.[67]
1./ Gen. Šmeral soll von nun an alle Beziehungen mit Willi Münzenberg abbrechen. An den Büroräumen und an der „Edition", die sich juristisch in den Händen von Münzenberg befinden, soll er sich desinteressieren. Auch die in diesem Büro und in der

---

66 In der Folge seiner „Abschwörung" wird Humbert-Droz auch in der KP der Schweiz weiter – besonders von Karl Hofmaier – bekämpft; er verliert nicht nur seine Position an der Parteispitze, und wird Anfang 1943 schließlich ausgeschlossen. Im gleichen Jahr tritt er in die Sozialistische Partei der Schweiz ein und wird einer ihrer Zentralsekretäre (cf. Bayerlein/Studer: Jules Humbert-Droz. In: José Gotovitch, Claude Pennetier: Dictionnaire Biographique du mouvement ouvrier international. Dictionnaire biographique de l'Internationale communiste en France, en Belgique, au Luxembourg, en Suisse et à Moscou. 1919–1943, Collectif éditorial Sylvain Boulouque, Michel Dreyfus, José Gotovitch, Peter Huber, Mikhaïl Narinski, Claude Pennetier, Brigitte Studer, Henri Wehenkel, Serge Wolikow, S. 339–343. CD in: Serge Wolikow: L'Internationale communiste (1919–1943). Le Komintern ou le rêve déchu du parti mondial de la révolution, Iyry-sur-Seine, Editions de l'Atelier, 2010.).

67 Šmeral war bereits im Dezember 1936 im Auftrag der Komintern nach Paris geschickt worden, um die Unternehmungen im Umkreis von Münzenberg zu kontrollieren, die entweder ihm übergeben oder aufgelöst werden sollten. Personal sollte entlassen, unliebsame Personen „gesäubert" werden (siehe auch Dok. 396).

Edition Carrefour noch angestellten Personen haben von nun an mit ihm nichts mehr zu tun.[68]
2./ Gen. Thorez wird beauftragt,[69] mit Heinrich Mann, Feuchtwanger, Langewin [d.i. Paul Langevin],[70] Francis Jourden [d.i. Jourdain],[71] evtl. mit Pierre Cot[72] zu sprechen, um sie über die Lage von Münzenberg zu informieren und sie in entsprechender Weise zu beeinflussen, damit die Liquidierung der Frage Münzenberg in der deutschen Volksfront, in den Kreisen der französischen Volksfront und in den verschiedenen Komitees keine, oder möglichst geringe Reibungen hervorrufe. Aehnliche Besprechungen soll Šmeral auch mit Breitscheid, Madame Duchene[73] und Luis[74] durchführen.
3./ vor seiner Abreise soll Šmeral mit den deutschen Genossen darüber sprechen, in welcher Form die Liquidierung der Münzenberg-Frage in P[aris] behandelt werden

---

68 Gemeint sind die Editions du Carrefour (siehe Dok. 398), der von Münzenberg und Babette Gross aufgebaute wichtigste literarische Exilverlag im Umkreis der Komintern.

69 Maurice Thorez (1900–1964) war der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, ähnlich wie sein älteres *alter ego* Ernst Thälmann zum sozialistischen Helden hochstilisiert („Sohn des Volkes"). Er unterstützte 1934 die Einheitsfront von KPF und Sozialistischer Partei, wie auch die Volksfrontregierung unter Léon Blum.

70 Paul Langevin (1872–1946) war ein französischer Physikprofessor, der u.a. mit Einstein zusammenarbeitete. Als überzeugter NS-Gegner gründete er 1934 ein antifaschistisches Comité de vigilance („Wachsamkeitskomitee"). Siehe: Bernadette Bensaude-Vincent: Langevin, Science et Vigilance, Paris, Belin, 1987.

71 Francis Jourdain (1876–1958) war ein fortschrittlicher, modernistischer Designer, Maler, Graveur und Architekt in Frankreich. Über den Anarchimus und Sozialismus gelangte er zur Kommunistischen Partei und animierte seit 1932 mit André Gide, Louis Aragon und Paul Vaillant-Couturier die Association des écrivains et artistes révolutionnaires (AEAR). Siehe: Arlette Barré-Despond, Suzannne Tise: Jourdain, éditions du Regard, 1988.

72 Pierre Cot (1895–1977), Französischer radikalsozialistischer Politiker, der sich vom Anhänger der Revanche-Politik im Ersten Weltkrieg nach links entwickelte und sich seit 1933 den Positionen der Kommunistischen Partei annäherte. U.a. Luftfahrtminister in der Volksfrontregierung. Spätestens nach seiner Emigration in die USA ist er für den sowjetischen Geheimdienst tätig, besonders im Umkreis De Gaulles. 1953 erhielt er den Stalin-Preis (siehe: Herbert Romerstein, Eric Breindel: The Venona Secrets. Exposing Soviet Espionage and America's Traitors, Washington DC, Regnery, 2000, S. 56f.; die Agentätigkeit wird bestritten in: Sabine Jansen: Pierre Cot, un antifasciste radical, Paris, Fayard, 2002).

73 Gabrielle Duchêne (1870–1954), französische Feministin, die eine Symbiose von Pazifismus und (kommunistisch beeinflußtem) Antifaschismus verkörperte und als Gesellschaftsmodell anstrebte. Als „fellow traveller" der KPF war sie führend im Weltkomitee der Frauen gegen Krieg und Faschismus tätig (Comité mondial des femmes contre la guerre et le fascisme, CMF). Siehe: Francis Jourdain: Gabrielle Duchêne (1870–1954). In: *La pensée. Revue du rationalisme moderne (1954)*, n° 58, 1954; Emmanuelle Carle: Gabrielle Duchêne et la recherche d'une autre route. Entre le pacifisme féministe et l'antifascisme, Univ. Diss., History Department, McGilI University, Montreal, 2005.

74 „Luis" war das Pseudonym des Argentiniers Vittorio Codovilla (1894–1970), der bis 1941 in höchst unterschiedlichen Missionen für die Komintern (möglicherweise auch für die sowjetischen Dienste) und anschließend als Generalsekretär der KP Argentiniens tätig war. Er war ebenfalls für Peripherorganisationen wie die Liga gegen Imperialismus, die Amsterdam-Pleyel-Bewegung und die Internationalen Roten Hilfe zuständig (Lazitch/Drachkovitch: Biographical Dictionary, S. 180f.).

soll, um die eventuellen Schäden nach Möglichkeit zu verringern. Sein bisheriges[75] Verhältnis zu den „Deutschen Informationen" und zum „Deutschen Archiv"[76] soll Gen. Šmeral liquidieren.[77] Die eventuelle Ausnützung und materielle Sicherstellung dieser Instruktionen soll der KPD überlassen werden.

4./ Die Kaderfragen von verschiedenen, in der antifaschistischen und RUP-Bewegung[78] arbeitenden Personen soll Šm[eral] mit Hilfe der Kaderabteilung der französischen Partei prüfen und entscheiden. Dolivet – wie es faktisch in letzter Zeit schon war – soll in dem RUP-Sekretariat nicht als Exponent der Kommunisten betrachtet werden.[79]

5./ Das Zentrum für die Negerarbeit soll liquidiert werden.[80] Gen. Wodson [Woodson] soll sofort nach Amerika übersiedeln.

---

75 „Sein bisheriges" handschriftlich eingefügt, statt dessen „Unser weiteres" gestrichen.

76 Die *Deutschen Informationen/ Nouvelles d'Allemagne*, wurden von März 1936 bis September 1939 von Heinrich Mann, den beiden Sozialdemokraten Rudolf Breitscheid und Max Braun (bis 1938) sowie dem KPD-Mitglied Bruno Frei (bis 1939) herausgegeben. Letzterer hatte Münzenberg aus der Redaktion herausgedrängt. Der Pressedienst erschien von März 1936 bis April 1939 in Paris, maximal dreimal wöchentlich mit Materialien und Nachrichten aus dem Reich, die für die französische Presse bestimmt waren. Die Informationen waren zugleich die „letzte Bastion" (Ulla Langkau), in der sich die Ursprungsidee der Volksfront realisierte, die „diskret" von der KPD finanziert wurden (Babette Gross), bis es auch hier zum Bruch einer gemeinsamen Redaktion kam (Ulla Langkau-Alex: Deutsche Volksfront, Bd.2, S. 420ff.; Gross: Willi Münzenberg, S. 296).

77 „soll Gen. Smeral" und der folgende Satz handschriftlich eingefügt. Statt dessen „er nach der Besprechung mit den deutschen Genossen und nach Feststellung der heutigen Lage in P. selbst bestimmen" durchgestrichen.

78 *RUP-Bewegung*: Am 25.9.1935 wurde mit maßgeblicher Unterstützung Willi Münzenbergs die Weltvereinigung für den Frieden (RUP/ Rassemblement universel pour la paix) gegründet. Die Initiative ging anlässlich des italienischen Äthiopien-Kriegs vom sowjetischen Gewerkschaftsdachverband aus. Ziel war die weltweite Unterstützung für diplomatische und andere Friedensmaßnahmen des Völkerbunds. Neben Münzenberg wirkten erstmals auch Sozialdemokraten mit, darunter Victor Schiff, Rudolf Breitscheid und Friedrich Stampfer, auch dank seiner Unterstützer – Sir Robert Cecil als Vorsitzender, Philip Noel-Baker, Salomon Grumbach, Pierre Cot u.a. als Mitarbeiter. Die Organisation war offener als das Amsterdam-Pleyel-Komitee aus dem Jahre 1932, gleichwohl als Instrument der sowjetischen Staats- und Außenpolitik in Richtung auf den Völkerbund konzipiert.

79 Dem Sekretär der Weltvereinigung für Frieden, Louis Dolivet (siehe Dok. 443) wurde bereits seinerzeit eine gewisse Nähe zu den sowjetischen Geheimdiensten nachgesagt.

80 *Zentrum für Negerarbeit*: Dabei handelte es sich um ein vom Surinamesen und Mitglied der KP der USA, Otto Huiswoud (Ps. Charles Wooodson u.a., 1893–1961) geleitetes Büro in Paris, das in der Nachfolge des International Trade Union Committee of Negro Workers (ITUCNW) – 1930–1933 in Hamburg – die Zeitschrift *The Negro Worker* herausgab. Nach der Liquidierung von ISH und IRH wurde im Februar 1938 seitens der Komintern der Transfer des Zentrums in die USA beschlossen, ein neues, grösseres Komitee „zur Hilfe für die kulturelle Entwicklung der Neger in Afrika" sollte dort geschaffen werden. (Holger Weiss: Framing a Radical African Atlantic, S. 714ff.; Maria Gertrudis van Enckevort: The Life and Work of Otto Huiswoud. Professional Revolutionary and Internationalist, 1893–1961, Mona, Jamaica, University of the West Indies, 2000).

6./ Gemeinsam mit dem jetzt in Paris sich befindenden Genossen Raymond[81] soll Genosse Šmeral beschleunigt einen Antrag zur Umorganisierung, evtl. Uebersiedlung des internationalen Zentrums für die Studentenarbeit (Gen. Victor) ausarbeiten[82] und dem Sekretariate vorzulegen.[83]
7./ Die Fragen der internationalen Zentren für die Jugendarbeit und der Gottlosenbewegung werden nach Anhörung der hier anwesenden Genossen Marcel und Jansen später entschieden.
8./ Mit dem Albaner Fundo (Trotzkist) soll Genosse Šmeral alle Beziehungen abbrechen. Šmeral und Richard sollen Fundo isolieren und sich mit anderen zwei in P[aris] lebenden verlässlichen albanischen Freunden verbinden.[84] Der alte Albaner Pejani soll dazu gebracht werden, dass er möglichst bald nach Albanien übersiedele. Bis zu dieser Uebersiedlung soll er als Politemigrant von der Pariser MOPR-Stelle in bisheriger Höhe unterstützt werden.[85]
9./ Genosse Šmeral soll die Arbeit von Miglioli überprüfen. U. a. soll er feststellen, wie es mit dem agrarischen Zentrum steht,[86] warum das Journal nicht herausgegeben

81 Raymond, d.i. Raymond Guyot (1903–1986), französischer kommunistischer Funktionär, der als stalintreuer Sekretär der Kommunistischen Jugend im Apparat aufstieg, 1935 Sekretär der Kommunistischen Jugendinternationale und Mitglied des EKKI (siehe u.a. Philippe Robrieux: Histoire intérieure du parti communiste, Bd. 4, Paris, Fayard, 1984, S. 286–292).

82 Hinter der Beschreibung „Internationales Zentrum für die Studentenarbeit“ verbirgt sich höchstwahrscheinlich das Welt-Studentenkomitee gegen Krieg und Faschismus. Sein Sekretär war Robert Victor (Viktor), in den Kaderakten auch als Victor und André Ducrot (Ducros) angegeben, nach anderen Quellen auch Victor Laffitte. Der ursprüngliche Name soll Lazar Katz gewesen sein. Der rumänischstämmige Jude war seit 1930 KPF-Mitglied. 1933–1934 Union Fédérale des Etudiants und ab 1934 in Paris Sekretär des Welt-Studentenkomitees gegen Krieg und Faschismus (Buckmiller/ Meschkat Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Viktor (Victor), Robert“).

83 „und dem Sekretariate vorzulegen“ handschriftlich. Statt dessen gestrichen: „Werden die Genossen Raymond und Šmeral vollkommen einig, soll ihr Standpunkt als endgültig gelten und er kann sofort durchgeführt werden.“

84 Lazar (Zai) Fundo (1899–1944, in Jugoslawien ermordet) war ein nationaler Kämpfer und albanischer Revolutionär, der sich dem Kommunismus anschloss, an der KUNMZ studierte und im Komintern-Apparat arbeitete. 1933 nahm er als Beobachter am Reichstagsbrandprozes teil, im Pariser Exil gehörte er der albanischen Parteiführung im Ausland an. Fundo wurde 1938 nach Moskau zurückberufen, als „Verräter“ denunziert und aus der Partei ausgeschlossen. Dank seiner Freundschaft mit Dimitrov konnte er jedoch wieder ausreisen. Im Zweiten Weltkrieg im nichtkommunistischen Widerstand in Albanien tätig, wurde er im Sommer 1944 von kommunistischen Partisanen unter Enver Hoxha festgesetzt und auf Weisung von Tito ermordet (siehe Lazitch/Drachkovitch: Biographical Dictionary, S. 111–112; Owen Pearson: Albania in the Twentieth Century, Bd. 1, London, I.B.Tauris, 2004, S. 396).

85 Bei Pejani handelt es sich um Bedri Pejani (1885–1946), einen kosovo-albanischen bürgerlichen Revolutionär, der im Pariser Exil zeitweise von der Komintern finanziell unterstützt wurde. Er ging nach Kosovo zurück und trat dort während des Zweiten Weltkriegs als NS-Kollaborateur in Erscheinung.

86 Guido Miglioli (1879–1954), italienischer Linksintellektueller, der vor allem in der Bauernpolitik und für die Komintern aktiv war. Im September 1936 organisierte er die Landwirtschaftskonferenz des RUP in Brüssel und wurde in der Folge Sekretär des in Moskau neu konstituierten Internationalen

wird, welches ist der wirkliche Standpunkt Migliolis zur Intervention des italienischen und deutschen Faschismus in Spanien, welche Motive seinen Widerstand gegen RUP und gegen die agrarische Kommission derselben bestimmen. Es ist Kurs darauf zu halten, dass Miglioli nicht ganz selbständig arbeitet, sondern dass er einen festen, ganz verlässlichen, nach Möglichkeit französischen Genossen neben sich bekommt.
10./ Der Genosse Šmeral soll überprüfen, ob die Liquidierung der Internationale der Seeleute durchgeführt ist.[87] Wenn zur endgültigen Liquidierung eine Hilfe notwendig wäre, soll er sie bis zum Betrage von 3.000 frz. Franken selbst beschaffen.[88] Wenn bedeutend mehr notwendig wäre, ist Genosse Gaston verpflichtet, die notwendige Deckung mit Hilfe von Maurice [Thorez] zu beschaffen.[89]
11./ In Anbetracht der ausserordentlichen Wichtigkeit der chinesischen Arbeit wird die französische Partei verpflichtet, anstatt des Genossen Cogniot[90] einen anderen fähigen und autoritativen Genossen für die systematische verantwortliche Leitung dieser Arbeit zu bestimmen. Mit Hilfe des Pariser Chinesischen Komitees soll beschleunigt ein internationales Sekretariat in London gebildet werden.[91] Das setzt die Existenz eines chinesischen Komitees auch in England voraus. Solche Komitees sollen auch in anderen wichtigen Ländern gebildet werden.
[hdschr.:] 20.3.38

D.Dimi[trov]
Gottwald

Agrarinstituts (F. Andreucci, T. Detti: Dizionario biografico, III, 460–469; A. Fappani: Guido Miglioli e il movimento contadino, Roma, cinque lune, 1978).

87 Die Internationale der Seeleute und Hafenarbeiter (ISH) (siehe Dok. 360) wurde offiziell am 27.5.1937 durch das EKKI-Sekretariat aufgelöst: „Since 1933, the former global network was barely functioning. Most of the Inter-Clubs, apart from those in Marseilles, Rouen, Dunkirk, Rotterdam, New York, Copenhagen, Esbjerg and Stockholm, did not exist anymore due to the lack of financial support from the ISH Secretariat. The final count-down of the ISH was not even documented. It seems that the ISH Secretariat ceased to be in operation by mid-1936. In Moscow, the dissolution of the RILU Apparatus was reaching its final act in 1937 (Holger Weiss: The Hamburg Committee, Moscow and the Making of a Radical African Atlantic, 1930–1933, Part Two: The ISH, the IRH and the ITUCNW, CoWoPa Comintern Working Paper 20/2010, Abo Academy, https://www.abo.fi/student/en/media/7957/cowopa20weiss.pdf).

88 „Frz. Franken" handschriftlich eingefügt.

89 Gaston (Ps.). Möglicherweise Georges Maranne (1888–1976); Maurice: Maurice Thorez.

90 Genosse Cogniot: D.i. Georges Cogniot (1901–1978). ZK-Mitglied der KPF und Parteivertreter bei der Komintern 1936–1939, danach Chefredakteur der Parteizeitung *l'Humanité*. Cogniot kontrollierte im Auftrag der Komintern die Ausländer in den Massenorganisationen (Gotovitch(Pennetier: Dictionnaire biographique de l'Internationale communiste; CD in: Wolikow: L'Internationale communiste).

91 *Pariser chinesisches Komitee*: Im Zuge der Konstituierung der „antijapanischen Einheitsfront" mit der Kuomintang im Krieg gegen Japan wurden in Paris wie in London und New York Sektionen der Vereinigung der Freunde des chinesischen Volkes aktiviert; darüber hinaus war Paris Sitz der Föderation der Chinesischen Vereinigungen in Europa für die Rettung des Vaterlands (Fédération des Associations chinoises en Europe pour le sauvetage de la patrie), die von der französischen Kommunistin Etienne Constant geleitet wurde (siehe: Maitron/Pennetier: Dictionnaire Biographique, S. 144–146).



Ein Beschluss des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion vom 26.3.1938 beendete die über 10-jährige Existenz der Internationalen Lenin-Schule der Komintern. Begründet wurde die Schließung damit, dass die Kader auch in ihren Heimatländern vorbereitet werden könnten. Alle Schüler sollten bis zum 1. Juni abgeschoben werden.[92]

„Angesichts der Vernichtung Österreichs als eines selbständigen Staates" beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 27.3.1938, die sowjetische Botschaft in Wien aufzulösen. Auch als Konsulat sollte sie nicht weitergeführt werden.[93]

Dok. 436

„Demoralisierung" und „Gefühl völliger Hilflosigkeit": Eugen Vargas Brief an Stalin über Massenverhaftungen von Politemigranten und den Ausländerhass in der Sowjetunion

[Moskau?], 28.3.1938

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/716, 18–21. Deutsche Erstveröffentlichung.[94] In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 766–770; auch in: F. Firsov, V. Endakova, R. Paradisova u.a. (Hrsg.): Mužestvo protiv bezzakonija. Dokumenty Archiva Kominterna o bor'be za spasenie kommunistov-internacionalistov ot stalinskich repressij. In: *Problemy mira i socializma* (1989), Nr. 7, S. 89–92.

PROBLEME DER KADER DER ILLEGALEN PARTEIEN UND DIE MASSENVERHAFTUNGEN[95]

Werter Genosse!
Die Wirkung Ihres hervorragenden Briefes an Gen. Ivanov hat leider nicht lange angehalten.[96] Niemand spricht oder schreibt mehr über ihn. Statt der richtigen Kom-

---

92 RGASPI, Moskau, 17/162/22, 158. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 765.

93 RGASPI, Moskau, 17/162/22, 159. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 359.

94 Eine Teilübersetzung des Briefes erschien nach Redaktionsschluss des vorliegenden Bandes in: Hedeler/Münz-Koenen: „Ich kam als Gast", S. 198–201.

95 Die Überschrift stammt von Varga. Darüber ist maschinenschriftlich vermerkt: „An Genossen Stalin I.V. Kopie an Gen. Dimitrov. Kopie an Gen. Ežov."

96 Gemeint ist der öffentliche Antwortbrief Stalins vom 12.2.1938 an Ivan F. Ivanov, einen Komsomol-Propagandisten aus der Provinz. Ivanov hatte Stalin geschrieben, er werde, weil er Lenins Aussage über die Notwendigkeit des Sieges des Sozialismus im Weltmaßstab zitiert habe, von seinen Parteigenossen als „Trotzkist" gebrandmarkt, da der Sozialismus doch bereits in der UdSSR aufgebaut sei. Stalin bejahte in seiner Antwort, dass „die ernste Hilfe des internationalen Proletariats jene Kraft ist, ohne die die Aufgabe des endgültigen Sieges des Sozialismus in einem Lande nicht gelöst werden kann" – wenn auch in Kombination mit der Stärkung der Verteidigungskräfte der Sowjetunion (J. W. Stalin: Antwort an Genossen Iwanow Iwan Filippowitsch. In: Id.: Werke. Bd. 14: Februar 1934 – April

bination aus Sowjetpatriotismus und Internationalismus gewinnt der einseitige beschränkte Nationalismus immer mehr an Boden. Der Hass auf Ausländer wütet. Ausländer werden wahllos als Spione betrachtet; ausländische Kinder werden in der Schule als Faschisten beschimpft usw. (ein kleines Symptom: Zum ersten Mal wurde der Jahrestag der Gründung der Ungarischen Sowjetrepublik mit keinem Wort erwähnt).[97]

Dieser sich immer mehr ausbreitende Hass auf Ausländer flammte auf infolge von Massenverhaftungen von Ausländern (seine Gründe liegen augenscheinlich nicht darin, sondern in der kapitalistischen Umzingelung, der Kriegsgefahr und den Überresten des großrussischen Nationalismus der Zarenzeit).

Um jeglichem Missverständnis vorzubeugen, würde ich gerne unterstreichen, dass *ich es unter den gegenwärtigen Bedingungen für absolut richtig halte, eher zwei Unschuldige zu verhaften, als einen Spion* nicht zu fassen! Die Sowjetunion muss sich mit allen Mitteln gegen Feinde verteidigen, auch wenn dabei manchmal Unschuldige leiden. Mich beunruhigt vor allem eine *politische Frage: Der Prozess der schnellen Erschöpfung und Demoralisierung der Kader der kommunistischen Parteien faschistischer Länder*, auf die im kommenden Krieg eine sehr große Rolle zukommen müsste.

Dieser Prozess basiert auf folgenden Linien:
a) Ein Teil der Kader opfert ihr Leben heroisch an den Fronten Spaniens.
b) Ein immer noch wachsender Teil der Kader ist in der Sowjetunion verhaftet.

c) Die sich in Freiheit in der Sowjetunion befindenden Kader sind infolge der Massenverhaftungen tief demoralisiert und entmutigt. Diese Demoralisierung umfasst den Großteil der Komintern-Mitarbeiter und dehnt sich bis hin zu einzelnen Mitgliedern des Sekretariats des EKKI aus.

Der Hauptgrund dieser Demoralisierung ist das *Gefühl völliger Hilflosigkeit* in den Angelegenheiten der Verhaftungen von Politemigranten. Es gibt Fälle, in denen Schufte das allgemeine Misstrauen gegenüber Ausländern und die Uninformiertheit vieler Mitarbeiter des NKVD über die Geschichte der Bruderparteien dafür ausnutzen, um durch falsche Denunziationen die Verhaftung ehrlicher Revolutionäre aus den Untergrundparteien zu erreichen. Der ehrliche Kommunist jedoch, der von der Unschuld eines Verhafteten überzeugt ist, kann bei allem Willen kaum etwas tun, um das Missverständnis aufzuklären: Er weiß nicht, welcher Verbrechen der Verhaftete bezichtigt wird, er hat keinen Zugang zu Personen, die den Fall bearbeiten usw. Da die Menschen nicht erfahren, aufgrund welches Materials die Verhaftung oder

1945, Dortmund, Verlag Roter Morgen, 1976, S. 91)). Offensichtlich interpretierte Varga den Brief als eine Wiedererstarkung des Internationalismus in der Stalinschen Politik, und erhoffte sich davon eine größere Wertschätzung der ausländischen Kommunisten in der Sowjetunion.

97 Die ungarische Räterepublik vom März bis August 1919 unter der Führung Béla Kuns war nach der Russischen Revolution die zweite Proklamierung eines sozialistischen, auf die Diktatur der Räte gestützten Staates. Sie wirkte zunächst als Fanal für die europäische und Weltrevolution, wurde jedoch dann im Zuge des ungarisch-rumänischen Krieges von rumänischen Truppen gestürzt.

die Verurteilung ihrer Landsleute geschieht, verbreitet sich unter Ausländern in der Sowjetunion eine gefährliche Atmosphäre der Panik. Viele erklären die Verhaftungen damit, dass angesichts eines drohenden Krieges die Sowjetregierung nachhaltig *alle Ausländer interniert*. „Alles ist nutzlos, wir werden alle interniert, es wäre ehrlicher, wenn die Regierung uns offen dahin schicken würde, anstatt uns als Feinde des Volkes zu brandmarken." Andere munkeln, dass der NKVD-Apparat immer noch nicht völlig gesäubert sei und dass die Schädlinge, die früher die Verräter gedeckt hatten, jetzt ihre Schädlingsarbeit durch die Verhaftung ehrlicher Revolutionäre durchführen. „Selbst der ehrlichste ausländische Revolutionär kann sich seiner Freiheit nicht sicher sein." Viele Ausländer packen jeden Abend ihre Sachen in der Erwartung einer möglichen Verhaftung. Viele sind infolge der ständigen Angst halb verrückt und arbeitsunfähig. Aus diesen Stimmungen folgt, dass die Verhaftung – im Gegensatz zu einem Jahr vorher – nicht mehr als Schande, sondern als Unglück wahrgenommen wird. Die Verhafteten werden nicht verachtet, sondern ihnen wird Mitleid entgegengebracht!

Es ist klar, dass Menschen mit einer solchen Stimmung keine Kader in den schweren Heimsuchungen des kommenden Krieges sein können.

2) [sic] Den letzten und wichtigsten Teil bilden die Untergrundkader *in den faschistischen Ländern selbst*. In ihren Reihen muss die allergrößte Verwirrung herrschen. Sie erfahren über die Massenverhaftungen ihrer Landsleute in der Sowjetunion aus den Briefen der Angehörigen und aus dem Ausbleiben von Briefen; aus bürgerlichen Zeitungen; aus den übertriebenen Erzählungen der aus der UdSSR ausgewiesenen; von Trotzkisten. Sie erhalten dafür keinerlei Erklärungen und können sie auch selbst nicht finden.

Ich nehme das Beispiel Ungarn, das mir besser bekannt ist.

Die Genossen aus Ungarn erfahren aus der Sowjetunion, dass von den sich dahin geretteten oder aus den Gefängnissen ausgetauschten Volkskommissaren der ungarischen Sowjetrepublik nur 4 in Freiheit sind, jedoch 10 verhaftet sind; dass von den Gründern der ungarischen kommunistischen Partei (wenn ich mich nicht irre) nur 2 in Freiheit sind, dass einige Hundert ungarische Arbeiter, Politemigranten von der Werkbank weg verhaftet wurden. Wie können sie sich das erklären?[98]

Können sie etwa annehmen, dass die ungarische proletarische Revolution von den Feinden der Arbeiterklasse initiiert wurde? Oder sollen sie etwa denken, dass der Aufenthalt in der Sowjetunion sie zu Schuften gemacht hat? Oder sollen sie den Verleumdungen der Trotzkisten glauben, die ihnen zuflüstern, dass sie in der Sowjetunion von der „Reaktion" verhaftet werden, weil sie Revolutionäre sind? Keine von diesen falschen Erklärungen kann natürlich die Genossen in Ungarn befriedigen. Die Verwirrung wird noch größer dadurch, dass jeder Verhaftete in Ungarn persönliche

98 Zum gezielten Terror gegen die Führer und Funktionäre der KP Ungarns siehe zuletzt: Gabor Székely: Béla Kun, György Lukács, Imre Nagy und die Säuberungen in Moskau. In: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (2008), S. 329–338.

Freunde und Bekannte unter den Arbeitern hat, die beim Ausbleiben jeglicher Information in der Schuld der Verhafteten nicht überzeugt sind. Es ist natürlich, dass diese Arbeiter in dieser Verwirrung sich von der Partei abwenden werden. Die Arbeit der KP Ungarns und wahrscheinlich aller Untergrundparteien wird dadurch noch mehr erschwert.

Was kann man tun, um der weiteren Erschöpfung und der Demoralisierung von Kadern der Untergrundparteien ein Ende zu bereiten?

Natürlich kann keine Rede davon sein, bewusste Feinde zu schonen! Aber folgendes wäre möglich:

1) *Eine sorgfältige, ohne Hast durchgeführte Überprüfung der verhafteten Ausländer, die einen Wert als Kader von Untergrundparteien darstellen könnten.* Dazu sollten die Komintern und die wenigen ausländischen Genossen, bei denen es keine Verdachtsmomente gibt, die Möglichkeit haben, die Organe des NKVD bei dieser Arbeit mit ihren Erklärungen zu unterstützen.

2) Die ausländischen Genossen in der Sowjetunion und in den faschistischen Ländern müssen in irgendeiner Form von dieser Überprüfung in Kenntnis gesetzt werden, um Verfallsstimmungen und Panik entgegenzuwirken.

3) Die Genossen bei uns und im Ausland müssen über belastendes Material in Bezug auf die Bekanntesten der Verhafteten, die schon verurteilt sind, mittels Broschüren und Vertrauensmeldungen informiert werden (natürlich solange es den laufenden Ermittlungen nicht schadet).

4) Ihr Brief an Genossen Ivanov muss wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden, um dieser Welle des Ausländerhasses in der Sowjetunion entgegenzuwirken.

[sign.] E. Varga

Dok. 437

Bitte Piecks an Dimitrov, sich für die Freilassung von fünfzehn verhafteten deutschen Kommunisten einzusetzen

Vor dem 23.4.1938

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/60, 28. In russischer Sprache publ. in: Firsov/Endakova/Paradisova u.a.: Mužestvo protiv bezzakonija, S. 91.

Geheim

An Genossen Dimitrov

Lieber Genosse Dimitrov!
Anbei sende ich eine Liste von Personen, weitergeleitet von der Kaderabteilung, die durch die Organe des NKVD verhaftet wurden, allerdings befindet sich in der Kader-

abteilung kein belastendes Material gegen diese.[99] Was die Personen angeht, die in der Liste unter den Nummern 1 bis 8 aufgeführt sind, so ist das ZK der KPD fest davon überzeugt, daß sie keinerlei verbrecherische Handlungen gegen die Sowjetunion ausführen konnten und keine Verbindungen zu feindlichen antisowjetischen Elementen gehabt haben. Auch in Bezug auf die restlichen Personen, die uns weniger gut bekannt sind, denken wir, daß sie ebenfalls unschuldig sind. Deswegen bitten wir Sie, entsprechende Schritte zur Beschleunigung der Untersuchung im Bezug auf diese Personen zu unternehmen, um ihre Freilassung zu beschleunigen.[100]

Mit Gruß
PIECK[101]

---

99 Als Anlage werden ausführliche Charakteristika von 15 Personen aufgeführt, darunter die des stellvertretenden Leiters der EKKI-Verlagsabteilung Paul Schwenk (Ps. Scherber), H. Schmitt und der beiden KPD-Zeugen des Reichstagsbrandprozesses, Willi Kerff und Walter Dittbender.

100 Pieck bemühte sich auch in der Folge um die Freilassung deutscher Kommunisten. In einem Brief an Manuilski vom 28.5.1939 schrieb er: „Ich hatte am 5. April, im Einverständnis mit dem Genossen Dimitroff, an den Genossen Berija die schriftliche Bitte gerichtet, mir eine Unterredung mit ihm zu gewähren, in der ich ihm eine Reihe von Fällen verhafteter Emigranten vortragen wollte, von denen ich und die anderen verantwortlichen deutschen Genossen in der Komintern überzeugt sind, daß sie sich keiner verbrecherischen Handlung gegen die Sowjetunion schuldig gemacht haben. Ich hatte ihm eine Liste von Namen dieser Emigranten mit beigefügter Charakteristik übermittelt. Leider habe ich bis heute, obwohl nahezu zwei Monate verflossen sind, keine Antwort auf meine Bitte erhalten. Da ich bereits im vorigen Jahr Mitte April mit dem gleichen Ersuchen mich an Jeschow gewandt hatte und ebenfalls keine Antwort erhielt, so möchte ich mich in dieser Angelegenheit an den Genossen Stalin wenden. Aber vielleicht ist es besser, wenn Du zunächst erst mit dem Genossen Berija sprichst, ob er eine solche Unterredung mit mir machen will oder nicht. Die Angelegenheit ist sehr wichtig, und ich bitte um Deine Hilfe.“, zit. in: Heinz Kühnrich: Zum Brief Wilhelm Piecks an Manuilski (1939). In: *Neues Deutschland*, 12.1.1989, mit der Quellenangabe aus dem IML/Moskau 495/10–9/317, 20.

101 Dimitrov intervenierte für Dittbender beim NKVD, allerdings ohne Erfolg: Am 30.4.1939 informierte der stellvertretende Vorsitzende des NKVD, Vsevolod Merkulov den Komintern-Generalsekretär, die Angelegenheit könne nicht „revidiert“ werden (RGASPI, Moskau, 495/73/76, 30) – zwei Tage später wurde Dittbender zum Tode verurteilt. Von den deutschen Kommunisten, für die sich Pieck und Dimitrov einsetzten, wurden später lediglich drei freigelassen: Willi Kerff (1939), Harry Schmitt (1940) und Paul Schwenk (1941).

Dok. 438

„Jeder im Ausland lebende Deutsche ein Gestapo-Agent": Brief von Dimitrov an Andrej Ždanov gegen die ausländerfeindlichen Hetze im *Journal de Moscou*

[Moskau], 26.4.1938

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/61, 24–25. Deutsche Erstveröffentlichung. Rückübersetzung aus dem Englischen. Auf englisch publ. in: Chase: Enemies, Dok. 45.

Geheim
ZK VKP(b) An Gen. Ždanov

Lieber Genosse Ždanov!
Der Leitartikel der französischsprachigen Zeitschrift *Journal de Moscou*[102] (1) vom 11. April dieses Jahres erhielt folgende Feststellung: „Jeder im Ausland lebende Japaner ist ein Spion, genauso wie jeder im Ausland lebende deutsche Staatsbürger ein Gestapo-Agent ist."[103]

Wir erhalten Briefe, die Verwunderung und Protest gegen eine solche Formulierung beinhalten angesichts einer eindeutig fehlerhaften und politisch schädlichen Charakterisierung aller im Ausland lebender Deutscher, die vom deutschen Faschismus verfolgten politischen Emigranten eingeschlossen.

Meiner Meinung nach wäre es zweckmäßig, in der Presse, sei es in der *Pravda* oder in jeder anderen überzeugenden Form, die Fehlerhaftigkeit und Schädlichkeit dieser Aussage im *Journal de Moscou* zu erwähnen.

Mit Genossengruß,
/G. Dimitrov/
26. *April* 1938

Übersetzung aus dem Fr[anzösischen]
„In der Tat nehmen alle im Ausland lebenden Japaner an antisowjetischer Spionage teil. Es wäre keine Übertreibung, zu behaupten, dass jeder Japaner, der im Ausland lebt, ein Spion ist, genauso wie jeder im Ausland lebende deutsche Staatsbürger ein Gestapo-Agent ist."

Die Zeitschrift und die Übersetzung sind an den Brief an Gen. Ždanov angehängt.

102 *Le Journal de Moscou* war eine Wochenzeitschrift für Politik, Ökonomie und Literatur in französischer Sprache, die in Moskau von 1934 bis 1939 herausgegeben wurde.
103 Im August 1935 wurde der damalige Redakteur des *Journal de Moscou*, S. Luk'janov verhaftet, ein ehemaliger Emigrant. Ihm wurde vorgeworfen, Spione in der Redaktion geduldet zu haben (RGASPI, Moskau, 558/11/743, 5–9. Publ. in: Chlevnjuk/Dėvis/Košeleva: Stalin i Kaganovič, S. 530–530). Stalin monierte in einem Telegramm an Kaganovič die vom ZK nicht sanktionierte Verhaftung, schlug jedoch den Schriftsteller A. Vinogradov als Nachfolger vor.

Dok. 439

Bericht von Paul Jäkel („Dietrich“) über die Verhaftungen der KPD-Emigranten in der Sowjetunion

Moskau, 29.4.1938

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/292/101, 13–18. In deutscher Sprache in publiziert in: Oleg Dehl: Verratene Ideale. Zur Geschichte deutscher Emigranten in der Sowjetunion in den 30er Jahren, Berlin, trafo verlag, 2000, S. 143–149. In russischer Sprache publiziert in: Leonid G. Babičenko: „Esli aresty budut prodolžat'sja, to ... ne ostanet'sja ni odnogo nemca – člena partii“ [J. Ditrich: Materialy dlja informacii. V CK KPG, v nemeckoe predstavitel'stvo pri IKKI, tov. Dengelju]. In: *Istoričeskij archiv* (1992), Nr. 1, S. 119–122.

Moskau, den 29. April 1938

Streng vertraulich !

Material zur Information[104]

An das ZK der KPD !
An die *Deutsche Vertretung beim EKKI, Gen. Dengel !*

Am 27. März 1938 wurde der Frau des verhafteten Willi Kleist (Kerff),[105] wohnhaft in Moskau, Barikowskij Pereulok Nr. 6 von dem Parteisekretär eines Kriegsbetriebes, Genossen Serdowskij u.a. erklärt:[106]

„Sie (die Frau Kleist) hätte es als Mitglied der KPdSU wissen müssen, dass alle Deutschen in der SU Spione sind“.

Auf die Antwort der Genossin Kleist, dass ihr Mann kein Spion sei und im faschistischen Deutschland im Konzentrationslager gesessen habe, wurde ihr von dem betreffenden Parteisekretär gesagt:

---

104 Paul Jäkel (1890–1943), der Verfasser des Briefes, war vor 1933 führender KPD-Gewerkschaftsfunktionär in Deutschland, nach seiner Emigration in die Sowjetunion 1934 arbeitete er zunächst in der Profintern, nach ihrer Auflösung in der Deutschen Vertretung beim EKKI, u.a. als Leiter der Kaderabteilung. Er überstand den Stalin-Terror, arbeitete im Krieg als Politinstrukteur unter deutschen Kriegsgefangenen und starb im Februar 1943 in einem Kriegsgefangenenlager an Typhus (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 409–410).

105 Willi Kerff (Ps. Kleist, 1897–1979), Lehrer und Kölner KPD-Funktionär, später Sekretär der Landabteilung des ZK der KPD, erster Ehemann von Änne Kerff. 1933 verhaftet, Zeuge im Reichstagsbrandprozess, nach Freilassung Emigration in die Sowjetunion und Arbeit in der Deutschen Vertretung des EKKI. Am 24.3.1938 verhaftet, weigerte er sich trotz Folter, ein Geständnis abzulegen. Nachdem sich Pieck und Dimitrov für ihn eingesetzt hatten (siehe Dok. 437), wurde Kerff 1939 freigelassen. 1947 Ausreise in die SBZ, 1952–1960 stellvertretender Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in Ost-Berlin (siehe Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 442–443).

106 Willi Kerff war in zweiter Ehe mit der Russin Antonia Kerff-Kleist, geb. Šulkina (1903–1979), verheiratet (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 443).

„Ja, gerade die, die in den Konzentrationslagern gesessen sind, seien von den Faschisten als Spitzel nach der SU geschickt worden ...“. „Wenn sie verhaftet sind, können sie im Falle eines Krieges in der SU keinen Schaden anrichten.“

Dass diese Auffassung des Parteisekretärs der KPdSU Genossen Serdowskij nicht vereinzelt dasteht, zeigt der Leitartikel des „Journal de Moscou“ in der Nr. 19 vom 12. April 1938. Dort heisst es u.a.:

„In der Wirklichkeit nehmen alle japanischen Residenten im Ausland an der antisowjetischen Spionage teil. Es wäre keinesfalls eine Übertreibung zu sagen, dass jeder im Auslande lebende Japaner ein Spion ist, ebenso wie jeder im Auslande lebende deutsche Staatsbürger ein Agent der GESTAPO ist“.[107]

Da u.a. auch die Zeitung „Journal de Moscou“ vor ihrer Herausgabe durch Glawlit geprüft wird,[108] ist anzunehmen, dass diese Auffassung „das alle im Auslande lebenden deutschen Staatsbürger Agenten der GESTAPO sind“, eine offizielle ist.

Wenn man damit im Zusammenhang nachstehende Ziffern über die durchgeführten Verhaftungen von Deutschen in der SU genauer betrachtet, kann man zu der Meinung kommen, dass diese Zahlen in der gleichen Linie mit der Auffassung des oben genannten Parteisekretärs und der Zeitung „Journal de Moscou“ liegen. So wurden bis zum 28. April 1938 bei der Deutschen Vertretung beim EKKI 842 verhaftete Deutsche gemeldet.[109] Das sind aber nur solche Verhafteten, die bei der Deutschen Vertretung beim EKKI registriert sind. Die wirkliche Zahl der verhafteten Deutschen

107 Zum ominösen Artikel im *Journal de Moscou* und der Kritik Eugen Vargas und Dimitrovs siehe Dok. 438.

108 Glavlit, volle russische Bezeichnung *Glavnoe upravlenie po delam literatury i izdatel'stv* („Hauptverwaltung für Literatur- und Verlagsangelegenheiten“), war die von 1922 bis 1989 bestehende sowjetische Zensurbehörde, die die Vorabzensur für Druckveröffentlichungen durchführte.

109 Die hier und im Weiteren geschilderten Zustände in der deutschen Emigration haben ihren Ursprung u.a. in dem Brief Belovs (d.i. Georgi Damjanov), dem Leiter der EKKI-Kaderabteilung seit 1937, an die Komintern-Führung vom 15.9.1937, der eine Generalüberprüfung aller deutscher Politemigranten ankündigte: „Unverzüglich das zur Verfügung stehende Material über die deutschen Politemigranten bis zu Ende prüfen [...]. In der Kommission für Politemigranten über das weitere Schicksal eines jeden der hier aufgeführten Personen entscheiden.“ Dabei sollte eng mit den sowjetischen Organen kooperiert werden: Man hatte „c) den Organen des NKVD Anweisung zu geben, allen in der UdSSR belassenen Ausländern entsprechende Dokumente auszuhändigen, in denen der Ort, wo sie wohnen dürfen, angegeben ist; d) den entsprechenden sowjetischen Organen Anweisungen zu geben über Wohnort und Arbeitsvermittlung für Familienangehörige von Personen, die das NKVD verhaftet hat.“ Bereits zu diesem Zeitpunkt war die materielle und psychische Lage der politischen Emigranten extrem desolat, bedingt vor allem durch den massenhaften Verlust von Arbeitsplätzen: „Fast überall entläßt man Ausländer und Personen ausländischer Herkunft. Es sind vorliegenden Angaben zufolge im Marx-Engels-Lenin-Institut unlängst alle ausländischen Mitarbeiter entlassen worden. Im Institut für Weltwirtschaft und Weltpolitik wurden unlängst 20 Stellen gekürzt, in der Mehrzahl betraf es Ausländer und Personen ausländischer Herkunft. Auch in Betrieben werden Ausländer entlassen.“ (RGASPI, Moskau, 495/10a/394, 43/47. Teilw. publ. in: Oleg Dehl: Deutsche Politemigranten in der UdSSR: Von Illusionen zur Tragödie, in: *Neues Leben*, Moskau, 1996, H. 5, S. 7, H. 6, S. 7, H. 7. S. 7–8; vollständig in: *Utopie kreativ* (1997), H. 75, S. 48–63).

ist natürlich höher. Von Oktober 1937 bis Ende März 1938 betrug die Zahl der Verhafteten 470. Allein im Monat März 1938 wurden rund 100 verhaftet. Am 9. März 1938 wurden aus dem Politemigrantenheim in Moskau 13, am 11. März 17 und am 12. März 12 Politemigranten verhaftet. Am 23. März wurden die letzten männlichen Politemigranten aus dem PE-Heim verhaftet. (der Genosse Louis Ebner befand sich zu der Zeit im Sanatorium.)[110] In der Provinz, z.B. in Engels, ist kein einziger deutscher Genosse mehr in Freiheit.[111] In Leningrad betrug die Gruppe deutscher Parteigenossen Anfang 1937 rund 103 Genossen, im Februar 1938 waren es nur noch 12 Genossen.

Diese Zahlen wi[e]derspiegeln sich auch in der Beitragszahlung. Während Anfang 1937 rund 1300 KPD-Mitglieder ihre Beiträge an die Deutsche Vertretung beim EKKI entrichteten, gibt es jetzt nur noch 378 zahlende Mitglieder. Davon haben 17 in diesem Jahr noch keine Beiträge bezahlt. Da wir auch sonst von diesen 17 nichts hören, wissen wir nicht, ob sie überhaupt noch da sind. Dazu kommen noch 3 Genossen: Berta Köppe, die seit Juli 1937, Elise Schütz und Erich Wundersee,[112] die seit Ende 1937 nicht bezahlt haben. Von den zahlenden Mitgliedern befinden sich 335 in Moskau (einschliesslich der 20 Genossen, die in diesem Jahr noch nicht gezahlt haben) und 43 in der Provinz. Davon werden in Gruppenkassierung 129 erfasst. Alle anderen sind Einzelzahler. Die Beitragseinnahmen sind von 10.000 Rubel Anfang 1937 auf 3.000 Rubel im Monat April 1938 zurückgegangen. In diesem Jahr wurden eingenommen: Im Januar 6.783,40 Rubel, im Februar 4.226,75 Rubel, im März 3.377,65 und im April 3.916,10 Rubel. Unter den Verhafteten befindet sich eine bedeutende Anzahl Jugendlicher, die zum Teil noch Kinder waren, als sie in die SU gekommen sind. So u.a. der Sohn des Genossen Max Maddalena,[113] der Sohn des Genossen Heinrich Schmitt,[114] beide Söhne von Max Seydewitz usw.[115]

110 PE-Heim: Gemeint ist das Politemigranten-Wohnheim der MOPR in Moskau, in dem ständig ca. 200 Personen lebten (siehe Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 28). Louis Ebner war Leiter der Einrichtung (Meschkat/Buckmiller: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Ebner, Louis").

111 Zur Verfolgung deutscher Politemigranten in der Autonomen Republik der Wolgadeutschen siehe u.a. Dok. 399.

112 Erich Wundersee (1889–1979), Angestellter der Parteischule der Komintern, wurde erst nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion, am 23.6.1941 verhaftet. Bis 1949 im Lager, konnte er erst 1957 in die DDR ausreisen (Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 166; Hedeler/Münz-Koenen: „Ich kam als Gast", S. 242).

113 Der Sohn Max Maddalenas, Max Maddalena jun. (1917–1942, in sowjetischer Verbannung), kam über die Vermittlung der IRH nach Moskau, wurde dort am 12.3.1938 als angebliches Mitglied der „Hitlerjugend" verhaftet, zunächst wieder freigelassen, doch im September 1941 erneut festgenommen wegen „antisowjetischer Agitation". Zu fünf Jahren Verbannung nach Sibirien verurteilt, starb er am 14.7.1942.

114 Harry Schmitt (1919–1999), der Sohn Heinrich Schmitts, kam 1933 mit der Familie in die Sowjetunion und arbeitete als Schlosser in einer Forschungseinrichtung. Am 17.2.1938 verhaftet, nach schweren Folterungen zu 5 Jahren Lagerhaft verurteilt. 1940 nach Intervention Dimitrovs und Piecks entlassen (siehe Dok. 437), kämpfte er als Freiwilliger in der Roten Armee, nach dem Krieg Funktionär der westdeutschen KPD, später Leiter der geheimen Militärorganisation („Gruppe Ralf Foster") der DKP (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 807).

115 Die Söhne von Max Seydewitz, Frido (geb 1919) und Horst (1915–1997) wurden 1938 vom NKVD verhaftet und zu Lagerhaft verurteilt – ersterer in Vorkuta, letzterer auf Kolyma. Sie kehrten 1948 bzw. 1949 in die SBZ zurück (Hedeler/Münz-Koenen: „Ich kam als Gast", S. 239).

Man kann sagen, dass über 70% der Mitglieder der KPD verhaftet sind. Wenn die Verhaftungen in dem Umfang wie im Monat März 1938 ihren Fortgang nehmen, so bleibt in drei Monaten kein einziges Parteimitglied mehr übrig. Von den 841 Verhafteten sind 8 Genossen wieder aus der Haft entlassen worden.

Stimmungen und Meinungen einiger Genossen.
Die Stimmung eines Teils der Genossen ist ausserordentlich erregt. Sie sind durch die vielen Verhaftungen erschüttert und deprimiert. Wenn einer den anderen trifft, fragt er ihn: „Du lebst noch?" Wenn die Genossen in unser Büro kommen und ihre Beiträge zahlen, sagen sie: „Na, eure Kartothek wird ja auch immer kleiner! Wieviel sind denn überhaupt noch da? Noch ein Dutzend?" Und „Jetzt habt ihr nur noch zwei Tage Sprechstunde in der Woche? Wir wundern uns, dass ihr überhaupt noch nicht zugemacht habt!"[116]

Während noch vor einigen Monaten jeder Verhaftete von den Genossen als Spion betrachtet wurde, ist das heute in dem Masse nicht mehr der Fall. Sie glauben es einfach nicht, dass Paul Scherber [d.i. Paul Schwenk],[117] Willi Kleist, Hans Hausladen, Walter Dittbender usw. Spione oder Verräter sind.[118] Der Genosse Heinrich Wie-

116 In einem Brief an den „Werten Genossen Stalin" schrieb Ella Henrion, die Frau des verhafteten Kaderreferenten der KPD Georg Brückmann: „Ich möchte einmal ganz offen die Stimmung unter den deutschen Genossen schildern. Ich denke, daß ich damit nichts Schlimmes tue. Es gibt fast keine deutsche Familie, die nicht irgendwie von Verhaftungen betroffen ist. Sei es der Mann, Vater, Bruder, Sohn, die Mutter, Frau, Schwester oder vielleicht ein sehr guter Freund oder Kollege. Vor ungefähr zweieinhalb Jahren begannen die Verhaftungen. Wenn nicht persönlich, so waren dem Namen nach die Banditen David [d.i. Il'ja-David Krugljanskij], Emel [d.i. Moisej Lur'e], und andere den deutschen Genossen bekannt. Diese Verhaftungen haben niemand von den Genossen erschreckt, denn mehr oder weniger waren – wenn auch nicht ihre größten Verbrechen – so doch die Abweichungen und unkommunistischen Handlungen dieser Volksfeinde bekannt. Dann setzten weitere Verhaftungen ein. Manche davon waren überraschend, aber jeder war der Meinung, es hat bestimmt seine Richtigkeit, unschuldige Leute werden nicht verhaftet. Vor ungefähr einem Jahr begannen nun die Massenverhaftungen. Täglich erfuhr man neue Namen. Man staunte: Der auch und der auch? Aber jeder war überzeugt, sie haben sicher etwas getan. Viele Genossen haben sich nicht gescheut, einzugestehen, daß sie nachts, wenn schwere Schritte zu hören waren, Herzklopfen bekamen. Als die Verhaftungen immer weitergingen, entstanden – ungelogen – eine allgemeine Angst. Und jeden Tag: Hast du schon gehört, der auch! Jetzt ist die Stimmung unter den deutschen Genossen so: Sie stehen den vielen Verhaftungen völlig ratlos gegenüber. Sie sagen: Es kann unmöglich sein, daß die deutsche Partei in ihren Reihen so viele schlechte Elemente hatte, daß alle Verschickten wirklich Spione, Konterrevolutionäre usw. sind. [...] Ganz offen sagen die Genossen: Es gibt keinen Zweifel, wir kommen alle dran." (29.10.1938, ohne Quellenangabe publiziert in: Müller: Menschenfalle, S. 144–145).

117 Paul Schwenk (1880–1960), stellvertretender Leiter der EKKI-Verlagsabteilung, gehörte zu denjenigen verhafteten deutschen Emigranten, für die sich Pieck und Dimitrov eingesetzt hatten (siehe Dok. 437). Er wurde 1941 freigelassen und arbeitete anschließend u.a. beim Deutschen Volkssender (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 859).

118 Hans Hausladen (1901–1938, in der Sowjetunion erschossen), Referent bei der Profintern und im Zuge ihrer Auflösung arbeitslos geworden, wurde 1937 verhaftet; Walter Dittbender (1891–

demann berichtete uns folgendes Erlebnis: An dem Tage, an dem Paul Reiter [d.i. Paul Richter] verhaftet wurde,[119] wollte der Genosse Wiedemann die Familie Reiter zufällig besuchen.[120] Im Haus wurde er von den Mitbewohnern des Hauses, in dem Reiter wohnt (russische Genossen), aufgehalten und ihm gesagt, er solle nicht zu Reiter gehen, die Beamten der NKWD seien bei Reiter. Genosse Wiedemann hat gewartet, bis Reiter abtransportiert war und begab sich dann zur Frau des verhafteten Reiter. In Reiters Wohnung waren eine Anzahl Frauen aus dem Hause, die die Frau des verhafteten Reiter getröstet und erklärt haben, sie solle es sich nicht schwer machen und sie werden ihr helfen. Unter den Russen sei der Umfang der Verhaftungen viel grösser.

Hier zeigt sich die gegenteilige Einstellung der Sowjetbürger zu Angehörigen verhafteter Deutscher. Im vergangenen Jahr wurden die Angehörigen der verhafteten Deutschen in Moskau noch als Faschisten und Spione beschimpft.[121]

Im Politemigrantenheim hatten Mitte März dieses Jahres einige Genossen und Genossinnen schon ihre Koffer gepackt und warteten voll Angst und Schrecken auf ihre Verhaftung. Einige Frauen, deren Männer verhaftet sind, so u.a. die Frau von Prof. Felix Halle,[122] hat am 11. Oktober 1937 und die Frau Gertrud Mühlberg (Olbrisch) Anfang März 1938 Selbstmord verübt.[123] Ein Teil der Frauen und Kinder der Verhafteten sind buchstäblich am Verhungern. Die zahlreichen Briefe und Hilferufe, die täglich bei der Deutschen Vertretung beim EKKI eingehen, geben ein erschütterndes Bild.

1939, in der Sowjetunion erschossen), MOPR-Funktionär für Politemigration und als Leiter der „Überführungskommission" selbst an Parteisäuberungen beteiligt, wurde im März 1938 inhaftiert. Obwohl sich Pieck und Dimitrov auch für sie eingesetzt hatten (siehe Dok. 437), wurden beide zum Tode verurteilt und erschossen (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 189–190, 352).

119 Paul Richter (Ps. Reiter, 1897–1938, in der Sowjetunion), KPD-Mitglied seit 1919, 1936–1937 Gehilfe im Sekretariat Wilhelm Florins, wurde im März 1938 verhaftet und zu „zehn Jahren mit Schreibverbot" verurteilt; er starb (erschossen?) am 16.10.1938. Seine Ehefrau war Martha Richter. (Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Richter, Paul Wilhelm").

120 Möglicherweise Herbert Wiedemann, ein österreichischer ML-Student, der 1938 in Moskau der KPD beigetreten war (Ibid., Eintrag „Wiedemann, Herbert").

121 Dies korrespondiert mit der zeitgleichen Beobachtung Eugen Vargas, die Verhaftungen würden „nicht mehr als Schande, sondern als Unglück wahrgenommen" werden (siehe Dok. 436).

122 Felix Halle (1884–1937, in der Sowjetunion erschossen) war einer der prominentesten Anwälte der KPD und der Roten Hilfe Deutschlands (siehe Dok. 136). Nachdem er im Pariser Exil federführend im „Thälmann-Komitee" aktiv war, reiste er Anfang 1937 in die Sowjetunion ein, wurde im August verhaftet und am 5.11.1937 erschossen. Seine Ehefrau und Privatsekretärin Ruth-Emmy Halle (1886–1937) beging nur wenige Tage später Selbstmord (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 341–342).

123 Gertrud Mühlberg war die Ehefrau von Hans Ohlrich (1898-?), eines KPD-Arbeiters, der als Schlosser bei der AEG durch Betriebsspionage einen entscheidenden Anteil am Aufbau der sowjetischen Wolframindustrie hatte. Unter dem Namen „Rudolf Mühlberg" reiste er 1926 in die Sowjetunion aus, wo er weiterhin als Fachmann für Wolframdraht im Moskauer Elektrokombinat arbeitete. Er wurde am 27.8.1937 verhaftet, zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilt, und durfte, erst 1955 entlassen, in die DDR ausreisen. Seine Frau beging aus Verzweiflung über die Verhaftung ihres Mannes im März 1938 Selbstmord, indem sie sich aus dem 4. Stock des Elektrokombinaz-Wohnheims stürzte (siehe Žuravlev: „Ich bitte um Arbeit", S. 139, 182 u.a.).

Im Büro der Deutschen Vertretung beim EKKI sind Verzweiflungsszenen der Frauen von Verhafteten eine allgemeine Erscheinung. Einige Frauen wollen sich im Büro der Deutschen Vertretung beim EKKI aus dem Fenster stürzen. Taube, Gertrud hatte die Absicht ihr Kind unter die Strassenbahn zu werfen und Selbstmord zu begehen.[124] Sonja Garelik, deren Mann in Swerdlowsk verhaftet ist, äusserte dieselben Absichten. Immer und immer wieder beteuert ein Teil der Frauen und Angehörigen von Verhafteten bei der Deutschen Vertretung beim EKKI schriftlich und mündlich, dass ihre Männer unschuldig verhaftet und nichts Unrechtes getan hätten. Einige führen die Ursachen der Verhaftungen auf lügenhafte Denunzierungen zurück, andere sprechen die Vermutung aus, dass der deutsche Faschismus seine Hand im Spiele hat und der versucht, mit Hilfe von Jagoda-Elementen Teile der Kader der KPD zu vernichten.[125]

Am 21. Februar 1938 wurde in Moskau bei der Familie Reiter der 24jährige Sohn Horst verhaftet. Bei der Verhaftung bezw. Haussuchung machten die Genossen Beamten der NKWD die Feststellung, dass ausser dem Sohn Horst noch der Sohn Walter zur Familie Reiter gehört. Der Sohn Horst wurde abtransportiert und als Wache ein Genosse von der NKWD zurückgelassen. Nach ca. 2 Stunden kam einer der Genossen der NKWD zurück und es wurde auch der Sohn Walter verhaftet.

Walter Dittbender sagte vor seiner Verhaftung (ich glaube es war im Februar d[iese]s J[ahre]s) zu mir u.a.:

„Wir beide (Dittbender und Dietrich [d.i. Paul Jäkel]) wissen zu viel. Erst werde ich (Dittbender) verhaftet, dann führst Du (Dietrich [d.i. Paul Jäkel]) meine Arbeit weiter, dann wirst Du verhaftet."

Die Frauen Mukulies und Harms (deren Männer im Kaukasus verhaftet sind) sagten am 4. April d[iese]s J[ahre]s bei ihrem Besuch im Büro der deutschen Vertretung beim EKKI u.a.:[126]

„Warum verhaften sie bloss die Proleten und nicht euch (d.h. die führenden Genossen). Warum hilft die Partei nicht, wenn soviel Unrecht geschieht?"

Die Genossin Röhrs:[127]

„Zu was zahlen wir Beiträge an die Partei, wenn sie uns nicht hilft?"

---

124 Gertrude Staak (Ps. Trude Taube, 1908–1942, im Gulag), seit 1927 in der KPD und 1930 bis 1933 Sekretärin Ernst Thälmanns, ging 1933 in die Sowjetunion und arbeitete dort im Volkskommissariat für Außenhandel. Am 21.12.1937 wegen „Verlust wichtiger Dokumente" aus der KPD ausgeschlossen, im September 1941 verhaftet und zu 5 Jahren Lagerhaft verurteilt, starb am 28.7.1942 im Gulag. Vater ihres Kindes war ein Vertreter der jugoslawischen Komintern-Sektion (Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Eintrag „Staak, Gertrude").

125 Der ehemalige, von Ežov abgelöste NKVD-Chef Genrich Jagoda wurde im März 1937 verhaftet und gehörte zu den Hauptangeklagten des Dritten Moskauer Schauprozesses (2.-13.3.1938).

126 Die Identität von Mukulies konnte nicht ermittelt werden. Erna Harms (geb. 1902), Schreibkraft im EKKI, war die Ehefrau des polnischen Kommunisten Gustaw Rwal, der Ende 1937 verhaftet und 1938 erschossen wurde. Harms selbst wurde 1938 verhaftet, ihr weiteres Schicksal ist nicht bekannt (siehe Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Harms, Erna").

127 Ida Röhrs war die Ehefrau des im Januar 1938 verhafteten Willi Röhrs (Hedeler/Münz-Koenen, „Ich kam als Gast", S. 237).

Die Genossin Maria Kramer, deren Mann in Spanien kämpft, kam aufgeregt ins Büro und erklärte:[128]

„Gebt mir die Möglichkeit zu Genossen Stalin und Dimitroff zu kommen. Ich will ihnen sagen, dass die deutschen Genossen, die sie so lange kennt, unschuldig verhaftet sind."

Und so weiter.

Es bedarf wirklich grosser Anstrengungen, um die Genossen von der Richtigkeit der Massnahmen der Sowjetorgane zu überzeugen. Aber im Allgemeinen ist aus den Gesprächen zu ersehen, dass das Vertrauen zur Partei und auch zu den Sowjetorganen zurückgeht.

Im Politemigrantenheim erhalten seit Mitte April 1938 die Frauen der Verhafteten wie Linke, Else;[129] Leschner, Anni;[130] Sorgatz, Anni;[131] Lotzkat, Erna;[132] Hagel, Marie[133] und in Zukunft auch Finkemeier, Gertrud keine Essenkarte.[134] Die Kinder dieser Frauen erhalten die Essenkarte weiter. Im Allgemeinen verkaufen die Frauen ihre Habseligkeiten um leben zu können. [...][135]

---

128 Maria Kramer, d.i. wahrscheinlich Martha Golke (Ps. „M. Kramer" , 1913–1993), die Tochter Arthur Golkes (vgl. Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Golke, Martha"). Angaben zu ihrem Ehemann ließen sich nicht ermitteln.

129 Elsa Linke (geb 1901) war die Ehefrau des thüringischen Textilarbeiters Emil Linke (1901–1938), der im Februar 1938 vom NKVD verhaftet und im August erschossen wurde. Elsa wurde 1941 mit ihren Kindern nach Kasachstan deportiert, 1947 durfte sie nach Deutschland ausreisen (Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Einträge „Linke, Elsa" und „Linke, Emil").

130 Anni Leschner war die Ehefrau von Paul Schäfer, des Mitbegründers der KPD-Ortsgruppe Erfurt, der am 11.3.1938 verhaftet und am 26.7.1938 als „deutscher Spion" erschossen wurde (Hedeler/Münz-Koenen: „Ich kam als Gast", S. 232; Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 774.

131 Die Näherin Anna Sorgatz (geb. 1892) war die Ehefrau des Berliner KPD-Funktionärs Alfred Sorgatz (1891–1938), der im März 1938 verhaftet und im selben Jahr erschossen wurde; seine Frau wurde 1941 aus Moskau verbannt, sie durfte 1955 in die DDR ausreisen (Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Einträge „Sorgatz, Anna" und „Sorgatz, Alfred").

132 Erna Lotzkat war die Ehefrau des KPD-Mitglieds Kurt Lotzkat, der 1937 vom NKVD verhaftet und am 18.9.1938 an die Gestapo ausgeliefert wurde (Hedeler/Münz-Koenen: „Ich kam als Gast", S. 233; Hans Schafranek: Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland 1937–1941, Frankfurt am Main, ISP, 1990, S. 42).

133 Marie Hagel war mit dem 1938 verhafteten Politemigranten Franz Hagel verheiratet (Hedeler/Münz-Koenen: „Ich kam als Gast", S. 228).

134 Gertrud Finkemeier (geb 1903) war die Ehefrau von Heinrich Finkemeier (1902-?), Arbeiter und ehemaliges DVP-Mitglied, der 1931 heimlich zur KPD wechselte und 1933 Polleiter des Unterbezirks Oberhausen wurde. Finkemeier wurde im Februar 1938 in Moskau verhaftet und blieb seitdem verschollen; seiner Ehefrau mit ihren beiden Kindern wurden die Lebensmittelkarten entzogen, das jüngere Kind starb. Im Juli 1938 wurde sie von den sowjetischen Behörden zur Ausreise gezwungen und kam mit Hilfe des deutschen Konsulats im August 1939 in Oberhausen an (Mensing: Von der Ruhr in den GULag, S. 212–213).

135 Unter der Überschrift „Nachstehend eine Aufstellung von Politemigranten, die zurzeit noch keine Arbeit haben" folgt eine Liste von 39 Personen, 22 von ihnen im Politemigrantenheim, sechs in

Nachsatz:
Zu den Verhaftungen: Nachdem eine Anzahl Genossen nach Spanien kommandiert waren, kamen einige Genossinnen zu uns und teilten uns mit, dass die NKWD bei ihnen gewesen sei, um ihre Männer zu verhaften. Die betreffenden Genossen waren aber bereits nach Spanien abgefahren. (z.B. Genosse Alfred Fendrich).

Da ich euch bisher dieses ganze vorstehende Material mündlich nicht uebergeben konnte, halte ich es für meine Pflicht, euch schriftlich davon Mitteilung zu machen.

[Sign.] Dietrich [d.i. Paul Jäkel]

3 Exempl.
Die/He.



Am 29.4.1938 befasste sich das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion mit einer Anfrage des Außenkommissariats zur Situation von Ausländern in der Sowjetunion. Das NKVD wurde angehalten, über die Verhaftung von ausländischen Staatsbürgern das NKID in Kenntnis zu setzen. Für den Fall, dass das NKVD Zweifel an der ausländischen Staatsbürgerschaft habe, seien dem Außenkommissariat entsprechende Belege zu übergeben. Falls Ausländer, die lange in der UdSSR gewohnt haben oder sogar in der Sowjetunion geboren wurden, ausgewiesen werden sollten, müsse ihnen eine vernünftige Frist zur Klärung ihrer Angelegenheiten eingeräumt werden.[136]

Ebenfalls am 29.4.1938 wurde Außenkommissar Maksim Litvinov seitens des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion ermächtigt, den vom Völkerbund ausgearbeiteten Entwurf einer Konvention zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus zu unterzeichnen (das Abkommen scheiterte schließlich).[137]

---

der „MOPR-Datsche Leningrader Chaussee“, vier in der „MOPR-Datsche Perlowka“ und sieben in der „MOPR-Datsche Illinskaja“.

136 RGASPI, Moskau, 17/162/23, 23.

137 RGASPI, Moskau, 17/162/23, 23. Publ. in: Adibekov/Di B’jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 359–360.

Dok. 440

Brief Piecks an Dimitrov zur Kürzung der Finanzmittel für die KPD durch die Komintern

[Moskau?], 17.5.1938

Autograph in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/74/130, 72–74. Erstveröffentlichung.

17.5.38

Lieber Genosse Dimitroff
Gen. Moskwin teilte uns mit, daß die KPD für 1938 nur einen Zuschuß von 95000 Goldrubel gegenüber 125000 Goldrubel im Vorjahr erhalten solle. Das ist eine Kürzung um 27 [24?]%, die ziemliche Schwierigkeiten in der Durchführung der gestellten Aufgaben verursachen wird. Andere Einnahmequellen sind erfahrungsgemäß schwer zu finden. Die Sammeltätigkeit für die internationalen Aufgaben schränkt die Sammeltätigkeit für die KPD sehr ein. Wir werden versuchen uns zu helfen. Aber für die Parteischulen ersuchen wir um eine einmalige Unterstützung von 4000 Goldrubel, die wir möglichst schon mitnehmen sollten. Ich bitte um Dein Einverständnis.

Mit bestem Gruße
Pieck

PS: Vom Vorjahre haben wir noch 5000 Dollar zu erhalten – davon könnte der einmalige Zuschuß für die Schulen genommen werden.

Dok. 441

Beschluss der Komintern zum Bericht der KPD und zur Kritik an der Arbeit der Parteiführung im Lande

Moskau, 21.5.1938[138]

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1244, 6–8. Erstveröffentlichung.

„5“
4287/5/Bö
17.VI.1938
Streng vertraulich!

[21. Mai 1938].
Beschluss
des Sekretariats des EKKI zum Bericht der Delegation der K.P.D.

1.) Das Sekretariat des EKKI billigt im Wesentlichen das von der deutschen Delegation ausgearbeitete Dokument über die Lage Deutschlands und über die politische Linie der KPD. Das Sekretariat unterstreicht besonders die grosse internationale Verantwortung der Kommunistischen Partei Deutschlands für die Mobilisierung und Zusammenfassung der Kräfte der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes im Kampfe gegen die Kriegs- und Eroberungspolitik des Hitlerfaschismus, insbesondere gegen seine militärische Intervention in Spanien, gegen seine Annexion Oesterreichs und gegen die Bedrohung der Tschechoslowakei[139] Der internationale Kampf gegen diese Kriegs- und Eroberungspolitik wird umso erfolgreicher sein, je mehr er sich auf den Kampf der deutschen Massen gegen den Hitlerfaschismus und für die Erhaltung des Friedens stützen kann.

2.) Unter besonderer Ehrung der von den Faschisten ermordeten und eingekerkerten antifaschistischen Kämpfer anerkennt das Sekretariat den grossen Heroismus und den eisernen Willen, mit dem die Kader der Partei im Lande ihre Agitation und ihren Kampf gegen den Hitlerfaschismus und ihre Arbeit zur Mobilisierung und Sammlung der werktätigen Massen für den gemeinsamen Widerstand und Kampf gegen das Hitlerregime und seine verbrecherische Kriegs- und Eroberungspolitik durchführen. Das Sekretariat nimmt zur Kenntnis die Mitteilungen der deutschen Delegation über die

138 Datumsangabe nach Stempel des EKKI-Sekretariats.
139 *Bedrohung der Tschechoslowakei*: Nach dem Abschluß des Münchner Abkommens im September 1938 erfolgte Anfang Oktober die Besetzung des Sudetenlandes durch die Wehrmacht. Am 15.3.1939 folgte die Besetzung der sog. „Rest-Tschechei“, faktisch die Annexion. Neben dem „Protektorat Böhmen und Mähren“ entstand die „Erste Slowakische Republik“ im Rahmen eines Schutzvertrages mit dem „großdeutschen“ Reich. Die Westmächte und die Sowjetunion verhielten sich weitgehend passiv.

Fortschritte, die die Partei in der letzten Zeit in ihrer Arbeit, in der Festigung ihrer Kader und ihren Verbindungen im Lande gemacht hat.

Aber in Anbetracht des faschistischen Krieges gegen das spanische Volk, der gewaltsamen Unterjochung des österreichischen Volkes und der unmittelbaren Bedrohung der Tschechoslowakei durch den Hitlerfaschismus und der durch die faschistische Kriegsprovokation hervorgerufenen akuten Gefahr eines neuen Weltkrieges hält das Sekretariat diese Fortschritte der Partei und die von der Parteiführung unternommenen Massnahmen zur Aufklärung und Mobilisierung der Massen für völlig ungenügend. Bei aller Berücksichtigung der durch den faschistischen Terror geschaffenen äusserst schweren Bedingungen, unter denen die Kader der Partei ihre Arbeit im Lande leisten müssen, stellt das Sekretariat fest, dass die Arbeit grössere Erfolge hätte bringen müssen, wenn die Parteiführung den Kadern im Lande mehr geholfen hätte, die Möglichkeiten und Gelegenheiten der Mobilisierung und Sammlung der Massen besser auszunützen.

Das Sekretariat anerkennt die umfangreiche Arbeit, die von der Parteiführung in der Propaganda, in der Beeinflussung der Kader und der Festigung der Verbindungen im Lande geleistet wurde. Aber diese Arbeit der Parteiführung lässt nicht erkennen, dass sie die ungeheure Gefahr für das deutsche Volk richtig einschätzt und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen der Partei richtig versteht. Es mangelt dieser Arbeit die rechtzeitige politische Initiative, die genügende politische Aktivität und eine klare Perspektive, wodurch die Parteiführung behindert ist, die Entwicklung vorauszusehen, die verbrecherischen Anschläge des Hitlerfaschismus rechtzeitig den Massen zu signalisieren und entsprechende Kampfmassnahmen dagegen vorzubereiten. Es fehlt die Konzentration der Kräfte der Partei und der Massen auf die wichtigsten und entscheidendsten Punkte des Kampfes gegen den Hitlerfaschismus besonders auf die schwachen Punkte, die er in der Durchführung seiner Innen- und Aussenpolitik hat. Den vom Faschismus angewandten Methoden des Massenbetruges, den von ihm angewandten chauvinistischen und sozialdemagogischen Argumenten wurde in der Propaganda nicht in einer den Massen genügend verständlichen und überzeugenden Sprache und Argumentation entgegengetreten.

Es ist der Parteiführung auch noch nicht gelungen, die gesamten Kader der Partei von dem revolutionären Zweck der Einheits- und Volksfrontpolitik, welche auf die Sammlung der Massen zum Sturze des Hitlerfaschismus und zur Verhinderung des Krieges gerichtet ist, so zu überzeugen, dass sie aus vollster Ueberzeugung von dem revolutionären Inhalt dieser Aufgabe ihre ganze Kraft für das Zustandekommen der Einheitsfront mit den Sozialdemokraten und der Volksfront einsetzen. Auch hat die Parteiführung nicht genügend beharrlich auf die Schaffung von festen Stützpunkten ihrer Arbeit im Lande hingewirkt, die von grösster Bedeutung für den Fall eines Krieges sein werden.[140]

140 „(…) in der Realität war der Kontakt zu den kommunistischen Gruppen [im Reich] immer stärker verloren gegangen bzw. ließen sich die verbliebenen Kreise und kleinen Zellen immer schwerer orten, geschweige denn vereinnahmen und steuern." (Sandvoß: Die andere Reichshauptstadt, S. 444).

In dem Bestreben, der Partei und ihrer Führung zu helfen, ihre grosse historische Aufgabe in der Sammlung und Führung der Massen zum Sturze des Hitlerfaschismus und der Verhinderung seiner Kriegsverbrechen zu erfüllen, weist das Sekretariat mit allem Ernst auf diese Schwächen der Arbeit der Partei und ihrer Führung hin und stellt vor ihr unter Hinweis auf die besondere Verantwortung des Sekretariats des ZK der KPD für diese Schwächen der Partei die Aufgabe:

a) Alle Kräfte sind auf die Durchführung der in der Resolution der deutschen Delegation gestellten Aufgaben, insbesondere auch die Sammlung der Massen in der Einheits- und Volksfront für den Kampf gegen die faschistische Aggression, gegen die Intervention des Hitlerfaschismus in Spanien, gegen die Annexion Oesterreichs und gegen die Bedrohung der Tschechoslowakei und der anderen demokratischen Grenzstaaten Deutschlands, gegen die Hetze und Provokationen des Hitlerfaschismus gegenüber der Sowjetunion zu konzentrieren.

b) Mit diesem Kampfe ist der Kampf gegen die faschistische Ausbeutung und Knechtung des deutschen Volkes, gegen den faschistischen Terror und für die Befreiung der politischen Gefangenen, besonders des Genossen Ernst Thälmann, zu verbinden.

c) Gegenüber der Tendenz, die objektiven Schwierigkeiten der Organisierung des Kampfes, der Sammlung der antifaschistischen Kräfte, der Festigung der Kader und der Verbindungen im Lande zu überschätzen und die dafür vorhandenen Möglichkeiten zu unterschätzen, ist eine ständige ernste Selbstkritik der Parteiführung und der Parteikader im Lande an ihrer Arbeit dringend erforderlich.

d) Besonders wichtig ist die allseitige Förderung der selbständigen Initiative und selbständigen Orientierung der Kader im Lande.

3.) Das Sekretariat hält eine Reorganisierung der Parteileitung der KPD für notwendig mit dem Kurs auf die Verlegung der operativen Leitung ins Land. In das ZK der KPD sollen nach Möglichkeit frische, erprobte Kräfte aus dem Lande kooptiert werden. Das ZK selbst soll mehr als bisher an der Ausarbeitung der politischen Linie der Partei kollektiv teilnehmen.[141]

4.) Das Sekretariat billigt den Kurs auf die Zusammenfassung der antifaschistischen Kräfte aus den Reihen der deutschen Emigration in der Form von Einheits- und Volksfrontausschüssen. Jedoch können solche Einheits- und Volksfrontausschüsse im Ausland nur als Hilfsorgane und keineswegs als führende Organe der Einheits- und Volksfrontbewegung im Lande selbst betrachtet werden.

141 Bis zum Ende der NS-Diktatur scheiterte die KPD-Führung daran, eine operative Landesleitung aufzubauen. Selbst die häufiger von der Auslandsleitung in Stockholm initiierten Versuche, Instrukteure ins Land zu schicken, scheiterten in den meisten Fällen. Der letze, von Amsterdam aus ernsthaft betriebene Vorstoß scheiterte mit der Verhaftung Wilhelm Knöchels Anfang 1943 (Herbst: Kommunistischer Widerstand).

5.) Der Kampf gegen die Fremdherrschaft des Hitlerfaschismus in Oesterreich macht eine enge politische und organisatorische Zusammenarbeit der KPD und KPOE notwendig, worüber sich die beiden Parteiführungen verständigen sollen. Die politische und organisatorische Selbständigkeit beider Parteien soll aber bis auf weiteres aufrechterhalten bleiben.



Durch einen Beschluss des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion vom 26.5.1938 wurden die am 31.1.1938 beschlossenen (blutigen) Säuberungen unter den nationalen Gruppen in der Sowjetunion, sowohl Ausländern als auch Sowjetbürgern, im Schnellverfahren und unter dem Deckmantel des Kampfes gegen sog. „Spionage-Diversions-Kontingente" bis zum 1.8.1938 verlängert. Betroffen waren „Personen polnischer, deutscher, lettischer, estnischer, finnischer, bulgarischer, mazedonischer, griechischer, rumänischer, iranischer, afghanischer, chinesischer Nationalität, sowie Charbiner".[142]

Am 27.6.1938 verabschiedete das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion eine Reihe von Direktiven an den sowjetischen Vertreter im Londoner Nichteinmischungskomitee Samuil Kagan. Er sollte im Namen der Sowjetunion Unwillen darüber bekunden, für die Kontrolleure aufkommen zu müssen, die in den spanischen Häfen für die Rückführung der ausländischen Kombattanten eingesetzt werden sollten. Man würde jedoch der Übernahme von 1/6 der Kosten zustimmen. Die Kosten für die Unterbringung der Freiwilligen in Lagern sollten von der spanischen Regierung und Franco getragen werden.[143]

Dok. 442

Brief Ulbrichts an Dimitrov über die Tätigkeit der Internationalen Roten Hilfe, nachdem „jetzt weniger deutsche Genossen in Moskau zu betreuen sind"

Moskau, 1.7.1938

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/54, 9–10. Erstveröffentlichung.

Moskau, den 1. Juli 1938[144]

Lieber Genosse Dimitroff!
Die Tatsache, dass jetzt weniger deutsche Genossen in Moskau zu betreuen sind, [145]erlaubt meines Erachtens eine Vereinfachung des Apparats durch Uebergabe der Unterstützungsfragen und der Arbeitsvermittlung an die MOPR.

---

142 RGASPI, Moskau, 17/162/23, 32.
143 RGASPI, Moskau, 17/162/23, 92–93. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 360–361.
144 Darüber handschriftlich in Russisch: „*t. Moskvinu. Dlja oznakomlenija. 1.7.38 GD*" (d.h. „Gen. Moskvin zur Einsichtnahme, 1.7.38, Georgi Dimitrov").
145 Von den ursprünglich 4000–5000 KPD-Mitgliedern als Politemigranten in der Sowjetunion waren nur ca. 1000 übriggeblieben, die nicht umgebracht, in den Gulag verschickt oder zu Rußlandrückkehrern wurden.

1.) Betrifft Unterstützungszahlungen:
Bisher hat die MOPR an die Deutsche Vertretung monatlich 600.– Rubel gezahlt zur Auszahlung von Unterstützungen. Ich habe bisher so weitergezahlt wie ich es vom Genossen Dengel übernommen habe. Wie ich erfuhr, wurde die Vereinbarung von Unterstützungszahlungen durch die Deutsche Vertretung zu der Zeit getroffen, als eine grössere Zahl deutscher Genossen ohne Unterstützung in Moskau waren. Genosse Bogdanov hat nun die Zahlung dieser Summe eingestellt. Ich nehme an, dass nunmehr die Deutsche Vertretung kein [sic] Unterstützung mehr zahlen soll. Ich bitte in dieser Sache eine Entscheidung zu treffen.

Meines Erachtens ist es nicht zweckmässig, dass die Deutsche Vertretung weiterhin Unterstützung zahlt. Es sind nur noch wenig Unterstützungsfälle für deren Erledigung eigentlich auch die MOPR zuständig wäre. Solche Fälle, wo über die betreffenden Antragsteller noch keine volle Klarheit besteht, aber eine einmalige Zahlung notwendig wäre, könnte die MOPR ebenso erledigen wie die Deutsche Vertretung. Wenn jedoch nach den bestehenden Bestimmungen die MOPR nicht zahlen darf, dann darf das auch die Deutsche Vertretung nicht. Der jetzige Zustand, dass die MORP Unterstützungsfälle an die Deutsche Vertretung überweist und den Antragstellern obendrein sagt, dass die Vertretung dazu Geld bekommt, ist nicht normal.

2.) Arbeitsvermittlung für deutsche Genossen:
Es gibt eine Deutsche Sektion (Gen. Dietrich [d.i. Paul Jäkel] arbeitet dort), die zum Teil die Arbeitsvermittlung für deutsche Genossen erledigt. Dieser Genosse benutzt dazu seine Verbindungen mit den Gewerkschaften. Ausserdem wird auch die Arbeitsvermittlung von der MOPR durchgeführt. Früher mag es zur Vermeidung einer zu starken Belastung der MOPR notwendig gewesen sein, dass die Deutsche Sektion die Arbeitsvermittlung durchführt. Heute sind es nur noch wenige Fälle. Es wäre zweckmässiger, wenn die MOPR als die dafür zuständige Körperschaft die Arbeitsvermittlung in allen Fällen übernehmen würde.

Mit Genossen Andrejew habe ich darüber gesprochen. Es wäre nützlich, wenn über diese Fragen zwischen Genossen Andrejew, Bogdanow und mir eine Besprechung stattfinden würde.

3.) Ausreise deutscher Genossen aus der Sowjetunion:
Es gibt verschiedene Fälle wo den Genossen versprochen wurde, ihnen bei der Ausreise aus der SU zu helfen, aber die betreffenden [sic] sind noch immer hier weil sie keinen gültigen Pass haben. Es müsste entscheiden werden was in diesen Fällen nun geschehen soll.

Mit bestem Gruss
[Sign.:] Ulbricht



Nach der Einverleibung Österreichs in das Deutsche Reich fasste das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 4.7.1938 den Beschluss, die Handelsvertretung in Österreich zu schießen und mit der deutschen Regierung in Verhandlungen zu treten bezüglich der Ausdehnung des sowjetischen-deutschen Handelsabkommens auf österreichisches Territorium .[146]

Am 22.8.1938 bewilligte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion das Budget der Komintern für das Jahr 1938 in Höhe von 1.342.447 Goldrubeln und 11.916.000 Tscherwonzenrubeln. Darüber hinaus wurden der Komintern für die Deckung der Schulden aus dem Vorjahr 277.289 Goldrubel bewilligt.[147]

Dok. 442a

Rekursbrief Münzenbergs an Dimitrov gegen seinen KPD-Ausschluss und die „Verschwörung" Ulbrichts

O.O. [Paris?], 30.8.1938

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/205/7000 (3), 95–121. Erstveröffentlichung des deutschen Originals in einer gekürzten Fassung.[148] Eine vermutlich von der französischen Sureté angefertigte französische Übertragung publ. in: Courtois: Dossier Willi Münzenberg, S. 98–124.

Den 30. August 1938.

An das Sekretariat der Kommunistischen Internationale z. Hd. des Generalsekretärs Genossen Georg Dimitroff.

Werter Genosse![149]
Mitte Mai 1938 erschien in der „Deutschen Volkszeitung" und in der „Pariser Tageszeitung" der Beschluss des Zentralkomitees der KPD „in Sachen Münzenberg".[150] In

146 APRF, Moskau, 3/64/665, 17. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 179.
147 RGASPI, Moskau, 17/162/23, 144. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 770.
148 Das Typoskript enthält einige handschriftliche Ergänzungen und Korrekturen sowie zahlreiche, später vorgenommene handschriftliche Einklammerungen, Unterstreichungen, Nummerierungen etc.
149 Beigefügt war das folgende Anschreiben: „Werter Genosse. In der Beilage mein Rekursschreiben an die KI. Ich werde eine Kopie senden an den Genossen St[alin]. Einen persönlichen Brief an den Genossen Dimi[trov] lasse ich in den nächsten Tagen abgeben und bitte ebenfalls um Weitergabe. Besten Gruss. [Sign.] Wilh[elm] M[ünzenberg]."
150 Am 22.5.1938 veröffentlichte die *Deutsche Volkszeitung* einen Beschluss der KPD, Münzenberg wegen „Verstößen gegen die Grundsätze der Partei" und „Verletzung der Parteidisziplin" aus dem ZK der KPD auszuschließen und ihn aller Funktionen zu entheben. Das ZK der KPD habe ein Untersuchungsverfahren bei der Internationalen Kontrollkommission (IKK) der Komintern beantragt. Die ausführliche Begründung lautete: "Münzenberg hat Intrigen gegen die Parteiführung und gegen die Volksfrontpolitik der Partei, deretwegen er schon früher eine Parteistrafe erhielt, fortgesetzt und hat in seinem politischen Verhalten gegen die elementarsten Grundsätze der Kommunistischen Partei verstoßen. Münzenberg hat sich geweigert, wichtigen Beschlüssen der Partei nachzukommen. Die gegen Münzenberg vorliegenden weitergehenden Anschuldigungen wegen Doppelspiel gegenüber

dem bürgerlichen Blatt „Pariser Tageszeitung“ brachte der Polizeispitzel Caro, den ich 1931 fristlos aus der „Welt am Abend“ entlassen musste, weil er für die deutsche Polizei in der KPD und den „Münzenberg-Unternehmungen“ spitzelte,[151] später seine Tätigkeit für ähnliche Institutionen fortsetzte und gleichzeitig der Vertrauensmann der Gruppe Ulbricht-Salomon-Frei war,[152] den Beschluss mit der bewusst irreführenden Überschrift: „Münzenberg ausgeschlossen“.Erst einige Tage später wurde mir der Beschluss brieflich zugestellt. Nach dem Wortlaut des Beschlusses durfte ich auf weitere Mitteilungen, besonders auf einen substanzierten Bericht mit konkreten Angaben über den Charakter der angeblichen „Verstösse gegen die elementaren Grundsätze der Partei“, über die angeblichen unzulässigen Beziehungen und im Besonderen auf die Eröffnung der beschlossenen Untersuchung, die von mir bereits im Juli 1937 durch meinen Brief an den Genossen ... [153] und durch meinen Brief an das Sekretariat der Kommunistischen Internationale gefordert war, hoffen. Nachdem diese bis heute nicht geschehen ist, kann ich nur zu dem mir bekannt gegebenen und in der „Deutschen Volkszeitung“ und der „Pariser Tageszeitung“ veröffentlichten Beschluss Stellung nehmen.

Hiermit reiche ich gegen den Beschluss des Zentralkomitees der KPD beim Sekretariat der Kommunistischen Internationale offiziell Rekurs ein. Ich stelle an das Sekretariat der KI den formalen Antrag, den Beschluss aufzuheben und meine Rechte

---

der Partei und den Volksfrontpartnern der Partei durch bewußte Durchkreuzung der Volksfrontpolitik der Partei und der für einen Kommunisten unzulässigen Verbindungen bedürfen dringend der Untersuchung. Da sich Münzenberg unter haltlosen Vorwänden der Verantwortung vor der Parteiführung entzieht, hat diese bei der IKK beantragt, das Verfahren gegen Münzenberg durchzuführen.“

151 Der deutsch-jüdische Journalist Kurt Michael Caro (Ps. Manuel Humbert, 1905–1979) war neben Georg Bernhard prägende Figur der *Pariser Tageszeitung*, er gilt als Urheber der Verleumdung und den Putsch gegen den ersten Besitzer des *Pariser Tageblatts/Pariser Tageszeitung*, stand Ulbricht nahe und verteidigte in seinen Artikeln die Moskauer Prozesse. Bis 1933 Chefredakteur der populären *Berliner Volkszeitung*, arbeitete er nach dem Zweiten Weltkrieg als Beamter für das Foreign Office und u.a. als Redakteur der *Weltwoche* in Zürich. Im Buch Manuel Humbert: Hitlers „Mein Kampf“. Dichtung und Wahrheit. Paris, 1936, stellte er kritisch Hitlers Rassentheorie in Frage. Die Spitzelvorwürfe Münzenbergs liessen sich bisher nicht verifizieren (Bayerlein/Matschuk: Vom Liberalismus zum Stalinismus, S. 97 u.a.).

152 Frei, d.i. Bruno Frei, ursprünglicher Name Benedikt Freistadt (1897–1988), österreichischer antifaschistischer Autor und Journalist („Die Männer von Vernet“ (1944), „Carl von Ossietzky“ (1966)) war unter Münzenberg Herausgeber der *Welt am Morgen*, später des *Gegen-Angriff* und Anhänger bzw. Bewunderer Stalins. Noch in den 1970er Jahren wurde – besonders von anarchistischer Seite – der diffamierende Charakter zahlreicher Äußerungen bzw. Schriften Freis öffentlich kritisiert (siehe Hans-Peter Duerr, Augustin Souchy: Stalinismus und Anarchismus in der spanischen Revolution oder Bruno Frei und die Methode der Denunziation, Berlin, Karin Kramer Verlag 1973). Seinerzeit hatte Frei bspw. 1937 im KPD-Organ *Deutsche Volkszeitung* die Mitglieder des Bundes Freie Presse und Literatur (BFPL) – darunter waren Alfred Döblin, Bruno Frank, Leonhard Frank, Konrad Heiden, Iwan Heilbut, Hermann Kesten, Klaus Mann, Valeriu Marcu, Walter Mehring, Joseph Roth – als “gleichgeschaltete Söldner der Goebbels-Propaganda” bezeichnet (zit. in Schiller: Der Traum von Hitlers Sturz, S. 151).

153 Der Name ist ausgelassen. Es handelt sich um den Brief an Stalin vom 14.7.1937 (Dok. 417).

als Mitglied des Zentralkomitees der KPD wieder herzustellen. Ich motiviere diesen Antrag sowohl mit formalen als auch mit sachlichen Gründen.

Der Beschluss wirft mir Intrigen gegen die Parteiführung und gegen die Volksfrontpolitik der Partei vor, wofür ich bereits früher einmal eine Parteistrafe erhalten hätte und behauptet, dass ich in meinem politischen Verhalten fortgesetzt gegen die elementarsten Grundsätze der Partei verstossen habe. Ich erkläre diese Vorwürfe für unberechtigt und unbegründet und fordere, was ich bereits im Mai, November und Dezember 1937 getan habe, eine Untersuchung mit Zeugeneinvernahme und Gegenüberstellungen zur Klärung aller Vorwürfe und Anklagen, die gegen mich erhoben worden sind.

Der Beschluss steht im schärfsten Widerspruch zu den statuarischen Bestimmungen der KPD und der KI. Nach dem klaren Wortlaut der Statuten der Partei und der KI kann ein verantwortlicher Funktionär seiner Funktion nur von einer übergeordneten Instanz enthoben werden, in diesem Falle also nur von einem Parteitag resp. einer Parteikonferenz der KPD oder von der KI. Ich weise in diesem Zusammenhang darauf hin, dass ich vom letzten ordentlichen Parteitag der KPD, dem sogenannten Weddinger Parteitag 1929 in das ZK der Partei und von der Brüsseler Parteikonferenz im Jahre 1935 in die von dieser Konferenz geschaffene Leitung gewählt wurde.[154]

Wenn ich ausser den entscheidenden sachlichen Gründen auch die formalstatuarische Begründung mit heranziehe, dann auch deshalb, weil diese Frage zu einer eminent wichtigen politischen Frage in unserer Partei geworden ist. Ich bin der Meinung, dass bei allen Einschränkungen, die die streng illegale Arbeit unserer Partei notwendig macht, ein Minimum von Parteidemokratie und gewisse Normen des Parteirechts erhalten bleiben müssen, wenn der kommunistische und leninistische Begriff der Partei überhaupt gelten soll. Diese Frage ziehe ich auch deshalb heran, weil nicht nur ich darunter gelitten habe, dass in der Ulbrichtperiode das Parteistatut wie ein Sieb durchlöchert wurde, sondern auch Dutzende und Dutzende anderer Parteigenossen mit guten Leistungen und langjähriger Mitgliedschaft ohne Untersuchung, ohne ein normales Parteiverfahren, ohne die Möglichkeit einer Gegenüberstellung, einer Aussprache und Klärung vor einer mehrköpfigen Parteikommission zu haben, gemassregelt, ihrer Funktionen enthoben, „abgehängt“ oder aus der Partei ausgeschlossen wurden. Dass selbst unter den schwersten Bedingungen ein Minimum von Parteidemokratie erhalten werden kann, beweist die Geschichte der Bolschewistischen Partei. Ich befürchte, dass die Partei nicht jene Menschen heranschulen kann, die notwendig sind, um den Kampf siegreich zu bestehen, wenn dieser Notwendigkeit nicht entsprochen wird. Auf alle Fälle müsste erreicht werden, dass nicht ein Einzelner über das Schicksal eines Parteigenossen und seinen Ausschluss, das heisst mitunter über Tod und Leben entscheidet, sondern eine mehrköpfige Parteikommission und die Parteileitung. Wie wir überhaupt bei unserer Stellung als Partei zu den Genossen als Menschen mehr das Wort Stalins berücksichtigen müssen, der den Menschen mit Recht als das kostbarste Gut bezeich-

154 Der „Weddinger Parteitag“ der KPD 1929 war der vorläufige Höhepunkt der ultralinken Taktik.

net und das Wort Dimitroffs, der unter dem stürmischen Beifall des VII. Weltkongresses die Bürokratie in der Partei und der Roten Hilfe als ein Verbrechen geisselte. Aber gerade auf diesem Gebiet wurde von der Ulbricht-Gruppe auf das schwerste gesündigt. So wahr es ist, dass trotz aller Motorisierung und Technisierung der Kriegsmaschine der Krieg von lebendigen Menschen entschieden wird, so wahr ist es, dass auch die proletarische Revolution nur von lebendigen Menschen, die von der Richtigkeit ihrer Ideen gläubig beseelt sind, gewonnen werden kann. Ohne diese Gläubigkeit, ohne seelisch begeisterte Menschen kann keine Schlacht, besonders nicht im Bürgerkrieg gewonnen werden. Karl Marx formulierte die Voraussetzungen einer siegreichen Revolution mit folgenden Worten:

„Keine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft kann diese Rolle spielen, ohne ein Moment des Enthusiasmus in sich und in der Masse hervorzurufen, ein Moment, worin sie mit der Gesellschaft im allgemeinen fraternisiert und zusammenfließt, mit ihr verwechselt und als deren allgemeiner Repräsentant empfunden und anerkannt wird, ein Moment, worin ihre Ansprüche und Rechte in Wahrheit die Rechte und Ansprüche der Gesellschaft selbst sind, worin sie wirklich der soziale Kopf und das soziale Herz ist.“[155] [...]

Es ist wahr und ich habe das sofort in allen meinen Briefen and die KI zugegeben, dass ich in dem aufgezwungenen Kampfe mit der Gruppe Ulbricht mir Fehler und schwere Verstösse gegen die formale Parteidisziplin habe zuschulden kommen lassen, aber ich wurde dazu, wie ich noch ausführen werde, gezwungen und zwar nicht nur aus wichtigen politischen und für die kommunistische Bewegung entscheidenden Gründen, sondern auch aus einer organisatorischen Notwehr. Die Gruppe Ulbricht hatte in ihrem Kampfe gegen mich jedes Gesetz und jedes Recht des normalen Parteilebens aufgehoben, trotzdem ich damals unbestritten noch Mitglied des Zentralkomitees unserer Partei und, wie Euch bekannt ist, mit verantwortungsvollen internationalen Arbeiten betraut war. Ulbricht hat unmittelbar und als erster die Differenzen aus dem engen Kreis des Sekretariats in die breite Parteimitgliedschaft getragen, hat durch seine Beauftragten, die Genossen Mercker und Siegfried Rädel in Funktionärversammlungen und Zellensitzungen unwahre und verleumderische Beschuldigungen gegen mich verbreiten lassen.[156] Ulbricht hat die gleichen unwahren Beschuldigungen in illegalen Rundschreiben an alle Grenz- und Reichsstellen verbreitet. In der „Deutschen Volkszeitung“ hat Ulbricht unwahre Behauptungen und

155 Siehe: Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosphie. In: Karl Marx/ Friedrich Engels - Werke. (Karl) Dietz Verlag, Bd. 1, Berlin (-Ost), 1978. S. 378–391, hier S. 388. Das Zitat Münzenbergs wurde geringfügig entsprechend des Originaltextes korrigiert.

156 Gen. Mercker, d.i.: Paul Merker (siehe Dok. 240). Siegfried Rädel (1893–1943, im Konzentrationslager hingerichtet) hatte 1935 gemeinsam mit Ulbricht und Paul Bertz den Leiter des illegalen KPD-Apparats, Hans Kippenberger, denunziert. Im französischen Exil 1936 Gründer der Sozialvereinigung deutscher politischer Emigranten. Trotz Verleihung der sowjetischen Staatsbürgerschaft im März 1941 wurde er nicht mehr vor dem Zugriff der Nationalsozialisten gerettet und 1943 in Berlin-Plötzensee hingerichtet (siehe auch Dok. 359a; Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 696f.).

Artikel zum Abdruck bringen lassen, u.a. eine falsche Behauptung über meine Stellung zu dem Problem der „Freundeskreise der deutschen Volksfront".[157] Gleichzeitig verweigerte mir Ulbricht trotz wiederholten Verlangens die Möglichkeit, mich in den Parteikörperschaften, in denen die Beschuldigungen vorgebracht wurden, zu äussern und mich zu rechtfertigen. Ulbricht verweigerte mir die Aufnahme von berichtigenden Artikeln in der „Deutschen Volkszeitung", sogar knappe, tatsächliche Feststellungen.

Ulbricht hat über die Parteikreise hinaus den Angriff gegen mich in Kreise von Parteilosen getragen. Sofort nach seiner Rückkehr hat er in Gesprächen mit dem ehemaligen preussischen Finanzminister Klepper und anderen Mitteilungen über „meine Abberufung und politische Erledigung" gemacht.[158] In einer Funktionärsversammlung der Pariser Freundeskreise hat Ulbricht vor Parteilosen und in Anwesenheit von Polizeispitzeln die verleumderische Beschuldigung gegen mich wiederholt und geduldet, dass unter dem Beifall des Spitzels Fischer und anderer der Trotzkist Venedey in dieser Versammlung ausrufen konnte:[159] „Wir wissen, warum wir Münzenberg ausgeschlossen haben" und Ulbricht hat diesem Ausspruch seinen eigenen Beifall nicht versagt. Das geschah am Sonntag den 31. Oktober 1937! Ulbricht hat jeden und jeglichen Rechtsbegriff der Parteimitgliedschaft gegen mich annulliert. Er hat in der Parteimitgliedschaft, in den Zellen und den für ihn erreichbaren Kreisen von Parteilosen eine Diffamierungskampagne eröffnet mit dem klaren Ziel, wie er dies selbst zugegeben hat, mich nicht nur aus der Partei und der Internationale herauszuintrigieren, aus der Partei und der Internationale, die ich selbst mitbegründet habe, sondern auch meinen Namen als revolutionären Kämpfer und aktiven Antifaschisten, den ich mir in meiner nunmehr mehr als dreissigjährigen Zugehörigkeit zur Arbeiter- und freiheitlichen Bewegung erworben habe, zu vernichten. Darüber kann kein Zweifel bestehen.

Ulbricht hat sich wiederholt gegenüber Parteigenossen und Parteilosen unmissverständlich ausgesprochen, dass es gelte, mich zu erledigen oder, wie es der Genosse Hugo Gräf im Sommer 1937 dem Genossen Klinke gegenüber formulierte:[160] „Mün-

---

157 Zu den Freundeskreisen der Deutschen Volksfront siehe Dok. 432.

158 Otto Klepper (1888–1957), Mitgründer der Deutschen Freiheitspartei, ehemaliger Preußischer Finanzminister, der anlässlich des ‚Preußenschlags' die passive Haltung der SPD scharf kritisierte. Autor und Mitarbeiter von *Die Zukunft*, *Organ der Deutsch-Französischen Union* 1938–1940. Nach dem Krieg wie Babette Gross zeitweise Geschäftsführer der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (Astrid von Pufendorf: Otto Klepper. 1888–1957. Deutscher Patriot und Weltbürger, München, Oldenbourg, 1997).

159 Die Passage zeigt, dass sich auch Münzenberg weiter der Trotzkismusstigmatisierung bediente: Der „Trotzkist" Venedey war der sozialdemokratische Jurist Hans Venedey (1902–1969), der in der Pariser Emigration in der Solidaritätsarbeit für Emigranten engagiert war. Während des Zweiten Weltkriegs schloss er sich der Bewegung Freies Deutschland an, nach dem Krieg trat er der KPD bei, zog sich jedoch bald aus der Politik zurück. Sein Bruder Hermann war im antifaschistischen Exil in der Schweiz aktiv. Siehe: Michael Venedey: Bruder Hans und die Familientradition. In: *Ossietzky*, Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft (23) 2002, http://www.sopos.org/aufsaetze/3dde513590d1c/1.phtml

160 Hugo Gräf (1892–1958), 1914 Frontsoldat, der ein Bein verlor. Nach dem Krieg Leiter des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit; KPD-Mitglied; später Gewerkschaftsvorsitzender in der DDR (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 312f.)

zenberg wird in diesem Jahre erledigt werden" oder wie es der Genosse Mercker im Frühjahr 1938 gegenüber Heinrich Mann ausgedrückt hat: „Münzenberg wird auf alle Fälle von uns ausgeschlossen" oder wie es der Vertrauensmann Ulbrichts und der von ihm als Repräsentant der Partei für die Volksfront bestimmte Bruno von Salomon erklärte, man würde „mich hinmachen" und gegenüber Anderen: „In Moskau wäre Münzenberg schon lange erschossen, aber er wird seinem Schicksal nicht entgehen, der Arm der GPU reicht sehr weit"

Der KI ist das umfangreiche Material bekannt, welches beweist, dass diese Gruppe bei der Erreichung dieser Aufgabe vor keinem Mittel und keiner Intrige zurückschreckte. Am kennzeichnendsten für das ganze Treiben gegen mich ist, dass Ulbricht bereits im Juni 1937 in einer Konferenz der politischen Leiter der Partei, die aus den verschiedenen Ländern nach Paris gerufen waren, mitteilte, sie sollen die Grenz- und Reichsstellen informieren, dass Münzenberg innerhalb von sechs Wochen aus der Partei ausgeschlossen sei. Das geschah also in einer Zeit, als man mir noch keinerlei Disziplinvergehen vorwerfen konnte und als alle Mitteilungen von der KI dahingehend lauteten, dass ich zur Übernahme einer grossen, verantwortlichen politischen Arbeit nach dort gerufen sei. Allein diese Tatsache beweist, dass Ulbricht nach seiner Rückkehr systematisch und planmässig versucht hat, mich um jeden Preis aus der Partei herauszudrängen.

Diese Intrigen und der nichtswürdige Versuch dieser Gruppe, mich als Kommunisten auszuschliessen und ein Lebenswerk von über 30 Jahren revolutionärer Tätigkeit mit Lügen, böswilligen Erfindungen und Verleumdungen zu vernichten, wobei diese Gruppe jede Norm des Parteilebens und der Parteigepflogenheiten aufgegeben hatte, haben mich zu diesem Notwehrkampf gezwungen, der nur auf dem Platze zu führen war, auf dem die Angriffe gegen mich geführt worden sind.

In diesem Kampfe wurden die Traditionen des Rechtes, der innerparteilichen Demokratie und des ganzen Parteibegriffes nicht von der Gruppe Ulbricht vertreten, sondern dafür habe ich in meinem Kampfe gekämpft, und nichts ist unwahrer und unbegründeter als die Behauptung, dass ich seit 1937 die Tendenz gehabt hätte von der Partei und der KI wegzustreben. Für meine Treue und Ergebenheit gegenüber der KI zeugen nicht nur die Anerkennungen und Beschlüsse der Komintern bis in das letzte Jahr in Verbindung mit dem Weltfriedenskongress,[161] sondern dafür gibt es in wörtlichem Sinne tausende von Beweisen, und wenn es noch eines Beweises bedurfte, dann ist es der giftigste Hass und die Wut, mit der der faschistische Gegner

161 Von „bis in …" an handschriftlich eingeklammert. Auf dem groß angelegten, fast pompösen Weltfriedenskongress vom 3.-6.9.1936 in Brüssel mit etwa 5.500 Delegierten aus allen Teilen der Welt wurde gleichwohl die antifaschistische Propaganda nicht zum zentralen Thema, sondern dem Friedensmotiv untergeordnet. Hauptforderungen waren "Frieden durch den Völkerbund", "kollektive Sicherheit" und "unteilbarer Frieden". Der Kongress fand unter Ausschluss einer Delegation der deutschen Anti-Hitler-Opposition statt, die ein Memorandum überreichen liess und separat tagte. Nach dem Kongress referierte Münzenberg auf einer Plenarsitzung des Weltkomitees, wo er leise Kritik anklingen ließ.

meine Arbeit von jeher ausgezeichnet hat. Eine solche Behauptung, dass ich die KI verlassen wollte, wäre der Versuch der grössten Fälschung und Entstellung tatsächlicher Begebenheiten. Nicht ich wollte von der Partei und der KI weg, sondern die Gruppe Ulbricht-Salomon-Frei[162] hatte es sich zu einer Art Lebensaufgabe gemacht, mich aus der Partei und der KI durch Intrigen, Organisierung von Gerüchten, Herstellung gefälschter Dokumente und unwahre Behauptungen aus der KPD und der KI zu entfernen und gleichzeitig meinen Namen als Antifaschisten zu diffamieren. Ich war stets mit der KI auf das Engste verbunden und auf das Engste mit der Partei gerade in jenen Tagen, da ich annehmen durfte, dass mit durch meine Arbeit die ersten grossen Einheits- und Volksfronterfolge im Westen zu verbuchen waren. [...]

Ebenso unwahr wie die falsche Behauptung, ich hätte gegen die Parteiführung intrigiert ist die Behauptung, ich hätte in meinem Verhalten gegen die elementarsten Grundsätze der Partei verstossen. Diesen Vorwurf erhebe ich in vollem Umfange und mit grösstem Nachdruck gegen Ulbricht und seine Gruppe, wie ich das bereits in meinen Briefen an den Genossen [...][163] und an den Genossen Dimitroff aus den Jahren 1937/38 getan habe.[164] Wenn irgend jemand durch sein politisches Verhalten gegen die kommunistischen Grundsätze verstossen hat, so sind es Ulbricht und Genossen, die durch ihre Tätigkeit die theoretische Arbeit unserer Partei auf den Hund gebracht haben, ihre politische Stosskraft auf das Schwerste geschwächt und das Ansehen und die Autorität auf unüberbietbare Weise geschädigt haben. In dem oben angeführten Dokument und später habe ich wiederholt gefordert, dass unsere Partei der wissenschaftlichen und theoretischen Arbeit mehr Raum gibt, mehr Aufmerksamkeit widmet. Das ist bis heute nicht der Fall. Ich habe die Vertiefung der wissenschaftlichen Analyse des Hitlersystems, seines ökonomischen Inhaltes und besonders des Prozesses der Veränderung, in dem es sich befindet, die Untersuchung und Enthüllung des ideologischen und politischen Ueberbaus des Naziregimes und im besonderen die Herausarbeitung nicht nur der taktischen Lehren für den Kampf zu seiner Vernichtung, sondern auch der grossen Konturen für den ökonomischen, politischen, staatsrechtlichen und kulturellen Inhalt eines neuen Deutschland gefordert. Ich habe selbst versucht, auf einem Teilgebiet neue Erscheinungen der Propaganda zu untersuchen und, wenn auch vielleicht unzulänglich, diese Probleme neu zu stellen und zu lösen versucht, eine Arbeit, die bei einer Neuauflage des Buches noch verbessert und vertieft werden wird.[165] Meine Anregungen hinsichtlich der theoretischen Arbeit wurden nicht beachtet und mein erster eigener Versuch wurde mit den wildesten und ungerechtesten Angriffen beantwortet, indem man den Inhalt meines

162 Frei, d.i. Bruno Frei, siehe Dok. 442a.
163 Unleserlich gemachte Stelle: „Stalin"
164 Zentrale Briefe sind in diesem Band veröffentlicht, siehe Dok. 417, 429.
165 Vorgelegt wurde eine französische Übersetzung. Eine deutsche Neuauflage des Buches „Propaganda als Waffe" erfolgte nicht. Siehe: Willi Münzenberg: La propagande Hitlérienne. Instrument de guerre, (Strasbourg), Editions S. Brant, 1938.

Buches fälschte, während man gleichzeitig die „Weltbühne" anwies, eine Kritik des Stampferschen Buches: „Die Geschichte der deutschen Republik" zurückzustellen, und wo durch Bruno Frei das trotzkistische Buch des ehemaligen Naziredakteurs und Reichstagskandidaten (...)[166] -zeitung" gross angepriesen wurde.

Gleich gross waren meine Gegensätze zu der Ulbricht-Gruppe in der gesamtpolitischen Einstellung der Partei. Ich war und bin der Meinung, dass die KPD, wenn sie ihre Aufgaben erkennt und zu lösen versteht, von der grössten Bedeutung nicht nur für die europäische, sondern für die Weltpolitik ist, und dass sie bei allen ihren politischen Massnahmen und Aktionen von der Erkenntnis ausgehen muss, dass sie in kürzester Zeit allein oder in Gemeinschaft mit anderen Gruppen die Macht in Deutschland übernehmen wird. [...]

Aber gerade weil ich überzeugt bin, dass keine andere Partei als die KPD, wenn sie ihre geschichtliche Aufgabe versteht und ihr gerecht wird, auf Grund der objektiven Verhältnisse, ihrer Geschichte, ihrer Traditionen und in Verbindung mit der KI und der UdSSR den ersten Anspruch auf die Führung der deutschen antifaschistischen Bewegung zu erheben hat, kämpfe ich für eine Politik der Partei, die ihr Anerkennung und Autorität einbringt und sichert. Dazu aber ist ein klares Programm in der Aussen- und Innenpolitik notwendig. [...]

In diesem Zusammenhang muss ich mich mit aller Leidenschaft wenden gegen den Versuch, der gemacht wurde und dann wieder vergessen werden sollte, mich einer sowjetfeindlichen Haltung oder Stellungnahme zu beschuldigen. Meine Stellung zu dieser Frage ist eindeutig und klar. Als erster deutscher Sozialist habe ich mich 1915 mit Lenin und der Bolschewistischen Partei verbündet. 1919 bin ich gegen den Willen des Spartakusbundes, gegen Pieck und Eberlein für die Gründung der Kommunistischen Internationale eingetreten. Wenn ich nicht irre, wurde ich von Lenin als einziger deutscher Sozialist namentlich zur Gründung der KI eingeladen.[167] Ich hatte 1921, in einer schweren Periode, das Vertrauen, die Hilfsaktion für die UdSSR im Auslande zu organisieren.[168] Ich habe in innerparteilichen Konflikten keinen Moment gezögert,

166 Zeile abgeschnitten. Zum KPD-Journalisten Bruno Frei siehe Dok. 442a.

167 Seitens der Organisatoren des Gründungskongresses der Komintern (2.-6.3.1919) war Münzenberg als Vertreter der linken sozialistischen Jugendorganisationen vorgesehen. Seine Inhaftierung in der Festung Ulm und dem Gefängnis in Rottenburg verhinderte die Anreise. Zur Kominterngründung siehe u.a. den Bericht des Delegierten Eberlein, Dok. 14.

168 Am 19.9.1921 übertrug das Präsidium des EKKI Münzenberg die „Koordinierung der Arbeit des Auslandskomitees (der Internationalen Hungerhilfe für Sowjetrussland) mit dem EKKI." Aus der Hungerhilfe entstand dann die Internationale Arbeiterhilfe (IAH), die das bisher größte globale Solidaritätsnetzwerks der Arbeiterbewegung herausbildete. Bis zu ihrer formellen Auflösung 1936 war Münzenberg ihr Erster Sekretär. Die IAH war Trägerin eines weit verzweigten Mediengeflechts und das Fundament für Münzenbergs „ungewöhnliche Position" (Arthur Koestler) im Gefüge der Komintern. Einen hohen Bekanntheitsgrad erlangte die „Proviantkolonne des Proletariats" nicht zuletzt mit ihrem Komitee Künstlerhilfe, dem in den ersten Jahren u.a. Käthe Kollwitz, George Grosz, Alfons Paquet, Heinrich Vogeler, Kurt Wolff, Wieland Herzfelde, Hans Baluschek, Erwin Piscator angehören (siehe zum Solidaritätskonzept der IAH: Braskén: The Revival of International Solidarity).

mich von alten, menschlich nahestehenden Freunden zu trennen, wie Brandler und andere, als sie eine antisowjetische Stellung bezogen. Als erster und einziger habe ich an der bekannten Berliner Parteikonferenz, an der Genosse Manuilski teilgenommen hat, den Kampf gegen die Gruppe Ruth Fischer eröffnet, als sie in eine antirussische Linie einschwenkte.[169] Ich habe im Jahre 1926 als erster mit dem Genossen Thälmann den Kampf gegen die Sinowjewgruppe in Deutschland organisiert und meine Artikel in der von mir herausgegebenen Zeitschrift „Der Rote Aufbau" und „Unsere Zeit" gegen den Trotzkismus sind Beweis genug für den eindeutigen Weg, den ich in allen diesen Frage gegangen bin.[170] Dies dokumentierte auch der Gegner, sowohl der faschistische, als auch der trotzkistische, der mich erst kürzlich neben Kolzow als den „verbrecherischsten stalinistischen Agenten" im Auslande bezeichnete.[171]

Ich habe aber diese meine Kampfgemeinschaft immer so verstanden, wie ich sie seit 1915 gelebt habe, als engster Freund und Verbündeter, aber eben als Freund und Verbündeter und ich glaube, was 1915, 1921 und später richtig war, ist heute noch notwendiger. Nur eine solche Stellung macht es möglich, nicht nur Unterstützung zu empfangen, sondern den Freunden Hilfe zu geben und ermöglicht uns als deutsche kommunistische Bewegung gleichzeitig, neben den kommunistischen Freunden

---

169 *Parteikonferenz*: Münzenberg meint hier wohl den X. KPD-Parteitag, auf dem Manuilski bei seiner Rede gestört und ausgebuht wurde, während – so Nikolaj Bucharin – Ruth Fischer „alle ziemlich terrorisiert(e)" (Dok. 129).

170 *Der Rote Aufbau* erschien als periodisches, theoretisches Organ der Internationalen Arbeiterhilfe *für Politik, Literatur, Wirtschaft, Sozialpolitik und Arbeiterbewegung* seit 1929. *Unsere Zeit* erschien mit dem Untertitel *Halbmonatsschrift für Politik, Literatur, Wirtschaft, Sozialpolitik und Arbeiterbewegung – revue mensuelle* als Organ des „Exekutiv-Komitee(s) der Internationalen Arbeiterhilfe für Sowjetrußland" von Juni 1933 bis ca. August 1935 u.a. in Paris und Basel. Seine Feindschaft gegen Trotzki hat Münzenberg scheinbar nie aufgegeben. Trotzkis Forderung einer Einheitsfront von KPD und SPD zur Verhinderung der Machtübernahme Hitlers hatte er im *Roten Aufbau* noch am 15. Februar 1933 als "faschistische(n) Vorschlag einer Blockbildung der KPD mit der SPD" bezeichnet. Dies sei – so Münzenberg – die "schlimmste, gefährlichste und verbrecherischste Theorie", die dieser "konterrevolutionäre Faschist" seit Jahren aufgestellt habe. Die "Kommunistische Partei und die von ihr geführte millionenstarke rote Einheitsfront" sei die einzige Waffe gegen die Nationalsozialisten. Entsprechend war Trotzkis Verhältnis zu Münzenberg, auch nach der Abwendung des Letzteren vom Stalinismus, stets von Mißtrauen geprägt. Siehe: Pierre Broué: Lew Dawidowitsch Trotzki und Willi Münzenberg. In: Tania Schlie, Simone Roche (Hrsg.): Willi Münzenberg (1889–1940). Ein deutscher Kommunist im Spannungsfeld zwischen Stalinismus und Antifaschismus, Frankfurt am Main u.a., Lang, 1995, S. 155–160.

171 Michail Kol'cov (1898–1940, nach Todesurteil in der Sowjetunion erschossen, nach anderen Quellen Tod 1942 im Gulag), Mitglied der RKP(b) seit 1918, war ein international bekannter sowjetischer Journalist und Leiter der Auslandsabteilung des sowjetischen Schriftstellerverbands. Ab 1936 war er in Spanien, seine Berichte aus dem Bürgerkrieg prägten nachhaltig die Spanien-Wahrnehmung in der sowjetischen Gesellschaft. 1938 aus Spanien abberufen, im Dezember als angeblicher Spion verhaftet und erschossen. Literarisch verewigt wurde Kol'cov in der Figur des „Karkow" in Ernest Hemingways „Wem die Stunde schlägt". Seine Lebensgefährtin war die deutsche KPD-Journalistin Maria Osten. Zu Kol'covs Rolle in Spanien siehe: Paul Preston: We Saw Spain Die. Foreign Correspondents in the Spanish Civil War, London, Constable, 2008, S. 173–212.

jene gewaltigen sozialistischen und demokratischen Kräfte in der Welt für den Sturz Hitlers zu mobilisieren, auf die zu verzichten eine Idiotie und ein Verbrechen wäre. Wir müssen immer wieder beachten: das Schicksal Deutschlands wird nicht in Paris und Moskau, sondern in Berlin entschieden, und in einem gleich starken Masse, wie es die spanische Volksfrontregierung tut, muss es unsere Aufgabe sein, eine Politik zu betreiben, die uns die Unterstützung aller freiheitlichen Kräfte für den deutschen Befreiungskampf sichert.

Gleich unbefriedigend wie unsere aussenpolitische Stellungnahme und Aktivität ist unsere Stellungnahme gegenüber den innerpolitischen Fragen. Die Erklärungen, die wir bisher abgegeben haben, dass wir für die Demokratie sind, weil die Massen für die Diktatur nicht reif sind, können missverstanden werden und machen die sozialistischen und demokratischen Partner mit Recht oder Unrecht misstrauisch. [...]

Bekanntlich wurden die Differenzen politisch ausgelöst durch meine Rede auf der Volksfrontkonferenz im April 1937. Das Referat erschien als Broschüre, wurde aber von der Ulbrichtgruppe unterdrückt, weil ich darin angeblich der Einheitsfront und den sozialistischen Problemen zu viel Raum gegeben hätte.[172] Diese Behauptung deutet die Meinungsverschiedenheiten an, die in diesen Fragen zwischen Ulbricht und mir bestanden. Ulbricht war der Meinung, dass in einer Volksfront alle antihitlerischen Kräfte von den linkesten bis zu den rechtesten Oppositionsgruppen vereinigt sein müssen und hat das 1935 am krassesten gegenüber Breitscheid geäussert, als er sagte, man müsse eine Volksfront von den Kommunisten bis zu Otto Strasser schaffen. Gegen eine derartige Formulierung hatte ich und habe ich die stärksten Bedenken. Ich halte sie für unmöglich und verwirrend. Man muss zwischen der Einheitsfront und der Volksfront unterscheiden. Mit einzelnen Vertretern bestimmter bürgerlicher Gruppen ist vielleicht eine Volksfront möglich, andere bürgerliche Gruppen werden getrennt wirksamer operieren können und andere, wie z.B. Monarchisten und ähnliche, können überhaupt nur ausgenützt werden. Was ich aber besonders gefordert habe, war, dass, bevor man eine Volksfront mit dieser oder jener Gruppe bildet, die Einheitsfront vorher geschaffen werden muss. Der Ausgangspunkt aller Einheitsverhandlungen muss nach wie vor die Einheitsfront sein, was ich in meiner Rede stark unterstrichen hatte. Ich bin auch heute nach wie vor der Meinung, dass man alles hätte darauf konzentrieren müssen und heute noch konzentrieren muss, die Einheitsfront zu schaffen. Bekanntlich führten meine Bemühungen 1935/36 zu den ersten, hoffnungsvollen Beziehungen zwischen uns und den Sozialisten. Wenn es uns nicht gelingt, mit den entscheidenden sozialistischen Gruppen in eine feste Einheitsfront zu kommen, wird eine deutsche Volksfront unmöglich sein. [...]

---

172 Es handelt sich um die „Osterkonferenz“ des Volksfrontausschusses vom 10.-11.April 1937, die erste und einzige Konferenz der deutschen Volksfront und der deutschen Opposition (Babette Gross). Sie beschloß eine “Botschaft an das deutsche Volk”, die ein “sozialistisches Deutschland” nach Hitler propagierte. Auf der Konferenz brach erstmals der Dissenz zwischen Walter Ulbricht und Münzenberg auf,

Die Gruppe Ulbricht-Salomon-Frei hat aber Einheitsfrontverhandlungen nicht unter diesem Gesichtspunkt geführt, sondern sie hat sich in den schärfsten Gegensatz zu den wirklich organisierten sozialistischen Gruppen gebracht und dann versucht, mit einzelnen und wenig geeigneten Personen, wie dem Sozialimperialisten und Kriegshetzer Robert Breuer,[173] Agent des deutschen Generalstabes und Sekretär von Parvus, (sowie Redakteur der „Glocke" während des Weltkrieges)[174] gegen die organisierten sozialistischen Gruppen zu manövrieren.

Komplizierter als die Frage der Einheitsfront und der Einheitspartei in Deutschland ist die Frage einer deutschen Volksfront. Während die Kommunisten und Sozialisten sich eine Organisation und gewisse Kader erhalten haben und bei ihnen eine Parteivertretung und eine Spitze vorhanden ist, ist dies bei den ehemaligen bürgerlichen deutschen Parteien nicht mehr der Fall. Man kann also nur einige Intellektuelle als Personen zur Unterstützung gewinnen oder mit sehr schmalen Gruppen und einzelnen Repräsentanten gewisser politischer Strömungen Vereinbarungen treffen, wobei man versuchen müsste, Repräsentanten jener Gruppen zu bekommen, die tatsächlich die grössten politischen Oppositionsbewegungen in Industrie- und Handelskreisen repräsentieren, mindestens aber mit ihnen Verbindung haben, also der religiösen Bewegungen, der Opposition in Industrie- und Handelskreisen, das Bauerntum und vielleicht bis zur Armee. Weil diese Frage aussergewöhnlich schwierig ist und eine sehr genaue Personen- und Gruppenkenntnis voraussetzt, sind hier von der Ulbricht-Gruppe die schlimmsten Fehler begangen worden. [...]

Den wichtigsten Teil der gesamtpolitischen Frage nahm bei dem Gegensatz zwischen mir und Ulbricht die Frage unserer Taktik bei der Bekämpfung der Hitlerschen Kriegsvorbereitungen ein. Darüber habe ich in meinem Exposé ausführlich an den Genossen (...) und in meinen Briefen an den Genossen Dimitroff geschrieben. [...]

Mit Unterstützung eines Kreises von Freunden habe ich in den Jahren 1934/35/36 in zahlreichen Artikeln, Untersuchungen und Büchern auf die damaligen Geheimrüstungen des Hitlerregimes hingewiesen und sie vor aller Welt enthüllt. Die Bücher „Hitler treibt zum Krieg", „Hitlers motorisierte Stossarmee" und „Hitlers Luftflotte

173 Der sozialdemokratische Journalist, Schriftsteller und Designer Robert Breuer („Glockenbreuer"), ursprüngl. Name Lucian Friedlaender (1878–1943), war im Ersten Weltkrieg Mitarbeiter der *Schaubühne*, der Vorläuferin der *Weltbühne*. Als er nach anfänglich internationalistischen sozialpatriotische und annexionistische Wochenendkommentare schrieb, wurde er vom Herausgeber Siegfried Jacobsohn entlassen. Als Verräter an der Revolution in der *Weltbühne* kritisiert, wurde er anfangs der Weimarer Republik zum Vertrauten Friedrich Eberts. Als Schriftleiter der Zeitschrift *Die Glocke*, dessen Eigentümer seit ihrer Gründung 1915 Alexander Parvus-Helphand, sowie Geschäftsführer dessen Verlags unterstützte er die deutschen Kriegsziele. Nach seiner Emigration 1933 nach Paris nahm Breuer an der Lutetia-Konferenz vom 2.2.1936 teil und war im Herbst 1937 wiederholt Redner in den seitens Ulbricht betriebenen Freundeskreisen der Deutschen Volksfront. Siehe u.a.: Werner Röder, Herbert A. Strauss e.a.: Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 1, München-New York u.a., K.G. Saur, 1980, S. 94.; vgl. die positive Sicht in: Arno Scholz (Hrsg.): Robert Breuer. Ein Meister der Feder, Berlin, Arani Verlags-Gesellschaft, 1954.

174 Die Klammer im Dokument wurde handschriftlich ergänzt.

startbereit" dienten als die wichtigsten Unterlagen für die Stellungsnahme der antihitlerischen Kräfte im Kampfe gegen die wachsende Kriegsgefahr.[175] Ich habe später, als nichts mehr zu enthüllen war, sondern das Naziregime im Gegenteil versucht hat, mit unvollendeten Kriegsvorbereitungen zu bluffen, versucht, den Bluff zu enthüllen, besonders durch die Bücher: Henry: „Feldzug gegen Moskau?", „Propaganda als Waffe"[176] und zuletzt durch das Buch von Werner „Der Aufmarsch zum zweiten Weltkrieg".[177] Ich habe gleichzeitig darauf hingewiesen, wie notwendig es ist, in dem Kampf zur Verhinderung des Krieges alle antihitlerischen Kräfte einzusetzen und jeden Riss und jede Möglichkeit zu benutzen. [...]

Ich habe mich mit diesen Feststellungen und Vorschlägen nicht begnügt, sondern nach Massgabe der vorhandenen Kräfte, früher gestützt auf den Apparat, später allein in dieser Richtung gearbeitet und dies war, wie Ihr wisst, die einzige Tätigkeit, die ich 1937/38 zu entwickeln versucht habe. Ich habe bei meiner Einstellung zu diesem

---

175 Die teilweise aufwändig mit Tafeln und fotographischen Karten ausgestatteten Bände wurden vermutlich mit Hilfe der seitens des sowjetischen Politbüro bewilligten Unterstützung für die Antikriegsliteratur produziert (siehe Politbürobeschluss vom 21.6.1935). In einer deutschen Übersetzung erschien Dorothy Woodman (d.i. Albert Schreiner): Hitler rearms. An Exposure of Germany' War Plans, London, John Lane, 1934. Die deutsche Ausgabe siehe: Dorothy Woodman: Hitler treibt zum Krieg. Dokumentarische Enthüllungen über Hitlers Geheimrüstungen. Herausgegeben von Dorothy Woodman, Sekretärin der englischen Union für demokratische Kontrolle. Aus dem Englischen übertragen von Franz Obermeier, Paris, Editions du Carrefour, 1934, 503 Seiten (Nachdruck Köln, Pahl-Rugenstein, und Röderberg-Verlag, Frankfurt am Main, 1979). Ebenfalls in englischer und französischer Übersetzung erschien A. Müller: Hitlers motorisierte Stossarmee. Heeres- und Wirtschaftsmotorisierung im dritten Reich, mit zahlreichen Bildern, Karten und Tabellen und einem Anhang über die Militarisierung der entmilitarisierten Zone, Paris, Editions du Carrefour, 1936, 220 Seiten. Der dritte Titel ist Dorothy Woodman: Hitlers Luftflotte startbereit, Paris, Editions du Carrefour, 1935, 181 S.

176 Das Buch „Propaganda als Waffe" erschien im September 1937 im Verlag Editions du Carrefour in Paris und Anfang 1938 in französischer Übersetzung bei Sebastian Brant. In diesem Plädoyer für eine konsequente Bekämpfung Hitlers mit den Mitteln der modernen Propaganda führt Münzenberg aus: „Eine Offensive der Gegenpropaganda ist nicht nur als nächster Zug in dem großen geschichtlichen Ringen zwischen den faschistischen Unterdrückern und den Unterdrückten notwendig, sondern birgt, wie zahlreiche Beispiele bereits zeigen, die Möglichkeit des Erfolges und Sieges in sich." Münzenberg berief sich dabei auf das Diktum Thomas Manns: 'Wir haben es erlebt, daß es falsch ist, den Mächten des Bösen und der Gewalt allein die Offensive zu überlassen, es ihnen zu überlassen, die Mittel moderner Propaganda zu ihrem menschenfeindlichen Nutzen zu verwenden. Die Weltlage verlangt, daß der Geist seiner angeborenen Milde und Lässigkeit zum Trotz zu kämpfen und sich zu wehren lernt.' Seine Schlußfolgerung: „Auf dem Schlachtfeld der Propaganda hat die für den gesamten antihitlerschen Kampf gültige Forderung eine besondere und aktuelle Bedeutung: Angreifen, Angreifen und nochmals Angreifen." 1958 schreibt Kurt Kersten in einem "testamentarischen Brief", dass er das Buch verfasst habe, was Münzenbergs Sekretär Hans Schulz wiederum bestritt. Ulbricht meinte zum Buch lapidar, das Wesen des Faschismus sei nicht verstanden worden (Dok. 446; Schiller: Der Traum von Hitlers Sturz, S. 25 u.a.; vgl. Propaganda als Waffe, http://blogs.taz.de/schroeder-kalender/2008/03/14/propaganda-als-waffe-2/).

177 Es handelt sich um die Veröffentlichungen: Ernst Henry (d.i. Semion Rostovskij): „Feldzug gegen Moskau?, Paris, Editions du Carrefour, 1937 und Max Werner (d.i. Alexander Schifrin): Der Aufmarsch zum zweiten Weltkrieg, Strasbourg, Sebastian Brant, 1938.

Problem und bei der Verwirklichung dieser Aufgabe nicht nur nicht die Zustimmung und Unterstützung der Ulbricht-Gruppe gefunden, sondern nur grösste Behinderung und Erschwerung. [...]

Ein charakteristisches Beispiel für die falsche und pseudo-antinationalistische Taktik ist der im Sommer 1938 erfolgte Versuch zur Bildung eines sogenannten Friedenskomitees.[178] Es ist heute die Frage zu überlegen, ob eine Aenderung des Beschlusses zweckmässig ist, der 1936 gefasst wurde und wonach (gegen meinen Vorschlag) Emigrantenvertretungen in die RUP-Organisation nicht aufgenommen werden sollten. Vielleicht ist heute die Lage einen andere und man muss zu einem neuen Beschluss kommen. Man kann aber m. E. ein solches deutsches Komitee nur schaffen, wenn an seiner Spitze die besten und stärksten Namen stehen, die heute das andere Deutschland verkörpern. Namen wie Thomas Mann, Fritz von Unruh,[179] Feuchtwanger, Heinrich Mann, Terviranus [d.i. Treviranus] mit den besten sozialistischen und kommunistischen Namen.[180] Unmöglich aber war es (und es bedeutete keine Unterstützung des Kampfes gegen Hitler, sondern unbewusst aber tatsächlich eine Unterstützung für ihn), dass man der RUP und der Weltfriedenskonferenz, Lord Cecil,[181] Pierre Cot,[182] Jouhaus [d.i. Jouhaux] etc.[183] als deutsches Friedenskomitee Personen präsentierte, die durch ihre frühere kriegshetzerische Politik auf das schwerste belastet und an deren Spitze man einen Rudolf Leonhardt stellte, einen Mann, der über 10 Jahre in Frankreich lebt, keine Beziehungen zu der Arbeiterbewegung oder antifaschistischen Organisationen hatte und mehr eine unglückliche als eine glückliche Erscheinung darstellt.[184] War es schon ein Fehler, dass man Leonhardt zum Präsidenten dieses Komitees machte, so war es ein Verbrechen, dass man

178 Solche Friedenskomitees entstanden vor allem im Bereich der Frauenpolitik.

179 Neben Thomas Mann gehörte der expressionistische deutsche Schriftsteller, Dramatiker, Maler und national-revolutionäre Träumer einer deutschen Geistesrepublik Fritz von Unruh (1889–1970) zu den angesehensten deutschen Dichtern der Weimarer Republik. Von 1938 an arbeitete er an der Zeitschrift „Die Zukunft“ mit.

180 Terviranus, d.i. Gottfried Treviranus (1891–1971), gemäßgter konservativer Politiker und Minister unter Brüning, später Unternehmer, von Hitler verfolgt, nach Flucht hochrangige Kontakte zur englischen Politik. Der linke Flügel der SAP kritisierte scharf die Volksfrontpläne „von Münzenberg bis Treviranus“ und den Konservativen (Langkau-Alex: Deutsche Volksfront, S. 252).

181 Der konservative Friedensnobelpreisträger Sir Robert Cecil (Lord Cecil of Chelwood, 1864–1958) war Vorsitzender der Weltvereinigung für Frieden (RUP); im Ersten Weltkrieg für das Foreign Office tätig.

182 Der französische Politiker Pierre Cot (siehe Dok. 435) war im Ersten Weltkrieg Anhänger des konservativen und revanchistischen Ministerpräsidenten Raymond Poincaré.

183 Jouhaus, d.i. Léon Jouhaux (1879–1954), französischer reformistisch-syndikalistischer Gewerkschafter und Antifaschist. Im Ersten Weltkrieg proklamierte und unterstützte er als Generalsekretär des Gewerkschaftbunds CGT (Conféderation Générale du Travail) die nationalistische Politik der „union sacrée“. 1954 erhielt er den Friedensnobelpreis. (Bernard Georges: Léon Jouhaux, Paris, PUF, 1979).

184 Im Nachgang zu einer Konferenz der Weltvereinigung für Frieden (RUP) in Paris vom 23./24.7.1938 wurde auf Initiative der KPD ein Initiativkomitee deutscher Friedensfreunde gebildet, dessen Vorsitz Rudolf Leonhard übernahm. Der deutsch-jüdische Schriftsteller Leonhard (1889–1953), Vater von Wolfgang Leonhard, trat 1919 in die KPD ein. Er lebte seit 1928 in Paris und war 1933 Gründer des

den Kriegshetzer Robert Breuer, der während des Krieges die Aufteilung Frankreichs predigte („Glockenbreuer“) als zweiten Vertreter dort nominierte,[185] als dritten Vertreter einen Mann namens Zienau nahm, der von der SPD bereits im Jahre 1937 als Spitzel entlarvt wurde[186] und weiter die Frau des Sozialdemokraten Geyer, gegen den man erst kürzlich im Zusammenhange mit dem Moskauer Prozess die schwersten Vorwürfe erhoben hatte.[187] Hinzu kam noch der deutsche Schriftsteller Kerr, der in der deutschen Kriegshetzliteratur von 1914 bis 1918 den Vogel abgeschossen hat. In dem mit Unterstützung des Reichskriegsministeriums herausgegebenen Sammelwerk: „Was wir vom Weltkriege nicht wissen“, haben die deutschen Generäle sich die billige Demagogie gemacht, die Allianz der Welt gegen Deutschland 1918 auf die kriegshetzerische Propaganda der Kerr und Genossen zurückzuführen.[188] [...]

Ich zweifle nicht daran, dass, nachdem die von mir geforderte und von der KI beschlossenen Untersuchung durchgeführt sein wird und die Komintern, die sowjetrussischen Genossen und die antifaschistische Öffentlichkeit erfahren werden, in welch nichtswürdiger Weise versucht wurde, mich politisch zu meucheln, der formale Disziplinbruch eine mildere Beurteilung erfahren und mir wieder die Möglichkeit gegeben wird, mit gewohnter Aktivität und Initiative, die meine Parteitätigkeit auszeichnet, weiter in der KPD und der Komintern kämpfen zu können.

Ich bitte nur um eine Beschleunigung der von mir so oft geforderten Untersuchung an Ort und Stelle, der Prüfung aller erfundenen Vorwürfe und Beschuldigungen mit Einvernahme von Zeugen und Gegenüberstellungen, darüber hinaus aber auch um Durchführung des Untersuchungsverfahrens, das ich in meinen Briefen vom 2. November 1937 und vom 15. Dezember 1937 als Mitglied der KPD und ihres Zentralkomitees gefordert habe. Ich bitte um die Eröffnung einer innerparteilichen Diskussion im Rahmen der gegebenen und möglichen innerparteilichen Demokratie über die Parteipolitik und Taktik der letzten Jahre, um eine Parteikonferenz und Stellungnahme der KI vorzubereiten, sowie um eine Überprüfung derjenigen erfolgten

---

Schutzverbandes deutscher Schriftsteller im Ausland (Langkau-Alex: Deutsche Volksfront, Bd. 2, S. 439 u.a.).

185 Zu Breuer siehe Dok. 442a.

186 Oswald Zienau (1893–1956) sozialdemokratischer Journalist, Leitungsmitglied des „Freien Deutschland“ in der Schweiz, nach 1945 wichtige Funktionen in der SPD.

187 Die Politikerin und Redakteurin Anna Geyer, geb. Elbert (1893–1973), wurde wie ihr Mann Dr. phil. Curt Geyer wegen der Unterstützung Paul Levis 1921 aus der KPD ausgeschlossen. Sie trat dann in die SPD ein. Curt Geyer war ein grundsätzlicher Gegner jeder Einheitsfront mit der KPD (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 293f.).

188 Der bekannte deutsch-jüdische Theater- und Literaturkritiker und Feuilletonist Alfred Kerr (1867–1948), ursprüngl. Name Kempner („Wo liegt Berlin?“, „Warum fließt der Rhein nicht durch Berlin?“), war im Exil engagierter Antifaschist, Mitbegründer der Freien Deutschen Kulturbundes und Präsident des deutschen P.E.N. Seine kriegsbeschönigenden und teilweise rassistischen Texte besonders im Ersten Weltkrieg wurden jüngst in Verbindung mit der Verleihung des „Alfred-Kerr-Preises für Literaturkritik“ thematisiert (Siehe: Gerhard Henschel: Die drastischen Reime des Alfred Kerr. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 4.4.2014).

Massregelungen und Ausschlüsse von Mitgliedern aus der Partei, die im letzten Jahre erfolgt sind.[189]

Mit Parteigruss
(sign.): Willi Münzenberg[190]



Am 20.9.1938 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion eine Antwort auf eine Anfrage des tschechoslowakischen Präsidenten Edvard Beneš zur Haltung der Sowjetunion gegenüber dem deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei (der am 15.3.1939 tatsächlich erfolgte, nach der Besetzung des Sudetenlandes im Oktober 1938). Darin hieß es, man könne bestätigen, dass die UdSSR im Falle einer deutschen Aggression der Tschechoslowakei helfen werde, falls Frankreich ebenfalls zur Hilfe käme oder falls Beneš an den Völkerbund appellieren sollte.[191] Tatsächlich kamen weder Frankreich, noch die Sowjetunion der Tschechoslowakei zu Hilfe.

Am 3.11.1938 verabschiedete das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion den Text eines Kommuniqués an die polnische Regierung, worin diverse Maßnahmen im Sinne einer guten Zusammenarbeit zum Ausdruck gebracht wurden.[192]

Am 24.11.1938 nahm das Politbüro den „freiwilligen" Rücktritt Nikolaj Ežovs von seinem Posten als Volkskommissar für Inneres an. Der gefürchtete NKVD-Chef wurde von Lavrentij Berija abgelöst und nach seiner Verhaftung im Februar 1940 erschossen.[193]

Im Zuge einer temporären Verbesserung der Beziehungen zu Polen beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 27.11.1938 eine Reihe polenfreundlicher Maßnahmen. So wurde das Kommissariat für Außenhandel damit beauftragt, eine Ausweitung des Handels vorzunehmen. Die Zugverbindung Kiev-Szepetówka sollte wieder aufgenommen werden. Nikita Chruščev wurde beauftragt, den polnischen Friedhof in Kiev restaurieren zu lassen, dem Moskauer Stadtrat wurde nahegelegt, die geplante Umwandlung des katholischen Kirchenbaus in einen Club nicht zu vollziehen, sondern im Gegenteil der Gemeinde bei der Suche nach einem Priester behilflich zu sein.[194]

---

189 Das geforderte Untersuchungsverfahren fand nicht statt, noch weniger eine innerparteiliche Diskussion oder eine Parteikonferenz. In der bis 1939 dauernden bürokratischen „Untersuchung" der Internationalen Kontrollkommission setzte sich naturgemäss der Standpunkt Ulbrichts durch (hierzu Dok. 443, 446).

190 Angehängt ist ein elfseitiger Anhang mit personellen und politischen Interna zur Kaderpolitik unter der Ägide Ulbrichts und der „Benutzung von übelbeleumdetsten Elementen und Spitzeln im innerparteilichen Kampf und gegen Volksfrontpartner". U.a. monierte Münzenberg, dass er eine Untersuchung zum Fall der *Pariser Tageszeitung* eingefordert habe, diese jedoch nicht durchgeführt worden sei.

191 RGASPI, Moskau, 17/162/24, 5–6. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 363.

192 RGASPI, Moskau, 17/162/24, 38, 48. Publ. in: Ibid., S. 364–365.

193 RGASPI, Moskau, 17/3/1003, 34, 82–84. Publ. in: Chlevnjuk/Kvašonkin/Koševa: Stalinskoe politbjuro, S. 168–171.

194 RGASPI, Moskau, 17/162/24, 63.

Am 6.12.1938 erlaubte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion dem Volkskommissariat für Außenhandel, das am 1.3.1938 abgeschlossene Handelsabkommen mit Deutschland für das kommende Jahr 1939 zu verlängern.[195]

Dok. 443

Telegramm Münzenbergs an Dimitrov: Für volle Einsicht in die gegen ihn gerichteten Anklagen und Diffamierungen

[Paris], 15.12.1938

Typoskript in französischer Sprache, mit zahlreichen handschriftlichen Durchstreichungen und Verbesserungen. RGASPI, Moskau, 495/205/7000(3), 197. Erstveröffentlichung.

Telegramm – Dimitrov

Bestätige Erhalt Brief 29. November.[196] Verlange einmal mehr Ansuchen zu akzeptieren, das ich vor fast zwei Jahren gemacht habe und, um aufzuklären und [die Angelegenheit] zu beschleunigen, hier Feststellungen der Tatsachen durchzuführen, und dies vor dem vereinbarten Zeitpunkt.[197]

Im besonderen, verlange ich, meinen ehemaligen engsten Mitarbeitern Dolivet,[198] Martha Stascheck, Hans Schulz,[199] Fritz Granzow, Else Lange zu erlauben, wie auch den nichtkommunistischen, jedoch in die Diskussion implizierten Personen, wie [Rudolf] Breitscheid, Heinrich Mann, [Lion] Feuchtwanger, Professor Marek,[200]

---

195 RGASPI, Moskau, 17/162/24, 65; APRF, Moskau, 3/64/665, 23. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 186.

196 Der Brief sollte als Lockmittel funktionieren, um Münzenberg nach Moskau zu holen. Stalin hatte jedoch bereits am 11.11.1937 befohlen, ihn nach Moskau zu holen, um ihn dort zu verhaften. Zu Dimitrov sagte er: „Münzenberg ist ein Trotzkist. Wenn er herkommt, werden wir ihn sofort verhaften. – Geben Sie sich Mühe, ihn hierher zu locken." (Dimitroff: Tagebücher, I, S. 165).

197 Gemeint ist wohl der Zeitpunkt seiner Reise nach Moskau, zu der Münzenberg sich grundsätzlich bereiterklärt hatte.

198 Es ist nicht ausgeschlossen, dass Louis Dolivet (1908–1989), der nach 1945 Filmproduzent wurde, in Diensten der sowjetischen Geheimdienste stand, um Münzenberg auszuspionieren.

199 Der langjährige Sekretär Münzenbergs der Bank- und Krankenkassenangestellte und spätere Lebensmittelkaufmann Hans Schulz (1904–1988) war seit 1923 KPD-Mitglied; seit Ende der 1920er Jahre für die IAH tätig, 1931 für die IAH in Moskau. Emigrierte im Februar 1933 nach Paris, ging 1938/1939 den Weg Münzenbergs zur „Zukunft" und den Freunden der sozialistischen Einheit Deutschlands mit. Seit 1944 für die Sozialdemokratie aktiv, nach 1945 Beauftragter der französischen Besatzungsbehörde für die Wiederherstellung des Geburtshauses von Karl Marx und des Marx-Museums in Trier (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 343).

200 Professor Marek: D.i. Prof. Dr. Siegfried Marck, Deutsch-jüdischer Philosoph, Hochschullehrer in Breslau (1889–1957). SPD-Mitglied, engagiert für einen freiheitlichen Sozialismus als Synthese konservativer, liberaler und sozialistischer Konzepte. 1933 Emigration nach Frankreich, 1934 Dozent in Dijon, 1937 Plädoyer für eine grössere Unabhängigkeit gegenüber Kommunisten, 1938 mit

[Emil J.] Gumbel, [Georg] Bernhard, [Max] Braun, gegenüber dem Genossen [Georges] Cogniot oder anderen von Ihnen mandatierten Personen Aussagen zu machen. Verlange mit besonderem Nachdruck, mir Möglichkeit zu geben, von den Dossiers Kenntnis zu erhalten, die Ihnen durch meine Feinde in der Partei übermittelt wurden sowie es zu ermöglichen, vor meiner Abfahrt, die Fakten, Dokumente, und gegebenenfalls, die durch Zeugen gemachten zweckdienlichen Aussagen zur Verfügung zu stellen.

Erinnere daran, daß du in Leipzig, berechtigterweise, darüber Beschwerde eingelegt hast, daß man Dir die Anklageschrift erst einige Wochen vor dem Prozeß zugänglich gemacht hatte.[201] Was mich betrifft, so will man sie mir einzig erst im Laufe der Prozedur selbst zur Kenntnis bringen, während meine Feinde alle Briefe kennen, die ich Ihnen übermittelt habe. Nur wenn Zeugenaussagen, Gegenüberstellungen, die Vorlage des notwendigen Materials erlaubt werden, ermöglicht man die für eine definitive Klärung notwendigen Bedingungen, könnte ich daran glauben, daß man die tatsächliche Wahrheit herstellen könnte.

Ich zweifle nicht daran, daß du mir hilfst, mir zumindest annähernd eine Verteidigung zu ermöglichen, so wie ich sie für dich durch mein Handeln und den Gegenprozeß vom Herbst 1933 abgetrotzt habe, während deines Leipziger Prozesses.

Willi
15-12-38.



Am 29.12.1938 gewährte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion Georgi Dimitrov auf seine Bitte hin 23.500 Dollar für die Arbeit der Internationalen Roten Hilfe (MOPR).[202]

Münzenberg in *Die Zukunft*, 1939 in die USA, dort Mitglied der Association of Free Germans (Albert Grzesinski). Mitbegründer des Roosevelt-Collegs, 1955 Gastprofessur in Bonn (Roswitha Grassi, Peter Richart-Willmes: Denken in seiner Zeit. Ein Personenglossar zum Umfeld Richard Hönigswalds, Würzburg, Königshausen & Neumann, 1997, S. 83f.; Schiller: Der Traum von Hitlers Sturz, S. 240; Thomas Keller: Deutsch-Französische Dritte-Weg-Diskurse. Personalistische Intellektuellendebatten der Zwischenkriegszeit, München, Wilhelm Fink Verlag, 2001, bes. S. 312–330).

201 In Leipzig: Anspielung auf den Reichstagsbrandprozess 1933 mit Dimitrov als dem Hauptangeklagten der Nationalsozialisten.

202 Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 17/162/24, 71. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 771.

Dok. 443a

Grußbotschaft deutscher Spanienkämpfer an ihre Angehörigen in der Sowjetunion zum Neujahrsfest

O.O.u.o.D. [Aus dem Internierungslager, Ende 1938]

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/76/35, 3–6. Erstveröffentlichung.

An unsere Frauen und Kinder in der Sowjetunion.

Unsere Lieben.
Wir, Eure Maenner, haben uns zusammengefunden, um einen gemeinsamen Brief an Euch zu schreiben. Vor allem wuenschen wir Euch gute Feiertage.

Zwei Jahre sind es her, dass wir Euch verlassen haben. Wir gingen nach Spanien, um dem heldenhaften spanischen Volke zu helfen in seinem Kampfe gegen den internationalen Faschismus. Wir wollen heute Euch Frauen unseren heissen Dank aussprechen fuer die Opfer, die Ihr gebracht habt. Schwer war die Zeit der Trennung fuer Euch. Viele Schwierigkeiten haben sich ergeben. Aber immer wieder habt Ihr verstanden sie zu ueberwinden. Ihr habt Euch wuerdig gezeigt als Frauen von Freiheitskaempfern, die alles, selbst Ihr Leben eingesetzt haben fuer die grosse Sache der Freiheit. Ihr habt die Losung unserer „Passionaria" Euch zu eigen gemacht, die den spanischen Frauen sagte, dass es besser sei stehend zu sterben, als knieend zu leben. Ihr habt Euch ein Beispiel genommen an den grossen Heldentaten, die die Frauen in Spanien vollbringen. Dieses Verstaendnis fuer die Notwendigkeit Eurer Opfer gab Euch die Kraft, diese schweren Tage durchzuhalten.

Wir standen an der Front bis zu dem Beschluss der spanischen Regierung, alle auslaendischen Freiwilligen zurueckzuziehen. Jeder stand auf dem Posten wo er hingestellt wurde, als Soldat, Offizier oder Kommissar. Jeder gab sein Bestes fuer diesen grossen Kampf. Viele von uns haben mit ihrem Blut die heilige spanische Erde getraenkt.

Wir haben einige unserer besten Kameraden verloren, denn jeder Kampf kostet Opfer. Diese Helden leben in unserem Herzen fort. Und wir werden ihr Vermaechtnis erfuellen. Manche unserer teueren Genossinnen haben in Spanien ihren Mann verloren. Wir stellen Euch die grosse Aufgabe:

Nehmt Euch dieser Frauen an, ebenso wie ihrer Familien. Sie haben die groessten Opfer gebracht, sie haben ihren Mann, die Kinder ihren Vater verloren. Diese Frauen brauchen nicht nur wirtschaftliche Hilfe, denn wir wissen, dass dafuer gesorgt wird. Und in den schwersten Stunden war es fuer uns ein grosser Trost, zu wissen, dass unsere Familien sicher geborgen sind in unserem Vaterland, in dem Vaterland des Weltproletariats, der Sowjetunion. Unsere Frauen sollen sehen und fuehlen, dass der grosse Kampf uns alle zu einer unzertrennbaren Einheit zusammengeschweisst hat;

nehmt die Witwen unserer unvergesslichen Helden noch enger in Eurem Kreis auf, helft ihnen ihren Schmerz zu ueberwinden!

In nicht ferner Zeit werden wir Spanien verlassen. Wir freuen uns vom ganzen Herzen, Euch unsere Lieben in die Arme schliessen zu koennen. Und selbst wenn es auch noch einige Zeit dauern sollte bis [wir] uns wiedersehen, so werdet Ihr das verstehen; davon sind wir ueberzeugt.

In wenigen Tagen begehen wir in dieser so ereignisreichen Zeit die Jahreswende. Freude erfuellt unsere Herzen zu wissen, dass Ihr [mit] den Millionen Gluecklichen des Sowjetlandes diese Feier begeht. Stolz erfuellt uns, dass wir diese Feier gemeinsam mit unseren spanischen Kampfgefaehrten verbringen werden.

Ein Prosit-Neujahr auf unser baldiges Wiedersehen!

Ein Prosit-Neujahr auf die weiteren Erfolge und zu einem noch gluecklicheren Leben in unserer geliebten Sowjetheimat!

Ein Prosit-Neujahr auf den Sieg des heroisch kaempfenden spanischen Volkes!

Salud! Eure Maenner und Kampfgefaehrten: […][203]

Liebe Frauen!
Wenn hier auf unserem Kollektivbrief noch nicht alle Eure Maenner unterschrieben haben, so seid nicht besorgt, das kommt daher, dass wir noch nicht alle vollzaehlig hier in diesem Lager versammelt sind. […][204] Wir ersuchen das [sic] beiliegender Brief an die unterstehenden Adressen versandt wird: […][205]

---

203 Es folgen sieben Unterschriften.
204 Es folgen weitere 59 weitere Unterschriften.
205 Es folgt eine Aufstellung von Adressen von Angehörigen in Moskau, Leningrad und Char'kov.

1939



Am 7.1.1939 beauftragte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion das Außenkommissariat, mit einer Demarche bei der ungarischen Regierung wegen des geplanten Beitritts des Landes zum Antikominternpakt vorstellig zu werden. Im Falle eines tatsächlichen Beitritts sollten die jeweiligen diplomatischen Vertretungen in Budapest und Moskau aufgelöst werden. Für diesen Fall sollte der ungarischen Regierung vorgeschlagen werden, die weiteren Beziehungen zur UdSSR über die diplomatischen Vertretungen in Warschau oder Ankara abzuwickeln.[1]

Dok. 444

Der Sekretär der Internationalen Kontrollkommission an Dimitrov zum Schicksal von Anna Etterer und Franz Huber

Moskau, 8.1.1939

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/74/133, 6–8. Deutsche Erstveröffentlichung. In englischer Sprache publ. in: Chase: Enemies, S. 381–387.

„26"
L/2/tb.

S[treng] geheim

[8. Januar 1939]

AN DEN GENERALSEKRETÄR DER KOMINTERN[2]

Gen. Dimitrov G.M.
Gen. Franz Huber [d.i. Franz Schwarzmüller],[3] Mitglied der KP Deutschlands seit 1926, hat sich an die IKK gewendet mit einer Erklärung, in der er um seine komplette Wiederherstellung in den Rechten eines Parteimitglieds bittet, für welche er von der Partei im Zusammenhang mit der Verhaftung seiner Frau Anna Etterer[4] am 9.3.1938 nicht mehr befunden wird.

1 RGASPI, Moskau, 17/162/24, 79.
2 Auf Seite 1 befindet sich folgende handschriftliche Notiz von G. Dimitrov: „An Gen. Berija senden. Ebenfalls gesondert an Gen. Andreev (ZK) senden mit der Anmerkung, dass der Brief der IKK und die Materialien an Gen. Berija verschickt wurden. G.D. 9.1.39"
3 Im September 1939 wurde Franz Huber von der Kommission des ZK der KPD wieder in die Partei aufgenommen, im September 1941 allerdings wieder von den Sowjetorganen als „sozial gefährliches Element" verhaftet. Er starb 1942 im NKVD-Gefängnis der Stadt Čistopol', Tatarische ASSR.
4 Anna Etterer wurde im Februar 1940 freigelassen und im April 1940 wieder in die KPD aufgenommen, sie erhielt einen sowjetischen Pass. Nach der Verhaftung ihres Mannes allerdings (September 1941) wurde sie in das Gebiet Karaganda verbannt. Im Februar 1946 konnte sie nach Deutschland ausreisen.

In einer Erklärung teilt Huber mit, er habe seine Frau immer für eine gute Kommunistin gehalten, und darin bestätige ihn nochmals ihre von ihm erhaltenen Briefe aus ihrem Verbannungsort.

Das der IKK vorliegende Material zu Anna Etterer und Franz Huber lässt sich verkürzt folgendermaßen zusammenfassen:

Anna Etterer, Geburtsjahr 1913, Arbeiter-Elternhaus, von Beruf Bürokraft [*kontorskaja služaščaja*], gewerkschaftlich organisiert seit 1930, Mitglied der KP Deutschlands seit 1931, führte 1933 Arbeit unter Frauen der Bauarbeitergewerkschaft in Bayern durch, wurde in München verhaftet und saß ein Jahr als Geisel für ihren Mann, Franz Huber, in Haft; nach der Befreiung im März 1934 war sie bis Dezember 1934 Parteiinstrukteurin des Gebietskomitees, emigrierte auf Beschluss der Partei nach Prag, woher sie auf Gesuch des Mannes und mit Einverständnis der Partei in die UdSSR einreiste.

Franz HUBER [d.i. Franz Schwarzmüller], Geburtsjahr 1910, Arbeiter-Elternhaus (Vater war alter S[ozial]-D[emokrat], Mitglied der KPD seit 1920 oder 1921; nach Machtantritt Hitlers wurde er in ein Konzentrationslager gesteckt, wo er mehr als 4 Jahre einsaß; die Mutter saß als Geisel für ihren Sohn 3 Jahre im Konzentrationslager), von Beruf Stuckateur, von 1923 bis 1926 Pionier, 1926 in den Komsomol [KJVD] überführt, im selben Jahr in die KPD; war 1924 Abgeordneter auf der Gothaer Konferenz jungkommunistischer Gruppen, 1929 Abgeordneter des 11. Kongresses des Komsomol [KJVD], 1929 Abgeordneter auf dem Parteikongress in Wedding, bis Hitlers Machtantritt Parteifunktionär in München, und in der illegalen Periode – bis September 1933 – Orgsekretär des südbayrischen Komitees der KPD. Emigrierte auf Parteibeschluss im September 1933 in die UdSSR.

Über die Periode der Parteiarbeit in Deutschland und das Verhalten gegenüber dem Klassenfeind liegen sowohl über Anna Etterer, als auch über Franz Huber gute Rückmeldungen vor.

In der UdSSR arbeitet Anna Etterer als Stenotypistin im Internationalen Agrarinstitut, und Franz Huber studierte an der ILS, wo er für Verstöße gegen die Schuldisziplin wegen mangelnder Standfestigkeit eine Parteistrafe erhielt.

In den von Huber[5] vorgelegten Briefen von Anna Etterer schreibt sie unter anderem folgendes:

„Mit ist alles unverständlich. 4½ Monate war ich im Gefängnis (...) Ich denke und denke nach, und kann es mir nicht erklären. Einmal war ich beim Ermittler, man fragte mich über meine Biographie aus, soweit ich verstehen konnte (ohne Übersetzer), und ich antwortete in meinem ganz schlechten Russisch. Ich unterschrieb alles, obwohl ich es nicht lesen konnte (...) denn bis zum heutigen Tag habe ich nicht den Glauben an meine eigenen Genossen, an unsere Sowjetmacht, verloren. Ich kam zum zweiten Mal zum Ermittler und er sagte mir so, dass ich ihn verstehen konnte: es ist zu Ende, nicht schuldig, Sie sind kein Spion, bei Ihnen ist alles gut (auf Russisch) (...)

5 „Huber" handschriftlich.

Was für ein Schlag war es allerdings für mich, als ich am 16.VII. zu 5 Jahren Verbannung in ein Arbeitslager für konterrevolutionäre Tätigkeiten [verurteilt] wurde (...) Ich kann dir sagen, dass mich der Umstand aufrechterhält, dass ich immer als eine klassenbewusste Kommunistin gehandelt habe, dass ich hier unschuldig einsitze (...)."

Franz Huber schilderte seine Vermutungen über mögliche Gründe, die Anlass zur Verhaftung seiner Frau gewesen seien:

Darunter die wichtigsten:

A) Anna Etterer tippte auf ihrer Schreibmaschine im Agrarinstitut Materialien in ihr unverständlichen Sprachen ab, und das auf Befehl ihres Vorgesetzten, der vom NKVD verhaftet wurde;

B) Die Zimmernachbarin von Huber führt, seiner Meinung nach, eine vertrauensunwürdige Lebensweise und könnte Falsches denunziert haben (diese Nachbarin nutzt ihr Zimmer als Reserve, während sie an einem anderen Ort wohnt; in diesem Zimmer wird sie von einem Mann unbekannter Herkunft besucht und tippt währenddessen die ganze Zeit etwas auf ihrer Schreibmaschine).

Wir befinden es für zweckmäßig, vor den zuständigen Staatsorganen die Frage nach der Überprüfung der Materialien zum Fall Anna Etterer aufzuwerfen.

ANL[AGE] – auf 16 Seiten.

DER SEKRETÄR DER IKK:
(FLORIN)
8.1.1939.



Auf Vorschlag Maksim Litvinovs votierte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 18.1.1939 für einen Besuch des PArteiführers der französischen Sozialisten, Léon Blum, in die Sowjetunion. Der Besuch fand letztendlich nicht statt.[6]

Am 21.1.1939 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, von Finnland Garantien dafür zu verlangen, dass kein dritter Staat die zu Finnland gehörenden Åland-Inseln gegen die Sowjetunion militarisieren werde. Anlass waren Bestrebungen Finnlands und Schwedens, die 1922 abgeschlossene Konvention zur Demilitarisierung der Inseln vom Völkerbund aufheben zu lassen (was im Mai 1939 abgelehnt wurde). Angesichts der Meldung in einer schwedischen Zeitung, Finnland hätte einige Inseln bei Kotka den Deutschen verkauft, wurde beschlossen, eine Erklärung zu verlangen.[7]

Am gleichen Tag forderte das Politbüro die Volkskommissare auf, binnen einer dreitägigen Frist Listen der über die deutschen Kredite zu beschaffenden Waren für ihre Kommissariate einzureichen.[8]

---

6 RGASPI, Moskau, 17/162/24, 85. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 368.

7 RGASPI, Moskau, 17/162/24, 86. Publ. in: Ibid., S. 368–369.

8 APRF, Moskau, 3/64/665, 25. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 188.

Das russische Politbüro beschloss am 2.2.1939 die „Rückreise" von 300 „vom EKKI als Freiwillige nach Spanien geschickten" Spanienkämpfern aus Frankreich (wo sie höchstwahrscheinlich in Lagern weggesperrt wurden). Berija und Litvinov wurden beauftragt, alle anfallenden Fragen zu klären. Weiterhin sollte ca. 300 sudetendeutschen Kommunisten die Einreise in die Sowjetunion gestattet werden. Ihre Identität sowie ihre Einteilung zur Arbeit in sowjetischen Betrieben und Behörden sollte durch eine Kommission (Mitglieder: Malenkov, Dekanozov, Švernik und Bogdanov), sichergestellt werden. Der Beschluss erfolgte auf Bitten Dimitrovs, da ihnen „die unmittelbare Gefahr" drohe, an die Gestapo übergeben zu werden und dort erschossen zu werden".[9]

Dok. 446

Brief Ulbrichts an die Internationale Kontrollkommission der Komintern zum Parteiausschluss Willi Münzenbergs

[Moskau], 10.2.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/205/7000(4), 195–206. Erstveröffentlichung.

streng vertraulich.[10]

11.2.39/Pis.
6 Ex.

An den Generalsekretär der Komintern
Genossen Dimitroff!

An die Internationale Kontrollkommission!

I. Münzenbergs Kampf gegen die Partei und gegen die Einigung der antifaschistischen Kräfte. […]
Münzenberg, der stets seine Tätigkeit unabhängig von der KPD führte, hat unter den komplizierten Verhältnissen des Kampfes gegen den deutschen Faschismus, den Glauben an die deutsche Arbeiterklasse verloren und ist unter dem Druck antimarxistischer Einflüsse ideologisch entartet.

Das zeigte sich offener, als etwa seit Ende 1936 Schwierigkeiten des Kampfes der Volksfront in Spanien und Frankreich eintraten und Kräfte der französischen und englischen Bourgeoisie den Kampf gegen die Volksfrontpolitik, gegen die KP und gegen die Bündnispolitik der SU verschärften.

Zu dieser Zeit erfuhr Münzenberg, dass sein internationaler Verbindungsapparat liquidiert werden sollte und er war über die Nachprüfung seiner Beziehungen durch

---

9 Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/74/541, 56; No 490. 2.––28.2.1939 Beschluss des PB der VKP(b) aus Protokoll Nr. 86 (gesonderte Nummer): Punkt 99. Deutsche Erstveröffentlichung, in russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 772–773.
10 Handschriftlich: „115/12".

die KI empört. Sein Bestreben, unabhängig von Moskau zu sein und sein persönliches Geltungsbedürfnis, wurde von feindlichen Kräften, die mit Spionagestellen verbunden waren, ausgenutzt zum Kampf gegen die KPD. Münzenbergs persönliches Interesse, die Interessen gewisser Spionagestellen, sowie einiger Sozialdemokraten und einiger bürgerlicher Personen, fielen zusammen. (Münzenberg-Braun-Spiecker). Es kommt hinzu, dass alle *Agenten* die mit Hilfe Münzenbergs in die verschiedenen Institutionen gekommen waren, befürchteten, dass sie ohne Münzenberg Schwierigkeiten in ihrer Tätigkeit bekommen würden. Sie hatten ein spezielles Interesse am Kampf gegen das Sekretariat des ZK der KPD.

Münzenberg begann mit Hilfe bürgerlicher, sozialdemokratischer und trotzkistischer Beziehungen in der gegnerischen Presse mit der Kampagne gegen die KPD. Die sozialdemokratische Gruppe Braun-Breitscheid-Dekker [Decker][11] stellte im Einvernehmen mit Münzenberg politische Forderungen an die KPD. Sie forderte, dass das ZK der KPD nicht direkt mit sozialdemokratischen Gruppen in Deutschland zusammenarbeiten soll, sie wandten sich gegen das Einheitsfrontangebot der KPD an den Parteivorstand der SPD und forderten die Einstellung unseres Briefwechsels mit der Berliner sozialdemokratischen Leitung. Gleichzeitig lehnten sie eine Zusammenarbeit der Spanienhilfe ab, und wandten sich gegen einen Vorschlag an die Katholiken und an die „Freiheitspartei" zur Zusammenarbeit.[12]

Münzenberg liess durch Braun und Bernhard den vorbereitenden Pariser Volksfrontausschuss sprengen und zerstörte den bisher gemeinsam von Sozialdemokraten und Kommunisten herausgegebenen Pressedienst „Deutsche Information".[13]

Münzenberg hatte sich hinter dem Rücken der Partei eine zeitlang in den Besitz der „Pariser Tageszeitung" gesetzt und versuchte von der Partei und der KI Geld für diesen Zweck zu erhalten. Auf diese Weise sollte die Partei obendrein Münzenberg eine Zeitung zum Kampf gegen die KPD sichern. (Trotz der Forderung der Partei, dass

---

11 Georg Decker war das Pseudonym des Moskauer Soziologieprofessors Georgij (Jurij) Denike (1887–1964), Menschewik, aktiver Teilnehmer der Revolution von 1905. 1920 trat Denike eine Stelle in der Berliner Sowjetvertretung an. Er weigerte sich 1925, zurückzukehren, wurde zum Emigranten und schrieb fortan für die deutsche sozialdemokratische wie auch exilmenschewikische Presse. 1933 nach Paris, ab 1941 in den USA (siehe Genis: Nevernye slugi, S. 34–35).

12 Die KPD warf den Sozialdemokraten – z. Tl. durchaus berechtigt – ihre mangelnde Solidarität für die Opfer des spanischen Bürgerkriegs vor.

13 Dagegen schrieb Rudolf Breitscheid am 3.12.1937 an Heinrich Mann: „Es sind eine Reihe von Gruenden, die mich veranlassen, meine Beziehungen zu den ‚Deutschen Informationen' zu loesen. (...) Was mich dann noch besonders in meinem Entschluss bestaerkt hat, war der Artikel, den Dimitroff zum zwanzigsten Jubiläum der Sowjet-Union geschrieben hat. Seine sonderbare Behauptung, das Bekenntnis zur Demokratie müsse mit dem Bekenntnis zum Stalinismus Hand in Hand gehen, seine Angriffe gegen den ‚Sozialdemokratismus' im allgemeinen und seine wider fuehrende Persoenlichkeiten der II. Internationale gerichteten Verleumdungen haben mir bewiesen, dass die massgebende Persoenlichkeit der Komintern, was die Idee der Volksfront anbelangt, den Standpunkt verlassen hat, der auf dem VII. Weltkongress eingenommen worden war." (publ. in: Kemper: Heinrich Mann und Walter Ulbricht, S. 230f.; zu den *Deutschen Informationen* siehe Dok. 435).

der trotzkistische Spion Maslow nicht mehr in der Zeitung schreiben solle erhielt er sogar, wie sich später herausstellte, festes Honorar).[14]

Münzenberg versucht in seinem Brief an das EKKI vom 30. August 1938, sein Liquidatorentum unter der Maske des Kampfes gegen das Sektierertum zu verdecken.[15] Demgegenüber besagen die Tatsachen:

Münzenberg verhinderte die Gewinnung weiterer Kräfte für den vorbereitenden Volksfrontausschuss und sabotierte jeden Schritt der auf die Schaffung einer Basis der Volksfrontbewegung im Lande gerichtet war. Im Interesse seiner persönlichen egoistischen Interessen und seiner Loslösung von der Partei, möglichst ohne sich zu isolieren, wollte er sich als Führer der deutschen Volksfrontbewegung durchsetzen. Als ich unter diesen Umständen Heinrich Mann vorschlug, eine richtunggebende Rede im Ausschuss zu halten, die auch eine gute Wirkung hatte (siehe „Deutsche Volkszeitung" Nr. 16 vom 18. April 1937) waren Münzenberg und Breitscheid gegen diese Popularisierung von Heinrich Mann.[16] Sie waren sogar dagegen, dass der „Freiheitssender" dem vorbereitenden Volksfrontausschuss zur Verfügung gestellt wurde.[17] [...]

Als Ulbricht in einem Brief an Heinrich Mann vorschlug mit Hilfe von Thomas Mann eine *breitere* Zusammenkunft von Sozialdemokraten, Intellektuellen, Katholiken und Kommunisten vorzubereiten,[18] vertiefte Münzenberg gewisse Reibungen zwischen Heinrich Mann und Thomas Mann und zerstörte diesen politisch richtigen und zeitgemässen Plan. Der Vorschlag von Ulbricht an die Sozialdemokraten, gemeinsam mit uns [die] Spanienhilfe durchzuführen[19] wurde von Münzenberg sabotiert. [...]

---

14 „Honorar" handschriftlich. Arkadi Maslow arbeitete im Pariser Exil in diversen Emigrantenorganen und französischen Periodika mit – allerdings fast ausschließlich anonym oder unter Pseudonym. Für die *Pariser Tageszeitung* kompilierte Maslow, wie Mario Kessler annimmt, zumindest die tägliche Presserundschau „Am Zeitungsstand"; er positionierte sich nicht grundsätzlich gegen den Redakteursputsch gegen Besitzer Poljakov (siehe u.a.: Keßler: Ruth Fischer, S. 336–337).

15 Siehe Münzenbergs Brief an Dimitrov, Dok. 442a.

16 Die Rede Heinrich Manns siehe *Deutsche Volkszeitung*, Nr. 16 vom 18. April 1937.

17 Der Deutsche Freiheitssender 29,8 war von Januar 1937 bis März 1939 von Madrid aus aktiv und wandte sich in deutscher Sprache an die Bevölkerung in Deutschland. Der von der KPD geschaffene Sender, der maßgeblich von Rudolf Leonhard gestaltet wurde und an dem Bruno Frei mitarbeitete, sendete täglich eine Stunde und stützte sich bis zu seiner Einstellung hauptsächlich auf das Material der *Deutschen Informationen*. Er wurde nicht zum offiziellen Sprachrohr des Volksfrontausschusses (Bettina Giersberg: Die Arbeit des Schriftstellers Rudolf Leonhard im französischen Exil 1933 bis 1945, Phil. Diss, Technische Universität Berlin, 2005, S. 71f.).

18 In diesem Brief Ulbrichts an Heinrich Mann vom 25.7.1935, in dem Ulbricht für die Ausweitung der Volksfront auf die „Katholikenbewegung" und die „Bekenntniskirche" – gemeint ist die „Bekennende Kirche", eintrat, forderte er auch von der SAP den Abbruch der Beziehungen zur „trotzkistischen" spanischen Partei POUM, die seiner Meinung nach, wie es die Maiereignisse in Barcelona gezeigt hätten, "zum Aufstand gegen (...) die Volksfront" aufgerufen hätten. Die Kaltstellung Münzenbergs teilte er Mann in der folgenden Weise mit: „Genosse Willi Münzenberg wird infolge einer längeren Abwesenheit von Paris nicht [an der Schaffung eines engeren Büros der Volksfront] teilnehmen können." Publ. in: Kemper: Heinrich Mann und Walter Ulbricht, S. 178–181.

19 „durchzuführen" handschriftlich.

Nachdem diese Versuche ohne Ergebnis geblieben und Münzenberg alles in seinen Kräften stehende getan hatte, um die Parteifunktionäre zu diskreditieren, schloss er sich der „sozialdemokratischen Konzentration“ an.[20] Die „sozialdemokratische Konzentration“ entstand aus dem Streben einiger sozialdemokratischer Führer, den Willen der Arbeiter zur Schaffung der Einheitsfront auf die Mühle der Sozialdemokratie zum Wiederaufbau ihrer Partei zu lenken. Von Wels bis zu Münzenberg und den trotzkistischen Elementen in der SAP sollte diese Konzentration erfolgen. Das ist gescheitert. Uebrig geblieben ist die Zusammenarbeit verschiedener sozialdemokratischer Gruppierungen um Braun und Hertz.[21] Den Uebertritt zu dieser Gruppierung nennt Münzenberg den Weg zur Einheitspartei (sh. Seite 10 des Münzenberg-Dokumentes). Er spricht davon, dass die Einheitsfront nicht das geeignete Mittel sein *Liquidatorentum vom Ueberlaufen unter der Maske der Einheitspartei* zu legalisieren. (Sh. Seite 10 des M.D. unten).[22]

Damit hat Münzenberg aus seiner ideologischen Entwicklung und aus seinen korruptionistischen Methoden die organisatorische Schlussfolgerung gezogen.

II. Zu Münzenbergs Behauptungen über die Kaderpolitik der KPD.
(Anhang zum Münzenberg-Brief vom 30. August 1938 an das Sekretariat der Komintern.)
Münzenberg geht von der Meinung aus es sei „ungerecht“ und für die „Partei schädlich“, „die Einschätzung der Treue und Zuverlässigkeit eines Genossen allein von seiner Stellungnahme in der einen oder anderen innerparteilichen Frage abhängig zu machen“.

In der Kaderpolitik unserer Partei zeigte sich im Frühjahr 1937 die Notwendigkeit, das politische Niveau der Kader zu heben, und einen politischen Meinungsaustausch in den Parteigruppen herbeizuführen, um die Initiative der Kader zu stärken.

---

20 Sozialdemokratische Konzentration: D.i. *Recte* die Sozialistische Konzentration. Auch hier entspricht die Darstellung Ulbrichts nicht den historischen Tatsachen. Die Sozialistische Konzentration war eine Initiative der Gruppe Neu Beginnen – unterstützt u.a. vom ehemaligen Sozialdemokraten Paul Hertz – und der Revolutionären Sozialisten Deutschlands, die im Sinne eines „Festhalten(s) an den historischen Aufgaben des Proletariats“ das Programm einer „antifaschistischen Revolution“ realisieren sollte. Implizit war sie auch gegen die einschränkende KPD-Losung der demokratischen Republik gerichtet. Siehe: Peter-Michael Gawlitza: Die sozialistische Konzentration: Über Bestrebungen zur Sammlung der politisch und organisatorisch zersplitterten deutschen Sozialdemokratie in der Emigration zwischen November 1937 und August 1938, Berlin, Akademie der Wissenschaften der DDR, Dissertation A, 1986.; Langkau-Alex: Deutsche Volksfront, Bd. 2, S. 22, S. 434f.

21 Paul Hertz (1886–1961), deutsch-jüdischer sozialdemokratischer Politiker, nach 1933 Mitglied des SPD-Exilvorstands (SOPADE). Er schloß sich 1938 „Neu Beginnen“ an. Nach dem Krieg u.a. lange Jahre Innensenator in Berlin (siehe: Ursula Langkau-Alex: Paul Hertz (1888–1961). Realpolitiker im Dienste der sozialdemokratischen Utopie. In: Peter Lösche, Michael Scholing, Franz Walter: Vor dem Vergessen bewahren. Lebenswege Weimarer Sozialdemokraten, Berlin, Colloquium Verlag, 1988, S. 145–169).

22 Handschriftlich hinzugefügt: „siehe Anlage“. Offensichtlich ließ Dimitrov den Brief Münzenbergs an Ulbricht weitergeben, der ihn wiederum an Heinrich Mann schickte.

[…] Das war auch notwendig, um die trotzkistischen Elemente, die unter der Bezeichnung „Berliner Opposition" auftraten, zu isolieren.[23] Das Sekretariat des ZK der KPD hatte genügend Anzeichen dafür, dass der Angriff der rechten sozialdemokratischen Führer gegen die Einheitsfront, der Versuch verschiedener sozialdemokratischer Gruppen zur Zusammenfassung von Antifaschisten unter Einbeziehung eines Teiles der Trotzkisten, das Auftreten Münzenbergs und der Versöhnler (Gruppe Volk-Gräf)[24] in *unmittelbarem* Zusammenhang stand. Durch die Verbindungen Münzenbergs in der Partei und durch „Versöhnler" die geschickt getarnt im Funktionärkörper der Partei in der Emigration arbeiteten, sollten die Bedingungen für den innerpolitischen Kampf geschaffen werden. Das veranlasste das Parteisekretariat zu einer erneuten Ueberprüfung der Parteimitglieder und Leitungen nicht nur, wie Münzenberg behauptet, über ihre Vergangenheit, sondern über ihre gegenwärtige politische Arbeit und ihre Meinung über die verschiedenen politischen Fragen. Dabei wurden in mehreren Leitungen Funktionäre festgestellt, die für feindliche Gruppen („Versöhnler", „Milesgruppe"[25]) arbeiteten. Die verschiedenen mit den Trotzkisten mehr oder weniger eng verbundenen Gruppen spekulierten auf den Kampf von Münzenberg gegen die Parteiführung. Das Parteisekretariat musste unter diesen Bedingungen nicht nur die Mitarbeit Münzenbergs überprüfen, sondern auch seine Verbindungsleute von den Parteiverbindungen entfernen.[26]

Es geht im Falle Münzenberg nicht um Fragen der Vergangenheit Münzenbergs, sondern um seine gegenwärtigen Beziehungen zu Trotzkisten und anderen Spionen und zu sonstigen Gegnern der Partei. In diesem Zusammenhang ist es wichtig festzustellen, dass die *Hetze gegen Ulbricht* kurze Zeit nach seiner Ankunft in Paris in der Rechtszeitung „*Matin*" begann und gleichzeitig *von Münzenberg, Schwarzschild*,[27] dem Mitarbeiter des französischen II. Büros,[28] Max *Braun* und dem Menschewik *Decker* geführt wurde.

---

23 Hier setzen sich Ulbrichts inhaltliche Verdrehungen fort. Die „Berliner Opposition" war keine trotzkistische Initiative, sondern bildete sich um die noch verbliebene KPD-Parteioppostion der „Versöhnler" um Karl Volk. Siehe Dok. 423a und 424.

24 Gruppe Volk-Gräf: Zu Volk siehe auch Dok. 348.

25 Milesgruppe: Die Gruppe „Neu Beginnen", auch Leninistische Organisation (ORG/LO). Eine vor allem in die SPD und SOPADE hineinwirkende Kadergruppe für eine neue revolutionäre Partei gegen den Kurs von SPD und KPD um Walter Loewenheim (Ps. Miles), aus der eine Reihe bekannter Intellektueller stammen (Karl Frank, Ossip K. Flechtheim, Richard Löwenthal). Siehe als programmatische Grundlage: Miles (Walter Löwenheim), Neu Beginnen! Faschismus oder Sozialismus, Karlsbad 1933; vgl. Walter Loewenheim: Geschichte der Org [Neu Beginnen] 1929 - 1935. Eine zeitgenössische Analyse. Hrsg. von Jan Foitzik. Berlin, Edition Hentrich, 1995.

26 „fernen" handschriftlich.

27 Zu Leopold Schwarzschild, dem Herausgeber des *Neuen Tagebuch*, siehe Dok. 402.

28 II. Büro: „Deuxième Bureau", die Bezeichnung für den Militärischen Auslandsnachrichtendienst Frankreichs.

1.) Zum Kampf gegen den Trotzkismus.
Wir erhielten Kenntnis von Briefwechsel zwischen verschiedenen Sozialdemokraten worin mitgeteilt wurde, dass Münzenberg wegen „unvorsichtiger Aeusserungen" über den Moskauer Prozess nach der Sowjetunion versetzt werden solle. Dazu schreibt der sozialdemokratische Funktionär seinem Freund: „Münzenberg war in seinen Aeusserungen über den Prozess tatsächlich leichtsinnig". In einem Brief wird mitgeteilt, dass sich Münzenberg zu dem Trotzkisten Dr. Brupbacher[29] gegen den Sinowjewprozess geäussert habe.[30] Münzenbergs Mitarbeiter *Emonts*, der für ihn die organisatorischen Aufträge für die „Freiheitspartei" erledigte wandte sich bei einer Vernehmung gegen den Prozess gegen den Spion Radek.[31] Aus dem engen Freundeskreis von Münzenberg kamen „Anfragen" über die Verhaftung von Remmele und Neumann in Moskau.[32]

In der Zeitschrift des Trotzkisten Schwarzschild[33] und in einigen sozialdemokratischen Zeitungen erschienen Artikel mit Verleumdungen die übereinstimmen

---

29 Der Schauprozeß gegen das „Trotzkistisch-Sinojewistische terroristische Zentrum" gegen Sinowjew, Kamenev, Evdokimov, Smirnov und weitere 12 Angeklagte fand vom 19.-24.8.1936 in Moskau statt. Der „Trotzkist" Dr. Fritz Brupbacher (1874–1944) war ein schweizer, vor allem im anarchistischen Züricher proletarischen Mileu wirkender Arbeiterarzt, der 1914 wegen der Burgfriedenspolitik aus der Sozialistischen Partei austrat. Auch nach seinem Beitritt zur KP der Schweiz 1921 blieb er ein unabhängiger Sozialist und war langjähriger Freund Münzenbergs. Im September 1936 organisierte er eine "An alle Freunde des Rechts-, der Geistes- und Gewissensfreiheit" gerichtete Protestkampagne gegen den Sinowjew-Kamenev-Prozeß (siehe seine Autobiographie: Fritz Brupbacher: 60 Jahre Ketzer, Zürich-Leimbach, B. Ruppli, 1935; vgl. Karl Lang: Kritiker, Ketzer, Kämpfer. Das Leben des Arbeiterarztes Fritz Brupbacher, Zürich, Limmat-Verlag, 1975 (2. Aufl. 1983).

30 Im März 1938 schreibt Münzenberg an Brupbacher, dass er im Verhältnis zur KPD grundlegende Änderungen vollziehen werde. (anderen Quellen zufolge teilt er ihm seinen Bruch mit der Komintern mit). Trotzdem verharrte er bis zum Abschluss des „Stalin-Hitler-Pakts" darin, die Politik Stalins nicht öffentlich zu kritisieren. Babette Gross mutmaßt, dies sei der „allgemeinen Stimmung unter den westlichen Sozialisten und Linken" und Sympathien der Sozialdemokraten für die Sowjetunion „von De Brouckère bis Otto Bauer" geschuldet. Ulbricht nahm die Nachricht zum Anlass, Münzenberg aus der KPD auszuschließen (zur öffentlichen Rezeption siehe Bayerlein/Lasserre: Archives de Jules Humbert-Droz, Bd. 4, S. 253f. u.a.).

31 Der deutsche Gewerkschafter und Angestelltenfunktionär Karl Emonts emigrierte 1933 nach Eupen an der deutsch-belgischen Grenze und wurde im Oktober 1937 aus der KPD ausgeschlossen. Der enge Kontakt Münzenbergs diente als Kurierstation für illegale Schriften und Literatur nach Berlin, darunter der *Freiheitsbriefe* der Deutschen Freiheitspartei, die ein nachweisbares Echo im Deutschen Reich hervorriefen. Ein Überfall und die Plünderung seines Hauses war, wie Babette Gross mutmaßt, auf den KPD-Geheimaparat zurückzuführen. Gegen die Provokationen der KPD-Führung rehabilitierte ein mit Heinrich Mann und Georg Bernhard besetztes Schiedsgericht die Deutsche Freiheitspartei als Teil der Anti-Hitler-Opposition und wies Ulbrichts Vorwürfe gegen Emonts ab, der 1937 aus der KPD ausgeschlossen wurde. Vermutlich wanderte Emonts 1939 nach Brasilien aus (Gross: Willi Münzenberg, S. 454f.; Röder/Strauss: Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration, S. 156; Ulbricht und der vermeintliche Trotzkist in Eupen. Aus den belgischen Erlebnissen des ostdeutschen Politkers. In: *Grenz-Echo*, Eupen, 12.6.1969).

32 Remmele und Neumann waren politische Weggefährten Münzenbergs in der KPD.

33 Selbst der liberale Herausgeber des *Neuen Tagebuchs*, Leopold Schwarzschild, wurde von Ulbricht als „Trotzkist" denunziert.

mit vorhergehenden mündlichen und schriftlichen Aeusserungen Münzenbergs. Bezeichnenderweise erschienen die ersten Artikel in Pariser weissgardistischen Zeitungen die wahrscheinlich durch russische Menschewiki informiert waren (Decker?). Der Trotzkist Gröhl[34] verschickte am 26.7.1937 ein hektographiertes Schreiben an die Presse indem der angebliche Ausschluss von Münzenberg mitgeteilt wird und gesagt wird, es sei Münzenberg von der Komintern verboten worden noch Bücher die die Fragen der deutschen Aufrüstung behandeln herauszugeben, weil die Sowjetunion ein Bündnis mit Hitlerdeutschland abschliessen wolle. Diese trotzkistische Mitteilung in der Presse ist wichtig, da unter politischer Verantwortung von Münzenberg z. B. das Buch von Berthold Jakob erschien „Das neue deutsche Heer und seine Führer“ (siehe vor allem Seite 61, 62, 65, 77 und 78), in dem für die deutsche Reichswehr Propaganda gemacht wird.[35] Bezeichnender Weise stimmt die trotzkistische Verleumdung über die Aussenpolitik der SU fasst wörtlich mit gleichen Aeusserungen überein die Georg Bernhardt [Bernhard], einer der engsten Vertrauten Münzenbergs, mir gegenüber mehrmals wiederholte. Bernhardt zog daraus die Schlussfolgerung, dass die „Unsicherheit“ in der Aussenpolitik der SU, von der „die KPD abhängig“ sei, die Zusammenarbeit hindere. Dazu kam, dass zu dieser Zeit von der SAP (Walcher-Fröhlich,[36] angeschlossen dem „Londoner Büro“[37]) und von verschiedenen sozial-

34 Karl Gröhl, Ps. Karl Friedberg, später Karl Retzlaw (1896–1979); deutscher Publizist und sozialistischer Politiker, KPD-Funktionär. Mitglied des Spartakusbundes, später im Nachrichtenapparat der KPD tätig (siehe seinen Brief zum Militärprogramm der KPD 1924, Dok. 104). Mitarbeiter in Münzenbergs Neuem Deutschen Verlag, als Reaktion auf die Katastrophe von 1933 und der weiterhin guten Beziehungen zwischen der Stalinschen Sowjetunion und Hitlerdeutschland 1933 Anschluss an die trotzkistischen Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD). Im Exil Mitarbeit bei der Zeitschrift *Freies Deutschland* (Max Siewers); geheime Missionen zur Verhinderung von deutschen Waffentransporten nach Spanien (siehe: Karl Retzlaw: Spartakus – Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Frankfurt am Main, Verlag Neue Kritik, 1971; Peter Bernhardi (Hrsg.): „Der Sozialismus ist human, ist demokratisch oder er ist gar nicht.“ Zum 100. Geburtstag des Sozialisten Karl Retzlaw, Frankfurt am Main, Arbeitskreis Karl Liebknecht, 1996).

35 Der hier von Ulbricht denunzierte „radikale Pazifist“ (Ursula Langkau-Alex) Berthold Jacob (1898–1944, in NS-Haft) war neben seiner journalistischen Tätigkeiten an der Arbeit des Volksfrontausschusses beteiligt. Er wurde aufgrund seiner Veröffentlichungen über die Militarisierung des NS-Regimes und die geheimen Aufrüstungen von den Nationalsozialisten im März 1935 in der Schweiz entführt. Als der Fall international Schlagzeilen machte, wurde er wieder in die Schweiz freigelassen, von dieser jedoch dann nach Frankreich abgeschoben. Nach einer späteren erneuten Entführung starb er nach langer NS-Haft. Siehe: Berthold Jacob: Das neue deutsche Heer und seine Führer: Mit einer Rangliste des deutschen Heeres und Dienstaltersliste (nach dem Stande von Mitte August 1936), Paris, Éditions du Carrefour, 1936; Jost N. Willi: Der Fall Jacob-Wesemann (1935/1936). Ein Beitrag zur Geschichte der Schweiz in der Zwischenkriegszeit, Bern-Frankfurt am Main, Lang, 1972.

36 Gemeint ist neben Jacob Walcher der Luxemburg-Biograph Paul Frölich (KPD, später KPO).

37 Das von Fenner Brockway und Julián Gorkin geleitete „Londoner Büro“ vereinigte von 1932 bis 1940 eine Reihe unabhängiger linkssozialistischer und revolutionärer Parteien aus Deutschland, Frankreich, Spanien, Großbritannien, Österreich, Norwegen, Palästina u.a. Auch die POUM gehörte ihm an (Willy Buschak: Das Londoner Büro. Europäische Linkssozialisten in der Zwischenkriegszeit, Amsterdam, Stichting IISG, 1985 (Sozialhistorische Quellen und Studien. 1)).

demokratischen Gruppen der Kampf um die Freilassung der verhafteten Trotzkisten der POUM geführt wurde.[38] Münzenberg, der mit den Caballero-Anhänger Aragvistan [Araquistain],[39] dem früheren spanischen Botschafter in Paris eng verbunden war – auch finanziell – nahm nirgends gegen die [POUM] Stellung.

Auch diese Kenntnis veranlasste das Sekretariat des ZK, Willi Münzenberg aufzufordern, in einem Artikel gegen den Trotzkismus Stellung zu nehmen und seine Uebereinstimmung mit dem Kampf gegen die POUM und mit der Erklärung des ZK der KPD zum Prozess gegen das terroristische trotzkistische-sinowjewistische Zentrum zu erklären.

Das lehnte Münzenberg mit der Begründung ab, er habe schon früher gegen den Trotzkismus Stellung genommen.

Unter diesen Bedingungen führte das Parteisekretariat einen konsequenten Kampf gegen die POUM-Politik der SAP, die der Haupttreiber der Zersetzungsarbeit war und mit der Münzenberg zusammenarbeitete. Um die Parteimitglieder und alle Hitlergegner aufzuklären veröffentlichte das Sekretariat eine Sondernummer der „Internationale" in der Beziehungen der verschiedenen trotzkistischen Gruppen zur Antikomintern und auch zu anderen Kreisen aufgedeckt wurden.[40]

2.) Provokation und Spionage.

Bezeichnenderweise wandte sich Münzenberg gegen die Warnung des ZK der KPD vor Provokateuren (DVZ 11. Juli 1937) und unsere Stellung[41] zum Fall Hirsch. Der junge, politisch unerfahrene Hirsch gehörte zur Strassergruppe und wurde von dessen Sekretär mit Material zu einem Bombenattentat nach Stuttgart gesandt. Er wurde sofort bei der Ankunft von der Gestapo verhaftet und dann zum Tode verurteilt. Die Sache

38 Hier beteiligte sich Ulbricht an der Hetze gegen die POUM (Partido Obrero de Unificación Marxista, „Arbeiterpartei der marxistischen Vereinigung", siehe Dok. 414). Der Regisseur Ken Loach hat den antifaschistischen Kämpfern der POUM, darunter George Orwell, mit seinem Film „Land and Freedom" (1995) ein Denkmal gesetzt.

39 Luís Araquistain Quevedo (1886–1959), spanischer sozialistischer Schriftsteller und Politiker. Als Botschafter der spanischen Republik in Frankreich und Freund des auf Betreiben der Kommunistischen Partei 1937 abgesetzten Ministerpräsidenten Largo Caballero organisierte er den illegalen Waffennachschub aus Frankreich für die spanische Republik (siehe: J. F. Fuentes: Luis Araquistáin y el socialismo español en el exilio. 1939–1959, Madrid, Biblioteca Nueva, 2002).

40 *Die Internationale* (Sondernummer, August 1937) enthielt u.a. den Artikel: „Die deutschen Trotzkisten und die Gestapo" mit zahlreichen empirisch unbelegten Invektiven und Denunziationen. In einem weiteren Artikel von Philipp Dengel kommt die von Stalin geforderte terroristische Komponente dieser „Trotzkisten"-Verfolgung zum Ausdruck: „Ebenso wie die Bucharinschen Banditen sich in der Sowjetunion mit den Trotzkisten verbunden hatten, arbeiten auch die Brandleristen und die Versöhnler faktisch mit den Trotzkisten zusammen. Ihre Verleumdung der Sowjetunion unterscheidet sie nur in äusseren Worten, sie kämpfen wie die Trotzkisten gegen die Volksfront, sie verteidigen die spanischen trotzkistischen Verbrecher, Brandler und Versöhnler haben in der Sowjetunion mit trotzkistischen, Bucharinschen und anderen sowjetfeindlichen Verbecherbanden zusammengearbeitet." (publ. in: Bayerlein/Lasserre: Archives de Jules Humbert-Droz, IV).

41 „und unsere" handschriftlich unterstrichen.

war mit der Gestapo organisiert gewesen. Auch eine tschechoslowakische amtliche Stelle hatte vorher von der Sache Kenntnis.[42] Der Verbindungsmann Münzenbergs zu Strasser war der frühere Staatssekretär *Spiecker*, ein Katholik. Dieser propagierte mit Berufung auf „Wilhelm Tell" diesen individuellen Terror und suchte Geldquellen für ein Flugzeugattentat auf Berchtesgaden.[43]

Es kam hinzu, dass ausländische Spionagestellen an Kommunisten herangetreten waren mit der Aufforderung, in Deutschland für sie zu arbeiten und hierzu ihnen Material zu liefern. Von den sozialdemokratischen Grenzsekretären erklärten einige offen, dass sie ihre Berichte an die ausländischen Nachrichtenstellen verkaufen.

Das waren die politischen Gründe für die Erklärung des ZK in der festgestellt wird, dass das sogenannte Attentat von Hirsch von Gestapoagenten organisiert war. Gleichzeitig mussten wir in getarnter Form auch gegen die Spionagetätigkeit für ausländische bürgerliche Regierungen Stellung nehmen. Deshalb wurde es in der Erklärung so dargestellt, dass hinter der Aufforderung zu Nachrichtenbeschaffung die „unter den verschiedensten Flaggen" erfolgte, die Gestapo steht. Deutlicher durften wir öffentlich nicht werden. Die Beschwerde Münzenbergs über unsere Erklärung gegen die Provokation als Waffe des Faschismus zwingt zu der Frage: Welches Interesse hatte Münzenberg, die Wachsamkeit der Partei einzuschläfern?

3.) Kaderfragen.

Münzenberg versucht die *materiellen Versorgungsschwierigkeiten der Genossen in der Emigration* für seinen Kampf gegen die Partei auszunutzen. Gerade in dieser Beziehung wurde 1937 eine Ueberprüfung durchgeführt, um soweit wie möglich die Genossen mit Hilfe der KP des betreffenden Landes, die Genossen in Arbeit zu bringen und ihre materielle Lage zu verbessern. Obwohl Münzenberg Mitglied der Anerkennungskommission für Emigranten war, hat er sich nie um die Emigration gekümmert. [...]

---

42 Zum „Fall Hirsch siehe Dok. 419. Helmut Hirsch wurde nicht nach Stuttgart, sondern nach Fürth bzw. Nürnberg gesandt, allerdings auf dem Weg nach Stuttgart gelockt und dort verhaftet. Wie aus den nach 1990 getätigten Auskünften eines ehemaligen Mitarbeiters des illegalen KPD-Apparats in Prag zu entnehmen ist, war es die Prager KPD-Leitung selbst, die die „Schwarze Front" bei der tschechoslowakischen Staatspolizei denunzierte, da sie von der Unterwanderung der Strasser-Organisation durch die Gestapo ausging. Infolge der Denunziation wurde Otto Strasser kurzfristig verhaftet (siehe Buscher: Helmut „helle" Hirsch, S. 158–160).

43 Zu Otto Strasser siehe Dok. 244 und Dok. 417; ebd. zum ehemaligen Zentrumspolitiker Carl Spiecker. Für die Unterstützung individueller Attentate durch Spiecker (unter Berufung auf Wilhelm Tell soll er „diesen individuellen Terror" unterstützt haben (!), gibt es keinen Hinweis (siehe: Der Fall Hirsch. In: *Deutsche Volkszeitung* v. 1.5.1937 Nr. 18). „Die energische Widerstandstätigkeit der Strasser-Gruppe veranlasste die Gestapo zu der Behauptung, dass die missglückten Attentate auf Hitler, die 1936 der jüdische Student Helmut Hirsch und 1938 zwei Männer namens Döpking und Kremin unternommen hatten, von Otto Strasser dirigiert worden seien. Das Gleiche wurde von dem Attentat am 8. November 1939 im Münchener Bürgerbräukeller, das durch Elser angeblich durchgeführt wurde, behauptet." (Abendroth: Das Problem der Widerstandstätigkeit, S. 186–187).

III: Einige Richtigstellungen.
1.) Münzenberg wurde nicht an der Veröffentlichung von Propagandamaterial gehindert, denn die Partei erfuhr immer erst davon *nachdem* bereits die Veröffentlichung erfolgt war. Er besprach *niemals* solche Manuskripte mit der Partei.
2.) Auf die Frage des Demokraten Klepper, was mit Münzenberg sei, habe ich ihm geantwortet, dass ich mit ihm darüber nicht sprechen kann.
3.) Die Behauptungen Münzenbergs, ich hätte wiederholt erklärt, es gelte ihn zu erledigen, widerlegt Münzenberg selbst indem er nicht einen Beweis erbringt, sondern nur unwahre Behauptungen über angebliche Aeusserungen anderer Genossen erzählt. In der Konferenz der Pariser Freundeskreise kann ich *nicht* gesagt haben „Wir wissen, warum wir Münzenberg ausgeschlossen haben" weil das gar nicht zutraf. Münzenberg hat sich zu dieser Zeit „krank" gemeldet.
4.) Münzenberg behauptet, er habe eine gründliche Analyse des Hitlerregimes und eine theoretische Vertiefung unserer Arbeit gefordert. Ich kann mich entsinnen, dass Münzenberg nach seinen Pariser Besprechungen mit Bucharin die Frage des ideologischen Einflusses des Hitlerfaschismus sehr stark, ich möchte sagen, panikartig stellte.[44] Wie der „ideologische Kampf" Münzenbergs sich entwickelt hätte das zeigte die Herausgabe von K.O. Paetels „Schriften der jungen Nation" durch mich. Darin wird zum Hitlerfaschismus vom „Standpunkt eines integralen Nationalsozialismus" Stellung genommen. (Siehe Kritik „Junge Garde" November/Dezember 1937, S. 29).[45]
Ausserdem gab er unter dem getarnten Titel „Schatzkästchen" ein Heft mit nationalen Nazizitaten für das Land heraus. Es fehlte daran jeder Kommentar zu den Zitaten.

Sein Buch „Propaganda als Waffe", das ebenfalls ohne Kenntnis der Partei erschienen ist, zeigt, dass er das Wesen des Faschismus nicht verstanden hat. Er schweigt sich darin über Weg und Ziel des Kampfes gegen Hitler aus. (sh. Kritik in „Deutsche Volkszeitung" vom 7. November 1937).
5.) Die Behauptung, ich hätte gegenüber Breitscheid von einer Volksfront von den Kommunisten bis Strasser gesprochen, trifft nicht zu. Uns war bekannt, dass Münzenberg-Breitscheid-Spiecker Besprechungen führen, um an Stelle des vorbereitenden Pariser Volksfrontausschusses eine Zusammenfassung der Kräfte von den Sozialdemokraten und Münzenberg bis Strasser zu schaffen. Ich wollte von Breitscheid

---

44 Beide, Bucharin und Münzenberg, äußerten sich in dramatischer Form über die Haltung der KPD, die gerade der ideologischen und mentalen Beeinflussung der Bevölkerung durch die NS-Propaganda nichts wirkungsvolles entgegensetze (siehe Dok. 379 u.a.).

45 Karl Otto Paetel (1906–1975), der „nationalrevolutionäre Protagonist der deutschen Jugendbewegung", ein Journalist und Politiker, der Beziehungen zum ISK und zu Münzenberg hatte. Maßgeblicher Vertreter der Bündischen Jugend und der Freischar. Seine „Schriften der jungen Generation" und seine Tätigkeit seit 1933 war auf die Beeinflussung der Hitlerjugend als Reservoir für eine Anti-Hitler-Opposition gerichtet. Sein Ziel war ein Bündnis aller linken Gruppierungen als „Front deutscher Sozialisten" und „Gruppe sozialistische Nation". Autor der *Neuen Weltbühne* (1933f.) und der *Zukunft* (1938ff.) (Peter Steinbach, Johannes Tuchel: Lexikon des Widerstands, München, C.H. Beck, 1998, S. 152f.; vgl. Karl O. Paetel: Jugend in der Entscheidung. 1913–1933–1945, Bad Godesberg, Voggenreiter, 1963).

etwas darüber wissen. Er bestritt überhaupt etwas mit Strasser zu tun zu haben, wozu ich bemerkte, dass doch viele mit Strasser sprechen, wogegen an sich nichts einzuwenden sei.

/Ulbricht/.10.2.1939

Anlagen:[46]
1.) Rede Heinr. Mann (DVZ v. 18.4.37 No. 16)
2.) Der Fall Hirsch (DVZ v. 1.5.1937 No. 18)
3.) ZK der KPD warnt vor Provokationen (DVZ v. 11.7.37 No. 28)
4.) Zu W. Münzenbergs Buch „Propaganda als Waffe" (DVZ v. 7.11.37 No. 45)
5.) Die junge Garde v. Novbr./Dezbr. 1937



Am 27.2.1939 genehmigte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion eine Unterstützung in Höhe von 5 Millionen Francs für die Hilfe an spanische Flüchtlinge. Die Summe sollte an den spanischen Botschafter in Paris, Marcelino Pascua, überwiesen werden.[47] Am 26.3.1939 wurde bis zu 500 in Frankreich internierten Spaniern die Einreise in die UdSSR gestattet.[48]

Nach dem Einmarsch deutscher Truppen in die Tschechoslowakei beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 23.3.1939, die sowjetische Botschaft in Prag aufzulösen und sie in ein Generalkonsulat umzuwandeln.[49]

Am 4.4.1939 schlug das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion dem Volkskommissariat für Finanzen vor, betreffs des Haushalts des EKKI für das Jahr 1939 einen Kredit in Höhe von 200.000 Goldrubeln und 2 Millionen Rubeln in Sowjetwährung zu eröffnen.[50]

---

46 Die Liste der Anlagen ist handschriftlich hinzugefügt.
47 RGASPI, Moskau, 17/162/24, 106.
48 RGASPI, Moskau, 17/162/25, 1.
49 RGASPI, Moskau, 17/162/25, 1. Publ. in: Adibekov/Di B'jadžo/Gori u.a.: Politbjuro CK RKP(b) – VKP(b) i Evropa, S. 370.
50 RGASPI, 17/162/25, 6. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 773.

Dok. 447

Schreiben Wilhelm Piecks an den Vorsitzenden des Schriftstellerverbands, über den Verlag „10. Mai“ und den Wunsch Heinrich Manns, in die Sowjetunion überzusiedeln

[Moskau?], 11.4.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGALI, Moskau, 631/14/444, 1. Erstveröffentlichung.

11.4.39
Vertraulich!

Teurer Genosse Fadejew! [51]
Der Genosse Šmeral hat am 10. April eine Unterredung mit dem Genossen Alexe [sic] Tolstoi wegen des Verlages „10. Mai“ und wegen der Einladung des Schriftstellers Heinrich Mann nach der Sowjetunion gehabt.[52] Dabei hat Šmeral den Vorschlag gemacht, für die Abwicklung des Verlages „10. Mai“ einen Fond von 20 000 französischen Francs bereitzustellen, um daraus die Schriftsteller, mit denen der Verlag bestimmte Verträge abgeschlossen hat, für eine zeitlang eine [sic] monatliche Abfindung zu zahlen.[53] Vielleicht in Höhe von 1.500 bis 2 000 Francs im Monat. Ferner hat Šmeral den Vorschlag gemacht, den Schriftsteller Heinrich Mann vom Verband

---

51 Aleksandr Fadeev (1901–1956), sowjetischer Schriftsteller und Kulturfunktionär, Parteimitglied seit 1918, 1939 Mitglied des ZK der VKP(b), Vorsitzender des sowjetischen Schriftstellerverbands von 1938 bis 1944 sowie von 1946 bis 1954. Beging 1956 unter dem Eindruck der Enthüllungen des 20. Parteitags über den Stalinismus Selbstmord.

52 Aleksej Tolstoj (1882–1945), bekannter sowjetischer Schriftsteller und regimetreuer Kulturfunktionär. Nach dem Tod Maksim Gor'kijs 1936 Vorsitzender des sowjetischen Schriftstellerverbands, bevor ihm 1938 Fadeev auf diesen Posten folgte.

53 Der Verlag „10. Mai“, benannt nach dem Tag der Bücherverbrennungen in Deutschland, wurde im Rahmen der *Internationalen Schriftstellervereinigung zur Verteidigung der Kultur (ISVK)* 1938/1939 in Paris gegründet. Mit dem Placet des damaligen Vorsitzenden der Auslandskommission des Sowjetischen Schriftstellerverbandes, Michail Kol'cov, versehen, wurden im Auftrag von Louis Aragon Maria Osten mit der organisatorischen Arbeit, und auf Veranlassung der KPD Hermann Budzislawski mit dem Vertrieb sowie Willi Bredel mit dem Lektorat beauftragt. Der Verlag „10. Mai“ sollte den nichtkommunistischen Exilverlagen, besonders dem von Münzenberg geleiteten „partei- und sowjetfeindlich[en]“ Sebastian Brant-Verlag als Nachfolger der Éditions du Carrefour „das Wasser abgraben“ (so bei Dieter Schiller sinngemäß nach Bredel). Mit Werken von Heinrich Mann und Willi Bredel gab es zu Beginn auch verlegerische Erfolge – zur Publikation Feuchtwangers kam es jedoch nicht mehr. Entgegen dem relativen Erfolg und den Hoffnungen Bredels beschloß jedoch das Politbüro der KPD am 13.4.1939, den Verlag „wegen fehlender Subventionen“ von russischer Seite, tatsächlich jedoch auch als Folge der Verhaftung von Kol'cov (Maria Osten war seine Lebensgefährtin) aufzulösen. Siehe: Dieter Schiller: „Wir konnten nicht mit dem K-Unglück rechnen ...“. Der Verlag „10. Mai“ in Paris 1938/39. In: Id.: Der Traum von Hitlers Sturz: Studien zur deutschen Exilliteratur 1933–1945, Frankfurt am Main, P. Lang, 2010, S. 181–198, hier S. 198.

der Sowjetschriftsteller nach der Sowjetunion einzuladen.[54] Heinrich Mann hat den Wunsch geäussert sich in der Sowjetunion niederzulassen. Ich bin der Meinung, dass wir diesem Wunsche entgegenkommen sollen, aber dazu ist natürlich in erster Linie die Regelung seiner Wohnungsfrage notwendig. Auch dafür hat Genosse Šmeral einen Vorschlag gemacht, der auch für andere nach der Sowjetunion übersiedelte Schriftsteller und Wissenschaftler in betracht kommt.[55] Ich bin auch mit diesem Vorschlage durchaus einverstanden und bitte Sie deshalb um Ihre Zustimmung zu diesen Vorschlägen. Ich höre, dass in den nächsten Tagen eine kleine Delegation vom Verbande der Sowjetschriftsteller nach Paris fährt, und ich würde es sehr begrüssen, wenn noch die Gelegenheit wäre, dass ich mit Ihnen über die verschiedenen Fragen, die die emigrierten deutschen Schriftsteller angehen, sprechen könnte.[56]

Mit kommunistischen Grusse
[Sign.:] Wilhelm Pieck
Tel. I- 5-35-00, dob.97.[57]

---

54 Über diese Unterredung schrieb Šmeral an Dimitrov am 13.4.1939. Er habe „sachlich" von Aleksej Tolstoj gefordert: „1) die Schriftsteller sollen Heinrich Mann einen *dauernden* Aufenthalt hier ermöglichen (das ist der jetzige Standpunkt des Gen. Pieck); 2.) sie sollen einen Betrag bis zu 20.000 fr. Frc. monatlich in Valuta zur Verfügung stellen, aus dem denjenigen deutschen antifaschistischen Schriftstellern, die an grösseren Werken arbeiten, eine regelmässige Monatshilfe bis zu 2000 Frc. gegeben werden könnte." (RGASPI, Moskau, 495/73/70, 30).

55 Bereits am 14.10.1938 hieß es, Manns Tochter und ihre Mutter hätten sich dazu entschlossen, in die UdSSR „mit ihrer gesamten Einrichtung" überzusiedeln und dazu die Bibliothek Heinrich Manns sichern zu wollen (RGALI, Moskau, 631/11/429, 7). Kurz nach dem hier abgedruckten Brief Piecks an Fadeev, am 23.4.1939, wurde Heinrich Mann im Namen des Schriftstellerverbands in die UdSSR eingeladen. Das Visum liege bereits in Paris (so nach RGALI, Moskau, 631/11/429, 9). Mann bedankte sich am 3.5. für den Erhalt eines "unbefristeten Visums" und hoffte, wie er aus Paris schrieb, davon "in jedem Zeitpunkt" Gebrauch machen zu können Paris (RGALI, Moskau, 631/11/429, 11). Noch im Mai fuhr er jedoch in die USA und danach nicht mehr in die Sowjetunion, möglicherweise, weil er von dort eine diplomatische Nachricht erhalten hatte, daß er für die gemeinsame Sache im Westen wichtiger sei, als nur als Emigrant in der Sowjetunion, möglicherweise, weil er von Frankreich aus noch die letzten Rettungsversuche der Volksfront unterstützen wollte (vgl.: Flügge: Heinrich Mann, S. 384ff.; siehe auch Heinrichs Manns Sympathiekundgebung für die Sowjetunion im Schreiben an den Schriftstellerverband vom 15.7.1939 (Dok. 454). Mann blieb dann bis zum letzen Moment nach der deutschen Besetzung in Frankreich, bis er sich in der akuten Bedrohungssituation zusammen mit seiner Frau Nelly, seinem Bruder Golo, Franz und Alma Mahler-Werfel mit Hilfe von Varjan Fry zu Fuß über die spanische Grenze und dann bis Lissabon durchschlug, und sich dort im Oktober 1939 nach New York einschiffte.

56 Vgl. hierzu die Beschwerde Bredels und anderer über die Einschränkungen der publizistischen Tätigkeit, Dok. 451b.

57 Russ. *dob[avočnyj]* – Klappe. Anschl. handschr. Vermerk russisch: „An Gen. Ajler. [unleserlich] Bitte um eine Übersetzung [Sign.]".

Dok. 448

Schreiben Bohumir Šmerals an Dimitrov über Briefe von Thälmann und Barbusse und weitere Archivmaterialien der Komintern

14.4.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/70, 31. Erstveröffentlichung.

Gegenstand: Materialien aus den Jahren 1934 und 1935.

An Genossen Dimitroff!
Ich habe drei Mappen mit Materialien übernommen, um sie durchzusehen und zu bestimmen, was mit ihnen geschehen soll.

1. Ich mache Sie zuerst auf zwei Dokumente aufmerksam, die Sie besonders interessieren können. Es ist erstens darin ein *umfangreicher, mit eigener Hand geschriebener Brief von Thälmann aus dem Gefängnis,* 40 eng beschriebene Zeilen. Für mich ist es schwer, das Manuskript zu entziffern, wenn Sie aber ein Resume haben wollen, würde ich solches mit *Hilfe eines deutschen Genossen* (vielleicht Klassner[58] oder (...)) ausarbeiten. Thälmann beginnt mit der Mitteilung der Tatsache, dass er am 9. Januar 1934 zur Gestapo überführt war.[59]

Zweitens ist dort ein ausführlicher (48 maschinenschriftliche Seiten) Bericht – von *Barbusse eigenhändig unterschrieben* über die damalige Lage in der internationalen antifaschistischen Bewegung. Diese Berichte hat Barbusse kurz vor seinem Tode hier in Moskau dem EKKI-Sekretariat übergeben.[60]

2. Den grössten Teil der Materialien bilden die mit der Lage der KPD in den letzten Monaten 1934 und Anfang 1935 zusammenhängenden Dokumente (Berichte einzelner Bezirke, Brief des Genossen Pieck über die Lage der deutschen Emigranten in Frankreich, Besprechungen mit Bezirksfunktionären, Korrespondenz zwischen PB und Dahlem und Ulbricht, Beschluss über Ausschluss von Torgler, eine Reihe von Dokumenten, zusammenhängend mit damals in der Schweiz verhafteten Heinz Neumann, Briefe von Roland über den Stand der Gewerkschaftsarbeit, über Verhaftungen, Memorandum der B.L. Berlin vom 26.9.34, Besprechung mit Stampfer in Prag, Untersuchung des Falles August Kreuzburg [Creutzburg],[61] [durchgestr.: Besprechung

---

58 Klassner (Ps.), d.i. Paul Wandel (1905–1995), 1926 KPD-Mitglied, 1933 Kursant und Parteisekretär an der Internationalen Leninschule in Moskau, Sekretär Piecks, später deutscher Leiter an der Kominternschule in Kusnarenkovo, hoher DDR-Funktionär, 1975 Karl-Marx Orden.

59 Thälmann-Brief: Wahrscheinlich der im Gefängnis Moabit 1934 geschriebene „gekürzte Lebenslauf" zur Vorbereitung des erwarteten Prozesses (siehe SAPMO-BArch NY 4003, 1, 1ff.).

60 Ein solcher Bericht von Barbusse konnte bisher nicht eruiert werden.

61 August Creutzburg (1892–1941, auf Befehl Stalins 1941 im Gefängnis Orlov erschossen), Lackierer, 1908 SPD, seit 1919 hauptamtlicher USPD-, ab 1920 KPD-Funktionär. 1934 von der Partei in die Emigration nach Amsterdam geschickt, wurde Creutzburg im Februar 1935 von der niederländischen Polizei verhaftet und nach Frankreich abgeschoben. Er ging über Frankreich in die Sowjetunion,

der Reisetechnik,] Berichte über hergestellte illegale Materialien, der Fall Hirsch,[62] ein längerer handschriftlicher Brief von Octavio (?) an Pjatnitzki,[63] über Polemik zwischen Sauerland und Alpari[64] u. a.

3. Einen dritten Teil des Materials bilden verschiedene von Münzenberg hierher geschickte Briefe, heute ohne Bedeutung. Es sind einige Zettel da, die daran erinnern, dass im Februar 1935 Udeaun (Dolivet) hier in Moskau war.[65] Er war hauptsächlich mit Béla Kun verbunden. Pjatnitzki ersucht in einer Randbemerkung Knorin, er möge ihn rasch empfangen, Knorin bemerkt am Rande des Dokumentes, dass er die Besprechung am 2. 2. 35 durchgeführt hat.

4. Den vierten Teil der Materialien bilden die mit den Finanzen verbundenen Dokumente (Prospekte der Budgets des W[eltfriedens]K[ongresses], Frauen, Studenten).

5. Schliesslich ist da eine Anzahl von kleinen Zetteln, mit denen sich verschiedene Genossen im Zusammenhang mit der laufenden Arbeit an Pjatnitzki (teilweise auch Heimo) gewandt haben.

Ich beantrage:
Diese Materialien ins Archiv zu übergeben. Ich bitte um Ihre Direktive, ob Sie einverstanden sind und ob ich die Uebergabe durchführen soll.

Ich bemerke, dass noch ein grösseres Paket mit Materialien vorhanden ist, das ich vorläufig noch nicht durchlesen konnte.

/Šmeral/
14.4.1939

wo ihn ein Parteiverfahren wegen unkonspirativen Verhaltens in den Niederlanden erwartete. Wahrscheinlich geht es in den besagten Dokumenten um diese Auseinandersetzung. Creutzburg wurde anschließend als Redakteur in das rußlanddeutsche Engels versetzt, im Februar 1938 verhaftet und im September 1941 erschossen (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 166–167; Müller: Herbert Wehner, S. 29).

62 Zum Fall Werner Hirsch siehe Dok. 384.

63 „Octavio" war in den Jahren 1932–1933 ein Pseudonym Heinz Neumanns (Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Neumann, Heinz").

64 Siehe Dok. 301.

65 Louis Dolivet gehörte zu den engsten Mitarbeitern Münzenbergs (siehe Dok. 443).

Dok. 449

Stellungnahme der KPD-Vertretung in der Komintern an den sowjetischen Schriftstellerverband über eine Broschüre Emil Ludwigs gegen den drohenden Krieg

O.O.u.o.D. [Moskau, nach dem 23.4.1939]

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/205/7000(4), 371–372. Erstveröffentlichung.

An den Genossen Fadejew!
In Ihrem Brief vom 23. IV. stellten Sie die Frage, noch einmal zu überprüfen, ob die Formulierung im Punkt 5 des Beschlusses der IKK in der Sache Münzenberg richtig ist. Auf Grund einer durchgeführten Überprüfung teile ich Ihnen Folgendes mit:

Der Name Emil Ludwig wurde in dem Beschluss der IKK. über Münzenberg auf besonderen Wunsch führender Genossen der KPD aufgenommen. Es handelte sich darum, in besonders charakteristischen Beispielen die parteifeindliche und antifaschistische Bewegung schädigende Tätigkeit Münzenbergs, der damals noch Mitglied der Partei war, festzustellen. Bei der Durchsicht der Broschüre Emil Ludwigs[66] ergibt sich, dass die Charakterisierung des deutschen Volkes nicht zu vergleichen ist mit der scharfen und berechtigten Kritik am deutschen Volk, wie sie von Marx, Engels oder Goethe geübt wurde. Es handelt sich vielmehr um eine völlig unhistorische Einschätzung des deutschen Volkes, um eine Herangehensweise an die Geschichte, die den Rassismus der Nationalsozialisten anerkennt. In der Anlage übermitteln wir Ihnen einige Auszüge aus dieser Broschüre, die diese unhistorische und das deutsche Volk beleidigende Charakteristik Emil Ludwigs eindeutig feststellen.

Ich nehme an, dass die Genossen, die Sie über den Inhalt der Broschüre informiert haben, diese Arbeit Emil Ludwigs nur oberflächlich gelesen haben.

Aus der Anlage werden Sie ersehen, dass die Einstellung Emil Ludwigs zur Sowjetunion der antisowjetischen hetzerischen Einstellung reaktionärer sozialdemokratischer Führer jedenfalls sehr nahe kommt.

In dem Beschluss der IKK. wird die parteifeindliche Tätigkeit Münzenbergs charakterisiert, der zur Zeit, als er die Broschüre Emil Ludwigs herausgab, noch Parteimitglied war und angeblich um die Wiederherstellung seiner Mitgliedschaft im ZK der Partei kämpfte.

In der Broschüre Emil Ludwigs wird dem deutschen Volk – auch der deutschen Arbeiterklasse – schlechtweg die Fähigkeit abgesprochen, das faschistische System von innen heraus im revolutionären Kampf zu stürzen.[67] Die KPD führt einen ent-

66 Es handelt sich um: Emil Ludwig: Die neue heilige Allianz. Über Gründe und Abwehr des drohenden Krieges, Strassburg, Sebastian Brant, (1938).
67 Dazu schrieb Ludwig unter der Überschrift „letzter Weg zur Rettung“: „Nach dem Charakter und Lage der Deutschen ist der Krieg von Innen her durch eine Revolution nicht mehr zu verhüten. Um

scheidenden Kampf darum, alle derartigen defätistischen Anschauungen besonders in der Arbeiterklasse niederzuringen. Die Herausgabe und Verbreitung der Broschüre Emil Ludwigs, die also der politischen Einstellung der KPD entgegengesetzt ist, durch einen angeblichen Kommunisten ist im höchsten Grade dem antifaschistischen Kampfe schädlich. Die IKK war verpflichtet, solche krassen Beispiele des parteischädigenden Verhaltens Münzenbergs anzuführen, um ihn vor den Augen der ehrlich revolutionären Arbeiter zu entlarven.

Der § 5 des Beschlusses der IKK über den Fall Münzenberg enthält nicht eine Anklage gegen Emil Ludwig, sondern nur eine Anklage gegen Münzenberg. Außerdem wurde die Arbeit Emil Ludwigs nicht als eine profaschistische bezeichnet, wie das Buch des Trotzkisten Sternberg.[68] In der Charakteristik wird festgestellt, dass die Broschüre Ludwigs das deutsche Volk beleidigt und objektiv damit den antifaschistischen Kampf schädigt. Das entspricht leider der Wahrheit.

Ich – das ist auch die Ansicht der führenden deutschen Genossen – halte Emil Ludwig nicht für einen Feind der antifaschistischen Bewegung. Die deutschen Genossen werden in der *K[ommunistischen] I[nternationale]* und in den von ihrer Partei selbst herausgegebenen Zeitschriften eine Rezension über die Broschüre Emil Ludwigs veröffentlichen, dabei aufzeigen, was fortschrittlich ist in dieser Broschüre, aber gleichzeitig durch eine sachlich-scharfe Kritik den Versuch machen, Emil Ludwig zu überzeugen, dass er in dieser Grundthese über den durch die ganze Geschichte gleichbleibenden, in vieler Hinsicht negativ bleibenden Charakter des deutschen Volkes und über die Unfähigkeit des heutigen deutschen Volkes, Hitler im revolutionären Kampfe zu stürzen, im Unrecht ist und dass eine derartige Einstellung den Kampf gegen Hitler schädigt.[69]



Im Zuge der Absetzung Maksim Litvinovs als Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten und seiner Ersetzung durch den Nicht-Juden Molotov beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 3.5.1939 eine „Säuberung" des Apparats des Außenkommissariats. Eine Kommission, zusammengesetzt aus Lavrentij Berija, Georgij Malenkov, Vladimir Dekanozov und Čečulin, sollte „im Apparat des NKID Ordnung schaffen". Dies sollte vor allem seinen „geheimen Teil" betreffen.[70]

ihn von aussen unmöglich zu machen, sehe ich das letzte Mittel in einer neuen Heiligen Allianz, geschlossen von den drei mächtigen Demokratien der Welt." (ibid., S. 40).

68 Dr. Fritz Sternberg (1895–1963) war ein deutscher Ökonom, Publizist, marxistischer Theoretiker und linkssozialistischer Politiker der SAP, 1930–33 Mitarbeiter der *Weltbühne*, 1933 Emigration CSR, Österreich, Schweiz, 1936 Frankreich, 1939 USA. Der von der KPD als "Faschist" verunglimpfte Sternberg muß nach Hermann Weber als theoretischer Stammvater eines von Marx inspirierten demokratischen Sozialismus angesehen werden. U.a. war er Lehrer und Inspirator Bertold Brechts (siehe: Fritz Sternberg: Erinnerungen an Bertold Brecht. Ergänzt und kommentiert von Helga Grebing, Berlin, Suhrkamp, 2014 (Bibliothek Suhrkamp. 1488)).

69 Nach einem Protest des Autors Emil Ludwig an den sowjetischen Schriftstellerverband bog die Internationale Kontrollkommission der Kommission die Kritik an der Broschüre in ein Urteil gegen Münzenberg als Verleger um (siehe Dok. 450).

70 RGASPI, Moskau, 17/162/25, 28a.

Am 8.5.1939 entschied das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, 1000 „Spanienkinder" aus Frankreich in die UdSSR aufzunehmen, die „niños de la guerra".[71] Auf Anfrage des EKKI beschloss das Politbüro außerdem am 9.6.1939, dem Gesuch einer Gruppe spanischer republikanischer Offiziere im sowjetischen Exil stattzugeben und sie in die sowjetische Militärakademie aufzunehmen.[72]

Unter den „Fragen des Volkskommissariats für auswärtige Politik" beschloss am 12.5.1939 das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, das sowjetische Konsulat in dem nun zu Deutschland gehörenden Memel (lit.: Klaipėda) zu liquidieren.[73]

Am 15.6.1939 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, die Einstellung der *Deutschen Zeitung* zu veranlassen. Dabei handelte es sich um die ursprünglich für die Russlanddeutschen konzipierte *Deutsche Zentral-Zeitung*, deren letzte Ausgabe einen Monat später erschien.[74]

Dok. 450

Urteil der Internationalen Kontrollkommission der Komintern über die Beschwerde des deutschen Schriftstellers Emil Ludwig

Moskau, 16.6.1939

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/205/7000(4), 371–372, Formularkopf der IKK in deutscher Sprache. Protokoll-Nummer, Datumsangaben und Text maschinenschriftlich in russischer Sprache. Erstveröffentlichung.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!
Moskau, den 16. Juni 1939.

KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE
INTERNATIONALE KONTROLL-KOMMISSION

Nr. 18
Auszug aus dem Protokoll der Sitzung der IKK vom 14. Mai 1939

Behandelt: Beschlossen:
ANGEHÖRT: Über den Brief des Gen. Fadeev – Verband Sowjetischer Schriftsteller.
Gen. Fadeev teilte in dem Brief an Gen. Dimitrov mit, dass der deutsche Schriftsteller Ludwig Emil in seinem Appell an die Internationale Kommission des Verbands sowjetischer Schriftsteller dagegen protestiert, dass in dem Beschluss der IKK zur Sache

71 RGASPI, Moskau, 17/162/25, 29.
72 RGASPI, Moskau, 17/162/25, 51.
73 RGASPI, Moskau, 17/162/25, 30; APRF, Moskau, 3/64/638, 136. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 191.
74 RGASPI, Moskau, 17/3/1011, 42.

Münzenberg das Buch Ludwigs als „das deutsche Volk schmähend" charakterisiert wird.[75]

Gen. Fadeev bittet darum, zu überprüfen, ob eine solche gegen Ludwig erhobene Beschuldigung seine Richtigkeit hat.

BESCHLOSSEN: Gen. Dengel soll beauftragt werden, eine Rezension des Buches „Die neue heilige Allianz" von Ludwig vorzubereiten, in welcher gezeigt werden würde, dass gerade Münzenberg, der Literatur ohne das Wissen der *Parteileitung* und gegen den Willen der Parteileitung herausgegeben hatte, ein trotzkistisches Buch verlegte, welches das deutsche Volk in seinem Kampf gegen das faschistische Hitlerregime verleumdet; und dass, obgleich man Ludwig nicht als Gegner der antifaschistischen Bewegung betrachten kann, in seinem Buch „Die neue heilige Allianz", das von Münzenberg in einem von der Partei kontrollierten Verlag herausgegeben wurde, objektiv antihistorische und für die antifaschistische Bewegung schädliche Behauptungen enthalten sind.[76] Der Beschluss des IKK ist nur gegen Münzenberg gerichtet, der, zu jener Zeit noch als Mitglied der KPD, anstatt auf die Autoren in einem für die antifaschistische Bewegung nützlichen Sinne einzuwirken, in seinen antiparteilichen Bestrebungen solche Bücher herausgegeben hat.

Gen. Šmeral und Šejnman sollen beauftragt werden, eine Antwort an Fadeev im Sinne dieses Beschlusses zusammenzustellen.

Sekretariat IKK.[77]
DER SEKRETÄR DES IKK:
/FLORIN/

75 Zum Hintergrund siehe Dok. 449.

76 Die Broschüre erschien nicht in einem von der KPD kontrollierten Verlag, sondern bei den Editions Sebastian Brant in Straßburg, die von Münzenberg nach der Zerschlagung der Editons du Carrefour durch die Komintern aufgebaut wurden. In rascher Folge erschien sie 1939 in niederländischer, spanischer und englischer Übersetzung.

77 Diese Zeile auf deutsch.

Dok. 451

Vorschläge Ulbrichts an die Komintern gegen die NS-Propaganda über den angeblichen Terror gegen Deutsche in Polen

[Moskau], 15.6.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI 495/10a/317, 74. Erstveröffentlichung.

Die deutsche Presse wie auch das Radio führen eine systematische Kampagne über den angeblichen Terror gegen Deutsche in Polen. Eine ähnliche Kampagne wurde seinerzeit gegen die Tschechoslowakei geführt. Damals haben wir die faschistischen Lügen in resoluter Weise über das Moskauer Radio entlarvt. Jetzt können wir aus den Berichten, die aus Deutschland eintreffen, sehen, daß die faschistischen Lügen über den „Terror gegen Deutsche in der Tschechoslowakei" eine Wirkung auf die breiten Massen, in erster Linie auf die Soldaten, ausgeübt haben. Gegenwärtig antworten wir nicht über das Moskauer Radio auf die faschistischen Lügen anläßlich der Lage der Deutschen in Polen, da die Genossen beim Radio keine Materialien zur Verfügung haben.[78]

Ich schlage vor, gemeinsam mit den polnischen Genossen und dem Narkomindel[79] festzustellen, in welchen Fällen man auf die faschistischen Lügen antworten soll, die dafür prädestiniert sind, eine wichtige Rolle in der Provozierung eines faschistischen Krieges gegen Polen zu spielen.



Am 21.6.1939 fällte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion weitere Entscheidungen über die Einreise von in Frankreich internierten Spanienkämpfern. Zusätzlich zu dem bereits bewilligten Kontingent sollten 30 spanische Lehrer, bis zu 100 Mütter von bereits in die UdSSR transportierten Kindern, bis zu 150 kriegsversehrte Interbrigadisten sowie bis zu 30 spanische Piloten und „Aktivisten" in die Sowjetunion einreisen dürfen. Die Internationale Rote Hilfe und der sowjetische Gewerkschaftsverband wurden beauftragt, ihre Aufnahme vorzubereiten.[80]

---

78 Nach der antipolnischen Wende der NS-Führung setzten zwar zwar Schikanen von polnischer Seite gegen Einrichtungen der deutschen Minderheit ein, die von der NS-Propaganda verbreiteten Gräueltaten und existenzbedrohlichen Übergriffe enstammten jedoch, wie bereits im Falle der Sudetendeutschen vor der militärischen Betzung, der NS-Propaganda. Insofern waren die Vorschläge Ulbrichts im Sinne der Antikriegspropaganda zutreffend (siehe zum Hintergrund: Hermann Graml: Europas Weg in den Krieg. Hitler und die Mächte 1939, München, Oldenbourg, 1990, S. 200f. (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 29)).

79 Narkomindel: D.i. das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten.

80 Typoskript, russisch. RGASPI, Moskau, 17/162/25, 77–78.

Dok. 451b

Willi Bredel über die Einschränkungen der antifaschistischen Verlage im Westen und die Folgen für die deutsche Exilliteratur

[Moskau, Juli 1939]

Typoskript in deutscher Sprache. Akademie der Künste, Berlin, Willi-Bredel-Archiv, 765. Russische Übersetzung nachgewiesen in: RGALI, Moskau, 631/14/454, 1–5. Erstveröffentlichung.

Ich möchte in kurzen Zügen von der Situation der antifaschistischen deutschen Literatur, insbesondere von der Lage der deutschen kommunistischen und volksfrontfreundlichen Schriftsteller berichten, von ihren Arbeiten, ihren Möglichkeiten und ihren Schwierigkeiten. Zu Ihrer Information einige Worte vorauf.[81]

Im Mai 1937 fuhr ich auf Vorschlag des Sowjetschriftsteller-Verbandes als Delegierter zum Internationalen Schriftsteller-Kongress nach Madrid.[82] Nach Beendigung des Kongresses blieb ich (im Einverständnis mit der deutschen Partei und der Vertreter der Komintern) in Spanien, trat in die Internationale Brigade und wurde Kommissar des Thälmann-Bataillons.[83] Im Frühjahr 1938 schrieb ich in Barcelona mein Buch „Begegnung am Ebro",[84] fuhr alsdann auf Wunsch der Partei nach Paris und schrieb dort an einer Geschichte der 11. Internationalen Brigade in Spanien.[85] Ich arbeitete

---

81 Der undatierte Bericht wurde nach der Rückkehr Bredels nach Moskau im Juli 1939 abgefasst und dürfte an das Politbüro der KPD gerichtet worden sein. Eine maschinenschriftliche Übersetzung ins Russische ist im Bestand der Abteilung für Auslandsbeziehungen des Verbands der Schriftsteller der UdSSR im Russischen Staatsarchiv für Literatur und Kunst überliefert, vermutlich zu Händen Apletins und/oder dem Sekretär Aleksandr Fadeev (RGALI, Moskau, 631/14/454, 1–5).

82 Nach dem Pariser Kongress (21.-25.6.1935) folgte 1937 der Zweite Internationale Schriftstellerkongress zur Verteidigung der Kultur, organisiert von der Schriftstellervereinigung zur Verteidigung der Kultur. Er begann am 3.7.1937 in Valencia, am 4.7.1937 fuhren die 80 Kongressteilnehmer nach Madrid, später nach Barcelona. Der Kongress endete in Paris. Teilnehmer waren unter anderem André Malraux, Octavio Paz und Pablo Neruda. Im Mittelpunkt stand das Bekenntnis zum Kampf gegen den Faschismus als Bedrohung für die Menschheitskultur. Über 80 Schriftsteller und Kulturschaffende trafen sich, um ihre Solidarität mit der spanischen Republik zu bezeugen, trotz vielfacher Bedenken wegen des vorhandenen Übergewichts der KP-nahen Strömungen. Angesichts des Fortgangs des Bürgerkriegs und des Terrors in der Sowjetunion war der Enthusiasmus jedoch verflogen (die Kongressdokumentation siehe: Luis Mario Schneider, Manuel Aznar Soler: II Congreso Internacional de Esritores Antifascistas (1937), Ponencias, documentos, testimonios, Valencia, Generalitat Valenciana, 1987).

83 Das Thälmann-Bataillon war Teil der XI. Internationalen Brigade im Spanischen Bürgerkrieg. Der Schriftsteller Ludwig Renn war Kommandeur des aus ca. 1500 deutschsprachigen Kommunisten gebildeten Bataillons aus Deutschland, der Schweiz und Österreich.

84 In seinem Erlebnisbericht „Begegnung am Ebro" (Willi Bredel: Begegnung am Ebro. Aufzeichnungen eines Kriegskommissars, Paris, Editions du 10. Mai, 1939) schilderte er den Alltag der Internationalen Brigaden (nachgedruckt in: Willi Bredel: Spanienkrieg. Bd. 2, Berlin-Weimar, Aufbau-Verlag, 1977, S. 7–186).

85 Bredels Geschichte der XI. Brigade erschien erst nach seinem Tod (Willi Bredel: Spanienkrieg. Bd. 1: Zur Geschichte der 11. Internationalen Brigade, Berlin-Weimar, Aufbau Verlag, 1977).

daran von Juli 1938 bis Juli 1939 und lernte als Mitarbeiter in Paris und Vorstandsmitglied des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller in Paris die Lage und die Tätigkeit der deutschen Schriftsteller in der Emigration kennen.[86] Davon möchte ich berichten.

Sie wissen, dass es keine Emigration gibt, in der der literarische Sektor so stark vertreten ist, wie in der deutschen. Tatsächlich sind die namhaftesten deutschen bürgerlichen Schriftsteller ins Exil gegangen und nahezu ausnahmslos *sämtliche* kommunistisch organisierte Schriftsteller; letztere waren bereits in der Zeit von der Hitlerdiktatur in Deutschland an Zahl beträchtlich, waren aber damals infolge einer sektiererischen Politik nicht imstande, die Aufgaben, die vor ihnen standen, zu erfüllen. Als ein besonderes Charakteristikum kommt hinzu, *dass die deutsche Sozialdemokratie in der Emigration nicht einen einzigen deutschen Schriftsteller auf ihrer Seite hat,* einige, die sich in Deutschland zu ihr zählten, haben sich gleichgeschaltet und schreiben für den Hitlerfaschismus.

Nun sind aber in der deutschen Emigration in den letzten Jahren Gefahren entstanden, die nicht nur auf den antifaschistischen Kampf zurückwirken, nicht nur eine mühevolle jahrelange Arbeit zur Gewinnung bürgerlicher Schriftsteller illusorisch machen können, sondern sich unmittelbar in eine antibolschewistische Politik und Kulturpolitik auswirken.

Die kommunistische Literatur in der deutschen Emigration war nie sonderlich stark an Verlagen oder Publikationsmöglichkeiten; ihre Stärke war seit je ihre ideologische und künstlerische Kraft, die in ihren Büchern, die starken, mitreissenden Impuls im Kampfe gegen den Hitlerfaschismus hatten, zum Ausdruck kamen. Kommunistische Schriftsteller wie Ludwig Renn, [Wolfgang] Langhoff,[87] Billinger [d.i. Paul Massing],[88] Bredel waren in Hitler-Konzentrationslagern und haben darüber geschrieben.[89] Wesentlich aber war, dass die literarischen Arbeiten jener Schriftsteller, die den faschistischen Konzentrationslagern entrannen, dazumal noch in Emigrationsverlagen herauskommen konnten. *Heute gibt es in der Emigration keinen einzigen linksorientierten literarischen deutschen Verlag mehr.*[90]

---

86 Zum Schutzverband Deutscher Schriftsteller siehe Dok. 415.

87 Wolfgang Langhoff (1901–1966) war kein Schriftsteller, sondern Schauspieler und Regisseur. Allerdings schrieb er 1934, nach Entlassung aus dem KZ und Flucht in die Schweiz einen autobiographischen Bericht. Siehe: Wolfgang Langhoff: Die Moorsoldaten. 13 Monate Konzentrationslager, Stuttgart, Schweizer-Spiegel-Verlag, 1935.

88 Der Sozialwissenschaftler Paul Massing (1902–1979) war KPD-Mitglied seit 1928 und im M-Apparat aktiv; 1933 bis 1935 war er unter anderem im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Seine Erlebnisse verarbeitete er in einem autobiographischen Roman unter dem literarischen Pseudonym „Karl Billinger" (Schutzhäftling 880. Aus einem deutschen Konzentrationslager, Paris, Editions du Carrefour, 1935).

89 Siehe: Ludwig Renn: Von großen Wandlungen, Basel, Universum-Bücherei, 1936); Willi Bredels KZ-Bericht „Die Prüfung" (London, Malik Verlag, 1935) wurde in 17 Sprachen übersetzt (siehe: Rolf Richter: Willi Bredel. Ein deutscher Weg im 20. Jahrhundert, Rostock, Neuer Hochschulschriftenverlag, 1998, S. 30–31).

90 Mit „linksorientiert" meint Bredel hier und im Weiteren offensichtlich „moskautreu kommunistisch".

Nach einigen Jahren der Emigration gingen freiwillig 23 deutsche kommunistische Schriftsteller, darunter Schriftsteller wie Ludwig Renn, Egon Erwin Kisch, Anna Seghers, Gustav Ragler [richtig: Regler], Hans Marchwitza nach Spanien und nahmen Teil am spanischen Freiheitskampf; fast alle haben über ihre Erlebnisse und Eindrücke geschrieben, doch ihre Arbeiten können deutsch nicht erscheinen, weil es in der Emigration keinen linken Verlag mehr gibt.[91] Der Roman von *Gustav Regler*, der Kommissar bei dem Genossen *Mate Sakka* [d.i. Máté Zalka][92] war, erscheint bisher nur amerikanisch Von anderen kommunistischen Schriftstellern erscheinen die Bücher über Spanien nur französisch, beziehungsweise englisch. Das wirkt sich natürlich enorm zum Schaden der antifaschistischen deutschen Kulturpolitik aus, ganz abgesehen davon, dass die Schriftsteller unlustig werden und zu schreiben aufhören.

Vor einigen Jahren gab es in der deutschen Emigration folgende Verlage:

Querido-Verlag Amsterdam	– bürgerlich[93])	
Allert de Lange, Amsterdam	– bürgerlich[94])	heute New York
Malik-Verlag, Prag-London	kommunistisch[95]	
Editions [du] Carrefour, Paris	kommunistisch.[96]	

Heute bestehen davon nur noch die beiden bürgerlichen Verlage. Für den Editions Carrefour-Verlag, den Willi Münzenberg dazumal leitete, gibt es jetzt den von Münzenberg ins Leben gerufenen Sebastian Brant-Verlag, *der in seiner Produktion partei- und sowjetfeindlich ist*. Nicht nur die kommunistischen, sondern alle linken Schriftsteller in der Emigration haben also *so gut wie keine Verlagsmöglichkeiten mehr*, und so kommt es, dass namhafte kommunistische Schriftsteller für amerikanische oder englische Verleger schreiben und auch gezwungen sind, *deren Wünschen Konzessionen zu machen.*

Als ich im vorigen Jahr aus Spanien nach Paris kam und diese Lage vorfand, schrieb ich im Einverständnis mit dem Pol-Büro der deutschen Partei an den damaligen Leiter der ausländischen Kommission des Sowjetschriftsteller-Verbandes, Michail

---

91 Die meisten der Spanienberichte der von Bredel genannten Schriftsteller konnten nicht mehr zeitnah auf deutsch veröffentlicht werden. Ludwig Renns Bericht (Der spanische Krieg, Berlin Ost, 1955) wurde in der DDR nur zensiert veröffentlicht; ungekürzt erstmals, herausgegeben von Günther Drommer, Berlin, Das Neue Berlin, 2006); Gustav Regler: The Great Crusade, New York, Longmans, 1940 (deutsch erst: Das große Beispiel. Roman einer Internationalen Brigade, Köln, Kiepenheuer & Witsch, 1976). Kischs Reportage erschien 1938 (Egon Erwin Kisch: Soldaten am Meeresstrand. Eine Reportage, Valencia, Semana Gráfica, 1938).

92 Zu Máté Zalka und Gustav Regler im Spanischen Bürgerkrieg siehe Dok. 415.

93 Zum „Querido-Verlag", Amsterdam, der als wichtigster Verlag für deutsche Exilliteratur gilt, siehe Dok. 398.

94 Zum Allert de Lange-Verlag siehe ebd.

95 Zum Malik-Verlag der Brüder Herzfelde ebd.

96 Zu den von Münzenberg und Babette Gross geleiteten Éditions du Carrefour ebd.

Kolzow, und machte den Vorschlag, in der Schriftsteller-Assoziation[97] einen kleinen Verlag ins Leben zu rufen, der auch die Arbeiten deutscher kommunistischer und volksfrontfreundlicher Schriftsteller herauszubringen imstande ist und dem Münzenberg-Verlag möglichst das Wasser abgräbt.[98] Kolzow willigte ein und die Association bekam einen monatlichen Sonderzuschuss von 10.000 Francs. So entstand im Januar dieses Jahres der *Verlag 10. Mai* (10. Mai 1934. Tag der faschistischen Bücherverbrennung in Deutschland.)[99] Er hatte im Einverständnis mit den Genossen des Pol-Büros der deutschen Partei, unter anderem folgenden Verlagsplan aufgestellt:[100]

1. Heinrich Mann: Mut. Essays.[101]
2. Willi Bredel: Begegnung am Ebro. Roman.[102]
3. Anna Seghers: Das siebte Kreuz. Roman aus Hitlerdeutschland.[103]
4. Hans Marchwitza: Der Vikar. Roman aus Hitlerdeutschland.[104]
5. Hermann Kesten: Das Donauschiff. Erzählungen über die Judenverfolgungen in Hitlerdeutschland.[105]
6. Arnold Zweig: Erzählungen.[106]
7. F. C. Weiskopf: Erzählungen aus der Tschechoslowakei.[107]
8. Egon Erwin Kisch: Briefe aus Versailles. (Französische Revolution).[108]

Geplant war, dass der monatliche Zuschuss von 10.000 Francs, (der angesichts der wachsenden Teurung in Frankreich erhöht werden sollte), ein Jahr erfolgen sollte, dann sollte der Verlag aus eigenen Mitteln bestehen können.[109] Verlagsleiter war der Sekretär der Association, Genosse Aragon. Auf seinen Namen wurde der Verlag in das französische Handelsregister eingetragen. Für die deutschen Freunde machte ich

97 Gemeint ist die Internationale Schriftstellervereingung zur Verteidigung der Kultur (ISVK) (frz. *Association Internationale des Écrivains pour la Défense de la Culture* (AIEDC), die die Internationalen Kongresse zur Verteidigung der Kultur durchführte (siehe: Dok. 451b).

98 Mit dem „Münzenberg-Verlag" ist wohl der weiter oben erwähnte Sebastian-Brant-Verlag in Straßburg und Paris gemeint.

99 Zum Verlag „10. Mai" siehe auch Dok. 447.

100 Nur die beiden ersten der folgenden Titel sind im Verlag 10. Mai erschienen.

101 Heinrich Mann: Mut, Paris, Ed. du 10 Mai, 1939.

102 Begegnung am Ebro. Aufzeichnungen eines Kriegskommissars (1939).

103 Seghers' „Das siebte Kreuz" wurde erst 1942 in Mexiko veröffentlicht (Anna Seghers: Das siebte Kreuz. Ein Roman aus Hitlerdeutschland, México D.F., El Libro Libre, 1942).

104 Ein Roman von Hans Marchwitza unter diesem Titel konnte nicht eruiert werden.

105 Eine Veröffentlichung von Hermann Kesten unter diesem Titel konnte nicht eruiert werden.

106 Ein Sammelband mit Arnold Zweigs Erzählungen wurde erst nach 1945 in der DDR realisiert.

107 Ein solcher Band von F. C. Weiskopf konnte nicht eruiert werden. Möglicherweise ist das Buch über die „tschechoslowakische Tragödie" gemeint, das Weiskopf unter dem Pseudonym „Pierre Buk" veröffentlichte (Pierre Buk: La Tragédie tchécoslovaque. De septembre 1938 à mars 1939. Avec des documents inédits du livre blanc tchécoslovaque, Paris, Éd. du Sagittaire, 1939).

108 Eine solche Veröffentlichung von Egon Erwin Kisch konnte nicht eruiert werden.

109 Anmerkung im Original: „Abrechnungen liegen vor; 2 Bücher, Druckkosten gezahlt, an die Autoren folgende Honorare gezahlt: Heinrich Mann 6000 Francs, Willi Bredel 3000 Francs."

auf Wunsch des Pol-Büros der deutschen Partei die Lektorarbeiten, selbstverständlich ehrenamtlich, und Maria Osten, Kolzows Freundin, die von ihm in der Association angestellt war,[110] half bei den technischen Arbeiten. Von diesem Verlag sind die ersten beiden Bände erschienen, dann kam Kolzows Absetzung[111] und auch dieses Projekt konnte seither nicht fortgeführt werden, weil keine Geldmittel mehr zur Verfügung gestellt wurden.[112]

Von den beiden ersten Büchern aber, die in einem für die Emigration sehr billigen Preis von 15 Francs erschienen, sind bisher über 3000 Exemplare verkauft, was für die Emigration sehr viel ist und zeigt, wie nötig dergleichen billige und linke Bücher sind.

Nun *fehlt* also nach wie vor *jede Verlagsmöglichkeit* für kommunistische Schriftsteller in der Emigration und darüber hinaus für alle die eine entschieden linke Haltung einnehmen; (der Verlag Prometée, Strassburg, gibt nur noch politische Broschüren heraus.)[113] Die Schriftsteller sind daher von vornherein darauf angewiesen, wollen sie gedruckt werden, die Wünsche bürgerlicher Verleger zu berücksichtigen.

Aber nicht nur diese Verlagsmisere ist eine ständig wachsende Gefahr für die antifaschistische Arbeit in der Emigration, *sondern überhaupt die Frage der Publikationsmöglichkeiten* in periodischen Zeitschriften. Zahlenmässig und auch qualitativ sind die kommunistischen Schriftsteller innerhalb der deutschen antifaschistischen Literatur und Publizistik stark vertreten, aber in ihrem ideologischen Einfluss auf die sympathisierenden und bürgerlichen Schriftsteller sind sie enorm gehindert durch den Umstand, *dass ihnen nicht ein einziges eigenes und zahlungskräftiges Publikati-*

---

110 Maria Osten (urspr. Name: Maria Greßhöner) (1908–1942, in der Sowjetunion als Spionin erschossen), deutsche Journalistin und Schriftstellerin. KPD-Mitglied seit 1926, wählte ihren Schriftstellernamen als Zeichen ihrer Sympathie für Russland. Engagierte sich in den Pariser kommunistischen Exil-Literaturinitiativen. Seit 1932 Lebensgefährtin von Michail Kol'cov. Zu Osten siehe: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 656–657.

111 Michail Kol'cov wurde am 14.12.1938 in der Sowjetunion verhaftet und 1940 erschossen (siehe Dok. 442a). Maria Osten reiste ihm in die UdSSR hinterher, da sie seine Verhaftung für ein „Missverständnis" hielt. Im Juni 1941 selbst verhaftet, wurde sie am 8.8.1942 als „deutsche Spionin" zum Tode verurteilt und erschossen (ebd.; für ihre Verhörprotokolle und weitere Materialien aus ihrer Strafsache siehe: Koljazin/Gončarov: „Vernite mne svobodu!", S. 284–301).

112 Im April 1939 hatte die KPD-Führung die Beendigung der Verlagstätigkeit beschlossen. Siehe Dok. 447.

113 *Verlag Prometée:* Es ist strittig, ob die Editions 1933 gegründeten Editions Prométhée – wie die Editions du Carrefour und die Editions Sebastian Brant, von Münzenberg kontrolliert wurden. Namensgeber war jedenfalls die von ihm in Berlin u.a. gegründete Filmproduktionsfirma Prometheus-Film. Prométhée (seit 1933 in Straßburg, 1938 in Paris) war als explizit politischer Verlag enger mit der KPD und der Komintern verzahnt, hier erschien das Zentralorgan der Komintern *Die Kommunistische Internationale*. Der Verlag produzierte insgesamt 160 Bücher und Broschüren und „wurde dann als Verlag der Komintern aufgelöst. Der Grund könnte in dem von der französischen Regierung nach dem Stalin-Hitler-Pakt verfügten Verbot [der] KPF im September 1939 liegen" (Jean Michel Palmier: Einige Bemerkungen zu den Propagandamethoden Willi Münzenbergs, in: Schlie/ Roche: Willi Münzenberg, S. 52; Werner Abel, Esther Winkelmann, Raimund Waligora Willi Münzenbergs Buchverlage im Exil, http://www.münzenbergforum.de/wp-content/uploads/2013/12/IWMF_Buchverlage-im-Exil.pdf, S. 14f.).

onsorgan mehr zur Verfügung steht, hingegen die bürgerlichen und trotzkistischen Gruppen mehrere Zeitschriften und Zeitungen besitzen. Es gibt in der deutschen Emigration in Paris an bemerkenswerten Zeitschriften und Zeitungen:

Deutsche Volkszeitung. Wochenzeitung der deutschen Kommunistischen Partei[114]
Neue Weltbühne. Wochenschrift, sympathisierend.[115]
Pariser Tageszeitung, geleitet von dem Antibolschewisten Bornstein, einzige täglich erscheinende Zeitung der deutschen Emigration.[116]
Das Neue Tagebuch. Wochenschrift, antibolschewistisch.[117]
Sozialistische Warte, antibolschewistisch.[118]
Die Zukunft, Wochenschrift, geleitet von Willi Münzenberg, antibolschewist[isch].[119]
Mass und Wert, Monatszeitschrift, redigiert von Thomas Mann, betont bürgerlich.[120]

---

114 *Deutsche Volkszeitung:* Gemeint ist die *Deutsche Volkszeitung. Einziges unabhängiges Wochenblatt aller Werktätigen*, Prag, dann von März 1936 – August 1939, das als *Das Wochenblatt der Deutschen/ La voix du peuple allemand* und Nachfolgeorgan des *Gegenangriff* vom ZK der KPD hauptsächlich in Paris herausgegeben wurde.

115 Zur *Weltbühne* und *Neuen Weltbühne* siehe Dok. 330.

116 *Joseph* Bornstein (1917–1952), herausragender antifaschistischer Journalist der Weimarer Republik, mit Paul Levi verbunden. Herausgeber des *Neuen Tagebuchs*, Januar 1939 bis Februar 1940 Chefredakteur der *Pariser Tageszeitung*, Freund Joseph Roths. Vor seiner Migration in die USA 1941 kämpfte er in der französischen Armee.

117 *Das neue Tage-Buch*, linksrepublikanische Wochenzeitschrift, Paris 1933–1940, hrsg. von Leopold Schwarzschild. Nachfolgeorgan des *Tage-Buch* (1920–1933), stand in Konkurrenz zur *Neuen Weltbühne*, und wurde zur wichtigsten Exilzeitschrift, vor allem, seit die *Neue Weltbühne* in das Fahrwasser der KPD geraten war. Höhepunkte der Zeitschrift waren die Faschismusanalysen und die Stalinismuskritik, die – auch durch die Gründung des Bundes Freie Presse und Literatur – die antistalinistische Wende in der deutschsprachigen Emigration beförderte.

118 *Sozialistische Warte. Blätter für kritisch-aktiven Sozialismus,* linkssozialistische Monats- und später Wochenzeitschrift, Paris 1934–1940, hrsg. von Willi Eichler. Organ des Internationalen Sozialistischen Kampfbunds (ISK).

119 *Die Zukunft*, "Ein neues Deutschland, ein neues Europa", *Organ der Deutsch-Französischen Union*, Straßburg und Paris (1938–1940). Von Münzenberg herausgegeben, trug sie unter den Chefredakteuren Arthur Koestler, Hans Siemsen, Werner Thormann zu den letzten Vereinigungsbemühungen der Anti-Hitleropposion vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs bei (nur die KPD schloß sich selbst aus). Zu ihren Autoren gehörten Fritz Sternberg, Max Beer, Max Braun, Julius Deutsch, Alfred Döblin, Kurt Kersten, Otto Klepper, Rudolf Leonhard, Emil Ludwig, Ludwig Marcuse, Martin Niemöller, Walter Oettinghaus, Joseph Roth und Manès Sperber. In der *Zukunft* ging zugleich die Zeitschrift *Die deutsche Freiheit* auf. Beide griffen anfangs auf den gleichen Autoren- bzw. Artikelpool zurück (siehe: Thomas Keller: Das rheinisch-revolutionäre Europa. Die Exilzeitschrift „Die Zukunft" (1938–1940). In: Michel Grunewald (Hrg.): Le discours européen dans les revues allemandes (1933–1939) / Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften (1933–1939), Bern e.a., Lang, 1999, S. 63–93; Ursula Langkau-Alex: „Die Zukunft" der Vergangenheit oder „Die Zukunft" der Zukunft? Zur Bündniskonzeption der Zeitschrift zwischen Oktober 1938 und August 1939. In: Hélène Roussel, Lutz Winckler (Hrg.): Deutsche Exilpresse und Frankreich 1933–1940, Bern e.a., Lang, 1992, S. 123–156.).

120 *Maß und Wert. Zweimonatsschrift für freie deutsche Kultur* erschien im Verlag Emil Oprecht in Zürich, 1937–1940. Herausgeber waren Thomas Mann und Konrad Falke, Redakteure waren Ferdinand

Bisher erschien allmonatlich „Das Wort“, in Moskau, von Brecht, Feuchtwanger und Bredel redaktionell gezeichnet.[121] Seit Kolzows Absetzung ist diese Zeitschrift liquidiert worden.

So gibt es also in deutscher Sprache für die linken deutschen Schriftsteller nur noch die „Internationale Literatur“.[122]

Für kommunistische und sympathisierende Schriftsteller in der Emigration gibt es *so gut wie keine Publikationsmöglichkeiten*, sie sind mundtot, einige bisher stark mit uns sympathisierende Schriftsteller wie Lion Feuchtwanger, Oskar Maria Graf, Alfred Döblin, Thomas Mann und andere *arbeiten daher in letzter Zeit aktiver an der von Willi Münzenberg herausgegebenen Zeitschrift „Die Zukunft“ mit*. Thomas Mann ausserdem auch an der antibolschewistischen Wochenschrift „Das Neue Tagebuch“, das von Schwarzschild herausgegeben wird. Welche politischen Gefahren diese Lage in sich birgt, brauche ich nicht aufzuzeigen.

Dabei waren noch niemals in den Jahren der Emigration im Ausland die politischen Möglichkeiten *für die Sowjetunion und den Kommunismus* erfolgreich zu arbeiten so gross, wie gerade in diesem Augenblick. Und in einer solchen Situation sind die deutschen kommunistischen und links eingestellten Schriftsteller und Journalisten fast stumm gemacht: *Zeitungen und Zeitschriften in Paris haben von Volkszeitung und Weltbühne abgesehen die Trotzkisten und die Bürgerlichen*. Das ist eine Situation, die nicht nur die Schriftstellergenossen ungeheuer verstimmt und deprimiert, sondern auch in ihrer politischen Haltung Schwankungen hervorrufen kann. Denn hinzu kommt doch, dass sie, da sie an den trotzkistischen und münzenbergianischen Unternehmungen nicht mitarbeiten (die gute Honorare an ihre Mitarbeiter zahlen), bittere Not leiden.

Was wäre zu tun?

1.) Es müsste möglich sein, den bürgerlichen und trotzkistischen Zeitschriften im Ausland wenigstens *eine deutsche literarische Zeitschrift* entgegenzustellen, die *unsere politische und kulturpolitische Linie* vertritt und die Position der Sowjetunion verteidigt. Namhafte Mitarbeiter und Redakteure wären noch zu bekommen.
2.) Den im Januar dieses Jahres ins Leben gerufenen *Verlag 10. Mai* am Leben zu erhal-

---

Lion und Golo Mann Mitarbeiter war u.a. Walter Benjamin. Mit der Zeitschrift manifestierte Thomas Mann sein politisch-publizistisches Engagement im Exil.

121 *Das Wort. Literarische Monatsschrift,* Moskau, Juli 1936 – März 1939, hrsg. von Bert Brecht, Lion Feuchtwanger und Willi Bredel. Siehe Dok. 415.

122 *Internationale Literatur*: Unter verschiedenen Namen figurierende, auf ausländische Literatur spezialisierte literarische Monatszeitschrift, erschienen in Moskau. Gegründet 1891 als *Vestnik inostrannoj literatury,* 1933 umbenannt in *Internacional'naja literatura (*deutsch: *Internationale Literatur).* Erschien in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Bis 1935 Zentralorgan der Internationalen Vereinigung Revolutionärer Schriftsteller, anschließend des sowjetischen Schriftstellerverbands. 1943 geschlossen, 1955 wieder gegründet als *Inostrannaja literatura*. Siehe auch Dok. 415.

ten und noch in diesem Jahre drei oder vier Bücher herauszubringen. Die Manuskripte liegen vor. Es fehlen lediglich die seit Januar nicht mehr gezahlten Zuschüsse.[123]
3.) Auf die russischen Verlage einzuwirken, dass sie nicht nur an die grossen bürgerlichen Schriftsteller Honorare in Valuta schicken, sondern auch den kommunistischen Schriftstellern, wie Anna Seghers, Egon Erwin Kisch, Hans Marchwitza, Bodo Uhse, F.C. Weiskopf, und anderen.

Die deutschen antifaschistischen Schriftsteller bilden im geistigen Leben der Emigration eine bedeutende Macht. Nach allen Berichten zu urteilen ist es tatsächlich *Thomas Mann*, der neben Albert Einstein in der amerikanischen Öffentlichkeit das antifaschistische Deutschland vertritt. In Frankreich erfüllen diese Aufgabe neben *Heinrich Mann* und *Lion Feuchtwanger* auch die Genossen *Anna Seghers* und *Egon Erwin Kisch* und Schriftsteller wie *Alfred Döblin* und *René Schickele*, auf die unser Einfluss schon stärker war und die heute von Münzenberg missbraucht werden. Durch eine aktivere und planvollere, und vor allem *verständnisvollere* Literaturpolitik (und mit etwas gar nicht) übermässig grosser Hilfe, könnten die kommunistischen Schriftsteller zusammen mit allen Schriftstellern, die ehrliche und gutwillige Anhänger der antifaschistischen Einheit sind der münzenbergischen Spaltungspolitik, den trotzkistischen Verleumdungen und der bürgerlichen Indifferenz bedeutend erfolgreicher entgegentreten. Sie könnten einen noch viel wesentlicheren Faktor abgeben in der Herstellung der Einheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten und der Bildung einer deutschen antifaschistischen Volksfront.

Ich habe frei und offen meine Meinung über diese Fragen dargelegt, wie ich es für meine Pflicht halte, nachdem ich zwei Jahre im Ausland war. Empfangen Sie,[124]

123 Zum weiteren Schicksal des Verlags 10. Mai siehe auch: Schiller: „Wir konnten nicht mit dem K-Unglück rechnen…“. Der Verlag 10. Mai in Paris. In: *Exil* 24 (2002), Nr. 2, S. 35–43.

124 Der Text bricht an dieser Stelle ab. In der russischen Übersetzung fehlt dieser Halbsatz, stattdessen steht als Schlußformel: „Mit bestem, Gruß, Ihr Willi BREDEL“ (RGALI, Moskau, 631/14/454, 5).

Dok. 452

„Starrheit, bürokratische Tendenzen, Kommandeur-Methoden, krankhafter Ehrgeiz (...) bei Genossen Ulbricht“: Wilhelm Florins Bemerkungen an die Kaderabteilung der Komintern

Moskau, 2.7.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/205/3/136. Erstveröffentlichung.

2. Juli 1939[125]
Streng vertraulich!

Betrifft: Walter Ulbricht.
Auf Ersuchen der Kader-Abteilung bemerke ich als Ergänzung zu den in der Kader-Abteilung vorhandenen Materialien noch folgendes:[126]

1.) Genosse Walter Ulbricht wurde auf dem Leipziger Parteitag 1923 in das Z.K. gewählt. Er war, wie das aus dem Protokoll des Parteitages hervorgeht, damals ein aktiver Verteidiger der Brandler-Politik. Brandler war damals der Führer der Partei, aber Vertreter einer opportunistischen Politik.

2.) Walter Ulbricht wurde nach der Niederlage der deutschen Arbeiterklasse 1923 – die Niederlage war auf Grund der opportunistischen Politik Brandlers erwachsen – wegen seiner politischen Haltung in der Vergangenheit auf dem Parteitag 1924 nicht wieder in das Z.K. gewählt.

3.) Walter Ulbricht hat gegen die in der Partei auftretenden trotzkistischen Gruppen – wie auch gegen Ruth Fischer, Maslow – gekämpft.

4.) Als 1927/28 die „Versöhnler“-Gruppe aktiv in Erscheinung trat, stand Genosse Walter Ulbricht zum mindesten ideologisch in bedenklicher Nähe zu den „Versöhnlern“. Das weiß ich aus seinem Auftreten im Ruhrgebiet, wohin er einmal durch das Z.K. geschickt worden war, um auf einer Metallarbeiterkonferenz über die Gewerkschaftspolitik zu sprechen. Gewerkschaftsfragen waren vor allem vor dem 4. R.G.I.–Kongreß Kernfragen der Angriffe der „Versöhnler“. Das können andere Genossen vom Ruhrgebiet bestätigen.

Ich glaube aber nicht, daß Walter Ulbricht zur „Versöhnler“-Gruppe gehört hat, denn im Jahre 1930 trat er in der R.G.O. politisch sektiererisch auf, woran mich vor allem seine engere Besprechung in Berlin erinnert, in der Genosse Thälmann gegen den Genossen Ulbricht auftrat, weil Ulbricht die Gründung neuer „roter Gewerkschaf-

125 Davor handschriftlicher Eintrag: „*V u/d tov. Ulbrichta*“ („In die Kanzlei des Gen. Ulbricht“).
126 Dieses erstaunliche Dokument Florins, das er nicht ausschließlich aus eigenem Antrieb verfaßt haben dürfte, stützt die Vermutungen, nach denen auch Ulbricht „gesäubert“ werden sollte. Ulbricht soll noch versucht haben, sich dafür bei seinem nach Herbert Wehner „intimen Gegner“ Florin zu rächen, dieser starb jedoch bereits 1944 in Moskau (Helmut Müller-Enbergs: Der Fall Rudolf Herrnstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni, Berlin, Ch. Links Verlag, 1991, S. 190).

ten“ beschleunigen wollte, ohne daß dazu politische Voraussetzungen vorhanden waren und was uns mit dem Odem der Spaltung der Gewerkschaften belastet hätte.[127]

5.) Die Angaben in dem vorliegenden Material in der Kader-Abteilung über den Kampf der Genannten gegen Genossen Scheer, an dem Ulbricht hervorragend beteiligt war,[128] sind im allgemeinen richtig. Genosse Scheer war dieserhalb 1933 bei der Komintern in Moskau. Nachdem er zurückgekehrt war, wurde Schubert und Schulte nach Moskau gerufen. Desgleichen auch ich als derjenige, der an der Seite John Scheers gegen diese Treibereien kämpfte. Genosse Walter Ulbricht hatte auf Beschluß das Land verlassen und hielt sich in Prag auf. Wie ich 1934 von Schulte erfuhr, hat der Genosse Walter Ulbricht nach einem Bericht von Schulte über die Verhandlungen in Moskau von Prag aus ein Telegramm an die K.I. geschickt. In diesem Telegramm hat er sich damit einverstanden erklärt, daß die Verleumdungen und Intrigen gegen Scheer verurteilt werden müssen, daß keine Gruppenbildungen geduldet werden dürfen, wie es die Polit-Kommission der K.I. gefordert hatte.

6.) Auch die bei der Kader-Abteilung vorliegenden Angaben, daß Genosse Walter Ulbricht im Jahre 1934 einen Vorschlag am Block vertrat, gemäß dem viele „Versöhnler“ und andere Parteimitglieder, gegenüber denen Vorbehalte gemacht wurden, zu leitenden Funktionären herangezogen werden sollten, sind im allgemeinen richtig. Ich verweise darauf, daß, als Genosse Ulbricht die Möglichkeit hatte, die Initiative in der Kaderpolitik zu nehmen und vieles durchzusetzen, ist das ja auch alles durchgeführt worden bis auf wenige Fälle. Ich muß allerdings dabei darauf hinweisen, daß damals noch nicht alles das bekannt war von dem Verhalten der „Versöhnler“, was wir heute wissen. Wohl waren schon viele Anzeichen vorhanden, daß die „Versöhnler“-Gruppe nicht liquidiert war, sondern innerhalb der Partei illegal weiterlebte.[129]

Was die Kaderfragen betrifft, dazu die Beispiele:

Mad’jar (hier verhaftet) wurde Mitarbeiter des Polbüros, der „Roten Fahne“ und der legalen Zeitung im Ausland.[130]

Paul Dietrich (hier verhaftet) wurde leitender Redakteur der legalen Zeitung des Zentralkomitees im Ausland. Dietrich, wie auch Mad’jar [Lajos Magyar] war einer der Verbindungsmänner und Vertrauensleute von Béla Kun. Paul Dietrich zog den *Lex Breuer*[131] (über den es bei der Kader-Abteilung viele Materialien gibt) heran, der später von Walter Ulbricht zum leitenden Redakteur dieses Organs gemacht wurde. Er

127 Siehe zur Kritik an Ulbrichts spalterischer Taktik in der Gewerkschaftsfrage Dok. 203 u.a.

128 Ulbricht intrigierte seinerzeit gegen den 1933 als Nachfolger Thälmanns zum Parteivorsitzenden bestimmten John Schehr, der Anfang 1934 von der Gestapo erschossen wurde. Siehe Dok. 375a.

129 Zur weiteren oppositionellen Tätigkeit der „Versöhnler-Gruppe“ siehe Dok. 424 u.a.

130 Siehe die Berichte Ljudvig Mad’jars über die Situation in Deutschland, Dok. 286, 289.

131 Lex Breuer war der Parteiname von Adolf Ende (1899–1951), Journalist und Parteiredakteur, als ehemaliger Versöhnler mit Paul Dietrich in Saarbrücken und Prag Herausgeber der 1. Serie der *Deutschen Volkszeitung* (siehe Dok. 451b), KPD-Aktivist in Südfrankreich und Teilnehmer an der Résistance, 1946 Chefredakter Neues Deutschland, dann Parteiausschluß wg. angeblicher Verstrickung in den Fall Noel Field.

ist heute noch Redakteur, obwohl bereits vor einem Jahr beschlossen wurde, daß er entfernt werden solle. Ein gewisser *Stefan* (war schon einmal aus der Partei auf Grund seines parteifeindlichen Verhaltens als Mitglied der „Versöhnler"-Gruppe im Jahre 1928 ausgeschlossen worden) wurde damals auch als Redakteur herangezogen.[132]

Max Schröder (über den es auch Angaben gibt bei der Kader-Abteilung über seine parteifeindliche Tätigkeit als „Versöhnler") wurde als Vertreter der Partei nach Amerika geschickt.[133] Die Übergabe der „Roten Fahne" an *Hirsch*, was Ulbricht energisch betrieb, wurde nur dadurch verhindert, weil inzwischen Hirsch schon keine Ausreisegenehmigung aus der Sowjetunion mehr bekam. Wie wir daraus ersehen, ist der Vorschlag am Block halbwegs durchgeführt worden.

7.) Genosse Walter Ulbricht hat vor allem nach dem 7. Weltkongreß bis zum Jahre 1938 auf Grund der Lage in der Partei und seiner Kommandierung als verantwortlicher Leiter des Sekretariats im Ausland immer die Initiative in Kaderfragen genommen und auch die Hauptverantwortung für die Kaderpolitik getragen. Die meisten Entscheidungen über die Verwendung der Kader wurden in Paris getroffen. Aber Genosse Ulbricht hat sich, das muß gesagt werden, zum mindesten als sehr blind gezeigt. Das geht aus vielem hervor. Bis heute ist mir noch nicht ganz klar, wer 1935 den Trotzkisten *David*[134] als Mitarbeiter für die Parteiführung vorgeschlagen hat. Bisher war es nicht möglich, das genau festzustellen. Aus der Tatsache, daß Walter Ulbricht zur literarischen Arbeit David eng heranzog, schlußfolgerte ich bisher, daß Ulbricht den Vorschlag, David als Mitarbeiter bei der Führung zu verwenden dem Genossen Pieck gemacht hat. So brachte Ulbricht auch den Trotzkisten *Gerber*, der hier verhaftet ist, als einen Mitarbeiter in die Führung. Nur so konnte Gerber auch in die Redaktion der K.I. gelangen.[135] Genosse Ulbricht hat in Paris *Reinhardt*[136] zum Redakteur der „Roten Fahne" gemacht. Über Reinhardt gibt es Unterlagen bei der Kader-Abteilung, die zeigen, welche Vergangenheit dieser Mensch hat. Ulbricht hat sich dafür einge-

132 Stefan: Wahrscheinlich ein (emaliger) Hamburger Versöhnler, der mit Hans Westermann verbunden war (Bayerlein/Lasserre: Archives de Jules Humbert-Droz, IV, S. 26ff., 577.

133 Max Schröder (1900–1958) war seit 1932 KPD-Mitglied und arbeitete als Intellektueller am Braunbuch mit. 1936–1939 Geschäftsführer der *Deutschen Informationen* in Paris, dann nach New York (im Parteiauftrag?). 1946 Cheflektor des Aufbau-Verlags.

134 Der „Trotzkist" David, d.i. Il'ja-David Krugljanskij wurde bereits 1936 in der Sowjetunion hingerichtet, er war enger Mitarbeiter Wilhelm Piecks. Siehe Dok. 386.

135 Dr. Phil. Rudolf Gerber (richtiger Name: Schlesinger, 1901–1969) war seit 1922/1923 KPD-Mitglied, Autor theoretischer Beiträge in der Parteizeitung, 1935 in der Sowjetunion Redakteur der deutschsprachigen Ausgabe der Zeitschrift *Die Kommunistische Internationale*, mit Fritz David verbunden. 1936 Parteiausschluß, später Emigration nach Schottland, in Glasgow Professor und Leiter des Institute of Soviet and Eastern Studies (Weber/Herbst: DeutscheKommunisten, S. 291).

136 Reinhardt (Ps.): Ernst Reinhardt war das Pseudonym von Alexander Abusch (1902–1982), als Parteijournalist Redakteur zahlreicher KPD-Pressorgane. Seit 1919 KPD-Mitglied, im französischen Exil Mitarbeiter des Politbüros der KPD in Paris und Chefredakteur der *Roten Fahne*. In der DDR als Jude und Westemigrant gefährdet und in der Noel Field Affäre abgesetzt, später doch Kulturminister und ZK-Mitglied.

setzt, daß damals Leo Flieg (hier verhaftet) wieder zur Arbeit herangezogen wurde in der Nähe der Parteiführung.[137] Es gibt noch viel mehr solche Beweise, daß Walter Ulbricht nicht genügend wachsam war.

So nahm er als Leiter des Sekretariats in Paris einen Verbindungsmann zur Frau von Thälmann, der sicherlich nicht genügend erprobt und geprüft war und von dem Genossen von Paris vor 2 Monaten mitteilten, daß er sich als ein sehr verdächtiges, wahrscheinlich mit der Gestapo verbundenes Element (also Provokateur) erwiesen habe.[138] Genosse Ulbricht hatte uns gesagt, der Mann sei geprüft und erprobt und als sehr zuverlässig zu betrachten. Ich kenne den Menschen bis heute weder dem Namen nach noch persönlich. Über diese ganze Angelegenheit müssen so wie so nähere Auskünfte von der deutschen Partei eingefordert werden.

Um noch ein Beispiel zu nennen: Als im Jahre 1935 ein Mitglied der Partei *Schenk*[139] in Verdacht geriet, unsauber geworden sein und eine Prüfung des Falles durch mich gefordert wurde, ergab sich folgendes: Es war ein begründeter Verdacht, daß der Mann nicht in Ordnung war. Beweise im einzelnen waren noch schwerlich zu bringen. Schenk erhielt wegen politischen Verfehlungen nach der Untersuchung eine Rüge. Aber die Untersuchung fand unter dem Odem innerparteilicher Reibungen statt, was die gründliche sachliche Prüfung erschwerte. Genosse Ulbricht vertrat nämlich die Meinung, die Anschuldigungen gegen den Menschen seien der Ausdruck einer innerparteilichen Intrige von Kippenberger. Auch wenn die Anwürfe von Kippenberger kamen, es waren ja Fakte, so mußte diese Angelegenheit ernst genommen werden. Der Mann blieb, auch nachdem er eine Rüge erhielt, durch den Liberalismus in unseren Reihen, in der vertrautesten Funktion als zentraler Techniker (zentraler Leiter illegaler Druckereien, Druckschriften und des Transportes). Nach etwa 3 Monaten zeigte sich, daß der Mann ein großer Lump und Verräter war und ausgeschlossen werden mußte.

Genosse Ulbricht hat auch meiner Meinung nach manchmal die Initiative genommen, Genossen zu verteidigen, wo statt der Verteidigung die Initiative in der Richtung der Hilfe für eine Prüfung hätte gehen müssen. Ich denke dabei zum Beispiel daran, daß er den Genossen Koska vor der I.K.K. verteidigt hat,[140] die unter der Führung

---

137 Leo Flieg wurde eta zu dieser Zeit in Moskau erschossen, siehe Dok. 423.

138 Möglicherweise handelt es sich um die Vorbereitung einer Geldübergabe an Rosa Thälmann in Hamburg, die durch einen Mittelsmann, einen „Studenten" erfolgen sollte. Siehe hierzu die chiffrierten Telegramme der Komintern in: Bayerlein/Narinski/Studer/Wolikow: Moscou-Paris-Berlin, S. 121 u.a.

139 Schenk (Ps.), d.i. Wilhelm Kox (1900–1940), 1934 einer der „Reichstechniker" der KPD, von Saarbrücken aus; im März 1935 wegen „Sabotage der Parteiarbeit" nach Paris beordert, 1936 ausgeschlossen. Lehnte „Bewährungseinsätze" ab und kehrte nach Deutschland zurück, nach mehreren Verhaftungen 1940 in Berlin-Plötzensee hingerichtet

140 Der ehemalige Generalsekretär der Roten Hilfe Deutschlands, Willi Koska, wurde zunächst in einem Verfahren der IKK 1935 freigesprochen, dann jedoch 1937 in der Sowjetunion verhaftet. Zur „Angelegenheit Koska" siehe Dok. 375.

des Volksfeindes Anwelt tagte, der sicherlich kein Interesse daran hatte, das Material gegen Koska sachlich zu prüfen.[141] Aber das vorliegende Material bei der I.K.K. besagt, daß dieser Genosse nicht als vertrauensvolle Person gelten kann. Der Genosse Ulbricht hatte sich damals für den Genossen eingesetzt, weil er ihn unbedingt zur Arbeit nach Paris holen wollte. Das Urteil der alten I.K.K. in diesem Falle kann nicht als maßgebend betrachtet werden.

So gibt es auch Fällte, wo Genosse Ulbricht leichtfertige Rekommendationen gegeben hat. Es gibt einen Fall, wo er einem Parteigenossen eine ausgezeichnete Charakteristik ausgestellt hat für eine Beschäftigung am Radio. Das ist der Genosse *Singer*, über den dem Genossen Ulbricht bekannt ist, daß Singer schon von der Partei einmal ernsthaft bestraft worden ist und daß man auch dann, wenn er verwendet wird, immer jene Stelle, die ihn verwendet, informieren muß, damit Singer einer gründlichen Kontrolle unterworfen bleibt.[142]

Woraus erkläre ich die mangelnde Wachsamkeit, die Sorglosigkeit bei Genossen Ulbricht? Meiner Meinung nach hängt das zusammen mit einer gewissen Krankheit, von der Ulbricht behaftet war und zum Teil auch heute noch ist. Schon auf dem Berliner Parteitag des Bezirks Berlin 1932 wurde Genosse Ulbricht durch den Genossen Thälmann öffentlich wegen dieser Krankheit scharf kritisiert. Starrheit, bürokratische Tendenzen, Kommandeurmethoden, krankhafter Ehrgeiz sind wohl die Grundursachen der mangelnden Wachsamkeit bei Genossen Ulbricht.

Als Genosse Ulbricht als leitender Sekretär des Auslands-Sekretariats der K.P.D. durch den Genossen Dahlem abgelöst wurde, geschah das im Zusammenhang mit einer Kritik des Sekretariats der Komintern an der Arbeit des Genossen Ulbricht, wobei ich darauf verweise, daß auch der Genosse Dimitroff die von mir hier charakterisierte Krankheit des Genossen Ulbricht fast in den gleichen Worten kritisierte, wie das seinerzeit der Genosse Thälmann gemacht hat.

Allerdings scheint es, daß auch der Genosse Ulbricht aus all den Ereignissen in unserer Partei, in anderen Parteien, in der Sowjetunion gewisse Lehren gezogen hat. Das zeigte sich meiner Meinung nach im Falle der Entlarvung Münzenbergs als Parteifeind. In diesem Falle war Genosse Ulbricht aktiv an der Entlarvung Münzenbergs beteiligt.

Schlußfolgernd sage ich: Genosse Ulbricht hatte absolut kein richtiges Verständnis für eine bolschewistische Kaderpolitik für eine Erziehung oder Umerziehung von Kadern und er war, wie das erwiesen ist, sehr blind gegenüber der Tätigkeit der Feinde.

Florin. [sign.]: Florin

---

141 Anwelt, d.i. Jaan Anvel't (1884–1937, in der Sowjetunion erschossen), 1920–1937 Mitglied des ZK der KP Estlands, überprüfte als leitendes Mitglied der Internationalen Kontrollkommission der Komintern die internationalen Kader, bevor er selbst verhaftet wurde.

142 Rudolf Singer (1915–1980), 1932 KJVD, 1933 KPD. Nach Verhaftung und Haft im Deutschen Reich Exil in der Schweiz, dort auch Lagerhaft. Nach 1945 in der DDR wichtige redaktionelle und Rundfunktätigkeiten. 1966–1971 Chefredakteur *Neues Deutschland*.

Dok. 453

Stellungnahme der Internationalen Kontrollkommission der Komintern zu den Anschuldigungen gegen Ulbricht

Moskau, 17.6.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/205/7000 (4), 376. Erstveröffentlichung.

Moskau, den 17. Juli 1939
Nr. 23
Auszug aus dem Protokoll der Sitzung der IKK vom 5. Juli 1939.

Behandelt:
Ueber die Anschuldigungen, die Münzenberg in seiner Appellation an das EKKI gegen den Genossen ULBRICHT erhoben hat. – Genosse Ulbricht hat die IKK gebeten, die Anschuldigungen Münzenbergs gegen ihn zu prüfen.[143]

Die I.K.K. betrachtet dass:
1. Die politischen Anschuldigungen, die Münzenberg in seinen Briefen gegen die Parteiführung der KPD erhob, wobei er seine Angriffe besonders gegen den Genossen Ulbricht richtete, sind ein Versuch, seine eigene parteifeindliche, kominternfeindliche, antileninistische politische Auffassung zu maskieren.
2. Die Behauptungen Münzenbergs, dass in der KPD eine Gruppe Ulbricht existiere, ist eine freche Verleumdung.
3. Für die Behauptung Münzenbergs, dass Ulbricht im Auslande willkürliche Ausschlüsse von Genossen aus der Partei vorgenommen oder veranlasst habe, gibt es keinen Beweis. Münzenberg selbst führt keine Fälle an.
4. Münzenberg versucht, eine Anzahl von Genossen, die früher enger mit ihm verbunden waren und sich von ihm wegen seiner parteifeindlichen Einstellungen und Handlungen abwandten, systematisch zu diskreditieren.
5. Münzenberg versucht eine Reihe von Sozialdemokraten und bürgerlichen Intellektuellen, gerade jene, die in der letzten Zeit für die Einheits- und Volksfront eintra-

143 Als Beilage zum Protokoll versandte die IKK ein von Wilhelm Florin unterzeichnetes Schreiben an das ZK der KPD, in dem um weitere Hilfe bei der Aufklärung gebeten wurde: „Wir ersuchen das Z.K. der K.P.D. über alle von Münzenberg verdächtigten Elemente in der deutschen politischen Emigration Feststellungen zu erheben, ob sie noch innerhalb der Emigration tätig sind und ob die Anschuldigungen von Münzenberg begründet sind. […] Die I.K.K. hält es für notwendig, dass der ganze Komplex der Fragen, der im Zusammenhang mit dem Fall Münzenberg aufgerollt wurde, äusserst bald untersucht werde und dass Sie uns das Ergebnis so rasch wie möglich übermitteln. Es ist möglich, dass bei der Durchsicht der von Münzenberg übermittelten Briefe von uns die eine oder die andere Frage übersehen wurde. Wir bitten Sie, falls Sie bei der Ueberprüfung dieses ganzen Komplexes auf solche Fragen stossen, uns davon Mitteilung zu machen und uns über das Ergebnis Ihrer Untersuchung informieren." (RGASPI, Moskau, 495/205/700 (4), 377).

ten, zu diskreditieren, um damit gleichzeitig den Genossen Ulbricht zu treffen, der mit einem Teil von ihnen zusammenarbeiten musste. Es ist offensichtlich, dass es sich dabei um ein Manöver Münzenbergs handelt, die Entwicklung der Einheits- und Volksfront zu verhindern.
6. Da das Sekretariat des EKKI bereits mit der politischen Tätigkeit des Genossen Ulbricht während der Zeit, da er das Sekretariat leitete, sich befasst hat, hat die IKK davon Abstand genommen, sich mit der allgemein politischen Tätigkeit des Genossen Ulbricht in dieser Zeit zu beschäftigen.

Beschluss der I.K.K.:
1. Die I.K.K. sieht in den Anschuldigungen Münzenbergs gegen den Genossen ULBRICHT keinen Grund, gegen den Genossen Ulbricht ein Verfahren einzuleiten.
2. Es gibt einige Personen, die Münzenberg anschuldigt, die im Interesse der antifaschistischen Bewegung überprüft werden sollen.
Die I.K.K. ersucht das ZK der KPD, die in der Anlage aufgeführten Fälle zu überprüfen und ihr das Ergebnis der Untersuchung mitzuteilen.[144]

Sekretär der I.K.K.:
/Florin/ [sign.] Florin[145]

Dok. 454

Brief Heinrich Manns an den Sekretär des Schriftstellerverbandes, Michail Apletin, zur Sympathiebekundung an die Sowjetunion und seine Honorare

Nizza, 15.7.1939

Autograph in deutscher Sprache. RGALI, Moskau, 631/11/429, 17; Anhang 1: Ibid., 631/11/429, 18–19; Anhang 2: Ibid., 631/11/429, 20–21. Erstveröffentlichung.

15. Juli 1939
2, rue Alphonse Karr
Nice / France/

Hochgeehrter Herr Apletin,[146]
die „Deutsche Zeitung" denke ich mir für das breiteste Publikum gehalten. Wie verlangt, schickte ich ihr einen Beitrag über den „Krieg, ein Betrug an den Völkern",

144 Entsprechende Untersuchungen verliefen im Sande.
145 Stempel: „INTERNATIONALE Kontrollkommission".
146 Michail Apletin (1885–1981), sowjetischer Literaturkritiker und -funktionär, war nach der verhaftung Kol'covs sein Nachfolger als Vorsitzender der Auslandskommission des sowjetischen Schriftstellerverbands.

worin ich die Frage so einfach wie möglich darstellte. Auch die gebotene Literatur muss vor allem volkstümlich sein. Das ist dort bei Ihnen ein weiter Begriff geworden. So schöne Verse wie die von Becher können glücklicherweise von sehr vielen genossen werden. Ich weiss nicht, ob eine neue, umgewertete Darstellung der deutschen Geschichte Ihren Plänen entspräche, und ob Sie den begabten Walter Mehring für geeignet halten. Er hat schon die Chronik einer Familie, „Müllers", geschrieben. Er spricht davon, in diesem Sinn fortzufahren.[147]

Ich sollte vielleicht nicht Sie, sondern Herrn Anissimow mit meinen Angelegenheiten befassen?[148] Herr Anissimow fragte mich im Juni, ob ich 5000 Rbl. erhalten habe. Seit 27.III.39 ist keine grössere Zahlung bei mir eingegangen. Ich fürchte, dass die Anweisung übersehen oder der Chèque der Pariser Bank verloren sein könnte. Überdies handelt es sich nicht nur um diese Rate. Wenn ich recht verstanden habe, sollte auch der Vorabdruck meines Romans in der „Int[ernationalen] Lit[eratur]" mir honoriert werden, und sogar das Buch wäre ausserhalb der Gesamtausgabe zu honorieren. Verzeihen Sie, wenn ich irre. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie oder Herr Anissimow die Sache aufklären und ordnen möchten.

Mit hochachtungsvollen Grüssen
H. Mann

Die Thesen zu den Berichten von Molotow und Shdanov auf dem XVIII. Parteitag sind zu meiner Kenntnis gelangt und haben mich in mehreren Hinsichten lebhaft berührt. Man liest: „Von Grund auf hat sich die Arbeiterklasse verändert", und: „Von Grund auf hat sich die Bauernschaft verändert." Wodurch? Sie sind „befreit von jeglicher Ausbeutung". Für westliche Ohren sind das ferne Klänge. Hier wird so viel nicht verlangt; ein Mindestmass sozialer Gerechtigkeit wäre die grossartigste Eroberung.

Nun sehe ich, dass die Sowjet-Union noch nicht zufrieden ist, sondern „in ökonomischer Beziehung die entwickeltsten kapitalistischen Länder Europas und die Vereinigten Staaten von Amerika einzuholen und zu überholen" gedenkt. Mich interessiert am meisten, *wie* wird die Antwort: „Den Konsum des Volkes um das Anderthalb- bis Zweifache heben." Das will man besonders erreichen „durch die vermehrte Erzeugung von Massenbedarfsartikeln und Nahrungsmittelprodukten". Sehr lehrreich, denn anderswo geschieht das Gegenteil. Alle Bedürfnisse des Volkes werden

---

147 Walter Mehring (1896–1981), bedeutender satirischer Schriftsteller der Weimarer Republik und als solcher der NSDAP verhasst, veröffentlichte 1935 im österreichischen Exil den satirischen Roman „Müller: Chronik einer deutschen Sippe von Tacitus bis Hitler", in dem er die „Ahnenforschung" und die Geschichtsmythen der Nationalsozialisten der Lächerlichkeit preisgab. Nach heftigen Protesten des deutschen Botschafters in Wien, Franz von Papen, setzte die österreichische Regierung den Autor unter Druck, so dass er das Buch im gleichen Jahr zurückziehen musste. Später Autor und Mitarbeiter der „Zukunft".

148 Ivan Anisimov (1899–1956), sowjetischer Literaturwissenschaftler und -funktionär, war ab 1939 Leiter der Abteilung für Allgemeine Literatur im Moskauer Institut für Weltliteratur. Er war zuständig für Kontakte mit westlichen Literaten.

herabgesetzt, seine produktiven Kräfte hauptsächlich für den waffenstarrenden Staat verwendet. Über dem deutschen Vierjahreplan steht als ungeschriebener Leitsatz: „Schlecht essen, wenig Erholung, und lernen gar nicht."

Der Fünfjahrplan der Sowjet-Union nennt unter seinen Hauptaufgaben eine „bedeutende Hebung des kulturellen Niveaus der ganzen Masse der Werktätigen in Stadt und Land". Hier ist die Rede von der „historischen Sache der Hebung des kulturellen und technischen Niveaus der Arbeiterklasse bis auf das Niveau von Ingenieuren und Technikern". Es liest sich märchenhaft für westliche Augen, die davon sogar feucht werden könnten. Man hielt es für ausgemacht, dass ein moderner Staat die Massen des Volkes verdummt und nichts so nötig hat wie einen niedrigen Stand ihrer geistigen Fähigkeiten und sittlichen Begriffe. Kulturell heben – das Volk! Eine historische Sache, dass aus Arbeitern – Intellektuelle werden!

Ich habe, vor jeder anderen, diese Überzeugung. Ein Staat verdient unterzugehen, wenn die Kultur sein Feind ist, – und wird untergehen. Um der Vorteile willen, die ein Staat der Kultur beimisst, verdient er zu leben – und wird leben.

Heinrich Mann

Am ersten Mai feiert die Welt der Schaffenden den Frieden und die Macht der Arbeit, die einzig wirkliche Bürgschaft des Friedens.

Wenn die Arbeiter und die Bauern, mit den Intellektuellen, die Macht haben werden, nur dann wird die Kriegsdrohung, die jetzt den Geist der westlichen Nationen verwirrt und schwächt, von Europa entfernt sein: die Menschheit wird aufatmen.

Das Beispiel der Sowjet-Union beweist, dass ein Staat, der seinen Bürgern gerecht werden will, nicht daran denkt, andere Staaten zu überfallen und von der Karte zu streichen. Angreifen, das tun volksfeindliche Regierungen; um sich zu halten, müssen sie die Gewalt, der ihre eigene Bevölkerung unterworfen ist, über die Grenzen tragen.

Das deutsche Volk empfindet gar keine Vorliebe für die internationalen Verbrechen seiner Staatslenker, für die Annektion Oesterreichs oder der Tschechoslowakei. Es hat ohne Freude diesen angeblichen deutschen Siegen zugesehen, die ganze Verantwortung überliess es dem nationalsozialistischen Klüngel. Das deutsche Volk sieht, wie es einem ungerechten, ungeheuerlichen Kriege entgegengeführt wird. Es muss fürchten zu scheitern und alles zu verlieren, sogar seine Unabhängigkeit als Nation.

Beim Nahen der Katastrophe verdoppelt sich in allen werktätigen Klassen der Hass gegen das Regime. Deutschland weiss, dass nur der Sturz des Regimes es retten kann. Noch ist man nicht zum Äussersten entschlossen, das ist aber unerlässlich. Der bestehenden Macht den Gehorsam zu verweigern, liegt nicht in den Gewohnheiten eines Volkes, das noch niemals ernstlich Revolution gemacht hat.

Dennoch beginnt dasselbe Volk zu begreifen, welche Rolle ihm aufgenötigt wird und welches Schicksal ihm bevorsteht. Der Nationalsozialismus ist die gefährlichste Waffe des Weltkapitalismus. Der ist beim ärgsten Verrat angelangt, er opfert das Leben der Völker, nicht ausgenommen die Nation, die er für seine Zwecke benutzt.

Höchst dringend ist es, die Deutschen dahin zu bringen, dass sie endlich selbst die Verantwortung übernehmen und aufstehen gegen den öffentlichen Feind, der sie missbraucht für ihren eigenen Ruin und den Ruin der gesamten Civilisation. Der erste Mai soll die Welt der Schaffenden daran erinnern, dass es nur ein einziges wirksames Mittel gibt, Frieden unter den Menschen zu stiften.

Tut alles was in Eurer Macht steht, damit die Deutschen ihre Revolution bekommen! Um diesen Preis hat die Welt den Frieden.

(Erscheint ausserdem in „Isvestija". Bitte sich mit dieser Zeitung über den gleichzeitigen Abdruck zu verständigen.) M.

Am 20.7.1939 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, im Rahmen des Haushaltes für 1939 dem EKKI einen Kredit in Höhe von 300.000 Goldrubeln und 2 Millionen Tscherwonzenrubeln zur Verfügung zu stellen.[149]



Dok. 455

Aufzeichnungen des sowjetischen Gesandten in Berlin, Georgij Astachov, über seine Gespräche mit Ernst von Weizsäcker und Außenminister Ribbentrop

[Berlin], 2.8.1939

Typoskript in russischer Sprache.[150] AVP RF, Moskau, 3/64/673/49–52, 53–59. In russischer Sprache publ. in: Dokumenty vnešnej politiki SSSR, XXII.1, S. 566–569. In deutscher Sprache publ. in: Besymenski: Stalin und Hitler, S. 205–209.

[...] Ich hätte schon gern gewußt und zweifellos sei auch für Moskau von Interesse,[151] in welchen Formen sich die deutsche Regierung die Verbesserung der Beziehungen vorstelle und ob sie schon konkrete Vorschläge dafür haben.[152]

---

149 RGASPI, Moskau, 17/162/25, 111.

150 Hier wurde die Übersetzung von Hilde und Helmut Ettinger aus dem Werk Besymenskis übernommen.

151 Georgi Astachov (1897–1942, im sowjetischen Gulag), der aus einer adligen Familie stammte, war seit 1937 Botschaftsrat und später bevollmächtigter Vertreter in Berlin. Bereits am 19.8.1939, also wenige Tage vor Abschluß des Stalin-Hitler-Paktes, den er maßgeblich mit vorbereitete, wurde er aus Deutschland abberufen und aus dem diplomatischen Dienst entlassen. Anfang 1940 verhaftet.

152 Bereits im Juli wurden die deutsch-sowjetischen Gespräche über ein Handelsabkommen intensiviert, das u.a. die Lieferung von Maschinen für die sowjetische Rüstungsinsdustrie vorsah. Von deutscher Seite entschied man am 7.7.1939 die Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen, bereits Ende Juli fanden Gespäche Astachovs mit Beauftragten Ribbentrops statt. Das hier wiedergegebene Gespräch zeigt auch die politische Annäherung der beiden Diktaturen an, die in den deutsch-sowjetischen Pakt und das geheime Zusatzprotokoll mündete, der am 23.8.1939 abgeschlossen wurde. Am 19.7.1939 erklärte der von deutscher Seite die Vorverhandlungen führende Legationsrat Karl Schnur-

Darauf antwortete Ribbentrop, bevor man konkret werden und Vorschläge machen könne, wolle er wissen, ob die Sowjetregierung dieses Thema überhaupt zu erörtern wünsche. Wenn die Sowjetregierung Interesse zeige und derartige Gespräche für wünschenswert halte, dann könne man auch über konkrete Schritte nachdenken. Zu einer Frage wolle er doch noch etwas sagen: Vor etwa einem halben Jahr habe er die deutsche Presse angewiesen, die Ausfälle gegen die UdSSR einzustellen. Das hätten wir sicher bemerkt. Die Tonart der deutschen Presse gegenüber der UdSSR habe sich radikal verändert. Jedoch er, Ribbentrop, habe nicht den Eindruck, daß auch die sowjetische Presse in dieser Hinsicht eine Wende vollzogen habe. Wenn die UdSSR wirklich eine Verbesserung der Beziehungen wolle, dann müsse sich das nach seiner Meinung in der sowjetischen Presse widerspiegeln. Außerdem gehe er davon aus, daß die UdSSR nicht die Absicht habe, eine Politik zu betreiben, die gegen die Lebensinteressen Deutschlands gerichtet sei.

Darauf entgegnete ich, unsere Presse habe sich gegenüber Deutschland als Staat und dessen führenden Repräsentanten stets korrekt verhalten und brauche deshalb ihre Haltung nicht zu ändern.[153] („Aber dennoch ...“, unterbrach mich Ribbentrop.) Was seine zweite Bemerkung betreffe, so sei sie sehr weit auslegbar und könne ohne nähere Erläuterung nicht als Voraussetzung für die Verbesserung der Beziehungen akzeptiert werden.

Ribbentrop meinte, er sähe keine weite Auslegung seiner Worte, sondern halte es für natürlich, daß ein Staat bei freundschaftlichen Beziehungen keine Politik betreibe, die grundsätzlich gegen die Lebensinteressen des anderen gerichtet sei. Über all das könne man später sprechen. Im Moment sei es ihm wichtig zu wissen, ob die Sowjetregierung an derartigen Gesprächen überhaupt interessiert sei. Wenn ja, dann könne man sie entweder in Berlin oder in Moskau aufnehmen. Man möge ihn aber nicht so verstehen, daß die deutsche Regierung es eilig habe und den zweiten Schritt vor dem ersten gehen wolle.

Weiter mahnte er, wir sollten die Tatsache bedenken, daß Deutschland mit Japan befreundet sei. Wir sollten nicht darauf hoffen, daß eine eventuelle Verbesserung der sowjetisch-deutschen Beziehungen das deutsch-japanische Verhältnis schwächen könnte. Offenbar in dem Bestreben, etwas Freundliches zu sagen, bemerkte er, er kenne unser Land zwar nicht, habe aber in den Ländern der sogenannten westlichen Demokratien viele Jahre verbracht. Daher scheine es ihm, daß die Deutschen mit den Russen ungeachtet aller Unterschiede in den Ideologien leichter sprechen könnten. Zudem hätten er und der Führer den Eindruck, daß sich das nationale Element in der UdSSR in den letzten Jahren im Vergleich zum internationalen verstärke. Wenn das so sei, wäre dies günstig für eine Annäherung der UdSSR und Deutschlands. Das

re gegenüber dem sowjetischen Handelsvertreter Babarin: „In diesem Augenblick beginnt vielleicht eine neue Phase der deutsch-sowjetischen Beziehungen.“ (zur Vorbereitungsphase des Paktes siehe: Besymenski: Stalin und Hitler, S. 213ff., hier S. 216).

153 Zur „neutralen“ Berichterstattung der *Pravda* siehe im Beitrag von Bayerlein in Bd. 1, S. 261f., 277ff.

ausgeprägt nationale Prinzip, das der Politik des Führers zugrunde liege, sei dann der Politik der UdSSR nicht mehr diametral entgegengesetzt.

„Sagen Sie, Herr Geschäftsträger“, sprach er mich in verändertem Ton, gleichsam inoffiziell, an, „haben Sie nicht auch den Eindruck, daß das nationale Prinzip in Ihrem Lande das internationale zu überwiegen beginnt? Das ist eine Frage, die den Führer brennend[154] interessiert ...“

Ich antwortete, bei uns stehe das, was Ribbentrop internationale Ideologie nennt, in voller Übereinstimmung mit den richtig verstandenen nationalen Interessen des Landes. Man sollte nicht davon sprechen, daß das eine Element das andere verdrängt. Die „internationale Ideologie“ habe uns geholfen, die Unterstützung der breiten Massen Europas zu gewinnen und die ausländische Intervention zurückzuschlagen, d.h., sie trug zur Erfüllung gesunder nationaler Aufgaben bei. Ich führte noch einige ähnliche Beispiele an, denen Ribbentrop lauschte, als höre er das alles zum ersten Mal. Danach wiederholte er seine Bitte, Sie über all das zu informieren und ihm mitzuteilen, ob die Sowjetregierung einen konkreteren Meinungsaustausch für wünschenswert halte. Zum Abschied betonte er noch einmal, daß bei derartigen Gesprächen Diskretion gewahrt werden müsse und man sich jeglicher Sensationshascherei enthalten sollte. Betont höflich geleitete er mich bis zur Tür und wünschte mir alles Gute.

Astachov



Am 3.8.1939 verfügte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, E. I. Babarin als sowjetischen Handelsvertreter in Berlin einzusetzen. Er nahm bereits an den Gesprächen mit der deutschen Seite vom 26.7.1939 teil[155]

---

154 In der russischen Ausgabe von Besymenskis Buch heißt es an dieser Stelle statt „brennend“ „am meisten“.
155 RGASPI, Moskau, 17/3/1013, 63.

Teil 5: 1939–1943
Stalin-Hitler-Pakt, Angriff auf die Sowjetunion und Neuausrichtung von Komintern und KPD im Zweiten Weltkrieg

Dok. 456

Die Komintern zur „antisowjetischen Kampagne im Zusammenhang mit den Verhandlungen zwischen der UdSSR und Deutschland“

Moskau, 22.8.1939

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1291, 141–143. In deutscher Sprache publ. in: Bernhard H. Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!“ Vom Ende der linken Solidarität. Komintern und kommunistische Parteien im Zweiten Weltkrieg, Berlin, Aufbau, 2008 (Archive des Kommunismus. Pfade des XX. Jahrhunderts. 4), S. 105. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/ Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 69–71.

Protokoll (B) Nr. 477
der sitzung des sekretariats des Ekki
22.8.1939

ANWESEND: Gen. Gottwald, Dimitrov, Kuusinen, Manuilski, Marty, Florin.

ENTGEGENGENOMMEN: 1 (1155). Zur antisowjetischen Kampagne im Zusammenhang mit den Verhandlungen zwischen der UdSSR und Deutschland.

BESCHLOSSEN:
1. Den Parteien wird empfohlen, gegen die bürgerliche und sozialdemokratische[1] Presse in die Offensive zu gehen und dabei folgendermaßen zu argumentieren:

a) Der eventuelle Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen der UdSSR und Deutschland schließt die Möglichkeit und Notwendigkeit eines Abkommens zwischen England, Frankreich und der UdSSR nicht aus, um die Aggressoren gemeinsam zurückzuschlagen. [2]

---

1 Ursprünglich: „sozialistische“, von Dimitrov handschriftlich korrigiert.

2 Am 19.8.1939 übergab Molotov dem deutschen Botschafter in Moskau, Graf von der Schulenburg, den Entwurf eines Nichtangriffspaktes mitsamt einer geheimen Klausel, die ein Protokoll über gemeinsame außenpolitische Interessen konkreter enthielt. Am 21.8.1939 teilte Stalin auf Drängen Hitlers mit, die sowjetische Regierung habe zugestimmt, dass der deutsche Außenminister Joachim von Ribbentrop nach Moskau reise, um einen Nichtangriffspakt zwischen beiden Staaten abzuschließen. Am 22.8.1939 gab TASS eine offizielle Verlautbarung über das bevorstehende Eintreffen des deutschen Außenministers in Moskau zu Verhandlungen mit dem Ziel heraus, „die Kriegsgefahr zu bannen und einen Nichtangriffspakt zu schließen“. Mit Datum des 23.8.1939 wurde am 24.8.1939 in Moskau von Hitlers Außenminister von Ribbentrop und dem Außenkommissar Stalins, Molotov, der „deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt“ unterzeichnet („Stalin-Hitler-Pakt“, „Molotov-Ribbentrop-Pakt“). In einem geheimen Zusatzprotokoll erfolgte die Neuaufteilung Ost- und Südosteuropas nach den Vorstellungen der beiden Diktatoren. Der Paktabschluß war eine Voraussetzung für den Beginn des 2. Weltkriegs mit dem Überfall der Wehrmacht auf Polen am 1.9.1939. Am 28.9.1939, nachdem die Rote Armee ab dem 17.9.1939 in Ostpolen einmarschiert war, wurde der Nichtangriffspakt zum „Deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag“ ergänzt, der wiederum mit einem geheimen Zusatz-

b) Ausgehend von den Interessen des Sozialismus und der Sache des Friedens betreibt die UdSSR eine selbständige Politik, deren Grundsätze Gen. Stalin auf dem XIII. Parteitag formuliert hat.[3]

c) Die UdSSR ist ein entschiedener Gegner der Aggressoren, ein Freund des tschechoslowakischen Volkes und der Spanischen Republik, die von England und Frankreich im Stich gelassen worden sind. Sie verteidigt die Völker, die für ihre Unabhängigkeit kämpfen. Seit vielen Monaten versucht sie ein Abkommen mit England und Frankreich über gemeinsame Aktionen gegen die Aggressoren zu erzielen. Die englische und die französische Regierung haben die Verhandlungen bewusst hingezogen und wollten sie als Mittel nutzen, um einen Kompromiß mit Deutschland auf Kosten der UdSSR zu erreichen. Unter ihrem Einfluß hat Polen eine mögliche wirksame Hilfe der UdSSR zurückgewiesen.[4] Die Männer von München[5] – Chamberlain und Bonnet – sind das Haupthindernis für ein Abkommen zwischen England und Frankreich einerseits sowie der UdSSR andererseits.

d) Die Bereitschaft der UdSSR, mit Deutschland einen Nichtangriffspakt zu schließen, hilft den kleinen baltischen Nachbarstaaten und trägt zur Sicherung des allgemeinen Friedens bei.

e) Damit vereitelt die UdSSR die Pläne bürgerlicher, reaktionärer Kreise und der Kapitulanten der Zweiten Internationale, die die Aggression gegen die Länder des Sozialismus lenken wollen.

---

protokoll verbunden war, das u.a die Aufteilung Polens zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion regelte. Zu den Reaktionen und Veränderungen innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung durch den Paktabschluß und zu den folgenden Dokumenten siehe: Bayerlein: Stalin, der Verräter bist Du, S. 103ff.

3 „XIII. Parteitag“ ist ein Druckfehler im Dokument. Es handelt sich um den XVIII. Parteitag der VKP(b), vom 10. bis zum 21.3.1939. Im Rechenschaftsbericht des ZK der VKP(b) erklärte Stalin: „Die Aufgaben der Partei auf dem Gebiet der Außenpolitik bestehen in folgendem: 1. auch in Zukunft eine Politik des Friedens und der Festigung sachlicher Beziehungen mit allen Ländern zu betreiben; 2. Vorsicht an den Tag zu legen und den Kriegsprovokateuren, die es gewohnt sind, sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, nicht die Möglichkeit zu geben, unser Land in Konflikte hineinzuziehen; 3. die Kampfkraft unserer Roten Armee und unserer Roten Kriegsmarine mit allen Mitteln zu stärken; 4. die internationalen Freundschaftsbeziehungen mit den Werktätigen aller Länder, die am Frieden und an der Freundschaft zwischen den Völkern interessiert sind, zu festigen.“ (J. Stalin: Fragen des Leninismus, Moskau, Verlag für fremdsprachige Literatur, 1947, S. 692).

4 Am 11.8.1939 hatte die Sowjetunion Polen bei Verhandlungen auf militärischer Ebene in Moskau angeboten, die polnische Westgrenze mit großem militärischen Aufgebot gegen eine deutsche Aggression zu schützen – allerdings unter Einräumung eines Durchmarschrechtes für sowjetische Truppen auf polnischem Territorium, und dies jederzeit, unabhängig von einer deutschen Aggression. Dies war für die polnische Führung nicht hinnehmbar. Am 21.8.1939 wurden die Verhandlungen vertagt und nach dem Abschluss des Stalin-Hitler-Pakts schließlich abgebrochen.

5 *Männer von München:* Gemeint ist das Münchner Abkommen vom 30.9.1938..

f) Die UdSSR entzweit[6] die Aggressoren, bekommt die Hände frei, um gegen die Aggression Japans vorzugehen und dem chinesischen Volk zu helfen.[7]

g) Verhandlungen mit Deutschland können schließlich die Regierungen Englands und Frankreichs dazu bewegen, von hohlen Worten zum raschen Abschluß eines Paktes mit der UdSSR zu kommen.

Bei alledem sind die Parteien darauf hinzuweisen, daß der Kampf gegen die Aggressoren, besonders gegen den deutschen Faschismus, mit gesteigertem Einsatz fortgesetzt werden muß.

Gen. MARTY wird beauftragt, in diesem Sinne einen Artikel für die Zeitschrift „K[ommunistische] I[nternationale]“ zu schreiben.[8] [...]

22.8.39
Generalsekretär des EKKI: [Sign.] /G. DIMITROV/



Als Revision eines Beschlusses vom 26.8.1939 entschied das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 2.9.1939, Aleksej Škvarcev als Bevollmächtigten Vertreter, Amajak Kobulov als Zweiten Rat und Vladimir Pavlov als Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland einzusetzen.[9]

Am 2.9.1939 ernannte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion Ivan Majskij, Aleksandra Kollontaj und Mark Gel'fand zu sowjetischen Vertretern auf der Septembersession des Völkerbundes.[10]

Am 2.9.1939, einen Tag nach dem deutschen Überfall auf Polen, befasste sich das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion mit den Fragen der Radiosender. Es wurde beschlossen, neue Sendeanlagen in Sibirien und im Fernen Osten zu errichten, die zum Hauptziel hatten, antisowjetische Radiosendungen zu stören, jedoch auch die Bevölkerung mit Rundfunk zu versorgen. Das Volkskommissariat für Verbindungswesen wurde angewiesen, diese insofern geheimen Sendeanlagen nicht beim Berner Internationalen Rundfunkbüro oder bei anderen internationalen Stellen zu registrieren. Auch sollte das Volkskommissariat binnen 15 Tagen eine Maßnahmenliste zur Bekämpfung antisowjetischer Radiosendungen aus dem Ausland erstellen.[11]

---

6 Von Dimitrov durchgestrichen: „erneut“.

7 Am 7.7.1937 begann Japan eine großangelegte Invasion gegen China, was den Zweiten Japanisch-Chinesischen Krieg auslöste, der bis zur Kapitulation Japans im Zweiten Weltkrieg 1945 andauerte. Nationalistische Kräfte, aber auch die KP Chinas unter Mao Zedong, führten einen Guerilla-Krieg gegen die japanischen Besatzer.

8 Der nächstfolgende eruierte Artikel von Marty, der eruiert werden konnte, wurde in der Oktoberausgabe 1939 der Zeitschrift veröffentlicht. Hierbei handelt es sich sich um den „Offenen Brief an Herrn Léon Blum, Herausgeber des ‚Populaire'“ und Führer der französischen Sozialisten. Darin versuchte Marty nachdem u.a. die Parteizeitung *l'Humanité* in Frankreich aufgrund des Stalin-Hitler-Paktes verboten wurde, in z.Tl. heftigen und groben Anklagen auf seine Weise, den Spieß umzudrehen: „Sie haben einen nichtswürdigen Pakt mit der schlimmsten Reaktion gegen die französische Arbeiterklasse und ihre Partei, die Kommunistische Partei, gegen das Land des Sozialismus und des Friedens, gegen die Sowjetunion, geschlossen!“. In: *Kommunistische Internationale* 20 (1939), Oktober, S. 1056–1066, hier S. 1057.

9 RGASPI, Moskau, 17/3/1013, 63.

10 RGASPI, Moskau, 117/162/25, 165.

11 RGASPI, Moskau, 117/162/25, 165–166.

Dok. 457

Vorschläge Walter Ulbrichts zu den Änderungen der Politik der KPD-Politik nach dem Stalin-Hitler-Pakt

Moskau, 9.9.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/10a/317,100–102. Auszugsweise publ. in: Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!", S. 156. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 91–95.

Vorschläge des Genossen Ulbricht.

Welche Aenderungen der Politik der KPD ergeben sich aus der Veränderung der Lage.[12]
1./ Der Ausbruch des imperialistischen Krieges zwischen Deutschland, England, Frankreich und Polen einerseits und der Kampf der sozialistischen Sowjetunion um den Frieden andererseits, zeigen den werktätigen Massen, dass die sozialistische Sowjetunion das einzige Land ist, das konsequent für den Frieden und für den Fortschritt der Menschheit kämpft.[13]

Die Komintern war bestrebt, durch den Kampf um die Volksfont und die Schaffung der internationalen Aktionseinheit dem Vordringen der faschistischen und reaktionären Kräfte einen starken Wall entgegen zu setzen und einen neuen Typus der demokratischen Republik zu erkämpfen.[14] Durch diese Politik wurden grosse Fortschritte in der Stärkung der Aktionskraft der Arbeiterklasse und der Einigung der Werktätigen gegen den Faschismus und gegen die kapitalistische Reaktion erreicht. Das beweist der heroische Kampf der spanischen Volksfront und die internationale Solidarität zur Unterstützung dieses Kampfes. Es gelang jedoch infolge des reaktionären einheitsfeindlichen Verhaltens der rechten sozialdemokratischen Führer und der Führung der II. Internationale nicht, Spanien zu retten und in Frankreich und England eine solche Veränderung der Klassenkräfte zu erreichen, durch die die reak-

12 Veränderung der Lage: Gemeint ist der Abschluß des Stalin-Hitler Pakts und der Beginn des Zweiten Weltkriegs.

13 Am Morgen des 1.9.1939 griff Deutschland ohne vorhergehende Kriegserklärung Polen an („Fall Weiß"). England und Frankreich als Schutzmächte Polens forderten ultimativ den Rückzug deutscher Truppen und erklärten Deutschland schließlich am 3.9.1939 den Krieg. Im Westen begann der bis zum Beginn des Westfeldzugs am 10.5.1940 währende „Sitzkrieg" („drôle de guerre"). In Vorbereitung des Einmarsches der Roten Armee in Ostpolen am 17.9.1939 wurden die kommunistischen Parteien dahingehend instruiert, keinerlei Solidarität mit Polen zu üben (Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 126–127).

14 Die Losung der „demokratischen Republik" für ein Deutschland nach Hitler wurde von der KPD im Rahmen der Volksfrontpolitik im Juni 1936 aufgestellt. Die Losung der „demokratischen Republik" wurde im Frühjahr 1937 zur „demokratischen Volksrepublik" erweitert, wobei die Entwicklung in Spanien als Vorlage diente (siehe: Arnold Sywottek: Deutsche Volksdemokratie: Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946, Düsseldorf, Bertelsmann, 1971, S. 63ff.; vgl. Dok. 403F).

tionären Regierungen beseitigt und solche Regierungen zustande gekommen wären, die bereit sind, die demokratischen Errungenschaften zu verteidigen und den Frieden zu retten.

Es gelang den entscheidenden Kreisen der englischen und der französischen Bourgeoisie mit Hilfe der rechten sozialdemokratischen Führer die „Nichtinterventionspolitik", die Unterstützung der faschistischen Aggression gegen Spanien,[15] München[16] und die Politik der Verhinderung eines Friedenspaktes mit der Sowjetunion durchzuführen. Diese Kräfte suchten Hitlers Aggression gegen Polen auszunutzen und das deutsche Volk und die Sowjetunion in einen Krieg zu treiben, in deren Ergebnis der englische Imperialismus hoffte, die Friedensbedingungen und die politischen Verhältnisse in Europa diktieren zu können. Diese Aussenpolitik der Bourgeoisie war verbunden mit der Kapitalsoffensive gegen die demokratischen Rechte und sozialen Errungenschaften der Werktätigen im eigenen Lande, mit dem Kampf gegen die Einigungsbestrebungen in der Arbeiterklasse und gegen das Bündnis der Arbeiterklasse mit den kleinbürgerlichen Schichten.

Dem gegenüber bedeutet der Pakt der Sowjetunion mit Deutschland eine Stärkung der internationalen Arbeiterklasse, denn er zwang den deutschen Faschismus, sich so der Macht der Sowjetunion zu beugen und damit seine eigenen Lügen gegen die Sowjetunion zu widerlegen, der Pakt stärkt die Friedenskräfte, indem der Antikominternpakt zerschlagen wurde. Der Pakt stärkt die antifaschistischen Kräfte, indem der Antibolschewismus, die Grundlage der faschistischen Ideologie zerstört wurde. Der Pakt stärkt die Freundschaft zwischen der Sowjetunion und dem werktätigen Volke in Deutschland und damit den ideologischen Einfluss des Sozialismus.

Aus dem imperialistischen Charakter des gegenwärtigen Krieges, der Tatsache, dass Millionen in Deutschland bewusst wird, dass der Faschismus Deutschland zugrunde richtet, der Tatsache der Krise der bürgerlichen Demokratie und der Verbundenheit der rechten sozialdemokratischen Führer mit der imperialistischen Politik der englischen und französischen Regierung und andererseits aus der Tatsache, dass die Sowjetunion von breiteren Volksmassen als die Hauptkraft des Friedens und als einzige fortschrittliche Kraft in der Welt auftritt, ergibt sich, dass die KPD das sozialistische Ziel in den Vordergrund stellen muss und statt der Losung der demokratischen Republik die Frage einer Volksrepublik stellen, an deren Spitze eine Arbeiter- und Bauernregierung steht, die sich stützt auf die Arbeiterklasse und die werktätigen Bauern. Dieses Ziel kann nur erreicht werden durch den Kampf um den Frieden, für die Volksrevolution zum Sturz der faschistischen Kriegsverbrecher, für die Beseitigung der Ursachen des Krieges, der Herrschaft des Grosskapitals.

---

15 Die Sowjetunion selbst war Mitglied des Nicht-Interventionskomitees und verweigerte bis September 1937 Waffenhilfe an die Republikaner; die französische Sozialdemokratie unter Léon Blum unterstützte offiziell die Nichtintervention und organisierte zugleich den geheimen Waffenschmuggel nach Spanien.

16 Gemeint ist das Münchener Abkommen 1938.

2./ Durch den imperialistischen Krieg einerseits und die Siege des Sozialismus und die Friedenspolitik der Sowjetunion andererseits, vollziehen sich in Deutschland Veränderungen im Denken der werktätigen Massen in folgender Richtung: Das Land des Sozialismus erweist sich als das einzige Land das konsequent für den Frieden kämpft, weil in der SU der Kapitalismus vernichtet ist und damit die Ursachen der imperialistischen Politik. Die Stellung der Sowjetunion gegen Versailles[17] und der Kampf der deutschen Kommunisten in früheren Zeiten für das Bündnis mit der Sowjetunion, trägt jetzt Früchte. Es gibt jetzt die Möglichkeit, legaler Propaganda für den Sozialismus.[18] Die vom Faschismus aus demagogischen Gründen genährten antikapitalistischen Stimmungen gegen den „liberalen Kapitalismus" und gegen die kapitalistischen Demokratien Westeuropas, wirken jetzt gegen den Faschismus selbst und begünstigen die Propaganda für den Sozialismus.

Nach den Erfahrungen der Kriegsintervention Hitlers in Spanien,[19] der Annektion Oesterreichs und der Tschechoslowakei[20] und im jetzigen Krieg wächst in den Volksmassen die Erkenntnis, dass der Faschismus Deutschland nicht stark und glücklich macht, sondern ins Unglück gestürzt hat. Der parasitäre Charakter der faschistischen Herrschaft und die Verfaulungserscheinungen des Kapitalismus, die besonders durch die Kriegswirtschaft offener sichtbar werden, schaffen günstigere Bedingungen für den Kampf gegen das Grosskapital. Da sowohl die Arbeiter durch die verschärfte Ausbeutung, wie die Bauern durch die Kriegszwangswirtschaft des Reichsnährstandes und der Mittelstand unmittelbarer als früher von der Volksausplünderung durch das Finanzkapital getroffen werden, deshalb sind heute günstigere Bedingungen für den Kampf gegen die Herrschaft des Grosskapitals und für den Sozialismus, als früher. Bis in die Kreise der werktätigen Nazis wurde über die Frage diskutiert, „Brauchen wir Unternehmer". Es kommt hinzu, dass im zweiten imperialistischen Krieg die Massen empfänglicher sind für den Kampf um die Beseitigung der Ursachen des Krieges, damit sich die Entwicklung von 1918 bis 1939 nicht wiederholt.

---

17 Gemeint ist der Vertrag von Versailles (1919).

18 Legale Propaganda in Deutschland: Die Möglichkeit einer „legalen Propaganda" für die KPD war in Hitlerdeutschland nach wie vor keineswegs gegeben. Gegen diese Fehleinschätzung sprechen die Zahlen der Gestapo, die nach eigenen Angaben von September bis November 1939 3037 Personen „wegen marxistischer Betätigung im weiteren Sinne" verhaftete, von denen 630 „wegen Betätigung für die KPD bzw. SPD dem Richter vorgeführt wurden" (Margot Pikarski, Elke Warning (Hrsg.): Gestapo-Berichte über den antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1933 bis 1945, Bd. 2, Berlin (-Ost), Dietz, 1989, S. 22f.). Der Pakt brachte weder eine „Möglichkeit legaler Propaganda für den Sozialismus", noch einen Verhaftungsstopp für KPD-Mitglieder in Deutschland.

19 Gemeint ist die militärische Hilfestellung Hitlerdeutschlands an Franco, unter anderem durch das Expeditionskorps „Legion Condor" der Luftwaffe.

20 Österreich wurde am 13.3.1938 von Deutschland annektiert. In der Tschechoslowakei wurden die sudetendeutschen Gebiete im Oktober 1938 von Deutschland annektiert, während die von den Nationalsozialisten so bezeichnete „Rest-Tschechei" am 15.3.1939 von deutschen Truppen besetzt und das „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren" gegründet wurde. Der slowakische Teil wurde einen Tag zuvor als scheinbar unabhängiger, de facto jedoch von Deutschland kontrollierter Staat formiert.

3./ Für die Politik der KPD ergibt sich daraus: die Partei muss mit einem Manifest hervortreten zur Rettung des deutschen Volkes durch den Kampf um den Frieden, der nur herbeigeführt werden kann durch den Sturz der faschistischen Kriegsverbrecher, durch die Beseitigung der Macht des Grosskapitals.[21] Frieden kann nur geschlossen werden durch eine Regierung der Arbeiter und Bauern, dadurch dass das werktätige Volk selbst die Geschicke Deutschlands in seine Hände nimmt.

Zur Erreichung dieses Zieles ist es notwendig, die Arbeiterklasse und die Volksmassen zum Kampf gegen den Feind im eigenen Land und für die Niederlage des Hitlerregimes im Kriege zu mobilisieren, weil dadurch der Freiheitskampf des deutschen Volkes erleichtert wird.

Um die Massen zur Aktion zu führen, ist es notwendig, vor allem an ihre Friedenssehnsucht anzuknüpfen und alle Fragen des Lohnes, der Lebensmittelschwierigkeiten, des faschistischen Terrors, der Bevorzugung der faschistischen Parasiten zum Anlass zu nehmen, um die Massen zu passiver Resistenz, zu Streiks und Demonstrationen zu bringen.

Gleichzeitig ist es notwendig, entschiedener gegen den grossdeutschen Chauvinismus, für die nationale Unabhängigkeit, für das Selbstbestimmungsrecht der vom deutschen Faschismus unterdrückten Völker zu kämpfen und für die Stärkung der Freundschaft des deutschen Volkes mit der sozialistischen Sowjetunion.

Um die breitesten Massen unter den Losungen Frieden, Freiheit und Brot zum Kampf mobilisieren zu können, ist es notwendig, dass sich die Partei konzentriert auf die Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiter und auf die Schaffung des Bündnisses mit den Bauern. Unsere Taktik muss berücksichtigen, dass die Schaffung der Aktionseinheit die Verschärfung des Kampfes gegen die rechten sozialdemokratischen Führer und ihre Isolierung notwendig macht und dass angesichts der Veränderungen in der Arbeiterklasse vor allem die Sozialdemokraten und früheren Gewerkschaftler für die Aktionseinheit gewonnen werden müssen, aber auch breitere Massen der bisher parteilosen Arbeiter und auch bisher unter nationalsozialistischem Einfluss stehende Arbeiter die jetzt gegen das Hitlerregime Stellung nehmen. Angesichts der Bedeutung der Bauernfrage und der besonderen Schwächen unserer Partei und der deutschen Arbeiterklasse auf diesem Gebietet, ist es notwendig, dass die Partei mit einem Aktionsprogramm für die Bauern auftritt.

Die Durchführung dieser neuen Aufgaben macht es noch dringender, dass die Partei in den Reihen ihrer Anhänger und unter den revolutionären Arbeitern eine systematische Ueberzeugungsarbeit über die Rolle der Kommunistischen Partei und die Bedeutung ihrer organisatorischen Stärke durchführt. Das bedeutet keine Abschwächung, sondern im Gegenteil eine Förderung des Kampfes um die Schaffung einer einheitlichen revolutionären Partei der deutschen Arbeiterklasse. Notwendig ist, die bisherigen Unklarheiten zu korrigieren, die darin bestanden, dass verschiedene

---

21 Der Diskurs zur Rettung des deutschen Volkes wurde seit 1943 vom Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) übernommen..

Genossen der Meinung waren, die Einheitspartei könne auf der Basis des Kampfes gegen Hitler und für eine demokratische Republik geschaffen werden.[22] Nicht durch Verschweigen unserer Ziele, sondern durch Verstärkung der marxistisch-leninistischen Propaganda wird es am ehesten gelingen die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse für die Schaffung einer einheitlichen revolutionären Partei des Proletariats zu gewinnen.

U[lbricht].
9.9.39/6 Ex./Bi

Dok. 458

„Der Verräter, Stalin, bist Du!": Münzenbergs Artikel „Der russische Dolchstoss" als Reaktion auf den Stalin-Hitler-Pakt

Paris, 22.9.1939

In deutscher Sprache publiziert in: *Die Zukunft*, Paris, Nr. 3, 22.9.1939. Neu veröffentlicht in Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du!, S. 148–149, in russischer Übersetzung von Kirill Levinson in: Bernchard Bajerljajn: „Predatel' – ty, Stalin!". Komintern i kommunističeskie partii v načale Vtoroj mirovoj vojny (1939–1941): utračennaja solidarnost' levych sil, Moskva, ROSSPEN, 2011, S. 164–166.

Der russische Dolchstoss
In den letzten Jahren hat eine Frage alle politischen Kreise und besonders die Arbeiterbewegung aller Länder beschäftigt, die Frage: „Was geht in Russland vor?"
Diese Frage hat in den letzten Wochen eine eindeutige, furchtbare und blutige Deutung erfahren.

Der Hitler-Stalinpakt, das Abkommen Moskau-Tokio[23] und schliesslich der feige Überfall auf das geschwächte Polen lassen keinen Zweifel mehr darüber zu, was in Russland in den letzten Jahren vorgegangen ist.

Welche Absichten auch immer Stalin vorgeben mag und welche wirkliche[n] Absichten er auch immer für den Überfall auf Polen gehabt hat,[24] mit der demo-

---

22 Der Abschnitt suggeriert, daß die Einheitspartei als neues Ziel gerade nicht im Kampf gegen Hitler und für eine demokratische Republik erreicht werden könnte.

23 Am 16.9.1939 unterzeichneten die Sowjetunion und Japan einen Waffenstillstand, der dem seit 1938 schwelenden japanisch-sowjetischen Grenzkonflikt ein Ende setzte. Ein sowjetisch-japanischer Nichtangriffspakt wurde erst 1941 unterzeichnet.

24 *Sowjetischer Überfall auf Polen*: Als Konsequenz des geheimen Zusatzprotokolls des Paktes mit Hitler marschierte die Sowjetunion am 17.9.1939 in Ostpolen ein. Deutschland und die Sowjetunion arbeiteten ein gemeinsames, am 19.9.1939 in der *Pravda* veröffentlichtes Kommuniqué aus, in dem die Präsenz der Armeen beider Staaten in Polen mit der Notwendigkeit erklärt wurde, „Ruhe und Ordnung herzustellen, und der Bevölkerung Polens zu helfen, die Bedingungen seines staatlichen Daseins neu zu regeln". Am 22.9.1939 trafen sich die deutschen und sowjetischen Armeen bei Lublin; am nächsten Tag

kratischen Friedenspolitik eines sozialistischen Staates hat diese imperialistische Gewaltmethode nichts zu tun. Selbst wenn die Ewig-Gläubigen Recht bekämen und der russische Einmarsch nur erfolgte, um Hitlers Vormarsch zu begegnen, sich Faustpfänder zu sichern oder gar zwecks heimlich geplanten Vorstosses gegen Hitler ein besseres Terrain und Aufmarschgebiet zu haben, nichts entschuldigt und rechtfertigt den Gewaltstreich eines Staates, der bisher als Verteidiger der Unabhängigkeit kleiner Nationen auftrat, der sich bis heute einen sozialistischen Staat nennt und auf dessen Wappen die Worte leuchten: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!„

War es wirklich die heimliche Absicht Stalins, nicht Hitler zu helfen, sondern seinen Vorstoss in Polen, im Baltikum und nach Süd-Osteuropa aufzuhalten, so war diese Absicht rascher, sicherer und ohne Krieg und Blutgvergiessen durch den Abschluss eines Vertrages mit den Westmächten, ja allein durch eine Garantie Polens und Danzigs zu verwirklichen gewesen. Niemals hätte Hitler gewagt, gegen den Willen Englands, Frankreichs und Russlands Danzig zu besetzen und den Krieg gegen Polen zu eröffnen. Die schwere, untilgbare Schuld der Stalin-Regierung ist es, dem Hitler-System durch den Hitler-Stalin-Pakt erst den Weg zu einem verbrecherischen Krieg gegen Polen frei gemacht und damit den neuen Weltkrieg ausgelöst zu haben.

Es war Romain Rolland, der den oft zitierten Satz prägte: „Der Frieden ist tödlich für Hitler.“[25] Niemals war das Wort so berechtigt wie in den Augusttagen 1939. Hätte Russland in gleicher Weise wie die Westmächte Polen und Danzig garantiert,[26] dann wäre es nie zu dem Kriege gekommen und das Hitlersystem wäre in die schwerste seiner inneren Krisen gestürzt worden.

Der Stalin-Hitler-Pakt und der Einmarsch in Polen demonstrieren in dramatischer Weise die Entwicklung Russlands in den letzten Jahren. Die alte Ideologie, die Prinzipien der kollektiven Sicherheit und die nur als Tarnung mühselig mitgeschleppten sozialistischen und internationalistischen Doktrinen sind in Stalin-Russland ein für allemal tot und begraben.

Das russische Volk mag dem leichten Ländergewinn zujubeln. Es ist kein sozialistisches Russland mehr, sondern ein Russland, das seine imperialistischen Machtansprüche mit Feuer und Schwert angemeldet hat.

---

verkündete Molotov im Rundfunk zur Begründung des Einmarsches, es sei die Pflicht der Sowjetunion, „ihren ukrainischen und bjelorussischen Brüdern, die Polen bewohnen, die Hand zur Hilfe zu reichen“ (*Die Welt*, 23.9.1939). Die kommunistischen Parteien wurden in der Folge darauf ausgerichtet, das nun als Staat liquidierte Polen als ausbeuterisches Völkergefängnis zu verdammen (siehe: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 129). Den Ton hatte Stalin bereits am 9.9.1939 vorgegeben, als er Komintern-Generalsekretär Dimitrov erklärte, Polen sei „ein faschistischer Staat, der Ukrainer, Weißrussen usw. knechtet“ (Bayerlein: Georgi Dimitroff. Tagebücher, I, S. 273–274).

25 „Der Frieden ist tödlich für den Hitlerismus“ – Titel eines Artikels von Romain Rolland in der Kominternzeitschrift *Monde* aus dem Jahre 1933 („La Paix est mortelle pour l'hitlérisme“, *Monde*, 24.3.1933).

26 Garantie für Polen und Danzig: Am 31.3.1939 hatten die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs verkündet, im Falle eines Angriffes Deutschlands auf Polen dem Aggressor den Krieg zu erklären, was am 3.9.1939 auch geschah.

Vergeblich versuchen unverbesserliche und unbelehrbare Anhänger den Verrat Stalins mit dem Ausspruch zu beschönigen. „Er hält sich zurück, um seinem Lande den Krieg zu ersparen!“ Welcher Hohn für die Männer, die angeblich die leidenschaftlichsten und einzigen Schützer der Unabhängigkeit der kleinen Nationen, des unteilbaren Friedens, der kollektiven Sicherheit und des internationalen Sozialismus waren.

Erst der drohende Aufmarsch von vier Millionen russischer Soldaten[27] und der spätere Einmarsch ermöglichten es dem nationalsozialistischen Angreifer, sein blutiges Henkerwerk in Polen sorgloser und gründlicher zu vollenden.[28]

Wie sich auch immer die Verhältnisse entwickeln werden, und wie rasch Kämpfe zwischen den beiden Diktaturstaaten, die jetzt eine Grenze haben, ausbrechen können, gegenwärtig bedrohen sie gleichzeitig und im gleichen Masse die zur Verteidigung Polens, der europäischen Freiheit und Kultur aufmarschierten westlichen Demokratien.

Alles Rätselraten darüber, ist es nur eine Besetzung gegen Hitler, ist zu Ende. Es ist ein Kriegspakt mit der Spitze gegen die freiheitlichen und demokratischen Völker der Erde.

In dem Aufruf der „Freunde der sozialistischen Einheit“,[29] den die „ZUKUNFT“ am 26. August veröffentlichte, wurde gesagt:

„Der Pakt ist objektiv gegen die Völker des Westens gerichtet. Deren Ländern den historischen Boden der europäischen Demokratien darstellen.“[30]

Aus dieser Feststellung haben alle wirklichen deutschen Hitlerfeinde die Schlussfolgerung gezogen und den Platz eingenommen, der ihnen in diesem Entscheidungskrieg zukommt, in dem letzten Schützengraben der Freiheit.

---

27 Bereits am 3.9.1939 erging an sowjetische Truppen in Weißrussland und der Ukraine der Befehl zur Herstellung der Kampfbereitschaft. Nachdem am 6.9.1939 die Generalmobilmachung ausgerufen wurde, erfolgten zwischen dem 8.9. und dem 13.9.1939 Truppenverlegungen an die sowjetische Westgrenze.

28 *Blutiges Henkerwerk in Polen:* U.a. gab die Sowjetunion über den Rundfunksender Minsk den deutschen Fliegern beim Bombardieren polnischer Städte Navigationshilfe. Siehe: Johann Wolfgang Brügel: Stalin und Hitler: Pakt gegen Europa, Wien, Europaverlag, 1973, S. 107–108.

29 *Freunde der sozialistischen Einheit Deutschlands:* Von Münzenberg nach seinem Bruch mit der KPD am 1.5.1939 in Paris gegründete Gruppe, „die […] – „für eine sozialistische Demokratie, für einen freiheitlichen Sozialismus!“ eintrat, als Keimzelle einer künftigen reformierten und vom Stalinismus befreiten „deutschen Einheitspartei der Arbeiterklasse“. Ihr Name wurde später von Ulbricht für die SED usurpiert („Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“). Führende Mitglieder waren die ehemaligen KPD-Mitglieder und Gewerkschafter Walter Oettinghaus, Peter Maslowski und Grete Hahne, und linke Sozialisten wie Jakob Altmaier und Hans Siemsen; die „Münzenberg-Gruppe“ wurde von den im französischen Lager Gurs internierten Spanienkämpfern der “9. Kompanie” unterstützt und lieferte eine sowohl diskursive wie auf die Praxis orientierte Vorlage für eine neue Dynamik im Exil. Sie war an der „Zukunft“ beteiligt und gab die Beilage *Deutsche Arbeiterbriefe* heraus. (*Die Zukunft*, 26.1.1940, 19.5.1939; Babette Gross: Willi Münzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt, 1968, S. 324; Nelles: Die Unabhängige Antifaschistische Gruppe 9. Kompanie, S. 71ff.).

30 Siehe: In der Freiheitsfront für die Einheitspartei. Ein offener Brief. In: *Die Zukunft*, 28.8.1939.

Heute sind die Feinde der Freiheit und des Friedens klar erkenntlich, scharf, wie im Scheinwerferlicht. Niemand kann sich mehr täuschen. Allzu lange wurden Millionen getäuscht und darunter nicht die schlechtesten, jedenfalls die opferwilligsten. Allzu viele sinnlose Opfer sind für diese Täuschung gefallen, jahrelang, vor wenigen Wochen noch, gestern noch.

Machen wir die äussersten Anstrengungen, um zu verhindern, dass der Moloch noch weitere Opfer fordert.

Die Folgen des schändlichsten Verrates sind heute noch unabsehbar. Es ist der schwerste Schlag, den die Arbeiterbewegung und die Front des Friedens und der Freiheit erhalten hat.

So schwer und so ernst auch die Folgen dieses Überfalles sind, eins ist damit eingetreten, die Fronten sind klar geworden.

Frieden und Freiheit müssen verteidigt werden gegen Hitler und gegen Stalin, der Sieg muss gegen Hitler und gegen Stalin erkämpft und die neue, unabhängige Einheitspartei der deutschen Arbeiter im Kampfe gegen Hitler und gegen Stalin geschmiedet werden.

Kein Zaudern und kein Schwanken gilt mehr, kein Ausweichen ist mehr möglich. Es gibt nur noch ein Hüben und Drüben.

Mit doppeltem Recht gilt heute, was wir vor wenigen Wochen schrieben:

„Die Stellung des Feindes ist klar. Der Feind steht in Deutschland. Er heisst Hitler und sein System. Gegen diesen Feind, gegen diesen Todfeind des deutschen Volkes und der Freiheit auf der Welt, gilt es verstärkt zu kämpfen. Und

Hitlers Feinde sind unsere Freunde und

Hitlers Freunde sind unsere Feinde."

Jahrelang hat eine ausgehaltene Presse gehetzt und verleumdet, hat hunderte von niederträchtigen Lügen verbreitet, tausende tapfere Arbeiter verdächtigt, keine Nummer der „Volkszeitung"[31] erschien, die nicht hundertmal wiederholte: „Nieder mit dem Schädling. Nieder mit dem Verräter."[32]

Heute stehen in allen Ländern Millionen auf, sie recken den Arm und rufen, nach dem Osten deutend:

„Der Verräter, Stalin, bist Du."

Am 22.9.1939 setzte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Ingenieure Georgij P. Budjakov und Ivan S. Kormilicyn als stellvertretende Handelsbevollmächtigte in Deutschland ein.[33]



---

31 Gemeint ist die *Deutsche Volkszeitung*, zuletzt vom ZK der KPD in Paris herausgegeben.

32 Münzenberg bezieht sich hier auf die als „Schädlinge" und „Verräter" verfemten Angeklagten der stalinistischen Schauprozesse in Moskau und der im Terror umgebrachten deutschen Kommunisten.

33 APRF, Moskau, 3/64/639, 160–162. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 221.

Dok. 459

Der Pressechef der Komintern, Bedřich Geminder über die Situation der Juden in den von der Sowjetunion „befreiten" Gebieten

[Moskau], 26.9.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/67, 77. Erstveröffentlichung.

An Gen. Dimitroff
Obwohl wir fast das gesamte Material aus der Sowjetpresse über die b[e]freiten Gebiete[34] in unserer telegrafischen Berichterstattung ausnützen, erhalten wir ununterbrochen Telegramme von den Redaktionen[35] mit Sonderwünschen über ausführlichere Beschreibung der Lage in diesen Gebieten nach dem Einzug der Roten Armee. Solche Telegramme erhielten wir vor allem von Oslo und New York. Von der „Morningfreiheit", der jüdischen Tageszeitung der KPUSA,[36] erhielten wir schon 6 Telegramme mit der Forderung Materialien über die jüdische Bevölkerung in den befreiten Gebieten zu senden.[37] Heute richtete auch „D[aily]W[orker]", bzw. unsere Presseagentur in New York das gleiche telegrafische Verlangen.[38] Die Sowjetpresse,

34 *Befreite Gebiete*: Gemeint sind die von der Sowjetunion besetzten Ostgebiete Polens.
35 Der tschechische Kommunist Bedřich Geminder (Ps. Fridrich, 1901–1952, in der Tschechoslowakei hingerichtet) leitete seit Januar 1938 den Pressesektor der Presse- und Propagandaabteilung des EKKI.
36 *Morning Freiheit*, auch *Morgn Freyheyt*: 1922 von der jüdischen Sektion der KP der USA gegründete Tageszeitung, 1988 eingestellt.
37 *Jüdische Bevölkerung*: Von der Sorge um das Schicksal der Juden auf dem Territorium des ehemaligen polnischen Staates und der Hoffnung auf rettende Maßnahmen seitens der Sowjetunion zeugen zahlreiche überlieferte Eingaben an Molotov. So bat bspw. am 12.1.1940 eine Gruppe von mehrheitlich jüdischen Bürgern aus dem Gebiet Bialystok in einem Schreiben an Molotov den von ihnen so titulierten „Vater und Befreier", etwas zur Rettung von 300 Menschen zu unternehmen, die von den Deutschen verschleppt worden waren. (RGASPI, Moskau, 82/2/1465, 44). Tatsächlich gab es Grund zur Sorge um die jüdische Bevölkerung auf dem sowjetischerseits „befreiten" Territorium, deren Sicherheit vor den Deutschen keineswegs gegeben war. So war es Praxis der deutschen Okkupanten, Juden aus Westpolen auf das russisch besetzte Territorium abzuschieben. Die sowjetische Verwaltung dachte jedoch nicht daran, die auf diese Weise den Deutschen entkommenen Juden in Schutz zu nehmen, sondern schickte sie schlichtweg zurück. Der Staatsekretär im Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, hielt im Dezember 1939 nach einem Gespräch mit Feldmarschall Wilhelm Keitel folgendes fest: „Die Abschiebung von Juden in das russische Gebiet vollziehe sich […] nicht so anstandslos, wie es anscheinend erwartet wurde. Praktisch gesprochen gehe die Sache so vor sich, daß z. B. an einem stillen Ort im Walde tausend Juden über die russische Grenze abgeschoben würden; 15 km davon kämen sie wieder zurück, wobei der betreffende russische Befehlshaber den deutschen nötigen wolle, den Schub wieder aufzunehmen." (Kurt Pätzold, Günter Rosenfeld (Hrsg.): Sowjetstern und Hakenkreuz 1938 bis 1941. Dokumente zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen, Berlin, Akademie-Verlag, 1990, S. 279 (nach ADAP, D, VIII, S. 384).
38 *Daily Worker:* Tageszeitung der KP der USA, New York, gegründet 1924.

auch die ukrainische und jüdische, bringt bisher nichts über die Juden. Wir haben uns schon an jüdische Schriftsteller gewandt, die erklären jedoch, dass sie auch nicht über derartiges Material verfügen. In diesem Zusammenhang möchte in [ich?] die Frage aufrollen, ob nicht die Möglichkeit besteht einen Sonderkorrespondenten für die Berichterstattung an unsere Presse (selbstverständlich über unsere Kontrolle) in die befreiten Gebiete zu entsenden.

Friedrich[39]

Dok. 460

Nicht publizierter Entwurf eines Aufrufs der KPD mit der Aufforderung zum Sturz der Hitlerdiktatur

[Moskau], 28.9.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1307,96–102. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 127–132.

„5“
8205/7/F
Abschrift
28.9.1939.
Vertraulich!

Korrigierter Entwurf eines Aufrufs des Zentralkomitees der KPD.[40]

---

39 Hdrschr. Vermerk von Dimitrov in russischer Sprache: „Gen. Friedrich [unleserl.] aus diesem Anlass einen Brief an das ZK (Gen. Ždanov) [geschickt]. GD 29.9.39“.

40 Der Entwurf des Aufrufs wurde von Wilhelm Pieck vorbereitet und am 25.9.1939 Dimitrov übergeben. Das Dokument ist auf den 1.9.1939 datiert, wurde jedoch viel später verfasst. Der erwähnte Krieg Englands und Frankreichs gegen Deutschland wurde erst am 3.9.1939 erklärt. Auch sind zahlreiche Wendungen aus der Direktive der Komintern an alle kommunistischen Parteien zum „imperialistischen“ Charakter des Krieges übernommen (siehe Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 126–127), die erst am 8.9.1939 verfasst wurde. Eine Kehrtwende im Sinne des Stalin-Hitler-Pakts konnte die KPD noch nicht vollziehen; so ist im Dokument weiterhin vom Hitlerfaschismus als Hauptfeind des deutschen Volkes die Rede. Es ist unwahrscheinlich, daß der Aufruf überhaupt publiziert wurde. Am 1.10.1939 beriet das EKKI-Sekretariat über das Dokument und beschloss, es gründlich umzuarbeiten und es im Namen der KPs Deutschlands, Österreichs und der Tschechoslowakei herauszugeben. Eine Kommission, bestehend aus Klement Gottwald, Wilhelm Pieck und Friedl Fürnberg sollte den Text umarbeiten (RGASPI, Moskau, 495/18/1294, 64). In der Endversion vom 23.10.1939 figurierten dann nicht mehr die Begriffe „Hitlerismus“ oder „Faschismus“, sondern es war nur noch vom „deutschen Großkapital“ die Rede. Die Stoßrichtung war nun “gegen den imperialistischen Krieg” gerichtet, “für die soziale und nationale Befreiung der Völker”. Der deutsche Imperialismus sollte durch ein Zusammenrücken „national-sozialistischer, sozialdemokratischer, katholischer und kommunistischer Ar-

Deutsche Arbeiter, Bauern und Soldaten!
Werktätiges deutsches Volk!
Die grossen Kapitalmächte des deutschen Imperialismus, die Krupp, Thyssen, Vögler[41] und Konsorten haben Euch in den Krieg hineingetrieben. Hitler hat dieses Verbrechen zur Ausführung gebracht. Auf den polnischen Schlachtfeldern und an der Westfront wird das Leben Tausender deutscher Soldaten vernichtet. Im Lande leiden Männer und Frauen, Kinder und Greise unsägliche Not.

Die imperialistischen Mächte Englands und Frankreichs führen den Krieg gegen Deutschland, gegen das deutsche Volk. Bald werden sie die grossen Städte und Industriegebiete im Innern Deutschlands bombardieren lassen. Männer und Frauen, Kinder und Greise werden von den Bomben zerfetzt werden. Hunderttausende deutscher, französischer und englischer Soldaten werden die Opfer des furchtbaren Gemetzels an der Kriegsfront sein.

Warum dieses wahnsinnige Verbrechen?

Hitler, Chamberlain und Daladier versuchen die Massen über Ursachen und Ziel des Krieges zu betrügen.

Hitler wollte angeblich einige Zehntausende Deutscher vor dem Terror der polnischen Reaktion schützen.[42] In Wirklichkeit handelt es sich um die Durchführung imperialistischer Raubpläne des deutschen Grosskapitals. Darum jagte Hitler das deutsche Volk in den Krieg, bei dem die Existenz der deutschen Nation aufs Spiel gesetzt ist.

Chamberlain und Daladier wollen angeblich mit dem Kriege den Hitlerfaschismus vernichten. Aber haben sie ihn bisher nicht unterstützt und ihn zu seinen kriegerischen Aggressionen geradezu ermuntert? Sie wollten Hitler dazu benutzen, um das deutsche Volk in den Krieg gegen die Sowjetunion hineinzutreiben. Weil ihnen das nicht gelungen ist, jagen sie jetzt die Massen Englands und Frankreichs in den Krieg gegen das deutsche Volk.

---

beiter" niedergeworfen werden. Hierzu ausführlicher: Fridrich Firsov: Archivy Kominterna i vnešnjaja politika SSSR v 1939–1941 gg. In: *Novaja i novejšaja istorija* (1992), Nr. 6, S. 23–24.

41 Der Unternehmer Albert Vögler, Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke AG in Düsseldorf, gehörte zu den Industriellen, die Hitlers Machtantritt finanziell unterstützten.

42 1931 lebten 739.000 Angehörige der deutschsprachigen Minderheit in Polen. Nach Hitlers Machtantritt wurden als Reaktion auf die deutsche Bedrohung die vom Versailler Vertrag verbrieften Minderheitenrechte der Deutschen als Folge der Polonisierungspolitik der polnischen Regierung teilweise ausgehebelt. Die Nationalsozialisten ihrerseits versuchten dagegen erfolgreich, die deutschen Verbände in Polen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Auf dem Hintergrund des 1934 abgeschlossenen polnisch-deutschen Nichtangriffspakts ließen die polnischen Behörden diese Unterwanderung zum Teil geschehen. Ab Anfang 1939 kam es zu antideutschen Ausschreitungen in Polen, was von der NS-Propaganda aufgegriffen wurde. Auch nach dem deutschen Überfall hielt sich dieser Topos als Kriegsbegründung: So zeigten deutsche Wochenschauen im September 1939 bspw. brennende deutsche Bauernhöfe in Polen. Siehe: Albert S. Kotowski: Polens Politik gegenüber seiner deutschen Minderheit 1918–1939, Wiesbaden, Otto Harrassowitz Verlag, 1998, S. 298ff., S. 338ff.

Der Krieg geht um die Neuverteilung Europas und der Kolonien, um die Vorherrschaft in Europa. Es ist ein imperialistischer Raubkrieg der am Kriege beteiligten Kapitalmächte.

Werktätiges deutsches Volk!
In Deiner Hand liegt es, dem Kriegsverbrechen ein Ende zu machen und Dich von den Kriegsverbrechern im eigenen Lande zu befreien und die Macht der imperialistischen Grosskapitalisten und des Hitlerfaschismus zu vernichten.

Stürze den Hitlerfaschismus,
der Dein grausamer Feind ist.
Stürze die Macht des deutschen imperialistischen
Finanzkapitals,

in dessen Auftrage der Hitlerfaschismus seine fortgesetzten kriegerischen Provokationen unternimmt! Mache der Herrschaft dieser Grossverdiener und Kriegsgewinnler ein Ende, entreisse ihnen die Grundlage ihrer Macht, den Besitz an den grossen Industrie-, Bank- und Handelsunternehmungen und den grossen Ländereien.

Die englischen und die französischen Volksmassen werden in diesem Kampfe an der Seite des deutschen Volkes stehen. Sie werden das imperialistische Kriegsziel der Chamberlain und Daladier klar erkennen und ihnen die Fortsetzung ihres Kriegsverbrechens gegen das deutsche Volk unmöglich machen.

Nur durch diesen Kampf wird sich das deutsche Volk vor der schweren Niederlage bewahren, in die es der Hitlerfaschismus hineintreibt. Nur so wird das werktätige Volk sich von seinen schlimmsten Feinden im eigenen Land befreien, sich seine Existenz sichern und sich die Möglichkeit verschaffen, mit den anderen Völkern in Frieden und Freundschaft zu leben.

Der Krieg stellt vor die werktätigen Massen Deutschlands die gewaltige Aufgabe

Deutschland durch die sozialistische Revolution vom Hitlerfaschismus und von der Herrschaft des Finanzkapitals zu befreien

Die werktätigen Massen werden selbst das künftige Staatsregime bestimmen. Gerade das aber fürchtet der englische Imperialismus und darum sucht er das deutsche Volk an der Durchführung dieser Aufgabe durch den Krieg zu hindern. Er will die imperialistischen Kapitalsmächte Deutschlands vor der Revolution retten, um sie zum Kriege gegen die Sowjetunion zu gebrauchen.

Werktätiges deutsches Volk! Erkenne Deine Feinde! Du wirst in diesem schweren Kampfe siegen, wenn Du alle Deine Kräfte vereinigst. Lasse Dich nicht durch die

Führer der deutschen Sozialdemokratie und des deutschen Katholizismus
VON DIESEM Kampfe zurückhalten. Diese suchen die politische und weltanschauliche Zersplitterung des werktätigen Volkes, die dem Finanzkapital die Aufrichtung seiner faschistischen Diktatur ermöglichte, auch weiterhin zu erhalten und dadurch seine Befreiung zu verhindern. Sie hetzen gegen die Kommunisten, weil diese für die Befreiung des werktätigen Volkes, für den Sozialismus kämpfen. Sie dienen dem

Kapitalismus, um ihm die Aufrechterhaltung seiner Herrschaft und die Ausbeutung und Knechtung des werktätigen Volkes auch weiterhin zu ermöglichen.

Sie wollen die sozialistische Revolution in Deutschland verhindern.

Deshalb verbinden sie sich auch noch mit den ausländischen imperialistischen Mächten und sind bereit, jeden nationalen Verrat am deutschen Volke zu begehen.

Deutsche Arbeiter, Bauern und Soldaten!
Zur Durchführung Eurer gewaltigen Aufgabe ist die *Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und ihr Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft,* ist die Schaffung von Organen des illegalen Kampfes die wichtigste Voraussetzung.

In dem gemeinsamen Kampfe der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitermassen wird unter Einbeziehung der anderen werktätigen Schichten in diesen Kampf gegen den Hitlerfaschismus und das Finanzkapital die Aktionseinheit geschaffen werden. Sie hat die Kraft, mit der Ihr Eure Feinde im Lande zerschmettern werdet.

Ihr habt in dem Kampf um Eure Befreiung eine mächtige Stütze in der

Internationalen Solidarität der werktätigen Massen

der anderen Länder, in der internationalen Bewegung gegen Faschismus und Krieg, vor allem aber in den Völkern des mächtigsten Landes des Sozialismus.

Die Sowjetunion ist Euer bester Freund!

Sie sucht Euch und die Welt vor diesem Kriege zu bewahren. Mit dem von ihr mit Deutschland abgeschlossenen Nichtangriffspakt hat sie den verbrecherischen Plan des englischen Imperialismus zerschlagen, Euch in den Krieg gegen die Sowjetunion zu treiben. Eure Sympathien für das mächtige Sowjetreich wachsen von Tag zu Tag.

Die kapitalistischen Regierungen Englands und Frankreichs und die sozialdemokratischen Führer der Parteien der II. Internationale entfalten gerade deshalb eine fanatische Hetze gegen die Sowjetunion.

Sie hassen die Sowjetunion, weil deren Völker unter der ruhmreichen Führung der bolschewistischen Partei und ihres weisen Führers Stalin den Sozialismus verwirklichten, wahre Demokratie schufen und den Wohlstand und die Kultur des ganzen Volkes auf eine immer höhere Stufe heben. Sie fürchten dieses leuchtende Beispiel, das die werktätigen Massen der kapitalistischen Länder immer stärker zum Kampfe um den Sozialismus anspornt. Sie wollen dieses Beispiel auslöschen. Darum wollen sie den Krieg gegen die Sowjetunion.

Werktätiges deutsches Volk!
Arbeiter, Bauern und Soldaten!
Unerhörte Lasten und Opfer werden Euch durch den imperialistischen Krieg auferlegt. Noch mehr als vor dem Kriege sollt Ihr der wichtigsten Lebensmittel entbehren, noch mehr soll Eure ohnehin kärgliche Lebenshaltung herabgedrückt werden.

Die deutschen Grosskapitalisten machen bei diesem Kriege durch ihre Kriegslieferungen ein glänzendes Geschäft.

Je länger der Krieg dauert, umso höher steigen ihre Millionengewinne. Ihr sollt Euer Blut und Euer Leben opfern, damit die Kapitalisten ihren Reichtum vermehren und ihre Herrschaft erweitern.

Ihr müsst diesem Verbrechen ein schnelles Ende bereiten.

Entlarvt die Kriegsverbrecher hüben und drüben, macht ihnen die chauvinistische Verhetzung der Völker unmöglich!

Kämpft gegen alle Einschränkungen und Verschlechterungen Eurer Ernährung und Bekleidung*! Kämpft um mehr Brot, Butter, Fleisch für Euch und Eure Kinder!*

Kämpft gegen die Arbeitsantreiberei und Lohndrückerei! *Kämpft um höhere Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit!* Kämpft um den Achtstundentag!

Kämpft um ausreichende Unterstützung der Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Soldaten!

Soldaten an der Front! Fordert bessere Verpflegung und Löhnung.
Glaubt nicht dem Schwindel und Betrug, die durch die Radiosendungen der kapitalistischen Regierungen über den Krieg verbreitet werden.

Lasst euch durch die Hetze der sozialdemokratischen und katholischen Führer gegen die Kommunisten und gegen die Sowjetunion nicht verwirren. Sie wollen Euch dem englischen Imperialismus ausliefern, der Euch auf die Stufe eines Kolonialvolkes herabdrücken und Deutschland zu seinem Vasallenstaat machen will.

Unterstützt das tschechoslowakische und österreichische Volk in seinem Kampfe für die Befreiung vom Joch der faschistischen Herrschaft des deutschen Imperialismus und in seinem Kampfe für nationale Freiheit und Unabhängigkeit.

Nur die revolutionäre Aktion der werktätigen Massen in den Betrieben und der Soldaten an der Front wird der Faschismus stürzen und den Krieg beenden. Lasst Euch nicht durch die provokatorische Agitation für individuelle Sabotageakte und Desertion der Soldaten von dieser Aufgabe ablenken.[43] Der Krieg gegen die Feinde im

43 Aufrufe zur Desertion als Teil des Widerstandes lehnte die KPD strikt ab, gegen weite Teile des Pazifismus und des Widerstands. Auf den 4.10.1939 datiert ist bspw. ein Aufruf des deutschen Dichters Fritz von Unruh an die deutschen Soldaten, der im April/Mai 1940 als Flugblatt in einer Auflage von über 100 000 hinter den deutschen Angriffslinien in Frankreich abgeworfen wurde. Im Schlusssatz werden die Soldaten aufgefordert, „den Kriegstreibern in die Arme zu fallen und sich mit denen zu verbrüdern, die ebenfalls für die Freiheit kämpfen. Mit der abschliessenden Losung: „Der Feind steht nicht am Rhein, der Feind sitzt in Berlin", wird die Analogie zu Karl Liebknechts Haltung im Jahre 1914 offensichtlich. „Das Hitlersystem ist nicht die Knochen eines einzigen deutschen Soldaten wert. Denkt an alle Leiden und Schrecken seit 1933, gedenkt der Verfolgten, Eingekerkerten, Erschlagenen und heimlich Ermordeten. Die Stunde der Abrechnung ist gekommen! Sagt Euch los von den Brandstiftern und Tyrannen. Fallt den Kriegstreibern in die Arme. Bekennt Euch zu unserem Volke und zu Deutschland. Verbrüdert Euch mit denen, die wie wir für die Freiheit kämpfen. Kameraden erkennt: Der Feind steht nicht am Rhein, der Feind sitzt in Berlin." (Karlheinz Lipp: „Der Feind sitzt in Berlin". Ein Flugblatt und seine Geschichte. Fritz von Unruhs Aufruf an die deutschen Soldaten vom 4. September 1939. In: *Praxis Geschichte*, Heft 4, 2009, S. 50–51).

eigenen Land und die Verbrüderung der Soldaten an den Fronten wird diesem Kriegsverbrechen ein Ende machen.

Es lebe die Aktionseinheit des werktätigen Volkes Deutschland gegen den Hitlerfaschismus und den deutschen Imperialismus!

Krieg dem imperialistischen Kriege und den Kriegstreibern!

Es lebe die Freundschaft des deutschen Volkes mit dem mächtigen Sowjetvolke!

Nieder mir den Hetzern gegen die Sowjetunion!

Es lebe die internationale Solidarität der Werktätigen aller Länder! Es lebe die Völkerverbrüderung gegen Faschismus und Imperialismus!

Es lebe die sozialistische Revolution!

Hoch der Sozialismus!

1. September 1939[44]

Zentralkomitee
der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale)



Am 29.9.1939 ratifizierte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion einen sog. sowjetisch-estnischen Beistandspakt, der am Vortag in Moskau abgeschlossen wurde.[45]

Am 2.10.1939 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion eine Ausweitung der Kompetenzen der Presseabteilung des Außenkommissariats, dem nun die Leitung aller Auslandsrubriken in zentralen Presseorganen und Radiosendungen obliegen sollte. Die Publikation von Artikeln „zu den Fragen des internationalen Lebens und der Außenpolitik der UdSSR" sollte forciert werden; unter anderem sollte die Auslandsrubrik der Gewerkschaftszeitung *Trud* erweitert werden, um eine „nicht offiziöse Beleuchtung der sowjetischen öffentlichen Meinung zu internationalen Fragen in ihren verschiedenen Facetten" zu produzieren.[46]

Am 2.10.1939 befasste sich das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion mit dem Schicksal der anläßlich der Besetzung Ostpolens zu Kriegsgefangenen gemachten Angehörigen der polnischen Streitkräfte. Unter anderem wurde beschlossen, polnische Offiziere und Polizisten in einem gesonderten Lager zu internieren.[47]Am 3.10.1939 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, den Feldgerichten an der ukrainischen und weißrussischen Front zu erlauben, Todesurteile an Zivilisten und ehemaligen Offizieren der polnischen Armee zu vollstrecken.[48]

Am 8.10.1939 traf das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion eine Reihe von Beschlüssen zur personellen Besetzung der für die neue, durch die Aufteilung des polnischen Staatsgebiets entstandene

---

44 Das Dokument wurde vordatiert.
45 RGASPI, Moskau, 17/3/1014, 52.
46 RGASPI, Moskau, 17/3/1014, 62.
47 APRF, Moskau, 3/3/614, 228–230. In russischer Sprache publ. in: I.I. Kostjuško (Hrsg.): Materialy „osoboj papki" Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) po voprosu sovetsko-pol'skich otnošenij 1923–1944 gg., Moskva, [Institut slavjanovedenija i balkanistiki], 1997, S. 94–95. Es handelt sich um die unmittelbare Vorgeschichte das Massakers von Katyn, siehe hierzu den Politbürobeschluß vom 5.3.1940.
48 APRF, 3/162/26, 21. Publ. in: Kostjuško: Materialy „osoboj papki", S. 96.

Demarkationslinie der deutsch-sowjetischen Grenze zuständigen Organe. Der sowjetischen Delegation hierzu eingerichteten deutsch-sowjetischen Kommission sollte ein Vertreter des NKID, zwei des Generalstabs der Roten Armee sowie ein Vertreter der Grenzschutztruppen angehören. Die Kommissionsarbeiten sollten bis zum 31.3.1940 abgeschlossen sein.[49]

Ebenfalls am 8.10.1939 wurde der am 5.10.1939 geschlossene sog. sowjetisch-lettische Beistandspakt vom Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion ratifiziert.[50]

Dok. 461

Aufzeichnungen Ulbrichts zur „Wirkung des Nichtangriffspaktes in Berlin"

[Moskau], 17.10.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/10a/317, 103–104. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 138–141.

Ueber die Wirkung des Nichtangriffspaktes in Berlin.[51]

Aus den vorliegenden Berichten unserer Instrukteure über die Massenstimmung bei Bekanntgabe des Paktes geht hervor, dass die Autorität der Sowjetunion und des Kommunismus gewachsen ist. Zunächst knüpften die revolutionären Arbeiter daran an, dass durch den Pakt die ganze antibolschewistische Hetze des Faschismus widerlegt wurde und dass die SU für den Frieden ist. Zunächst wehrten sie sich gegen die Demagogie der Nazis. In Berlin und Umgebung hingen riesengrosse Plakate mit Bildern des Genossen Stalin und von Ribbentrop mit Texten wie: „Die Sowjetunion schlägt sich zur Achse" oder „Zwei Diktatoren erkennen die Gefahr".[52] Schwankungen traten ein in der Frage, dass durch den Pakt die Aggression Hitlers gegen Polen

---

49 RGASPI, Moskau, 17/162/26, 70–71.
50 RGASPI, Moskau, 17/3/1015, 8.
51 Handschriftlich darüber: „Für Gen. Manuilsky". Seit dem 28.9.1939 wurde der ursprüngliche Nichtangriffspakt durch den „Deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag" ergänzt, in dem u.a. in drei geheimen Zusatzprotokollen die Aufteilung Ost-Mittel- und Teilen Südosteuropas zwischen Deutschland und der Sowjetunion niedergelegt wurde. Im zynischen Eingangsabsatz hieß es: „Die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR betrachten es nach dem Auseinanderfallen des bisherigen Polnischen Staates ausschließlich als ihre Aufgabe, in diesen Gebieten die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und den dort lebenden Völkerschaften ein ihrer völkischen Eigenart entsprechendes friedliches Dasein zu sichern." (siehe: 100(0) Schlüsseldokumente zur russischen und sowjetischen Geschichte, http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0027_gre&st=1939&l=de; vgl. den Politbürobeschluß vom 19.10.1939).
52 Diese sensationell anmutende Beschreibung Ulbrichts von Berliner Plakaten konte bisher nicht verifiziert werden. Daß Ulbricht die propagandistischen Rechtfertigungen des Stalin-Hitler-Paktes positiv sieht, versteht sich von selbst.

unterstützt würde. Manche Sozialdemokraten sehen nicht die internationale Bedeutung der Politik der SU, sondern glaubten die Sowjetregierung vertrete nur nationale Interessen und habe aus diesem Grunde den Pakt abgeschlossen. Gewisse bürgerliche Kreise, die gegen Hitler sind, äusserten sich gegen den Pakt, weil sie auf England spekulierten.

Unsere Instrukteure berichten u.a. über folgende Äusserungen von Genossen und Arbeitern in diesen Tagen: Ein Genosse hob hervor, dass der Pakt dem Frieden dient und Hitler dadurch gezwungen wurde, seine Aggression gegen die SU aufzugeben. Ein Genosse aus einem grossen Metallbetrieb berichtete: „Der Abschluss des Nichtangriffspaktes hat bei uns wie eine Bombe eingeschlagen. Die Arbeiter grüssten sich morgens mit Rot Front. Einigen, die mit Heilt [sic] Hitler grüssten, wurde von anderen gesagt, jetzt heisst es nicht mehr Heil Hitler, sondern Heil Moskau".[53]

Ein Genosse sagte, alles hätte ich erwartet, aber nicht so etwas. Ihr müsst doch verstehen, dass unsere Augen alle nach der Sowjetunion gerichtet waren. Täglich haben wir mit dem Abschluss eines Paktes mit England, Frankreich und der SU gerechnet. Statt dessen Abschluss mit Deutschland. Ich weiss zwar, dass die SU nichts tut, was dem Faschismus helfen könnte, aber in diesem Falle ist sie doch zu weit gegangen.

Der Leiter einer Parteigruppe berichtet: Ich begründete von vornherein die Notwendigkeit des Paktes. Ich berief mich auf die Rede des Genossen Stalin auf dem XVIII. Parteitag.[54] „Chamberlain und Daladier haben einen grossen Schlag erhalten, aber Hitler noch viel mehr. Der Antikominternpakt ist gesprengt."[55] „Der Nichtangriffspakt ist vollkommen richtig und dokumentiert die Stärke der SU".

Ein Student äussert: „Russland hat England und Frankreich verraten in dem Moment, wo die beiden Staaten einen Schlag gegen das Hitlersystem führen sollten". „Russland hat seine Prinzipien aufgegeben zugunsten der russischen Nation".[56] Vor

53 „Heil Moskau" war nicht nur eine Paraphrasierung des Hitlergrußes, sondern der Rückgriff auf kommunistische Grußformeln der späten 20er Jahre, als Parolen wie „Heil Sowjet" zum Repertoire der KPD gehörten (siehe Eumann: Eigenwillige Kohorten, S. 195).

54 Gemeint ist der XVIII. Parteitag der KP der Sowjetunion (10.–21.3.1939), siehe Dok. 456.

55 Der sogenannte Antikominternpakt wurde am 25.11.1936 zwischen Deutschland und Japan geschlossen, offiziell um den Kampf gegen die Aktivitäten der Komintern zu koordinieren. Ein Zusatzvertrag beinhaltete auch den gegenseitigen Verzicht auf vertragliche Vereinbarungen mit der Sowjetunion, was durch den Abschluss des Stalin-Hitler-Paktes gebrochen wurde. 1937 schloss sich Italien dem Antikominternpakt an, im Frühjahr 1939 Mandschukuo, Franco-Spanien und Ungarn. Nach dem Pakt schien sogar ein Beitritt der Sowjetunion zum Antikomintern-Pakt im Rahmen des Möglichen; so kolportierte Joachim von Ribbentrop am 24.8.1939 bei seinem Moskaubesuch ein angeblich in Berlin kursierendes Gerücht, Stalin bzw. die Sowjetunion selbst werde dem Antikominternpakt beitreten (siehe: Brügel: Stalin und Hitler, S. 88–90). Eine tatsächliche Sondierung der UdSSR in Richtung auf einen Beitritt zum 1940 als „Dreierpakt" wiederbelebten Antikominternpakt erfolgte während Molotovs Reise nach Berlin im November 1940 und ist auch in den Tagebüchern Dimitrovs belegt (vgl. Besymenski: Stalin und Hitler, S. 326f.; Dimitroff: Tagebücher, I, S. 321f.).

56 Der Pakt gilt als endgültiges Abrücken von den internationalistischen Prinzipien der Sowjetunion zugunsten nationaler und imperialer Interessen, was nicht nur von NS-Seite, sondern auch von der

der Sitzung einer Berliner Parteileitung äusserte sich der verantwortliche Genosse für den Pakt und begründete das mit der Stalinrede auf dem XVIII. Parteitag. Ein anderes Leitungsmitglied sagte, dass der Pakt für die SU richtig ist, um Chamberlain und Daladier zu zeigen, dass die SU nicht gewillt ist, für sie in den Krieg zu ziehen. „Aber für Polen und für uns ist jetzt eine schwierige Lage eingetreten".

Ein drittes Leitungsmitglied erklärt: „Es ist nicht leicht, sich sofort ein Bild von all dem Geschehenen zu machen. Aber eins dürfen wir nicht verlieren, den Glauben an unser Vaterland, die Sowjetunion. Wir dürfen keine Angst vor den Schwierigkeiten haben, noch nie hatten wir eine so gute Gelegenheit, so offen für die SU einzutreten. Hitler ist doch als Lügner entlarvt." Ein anderes Leitungsmitglied erklärte nach einer Ansprache: „Wir möchten erklären, dass wir als Gruppe des KJV[57] unbedingtes Vertrauen zur Politik der SU und insbesondere zum Genossen Stalin haben.

Aus vielen Aeusserungen von Arbeitern geht hervor, dass sie zunächst vor allem die Nazilügen entlarvten, indem sie hervorhoben, dass jetzt die faschistische Presse das Gegenteil von dem über die SU schreibt, was sie bisher geschrieben hat. Ein Arbeiter sagte: „Ich denke, die Russen haben nichts zu fressen und Stalin sei ein Räuber? Da kann man mal wieder sehen, wie gelogen und betrogen wird. Wir tun gut, uns mit den Russen zu verbinden, von uns bliebe ja doch blos Asche übrig, wenn wir auch noch die Russen gegen uns hätten. Ich war schon immer für die Russen. Frieden, das weiss ich schon lange". Ein Parteigenosse: Und wenn die ganze Welt gegen die SU ist, für mich gibt es kein Wanken. Die Politik der SU ist die Politik der Komintern und da darf es für uns Kommunisten keine Zweifel geben.

In der Sitzung einer Berliner Parteileitung wurde sofort zum Pakt Stellung genommen. Der Instrukteur erklärte, welch grosse Möglichkeiten jetzt im Kampf gegen das Hitlersystem und für die Popularisierung des Sozialismus bestehen. „Ueberall, wo man sich über die SU unterhält, müssen wir eingreifen, Fragen stellen, sich sehr eingehend über das Wirtschaftsleben der SU informieren. Wir müssen die früheren Nazilügen gegen die SU widerlegen".

In einem Rüstungsbetrieb gab es folgende Unterhaltung zwischen dem Vertrauensrat und einem Arbeiter: *Vertrauensrat*: „Ich bin ja auch nur gezwungen in der NSDAP, jeder will doch gerne seinen Arbeitsplatz erhalten, wenn er eine Familie hat, ich war ja niemals einer von den Scharfen". *Arbeiter*: „Na, Maxe, brauchst ja keine Angst zu haben, gegen die kleinen Nazis sind wir loyal".

In einem Berliner Lokal sitzen Bauarbeiter von der Nord-Süd-Bahn.[58] Der Wirt sagt: „Hoffentlich verwirklichen sie auch das Programm der KPD". – Die Arbeiter:

---

russischen sozialistischen Emigration so gesehen wurde (siehe: David Brandenberger: Proletarian Internationalism, ‚Soviet Patriotism' and the Rise of Russocentric Etatism During the Stalinist 1930s. In: *Left History* 6 (2000), 2, S. 80–100).

57 KJV (Abk.): Kommunistischer Jugendverband Deutschlands.

58 *Nord-Süd-Bahn*: Gemeint ist der Nord-Süd-Tunnel der Berliner S-Bahn, u.a. mit dem S-Bahnhof Friedrichstraße, errichtet zwischen 1934 und 1939.

„Na, da kannst Du lange darauf warten". Sie sprachen über die Kommunisten, als ob die KPD niemals verboten war.

Vielfach wurde auch anders diskutiert und gesagt, man könne nicht verstehen, dass die SU mit Deutschland einen Pakt abschliesst. Aber nach einigen Tagen legte sich auch diese Verwirrung. Ein Bauer sprach davon, dass es ein Glück sei, dass die Russen mit uns einen Pakt abgeschlossen haben. Er begründet es damit, dass wir Haue gekriegt hätten „dass uns ein für allemal die Lust vergangen wäre, andere Völker zu überfallen".

Auf die überzeugten Nazis wirkte der Pakt wie eine kalte Dusche, das sei Verrat am Naziparteiprogramm. Ein Nazi sagte: „Da haben wir die Russen ja schön hereingelegt". Ein anderer Nazi antwortet: „Quatsch, die Russen haben uns hereingelegt, wir sind doch nach Moskau gegangen". Aus einem Bericht über den Erntehilfsdienst deutscher Studenten[59] wird gesagt, dass ein Junker sich gegenüber Studenten über die Stimmung der Bauern folgendermassen äusserte: „Die Bauern in meiner Umgebung sind grosse Freunde der SU. Sie sind fast alle Kommunisten oder denken wenigstens so. In ihren Gesprächen kommt immer wieder zum Ausdruck, dass nur recht bald die Zeit kommen möge, wo sie mein Gut aufteilen können. Wenn sie abends zusammenkommen, ist das das Hauptthema. Auch sonst schimpfen sie über alles.

17.10.1939/6 Ex/Bi.



Auf Vorschlag des NKVD-Vorsitzenden Lavrentij Berijas beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 13.10.1939, die ca. 33.000 polnischen Soldaten, die aus dem nun von Deutschland besetzten Teil Polens stammten, in der nächsten Zeit an Deutschland zu übergeben und Verhandlungen in diesem Sinne zu führen.[60]

Am 15.10.1939 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, eine Gruppe von Spezialisten nach Deutschland zu entsenden, um „neue technische Errungenschaften der Deutschen in Schiffsbau, Artillerie, Schiffstechnik, Panzerung, wie auch zur Eisenmetallurgie, darunter zur Mechanisierung des Erzabbaus, vor allem zur Stahlherstellung ohne Verhüttungsprozess, in Erfahrung zu bringen". Über die Möglichkeiten, in den betreffenden Bereichen Bestellungen aufzugeben, seien Erkundungen einzuziehen.[61]

Am 19.10.1939 ratifizierte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion den am 4.10. geschlossenen „Deutsch-sowjetischen Freundschafts- und Grenzvertrag" einschließlich der Zusatzprotokolle zur Aufteilung Ostmitteleuropas.[62]

---

59 *Erntehilfe*: Studentische Erntehilfsdienste waren Bestandteil des nach dem Gesetz zur Arbeitspflicht 1935 geschaffenen Reichsarbeitsdienstes unter Reichsarbeitsführer Konstantin Hierl.
60 APRF, Moskau, 3/162/26, 71. Publ. in: Kostjuško: Materialy „osoboj papki", S. 96–97.
61 RGASPI, Moskau, 17/162/26, 73.
62 RGASPI, Moskau, 17/3/1015, 22; APRF, Moskau, 3/64/674, 47. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 232.

Am 20.10.1939 legte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Zusammensetzung der sowjetischen Delegation in der neu geschaffenen deutsch-sowjetischen Evakuierungskommission fest.[63]

Am gleichen Tag beschloss das Politbüro, der Komintern bis Ende 1939 einen Kredit von 3.500.000 Tscherwonzenrubel und 200.000 Goldrubel zu gewähren.[64]

Dok. 462

Anweisungen der KPD-Führung zu den Aufgaben der Partei unter den neuen Bedingungen des Paktes

[Moskau], 21.10.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/10a/317, 111–119; 495/15/274, 56–66. Deutsche Quelle: IML ZK SED ZPA 3/1/451, 151–153. In deutscher Sprache publ. in: Müller: Die Akte Wehner, S. 382–395. Auszugsweise publ. in: Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!", S. 172–175. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 143–154.

Vertraulich[65]

Brief der Parteileitung an die Leitungen und Funktionäre der K.P.D. im Lande über die Aufgaben der Partei.[66]

21.10.1939

Liebe Freunde,
In den Berichten, die uns in letzter Zeit zugingen, sind verschiedene Fragen aufgeworfen worden, die im *Artikel des Genossen Dimitroff*[67] und auch in der *gemeinsamen Erklärung der Kommunistischen Parteien Deutschlands, Oesterreichs und der Tschechoslowakei*[68] grundsätzlich beantwortet werden. In diesem Brief an die Parteilei-

---

63 Kostjuško: Materialy „osoboj papki", S. 120.
64 RGASPI, Moskau, 17/162/26, 75. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 782.
65 In der oberen linken Ecke: „10 Ex./Kls. 26.X.39„
66 In verstümmelter Form wurden Auszüge aus dem Dokument auch in der DDR veröffentlicht, siehe: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, Dok. 64, S. 530.
67 Siehe: G. Dimitroff: Der Krieg und die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder. In: *Kommunistische Internationale* 20 (1939), Nr. 8–9, S. 1112–1125 (2.11.1939). Publ. in: Georgi Dimitroff: Ausgewählte Schriften. III: 1935–1948, Berlin (-Ost), Dietz, 1958, S. 101–184.
68 Nach zähen Diskussionen im EKKI wurde der ursprünglich als KPD-Dokument vorgesehene Aufruf (siehe Dok. 460) am 11.11.1939 als Aufruf der KP Deutschlands, Österreichs und der Tschechoslowakei unter dem Titel „Gegen den imperialistischen Krieg – Für den Frieden und die Freiheit der Völker" beschlossen (RGASPI, Moskau, 495/10a/310, 121–142). Im Unterschied zu den meisten anderen Programmdokumenten aus der Paktperiode enthielt der Aufruf einige zutreffende Charakterisierungen des Nationalsozialismus, plädierte für einen Internationalismus der Verbrüderung und forderte

tungen und Funktionäre im Lande wollen wir einige Aufgaben unserer Partei näher erläutern.

1. Die Aufklärung über den Krieg.
Die gegenwärtige Lage erfordert von den Kommunisten vor allem *Klarheit in der Beurteilung des Krieges* als eines imperialistischen Krieges und *Festigkeit* in der Widerlegung der Kriegslügen, die von den kriegführenden imperialistischen Mächten verbreitet werden. In diesem Krieg suchen die imperialistischen Mächte und ihre Agenten in der Arbeiterbewegung mit raffinierten Mitteln die werktätigen Massen irrezuführen und für ihr verbrecherisches Spiel einzufangen. [...]

Jeder Kommunist, jeder revolutionäre Arbeiter in Deutschland kann und darf stolz sein, wenn er heute – in der geeigneten Form – *nationalsozialistischen Werktätigen* auseinandersetzen kann, daß gerade die Sowjetunion es ist, die das deutsche Volk durch den *Vertrag mit Deutschland* vor dem schlimmsten Krieg bewahrt hat, in den es nach den verbrecherischen Plänen der imperialistischen Reaktion gestürzt werden sollte. Jeder Kommunist soll, soviel er nur vermag, aufklärend wirken über die *Entwicklung der UdSSR* von der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution bis zum siegreichen Triumph des Sozialismus auf einem Sechstel der Erde. Jetzt ist es an der Zeit, *den Nationalsozialisten und anderen Werktätigen [sic] die Augen zu öffnen*, damit sie ganz verstehen, auf welcher Grundlage die SU zu ihrer Stellung als stärkste Friedensmacht gelangt ist. Die Kommunisten können und sollen ihnen berichten von der *Ausrottung der kapitalistischen Ausbeuter*, Unterdrücker und Kriegstreiber *durch die Revolution* der Arbeiter, Bauern und Soldaten, – von der Verwirklichung der sozialistischen Demokratie durch die Stalinsche Verfassung, – von der Errichtung einer gewaltigen sozialistischen Industrie und Landwirtschaft durch die Verwirklichung der Stalinschen Fünfjahrespläne, – von der erstmaligen Verwirklichung des vollen Selbstbestimmungsrechtes der Nationen durch den Sozialismus und der friedlichen Zusammenarbeit der Nationalitäten in der UdSSR.

Das ist zur Zeit die wichtigste Aufgabe, weil ihre Erfüllung dazu beiträgt, dem in den deutschen Werktätigen – einschließlich der nationalsozialistischen – vorhandenen Hass gegen den Kapitalismus und den immer stärker werdenden Drang zur Verwirklichung des Sozialismus eine klare Richtung zu geben. Dadurch werden auch die Manöver der reaktionären Kräfte in Deutschland und die Einwirkung der reaktionären Propaganda des englischen und französischen Imperialismus durchkreuzt. [...]

Die Arbeit der Kommunisten in dieser Richtung schafft unzerstörbare Voraussetzungen für die Ablehnung und Demaskierung aller Versuche – gleichgültig, von welcher imperialistischen Seite sie kommen mögen – die Volksmassen mit falschen Reden über einen „Frieden" einzufangen, der kein wirklicher Friede ist. [...]

---

neben der Freiheit des deutschen Volkes die Selbstbestimmung der Österreicher, Tschechen, Slowaken und Polen. Wahrscheinlich sollte der Aufruf deshalb wieder zurückgezogen werden, doch die Entscheidung des EKKI-Sekretariats erfolgte offenbar zu spät, um eine Veröffentlichung noch zu verhindern (hierzu Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 184–186).

Unsere wichtigsten Aufgaben sind also: die Enthüllung des imperialistischen Krieges. Es gilt, die Massen für die Friedenspolitik der Sowjetunion zu gewinnen und sie davon zu überzeugen, daß ein wirklicher Frieden nur durch die Beseitigung der Ursachen des Krieges, der Herrschaft des Grosskapitals herbeigeführt werden kann. Gegenüber der Expansionspolitik des Faschismus *kämpfen wir für das Selbstbestimmungsrecht der vom Faschismus unterdrückten Völker und für die internationale Klassensolidarität des Proletariats* im Kampfe gegen den imperialistischen Krieg und für den Sozialismus. Diese internationale Solidarität muß u.a. ihren Ausdruck finden im Kampfe um die Verbrüderung der Soldaten.

2. Die Organisierung des antikapitalistischen Kampfes.
[...] Im Vordergrund steht zunächst die Aufgabe, *die Massen zu Widerstandsaktionen in den vielfältigsten Formen in Bewegung zu bringen* (also nicht individuelle Sabotageakte). Der nächste Schritt ist, *die Opposition zu stärken*, den Aktionswillen der Massen zu wecken und die Massen an den revolutionären Kampf heranzuführen. Dabei ist es notwendig, *kleine illegale Komitees* aus revolutionären Arbeitern zur Organisierung des Kampfes zu bilden. Es gilt, die verschiedenen Aeusserungen der Unzufriedenheit zum Anlass zu nehmen, *den Hass gegen das kapitalistische System* zu stärken. Es genügt nicht zu zeigen, welches Unglück das Hitlerregime über das deutsche Volk gebracht hat, sondern es ist notwendig, darüber hinaus zu beweisen, daß die Ursache all dessen die *Herrschaft des Großkapitals* ist. [...]

Wir müssen den Massen erklären, *dass die in Deutschland herrschenden Trust- und Bankherren und neureichen faschistischen* Funktionäre, die eine kleine Minderheit sind, das deutsche Volk in den Strudel des Krieges und des kapitalistischen Chaos gerissen hat [sic], in der Hoffnung, auf diesem Wege die Existenz des verfaulenden kapitalistischen Systems verlängern zu können. [...]

4. Die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiter.
Der Ausbruch des Krieges, der Uebergang der Parteien der II. Internationale in das Lager des englischen Imperialismus und sogenannter „demokratische“ bürgerliche Richtungen auf die Seite der imperialistischen Kriegstreiber, *macht die bisherige Weiterführung der Taktik der Einheits- und Volksfront* unmöglich. Mit den Verrätern der Arbeiterklasse und des deutschen Volkes, mit den erbitterten Feinden der sozialistischen Sowjetunion kann es keine Gemeinschaft geben. Die verräterischen sozialdemokratischen Führer und jene sogenannten „Antifaschisten“, die die Einheits- und Volksfront sabotierten, als es darum ging, den Kampf für die Erhaltung des Friedens zu führen, sie spielen sich jetzt als „Kämpfer“ für die „Demokratie“ auf,[69] worunter sie die Unterdrückung der Kommunisten, die Zerstörung der Arbeiterorganisationen und die Errichtung der kapitalistisch-imperialistischen Militärdiktatur in Frankreich verstehen. Der Krieg verschärft die Krise des Kapitalismus und stellt die Arbeiter-

69 Vermutlich gegen Willi Münzenberg gerichteter Vorwurf, im Zusammenhang mit den völlig unberechtigten Beschuldigung der Sabotage der Volksfront, die seinerzeit gegen ihn erhoben wurden.

klasse vor die *historische Aufgabe der Beseitigung des Kapitalismus und der Verwirklichung des Sozialismus.*

Die gegenwärtige Lage bringt eine *wesentliche Veränderung im Denken der breiten Massen* mit sich. Grosse Teile der früheren sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftler, sowie viele katholische Arbeiter *fühlen sich enger mit der sozialistischen Sowjetunion verbunden* und ihr Wille zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg und für den Sozialismus wächst. Die sozialistischen Ideen dringen bis tief in die Reihen der *Jugend-* und *Naziwerktätigen* ein. Die Gewinnung dieser breiten Kreise der Werktätigen für den gemeinsamen Kampf um den Sozialismus ist durch die Zerstörung der Grundlage der antibolschewistischen Ideologie des „Nationalsozialismus" erleichtert.

Unter diesen Bedingungen muss die Partei ihre Kraft darauf konzentrieren, die *Aktionseinheit der Arbeiter herzustellen*, die Sozialdemokraten, Gewerkschafter, christliche, parteilose und nationalsozialistische Arbeiter, *für den gemeinsamen Kampf mit der KPD und für die sozialistische Sowjetunion zu gewinnen* und die reaktionären früheren führenden Kräfte der SPD und der früheren bürgerlichen Parteien, die auf den englischen Imperialismus spekulieren, zu isolieren, sie als Verräter zu bekämpfen. […]

Die Erfüllung dieser Aufgaben erfordert *die systematische geduldige Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen*, insbesondere in der DAF und in den Organisationen des Reichsnährstandes.[70] Der Umschwung, der sich bei vielen nationalsozialistischen Anhängern vollzieht, gibt die Möglichkeit, größere Kreise von „nationalsozialistischen" *Funktionären* zu beeinflussen und für den Kampf um ein neues, ein sozialistisches Deutschland zu gewinnen. […]

6. Die Stärkung der Parteiorganisation und ihre illegalen Aufgaben.
Die Erfüllung der historischen Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse ist abhängig von der *politisch-organisatorischen Stärkung der KPD*. Manche Genossen beschränken sich auf die individuelle mündliche Propaganda und haben noch nicht erkannt, daß die großen Aufgaben, die unter den Bedingungen des Krieges vor der Partei stehen, nur durch *eine starke illegale Parteiorganisation* erfüllt werden können. […] Genossen, die bei solchen Ereignissen wie bei Kriegsausbruch oder bei Bekanntwerden des sowjetisch-deutschen Paktes *hartnäckig einen falschen Standpunkt vertraten, müssen von den leitenden Funktionen entfernt und durch kampfesmutige, politisch richtig orientierte Genossen ersetzt werden.* Angesichts der Bemühungen der Trotzkisten und der Agenten des Imperialismus, die unter den verschiedensten Verkleidungen versuchen, in unsere Organisationen einzudringen, ist verstärkte Wachsamkeit notwendig.

Die *Parteileitungen und Zellen* müssen unmittelbar *selbständig auf alle Ereignisse reagieren*, die Hauptargumente des Faschismus sofort beantworten und die Organisierung des revolutionären Kampfes in den Betrieben und Massenorganisationen

70 Zum Reichsnährstand siehe Dok. 370.

leiten. Es ist notwendig, Arbeiter, die sich im Kampfe bewährt haben, für die Partei zu gewinnen und dadurch die *Parteizellen zu stärken und die Zahl der Parteigruppen zu vermehren*. Von größter Bedeutung für die Führung des Massenkampfes [sic] ist die *Herausgabe illegaler vervielfältigter Flugblätter und Zeitungen* durch die Parteileitung im Lande.[71] Diese illegalen Zeitungen sind gleichzeitig ein organisatorisches Mittel, einen Kreis von Sympathisierenden um die Partei zu bilden.

Vor der KPD steht in der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus die Aufgabe, *die Arbeiterklasse zum Kampf um den Sozialismus zu einigen und in diesem Kampfe zu führen*. Durch die größte Kampfinitiative, durch bolschewistische Festigkeit, durch die Meisterung des Marxismus-Leninismus muß sich in dieser historischen Situation jeder Kommunist bewähren.

71 Eine Parteileitung im Lande gab es nicht, genausowenig wie den hier beschworenen Massenkampf.

Dok. 463

Über die Stimmungen in Deutschland nach dem Stalin-Hitler-Pakt (aus den Deutschland-Berichten der Sopade)

[Paris], [24.10.1939]

Veröffentlicht in: *Deutschland-Berichte [der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands]* VI (1939), Nr. 8, S. A26–A31 (Nachdruck: Klaus Behnken (Hrsg.): Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940. Sechster Jahrhang 1939, Salzhausen-Frankfurt am Main, Verlag Petra Nettelbeck, Zweitausendeins, 1982, S. 985–989).

Deutschland-Berichte [der SOPADE][72]
6. Jahrgang, 1939. Nr. 8.

[...] 4. Die Einstellung zum Russenpakt
Auch die Reaktion der Bevölkerung auf den Abschluß des Russenpaktes läßt sich noch nicht vollständig übersehen. Diese Reaktion kann nicht einheitlich sein. Die Stellung zum Bolschewismus war in den einzelnen Bevölkerungsschichten bis zuletzt verschieden.

War auch die kommunistische Parteiorganisation – nicht nur die legale, sondern auch die illegale – vollständig zerschlagen, so gab es doch noch immer kommunistische Arbeiter, die daran glaubten, daß auch das deutsche Proletariat eines Tages durch den Bolschewismus erlöst würde.[73] [...]

---

72 „Sopade“ war die Bezeichnung für die Exilleitung der SPD in Prag (1933–1938), Paris (1938–1940) und London (1933–1945). Nachdem die meisten SPD-Führer nach Hitlers Machtantritt mithilfe der sudetendeutschen Sozialdemokraten ins Prager Exil gegangen waren, kam es zum Bruch mit der Berliner Führung, die sich zunächst Illusionen über die Möglichkeit einer Weiterarbeit in Hitlerdeutschland gemacht und Hitlers außenpolitischer „Friedensresolution“ vom 17.5.1933 zugestimmt hatte. Die Sopade unterhielt mittels eines Systems von „Grenzsekretären“, die von grenznahen Gemeinden aus Kontakte ins Land knüpften, ein wirksames geheimes Informations- und Widerstandsnetzwerk. Aus den auf diese Weise erhaltenen politischen und wirtschaftlichen Nachrichten setzte die Sopade die sog. „Deutschland-Berichte“ zusammen (auch als „Grüne Berichte“ bekannt), die von 1934 bis 1938 in Prag und von 1938 bis 1940 in Paris herausgegeben wurden. Ihre Zielgruppe waren Sozialisten im Ausland wie auch Untergrund-Kader in Deutschland. Die Berichte erschienen zeitweise zweisprachig (deutsch und englisch), und erreichten eine Auflage von bis zu 1700 Exemplaren (siehe: Marlis Buchholz/Bernd Rother: Einleitung. In: Id. (Hrsg.): Der Parteivorstand der SPD im Exil. Protokolle der Sopade 1933–1940, Bonn, J.H.W. Dietz Nachf., 1995, S. XII-IL; Werner Plum (Hrsg.): Die „Grünen Berichte“ der Sopade. Gedenkschrift für Erich Rinner, Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung, 1984).

73 Ähnliches wurde im Sopade-Bericht Nr. 9 vermerkt, den wiederum Walter Ulbricht am 3.1.1940 (äußerst selektiv) in einen internen Komintern-Bericht umformulierte. Dort hieß es: „Sogenannte Sympathisierende [der KPD] sind fertig mit dem Kommunismus. Die ehemaligen Funktionäre der KPD jedoch sind nach Ueberwindung der ersten Ueberraschung nach wie vor von der Weisheit und Grösse Stalins überzeugt. Sie glauben, dass nun der Bolschewismus erst recht in Deutschland zur Macht kommen würde. Sie glauben einfach an die unüberwindliche Kraft des Bolschewismus, dem Deutschland sich nicht mehr entziehen könne.“ (RGASPI, Moskau, 495/10a/424, 185). Im Sopade-

Unseren Berichten entnehmen wir:
Oberschlesien: Der Abschluß des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes hat wie eine Bombe eingeschlagen. Die größte Überraschung rief er in der Arbeiterschaft und insbesondere bei den Nazis hervor. [...] Eine Diskussion über die Bedeutung des Paktes ist den Nazis untersagt und in den Betrieben gehen die Nazis auf die Anzapfung ihrer Arbeitskollegen nicht ein. Sie sagen nur, daß, nachdem die ganze Welt gegen Deutschland ist und Polen zu einem Kriege gegen das Reich hetzt, es nur natürlich sei, daß der Führer neue Bundesgenossen suchen muß. Aber zweifellos ist das Ganze den Nazis höchst unangenehm, denn ihr bestes Agitationsstück, der Bolschewismus, ist nun erledigt. [...]

Am niederschmetterndsten war die Wirkung des Paktabschlusses in der *Arbeiterschaft*. Stalin hat die gesamte internationale Arbeiterbewegung verraten, hieß es, und Diktatoren sind eben zu jedem Verrat fähig, wenn es sich um die Erhaltung ihrer Macht handelt. Nun sei es erwiesen, daß zwischen Hitler und Stalin kein Unterschied bestehe. Zum Verständnis dieser Reaktion muß man wissen, daß bei uns innerhalb der Arbeiterschaft seit den letzten Jahren eine gemeinsame Kampffront gegen das Nazisystem bestand und insbesondere in den letzten Monaten die Gegensätze zwischen Kommunisten, Gewerkschaftlern und Sozialdemokraten gegenüber dem Kampf gegen den gemeinsamen Gegner sehr zurückgetreten waren.

Soweit im oberschlesischen Industriegebiet die Stimmung in den Betrieben übersehen werden kann, gibt es unter den früheren *Kommunisten* nur ein Urteil: Moskau hat an der Arbeiterbewegung den ungeheuerlichsten Verrat getrieben. Bolschewismus und Nationalsozialismus in einer Front, das kann sich nur gegen die Arbeiterbewegung auswirken. Am deutlichsten kam diese Stimmung auf der Hedwigswunschgrube bei Hindenburg zum Ausdruck,[74] wo kurz nach dem Paktabschluß morgens auf einer der Fahrtstrecken eine große Kreideanschrift zu lesen war: „Nieder mit Stalin und Hitler – Es lebe die freie Republik!" Die Nazis haben zwar diese Aufschrift rasch entfernt, aber sie wurde auf der Grube viel diskutiert und fand allgemeine Zustimmung.

Die früheren *Freigewerkschaftler*[75] und *Sozialdemokraten* erinnern sich der Tatsache, daß die Kommunisten schon einmal in einer Front mit den Nationalsozialisten gestanden haben, nämlich bei der „roten Volksabstimmung" gegen die preußische Regierung Braun-Severing im Jahre 1931.[76] Sie sehen in dem Bündnis Hitlers mit

---

Bericht wurde diese Passage durch den folgenden, von Ulbricht nicht zitierten Satz eingeleitet: „Am verrücktesten steht es bei den ehemaligen Kommunisten selbst." (Siehe: *Deutschland-Berichte [der Sopade]* VI (1939), Nr. 9, S. A12.

74 Die oberschlesische Industriestadt Zabrze wurde 1915 in „Hindenburg" umbenannt. Die sich dort befindliche Hedwigswunschgrube war Teil der Borsig-Werke.

75 *Freigewerkschaftler:* Gemeint sind hier die ehemaligen Mitglieder des von den Nationalsozialisten verbotenen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB).

76 Gemeint ist die von der KPD als „Roter Volksentscheid" propagierte, gescheiterte Abstimmung vom 9.8.1931 für die Auflösung des preußischen Landtages. Siehe Dok. 264–269.

Stalin ein Zeichen der großen Schwäche des Systems, die Hitler zu diesem verzweifelten Schritt genötigt hat.

Berlin, 1. Bericht: Das deutsch-russische Abkommen und die Fahrt Ribbentrops nach Moskau kam allen zunächst wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Es ist keine Übertreibung, wenn man sagt, daß die meisten zunächst regelrecht die Sprache verloren hatten. In den nächsten Tagen konnte man dann den Eindruck gewinnen, daß jene *SA-Leute,* die ehemals dem Roten Frontkämpfer-Bund angehört hatten, den Auftrag hatten, die neue Wendung der Nazipolitik in den Betrieben zu feiern. Sie fanden aber eigentlich nirgends die Kraft dazu. Ein solcher ehemaliger RFB-Mann, der später beim SA-Sturm Maikowski[77] war, sagte: „Ich bezweifle sehr, daß hier Stalin etwas für uns erreicht hat. Hitler ist doch so eng mit dem Kapital verbunden, daß er, wenn wir jetzt etwa hier Sowjets bilden wollten, die ganze Armee gegen uns loslassen würde, wie damals 1919 in Bayern.“[78]

Viele ehemalige *Gewerkschaftler* empfinden das Abkommen als eine Bestätigung ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den Kommunisten und sagen: „Wir haben doch immer gewußt, daß die Brüder noch einmal zusammengehen werden. Wenn es einmal wieder Demokratie gibt, werden sie wenigstens gleich beide erledigt sein.“ Es hat aber auch regelrechte Wutausbrüche gegen die kommunistischen Drahtzieher gegeben, und wer jetzt im Betrieb sich als Verfechter des deutsch-russischen Paktes bekennt, fällt bei den alten Arbeitern radikal ab, ganz gleich, ob es sich bei dem Russenfreund um einen Provokateur oder um einen ehrlich überzeugten Kommunisten handelt.

Es wird jetzt sehr viel mit Provokateuren gearbeitet, die die abenteuerlichsten Gerüchte in die Welt setzen. So wollen einige wissen, Dimitroff sei bereits in Berlin eingetroffen und die Nazis wollten den deutschen Arbeitern die Deutsche Arbeitsfront[79] „wiedergeben“.

2. Bericht: Es ist erstaunlich, mit welchem Mißtrauen man in Deutschland der neuen Freundschaft Hitler-Stalin begegnet. Je mehr die offizielle Propaganda von der russischen wirtschaftlichen Hilfe spricht, desto stärker werden die Zweifel, ob man nicht hereingelegt sei, ob Stalin nicht nur dem Hitler Mut machen wollte zum Absprung in den Krieg und ihn nun im Stich ließe. Diese Zweifel kommen aus der nazistischen Bevölkerung. Unsere eigenen Leute und auch Kommunisten, die an die russische Mitwirkung innerhalb der Friedensfront der Westmächte glaubten, äußern derartige Zweifel nicht, sondern sind vom 100%-igen Verrat Stalins überzeugt.

---

77 Die SA-Standarte 1 war nach Hans Eberhard Maikowski benannt, einem NS-„Märtyrer“ und Führer des „SA-Sturms 33 Berlin Mitte“, auf dessen Konto zahlreiche politische Morde der frühen 1930er Jahre gingen. Maikowski wurde bei einer Straßenschlacht im Anschluss an den NS-Fackelzug zur Feier der „Machtergreifung“ Hitlers am 30.1.1933 erschossen und wie Horst Wessel zum NS-Helden stilisiert (siehe: Sauer: Goebbels’ Rabauken, S. 139).

78 Gemeint ist die Bayerische Räterepublik 1919, die von Regierungstruppen und Freikorps brutal niedergeschlagen wurde. Zum Ablauf der Räterepublik siehe Dok. 13.

79 Siehe hierzu Dok. 462.

Rheinland-Westfalen: Die *Kommunisten* fühlen sich betrogen und sie bringen in den Unterhaltungen im Betrieb oft deutlich zum Ausdruck, daß die Vereinbarung Hitler-Stalin eine furchtbare Enttäuschung für sie ist. Sie sehen alles grau in grau, weil sie nun alle ihre Hoffnungen auf die Zukunft begraben müssen. Mancher von ihnen hatte noch immer den Traum von der Diktatur des Proletariats nicht aufgegeben. Sie sind jetzt ganz fassungslos.

Jetzt erfährt auch die ablehnende Haltung der ehemaligen *Sozialdemokraten* bei all den früheren Einheitsfrontsmanövern in den Augen der Kommunisten ihre Rechtfertigung. Das Ansehen der Sozialdemokraten ist mit einem Schlage ganz erheblich gestiegen und oft sagt man ihnen, daß die Demokratie wohl doch das Beste sei.

Immerhin gibt es auch heute noch Leute, die die Politik Rußlands für richtig halten und die die Schuld an einer Fortsetzung des Krieges den Westmächten zuschieben möchten. Eine solche Haltung macht aber auf die deutsche Arbeiterschaft im allgemeinen keinen Eindruck mehr. Im Gegenteil: Man flüstert sich zu, daß diese Propagandisten offenbar im Dienste der Gestapo stünden. Es handelt sich dabei fast ausschließlich um ehemals führende KPD-Leute. Die Opposition gegen Hitler hat mit Leuten dieser Art nichts mehr gemein.

Nur wer unter der Hitlerdiktatur leben muß, kann diesen Verrat in seiner ganzen Gemeinheit beurteilen. Auch unter den Nichtkommunisten gab es Leute, die außenpolitische Hoffnungen auf Rußland gesetzt hatten. Jetzt empfinden sie nicht nur bittere Enttäuschung, sondern sagen auch: Hitler ist Stalin und Stalin ist Hitler, beide sind einander wert. Eins ist sicher: In Deutschland wird der Kommunismus im Innern keine Gefahr mehr bedeuten. [...]



Am 27.10.1939 beauftragte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Hauptverwaltung der Zivilluftflotte, Verhandlungen mit der Lufthansa zwecks Einrichtung einer Luftlinie Moskau-Berlin aufzunehmen.[80]

Am 10.11.1939 bildete das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion eine Kommission „zur Verwendung der Arbeitskraft von Flüchtlingen", die aus dem deutsch besetzten Territorium Polens in die Sowjetunion geflohen waren. Der nicht zu verwendende Teil der Flüchtlinge sollte zurückgeschickt werden.[81]

Während der Verhandlungen mit Finnland im Oktober-November 1939 veränderte Stalin seine Politik gegenüber der orthodoxen Kirche. Das Politbüro verabschiedete eine an Berija adressierte Instruktion, in der es fortan für „inopportun" gehalten wird, „die Praxis der Organe der NKVD der UdSSR bezüglich der Verhaftungen von Angehörigen des orthodoxen Kultes und der Verfolgung von Gläubigen fortzusetzen". Damit wurde explizit die Instruktion Lenins über „den Kampf gegen die Popen und die Religion" aufgehoben.[82]

---

80 RGASPI, Moskau, 17/3/1015, 37.
81 RGASPI, Moskau, 17/3/1016, 3.
82 Siehe zu diesem Beschluss: Marie: Staline, S. 584.

Dok. 464

Vorschläge der Komintern zur engeren Zusammenarbeit von KPD, KP Österreichs und KP der Tschechoslowakei

[Moskau], 22.11.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1301, 165–166. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 192–194.

8 Ex/Bö Streng vertraulich!
22.XI.1939

Vorschläge
Zur Organisierung der Arbeit der K.P.D., K.P.Oe. und K.P.Tsch.

1.) Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg im Zusammenhange mit der Tatsache der Annektion Oesterreichs und der Tschechoslowakei durch den deutschen Imperialismus erfordert eine engere Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe der Kommunistischen Parteien Deutschlands, Oesterreichs und der Tschechoslowakei. Die allgemeine Linie des Kampfes dieser drei Parteien wird durch die gemeinsame Deklaration dieser Parteien „Gegen den imperialistischen Krieg – für den Frieden und die Freiheit der Völker" gegeben.[83] Darüber hinaus müssen die einzelnen Parteien ihre Taktik den besonderen Bedingungen ihrer Länder anpassen.

2.) Für die kollektive Lösung wichtiger Probleme, für die Koordinierung der Arbeit der einzelnen Parteien und für die Sicherung der Einheitlichkeit ihrer Politik wird ein neu[n]gliedriger „gemeinsamer Ausschuss" der drei Parteien geschaffen. Jede Partei delegiert in diesen „gemeinsamen Ausschuss" je drei führende Genossen. Der gemeinsame Ausschuss hat seinen Sitz in M[oskau].

3.) Darüber hinaus hat jede einzelne Partei ihre eigene Auslandsleitung, deren Sitz ebenfalls M[oskau] ist. Um die einzelnen Parteien miteinander möglichst eng vertraut zu machen, delegieren die einzelnen Parteien gegenseitig je einen Genossen in die Auslandsleitung der Bruderpartei.

4.) Im neutralen Ausland werden Hilfsstellen der drei Parteien für die Arbeit im Land geschaffen. Ihre Aufgabe ist es, Verbindungen ins Land zu schaffen und auszubauen, Publikationen im Ausland herauszugeben und sie ins Land zu schaffen zu schaffen, der Organisation im Lande alle mögliche Hilfe angedeihen zu lassen und als Verbindungsstellen zwischen den Auslandsleitungen in M[oskau] und dem Lande zu dienen. Diese Hilfsstellen sind verpflichtet, sich gegenseitig zu unterstützen bei strenger Beachtung der konspirativen Regel.

83 Zur Deklaration siehe Dok. 462.

5.) Um die Verbundenheit der drei Parteien nach aussen zu demonstrieren und gemeinsame Probleme publizistisch zu bearbeiten, wird die „Internationale" als gemeinsames Organ der drei Parteien herausgegeben.[84]

6.) Eine der dringendsten Aufgaben der KPD und KPOe ist die Schaffung der Parteileitung im Lande selbst sowie auch die Herausgabe eines illegalen Zentralorgans der Partei im Lande. Die KPTsch. ist verpflichtet, alles zu unternehmen, damit die bestehende Parteileitung im Lande gesichert und aktionsfähig bleibt und weitere Verbindungen mit dem Lande ausgebaut werden.[85]

Dok. 465

Von Walter Ulbricht zusammengestellte Stimmungsberichte aus dem Deutschen Reich

[Moskau], 23.11.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/10a/317, 143–146. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 194–199.

23.11.39
7 Ex/Si. *Vertraulich!*

Ueber die Stimmungen in Deutschland.

Wir erhalten von unseren Genossen aus dem Lande Mitteilungen über die Stimmungen in verschiedenen Kreisen der Bevölkerung. Im Nachfolgenden einige Auszüge aus diesen Berichten.

Aus *Elbing*[86] in Ostpreussen wird berichtet:
Die Stimmung der Zivilbevölkerung ist sehr deprimiert und steht sehr im Gegensatz zur Haltung der Parteileute und der jungen Soldaten. Die Zivilbevölkerung fürchtet einen langen Krieg. Diese Furcht hat sich auch nicht etwa seit dem Einmarsch der

84 Die *Internationale* war die 1915 von Rosa Luxemburg und Franz Mehring begründete, ab 1919 als theoretisches Organ der KPD erscheinende Zeitschrift. In der Emigration wurde sie zunächst in Prag, dann in Paris bis 1939 weitergeführt. Die Wiedergeburt der Zeitschrift unter Beteiligung der „drei Parteien" erfolgte nicht, wie auch die gesamte anvisierte Zusammenarbeit der deutschen, österreichischen und tschechischen kommunistischen Partei nicht systematisch anlief. In der KPD-Führung wurden Bedenken laut, „österreichisiert" zu werden (vgl. Dok. 467).
85 Im Unterschied zur KPD besaßen sowohl die KP der Tschechoslowakei, als auch die KP Österreichs funktionierende Inlandsleitungen.
86 Elbing (heute poln. Elbląg), Kleinstadt an der Ostseeküste.

Russen in Polen gebessert. Man glaubt allgemein, dass die Russen eins Tages auch gegen Hitler marschieren werden.

Die Jugend Elbings ist fast durchweg beim Militär. Die Stimmung der eingezogenen jungen Soldaten ist recht zuversichtlich. Bei solchen Soldaten, die aus Polen zurückgekommen sind, ist die Stimmung noch siegessicherer. Sie sind der Ansicht, dass der Krieg nicht lange dauert und siegreich für Deutschland endigt.

Nach Abschluss des deutsch-sowjetischen Paktes bestand über denselben Verwirrung. Zunächst begannen viele Werktätige damit, den Widerspruch zwischen der bisherigen Lügenpropaganda gegen die Sowjetunion und den jetzt in der Presse veröffentlichten Tatsachen festzustellen. Sie wiesen darauf hin, dass demnach alles, was gegen die SU gesagt worden sei, Lüge ist. Manche Sozialdemokraten äusserten: Jetzt hat Eure SU, auf die wir noch gebaut haben, uns auch noch im Stich gelassen. Allmählich wurden die Probleme klarer. „Dass die SU den Westimperialisten die Kastanien aus dem Feuer holen würde, habe ich nie erwartet. Aber warum dann Nichtangriffspakt?" Als man diesen Freund gründlich informiert hatte, schrieb er: „Jetzt gelesen, dann kam der Krieg. Habe alles verstanden. Polen, das eine Kluft zwischen dem deutschen Volke und der SU aufreissen sollte, wird zur Brücke. Jetzt geht es um den Sozialismus gegen die westkapitalistischen Mächte." (Kommunisten in Deutschland im Zuchthaus:) „Der Pakt war nur im Moment überraschend. Er ist richtig und wirkt beschleunigend."[87]

Aus *Dessau* wird berichtet: „Die Naziredner in den Betrieben gehen immer damit um, dass mit einem baldigen Frieden gerechnet werden könne. Die Kräfte in England, die den Frieden wollen, seien sehr am Werke. England müsse nur noch ein bisschen ‚so tun'. In Wirklichkeit sei England sehr dankbar, dass der Führer die englischen Städte noch nicht habe mit Bomben belegen lassen. Dem Führer sei von seinen englischen Freunden mitgeteilt worden, dass der Krieg für Polen gar nicht begeistert geführt werden [sic]".

Ein Bürger äusserte Mitte Oktober folgendes: „Neben den Ernährungs- und Rohstoffschwierigkeiten wird in der Bevölkerung am meisten über die Politik der Sowjetunion diskutiert und zwar in einem für die Hitlerregierung ungünstigen Sinne. Die für Hitler mildeste Auffassung ist die, dass die Sowjets nur die Konsequenz aus dem Verhalten der Westmächte gegenüber Spanien, CSR usw. gezogen haben. Am meisten wird darauf hingewiesen, welche schwere politische Niederlage die Liquidierung des Nazieinflusses im Baltikum und das Vordringen des Bolschewismus in der Westukraine für Hitler und besonders für Ribbentrop bedeutet, die beide einst gerade diese Gebiete zur politischen und militärischen Basis gegen die SU ausersehen hatten. In Offizierskreisen sagt man, militärisch und politisch sei der Russenpakt eine einzig-

87 Zu den Reaktionen von KPD-Mitgliedern in deutschen Gefängnissen auf den Stalin-Hitler-Pakt, siehe zuletzt: Wolfgang Leonhard: Der Hitler-Stalin-Pakt. Zeitzeugen erinnern sich. In: Bayerlein, Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 9–41.

artige Dummheit Ribbentrops, die er noch einmal teuer bezahlen müsse. Statt ein wirkliches Bündnis mit der SU zu erreichen, habe Ribbentrop das Dritte Reich an Stalin auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, dafür seien schon die errichteten sowjetischen Luft- und Flottenstützpunkte im Baltikum[88] und die Bolschewisierung der Westukraine und Westweissrusslands[89] genügender Beweis. Man müsse schon heute aus Furcht vor den Russen zuviel Truppen im Osten lassen, die bei einer Offensive im Westen fehlen würden".

Ueber die *Diskussion unter den Soldaten* wird berichtet:
In der Bevölkerung fragt man die aus Polen zurückgekommenen deutschen Soldaten begierig danach aus, ob sie in Polen die Rote Armee gesehen hätten.[90] Die deutschen Soldaten ihrerseits halten mit ihren Berichten nicht zurück und erzählen von dem disziplinierten Verhalten der Rotarmisten, von den guten Verhältnissen zwischen Offizieren und Mannschaften, von ihrer hervorragenden technischen Ausrüstung, die viel besser als die der deutschen Armee sei, von der hohen Kampfkraft und Moral der Roten Armee. „Wenn die mal gegen uns marschieren, werden deutsche Festungen ebenso schnell kapitulieren, wie Warschau vor uns kapitulierte", sagte ein Leutnant. [...]

Ein Bürger äusserte über die *Stimmung von Soldaten* Ende September: „Selbst in den bisher hitlertreuesten Nazikreisen greift die Zersetzung um sich. Ihnen galt der Bolschewismus als der Weltfeind Nr. 1 und man stellt sich die Frage: ‚Wofür haben wir dann eigentlich gekämpft?' Von einem fanatischen Naziamtswalter hörte ich neulich folgende resignierte Aeusserung: ‚Hitler ist der Gefangene Stalins und Stalin weiss das, er nützt das rücksichtslos aus'."

Ein *Sozialdemokrat* über die *Stimmung unter den Soldaten* Ende September: "Soldaten, die in Polen in Kontakt mit der Roten Armee kamen, sind von ihr begeistert und rühmen besonders das gute Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften,

88 Am 28.9.1939 schloss die Sowjetunion mit Estland, am 5.10.1939 mit Lettland Beistands- und Stützpunktabkommen ab, denen ein verstärkter Druck seitens der SU auf die Vertragspartner vorhergegangen war. Mit Litauen wurde fünf Tage später, am 10.10.1939, ebenfalls ein Vertrag abgeschlossen, der dem Land ihre alte, seit 1922 zu Polen gehörende und nun sowjetisch besetzte Hauptstadt Vilnius zurückgab, es jedoch zur Stationierung sowjetischer Truppen und Flugplätze zwang.
89 Am 26.10.1939 proklamierte eine Volksversammlung in der von sowjetischen Truppen besetzten Westukraine, ein ehemals ostpolnisches Territorium, die Angliederung an die Ukrainische SSR. Ähnliches erfolgte am 30.10.1939 in Westweißrussland (Ostpolen), mit dem Gebiet um Bialystok, das an die Weißrussische SSR angeschlossen wurde.
90 Eine Truppenbegegnung zwischen Wehrmacht und Roter Armee fand 22.9.1939 bei Lublin statt. Auch wurde am gleichen Tag in Brest eine gemeinsame Parade der Roten Armee und der Wehrmacht unter der Führung von General Heinz Guderian und Brigadekommandeur Semen Krivošein abgehalten. Krivošein soll bei dieser Gelegenheit einen Trinkspruch „auf die beiden Führer – gemeint sind Hitler und Stalin –, die aus dem Volke kommen" ausgestoßen und deutsche Journalisten für die Zeit „nach dem Siege über das kapitalistische Albion [Großbritannien]" nach Moskau eingeladen haben (Georg Schmidt-Scheeder: Reporter der Hölle. Die Propaganda-Kompanien im 2. Weltkrieg. Erlebnis und Dokumentation, Stuttgart, Motorbuch Verlag, 1977, S. 101).

was man im hitlerischen Heere nicht kennt. Ein Hafenarbeiter in Hamburg sagte: „Der Pakt sei kein Pakt Stalins mit Hitler, sondern mit dem deutschen Volke gegen Hitler, denn je näher die Rote Armee käme, desto zuversichtlicher könnte die deutsche Arbeiterklasse an ihrer eigenen Befreiung arbeiten".

Ein *Sozialdemokrat* berichtet: „Soldaten berichteten, dass, als ihr Regiment bei Brest-Litowsk stand, ständige Diskussionen unter vielen deutschen Soldaten geführt wurden ob man nicht zur Roten Armee überlaufen solle. ‚Dann sind wir aus dem Dreck heraus und brauchen nicht für Hitler zu sterben!' Man gab diesen Gedanken aber wieder auf, ‚man kann nicht wissen, was die jetzt mit uns machen'." [...]

Ein *Bürger* berichtet: In den Betrieben nimmt der Rohstoffmangel zu. Die Unternehmer, deren Fabriken mit Kriegsmaterialherstellung betraut sind, werden immer wieder bei den Behörden vorstellig, weil sie infolge Mangels an Rohstoffen und wegen der an Qualität schlechten Ersatzstoffe die Lieferfristen nicht einhalten können. Oft müssen die Behörden sogar nachgeben und die Lieferfristen verlängern.

Ein *Kommunist* berichtet über den Inhalt der Opposition: „Gegen die Nazis wächst der Hass nicht so sehr, aber gegen die ‚Wirtschaftsführer' und Direktoren, die in jedem Betrieb in den Generalkommandos und in anderen Kommandohöhen als Reserve-Offiziere und ‚Wirtschaftsberater' die entscheidensten Posten besetzten. ‚Das sind dieselben Kreise, die uns im Weltkrieg ausgeplündert haben' sagt man".

Ueber den *Widerstand in den Lohnfragen* wird von Mitte September aus *Sachsen* berichtet: „Die Unzufriedenheit wächst noch deswegen, weil keine Zuschläge für Ueberstunden und Sonntagsarbeit mehr bezahlt werden, sodass der Verdienst noch geringer wird. Die Arbeiter arbeiten immer langsamer, mit der Begründung, sie könnten bei der schlechten Ernährung nicht genügend leisten".

Von Anfang November wird aus *Hannover* berichtet: „Die industrielle Arbeitsleistung geht rapide zurück, obwohl die Werkmeister mit Anzeige wegen Sabotage drohen. Klagen der Unternehmer über den Leistungsrückgang liegen nun allen Industriezweigen vor. Bei den Gummiwerken wird entweder das Soll eingehalten und dann ist die Arbeit schadhaft – oder die Arbeitsleistung liegt bis zu 30% unter dem Soll".

Ein *Bürger* äusserte Ende September: Zum ersten Male ist eine zunehmende und sehr ernste Besorgnis auch in schwerkapitalistischen Kreisen festzustellen. In diesen Kreisen wächst von Tag zu Tag die Furcht vor dem Bolschewismus. Man beginnt auf einen Sieg der Westmächte zu hoffen, damit in Deutschland nicht der Bolschewismus siegt, denn nach Meinung dieser Kreise ist ein Bündnis des bolschewistischen Deutschland mit der Sowjetunion unüberwindlich und die Klassenherrschaft der Kapitalisten auch in Deutschland für immer dahin".

Dok. 466

Aus einer Rede Kaganovičs im Volkskommissariat für Verkehrswesen über die kriegerischen Ziele der Sowjetunion

Moskau, 26.11.1939

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 81/3/333, 133–137. Erstveröffentlichung.

Gen. KAGANOVIČ. Was die internationale Lage angeht – was soll ich Euch die Vorgeschichte der Frage erzählen? Ihr kennt unseren Streit. Wir wollen die Sicherheit Leningrads gegenüber Finnland verteidigen. Wir müssen diese Grenze befestigen, denn die Grenze befindet sich einen Kanonenschuss von Leningrad entfernt. Eine unmögliche Sache ist das. Wir haben sie [die Finnen] mit entsprechenden Forderungen konfrontiert, wovon Gen. Molotov gesprochen hatte, haben Verhandlungen geführt, sie jedoch haben sich verweigert, eine riesige Armee bei sich mobilisiert, die ganze Zeit spielen sie sich auf und benehmen sich frech.[91] Jetzt kam es zum Zwischenfall an der Grenze.[92] Ganz dicht an der Grenze haben sie eine bewaffnete Armee aufgestellt, ohne besondere dringliche Gründe. Es ist klar, dass wenn die Armee schon mobilisiert ist – und da gibt es ja ziemlich viele Provokateure, Weißgardisten gibt es da –, sie [die Provokateure?] provoziert haben. Genaue Angaben habe ich noch nicht. Hier wurde berichtet, dass wir ihnen unsererseits eine entsprechende Note vorgelegt haben, der Text der Note wird wahrscheinlich morgen abgedruckt.[93] Wir haben verlangt, dass sie ihre Armeen abziehen und von ihrer niederträchtigen Politik der Provozierung eines Krieges abrücken. Sie sind doch Spielzeug in den Händen der Engländer, in den Händen der Imperialisten überhaupt. Finnland selbst hat keiner-

---

91 Am 5.10.1939 wurden Vertreter Finnlands nach Moskau einbestellt, denen, ebenso wie den baltischen Staaten ein Beistandspakt aufgezwungen werden sollte. Allerdings schaffte es Finnland, im Gegensatz zu den baltischen Staaten, sich dem sowjetischen Druck dadurch teilweise zu entziehen, dass es parallel eine verdeckte Mobilisierung durchführte. Die Verhandlungen scheiterten, die Sowjetunion griff am 30.11.1939 das Nachbarland an (siehe Max Jakobson: Diplomatie im Finnischen Winterkrieg 1939/40, Wien-Düsseldorf, Econ, 1970, S. 130ff.; Ohto Manninen, Nikolaj I. Baryšnikov: Peregovory osen'ju 1939 goda. In: Oleg A. Rževskij, Olli Vehviläinen (Hrsg.): Zimnjaja vojna 1939–1940. Političeskaja istorija, Moskva, Nauka, 1998, S. 113–130).

92 Am 26.11.1939 kam es zu einem Zwischenfall in der Nähe des karelischen Grenzdorfs Mainila. Die sowjetische Seite erklärte, sie sei von Finnland aus beschossen worden, und verwarf den Vorschlag der finnischen Seite, den Vorfall von einer neutralen Kommission aufklären zu lassen. Die „Schüsse von Mainila" sind bis heute nicht vollständig aufgeklärt (siehe Jakobson: Diplomatie im Finnischen Winterkrieg, S. 180ff.; Nikolaj I. Baryšnikov, Ohto Manninen: V kanun Zimnej vojny. In: Rževskij/Vehviläinen: Zimnjaja vojna, S. 131–141, hier S. 136f.).

93 Am Abend des 26.11.1939 überreichte Molotov dem finnischen Botschafter Aarno Yrjö-Koskinen eine Protestnote wegen des Grenzzwischenfalls von Mainila, worin die finnische Regierung aufgefordert wurde, ihre Truppen um 25 Kilometer zurückzuziehen (*Izvestija*, 27.11.1939). Die finnische Seite lehnte ab und beharrte auf einer neutralen Klärung des Vorfalls, woraufhin Molotov in einer weiteren Note vom 28.11.1939 den finnisch-sowjetischen Nichtangriffspakt von 1932 aufkündigte (*Izvestija*, 29.11.1939). Siehe Jakobson: Diplomatie im Finnischen Winterkrieg, S. 180–188.

lei Unabhängigkeit, es erhält von wem auch immer Direktiven, und wir können eine solche Lage nicht auf sich beruhen lassen. Das wäre von unserer Seite sehr falsch. In historischer Sicht entspricht das nicht der Stärke und der Macht unseres Staates. So ein kolossaler Staat hat sich erhoben. Wir haben die Westukraine und Westweißrussland angegliedert. Estland hat einen Vertrag mit uns abgeschlossen, der für uns ziemlich günstig ist. Lettland und Litauen ebenfalls.[94] Unsere Einheiten sind dort, und sie [die baltischen Staaten] spielen sich auf, und stellen die Sache auch noch so dar, als ob wir ihnen die Selbständigkeit, die Unabhängigkeit wegnähmen. Das ist durchweg eine Lüge. Niemand nimmt ihnen die Unabhängigkeit weg. Wir selbst gaben ihnen die Unabhängigkeit. Unter dem Zaren waren sie Untergebene, unter dem Bolschewismus jedoch bekamen sie Freiheit und Unabhängigkeit. Wir fordern ein gesetzliches Recht ein – die Grenze von Leningrad wegzurücken, die Möglichkeit zu haben, die Inseln zu befestigen,[95] um die Zugänge zu Leningrad und Kronstadt zu sichern, und sie [die Finnen] wehren sich dagegen, indem sie eine Armee mobilisieren, in der sich eine gehörige Anzahl von Weißgardisten befindet. Wir können dies nicht dulden, und überhaupt haben wir Angaben, wonach diese Regierung in einer ziemlich schwankenden Lage ist. Sie hat viele Leute mobilisiert, hat aber nichts, um sie zu ernähren und anzuziehen, Geld hat sie nicht so viel, sie hat die Leute von ihren Familien weggerissen, einen großen Teil der Bevölkerung evakuiert, aber das Volk versteht nicht, warum. Sie wissen, dass die Bolschewiki ihnen die Freiheit gegeben haben, dass es unter dem Zaren eine Kolonie gewesen ist. Und plötzlich tritt eine solche Regierung gegen die Bolschewiki auf, gegen die elementaren loyalen Vorschläge, die wir ihnen gemacht haben, die noch bescheidener waren, als die gegenüber Estland und Lettland. Das Volk versteht es nicht und die Lage dort ist sehr schwankend. Deswegen entschlossen sie sich zu diesem Abenteuer. Wenn sie sich aber auf ein Abenteuer einlassen, so lassen wir uns jedoch nicht auf ein Abenteuer ein. Die Ereignisse haben gezeigt, dass wir keine Abenteuer unternehmen, und dass, wenn es sein muss, wir ernsthaft und beharrlich handeln.

Ich kann jetzt nichts Bestimmtes sagen, das eine oder andere kann ich Euch nicht mitteilen, doch ich kann mir denken, dass wenn diese Lumpen, diese Hanswürste, wie heute in der *Pravda* über den Premierminister K. [d.i. Aimo Cajander] geschrieben

---

94 Zu den Verträgen der Sowjetunion mit den baltischen Staaten siehe Dok. 465.

95 Die Forderung der Sowjetunion bei den am 12.10.1939 in Moskau begonnenen Verhandlungen zwischen der UdSSR und Finnland lautete auf Abtretung aller Inseln im Finnischen Meerbusen sowie der Hafenstadt Koivisto/Björkö (heute russ. Primorsk) an die UdSSR (Jakobson: Diplomatie im Finnischen Winterkrieg, S. 142–143).

wurde,[96] wenn sie uns herausfordern, dann denke ich, dass, wenn es sein muss, sich keiner von Euch drücken wird (stürmischer Applaus).[97]

Wir müssen bereit sein, denn nicht wir entscheiden, es entscheiden die standfesten Menschen, mit festem Willen, mit festem Rückgrat. Das Schicksal des Landes liegt in sicheren Händen, so dass wir Eisenbahner uns zusammen mit allen Werktätigen in dieser Frage auf die zuständigen Instanzen verlassen können – auf die Regierung und das Politbüro des ZK der Kommunistischen Allunions-Partei der Bolschewiki (stürmischer Applaus).

Was den Rest betrifft, so ist unsere internationale Lage jetzt sehr gut, sicher und stabil. Wir haben innerhalb kurzer Zeit derartige Siege errungen, dass es sich nur schwer vorzustellen lässt. Der Sinn dieser Siege besteht nicht nur darin, dass wir die Westukraine und Westweißrussland der Sowjetunion angeschlossen haben, nicht nur darin, dass wir unsere Position gewaltig gestärkt haben. Nein, der historische Sinn dieser Ereignisse besteht darin, dass die Sowjetunion eine völlig neue Lage, eine neue Linie in die gesamte Geschichte der internationalen Beziehungen, der internationalen Diplomatie und der Politik hineinbringt. Während in den imperialistischen Staaten vernichtet wird…[98] nehmt jede beliebige Aktion, die die imperialistischen Regierungen unternommen haben, sie waren von Blut begleitet, von kolossalen Opfern, angefangen mit Abessinien[99] und abschließend mit den übrigen Unternehmungen, die jede einzelne imperialistische Großmacht initiiert hat. Bei uns verhält es sich komplett umgekehrt. Wir agieren friedlich, und haben dabei unsere Verteidigungsstellung gestärkt wie noch nie, wir haben die Grenze weiter von Leningrad wegbewegt, haben diese angrenzenden Länder faktisch zu unseren Verbündeten gemacht. Sollte etwas passieren, werden sie uns verteidigen. Wenn es sein muss, werden wir auf einem Territorium kämpfen – haltet es für fremd oder nicht – jedenfalls auf einem Territorium, das es bis vor kurzem [für uns] nicht gegeben hat.

Unsere gesamte Politik ist eine Politik der Stärkung unserer Verteidigung, eine Politik der Befestigung unserer Grenzen, es ist eine Stalinsche Politik, die bedeutet,

---

96 Der Botaniker und Politiker der Nationalen Fortschrittspartei Aimo Kaarlo Cajander (1879–1943) war von 1937 bis 1939 finnischer Premierminister. Die *Pravda* publizierte am 26.11.1939 einen Leitartikel unter dem Titel „Ein Hanswurst auf dem Posten des Premiers“. Darin wurde der Premierminister in drastischen Worten verhöhnt, u.a. wurde ihm vorgeworfen, gegen den „Willen des finnischen Volkes“ die Verhandlungen mit der UdSSR sabotiert zu haben und ein Verehrer des russischen Zarismus zu sein (Šut gorochovyj na postu prem'era. In: *Pravda*, 26.11.1939.

97 Nachdem die Sowjetunion am 29.11.1939 die diplomatischen Beziehungen zu Finnland abgebrochen hatte, kostete der damit begonnene „Winterkrieg“ (finn.: *talvisota*) die Rote Armee aufgrund des erbitterten Widerstands der Finnen und der überlegenen Ausbildung der finnischen Truppen hohe Verluste, und trug, verbunden mit dem Ausschluss der UdSSR aus dem Völkerbund, zu ihrem weiteren Prestigeverlust in der Weltöffentlichkeit bei. Erst am 13.3.1940 wurde ein Friedensabkommen unterzeichnet, mit territorialen Verlusten für Finnland.

98 So im Original. Vermutlich brach hier der Gedankengang Kaganovičs ab.

99 *Abessinien:* Gemeint ist der italienische Überfall auf Abessinien 1935. Siehe Dok. 370, sowie die Politbürobeschlüsse vom 4.10.1935, 11. und 14.12.1935 u.a.

fest, sicher, ruhig, ohne Hysterie, ohne Hetze, ohne Eile die eigene Linie umzusetzen, und dabei eine Position nach der anderen zu verteidigen. Wir hoffen, mit dieser Position die Lage zu konsolidieren. Die internationale Lage ist gut. Wir standen kurz davor, in einen großen Krieg hineingezogen zu werden. Wir wären jetzt aktive Kriegsteilnehmer. Die Engländer und Franzosen hätten abseits gestanden, hätten zugeschaut und von Flugzeugen Flugblätter abgeworfen, doch vielleicht hätten sie nicht einmal Flugblätter geworfen. Sie wollten uns in einen Krieg hineinziehen, damit wir uns an den Deutschen den Kopf stoßen, aber die Sache ging so aus, dass die imperialistischen Mächte [sich be]kämpfen,[100] und wir zuschauen, und dabei schauen wir nicht nutzlos zu, sondern reißen uns dieses und jenes unter den Nagel.[101]

Das heißt, unsere Politik ist richtig, und deswegen muss man diese Politik bis zum Ende fest, auf bolschewistische Art, unterstützen, und ich denke, dass die Eisenbahner diese Politik unterstützt haben, unterstützen und unterstützen werden, denn es ist die Politik STALINS, die Politik der Partei, die Politik unserer geliebten Regierung.

(Applaus).

Gen. BABAJCEV[102] – Wir sind in der allergünstigsten Lage, weil es in keinem einzigen Land des Kapitals einen solchen Minister gegeben hat und gibt, wie bei uns in der Sowjetunion für den Eisenbahnverkehr den Volkskommissar der Verkehrswege Lazar' Moiseevič Kaganovič.

(Applaus).

Gen. KAGANOVIČ – Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

---

100 Die Vorstellung, die Sowjetunion könne, nicht zuletzt dank des Nichtangriffs- und Freundschaftspaktes mit Deutschland, im europäischen Krieg die Rolle des profitierenden Dritten einnehmen, äußerte Stalin bereits am 9.9.1939 in einer Unterredung mit Dimitrov, Molotov und Ždanov. Seine krude Argumentation wird von Dimitrov in den Tagebüchern folgendermaßen wiedergegeben: „Der Krieg wird zwischen zwei Gruppen von kapitalistischen Staaten geführt. [...] Wir haben nichts dagegen, daß sie kräftig aufeinander einschlagen und sich schwächen. – Nicht schlecht, wenn Deutschland die Lage der reichsten kapitalistischen Länder (vor allem Englands) ins Wanken brächte." (Dimitroff. Tagebücher, I, S. 273–274).

101 Für den Einmarsch der Sowjetunion in Polen traf dieser Ausspruch auch im konkret-materiellen Sinne zu. So besprach das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 10.10.1939 die Frage der „Kriegstrophäen der Polen-Kampagne". Die Befehlshaber der ukrainischen und weißrussischen Fronten wurden aufgefordert, Listen der entsprechenden „Trophäen" zusammenzustellen, insbesondere „Waffen, Munition, Eigentum der [von den Deutschen versenkten] Pinsker Militärbinnenflotte, Ausrüstung von Kriegsbetrieben, Autos, Motorräder und Fahrräder, Pferde, Gegenstände der Güterversorgung und des Trosses, Treibstoff für Flugzeuge und Autos, militärische Reparaturbasen und -werkstätten usw." (RGASPI, Moskau, 17/3/1015, 10).

102 Wahrscheinlich I.F. Babajcev, Leiter des nach Kaganovič benannten Lokomotivdepots in Moskau (vgl. http://rgakfd.altsoft.spb.ru/showObject.do?object=1811896980).

Dok. 467

Diskussionsbeitrag Dimitrovs in der Kommission des EKKI-Sekretariats über die Fehler der KPD

Moskau, 29.11.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1298, 119–143. Erstveröffentlichung.

Vertraulich!
Sitzung der Kommission des
Sekretariats des EKKI[103]
am 29.XI.1939
Kl/Bö./1 /Diskussion/[104]

Genosse Dimitroff:

Es ist begreiflich, dass im Zentrum unserer Diskussion gerade die Frage der KPD steht.[105] […] Fast sieben Jahre nach dem Hitlers Umsturz sind verflossen und man kann feststellen, dass nur ein ganz kleiner Teil der Kader der KPD renegiert ist.[106] […] Und ein anderer Teil der Kader in den Gefängnissen und Konzentrationslagern, an der Spitze unser Genosse Thälmann, stehen fest wie ein Felsen. […] So stehen Hunderte unserer Genossen, aktive Kämpfer der KPD, die sechs bis sieben Jahre in den Gefängnissen und Konzentrationslagern sitzen, treu zur Kommunistischen Partei, treu zur Kommunistischen Internationale, treu zum Kommunismus. Diese Partei, Genosse Pieck, liebt die Kommunistische Internationale nicht weniger als der Genosse Pieck und die deutschen Kommunisten selbst. Wir sind stolz auf die deutsche Kommunistische Partei, aber das kann nicht verhindern, sondern das verpflichtet, die wahre Lage der Partei zu sehen, besonders in der jetzigen Situation des Krieges im Zusammenhang mit den großen Prozessen, die innerhalb Deutschlands sich entwickeln, ist die grosse Aufgabe der Partei gestellt.

103 An anderer Stelle wird die Kommission als „Kommission des Sekretariats zur Frage der KPD, KPOE. und KPTsch." bezeichnet (RGASPI, Moskau, 495/18/1298, 109).

104 Die Überschrift ist aus der unkorrigierten Version des Stenogramms (RGASPI, Moskau, 495/18/1298, 144) übernommen. Die im weiteren verwendete korrigierte Version des Stenogramms trägt weder Datum noch Überschrift.

105 Auf der Sitzung des EKKI-Sekretariats vom 23.11.1939 stand lediglich die Frage „Betr. KPD, KPTsch. und K.P.Oe." auf der Tagesordnung. Nach Berichterstattung durch Arndt (Ps.), d.i. Karl Mewis, Wilhelm Pieck, Klement Gottwald, Johann Koplenig, Otto Ditman und Fritz Schalek wurde die Verlagerung der Frage in eine „breite Kommission" beschlossen (RGASPI, Moskau, 495/18/1298, 2). Diese tagte am 27. und 29.11.1939, und förderte eine für Komintern-Verhältnisse stark emotionalisierte Debatte zutage, v.a. um die Fehler und Versäumnisse der KPD drehte. Teilnehmer waren u.a. Jenő Varga, Dimitrov, Pieck und Johann Koplenig (RGASPI, Moskau, 495/18/1298, 109ff).

106 *renegiert ist:* Soll heißen „abgeschworen" hat, zum „Renegaten" geworden.

Wir müssen offen sagen, dass die Lage der deutschen Partei in der jetzigen Situation eine sehr ernste ist. Es ist in keinem Zusammenhang mit Pessimismus, wenn wir diese Tatsache feststellen und offen die grossen Schwächen der deutschen Partei sehen. Sie hat Fehler gemacht. Soll man das kritisieren? Muss man das kritisieren? Selbstverständlich. Ohne ernste Kritik und Selbstkritik kann die Partei aus dieser Lage nicht herauskommen. Besonders bedauere ich, in gewissem Sinne glaube ich sagen zu können empörend, ist die Haltung der deutschen Genossen zur Kritik zu sehen [sic], besonders des Genossen Pieck,[107] eine Haltung, die aufgebaut ist auf die Konstruktion, dass in der K.I., in unserer Leitung Tendenzen sind, die KPD, die glorreiche KPD, die KPD, die wir schätzen, die wir lieben, zu degradieren, die Parteiführung zu diskreditieren, evtl. sogar die Parteiführung, wenn wir das so sagen wollen, zu österreichisieren.[108]

Weiter: Gegen die KPD geht ein Kampf – Genosse Pieck hat das zu meiner grossen Überraschung ausgesprochen – ein Kampf gegen die KPD und darum haben Genosse Pieck und andere deutsche Genossen sich auf eine Verteidigungsfront gestellt und belegen vor unserem Sekretariat wie vor einem Gericht, dass die Lage der Partei nicht so schlecht ist, dass die Tätigkeit der Partei nicht zufriedenstellend ist, aber auch nicht schlechter wie bei anderen Parteien. Und dann kommt eine Offensive gegen die „Gegner“, gegen die tschechischen und österreichischen Genossen. Front gegen Front. Wir haben so etwas nach dem VII. Kongress[109] – glaube ich – zum ersten Male erlebt. So etwas ist bis jetzt noch nicht dagewesen. [...]

Es ist etwas besonderes in Deutschland. Ich sage offen, die Frage ist so, dass man nicht nur die Grundfragen der Existenz und des weiteren Ausbaus der Partei stellen und über sie sprechen muss, sondern Alarm schlagen und beunruhigt sein [muss]. Aber das haben wir nie gesehen. Es ist eine gewisse Selbstzufriedenheit vorhanden. Ich frage zum Beispiel unsere deutschen Genossen: Was charakterisiert eine Partei, die als Partei lebt und als Partei arbeitet? Die deutsche Partei existiert. Wenn jemand sagt, dass die Partei verschwunden ist, so ist das eine Unwahrheit und Verleumdung. Die deutsche Partei existiert als einzelne Mitglieder, einzelne Kommunisten, die verstreut im ganzen Lande sind und die nicht verbunden sind mit einer festen Organisation unter einer festen Leitung.[110] Stimmt das oder nicht? Das stimmt. Man muss

107 Wilhelm Piecks handschriftliche Notizen über die Sitzung sind überliefert. Siehe: SAPMO-BArch, Berlin, Nachlass Pieck, NY 4036/540, 166–172. Auszugsweise publ. in: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 209–210.

108 Hiermit gemeint sind die Befürchtungen in der KPD-Führung, gegenüber der österreichischen KP benachteiligt zu werden. Zur von der Komintern geforderten, jedoch kaum umgesetzten Zusammenarbeit zwischen der deutschen, österreichischen und tschechischen KP siehe Dok. 464.

109 Vom VII. Weltkongress (1935) sind solche Auseinandersetzungen nicht überliefert. Vermutlich eine Anspielung Dimitrovs auf die Auswechselung leitender Komintern-Kader seit dem VII. Weltkongress.

110 Auch das Geheime Staatspolizeiamt stellte in einem Bericht diesbezüglich fest: „Es fehlt den noch vorhandenen und ohne organisatorischen Zusammenhalt in Verbindung stehenden kommunistischen Kreisen jede einheitliche Ausrichtung.“ (SAPMO-BArch, Berlin, R 58/3070, 13. Zit. nach:

dialektisch sein. Sie existiert und ist doch keine richtige Partei, keine organisierte Partei. Die Partei hat deswegen keine einheitliche politische Linie. [...] Eine Leitung, ein politischer Kopf im Lande selbst, abgesehen davon, wo er ist, ob in Berlin oder in einer anderen Stadt, ob in einer Wohnung oder in einem Keller [...] – das haben wir nicht. Es gibt eine Leitung im Ausland, Instrukteure, die aus dem Lande kommen, Instruktionen übergeben und bekommen. Ich sage, es ist einer der grössten Fehler der führenden Genossen, die im Auslande sind, dass [...] sie, nachdem die Lage sich geändert hatte und die Verhältnisse anders geworden waren, es nicht ermöglichten, eine Leitung im Lande zu organisieren.[111] Die Führer im Ausland sind auf der Linie des geringsten Widerstandes weitergegangen. Stimmt das oder nicht? Muss man das kritisieren? Muss man das feststellen und eine Lehre daraus ziehen? Ich glaube, darüber ist, meiner Meinung nach, jede Diskussion ausgeschlossen. Das muss man zugeben und die Konsequenzen daraus ziehen.

Es wurde über grosse Bewegungen gesprochen, die im Lande stattgefunden haben. Erstens darf man nicht übertreiben, – es waren nicht so grosse Bewegungen; zweitens haben die Kommunisten bestimmt daran teilgenommen und mitgemacht, aber die Partei als Partei – nicht; drittens, alle diese Bewegungen, über die berichtet wurde, haben vorwiegend wirtschaftlichen Charakter gehabt. Es gab in diesen 6–7 Jahren in Deutschland keine politische Bewegung gegen den Faschismus.[112] Stimmt das oder nicht? Ich glaube, es stimmt. Wir brauchen hier keine Zitate aus Artikeln oder anderen Sachen und Dokumenten, um das zu beweisen. [...]

Ich frage weiter: Niemand kann uns bestimmt sagen (leider auch die deutschen Genossen haben diese Informationen nicht – meiner Meinung nach müssten sie sie haben), wie viel[e] unserer Genossen, wie viel[e] Leute in den Gefängnissen und Konzentrationslagern sitzen.[113] Da sitzen gewöhnlich nicht einfache Genossen. Ich

---

Kinner: Der deutsche Kommunismus, III, S. 97). Zur Fragmentierung der Kommunisten in Hitlerdeutschland und den Schwierigkeiten, Komintern-Richtlinien an die Kommunisten in Deutschland zu kommunizieren, siehe auch Dok. 433.

111 Dimitrov unterstellt hier, dass sich die Lage für die KPD durch den Stalin-Hitler-Pakt objektiv zum Positiven verändert habe.

112 Vermutlich meinte Dimitrov das Ausbleiben einer politischen Massenbewegung gegen das Hitlerregime. Mit dieser Aussage, die die KPD diskreditieren sollte, negierte Dimitrov gleichzeitig den Widerstand, der nicht von den verbliebenen KPD-Strukturen ausging. Zur Veranschaulichung der Breite des politischen Widerstands in Berlin trotz aller Begrenzungen siehe neuerdings: Sandvoß: Die „andere" Reichshauptstadt.

113 In den Jahren 1933/34 wurden 60.000 Kommunisten verhaftet und 2000 von ihnen ermordet, 1935 gab es 15.000 Festnahmen von Kommunisten. Von 1933 bis Ende 1935 wurden fast 3000 Prozesse gegen mindestens 18.243 Kommunisten geführt. Von den 300.000 KPD-Mitgliedern im Jahr 1932 waren 150.000 mehr oder weniger lange in Haft (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 20; Herbst: Kommunistischer Widerstand). Von September bis November 1939, also während der Laufzeit des Nichtangriffs- und Freundschaftspakts mit Hitlerdeutschland wurden immer noch 3037 Personen „wegen marxistischer Betätigung im weiteren Sinne" festgenommen (Kinner: Der deutsche Kommunismus, III, S. 96).

glaube, die grosse Masse der Genossen in Gefängnissen und Konzentrationslagern sind die aktiven Funktionäre, ein grosser Teil von unserem goldenen Fond[s] der deutschen Arbeiterklasse, der deutschen Revolution. Die Gefangenen, wie die Familien, leiden. Wenn die Frauen und die Familien von verantwortlichen Funktionären der Partei sich jetzt in der grössten Not befinden und keine Verbindung mit der Partei oder irgendeiner Gruppe der Organisation haben – und das wissen wir positiv – was zeigt diese Tatsache? Das zeigt, dass kein organisiertes Organ für die Gefangenen in den Gefängnissen und Konzentrationslagern und für die Familien dieser Genossen besteht. Weiter Genossen, dass die Leitung und die Instrukteure diese grosse und wichtige Aufgabe der Partei und Arbeiterklasse vernachlässigt haben, sie haben diese Leute in den Händen von Feinden gelassen und Schluss. Das zeigt nicht eine besondere Tätigkeit der Partei und man kann nicht Aktivität der ausländischen Parteileitungen und der hiesigen Leitung zugute schreiben. Im Gegenteil. [...]

Genosse Pieck ist empört, wenn andere Genossen sagen, dass ein Kampf gegen den grossdeutschen Chauvinismus von der Partei nicht geführt worden ist. In verschiedenen Dokumenten ist etwas gesagt gegen den grossdeutschen Chauvinismus, aber die Tatsache ist nicht vorhanden, dass im Lande selbst eine Kampagne, eine Aufklärungsarbeit geführt wurde. Es genügt nicht, nur zu deklarieren, es genügt nicht, etwas nur in Resolutionen aufzunehmen und zu betonen, sondern dass es Blut und Fleisch wird vor allem, es unseren Kommunisten und Parteimitgliedern und vor allem den Massen zu erklären. Was kann man sagen über eine solche Tatsache, dass kein einziger Kommunist im Lande die Geschichte der KPdSU vollständig in die Hand bekommen hat? Einzelne Texte sind ins Land geschickt worden, niemand weiss wieviel, niemand weiss, wieviele Leute sie bekommen haben.[114] Kein einziges Exemplar in diesem Deutschland, das ein Grossdeutschland geworden ist. Im Gegenteil in Oesterreich ist ein Teil verbreitet worden und auch in der Tschechoslowakei wurde etwas gemacht. [...]

Der Pakt[115] übt einen revolutionierenden Einfluss auf Deutschland aus. [...] Die Frage der Sowjetunion und die Frage des Sozialismus bekommt jetzt in Deutschland eine Legalität. Legale Diskussionen, legale Agitation in jedem Betrieb, überall kann man ganz legal zu dem deutsch-sowjetischen Pakt auftreten, über die Sowjetunion

---

114 Gemeint ist der „Kurze Lehrgang" (Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang, Moskau, Verlag für Fremdsprachige Literatur, 1939), dessen illegaler Verbreitung seitens der Komintern unverhältnismäßig große Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Im Direktivbrief der KPD zum Stalin-Hitler-Pakt vom 21.10.1939 hieß es dazu: „*Die Arbeiterklasse kann diese historische Aufgabe nur erfüllen*, wenn sie sich leiten lässt von der einzigen fortschrittlichen Theorie, von der *Theorie des Marxismus-Leninismus*. Deshalb ist die weiteste Verbreitung und Durcharbeitung der „Geschichte der WKP (B)" die vordringlichste Aufgabe. [...] Wir schlagen vor, das Studium möglichst in kleinen Zirkeln durchzuführen und durch Abschreiben und Vervielfältigen einzelner Abschnitte des Buches die weitere Verbreitung zu organisieren." (RGASPI, Moskau, 495/10a/317, 116). Auch Schriften Stalins sollten verstärkt auf diese Weise (!) verbreitet werden, siehe Dok. 481.

115 Gemeint ist der Stalin-Hitler-Pakt.

sprechen, über den Sozialismus diskutieren.[116] Die Grösse dieser Tatsache kann man nicht richtig genug einschätzen, so grosse Möglichkeiten sind für die Kommunistische Partei durch diesen historischen Akt geschaffen. Es ist ohne Zweifel, dass ein Teil von Anhängern der nationalsozialistischen Partei, werktätige Elemente, solche Elemente, die unter dem Einfluss des Faschismus gewesen sind, sich unter dem Einfluss des deutsch-sowjetischen Paktes, unter dem Einfluss der Popularisierung der Sowjetunion und des Sozialismus auf die Sowjetunion, auf den richtigen, den wahren Sozialismus, auf ein Zusammengehen in zukünftigen Kämpfen mit den Kommunisten und der Kommunistischen Partei orientieren. [...]

Ich glaube, in dieser Etappe des Kampfes steht nicht die Frage des Sturzes von Hitler. Anstatt solcher Losungen muss man den englischen Imperialismus entlarven und bekämpfen, die Freundschaft zwischen dem deutschen Volk und der Sowjetunion vertiefen. Man muss berücksichtigen, dass für das Hitlerregime der deutsch-sowjetische Pakt eine Konjunktursache ist, nicht aus tiefster Ueberzeugung erfolgte und bei der ersten Möglichkeit evtl. eine neue Wendung in der deutschen Politik durchaus möglich ist. Die Garantie gegen eine solche Wendung in der deutschen Politik ist die Kraft der Arbeiterklasse, die Kraft des deutschen Volkes und seiner Freundschaft mit der Sowjetunion. [...]

Weiter. Im Hitlerdeutschland ist alles auf das sogenannte Führerprinzip aufgebaut. [...] Gegen dieses Führerprinzip des faschistischen Regimes soll man die Massen mobilisieren, für die Selbstverwaltung, für die freie Organisation, eigene Massenorganisationen – Florin hat darüber gesprochen – bis zu politischen, selbständig gewählten Organen, ohne Sturz des nationalsozialistischen Systems. Dann, Freilassung der gefangenen Kommunisten bis zur Legalisierung, freie Hand und Tätigkeit der Kommunistischen Partei. Das propagieren, dafür Massen gewinnen, dafür kämpfen, dafür eine Reihe Nationalsozialisten zu gewinnen [...].

Erlauben Sie mir noch ein paar Worte über die gegenseitigen Beziehungen der drei Parteien.[117] Ich habe schon gesagt, für eine Vereinigung der drei Parteien, eine einheitliche Partei zu schaffen, ist es noch zu früh. Das kann nur schädlich sein. Erstens: Das sogenannte Grossdeutschland ist ein provisorisches. Wie lange bleibt dieses „Grossdeutschland“ ist eine Frage. Zweitens: Die Lage in den drei Ländern ist ganz verschieden, die Aufgaben in diesen Ländern sind ebenfalls verschieden, spezielle Aufgaben für die deutsche Partei, für die österreichische und die tschechische Partei. Drittens muss man vor Augen haben: die deutsche Partei ist die Partei der Arbeiterklasse der herrschenden Nation. Begreiflich ist das Misstrauen unter den Massen und der Arbeiterklasse, unter den Kommunisten sogar, in der Tschechoslowakei und in Oesterreich. Die Vereinigung der drei Parteien bei einer solchen Lage wird nicht die eigene Partei stärken, sondern schwächen. [...]

---

116 Eine ähnliche Imaginierung einer nicht existenten „Meinungsfreiheit“ in Hitlerdeutschland findet sich auch im Dok. 457.

117 Gemeint sind neben der KPD die KP Österreichs und die KP der Tschechoslowakei.

Die Verbindungen sind praktisch zwischen dem Ausland und Deutschland abgerissen, das muss man sagen. Die Verbindungen müssen wir in allernächster Zeit wieder herstellen.[118]



Am 4.12.1939 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, die in Westweißrussland und der Westukraine lebenden polnischen Wehrbauern mit ihren Familien durch das NKVD ins Innere der Sowjetunion deportieren zu lassen, um sie bei Waldarbeiten einzusetzen.[119]

Am gleichen Tag beschlossen wurde die Zuteilung von 3 Millionen Rubel aus dem Reservefonds des Rats der Volkskommissare an Otto Kuusinen – vermutlich für die Bedürfnisse der von ihm geführten Marionettenregierung der sowjetfreundlichen „Finnischen Demokratischen Republik" in Terijoki.[120]

Am 11.12.1939 fasste das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion einen Beschluss zur Einrichtung eines neuen Laboratoriums am Lenin-Mausoleum, vor allem um die Balsamierungs- und Konservierungstechniken einer neuen Generation von Forschern zu vermitteln.[121]

Am 16.12.1939 behandelte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Havarie des Passagierdampfers „Indigirka". Das Schiff, das größtenteils befreite GULAG-Häftlinge an Bord hatte, fuhr am 13.12.1939 an der japanischen Küste vor Hokkaido gegen ein Riff, als es auf dem Weg von Magadan nach Vladivostok war. Über 740 Menschen starben, 430 Menschen wurden von den Japanern gerettet. Das Politbüro beschloss, eine Delegation von Spezialisten an die Unglücksstelle zu entsenden, um den Zustand des gestrandeten Schiffs zu untersuchen. Die geborgenen Leichen der Passagiere sollten in Anwesenheit des sowjetischen Vertreters in Japan kremiert und die Urnen nach Vladivostok gebracht werden. Für die Kremierung wurden am 22.12.1939 der sowjetischen Botschaft in Japan 50.000 Yen zugeteilt. Den japanischen Behörden übergab man am 29.1.1940 nach langen Verhandlungen 105.000 Yen für die Bergungsarbeiten.[122]

---

118 In einer Gegenrede wehrte sich Wilhelm Pieck gegen Dimitrovs Vorwürfe. Er war offensichtlich erzürnt und sprach vom „Herunterreißen einer Parteiführung", was mit einer „kameradschaftliche[n] Kritik" nichts mehr zu tun habe (siehe: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 209–210).

119 Kostjuško: Materialy „osoboj papki", S. 98.

120 RGASPI, Moskau, 17/162/26, 120.

121 RGASPI, Moskau, 17/162/26, 138, 148–149.

122 RGASPI, Moskau, 17/162/26, 139, 154; 17/162/27, 4. Siehe auch: Kvašonkin/Košeleva/Rogovaja u.a.: Sovetskoe rukovodstvo, S. 402.

Dok. 468
Grußadresse des ZK der KPD an Stalin zu seinem 60. Geburtstag

Moskau, 21.12.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/10a/317, 148–149. In deutscher Sprache auszugsweise publ. in: Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!“, S. 194. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 204–206.

Teurer Genosse Stalin!

Zu Deinem sechzigsten Geburtstage senden wir Dir im Namen aller deutschen Kommunisten und im Namen unseres seit fast sieben Jahren in Deutschland eingekerkerten Genossen Ernst Thälmann die herzlichsten brüderlichen Grüsse. Wir verehren in Dir den engsten und schöpferischsten Mitarbeiter unseres teuren Lenin bei der Organisierung der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution, des Aufbaus der Sowjetmacht und ihrer Verteidigung gegen die äusseren und inneren Feinde. Wir verehren in Dir den Lenin unserer Tage,[123] den Organisator des Sieges des Sozialismus in der Sowjetunion, den grossen Führer, Lehrer und Freund des Weltproletariats. Unter Deiner genialen Führung haben die Bolschewistische Partei und das grosse Sowjetvolk in grandiosem Arbeitsheroismus den Sozialismus verwirklicht und damit den Beweis erbracht, [zu] welcher gewaltigen Leistung die Arbeiter und Bauern in ihrer Zusammenarbeit fähig sind, wenn sie von den Fesseln der kapitalistischen Unterdrückung und Ausbeutung befreit sind und wenn sie eine feste bolschewistische Führung haben. Strahlend steht vor den Massen die neue Welt des Sozialismus, die Sowjetunion, in der Glück und Wohlstand, nationale Freiheit und Kultur und wahre Demokratie zum Gemeingut Aller geworden sind und immer höher entfaltet werden, steht die Sowjetunion, die der wahre Freund aller Völker, der Schützer ihrer nationalen Selbständigkeit und Freiheit ist.

Teurer Genosse Stalin! Wir verehren in Dir den Mitschöpfer und Wahrer der Lehre unseres teuren Lenin, die Du durch Deine grossen theoretischen Leistungen am Werke des Marxismus-Leninismus weiter entwickelt hast. Du hast diese Lehre den

---

123 Das Bild von Stalin als „Lenin unserer Tage“ wurde von Henri Barbusse in seinem apologetischen Buch „Stalin – eine neue Welt“ (1935) geprägt. Dort heißt es im Schlusskapitel: „Die Toten leben nur auf der Erde weiter. Lenin ist überall da, wo es Revolutionäre gibt. Aber man kann sagen: nirgendwo ist der Gedanke und das Wort von Lenin so gegenwärtig, wie in Stalin. Er ist der Lenin unserer Tage.“ (Henri Barbusse: Stalin. Eine neue Welt. Aus dem Französischen übersetzt von Alfred Kurella, Paris, Éditions du Carrefour, 1935, S. 279). Nachdem Gor'kij kein Stalin-Biograph werden wollte, gedachte man diese Rolle Barbusse zu. Sein Buch, das 1935 in mehreren Sprachen und in hoher Auflage erschien, wurde jedoch nicht wieder aufgelegt. Rogovin führt als Grund die Erwähnung einer Vielzahl von später ermordeten Kommunisten an (Vadim Rogovin: Vor dem grossen Terror. Stalins Neo-NÖP, Essen, Arbeiterpresse Verlag, 2000, S. 333).

Millionen und Abermillionen Arbeitern in der ganzen Welt zum Bewusstsein gebracht und in ihnen den Glauben an ihre Kraft und ihren Sieg gestärkt.

Teurer Genosse Stalin! Wir verehren in Dir den grossen Freund des werktätigen deutschen Volkes. Der unter Deiner Initiative zustande gekommene Freundschaftspakt zwischen der Sowjetunion und Deutschland ist das Ergebnis Deiner weisen und konsequenten Friedenspolitik, durch den nicht nur der von den englischen und französischen Imperialisten gewollte Krieg zwischen den Völkern der beiden Staaten verhindert, sondern auch die Grundlage für eine dauernde feste Freundschaft zwischen dem Sowjetvolke und dem deutschen Volke geschaffen wurde, dem in allen seinen grossen Nöten zu helfen Du immer bereit warst. Wir geloben Dir, alles zu tun, dass die werktätigen Massen Deutschlands den Freundschaftsvertrag zu ihrer ureigensten Sache machen und nicht zulassen, dass er, von wem auch immer, untergraben und zerstört wird.

Lieber Genosse Stalin! Wir deutschen Kommunisten haben das tiefe Herzensbedürfnis, Dir, unserem Lehrer und Führer, an Deinem sechzigsten Geburtstage für alles das zu danken, was Du uns, unserer Partei und den werktätigen Massen Deutschlands durch Dein Werk gegeben hast. Du stehst vor uns als das leuchtende Vorbild eines wahrhaft revolutionären Kämpfers. Wir streben darnach, so zu werden wie Du. Wir wollen, so wie Du, konsequent und aufopferungsvoll kämpfen für die Verwirklichung der Lehre von Marx-Engels-Lenin-Stalin.

Lang lebe unser grosser Stalin![124]

21. Dezember 1939
Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Wilhelm Pieck.



Am 22.12.1939 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Einrichtung einer regulären Flugverbindung zwischen Deutschland und der UdSSR in Zusammenarbeit zwischen Aeroflot und Lufthansa. Sowjetischerseits sollte die Verbindung mit vier Douglas DC-3-Maschinen bewerkstelligt werden.[125]

124 Auf der EKKI-Sekretariatssitzung vom 20.12.1939 wurde ebenfalls eine in ähnlich heroisierenden und apologetischen Tönen gehaltene Grußadresse an Stalin zu seinem sechzigsten Geburtstag verabschiedet, die um einiges ausführlicher ausfiel und positiv auf die Sowjetisierung der polnischen Ostgebiete und den sowjetischen Angriff auf Finnland einging. Unterzeichnet wurde sie von Georgi Dimitrov, José Diaz, Dolores Ibárruri, Klement Gottwald, Dmitrij Manuilski, André Marty, Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Johann Koplenig, Zhou Enlai, Vasil Kolarov und Michal Wolf [d.i. Mihály Farkas] (siehe: RGASPI, Moskau, 495/18/1301, 35–39).
125 RGASPI, Moskau, 17/162/26, 153–154.

Dok. 469

Brief Gustav Sobottkas an das EKKI über die Verhaftung seines Sohnes in der Sowjetunion und die Lebenssituation seiner kranken Frau

[Moskau], 22.12.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/10a/317, 158–163. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 206–214.

An die Genossen Dimitroff,
Manuilski,
Pieck.

Werte Genossen!

Am 8. Dezember 1939 musste ich meine Frau in die Heilanstalt für Geisteskranke, Kaschenko,[126] bringen. Sie war seelisch vollkommen zusammengebrochen und sah in jedem Menschen einen Feind. Ich kenne meine Frau seit ihrem 17. Lebensjahr, jetzt ist sie 52. Seit 31 Jahren sind wir verheiratet. Seit 1909 bin ich und seit 1910 meine Frau politisch organisiert[127] und seit Bestehen der Kommunistischen Partei Deutschlands deren Mitglieder. Wir haben als Funktionäre der sozialistischen Arbeiterbewegung manche schwere Zeiten durchgemacht. Nie hat meine Frau irgendwelche Verzweiflung gezeigt; sie stand in allen Kämpfen tapfer an meiner Seite. Im März 1933, als ich auf Wunsch der Komintern Deutschland verliess,[128] setzte sie tapfer als Kassiererin ihrer Parteizelle in Berlin-Oberschöneweide ihre Arbeit fort. Als drei Monate später unsere beiden Söhne verhaftet und ins Konzentrationslager geworfen wurden, auch da liess sie den Mut nicht sinken.[129] Durch Zeitungsverkauf erwarb sie sich ihren

126 *Kaschenko:* Nach dem russischen Revolutionär und Psychiatrie-Reformer Petr P. Kaščenko (1859–1920) benannte psychiatrische Klinik in Moskau.

127 Gustav Sobottka (1886–1953), ein Veteran der deutschen Arbeiterbewegung, trat als Bergarbeiter 1909 in den Bergarbeiterverband ein, 1910 in die SPD, 1913 war er bereits Parteivorsitzender in Eickel. 1920 kam er über die USPD zu KPD, war von 1921 bis 1932 Mitglied des Preußischen Landtags und übernahm zentrale Funktionen in der RGO (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 879). Sobottka heiratete die Dienstmagd Henriette, geb. Schantowski (1888–1971), im Jahre 1909; 1910 trat sie in die SPD ein (Mensing: Von der Ruhr in den GULag, S. 155).

128 Sobottka emigrierte im Frühjahr 1933 zunächst nach Saarbrücken und war Vorsitzender der Internationalen Konferenz der Bergarbeiter. Anschließend ging er 1935 nach Paris, von wo aus er mit seiner Familie im November des Jahres nach Moskau emigrieren konnte (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, 880).

129 Sobottkas Söhne Bernhard (1911–1945) und Gustav jun. (1915–1940) wurden im August 1933 verhaftet und blieben bis Ende 1933 in Konzentrationslagern inhaftiert. Bernhard blieb in Deutschland und arbeitete illegal für die KPD, wurde 1943 wiederholt verhaftet und zu fünf Jahren Haft verur-

Unterhalt und unterstützte ihre Söhne im Konzentrationslager. Ja, als ich selbst im Sommer 1933 als Angestellter der Profintern eine zeitlang keine Geldmittel zum leben hatte und mich im Saargebiet befand, stellte meine Frau mir ihre Spargroschen zur Verfügung, damit ich meine Arbeit fortsetzen konnte. Im August 1933 wurde sie selbst von den Faschisten verhaftet, doch nach vier Wochen Haft wieder entlassen. Sofort setzte sie ihre Parteiarbeit fort, bis im April 1934, als ihr die Gestapo den Zeitungsverkauf entzogen hatte und ein zweiter Haftbefehl gegen sie erlassen wurde, folgte sie mir nach dem Saargebiet und später nach Paris. Auch hier war das Leben für sie nicht leicht; der Sprache unkundig, stets auf der Suche nach einer illegalen Wohnung, jeden Augenblick gewärtig zu sein von der Polizei angehalten und verhaftet zu werden, war wenig erfreulich. Doch meine Frau ertrug alles und lies nie den Mut sinken. Als Kommunistin hielt sie fest an ihrer Ueberzeugung; oft sagte sie: Wir müssen alles durchhalten, einmal wird die Arbeiterklasse siegen, dann wird es auch für alle besser.

Und diese tapfere Frau, die niemals krank war, bricht jetzt verzweifelt am Leben zusammen.

Im Dezember 1935 kam sie mit mir und ihrem jüngsten Sohn nach der Sowjetunion.[130] Hier fing sie an sofort die Sprache zu erlernen, sodass sie bald besser russisch sprach wie ich. Sie lernte in Sanitätskursen, die im Klub „Ernst Thälmann“ abgehalten wurden,[131] besuchte die Kurse für Parteigeschichte, um ihr Wissen zu vervollkommnen und sich so besser in die Reihen der Sowjetbürger einzureihen.

Dasselbe tat unser Sohn. Er arbeitete im Werk NATI.[132] In einem Jahr erlernte er die russische Sprache, besuchte neben seiner Fabrikarbeit die Rabfak[133] und später Abendkurse in einem Moskauer Institut. Es war für uns Eltern eine Freude zu sehen,

---

teilt. 1945 von britischen Truppen aus dem Gefängnis befreit, starb er wenige Monate später an den Haftfolgen. Gustav jun. hingegen zog mit seinen Eltern 1935 nach Moskau (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 880).

130 Gustav Sobottka jun. war bereits seit 1923 Mitglied der KPD-Kinderorganisation, mit 14 Jahren war er Gruppen-Polleiter im KJVD. Bei seiner Einreise transportierte Sobottka jun., der mittelerweile den Parteinamen „Hans Boden“, trug, als Kurier Dokumente der Roten Gewerkschafts-Internationale in die Sowjetunion (Mensing: Von der Ruhr in den GULag, S. 155–156; Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Sobottka, Gustav“).

131 Der 1923 gegründete Deutsche Kommunistenklub in Moskau wurde Anfang der 1930er Jahre in „Klub ausländischer Arbeiter ‚Ernst Thälmann'“ umbenannt, ab November 1937 schlicht Ernst-Thälmann-Klub. Der Klub hatte mehrere nationale Sektionen, deren zahlenmäßig größte die deutsche war. Für die deutschsprachige Emigration war die Einrichtung ein wichtiges kulturelles und soziales Zentrum. Mit der Verhaftung seines letzten Leiters, Albert Zwicker, wurde die Existenz des Klubs mit Anfang 1937 fast 2000 Mitgliedern beendet (siehe: Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 30).

132 NATI: russ. Abk. „*Naučnyj avtotraktornyj institut*“ („Wissenschaftliches Forschungsinstitut für Automobile und Traktoren“), 1925 gegründete Forschungs- und Entwicklungsanstalt, die einen kleinen Versuchsbetrieb hatte. Gustav Sobottka jun. arbeitete dort als Schlosser.

133 *Rabfak:* Kurzform für russ. „*Rabočij fakul'tet*“ (Arbeiter-Fakultät), in den 1920er–1930er Jahren ein Netz sowjetischer Bildungseinrichtungen zur Vermittlung von Mittelschulbildung an Arbeiter.

wie schnell sich der Junge von 20 Jahren in die neuen Verhältnisse einlebte.[134] Nie beschwerte er sich. Von Kind an als Kommunist erzogen, zeigte er volles Verständnis für manche Schwierigkeiten, die sich hier und da zeigten. Wenn wir zu Hause mal über Arbeitsverhältnisse sprachen, so äusserte er sich stets nur lobend über seine Arbeitskollegen, seinen Meister und die Parteiorganisation des Betriebes. Oft sprach er mit mir oder der Mutter über die Bereitwilligkeit seines Meisters und seiner Arbeitskollegen, die ihm bei der Arbeit halfen, damit er bald das Handwerk des Mechanikers erlerne. Nie hörten wir auch nur ein Wort von ihm, das auch nur einen Zweifel an seiner ehrlichen aufrichtigen kommunistischen Gesinnung zugelassen hätte. Die Mutter war stolz auf ihren Sohn, den sie als einzigen bei sich hatte, während die anderen ihrer zwei Kinder im faschistischen Deutschland verblieben waren.

Dann kam das erste Unglück. In der Nacht vom 4. zum 5. März 1938[135] wurde unser Sohn verhaftet.[136] Als bei seinem Fortgang aus unserer gemeinsamen Wohnung die Mutter weinte, sagte mein Sohn zu ihr: „Weine nicht Mutter, ich war in Deutschland von Faschisten verhaftet. Hier sind es Genossen mit denen ich gehe und da ich ein reines Gewissen habe bin ich überzeugt, dass der Irrtum bald aufgeklärt wird und ich wieder zurückkomme." Als mein Sohn fort war, sagte meine Frau zu mir: „Ich bin überzeugt, er ist unschuldig, denn so spricht ein Verbrecher nicht zu seiner Mutter".[137]

134 Sobottka beschönigt hier den Lebenslauf seines Sohnes. Sobottka jun. besuchte neben der Lehre in der Traktorenfabrik die an der KUNMZ angeschlosene deutschsprachige *Rabfak*. Als diese im Herbst 1937 geschlossen wurde, konnte er wegen seiner mangelnder Russischkenntnisse weder eine russischsprachige *Rabfak* noch ein privates Lehrinstitut besuchen, wonach sein Vater für ihn eine Privatlehrerin engagierte. Auch sonst war seine Integration in die sowjetische Politik, um die er sich sehr bemühte, wenig erfolgreich: Weder sein Antrag zur Überführung in die VKP(b) im Januar 1936 noch ein Antrag zum Übertritt in die sowjetischen Staatsbürgerschaft im November desselben Jahres waren erfolgreich (Mensing: Von der Ruhr in den GULag, S. 158–159).
135 Laut Weber/Herbst und Mensing erfolgte die Verhaftung in der Nacht vom 4. auf den 5.2.1938 (siehe: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 880; Mensing: Von der Ruhr in den GULag, S. 159).
136 Laut Mensing war Sobottka jun. wenige Stunden vor der Verhaftung in eine Auseinandersetzung mit dem Leiter des Moskauer Ernst-Thälmann-Klubs verwickelt, der ihm und weiteren jungen Deutschen den Eintritt verweigerte und sie angeblich ans „Naziagenten" beschimpfte (Mensing: Von der Ruhr in den GULag, S. 159). Der letzte Leiter des Ernst-Thälmann-Klubs, Albert Zwicker, wurde nur wenige Tage später, am 16.2.1938, selbst verhaftet, wonach der Klub aufgelöst wurde (vgl. Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 1065; Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 30). Es ist daher denkbar, dass die Auseinandersetzung nicht mehr mit Zwicker, sondern mit einem sowjetischen Beamten, der die Auflösung des Klubs in die Wege leitete, geführt wurde.
137 Gustav Sobottka jun. wurde vom NKVD als angebliches Mitglied einer Hitlerjugend-Organisation verhaftet. Das „Hitlerjugend"-Komplott war ein Konstrukt des NKVD, das die Vorgabe umsetzte, eine nationalistische Organisation unter jungen deutschen Politemigranten „aufzudecken", wie dies eine im Zuge der Entstalinisierung abgegebene Erklärung eines ehemaligen NKVD-Mitarbeiters bezeugt: „Ich halte es für möglich, daß es unter den verhafteten jungen Deutschen einige der Sowjetunion feindlich gesinnte Elemente gab. Aber der überwiegende Teil von ihnen wurde grundlos verhaftet. [...] Im Ganzen war die Organisation ‚Hitler-Jugend' [...] künstlich geschaffen." (Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 106–109). Siehe auch: Dehl: Verratene Ideale, S. 169–278; Hans Schafranek: Am Beispiel

Von der Unschuld ihres Sohnes überzeugt, überwandt die Mutter verhältnismässig schnell den Schmerz in dem Glauben an seine baldige Rückkehr und die Gerechtigkeit der Sowjetjustiz.

Bei der Verhaftung sagte uns der NKWD-Beamte, dass wir nach etwa 5 Tagen nach der Lubjanka 14[138] kommen sollten, da würden wir erfahren, wo unser Sohn ist. Zuerst ging ich dorthin. Die Auskunft, die ich erhielt, war: „Wir wissen von nichts, gehen Sie zum Taganka-Gefängnis".[139] Die Mutter ging dorthin. Die Antwort war, „hier ist er nicht, gehen Sie zu Matrosnaja Tichina".[140] Von Matrosnaja Tichina wurde die Mutter zum Prokuror[141] Dimitrowka 18 geschickt[142] – „Kommen Sie nach 14 Tagen wieder, dann erhalten Sie Auskunft" – . Nach 14 Tagen: „Gehen Sie zu Arbatskaja 37, dort erhalten Sie Auskunft".[143] Dort wissen sie wieder von nichts – „Gehen Sie zum Kusnetzki Most 24,[144] die müssen es wissen". Die wissen auch von nichts. So ging es neun Monate lang. Wir schrieben an die Prokuratur,[145] an die NKWD – die Briefe wurden nicht beantwortet. So war der Sohn spurlos verschwunden.[146]

Erst ungefähr Ende November 1938 wurde ich telefonisch von der NKWD abends spät angerufen. Man sagte mir, dass unser Sohn uns grüssen lässt und bittet die Mutter, ihm Wäsche und einige Kleidungsstücke, sowie etwas Geld zu bringen. Wir sollten die Kleidungsstücke am nächsten Tage punkt 12 Uhr mittags an den Eingang des NKWD-Gebäudes bringen. Die Mutter brachte die Sachen hin. Dort wurden die Sachen abgenommen. Auf die Frage, wo der Sohn sich befände, erhielt sie nur die Antwort, es ginge ihm gut. Es wurde ihr verboten, irgend jemand von dieser Sache etwas mitzuteilen.

Nach diesem Geschehnis weinte die Mutter mehrere Tage. Sie war der Meinung, dass der Sohn verschickt worden sei. Dann beruhigte sie sich wieder; es ist unmöglich, dass er verschickt ist, er ist unschuldig, er muss wieder kommen. Das war ihr fester Glaube.

---

der Moskauer Hitler-Jugend (1938). Mechanismen des Terrors der stalinistischen Geheimpolizei. In: *Jahrbuch Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (1999), S. 124–160.

138 In der Bol'šaja Lubjanka, Hausnummer 14, befand sich das Hauptquartier des NKVD.

139 Das Moskauer Taganskaja-Gefängnis, 1804 erbaut, war Haftort vieler Bolschewiki vor der Revolution. Im „Großen Terror" als Haftanstalt berüchtigt, wurde es 1958 abgerissen.

140 *Matrosnaja Tichina:* Richtig: *Matrosskaja Tišina* – Moskauer Untersuchungsgefängnis in der gleichnamigen Straße.

141 *Prokuror* (russ.): Staatsanwalt.

142 *Dimitrowka 18:* In der Bol'šaja Dmitrovka, Hausnummer 18, befand sich vermutlich die Auskunftsstelle oder das Sprechzimmer der Staatsanwaltschaft. Die Behörde selbst befindet sich (auch heute noch) im Gebäude schräg gegenüber, Hausnummer 15a (in unmittelbarer Nachbarschaft zum RGASPI).

143 *Arbatskaja 37:* Im Arbat (so der korrekte russische Straßenname), Hausnummer 37, befand sich das Revolutionäre Militärtribunal des Moskauer Bezirks.

144 In der Straße Kuzneckij Most, Hausnummer 24, befand sich die Auskunftsstelle des NKVD.

145 *Prokuratura* (russ.): Staatsanwaltschaft.

146 Am 27.8.1938 schrieb Henriette Sobottka an Stalin und beklagte sich über die Ungewissheit über den Aufenthaltsort ihres Sohnes (siehe Müller: „Wir kommen alle dran", S. 128).

Im Januar 1939 erfolgte wiederum ein Anruf von derselben Stelle. Man verlangte wiederum einige Sachen und etwas Geld. Die Mutter brachte es wieder zur selben Stelle. Aber in welchem Gefängnis ihr Sohn war, erfuhr sie auch jetzt nicht. Doch hatte sie die Gewissheit, dass er noch in Moskau war. Erneut ging sie von einer Stelle zur anderen, von einem Gefängnis zum anderen um zu erfahren, wo ihr Sohn ist und um ihm etwas Geld einzahlen zu können. Doch alle Bemühungen waren vergeblich.[147]

Erst im Januar[148] 1939 erhielt sie in der Matrosnaja Tichina die Auskunft, dass unser Sohn im Gefängnis Taganka sitzt, dass ein Prozess aus Mangel an Material nicht stattfinden könnte, aber über seine Entlassung hätte nicht mehr der Prokurator, sondern eine besondere Kommission zu entscheiden. Diese Auskunft gab der Mutter neue Hoffnung. Sie ging zum Taganka-Gefängnis, um Geld für ihren Sohn einzuzahlen. Aber hier sagte man ihr wiederum, er sei nicht da. Erst nach einem erneuten Vorstelligwerden in der Matrosnaja Tichina und einem Telefonat dieser Stelle mit dem Tanganka-Gefängnis wurde erklärt, ja, er ist da, und Geld wurde für ihn angenommen. Nun hoffte die Mutter, dass ihr Sohn bald zurückkommt. Anfang August wurde ihr dann mitgeteilt, dass ihr Sohn ins Budirki-Gefängnis[149] überführt sei. Doch jetzt trat eine Änderung im Verhalten meiner Frau ein. Sie ging nicht mehr zum Budirki-Gefängnis, sondern sagte mir „Geh' Du jetzt hin und zahle für ihn Geld ein", was ich alle 14 Tage tat und ihr die Nachricht brachte, dass er noch da ist. In der ganzen Zeit hoffte sie, dass ihr Sohn zum 7. November, zum XXII. Jahrestag der Oktoberrevolution zu Hause sein würde. Man feiert doch ein Fest, da wird auch mein unschuldiger Sohn entlassen – von diesem Glauben war sie überzeugt.

In dieser Situation kam ein neuer schwerer Schlag.

Am 4. November ds. Js. lief unsere Aufenthaltsgenehmigung ab. Bereits am 23. Oktober ersuchte ich, mir und meiner Frau eine neue Aufenthaltsgenehmigung für Moskau zu geben. Es wurde mir versprochen, dass am 29. Oktober das Dokument fertig sein würde. Am 29. Oktober wurde mir jedoch mitgeteilt, dass es erst am 4. November fertig sein würde und am 4. November erklärte mir der Leiter der Auslandabteilung, dass mir und meiner Frau ein Aufenthalt in Moskau nicht mehr gewährt werden würde, sondern wir sollten um mindestens 100 km von Moskau entfernt einen Ort suchen, für den wir dann Aufenthaltsgenehmigung erhielten. Da ich im Alter von 54 Jahren und meine Frau von 52 Jahren stehen, die letzten 20 Jahre meines Lebens in gewerkschaftlicher, politischer wie journalistischer Arbeit bestand, hätte ich ausserhalb Moskaus an irgend einem kleinen Ort keine Lebensmöglichkeit. Ich sagte deshalb dem Beamten, dass meine Ausweisung aus Moskau gleichbedeutend ist mit dem Entzug jeglicher

---

147 Die geschilderte quälende Ungewissheit der Sobottkas ob des Haftorts ihres Sohnes und das endlose Umherziehen von einem Moskauer Gefängnis zum anderen war nicht singulär, sondern gehörte zum Alltag der Angehörigen von Verhafteten während des Großen Terrors. Es findet sich als häufiges Motiv in den Memoiren dieser Zeit.

148 Handschriftlich durchgestrichen: „Juni".

149 *Budirki-Gefängnis:* Richtig: Butyrka-Gefängnis. Untersuchungsgefängnis in Moskau in der Novoslobodskaja Straße, Hausnummer 45. Eines der ältesten und berüchtigtsten russischen Gefängnisse.

Lebensmöglichkeit. Der Beamte sagte mir, dass er sich daran nicht stören könne, er hätte seine Gesetze. Nach längerer Aussprache schliesslich sagte er, wenn ich von der Organisation, die mich nach Moskau gerufen habe eine Bescheinigung beibringe, in der die Organisation für mich bittet, mir in Moskau Aufenthalt zu gewähren, dann würde das geschehen. Hierauf wandte ich mich sofort an die Komintern, deren Kaderabteilung eigentlich über mich zu bestimmen hat. Dort erhielt ich am 4. November und später am 9. November die Mitteilung, dass man für mich Aufenthalt in Moskau beantragt habe und die Angelegenheit erledigt würde. Auf dem Passamt jedoch sagte man mir, dass sie nichts erhalten hätten. Als ich am 16. November noch keine Aufenthaltsgenehmigung erhielt, wandte ich mich erneut telefonisch an den Genossen Ulbricht.[150] Der gab mir die kurze Antwort „Wir können dem Beamten keine Vorschriften machen“. In den 6 Wochen, vom 23. Oktober bis 7. Dezember, musste ich sieben Mal zur Passtelle und jedes Mal nach längerem, stundenlangen Warten fortgeschickt mit der Mitteilung, dass die Angelegenheit noch nicht erledigt sei.

Als ich am 19. November immer noch keine Aufenthaltsgenehmigung erhalten hatte, wandte ich mich persönlich an den Genossen Losowski, der seit 20 Jahren nicht nur mich persönlich kennt, sondern auch meine Arbeit, da ich unter seiner Leitung längere Jahre gearbeitet habe. Am 22.November teilte mir Genosse Losowski mit, dass er die Angelegenheit erledigt habe und ich würde mit meiner Frau die Aufenthaltserlaubnis erhalten. Diese Mitteilung beruhigte meine Frau sehr. Als ich jedoch am 25. November wieder auf dem Passbüro erschien wurde mir mitgeteilt, dass die Angelegenheit noch nicht erledigt sei und es wurde mir eine weitere Frist von 10 Tagen gestellt. Als meine Frau das erfuhr, sagte sie mir, jetzt glaube ich an nichts mehr, jetzt glaube ich auch nicht, dass unser Sohn entlassen wird und ich glaube auch nicht, dass wir Aufenthaltsgenehmigung in Moskau erhalten.

Alle meine Versuche, meine Frau zu trösten, scheiterten, sie wurde immer schwermütiger und Anfang Dezember machten sich Anzeichen einer schweren Krankheit bemerkbar.

Am 6. Dezember sagte meine Frau, jetzt muss der Sohn wieder zurückkommen, wenn er heute nicht kommt, dann kommt er nicht mehr, dann bleibt für mich nichts anderes übrig, als nur zu sterben. Am 7. Dezember verschlechterte sich ihr Zustand und am 8. Dezember musste ich sie in das Krankenhaus Kaschenko bringen, wo sie zurzeit schwer krank darnieder liegt.

Ich weiss nicht, durch wessen Schuld die Verzögerung der Ausstellung einer Aufenthaltsgenehmigung für mich und meine Frau verursacht wurde, ob ich von der Kaderabteilung der deutschen Sektion der Komintern eine unrichtige Antwort erhalten habe oder ob der Vorsteher des Passbüros die Angelegenheit hinauszögerte. Doch bin ich der festen Ueberzeugung, dass die Befürchtungen meiner Frau, jetzt im Winter auch noch das Dach über dem Kopf zu verlieren, die schwere Krankheit hervorgerufen haben. Dies umsomehr, als bereits im Juni 1938 der Vorsteher des Passamtes mir

150 Die Stellungnahme Walter Ulbrichts zum Brief Sobottkas siehe Dok. 470.

auf einmal erklärte, dass von mir und meiner Frau überhaupt keine Akten vorhanden wären darüber, wie und woher wir nach Moskau gekommen wären und da wir keinen Nationalpass hätten,[151] würde man uns aus Moskau ausweisen. Erst auf ein von mir an den Genossen Dimitroff gerichtetes persönliches Schreiben erhielten wir dann Aufenthaltsgenehmigung. Einige Zeit später machte man die Genehmigung des Aufenthalts für meine Frau von der Aufnahme einer Arbeit abhängig. Meine Frau erfüllt auch diesen Wunsch und nahm Arbeit in der Fabrik „Oktober-Revolution" an.[152] Die Wiederholung der Drohung jetzt, hat meiner Frau, im Zusammenhang mit der Angelegenheit ihres Sohnes den letzten Stoss gegeben und sie zur Verzweiflung getrieben.

Als wir am 7. Dezember wiederum nach 2½ stündigem Warten endlich unsere Aufenthaltsgenehmigung erhielten, da war es schon zu spät. Zu Hause angekommen, sagte ich meiner Frau „Siehst Du, es wird doch alles wieder gut, für ein ganzes Jahr hast die Aufenthaltsgenehmigung". „Ja", sagte meine Frau, „für ein Jahr, und was dann, dann wiederholt sich dieselbe Quälerei. Was haben wir denn verbrochen, dass man uns so behandelt. Haben wir nicht unser ganzes Leben für die Arbeiterbewegung gearbeitet, haben wir nicht alles geopfert. 20 Jahre hast Du für die Sowjetgewerkschaften gearbeitet. Die russischen Genossen sind zu uns in die Wohnung gekommen als wir noch in Deutschland waren, sie haben mit Dir alle Arbeiten besprochen. Du hattest keine Zeit, weder für die Familie noch für Urlaub, nur Arbeit für die Partei, und jetzt hat man [für] Dich keine Arbeit. Deinen Sohn hat man verhaftet, Dich aus der Arbeit geworfen, noch nicht mal die Putjowka[153], die man Dir erst versprochen, hat man Dir gegeben. Nein, so behandelt man keine Menschen, die 30 Jahre für die Arbeiterbewegung gearbeitet haben, so behandelt man Verbrecher und wenn wir Verbrecher sind, dann soll man uns totschlagen, aber nicht so behandeln."

Das war der Verzweiflungsausbruch einer Irren. Aber leider Genossen, ist es Wahrheit.[154] Deshalb teile ich Ihnen als Führer der Kommunistischen Internationale dies mit.

Es war eine Ungerechtigkeit, dass man mich entliess, als mein Sohn verhaftet wurde. Drei Tage vorher wurde mir vom Genossen Gottwald, der damals Sekretär der Komintern war, gesagt, dass, wenn auch die Büros für Internationale Verbindungen, wo ich Sekretär war, aufgelöst würden, man für mich andere Arbeit genügend habe.[155]

---

151 Die Familie Sobottka wurde im April 1937 von den deutschen Behörden ausgebürgert und besaß somit keine gültigen deutschen Pässe (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 880; Mensing: Von der Ruhr in den GULag, S. 159).

152 Vermutlich ist die Textilfabrik „Oktjabr'skaja revoljucija" bei Moskau gemeint.

153 *Putjovka* (russ.): Reisegenehmigung, Geleitschein für Kuraufenthalte u.ä.

154 Nach Interpretation von Carola Tischler postulierte Sobottka die von seiner Frau geäußerte Kritik an den Zuständen als „Verzweiflungsausbruch einer Irren", da ihm andernfalls die eigene Parteidisziplin verboten hätte, solche Vorwürfe gegen die Sowjetunion zu erheben (Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 119).

155 *Büro für internationale Verbindungen:* Gemeint ist die Internationale Verbindungsabteilung der Roten Gewerkschaftsinternationale, die Ende Dezember 1937 aufgelöst wurde.

Fünf Tage später erklärte mir der Genosse Walter Ulbricht, dass meine Beschäftigung nicht mehr in Frage käme.

Wäre meine tapfere Frau nicht auch eine fürsorgliche Hausfrau gewesen, dann hätten wir nach 30jähriger Arbeit für die Arbeiterbewegung und nach 20jähriger Arbeit als Funktionäre der Kommunistischen Partei und Kommunistischen Internationale verhungern können, niemand hätte danach gefragt.[156] Ja, Genossen, es ist bitter, das auszusprechen, aber als Kommunist bin ich verpflichtet, Euch das in diesem Schreiben zu sagen.

Im November 1936 waren die Führer der französischen Bergarbeiter hier in Moskau. An einem Empfangsabend, den die Sowjetbergarbeiterverbände zu Ehren der Delegation veranstalteten, nahm auch ich teil. Bei der Vorstellung der einzelnen Genossen sagte der Vertreter der Sowjetbergarbeiterverbände: „Das ist Genosse Sobottka, ein deutscher Emigrant, der bei uns Arbeit und Wohnung erhalten hat". Darauf erwiderte der Präsident der französischen Bergarbeiterföderation,[157] Vigne: „Nun, wir kennen den Genossen Sobottka und sein Verhältnis zu den Sowjetgewerkschaften. Wir haben in Frankreich sechs deutschen Bergarbeiterfunktionären Wohnung und Arbeit besorgt und wenn Genosse Sobottka mal nach Frankreich kommen sollte, so werden wir auch ihm helfen, trotz den Gegensätzen, die zwischen uns bestanden haben." Ich habe über dieses Angebot damals gelacht. Doch 15 Monate später hatten die Sowjetgewerkschaften keine Arbeit mehr für mich. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen!

Da hier im Hause, wo ich wohne, sehr oft französische Genossen verkehren, muss Vigne von meiner Arbeitslosigkeit erfahren haben, denn im Frühjahr 1939 liess er mir durch einen Genossen, der aus Nordfrankreich hier in Moskau war einen Gruss bestellen. Wenn ich keine Arbeit hätte, sollte ich nach Frankreich kommen, er würde mir helfen, Arbeit zu finden. Ich weiss nicht, ob das Ironie, Verhöhnung oder ehrliche Absicht war. Aber eins weiss ich, Genossen, dass ich auf Grund meiner 30jährigen Arbeit in der Arbeiterbewegung in jedem Lande eine Unterstützung gefunden hätte.

Die schweren seelischen Kämpfe, die auch ich infolge meiner Entlassung, Behandlung und wenn auch unausgesprochenen Beschuldigung, der Vater eines faschistischen Spions zu sein, durchmachte, blieben meiner Frau nicht verborgen. Auch sie trugen zu ihrer Verzweiflung bei.

Jetzt steht es seit langem fest, dass mein Sohn unschuldig ist, Mitte September erfuhr ich von dem ersten Sekretär des Woenni Tribunal,[158] Arbatskaja 37, dass die Sache meines Sohnes dort zur Nachprüfung läge. Ich ersuchte einen Advokaten, den

---

156 Eine Ironie des Schicksals ist, dass Gustav Sobottka zwei Jahre zuvor in einer Broschüre den Wohlstand der sowjetischen Arbeiter angepriesen hatte (Gustav Sobottka: Leben und Wohlstand der Bergarbeiter in der Sowjetunion, Strasbourg, Éd. Prométhée, 1937).

157 Pierre Vigne war der sozialistische Generalsekretär der *Fédération nationale des mineurs*, der französischen Bergarbeiterföderation, der später das Vichy-Regime untertützte.

158 *Voennyj tribunal* (russ.): Militärtribunal. Gemeint ist das Revolutionäre Militärtribunal des Moskauer Bezirks.

Genossen Rusakow, falls ein Prozess stattfindet, vor dem Gericht die Verteidigung meines Sohnes zu übernehmen. Als meine Frau erkrankte, bat ich den Advokaten, da ich selbst nicht hingehen konnte, bei dem Woenni Tribunal nochmals vorstellig zu werden und zu bitten, die Erledigung der Sache doch zu beschleunigen, da von der Entlassung meines Sohnes das Leben meiner Frau abhängt. Am 11. Dezember erhielt ich den Bescheid, dass das Woenni Tribunal keinen Prozess machen könnte, die Sache würde anderweitig entschieden und zwar mit ziemlicher Gewissheit in dem von mir gewünschten Sinne, positiv.[159]

Aber es vergeht Tag um Tag und es wird nichts entschieden. Inzwischen windet sich die Mutter voll Schmerzen und verlangt verzweifelt nach ihrem Sohne. Noch am 18. Dezember sagte mir die Aerztin, dass durch ein Wiedersehen der Kranken mit ihrem Sohne eine entscheidende Wendung in ihrem Zustand eintreten würde. Aber was ist zu tun, wenn die Menschen anstelle des Herzens einen Stein tragen. [160]

Damit Genossen, will ich schliessen, ich habe keine besondere Bitte an Sie. Ich wollte Ihnen nur mitteilen das Schicksal eines Parteiarbeiters nach 30jähriger Tätigkeit für die sozialistische Arbeiterbewegung, nach fast 20jähriger Tätigkeit für die Kommunistische Internationale und die Sowjetgewerkschaften.

Mit kommunistischem Gruss
22. Dezember 1939

[Sign.] Gustav Sobottka
/Gustav Sobottka/

---

159 Daraufhin, am 13.12.1929, schrieb Sobottka einen Brief an Vyšinskij, in dem er den Sachverhalt ähnlich wie im vorliegenden Dokument, jedoch knapper und weniger emotional, darlegte. Er appellierte an den Staatsanwalt, die Überprüfung der Angelegenheit seines Sohnes zu beschleunigen. Der Brief ist abgedruckt in: Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 1–2; Dehl: Verratene Ideale, S. 248–251.

160 Gustav Sobottka jun. wurde schwer gefoltert und nach langem Widerstand am 9.3.1938 zu einer frei erfundenen, sich selbst und andere belastenden Aussage gezwungen, die er jedoch am 29.12.1938 schriftlich widerrief. Er bestätigte den Widerruf am 4.2.1939, worauf die Anklage gegen ihn dem Militärkollegium zur Überprüfung übergeben wurde. Während seine Eltern im Juni 1939 die unrichtige Auskunft erhalten hatten, es werde gegen ihren Sohn mangels Belastungsmaterial keinen Prozess geben, beschloss das Militärkollegium im Oktober, der Anklageschrift stattzugeben. Sobottka jun. wurde jedoch davon nicht in Kenntnis gesetzt und weiter in Haft gehalten, sein letztes Gesuch um Akteneinsicht stammt vom 13.4.1940. Er starb am 22.9.1940 in Haft. (Mensing: Von der Ruhr in den GULag, S. 160–165). Gustav Sobottka sen., der über einen freigelassenen Häftling davon erfuhr, wandte sich an die „Organe" sowie an Dimitrov, um die Todesursache in Erfahrung zu bringen und den Leichnam zur Beerdigung zu erhalten. Am 2.4.1941 schrieb Dimitrov an den NKGB-Vorsitzenden Vsevolod Merkulov, um sich für die Bitte Sobottkas einzusetzen. Merkulov antwortete am 23.5.1941, Sobottka sei eine Bescheinigung über die Todesursache seines Sohnes überreicht worden, die Leiche sei jedoch bereits kremiert. Am 16.6.1941 ließ Dimitrov über andere deutsche Kommunisten Sobottka davon in Kenntnis setzen (siehe: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 214).

Dok. 470

Stellungnahme Ulbrichts an Dimitrov, Manuilski und Pieck zum Hilferuf Sobottkas

[Moskau], 25.12.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/10a/317, 157. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 214–216.

Liebe Genossen!

Zum Brief des Genossen Sobottka möchte ich [einige] Ergänzungen machen:

1./ Seit der Verhaftung seines Sohnes ist Gen. Sobottka so deprimiert, dass er nur noch wenig arbeitsfähig ist. Nachdem das Sowjetgericht ein Verfahren gegen den Sohn des Gen. Sobottka abgelehnt hat und die Untersuchung in den Händen der NKWD liegt, ohne dass bisher eine Entscheidung erfolgte, es sich aber um mehrere ähnliche Fälle handelt, wäre es notwendig, dass ein Mitglied des ZK der WKP (B) diese Fälle nachkontrolliert.

Gegen Gen. Sobottka wurde in Verbindung mit der Verhaftung seines Sohnes von einem Parteigenossen eine Beschuldigung erhoben, die wir nachgeprüft haben mit dem Resultat der Rehabilitierung des Gen. Sobottka.[161]

2./ Genosse Sobottka wurde im Zusammenhang mit der Liquidierung der RGI[162] von WCSPS entlassen. Meines Erachtens war es politisch nicht zulässig, dass WCSPS einen alten führenden Gewerkschaftsfunktionär in dieser Weise entlässt, ohne ihm vorher andere Arbeit zu besorgen.

Wir haben Gen. Sobottka dazu verholfen, dass er Artikel für Ino-Radio schreiben kann.[163] Mit dem Honorar dieser Artikel konnte er leben. Als die Mitarbeit infolge Aenderung des Inhaltes der Sendungen nicht mehr möglich war,[164] und als wir keine

---

161 Die Art der Beschuldigung ist nicht bekannt, bei Weber/Herbst ist lediglich eine „Parteiprüfung“ erwähnt, der Sobottka nach seiner Entlassung aus dem VCSPS (dem Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften), wo er als Referent gearbeitet hatte, unterzogen wurde (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 880).

162 Die Rote Gewerkschafts-Internationale wurde im Dezember 1937 statutenwidrig und heimlich aufgelöst, nachdem ihr Apparat durch den Terror bereits dezimiert worden war; das Vermögen der RGI sowie ihr Archiv und die Bibliothek fielen an die Komintern (Tosstorff: Profintern, S. 696–707).

163 *Ino-Radio:* Abkürzung für russ. *inostrannoe radio* („Auslandsrundfunk“), fremdsprachiger sowjetischer Rundfunk, dessen deutsches Programm, in dem zahlreiche deutsche Kommunisten tätig waren, als „Radio Moskau“ bekannt war. Zeitweise arbeiteten mehr als zehn nationale Sektionen mit eigenen Redaktionen im Ino-Radio. Wegen zu hitlerfreundlichen Sendungen kam es ab 1939 zu Protesten aus der Komintern; die Verbindungen zum sowjetischen Rundfunkkomitee kamen im Herbst 1939 fast völlig zum Erliegen.

164 *Änderung des Inhalts der Sendungen:* Gemeint ist die Aufgabe der antifaschistischen Stoßrichtung sowjetischer Rundfunkpropaganda infolge des Stalin-Hitler-Paktes. Allerdings konnte Sobottka

Möglichkeit sahen, ihm Arbeit zu besorgen, habe ich ihm vorgeschlagen, dass wir für ihn Personalpension beantragen.[165] Das ist auch geschehen.

3./ Ich hörte von anderen Genossen über Schwierigkeiten der materiellen Lage des Gen. Sobottka. Darauf habe ich ihm vorgeschlagen, dass wir uns bei der MOPR dafür einsetzen wollen, dass er reguläre Unterstützung als Politemigrant erhält, bis zur Erledigung seines Antrages auf Personalpension. Gen. Sobottka lehnte das ab mit der Begründung, dass er vorläufig einigermassen durchkommen könne.

Als wir hörten, dass sich seine materielle Lage verschlechtert hat, haben wir ihm aus der Parteikasse am 8. Oktober 300 Rbl. und am 3. Dezember 300 Rubel gegeben und gleichzeitig bei der MOPR Gewährung von Politemigrantenunterstützung beantragt.

4./ Wegen seiner Aufenthaltsbewilligung hat er sich an die Genossin Priborotzkaja von der Kaderabteilung gewandt, die nach seinen Angaben ihm zugesagt haben soll, dass sich die Kaderabteilung für die Aufenthaltsbewilligung einsetzen wird. Ich vermute, dass er auf Grund dessen zunächst nur die Verlängerung des Aufenthalts um 4 Wochen erhalten hat. Später wandte er sich erst an uns. Durch ein Schreiben vom 3. Dezember haben wir bei der dafür zuständigen Kommission die Aufenthaltsbewilligung in Moskau beantragt. Wenn der Milizionär auf der Passtelle ihm, wie anderen, auch gesagt hat, er habe keine Anweisung von Komintern, oder, er kenne nicht die Komintern, so habe ich ihn darauf aufmerksam machen müssen, dass selbstverständlich die Sowjetbehörden keine Beziehungen zur Komintern haben und wir der Miliz keine Vorschriften machen können, in welcher Weise sie solche Fragen beantwortet.[166]

Mit bestem Gruss!
[Sign. russisch] Ulbricht

---

nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion wieder für das Ino-Radio als „Kommentator und Sprecher, u.a. Arbeitersendungen, spätestens seit Juni 1941“ arbeiten (Conrad Pütter: Rundfunk gegen das „Dritte Reich“. Ein Handbuch. Unter Mitwirkung von Ernst Loewy und mit einem Beitrag von Elke Hilscher, München u.a., K.G.Saur, 1986, S. 264).

165 Eine sogenannte Personalrente (russ. *personal'naja pensija*) wurde in der Sowjetunion Persönlichkeiten mit besonderen Verdiensten als arbeitsunabhängige Rente verliehen.

166 Gustav Sobottka war nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion u.a. als Instrukteur in Kriegsgefangenenlagern tätig. Im Mai 1945 kehrte er als Leiter der 3. „Initiativ-Gruppe“ nach Deutschland zurück, wo er später hohe Posten in der SBZ/DDR-Brennstoffindustrie innehatte. In seinem in der DDR verfassten Lebenslauf gab er an, beide Söhne seien in NS-Haft verstorben (Mensing: Von der Ruhr in den GULag, S. 165). Aufgrund seiner Erfahrungen in der Sowjetunion „soll er Stalin insgeheim so sehr gehaßt haben, daß er über dessen Tod am 5. März 1953 noch jubelte, aber vor Aufregung einen Tag später selbst starb.“ (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 880).



Am 27.12.1939 nahm das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion das Einverständnis Deutschlands, bis zu 60.000 Flüchtlinge (aus dem sowjetisch besetzten Polen) auf sein Territorium zurückführen zu lassen, mit Wohlwollen zur Kenntnis. Im Gegenzug wurde beschlossen, 14.000 Flüchtlinge aus den deutschen Gebieten Polens zu übernehmen. Zur Aufnahme dieser Flüchtlinge wurde vom Politbüro am 30.12.1939 eine Kommission gebildet.[167]

Am 29.12.1939 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion erneut über die Zwangsumsiedlung polnischer Wehrbauern aus den ehemals polnischen, nun sowjetischen Gebieten, unter anderem nach Sibirien.[168]

Dok. 471

Politische Plattform der KPD als Ergebnis der Beratungen der deutschen Kommission der Komintern in Moskau

[Moskau], 30.12.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1302, 49–59. In deutscher Sprache auszugsweise publ. in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, V, S. 532–535; Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!", S. 213–215. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 218–226.

Bö/6
8.I.1940.[169]

Vertraulich![170]

---

167 RGASPI, Moskau, 17/162/26, 156, 161.
168 RGASPI, Moskau, 17/162/26, 159, 185–192.
169 Oben auf der ersten Seite Vermerk: „Archiv" und Stempel: „Endgültig. Sekretariat d. EKKI am 30.XII.39 N 525. Originaltext bestätigt / deutsch".
170 Der Entwurf der „Politischen Plattform" der KPD wurde in der Sitzung des Sekretariats des EKKI vom 30.12.1939 bestätigt, zusammen mit einem Dokument über die politische Linie in der Jugendarbeit (RGASPI, Moskau, 495/18/1301, 75). Eine russische Übersetzung der Plattform wurde bereits am 4.1.1940 an Stalin geschickt. Dimitrov und Manuilski baten ihn um Rat und Anweisungen „angesichts der Komplexität und Wichtigkeit der Frage" (siehe: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 239). Am 13.1.1940 schrieb Dimitrov zum wiederholten Male an Molotov: „Angesichts der veränderten Lage hat die Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands eine neue politische Plattform der Partei ausgearbeitet. Wie aus dem beigelegten Dokument zu ersehen ist, bestimmt die Plattform die taktische Position der Partei unter den gegenwärtigen Bedingungen. Diese Position der KP ist aus unserer Sicht richtig. Da es sich um eine besonders komplizierte und wichtige Frage handelt, haben wir Genossen Stalin um Rat und Weisung dazu gebeten." (RGASPI, Moskau, 495/74/155, 4–7. Publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 237f.). Am 21.1.1940 bemerkte Molotov im Gespräch mit Dimitrov: „‚Sie [die KPD-Führungskader] können sich nicht entschließen, den Krieg von Seiten Deutschlands als imperialistischen zu bezeichnen!' – ‚Man muß einen Meinungsaustausch über die Taktik der deutschen Partei führen.'" (Dimitroff: Tagebücher, Bd. 1, S. 289).

Politische Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands.

1. Die taktische Orientierung der Partei in der gegenwärtigen Situation.

Die taktische Orientierung der Kommunistischen Partei Deutschlands in der gegenwärtigen Situation muss auf *die Entfaltung einer breiten Volksbewegung und auf die Schaffung der Volksfront der werktätigen Massen* – einschliesslich der nationalsozialistischen Werktätigen – zur Verteidigung der Interessen und Rechte der Volksmassen, *zur Festigung und Vertiefung der Freundschaft mit der Sowjetunion* und zur Beendigung des imperialistischen Krieges im Interesse des Volkes gerichtet sein. Nur dadurch können die Interessen der Arbeiterklasse u. die nationale Freiheit und Unabhängigkeit des deutschen Volkes gesichert werden, die auf das Schwerste durch den aggressiven Kriegsplan des Blockes der englischen und französischen Imperialisten bedroht wird. Dieser Plan ist darauf gerichtet, Deutschland von dem Freundschaftspakt mit der Sowjetunion loszureissen, das deutsche Volk zu unterjochen, ihm unerhörte Lasten aufzuerlegen, seine nationale Selbständigkeit zu rauben, Deutschland in englische Vasallenstaaten umzuwandeln und das deutsche Volk in den Krieg gegen die Sowjetunion hineinzutreiben.

Diese taktische Orientierung erfordert die *volle Selbständigkeit der Politik der Kommunistischen Partei zur Wahrung der Interessen des werktätigen Volkes*, sie bedeutet nicht die Unterstützung des Krieges an der Seite des deutschen Imperialismus und auf keinen Fall eine Abschwächung des Kampfes gegen die Unterdrückungspolitik des gegenwärtigen Regimes in Deutschland.

Bei dieser taktischen Orientierung muss die Partei die Umgruppierung der politischen Kräfte und die Aenderungen in den Stimmungen der Massen in Deutschland beachten, die sich auf Grund des Abschlusses des sowjet-deutschen Freundschaftspaktes im Zusammenhang mit dem Kriege vollziehen. Gegenüber der *Front des herrschenden Regimes*, das den Freundschaftspakt mit der Sowjetunion abschloss – jedoch nicht eine konsequente Freundschaft mit der Sowjetunion garantiert, – bildet sich eine *zweite Front* aus Teilen der deutschen Bourgeoisie (Thyssen etc.)[171] und Teilen der katholischen und sozialdemokratischen Führerschaft heraus, die direkt gegen den Pakt und gegen die Freundschaft mit der Sowjetunion gerichtet ist und die sich in den Dienst des englisch-französischen Kriegsblockes gegen das deutsche Volk und gegen die Sowjetunion stellt. Es muss damit gerechnet werden, dass mit der längeren Dauer des Krieges, im Zusammenhang mit den wachsenden Schwierigkeiten im Lande, die Tendenzen innerhalb der deutschen Bourgeoisie wachsen werden, den Bruch mit der Sowjetunion zu vollziehen, vor dem englisch-französischen Kriegsblock zu kapitulieren und sich zum Kriege gegen die Sowjetunion bereit zu finden.

---

171 Der deutsche Großindustrielle Fritz Thyssen (1873–1951), der seinerzeit die NSDAP finanziert hatte und seit 1931 ihr Mitglied war, verweigerte als Reichstagsabgeordneter seine Zustimmung zum Krieg gegen die Westmächte und emigrierte als Gegner der Nationalsozialisten im September 1939 in die Schweiz.

Daraus ergibt sich die dringende Notwendigkeit der Entfaltung einer breiten Volksbewegung – Arbeiter, Bauern, Handwerker, werktätige Intelligenz –, der Volksfront von unten für die Festigung und Vertiefung der Freundschaft mit der Sowjetunion, zur Sicherung der nationalen Freiheit und Unabhängigkeit des deutschen Volkes. Diese *dritte Front innerhalb des deutschen Volkes* wird sich aber nur im Kampfe für die politischen Rechte des werktätigen Volkes, für die Verbesserung seiner Lebenshaltung, für die Abwälzung der Kriegslasten auf die Schultern der Reichen und gegen jede soziale und nationale Unterdrückung entfalten. Dieser Kampf muss gegen das herrschende Regime gerichtet werden, weil dieses den werktätigen Massen in ihrem Kampfe um diese Forderungen entgegentritt und damit zugleich die Widerstandskraft des deutschen Volkes gegen den aggressiven Kriegsplan des englischen und französischen Imperialismus und den Kampf gegen die Feinde der Freundschaft mit der Sowjetunion und die Helfershelfer des englischen und französischen Imperialismus in Deutschland schwächt. Indem die werktätigen Massen ihren Kampf gegen die zwei Fronten in Deutschland führen, muss das Schwergewicht dieses Kampfes auf die Verhinderung des Kriegsplanes des englischen und französischen Imperialismus und auf den Schlag gegen die Feinde des deutschen Volkes gelegt werden,[172] die in Deutschland den sowjetisch-deutschen Freundschaftspakt zerstören wollen, den englisch-französischen Kriegsplan gegen das deutsche Volk unterstützen und das deutsche Volk in das grösste Unglück eines Krieges mit dem grossen Sowjetvolke stürzen wollen.

Die Taktik der Partei muss ferner darauf gerichtet sein, die werktätigen Massen dafür vorzubereiten, dass sie unter keinen Umständen einen Bruch des Freundschaftspaktes mit der Sowjetunion zulassen und dass sie in einer im Zusammenhang mit der Entwicklung des Krieges eintretenden Krise des gegenwärtigen Regimes in Deutschland imstande sind, das Schicksal des deutschen Volkes und die Verteidigung des Landes gegen die Kriegspläne der englischen und französischen Imperialisten in ihre Hände zu nehmen.

Bei dieser taktischen Orientierung der Partei ist es besonders wichtig und notwendig, dass sie eine unermüdliche und systematische Propaganda für den Sozialismus und eine ständige Popularisierung der Grundsätze der marxistisch-leninistischen Theorie führt und die werktätigen Massen im Geiste des proletarischen Internationalismus und der Kampfverbundenheit der deutschen Arbeiterklasse mit der Arbeiterklasse der anderen kapitalistischen Länder, vor allem Englands und Frankreichs erzieht.

II. Die politischen Aufgaben der Partei in der gegenwärtigen Situation.

Ausgehend von dieser taktischen Orientierung steht vor der Partei in der gegenwärtigen Situation als *Hauptaufgabe*: Die Organisierung des Kampfes für die Beendigung

172 Hier und im Folgenden wird die sprachliche Anpassung der KPD an den nationalsozialistischen Sprachgebrauch besonders deutlich.

des Krieges, die Befestigung und Vertiefung der Freundschaft des deutschen Volkes mit der Sowjetunion, die Verhinderung des Kriegsplanes der englischen und französischen Imperialisten, die Stärkung der politischen und organisatorischen Kraft der werktätigen Massen innerhalb Deutschlands. Aus dieser Hauptaufgabe ergeben sich die folgenden *weiteren Aufgaben*:

1. Gründliche Aufklärung der werktätigen Massen

a) über den *imperialistischen Charakter des europäischen Krieges*, besonders über die aggressive Rolle des englischen und französischen Imperialismus und seines Kriegsplanes. Umfassende Entlarvung der Feinde des sowjetisch-deutschen Freundschaftspaktes im eigenen Land. Wer gegen den Freundschaftspakt intrigiert oder Verleumdungen gegen die Sowjetunion verbreitet, muss als Feind des deutschen Volkes und als Helfershelfer der englischen und französischen Imperialisten gebrandmarkt werden. Dazu die Forderung auf Konfiszierung des Vermögens dieser Volksfeinde und ihrer Entfernung aus der Armee und dem Staatsapparat.[173]

b) Ueber die *Bedeutung des sowjet[isch]-deutschen Freundschaftspaktes* und über die durch ihn im Zusammenhang mit dem Kriege herbeigeführten tiefgehenden Veränderungen der internationalen Lage und der Klassenkräfte in Deutschland.

c) Ueber die sich daraus ergebenden *neuen Bedingungen und Aufgaben des Kampfes der werktätigen Massen Deutschlands.*

2. Gründliche Aufklärung der werktätigen Massen über die Sowjetunion, über ihre konsequente Friedenspolitik, über die Verwirklichung des Sozialismus, über die Stalinsche Verfassung der sozialistischen Demokratie, über die nationale Freiheit und das Zusammenleben der Völker im Lande des Sozialismus, über die wirtschaftliche und militärische Stärke der Sowjetunion und den Charakter der Roten Arbeiter- und Bauernarmee. Es ist den werktätigen Massen die völlige Uebereinstimmung ihrer Interessen mit denen der Sowjetunion und ihrer Aussenpolitik nachzuweisen, um dadurch den Massen die gewaltige Bedeutung des Freundschaftspaktes zu erklären und die Freundschaft der Massen zur Sowjetunion zu festigen und zu vertiefen.

3. Die Organisierung des Kampfes gegen die politische Entrechtung der werktätigen Massen und des Kampfes für ihre politischen Rechte.

Dem werktätigen Volke, dem im Kriege die schwersten Opfer und Entbehrungen auferlegt sind, werden von dem herrschenden Regime alle Rechte vorenthalten, über die Lebensfragen des Volkes seine Meinung zu sagen und in Versammlungen oder in der Presse seine berechtigten Forderungen zu vertreten. Wer aber dem werktätigen Volke seine Rechte vorenthält, untergräbt damit die nationale Existenz des deutschen Volkes. Die Rechtlosigkeit des werktätigen Volkes in Deutschland benutzt der engli-

173 *De facto* entsprach dies einer positiven Würdigung der von den Nationalsozialisten gegen Fritz Thyssen unternommenen Maßnahmen, dessen Vermögen wegen seiner Kritik an Hitlers Außenpolitik konfisziert wurde.

sche Imperialismus dazu, seine wahren Kriegsziele unter der Maske des „Kampfes für die Demokratie" zu tarnen und die chauvinistische Verhetzung gegen das deutsche Volk mit der Behauptung zu betreiben, das deutsche Volk sei unfähig, seine Geschicke selbst zu leiten und müsse deshalb unter eine „Erziehungsdiktatur" der sogenannten „westlichen Demokratien" gestellt werden.

Deshalb muss besonders jetzt im Kriege der Kampf um die politischen Rechte des werktätigen Volkes geführt werden, für das Recht der freien Meinungsäusserung in Wort und Schrift, für die Selbstverwaltung der Gemeinden durch die von den Massen gewählten Personen ihres Vertrauens, für die Wahl der Vertrauensräte in den Betrieben und der Funktionäre in den Massenorganisationen, für die Rechte der Arbeiter, Bauern, Handwerker, werktätigen Intelligenz und Soldaten.

Es darf nicht länger sein, dass Männer wie *Ernst Thälmann* und tausend andere, die stets für die Freundschaft zwischen dem deutschen Volke und den Sowjetvölkern, gegen den Imperialismus und das Versailler Diktat gekämpft haben, noch immer eingekerkert sind. Es muss der Kampf für ihre Freilassung mit grösster Entschiedenheit geführt werden.

4. Die Organisierung des Kampfes gegen die nationale Unterdrückung und für das Selbstbestimmungsrecht des österreichischen, tschechischen, slowakischen und polnischen Volkes.

Eng verbunden mit dem Kampfe der werktätigen Massen für ihre politischen Rechte in Deutschland muss der Kampf gegen die nationale Unterdrückung des österreichischen, tschechischen, slowakischen und polnischen Volkes durch den deutschen Imperialismus und der Kampf für ihr volles Selbstbestimmungsrecht geführt werden. Die Germanisierungs- und Ausplünderungsmassnahmen in den annektierten Ländern und die Propaganda des grossdeutschen Chauvinismus sind nur Wasser auf die Mühlen der kriegerischen Aggression des englischen und französischen Imperialismus, erzeugen nur bittere Feindschaft in diesen Völkern gegen das deutsche Volk und hindern den gemeinsamen Kampf der deutschen, österreichischen, tschechischen, slowakischen und polnischen Arbeiterklasse gegen Imperialismus und Kapitalismus. Unmittelbar ist der Kampf zu führen für die Zurückziehung der Gestapo und der SS, für die Freilassung der Gefangenen, Liquidierung der Konzentrationslager und für die volle Selbstverwaltung des Volkes und Entfaltung seiner nationalen Kultur.

5. Die Organisierung des Kampfes gegen die grosskapitalistische Ausbeutung und für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der werktätigen Massen.

Die grosskapitalistischen Kräfte wälzen die ganze Last des Krieges auf die Schultern der werktätigen Massen. Die nationalsozialistische Behauptung, dass in Deutschland fortschrittliche soziale Verhältnisse beständen, dass eine gleichmässige Verteilung der Lasten erfolgte, dass keine Kriegsgewinne zugelassen würden, dass es einen deutschen Sozialismus gäbe, entspricht nicht den Tatsachen. Es ist notwendig, den Massen *den Widerspruch zwischen den nationalsozialistischen Behauptungen und den*

Tatsachen zum Bewusstsein zu bringen, den Schwindel über die angebliche „Volksgemeinschaft" zu enthüllen und den Kampf um die Verbesserung der Lebenshaltung der werktätigen Massen und um die Erhaltung der Volksgesundheit zu führen.

a) Gestützt auf die zähe Arbeit in den Massenorganisationen ist auf Grund der Verteuerung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ein *entschlossener Kampf der Arbeiter* zu führen für Loherhöhungen, für Weiterzahlung der Lohnzuschläge und Einhaltung der Urlaubsbestimmungen, für Verkürzung der Arbeitszeit, für den Gesundheitsschutz der Frauen und Jugendlichen, für die Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen, für ausreichende Versorgung der Betriebsarbeiter, Angestellten und selbständigen Werktätigen; gegen die ungerechte Verteilung der Waren, wie sie in der bevorzugten Belieferung der besitzenden Kreise zum Ausdruck kommt. Kampf für die Freizügigkeit der Landarbeiter und der Verbesserung ihrer Löhne und Arbeitsbedingungen.

b) *Tatkräftige Unterstützung der Forderungen der Klein- und Mittelbauern* im Reichsnährstand[174] auf Streichung der Pacht- und Zinsrückstände und Aussetzung dieser Zahlungen für die Dauer des Krieges, auf Herabsetzung der Steuern, auf das Mitbestimmungsrecht der Bauern in den Organisationen des Reichsnährstandes und den ihnen unterstellten Genossenschaften usw., auf Aufhebung aller Gesetzesverordnungen, durch die die Bauernwirtschaft zugrundegerichtet und durch die die armen und mittleren Bauern minderen Rechtes gegenüber den Grossgrundbesitzern gemacht, die nachgeborenen Kinder der Erbhofbauern völlig enterbt und entrechtet werden,[175] gegen die Bevorzugung der Grossagrarier bei der Versorgung mit Lebens- und Futtermitteln.

Ferner muss der Kampf geführt werden für die Zuteilung von Boden an die Kleinbauern auf Kosten des Grossgrundbesitzes, für die Gewährung ausreichender zinsloser Kredite und anderer staatlicher Unterstützungen zur Technisierung der Bauernwirtschaft.

c) *Tatkräftige Unterstützung der Forderungen der Handwerker, Kleingewerbetreibenden und Kleinhändler auf Schutz ihres Eigentums* und ihrer Betriebe, für eine gerechte Auftragsverteilung und Rohstoffversorgung, auf Streichung rückständiger Kapitalzinsen und Steuern, auf Senkung der Steuern und Erleichterung der Mietzahlungen.

d) *Kampf gegen die vielen, die werktätigen Massen besonders belastenden Steuern, Sammlungen und Abgaben* (Winterhilfe[176] etc.) und Verwandlung dieser Steuern, Sammlungen und Abgaben in Sonderabgaben und eine progressive Besteuerung und

174 Zum Reichsnährstand siehe Dok. 370.

175 Das Reichserbhofgesetz vom 29.9.1933 schuf im NS-Deutschland die Institution der „Erbhöfe", für die das Anerbenrecht galt: Sie durften nicht unter den Erben aufgeteilt, sondern nur als Ganzes an den ältesten Erben vererbt werden. Die Deklarierung eines Bauernhofes als „Erbhof" war, im Gegensatz zur Mitgliedschaft im Reichsnährstand, freiwillig.

176 *Winterhilfe:* Hier gemeint das „Winterhilfswerk des Deutschen Volkes", gegründet am 13.9.1933, das der NS-Volkswohlfahrt unterstand.

Sonderabgaben der besitzenden Kreise. Die Kriegsgewinne und jede anderweitige Bereicherung der kapitalistischen Kreise im Kriege sind durch progressive Vermögensabgaben bis zur völligen Konfiskation des Vermögens der Volksausplünderer zu kassieren.

6. *Die entscheidende Kraft in allen diesen Kämpfen ist die Arbeiterklasse*, deren politische und organisatorische Kraft auf das Höchste gesteigert werden muss. Deshalb ist die wichtigste Aufgabe *die Schaffung der Aktionseinheit* durch die Gewinnung de sozialdemokratischen Arbeiter und der nationalsozialistischen Werktätigen für den gemeinsamen Kampf.[177]

Die *sozialdemokratischen Arbeiter* sind jetzt infolge der durch den Krieg geschaffenen Situation und der sich daraus ergebenden Aufgaben vor die verantwortungsvolle Entscheidung gestellt: entweder gemeinsam mit den Kommunisten die *Einheitsfront von unten* zu schliessen, einzutreten für den gemeinsamen Kampf, für eine Volksfront der Arbeiter, Bauern, Handwerker und werktätigen Intelligenz, für die aktive Freundschaft mit der sozialistischen Sowjetunion und sich zu trennen von den sowjetfeindlichen, reaktionären sozialdemokratischen Führern – oder mitschuldig zu werden an der Verwirklichung der Raubpläne der englischen und französischen Imperialisten und der reaktionären Pläne des deutschen Grosskapitals.

Die infolge des sowjetisch-deutschen Nichtangriffs- und Freundschaftspaktes auch in den *nationalsozialistischen Werktätigen* begonnene Orientierung auf die Freundschaft mit der Sowjetunion eröffnet *grosse Möglichkeiten ihrer Gewinnung und Einreihung in die gemeinsame Kampffront* mit den kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern gegen den Raubplan des englischen und französischen Imperialismus, gegen die mit ihm verbundenen grosskapitalistischen Landesverräter in Deutschland, gegen die Herrschaft des Grosskapitals und für die Stärkung der politischen und organisatorischen Kraft der werktätigen Massen innerhalb Deutschlands, um dadurch eine feste Garantie für die Erhaltung und Vertiefung der Freundschaft zwischen der Sowjetunion und Deutschland zu schaffen.

Es ist notwendig, die *nationalsozialistischen Massenorganisationen zu Stützpunkten des Kampfes* für die Lebensinteressen der werktätigen Massen zu machen, festen Kurs zu nehmen auf die Gesinnung der unteren Funktionäre in den nationalsozialistischen Massenorganisationen und auf die Wahl solcher Werktätiger als Funktionäre solcher Organisationen, die ehrlich für die Interessen der Werktätigen eintreten.

Mit aller Schärfe hat der Krieg vor die Arbeiterklasse die Aufgabe gestellt, *in den Kampf der werktätigen Massen die Massen der Jugend einzubeziehen*, die durch die

---

177 Die nachfolgenden Absätze bis Punkt 7 wurden in der DDR-Publikation des Dokuments ausgelassen (vgl.: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, V, S. 532–535).

„Hitlerjugend“[178] und den „Bund deutscher Mädchen“[179] zur Mobilisierung des Hinterlandes eingesetzt werden. Die Arbeiterklasse setzt sich entschieden für die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Jugend ein und hilft ihr tatkräftig, den richtigen Weg zur Erfüllung ihrer sozialistischen Ideale zu beschreiten, um zu verhindern, dass breite Massen der Jugend unter den Einfluss des Chauvinismus in Gegensatz zu den werktätigen Massen gebracht werden.

7. *Die führende Rolle der Kommunistischen Partei in allen diesen Kämpfen ist eine unbedingte Notwendigkeit*, die sich die Partei durch ihre Massenarbeit verschaffen muss. Je tiefer sich die Partei in den Massen verankert, je aktiver sie den Kampf für die Interessen der werktätigen Massen führt, umso stärker wird sie von den Massen selbst unterstützt und gegen Terrormassnahmen geschützt werden, desto eher wird die Partei zu halblegaler Tätigkeit übergehen können und sich schliesslich die volle Legalität erkämpfen. Diese Perspektive erfordert von der Partei die aufmerksame Beachtung jeder wichtigen Veränderung in der Lage, damit die Kader rechtzeitig und richtig auf sie reagieren.

III. *Die organisatorischen Aufgaben der Partei in der gegenwärtigen Situation.*

Vor der Partei steht die Aufgabe des Aufbaues einer festen Parteiorganisation im Lande mit einheitlichen Leitungen welche, auf das Engste mit den Massen verbunden, die politische Linie und die Aufgaben der Partei im Lande durchführen.

Die Parteileitungen sind verantwortlich für die einheitliche politische Orientierung der Kader auf der Grundlage der Beschlüsse des ZK und der Komintern. Es sind ernste Anstrengungen notwendig, um die ideologischen Unklarheiten zu überwinden, die sich aus der nicht genügenden Beachtung der Veränderungen in der Lage und aus dem Mangel an kollektiver Durcharbeitung der politischen Fragen in der Parteiorganisation und aus der Vernachlässigung der ideologischen Erziehung der Kader ergeben haben. Die in der Partei bestehenden Tendenzen von Spekulationen auf spontane Entwicklung der Ereignisse, Beschränkung auf Flüsterpropaganda und Berichterstattung, opportunistische Unterschätzung der Möglichkeiten zur Schaffung einer festen Parteiorganisation, mangelhafte Verbindung zu den Massen durch Vernachlässigung de Arbeit in den Massenorganisationen, müssen gründlich überwunden werden.

---

178 Hitlerjugend (HJ), 1926 gegründete Jugendorganisation der NSDAP, 1933 bis 1945 einzige legale Jugendorganisation in Deutschland und seit 1936 Zwangsorganisation für Jugendliche zwischen 10 und 18 Jahren, mit bis zu neun Millionen Mitgliedern, die auf Grund der sog. Jugenddienstpflicht daran teilnehmen mussten. Der Bund Deutscher Mädel (BdM) mit dem Jungmädelbund (JM) wurde zum weiblichen Zweig der HJ. Langfristig diente die HJ der Heranführung der männlichen Jugendlichen an die Wehrpflicht.

179 *Bund deutscher Mädchen:* Richtig: Bund deutscher Mädel (BdM), 1930 gegründeter weiblicher Zweig der Hitlerjugend, in dem ab 1936 Pflichtmitgliedschaft für alle „arischen“ Mädchen und jungen Frauen bestand. Aufgabe des BdM war eine ideologische Führung und Schulung als Vorbereitung auf ihre zukünftige Rolle in NS-Deutschland.

Die Durchführung der Aufgaben der Partei ist in erster Linie von der sorgfältigen Auswahl der Kader, ihrer systematischen marxistisch-leninistischen Erziehung und von der kühnen Heranziehung neuer Kräfte abhängig. Zur Stärkung der Parteiorganisation ist eine systematische Werbung erprobter Arbeiterkader notwendig. Es gilt, einen grossen Kreis von Sympathisierenden um die Partei zu scharen. Die Parteiorganisationen sind verantwortlich für den Aufbau des Kommunistischen Jugendverbandes innerhalb der H.J.[180] und des BdM[181] und für die ständige Anleitung und Unterstützung seiner Arbeit und für die ideologische Erziehung seiner Mitglieder.

180 Hitlerjugend.
181 Bund deutscher Mädel.

1940



Am 8.1.1940 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion weitreichende Propagandamaßnahmen zum 16. Todestag Lenins. Neben einer großen Presse- und Filmkampagne wurden das Marx-Engels-Lenin-Institut (IMEL) sowie der Staatsverlag mit der Herausgabe der vierten Auflage von Lenins gesammelten Werken beauftragt, die bis zum Juli 1942 abgeschlossen sein sollte.[1]

Gemeinsam mit dem Rat der Volkskommissare beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 10.1.1940 den Export von sowjetischen Kinofilmen nach Deutschland. Beide Teile der Kinoserie „Petr I." (1937/38, Regie: Vladimir Petrov) sollten für 20.000 Mark an einen deutschen Verleih gehen, wobei man sich bereiterklärte, die beiden Teile zusammenzufügen und den Film neu deutsch synchronisieren zu lassen. Der 1939 neu fertiggestellte Film „Minin und Požarskij" (Regie: Vsevolod Pudovkin) sollte den Deutschen für 15.000 Mark überlassen werden.[2]

Am 17.1.1940 entschied das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion über das Schicksal der „aktiven Angehörigen konterrevolutionärer, rechtstrotzkistischer, Verschwörer- und Spionagegruppen im Umfang von 457 Personen". Gegen 346 von ihnen sollte das Todesurteil vollstreckt werden, die restlichen Personen sollten mit Haftstrafen von mindestens 15 Jahren belegt werden.[3]

Am 26.1.1940 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, bei den Handelsvertretungen in Italien, Deutschland und den USA spezielle Büros für Luftfahrttechnik einzurichten.[4]

Am 16.2.1940 entsprach das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion der Bitte Dimitrovs, Franz Rákosi zwecks Wiedersehen mit seinem Bruder, dem ungarischen KP-Führer Mátyás Rákosi, eine Reise nach Ungarn zu genehmigen.[5] Am 18.3.1941 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, 56 ungarische Fahnen aus der Revolutionsperiode von 1848 an die ungarische Botschaft zu übergeben. Dabei handelte es sich um eine Gegenleistung für die Befreiung von Mátyás Rákosi aus ungarischer Haft,[6] der bereits Anfang November 1940 in der Sowjetunion eintraf.

1 RGASPI, Moskau, 17/3/1018, 30–31.
2 RGASPI, Moskau, 17/3/1018, 33.
3 RGASPI, Moskau, 17/162/26, 175.
4 RGASPI, Moskau, 17/162/27, 3.
5 RGASPI, Moskau, 17/3/1020, 2.
6 RGASPI, Moskau, 17/3/1036, 24.

Dok. 473

Schreiben der sowjetischen Militäraufklärung an Dimitrov über die Unterstützung von Rosa Thälmann und die Treue ihres Mannes zur Sowjetunion

[Moskau], 17.2.1940

Autograph in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/86, 32–33. In deutscher Sprache publ. in: Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!", S. 198. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 270–271.

PERSÖNLICH
ABS[OLUT] GEHEIM
An Dimitrov G.M.

Auf Ihre Anweisung hin wurde eine Geldübergabe an die Frau von E. Thälmann organisiert. Das Geld ist übergeben worden. Der zurückgekehrte Genosse[7] erzählte über das Treffen mit Rosa Thälmann[8] Folgendes:

Auf die vereinbarten Parolen hin bestätigte Rosa ihre Identität und sagte, daß sie Ernst zweimal im Monat sehe, Ernst sei nicht gebrochen.[9] Auf die Frage nach dem russisch-deutschen Pakt habe er gesagt, das sei sehr gut.[10]

Man kam zu Ernst mit dem Vorschlag, ein Papier zu unterschreiben, ein Dokument, das den Kommunismus verhöhnt und seine Abkehr vom Kommunismus ver-

7 *Zurückgekehrter Genosse:* Es dürfte sich um Olga Muth (Ps. Ollo) gehandelt haben, die Kinderfrau von Ruth Werner, die im Auftrag der sowjetischen Militäraufklärung Rosa Thälmann Geld überbrachte (siehe: Sassning: Zur NS-Haftzeit Ernst Thälmanns, S. 53). Auch die finnische Kommunistin Irja Nousiainen (Ps. Strand) war in dieser Sache als Kurier tätig (Siehe: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 197).

8 Rosa Thälmann, die Frau Ernst Thälmanns, besuchte ihren Ehemann ungefähr dreiwöchentlich im Gefängnis und bewerkstelligte damit indirekt die Kommunikation mit der KPD-Exilführung. Der Kurier Edwin (Ps.), d.i. Walter Trautzsch, versorgte sie mit Geld und Nachrichten für Thälmann. Als Trautzsch im Februar 1939 verhaftet wurde, wandte sich Rosa am 8.11.1939 an die sowjetische Botschaft in Berlin, um Geld für ihren Lebensunterhalt zu erhalten und Briefe Thälmanns, v.a. an Stalin, zu überbringen, wurde dort jedoch zunächst abgewiesen. Am 26.11.1939 kritisierte Molotov das Verhalten der Botschaft und genehmigte eine Zuteilung über 2000 Mark, die am 28.11. übergeben wurden. Die Unterstützung erfolgte nun parallel über Kanäle der Komintern und der sowjetischen Militäraufklärung (siehe: Sassning: Zur NS-Haftzeit Ernst Thälmanns, S. 52ff; Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 196–198).

9 Zu den Befürchtungen sowjetischerseits, Thälmann könnte „gebrochen" werden oder sei zumindest defätistischen Stimmungen verfallen, siehe Dok. 422. Laut einem Eintrag in den Notizen Wilhelm Piecks vom 4.12.1939 wurde Thälmann via TASS-Telegramm sogar für tot erklärt (Siehe: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 197).

10 In einem an Stalin übermittelten Brief Thälmanns vom 5.3.1940 gab er zwar keine persönliche Meinung über den Pakt ab, sah ihn jedoch zweifellos als positive Tatsache: „Hitler und Ribbentrop sind ehrlich und aufrichtig für die Fortsetzung und weitere Festigung der Freundschaft zwischen Deutschland und der Sowjet-Union." (Bayerlein, Der Verräter, Stalin, S. 199).

kündet, weil seine Freunde sich entschlossen hätten, ihn in Stich zu lassen. Als Antwort darauf nannte er die Namen der Führer und des höchsten Führers (gemeint ist Gen. Stalin) und sagte, daß diese Freunde ihn nie verlassen werden.[11]

Rosa hatte Angst, die ganze Summe anzunehmen, weil die Polizei ihre Geldangelegenheiten vollständig kontrolliere, sie behielt nur 1100 Mark (von 2500 Mark). Rosa teilte mit, daß sie manchmal Geld von Sympathisanten aus anderen Ländern bekäme, darunter aus Stockholm.[12]

Unser Resident berichtet, daß er die Möglichkeit habe, noch einmal Geld zu übergeben, und ich bitte Sie, mir mitzuteilen, wie man im Zusammenhang mit Rosas Aussage verfahren soll.

Mit Gruß
[Sign.:] Proskurov[13]

N° 229984 ss.
17.2.40.



Am 19.2.1940 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, der Komintern Geldmittel und Baumaterial für die Grundsanierung und den Ausbau der Gebäude der Geschäftleitung des EKKI zuzuteilen.[14]

Am 21.2.1940 wurde beschlossen, für die sowjetische Eisenverarbeitung deutsche Ausrüstungen im Wert von 8 Millionen Rubel einzukaufen.[15]

---

11 Im Brief vom 5.3.1940 schrieb Thälmann: „Von dem aktiven Eingreifen meiner russischen Freunde verspreche ich mir den *einzigen* und *allein ausschlaggebenden* Erfolg zu meiner baldigen Freilassung." Stalin allerdings versah den Brief mit dem Vermerk „ins Archiv" und bemühte sich nicht weiter. Nach Meinung russischer Historiker wollte er die Freundschaft mit NS-Deutschland nicht durch derartige Bemühungen trüben, zumal Thälmann für ihn im Gefängnis politisch nützlicher gewesen sei als in Moskau (siehe: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 198–199). Am 15.10.1941 schließlich ging Stalin im Gespräch mit Dimitrov auf Distanz zu Thälmann: „Er ist kein prinzipientreuer Marxist, und seine Briefe zeugen vom Einfluss der faschistischen Ideologie. [...] Sie werden ihn nicht umbringen, weil sie offensichtlich hoffen, ihn sich bei Bedarf als ‚vernünftigen' Kommunisten zunutze machen zu können..." (Ibid.)

12 Im Brief vom 5.3.1940 erwähnte Ernst Thälmann die „Geldsumme einer dänischen Genossin über einen Verlag in Stockholm (400 schwedische Kronen = 236,50 RM.) an meine Frau", die als legale Überweisung zur „Beruhigung" der Gestapo beigetragen habe (Wolfram Adolphi, Jörn Schütrumpf (Hrsg.): Ernst Thälmann: an Stalin. Briefe aus dem Zuchthaus 1939 bis 1941, Berlin, Dietz, 1996, S. 59). Aber auch der illegale Geldtransfer an Rosa Thälmann wurde über Stockholm abgewickelt. Von der Komintern-Funkstelle Stockholm ging u.a. das folgende Telegramm vom 28.2.1940 bei der Komintern ein: „Rosa Thelman hat Empfang Karin [d.h. US-Dollar] bestatig[t]. Sollen wir noch verschicken." (RGASPI, Moskau, 495/184/2 (Eingang 1940), 17. Publ. in: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 198).

13 Ivan Proskurov (1907-in der Sowjetunion 1941 erschossen), ehemaliger Militärpilot und Spanienkämpfer, war von 1939 bis 1941 Leiter der sowjetischen Militäraufklärung.

14 RGSAPI, Moskau, 17/3/1020, 9. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 784.

15 RGASPI, Moskau, 17/162/27, 44.

Am 27.2.1940 behandelte das Politbüro die Ansprüche ausländischer Privatpersonen und Unternehmen im Zusammenhang mit der Nationalisierung ausländischen Eigentums auf dem Territorium der Westukraine und Westweißrusslands. Diesbezüglich wurde eine Note an die deutsche Botschaft formuliert, worin die Nationalisierung als unumkehrbar deklariert wurde, da sie von der Westukraine und Westweißrussland beschlossen worden sei, noch bevor die Territorien in den Bestand der UdSSR eingingen.[16]

Dok. 474

Beschluss der „Mitglieder des ZK der KPD" zur Parteitätigkeit im Ausland

[Moskau], 28.2.1940 (Datum des Begleitbriefs)

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1317, 50b-d. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 280–283.

28.2.40

Lieber Genosse Dimitroff!
Wir haben anliegenden Beschluss gefasst zur Förderung unserer Propaganda im Ausland.[17] Das vorgeschlagene Bulletin soll einfach abgezogen werden.[18] Wenn technisch die Möglichkeit besteht, eine „Internationale"[19] im Ausland zu drucken und ins Land zu bringen, so soll das vom Auslandsbüro[20] vorbereitet werden.

Der anliegende Beschluss wird nur mündlich übermittelt.

Mit bestem Gruss!
[Sign.] Pieck[21]

---

16 RGASPI, Moskau, 17/162/27, 47, 57–59.
17 Am 14.3.1940 wurde das Dokument der KPD vom Sekretariat des EKKI bewilligt. Das Beschlussprotokoll siehe: RGASPI, Moskau, 495/18/1317, 50a.
18 Gemeint ist hier die Kopiertechnik des Abziehens. In der russischen Übersetzung heißt es „einfach abgedruckt".
19 D. i. eine Ausgabe der Zeitschrift *Die Kommunistische Internationale*. Vgl. Dok. 464.
20 Gemeint ist die seit Anfang 1940 von Stockholm aus tätige Auslandsleitung der KPD, deren Aufgabe es war, Verbindung zu den Parteistrukturen in Deutschland und im Exil zu halten. Die Auslandsleitung bestand aus Karl Mewis, Richard Stahlmann, Erich Glückauf und Heinrich Wiatrek. 1941 kam Herbert Wehner hinzu (siehe: Michael F. Scholz: Herbert Wehner in Schweden 1941–1946, München, Oldenbourg, 1995, S. 24ff.).
21 Der Beschluss wurde vom Sekretariat des EKKI am 14.3.1940 bestätigt. Siehe: RGASPI, Moskau, 495/18/1317, 50a.

Beschluss der Mitglieder des ZK der KPD.[22]

Zur Arbeit im Ausland.
Die Aenderung der Lage und die taktische Neuorientierung der Partei erfordert auch eine Aenderung der Taktik der Arbeit in der Emigration.[23] In der deutschsprachigen Auslandspresse nutzt die englisch-französische Kriegspropaganda und die II. Internationale jede Möglichkeit aus, um mit Hilfe früherer antifaschistischer Losungen deutsche Emigranten für die Unterstützung der Kriegspolitik des englischen Imperialismus zu gewinnen. Bisher wurde auf die Stellungnahme der sozialdemokratischen Kriegstreiber im „Neuen Vorwärts",[24] die Briefe, die in der englischen Presse über Deutschland veröffentlicht wurden, und auf die Veröffentlichungen in der „Neuen Volkszeitung" New York[25] noch wenig geantwortet. Oft wird in der Presse der Eindruck erweckt, als ob die Taktik der Kommunistischen Partei in England und Frankreich im Kampf gegen den Krieg die gleiche sei, wie die der KPD.

Wir schlagen Euch vor, zunächst eine Art Bulletin herauszugeben, dem eine Artikelbeilage angefügt wird, durch die alle wichtigen Artikel von uns verbreitet werden. Dieses Bulletin sollte an Freunde in den verschiedenen Ländern, darunter auch bekannte Schriftsteller und sympathisierende Sozialdemokraten geschickt werden. Das Bulletin soll die Arbeit unter den Emigranten fördern und auch den Genossen in den kommunistischen Redaktionen helfen, die Besonderheiten unserer Taktik in Deutschland zu verstehen.

Der politische Hauptgesichtspunkt des Bulletins ist der Kampf gegen die Pläne des englisch-französischen Kriegsblocks, für den Frieden, für die Stärkung der Freund-

---

22 Darüber handschriftliche Resolutionen Dimitrovs in russischer Sprache: „Protokoll B zusammenstellen. 10.3.40. GD." „Gen. Pieck zeigen. GD." „Gen. Manuilski, Gottwald zeigen. 29.2.40. GD." Signaturen von: Manuilski, Florin, Gottwald und Pieck. Stempel: 27 Eing. N° 108/s „28".2.1940. Hdschr. Vermerk des Sekretärs: „N° 42 28.II.40." Hdschr. Resolution Gottwalds in deutscher Sprache: „Habe Bedenken über den rot angestrichenen Satz auf der 3. Seite!".

23 Durchgestrichen: „und unter den Auslandsdeutschen".

24 *Sozialdemokratische Kriegstreiber*: Unter dem Titel „Für Finnland – Unsere Solidarität mit dem finnischen Freiheitskampf" brachte der *Neue Vorwärts* vom 11.2.1940 eine Stellungnahme des Parteivorstands der SPD zum sowjetischen Überfall auf Finnland. Darin hieß es u.a.: „Zwei Monate sind jetzt vergangen, seitdem die Truppen der Sowjetunion das freie und demokratische Finnland überfielen. Seit diesen Tagen verfolgen wir mit innerer Bewegung und brüderlicher Anteilnahme den heldenmütigen Freiheitskampf des finnischen Volkes gegen einen übermächtigen und barbarischen Gegner. Wir sprechen für die deutschen Arbeiter, die der beispiellose Terror des Hitlerregimes, des neuen Verbündeten Stalins, heute noch zum Schweigen verurteilt, wenn wir Euch in Eurem schweren Kampf für die Freiheit Eures Landes, der zugleich ein Kampf für die Freiheit Europas ist, unsere herzlichste Sympathie übermitteln."

25 *Neue Volkszeitung*, New York, Tages- und später Wochenzeitung, Organ der 1939 in New York gegründeten sozialdemokratischen German Labour Delegation unter dem ersten Vorsitzenden Alber Grzesinski. Ziel war es u.a. für die Sopade politische und finanzielle Unterstützung zu erhalten. Trotz der Mitgliedschaft im *Council for a Democratic Germany* sprach man sich streng gegen eine Zusammenarbeit mit Kommunisten aus.

schaft mit der sozialistischen Sowjetunion und für die Herbeiführung einer inneren Neuordnung Deutschlands durch den Kampf um die Rechte des werktätigen Volkes.

Unsere Berichterstattung über Deutschland muß die wirkliche Stimmung im deutschen Volke wiedergeben. Wir wollen nichts veröffentlichen, was den englischen Plan fördert. Unsere Berichterstattung soll zeigen: die Sympathie und die Freundschaft der Massen mit der SU – ohne Übertreibung und bare Erfindung; die Feindschaft gegen Thyssen und die Agenten des britischen Imperialismus,[26] die Forderungen, die im Interesses des Volkes liegen, die demokratischen Forderungen, die Verteidigung der unterdrückten Völker, den Internationalismus der Arbeiter, ihren Willen zum Frieden.

Die Berichte sollen zeigen, dass die deutschen Arbeiter und Bauern unter den Verhältnissen des Krieges für ihre Rechte kämpfen, dass sie aber keinerlei Illusionen über ihr Los haben, das sie im Falle des Gelingens des englischen Planes erwartet. Diese Berichte sollen zeigen, dass die Massenbewegung für den Frieden in England und der USA in Deutschland ein Echo finden und dass sich die fortgeschrittenen Teile der deutschen Arbeiter brüderlich verbunden fühlen mit diesen gegen den Imperialismus und für Frieden kämpfenden Arbeiter[n]. Die englischen Kriegsorganisatoren glauben, daß mit dem Wachstum innerer Schwierigkeiten in Deutschland jener Teil der deutschen Bourgeoisie die Oberhand bekommt, der zu einer Kapitulation vor dem englischen Imperialismus bereit ist und der dem sowjetisch-deutschen Freundschaftspakte fanatisch gegenübersteht. Die englischen Imperialisten glauben im Zusammenhang mit wachsenden inneren Schwierigkeiten in Deutschland dem deutschen Volke einen imperialistischen Gewaltfrieden aufzuzwingen. Wir wollen aber im Interesse der Weltarbeiterklasse und des deutschen Volkes und der europäischen Völker einen solchen imperialistischen Gewaltfrieden verhindern. Darum geht der Kampf der Arbeiter und Bauern für den Frieden in Deutschland *auf andere Weise vor sich, als wie in England und Frankreich.* Die revolutionären Arbeiter in Deutschland sind daher nicht an der Erzeigung aller und jeder Schwierigkeiten interessiert, die eine baldige Kriegsniederlage Deutschlands herbeiführen würden.[27]

Es wäre sehr wichtig, daß deutsche Schriftsteller in der Emigration, Sozialdemokraten und andere deutsche Emigranten durch kurze Artikel, durch Briefe usw. entschieden im Ausland als die Vertreter des deutschen Volkes gegen die Politik der Hilferding und Stampfer und gegen die Stellungnahme verschiedener katholischer Führer auftreten. Das Auslandsbüro soll den Freunden in den einzelnen Ländern konkrete Vorschläge mitteilen.

---

26 Siehe Dok. 471.

27 Der Satz ist handschriftlich durchgestrichen sowie am Rand doppelt angestrichen; es ist wohl derjenige Satz, der den Unmut Klement Gottwalds erregte (siehe Vermerk am Anfang des Dokuments).



Das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion beschloss am 2.3.1940 eine Reihe von repressiven Maßnahmen zur „Sicherung der Staatsgrenze" auf dem ehemals polnischen Territorium. Alle Anwohner innerhalb von 800 Metern zur Grenze sollten umgesiedelt, ihre Häuser abgerissen werden. Außerdem sollten bis zum 15.4.1940 alle Familien internierter polnischer Soldaten nach Kasachstan deportiert werden, wobei die „böswilligen" unter ihnen zu verhaften seien. Ebenfalls sollten alle Prostituierten aus dem Grenzgebiet deportiert werden. Denjenigen Flüchtlingen aus dem deutsch besetzten Teil Polens, die in der Sowjetunion bleiben wollten, sollte untersagt werden, sich innerhalb der nächsten fünf Jahre näher als 100 km von der Grenze entfernt anzusiedeln. Die Flüchtlinge, die in den deutsch besetzten Gebieten abgewiesen wurden, sollten dagegen in „nördliche Gebiete" zu Holz- und anderen Arbeiten deportiert werden.[28]

Auf Anfrage des NKVD beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 5.3.1940 auf Vorschlag von Lavrentij Berija, die Angelegenheiten von 14.700 gefangenen ehemaligen polnischen Offizieren, Polizisten und anderen höheren gesellschaftlichen Rängen, sowie von 11.000 unter Spionageverdacht und ähnlichen Beschuldigungen inhaftierten Polen, „in einem Sonderverfahren zu bearbeiten, unter Anwendung der Höchststrafe – der Erschießung.". Das – erst Mitte der neunziger Jahre bekannt gewordene – Dokument, mit dem das Massaker von Katyn angeordnet wurde, trägt die Unterschriften von Stalin und Kliment Vorošilov. Michail Kalinin und Lazar' Kaganovič stimmten dem Beschluss nachträglich zu.[29]

Das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion beschloss am 13.3.1940 eine Auswechselung des stellvertretenden Militärattachés der UdSSR in Deutschland, Michail V. Beljakov, durch Jurij G. Bažanov.[30]

Am 15.3.1940 beschloss das Politbüro, die in Brest vomNKVD internierte militärische Besatzung eines Flugzeugs vom Typ Junkers 34, das die sowjetische Lufthoheit verletzt hatte, nach Deutschland zurückkehren zu lassen, sowie den Deutschen das Flugzeug nach einer Reparatur zurückzugeben.[31]

Am 5.4.1940 bewilligte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion den Entwurf einer Direktive über die „Anwendung von Waffen durch die Grenzschutztruppen an der sowjetisch-deutschen Grenze". Darin hieß es u.a., dass hierbei stets darauf zu achten sei, dass keine Geschosse auf deutschem Boden niedergehen.[32]

Am 10.4.1940 setzte das Politbüro V.I. Smirnov als stellvertretenden Kriegsmarine-Attaché der UdSSR in Deutschland ein.[33]

Am 11.4.1940 befasste man sich mit der Gültigkeit standesamtlicher Verfahren in den ehemals polnischen Gebieten und ihrer Kontrolle durch das NKVD, an das auch alle standesamtlichen Dokumente und Archive zu übergeben seien.[34]

28 RGASPI, Moskau, 17/162/27, 48–49. Publ. in: Kostjuško: Materialy „osoboj papki", S. 99–100.
29 RGASPI, Moskau, 17/162/27, 50; APRF, F. 3, Paket N 1. Publ. in: Ibid., S. 100–102.
30 RGASPI, Moskau, 17/3/1020, 45.
31 RGASPI, Moskau, 17/162/27, 52; APRF, Moskau, 3/64/678, 84. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 267.
32 RGASPI, Moskau, 17/162/27, 73, 81.
33 RGASPI, Moskau, 17/3/1021, 88.
34 RGASPI, Moskau, 17/3/1021, 91.

Dok. 475

Chiffretelegramm an die Komintern-Funkstelle Brüssel für die Kader der KPD und der KP Österreichs in Belgien und Frankreich

[Moskau], 16.4.1940

Typoskript, französisch. RGASPI, Moskau, 495/184/3 (Ausgang 1940), 112. In deutscher Sprache publ. in: Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!“, S. 233. In französischer Sprache publ. in: Bernhard H. Bayerlein, Mikhail Narinski, Brigitte Studer, Serge Wolikow (Hrsg.): Moscou-Paris-Berlin, 1939–1941. Télégrammes chiffrés du Komintern, Paris, Tallandier, 2003, S. 211.

[An:] Marcel [d.i. Eugen Fried]. Wir sind dagegen, daß sich die österreichischen und deutschen Führer in Agen [Belgien] freiwillig den Behörden von Agen stellen. Krebs [d.i. Othmar Strobel], Pohl [d.i. Alfred Klahr] und Schacht [d.i. Fritz Heinrich] müssen in der Illegalität bleiben und, wenn möglich, ausreisen. Die anderen Österreicher sollen sich, wenn möglich, ins Land [nach Österreich] zurückbegeben. Ein Teil der deutschen Führungsfunktionäre soll illegal über Digne [die Niederlande] ins Land [nach Deutschland] zurückkehren.

Die anderen gehen, wenn möglich, legal über Digne ins Land zurück. Jene, gegen die schwerwiegende Urteile vorliegen, bleiben illegal in Agen [Belgien].

Paul [Georgi Dimitrov].[35]

35 Im Zusammenhang mit dieser Rückkehrdirektive erhob Franz Dahlem in den 1950er Jahren schwere Vorwürfe gegen Ulbricht und die Moskauer Parteiführung. In seinen handschriftlichen Notizen heißt es, auf Anweisung Ulbrichts sei die Arbeit der Auslands-Abschnittsleitungen nach Deutschland eingestellt und ihre Mitglieder den Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien unterstellt worden. Am 26.3.1954 notierte er: „Demgegenüber bin ich gezwungen die Frage der Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Einschätzung der Perspektive der Entwicklung in Deutschland nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes zu stellen, wie sie Gen. Ulbricht Anfang 1940 von Moskau aus als Direktive an verantwortliche Funktionäre der KP Deutschlands in Skandinavien, Frankreich und Belgien sandte: daß nämlich die Voraussetzungen einer halblegalen und vielleicht legalen Arbeit der Kommunisten in Hitlerdeutschland sich entwickeln werden, und daß deshalb alle Politemigranten, die bei ihrer Rückkehr nicht mehr als 4 Jahre Gefängnis zu erwarten hätten, veranlaßt werden sollen, sich legal nach Deutschland repatriieren zu lassen. Diese Frage hat zu großen Diskussionen unter den Tausenden Häftlingen auch im Lager Vernet geführt und erst nach mehrfacher Bestätigung von Seiten höchster Parteileitungen über die Richtigkeit der Direktive wurde mit meiner Zustimmung eine Anzahl unbelasteter Spanienkämpfer veranlaßt, sich freiwillig zur Rückkehr nach Deutschland zu melden, um dort in die DAF einzutreten und die antifaschistische Arbeit zu organisieren. Die überwältigende Mehrheit der übrigen Genossen, meist ehemalige Parteifunktionäre, führten einen heroischen Kampf gegen die Auslieferung nach Deutschland. Die Geschichte hat bewiesen, daß eine derartige Perspektive der Entwicklung in Deutschland sich als ein Irrtum erwiesen hat.“ (Franz Dahlem: Weiteres Beweismaterial zur Aufdeckung der Falschheit der gegen mich erhobenen Verdächtigungen und Verleumdungen, Berlin, 26.3.1954, SAPMO-BArch, Berlin, DY 30/9975, 105–106; zit. in Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 133f.; vgl. Bruno Frei: Die Männer von Vernet: ein Tatsachenbericht, Hildesheim, Gerstenberg, 1950; RGASPI, Moskau, 17/3/1023, 8).



Am 17.4.1940 befürwortete das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion den Abschluss einer Konvention zwischen der UdSSR und Deutschland über die Richtlinien zur Untersuchungen und Beilegung von Grenzzwischenfällen und -konflikten. [36]

Am 10.5.1940 behandelte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Frage der Kosten für die Demarkation der neuen sowjetisch-finnischen sowie der sowjetisch-deutschen Grenzen. Für die Demarkation letzterer wurden zusätzlich 352.105 Rubel zu Verfügung gestellt.[37]

Dok. 476

Deklaration der KPD zum Vormarsch Hitlers in Westeuropa

[Moskau], 6.6.1940

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/15/274, 226–229. Russische, mit 24.5.1940 datierte Variante: RGASPI, Moskau, 495/10a/317, 22–27. Erstveröffentlichung des deutschen Originaltextes. Rückübersetzung aus dem Russischen auszugsweise publ. in: Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!", S. 266–267. Verkürzt und entstellend publ. in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, V, S. 537–538. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 347–352.

NICHT ZUR VEROEFFENTLICHUNG!
HS
Presse- und
Agitationsabt.
Sektor: Inform.
BULLETIN Nr. 307
==============
vom 9.Juni 1940

(*Sonderinformation*)

Deklaration der KP. Deutschlands.[38]

36 APRF, Moskau, 3/64/674, 104. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 271.
37 RGASPI, Moskau, 17/3/1023, 8.
38 Die russische, im Komintern-Archiv überlieferte Fassung des Dokuments wurde mit dem Satz „Aus einem Dokument, das von Kommunisten in Deutschland verbreitet wird", eingeleitet (RGASPI, Moskau, 495/10a/317, 22). Allerdings wurde dieses Dokument nicht in Deutschland, sondern in Moskau von Wilhelm Pieck und führenden Funktionären von KPD und Komintern am Ende der zweiten Maidekade verfasst, ungefähr zeitgleich mit der Deklaration der KP Frankreichs „Wir klagen an!". Zahlreiche Formulierungen in den beiden Dokumenten stimmen überein. So wird in beiden Erklärungen betont, dass die Kommunisten des jeweiligen Landes ebenso gegen die imperialistischen Kriegsziele ihrer „eigenen" Kapitalisten und Ausbeuter kämpften wie die Kommunisten der Länder, die gegen sie Krieg führten. Die Erklärung wurde von Georgi Dimitrov, Manuilski und Ivan Stepanov zur Kenntnis genommen und am 10.6.1940 Stalin, am 11.6.1940 auch Molotov und Ždanov zugeschickt (siehe Dok. 477). Bereits am 4.6.1940 hatte Dimitrov an die schwedischen Kommunisten die Anweisung übermit-

„Ny Dag“, Stockholm, veröffentlicht in der Nummer vom 6.Juni.

Der imperialistische Krieg ist in eine neue Etappe eingetreten und hat sich auf weitere Länder ausgedehnt. Die imperialistischen Machthaber beider Seiten treiben ihre Millionen-Armeen, zusammengesetzt aus Arbeitern und Bauern, in die Hölle der Materialschlachten. Sie haben begonnen, das Hinterland durch Fliegerbomben zu verwüsten.

Der imperialistische Krieg hat seine Logik: Die Imperialisten auf beiden Seiten suchen militärische Vorteile zu erringen und günstige strategische Positionen zu erobern. Zu diesem Zwecke haben sie bereits eine Reihe kleiner Völker in den Krieg hineingezwungen und Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien und Luxemburg zu ihrem blutigen Kriegsschauplatz gemacht.[39] Der Völkermord hat sich auf die blutgetränkten Felder Frankreichs ausgedehnt.[40]

Die deutschen Kommunisten haben in Uebereinstimmung mit den französischen und englischen Kommunisten von Anfang an gegen diesen imperialistischen Krieg und für den Frieden gekämpft. Die Kommunisten wandten sich von Anfang an die Ausbreitung dieses ungerechten Krieges, gegen die Hineinziehung neutraler Länder in diesen Krieg, gegen die Vergewaltigung der kleinen Völker. Verantwortlich und schuldig für dieses unerhörte Blutvergiessen und Massenmorden, für die schrecklichen Verwüstungen sind die grosskapitalistischen Kriegstreiber auf beiden Seiten.

Die deutschen Kommunisten kämpfen gegen die imperialistischen Kriegsziele ihrer „eigenen“ Kapitalisten und Ausbeuter, wie die englischen und französischen

---

telt, die Erklärung in der *Welt* und der *Ny Dag* zu veröffentlichen (RGASPI, Moskau, 495/184/9 (Ausgang 1940), 96).

39 Am 9.4.1940 marschierte die deutsche Wehrmacht in Dänemark und Norwegen ein („Unternehmen Weserübung“). Am 10.5.1940 griffen Hitlers Truppen die Niederlande, Belgien und Luxemburg an („Fall Gelb“).

40 Am 14.5.1940 überschritten deutsche Truppen die Maas, und es begann die für die sowjetische Führung unerwartet schnelle Eroberung Frankreichs („Fall Rot“). Anlässlich der Schlacht von Dünkirchen (26.5.–5.6.1940) wurden das britische Expeditionskorps sowie große Teile der französischen Armee von der Wehrmacht eingekesselt. Die Stadt wurde schließlich besetzt, über 300.000 britische und französische Soldaten konnten nach Großbritannien evakuiert werden. Am 14.6.1940 fiel Paris. Nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Paul Reynaud, der für die Fortsetzung der Verteidigung Frankreichs mit englischer Unterstützung plädiert hatte, im Kabinett jedoch keine Mehrheit gewinnen konnte, wurde sein Stellvertreter Philippe Pétain Ministerpräsident und schloss den Waffenstillstand von Compiègne ab. Die französische Kapitulation am 22.6.1940 hatte zu Folge, daß 60% des französischen Territoriums unter deutsche Besatzung kam und der Rest von einer Kollaborationsregierung unter Marschall Pétain mit Sitz in Vichy verwaltet wurde. Der Frankreichfeldzug war für Deutschland damit abgeschlossen. Während des Feldzugs verübte die deutsche Wehrmacht auch Kriegsverbrechen, wie etwa das Massaker in Vinkt (130 getötete Zivilisten) und in Wormhout (zwischen 80 und 97 getötete britische und französische Kriegsgefangene). Mehrere tausend Senegalesen und andere koloniale Soldaten in der französischen Armee wurden nach ihrer Gefangennahme getötet. Auch setzte bald in Zusammenarbeit mit den französischen Polizeibehörden die Verfolgung und Deportierung von Juden ein.

Kommunisten gegen „ihre" Kapitalisten und Ausbeuter kämpfen. Die Kommunisten haben von Anfang an eine selbständige Politik durchgeführt, ausschliesslich geleitet von den Interessen der Werktätigen, in unverbrüchlichem Vertrauen zur Friedenspolitik der SU, die inmitten des imperialistischen Chaos die einzige Friedensmacht ist.

Der deutsche Imperialismus spricht nicht im Namen der Millionen deutscher Werktätiger, wenn er unter der Losung „mehr Lebensraum" die Gewaltherrschaft über die europäischen Völker und Kolonien anstrebt. Er betrügt das werktätige Volk, wenn es behauptet, ein Sieg Deutschlands sei die Voraussetzung, um die Lage der deutschen Arbeiter und Werktätigen von Grund auf zu verbessern. [...]

Der Siegfrieden, den die deutschen Imperialisten unter Aufopferung des Lebens von Millionen und Millionen deutscher Soldaten den Völkern Europas aufzwingen wollen, liegt keineswegs im Interesse der deutschen Arbeiterklasse und der Werktätigen und damit auch nicht im wahren nationalen Interesse des deutschen Volkes. Ein solcher Sieg wäre nur im Interesse der deutschen Grosskapitalisten, die damit ihre Gewaltherrschaft über das werktätige deutsche Volk stärken, den Zustand der Unfreiheit und Unterdrückung verlängern und noch mehr fremde Völker im Interesse ihres Profites unterwerfen würden.

Wir deutschen Kommunisten führen den Kampf um die baldige Beendigung dieses imperialistischen Raubkrieges, der den Völkern, und vor allem dem deutschen Volke, nur schreckliche Blutopfer, die Qualen des Hungers und unerhörte Leiden auferlegt.[41] [...]

Die deutschen Kommunisten sprechen ihre volle Sympathie aus für die Opfer der Vergewaltigung und des imperialistischen Krieges in Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien und Luxemburg, für das unterdrückte tschechische, polnische und österreichische Volk. Die deutschen Kommunisten fühlen sich solidarisch und kampfverbunden mit der Arbeiterklasse dieser Länder. Sie beschwören die deutschen Arbeiter und Bauern im Soldatenrock, sich nicht missbrauchen zu lassen für die Vergewaltigung, Terrorisierung und Ausplünderung ihrer werktätigen Brüder in den von der deutschen Armee besetzten Gebieten. Die deutschen Proletarier fühlen sich mit den Arbeitern und Bauern Frankreichs verbunden, die jetzt am schwersten von den Greueln des Krieges betroffen werden. Sie fühlen sich solidarisch mit dem Kampf ihrer Brüder in England und Frankreich gegen die Imperialisten in ihrem eigenen Lande.

Während die deutschen Kommunisten, die Avantgarde der Arbeiterklasse Deutschlands, in der Aussenpolitik wie in der Innenpolitik der deutschen Bourgeoisie mit einer selbständigen Politik im Interesse des Volkes und des Friedens entgegentreten, stehen die deutschen reaktionären sozialdemokratischen Führer zusammen mit den Führern der II. Internationale im Dienste des englischen und französischen

---

41 Nur von hier an wurde das Dokument (ebenfalls auszugsweise) in der offiziellen DDR-Dokumentensammlung zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung veröffentlicht (siehe: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung V, S. 537–538).

Imperialismus. Die verruchten Verräter an der Sache der Arbeiterklasse treten für die Verschärfung, Ausbreitung und Verlängerung des Völkergemetzels ein.

Die deutschen Arbeiter und Werktätigen, die selbst gegen die Versklavung anderer Völker durch den deutschen Imperialismus sind, kämpfen gleichzeitig gegen die verbrecherische Politik der deutschen reaktionären sozialdemokratischen Führer, die für den Sieg des englisch-französischen Imperialismus arbeiten. Die Behauptung, dass der Sieg der englisch-französischen Imperialisten den deutschen Arbeitern und Werktätigen die Freiheit bringe, ist ein zynischer Betrug. Die reaktionäre englische und französische Bourgeoisie, die fünfhundert Millionen Kolonialvölker [sic] in Sklaverei hält, die das eigene werktätige Volk immer schärfer unterdrückt und terrorisiert, der der Sozialismus in der Sowjetunion zutiefst verhasst ist, kämpft für ihre imperialistischen Ziele, um die Aufrechterhaltung und Verstärkung ihrer Weltherrschaft, nicht aber um die Freiheit anderer Völker und sie hasst und fürchtet den wirklichen Freiheitskampf des werktätigen deutschen Volkes. Der Frieden, die Freiheit und der Aufstieg der deutschen Arbeiter und aller Werktätigen können niemals an der Seite des englischen Imperialismus erreicht werden, sondern nur im Kampfe gegen jeden Imperialismus und in der Solidarität mit der Arbeiterklasse der anderen Länder, besonders im brüderlichen Kampfbündnis mit der Arbeiterklasse Frankreichs und Englands.

[...] Um die werktätigen Massen in den Dienst ihrer imperialistischen Raubinteressen zu stellen, behaupten die Machthaber in Deutschland demagogisch, dass Deutschland siegen müsse, damit der sogenannte „deutsche Sozialismus“ voll verwirklicht werden könne. Die deutschen Werktätigen erinnern sich, was aus ähnlichen Versprechungen im ersten Weltkriege geworden ist und haben am eigenen Leibe bereits verspürt, was dieser „deutsche Sozialismus“ der deutschen Monopolkapitalisten ist. [...]

Einem Regime, das Tausende und Abertausende der besten Kämpfer für Frieden, Freiheit und Brot, darunter Ernst Thälmann, den Führer unserer Partei, in Zuchthäusern gefangen hält, können die Arbeiter kein Wort glauben. Selbst diese barbarische Unterdrückung wird das Volk nicht hindern, seiner Abscheu gegen den imperialistischen Krieg, seinem Willen zum Frieden Ausdruck zu geben. Aber die rasche Erringung des Friedens erfordert den unerschrockenen Kampf für die Beseitigung der Rechtlosigkeit des werktätigen Volkes. Wenn das werktätige Volk selbst über sein Schicksal entscheiden kann, dann wird es bald zum Frieden kommen. Dazu ist notwendig die Sammlung der Kraft der Arbeiterklasse, die Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiter und das Bündnis der Arbeiterklasse mit den anderen werktätigen Massen zu einer mächtigen Volksbewegung. [...]

Die deutschen Kommunisten erklären, dass die Völker aus diesem schrecklichen Krieg herauskommen können und ein solcher Frieden erreicht werden kann durch den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse aller Länder und durch die Solidarität mit dem grossen Lande des Sozialismus.

Dok. 477

Fragen Dimitrovs und Manuilskis an Stalin zu den politischen Losungen der KPD

Moskau, 10.6.1940

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/74/519, 20–30. Deutsche Erstveröffentlichung. Rückübersetzung aus dem Englischen. In englischer Sprache publ. in: Dallin/Firsov: Dimitrov and Stalin, S. 165–166.

An Genossen STALIN

Lieber Genosse Stalin,
Die internationale Situation, die sich durch die Eskalation der Kriegsoperationen im Westen verkompliziert hat, zwingt uns erneut, Sie zu stören und nach Ihrem Rat zu ersuchen. [...]

Mit der Frage nach der Position der französischen Kommunisten[42] ist die Frage nach der Linie der deutschen Kommunisten, die sie in Bezug auf die aggressive Politik der deutschen herrschenden Klassen einnehmen sollten, verbunden.

Die deutschen Kommunisten haben ein Dokument herausgegeben, das in der ausländischen kommunistischen Presse veröffentlicht wurde,[43] in dem sie die imperialistischen Pläne ihrer Bourgeoisie entlarven und die Losung des Friedens ohne territoriale Annexionen und Kontributionen, ohne Unterdrückung eines Volkes durch ein anderes aufwerfen, eines Friedens, der auf einer freien Willensäußerung der Selbstbestimmung der Völker basiert.

Die Gen. Pieck und Florin fragen uns, ob es für die deutsche kommunistische Partei zweckmäßig wäre, die Forderung nach Konfiszierung der Kriegsprofite und Nationalisierung der Banken, großen Trusts und Konzerne aufzustellen, um die Last des Krieges auf die begüterten Klassen umzuschichten, das Los für die Familien der mobilisierten Soldaten zu erleichtern und die schwierige Situation der Arbeiter und Bauern zu verbessern.

Wir sehen die Positionen der französischen und deutschen Kommunisten nicht als falsch an. Jedoch ist die internationale Situation so kompliziert, und der Moment so entscheidend, dass jeder politische Fehler, den wir machen, negative Auswirkungen auf die Interessen der UdSSR haben kann.[44]

---

42 Dimitrov legte dem Brief den Entwurf einer Deklaration der KP Frankreichs bei, deren Hauptpunkte er im hier nicht publizierten Teil des Briefes darlegte

43 Siehe Dok. 476.

44 Die hier zum Ausdruck kommende Vorsicht bei der Bewertung des deutsch-französischen Krieges durch die beiden Verantwortlichen der Komintern war bezeichnend für die fortgeschrittene Unterordnung der Komintern unter die sowjetischen Interessen und den Verlust einer selbst minimalen Handlungsfreiheit.

Wir bitten Sie, Genosse Stalin, uns Ihre Ratschläge und Direktiven zu erteilen.

Mit Genossengruß,

G. DIMITROV
D. MANUILSKI

Moskau, 10. Juni 1940. […]



Am 5.6.1940 befasste sich das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion mit der Aufteilung der Bezirke der deutschen Konsulate in der UdSSR sowie der sowjetischen Konsulate in Deutschland: das Leningrader Konsulat sollte für das Leningrader Gebiet, das Konsulat in Vladivostok für das Pomor'e-Gebiet und das Konsulat in Batumi für Georgien zuständig sein. Von sowjetischer Seite sollte das Konsulat in Königsberg für Ostpreußen und Danzig, das Konsulat in Wien für die Wiener Region und das Konsulat in Prag für das Protektorat Böhmen und Mähren zuständig sein.[45]

Dok. 478

Argumentationshilfe der Führung der KP Frankreichs zur Kontaktaufnahme mit den deutschen Besatzungsbehörden in Paris

[Paris], 20.6.1940

Autograph, französisch. Archives de la ville de Paris, carton 1466 W 1, scellés 1 (Provenienz: Préfecture de police, cabinet de E.F. Lafont, commissaire de police, PV du 21 juin 1940, affaire Tréand, Ginollin, Schrodt et Roux). Deutsche Erstveröffentlichung. In französischer Sprache publiziert in: Jean-Pierre Besse, Claude Pennetier: Juin 40. La négociation secrète. Les communistes français et les autorités allemandes, Ivry-sur-Seine – Paris, Les Éditions de l'Atelier/Èditions Ouvrières, 2006, S. 10–13.

1) Sie [die deutschen Besatzungsbehörden] haben kommunistische Zeitungen in anderen Ländern erscheinen lassen Dän[emark], Nor[wegen], Belg[ien].[46]
[Wir] Sind auf normalem Weg gekommen um die Erlaubnis zu erbitten[47]

---

45 RGASPI, Moskau, 17/3/1024, 27.

46 In Belgien brachte die KP des Landes u.a. zusammen mit flämischen Nationalisten die Zeitung *Uilenspiegel* legal unter deutscher Besatzung heraus (siehe: Rudi van Doorslaer: Uilenspiegel. Een kommunistisch experiment met een Vlaams-nationale legale oorlogskrant. In: *Wetenschappelijke Tidingen* XXXIV (1975), S. 91–94).

47 Die erst 2006 erstmals veröffentlichte interne Notiz zur Vorbereitung des Treffens mit den deutschen Besatzern und Argumentation gegenüber Otto Abetz als deutschem Gesandten im besetzten Frankreich, stammt vermutlich von Maurice Tréand, dürfte jedoch mit Jacques Duclos für die in Paris anwesende Parteiführung abgestimmt gewesen sein. Ziel der Kontakte war es, zu erreichen, die Parteizeitung *l'Humanité* und weitere Pressorgane frei unter deutscher Besatzung herauszugeben. Tréand wurde später als alleiniger Verantwortlicher für die Kontakte abgestraft, um die Parteilegende der KPF des antifaschistischen Widerstands von Anfang an zu zementieren. Siehe ausführlich:

2) [Wir] Sind Kommunisten haben die Linie [der] KP unter Dal[adier]Ray[Reynaud] [und dem] Juden Mandel umgesetzt
[Der] Jude M[andel] hat uns nach Dal[adier] ins Gefängnis geworfen.[48] Arbeiter erschossen, die nat[ionale] Verteidigung sabotierten.
[Wir] Sind [die] französische KP haben keine Angst gehabt

3) [sind] nicht vor der Diktatur [des] Juden M[andel] und des Verteidigers der englischen kapitalistischen Interessen zurückgewichen
Mut [der] französischen Pariser Arbeiter, und wenn es französische oder Pariser Arbeiter sind, ist es die KPF

4) [Wir] Sind eine Kraft, wir[49] repräsentieren sie, wir repräsentieren eine Kraft, die über die französischen Grenzen hinausgeht
verstehen Sie? Hinter uns [steht] die UdSSR
das ist eine Macht, die UdSSR
Sie haben dem Rechnung getragen
[der] deutsch-sowjetische Pakt beweist das. Man macht einen Pakt nicht mit Schwächlingen jedoch mit starken Menschen
[Wir] waren mit dem D[eutsch-] S[owjetischen] Pakt einverstanden
unser Kampf gegen Bonnet, Dal[adier] , Ray[Reynaud] , Man[del] , das hat Ihren Sieg erleichtert
unsere Verteidigung des Pakts
das hat Ihnen Vorteile verschafft
für die UdSSR haben wir gut gearbeitet, folglich indirekt für Sie [...]
Wenn Sie die *Huma*[nité] verbieten,[50] zeigen Sie, dass Sie gegen die Arbeiter- und kleinbürgerlichen Massen Frankreichs kämpfen wollen, dass Sie die UdSSR in Paris bekämpfen wollen.

6) Ich wiederhole Ihnen, was ich Ihnen gesagt habe wenn Sie [sie erscheinen] lassen, verpflichten wir uns nicht dazu, das Lob Hitlers und der UdSSR anzustimmen, jedoch dazu, nichts gegen Sie [zu unternehmen]
[Wir] verpf[lichten] uns zu schweigen

Jean-Pierre Besse, Claude Pennetier: Juin 40. La négociation secrète. Les communistes français et les autorités allemandes, Ivry-sur-Seine – Paris, Les Éditions de l'Atelier/Èditions Ouvrières, 2006.

48 *Der Jude Mandel:* Der konservative Politiker Georges Mandel war in der Regierung Paul Reynaud von Mai bis Juni 1940 Innenminister und für das Parteiverbot der KPF mitverantwortlich. Wegen seiner jüdischen Abstammung wurde Mandel im Laufe seiner Karriere von verschiedenen Seiten angefeindet, ein derart offen antisemitischer Angriff stellte seitens der KP gleichwohl eine neue Qualität dar.

49 Die Passage „werden es bleiben" ist durchgestrichen.

50 Infolge des Scheiterns (oder des Abbruchs) der Verhandlungen im August 1940 zwischen der KPF und der deutschen Besatzungsbehörde (Otto Abetz) blieb die *Humanité* während der deutschen Besatzung verboten und wurde weiter illegal hergestellt und verbreitet (*l'Humanité clandestine*). Erst nach der Befreiung von Paris am 22.8.1944 konnte die Zeitung wieder legal erscheinen.

wir wollen alles, damit die Massen keine schmerzhaften Vorkommnisse erleiden, [um] ihnen zu helfen durch Ihre Zusammenarbeit, wenn Sie wollen: Flüchtlinge, Kinder[51]
wir werden nichts für Sie tun jedoch nichts gegen Sie
bitten Sie um die Erlaubnis, uns unter Franzosen auszusprechen [...]
In dem Maße, in dem Sie uns nicht erlauben, [die] Massenbewegung zu kanalisieren, die sehr radikal daherkommen kann, weil es in den Pariser Herzen bewahrt wird, dass es sich um die deutsche Invasion handelt
Diese Feinde, die wir vorher hatten, Kleinbürgerliche und Bürgerliche und selbst andere können sich hinter uns stellen, sollten Sie uns verfolgen, sollten Sie uns ins Gefängnis stecken, sollten Sie uns erschießen [...]
wenn Sie [dies] ändern wollen, [liegt es] an Ihnen, sie [die Orientierung] darzulegen
[liegt es] an Ihnen, uns am Erscheinen der *Huma*[nité] zu hindern
haben Erfahrung [der] belgische[n] Freunde, sehr freundlich, unsere belgischen Freunde, *Voix du peuple*[52] ist 3–4 Tage erschienen, man hat ihnen immer wieder gesagt, bis morgen
mit uns nicht
wir sind nicht die belgische Partei wir sind *Paris*[53]
Wenn[54] Sie dieser Linie gegen [die] Arbeiterklasse folgen wollen, die man nicht von der KP trennen kann, werden alle dies erfahren.

Schlussfolgerung
10) Sind Sie mit der von uns übernommenen Verpflichtung einverstanden oder nicht
Keine Antwort [oder] wenn Sie uns sagen, in einigen Tagen, werden wir dies als negative Antwort auffassen
L'Huma[nité] wird morgen herauskommen
Sie können mich verhaften, mich erschießen, unsere Verkäufer erschießen
Sie sind die Leiter, wir jedoch sind die Arbeiterklasse, wir können noch etwas bewirken

51 Die deutsche Armee in Frankreich produzierte bzw. trieb einen Flüchtlingsstrom vor sich her, der sich nach der Besetzung von Paris Richtung Süden ergoss.
52 *La voix du peuple*, Zentralorgan der KP Belgiens.
53 Im Unterschied zur KP Frankreichs fand die 1939 ca. 10000 Mitglieder zählende, vom Kominterndelegierten Andor Berei in Brüssel geführte KP Belgiens einen „*modus vivendi*" mit den deutschen Behörden (José Gotovitch). Zumindest ein Teil ihrer Presse (*La voix du peuple* in Brüssel, *Uilenspiegel* in Antwerpen) konnte frei erscheinen und Parteilokale blieben geöffnet. Die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten funktionierte so gut, dass es im Juni 1940 Julien Lahaut, dem KP-Abgeordneten von Seraing und späteren Ehrenpräsidenten der Partei, gestattet wurde, in Frankreich *für die Rückkehr belgischer Flüchtlinge, besonders der Arbeiter, zu werben, die für die Erhöhung der Produktion unter deutscher Besatzung notwendig waren* (siehe: Rudi van Doorslaer: De Kommunistische Partij van België en het Sovjet-Duits niet-aanvalspakt tussen augustus 1939 en juli 1941, Brussel, Frans Masereel Fonds, 1975, S. 132ff.; José Gotovitch: Du Rouge au Tricolore. Les communistes belges de 1939 à 1944. Un aspect de l'histoire de la Résistance en Belgique, Bruxelles, 1992, S. 83f., 87ff.; Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 272–273).
54 Schreibfehler: „*Ci*" statt „*Si*".

Wir sind stark
Wir sind von großer Bedeutung
Wir sind keine kleinen Leute
Wir sind stärker als vor Ihrem Einmarsch
Das ist es, was wir Ihnen sagen wollen, machen Sie mit mir, was Sie wollen.[55]



Am 22.7.1940 beauftragte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion den sowjetischen Geschäftsträger in Deutschland, Aleksandr Škvarcev damit, beim Außenministerium in Berlin den Wunsch vorzubringen, die Handelsvertretung in Belgien weiterhin (also nach dem Einmarsch der Deutschen) betreiben zu können.[56]

Dok. 479

Vorschläge der Komintern zur Einrichtung einer Telegrafenagentur in den baltischen Ländern

[Moskau], [23.6.1940]

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/102, 12. Erstveröffentlichung.

Vorschlaege zur Organisierung der Arbeit der Telegrafenagentur in den baltischen Laendern.[57]

1. Zur Bedienung der Arbeiterpresse in den baltischen Laendern und zum Eindringen in die gewerkschaftliche Presse der skandinavischen und der Balkanlaender, die keinen direkten Kontakt mit Moskau wuenschen und zur Entlastung der Moskauer

---

55 Anlässlich der Kontaktaufnahme von Vertretern des Leitungsapparats der KP Frankreichs am 17.6.1940 mit der deutschen Besatzungsverwaltung in Paris wurde Maurice Tréand, der Leiter des illegalen Verbindungsapparats der Komintern in Frankreich, am 20.6.1940 in Paris verhaftet, am 25.6.1940 von den deutschen Besatzungsbehörden jedoch wieder freigelassen. Am 26.6.1940 empfing Otto Abetz als Vertreter des Deutschen Reichs Tréand, Jean Catelas und den Parteianwalt Robert Foissin. Der Beginn von Sabotageaktionen und individuellen Attentaten gegen deutsche Soldaten im August 1940 und die zunehmende Kritik an Abetz führten dazu, dass im Herbst 1940 die Verhandlungen mit der KPF, denen die deutsche Militärverwaltung ohnehin ablehnend gegenüberstand, abgebrochen wurden. Die bisher eruierten Dokumente lassen den Schluß zu, dass die Kominternführung zwar nach zweimonatigen Verhandlungen mit der deutschen Besatzungsmacht die Kontakte scharf kritisierte, jedoch das Prinzip der Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten nicht grundsätzlich in Frage stellte. Gemeinsam mit dem frankophilen Literaturkritiker und späteren politischen Feuilletonisten Friedrich Sieburg sah Abetz die Kontakte in der Perspektive einer deutsch-französischen Verständigung bzw. eines „Befriedungskonzepts" unter nationalsozialistischer Ägide (siehe: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 284–295; Roger Bourderon: La Négociation. Été 1940, Paris, Syllepse, 2001).

56 APRF, Moskau, 3/64/639, 167. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 279.

57 Über die ersten beiden Absätze verläuft eine unleserliche handschriftliche Notiz Dimitrovs.

Agentur von Material, dessen Uebermittlung Schwierigkeiten bietet (Fragen der KP Deutschlands und der Parteien in den von Deutschland besetzten Laendern) ist in den baltischen Laendern eine Telegrafenagentur als Zweigstelle von Bildtjaenst, Stockholm,[58] oder von Inter Continent News, New York[59] einzurichten.

2. Als geeignetester Ort fuer diese Agentur ist Riga anzusehen als die Stadt mit der entwickeltsten Arbeiterbewegung, einer ziemlich entwickelten Presse und einem starken Radiosender, der Telegramme selbst nach Amerika uebermitteln kann. Eventuell kaeme noch Tallin in Frage, wo die Presse ebenfalls sehr entwickelt ist, aber die Moeglichkeiten direkter Telegrammsendungen viel geringer und die Arbeit einer Telegrafenagentur daher schlecht zu rechtfertigen ist. (Selbst wenn die Agentur keine Telegramme versendet, muss ihr Sitz so gewaehlt sein, dass sie nicht nur ueber Moskau arbeiten kann.)

3. Die Telegraphenagentur muesste ein Bulletin von bescheidenem Umfang vor allem ueber die Fragen der internationalen Arbeiterbewegung und den Kampf gegen den Krieg herausgeben, das in deutsch, eventuell russisch und in der Landessprache oder englisch veroeffentlicht werden sollte. Die Herausgabe des „Kunst und Kulturbulletins" in deutscher Sprache oder zumindest sein Vertrieb in diesen Laendern wuerde der Agentur Zutritt zu den Pressekreisen schaffen, die fuer die Organisierung der Agentur eine grosse Bedeutung haben koennen.

4. Bei der Organisierung der Arbeit ist in Betracht zu ziehen, dass die Redaktionen in diesen Laendern die Sowjetpresse am dritten Tag bekommen, also sehr rasch gearbeitet werden muss. Darum muesste das in den Laendern verbreitete Material vor allem internationale Fragen behandeln, die die breite Arbeiterpresse interessieren.

5. Zur Verbindung mit den Balkanlaendern waere es zweckmaessig, etwa woechentlich ein Bulletin-Pressedienst mit reichlicher Information ueber die Vorgaenge in den baltischen Laendern selbst zu veroeffentlichen. Dies muesste in russischer und eventuell franzoesischer und deutscher Sprache sein.

Zur Durchfuehrung dieser Arbeiten waere es notwendig, einen legalen Genossen, Buerger eines neutralen Landes dorthin zu schicken, der mit Partei und Journalistenkreisen Kontakt aufnehmen kann und mit Hilfe eines erfahrenen Parteijournalisten, der nicht oeffentlich auftritt, die Arbeit einleitet. Ein bescheidener Apparat muesste aus Mitarbeitern aus dem Lande oder vielleicht aus Daenemark oder Norwegen geschaffen werden, da so auch der Kontakt mit den skandinavischen Laendern erleichtert werden koennte. Fuer die Balkanverbindungen haengt alles von der Hilfe von hier ab.

Diese Agentur koennte regelmaessige Telefonverbindungen mit Moskau haben.

58 *Bildtjaenst, Stockholm:* deutsch Bilderdienst.

59 *Inter-Continent News:* Telegrafenagentur der Komintern mit Sitz in New York.



Am 29.7.1940 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion jüdischen Flüchtlingen aus dem „ehemaligen Polen", die in Litauen festsaßen und sich ins Ausland begeben wollten, den Transit durch die UdSSR in Gruppen zu 50 bis 100 Personen zu gestatten.[60]

Am 31.7.1940 wurde beschlossen, den traditionellen Komintern-Antikriegstag wegen des „Jahrestags des Kriegsbeginns in Westeuropa" vom 1. August auf den 1. September zu verlegen.[61]

Am 14.8.1940 bestimmte das Politbüro die Zusammensetzung der Delegation für die Verhandlungen mit dem deutschen Reichsverkehrsministerium zwecks Einrichtung eines regulären Eisenbahnverkehrs zwischen Deutschland und der Sowjetunion.[62]

Am gleichen Tag wurden dem Volkskommissar für die Marine Geldmittel zugeteilt, um den in Deutschland erworbenen Kreuzer „Lützow" aufzurüsten.[63]

Am 15.8.1940 beschloss man, eine sechsköpfige Kommission nach Deutschland zu entsenden, um sich in Fragen des Baus von Werkbänken kundig zu machen.[64]

Am 17.8.1940 fasste das Politbüro einen Beschluss über sog. „Vaterlandsverräter". Ein solcher „Verrat" wurde als „Flucht ins Ausland auf dem Land- oder Luftweg" definiert. Unter anderem wurde gegen die Delinquenten ein beschleunigtes Verfahren bei Militärtribunalen, die Mitbestrafung von Familienangehörigen sowie die Verkündung von Todesurteilen in den militärischen Einheiten beschlossen, in denen solche „Verräter" gedient hatten. Zugleich wurde angemahnt, „undisziplinierte und moralisch schwankende" Soldaten nicht in der Nähe der Landesgrenzen einzusetzen.[65]

60 RGASPI, Moskau, 17/162/28, 62.
61 RGASPI, Moskau, 17/3/1026, 34. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 787.
62 RGASPI, Moskau, 17/3/1026, 49–50.
63 APRF, Moskau, 3/64/669, 2. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 286.
64 RGASPI, Moskau, 17/162/28, 70–71.
65 RGASPI, Moskau, 17/162/28, 73.

Dok. 480

Chiffretelegramm von Sven Harald Linderot an Dimitrov über die Verhaftungswelle deutscher Emigranten in Dänemark

[Stockholm], 22.8.1940

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/184/2 (Eingang 1940), 184. Deutsche Erstveröffentlichung. In französischer Sprache publ. in: Bayerlein/Narinskij/Studer u.a.: Moscou-Paris-Berlin, S. 287.

Dokumententext

Dimitroff.
Hundert deutsche Emigranten in Danemark [sic] verhaftet davon achtzehn Kommunisten. Einer sozi [sic] und zwei Kommunisten nach Deutschland verschickt.[66] Ein[er] von uns geht nach Norwegen wo führende Genossen verhaftet sind.[67]

Paul [d.i. Sven Linderot] [...]



Auf eine Anfrage des EKKI hin beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 23.8.1940, dass die sich auf dem Territorium der UdSSR befindlichen Angehörigen der Mitglieder der ehemaligen Internationalen Brigaden undKämpfer der spanischen republikanischen Armee Anspruch auf reguläre Soldatenrenten hätten.[68]

Am 24.8.1940 bewilligte das Politbüro einen Beschluss des Rats der Volkskommissare über den deutsch-sowjetischen Grenzverlauf anstelle der ehemaligen Grenze zwischen der UdSSR und (dem nicht mehr existierenden) Litauen.[69]Am 28.8.1940 wurde die deutsch-sowjetische Konvention zur Beilegung von Grenzkonflikten auf die neue Grenze ausgedehnt.[70]

---

66 Nach der Besatzung Dänemarks durch Hitlerdeutschland am 9.4.1940 behielt das Land seine Souveränität und territoriale Integrität, musste jedoch innenpolitische Zugeständnisse an die Besatzer machen. Dazu gehörten mehrere Verhaftungswellen in der deutschen politischen Emigration, die auf deutsches Verlangen hin von der dänischen Polizei unternommen wurden. Besonders die Kommunisten waren davon betroffen. Im Juni 1940 begannen Auslieferungen politischer Emigranten nach Deutschland, auch wurden zahlreiche Emigranten in dänischen Internierungslagern inhaftiert (Einhart Lorenz: Dänemark. In: Krohn/von zur Mühlen/Gerhard u.a.: Handbuch der deutschsprachigen Emigration, S. 204–207; Helmut Müssener: Deutschsprachiges Exil in Skandinavien: „Im Abseits...“ Die Gastländer Dänemark, Norwegen, Schweden. In: *German Life and Letters* 51 (2003), 2, S. 302–323).
67 Der Großteil der KPD-Emigranten floh nach dem deutschen Überfall am 9. 4.1940 nach Schweden, Verhaftungen „führender Genossen“ der KPD in Norwegen sind nicht überliefert (vgl. Einhart Lorenz: Exil in Norwegen. Lebensbedingungen und Arbeit deutschsprachiger Flüchtlinge 1933–1943, Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschaft, 1992, S. 315–326).
68 RGASPI, Moskau, 17/3/1026, 99. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 787–788.
69 RGASPI, Moskau, 17/3/1026, 99; APRF, Moskau, 3/64/674, 157. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 289.
70 APRF, Moskau, 3/64/674, 154. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 290.

Am 23.8.1940 beriet das Politbüro über die Kostenaufstellung der „besonderen Ausgaben" der Komintern für das laufende Jahr. Die entsprechende Summe wurde auf 12.000.400 Tscherwonzenrubel festgelegt.[71]

Dok. 481

Chiffretelegramm der Komintern an die Funkstelle Amsterdam für die KPD

Moskau, 3.9.1940

In deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/184/1 (Ausgang 1940), 62. In deutscher Sprache publ. in: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 298. In französischer Sprache publ. in: Bayerlein/ Narinskij/Studer u.a.: Moscou-Paris-Berlin, S. 295.

Direktion [d.i. Daan Goulooze] für Alfred [d.i. Wilhelm Knöchel]. Du sollst I.W. Stalin kurze Lebensbeschreibung[72] abschreiben und Funktionären ins Land geben. Mit Hilfe hiesigen Freunden das Buch in Kleindruck herstellen und verbreiten im Lande.[73] Mitteilt sofort über getroffene Maßnahmen. Wilhelm [Pieck].



Am 19.9.1940 bewilligte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion 5 Millionen Rubel aus dem Reservefonds des Rates der Volkskommissare zur Verfügung des Hauptbevollmächtigten des Deutschen Reiches für die Umsiedlung der Deutschen aus Bessarabien und der Nordbukowina, die infolge des Paktes zu sowjetischen Territorien erklärt und in die Ukrainische SSR eingegliedert wurden. Die Summe sollte mit der Einbehaltung des Eigentums der Betroffenen verrechnet werden.[74]

Am 24.9.1940 ernannte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Mitglieder der sowjetischen Delegationen in den gemischten deutsch-sowjetischen Kommissionen zur Umsiedlung der Deutschen aus den ehemaligen baltischen Staaten Litauern aus dem Memelgebiet infolge der Grenzverschiebungen.[75]

71 RGASPI 17/162/28, 76. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 788.
72 Die vom Moskauer Marx-Engels-Lenin-Institut erarbeitete, von Stalin selbst redigierte hagiographische Stalin-Biographie (russ. Erstausgabe: *Kratkaja biografija I. V. Stalina*, Moskva, OGIZ, 1939), sollte von Wilhelm Knöchel vermutlich nach der 1940 erschienenen deutschsprachigen Ausgabe reproduziert werden (siehe: Marx-Engels-Lenin-Institut, Moskau (Hrsg.): I. W. Stalin. Kurze Lebensbeschreibung, Moskau, Verlag für fremdsprachige Literatur, 1940).
73 Die Verbreitung stalinistischer Literatur in Deutschland wurde von der Komintern und der Exil-KPD zunehmend als Panazee und Ersatzhandlung für den Widerstand gehandhabt (siehe hierzu auch Dok. 467).
74 RGASPI, Moskau, 17/162/29, 12.
75 RGASPI, Moskau, 17/3/1027, 74, 77; 17/162/29, 13.

Dok. 482
Brief Franz Dahlems aus dem Internierungslager Le Vernet

Le Vernet, 25.9.1940

Typoskript, vermutlich Abschrift. SAPMO-BArch, Berlin, RY 5/I 6/3/317, 55–59. Deutsche Erstveröffentlichung. Auszugsweise in deutscher Sprache publ. in: Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!", S. 331f.

Brief von Franz Dahlem aus dem Lager Vernet[76]

25.9.40. Lieber Freund![77]
I. Zuerst von uns allen herzlichste Grüsse an alle Freunde. Wir brennen danach, bald wieder aktiv in die Arbeit zurückzukehren, anstatt hier untätige Beobachter der umstürzenden Ereignisse zu sein. Erinnert Euch, daß hier die aktivsten Kader der Emigration und die besten Kader der Internationalen Brigaden konzentriert sind.[78] Ueber den Gang und den Sinn der Ereignisse konnten wir uns im Lager von Anfang des Krieges an trotz der *unfranzösisch* scharfen Isolierung im allgemeinen richtig orientieren, so daß das ganze Lager, mit Ausnahme einer Minderheit von Trotzkisten,

76 Le Vernet war von 1918 bis 1948 ein Gefangenen- und Internierungslager im französischen Pyrenäenvorland. Bereits nach dem 1. Weltkrieg für Kriegsgefangene in Betrieb genommen, wurde es unter der Verwaltung der französischen Vichy-Behörden im Frühjahr 1939 zur Internierung von Spanienkämpfern und von Oktober 1939 an von „feindlichen Ausländern" genutzt. Prominente kommunistische und linke Häftlinge waren Franz Dahlem, Gerhart Eisler, Lion Feuchtwanger, Bruno Frei, Paul Frölich, Alfred Klahr, Arthur Koestler, Rudolf Leonhard, Luigi Longo, Paul Merker, Siegfried Rädel, Heinrich Rau und Friedrich Wolf. Im Februar 1942 kam es aufgrund der schlechten Lagerbedingungen zu einem Aufstand, der niedergeschlagen wurde und die Auslieferung der meist kommunistischen Anführer der Internierten nach Deutschland zu Folge hatte. Von 1942 bis 1944 ließ die Vichy-Regierung in Le Vernet verstärkt Juden internieren, um sie an Deutschland auszuliefern. Friedhof und Bahnhof von Le Vernet sind heute als Denkmal konserviert.

77 Das Dokument enthält zwei Paraphen vom 24.3.1941 und 26.3.1941 sowie einen handschriftlichen Eintrag „24.3.41" und „Gen. Ercoli" [d.i. Palmiro Togliatti]. Demnach ist der Brief erst im März 1941 an das zuständige Sekretariat in Moskau gelangt.

78 *Die besten Kader der Internationalen Brigaden*: Am 1.9.1938 notierte Dimitrov in seinem Tagebuch: „– mit Woroschilow gesprochen (telefonisch). (Mit der Auflösung der Internationalen Brigaden einverstanden. – Sicherte Waffenhilfe zu)." (Dimitroff: Tagebücher, Bd. 1, S. 172). Nach dem von der spanischen Regierung Ende Oktober 1938 beschlossenen Rückzug der Internationalen Brigaden, der im November 1938 eingeleitet wurde und besonders das am Ebro stehende republikanische Heer beträchtlich schwächte, sowie dem darauf folgenden chaotischen „zweiten Einsatz" zur Verteidigung Barcelonas konnte die Niederlage im spanischen *Bü*rgerkrieg nicht mehr abgewendet werden. Der Krieg forderte ca. 500.000 Menschenleben. Die heillose Flucht von über 300.000 Emigranten und ca. 30.000 Interbrigadistas (die „Internationalen") endete für viele in den spanischen und französischen „Konzentrationslagern" (so der Sprachgebrauch der Komintern), in denen insgesamt ca. 275.000 Personen interniert wurden. Zur Auflösung der Internationalen Brigaden ist die Quellenlage noch unsicher, vgl. Dallin/Firsov: Dimitrov and Stalin, S. 76f.

Poumisten,[79] Anarchisten, internationalen Spionen und Mouchards,[80] bald unter der Führung der Partei marschierte. Durch eine Kette von kleinen und größeren Aktionen im Verlaufe des verflossenen Jahres sind wir aus dem Stadium absoluter willkürlicher Behandlung zu dem heutigen Stadium der Durchsetzung der von den Baracken gewählten Delegierten gekommen, die fast alle Freunde sind.[81] Es wurden eine Reihe wichtiger Forderungen durchgesetzt, die das schwere Leben hier etwas erträglicher machten. Da wir die Verbindungsmöglichkeiten betreffend die Orientierung über die Entwicklung im Lande – die durch Briefverkehr möglich gewesen wäre – seit der Internierung radikal abgebrochen (…)[82] hatten, kennen wir die Prozesse im Lande nicht, können sie nur ahnen und sind daher heisshungrig, zu wissen, was dort vor sich geht. Heute ist unsere allgemeine Orientierungsmöglichkeit ziemlich zufriedenstellend, besonders auch was die Entwicklung in Frankreich betrifft, mit Ausnahme, was konkrete Lage und Politik bei uns im Lande selbst angeht. Man sollte uns deshalb an Informationen vermitteln was möglich und *zulässig* ist. Die Zeit hier wurde weitgehend zur Schulung der Kader ausgenutzt, durch systematische Kurse, Einzelstudium, Sprachen lernen, kulturelle Arbeit. Die Haltung der Kader war gut und vorbildlich, nur einige angefaulte Elemente mussten aus der Partei ausgeschlossen werden.

Während der politische und moralische Stand gut ist, ist die physische Lage, besonders bei den Kadern der Interbrigaden, die schon 19 Monate (seit dem Uebertritt der republikanischen Armee im Februar 1939 auf französischen Boden) in Konzentrationslagern sind, teilweise sehr *besorgniserregend*. Darüber und über den Gesundheitszustand leitender Genossen wird der Freund berichten. Bis zum Zusammenbruch Frankreichs war die Hilfe aus Holland, Belgien, England usw. noch einigermassen, jetzt gehen wir schwierigen Zeiten entgegen, da die Lagerkost immer kraftloser und ungenügender wird. Wie wir dem durch die Solidarität etwas entgegenwirken, auch darüber wird der Freund berichten. Für die wichtigsten Kader, für die gesundheitlich bedrohtesten, ist Fürsorge getroffen. Was für uns von aussen jetzt getan werden kann – es gibt *kein anderes wirksames Mittel als diesen äusseren Druck,* der uns viel geholfen hat und auf den allein wir uns weiter verlassen[83] – unsere Vorschläge dazu wirst Du mündlich erfahren.

---

79 Mitglieder der spanischen POUM (*Partido Obrero de Unificación Marxista*), einer linkssozialistischen antistalinistischen Partei, die eine bedeutende Rolle im Spanischen Bürgerkrieg spielte. Die POUM wurde von der KP Spaniens und der Komintern in exponierter Weise als Agenten des Faschismus u.ä. diffamiert (siehe: Tosstorff: Die POUM im Spanischen Bürgerkrieg).

80 *Mouchards* (franz.): Spitzel, Aufpasser.

81 Mit „Freunde“ sind Kommunisten gemeint.

82 Auslassung im Original.

83 Am 26.8.1939 hatte die Komintern eine Direktive an die kommunistischen Parteien erlassen, um die internationalen Freiwilligen, die nun infolge des Stalin-Hitler-Paktes zusätzlich bedroht waren, „zu retten und ins normale Leben einzugliedern“. Darin wurde u.a. auf die Gründung der von prominenten Emigranten angeführten Komitees zur Freilassung der internierten Spanienfreiwilligen gedrungen. Die Direktive ist noch im antifaschistischen Duktus gehalten. Für den Stalinismus bezeichnend ist die Kopplung der (viel zu spät organisierten) Hilfskampagne an die Parteitreue bestimmter Gruppen. Nicht KP-

II. Habe Mitteilung des Vaters [d.i. Georgi Dimitrov] so verstanden, daß für Jean [d.i. Franz Dahlem] und Feld [d.i. Paul Merker] der direkte Weg nach Hause [nach Moskau] unmöglich ist. Wir nehmen an, daß dasselbe für die zuletzt aktiven Kader gilt.[84] Das entspricht unserer eigenen Auffassung, da wir alles vermeiden wollen, was uns aus irgendwelchen Gründen nach der erfolgten Befreiung von hier wieder auf ein Geleise ausserhalb der alten Arbeit bringen könnte. Die Aussichten für das Wegkommen der Kader hier sind sehr gering, nicht nur wegen dem für die Deutschen und Oesterreicher geltenden Paragraphen 19.2 des Waffenstillstandsabkommens.[85] Selbst Einzelne, die Visen haben, können bisher nicht weg. Bitte diese Lage zu berücksichtigen. Betreffs der Repatriierungsmöglichkeiten, wo die Direktiven mit der von uns eingehaltenen Linie übereinstimmen, erfahrt ihr näheres mündlich. Ueber Stand und Möglichkeit des Ausreisens bestimmter Kader nach Hause müssen wir konkreteres wissen. Bisher haben wir besonders seit Anwesenheit des Sowjetdelegierten hier nur die Freunde zur Einreichung von entsprechenden Anträgen veranlasst, die entweder Bürger [der Sowjetunion] waren, bezw. von denen bereits solche Anträge früher liefen. Bei dieser Frage auch die Genossinnen berücksichtigen, von denen die meisten im Konzentrationslager sind. Ihr erhaltet eine Liste jener Freunde, die überprüft sind und von uns vorgeschlagen werden könnten. Nr. 11 wurde auf die Liste genommen, obwohl der einzige Nichtgenosse, da er sich vor und während der Internierung sehr gut und nützlich bewährt hat. Die Liste der Spanienfreiwilligen – fast alles Genossen – dient zur Kenntnisnahme, wer jetzt noch alles im Lager ist. Personalnotizen von uns bezw. Rückfragen werden wir mit Hilfe der Nummern erledigen.

III. Einige Informationen über die Ursache des falschen Schrittes unseres Hingehens zur Registrierung der Ausländer am 7. September 1939, der zu unserer Festhaltung

---

konformen Lagerinsassen wurde die Unterstützung verweigert – bisweilen wurden sie auch öffentlich denunziert, eine unter den herrschenden Umständen lebensbedrohliche Stigmatisierung (zur Direktive siehe: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 115–116). Der Kampagne vorausgegangen war eine Konferenz des Internationalen Koordinations-, Informations- und Hilfskomitees für das Republikanische Spanien in Paris (15.–16.7.1939). Hier engagierten sich Teilnehmer aus 34 Ländern für die Bürgerkriegsflüchtlinge, die Auflösung der Internierungslager sowie konkrete Hilfe für die in Spanien vor Gericht gestellten Interbrigadisten wurde ein Hilfsfonds von 30 Millionen Francs eingerichtet.

84 Am 29.4.1940 wies Dimitrov Maurice Tréand und Eugen Fried telegrafisch an, dass die internierten deutschen KP-Kader sich nach Schweden begeben sollten (siehe: Bayerlein/Narinskij/Studer: Moscou-Paris-Berlin, S. 218), wozu es jedoch nicht kam. Dahlem erhielt im April 1941 die sowjetische Staatsbürgerschaft, ihm wurde allerdings aufgrund eines Einspruchs von KPD-Seite die Aushändigung des Passes verweigert. Im August 1942 wurde er an Hitlerdeutschland ausgeliefert, wo er bis zur Befreiung durch die Alliierten im KZ Mauthausen inhaftiert blieb. Paul Merker hingegen gelang 1940 die Flucht aus dem Lager und 1942 die Ausreise nach Mexiko.

85 Punkt 19 des Waffenstillstandsabkommens zwischen Deutschland und Frankreich betraf die „deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen", die „unverzüglich den deutschen Truppen zu übergeben" seien. Absatz 2 verpflichtete die Vichy-Regierung, eine Verbringung solcher Gefangener ins Ausland zu verhindern (zum Text siehe: Dokumente über den Waffenstillstand mit Frankreich. In: *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* (1940), H. 10, S. 851–859, hier: S. 856).

und Internierung führte.[86] 1./ Unser Aufenthalt bis zuletzt entsprang der Sorge, noch bis zum letzten Moment das Land [Deutschland] zu informieren (Resolution zum sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt),[87] alle Stellen abzuwickeln, zu sichern, und die letzten Massnahmen zu treffen, das Land auf sich selbst zu stellen. Darauf können wir mit ruhigem Gewissen zurückblicken.

2./ Auf Grund der Aussprache mit dem Freund, dem ich für Dich die Resolution zum Pakt übergab, wo das Verbleiben in Frankreich für den Fall des Krieges noch Perspektive war, verlangte ich von X.[88] dringend Information, als Ende August das Gesicht der Lage sich schnell änderte. Bei dem letzten Treff, Anfang September, erhielt ich die Direktive „*Nach der Haltung der französischen Freunde orientieren*".[89]

---

86 Am 4.9.1939 trat ein bereits vor der Kriegserklärung vorbereitetes Dekret der Regierung Daladier in Kraft, nach dem alle 17–50jährigen Angehörigen Ausländer „die aus den Gebieten des Feindes" stammten, sich in sog. „Sammelzentren" registrieren lassen mussten. Gegen Widerstand in den eigenen Reihen forderte Dahlem dazu auf, dem Registrierungsbefehl zu folgen. Am 14.9.1939 wurde diese Maßnahme auf die 50–65jährigen ausgeweitet. Zunächst wurden deutsche und österreichische Staatsbürger (bis 50 Jahre) in Frankreich interniert, ob politische Exilanten, Hitler-Gegner oder nicht. Entgegen der Moskauer Linie richtetete Dahlem mehrere Schreiben direkt an den französischen Ministerpräsidenten Daladier in denen er wie auch Münzenberg die Integration der KPD-Emigranten in die französische Armee zur Bekämpfung Hitlers anbot bzw. forderte. In der KPD wurde er daraufhin als Mitglied des Zentralkomitees suspendiert, über den Parteianwalt der KPF sollte Druck auf ihn ausgeübt werden, damit er seine Erklärungen zurückziehe. Nach Kriegausbruch erließ die Komintern an alle führenden KPD-Funktionäre in Frankreich die Direktive, sich in ein sicheres Land zu bringen. Siehe: Peschanski: La France des camps, S. 99ff.; Bayerlein/Narinski/Studer/Wolikow: Moscou-Paris-Berlin, S. 150 u.a.; Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 137.

87 Das Pariser Sekretariat der KPD erließ am 25.8.1939, anscheinend ohne Konsultierung mit der Komintern, eine Erklärung zum Nichtangriffspakt, die noch im alten Stil die traditionelle Forderung „zum Sturz Hitlers und zur Erreichung eines freien Deutschlands" aufrief. Der Text wurde 1939 nur in kurzen Auszügen veröffentlicht, der volle Wortlaut erschien erst 1989 (siehe: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 131–133).

88 *X.:* Sehr wahrscheinlich Maurice Thorez, Generalsekretär der KP Frankreichs.

89 Dahlem beschrieb in einem späteren Kommentar die widersprüchliche Situation: „Auf dieser Einschätzung des antifaschistischen Charakters des 2.Weltkrieges, wobei ich demselben Irrtum unterlag, wie der Gen. Thorez, daß es in den ersten Septembertagen noch zu Verhandlungen der Westmächte mit der Sowjetunion und doch noch zum Abschluß eines Vertrages der gegenseitigen Sicherheit vor dem Aggressor und im Falle einer Aggression Hitlers zum Inkrafttreten des Bündnisses Polen-Frankreich und zum Kriege gegen das faschistische Deutschland kommen würde, entstand der Beschluß, daß auch die wenigen Mitglieder der Auslandsleitung, die nicht zur legalen Politemigration gehörten, sich in die Listen der Ausländer registrieren lassen, nachdem eine direkte operative Arbeit von Frankreich nach dem Innern Deutschlands aufgrund der Bildung der Westfront nicht mehr möglich war. Dieser Fehler entstand, nachdem ich auf Rückfrage beim Gen. Thorez am 1. September 1939 die Antwort erhielt: Nach der Linie des ZK der KPF richten, konkret als ich am 2. September abends von einem Mitglied des ZK der KP Frankreichs die Nachricht übermittelt erhielt, daß die kommunistische Kammerfraktion am 3. September 1939 der Daladier-Regierung die Kriegskredite bewilligen werde und danach alle Kommunisten, die Abgeordneten mit Gen. Thorez an der Spitze, als die besten Vaterlandsverteidiger zu ihren militärischen Einheiten einrücken werden. Das ist die Wahrheit. Ich rechnete damals mit einer ähnlichen Entwicklung, wie sie 1936 in Spanien eintrat, d. h. mit der Möglichkeit

Dann wurde die Verbindung zu uns abgebrochen und funktionierte seitdem nicht mehr. Eine andere Direktive hat mich nie erreicht, obwohl ich bis zum 6. September zu erreichen war und dies indirekt weiterhin immer möglich gewesen wäre.

3./ Am 3. September erfuhr ich durch einen Freund – Abgeordneten – den ich aufsuchte, dass die Kammerfraktion [der KPF] die [Kriegs-]Kredite bewilligen werde, und dass M[aurice] T[horez] zur Truppe einrückt.

4./ Die Papiere für J[ean, d.i. Franz Dahlem] und F[eld, d.i. Paul Merker] erhielten diese so spät, dass sie nicht nur nicht mehr brauchbar waren, sondern in der Situation als besonders gefährlich vernichtet werden mussten.

5./ Unter diesen Umständen: a) einer verwirrenden politischen Marschroute, die nicht sofort als falsch erkannt wurde b) bei der Perspektive, dass Holland, Belgien, Schweiz sofort Kriegsschauplatz werden würde und deshalb die Reise dorthin nicht zweckmässig sei, fassten wir den Beschluss zu manövrieren, um Zeit zu gewinnen in Frankreich zu bleiben und dann weiter zu sehen, was zu tun sei.

6./ Der Brief vom 4. September um Asylrecht ist der Ausdruck dieser Situation.[90] Ebenso hatten wir die Illusion, dass die Registrierung der Ausländer nicht zur ständigen Festhaltung der Ausländer führen würde; wir hatten uns selbst ins Konzentrationslager hineinmanövriert. Diese Einschätzung erwies sich als falsch, wir wurden im Gegenteil, sofort einer Sonderabteilung übergeben.[91] Der Brief vom 12. September erfolgte als Protest und als Versuch, eine ministerielle Entscheidung in der Frage der deutschen Politemigration zu erhalten.[92] Am 16. September erfolgte Verhör von mir in der Pariser Präfektur. Dort gab ich die programmatische Erklärung ab, wie sie im

---

einer antihitlerischen Tätigkeit der deutschen Politemigration in Frankreich.“ (zit. in Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 137).

90 Am 4.9.1939 richtete Dahlem einen Brief an den französischen Premierminister Daladier, in dem er gegen die drohende Internierung protestierte und das Recht der deutschen Emigration zur antifaschistischen Betätigung in Frankreich einforderte. Der Brief konnte bisher nicht eruiert werden. Nach seiner eigenen Darstellung bat er darum, „(...) daß ihm und seinen politischen Feunden die Möglichkeit zugestanden wird, in Frankreich eine unabhängige politische Arbeit gegen das Hitlerregime unter den Bedingungen, die der Kriegssituation angepaßt sind, fortzusetzen.“ VKP(b) und Komintern hatten jedoch den Antifaschismus infolge des Paktes bereits ad acta gelegt (Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 134).

91 Die Internierung Dahlems erfolgte am 6.9.1939 (Heike Amos: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963: Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat, Münster, Lit, 2003, S. 196).

92 In einem weiteren Brief an Daladier bekräftigte Dahlem am 12.9.1939 aus dem Sammellager heraus seine Bitten und Forderungen vom 4.9.1939. Er beschwerte sich über die verschärften Bedingungen seiner Internierung und der seiner politischen Freunde (SAPMO-BArch, Berlin, DY 30/9975, 73–74, teilweise publ. in: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 135–136).

Brief an den Innenminister vom 20. März 1940 wiederholt ist.[93] Diese Linie entsprach unserer Politik im Lager der 5.000 in Colombes[94] und hatte zur Konsequenz die praktische Haltung der antifaschistischen Kader in Frankreich zum Krieg und zur Sowjetunion, die bekannt ist. Die Antwort der Regierung war unsere Internierung in Roland Garros[95] und Vernet.

7./ Seit September 1939 wurde nicht versucht, eine Verbindung mit uns aufzunehmen; es kamen Gerüchte über die Verurteilung unserer Haltung (was noch zu verstehen war) aber auch Gerüchte von einer *Distanzierung uns gegenüber*.[96] Es blieb uns vorläufig nichts anderes übrig, als dies ruhig hinzunehmen. Wir führen den Zustand der absoluten Passivität fast ein ganzes Jahr lang, den tausenden Antifaschisten im Camp du Vernet[97] gegenüber nicht nur auf die großen Schwierigkeiten, sondern auch auf solche Einstellungen zurück. Das ist auch für alle hier anwesenden Mitglieder der Sektionen eine Frage des Prestiges und der Autorität unserer verschiedenen Bruderparteien.

8./ Ueber meine spezielle Lage und Perspektiven (Nationalität) wird der Freund berichten, ebenso über diejenige anderer Freunde. Wir nehmen an, dass Hala [d.i. Amleto Locatelli?] geholfen wird nach Hause zu kommen, nachdem er zur Erholung bei den Eidgenossen ist.

Herzliche Grüsse. Grüsse meinen Jungen von mir und seine Mutter, die ich alle 14 Tage sehe, da jetzt Besucherlaubnis ist.[98]

Am 8.10.1940 legte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion neue Modalitäten für die Parteiorganisationen der Kommunistischen Parteien Estlands, Lettlands und Litauens fest.[99]



93 Siehe: Berlin SAPMO-BArch, NY 4072/45/Bl. 35–39. Vgl. zum Ablauf: Amos: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963, S. 195ff.

94 In der Stadt Colombes bei Paris befand sich ein Internierungslager.

95 Das Tennisstadion Roland Garros (fr.: *Stade Roland-Garros*) im Westen von Paris wurde im Herbst 1939 zu einem Internierungslager umgebaut.

96 Die Erklärung vom 25.8.1939, und erst recht die Briefe Dahlems an Daladier, in denen er die Möglichkeit eines antifaschistischen Einsatzes der Emigranten forderte, entsprachen nicht der neuen Linie der Komintern nach Abschluss des Paktes mit Deutschland. Am 21.1.1940 forderte Dimitrov telegraphisch von Tréand, mittels eines Anwalts auf Dahlem einzuwirken, damit er seine Äußerungen zurückziehe (Bayerlein/Narinskij/Studer u.a.: Moscou-Paris-Berlin, S. 150). Am 12.8.1940 wurde Dahlems Haltung von Moskauer ZK-Mitgliedern der KPD offiziell als „Kapitulation vor dem Klassenfeinde“ verurteilt. Zum „Fall Dahlem“, auch im Lichte der Vorwürfe, die 1953 gegen ihn erhoben wurden, und die fast zu einem Schauprozeß führten, siehe: Amos: Politik und Organisation, 188ff.).

97 *Camp du Vernet* (franz.): Lager von Le Vernet im französischen Pyrenäenvorland.

98 Franz Dahlems Frau Käte kam 1933 mit Tochter Luise und Sohn Robert nach Frankreich. Während sich Robert 1935 in die Sowjetunion und Luise (als Frau von Karl Mewis) 1939 nach Stockholm begaben, blieb Käte Dahlem in Frankreich und war von 1941 an in der Résistance aktiv (siehe: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 142–143).

99 RGASPI, Moskau, 17/3/1028, 27.

Am 11.10.1940 beschloss das sowjetische Politbüro zwecks Steigerung der Produktionsmenge von Aluminium und Magnesium, Kommissionen von Experten nach Deutschland und in die USA zu entsenden.[100]

Qua Beschluss vom gleichen Tag wurde es dem Volkskommissariat für Textilwirtschaft gestattet, zwei Spezialisten für die Dauer von zwei Monaten nach Deutschland zu entsenden.[101]

Auf Beschluss des Politbüros vom 25.11.1940 wurde der bisherige Bevollmächtigte Vertreter der UdSSR in Deutschland, Aleksandr Škvarcev, durch Vladimir Dekanozov ersetzt.[102]

Am 30.11.1940 wurde ebenfalls durch einen Politbüro-Beschluss der Stabschef des Militärbezirks von Charkow, V.I. Tupikov, als neuer Militärattaché bei der sowjetischen Vertretung in Deutschland eingesetzt.[103]

---

100 APRF, Moskau, 3/64/670, 1. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 298.
101 RGASPI, Moskau, 17/3/1028, 46.
102 RGASPI, Moskau, 17/3/1030, 33; APRF, Moskau, 3/64/638, 148. Publ. in: Ibid., Dok. 311. Aleksandr Škvarcev wurde kurz darauf in der Sowjetunion umgebracht, Dekanosov wurde 1953 als Gefolgsmann Berijas hingerichtet.
103 RGASPI, Moskau, 17/3/1030, 42.

1941

Dok. 483

Note Ulbrichts zur Lage der deutschen Politemigranten in der Sowjetunion

[Moskau], 27.1.1941

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/2/277, 34–37. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 490–493.

Vertraulich! /3Ex/Bi.

Zur Lage bei den Politemigranten.

Obwohl von den Werktätigen der Sowjetunion hohe Geldmittel für die Betreuung der Politemigranten zur Verfügung gestellt wurden,[1] ist infolge der falschen Methoden der Arbeit der Mopr-Leitung und vieler Fehler in der Behandlung der Politemigranten eine starke Stimmung gegen die Leitung der Mopr vorhanden. Genosse Bogdanow und Genosse Sinekin[2] fühlen sich nicht für die Politemigration verantwortlich, sondern handeln nur als bürokratisches ausführendes Organ. Von Internationalismus ist bei den genannten Genossen nicht viel zu merken.

1./ Die Genossen Bogdanow und Sinekin behandeln die Politemigranten nicht als Kader der Partei, oder Genossen, die noch revolutionäre Aufgaben zu erfüllen haben, oder die als langjährige Parteiarbeiter nur noch teilweise arbeitsfähig sind, sondern meist als lästige Leute.

Die Situation unter den deutschen Politemigranten ist deshalb besonders schwierig, weil wir verhältnismässig viele ältere Funktionäre haben und Frauen, die nur teilweise arbeitsfähig sind. Dazu kommt, dass es viele Frauen von Verhafteten gibt. Darunter sind gute Genossinnen.[3] Auch ihnen und ihren Kindern verweigert die Mopr

---

1 Die sowjetische Sektion der Roten Hilfe (MOPR) war durch ihre hohen Mitgliederzahl die wichtigste finanzielle Stütze der internationalen Aktivitäten der Roten Hilfe (vgl. Kurt Schilde: ‚Sanitätskolonne im Klassenkampf'. Die Internationale Rote Hilfe und ausgewählte nationale Sektionen im Vergleich. In: Sabine Hering/Berteke Waaldijk (Hrsg.): Die Geschichte der Sozialen Arbeit in Europa. 1900–1960. Wichtige Pionierinnen und ihr Einfluss auf die Entwicklung internationaler Organisationen, Opladen, Verlag Leske + Budich, 2002, S. 135–146, hier v.a. 143–144).

2 M.A. Bogdanov löste 1938 Elena Stasova als Vorsitzende des ZK der MOPR, der sowjetischen Sektion der IRH, ab. In der Literatur sind keine weiteren Angaben zu ihm überliefert (vgl. Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 194; Anatolij I. Avrus: MOPR v bor'be protiv terrora i fašizma 1922–1939, Saratov, Izdatel'stvo Saratovskogo universiteta, 1976, S. 228). Über Sinekin waren Angaben über seine Lebensdaten oder über seine Funktion in der MOPR nicht zu eruieren.

3 Zu Ulbrichts beschämender Denunziation eben derselben Frauen verhafteter KPD-Mitglieder siehe Dok. 485.

Hilfe, selbst wenn sie mit dem Mann schon seit 10 Jahren nichts mehr zu tun hatten. Besonders starke Unzufriedenheit hat die Not einer Anzahl Kinder hervorgerufen.[4] (Alles Tatsachenmaterial darüber haben wir mit konkreten Vorschlägen der Leitung der Mopr übermittelt. Als das nicht genügte, haben wir Protokolle über die Lage einzelner Politemigranten angefertigt und von drei Genossen unterschreiben lassen.)

2./ Es ist notwendig, festzulegen, dass die Leitung der Mopr für die Arbeitsbeschaffung, für die materielle Hilfe und in gewissem Masse auch für die politische Entwicklung der Politemigranten verantwortlich ist. Darüber hinaus trägt sich auch die Verantwortung für die anderen Emigranten, die aus verschiedenen Gründen nach der Sowjetunion kamen, aber gegenwärtig nicht in ihr Land zurückkehren können. Die Mopr soll mit Hilfe des Parteikomitees der WKP(B) im Betrieb und mit Hilfe des Mestkoms[5] dahin wirken, dass die Politemigranten enger mit dem Sowjetleben verbunden werden und an der gesellschaftlichen Arbeit im Betrieb teilnehmen. Die politische Schulung über die Fragen ihres Landes und das Studium der Geschichte der WKP(B) soll unter verantwortlicher Leitung des Parteivertreters und im Einvernehmen mit der Propagandaabteilung des EKKI geschehen. Die bereits begonnenen Konsultationen sollen noch ausgebaut und auch noch mehr Schulungsmaterial an die in der Provinz lebenden Genossen geschickt werden.

3./ Die Mopr soll alle Anträge der Politemigration möglichst selbständig erledigen. Bei Zweifelsfällen soll sie nicht die Politemigranten an die Komintern verweisen, sondern selbst bei der Kaderabteilung des EKKI oder beim Parteivertreter Informationen einziehen.

Da Genossen der Bruderparteien nicht mehr im Mopr-Apparat angestellt sind, aber die dort beschäftigten Genossen die Politemigranten nicht genügend kennen, sollen die Parteivertreter Genossen bestimmen, die in der Sprechstunde der Mopr anwesend sind und die Mopr-Vertreter konsultieren, sowie bei der Erledigung schriftlicher Anträge aus der Provinz mitberaten.

4./ Es ist notwendig, die Lage einer Reihe Politemigranten und Jugendlichen, die in Moskauer Betrieben arbeiten über ihre materiellen Lebensbedingungen, Entwicklung ihrer beruflichen Qualifikation, ihre Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und ihre politische Entwicklung zu überprüfen. Es ist zweckmässig dazu zeitweilige Kommissionen zu schaffen, die ähnlich arbeiten wie jene Kommissionen die nach der Provinz

4 Eine Reihe von Fällen materieller Not von Kindern infolge von Verhaftungen ihrer Eltern in der Sowjetunion sind überliefert, sofern sie nicht in NKVD-Waisenhäuser eingeliefert wurden. So schrieb Dimitrov am 23.2.1939 an den stellvertretenden NKVD-Chef Vsevolod Merkulov, die drei Kinder des 1935 verstorbenen polnisch-litauischen Kommunisten Vincas Mickiewicz-Kapsukas seien nach der Verhaftung ihrer Mutter „faktisch zu Straßenkindern geworden" (RGASPI, Moskau, 495/73/76, 17–20).
5 *Mestkom*: Abkürzung für russ. *mestnye komitety* (Ortkomitees).

entsandt wurden.[6] (Ein Vertreter der Mopr – dazu wäre Genosse Slepow geeignet[7] – ein Vertreter von WCSPS, ein Vertreter der Kaderabteilung des EKKI und der betreffende Parteivertreter.) Diese Kommission, die im Auftrage des Moskauer Parteikomitees arbeiten müsste, kann viele Fragen unmittelbar mit den zuständigen Organen im Betrieb erledigen. Ausserdem ist notwendig, die Ueberprüfung der Lage eines Teiles der Politemigranten, die als Heimarbeiter beschäftigt sind oder krankheitshalber nur zeitweise arbeiten. Diese Massnahmen sind notwendig, um gewisse Fehler zu korrigieren und das bestehende Misstrauen gegen die Leitung der Mopr zu überwinden.

5./ Grosse Schwierigkeiten sind entstanden infolge von Fehlern in der Arbeitsvermittlung. Zum Teil beruhen diese darauf, dass die Mopr nicht genügend Verbindungen hat und deshalb Politemigranten zu Arbeiten vermittelt, zu denen sie physisch nicht fähig sind. Es muss dafür gesorgt werden, dass die Arbeitsvermittlung sich in den einzelnen Fällen nicht wochenlang hinzieht. Das ist nur möglich, wenn die bei WCSPS bestehende Kommission voll mitverantwortlich ist für die Arbeitsvermittlung für die Emigranten. Ein Teil der Politemigranten weigerte sich, in die Provinz zu fahren, weil sie nach kleinen Orten vermittelt wurden, wo die Lebensbedingungen schwierige waren und sie infolge Sprachschwierigkeiten isoliert waren.

6./ Es ist notwendig, dass von Zeit zu Zeit Zusammenkünfte der Politemigranten der einzelnen Länder durchgeführt werden, in denen solche Fragen behandelt werden, über die sie im Betrieb nicht genügend informiert werden. (Das betrifft die Politemigranten, die nicht an der Abendschule teilnehmen.)[8]

7./ Dem Komsomol sollte mitgeteilt werden, welche Jugendlichen von Politemigranten in den einzelnen Betrieben und Schulen tätig sind, für deren Entwicklung der Komsomol eine gewisse Verantwortung hat. Ausserdem ist es notwendig, diese Jugendlichen besonders zusammenzufassen, um sie spez[iell] zu schulen über die Fragen ihres Landes.

8./ Eine Anzahl alte Parteifunktionäre sind Invalid. Die Genossen weigern sich zumeist, in Invalidenheime zu gehen weil sie dort vielfach mit Schwerkranken zusammen sind und sich isoliert fühlen. Schon vor einem Jahr wurde mit der Mopr

6 Nachdem Ende 1939 im Zusammenhang mit dem Pakt und dem Finnlandkrieg eine Reihe von Politemigranten aus Moskau in die Provinz ausgesiedelt wurden, sandte die MOPR zwischen 1939 und 1941 mehrere Beauftragte dorthin, um ihre Lebenssituation und politische Haltung zu überprüfen (siehe: Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 151–152).

7 Auch über Slepov und seine Funktion in der MOPR sind keine Angaben eruierbar. Die Übergabe von Schlüsselpositionen in der wichtigsten Sektion der IRH an scheinbar marginale, mit der internationalen Bewegung nicht verbundene Funktionäre ist bezeichnend dafür, wie die einstmals populärste sowjetische „freiwillige" Massenorganisation der 1920er Jahre im Hochstalinismus an die Peripherie rückte. Zur MOPR als sowjetischer Massenorganisation siehe: Il'ina: Obščestvennye organizacii, S. 112, 135–136 u.a.

8 Im Oktober 1940 wurden in den Räumen der MOPR Abendkurse für KPD-Mitglieder eingerichtet, die von Ulbricht und Ackermann geleitet wurden und bis zum deutschen Angriff auf die Sowjetunion durchgeführt wurden (siehe: Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 162).

besprochen, dass es notwendig ist, Räume zu beschaffen in denen die alten Genossen untergebracht werden können.

9./ In Bezug auf das Kinderheim in Iwanowo[9] müsste nachgeprüft werden, ob der Direktor für diese Funktion geeignet ist; es müsste dafür gesorgt werden, dass die Kinder in ihrer nationalen Sprache unterrichtet und über die Fragen ihres Heimatlandes informiert werden. Zum Beispiel gibt es im Kinderheim in Iwanowo eine deutsche Genossin, die aber wahrscheinlich aus finanziellen Gründen nur teilweise für diese Aufgabe ausgenutzt wird. Für die Jugendlichen, die im Emigrantenheim in Moskau leben,[10] müsste ein spezieller Genosse als Erzieher verantwortlich gemacht werden, der im Heim wohnt.

[Sign. russisch] Ulbricht
27. Januar 1941



Am 30.1.1941 wurde Lavrentij Berija vom Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion zum „Generalkommissar der Staatssicherheit" ernannt.[11]

Dok. 484

Beschluss des Sekretariats zum Budget der Komintern für das Jahr 1941

[Moskau], Ende Januar 1941

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1330, 35. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 498.

BESCHLUSS DES SEKRETARIATS DES E.K.K.I.

I. Das Budget des EKKI für das Jahr 1941, vorgelegt von der Kommission unter Berücksichtigung der Änderungen, die von der Kommission und dem Sekretariat eingebracht wurden, in Höhe von 8.461.900 Rubel zu bestätigen für die Einzelposten:

---

9 Das Internationale Kinderheim in Ivanovo wurde im Mai 1933 von der MOPR eröffnet. Es beherbergte zunächst vor allem Waisenkinder von Antifaschisten aus Deutschland, Ungarn etc. und während des Spanischen Bürgerkriegs verstärkt „Spanienkinder". Das Kinderheim existierte, wenn auch nicht unter der Ägide der MOPR, auch nach der Auflösung der Komintern weiter; es überlebte sogar die Sowjetunion (siehe die zeitgenössische Schilderung: Fritz Beyes: Das Haus in der Sonne, Paris, Editions Universelles, 1935).

10 Das Emigrantenheim der MOPR in Moskau wurde errichtet, um Emigranten, die ohne eine Kommandierung der Komintern oder einer anderen Institution nach Moskau gekommen waren, einen Wohnraum zu bieten. Es bot Platz für ungefähr 200 Personen (Siehe: Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 28).

11 RGASPI, Moskau, 17/3/1033, 31.

1) Gehälter mit Zuschlägen	4.320,2	Tsd. Rub.
2) Verwaltungskosten	497,2	“ “
3) Transportkosten	1.216,9	“ “
4) Operative Ausgaben	296,7	“ “
5) Sozial- und Alltagsausgaben	1.232,3	“ “
6) Unterhalt des Wohnungsbestands	88,1	“ “
7) Unterhalt der Kindereinrichtungen	348,8	“ “
8) Reserve	100,0	“ “
Betriebskosten gesamt	8.100,2	Tsd. Rub.
Neuanschaffungen	361,7	“ “
Gesamt:	8.461,9	Tsd. Rub.

(Acht Millionen Vierhunderteinundsechzig Tausend Neunhundert Rubel)

II. Den von der Kommission vorgelegten Finanzplan des EKKJI[12] für das Jahr 1941 in Höhe von 1.161,8 Tsd. Rub. (Eine Million Einhunderteinundsechzig Tausend Achthundert Rubel) zu bestätigen.

[Sign.:] Dimitrov, Ercoli [d.i. Palmiro Togliatti], Gottwald, Pieck, Marty, Dolores [Ibárruri], Florin.



Am 3.2.1941 bestätigte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Ernennung Lavrentij Berijas zum Volkskommissar für innere Angelegenheiten, sowie von Vsevolod Merkulov zum Volkskommissar der Staatssicherheit, durch den Obersten Sowjet der UdSSR.[13] Am 13.2.1941 wurden Berija und Lazar' Kaganovič per Politbüro-Beschluss zu Mitgliedern des Wirtschaftsrates beim Rat der Volkskommissare ernannt.[14]

Am 14.2.1941 wurde seitens des Politbüros der Verteilungsschlüssel für die 4. Ausgabe der Gesammelten Werke Lenins beschlossen. Zur Hälfte sollten die Bände in den Handel kommen, der Rest sollte vorrangig Stadt-, Regional- und Hochschulbibliotheken zugeteilt werden.[15]

---

12 *EKKJI* (Abk.): Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale.
13 RGASPI, Moskau, 17/3/1033, 39.
14 RGASPI, Moskau, 17/3/1034, 18.
15 Ibid.

Dok. 485

Brief Ulbrichts an Dimitrov über angebliche antisowjetische Aktivitäten der Frauen verhafteter deutscher Kommunisten

[Moskau], 28.2.1941

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/74/143, 1–5. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 508–511. Mit falschem Datum (28.2.1939) bei: V.K. Bylinin: O dejatel'nosti specslužb SSSR i Germanii v svjazi s rešeniem tak nazyvaemogo „nemeckogo voprosa". 1939–1941. In: V.K. Bylinin, I.I. Vasil'ev, T.K. Gladkov u.a. (Hrsg.): Trudy obščestva izučenija istorii otečestvennych specslužb, Bd. I, Moskva, Kučkovo pole, 2006, S. 89–118, hier: S. 92.

AN GENOSSEN BERIJA

Werter Genosse Berija,
Ich übermittle Ihnen den beiliegenden Brief der Vertretung der Kompartei Deutschlands beim EKKI zu Ihrer Kenntnis.

Welche Maßnahmen die Organe des NKVD in dieser Angelegenheit zu ergreifen haben, liegt in Ihrem Ermessen.

Mit Genossengruß,
(G. DIMITROV)

28.2.1941

Anlage: *Brief der Vertretung der KP Deutschlands beim EKKI, Brief von Beyes F.*[16]

GEHEIM[17]

Lieber Genosse Dimitrov![18]
Das Treiben deutscher Agenten, die deutsche Emigranten zur Rückkehr nach Deutschland zu überreden suchen, veranlasst die Mitglieder des ZK der KP Deutschlands, Sie zu bitten, Genossen Andreev als Sekretär des ZK der VKP(b) folgendes zur Kenntnis zu geben:

In den letzten Monaten sind mehrere Frauen von Inhaftierten mit Hilfe der deutschen Botschaft nach Deutschland zurückgekehrt. Diese Feinde der Sowjetunion schicken jetzt denjenigen ihrer Bekannten Briefe, bei denen sie vermuten, dass man sie ebenfalls zur Rückkehr nach Deutschland überreden kann. Wie die Agenten dabei

16 Der Brief von Frida Beyes konnte nicht eruiert werden.
17 Das Datum 26.10.1940 ist von Dimitrov durchgestrichen, offensichtlich war es das Originaldatum der Meldung Ulbrichts an Dimitrov; auf den 28.2.1941 fiel wohl die Weiterleitung an Berija (vgl. Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, Bd. 1, S. 508).
18 Dimitrov hat den folgenden ersten Absatz des Briefes gestrichen.

vorgehen, ist in der *beiliegenden Mitteilung von Frida Beyes*[19] (wohnhaft Moskau 14, Sokolnitscheskaja uliza, Haus 11, Wohnung 61)[20] zu ersehen. Die Bemerkung des deutschen Agenten, der sie aufsuchte, er befördere derartige Briefe persönlich bei seinen Reisen zwischen Moskau und Berlin, um sie der Kontrolle zu entziehen, war eindeutig provokatorisch gemeint.

Außerdem haben wir erfahren, dass *Martha Kühne*, die im Hotel Lux gewohnt hat, am 17. Oktober nach Deutschland abgereist ist.[21] Kurz bevor sie aufbrach, hielt sich am Eingang des Seitenflügels des Lux längere Zeit ein elegant gekleideter Herr auf. Martha Kühne sprach mit ihm, und er übergab ihr einen Brief. Es wurde festgestellt, dass *der Brief von Emmy Schweitzer (der Frau des Verhafteten Schulte) stammt, die nach Deutschland zurückgekehrt ist.*[22] Der Brief war an *Elfriede Franke*[23] adressiert, die bereits vor mehreren Monaten in der deutschen Botschaft einen Antrag auf Rückkehr gestellt und einen deutschen Pass erhalten hat (Wieso hat eine Gegnerin der Sowjetunion eigentlich noch eine Aufenthaltsgenehmigung für Moskau?). Der Mann, der den Brief übergeben hat, logiert angeblich im Hotel Metropol und gibt sich als deutscher Ingenieur aus. Man kann davon ausgehen, dass auch er privat Briefe befördert.

Im Wohnhaus des Elektrowerkes wohnt eine gewisse *Baumert*, die in Privatgesprächen antisowjetische Propaganda betreibt.[24] Da sie in Moskau weit verzweigte Verbindungen unterhält, hat sie genügend Möglichkeiten, ihre antisowjetischen Ansichten

19 Frida Beyes, geb. Kupke (1903–1980), war die Frau des deutschen Kommunisten und Pädagogen Fritz Beyes, der im August 1937 verhaftet und 1942 im Lager ermordet wurde. Sie wurde 1941 mit ihren zwei Kindern nach Sibirien verbannt und kehrte 1947 in die SBZ zurück (siehe: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 113).

20 In den 1930er Jahren gab es in Moskau fünf Straßen mit der Bezeichnung „Sokol'ničeskaja ulica". Denkbar wäre die „5-ja Sokol'ničeskaja", wo in Haus Nr. 11 laut Recherchen der Menschenrechtsorganisation „Memorial" ein KPD-Mitglied verhaftet wurde (siehe: *http://mos.memo.ru/shot-58.htm#s1*).

21 Martha Kühne (1888–1961), die Lebensgefährtin des 1938 erschossenen KPD-Funktionärs Bernhard Richter, war von 1933 bis 1937 Mitarbeiterin des Marx-Engels-Lenin-Instituts (Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 45). Sie wurde nach ihrer Rückkehr nach Deutschland verhaftet und verbrachte die weiteren Jahre in Gefängnissen und Lagern, zuletzt im KZ Ravensbrück, aus dem sie 1945 befreit wurde (siehe: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 509).

22 Gemeint ist Gertrud Schulte, geb. Schorn, die Frau des KPD-Funktionärs und ehemaligen Reichsleiters der RGO Fritz Schulte. „Schweitzer" war das Pseudonym Fritz Schultes auf der „Brüsseler Konferenz" der KPD (siehe: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, 2008, S. 841). Von Emmy Schweitzer ist ein Brief vom 2.2.1940 an die deutsche Vertretung im EKKI überliefert, worin sie ihren Schritt, bei der deutschen Botschaft einen Pass zu beantragen, bereute und den Kontakt suchte. Da die deutsche Vertretung offenbar nicht bzw. zu spät reagierte, reiste Schweitzer am 4.5.1940 (Datum laut Herbert Wehner) nach Deutschland ab (siehe: Reinhard Müller: Die Akte Wehner: Moskau 1937 bis 1941, Berlin, Rowohlt, 1993, S. 396–397).

23 Möglicherweise die Frau des deutschen Kommunisten Ernst Franke, der 1937 in der Sowjetunion verhaftet wurde (siehe: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 262).

24 Bei der „gewissen Baumert" handelte es sich um Emilie Baumert, die Frau des 1938 in der Sowjetunion erschossenen deutschen Kommunisten Wilhelm Baumert, die Ulbricht sehr wohl aus der gemeinsamen Parteiarbeit in Deutschland kannte. Als die Baumerts 1932 in die Sowjetunion kamen, war Ulbricht sogar derjenige, der für sie bürgte (siehe: Sergej Shurawljow: „Ich bitte um Arbeit in der

zu verbreiten.[25] So erklärte sie gegenüber Genossin *Anna Gerberich*[26] [phon.], die im Haus des Elektrowerkes wohnt, die *tschechischen Flüchtlinge bereuten inzwischen, dass sie in die UdSSR gekommen sind, und dass es ihnen noch nie so schlecht gegangen ist wie hier.* Außerdem äußerte sie, dass *die deutsche Botschaft bestimmten Leuten mit Geld geholfen hat. Sie steht im Briefwechsel mit ihrer Tochter in Deutschland und mit der aus Moskau ausgewiesenen Bühren*[27] *in Leipzig.* Nach Informationen unserer Genossen kann man annehmen, dass diese Frau eine Agentin ist.

Käthe Raab [phon.] (wohnhaft Wystawotschny pereulok, Haus 16, Wohnung 12)[28] ist Tschechin. Ihr Mann, ein Deutscher, verstarb 1931 in der UdSSR. *Sie hat Verbindung zur deutschen Botschaft.* Nach Berichten unserer Genossen *erhält sie von der deutschen Botschaft Pakete und Geld für Deutsche*, die hier verhaftet wurden und in Lagern sitzen. So hat sie z. B. Otto Ackermann[29] (ehemals Redakteur in der Stadt Engels), der in einem Lager bei Saratov sitzt, einmal 200 Rubel und noch einmal 300 Rubel geschickt. Außerdem hat sie Direktor Ivanov, der in Chabarovsk arbeitet, ein Paket für den Deutschen Peter Bauer mitgegeben. *Das Geld für Bauer hat sie von der deutschen Botschaft erhalten.* Der Sohn des Direktors studiert am Bergbauinstitut in Moskau und steht zu Käthe Raab in einem recht engen Verhältnis. Er wohnt bei einer Österreicherin, deren Mann ebenfalls verhaftet ist (Adresse: Wystawotschny pereulok 16, Wohnung 10). Bei Käthe Raab verkehrt auch die Frau des inhaftierten *Falk* [phon.],

---

Sowjetunion“. Das Schicksal deutscher Facharbeiter im Moskau der 30er Jahre. Aus dem Russischen von Olga Kouvchinnikova und Ingolf Hoppmann, Berlin, Ch. Links Verlag, 2003, S. 139–140).

25 Emilie Baumert arbeitete bis 1937 in der Bibliothek der österreichischen Schutzbündler in Moskau, denen nach 1934 in der Sowjetunion Exil gewährt wurde, wodurch sie einen großen Bekanntenkreis hatte, „der sich vom normalen sozialen Umfeld der meisten Angehörigen der Ausländerkolonie deutlich unterschied.“ (ibid., S. 139).

26 Die Personalie ließ sich nicht eruieren. Möglicherweise handelt es sich um eine Angehörige Kurt Gerberichs, eines Lehrers und Gemeindevorstehers, der nach Angabe einer Exilpublikation im Januar 1934 als Opfer der Nationalsozialisten „in den Selbstmord getrieben“ wurde (siehe: Katharina Schlieper (Hrsg.): Das deutsche Volk klagt an. Hitlers Krieg gegen die Friedenskämpfer in Deutschland. Ein Tatsachenbericht. Erweiterter Reprint der Originalausgabe von 1936 aus dem Pariser Exil, Hamburg, Laika, 2012, S. 309).

27 *Bühren*: Russ. Transliteration: „*Bjuren*“. Nach Carola Tischler handelte es sich um Gertrud Bühren (Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 153). Möglicherweise verwandt mit Friedrich und/oder Karl Robert Bühren, die beide 1937 in der Sowjetunion umkamen (siehe: Meschkat/Buckmiller: Biographisches Handbuch, Datenbank).

28 *Vystavočnyj pereulok*, heute: ulica Akademika Petrovskogo, Straße in Moskau in der Nähe des Leninskij prospekt. In Haus Nr. 16a wohnten sehr viele Angehörige ethnischer Minderheiten (vor allem Juden, Ungarn und Deutsche). Dementsprechend waren die Bewohner stark vom Terror betroffen. Nach Angaben von *Memorial* wurden 30 Personen aus dem Haus hingerichtet (siehe: *http://mos.memo.ru/shot-1.htm#s6*).

29 Der deutsche Kommunist Otto Ackermann (geb. 1891) wurde 1936 im Zusammenhang mit der „Gruppe Willi Leow“ verhaftet. Siehe Dok. 399.

die sich *Rothe* [phon.] nennt. Kontakt zu Käthe Raab unterhält ebenfalls ein gewisser *Wulsch* [phon.], der nach uns vorliegenden Informationen Agent ist.[30]

Die Agenten agitieren offenbar für die Rückkehr nach Deutschland, um dort antisowjetische Propaganda zu verbreiten. Mit der Rückkehr soll bewiesen werden, dass ehemalige Kommunisten lieber in Deutschland als in der UdSSR leben. Zugleich will man erreichen, dass die Frauen der Verhafteten bei ihrer Rückkehr nach Deutschland alle möglichen Schauergeschichten über die Lage der Häftlinge in der Sowjetunion erzählen. Wie Tatsachen zeigen, wird dies *als Verfolgung der KP Deutschlands* dargestellt.[31]

Bereits bei der Rückkehr *der Frau des verhafteten Eberlein*[32] haben wir darauf hingewiesen, dass es nach unserer Meinung in solchen Fällen falsch ist, die Ausreise zu gestatten. *In der Tat war diese Frau die erste, die dann weitere Rückreisen organisiert hat.* Wir sind der Meinung, dass man in jedem Einzelfall entscheiden muss, ob die Ausreise gestattet wird oder nicht. Gegenwärtig haben solche Feinde noch Aufenthaltsrecht in Moskau.[33]

Angesichts der Informationen über antisowjetische Propaganda in bestimmten Kreisen und die Rückkehr nach Deutschland halten wir es für notwendig, die MOPR darauf hinzuweisen, dass sie die Hilfeersuchen von Politemigranten sorgfältiger prüft, damit Gegner keine Möglichkeit erhalten, die vorhandenen Schwierigkeiten auszunutzen. Unter den Frauen und Kindern von Verhafteten sind Frauen, die sich trotz ihrer schwierigen Lage als gute Kommunistinnen erwiesen haben und weiterhin KPD-Mitglieder sind. Wir meinen, diese Frauen und Kinder sollte man wie Emigranten behandeln und sie nicht, wie das jetzt geschieht, zurückstoßen, weil sie früher mit einem Verhafteten verheiratet waren oder eine gewisse Zeit in einer Beziehung zu ihm standen.[34]

---

30 Die betreffenden Personen waren nicht zu eruieren.

31 Die Befragung der Rückkehrer durch die Gestapo erfolgte nach einem vorgegebenen Fragenkatalog, sie diente in erster Linie dazu, herauszufinden, ob die Betroffenen „politisch verdächtig" seien, um entsprechende Maßnahmen zu treffen. Die Auskünfte der Rückkehrer wurden auch propagandistisch genutzt; eine „Studienstelle deutscher Rückkehrer" im System der Antikomintern war damit beauftragt, die Erlebnisse von Rückkehrern auszuwerten und propagandistisch zu verarbeiten (siehe: Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 120–125; Shurawljow: Ich bitte um Arbeit, S. 139).

32 Gemeint ist Charlotte Scheckenreuter (1909–1982), die letzte Lebensgefährtin Hugo Eberleins. Nach dessen Verhaftung wurde sie im Juni 1938 ebenfalls verhaftet, jedoch nach viereinhalb Monaten wieder freigelassen. Da sie als ehemaliger Häftling keine Arbeit finden konnte und auch von der MOPR keine Unterstützung erhielt, wandte sie sich im Juni 1939 verzweifelt an die Kaderabteilung des EKKI und bat um ihren dort hinterlegten deutschen Pass, um nach Deutschland auszureisen. Gegen Bedenken Ulbrichts wurde ihr der Pass zurückgegeben. In Deutschland wurde Scheckenreuter gegen Meldeauflagen auf freien Fuß gesetzt und lebte bei ihrer Mutter in Essen; später siedelte sie in die DDR über. Über die von Ulbricht angeführte „Organisierung von Rückreisen" seitens Scheckenreuter ist nichts bekannt (siehe: Ruth Stoljarowa/Wladislaw Hedeler: „Deine Liebe zu unserer Sache hat dir wenig Freude und viel Leid gebracht." Die junge Kommunistin Charlotte Scheckenreuter als Mitarbeiterin und Frau Hugo Eberleins in den 1930er Jahren, aufgezeichnet nach den Akten in Moskauer Archiven. In: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* (2008), S. 5–35).

33 Die folgenden beiden Absätze wurden von Dimitrov gestrichen.

34 Vgl. hierzu Dok. 483.

Diese Information erscheint teilweise vielleicht nicht ganz verständlich, weil wir die genannten Fälle nicht selbst gründlich prüfen konnten, denn alle diese Personen haben mit unseren Parteifunktionären nichts zu tun.[35] Wir hoffen, dass diese Angaben Anlass für weitere Ermittlungen in diesen Fällen geben.

Wir bitten die zuständigen Organe von diesen Sachverhalten zu informieren, damit sie die Maßnahmen ergreifen können, die sie für notwendig erachten.[36]

Mit kommunistischem Gruß
Die Parteivertretung der KPD beim EKKI
(Ulbricht)

Anlage: Mitteilung von Frida Beyes.
Kopie des Briefes des Vaters von Frida Beyes[37]

Abgeschickt als Poststück Nr. 74 28.II.41.



Am 6.3.1941 fasste das sowjetische Politbüro einen Beschluss zur personellen Zusammensetzung der sowjetischen Delegation in der russisch-deutschen Grenzkommission zur Neubestimmung des deutsch-sowjetischen Grenzverlaufs vom Fluss Igorka zur Ostsee.[38]

Dok. 486

Referat Dimitrovs im Sekretariat des EKKI über die italienisch-deutsche Frage und die Perspektiven einer europäischen Revolution

[Moskau], 7.3.1941

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1331, 63–64. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 514–516.

Sitzung des Sekretariats
des EKKI am 7. III. 1941
Deutsch-ital. Frage[39]

Vertraulich!

35 Offensichtlich versteht Ulbricht unter „Parteifunktionär" grundsätzlich ausschließlich nicht verhaftete Funktionäre der KPD.
36 Absatz von Dimitrov handschriftlich eingefügt.
37 Diese Anlagen sind nicht überliefert.
38 APRF, Moskau, 3/64/675, 141. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 323.
39 Auf der Sitzung des EKKI-Sekretariats vom 7.3.1941 trat der Vertreter der KP Italiens, Vincenzo Bianco, mit einem umfangreichen Bericht über „die ökonomische und politisch-soziale Lage Italiens" auf. Sein Kerngedanke war, dass obwohl Italien und Deutschland verbündete Mächte seien, sie unterschiedlich behandelt werden müssten, vor allem da Italien im laufenden Krieg bisher nur mili-

Diskussion 10/Bö.

Genosse Dimitroff:
In der deutschen und italienischen Frage gibt es eine Reihe von taktischen Problemen, die einer ernsten Prüfung bedürfen. Es wurde schon früher gesagt – und auch jetzt vom Genossen Bianco, dass die Lage in Italien ganz verschieden ist von der Lage in Deutschland und dass auch verschiedene Probleme stehen. Es war die Meinung vorhanden, dass die deutsche Frage und die italienische separat von verschiedenen Kommissionen behandelt werden sollten. Ich bin der Meinung, dass trotz der Verschiedenheit der Lage und trotzdem verschiedene Probleme stehen, auch eine Reihe von wichtigen Fragen vorhanden sind, die gemeinsam stehen für beide Länder in der jetzigen Situation, im jetzigen Kriege und die Entwicklung in Italien kann bedeutend die Entwicklung in Deutschland und umgekehrt beeinflussen. Darum sollten auch die Fragen der beiden Länder Deutschland und Italien durch eine gemeinsame Kommission untersucht und besprochen werden. Die Kommission soll die konkreten politischen Fragen der deutschen und italienischen Partei separat behandeln. Die Kommission soll die Fragen der Perspektive und andere grosse politische Fragen prüfen. In der Kommission selbst darf man nicht den einfachen und geraden Weg suchen, wie Genosse Pieck und einige andere Genossen hier erklärt haben.[40] Man kann nicht die Lage, wie sie in dem jetzigen Kriege ist und ausgehend von diesem Kriege so darstellen, dass man sich auf eine gemeinsame und gleichzeitige europäische oder internationale Revolution orientieren müsse.

(*Pieck*: So schnell geht das nicht …)

Es ist so, dass vielleicht einige von den Ländern, die an diesem Kriege teilnehmen, weggehen, aus dem Kriege herausgehen durch Kämpfe und Bewegungen in diesen Ländern selbst, ohne noch zu einer proletarischen Revolution zu kommen.[41]

Ob Mussolini durch eine proletarische Revolution oder auf eine andere Art gestürzt wird, kann man jetzt nicht mit Bestimmtheit entscheiden. Viele ganz unerwartete Ereignisse sind möglich. Klar ist nur, dass die Kommunistische Partei alles tun muss, um die Kräfte des Volkes gegen die Kriegsführung Italiens zu konzentrieren, ausser dem Proletariat und der Bauernschaft, auch einen Teil der Bourgeoisie, auch einen Teil der faschistisch orientierten Massen gegen die Weiterführung des Krieges

tärische Niederlagen eingesteckt habe, im Gegensatz zu Deutschland (RGASPI, Moskau, 495/18/1331, 1–37). An der anschließenden Diskussion nahmen Jenő Varga, André Marty, Walter Ulbricht, Matyás Rákosi, Wilhelm Pieck, Palmiro Togliatti und Georgi Dimitrov teil. In ihrem Verlauf musste Varga eine vernichtende Kritik über sich ergehen lassen, weil er angeblich zu behaupten gewagt hätte, dass die Propaganda der Faschisten und Nationalsozialisten wirksamer sei als die der Komintern und ihrer Sektionen (Ibid., Bl. 38–42).

40 Pieck sprach in seinem Diskussionsbeitrag „zwangsläufig" von der Perspektive der „Beendigung des Krieges durch die proletarische Revolution" (RGASPI, Moskau, 495/18/1331, 57).

41 Vgl. die Stellungnahme Stalins zur Weltrevolution am 21.1.1940: „Die Weltrevolution als einheitlicher Akt – ist Blödsinn. Sie spielt sich in unterschiedlichen Zeiten in unterschiedlichen Ländern ab." (Dimitroff: Tagebücher, Bd. 1, S. 289).

und die deutsche Vormundschaft mobilisieren. Notwendig ist, dass diese Kräfte einen Kampf organisieren und alle Möglichkeiten der Entwicklung des Krieges ausnützen zum Sturz des faschistischen Regimes und der Weiterentwicklung zum Siege einer proletarischen Revolution.

Eine Reihe solcher Fragen inbezug auf die politische und taktische Orientierung soll in der Kommission besprochen und geklärt werden und dann ein Dokument von der italienischen Partei sowie von der deutschen Partei vorgelegt werden, das eine Reihe konkreter Massnahmen für die Arbeit, die Entwicklung und die Festigung der Parteien und des Kampfes in beiden Ländern festlegt.[42]

Dok. 487

Notizen Ulbrichts zur Diskussion im Kominternorgan *Die Welt* über „Arbeiterklasse und Nation“

[Moskau], [19.3.1941]

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/102, 25–26. Erstveröffentlichung.

Bemerkungen zur Diskussion in „Die Welt“[43] über „Arbeiterklasse und Nation“.[44]

In der „Welt“ vom 28. Februar 1941 teilt die Redaktion mit, dass in der Zeitschrift die nationale Frage aufgerollt sei und spricht die Erwartung aus, dass viele Leser und Mitarbeiter zu diesem Problem Stellung nehmen werden. Der Ausgang der Diskussion ist ein Artikel von Genossen Seydewitz.[45] Eine Diskussion in der Zeitschrift „Die Welt“ kann sehr nützlich sein, wenn die Redaktion weiss, wohin sie mit der Diskussion will. Aus

---

42 Als Ergebnis der Diskussion wurden „Direktiven für die politische und organisatorische Arbeit der KPI“ ausgearbeitet und am 24.4.1941 bestätigt. Darin wurde die KP Italiens aufgefordert, die Unzufriedenheit der Massen in einen politischen Kampf gegen das Mussolini-Regime umzulenken (RGASPI, Moskau, 495/18/1331, 78–97).

43 *Die Welt. Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung. Bulletin der Kommunistischen Internationale.* Die Wochenzeitschrift der Komintern erschien von 1939 bis Mai 1943 in Stockholm. Sie war in erster Linie für Deutschland, Dänemark und Norwegen konzipiert. Als Herausgeber des Nachfolgeorgans der *Rundschau* fungierte der in Galizien geborene österreichische Kommunist Jakob Rosner (Ps. Franz Lang, 1890–1970).

44 Auf dem Dokument befindet sich der folgende handschriftliche Vermerk Dimitrovs in russischer Sprache: „*Dringend* Gen. Ercoli [d.i. Palmiro Togliatti], Fürnberg, Friedrich [d.i. Bedřich Geminder] zeigen. 20.3.41 GD“.

45 Max Seydewitz (1892 Forst, Lausitz – 1987 Dresden). Deutscher linker Sozialist und Publizist. Nach SPD und SAP Mitte der dreißiger Jahre wurde er zum Exponenten der KPD-Vorstellungen in der “Deutschen Volksfront„. Der Artikel von Kraft (d.i. Max Seydewitz) wird hierin als „Beitrag des bekannten sozialistischen Politikers Michael Kraft“ eingeführt. Im Artikel wird als Lehre aus den Fehlern der Sozialdemokratie die zentrale Aufgabe der Arbeiterbewegung hervorgehoben, nicht nur den Feind im Innern, sondern auch jeden Angriff ausländischer Imperialisten auf die Lebensinteressen des eigenen

dem ersten Antwortartikel von Genossen Arndt [d.i. Karl Mewis] geht hervor, dass die Redaktion mit ihm gesprochen hat.[46] Diese „Diskussion" wird jetzt geführt als persönlicher Meinungsaustausch zwischen Kommunisten. Eine Diskussion mit Seydewitz, der uns sehr nahe steht, hat politisch nur einen Sinn, wenn der Zweck der Diskussion ist mit seiner Hilfe die Sozialdemokraten zu überzeugen, d. h. gegen den falschen Standpunkt des Sozialdemokratismus in der nationalen Frage zu polemisieren.[47]

Ich kann mir nicht vorstellen, dass die dortige Redaktion die Diskussion aus freiem Ermessen begonnen hat. Durch die Art wie jetzt die Diskussion geführt wird, kann die vorhandene Verwirrung nur vergrössert werden.

1. Bei der Frage der nationalen Interessen des deutschen Volkes muss davon ausgegangen werden, dass Land und Volk durch diesen imperialistischen Krieg ruiniert werden. Man muss anknüpfen an die unmittelbaren Interessen der Volksmassen in Deutschland und kann nicht in den Mittelpunkt stellen die Frage der okkupierten Länder.

2. Muss hervorgehoben werden, dass das Hindernis für die Herbeiführung eines Volksfriedens die imperialistischen Raubinteressen der herrschenden Klasse, die Okkupation fremder Länder ist.

3. In dem Artikel wird nicht berücksichtigt, dass breite Massen Furcht haben vor einer Zerstückelung Deutschlands. Es wäre wichtig im Zusammenhang mit dieser Frage an die ausgezeichneten Erklärungen auf dem englischen Volkskongress[48] anzuknüpfen und zu betonen, dass die englischen Imperialisten nicht imstande sein werden, ihre

---

Volkes zurückzuschlagen (Michael Kraft: Beitrag zum Problem: Arbeiterklasse und Nation. In: *Die Welt* 3 (1941), Nr. 4, 24.1.1941).

46 Der von der Parteiführung stark kritisierte Karl Mewis hatte in seiner Antwort an Seydewitz den Standpunkt begrüßt. (K. Arndt: Zum Problem Arbeiterklasse und Nation. In: *Die Welt* 3 (1941), Nr. 9). Dort heißt es: „Es hat vielmehr den Anschein, als wolle Kraft der deutschen Arbeiterklasse eine Gleichzeitigkeit des Kampfes gegen den „einheimischen" und „ausländischen" Imperialismus empfehlen. In dieser abstrusen, jedoch typischen „Diskussion" versucht Ulbricht implizit, entsprechend der sowjetischen Außenpolitik und des Bündnisses der Sowjetunion mit Hitlerdeutschland die These von England als zu bekämpfendem Feind zu stärken und die deutschen kriegerischen Besetzungen anderer Länder zu verharmlosen.

47 Der frühere SPD-Politiker und SAP-Mitbegründer Seydewitz war 1933/34 im Prager Exil insgeheim der KPD beigetreten. Ab September 1940 in Stockholm, wurde er von Hermann Matern zur Mitarbeit an *Die Welt* herangezogen, wo er unter den Pseudonymen K. A. Frankenberg, Michael Kraft, M. Schönerer und M. Kolbe schrieb (siehe: Michael F. Scholtz: Skandinavische Erfahrungen erwünscht? Nachexil und Remigration; die ehemaligen KPD-Emigranten in Skandinavien und ihr weiteres Schicksal in der SBZ/DDR, Stuttgart, Franz Steiner Verlag, 2000 (Historische Mitteilungen – Beihefte 37), S. 373).

48 Volkskongress: Unter dem Motto einer „Volksregierung" trat die von Denis Nowell Pritt repräsentierte und von von der KP Großbritanniens dominierte Volkskongreßbewegung in den Jahren 1941/1942 (engl. „People's Convention") gegen die Regierung der Reichen und für eine Verständigung mit der Sowjetunion auf. Weitere Forderungen waren ein „Volksfriede", Nationalisierungen und die Unabhängigkeit Indiens. Das britische Kriegskabinett verbot daraufhin die Parteizeitung *Daily Worker* mit der Begründung, sie agitiere gegen den Krieg und helfe Hitlerdeutschland. Die von der Labour Party und dem TUC scharf bekämpfte Initiative wurde 1942 wieder aufgegeben.

Armeen gegen ein von der kapitalistischen Herrschaft befreites Deutschland in Bewegung zu bringen, gegen ein Deutschland, in dem das arbeitende Volk die Garantien für einen Volksfrieden schafft.

4. Die Polemik richtet sich gegen eine Formulierung von Seydewitz die besagt, dass das nationale Interesse des deutschen Volkes nicht nur den Kampf gegen die eigenen Ausbeuter und Imperialisten, sondern auch gegen deren ausländische Gesinnungsgenossen erfordert. Zweifellos ist die Formulierung nicht richtig, denn der Kampf wird nicht „ebenso" geführt. Es wäre aber auch falsch den Eindruck zu erwecken als ob wir in einer Front stehen mit der englischen Propaganda. Wir führen eine selbständige Politik, die den Interessen der deutschen Arbeiterklasse, des deutschen Volkes und dem internationalen Proletariat entspricht. Wir müssen deshalb auch gegen eine gewisse englische Propaganda Stellung nehmen, die in Deutschland unter den Sozialdemokraten, Katholiken und in der Intelligenz Anhänger zu gewinnen sucht für die Politik jenes Teiles der Bourgeoisie, der eine Verständigung mit dem englischen Imperialismus erstrebt und die Sowjetunion und den Bolschewismus als Hauptfeind betrachtet.[49]

5. Es wird gesagt, dass die Niederlage der Bourgeoisie nicht den Sieg der englischen Imperialisten über Deutschland bringe, sondern erst die Mobilisierung aller nationalen Kräfte für die Verteidigung des Landes ermögliche. Diese Schiefheiten kommen deshalb, weil die Frage des Kampfes um den Volksfrieden und die Erklärung welche Kräfte diesen Volksfrieden erkämpfen und sichern müssen, nicht im Mittelpunkt der Diskussion steht. Statt das herrschende Regime anzuklagen, dass es das Land in den Ruin treibt, wird eine Verteidigung versucht und geantwortet, die Niederlage der Bourgeoisie führe nicht zur Niederlage Deutschlands. Wir müssen davon ausgehen, dass das Land nur gerettet werden kann, wenn das arbeitende Volk selbst die Geschicke des Landes in die Hand nimmt und im Kampf für einen Volksfrieden die nationalen Interessen vertritt.

6. In der Einleitung des Artikels von Genossen Arndt wird zwar gesagt, dass Genosse Seydewitz die Rolle der Sozialdemokratie im verflossenen Kriege nicht richtig dargestellt habe, aber es wird nicht konkret gegen diesen Sozialdemokratismus polemisiert.

49 Bereits Anfang 1940 erreichte ein Hetzartikel Walter Ulbrichts in der Auseinandersetzung über den „englischen Imperialismus" traurige Berühmtheit. Der Sozialdemokrat Rudolf Hilferding hatte im *Neuen Vorwärts* am 31.12.1939 leidenschaftlich für den Sieg Frankreichs und Englands gegen Hitler und für die Ideale von Demokratie und Freiheit als Kriegsziele Stellung genommen. In einem Antwortartikel in der *Welt* vom 9.2.1940 bezeichnete Ulbricht hingegen die Kriegspolitik Englands als verbrecherisch, sie bringe schlimmeres Elend als der Dreißigjährige Krieg hervor. Des weiteren kriminalisierte Ulbricht jeden, der gegen den sowjetisch-deutschen Pakt opponierte, als „Feind des deutschen Volkes und [...] Helfershelfer des englischen Imperialismus". Besonders von sozialistischen und sozialdemokratischen Kritikern wurde Ulbrichts Artikel als „Aufforderung zum Bruch der Solidarität" mit allen illegalen Hitlergegnern und als endgültige Positionierung der KPD an der Seite Hitlers gesehen, so mehrere linkssozialistische Exilorganisationen in einem am 31.3.1940 veröffentlichten Aufruf (näheres zur Debatte siehe: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 222–226).

Der grösste Fehler ist, dass nicht Stellung genommen wird gegen die aussenpolitische Orientierung der Sozialdemokratie und der USP[D]-Führung auf die kapitalistischen Westmächte. Der Kampf der sozialdemokratischen Führung von 1917 bis 1932 gegen ein festes Bündnis Deutschlands mit der Sowjetunion und ihre antisowjetistische Einstellung auch während des Hitlerregimes, hat die Mächte von Versailles ermuntert und hat die Reaktion im Inneren des Landes gestärkt.

Ich schlage vor der Redaktion Direktiven zu schicken,[50] wie die Diskussion zu Ende geführt werden soll und telegrafisch Anweisungen zu geben, dass bis zum Eintreffen der Direktiven der nächste Artikel zurückgehalten wird.

Ulbricht

Dok. 488

Notizen Wilhelm Piecks über die Ankunft von Else und Friedrich Wolf und die mögliche Hilfe für die in Frankreich internierten Kommunisten

[Moskau], 19.3.1941

Autograph in deutscher Sprache. SAPMO-BArch, Berlin, NY 4036/560, 145. Erstveröffentlichung.

Angekommen in Moskau am 17.3.41: 200 Genossen (gereist über Belgrad, Budapest)[51]

Wolf (?):1 5.9.39 im Lager Lombes (Paris) gestellt[52]

---

50 Dem Dokument ist ein Begleitschreiben von Friedrich (Ps.), d.i. Bedřich Geminder vorangestellt: „Zum Schreiben des Gen. Ulbricht wurden flgd. Vorschläge dem Gen. Dimitroff unterbreitet. Zur Frage Nation und Arbeiterklasse werden zwei Artikel von hier geschickt. Einer der diese Frage vom prinzipiellen Standpunkt behandelt und der andere der diese Frage vom Standpunkt der deutschen Arbeiterklasse behandelt. Im nächsten Schreiben an Ericson [d.i. Arvid Wretling] wird die Redaktion auf die Fehler im Artikel von Arndt [d.i. Karl Mewis] aufmerksam gemacht. Gen. Dimitroff hat diese Vorschläge zur Kenntnis genommen. 25.III.41 Friedrich.“ (RGASPI, Moskau, 495/73/102, 24).

51 Der Arzt und Schriftsteller Dr. Friedrich Wolf (1888–1953) wurde 1938 auf dem Weg nach Spanien in Frankreich verhaftet und verbrachte 18 Monate in Internierung, bis er 1941 die sowjetische Staatsbürgerschaft erhielt und in die Sowjetunion ausreisen konnte. Gemeinsam mit Wolf konnten am 18.3.1941 195 ehemalige Interbrigadisten und einige Emigranten in die UdSSR einreisen. Angesichts der Gesamtzahl von ca. 150 000 internierten Spanienkämpfern und 10 000 - 12 000 KP-Kadern bedeutete die Kampagne der Komintern für ihre Befreiung jedoch einen Fehlschlag (siehe hierzu: Werner Abel: Das Ende des Spanischen Bürgerkriegs, die Kommunistische Internationale, die Sowjetunion und das Schicksal der deutschen Interbrigadisten, Manuskript, S. 21, nach einem Bericht von André Marty (Stand Januar 1941) in RGASPI, Moskau 495/2/287, S. 125–126).

52 *Lombes*: Eigentlich gemeint ist das Sport- und Fußballstadion von Colombes in Paris, in dem nach Kriegsbeginn die nur aufgrund ihrer Nationalität unter Generalverdacht gestellten Deutschen und österreichischen Exilierten registriert und eingesperrt wurden. Viele der „unerwünschten Auslän-

8.10., befreit durch Intervention, nach 2 Tagen wieder verhaftet, zum Sammellager Stadion Roland Garros[53]
12.10. Sammeltransport / 900 nach Vernet[54]
am 4.10.40 mit anderen, die ein Ausreisevisum hatten, nach Militärlager Carpiagne[55]
3.11.40 ins Überganglager Les Milles[56]
11.3.41 Abreise

Geschenke für mich aus dem Lager Vernet:
1 Schachbrett aus Stoff mit Reißverschluß, mit selbstgeschnitzten Figuren aus Knochen,
1 Album mit Bildern und Inschriften vom deutschen KZ-Chor [sic] im Lager Gurs,[57]
1 handgeschriebenes Liederbuch aus Vernet, 11.11.1940 von Rudolf Leonhard,
1 Album von spanischen Genossen für Thälmann[58]

---

der" hatten sich freiwillig gemeldet, Dahlem hatte auch die KPD-Mitglieder dazu aufgefordert. Dieser „Skandal" der französischen Regierung und der französischen Polizei führte häufig dazu, daß die Internierten ihrer Wertgegenstände und Unterlagen beraubt wurden (siehe Peschanski: La France des Camps, S. 87f., der einen Augenzeugenberichts des Leutnant Dubuc zitiert). Die Ausreise von Wolf erfolgte nach der Verleihung der sowjetischen Staatsbürgerschaft durch „Vermittlung sowjetischer Stellen" (Barth/Schweizer: Der Fall Noel Field, Bd. 1, S. 766).

53 Zum Pariser Rolan-Garros-Tennisstadion und seiner Nutzung als Sammellager siehe Dok. 482. Vgl. Peschanski: La France des camps, S. 76ff.

54 Vernet: Zum Internierungslager Le Vernet siehe Dok. 482.

55 *Carpiagne*: Französisches Militärlager bei Aubagne (Region Provence-Alpes-Côte d'Azur).

56 Das Gefangenenlager im Dorf Les Milles südlich von Aix-en-Provence wurde im Herbst 1939 von der französischen Regierung errichtet, u.a. waren dort Lion Feuchtwanger und Golo Mann interniert. Mitte Juni 1940 lebten dort 3000 Gefangene unter katastrophalen Bedingungen. Nach der Kapitulation Frankreichs am 22.6.1940 wurden 2010 Gefangene aus dem Lager evakuiert, um sie vor den Deutschen in Sicherheit zu bringen. Aufgrund von Gerüchten, sie würden den Deutschen ausgeliefert, versuchten Flüchtlinge zu entkommen, was einigen auch gelang. Später wurden von Les Milles aus die Todeszüge der Juden nach Auschwitz eingesetzt. Im Jahre 2011 wurde die nationale Gedenkstätte Les Milles mit der restaurierten Ziegelei eröffnet, in der das Lager untergebracht war. Siehe: http://www.campdesmilles.org/; André Fontaine: Le camp d'étrangers des Milles 1939–1943, Aix-en-Provence, Edisud, 1989.

57 Das „Camp de Gurs" im Département Pyrénées-Atlantiques war das größte Internierungslager Frankreichs. 1939 errichtet, wurde es zunächst für Interbrigadisten, baskische Nationalisten und deutsche Flüchtlinge genutzt, besonders auch für weibliche Internierte (u.a. waren die Totalitarismustheoretikerin Hannah Arendt und die Trotzki-Übersetzerin Alexandra Ramm, die Frau Franz Pfemferts, dort interniert). Unmittelbar nach der Kapitulation Frankreichs verbrannte der Kommandant des Lagers die Lagerakten und ließ die die ehemaligen Spanienkämpfer entkommen. Unter dem Vichy-Regime wurden hier u.a. Juden aus Baden und dem Elsass interniert. Siehe: Claude Laharie: Gurs 1939–1945. Ein Internierungslager in Südwestfrankreich. Von der Internierung spanischer Republikaner und Freiwilligerder Internationalen Brigaden bis zur Deportation der Juden in die NS-Vernichtungslager. Unter Mitarbeit von Jacques Abauzit, Jean-Franpois Vergez und der Amicale du camp du Gurs. Übersetzt aus dem Französischen und Anmerkungen: Cornelia Frenkel-Le Chuiton. Mit einem Anhang von Jürgen Stude, Karlsruhe, Evangelische Landeskirche in Baden; Biarritz, Atlantica (2008).

58 Einige der in Handarbeit von den Gefangenen angefertigten „Souvenirs" aus den französischen Internierungslagern sind im Bestand des Revolutionsmuseums im RGASPI, Moskau, überliefert (Fonds 654), darunter ein auf Knochen geschnitztes Bild eines Chors mit der Inschrift „*Les jeunes Chanteurs – Camp de*

Infos Wolf über das Lager (2 Hungerrebellionen)[59]

Frage – ob Befreiung durch Bestechung, es gab gewisse Taxe, viele dadurch freigekommen, besonders reiche Juden.

Bestechungsversuch betreffs Dahlem[60]

Vorschläge des Genossen F. Wolf zur Hilfe für die in den Franz[ösischen] KZ's [sic] internierten Genossen / an Wilhelm Pieck

Geldsendungen, Lebensmittel-Kleiderpakete („Kaviar, der sehr nahrhaft ist und propagandistisch gut wirken würde"), Visa („Vorschlag der Abfahrt mit eigenem in Marseille geschachterten [sic] Sowj[et]schiff (3–4000 To[nnen]), worauf bis 1000 Mann / Kader und Interbrigaden, ausgesuchte Genossen fahren könnten; das wäre – wenn möglich – die grosszügige und schnelle Lösung."), Sowjetbürgerschaft, Überführung der Kranken in franz[ösische] Lazarette / private Behandlung, Abtransport mit eigenem Schiff („Dieser Vorschlag ist nicht so phantastisch, wie er vielleicht auf den ersten Blick erscheint, falls man ihn pol[itisch] für tragbar hält.")

Propagandistische Wirkung der sowjetischen Hilfe



Am 22.3.1941 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, dass von nun an die Bevollmächtigten Vertreter der UdSSR in Deutschland, der Türkei, Italien, Rumänien und Bulgarien alle Auslandsinstitutionen der UdSSR (Militärattachés, Handelsvertretungen etc.) zu leiten hätten.[61]

Am 2.4.1941 beriet das Politbüro über den Aufenthalt einer deutschen Luftfahrtkommission in der UdSSR. Der Besuchsplan beinhaltete, dass den Deutschen sieben Fabriken gezeigt werden sollten. Für den Besuch wurden 90.000 Rubel veranschlagt, ein Schlafwagen wurde zur Verfügung gestellt.[62]

Gurs" („Die jungen Sänger – Lager Gurs") (RGASPI, F. 654 KP 99329 RP 417; siehe mit Abbildungen weiterer Exponate: Federal'noe archivnoe agentstvo (Hrsg.): La guerra civil en España. 1936–1939. Graždanskaja vojna v Ispanii. 1936–1939 gg. Katalog vystavki, Moskva, Drevlechranilišče, 2007, S. 98–101).

59 Wahrscheinlich ein Bezug zu den von Wolf beschriebenen Hungerrebellionen im Lager Le Vernet im Département Ariège, am Fuße der Pyrenäen im Winter 1940/1941 und am 19.3.1941. Dort war die Lebenssituation besonders bedrohlich. Siehe die eindringliche Zeitzeugenschilderung der Zustände in Le Vernet von Arthur Koestler, wo u.a. auch Paul Merker und Gerhart Eisler interniert waren (Koestler, Arthur: Abschaum der Erde, S. 347–480).

60 Über einen Bestechungsversuch ist bisher nichts bekannt geworden. Dagegen habe es, seit einem Jahr – wie es Dahlem in seinem hier publizierten Brief vom 25.9.1940 bitter festhielt, keinen Versuch der Kontaktaufnahme seitens der Parteiführung gegeben (siehe Dok. 482). Vielleicht bezieht sich Pieck auf den von Dahlem in seinen Memoiren angeführten Vorfall, daß ihm, den Lothringer, als er aus dem Durchgangslager Colombes 1939 in die Präfektur gebracht wurde, die französische Staatsbürgerschaft unter der Bedingung offeriert wurde, daß er mit Informationen diene (Dahlem: Am Vorabend, S. 445f.). Dahlem wurde nicht befreit und im August 1942 an Hitlerdeutschland ausgeliefert und nach achtmonatiger Bunkerhaft in der Gestapozentrale bis 1945 im KZ Mauthausen interniert. Nachdem er 1945 mit Pieck aus Moskau nach Berlin zurückkehrte, wurde er in der DDR seit 1950 schrittweise entmachtet.

61 RGASPI, Moskau, 17/162/33, 9, 38–41.

62 RGASPI, Moskau, 17/162/33, 99, 123–124.

Dok. 489

Brief von Johannes R. Becher, Willi Bredel, Erich Weinert und Georg Lukács an Dimitrov über den die Einschränkung der Veröffentlichungsmöglichkeiten

Moskau, 10.4.1941

Typoskript in deutscher Sprache. RGALI, Moskau, 631/14/458, 39. Erstveröffentlichung.

Lieber, sehr verehrter Genosse Dimitroff!
Wir wenden uns an Sie in einer Angelegenheit, die nicht nur für die in der UdSSR lebenden deutschen Schriftsteller, sondern für die Entwicklung unserer internationalen revolutionären Literatur von entscheidender, lebenswichtiger Bedeutung ist.

Es handelt sich darum, dass bis heute von den massgebenden Instanzen trotz unserer Bemühungen kein Beschluss gefasst worden ist, um unsere Veröffentlichungsmöglichkeiten in der Meshdunarodnaja Kniga[63] zu sichern. Eine grosse Anzahl wertvoller Werke liegen dort seit Monaten im Manuskript vor und können nicht herausgegeben werden.

Im Ausland haben heute Verlagsmöglichkeiten nur solche Schriftsteller, die sich deutlich von uns abgrenzen. Die Meshdunarodnaja Kniga hatte in dieser Hinsicht, trotz aller Exportschwierigkeiten, die wichtige Aufgabe erfüllt, auch die revolutionäre Literatur zu Wort kommen zu lassen.

Alle unsere Bemühungen haben aber bis heute keine Entscheidung herbeigeführt. Einige unserer besten Schriftsteller stehen dadurch auch vor einer schwierigen materiellen Lage.

Wir wenden uns an Sie, Genosse Dimitroff, mit der Bitte, mit Ihnen in dieser Angelegenheit Rücksprache nehmen zu dürfen, damit wir Ihnen mündlich noch weitere Anhaltspunkte geben, die der Regelung dieser Sache dienlich sein können.[64]

Mit kommunistischem Gruss

gez: Becher
Bredel
Weinert
Lukacs

63 Meždunarodnaja kniga („Internationales Buch"), sowjetischer Verlag und Außenhandelsgesellschaft, gegründet 1923. Publizierte zwischen 1938 und 1941 einige deutsche Titel (Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 46).

64 In den Tagebüchern Georgi Dimitrovs findet sich für den Monat April kein Hinweis zu dieser Angelegenheit (Dimitroff:. Tagebücher I, S. 370ff.).



Per Beschluss des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion wurde am 6.5.1941 Molotov als Vorsitzender des Rats der Volkskommissare durch Stalin ausgewechselt, während Molotov zu seinem Stellvertreter ernannt wurde.[65]

Am 10.5.1941 wurde beschlossen, in Deutschland Ausrüstung im Wert von 370.000 Rubeln für das Versuchsinstitut der Luftstreitkräfte der Roten Armee einzukaufen.[66]

Am 24.5.1941 wurden Veränderungen in der Zusammensetzung der sowjetischen Regierungsdelegation in der gemischten Grenzkommission sowie der Grenzunterkommission der UdSSR und Deutschlands vorgenommen.[67]

Am 4.6.1941 beschlossen das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion und der Rat der Volkskommissare die Aufstellung einer polnischen Schützendivision innerhalb der Roten Armee, die sowohl aus Polen, als auch aus polnischsprechenden Russen bestehen sollte.[68]

Am 14.6.1941 beschloss man, Caridad Mercader, die Mutter des Trotzki-Mörders Ramón Mercader, Naum A. Ejtingon, der mit dem Leiter der Spezialabteilung des NKVD, Pavel Sudoplatov, den Mord plante, u.a. für die Ermordung Trotzkis in Mexiko am 22.8.1940 mit dem Lenin-Orden auszuzeichnen.[69]

Dok. 489a

Weisung Stalins zur Auflösung der Komintern

[Moskau], 20.4.1941

In deutscher Sprache publ. in: Bayerlein: Georgi Dimitroff. Tagebücher, I, S. 374–375 und Id.; „Der Verräter, Stalin, bist Du!“, S. 351–352.

– War im Bolschoi-Theater.[70] – Abschlußkonzert der tadschikischen Dekade.[71] Anwesende (in der Loge des PB): Stalin, Molotow, Kalinin, Woroschilow, Andrejew, Mikojan, Kaganowitsch, Schwernik, Schtscherbakow, Schdanow, Malenkow, Dim[itroff] .

65 RGASPI, Moskau, 17/3/1039, 13.
66 RGASPI, Moskau, 17/162/34, 154.
67 RGASPI, Moskau, 17/162/35, 10.
68 RGASPI, Moskau, 17/162/35, 13.
69 RGASPI, Moskau, 17/3/1041, 6.
70 *Bolschoi*: „Großes Theater“, Oper- und Balletttheater im Zentrum Moskaus, bestehend seit 1776. In den 1930er Jahren gewann das Bolschoi-Theater im Zuge der Stalinschen „Wiederentdeckung“ klassischer Künste an Bedeutung; ab 15.4.1941 liefen am Gebäude Restaurierungsarbeiten an, wobei Aufführungen fortgesetzt wurden.
71 Vom 12 bis 22.4.1949 fand in Moskau eine „Dekade der tadschikischen Kunst und Literatur“ statt. Auf dem Empfang für die Mitwirkenden im Kreml hielt Stalin eine Rede, deren Passagen als Kritik des Nationalsozialismus gedeutet werden können: „Eine Ideologie, die eine Rasse über die andere stellt und fordert, daß andere Rassen dieser Rasse untertan sein sollen, ist eine tote Ideologie, sie kann sich nicht lange halten...“ Allerdings verstieg er sich gleich darauf in ein rassistisches Statement: „Das tadschikische Volk ist ein besonderes Volk, es hat eine alte, reiche Kultur. Es steht über den Usbeken und Kasachen.“ (Bayerlein: Georgi Dimitroff. Tagebücher, I, S. 376).

– Nach dem Konzert noch bis 2 Uhr geblieben. [...]

– Es wurde auch auf meine Gesundheit getrunken. Aus diesem Anlaß sagte J[osef] W[issarionowitsch] [Stalin]: Bei D[imitroff] in der Komintern treten Parteien aus (Anspielung auf die amerikanische Partei).[72] Das ist nicht schlecht. Im Gegenteil, man sollte die kommunistischen Parteien zu völlig eigenständigen Parteien machen anstatt zu Sektionen der KI. Sie müssen nationale kommunistische Parteien werden, mit verschiedenen Bezeichnungen – Arbeiterpartei, marxistische Partei usw.[73] Der Name ist nicht wichtig. Wichtig ist, daß sie in ihrem Volk Fuß fassen und sich auf ihre eigenen spezifischen Aufgaben konzentrieren. Sie müssen ein kommunistisches Programm haben, müssen sich auf eine marxistische Analyse stützen, nicht immer nach Moskau blicken, sondern die im jeweiligen Land anstehenden konkreten Aufgaben selbständig lösen. Denn die Situation und die Aufgaben sind in den verschiedenen Ländern völlig unterschiedlich. In England sind es diese, in Deutschland jene usw. Wenn die kommunistischen Parteien auf diese Weise erstarkt sind, dann können sie ihre internationale Organisation wiederherstellen.

Die Internationale wurde unter Marx' Zeiten in Erwartung der nahenden internationalen Revolution gegründet.[74] Die Komintern wurde unter Lenin geschaffen, ebenfalls in einer solchen Periode. Jetzt rücken nationale Aufgaben für jedes Land in den Vordergrund. Daß jedoch die kommunistischen Parteien als Sektionen einer internationalen Organisation, die dem Exekutivkomitee der KI unterstehen, ist ein Hindernis ...[75]

Halten Sie nicht an dem fest, was gestern war. Berücksichtigen Sie konsequent die neuentstandenen Bedingungen ...

Vom Standpunkt des Behördeninteresses (der KI) mag das unangenehm sein, aber nicht diese Interessen sind ausschlaggebend![76]

---

72 Das drohende Verbot der KP der USA durch das Jerry-Voorhis-Gesetz im Winter 1940/1941 veranlasste das EKKI, außergewöhnliche Schritte zu ergreifen und aus taktischen Gründen die formelle Trennung der Partei von der Komintern gutzuheißen. Nachdem ein außerordentlicher Parteikongress im November 1940 einen entsprechenden Beschluss gefasst hatte, traf das EKKI-Präsidium am 3.12.1940 eine diesbezügliche Entscheidung. Die Partei erhielt weiterhin Instruktionen der Komintern (zum Beschluss des EKKI siehe: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 350–351).

73 Der Verzicht auf den Kommunismus in den Parteinamen kommunistischer Parteien war in der Folge kennzeichnend für Parteineugründungen vor allem in Ost- und Mitteleuropa während und kurz nach dem Zweiten Weltkrieg. Als erste Partei setzte die KP Polens die neuen Namensvorgaben um, die am 5.1.1942 als „Polnische Arbeiterpartei" neugegründet wurde.

74 Gemeint ist die Internationale Arbeiterassoziation (IAA), die „Erste Internationale", die am 28.9.1864 in London gegründet wurde.

75 Vgl. hierzu die Ausführungen Stalins zur tatsächlichen Auflösung der Komintern zwei Jahre später (siehe Dok. 522).

76 In vorauseilendem Gehorsam sprach am Tag darauf Dimitrov mit Palmiro Togliatti und Maurice Thorez darüber, „ob das EKKI seine Tätigkeit als *führende Instanz* für die kommunistischen Parteien in der nächsten Zeit einstellen und einzelnen kommunistischen Parteien völlige Selbständigkeit gewährt werden solle; ob man sie in wirkliche nationale Parteien der Kommunisten der einzelnen

Unter den jetzigen Bedingungen erleichtert die Zugehörigkeit der kommunistischen Parteien zur Komintern es der Bourgeoisie, sie zu verfolgen, und begünstigt ihren Plan, sie von den Massen des eigenen Landes zu isolieren; die kommunistischen Parteien werden daran gehindert, sich eigenständig zu entwickeln und ihre Aufgaben als nationale Parteien zu lösen ...

– Die Frage nach der Weiterexistenz der KI in nächster Zeit und nach neuen Formen der internationalen Verbindungen und der internationalen Arbeit unter Bedingungen des Weltkrieges ist klar und deutlich gestellt worden.[77]



Als erste Reaktion auf den deutschen Angriff auf die Sowjetunion am 22.6.1941 verfügte am gleichen Tag das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Mobilmachung in zahlreichen Regionen der UdSSR und verhängte „in einigen Gegenden" den Kriegszustand. Auch wurde die Einrichtung von Militärtribunalen beschlossen.[78]

Länder umwandeln solle [...]. Anstelle des EKKI – ein Organ *zur Information und ideologischen und politischen Unterstützung der kommunistischen Parteien.* Beide meinten, – so Dimitrov weiter – diese Fragestellung sei im Grunde richtig und entspreche völlig der gegenwärtigen Situation der internationalen Arbeiterbewegung." (Dimitroff: Tagebücher, Bd. 1, S. 375). Zur faktischen Auflösung kam es allerdings erst im Mai 1943.

77 Alles deutet darauf hin, dass nicht die „Situation der Arbeiterbewegung" u.ä. vorgeschobene Gründe für diese Initiative Stalins ausschlaggebend waren, sondern seine Angst vor einem deutschen Angriff. „Die Informationen über Hitlers Angriffspläne auf die Sowjetunion mußte Stalin seinerzeit registriert haben. Aber selbst wenn er gewollt hätte, bestand im April und Mai 1941 keine Möglichkeit mehr, an den militärischen Planungen der Sowjetunion Grundsätzliches zu ändern, um sich einem deutschen Angriff entgegenzustellen. Wie ein von der Ausweglosigkeit der Situation Getriebener schien Stalin nun neben anderen Konzessionen, besonders der wirtschaftlichen Hilfe an Deutschland, weitere Zugeständnisse machen und die Komintern auflösen zu wollen." Ob ein solches „Angebot" der NS-Führung kommuniziert wurde, ist unklar. Aus den Goebbels-Tagebüchern geht hervor, dass man, da der deutsche Angriffsplan feststand, Offerten jeglicher Art zu diesem Zeitpunkt generell nicht mehr beachtete (hierzu: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 350).

78 RGASPI, Moskau, 17/3/1041, 23.

Dok. 490

Direktive Dimitrovs und Piecks an Wehner zum Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion

[Moskau], 22.6.1941

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1335, 11. In deutscher Sprache publ. in: Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!“, S. 371. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 98–99.

Gustav [d.i. Funkstelle Stockholm] für Hertel [d.i. Herbert Wehner].[79]

Unter Bezugnahme auf die Erklärung der Sowjetregierung,[80] so schnell wie möglich in dortigen Presse Erklärung der KPD. veröffentlichen, dass Krieg gegen die Sowjetunion das grösste Verbrechen an den nationalen Interessen des deutschen Volkes ist. Dieses Verbrechen wurde von den Nazis seit längerer Zeit vorbereitet. Sowjetregierung hat Nichtangriffspakt streng eingehalten und niemals etwas gegen das nationale Interesse des deutschen Volkes unternommen, sondern stand immer an seiner Seite, besonders gegen das Versailler Diktat. Sowjetunion führt vaterländischen Verteidigungskrieg.[81] Krieg gegen das mächtige Land des Sozialismus ist Versuch der Faschisten, sich aus der Sackgasse des imperialistischen Krieges zu retten, wobei sie das deutsche Volk nur noch tiefer in den Krieg hineintreiben. Scharf entlarven den Betrug am deutschen Volke durch faschistische Erklärungen zum Kriege. Schwergewicht legen auf Herbeiführung offenen aktiven Widerstandes und Kampfeinheit gegen die faschistischen Kriegsverbrecher. Das eigene Interesse des deutschen Volkes erfordert Vertiefung der Freundschaft mit der Sowjetunion. Offen zum Sturz der faschistischen Machthaber auffordern, die das deutsche Volk in den Abgrund stürzen. An Soldaten Aufforderung

79 Von Dimitrov handschriftlich eingefügt.

80 In den frühen Morgenstunden des 22.6.1941 griff die deutsche Wehrmacht ohne Kriegserklärung mit 153 Divisionen die Sowjetunion an („Fall Barbarossa“). Am selben Tag trat Molotov im Namen der Sowjetregierung mit einer Erklärung im Radio auf, in der er den deutschen Angriff als räuberisch und als Treuebruch Deutschlands anklagte. Er forderte die Armee dazu auf, die deutschen Eindringlinge „vom Territorium unserer Heimat zu verjagen“. In einer erweiterten Fassung wurde die Erklärung in der *Izvestija* vom 24.6.1941 veröffentlicht (zu beiden Versionen siehe: Leonid E. Rešin u.a. (Hrsg.): 1941 god, 2 Bde., Moskva, Fond „Demokratija“, 1998, Bd. II, S. 434–436. Siehe auch: Carola Tischler: „Unsere Sache ist gerecht“. Die Rundfunkansprache Molotovs am 22. Juni 1941 und ihre Hintergründe. In: *Rundfunk und Geschichte* XXII (1996), H. 1, S. 48–50.

81 *Vaterländischer Verteidigungskrieg*: Die Direktive basiert weitgehend auf dem Vortrag Dimitrovs auf einer EKKI-Sondersitzung am 22.6.1941, in der er die Definition des Krieges als „vaterländisch“ (in Anknüpfung an den Krieg gegen Napoleon) an die kommunistischen Parteien weitergab und den einzelnen Parteien Anweisungen erteilte (RGASPI, Moskau, 495/18/1335, 3a-3g, in russischer Sprache publ in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 93–97). Die Direktiven der Komintern unmittelbar nach dem deutschen Angriff stellen durch die Breitseite gegen den Faschismus und den Aufruf zum offenen Widerstand eine radikale Wende in der Generallinie dar.

richten, nicht gegen die Sowjetunion zu kämpfen. Sich mit den werktätigen Massen in den okkupierten Ländern solidarisieren und ihre Befreiungsbewegung unterstützen. Stark hervorheben die Rolle und die Verantwortung der deutschen Arbeiterklasse bei der Führung dieses Kampfes und auffordern, dass sie ihre Kräfte in jeder Form organisiert und die gemeinsame Kampffront aller Werktätigen schafft.[82]

Pieck, Paul [d.i. Georgi Dimitrov].[83]



Am 25.6.1941 fasste das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion einen Beschluss über die Einziehung der Radiogeräte der Bevölkerung. Diese waren innerhalb von 5 Tagen „zur vorübergehenden Aufbewahrung bis zum Ende des Krieges“ an staatliche Stellen abzugeben. Erlaubt blieben lediglich öffentliche Radiovorführungen „zu streng festgelegten Uhrzeiten“.[84]

Dok. 491

Telegramm von Maurice Thorez und André Marty an Jacques Duclos über die Taktik der KP Frankreichs unter der deutschen Besetzung

[Moskau], 25.6.1941

Französischer Telegrammtext. RGASPI, Moskau, 495/184/13 (Ausgang 1941), 12–13. In deutscher Sprache publ. in: Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!“, S. 376. In französischer Sprache publ. in: Bayerlein/Narinskij/Studer u.a.: Moscou-Paris-Berlin, S. 441.

Yves [d.i. Jacques Duclos],

1. Es ist an der Zeit, direkten Kontakt zur Bewegung der Gaullisten[85] zu suchen und aufzunehmen, deren Anhänger begreifen, daß der heroische Kampf des sowjetischen

---

82 Als Resultat dieser Direktive verfasste die Moskauer Parteiführung der KPD einen auf den 24.6.1941 datierten Aufruf, in dem es u.a. hieß: „Unsere eigene Sache ist es, die von der Roten Armee siegreich verteidigt wird. [...] Befreien wir uns aus den Klammern der unwürdigen, den Namen unseres Volkes beleidigenden Herrschaft des blutbesudelten Faschismus! [...] Bildet um die Arbeiterklasse die Front des werktätigen Volkes, die Schulter an Schulter mit den um ihre nationale Freiheit kämpfenden unterdrückten Völkern und mit allen anständigen fortschrittlichen Menschen der Welt für den Sieg der Freiheit kämpft.“ (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, V, S. 547–548). Doch dürfte dieser Aufruf „nur wenige Antifaschisten in Deutschland und in den Exilzentren“ erreicht haben (Kinner: Der deutsche Kommunismus, III, S. 152).

83 „Pieck, Paul“ von Dimitrov handschriftlich eingefügt.

84 RGASPI, Moskau, 17/3/1041, 27–28.

85 Anhänger von General Charles de Gaulle, Vorsitzender des „Nationalkomitees Freies Frankreich“ (*France Libre*), der seit seiner Proklamierung des bewaffneten antifaschistischen Widerstands am 18.6.1940 von London aus Befehlshaber der „Freien Französischen Streitkräfte“ wurde. Die ersten Kontaktversuche der französischen Kommunisten mit De Gaulle scheiterten (siehe hierzu Dok. 493).

Volkes gegen die Hitleraggression den Interessen des französischen Volkes entspricht und die Befreiung Frankreichs vom Sieg der Sowjetunion abhängt. Zusammenarbeit sollte auf folgender Grundlage angebahnt werden: Gemeinsamer Kampf für nationale Befreiung.[86] Gemeinsames Vorgehen gegen den gemeinsamen Feind, den deutschen Faschismus. Gegenseitige Hilfe in diesem gemeinsamen Kampf gegen die Besatzer, gegen die Verräter Laval und andere, gegen die Clique von Vichy, gegen Pétain und Darlan.[87] Unnütz, jetzt Fragen nach Zukunft zu stellen, aber Selbständigkeit Partei gewährleisten. In Öffentlichkeit umsichtig und zurückhaltend bleiben, um nicht Gegner in die Hände zu spielen, in Praxis aber maximal [mit den Gaullisten] zusammenarbeiten.[88]

2. Besatzer suchen mit Hilfe Verräter und Kollaborateure französische Industrie maximal für ihren antisowjetischen Krieg zu nutzen. Vergeltungsaktionen, Streiks müssen Kriegslieferungen an Besatzer verhindern; ebenso Widerstand Bauern gegen Beschlagnahmen organisieren und Volk gegen Plünderung Hab und Gut durch Besatzer mobilisieren.

3. Bestehen nochmals darauf, in eurer gesamten Agitation unbedingt zu vermeiden, Krieg Deutschlands gegen Sowjetunion als Krieg zwischen kapitalistischem und sozialistischem System darzustellen. Für Sowjetunion ist dies ein nationaler Verteidigungskrieg gegen faschistische Barbarei. Geschwätz von Weltrevolution dient Hitler und schadet internationalem Zusammenschluß aller Anti-Hitler-Kräfte.

Stern [d.i. Maurice Thorez], André [Marty].[89]

86 Die Kontaktaufnahme der Kommunisten mit allen Anti-Hitlerregierungen wurde von Maßnahmen unter der ideologischen Prämisse der „nationalen Fronten" begleitet. Diese bedeuteten eine völlige Umkehrung, die Dimitrov in einem Telegramm nach London vom 8.7.1941 folgendermaßen erklärte: „In allen von Deutschland besetzten Ländern müssen die Kommunistischen Parteien unverzüglich mit der Organisierung einer vereinigten nationalen Front beginnen, und zu diesem Zweck den Kontakt zu allen Kräften herstellen, die sich gegen das faschistische Deutschland auflehnen, ungeachtet ihrer politischen Orientierung und ihres Charakters." (RGASPI, Moskau, 495/184/4, 32–34. Publ. in: Bayerlein/Narinskij/Studer u.a.: Moscou-Paris-Berlin, S. 454. Der Begriff der „nationalen Front" wurde bereits am 26.4.1941 von Dimitrov verwendet, ebd., S. 402ff.).

87 Pierre Laval (1883–1945) war als Außen- und später Premierminister in der Kollaborationsregierung von Vichy einer der stärksten Befürworter der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten. François Darlan (1881–1941) war in der Vichy-Regierung Oberbefehlshaber der Streitkräfte; im November 1942 trat er auf die Seiten der Alliierten über, kurz bevor er im Dezember bei einem Attentat erschossen wurde.

88 Zu den weiteren von der Komintern geforderten Bemühungen seitens der KP Frankreichs um Kontakte zu De Gaulle, siehe Dok. 493.

89 Handschriftlicher Vermerk in russischer Sprache: „An Gen. Clément [d.i. Eugen Fried] übermitteln. G.D. [Georgi Dimitrov]. Auf Anweisung von Gen. Sorkin nur Nr. 14 senden. D. M. [Dmitrij Manuilski]." Grigorij Sorkin war Leiter des Internationalen Verbindungsdienstes der Komintern.

Dok. 492

Anweisung Dimitrovs zur sofortigen Entsendung von KPD-Kadern nach Deutschland

[Moskau], 1.7.1941

Autograph in deutscher Sprache. In deutscher Sprache publ. in: Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!", S. 394.

An: Bernard [d.i. Eugen Fried] für Alfred [d.i. Wilhelm Knöchel], Amsterdam.

Alle geprüften deutschen Genossen und Genossinnen sofort ins Land für Organisierung unmittelbarer Aktionen zur Unterstützung Rote Armee und Kampf für Sturz Hitlers. Vor allem leitende Genossen ins Land.[90]

Schnellste Organisierung von Gruppen für spezielle Tätigkeiten und Zersetzungsarbeit.[91]

1. Juli 1941 Wilhelm. [Hdschr.:] 1.7.41 GD

---

90 Eine Kommandierung „leitender Genossen" nach Deutschland war illusorisch, von der Entsendung eines leitenden KPD-Funktionärs ist auch in neueren Untersuchungen nicht die Rede. Als erster Instrukteur des ZK der KPD nach dem deutschen Angriff ging Alfred Kowalke im Spätherbst 1941 nach Berlin, wo er nach Eintreffen von Wilhelm Knöchel im Januar 1942 zu seinem engsten Mitarbeiter wurde (siehe Dok. 509; Sandvoß: Die „andere" Reichshauptstadt, S. 470; vgl. Peter Erler: Militärische Kommandounternehmen: deutsche Polit-Emigranten als sowjetische Fallschirmagenten und Partisanen 1941 bis 1945. In: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat* (2000), 8, S. 79–101; Herbst: Kommunistischer Widerstand).

91 *Spezielle Tätigkeit*: Die Komintern kooperierte eng mit dem NKVD und der Roten Armee, indem sie Personal für klandestine Einsätze gegen den Gegner zu Verfügung stellte (siehe auch das Dok. 494). Ab August 1941 lernten 25 Emigranten aus Deutschland, Österreich und Ungarn, darunter neun KPD-Mitglieder, in einem wahrscheinlich der Hauptaufklärungsverwaltung der Roten Armee unterstellten Kurs diverse Spionage-, Diversions- und Kampftechniken. Ebenfalls wurden im Juli Vertreter der zweiten Generation deutscher Politemigranten zusammen mit ausgewählten sowjetischen Komsomol-Angehörigen trainiert. Dies erfolgte in einer am 29.6.1941 formierten Spezialeinheit, der Partisanen-Aufklärungsabteilung 9903, in einem vierzehntägigen Kurs im gleichen Arbeitsbereich. Zum Einsatz deutscher Kommunisten als Fallschirmagenten kam es jedoch erst ab Mai 1942 (siehe Erler: Militärische Kommandounternehmen, S. 82–83).

Dok. 493

Brief Dimitrovs an Molotov und Berija zum Einsatz hinter den feindlichen Linien und den nationalen Radioübertragungen

[Moskau], 1.7.1941

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/112, 34. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 108–109.

An Genossen MOLOTOV
An Genossen BERIJA

1) Wir schicken Ihnen eine Information über die Existenz von Personen, die unverzüglich ins Hinterland des Feindes abgeworfen werden können. In dieser Angelegenheit ist die Hilfe seitens des NKVD notwendig.[92]

2) Wir bitten Sie, die über Frage der geheimen Radiostation, die im Namen eines freien Deutschlands zu den Deutschen sprechen soll, zu entscheiden. Der Sender könnte ebenfalls zur Rundfunkübertragung für Rumänen, Finnen, Ungarn und Polen benutzt werden. Mit der Organisierung dieser Radioübertragung sollen wir befasst sein.[93]

3) Wir bitten Sie ebenfalls, über die englische Mission die Frage der Reise nach England zu regeln, damit von dort Thorez, Marty und Raymond [Guyot] nach Frankreich übersetzen können. Sie rechnen damit, dass es ihnen, nachdem sie den Kontakt mit de Gaulle aufgenommen haben werden, gelingen wird, ein starkes Militärkorps in den Kolonien zu schaffen sowie innerhalb Frankreichs eine große Bewegung gegen die Regierung Pétain-Darlan bis hin zum Bürgerkrieg hervorzurufen.[94]

1. Juli 1941.

---

92 Siehe Dok. 494.
93 Dieser Vorschlag erhielt die Zustimmung der Adressaten. Am 15.7.1941 fragte Dimitrov bei Molotov an, ob man nicht aus Gründen der Konspiration die Radioübertragungen aus dem Rundfunkstudio der TASS in die Räumlichkeiten der Presseabteilung des EKKI verlegen sollte (RGASPI, Moskau, 495/73/112, 9).
94 Dieser Vorschlag wurde nicht umgesetzt. Am 17.7.1941 informierte Vyšinskij Dimitrov darüber, dass die britische Regierung und de Gaulle es im Moment nicht für zweckmäßig hielten, mit der KP Frankreichs in Verhandlungen zu treten (Bayerlein: Georgi Dimitroff. Tagebücher, I, S. 403). Am 27.9.1941 schließlich erkannte die Sowjetregierung, die bis zum 22.6.1941 mit der Vichy-Regierung diplomatische Beziehungen unterhalten hatte, das „Nationalkomitee Freies Frankreich" unter De Gaulle als legitimen Repräsentanten Frankreichs an.



Am 3.7.1941 befasste sich das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion mit mehreren Anfragen des Exekutivkomitees der Komintern. Dem EKKI wurden zur finanziellen Hilfe an die ausländischen kommunistischen Parteien 200.000 Dollar zugeteilt, sowie zusätzlich eine Million Dollar für die KP Chinas.[95]

Als Folge des schnellen deutschen Vormarsches der deutschen Truppen fasste das Politbüro am 5.7.1941 gemeinsam mit dem Rat der Volkskommissare den Beschluss, die Archive des Rats der Volkskommissare, des ZK der Kommunistischen Partei, des Komsomol, der Kommission für Parteikontrolle, der Komintern, des Marx-Engels-Lenin-Instituts und des NKVD aus Moskau nach Ufa zu evakuieren. Die Verlagerung der Akten mitsamt den Panzerschränken sollte innerhalb von 5 Tagen abgeschlossen sein.[96]

Dok. 494

Brief Dimitrovs an Berija über die Bildung illegaler Partei- oder Partisanengruppen für Deutschland und andere Länder

[Moskau], 11.7.1941

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/141, 3. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 115–116.

An Genossen BERIJA

Lieber Genosse Berija,
außer unseren Leuten [d.h. Sowjetbürgern], die wir auswählen und Gen. Sudoplatov sowie der Fünften Verwaltung der RKKA[97] übergeben, haben wir Gruppen aus-

95 RGASPI, Moskau, 17/162/36, 41–42. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 798.
96 RGASPI 17/162/36, 41–42. Publ. in: Ibid., S. 798–799.
97 RKKA („Raboče-Krest'janskaja Krasnaja Armija") ist die Abkürzung für „Rote Arbeiter- und Bauernarmee". Die Fünfte Verwaltung der Roten Armee war der mit Militäraufklärung befasste militärische Geheimdienst.

ländischer Kommunisten[98] zusammengestellt, überprüft und ausgebildet,[99] die in Deutschland, Polen, Ungarn, der Karpato-Ukraine und Bulgarien partei-politische Arbeit leisten und die Partisanenbewegung organisieren sollen.[100]

Die Listen und Unterlagen dieser Gruppe der *ersten Staffel* sind heute an Gen. Merkulov gegangen. Die deutsche Gruppe besteht aus elf Personen,[101] die polnische

98 Die Geheimdienste der Sowjetunion setzten im Laufe des Krieges über 3000 Fallschirmagenten in nahezu allen okkupierten Ländern Europas ab. Hier ergab sich eine Möglichkeit zum aktiven Widerstand für ausländische Kommunisten. Dabei kooperierte man auch mit den Alliierten, insbesondere mit Großbritannien. Bereits am 30.9.1941 wurde ein Abkommen zwischen dem NKVD und der britischen Special Operations Executive (SOE) zur gemeinsamen subversiven Arbeit in Deutschland und den okkupierten Ländern unterzeichnet. Die Gruppen hatten militärisch-technische Spionage- und Diversionsaufträge oder sollten politisch tätig sein, etwa durch die Instruktion bestehender (illegaler) kommunistischer Parteien, oder ggf. durch deren Neuaufbau (Polen, Iran u.a.). Die Rekrutierung, Vorbereitung und Kommandierung solcher Agenten- und Politgruppen zum Einsatz hinter den feindlichen Linien in Deutschland, Polen, Ungarn, Bulgarien und anderen Ländern wurde zu einer der Hauptaufgaben der Komintern im Zweiten Weltkrieg, in enger Zusammenarbeit mit dem NKVD und der Militäraufklärung. Am 16.1.1942 teilte der Leiter der Kaderabteilung des EKKI Pantelejmon Guljaev Dimitrov mit, dass mit Ivan Bol'šakov, einem der Leiter der Militäraufklärung, vereinbart worden sei, von der zweiten Februarhälfte bis Mitte April Kominterngruppen in diversen Ländern abzusetzen (RGASPI, Moskau, 495/73/183, 10, publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 186–187; zu den Fallschirmagenten siehe allgemein: Vladimir Chaustov: Operative Gruppen sowjetischer Fallschirmagenten in den Kriegsjahren. In: Hans Schafranek, Johannes Tuchel (Hrsg.): Krieg im Äther: Widerstand und Spionage im Zweiten Weltkrieg, Wien, Picus Verlag, 2004, S. 153–164).

99 Auf dem Lehrplan der von der Komintern organisierten Kurse der als „Gruppe Guljaev" titulierten Fallschirmagenten standen die „Theorie und Praxis der Diversionsarbeit" und „Lehrstunden zu Fragen der Partisanenbewegung", daneben auch politische Kurse (siehe: Brief von Plyševskij an Dimitrov, 2.8.1943, RGASPI, Moskau, 495/73/176, 59).

100 Am 15.7.1941 sandte Dimitrov folgendes Telegramm an die Funkstelle Amsterdam zur Weiterleitung an die kommunistischen Parteien: „In jetzige schicksalsschwere Zeit muss man alles daran setzen, um entschlossene und wirksame Kampfhandlungen gegen Okkupanten rasch organisieren, ohne Rücksicht auf Schwierigkeiten und Opfer. Informiere uns konkret über solche Aktionen." (RGASPI, Moskau, 495/184/1 (Ausg. 1941), N° 502).

101 *Deutsche Gruppe*: Gemeint ist wahrscheinlich die Gruppe deutscher Politemigranten, die von der Hauptaufklärungsverwaltung der Roten Armee ab Mitte August 1941 ausgebildet wurden. Historiker Erler zufolge waren darunter neun KPD-Mitglieder: Erna Eifler, Wilhelm Fellendorf, Wilhelm Trapp, Wilhelm Jakob Freund, Hugo (oder Willi) Boerner, Erwin Panndorf, Walter Gersmann, Josef Zettler und Elsa Noffke (Erler: Militärische Kommandounternehmen, S. 82). Der erste Abwurf deutscher Kommunisten über feindliches Gebiet erfolgte in der Nacht vom 16. zum 17. Mai 1942, als Panndorf, Fellendorf, Boener und Eifler über Allenstein (Ostpreußen) abgesetzt wurden. Zwei Tage später folgten Freud, Trapp und Gersmann über Insterburg (ebenfalls Ostpreußen). Auch wurden im August bzw. Oktober 1942 die Kommunisten Albert Hößler und Heinrich Koenen als Fallschirmagenten abgeworfen. Die im Jahr 1942 abgesetzten Agenten handelten stets im Auftrag von NKVD und roter Armee – für die KPD wurden „Fallschirmspringer" erst 1943 tätig. Außer Hößler, der zusammen mit dem Widerstandskämpfer Hans Coppi wichtige Funksprüche in die Sowjetunion absetzen konnte, erfüllte nicht zuletzt wegen einer dilettantischen Vorbereitung keiner der 1942 abgesetzten Fallschirmagenten die ihnen anvertrauten Aufgaben. Zur Tätigkeit der deutschen Politemigranten als „Fallschirmagenten", siehe: Erler: Militärische Kommandounternehmen, S. 79–101; Johannes Tuchel: Das Ministerium für

aus zwölf, die ungarische aus zwölf, die für die Karpato-Ukraine aus sieben und die bulgarische aus elf Personen.

Gleichzeitig läuft die Auswahl und Ausbildung der Gruppen für die *zweite Staffel* sowie für weitere Länder.

Ich bitte Sie sehr, alles zu tun, was in Ihren Kräften steht, damit die bereitgestellten Gruppen von Genossen so rasch wie möglich eingesetzt werden.

Mit Genossengruß (G. Dimitrov)

11.7.1941



Am 18.7.1941 fasste das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion einen Geheimbeschluss „zur Organisierung des Kampfes im Hinterland der deutschen Heere". Darin wurde den regionalen und lokalen Parteiorganisationen im Hinterland des von den Deutschen eroberten Sowjetterritoriums aufgetragen, in den Untergrund zu gehen und die Destabilisierung der Verhältnisse zu koordinieren. Auf ihre Initiative hin sollten Partisanentrupps gebildet und bewaffnet werden. Die Flucht von Parteikadern vor den deutschen Truppen wurden dabei als Schande gebrandmarkt. [102]

Staatssicherheit und die Fallschirmagenten der Roten Kapelle. Der Fall Albert Hößler. In: Schafranek/Tuchel: Krieg im Äther, S. 56–77; Hans Schafranek: Die illegale Tätigkeit Franz Zielaskos im Ruhrgebiet 1943. In: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* XLI (2005), 4, S. 450–470; Perry Biddiscombe: „Freies Deutschland" Guerrilla Warfare in East Prussia. 1944–1945. A Contribution to the History of the German Resistance. In: *German Studies Review* XXVII (2004), 1, S. 45–62.

102 RGASPI Moskau, 17/162/36, 55–57.

Dok. 495

Fingierter Brief der Komintern: „Offener Brief an die deutschen Offiziere“

O.O., Ende Juli 1941

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/10a/471, 1–4. Vollständige deutsche Erstveröffentlichung. In deutscher Sprache auszugsw. publ. in: Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!“, S. 398–399. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 135–140.

Offener Brief an die deutschen Offiziere[103]

Wir kriegsgefangenen deutschen Offiziere können nicht länger schweigen. Wir halten es für ein Gebot der Pflicht und der [Ehre],[104] uns in tiefster Sorge um die Zukunft unseres deutschen Vaterlandes an alle unsere Kameraden zu wenden, an alle deutschen Offiziere und an die ganze deutsche Armee. Uebereinstimmend kamen wir zu der Auffassung, dass wir als deutsche Offiziere alles tun müssen, um von Deutschland die grösste Katastrophe seiner Geschichte abzuwenden.

Diese Katastrophe hat mancher deutscher Offizier schon an dem Tage vorausgeahnt, an dem Hitler zur Macht kam. Viele von unseren Kameraden werden sich daran erinnern, welche bitteren Gefühle uns damals bewegten. Wir kannten die Nazi als skrupellose Abenteurer von dunkler Herkunft. Aus allen Ländern waren sie nach Deutschland gekommen, diese vaterlandslosen Gesellen.[105] Für sie war Deutschland einfach ein Sprungbrett ihres persönlichen Emporkommens. Es war für uns ein beschämender Gedanke, vor einem Hitler oder Goering strammzustehen. Aber damals lebte noch der greise Feldmarschall von Hindenburg und die Führung der Armee lag in bewährten Händen.

Die Ereignisse nach der Machtergreifung der Nazi[106] empfanden wir als entwürdigend und empörend. Deutschlands Ansehen wurde durch die Folterung und Ermordung wehrloser Menschen tief geschädigt. Die Gestapo zog den deutschen Namen in den Schmutz. Aber wir bissen die Zähne zusammen und wollten mit Politik nichts

---

103 Der „offene Brief“ wurde im EKKI-Apparat verfasst, möglicherweise von Wilhelm Pieck, dessen Korrekturen sich in der Vorlage befinden. „Auf Deutsch ist dieser Aufruf viel besser geschrieben, als es die russische Übersetzung vermuten lässt. Wir versuchten den Brief in Tönen zu halten, welche den Vorstellungen deutscher Offiziere entsprechen.“ (Manuilski im Begleitschreiben zum Brief an Lev Mechlis, zit. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 21).

104 Wort nicht zu entziffern.

105 Der Begriff „vaterlandslose Gesellen“ wurde im deutschen Kaiserreich auf die Sozialdemokraten und die Arbeiterbewegung angewendet, hier wohl als Anspielung auf Hitlers Herkunft aus Österreich.

106 Handschriftliche Anmerkungen von Dimitrov am Rand zwischen dem 2. und 4. Absatz: „Man muß überprüfen, ob deutsche Offiziere die Nationalsozialisten als Nazi bezeichnen“. „Meiner Meinung nach sehr gelungen. 30.7.41“.

zu tun haben. Wir trösteten uns damit, dass die Armee bekam, was sie brauchte. Wir vertrauten dem Feldmarschall von Hindenburg, der nur schweren Herzens, wie wir alle wussten, Hitler zum Reichskanzler ernannt hatte.

Der Feldmarschall starb. Die Nazi schreckten nicht davor zurück, sein Totenbett zu durchwühlen und das Testament zu entwenden, das Hindenburg der deutschen Nation hinterliess. Nach vielen Tagen wurde der Öffentlichkeit ein gefälschtes Testament vorgelegt.[107] Deutschland wurde von Hitler um das warnende Vermächtnis des Feldmarschalls betrogen. Und Hitler riss die ganze Macht an sich. Ein Hitler als oberster Kriegsherr, das war ein Schlag für die ganze Armee. Ihm den Eid zu leisten, war für jeden Offizier von Tradition eine schwere Zumutung.

Hitler besudelte die Armee durch das Horst-Wessel-Lied.[108] Dieses Kaschemmenlied war ein Faustschlag gegen die ruhmvolle Tradition des Deutschlandliedes und des Hohenfriedbergermarsches.[109] Und jeder SS-Schnösel glaubte es wagen zu dürfen, einen deutschen Offizier über die Achsel anzusehn.[110] Zu uns in die Armee kamen die Söhne ehrenhafter deutscher Familien, weil hier noch der alte deutsche Geist herrschte. Sie wollten nichts mit dem Schmutz der SS und SA zu tun haben. Aber Hitler wollte die deutsche Armee zum Werkzeug seiner Partei herabwürdigen. Er wollte das Feldgrau der Wehrmacht, die sich vier Jahre lang im Weltkrieg geschlagen hatte, mit seinem schmutzigen Braun beflecken. Die verdientesten und tüchtigsten Offiziere wurden kaltgestellt. Traditionslose Streber traten an ihre Stelle. In der Luftwaffe errichtete Goering ein System der Korruption und des Grössenwahns. Nicht nur dem ganzen deutschen Volk, sondern auch uns ehrenhaften Offizieren wurde die Gestapo auf den Hals gesetzt.

Und dann kam der 30. Juni 1934. Schmachvoll wurden die Generale von Schleicher und von Brodow [richtig: Bredow] ermordet.[111] Damit nicht genug, versuchten die Meuchelmörder den reinen Namen der Ermordeten zu verunglimpfen. In seiner Ehre getroffen, bäumte das deutsche Offizierkorps sich auf und Hitler musste scheinbar

107 *Gefälschtes Testament*: Die neuere Historiographie ist der Auffassung, dass das von Hitler zeitverzögert publizierte Testament Paul Hindenburgs (das ohnehin in weiten Teilen von Vizekanzler von Papen verfasst wurde) keine Fälschung ist; allerdings wurde ein Teildokument, in dem Hindenburg die Restaurierung der Monarchie empfahl, von den Nationalsozialisten unterschlagen (zur Kontroverse um Hindenburgs Testament siehe: Horst Mühleisen: Das Testament Hindenburgs vom 11. Mai 1934. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* XL (1996), S. 355–371).

108 Das Lied „Die Fahne hoch“, auch als „Horst-Wessel-Lied“ bekannt, geschrieben und unter Rückgriff auf populäre Volksmelodien vertont von Horst Wessel, war seit ca. 1929 Hymne der SA. Später Parteihymne der NSDAP, wurde es nach 1933 *de facto* zur zweiten Nationalhymne Hitlerdeutschlands (siehe Siemens: Horst Wessel, S. 80–84 u.a.). Zu Horst Wessel siehe Dok. 401.

109 *Hohenfriedbergermarsch*: Populärer Militärmarsch aus der Zeit Friedrichs II..

110 *Über die Achsel ansehen*: Jmd. geringschätzig ansehen (ohne sich dabei ganz umzudrehen).

111 General Ferdinand von Bredow und der ehemalige Reichskanzler General Kurt von Schleicher wurden als Hitlergegner im Zuge des „Röhm-Putsches“ ermordet. Schleicher hatte u.a. Bredow damit beauftragt, eine Krankenakte Hitlers aus dem Jahr 1918 zu besorgen, die ihn als Psychopathen auswies (siehe Bernhard Horstmann: Hitler in Pasewalk, Düsseldorf, Droste, 2004).

einen Rückzug antreten. Er hat sich dafür gerächt und Schritt für Schritt die hervorragendsten militärischen Könner, die ehrenhaftesten Offiziere beseitigt und seinen Kreaturen und Arschkriechern zu einem schwindelhaften Aufstieg verholfen. Jeder Lausejunge von der SS schwamm obenauf, aber ein deutscher Offizier wie der weltberühmte Unterseebootskommandant Niemöller, der für jeden von uns ein Vorbild war, wurde hinter Schloss und Riegel gesetzt.[112] General von Fritsch, der fähigste Kopf der Armee, ein Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle, wurde nicht nur kaltgestellt; er hat im polnischen Feldzug auf rätselhafte Weise den Tod gefunden.[113] Wir glauben nicht an einen Zufall. Wir kennen die Hand der Gestapo.

Es war für uns eine Zeit schwerer Gewissenskämpfe. Trotzdem schwiegen wir und warteten zu. Es ging doch um Deutschland. Wir waren Soldaten und keine Politiker. Aber wir sahen immer deutlicher, dass die abenteuerliche Politik Hitlers unser deutsches Vaterland in Gefahr brachte. Der Krieg musste kommen, aber Deutschland hatte keine Freunde. Die Nazi waren in der ganzen Welt verhasst und dieser Hass schlug auf Deutschland zurück. Das Bündnis mit dem faschistischen Italien war alles, was Hitler zustandebrachte. Aber Italien kannten wir zur genüge.[114] Und was uns Japan helfen sollte, war für uns unbegreiflich. Was Deutschland unbedingt brauchte, war die Verständigung mit England und vor allem mit Russland. Ein Staatsmann wie Bismarck hätte das erreicht, aber Hitler ist kein Bismarck, sondern ein Möchtegern. Seine ganze Politik war auf Bluff aufgebaut. Er hat uns geblufft und er wollte die ganze Welt bluffen. Die Folgen waren katastrophal.

Für uns war eines klar: Die deutsche Armee kann gewaltige Leistungen vollbringen und viele Fehler der Politik wettmachen – aber einen Zweifrontenkrieg kann sie auf die Dauer nicht durchhalten. Unsere letzte Hoffnung war, dass Hitler wenigstens das Versprechen halten werde, Deutschland in jedem Fall vor einem Zweifrontenkrieg zu bewahren. Hitler hat auch dieses Versprechen gebrochen. Jetzt haben wir den Krieg gegen England und gegen Russland. Das ist der helle Wahnsinn. An Russland wird sich die deutsche Armee verbluten. Dieser Krieg ist aussichtslos. Er kann nur mit einer Katastrophe enden, gegen die 1918 ein Kinderspiel war. Ein deutscher Offizier steht auf seinem Posten und fällt – aber niemals darf Deutschland auf einem verlorenen Posten aufgeopfert werden. Deutschland kann diesen Krieg vielleicht noch einige

---

112 Der Theologe Martin Niemöller (1892–1984), seit 1933 Organisator des protestantischen Widerstands gegen Hitler („bekennende Kirche"), wurde 1937 verhaftet und blieb bis 1945 im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Im 1. Weltkrieg gelangte er als U-Boot-Kommandant zu einiger Berühmtheit, verließ allerdings bereits 1919 den Militärdienst und war, obwohl Freikorps-Mitglied 1920 (und NSDAP-Wähler von 1924 bis 1933), wohl kaum als Sympathieträger für deutsche Anti-Hitler-Offiziere zu nutzen. Vgl. zu seiner Biographie: Matthias Schreiber: Martin Niemöller, Reinbek bei Hamburg, Rowohlt, 1997.

113 Generaloberst Werner von Fritsch (1880–1939) war seit 1934 Oberbefehlshaber des Heeres; mit Werner von Blomberg gehörte er zu den Kritikern von Hitlers aggressiver außenpolitischer Strategie und wurde durch eine Intrige und eine angebliche homosexuelle Affäre Anfang 1938 zum Rücktritt gezwungen. Er fiel am 22.9.1939 bei Warschau.

114 Anspielung auf den Seitenwechsel Italiens im Ersten Weltkrieg 1915.

Zeit durchhalten – aber je länger wir durchhalten, desto schlimmer wird das Ende sein. Der Gedanke an diese sinnlose Aufopferung der deutschen Armee ist einfach unerträglich. Und darum wenden wir uns an euch, Kameraden, an die ganze deutsche Armee, bei der unser Denken und Fühlen weilt. Setzt eure Kraft, euren Mut und eure Ehre darein, Schluss zu machen mit diesem verlorenen Krieg, ehe Deutschland am Boden liegt.

Es ist uns heilig ernst damit, wenn wir euch sagen: Deutschland kann nur gerettet werden, wenn es so schnell wie möglich aus diesem Zweifronten- und aussichtslosen Krieg herauskommt. Dieser Krieg ist Hitlers Sache, aber nicht unsere Sache. In Deutschland werden sich Männer finden, die ihr Vaterland mehr lieben als sich selbst, und die fähig sind Schluss zu machen mit den braunen Abenteurern. Wenn Hitler stürzt, ist der Krieg zu Ende und Deutschland gerettet. Für diese Überzeugung stehen wir ein mit unserem Namen und unserer Ehre als deutsche Offiziere.[115]

Am 12.8.1941 erließ das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion über den Rat der Volkskommissare eine Amnestie für polnische Staatsbürger in sowjetischen Gefängnissen.[116]



Dok. 496

Bitte Dimitrovs an Georgij Malenkov um Aufstockung der Mittel für die telegraphische Kommunikation der Komintern

[Moskau], 6.8.1941

Autograph in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/112, 14. Erstveröffentlichung.

6.8.41
Genossen Malenkov.

Werter Gen. Malenkov,
In unserer Kostenaufstellung der besonderen Ausgaben des EKKI war eine Summe in Höhe von 200.000 Rubel monatlich für die telegraphischen Informationen vorgesehen, die an die Redaktionen der kommunistischen und anderen Zeitungen ins Ausland geschickt werden.[117]

---

115 Die Zielsetzung des Dokuments, deutsche Offiziere für die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu gewinnen, war zum Entstehungszeitpunkt illusorisch. Erst nach der Niederlage von Stalingrad waren deutsche Offiziere zur Zusammenarbeit bereit. Siehe dazu auch Dok. 515.

116 RGASPI, Moskau, 17/3/1041, 72, 228.

117 Laut Beschluss des Sekretariats des EKKI von Ende Januar 1941 belief sich der Gesamthaushalt der Komintern für das Jahr 1941 auf 8.461.900 Rubel. Bei den zusätzlich beantragten Mitteln handelte es sich also um einen erklecklichen Betrag. Siehe: Beschluss des Sekretariats des EKKI (russisch),

Nach dem Angriff des fasch[istischen] Deutschl[ands] auf die Sowj[et]-Union haben wir diese Informationen beträchtlich erweitert. Aus diesem Grund erreichen die Ausgaben für Telegramme bis zu 800.000 Rubel im Monat.

Deswegen wäre es für uns unerlässlich, bis Ende des Jahres eine zusätzliche Zuteilung von 3.500.000 Rubel zu erhalten. Ich bitte sehr darum, eine entsprechende Anweisung zu geben, damit uns diese Summe zugeteilt wird.

Dok. 497

Vorschläge Manuilskis an Berija und Lev Mechlis zur verschärften Behandlung deutscher Kriegsgefangener

[Moskau], 15.8.1941

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/10a/469, ohne Paginierung. Vollständige deutsche Erstveröffentlichung. Auszugsweise in deutscher Sprache publ. in: Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!“, S. 397. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 143–146.

An den VOLKSKOMMISSAR FÜR INNERE ANGELEGENHEITEN
Gen. LAVRENTIJ BERIJA
An den STELLVERTRETER DES VOLKSKOMMISSARS FÜR VERTEIDIGUNG,
Gen. MECHLIS

Im Auftrag des Sekretariats des ZK der VKP(b) wurde in eines der südlich von Rjazan’ liegenden Kriegsgefangenenlager[118] eine Gruppe von Genossen geschickt, um die Stimmungen unter den Kriegsgefangenen herauszufinden. In dieser Gruppe waren auch drei Mitarbeiter der Institution, in der ich arbeite.[119] Ich befinde es für notwendig, das, was sie mir berichtet haben, Ihnen zur Kenntnis zu bringen.

Ende Januar 1941, RGASPI, Moskau, 495/18/1330, 35, veröffentlicht in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 498.

118 *Südlich von Rjazan:* Gemeint ist das Kriegsgefangenenlager Temnikov, das im Dezember 1939 zur Unterbringung von finnischen Soldaten erbaut wurde. Allgemein existierten gegen Ende 1941 nur drei Kriegsgefangenenlager in der Sowjetunion, die 9147 Gefangene beherbergten. Erst nach der Schlacht um Stalingrad stieg die Zahl der Kriegsgefangenen rapide an (siehe: Jörg Morré: Hinter den Kulissen des Nationalkomitees. Das Institut 99 in Moskau und die Deutschlandpolitik der UdSSR 1943–1946, München, R. Oldenbourg Verlag, 2001, S. 20–21; Stefan Karner: Im Archipel GUPVI. Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941–1956, Wien u.a., R. Oldenbourg Verlag, 1995; Andreas Hilger: Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, 1941–1956. Kriegsgefangenenpolitik, Lageralltag und Erinnerung, Essen, Klartext-Verlag, 2000).

119 Die betreffende Institution war die Komintern, die Mitglieder der Gruppe waren Walter Ulbricht (KPD), Jan Šverma (KPTsch) und Ivan Draganov (Ps.), d.i. Boris Stefanov (KP Rumäniens). Die Kommission war vom 4. bis 12.8.1941 im Kriegsgefangenenlager tätig.

Unter den Kriegsgefangenen fallen die Deutschen, besonders der faschistische Teil von ihnen, durch ihre Frechheit auf. Während sich die rumänischen Kriegsgefangenen, die in ihrer Mehrheit der sozialen Lage nach arme Bauern sind, rasch einer Bearbeitung unterwerfen, bleiben die deutschen Kriegsgefangenen unter sich, benehmen sich gegenüber den Rumänen wie eine „Herrenrasse“ und geben auf die Fragen unserer Leute meist unverschämte Antworten, wobei sie ihre faschistischen Zustände anpreisen. Anscheinend operiert unter den deutschen Kriegsgefangenen weiterhin eine faschistische Organisationszelle aus Offizieren, Feldwebeln und anderen eingefleischten Feinden, die früher Mitglieder der Hitlerpartei waren, und die die einfachen Soldaten terrorisieren und die niederträchtigsten Gerüchte verbreiten. So erzählen die faschistischen Drahtzieher den Soldaten, dass die „deutsche Armee vor den Toren Leningrads steht“, dass „Moskau eingekreist ist“ und dass Hitler die Kriegsgefangenen bald befreien wird.[120] Das geht so weit, dass Soldaten, die eine Erklärung gegen Hitler unterschreiben wollen, am nächsten Tag im Lager nicht mehr auffindbar sind, weil die Lagerältesten, zumeist Feldwebel und Mitglieder der faschistischen Organisation, sie verschwinden lassen und den Anweisungen unserer Lagerverwaltungen zuwiderhandeln. Eine Situation, in der die Masse der einfachen Soldaten in einem Raum mit Offizieren, mit Banditen aus den Sturmabteilungen durcheinander gewürfelt ist[121] und von den letzteren bearbeitet wird, ist völlig anormal. Das Leben der Kriegsgefangenen ist so gestaltet, dass sich die ehemaligen faschistischen Vorgesetzten auf den Posten der „Lagerältesten“ wiederfinden, die unsere Lageradministration dadurch für sich einnehmen, dass sie bei Appellen die Kriegsgefangenen „schneidig“ aufzustellen wissen und äußerlich ein Musterbeispiel an militärischer Disziplin abgeben.[122] In der Praxis jedoch wird bei diesem System die Hitlersche Disziplin nicht zersetzt, sondern eher noch gestärkt, wobei das ganze Hitlersche System sklavischer Unterwürfigkeit, das die Befreiung der Soldaten vom Einfluss der Offiziere, Feldwebel und anderer faschistischer Hierarchien verhindert, erhalten bleibt.

Ebenfalls ist notwendig festzustellen, dass es im Lager keinen differenzierten Zugang zu den Kriegsgefangenen gibt, ihre soziale Lage nicht geklärt wird, die bei ihnen beschlagnahmten Fotografien und Dokumente, die die politische Physiognomie des Kriegsgefangenen ans Licht bringen könnten, nicht immer untersucht werden. Für die Kriegsgefangenen besteht in den Lagern ein humanes, mildes Regime.[123] Wenn dieses für rumänische und ungarische Soldaten, die die deutschen Faschis-

---

120 Tatsächlich kam die deutsche Wehrmacht erst im Oktober-November 1941 näher an Moskau heran. Der deutsche Artilleriebeschuss von Leningrad begann am 4.9.1941.

121 Die SA spielte in Hitlers Russlandfeldzug so gut wie keine Rolle (siehe: Peter Longerich: Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München, C.H. Beck, 1989, S. 237f.).

122 Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion waren an die Disziplinarordnung und an das Militärstrafrecht der Roten Armee gebunden (siehe: Hilger: Deutsche Kriegsgefangene, S. 121–122).

123 Im Großen und Ganzen waren die Lebensbedingungen deutscher Kriegsgefangener zwar etwas besser als die regulärer GULAG-Häftlinge, jedoch weit von Milde und Humanität entfernt (als Überblick hierzu Hilger: Deutsche Kriegsgefangene).

ten instinktiv hassen, oder für einfache deutsche Soldaten, die von den Faschisten irregeleitet wurden, auch angebracht sein mag, so ist es unzulässig für faschistische Banditen, die sich im Lager weiter so verhalten, als seien sie bei sich zu Hause. Dabei ist zu bedenken, daß diese Art faschistischen Abschaums nur die Sprache der Gewalt versteht und humane Behandlung als Zeichen unserer Schwäche ansieht.[124]

Ausgehend von dem Gesagten halte ich es daher für zweckmäßig:

a) faschistische Offiziere, Feldwebel, Flieger, die unsere Städte und Dörfer zerbombt haben, Mitglieder der Sturmabteilungen und der Hitlerpartei von der Masse der Kriegsgefangenen in den Lagern zu separieren und unter Bedingungen zu halten, wie sie die Antifaschisten in deutschen Konzentrationslagern ertragen müssen;

b) bei deutschen Kriegsgefangenen, die ihre faschistische Ordnung und ihren verbrecherischen Krieg gegen die UdSSR nachdrücklich verteidigen, auf überflüssige Humanität zu verzichten und sie so zu behandeln, wie sie es verdienen, indem man sie in eine schwierigere Lage versetzt als die übrigen Gefangenen;

c) einfache Soldaten, die antifaschistische Stimmungen geäußert und sie durch Taten unter Beweis gestellt haben, für die Posten von Lager- und Barackenältesten zu benennen;

d) jeden Versuch von UdSSR-feindlicher Agitation durch strenge, der Kriegszeit angemessene Maßnahmen in Übereinstimmung mit den sowjetischen Gesetzen zu unterbinden.

(D. MANUILSKI)
15.8.1941

124 Zu dem in deutscher Sprache abgefassten Bericht der Kriegsgefangenen-Kommission, auf den Manuilski sich hier (in durchaus tendenziöser Weise) bezieht, siehe RGASPI, Moskau, 495/18/1335, 80–91. Der nach Befragung von über 150 Kriegsgefangenen verfasste Stimmungsbericht offenbarte eine mehrheitlich zwischen politischer Indifferenz und Hitler-Anhängerschaft stehende Haltung der Soldaten. Dezidiert antifaschistische Aussagen waren minoritär. Der Bericht beinhaltete ebenfalls aufschlussreiche Aussagen zur Motivierung der einfachen Soldaten für den Einmarsch in die Sowjetunion: „Viele sagten, es sei am 21. Juni vom Feldwebel oder vom Leutnant mitgeteilt worden, dass die Rote Armee mit 160 Divisionen aufmarschiert sei. Die deutsche Armee müsse ihnen zuvorkommen. Auf die Frage, ob sie bei ihrem Vormarsch auf Sowjetterritorium den Eindruck bekommen hätten, dass die Rote Armee bereits mobilisiert und aufmarschiert sei, erklärten viele, dass sie einen solchen Eindruck nicht hatten. Viele andere Soldaten erklärten, dass ihnen beim Antreten der Kompagnie in der Nacht vom 21. zum 22. gesagt worden sei, es bestehe eine Vereinbarung zwischen der Sowjetregierung und der deutschen Regierung über das Recht der deutschen Armee, durch eine bestimmte Zone nach dem Irak zu marschieren. Auf die Frage, wie es möglich sei, dass deutsche Soldaten glauben können, dass man ausgerechnet von Ostpreussen nach dem Irak marschiert, wussten sie keine Antwort." (Ibid., Bl. 82). Vgl. Walter Ulbricht: Zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, II.2, Berlin 1968, S. 245–253.

Dok. 498
Beschlüsse der Komintern zur Kriegsgefangenenarbeit

[Ufa], 21.8.1941

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1335, 77. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 147–148.

PROTOKOLL /B/ N° 758

DER SITZUNG DES SEKRETARIATS DES EKKI. vom
21. August 1941 [...]

ANGEHÖRT:
1. (1538) Über die deutschen und rumänischen Kriegsgefangenen.
Information – Gen. Ulbricht, Draganov [d.i. Boris Stefanov] und Šverma.
Vortragender – Gen. Dimitrov.

BESCHLOSSEN:

1. Den von der Kommission, die das Lager für deutsche und rumänische Kriegsgefangene besichtigt hat, gemachten Vorschlag über die Arbeit unter den deutschen und rumänischen Kriegsgefangenen für richtig zu befinden.[125]

2. Der Presseabteilung, der Redaktion der *K[ommunistischen]I[nternationale]*, und allen Genossen, die im Propagandabereich arbeiten, zu empfehlen, die von der Kommission gesammelten Informationen[126] zu den Stimmungen und Ansichten der Kriegsgefangenen in ihrer Tätigkeit in der Radiopropaganda, der Verfassung von Broschüren, Flugblättern usw. zu berücksichtigen.

3. Es für zweckmäßig zu befinden, die Kommission nach einiger Zeit zur Besichtigung von neu eingetroffenen Kriegsgefangenen zu kommandieren.[127]

GENERALSEKRETÄR DES EKKI
[Sign.] /G.DIMITROV/

---

125 Die Vorschläge Ulbrichts, des Leiters der entsprechenden Kommission (siehe Dok. 497) sahen vor, die politische Arbeit unter den Kriegsgefangenen zu verstärken, einschließlich der Informierung der Gefangenen über die Verluste der Wehrmacht, der Organisation von Kursen und Vorträgen für Antifaschisten usw. Betont wurde die Notwendigkeit eines differenzierten Zugangs zu Kommunisten und Antifaschisten einerseits und den Hitleranhängern andererseits. Letztere sollten keinesfalls als Baracken- oder Gruppenälteste aufgestellt, sondern aus dem Lager entfernt werden (RGASPI, Moskau, 495/18/1335, 78–79).

126 Zu den Informationen siehe Dok. 497.

127 Die Kommission hielt sich erneut im Oktober 1941 im Kriegsgefangenenlager Temnikov auf. Siehe: Morré: Hinter den Kulissen, S. 23.



Am 26.8.1941 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, herausragende Partisanen für ihren Kampf gegen Deutschland auszuzeichnen. Die Ankündigung erfolgte in der *Pravda* am nächsten Tag.

Zugleich erfolgte ein Beschluss, die ethnischen Deutschen aus der Republik der Wolgadeutschen, den Gebieten Saratov und Stalingrad zwangsumzusiedeln. Damit wurde eine der ältesten nichtrussischen Sowjetrepubliken per Dekret aufgelöst.[128]

Am 12.9.1941 konkretisierte das Politbüro darüber hinaus die Modalitäten der Eingliederung der nach Kasachstan deportierten Deutschen in die dortigen Kolchosen.[129]

Am 7.10.1941 wurde die personelle Zusammensetzung des neugegründeten Panslawischen Komitees festgelegt, das von Generalleutnant Aleksandr Gundorov geleitet wurde und Intellektuelle aus allen slawischen Ländern inkorporierte.[130]

Dok. 499

Begleitschreiben Dimitrovs an Molotov zum Aufruf des ZK der KPD „An das deutsche Volk und die deutsche Armee“

[Moskau], 14.10.1941

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/74/155, 68. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 153–154.

An Genossen MOLOTOV.

Lieber Genosse Molotov,
Wir schicken Ihnen die russische Übersetzung des Aufrufs des ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands.[131]

128 RGASPI, Moskau, 17/3/1042, 2.
129 RGASPI, Moskau, 17/3/1042, 20.
130 RGASPI, Moskau, 17/3/1042, 45.
131 Der Aufruf des „ZK der KPD“ „An das deutsche Volk und die deutsche Armee“ vom 6.10.1941 war von Wilhelm Pieck, Wilhelm Florin, Walter Ulbricht, Herbert Funk (Ps.), d.i. Herbert Wehner, Fritz Arndt (Ps.), d.i. Karl Mewis, Peter (Ps.), d.i. Anton Ackermann, Michael Niederkirchner, Irene Gärtner, Gustav Sobottka, Wilhelm Erasmus (Ps.), d.i. Wilhelm Knöchel, und Richard Stahlmann unterzeichnet. Er war die erste umfassende öffentliche Stellungnahme der KPD seit dem Angriff auf die Sowjetunion. Hierin hieß es u.a., die KPD habe seit Beginn des Weltkrieges Volk und Heer „mehrfach“ vor „der Bestie“ Hitler und seinen „wahnwitzigen“ Plänen gewarnt. Der Aufruf markierte die Geburt der Lebenslüge der KPD (und später der SED), wiederholt wurde das Paradigma vom Verrat des deutsch-sowjetischen Paktes durch Hitler (wobei nur von einem Nichtangriffspakt, jedoch nicht mehr von einem Freundschaftspakt gesprochen wurde). Der deutschen Bevölkerung wurde ultimativ – sollte sie sich nicht auf die Seite der Sowjetunion stellen – eine Zerstückelung des Landes angedroht. Das Dokument enthielt ebenfalls eine Reihe von Stalin ventilierter Vorstellungen für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg: Ansätze für eine Kollektivschuldthese werden ebenso artikuliert wie das Szenario einer „Zertrümmerung“ Deutschlands (vgl. hierzu: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, V,

Die deutschen Genossen befinden, dass man den Aufruf verwenden soll als ein Dokument, das innerhalb Deutschlands geschrieben und verbreitet wurde. Wir sind derselben Meinung.[132]

Ich bitte um Ihre weiteren Anweisungen.[133]

Mit Genossengruß,
14. Oktober 1941.

Dok. 500

Brief Dimitrovs an Stalin mit dem Vorschlag, die Komintern nicht mehr offen in Erscheinung treten zu lassen

[Ufa], 31.10.1941

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/112, 24. Deutsche Erstveröffentlichung. In englischer Sprache publ. in: Dallin/Firsov: Dimitrov and Stalin, S. 192. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 801–802.

An Genossen Stalin.

Lieber Genosse Stalin,
mit der Verlegung des EKKI nach Ufa[134] hat sich eine Reihe Fragen des rechtlichen Status unserer Einrichtung, der Anmeldung der Mitarbeiter, ihrer Ausstattung mit verschiedenen Dokumenten, Lebensmittelkarten und anderen Papieren ergeben.

S. 300–303 und Dok. 79, S. 550–553; Teilveröffentlichung ebenfalls in: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 441–443; in russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 154–160).

132 Im August 1941 hatte Dmitrij Manuilski den Text eines „Offenen Briefes an die deutschen Arbeiter" an den ZK-Sekretär Aleksandr Ščerbakov geschickt. Dieser Text wurde daraufhin stark gekürzt und in Einklang mit den Anweisungen Ščerbakovs umgearbeitet, daraus entstand der Aufruf „An das deutsche Volk und die deutsche Armee" (s.o.); das Urdokument siehe: RGASPI, Moskau, 495/10a/470, 472, ohne Paginierung, erwähnt in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 159, Fn. 1).

133 Stalin brachte mehrere Korrekturen im Aufruf ein. In einem Gespräch mit Dimitrov meinte er am 15.10.1941: „Der Aufruf ist gut gelungen. Wir werden ihn heute veröffentlichen. Er muß auch im Radio gesendet werden als ein Dokument, welches bei dem gefallenen Unteroffizier Stolz gefunden wurde…" (Bayerlein: Georgi Dimitroff. Tagebücher I, S. 440). Der Aufruf wurde in der *Pravda* vom 16.10.1941 veröffentlicht und am selben Tag in deutscher Sprache im Ino-Radio gesendet. (Siehe: Kinner: Der deutsche Kommunismus, III, S. 162). Ob er in deutscher Sprache veröffentlicht wurde, scheint fraglich.

134 *Verlegung des EKKI*: Die Komintern wurde am 15.10.1941, da die deutschen Truppen immer näher an Moskau rückten, nach Ufa (Baschkirien) und teilweise nach Kujbyšev (heute Samara, an der Wolga) evakuiert. Siehe ausführlicher: Dimitroff: Tagebücher, Bd. 1, S. 440ff.; Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 449f.

Es erhebt sich die Frage, ob es zweckmäßig ist, all das in der gegenwärtigen Situation unter der Fahne der Kommunistischen Internationale zu regeln. Wäre es nicht besser, wenn wir in Ufa *nach außen hin* als eine andere Einrichtung fungierten?

Ich persönlich bin der Meinung, dass wir jetzt keinen Anlass haben, die Kommunistische Internationale besonders herauszustellen. Im Gegenteil, politisch wäre es günstiger für uns, wenn wir unsere ganze praktische Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen nach außen unter einem anderen Aushängeschild, z. B. als *Institut zur Erforschung internationaler Fragen* betreiben könnten.

Ich bitte sehr um Ihren Rat und Ihre Weisung in dieser Frage.[135]

Mit Genossengruß,
G. Dimitrov

Dok. 501

Brief des Leiters des sowjetischen Auslandsgeheimdienstes, Pavel Fitins, an Dimitrov über den erfolgreichen Vollzug des Geldtransfers für die KPD in Stockholm

Moskau, 30.12.1941

Typoskript, mit handschriftlichen Vermerken, in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/141, 8. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 171–172.

ABSOLUT GEHEIM

EKKI Genossen DIMITROV
Das Geld ist an „PAUL" [d.i. Sven Linderot][136] und „NIKOLAJ" [d.i. Herbert Wehner (?)][137] übergeben worden.[138] „PAUL" sagt, dass er vor kurzem die Verbindung eingerichtet hat, gut hört und alles empfängt.

---

135 Am gleichen Tag schrieb Dimitrov ebenfalls an Andrej Andreev: „Bitte erwirken Sie so rasch wie möglich Weisung des Gen. Stalin, denn die örtlichen Organe in Ufa drängen unentwegt darauf, dass unsere Einrichtung die nötigen Formalitäten erledigt, ihre Mitarbeiter anmeldet usw." (RGASPI, Moskau, 17/121/105, 42). In Ufa figurierte das EKKI als Rundfunkinstitut getarnt und wuchs im Laufe des Jahres 1942 um mehr als die doppelte Belegschaftszahl an (404 Personen im Gegensatz zu 158 im November 1941). Im Laufe des Jahres 1942 kehrten einzelne Strukturen des EKKI partiell nach Moskau zurück, siehe Dok. 511. (Zu den Strukturen der Komintern in der Evakuierung siehe: Bayerlein: Transnationale Netzwerke und internationale Revolution; Adibekov/Šachnazarova/Širinja: Organizacionnaja struktura, S. 220ff.).

136 Über „Paul" in Dimitrovs Handschrift: „KP Schwedens".

137 Über „Nikolaj" in Dimitrovs Handschrift: „KP Deutschlands".

138 Am 15.11.1941 teilte Fitin Dimitrov mit, dass „Kurt" (d.i. Herbert Wehner), dringend um Geldzusendung gebeten habe: 2000 Kronen für unmittelbare und 20.000 für weitere Arbeit. „Paul" (Ps.), d.i.

[Sign.] (FITIN)

30. Dezember 1941
N° 2/2/22900
MOSKAU[139]

Sven Linderot, habe übermittelt, dass er die Direktive des EKKI erhalten habe und nun ebenfalls Geld benötige, da er nur noch 5000 Kronen habe. Am 22.11.1941 bat Paul erneut um Geld, andernfalls werde er die Arbeit komplett einstellen müssen. Er brauche für November und Dezember 40000 Kronen, vor allem für die Herausgabe der Komintern-Zeitschrift *Die Welt* (RGASPI, Moskau, 495/74/578, 8–9).

139 Hdschr. Resolution Dimitrovs: „Gen. Sucharev, Sorkin, Mezis vorzulegen. 6.1.42. GD". Als Lesevermerke folgen auf dem Dokument die Signaturen von Konstantin Sucharev (EKKI-Sachverwaltung), Grigorij Sorkin (EKKI-Nachrichtenagentur SUPRESS) und Petr Mezis (Buchhalter des EKKI-Verbindungsdienstes).

1942

Dok. 502

Beschluss der Komintern für eine Kampagne gegen die Gräueltaten der Wehrmacht in der Sowjetunion

[Ufa], 9.1.1942

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1336, 9. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 174–175.

PROTOKOLL DER SITZUNG DES SEKRETARIATS /A/ N° 772
(9. Januar 1942)

ANWESEND: Gen. Dimitrov, Manuilski, Ercoli [d.i. Palmiro Togliatti], Pieck, Florin, Wieden [d.i. Ernst Fischer].

ANGEHÖRT:
§ 1553. Über die Note Molotovs.[1]

BESCHLOSSEN:
1. Im Zusammenhang mit der Note des Gen. Molotov eine Kampagne im Ausland zu entfalten gegen die unerhörten Bestialitäten der deutsch-faschistischen Armee in den zeitweise okkupierten Territorien der Sowjetunion.

2. Eine Deklaration der in der UdSSR lebenden deutschen Personen des öffentlichen Lebens zu veröffentlichen, in der sie die tiefste Empörung und ihren Protest gegen die von den Hitlerbanden an der friedlichen sowjetischen Bevölkerung verübten Verbrechen zum Ausdruck bringen und an das deutsche Volk appellieren, dem Regime des Hitlerbanditismus, das es in Verruf bringt, ein Ende zu bereiten und den Sturz Hitlers zu erreichen, der das deutsche Volk zum Mittäter und Verantwortlichen für diese Verbrechen macht.[2]

---

1 Am 6.1.1942 wurde eine Note Molotovs mit dem Titel „Über den allgegenwärtigen Raub, die Ausplünderung der Bevölkerung und die ungeheuerlichen Bestialitäten der deutschen Machthaber in den von ihnen besetzten sowjetischen Territorien" an die diplomatischen Vertretungen aller Staaten übergeben, mit denen die UdSSR Beziehungen unterhielt. Darin wurde festgestellt, dass die von Deutschland okkupierten, nun wieder befreiten Territorien „das unerhörte Bild allgegenwärtigen Raubes, allgemeiner Verwüstung, abscheulicher Gewalt, Schandtaten und Massenmorde, die von den deutsch-faschistischen Okkupanten gegen die friedliche Bevölkerung verübt werden", vermitteln. Als Verantwortliche dafür wurde die NS-Regierung angeklagt. Die Note schloss mit dem Ausdruck der Gewissheit, dass der Krieg nur durch eine völlige Vernichtung der Hitlertruppen enden könne (Vnešnjaja politika Sovetskogo Sojuza v period Otečestvennoj vojny. Dokumenty i materialy, Bd. 1, Moskva, OGIZ Gospolitizdat, 1946, S. 169–189).

2 Bereits die vorformulierten und rassistisch unterlegten Kriegsziele wie die Inkaufnahme des Hungertodes großer Teile der Zivilbevölkerung zugunsten der Ernährung der Wehrmacht, die Verschlep-

3. Die Gen. Pieck, Wieden und Florin zu beauftragen, den Entwurf einer solchen Deklaration vorzubereiten.

Generalsekretär des EKKI: [Sign.] /G.DIMITROV/

Dok. 503

Beschluss der Komintern zur Ausrichtung der Radiopropaganda gegenüber Deutschland

[Ufa], 10.1.1942

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1335, 156–161. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 177–182.

Auf der Beratung vom 30.XII.1941 unter Teilnahme von Kommentatoren der sowjetischen fremdsprachigen Radiosendungen,[3] sowie von verantwortlichen Leitern der speziellen Radiosendungen[4] stellt das EKKI fest:[5]

I) dass seit dem deutsch-faschistischen Überfall auf die Sowjetunion im Bereich der antifaschistischen Propaganda und in erster Linie im Bereich der Radiopropaganda eine große Arbeit geleistet wurde. Zugleich stellt das Sekretariat fest, dass unsere Radiopropaganda sowohl was den Inhalt, als auch die Qualität betrifft, bei weitem noch nicht als befriedigend betrachtet werden kann. [...] Deswegen befindet es das Sekretariat des EKKI für notwendig, die Aufmerksamkeit auf die wichtigsten nächsten Aufgaben dieser Propaganda zu richten, und zwar:

a) In erster Linie zur Zersetzung des Hinterlands der deutschen Armee, wie auch des Hinterlands der italienischen, finnischen, ungarischen und rumänischen Armeen beizutragen. [...]

pung der Einwohner als Zwangsarbeiter und die Erschiessung der Politkommissare bestimmten die erste Kriegsphase. Von 1942 an erfolgten verstärkt Geiselerschiessungen und Ermordungen der Bevölkerung einschließlich von Frauen und Kindern, die zumeist mit der Bekämpfung des Partisanenkampfes gerechtfertigt wurden. Die Ermordungen und der Hungertod sowjetischer Kriegsgefangener waren ohnehin die Regel, von ihnen starben bis Ende 1942 ca. eine Million. Weitere Opfer forderte die Politik der verbrannten Erde beim Rückzug der Wehrmacht und – nicht zuletzt – der Genozid an den sowjetischen Juden (siehe Ulrike Jureit, Jan Philipp Reemtsma (Hrg.): Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944. 2., durchgesehene und ergänzte Auflage, Hamburg, Hamburger Edition, Hamburger Institut für Sozialforschung, 2002; Christian Streit: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Bonn, J.H.W. Dietz. Nachf., 1997).

3 Zum sowjetischen fremdsprachigen Rundfunk („Ino-Radio“), siehe Dok. 470.

4 Zur Entstehung der „speziellen“ Radiosendungen der Komintern, siehe Dok. 493.

5 Das Protokoll der entsprechenden Sitzung siehe: RGASPI, Moskau, 495/18/1335, 155.

b) Tief im Bewusstsein der deutschen Volksmassen und der Soldaten zu verankern, dass die militärische Niederlage Deutschlands, die Vernichtung des Hitlerismus und die Zerstörung seiner Kriegsmaschinerie der einzige Weg zur Loslösung Volksdeutschlands von Hitlerdeutschland ist, indem zur Befreiung des ersteren das zweite zerstört werden muss. Es ist notwendig, die Hitlerpropaganda in ihren verzweifelten Versuchen, die Niederlage Hitlerdeutschlands als Katastrophe für das deutsche Volk darzustellen, systematisch zu zerstören.

c) Es ist unabdingbar, den Volksmassen Deutschlands dabei zu helfen, Wege zum Kampf gegen den Hitlerismus und sein terroristisches Regime zu finden. Dafür ist es erforderlich, alle Beispiele des Widerstands in den Betrieben, im Dorfe und im Alltagsleben breit zu popularisieren.[6] [...]

e) Mit allen Mitteln muss den Kampf der Völker der von der deutschen Armee besetzten Länder für ihre nationale Befreiung, für die Vertreibung der Besatzer und für die Rückeroberung ihrer nationalen Unabhängigkeit und Freiheit stimuliert werden. Auf Grundlage der Fakten und einer soliden und verständlich dargelegten Argumentation müssen die verhängnisvollen Auswirkungen des nationalen Verrats der Quisling-Leute[7] und der Marionettenregierungen systematisch entlarvt werden, um ihre vollständige Isolation zu erreichen und sie der einmütigen Verdammung durch die Völker der okkupierten Länder auszusetzen. Zugleich ist es notwendig, reale Perspektiven und praktische Wege des Kampfes für die Zerstörung des Hitlerismus aufzuzeigen; auf jegliche Stimmungen des passiven Abwartens einer Befreiung von außen, was den Widerstand und den Kampf der Massen gegen die Besatzer nur bremsen kann, ist zu reagieren. Das Streben des Volkes nach Einheit, nach dem Kampf gegen den Faschismus und die nationalen Verräter ist mit allen Mitteln zu unterstützen.

f) Es muss auf den Bruch der Länder, die in Abhängigkeit zum deutschen Imperialismus stehen (Italien, Finnland, Rumänien, Ungarn, usw.), hingearbeitet werden [...].

g) In allen anderen Ländern, die noch außerhalb des Krieges stehen, die jedoch nichtdestoweniger von einer Einbeziehung in den Krieg oder der Aggression seitens des deutschen Imperialismus bedroht sind, ist es unabdingbar, die Wachsamkeit der öffentlichen Meinung zu wecken und zu versuchen, den Widerstand des Volkes sowie all jener Bevölkerungsschichten zu verstärken, die die Interessen der Nation gegen alle Bestrebungen nach einer Kapitulation gegenüber der Hitleraggression verteidigen. [...]

h) Ausgehend von den nationalen Interessen jedes einzelnen Landes ist die Notwendigkeit von Solidaritätsaktionen aller Völker mit dem Volk der Sowjetunion und ihrer heroischen Roten Armee aufzuzeigen. Indem sie die Reihen der bewaffneten

6 Siehe Dok. 517.

7 *Quisling-Leute*: Im engeren Sinne Anhänger des norwegischen Faschistenführers und Ministerpräsidenten Vidkun Quisling, im weiteren Sinne Synonym für Kollaborateure mit dem Hitlerregime.

Kräfte des deutschen Imperialismus zerschlägt, macht die Rote Armee allen Nationen der okkupierten Länder den Weg frei zu ihrer Befreiung vom Joch des Hitlerismus und des Faschismus. [...]

II. Das Sekretariat stellt fest, das die Kommentare für das sowjetische Ino-Radio und die speziellen Radiosendungen der Gesamtheit dieser Aufgaben noch nicht in ausreichender Weise entsprechen. Ein Teil der Redaktionen ist politisch schwach und unterbesetzt, [und] reagiert nicht immer schnell genug auf die Ereignisse im [jeweiligen] eigenen Land. Das Sekretariat stellt fest, dass die Kommentare und Berichte teilweise oberflächlich verfasst sind, die Argumentation und die Kritik der Argumente des Feindes nicht genug durchdacht sind. Oft sind die Berichte und Kommentare lediglich agitatorische Aufrufe, die jeglicher Argumentation entbehren; Informationen aus den verschiedenen Ländern, Briefe von Soldaten und Kriegsgefangenen sowie politisch wichtige Dokumente (der Aufruf des ZK der KPD,[8] die Deklaration der 158[9] deutschen Kriegsgefangenen[10] u.a.) werden nicht genügend herangezogen; die Notwendigkeit einer Anpassung der Propaganda an die Bedingungen jedes einzelnen Landes wird nicht genügend berücksichtigt; in manchen Fällen werden unter Einfluss der englischen Propaganda Überspitzungen in der Bewertung der Ereignisse an der sowjetischen Front bemerkbar. Es stellt außerdem einen weiteren entscheidenden Mangel einer Reihe von Redaktionen dar, dass in ihren Redaktionsmappen kein im Voraus vorbereitetes Material vorhanden ist, was eine gehetzte Arbeitsweise nach sich zieht. [...][11]

Am 18. sowie 20.1.1942 legte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion den Ablauf der Feierlichkeiten anlässlich des 18. Todestags Lenins am 21.1. fest.[12]



---

8 Vermutlich ist der Aufruf des ZK der KPD vom 6.10.1941 gemeint. Siehe hierzu Dok. 499.

9 „156“ im Typoskript, handschriftlich in „158“ korrigiert.

10 Als Ergebnis des zweiten Besuchs der Komintern-Delegation im Kriegsgefangenenlager (siehe Dok. 498) wurde ein „Appell an das deutsche Volk“ ausgearbeitet, der von 158 Kriegsgefangenen unterzeichnet und in der neugegründeten Kriegsgefangenenzeitung *Das neue Wort* abgedruckt wurde. In dem Dokument, das die programmatische Basis der Antifa-Arbeit unter den Kriegsgefangenen bis Ende 1942 darstellte, wurde der Sturz Hitlers zur Errichtung eines neuen, „freiheitsliebenden“ Deutschlands gefordert (siehe: Morré: Hinter den Kulissen, S. 23). Das Dokument ist abgedruckt in: Sie kämpften für Deutschland. Zur Geschichte des Kampfes der Bewegung „Freies Deutschland“ bei der 1. Ukrainischen Front der Sowjetarmee, Berlin(-Ost), Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1959, S. 114ff.

11 In einem weiteren Punkt beschloss das Sekretariat Maßnahmen zur Behebung der aufgeführten Missstände, darunter eine bessere Vernetzung der Mitarbeiter, die reibungslose Versorgung der Redaktionen mit Materialien sowie eine stärkere Zentralisierung der Arbeit.

12 RGASPI, Moskau, 17/3/1043, 41, 57.

Dok. 504

Brief des Komintern-Verlagsleiters Konstantin Kasradze an Dimitrov über Flugblattpropaganda und antifaschistische Literatur

[Moskau], 23.1.1942

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/140, 1–4. Erstveröffentlichung.

23.1.1942[13]

Lieber Georgij Michailovič [Dimitrov],
Im Januar sind aus Engels 8 Verlags- (Redaktions-)Mitarbeiter und 14 Druckereimitarbeiter nach Moskau gekommen.[14] Es handelt sich dabei um diejenigen, die dringend für die ununterbrochene Herausgabe von Flugblättern gebraucht wurden (gegenwärtig geben wir täglich 8–10 Flugblätter heraus).[15] All diese Personen arbeiten bereits. Ein Teil der Redaktionsmitarbeiter (spanische, englische und tschechische Redakteure) sind zwar durch die Flugblattarbeit nicht ausgelastet, sie sind jedoch vollständig beschäftigt und arbeiten an den Klassikern entsprechend des [Verlags-]Plans.[16]

Einige Fragen zu unseren Angelegenheiten.

1. Vor einigen Tagen hatte ich von der 7. Abteilung[17] den dort völlig ohne Bearbeitung herumliegenden Sammelband über die Gräueltaten übernommen. Dort hätten zusätz-

13 Oben hdschr. Vermerk: „Den Gen. Manuilski, Ercoli [d.i. Palmiro Togliatti], Anvelt, Ponomarev vorzuweisen. 4.2.42 G.D."

14 Engels war der Sitz des „Deutschen Staatsverlags". Der deutschsprachige Verlag musste nach dem Angriff auf die Sowjetunion seine Tätigkeit einstellen. Vermutlich wurden seine Mitarbeiter vom „Verlag für fremdsprachige Literatur" der Komintern übernommen, der seinerseits Nachfolger des Komintern-Verlags „Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR" war (siehe Dok. 392). Von 1942 an war er der einzige Verlag in der Sowjetunion, der deutschsprachige Bücher publizierte (Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 46).

15 In einem weiteren Brief an Dimitrov vom 14.2.1942 beschrieb Kasradze die siebenstufige Arbeitsweise der Flugblattherstellung im Verlag in der folgenden Weise: 1. Verfassen der Texte (wobei unter den deutschen Kommunisten Erich Weinert, Friedrich Wolf und Willi Bredel als Autoren genannt werden); 2. Übersetzung der von der Politischen Verwaltung der Roten Armee bewilligten Texte in andere Sprachen; 3. Lektorierung; 4. Herstellung maschinenschriftlicher Kopien und Vorbereitung für den Satz; 5. Satz und Endredaktion; 6. Künstlerische Gestaltung; 7. Lesedurchgang durch die Zensurbehörde (*glavlitovskaja čitka*). Die fertig gesetzten Flugblätter wurden dann an den Militärverlag gegeben, kleinere Aufträge jedoch auch direkt in der Hausdruckerei gedruckt (siehe: RGASPI, Moskau, 495/73/140, 8–13).

16 Zu den Aufgaben des Kominternverlags gehörten auch die Übersetzung und redaktionelle Betreuung marxistisch-leninistischer Standardwerke (siehe: RGASPI, Moskau, 495/73/140, 8–13).

17 *7. Abteilung*: Gemeint ist die 7. Verwaltung der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee, die für die Frontpropaganda gegen den Feind zuständig war. Die 7. Verwaltung unterstand zwar der Roten Armee, erhielt ihre Weisungen jedoch auch vom „Sowjetischen Büro für militärpolitische Propaganda", das am 25.7.1941 als Koordinationsstelle zwischen der Roten Armee und VKP(b) gegründet worden

lich zu unseren Materialien noch weitere Dokumente hinzugefügt werden sollen. Sie haben jedoch nichts getan. Nun habe ich eine spezielle Person dafür abgestellt, wir selektieren Materialien (bis zu den letzten Tagen) und Dokumente, fügen ein spezielles Kapitel über den Vandalismus hinzu und bereiten verstärkt diesen Sammelband vor. Hier werden beide Noten des Gen. Molotov eingefügt,[18] sowie die folgenden vier Sammelbandkapitel: 1) Gräueltaten und Gewalt gegen gefangene und verwundete Rotarmisten, 2) Gräueltaten und Gewalt gegen die Zivilbevölkerung, 3) Plünderungen, 4) Vandalismus. Wir haben mit Gen. Aleksandrov[19] vereinbart, dass wir den Sammelband gemeinsam m it Gospolitizdat[20] herausbringen werden. Dieser wird ihn in russischer Sprache drucken, während wir die Ausgaben in Englisch, Spanisch und in den Sprachen, die uns von „Meždunarodnaja Kniga"[21] übermittelt werden, übernehmen. Sobald der Sammelband endgültig fertig sein wird, werde ich ihn zu Ihnen herausschicken.[22]

2. Betreffs der Zeitschriften *Inostrannaja Literatura*.[23] Bis jetzt haben wir noch nicht das Material für die ersten Nummern des Jahres 1942 erhalten. Noch helfen wir Gospolitizdat, die letzten Nummern für 1941 fertig zu stellen. Folgende nach Moskau berufene Redakteure sind noch nicht eingetroffen: Becher (deu.), Stasova (engl. und fr.) und Arconada (span.). Sobald sie eintreffen, werden wir sie zusammenrufen, uns umfassend beraten und entscheiden, welche Zeitschrift wo gedruckt werden soll.[24]

---

war. Im Juni 1942 wurde das Büro in einen „Rat für militärpolitische Propaganda" umgewandelt und der Politischen Hauptverwaltung unterstellt. Vorsitzender des Rates war Politbüro-Kandidat Aleksandr Ščerbakov, Mitglieder waren u.a. Dmitrij Manuilski und Lev Mechlis (siehe: Morré: Hinter den Kulissen, S. 21, 28–29).

18 Zur Note Molotovs gegen die Gräueltaten der deutschen Besatzer, siehe Dok. 502.

19 Georgij Aleksandrov (1908–1961) war, nachdem er 1938–1939 die Verlagsabteilung des EKKI geleitet hatte, von 1940 bis 1947 Leiter der Agitpropverwaltung des ZK der VKP(b).

20 Gospolitizdat, russ. *Gosudarstvennoe izdatel'stvo političeskoj literatury* („Staatsverlag für politische Literatur"), sowjetischer Staatsverlag.

21 Siehe Dok. 489.

22 Am 16.2.1942 schrieb Kasradze an Dimitrov: „Den Band über die Gräueltaten mit Illustrationen (über 100 sehr wichtige Fotodokumente und Faksimiles) haben wir an Gen. Aleksandrov abgegeben, der ihn mit einem ähnlichen Sammelband, der auf seinen Vorschlag hin vom Gospolitizdat vorbereitet wird, vereinigen will. Was daraus wird und wie schnell sie es machen – ich weiß es nicht. In 3 Tagen wird Gen. Ozorin Ihnen ein Exemplar unseres Sammelbandes zuschicken. Meiner Meinung nach ist er ganz ordentlich geworden. [...] Zwei Exemplare habe ich nach Engels geschickt und dort werden sie bereits ins Englische und ins Spanische übersetzt. Bis der Sammelband bewilligt ist, sind die Übersetzungen fertig." (RGASPI, Moskau, 495/73/140, 5–7). Als Resultat der Vorbereitungen erschien vermutlich der folgende Sammelband: Dokumenty obvinjajut. Sbornik dokumentov o čudoviščnych zverstvach germanskich vlastej na vremenno zachvačennych imi sovetskich territorijach. Bd. 1, Moskva, OGIZ Gosudarstvennoe Izdatelstvo Političeskoj Literatury, 1943. Fremdsprachige Ausgaben konnten nicht eruiert werden.

23 Zur Zeitschrift *Inostrannaja Literatura* (*Ausländische Literatur*) siehe Dok. 451b.

24 Laut einer Telefonnotiz Dimitrovs über ein Gespräch mit Kasradze vom 10.1.1942 hatte das ZK der VKP(b) grünes Licht für die Herausgabe der *Inostrannaja Literatura* in vier Sprachen (englisch, deutsch, spanisch und französisch) gegeben (RGASPI, Moskau, 495/73/183, 2).

Möglicherweise werden wir alle Ausgaben in Engels drucken lassen, außer der deutschen, da hier in Moskau die zentralen Autoren- und Redaktionskader konzentriert sind.

3. Von den deutschen Schriftstellern sind eingetroffen: Wolf, Weinert und Bredel. Gen. Becher wurde angefordert. Alle sind in unserer Flugblattgruppe beschäftigt und arbeiten an einer deutschen Zeitung (sie verfassen Flugblätter, Zeitungsartikel usw.).[25]

4. Ich habe Gen. Weinert damit beauftragt, einen Sammelband der *besten* Werke deutscher antifaschistischer Schriftsteller für das Ausland, vor allem für England und Amerika, zusammenzustellen. Mir scheint, dass es politisch sehr wichtig ist, gerade *jetzt* und gerade *deutsche* Schriftsteller gegen den deutschen Faschismus in der internationalen Arena einzusetzen. Dies ist meiner Meinung nach wichtig, da erstens in Gestalt dieser Schriftsteller die besten Söhne des deutschen Volkes gegen den *deutschen* Faschismus auftreten[26] und die wahren Stimmungen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringen; zweitens wird das Auftreten *deutscher* antifaschistischer Schriftsteller zur Zeit in gewisser Weise eindämmend auf die um sich greifenden Pogromstimmungen gegen „die Deutschen" an sich wirken, die im Ausland vorhanden sind. Dabei habe ich ihm [Weinert] vorgeschlagen, den Sammelband nicht ausschließlich und nicht in so starkem Maße aus bereits erschienenen Werken zu kompilieren, sondern aus *speziell* für den *englischen* und *amerikanischen* Leser geschriebenen [Werken]. Gen. Weinert versprach mir, einen solchen Sammelband innerhalb von 2–3 Wochen zu liefern. Wenn Sie es gutheißen, werden wir diese Idee verwirklichen.[27] [...]

In jeweils einem Exemplar schicke ich Ihnen die Flugblätter, die seit dem 15. Dezember erschienen sind.[28]

Mit Genossengruß,
[Sign.] (K. Kasradze)

---

25 Ein von Willi Bredel und Erich Weinert verfasstes Flugblatt ist abgedruckt in: Walter A. Schmidt: Damit Deutschland lebe: Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstandskampf 1933–1945, Berlin, Kongress-Verlag, 1959, S. 783–784.

26 Im russischen Original wird das deutsche Volk mit dem förmlicheren, den Staat bzw. das Land markierenden Adjektiv „*germanskij*" bezeichnet, während der deutsche Faschismus mit dem die Ethnie und die Sprache bezeichnenden und umgangssprachlicheren „*nemeckij*" tituliert wird: „*vystupajut lučšie syny germanskogo naroda protiv nemeckogo fašizma*".

27 Dimitrov antwortete am 5.2.1942: „Es erweist sich als zweckmäßig, den Sammelband von Weinert herauszugeben. Er ist erst in den Druck zu geben, nachdem Sie über seinen Inhalt berichtet haben." (RGASPI, Moskau, 495/73/183, 53). Die Arbeit gestaltete sich jedoch langwieriger, als von Weinert versprochen. Am 16.2.1942 teilte Kasradze Dimitrov mit: „Gen. Weinert ist bezüglich der Abgabe des Sammelbands mit Erzählungen deutscher antifaschistischer Schriftsteller stark im Verzug. Er zieht es die ganze Zeit hin und wartet aus unerfindlichen Gründen auf die Ankunft von Gen. Becher." (RGASPI, Moskau, 495/73/140, 5–7).

28 Die Anlagen sind nicht überliefert.



Am 4. und 16.2.1942 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion weitere Modalitäten zur Auszeichnung der im Hinterland der deutschen Truppen kämpfenden Partisanen mit Orden und Medaillen.[29]

Dok. 505

Mitteilung Grigorij Sorkins an Dimitrov über die Verhaftung von Herbert Wehner

[Moskau], 6.3.1942

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/183, 112. Erstveröffentlichung.

N° 30.
6. März 1942.

Eing[ang]: N° 284.
Sp. N° 38.

AN DIMITROV.

In Stockholm wurde KURT [d.i. Herbert Wehner] verhaftet. Er ging in die Wohnung zu WILLY [d.i. Josef Wagner], der vorher verhaftet wurde, um die Frau des Letzteren zu sehen, und dort verhaftete ihn die Polizei. Die näheren Umstände werden noch geklärt.[30]
SORKIN.

29 RGASPI, Moskau, 17/3/1043, 108, 168, 169.

30 Am 19.10.1941 wurden die von Wehner beauftragten Instrukteure Josef Wagner und Werner Sager an Bord eines aus Deutschland kommenden Schiffes von der schwedischen Polizei verhaftet. Am 17.2.1942 wurde Wehner in der Wohnung Frieda Wagners, mit der er ein Liebesverhältnis hatte, verhaftet. Im April wurde er wegen „Gefährdung der schwedischen Freiheit und Neutralität" zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Über die Umstände der Verurteilung wurde Dimitrov vom Leiter der Auslandsabteilung des NKVD informiert. Er notierte in seinem Tagebuch: „1.6.42. [...] Fitin informierte über Kurt [d.i. Herbert Wehner] (einen Funktionär der KP Deutschlands in Schweden). Vor den Untersuchungsbehörden hat er sehr detaillierte Aussagen über seine Tätigkeit gemacht. Hat seine Verbindungen nach Deutschland aufgedeckt usw. Vor Gericht hat er diese Aussagen bestätigt. Als Branting (sein Anwalt) ihn fragte, warum er diese Aussagen gemacht habe, habe Kurt geantwortet, auf der Polizei habe man ihm erklärt, es sei alles bekannt, und deswegen habe er es für sinnlos gehalten, etwas zu verbergen. Er habe um jeden Preis beweisen wollen, daß er kein Agent der Gestapo sei, und habe deshalb detaillierte Aussagen über seine Tätigkeit gemacht. Was für ein Lump!" (Dimitroff. Tagebücher, I, S. 527). In der Literatur wird der Verrat Wehners in Frage gestellt: Um nicht für einen Gestapo-Agenten gehalten zu werden (was die Auslieferung nach Deutschland bedeutet hätte), soll er lediglich einige Namen von KP-Funktionären zu Protokoll gegeben haben, die allesamt im Ausland gewesen seien und denen aus der Aussage keine Gefahr erwachsen sei; außerdem habe er zugegeben, für die *Welt* gearbeitet zu haben; über alles Weitere habe er geschwiegen. Allerdings seien in seiner Wohnung Materialien gefunden worden, die von Karl Mewis und Richard Stahlmann nicht rechtzei-



Am 6.3.1942 traf das Politbüro eine Entscheidung zum „internationalen kommunistischen Frauentag“, dem 8. März. Außerdem wurde über weitere Ordensverleihungen an Partisanen entschieden.[31]

Dok. 506

Beschluss der Komintern über die Kampagne zum 1 Mai 1942

[Moskau], 18.4.1942

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1337, 3–8. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 208–212.

Einige Richtlinien zum 1. Mai 1942[32]

Die Durchführung des 1. Mai soll von folgenden Hauptgesichtspunkten ausgehen:

Das Jahr 1942 muss das Jahr der Vernichtung des Hitlerfaschismus werden.[33] Die heroische Rote Armee, die Vorkämpferin für die Freiheit der Völker, hat den Mythos von der Unbesiegbarkeit der faschistischen Armee zerstört. Die faschistische Kriegsmaschine wurde durch schwere Schläge geschwächt und erschüttert.[34] Die Stunde des aktiven Handelns für alle freiheitliebenden Völker, für jeden freiheitliebenden und fortschrittlichen Menschen ist gekommen.

Es gilt durch den gemeinsamen Kampf, durch Einsatz aller Kräfte und Mittel die Pläne Hitlers für das Frühjahr und den Sommer 1942 zu vereiteln. Vorwärts zur einheitlichen Offensive der Völker zur Vernichtung des Faschismus. Die beste Verteidigung der eigenen Heimat ist die kraftvolle Offensive gegen Hitler. [...]

---

tig entfernt werden konnten. Nach Kenntnisnahme von Wehners Erklärung mit Informationen über KPD-Funktionäre – (wie Scholz ausführt, allesamt auch der Gestapo bekannte Spitzenfunktionäre außerhalb ihrer Reichweite) lehnte der für Wehner ursprünglich vorgesehene sozialistische Anwalt Georg Branting die Verteidigung allerdings ab. In Moskau wurde Wehners Verhalten weiterhin als „Verrat“ ausgelegt; am 6.6.1942 wurde er wegen „Parteiverrats“ aus der KPD ausgeschlossen (siehe zuletzt: Scholz: Herbert Wehner in Schweden, S. 71–106; vgl. Müller: Akte Wehner, S. 401–406; Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 1002–1003).

31 RGASPI, Moskau, 17/3/1043, 250, 251.

32 „1942“ handschriftliche Eintragung.

33 Die Komintern übernahm die Stalinsche Sichtweise vom Jahr 1942 als dem Jahr des Sieges über den Hitler. Im Befehl vom 1.5.1942 proklamierte Stalin als Volkskommissar für Verteidigung: „Die ganze Rote Armee muss danach streben, dass das Jahr 1942 zum Jahr der endgültigen Zertrümmerung der faschistischen deutschen Truppen und der Befreiung des Sowjetbodens von den Hitlerschurken wird!“ (Befehl des Volkskommissars für Verteidigung Nr. 150. In: J. Stalin: Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Berlin-Ost, Dietz, 1951, S. 53–64, hier S. 63–64).

34 Im November 1941 kam die deutsche Heeresgruppe Mitte (Generalfeldmarschall Fedor von Bock) kurz vor Moskau zum Stillstand, im Dezember konnte sie den Angriff von sowjetischen Truppen unter General Georgij Žukov abwehren. Die „Schlacht um Moskau“ war verloren, Hitler liess nun eine defensivere Strategie umsetzen, um die Offensive auf den Süden zu konzentrieren.

Die Arbeiterklasse muss in den kommenden entscheidenden Kämpfen einheitlich zum aktiven Handeln übergehen. Sie soll als treibende Kraft in der antihitlerischen Front wirken.

Auf dieser Basis sollen für die einzelnen Länder die entsprechenden Losungen aufgestellt werden unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse in diesen Ländern. Für die fünf Ländergruppen: verbündete Länder, Achsenmächte, Vasallenstaaten, von Hitler okkupierte Länder und nicht kriegführende Länder sollen dabei noch folgende Hauptgesichtspunkte berücksichtigt werden.

1. Verbündete Länder

England. Der heldenhafte Kampf der Sowjetunion und der Roten Armee ist eine entscheidende Hilfe für unser Land. Heute gilt es gemeinsam zu handeln und zu kämpfen. Schulter an Schulter mit der heroischen Roten Armee wollen wir uns schlagen. Mit der ganzen Macht unseres Landes vorwärts zum Kampf gegen den Hitlerfaschismus.[35]

Führen wir gemeinsam mit der Sowjetunion den tödlichen Schlag gegen Hitler, Jeder Tag des Abwartens erschwert unseren Kampf. Verlorene Zeit ist soviel wie eine verlorene Schlacht. Wenn wir nicht den Krieg verlieren wollen, müssen wir zum aktiven Kampf übergehen. Nicht abwarten und zusehen, sondern zuschlagen, ist das Gebot der Stunde. Wollen wir neue Bombardierungen unserer Städte verhindern, wollen wir die Gefahr des Einfalls Hitlers in unser Land endgültig beseitigen, wollen wir siegen und die Menschheit von der Hitlertyrannei befreien, so müssen wir jetzt die zweite Front in Europa schaffen.[36]

Alle Kräfte für den Krieg, alles für den Sieg über Hitler im Jahre 1942. Weg mit allen Hemmnissen und Hindernissen zur Steigerung der Produktion der Kriegsmittel.

---

35 Appelle zur Unterstützung der Roten Armee fielen nicht nur in kommunistischen Kreisen auf fruchtbaren Boden und ließen den Stalinismus häufig vergessen. So schrieb etwa der Reformpädagoge Alexander S. Neill an den Psychoanalytiker Wilhelm Reich: „Wir sollten uns über den alten Juppa Stalin nicht streiten. Alles ist in Bewegung und in ständiger Veränderung. Ich wollte ja nicht mehr sagen, als daß das britische Publikum etwas Gedrucktes, das Stalin mit den beiden anderen Diktatoren in einen Topf wirft, zur Zeit nicht gut aufnehmen würde. Im Moment ist hier die Begeisterung für Rußland riesengroß." (Beverly R. Placzek (Hrsg.): Zeugnisse einer Freundschaft. Der Briefwechsel zwischen Wilhelm Reich und Alexander S. Neill 1936–1957, Köln, Kiepenheuer & Witsch, 1989, S. 104).
36 Bereits am 22.6.1941 erklärte Großbritanniens Premier Winston Churchill sich mit dem Abwehrkampf der Sowjetunion solidarisch und sagte jede Unterstützung seitens Großbritannien zu, worüber am 12.7.1941 ein Bündnis zwischen der UdSSR und Großbritannien geschlossen wurde. Ein analoges Bündnis schloss die Sowjetunion am 2.8.1941 mit den USA. Bereits am 18.7.1941 forderte Stalin von den Westalliierten die Errichtung einer Zweiten Front in Frankreich oder Norwegen. Diese Forderung wurde von der Sowjetunion laufend erhoben, jedoch beschränkten sich die Westalliierten zunächst auf Materiallieferungen (siehe: Horst Boog u.a.: Der Angriff auf die Sowjetunion, Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt, 1987, S. 939ff (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 4); Jochen P. Laufer, Georgij P. Kynin (Hrsg.): Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, 4 Bde., Berlin, Duncker & Humblot, 2004–2012, Bd. I, S. 589).

Entfaltung der Initiative der Arbeiterschaft zur Verbesserung und Beschleunigung der Produktion. Lasst die Vertreter der Arbeiter, lasst die Betriebskomitees mitwirken bei der Hebung der Produktion, bei der Entfaltung aller noch nicht ausgenützter Reserven.

In der Sowjetunion ist die entscheidende Front gegen Hitler. Die Rote Armee zermürbt und zerschlägt die Armee Hitler-Deutschlands. Mehr Flugzeuge, Tanks, mehr Waffen und Ausrüstungsgegenstände für die heroische Rote Armee. Gebt der Sowjetunion alles, was sie in dem gigantischen Ringen mit Hitler braucht.[37]

Frauen, stellt Eure Kraft in den Kampf gegen die blutige Hitlerherrschaft, für die Freiheit. Stellt Euch an den Platz der Männer in der Produktion. Organisieren wir die Frauen in den Gewerkschaften. Gebt ihnen gleiche Rechte und sie werden mit Aufopferung die Pflichten des antifaschistischen Kampfes auf sich nehmen.

Für *Amerika* sind ausserdem noch folgende Momente zu berücksichtigen:

Durch Organisierung der Arbeiterschaft und ihre Vereinigung zur Ausnützung aller Kräfte in der Arbeit für die Kriegsproduktion. Stellen wir alle Sonderinteressen zurück, keinen kleinlichen Organisationsstreit mehr.[38] Einheitlich und geschlossen stellt sich die Arbeiterschaft völlig in den Dienst des Freiheitskrieges gegen den Faschismus.

Gegen die 5. Kolonne. Legt den Agenten Hitlers und Mussolinis das Handwerk Weg mit den Saboteuren der Kriegswirtschaft, den Saboteuren des offenen aktiven Kampfes gegen den Hitlerfaschismus. Gegen die verderbliche Theorie, Amerika nur in Amerika selbst zu verteidigen. Der beste Schutz unseres Landes ist die Vernichtung des Hauptfeindes, die Vernichtung Hitlers und seiner Clique.

2. Achsenländer

Deutschland. Hitlers Niederlage ist besiegelt. Er konnte nicht siegen, solange seine Armee frisch und stark war, er konnte nicht siegen gegen England, er konnte nicht siegen trotz der Ueberraschung der SU durch seinen Überfall. Er kann heute nicht mehr siegen gegen die starke und grosse Sowjetunion, die vereinigt ist mit England und Amerika, deren Kriegsproduktion ein Vielfaches der Deutschlands ist.

---

37 Durch ein Abkommen vom 1.10.1941 verpflichteten sich die USA und Großbritannien in der Folge des Lend-Lease Act, von Oktober 1941 bis Juni 1942 monatlich 400 Flugzeuge, 500 Panzer, 5250 andere Gefechtsfahrzeuge, 10.000 Lastwagen, 152 Fliegerabwehrgeschütze, 1256 Panzerabwehrgeschütze sowie umfangreiche Rohstoff- und Nahrungsmittelmengen an die Sowjetunion zu liefern. Zunächst liefen die Lieferungen langsam an, so wurden von Oktober bis Dezember 1941 gerade einmal 750 Flugzeuge, 501 Panzer und 8 Fliegerabwehrkanonen (von minderer Qualität) geliefert. Im Verlauf des Krieges nahmen die Lieferungen umfangreichere Ausmaße an, wobei Transport- und Nahrungsmittel eine größere Rolle spielten als Waffen. So erhielt die UdSSR im Verlauf des Krieges von den Westalliierten 427 284 Lastwagen sowie 4,5 Millionen Tonnen Fleischkonserven (siehe: Boog u.a.: Der Angriff auf die Sowjetunion, S. 491–492).

38 Diese Passage war als Appell an die breitgefächerte US-amerikanische Gewerkschaftsbewegung zu verstehen, da die KP der USA alleine zu unbedeutend war.

Die rasche Niederlage Hitlers ist die Rettung für unser Land und unser Volk. Wer unser Land liebt, wer ein wahrer Patriot ist, der wirkt für die rasche und vollständige Niederlage Hitlers, die uns Friede und Freiheit bringt.

Keine sinnlose, verbrecherische Frühjahrsoffensive mehr.[39] Sie kann keinen Sieg, sondern nur noch Millionen Tote und Krüppel für Deutschland bringen. Setzt alles ein, um die blutigen Pläne Hitlers für Frühjahr und Sommer zum scheitern zu bringen.

Sabotiert die Kriegsproduktion mit allen Mitteln. Sabotiert alle Massnahmen der Nazi. Zerstört die Maschinen und ihr rettet zehntausenden Deutschen das Leben. Maschinen können wir im freien Deutschland neu bauen, aber unsere toten Söhne, Brüder und Männer können wir nicht mehr zum Leben erwecken. Die Arbeiterehre verlangt heute nicht gute und rasche, sondern schlechte und langsame Arbeit. Nur so dient ihr eurer Klasse und eurem Volk. Je mehr ihr sabotiert, umso rascher kommt Ihr zu Friedensarbeit.

Frauen, schliesst euch zusammen, lasst eure Söhne und Männer nicht weiter hinmorden. Lasst sie nicht an die Front. Verlangt ausreichende Lebensmittelrationen für euch und eure Kinder.

Antifaschisten! Hitlers Kriegsmacht ist durch den Kampf der Roten Armee erschüttert und geschwächt. Für Euch ist der Moment des Handelns gekommen. Tretet aktiv vor die Arbeiterschaft, vor das Volk. Stellt euch an die Spitze der Sabotage und des aktiven Kampfes gegen Hitler! Zeigt den Massen, dass nur die Niederlage und der Sturz Hitlers Deutschland retten kann. [...]

3. Vasallen-Länder

Lasst nicht zu, dass die Söhne unseres Landes wie Vieh auf die Schlachtbank des hitlerischen Raubkrieges getrieben werden. Verhindert mit allen Mitteln ihren Abtransport an die Front. Macht den 1. Mai zum Volkskampftag für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes. Geht in Massen auf die Strasse. Verlangt die Rückkehr unserer Soldaten von der Front. Keinen Mann, keinen Handschlag, keine Erzeugnisse unseres Landes für Hitler und seinen Raubkrieg. Hinaus mit den deutschen Truppen aus unserem Lande.

Die rote Armee versetzt der Hitlerarmee einen schweren Schlag nach dem anderen. Die faschistische Kriegsmaschinerie, die unsere Unabhängigkeit zerstört hat, ist geschwächt und wird von Tag zu Tag noch mehr erschüttert. Das Schicksal unseres Landes liegt in unseren eigenen Händen. Hitler will unser Land mit sich in den Abgrund reissen. Wir müssen los von Hitler, weg von der Achse, die uns nur Tod und Not, Hunger und Untergang bringt. Retten wir unser Land und unser Volk. [...]

39 Die „Frühjahrsoffensive" Hitlers wurde propagandistisch als gescheitert dargestellt, was nicht uneingeschränkt der Wahrheit entsprach. Siehe hierzu den Kominternbeschluss zur Neuausrichtung der Propaganda infolge des „Scheiterns der Pläne Hitlers für eine ‚Frühlingsoffensive' infolge der gewaltigen Schläge der Roten Armee und des wachsenden Widerstandes der Völker der okkupierten Länder", Dok. 511.

4. Okkupierte Länder.

Im Frühjahr und Sommer 1942 werden sich die entscheidenden Kämpfe entfalten. Jetzt entscheidet sich auch unser Schicksal. Auf zum Kampf für unsere nationale Befreiung. Der 1. Mai muss der Auftakt zur Volkserhebung in unserem Lande werden.[40] Entfacht den heiligen Krieg gegen Hitler und den Faschismus. Das Frühjahr muss unsere Offensive bringen. Folgt dem Beispiel der heroischen Sowjetpartisanen und der Partisanen Jugoslawiens.[41] Sabotiert in den Betrieben, auf den Eisenbahnen, überall – wo es den Okkupanten schadet. Gebt den Okkupanten kein Korn Getreide, kein Erzeugnis eurer Produktion. Entfaltet die Partisanenbewegung gegen die Okkupanten und ihre Lakaien. Kein Sohn unseres Volkes darf mehr passiv sein. Alle Patrioten unserer Heimat müssen Soldaten im Kampfe gegen Hitler sein. Schliesst euch zusammen zum einheitlichen Kampf des ganzen Volkes.

5. Nicht kriegführende Länder.

Keinerlei Hilfe für den räuberischen Krieg Hitlers! Kämpft für die Entfernung der kriegstreiberischen faschistischen Agenturen. Hinaus mit den Hitler-Agenten aus unserem Lande. Verteidigt mit aller Kraft die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Volkes, das Leben unserer Söhne und die Zukunft unserer Heimat.

[hdschr.:] 18.4.42 [Sign.:] G. Dim[itrov]

40 Bereits am 30.12.1941 hieß es in einer Notiz für die Komintern-Radioredaktionen, eine wichtige Aufgabe sei es, „mitzuhelfen, die Volksmassen in den okkupierten Ländern auf den entschlossenen bewaffneten Aufstand gegen die Okkupanten vorzubereiten, der gleichzeitig mit dem Gegenangriff der Roten Armee im Frühjahr erfolgen soll." (Zit. in: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 454). Am 27.2.1942 warnte das EKKI die Parteien bereits davor, „auf eine Verbesserung der Situation zur Aufnahme von bewaffneten Aktionen zu warten, indem hauptsächlich auf die Siege der Roten Armee gewartet wird." (Zit. in: Natal'ja Lebedeva, Michail Narinskij: Il Komintern e la seconda guerra mondiale. Prefazione di Silvio Pons. Traduzione di Andrea Romano, Perugia, Guerra Edizioni, 1996, S. 105). Mit Ausnahme von Jugoslawien entsprach die Realität in den okkupierten Ländern in keiner Weise dem eher der Verzweiflung entsprungenen Appell des EKKI.

41 Die vom Generalsekretär der KP Jugoslawiens, Josip Broz Tito, angeführte Jugoslawische Volksbefreiungsarmee leistete trotz ihrer schlechten Ausrüstung und Bewaffnung einen außergewöhnlich erfolgreichen Widerstand gegen die deutschen Besatzer; bis Ende 1941 kontrollierte sie bereits ein Drittel des jugoslawischen Territoriums. Obwohl die jugoslawischen Partisanen, wie im vorliegenden Dokument, gerne von Komintern und Sowjetpresse als Helden proklamiert wurden, vermied es die Stalin-Führung trotz Titos eindringlicher Appelle und eines gewissen Drucks seitens der Komintern, sie logistisch und auch mit Waffen zu unterstützen (siehe: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 437–439).

Dok. 507

Beschluss der Komintern zur weiteren Anti-Hitler-Propaganda der KPD

[Moskau], 1.5.1942

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1337, 82–83. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 217–218.

PROTOKOLL /B/ N° 787
DER SITZUNG DES SEKRETARIATS DES EKKI vom 1. Mai 1942

ANWESEND: Gen. Ackermann, Wieden [d.i. Ernst Fischer], Dimitrov, Manuilski, Pieck, Pauker, Rákosi, Florin, Friedrich [d.i. Bedřich Geminder], Fürnberg.

ANGEHÖRT:
§ 1568. Fragen der Kompartei Deutschlands.
Referent Gen. PIECK.
An der Diskussion nahmen alle Anwesenden teil.

BESCHLOSSEN:
1. Die deutschen Genossen zu beauftragen, auf Basis eines Meinungsaustausches eine Direktive für die weitere Antihitlerpropaganda und -agitation in Deutschland und in der deutschen Armee auszuarbeiten, um die Zersetzungsprozesse im faschistischen Lager zu beschleunigen und die Massen zum aktiven Kampf gegen die Fortsetzung von Hitlers räuberischem Krieg und gegen die von ihm erklärte terroristische Offensive gegen das deutsche Volk zu mobilisieren.

2. Die deutschen Genossen zu verpflichten, ihre Radiopropaganda besser zu organisieren und dabei die auf der Sitzung geäußerten Bemerkungen und Vorschläge zu berücksichtigen.

3. Sofortige Maßnahmen zu ergreifen zur Hilfe an die Partei im Land durch Menschen und Material.[42]

Generalsekretär des EKKI: [Sign.:] /G. DIMITROV/

---

42 Im Januar 1942 wurde der KPD-Instrukteur Wilhelm Knöchel von Amsterdam nach Berlin entsendet, im August 1942 kam der ehemalige hessische Landtagsabgeordnete Wilhelm Beuttel hinzu. Knöchel hatte zwar keine direkte Funkverbindung zu Moskau, dennoch konnte dank der Vermittlung der Amsterdamer Zentrale des Komintern-Verbindungsdienstes unter Daan Goulooze eine Kommunikation stattfinden. Der Aufbau einer KPD-Landesleitung schlug jedoch fehl, der schwerkranke Knöchel wurde im Januar 1943 verhaftet und im Juli 1944 im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet (Herlemann: Auf verlorenem Posten; Sandvoß: Die „andere" Reichshauptstadt, S. 473ff.; Peukert: Die KPD im Widerstand, S. 342 ff.; Herbst: Kommunistischer Widerstand).

Dok. 508

Gesuch Walter Ulbrichts an die Kaderabteilung der Komintern zur Befreiung von KPD-Mitgliedern aus sowjetischen Arbeitslagern

[Moskau], 15.5.1942

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/293/155, 42. Erstveröffentlichung.

15.5.42./Bi

An die Kaderabteilung.

Wir geben Ihnen davon Kenntnis, dass eine Reihe weiterer Genossen in Arbeitslagern eingezogen wurden[43] und dort mit sowjetfeindlichen Elementen zusammenleben müssen. Wir schlagen folgendes vor:

1. *Wolf, Heini [d.i. Heinrich Dollwetzel]*: Spanienkämpfer, geboren 1912, Mitglied der KPD seit 1932, hat als Elektroschweisser in der Tscheljabinsker Traktorenfabrik gearbeitet und galt dort als guter Arbeiter.[44] Wir schlagen vor, den Genossen durch die Sowjetorgane nach *Ufa* zu holen und dort zu prüfen, ob seine Teilnahme an der Schule[45] in Frage kommt.[46]

43 *Arbeitslager*: Von August 1941 an wurden Russlanddeutsche in der Sowjetunion in die sogenannten „Arbeitsarmeen" (trudarmii) zu Arbeitseinsätzen meist auf den dem NKVD unterstellten Baustellen zwangseingezogen. Für die Zwangsmobilisierten wurde die neue offizielle Kategorie der *trudmobilizovannye nemcy* („arbeitsmobilisierte Deutsche") eingeführt, die eine „Mischung aus Lagerhäftling, Bauarbeiter und Militärangehöriger" darstellte (Viktor Krieger). Dabei galt selbst eine Parteimitgliedschaft nicht als Hindernis für eine Zwangsmobilisierung. In einigen Fällen wurden nicht nur Russlanddeutsche, sondern auch deutsche Exilanten in die Arbeitsarmeen eingezogen – eine Maßnahme, gegen die die Komintern- und Exil-KPD-Führung opponierte, während sie die Einziehung der Russlanddeutschen grundsätzlich für richtig befand (Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 186–193; zu den russlanddeutschen Zwangsarbeitern siehe: Viktor Krieger: Personen minderen Rechts. Russlanddeutsche in den Jahren 1941–46. In: *Heimatbuch der Deutschen aus Russland* (2004), S. 93–107).

44 Heini Wolf (Ps.), d.i. Heinrich Dollwetzel (1912–1966), wurde Ende 1938 nach seiner Rückkehr aus Spanien, wo er Kommandeur einer Panzerkompanie der XI. Internationalen Brigade war, verhaftet und zu zwei Jahren Lager verurteilt. Nach seiner Freilassung arbeitete er als Metallarbeiter in Čeljabinsk und wurde von dort zum Arbeitseinsatz zwangseingezogen (vgl.: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 192).

45 Heini Wolf war von 1942 bis 1943 an der EKKI-Parteischule in Kušnarenkovo (siehe: Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Dollwetzel, Heinrich"); zur Parteischule siehe: Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 207–210).

46 Am 10.7.1942 beantwortete das NKVD die von Ulbricht initiierte Anfrage des Dimitrov-Sekretariats. Über Wolf heißt es dort: „Der Politemigrant WOLF Heini lebt nach der Demobilisierung aus der Arbeitskolonne in der Stadt Tscheljabinsk." 1944–1946 war Heini Wolf Politinstrukteur in einem Kriegsgefangenenlager, 1946 bis 1948 Lehrer an der Antifa-Schule in Juža, heute im Gebiet Ivanovo (RGASPI, Moskau, 495/73/141, 26).

2. *Kiefel, Josef*: geboren 1909, Mitglied der KPD seit 1929, hat bisher in einem Betrieb in Kasan gearbeitet; ist Sowjetbürger. Wir ersuchen ebenfalls, Kiefel nach *Ufa* zu holen und dort zu prüfen, ob er an der Schule teilnehmen kann. Früher galt er als entwicklungsfähiger Genosse, der eine gute Charakteristik von seinem Betrieb erhielt.[47]

3. *Scheib, Peter*: geboren 1902, Mitglied der KPD seit 1920. Er war Stachanowarbeiter[48] und gehörte zu den besten Arbeitern des Betriebes. Sobald seine Adresse bekannt ist, ersuchen wir ihn nach *Ufa* zu holen zur Prüfung, ob er an der Schule teilnehmen kann.[49]

Wir nehmen an, dass die Kaderabteilung den Brief des Genossen Dietrich [d.i. Paul Jäkel] an die Kaderabteilung bekommen hat.[50] Wir schlagen vor, bei folgenden Genossen die Freilassung aus dem Arbeitslager zu befürworten:

1./ *Porumbka [richtig: Porombka], Vinzens:* geboren 1910, Spanienkämpfer. Tscheljabinsk. Mitglied der KPD seit 1934.[51]

2./ *Charnetzki, Georg:* Geboren 1891, Invalid, Mitglied der KPD seit 1919.[52]

3./ *Peschky, Willy:* geboren 1902, Mitglied der KPD seit 1928.[53]

4./ *Lochthofen, Bernhard:* Mitglied der KPD.[54]
Ulbricht.

---

47 Josef Kiefel (1909–1988) wurde 1944 als Partisan der Gruppe „Andreas Hofer" in Polen eingesetzt. Im Juli 1946 kehrte er nach Deutschland zurück und machte Karriere im MfS, wo er u.a. Leiter der HA II (Spionageabwehr) und der Abt. 21 (Innere Sicherheit im MfS) wurde (siehe: Helmut Müller-Enbergs, Jan Wielgohs, Dieter Hoffmann, Andreas Herbst: Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Berlin, Ch. Links Verlag, 4. Ausgabe, 2006, Bd. I, S. 498).

48 Siehe Dok. 392.

49 Peter Scheib wurde unter der Nr. 93 auf einer am 19.11.1942 angelegten Liste der KPD-Parteireserve geführt (siehe: RGASPI, Moskau, 495/73/147, 23v).

50 Paul Jäkel (Ps. Dietrich), der sich bereits 1938 für verhaftete KPD-Mitglieder eingesetzt hatte (siehe Dok. 439), schrieb am 22.4.1942 an Togliatti und Vilkov und machte die Komintern auf die Lage der zwangsmobilisierten KPD-Mitglieder aufmerksam. Dabei stellte er die Institution der Arbeitsarmeen und die Zwangsmobilisierung der Russlanddeutschen jedoch nicht in Frage, sondern hob hervor, daß die „Gleichstellung mit sowjetfeindlichen Elementen" für deutsche Antifaschisten „entehrend und herabwürdigend" sei (siehe Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 188–189).

51 Über Vinzent Porombka (1910–1975) lautete die Auskunft des NKVD, er sei „zur Verfügung an den Generalstab der Roten Armee überstellt worden". (RGASPI, Moskau, 495/73/141, 26). Porombka wurde am 22.4.1943 als Funker einer dreiköpfigen Gruppe in Ostpreußen per Fallschirm abgesetzt und konnte sich von der Gestapo unentdeckt bis zum Anrücken der Roten Armee halten (siehe: Müller-Enbergs u.a.: Wer war wer in der DDR?, II, S. 788).

52 Über Georg Charnetzki ließen sich keine weiteren Angaben eruieren.

53 Wilhelm Peschky (1902–1943) war einer der Hauptangeklagten beim „Bülowplatz-Prozess" (siehe Dok. 275). Bei ihm haben Ulbrichts Bemühungen offenbar nicht gefruchtet, denn er starb im Mai 1943 gemeinsam mit seinem Sohn bei einem Grubenunglück in der Sowjetunion (Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank; Otto: Erich Mielke: S. 49, 246, dort ist der Unfall auf 1945 datiert).

54 Bernhard Lochthofen (geb. 1902 geb. in Gelsenkirchen), KPD-Mitglied seit 1930, Vetter des Journalisten und späteren ZK-Mitglieds der SED Lorenz Lochthofen. Ging 1931 in die Sowjetunion, nahm



Am 15. und 18.5.1942 befasste sich das sowjetische Politbüro erneut mit der Verleihung von Orden an die im deutschen Hinterland kämpfenden Partisanen.[55]

Dok. 509

Internes Bulletin des EKKI zur Information über die Lage der KPD in Deutschland

[Moskau], 24.5.1942

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/127, 30–31. Erstveröffentlichung.

INTERNE MITTEILUNG N° 7[56]

1/ In Holland wurden Informationsmaterialien aus Deutschland erhalten[57] sowie drei verschiedene Zeitungen: *Ruhr-Echo* und *Freiheit* (Parteiorgane), *Friedenskämpfer* (Organ der Volksfront);[58] von jeder Zeitung [sind] mehrere Nummern [vorhanden]. Die Hauptlinie in den Materialien: Einheit des Volkes gegen den Krieg, für den Sturz Hitlers. Der Frieden ist ein zentrales Problem. In drei Aprilnummern wird außerdem die Frage der Vorbereitung eines Gaskrieges behandelt. Dazu die Losungen: Widersetzt Euch Hitlers Frühlingsoffensive, damit dem deutschen Volk der Gaskrieg erspart bleibt. Fordert vom Reichsluftschutzbund[59] die in seinen Zeitungen benannten Hilfs-

1936 die sowjetische Staatsbürgerschaft an. Am 11.3.1928 verhaftet, am 14.12.1929 wieder freigelassen. Nach dem deutschen Angriff in die Arbeitsarmee eingezogen. Sein weiteres Schichsal, wie auch der mögliche Erfolg der Bemühungen Ulbrichts um seine Freilassung, sind unbekannt (Mensing: Von der Ruhr in den GULag, S. 273).

55 RGASPI, Moskau, 17/3/1044, 28, 31.

56 Ab März 1942 ließ Dimitrov an ausgewählte Vertreter der kommunistischen Parteien beim EKKI ein internes Bulletin mit Berichten und Instruktionen versenden. Die „Vertrauen erweckenden Informationen, die zur persönlichen Orientierung und für Spezialsendungen genutzt werden können," thematisierten Widerstand, Sabotage, Partisanenkampf, die innere Lage der einzelnen Länder sowie die Maßnahmen der Machthaber bzw. der deutschen Besatzer. Bis zum 24.6.1943 erschienen 68 Nummern des Bulletins (RGASPI, Moskau, 495/73/127, 17).

57 In Amsterdam arbeitete der Verbindungspunkt der Komintern unter der Leitung von Daan Goulooze (siehe Dok. 507).

58 Unter der Leitung von Wilhelm Knöchel konnte mit Hilfe klandestiner Abzugsgeräte in Düsseldorf und Wuppertal zum ersten Mal seit 1935 eine nennenswerte Anzahl kommunistischer Flugschriften herausgebracht werden, darunter der als überparteilich deklarierte *Friedenskämpfer* (1942–1943) sowie die traditionellen KPD-Organe *Ruhr-Echo* (Essen, 1919–1933, 1942–1943) und *Freiheit* (Düsseldorf, 1918–1933, 1942). *Friedenskämpfer* und *Ruhr-Echo* erschienen annähernd monatlich in einer Auflage von etwas mehr als 100 Exemplaren. Diese Aktivitäten endeten im Januar/Februar 1943 mit der Verhaftung Wilhelm Knöchels und seiner Mitarbeiter Willi Seng, Alfred Kowalke, Wilhelm Beuttel u.a. (siehe: Peukert: Die KPD im Widerstand, S. 347, 442–443; zum *Friedenskämpfer* ibid., S. 348–361).

59 Der Reichsluftschutzbund (RLB) wurde am 29.4.1933 von Hermann Göring gegründet und unterstand dem Reichsluftfahrtministerium. Er koordinierte ein engmaschiges Netz von Luftschutzwarten,

und Schutzmittel, wie etwa Anzüge, Leder- und Gummihandschuhe, Mittel zur Entfernung von Giftstoffen von der Haut – Fettvaseline und Milch, verlangt nach Militärgasmasken, da die für die Bevölkerung vorgesehenen Gasmasken untauglich sind.

Im Ruhrgebiet arbeitet die Partei gut. In den Bergwerken gibt es eine Leitung. Es zeichnen sich Resultate bei der Bildung von Komitees ab. Die Parteiorganisation vom Niederrhein verzeichnet ebenfalls Erfolge. In den großen metallverarbeitenden Betrieben gibt es eine funktionierende Leitung. Teilweise gibt es noch sektiererische Einstellungen. Bisher ist die Verbindung nur mit Mittelrhein und Frankfurt wiederhergestellt.[60]

Berlin hat eine gute Verbindung zu den großen Betrieben wiederhergestellt und versorgt sie mit der Zeitung *Friedenskämpfer*.

2/ Letzte Woche ereignete sich in München in einem Kino, während einer Film-Revue von der Ostfront, eine spontane Kundgebung von Frauen, die riefen: „Bringt unsere Männer zurück; sie sollen nicht im Osten sterben; bringt sie nach Hause!". Die Polizei und die SS versuchten, Verhaftungen unter diesen Frauen vorzunehmen, doch die im Kino anwesenden Frontsoldaten verhinderten dies. Daraufhin ließ die Polizei das Kino räumen. Auf der Straße kam es zu einem Zusammenstoß zwischen der SS und der Polizei auf der einen und der Bevölkerung auf der anderen Seite. Die SS-Leute und die Polizei schossen in die Menge. Es gibt Tote und viele Verletzte. Eine Reihe Münchener Bürger wurde verhaftet.[61]

3/ In der Stadt Šumen (Bulgarien) wurde Anfang Mai eine antideutsche Verschwörung unter bulgarischen Militärs aufgedeckt. Viele Offiziere und Soldaten wurden verhaftet. Die Verhaftungen dauern an.[62]

24.5.42.
G. DIMITROV.[63]

---

die sowohl dem Schutz der Bevölkerung bei Luftangriffen wie auch der politischen Kontrolle der Bevölkerung dienten.

60 Zur Arbeit der illegalen KPD im Ruhrgebiet und im Rheinland siehe: Peukert: Die KPD im Widerstand.

61 Zu den geschilderten Ereignissen liessen sich in der Literatur keine Nachweise eruieren, ein Zusammenhang mit der Gruppe der Widerstandsgrupe „Die Weiße Rose" um Sophie Scholl in München ist eher unwahrscheinlich.

62 Nachdem Bulgarien nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zunächst eine neutrale Position zu wahren versuchte, trat es Ende 1941 auf die Seite der Achsenmächte, ohne jedoch der Sowjetunion den Krieg zu erklären und Truppen an die Ostfront zu schicken. Dabei spielten traditionell prorussische Stimmungen in der bulgarischen Gesellschaft und vor allem in Teilen des Militärs eine Rolle. Bei der hier erwähnten Verschwörung handelt es sich wohl um eine prosowjetische Konspiration hoher Militärs, die im März 1942 von der bulgarischen Polizei aufgedeckt wurde. Die Verschwörer, angeführt von Reservegeneral Vladimir Zaimov, sollen Kontakte zu bulgarischen Kommunisten und der sowjetischen Botschaft geknüpft haben (siehe Hans-Joachim Hoppe: Bulgarien – Hitlers eigenwilliger Verbündeter. Eine Fallstudie zur nationalsozialistischen Südosteuropapolitik, Stuttgart, DVA, 1979, S. 137).

63 Am oberen linken Rand der ersten Seite handschriftliche Notiz Dimitrovs: „Entsprechend der Liste vorzulegen. 24.5.42. GD". Darunter befinden sich die Signaturen von Dmitrij Manuilski, Wil-

Dok. 510

Beschluss der Komintern zur Situation in Deutschland aus Anlass der Bombardierungen deutscher Städte und zum tschechischen Widerstand

[Moskau], 5.6.1942

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1337, 88–90. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 222–224.

PROTOKOLL /B/ N° 790
DER SITZUNG DES SEKRETARIATS DES EKKI vom 5. Juni 1942

ANWESEND: Gen. Dimitrov, Manuilski, Pieck, Florin, Ulbricht, Šverma, Friedrich [d.i. Bedřich Geminder], Ackermann, Fürnberg, Wieden [d.i. Ernst Fischer].

ANGEHÖRT:
§ 1571. Über die Lage in Deutschland (im Zusammenhang mit den Luftangriffen auf das Rheinland und das Ruhrgebiet)[64] und in der Tschechoslowakei (im Zusammenhang mit dem Attentat auf Heydrich und den Massenhinrichtungen tschechoslowakischer Patrioten).[65]

---

helm Florin, Friedrich, d.i. Bedřich Geminder, Vlasov, d.i. Veljko Vlahović (?), Mátyás Rákosi, Vylko Červenkov, Belov , d.i. Georgij Damjanov, Naum Slucker, Ana Pauker, Friedl Fürnberg, zwei unlesbare Unterschriften sowie Jakov Mirov. Außer den aufgezählten Personen gehörten Boris Ponomarev, Vasil Kolarov, Ivan Morozov, Augustyn Michał, Pantelejmon Guljaev, André Marty, Ernő Gerő, Anton Ackermann, Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck zu den Empfängern der „Internen Mitteilungen" (RGASPI, Moskau, 495/73/127, 1).

64 Die im März 1942 begonnenen Flächenangriffe der alliierten Luftverbände auf Deutschland zielten vor allem auf Industriestädte im Rheinland und im Ruhrgebiet. An erster Stelle waren Städte wie Essen, Köln, Duisburg und Düsseldorf betroffen. Die britischen Befehlshaber erhofften sich durch die Bombardements die Lahmlegung der Industrie sowie eine Demoralisierung der Bevölkerung. Der vom britischen General Harris explizit gegen die Zivilbevölkerung, besonders auch die deutschen Arbeiter konzipierte alliierte Bombenkrieg mit mehr als 300000 Toten ist erst nach Erscheinen des Buches „Der Brand" 2002 zum stark diskutierten Forschungsthema geworden. Vor allem die Fortsetzung der Bombardierungen gegen die Zivilbevölkerung auch dann, als der Krieg längst entschieden war, wird zunehmend als Verstoß gegen das Kriegsvölkerrecht gesehen (siehe: Richard Overy: Der Bombenkrieg, Europa 1939–1945, Berlin, Rowohlt, 2014; Ralf Blank: Battle of the Ruhr, *http://www.historisches-centrum.de/index.php?id=332*; zur Diskussion siehe: Wolfgag Sofsky: Bombenkrieg: *Die Dinge beim Namen nennen*. In: *GEO Magazin*, Nr. 02/2003, S. 1–4; Jörg Friedrich: Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945, München, Propyläen, 2002).

65 Auf den stellvertretenden Reichsprotektor von Böhmen und Mähren und Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Reinhard Heydrich, wurde am 27.5.1942 von Widerstandskämpfern der Londoner tschechoslowakischen Exilregierung ein längerfristig vorbereiteter Anschlag verübt, an dessen Folgen Heydrich starb. Die Deutschen antworteten mit umfangreichen Vergeltungsaktionen, u.a. wurden die Dörfer Lidice und Ležáky zerstört, wobei die männliche Bevölkerung ermordet wurde. In der offi-

BERICHTERSTATTER: Gen. Ackermann und Šverma.
INTERVENIERT: Gen. Dimitrov, Pieck, Ulbricht, Florin, Friedrich [d.i. Bedřich Geminder], Fürnberg, Manuilski.

BESCHLOSSEN:
1. Ausgehend von der Tatsache, dass die englischen Massenbombardements Deutschlands die Verlegung des Krieges auf deutsches Territorium mit [der sich daraus ergebenden] Verschärfung der inneren Schwierigkeiten für Hitler, einem ungewöhnlichen Anwachsen der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Krieg, einer Panikstimmung der Massen usw. bedeuten, ist der deutschen Radioredaktion zu empfehlen, folgendes in das Zentrum ihrer Propaganda zu rücken: a) sofortige Beendung des Krieges; b) Desertion der Arbeiter aus den Kriegsbetrieben; c) Wegzug der Bevölkerung aus den bedrohten Regionen; d) Schaffung eigener Schutz- und Hilfsorgane für die Bevölkerung; e) Schaffung eines bewaffneten Selbstschutzes gegen die Gestapo; f) Organisierung von Partisanentätigkeit gegen die Hitlerbanden sowie Entfesselung eines massenhaften bewaffneten Kampfes.[66]

Dem ZK der KP Deutschlands zu empfehlen, sich in diesem Sinne mit einem Aufruf an das deutsche Volk zu wenden[67] und zugleich auch die Propaganda unter den deutschen Truppen für die sofortige Beendung des Krieges und den Abzug aus den okkupierten Territorien zu verstärken, wobei die Panikstimmungen der Bevölkerung in Deutschland selbst dazu genutzt werden sollen.

2. Angesichts des Scheiterns von Hitlers Plan, das Protektorat mittels einer tschechischen Marionettenregierung[68] ungehindert für seinen räuberischen Krieg zu benut-

---

ziellen Sicht der Geschichtsschreibung der KP der Tschechoslowakei wurde das Attentat auf Heydrich als eine „isolierte Aktion" kritisiert, „ohne Zusammenarbeit mit der Widerstandsbewegung des Volkes" (Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Berlin (-Ost), Dietz, 1981, S. 176).

66 Die reale Situation in Deutschland wurde von der Moskauer KPD-Führung nicht zuletzt aufgrund ihrer Abhängigkeit bürokratisch und propagandistisch überzeichnet. An „massenhafte bewaffnete Kämpfe" in Deutschland war zu diesem Zeitpunkt nicht zu denken, die utopischen Forderungen Moskaus trafen auf Unverständnis. Als Wilhelm Knöchel von der Moskauer KPD-Führung im Herbst 1942 zum wiederholten Mal die Aufforderung erhielt, Arbeiter- und Soldatenkomitees zu bilden, schrieb er an seine Verlobte und Helferin Cilli Hansmann: „Sitzen die in Moskau auf dem Mond?" (Peukert: Die KPD im Widerstand, S. 345).

67 Am 12. Juni wurde über den Moskauer Sender ein Aufruf der KPD (unterzeichnet von Pieck, Ulbricht, Florin, Hoernle, Sobottka, Arendsee) mit einem entsprechendem Text verbreitet (siehe: Pikarski/Warning: Gestapo-Berichte, Bd. 2, S. 241–244). Als Dokument veröffentlicht in: Margot Pikarski; Günter Uebel (Hrsg.): Der antifaschistische Widerstandskampf der KPD im Spiegel des Flugblattes 1933–1945, Berlin (-Ost), Dietz, 1978, vgl. Dok. 163.

68 Der 3. Staatspräsident der Tschechoslowakischen Republik, Emil Hácha, blieb während der deutschen Okkupation Tschechiens nominell Staatspräsident des Reichsprotektorats Böhmen und Mähren. Für einen Überblick über die deutsche Besatzungspolitik siehe Detlef Brandes: Nationalsozialistische Tschechenpolitik im Protektorat Böhmen und Mähren. In: Detlef Brandes, Václav Kural (Hrsg.): Der Weg in die Katastrophe. Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1938–1947, Essen, Klartext, 1994, S. 39–56.

zen, infolge dessen die Hitlerleute zum Vernichtungskrieg gegen das tschechische Volk übergehen, ist der tschechischen Radioredaktion zu empfehlen, eine äußerst aktive Kampagne zu entfachen unter der Losung: die Antwort auf den Vernichtungskrieg Hitlers gegen das tschechische Volk ist die unverzügliche Organisierung und Entfesselung eines Volksbefreiungs- [und] Partisanenkrieges gegen die Hitlerokkupanten; die Organisierung eines solchen ist zum Hauptanliegen der gesamten Radiopropagandapolitik der KP der Tschechoslowakei zu machen, und dabei sind die nach wie vor unter den tschechischen Genossen existierenden Schwankungen und Unsicherheiten in dieser Frage zu liquidieren.[69]

3. Die nationalen Radioredaktionen zu verpflichten, in ihrer Radiopropaganda diese Positionen in Bezug auf Deutschland und die Tschechoslowakei zu berücksichtigen.

Generalsekretär des EKKI
[Sign.:] G. DIMITROV[70]

69 *Volksbefreiungskrieg*: Die illegale KPTsch hatte sich nach 1938 zunächst für eine nationale Einheitsfront gegen die deutschen Besatzer ausgesprochen, wurde dann jedoch 1939 von der Exilführung auf die Pakt-Politik der Komintern ausgerichtet, was zu großen Widerständen innerhalb der Partei führte. Anfang 1941 wurde die illegale Parteiführung im Land durch die Gestapo zerschlagen, danach brach die Verbindung zwischen der Komintern und der KPTsch ab. Die Mitte 1942 von Josef Molák aufgebaute neue illegale Parteiführung hatte keinen Kontakt mit Moskau, sondern bemühte sich lediglich, ihre Kontakte zu den illegalen Gruppen im Lande zu knüpfen, die einer massiven Verfolgung seitens der deutschen Besatzer ausgesetzt waren. Erst 1943 konnte die Moskauer Exilführung vier KPTsch-Mitglieder als Fallschirmagenten ins Land absetzen, die Kontakt zur Parteileitung im Land aufnahmen, wobei zwei von ihnen verhaftet wurden und mit der Gestapo kollaborierten. Im Umfeld der regionalen KPTsch-Gruppen waren jedoch auch ohne das Zutun der Exilführung Widerstandsgruppen entstanden, die die Linie der „nationalen Einheitsfront" vertraten und sich in die allgemeine Widerstandsbewegung einbrachten (siehe: Detlef Brandes: Die Tschechen unter deutschem Protektorat, Bd. 1, München-Wien, Oldenbourg, 1969, S. 74–78; Bd. 2, 1975, S. 76–86; Jacques Rupnik: Histoire du Parti communiste tchécoslovaque. Des origines à la prise du pouvoir, Paris, Presse de la Fondation nationale des sciences politiques, 1981, S. 142–165).
70 Auf dem Dokument Paraphen von Sucharev, Morozov, Červenkov, Sorkin, Manuilski, Pieck, Florin, Ulbricht, Ackermann, Fürnberg, Ponomarev, Pauker, Šverma, Gerő, Gromov, Kolarov, Belov, Mirov, Guljaev, Rákosi, Wieden, d.i. Ernst Fischer und Friedrich, d.i. Bedřich Geminder.

Dok. 511

Beschluss der Komintern zur Neuausrichtung der Propaganda nach dem Scheitern der deutschen Frühjahrsoffensive

[Ufa], 7.6.1942

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1337, 92–94. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 224–226.

PROTOKOLL /B/ N° 791
DER SITZUNG DER SEKRETÄRE DES EKKI
UND DER POLITISCHEN MITARBEITER IN UFA
vom 7. Juni 1942

ANWESEND: Gen. Gottwald, Dimitrov, Ercoli [d.i. Palmiro Togliatti], Marty, Antipov, Appelt, Anton [d.i. Francisco Antón Sanz], Hexmann, Kopecky, Koplenig, Magnus [d.i. Richard Gyptner], Natanson [auch: Józef Kowalski], Permjakov, Svoboda, Stepanov [d.i. Stojan Minev], Tobosso [d.i. Irene Falcón], Helkonen.

ANGEHÖRT:
§ 1572. Über neue politische Aspekte und Aufgaben unserer polit[ischen] Arbeit und Radiopropaganda.

REFERENT: Gen. Dimitrov.[71]

DISKUSSION: Gen. Gottwald, Marty, Anton [d.i. Francisco Antón Sanz], Ercoli [d.i. Palmiro Togliatti], Stepanov [d.i. Stojan Minev], Koplenig.

BESCHLOSSEN:
1. Angesichts a) des Scheiterns der Pläne Hitlers für eine „Frühlingsoffensive“ infolge der gewaltigen Schläge der Roten Armee und des wachsenden Widerstandes der Völker der okkupierten Länder;[72] b) der Übertragung des Krieges unmittelbar auf deutsches Territorium infolge der Massenbombardements durch die Engländer; c)

---

71 In seinem Referat forderte Dimitrov eine kommunistische Aktionsoffensive in Deutschland wie auch in den okkupierten Ländern. Siehe: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 226–230.

72 Die alljährliche Schlammzeit führte im Frühjahr 1942 zu einer relativen Ruhe an der Front. Allerdings war die deutsche „Frühlingsoffensive“ in Richtung Kaukasus („Fall Blau“) noch keineswegs gescheitert. Vom 15. bis 21.5.1942 eroberte die Wehrmacht die Halbinsel Kertsch, womit die Krim mit Ausnahme Sevastopols in ihrer Hand war. Bei der Eroberung von Kertsch machte die deutsche Armee über 150.000 Gefangene und erbeutete zahlreiches Kriegsgerät. Die Komintern sah jedoch ein Scheitern. So behauptete Dimitrov in seinem Referat, die Operation auf der Halbinsel Kertsch habe Hitlers Angriffspläne für den Frühling endgültig durcheinandergebracht (Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 226).

des Bankrotts der Marionettenregierungen der „Zusammenarbeit“ mit Hitlerdeutschland infolge des Widerstandes ihrer Völker; d) des Anwachsens des Widerstands gegen Hitler unter seinen Vasallen und der gegenseitigen Bekämpfung der Vasallen untereinander;[73] e) des Übergangs zum immer aktiver werdenden Widerstand und des Beginns der Offensive gegen die Okkupanten in einer Reihe von Ländern; f) des Übergangs der Hitlerbanden zum Vernichtungskrieg gegen die Völker der okkupierten Länder, vor allem gegen die Tschechen; g) der aus all dem resultierenden Verschärfung der inneren Schwierigkeiten für Hitler in Deutschland selbst – ist es als notwendig zu erachten, unsere Radiopropaganda und unsere Losungen in folgender Richtung zu aktivieren: a) Übergang vom Widerstand zur aktiven Offensive auf ganzer Linie gegen die Hitlerleute. b) Für Deutschland: Die Hauptlosung ist die unverzügliche Beendigung des Krieges, [sowie] Losungen für unmittelbare aktive Handlungen (Schaffung eines bewaffneten Selbstschutzes, von Partisanenverbänden u.ä.).[74] c) Für die okkupierten Länder (vor allem die Tschechoslowakei) ist das zentrale Problem die Organisierung des Partisanenkrieges gegen die Okkupanten. d) Für die Länder der Hitlervasallen – unverzüglicher Bruch mit Deutschland, Einstellung der Kampfhandlungen, Rückkehr der eigenen Truppen von der sowjetisch-deutschen Front, Separatfrieden mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten.

2. Die tschechische, italienische, französische, spanische, polnische und andere Radioredaktionen zu beauftragen, auf dieser Grundlage einen Plan sowie konkrete Losungen für die weiteren Radiosendungen zu entwickeln, [und dabei] die sich vollziehenden Veränderungen in der Lage ihrer Länder und der Verschiebungen im Antihitlerkampf der Massen zu beobachten, zu berücksichtigen und zeitnah auf diese zu reagieren.

3. Den [in] Ufa [stationierten] Teil der Mitarbeiter zu verpflichten, einen engeren politischen Kontakt mit dem Sekretariat des EKKI in Moskau zu halten und ihre eigene Arbeit als untrennbaren Teil der gemeinsamen Arbeit des EKKI zu betrachten, die von Moskau aus geleitet wird.[75]

Der Generalsekretär des EKKI [Sign.] /G. DIMITROV/

---

73 In seinem Vortrag benannte Dimitrov als Beispiele von Dissenz unter den Vassalenstaaten, neben Anti-Hitler-Stimmungen in italienischen und ungarischen Regierungskreisen, Spannungen zwischen Rumänien und Ungarn, einen abzusehenden Bruch Finnlands mit Deutschland sowie das Wirken einer Opposition in der bulgarischen Armee (siehe: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 228).

74 Vgl. entsprechende Formulierungen und Umsetzungen der KPD (siehe: Dok. 510).

75 Bereits im Januar 1942 wurde der Komintern-Apparat partiell (darunter Teile der Presse- und Telegrafenagentur) nach Moskau zurückverlegt (Dimitroff: Tagebücher, I, S. 473–474). Mitte März 1942 kehrte bereits ein großer Teil der Führungskader (ca. 60 Personen, darunter auch Dimitrov und Manuilski) nach Moskau zurück (Ibid., S. 493f.), so dass die Aktivitäten der Komintern faktisch wieder von Moskau aus geleitet wurden. Am 2.6.1942 erhielt Dimitrov von Stalin die Erlaubnis, für einige Tage nach Ufa zurückzukehren, u.a. um die hier wiedergegebene Sitzung abzuhalten (ibid., S. 528ff.).

Dok. 512

Brief Manuilskis an Stalin zur nichtöffentlichen Würdigung des 60. Geburtstags Dimitrovs

[Moskau], 11.6.1942

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/763, 73. Erstveröffentlichung.

An Genossen STALIN.–

Lieber Genosse Stalin,
Am achtzehnten Juni wird Gen. Dimitrov sechzig Jahre alt. Da ich mir der Tatsache bewusst bin, dass es unter den Bedingungen des Krieges nicht zweckdienlich wäre, dieses Jubiläum in der Presse zu begehen,[76] bitte ich Sie darum, den leitenden Mitarbeitern des Exekutivkomitees der Komintern zu erlauben, sich mit einem internen kameradschaftlichen Grußbrief an Gen. Dimitrov zu wenden, der weder in unserer, noch in der ausländischen Presse veröffentlicht wird.

[Sign.] /D. Manuilski/[77]

An Gen. Manuilski
Da gibt es doch nichts zu bitten, – es versteht sich von selbst, dass man sich mit einem Brief an Gen. Dimitrov wenden muss.[78]
I. Stalin

---

76 Die hier zum Ausdruck kommende Zurückhaltung in der Propagierung von Komintern-Angelegenheiten markiert den Vorlauf zur Auflösung der Komintern ein knappes Jahr später.
77 Der folgende Text ist die handschriftlich auf das Dokument geschriebene Antwort Stalins.
78 Eine Grußbotschaft leitender EKKI-Kader konnte bislang nicht eruiert werden. Dimitrov vermerkte am 18.6.1942 in seinem Tagebuch: „Gut, daß es keine offiziellen Feierlichkeiten gab. Dafür sehr viele nichtoffizielle Grüße und Glückwünsche (Parteikomitee des EKKI, KJI, sowjetischer Komsomol, Moskauer Parteikomitee, Redaktion der „Komsomolskaja Prawda“, deutsche, italienische, tschechische, spanische, ungarische, rumänische, jugoslawische, bulgarische, französische, österreichische u.a. Parteien, die Gruppe der Aktivisten, die für den Auslandseinsatz vorbereitet wird, das Kollektiv der EKKI-Mitarbeiter, das Parteikomitee, die deutschen Schriftsteller, Schwernik, Jaroslawski und Manuilski mit Familie, die Gruppe der Leibwache u.a.).“ (Dimitroff: Tagebücher, I, S. 539).

Dok. 513

Brief Wilhelm Piecks an Dimitrov über Beanstandungen an den deutschen Sendungen des INO-Radios

[Moskau], 15.6.1942

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/74/155, 95. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 231–232.

Lieber Genosse Dimitroff!
In meiner für gestern Abend vorhergesehenen Ansprache im Ino-Radio über den Bündnisvertrag[79] wurde folgende Formulierung beanstandet:[80]

„Schafft Euch eine nationale deutsche Friedensregierung, die endgültig Schluss macht mit allen Aggressionsplänen der deutschen Imperialisten und mit der Unterjochung anderer Völker, die sofort alle Kriegshandlungen einstellt und die deutschen Truppen aus allen fremden Ländern zurückzieht, die den gewaltigen Kriegsapparat abbaut und dem deutschen Volke wieder die Möglichkeit friedlicher Aufbauarbeit verschafft. Nur eine solche Regierung wird einen für das deutsche Volk ehrenhaften Frieden schliessen können“.

Die Beanstandung bezieht sich lediglich auf die Formel „Schafft Euch eine nationale deutsche Friedensregierung“, weil diese Formulierung noch nicht in dem Register der bestätigten Formulierungen enthalten ist.[81] Damit haben die Genossen zwei-

---

79 *Bündnisvertrag:* Am 26.5.1942 unterzeichneten die Sowjetunion und Großbritannien einen Vertrag über militärische Zusammenarbeit gegen Hitlerdeutschland sowie über gegenseitige Hilfe nach Kriegsende. Beide Seiten verpflichteten sich, keine gegen das Interesse des Partners gerichtete Separatverträge zu unterzeichnen. Dem vorausgegangen war ein Besuch Molotovs in London sowie ein Telegrammaustausch zwischen George VI. und Michail Kalinin (zum Text des Abkommens und zur Molotovs-Stalin-Korrespondenz zu den Verhandlungen siehe: Laufer/Kynin: Die UdSSR, S. 46ff; Detlef Brandes: Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 1939–1943. Die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens im Londoner Exil vom Kriegsausbruch bis zur Konferenz von Teheran, München, Oldenbourg, 1988, S. 301ff.).

80 Nicht zum ersten Mal wurden Beschwerden deutscher Kommunisten gegen das Vorgehen der sowjetischen Zensur laut, da letztere u.a. alle Anspielungen auf die Verwirklichung des Sozialismus in der Auslandsberichterstattung zu vermeiden suchte. So schrieb Walter Ulbricht am 17.7.1941 an Palmiro Togliatti: „In der Rede des Genossen Hoernle wurde […] gestrichen: ‚Ihre Sowjets wählen sie [die sowjetischen Bauern] selbst in geheimer, gleicher und direkter Stimmabgabe.‘ Diese Streichung bedeutet, daß wir nicht einmal mehr Propaganda machen dürfen für die Demokratie.“ (SAPMO-BArch, Berlin, I 6/3/287, 20).

81 *Bestätigte Formulierungen*: Eine rigorose Vorzensur von Radiobeiträgen wurde in der Sowjetunion bereits 1925 eingeführt, erwies sich jedoch zunächst aufgrund des Echtzeit-Charakters des Mediums als im Vergleich zur Zensur von Druckmedien wenig effektiv. Die Zensurmaßnahmen wurden im Verlauf der 1930er Jahre massiv verschärft, Live-Sendungen wurden mit Beginn der 1940er Jahre faktisch abgeschafft (Gorjaeva: Političeskaja cenzura, S. 246–283).

fellos recht und es ist deshalb notwendig, dass Du mit dem Genossen Scherbakow über die Aufnahme einer solchen Formulierung in das Register sprichst.

Die Formulierung ergibt sich ganz naturgemäss aus dem Artikel 2 des Bündnisvertrages, wo es heisst:

„Die hohen vertragschliessenden Seiten verpflichten sich, keinerlei Verhandlungen einzuleiten mit der Hitlerregierung oder irgend einer anderen Regierung in Deutschland, die nicht klar und deutlich alle aggressiven Absichten aufgibt ...“

In diesem Sinn hattest Du auch in Deinen Ausführungen in der Sitzung am Freitag die Forderung nach der Schaffung einer zentralen Regierung gestellt, die im Stande ist, den Krieg zu beenden und den Frieden zu bringen. Für unsere Propaganda in Deutschland ist es zweckmässig die Forderung so zu formulieren: Schaffung einer nationalen deutschen Friedensregierung, weil sich eine solche Formulierung schärfer im Bewusstsein der Massen einprägt. Natürlich muss man dabei diese Regierung so charakterisieren, wie das oben geschehen ist, um keine Zweifel aufkommen zu lassen, was diese Regierung sein soll.[82]

Ich bitte Dich noch heute mit dem Genossen Scherbakow zu sprechen, damit ich heute abend im Ino-Radio sprechen kann. Es ist die höchste Zeit, dass wir uns dazu äussern.[83]

Mit bestem Gruss!
[Sign.] Pieck

Am 21.7.1942 beschloss das sowjetische Politbüro die Einführung von drei neuen Orden, die nach Kriegshelden der Zarenzeit oder früheren Epochen (Aleksandr Suvorov, Michail Kutuzov, Aleksandr Nevskij) benannt wurden.[84]



---

82 Die Losung der „nationalen Friedensregierung“ wurde schließlich angenommen. Im sog. „Friedensmanifest an das deutsche Volk und an die deutsche Wehrmacht“ vom 6.12.1942 (siehe Dok. 518) war die Rede von „Sturz der Hitlerregierung und Schaffung einer nationalen demokratischen Friedensregierung“ (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, V, S. 569; siehe auch: Morré: Hinter den Kulissen, S. 39ff.; vgl. Dok. 519).

83 Am gleichen Tag rief Dimitrov in dieser Angelegenheit bei Ščerbakov an (RGASPI, Moskau, 495/74/155, 93–94).

84 RGASPI, Moskau, 17/3/1045, 1.

Dok. 514
Bericht über eine gemeinsame Sitzung des EKKI-Sekretariats mit den nationalen Radioredaktionen

[Moskau], 13.8.1942

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1338, 102–103. Erstveröffentlichung.

Bericht über die am 13.VIII. stattgefundene Beratung.[85]

Auf Grund der Durchsicht der Sendungen des letzten Monats stellten wir folgende Fragen:[86]

1. In unseren Sendungen überwiegen allgemein politische Fragen und wir stellen zu wenig von uns aus selbständige Probleme.

(Beispiel: Ungarische Sendung und Hans Weber)[87] Wir bleiben haften an den politischen Tagesfragen und auch blosse Information überwiegt in vielen unserer

85 Dimitrov vermerkte am 13.8.1942: „Sitzung des Sekretariats mit den Mitarbeitern der Rundfunkredaktionen und unseren Kommentatoren bei Inoradio. Kritische Analyse der Arbeit der nationalen Rundfunkredaktionen. Eine fruchtbare Diskussion. Habe klargemacht, was uns der Augenblick abverlangt." (Dimitroff. Tagebücher, I, S. 571).

86 Über das breit gefächerte Angebot der Komintern-Propagandasender berichtete Dimitrov am 1.8.1941 an die Komintern-Funkstelle London: „Machen auf Rundfunksender aufmerksam, die seit kurzem in verschiedenen Ländern geheimen Sendebetrieb aufgenommen haben. Sonntags, dienstags und freitags von 22.00–23.00 Uhr ‚Christlicher Sender' auf Deutsch, Italienisch, Französisch, Polnisch, Ungarisch und Slowakisch. Alle Sendungen auf Kurzwelle 30 bis 31 Meter. Künftig an gleichen Tagen Sendungen von ‚Tadeusz Kosciuszko' auf Polnisch, ‚Für die Befreiung des Volkes' auf Tschechisch. Beide von 21.00–21.35 Uhr auf Kurzwelle 36 bis 37 Meter. An gleichen Tagen senden ‚Milano Libertà' auf Italienisch und ‚España Independiente' auf Spanisch von 23.35–24.10 Uhr auf Kurzwelle 33 bis 34 Meter. Künftig montags, mittwochs und sonnabends von 22.00–22.36 Uhr ‚Christo Botev' auf Bulgarisch und ‚Romania Libera' auf Rumänisch über Kurzwelle 41 bis 42 Metern. Alle Zeitangaben in Mitteleuropäischer Zeit. Empfehlen, Sender abzuhören und alle interessierten Kreise darüber zu informieren. Teilt uns mit, wie Empfang ist und wie ihr die Sendungen nutzt. Montags, mittwochs und sonnabends von 23.00–23.20 Uhr sendet ‚SA Mann Hans Weber' auf Deutsch auf Kurzwelle 30 Meter." (RGASPI, Moskau, 495/184/4 (Ausgang 1941), 41. Publ. in: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 379–380). Zu einem Bericht über Inhalt und Taktik weiterer deutschsprachiger Komintern-Sender siehe Dok. 517.

87 „SA-Mann Hans Weber – Sender der SA-Fronde" war der Name eines von Fritz Erpenbeck und Walter Ulbricht initiierten Komintern-Senders, der vom 29.9.1941 bis 1944 aktiv war. Ziel war nicht, wie bei anderen Sendern der Komintern, die Versorgung mit Information, sondern die Demoralisierung und Desinformation der SA und der niederen NSDAP-Chargen. Die Sendung wurde von zwei fiktiven Charakteren, den abtrünnigen SA-Männern „Hans Weber" (Fritz Erpenbeck) und „Max Schröder" (Max Keilson) moderiert, die im Berliner bzw. Ruhrpott-Dialekt in lockerer Weise Alltagsmeldungen verlasen und kommentierten. Der Sender wurde von Soldaten viel gehört, wie britische Vernehmungsprotokolle offenbaren. Allerdings verstanden die meisten Hörer den Begriff „Fronde" nicht, so dass der Sender als „Sender der SA-Freunde" bekannt war. Siehe: Pütter: Rundfunk gegen das „Dritte Reich", S. 309–311; Carola Tischler: Die rote Welle. Der deutschsprachige Rundfunk aus der Sowjetunion

Sendungen. Zum Beispiel in den letzten Tagen wird Indien in jeder Sendung in Berichterstattungsform gegeben. (in der ungarischen Sendung wird sogar betont, dass Indien im Mittelpunkt des Interesses steht.)[88]

2. Zur Ernte wurde in fast allen Sendungen eine gute Kampagne geführt, wobei in einer Reihe von Beispielen aufgezeigt wurde, mit welchen Formen die Abgabe des Getreides an die Deutschen verhindert und das Land vor dem Hunger gerettet werden kann.

3. Die Partisanenbewegung, ihre Organisierung und Entfaltung wird noch immer nicht als zentrale Frage behandelt. Viel zu wenig wird die Möglichkeit des Partisanenkampfes und ihre Bedeutung aufgezeigt. Ungenügend wird auch das jugoslawische Beispiel ausgenützt.[89]

4. Zur Frage der Sabotage. Diese Frage ist aus unseren Sendungen fast verschwunden. Die Redaktionen begründen das damit, dass es an Material fehlt und es schwer ist, solche Dinge auszudenken. Das ist nur bedingt richtig, denn unsere Aufgabe ist es, die Berechtigung der Sabotage als patriotische Tat im Interesse des Volkes zu beweisen und zu erklären. Das kann durch konkrete Ratschläge in indirekter und in Form von Beispielen geschehen. Wir müssen uns auch gegen pazifistische Ansichten wenden, die sich gegen aktive Handlungen in der jetzigen Zeit stellen.

5. Vollkommen fehlt noch der systematische Kampf gegen Provokationen und gegen korrumpierte Elemente in den eigenen Reihen. In diesem Zusammenhang muss fortlaufend die Notwendigkeit und Bedeutung der Unterstützung und aktive Solidarität für die Antihitlergegner [sic] aufgezeigt werden.

6. Die jetzige Periode erfordert den Zusammenschluss der Massen auf der breitesten Grundlage, die wirklich konkrete Schaffung der nationalen Front.[90] Statt kühn die Frage der nationalen Front aufzurollen, ihr Programm auszuarbeiten und ständig zu popularisieren, hinzuweisen, mit welchen Elementen, Gruppen und Parteien im Lande diese Antihitlerfront geschaffen werden kann und muss, finden wir in manchen Sendungen ein unernstes oder sektantenhaftes Herangehen an diese wichtige politische Aufgabe. (Beispiel: Ungarische Sendungen, die den Zusammenschluss

---

(1929 bis 1945). Mit Beiträgen von Wolfgang Mühl-Benninghaus und Ansgar Diller, Potsdam, Verlag für Berlin-Brandenburg, 2001 (Veröffentlichungen des Deutschen Rundfunkarchivs, Bd. 29), S. 105ff.; Fritz Erpenbeck: „Hier spricht der Sender der SA-Fronde…“. In: *Beiträge zur Geschichte des Rundfunks* (1974), 4, S. 7–15.

88 Der Spätsommer 1942 bildete einen Höhepunkt der antikolonialen Bewegung in Indien. Der Indische Nationalkongress unter Mahatma Gandhi rief im Juli zum zivilen Widerstand auf, falls die Briten Indien nicht in die Unabhängigkeit entließen. Die Kolonialherren antworteten darauf mit Massenverhaftungen.

89 Die überaus erfolgreiche jugoslawische Partisanenbewegung war ein zentrales Thema in den „Internen Mitteilungen des EKKI“ (siehe Dok. 509).

90 Zur Genese des Begriffes der „nationalen Front“ siehe Dok. 491.

der ungarischen Emigration in England, Amerika nur registrieren, ohne die Schlussfolgerungen für das Land aufzuzeigen. Oder in der rumänischen Sendung, wo man das bulgarische Beispiel mechanisch aufgriff,[91] ohne diese Frage zu durchdenken, einfach einem Redaktionsmitglied den Auftrag gab, ein Programm auszuarbeiten und diesen Artikel sogar ohne Durchsicht von dem verantwortlichen Redakteur in der Sendung laufen lassen wollte. Die Zentral-Redaktion liess natürlich diesen Artikel nicht durch.) Der Zusammenschluss der Massen zu einer nationalen Front (die Bezeichnung kann in jedem Lande verschieden sein) ist eine aktuelle und dringende Aufgabe.

7. Mangelnde Ausnützung unseres Materials. Die Redaktionen klagen oft über ungenügende Information, aber dem gegenüber ist festzustellen, dass die Informationen, die wir durch Radio, Telegramme und TASS haben, viel zu wenig verwendet werden. Gerade diese Berichte aus dem Lande können den gesamten Charakter der Sendungen bestimmen und sie zu wirklich im Lande stehenden Sendungen machen. Beispiele dafür sind die finnischen und bulgarischen Sendungen. Das finnische Radio und die finnische Presse muss sich fast täglich mit unseren Sendungen beschäftigen und mit uns polemisieren. In Bulgarien wurde ein eigener Regierungssender geschaffen, der sich mit den Argumenten unseres Senders beschäftigen muss. Diese Tatsachen zeigen, dass diese Sendungen im Lande Einfluss haben.

Nach einer ausführlichen Diskussion, in der vor allem die Richtigkeit der Kritik betont wurde, stellte Genosse Dimitroff u. a. folgende Fragen:

Aus der Kritik müssen die Redaktionen die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen. Sei können keineswegs mit dem Erreichten zufrieden sein. Sie dürfen nicht vergessen, dass unsere Sendungen ein leitendes Organ zu sein hat für alle, die wissen wollen, was im Lande zu machen ist. Das nationale Radio muss eine organisierende Rolle spielen und als seine Hauptaufgabe die Organisierung der Antihitlerkräfte im Lande ansehen. Die Aufgabe ist: Das Hitlerlager im Lande zu zersetzen und alle Schichten im Lande gegen die Hitlerkräfte zu organisieren. Von dieser Aufgabenstellung aus gesehen bleibt unsere Propaganda hinter den Erfordernissen zurück. Wenn wir als das Neue in der jetzigen Etappe des Hitlerkrieges u. a. feststellen, dass Rumänien, Ungarn, Finnland gezwungen sind, für Hitler grosse Truppenkontingente herzugeben, so bedeutet das die Vernichtung grosser Volksteile. Wir haben es in der Hand, die Leiden der Völker und die Dauer des Krieges selbst zu verkürzen, das Land vor dem Untergang zu retten, wenn wir den Massen den Weg dazu aufzeigen.

91 *Bulgarische Beispiel*: Am 17.7.1942 rief Dimitrov die Kommunistische Partei dazu auf, in Bulgarien eine Vaterländische Front gegen die bulgarische Kollaborationsregierung zu bilden. Zum Aufruf Dimitrovs als „Versuch, die BKP als Sprachrohr für nationale Ansichtent und Vorstellungen zu präsentieren" siehe: Gerd R. Ueberschär: Handbuch zum Widerstand gegen Nationalsozialismus und Faschismus in Europa 1933/39 bis 1945, Berlin-München, De Gruyter, 2011, S. 54.

In diesem Zusammenhang steht die Frage der Schaffung der nationalen Front. Es muss überlegt werden, wo und wie man beginnen kann, welches die Kräfte sind, die die nationale Front schaffen können und wer den ehrlichen patriotischen Elementen, bei den Arbeiterorganisationen und Bauernorganisationen, bei den oppositionellen Parteien und Gruppen und in erster Linie bei den Kommunisten liegt. Wir dürfen keine enge sektantenhafte Politik betreiben, sondern uns mit allen verbinden, die gegen das volksfeindliche Regime sind.[92] Für diese nationale Front muss eine Plattform ausgearbeitet werden. Diese ist kein ausführliches Programm der Zukunft und beschäftigt sich nicht damit, wie das Land nach dem Kriege ausschauen wird, sondern es ist das Programm des Kampfes gegen die hitlerischen Versklaver, für die Beendigung des Krieges, für die Rettung des Landes und des Volkes vor weiterem Verbluten und vor Untergang. Durch Aufzeigung der Sabotage gegen die Kriegstreiber und Kriegsverlängerer als patriotische Pflicht, durch konkrete Popularisierung des Volkskampfes, des Partisanenkrieges, geben wir der nationalen Front Mittel in die Hand zur Führung dieses Kampfes.

Wir müssen uns bei unserer Arbeit vermittels unserer nationalen Sendungen unserer Verantwortung vor Volk und Land bewusst sein. Wir müssen klar sehen, dass die hitlerische Offensive im Süden[93] die endgültige Niederlage Hitlerdeutschlands zwar nicht aufhebt, aber die Gefahr in sich birgt, wenn die hitlerischen Pläne nicht durchkreuzt und zerschlagen werden, dass der Krieg verlängert und der Sieg über den Hitlerfaschismus hinausgeschoben wird. Es gibt einen Faktor, der den deutschen Faschisten es unmöglich machen kann, den Krieg weiter herauszuziehen, zu verlängern. Das ist der Kampf der Volksmassen. Unsere Pflicht ist es, diesen Faktor einzusetzen, ihn so zu stärken, dass dem Faschismus in seinem Hinterland tödliche Schläge versetzt werden können. Dies zu erreichen, ist unsere Pflicht. Wir müssen, wie seinerzeit die Frühjahrsoffensive, auch die Sommeroffensive durch Einsatz der Volkskräfte in den einzelnen Ländern durchkreuzen und so der Roten Armee helfen, vernichtende Schläge den Hitlerarmeen zu versetzen.

Von diesem Gesichtspunkt aus unsere Aufgaben gesehen müssen wir sagen, dass die wesentlichen Bindeglieder, die diesen Faktor – die Volksmassen – mobilisieren können, von uns nicht erfasst werden und wir so hinter unseren Pflichten und Aufgaben zurückbleiben. Unsere Radiopropaganda muss vervollkommnet werden, wir müssen sie besser machen, geschickter gestalten.

Als Ergebnis der Beratung wurde eine kurze Resolution zur Anleitung für die Arbeit der Redaktionen ausgearbeitet.[94]

---

92 In der Zusammenfassung seines Redebeitrags im Tagebuch drückte sich Dimitrov noch drastischer aus: „Jegliche *Emigrantentümelei* ist zu unterlassen, es muß ein Gefühl für das *eigene Land* und das *eigene Volk* entwickelt werden.“ (Dimitroff: Tagebücher, I, S. 572).

93 Gemeint ist die deutsche Offensive im Kaukasus. Siehe Dok. 511.

94 In der Resolution zu dieser Sitzung wurden die im vorliegendem Dokument aufgezählten Mängel erwähnt und die Direktiven Dimitrovs eingearbeitet (siehe: RGASPI, Moskau, 495/18/1338, 111–112. Publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 249–251).

Dok. 515
Beschluss der Komintern über die Antifa-Schulen

[Moskau], 25.8.1942

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1338, 122–123. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 251–253.

PROTOKOLL /B/ N° 802
DER SITZUNG DES SEKRETARIATS DES EKKI
vom 25. August 1942.

ANWESEND: Gen. Dimitrov, Manuilski, Marty, Pieck, Florin, Ackermann, Belov, Günter [?], Kolarov, Koplenig, Michel, Pauker, Rákosi, Szántó, Ulbricht, Försterling, Friedrich [d.i. Bedřich Geminder], Fürnberg, Soprunenko (NKVD), Stojko [?].

ANGEHÖRT:
§ 1583. Über die Kriegsgefangenenschulen.

REFERENT: Gen. Jancen.[95]

DISKUSSION: Gen. Stojko, Fürnberg, Rákosi, Manuilski, Pauker, Ulbricht, Koplenig, Florin, Dimitrov.

BESCHLOSSEN:
1. Am 10. August d.J. schloss die erste Gruppe von Hörern die antifaschistische Schule für kriegsgefangene Soldaten ab, die zur Vorbereitung von antifaschistischen Funktionären aus ihrer Mitte für die massenpolitische Arbeit unter den Kriegsgefangenen geschaffen wurde.[96] Das Ergebnis der Arbeit der Schule sowie die Analyse der

---

95 Nikolaj Francevič Jancen (deutsche Schreibweise: Janzen, 1904–1973) war ein baltendeutscher Philosophieprofessor in Leningrad, bevor er von der 7. Verwaltung mobilisiert wurde. Er leitete die erste Antifa-Schule in Oranki, wo er einigen Überlieferungen zufolge auf die Schüler eine große Wirkung ausübte. Nach Kriegsende lehrte er an der Parteihochschule der VKP(b), war 1956–1965 Gastprofessor in Leipzig. Zu den Erinnerungen ehemaliger Antifa-Schüler an Janzen, siehe: Rudolf Fey: Ein Totgesagter kehrt zurück, Berlin, Militärverlag der DDR, 1989, S. 285–288; Heinz Hoffmann: Moskau Berlin: Erinnerungen an Freunde, Kampfgenossen und Zeitumstände, Berlin (-Ost), Militärverlag der DDR, 1989, S. 62–64.

96 Das Konzept einer viermonatigen Schulung von deutschen, österreichischen, sudetendeutschen und rumänischen Kriegsgefangenen in einer sogenannten Antifa-Schule wurde von der im Januar 1942 gegründeten EKKI-Kommission für Kriegsgefangenenfragen ausgearbeitet. Die Schulen sollten der Lagerverwaltung der NKVD unterstehen und von einem Propagandisten der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee geleitet werden. Funktionäre der kommunistischen Parteien Deutschlands und Rumäniens sollten als Lehrer fungieren. Die für die Schule ausgewählten Kriegsgefangenen sollten nach Beendigung der Kurse selbst als Propagandisten unter Kriegsgefangenen tätig sein und für andere Zwecke eingebunden werden. Die erste Antifa-Schule nahm ihre Arbeit am 10.5.1942 im

gesamten Tätigkeit der Schule in den drei Monaten hat gezeigt, dass die Schaffung einer solchen Schule zweckmäßig gewesen ist und sich vollkommen bewährt hat. Die Leitung der Schule hat zusammen mit dem gesamten Lehrerkollektiv bestimmte positive Resultate bei der Vorbereitung und Erziehung bewusster Antifaschisten aus dem Milieu der Kriegsgefangenen erbracht, die in der Lage sind, massenpolitische Arbeit in den Kriegsgefangenenlagern zu leiten.

2. Als zweckmäßig anzuerkennen, alle Absolventen der Schule zur Arbeit in die Lager zu kommandieren und sie dort entsprechend der ihnen von der Schule und der Kriegsgefangenenkommission erteilten fachlichen und politischen Beurteilungen einzusetzen. Der Leiter der Lager, Gen. Soprunenko,[97] hat den Lagerkommissaren die notwendigen Anweisungen über die Leitung der Arbeit der Absolventen im Lager, über ihre zweckgerechte Verwendung und über die Sorge um ihre weitere politische Entwicklung zu erteilen, und sie zu verpflichten, nach Ablauf von zwei Monaten konkrete Informationen über die Arbeit eines jeden Absolventen zu übermitteln.[98]

3. Als unabdingbar anzuerkennen, die Zahl der Höher der antifaschistischen Schule im zweiten Lehrgang auf 50 Rumänen, 85 Deutsche und 15 Österreicher festzulegen.[99] Sofort ist damit zu beginnen, eine zusätzliche Auswahl von Hörern aus dem Krasnogorsker Lager und den Arbeitslagern zu treffen.[100] Das Auswahlverfahren ist spätestens bis zum 10. September abzuschließen, der Unterricht des zweiten Lehrgangs ist am 15. September zu beginnen. Ausbildungsende – 15. Dezember.

Kriegsgefangenenlager Oranki bei Gorki (heute Nischni Nowgorod) auf, später kamen weitere Einrichtungen hinzu. Siehe: Morré: Hinter den Kulissen, S. 34–36. Das Standardwerk für die Antifa-Schulen ist: Gert Robel: Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Antifa, München, Verlag Ernst und Werner Gieseking, 1974. Zum Programm der Antifa-Schulen und der Zusammensetzung der Schüler siehe Morré: Hinter den Kulissen, S. 117–136.

97 Petr Soprunenko (1908–1992), einer der Verantwortlichen für die Ausführung des Massakers von Katyn, war Leiter der NKVD-Hauptverwaltung für Angelegenheiten der Kriegsgefangenen und Internierten (russ.: *Glavnoe upravlenie po delam voennoplennych i internirovannych*, GUPVI), der die Kriegsgefangenenlager unterstanden. Zur GUPVI siehe: Karner: Im Archipel GUPVI; Hilger: Deutsche Kriegsgefangene, S. 82–96.

98 Entsprechende Berichte, die von der GUPVI an Dimitrov verschickt wurden, sind u.a. für Anfang 1943 überliefert. Siehe: RGASPI, Moskau, 495/77/31, 76–82.

99 Im ersten Lehrgang der Antifa-Schule von Oranki wurden 120 Deutsche, 15 Österreicher, 10 Sudetendeutsche und 80 Rumänen ausgebildet (Morré: Hinter den Kulissen, S. 35).

100 Nach dem Sieg der Roten Armee bei Stalingrad und der in Folge des Zustroms neuer Kriegsgefangener erfolgten Umorganisierung des Kriegsgefangenenschulungswesens zog die Antifa-Schule von Oranki im Frühsommer 1943 nach Krasnogorsk um und wurde analog zum Krasnogorsker Kriegsgefangenenlager Nr. 27 als „Schule Nr. 27" bezeichnet. Sie stellte eine auch als „Politschule" bekannte Bildungsstätte für einen kleinen Kreis ausgewählter Kriegsgefangener dar, während die „Massenkurse" (1000–1500 Hörer, die innerhalb von 4–6 Wochen ausgebildet wurden) von einer im Juni 1943 neu gegründeten Antifa-Schule in Juža durchgeführt wurden (Morré: Hinter den Kulissen, S. 118; Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 313–315).

4. Im Kriegsgefangenenlager Oranki eine Nebenstelle der Schule für antifaschistisch gesinnte Offiziere in Form eines Spezialseminars einzurichten.[101] Der Unterricht ist mit Hilfe eines erweiterten Programms, das für die Schule bestimmt ist, durchzuführen. Zur Durchführung des Seminars sind als Lehrkräfte die Lehrer der Schule und der Instrukteur der Schule, Gen. Wagner [d.i. Otto Braun], heranzuziehen. Die allgemeine Leitung der Arbeit des Offiziersseminars ist dem Leiter des Lehrbereichs, Gen. Jancen, aufzuerlegen. Als Teilnehmer des Seminars ist ein von der Kommission ausgewähltes Kontingent zu bestimmen. Der Tätigkeitszeitraum des Seminars ist vom 15. September bis zum 15. Dezember 1942 festzulegen.

5. Der Kommission zur politischen Arbeit unter den Kriegsgefangenen nahezulegen, eine lebendigere, enge und konkrete Verbindung zur Schule aufzubauen und ihre Hilfe zu verstärken durch regelmäßige Reisen dorthin von Politarbeitern, durch die Abkommandierung von Schriftstellern sowie die Versorgung der Lehrkräfte mit allen vorhandenen Informationsmaterialien sowohl für die deutsche, als auch für die rumänische Abteilung. Der Schule sind aus der Bibliothek Bücher in deutscher und rumänischer Sprache entsprechend der Liste auszugeben.

6. Eine Lehrkraft zur Durcharbeitung von zusätzlichen Österreich-bezogenen Themen mit der Gruppe österreichischer Hörer abzustellen.

7. Die Unterrichtserfahrung hat gezeigt, dass das Lehrprogramm, mit dem die Schule gearbeitet hat, den gestellten Anforderungen entspricht. Trotzdem ist es notwendig, das Programm für den zweiten Lehrgang in einigen Teilen zu verändern und durch zusätzliche Fragestellungen zu ergänzen.[102] Die von der Kommission und dem Lehrerkollektiv eingebrachten Änderungs- und Ergänzungsvorschläge zum Programm sind gutzuheißen. Gen. Kondakov (ZK VKP(b)), Ulbricht, Jancen und Stojko sind damit zu beauftragen, die eingebrachten Vorschläge auszuarbeiten und sie in das Programm des zweiten Lehrgangs einfließen zu lassen.

---

101 *Antifaschistische Offiziere*: Bereits im Herbst 1941 wurden Gespräche mit einzelnen kriegsgefangenen deutschen Offizieren geführt. Als Ergebnis wurde im Frühjahr 1942 – gegen anfängliche Bedenken der KPD – eine erste Gruppe „antifaschistischer Offiziere“ gegründet, was die Durchführung einer „Ersten Konferenz antifaschistischer Offiziere“ am 30.–31.5.1942 zur Folge hatte. Am 22.6.1942 beschloss das EKKI, „Antihitleristen“ unter den Offizieren systematisch zu schulen (Morré: Hinter den Kulissen, S. 38–39). Die „antifaschistische“ Schulung von Offizieren nahm im Kriegsverlauf größere Ausmaße an. So wurde 22.5.1944 an Manuilski berichtet, in den vierten Lehrgang der „Schule Nr. 27“ seien 525 Hörer aufgenommen worden, darunter 143 Offiziere (RGASPI, Moskau, 495/77/40, 4).

102 Bereits beim Programm des ersten Lehrgangs der Antifa-Schule gab es Differenzen u.a. über die Gewichtung der Rolle der KPD in den Unterrichtsmaterialien. Als Manuilski am 6.4.1942 Dimitrov einen Entwurf Ulbrichts für Lehrmaterialien eines Kurses „zur Entlarvung des Faschismus“ zusandte, schrieb er im Begleitbrief: „Mein Widerspruch zum Entwurf besteht darin, dass in ihm der Teil über die Kompartei Deutschlands stark verbreitert wird, wodurch die Kurse in eine Art Parteischule verwandelt werden.“ (RGASPI, Moskau, 495/77/15, 65).

8. Mit den entsprechenden Instanzen die konkreten Fragen der Schule zu regeln (Ernährungs- und Kleidungszuteilungsnormen für die Hörer der Schule, Situation der Lehrkräfte, Instandsetzung des Schulgebäudes, Beleuchtung der Schule u.a.), um eine reibungslose Arbeit der Schule zu gewährleisten und die bestmöglichen Unterrichtsresultate zu erreichen.

Der Generalsekretär des EKKI [Sign.] /G. DIMITROV/

[Sign.:] Ulbricht
Fürnberg
Szántó

Dok. 516

Schreiben Dimitrovs an Pantelejmon Ponomarenko über die Bestellung von Sprengstoff und Zubehör für die Komintern

[Moskau], 1.9.1942

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/163, 30. Erstveröffentlichung.

Abs[olut] geheim.

CK VKP(b).–

An Genossen PONOMARENKO.
Ich bitte Sie, uns aus den bei Ihnen vorhandenen Beständen zukommen zu lassen:[103]

10 kg. TNT,
800 Sprengkapseln,
150 Meter Zündschnur,
3 el[ektrische] Sprengmechanismen,
100 Pistolen und Munition für sie.[104]
Ich beauftrage Gen. I.A. Morozov damit, oben Aufgelistetes in Empfang zu nehmen.[105]

---

103 Pantelejmon Ponomarenko (1902–1984), Mitglied des ZK der VKP(b), war Vorsitzender des am 30.5.1942 gegründeten Zentralen Stabs der Partisanenbewegung, der die Aktivitäten der Partisanen auf dem Gebiet der UdSSR im Hinterland des Feindes koordinierte. Auch wenn das Schreiben an das ZK der VKP(b) adressiert ist, meint Dimitrov mit den „bei Ihnen vorhandenen Beständen" offensichtlich die Bestände des Zentralen Stabs.
104 Die Waffen und der Sprengstoff dienten höchstwahrscheinlich zur Ausstattung der Fallschirmagenten, die von der Komintern in Zusammenarbeit mit der Aufklärungsverwaltung der roten Armee im deutschen Hinterland abgeworfen wurden. Siehe auch Dok. 494.
105 Ivan Morozov war 1942 Leiter der „1. Abteilung" des EKKI, eines Nachfolgeorgans der OMS, das unter anderem für die Verschickung von Menschen und Gütern ins Ausland zuständig war (siehe: Adibekov/Šachnazarova/Širinja: Organizacionnaja struktura, S. 222–223).

/ G. DIMITROV /
1. September 1942.[106]
N 462



Am 1. und 5.9.1942 befasste sich das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion erneut mit der Verleihung von Orden an die im deutschen Hinterland kämpfenden Partisanen.[107]

Dok. 517

Aus einem Bericht Bedřich Geminders an Dimitrov über die Behandlung der Sabotagethematik in den deutschen Komintern-Sendern

[Moskau], 18.9.1942

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/132, 3–4. Erstveröffentlichung.

KURZE EINSCHAETZUNG [...][108]

Deutscher Volks-Sender[109]
Der Deutsche Volks-Sender zeichnet sich aus durch die Vielseitigkeit des Materials. Einerseits technische Ratschläge, die sehr gut verbunden sind mit der politischen Agitation gegen den Krieg. Andererseits politische Agitation gegen den Krieg mit

106 Bereits vorher, am 4.8.1942 hatte sich Dimitrov an Ponomarenko gewandt, um eine Anzahl deutscher Trophäen-Maschinenpistolen sowie 100 sowjetische MPs für Komintern-Zwecke zu erhalten (RGASPI, Moskau, 495/73/163, 28). Am 29.8.1942 wurden bei Ponomarenko 500 Minen angefordert (RGASPI, Moskau, 495/73/163, 29).
107 RGASPI, Moskau, 17/3/1045, 32, 35.
108 Die Einschätzung der deutschsprachigen Sender ist Teil einer umfangreichen Informationsmappe „Die nationalen Sender zur Frage der Sabotage-Aktionen und der Partisanen-Bewegung" (RGASPI, Moskau, 495/73/132, 1–47), worin neben den deutschen Sendern auch über die rumänischen, finnischen, österreichischen, ungarischen und bulgarischen Komintern-Sender Rechenschaft abgelegt wird. Neben Inhalts- und Wirksamkeitsanalysen wie der vorliegenden enthält die Mappe auch Skripte einzelner Sendungen.
109 Der „Deutsche Volkssender" war ein am 10.9.1941 von der KPD und der Komintern ins Leben gerufener Sender in deutscher Sprache, der ein breites, auch nichtkommunistisches Publikum ansprechen sollte. Täglich gesendet wurden Nachrichten, antifaschistische und antimilitaristische Beiträge und Anleitungen zur Sabotage. Ein starker Bekanntheitsgrad in Deutschland ist überliefert, sogar Soldaten an der Westfront war der Sender bekannt. Zunächst sollte der Sender als in Deutschland tätig dargestellt werden, bald jedoch gab man diese Tarnung auf und positionierte sich offen als Sprachrohr des KPD-Exils. Chefredakteur war bis 1944 Wilhelm Florin, zahlreiche KPD-Funktionäre waren als Redakteure und Sprecher involviert. Der Sender war auch nach der Auflösung der Komintern aktiv und stellte erst im Mai/Juni 1945 den Betrieb ein (Pütter: Rundfunk gegen das „Dritte Reich", S. 286–291; Tischler: Die rote Welle, S. 108ff.).

Sabotage-Losungen. Auch ist ein differenziertes Herangehen zu den verschiedenen Schichten von Arbeitern: Rüstungs-Arbeiter, Bergarbeiter, Eisenbahner, etc vorhanden. Aus die Versen [sic, d.h. „auch Verse"] sind sehr wirksam und durch ihre Einfachheit sehr geeignet um sich ins Gedächtnis einzuprägen.[110]

Der Rhythmus [sic] der Beiträge ist langsamer als in anderen Sender[n]. Die Einwirkung auf den Hörer geschieht aber auch durch die Fülle des Materials und seinen kompakten Charakter.

Deutsch II[111]
In diesem Sender konnte – der Natur des Senders entsprechend die Popularisierung von Sabotage-Akte[n] nur in indirekter Form geschehen. Es wurden aber dazu sehr geschickte Formen gefunden. Z.B.: Berichterstattung über einen Sabotage-Prozess, wobei die Verhandlungen selbst als Vorwand genommen wurden um eingehend und sehr „fachmännisch" alle Einzelheiten der Sabotage-Akte zu schildern.

Weitere Beispiele: Berichte über vertrauliche Besprechungen in der S.A.–Führung zur Abwehr von Sabotage-Akte[n], wobei diese Sabotage-Akte gleichfalls beschrieben werden. Berichterstattung von Sabotage-Akte[n] durch ausländische Arbeiter, Schilderung von Schädlings-Aktionen auf der Eisenbahn – verbunden mit der Mobilisierung der Hörers [sic] gegen den Krieg. Schilderung (und auf diesem Wege Anregung) von Sabotage-Aktionen in einer Werks-Küche. Anführung von Beispiele[n] aus dem letzten Weltkrieg – um angeblich dagegen zu warnen, etc…

Sehr geschickt werden auch die tägliche „Kurznachrichten" dazu benützt. Sie tragen einen stark ausgeprägten zersetzenden Charakter und sind auch vielseitig. Oft lehnen sie sich dem „Wehrmacht-Sender Nord" an und zeitweilig entsteht mit denselben eine Art Spiel des Hinwerfens und Auffangens von Nachrichten. Die Kurznachrichten diesen [sic, d.i. dienen] auch dazu[,] den Kampf der von Hitler unterdrückten Völker zu propagieren.

Die Frage der Förderung des Partisanenkampfes wurde naturgemäss ausgelassen.

110 Ein „antifaschistischer Vers zum Auswendiglernen" war fester Bestandteil der Sendungen des „Deutschen Volkssenders" und wurde fast täglich gesendet (Tischler: Die rote Welle, S. 109–110).

111 Der folgenden Beschreibung nach zu urteilen (Vermeidung der Propagierung des Partisanenkampfes, nur indirekte Propagierung von Sabotage), ist hier die Rede vom Soldatensender „Die Heimat ruft die Front", einem Untersender des Deutschen Volkssenders unter der Leitung von Otto Winzer, ab 1943/44? Richard Gyptner (Pütter: Rundfunk gegen das „Dritte Reich", S. 287).

Jugend-Sender[112]
Unterlassung der Erteilung von technischen Ratschlägen. Vom Standpunkt der Förderung und Popularisierung der Partisanen-Bewegung unter der Jugend, eine ernste Unterlassung!



Am 14.10.1942 fasste das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion den Beschluss, eine Note der Sowjetregierung über „die Verantwortung der Hitlerokkupanten und ihrer Mittäter für die Gräueltaten, die von ihnen in den okkupierten Ländern Europas begangen werden", zu veröffentlichen. Am gleichen Tag wurden die Losungen der Partei zum 25-jährigen Jubiläum der Oktoberrevolution beschlossen.[113]

Dok. 518

Zur Kritik der Komintern an der Arbeit der verantwortlichen deutschen Kommunisten

[Moskau], 15.12.1942

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1338, 184–185. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 280–281.

PROTOKOLL /B/ N° 812
BESCHLUSS DES SEKRETARIATS DES EKKI
vom 15. Dezember 1942

ANGEHÖRT:
§ 1593. Über die Linie und die nächsten Aufgaben der Kompartei Deutschlands. (Vorschläge der Kommission – siehe Protokoll N° 811 vom 1.XII.42).[114]

112 Gemeint ist der von KPD und Komintern betriebene deutsche Jugendsender „Sturmadler – Sender der deutschen Jugend" (Leitung: Fritz Schälicke), der am 20.12.1941 seinen Betrieb aufnahm und Nachrichten, Kommentare sowie Hörspiele sendete. Inhaltlich knüpfte man an die Traditionen der Arbeiterjugendbewegung an (hierzu Pütter: Rundfunk gegen das „Dritte Reich", S. 292–293; Tischler: Die rote Welle, S. 106ff; Dimitroff. Tagebücher, I, S. 485–486).
113 RGASPI, Moskau, 17/3/1045, 60.
114 Das Sekretariat des EKKI befasste sich am 1.12.1942 mit der Situation in Deutschland und den Aufgaben der KPD, wozu Wilhelm Pieck referierte. Es wurde beschlossen, eine Kommission für die im Referat aufgeworfenen Fragen zu bilden (RGASPI, Moskau, 495/18/1338, 183. Publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 269–270).

BESCHLOSSEN:
1. Die Linie des von den deutschen Genossen entwickelten und von der Kommission ausgearbeiteten Manifestes an das deutsche Volk und die deutsche Armee im Allgemeinen gutzuheißen.[115]

2. Die Linie dieses Manifestes dient der Orientierung:
a) der Arbeit und dem Kampf der Partei im Lande;
b) der Sonderrundfunksendungen für Deutschland;
c) der Arbeit der Kommunisten und der antifaschistischen deutschen Emigration in England, den Vereinigten Staaten, Mexiko und anderen Ländern,[116] die auf die Unterstützung der Volksbewegung gegen Hitler in Deutschland selbst ausgerichtet ist, und
d) der Arbeit unter den deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR.

3. Die sich hier befindenden deutschen Genossen zu verpflichten, bei ihrer Arbeit ihr Gesicht vollständig Deutschland zuzuwenden, ihre Kräfte in erster Linie auf die umfassende praktische Hilfe zum Wiederaufbau und zur Stärkung der Kommunistischen Partei im Lande, der lokalen Parteiorganisationen und Leitungen, auf die Orientierung der Parteikader auf die richtige und erfolgreiche Durchführung der im Manifest gezeichneten Linie sowie den nächsten Aufgaben des Massenkampfes für den Sturz der Hitlerbande und die Einstellung ihres verbrecherischen Krieges zu konzentrieren.

4. Zu diesem Zweck ist den hiesigen leitenden deutschen Genossen zu empfehlen, die gegenwärtig völlig unbefriedigende Organisation ihrer Arbeit und die Aufteilung dieser Arbeit unter den ZK-Mitgliedern und anderen Parteiaktivisten zu überdenken und radikale Maßnahmen zur Gewährleistung einer notwendigerweise ständigen und systematischen operativen, politischen und organisatorischen Arbeit zur Hilfe an die Partei im Lande zu ergreifen.

---

115 Das vom ZK der KPD am 6.12.1942 beschlossene „Friedensmanifest an das deutsche Volk und an die deutsche Wehrmacht“, das im Namen einer (fiktiven) „Westdeutschen Beratung der nationalen Friedensbewegung“ verfasst war, beinhaltete eine grundsätzliche Einschätzung der militärischen und politischen Lage Deutschlands und warnte ultimativ das deutsche Volk und die Wehrmacht vor einer unvorstellbaren Katastrophe im Falle einer Fortsetzung des Krieges. Es wurden zehn Punkte als Ausweg aus der Lage angeführt, darunter der Kampf gegen die Fortsetzung des Krieges und die Schaffung eines demokratischen Deutschlands. Das Manifest zeichnete sich durch ein liberales Wirtschaftsprogramm aus, einschließlich des freien Handels und der Forderung nach einem „verfassungsmäßigen Schutz des rechtmäßig erworbenen Eigentums“ (zum deutschen Originaltext siehe: RGASPI, Moskau, 495/18/1338, 197–201. Publ. in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, V, S. 569–570).
116 Zu weiteren bedeutenden Ländern der deutschen antifaschistischen Emigration gehörte neben den genannten Staaten v.a. auch Schweden.

5. Das vorgefallene verfaulte und parteifeindliche Verhalten von Funk [d.i. Herbert Wehner],[117] Hedeler und Dröll[118] als äußerst ernstes Signal der Zersetzungsgefahr unter den Parteikadern in der Emigration anzusehen, als ein Signal, dem die leitenden deutschen Genossen nicht die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet haben und das die letzteren verpflichtet, die entschiedensten Maßnahmen zum Kampf gegen alle Tendenzen der politischen und persönlichen Zersetzung der Parteiemigration in der UdSSR und in anderen Ländern sowie zur bolschewistischen Erziehung der Parteikader zu ergreifen.

6. Den leitenden deutschen Genossen vorzuschlagen, über die von ihnen im Sinne dieses Beschlusses durchgeführten Maßnahmen dem Sekretariat des EKKI spätestens bis zum 1. Februar 1943 Bericht zu erstatten.

Der Generalsekretär des EKKI [Sign.] /G. DIMITROV/



Am 24.12.1942 befasste sich das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion erneut mit der Verleihung von Orden an die im deutschen Hinterland kämpfenden ukrainischen Partisanen.[119]-

117 Zur Affäre um den „Verrat" Herbert Wehners siehe Dok. 505.
118 Der deutsche Kommunist Walter Hedeler (1911–1994) war Sprecher des Deutschen Volkssenders (siehe Dok. 517). Er hatte im Herbst 1942 in einem Gespräch mit Ruth von Mayenburg russische Gerüchte über deutsche Soldaten wiedergegeben, die angeblich humaner seien als die Rotarmisten. Obwohl Hedeler später behauptete, er hätte damit nur auf die Durchdringungskraft faschistischer Propaganda in Teilen der sowjetischen Bevölkerung hinweisen wollen, erstattete von Mayenburg Meldung über das Gespräch. Hedeler wurde daraufhin als „Sprachrohr der Faschisten" aus der KPD ausgeschlossen, zusammen mit Karl Dröll (1897–1969), einem weiteren Mitarbeiter des Deutschen Volkssenders; beide wurden nach Tomsk verbannt und kehrten erst in den 1950er Jahren in die DDR zurück. Beide waren gute Radiosprecher, ihr Ausschluss hatte für den Sender negative Folgen (siehe: Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 203f.).
119 RGASPI, Moskau, 17/3/1046, 117.

1943

Dok. 519

Brief von Wilhelm Pieck an „Willi Keller" über Deutschlands Zukunft und die Aufgaben der KPD

[Moskau], 13.1.1943

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1339a, 14–15. Erstveröffentlichung.

13.1.43

Lieber Genosse Keller [d.i. Wilhelm Kropp]![1]
Walter [Ulbricht] ist schon seit längerer Zeit nicht in Moskau.[2] Ich will deshalb die Gelegenheit benützen, auf einige der von Dir gestellten Fragen einzugehen.

Du wirst inzwischen schon erhalten haben oder in der nächsten Zeit bekommen die „Nachrichten aus aller Welt" Nr. 14,[3] in denen ein Friedensmanifest und ein Bericht über Reden auf einer illegalen Beratung enthalten sind.[4] Aus dem Manifest wirst Du die Linie ersehen, die wir in der gegenwärtigen Zeit einhalten, um in Deutschland eine möglichst alle Schichten erfassende Friedensbewegung zu schaffen mit dem Ziel des Sturzes der Hitlerregierung und der Errichtung eines demokratischen Deutschland. Ohne eine solche breite Bewegung wird es nicht möglich sein, Hitler zu stürzen, bevor es zur militärischen Niederlage kommt. Wir müssen selbstverständlich in den Vordergrund stellen, dass die Niederlage Hitlers unvermeidlich ist, Hitler aber durch die Verlängerung des Krieges versucht, die Niederlage so weit wie möglich hinauszuschieben, dabei aber die letzten Kräfte des deutschen Volkes verbraucht. Gerade das ist aber die Katastrophe und nicht etwa die Niederlage. Je schneller die Niederlage kommt, umso weniger vermag Hitler eben die letzten Kräfte des Volkes zu verbrauchen. In dieser Richtung liegt auch die Aufgabe des deutschen Volkes, dem Krieg dadurch ein Ende zu machen, dass es Hitler stürzt und es nicht erst zur militärischen Niederlage kommen lässt, die selbstverständlich mit sehr viel grös-

---

1 Der deutsche Kommunist Wilhelm Kropp (1899–1961, Ps. Willi Keller, bei Jörn Morré vermutlich irrtümlich „Gottfried Keller") war bis 1940 Mitarbeiter Wilhelm Florins im skandinavischen Ländersekretariat des EKKI, wurde 1941 nach Ufa evakuiert und arbeitete dort seit Februar 1942 als Propagandist unter den deutschen Kriegsgefangenen (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 502; Morré: Hinter den Kulissen, S. 40)

2 Ulbricht, der im November 1941 nach Ufa evakuiert wurde, war 1942/1943 hauptsächlich mit der Arbeit unter den Kriegsgefangenen befasst; zum Zeitpunkt des Briefes dürfte er sich bei Stalingrad aufgehalten haben (siehe Dok. 520).

3 *Nachrichten aus aller Welt* wurde 1942/1943 von der Presseabteilung des EKKI herausgegeben.

4 Gemeint sind das „Friedensmanifest an das deutsche Volk und an die deutsche Wehrmacht" vom 6.12.1942 und die (fiktive) „illegale Beratung" (siehe Dok. 518).

seren Opfern verbunden ist. Es gibt also zwei Wege, dem Krieg ein Ende zu machen: die militärische Niederlage und die Volkserhebung zum Sturze Hitlers. Wir ziehen selbstverständlich den letzteren Weg vor, weil damit das deutsche Volk nicht nur den Krieg abkürzt, sondern sich auch wieder Achtung und Ansehen bei den anderen Völkern erwirkt und einen gerechten Frieden sich verschaffen wird.

Das ist eine Hauptfrage. Die andere Hauptfrage ist: Was soll nach Hitler kommen. Dafür gibt das Friedensmanifest ausreichende Auskunft.[5] Wir wollen also ein demokratisches Deutschland an Stelle des Hitlerregimes. Wir erheben die Forderung deswegen, weil nicht nur auf dieser Basis die breite Kampffront geschaffen werden kann, sondern weil wir einen solchen Zustand brauchen, um den Massen die Möglichkeit zu verschaffen, auf dem Boden der Demokratie ihren Einfluss geltend zu machen und sich politisch zu orientieren.[6] Erst dann werden die Massen entscheiden können, welchen weiteren Weg sie in der Entwicklung des Staates und der Wirtschaft gehen wollen. Wir erheben also keine weitergehenden Forderungen, als sie von den Massen gestellt und verstanden werden. Wir dürfen uns darin auch nicht beirren lassen, dass solche Stimmen laut werden: jetzt muss der Kommunismus an die Herrschaft kommen, wobei [damit] meist noch der Gedanke verbunden wird, dass das mit Hilfe der Roten Armee geschehen muss. Wir müssen sehr real die Lage in Deutschland nach den 10 Jahren Hitlerdiktatur einschätzen und jedenfalls mit unseren Forderungen mit den Füssen auf der Erde bleiben. Wir müssen vor allem Politik machen, d.h. die Massen für bestimmte Forderungen mobilisieren und in den Kampf führen. Ohnedem werden wir nur Agitation machen, ohne unseren Forderungen zum Siege zu verhelfen. Selbstverständlich geben wir damit nicht unsere marxistisch-leninistischen Auffassungen preis. Aber das gehört vorläufig in das Bereich [sic] der Propaganda, die wir selbstverständlich nicht vernachlässigen dürfen.

Auch die Überlegungen über die Möglichkeiten der weiteren Entwicklung in dem Verhältnis zwischen der SU., England und der USA müssen immer auf die Realität zurückgeführt werden, von der aus sich dieses Verhältnis angebahnt hat. So lange Hitler nicht vernichtet und damit dem Krieg ein Ende gemacht ist, wird sich an diesem

---

5 Im „Friedensmanifest" heißt es unter anderem: „Sturz der Hitlerregierung und [...] Schaffung einer nationalen demokratischen Friedensregierung. [...] Einberufung einer aus freien, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgehenden neuen deutschen Reichsversammlung, die eine demokratische Reichsverfassung beschließt und die verfassungsmäßigen und materiellen Garantien für Recht, Gesetz und Ordnung schafft. [...] Das neue, demokratische Deutschland wird nicht Schwäche und Wehrlosigkeit sein, sondern ein Reich, stark durch die Einheit und Freiheit des Volkes." (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, V, S. 569–570).

6 Als Versuch der institutionellen Umsetzung dieser Linie kann das nach der Auflösung der Komintern am 12.7.1943 gegründete „Nationalkomitee ‚Freies Deutschland'" angesehen werden, das aus antifaschistischen Intellektuellen, KPD-Funktionären und kriegsgefangenen Soldaten und Offizieren bestand und eine breite Front gegen Hitler symbolisieren sollte (siehe: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.): Das Nationalkomitee „Freies Deutschland" und der Bund Deutscher Offiziere, Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch Verlag, 1995; Morré: Hinter den Kulissen, S. 50ff; Sywottek: Deutsche Volksdemokratie, S. 123–147).

Verhältnis nichts ändern. Wie es sich dann weiter gestalten wird, das wird sehr davon abhängig sein, welche Auswirkungen der Krieg gerade auf die Stimmung der breiten Volksmassen haben wird. Es ist ganz selbstverständlich, dass die kapitalistischen Länder nicht mehr so aus dem Krieg herausgehen werden, wie sie hineingegangen sind. Jetzt kommt es aber darauf an, die Kräfte der verbündeten Mächte so zu steigern, dass Hitler so schnell wie möglich geschlagen wird. Dieses positive Ziel muss immer bei allen solchen Diskussionen in den Vordergrund gestellt werden. Wir sollen solche müssigen Diskussionen, wer wen betrügen wird,[7] möglichst zu unterbinden versuchen. Für unsere Diskussionen ist die Grundlage durch die Aufgabe gegeben, die uns in dieser Zeit gestellt ist.

Ich denke, dass Dir diese wenigen Worte etwas helfen werden bei der Ausarbeitung Deines weiteren Schulungsplanes.[8] Es ist sehr schade, dass Du nicht unsere deutschsprachigen Sendungen hören kannst, besonders die des Deutschen Volkssenders und Inoradio.[9] Die Sendungen würden Dir sehr viel für Deine Arbeit geben. Vielleicht solltest Du nochmals mit den russischen Freunden sprechen, ob Du nicht doch die eine oder andere Sendung von Inoradio und vom deutschen Volkssender hören könntest.[10] Es käme für den letzteren die Morgensendung um 8 Uhr Moskauer Zeit und die Abendsendung um 9 Uhr und 11.35 in Betracht (Morgensendung auf dem 31 Meterband und Abendsendung auf dem 48 Meterband). Wenn das nicht zu erreichen ist, dann muss es eben ohne das gehen. Aber diese Sendungen würden Dir gerade in Bezug auf die Agitation viel geben.

Was die Schaffung eines Freikorps von Kriegsgefangenen angeht, so denke ich, dass man von der Erörterung dieses Gedankens Abstand nehmen soll.[11] Ich glaube nicht, dass die Frage jemals akut werden wird. Die „kämpferischen Antifaschisten"

---

7 Das Verhältnis der Westmächte zur Sowjetunion und der entsprechenden Gestaltung der Nachkriegsordnung war ein zentrales Thema der sowjetischen diplomatischen Korrespondenz Anfang 1943 (siehe: Laufer/Kynin: Die UdSSR und die deutsche Frage, I, S. 94ff).

8 Durchgestrichene Passage: „Ich schicke Dir gleichzeitig meine Broschüre, in der Du ebenfalls Material dafür finden wirst."

9 Zum Deutschen Volkssender und zum Inoradio siehe Dok. 517.

10 Kellers Schwierigkeiten, Radiosendungen zu hören, dürften mit der allgemeinen Reglementierung des Rundfunkkonsums in der Sowjetunion im Krieg zusammenhängen. Am 25.6.1941 hatte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion beschlossen, die Radioempfänger der Bevölkerung „zur vorübergehenden Aufbewahrung bis zum Ende des Krieges" zu requirieren, die an staatliche Stellen abgegeben werden mussten. Lediglich öffentliche Radiovorführungen „zu streng festgelegten Uhrzeiten" blieben erlaubt (RGASPI, Moskau, 17/3/1041, 27–28).

11 Die Idee, deutsche bewaffnete Verbände auf Seiten der Sowjetunion zu errichten, wie es etwa später durch die polnische „Division Kosciuszko" oder die rumänische „Division Tudor Vladimirescu" geschah, wurde von KPD- und sowjetischer Führung nicht aufgegriffen. Dies könnte damit zusammenhängen, dass Deutschen die Teilnahme an regulären Kampftruppen der Roten Armee weitgehend verwehrt wurde (siehe: Aleksej Filitov: Die sowjetische Deutschlandplanung zwischen Parteiräson, Staatsinteresse und taktischem Kalkül. In: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.): Ende des dritten Reiches. Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München, Piper, 1995, S. 117–139, hier: S. 128–129; Erler: Militärische Kommandounternehmen, S. 80). Eine ähnlich negative Haltung hatte

unter den Kriegsgefangenen sollen sich in der Hauptsache darauf konzentrieren, selbst etwas zu lernen und andererseits Dich bei der Bearbeitung der anderen Kriegsgefangenen zu unterstützen. Trotzdem werde ich Deine Meinung, dass vielleicht die Zeit gekommen sei, dass die kämpferischen Antifaschisten unter den Kriegsgefangenen sich mit einem Brief an Stalin wenden, noch mit dem einen oder anderen Genossen besprechen.[12] Aber die Kriegsgefangenen sollen, wenn sie sich schon äussern wollen, sich gegen Hitler wenden und für seinen Sturz eintreten, um dadurch dem Krieg ein schnelles Ende zu bereiten.

Ich freue mich sehr über die guten Erfolge Deiner Arbeit und nehme an, dass Du selbstverständlich die Veränderungen in der Stimmung der Gefangenen[13] sehr nüchtern einschätzt und Dich keiner Täuschung darüber hingibst, dass noch eine sehr grosse Arbeit geleistet werden muss, um die Verwirrung aus den Köpfen der Massen herauszubringen, die die faschistische Agitation in den 10 Jahren angerichtet hat. Wir werden damit noch sehr bittere Erfahrungen machen, wenn wir erst mal nach Deutschland zurückkommen. Aber gerade darum ist es sehr wichtig, wenn wir die hier gegebenen Möglichkeiten der Ausrottung dieser Konfusion nach besten Kräften ausnützen.

Ich bin überzeugt, dass in diesem Jahr noch die Entscheidung in diesem Krieg fallen wird, dass Hitler geschlagen und vom deutschen Volke gestürzt werden wird und wir deutsche Genossen wieder unsere Arbeit in der Heimat aufnehmen können. Und diese Arbeit wird nicht gering sein. In dieser Gewissheit wünsche ich Dir beste Gesundheit und dass wir beide unseren gemeinsamen Geburtstag im nächsten Jahr in Deutschland feiern werden – zu dem ich Dir noch nachträglich meine besten Glückwünsche übermittle.[14]

Wilhelm [Pieck]

---

bereits seit 1941 auch die Kominternführung in Bezug auf die Aufstellung eigener internationaler Brigaden eingenommen (siehe: Dimitroff. Tagebücher oder Id.: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 393f.).

12 Ein solches Schreiben ist nicht bekannt. Das Verfassen ritualisierter Briefe an Stalin wurde zumindest ab 1947 in den Kriegsgefangenlagern zu einer gewöhnlichen politischen Praktik (siehe Karner: Im Archipel GUPVI, S. 104).

13 Gemeint ist wohl eine Veränderung der Stimmung unter den Kriegsgefangenen im Zusammenhang mit der Einkesselung der deutschen Truppen bei Stalingrad (siehe hierzu Dok. 520).

14 Hier irrt Wilhelm Pieck: Wilhelm Knopp wurde am 3.11.1899 geboren, Pieck am 3.1.1876.

Dok. 520

Beschluss der Komintern über die Propagandaaufgaben nach der Schlacht von Stalingrad und zu den siegreichen Vorstößen der Roten Armee

[Moskau], 10.2.1943

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1340, 40–45. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 323–328.

Beschluss des Sekretariats.[15]
Mit der mächtigen Offensive der Roten Armee, ihrem gewaltigen Sieg bei Stalingrad, der Vernichtung und Gefangennahme der 6. Armee mitsamt ihren Generälen,[16] den Siegen im Kaukasus,[17] bei Woronesh,[18] Welikije Luki,[19] der Befreiung Leningrads[20] ist die entscheidende Wendung des Krieges eingetreten. [...] Gleichzeitig wird die

15 Der hier abgedruckte Text wurde nach einem Beschluss des EKKI-Sekretariats vom 29.1.1943 ausgearbeitet. Ebenfalls beschlossen wurde, die Frequenzen und Sendezeiten der Radiosendungen zu verändern, um eine bessere Hörbarkeit zu erreichen (RGASPI, Moskau, 495/18/1340, 39). Am linken oberen Rand handschriftlicher russischer Vermerk: „Bewilligt: 10.2.43. G. Dimi[trov]".

16 Der Roten Armee gelang es am 22.12.1942, die 6. Armee der deutschen Wehrmacht vollständig einzukesseln, die zuvor nach heftigen Luftangriffen die weitgehende Kontrolle über die Stadt Stalingrad erlangt hatte. Auch deutsche Kommunisten, wie Walter Ulbricht, Erich Weinert und Willi Bredel, wurden zum Stalingrader Kessel beordert, um die psychologische Kriegsführung gegen die eingekesselten Soldaten u.a. in Form von Lautsprecherparolen zu koordinieren. Am 31.1.1943 begab sich der Oberbefehlshaber der 6. Armee, der von Hitler kurz zuvor zum Generalfeldmarschall gemachte Friedrich Paulus, entgegen eines (sinnlosen) Durchhaltebefehls Hitlers, in sowjetische Gefangenschaft (eine Kapitulation hat es nie gegeben); kurz darauf stellten alle Truppenteile im Kessel den Widerstand ein. Der Sieg der sowjetischen Armee bei Stalingrad (mit 500.000 gefallenen Rotarmisten und 150.000 gefallenen Wehrmachtssoldaten) läutete eine Wende im Russlandfeldzug Hitlers wie auch im Gesamtverlauf des Zweiten Weltkriegs ein (siehe Richard Overy: Russia's War, London, Allen Lane, Penguin Press, 1997; Karl-Heinz Frieser u.a.: Die Ostfront 1943/44. Der Krieg im Osten und an den Nebenfronten, München, Deutsche Verlags-Anstalt, 2007 (Das deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg Bd. 8); Antony Beevor: Stalingrad, London u.a., Viking, 1998).

17 Die von der Wehrmacht in der ersten Jahreshälfte 1942 eroberten kaukasischen Territorien mussten im Zusammenhang der Stalingrader Ereignisse aufgegeben werden. Am 31.12.1942 wurde der etappenweise Rückzug eingeleitet (siehe Dok. 511).

18 Bei der sogenannten „Woronesch-Charkower Operation" stieß die Rote Armee vom 13.1. bis zum 3.3.1943 mehrere hundert Kilometer vor und befreite Voronež, Kursk, Char'kov und andere Städte.

19 In der Schlacht um Velikie Luki (24.11.1942–20.1.1943) eroberte die Rote Armee unter erheblichen Verlusten mit der Kleinstadt Velikie Luki einen wichtigen Knotenpunkt der Truppenverschiebungen der deutschen Armee.

20 Bei der „Operation Iskra" (12.–30.1.1943) gelang es der Roten Armee, einen Korridor in die deutsche Umzingelung Leningrads zu schlagen. Die endgültige Befreiung der seit September 1941 belagerten Stadt erfolgte jedoch erst im März 1944.

Bedrohung Hitler-Deutschlands vom Westen her immer realer.[21] [...] Es zeichnen sich die Konturen der vollen Niederlage Hitlers immer deutlicher ab, und der Katastrophe, in die er Hitler-Deutschland führt, in die er die Vasallenstaaten mit hineinreissen will.

Es muss aber auch Klarheit darüber herrschen, dass Hitler und die Naziklique keinesfalls freiwillig die Waffen strecken werden, auch dann nicht, wenn die Niederlage Deutschlands schon unabwendbar und unmittelbar ist. Die Siege der Roten Armee rufen bei der Hitlerklique Raserei hervor und sie spannen alle Kräfte an zur Rettung ihrer Herrschaft und ihrer eigenen Person. Sie versuchen alles, um einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden. Sie erklären, dass sie den totalen Krieg führen werden.[22] Das heisst, dass sie alle noch vorhandenen Menschenreserven und materiellen Kräfte Deutschlands bis zum letzten in den Kampf werfen wollen. Das heisst, dass sie aus den Vasallenländern bis zur letzten Grenze alles herauspressen wollen. Das heisst, dass sie aus den okkupierten Ländern alles rauben werden, was dort noch übrig geblieben ist und die gesamte Bevölkerung zur Arbeit für ihre Kriegsmaschine treiben wollen. Das heisst, dass sie den Terror und die Blutmassnahmen gegen das Volk sowohl in Deutschland selbst und vor allem in den Vasallen- und okkupierten Ländern verzehnfachen werden. [...]

Gegenüber dem Versuch der Nazipropaganda, wiederum das Gespenst von der Gefahr des Bolschewismus an die Wand zu malen und sich als Verteidiger Europas vor dem Bolschewismus hinzustellen, zeigen wir den Raub- und Eroberungscharakter des Nazikrieges auf und führen eine ständige Aufklärung darüber, dass der Kampf in Wirklichkeit um die Frage Hitler-Tyrannei oder Freiheit der Völker steht.

Auf dieser Basis gilt es, die Propaganda umzustellen, die Demagogie und die Lügen der Faschisten konkret, rechtzeitig und schlagkräftig zu entlarven und neue, entsprechende Losungen auszuarbeiten und Schlussfolgerungen zu ziehen, die der neuen Lage Rechnung tragen. Dabei ist für die einzelnen Ländergruppen noch folgendes zu berücksichtigen:

---

21 Im Januar 1943 begann die Verdrängung der Truppen der Achsenmächte aus Nordafrika durch die Briten. Die von Stalin geforderte „zweite Front" der Alliierten im Westen ließ jedoch noch immer auf sich warten. Am 10.7.1943 landeten die Alliierten in Sizilien; die Landung in der Normandie erfolgte erst fast ein Jahr später, am 6.6.1944.

22 Unter dem Eindruck der sich abzeichnenden Stalingrader Niederlage konnte Joseph Goebbels am 21.1.1943 Hitler davon überzeugen, einer Reorganisierung der „Heimatfront" unter dem Zeichen einer radikalen Umstellung des zivilen Lebens auf die Kriegsbedürfnisse zuzustimmen. Am 30.1.1943 bezeichnete Goebbels in einer Rede im Berliner Sportpalast die Situation an der Ostfront als ein „Alarmsignal zum totalen Krieg, zu dem wir nunmehr fest entschlossen sind." Die berühmte „Sportpalastrede", die in dem Ausruf „Wollt ihr den totalen Krieg?" kulminierte, hielt Goebbels erst am 18.2.1943, also acht Tage nach dem vorliegenden EKKI-Beschluss. Zum Volltext der Rede siehe in der Sammlung: 100(0) Schlüsseldokumente der Deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0200_goe&object=translation&st=&l=de, zuletzt eingesehen am 29.08.2013.

1./ In der Propaganda für Deutschland gilt es, die Verantwortung Hitlers für die geschaffene Lage den Massen klarzumachen. Er ist der Kriegsschuldige, er hat die deutsche Armee in die Katastrophe geführt. Mit aller Kraft muss der Versuch der deutschen Propaganda, um die 6. Armee eine Heldenlegende zu schaffen, zerschlagen werden. Die Gefangennahme von Paulus und der deutschen Generäle gibt dazu die beste Möglichkeit.

Gegen die Nazipropaganda vom totalen Krieg stellen die Antifaschisten die Losung: Nicht totaler Krieg, sondern Schluss mit dem Krieg! Unsere gesamte Propaganda muss darauf ausgerichtet sein, den Versuch der Nazi zu zerschlagen, das deutsche Volk unter der Losung „nationaler Verteidigungskrieg" zu den letzten Anstrengungen aufzupeitschen. Gegen die Mobilisierung der letzten Kräfte für Armee und Kriegsindustrie, stärkste aktive Sabotage, bewaffnete Gegenwehr gegen den Naziterror. Unsere ganze Propaganda muss dabei durchdrungen sein vom Hass gegen die Nazibonzen, gegen die Rüstungsfabrikanten und die SS und zum unerbittlichen Kampf gegen sie aufreizen.

Gleichzeitig zeigen wir den Ausweg für das deutsche Volk auf und verbinden unsere Propaganda mit dem Friedensmanifest zur Rettung Deutschlands durch den Sturz Hitlers und des Nationalsozialismus und die Schaffung einer demokratischen Friedensregierung aus allen Schichten des Volkes.[23]

Von besonderer Bedeutung ist jetzt die Propaganda unter der Jugend, den Frauen und ehemaligen Anhängern der Nazi. Für die Verstärkung dieser Arbeit sollen sofort im Einvernehmen mit der Zentralredaktion besondere Massnahmen getroffen werden.

2./ In der Propaganda für die Vasallenländer muss das Hauptmotiv sein: Die Niederlage Hitler-Deutschlands ausnützen, um aus dem Krieg herauszukommen. Keine neuen Armeen für Hitler, dessen Krieg verloren ist. Sollen die Deutschen ihren totalen Krieg allein führen. [...]

3./ In den okkupierten Ländern gilt die Parole: Gegen den totalen Krieg Hitlers den totalen Volkskrieg. Nicht Abwarten und Passivität, sondern alle Mittel bis zur Volkserhebung einsetzen zur Verjagung der Okkupanten. Es genügt nicht, sich über die Siege der Roten Armee zu freuen, sondern es gilt den eigenen Kampf mit der Offensive der Roten Armee zu koordinieren.[24] [...]

---

23 Zum „Friedensmanifest" der KPD, verabschiedet am 6.12.1942, siehe Dok. 518.

24 Im Falle Jugoslawiens (siehe im folgenden), wo die Partisanenarmee unter Tito, die im Herbst 1943 eine Stärke von 18 000 Soldaten erreichte, Erfolge errang, trug Moskau nicht zu einer solchen Koordination bei, auch logistisch wurden die Partisanen nicht von der UdSSR unterstützt. Am 10.2.1943 antwortete Dimitrov auf ein dringendes Hilfeersuchen von Tito und verschwieg dabei die eigentliche politische Grundsatzentscheidung Stalins: „Oft haben wir gemeinsam mit Jossif Wissarionowitsch [Stalin] höchstpersönlich erörtert, wie und auf welche Weise Ihnen geholfen werden kann. Leider ist es uns bisher aufgrund von unüberwindlichen technischen und Transportproblemen nicht gelungen, diese Aufgabe positiv zu lösen. (...) Ich bitte darum, die gegebene Situation richtig zu verstehen." (Dimitroff: Tagebücher, I, S. 648).

Entfaltung des Volkskrieges gegen den totalen Krieg heisst: Aktive Sabotage, Organisierung des Partisanenkampfes, Brechung des Terrors der Okkupanten mit Waffengewalt. (Beispiele aus Jugoslawien, Frankreich,[25] Belgien,[26] Polen[27] popularisieren.)[28]

25 *Frankreich*: Zentrale Aufgabe des von De Gaulle und (bis zu seiner Verhaftung im Juni 1943) Jean Moulin angeführten französischen Widerstands der „Armée secrète" und des Conseil National de la Résistance als Schattenparlament war der Aufbau eines geheimen Heeres zur Vorbereitung der Invasion der Alliierten. Ende 1942 wurden die ersten „Maquis" (korsisch „Buschwald") in Gebieten im Süden, später auch im Osten und im Zentrum des Landes gebildet, sie erreichten im Herbst 1943 eine Stärke von 30–40 000 Mann. Die von der KP Frankreichs gegründete Organisation der Francs Tireurs et Partisans (FTP), unterstützt vom Front National als politischer Massenorganisation, begann – möglicherweise als Antwort auf die Instruktionen Dimitrovs – im Januar 1943 mit dem Aufbau eigener Maquis. Auch wurden 1943 die direkten Attentate auf deutsche Soldaten verstärkt, ebenfalls unter großen eigenen Opfern von der direkt der Komintern unterstellten FTP-MOI (Main d'oeuvre immigrée) für immigrierte Arbeiter durchgeführt. Erst 1943 wurde die KPF Mitglied des Conseil National de la Résistance, gewann jedoch rasch grösseren Einfluss. Im Unterschied zu Polen und Jugoslawien stellte die Résistance bis 1944 jedoch kein Massenphänomen dar (siehe: François Marcot, Bruno Leroux, Christine Levisse-Touzé: Dictionnaire historique de la Résistance. Résistance intérieure et France libre, Paris, Robert Laffont, 2006; Serge Wolikow: „Le Komintern, le PCF et les débuts de la Résistance. In: Jean-Marie Guillon, Pierre Laborie: Mémoire et Histoire. La Résistance. Préface de Philippe Joutard, Paris, Privat, 1995, 183–198; Laurent Douzou, Robert Frank, Daniel Peschanski, Dominique Veillon (eds.): La résistance et les français, Paris, CNRS, 1995 (Colloque de Cachan), S. 485–497.

26 In Belgien fehlten die geographischen Bedingungen für den Aufbau eines Maquis. Hier konzentrierte sich der Widerstand anfangs – mit starker englischer Unterstützung – auf die Beschaffung militärischer Informationen. In der zweiten Phase erfolgte die Bildung der Armée secrète (Geheime Armee), die Sabotage- und Strafaktionen durchführte. Die KP Belgiens schuf nach 1941 die Front de l'indépendance und später eine eigene Widerstandsorganisation der insbesondere jüdischen Arbeiterimmigranten. In den Bergbaugebieten wurden radikale Partisanengruppen gebildet, die sich auf Bombenattentate spezialisierten (Paul Aron, José Gotovitch: Dictionnaire de la Seconde Guerre mondiale en Belgique, Bruxelles, éditions André Versaille, 2008).

27 In Polen verfügte der Widerstand von Beginn an über eine einheitliche Struktur, die aus einer zivilen Komponente bestand, der es unter dem Ministerpräsidenten der Exilregierung, Wladyslaw Sikorski, gelang, einen „Untergrundstaat" aufzubauen sowie einer militärischen Komponente, die ab Februar 1942 die Armia Krajowa (AK) (Heimatarmee) bildete. Im Januar 1943 begann der jüdische Widerstand im Warschauer Getto, der zum Aufstand führte. 1944 organisierte die Heimatarmee mit ca. 36000 Soldaten den Warschauer Aufstand, der zur größten bewaffneten Erhebung des europäischen Widerstands im Zweiten Weltkrieg wurde und durch die deutschen Besatzungstruppen barbarisch zerschlagen wurde, bei weitgehender Passivität bereitstehenden Roten Armee. Die Polnische Arbeiterpartei Polska Partia Robotnicza (PPR) als Nachfolgeorganisation der von der Komintern 1937/1938 blutig aufgelösten KP Polens stand außerhalb der nationalen Widerstandsstruktur; die von ihr geschaffene Miliz der Guardia Ludowa (GL) (Volksgarde) führte im sowjetischen Auftrag äußerst gewaltsame Aktionen und Attentate durch, verharrte jedoch in der Isolation. Dies umso mehr, als 1943 infolge der Entdeckung der Verbrechen von Katyn (siehe den Politbürobeschluß vom 5.3.1940) der Abbruch der Beziehungen zwischen der polnischen Exilregierung und der u.a. Sowjetunion erfolgte. Aus der GL entstand 1944 die sog. Volksarmee (Armia Ludowa/AL) (hierzu José Faraldo: La Europa Clandestina. Resistencia a las Ocupaciones Nazi y Soviética. 1938–1948, Madrid, Alianza Editorial, 2011, bes. S. 87–108).

28 Die „Internen Mitteilungen" des EKKI (siehe Dok. 509) enthielten zum großen Teil Berichte über den Partisanenkampf, Widerstand und Sabotage aus den vier genannten Ländern.

Unsere ganze Propaganda geht gleichzeitig unter der Losung: Einheit des Volkes im Kampf gegen die Okkupanten und ihre verräterischen Helfer vor sich.

4./ Für die Propaganda in den neutralen Ländern gilt es, die wachsende Schwächung und die Schwierigkeiten Deutschlands besonders zu unterstreichen. Wer sich jetzt noch mit Hitler verbündet, der ist ein Selbstmörder. Keinerlei Hilfe für Hitler, umgekehrt, wir müssen auch als Neutrale unser Teil beitragen zur Befreiung Europas.

Von besonderer Bedeutung ist heute die Propaganda unter den ausländischen Arbeitern in Deutschland[29] und unter den deutschen Okkupationstruppen in den europäischen Ländern. Diese Arbeit muss von allen Radio-Redaktionen in entsprechender Weise durchgeführt werden, wobei die Einführung spezieller Sendungen in Betracht zu ziehen ist.

10.II.1943

Dok. 521

Beschwerde der Zeitschriftenabteilung an die Agtprop-Verwaltung des ZK der VKP(b) über das Zentralorgan der Kommunistischen Internationale

[Moskau], [18.2.1943]

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/166, 40–42. Erstveröffentlichung.

AN DEN LEITER DER VERWALTUNG FÜR PROPAGANDA UND AGITATION DES ZK DER VKP(b)[30] – Gen. ALEKSANDROV G.F.

In der ersten Nummer der Zeitschrift *Kommunistische Internationale* des Jahres 1943 wurde dem Leser der Artikel von F. Schneider [d.i. Erwin Zucker-Schilling][31] „Die Falsifizierung der deutschen Geschichte durch die Hitlerschen Dunkelmänner und

29 *Ausländische Arbeiter*: Es handelt sich hierbei um die aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion als „Fremd-“ oder „Ostarbeiter“ nach Deutschland verschleppten Bevölkerungsteile (siehe: Ulrich Herbert: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn, Dietz Verlag, 1999).

30 Die Verwaltung für Propaganda und Agitation des ZK der KP der Sowjetunion wurde 1939 gegründet und 1948 wieder in Abteilung für Propaganda und Agitation umbenannt, was auch ihre ursprüngliche Bezeichnung bis 1930 war.

31 Erwin Zucker-Schilling, Ps. F. Schneider (1903–1985), österreichischer Journalist und Publizist, kam 1939 nach Moskau, wo er in der Auslandsleitung der KPÖ arbeitete. Anfang 1943 als Redakteur in der Presse- und Rundfunkabteilung des EKKI. Bereits in den 1930er Jahren publizierte er regelmäßig in der Komintern-Presse, vornehmlich zu österreichischen Themen (siehe Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank).

Rowdies" dargeboten.[32] In diesem Artikel schreibt der Autor: „Die eigenartige Dialektik der Napoleonischen Kriege,[33] ein zunehmender Despotismus der französischen Besatzungsmächte, die immer schwerer werdende Last des Unterhalts der Okkupationsarmee und die ständig steigenden Kontributionen – all das führte dazu, dass sich *die freundschaftlichen Gefühle des deutschen Volkes zum französischen Volk nach und nach in ihr Gegenteil umkehrten: die Deutschen fingen an, die Okkupanten zu hassen.*[34] *Diese antifranzösischen Gefühle flossen später in die einheitliche Nationalidee ein, die den Großteil des Volkes vereinte*".

Auf eine solche Weise findet der Autor den Grund für die „Vereinigung des Großteils des deutschen Volkes" hinter einer „einheitlichen Nationalidee" in der französischen Außenpolitik, und nicht in den aggressiven Bestrebungen des deutschen Imperialismus, der auf demagogische Weise alles benutzt hat, was es in der Geschichte an Verletzendem für die nationalen Gefühle des deutschen Volkes gegeben hat. So wird der Krieg Deutschlands gegen Frankreich, das angeblich die Nationalgefühle der Deutschen verletzt habe, gerechtfertigt. Im Artikel F. Schneiders findet die Militarisierung Deutschlands, die Erziehung der Deutschen im Geiste des Hasses gegen andere Völker, die moralisch-politische Zersetzung des deutschen Volkes ihre Rechtfertigung.

Die Ausführungen des Autors stellen ein Fundstück für die Hitlerpropaganda dar, die nach „Schuldigen" für den nun von den Faschisten ausgeheckten Weltkrieg sucht.

Anscheinend hat der Autor des Artikels den Standpunkt des Referats des Gen. Dimitrov auf dem VII. Kongress der Komintern vergessen: „Die Faschisten – sagte Gen. Dimitrov – durchstöbern die ganze Geschichte jedes Volkes, um sich als Nachfolger und Fortsetzer alles Erhabenen und Heldenhaften in seiner Vergangenheit hinzustellen und benützen alles, was die nationalen Gefühle des Volkes erniedrigte und beleidigte, als Waffe gegen die Feinde des Faschismus."[35]

---

32 Siehe: F. Šnejder: Fal'sifikacija nemeckoj istorii gitlerovskimi mrakobesami i žulikami. In: *Kommunističeskij internacional* (1943), 1, S. 39–52. Die deutsche Ausgabe der *Kommunistischen Internationale* wurde nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion eingestellt, die letzte nachweisbare Ausgabe ist Heft 5 (1941).

33 Als Napoleonische Kriege werden die zwischen 1799 und 1815 geführten militärischen Auseinandersetzungen zwischen Frankreich und unterschiedlichen Koalitionen europäischer Staaten bezeichnet.

34 1792 marschierten republikanische französische Truppen in Teile des Rheinlandes ein, wo sie bis 1815 blieben. Zunächst trafen die Besatzer aufgrund ihrer vorsichtigen Modernisierungspolitik durchaus auf Wohlwollen in der Bevölkerung, unterstützt durch die Sympathien mit der französischen Revolution, die Einrichtung einer fortschrittlichen Verwaltung u.a.m., was allerdings während der andauernden Besatzung in Unmut und auch in Widerstand umschlug.

35 Zitiert nach: G. Dimitroff: Arbeiterklasse gegen Faschismus, Moskau-Leningrad, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, 1935, S. 89.

Anstatt zu zeigen, wie die Faschisten all das ausnutzen, was es an Verletzendem für die nationalen Gefühle des deutschen Volkes gegeben hat, „durchstöbert“ der Autor des Artikels die Geschichte Deutschlands im Sinne der faschistischen Propaganda.

Indem F. Schneider die tatsächliche Geschichte entstellt, gibt er auch die Ereignisse des Vaterländischen Krieges von 1812 fehlerhaft wieder.[36] Es ist bekannt, dass im Krieg gegen Russland ein preußisches Korps auf der Seite Napoleons auftrat, das von Kutuzov zerschlagen wurde und als Resultat dieser Zerschlagung aus dem Kampf ausschied. Allerdings verdreht Schneider auch hier die Fakten, indem er behauptet, „die preußische Armee“ habe sich „unter dem Druck der revolutionären Stimmung des Volkes den Befehlen widersetzt und zur Tat geschritten. Generalleutnant Yorck, der an der Spitze von 20 Tausend Soldaten Ostpreußen als das Hinterland Napoleons hätte decken sollen, zerriss unter der Zustimmung der gesamten Armee den schändlichen Bund mit Napoleon und unterzeichnete am 30. Dezember 1812 den berühmten Friedensvertrag mit den Russen in Tauroggen.“[37]

Anstatt zu zeigen, dass sich die preußische Armee als Folge der entscheidenden, ihr im Krieg gegen Russland zugefügten Niederlage zersetzte und „den Befehlen widersetzte“, erklärt F. Schneider den Austritt Preußens aus dem Krieg nicht aus den tatsächlichen Gründen heraus, sondern aus einer der durch die Niederlage Preußens hervorgerufenen Folgen.

In den Tagen des Großen Vaterländischen Krieges des sowjetischen Volkes gegen Hitlerdeutschland ist es für den sowjetischen Leser wichtig, sich keinen Illusionen hinzugeben, sondern aus den Erfahrungen der vergangenen Kriege die Lehren zu ziehen und zu erkennen, dass nur die erbarmungslose Vernichtung der Besatzer den Sieg über Deutschland bringen kann. Die Schlussfolgerungen jedoch, die sich aus dem fehlerhaften und schädlichen Artikel von F. Schneider ergeben, können den sowjetischen Leser nur verwirren.[38]

---

36 Als „Vaterländischer Krieg von 1812“ (im Gegensatz zum „Großen Vaterländischen Krieg“ gegen Deutschland 1941–1945) wird in Russland der Krieg gegen Napoleon 1812/1813 bezeichnet, bei dem das französische Heer bis in das russischerseits zerstörte Moskau vordringen konnte, jedoch aufgrund starker Verluste und eines strengen Winters zurückgetrieben und schließlich im Dezember 1813 von Russland und seinen Verbündeten in der „Völkerschlacht von Leipzig“ aufgerieben wurde.

37 Am 30.12.1812 schlossen der preußische General Graf Ludwig Yorck von Wartenburg und der russische General Hans von Diebitsch die Konvention von Tauroggen ab, die die Trennung des preußischen Hilfskorps von der französischen Armee zu Folge hatte.

38 Die Reaktion Kuz'mins auf die angeführten historisch nicht grundlegend falschen Teile des historischen Artikels belegt nicht nur die frühe Instrumentalisierung der Geschichte des Zweiten Weltkriegs für propagandistische Zwecke, sie kann als exemplarisch für die zunehmend antideutsche Linie in der sowjetischen Propaganda gelten, die gerade auch vom marxistischen Standpunkt aus betrachtet den Klassenstandpunkt verwarf und nun kollektiv gegen „die Deutschen“ an sich gerichtet war. Exemplarisch dafür ist der Fall des Ökonomen Jenő Varga, der für einen historisch-materialistischen Vortrag über den deutschen Imperialismus nur knapp einer Verfolgung als „Verteidiger des Hitler-Imperialismus“ entging (siehe: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 445–446).

Der Leiter des Zeitschriftensektors der Verwaltung für Propaganda und Agitation des ZK der VKP(b)
[Sign.] /L. Kuz'min/[39]

Dok. 522

Stalins Begründung für die Auflösung der Komintern nach den Aufzeichnungen Dimitrovs

[Moskau], 21.5.1943

Typoskript vom Autograph. Zentrales Parteiarchiv der BKP(b), Sofia, 146/2/311, 173. In deutscher Sprache publ. in: Bayerlein: Georgi Dimitroff. Tagebücher, I, S. 694–695.

21.5.43.

Sitzung des *Politbüros* in Stal[ins] Arbeitszimmer. Neben den Mitgliedern und Kandidaten des Politbüros waren auch Manuilski und ich anwesend.

Molotow verlas den Beschluß des EKKI-Präsidiums über die Auflösung der Komintern.[40]

39 Zu L. Kuz'min konnten keine Lebensdaten eruiert werden. Wahrscheinlich handelt es sich um L. F. Kuz'min, der in einem Politbüro-Beschluss von 1946 im Zusammenhang mit der Agitprop-Verwaltung erwähnt wird (siehe http://www.alexanderyakovlev.org/fond/issues-doc/69277). Am 18.2.1943 leitete Georgij Aleksandrov die Beschwerde Kuz'mins an Dimitrov weiter, dessen Anweisung lautete, diese dem Redakteur der *Kommunistischen Internationale* Jakov Mirov-Roskin sowie dem politischen Referenten Dimitrovs, Boris Ponomarev, zur Kenntnis zu bringen. Daraufhin sandte Mirov-Roskin Dimitrov eine Zusammenstellung von Lenin-Zitaten, die die Beschwerde Kuz'mins entkräften sollten (RGASPI, Moskau, 495/73/166, 40, 43ff.).

40 *Auflösung der Komintern*: Am 8.5.1943 wurden Dimitrov und Manuilski zu Molotov bestellt, wo sie darüber informiert wurden, dass die Komintern „als Führungszentrum für die kommunistischen Parteien unter den gegenwärtigen Bedingungen ein Hindernis für ihre selbständige Entwicklung und die Erfüllung ihrer speziellen Aufgaben" sei (Dimitroff: Tagebücher, I, S. 688). Beide arbeiteten daraufhin am 11.5.1943 einen entsprechenden Beschluss des EKKI aus. Am 13.5.1943 tagte dazu das Präsidium des EKKI, wobei die EKKI-Sekretäre teilweise ihr Erstaunen und Bedauern über die Auflösung der Komintern aussprachen, gleichwohl dem Entwurf als Grundlage zustimmten (Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 353–358). Bereits am 15.5. wurde in der Presse die Auflösung der Komintern angekündigt, nachdem einen Tag zuvor Churchill und Roosevelt sich in Washington getroffen hatten, um über die Errichtung der zweiten Front zu beraten. Zugleich sagte Stalin am 14.5.1943 in einer Unterredung zu Dimitrov, man solle „nichts überstürzen". Am 17.5.1943 tagte das Präsidium des EKKI erneut. Über die weiteren Modalitäten wurde beschlossen, den Auflösungsbeschluss als „Vorschlag" in der Komintern-Presse abzudrucken, zu dem *post festum* das „Einverständnis" der Komintern-Sektionen eingeholt werden sollte (Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 359–365). Am 19.5.1943 beschloss das Präsidium konkrete Maßnahmen betr. der Weiterführung von Radiosendungen, Presseagenturen etc., um „aufzulösen, ohne aufzulösen" (Adibekov). Die vorliegenden Dokumente zeigen, dass am 21.5. das Politbüro des ZK der KP der

Kalin[in] merkte an, daß die Feinde diesen Schritt ausnutzen würden. Lieber sollte man das Zentrum der KI an einen anderen Ort verlegen, bspw. nach London! (Lachen).

Stal[in] erklärte, die Erfahrung habe sowohl zu Zeiten von Marx und Lenin[41] als auch in der Gegenwart gezeigt, daß es unmöglich sei, die Arbeiterbewegung aller Länder von einem internationalen Zentrum aus zu leiten. Dies vor allem heute, unter Bedingungen des Krieges, da die kommunistischen Parteien in Deutschland, Italien und in anderen Ländern die Aufgabe hätten, ihre Regierungen zu stürzen und eine Taktik des Defätismus zu verfolgen, während die kommunistischen Parteien in der UdSSR, in England, Amerika und in anderen Staaten hingegen die Aufgabe hätten, ihre Regierungen zu unterstützen, damit der Feind baldmöglichst zerschlagen werden kann. Wir hätten unsere Kräfte überschätzt, als wir die KI gründeten und davon ausgingen, daß wir die Bewegung in allen Staaten leiten könnten. Das sei unser Fehler gewesen. Die weitere Existenz der KI wäre eine Diskreditierung der Idee der Internationale, was wir nicht wollen.

Es gäbe jedoch noch ein anderes Motiv für die Auflösung der KI, von dem im Beschluß nicht die Rede sei. Es handele sich darum, daß die kommunistischen Parteien, die der KI angehörten, in verleumderischer Weise beschuldigt würden, sie seien Agenten eines fremden Staates, und dies erschwere ihre Arbeit unter den breiten Massen. Mit der Auflösung der KI wird diese Trumpfkarte den Feinden aus den Händen geschlagen. Der eingeleitete Schritt wird zweifellos die kommunistischen Parteien als nationale Arbeiterparteien stärken und zugleich den Internationalismus der Volksmassen festigen, dessen Basis die Sowjetunion sei.

Der Beschluß wurde einstimmig angenommen.
Daran schloß sich die Diskussion einiger Fragen an, die mit der Auflösung der KI verbunden sind.
– Am Abend habe ich die Abteilungsleiter einbestellt und ihnen erklärt, die Auflösung erfolge nach einem *organisierten Plan*, und den Mitarbeitern müsse vorerst erklärt werden, daß sie die Arbeit fortzusetzen und weitere Anweisungen abzuwarten hätten.[42]

Sowjetunion dem Auflösungsbeschluss zustimmte, infolgedessen er am 22.5.1943 in der *Pravda* und anschließend in der Kominternpresse veröffentlicht wurde (*Die Welt*, 28.5.1943; zum Beschluss siehe Dok. 522a; vgl. Natalya Lebedeva/Mikhail Narinsky: Dissolution of the Comintern in 1943. In: Mikhail Narinsky, Jürgen Rojahn (Hrsg.): Centre and Periphery. The History of the Comintern in the Light of New Documents, Amsterdam, IISG, 1996, S. 153–162; Grant Adibekov: Das Kominform und Stalins Neuordnung Europas, Frankfurt am Main, Peter Lang, 2002, S. 33ff. Der Beschluss des Präsidiums des EKKI wurde (auf den 15.5.1943 rückdatiert) in deutscher Sprache publiziert in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, V, S. 573).

41 Vgl. die Argumentation Stalins im Dok. 489a, wo er die Konzeptionen von Marx und Lenin zwar erwähnt, nicht jedoch, wie hier, die Formen und Traditionen des Internationalismus der Arbeiterbewegung als gescheitert ansieht.

42 Am 13.5.1943 erläuterte Stalin gegenüber Dimitrov das Schicksal der führenden Komintern-Kader: „Nicht den Eindruck vermitteln, daß wir die führenden ausländischen Genossen einfach davonjagen



Am 21.5.1943 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Auflösung der Komintern. Der Wortlaut des Beschlusses stellt sich beim Vergleich mit den Tagebuchaufzeichnungen Dimitrovs als fast wörtliche Übernahme des Redebeitrags Stalins in der Sitzung des Politbüros dar. Der Beschluss lautete: *„Morgen, am 22. Mai, wird in der Pravda der Beschluss des Exekutivkomitees der Komintern über die zeitgemäße und zweckmäßige Auflösung der Kommunistischen Internationale und über die Entbindung der Sektionen der Komintern von den Pflichten, die sich aus der Satzung und den Beschlüssen der Kongresse der Komintern ergeben, veröffentlicht. Das Hauptmotiv für Auflösung ist die Unmöglichkeit der Anleitung der Tätigkeiten der Komparteien in allen Ländern der Welt von einem internationalen Zentrum aus unter den Bedingungen des Weltkriegs, in dem ein Teil der Komparteien, wie die deutsche, die italienische usw. verpflichtet ist, ihre jeweilige Regierung zu stürzen, während ein anderer Teil der Komparteien, wie unsere Partei, die englische u.a. verpflichtet ist, ihre Regierungen mit allen Mitteln zu unterstützen und ihren Sieg über den Feind zu erwirken. Es gibt ein weiteres Motiv, das nicht im Vorschlag des Präsidiums des EKKI benannt ist, und das darin besteht, dass die kommunistischen Bruderparteien, indem sie für den Austritt aus der Komintern und ihre Auflösung kämpfen, die verlogenen Behauptungen seitens der Feinde loswerden wollen, sie handelten angeblich auf Anweisung eines fremden Staates. Damit wollen sie dem Feind einen Trumpf aus der Hand schlagen, um so ihre Arbeit in den Massen zu erleichtern. Das ZK der VKP(b) zweifelt nicht daran, dass der vom Präsidium des EKKI unternommene Schritt zur weiteren Verstärkung der kommunistischen Bewegung weltweit und zur Festigung des Internationalismus in den Volksmassen beitragen wird.“*[43]

Dok. 522a

„Vorschlag“ des Komintern-Präsidiums zur Auflösung der Kommunistischen Internationale

Moskau, 22.5.1943

Pravda, 22.5.1943. Die Welt, 28.5.1943, S. 62–28. In deutscher Sprache publ. in: Weber: Die Kommunistische Internationale, S. 344–348.

Die historische Rolle der kommunistischen Internationale, die im Jahre 1919 im Ergebnis des politischen Zusammenbruchs der überwältigenden Mehrheit der alten Arbeiterparteien der Vorkriegszeit entstanden war, bestand darin, dass sie die Lehren des Marxismus vor ihrer Verflachung und Verdrehung seitens der opportunistischen Elemente der Arbeiterbewegung verteidigte, in einer Reihe von Ländern den Zusammenschluss der Vorhut der fortgeschrittenen Arbeiter in wahrhaften Arbeiterparteien

wollen. Sie werden für Zeitungen arbeiten. […] [E]benso können einzelne antifaschistische Komitees der Deutschen ins Leben gerufen werden.“ Zur Abwicklung der Komintern-Einrichtungen übermittelte Dimitrov am 14.5.1943 dem Politbüro-Mitglied Georgij Malenkov neben weiteren Informationen Listen der EKKI-Objekte sowie einen Bericht über die Tätigkeit der „Ersten Abteilung“ (Lebedeva/ Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 358f). Viele Tätigkeitsfelder der Komintern mitsamt den entsprechenden Apparaten flossen in die beim ZK der VKP(b) gegründete „Abteilung für Auslandsinformation“ ein (siehe den Politbüro-Beschluss vom 13.6.1943). Zu den Nachfolgeorganen der Komintern und dem Transformationsprozess siehe Adibekov: Das Kominform, S. 36ff.).
43 RGASPI, Moskau, 17/3/1047, 63.

förderte, ihnen half, die Massen der Werktätigen zu mobilisieren zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen, zum Kampf gegen den Faschismus und den von ihm vorbereiteten Krieg, zur Unterstützung der Sowjetunion als Hauptstütze gegen den Faschismus. Die Kommunistische Internationale hat zur rechten Zeit die wahre Bedeutung des Antikominternpaktes enthüllt, dessen sich die Hitleristen als Werkzeug zur Vorbereitung des Krieges bedienten. Sie hat lange vor dem Kriege unermüdlich die schändliche Wühlarbeit der Hitleristen in den anderen Staaten entlarvt, die diese mit ihrem Geschrei über eine angebliche Einmischung der Kommunistischen Internationale in die inneren Angelegenheiten dieser Staaten maskierte.

Noch lange vor dem Kriege wurde es immer klarer, dass mit der zunehmenden Komplizierung sowohl der inneren als auch der internationalen Situation der einzelnen Länder die Lösung der Aufgaben der Arbeiterbewegung jedes einzelnen Landes durch die Kräfte irgendeines internationalen Zentrums auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen wird.

Dieser Unterschied der historischen Wege der Entwicklung der einzelnen Länder der Welt, der unterschiedliche Charakter, ja sogar die Gegensätzlichkeit ihres gesellschaftlichen Aufbaus, der Unterschied im Niveau und im Tempo ihrer gesellschaftlichen und politischen Entwicklung, schließlich der Unterschied im Grade des Bewusstseins und der Organisiertheit der Arbeiter bedingen auch, dass vor der Arbeiterklasse der einzelnen Länder verschiedene Aufgaben stehen. Der ganze Verlauf der Ereignisse im verflossenen Vierteljahrhundert und die von der Kommunistischen Internationale gemachte Erfahrung haben überzeugend gezeigt, dass die Organisationsform, die vom I. Kongreß der Kommunistischen Internationale zur Vereinigung der Arbeiter gewählt wurde und die den Anforderungen der Anfangsperiode der Wiedergeburt der Arbeiterbewegung entsprach, mit dem Wachstum der Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern und der Komplizierung ihrer Aufgaben sich immer mehr überlebte, ja sogar zu einem Hindernis für die weitere Stärkung der nationalen Arbeiterparteien wurde.[44]

Der von den Hitleristen entfesselte Weltkrieg hat die Unterschiede in der Lage der einzelnen Länder noch mehr verschärft, er schuf eine tiefe Kluft zwischen den Ländern, die zu den Trägern der Hitlertyrannei wurden, und den freiheitsliebenden Völkern, die in der mächtigen Antihitlerkoalition zusammengeschweißt sind. Während in den Ländern des Hitlerblocks die Hauptaufgabe der Arbeiter, der Werktätigen und aller ehrlichen Menschen darin besteht, allseitig auf die Niederlage dieses Blocks durch die Untergrabung der hitleristischen Kriegsmaschine von innen heraus hinzuarbeiten, an dem Sturz der am Kriege schuldigen Regierungen mitzuwirken – ist es in den Ländern der Antihitlerkoalition eine heilige Pflicht der breiten Volksmassen und vor allem der fortgeschrittenen Arbeiter, die Kriegsanstrengungen

44 Der marxistische Zweig der 1864 in London gegründeten Internationale Arbeiterassoziation („Erste Internationale“) wurde 1876 aufgelöst. Die hier gesetzte Parallele zur Komintern-Auflösung ist insofern künstlich, als die IAA eine Spaltung durchmachte und der Aufbau sozialistischer Arbeiterparteien sich gerade erst in der Anfangsphase befand.

der Regierungen dieser Länder allseitig zu unterstützen, um den Hitlerblock aufs rascheste zu zerschmettern und die Zusammenarbeit der Nationen auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu sichern. Dabei darf ebenso nicht aus dem Auge gelassen werden, dass auch einzelne Länder, die der Antihitlerkoalition angeschlossen sind, ihre besondere Aufgabe haben. So besteht zum Beispiel in den von den Hitleristen okkupierten und ihrer staatlichen Unabhängigkeit beraubten Ländern die Hauptaufgabe der fortgeschrittenen Arbeiter und breiten Volksmassen in der Entfaltung des bewaffneten Kampfes, der in den nationalen Befreiungskrieg gegen Hitlerdeutschland hinüberwächst. Gleichzeitig hat der Befreiungskrieg der freiheitsliebenden Völker gegen die Hitlertyrannei die breitesten Volksmassen in Bewegung gebracht, die sich ohne Unterschied ihrer Partei- oder Religionszugehörigkeit in den Reihen der mächtigen Antihitlerkoalition zusammenschließen, und hat offensichtlicher gezeigt, dass der allnationale Aufschwung und die Mobilisierung der Massen zum raschesten Sieg über den Feind durch die Vorhut der Arbeiterbewegung jedes einzelnen Landes am besten und fruchtbarsten im Rahmen ihres Staates verwirklicht werden kann.

Schon der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Jahr 1935, der die Veränderungen berücksichtigte, die sowohl in der internationalen Lage als auch in der Arbeiterbewegung vor sich gegangen waren, und der eine große Beweglichkeit und Selbständigkeit von den Sektionen der Kommunistischen Internationale forderte, unterstrich die Notwendigkeit, dass die Exekutive der Kommunistischen Internationale bei der Beschlussfassung über alle Fragen der Arbeiterbewegung „von den konkreten Verhältnissen und Besonderheiten jedes einzelnen Landes auszugehen und in der Regel ein unmittelbares Eingreifen in die internen organisatorischen Angelegenheiten der kommunistischen Parteien zu vermeiden hat“.

Von diesen Erwägungen ließ sich die Kommunistische Internationale leiten, als sie den Beschluß der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten von Amerika im November 1940 über ihren Austritt aus den Reihen der Kommunistischen Internationale zur Kenntnis nahm und billigte.[45] Die Kommunisten, die sich von den Lehren der Begründer des Marxismus-Leninismus leiten lassen, waren niemals Anhänger der Aufrechterhaltung überlebter Organisationsformen; sie haben immer die Organisationsformen der Arbeiterbewegung und die Arbeitsmethoden dieser Organisationen untergeordnet den grundlegenden politischen Interessen der gesamten Arbeiterbewegung, den Besonderheiten der konkreten gegebenen historischen Lage und den Aufgaben, die aus dieser Lage unmittelbar entspringen. Sie erinnern sich des Beispiels des großen Marx, der die fortgeschrittenen Arbeiter in den Reihen der Internationalen Arbeiter-Assoziation zusammenschloß und nach der Erfüllung der historischen Aufgabe der Ersten Internationale – die Grundlage für die Entwicklung der Arbeiterpartei in den Ländern Europas

45 Auch hier trifft die historische Analogie nicht zu. Aus Gründen des drohenden gesetzlichen Verbotes der KP der USA – also aus rein taktischen Gründen – wurde am 29.11.1940 die formelle Trennung der Partei von der Komintern gutgeheißen, an der Lavrentij Berija und Pavel’ Fitin maßgeblich mitwirkten (siehe: Klehr/Haynes//Anderson: The Soviet World, S. 87f.).

und Amerikas zu schaffen – im Ergebnis der herangereiften Notwendigkeit der Schaffung von nationalen Massenarbeiterparteien zur Auflösung der Ersten Internationale schritt, da diese Organisationsform diesen Notwendigkeiten schon nicht mehr entsprach.

Von den vorstehenden Erwägungen ausgehend, unter Berücksichtigung des Wachstums und der politischen Reife der kommunistischen Parteien und ihrer leitenden Kader in den einzelnen Ländern sowie auch angesichts des Umstandes, dass im Verlauf des jetzigen Krieges eine Reihe Sektionen die Frage der Auflösung der Kommunistischen Internationale als leitendes Zentrum der internationalen Arbeiterbewegung aufwarfen, gestattet sich das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale – da es unter den Bedingungen des Weltkrieges nicht die Möglichkeit hat, den Kongreß der Kommunistischen Internationale einzuberufen – folgenden Vorschlag den Sektionen der Kommunistischen Internationale zur Bestätigung zu unterbreiten:

Die Kommunistische Internationale als leitendes Zentrum der internationalen Arbeiterbewegung aufzulösen und die Sektionen der Kommunistischen Internationale von den aus dem Statut und den Beschlüssen der Kongresse der Kommunistischen Internationale entspringenden Verpflichtungen zu entbinden.

Das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale ruft alle Anhänger der Kommunistischen Internationale auf, alle ihre Kräfte auf die allseitige Unterstützung und aktiven Teilnahme am Befreiungskrieg der Völker und Staaten der Antihitlerkoalition zu konzentrieren zur raschesten Zerschmetterung des Todfeindes der Werktätigen – des deutschen Faschismus, seiner Verbündeten und Vasallen.

Die Mitglieder des Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale:
Dimitroff, Ercoli [d.i Palmiro Togliatti], *Florin, Gottwald, Kolaroff, Koplenig, Kuusinen, Manuilski, Marty, Pieck, Shdanow, Thorez.*[46]
Vorstehendem Beschluss haben sich folgende Vertreter der Kommunistischen Parteien angeschlossen: Bianco (Italien), Dolores Ibárruri (Spanien), Lehtinen (Finnland), Pauker (Rumänien), Rákosi (Ungarn).[47]

15. Mai 1943.[48]

46 Zu den Präsidiumsmitgliedern gehörte der zukünftige tschechoslowakische Staatspräsident Klement Gottwald (1896–1953), der Bulgare Vasil Kolarov, später Dimitrovs Nachfolger als Ministerpräsident (1877–1950), der Österreicher Johann Koplenig (1891–1968), seit 1945 über 20 Jahre lang Parteivorsitzender der KPÖ, sowie André Marty (1886–1956), der Organisator der Internationalen Brigaden im spanischen Bürgerkrieg, der 1953 als Intimfeind von Maurice Thorez aus der KPF ausgeschlossen wurde., Andrej Ždanov (1896–1948) war seit 1939 Mitglied des Politbüros der VKP(b), er wurde 1947 von Stalin mit dem Aufbau der Komintern beauftragt und tat sich als stalinistischer Kulturpolitiker hervor.
47 Dabei handelte es sich um – in der Reihenfolge Vincenzo Bianco (1898–1980), 1940–1943 Vertreter der KP Italiens bei der Komintern, die charismatische Massenrednerin Dolores Ibárruri (1885–1989), „La Pasionária“, die Finnin Inkeri Lehtinen (1908–1997), die auch nach 1945 Vertrauensperson Moskaus blieb, die späterer rumänische Außenministerin Anna Pauker (1893–1960) sowie den späteren ungarischen Gefolgsmann Stalins, KP-Generalsekretär und Ministerpräsidenten Mátyás Rákosi (1892–1971).
48 Zur Vordatierung des Dokuments siehe Dok. 522.



Am 21.5.1943 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Gründung der Zeitschrift *Vojna i rabočij klass* („Der Krieg und die Arbeiterklasse"). In ihr sollten Fragen der Außenpolitik beleuchtet werden. Ziel sei es, eine „freiere Kritik der Außenpolitik ausländischer Mächte" zu erreichen.[49]

Dok. 523

Brief des „Zentralkomitees der KPD" (Wilhelm Pieck, Wilhelm Florin, Walter Ulbricht, Anton Ackermann und Elly Schmidt) an das Präsidium des EKKI zur Auflösung der Komintern

Moskau, 24.5.1943

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1340, 135–137. Vollständige deutsche Erstveröffentlichung. Auszugsweise publ. in: Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, V, S. 573–574. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 371–374.

Präsidium des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationale
z. H. des Genossen *G. M. Dimitroff*.

Teure Genossen!
Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands stimmt einmütig dem Vorschlag des Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale und der dafür gegebenen Begründung zu.[50] Wir sind fest überzeugt, dass die Gruppen und Organisationen der Kommunistischen Partei Deutschlands, die unter den Bedingungen der Hitlertyrannei einen schweren und opferreichen Kampf zur raschen Beendigung des Raubkrieges des deutschen Imperialismus, für den Sturz des Hitlerregimes, für Frieden und Freiheit führen, diese Entscheidung billigen und sich aus voller Ueberzeugung unserer Erklärung anschliessen werden.

Der Vorschlag zur Auflösung der Kommunistischen Internationale wird einer dringenden historischen Notwendigkeit gerecht. Unsere eigenen bitteren Erfahrungen lehren mit aller Eindringlichkeit, daß jedes Festklammern an überlebte organisatorische Formen der lebendigen, kämpfenden Arbeiterbewegung den größten Schaden zufügen und mit den schwersten Opfern bezahlt werden müssen. In keinem anderen Lande der Welt wurde die Lüge über die Kommunistische Partei als „Agentur Moskaus" skrupelloser ausgenutzt zur Entfaltung des blutigsten Massenterrors gegen die Vorhut der Arbeiterbewegung, zur ideologischen Verwirrung breiter Teile

49 RGASPI, Moskau, 17/3/1047, 63.
50 Entgegen der hier verlautbarten enthusiastischen Zustimmung opponierten Teile der KPD-Führung, und gerade Wilhelm Pieck intern gegen die Auflösung der Komintern. Siehe: http://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0026_auf_de.pdf; vgl. Bayerlein: Der Verräter, Stalin bist Du, S. 458ff.

des schaffenden Volkes, als in Hitlerdeutschland, dem Lande des tierischen Rasse-Chauvinismus. Wohl kaum eine andere Sektion der Kommunistischen Internationale hat in der Vergangenheit mit grösseren Rückschlägen und schwereren Niederlagen zahlen müssen für die Unterschätzung der historischen Besonderheiten der Entwicklung des Landes, für die Vernachlässigung der nationalen Probleme ihres Volkes als die Kommunistische Partei Deutschlands. Schwer büsst die gesamte deutsche Arbeiterbewegung dafür, daß seit ihrer Entstehung ein ständiger, entschiedener Kampf gegen den im deutschen Volk weit verbreiteten Ungeist hemmungsloser nationaler Ueberheblichkeit ebenso fehlte, wie das Verständnis, die hohen und bleibenden Ideale des Internationalismus der Arbeiterbewegung tief in den Boden der heimatlichen Gefühle des schaffenden Volkes einzupflanzen.[51]

Jeder ehrliche deutsche Arbeiter, jeder standhaft gebliebene Kampfgenosse der deutschen Arbeiterbewegung, der die Lehren der Vergangenheit beherzigen und sein Volk aus der Schmach und Schande, der Erniedrigung und Unterdrückung durch die Hitlerbarbaren befreien will, kann den Vorschlag zur Auflösung der Kommunistischen Internationale nur begrüssen.

Nach der Veröffentlichung des historischen Beschlusses des Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 15. Mai 1943 begann die Meute der hitlerfaschistischen Lügner, Räuber und Mörder zu heulen wie schwer getroffene Bestien. Wen nimmt dies wunder? Seitdem die hitlerfaschistische Armee nur Rückzüge und Niederlagen kennt, eine solche beispiellose Katastrophe wie bei Stalingrad[52] und den Zusammenbruch in Nordafrika erntete, seitdem sich das militärische Kräfteverhältnis grundlegend geändert hat und die Unvermeidlichkeit der Niederlage Hitlerdeutschlands offen sichtbar geworden ist, sehen diese bankrotten Verbrecher nur noch einen dunklen Ausfluchtsweg vor dem drohenden Strafgericht der Völker. Mit der panischen Angst vor einem „Sieg des Bolschewismus in Europa" versuchen diese ertappten Gangster das deutsche Volk weiter an sich und ihre verbrecherische und verlorene Sache zu ketten. Mit derselben gemeinen Lüge versuchen sie, die Allianz der friedens- und freiheitsliebenden Völker zu spalten. Die Auflösung der Kommunistischen Internationale entzieht diesen dunklen Manövern den Boden, entlarvt die Lüge der Hitlerfaschisten, dass „Moskau" sich in die Verhältnisse anderer Staaten einmischen und sie „bolschewisieren" will. Schon deshalb wird der Beschluss des Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale von jedem ehrlichen Hitlergegner in Deutschland, von allen fortschrittlichen und freiheitlichen Menschen in der ganzen Welt gebilligt und begrüsst werden, weil dieser Beschluss ein schwerer Schlag gegen den gemeinsamen Feind der ganzen Menschheit ist, den

---

51 Die blumige Rhetorik läßt gleichwohl das stalinsche Motiv der Verantwortung und des Versagens der deutschen Arbeiter vor der nationalen Verantwortung durchscheinen.

52 Im September 1942 erfolgte die Entscheidung der Alliierten zur Landungsaktion in Nordafrika mit den Hauptzielen Casablanca, Oran und Algier. Zur Schlacht von Stalingrad, der Wende im Krieg in Afrika und die neuen Anforderungen an die kommunistischen Parteien siehe Dok. 520.

entschlossenen, einheitlichen Kampf gegen die Hitlerbanditen fördern und den Sieg der gerechten Sache der Völker beschleunigen wird.

Die Hitlerpartei, diese Partei der dunkelsten Reaktion, des hemmungslosesten Terrors und des wildesten Untermenschentums konnte nur deshalb zur Macht kommen und das deutsche Volk zum blinden Werkzeug ihrer Verbrechen machen, weil die Gegner Hitlers gespalten und der aktivste Flügel des antifaschistischen Kampfes in Deutschland mit den breitesten Volksmassen nicht genügend verbunden war. Und ist es nicht so, dass die Schaffung der Einheit aller Hitlergegner, besonders die Einheit der Arbeiterschaft schwer gehemmt wurde durch die Verleumdungen, dass die Vorschläge der Kommunistischen Partei Deutschlands zum gemeinsamen Kampf nur eine „Parole aus Moskau", nur eine „Taktik der Komintern" sei und die Kommunistische Partei Deutschlands ihr Verhalten nicht von den Interessen des schaffenden deutschen Volkes bestimmen liesse?! Wurden nicht noch in den letzten Jahren die aus ehrlichen Motiven geborenen Vorschläge zur Schaffung einer einheitlichen Volksbewegung gegen die drohende Gefahr des Hitlerkrieges mit denselben Ausflüchten abgelehnt? Wird nicht noch heute das weitere, verhängnisvolle Abwarten eines bedeutenden Teiles der Anhänger der ehemaligen antifaschistischen Parteien in Deutschland immer wieder damit zu begründen versucht, dass man mit den „Anhängern von Moskau" nicht zusammengehen könne?

Die Auflösung der Kommunistischen Internationale setzt auch dieser Art von Verleumdungen und Ausflüchten ein Ende. Bedeutend erleichtert wird die Erfüllung der dringlichsten und unaufschiebbarsten Aufgaben der deutschen Hitlergegner: Die Schaffung einer einheitlichen Kampfbewegung des arbeitenden deutschen Volkes und aller jener ehrlichen Deutschen, die gegen Hitler und gegen die Fortsetzung seines verbrecherischen Krieges sind!

Nun gilt es, mit verdoppelter Energie, unter Einsatz aller Kräfte heranzugehen an die Lösung dieser Aufgabe, die Einheit aller Hitlergegner ohne Unterschied der Weltanschauung und des Glaubens herzustellen. Von Tag zu Tag schwerer wird die Last der Mitverantwortung des deutschen Volkes für das Kriegsverbrechen Hitlers, für die zahllosen unmenschlichen Grausamkeiten der Hitlerbanditen gegen andere Völker. Immer tiefer reisst Hitler Deutschland in den Morast seiner Verbrechen hinab. Immer weiter treibt Hitler mit seinem „Totalen" Krieg und der „totalen" Mobilisierung das schaffende deutsche Volk in den Ruin. Es gibt nur ein unaufschiebbares nationales Gebot, nur die eine brennende Aufgabe für jeden Arbeiter, Bauern und Intellektuellen in Hitlerdeutschland, der nicht mit den Nazihalunken entartet und verwildert ist. Das ist der unermüdliche, keine Opfer scheuende Kampf gegen die Hitlerbanditen, die Entfaltung einer einheitlichen, alltäglichen und allseitigen Aktion für die rasche Beendigung des Hitlerkrieges durch die Zertrümmerung der Kriegsmaschine Hitlers, für die Freiheit und die Rechte des Volkes. Das ist der einzige Weg für das deutsche Volk, sich vor dem Sowjetvolk und vor allen Völkern der Welt von der braunen Schande rein zu waschen und die Last der Mitverantwortung für Hitlers Verbrechen

von seinen Schultern zu werfen![53] Das ist die einzige Rettung aus der Katastrophe, in die Hitler das schaffende Volk gestürzt hat!

Für die Niederlage der Hitlerregierung und der deutschen Imperialisten in dem von ihnen entfesselten ungerechten, verbrecherischen Krieg!

Tod den blutbesudelten Hitlerbanditen!

Es lebe die Einheit des schaffenden deutschen Volkes und aller Hitlergegner in der nationalen Friedens- und Freiheitsbewegung!

Es lebe das neue, freie Deutschland!

[Sign.] Wilhelm Pieck
Wilhelm Florin
Walter Ulbricht
Anton Ackermann[54]
Irene Gärtner [d.i. Elly Schmidt][55]



Am 13.6.1943 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Gründung einer „Abteilung für Auslandsinformation“ beim ZK der Partei. Zum Leiter wurde Aleksandr Ščerbakov bestimmt, zu seinen Stellvertretern derGeneralsekretär der aufgelösten Komintern Dimitrov und sein Stellvertreter Manuilski. Zu den künftigen Aufgabenbereichen gehörten die Leitung des antifaschistischen Komitees, die nationalen Radiosendungen, die Verbindungen zum Ausland, die Telegrafenagentur „Supress“ und der Verlag für fremdsprachige Literatur.[56]

---

53 Auch hier läßt sich die Übernahme der (später noch schärfer formulierten) These einer Kollektivschuld des deutschen Volkes seitens der KPD und der Komintern erkennen.
54 Anton Ackermann (1905–1973). Funktionär der KPD und der Komintern in den dreißiger Jahren, Direktor der KPD-Schule im spanischen Bürgerkrieg, Mitglied des Politbüros, in der DDR Kandidat des PB, Parteistrafe wegen Kritik an Ulbricht, 1962 Entbindung von allen Funktionen.
55 Elly Schmidt (1908–1980), Deutsche KPD-, Frauen- und NKFD-Funktionärin. Absolventin der Internationalen Leninschule. 1935 ZK, bis 1940 Paris, dann in die Sowjetunion. 1953 Opposition gegen Ulbricht, Politbüro-Ausschluß.
56 RGASPI, Moskau, 17/162/37, 112. Publ. in: Adibekov: Das Kominform, S. 37; Georgi Dimitrov: Dnevnik. 9 mart-6 fevruari 1949, Sofija, Universitetsko izdatelstvo „Sv. Kliment Ochridski“, 1997, S. 372.

Dok. 524

Brief Bruno Köhlers an Dimitrov über die Arbeit beim Propagandarundfunk der Roten Armee

Kasan, 26.5.1943

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1340, 181–182. Erstveröffentlichung.

Werter Genosse Dimitrow![57]
Anbei meine Zustimmung zu dem Beschluss des Präsidiums über die Auflösung der Komintern.[58]

Gestatten Sie, Genosse Dimitrow, anschliessend einige Worte über die Arbeit hier in Kasan.[59] Seit meiner persönlichen Berichterstattung im November v.J.[60] hat die Nazibande besonders während der Winteroffensive der Roten Armee sehr nervös reagiert, was aus den Wochenberichten ersichtlich war, die ich ständig einschicke.[61]

In den letzten Tagen gibt es wieder eine ganz neue und noch stärkere Reagenz [sic] auf unsere Arbeit. Bekanntlich reagieren die Nazi bisher mit einer Störung, die unsere Worte durch „Schaukeln" /katschat/ unverständlich machen sollte.[62] Unsere Arbeit wurde deshalb dahingehend technisch verbessert, dass wir auch auf ihrer

57 Russischer handschriftlicher Vermerk Dimitrovs in der oberen rechten Ecke: „Zu den Materialien zur Auflösung der KI. GD".

58 Zum Auflösungsbeschluss der Komintern siehe Dok. 522a.

59 Von Kazan' aus wurde nach der Evakuierung aus Moskau die „Geisterstimme", d.h. das Einspeisen von gesprochener Propaganda und Echtzeit-Kommentaren in deutsche Rundfunksendungen, betrieben. Das entsprechende Verfahren, das von Leningrader Technikern entwickelt wurde, hatte das Volkskommissariat für Verteidigung unter entscheidender Mithilfe der Komintern und der KPD bereits im Oktober 1941 umgesetzt, der Sprecher war Anton Ackermann. Nach der Evakuierung übernahm der sudetendeutsche Kommunist und Mitglied der Auslandsleitung der KP der Tschechoslowakei, Bruno Köhler, vom 11.5.1942 an den Betrieb der „Geisterstimme" (siehe RGASPI, Moskau, 495/83/323, 1; zu den Texten, die über die „Geisterstimme" gesendet wurden, siehe RGASPI, Moskau, 495/83/322, 1ff; zur „Geisterstimme" siehe das Manuskript von Anton Ackermann: Der Wellenreiter (1969), SAPMO-BArch, NY 4109/55, 28; Tischler: Die rote Welle, S. 142ff.; id.: Von Geister- und anderen Stimmen – Der Rundfunk als Waffe im Kampf gegen „die Deutschen" im Großen Vaterländischen Krieg. In: Karl Eimermacher (Hrsg.): West-östliche Spiegelungen. Neue Folge. Bd. 1, Verführungen der Gewalt: Russen und Deutsche im Ersten und Zweiten Weltkrieg, München, Fink, 2005, S. 469–506; Pütter: Rundfunk gegen das „Dritte Reich", S. 307–308).

60 Die Berichte Bruno Köhlers aus Kazan' beginnen im September 1942 (RGASPI, Moskau, 495/83/322, 339ff).

61 Die Wochenberichte von Köhler sind nur bis zum 19.12.1942 überliefert (vgl. RGSASPI, Moskau, 495/83/322, 140).

62 Um der „Geisterstimme" gleichermaßen „auszuweichen", setzten die deutschen Rundfunksender als „wobbeln" bezeichnete Frequenzwechsel ein. Diese Maßnahme blieb jedoch unwirksam, da die sowjetische Technik schnell von Frequenz zu Frequenz wechseln und somit den jeweiligen deutschen Sender „einholen" konnte (Tischler: Die rote Welle, S. 147–148). „*Kačat'*" (russ.): „schaukeln".

Schaukel sassen, um ihre Störung gegenstandslos zu machen. Daraufhin blieb die Reagenz von ihrer Seite vollständig aus, sie stellten die Störung überhaupt ein. Wir waren zunächst besorgt, ob unsere Arbeit wirksam ist. Seit einigen Tagen bekommen wir aber eine neuartige Quittung. Sie schaukeln nicht mehr, sondern tanzen mit der ganzen Station.[63] Fast nach jedem von mir gesprochenen Absatz, oft auch nach einem Satze, rückt ihre Station zur Seite. Wir gehen ihr sofort nach und bei dem nächsten Auftreten rücken sie wieder nach der anderen Seite. So geht das während der ganzen Zeit, in der wir arbeiten. Das Ausrücken ihrer Station hat jedesmal ein grosses Geheul zur Folge.[64] Dieses Geheul kann ich leicht vorbeilassen und sobald die Station wieder ruhig steht, sitzen wir darauf und schiessen sie von neuem an, wobei unsere Sätze umso verständlicher sind, da der Störsender nicht mehr tätig ist. In dieser Hinsicht geht also die Arbeit erfolgreich weiter.[65]

Zum Inhalt meiner Arbeit will ich Folgendes bemerken:

Aus dem Studium des PURKKA-Materials[66] geht nach meiner Meinung hervor, dass die Nazi unter den deutschen Soldaten an der Ostfront eine ausgedehnte Propagandakampagne zur neuerlichen Hebung der Moral betreiben. Man macht den Soldaten wieder Illusionen, dass durch eine neue Offensive doch noch ein Sieg im Osten erreicht werden könne, dass bis zum Herbst der Ostfeldzug mit einem Sieg oder günstigem Kompromiss abgeschlossen werden kann usw. Das ist natürlich alles Unsinn, aber wenn die Köpfe der deutschen Soldaten wieder mit frischen Hoffnungen voll sind, erschwert das den Kampf unserer Roten Armee. Da ich speziell für das Ostgebiet arbeite, beschäftige ich mich deshalb besonders mit der Zerschlagung der Naziargumente, die zur Hebung der Moral bei den deutschen Soldaten dienen sollen. Ich glaube, damit an der richtigen Stelle anzupacken und Tatsachen, sowie Argumente gegen die Nazistimmungsmache unter den Soldaten gibt es ja in Hülle und Fülle. Wie ich diese Aufgaben erfülle, ist zum Teil auch aus dem Manuskript ersichtlich, das ich laufend einsende.[67]

---

63 Wahrscheinlich bezeichnet Köhler mit den Begriffen „tanzen“ und „schaukeln“ unterschiedliche Intensitäten der Frequenzwechsel der deutschen Stationen.

64 Die Frequenzwechsel hatten unerwünschte Pfeifgeräusche zur Folge (Tischler: Die rote Welle, S. 147).

65 Die Arbeit Köhlers wurde durch technische Schwierigkeiten stark beeinträchtigt. Am 4.7.1942 schrieb er an Dimitrov: „Bis 30. Juni war ich 50 Tage hier. Davon waren 27 Tage erfolgreich, 18 Tage überhaupt nichts und 5 Tage fast nichts.“ (RGASPI, Moskau, 495/83/323, 6). Aus einem Wochenbericht für die Zeit vom 5. bis 15.7.1942 geht hervor, dass er von zehn Tagen an sechs nicht arbeiten konnte, weil die Apparatur aussetzte (RGASPI, Moskau, 495/83/321, 12). Für den 16. bis 18.10.1942 heißt es: „Nicht gearbeitet. Keine Lampen.“ (RGASPI, Moskau, 495/83/322, 95). Aufgrund dieser und anderer Schwierigkeiten hatte Köhler bereits am 12.7.1942 Dimitrov um die Verlegung der Arbeit nach Moskau gebeten (RGASPI, Moskau, 495/83/323, 7), doch blieb er, wie das vorliegende Dokument aufzeigt, bis mindestens Ende Mai 1943 in Kazan’. Die „Geisterstimme“ operierte noch im Februar 1944 im deutschen Rundfunk (Tischler: Die rote Welle, S. 147).

66 PURKKA (russische Abk.). Die Politische Verwaltung der Roten Armee der Arbeiter- und Bauern.

67 Köhler überbrückte die durch technische Unzulänglichkeiten erzwungenen Sendepausen, indem er Beiträge für das Ino-Radio schrieb (Tischler: Die rote Welle, S. 144).

Ich glaube, dass ich richtig handle und setze diese Arbeit fort.

Mit kommunistischem Gruss:

[Sign.:] Bruno Köhler
Kasan, den 26. Mai 1943.

Abkürzungen

AAU-E	Allgemeine Arbeiter-Union (Einheitsorganisation)
ADG	Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AEG	Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft
AFS	Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
Agitprop	Agitation und Propaganda
AHD	Archives de Jules Humbert-Droz, La Chaux-de-Fonds
AIZ	Allgemeine Illustrierte Zeitung
AM	Abteilung Militärpolitik
AM-Apparat	Antimilitärischer Apparat
AN	Archives Nationales, Paris, Fontainebleau, Pierrefitte-sur-Seine
Anti-Arbeit	Antimilitärische Arbeit
Antifa	Antifaschistisch
APRF	Archiv Presidenta Rossijskoj Federacii, Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation, Moskau
ASSRNP	Avtonomnaja Sovetskaja Socialističeskaja Respublika Nemcev Povolž'ja, Autonome Sowjetische Sozialistische Republik der Wolgadeutschen
AVPRF	Archiv Vnešneij Politiki Rossijskoi Federacii, Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation, Moskau
BAB	Schweizerisches Bundesarchiv, Bern
BArch	Bundesarchiv, Koblenz-Berlin
BB	Betriebs-Berichterstattung
BdM	Bund deutscher Mädel
BK	Budgetkommission des EKKI
BStU	Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
Bund	Allgemeiner jüdischer Arbeiterbund von Litauen, Polen und Russland
BVP	Bayerische Volkspartei
C-Arbeit	Antiarbeit
CGIL	Confederazione Generale Italiana del Lavoro, Allgemeine Italienische Konföderation der Arbeit
CGTU	Confédération du Travail Unitaire
ChTZ	Char'kovskij Traktornyj Zavod, Charkower Traktorenfabrik
CK	Centralnij Komitet, Zentralkomitee
ČK	Chresvičajnaja komissija po borbe s kontrrevoljuciej, Außerordentliche Allrussische Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution (*siehe auch* Tscheka, Wetscheka).
CSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Diss.	Dissertation
Dj.1.11	Deutsche Jungenschaft vom 1. November 1929
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
Donbass	Doneckij bassejn, Donez-Becken
DVZ	Deutsche Volkszeitung
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistische Internationale
EKKJI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale.

FDJ	Freie Deutsche Jugend
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
GAD	Gewerkschaftliche Auslandsvertretung Deutschlands
Gestapo	Geheime Staatspolizei
Gosizdat	Gosudarstvennoe izdatel'stvo, Sowjetischer Staatsverlag
GPU	Gosudarst'vennoe Političeskoe Upravlenie, Staatliche Politische Hauptverwaltung, UdSSR
GRU	Glavnoe Rasvedovatel'noe Upravlenie, Hauptverwaltung Aufklärung [der Roten Armee]
GUGB	Glavnoe upravlenie gosudarstvennoj bezopasnosti (zentrale NKVD Struktur)
GULag	Glavnoe Upravlenie Lagerej NKVD SSSR, Hauptverwaltung Lager des NKVD der UdSSR
Guómíndăng	*Siehe Kuomintang*
HJ	Hitlerjugend
HSTA	Hauptstaatsarchiv
IAH	Internationale Arbeiter-Hilfe
IAZ	Illustrierte Arbeiter-Zeitung
IFZ	Institut für Zeitgeschichte, München
IGB	Internationaler Gewerkschaftsbund
IKK	Internationale Kontrollkommission der Komintern
IML	Institut für Marxismus-Leninismus
INCOMKA	International Committee for he Computerization of the Comintern Archives
INCS	The International Newsletter of Communist Studies
INO-Radio	Inostrannoe Radio, Auslandsrundfunk der UdSSR
Inprekorr	Internationale Presse-Korrespondenz
ISB	Institut für soziale Bewegungen, Ruhr-Universität Bochum
ISH	International Seamen and Harbour Workers, Internationale der Seeleute und Hafenarbeiter
Istpart	Kommissija po sobiraniju i izučeniju materialov po istorii Oktjabr'skoj revolucii i istorii Kommunističeskoj partii, Kommission zur Sammlung und Erforschung von Materialien zur Geschichte der Oktoberrevolution und der Geschichte der Russischen Kommunistischen Partei
IWK	Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
JhK	Jahrbuch für historische Kommunismusforschung
KAG	Kommunistische Arbeitsgemeinschaft
KAPD	Kommunistische Arbeiterpartei Deutschland
KI	Kommunistische Internationale (Komintern)
KJV	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
Komintern	Kommunistische Internationale
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPD(S)	Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)
KPdSU(B)	Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)
KPO	Kommunistische Partei (Opposition)
KPR	Kommunistische Partei Rußlands
Krestintern	Krest'janskij Internacional, Bauerninternationale

KUNZ/ KUNMZ	Kommunističeskij Universitet Nacional'nych Men'šinstv Zapada Ju. Marchlevskij, Kommunistische Universität der Nationalen Minderheiten des Westens
Kuomintang	Guómíndǎng (Nationale Volkspartei Chinas)
KUTV	Kommunističeskij universitet trudjaščichsja Vostoka, Kommunistische Universität für die Arbeiter des Ostens, Stalin-Universität
KVŽD	Chinesische Ost-Eisenbahnlinie
Lesoexport	Staatliche russische Holzexportfirma.
LL	Landesleitung
LOKUNMZ	Leningradskaja sekcija Kommunističeskogo universiteta nacional'nych men'šinstv Zapada, Leningrader Abteilung der Kommunistischen Universität der Nationalen Minderheiten des Westens
M-Apparat	Militärischer Apparat
M-Schule	Militärpolitische Schule (der KPD in Moskau)
MdL	Mitglied des Landtags
Mestkom	Mestnye komitety, Ortkomitees
Mežrabpom	Obščestvo meždunarodnoj rabočej pomošči,Internationale Arbeiterhilfe
MLSch	Meždunarodnaja Leninskaja Škola, Internationale Leninschule
MOPR	Meždunarodnaja Organizacija Pomošči Borcam Revoljucii, Internationale Rote Hilfe
MP-Apparat	Militärpolitischer Apparat
Narkomvnudel	*Siehe* NKWD
NATI	Naučnyj avtotraktornyj institut, Wissenschaftliches Forschungsinstitut für Automobile und Traktoren
ND	Nachrichtendienst
NEP	Novaja ekonomiceskaja politika, Neue Ökonomische Politik
NKWD	Narodnyj Kommissariat Vnutrennich Del, Volkskommissariat für innere Angelegenheiten
NÖP	Neue Ökonomische Politik
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Ochranka	Umgangssprachlich für Ochrannoje otdelenie, Politische Polizei im Russischen Reich
OD	Ordnerdienst
OGIZ	Ob''edinenie Gosudarstvennych Knižno-žurnal'nych izdatel'stv, Dachvereinigung Staatlicher Buch- und Zeitschriftenverlage
OGPU	Objedinjonnoje Gosudarst'vennoe Politiceskoe Upravlenie, Staatliche Politische Hauptverwaltung, UdSSR
OMS	Otdel meždunarodnoj svjazi, Internationale Verbindungsabteilung
Orgabteilung	Organisationsabteilung
Orgesch	Organisation Escherich
PAAA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin
PB	Politbüro
Pgs	Parteigenossen
Politkommission	Politische Kommission
Politsekretariat	Politisches Sekretariat
Polleiter	Politischer Leiter
PPS	Polska Partia Socjalistyczna, Polnische Sozialistische Partei
Profintern	Krasnij Internacional Profsojuzov, Rote Gewerkschaftsinternationale)

PSP	Polnische Sozialistische Partei
PSS	Parteiselbstschutz
PURKKA/ PUR	Političeskoe Upravlenie Raboče-Krest'janskoj Krasnoj Armii, Politische Verwaltung der Roten Armee der Arbeiter- und Bauern
Rabfak	Rabočij fakul'tet, Arbeiter-Fakultät
RB	Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
RFB	Roter Frontkämpfer-Bund
RGALI	Rossijskij gosudarstvennyj archiv literatury i iskusstva, Russisches Staatliches Archiv für Literatur und Kunst, Moskau
RGASPI	Rossijskij Gosudarst'venny Archiv Social'no-Političeskoi Istorii, Russisches Staatliches Archiv für soziale und politische Geschichte
RGASPI	Rossijskij gosudarsvennyj archiv social'no-političeskoj istorii, Russisches Staatliches Archiv für soziale und politische Geschichte, Moskau
RGI	Rote Gewerkschafts-Internationale
RGO	Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition
RGVA	Rossijskij gosudarsvennyj voennyj archiv, Russisches Staatliches Militärarchiv, Moskau
RHD	Rote Hilfe Dänemarks
RKKA	Raboče-Krest'janskaja Krasnaja Armija, Rote Arbeiter- und Bauernarmee (Rote Armee)
RKP (b)	Rossijskaja Kommunističeskaja Partija (Bol'sevikov), Russische Kommunistische Partei (Bolschewiki)
RSFSR	Rossijskaja Sovetskaja Federativnaja Socialističeskaja Respublika, Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik)
RUNA	Rundschau Nachrichten-Agentur
RVSR	Revoljucionnyj voennyj sovet respubliki, Revolutionärer Kriegsrat der Republik
RWM	Reichswehrministerium
SA	Sturmabteilung
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
Schupo	Schutzpolizei
SD	Sicherheitsdienst (des Reichsführers SS)
SDAPR	Rossijnskaja Social-Demokratičeskaja Rabočaja Partija, Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands
SDler	Sozialdemokrat(en)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFIO	Section Française de l'Internationale Ouvrière, Französische Sektion der Arbeiterinternationale
SMAD	Sovetskaja Vojennaja Administracija (v Germanii), Sowjetische Militäradministration in Deutschland
Sozintern	Sozialistische Internationale
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
SS	Služba svjazi, Verbindungsdienst
SSHA	Staatssicherheitshauptamt
SSSR	Sojus Sovjet'skich Socialističeskich Respublik SSSR, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
SU	Sowjetunion

T (-Arbeit)	Tscheka-Arbeit (Terrorgruppe)
TASS	Telegrafnoe Agenstvo Sovetskovo Sojuza, Telegraphenagentur der Sowjetunion
Tscheka, ČK	Vserossijskaja chresvicajnaja komissija po borbe s kontrrevoljuciej, Außerordentliche Allrussische Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution
UBL	Unterbezirksleitung
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNGC	Union Nationale des Combattants de Guerre
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VCK	*Siehe* Tscheka
VCSPS	Vsesojuznyj central'nyj sovet professional'nych sojuzov, Allsowjetischer Zentralrat der Gewerkschaften
VKP(b)	Vsesojuznaja Kommunističeskaja Partija (bol'ševikov), Allunions-Kommunistische Partei (Bolschewiki)
VKPD	Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands
WEB	Westeuropäisches Büro
WES	Westeuropäisches Sekretariat
Wetscheka	*Siehe* Tscheka
ZA	Zentralausschuss
ZK	Zentralkomitee
ZPA	Zentrales Parteiarchiv
ZZF	Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam

Archive[1]

Archiv der Akademie der Künste, Berlin
Willi Bredel Archiv
Hermann Budzislawski Archiv
Heinrich Mann Archiv

Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Berlin
Bestand MfS Hauptabteilung HA IX/11 (Forschungsabteilung zur NS-Vergangenheit)

Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung (AFS), Bonn
Nachlass Friedrich Stampfer, Nachlass Paul Levi, Bestand Personalia

Archiv des Deutschen Schiffahrtsmuseums, Bremerhaven
Bestand deutsche Fischdampfer

Archives de Jules Humbert-Droz (AHD), Bibliothèque de la Ville, La Chaux-de-Fonds
Sammlung Allgemeine Korrespondenz
Privatkorrespondenz Jenny-Jules Humbert-Droz

Archiv vnešnej politiki Rossijskoj Federacii (AVP RF) – Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation, Moskau
Fonds 05, 010, 082

Archives Nationales, Paris und Pierrefitte-sur-Seine
Bestand „Die Zukunft", Exil allemand F7/15126-16129

Archives Nationales, Site de Fontainebleau
Archives de la Sûreté Générale française

Bundesarchiv, Koblenz/Berlin und Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), Berlin
Kommunistische Partei Deutschlands
Historisches Archiv der KPD RY 1
Kommunistische Internationale RY 5/I
Nachlässe Wilhelm Pieck, Franz Dahlem, Walter Ulbricht u.a. (NY)

Hauptstaatsarchiv (HSTA) Hannover.
Hann. 80 Hildesheim II, Nr. 585 Vol. V (Polizeiakten)

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA), Berlin
Abt. IV, Az. Russland Politik 2 geh.: Politische Beziehungen zu Russlands zu Deutschland, Archivband R 31498, 4562/E 161, u.a.

Rossijskij gosudarstvennyj archiv literatury i iskusstva (RGALI) – Russisches Staatliches Archiv für Literatur und Kunst, Moskau
Verband der Schriftsteller der UdSSR – F. 631

1 Auswahl der wichtigsten Fonds. Die genauen Quellenangaben finden sich im Dokumententeil.

Rossijskij gosudarsvennyj voennyj archiv (RGVA) – Russisches Staatliches Militärarchiv, Moskau
Fonds Willi Münzenberg
Fonds Walter Benjamin
Fonds Georg Bernhard u.a.

Rossijskij gosudarsvennyj archiv social'no-političeskoj istorii (RGASPI) – Russisches Staatliches Archiv für soziale und politische Geschichte, Moskau
Vladimir I. Lenin (Fonds 2, eingegliedert in Fonds 5)
Vladimir I. Lenin Fonds 5
ZK der RKP(b)/VKP(b), Fonds 17
Feliks E. Dzeržinskij, Fonds 76
Valerian V. Kujbyšev, Fonds 79
Lazar' M. Kaganovič, Fonds 81
Vjačeslav M. Molotov, Fonds 82
Grigorij E. Zinov'ev, Fonds 324
Karl B. Radek, Fonds 326
Dritter Weltkongress der Komintern (1921), Fonds 490
Vierter Weltkongress der Komintern (1922), Fonds 491
Siebter Weltkongress der Komintern (1935), Fonds 494
Exekutivkomitee der Komintern (EKKI), Fonds 495
Westeuropäisches Büro der Komintern, Fonds 499
Statistisches Informationsinstitut der Komintern („Varga-Büro“), f. 504
Internationale Kontroll-Kommission (IKK) der Komintern, f. 505
Delegation der VKP(b) im EKKI, f. 508
Ernst Thälmann, f. 526
Rote Gewerkschafts-Internationale (RGI, Profintern), Fonds 534
Iosif V. Stalin, Fonds 558
Kaderakten, Fonds 495/205

Schweizerisches Bundesarchiv, Bern
Depositum KP der Schweiz – J.II/94, Bestand Schweizerische Bundesanwaltschaft – C 8.35

Weitere Recherchen wurden u.a. im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München, den Exilsammlungen der Deutschen Nationalbibliothek, Frankfurt am Main, dem Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg im Breisgau, im Centre de documentation juive contemporaine, Paris, dem Trotzki-Archiv, Houghton Library, Harvard University (Leon Trotsky Exile Papers) und dem Archiv des Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam durchgeführt. Allen Mitarbeitern sei auf diesem Wege noch einmal für die Unterstützung gedankt.

Literaturverzeichnis (Bd. I und II)[1]

Abel, Werner; Winkelmann, Esther; Raimund Waligora: Willi Münzenbergs Buchverlage im Exil, http://www.münzenbergforum.de/wp-content/uploads/2013/12/IWMF_Buchverlage-im-Exil.pdf.

Abendroth, Wolfgang: Das Problem der Widerstandstätigkeit der „Schwarzen Front". In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 8 (1960), 2, S. 181–187.

Abendroth, Wolfgang: Zur Geschichte des Roten Frontkämpferbundes. In: Alwin Diemer (Hrsg.): Geschichte und Zukunft. Dem Verleger Anton Hain zum 75. Geburtstag am 4. Mai 1967, Meisenheim Glan, Hain, 1967.

Abosch, Heinz: Trotzki-Chronik. Daten zu Leben und Werk, München, Hanser, 1973.

Adibekov, Grant: Das Kominform und Stalins Neuordnung Europas. Herausgegeben von Bernhard H. Bayerlein und Jürgen Mothes, in Verbidung mit Olaf Kirchner, Frankfurt am Main, Peter Lang, 2002.

Adibekov, Grant; Anderson, Kirill (Hrsg.): „U menja odna nadežda na tebja". Poslednie pis'ma N.I. Bucharina I.V. Stalinu. 1935–1937 gg. In: Istoričeskij archiv (2001), 3, S. 58–61.

Adibekov, Grant M.; Anderson, Kirill M.; Širinja, Kirill K.; Rogovaja, Larissa A. (Hrsg.): Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) i Komintern. 1919–1943 gg. Dokumenty, Moskva, ROSSPEN, 2004.

Adibekov, Grant M.; Di B'jadžo, A.; Gori, F. u.a. (Hrsg.): Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) I Evropa. Rešenija „osoboj papki" 1923–1936, Moskva, ROSSPEN, 2001.

Adibekov, Grant M.; Šachnazarova, Ėleonora N.; Širinja, Kirill K.: Organizacionnaja struktura Kominterna, 1919–1943, Moskva, ROSSPEN, 1997.

Adolph, Hans J. L.: Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894–1939, Berlin, Walter de Gruyter, 1971.

Adolphi, Wolfram; Schütrumpf, Jörn (Hrsg.): Ernst Thälmann an Stalin. Briefe aus dem Zuchthaus 1939 bis 1941, Berlin, Dietz, 1996.

Adoratskij, V. A.: Londonskaja konferencija pervogo internacionala. 17–23 sentjabrja 1871 g., Moskva, Partizdat CK CKP(b), 1936.

Agde, Günter: Kämpfer. Biographie eines Filmes und seiner Macher, Berlin, Das neue Berlin, 2001.

Agosti, Aldo: La Terza Internazionale. Storia documentaria. Vorwort von Ernesto Ragionieri. 6 Bde., Roma, Editori Riuniti, 1974–1979. (Biblioteca di Storia).

Agosti, Aldo: Palmiro Togliatti, Torino, UTET, 1996.

Aigner, Dietrich: Das Ringen um England. Das deutsch-britische Verhältnis, die öffentliche Meinung 1933–1939, München-Esslingen, Bechtler-Verlag, 1969.

Ajzin, Boris A. u. a.: Lenin v bor'be za revoljucionnyj internacional, Moskva, Nauka, 1970.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik Online, http://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0011/index.html.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik (ADAP), 1918–1945. Serie A. 1918–1925, Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 1982–1995; Serie B. 1925–1933, Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 1980; Serie C. 1933–1937. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 1973; Serie D. 1937–1945, Baden-Baden, Imprimerie Nationale, 1956.

Albert, Gleb: Ein Mann, ein Blatt. Franz Pfemfert und „Die Aktion" 1911–1932. In: versa. Zeitschrift für Politik und Kunst (2007), 7, S. 48–62.

1 Aus Gründen der Aktualität enthält die Bibliographie auch Titel, die 2013 und 2014 erschienen sind. Nicht alle konnten jedoch noch in die Bearbeitung mit einbezogen werden.

Albert, Gleb J.: From „World Soviet" to „Fatherland of All Proletarians". Anticipated World Society and Global Thinking in Early Soviet Russia. In: InterDisciplines. Journal of History and Sociology (2012), 1, S. 85–119.
Albert, Gleb J.: „German October is Approaching". Internationalism, Activists, and the Soviet State in 1923. In: Revolutionary Russia 24 (2011), 2, S. 111–142.
Albert, Gleb: Rezension „I. A. Kondakova: Otkrytyj archiv–2. Spravočnik sbornikov dokumentov, vyšedšich v svet v otečestvennych izdatel'stvach v 1917–2000 gg., Moskva, 2005." In: The International Newsletter of Communist Studies Online 13 (2007), 20, S. 115–116.
Albert, Gleb; Bayerlein, Bernhard H.: Der einzige Franzose, der den blutigen Säuberungen der Komintern zum Opfer fiel? Zur Biographie von Maurice Genrichovič Albert. In: The International Newsletter of Communist Studies Online 10 (2004), 17, S. 29–31.
Albrecht, Karl I.: Der verratene Sozialismus. Zehn Jahre als hoher Staatsbeamter in der Sowjetunion, Berlin, Nibelungen-Verlag, 1943.
Alikina, Nadežda A.: Don Kichot proletarskoj revoljucii. Dokumental'naja povest' o tom, kak motovilichinskij rabočij Gavriil Mjasnikov borolsja c CK RKP(b) za svobodu slova i pečati, Perm', Puška, 2006.
Allard, Sven: Stalin und Hitler. Die sowjetrussische Außenpolitik 1930–1941, Bern-München, Francke, 1974.
Alles, Wolfgang: Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzkisten ab 1930, Köln, Neue ISP Verlag, 1994.
Alles, Wolfgang: Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzkisten ab 1933, Frankfurt am Main, ISP-Verlag, 1987.
Altrichter, Helmut (Hrsg.): Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod. Bd. 1: Staat und Partei, München, DTB, 1986.
Altrichter, Helmut: Staat und Revolution in Sowjetrussland. 1917–1922/23, Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1996. (Reihe Erträge der Forschung. 148).
Ament Jones, Anita: Paul Levi and the Comintern. A Postscript. In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 11 (1975), 4, S. 437–451.
Amiantov, Jurij N. (Hrsg.): V. I. Lenin. Neizvestnye dokumenty. 1898–1922, Moskva, ROSSPĖN, 1999.
Amos, Heike: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat, Münster, Lit, 2003.
Andersen, Arne: Die KPD und die nationalsozialistische Machtübernahme. Ein Rundschreiben der KPD vom 2. Februar 1933. In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (1986), 3, S. 357–373.
Andreu, Maurice: L'Internationale Communiste contre le Capital 1919–1924. Ou comment empoigner l'adversaire capitaliste?, Paris, Puf, 2003. (Actuel Marx. Confrontation. Série Histoire).
Andreucci, Franco; Detti, Tommaso (Hrsg.): Il movimento operaio italiano. Dizionario biografico 1853–1943, 6 Bde., Roma, Riutini, 1975–1979.
Angress, Werner T.: Die Kampfzeit der KPD 1921–1923, Düsseldorf, Droste, 1973.
Angress, Werner T.: Stillborn Revolution. The Communist Bid for Power in Germany, 1921–1923, Princeton, N.J., Princeton University Press, 1963.
Anklage und Urteil gegen die illegale konterrevolutionäre Sinowjewgruppe, Moskau-Leningrad, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, 1935.
Anlauf, Hans-Peter Philipp: Vorgänger der Restschuldbefreiung nach heutigem Insolvenzrecht. Von der landwirtschaftlichen Entschuldungsgesetzgebung der Weimarer Republik über die NS-Schuldenbereinigung zur heutigen Restschuldbefreiung, Münster, Lit-Verlag, 2006. (Augsburger Schriften zur Rechtsgeschichte. 4).
Antonov-Ovseenko, Vladimir A.: Der Aufbau der Roten Armee in der Revolution, Hamburg, C. Hoym, 1923.

Aragon, Louis: Die Glocken von Basel. Übersetzung aus dem Französischen von Alfred Kurella, Paris, Editions du Carrefour, 1936.

Aragon, Louis: Les cloches de Bâle, Paris, Denoel, 1934. (Le livre de poche. 59–60).

Arbeiter- und Bauernrepublik, o.O., o.V., [1933].

Arendt, Hans-Jürgen: Das Reichsfrauensekretariat bei der Zentrale der KPD 1919–1923. In: Mitteilungsblatt der Forschungsgemeinschaft „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau“ 1 (1986), S. 5–21.

Armer, Jörg: Die Wiener Weltbühne Wien 1932–1933. Die neue Weltbühne Prag/Paris 1933–1939. Bibliographie einer Zeitschrift. Erster Halbband – Titelverzeichnis. Zweiter Halbband – Register, München-London u.a., Saur, 1992. (Analytische Bibliographien deutschsprachiger literarischer Zeitschriften. 12 Veröffentlichung der Akademie der Künste zu Berlin).

Aron, Paul; Gotovitch, José: Dictionnaire de la Seconde Guerre mondiale en Belgique, Bruxelles, éditions André Versaille, 2008.

Artizov, Andrej; Naumov, Oleg (Hrsg.): Vlast' i chudožestvennaja intelligencija. Dokumenty CK RKP(b)-VKP(b), VČK-OGPU-NKVD o kul'turnoj politike 1917–1953 gg., Moskva, ROSSPEN, 2002.

Artizov, A.N.; Usikov, R.A. (Hrsg.): „Ich bitte Sie, weniger aufzuschreiben: das darf nicht in die Presse gelangen“. Reden W.I. Lenins auf der IX. Konferenz der KPR(B) am 22. September 1920. Übersetzung von Erika Segendorf. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (1997), 3, S. 43–67.

Ascher, Abraham: Russian Marxism and the German Revolution, 1917–1920. In: Archiv für Sozialgeschichte 6/7 (1967), S. 391–439.

Asiaticus (Ps.) [d.i. Grzyb, Moses]: Von Kanton bis Shanghai. 1926–1927, Berlin-Wien, Agis, 1929.

Ausserordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongress zu Basel am 24. und 25. November 1912, Berlin, Vorwärts, 1912.

Avrich, Paul: Bolshevik Opposition to Lenin. G. Miasnikov and the Workers' Group. In: Russian Review 43 (1984), 1, S. 1–29.

Avrus, Anatolij I.: MOPR v bor'be protiv terrora i fašizma 1922–1939, Saratov, Izdatel'stvo Saratovskogo universiteta, 1976.

Babičenko, Leonid G.: Die Moskvin-Kommission. Neue Einzelheiten zur politisch-organisatorischen Struktur der Komintern in der Repressionsphase. In: The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism 2 (1994/95), 5/6, S. 35–39.

Babičenko, Leonid G. (Hrsg.): „Esli aresty budut prodolžat'sja, to … ne ostanet'sja ni odnogo nemca – člena partii“ [J. Ditrich: Materialy dlja informacii. V CK KPG, v nemeckoe predstavitel'stvo pri IKKI, tov. Dengelju]. In: Istoričeskij archiv (1992), 1, S. 119–122.

Babičenko, Leonid G.: Politbjuro CK RKP(b), Komintern i sobytija v Germanii v 1923 g. Novye archivnye materialy. In: Novaja i novejšaja istorija (1994), 2, S. 125–157.

Babičenko, Leonid G. (Hrsg.): „Rjad sekcij Kominterna (…) okazalis' celikom v rukach vraga“. In: Istoričeskij archiv (1993), 1, S. 220–221.

Babičenko, Leonid G. (Hrsg.): Repressii protiv nemcev Povolž'ja. Pis'mo A.I. Krinickogo I.V. Stalinu. In: Istoričeskij archiv (1993), 3, S. 213–217.

Bach, I. A. (Hrsg.): Pervyj Internacional. Bd. 1: 1864–1870. Bd. 2: 1870–1876. Bd. 3: Pervyj Internacional v istoričeskoj nauke, Moskva, Mysl', 1964, 1965, 1968.

Bach, I. A.; Kameneckij, B. A. (Hrsg.): Pervyj Internacional i Parižskaja Kommuna. Dokumenty i materialy, Moskva, Kniga, 1971.

Bach, I.; Zorkij, M. M.: Bazel'skij kongress Pervogo Internacionala, Moskva-Leningrad, Partizdat, 1934.

Bach, Jürgen A.: Franz von Papen in der Weimarer Republik, Düsseldorf, Droste, 1977.

Backes, Uwe; Jansen, Karl-Heinz; Jesse, Eckhard; Köhler, Henning; Mommsen, Hans; Tobias, Fritz: Reichstagsbrand. Aufklärung einer historischen Legende, München-Zürich, Piper, 1986.

Baden, Max Prinz von: Erinnerungen und Dokumente, Stuttgart-Berlin-Leipzig, DVA, 1927.
Badia, Gilbert: Le Comité Thaelmann. In: Id. (Hrsg.): Les bannis de Hitler. Accueil et lutte des exilés allemands en France 1933–1939, Paris, EDI, PUV, 1984, S. 199–259.
Bahar, Alexander, Wilfried Kugel: Der Reichstagsbrand. Wie Geschichte gemacht wird. Mit Dokumenten, Berlin, Edition q., 2001.
Bahar, Alexander; Kugel, Wilfried: Der Reichstagsbrand. Geschichte einer Provokation, Köln, PapyRossa, 2013.
Bahne, Siegfried (Hrsg.): Origines et débuts des Partis Communistes des pays latins 1919–1923, Dordrecht, Reidel, 1970. (Archives de Jules Humbert-Droz. 1).
Bahne, Siegfried: Die Kommunistische Partei Deutschlands. In: Matthias/Morsey: Das Ende der Parteien, S. 563–739
Bahne, Siegfried: Die KPD im Ruhrgebiet in der Weimarer Republik. In: Jürgen Reulecke (Hrsg.): Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen, Wuppertal, Peter Hammer, 1974, S. 315–354.
Bahne, Siegfried: Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932–1935, Frankfurt am Main, Campus, 1976.
Bahne, Siegfried: Die Verfolgung deutscher Kommunisten im sowjetischen Exil. In: Weber/ Staritz: Kommunisten verfolgen Kommunisten, S. 236–242.
Bahne, Siegfried: „Sozialfaschismus“ in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffs. In: International Review of Social History 10 (1965), S. 211–245.
Bahne, Siegfried: Zur Geschichte der ersten Marx-Engels-Gesamtausgabe. In: Hans-Peter Harstick, Arno Herzig, Hans Pelger (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Geschichte. Festschrift für Shlomo Na'aman zum 70. Geburtstag, Trier, Karl-Marx-Haus, 1983, S. 146–165.
Bahne, Siegfried; Bayerlein, Bernhard; Kretschmann, Eugen; Tosstorff, Reiner (Hrsg.): Archives de Jules Humbert-Droz. Les partis communistes des pays latins et l'internationale communiste dans les années 1923–1927, Dordrecht-Boston-London, D. Reidel Publishers, 1983. (Archives de Jules Humbert-Droz. 2).
Barbusse, Henri: Stalin. Eine neue Welt. Aus dem Französischen übersetzt von Alfred Kurella, Paris, Éditions du Carrefour, 1935.
Barbusse, Henri; Kurella, Alfred: Lettres de Lénine à sa famille, présentées par Henri Barbusse avec la collaboration de Alfred Kurella. La traduction des lettres est due à Pierre Morhange et Michel Matvéev, Paris, Rieder, 1936.
Barck, Simone: Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR (VEGAAR). In: Barck/ Schlenstedt/Bürger: Lexikon sozialistischer Literatur, S. 487–488.
Barck, Simone; Schlenstedt, Silvia; Bürgel, Tanja; Giel, Volker; Schiller, Dieter (Hrsg.): Lexikon sozialistischer Literatur. Ihre Geschichte in Deutschland bis 1945. Unter Mitarbeit von Reinhard Hillich, Stuttgart-Weimar, Metzler, 1994.
Barmeyer, Heide: Andreas Hermes und die Organisationen der deutschen Landwirtschaft. Christliche Bauernvereine, Reichslandbund, Grüne Front, Reichsnährstand 1928–1933, Stuttgard, Gustav Fischer Verlag, 1971.
Barnes, James J.; Barnes, Patience P.: Nazi Refugee Turned Gestapo Spy. The life of Hans Wesemann. 1895–1971, Westport (Conn.), Praeger, 2001.
Barré-Despond, Arlette; Tise, Suzannne: Jourdain, Paris, éditions du Regard, 1988 .
Baryšnikov, Nikolaj I.; Manninen, Ohto: V kanun Zimnej vojny. In: Oleg A. Rževskij, Olli Vehviläinen (Hrsg.): Zimnjaja vojna 1939–1940. Političeskaja istorija, Moskva, Nauka, 1998, S. 131–141.
Baschanow, Boris: Ich war Stalins Sekretär, Frankfurt am Main-Berlin-Wien, Ullstein, 1977.
Basistov, Jurij V.: Stalin-Gitler. Ot pakta do vojny, Sankt-Peterburg, Russko-Baltijskij informacionnyj centr BLIC, 2001.

Bästlein, Klaus: Der Fall Mielke. Die Ermittlungen gegen den Minister für Staatssicherheit der DDR, Baden-Baden, Nomos, 2002. (Schriftenreihe Recht und Justiz der DDR. 3).

Bauer, Gerhard: Gefangenschaft und Lebenslust. Oskar Maria Graf in seiner Zeit, München, Süddeutscher Verlag, 1987.

Baumgart, Winfried: Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Wien-München, Oldenbourg, 1966.

Bayerlein, Bernhard H.: Abschied von einem Mythos. Die UdSSR, die Komintern und der Antifaschismus. In: Osteuropa 59 (2009), 7–8, S. 125–148.

Bayerlein, Bernhard H.: Communism as International Movement; The Communist International. In: Helmut Anheier, Mark Juergensmeyer, Victor Faessel (Hrsg.): Encyclopedia of Global Studies. Bd. 1, Thousands Oaks –London, SAGE, 2012, S. 234–241; S. 242–244.

Bayerlein, Bernhard H.: Das neue Babylon. Strukturen und Netzwerke der Kommunistsichen Internationale und ihre Klassifizierung. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2004), S. 181–270.

Bayerlein, Bernhard H.: Der Deutsche Oktober 1923. Materialien zur Dokumentation des Aufbau-Verlags Berlin. In: The International Newsletter of Communist Studies Online, Update 17/1, 10.1.2004, http://newsletter.icsap.de/home/data/pdf/INCS_17_UPDATE.pdf.

Bayerlein, Bernhard H.: Der Machtantritt des Nationalsozialismus in Deutschland und die Politik der Parteiführung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Die Einschätzung der ehemaligen „Versöhnlerfraktion“ in der KPD. Ein „dokumentarischer Beitrag“ zur Newsletter-Debatte über das Jahr 1932. In: The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism 2 (1994/95), 5/6, S. 75–81.

Bayerlein, Bernhard H.: „Der Verräter, Stalin, bist Du!“. Vom Ende der internationalen Solidarität. Komintern und kommunistische Parteien im Zweiten Weltkrieg 1939–1941. Unter Mitarbeit von Natal’ja Lebedeva, Michail Narinskij und Gleb Albert. Mit einem Zeitzeugenbericht von Wolfgang Leonhard. Vorwort von Hermann Weber, Berlin, Aufbau, 2008 (Archive des Kommunismus. Pfade des XX. Jahrhunderts. 4).

Bayerlein, Bernhard H.: Die Komintern und ihre Bedeutung für die deutsch-russischen Beziehungen. In: Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen. Bd. 2, München, Oldenbourg, 2005, S. 106–119.

Bayerlein, Bernhard H.: Die unbekannte Geschichte der „Versöhnler“ in der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Deutschlands. Kein Randproblem der historischen Kommunismusforschung. In: Avgust Lešnik (Hrsg.): The Crisis of Social ideas. A Festschrift for Marjan Britovšek, Ljubljana, Faculty of Arts in Ljubljana, Department of Sociology, 1996, S. 321–340.

Bayerlein, Bernhard H.: Einheits- und Volksfrontmythos als Ursprungslegenden des Antifaschismus. In: Claudia Keller (Hrsg.): Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag. Antifaschismus. Geschichte und Neubewertung, Berlin, Aufbau Taschenbuchverlag, 1996, S. 103–122.

Bayerlein, Bernhard H.: El significado internacional de Octubre de 1934 en Asturias. La Comuna Asturiana y el Komintern. In: Gabriel Jackson, Pierre Broué u. a. (Hrsg.): Octubre 1934. Cincuenta años para la reflexión, Madrid, Siglo Veintiuno, 1985, S. 19–40.

Bayerlein, Bernhard H.: Geschichtsmythos Hamburger Aufstand. Thälmann und das Ende einer Ursprungslegende. In: The International Newsletter of Communist Studies Online 10 (2004), 17, S. 45–48.

Bayerlein, Bernhard H.: Innerer Verrat als Prinzip der Herrschaft. Die internationale kommunistische Bewegung und der Zweite Weltkrieg vom Stalin-Hitler-Pakt zum „Fall Barbarossa“. In: Id.: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 54–102.

Bayerlein, Bernhard H.: L. Trockij und seine Auseinandersetzung mit dem Faschismus. Grundlagen und methodischer Zugang. In: Francesca Gori (Hrsg.): Pensiero e Azione politica di Lev Trockij. Atti del convegno Internazionale per il quarantesimo anniversario della morte promosso dalla Fondazione Giangiacomo Feltrinelli. Bd. 2, Firenze, Olschki, 1982, S. 667–692.

Bayerlein, Bernhard H.: L'histoire du communisme à travers les correspondences et les journaux de Georgi Dimitrov et d'Ivan Maiskij. In: Sonia Combe (Hrsg.): Archives et histoire dans les sociétés postcommunistes, Paris, La Découverte, BDIC, 2009, S. 67–92.

Bayerlein, Bernhard H.: In memoriam Moshe Lewin (Vilnius 1921–Paris 2010). In: The International Newsletter of Communist Studies Online 17 (2011), 24, S. 293–294.

Bayerlein, Bernhard H.: Nikolaj I. Bucharin an der Spitze der Kommunistischen Internationale. Eine Bestandsaufnahme anhand der Humbert-Droz-Archive. In: Bergmann/Schäfer: Liebling der Partei, S. 83–100.

Bayerlein, Bernhard H.: Nikolaj Krestinskij, der Šachty-Prozeß und die deutsch-sowjetischen Beziehungen. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (2003), S. 176–189.

Bayerlein, Bernhard H.: O Movimento Sindical em Portugal 1920–1974. Uma tentativa de sistematização dos seus condicionamentos. Working Paper, IIIrd International Meeting on Modern Portugal. Conference Group on Modern Portugal, Durham, University of New Hampshire, 1984.

Bajerljajn, Bernchard: „Predatel' – ty, Stalin!". Komintern i kommunističeskie partii v načale Vtoroj mirovoj vojny (1939–1941). Utračennaja solidarnost' levych sil, Moskva, ROSSPEN, 2011. (Istorija stalinizma).

Bayerlein, Bernhard H.: „Résistants" contre Staline. „Conciliateurs" communistes et diffamateurs des libertés contre André Gide. In: Bayerlein/Lasserre: Engagements à travers le monde, S. 17–78.

Bayerlein, Bernhard H.: Stalinismus, Opposition und Widerstand in Polen. Die „Affäre Leon Lipski". In: Hermann Weber, Ulrich Mählert (Hrsg.): Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus, Berlin, Aufbau-Verlag, 2007, S. 228–252.

Bayerlein, Bernhard H.: Transnationale Netzwerke und internationale Revolution. Eine Organisationsgeschichte der Komintern, unveröffentl. Manuskript, 1800 S.

Bayerlein, Bernhard H.: Vom Geflecht des Terrors zum Kartell des Todes? Ein erster Einblick in Mechanismen und Strukturen der Repression von Komintern und KPdSU im Kontext des stalinistischen Terrors anhand der Bestände im Moskauer Komintern-Archiv. In: Weber/Staritz: Kommunisten verfolgen Kommunisten, S. 103–124.

Bayerlein, Bernhard H.: Von der Roten Literaturinternationale zu Stalins Hofschreibern? Arbeitsmaterialien zu den Schriftstellerinternationalen, 1919–1943. In: The International Newsletter of Communist Studies Online 15 (2009), 22, S. 202–210.

Bayerlein, Bernhard H.: Weltüberwachung statt Weltrevolution. Zum Verhältnis von Terror und Rationalität in der Geschichte der Sowjetunion in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre. In: Klaus Kinner, Willi Beitz (Hrsg.): Moskau 1938. Szenarien des Großen Terrors, Leipzig, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 1999, S. 42–65.

Bayerlein, Bernhard H.: Zwischen Internationale und Gulag. Präliminarien zur Geschichte der internationalen kommunistischen Frauenbewegung (1919–1945). Teil 1. In: The International Newsletter of Communist Studies 12 (2006), S. 27–47.

Bayerlein, Bernhard H.; Babičenko, Leonid G.; Firsov, Fridrich I.; Vatlin Alexandr Ju. (Hrsg.): Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin, Aufbau, 2003. (Archive des Kommunismus. Pfade des XX. Jahrhunderts. 3).

Bayerlein, Bernhard H.; Huber, Peter (Hrsg.): Protokolle des Terrors. Teil II. A. L. Abramov-Mirov und V. G. Knorin in Verhörprotokollen des KGB. Aus dem Russischen übersetzt von Olaf Kirchner. In: The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism 4/5 (1997/98), 9–13, S. 216–229.

Bayerlein, Bernhard H.; Lasserre, André (Hrsg.): Engagements à travers le monde. Résistances, conciliations, diffamations, Zürich, Chronos, 2001. (Archives de Jules Humbert-Droz. 4).

Bayerlein, Bernhard H.; Matschuk, Maria: Vom Liberalismus zum Stalinismus? Georg Bernhard, Willi Münzenberg, Heinrich Mann und Walter Ulbricht in der *chronique scandaleuse* des Pariser Tageblatts und der Pariser Tageszeitung. In: Francia, Forschungen zur westeuropäischen Geschichte 17 (2000), 3, S. 89–118.

Bayerlein, Bernhard H.; Narinski, Mikhail; Studer, Brigitte; Wolikow, Serge (Hrsg.): Moscou-Paris-Berlin, 1939–1941. Télégrammes chiffrés du Komintern, Paris, Tallandier, 2003.

Bayerlein, Bernhard; Sonnenberg, Uwe: Chronologie. In: Willi Münzenberg Forum, http://www.münzenbergforum.de/

Bayerlein, Bernhard; Studer, Brigitte: Jules Humbert-Droz. In: Gotovitch/Pennetier: Dictionnaire biographique de l'Internationale communiste, S. 339–342.

Bayerlein, Bernhard H.; van der Linden, Marcel: Revolutionary Syndicalism in Portugal. In: Marcel van der Linden, Wayne Thorpe (Hrsg.): Revolutionary Syndicalism. An International Perspective, Aldershot, Scolar Press, 1990, S. 155–166.

Bayerlein, Bernhard H.; Vatlin, Aleksandr (Hrsg.): Aus dem Kominternarchiv. Ein Geschlossener Brief des Exekutivkomitees der Komintern an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands. In: The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism 1 (1992/1993), S. 19–21.

Becker, Jens: Heinrich Brandler. Eine politische Biographie, Hamburg, VSA, 2001.

Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946–1956, Mainz, Hase & Koehler, 2001.

Becker, Petra; Erler, Peter; Heyden, Barbara van der u.a. (Hrsg.): In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR. Mit Kurzbiographien von mehr als 1100 Opfern, Berlin, Dietz, Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, 1991.

Bednarek, Horst: Der Koordinationsausschuss deutscher Gewerkschafter in Frankreich 1937. Der antifaschistische Kampf der Gewerschafter und ihr Beitrag für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 14 (1966), S. 745–757.

Beetz, Sybold: Zur Gründung des Roten Frontkämpferbundes. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 7 (1965), S. 96–102.

Beevor, Antony: Stalingrad, London u.a., Viking, 1998.

Behnken, Klaus (Hrsg.): Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940. Sechster Jahrhang 1939, Salzhausen-Frankfurt am Main, Verlag Petra Nettelbeck, Zweitausendeins, 1982.

Behrend, Lutz-Dieter: Der Nachlass der Roten Kaderschmiede. Die Lebensläufe der Absolventen des Instituts der Roten Professur. In: Dietrich Beyrau (Hrg.): Im Dschungel der Macht. Intellektuelle Professionen unter Stalin und Hitler, Göttingen, Vandenhoek & Ruprecht, 2000, S. 121–145.

Behrend, Lutz-Dieter: Die Institute der Roten Professur. Kaderschmieden der sowjetischen Parteiintelligenz (1921–1938). In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 45 (1997), Nr. 4, S. 597–621 .

Beier, Gerhard: Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften 1933–1945, Köln, Bund Verlag, 1981.

Beitel, Werner; Nötzold, Jürgen: Deutsch-sowjetische Wirtschaftsbeziehungen in der Zeit der Weimarer Repubik. Eine Bilanz im Hinblick auf gegenwärtige Probleme, Baden-Baden, Nomos, 1979. (Internationale Politik und Sicherheit. 3).

Benjamin, Walter: Über den Begriff der Geschichte (1940). In: Id.: Gesammelte Schriften. Hrsg. von R. Tiedemann und H. Schweppenhäuser. Bd. 1.2, Frankfurt am Main, Suhrkamp, 1991, S. 691–704.

Bensaude-Vincent, Bernadette: Langevin, Science et Vigilance, Paris, Belin, 1987.

Benz, Wolfgang, Geiss, Immanuel: Staatsstreich gegen Preußen. Der 20. Juli 1932. Mit einem Vorwort von Johannes Rau, Düsseldorf, Landeszentrale für politische Bildung, 1982.

Beradt, Charlotte: Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main, Europäische Verlags-Anstalt, 1969.
Beradt, Charlotte (Hrsg.): Paul Levi. Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie, Schriften, Aufsätze, Reden und Briefe, Frankfurt am Main-Wien, Europäische Verlagsanstalt, 1969.
Berens, Peter: Trotzkisten gegen Hitler, Köln, Neuer ISP-Verlag, 2007.
Bergmann, H.; Smilga, J.; Trotzki, L.: Die russische sozialistische Rote Armee, Zürich, Internationaler Verlag, 1920.
Bergmann, Theodor: „Gegen den Strom". Die Geschichte der KPD-(Opposition), Hamburg, VSA, 2001.
Bergmann, Theodor; Kessler, Mario (Hrsg.): Aufstieg und Zerfall der Komintern, Mainz, Decaton, 1992.
Bergmann, Theodor; Schäfer, Gerd (Hrg.): "Liebling der Partei". Bucharin. Theoretiker des Sozialismus. Beiträge zum internationalen Bucharin-Symposium Wuppertal 1988, Marburg, VSA, 1989.
Bericht BL Berlin-Brandenburg 1927, Berlin, o. J.
Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 20. bis 24. Oktober 1919, [Berlin], [Kommunistische Partei Deutschlands], [1919].
Bericht über den 5. Parteitag der KPD (Sektion der Kommunistischen Internationale) vom 1. bis 3. November 1920 in Berlin, Berlin, Franke, 1921.
Bericht über den IV. Parteitag der KPD (Spartakusbund) am 14. u. 15. April 1920, o. O., o. J.
Bericht über die Tätigkeit des EKKI vom IV. bis V. Weltkongreß, Hamburg, Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, 1924.
Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der KPD (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923, Berlin, [1923].
Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Frankfurt/M. vom 7. bis 10. April 1924, Berlin, 1924.
Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) mit der KPD (Spartakusbund) vom 4. bis 7. Dezember 1920 in Berlin, Berlin, 1921.
Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925, Berlin, 1926.
Bernhard, Hans-Joachim u.a. (Hrsg.): Der Reichstagsbrandprozess und Georgi Dimitroff. 2 Bde., Berlin (Ost), IML beim ZK der SED, Dietz Verlag, 1982–1989.
Bernhardi, Peter (Hrsg.): „Der Sozialismus ist human, ist demokratisch oder er ist gar nicht." Zum 100. Geburtstag des Sozialisten Karl Retzlaw, Frankfurt am Main, Arbeitskreis Karl Liebknecht, 1996.
Berti, Giuseppe (Hrg.): I primi dieci anni di vita del Partito Comunista Italiano. Documenti inediti dell'archivio Angelo Tasca. In: Annali della Fondazione Feltrinelli VIII (1966), S. 241–1079
Besse, Jean-Pierre; Pennetier, Claude: Juin 40. La négociation secrète. Les communistes français et les autorités allemandes, Ivry-sur-Seine – Paris, Les Éditions de l'Atelier, Éditions Ouvrières, 2006.
Besymenski, Lev: Die sowjetisch-deutschen Verträge von 1939. Neue Dokumente. In: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 2 (1998), 2, S. 77–108.
Besymenski, Lew: Geheimmission in Stalins Auftrag? David Kandelaki und die sowjetisch-deutschen Beziehungen Mitte der dreißiger Jahre. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 40 (1992), 3, S. 339–357.
Besymenski, Lew: Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren, Berlin, Aufbau, 2002. (Archive des Kommunismus. Pfade des XX. Jahrhunderts. 1).
Beyes, Fritz: Das Haus in der Sonne, Paris, Editions Universelles, 1935.

Biddiscombe, Perry: „Freies Deutschland“ Guerrilla Warfare in East Prussia. 1944–1945. A Contribution to the History of the German Resistance. In: German Studies Review 27 (2004), 1, S. 45–62.
Biernat, Karl-Heinz: Der Reichstag brennt, Berlin (Ost), Dietz, 1960.
Bies, Luitwin: Klassenkampf an der Saar 1919–1935. Die KPD im Saargebiet im Ringen um die soziale und nationale Befreiung des Volkes, Frankfurt am Main, Verlag Marxistische Blätter, 1978.
Bischkopf, Alexander: „Aufbruch“ zwischen den Fronten? Der „Fall Scheringer“ in der Werbestrategie der KPD um das nationalsozialistische Wähler- und Mitgliederpotential, Phil. Diss., Technische Universität Berlin, 2013.
Bister, Feliks J. u.a. (Hrsg.): Enzyklopädie des Europäischen Ostens, Wien, Wieser Verlag, 2002.
Bittner, Jens; Bräuer, Thomas; Döring, Sven u.a.: Der antifaschistische Widerstandskampf im Kreis Zeitz, http://www.fys-online.de/wissen/ge/widerstand.htm.
Black, Clayton: Legitimacy, Succession, and the Concentration of Industry. Trotsky and the Crises of 1923 Re-Examined. In: Russian History 27 (2000), 1–4, S. 397–416.
Black, Edwin: The Transfer Agreement. The Dramatic Story of the Pact Between the Third Reich and Jewish Palestine, New York, Macmillan – London, Collier Macmillan, 1984.
Blank, Ralf: Battle of the Ruhr, http://www.historisches-centrum.de/index.php?id=332.
Blank, Stephen: Soviet Politics and the Iranian Revolution of 1919–1921. In: Cahiers du monde russe et soviétique 21 (1980), 2, S. 173–194.
Bock, Hans Manfred: Die „Rote Armee“ der Ruhr-Arbeiterschaft im Anschluß an den Kapp-Putsch März/April 1920. In: trend online zeitung, 02/2000, http://www.trend.infopartisan.net/trd0200/t200200.html.
Bock, Hans Manfred: Geschichte des „linken Radikalismus“ in Deutschland. Ein Versuch, Frankfurt am Main, Suhrkamp, 1976.
Bock, Hans Manfred: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Meisenheim am Glan, Hain, 1969.
Boetticher, Manfred von: Industrialisierungspolitik und Verteidigungskonzeption der UdSSR 1926–1930. Herausbildung des Stalinismus und ‚äußere Bedrohung‘, Düsseldorf, Droste, 1979.
Bogdanova, K.F.; Jakušina, A.P. (Hrsg.): Pis’ma V. I. Leninu iz-za rubeža, Moskva, Mysl’, 1969².
Bois, Marcel: Vergessene Kommunisten. Die Weddinger Opposition der KPD. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2008), S. 58–67.
Bois, Marcel; Wilde, Florian: „Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Diskussion“? Der Heidelberger Parteitag der KPD 1919. In: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 6 (2007), 2, S. 33–46.
Boog, Horst u.a.: Der Angriff auf die Sowjetunion, Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt, 1987. (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. 4).
Bordjugov, Gennadij: Die Machtergreifung Hitlers. Dominanten außenpolitischer Entscheidungen des Stalin-Regimes 1933–1934. In: Ludmilla Thomas, Viktor Knoll (Hrsg.): Zwischen Tradition und Revolution. Determinanten und Strukturen sowjetischer Außenpolitik 1917–1941, Stuttgart, Franz Steiner, 2000, S. 371–398.
Borisova, Larisa V. (Hrsg.): „Zabastovka pokazala ... črezvyčajnoe uporstvo i ozloblenie rabočich“. Dokumenty RGASPI o zabastovke gornjakov Donbassa v 1923 g. In: Otečestvennye archivy (2008), 6, S. 77–83.
Borisova, Larisa V.: Trudovye otnošenija v sovetskoj Rossii. 1918–1924 gg., Moskva, Sobranie, 2006.
Borkenau, Franz: European Communism, London, Faber & Faber, 1953.
Borkenau, Franz: The Communist International, London, Faber & Faber, 1938

Botz, Gerhard: Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938, München, Wilhelm Fink, 1983².

Bouju, Marie-Cécile: Le Livre comme arme de propagande. Le cas des relations entre le Service d'édition de l'Internationale communiste et la France (1919–1939). In: Communisme, n° 97–98, 2009, S. 7–23. http://halshs.archives-ouvertes.fr/halshs-00415948

Bourderon, Roger: La Négociation. Été 1940, Paris, Syllepse, 2001.

Bouvier, Beatrix: Die Deutsche Freiheitspartei (DFP). Ein Beitrag zur Geschichte der Opposition gegen den Nationalsozialismus, Univ. Diss., Frankfurt am Main, 1969.

Bowlby, Chris: Blutmai 1929. Police, Parties and Proletarians in a Berlin Confrontation. In: The Historical Journal 29 (1986), Nr. 1, S. 137–158.

Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Düsseldorf, Droste, 1984. (Droste Taschenbücher Geschichte. 908).

Brandenberger, David: From Proletarian Internationalism to Populist Russocentrism. Thinking about Ideology in the 1930s as More than Just a „Great Retreat", http://nationalism.org/library/science/ideology/brandenberger/brandenberger-havighurst.pdf.

Brandenberger, David: Proletarian Internationalism, ‚Soviet Patriotism' and the Rise of Russocentric Etatism During the Stalinist 1930s. In: Left History 6 (2000), 2, S. 80–100.

Brandenberger, David: Propaganda State in Crisis. Soviet Ideology, Indoctrination, and Terror under Stalin, 1927–1941, New Haven, Yale University Press, 2011.

Brandes, Detlef (Hrsg.): Der Weg in die Katastrophe. Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1938–1947, Essen, Klartext, 1994.

Brandes, Detlef: Die Tschechen unter deutschem Protektorat, 2 Bde., München-Wien, Oldenbourg, 1969–1975.

Brandes, Detlef: Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 1939–1943. Die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens im Londoner Exil vom Kriegsausbruch bis zur Konferenz von Teheran, München, Oldenbourg, 1988.

Brandes, Detlef: Nationalsozialistische Tschechenpolitik im Protektorat Böhmen und Mähren. In: Detlef Brandes, Václav Kural (Hrsg.): Der Weg in die Katastrophe. Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1938–1947, Essen, Klartext, 1994, S. 39–56.

Brandler, Heinrich: Die Lehren des Kapp-Putsches, Leipzig, Franke, 1920.

Brandler, Heinrich: War die Märzaktion ein Bakunisten-Putsch?, Berlin-Leipzig, Franke, 1921.

Brandt, Arthur: Tscheka-Prozess. Denkschrift der Verteidigung, Berlin, Neuer Deutscher Verlag, 1925. (Neuauflage: Hamburg, Attica-Verlag, 1979.)

Brandt, Willy: Die Nobelpreiskampagne für Carl von Ossietzky, Oldenburg, BIS, 1988. Oldenburger Universitätsreden. 20).

Brandt, Willy; Löwenthal, Richard: Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit. Eine politische Biographie, München, Kindler, 1957.

Braskén, Kasper: „Hauptgefahr jetzt nicht Trotzkismus, sondern Münzenberg". East German Uses of Remembrance and the Contentious Case of Willi Münzenberg, Åbo, Åbo Akademi University, 2011. (CoWoPa. Comintern Working Paper. 22/2011). https://www.abo.fi/sitebuilder/media/7957/cowopa22brasken.pdf.

Braskén, Kasper: Mot hunger, krig och fascism! Internationella arbetarhjälpen, Willi Münzenberg och kampen för internationell solidaritet i Weimartyskland 1921–1935. In: Historisk Tidskrift för Finland (2009), 2, S. 170–197.

Braskén, Kasper: The Revival of International Solidarity. The Internationale Arbeiterhilfe, Willi Münzenberg and the Comintern in Weimar Germany, 1921–1933, PhD, Åbo Akademi University, Turku, 2014.

Brauns, Nikolaus: Schafft rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland (1919–1938), Bonn, Pahl-Rugenstein, 2003.
Braunthal, Gerard: Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund. Zur Politik der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Joachim Voss, Köln, Bund-Verlag, 1981. (Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung. 21).
Braunthal, Julius: Geschichte der Internationale. 3 Bde., Hannover, J.H.W. Dietz Nachf., 1961–1971. (2. Aufl. 1974, 3. Aufl. 1978).
Braunthal, Julius: Viktor und Friedrich Adler. Zwei Generationen Arbeiterbewegung, Wien, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, 1965.
Bredel, Willi: Die Prüfung, London, Malik Verlag, 1935.
Bredel, Willi: Spanienkrieg. Bd. 1: Zur Geschichte der 11. Internationalen Brigade, Berlin-Weimar, Aufbau Verlag, 1977.
Bredel, Willi: Spanienkrieg. 2 Bde., Berlin-Weimar, Aufbau Verlag, 1977.
Brief Lenins an Clara Zetkin und Paul Levi. In: Probleme des Friedens und des Sozialismus (1958), 2, S. 12–13.
Britovšek, Marjan: Der Endkampf mit Stalin im Jahre 1929. In: Bergmann/Schäfer: Liebling der Partei, S. 61–70.
Broué, Pierre: Entretien avec Vratchev. In: Cahiers Léon Trotsky (1991), Nr. 46, S. 3–12.
Broué, Pierre: Gauche allemande et Opposition russe de 1926 à 1928. In: Cahiers Léon Trotsky (1985), 22, S. 4–25.
Broué, Pierre: Histoire de l'Internationale Communiste 1919–1943, Paris, Fayard, 1997.
Broué, Pierre: La Question chinoise dans l'Internationale Communiste (1926–1927). Textes de Staline, Trotsky, Martynov, Zinoviev (....). Thèses de l'Internationale communiste. Rapport secret de délégué de l'IC, Paris, EDI, 1965 (2ème éd. revue et augmentée, 1976).
Broué, Pierre (Hrsg.): Les Congrès de l'Internationale Communiste. Textes intégraux publiés sous la direction de Pierre Broué. Le Premier Congrès. 2–6 mars 1919, Paris, Etudes et Documentation Internationales, 1974. (Documents pour l'histoire de la Troisième Internationale).
Broué, Pierre: Les Procès de Moscou, Paris, Gallimard, 1964. (Collection Archives. 9).
Broué, Pierre: Lew Dawidowitsch Trotzki und Willi Münzenberg. In: Tania Schlie, Simone Roche (Hrsg.): Willi Münzenberg (1889–1940). Ein deutscher Kommunist im Spannungsfeld zwischen Stalinismus und Antifaschismus, Frankfurt am Main u.a., Lang, 1995, S. 155–160.
Broué, Pierre: Rakovsky ou la Révolution dans tous les pays, Paris, Fayard, 1996.
Broué, Pierre: Révolution en Allemagne. 1917–1923, Paris, Ed. de Minuit, 1971.
Broué, Pierre: Staline et la Révolution. Le cas espagnol. 1936–1939, Paris, Fayard, 1993.
Broué, Pierre: The German Left and the Russian Opposition. 1926–28. In: Revolutionary History 2 (1989), 3, S. 20–28.
Broué, Pierre: The German Revolution 1917–1923. Introduced by Eric D. Weitz, Leiden u.a., Brill, 2005. (Historical Materialism Book Series. 5).
Broué, Pierre: Trotsky et le bloc des oppositions de 1932. In: Cahiers Léon Trotsky (1980), 5, S. 5–37.
Broué, Pierre: Trotzki. Eine politische Biographie. 2 Bde., Köln, Neuer ISP-Verlag, 2003.
Broué, Pierre; Dorey, Nicole: Critiques de gauche et opposition révolutionnaire au Front populaire. 1936–1938. In: Le Mouvement Social (1966), Nr. 54, S. 90–133.
Brovkin, Vladimir: Russia after Lenin. Politics, Culture, and Society. 1921–1929, London u.a., Routledge, 1998.
Brügel, Johann Wolfgang: Stalin und Hitler: Pakt gegen Europa, Wien, Europaverlag, 1973.
Brunner, Detlev: Bürokratie und Politik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. 1918/19 bis 1933, Köln, Bund-Verlag, 1992. (Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung. 55).

Brun-Zechowoj, Valerij: Manfred Stern – General Kleber. Die tragische Biographie eines Berufsrevolutionärs 1896–1954. Vorwort von Hans Landauer, Ulla Plener, Berlin, trafo Verlag, 2000. (Biographien europäischer Antifaschisten).
Brupbacher, Fritz: 60 Jahre Ketzer, Zürich-Leimbach, B. Ruppli, 1935.
Buber-Neumann, Margarete: Als Gefangene bei Stalin und Hitler, Zürich, Europa Verlag, 1949.
Buber-Neumann, Margarete: Die erloschene Flamme. Schicksale meiner Zeit, München e.a, Langen Müller, 1976 (Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch Verlag, 1978).
Buber-Neumann, Margarete: Kriegsschauplätze der Weltrevolution. Ein Bericht aus der Praxis der Komintern 1919–1943, Stuttgart, Seewald, 1967 (Frankfurt am Main-Berlin-Wien, Ullstein, 1973).
Buber-Neumann, Margarete: Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrweges, Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt, 1957.
Bucharin, N.; Preobraženský, E.: Das ABC des Kommunismus. Populäre Erläuterung des Programms der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki), Hamburg, Kommunistische Internationale, 1921. (Bibliothek der Kommunistischen Internationale. 13).
Buchholz, Marlis; Rother, Bernd: Einleitung. In: Id. (Hrsg.): Der Parteivorstand der SPD im Exil. Protokolle der Sopade 1933–1940, Bonn, J.H.W. Dietz Nachf., 1995, S. XII–IL.
Buckmiller, Michael; Meschkat, Klaus (Hrsg.): Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, Berlin, Akademie-Verlag, 2007 (mit Personendatenbank auf CD-ROM).
Buk, Pierre: La Tragédie tchécoslovaque. De septembre 1938 à mars 1939. Avec des documents inédits du livre blanc tchécoslovaque, Paris, Éd. du Sagittaire, 1939.
Burden, Hamilton T.: Die programmierte Nation. Die Nürnberger Reichsparteitage, Gütersloh, Bertelsmann, 1967.
Burmeister, Alfred: Dissolution and Aftermath of the Comintern. Experiences and Observations. 1937–1947, New York, East European Fund, 1955.
Buschak, Willy: „Arbeit im kleinsten Zirkel“. Gewerkschaften im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Hamburg, Ergebnisse Verlag, 1993.
Buschak, Willy: Das Londoner Büro. Europäische Linkssozialisten in der Zwischenkriegszeit, Amsterdam, Stichting IISG, 1985. (Sozialhistorische Quellen und Studien. 1).
Buscher, Paulus: Helmut „helle“ Hirsch – ein junger Jude und bündischer Künstler im Widerstand. In: Hinrich Siefken, Hildegard Vieregg (Hrsg.): Resistance to National Socialism. Kunst und Widerstand. Forschungsergebnisse und Erfahrungsberichte. Third Nottingham Symposium, München, Iudicium Verlag, 1995, S. 113–169.
Bylinin, V.K.: O dejatel’nosti specslužb SSSR i Germanii v svjazi s rešeniem tak nazyvaemogo „nemeckogo voprosa“. 1939–1941. In: V.K. Bylinin, I.I. Vasil’ev, T.K Gladkov u.a. (Hrsg.): Trudy obščestva izučenija istorii otečestvennych specslužb. Bd. 1, Moskva, Kučkovo pole, 2006, S. 89–118.
Carle, Emmanuelle: Gabrielle Duchêne et la recherche d‘une autre route. Entre le pacifisme féministe et l‘antifascisme, Univ. Diss., History Department, McGill University, Montreal, 2005.
Carr, Edward Hallett: The Interregnum 1923–1924, London-New York, Macmillan, 1954. (A History of Soviet Russia. 4).
Carr, Edward Hallet: The Twilight of the Comintern 1930–1935, New York, Pantheon Books, 1982.
Carsten, Francis Ludwig: Reichswehr und Politik. 1918–1933, Köln, Kiepenheuer & Witsch, 1966³.
Castells, Manuel: The Rise of the Network Society, Cambridge, Blackwell, 1996.
Cecil, L.: The Kindermann-Wolscht Incident. An Impasse in Russo-German Relations 1924–1926. In: Journal of Central European Affairs 21 (1961), 2, S. 188–199.
Černobaev, Anatolij (Hrsg.): Na prieme u Stalina. Tetradi (žurnaly) zapisej lic, prinjatych I.V. Stalinym (1924–1953 gg.). Spravočnik, Moskva, Novyj chronograf, 2008.

Chamberlin, Brewster S.: Der Attentatsplan gegen Seeckt 1924. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 25 (1977), 4, S. 425–440.
Chase, William J. (Hrsg.): Enemies Within the Gates? The Comintern and the Stalinist Repression, 1934–1939. Russian documents transl. by Vadim A. Staklo, New Haven, Yale University Press, 2001. (Annals of Communism). Internetfassung: http://www.yale.edu/annals/Chase/ChaseFront.htm
Chaustov, Vladimir: Operative Gruppen sowjetischer Fallschirmagenten in den Kriegsjahren. In: Hans Schafranek, Johannes Tuchel (Hrsg.): Krieg im Äther. Widerstand und Spionage im Zweiten Weltkrieg, Wien, Picus Verlag, 2004, S. 153–164.
Chaustov, V. N.; Naumov, V. P.; Plotnikov, N. S. (Hrsg.): Lubjanka. Stalin i VČK-GPU-OGPU-NKVD. Janvar' 1922 – dekabr' 1936, Moskva, Materik, 2003.
Chester, Lewis; Fay, Stephen; Hugo Young: The Zinoviev Letter, London, Heinemann, 1967.
Chinsky, Pavel: Staline, archives inédites, 1926–1936, Paris, Berg international, 2001.
Chlevnjuk, Oleg: 1930–1933 gg. In: Adibekov/B'jadžo/Gori: Politbjuro I Evropa, S. 209–215.
Chlevnjuk, Oleg: Politbjuro. Mechanizmy političeskoj vlasti v 1930-e gody, Moskva, ROSSPEN, 1996.
Chlevnjuk, O.V.; Dėvis, R.U.; Košeleva, L.P. (Hrsg.): Stalin i Kaganovič. Perepiska. 1931–1936 gg. Moskva, ROSSPEN, 2001.
Chlevnjuk, Oleg B.; Kvašonkin, A. V.; Košeleva, L. P.; Rogovaja, L. A. (Hrsg.): Stalinskoe Politbjuro v 30-e gody. Sbornik dokumentov, Moskva, AIRO-XX, 1995. (Dokumenty sovetskoj istorii).
Claudín, Fernando: Die Krise der Kommunistischen Bewegung. Von der Komintern zur Kominform. Bd. 1: Die Krise der Kommunistischen Internationale, Berlin, Olle & Wolter, 1977.
Claudín, Fernando: La crise du mouvement communiste. Du Komintern au Kominform. Préface de Jorge Semprún. Traduit de l'espagnol par Carlos Semprun, Paris, Maspéro, 1972.
Claudín, Fernando: The Communist Movement. From Comintern to Cominform. 2 Bde., New York u.a., Monthly Review Press, 1975.
Clinton, Allan (Hrsg.): Trotsky. Writings on Britain, London, New Park Publications, 1975. (Für eine verbesserte Internet-Publikation siehe: http://www.marxists.org/archive/trotsky/britain/index.htm).
Cohen, Stephen F.: Nicolas Boukharine. La vie d'un bolchevik, Paris, Maspero, 1979.
Cole, G. D.: History of Socialist Thought. Bd. 3: The Second International 1889–1914, London-New-York, Macmillan, 1956.
Colm, Gerhard: Beitrag zur Geschichte und Soziologie des Ruhraufstandes vom März-April 1920, Essen, Baedeker, 1921.
Cornell, Richard: Revolutionary Vanguard. The Early Years of the Communist Youth International 1914–1924, Toronto 1982.
Courtois, Stéfane (Hrsg.): Dossier Willi Münzenberg. In: Communisme (1994), 38/39, S. 43–167.
Čubar'jan, Aleksandr O. (Hrsg.): Istorija Kommunističeskogo Internacionala. 1919–1943. Dokumental'nye očerki, Moskva, Nauka, 2002.
Čubar'jan, Aleksandr O. (Hrsg.): Ivan Michailovič Maiskij. Dnevnik diplomata. London 1934–1943. Bd. 1, Moskva, Nauka, 2006. (Naučnoe nasledstvo. 33).
Čubar'jan, Aleksandr O.: Brestskij mir, Moskva, Nauka, 1964.
Čubar'jan, Aleksandr O.: Kanun tragedii. Stalin i meždunarodnyj krizis, sentiabr' 1939–ijun' 1941 goda, Moskva, Nauka, 2008.
Czichon, Eberhard; Marohn, Heinz: Die Verfolgung. Recherchen über Thälmann. In: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Linkspartei.PDS, März 2006, http://archiv2007.sozialisten.de/politik/publikationen/kpfmitteilungen/view_html?zid=32251&bs=1&n=6.
Czichon, Eberhard; Marohn, Heinz: Thälmann. Ein Report, 2 Bde., Berlin, Verlag Wiljo Heinen, 2010.
Dahlke, Sandra: Emil'jan Jaroslavskij. Individuum und Herrschaft im Stalinismus, München, Oldenbourg, 2009.

Dahmer, Helmut: Die Moskauer Prozesse 1936–1938 und Stalins Massenterror, Berlin, Helle Panke, 2008.

Dallin, Alexander; Firsov, Fridrich I. (Hrsg.): Dimitrov and Stalin. 1934–1943. Letters from the Soviet Archives. Russian documents translated by Vadim A. Staklo, New Haven-London, Yale University Press, 2000. (Annals of Communism).

Dam'e, Vadim; Komolova, Natal'ja; Korčagina, Marianna; Širinja, Kirill (Hrsg.): Komintern protiv fašizma. Dokumenty, Moskva, Nauka, 1999.

Daniels, Robert V.: Das Gewissen der Revolution. Kommunistische Opposition in Sowjetrussland, Köln, Kiepenheuer & Witsch, 1962.

Dankaart, Hans; Doorslaer, Rudi van: De activiteiten van een communistische sabotagegroep in Antwerpen en Rotterdam. De organisatie Wollweber (1933–1939), http://www.marxists.org/nederlands/thema/wereldoorlog2/1979sabotage.htm.

Dankelmann, Otfried: Der Wiener Kongreß der SAI 1931 zur Lage in Deutschland. In: O. Dankelmann, J. Glasneck, I. Kircheisen, W. Kowalski (Hrg.): Hallesche Studien zur Geschichte der Sozialdemokratie, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 1980, 4, S. 24—38.

Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps. Im Auftrage des Reichskriegsministeriums bearbeitet und hrsg. von der Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte. Bd. 4: Die Niederwerfung der Räteherrschaft in Bayern 1919, Berlin, Mittler, 1939; Bd. 6: Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918–1920. Im Auftrage des Oberkommandos des Heeres. bearbeitet und hrsg. von der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres, Berlin, Mittler, 1940.

Das Rotbuch. Marinus van der Lubbe und der Reichstagsbrand. Aus dem Niederländischen übersetzt und herausgegeben von Josh van Soer, Aktualisierte Neuauflage, Hamburg, Edition Nautilus, 2013.

Datta Gupta, Sobhanlal (Hrsg.): The Ryutin Platform. Stalin and the Crisis of Proletarian Dictatorship. Platform of the „Union of Marxists-Leninists“, Kolkata, Seribaan, 2010.

Datta Gupta, Sobhanlal: Comintern and the Destiny of Communism in India 1919–1943. Dialectics of Real and a Possible History, Bakhrahat, Seribaan, 2006.

David-Fox, Michael: Revolution of the Mind. Higher Learning Among the Bolsheviks 1918–1929, Ithaca, Cornell University Press, 1997.

David-Fox, Michael: Showcasing the Great Experiment. Cultural Diplomacy and Western Visitors to the Soviet Union 1921–1941, Oxford, Oxford University Press, 2011.

Davidovič, David S.: Ernst Tel'man i gamburgskoe vosstanie, Moskva, Nauka, 1988[3].

Davies, Robert William (Hrsg.): The Stalin-Kaganovičh Correspondence. 1931–36, New Haven, Yale University Press, 2003.

Davies, Rupert W.: The Syrtsov-Lominadse Affair. In: Soviet Studies 33 (1981), 1, S. 29–50.

De Grand, Alexander J.: Fascist Italy and Nazi Germany. The „Fascist“ Style of Rule, London, Routledge, 1995.

Deák, István: Weimar Germany's Left-Wing Intellectuals. A Political History of the “Weltbühne” and its Circle, Berkeley, University of California Press, 1968.

Degras, Jane (Hrsg.): The Communist International 1919–1943. Documents, 3 Bde., London, Oxford University Press, 1955–1965.

Dehl, Oleg: Deutsche Politemigranten in der UdSSR: Von Illusionen zur Tragödie, in: Neues Leben, Moskau (1996), H. 5, S. 7, H. 6, S. 7, H. 7. S. 7–8; vollständig in: Utopie kreativ (1997), H. 75, S. 48–63.

Dehl, Oleg: Verratene Ideale. Zur Geschichte deutscher Emigranten in der Sowjetunion. Unter Mitarbeit von Natalja Mussienko. Mit einem Beitrag von Simone Barck über eine unbekannte Bibliographie der Moskauer „Deutschen Zentral-Zeitung“. Mit einem Nachwort herausgegeben

von Ulla Plener, Berlin, trafo Verlag, 2000. (Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart. Schriftenreihe des Vereins Gesellschaftswissenschaftliches Forum e. V., Berlin. 25).

Deist, Wilhelm: Die Aufrüstung der Wehrmacht. In: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.): Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 1: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, Stuttgart, DVA, 1979, S. 371–532.

Del Amo, Casto; Bahne, Siegfried; Bayerlein, Bernhard H. (Hrsg.): Archives de Jules Humbert-Droz 3. Les Partis Communistes et l'Internationale Communiste dans les années 1928–1932, Dordrecht u.a., Kluwer Academic Publishers, 1988. (Archives de Jules Humbert-Droz. 3).

Denby, Elaine: Grand Hotels. Reality and Illusion. An Architectural and Social History, Zwolle, Waanders Publishers, 1998.

Denkschrift über die kommunistischen Umsturzbestrebungen in Deutschland. Im amtlichen Auftrage herausgegeben, Berlin und Leipzig, Verlag Walter de Gruyter & Co., 1933.

Der 1. Kongress der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen in Moskau vom 2. bis zum 19. März 1919, Petrograd, Verlag der K. I., 1920.

Der Arbeiter in der Sowjetunion und der Fünfjahresplan, Berlin, Internationaler Arbeiterverlag, 1931.

Der Fünfjahresplan siegt. Kus Bas, das neue Zentrum der sozialistischen Schwerindustrie, o.O., o.J., [1931].

Der I. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen in Moskau vom 2. bis zum 19. März 1919, Hamburg, Hoym, 1921.

Der I. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen in Moskau vom 2. bis 19. März 1919, Petrograd, Verlag der Kommunistischen Internationale, 1921.

Der Kampf um die Kommunistische Partei. Plattform der linken Opposition in der KPD, Berlin, Noster, [1927–28].

Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf aller Werktätigen für den Sturz der Hitlerdiktatur. Schlußwort des Genossen Pieck. Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf aller Werktätigen zum Sturz der Hitlerdiktatur, Resolution der Brüsseler Parteikonferenz der KPD im Oktober 1935, Tarnschrift „Philosophie“, Leipzig, Verlag für Kunst und Wissenschaft, [1935].

Der Sozialismus siegt. Berichte und Reden auf dem 17. Parteitag der KPdSU(B), Januar/Februar 1934, Zürich, Ring-Verlag, [1935].

Der Terror gegen die sozialistischen Parteien in Rußland und Georgien, Berlin, Dietz, 1925.

Der Weg zum Sturze Hitlers und der Kampf um die neue demokratische Republik. Resolution der Berner Konferenz der KPD (30. Januar bis 1. Februar 1939), Paris, Imprimerie Coopérative Etoile, 1939.

Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd bis 7. August 1920 in Moskau, Hamburg, Hoym, 1921.

Deutscher, Isaac: The Prophet Outcast. Trotsky, 1929–1940, London u.a., Oxford University Press, 1963.

Deutschland, Heinz: Aus Briefen Käte und Hermann Dunckers aus den Jahren 1939 bis 1947. In: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (2005), 1, S. 107–124.

Devjatyj s''ezd RKP(b). Mart–aprel' 1920 goda. Protokoly, Moskva, Gosizdat, 1960.

Die Beschlüsse des XII. EKKI-Plenums, die Reichsparteikonferenz und unsere Winterschulungsarbeit 1932/33. Hrsg. von Agitprop des ZK der KPD, o.O., o.V., [November 1932].

Die Komintern und der Krieg. Dokumente über den Kampf der Komintern gegen den imperialistischen Krieg und für die Verteidigung der Sowjetunion. Ein Sammelbuch, Hamburg-Berlin, Hoym, 1928.

Die Komintern vor dem 6. Weltkongreß. Tätigkeitsbericht der Exekutive der Kommunistischen Internationale für die Zeit vom 5. bis zum 6. Weltkongreß. Hamburg, Hoym, 1928.

Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß. Materialien. Moskau-Leningrad, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, 1935.

Die Kommunistische Internationale über die Lage in Deutschland. Moskau-Leningrad, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, 1933.
Die Kommunistische Internationale. Bd. 2: Auswahl von Dokumenten und Reden vom VI. Weltkongreß bis zur Auflösung der Kommunistischen Internationale. 1928–1943, Berlin (Ost), Parteihochschule „Karl Marx" beim ZK der SED, 1956.
Die Kommunistische Internationale. Manifest, Leitsätze und Beschlüsse des Moskauer Kongresses 2.–6. März 1919, Hamburg, Willaschek, 1919.
Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen, Bd. 6, Berlin (Ost), Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Lehrstuhl für Politische Grundfragen des Marxismus-Leninismus, Lehrkabinett, 1957. (Nachdr. Offenbach, Verlag O. Benario und H. Baum, 2004).
Die revolutionäre Einheit marschiert! Protokoll des IV. Kongresses der IPF (Internationale Proletarischer Freidenker) in Tetschen-Bodenbach, 14.–15.11.1930, Berlin, Verlagsanstalt der Proletarischen Freidenker, (Düsseldorf, 1930).
Die Tscheka. Die Organisation der kommunistischen Partei für den politischen Meuchelmord, Berlin, Flügge, 1925.
Die Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik. Bestimmungen des 5. Allrussischen Sowjetkongresses. Angenommen in der Tagung vom 10. Juli 1918, Berlin-Wilmersdorf, Verlag der Wochenschrift „Die Aktion", 1918.
Die wichtigsten Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Deutschlands nach dem VI. Weltkongreß im Zitat, Berlin, Kommunistische Partei Deutschlands, [1932].
Diels, Rudolf: Die Nacht der langen Messer ... fand nicht statt. In: Der Spiegel, 2.6.1949, http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-44436729.html.
Diels, Rudolf: Lucifer ante portas. Es spricht der erste Chef der Gestapo, Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt, 1950.
Dimitroff, G. [d.i. Dimitrov, Georgi]: Arbeiterklasse gegen Faschismus, Moskau-Leningrad, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, 1935.
Dimitroff, Georgi: Ausgewählte Schriften. Bd. 3: 1935–1948, Berlin(Ost), Dietz, 1958.
Dimitrov, Georgi: Dnevnik. 9 mart 1933–6 fevruari 1949, Sofija, Universitetsko izdatelstvo „Sv. Kliment Ochridski", 1997.
Dimitroff, Georgi: Tagebücher 1933–1943. Hrsg. v. Bernhard H. Bayerlein und Wladislaw Hedeler unter Mitarbeit v. Birgit Schliewenz u. Maria Matschuk. 2 Bde., Berlin, Aufbau, 2000.
Djakov, Jurij L.; Bušueva, Tat'jana S.: Fašistskij meč kovalsja v SSSR. Krasnaja Armija i rejchsver. Tajnoe sotrudničestvo 1922–1933. Neizvestnye dokumenty, Moskva, Sovetskaja Rossija, 1992.
Dlubek, Rolf (Hrsg.): Die I. Internationale in Deutschland (1864–1872). Dokumente und Materialien. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus, Berlin (Ost), Dietz, 1964.
Documents Illustrating the Hostile Activities of the Soviet Government and the Third International against Great Britain, London, HM Stationery Office, 1927.
Doklad, predstavlennyj delegaciej russkoj social-demokratii Meždunarodnomu rabočemu socialističeskomu kongressu v Londone v 1896 godu, Genève, Izd. Sojuza russkich socialdemokratov, 1898.
Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 7, 1. und 2. Halbbd.: 1919–1923, Berlin (Ost), Dietz, 1966. Bd. 8: 1924–1929, Berlin (Ost), Dietz, 1975.
Dokumenty obvinjajut. Sbornik dokumentov o čudoviščnych zverstvach germanskich vlastej na vremenno zachvačennych imi sovetskich territorijach. Bd. 1, Moskva, OGIZ Gosudarstvennoe Izdatelstvo Političeskoj Literatury, 1943.
Dokumenty vnešnej politiki SSSR, 21 Bde., Moskva, Izdatel'stvo političeskoj literatury, 1957–1977.

Dönninghaus, Victor: Minderheiten in Bedrängnis. Sowjetische Politik gegenüber Deutschen, Polen und anderen Diaspora-Nationalitäten 1917–1938, München, Oldenbourg, 2009.
Dönninghaus, Victor: Moskau und die Deutschen in der Sowjetunion 1917–1941. Die Politik der sowjetischen Zentralorgane gegenüber der deutschen Minderheit. Forschungsbericht. In: Berichte und Forschungen. Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 11 (2003), S. 208–212.
Dornemann, Luise: Clara Zetkin. Ein Lebensbild, Berlin (Ost), Dietz, 1957.
Dornheim, Andreas: Röhms Mann fürs Ausland. Politik und Ermordung des SA-Agenten Georg Bell, Münster, Lit, 1998.
Dostoevskij, Fedor M.: Dnevnik pisatelja za 1877 god. Fevral'. Glava vtoraja. Bd. 4: Metternichi i donkichoty. In: Id.: Sobranie sočinenij. Bd. 25, Leningrad, Nauka, 1983, S. 47–51.
Douzou, Laurent; Frank, Robert; Daniel Peschanski, Dominique Veillon (Hrg.): La résistance et les français, Paris, CNRS, 1995 (Colloque de Cachan).
Drabkin, Jakow [Jakov]: Die Aufrechten. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin, Berlin (Ost), Dietz, 1988.
Drabkin, Jakow [Jakov] S.: Die Entstehung der Weimarer Republik. Übersetzt aus dem Russischen von Ernst Wurl und Ewald Bibow, Berlin (Ost)-Köln, Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1983.
Drabkin, Jakow: Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Berlin (Ost), VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1968.
Drabkin, Jakov S.: Istoričeskij put' Kommunističeskoj partii Germanii, Moskva, Znanie, 1968.
Drabkin, Jakov S.: Komintern i Germanija v svete novych archivnych dokumentov. In: Germanija i Rossija. Sobytija, obrazy, ljudi. Bd. 3, Voronež, Voronežskij Gosudarstvennyj Universitet, 2000, S. 66–71.
Drabkin, Jakov S.: Revoljucija kak naučnaja problema. In: Marija B. Korčagina, Vadim L. Telicyn (Hrsg.): Germanija i Rossija v sud'be istorika. Sbornik statej k 90-letiju J. S. Drabkina, Moskva, Sobranie, 2008, S. 47–69.
Drabkin, Jakov: The Idea of World Revolution and its Transformations. In: Narinsky/Rojahn: Centre and Periphery, S. 46–54.
Drabkin, Jakov S.; Babičenko, Leonid G.; Širinja, Kirill K. (Hrsg.): Komintern i ideja mirovoj revoljucii. Dokumenty, Moskva, Nauka, 1998.
Drahn, Ernst; Leonhard, Susanne (Hrsg.): Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges, Berlin-Fichtenau, Verlag Gesellschaft und Erziehung, 1920.
Dreyfus, Michel: PCF, Crises et dissidences. De 1920 à nos jours, Bruxelles, Editions Complexe, 1990.
Duda, Gerhard: Jenö Varga und die Geschichte des Instituts für Weltwirtschaft und Weltpolitik. Zu den Möglichkeiten und Grenzen wissenschaftlicher Auslandsanalyse, Berlin, Akademie-Verlag, 1993.
Duerr, Hans-Peter; Souchy, Augustin: Stalinismus und Anarchismus in der spanischen Revolution oder Bruno Frei und die Methode der Denunziation, Berlin, Karin Kramer Verlag, 1973.
Duhnke, Horst: Die KPD von 1933 bis 1945, Köln, Kiepenheuer & Witsch, 1972.
Dullin, Sabine: Des hommes d'influences. Les ambassadeurs de Staline en Europe. 1930–1939, Paris, Payot, 2001.
Dullin, Sabine: Le rôle de Maxime Litvinov, dans les années trente. In: Communisme (1995), Nr. 42/43/44, S. 75–93.
Dullin, Sabine: Men of Inluence. Stalin's Diplomats in Europe. 1930–1939, Edinburgh, Edinburgh University Press, 2008.
Dupeux, Louis: „Nationalbolschewismus" in Deutschland 1919–1933, München, Büchergilde Gutenberg, 1985.
Dyck, Harvey Leonard: Weimar Germany and Soviet Russia 1926 –1933. A Study in Diplomatic Instability, London, Chatto & Windus, 1966.

Eastman, Max: Since Lenin Died, New York, Boni and Liveright Publishers, 1925.
Eckart, Wolfgang: Nach bestem Vermögen tatkräftige Hilfe leisten. In: Ruperto Carola (1999), 3, http://www.uni-heidelberg.de/presse/ruca/ruca99_3/eckart.html.
Eckert, Thomas A.: 'Die Neue Weltbühne' unter der Leitung von Hermann Budzislawski – 'im Fahrwasser der KPD'? In: Michael Grunewald, Frithjof Trapp: 'Autour du Front populaire allemand'. Einheitsfront. Volksfront, Bern-Frankfurt am Main e.a., Peter Lang, 1990 (Contacts. Série III. Etudes et documents. 9), S. 111–127.
Ehrenburg, Ilja: Menschen. Jahre. Leben. Autobiographie. Bd. 2, München, Kindler, 1965.
Eichholtz, Dietrich: Vierjahresplan. In: Wolfgang Benz, Hermann Graml, Hermann Weiß (Hrsg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart, dtv, 2007[5].
Eisenstadt, Shmuel N.; Giesen, Bernd: The Construction of Collective Identity. In: Archives européennes de sociologie 36 (1995), S. 72–102.
Eliasberg, George: Der Ruhrkrieg von 1920. Einleitung von Richard Löwenthal, Bonn, Verlag Neue Gesellschaft, 1974.
Engel, Rudolf: Feinde und Freunde, Berlin (Ost), Militärverlag der DDR, 1984.
Enseling, Alf: Die Weltbühne, Organ der intellektuellen Linken, Münster, Fahle, 1962. (Studien zur Publizistik. 2).
Enzensberger, Hans Magnus: Hammerstein oder Der Eigensinn. Eine deutsche Geschichte, Frankfurt am Main, Suhrkamp, 2008.
Erdmann, Karl Dietrich; Grieser, Helmut: Die deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Zeit der Weimarer Republik als Problem der deutschen Innenpolitik. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (1975), 26, S. 403–426.
Erickson, John: The Soviet High Command. A Military-Political History. 1918–1941, London, Frank Cass, 2001[3].
Erler, Peter: Militärische Kommandounternehmen. Deutsche Polit-Emigranten als sowjetische Fallschirmagenten und Partisanen 1941 bis 1945. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat (2000), 8, S. 79–101.
Erofeev, Nikolaj A.: Čartistskoe dviženie, Moskva, Akademija Nauk SSSR, 1961.
Erofeev, N. A.: Očerki po istorii Anglii 1815–1917 gg., Moskva, Institut meždunarodnych otnošenij, 1959.
Erpenbeck, Fritz: „Hier spricht der Sender der SA-Fronde…". In: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks (1974), 4, S. 7–15.
Eumann, Ulrich: Eigenwillige Kohorten der Revolution. Zur regionalen Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main u.a., Peter Lang, 2007. (Europäische Hochschulschriften. III/1040).
Eumann, Ulrich: Kommunisten in der Weimarer Republik. Materialien zur Sozialgeschichte, http://www.kpd-sozialgeschichte.homepage.t-online.de/chronik.html.
Fähnders, Walter; Rector, Martin (Hrsg.): Literatur im Klassenkampf, Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch, 1974.
Fappani, Antonio: Guido Miglioli e il movimento contadino, Roma, Ed. Cinque Lune, 1978.
Faraldo, José: La Europa Clandestina. Resistencia a las Ocupaciones Nazi y Soviética. 1938–1948, Madrid, Alianza Editorial, 2011.
Farbman, Michael: „Piatiletka". Der Fünfjahresplan. Die neue Offensive des Bolschewismus, Berlin, Fischer, 1931.
Faschismus in Deutschland, Moskau-Leningrad, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, 1934.
Fayet, Jean-François: Karl Radek. 1885–1939. Biographie politique, Berne u.a., Peter Lang, 2004. (L'Europe et les Europes. 4).

Federal'noe archivnoe agentstvo (Hrsg.): La guerra civil en España. 1936–1939. Graždanskaja vojna v Ispanii. 1936–1939 gg. Katalog vystavki, Moskva, Drevlechranilišče, 2007.
Feind im Rücken! Bilder aus der Geschichte der Kommunistischen Internationale, Wien, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, 1932.
Fel'štinskij, Jurij G. (Hrsg.): Dva epizoda iz istorii vnutripartijnoj bor'by. Konfidencial'nye besedy Bucharina. In: Voprosy istorii (1991), 2–3, S. 182–203.
Fel'štinskij, Jurij: Krušenie mirovoj revoljuci. Očerk pervyj. Brestskij mir. Oktjabr 1917–nojabr 1918, London, Overseas publications interchange, 1991.
Fest, Joachim C.: Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft, München-Zürich, Piper, 2003.
Feuchtwanger, Lion: Moskau 1937, Amsterdam, Querido, 1937.
Feuchtwanger, Lion: Moskau 1937. Ein Reisebericht für meine Freunde. Mit Auszügen aus Feuchtwangers KGB-Akte, Berlin, Aufbau Taschenbuch Verlag, 1993.
Feuchtwanger, Lion; Brecht, Bertolt: Kalkutta, 4. Mai. Drei Akte Kolonialgeschichte, Berlin, Drei Masken Verlag, 1925.
Feuchtwanger, Franz: Der Militärpolitische Apparat der KPD in den Jahren 1928–1935. Erinnerungen. In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (1981), 4, S. 485–533.
Fey, Rudolf: Ein Totgesagter kehrt zurück, Berlin (Ost), Militärverlag der DDR, 1989.
Filitov, Aleksej: Die sowjetische Deutschlandplanung zwischen Parteiräson, Staatsinteresse und taktischem Kalkül. In: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.): Ende des dritten Reiches. Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München, Piper, 1995, S. 117–139.
Fimmen, Edo: Der Internationale Gewerkschaftsbund, Amsterdam, IGB, 1922.
Finker, Kurt (Einleitung): Ausgewählte Dokumente und Materialien zum antifaschistischen Widerstandskampf unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands in der Provinz Brandenburg 1933–1939, Potsdam, Bezirksleitung Potsdam der SED-Kommissions zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, 1978.
Finker, Kurt: Geschichte des Roten Frontkämpferbundes, Berlin (Ost), Dietz, 1981.
Firsov, Fridrich I.: Archivy Kominterna i vnešnjaja politika SSSR v 1939–1941 gg. In: Novaja i novejšaja istorija (1992), 6, S. 23–24.
Firsov, Fridrich I.: Die Hilfe der Komintern für die ideologisch-politische und organisatorische Festigung der KPD 1919–1922. In: Werner Imig, Walter Kissljakow (Hrsg.): Studien zur ideologischen Entwicklung der KPD 1919–1923, Berlin (Ost), Dietz, 1981, S. 19–49.
Firsow, Fridrich I.: Die „Säuberungen" im Apparat der Komintern. In: Weber/Staritz: Kommunisten verfolgen Kommunisten, S. 37–51.
Firsov, Friedrich: Geheimtelegramme der Komintern im Spanischen Bürgerkrieg. In: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 3 (1999), 1, S. 81–114, http://www1.ku-eichstaett.de/ZIMOS/forum/docs/firsov.htm.
Firsov, Fridrich I.: N. I. Bucharin v Kominterne. In: V. V. Žuravlev, A. N. Solopov (Hrsg.): Bucharin. Čelovek. Politik. Učenyj, Moskva, Izdatel'stvo političeskoj literatury, 1990, S. 175–200.
Firsov, Fridrich I.: Sekretnye kody istorii Kominterna. 1919–1943, Moskva, AIRO-XXI, 2007.
Firsow, F. I.: Stalin und die Komintern. In: Helmut Heinz (Hrsg.): Die Komintern und Stalin. Sowjetische Historiker zur Geschichte der Kommunistischen Internationale, Berlin (Ost), Dietz, 1990, S. 65–132.
Firsov, Fridrich I. (Hrsg.): Tretij kongress Kominterna. Razvitie kongressom političeskoj linii kommunističeskogo dviženija. Kommunisty i massy, Moskva, Izdatel'stvo političeskoj literatury, 1975.

Firsov, Fridrich; Endakova, V.; Paradisova, R. u.a. (Hrsg.): Mužestvo protiv bezzakonija. Dokumenty Archiva Kominterna o bor'be za spasenie kommunistov-internacionalistov ot stalinskich repressij. In: Problemy mira i socializma (1989), 7, S. 89–92.
Firsov, F.I.; Vatlin, A.; Parchomenko, E.A. (Hrsg.): N. I. Bucharin i Komintern, Moskva, IML pri CK KPSS, 1989.
Fischer, Gottfried Bermann: Bedroht. Bewahrt. Der Weg eines Verlegers, Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch, 1979.
Fischer, Ruth: Stalin and German Communism, Cambridge MA, Harvard University Press, 1948. (Erw. Neuausg.: New Brunswick NJ, Transaction Books, 1982).
Fischer, Ruth: Stalin und der deutsche Kommunismus, 2 Bde., Berlin, Dietz, 1990.
Fischer, Ruth: Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution, Frankfurt am Main, Verlag der Frankfurter Hefte, 1949.
Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik [1948], Frankfurt am Main, Europäische Verlagsanstalt, 1969.
Flierl, Thomas; Klein, Wolfgang; Weißbach, Angelika: Die Pariser Wochenzeitung Monde. 1928–1935, Bielefeld, Aisthesis Verlag, 2012.
Florin, Wilhelm: Die Wahrheit über die Sowjetunion, Berlin, Kommunistische Partei Deutschlands, [1932].
Flory, Harriette: The Arcos Raid and the Rupture of Anglo-Soviet Relations, 1927. In: Journal of Contemporary History 12 (1977), 4, S. 707–723.
Flügge, Manfred: Heinrich Mann. Eine Biographie, Reinbek bei Hamburg, Rowohlt, 2006.
Fogarasi, Adalbert: Der Bankrott der Theorien des Sozialfaschismus am Ende der kapitalistischen Stabilisierung, Moskau-Leningrad, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, 1934.
Fotzik, Jan: Der deutsche Rußland-Komplex 1945–47. Ostorientierung und Befreiungsambition. Unveröff. Ms., demnächst in: Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen, München.
Foitzik, Jan: Der proletarische Internationalismus des sozialistischen Weltsystems. Die Mythologisierung des sowjetischen Führungsanspruchs. In: vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik 46 (2007), 1, S. 115–124.
Foitzik, Jan: Die KPD und der Hitler-Stalin-Pakt. Die Erklärung des ZK vom 25. August 1939 im Wortlaut. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 37 (1989), 3, S. 499–514.
Foitzik, Jan: Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40 unter besonderer Berücksichtigung des Exils, Bonn-Bad Godesberg, Verlag Neue Gesellschaft, 1986.
Foner, F. [d. i. Philip Sheldon]; Nečaeva, M.; Poletaev, A.: Istorija rabočego dviženija SŠA ot kolonial'nych vremen do 80-ch gg. XIX v., Moskva, Izdatel'stvo inostrannoj literatury, 1949.
Fontaine, André: Le camp d'étrangers des Milles 1939–1943 (Aix-en-Provence). Préface d'Alfred Grosser, postface de Pierre Guiral, Aix-en-Provence, Edisud, 1992.
Fraenkel, Heinrich; Manvell, Roger: Hermann Göring, Hannover, Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, 1964.
Frank, Leonhard: Absturz, Leipzig, Reclam, 1929.
Frank, Pierre: Geschichte der Kommunistischen Internationale 1919–1943. 2 Bde., Frankfurt am Main, ISP-Verlag, 1981.
Franz, Benjamin: Zur Diskussion in der KPD 1918/19 um die Anwendung von Waffengewalt in der Revolution. In: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (2009), 1, S. 79–95.
Frei, Bruno: Die Männer von Vernet. Ein Tatsachenbericht, Hildesheim, Gerstenberg, 1950.

Frese, Matthias: Nationalsozialistische Vertrauensräte. Zur Betriebspolitik im „Dritten Reich". In: Gewerkschaftliche Monatshefte (1992), 4–5, S. 281–297.
Freyberg, Jutta von: Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Revolutionären Sozialisten Deutschlands vor dem Problem der Aktionseinheit 1934–1937, Köln, Pahl-Rugenstein, 1973.
Freymond, Jacques; Burgelin, Henri (Hrsg.): La Première Internationale. Recueil de documents. Bd. 3: Les conflits au sein de l'internationale 1872–1873. Textes établis et annotés par Bert Andréas u. a.; Bd. 4: Les congrès et les conférences de l'Internationale, 1873–1877, Genève, Droz, 1962–1971. (Publications de l'Institut universitaire de hautes études internationales).
Fricke, Dieter: Die deutsche Arbeiterbewegung 1869–1890. Ihre Organisation und Tätigkeit, Leipzig, VEB Verlag Leipzig, 1964.
Friedmann, Ronald: Die Zentrale. Geschichte des Berliner Karl-Liebknecht-Hauses, Berlin, Karl Dietz, 2011.
Friedmann, Ronald: Ulbrichts Rundfunkmann. Eine Gerhart-Eisler-Biographie, Berlin, edition ost, 2007.
Frieser, Karl-Heinz u.a.: Die Ostfront 1943/44. Der Krieg im Osten und an den Nebenfronten, München, Deutsche Verlags-Anstalt, 2007. (Das deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. 8).
Friesland, Ernst (Ps.) [d.i. Ernst Reuter]: Zur Krise unserer Partei, Berlin, als Ms. gedruckt, 1921.
Frölich, Paul (Hrsg.): Gegen den Reformismus, Berlin, Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, 1925.
Frölich, Paul: Das Verbrechen an den Eisenbahnern. Der Februarstreik und seine Lehren, Berlin, Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, 1922.
Frölich, Paul: Die Bayrische Räte-Republik. Tatsachen und Kritik, 2. Aufl., erweitert durch einen Anhang: Dekrete, Aufrufe, Erklärungen, Leipzig, Franke, 1920.
Frumkin, Vladimir: Iz lagerja smertnikov – s ljubov'ju. In: Zametki po evrejskoj istorii (2007), Nr. 2, http://berkovich-zametki.com/2007/Zametki/Nomer2/Frumkin1.htm
Fuchs, Günther; Lewin, Erwin; Reuter, Elke u.a. (Hrsg.): Die Brüsseler Konferenz von 1935 auf CD-ROM, Berlin, Dietz, 2000. (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. 2).
Fuegi, John: Brecht and Company. Sex, Politics and the Making of the Modern Drama, New York, Grove Press, 1994.
Fuentes, J. F.: Luis Araquistáin y el socialismo español en el exilio, 1939–1959, Madrid, Biblioteca Nueva, 2002.
Fülberth, Johannes: „...wird mit Brachialgewalt durchgefochten". Bewaffnete Konflikte mit Todesfolge vor Gericht, Berlin 1929 bis 1932/1933, Köln, PapyRossa, 2011.
[Fünfzehn] 15 Jahre Gewerkschaftsaufbau in der UdSSR, Berlin, Internationales Büro der Freunde der Sowjetunion, [1932].
[Fünfzehn] 15 Jahre Oktoberrevolution, Berlin, Heckert, [1932].
[Fünfzehn] 15 Jahre Sowjetunion. 15 Jahre sowjetischer Aufbau, Berlin, Internationaler Arbeiterverlag, [1932].
Gaagskij kongress Pervogo Internacionala. Protokoly i dokumenty, Moskva, Izdatel'stvo političeskoj literatury, 1970.
Gal'per, Natal'ja: Strana sirot. Dokumental'naja proza XX vek, [Petach Tikwa], Selbstverlag, 2004.
Gallas, Helga: Marxistische Literaturtheorie. Kontroversen im Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller, Neuwied-Berlin, Luchterhand, 1971. (collection alternative. 1) (Sammlung Luchterhand. 19).
Gansel, Carsten: Johannes R. Becher zwischen Dichten und Funktionieren. In: Johannes R. Becher: Der gespaltene Dichter. Gedichte, Briefe, Dokumente, 1945–1958, Berlin, Aufbau, 1991, S. 11–30.
Gautschi, Willi: Der Landesstreik 1918, Zürich, Chronos, 1988³.

Gavrilov, V. A. (Hrsg.): Voennaja razvedka informiruet. Dokumenty Razvedupravlenija Krasnoj Armii, janvar' 1939 – ijun' 1941 g., Moskva, MFD, 2008.
Gawlitza, Peter-Michael: Die sozialistische Konzentration. Über Bestrebungen zur Sammlung der politisch und organisatorisch zersplitterten deutschen Sozialdemokratie in der Emigration zwischen November 1937 und August 1938, Berlin, Akademie der Wissenschaften der DDR, Dissertation A, 1986.
Gebhardt, Hartwig: Nationalsozialistische Werbung in der Arbeiterschaft. Die Illustrierte „ABZ. Arbeit in Bild und Zeit". In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 33 (1985), 2, S. 310–338.
Gegen den Nationalbolschewismus! Zwei Aufsätze von Karl Radek und August Thalheimer. Hrsg. v. KPD (Spartakusbund), o. O., 1920.
Genina, Elena: Ponjat' sud'bu rabotavšego v Kemerove v 30-e g. nemeckogo inženera Emilja Štiklinga nevozmožno bez osmyslenija v kontekste epochi. In: Kuzneckij kraj, 10.1.2000.
Genis, Vladimir L.: Delo Savelija Litvinova. In: Voprosy istorii (2000), 10, S. 98–112.
Genis, Vladimir L.: Nevernye slugi režima. Pervye sovetskie nevozvraščency. 1920–1933, Bd. 1: 1920–1929, Moskva, Selbstverlag, 2009.
Georges, Bernard: Léon Jouhaux, Paris, PUF, 1979.
Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang, Moskau, Verlag für Fremdsprachige Literatur, 1939.
Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang [1938], Berlin, Verlag der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, 1946.
Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Berlin (Ost), Dietz, 1981.
Gestwa, Klaus: Technik als Kultur der Zukunft. Der Kult um die „Stalinschen Großbauten des Kommunismus". In: Geschichte und Gesellschaft 30 (2004), 1, S. 37–73.
Getty, Arch: „Excesses are not permitted". Mass Terror and Stalinist Governance in the Late 1930s. In: Russian Review 61 (2002), S. 113–138.
Getty, J. Arch: Origins of the Great Purges. The Soviet Communist Party Reconsidered, 1933–1938, Cambridge, Cambridge University Press, 1985.
Geyer, Curt: Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Ein soziologischer Versuch, Jena, Thüringer Verlagsanstalt, 1923.
Geyer, Dietrich: Kommunistische Internationale. In: Claus D. Kernig (Hrsg.): Die Kommunistischen Parteien der Welt, Freiburg im Breisgau, Herder, 1969, S. 14–32.
Geyer, Dietrich: Sowjetrussland und die deutsche Arbeiterbewegung 1918–1932. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 24 (1976), 1, S. 2–37.
Gide, André: Retouches à mon Retour de l'URSS, Paris, Gallimard, 1937.
Gide, André: Retuschen zu meinem Russlandbuch, Zürich, Jean-Christophe-Verlag, 1937.
Gidea, Claudia-Valentina: Le Concept de sécurité dans le traité Franco-Roumain de 1926. In: Romanian Review of International Studies 2 (2010), Nr. 1, S. 41–52.
Giersberg, Bettina: Die Arbeit des Schriftstellers Rudolf Leonhard im französischen Exil 1933 bis 1945, Phil. Diss, Technische Universität Berlin, 2005.
Giersich, Peter; Kramer, Bernd: Max Hoelz. Man nannte ihn Brandstifter und Revolutionär, Robin Hood, Che Guevara, einen Anarchisten, den Roten General. Sein Leben und sein Kampf, Berlin, Karin Kramer Verlag, 2000.
Gietinger, Klaus: Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung Rosa Luxemburgs, Hamburg, Edition Nautilus, 2009². (Nautilus Flugschrift).
Gilensen, Viktor: Die Komintern und die „Organisation M." in Deutschland in den Jahren 1923–1925. In: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 3 (1999), 1, S. 31–80.
Gilensen, Viktor: Die Komintern und die „paramilitärischen Formationen" der Kommunistischen Partei Deutschlands. In: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 5 (2001), 1, S. 9–50.

Gincberg, L.: „Politsekretariat IKKI trebuet“. Dokumenty Kominterna i Kompartii Germanii. 1930–1934 gg. In: Istoričeskij archiv (1994), 1, S. 148–173.

Gincburg, Lev I.; Drabkin, Jakov S.: Nemeckie antifašisty v bor'be protiv gitlerovskoj diktatury. 1933–1945, Moskva, Akademia Nauk, 1961. (Akademija nauk SSSR. Naučno-populjarnaja serija).

Girardet, Herbert: Der wirtschaftliche Aufbau der kommunistischen Tagespresse in Deutschland von 1918 bis 1933. Unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Regierungsbezirk Düsseldorf, Essen, W. Girardet, 1938 (Phil. Diss., Universität Leipzig, 1938).

Gittig, Heinz: Bibliographie der Tarnschriften 1933 bis 1945, München u.a. , Saur, 1996.

Gligorijević, Branislav: Izmedu revolucije i dogme. Voja (Vojislav) Vujović u Kominterni, Zagreb, Spektar, 1983. (Biblioteca Nasi ljudi u medunarodnom radnickom pokretu).

Gnedin-Gel'fand, E. A.: Katastrofa i vtoroe roždenie. Memuarnye zapiski, Amsterdam, Fond Imeni Gercena, 1977. (Biblioteka Samizdata. 8).

Goldbach, Marie-Luise: Karl Radek in Deutschland. Ein Beitrag zum Verhältnis von KPD und Komintern und zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen zwischen 1918 und 1923, Diss., Universität zu Köln, 1972.

Goldenberg, Boris: Kommunismus in Lateinamerika, Stuttgart, W. Kohlhammer, 1971.

Goldman, Wendy Z.: Terror and Democracy in the Age of Stalin. The Social Dynamics of Repression, Cambridge, Cambridge University Press, 2007.

Golikov, Georgij N. u. a. (Hrsg.): V. I. Lenin i Kommunističeskij Internacional, Moskva, Politizdat, 1970.

Golubev, A.V.: Sovetskoe obščestvo i „voennye trevogi“ 1920-ch gg. In: Otečestvennaja istorija (2008), 1, S. 36–58.

Gonsales, A. [d. i. Alberto González]: Istorija ispanskich sekcij Meždunarodnogo tovariščestva rabočich. 1868–1873, Moskva, Nauka, 1964.

Gordon, Harold J.: Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923–1924, Frankfurt am Main, Bernard Graefe, 1971.

Gorjaeva, Tat'jana: Političeskaja cenzura v SSSR. 1917–1991 gg., Moskva, ROSSPEN, 2009.

Gorlizki, Yoram; Khlevniuk, Oleg V.: Cold Peace. Stalin and the Soviet Ruling Circle, 1945–1953, Oxford, Oxford University Press, 2004.

Gorlov, Sergej: Geheimsache Moskau-Berlin. Die militärpolitische Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich 1920–1933. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (1996), 1, S. 133–165.

Gorlow, Sergej A.: Moskau-Berlin. Die militärpolitische Zusammenarbeit in der Rapallo-Periode. 1920–1933. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 46 (1998), 2, S. 256–268.

Gorsuch, Anne E.: NEP Be Damned! Young Militants in the 1920s and the Culture of Civil War. In: Russian Review 56 (1997), S. 563–580.

Gorzka, Gabriele: Arbeiterkultur in der Sowjetunion. Industriearbeiter-Klubs 1917–1929. Ein Beitrag zur sowjetischen Kulturgeschichte, Berlin, Arno Spitz Verlag, 1990.

Gotovitch, José: Du Rouge au Tricolore. Les communistes belges de 1939 à 1944. Un aspect de l'histoire de la Résistance en Belgique, Bruxelles, 1992.

Gotovitch, José; Pennetier, Claude u.a. (Hrsg.): Dictionnaire Biographique du mouvement ouvrier international. Dictionnaire biographique de l'Internationale communiste en France, en Belgique, au Luxembourg, en Suisse et à Moscou. 1919–1943, Collectif éditorial Sylvain Boulouque, Michel Dreyfus, José Gotovitch, Peter Huber, Mikhaïl Narinski, Claude Pennetier, Brigitte Studer, Henri Wehenkel, Serge Wolikow. CD in: Wolikow: L'Internationale communiste (1919–1943).

Gotovitch, José; Pennetier, Claude u.a. (Hrsg.): Komintern. L'histoire et les hommes. Dictionnaire biographique de l'Internationale communiste en France, à Moscou, en Belgique, au Luxembourg, en Suisse (1919–1943), Paris, Édition de l'Atelier, 2001.

Gotschlich, Helga: Zwischen Kampf und Kapitulation. Zur Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Berlin (Ost), Dietz, 1987.

Graf, Christoph: Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Die Entwicklung der preußischen Politischen Polizei vom Staatschutzorgan der Weimarer Republik zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reiches. Mit einem Vorwort von Walter Hofer, Berlin, Colloquium, 1983.

Graml, Hermann: Europas Weg in den Krieg. Hitler und die Mächte 1939, München, Oldenbourg, 1990. (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 29).

Grassi, Roswitha; Richart-Willmes, Peter: Denken in seiner Zeit. Ein Personenglossar zum Umfeld Richard Hönigswalds, Würzburg, Königshausen & Neumann, 1997.

Grezinski, Albert: Im Kampf um die deutsche Republik. Erinnerungen eines deutschen Sozialdemokraten. Herausgegeben von Eberhard Kolb, München, Oldenbourg, 2001. (Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte. 9).

Grigor'eva, I. V.: Rabočee i socialističeskoe dviženie v Italii v ėpochu Pervogo Internacionala, Moskva, Izdatel'stvo Moskovskogo universiteta, 1966.

Grigor'eva, O. I.: Obraz Germanii na stranicach gazety „Pravda". Janvar' 1933 – ijun' 1941 g. In: Aleksandr V. Golubev (Hrsg.): Rossija i mir glazami drug druga. Iz istorii vzaimovosprijatija. Bd. 5, Moskva, IRI RAN, 2009, S. 211–235.

Groehler, Olaf: Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920–1941, Berlin, Vision Verlag, 1992.

Gross, Babette: Willi Münzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt, 1968.

Große Kracht, Klaus: Erich Klausener (1885–1934), Preußentum und Katholische Aktion zwischen Weimarer Republik und Dritten Reich. In: Richard Faber, Uwe Puschner (Hrsg.): Preußische Katholiken und katholische Preußen im 20. Jahrhundert, Würzburg, Königshausen & Neumann, 2011, S. 271–296.

Gruber, Helmut (Hrsg.): International Communism in the Era of Lenin. A Documentary History, New York, 1972.

Grund, Henning: ‚Preußenschlag' und Staatsgerichtshof im Jahre 1932, Baden-Baden, Nomos, 1976.

Grundmann, Siegfried: Der Geheimapparat der KPD im Visier der Gestapo. Das BB-Ressort. Funktionäre, Beamte, Spitzel und Spione, Berlin, Dietz, 2008.

Gruppe Arbeiterpolitik: Faschismus in Deutschland. Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928–1933, vol. 1, o.O., Selbstverlag Gruppe Arbeiterpolitik, 1981.

Gruppe Magma: „… denn Angriff ist die beste Verteidigung". Die KPD zwischen Revolution und Faschismus, Bonn, Pahl-Rugenstein, 2001.

Gumbel, Emil Julius: Vier Jahre politischer Mord, Berlin, Verlag der Neuen Gesellschaft, 1922.

Gumbel, E.J.: Vom Fememord zur Reichskanzlei, Heidelberg, L. Schneider, 1962.

Gussew, S. I.: Die Lehren des Bürgerkrieges, Hamburg, Carl Hoym Nachf.,1923[2].

Gyptner, Richard: Das Westeuropäische Büro der Kommunistischen Internationale (1928–1933). Erinnerungen an Georgi Dimitroff. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (1963), 3, S. 481–489.

Habedank, Heinz: Zur Geschichte des Hamburger Aufstandes 1923, Berlin (Ost), Dietz, 1958.

Habermann, Jens Inti: Doppelmord im Namen einer großen Sache, http://www.doku-medienproduktion.de/Texte/Mielke.htm.

Hädicke, Karl-Heinz: Der Parteiverlag der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Verlag der Kommunistischen Internationale in Deutschland von 1919 bis 1923, Diss., Berlin (Ost), 1974.

Haffner, Sebastian: Die verratene Revolution. Deutschland 1918/19, Bern u.a., Scherz, 1969.
Häfner, Lutz: Die Partei der linken Sozialrevolutionäre in der russischen Revolution von 1917/18, Köln u.a., Böhlau, 1994.
Haikal, Mustafa: Die Kommunistische Internationale und die „Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit". In: Theodor Bergmann, Mario Keßler (Hrsg.): Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation.1919–1943, München, Podium Progressiv, 1992, S. 239–252.
Hájek, Milos: Storia dell'Internazionale comunista. 1921–1935. La politica del fronte unico. Prefazione di Ernesto Ragionieri, Roma, Editori Riuniti, 1972.
Hallgarten, George W. F.: General Hans von Seeckt and Russia, 1920–1922. In: The Journal of Modern History 21 (1949), 1, S. 28–34.
Hannover, Heinrich; Hannover-Drück, Elisabeth: Politische Justiz 1918–1933. Mit einem Vorwort von Joachim Perels, Bornheim-Merten, Lamuv Verlag, 1987.
Häntzschel, Hiltrud: „Hitler bei Betrachtung von Goethes Schädel". Das Goethe-Jahr 1932 in der populären Presse, http://www.goethezeitportal.de/fileadmin/PDF/db/wiss/goethe/haentzschel_goethejahr_1932.pdf.
Hartmann, Anne: Lion Feuchtwanger. Zurück aus Sowjetrussland. Selbstzensur eines Reiseberichts. In: Exil. Forschung, Erkenntnisse, Ergebnisse 29 (2009), 1, S. 16–40.
Hartmann, Anne: Lion Feuchtwangers Dolmetscherin. Die Rapporte der Dora Karawkina. In: Exil. Forschung. Erkenntnisse. Ergebnisse 30 (2010), 1, S. 28–51.
Hartmann, Anne: Lost in translation. Lion Feuchtwanger bei Stalin, Moskau 1937. In: Exil. Forschung. Erkenntnisse. Ergebnisse 28 (2008), 2, S. 5–18.
Hartmann, Anne: Traum und Trauma Sowjetunion. Deutsche Autoren über ihr Leben im sowjetischen Exil. In: Dagmar Herrmann, Astrid Volpert (Hrsg.): Traum und Trauma. Russen und Deutsche im 20. Jahrhundert, München, Wilhelm Fink, 2003, S. 143–200.
Hartmann, Anne: Traum und Trauma Sowjetunion. Die Sowjetunion als Exilland für deutsche Schriftsteller 1933–45, http://www.ruhr-uni-bochum.de/traum/themen.htm.
Haslam, Jonathan: The Soviet Union and the Struggle for Collective Security 1933–1939, New York, St. Martin's Press, 1984.
Hass, Gerhard: 23. August 1939. Der Hitler-Stalin-Pakt. Dokumentation, Berlin (Ost), Dietz, 1990.
Haug, Wolfgang (Hrsg.): Franz Pfemfert. Ich setze diese Zeitschrift wider diese Zeit. Sozialpolitische Aufsätze, Darmstadt, Luchterhand, 1985.
Haupt, Georges: Socialism and the Great War. The Collapse of the Second International, Oxford, Clarendon Press, 1972.
Hautmann, Hans: Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs, Wien u.a., Europa Verlag, 1971.
Hecker, Rolf: Die Verhandlungen über den Marx-Engels-Nachlaß 1935/36. Bisher unbekannte Dokumente aus Moskauer Archiven. In: MEGA-Studien (1995), 2, S. 3–25.
Hecker, Rolf: Rjazanov und die erste MEGA, Hamburg, Argument Verlag, 1997.
Heckert, Fritz: Ist die Sozialdemokratie noch die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie?, Basel, Prometheus-Verlag, 1933.
Hedeler, Wladislaw (Hrsg.): Stalinscher Terror. Eine Forschungsbilanz, Berlin, BasisDruck, 2002.
Hedeler, Wladislaw: Chronik der Moskauer Schauprozesse 1936, 1937 und 1938. Planung, Inszenierung und Wirkung. Mit einem Essay von Steffen Dietzsch, Berlin, Akademie Verlag, 2003.
Hedeler, Wladislaw: Jeshows Szenario. Der Moskauer Schauprozeß 1938. In: Mittelweg 36 (1998), 2, S. 61–75.

Hedeler, Wladislaw: Sippenhaft im „Großen Terror" 1937/38. Das „Akmolinsker Lager für Ehefrauen von Vaterlandsverrätern" (ALZIR) und seine deutschen Häftlinge. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2005), S. 81–101.

Hedeler, Wladislaw: Szenarien des Großen Terrors. In: Kinner/Beitz: Moskau 1938, S. 9–28.

Hedeler, Wladislaw; Münz-Koenen, Inge (Hrg.): „Ich kam als Gast in euer Land gereist." Deutsche Hitlergegner als Opfer des Stalinterrors. Familienschicksale 1933–1956, Berlin, Lukas Verlag, 2013.

Hedeler, Wladislaw; Rosenblum, Nadja: 1940. Stalins glückliches Jahr, Berlin, BasisDruck, 2001.

Hedeler, Wladislaw; Stoljarowa, Ruth: Nikolai Bucharin. Leben und Werk, Mainz, Decaton Verlag, 1993.

Hedeler, Wladislaw; Vatlin, Alexander (Hrsg.): Die Weltpartei aus Moskau. Der Gründungskongress der Kommunistischen Internationale 1919. Protokoll und neue Dokumente, Berlin, Akademie-Verlag, 2008.

Hedeler, Wladislaw; Vatlin, Alexander: Wer gründete die Komintern? Zur Geschichte einer Fotografie. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2008), S. 1–8.

Heiden, Konrad: A History of National Socialism, London, Routledge, 2010.

Heider, Paul u.a. (Hrsg.): Geschichte der Militärpolitik der KPD (1918–1945), Berlin (Ost), Militärverlag der DDR, 1987.

Hein, Christoph M.: Der „Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Deutschlands". Biographie eines kulturpolitischen Experiments in der Weimarer Republik, Münster, Lit, 1990.

Heinrich, Kurt: Wels und Trotzki. Eine Abrechnung. Basel, Prometheus-Verlag, 1934.

Helas, Horst: Nazi-Provokation und Massen-Aufmarsch. Das Karl-Liebknecht-Haus im Januar 1933. In: Disput (2003), 1, http://archiv2007.sozialisten.de/politik/publikationen/disput/view_html?zid=2727&bs=1&n=16.

Heller, Michael; Nekrich, Alexander: Geschichte der Sowjetunion. 2 Bde., Königstein, Athenaeum, 1981.

Heller, Mikhail; Nekrich, Aleksandr M.: Utopia in Power. The History of the Soviet Union from 1917 to the Present, New York, Summit, 1986.

Hempel-Küter, Christa: Die Kommunistische Presse und Arbeiterkorrespondentenbewegung in der Weimarer Republik. Das Beispiel „Hamburger Volkszeitung", Frankfurt am Main u.a., Peter Lang, 1989. (Hamburger Beiträge zur Germanistik. 11).

Hempel-Küter, Christa: Die Tages- und Wochenpresse der KPD im Deutschen Reich von 1918 bis 1933. Mit einem Titelverzeichnis und einem Personenregister. In: IWK 23 (1987), 1, S. 27–82.

Henry, Ernst [d.i. Semion Rostovskij]: „Feldzug gegen Moskau?", Paris, Editions du Carrefour, 1937.

Henschel, Gerhard: Die drastischen Reime des Alfred Kerr. In: Frankfurter Allgemeine Sonntags-zeitung, 4.4.2014.

Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn, Dietz Verlag, 1999.

Herbst, Andreas: Das Schweigen der Eltern. Kinder von Kommunisten aus dem Sowjetexil erzählen aus ihrem Leben. In: Neues Deutschland, 23.6.2010.

Herbst, Andreas: Kommunistischer Widerstand 1933–1945. In: Peter Steinbach, Johannes Tuchel (Hrsg.): Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933–1945, Berlin, Lukas Verlag, 2004, S. 33–55, http://www.ddr-biografien.de/00000095890f9bc01/0000009589137ed36.html.

Herbst, Andreas: Michael Klause. Vom AM-Apparat der KPD zum „Kronzeugen" der Gestapo. In: Simone Barck, Ulla Plener (Hrsg.): Verrat. Die Arbeiterbewegung zwischen Trauma und Trauer, Berlin, Dietz, 2009, S. 187–194.

Hering, Sabine; Schilde, Kurt (Hrsg.): Die Rote Hilfe. Die Geschichte der internationalen kommunistischen „Wohlfahrtsorganisation“ und ihre sozialen Aktivitäten in Deutschland (1921–1941), Opladen, Leske + Budrich, 2003.

Herlemann, Beatrix: Auf verlorenem Posten. Kommunistischer Widerstand im Zweiten Weltkrieg. Die Knöchel-Organisation, Bonn, Verlag Neue Gesellschaft, 1986.

Herlemann, Beatrix: Die Emigration als Kampfposten. Die Anleitung des kommunistischen Widerstandes in Deutschland aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden. Königstein im Taunus, Hain, 1982.

Herlemann, Beatrix: Der deutschsprachige Bereich an den Kaderschulen der Kommunistischen Internationale. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung 18 (1982), 2, S. 205–229.

Herting, Günter (Hrsg.): Bibliographie zur Geschichte der Kommunistischen Internationale, Berlin (Ost), IML beim ZK der SED, 1960.

Heß, Rudolf: Reden, München, Zentralverlag der NSDAP, 1940.

Hett, Benjamin Carter: Burning the Reichstag. An Investigation into the Third Reich’s Enduring Mystery, Oxford u.a., Oxford University Press, 2014.

Hildermeier, Manfred: Die Sowjetunion 1917–1991, München, Oldenbourg, 2001. (Oldenbourg Grundriss der Geschichte. 31).

Hildermeier, Manfred: Die Sozialrevolutionäre Partei Rußlands. Agrarsozialismus und Modernisierung im Zarenreich (1900–1914), Köln, Böhlau, 1978. (Beiträge zur Geschichte Osteuropas. 11).

Hildermeier, Manfred: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München, C.H. Beck, 1998.

Hilger, Andreas: Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, 1941–1956. Kriegsgefangenenpolitik, Lageralltag und Erinnerung, Essen, Klartext-Verlag, 2000.

Hilger, Andreas (Hrsg.): Die Sowjetunion und die Dritte Welt. UdSSR, Staatsozialismus und Antikolonialismus im Kalten Krieg 1945–1991, München, Oldenbourg, 2009. (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 99).

Hilger, Gustav: Stalin. Aufstieg der UdSSR zur Weltmacht, Göttingen u.a., Musterschmidt-Verlag, 1959.

Hilger, Gustav: Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918–1941. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten, Frankfurt am Main, Metzner, 1955.

Hillgruber, Andreas (Hrsg.): Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Vertrauliche Aufzeichnungen 1939–1941, München, Deutscher Taschenbuch-Verlag, 1969.

Hinze, Sybille: Antifaschisten im Camp Le Vernet. Abriß der Geschichte des Konzentrationslagers 1939 bis 1944, Berlin (Ost), Militärverlag der DDR, 1988.

Hirschinger, Frank: Gestapoagenten, Trotzkisten, Verräter. Kommunistische Parteisäuberungen in Sachsen-Anhalt 1918–1953, Göttingen, Vandenhoek & Ruprecht, 2005.

Hobsbawm, Eric John: Primitive Rebels. Studies in Archaic Forms of Social Movement in the 19th and 20th Centuries, Manchester, Manchester University Press, 1959.

Hochman, Jiri: The Soviet Union and the Failure of Collective Security. 1934–1938, Ithaca-New York, Cornell University Press, 1984. (Cornell Studies in Security Studies).

Hodony, Robert: Der geheime Architekt der Avantgarde. In: *Die Tageszeitung taz*, 11.4.2010.

Hoegner, Wilhelm: Flucht vor Hitler. Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik 1933, Frankfurt am Main, Fischer, 1979.

Hoelz, Max: Vom ‚weißen Kreuz‘ zur roten Fahne. Jugend-, Kampf- und Zuchthauserlebnisse, Berlin, Malik-Verlag, 1929.

Hoffmann, Heinz: Moskau Berlin. Erinnerungen an Freunde, Kampfgenossen und Zeitumstände, Berlin, Militärverlag der DDR, 1989.

Hoffmann, Ludwig: Das Theater des sowjetischen und des deutschen Proletkult 1917–1922. Zur Programmatik und Organisationsgeschichte, Diss., Humboldt-Universität Berlin, 1988.
Hoffrogge, Ralf: Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin, Dietz, 2008 (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. 7).
Holzer, Jerzy: Der Kommunismus in Europa. Politische Bewegung und Herrschaftssystem, Frankfurt am Main, Fischer, 1998.
Hoppe, Bert: In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933, München, Oldenbourg, 2007. (Studien zur Zeitgeschichte. 74).
Hoppe, Hans-Joachim: Bulgarien – Hitlers eigenwilliger Verbündeter. Eine Fallstudie zur nationalsozialistischen Südosteuropapolitik, Stuttgart, DVA, 1979.
Horn, Gerd-Rainer: European Socialists Respond to Fascism. Ideology, Activism and Contingency in the 1930s, New York-Oxford, Oxford University Press, 1996.
Hornstein, David P.: Arthur Ewert. A Life for the Comintern, Lanham u.a., University Press of America, 1993.
Horstmann, Bernhard: Hitler in Pasewalk. Die Hypnose und ihre Folgen, Düsseldorf, Droste Verlag, 2004.
Hortzschansky, Günter (Hrsg.): Ernst Thälmann. Eine Biographie, Berlin (Ost), Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Dietz, 1979 (2. Aufl. 1980).
Hortzschansky, Günter; Weber, Stefan (Hrsg.): Die illegale Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin, Berlin (Ost), Dietz, 1988[5].
Hösch, Edgar; Grabmüller, Hans-Jürgen: Daten der sowjetischen Geschichte. Von 1917 bis zur Gegenwart, München, Deutscher Taschenbuch Verlag, 1981.
Huber, Peter: The Cadre Department, the OMS and the „Dimitrov" and „Manuil'skij" Secretariats during the Phase of Terror. In: Narinsky/Rojahn: Centre and Periphery, S. 122–152.
Huber, Peter: Überlebenschancen in den Chefetagen der Komintern. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2010), S. 163–178.
Huber, Peter; Schafranek, Hans: Stalinistische Provokationen gegen Kritiker der Moskauer Prozesse. In: Wolfgang Neugebauer (Hrsg.): Von der Utopie zum Terror. Stalinismus-Analysen, Wien, Verlag für Gesellschaftskritik, 1994, S. 97–134.
Huber-Koller, Rose-Marie: Die kommunistische Erwerbslosenbewegung in der Endphase der Weimarer Republik. In: Gesellschaft (1977), 10, S. 89–140.
Hulse, James W.: The Forming of the Communist International, Stanford, Stanford University Press, 1964.
Humann, Detlev: Arbeitsbeschaffung und Propaganda in der NS-Zeit 1933–1939, Göttingen, Wallstein-Verlag, 2011.
Humbert, Manuel: Hitlers „Mein Kampf". Dichtung und Wahrheit, Paris, Verlag Pariser Tageblatt, 1936.
Humbert-Droz, Jules: Dix ans de lutte antifasciste. 1931–1941, Neuchâtel, La Baconnière, 1972. (Mémoires de Jules Humbert-Droz. 3).
Hürten, Heinz: „Der Deutsche Weg". Katholische Exilpublizistik und Auslandsdeutschtum. Ein Hinweis auf Friedrich Muckermann. In: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch 4 (1986), S. 115–129.
I. W. Stalin. Kurze Lebensbeschreibung. Hrsg. von Marx-Engels-Lenin-Institut, Moskau, Verlag für fremdsprachige Literatur, 1940.
Ihlau, Olaf: Die Roten Kämpfer. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Meisenheim am Glan, Hain, 1969.
Il'ina, Irina N.: Obščestvennye organizacii Rossii v 1920-e gody, Moskva, IRI RAN, 2000.
Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Frankfurt am Main, Verlag Neue Kritik, 1970. (Nachdr. der Ausg. Berlin 1929).

Im März 1919. Die Gründung der Kommunistischen Internationale. In: Einheit 43 (1988), 11/12, S. 1123–1127.
Im Zeichen von Hammer und Sichel. Protokoll des Kongresses der Freunde der Sowjetunion (10.–12. November 1927 in Moskau), Berlin, Verlag Die Einheit, 1928.
IML des ZK der KPdSU (Hrsg.): Die Kommunistische Internationale. Kurzer Historischer Abriß, Berlin (Ost), Dietz, 1970.
Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): Spartakusbriefe, Berlin (Ost), Dietz Verlag, 1958.
Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): Unvergeßlicher Lenin. Erinnerungen deutscher Genossen, Berlin (Ost), Dietz Verlag, 1960.
Institut marksizma-leninizma pri CK KPSS (Hrsg.): Dekrety sovetskoj vlasti, Bd. 3: 11 ijulja – 9 nojabrja 1918 g., Moskva, Izdatel'stvo političeskoj literatury, 1964.
Institut marksizma-leninizma pri CK KPSS (Hrsg.): Protokoly Central'nogo Komiteta RSDRP(b). Avgust 1917 – fevral 1918, Moskva, Gosudarstvennoe izdatel'stvo političeskoj literatury, 1958.
Internationale Kriegsopfer-Konferenz gegen den Abbau der Sozialpolitik, Köln, 27.–29.6.1925. Herausgegeben vom Exekutivkomitee der Internationale ehemaliger Frontkämpfer und Kriegsopfer, (Berlin), (1925).
Internationaler Sozialisten-Kongress zu Kopenhagen. 28. August bis 3. September 1910, Berlin, Verlag Buchhandlung Vorwärts, 1910.
Internationaler Sozialisten-Kongress zu Stuttgart 18. bis 24. August 1907, Berlin, Expedition der Buchhandlung Vorwärts, 1907.
Isaacs, Harold R.: Die Tragödie der chinesischen Revolution, Essen, Mehring-Verlag, 2012.
Isaacs, Harold R.: The Tragedy of the Chinese Revolution, London, Specker & Warburg, 1938. (Neuaufl.: Stanford University Press, 1961).
Isaev, Viktor I.: „Oni hoteli ubit' Stalina". OGPU protiv nemeckich studentov v pokazatel'nom sudebnom processe 1925 g., Novosibirsk, SO RAN, 2005.
Iščenko, Victor: Vertrag über den gegenseitigen Beistand zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Republik Frankreich, 2. Mai 1935. In: 100(0) Schlüsseldokumente zur russischen und sowjetischen Geschichte, http://www.1000dokumente.de/index.html?c=1000_dokumente_ru.
Istorija Vtorogo Internacionala. 2 Bde., Moskva, Akademija nauk SSSR, Institut istorii, Nauka, 1965–1966.
Ivanenko, V. V.: Deutsche Arbeiterdelegationen in der Ukraine. 1925–1932. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 22 (1980), S. 714–720.
Ivanov, L. M.; Volin, M. S. u. a. (Hrsg.): Istorija rabočego klassa Rossii 1861–1900, Moskva, Nauka, 1972.
Ivanovič, St.: Sumerki russkoj social-demokratii, Pariž, Franko-Russkaja Pečat', 1921.
Iwanow, Anatoli: Logik des Alptraums, Berlin, Verlag der Freunde, 1995.
J. W. Stalin. Vorwort von Heinz Neumann, Hamburg-Berlin, Hoym, 1930.
Jackson jr., George D.: Comintern and Peasants in East Europe 1919–1930, New York, Columbia University Press, 1966.
Jacob, Berthold: Das neue deutsche Heer und seine Führer. Mit einer Rangliste des deutschen Heeres und Dienstaltersliste (nach dem Stande von Mitte August 1936), Paris, Éditions du Carrefour, 1936.
Jahn, Gerhard (Hrsg.): Herbert Wehner. Zeugnis, Köln, Kiepenheuer & Witsch, 1982.
Jahn, Peter (Hrsg.): Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930–1933, Köln, Bund-Verlag, 1988. (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. 4).

Jähn, Gisela (Hrsg.): Die Kommunistische Internationale 1919–1943. Ihr weltweites Wirken für Frieden, Demokratie, nationale Befreiung und Sozialismus in Bildern und Dokumenten, Berlin (Ost), Dietz, 1984.
Jähn, Gisela (Hrsg.): Studien zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Sammelband, Berlin (Ost), Dietz, 1974.
Jahnke, Karl-Heinz: Gegen den Missbrauch der olympischen Idee 1936. Sportler im antifaschistischen Widerstand, Frankfurt am Main, Röderberg, 1972.
Jahnke, Karl-Heinz u.a.: Der antifaschistische Widerstand unter Führung der KPD in Mecklenburg 1933 bis 1945, Berlin (Ost), Dietz, 1985.
Jakobson, Max: Diplomatie im Finnischen Winterkrieg 1939/40, Wien-Düsseldorf, Econ, 1970.
Jakovlev, Aleksandr N. (Hrsg.): Reabilitacija. Političeskie processy 30–50-ch godov, Moskva, Izdatel'stvo političeskoj literatury, 1991.
Jansen, Marc: A Show Trial under Lenin. The Trial of the Socialist Revolutionaries, The Hague u.a., Nijhoff, 1982.
Jansen, Sabine: Pierre Cot, un antifasciste radical, Paris, Fayard, 2002.
Jaroslawski, E.: Was fordert die Partei vom Kommunisten, Moskau-Leningrad, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, 1936.
Jasper, Willy: Die Poliakov-Affäre und das Dilemma der deutschen Exil-Publizistik. In: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte (1996), S. 117–131.
Jena, Kai von; Natalja E. Elisseeva (Bearb.): Reichswehr und Rote Armee. Dokumente aus den Militärarchiven Deutschlands und Rußlands 1925–1931. Herausgeben von Friedrich P. Kahlenberg, Rudolf G. Pichoja, Ljudmila V. Dvojnych. Unter Mitarbeit von Hannsjörg F. Buck und Ivan V. Uspenskij, Koblenz, Bundesarchiv, Russischer Staatlicher Archivdienst, 1995.
Jentsch, Harald: Die KPD und der „Deutsche Oktober" 1923, Rostock, Koch, 2005.
Jesse, Eckhard: Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust. Rosa Luxemburg verdient kein Denkmal. Der Gegnerin der parlamentarischen Demokratie war die Freiheit der Andersdenkenden nie ein Anliegen. In: Die Welt, 1.3.2002.
Joffe, Nadeschda A.: Rückblende. Mein Leben, mein Schicksal, meine Epoche. Aus dem Russischen übersetzt von Iva Srazil, Essen, Arbeiterpresse, 1997.
John, Eckhard: Vom Traum zum Trauma. Musiker-Exil in der Sowjetunion. In: Hanns-Werner Heister, Claudia Maurer Zenck, Peter Petersen (Hrsg.): Musik im Exil. Folgen des Nazismus für die internationale Musikkultur, Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch Verlag, 1993, S. 255–278.
Jones, Stephen F.: The Establishment of Soviet Power in Transcaucasia. The Case of Georgia 1921–1928. In: Soviet Studies 40 (1988), 4, S. 616–639.
Jourdain, Francis: Gabrielle Duchêne (1870–1954). In: La pensée , revue du rationalisme moderne, n° 58, novembre-décembre 1954.
Jung, Franz: Wie lange noch? Zwei Schauspiele, Berlin, Malik-Verlag, 1921.
Jung, Otmar: Direkte Demokratie in der Weimarer Republik. Die Fälle „Aufwertung", „Fürstenentei gnung",„Panzerkreuzerverbot" und „Youngplan", Frankfurt am Main – New York, Campus, 1989.
Junge, Mark; Bordjugov, Gennadij; Binner, Rolf: Vertikal' bol'šogo terrora. Istorija operacij po prikazu NKVD N° 00447, Moskva, Novyj chronograf, 2008.
Jungclas, Georg: Von der proletarischen Freidenkerjugend im Ersten Weltkrieg zur Linken der siebziger Jahre. Eine politische Dokumentation. 1902–1975, Hamburg, Junius, 1980.
Junius [d. i. Rosa Luxemburg]: Die Krise der Sozialdemokratie. Anhang 1: Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie, Bern, Unions-Druckerei, 1916.
Jureit, Ulrike; Reemtsma, Jan Philipp (Hrsg.): Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944. 2., durchgesehene und ergänzte Auflage, Hamburg, Hamburger Edition, Hamburger Institut für Sozialforschung, 2002.

K voprosu o programme Kommunističeskogo Internationala. Materialy. S učastiem Radeka, Šmeralja, Varga i dr., Moskva, Krasnaja nov', 1924.
Kabinett Held IV, 1932–1933. In: Historisches Lexikon Bayerns, http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_46018.
Kahan, Vilém: Bibliography of the Communist International (1919–1979), Leiden, Brill, 1990.
Kaiser, Gerhard; Szczesniak, Andrzej Leszek: Katyn. Der Massenmord an polnischen Offizieren, Berlin, Ch. Links, 1991.
Kalbe, Ernstgert: Streit um Georgi Dimitroff. Zum Erscheinen der Tagebücher Georgi Dimitroffs, Leipzig, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, 2001. (Diskurs. Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus. 8).
Kappert, Petra; Haerkötter, Ruth; Böer, Ingeborg (Hrsg.): Türken in Berlin 1871–1945. Eine Metropole in den Erinnerungen osmanischer und türkischer Zeitungen, Berlin, De Gruyter, 2002.
Kareva, Maria P.: Die Verfassung der UdSSR, Moskau, Verlag für fremdsprachige Literatur, 1950.
Karl, Heinz; Kücklich, Erika; Fölster, Elfriede u.a. (Hrsg.) Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik Mai 1932 bis Januar 1933, Berlin (Ost), Dietz, 1965.
Karner, Stefan: Im Archipel GUPVI. Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941–1956, Wien u.a., R. Oldenbourg Verlag, 1995.
Katznelson, Ira; Zolberg, Aristide (Hrsg.): Working-Class Formation. Ninteenth-Century Patterns in Western Europe and the United States, Princeton, Princeton University Press, 1986.
Kaufmann, Bernd; Reisener, Eckhard; Schwips, Dieter u.a. (Hrsg.): Der Nachrichtendienst der KPD 1919–1937, Berlin, Dietz, 1993.
Kaul, Friedrich Karl: Der Pitaval der Weimarer Republik. Bd. 1, Berlin (Ost), Das neue Berlin, 1962.
Kautsky, Karl: Demokratie oder Diktatur, Berlin, Paul Cassirer, 1918.
Kautsky, Karl: Die Diktatur des Proletariats, Wien, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, 1918.
Kautsky, Karl: Georgien. Eine sozialdemokratische Bauernrepublik. Eindrücke und Beobachtungen, Wien, Wiener Volksbuchhandlung, 1921.
Kautsky, Karl: Terrorismus und Kommunismus. Ein Beitrag zur Naturgeschichte der Revolution, Berlin, Verlag Neues Vaterland E. Berger, 1919.
Keintzel, Brigitta; Korotin, Ilse (Hrsg.): Wissenschaftlerinnen in und aus Österreich. Leben. Werk, Wirken, Wien u.a., Böhlau, 2002.
Kele, Max H.: Nazis and Workers. National Socialist Appeals to German Labor. 1919–1933, Chapel Hill, The University of North Carolina Press, 1972.
Keller, Mirja; Kögler, Lena; Krawinkel, Moritz; Schlemermeyer, Jan: Antifa, Geschichte und Organisation, Stuttgart, Schmetterling-Verlag, 2011.
Keller, Thomas: Das rheinisch-revolutionäre Europa. Die Exilzeitschrift „Die Zukunft" (1938–1940). In: Michel Grunewald (Hrsg.): Le discours européen dans les revues allemandes (1933–1939) / Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften (1933–1939), Bern e.a., Lang, 1999, S. 63–93.
Keller, Thomas: Deutsch-Französische Dritte-Weg-Diskurse. Personalistische Intellektuellendebatten der Zwischenkriegszeit, München, Wilhelm Fink Verlag, 2001.
Kellner, Douglas: Brecht's Marxist Aesthetic. The Korsch Connection. In: Betty Nance Weber, Hubert Heinen (Hrsg.): Bertolt Brecht. Political Theory and Literary Practice, Athens, The University of Georgia Press, 1980, S. 29–42.
Kemper, Dirk (Hrsg.): Heinrich Mann und Walter Ulbricht. Das Scheitern der Volksfront, Briefwechsel und Materialien, München, Wilhelm Fink, 2012.
Ken, Oleg: Karl Radek i Bjuro Meždunarodnoj Informacii CK VKP(b). 1932–1934 gg. In: Cahiers du Monde russe 44 (2003), 1, S. 135–178.
Kenez, Peter: The Birth of the Propaganda State. Soviet Methods of Mass Mobilisation 1917–1929, Cambridge, Cambridge University Press, 1985.
Kennan, George F.: Sowjetische Außenpolitik unter Lenin und Stalin, Stuttgart, Steingruben, 1961.

Kersten, Kurt: Das Ende Willi Münzenbergs. Ein Opfer Stalins und Ulbrichts. In: Deutsche Rundschau 5 (1957), S. 484–499.

Kersten, Michael: Die Beiträge deutscher Marxisten in der Programmdiskussion der Komintern, Mainz, Decaton, 1994.

Kessler, Mario: Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen Kommunisten (1995–1961), Köln, Böhlau, 2013.

Kilian, Otto: Die Enthüllungen zu den Märzkämpfen, Halle, Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, 1922.

Kindermann, Karl: Zwei Jahre in Moskaus Totenhäusern. Der Moskauer Studentenprozeß und die Arbeitsmethoden der OGPU, Berlin, Eckart-Verlag, 1931.

Kinner, Klaus: Anfänge der zentralen Schulungsarbeit der KPD. Die Parteischule von 1922. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald 29 (1980), 1, S. 49–55.

Kinner, Klaus: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd. 1: Die Weimarer Zeit, Berlin, Dietz, 1999. (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. 1).

Kinner, Klaus: Die Luxemburg-Rezeption in KPD und Komintern. In: UTOPIE kreativ (2001), 129/130, S. 595–603.

Kinner, Klaus; Reuter, Elke: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd. 2: Gegen Faschismus und Krieg (1933–1939), Berlin, Dietz, 2005. (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. 5); Bd. 3: Im Krieg (1939–1945), Berlin: Dietz, 2009. (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. 8).

Kisch, Egon Erwin: Eintritt verboten. Roman, Zürich-Prag, Universum Bücherei, 1934.

Kisch, Egon Erwin: Geschichten aus sieben Ghettos, Amsterdam, de Lange, 1934.

Kisch, Egon Erwin: Landung in Australien, Amsterdam, Allert de Lange, 1937.

Kisch, Egon Erwin: Soldaten am Meeresstrand. Eine Reportage, Valencia, Semana Grafica, [1938].

Kislicyn, Sergej: „Pravo-levackij“ blok Syrcova-Lominadze“. Čto eto bylo? In: Kentavr (1993), 1, S. 110–123.

Kistenmacher, Olaf: „Jüdischer Warenhausbesitzer finanziert Nazipropaganda“. Antifaschismus und antisemitische Stereotype in der Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Roten Fahne, am Ende der Weimarer Republik, 1928–1933. In: Gideon Botsch, Christoph Kopke, Lars Rensmann u.a. (Hrsg.): Politik des Hasses. Antisemitismus und radikale Rechte in Europa, Hildesheim u.a., Georg Olms, 2010, S. 97–112.

Kistenmacher, Olaf: Vom „Judas“ zum „Judenkapital“. Antisemitische Denkformen in der KPD der Weimarer Republik, 1919–1933. In: Matthias Brosch u.a. (Hrsg.): Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland. Vom Idealismus zur Antiglobalisierungsbewegung, Berlin, Metropol, 2007, S. 69–86.

Klehr, Harvey; Haynes, John Earl; Kyrill M. Anderson: The Soviet World of American Communism, New Haven, London, Yale University Press, 1998.

Klenke, Dietmar: Die SPD-Linke in der Weimarer Republik. Eine Untersuchung zu den regionalen organisatorischen Grundlagen und zur politischen Praxis und Theoriebildung des linken Flügels der SPD in den Jahren 1922–1932, 2 Bde., Münster, Lit-Verlag, 1983.

Klockner, Clemens (Hrsg.): Protokoll des 1. ordentlichen Parteitages der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands vom 1. bis 4. August 1920 in Berlin, Darmstadt, Verlag für wissenschaftliche Publikationen, 1981.

Klockner, Clemens (Hrsg.): Protokoll des außerordentlichen Parteitages der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands vom 15.–18.2.1921 im Volkshaus zu Gotha, Darmstadt, Verlag für wissenschaftliche Publikationen, 1984. (2. Aufl.: 1986).

Kluge, Ulrich: Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen, Vandenhoeck und Ruprecht, 1975.

Knei-Paz, Baruch: The Social and Political Thought of Leon Trotsky, Oxford, Clarendon Press, 1978.

Knopf, Jan: Bertolt Brecht. Lebenskunst in finsteren Zeiten, München, Hanser, 2012.

Knospe, Horst: Grabowsky, Adolf. In: Wilhelm Bernsdorf, Horst Knospe (Hrsg.): Internationales Soziologenlexikon, Bd. 1, Stuttgart, Enke, 1980, S. 155–156.

Knüfken, Hermann: Von Kiel bis Leningrad. Erinnerungen eines revolutionären Matrosen 1917–1930. Herausgegeben von Andreas Hansen in Zusammenarbeit mit Dieter Nelles, Berlin, BasisDruck, 2008.

Koch, Stephen: Double Lives. Stalin, Willi Münzenberg and the Seduction of the Intellectuals, London, HarperCollins, 1995.

Koch, Stephen: Double Lives. Stalin, Willi Münzenberg, and the Seduction of the Intellectuals, with an introduction by Sam Tanenhaus, New York, Enigma Books, 2004[2]. (1. Aufl.: 1994).

Koch, Stephen: The Dimitrov-Conspiracy. In: New York Times, 22.1.1994.

Koch-Baumgarten, Sigrid: Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921, Frankfurt am Main – New York, Campus, 1986. (Quellen und Studien zur Sozialgeschichte. 6).

Koch-Baumgarten, Sigrid: Die Märzaktion der KPD 1921, Köln, Bund-Verlag, 1987.

Koenen, Gerd: Der deutsch-russische Nexus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 44, 29.10.2007.

Koenen, Gerd: Der Russland-Komplex. Die Deutschen und der Osten. 1900–1945, München, Beck, 2005.

Koenen, Gerd (Hrsg.): Deutschland und die Russische Revolution. 1917–1924, München, Fink, 1998. (West-Östliche Spiegelungen. A. 5).

Koenen, Gerd: Die großen Gesänge. Lenin, Stalin, Mao, Castro. Sozialistischer Personenkult und seine Sänger von Gorki bis Brecht, von Aragon bis Neruda, Frankfurt am Main, Scarabäus bei Eichborn, 1987. (Überarb. und erg. Neuausg.: 1991).

Koenen, Gerd: Die Russische Revolution. Ein Experiment. In: Spiegel Spezial Geschichte (2007), 4, S. 9.

Koestler, Arthur: Abschaum der Erde, Wien, Molden, 1971.

Koljazin, V. F.; Gončarov, V. A. (Hrsg.): „Vernite mne svobodu!“ Dejateli literatury i iskusstva Rossii i Germanii – žertvy stalinskogo terrora, Moskva, Medium, 1997.

Komját, Irén: Die Geschichte der Inprekorr. Zeitung der Kommunistischen Internationale. 1921–1939, Frankfurt am Main, Verlag Marxistische Blätter, 1982. (Marxistische Paperbacks. Beiträge zur Geschichte. 104).

Kondrat'ev, V.A.: Otkliki na nojabr‘skuju revoljuciju v Sovetskoj Rossii. In: V.D. Kul'bakin (Hrsg.): Nojabr‘skaja revoljucija v Germanii. Sbornik statej i materialov, Moskva, Izdatel‘stvo Akademii nauk SSSR, 1960, S. 439–454.

König, Stefan: Vom Dienst am Recht. Rechtsanwälte als Strafverteidiger im Nationalsozialismus, Berlin, de Gruyter, 1987.

Könnemann, Erwin; Schulze, Gerhard (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch. Dokumente, München, Olzog, 2002.

Kontos, Silvia: Die Partei kämpft wie ein Mann. Frauenpolitik der KPD in der Weimarer Republik, Basel-Frankfurt am Main, Stroemfeld-Roeter Stern, 1979.

Kool, Frits; Oberländer, Erwin (Hrsg.): Dokumente der Weltrevolution. Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, Frankfurt am Main u.a., Büchergilde Gutenberg, 1967.

Koops, Tilman (Bearb.); Erdmann, Karl Dietrich; Mommsen, Wolfgang; Vogel, Walter u.a. (Hrsg.): Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik – Die Kabinette Brüning I/II, Bd. 2, Boppard am Rhein, Boldt, 1982/1990.

Kopelev, Lev: Buduščee uže načinaetsja, Moskva, Dva veka, 1993.

Korotkov, A.V.; Černev, A.D.; Černobaev, A.A.: Posetiteli Kremlevskogo kabineta I.V. Stalina. Žurnaly (tetradi) zapisi lic, prinjatych pervym gensekom. In: Istoričeskij archiv (1994), 6; (1995), 2, 3, 4, 5–6; (1996), 2, 3, 4, 5–6; (1997), 1.

Košeleva, L.; Lel'čuk, V.; Naumov, V. u.a. (Hrsg.): Pis'ma Stalina Molotovu 1925–1936 gg. Sbornik dokumentov, Moskva, Rossija molodaja, 1995.

Kössler, Reinhart: Dritte Internationale und Bauernrevolution. Die Herausbildung des sowjetischen Marxismus in der Debatte um die „asiatische“ Produktionsweise, Frankfurt am Main-New York, Campus, 1982.
Köstenberger, Julia: Die Geschichte der „Kommunistischen Universität der nationalen Minderheiten des Westens“ (KUNMZ) in Moskau 1921–1936. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (2000/2001), S. 248–303.
Köstenberger, Julia: Die Internationale Lenin-Schule (1926–1938). In: Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, S. 287–309.
Köster, Barbara: „Die Junge Garde des Proletariats“. Untersuchungen zum Kommunistischen Jugendverband Deutschlands in der Weimarer Republik, Phil. Diss., Universität Bielfeld, 2005.
Kostjuško, I.I. (Hrsg.): Materialy „osoboj papki“ Politbjuro CK RKP(b)–VKP(b) po voprosu sovetsko-pol'skich otnošenij 1923–1944 gg., Moskva, [Institut slavjanovedenija i balkanistiki], 1997.
Koszyk, Kurt: „Die Rote Fahne“. In: Heinz-Dietrich Fischer (Hrg.): Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach, Verlag Dokumentation, 1972, S. 391–404.
Koszyk, Kurt: Deutsche Presse 1914–1945. Geschichte der deutschen Presse, Teil 3, Berlin, Colloquium Verlag, 1973
Kotowski, Albert S.: Polens Politik gegenüber seiner deutschen Minderheit 1918–1939, Wiesbaden, Otto Harrassowitz Verlag, 1998.
Kovaleva, N.; Murin Ju.; Stepanov A. u.a. (Hrsg.): „Il'ič byl tysjaču raz prav“. Iz perepiski členov Politbjuro CK RKP(b) v ijule-avguste 1923 g. In: Izvestija CK KPSS (1991), 4, S. 192–208.
Kowalski, Werner (Hrsg.): Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. 1923–1940, Berlin (Ost), Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1985.
Kozlov, Vladimir P.: Osnovy teoretičeskoj i prikladnoj archeografii, Moskva, ROSSPĖN, 2008.
KPSS v rezoljucijach i rešenijach s''ezdov, konferencij i plenumov CK. Bd. 2: 1924–1930, Moskva, Gosudarstvennoe izdatel'stvo političeskoj literatury, 1954.
Kratkaja biografija I. V. Stalina, Moskva, OGIZ, 1939.
Kratzenberg, Volker: Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Ihre Entstehung, ihre Programmatik, ihr Scheitern 1927–1934, Bern – Frankfurt am Main, Peter Lang, 1987.
Krause, Friedhilde; Lykova, Anna u.a. (Hrg.): Deutsche Fragen im Leninschen Politbüro 1920–1922. Deutsche Fragen im Politbüro des ZK der KPR(B) 1923–1929. Deutsche Fragen im Politbüro des ZK der KPdSU(B) 1930–1949. In: Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 15 (1999), 16–18 (2000), 20 (2001), 21–26 (2002–2004), 29–30 (2006), 32–34 (2007–2008), 37 (2010).
Krause, Hartfrid: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurtam Main, Europäische Verlagsanstalt, 1975.
Kriegel, Annie: Die Dritte Internationale. In: Jacques Droz (Hrsg.): Geschichte des Sozialismus. Bd. 10: Die sowjetische Welt, Frankfurt am Main-Berlin, Ullstein, 1977, S. 88–154.
Krieger, Viktor: Der erste Geheimprozess gegen wolgadeutsche Intellektuelle. In: Jahrbuch für Internationale Germanistik 38 (2006), 2, S. 105–136.
Krieger, Viktor: Personen minderen Rechts. Russlanddeutsche in den Jahren 1941–46. In: Heimatbuch der Deutschen aus Russland (2004), S. 93–107.
Krieger, Viktor: „Russlanddeutsche“ Beschlüsse des Politbüros des ZK der VKP(b) in den Jahren 1920–1943. Eine Auswahl. In: The International Newsletter of Communist Studies Online 15 (2009), 22, S. 149–158.
Krinn, Carsten: Zwischen Emanzipation und Edukationismus. Anspruch und Wirklichkeit der Schulungsarbeit der Weimarer KPD, Essen, Klartext, 2007.
Krivoguz, Igor' M.: Vtoroj internacional. 1889–1914, Moskva, Mysl', 1964.

Krivitsky, Walter G.: Ich war Stalins Agent. Hrsg. von Hellmut G. Haasis, Grafenau-Döffingen, Trotzdem Verlag, 1990. (Erstausg.: Amsterdam, Albert de Lange, 1940).
Kroh, Fritz: Produktivgenossenschaft Halle-Merseburg, Halle, Verlag Produktiv-Genossenschaft Halle-Merseburg, 1922.
Kropotkin, Peter: Unterredung mit Lenin sowie andere Schriften zur russischen Revolution, Hannover, Verlag Die Freie Gesellschaft, 1980.
Krylenko, Nikolaj V.: Prozess der „Industriepartei", Moskva, Central'noe Izdatel'stvo narodov, 1931.
Kučinskij, Ju. [d. i. Jürgen Kuczynski]: Istorija položenija rabočego klassa pri kapitalizme. Mirovoj obzor, Moskva, Progress, 1970.
Kuckuk, Karin: Im Schatten der Revolution. Lotte Kornfeld. Biografie einer Vergessenen (1896–1974). Mit einem Geleitwort von Hermann Weber, einem Beitrag von Peter Kuckuk und einem Briefroman Lotte Kornfelds, Bremen, Donat, 2009.
Kühnrich, Heinz: „Ein entsetzliches Mißverständnis" – oder was eigentlich dahinter steckte. Bisher unbekannte Schreiben Münzenbergs an Dimitroff, Oktober 1937. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 34 (1992), 1, S. 66–82.
Kühnrich, Heinz: Unbekannte Dokumente zur Komintern-Debatte über Gruppenkampf und Sektierertum in der KPD Anfang 1935. In: Neues Deutschland, 7./8.8.1993.
Kun, Béla (Hrsg.): Kommunističeskij Internacional v dokumentach. Rešenija, tezisy i vozzvanija kongressov Kominterna i plenumov IKKI 1919–1932, Moskva, Partijnoe izdatel'stvo, 1933.
Kuromiya, Hiroaki: Freedom and Terror in the Donbas. A Ukrainian-Russian Borderland. 1870s–1990s, Cambridge u.a., Cambridge University Press, 1998.
Kurz, Robert: A nova simultaneidade histórica. O fim da modernizaçcão e o começo de uma outra história mundial. In: Folha de São Paulo, 25.1.2004.
Kurz, Robert: Das Weltkapital. Globalisierung und innere Schranken des modernen warenproduzierenden Systems, Berlin, Edition Tiamat, 2005.
Kurz, Thomas: „Blutmai". Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929. Mit einem Geleitwort von Heinrich August Winkler, Berlin-Bonn, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., 1988.
Kurze Geschichte von Ostheim, http://www.museo.de/geschichte/geschichte_osth.html.
Kuusinen, Otto W.: Die Revolution in Finnland, Hamburg, Verlag der Kommunistischen Internationale, 1921.
Kuusinen, Otto: Die Internationale Lage und die Aufgaben der Sektionen der kommunistischen Internationale [Bericht auf dem XII. Plenum des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale (September 1932) zum Punkt 1 der Tagesordnung], Moskau, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, 1933.
Kuz'min, B. P.: Russkaja sekcija Pervogo Internacionala, Moskva, Izdatel'stvo Akademii Nauk SSSR, 1957.
Kvašonkin, A.V.; Chlevnjuk, O.V.; Košeleva, L.P. u.a. (Hrsg.): Bol'ševistskoe rukovodstvo. Perepiska 1912–1927, Moskva, ROSSPEN, 1996.
Kvašonkin, A.V.; Košeleva, L.P.; Rogovaja, L.A. u.a. (Hrsg.): Sovetskoe rukovodstvo. Perepiska. 1928–1941 gg., Moskva, ROSSPEN, 1999.
Lacina, Evelyn: Emigration 1933–1945. Sozialhistorische Darstellung der deutschsprachigen Emigration und einiger ihrer Asylländer aufgrund ausgewählter zeitgenössischer Selbstzeugnisse, Stuttgart, Klett-Cotta, 1982. (Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte. 14).
Lacouture, Jean: André Malraux. Une vie dans le siècle, Paris, Seuil, 1973.
Laharie, Claude: Gurs 1939–1945. Ein Internierungslager in Südwestfrankreich. Von der Internierung spanischer Republikaner und Freiwilliger der Internationalen Brigaden bis zur Deportation der Juden in die NS-Vernichtungslager. Unter Mitarbeit von Jacques Abauzit, deutscher Herausgeber Evangelische Landeskirche in Baden, Biarritz, Atlantica, 2007.

Lang, Karl: Kritiker, Ketzer, Kämpfer. Das Leben des Arbeiterarztes Fritz Brupbacher, Zürich, Limmat-Verlag, 1975 (2. Aufl. 1983).
Langels, Otto: Die Ultralinke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Zur Geschichte und Theorie der KPD-Opposition (Linke KPD), der Entschiedenen Linken, der Gruppe Kommunistische Politik und des Deutschen Industrie-Verbandes in den Jahren 1924 bis 1928, Frankfurt am Main u.a., Peter Lang, 1984.
Langer, Ingrid: Hessische Parlamentarierinnen im Widerstand. In: Renate Knigge-Tesche, Axel Ulrich (Hrsg.): Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933–1945, Frankfurt am Main, Eichborn, 1996, S. 342–334.
Langhoff, Wolfgang: Die Moorsoldaten. 13 Monate Konzentrationslager, Stuttgart, Schweizer-Spiegel-Verlag, 1935.
Langkau-Alex, Ursula: „…von entscheidender Bedeutung ist, ob Münzenberg die Zeitung hat oder wir". Neues zur Instrumentalisierung der „Pariser Tageszeitung" in der Auseinandersetzung zwischen dem Sekretariat des ZK der KPD in Paris und Willi Münzenberg. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 37 (2001), 1, S. 77–91.
Langkau-Alex, Ursula: Das Rassemblement Universel pour la Paix, die Sektion der deutschen Exilanten und der Weltfriedenskongreß in Brüssel 1936. In: Sigrid Bock, Wolfgang Klein, Dietrich Scholze (Hrsg.): Die Waffen nieder! Schriftsteller in den Friedensbewegungen des 20. Jahrhunderts, Berlin, Akademie-Verlag, 1989, S. 201–210.
Langkau-Alex, Ursula: Deutsche Volksfront 1932–1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau. 3 Bde. I: Vorgeschichte und Gründung des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront. II: Geschichte des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront. III: Dokumente. Chronik, Berlin, Akademie-Verlag, 2004–2005.
Langkau-Alex, Ursula: „Die Zukunft" der Vergangenheit oder „Die Zukunft" der Zukunft? Zur Bündniskonzeption der Zeitschrift zwischen Oktober 1938 und August 1939. In: Hélène Roussel, Lutz Winckler (Hrg.): Deutsche Exilpresse und Frankreich 1933–1940, Bern e.a., Lang, 1992, S. 123–156.
Langkau-Alex, Ursula: Paul Hertz (1888–1961). Realpolitiker im Dienste der sozialdemokratischen Utopie. In: Peter Lösche, Michael Scholing, Franz Walter (Hrsg.): Vor dem Vergessen bewahren. Lebenswege Weimarer Sozialdemokraten, Berlin, Colloquium Verlag, 1988, S. 145–169.
Langner, Alfred (Pseud.): Der Weg zum Sieg. Die Kunst des bewaffneten Aufstands, o.O. 1931.
LaPorte, Norman: The German Communist Party in Saxony, 1924–1933, Oxford-Bern, Lang, 2003.
LaPorte, Norman; Morgan, Kevin; Worley, Matthew (Hrsg.): Bolshevism, Stalinism and the Comintern. Perspectives on Stalinization. 1917–53, Basingstoke-New York, Palgrave Macmillan, 2008.
Laqueur, Walter: Stalin. The Glasnost Revelations, New York-Toronto, Charles Scribner's Sons, Collier Macmillan, 1990.
Larina Bucharina, Anna M.: Nun bin ich schon weit über zwanzig. Erinnerungen, Göttingen, Steidl, 1989.
Larson, Erik: In the Garden of Beasts. Love, Terror and an American Family in Hitler's Berlin, New York, Crown, 2011.
Laschitza, Annelies: Die Liebknechts. Karl und Sophie. Politik und Familie, Berlin, Aufbau-Verlag, 2007.
Laschitza, Annelies: Rosa Luxemburg. Im Lebensrausch, trotz alledem. Eine Biographie, Berlin, Aufbau-Verlag, 1996.
Laschitza, Annelies; Gietinger, Klaus (Hrsg.): Rosa Luxemburgs Tod. Dokumente und Kommentare, Leipzig, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, 2010. (Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte, 7).
Laufer, Jochen P.: Quellenveröffentlichung als Instrument sowjetischer Politik und Problem der Forschung. In: Laufer/Kynin: Die UdSSR und die deutsche Frage, Bd. 1, S. XI–XXV.

Laufer, Jochen P.; Kynin, Georgij P. (Hrsg.): Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, 4 Bde., Berlin, Duncker & Humblot, 2004–2012.

Lawton-Levy, Catherine: Du colportage à l'édition. Bifur et les Editions du Carrefour, Pierre Levy, un éditeur au temps des avant-gardes, Genève, Metropolis, 2004.

Lazitch, Branko: La Formation de la Section des liaisons internationales du Komintern (OMS), 1921–1923. In: Communisme (1983), 4, S. 65–80.

Lazitch, Branko: Le massacre des dirigeants communistes étrangers. In: Milorad M. Drachkovitch, Branko Lazitch (Hrsg.): The Comintern. Historical Highlights. Essays, Recollections, Documents, New York u.a., Praeger, 1966. (Hoover Institution Publications).

Lazitch, Branko; Drachkovitch, Milorad: Lenin and the Comintern, Stanford, Hoover Institution Press, 1972.

Lazitch, Branko; Drachkovitch, Milorad: Biographical Dictionary of the Comintern, Stanford, CA, Hoover Institution Press, 1973, new, revised and expanded edition 1986. (Hoover Press Publication. 340).

Lebedev, N. K.: K istorii Internacionala. Etapy meždunarodnogo ob''edinenija trudjaščichsja, Peterburg u.a., Golos Truda, 1921. (Neuaufl. Moskva, Librokom, 2010).

Lebedeva, Natal'ja S.: Katyn'. Prestuplenie protiv čelovečestva, Moskva, Progress, 1994.

Lebedeva, Natalya; Narinsky, Mikhail: Dissolution of the Comintern in 1943. In: Narinsky/ Rojahn: Centre and Periphery, S. 153–162.

Lebedeva, Natal'ja; Narinskij, Michail: Il Komintern e la seconda guerra mondiale. Prefazione di Silvio Pons, Traduzione di Andrea Romano, Perugia, Guerra Edizioni, 1996.

Lebedeva, Natal'ja; Narinskij, Michail (Hrsg.): Komintern i Vtoroja mirovaja vojna. Bd. 1: Do 22 ijun 1941 g. Bd. 2: Posle 22 ijunja 1941 g. Rossijskij Akademia Nauk. Institut Vseobščej Istorii, Gosudarstvennaja Archivnaja Služba Rossii, Rossiskij Centr Chranenija i Izučenija Dokumentov Novejšej Istorii, Moskva, Pamjatniki istoričeskoj mysli, 1994–1998.

Leckey, Colum: David Riazanov and Russian Marxism. In: Russian History/Histoire Russe (1995), 2, S. 127–153.

Leeker, Joachim: Die Perspektive der Wirklichkeitsflucht im Romanwerk von André Malraux, Genf, Librairie Droz, 1977.

Lefèvre, Andrea: Lebensmittelunruhen in Berlin 1920–1923. In: Manfred Gailus, Heinrich Volkmann: Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770–1990, Opladen, Westdeutscher Verlag, 1990, S. 346–360.

Lefranc, Georges: Le mouvement socialiste sous la troisième République. 1875–1940, Paris, Payot, 1963.

Leggewie, Claus: Zurück aus Sowjetrußland? Die Reiseberichte der radikalen Touristen André Gide und Lion Feuchtwanger 1936/237. In: Hans T. Siepe, Raimund Thais (Hrsg.): André Gide und Deutschland/André Gide et l'Allemagne, Düsseldorf, Droste, 1992, S. 265–279.

Legvold, Robert: The Soviet Century. In: Foreign Affairs, 1.5.2005, http://www.foreignaffairs.com/articles/60738/robert-legvold/the-soviet-century.

Leidigkeit, Karl-Heinz u. a.: Gegen Faschismus und Krieg. Die KPD im Bezirk Halle 1933 bis 1945, Halle, SED Bezirksparteiorganisation Halle, 1983.

Leitfaden der Geschichte der Kommunistischen Internationale, Moskau-Leningrad, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, 1934.

Leitsätze über den organisatorischen Aufbau der Kommunistischen Parteien, über die Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit. Angenommen in der 24. Sitzung des III. Weltkongresses vom 12. Juli 1921, Hamburg, Verlag der Kommunistischen Internationale, Auslieferungsstelle für Deutschland: Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, 1921. (Flugschriften der K.I. 5).

Lejbzon, Boris M.; Širinja, Kirill K.: Povorot v politike Kominterna, Moskva, Mysl', 1965. (2. Aufl. 1975).

Lenin, W.I. [d.i. Lenin, Vladimir I.]: Ausgewählte Schriften. Hrsg. von Hermann Weber, München, Kindler, 1963.
Lenin, W.I.: Briefe, 10 Bde., Berlin (Ost), Dietz, 1967–1976.
Lenin, Vladimir I.: Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung, Moskau, Verlag für fremdsprachige Literatur, 1954.
Lenin, N.: Die Diktatur des Proletariats und der Renegat K. Kautsky, Leipzig, Vulkan-Verlag, 1919.
Lenin, V. I.: Polnoe sobranie sočinenij. Izdanie pjatoe. 55 Bde., Moskva, Gosudarstvennoe izdatel'stvo političeskoj literatury, 1958 ff.
Lenin, W.I.: Sämtliche Werke. Bd. 25, Wien, Verlag für Literatur und Politik, 1930.
Lenin, W. I.: Werke. Ins Deutsche übertragen nach der vierten russischen Ausgabe. 41 Bde., Berlin (Ost), Dietz Verlag, 1951 ff.
Lenin, W.I.: Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung. Aus Schriften, Reden, Briefen, Berlin (Ost), Dietz Verlag, 1960[3].
Lenin, W. I.: Über die Kommunistische Internationale, Berlin (Ost), Dietz, 1969.
Lenzner, N. [d. i. Naum Michaijlovič Lencner]: Über die rechte Gefahr in der Komintern. Hamburg-Berlin, Hoym, 1929.
Lerner, Warren: Karl Radek. The Last Internationalist, Stanford CA, Stanford University Press, 1970.
Leutner, Mechthild; Felber, Roland; Mikhail L. Titarenko, Alexander M. Grigoriev (Hrsg.): The Chinese Revolution in the 1920s. Between Triumph and Disaster, London-New York, Routledge, 2002.
Leutner, Mechthild; Titarenko, M. L. (Hrsg.): KPdSU(b), Komintern und die Sowjetbewegung in China. Dokumente. Bd. 3: 1927–1931, Münster, Lit, 2000. (Berliner China-Studien. Quellen und Dokumente. 2. Ostasiatisches Seminar der Freien Universität Berlin).
Levi, Paul: Unser Weg. Wider den Putschismus, Berlin, A. Seehof & Co., 1921; Id., 2. Aufl. mit neuem Vorwort und Anhang: Karl Radek, Die Lehren eines Putschversuchs, Berlin, A. Seehof & Co., 1921.
Levi, Paul: Was ist das Verbrechen? Die Märzaktion oder die Kritik daran? Rede auf der Sitzung des Zentralausschusses der V.K.P.D. am 4. Mai 1921, Berlin, A. Seehof, 1921.
Leviné, Rosa: Aus der Münchener Rätezeit, Berlin, Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten, 1925.
Lewerenz, Elfriede: Der Internationale Antifaschistenkongreß 1929 in Berlin. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 31 (1989), 2, S. 157–172.
Lewerenz, Elfriede (Hrsg.): Komintern und revolutionäre Partei. Die Kommunistische Internationale über die revolutionäre Partei und die marxistisch-leninistische Weltanschauung der Arbeiterklasse. Auswahl von Dokumenten und Materialien 1919–1943, Berlin (Ost), Dietz, 1986.
Lewerenz, Elfriede; Geisler, Helga (Hrsg.): Komintern und Friedenskampf. Die Kommunistische Internationale über die Aufgaben der Kommunisten im Friedenskampf. Auswahl von Dokumenten. Materialen 1917–1939, Berlin (Ost), Dietz, 1985.
Lewerenz, Elfriede; Reuter, Elke (Einfg.): Zum Kurswechsel in der KPD. Dokumente aus den Jahren 1927/1928. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (1991), 6, S. 778–787.
Lewin, Erwin: Neue Dokumente zur Kursänderung 1934/1935 in der KPD. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (1993), S. 171–186.
Lewin, Erwin; Reuter, Elke; Weber, Stefan (Hrsg.): Protokoll der „Brüsseler Konferenz" der KPD 1935, 2 Bde., München, Saur, 1997.
Lewin, Moshe: Le siècle soviétique. Traduit de l'anglais par Denis Paillard et Florence Prudhomme, Paris, Fayard/Le Monde diplomatique, 2003.
Lewin, Moshe: The Soviet Century, London-New York, Verso, 2005.
Lewin, Moshe: Who was the Soviet Kulak? In: Soviet Studies 18 (1966/67), 2, S. 189–212.
Liebknecht, Karl: Gesammelte Reden und Schriften, 9 Bde., Berlin (Ost), Dietz, 1958 ff.
Lipinsky, Jan: Das geheime Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 und seine Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte 1939 bis 1999, Frankfurt am Main, Lang, 2004.

Lipp, Karlheinz: „Der Feind sitzt in Berlin“. Ein Flugblatt und seine Geschichte: Fritz von Unruhs Aufruf an die deutschen Soldaten vom 4. September 1939. In: Praxis Geschichte (2009), 4, S. 50–51.

Litten, Freddy: The Noulens Affair. In: The China Quarterly (1994), 138, S. 493–512.

Litvin, Alter L.; Keep, John L. H.: Stalinism. Russian and Western Views at the Turn of the Millenium, Abingdon-New York, Routledge. 2005.

Livšin, A. Ja.; Orlov, I. B.; Chlevnjuk, O. V. (Hrsg.): Pis'ma vo vlast'. 1928–1939. Zajavlenija, žaloby, donosy, pis'ma v gosudarstvennye struktury i sovetskim voždjam, Moskva, ROSSPĖN, 2002.

Loewenheim, Walter: Geschichte der Org [Neu Beginnen] 1929–1935. Eine zeitgenössische Analyse. Hrsg. von Jan Foitzik, Berlin, Edition Hentrich, 1995.

Lokatis, Siegfried: Weltanschauungsverlage. In: Ernst Fischer, Stephan Füssel (Hrsg.): Geschichte des deutschen Buchhandels im 19. und 20. Jahrhundert. Bd. 2: Die Weimarer Republik 1918–1933. Teil 2, Berlin u.a., De Gruyter, 2012, S. 111–138.

Longerich, Peter: Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München, C.H. Beck, 1989.

Lorenz, Einhart: Dänemark. In: Krohn/von zur Mühlen/Gerhard u.a.: Handbuch der deutschsprachigen Emigration, S. 204–207.

Lorenz, Einhart: Exil in Norwegen. Lebensbedingungen und Arbeit deutschsprachiger Flüchtlinge 1933–1943, Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschaft, 1992.

Lorenz, Heinz: Die Universum-Bücherei. Geschichte und Bibliographie einer proletarischen Buchgemeinschaft. 1926–1939, Berlin, Antiquariat und Verlag Elvira Tasbach, 1996.

Losowsky, A.; Merker, Paul: Lehren und Aussichten der Wirtschaftskämpfe. Referate und Schlussworte, gehalten auf der 6. Session des Zentralrates der Roten Gewerkschafts-Internationale Dezember 1929, Berlin, Verlag der RGI, 1930.

Löwenthal, Richard: Russland und die Bolschewisierung des deutschen Kommunismus. In: Werner Markert (Hrsg.): Deutsch-russische Beziehungen von Bismarck bis zur Gegenwart, Stuttgart, Kohlhammer, 1964, S. 97–116.

Löwenthal, Richard; von zur Mühlen, Patrick: Widerstand und Verweigerung in Deutschland. Neuausg., Bonn, Dietz, 1997.

Löwy, A.G.: Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Leben und Werk Nikolai Bucharins, Neuauflage, Wien, Promedia, 1990.

Luban, Ottokar: Das Geschichtsbild der deutschen Novemberrevolution 1918 bei Eberhard Kolb, Susanne Miller, Heinrich August Winkler und Helga Grebing. In: Dietmar Bartsch u.a. (Hrsg.): Die ungeliebte Revolution 1918/19 und die Linke. Ständiges Kolloquium zur Historischen Sozialismus- und Kommunismusforschung, Berlin, Helle Panke, 2009, S. 38–47.

Luban, Ottokar: Die Finanzierung der illegalen Antikriegsflugschriften im Ersten Weltkrieg: Spartakusgruppe und linksbürgerliche Pazifisten im Bund „Neues Vaterland“. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (2008), S. 32–45.

Luban, Ottokar: Die Oktoberkonferenz 1918 der Spartakusgruppe. Neue Forschungsergebnisse. In: Ulla Plener (Hrsg.): Die Novemberrevolution 1918/19 in Deutschland. Für bürgerliche und sozialistische Demokratie. Allgemeine, regionale und biographische Aspekte. Beiträge zum 90. Jahrestag der Revolution, Berlin, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2009, S. 68–78.

Luban, Ottokar: Die Novemberrevolution 1918 in Berlin. Eine notwendige Revision des bisherigen Geschichtsbildes. In: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (2009), 1, S. 53–78.

Luban, Ottokar: Die ratlose Rosa. Die KPD-Führung im Berliner Januaraufstand 1919. Legende und Wirklichkeit, Hamburg, VSA, 2001. (Sozialismus 28, 2001, Supplement 1).

Luban, Ottokar: Karl Radek im Januaraufstand. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (2000), 3, S. 377–397.

Luban, Ottokar: Luxemburg und die Beziehungen zwischen den deutschen Linkssozialisten und den russischen Bolschewiki, Mai 1918 – März 1919, Referat auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz in Woronesh, Russische Föderation, am 21. Mai 2009.

Luban, Ottokar: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913–1919, Leipzig, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, 2008.

Luban, Ottokar: Roza Ljuksemburg i vzaimootnošenija meždu germanskimi levymi i bolʹsevikami v mae 1918 – marte 1919 g. In: Sergej V. Kretinin (Hrsg.): Germanija i Rossija. Sobytija, obrazy, ljudi, Bd. 7: Materialy meždunarodnoj naučnoj konferencii „Roza Ljuksemburg i sovremennaja Rossija", Voronež 21–22 maja 2009 g., Voronež, Naučnaja kniga, 2009, S. 27–42.

Luban, Ottokar: Russische Bolschewiki und deutsche Linkssozialisten am Vorabend der deutschen Novemberrevolution. Beziehungen und Einflussnahmen. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2009), S. 283–298.

Lübbe, Peter (Hrsg.): [Ruth Fischer, Arkadij Maslow]. Abtrünnig wider Willen. Aus Briefen und Manuskripten des Exils, Vorwort Hermann Weber, München, Oldenbourg, 1990.

Lübbe, Peter: Kommunismus und Sozialdemokratie. Eine Streitschrift, Berlin-Bonn, Dietz, 1978.

Lucas, Erhard: Märzrevolution im Ruhrgebiet. Märzrevolution 1920. Bde. 1–3, Frankfurt am Main, Verlag Roter Stern, 1970, 1973, 1980.

Luckey, Heiko: Personifizierte Ideologie. Zur Konstruktion, Funktion und Rezeption von Identifikationsfiguren im Nationalsozialismus und im Stalinismus, Göttingen, V&R Unipress, 2008.

Ludewig, Hans-Ulrich: Arbeiterbewegung und Aufstand, Husum, Matthiesen, 1978.

Ludwig, Emil: Die neue heilige Allianz. Über Gründe und Abwehr des drohenden Krieges, Strasbourg, Sebastian Brant, 1938.

Luks, Leonid: Geschichte Russlands und der Sowjetunion. Von Lenin bis Jelzin, Regensburg, Pustet, 2000.

Lur'e, V. M.; Kočik, V. Ja.: GRU. Dela i ljudi, Sankt-Peterburg, Neva, 2002.

Lüscher, Rudolf M.; Schweizer, Werner: Amalie und Theo Pinkus-De Sassi. Leben im Widerspruch, Zürich, Limmat, 1994.

Lutz, Martin: Siemens im Sowjetgeschäft. Eine Institutionengeschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen, Stuttgart, Franz Steiner Verlag, 2011. (Perspektiven der Wirtschaftsgeschichte. 1).

Luxemburg, Rosa: Die russische Revolution. Eine kritische Würdigung. Aus dem Nachlass herausgegeben und eingeleitet von Paul Levi, Berlin, Verlag Gesellschaft und Erziehung, 1922.

Luxemburg, Rosa: Gesammelte Briefe. Hrsg. von Annelies Laschitza u.a., 6 Bde., Berlin (Ost), Dietz, 1982 ff.

Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke, 5 Bde., Berlin (Ost), Dietz, 1970 ff.

Luxemburg, Rosa: Politische Schriften. Hrsg. und eingeleitet von Ossip K. Flechtheim. 3 Bde., Frankfurt am Main, Europäische Verlagsanstalt, 1966–1968.

Lyandres, Semion: The 1918 Attempt on the Life of Lenin: A New Look at the Evidence. In: Slavic Review 48 (1989), 3, S. 432–448.

Maier, Robert: Die Stachanov-Bewegung, 1935–1938. Der Stachanovismus als tragendes und verschärfendes Moment der Stalinisierung der sowjetischen Gesellschaft, Stuttgart, Steiner, 1990.

Maksimenkov, Leonid V. (Hrsg.): Bol'šaja cenzura. Pisateli i žurnalisty v strane sovetov 1917–1956, Moskva, Meždunarodnyj Fond Demokratija, 2005. (Rossija. XX vek. Dokumenty).

Mallmann, Klaus Michael: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1996.

Malraux, André: Die Zeit der Verachtung. Autorisierte Übersetzung aus dem Französischen von Alfred Kurella, Paris, Editions du Carrefour, 1935.

Mammach, Klaus (Hrsg.): Die Berner Konferenz der KPD (30.1.–1.2.1939), Berlin (Ost), Dietz, 1974.

Mandel, Ernest: Macht und Geld. Eine marxistische Theorie der Bürokratie. Übersetzt aus dem Englischen von Björn Krüger, Köln, Neuer ISP Verlag, 2000.

Manela, Erez: The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism, Oxford, University Press, 2007.

Manninen, Ohto; Baryšnikov, Nikolaj I.: Peregovory osen'ju 1939 goda. In: Oleg A. Rževskij, Olli Vehviläinen (Hrsg.): Zimnjaja vojna 1939–1940. Političeskaja istorija, Moskva, Nauka, 1998, S. 113–130.

Manuilski, D.S.: Die kommunistischen Parteien und die Krise des Kapitalismus. Bericht vor dem XI. Plenum des EKKI, Hamburg, Verlag Carl Hoym Nachf., 1931.

Marcot, François; Leroux, Bruno; Christine Levisse-Touzé: Dictionnaire historique de la Résistance. Résistance intérieure et France libre, Paris, Robert Laffont, 2006.

Marie, Jean-Jacques: Khrouchtchev. La réforme impossible, Paris, Payot, 2010.

Marie, Jean-Jacques: Les peuples déportés d'Union Soviétique, Bruxelles, Editions Complexe, 1995. (Questions au XXe Siècle).

Marie, Jean-Jacques: Stalin und der Stalinismus. Rückkehr zu den Ursprüngen. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (2004), S. 11–31.

Marie, Jean-Jacques: Staline, Paris, Editions du Seuil, 1967. (L'histoire immédiate).

Martelli, Manfredi: Mussolini e la Russia. Le relazioni italo-sovietiche dal 1922 al 1941, Milano, Mursia, 2007.

Martin, Terry: The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union 1923–1939, Ithaca, Cornell University Press, 2001. (Wilder House Series in Politics, History & Culture).

Marwedel, Rainer: Theodor Lessing 1872–1933. Eine Biographie, Frankfurt am Main, Büchergilde Gutenberg, 1987.

Marx, Karl; Engels, Friedrich: Werke. 43 Bde., Berlin (Ost), Dietz, 1956 ff.

Materialy fevral'sko-martovskogo plenuma CK VKP(b), 1937 g. In: Voprosy istorii (1992), 2/3, S. 3–43; 4/5, S. 3–36; 6/7, S. 3–29; 8/9, S. 3–29; 10, S. 3–36; 11/12, S. 3–19; (1993), 2, S. 3–33; 5, S. 3–23; 6, S. 3–30; 7, S. 3–24; 8, S. 3–26; 9, S. 3–32; (1994), 1, S. 12–28; 2, S. 3–29; 6, S. 3–23; 8, S. 3–27; (1995), 2, S. 3–26; 3, S. 3–15; 4, S. 3–18; 7, S. 3–25; 8, S. 3–25; 10, S. 3–28; 11/12, S. 3–24.

Matthias, Erich: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. In: Matthias/Morsey: Das Ende der Parteien, S. 101–278.

Matthias, Erich: Zwischen Räten und Geheimräten. Die deutsche Revolutionsregierung 1918/19, Düsseldorf, Droste, 1970.

Matthias, Erich; Morsey, Rudolf (Hrg.): Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf, Droste, 1960. (Veröffentlichung der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien).

Matthias, Erich; Pikart, Eberhard (Hrsg.): Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1914 bis 1918, Düsseldorf, Droste, 1966. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. 1. Reihe).

Matthias, Erich; Schönhoven, Klaus (Hrsg.): Solidarität und Menschenwürde. Etappen deutscher Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn, Verlag Neue Gesellschaft, 1984.

Matthias, Erich; Weber, Hermann: Die Stellung der Kommunistischen Internationale und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zur Einheitsfront. In: Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung (XI. Linzer Konferenz 1975), Wien, Europaverlag, 1978, S. 41–57.

Matthias, Erich; Weber, Hermann (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim. Unter Mitwirkung von Günter Braun und Manfred Koch, Mannheim, Edition Quadrat, 1984.

Mawdsley, Evan: The Russian Civil War, Edinburgh, Birlinn, 2005.
Mayenburg, Ruth von: Hotel Lux. Das Absteigequartier der Weltrevolution, München-Zürich, Piper, 1991.
Mayer, Jacques: Skoblewsky-Rose. Anmerkungen zur Biographie. Berichtigte und erweiterte Fassung, http://edoc.hu-Berlin.de/oa/reports/reLjQyD7bgY/PDF/288y29XxhU9f6.pdf.
McDermott, Kevin; Agnew, Jeremy: The Comintern. A History of International Communism from Lenin to Stalin, London, Macmillan, 1996.
McKercher, B.J.C.; Legault, Roch (Hrsg.): Military Planning and the Origins of the Second World War in Europe, Westprot CT, Praeger, 2001.
Medvedev, Roy: Bukharin's Last Years. In: New Left Review (1978), Nr. 109, S. 49–73.
Medwedew, Roy: Das Urteil der Geschichte. Stalin und Stalinismus. Hrsg. von Helmut Ettinger. 3 Bde., Berlin, Dietz, 1992.
Mehring, Franz: Die Bolschewiki und wir (Mai/Juni 1918). Marx und die Bolschewiki (1918). In: Id.: Gesammelte Schriften. Bd. 15: Politische Publizistik 1905 bis 1918, Berlin (Ost), Dietz, 1966, S. 761–780.
Mehringer, Hartmut: Die KPD in Bayern 1919–1945. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand. In: Martin Broszat, Hartmut Mehringer (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit. Bd. 5, München, Oldenbourg, 1983, 1–286.
Meijer, Jan F. (Hrsg.): The Trotsky Papers. 1917–1922, 2 Bde., London u.a., Mouton, 1964–1971.
Mensing, Wilhelm: NKWD und Gestapo, http://www.nkwd-und-gestapo.de/index.html.
Mensing, Wilhelm: Von der Ruhr in den GULag. Opfer des Stalinschen Massenterrors aus dem Ruhrgebiet, Essen, Klartext, 2001.
Mergner, Gottfried (Hrsg.): Die russische Arbeiteropposition. Die Gewerkschaften in der Revolution, Reinbek bei Hamburg, Rowohlt, 1972. (Philosophie der Neuzeit, Politik und Gesellschaft. 36; Texte des Sozialismus und Anarchismus).
Merridale, Catherine: Moscow Politics and the Rise of Stalin. The Communist Party in the Capital, 1925–32, Basingstoke, Macmillan, 1990.
Mevius, Martin: New Documents and New Evidences on the „Red Referendum" against Prussia, August 9, 1931. In: The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism 3 (1996), Nr. 7/8, S. 72–82.
Meyer, Alfred G.: The War Scare of 1927. In: Soviet Union/Union Soviétique 5 (1978), 1, S. 1–25.
Meyer, Fritjof: Einsamer Wolf unter Wölfen. Fritjof Meyer über die Intrigen des Kommunisten Herbert Wehner im Moskauer Exil. In: Der Spiegel, 22.3.1993.
Meyer, Thomas; Klär, K.-H.; Müller, S. u.a. (Hrsg.): Lexikon des Sozialismus, Köln, Bund-Verlag, 1986.
Meyer-Leviné, Rosa: Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920–1933. Herausgegeben und eingeleitet von Hermann Weber, aus dem Englischen übersetzt von Barbara Bortfeldt, Köln, Kiepenheuer und Witsch, 1979.
Meždunarodnaja socialističeskaja konferencija. Stenografičeskij otčet, Moskva, Tipografija GPU, 1922.
Michajlov, M. I.: Istorija Sojuza kommunistov, Moskva, Nauka, 1968.
Mick, Christoph: Forschen für Stalin. Deutsche Fachleute in der sowjetischen Rüstungsindustrie 1945–1958, München, Wien, Oldenbourg, 2000. (Abhandlungen und Berichte / Deutsches Museum, N.F. 14).
Mick, Christoph: Sowjetische Propaganda, Fünfjahrplan und deutsche Russlandpolitik 1928–1932, Stuttgart, Steiner, 1995.
MID SSSR (Hrsg.): Sovetsko-germanskie otnošenija. Ot peregovorov v Brest-Litovske do podpisanija Rapall'skogo dogovora, Moskva, Izd. Pol. Lit., 1971.

Miles (d.i. Walter Löwenheim): Neu Beginnen! Faschismus oder Sozialismus, Karlsbad, Graphia, 1933.

Miller, Susanne: Zum 3. August 1914. In: Archiv für Sozialgeschichte 4 (1964), S. 512–523.

Millionen Frauen finden Arbeit und Brot, Berlin, Internationaler Arbeiter-Verlag, 1931.

Minc, Isaak I.: Sovetskaja Rossija i Nojabr'skaja revoljucija v Germanii. In: Voprosy istorii (1974), 11, S. 3–22.

Mitchell, Allan: Revolution in Bayern 1918/1919. Die Eisner-Regierung und die Räterepublik. Aus dem Amerikanischen übertragen von Karl-Heinz Abshagen, München, C.H. Beck, 1967.

Mogilevskij, S. A.: Vosstanovlenie II Internacionala, Leningrad, Izdatel'stvo Leningradskogo universiteta, 1963.

Mohler, Armin: Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch (1950), völlig überarbeitete und erweiterte 6. Auflage, Hrsg. von Karlheinz Weißmann, Graz, Ares, 2005.

Mohr, Markus; Viehmann, Klaus (Hrsg.): Spitzel. Eine kleine Sozialgeschichte, Berlin, Assoziation A, 2004.

Möller, Dietrich: Karl Radek in Deutschland. Revolutionär, Intrigant, Diplomat, Köln, Verlag Wissenschaft und Politik, 1976.

Möller, Horst; Alexander Tschubarjan (Hrg.): Deutschland – Russland : Stationen gemeinsamer Geschichte, Orte der Erinnerung. Im Auftrag der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der Jüngeren Geschichte der Deutsch-Russischen Beziehungen, in Kooperation mit Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, Bd. 3, Das 20. Jahrhundert, hrg. Von Helmut Altrichter, München, Oldenbourg, 2014.

Möller, Horst; Tschubarjan, Alexandr: Vorwort. In: Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen 1 (2002), S. 4–6.

Molotow, W. M.: Was ist der Fünfjahresplan?, [1929].

Mommsen, Hans: Der Reichstagsbrand und seine politischen Folgen. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 12 (1964), 4, S. 351–413.

Morenz, Ludwig: Revolution und Räteherrschaft in München. Aus der Stadtchronik 1918/1919. Unter Mitwirkung von Erwin Münz, München-Wien, Verlag Albert Langen-Georg Müller, 1968.

Morozov, Konstantin: Pričastny li Ja.M.Sverdlov i F.E.Dzeržinskij k pokušeniju na V.I.Lenina 30 avgusta 1918 goda?, http://socialist.memo.ru/discuss/d03/d0300.htm.

Morré, Jörg: Hinter den Kulissen des Nationalkomitees. Das Institut 99 in Moskau und die Deutschlandpolitik der UdSSR 1943–1946, München, Oldenbourg, 2001.

Morton, A. L.; Tajt, Dž. [d. i. George Tate]: Istorija anglijskogo rabočego dviženija 1770–1920, Moskva, Izdatel'stvo inostrannoj literatury, 1959.

Mosolov, Vladimir: IMEL. Citadel′ partijnoj ortodoksii. Iz istorii Instituta Marksizma-Leninizma pri CK KPSS, 1921–1956, Moskva, Novyj chronograf, 2010.

Mosolov, V. G.; Bach, I. A. (Hrsg.): Protokoly General'nogo Soveta Pervogo Internacionala. 5 Bde., Moskva, Institut marksisma-leninisma pri CK KPSS, Izdatel'stvo social'no-ekonomičeskoj literatury Mysl', 1961–1965.

Mothes, Jürgen: Kommunistische Internationale und Lateinamerika. Zu einigen Aspekten der Hilfe der Komintern bei der politisch-ideologischen und organisatorischen Festigung der kommunistischen Bewegung und bei der Umsetzung ihrer strategisch-taktischen Konzeption auf dem amerikanischen Subkontinent, o.O., 1976.

Mühleisen, Horst: Das Testament Hindenburgs vom 11. Mai 1934. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 40 (1996), S. 355–371.

Mühsam, Erich: Judas. Arbeiter-Drama in fünf Akten, Berlin, Malik-Verlag, 1921.

Müller, A.: Hitlers motorisierte Stossarmee. Heeres- und Wirtschaftsmotorisierung im dritten Reich. Mit zahlreichen Bildern, Karten und Tabellen und einem Anhang über die Militarisierung der entmilitarisierten Zone, Paris, Editions du Carrefour, 1936.

Müller, Eckhard: Nicolaas Wilhelmus Posthumus (1880–1960). In: Günter Benser, Michael Schneider (Hrsg.): „Bewahren –Verbreiten – Aufklären“. Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung, Bonn-Bad Godesberg, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009, S. 247–253.

Müller, Gerhard: „Warum schreiben Sie eigentlich nicht?“ Bernhard von Brentano in seiner Korrespondenz mit Bertolt Brecht (1933–1940). In: Exil 9 (1989), 2, S. 42–53.

Müller, Reinhard: Bericht des Komintern-Emissärs Bohumir Šmeral über seinen Pariser Aufenthalt 1937. In: Exilforschung 9 (1991), S. 236–261.

Müller, Reinhard: Denunziation und Terror. Herbert Wehner im Moskauer Exil. In: Zarusky: Stalin und die Deutschen, S. 43–58.

Müller, Reinhard: Der Antikomintern-Block. Prozeßstruktur und Opferperspektive. In: Utopie kreativ (1997), Nr. 81/82, S. 82–95.

Müller, Reinhard: Der Fall des „Antikomintern-Blocks“. Ein vierter Moskauer Schauprozess? In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (1996), S. 187–214.

Müller, Reinhard: Der Fall Werner Hirsch. Vom KZ Oranienburg in die Moskauer Lubjanka. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (2000), 1, S. 34–61.

Müller, Reinhard: Die Akte Wehner. Moskau 1937 bis 1941, Berlin, Rowohlt, 1993.

Müller, Reinhard (Hrsg.): Die Säuberung. Moskau 1936. Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung, Reinbek bei Hamburg, Rowohlt, 1991.

Müller, Reinhard: Flucht ohne Ausweg. Lebensläufe aus den geheimen “Kaderakten” der Kommunistischen Internationale. In: Exil 10 (1990), 2, S. 76–79.

Müller, Reinhard: Heinrich Blücher. Hannah Arendts „Wunder-Rabbi“. Revision eines Lebenslaufs. In: Ulrich Bielefeld, Heinz Bude, Bernd Greiner (Hrsg.): Gesellschaft. Gewalt. Vertrauen. Jan Philipp Reemtsma zum 60. Geburtstag, Hamburg, Hamburger Edition, 2012, S. 373–400.

Müller, Reinhard: Heinz Neumanns Bußrituale – auch ein Nachtrag zum Protokoll der „Brüsseler Konferenz“ der KPD. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2008), S. 319–328.

Müller, Reinhard: Herbert Wehner. Moskau 1937, Hamburg, Hamburger Edition, 2004.

Müller, Reinhard: Juden – Kommunisten – Stalinopfer. Martha Ruben-Wolf und Lothar Wolf im Moskauer Exil. In: Exil-Forschung 26 (2006), 1, S. 5–26.

Müller, Reinhard: Menschenfalle Moskau. Exil und stalinistische Verfolgung, Hamburg, Hamburger Edition, 2001.

Müller, Reinhard: Über die Gründung des Pariser Instituts zum Studium des Faschismus. Neue Moskauer Dokumente. In: Exil 32 (2012), 1, S. 34–42.

Müller, Reinhard (Hrsg.): Wir kommen alle dran. Säuberungen unter den deutschen Politemigranten in der Sowjetunion 1934–1938. In: Mittelweg 36 (1997), 6, S. 20–45.

Müller, Reinhard; Mussijenko, Natalija: „Wir kommen alle dran“. Säuberungen unter den deutschen Politemigranten in der Sowjetunion. In: Weber/Mählert: Terror, S. 121–166.

Müller, Volker: Doppelt verratene Hochverräter. In: Berliner Zeitung, 10.2.2009.

Müller, Werner: Die KPD in ihrem ersten Jahr. In: Alexander Gallus (Hrsg.): Die vergessene Revolution von 1918/19, Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 2010, S. 160–186.

Müller, Werner: Kommunisten verfolgen Kommunisten. Die frühen Schauprozesse in der Sowjetunion und die Reaktionen in der deutschen Öffentlichkeit. In: Weber/Staritz: Kommunisten verfolgen Kommunisten, S. 389–398.

Müller, Werner: Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht. Ziele und Grenzen der „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition“ (RGO) in Deutschland 1928 bis 1933, Köln, Bund-Verlag, 1980.

Müller, Wolfgang: Russlandberichterstattung und Rapallopolitik. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1924–1933 im Spiegel der deutschen Presse, Phil. Diss., Saarbrücken, 1983.

Müller-Enbergs, Helmut: Der Fall Rudolf Herrnstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni, Berlin, Ch. Links Verlag, 1991.
Müller-Enbergs, Helmut; Wielgohs, Jan; Hoffmann, Dieter; Herbst, Andreas: Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Berlin, Ch. Links Verlag, 2006[4].
Münster, Arno: Antifaschismus, Volksfront und Literatur, Hamburg, VSA, 1977.
Münz-Koenen, Inge: Die Frauen der Familie Remmele. Drei Generationen. In: Hedeler/Münz-Koenen: „Ich kam als Gast", S. 96–103.
Münzenberg, Willi: Ausgewählte Schriften 1919–1940. Hrsg. von Til Schulz, Frankfurt am Main, März, 1977.
Münzenberg, Willi: Die dritte Front. Aufzeichnungen aus 15 Jahren proletarischer Jugendbewegung, Berlin, Neuer Deutscher Verlag, 1930.
Münzenberg, Willi: La propagande hitlérienne. Instrument de guerre, préface d'Edmond Vermeil, Paris, Sébastien Brant, 1938.
Münzenberg, Willi: Propaganda als Waffe, Paris, Editions du Carrefour, 1937. (Ebenfalls: Basel, Universum-Buchgemeinschaft, 1937).
Münzenberg, Willi: Solidarität. Zehn Jahre Internationale Arbeiterhilfe. 1921–1931, Berlin, Neuer Deutscher Verlag, 1931.
Murin, Jurij G. (Hrsg.): Iosif Stalin v ob'jatijach sem'i. Iz ličnogo archiva, Moskva, Rodina, 1993.
Murphy, Kevin: Strikes during the Early Soviet Period. 1922 to 1932. From Working-Class Militancy to Working-Class Passivity? In: Donald Filtzer, Wendy Z. Goldman, Gijs Kessler u.a. (Hrsg.): A Dream Deferred. New Studies in Russian and Soviet Labour History, Bern u.a., Peter Lang, 2008, S. 171–192.
Musial, Bogdan: Kampfplatz Deutschland. Stalins Kriegspläne gegen den Westen, Berlin, Propyläen Verlag, 2008.
Müssener, Helmut: Deutschsprachiges Exil in Skandinavien. „Im Abseits..." Die Gastländer Dänemark, Norwegen, Schweden. In: *German Life and Letters* 51 (2003), 2, S. 302–323.
Mussijenko, Natalija; Vatlin, Alexander: Schule der Träume. Die Karl-Liebknecht-Schule in Moskau (1924–1938), Bad Heilbrunn, Verlag Julius Klinkhardt, 2005.
Naimark, Norman M.: Stalin und der Genozid, Berlin, Suhrkamp, 2010.
Narinskij, Michail: 1934–1939. In: Adibekov/B'jadžo/Gori: Politbjuro i Evropa, S. 298–304.
Narinskij, Michail M.: Togliatti, Stalin e la svolta di Salerno. In: Studi Storici 35 (1994), 3, S. 657–666.
Narinsky, Mikhail; Rojahn, Jürgen (Hrsg.): Centre and Periphery. The History of the Comintern in the Light of New Documents, Amsterdam, IISG, 1996.
Nazarewicz, Ryszard: Die Vernichtung der KP Polens im Lichte der Akten des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Leipzig, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, 1998.
„Naznačit' revoljuciju v Germanii na 9 nojabrja". In: Staraja ploščad'. Vestnik Archiva Prezidenta Rossijskoj Federacii (1995), 5, S. 115–139.
Neglie, Pietro: Fratelli in camicia nera. Comunisti e fascisti dal corporativismo alla CGIL. 1928–1948, Bologna, Il Mulino, 1996.
Nelles, Dieter: Die Unabhängige Antifaschistische Gruppe 9. Kompanie im Lager Gurs. Zur gruppenspezifischen Interaktion nach dem spanischen Bürgerkrieg, in: Helga Grebing, Christel Wickert (eds.): Das "andere Deutschland" im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Beiträge zur politischen Überwindung der nationalsozialistischen Diktatur im Exil und im Dritten Reich, Essen, 1994, S. 56–85.
Nelles, Dieter: Widerstand und internationale Solidarität. Die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Essen, Klartext Verlag, 2001 (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen. Schriftenreihe A. Darstellungen. 18)

Neuberg, A.; Kippenberger, H.; Tuchatschewski, M.N.; Ho Chi Minh (Ps.), [d.i. Nguyen Ai Quoc]: Der bewaffnete Aufstand. Versuch einer theoretischen Darstellung. Eingeleitet von Erich Wollenberg, Zürich, Meyer, 1928 [fingiert]. Reprint: Frankfurt am Main, Europäische Verlagsanstalt, 1971. (Europäische Verlagsanstalt. Basis).

Neuhaus, G. (Hrsg.): Die deutsche Volkswirtschaft und ihre Wandlungen im letzten Vierteljahrhundert. Auf Grund der Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählungen von 1882, 1895 und 1907. Bd. 1: Die berufliche und soziale Gliederung des deutschen Volkes, München-Gladbach, Volksvereins-Verlag, 1911.

Neugebauer, Wolfgang (Hrg.): Handbuch der preußischen Geschichte. Vom Kaiserreich zum 20. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, München, De Gruyter, 2001.

Neumann, Sigmund: Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege, Berlin, Junker & Dünnhaupt, 1932.

Neuntes Plenum des EKKI. Resolutionen und Beschlüsse, Hamburg-Berlin, Hoym, 1928.

Nicolaevsky, Boris: Les premières années de l'Internationale Communiste, Genève, Droz, 1965.

Nikitin, N.; Malyschkin, Al.; Sserafimowitsch, A.: Russische Erzählungen, Hamburg, C. Hoym Nachf., 1923.

Nitzsche, Gerhard; Pikarski, Margot (Hrsg.): Tarnschriften der KPD aus dem antifaschistischen Widerstandskampf. Originalgetreue Reproduktionen von 12 Heften aus den Jahren 1935/1936, Berlin (Ost), Dietz, 1986.

Nollau, Günther: Die Internationale, Köln, Kiepenheuer & Witsch, 1959.

Nollau, Günther: Die Komintern. Vom Internationalismus zur Diktatur Stalins, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, 1964.

Nosač, V.I.; Zvereva, N.D.: Stalinizm i razgrom avangarda profsojuzov, Moskva, Izd. dom „ATISO“, 2009.

Nötzel, Karl: Gegen den Kultur-Bolschewismus, München, P. Müller, 1930.

Nowak, Karl Friedrich: Versailles, Berlin, Verlag für Kulturpolitik, 1927.

Nuß-Michel, Angela: Die Moskauer Zeitschriften „Internationale Literatur“ und „Das Wort“ während der Exil-Volksfront. 1936–1939. Eine vergleichende Analyse, Frankfurt am Main u.a., Peter Lang, 1987.

Oberman, K. [d. i. Karl Obermann]: K istorii rannego perioda nemeckogo rabočego dviženija. Rabočee dviženie v novoe vremja (1833–1836), Moskva, 1964.

Ochotin, Nikita; Roginski, Arseni: Zur Geschichte der „deutschen Operation“ des NKWD 1937–1938. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2000/2001), S. 89–125.

Oltmann, Joachim: Das Paradepferd der Totalitarismustheorie. Der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter im November 1932. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 27 (1982), 11, S. 1374–1390.

Orlow, Dietrich: The History of the Nazi Party. Bd. 2: 1933–1945, Pittsburgh, University of Pittsburgh Press, 1973.

Ortner, Eugen: Der Mord am Polizeiagenten Blau, Berlin, Verlag Die Schmiede, 1924.

Orwell, George: Mein Katalonien, Zürich, Diogenes, 1975.

Orwell, George: Notes on Nationalism (London 1945), http://www.orwell.ru/library/essays/nationalism/english/e_nat.

Osterroth, Franz; Schuster, Dieter: Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Berlin [u.a.] 2. Vom Beginn der Weimarer Republik bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. 3., unveränderte Auflage, 1980; electronic edition, Bonn, FES, 2001, http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/chronik/band2/e235f1120.html.

Otten, Uschi: „Den Tagen, die kommen, gewachsen sein“. Die Lebensgeschichte der Zenzl Mühsam, http://alte.kpoe.at/bund/archiv/Stalinismus/muehsam.htm.

Otto, Wilfriede: Erich Mielke. Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten, Berlin, Dietz, 2000.

Overy, Richard: Russia's War, London, Allen Lane, Penguin Press, 1997.
Overy, Richard: The Morbid Age. Britain and the Crisis of Civilisation. 1919–1939, London, Penguin, 2009.
Paetel, Karl O.: Jugend in der Entscheidung. 1913–1933–1945, Bad Godesberg, Voggenreiter, 1963.
Palmier, Jean Michel: Einige Bemerkungen zu den Propagandamethoden Willi Münzenbergs, in: Schlie/ Roche: Willi Münzenberg, S. 52.
Palmier, Jean Michel: Weimar in Exile. The Antifascist Emigration in Europe and America, London, Verso, 2006.
Pankratova, Anna M. (Hrsg.): Rabočee dviženie v Rossii v XIX veke. Sbornik dokumentov i materialov. Bd. 2, Moskva, Gospolitizdat, 1950.
Panné, Jean-Louis: Boris Souvarine. Le Premier désenchanté du communisme, Paris, Robert Laffont, 1993.
Pantsov, Alexander: The Bolsheviks and the Chinese Revolution. 1919–1927, Richmond (Surrey), Curzon Press, 2000.
Pardon, Inge; Shurawljow, Waleri W. (Hrsg.): Lager, Front oder Heimat. Deutsche Kriegsgefangene in Sowjetrussland 1917 bis 1920. Bd. 1: Dokumente 1917 bis 1919. Bd. 2: Dokumente 1920. Anhang, München u.a., Saur, 1994.
Patka, Markus G.: Egon Erwin Kisch. Stationen im Leben eines streitbaren Autors, Wien u.a., Böhlau, 1997.
Patriarca, Fátima: Sindicatos contra Salazar. 1930–1947, Lisboa, Imprensa de Ciências Sociais, 2000.
Pätzold, Kurt; Rosenfeld, Günter (Hrsg.): Sowjetstern und Hakenkreuz 1938 bis 1941. Dokumente zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen, Berlin (Ost), Akademie-Verlag, 1990.
Pätzold, Kurt; Schwarz, Erika (Hrsg.): Europa vor dem Abgrund. Das Jahr 1935. Eine nicht genutzte Chance, Köln, Papyrossa, 2005.
Peglau, Andreas: Unpolitische Wissenschaft? Wilhelm Reich und die Psychoanalyse im Nationalsozialismus. Mit einem Vorwort von Helmut Dahmer und einem ausführlichen Dokumentenanhang, Gießen, Psychosozial-Verlag, 2013. (Bibliothek der Psychoanalyse).
Pelt, Wim: Vrede door Revolutie. De CPN tijdens het Molotov-Ribbentrop Pact 1939–1941, 's-Gravenhage, SDU uitgeverij, 1990.
Pernau, Margrit: Transnationale Geschichte, Göttingen, Vandenhoek & Ruprecht, 2011. (Grundkurs Neue Geschichte).
Pervyj s''ezd RSDAP. Mart 1898 goda. Dokumenty i materialy, Moskva, Gospolitizdat, 1958.
Peschanski, Denis: La France des Camps. L'internement. 1938–1946, Paris, Gallimard, 2002 (La suite des temps).
Petersson, Fredrik: „We Are Neither Visionaries Nor Utopian Dreamers". Willi Münzenberg, the League against Imperialism, and the Comintern, 1925–1933, Doctoral Thesis, Åbo Akademi University, 2013, http://doria17-kk.lib.helsinki.fi/bitstream/handle/10024/90023/petersson_fredrik.pdf?sequence=2.
Petersson, Fredrik: Willi Münzenberg, the League against Imperialism, and the Comintern, 1925–1933, 2 Bde., Queenston, Edwin Mellen Press, 2013.
Petrone, Karen: Life Has Become More Joyous, Comrades. Celebrations in the Time of Stalin, Bloomington, Indiana University Press, 2000.
Petrov, Vladimir: Iz istorii otnošenij meždu SSSR i fašistskoj Germaniej. Dokumenty i sovremennye kommentarii, New York, Chronika, 1970.
Petzold, Joachim: Die Dolchstoßlegende. Eine Geschichtsfälschung im Dienst des deutschen Imperialismus und Militarismus, Berlin (Ost), Akademie-Verlag, 1963.
Peukert, Detlev: Die Kommunistische Partei Deutschlands im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933–1945, Wuppertal, Hammer, 1980.

Peukert, Detlev J. K.: Volksfront und Volksbewegungskonzept im kommunistischen Widerstand. In: Schmädeke/Steinbach: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S. 875–888.
Pfeil, Ulrich: Das Pariser Auslandssekretariat der KPD im August/September 1939. Ein neuralgischer Punkt in der Geschichte des deutschen Kommunismus. in: Anne Saint Sauveur Henn (Hrsg.): Fluchtziel Paris. Die deutschsprachige Emigration 1933–1940, Berlin, Metropol, 2002, S. 137–152.
Piazza, Hans (Hrsg.): Die Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit. 1927–1937. Zur Geschichte und Aktualität einer wenig bekannten antikolonialen Weltorganisation. Protokoll einer wissenschaftlichen Konferenz am 9. und 10. Februar 1987 an der Karl Marx-Universität in Leipzig, Leipzig, Karl-Marx Universität, 1987.
Pieck, Wilhelm: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf. Referat und Schlusswort auf der Brüssler Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, Strasbourg, Editions Prométhée, 1935.
Pieck, Wilhelm: Wir kämpfen für ein Räte-Deutschland. Der revolutionäre Kampf der deutschen Arbeiterklasse unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen die faschistische Diktatur. Bericht über die Tätigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands, Moskau-Leningrad, Verlagsgenossenschaft Ausländischer Arbeiter in der UdSSR, 1934.
Pieck, Wilhelm: Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. 30 Jahre Kampf, Berlin (Ost), Dietz, 1949.
Pietrow, Bianka: Stalinismus, Sicherheit, Offensive. Das „Dritte Reich“ in der Konzeption der sowjetischen Außenpolitik 1933–1941, Melsungen, Schwartz, 1983. (Kasseler Forschungen zur Zeitgeschichte. 2).
Pietrow-Ennker, Bianka (Hrsg.): Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, Frankfurt am Main, Fischer, 2000.
Pikarski, Margot; Uebel, Günter (Hrsg.): Der antifaschistische Widerstandskampf der KPD im Spiegel des Flugblattes 1933–1945, Berlin (Ost), Dietz, 1978.
Pikarski, Margot; Warning, Elke (Hrsg.): Gestapo-Berichte über den antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1933 bis 1945, 3 Bde., Berlin (Ost), Dietz-Verlag, 1989–1990.
Pikarski, Margot; Uebel, Günter: Die KPD lebt. Flugblätter aus dem antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1933–1945, Berlin (Ost), Dietz, 1980.
Pike, David: Deutsche Schriftsteller im sowjetischen Exil 1933–1945, Frankfurt am Main, Suhrkamp, 1981.
Pirker, Theo: Komintern und Faschismus. Dokumente zur Geschichte und Theorie des Faschismus, Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt, 1965.
Pirker, Theo: Utopie und Mythos der Weltrevolution. Zur Geschichte der Komintern 1920–1960, München, Deutscher Taschenbuch-Verlag, 1964.
Pirol, Moritz: Halalí. Zehn Porträts, Hamburg, Orpheus und Söhne Verl., 2009.
Piscator, Erwin: Zeittheater. „Das politische Theater“ und weitere Schriften von 1915 bis 1966, Reinbek bei Hamburg, Rowohlt, 1986.
Pjatnizki, O.: Die Arbeit der Kommunistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands und die Aufgaben der Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung, Moskau, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, 1932.
Pjatnizki, O.: Die gegenwärtige Lage in Deutschand. Ergänztes Stenogramm eines Referats in der „Internationalen Leninschule“ vom 11. April 1933, Moskau-Leningrad, Verlagsgenossenschaft Ausländischer Arbeiter in der UdSSR, 1933 .
Placzek, Beverly R. (Hrsg.): Zeugnisse einer Freundschaft. Der Briefwechsel zwischen Wilhelm Reich und Alexander S. Neill 1936–1957, Köln, Kiepenheuer & Witsch, 1989.
Platten, Fritz N.: Heinz Neumann. Vom Zürcher Regen in die Moskauer Traufe. In: Weber/Mählert: Terror, S. 167–185.

Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition). Beschlossen auf der dritten Reichskonferenz zu Berlin, Dezember 1930, o.O., o.J.
Plechanov, G. V.: Mysli i zametki o II Internacionale, Moskva, Krasnaja nov', 1923.
Plener, Ulla (Hrsg.): Max Hoelz. „Ich grüße und küsse Dich – Rotfront!". Tagebücher und Briefe. Moskau 1929–1933, Berlin, Dietz, 2005.
Plener, Ulla; Mussienko, Natalia: Verurteilt zur Höchststrafe. Tod durch Erschießen. Todesopfer aus Deutschland im Großen Terror in der Sowjetunion 1937/38, Berlin, Dietz, 2006.
Plum, Werner (Hrsg.): Die „Grünen Berichte" der Sopade. Gedenkschrift für Erich Rinner, Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung, 1984.
Pokrovskij, N. N.: O principach izdanija dokumentov XX veka. In: Voprosy istorii (1999), Nr. 6, S. 32–45.
Ponomarev, Boris N.; Timofejev, T. T.; Sobolev, A. I. (Hrsg.): Die Internationale Arbeiterbewegung. Fragen der Geschichte und der Theorie in sieben Bänden. Einführung von Akademiemitglied A. N. Ponomarev. 7 Bde. Bd. 1: Entstehung des Proletariats und sein Werden als Revolutionsklasse. Bd. 2: Die Arbeiterbewegung in der Periode des Übergangs zum Imperialismus. Bd. 3: Beginn der Revolutionskämpfe des 20. Jahrhunderts, Moskau, Progress, 1980–1985.
Popov, Blagoj S.: Ot procesa v Lajpcig do lagerite v Sibir, Sofija, Izdatelstvo Christo Botev, 1991.
Popov, Blagoj S.: Za da ne se povtori nikoga veče, Paris, Krassimir Péev, 1981.
Popov, N. V. (Hrsg.): Otkryvaja novye stranicy… Meždunarodnye voprosy. Sobytija i ljudi, Moskva, Izdatelstvo političeskoj literatury, 1989.
Posser, Dieter: Deutsch-sowjetische Beziehungen 1917–1941, Frankfurt am Main, Stimme-Verlag, 1963.
Poulantzas, Nikos: Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, München, Trikont, 1973.
Požarskaja, S. P.; Saplin, A. I. (Hrsg.): Komintern i graždanskaja vojna v Ispanii. Dokumenty, Moskva, Nauka, 2001.
Preston, Paul: We Saw Spain Die. Foreign Correspondents in the Spanish Civil War, London, Constable, 2008.
Priestland, David: The Red Flag. Communism and the Making of the Modern World, London, Lane, 2009.
Pritt, D. N.: Der Reichstagsbrand. Die Arbeit des Londoner Untersuchungsausschusses, Berlin (Ost), Kongress-Verlag, 1960.
Pritt, Denis Nowell: Der Sinowjew-Prozeß. Von Kronanwalt D. N. Pritt, Mitglied des Englischen Unterhauses, Prag, Kreibich, [1936].
Programm der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Hrsg. im Mai 1920, o. O., o. J.
Programm der Kommunistischen Internationale. Angenommen vom VI. Weltkongress am 1. September 1928 in Moskau. Anhang: Statuten der Kommunistischen Internationale, Hamburg-Berlin, Verlag Carl Hoym Nachf., 1928.
Protiv vojny. Vopros o vojne na VIII. plenume Ispolkoma Kominterna, Moskva-Leningrad, Gosizdat, 1928.
Protokoll der Erweiterten Exekutive (Februar/März 1926), Hamburg-Berlin, Hoym, 1926.
Protokoll der Internationalen Konferenz der drei internationalen Exekutivkomitees in Berlin vom 2. bis 5. April 1922. Herausgegeben vom Neunerkomitee der Konferenz, Wien, Verlag des Neunerkomitees in Kommission bei der Wiener Volksbuchhandlung, 1922. (Reprint: Berlin-Bonn, J.H.W.Dietz Nachf., 1980).
Protokoll der Konferenz der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale. Moskau, 12.–23. Juni 1923, Hamburg, Hoym, 1923.

Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Berlin-Wedding, 9. bis 16. Juni 1929, Berlin, Internationaler Arbeiter-Verlag, 1929.
Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale (20.6.–12.7.1921, Moskau), Hamburg, Verlag der Kommunistischen Internationale, 1921.
Protokoll des vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale. Petrograd-Moskau vom 5. November – 5. Dezember 1922, Hamburg, Hoym, 1923. (Bibliothek der Kommunistischen Internationale. 38).
Protokoll des 6. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Juli-September 1928. Hamburg-Berlin, Verlag der Kommunistischen Internationale, 1928.
Protokoll des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Moskau 25. Juli – 20. August 1935 (Ungekürzte Ausgabe, 2. Auflage), 2 Bde., Stuttgart, Neuer Weg, 1975.
Protokoll des Internationalen Arbeiter-Congresses zu Paris. Abgehalten vom 14. bis 20. Juli 1889. Deutsche Übersetzung. Mit einem Vorwort von Wilhelm Liebknecht, Nürnberg, Wörlein & Comp., 1890.
Protokoll des internationalen Sozialistischen Arbeiter-Kongresses. In der Tonhalle Zürich vom 6. bis 12. August 1893, Zürich, Buchhandlung des Schweizerischen Gruetlivereins, 1894.
Protokoll. 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Juli 1929, Hamburg-Berlin , Hoym, [1929].
Protokoll. Fünfter Kongress der Kommunistischen Internationale. 2 Bde., Hamburg, Carl Hoym Nachf., 1924.
Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Bd. 3, Glashütten im Taunus, Auvermann, 1976.
Prozessbericht über die Strafsache des antisowjetischen „Blocks der Rechten und Trotzkisten“. Verhandelt vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR vom 2.–13. März 1938 gegen N.I.Bucharin u.a., Moskau, Volkskommissariat für Justizwesen der UdSSR, 1938.
Prozessbericht über die Strafsache des sowjetfeindlichen trotzkistischen Zentrums, verhandelt vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR vom 23.–30. Januar 1937, Moskau, Volkskommissariat für Justizwesen der UdSSR, 1937.
Prozessbericht über die Strafsache des trotzkistisch-sinowjewistischen terroristischen Zentrums, verhandelt vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR, 19.–24. August 1936, Moskau, Volkskommissariat für Justizwesen der UdSSR, 1936.
Pufendorf, Astrid: Otto Klepper. 1888–1957. Deutscher Patriot und Weltbürger, München, Oldenbourg, 1997. (Studien zur Zeitgeschichte. 54).
Pundeff, Marin: Dimitrov at Leipzig. Was There a Deal? In: Slavic Review (1986), 3, S. 545–549.
Puschnerat, Tânja: Clara Zetkin. Bürgerlichkeit und Marxismus. Eine Biographie, Essen, Klartext, 2003. (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen. Schriftenreihe A: Darstellungen. 25).
Pütter, Conrad: Rundfunk gegen das „Dritte Reich“. Ein Handbuch. Unter Mitwirkung von Ernst Loewy und mit einem Beitrag von Elke Hilscher, München u.a., K.G.Saur, 1986.
Rabinbach, Anson: Van der Lubbe – ein Lustknabe Röhms? Die politische Dramaturgie der Exilkampagne zum Reichstagsbrand. In: Susanne zur Nieden (Hrg.): Homosexualität und Staatsraison. Männlichkeit, Homophobie und Politik in Deutschland 1900–1945, Frankfurt am Main, Campus, 2005, S. 193–213.
Raddatz, Fritz J.: Vom Versagen der Linken. Ein Zeit-Gespräch mit Karl August Wittfogel. In: Die Zeit, 2.3.1979.
Radek, Karl: Die taktischen Differenzen in der V.K.P.D. Soll die V.K.P.D. eine Massenpartei der revolutionären Aktion oder eine zentrische Partei des Wartens sein?, Hamburg, Verlag der Kommunsitischen Internationale, 1921.

Radek, Karl: Germanskaja revoljucija, Moskva-Leningrad, Gosudarstvennoe Izdatel'stvo, 1925.
[Radek, Karl]: Karl Radek in der „Russischen Korrespondenz". Politische Zeitschrift aus Sowjetrussland (1921–1922), Köln, Neuer ISP-Verlag, 1999 [Repr. der 1. Aufl. 1920].
Radek, Karl: Leo Schlageter. Der Wanderer ins Nichts. Rede auf der Sitzung der Erweiterten Exekutive der Komintern am 20. 6. 1923. In: Radek, Karl; Frölich, Paul; Reventlow, Graf Ernst von; Möller van den Bruck, Arthur: Schlageter. Kommunismus und nationale Bewegung, Berlin, Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, 1923³.
Radek, Karl: Portraits and Pamphlets. With an Introduction by A.J. Cummings and Notes by Alec Brown, New York, R.M. McBride, 1935.
Radek, Karl: Soll die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands eine Massenpartei der revolutionären Aktion oder eine zentristische Partei des Wartens sein?, Hamburg o. J. (Vorwort April 1921). (2. Aufl. „mit einem Nachwort des Verfassers, Moskau, 1. Mai 1921".)
Radzichovskij, Leonid: Bliznecy-brat'ja. In: Stolica (1992), 26, S. 6–7.
Rapport de l'émissaire du Komintern, Bohumír Šmeral, sur son séjour à Paris en 1937. In: Communisme (1994), 38/39, S. 66–92.
Rasche, Emil: Die sechste Großmacht. Männer und Mächte um Erdöl, Frankfurt am Main, Büchergilde Gutenberg, 1951.
Rauch, Georg von: Stalin und die Machtergreifung Hitlers. In: Werner Markert (Hrsg.): Deutsch-Russische Beziehungen. Von Bismarck zur Gegenwart, Stuttgart, W. Kohlhammer, 1964, S. 117–140.
Rauschning, Hermann: Gespräche mit Hitler, Zürich, Europaverlag, 1940.
Ray, Roland: Annäherung an Frankreich im Dienste Hitlers? Otto Abetz und die deutsche Frankreichpolitik 1930–1942, München, Oldenbourg, 2000. (Studien zur Zeitgeschichte. 59).
Raymond, P. D.: Witness and Chronicler of Nazi-Soviet Relations. The Testemony of Evgeny Gnedin (Parvus). In: The Russian Review 44 (1985), S. 379–395.
Razumov, A.Ja. (Hrsg.): Leningradskij martirolog 1937–1938. Kniga pamjati žertv političeskich repressij. Bd. 2: Oktjabr' 1937 goda, Sankt-Peterburg, Izdatel'stvo Rossijskoj nacional'noj biblioteki, 1996.
Regler, Gustav: The Great Crusade, New York, Longmans, 1940 (Das große Beispiel. Roman einer Internationalen Brigade, Köln, Kiepenheuer & Witsch, 1976).
Reimann, Günter: Bemerkungen zum Dokument „Versöhnlermaterial" im „Newsletter". In: The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism (1996), 7/8, S. 105f.
Reimann, Günter; Broué, Pierre: About the Soviet Spring of the Year 1932. In: The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism 1 (1992/1993), 3/4, S. 35–40; 2 (1994/1995), 5/6, S. 83–86.
Reiman, Michal: Die Geburt des Stalinismus. Die UdSSR am Vorabend der „zweiten Revolution", Frankfurt am Main, Europäische Verlagsanstalt, 1979.
Reinalda, Bob (Hrsg.): The International Transportworkers Federation (ITF), 1914–1945. The Edo Fimmen Era, Amsterdam, Stichting beheer IISG, 1997.
Reinhard, Wilhelm: Die Wehen der Republik, Berlin, Brunnen-Verlag Bischoff, 1933.
Reisberg, Arnold: An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland 1921–1922. Ein Beitrag zur Erforschung der Hilfe W. I. Lenins und der Komintern für die KPD, 2 Bde., Berlin (West), Das Europäische Buch, 1971.
Reisberg, Arnold: Ein neuer Brief W.I. Lenins über die Taktik der Kommunistischen Internationale. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 7 (1965), 4, S. 686–691.
Reissner, Larissa: Hamburg auf den Barrikaden. Erlebtes und Erhörtes aus dem Hamburger Aufstand 1923, Berlin, Neuer Deutscher Verlag, 1923.

Remer, Claus: Deutsche Arbeiterdelegation in der Sowjetunion. Die Bedeutung der Delegationsreisen für die deutsche Arbeiterbewegung in den Jahren 1925/1926, Berlin (Ost), Rütten und Loening, 1963 (Phil. Diss., Leipzig, 1960).
Remer, Claus: Die drei großen Arbeiterdelegationen nach der Sowjetunion. 1925–1927. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (1956), 2, S. 343–365.
Remmele, Hermann:Die Sowjetunion, 2 Bde., Hamburg-Berlin, C.Hoym, 1932.
Remmele, Hermann: Sowjetstern oder Hakenkreuz? Die Rettung Deutschlands aus der Youngsklaverei und Kapitalsknechtschaft, Berlin, Internationaler Arbeiter-Verlag, 1930.
Remmele, Hermann: Kapitalistischer Zusammenbruch in Deutschland, Sozialistischer Aufbau in der Sowjetunion. Rede auf dem Plenum des ZK der KPD am 14. und 15. Mai 1931, Berlin, Internationaler Arbeiter-Verlag, 1931.
Renn, Ludwig: Der spanische Krieg. Dokumentarischer Bericht, Berlin (-Ost), Aufbau-Verlag, 1955. Erstveröffentlichung nach dem ursprünglichen Manuskript, herausgegeben von Günther Drommer, Berlin, Das Neue Berlin, 2006.
Reports by British Officers on the Economic Conditions Prevailing in Germany. London, Dezember 1918 – March 1919, London, H.M.S.O., 1919.
Rešin, Leonid E. u.a. (Hrsg.): 1941 god, 2 Bde., Moskva, Fond “Demokratija”, 1998.
Retzlaw, Karl: Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Frankfurt am Main, Verlag Neue Kritik, 1971 (2. Aufl. 1985).
Reuter, Elke; Hedeler, Wladislaw; Helas, Horst; Kinner, Klaus (Hrsg.): Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg, Berlin, Dietz, 2003. (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. 4).
Reznik, Aleksandr: Trockizm i Levaja Oppozicija v RKP(b) v 1923–1924 godu, Moskva, Svobodnoe marksistskoe izdatel’stvo, 2010.
Richter, Rolf: Willi Bredel. Ein deutscher Weg im 20. Jahrhundert, Rostock, Neuer Hochschulschriftenverlag, 1998.
Ricke, Gabriele: Die Arbeiter-Illustrierte-Zeitung. Gegenmodell zur bürgerlichen Illustrierten. Vorwort von Peter Brückner, Hannover, Internationalismus-Verlag, 1974.
Riddell, John (Hrsg.): Founding the Communist International. Proceedings and Documents of the 1st Congress, March 1919, New York, Anchor Foundation, 1987. (The Communist International in Lenin’s Time).
Riddell, John (Hrsg.): To See the Dawn. Baku. 1920. First Congress of the Peoples of the East, New York u. a., Pathfinder, 1993. (The Communist International in Lenin’s Time).
Riechers, Christian: Die Niederlage in der Niederlage. Texte zur Arbeiterbewegung, Klassenkampf, Faschismus. Herausgegeben, eingeleitet und kommentiert von Felix Klopotek, Münster, Unrast-Verlag, 2009. (Dissidenten der Arbeiterbewegung. 1).
Robel, Gert: Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Antifa, München, Verlag Ernst und Werner Gieseking, 1974.
Robrieux, Philippe: Histoire Intérieure du Parti Communiste Français, 4 Bde., Paris, Fayard, 1980–1984.
Rocker, Rudolf: Der Leidensweg von Zensl Mühsam, Frankfurt am Main, Verlag Die Freie Gesellschaft, 1949.
Röder, Werner; Strauss, Herbert A. e.a.: Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 1, München-New York u.a., K.G. Saur, 1980.
Rogowin, Wadim S.: 1937. Jahr des Terrors, Essen, Arbeiterpresse, 1998.
Rogovin, Vadim: Mirovaja revoljucija i mirovaja vojna, Moskva, Novosti, 1998.
Rogovin, Vadim: Vor dem grossen Terror. Stalins Neo-NÖP, Essen, Arbeiterpresse Verlag, 2000.
Rohe, Karl: Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf, Droste, 1966.

Röhl, Klaus Rainer: Nähe zum Gegner. Kommunisten und Nationalsozialisten im Berliner BVG-Streik von 1932, Frankfurt am Main-New York, Campus Verlag, 1994.
Rohrwasser, Michael: „Die Deutschen in Verzückung". Der Moskauer Schriftstellerkongress 1934 und seine deutschen Gäste. In: Exil (1990), 2, S. 45–58.
Rokitjanskij, Jakov G.: Gumanist oktjabr'skoj epochi. Akademik D.B. Rjazanov. Social-demokrat, pravozaščitnik, učenyj, Moskva, Sobranie, 2009.
Rokitanskij, Jakov G.; Müller, Reinhard: Krasnyj dissident. Akademik Rjazanov – opponent Lenina, žertva Stalina, Biografičeskij očerk, Dokumenty, Moskva, Izdat. Academia, 1996. (Vremena i nravy. Memuary. pis'ma. dnevniki).
Römer, Susanne; Coppi, Hans (Hrsg.): „Aufbruch". Dokumentation einer Zeitschrift zwischen den Fronten, Koblenz, Verlag Dietmar Fölbach, 2001.
Romerstein, Herbert; Breindel, Eric: The Venona Secrets. Exposing Soviet Espionage and America's Traitors, Washington DC, Regnery, 2000.
Roos, Hans: Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1931–1939, Tübingen, 1965².
Rosenbaum, Kurt: Community of Fate. German-Soviet Diplomatic Relations 1922–1928, Syracuse, Syracuse University Press, 1965.
Rosenbaum, Kurt: The German Involvment in the Shakhty Trial. In: Russian Review 21 (1962), S. 238–260.
Rosenberg, Arthur: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt am Main, Europäische Verlagsanstalt, 1955.
Rosenhaft, Eve: Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik und das Problem des Terrors in der ‚Dritten Periode'. 1929–1933. In: Wolfgang J. Mommsen, Gerhard Hirschfeld (Hrsg.): Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart, Klett-Cotta, 1982, S. 394–421.
Rosenfeld, Günter: Sowjet-Russland und Deutschland. Bd. 1: 1917–1922, Berlin (Ost), Akademie-Verlag, 1984.
Rothschild, Joseph: The Communist Party of Bulgaria. Origins and Development 1883–1936, New York, Columbia University Press, 1959.
Rotštejn, F. A. [später Theodore Rothstein]: Očerki po istorii rabočego dviženija v Anglii, Moskva-Leningrad, Gosizdat, 1925.
Rowe, David E.; Schulmann, Robert J.: Einstein on Politics. His Private Thoughts and Public Stands on Nationalism, Zionism, War, Peace, and the Bomb, Princeton, Princeton University Press, 2007.
Rowecki, Stefan: Walki uliczne, Warszawa, Wojskowy Instytut Naukowo-Wydawniczy, 1928.
Rozanov, German L.: Stalin-Gitler. Dokumental'nyj očerk sovetsko-germanskich diplomatičeskich otnošenij. 1939–1941 gg., Moskva, Meždunarodnye otnošenija, 1991.
Rübner, Hartmut: Das Bordzellenbuch des Dampfers Bockenheim. In: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit 17 (2003), S. 131–149.
Rübner, Hartmut: Interklub, Bordzelle, revolutionärer Seeleutestreik. Die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition" in der Seeschiffahrt während der Weltwirtschaftskrise. In: Archiv fuer die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit 17 (2003), S. 101–130.
Rudolf, A.: Abschied von Sowjet-Russland. Tatsachenroman, Zürich, Schweizer Spiegel, 1936.
Ruge, Wolfgang: Deutschland von 1917 bis 1933. Von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis zum Ende der Weimarer Republik, Berlin (Ost), Deutscher Verlag der Wissenschaften, 1967.
Ruge, Wolfgang: Novemberrevolution. Die Volkserhebung gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus 1918–19, Berlin (Ost), Dietz, 1978.
Ruland, Herbert: Analyse und Strategien zur Verhinderung und Überwindung des Faschismus in den Schriften Fritz Sternbergs. In: Helga Grebing (Hrsg.): Fritz Sternberg (1895–1963). Für die Zukunft des Sozialismus, Köln, Bund-Verlag, 1981, S. 76–117.

Rupnik, Jacques: Histoire du Parti communiste tchécoslovaque. Des origines à la prise du pouvoir, Paris, Presse de la Fondation nationale des sciences politiques, 1981.
Rürup, Reinhard: Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19, Wiesbaden, Steiner, 1968.
Rußland. Offizieller Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation nach Rußland und dem Kaukasus im November und Dezember 1924, Berlin, Neuer Deutscher Verlag, 1925.
Rybalkin, Jurij: Operacija „X". Sovetskaja voennaja pomošč' respublikanskoj Ispanii, Moskva, AIRO-XX, 2000.
Saage, Richard (Hrsg.): Solidargemeinschaft und Klassenkampf. Politische Konzeptionen der Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen, Frankfurt am Main, Suhrkamp, 1986.
Sabrow, Martin: Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969, München, Oldenbourg, 2001.
Sandvoß, Hans-Rainer: Die „andere" Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945, Berlin, Lukas Verlag, 2007.
Saß, Anne-Christin: Berliner Luftmenschen. Osteuropäisch-jüdische Migranten in der Weimarer Republik, Göttingen, Wallstein, 2012.
Sasse, Dirk: Franzosen, Briten und Deutsche im Rifkrieg 1921–1926. Spekulanten und Sympathisanten, Deserteure und Hasardeure im Dienste Abdelkrims, München, Oldenbourg, 2006. (Pariser Historische Studien).
Sassning, Ronald: Die Verhaftung Ernst Thälmanns und der „Fall Kattner". Hintergründe, Verlauf, Folgen. Teil I und II, Berlin, „Helle Panke" zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V., 1998. (Pankower Vorträge. 11/1–2).
Sassning, Ronald: Rückblicke auf Ernst Thälmann. Der Umgang mit dem KPD-Führer im Widerstreit der Meinungen, Jena, Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, 2006.
Sassning, Ronald: Thälmann, Dünow, Wehner, Mewis. Bilder mit Radierungen. Vom Kippenberger-Apparat zum IM-System Mielkes. In: Utopie kreativ (2000), Nr. 115/116, S. 558–583, http://www.rosalux.de/publication/14107/thaelmann-duenow-wehner-mewis-bilder-mit-radierungen-vom-kippenberger-apparat-zum-im-system-mi.html.
Sassning, Ronald: Zur NS-Haftzeit Ernst Thälmanns. Legenden und Wirklichkeit, Berlin, „Helle Panke" zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V., 1997. (Pankower Vorträge. 6).
Sauer, Bernhard: Goebbels' „Rabauken" Zur Geschichte der SA in Berlin-Brandenburg. In: Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin (2006), S. 107–164.
Savinkov, Boris V.: Bor'ba s bol'ševikami, Varšava, Izdatel'stvo Russkogo političeskogo komiteta, 1920.
Schafranek, Hans: Am Beispiel der Moskauer Hitler-Jugend (1938). Mechanismen des Terrors der stalinistischen Geheimpolizei. In: Jahrbuch Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (1999), S. 124–160.
Schafranek, Hans: Die illegale Tätigkeit Franz Zielaskos im Ruhrgebiet 1943. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 41 (2005), 4, S. 450–470.
Schafranek, Hans: Sommerfest mit Preisschießen. Die unbekannte Geschichte des NS-Putsches im Juli 1934, Wien, Czernin Verlag, 2006.
Schafranek, Hans: Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland 1937–1941, Frankfurt am Main, ISP, 1990.
Schapiro, Leonard: Die Geschichte der KPdSU, Frankfurt am Main, Fischer, 1961.
Scharrer, Manfred: Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, Stuttgart, Ed. Cordeliers, 1985².
Schattenberg, Susanne: Stalins Ingenieure. Lebenswelten zwischen Technik und Terror in den 1930er Jahren, München, Oldenbourg, 2002. (Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit. 11).

Scheck, Frank Rainer (Hrsg.): Erobert die Literatur! Proletarisch-revolutionäre Literaturtheorie und -debatte in der Linkskurve 1929–1932, Köln, Kiepenheuer & Witsch, 1973.

Scheffer, Paul: Augenzeuge im Staate Lenins. Ein Korrespondent berichtet aus Moskau. 1921–1930. Mit einer Einleitung von Margret Boveri, München, Piper, 1972.

Scheringer, Richard: Das große Los. Unter Soldaten, Bauern und Rebellen, München, Damnitz Verlag, 1979.

Scheringer, Richard: Grüner Baum auf rotem Grund. Unter Soldaten, Bauern und Rebellen, Jubiläumsausgabe zum 100. Geburtstag des Autors, Rostock, BS-Verlag, 2004.

Scherner, Erhard: Die Fronten gingen durcheinander... Ein Interview zu den Auskünften Ludwig Kroeber-Keneths aus Kronberg über seine und Alfred Kurellas Reise 1919 nach Sowjetrußland. In: Utopie kreativ (2008), Nr. 7–8, S. 662–690.

Schick, Günter: Bibliographie deutschsprachiger Veröffentlichungen der „Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR“ Moskau, Leningrad, Berlin, Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bibliothek, 1992. (Bibliographische Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. 10).

Schickel, Matthias: Zwischen Wilson und Lenin. Die Anfänge der globalen Blockbildung in den Jahren 1917–1919. Dargestellt am Beispiel des amerikanischen Diplomaten William Christian Bullitt, Hamburg, Kovač, 2005. (Studien zur Zeitgeschichte. 45).

Schiffers, Reinhard: Elemente direkter Demokratie im Weimarer Regierungssystem, Düsseldorf, Droste, 1971.

Schilde, Kurt: ‚Sanitätskolonne im Klassenkampf‘. Die Internationale Rote Hilfe und ausgewählte nationale Sektionen im Vergleich. In: Sabine Hering/Berteke Waaldijk (Hrsg.): Die Geschichte der Sozialen Arbeit in Europa. 1900–1960. Wichtige Pionierinnen und ihr Einfluss auf die Entwicklung internationaler Organisationen, Opladen, Verlag Leske + Budich, 2002, S. 135–146.

Schilde, Kurt: „Schafft Rote Hilfe!“ Die kommunistische „Wohlfahrtsorganisation“ Rote Hilfe Deutschlands. In: Hering/Schilde: Die Rote Hilfe, S. 31–56.

Schiller, Dieter: Der Pariser Schutzverband Deutscher Schriftsteller (Société allemande des gens de lettre, siège Paris). Eine antifaschistische Kulturorganisation im Exil. In: Id.: Der Traum von Hitlers Sturz, S. 85–104.

Schiller, Dieter: Der Traum von Hitlers Sturz. Studien zur deutschen Exilliteratur 1933–1945, Frankfurt am Main e.a., Lang, 2010.

Schiller, Dieter: Die „Volksfront-Sache“ – „moralisch zerstört“? Aus dem redaktionellen Briefwechsel von Leopold Schwarzschilds Neuem Tage-Buch im Jahr 1937. In: Exilforschung. Ein Internationales Jahrbuch 12 (2004), S. 248–259.

Schiller, Dieter: Schutzverband Deutscher Schriftsteller, Sektion Frankreich (SDS). In: Barck/Schlenstedt/Bürger u.a.: Lexikon sozialistischer Literatur, S. 424–427.

Schiller, Dieter: Verlage. In: Claus-Dieter Krohn, Patrick von zur Mühlen, Paul Gerhard u.a. (Hrsg.): Handbuch der deutschsprachigen Emigration, Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1998, S. 1122–1144.

Schiller, Dieter: „Wir konnten nicht mit dem K-Unglück rechnen...“. Der Verlag „10. Mai“ in Paris 1938/39. In: Id.: Der Traum von Hitlers Sturz, S. 181–198.

Schindler, Anja: Samuel Glesel. „...dass ich endlich und mit ganzer Kraft für die Partei und die Sowjetunion gewirkt und gestritten habe“. In: Hedeler/Münz-Koenen: „Ich kam als Gast“, S. 57–63.

Schledorn, Uwe: Der Reichstagsabgeordnete und Metallgewerkschaftler Walter Oettinghaus. Das Lebensbild eines westfälischen Arbeiterfunktionärs in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung, Ruhr-Universität Bochum, 1990.

Schlie, Tania; Roche, Simone (Hrg.): Willi Münzenberg. 1889–1940. Ein deutscher Kommunist im Spannungsfeld zwischen Stalinismus und Antifaschismus, Frankfurt am Main, Peter Lang, 1995.
Schlieper, Katharina (Hrsg.): Das deutsche Volk klagt an. Hitlers Krieg gegen die Friedenskämpfer in Deutschland. Ein Tatsachenbericht. Erweiterter Reprint der Originalausgabe von 1936 aus dem Pariser Exil, Hamburg, Laika, 2012.
Schlögel, Karl: Terror und Traum. Moskau 1937, München, Carl Hanser, 2008.
Schlögel, Karl: Von der Vergeblichkeit eines Professorenlebens. Otto Hoetzsch und die deutsche Rußlandkunde. In: Osteuropa 55 (2005), 2, S. 5–28.
Schmädeke, Jürgen; Steinbach, Peter (Hrsg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München, Piper, 1985.
Schmalfuß, Peter: Die internationale Arbeiteranleihe für Sowjetrußland 1921–1923. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 29 (1987), 5, S. 607–620.
Schmeitzner, Mike: Ein deutscher Tschekist der ersten Stunde. In: Heiner Timmermann (Hrsg.): Das war die DDR. DDR-Forschung im Fadenkreuz von Herrschaft, Außenbeziehungen, Kultur und Souveränität, Münster, Lit-Verlag, 2004, S. 167–197.
Schmersal, Helmut: Philipp Scheidemann 1865–1939. Ein vergessener Sozialdemokrat, Frankfurt am Main u. a., Peter Lang, 1999. (Europäische Hochschulschriften. Reihe III, 844).
Schmidt, Walter A.: Damit Deutschland lebe. Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstandskampf 1933–1945, Berlin (Ost), Kongress-Verlag, 1959.
Schmidt-Scheeder, Georg: Reporter der Hölle. Die Propaganda-Kompanien im 2. Weltkrieg. Erlebnis und Dokumentation, Stuttgart, Motorbuch Verlag, 1977.
Schneider, Heinz-Jürgen; Schwarz, Erika; Schwarz, Josef: Die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschlands, Bonn, Pahl-Rugenstein, 2002.
Schneider, Luis Mario; Aznar Soler, Manuel: II Congreso Internacional de Esritores Antifascistas (1937). Ponencias, documentos, testimonios, Valencia, Generalitat Valenciana, 1987.
Schneller, Ernst: Krieg und Kriegsgefahr. Kursus-Material in Anlehnung an die Resolution des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationale vom 30. Mai 1927, o.O., Kommunistische Partei Deutschlands, [1927].
Schoenbaum, David: Hitler's Social Revolution, Garden City (NY), Doubleday, 1966.
Scholdt, Günter: Gustav Regler. Odysseus im Labyrinth der Ideologien. Eine Biographie in Dokumenten, St. Ingbert, Röhrig UniversitätsVerlag, 1998.
Scholz, Arno (Hrsg.): Robert Breuer. Ein Meister der Feder, Berlin, Arani Verlags-Gesellschaft, 1954.
Scholz, Michael F.: Skandinavische Erfahrungen erwünscht? Nachexil und Remigration. Die ehemaligen KPD-Emigranten in Skandinavien und ihr weiteres Schicksal in der SBZ/DDR, Stuttgart, Franz Steiner Verlag, 2000. (Historische Mitteilungen – Beihefte. 37).
Schönhoven, Klaus: Der Heidelberger Programmparteitag von 1925. Sozialdemokratische Standortbestimmung in der Weimarer Republik, Heidelberg, Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, 1995. (Kleine Schriften. 23).
Schrader, Fred: Der Moskauer Prozess 1936. Zur Sozialgeschichte eines politischen Feindbildes, Frankfurt am Main, Campus, 1995.
Schreiber, Matthias: Martin Niemöller, Reinbek bei Hamburg, Rowohlt, 1997.
Schröder, Joachim: Internationalismus nach dem Krieg. Die Beziehungen zwischen deutschen und französischen Kommunisten 1918–1923, Essen, Klartext, 2008.
Schüddekopf, Otto-Ernst: Karl Radek in Berlin. Ein Kapitel deutsch-russischer Beziehungen im Jahre 1919. In: Archiv für Sozialgeschichte 2 (1962), S. 87–166.
Schulze, Hagen (Hrsg.): Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie 1932/1933, Bonn, Verlag Neue Gesellschaft, 1975. (Archiv für Sozialgeschichte. Beiheft 4).

Schumacher, Ernst: „Wir haben gelogen. Wir sind an allem selber schuld.“ Niederschrift eines Gespräches mit Hedwig Remmele. In: Utopie kreativ (1999), 107, S. 61–69.
Schumacher, Horst: Die Kommunistische Internationale (1919–1943). Grundzüge ihres Kampfes für Frieden, Demokratie, nationale Befreiung und Sozialismus, Berlin (Ost), Dietz, 1989².
Schumacher, Horst; Fischer, Konrad; Herbert Mayer u.a. (Hrg.): Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung in Daten, Berlin (Ost), Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Dietz, 1986.
Schumacher, Martin (Hrsg.): M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation, Düsseldorf, Droste, 1994.
Schumann, Hans-Gerd: Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der „Deutschen Arbeitsfront“, Hannover, Goedel, 1958.
Schuster, Kurt G.P.: Der Rote Frontkämpferbund 1924–1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes, Düsseldorf, Droste, 1975. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. 55).
Schütrumpf, Jörn: Für die Versöhnung des Deutschen Volkes. Von Walter (Ulbricht). Für Deutschland, für unser Volk. Ein bedeutsamer Aufruf des ZK der KPD. In: Utopie kreativ (1996), H. 71, S. 36–40.
Schütrumpf, Jörn: Paul Levi unter den „Doppelzünglern“. In: Utopie kreativ (2008), Nr. 209, S. 222–233.
Schütrumpf, Jörn: Versöhnung der antifaschistischen und nationalsozialistischen Massen. In: Utopie kreativ (1996), Nr. 71, S. 28–42.
Schützler, Horst (Hrsg.): Schauprozesse unter Stalin 1932–1952. Zustandekommen, Hintergründe, Opfer, Berlin, Dietz, 1990.
Schwindt, Helmut: Die kommunistische Bewegung im Stadt- und Landkreis Kreuznach (1918/20 bis 1933), Bad Kreuznach, Kreisverwaltung, 2004.
Sedow, Leo: Rotbuch über den Moskauer Prozeß 1936. Trotzkis Sohn klagt an, Frankfurt am Main, ISP, 1988⁴.
Seghers, Anna: Das siebte Kreuz. Ein Roman aus Hitlerdeutschland, México D.F., El Libro Libre, 1942.
Sevost'janov, Grigorij N. (Hrsg.): Moskva-Berlin. Politika i diplomatija Kremlja. 1920–1941. 3 Bde., Moskva, Nauka, 2011.
Sheynis, Zinovy: Maxim Litvinov. Translated from the Russian by Vic Schneierson, Moskva, Progress, 1988.
Shurawljow, Sergej *siehe unter Žuravlev, Sergej V.*
Sie kämpften für Deutschland. Zur Geschichte des Kampfes der Bewegung „Freies Deutschland“ bei der 1. Ukrainischen Front der Sowjetarmee, Berlin (Ost), Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1959.
[Siebter] VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale. Resolutionen und Beschlüsse, Moskau-Leningrad, Verlagsgesellschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, 1935.
Siefel, Ernst; Mecklenburg, Frank: Deutsche Juristen im amerikanischen Exil 1933–1950, Tübingen, Mohr, 1991.
Siegel, Tilla: Die gekaufte Arbeiterklasse? Lohnpolitik im nationalsozialistischen Deutschland. In: Gewerkschaftiche Monatshefte (1984), 9, S. 533–545.
Siegel, Tilla: Leistung und Lohn in der nationalsozialistischen „Ordnung der Arbeit“, Opladen, Westdeutscher Verlag, 1989.
Siemens, Daniel: Horst Wessel. Tod und Verklärung eines Nationalsozialisten, München, Siedler, 2010.

Silone, Ignazio: Fontamara. Roman, Zürich, Oprecht, 1933 (Neuausgabe Köln, Kiepenheuer & Witsch, 1962).

Sinclair, Upton: Prinz Hagen. Phantastisches Schauspiel in vier Aufzügen. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Hermynia zur Mühlen, Berlin, Malik-Verlag, 1921. (Sammlung revolutionärer Bühnenwerke. 1).

Sinowjew, Grigori J. *siehe unter: Zinov'ev, Grigorij E.*

Širinja, Kirill K.: Komintern v 1933 godu, Moskva, Ėkslibris-Press, 2006.

Širinja, Kirill K. u. a.: Pervyj kongress Kominterna. Velikij Oktjabr' i roždenie meždunarodnogo kommunističeskogo dviženija, Moskva, Politizdat, 1986.

Širinja, Kirill K.: Strategija i taktika Kominterna v borbe protiv fašizma i vojny. 1934–1939 gg., Moskva, Izdatel'stvo političeskoj literatury, 1979.

Širinja, Kirill K. (Hrsg.): Vtoroj kongress Kominterna. Razrabotka kongressom idejnych, taktičeskich i organizacionnych osnov kommunističeskich partij, Moskva, Izdatel'stvo političeskoj literatury, 1972.

Sizonenko, Aleksandr: V spiske lučšich. Ėtapy diplomatičeskoj kar'ery Jakova Surica. In: Nezavisimaja Gazeta, 1.3.2003.

Skelley, Jeffrey (Hrsg.): The General Strike 1926, London, Lawrence and Wishart, 1976.

Skoutelsky, Rémi: Espoir guidait leurs pas. Les volontaire français dans les Brigades internationales. Préface d'Antoine Prost, Paris, Grasset, 1998.

Skrzypczak, Henryk: „Vertrauliche 09 Verschlusssache“. Zur angeblichen Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933. Ein quellenkritischer Exkurs. In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 29 (1993), 3, S. 294–322.

Sluč, Sergej: Der Weg in die Sackgasse. Die UdSSR und der Molotov-Ribbentrop-Pakt. In: Osteuropa 59 (2009), 7/8, S. 75–96.

Slutsch, Sergej: Deutschland und die UdSSR 1918–1939. Motive und Folgen außenpolitischer Entscheidungen. Eine neue russische Perspektive. In: Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Deutsch-russische Zeitenwende. Krieg und Frieden 1941–1995, Baden-Baden, Nomos, 1995.

Slutsch, Sergej: Stalin und Hitler 1933–1941. Kalküle und Fehlkalkulationen des Kreml. In: Zarusky: Stalin und die Deutschen, S. 59–88.

Slutsch, Sergej; Tischler, Carola (Hrsg.): Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941. Dokumente aus russischen und deutschen Archiven. Im Auftr. der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der Jüngeren Geschichte der Deutsch-Russischen Beziehungen, 2 Bde., München, De Gruyter Oldenbourg, 2014.

Slusser, Robert M.; Joukoff Eudin, Xenia: Soviet Foreign Policy 1928–1934. Documents and Materials, University Park, PSUP, 1968.

Smaldone, William: Rudolf Hilferding. The Tragedy of a German Social Democrat, Dekalb, Northern Illinois University Press, 1998.

Smelser, Ronald: Robert Ley. Hitlers Mann an der „Arbeitsfront“. Eine Biographie, Paderborn, Schöningh,1989.

Smolinsky, Heribert: Das katholische Rußlandbild in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg und im Dritten Reich. In: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.): Das Rußlandbild im Dritten Reich, Köln, Böhlau, 1994, S. [323]–355.

Sobolev, Aleksandr I.; Širinja, Kirill K.; Firsov, Fridrich I. (Hrsg.): Četvertyj kongress Kominterna. Razrabotka kongressom strategii i taktiki kommunističeskogo dviženija v novych uslovijach. Politika edinogo fronta, Moskva, Izdatel'stvo političeskoj literatury, 1980.

Sobolew, Dimitri A.: Deutsche Spuren in der sowjetischen Luftfahrtgeschichte, Bonn, Mittler, 2000.

Sohl, Klaus: Entstehung und Verbreitung des Braunbuchs über Reichstagsbrand und Hitlerterror 1933/34. Mit drei bibliographischen Übersichten. In: Jahrbuch für Geschichte 21 (1980), S. 289–327.

Sojma, Vasilij: Zapreščennyj Stalin, Moskva, OLMA-Press, 2005.
Sokolov, V.V.: Neizvestnyj Čičerin. In: Novaja i novejšaja istorija (1994), 2, S. 13–15.
Sontag, Raymond James; Beddie, James Stuart; Carroll, Eber M. (Hrsg.): Nazi-Soviet Relations 1939–1941. Documents from the Archives of the German Foreign Office, Washington, Department of State, 1948.
Sontheimer, Kurt: Der Tatkreis. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 7 (1959), 3, S. 229–260.
Souvarine, Boris: Stalin. Anmerkungen zur Geschichte des Bolschewismus, München, Bernhard & Graefe, 1980.
Souvarine, Boris: Staline. Aperçu historique du Bolchévisme, Leiden, Brill, 1935.
Sowjetgranaten. Sowjetrußland als Munitionslieferant für die Reichswehr, Berlin, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, 1927.
Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin, Dietz, 1925.
Spengler, Oswald: Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte, 2 Bde., München, Verlag C. H. Beck, 1918–1922.
Spriano, Paolo: L'Ordine Nuovo e i Consigli di fabbrica. Con una scelta di testi dall'Ordine Nuovo (1919–1920), Torino, Einaudi, 1971.
Spriano, Paolo: Storia del Partito comunista italiano. 2 Bde., Torino, Einaudi, 1967–1969.
Stahlberger, Peter: Der Zürcher Verleger Emil Oprecht und die deutsche politische Emigration, 1933–1945, Zürich, Europa-Verlag, 1970.
Stalin, J. W. [d.i. Iosif V.]: Fragen des Leninismus, Moskau, Verlag für fremdsprachige Literatur, 1946.
Stalin, J.: Kurze Lebensbeschreibung, Berlin, Verlag Neuer Weg, 1945; Dass.: Berlin, Verlag der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, 1946.
Stalin, Iosif V.: Probleme des Leninismus, Zürich, Ring-Verlag, 1934.
Stalin, J.: Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Berlin (Ost), Dietz, 1951.
Stalin, Iosif V.: Über die Grundlagen des Leninismus. Vorlesungen, gehalten an der Swerdlow-Universität, Anfang April 1924, Moskau, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, 1935. (Kleine Bücherei des Marxismus-Leninismus. 12).
Stalin, J. W.: Werke. 13 Bde., Berlin (Ost), Dietz, 1951ff.
Stalin, J. W.: Werke. Bd. 14: Februar 1934 – April 1945, Dortmund, Verlag Roter Morgen, 1976.
Stark, Meinhard: Deutsche Frauen im GULAG. Individuelle Erfahrungen und Verhaltensformen im Haftalltag. In: Robert Streibel, Hans Schafranek (Hrsg.): Strategie des Überlebens. Häftlingsgesellschaften in KZ und GULag, Wien, Picus Verlag, 1996, S. 168–205.
Stark, Meinhard: „Ich muß sagen, wie es war". Deutsche Frauen des Gulag, Berlin, Metropol, 1999.
Starkow [d.i. Starkov], Boris: Letzter Kampf eines Kominternsekretärs. Osip A. Pjatnitzki und der Moskauer Prozess gegen die Komintern. In: The International Newsletter of Historical Studies on Comintern, Communism and Stalinism 1 (1993/94), 3/4, S. 41–43.
Starkow, Boris: The Trial that Was Not Held. In: Europe-Asia Studies (1994), 8, S. 1297–1315.
Stassowa, Jelena: Genossin „Absolut". Erinnerungen, Berlin (Ost), Dietz, 1978.
Stegmann, Dirk: Die Silverberg-Kontroverse 1926. Unternehmerpolitik zwischen Reform und Revolution. In: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): Sozialgeschichte heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, Göttingen, Vandenhoek & Ruprecht, 1974, S. 594–610.
Stein, Alexander [d.i. Aleksandr N. Rubinštejn]: Das Problem der Internationale. Resolutionen und Richtlinien der zweiten und dritten Internationale, Berlin, Verlag „Freiheit", 1919.
Steinbach, Peter; Tuchel, Johannes: Lexikon des Widerstands, München, C.H. Beck, 1998.
Steinke, Rudolf: Der Deutsche Metallarbeiterverband 1914–1924. Studie zur Sozial- und Organisationsgeschichte, Diss., Mikroform, Berlin, Technische Universität, 1991.
Stenografičeskij otčet VI. kongressa Kominterna. Bd. 3, Moskva-Leningrad, Gosizdat, 1929.
Stenographisches Protokoll über die Verhandlungen der Brüsseler Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands (CD), Berlin, SAPMO-Barch, o.J.

Sternberg, Fritz: Der Dichter und die Ratio. Erinnerungen an Bertolt Brecht. Hrsg. und kommentiert von Helga Grebing, Berlin, Suhrkamp, 2014. (Bibliothek Suhrkamp).
Stettler, Peter: Die Kommunistische Partei der Schweiz 1921–1931. Ein Beitrag zur schweizerischen Parteiforschung und zur Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung im Rahmen der Kommunistischen Internationale, Bern, Francke, 1980.
Stickler, Armin: Nichtregierungsorganisationen, soziale Bewegungen und Global Governance. Eine kritische Bestandsaufnahme, Bielefeld, Transcript, 2005.
Stojanoff, Petr: Der Reichstagsbrand. Die Prozesse in London und Leipzig, Wien, Europa Verlag, 1966.
Stoljarowa, Ruth: Vor 80 Jahren wurde Leo Jogiches ermordet. Vier unbekannte oder vergessene Dokumente aus den Jahren 1917–1919. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (1998), 4, S. 65–82.
Stoljarowa, Ruth; Hedeler, Wladislaw: „Deine Liebe zu unserer Sache hat dir wenig Freude und viel Leid gebracht." Die junge Kommunistin Charlotte Scheckenreuter als Mitarbeiterin und Frau Hugo Eberleins in den 1930er Jahren, aufgezeichnet nach den Akten in Moskauer Archiven. In: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (2008), S. 5–35.
Stone, David R.: Hammer and Rifle. The Militarization of the Soviet Union 1926–1933, Lawrence, University Press of Kansas, 2000.
Stone, David R.: The Prospects of War? Lev Trotskii, the Soviet Army, and the German Revolution in 1923. In: The International History Review 25 (2003), 4, S. 799–817.
Streit, Christian: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Bonn, J.H.W. Dietz. Nachf., 1997.
Ströbinger, Rudolf: Stalin enthauptet die Rote Armee. Der Fall Tuchatschewskij, Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt, 1990.
Stroech, Jürgen: Die illegale Presse. Eine Waffe im Kampf gegen den deutschen Faschismus. Ein Beitrag zur Geschichte und Bibliographie der illegalen antifaschistischen Presse 1933–1939, Frankfurt am Main, Röderberg, 1979.
Struthahn, Arnold [d.i. Karl Radek]: Die Entwicklung der deutschen Revolution und die Aufgaben der Kommunistischen Partei, Stuttgart-Degerloch, Spartakus, 1919.
Studer, Brigitte: Un parti sous influence. Le Parti communiste suisse, une section du Komintern, Lausanne, L'Age d'Homme, 1994.
Studer, Brigitte; Unfried, Berthold: At the Beginning of History. Visions of the Comintern after the Opening of the Archives. In: International Review of Social History 42 (1997), S. 419–446.
Šubin, Aleksandr V.: Mir na kraju bezdny. Ot global'noj katastrofy k mirovoj vojnje, 1929–1941 gody, Moskva, Veče, 2004.
Šubin, Aleksandr V.: Narodnyj front. Izmenenie v strategii Stalina. In: Aleksandr V. Golubev (Hrsg.): Rossija i mir glazami drug druga. Iz istorii vzaimootnošenij. Bd. 4, Moskva, IRI RAN, 2007, S. 106–126.
Šubin, Aleksandr: Voždi i zagovorščiki, Moskva, Veče, 2004.
Surmann, Rolf: Die Münzenberg-Legende. Zur Publizistik der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung 1921–1933, Köln, Prometh-Verlag, 1983.
Svátek, František: The Governing Organs of the Communist International. Their Growth and Composition, 1919–1943. In: History of Socialism Year Book [Prag] (1969), S. 179–266.
Sworakowski, Witold S.: The Communist International. In: Id.: World Communism. A Handbook 1918–1965, Stanford, Hoover Institution, 1973.
Sworakowski, Witold S.: The Communist International and its Front Organisations. A Research Guide and Checklist of Holdings in American and European Libraries, Stanford, Hoover Institution, 1965.
Sywottek, Arnold: Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946, Düsseldorf, Bertelsmann, 1971.

Székely, Gabor: Béla Kun, György Lukács, Imre Nagy und die Säuberungen in Moskau. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2008), S. 329–338.
Taktik und Organisation der revolutionären Offensive. Die Lehren der Märzaktion. Hrsg. von der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), Leipzig, Frankes, 1921.
Tasca, Angelo: Nascita e avvento del fascismo. A cura di Sergio Soave, Roma, Nuova Italia, 1995.
Tätigkeitsbericht des Exekutive der Kommunistischen Internationale 1925–1926, Hamburg-Berlin, Carl Hoym Nachf., 1926.
Terberger, Eva; Wettberg, Stefanie: Der Aktienrückkauf und die Bankenkrise von 1931, University of Heidelberg. Department of Economics, 2005 (Discussion Paper Series. 418). http://www.uni-heidelberg.de/md/awi/forschung/dp418.pdf.
Teuber, Toralf: Ein Stratege im Exil. Hermann Budzislawski und „Die neue Weltbühne", Frankfurt am Main e.a., Lang, 2004. (Europäische Hochschulschriften. Reihe 1. Deutsche Sprache und Literatur. 1895).
Thalheimer, August: 1923 – eine verpaßte Revolution?, Berlin, Juniusverlag, 1931.
Thalheimer, August: Über den Faschismus. In: Wolfgang Abendroth (Hrsg.): Faschismus und Kapitalismus, Frankfurt am Main-Wien, Europäische Verlagsanstalt, Europaverlag, 1967, S. 19–38.
Thalheimer, August: Um was geht es? Zur Krise in der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin, Juniusverlag, 1929.
Thälmann, Ernst: Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Rede vor dem ZK am 20.3.1930, Berlin, Internationaler Arbeiter-Verlag, 1930.
Thälmann, Ernst: Geschichte und Politik. Artikel und Reden 1925 bis 1933, Berlin (Ost), Dietz, 1973.
Thälmann, Ernst: Im Kampf gegen die faschistische Diktatur. Rede und Schlußwort des Gen. E. Thälmann auf der Parteikonferenz der KPD, Berlin, Kommunistische Partei Deutschlands, [1932].
Thälmann, Ernst: Kampfreden und Aufsätze, Berlin, Kommunistische Partei Deutschlands, [1932].
Thälmann, Ernst: Reden und Aufsätze 1930–1933. Bd. 2: März 1932–Februar 1933, Köln, Verlag Rote Fahne, 1975.
Thälmann, Ernst: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 2, Berlin (Ost), Dietz, 1956.
Thälmann, Ernst: Volksrevolution über Deutschland. Rede auf dem Plenum des ZK der KPD, 15.–17. Januar 1931, Berlin, ZK der KPD, 1931.
The Brown Book of the Hitler Terror and the Burning of the Reichstag. Prepared by the World Committee for the Victims of German Fascism (President Einstein). With an Introduction by Lord Marley, London, Victor Gollancz Ltd., 1933.
Thierbach, Hans (Hrg.): Adolf Grabowsky. Leben und Werk, Köln, Carl Heymanns Verlag, 1964.
Thomas, Ludmila: Georgij Cicerin. Neue Dokumente seiner politischen Biographie. In: Florian Anton, Leonid Luks (Hrg.): Deutschland, Russland und das Baltikum. Beiträge zu einer Geschichte wechselvoller Beziehungen. Festschrift zum 85. Geburtstag von Peter Krupnikow, Köln-Weimar-Wien, Böhlau, 2005, S. 201–226.
Thomas, Ludmila: Georgi Tschitscherin. „Ich hatte die Revolution und Mozart", Berlin, Dietz, 2012.
Thornton, Richard: The Comintern and the Chinese Communists 1928–1931, Seattle, University of Washington Press, 1969.
Thunecke, Jörg: Willi Münzenberg und die Éditions du Carrefour. 1933–1937. In: Daniel Azuélos (Hrsg.): Lion Feuchtwanger und die deutschsprachigen Emigranten in Frankreich von 1933 bis 1941. Lion Feuchtwanger et les exilés de langue allemande en France de 1933 à 1941, Bern u.a., Peter Lang, 2006, S. 377–398.

Timmermann, Barbara: Die Faschismus-Diskussion in der Kommunistischen Internationale. Dissertation, Universität zu Köln, 1977.
Tischler, Carola: „Die Gerichtssäle müssen zu Tribunalen gegen die Klassenrichter gemacht werden." Die Rechtsberatungspraxis der Roten Hilfe Deutschlands. In: Hering/Schilde: Die Rote Hilfe, S. 105–130.
Tischler, Carola: Die rote Welle. Der deutschsprachige Rundfunk aus der Sowjetunion (1929 bis 1945). Mit Beiträgen von Wolfgang Mühl-Benninghaus und Ansgar Diller, Potsdam, Verlag für Berlin-Brandenburg, 2001. (Veröffentlichungen des Deutschen Rundfunkarchivs. 29).
Tischler, Carola: Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil. 1933 bis 1945, Münster, Lit Verlag, 1996. (Arbeiten zur Geschichte Osteuropas. 3).
Tischler, Carola: „Unsere Sache ist gerecht". Die Rundfunkansprache Molotovs am 22. Juni 1941 und ihre Hintergründe. In: Rundfunk und Geschichte 22 (1996), 1, S. 48–50.
Tischler, Carola: Von Geister- und anderen Stimmen. Der Rundfunk als Waffe im Kampf gegen „die Deutschen" im Großen Vaterländischen Krieg. In: Karl Eimermacher (Hrsg.): West-östliche Spiegelungen. Neue Folge, Bd. 1: Verführungen der Gewalt. Russen und Deutsche im Ersten und Zweiten Weltkrieg, München, Fink, 2005, S. 469–506.
Tjaden, K.-H.: Struktur und Funktion der „KPD-Opposition" (KPO). Meisenheim am Glan, Hain, 1964.
Tobias, Fritz: Der Reichstagsbrand. Legende und Wirklichkeit, Rastatt-Baden, Grote, 1962.
Tosstorff, Reiner: Die POUM im spanischen Bürgerkrieg, Frankfurt am Main, ISP, 1987.
Tosstorff, Reiner: „Ein Moskauer Prozess in Barcelona". Die Verfolgung der POUM und ihre internationale Bedeutung. In: Weber/Staritz: Kommunisten verfolgen Kommunisten, S. 193–216.
Tosstorff, Reiner: Profintern. Die rote Gewerkschaftsinternationale 1920–1937, Paderborn, Schöningh, 2004.
Treffer, Gerd: Die Tuchatschewski-Saga, Eichstätt, Rolf Kaufmann, 1990.
[Trinadcatyj] XIII plenum IKKI. Stenografičeskij otčet, Moskva, Partizdat, 1934.
[Trinadcatyj] XIII. plenum IKKI. Fašizm, opasnost' vojny i zadači kommustičeskich partij. Tezisy, prinjatye XIII. plenumom IKKI po dokladu t. Kuusinena, Leningrad, Lenpartizdat, 1934.
Trotzki, Lew [d.i. Trockij, Lev D.]: 1917. Die Lehren der Revolution, Berlin, E. Laub, 1925.
Trotzki, Leo: Arbeiterstaat, Thermidor und Bonapartismus. In*: Unser Wort,* Paris III (1935), Nr. 4, 6, 7 (Mai, Juni, Juli 1935).
Trotzki, Leo: Arbeit, Disziplin und Ordnung werden die sozialistische Sowjetrepublik retten, Basel, Verlag der Buchhandlung des Arbeiterbundes, 1918.
Trotzki, Leo: Das Zetergeschrei um Kronstadt (15.1.1938), http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1938/01/kronstadt.htm.
Trotzki, Leo: Denkzettel. Politische Erfahrungen im Zeitalter der permanenten Revolution, Frankfurt am Main, Suhrkamp, 1981.
Trotzki, Leo: Die Dritte Internationale nach Lenin. Das Programm der internationalen Revolution und die Ideologie des Sozialismus in einem Land. 1928/29, Essen, Mehring-Verlag, 1993.
Trotzki, Leo: Die internationale Revolution und die Kommunistische Internationale. Hrsg. und mit einem Vorwort von Hans Weber. Autorisierte Übersetzung von A. Müller, Berlin, Laub, 1929.
Trotzki, Lev: Die Lehren des Oktober. Hrsg. von Franz Pfemfert, Berlin, Die Aktion, 1925.
Trotzki, L.: Die neue Etappe. Die Weltlage und unsere Aufgaben, Hamburg, Verlag der Kommunistischen Internationale, Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf., 1921.
Trotzki, Leo: Die Sowjet-Macht und der internationale Imperialismus, Belp-Bern, Promachos-Verlag, 1918.
Trotzki, Leo: Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland, Berlin, Verlag Der Kommunist, 1930.
Trotzki, Leo: Ein Sieg Hitlers bedeutet Krieg gegen die UdSSR (I see war with Germany). In: The Militant, 16.7.1932, http://www.mlwerke.de/tr/1931/311228f.htm.

Trotsky, Léon: Entre l'impérialisme et la révolution. Les questions fondamentales de la révolution à la lumière de l'éxpérience géorgienne, Paris, Librairie de l'Humanité, 1922. (Bibliothèque communiste).

Trotzki, Leo: Europa im Krieg. Übersetzung aus dem Russischen von Hannelore Georgi und Harald Schubärth, Essen, Arbeiterpresse, 1997.

Trockij, Lev D.: Kommunističeskij Internacional posle Lenina. Velikij organizator poraženij, Moskva, Spartakovec, 1993.

Trotzki, Leo: Mein Leben. Versuch einer Autobiographie [1930], Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch Verlag, 1974.

Trockij, Lev: Meždu imperializmom i revoljuciej, Moskva, Gosizdat, 1922.

Trotzki, Leo: Portrait des Nationalsozialismus. Ausgewählte Schriften 1930–1934, Essen, Mehring Verlag, 1999.

Trotzki, Leo: Schriften. Hrsg. von Helmut Dahmer, Rudolf Segall, Reiner Tosstorff u.a., 3 Bde., Köln, Neuer ISP Verlag, Hamburg, Rasch & Röhring, 1988–2001.

Trotzki, Leo: Schriften über Deutschland. Hrsg. von Helmut Dahmer. Eingeleitet von Ernest Mandel. 2 Bde., Frankfurt am Main, Europäische Verlagsanstalt, 1971.

Trockij, Lev D.: Sočinenija, Serija 1–2, Moskva, Gosizdat, 1924; serija 1–6, Cleveland (Ohio), Bell & Howell, 1926–1927.

Trotzki, Leo: Stalin. Eine Biographie, Köln, Kiepenheuer & Witsch, 1952.

Trotzki, Leo: Terrorismus und Kommunismus. Anti-Kautsky, Hamburg, Verlag der Kommunistischen Internationale, 1920. (2. Aufl. 1921). (Bibliothek der Kommunistischen Internationale. 4).

Trotzki, Leo: Über Lenin. Materialien für einen Biographen, Berlin, Neuer Deutscher Verlag, 1924.

Trotzki, Leo: Verratene Revolution. Was ist die UdSSR und wohin treibt sie? (1936). Vorwort von Jean-Jacques Marie, Dortmund, Dröge, 1979.

Trotzki, Leo: Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats, Übersetzung von J. Frankel, Berlin, hrsg. v. d. „Linken Opposition der KPD", Berlin, Anton Grylewicz, 1932.

Tschirbs, Rudolf: Tarifpolitik im Ruhrbergbau, 1918–1933. Beiträge zu Inflation und Wiederaufbau in Deutschland und Europa Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Berlin, de Gruyter, 1986.

Tuchel, Johannes: Das Ministerium für Staatssicherheit und die Fallschirmagenten der Roten Kapelle. Der Fall Albert Hößler. In: Schafranek/Tuchel: Krieg im Äther, S. 56–77.

Tucholsky, Kurt: Deutschland, Deutschland über alles, Berlin, Neuer Deutscher Verlag, 1929.

Tucholsky, Kurt: Gesammelte Werke. Bd. 7: 1929, Reinbek bei Hamburg, Rowohlt, 1989.

Tucker, Robert C.; Lewin, Moshe; Cohen, Stephen F.: Bolshevism and Stalinism. In: Robert C. Tucker (Hrsg.): Stalinism. Essays in Historical Interpretation, New York, Princeton University Press, 1977, S. 3–29.

Turner, Christopher: Adventures in the Orgasmatron. Wilhelm Reich and the Invention of Sex, New York, Farrar, Strauss and Giroux, 2011.

Turner, Henry A.: Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin, Siedler Verlag, 1985.

Tutas, Herbert E.: NS-Propaganda und deutsches Exil 1933–1939, Worms, Georg Heintz, 1973.

[Twelfth] XIth Plenum of the Executive Committee of the Communist International. Theses, Resolutions and Decisions, London, Modern Books Ltd., [1931].

Tych, Feliks: Versuch eines Kollektivporträts polnischer Kommunisten. In: Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, S. 93–100.

Tyszka, Carl von: Die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen in den bedeutenderen Industriestaaten. England, Deutschland, Frankreich, Belgien und Vereinigten Staaten von America, Jena, G. Fischer, 1912.

Ueber die Bolschewisierung der Parteien der Komintern. Thesen, einstimmig angenommen von der Erweiterren Exekutive der Komintern, Moskau, März/April 1925. Hrsg. von der Zentrale der KPD, Berlin, Vereinigung internationaler Verlags-Anstalten, 1925.
Über Krieg und Kriegsgefahr. Thesen beschlossen vom Plenum der Exekutive der Kommunistischen Internationale am 29. Mai 1927, Prag, KPTSch, 1927.
Ueberschär, Gerd R. (Hrsg.): Das Nationalkomitee „Freies Deutschland" und der Bund Deutscher Offiziere, Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch Verlag, 1995.
Ueberschär, Gerd R.: Handbuch zum Widerstand gegen Nationalsozialismus und Faschismus in Europa 1933/39 bis 1945, Berlin-München, De Gruyter, 2011.
Uhlig, Christa: Rückkehr aus der Sowjetunion: Politische Erfahrungen und pädagogische Wirkungen. Emigranten und ehemalige Kriegsgefangene in der SBZ und früheren DDR, Weinheim, Deutscher Studienverlag, 1998. (Bibliothek für Bildungsforschung).
Ulam, Adam B.: Expansion and Coexistence. The History of Soviet Foreign Policy, 1917–67, London, Secker & Warburg, 1968.
Ulbricht und der vermeintliche Trotzkist in Eupen. Aus den belgischen Erlebnissen des ostdeutschen Politikers. In: Grenz-Echo (Eupen), 12.6.1969.
Ulbricht, Walter: Ausgewählte Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, Berlin (Ost), Dietz, 1979.
Ulbricht, Walter: Volksrevolution gegen Faschismus! Rede des Genossen Walter Ulbricht vor Funktionären der KPD, Berlin, ZK der KPD, [1931].
Ulbricht, Walter: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Bd. 1: 1918–1933, Berlin (Ost), Dietz, 1953; Bd. 2: 1933–1946. Zusatzbd., Berlin, Dietz, 1966; Bd. 2, 2. Zusatzbd., Berlin (Ost), Dietz, 1968.
Uldricks, Teddy J.: Icebreaker Redux. The Debate on Stalin's Role in World War II Continues. In: Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History 11 (2010), 3, S. 649–660.
Ullrich, Volker: Der ruhelose Rebell. Karl Plättner 1893–1945. Eine Biographie, München, Beck, 2000.
Ullrich, Volker: Otto von Bismarck, Reinbek bei Hamburg, Rowohlt, 1998.
Ulrich, Jürg: Kamenev. Der gemäßigte Bolschewik. Das kollektive Denken im Umfeld Lenins, Hamburg, VSA, 2006.
Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Protokoll der Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Halle. Vom 12. bis 17. Oktober 1920, Berlin Freiheit, [1921].
Ungváry, Krisztián: Die Weisungen der Komintern nach dem Molotov-Ribbentrop-Pakt an die kommunistischen Parteien am 30. Dezember 1939. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2010), S. 267–274.
V.I. Lenin. Biografičeskaja chronika. 1870–1924, Moskva, Izdatel'stvo političeskoj literatury, 1975.
Valk, Sigizmund N. (Hrsg.): Dekrety Oktjabr'skoj Revoljucii. Pravitel'stvennye akty, podpisannye ili utverždennye Leninym kak predsedatelem Sovnarkoma, Bd. 1, Moskva, Partizdat, 1933.
Valtin, Jan [d.i. Richard Krebs]: Tagebuch der Hölle. Roman, Aus dem Amerikanischen von Werner Krauss, Köln, Kiepenheuer & Witsch, 1957.
Van der Ven, Martin: Ein Seesender gegen Hitler. Der Sender der Deutschen Freiheitspartei, http://www.seesender.de/freiheitspartei.htm.
Van Doorslaer, Rudi: De Kommunistische Partij van België en het Sovjet-Duits niet-aanvalspakt tussen augustus 1939 en juli 1941, Brussel, Frans Masereel Fonds, 1975.
Van Doorslaer, Rudi: Ulenspiegel. Een kommunistisch experiment met een Vlaams-nationale legale oorlogskrant. In: Wetenschappelijke Tidingen 34 (1975), S. 91–94.
Van Enckevort, Maria Getrudis: The Life and Work of Otto Huiswoud. Professional Revolutionary and Internationalist, 1893–1961, Mona, Jamaica, University of the West Indies, 2000.

Vatlin, Alexander [d.i. Aleksandr]: Die Komintern. Gründung, Programmatik, Akteure, Berlin, Karl Dietz Verlag, 2009. (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. 10).
Watlin, Alexander: Die Komintern. 1919–1929. Historische Studien. Mit einem Vorwort von Friedrich I. Firsow, Mainz, Decaton Verlag, 1993. (Studien zur Geschichte der Komintern. 1).
Watlin, Alexander: Die russische Delegation in der Komintern. Machtzentrum des internationalen Kommunismus zwischen Sinowjew und Stalin. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (1993), S. 82–99.
Vatlin, Aleksandr: Kaderpolitik und Säuberungen in der Komintern. In: Weber/Mählert: Terror, S. 33–120.
Vatlin, Aleksandr: Komintern. Idei, rešenija, sud'by, Moskva, ROSSPEN, 2008.
Vatlin, Aleksandr: Lenin, die Niederlage des Deutschen Reiches und die außenpolitische Strategiewende der Bolschewiki. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (2007), S. 180–200.
Vatlin, Aleksandr: Tovij Aksel'rod. In: Voprosy istorii (2010), 1, S. 33–49.
Vatlin, Alexander; Luks, Leonid (Hrsg.): Die „Kunst des Aufstandes“ und innerparteiliche Intrigen im Oktober 1923. In: Forum für osteuropäische Zeit- und Ideengeschichte 1 (1997), 2, S. 227–236.
Vatlin, Alexander; Wehner, Markus: Genosse Thomas und die Geheimtätigkeit der Komintern in Deutschland. In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 29 (1993), 1, S. 1–19.
Venedey, Michael: Bruder Hans und die Familientradition. In: Ossietzky, Zweiwochenschrift für Politik, Kultur, Wirtschaft (23) 2002, S. 378–391. http://www.sopos.org/aufsaetze/3dde513590d1c/1.phtml 1978.
Vergnon, Gilles: Prague 1933, la Neue Weltbühne, une revue allemande en exil. In: Cahiers Léon Trotsky (1991), 45, S. 45–78.
Verhaeren, Emile: Die Morgenröte. Drama in 4 Aufzügen. Einzig berechtigte Übertragung in die deutsche Sprache von Eugen Gürster, Breslau, Süd-Ost-Deutscher Verlag, 1925.
Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Arbeiter-Kongresses zu Bruessel (16. bis 22. August 1891), Berlin, Verlag der Expedition des „Vorwärts“, Berliner Volksblatt, 1893.
Verhandlungen und Beschlüsse des internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongresses zu London vom 27. Juli bis 1. August 1896, Berlin, Vorwärts, 1896.
Villard, Claudie: Moskau 1937. In: Michel Grunewald, Frithjof Trapp (Hrsg.): Autour du „Front populaire Allemand“. Einheitsfront – Volksfront, Bern u.a., Peter Lang, 1990, S. 289–313.
Vnešnjaja politika Sovetskogo Sojuza v period Otečestvennoj vojny. Dokumenty i materialy. 3 Bde., Moskva, OGIZ Gospolitizdat, 1946.
Voerman, Gerrit: Proletarian Competition. The Amsterdam Bureau and its German Counterpart. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2007), S. 201–220.
Vogt, Annette: Eine bestechende Analyse, eine fundierte Kritik, aber… Die Tragik des Martemjan Nikititsch Rjutin. In: Theodor Bergmann, Mario Keßler (Hrsg.): Ketzer im Kommunismus. Alternativen zum Stalinismus, Mainz, Decaton, 1993, S. 155–161.
Voigt, Carsten: Die Antifaschistische Aktion 1932 in Sachsen an der Basis der Arbeiterparteien. Gemeinsamkeiten und Brüche. In: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (2007), 3, S. 122–133.
Voigt, Carsten: Kampfbünde der Arbeiterbewegung. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Rote Frontkämpferbund in Sachsen 1924–1933, Köln u.a., Böhlau, 2009.
Volsansky, Gabriele: Pakt auf Zeit. Das Deutsch-Österreichische Juli-Abkommen 1936, Wien, Böhlau, 2001.
Von der Revolution zur Konterrevolution. Russland bewaffnet die Reichswehr, [Berlin], KAPD, 1927.
Vor dem Thermidor. Revolution und Konterrevolution in Sowjetrußland. Die Plattform der linken Opposition in der bolschewistischen Partei, Hamburg, Erulat, 1927.

Waack, William: Camaradas nos arquivos de Moscou. A história secreta da revolução brasileira de 1935, São Paulo, Companhia das Letras, 2005[5].
Waack, William: Die vergessene Revolution. Olga Benario und die deutsche Revolte in Rio, Berlin, Aufbau Taschenbuch Verlag, 1994.
Wachtler, Johann: Zwischen Revolutionserwartung und Untergang. Die Vorbereitung der KPD auf die Illegalität 1929–1933, Frankfurt am Main, Lang, 1983.
Waldenfels, Ernst von: Der Spion, der aus Deutschland kam. Das geheime Leben des Seemanns Richard Krebs, Berlin, Aufbau-Verlag, 2002.
Waldman, Eric: Spartakus. Der Aufstand von 1919 und die Krise der deutschen sozialistischen Bewegung, Boppard, Boldt, 1967.
Wallbaum, Klaus: Der Überläufer. Rudolf Diels (1900–1957). Der erste Gestapo-Chef des Hitler-Regimes, Frankfurt am Main u.a., Peter Lang, 2010.
Wallerstein, Immanuel: Social Science and the Communist Interlude, or Interpretations of Contemporary History. In: Id.: The Essential Wallerstein, New York, The New Press, 2000, S. 374–386.
Wallerstein, Immanuel: The Modern World System. 4 Bde., New York-San Francisco-London, Academic Press, 1974–2011.
Wardin, I. [d.i. Illarion Mgeladze]: Die Partei der Menschewiki in der Russischen Revolution, Hamburg, Verlag der Kommunistischen Internationale, 1922.
Warnke, Helmuth: „Bloß keine Fahnen“. Auskünfte über schwierige Zeiten 1923–1954, Hamburg, VSA, 1988.
Webb, Sidney; Webb, Beatrice: Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine. Bd. 1, Stuttgart, Dietz, 1906[2].
Weber, Gudrun: Der Bund der Freunde der Sowjetunion in Deutschland. Organisator der Arbeiter-delegationen in die UdSSR, 1929–1932. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 24 (1982), S. 679–692.
Weber, Hermann: Aktionismus und Kommunismus. Unbekannte Briefe von Max Hoelz. In: Archiv für Sozialgeschichte 15 (1975), S. 331–363.
Weber, Hermann: Anfänge der kommunistischen Weltbewegung. In: Deutschland Archiv (2009), 4, S. 729ff.
Weber, Hermann: Aufstieg und Niedergang des deutschen Kommunismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (1991), 40, S. 25–39.
Weber, Hermann (Hrsg.): Der deutsche Kommunismus, Dokumente 1915–1945, Köln, Kiepenheuer & Witsch, 1963 (3. Aufl. 1973).
Weber, Hermann (Hrsg.): Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien. Frankfurt am Main, Europäische Verlagsanstalt, 1969.
Weber, Hermann (Hrsg.): Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929–1933. Unter Mitwirkung von Johann Wachtler, Düsseldorf, Droste, 1981. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. 3. Reihe. 6).
Weber, Hermann (Hrsg.): Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/1919. Mit einer Einführung zur angeblichen Erstveröffentlichung durch die SED, Berlin, Dietz, 1993.
Weber, Hermann: Die Kommunistische Internationale. Eine Dokumentation, Hannover, Dietz, 1966.
Weber, Hermann: Die Stalinisierung der KPD. Alte und neue Einschätzungen. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2007), S. 221–244.
Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. 2 Bde., Frankfurt am Main, Europäische Verlagsanstalt, 1969.
Weber, Hermann: Eine Welt von Fragen. Ein unbekannter Brief von Clara Zetkin an Rosa Luxemburg. Dokument der Zeitgeschichte. In: Vorwärts, 1.5.1969, S. 19–21.

Weber, Hermann: Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929–1933, Düsseldorf, Droste, 1982.
Weber, Hermann: „Hauptfeind Sozialdemokratie“. Zur Politik der deutschen Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten zwischen 1930 und 1950. In: Rainer Eckert, Bernd Faulenbach (Hrsg.): Halbherziger Revisionismus. Zum postkommunistischen Geschichtsbild, München, Olzog, 1996, S. 25–46.
Weber, Hermann: Kommunismus in Deutschland 1918 bis 1945, Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1983.
Weber, Hermann: Kommunistischer Widerstand gegen die Hitler-Diktatur 1933–1939, Berlin, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, 1988. (Beiträge zum Widerstand 1933–1945. 33).
Weber, Hermann: The Stalinization of the KPD. Old and New Views. In: LaPorte/Morgan/Worley: Bolshevism, S. 22–44.
Weber, Hermann (Hrsg.): Unabhängige Kommunisten. Der Briefwechsel zwischen Heinrich Brandler und Isaak Deutscher 1949 bis 1967, Berlin, Colloquium-Verlag, 1981.
Weber, Hermann: „Weiße Flecken“ in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung, Frankfurt am Main, ISP, 1989. (3. Aufl.: Berlin, LinksDruck, 1990.)
Weber, Hermann: Zu den Beziehungen zwischen der KPD und der Kommunistischen Internationale. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 16 (1968), 2, S. 177–208.
Weber, Hermann: Zwischen kritischem und bürokratischen Kommunismus. Unbekannte Briefe von Clara Zetkin. In: Archiv für Sozialgeschichte 11 (1971), S. 417–44.
Weber, Hermann; Bayerlein, Bernhard H. (Hrsg.): Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin, Berlin, Aufbau, 2003. (Archive des Kommunismus. Pfade des XX. Jahrhunderts. 2).
Weber, Hermann; Herbst, Andreas: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. 2., überarb. und stark erw. Aufl., Berlin, Dietz, 2008.
Weber, Hermann; Mählert, Ulrich (Hrsg.): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953, Paderborn, Schöningh, 2001².
Weber, Hermann; Mählert, Ulrich (Hrsg.): Verbrechen im Namen der Idee. Terror im Kommunismus 1936–1938, Berlin, Aufbau, 2007.
Weber, Hermann; Schönhoven, Klaus u.a. (Hrsg.): Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, 14 Bde., Köln, Bund-Verlag, 1985–2007.
Weber, Hermann; Staritz, Dietrich (Hrsg.): Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und „Säuberungen“ in den Kommunistischen Parteien Europas seit den Dreißiger Jahren, Berlin, Akademie Verlag, 1993.
Weber, Richard: Proletarisches Theater und revolutionäre Arbeiterbewegung 1918–25, Köln, Prometh-Verlag, 1976².
Weber, Stefan: Ein kommunistischer Putsch? Märzaktion 1921 in Mitteldeutschland, Berlin, Karl Dietz, 1991.
Wegner-Korfes, Sigrid: Otto von Bismarck und Rußland. Des Reichskanzlers Rußlandpolitik und sein realpolitisches Erbe in der Interpretation bürgerlicher Politiker (1918–1945), Berlin, Dietz, 1990.
Weingartner, Thomas: Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929–1934, Berlin, De Gruyter & Co., 1970.
Weinstein, Allen; Vassiliev, Alexander: The Haunted Wood. Soviet Espionage in America. The Stalin Era, New York, Random House, 1999.
Weiss, Holger: The Hamburg Committee, Moscow and the Making of a Radical African Atlantic, 1930–1933, Part Two: The ISH, the IRH and the ITUCNW, CoWoPa Comintern Working Paper 20/2010, Åbo Academi, https://www.abo.fi/student/en/media/7957/cowopa20weiss.pdf.
Weitz, Ulrich: Eduard Fuchs. Sammler, Sittengeschichtler, Sozialist, Stuttgart, Stöffler & Schütz, 1991.
Wendt, Gerd: Der große Streik der Seeleute, http://www.ubbo-emmius-gesellschaft.de/Streik-Seeleute.pdf

Wenzel, Otto: 1923. Die gescheiterte Oktoberrevolution. Mit einer Einleitung von Manfred Wilke, Münster, Lit, 2003.
Werner, Max [d.i. Alexander Schifrin]: Der Aufmarsch zum zweiten Weltkrieg, Strasbourg, Sebastian Brant, 1938.
Werner, Robert: Der Jungdeutsche Orden im Widerstand 1933–1945, München, Verlag Wolfgang Lohmüller, 1980
Werner, P. [d. i. Paul Frölich]: Eugen Leviné, Berlin, Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, 1922.
Wernicke, Günter: Die Radikallinke in der KPD und die russische Opposition. Von der Fischer/Maslow-Gruppe zum Lenin-Bund. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 42 (2000), 3, S. 75–101.
Wessel, Harald: Münzenbergs Ende. Ein deutscher Kommunist im Widerstand gegen Hitler und Stalin. Die Jahre 1933 bis 1940, Berlin, Dietz, 1991.
Westeuropäisches Sekretariat der Kommunistischen Internationale (Hrsg.): Der Leipziger Kongreß der U.S.P. und die Kommunistische Internationale, o.O., 1920.
Wette, Wolfram: Gustav Noske. Eine politische Biographie. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Düsseldorf, Droste, 1987.
Whealey, Robert H.: Hitler and Spain. The Nazi Role in the Spanish Civil War 1936–1939, Lexington, University of Kentucky Press, 1989.
Wheeler, Robert F.: USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt am Main, Ullstein, 1975.
White, Stephen: The Origins of Detente. The Genoa Conference and Soviet-Western Relations, Cambridge u.a., Cambridge University Press, 1985.
Why did they „Confess“? A Study of the Radek-Piatakov Trial, New York, Pioneer Publishers, [1937].
Wiessing, Mathijs C.: Die Holländische Schule des Marxismus. Die Tribunisten. Erinnerungen und Dokumente, Hamburg, VSA, 1980.
Wieszt, József: KPD-Politik in der Krise. 1928–1932. Zur Geschichte und Problematik des Versuchs, den Kampf gegen den Faschismus mittels Sozialfaschismusthese und RGO-Politik zu führen, Frankfurt am Main, Materialismus-Verlag, 1976.
Wigersma, B. (Hrsg.): Verhandlungen des Ersten Hegelkongresses [...] im Haag. Im Auftrag des Internationalen Hegelbunds, Tübingen, J. C. B. Mohr, Paul Siebeck, 1931.
Wilde, Florian: „Diskussionsfreiheit ist innerhalb unserer Partei absolut notwendig“. Zum Verhältnis des KPD-Vorsitzenden Ernst Meyer zur innerparteilichen Demokratie 1921/22. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (2006), S. 168–184.
Wilde, Florian: Ernst Meyer (1887–1930). Vergessene Führungsfigur des deutschen Kommunismus. Eine politische Biographie, Diss., Universität Hamburg, 2011.
Wilke, Manfred: Mythos Antifaschismus. Die KPD und die Durchsetzung einer „antifaschistisch-demokratischen Neuordnung“. In: vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik 46 (2007), 1, S. 94–102.
Villar, K. [d. i. Willard, Claude]: Socialističeskoe dviženie vo Francii 1893–1905. Sbornik statej, Moskva, Progress, 1969.
Willmann, Heinz: Geschichte der Arbeiter-Illustrierten (AIZ). 1921–1938, Berlin (Ost), Dietz, 1974.
Winkler, Heinrich August: Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Bonn, J. H. W. Dietz Nachf, 1988². (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. 2).
Winkler, Heinrich August: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Bonn, J. H. W. Dietz Nachf., 1987. (Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. 3).

Winkler, Heinrich August: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin-Bonn, Dietz, 1984.

Winkler, Heinrich August: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München, C.H. Beck, 2005[4].

Wintzer, Joachim: Deutschland und der Völkerbund 1918–1926, Paderborn, Schöningh, 2006. (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart).

Wirsching, Andreas: „Man kann nur Boden germanisieren". Eine neue Quelle zu Hitlers Rede vor den Spitzen der Reichswehr am 3. Februar 1933. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49 (2001), 3, S. 517–550.

Wirsching, Andreas: „Stalinisierung" oder entideologisierte „Nischengesellschaft"? Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1997, 45(1997), 3, S. 449–466.

Wirsching, Andreas: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39, München, Oldenbourg, 1999.

Wittfogel, Karl August: Rote Soldaten. Politische Tragödie in fünf Akten, Berlin, Malik-Verlag, 1921.

Wohlgemuth, Heinz: Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands. 1914–1918. Überblick, Berlin (Ost), Dietz, 1968.

Wolff, Frank: Historiography on the General Jewish Labor Bund. Traditions, Tendencies and Expectations. In: Medaon. Magazin für Jüdisches Leben in Forschung und Bildung (2009), 4, S. 1–12, http://www.medaon.de/pdf/M_Wolff-4-2009.pdf

Wolff, Frank: Kollektive Identität als praktizierte Verheißung. Selbstzuschreibung und Gruppenkonstitution in der transnationalen sozialen Bewegung „Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund". In: Helke Stadtland, Jürgen Mittag (Hrsg.): Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in den Geschichtswissenschaften, Essen, Klartext, 2014, S. 139–167.

Wolikow, Serge: Le Front populaire en France, Bruxelles, Editions Complexe, 1996.

Wolikow, Serge: Le Komintern, le PCF et les débuts de la Résistance. In: Jean-Marie Guillon, Pierre Laborie: Mémoire et Histoire. La Résistance. Préface de Philippe Joutard, Paris, Privat, 1995, S. 183–198.

Wolikow, Serge: L'Internationale communiste (1919–1943). Le Komintern ou le rêve déchu du parti mondial de la révolution, Iyry-sur-Seine, Editions de l'Atelier, 2010.

Wolikow, Serge; Bleton-Ruget, Annie (Hrsg.): Antifascisme et Nation. Les Gauches européennes au temps du front populaire, Dijon, EUD, 1998.

Wollenberg, Erich: Der Apparat. Stalins Fünfte Kolonne, Bonn, Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, 1951.

Wollenberg, Erich: Thälmann. Film und Wirklichkeit (1954). In: Peter Monteath (Hrsg.): Ernst Thälmann. Mensch und Mythos, Amsterdam u.a., Rodopi, 2000, S. 109–118.

Wollenberg, Erich: The Red Army, London, New Park, 1978.

Wolter, Ulf (Hrsg.): Die Linke Opposition in der Sowjetunion 1923–1928. Bd. 5: 1926–1927, Berlin, Olle & Wolter, 1977.

Woodman, Dorothy [d.i. Albert Schreiner]: Hitler Rearms. An Exposure of Germany's War Plans, London, John Lane, 1934.

Woodman, Dorothy [d.i. Albert Schreiner]: Hitler treibt zum Krieg. Dokumentarische Enthüllungen über Hitlers Geheimrüstungen. Herausgegeben von Dorothy Woodman, Sekretärin der englischen Union für demokratische Kontrolle. Aus dem Englischen übertragen von Franz Obermeier, Paris, Editions du Carrefour, 1934 (Nachdruck Köln, Pahl-Rugenstein, Frankfurt am Main, Röderberg-Verlag, 1979).

Woodman, Dorothy [d.i. Albert Schreiner]: Hitlers Luftflotte startbereit, Paris, Editions du Carrefour, 1935.

Wulff, Dietmar (Hrsg.): A.A. Joffe und die russische Außenpolitik. Unveröffentlichte Dokumente. Teil III. Juli 1918. In: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte (1996), 2, S. 267–304.
Ypsilon [d.i. Karl Volk und Julian Gumpertz]: Pattern for a World Revolution, Chicago-New York, Ziff-Davis Publishing Company, 1947.
Zagladin, Vadim V. (Hrsg.): Die internationale Arbeiterbewegung. Fragen der Geschichte und der Theorie. Bd. 4: Der Grosse Oktober und die internationale Arbeiterklasse (1917 bis 1923), Moskau, Progress, 1983.
Zarusky, Jürgen: Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzungen und außenpolitische Konzeptionen 1917–1933, München, Oldenbourg, 1992. (Studien zur Zeitgeschichte. 39).
Zarusky, Jürgen (Hrsg.): Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge der Forschung, München, R. Oldenbourg, 2006.
Zehl, Romero, Christiane: Anna Seghers. Eine Biographie 1900–1947, Berlin, Aufbau-Verlag, 2000.
Zeidler, Manfred: Reichswehr und Rote Armee 1920–1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit, München, Oldenbourg, 1993. (Beiträge zur Militärgeschichte. 36).
Zentner, Christian; Bedürftig, Friedemann (Hrsg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches, München, Südwest-Verlag, 1985.
Zetkin, Clara: Gesammelte Werke. Bd. 2, Berlin (Ost), Dietz, 1950.
Ziehr, Wilhelm: Die Entwicklung des „Schauprozesses“ in der Sowjetunion. Ein Beitrag zur sowjetischen Innenpolitik 1928–1938, Phil. Diss., Tübingen, 1970.
Ziemann, Benjamin: Enttäuschte Erwartung und kollektive Erschöpfung. Die deutschen Soldaten an der Westfront 1918 auf dem Weg zur Revolution. In: Jörg Duppler, Gerhard P. Groß (Hrsg.): Kriegsende 1918. Ereignis. Wirkung. Nachwirkung. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, München, Oldenbourg, 1999, S. 165–182.
Zimmermann, Rüdiger: Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik, Düsseldorf, Droste, 1978.
Zinov’ev, Grigorij E. (Sinowjew, G.): Adlers Schuß und die Krise des Sozialismus (Oktober 1916). In: Lenin, N.; Sinowjew, G.: Gegen den Strom. Aufsätze aus den Jahren 1914–1916, Hamburg, Verlag der Kommunistischen Internationale-Carl Hoym Nachf., 1921, S. 522–529.
Zinov’ev, Grigorij E. (Sinowjew, G.): Die Weltpartei des Leninismus, Hamburg, Carl Hoym, 1924.
Zinov’ev, Grigorij E. (Sinowjew, G.): Die Weltrevolution und die 3. Kommunistische Internationale. Rede auf dem Parteitag der USPD in Halle am 14. Oktober 1920, Hamburg, Verlag der Kommunistischen Internationale, 1920.
Zinov’ev, Grigorij E. (Sinowjew, G.): Geschichte der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki). Abriss in sechs Vorträgen, Hamburg, Verlag der Komunistischen Internationale, Carl Hoym, 1923. (Repr.: Erlangen, Politladen, 1972).
Zinov’ev, Grigorij E. (Sinowjew, G.): Le corps enseignant et la dictature du prolétariat. Discours prononcé au Congrès des Instituteurs de l’U.R.S.S., janvier 1925, Paris, l’Internationale des Travailleurs de l’Enseignement, 1925.
Zinov’ev, Grigorij: Leninizm, Leningrad, Gosudarstvennoe izdatel’stvo, 1925.
Zinov’ev, Grigorij E.: Mirovaja revoljucija i Kommunističeskij Internacional, Petrograd, 15-ja Gos. Tip., 1920.
ZK der KPD (Hrsg.): Der neue Kurs. Reden der Genossen Bucharin und Sinowjew. Brief des EKKI, Berlin, Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten, 1925.
ZK der KPD (Hrsg.): Hungerdiktatur in Brüning-Deutschland. Zur IV. Notverordnung, Berlin, Merker, [1931].
Žuravlev, Sergej V. (Shurawljow, Sergej): „Ich bitte um Arbeit in der Sowjetunion“. Das Schicksal deutscher Facharbeiter im Moskau der 30er Jahre, Berlin, Christoph Links Verlag, 2003.

Orts- und Personenregister

Band 2/1, S. 1–938
Band 2/2, S. 939–1724

Aus Gründen der häufigen Erwähnung verzichteten die Bearbeiter auf die Indizierung der geographischen Bezeichnungen ‚Deutschland', ‚Russland/Sowjetunion', ‚Moskau' und ‚Berlin'.

Abchasien 1089
Abd el-Krim 519
Abegg, Wilhelm 905
Abessinien 1093, 1139, 1150, 1156, 1219, 1225, 1563
Abetz, Otto 1110, 1606, 1609
Abraham (Ps.). *Siehe* Sobolevičius, Adolfas
Abramovič, Aleksandr E. 148
Abramovič, Rafail 230, 234–235
Abraša (Ps.). *Siehe* Sobolevičius, Adolfas
Absoljut (Ps.). *Siehe* Stasova, Elena
Abusch, Alexander 1016, 1030, 1354
Ackermann, Anton 1411, 1623, 1657, 1674, 1679–1680, 1691, 1717, 1720, 1721
Ackermann, Otto 1302, 1628
Adamczak, Viktor 1270
Adam (Ps.). *Siehe* Volk, Karl
Adenauer, Konrad 880
Adler, Alfred 1252
Adler, Friedrich 214–215, 228–229, 235–236, 242–243, 245, 248, 418, 928–929, 1006
Adlerhorst 1431
Adler, Raissa 1252
Adler, Valentine 1252
Adoratskij, Vladimir 827, 966, 1156, 1207, 1210
Afghanistan 193, 352, 444, 847, 1417, 1458
Agranov, Jakov 1130, 1160, 1234, 1305, 1345
Ägypten 65, 520
Aix-en-Provence 1635
Aksel'rod, Tovij 51, 75, 89
Aksel'rod, Pavel 51
Aktjubinsk 1262
Åland 1481
Albanien 1438
Alberti, Rafael 1369
Albert, Maurice 1202
Albert (Ps.). *Siehe* Lominadze, Vissarion
Albert, Victor (Ps.). *Siehe* Roth, Leo
Albrecht (Ps.). *Siehe* Abramovič, Aleksandr E.
Aleksandro-Gruševsk 345
Aleksandrov, Georgij 878, 1666, 1708, 1711
Aleksandrovskij (NKVD) 1233
Aleksandrovskij, Sergej 320
Aleksa, Zigmas 1254
Alexander, C.G.L. 680
Alexander, Edgar 954
Alexander, Eduard Ludwig 88, 90
Alexander, Gertrud 88
Alex (Ps.). *Siehe* Kippenberger, Hans
Alfons (Ps.) 1158
Alfred (Ps.). *Siehe* Lehén, Tuure; *Siehe* Knöchel, Wilhelm
Algerien 554
Alichanov, Gevork 1306, 1327
Allenstein 1647
Allilueva, Nadežda 456, 464
Alma-Ata 1247
Alois (Ps.). *Siehe* Žbikovskij, Stefan
Alpári, Gyula/Julius 702, 897–898, 901, 972, 1434, 1496
Al'ter, I. M. 902
Altmann, Heinz 1224
Alt-Ruppin 328
Aman, Dudley, 1st Baron Marley 1043, 1072
Amsterdam 3, 6, 123, 164, 231, 237, 245, 257, 269, 276, 383, 396, 494, 576, 930, 978, 1021, 1027–1028, 1040–1041, 1051, 1063, 1065, 1105, 1109, 1210, 1297, 1394, 1437, 1495, 1504, 1613, 1644, 1674, 1677
André, Edgar 1243
Andreev, Andrej 395, 1299, 1304–1305, 1368, 1407, 1459, 1479, 1626, 1639, 1659
Andrej (Ps.). *Siehe* Radek, Karl
Angaretis (Ps.). *Siehe* Aleksa, Zigmas
Anhalt 474
Anisimov, Ivan 1517
Ankara 1479
Annenkova, Julija 1085
Antipov, Aleksandr 1682
Anton (Ps.) 1184

Antonius, Hl. 245
Antonova, Sof'ja 288
Antonov-Ovseenko, Vladimir 308–309, 324–325, 340
Antwerpen 695, 1140–1141, 1419, 1608
Anvelt, Jaan 415, 1134, 1201, 1408, 1514, 1665
Apletin, Michail 599, 1516
Appel, Jan 160
Appelt, Fritz 1682
Arabien 893
Aragon, Louis 1274, 1369, 1436, 1493, 1505
Aralov, Semen 681
Araquistain Quevedo, Luís 1489
Archangel'sk 61, 668, 813, 1120
Arconada, César 1369, 1666
Arendsee, Martha 1680
Arendt, Hannah 1185, 1636
Argentinien 413, 1436
Arkus, G. M. 853, 1079, 1093
Arlesheim 1013
Armenien 544
Arndt (Ps.). *Siehe* Mewis, Karl
Arnold (Ps.). *Siehe* Guraľskij, Abram
Arnol'd, Valentin 1304
Arnot, Robin Page 1327
Arosev, Aleksandr 1156, 1207, 1210
Artemovsk 614
Arvid (Ps.). *Siehe* Pjatakov, Georgij
Aš 735
Aschberg, Olof 206
Asiaticus (Ps.). *Siehe* Grzyb, Moses
Astachov, Georgij 1361, 1519, 1521
Asturien 1091, 1117, 1394
Atatürk, Mustafa Kemal 121, 937
Äthiopien. *Siehe* Abessinien
Aubagne 1635
Aufhäuser, Siegfried 1115
Augustinus, Hl. 620
Australien 1370, 1372
Avatin, Michael 1140–1141

Babajcev, I. F. 1564
Babarin, E. I. 1521
Babuškin (Ps.). *Siehe* Šklovskij, Grigorij
Bachmann, Hermann 1354
Bad Godesberg 621
Bad Kissingen 1039
Bad Königstein im Taunus 1036
Baden 587, 796, 934, 1316, 1636
Baden, Max von 53, 56
Badstieber, Wilhelm 613
Baer, Simon 1270–1271
Bahnik, Wilhelm 1161, 1163, 1185, 1188
Bakaev, Ivan 616
Baku 106, 121, 193, 234, 1247
Bakunin, Michail 175
Balabanova, Angelika 50–51, 58, 64, 96, 123
Balkan 92, 115, 123, 412, 445, 1609–1610
Balta 692
Baltikum 846, 1526, 1533, 1558–1559, 1609
Baluschek, Hans 1468
Barbusse, Henri 665, 679, 930, 1007, 1028, 1042, 1109, 1130, 1274, 1275, 1495, 1571
Barcelona 1355, 1389–1390, 1484, 1502
Barta, Sándor 1084, 1276, 1296, 1299, 1358
Bartels (Filmvorführer) 205
Barth, Emil 68
Barth, Wilhelm 44
Barthel, Max 187, 200
Barthou, Louis 240
Baschkirien 105, 1266, 1658
Basel 48, 89, 833, 1013, 1030, 1051, 1274, 1468
Baskenland 1361
Bästlein, Bernhard 1108
Batumi 1404
Baturin, Nikolaj 50
Baudisch, Paul 1432–1433, 1435
Bauer, Otto 233, 811, 885–886, 889, 1006, 1210, 1487
Bauer, Peter 1628
Baumert, Emilie 1627–1628
Baumert, Wilhelm 1627
Bayern 80–82, 87, 101, 146, 233, 244, 298, 315–316, 325, 342–343, 348–349, 369, 394, 417, 735, 796, 869, 872, 934, 943, 1053, 1074, 1162, 1262, 1269, 1480, 1554
Bažanov, Boris 287
Bažanov, Jurij 1599
Bebel, August 451
Becher, Johannes R. 443, 1083–1084, 1085–1087, 1276, 1296, 1299, 1356, 1374–1375, 1637, 1666–1667
Becker, Ernst 642, 735
Becker, Karl Albin 492, 569, 579, 1432
Becker, Paul 1432–1433
Begge, Karl 448, 701
Behrend (Ps.). *Siehe* Braun, Erich
Belen'kij, Grigorij 529

Belen'kij, Zachar 716
Belev, Kristo 1371
Belgien 143, 214, 247, 253, 302, 380, 413, 420, 475, 477, 520, 891, 1043, 1078, 1111, 1218, 1600, 1602–1603, 1606, 1608–1609, 1615, 1617, 1707
Belgrad 1635
Beljakov, Michail 1599
Bellemann, Franz 642
Bell, Georg 1012
Bell, Tom 160, 1380
Beloborodov, Aleksandr 1277
Belov (Ps.). *Siehe* Damjanov, Georgi
Benario, Olga 408
Benda, Julien 1369
Beneš, Edvard 191, 1209, 1474
Benjamin, Walter 77, 1119, 1377, 1508
Ben Lekhal, Mahmud 420
Bennett (Ps.). *Siehe* Petrovskij, David
Berchtesgaden 1490
Bergamín, José 1369
Berger, Harry (Ps.). *Siehe* Ewert, Arthur
Berger, Walter (Ps.). *Siehe* Zachrin, Il'ja
Bergmann, Georg (Ps.). *Siehe* Szana, Antony
Bergmann, H. 324
Bergmann, Hermann 1313
Berija, Lavrentij 1444, 1474, 1479, 1482, 1498, 1546, 1555, 1599, 1624–1626, 1645–1646, 1653
Berman-Jurin, Konon 1230, 1246, 1256–1258, 1263–1265, 1270–1271, 1313
Berman, Leo 1256–1257, 1264, 1270–1271
Bermann Fischer, Gottfried 1298
Bern 6, 62, 64, 86, 89, 1527
Bernard (Ps.). *Siehe* Kurella, Alfred; *Siehe* Fried, Eugen
Bernhard, Georg 1354, 1411, 1419, 1461, 1476, 1483, 1487–1488
Bernstein, Eduard 48, 62
Bertz, Paul 589, 1101–1103, 1323, 1354, 1382, 1411, 1463
Berzin, Jan 5, 62, 91–96, 115, 350, 435, 714, 826
Bessarabien 436, 692, 1257, 1613
Bethge, Wilhelm. *Siehe* Blatschek, Anton
Bettelheim, Ernst 118
Betz, Adolf 533
Beuttel, Wilhelm 1674, 1677
Beyer, Erich 1302
Beyer, Hans 1302
Beyes, Frida 1626–1627, 1630
Beyes, Fritz 1627
Białystok 121, 126, 1536
Bianco, Vincenzo 1630–1631, 1716
Bickel, Hans 1031, 1076, 1241
Bielefeld 588
Bigot, Marthe 680
Bilbao 1428
Billinger, Karl (Ps.). *Siehe* Massing, Paul
Birkenhauer, Erich 900, 972, 1308
Bismarck, Otto von 60, 675, 1651
Bitker, German 792, 853
Bitterfeld 670
Blank, Erich (Ps.). *Siehe* Hermann, Wilhelm (KPD)
Blatschek, Anton 1184
Blech, René 1369
Blenkle, Konrad 455, 547, 579, 602
Bljucher, Vasilij 607
Bljumkin, Jakov 711
Bloch, Ernst 1297, 1299
Bloch, Rosa 89
Blomberg, Werner von 1059, 1651
Blücher, Heinrich 1185, 1392
Blum, Léon 1210, 1233, 1436, 1481, 1527
Blumfeldt, Georg 1272
Blur, E. 160
Bobek, Felix 1161
Bochum 936
Bock, Fedor von 1669
Boden, Hans (Ps.). *Siehe* Sobottka, Gustav jun.
Body, Marcel 123
Boerner, Hugo 1647
Boerner, Walter 1262
Bogdanov, A. A. 599
Bogdanov, Aleksandr 196, 382
Bogdanov, Ivan 1482
Bogdanov, M. A. 1459, 1621
Bogdanov, Petr 339
Boguslavskij, Michail 1304
Bölke, Emilie 1327
Bolland, Gerardus Johannes 900
Böllberg 1267
Bol'šakov, Ivan 1647
Bombacci, Nicolo 150
Bonald, Louis de 708
Bonaparte, Napoleon 1641, 1710
Bonč-Bruevič, Vladimir 43
Bonetti, Bruno 1380

Bonnet, Georges 1526, 1607
Bordiga, Amadeo 150, 216, 378–379, 490, 491, 667
Bork, Otto 1267, 1356
Börner, Otto (Ps.). *Siehe* Wahls, Otto
Bornstein, Joseph 1507
Borodin (Ps.). *Siehe* Gruzenberg, Michail
Borowski, Noah 1247, 1271–1272
Borsig, Ernst 416
Bortnowski, Bronisław 388, 1327
Botev, Christo 1687
Böttcher, Paul 277, 547, 565, 569, 642
Bottländer, Theodor 1193
Botzenhardt, Johannes 377, 383
Bouchet, Charles 1371
Brandenburg 270, 314, 328, 330, 348, 533, 662, 888, 1108, 1162, 1169, 1184, 1246, 1263, 1266
Brandenburg an der Havel 328
Brand, Gustav 1083–1084
Brandler, Heinrich 100, 103, 108, 116, 144, 158, 169, 174–175, 179–180, 206–207, 227, 270, 274, 281, 284, 293, 298–299, 306, 312, 316, 318–322, 325, 332–335, 339, 353–355, 362–365, 368, 384–385, 387, 415, 417–419, 424–428, 430, 440–441, 459, 469–470, 479, 503, 537, 542, 564, 567, 569–570, 580–582, 589, 602–603, 611–612, 630–632, 638, 649, 654, 658, 663, 665–666, 683, 686, 735–736, 796, 809, 824, 831, 839, 842–844, 861, 898–899, 901, 990, 1214, 1247, 1258, 1390, 1467, 1489, 1510
Brandt, Carl 1161
Brandt, Heinz 1431
Brandt, Otto (Ps.). *Siehe* Knobel, Otto
Brandt, Willy 1111
Branting, Georg 166–1669
Branting, Hjalmar 1044
Brasilien 298, 694, 925, 1202, 1434, 1487
Brass, Otto 208, 212
Bratman-Brodovskij, Stefan 765, 770, 773
Braun, Erich 1158
Braunheim, Fritz 826
Braun, Max 1094, 1411, 1413, 1419, 1422–1423, 1476, 1483, 1485–1486
Braun, Otto (KPD) 408, 846, 1693
Braun, Otto (SPD) 450, 808, 851, 879–881, 887, 906, 915, 1553
Braun, Paul 906
Braun (Ps.). *Siehe* Ewert, Arthur
Braunschweig 72, 796
Braunthal, Bertha 160
Brecht, Bertolt 1035, 1085, 1293, 1298, 1314, 1369, 1375–1377, 1508
Bredel, Willi 1085, 1086, 1299, 1304, 1375–1376, 1493, 1502–1503, 1504–1505, 1508, 1637–1638, 1665–1667, 1704
Bredow, Ferdinand von 1650
Breitscheid, Rudolf 102, 830, 945, 1320, 1411, 1413, 1419, 1422–1423, 1436–1437, 1469, 1475, 1483–1484, 1491
Bremen 72, 100, 582, 687, 695, 697–698
Bremerhaven 686
Brentano, Bernhard von 1030, 1034, 1297
Breslau 199, 259–261, 642, 775, 1132, 1475
Bressel, Otto 1269
Brest-Litovsk 44, 59, 122, 126, 133, 192, 194, 221–223, 1295, 1559, 1560
Breuer, Lex (Ps.). *Siehe* Ende, Adolf
Breuer, Robert 1419, 1470, 1473
Briand, Aristide 752
Bričkina, Sof'ja 288
Bringolf, Walther 735, 1259
Britisch-Malaysia 1142
Brjuchanov, Nikolaj 391, 396, 459, 599, 711, 714, 722–723
Brockdorff-Rantzau, Ulrich von 123, 305, 406, 431–432, 457, 459, 463, 466, 494, 612–613
Brockway, Fenner 1488
Brody 1255
Broede, Friedrich 1185
Brojdo, Grigorij 191
Bronek (Ps.). *Siehe* Bortnowski, Bronisław
Bronkowski (Ps.). *Siehe* Bortnowski, Bronisław
Broński, Mieczysław 79, 99, 190, 192, 217, 307
Bruch, Kurt 1268
Brucker, Ludwig 1254, 1264
Brückmann, Georg 1305, 1449
Brüning, Heinrich 729, 743, 755, 765–766, 770, 772–773, 778–779, 796, 800, 807–808, 814, 817, 821, 851, 863, 877, 887, 1385, 1420, 1472
Brupbacher, Fritz 1487
Brüssel 247, 520, 678, 931, 1040, 1119, 1134, 1178–1179, 1182, 1186–1187, 1198, 1203, 1213–1214, 1219, 1239, 1321, 1329, 1359, 1403, 1411, 1438, 1462, 1465, 1600

Brustawitzki, Abraham 1313
Buber, Martin 1027
Buber-Neumann, Margarete 963, 964, 1027, 1067, 1359, 1408
Bubnov, Andrej 283, 307, 308
Buchara 191
Bucharcev, Dmitrij 1304
Bucharin, Nikolaj 5, 50–51, 58, 63–64, 75–77, 86, 91, 96, 99, 112–116, 118, 138, 149, 172, 192, 212, 233–236, 238–240, 243, 246–248, 252, 254–255, 270–271, 281, 283, 285, 290, 293, 299–300, 304, 307–308, 338, 353, 372, 376, 378, 391, 402, 419, 439, 444, 448, 454–457, 459–462, 464–467, 478, 490–491, 523–525, 530, 533–534, 538, 544, 546, 548, 551, 563, 565–567, 569, 572–573, 578, 590, 596, 602–603, 606–607, 611, 613–616, 618–621, 623–624, 628, 632, 639, 660–661, 668, 688, 767, 784–786, 807, 893, 907, 1156, 1207–1208, 1211, 1279, 1360–1361, 1408, 1423, 1430, 1434, 1468, 1489, 1491
Buchzeman („Gestapo-Agent“) 1268
Buck, Pearl S. 1370
Budapest 1263, 1479, 1635
Budich, Willi 73, 119, 1311, 1313–1314
Budjakov, Georgij 1535
Budzislawski, Hermann 1031, 1493
Bühren, Friedrich 1628
Bühren, Gertrud 1628
Bühren, Karl Robert 1628
Bujor, Mihai 123
Bukarest 701
Buk, Pierre (Ps.). *Siehe* Weiskopf, Franz Carl
Bulgarien 166, 277, 293, 364, 376, 394, 413, 434, 679, 891, 921, 995, 999–1000, 1011, 1016–1017, 1044, 1144, 1201, 1245, 1306, 1371, 1373, 1417, 1458, 1637, 1647, 1678, 1683, 1687, 1689, 1695
Bullitt, William 59
Burde, Fritz 1161
Busch, Ernst 1273
Bussum 1210
Buttinger, Joseph 1210
Büyükada 663, 668, 1233
Bystrjanskij, Vadim 237
Cachin, Marcel 216, 678
Cajander, Aimo 1562–1563
Čajanov, Aleksandr 768
Callam, Albert 1354
Camus, Albert 1028
Čapaev, Vasilij 1211
Capitan (Ps.) 393
Carlo (Ps.). *Siehe* Ljubarskij, Nikolaj
Caro, Kurt Michael 1461
Caro, Walter 1161
Cassou, Jean 1369
Catelas, Jean 1609
Cecil, Robert 1437, 1472
Čečulin, Nikolaj 1498
Čeljabinsk 1266, 1269, 1675–1676
Čemodanov, Vasilij 1093, 1327
Čerepovec 286
Černin, Il'ja 827, 1241–1242, 1279
Černomordik, Moisej 1223, 1225, 1245
Černovcy 286
Červenkov, Vylko 1679
Červinskij (KPD) 540
Chabarovsk 1628
Chagall, Marc 90
Chamberlain, Neville 1526, 1538–1539, 1544–1545
Char'kov 112, 681, 1253–1254, 1263, 1268, 1271, 1314, 1478, 1620, 1704
Charnetzki, Georg 1676
Chautemps, Camille 1427
Chejfec, Abram. *Siehe* Guraľskij, Abram
Chemnitz 100, 208, 318, 333, 547, 569, 573, 581, 589, 653, 1246–1247, 1268–1269
Cherson 1268
Chicago 702
Chile 1371
China 132, 137, 193, 463, 468, 498, 500, 506, 517–520, 544, 548, 551–552, 554, 561, 563, 586, 596–598, 617, 623, 656, 691, 694, 705, 710, 787, 790, 831, 837, 861, 925, 1018, 1142, 1202, 1226–1227, 1261–1262, 1265, 1371, 1373, 1416, 1424, 1434, 1439, 1458, 1527, 1646
Chinčuk, Lev 666, 748, 781, 895, 937, 996–997, 1052, 1055, 1071
Chișinău 436, 1257
Chitarov, Rafail 750, 754
Cholina, S. 153
Chosta 1268
Chruščev, Nikita 1367, 1474
Chrzanów 1356

Churchill, Winston 1670, 1711
Čičerin, Georgij 5, 54, 55, 63–64, 71, 76, 113, 115, 122, 148, 151, 188, 191–194, 200–201, 205, 214, 217, 225, 227, 246, 256, 259, 290, 292, 300, 304, 314–315, 356, 377, 383, 404, 406, 415, 423–424, 431, 433–434, 445, 447, 453–454, 463–464, 494, 497, 543, 551, 606, 612–614, 619, 628, 671–673, 680, 690–693, 704–708, 772, 848, 937
Ciliga, Ante 1155
Ciperovič, Grigorij 115
Čistopolʼ 1479
Ciudad de Mexico 1308
Cjurupa, Aleksandr 277, 339, 441
Clajus, Elsa 1269
Claß, Heinrich 856
Clausewitz, Carl Philipp Gottlieb von 297, 393
Clément (Ps.). *Siehe* Fried, Eugen
Cochenhausen, Konrad von 325
Codovilla, Vittorio 1436
Cogniot, Georges 1439, 1476
Colm, Gerhard 325
Colombes 1619
Como 378
Compiègne 1602
Conradi, Moritz 51
Conrad (Ps.) 398
Constant, Etienne 1439
Cook, A. J. 527
Coppi, Hans 1647
Cot, Pierre 1436, 1437, 1472
Cottbus 328, 1311
Cowley, Malcolm 1370
Craipeau, Yvain 1211
Crémet, Jean 1142
Creutzburg, August 1215, 1495–1496
Cripps, Stafford 1017
Crispien, Arthur 101–102, 108, 239
Crosby, J. 160
Csillag (Ps.). *Siehe* Stern, Ladislaus
Cukerman (RKP(b)) 191, 193
Cuno, Wilhelm 273, 284, 420
Curtius, Julius 728
Curzon, George 125–126, 129–130, 132, 548

Dagö. *Siehe* Hiiumaa
Dahlem, Franz 6, 547, 642, 748, 752, 775, 780, 908, 1061, 1098, 1106, 1165, 1219, 1327, 1382, 1393, 1411, 1495, 1514, 1600, 1614, 1617–1619, 1636
Dahlem, Käte 1619
Dahlem, Luise 1619
Dahlem, Robert 1619
Daladier, Édouard 1538–1539, 1544–1545, 1607, 1618
Dalmatien 745
Daluege, Kurt 1012
Damjanov, Georgi 1447
Dänemark 79, 158, 412, 540, 1140, 1219, 1249, 1251, 1310, 1313, 1371, 1595, 1602–1603, 1606, 1610, 1612, 1632
Dan, Fedor 242
Danilevskij, Nikolaj 708
Dantz, Wilhelm 582
Danzig 129, 400, 1267, 1533, 1606
Darlan, François 1643, 1646
Darmstadt 857
Darwin, Charles 889
Daub, Philipp 1109
Däumig, Ernst 62, 68, 101–103, 107, 136, 151, 176, 212, 267
David, Fritz (Ps.). *Siehe* Krugljanskij, Ilʼja-David
Davidovič („Trotzkist“) 1301
David, Sara 1271
DDR 1431
De Brouckère, Louis 236, 811, 1487
Decker, Georg (Ps.). *Siehe* Denike, Georgij
De Gaulle, Charles 1436, 1643, 1646, 1707
Degen (Ps.). *Siehe* Nuding, Hermann
Dehmel, Richard 635
Deivits 1248
Dekanozov, Vladimir 1482, 1498, 1620
De Kruif, Paul 1370
De Leeuw, Alexander Salomon 116
Delta (Ps.). *Siehe* Stasova, Elena
Del Vayo, Alvarez 1413
Demolski, Artur 1267, 1302
Dengel, Philipp 455, 461, 470, 478, 481–482, 490, 530, 547, 562, 569, 573–576, 578, 580–581, 602–603, 630, 642, 1361, 1396, 1446, 1459, 1489, 1500
Den Haag 247, 249, 900, 1029, 1108
Denike, Georgij 1411, 1483
Denikin, Anton 126, 128–129, 392
Dessau 171, 447, 1558
Deter, Adolf 1108
Deterding, Henri 1391

Deterding, Lydia 1391
Deutsch, Julius 1143
De Vries, Theun 1371
De Wendel, Charles 862
Diaz, José 1572
Dietrich, Paul Reinhold 385, 642, 735
Dietrich (Ps.). *Siehe* Jäkel, Paul
Dijon 4, 6, 1475
Dimitrov, Georgi 5–6, 8, 678, 747, 875, 972, 1007, 1011–1012, 1015–1016, 1017, 1067, 1080, 1091, 1093–1094, 1103, 1108, 1114, 1116, 1119–1121, 1123–1128, 1141, 1181, 1193, 1223, 1225, 1227, 1236, 1240, 1242–1243, 1245, 1261, 1265, 1273, 1278–1279, 1299, 1304, 1310, 1324–1327, 1329–1330, 1334–1335, 1341, 1344, 1353–1354, 1361, 1368, 1378, 1380–1381, 1384, 1394–1395, 1405, 1407–1410, 1414, 1421, 1439–1440, 1443–1446, 1452, 1454, 1458, 1460, 1463, 1466, 1470, 1475–1476, 1479, 1482–1483, 1485, 1494–1495, 1499, 1514, 1525, 1527, 1533, 1536–1537, 1547, 1554, 1564–1567, 1570, 1572–1573, 1579, 1581–1582, 1584, 1593–1597, 1600–1602, 1605–1606, 1609, 1612, 1614, 1616, 1618, 1622, 1625–162, 1629–1632, 1635, 1637–1649, 1652, 1656–1662, 1665–1668, 1673–1675, 1677–1687, 1689–1695, 1699, 1704, 1709, 1711–1713, 1716–1717, 1720–1722
Dirksen, Herbert von 737, 783, 835, 1036–1037, 1039, 1055
Dissmann, Robert 373
Ditman, Ottó 1565
Dittbender, Walter 1444, 1449, 1451
Dittmann, Wilhelm 44, 449
Dittmar, Max von 420, 437, 453, 471
Djadja (Ps.). *Siehe* Fuchs, Eduard
Djuro (Ps.?) 301
Dnepr 1389
Döblin, Alfred 1297–1298, 1461, 1508–1509
Dobos, László 1018
Dobrovol'skaja, Agnessa 973
Dodd, Edward William 1146
Dolecki, Jakub 148
Dolgner, Willi 662
Dolivet, Louis (Ps.). *Siehe* Brecher, Ludovic
Dollfuß, Engelbert 1081, 1390
Dollwetzel, Heinrich 1675
Domski (Ps.). *Siehe* Stein, Henryk
Donbass 343–347, 613, 1261, 1270–1271
Donduk Kuular 710
Doriot, Jacques 678, 1240, 1242, 1412, 1434
Dozza, Giuseppe 887
Dragacevac (Ps.). *Siehe* Novakovic, Kosta
Draganov, Ivan (Ps.). *Siehe* Stepanov, Boris
Drenovskij (Ps.). *Siehe* Jovanovic, Janko
Dresden 198, 318, 857, 944, 986
Drobnis, Jakov 1304
Dröll, Karl 1699
Dschingis-Khan 427
Duchêne, Gabrielle 1436
Duclos, Jacques 1606, 1643
Ducros, André (Ps.). *Siehe* Victor, Robert
Ducrot, Victor (Ps.). *Siehe* Victor, Robert
Ducroux, Joseph 1142
Duddins, Walter 899
Duisburg 1679
Duncker, Franz 101
Duncker, Hermann 67, 69, 898
Duncker, Käte 67
Dünkirchen 1602
Dünow, Hermann 845, 1158–1159, 1165, 1176, 1191, 1194, 1198
Dupont (Ps.). *Siehe* Ducroux, Joseph
Durlach 437–438
Düsseldorf 245, 269, 468, 823–824, 862, 942, 949, 1050, 1170, 1538, 1677, 1679
Düwell, Bernhard 212
Dvolajckij, Šolom 737
Dzeržinskij, Feliks 121, 299, 431–433, 438–439, 456, 463

Eastman, Max 291, 456, 463, 466, 504, 1363
Ebeling, Hans 1170
Ebensee 1431
Eberhard, Hans (Ps.). *Siehe* Porecki, Ignacy
Eberlein, Hugo 75, 78, 84, 100, 102, 135, 137, 157–159, 209, 262–263, 268, 287, 332, 334, 380, 385, 398, 400, 546–547, 632, 634, 642–643, 647–648, 693–694, 724–725, 735, 1353–1354, 1432–1433, 1467, 1629
Ebert, Friedrich 53, 67–69, 73, 77, 100, 140, 268, 417, 445, 1046, 1470
Ebner, Louis 1448
Ebro 1502, 1505, 1614
Eden, Anthony 1107

Edgar (Ps.). *Siehe* Burde, Fritz
Edwin (Ps.). *Siehe* Trautzsch, Walter
Eggi, Karl 792
Ehlers, Adolf 582
Ehrhardt, Hermann 98, 267, 934
Eiche (Ps.). *Siehe* Ulbricht, Walter
Eichhorn, Emil 67, 68
Eifel 143
Eifler, Alexander 1143
Eifler, Erna 1647
Einstein, Albert 665, 1028, 1042–1043, 1297, 1436, 1509
Eisenberger, Josef 440–441
Eisenstein, Sergej 1377
Eisleben 139, 932, 949
Eisler, Gerhart 123, 425, 547, 569, 579, 581, 602–603, 632, 634, 642, 645, 724, 1354, 1614
Eisler, Hanns 1255
Eisner, Kurt 44, 81–82, 1173
Ejchenval'd, Aleksandr 768–769
Ejdeman, Robert 619
Ejdukin 398
Ejtingon, Naum 1638
Ekaterinburg 246
Elbert, Anna 1473
Elbing. *Siehe* Elbląg
Elbląg 986, 1557
Elgers, Albert (Ps.). *Siehe* Berman, Leo
Elgers (Ps.?) 1103
Eliava, Šalva 1081
Elmshorn 944
Elsaß-Lothringen 739, 1636
Elser, Georg 1490
Emel, Alexander (Ps.). *Siehe* Lur'e, Moisej
Emel'janov, B. V. 286
Emonts, Karl 1487
Emrich, Franz 775
Ende, Adolf 724
Ende, Hans (Ps.). *Siehe* Greve, Willi
Enderle, August 569
Engelhardt, Karl Herbert 1247, 1271
Engels, Friedrich 394, 827, 900, 1080, 1156, 1207, 1279, 1300, 1310, 1497
Engels (Stadt) 1247, 1266–1267, 1300, 1314, 1356, 1448, 1496, 1628, 1665–1667
Enukidze, Avel' 614, 871, 1036–1037, 1038
Epp, Franz Xaver von 943
Eppstein, Eugen 586, 1312
Erasmus, Wilhelm (Ps.). *Siehe* Knöchel
Ercoli (Ps.). *Siehe* Togliatti, Palmiro
Erdmann, Joseph 1313
Erfurt 58, 62, 100, 101
Erich (Ps.). *Siehe* Thälmann, Ernst
Ericson (Ps.). *Siehe* Wretling, Arvid
Ernst, Karl 1013
Ernst (Ps.) 410, 1141. *Siehe* Kippenberger, Hans
Erpenbeck, Fritz 1085, 1273, 1687
Erwin (Ps.) 398. *Siehe* Schubert, Franz
Erzberger, Matthias 267
Erzgebirge 581, 662, 1308
Escherich, Georg 140, 832
Eschmann, Ernst Wilhelm 1013
Essen 275, 531, 547, 573, 579, 949, 1270, 1629, 1679
Eßlingen 1260
Estland 126–127, 131–132, 191, 415, 435, 463, 846, 995, 1152, 1201, 1416, 1458, 1542, 1559, 1562, 1619
Etterer, Anna 1479–1481
Eupen 1487
Evdokimov, Grigorij 616, 1235, 1487
Eventov, I. 696
Ewert, Arthur 277, 455, 457, 459–460, 481–482, 530, 562–563, 565–566, 569, 573, 576, 583, 602–603, 630, 632, 634, 642, 647, 654–655, 658, 693–694, 724–725, 735, 1434
Extaso (Ps.). *Siehe* Stasova, Elena
Ežov, Nikolaj 243, 1096, 1128, 1130, 1145, 1152, 1206, 1234, 1236, 1301, 1304–1305, 1362, 1367, 1388, 1394, 1407–1408, 1416–1417, 1440, 1474
Ežov, Sergej 243

Fabian, Dora 1108–1109
Fadeev, Aleksandr 1356, 1493, 1497, 1499–1500, 1502
Fajrt? (Ps.?) 1013
Falcón, Irene 1682
Falk 1628
Falke, Konrad 1507
Fallada, Hans 424
Farkas, Mihály 1572
Faseler (KPD) 695
Faure, Paul 229–230
Fed'ko, Ivan 619
Feld (Ps.). *Siehe* Merker, Paul

Fellendorf, Wilhelm 1647
Fendel-Sartorius (Polizeimajor) 325
Fendrich, Alfred 1453
Fenigstein, Stanislaw. *Siehe* Ludkiewicz, Stanislaw
Feuchtwanger, Franz 1101, 1106, 1163
Feuchtwanger, Lion 1085, 1292–1297, 1304, 1324–1326, 1373, 1375–1376, 1436, 1472, 1475, 1493, 1508–1509, 1614, 1635
Feuerbach, Ludwig 838
Fichtenbog (KJVD) 1259
Figatner, Jurij 465
Fili 201, 447, 526
Fišman, Sonja 1246, 1257–1258, 1270–1271
Fimmen, Eduard \ 164, 445–446, 576, 1021, 1111
Finkemeier, Gertrud 1452
Fink (Ps.). *Siehe* Frank, Willi
Finnland 85, 89, 104, 128, 131, 309, 325, 349, 687, 744–745, 804, 846, 924–925, 927, 1000, 1144, 1152, 1201, 1416, 1458, 1481, 1555, 1561–1563, 1572, 1597, 1601, 1623, 1645, 1653, 1662–1663, 1683, 1689, 1695, 1716
Finowkanal 330
Firin-Pupko 408, 412
Fischer, Ernst 885, 1661, 1674, 1679, 1681
Fischer, Kurt 846
Fischer, Ruth 208, 210, 270, 274, 281, 312, 334–335, 338–339, 363, 368, 372–373, 376, 379, 381, 396, 399–400, 402, 415, 430, 448–452, 454–455, 457–462, 464–465, 467, 469–470, 478–482, 490–492, 494, 498, 502, 504–506, 525, 530, 542, 569, 572–573, 577, 581, 583, 585–586, 588, 617, 1246, 1249, 1264, 1311, 1312, 1468, 1510
Fischer, Samuel 1298
Fišman, Sonja 1257
Fitin, Pavel 1659, 1669
Flechtheim, Ossip K. 1486
Flieg, Leo 399–400, 547, 616, 642, 666, 799, 863–864, 1024, 1182, 1396–1397, 1513
Florin, Therese 1237–1238
Florin, Wilhelm 5, 547, 588–589, 865, 879, 883, 887, 1061, 1098, 1102, 1104, 1114, 1120, 1128, 1158, 1165, 1230, 1234, 1272, 1305, 1308, 1327, 1339–1340, 1481, 1500, 1510, 1514–1516, 1525, 1569, 1597, 1605, 1625, 1657, 1661–1662, 1674, 1679–1681, 1691, 1695, 1700, 1716–1717, 1720
Flor (Ps.). *Siehe* Šmeral, Bohumir
Flyg, Nils 735
Foerster, Otfrid 256, 285
Foissin, Robert 1609
Forel, Auguste 899
Formis, Rudolf 1108, 1109
Forster, Edward Morgan 1370
Försterling, Paul 962, 966, 1691
Försterling (Ps.). *Siehe* Thälmann, Ernst
Förster (Ps.) 481
Fortuzadeski, Josef 1268
Frachon, Benoit 875
France, Anatole 1275
Franco, Francisco 1228, 1290, 1318, 1347, 1392, 1458, 1530
Frank, Bruno 1461
Franke, Elfriede 1627
Franke, Ernst 1627
Frankenberg, K. A. (Ps.). *Siehe* Seydewitz, Max
Fränken, Friedrich 1186, 1308
Franken, Paul 179
Franke-Wangenheim, Ingeborg 1273
Frankfurt am Main 191, 194, 214, 230, 275, 372, 375, 381, 587, 705, 947, 980, 1034, 1312, 1390, 1678
Frankfurt an der Oder 330
Frank, Jakob 1252, 1254
Frank, Karl 123, 1486
Frankl, Béla. *Siehe* Zalka, Máté
Frank, Leonhard 1461
Frankreich 59, 61, 65, 85, 92, 97, 117, 123, 130–131, 133, 140, 143, 166, 189, 197, 202, 214, 216, 219, 221, 223, 225–227, 240, 245, 247–248, 255, 258, 274–276, 279, 289–290, 301–303, 313, 319, 322, 365, 369, 376–378, 380, 391, 394, 400, 412, 420–422, 445, 456, 475, 477, 492–493, 497, 517, 519, 520, 540–541, 549, 552, 561–562, 594, 599, 613, 648, 664, 672, 677, 692, 708, 710, 718, 735, 737, 740, 743–746, 761–762, 771, 787, 794, 806, 810, 834–836, 849, 866, 868, 893, 924–925, 929–930, 932–933, 937, 954, 957, 973, 988, 996, 1016, 1019, 1022, 1027, 1037, 1042–1043, 1056, 1060–1061, 1073, 1077–1079, 1090, 1093–1094, 1101, 1103, 1105, 1111, 1117–1118, 1122, 1139,

1142, 1146, 1150, 1162, 1169, 1171, 1197, 1202, 1206, 1210–1211, 1217–1219, 1228, 1233, 1239–1241, 1251, 1253–1254, 1259, 1266, 1270, 1274–1275, 1304, 1311–1312, 1317, 1333, 1336, 1342–1343, 1347, 1354, 1362, 1369, 1374, 1379, 1427–1428, 1432, 1434, 1436–1437, 1439, 1445, 1472–1475, 1481–1482, 1486, 1488–1489, 1492–1493, 1495, 1499, 1501, 1505, 1509, 1525–1529, 1533, 1537–1540, 1544–1545, 1549–1550, 1564, 1572, 1580, 1585–1588, 1590, 1597–1598, 1600–1609, 1614–1619, 1634–1636, 1643–1644, 1646, 1670, 1683–1684, 1687, 1707, 1709–1710
Frank, Willi 400
Franz, Adolf 1186
Fred (Ps.). *Siehe* Stern, Manfred
Frei, Bruno 1016, 1032, 1413, 1461, 1466–1467, 1470, 1484, 1614
Freiburg im Breisgau 6
Freistadt, Benedikt. *Siehe* Frei, Bruno
Frenzel, Max 533, 1104, 1259, 1388
Frenzel, Max (Ludwigshafen) 1104
Freud, Sigmund 1251
Freund, Wilhelm Jakob 1647
Frick, Wilhelm 743, 857, 947, 980, 1013
Fridrichson, Lev 1089–1090
Friedberg, Karl (Ps.). *Siehe* Retzlaw, Karl
Fried, Eugen 1600, 1616, 1644
Friedlaender, Lucian. *Siehe* Breuer, Robert
Friedrich II. 1650
Friedrich (Ps.). *Siehe* Geminder, Bedřich
Friesland (Ps.). *Siehe* Reuter, Ernst
Friis, Jakob 160
Frischbutter, Wladimir 1085
Frisch, N. 93, 94
Fritsch, Werner von 1651
Fritzmann (Ps.). *Siehe* Stasova, Elena
Fritz (Ps.) 1158
Fröhlich, Golda 1258
Fröhlich, Horst 1258, 1310
Frölich, Paul 5, 100, 154, 213, 268, 302, 325, 420, 569, 735, 898, 1259, 1488, 1614
Frölich, Walter (Ps.?) 1259
Frossard, Ludovic-Oscar 245, 248–249
Frumkin, Moisej 404, 441, 447, 599, 681
Frunze, Michail 285, 415
Fuchs, Eduard 63, 77, 137
Fuchs (Ps.). *Siehe* Steinfest, Otto
Fuhlsbüttel 1432
Fundo, Lazar 1438
Funk (Ps.). *Siehe* Wehner, Herbert
Funk, Walther 935
Furini (Ps.). *Siehe* Dozza, Guiseppe
Fürnberg, Friedl 1537, 1632, 1674, 1679–1681, 1691, 1694
Fürstenwalde 328
Fürth 1490

Gabelin, Selma 1258
Gábor, Andor 1083–1084
Gagra 638, 1060, 1089, 1238
Gailis, Karl 297, 319, 714–715
Galizien 1074, 1086
Gallo (Ps.). *Siehe* Longo, Luigi
Galm, Heinrich 642, 650
Galopin, Eugène 664
Gamburg, Josef' 433
Gandhi, Mahatma 623, 1688
Ganeckij (Ps.). *Siehe* Fürstenberg, Jakub
Garelik, Sonja 1451
Gartman, Abram 1265
Gärtner, Irene 1657, 1720
Gascoyne-Cecil, Edward 1472
Gaston (Ps.). *Siehe* Maranne, Georges
Gej, Konstantin 599
Gel'fand, Mark 1527
Gel'm (Ps.). *Siehe* Roze, Voldemar
Geminder, Bedřich 1536, 1632, 1635, 1674, 1679–1681, 1691, 1695
Genf 1058, 1109, 1139, 1395
Genua 214–215, 217, 220–224, 226–228, 232, 237, 240, 245–247, 249, 284
George VI. 1685
Georgien 127, 132, 230–234, 239, 248, 506, 1036, 1606
Georg (Ps.). *Siehe* Steckij, Aleksej
Geoumé (Ps.?). *Siehe* Petrov, Michail
Gerber, Anneliese 386
Gerber, Hans 1103
Gerberich, Anna 1628
Gerberich, Kurt 1628
Gerber (Ps.). *Siehe* Schlesinger, Rudolf
Gerber, Rudolf 589
Gerbig, Max 533
Gercel', Rudolf (Ps.). *Siehe* Ryndhorn, Gerszel
Geriš, Grigorij 601, 1327
Gerő, Ernő 1679

Gersmann, Walter 1645
Geschke, Ottomar 455, 460, 464–465, 481, 546–547, 563, 714
Geschonnek, Erwin 1273
Geßler, Otto 188, 318, 502
Geyer, Curt 176, 209, 1473
Gibarti, L. (Ps.). *Siehe* Dobos, László
Gide, André 199, 1108, 1292, 1373, 1436
Giesecke, Gerhard 1168, 1188
Gilbert, Robert 1185
Ginzburg, Meer 1266
Glarner, Lily 1241
Glatzer, Helene 1108
Glatzer, Willy 1310
Glaubauf, Fritz 652
Glaubauf, Hans 1432, 1433
Glavatsky (KP Litauens) 1254
Glesel, Alex 1358
Glesel, Samuel 1356, 1357–1358
Gles, Erich (Ps.). *Siehe* Glesel, Samuel
Gles, Sally (Ps.). *Siehe* Glesel, Samuel
Globig, Fritz 1007
Glock (Ps.?) 593
Glotter, N. 160
Glückauf, Erich 1596
Gnedin, Evgenij 1361
Goebbels, Joseph 302, 789, 902, 912, 1056, 1131, 1136, 1147, 1173, 1311, 1316, 1412, 1641, 1705
Goethe, Johann Wolfgang von 708, 849, 1031, 1497
Gog, Gregor 1273
Goldberg, Willy 1310
Gold, Michael 1370
Goldscheid, Rudolf 899
Goldstein, Arthur 144
Goldzweig, Elfrida (Ps.). *Siehe* Klege, Elfrida
Golke, Arthur 482, 547, 645, 1022, 1452
Golke, Martha 1452
Goll, Iwan 1275
Gollmick, Walter 899, 1108
Golovino 892
Golubić, Mustafa 1142
Golz, Fritz (Ps.). *Siehe* Fränken, Friedrich
Gomenet (Ps.?). *Siehe* Petrov, Michail
Gonzalez Tuñon, Raúl 1371
Gopner, Serafima 966
Gorbunov, N. 43
Gorbunov, N. P. 227
Gorev (Ps.). *Siehe* Roze, Voldemar
Göring, Emmy, geb. Sonnemann 1225
Göring, Hermann 60, 878, 936, 958–959, 968, 996, 1012–1013, 1016, 1039, 1048, 1081, 1138, 1146–1147, 1225, 1280, 1335, 1342, 1649–1650, 1677
Gorki 285
Gorkić, Milan 1397
Gor'kij, Maksim 197, 199, 250, 510, 1087, 1296, 1493, 1571
Gorkin, Julián 1488
Gorter, Hermann 123, 138, 166, 168
Gotha 44, 71, 1480
Gottwald, Klement 858, 932, 1120, 1128, 1378, 1381, 1439, 1525, 1537, 1565, 1572, 1579, 1597, 1625, 1682, 1716
Goulooze, Daan 1613, 1674, 1677
Goy, Jean 1110
Grabowsky, Adolf 1013
Graefe, Paul 1398
Gräf, Hugo 1464
Gräf, Max (Ps.). *Siehe* Frank, Jakob
Graf, Oskar Maria 1087, 1369, 1375–1376, 1508
Grajewo 121
Gramsci, Antonio 112, 667
Granach, Alexander 1273
Granzow, Fritz 1475
Graše, Ivan 1304
Graßmann, Peter 373, 915
Graupe, Georg 419
Greif, Heinrich 1273
Greve, Willi 1259
Grewe, Richard 1085
Griechenland 412, 619, 891, 1201, 1416, 1458
Grieg, Nordahl 1371
Griesbach, Walter 1114
Grišino 1270–1271
Grimm, Robert 811
Grin'ko, Grigorij 777–778, 1093
Grischa (Ps.) 926
Grodno 133, 1247, 1253, 1257
Groener, Wilhelm 671
Gröhl, Karl (Ps.). *Siehe* Retzlaw, Karl
Groman, Vladimir 768
Gross, Babette 600, 963, 1026, 1027, 1030, 1290, 1298, 1382, 1408, 1413, 1419, 1421, 1436, 1464, 1469, 1487
Großbritannien 60–61, 64–65, 85, 92, 106, 121–122, 125–126, 128–129, 132, 160, 166,

189, 193, 201–202, 214, 221, 227, 229, 234, 247, 251, 255, 258, 272, 285, 289, 309, 316, 376, 383, 396, 412–413, 420–421, 445–446, 463, 465, 475, 477, 501, 504–506, 511, 516–517, 520, 522, 527–528, 544, 549, 551, 561, 563, 565–566, 572, 586, 599, 613, 615, 628, 632, 656, 664, 672, 692, 704, 710, 718, 724, 745–746, 760–762, 772, 787, 810, 812, 834, 861, 887, 891, 894, 929–930, 948, 951, 988, 996, 1016, 1029, 1035, 1042–1043, 1048, 1056, 1061, 1072–1073, 1077, 1101, 1107, 1111–1112, 1139, 1142, 1193, 1202, 1219, 1228, 1241, 1261, 1270, 1304, 1336, 1342, 1354, 1370, 1377, 1381, 1427, 1439, 1482, 1488, 1504, 1525–1529, 1533, 1537–1541, 1544–1545, 1549–1550, 1558–1559, 1562, 1564, 1569, 1572, 1585–1588, 1590, 1597–1598, 1602–1604, 1607, 1615, 1633–1634, 1640, 1645, 1647, 1651, 1664–1665, 1667, 1670–1671, 1679–1680, 1685, 1689, 1698, 1701, 1705, 1712–1713
Großkopf, Richard 399
Gross, Otto 1269
Grosz, George 510, 1298, 1467
Grubešlieva, Marija 1371
Grumbach, Salomon 1437
Grünberg, Karl 1085–1086
Grünblatt, David 1302
Grüss, Boris 1255
Gruzenberg, Michail 137
Grybowski, Franz 1161
Grylewicz, Anton 469–470, 482, 503, 531, 533, 617, 1312
Grzegorzewski (Ps.). *Siehe* Grzelszczak, Franciszek
Grzelszczak, Franciszek 1396
Grzesinski, Albert 557, 674–675, 744, 812, 1422, 1476
Grzyb, Moses 425, 1261
Guangdong 596, 598, 623
Gubb, Arnold 1257
Guderian, Heinz 1559
Gukovskij, Isidor 122
Guljaev, Pantelejmon 1647, 1679
Gumbel, Emil J. 1411, 1422, 1476
Gundorov, Aleksandr 1657
Günther, Hans 638–639
Gural'skij, Abram 124, 136, 139, 145, 207–209, 298, 337, 385, 390, 586
Gurevič, Vissarion 243
Gurs 1636
Gürtner, Franz 947
Gusev, Sergej 5, 303–304, 324, 652, 688, 716, 722, 727, 733, 871, 883, 885
Gustav (Ps.). *Siehe* Pfeiffer, Hans Walter
Gutner (Ps.). *Siehe* Gartman, Abram
Gutsche, Josef 626–627, 1183
Guttmann, Josef 793
Guyot, Raymond 1438, 1645
Gyptner, Richard 678, 1682, 1696

Haase, Hugo 44, 48, 50, 64, 108, 963–964, 998
Habe, Hans 1297
Hácha, Emil 1680
Hagel, Marie 1452
Hähnel, Walter 1327
Haifeng 596
Halbe, Erna 569
Halle 198, 208–209, 232, 282, 382, 538, 547, 642, 669, 685, 752, 932, 1108, 1198, 1267, 1432
Halle, Felix 1450
Halle, Ruth-Emmy 1450
Halperin, R. V. 706
Hamann, Ernst 1269
Hamburg 100, 198, 318, 322, 333, 336–337, 349, 361, 382, 394, 404–406, 416–418, 428, 539, 547, 550, 578, 582, 593, 601, 634, 636, 640–641, 643–644, 647–648, 651, 657, 681, 685, 695, 752–753, 796, 803, 821, 830, 864–865, 899, 934, 942, 949, 987, 995, 1021, 1034, 1050–1051, 1053–1054, 1107–1108, 1111, 1115–1116, 1159, 1169, 1185, 1189, 1198, 1269, 1308, 1310, 1341, 1431–1432, 1437, 1559
Hammerstein-Equord, Helga von 1193, 1197, 1250
Hammerstein-Equord, Kurt von 1193, 1197, 1250
Hammerstein, Wilhelm von 903
Hannover 386, 479, 491, 583, 910, 1169, 1432, 1560
Hansen, Gilbert 491
Hansmann, Cilli 1680
Hans (Ps.) 398
Hardy, George 1111
Harms, Erna 1451

Harriman, William 498, 505
Harry (Ps.) 1189, 1194
Hartmann (Ps.). *Siehe* Rembte, Adolf
Hasse, Otto 203
Hauschild, Hilde 1260–1261, 1271–1272
Hauschild, Robert 1258–1260, 1271–1272
Hausen, Erich 642, 650
Hausladen, Hans 1449
Haus, Rudolf (Ps.). *Siehe* Hauschild, Robert
Haussman, Max 410
Havel 330
Haywood, William 160
Heartfield, John 198, 510, 600, 1016, 1274, 1298, 1504
Heckert, Fritz 100, 103, 176, 182, 385, 455, 547, 563, 582, 590, 610, 640, 642, 648, 716, 722, 727, 748, 752–755, 914, 966, 982, 1015, 1024, 1034, 1047–1048, 1065, 1082, 1086, 1101, 1236, 1255, 1308, 1359
Hedeler, Walter 1699
Heesch 900
Hefter (?), Theodor 1302
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 889, 900
Hegewisch, Ernst 259–261, 416–417, 469
Heidelberg 93, 155, 491, 621, 734
Heiden, Konrad 1461
Heilbut, Iwan 1461
Heilmann, Friedrich 1007
Heimburger, Artur 1162
Heimo, Mauno 263, 600–601, 664, 793, 1102, 1496
Heimsoth, Karl-Günter 1171
Heine, Heinrich 1031
Heinrich, Fritz 1600
Heinrich, Kurt (Ps.). *Siehe* Süßkind, Heinrich
Heinrich (Ps.). *Siehe* Schubert, Franz
Hein, Wilhelm 802, 804
Heinz, Paul. *Siehe* Rakow, Paul
Held, Heinrich 943
Helene (Ps.). *Siehe* Stasova, Elena
Hélène (Ps.). *Siehe* Stasova, Elena
Heller, Leo 191
Heller, Otto 1016, 1030–1031, 1431–1433
Helm (Ps.). *Siehe* Roze, Voldemar; *Siehe* Dimitrov, Georgi
Helmut (Ps.). *Siehe* Roze, Voldemar
He Long 596
Helsinki 89
Hemingway, Ernest 1370, 1468
Henderson, Arthur 812
Henlein, Konrad 1209, 1335
Henrion, Ella 1449
Henting, Hans von 349
Herbert (Ps.). *Siehe* Fichtenbog (KJVD)
Herfurt (Ps.). *Siehe* Münzenberg, Willi
Hermann (Ps.) 398, 926
Hermann, Wilhelm (Hauptmann) 959
Hermann, Wilhelm (KPD) 1308
Herrath 1308
Hertel (Ps.). *Siehe* Wehner, Herbert
Hertha (Ps.). *Siehe* Stasova, Elena
Hertz, Paul 1485
Hervé, Gustave 692
Herzen (Ps.). *Siehe* Remmele, Hermann
Herzfelde, Wieland 511, 885, 1085, 1298, 1468, 1504
Herzfeld, Helmut. *Siehe* Heartfield, John
Herzog, W. 200
Herzog, Wilhelm 187, 425
Hesse, Ernst (Ps.). *Siehe* Roth, Leo
Hesse, Max 617
Hessen 981
Heß, Rudolf 1117, 1294, 1324
Hexmann, Friedrich 1682
Heydrich, Reinhard 1171, 1679–1680
Heymann, Stefan 385
Heym, Guido 586, 587
Hey, Siegfried 1036, 1039
Hierl, Konstantin 1546
Hiiumaa 463
Hilde (Ps.). *Siehe* Stalin, Iosif
Hilferding, Rudolf 57, 215, 236, 621–622, 886, 945, 1598, 1634
Himmler, Heinrich 1013, 1081, 1171
Hindemith, Paul 1255
Hindenburg (Oberschlesien). *Siehe* Zabrze
Hindenburg, Oskar von 948
Hindenburg, Paul von 445, 447, 450, 577, 592, 622, 755, 765, 855, 881, 913, 948, 958, 1046, 1225, 1649–1650
Hirsch, Helmut 1391, 1489–1490, 1492
Hirsch, Max 101
Hirsch, Werner 818, 854, 863, 865, 899–900, 972, 1223–1225, 1308, 1311, 1360, 1496, 1512
Hitler, Adolf 60, 203, 273, 290, 293, 302, 342–343, 436, 540, 707, 719, 741, 745, 775, 779, 808, 812, 819, 832–833, 842,

851, 855, 859, 860–863, 865, 869–870, 873–875, 880–881, 885, 912–914, 921, 923, 928, 932, 935–938, 941, 943–945, 947–949, 951, 953, 957–958, 971–972, 978–981, 983, 996, 997, 999, 1002–1004, 1006, 1011–1012, 1016, 1036–1039, 1045, 1048, 1054–1059, 1062, 1066–1067, 1072, 1074, 1081, 1090, 1095, 1100, 1110, 1115, 1119, 1121, 1124–1125, 1131–1132, 1134–1136, 1138–1139, 1141, 1145–1147, 1166–1167, 1173, 1185, 1188, 1192, 1199, 1204, 1206–1209, 1212–1213, 1217–1221, 1228, 1241, 1251, 1266, 1295, 1306–1307, 1316–1319, 1323, 1329–1331, 1333–1334, 1339–1340, 1342, 1346–1349, 1352, 1359, 1382–1385, 1390–1391, 1395, 1411–1412, 1427, 1431, 1469, 1471–1472, 1480, 1491, 1498, 1503, 1523, 1525–1526, 1528–1530, 1532–1535, 1538, 1544–1545, 1547, 1552–1555, 1557–1560, 1565, 1567–1569, 1582, 1587, 1594, 1601–1602, 1607, 1617, 1634, 1640, 1645, 1649–1652, 1654–1655, 1657, 1661, 1664, 1669–1674, 1677, 1680–1683, 1689, 1696, 1698, 1700–1706, 1708, 1710, 1719–1720
Ho Chi Minh (Ps.). *Siehe* Nguyen Ai Quoc
Hodža, Milan 1209
Hoeflich, Gertrud 1263
Hoeflich, Karl 1263
Hoegner, Wilhelm 914, 943
Hoelz, Max 139, 144, 258–261, 669–670, 965, 1224, 1306
Hoernle, Edwin 589, 592, 899, 1680, 1685
Hoffman, Inga (Ps.). *Siehe* Lur'e, Necha
Hoffmann, Adolph 212, 267
Hoffmann, Otto Karl 405
Hofmaier, Hedy 1241
Hofmaier, Karl 1435
Hofmann, Karl 1085
Hofmannsthal, Hugo von 1298
Höglund, Carl Zeth Konstantin 95–96, 123, 160
Hohenzollern (Dynastie) 881
Höhler, Albrecht 1309
Hokkaido 1570
Holdt (Ps.?) 1186
Holm, Hans 1032, 1431–1432
Höltermann, Karl 474, 759, 851, 873, 885–886
Holz, Adolf 1314
Hongkong 1142
Hoover, Herbert 1058
Horkheimer, Max 1297
Hörsing, Friedrich Otto 142, 575
Hörsing, Otto 266, 886
Horwitz, Maksymilian. *Siehe* Walecki, Henryk
Hößler, Albert 1647
Houtermans, Fritz 1161
Hoxha, Enver 1438
Huber, Franz (Ps.). *Siehe* Schwarzmüller, Franz
Hugenberg, Alfred 187, 719, 753–754, 808–809, 819, 851, 856, 912–914, 921, 947–948, 1038, 1173
Hughes, Charles Evan 356
Hughes, Langston 1370
Hugo (Ps.). *Siehe* Feuchtwanger, Franz
Hug, Theodor 826
Huiswoud, Otto 1437
Hull, David 1215
Humbert-Droz, Jenny 667, 1241
Humbert-Droz, Jules 3, 8, 160, 208, 276, 301, 303, 551, 555, 620, 646, 649, 654–661, 667–668, 850, 1030, 1399, 1430, 1435
Humbert, Manuel (Ps.). *Siehe* Caro, Kurt Michael
Humboldt (Ps.). *Siehe* Tebarth, Wilhelm
Hurka, Rudolf 186
Hüsten 1308

Ibárruri, Dolores 1572, 1625, 1716
Igorka 1630
Illés, Béla 1083
Illner, Arthur 1142
Iltis, Lucian 410, 1162
Il'ič. *Siehe* Lenin, Vadimir
Indien 272, 517, 520, 554, 623, 787, 790, 1142, 1293, 1342, 1688
Indochina 1142
Insterburg 1647
Invergordon 812
Ioffe, Abram 853
Ioffe, Adol'f 5, 44, 51–53, 55–58, 61–62, 80–83, 89, 193, 220, 223, 284–285, 292
Irak 1655
Iran 1416–1417, 1458, 1647
Irland 253, 413
Isaacs, Harold R. 1262
Ismet (Ps.). *Siehe* Golubić, Mustafa
Istrien 745
Italien 92, 112, 146, 149–150, 165–167, 174, 216, 246, 277, 279, 284, 309, 376, 378–380,

395, 412, 419, 465, 489, 491, 499, 505, 520–521, 594, 596, 667, 672, 677, 702, 707, 724, 744–746, 755, 760, 790–791, 868, 870, 895, 924–925, 937, 947, 966, 970, 996, 999–1000, 1002, 1022, 1026, 1030, 1062, 1070, 1076, 1127, 1139, 1150, 1156, 1201, 1209, 1225, 1229, 1290, 1317, 1345, 1347, 1373, 1434, 1439, 1544, 1563, 1593, 1630–1632, 1637, 1651, 1662–1663, 1683–1684, 1687, 1712–1713, 1716
Itschner, Hans 160
Ivanov (Direktor) 1628
Ivanov, Ivan F. 1440, 1443
Ivanov, Michail 892
Ivanovna (Ps.). *Siehe* Stasova, Elena
Ivanovo 1624

Jablonskij, Maksim 638
Jablonskij, Moisej 781
Jacob, Berthold 1488
Jacob, Mathilde 195
Jacobs, Franz 1108–1109
Jacobs, Hermann 899
Jacobsohn, Siegfried 1030, 1470
Jaglom, Jakov 576, 614, 629, 767–769
Jagoda, Genrich 341, 424, 433, 483, 605, 614, 966, 1243, 1362, 1423, 1430, 1451
Jäkel, Paul 1446, 1451, 1453, 1459, 1676
Jakir, Iona 619
Jakovenko, Vasilij 286
Jakovlev, Jakov 1410
James (Ps.). *Siehe* Rejch, Jakov
Jancen, Nikolaj 1691, 1693
Janka, Albert 662
Jannack, Karl 582
Jansen (Ps.). *Siehe* Proost, Jan
Janson, Jakov 777
Janson, Karl 1279
Janssen, Jan 826
Japan 284, 292, 517, 520, 831, 835, 894, 933, 1202, 1226, 1294–1295, 1345, 1347, 1362, 1388, 1439, 1445, 1447, 1520, 1527, 1532, 1544, 1570, 1651
Jaroslavl‘ 91
Jaroslavskij, Emel’jan 278, 305, 307–308, 447–448, 453, 609, 613, 663, 668, 839, 1325, 1684
Jaroslavskij, Emel’jan 679
Jean (Ps.). *Siehe* Dahlem, Franz
Jena 91, 195, 208, 210, 267, 282, 759, 899, 1024
Jeske 687
Jezierska, Fanny 123
Jílek, Bohumil 702, 736
Jogiches, Leo 5, 44–45, 71, 73, 75, 77, 80, 84, 86–87
Johan (Ps.). *Siehe* Neumann, Heinz
Joseph (Ps.). *Siehe* Langowski, Karl
Jouhaux, Léon 1472
Jourdain, Francis 1436
Jovanovic, Janko 1397
Judas Ischariot 913, 1296
Judenič, Nikolaj 126, 129
Jugoslawien 250, 412, 672, 679, 736, 921, 999–1000, 1201, 1306, 1396–1397, 1672, 1688, 1707
Jünger, Ernst 1133, 1170
Jurenev, Konstantin 395
Jurgenson (RKP(b)) 301
Jüterbog 1263
Juža 1675, 1692

Kachovskaja (Sekretärin) 562
Kagan, Boris 965
Kagan, Georges 965
Kagan, Samuil 1458
Kaganovič, Lazar’ 2, 539, 812, 826, 848, 871–872, 878, 883, 885, 888–889, 964, 977, 1044, 1055–1056, 1059–1061, 1117, 1131–1132, 1145, 1445, 1561, 1564, 1599, 1625, 1639
Kahr, Gustav von 101, 342
Kai (Ps.) 1159
Kaiser, Georg 197
Kaiser, Paul 584
Kajurov, Vasilij 892
Kaledin, Aleksej 61
Kalinin, Michail 286, 453, 457, 602–603, 871, 1056, 1215, 1599, 1639, 1685, 1712
Kamenev, Lev 5, 50, 115, 201, 217, 227, 236, 240, 247, 257, 285, 291, 372, 383, 444, 528, 532, 536, 616, 624, 683, 853, 1233, 1235, 1248, 1257, 1293, 1295, 1320, 1487
Kamenev, S. S. 98
Kandelaki, David 1090, 1096, 1112, 1117, 1146–1148, 1151, 1215, 1220, 1233
Kantarovič 93
Kant, Immanuel 900
Kanton 548, 596–598

Kantorowicz, Alfred 1016, 1374
Kap Kanin 686
Kaplan, Fanni 46
Kapp, Wolfgang 98–101, 103, 106, 130–131, 136, 139, 161–162, 244, 267, 269, 298, 325, 394, 707, 934, 1126
Kapustin (Streikführer) 345
Karachan, Lev 91, 200, 219, 257, 284, 596–598, 1036
Karaganda 1067, 1479
Kardelj, Edvard 1155
Karelien 309
Karibik 554
Karl (Ps.). *Siehe* Wiehn, Karl
Karolski (Ps.). *Siehe* Weizblum, Abram
Károlyi, Mihály 1043
Karpato-Ukraine 1647–1648
Karpov, V. 369, 371
Karski, Paul (Ps.?). *Siehe* Ginzburg, Meer
Kasachstan 1262, 1599, 1657
Kaščenko, Petr 1573
Kasparova, Varsenika 680
Kasper, Wilhelm 802, 905, 991
Kasradze, Konstantin 1665–1667
Kassel 982
Kästner, Erich 510
Katalonien 1291, 1363
Katanjan, Ruben 793
Kattner, Alfred 804, 972, 1159, 1165, 1194, 1198, 1260
Katyn 1599, 1692
Katz, Iwan 386, 437–438, 441, 448–449, 452, 478, 490–491, 504–506, 531, 533, 583–585
Katz, Otto 499, 1012, 1016, 1018, 1374, 1413
Katz, Peter 1396
Kaukasus 92, 126, 133, 341, 500, 1451, 1682, 1690, 1704
Kaunas 1109
Kautsky, Karl 47–49, 55, 57, 62, 231, 363, 621, 839
Kazan' 1018, 1721–1723
Keilson, Max 1687
Keitel, Wilhelm 1536
Kekušev, Lev 785
Kelen, Nicolas (?) 1241
Keller (Ps.). *Siehe* Täubl, Johann
Keller, Willi (Ps.). *Siehe* Kropp, Wilhelm
Kellogg, Frank 628
Kem' 687
Kemerovo 1303, 1392
Kenzler, Georg 587
Ker, Antoine (Ps.). *Siehe* Keim, Louis
Kerenskij, Aleksandr 89, 130, 242
Kerff, Änne 1101, 1106, 1158, 1163, 1186, 1196, 1200, 1446
Kerff-Kleist, Antonia 1446
Kerff, Willi 1444, 1446, 1449
Kerner (Spezialist) 614
Kerr, Alfred 1473
Kersten, Kurt 558, 1032, 1471
Keržencev, Platon 196
Kesten, Hermann 1297, 1461, 1505
Keyserling, Hermann Graf 1391
Kiefel, Josef 1676
Kiel 333, 653, 1269
Kienthal 79
Kiev 125, 1151, 1314, 1366–1367, 1423, 1429, 1474
Kilbom, Karl 123, 735
Kilian, Otto 325, 586
Killisch von Horn, Arnold 935
Kindermann, Hermann 438
Kindermann, Karl 420, 423–424, 437–438, 453, 471
Kippenberger, Hans 297, 319, 349, 351–352, 371, 389, 398, 408–409, 435, 627, 715, 900, 903, 1101–1105, 1157–1158, 1160, 1165, 1168, 1171, 1178, 1182–1183, 1185–1190, 1195–1198, 1200, 1223, 1307–1308, 1310, 1359, 1463, 1513
Kirovabad 1263
Kirov, Sergej 555, 1096, 1250, 1293, 1390
Kirpotin, Valerij 1296
Kirsanova, Klavdija 1410
Kirschmann, Emil 885
Kisch, Egon Erwin 424, 1369, 1372–1374, 1504–1505, 1509
Kislovodsk 281, 283, 293, 1238
Klahr, Alfred 1600, 1614
Klassner, Paul 1397, 1495
Klause, Michael 1183–1185, 1189, 1194, 1197
Klausener, Erich 1095
Kleber, General (Ps.). *Siehe* Stern, Manfred
Klege, Elfrida 1258
Klein, Adolf 1085
Kleine, August (Ps.). *Siehe* Guraľskij, Abram
Klein, Juliane 1396
Kleist, Willi (Ps.). *Siehe* Kerff, Willi

Klemperer, Georg 256
Klemperer, Victor 256
Klepper, Otto 1385, 1420, 1464, 1491
Klinger, Gustav 91–96, 118
Klinke, Johann 1464
Klophaus, Karl 825–826
Knilling, Eugen von 342
Knjazev, Ivan 1304
Knobel, Otto 1251, 1272
Knöchel, Wilhelm 1613, 1644, 1657, 1674, 1677, 1680
Knorin, Vil'gel'm 5, 629, 631, 651, 765, 778, 785, 798, 812, 818, 823, 848, 871, 883–887, 890–891, 907, 909, 964, 966, 971, 1045, 1047–1049, 1057, 1065, 1087, 1094, 1097, 1103, 1114, 1116, 1120, 1360, 1409, 1434, 1496
Knoth, Johannes 899
Koba (Ps.). *Siehe* Stalin, Iosif
Kobeckij, Michail 114–116, 139, 194
Kobjakov, Pavel 243
Koblenz 1053
Kobulov, Amajak 1527
Koegler, Theodor 482, 617
Koenen, Heinrich 1647
Koenen, Wilhelm 171, 187, 339, 470, 1320
Koestler, Arthur 1016, 1299, 1467, 1614
Köhler, Bruno 1120, 1721–1723
Köhler, Hermann 966
Koivisto. *Siehe* Primorsk
Kola (Halbinsel) 686
Kolarov, Vasil' 1572, 1679, 1691, 1716
Kolbe, M. (Ps.). *Siehe* Seydewitz, Max
Kolčak, Aleksandr 126, 128–129, 242
Kol'cov, Michail 692, 1468, 1493, 1505–1506, 1508
Kollontaj, Aleksandra 238, 680, 1527
Kollwitz, Käthe 1467
Köln 614, 1267, 1679
Kolpino 1247, 1271
Kolyma 1087, 1448
Komját, Aladár 1434
Komor, Imre 1085
Komotau 1351
Kondrat'ev, Nikolaj 768
Kon, Feliks 307
König, Alma 389, 1312
König, Gerda 1312
König, Gustav 389, 410, 1311, 1313
Königsberg 83, 241, 986, 1018, 1053, 1310, 1423, 1606
Konstandt, Erich 1231–1232
Konstanz 703, 736
Kopecky, Václav 1682
Kopenhagen 99, 988, 1008, 1051, 1111, 1140, 1158–1159, 1210, 1215, 1246, 1248–1249, 1251, 1272, 1309–1310, 1313, 1321, 1377
Koplenig, Johannes 1327, 1565, 1572, 1682, 1691, 1716
Köppe, Berta 1448
Köppen, Karl 405
Kopp, Victor 121–122, 147–149, 151, 171, 182, 188, 196, 200–201, 203, 383
Kormilicyn, Ivan 1535
Körner, Paul von 459
Körner, Theodor 1143
Kornilov, Lavr 130–131
Korn, Wilhelm 1169
Korotkov, Ivan 286
Korsch, Karl 419, 490, 504–506, 531, 533, 583–585, 1163, 1246, 1250, 1258, 1357, 1377
Kosarev, Aleksandr 1093
Kosciuszko, Tadeusz 1687
Kosior, Stanislav 1367
Koska, Willi 1158, 1246, 1513
Kosovo 1438
Kostrzewa, Wera 629
Kotka 1481
Kotov, Vasilij 627
Kötter, Wilhelm 588
Koudelka, Jaroslav 932
Kovrajskij 769
Kowalke, Alfred 1644, 1677
Kowalski, Józef (Ps.). *Siehe* Natanson, Solomon
Kowno. *Siehe* Kaunas
Kraft, Michael (Ps.). *Siehe* Seydewitz, Max
Krajewski, Antoni 1201, 1327
Kramer, Herbert (Ps.). *Siehe* Potratz, Emil
Kramer, Maria (Ps.). *Siehe* Golke, Martha
Krasin, Leonid 5, 124, 189, 200–201, 203, 205, 217, 226–227, 249, 277
Krasnogorsk 1692
Krasovskij, N. V. 982
Kratzsch, Herbert 1310
Kraus (Ps.). *Siehe* Winternitz, Joseph
Krausz, Georg 1431
Krebs (Ps.). *Siehe* Strobel, Othmar

Kreibich, Karel 158, 440, 638
Kremenčug 104
Kreps, Michail 601, 664, 1241, 1274, 1296
Kress, Wilhelm 384, 387–388
Krestinskij, Nikolaj 5, 122, 182, 215, 219, 226, 228, 247, 249, 256, 259, 300, 304, 306, 318–319, 341, 349, 352, 367, 377, 402, 406–407, 419, 422, 431, 444, 502, 553, 572, 577, 613, 723, 728, 748, 752, 765, 770, 773, 836, 853, 996, 1036–1039, 1055–1056, 1068, 1079, 1148, 1233, 1305, 1430
Kreuger, Ivar 564
Krim 98, 1682
Krinickij, Aleksandr 1300, 1302
Krivošein, Semen 1559
Kroatien 744
Kroeber-Keneth, Ludwig 80
Kronstadt 242–243, 1562
Kropp, Wilhelm 1700
Krotovskij, Konstantin. *Siehe* Jurenev, Konstantin
Krugljanskij, Il'ja-David 899, 1230–1232, 1235–1236, 1256–1257, 1263–1265, 1270–1271, 1308, 1313, 1449, 1512
Krupskaja, Nadežda 179, 308, 463, 528, 531–533
Krylenko, Nikolaj 307, 345, 447, 453, 614
Kržižanovskij, Gleb 220
Kuczynski, Jürgen 567
Kuczynski, Robert René 567
Kühlenthal, Erich 682
Kühne, Martha 1627
Kühne, Otto 460, 464, 480, 1023
Kuhnt, Alfred 1264, 1271
Kujbyšev (Stadt). *Siehe* Samara
Kujbyšev, Valerian 291, 306–337, 341, 433, 437, 489, 545, 604–605
Kušnarenkovo 1675
Kun, Béla 5, 81, 123, 139–141, 144–145, 147–149, 151, 154, 156–157, 165–166, 171–172, 191, 206, 208–209, 497, 555, 652, 791, 793, 861, 1013, 1015, 1017, 1030, 1040, 1069, 1077, 1080, 1094, 1096, 1103, 1112, 1120, 1256, 1360, 1408, 1432, 1496, 1511
Kunert (Ps.). *Siehe* Hähnel, Walter
Kunik, Erich 899
Künstler, Franz 968
Kuntz, Albert 1184
Kupferstein, Hermann 1309
Ku (Ps.?) 1013
Kurella, Alfred 91, 1006–1007, 1028, 1085, 1109, 1273–1274, 1276, 1359
Kurella, Gregor 1276
Kurella, Heinrich 1241, 1358–1360, 1433
Kurland 76, 1230
Kürschner, Karl 1085
Kursk 1704
Kurt (Ps.). *Siehe* Münzenberg, Willi; *Siehe* Süßkind, Heinrich; *Siehe* Neumann, Heinz; *Siehe* Wehner, Herbert
Kurz, Wilhelm 186
Küstrin 328, 330, 1110
Kutepov, Aleksandr 725
Kutuzov, Michail 1686
Kuusinen, Otto 5, 244, 247, 262, 277, 281, 293, 325, 375, 403, 439, 458, 460–461, 485, 492, 546, 558, 563, 566, 568, 631, 636–637, 641, 716, 750, 785, 793–794, 798, 818, 823, 858, 871, 883, 890, 901, 907, 909, 966, 1013, 1081, 1120, 1128, 1327, 1525, 1570, 1716
Kuzbass 1249, 1271
Kuz'min, L. F. 1710–1711

Lachâtre, Maurice 1156
La Chaux-de-Fonds 3, 4
Lafargue, Paul 155, 1156
Laffitte, Victor (Ps.). *Siehe* Victor, Robert
Lahaut, Julien 1608
Lambert, Ernst (Ps.). *Siehe* Avatin, Michael
Landauer, Gustav 81
Landauer, Walter 1297–1298
Landsberg 328, 1103
Landshoff, Fritz 1297
Lange, Else 1475
Lange, Fritz 776
Lange, Paul 100
Langevin, Paul 1043, 1436
Langhoff, Wolfgang 1299, 1503
Langner, Paul 906
Langowski, Karl 1194, 1198
Lansbury, George 561
Lapinskij, Pavel 226, 577
Largo Caballero, Francisco 1489
Larsen (Ps.). *Siehe* Blücher, Heinrich
Laševič, Michail 529–530, 536
Lask, Berta 1084, 1086–1087

Lasker-Schüler, Else 1297, 1299
Lask, Lutz 1087
Lassalle, Ferdinand 66, 209
Lass, Helmuth 899
László, Raoul (Ps.). *Siehe* Lengyel, Richard
Lateinamerika 298, 666, 787
Laufenberg, Heinrich 99, 173
Lausanne 409
Lausitz 327–328, 330, 348
Laval, Pierre 1117, 1643
Ledebour, Georg 45, 48, 56, 68, 71–73, 214–215
Ledental-Keilson, Felix 1302
Lefebvre, Raymond 1275
Lefèbvre, Raymond 200
Léger, Fernand 1275
Legien, Carl 100, 102, 107, 269, 910
Lehén, Tuure 5, 319, 349, 409, 477, 714–715, 896, 903, 925, 1141–1142
Lehmann, Bruno (Ps.). *Siehe* Thews, Wilhelm
Lehmann, Rosamond 1370
Leipart, Theodor 269, 915, 945, 983, 1008
Leipzig 91, 122, 198, 208, 215, 270, 320, 322, 363, 385–386, 416, 419, 431, 444, 479, 542, 547, 588, 608, 1050, 1060, 1109, 1193, 1224, 1254–1255, 1267, 1273, 1341, 1476, 1510, 1628, 1710
Lekus (Geologe) 1304
Lencner, Naum 750, 751
Lengefeld 1308
Lengyel, Richard 1311, 1391
Lenin 186
Leningrad 500, 531, 533–535, 539, 583, 616, 695, 804, 816, 865, 1096, 1101, 1247, 1263, 1265, 1272, 1366–1367, 1448, 1478, 1561–1563, 1606, 1654, 1691, 1704, 1721
Lenin, Vladimir 4–5, 43–44, 46–48, 50, 52–55, 58–59, 61–63, 71, 75, 77, 80, 82, 84, 86, 89–90, 95–96, 98–99, 104–105, 112, 114–115, 122, 125, 128–129, 131–132, 139–141, 144, 146, 149–150, 154–156, 164–166, 168, 171–172, 175, 177, 179–180, 182, 186, 189, 191, 194, 200–201, 206, 212–214, 217, 220, 227, 231, 233, 235–236, 238–242, 244, 246–248, 253–254, 256–258, 270–271, 278, 285, 290–293, 308, 314, 332, 339, 341, 344, 346, 362–363, 374, 393–394, 418, 442, 456, 463, 466, 495, 499, 504, 528–529, 531, 534, 538, 580, 624–625, 639, 683–685, 710, 787, 791–792, 805, 827, 837–841, 864, 893, 895, 900, 915–916, 989–990, 993, 1024–1025, 1027, 1037, 1067, 1085, 1124, 1126–1127, 1131, 1183, 1203, 1222, 1247–1248, 1274, 1293, 1326, 1343, 1362, 1401, 1405, 1413, 1467, 1555, 1570–1572, 1593, 1625, 1638, 1640, 1664, 1711–1712
Lenski (Ps.). *Siehe* Leszczynski, Julian
Lenz (Ps.). *Siehe* Winternitz, Joseph
Leonenko 1303
León Goyri, María Teresa 1369
Leonhard, Rudolf 196, 1374, 1472–1473, 1484, 1614, 1636
Leonhard, Wolfgang 1473
Leonťev, Konstantin 708
Leow, Willy 547, 663, 681, 756, 865, 1266–1267, 1300–1302, 1307, 1314, 1359–1360, 1628
Lepetit (Ps.). *Siehe* Guraľskij, Abram
Lepšinskaja, E. 407
Leschner, Anni 1452
Les Lucs-sur-Boulogne 316
Les Milles 1635
Lessing, Theodor 1043
Lettland 46, 50, 52, 92, 127, 131, 309, 317, 365, 549, 804, 846, 1140, 1152, 1201, 1230, 1257, 1263, 1416, 1458, 1543, 1559, 1562, 1619
Leutner, Erich (Ps.). *Siehe* Zachrin, Iľja
Levi, Paul 58, 67–68, 85, 100, 103, 108, 113–116, 135–136, 140–141, 144–145, 147, 149–151, 154–156, 163–164, 169–171, 174–176, 178, 190, 192, 195, 205, 207–209, 212–213, 216–217, 266, 267, 681, 683, 1473
Levien, Max 80, 88–89, 373, 470
Levin, Lev 91
Leviné, Eugen 80–81, 84, 88–89, 119
Levy, Pierre Gaspard 1298
Lewin, Georg. *Siehe* Walden, Herwarth
Ley, Robert 1125, 1351
Ležáky 1679
Ležava, Simon 122
Lichtenstein, Gisela 1302
Lidice 1679
Lieb, Fritz 89
Liebknecht 1541
Liebknecht, Karl 44, 48–49, 58, 64, 67, 71, 73–74, 77, 87, 100, 119, 233, 266, 363, 428, 837, 839–840, 963–964, 998, 1413

Liebknecht, Theodor 120, 231, 236, 243
Lieb-Stähelin, Ruth 89
Lifšic, Boris. *Siehe* Souvarine, Boris
Lifšic, Jakov 1304
Limanskaja 539
Lindemann (Ps.). *Siehe* Paschke, Richard
Linderot, Sven Harald 1612, 1659
Linke, Elsa 1452
Linz 1143
Lipšic, Pavel 1231
Lipp, Karlheinz 1541
Lipšic, Pavel 1231
Litauen 76, 82, 88, 127, 549, 629, 1022, 1109, 1136, 1152, 1202, 1231, 1252–1254, 1264, 1271, 1559, 1562, 1611, 1612, 1619
Litvinova 701
Litvinov, Maksim 5, 51, 76, 91, 191–192, 217, 227, 247, 249, 277, 292, 336, 404, 423–424, 437, 441, 466, 471, 483, 552–553, 572, 599, 605, 644–645, 666, 672, 708, 729, 737, 752, 776, 835–836, 895, 937, 997, 1037, 1039, 1054–1056, 1059–1060, 1062, 1079, 1090, 1117, 1139, 1145–1146, 1148, 1243, 1276, 1355, 1404, 1453, 1481–1482, 1498
Litvinov, Savelij 552
Livšic, Mojše 1248
Livorno 149, 165
Ljadov, Martyn 283
Ljubarskij, Nikolaj 91, 93
Ljubarskij, Viktor 1231
Löbe, Paul 449, 915
Locarno 488, 541
Locatelli, Amleto 1619
Lochthofen, Bernhard 1676
Lochthofen, Lorenz 1676
Loebinger, Lotte 1273
Loewenheim, Walter 1486
Löffler, H. 1085
Loginov, V. F. 1304
Lominadze, Vissarion 5, 489, 504, 544, 555, 558–559, 561, 563–564, 566, 568, 571, 574, 583, 602, 659–660, 691, 766, 768–769
London 140, 224, 258, 285, 413, 601, 671, 681, 702, 744, 928, 958, 1017, 1021, 1130, 1157, 1239, 1298, 1377, 1428, 1439, 1458, 1488, 1504, 1552, 1640, 1643, 1679, 1685, 1687, 1712
Longo, Luigi 966, 1614
Longuet, Charles 1156
Longuet, Jean 59, 216
Lore (Ps.). *Siehe* Kerff, Änne
Lörrach 1259
Lossow, Otto von 342
Lotzkat, Erna 1452
Louis, Paul 869
Lovestone, Jay 702, 735
Löwenthal, Richard 1486
Lozovskij, Aleksandr/Solomon 5, 247, 319, 356–357, 364, 372, 375, 378, 382, 429, 485, 494, 504, 525, 546, 584, 602–603, 619, 630, 748, 793, 848, 871, 883, 885, 887, 909, 914, 966, 986, 1021, 1063, 1093, 1327, 1331, 1578
Lübeck 100, 944
Lübeck, Käthe 1114, 1181
Lublin 1532, 1559
Lückel, Mathias 1302
Ludendorff, Erich 49, 308, 342–343, 934
Ludkiewicz, Stanislaw 1083
Ludwig, Emil 833, 1497–1500
Ludwig, Fritz 1379
Ludwig (Ps.). *Siehe* Alexander, Eduard Ludwig; *Siehe* Porecki, Ignacy; *Siehe* Magyar, Layos; *Siehe* Engel, Rudolf
Ludwig XIV. 707, 893
Ludwig XVI. 316
Lühlsdorf, Barthel 1267
Luis (Ps.). *Siehe* Codovilla, Vittorio
Lukačevskij, Aleksandr 609, 679
Lukács, Georg 123, 1637–1638
Lukács, Paul (Ps.). *Siehe* Zalka, Máté
Lukina, Nadežda 464
Luk'janov, S. 1445
Lunačarskij, Anatolij 90, 196–197, 200, 307, 349, 443, 734, 849
Lunev, Sergej 607
Lur'e, Moisej 899, 1231–1232, 1235, 1264, 1271, 1312–1313, 1449
Lur'e, Natan 1257, 1266
Lur'e, Necha 1257, 1271–1272
Lutovinov, Jurij 182
Lüttwitz, Walther von 98, 934
Luxemburg 1602
Luxemburg, Rosa 44–45, 48, 56, 65–67, 70–74, 77, 84–87, 100, 233, 266, 363, 394, 400, 428, 451, 569, 837–840, 842, 844, 898–900, 902, 1246, 1557

Maas 1602
MacDonald, Ramsay 231, 233, 236, 248, 812, 948
Machado, Antonio 1369
Mach, Ernst 900
Maddalena, Max 547, 971, 1109, 1114, 1159, 1181, 1448
Maddalena, Max jun. 1448
Madrid 1355, 1484
Magadan 1083, 1196, 1250, 1570
Magdeburg 417, 474, 560, 662, 886, 1175–1176
Magidov, Boris 343, 347
Magnus (Ps.). *Siehe* Gyptner, Richard
Magyar, Lajos 244, 861, 868, 871, 1029, 1071, 1265, 1396, 1430, 1434, 1511
Mahraun, Artur 1161
Maier, Max 613
Maikowski, Hans Eberhard 1554
Mainila 1561
Maistre, Joseph de 708
Majakovskij, Vladimir 1160, 1377
Majskij, Ivan 242, 315, 1107, 1280, 1377, 1381, 1527
Makarov, Nikolaj 768
Malenkov, Georgij 1406–1407, 1482, 1498, 1639, 1652, 1713
Malraux, André 1108, 1274, 1369, 1379
Maltzan, Adolf Georg Otto von 188, 212, 217, 224–225, 406
Malzahn, Heinrich 195, 208, 211–212
Mamontov, Savva 785
Mancisidor, José 1371
Mandel, Georges 1607
Mandel'štam, Osip 1356
Mandschukuo 861
Mandschurei 831, 835, 861, 1416
Mann, Golo 1297, 1635
Mann, Heinrich 665, 1085, 1109, 1275, 1297, 1299, 1369, 1372–1374, 1411, 1419–1420, 1422–1423, 1436, 1465, 1472, 1475, 1483–1485, 1487, 1492–1494, 1505, 1509, 1516–1518
Mann, Klaus 1297, 1461
Mann, Thomas 849, 1085, 1297–1298, 1471–1472, 1484, 1507–1509
Mannheim 155, 198, 1050, 1162
Mansfeld 139, 169, 670
Mansfeld, Ernst 1230, 1265, 1267
Manuilski, Dmitri 5–6, 364, 378–382, 415, 439, 449, 452, 454–461, 463, 467, 478–479, 481, 485, 504–505, 525, 546, 558, 563, 566, 590–591, 615, 619, 628, 659, 678, 686, 688, 703, 724, 751, 765, 777, 784–785, 787, 790, 793–794, 798, 811, 813, 818, 823, 826, 828, 843, 848, 858, 865–867, 871, 877, 907, 909, 953, 955, 965–966, 969, 1013, 1029, 1066, 1072, 1074, 1076, 1080, 1120, 1128, 1144, 1152, 1154, 1178, 1211, 1236, 1243, 1245, 1327, 1331–1332, 1341, 1360–1361, 1407, 1434, 1444, 1468, 1525, 1543, 1572–1573, 1582, 1584, 1597, 1601, 1605, 1606, 1644, 1649, 1653, 1655, 1658, 1661, 1665–1666, 1674, 1678–1681, 1683–1684, 1691, 1693, 1711, 1716, 1720
Mao Dun 1371
Maranne, Georges 1439
Marcel (Ps.). *Siehe* Fried, Eugen
Marchlewski, Julian 76
Marchwitza, Hans 1085–1086, 1504–1505, 1509
Marck, Siegfried (Professor Marek) 1475
Marcu, Valeriu 1026, 1461
Mareckij, Dmitrij 768
Marggraf, Richard 1302
Marienbad 1043
Mariinsk 1132–1133
Markovskij 75
Marokko 519, 1227
Marseille 1637
Martin, Erich (Ps.). *Siehe* Melcher, Erick
Martin, Karlheinz 196
Martin (Ps.). *Siehe* Bahnik, Wilhelm
Martov, Julij 46, 48, 131, 230, 242–243
Marty, André 887, 956, 963, 1120, 1128, 1527, 1572, 1625, 1631, 1643–1645, 1679, 1682, 1716
Martynov, Aleksandr 364, 652, 664, 858
Martynov (Ps.). *Siehe* Manuilski, Dmitri
Marx, Karl 59, 155, 394, 827, 838, 858, 900, 965, 966, 1156, 1207, 1279, 1310, 1463, 1475, 1497, 1640, 1712, 1715
Marx, Laura 155
Marx, Wilhelm 445, 567
Masaryk, Tomáš Garrigue 1209
Maslow, Arkadi 5, 182–183, 195, 207–211, 213, 270, 274, 334, 336, 349, 353, 361, 363, 368, 372–373, 376, 379–381, 383, 388,

396, 402, 415–416, 425–427, 429–430, 448–450, 454–455, 462, 467–471, 478–480, 482, 489, 491–492, 502–503, 506, 530–531, 542, 564, 569–570, 573, 577–578, 580–583, 585–589, 617, 1246, 1302, 1311–1312, 1484, 1510
Maslowski, Peter 900
Matern, Hermann 662, 1142, 1633
Matteotti, Giacomo 419, 1040
Matulevič, Ivan 1303
Max (Ps.) 950, 1408
Mayenburg, Ruth von 1699
Mayer, August 388, 626, 627
Mazedonien 1417, 1458
Mazesta 890
Mechlis, Lev 958, 1234, 1305, 1649, 1653, 1666
Mecklenburg 333, 349, 375, 796, 934, 1183
Mehring, Franz 44–45, 62, 77, 671, 1557
Mehring, Walter 1461, 1517
Meins, Hans 679
Meissner, Otto 1036
Melcher, Erick 385
Meľničanskij, Grigorij 465, 599
Memel 133, 869, 1264, 1499
Memelland 1109
Menžinskij, Vjačeslav 423–424, 434, 437, 527, 604–605, 614, 663, 729
Men'šoj (Ps.). *Siehe* Levin, Lev
Mercader, Caridad 1638
Mercader, Ramón 1638
Merker, Paul 610, 642, 652, 658, 673, 716, 726–727, 730, 732–733, 775, 801, 866, 1351, 1354, 1393, 1411, 1463, 1465, 1614, 1617
Merkulov, Vsevolod 1444, 1581, 1622, 1625
Merseburg 209, 282, 587, 642, 932
Mertens, Erna (Ps.). *Siehe* Wilde, Grete
Mertens (Ps.). *Siehe* Wilde, Grete
Mewis, Karl 1565, 1596, 1619, 1632, 1635, 1657, 1668
Mexiko 413, 520, 554, 663, 1169, 1354, 1371, 1374, 1432, 1505, 1616, 1638, 1698
Meyer, Ernst 5, 71, 79, 99–100, 102–103, 108, 114, 116–117, 119, 136, 180, 207, 209–210, 213, 231, 263, 267, 270–271, 274, 479, 490, 562, 569, 571, 573–576, 578, 581, 583, 594, 646–647, 653–654, 658, 724–725, 735, 864
Meyer, Heinrich 900, 1308
Meyer-Leviné, Rosa 119
Mezis, Petr 1660
Michaelis, Ernst 1396
Michael (Ps.). *Siehe* Pjatnitzki, Osip
Michajlov, Boris 497
Michał, Augustyn 1679
Michal'skij (Ps.). *Siehe* Lapinskij, Pavel
Michel, Rosa 1105
Mickiewicz-Kapsukas, Vincas 278–280, 321, 398, 714, 1622
Mielenz, Willi 262–263, 399
Mielke, Erich 831, 1184
Mierendorff, Carlo 885, 1109–1111, 1135
Mif, Pavel 691
Miglioli, Guido 1438–1439
Mikojan, Anastas 598–599, 602–603, 606, 645, 681, 701, 737, 1639
Miles (Ps.). *Siehe* Loewenheim, Walter
Milgdorf, Lajos. *Siehe* Magyar, Lajos
Miljukov, Pavel 242
Miller, M. 1397
Miller (Ps.) 926
Minaev, Aleksandr 1360
Mindsigorski (Ps.). *Siehe* Ryndhorn, Gerszel
Minev, Stojan 1682
Minsk 121, 1249, 1271, 1534
Mirbach-Harff, Wilhelm Graf von 122–123, 217
Mirov, Jakov 1679, 1711
Misiano, Francesco 499
Mitteldeutschland 139–140, 142–143, 169, 175, 198, 208–210, 315, 601, 796, 821, 934, 988, 1083
Mittelrhein 421, 1053, 1678
Mjasnikov, Gavriil 238, 540
Modigliani, Giuseppe 243
Modzalevskij (Schiffskapitän) 539
Mojrova, Varvara 652
Molák, Josef 1681
Molch (Ps.). *Siehe* Graefe, Paul
Moldawien 436, 692
Möller, Heinz (Ps.). *Siehe* Grzyb, Moses
Möller van den Bruck, Arthur 302
Molotov, Vjačeslav 2, 5, 191–192, 284, 287, 307, 314–315, 331, 337, 403, 411, 442, 489, 523–525, 603–605, 614, 620, 629–630, 633, 648, 672, 686, 704, 706, 709, 721, 724, 726, 730, 747, 751, 765, 767, 776–778, 783, 799, 817, 826, 853, 874, 883, 964, 977, 1037, 1054–1056, 1060, 1127,

1130–1133, 1148, 1207, 1316, 1536, 1544, 1561, 1564, 1584, 1638, 1645, 1657, 1661, 1666, 1685, 1711
Mönchengladbach 651
Mongolei 710
Monosovič, Jakov 1304
Montefiore, Rosa 680
Mooney, Tom 1324
Moritz (Ps.) 846. *Siehe* Neumann, Heinz; *Siehe* Ranke, Hans Hubert von
Morozov, Ivan 1679, 1694
Moskvin, Michail (Ps.). *Siehe* Trilisser, Meer
Mosley, Oswald 1073
Mostovenko, Pavel 191–192
Most (Ps.). *Siehe* Meyer, Heinrich
Moulin, Jean 1707
Moussinac, Léon 1017, 1369
Mozambique 554
Mračkovskij, Sergej 1320
Muchow, Reinhold 788
Muckermann, Friedrich 1323
Mühlberg, Gertrud 1450
Mühlberg, Rudolf (Ps.). *Siehe* Ohlrich, Hans
Mühsam, Erich 81, 199, 1224
Mühsam, Zenzl 965, 1224, 1314
Mukulies 1451
Müller, Albert (Ps.). *Siehe* Brückmann, Georg
Müller, Alfred 332
Müller, Hermann 486, 643, 675, 721, 744
Müller, Richard 68, 208, 212
München 6, 81, 90–91, 348–349, 776, 958, 1051, 1074, 1095, 1170, 1209, 1224, 1267, 1314, 1375, 1480, 1526, 1529, 1678
Münster 260, 670
Munter, Walter 540
Münzenberg, Willi 78, 125, 186–187, 206, 367, 424, 445–446, 499, 510–511, 547, 554, 558, 560–563, 579–580, 600, 771, 865, 885, 888, 908–909, 911, 930–931, 963, 1012, 1014–1018, 1021, 1024–1026, 1030, 1032–1033, 1042–1043, 1102, 1108, 1118, 1169, 1251, 1290, 1298, 1320, 1322, 1374, 1381–1383, 1385, 1396, 1405, 1407–1408, 1410–1413, 1418–1423, 1435–1437, 1460–1461, 1463–1465, 1467–1469, 1471–1472, 1474–1476, 1482–1493, 1496–1498, 1500, 1504–1505, 1507–1509, 1514–1516, 1532, 1535, 1550, 1614
Muralov, Nikolaj 504, 586, 1277, 1292, 1304
Murmansk 687, 697
Murom 1269
Mušinskij, Solomon 379, 1246–1247,1270–1271
Mussolini, Benito 112, 395, 419, 667, 669, 707, 744, 755, 792, 870, 944, 1022, 1048, 1062, 1139, 1228, 1390, 1631–1632, 1671
Muth, Olga 1594

Nachimson, H. I. 148
Nacov, San (Ps.). *Siehe* Šojželov, Siren
Nadonly, Rudolf 1042
Natanson, Solomon 1682
Nauen 314
Naumburg 775, 1176
Neddermeyer, Robert 782
Negrín, Juan 1395
Neher, Carola 1314, 1376
Neidorf 1270
Neill, Alexander S. 1670
Nejman, Natan 1257, 1270–1272
Neruda, Pablo 1371
Neubauer 386
Neubauer, Hans 899
Neubauer, Theodor 589, 828, 928
Neuberg (Ps.). *Siehe* Lehén, Tuure
Neumann, Felix 384–387, 389, 416–419, 424, 1144
Neumann, Heinz 5, 321, 327, 460, 464, 500–501, 528, 537, 539–541, 543, 546–547, 555, 566, 580, 591, 596–598, 602–603, 610, 616, 642, 658–660, 738, 742, 747, 765, 767, 769, 780, 784–785, 793, 795–796, 801–802, 817–818, 822, 831, 854, 863, 871–872, 890, 902, 906, 908–909, 911, 922, 963–964, 992, 998, 1005, 1026, 1034, 1065–1067, 1075, 1184, 1240, 1242–1243, 1260, 1358–1360, 1392, 1396, 1424, 1433, 1487, 1495
Neumann, Paul 160, 179, 195
Neumann (Ps.). *Siehe* Niedermayer, Oskar von
Neumann, Stanislav Kostka 1372
Neurath, Alois 1242
Neurath, Konstantin von 943, 1039, 1059, 1146, 1428
Neu-Ruppin 328
Nevijašskij, Fajbiš 1264, 1271
Nevskij, Aleksandr 1686
New Jersey 1379

New York 230, 498, 702, 1185, 1298, 1354, 1439, 1536, 1597, 1610
Nexö, Martin Andersen 1085, 1293, 1304, 1371, 1376
Nguyen Ai Quoc 297
Nicolas, Ernst Gottwaldt 1312
Nicolini (Ps.). *Siehe* Ljubarskij, Nikolaj
Niederkirchner, Michael 547, 793, 875, 1657
Niederlande 7, 63–64, 92, 158, 173, 289, 371, 413, 520, 662, 672, 900, 936, 1016, 1029, 1142, 1170, 1178, 1218–1219, 1371, 1495, 1600, 1602, 1603, 1615, 1618, 1677
Niederlausitz 1310
Niedermayer, Oskar von 171, 201, 203, 1013
Niederrhein 421, 589, 685, 731, 796, 824, 949, 1053, 1108, 1115, 1678
Niemöller, Martin 1651
Nietzsche, Friedrich 900, 1274
Nikitič (Ps.). *Siehe* Krasin, Leonid
Nikitin, Nikolaj 325
Nikolaeva, Klavdija 531
Nikolaev, Leonid 1096
Nikolaevskij, Boris 1210
Nikolaj II. 126, 246, 1132
Nikolaj (Ps.). *Siehe* Wehner, Herbert
Nin, Andreu 485
Nischwitz, Paul 662
Nixdorf, Kurt 1132–1133, 1267
Nobile, Umberto 792
Nobs, Ernst 88
Noel-Baker, Philip 1437
Noetiger, Emmy 1241
Noffke, Elsa 1647
Noffke, Ernst 900
Nolte (KPD) 1198
Nomad (Ps.). *Siehe* Nacht, Max
Nordafrika 1705, 1718
Norddeutschland 316, 343
Norden, Albert 1016
Nordhausen 1184
Nordsee 316
Norkin, Boris 1304
Normandie 1705
Norwegen 64, 85, 158, 160, 412, 491, 686, 1016, 1111, 1202, 1262, 1273, 1371, 1488, 1602–1603, 1606, 1610, 1612, 1632, 1670
Noske, Gustav 73–74, 81, 100
Nousiainen, Irja 1594
Novaja Zemlja 686
Novomeský, Ladyslav 1372
Novorossijsk 377
Novosibirsk 1303, 1423
Nowawes 328
Nuding, Hermann 1327, 1388
Nürnberg 1048, 1130–1131, 1147, 1276, 1316, 1321, 1347, 1490
Nusinov, Isaak 769
Nyon 1429

Oberhausen 1327
Oberrhein 421
Oberschlesien 72, 140, 209, 354, 731, 739, 796, 988, 1136, 1169, 1553
Oberschöneweide 328
Obolenskij, Leonid 352
Ochrimskij, Aleksandr 1231
Octavio (Ps.). *Siehe* Neumann, Heinz
Oder 330
Odessa 61, 377, 692, 816, 826
Oelsner, Fred 906
Offenbach 647
Ohlrich, Hans 1450
Ohra 1267
Oka 965
Olberg, Paul 1233
Olberg, Valentin 1231, 1233, 1235, 1267, 1311, 1313
Olbrisch, Karl 662
Oldenburg 796
Ollo (Ps.). *Siehe* Muth, Olga
Ondratschek 1275–1276
Onkel (Ps.). *Siehe* Fuchs, Eduard
Oprecht, Emil 1030, 1297
Oranki 1691–1692
Ordžonikidze, Grigorij „Sergo“ 231, 283, 285, 290, 294, 604–605, 672, 716, 776, 783, 1117, 1145
Orenburg 1314
Orwell, George 1363, 1489
Oscar (Ps.) 412
Ösel. *Siehe* Saaremaa
Osinskij-Obolenskij, Valerian 76, 286
Osipov, Leontij 97
Oskar (Ps.) 408–409
Oslo 1536
Ossietzky, Carl von 1030, 1109–1111, 1135, 1378
Osten, Maria 1324, 1468, 1493, 1506
Osten, M. (Ps.). *Siehe* Lominadze, Vissarion

Osten (Ps.). *Siehe* Lominadze, Vissarion
Österreich 44, 64, 76, 88–89, 91–92, 115, 117–118, 158, 160, 166, 170, 184, 229, 243, 289, 400, 409, 412, 418, 425, 521, 623, 639, 651, 662, 679, 703, 735–736, 744–745, 759, 885, 899, 943, 1057, 1068, 1073, 1078–1079, 1081, 1088, 1117, 1130, 1133, 1142–1143, 1146, 1162, 1178–1179, 1181, 1201, 1218, 1252–1253, 1299, 1302, 1313, 1335, 1373, 1396–1397, 1440, 1455–1458, 1460, 1488, 1502, 1517–1518, 1530, 1537, 1541, 1547–1548, 1556–1557, 1566, 1568–1570, 1588, 1600, 1603, 1616, 1628, 1645, 1649, 1684, 1691–1693, 1695, 1708
Ostgalizien 126, 303
Ostpreußen 101, 129, 316, 671, 739, 782, 895, 934, 988, 1050, 1109, 1557, 1606, 1647, 1655, 1676, 1710
Ostsee 91, 1630
Otto, Ernst 613
Ottwalt, Ernst (Ps.). *Siehe* Nicolas, Ernst Gottwaldt
Oudegeest, Jan 243
Overlach, Helene 547
Ozorin (Verlagsmitarbeiter) 1666
O'Neill, Eugene 1370

Pabst, Waldemar 74, 78
Padua 245
Paetel, Karl Otto 1491
Palästina 1488
Palenschat, Fritz 1265, 1272
Panndorf, Erwin 1647
Pannekoek, Anton 123, 166
Papen, Franz von 877–879, 881–882, 884, 887–888, 901, 903, 913, 921, 948, 977, 1427, 1517, 1650
Paquet, Alfons 1468
Paris 4, 6, 202, 214, 230, 289, 388, 413, 493, 519, 527, 576, 601, 664, 680, 702, 762, 928, 930, 960, 1006–1007, 1012, 1015–1016, 1019, 1024, 1028–1030, 1043–1044, 1060–1061, 1090, 1102–1104, 1108–1110, 1114, 1130, 1156–1157, 1169, 1171, 1175, 1185, 1197, 1207–1208, 1210–1211, 1213, 1222, 1236, 1241, 1249, 1251, 1257, 1260, 1269, 1274, 1290, 1298, 1309, 1312, 1315–1316, 1321–1322, 1343, 1355, 1361, 1373–1374, 1379, 1382, 1385, 1388, 1398, 1408, 1411, 1413, 1435–1436, 1438–1439, 1464–1465, 1468–1473, 1475, 1483–1484, 1486, 1488–1489, 1491–1494, 1502–1504, 1507–1508, 1512–1514, 1517, 1535, 1552, 1573–1574, 1602, 1606–1609, 1617–1618, 1635
Parvus-Helphand, Alexander 1361, 1470
Pascha, Enver 121–122, 188
Paschke, Richard 1265
Pascua, Marcelino 1492
Passionaria (Ps.). *Siehe* Ibarruri, Dolores
Pauker, Ana 1679, 1691, 1716
Paul-Boncour, Joseph 243, 1060
Paul Massing 1503
Paul (Ps.). *Siehe* König, Gustav; *Siehe* Dimitrov, Georgi; *Siehe* Linderot, Sven Harald
Paulus, Friedrich 1704, 1706
Pavlov, Dmitrij 1301
Pavlov, Vladimir 1527
Pawera, Willi 1263
Pejani, Bedri 1438
Peking 284
Pepper, John (Ps.). *Siehe* Pogány, József
Permjakov, Pavel 1682
Perm' 202
Persien 105, 132, 193, 205, 468, 540
Persius, Lothar 1110
Peru 298
Pervuchin, K. 750–751, 988
Peschke, Paul 652
Peski 1271
Pétain, Philippe 1602, 1643, 1646
Peter I. der Große 672, 1593
Petermann, Erna, geb. Saar 1327
Petermann, Werner 1259
Peterman, Walter 1259
Petersburg. *Siehe* Petrograd
Petras, Richard 1314
Petrograd 45, 51, 81, 115, 132, 171, 201, 220, 239, 258, 271, 282, 305, 325, 443, 601
Petrov, Michail 304, 431
Petrov (Ps.) 432. *Siehe* Raskol'nikov, Fedor
Petrovskij, David 555, 634, 703
Petrov, Vladimir 1593
Petter, Erwin 1249, 1271
Petter, Margarete 1249
Pfaff, Nikolaus 386
Pfalz 421, 533, 581, 587–588, 1247, 1316

Pfeiffer, Hans Walter 409, 480, 560
Pfeiffer, Max 1358
Pfeil, E.E. 1216
Pfemfert, Franz 448, 583–584, 1233, 1636
Picasso, Pablo 1275
Pieck, Wilhelm 5–6, 67, 100, 102, 156, 180, 262–263, 319, 334–335, 339, 349, 353, 363, 380, 386, 495, 547, 560, 578, 581, 592, 642, 686, 751, 793–795, 798–799, 802, 817–818, 822, 853–855, 864–866, 871, 879, 890, 904, 943, 980, 984, 1047, 1061, 1066, 1082, 1086, 1090, 1097–1098, 1101, 1104–1105, 1108, 1112, 1116, 1120, 1128, 1134, 1165, 1186, 1199, 1202, 1204, 1216, 1219, 1224, 1226, 1229–1232, 1234, 1236–1237, 1249, 1272, 1322–1323, 1327, 1329–1331, 1336–1340, 1378, 1381, 1383, 1388, 1397, 1405, 1418, 1421–1423, 1432, 1443–1444, 1446, 1454, 1467, 1493–1495, 1512, 1537, 1565–1566, 1568, 1570, 1572–1573, 1582, 1594, 1596–1597, 1601, 1605, 1613, 1625, 1631, 1635–1636, 1641–1642, 1649, 1657, 1661–1662, 1674, 1679–1681, 1685–1686, 1691, 1697, 1700, 1703, 1716–1717, 1720
Pignon, Edouard 1017
Piker, Saul. *Siehe* Martynov, Aleksandr
Piłsudski, Józef 133, 505, 523–524, 707
Pinkus, Theo 1241
Pinsk 1564
Piša, Antonin Matej 1372
Piscator, Erwin 196, 1375, 1468
Pitcairn, Frank 1370
Piter. *Siehe* Petrograd
Pjatakov, Georgij 5, 300, 306, 319, 332–336, 338–340, 352–353, 357, 361, 430, 433, 447, 465, 528, 681, 783, 816, 877, 1035, 1277, 1292–1294, 1303–1304
Pjatnitzki, Osip 5–6, 125, 153, 278, 287–288, 321, 332, 337, 354, 367, 387, 389, 391, 395–396, 403, 411, 415, 423–424, 437–439, 449, 459–461, 464, 478, 485, 495, 497, 501, 504, 508–509, 539, 546, 555, 563, 566, 572, 596, 599, 602–603, 611, 615, 619, 632, 637, 640, 645, 650, 663–665, 686, 703, 709, 711, 714, 716, 722–724, 726–727, 730, 748, 753, 765, 777–778, 785, 793–794, 798, 812–813, 818, 823, 826, 848, 855, 863–864, 871–872, 883–886, 889–890, 896–897, 903, 907, 909, 964–966, 970–973, 977, 980–982, 986, 988–990, 993, 1018, 1045, 1047–1050, 1061, 1065–1066, 1071–1072, 1087–1088, 1093, 1116, 1120, 1128, 1224, 1240, 1360, 1409, 1496
Platten, Fritz 89, 499
Plättner, Karl 144, 209
Plenge, Oskar 687, 697–698
Pleskov, Artur 242
Pleve, Vjačeslav 707
Plivier, Theodor 1298
Plyševskij, I. 1647
Pobedonoscev, Konstantin 708
Pochvalinskij, Boris 597
Poege, Ernst 384–386, 389, 416–418, 424
Pogány, József 139, 208–209, 590, 667
Pohl, Otto 1133
Pohl (Ps.). *Siehe* Klahr, Alfred
Pöhner, Ernst 342
Poincaré, Raymond 226, 240
Pokitonov 123
Pokrovskij (Ingenieur) 1304
Pokrovskij, Michail 605, 907
Pokrovskij, Nikolaj 49, 124
Polen 8, 60, 79, 93, 98, 104, 115, 125–130, 133, 140, 189, 192, 200, 216, 218–219, 226, 303, 308, 311–313, 316–317, 351, 355, 361, 365, 367, 371, 376, 412, 414, 433–434, 436–437, 496, 502, 505, 523–524, 549, 594, 599, 628–629, 631, 671, 677, 685, 714, 740, 743–744, 746, 748, 762, 771, 787, 790, 810, 833, 835–836, 877, 890–891, 924–927, 932, 988, 999, 1014, 1068, 1070, 1072, 1090, 1093, 1101, 1136, 1144–1146, 1152, 1156, 1201, 1246–1247, 1255, 1261, 1271, 1306, 1345, 1355, 1397, 1406, 1416, 1451, 1458, 1474, 1501, 1526–1529, 1532–1534, 1536, 1538, 1542–1543, 1545–1546, 1553, 1555, 1557–1559, 1564, 1570, 1572, 1584, 1588, 1599, 1603, 1611, 1638–1639, 1645, 1647, 1651–1652, 1676, 1683, 1687, 1707
Polgar, Alfred 1299
Politikus (Ps.). *Siehe* Michajlov, Lev 706
Poljakov, Vladimir 1354, 1419
Poljanskij, Vladimir 200
Pollitt, Harry 615, 678
Polonskij, Vladimir 627

Poltava 343, 347
Ponomarenko, Pantelejmon 1694–1695
Ponomarev, Boris 1665, 1679, 1711
Popov, Blagoj 1016
Popov, Nikolaj 283, 631
Popov, Nikolaj N. 1248
Porecki, Ignacy 409
Porombka, Vinzent 1676
Portugal 245, 413
Poskrebyšev, Aleksandr 539, 878, 1018, 1093
Posthumus, Nicolaas Wilhelmus 1210
Potemkin, Vladimir 1022, 1139, 1146
Potratz, Emil 1264
Potsdam 296, 1166, 1260
Prag 187, 702, 708, 875, 1031, 1032, 1051, 1061, 1071, 1074, 1108, 1116, 1157, 1159, 1175, 1181, 1185–1186, 1206, 1208–1210, 1214, 1219, 1223, 1255, 1298, 1310, 1312–1313, 1316, 1319–1320, 1382, 1390–1391, 1480, 1490, 1492, 1495, 1504, 1511, 1552, 1606, 1633
Preobraženskij, Evgenij 119, 283–284, 340, 506, 901
Presche, Willy 635, 636
Prestes, Luis Carlos 694
Preußen 82, 266, 567, 575, 611, 681, 745, 772, 795–797, 799–802, 807–808, 818, 820, 870, 872, 875, 879–881, 883–884, 887–888, 896, 901, 904–905, 908, 915, 974, 1002, 1012, 1046, 1110, 1158, 1174, 1272, 1359, 1413, 1422, 1553, 1710
Priborockaja (Kaderabteilung) 1583
Prichard, Katharine Susannah 1370
Primorsk 1562
Pritt, Denis Nowell 1017, 1042
Próchniak, Edward 278–279
Professor Marek. *Siehe* Siegfried Marck 1475
Prokop'evsk 1249, 1271
Proost, Jan 158
Proskurov, Ivan 1595
Proudhon, Pierre-Joseph 1156
Pudovkin, Vsevolod 1593
Purman, Leon 631
Pušin, Gavriil 1304
Puškin, Aleksandr 1133, 1325
Pustovalov, Anatolij 1151

Quandt, Bernhard 1183–1185, 1189, 1194, 1197
Querido, Emanuel 1297
Quisling, Vidkun 1663

Raab, Käthe 1628–1629
Rabe, Willi (Ps.). *Siehe* Pawera, Willi
Rackwitz, Ewald (Ps.). *Siehe* Schönhaar, Eugen
Radek, Karl 5, 50, 67, 69–71, 74–77, 84, 91, 103, 106, 109, 114–115, 135–137, 139, 144–145, 148, 150, 154–156, 164–165, 168–175, 182, 188, 190–192, 207, 212, 215–217, 219, 223–228, 231–236, 238–240, 243, 245–247, 249–250, 252, 254, 257, 259, 261, 270–271, 274, 277, 281, 283–284, 286, 292–293, 300–302, 304–306, 308, 318, 322, 324, 330, 332, 334–336, 340, 342–343, 349–350, 352–353, 355, 357, 361–362, 374, 389, 424, 440–441, 586, 616–617, 638, 670, 691, 750, 877, 1011–1015, 1261, 1292–1296, 1303–1304, 1324, 1408, 1487
Radek, Rosa 156, 238
Rädel, Siegfried 610, 1101–1103, 1463, 1614
Radványi, László 1374
Radványi, Netty. *Siehe* Seghers, Anna
Rákosi, Mátyás 109, 141, 244–245, 1069, 1593, 1631, 1674, 1679, 1681, 1691, 1716
Rakovskij, Christian 58, 86–87, 123, 217, 223–224, 227, 285, 377, 506, 701, 1430
Rakow, Paul 1261
Rakow, Werner 385, 990, 1261, 1267
Ralf (Ps.) 1200
Ramm, Alexandra 1233, 1636
Ranke, Hans Hubert von 1171, 1197, 1200
Ranke (Ps.) 416
Rapallo 214, 217, 247, 250, 256, 284, 432, 453, 488, 737, 935–936, 1208
Rasch 100
Raskol'nikov, Fedor 714
Rasputin, Grigorij 1132
Rastatt 1169
Ratajčak, Stanislav 1304
Rathenau, Walther 217–218, 223–225, 256–257, 269, 1413
Rathenow 1249
Rau, Heinrich 899, 1614
Rausch (Polizeispitzel) 386
Rauschning, Hermann 1012–1013
Rawdon-Hastings, Francis 1293
Reed, John 200, 504
Regler, Gustav 1016, 1087, 1369, 1374, 1504

Regler, Marieluise 1375
Rehm, Rudolf 1168–1169
Reich, Wilhelm 45, 1251–1252, 1670
Reiman, Paul 1083–1084
Reinhardt, Ernst 906
Reinhardt, Max 1375
Reinhardt (Ps.). *Siehe* Abusch, Alexander
Reinhold (Ps.). *Siehe* Dünow, Hermann
Reinholdt (Ps.). *Siehe* Dünow, Hermann
Reinke, Ernst 774
Reisler, Frederika 118
Reiss, Ingaz (Ps.). *Siehe* Porecki, Ignacy
Reissner, Larissa 352, 404–405
Reiss, Wilhelm (Ps.). *Siehe* Engelhardt, Karl Herbert
Reiter, Paul (Ps.). *Siehe* Richter, Paul
Rejch, Berta, geb. Brutzkus 89
Rejch, Jakov 88, 92, 97, 123–124, 135–136, 147–148, 156, 169, 182, 191, 194, 245, 288, 350, 1049
Rejngol'd, Isaak 1240–1242
Rekdal (Kapitän) 686
Remarque, Erich Maria 779
Rembte, Adolf 1114, 1158–1159, 1181
Remmele, Anna, geb. Lauerdie 964
Remmele, Hedwig 784
Remmele, Hermann 5, 368, 380, 455, 480, 485, 546–547, 563, 590, 602–603, 610–611, 616, 619, 642, 648, 654, 656, 669, 726, 733, 774, 780, 784–786, 793, 795, 801, 818, 822, 863–865, 871–872, 897, 908–909, 911, 963–964, 998, 1003, 1005, 1034, 1065–1067, 1075, 1260, 1358, 1360, 1392, 1396, 1424, 1487
Remscheid 282, 582
René (Ps.). *Siehe* Schröter, Henriette, geb. Begun
Renn, Ludwig 1168–1169, 1502–1504
Retzlaw, Karl 321–322, 364, 371, 393, 1488
Reuter, Edzard 161
Reuter, Ernst 5, 100, 102, 160–161, 164, 207–211, 267
Reuter, Franz 954
Reval. *Siehe* Tallinn
Reventlow, Ernst Graf zu 302, 878
Reynaud, Paul 1602, 1607
Rhein 143, 316, 1219, 1678
Rheinland 72, 140, 143, 179, 737, 934, 1186, 1210, 1219, 1319, 1335, 1555, 1679, 1709
Rheinsberg 328
Ribbentrop, Joachim von 1519–1521, 1525, 1543–1544, 1554, 1558, 1594
Richter, Bernhard 1627
Richter, Erich 1396–1397
Richter, Horst 1451
Richter, Martha 1450
Richter, Max (Ps.). *Siehe* Schubert, Hermann
Richter, Paul 1450
Richter (Ps.). *Siehe* Schubert, Hermann
Richter, Walter 1451
Richter, Wilhelm 1161
Richthofen, Manfred von 959
Riese, Max 617
Rieß, Ludwig 635
Riga 126, 133, 200, 245, 434, 436, 1263, 1355, 1390, 1610
Rilke, Rainer Maria 199
Ritter, Jakob 587
Rivas, Fabra 1395
Rivera, Diego 702
Rjazan' 1653
Rjazanov, David 243, 827, 1256
Rjutin, Martem'jan 531, 627, 767–769, 892, 1434
Robert (Ps.). *Siehe* Volk, Karl; *Siehe* Schott, Gerhard; *Siehe* Manuilski, Dmitri
Roetter, Friedrich 1379–1380
Rogalla, Hans 1308
Röhm, Ernst 1012, 1081, 1098, 1103, 1121, 1167, 1171, 1192, 1650
Röhrs, Ida 1451
Röhrs, Willi 1451
Roizenman, Boris 681
Roland-Holst, Henriette 123, 680
Rolland, Romain 197, 930, 1012, 1029, 1044, 1275, 1369, 1379, 1533
Rom 187, 258, 1048, 1347
Romains, Jules 1275
Römer, Josef (Beppo) 349, 1162, 1168–1171
Romm, Vladimir 1304
Roosevelt, Franklin D. 1059, 1711
Rosenberg, Alfred 1038, 1131, 1316
Rosenberg, Arthur 374, 376, 382, 449, 469, 478, 491, 583
Rosenfeld, Kurt 214–215, 231, 236, 243, 449, 469–470, 820, 988
Rosov („Trotzkist") 1257
Rostov-na-Donu 681

Rothe 1629
Roth, Joseph 1461
Roth, Leo 409, 1101, 1106, 1163, 1170, 1186, 1192, 1196–1197, 1200, 1250, 1272, 1307
Rottenburg 1467
Rotterdam 1140–1141
Rowecki, Stefan 927
Roy, Manabendra Nath 191, 735
Rozenberg, Marsel' 1146
Rozengol'c, Arkadij 275, 300, 397, 433, 681, 776, 1076, 1093, 1117
Roze, Voldemar 5, 296, 299, 318–319, 321, 348, 354–355, 384, 386–387, 389, 410, 412, 415–417, 422, 438, 444
Roziņš, Fricis 50
Ruben-Wolf, Martha 1082
Rubiner, Frida 88–90
Rubinštejn, Aleksandr 46
Ruchimovič, Moisej L. 681
Rudas, László 123
Rudnjanskij, Andrej 91, 115
Rudolf, A. (Ps.). *Siehe* Lengyel, Richard
Rudzutak, Jan 191, 306, 599, 614, 701, 776–778, 1367
Rühle, Otto 45, 70, 99, 173, 584
Rühle von Lilienstern, Alexander 325
Rühl, Walter 405
Ruhrgebiet 44, 100–101, 107, 198, 274, 276–277, 302, 319, 353, 369–370, 375, 420–421, 478, 542, 547, 586, 589, 651–652, 657–658, 662, 673, 685, 706, 719, 731, 755, 775, 780, 789, 796, 815, 822, 843, 865, 934, 942, 949, 988, 1115, 1158, 1171, 1185, 1198, 1270, 1510, 1678–1679
Rumänien 112, 123, 160, 303, 313, 412, 434, 436, 549, 762, 999–1000, 1142, 1152, 1201, 1257, 1416, 1458, 1637, 1645, 1653–1654, 1656, 1662–1663, 1683, 1687, 1689–1693, 1695, 1716
Runge, R. 1216
Rupprecht, Kronprinz von Bayern 943
Rusakov (Rechtsanwalt) 1581
Rutgers, Sebald 123
Rwal, Gustaw 1451
Ryčkov, Nikolaj 1303
Rykov, Aleksej 80, 122, 292, 361, 404, 441, 444, 460, 463, 563, 602–606, 613, 623, 681, 737, 767, 784, 786, 1361, 1423, 1430
Ryndhorn, Gerszel 1247
Ryss-Liebknecht, Sophie 120
Rzeszów 1163

Saarbrücken 1016, 1095, 1573
Saaremaa 463
Saargebiet 421, 739, 869, 1027, 1094–1095, 1110, 1171, 1217, 1269, 1316, 1374, 1411, 1574
Saarlouis 1051, 1312
Saborowski, Elise 725
Sachsen 44, 74, 100, 142, 251, 295, 315–320, 332–333, 337, 340, 347, 349, 370, 375, 417–418, 550, 565, 575, 587, 638, 692, 738, 755, 774, 796, 843, 888, 934, 1108, 1175, 1247, 1255, 1560
Sachs-Gladnev, Samuel 76, 91, 495, 497
Šachty 345, 604, 605, 608, 613–614, 618, 644
Šackin, Lazar' 319, 364, 420, 546, 563, 566, 602, 691, 766, 769, 1007
Sadoul, Jacques 123
Safarov, Georgij 191, 586, 616
Safronov, Timofej 286
Sager, Werner 1668
Salomon, Bruno von 1169, 1412–1413, 1419, 1461, 1465, 1470
Salomon, Ernst von 1169, 1412
Samara 1658
Samusch, Franz (Ps.). *Siehe* Mušinskij, Solomon
San Francisco 1324
Sannhauser, Dr. 89
Sanz, Francisco Antón 1682
Šapošnikov, Boris 275
Saratov 667, 701, 1084, 1300–1301, 1628, 1657
Sauerland, Kurt 897, 901, 907, 1358, 1360, 1496
Savinkov, Boris 244
Sawadzki, Hans 652
Ščerbakov, Aleksandr 1639, 1658, 1686, 1720
Schacht, Hjalmar 819, 954, 1118, 1146, 1151, 1208
Schacht (Ps.). *Siehe* Heinrich, Fritz
Schäffer, Fritz 943
Schaffhausen 735, 1259
Schalek, Fritz 1565
Schälicke, Fritz 1276, 1697
Schanghai 894, 1142, 1262
Scheckenreuter, Charlotte 1629
Scheffer, Paul 432
Schehr, John 461, 547, 635, 865, 967, 972, 1108, 1165, 1511

Scheib, Peter 1676
Scheidemann, Philipp 56, 60, 67–68, 73, 77, 108, 131, 233, 235, 249, 550, 945
Schellenberg, Paul 1302
Schenk (Ps.). *Siehe* Kox, Wilhelm
Schenk, Richard (Ps.). *Siehe* Glatzer, Willy
Scherber, Paul (Ps.). *Siehe* Schwenk, Paul
Scheringer, Richard 1103, 1167–1168
Schickele, René 1509
Schiff, Hans 1267
Schiff (Ps.). *Siehe* Grzyb, Moses
Schiff, Victor 928–929, 937, 1437
Schiller, Friedrich 1031
Schilling (Ps.). *Siehe* Wiehn, Karl
Schil-Tal (Valea Jiului) 701
Schimanski, Fritz 617, 1312–1313
Schlaffer, Joseph 547, 774
Schlageter, Albert Leo 277, 284, 301–302
Schlamm, Willi 1031
Schlecht, Paul 468–470, 482, 503, 617
Schleicher, Kurt von 203, 913, 977, 1223, 1650
Schlesien 261, 316, 349, 638, 651, 685, 719, 780, 843, 934, 1050, 1310
Schlesinger, Moritz 681, 701
Schlesinger, Rudolf 1308
Schliestedt, Heinrich 1351
Schlöhr, Jakob 665
Schmidt, Alex 826
Schmidt (Anwalt) 405
Schmidt, Johann (Ps.). *Siehe* Radványi, László
Schmidt, Karl C. 1267
Schmidtsdorf, Bruno 1273
Schmitt, Georg 1302, 1314
Schmitt, Gustav 325
Schmitt, Harry 1444, 1448
Schmitt, Heinrich 1448
Schmitt (Ps.). *Siehe* Avatin, Michael
Schneider, Eugène 862
Schneider, Eva 1397
Schneider, F. (Ps.). *Siehe* Zucker-Schilling, Erwin
Schneider, Joseph 669, 670, 1083
Schneller, Ernst 455, 460–461, 464–465, 477, 574, 578, 580, 630, 653, 829, 845, 899–900
Schoenaich, Paul von 1110
Scholem, Werner 374, 376, 430, 441, 449, 459, 470, 478–479, 482, 490–492, 506, 531, 569, 583, 585–586, 617
Scholze, Paul 160
Schönerer, M. (Ps.). *Siehe* Seydewitz, Max
Schöneweide 986
Schönhaar, Eugen 1165, 1260
Schorsch (Ps.). *Siehe* Feuchtwanger, Franz
Schott, Gerhard 294, 296, 321, 626–627
Schottland 812
Schreiner, Albert 371
Schröder, Luise 1175–1176
Schröder, Marga 1314
Schröder, Max (Ps.). *Siehe* Schröter, Johannes
Schröter, Henriette, geb. Begun 1432
Schröter, Johannes 547, 642, 1432–1433
Schubert, Carl von 431, 723
Schubert, Franz 1101, 1158–1159, 1163, 1165, 1186–1187, 1196–1197, 1200, 1307
Schubert, Hermann 802, 1098, 1101, 1112, 1115, 1159, 1308, 1359, 1511
Schubert, Wilhelm 203
Schuhmacher, Ernst 584
Schulenburg, Friedrich-Werner Graf von der 1039, 1146, 1303, 1525
Schüller, Hermann 196, 200
Schulte, Fritz 775, 802, 908, 1308, 1358–1360, 1511, 1627
Schulte, Gertrud 1627
Schulze, Fiete 1107
Schulz, Hans 1413, 1471, 1475
Schulz, Heinrich 267
Schumacher, Ernst 584
Schumacher, Wilhelm 469, 503
Schumann, Georg 319, 459–460, 569, 642
Schumann, Oskar (Ps.). *Siehe* Braun, Otto
Schumann (Ps.). *Siehe* Clajus, Elsa
Schuster, Erich 1267, 1302
Schuster, Karl 1267
Schuster (Ps.). *Siehe* Schmidt, Karl C.
Schütz, Elise 1448
Schwab, Sepp 90, 966, 972, 1101, 1115, 1250, 1321
Schwan, Wilfried 455, 461
Schwan, Wilhelm 617
Schwarz, Ernst 533, 583, 585
Schwarzes Meer 890, 1089, 1355
Schwarz, Lotte 1133
Schwarz, Louis (Ps.). *Siehe* Schwab, Sepp
Schwarzmüller, Franz 1479–1480
Schwarz, Rudolf 1165, 1195

Schwarzschild, Leopold 1318, 1322, 1486–1487, 1507–1508
Schweden 64, 78–79, 85, 158, 412, 517, 519, 522, 526, 735, 745, 924–925, 958, 1016, 1142, 1202, 1219, 1432, 1481, 1595, 1602, 1616, 1668, 1698
Schweiger, Josef 1263
Schweitzer, Emmy (Ps.). *Siehe* Schulte, Gertrud
Schweitzer (Ps.). *Siehe* Schulte, Fritz
Schweiz 6, 50, 79, 88–89, 115, 158, 160, 182, 184, 289, 400, 412, 653, 706, 735, 1016, 1031–1032, 1077–1078, 1109, 1169, 1178, 1202, 1218, 1241, 1259, 1272, 1297, 1311, 1359, 1371, 1395, 1408, 1430, 1435, 1464, 1487–1488, 1495, 1502–1503, 1585, 1618
Schweizer, Fritz (Ps.). *Siehe* Schulte, Fritz
Schwenk, Paul 1444, 1449
Schwerin 1251
Sedov, Lev 1233, 1303
Seeckt, Hans von 121, 188–190, 217–218, 275, 335, 369, 384–390, 416, 419, 422, 502, 675
Seehof, Arthur 148
Seghers, Anna 510, 1297, 1299, 1369, 1373–1374, 1504–1505, 1509
Seine (Département) 1110
Seißer, Hans Ritter von 342
Šejnman, Aron 599, 603, 681, 1500
Selassie, Haile 1215
Selbmann, Fritz 662
Seldte, Franz 560, 719, 819, 856
Sellier, Louis 869
Semaško, Nikolaj 227
Sémard, Pierre 504, 678
Semenov (Ps.). *Siehe* Meľnikov, Boris
Semipalatinsk 1018
Sender, Ramón 1369
Senegal 1602
Senftenberg 198
Seng, Willi 1677
Senin, Adolf (Ps.). *Siehe* Sobolevičius, Adolfas
Seraing 1608
Serbien 669
Serdovskij (Parteisekretär) 1446–1447
Serebrjakov, Leonid 340, 1303–1304
Sergeev, Aleksandr 1245, 1327
Serge, Victor 1374
Sergiopol' 1018
Sermuks, Nikolaj 122
Serrano Plaja, Arturo 1369
Serra (Ps.). *Siehe* Tasca, Angelo
Serrati, Giacinto 109, 116, 149, 155, 165, 174, 233
Šestov, Aleksej 1304
Sevastopol 1682
Severing, Carl 248, 299, 450, 557, 652, 744, 797–798, 807, 809–812, 851, 863, 875–876, 880–881, 905–906, 1553
Ševjakov, Nikolaj 785
Seydewitz, Frido 1448
Seydewitz, Horst 1448
Seydewitz, Max 809, 820, 842, 844, 1448, 1633–1634
Sezimovo Ústí 1209
Shaw, George Bernard 197
Shaw, Thomas 236
Sibirien 1101, 1448, 1527
Siewers, Max 1488
Siewert, Robert 479
Sikorski, Wladyslaw 1707
Silone, Ignazio 1030–1032, 1297, 1299
Silverberg, Paul 541
Simone, André (Ps.). *Siehe* Katz, Otto
Simon, Hugo 1421
Simons, Walter 122
Sinclair, Upton 199, 1275
Sinekin (MOPR) 1621
Singapur 1142
Singer (Ps.). *Siehe* Franz, Adolf
Singer, Rolf 1068
Sinowjew, Grigori 5–6, 50, 80, 95–96, 109, 112, 114–117, 119, 123, 135, 139, 148–149, 169, 178, 186, 190–192, 194, 205, 210, 212–213, 217, 227, 236, 239–240, 243, 246–248, 254–259, 270–272, 277–278, 280–285, 288, 290, 293, 299–301, 303–304, 306, 313, 315, 321, 332, 334, 336, 341, 353, 355, 361, 363–364, 368, 372–375, 378–383, 395–396, 402–403, 406–407, 415, 418–419, 429–430, 439–440, 444–445, 448, 450, 455, 457, 460, 464–466, 471–472, 478, 481, 484–485, 489–491, 493–495, 497–498, 500–501, 504–506, 508–509, 524–525, 528–538, 544, 546, 548, 555, 566, 572, 577, 583, 595, 616, 618, 639, 669, 671, 683, 690, 892–893, 948, 1024, 1080, 1101, 1233, 1235, 1240–1242, 1257, 1292–1293, 1295, 1320, 1408, 1430–1431, 1468, 1487

Skandinavien 115, 123–124, 263, 412, 651, 929, 931, 988, 1111, 1600, 1609, 1700
Škirjatov, Matvej 1254
Skirmunt, Konstanty 219
Sklarek, Leo 866
Sklarek, Willy 866
Skljanskij, Efraim 275
Šklovskij, Grigorij 333, 336
Šklovskij, Viktor 1376
Skoblevskij, Petr (Ps.). *Siehe* Roze, Voldemar
Skoropad'skyj, Pavlo 61
Skrobisch, Samuel 1269, 1271
Skrypnik, Nikolaj 620
Škvarcev, Aleksej 1527, 1609, 1620
Šlejfer, I. O. 606, 681
Slepkov, Aleksandr 767–769
Slepov (MOPR) 1623
Šljapnikov, Aleksandr 238, 506, 531, 1366
Slowakei 1209, 1588, 1687
Slucker, Naum 1679
Sluckij, Abram 1280
Sluckij, A. G. 902
Šmaeva, Johanna, geb. Zorn 1266
Šmeral, Bohumir 610, 651, 664, 1290, 1298, 1380, 1407–1408, 1435–1439, 1493–1496, 1500
Šmidt, Otto 319
Šmidt, Vasilij 341
Smilga, Ivar 324, 325
Smirnov, Ivan 286, 340, 397, 506, 768, 1293, 1320, 1434, 1487
Smirnov, V. I. 1599
Smoljanskij, Grigorij 652, 793, 1114, 1178, 1308, 1327
Soble, Jack (Ps.). *Siehe* Sobolevičius, Adolfas
Soblen, Robert (Ps.). *Siehe* Sobolevičius, Ruvinas
Sobolevičius, Adolfas 1085, 1253–1254, 1271
Sobolevičius, Ruvinas 1253–1254
Sobottka, Bernhard 1573
Sobottka, Gustav 1573, 1580–1583, 1657, 1680
Sobottka, Gustav jun. 1573–1582
Sobottka, Henriette 1573–1581
Soči 459, 462, 464, 878, 889, 1130–1131
Sofia 435
Šojželov, Siren 993
Sokolik (Ps.). *Siehe* Knorin, Vil'gel'm
Sokolin, Ivan 170
Sokol'nikov, Grigorij 46, 277, 372, 403, 411, 1292, 1303–1304, 1324
Sokolski. *Siehe* Sokolin, Ivan
Sol'c, Aron 283
Solikamsk 1262
Solingen 582, 824–825
Šolochov, Michail 1356
Solowezki-Inseln 687, 697
Solženicyn, Aleksandr 316
Soprunenko, Petr 1691–1692
Sorau 1310
Sorgatz, Anna 1452
Sorge, Richard 620
Sorin, Vladimir 827
Sorkin, Grigorij 1644, 1660, 1668
Sosnovskij, Lev 237, 1232
Souvarine, Boris 378, 1240, 1242, 1260, 1363
Spanien 137, 412, 519–520, 787, 829, 890–891, 924–925, 963, 1016, 1029, 1065, 1067, 1077–1078, 1091, 1096, 1117, 1147, 1169, 1171, 1227, 1234, 1239, 1273, 1280, 1290–1292, 1300, 1304–1305, 1310, 1315, 1317–1318, 1335, 1338–1339, 1342, 1345, 1347–1348, 1354–1355, 1362–1363, 1366, 1369, 1375, 1377, 1388–1390, 1392, 1424, 1428–1429, 1433, 1439, 1441, 1452–1453, 1455, 1457–1458, 1468, 1477–1478, 1482, 1484, 1488–1489, 1492, 1499, 1501–1502, 1504, 1526, 1528–1530, 1544, 1558, 1612, 1614–1616, 1624, 1635–1636, 1665, 1675, 1683, 1687, 1716
Spanier (Ps.). *Siehe* Kun, Béla
Sparta 672
Speckmann (Ps.). *Siehe* Wernicke, Karl
Spectator (Ps.). *Siehe* Nachimson, H. I.
Spender, Steven 1370
Spengler, Oswald 707–708
Sperber, Manès 45
Spiecker, Carl 1385, 1420, 1483, 1490–1491
Spiridonova, Marija 80
Spree 420
Spreizer 1276
Staak, Gertrude 1451
Stachanov, Aleksej 1275
Staševskij, Artur 350
Stahlmann, Richard (Ps.). *Siehe* Illner, Arthur
Stalingrad 1267, 1652–1653, 1657, 1700, 1703–1704, 1718

Stalin, Iosif 3–5, 44, 60, 98, 104–105, 112, 115, 183, 197, 201, 212, 217, 227, 231, 236, 240, 247, 256–258, 274–275, 277–278, 281–287, 290–293, 299–300, 302–304, 312, 314–315, 334, 336, 338–341, 343, 347, 353, 361, 372, 376, 378, 391, 395–396, 402–403, 406–407, 415–416, 425–427, 430, 434, 436, 439, 443–444, 447, 454, 456–457, 459–467, 471–472, 479, 490–492, 494–496, 498–501, 503–505, 524, 528–530, 534–537, 539, 541, 543–546, 548, 551, 555, 559, 561, 563, 565–566, 576, 586, 590–591, 594–596, 598, 602–607, 612, 614–618, 620, 623–625, 628–634, 638–641, 644, 646, 649, 659–661, 663, 667–669, 671, 680, 682–683, 690–691, 705, 708–709, 717, 721, 726–728, 730–732, 737–738, 741–742, 747, 749–753, 765, 767, 769, 776–777, 780–781, 783, 785–786, 788, 795–796, 799, 807, 812, 817–818, 826, 831, 833, 835, 838–840, 842, 844, 848, 854, 863–864, 871–872, 874, 877–878, 885, 888–895, 897, 901–902, 931, 937, 943, 958, 960, 963–964, 977, 997, 1017–1018, 1024, 1029, 1036–1038, 1048, 1054–1056, 1059–1062, 1067–1068, 1072, 1081, 1086, 1089–1091, 1093, 1096, 1103, 1107, 1112, 1117–1120, 1124, 1127–1128, 1130–1132, 1145–1148, 1151, 1167–1168, 1183, 1199, 1207, 1211, 1217, 1224, 1227, 1237, 1241, 1243, 1246, 1254, 1259–1260, 1262, 1264, 1272, 1274, 1279, 1292–1296, 1300–1301, 1316, 1324–1326, 1343, 1362, 1373, 1381, 1389–1390, 1394, 1405, 1410, 1414–1415, 1421, 1433–1435, 1440, 1444–1445, 1449, 1452, 1460–1462, 1466, 1475, 1487, 1489, 1523, 1525–1526, 1528, 1532–1533, 1534–1535, 1540, 1543–1545, 1547, 1552–1555, 1558–1559, 1564, 1567–1568, 1571–1572, 1576, 1582–1584, 1587, 1594–1595, 1597, 1599, 1601–1602, 1605–1606, 1609, 1613–1614, 1617–1618, 1631, 1638–1640, 1657–1659, 1669–1670, 1673, 1683–1685, 1703, 1705, 1711–1713
Stalino 1270
Stambolijski, Aleksandar 293
Stamm, Robert 1159, 1181
Stampfer, Friedrich 723, 771, 912, 928–929, 931–934, 1124, 1219, 1437, 1467, 1495, 1598
Stascheck, Martha 1475
Stasova, Elena 5, 94–96, 156, 180, 182, 194, 288, 442–443, 495, 539, 558, 685, 701, 778, 1093, 1140–1141, 1243, 1324, 1345, 1410, 1665
Staßfurt 944
Staudinger, Dora 1241
Stauer , Hans (Ps.). *Siehe* Berman-Jurin, Konon
Stavskij, Vladimir 1356–1358, 1372
Steckij, Aleksej 319, 827, 877, 966, 1044, 1234, 1279, 1304–1305
Stefanov, Boris 1653, 1656
Stefan (Ps.) 1512
Steffin, Margarete 1376–1377
Stein, Alexander (Ps.). *Siehe* Rubinštejn, Aleksandr
Steinberger, Nathan 1250–1251, 1272
Steinbrück, Otto 319, 371, 393
Steinfest, Otto 296, 299, 319, 322–323, 326, 330, 332, 389
Steinfurth, Erich 1165
Steinhardt, Karl 118, 160
Stein, Henryk 491
Stein, Paul (Ps.). *Siehe* Stern, Ladislaus
Stein (Ps.). *Siehe* Stern, Manfred
Stein, Władysław. *Siehe* Krajewski, Antoni
Štejn 1304
Štejn, Alexander (Ps.). *Siehe* Rubinštejn, Aleksandr
Štejn, Boris 829, 833, 836
Stenbock-Fermor, Alexander 1168
Stenič, Valentin 1376
Sten, Jan 766
Stepanov, Ivan 1602
Stepanov (Ps.). *Siehe* Staševskij, Artur; *Siehe* Steinfest, Otto; *Siehe* Minev, Stojan
Stephan (Ps.). *Siehe* Ulbricht, Walter
Sternberg, Fritz 1377, 1411
Štern, David 771
Stern, Ladislaus 5, 1252, 1272
Stern, Manfred 319, 386, 389
Stettin 91, 1159, 1169
St. Gallen 89
St. Germain 1209
Stickling, Emil 1303
Stinnes, Hugo 189, 213–214, 343, 416

Stirius, Emmi 1102
Stockholm 51, 78, 123, 959, 1290, 1299, 1355, 1595–1596, 1602, 1610, 1612, 1619, 1632–1633, 1641, 1659, 1668
Stoecker, Walter 144, 384, 385, 671
Stojanov 1371
Stolle, Hugo 1241
Stolypin, Petr 707
Stomonjakov, Boris 124, 149, 182, 247, 320, 367, 441, 447, 489, 644, 647, 681, 737, 748, 1148
St. Petersburg 95, 126
Strachey, John 1370
Stralsund 91
Strand (Ps.). *Siehe* Nousiainen, Irja
Straßburg 1317, 1506
Strasser, Gregor 740–741, 788, 791, 1100, 1384, 1391
Strasser, Isa 1252
Strasser, Josef 1252
Strasser, Otto 740–741, 1108, 1169, 1384, 1391, 1469, 1489–1492
Straujan, Jan 497
Stresemann, Gustav 315, 318, 343, 377, 404–407, 414, 431–432, 444, 457, 462–463, 572, 672, 1058
Ströbel, Heinrich 48, 682
Strobel, Othmar 1600
Štrodach, Aleksej 319, 335, 365, 367
Stroilov, Michail 1304
Ström, Frederik 123
Strötzel, Max 461, 547
Struthahn, Arnold (Ps.). *Siehe* Radek, Karl
Stučka, Pēteris 47, 49–50, 491
Stucke, Friedrich 425, 1261, 1274
Stumm, F. 160
Stürgkh, Karl Graf von 418
Sturm, Fritz (Ps.). *Siehe* Sachs-Gladnev, Samuel
Sturm, Hertha (Ps.). *Siehe* Stasova, Elena
Stuttgart 48, 72, 100, 282, 386, 388, 577, 583, 591–592, 647, 1050, 1489–1490
Suchanov, Nikolaj 768
Sucharev, Konstantin 1660
Suchomlin, Vasilij 243
Suchumi 341
Südafrika 1342
Sudan 520
Süddeutschland 1028, 1429
Sudetenland 1209, 1335, 1552, 1692
Sudoplatov, Pavel 1646
Südtirol 744–745, 1136
Sud'in, S. K. 1280
Suhl 282, 585–587
Suhrkamp, Peter 1298
Sulimov, Daniil 681
Sultan Sade (Ps.). *Siehe* Mikaelian, Avetis
Šumen 1678
Sun Yat-Sen 623
Suric, Jakov 748, 1071, 1088, 1145–1147, 1276, 1280, 1361
Surinam 1437
Süßkind, Heinrich 581, 642, 724, 1082, 1237, 1259, 1308, 1313, 1432
Süsskind, Lev 1248–1249, 1271–1272
Suvorov, Aleksandr 1686
Švecov, Arkadij 1071
Sverčevskij, Karol' 924, 927
Sverdlov, Jakov 50, 52, 71, 83, 122
Sverdlovsk 286, 1018, 1451
Šverma, Jan 1653, 1656, 1679–1681
Svermová, Maria, geb. Svabová 883
Švernik, Nikolaj 1222, 1394, 1482, 1639
Sviderskij, Aleksej 441
Świebodzin 328
Świerczewski, Karol 395
S.W. (Ps.). *Siehe* Neumann, Heinz
Syrcov, Sergej 766, 768–769
Syrien 65, 519, 551, 554
Szana, Antony 1313
Szántó, Béla 1691, 1694
Szepetówka 1474

Tacke, Erich 1267
Tadschikistan 1301, 1639
Tal', Boris 1234, 1279, 1304–1305
Tallinn 191, 415, 1610
Tamm, L. E. 1304
Tanev, Vasil' 1016
Tannery, Jean 1146
Tarchanov, Oskar 616
Tasca, Angelo 3, 112, 378, 667, 678, 702, 791
Taschkent 191
Tatarstan 1479
Taubenberger, Elsa 1267
Taubenberger, Hermann 1267
Taube, Trude (Ps.). *Siehe* Staak, Gertrude
Täubl, Johann 1308
Tauroggen 1710

Tebarth, Wilhelm 1158
Teddy (Ps.). *Siehe* Thälmann, Ernst
Tegel 328
Tell, Wilhelm 1490
Tenner, Albin 471
Teodorovič, Ivan 723
Terijoki. *Siehe* Zelenogorsk
Terracini, Umberto 378
Teruel 1310
Tétouan 1228
Thalheimer, August 100, 145–146, 165–166, 171–172, 178, 182, 209, 227, 315, 334–335, 339, 353, 355, 362–363, 368, 415, 418–419, 424–426, 440–441, 479, 564, 569–570, 580–582, 590, 602–603, 611–612, 638, 642, 649, 658, 663, 665, 702, 735, 824, 898, 946
Thälmann, Ernst 5, 318, 339, 368, 372, 382, 389, 391, 398–400, 417, 445, 454–455, 458–462, 464–465, 473, 478–479, 481–482, 490, 493, 498, 504, 508, 524–525, 530, 539, 544–547, 557–558, 560–563, 566, 569, 572–576, 578, 580, 590, 594–595, 602–603, 616, 629–630, 632–637, 640–643, 647–648, 653–656, 658–659, 663, 667, 678, 691–692, 702, 704, 706, 725, 727, 731, 742, 747, 751, 765, 780, 784, 785, 790–791, 795, 801–804, 817–818, 822, 831, 838, 841, 844, 852–855, 858, 861, 863–866, 871–872, 876, 879, 883, 889, 897, 900, 904–905, 911–912, 920–921, 931, 941, 948, 950–953, 963–964, 967, 969, 971–973, 981, 985, 987, 991–992, 994–995, 1015–1018, 1034, 1065–1067, 1075, 1077–1078, 1100, 1107–1111, 1135, 1157–1160, 1165, 1169, 1173, 1184, 1189–1190, 1223–1224, 1259–1261, 1266, 1269, 1303, 1311, 1378–1380, 1392, 1394–1395, 1434, 1436, 1457, 1468, 1495, 1502, 1510, 1513–1514, 1565, 1571, 1574, 1588, 1594–1595, 1604, 1636
Thälmann, Rosa 1018, 1159, 1379, 1395, 1513, 1594, 1595
Thews, Wilhelm 1168
Thielmann (KPD) 670
Thomas (Ps.). *Siehe* Rejch, Jakov
Thorez, Maurice 519, 1110, 1317, 1436, 1439, 1618, 1640, 1643–1645, 1716
Thüringen 121, 208, 251, 316–318, 349, 375, 417, 419, 471, 550, 586–587, 602, 638, 743, 745, 755, 774, 796, 843, 857, 888, 988, 1262
Thyssen, Fritz 1585, 1587–1598
Tiede (Ps.). *Siehe* Schwarz, Ernst
Tiflis 489, 672
Tikušinskij, Ošer 1264
Tillessen, Heinrich 267
Tilsit 1312
Timm, Rudolf 1397
Timochin 309
Timofeev, Evgenij 261
Tito, Josip Broz 1155, 1438, 1673
Tittel, Hans 656
Tobosso (Ps.). *Siehe* Falcón, Irene
Togliatti, Palmiro 5, 485, 491, 651, 667–668, 1097, 1119–1120, 1128, 1159, 1202, 1220, 1259, 1278, 1315, 1327–1328, 1353, 1614, 1625, 1631–1632, 1640, 1661, 1665, 1682, 1685, 1716
Tokio 1532
Toller, Ernst 44, 81, 1275, 1297
Tolstoj, Aleksej 1356, 1493–1494
Tomann, Karl 118
Tomsk 1699
Tomskij, Michail 115, 357, 372, 413, 439, 465, 477, 489, 505, 553, 572, 576, 602–603, 605, 629–630, 681, 767
Torgler, Ernst 482, 905, 914, 928, 932, 1012–1013, 1015–1016, 1044, 1395, 1495
Tovstucha, Ivan 495–496, 539
Tranquilli (Ps.). *Siehe* Silone, Ignazio
Transkaukasische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik 231
Trapp, Wilhelm 1647
Trautzsch, Walter 1594
Tréand, Maurice 1606, 1609, 1616, 1619
Trebendorf 556
Treint, Albert 378
Tret'jakov, Sergej 1376–1377
Treviranus, Gottfried 1472
Trier 1475
Trilisser, Meer 278, 396, 539, 596, 615, 666, 1120, 1128, 1315, 1327, 1353, 1381
Triolet, Elsa 1274, 1369
Tromsö 686
Trösch, Robert 1273
Trostel, Willi 1241

Trotzki, Lev 5–6, 43, 44, 48–49, 52–53, 63, 75, 86, 90, 115, 119–122, 138, 160–163, 165, 168, 171, 188–189, 195, 200–201, 204, 205, 210, 212, 217, 227, 236, 240, 242–243, 245, 247, 250, 256–257, 270–271, 275, 281–286, 291–292, 299–300, 304–307, 319, 324–325, 334, 338, 340–341, 344, 353, 355, 357, 361, 372, 374, 378, 383, 386, 403, 415, 432, 443, 447, 456, 463, 466, 501, 504, 506, 518, 528–530, 533–534, 536, 538, 544, 548, 551, 563–565, 577, 583–584, 586–587, 594–595, 616–617, 638–639, 656, 663, 668, 710–711, 742, 766, 791, 808, 839–841, 898–900, 937–938, 960, 964, 1206, 1233, 1236, 1246, 1251–1254, 1259–1262, 1264, 1271–1273, 1293–1294, 1324, 1326, 1362–1363, 1365, 1434, 1468, 1636, 1638
Tschechien 112, 191, 289, 735, 1209, 1588, 1603, 1687
Tschechoslowakei 147, 158, 166, 182, 184, 192, 255, 279, 303, 365, 376, 382, 412, 440, 446, 477, 517, 521, 599, 677, 679, 708, 735, 740, 746, 762, 794, 810, 883, 891, 924–925, 932, 973, 988, 1049, 1068–1069, 1074, 1077, 1079, 1093, 1111, 1117, 1142–1143, 1178, 1201, 1209, 1218–1219, 1255–1256, 1269, 1335–1336, 1342, 1355, 1372, 1379, 1422, 1455–1457, 1474, 1492, 1501, 1505, 1518, 1526, 1530, 1537, 1541, 1548, 1556, 1558, 1566, 1568–1570, 1665, 1679, 1681, 1683
Tschiang Kai-Shek 548, 705, 1226–1227
Tschunke, Fritz 203
Tuapse 633, 634
Tuchačevskij, Michail 133, 242, 297, 895, 1367, 1388
Tucholsky, Kurt 405, 600, 682, 1030
Tula 1262
Tupikov, V. I. 1620
Turati, Filippo 174
Turin 112
Türkei 105, 132, 282, 298, 540, 748, 937, 1201, 1254, 1417, 1637
Turkestan 138, 191, 193
Turok, Iosif 1304
Tuwa 710
Tver’ 1266, 1300
Twardowski, Fritz von 829, 833–836, 1036, 1052
Tyszka (Ps.). *Siehe* Jogiches, Leo

Uborevič, Ieronim 619
Uchanov, Konstantin 627
Udarov, A. N. 614
Udeanu (Ps.). *Siehe* Brecher, Ludovic
Ufa 1646, 1656, 1658–1659, 1662, 1675–1676, 1682–1683, 1700
Uglanov, Nikolaj 467, 468, 489, 892
Uhse, Bodo 1169, 1413, 1509
Ukraine 58, 61, 96, 105, 250, 285, 312, 343, 344, 436, 692, 728, 744, 924, 925, 1069, 1145–1146, 1264, 1271, 1294, 1532–1534, 1537, 1542, 1559, 1564, 1699
Ulbricht, Walter 5–6, 335, 384–385, 389, 410, 547, 640, 645–646, 650, 652, 664, 666, 670, 673–674, 686, 694, 698, 778, 793–794, 802, 871–872, 875, 899, 902, 968, 1082, 1086, 1098, 1101–1102, 1104–1106, 1115, 1120–1121, 1123–1124, 1165, 1169, 1183, 1199, 1219–1220, 1250, 1290, 1304, 1315–1316, 1322, 1325, 1327, 1332–1333, 1339, 1343, 1353, 1380–1382, 1384–1385, 1402, 1408, 1411–1413, 1419, 1423, 1458–1461, 1463–1467, 1469–1472, 1474, 1482, 1484–1489, 1492, 1495, 1501, 1510–1516, 1528, 1532, 1543, 1552–1553, 1557, 1572, 1578, 1580, 1582–1583, 1600, 1621, 1623–1624, 1626–1627, 1629–1632, 1634–1635, 1653, 1655–1657, 1675–1676, 1679–1681, 1685, 1687, 1691, 1693–1694, 1700, 1704, 1717, 1720
Uljanow. *Siehe* Lenin, Vladimir
Ulm 1467
Ul’rich, Vasilij 439, 1303
Umberto II. 246
Ungarn 44, 81, 87, 92, 104, 112, 115, 118, 166, 184, 208, 279, 299, 309, 394, 409, 413, 651, 1169, 1178, 1201, 1252–1253, 1263, 1297, 1311, 1313, 1373–1374, 1396, 1441–1443, 1479, 1544, 1593, 1624, 1628, 1645, 1647–1648, 1654, 1662–1663, 1683–1684, 1687–1689, 1695, 1716
Unger, Otto 1267
Unruh, Fritz von 1275, 1472, 1541
Unšlicht, Iosif 5, 121–122, 205, 244, 318–319, 320, 337, 350, 383–384, 386–387,

389–391, 415, 433–434, 502, 527, 553, 703, 709, 711, 714
Urbahns, Hugo 416–419, 428, 469, 500–502, 504–506, 524, 531, 539, 546, 577, 583, 585–587, 617, 842
Urickij, Semen 1280
Uruguay 298
USA 64–65, 85, 92, 95, 166, 214, 280, 289, 309, 412, 446, 505, 517, 520, 561, 590, 599, 628, 672, 679, 681, 710, 745, 787, 810, 840, 951, 1016, 1042, 1062, 1075, 1095, 1110–1111, 1185, 1201, 1251, 1259, 1262, 1299, 1370, 1379, 1413, 1432, 1437, 1483, 1504, 1512, 1517, 1598, 1620, 1639, 1667, 1670–1671, 1689, 1698, 1701, 1712, 1715

Vaillant-Couturier, Paul 1275, 1436
Valencia 1355
Valentin(?), Andreas 1302
Vallach, Mejer. *Siehe* Litvinov, Maksim
Valtin, Jan 1108, 1140
Van der Lubbe, Marinus 928, 968, 1012, 1016, 1193
Van der Rohe, Mies 74
Vandervelde, Emile 231–232, 236, 240, 243, 1006
Vardin (Ps.). *Siehe* Mgeladze, Illarion
Varga, Eugen 240, 273, 375–376, 441, 465, 489, 577, 615, 628, 1080, 1315, 1327, 1330–1331, 1443, 1447, 1565, 1631, 1710
Vasiľev, Boris 513, 973, 1106, 1129
Vasil'ev, Georgij 1211
Vasiľev, Sergej 1211
Vas'ka (Ps.). *Siehe* Šmidt, Vasilij
Vater (Ps.). *Siehe* Dimitrov, Georgi
Vatikan 1095
Vejcer, Izraiľ 813, 816, 849, 877, 887, 895, 1076
Velikie Luki 1704
Vel'tman-Pavlovič, Michail 115
Vendée 316
Venedey, Hans 1464
Venedey, Hermann 1464
Venedig 944
Verhaeren, Emile 199
Vernet 1600, 1614, 1619, 1635–1636
Veselov (Ps.). *Siehe* Pochvalinskij, Boris
Vichy 1432, 1602
Victor (Ps.). *Siehe* Roth, Leo
Victor, Robert 1438
Vigne, Pierre 1580
Viktor Emanuel III. 246
Viktor (Ps.). *Siehe* Roth, Leo
Viľkovyskij 153
Vilnius 75, 80, 1230, 1270–1271, 1559
Vinkt 1602
Vinogradov, A. 1445
Vinogradov, Boris 771, 928–929, 932, 937, 1011
Vinokurov, Aleksandr 614
Virgin-Starke, Friedrich 1302
Vitebsk 90
Vladivostok 695, 1570, 1606
Vlahović, Veljko 1679
Vlasov (Ps.). *Siehe* Rykov, Aleksej; Siehe Vlahović, Veljko
Vogeler, Heinrich 665, 1375, 1468
Vogel, Hans 1219, 1320
Vogel (Ps.). *Siehe* Haussmann, Max
Vögler, Albert 1538
Vogt, Arthur 588
Vogt, Kurt 825
Voig 825
Voigt 825
Volk, Karl 294, 299, 410, 560, 581, 1030, 1074, 1075–1076, 1104, 1259, 1398, 1431, 1432, 1433, 1434, 1486
Volod'ka (Ps.). *Siehe* Roze, Voldemar
Vompe, Pavel 319
Voorhis, Jerry 1639
Vorkuta 1448
Voronež 1704
Voronskij, Aleksandr 307
Vorošilov, Kliment 5, 283, 285, 290, 489, 494, 594, 596, 615, 682, 689, 714, 777, 826, 895, 966, 1035, 1059, 1117, 1145, 1599, 1614, 1639
Vorovskij, Vaclav 51, 62
Vrangeľ, Petr 98, 133, 392, 539
Vries (Ps.). *Siehe* de Leeuw, Alexander Salomon
Vujović, Vojislav 302, 319, 420, 563, 586, 616, 667, 669, 1007
Vyšinskij, Andrej 1581
Vyšinskij, Andrej 613, 1234, 1304–1305, 1417, 1646

Wachsmut (KPD) 1198
Wagner, Frieda 1668
Wagner, Josef 1668
Wagner (Ps.). *Siehe* Braun, Otto (KPD)

Wahls, Otto 662, 1114, 1116, 1308
Walcher, Jacob 100, 102, 180, 209, 227, 277, 282, 334–335, 339, 363, 368, 566–569, 571–572, 582, 589, 647, 735, 768, 1411, 1423, 1488
Walcot, William 785
Wald, Edu 1104
Walden, Herwarth 1084
Walecki, Henryk 157, 216, 629, 1327
Walter, Albert 1111
Walter, General (Ps.). *Siehe* Świerczewski, Karol
Walter, Gustav 1302
Walter (Ps.). *Siehe* Sverčevskij, Karoľ
Wangenheim, Gustav von 1265, 1273, 1314
Wang Jiwei 597
Wang Ming 887, 1120, 1128, 1227
Warschau 121, 125, 129, 133, 351, 1257, 1271, 1355, 1479, 1559, 1651
Washington D.C. 520, 1711
Wassermann, Jakob 1298
Wassi (Ps.). *Siehe* Vasil'ev, Boris
Watter, Oskar von 107
Watz, Margarete 1390
Weber, Fritz (Ps.). *Siehe* Wiatrek, Heinrich
Weber, Hans 531, 587, 617
Weber, Max 533
Weber (Ps.). *Siehe* Dahlem, Franz
Wegener (Ps.) 1393
Wehner, Herbert 963, 1163, 1190, 1223, 1260, 1278, 1312–1313, 1327, 1388, 1424, 1596, 1627, 1641, 1657, 1659, 1668, 1699
Wehnert, Friedrich (Ps.). *Siehe* Thews, Wilhelm
Weimar 386, 734
Weinberger, G. D. 599
Weinberg, Siegfried 180
Weinert, Erich 1356, 1637–1638, 1665, 1667, 1704
Weiskopf, Franz Carl 1071, 1505, 1509
Weißberg, Alexander 1161
Weißes Meer 686
Weiss, Max 1262
Weiss, Paul 1255–1256, 1271–1272
Weißrussland 312, 744, 924–925, 938, 1145, 1533–1534, 1542, 1564
Weiss, Vera 1256
Weizsäcker, Ernst von 1519, 1536
Wellnitz, Elisabeth 1356
Well, Roman (Ps.). *Siehe* Sobolevičius, Ruvinas
Wells, Herbert G. 1275
Wels, Otto 68, 239, 245, 269, 844, 886, 913–915, 984, 1124, 1385
Wendt, Erich 1267, 1274, 1302, 1308
Wenzel 425
Werfel, Franz 1299
Werner (Ps.). *Siehe* Frölich, Paul; *Siehe* Zaisser, Wilhelm
Werner, Ruth 1594
Wernicke, Karl 1314
Wesche, Heinrich 581, 589
Wesermünde 686
Wessel, Horst 1309, 1554, 1650
Westermann, Hans 582, 1432
Westfalen 72, 179, 1261, 1308, 1555
Westsachsen 1185
Westsibirien 1345
Westukraine 434, 847, 1145, 1558–1559, 1562–1563, 1570, 1596
Westweißrussland 434, 629, 847, 1559, 1562–1563, 1570, 1596
Wetzel, Hermann 386
Weyand, Peter 1312–1313
Wiatrek, Heinrich 1272, 1596
Wiedemann, Herbert 1450
Wiedenfeld, Kurt 225
Wieden (Ps.). *Siehe* Fischer, Ernst
Wiehn, Karl 399
Wien 118, 123, 145, 187, 190, 214, 230, 498, 621, 639, 679, 810, 973, 1031, 1055, 1081, 1143, 1157, 1159, 1209–1210, 1253–1254, 1298, 1314, 1372, 1432, 1440, 1517, 1606
Wierczag, Marie 420
Wiesbaden 671, 672, 690, 1082
Wiesenfeld, Paul (Ps.). *Siehe* Nevijašskij, Fajbiš
Wiesner, Erich 793
Wilde, Grete 1107, 1157, 1160, 1186, 1200, 1305
Wilde, Harry 1302
Wilhelm II. 53, 130, 132
Wilhelmshaven 686–687
Wilke, Johanna 1258, 1302
Wilking (Ps.). *Siehe* Goldberg, Willy
Wilkinson, Ellen 1042
Williams (Ps.). *Siehe* Michajlov, Boris
Willi (Ps.). *Siehe* Iltis, Lucian
Willy (Ps.). *Siehe* Iltis, Lucian; *Siehe* Wagner, Josef
Wilson, Woodrow 54, 56–57, 59
Winkler, Dr. (Ps.). *Siehe* Pfaff, Nikolaus
Winnig, August 707

Winterfeld, Max 1432
Winterfeld, Robert David 1432
Winterich, Jean 547
Winternitz, Joseph 547, 574, 588, 620, 802, 899
Winzer, Otto 1696
Wirsing, Giselher 1013
Wirth, Joseph 161, 188, 212, 214–215, 268, 818
Wittfogel, Karl August 199, 907
Wittorf, John 547, 572, 630, 633–636, 643, 657, 735, 863, 865, 1075, 1267
Wludarczik, Josef 1302
Wolf, Arthur 470
Wolf, Else 1635
Wolf, Felix (Ps.). *Siehe* Rakow, Werner
Wolf, Friedrich 1614, 1635–1636, 1665, 1667
Wolf, Hans (Ps.). *Siehe* Lur'e, Natan
Wolf, Heini (Ps.). *Siehe* Dollwetzel, Heinrich
Wolf, Konrad 1273
Wolf, Lothar 1082–1083, 1086
Wolf, Michal (Ps.). *Siehe* Farkas, Mihály
Wolf (Ps.). *Siehe* Roze, Voldemar; *Siehe* Kippenberger, Hans
Wolff, Felix 425
Wolff, Kurt 1468
Wolff, Otto 748
Wolff, Theodor 432
Wolffheim, Fritz 99, 173
Wolfstein, Rosi 212–213, 569
Wolgadeutsche Republik 161, 184, 186, 466, 615, 713, 1267, 1300–1301, 1356, 1657
Wollenberg, Erich 5, 295, 297, 371, 391, 393, 476, 965, 990, 1224, 1265, 1267, 1314, 1391
Wollweber, Ernst 1111, 1140
Wolscht, Theodor 420, 423, 437, 453, 471
Woodson, Charles (Ps.). *Siehe* Huiswoud, Otto
Workuta 1432
Wretling, Arvid 1635
Wrobel, Ignaz (Ps.). *Siehe* Tucholsky, Kurt
Wulsch 1629
Wundersee, Erich 1448
Wuppertal 1677
Wurm, Christoph 899–900
Wurm, Mathilde 449, 1108
Württemberg 349, 638, 843
Wurzen 986

Xinjiang 1056
Ye Ting 596
Yorck von Wartenburg, Ludwig 1710
Young, Owen D. 717
Yrjö-Koskinen, Aarno 1561
Yves (Ps.). *Siehe* Duclos, Jacques

Zabrze 1553
Zaimov, Vladimir 1678
Zaisser, Wilhelm 5, 371, 1142, 1149–1150
Zaleski, August 219
Zalka, Máté 1375, 1504
Zarchin, Il'ja 1263, 1271
Żarnów 1247, 1271
Zavarzin (Brigadier) 1132
Žbikovskij, Stefan 409
Ždanov, Andrej 1068, 1093, 1128, 1367, 1407, 1445, 1517, 1537, 1564, 1602, 1639
Zehrer, Hans 1013
Zeigner, Erich 419
Zeitz 492, 1176
Žemčužina, Polina 1127
Zenfundt (?) 388
Zetkin, Clara 5, 45, 70, 100, 103, 108, 135–137, 141, 144, 149, 154–156, 168, 170, 176–177, 179, 186, 195, 209, 212, 216, 227, 232, 239, 245, 248–249, 252, 254, 267, 271, 277, 363, 440, 471–472, 498–500, 547, 566, 571, 578, 582–583, 602–603, 638, 659, 680, 897–898, 1025
Zettler, Josef 1647
Zeuthen 920, 950, 952
Zhang Fakui 597
Zhou Enlai 1572
Ziehmke, Harald (Ps.). *Siehe* Thews, Wilhelm
Ziemer, Erich 1183–1184
Ziener (Ingenieur) 752
Zimmermann, Ferdinand Friedrich 1013
Zimmerwald 79
Zörgiebel, Karl 558, 691, 744, 802
Zorin, Sergej 286, 292
Zucker-Schilling, Erwin 1708
Zuckmayer, Carl 1298
Zufall (?), Walter 1302
Žukov, Georgij 1669
Zürich 88–89, 93, 931, 962, 1007, 1030–1031, 1074, 1076, 1085, 1297, 1431, 1433, 1461, 1487, 1507
Zweig, Arnold 1505
Zweig, Stefan 199, 1275, 1299
Zwickau 662, 986
Zwicker, Albert 1574, 1575